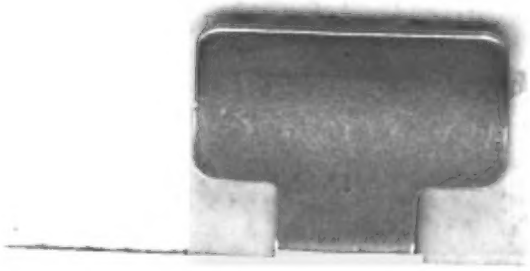
Digitized by Google

Eph. pol. 56 m
4°
Zeitung



Digitized by Google

BIBLIOTECA

Neue Bamberger Zeitung.

№ 1. Samstag, den 1. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, am Sonntage mit dem Beiblatte Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Abonnements-Einladung.

Mit Beginn des nächsten Monats tritt die „Neue Bamberger Zeitung" einen neuen, den zweiten, Jahrgang ihres Bestehens an.

Wir halten fest an unserm Programme und werden fortfahren, unbekümmert um die wechselnde Tagesmeinung für dasselbe einzustehen. Soll die „Neue Bamberger Zeitung" die ihr gestellte Aufgabe erfüllen, so bedarf sie der kräftigen Unterstützung aller Gesinnungsgenossen, welche wir um dieselbe, sowie um Weiterverbreitung und Empfehlung unseres Organs bitten. — Dieselbe erscheint täglich, mit Ausnahme der Montage, an welchem Tage als Ersatz das „Fränkische Unterhaltungsblatt" gratis geliefert wird. — Abonnements-Preis vierteljährig 30 kr., durch die Post 36 kr. — Bestellungen werden für Bamberg in der Expedition (Augasse 495) und auswärts bei jeder k. Postexpedition oder auch durch die Landpostboten angenommen.

Inserate berechnen wir die dreispaltige Petitzeile und deren Raum zu nur 2 kr.

Wir laden zu recht zahlreichem Abonnement ein.

Die Expedition der „Neuen Bamberger Zeitung."

Inland.

München, 30. Dez. Die mehrfach ausgesprochene Vermuthung, die Staatsregierung werde den Kammern sofort nach ihrer Eröffnung ein neues Wahlgesetz vorlegen, ist, wie ich vernehme, unbegründet; vielmehr dürfte die Staatsregierung erst einen eine solche Gesetzesvorlage verlangenden Gesammtbeschluß der beiden Kammern abwarten. Wenn man einer Andeutung der „Landesz." glauben dürfte, bestünde beim Ministerium überhaupt wenig Geneigtheit zur Einbringung eines Wahlgesetzes.

München, 30. Dez. Ihre Maj. die Königin-Mutter beabsichtigt den während des Kriegs des Jahres 1866 bestandenen „bayerischen Frauenverein" wieder ins Leben zu rufen. J. Maj. ist hierbei zunächst von dem Wunsche geleitet, im Falle eines neuen Krieges die erforderliche Thätigkeit ohne Verzug beginnen und den massenhaft herantretenden Anforderungen sofort entsprechen zu können. Es sollen deshalb in Friedenszeiten die noch vorhandenen Vorräthe an Verbandzeug u. dgl. in gutem Stand erhalten und nach Umständen vermehrt; es sollen ferner Geldmittel angesammelt und endlich eine möglichst große Anzahl von Krankenpflegerinnen ausgebildet werden, welche sich für den Kriegsfall zu verpflichten hätten, sich zur Pflege der verwundeten u. erkrankten Krieger in den Hospitälern verwenden zu lassen. Außerdem sollen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel Invaliden, sowie die hinterbliebenen Wittwen und Waisen der gefallenen Krieger unterstützt werden und endlich soll auch ein hilfreiches Eingreifen in Fällen wo ein besonderer Nothstand es erheischt, durchaus nicht ausgeschlossen sein.

München, 29. Dez. Herr Bucher, Redakteur der Donauzeitung hatte in seinem Blatt behauptet, es existire ein von Herrn von Hörmann herrührender ministerieller Erlaß, welcher seine (Buchers) Ueberwachung und Beobachtung angeordnet habe. In einem dagegen gerichteten und von der Donauztg. veröffentlichten Schreiben erklärt nun Herr von Hörmann: Diese Behauptung ist nebst allen angefügten Einzelheiten unrichtig. So lange ich an der Spitze des königlichon Staatsministeriums des Innern thätig war, ist ein solcher Erlaß nicht ergangen, noch von mir überhaupt ein Auftrag gegeben worden, welcher im Vollzuge zu solchen Ueberwachungsmaßregeln Anlaß gegeben, oder dieselben hätte rechtfertigen können. Auch die in dem gleichen Artikel weiter ausgesprochenen Behauptungen, daß ich ein System der geheimen Spionage und Denunciation

Digitized by Google

eingeführt, dann daß ich gegen eine Wittwe wegen Herausgabe eines patriotischen Blattes Maßregeln angeordnet habe, um ihren Erwerb zu schädigen, sind unwahr. Ich werde in der Kammer allen Angriffen, welche in diesen oder in anderen Richtungen gegen meine Verwaltung des Staatsministeriums des Innern erfolgen sollten, offen Rede stehen und ich freue mich auf die Möglichkeit dieses thun zu können.

In Sachen der Düsseldorfer Bildergallerie hat Bayern, wie die Nat. Z. meldet, nunmehr zur Vollziehung des Friedensvertrages mit Preußen (Artikel 13) seine Vorbezeichnung der drei Appellationsgerichtshöfe nebst Propositionen über das Verfahren nach Berlin gelangen lassen.

Das ‚Regensb. Morgenbl.' schreibt: Dem Vernehmen nach hat sich die vom Directorium des kgl. Bezirksgerichts dahier eingeleitete Disciplinaruntersuchung wegen Bruches des Amtsgeheimnisses (durch frühzeitige Veröffentlichung einer Nachricht über die gegen den Müller Höchstätter eingeleitet gewesene gerichtliche Verfolgung im Reg. Tagbl.) in eine Kriminaluntersuchung wegen Verletzung des Art. 365 des St.-G.-B. verwandelt.

In Stuttgart hat am 27. Dezbr. eine Arbeiterversammlung aus Anlaß des Waldenburger Strike stattgefunden, die von etwa 800 Männern besucht war. Sämmtliche in der Stadt bestehende Arbeitervereine waren vertreten. Man faßte mehrere Beschlüsse, welche die Arbeitseinstellung billigen, die Unterstützung der Waldenburger für Ehrenpflicht der Arbeiter erklären, dieselben auffordern, auszuharren und der moralischen und materiellen Unterstützung der deutschen Arbeiter gewiß zu sein ꝛc. Eine sofort vorgenommene Sammlung ergab ein ansehnliches Resultat. Sodann wurden Veranstaltungen zum Behuf einer Sammlung in den Werkstätten getroffen; daneben sollen öffentliche Aufforderungen ergehen.

Darmstadt, 30. Dez. Die Kammer der Abgeordneten lehnt Dumonts Antrag: „Die Erweiterung der Concession der Süddeutschen Bank ist verfassungswidrig" ab, nnd nimmt einstimmig eine Resolution an, welche dahin lautet: „Die Regierung ist zu ersuchen, ein das Bankwesen betreffendes Bundesgesetz zu fördern, bis dahin keine Concessionserweiterung eintreten zu lassen und Bankfilialen an verschiedenen Hauptorten Hessens zu errichten.

Berlin, 30. Dez. Der „Staats-Anzeiger" meldet: Die bayerische Regierung hät sich bereit erklärt über den Abschluß eines Jurisdictionsvertrags mit dem Norddeutschen Bunde zu unterhandeln. Demgemäß beschloß der Bundesrath am 18. Dez. der Einleitung diesbezüglicher Verhandlungen zuzustimmen.

Die Nordd. Allg. Ztg. hatte die Moskauer Ztg. (Herrn Katkoff) beschuldigt, „im Dienste des Königs von Hannover" gegen den norddeutschen Bund zu schüren, wogegen der Russe auf Beweise drang und gleichzeitig versprach, er werde Beweise dafür beibringen, daß die Berliner Regierung sich ihn habe kaufen wollen. Die Moskauer Ztg. v. 12. Dez., nachdem sie darauf verwiesen, daß die „Norddeutsche Allgemeine", ohne Gründe der Berechtigung anzugeben, in ihren „Verleumdungen" fortfahre, fährt dann fort wie folgt: „Daß man von Berlin her Versuche gemacht hat, sich unserer Zeitung zu bemächtigen, daß ist wahr. Und um hiefür den Beweis zu liefern, brauchen wir nicht zu gefälschten Dokumenten unsere Zuflucht zu nehmen, wie die „Nord. Allg. Ztg." unterstellt; wir überlassen ihr die Ehre des Gebrauchs derartiger Beweisstücke. Unser Dokument ist ein lebendiger Mensch. Dieser lebendige Mensch ist der General Schweinitz, gewesener preußischer Militärbevollmächtigter in Petersburg u. jetzt Gesandter in Wien. Vor einigen Monaten, im Laufe dieses Jahres, wandte er sich vermittelst unserer Freunde in Petersburg an uns mit einem von der ihn bevollmächtigenden Persönlichkeit kommenden Vorschlage, eine fortlaufende Reihe von Artikeln in unserer Zeitung abzudrucken, die man uns von Berlin aus zustellen würde. Es wurde ihm gesagt, daß er uns solchen Vorschlag vergeblich machen würde, und er ihn lieber gleich als nicht angenommen betrachten möchte. Nach einiger Zeit, die wahrscheinlich auf Verständigung mit dem (Berliner) Auftraggeber verwandt wurde, kam ein neuer Vorschlag. Dienst für Dienst; es solle uns nun mitgetheilt werden, wenn wir Berliner Artikel offiziös in unserer Zeitung erscheinen ließen, so würde man dagegen in allen dem Grafen Bismarck untergebenen deutschen Zeitungen Mittheilungen und Correspondenzen jeder Art abdrucken, ganz wie wir sie durch die ausländische Presse in die Welt zu schicken für nöthig erachten dürften. Auch dieser Vorschlag konnte nicht angenommen werden.

Der bekannte Schriftsteller Freytag veröffentlicht in seinem Buche über den badischen Staatsmann Mathy eine interessante Mittheilung, die ganz Süddeutschland überraschen wird. Hienach hat Hr. Minister Mathy schon im September 1867 an den Grafen Bismarck eine Denkschrift gerichtet, worin er auseinandersetzt, „daß in Baden Regierung u. Kammern zum Eintritte in den Nordbund bereit und ebenso geneigt seien, die preußische Militärverfassung mit allen Lasten einzuführen. Zu letzterem Schritte bedürfe es indessen der Zusicherung des Bundeskanzlers, daß der Eintritt sofort oder doch bald erfolgen könne. Wenn auch — hebt Herr Mathy hervor — die Erhöhung des badischen Contingentes um 3000 Mann für die preußische Machtstellung weniger ins Gewicht falle, so sei doch, wenn man keine Aussicht zum Eintritte in den Nordbund eröffne, zu befürchten, daß Baden mehr und mehr zu einer Vereinigung mit Bayern und Württemberg hingezogen werde" u. s. w. Graf Bismarck ertheilte auf diese Denkschrift

Digitized by Google

direkt gar keine Antwort, sondern ließ nur durch den preußischen Gesandten die kurze und frappirende Antwort ertheilen: daß er keine Anwort zu geben vermöge. Hierüber große Aufregung, die sich in dem Ausrufe geltend machte: „Wir thun unsere Schuldigkeit doch." Aus allem dem — meint die Frkf. Z. — geht hervor, daß 1) die norddeutsche Militärverfassung mit einem Friedens-Präsenzstande von 14,000 Mann und einem Kriegsbudget von 5 Millionen bei uns nicht auf Grund einer übernommenen Verpflichtung, ja selbst nicht einmal auf Grund eines von der preußischen Regierung gestellten Ansinnens, eingeführt wurde; 2) daß diese Einführung nicht als Bedingung des Eintritts in den norddeutschen Bund gestellt ist; 3) daß die preußische Regierung, beziehungsweise der Bundeskanzler, nicht einmal besonderen Werth auf diese Maßnahme der badischen Regierung legte; 4) daß die letztere selbst von der Unerheblichkeit ihres kriegerischen Gebahrens für die preußische Machtstellung Einsicht besitzt; 5) daß trotz der Militärorganisation keine Aussicht zum Eintritte in den norddeutschen Bund besteht; 6) daß somit der Einführung der letzteren keine bestimmte Verpflichtung oder Anforderung, kein klarer politischer Zweck und keine militärisch-politische Nothwendigkeit zu Grunde liegt. —

Wien, 28. Dez. Dem Vernehmen nach hat die Pforte bereits, wenn schon vorerst nur in offiziöser Weise, die Erklärung abgegeben, daß, zu welchen Concessionen sie auch, um den Suez-Kanal dem Weltverkehr wirksam unn bleibend, dienstbar zu machen, sich herbeilassen möchte, doch von einer Neutralisirung des ausschließlich egyptisches, bezw. osmanisches Gebiet durchziehenden Canals unter allen Umständen nicht die Rede sein könne, vielmehr eine solche Neutralisirung ganz außer Discussion bleiben müsse.

Ausland.

Cattaro, 30. Dez. Die Stadt war gestern prachtvoll beleuchtet. Eine Gemeinderathsdeputation dankte bei Auersperg für die Amnestie an die Braitschianer und sämmtliche unterworfene Insurgenten. Ein Fackelzug mit Musik wurde Auersperg dargebracht. Den Zuppanern wurden die Waffen zurückgegeben.

Triest, 29. Dez. Das in der Suttorina errichtete türkische Lager ist um sechs Bataillone vermehrt worden.

Rom, 28. Dez. Die allgemeine Congregation des Concils machte heute die Namen derjenigen Mitglieder bekannt, die gewählt sind, um die Frage der religiösen Orden zu prüfen. Die Discussion bezüglich der Glaubensfragen hat begonnen. Fünf Bischöfe nahmen das Wort.

Rom, 29. Dez. Heute fand die Taufe der neugebornen Prinzessin Christine von Neapel durch den Cardinal Patrici statt. Cardinal Antonelli vertrat hiebei den Papst als Pathen, die Kaiserin von Oesterreich, die Kaiserin-Mutter von Oesterreich als Pathin. Gegen 400 neapolitanische Notabilitäten aus Rom, Neapel und Paris haben dem Taufakte beigewohnt. —

Paris, 31. Dez. Die ‚Amtszeitung' veröffentlicht die erwartete Liste des neuen Ministeriums nicht. — Traupmann wurde zum Tode verurtheilt; er lächelte dem Gerichtshof zu, indem er sich verneigte. In der Zelle war er jedoch niedergeschlagen.

Paris, 30. Dez. Das Journal Officiel veröffentlicht die Ernennung der Minister Latour d'Auvergne und Gressier zu Senatoren.

Paris. Ollivier, der vielgenannte Franzose, der das erste „parlamentarische Ministerium" in Frankreich bilden soll, hat über das Konzil gesagt: „Es ist der lebenskräftigste Akt der Kirche seit drei Jahrhunderten, — „Rom wird Italien eben so wenig, als den Garibaldianern je gehören, das wäre der Triumph der Revolution." — Was die Trennung der Kirche vom Staate anbelangt, sagt Ollivier: „Das Konkordat ist ein Kontrakt, der nur unter Zustimmung der beiden Parteien zerrissen werden kann." —

Neapel, 30. Dez. Die starken Erderschütterungen im südlichen Calabrien dauern fort; am stärksten lüt Monteleone; die Gefahr ist groß; mehrere öffentliche Gebäude sind unbewohnbar.

Florenz, 29. Dez. Der Brief des Königs v. Sachsen an die Herzogin von Genua, der auf den Einfluß der Königin Isabella zurückgeführt wird, ist von keiner Tragweite; übrigens ist noch kein Entschluß gefaßt.

Madrid, 29. Dez. Der Cultusminister Zorilla erklärte in einer Rede, die er zu Albacete hielt, die Regierung werde, wenn sie nicht bald einen König finde, sich der Republik in die Arme werfen.

Washington, 28. Dez. Der Staatssekretär Fish hat die beglaubigten Bevollmächtigten der Union beauftragt, die Theilnahme der betreffenden Mächte an einer Vertragskonvention, die atlantischen Kabel betreffend zu veranlassen. Die Basis dieser Convention würde Schutz des Kabel in Kriegszeiten sowie Gegenseitigkeit bei Conzessionsertheilungen sein.

Der New-Yorker Times vom 14. ds. zufolge heißt es, daß die Fenier im Geheimen mit der Organisation einer neuen Expedition gegen die britischen Besitzungen in Nordamerika beschäftigt sind. Im Hauptquatier des „Centrums" O'Neill haben sie eine Anzahl „verbesserter Zündnadel-Gewehre", und viele ihrer Offiziere reisen von Stadt zu Stadt in geheimen Missionen. General O'Neill selber ist beständig auf den Beinen. Die Fenier sind dies Mal entschlossen, ihre zukünftigen Pläne und Schachzüge für sich zu halten, um weder den Ver. Staaten Gelegenheit zur Warnung der Neutralitäts-Gesetze noch den Feinden zu einer wirksamen Vorbereitung zu geben.

Digitized by Google

Vermischtes.

— Zum Zwecke der Aufbringung der Kosten zum Ausbau und zur Anschaffung der inneren Einrichtung der kathol. Pfarrkirche zu Obermauerbach, BA. Aichach, ist die Vornahme einer Kirchencollekte in sämmtl. kathol. dießrhein. Kirchen außer von Oberbayern gestattet.

— Für Preisschießen hat das Kriegsministerium von Januar 1870 an verschiedene Summen je nach den Regimentern festgesetzt. Jetzt hat auch dasselbe ein jährliches Aversum für Fechtrequisiten und Fechtunterricht bewilligt.

— Bei der am 30. Dezember in Karlsruhe stattgefundenen Prämienziehung der bad. 35 fl.-Loose gewannen folgende Nro. je 1000 fl.: 389700, 177589, 234505, 200392, 52377, 309360, 234521, 309397, 87801, 119954.

— Eine freundliche Anweisung erhielten die Berliner Magistratsexecutoren vor Weihnachten, nämlich sich der Pfändungen an den Tagen vor den Festen zu enthalten.

— In Ungarn hat das jüngste Hochwasser ungeheuren Schaden angerichtet. So hat allein die Theiß 40 Quadratmeilen des fruchtbarsten Ackerlandes überfluthet und sind hiebei die Verwüstungen ihrer Nebenflüsse gar nicht mitgerechnet.

— In Leoben in Steiermark wurden kürzlich 2 Personen wegen Wilddiebstahls verurtheilt; sehr interessant war aber die Motivirung dieser strafbaren Handlung. Der eine hatte gewildert, um seinen 5 hungr. Kindern Brod ins Haus zu bringen, der andere, um von seinem Posten als — Gemeinderath loszukommen.

— In London stehen gegenwärtig acht Theater unter Leitung weiblicher Direktoren.

— Das gestern erwähnte Theaterunglück in Bristol wurde durch einen blinden Feuerlärm verursacht.

— In London sind am Weihnachtsabende bei einem Brande sechs Personen ums Leben gekommen.

— (Aecht amerikanisch!) Einer jungen Lady wurden jüngst als Entschädigung für ein nicht gehaltenes Heirathsversprechen 200 Dollars geboten. „Was," rief sie entrüstet aus, „200 fl. für zerstörte Hoffnungen, ein erschüttertes Gemüth, ein verlornes Leben! 200 Doll. für Alles das! — Nimmermehr! Gebt 300 und der Handel sei abgeschlossen!

Frankf. Coursbericht vom 30. Dez. 1869.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	— bz.		3½	=	— G.
	4½%	=	92⅝ G.	Baden.	4½%	Oblig.	92½ bz.
	4%	=	— bz.		4	=	— B.
Frankf.	3½	=	81 G.		3½		81½ B.
Nassau.	4½%	Oblig.	92½ bz.	G. Hessen	5%	=	102½ G.
	4	=	83⅜ bz.		4%	=	92½ bz.
Kurhess.	4	=	— B.	Sachsen.	5%	=	— B.
Bayern.	5%	=	101⅜ G.	Brschw.	3½	=	81½ B.
	4½ 1jhr.	=	91½ bz.	Oesterr.	4⅕	R.i.S.	75½ bz.
	4½ ½jhr.	=	91⅜ G.		5%	Met.-CM.	— G.
	4 1jhr.	=	— G.		5%	Nat.-Anl.	—bz.
	4 ½jhr.	=	86½ G.		5%	steuerfr.	— bz.
	4 Abl.-R.		86⅞ bz.		4½	Metall	—bz.
	3½ Obl.		— G.		5	Ung. E.-A.	—
Würtbg.	4½%	=	91⅝ G.	Belgien.	4½	Obl.	104½ G.
	4	=	— B.	NAerm.ika	6%	81v.64	94⅜ bz
					5%	Bds	71r v. 61 — B

Abonnements-Einladung.

Das erste Vierteljahr seit Bestehen unserer Wochenschrift geht zu Ende. Unsere Erwartung hat uns nicht getäuscht, im Gegentheile der Erfolg hat sie weit übertroffen. Gewiß nur selten wird sich eine neue Zeitung nach wenigen Wochen schon einen so großen Leserkreis finden, wie unsere **Bauernzeitung** ihn gefunden hat. Wir haben 2700 Abonnenten aus allen Gegenden unseres lieben Bayernlandes. Den Beifall der alten Freunde zu erhalten und neue zu gewinnen, bleibt unser ehrliches Bestreben. Im übrigen enthalten wir uns der üblichen Anpreisung alles dessen, was unsern Lesern geboten werden soll. Wir werden stets einstehen für christlichen Sinn und Sitte, für Freiheit und Recht des Volkes im großen Ganzen sowohl, als insbesondere für das Wohl des Bauernstandes und der mit ihm in ihrem wirthschaftlichem Interesse enge verbundenen Gewerbetreibenden und Lohnarbeiter kleinerer Städte. — Von Neujahr 1870 wird die „Bauernzeitung" nicht mehr in Straubing gedruckt und von da versandt werden, sondern in unserer Druckerei in Deggendorf. Sie erscheint wie bisher jeden Dienstag; auch Format und Preis (24 kr. pr. Jahr) bleiben wie seither. Bestellungen, ganz- als auch halbjährige, nimmt jede Posterpedition wie jeder Postbote an und bitten wir dieselbe möglichst bald zu machen, damit wir die Zeitung jedem Abonnenten vollständig liefern können.

Deggendorf im Dezember 1869.

Verlag und Redaktion der Bauernzeitung.

Brauerei-Verkauf.

Aus freier Hand ist eine große gangbare Bierbrauerei mit vollständiger Dampfeinrichtung sammt allem Inventar, sowie ein größerer Vorrath Gerste, Malz, Hopfen, und Bier in einer Stadt des badischen Seekreises zu annehmbaren Preis und günstigen Bedingungen zu verkaufen. Schriftliche frankirte Anfragen unter Chiffre X. C. befördert die Annoncen-Expedition von Haasenstein u. Vogler in Basel.

Der

Papst und das Konzil

von Janus, Charakteristik und Würdigung von Dr. M. J. Scheeben. Preis 12 kr.

vorräthig bei

Otto Reindl Augasse.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 2. Sonntag, den 2. Januar. **1870.**

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, am Sonntage mit dem Beiblatte Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Abonnements-Einladung.

Mit Beginn des nächsten Monats tritt die „Neue Bamberger Zeitung" einen neuen, den zweiten, Jahrgang ihres Bestehens an.

Wir halten fest an unserm Programme und werden fortfahren, unbekümmert um die wechselnde Tagesmeinung für dasselbe einzustehen. Soll die „Neue Bamberger Zeitung" die ihr gestellte Aufgabe erfüllen, so bedarf sie der kräftigen Unterstützung aller Gesinnungsgenossen, welche wir um dieselbe, sowie um Weiterverbreitung und Empfehlung unseres Organs bitten. — Dieselbe erscheint täglich, mit Ausnahme der Montage, an welchem Tage als Ersatz das „Fränkische Unterhaltungsblatt" gratis geliefert wird. — Abonnements-Preis vierteljährig 30 kr., durch die Post 36 kr. — Bestellungen werden für Bamberg in der Expedition (Augasse 495) und auswärts bei jeder k. Postexpedition oder auch durch die Landpostboten angenommen.

Inserate berechnen wir die dreispaltige Petitzeile und deren Raum zu nur 2 kr.

Wir laden zu recht zahlreichem Abonnement ein.

Die Expedition der „Neuen Bamberger Zeitung."

Vor dem Landtag.

„Die Schwüle vor dem Gewittersturm" ist zwar ein sehr verbrauchtes Bild; wir finden aber gleichwohl kein besseres, um den gegenwärtigen Zustand in Bayern zu bezeichnen. Nach all' den gewaltigen Aufregungen der beiden jüngsten Wahlkämpfe und der sogenannten Ministerkrisis ist es plötzlich stille im Lande geworden. Die Ergänzung des Ministeriums und die Einberufung der Kammern auf den 3. Januar haben vorerst die hochgehenden Wogen beschwichtigt. Aber die Luft ist schwül und die Ahnung kommender Dinge läßt keine dauernde Ruhe der Gemüther aufkommen. Alle Welt fühlt, daß die Ergänzung des Kabinets nur ein Provisorium, ein Nothbehelf ist. Die Haltung des Ministeriums gegenüber der Kammer und die Stimmung der letzteren gegen ersteres können erst entscheiden, wie lange dasselbe noch fortbestehen soll. Wenn das Ministerium Hohenlohe blos deshalb vor die neue Kammer treten will, weil die Bildung eines neuen in so kurzer Zeit nicht möglich erschien, oder weil es seine bisherige Politik und namentlich die Wahlkreiseintheilung zu rechtfertigen suchen will, so mag ihm in dieser Hinsicht das gegönnt sein, was die Engländer fair play nennen. Aber darüber wird sich wohl das Ministerium am Wenigsten eine Täuschung machen, daß es der neuen Kammermehrheit gegenüber sich nicht am Ruder behaupten kann. Man hat zwar vor Kurzem die Nachricht verbreitet, es wolle der Kammer sofort ein neues Wahlgesetz mit allgemeiner direkter Wahl vorllage, daß das Ministerium bei Einführung derselben noch viel weniger Aussicht auf eine Mehrheit hätte, als bei dem bisherigen Wahlsystem, liegt klar am Tage.

Wie dem auch sei, die eigentliche Ministerkrisis ist erst im Anbruch, und kann nur mit einem Personen- und Systemwechsel enden. Die Kammer kann und wird ohne irgend einen Eingriff in die Kronrechte dieses Ziel erreichen. Das erste Mittel hiezu ist, wie wir schon früher angedeutet, die Adresse an den König. Man kann unmöglich voraussetzen, daß Ehrenmänner — wofür die jetzigen Minister allgemein auch von ihren Gegnern anerkannt werden — gegenüber einem entscheidenden Mißtrauensvotum der Volksvertretung noch länger im Amte bleiben werden. Es ist also kaum nöthig, noch nach andern Mitteln umzuschauen, die aber ebenfalls auf völlig gesetz- und verfassungsmäßigem Wege unschwer aufzufinden wären. Daß es namentlich bei der Adresse nicht an heftigen Kämpfen mit der Fortschrittspartei (von ihrem mittelpartikularistischen Schweif gar nicht zu

Digitized by Google

reden) fehlen wird, ist selbstverständlich. Die patriotische Partei wird alle ihre Kräfte, sowohl numerische als intellectuelle, zusammen fassen müssen. Es handelt sich hier nicht bloß um einen materiellen Sieg durch eine schon im Voraus feststehende Mehrheit, sondern weit mehr um einen moralischen Sieg. Es gilt, dem Lande wie der Außenwelt die Ueberzeugung beizubringen, daß die Mehrheit auch wirklich eine gute und gerechte Sache vertritt. Die Wahl des Direktoriums wird natürlich zu ihren Gunsten ausfallen. Bei den der Constituirung vorangehenden Wahlprüfungen möge unparteiische und rücksichtslose Gerechtigkeit vorwalten.

Eine nicht minder wichtige Aufgabe wird die Bildung der Ausschüsse sein. Gerade hier muß man der Partei den innigsten Aneinanderschluß empfehlen. Vor Allem lasse man sich nicht zu einer verderblichen Rücksichtnahme auf die Gegner verleiten. Die Fortschrittspartei kennt keine solche Rücksichten, wo immer sie sich im Besitz der Mehrheit befindet. Sie rechnet jetzt einzig auf Spaltungen unter den Patrioten. Es hieße ihr geradezu in die Hände arbeiten, wollte man ihr bei den Ausschußwahlen irgend Concessionen machen. Es soll damit nicht gesagt sein, daß nicht etwa in einem Fachausschuß ein Mitglied, das nicht zur Mehrheit gehört, das aber als besondere Capacität bekannt ist, Aufnahme finden könne. Dies soll aber nur eine ganz seltene Ausnahme von der Regel sein. Es ist besser, die Gegner machen der patriotischen Mehrheit den Vorwurf der Exclusivität und Unduldsamkeit, als daß sie aus sentimentaler Schwäche den Feind ins eigene Lager aufnimmt u. sich seinem Hohngelächter preisgibt. Die Fortschrittspartei findet ja in der Kammerberathung selbst ein völlig unbegrenztes Feld, um ihre Grundsätze und Ansichten zur Geltung zu bringen, und an oratorischen Kräften fehlt es ihr bekanntlich nicht. Die patriotische Partei dagegen wird durch die Besetzung der Ausschüsse mit ihren eigenen Mitglieder den Beweis liefern, daß es ihr nicht an Capacitäten fehlt, wenn sie auch nicht aus dem sich für ausschließlich „intelligent" haltenden Theile der Bevölkerung hervorgegangen ist.

Wir können hier unmöglich den Verlauf der Kammersession schon im Voraus skizziren. Dazu müßte uns nichts Geringeres als Prophetengabe verliehen sein. Das caeterum censeo ist und bleibt aber für uns immer die sofortige Wahlreform auf Grundlage des allgemeinen direkten Wahlrechts. So treten wir denn mit dem beginnenden Jahre zugleich in einen der für Bayerns Geschichte wichtigsten Zeitabschnitte ein. Möge er kein verhängnißvoller, sondern ein dem Lande Glück und Gedeihen verheißender werden. (P. Z.)

Inland.

München, 1. Januar.

Die soeben eingetroffene Nachricht von der durch die Regierung verfügten Suspendirung des Augustinerpriors P. Friedrich Wester in Münnerstadt in seiner Eigenschaft als Gymnasialprofessor und Religionslehrer wegen Mißbrauchs des Lehramtes zu politischen Agitationen hat bei den dem Augustinerorden angehörenden Professoren und Studienlehrern eine große Bestürzung hervorgerufen; falls nicht das Ministerium dem in seinem Amtsansehen sich gekränkt fühlenden Klosterprior volle Satisfaction gewährt, wollen dieselben angeblich insgesammt ihre Professuren niederlegen und sich auf die Unterhaltung eines blosen Knabenseminars beschränken, so daß die Forteristenz des dortigen Gymnasiums gefährdet ist.

Aus Oberfranken. Die Nachricht von der Auflösung der Bürgermeistereien findet insoferne Bestätigung, als auf Bitten mehrer Gemeinden des Bezirksamts Kulmbach, welche zu Bürgermeistereien vereinigt wurden, diese wieder aufgelöst wurden. Im Bezirksamtsblatt vom 29. Dez. heißt es:

An sämmtl. Bürgermeistereien des Amtsbezirks.

Nach heute eingelaufener h. Regierungsentschließung vom 23. Dez. c. wurden die von den betheiligten Gemeinden gestellten Anträge auf Wiederauflösung der nach höchster Ministerialentschließung vom 18. Okt. c. gebildeten Bürgermeistereien von Atzendorf, Kasendorf, Limmersdorf, Blaich, Wernstein, Alladorf, Menchau, Buchau, Hutschdorf, Katschenreuth, Muckenreuth genehmigt, demnach werden die Bürgermeistereien sämmtlich wieder aufgelöst, so daß die einzelnen betheiligten Gemeinden, nämlich Atzendorf, Fesselsdorf, Kasendorf, Heubsch, Limmersdorf, Felkendorf, Blaich, Kauernburg, Kauerndorf, Wernstein, Veitlahm, Alladorf, Tannfeld, Menchau, Berndorf, Buchau, Lopp, Hutschdorf, Döllnitz, Katschenreuth, Willmersreuth, Muckenreuth, Neuenreuth, jede wieder ein eigenes selbstständiges Bürgermeisteramt zu bilden hat.

Die Wahl eines eigenen Bürgermeisters in jeder dieser 23 Gemeinden ist bereits eingeleitet.

Das Ausschreiben ist in den betheiligten Gemeinden zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Den 26. Dez. 1869.

Königliches Bezirksamt.

Landgraf.

Berlin, 30. Dez. Da man im Geschäftslokale der Gebrüder Dickhoff das Namensverzeichniß der Eltern oder Vormünder derjenigen Jünglinge fand, welche sich auf dem Corruptionswege von der Militärpflicht entziehen zu können glaubten, so fiel es der Behörde nicht besonders schwer, die also Befreiten nachträglich zu den Waffen zu rufen. Ueber den Gang der Untersuchung wird die strengste Discretion beobachtet. Mit Ausnahme der Gebrüder Dickhoff

Digitized by Google

und 29 Militärärzten wurde sonst noch Niemand verhaftet; Civilbeamte, die bei der Aushebung mitzuwirken pflegen, konnten bis jetzt nicht an der Theilnahme hieran beschuldigt werden. Unter den eingezogenen 29 Militärärzten befindet sich ein Stabsarzt, der erst kurz vor den hl. Weihnachtsfesten verhaftet wurde.

Wien, 31. Dez. Der offiziösen österreichischen Correspondenz zufolge wird das Geschäft der Staatsschulden-Conversion bei auswärtigen Häusern Ende Januar, beziehw. Ende März geschlossen. Wie der „Wanderer" meldet, soll der Kaiser seine Reise nach Rom demnächst antreten.

Wien, 1. Jan. Die „N. Fr. Pr." meldet: Der Kaiser empfing gestern den Minister Plener, welcher dem kaiserlichen Wunsche entsprechend die Ansicht der Ministermajorität über das Memorandum der Minorität überbrachte. Die Majorität erklärte, sich den Plänen der Minorität nicht anschließen zu können und konstatirte, daß der Gegensatz unversöhnlich sei. Der Kaiser äußerte den Wunsch, die Minister möchten einstweilen die Geschäfte fortführen.

Die N. Fr. Pr. schreibt aus Prag 30. Dez.: Ein an den Cardinal-Erzbischof nach Rom gesendeter Konsistorialbericht verständigt denselben, daß durch energische Maßnahmen die im niederen Klerus aufgetauchten Wünsche nach nationaler Umgestaltung des Kirchenritus beseitigt sind, und daher die beabsichtigten Petitionen von Seite des Klerus unterbleiben werden.

Zur Arbeiterbewegung wird unterm gestrigen aus Brünn gemeldet: Bei Mühlwasser fand auf Requisition des Wiener Landgerichts eine Hausdurchsuchung statt, und wurde derselbe wegen Hochverrathes verhaftet. Ein Fluchtversuch während der Escortirung mißlang. Derselbe wird morgen nach Wien abgeführt.

Pest, 30. Dez. Die Kaiserin kommt zwischen dem 15. und 20. Januar von Rom direkt nach Ofen.

Ausland.

Rom, 29. Dez. Die gestern bei St. Peter abgehaltene allgemeine Kongregation dauertr 5½ Stunden. Dreizehn Redner hatten das Wort verlangt, jedoch konnten in Folge eines akustischen Fehlers des Versammlungssaales nur fünf derselben — unter Anderen Cardinal Rauscher — sprechen. Die Congregation beschäftigte sich mit der heterodoxen Philosophie. —

Paris, 31. Dez. Das heutige Journal Officiel veröffentlicht noch nicht das neue Ministerium; dasselbe Blatt veröffentlicht die Ernennung Freppels zum Bischof von Angers, Cuttoli's zum Bischof von Ajaccio und Reyne's zum Bischof von Guadeloupe.

Paris, 1. Jan. Der Constitutionnel meldet: Vorbehaltlich unvorgesehener Veränderungen wird die Amtszeitung morgen folgende Ministerliste veröffentlichen: Ollivier, Justiz; Gaudin, Aeußeres; Chevandier de Valdrome, Inneres; Maurice Richard, öffentliche Arbeiten; Louvet, Handel; die anderen Portefeuilles werden ihren bisherigen Trägern verbleiben.

Bukarest, 30. Dez. Der österreichische Agent von Zulauf hat der fürstlichen Regierung offiziell mitgetheilt, daß Oesterreich bei der Pforte die Anerkennung des Titels „Rumänien" statt „Donaufürstenthümer" beantragte. In der Kammer erregte die Interpellation bezüglich der Judenfrage sehr stürmische Debatten. Die Regierung verweigert, Maßregeln gegen Ueberhandnahme der Juden zu treffen, und überläßt es der Kammer diesbezüglich einen Vorschlag zu machen.

Vermischtes.

— Vor dem Bezirksgerichte zu Augsburg wurde am 29. u. 30. Dezbr. Verhandlung gepflogen gegen Leonh. Tauscher u. Genossen wegen mehrere Vergehen u. Uebertretungen gegen das Vereinsgesetz, wegen Beleidigung der Staatsregierung und der bewaffneten Macht ꝛc. Der Vertreter der Anklage, 2. Staatsanwalt Hr. Barth, stellte schließlich den Antrag, L. Tauscher in eine Gefängnißstrafe von 4 Monaten, die übrigen Angeschuldigten aber in eine solche von 5, 4, 3 und 2 Tagen zu verurtheilen, übrigens auch die Schließung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins im Erkenntnisse auszusprechen. Die Urtheilspublikation erfolgt am nächsten Montag den 3. ds. Mts. Wir werden dann auf das Nähere der Verhandlung zu sprechen kommen.

— Aus Straubing bringt die Südd. Pr. die Nachricht, daß gestern (30. Dez.) Mittag die Gasfabrik in die Luft flog, und sämmtliche darin anwesenden Arbeiter verschüttet wurden. Wieviele Todte zu beklagen sind, sei noch nicht zu bestimmen, da mit ungeheurer Kraftanwendung gearbeitet wird um die Trümmer zu beseitigen und möglichst noch Menschenleben zu retten. Einzelne Stücke des Gebäudes wurden bis an die Donaubrücke fortgeschleudert.

Offenburg, 29. Dez. Die Angeklagten Döbich und Steidel wurden des Raubmordes an dem Fabrikanten Mathiß schuldig erklärt und beide zum Tode verurtheilt. (Steidel ist aus Erlenbach bei Otterberg gebürtig, 30 Jahre alt und verheirathet.)

— Einer Depesche aus Brest zufolge ist daselbst am 29. ds. das Schiffstagebuch der gescheiterten Gorgone aufgefunden worden. Dasselbe schließt mit den Worten: Wir haben gekämpft bis zu Ende. Es ist unmöglich, das Schiff zu retten; das Wasser dringt in den Kesselraum. Ich befehle mich Gott." Man hat bis jetzt keinen einzigen Leichnam von der 84 Köpfe starken Bemannung gefunden. Der wackere und hoffnungsvolle Kapitän Mage wird allgemein bedauert. An den Küsten wüthet noch immer der heftigste Sturm.

Digitized by Google

Zahl, Maſs und Gewicht

oder

die Decimalberechnung und die neue Maß- und Gewichts-Ordnung für Bayern.

In ihrer Begründung auf das dreimale Zahlensystem anschaulich dargestellt und ihre Anwendung in zahlreichen Beispielen erläutert für Lehrer und Schüler, wie auch zum Selbstunterrichte für Geschäfts- und Landleute unter steter Vergleichung alter und neuer Maße ꝛc., mit den nöthigen Abbildungen. Von Gregor Fischer. 1—4

Im königl. Central-Schulbücher-Verlage.

Wir sind überzeugt, daß keines der bisher erschienenen Werke das Verständniß und das Rechnen mit den neuen Maßen und Gewichten auf eine so natürliche, anschauliche und gemeinfaßliche Weise darstellt, als das vorstehende Büchlein, welches in den nächsten 14 Tagen die Preße verläßt und zu einem äußerst billigem Preise zu haben ist.

Der Verfasser, welcher durch einen 10jährigen Aufenthalt im Ausland die Praxis des metrischen Systems sowohl in der Schule als auch im Geschäftsleben gründlich kennen lernte, trägt den Bedürfnissen der Schule und der Praxis vollständig Rechnung. Er basirt seine Arbeit auf eine ganz originelle und äußerst einfache Darstellung des decimalen Zahlensystems, wie sie uns noch nicht vorgekommen ist. Nach dieser Methode haben die Decimalbrüche ihren befremdlichen Charakter gänzlich abgelegt. Wer das Lesen und das Einmaleins gelernt hat, wird sich in wenigen Stunden des Gegenstandes so weit bemächtigen, daß er hinfort ein Vergnügen daran findet, der neuen Maße und Gewichte und der decimalen Rechnungsweise sich in der Praxis zu bedienen.

Cölner Dombau-Lotterie

Hauptgewinne:
43750 fl., 17500 fl., 8750 fl., 2 zu 3500 fl., 5 zu 1750 fl., 12 zu 875 fl., 50 zu 350 fl., und noch 1300 Geldgewinne mit zusammen 70,000 fl.; dann noch Kunstwerke im Werthe von 35000 fl., im Ganzen 218,750 fl.

Geringster Gewinn: 35 Gulden.

fl. 1. 45 kr. das Loos.

Ziehung am 13. Januar 1870.

Loose sind zu haben bei

J. K. Eckenberger.

Stelle-Gesuch.

Ein junger Mann, Deutscher, von allgemeiner Bildung, speziell Kaufmann der französischen, englischen u. italien. Sprache mächtig, empfiehlt seine Dienste in einer seinen Kenntnissen entsprech. Stellung. Gef. Offerten beliebe man unter A 1 an die Exp. einzusenden.

Glasbilder für Albums-, Marmor- u. feine Holzwaaren-Fabrikanten sind am billigsten zu beziehen aus der Glasbilder-Fabrik von

Fedor Graß, Berlin,
Communikationsweg, 2.

Proben und Preisverzeichnisse gratis.

CENTRIFUGAL-PUMPEN.

Ewald Hilger in Essen a/R.
Rheinpreußen.
Maschinenfabrik.

In der Kranzfelder'schen Buchhandlung in Augsburg ist erschienen:

Ueber den Mißbrauch der Criminalstatistik zu polit. Zwecken

mit einer „Uebersichtskarte" über die Bewegung des Diebstahls und der Fortschrittspartei in den 8 Kreisen Bayerns. Preis 9 kr.

Epileptische Krämpfe

(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstraße Nr. 6. Auswärtige brieflich. Schon über Hundert geheilt.

Frankfurter Geldcours

vom 31. Dez.

Preuß. Kassensch.	fl. 1. 44⅞—45⅛	
Do. Friedrichsd'or	fl. 9. 58—59	
Pistolen	fl. 9. 48	
Do. doppelte	fl. 9. 49	
Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9. 54—56	
Dukaten	fl. 5. 36—38	
Napoleonsd'or	fl. 9. 28—29	

Die Gicht

und

ihr naturgemäßer Heilungsprozeß nach den neuesten wissenschaftlichen Hilfsmitteln, dargestellt von Dr. A. Wunder.

Brochirt 28 kr.

Brauerei-Verkauf.

Aus freier Hand ist eine große gangbare Bierbrauerei mit vollständiger Dampfeinrichtung sammt allem Inventar, sowie ein größerer Vorrath Gerste, Malz, Hopfen, und Bier in einer Stadt des badischen Seekreises zu annehmbaren Preis und günstigen Bedingungen zu verkaufen. Schriftliche frankirte Anfragen unter Chiffre X. C. befördert die Annoncen-Expedition von Haasenstein u. Vogler in Basel.

Eisenbahnzuge in Bamberg.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:	Ankunft:
1^{45} Nchts. Courierz.	12_{33} Nchts Courierz.
5 früh Postz.	7_{54} früh Güterzug.
10^{10}	9_{30} „ Personenz.
2^{15} Mitt. Schnellz.	1_{10} Mitt. Schnellz.
3 „ Güterz.	5_{30} Abd. Postzug.
6^{20} Ab. Personenz.	10 Nchts. „

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln.

4 früh Postzug.	9_{23} früh Güterzug.
10 „	1_{10} Mitt. Schnellz.
2^{30} „ Mitt. Schnellzg.	2_{30} „ Güterz.
2^{40} „ Güterz.	6_{13} Abd. Courierz.
6^{23} Abd. „	12_{15} Nchts. Postz.

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12^{38} früh Courierzug.	1_{38} früh Courierzug
5 „ Postzug.	8 „ Güterz.
9^{40} „ Personz.	9_{45} „ Postzug.
1^{31} Mitt. Schnellz.	2_{10} Mitt. Schnellz.
2^{45} „ Güterz.	5_{48} Abd. Persz.
6^{25} Abd. Postz.	11 Nchts. Postz.

Wiener Coursbericht

vom 31. Dez.

	Geld.	Waare.
Papierrente	60.20	60.30
Silberente	70.70	70.80
Nationalbank	735.—	737.—
Kreditanstalt	261.20	261.30
Eskomptebank	870.—	875.—
Anglo-Austr.-Bank	290.75	291.—
Franco-Austria	97.50	97.75
Nordbahn	214.25	214.50
Staatsbahn	411.—	412.—
Südbahn	259.—	259.10
Frankfurt, 100 fl.,	103.15	103.35
London, 10 Pfd.	123.70	123.80
Paris, 100 Frcs.	49.15	49.20
Napoleon	9.86	9.86
Münzdukaten	5.83	5.84

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 5. Donnerstag, den 6. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, am Sonntage mit dem Beiblatte Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 4. Jan. Die Fraktionen der Kammer der Abgeordneten haben sich nunmehr gebildet: das Parteiverhältniß ist Folgendes: Zur patriotischen Partei gehören 80:

*Aschenauer, Advokat aus Kempten. Baier Joh., Bauer u. Vorst. a. Unterthulba. Barth Dr. K., Adv. a. Augsburg. *Benz, Kaufmann a. Heideck. Bichler Mich., Distr.-Schulinsp. a. Geltendorf. *Brand, Färber a. Lohr. Brückl Joh., Bierbr. u. Oek. a. Mintraching. Bucher H., Buchhdlr. a. Passau. Burger F., Bauer a. Zeil. Diepolder Dr. J., Minist.-Rath a. München. Eder A., Landrchtr. a. Burglengenfeld. Frank A., BGRath a. Weiden. *Frank, Pfarrer a. Vohenstrauß. Freyberg, R. Freiherr v., Gutsbesitzer a. Haldenwang. Freytag A., Advokat a. München. Fuchs O. Freiherr v., Bez.-Ger.-Assessor a. Neustadt. Fugger-Blumenthal E. Graf v., Gutsbesitzer a. Blumenthal. Gerauer B., Bauer a. Hartham. Grabner M., App.-Ger.-Rath a. Neuburg. Greil F. X., Lyzealprof. a. Passau. Gschwender Marktvorsteher a. Oberdorf. *Gürster, J., Appellationsger.-Rath a. Amberg. Hafenbrädl X. Frhr. v., Gutsbes. a. Schedlhof. Hafenbrädl A. Frhr. v., BGRath a. Regensburg. Hafenmaier J. G., Stpfr. a. Memmingen. Hauck Th., BAmtmann a. Mtt. Scheinfeld. Heinle A. Bierbr. a. Neuburg a/D. Henning Frz., Domkap. a. Bamberg. *Hilgenrainer, Brgrmstr. a. Osternwarngau. Höchstetter J. Mühlbes. a. Pielmühle. Hoffmann K., Notar a. Babenhausen. Hofstetter C., Gastw. a. Massing. Huttler Dr. M., Buchdruckbes. a. Augsburg. Jörg Dr. J. E., Archivkonservator a. Landshut. Krätzer, Dr. A., AGRath a. Passau. Kurz Dr. Kr., AGRath a. Aschaffenburg. Lauerer M., Kaufmann a. Amberg. *Leiseder, Bürgermeister a. Mühldorf. Lerzer Joh., Bauer u. Gem.-Vorst. a. Thannhausen. Lindner Dr. J., Stpfr. a. Erbendorf. Lucas J., Militärpred. a. Regensburg. *Mahr F. J., Stpfr. a. Ebermannstadt. Maier F. X., BAmtmann a. Landsberg. Mayer G., Oekon. a. Weising. Meirner K., Min.-Rath a. München. Miller F. v., Erzgieß.-Insp. a. München. Neumayer, Dr. J., gstl. Rath a. Vilsbiburg. Ostermann F. P., Glasermstr. u. Mag.-Rath a. Freising. Ow K. Frh. v., Reg.-Rath a. Landshut. Pfahler Dr. K., Stpfr. a. Deggendorf. Ponschab G., Brauereibes. a. Ingolstadt. Radspieler J., Hofvergolder a. München. Röckl J., Bauer a. Heidlingberg. *Ronkarz N., Kaufmann aus Gmünden. Ruland Dr. A., Oberbibliothekar a. Würzburg. Rußwurm A., Pfarrer u. Distr.-Schulinsp. a. Theuern. Schiferer W., Eisenhdlr. u. Bürgermstr. a. Waldkirchen. Schleich, Dr. M., Redakt. u. Real.-Bes. a. München. Schmid Dr. A., Domkapitular a. Bamberg. Schmid Frz. X., Stadtpfarrer a. Traunstein. Schmidbauer, Pfarrer a. Schwarzenfeld. Schmidkonz J., Rentbeamt. a. Rabburg. Schüttinger Dr. J., Adv. a. Bamberg. Seinsheim-Grünbach M. Graf v., Gutsbesitzer a. Grünbach. Senestrey K. J., Bez.-Ger.-Rath a. Traunstein. Sepp Dr. J., Gutsbes. a. Westobrunn. Söllner J., gstl. Rath a. Rottenburg. Stahl J., Marktvorst. a. Lautrach. Triller M., Pfr. a. Meckenhausen. *Weber L. Kaufmann a. Höchstadt. Weimer A., Oek. a. Neukirchen. Weis Dr. L., Min.-Rath a. München. Weiß R., Pfr. a. Wallerstein. *Weiß, E., Müller a. Poppenreuth. *Welzhofer. Westermayer Dr. A., Stpfr. u. gstl. Rath a. München. Wiesnet A., Adv. a. Passau. Winderl N., Advokat a. Passau. Zill B., Stpfr. a. Schongau. Zu-Rhein, L. Freiherr v., Kämmerer aus Würzburg. (Die mit * Bezeichn. sind neue Mitglieder.)

Zur Fortschrittspartei gehören 63. 11 Abg. haben sich bis jetzt keiner Partei angeschlossen.

München, 4. Jan. Das Stadtgericht hat den Redakteur des „Vaterland", Herrn Dr. Sigl, der Ehrenkränkung des Verlegers der „N. N.", Herrn Julius Knorr, für schuldig erklärt und in contumaciam zu 42 Tagen Gefängniß, 100 Gulden Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt.

München, 4. Jan. Die Mittheilung, daß auch Abgeordnete der patriotischen Partei, namentlich Dr. Karl Barth und Dr. Freytag, die Absicht hätten, einen Antrag auf Hinausschiebung des Einführungstermins des neuen Civilprozesses in die Kammer zu bringen, wird als eine völlig unbegründete bezeichnet. Sollte ein derartiger Antrag von anderer Seite kommen, so darf schon dermalen angenommen werden, daß derselbe die Majorität in der Kammer nicht erlangen wird. — Die Berathung des Entwurfs der Advokatenordnung ist im Staatsministerium der Justiz noch am Sonntag, in einer Vor- und Nachmittagssitzung, zum Abschluß gelangt. Von den

Digitized by Google

zur Berathung beigezogenen Advokaten wurden einige Abänderungen beantragt, doch konnte eine Gewährung derselben vorerst von dem Herrn Justizminister noch nicht zugesagt werden.

München, 4. Jan. Mit einziger Ausnahme des erkrankten Abg. Appellraths Dingler aus der Pfalz waren heute Vormittag sämmtliche übrigen 153 Mitglieder in der Kammer anwesend.

München, 5. Jan. Der erste Staatsanwalt am Bezirksgericht Deggendorf, Petersen, wurde zum Zwecke des Vollzugs der Verordnung über die oberste Leitung und Beaufsichtigung der Strafanstalten des Königreichs in das Justizministerium einberufen.

Zu der Berathung über den Entwurf der neuen Advokatenordnung sind u. A. beigezogen gewesen die Advokaten Dr. Henle, Dr. v. Auer, Dr. v. Schauß, Dr. Marq. Barth und Dr. Streit von Würzburg.

Eine der unfruchtbarsten Siege der Fortschrittspartei ist offenbar der bei der Kirchenwahl in Giesing errungene. Giesing hat nämlich sonst kein Kirchenvermögen und eigentlich — auch keine Kirche, denn das aus früheren Jahrhunderten stammende Dorfkirchlein ist doch für einen haupt- und residenzstädtischen Pfarrsprengel nicht mehr zu rechnen und der Neubau — steckt sei Jahr und Tag. Hat sich die konservative Giesinger Bevölkerung an der Wahl wirklich so viel wie nicht betheiligt, so wäre das ein Meisterstreich.

Gestern Abend war die patriotische Mehrheit der Kammer zum ersten Mal im Bambergerhof versammelt, und zwar bis auf Einige, welche noch spät oder erst heute ankommen, vollzählig. Der Klub begann seine Thätigkeit mit einem „Hoch" auf Se. Maj. den König und beschloß hierauf einen Ausschuß von 6 Mitgliedern zu wählen, je eines aus den bei der Partei vertretenden Kreisen.

Wie schon neulich alle gegen den Redakteur des „Bayer. Vaterl." eingeleiteten Untersuchungen durch Beschluß des k. Appellgerichts von Oberbayern eingestellt und die konfiszirten Nummern frei gegeben worden waren, so ist vom Bezirksgerichte Passau auch die konfiszirte Nummer 258 der „Donauztg." freigegeben und die wegen Amtsehrenbeleidigung des Ministers v. Hormann eingeleitete Untersuchung eingestellt worden.

— 5. Jan. Bis zur Stunde haben sich im Ständehause 151 Abgeordnete angemeldet. Noch nicht angemeldet sind: Brandenburg aus Wunsiedel, Jordan aus Deidesheim und Langguth aus Hersbruck.

Die Eiweisungskommission der Kammer der Abgeordneten hielt gestern und heute Sitzungen. Wann der nächste Zusammentritt der Kammer erfolgen wird, ist noch nicht bestimmt.

Die Regierungen von Mittelfranken und der Oberpfalz haben, wie schon früher die von Unterfranken, den Kirchenzwang für werktagspflichtige Kinder an Werktagen und bei Winterszeit aufgehoben und es lediglich dem Ermessen der Eltern und deren Stellvertretern anheimgegeben, ob sie die Kinder schicken wollen.

Nürnberg, 5. Jan. Gestern ist das Kapitalvermögen des aufgelösten hiesigen Landwehrregiments im Betrage von 39,400 fl. dem Magistrat ausgewortet worden.

Aus Waldenburg wird der Volkszeitung vom 3. Jan. telegraphirt: Heute hat eine große Zahl der Bergleute, welche bisher noch gearbeitet hatten, die Arbeit eingestellt.

Berlin, 5 Jan. Morgen ist beim König Ministerkonseil über Angelegenheiten, namentlich die Dauer des Landtags. — Graf Bismarck leitete heute eine Ministerberathung.

Berlin, 3. Jan. Mit dem 1. Jan. 1870 hat das preußische Ministerium des Auswärtigen aufgehört zu existiren, indem alle seine Funktionen auf den Bund übergegangen sind, dagegen gibt es von jetzt an eine wirkliche, selbstständige auswärtige Politik des Bundes und ein Bundesministerium des Auswärtigen, während bisher dieses beides nur wie ein Anhängsel der auswärtigen Politik Preußens und des preußischen Ministeriums des Auswärtigen erschien. Die Bundesdiplomatie wird aufhören, gleichsam eine besondere Angelegenheit und gleichsam ein Monopol Preußens und seiner Angehörigen zu sein, man wird nach den geeigneten Kapazitäten für die betreffenden Posten im ganzen Bundesgebiete ohne Unterschied des einzelnen Bundeslandes sich umsehen. Ein kleiner Anfang dazu ist schon gemacht durch die Berufung des bisherigen Sekretärs bei der königl. sächsischen Gesandtschaft in Berlin, Legationsrath v. Lindau, in das Bundeskanzleramt.

Wien, 5. Jan. Die Tagespresse erfährt, der König von Italien habe seinen Gesandten beauftragt, Erkundigungen einzuziehen, ob der Kaiser von Oesterreich in den nächsten Wochen sich hier befinden werde. Hieraus wird geschlossen, daß der König von Italien beabsichtige, den durch seine Krankheit vereitelten Besuch des Kaisers in Wien zu erwidern.

Ein Telegramm des Generalmajors Grafen Auersperg meldet: Der wegen Veröffentlichung der allerhöchsten Begnadigung für die sich unterworfen habenden Insurgenten in die Crivoscie entsendete Unterhändler meldete, „daß die Crivoscianer zur Unterwerfung geneigt scheinen und dieselben trachten, sich von dem entgegenwirkenden Terrorismus der Montenegriner, Herzegowinaer und Uskoken zu befreien, auch stellen sie Wachen aus, um Räubereien zu verhindern.

Ausland.

Aus Rom wird vom 31. Dez. telegraphirt: Gestern hielt das Konzil in St. Peter eine Generalkongregation. Die Versammlung fuhr in der am letz-

Digitized by Google

ten Dienstag eröffneten Diskussion über die philosophischen Irrthümer fort, und die Diskussion soll künftigen Montag wieder aufgenommen werden. Man versucht noch einmal, aber mit wenig Aussicht auf Erfolg, den akustischen Fehlern des bisherigen Sitzungssaales abzuhelfen. Man hält es kaum für wahrscheinlich, daß die Debatten bis zum 6. Januar weit genug gediehen sein werden, um eine zweite öffentliche Sitzung abhalten zu können.

Paris, 4. Jan. Die neuen Minister haben gestern den Eid geleistet und sich darauf der Kaiserin vorgestellt. Dieselbe äußerte im Verlauf der Audienz, daß sie gern diese Gelegenheit wahrnehme, um sie zu versichern, daß die Minister, die das Vertrauen des Kaisers besäßen, auch bei ihr stets des besten Empfanges gewiß sein dürften düften.

Paris, 3. Jan. Dem Public zufolge hat der Seine-Präfect Haußmann seine Demission gegeben; zu seinem Nachfolger sei Chevreau bestimmt u. Sensier werde zum Präfekten des Rhone-Departements ernannt werden.

Barcelona, 3. Jan. Gestern Abends haben feindselige Demonstrationen gegen den Minister Zorilla stattgefunden. Unter den Rufen: „Es lebe die Föderativ-Republik!" verfolgten pfeifende und Verwünschungen ausstoßende Haufen den Wagen Zorilla's, in welchen Terpentinflaschen geschleudert wurden. Infanterie und Cavallerie wurde consignirt u. der Wagen Zorilla's mußte von einem Cavallerie-Piquet escortirt werden.

Lissabon, 3. Jan. Aus Paraguay wird gemeldet, daß Lopez in Folge des Vertrages zwischen Brasilien und der argentinischen Republik vollständig ohne weitere Hilfsmittel sei. Brasilien wird 14,000 Mann, die argentische Republik ihr ganzes Kontingent zurückberufen.

Washington, 3. Jan. Boutwell reducirte die Goldverkäufe pro Januar auf 4, die Bondsverkäufe auf 6 Millionen Dollars. Nach dem Finanzbericht beläuft sich die Staatsschuld auf 2658 Millionen, d. i. eine Verminderung von 4¾ Millionen, der Baarvorrath besteht aus 109 Millionen in Gold und 12¾ Millionen in Papiergeld.

Newyork, 3. Jan. Die kubanische Junta widerspricht den Gerüchten über eine Einstellung des Aufstandes.

Kairo, 3. Jan. Die internationale Kommission hat in der Angelegenheit der Reform des exterritorialen Gerichtsbarkeit einen Ausschuß gewählt, der unter dem Vorsitze Nubar Pascha's aus Vertretern Oesterreichs, Frankreichs, Englands und Italien besteht. Der Ausschuß hat die von dem österreichischen Bevollmächtigten vorgeschlagene Basis angenommen, wonach die Gerichtshöfe erster Instanz in Alexandrien, Kairo, und Zagazig errichtet werden sollen. Das Appellationsgericht wird in Alexandrien, das oberste Revisionsgericht in Kairo seinen Sitz haben. Die Richter, die europäisch gebildete Juristen sein sollen, werden auf 6 Jahre ernannt und von der ägyptischen Regierung bezahlt.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentl. Magistratssitzungen vom 4. d. M

Vor Beginn der Sitzung wurden die am 3. Dez. v. J. gewählten und von der k. Regierung unterm 23. Dezbr. v. J. bestätigten bürgerlichen HH. Magistratsräthe vom Hrn. Bürgermeister auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten eidlich verpflichtet und in ihr Amt eingewiesen. In der vorangegangenen längeren Eröffnungsrede wurde als leitender Grundsatz die altrömische Senatsinschrift: „das Wohl der Gemeinde ist das höchste Gesetz" aufgestellt, dann nachgewiesen, daß es zu allen Zeiten und namentlich in den Zeiten der größten Städteblüthe an heftigen Parteikämpfen nicht gefehlt habe, daß dadurch aber die bürgerliche Thatkraft und Aufopferungsfähigkeit nur gehoben und gestärkt worden sei, und daß in der loyalen Handhabung der Oeffentlichkeit und in der gewissen Fernhaltung aller Geheimnißthuerei die beste Schutzwehr gegen ungerechte Vorwürfe und zugleich die sicherste Controlle selbst gegeben sei. Eine gute und redliche Verwaltung habe übrigens eine strenge Controlle nie zu fürchten, sondern könne und müsse solche nur wünschen. An die vorher erfolgte Vertheilung des Planes für die Tilgung der für öffentliche dringende Zwecke kontrahirten und nunmehr konsolidirten Schuld der Stadtgemeinde Bamberg wurde die „thatsächliche" Bemerkung geknüpft, daß „der Haushalt der Stadt ein durchaus geordneter und geregelter" und keineswegs ein krankhafter sei, wie jüngst behauptet werden wollte. Schließlich empfahl der Herr Bürgermeister dem Collegium Ruhe und Mäßigung in allen Verhandlungen und Handlungen als die besten Zeugen des einzigen Strebens, das Alle beseelen müsse, des Strebens für das Wohl der Stadt; woran sich die Begrüßung Namens der rechtsk. und technischen Herrn Collegen und die erste öffentliche Sitzung des neugebildeten Collegiums reihte. — Auf Grund des Abs. 5 des Art. 106 und des Abs. 2 des Art. 107 der Gemeindeordnung sollen die HH. Stadtg.-Bevollm. zur Bezeichnung von Mitgliedern zu den Commissionen für Ueberwachung des Kassa- und Rechnungswesens der hiesigen Stiftungen und Anstalten sowie zur Ueberwachung der letzteren veranlaßt werden, um hiernach die Geschäftsvertheilung ordnen zu können. — Die Verpflichtungs- und Einweisungsprotokolle der HH. Controleure Fiedler und Gruber und des H. Cassiers Brandel dienen zur Nachricht. — Dem Ansuchen des Hrn. Lehrers Drausnick um Aufnahme in das Pensionsinstitut für Schullehrer-Wittwen und Waisen sei nach eingeholtem Gutachten der Vorstandschaft zu entsprechen. — Der Antrag um Aufnahme des Kunstgärtnersohnes Beck in die hiesige Irrenanstalt sei auf Grund bezirksärztlichen Gutachtens wegen mangelnder Voraussetzung abzuweisen, dagegen sei der geisteskranke Paul Schubert von Lahm aufzunehmen. — Zur besseren Beleuchtung seien auf dem obersten Kaulberge eine Oellaterne und am Wege zum Weidendamme zwei Oellaternen aufzustellen; letzterer Weg soll auf Communrechnung in gehörigen Stand gesetzt und unterhalten werden. — Die Klageschrift der F. Schreinerswittwe Mohr wegen Annullirung des Testamentes des verlebten H. Pfarrers Zeh soll Namens der zum Erben eingesetzten Rettungsanstalt für verwahrloste Mädchen innerhalb des vorgesetzten Termines beantwortet werden. — Die Vergleichsverhandlungen mit den HH. Metzgermeistern Häfner u. Bamberger wegen Ersatz von zerbrochenen Marmorplatten seien zu genehmigen. — Nachdem laut Anzeige der Krankenhausverwaltung seit 5Monaten keine Blatternerkrankung mehr vorgekommen ist, sei der Extrawärterin zu kündigen. — Die auf Grund eines Artikels im Sprechsaale der hiesig. neue-

Digitized by Google

sten Nachrichten vom H. Amtsvorstande eingeleiteten Recherchen im Betreffe der hiesigen Schranne, haben auf Grund eines erstatteten bautechnischen Gutachtens vorläufig auf sich zu beruhen. — Wegen der allerhöchst angeordneten Verweigerung der Einsichtnahme der Frachtkarten und Lieferungsscheine bei der hiesigen Bahngüterverwaltung behufs Erhebung des Lokalaufschlages sei Vorstellung Behufs Fortgestattung beim k. Staatsministerium des Handels u. der öffentl. Arbeiten einzureichen. — Die Visitation des Kassa- und Rechnungswesens beim hiesigen Kassieramte der Wohlthätigkeitsstiftungen, dann der Leihanstalt und der Matzrialsturz im städt. Bauamte pro 1869 haben zu keiner Beanstandung Anlaß gegeben, was mit Befriedigung aufgenommen wird. — Die Marktgefälle seien gegen ein Pachtgeld von jährlich 700 fl. auf die Dauer von 3 Jahren dem seitherigen Marktgebührenpächter H. Berner zu überlassen. — Die Verzeichnisse der Ausgaben für die Haushaltung der hiesigen Stiftungen wurden festgestellt und zur Zahlung angewiesen. Desgleichen die Auslagen der Leihhausverwaltung für Beheizung und Beleuchtung. — Im Betreffe der aufgelösten Landwehr älterer Ordnung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Die vom Kommando übergebenen Rüstgelder seien vorerst in der Reservekasse aufzubewahren, 2) die gestellte Rechnung sei der niedergesetzten Kommission zur Prüfung zu unterbreiten, 3) die Fahnen seien im städtischen Archive auf dem Michaelsberge aufzubewahren und das Kommando des k. 5. Inf.-Reg. dahier Behufs militärischer Transferirung zu ersuchen, 4) die Miethe der seitherigen Regimentskanzlei sei zu kündigen und bis zum Ablauf derselben als Depot der Akten, Urkunden, Rechnungen ꝛc. unter Verschluß des Stadtmagistrats zu kündigen, 5) weitere Beschlußfassung sei bis zum Erlasse des neuen Bürgerwehrgesetzes auszusetzen. — Auf Antrag des H. Adam Schneider jun. sei bekannt zu geben, daß sein wegen der Alleebeschädigung an der Sophienstraße in Untersuchung befindlicher Sohn Friedrich nicht blos Fischers- sondern auch Schiffersohn sei, indem er (der Vater) eine Fischer- und Schifferconzession erworben habe. — Wegen Umbaus des israel. Ritualfrauenbades seien vor der Ertheilung der Vorstandschaft der israel. Kultusgemeinde und des Rabbinats das Gutachten des k. Verwaltungs-Bezirksarztes einzuholen. — Für die beiden nach Nordamerika ausgewanderten Söhne des H. Zimmermeisters Pöhner sei vorschriftsmäßiges Auswanderungszeugniß auszustellen. — Lizenzscheine seien auszufertigen für M. Spiegel von Fladungen und Dorothea Rückner von hier zu Habernsammeln, dann für den Schuhmachergesellen H. Borsdorfer zu komischen Gesangsvorträgen. — Dem Bierbrauer H. Maislein sei ausnahmsweise die Bewilligung zum Faßpichen in seinem Garten auf dem oberen Kaulberge zu gestatten. — Die Errichtung eines Lagerhauses mit Hopfendarre auf dem Anwesen des H. Isaak Rosenfelder an der Hainstrasse sei zu genehmigen. — Mehrere Anträge des Ausschusses der freiwilligen Feuerwehr werden genehmigt und namentlich die Anschaffung von weiteren 10 Schlauchschraubenschlüsseln u. die Ergänzung der den Wasserstand konstatirenden Brunnen-Täfelchen angeordnet. — Dem Wirth H. Friedr. Stadter sei die Ausgrabung eines Brunnens zu gestatten. — Der Gärtnerssohn J. Dippolt sei im Besitze des von seinen verlebten Eltern innegehabten Marktplatzes zu belassen. — Gegen eine hiesige Hebamme sei wegen Uebertretung der Hebammenordnung Strafverfolgung einzuleiten. — Laut kgl. Regierungsentschließung vom 21. v. M., den Unterricht in den deutschen Schulen, für diejenigen Soldaten, welche eine mangelhafte Schulbildung genossen haben, betr., hat sich das erfreuliche Resultat ergeben, daß aus der Stadt Bamberg kein derartiger Soldat hervorgegangen ist, was mit Befriedigung aufgenommen wird.

Frankf. Coursbericht vom 4. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	— bz.		3½	=	—. G.
	4½%	=	92⅜ G.	Baden.	4½%	Oblig.	92½ bz.
	4%	=	— bz.		4	=	— B.
Frankf.	3½	=	81 G.		3½		81½ B.
Nassau.	4½%	Oblig.	92½ bz.	G. Hessen	5%	=	102⅜ G.
	4	=	83⅜ bz.		4%	=	92½ bz.
Kurhess.	4	=	— B.	Sachsen.	5%	=	—. B.
Bayern.	5%	=	101⅛ G.	Brschw.	3½	=	81½ B.
	4½	1jhr. =	91½ bz.	Oesterr.	4⅛	R.i.S.	75⅛ bz.
	4½	2jhr. =	91⅛ G.		5%	Met.-CM.	— G.
	4	1jhr. =	— G.		5%	Nat.-Anl.	—bz.
	4	½jhr. =	86½ G.		5%	steuerfr.	— bz.
	4	Abl.-R.	86⅛ bz.		4½	Metall	—bz.
	3½	Obl.	— G.		5	Ung. E.-A.	—
Würtbg.	4½%	=	91⅝ G.	Belgien.	4½	Obl.	104 G.
	4	=	— B.	NAerm.ika	6%/81v.64		94⅜ bz
					5%	Bds	71r v. 61 — B

Cölner Dombau-Lotterie

Hauptgewinne:

43750 fl., 17500 fl., 8750 fl., 2 zu 3500 fl., 5 zu 1750 fl., 12 zu 875 fl., 50 zu 350 fl., und noch 1300 Geldgewinne mit zusammen 70,000 fl.; dann noch Kunstwerke im Werthe von 35000 fl., im Ganzen 218,750 fl.

Geringster Gewinn: 35 Gulden.

fl. 1. 45 kr. das Loos.

Ziehung am 13. Januar 1870.

Loose sind zu haben bei

J. K. Eckenberger.

Theater-Anzeige.

Donnerstag, den 6. Januar 1870.
12. Vorstellung im 5. Abon.

Preciosa.

Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von C. M. von Weber.

Freitag, den 7. Janar.
Zum Benefiz des Hrn. Kapellmeisters Emilius Erhart.
Bei aufgehobenem Abonnement.

Don-Juan.

Oper in 2 Akten von Mozart.

Zu dieser Vorstellung ladet ergebenst ein E. Erhart.

Lieber Freund! Brief erhalten und mich sehr gefreut.

Katholisches Casino.

Donnerstag 6. Januar 1870:
Musikalische Unterhaltung Abends 7 Uhr für die Mitglieder nebst deren Familien.

Der Vorstand.

Frankfurter Geldcours

vom 4. Jan.

Preuß. Kassenisch.	fl. 1.	44⅞—45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl. 9.	58—59
Pistolen	fl. 9.	48
Do. doppelte	fl. 9.	49
Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9.	54—56
Dukaten	fl. 5.	36—38
Napoleonsd'or	fl. 9.	28—29
Sovereigns	fl. 11.	54—58
Imperiales	fl. 9.	48—50

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 6. Freitag, den 7. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, am Sonntage mit dem Beiblatte Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Von auswärts gehen uns Beschwerden ein, daß den Abonnenten unsere Zeitung gar nicht zugestellt werde. Wir bitten die verehrl. Abonnenten ihre Reklamationen sofort bei d. betr. Posterpeditionen anzumelden.

Was will und braucht unser Volk.

Eine sehr interessante Broschüre ist erschienen unter dem Titel: „Politischer Syllabus, enthaltend 10 wohlformulirte Wünsche und Anträge des niederbayerischen Volkes, an die Kammer der Abgeordneten und der Reichsräthe gerichtet." Der Verfasser — und sicher das gesammte patriotische Volk mit ihm — verlangt:

1) Direkte geheime Landtagswahl, denn die jetzige Wahlform sei die unsittlichste von allen, sie verderbe den Charkter der Staatsbürger und entnerve ihren Unabhängigkeitssinn. Diese Forderung der direkten Wahlen wird ohne Zweifel ihre Erfüllung finden.

2) Wirkliche Preßfreiheit, denn zur Zeit haben wir blos den heuchlerischen Schein einer solchen.

3) Freies Vereinsrecht. Die Gründung eines Vereins soll nicht erst einer staatlichen Genehmigung bedürfen, und kein Verein soll geschlossen werden dürfen durch eine Verfügung der Polizeibehörde.

4) Gleiche Vertheilung der Steuern und Taxen denn zur Zeit besteht hierin eine wahrhaft schreiende Ungleichheit. Der Verfasser will, daß an die Stelle der verschiedenen Steuern nur eine, eine Gesammtsteuer trete, nemlich eine schön gleichheitlich festgestellte Einkommensteuer. Bisher zahle z. B. ein Beamter, der 2500 fl. jährliches Einkommen hat, ganze 25 fl. Einkommensteuer, während ein Bauer, dessen Oekonomie nach Abzug der Lasten ebenfalls noch 2500 fl. wirkliches Einkommen abwerfen würde, wenigstens 300 Tagwerk des allerbesten Grundes haben müsse und sicherlich davon (ohne Bodenzins) seine 250 fl. bezahle. Der Eine also, der überdies im Erkranknngsfalle oder bei vorgerücktem Alter einer ausgiebigen Pension sich erfreut, zahlt magere 25 fl.; der Andere, der auf nichts zu rechnen hat, als was er sich mit saurer Mühe erwirbt, zahlt vom gleichen Einkommen das Zehnfache. Das darf freilich anders werden!

5) Beseitigung der zwangsweisen Armenpflege. Es gibt Leute, denen Trägheit und Leichtsinn so sehr zur zweiten Natur geworden sind, daß sie so lange nicht ins Geschirr greifen und arbeiten, als sie die schöne Aussicht haben, daß sie auf Kosten der Gemeinde ernährt werden müssen, wenn ihre Lage es einmal verlangt. Man hat mit der einen Hand die Verehelichung freigegeben, mit der andern Hand aber den Gemeinden die nur erst recht unnatürliche Verpflichtung auferlegt, für das aus dieser uneingeschränkten Heirathsfreiheit erwachsende Gesindel zu sorgen. Auch das muß ein Ende haben.

6) Erweitertes Hausrecht. Die den neuen Polizeigesetzen zu Grunde liegende baumwollene Gelindigkeit gegen die Streuner, gegen das fahrende Gesindel müßiger Strolche ist nachgerade zur größten Grausamkeit gegen die ehrlichen Besitzenden geworden. Die Lumpen und Vagabunden haben das schnell herausgefunden. daher die Grobheit und Dreistigkeit, mit der sie auf dem Lande auftreten. Es ist hohe Zeit, daß hier Abhilfe werde.

7) Minder kostspielige Gesetzmacherei. Ziele unserer neuen Gesetze sind durchaus unpraktisch, und das Volk hat ein Recht, zu verlangen, daß diese Gesetzmacherei auf wohlfeilerem Wege praktizirt werde.

8) Beschränkungen der Pensionirungen. Beamtenverminderung. Die politische Welt soll endlich aus dem Geleise ewiger Schreiberei gelenkt werden.

9) Eine einfache, minder kostspielige Militär-Organisation. Es kann doch wahrhaftig nicht der Beruf und die Aufgabe Bayerns sein, sich lediglich zu Gunsten der preußischen Hausmacht finanziell und politisch zu ruiniren.

10) Die unverletzte Selbstständigkeit Bayerns. Das Volk will bayerisch sein und bleiben und wankt nicht in seiner Vaterlands-Treue. A Pfz.

Inland.

München, 5. Jan. Die Kammer der Reichsräthe trat heute Mittags zum ersten Male zu ihrer Konstituirung einer geheimen Sitzung zusammen. Nach Begrüßung der Mitglieder durch den ersten Präsidenten Frhrn. v. Stanffenberg wurde Frhr. v.

Digitized by Google

Thüngen wieder zum zweiten Präsidenten, die HH. v. Niethammer zum ersten und Graf Lerchenfeld zum zweiten Sekretair gewählt. Auf Vorschlag ihres Präsidenten beschloß sodann die Kammer einstimmig, die im vorigen Oktober für den aufgelösten Landtag vorgenommenen Ausschußwahlen für den jetzt beginnenden in Giltigkeit zu belassen.

Aus München, 4. Jan. schreibt die Frkf. Ztg.: Der Beginn der Kammersession ist den Patrioten hold; nicht nur, daß der Alterspräsident u. die beiden Jugendsekretäre dieser Parthei angehören, auch von den übrigen sechs durch das Loos bestimmten Mitgliedern der Einweisungskommission zählen 5 zu den Patrioten. Es ist in Folge dessen eine sehr eingehende Prüfung derjenigen Wahlen zu erwarten, bei welchen die ministerielle Parthei den Sieg davon getragen hat und gegen welche Seitens der oppositionellen Wähler Proteste eingelaufen sind. Insbesondere wird dies gegen den sieben (fortschrittlichen) Vertretern des Wahlkreises München der Fall sein, die bekanntlich ihre Wahl dem Kunststück verdanken, daß die fortschrittlichen Wahlmänner, um die gesetzlich erheischte absolute Majorität zu sein, einige geguerische Wahlmänner-Wahlen kassirten, dadurch die Gesammtzahl der Wahlmänner und damit auch die Majoritätsziffer gerade so weit, als es „zweckdienlich" war, verkleinerten. Ohne Zweifel wird nun die Commission beantragen, die sieben Münchener Wahlen für ungültig zu erklären. Daß dieser Antrag aber, der beiläufig bemerkt, durch die gesetzlichen Bestimmungen vollständig gerechtfertigt ist auch im Plenum angenommen werden wird, ist bei der Zusammensetzung der Kammer kaum zweifelhaft. Es würde somit für München die Aufregung und Erbitterung eines neuen Wahlkampfes vor der Thüre stehen, während in der Kammer das numerische Uebergewicht der Opposition noch stärker als es schon jetzt der Fall ist hervortreten würde.

Der Abgeordnete Kolb hat den nachfolgenden, von Gerstner u. A. unterstützten Antrag in Betreff eines neuen Landtagswahlgesetzes in der Abgeordnetenkammer eingebracht: „Der Unterz. wiederholt anmit seinen bereits auf dem vorletzten und ebenso auf dem letzten Landtag in obigem Betreffe gestellten Antrag, dahin gehend: Hohe Kammer der Abgeordneten wolle an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte richten, allergnädigst die Vorlage eines Gesetzentwurfs an den gegenwärtig versammelten Landtag verfügen zu wollen, wonach bezüglich der Landtagswahlen folgende Grundsätze zur Anwendung zu kommen hätten: allgemeines direktes Wahlrecht, Wählbarkeit jedes volljährigen unbescholtenen Staatsangehörigen ohne Rücksicht auf Steuerzahlung, geheime Abstimmung, gesetzliche Feststellung und Verkleinerung der Wahlbezirke, so daß in jedem derselben nur ein Abgeordneter zu wählen sei, Aufhebung des Instituts der Ersatzmänner und Abkürzung der Wahlperioden; ferner, hieran sich anreihend: Herabsetzung der Reisegebühren der Abgeordneten auf ein den jetzigen Verkehrsverhältnissen entsprechendes Maß." Motive: „die früher entwickelten nach allen Beziehungen verstärkt durch die bei den vorletzten und letzten Landtagswahlen hervorgetretenen mannigfachen Mißstände." Gleichzeitig übergab der Antragsteller Petitionen mit zahlreichen Unterschriften, in denen sämmtlich das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht verlangt wird.

Bis zum 6. d. haben sich 152 Abgeordnete angemeldet. Jordan u. Langguth fehlen noch.]

In Landshut starb am 1. Januar an der Wasserscheu der Bezirksgerichtsrath Thomas Mayer. Im Jahre 1848 Mitglied des deutschen Parlaments, folgte er diesem nach Stuttgart, und saß, deshalb wegen Hochverraths angeklagt, drei Vierteljahre in Augsburg in Untersuchungshaft, bis endlich vom Kreis- und Stadtgericht in Augsburg und auf erhaltene Appellation des verstorbenen Staatsanwaltes Hederer, welcher später im Gespräche zu erzählen pflegte, daß er zu Appellation ausdrücklich ministeriellen Befehl gehabt habe, vom Appellgericht in Neuburg die Einstellung der Untersuchung wegen Mangels an strafbaren Reats erfolgte. Hierauf als Landgerichts-Assessor pensionirt, lebt er eine Zeitlang in München, wurde später auf Ansuchen als Appellgerichtssekretär in Freysing reaktivirt, und nach langen Jahren und beständigen vergeblichen Petitionen in der ersten Zeit des Ministeriums Mulzer zum Bezirksgerichtsrath in Landshut befördert. Seine schwärmerische Begeisterung für die deutsche Freiheit konnten ihm die schwersten Schicksalsschläge bis an sein Ende nicht nehmen. Ursache seines kläglichen Todes war eine Bißwunde, welche ihm vor einiger Zeit von seinem wuthverdächtigen Hündchen beigebracht worden.

Aus Baden wird gemeldet: Unter den Protestanten regt es sich gewaltig. Nachdem man gegen das Civilehegesetz sich apathisch und theilweise selbst zuvorkommend verhalten, sucht man dessen Folgen so viel wie möglich abzuschwächen und es sind eine Reihe Petita bezüglich der kirchlichen Trauung des Aufgebotes u. s w. gestellt worden. Man hätte sich doch besser vorher gewehrt. — Das Kloster Rheinau ist zum großen Theile abgebrannt. Die Kirche wurde gerettet. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle, konnte aber, weil das Wasser gefroren war, wenig wirken.

Pforzheim, 3. Jan. Für die strikenden Bergleute zu Waldenburg sind von dem hiesigen Gewerbverein 1100 Thlr. abgegangen.

Dresden, 5. Jan. Die Kommission der ersten Kammer stellt den Antrag: die Regierung möge dahin wirken, daß der Entwurf eines Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund erst Sachkundigen vorgelegt werde; die Kommission wünscht namentlich den Wegfall der Todesstrafe und des Adelsverlustes.

Chemnitz, 5. Jan. Eine vorgestern von den

Arbeitervereinen nach Mittweida berufene Volksversammlung wurde aufgelöst und dabei der Rechtsanwalt Stück von Mannheim verhaftet.

Berlin, 5. Jan. Die „Provinzial-Correspondenz" schreibt bezüglich des Ministerwechsel in Frankreich, daß die Umstände, unter welchen der Wechsel stattgefunden habe, sowie die politische Ueberzeugung des zur Bildung des Ministeriums berufenen Staatsmannes eine neue Bürgschaft geben für die Aufrechthaltung der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen, welche auf Grund der Gesinnungen des Kaisers Napoleon zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bunde bestünden.

Die Nachricht, daß die Bundespostbehörden vom 1. April d. J. mit der Post eine „Sparrkassa" nach englischem Systeme verbinden würden, hat sich als verfrüht herausgestellt, da nur so viel wahr ist, daß man in den höchsten Kreisen schon seit lange den Gedanken hege, sich durch eine solche Einrichtung ohne Schmälerung des Kriegsetats einen größeren Betriebsfonds zu schaffen.

Das Druckschriftenbureau des Polizeipräsidiums ist mit dem 31. Dezember nicht aufgelöst worden, obschon die Remuneration der Lektoren vom Landtage gestrichen sind. Da die Regierung, bemerkt die „Zukunft" Dank der Freigebigkeit der Majorität, über große geheime Fonds zu verfügen hat, so konnte die Streichung jener Summe auf sie keinen Zwang ausüben. Aus der Beibehaltung des Druckschriftenbureaus läßt sich auch schließen, wie wenig es mit dem demnächst vorzulegenden Preßgesetze auf sich hat.

Wien, 4. Jan. Das Gerücht, ein österreichischer Erzherzog (nach Wiener Blättern Karl Ludwig) werde den Besuch des Kronprinzen von Preußen in Berlin erwidern, tritt in unterrichteten Kreisen ziemlich bestimmt auf.

Nach Wiener Blättern ist ein internationler Freidenkerbund in der Bildung begriffen. Aus Norddeutschland, Baden, Hessen, Württemberg, Bayern, Oesterreich und Ungarn sind bereits Beitrittserklärungen eingelangt. In den Statuten dieser Vereinigung heißt es unter Anderem: „Unsere Religion darf nicht mehr eine übersinnliche — sondern muß eine reale und sociale sein, muß in der Kultivirung des menschlichen Einzel- und Gesellschaftslebens und seiner einzelnen Epochen — muß also im Diesseits, nicht im Jenseits seine Grundlage haben. Zu den bestehenden Religionen soll sie sich nicht als Sekte, sondern als ganz neue Spezies von Religion verhalten." Nach § 1 der Statuten gehören die Freidenker keinem Glaubensbekenntnisse einer bestehenden Kirche an, haben aber als solche die Pflicht, keine bestehende Kirche anzufeinden oder Mitglieder einer solchen durch irgend welche direkte Manipulationen abtrünnig zu machen, haben vielmehr blos durch ihr eigenes Beispiel im Interesse der Nachahmung zu wirken. Die Feste der Cogitanten oder Freidenker sind nach § 7 folgende: a) das Neujahrsfest am 1. Januar; b) das Frühjahrsfest am 21. März; c) das Sommerfest am 21. Juni; d) das Herbstfest am 21. September; e) das Winterfest am 21. Dezember. An diesen Festen wird aus der Gemeindekasse für Reiche wie für Arme ein unentgeltliches Festmahl, ein ernstes dramatisches Festspiel und ein allgemeines Volksfest veranstaltet. — Die neue Spezies von Religion scheint also auf den Cultus der „gesunden Sinnlichkeit" hinauszulaufen.

Ausland.

Rom, 3. Jan. Diesen Morgen hat das Konzil Sitzung gehalten. Nachdem der Cardinal-Alterspräsident den Tod von vier Patres des Konzils angekündigt hat, wurde der Kardinal d'Angelis an Stelle des Msgr. v. Reisach zum Kardinal-Präsidenten ernannt. — Kardinal Bilio ist zum Präsidenten der Kommission der Dogmen und Kardinal Caterini zum Präsidenten der Kommission der geistlichen Disziplin ernannt worden. Sodann haben vier Prälaten das Wort ergriffen. — Die kaiserliche Yacht ‚Greif' ist beordert worden sich vom 18. Jan. an bereit zu halten, um die Kaiserin von Oesterreich nach Triest zurückzubringen. Es ist unrichtig, daß der Kaiser v. Oesterreich in Rom erwartet werde.

Paris, 6. Jan. Das Journ. offiziel veröffentlicht nach einer statist. Darstellung, daß 92,411 Personen von dem Amnestieerlasse vom Aug. v. J. Gebrauch machten.

Das neue französische Ministerium wird von liberalen Pariser Blättern günstig beurtheilt, von den demokratischen dagegen bekämpft. Der „Siecle" verlangt, daß die Minister, welche zugleich Abgeordnete sind, sich einer Neuwahl unterziehen. Die französische Verfassung, welche überhaupt nicht auf das parlamentarische System gegründet ist, enthält darüber keine Bestimmung. Die Pariser Börse hat das neue Ministerium mit einem bedeutenden Steigen der Werthpapiere begrüßt.

Der Kardinal Matthieu, Erzbischof von Besanzon, hat nach Ordinirung von 43 Diakonen am 3. d. die Rückreise von Marseille über Civitavecchia nach Rom angetreten.

Aus der Stadt und Provinz.

L Bamberg, 6. Jan. Schon wiederholt wurde Klage darüber geführt, daß die als Amtsblätter benützten und darum von Sporteln und Steuern gefütterten kleinen Blättchen die bissigsten und giftigsten sind, wo es sich um Religion, Glauben und Kirche handelt. Das Unglaublichste bietet in dieser Beziehung für den oberfränkischen Bezirk das „Bayreuther Tagblatt", dem wir wiederholt seine Arroganz und Perfidie in kathol. Dingen zu verweisen Gelegenheit hatten. Dies Blatt ist Amtsblatt für Bayreuth und

Digitized by Google

Berneck und predigt kühn und open den crassesten Unglauben. Gelegenheit dazu bot ihm des ungläubigen Freigemeindlers Scholl Vortrag übrr die Unsterblichkeit, den dieser im Sonnensaale in Bayreuth hielt. Mit sichtlichem Behagen und eckelnder Lust produzirt genanntes Amtsblatl in seiner Nummer 361 Scholls Deduktionen seinen Lesern. Für ihn ist die persönliche Unsterblichkeit ein schöner Wahn, weil er nicht begreife, warum wir Menschen allein etwas vor den Thieren voraus haben sollten und weil der Glaube an die Unsterblichkeit zu den größten Ungeheuerlichkeiten gerade bei den christlichen Religionen geführt habe. In der That ist das für ein Amtsblatt stark und ein Zeichen, wie viel man seinem Publikum zu bieten wagt. Zwar wird sich über diese Tiraden kein vernünftiger Mensch ein graues Haar wachsen lassen; allein wenn es lange noch so fortgeht, daß solche Blätter von Amtswegen gefüttert und großgezogen werden, dann geht es nicht mehr lange.

(Anfrage.) Im „Bamberger Tagblatte" geschah Erwähnung von dem im Manuskripte hinterlassenen Werke des Biblioth. Jaeck „das wohlthätige Bamberg." Allein es ist bisher nicht bekannt geworden, in wessen Hände dasselbe gelangt ist. Würde das Werk im Druck erscheinen und nach Bestreitung der Kosten für Papier und Druck der Mehrerlös der im 2. Distrikte zu errichtenden Kleinkinderbewahranstalt zugewendet, so würde dadurch die Absicht des Verfassers, auch nach seinem Tode Gutes zu stiften, erreicht. Subskribenten würden alsbald die voraussichtlichen Druckkosten decken.

Staffelstein, 5. Jan. Die Nachricht, daß im hiesigen Bezirksamte die beantragte Wiederauflösung gebildeter Bürgermeistereiverbände die Genehmigung der Regierung nicht erhalten habe, ist unrichtig, indem die von den bezüglichen Gemeinden beantragte Wiederauflösung der Verbände von der k. Kreisregierung zur Zeit noch nicht beschieden ist.

λ Von der Rodach. Das bezirksamtl. Licht. Tagblatt benimmt sich recht leichtsinnig und lieblos gegen den Schreinergesellen Joh. Keim vnn Lettenreuth. Während bis zur Stunde noch Dunkel herrscht über die Zeuluer Mordthat, hat es gleich anfangs darüber berichtet, als ob es Augenzeuge gewesen wäre und besagtem Keim die ganze Schuld zugewälzt. Jetzt läßt es ihn durch Selbstmord sterben, indeß er in der Frohnfeste zu Kronach vertrauend auf göttliche u. menschliche Gerechtigkeit ergeben dem Endresultate der Untersuchung entgegensieht.

Frankf. Coursbericht vom 5. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	bz.	Baden.	3½	= — G.
	4½%	=	92⅜	G.		4½% Oblig.	92½ bz.
	4%	=	—	bz.		4 =	— B.
Frankf.	3½	=	81	G.		3½	81½ B.
Nassau.	4½%	Oblig.	92½	bz.	G. Hessen	5% =	102⅞ G.
	4	=	83⅝	bz.		4% =	92½ bz.
Kurhess.	4	=	—	B.	Sachsen.	5% =	— B.
Bayern.	5%	=	101⅜	G.	Brschw.	3½ =	81½ B.
	4½	1jhr. =	91½	bz.	Oesterr.	4⅛	R.i.S. 75½ bz.
	4½	2jhr. =	91⅜	G.		5%	Met.:CM. — G.
	4	1jhr. =	—	G.		5%	Nat.-Anl. —bz.
	4	2jhr. =	86½	G.		5%	steuerfr. — bz.
	4	Abl.-R.	86⅞	bz.		4½	Metall —bz.
	3½	Obl.	—	G.		5	Ung. E.-A. —
Würtbg.	4½%	=	91⅞	G.	Belgien.	4½	Obl. 104 G.
	4	=	—	B.	NAerm.ika	6%	81b.64 94⅜ bz
						5%	Bds 71r b. 61 — B

Zahl, Maſs und Gewicht

oder

die Decimalberechnung und die neue Maß- und Gewichts-Ordnung für Bayern.

In ihrer Begründung auf das dreimale Zahlensystem anschaulich dargestellt und ihre Anwendung in zahlreichen Beispielen erläutert für Lehrer und Schüler, wie auch zum Selbstunterrichte für Geschäfts- und Landleute unter steter Vergleichung alter und neuer Maße ꝛc., mit den nöthigen Abbildungen. Von Gregor Fischer. 2—4

Im königl. Central-Schulbücher-Verlage.

Wir sind überzeugt, daß keines der bisher erschienenen Werke das Verständniß und das Rechnen mit den neuen Maßen und Gewichten auf eine so natürliche, anschauliche und gemeinfaßliche Weise darstellt, als das vorstehende Büchlein, welches in den nächsten 14 Tagen die Preße verläßt und zu einem äußerst billigem Preise zu haben ist.

Der Verfasser, welcher durch einen 10jährigen Aufenthalt im Ausland die Praxis des metrischen Systems sowohl in der Schule als auch im Geschäftsleben gründlich kennen lernte, trägt den Bedürfnissen der Schule und der Praxis vollständig Rechnung. Er basirt seine Arbeit auf eine ganz originelle und äußerst einfache Darstellung des decimalen Zahlensystems, wie sie uns noch nicht vorgekommen ist. Nach dieser Methode haben die Decimalbrüche ihren befremdlichen Charakter gänzlich abgelegt. Wer das Lesen und das Einmaleins gelernt hat, wird sich in wenigen Stunden des Gegenstandes so weit bemächtigen, daß er hinfort ein Vergnügen daran findet, der neuen Maße und Gewichte und der decimalen Rechnungsweise sich in der Praxis zu bedienen.

Anzeige.

Wir beehren uns einem verehrl. Handelsstande anzuzeigen, daß wir unterm Heutigen unsere am hiesigen Platze erworbene

Porzelain-Fabrik

in Betrieb gesetzt haben und Aufträge auf unser Fabrikat in Tafel- und Kaffegeschirren nun entgegennehmen. Vorzügliche Qualität und billige Preise unseres Fabrikats dürften Veranlassung geben, uns mit Aufträgen zu betrauen, daher wir unser Etablissement geneigter Berücksichtigung bestens empfohlen halten.

Hochachtungsvoll!

Reichmannsdorf bei Bamberg,
1. Januar 1870.

Fritz und Denner.

St. Josephsblatt
1869,

vorräthig bei Otto Reindl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 7. Samstag, den 8. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, am Sonntage mit dem Beiblatte Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 5. Jan. Die Kammer der Reichsräthe hatte in ihrem heute Vormittag 11 Uhr stattgefundenen Zusammentritt sich konstituirt, indem Frhr. v. Thüngen zum 2. Präsidenten, Hr. v. Riethammer zum 1. und Graf von Lerchenfeld zum 2. Sekretär wiedergewählt wurden. In den 1. Ausschuß für Gegenstände der Justiz sind sodann gewählt worden die Reichsräthe Frhr. v. Frankenstein, v. Maurer, Frhr. v. Schrenk, v. Bomhardt, v. Haubenschmid; Ersatzmann: Graf v. Seinsheim; — in den 2. Ausschuß für Gegenstände der Finanzen: Prinz Ludwig, Herzog Karl Theodor, v. Riethammer, Frhr. v. Frankenstein, Graf v. Seinsheim, Frhr. v. Aretin, Frhr. v. Thüngen; Ersatzmann: Graf v. Bothmer; in den 3. Ausschuß für Gegenständ der inneren Verwaltung: Prinz Ludwig, v. Harleß, Bischof v. Dinkel, Graf v. Lerchenfeld, Frhr. v. Aretin, Frhr. v. Thüngen, Frhr. v. Schrenk; Ersatzmann: Graf v. Seinsheim; — in den 4. Ausschuß für Beschwerden: Fürst v. Oettingen-Spielberg, Erzbischof v. Scherr, v. Harleß, Bischof v. Dinkel, Frhr. v. Frankenstein, Fürst v. Wrede, Graf Deroy, v. Bomhard; Ersatzmann: Graf v. Törring-Jettenbach; in den 5. Ausschuß zur Prüfung der Anträge: 1. Präsident Frhr. v. Stauffenberg, Graf v. Schönborn, Frhr. v. Ponikau, Graf v. Lerchenfeld, v. Döllinger; Ersatzmann Fürst v. Oettingen-Spielberg; in den 6. Ausschuß zur Prüfung der Legitimationen: 1. Präsident Frhr. v. Stauffenberg, Graf v. Fugger-Kirchheim-Hoheneck, Graf v. Schönborn, Frhr. v. Gumppenberg, Frhr. v. Frankenstein, Ersatzmann: Frhr. v. Zu-Rhein; — in den Ausschuß zur Prüfung der Entschuldigungen: Fürst v. Oettingen-Spielberg, Frhr. v Frankenstein, Graf v. Sandizell, Graf von Törring-Jettenbach, Frhr. v. Aretin; Ersatzmann: Fürst v. Wrede; — endlich ist der Justiz-Gesetzgebungsausschuß aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt worden: v. Riethammer, Frhr. v. Frankenstein, v. Maurer, Frhr. v. Schrenk, v. Bomhard, Graf v. Bothmer, v. Haubenschmid; Ersatzleute: Graf v. Lerchenfeld, Graf von Seinsheim, Fürst v. Oettingen-Spielberg.

München, 6. Jan. Wie nunmehr feststeht, wird Se. Majestät der König selbst den Landtag eröffnen. In einer gestern Abend stattgehabten Sitzung des Ministerrathes erfolgte die Schlußberathung des Entwurfs der Thronrede, welcher jetzt Sr. Maj. dem König in Vorlage gebracht werden wird. Die Landtagseröffnung wird indessen, da die Kammer der Abgeordneten erst zu Anfang der nächsten Woche zur Wahl ihrer Präsidenten und Sekretäre gelangen wird, jedenfalls nicht vor dem 12. d. M. stattfinden können.

München, 6. Jan. Wie ich vernehme, ist im Klub der Abgeordneten der patriotischen Partei bereits beschlossen worden, daß die Wahl der 7 Abgeordneten der Residenzstadt und die Wahl von 2 Abgeordneten von Günzburg beanstandet werden sollen. (In München und Günzburg haben bekanntlich die fraglichen Abgeordneten nur durch ihre eigene Stim. [Selbstwahl] die absolute Mehrheit erlangt.) Von einer Beanstandung der Wahlen in Passau und Bamberg (wo die Wahlbezirke nicht die vom Gesetz geforderte Zahl von 31,000 Seelen hatten, scheint man absehen zu wollen, schon aus dem Grunde, weil, wenn beide Wahlen kassirt würden, dann in Niederbayern und Oberfranken eine neue Wahlbezirkseintheilung erfolgen und sohin sämmtliche Wahlen der beiden Regierungsbezirke annullirt werden müßten. —

München, 7. Jan. Die Einweisungskommission der Kammer der Abgeordneten hielt heute eine Sitzung, welcher der Staatsminister des Innern v. Braun und Ministerialrath von Dubois beiwohnten. Die Kommission wird morgen Vormittags wieder zusammentreten.

München, 7. Jan. Se. Majestät der König hat heute Mittags die Kreditive des preußischen Gesandten Frhrn. von Werthern entgegen genommen, wodurch derselbe auch als Gesandter des norddeutschen Bundes beglaubigt wird.

München, 7. Jan. (Dienstesnachrichten.) Den bisherigen Oberstaatsanwaltsschaftsverweser am Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg, K. v. Wallmenich wurde nunmehr definitio als solcher ernannt.

Vergangene Nacht starb dahier im hohen Alter der quieszirte Präsident des Appellationsgerichts der

Digitized by Google

Oberpfalz, Herr v. Allweyer, Komthur der beiden Verdienstorden.

Ueber das muthmaßliche Verhalten des Ministeriums zur neugewählten Kammer bringt ein Münchener Correspondenz der ‚Weserzeitung' unter dem etwas sensationellen Titel „die Schwenkung des Ministeriums Hohenlohe" angebliche Enthüllungen, welche wir, nicht sowohl um ihrer Glaubwürdigkeit als um ihrer höchst durchsichtigen Abstammung willen, gleichsam als Ausdruck der Stimmung der Kammerminderheit, nachstehend im Wesentlichen wiedergeben. — „Stärkere Betonung der bayerischen Selbstständigkeit" — schreibt dem Bremer Blatt sein Münchener Partgenosse — „und selbstgefällige Perhorreszirung des inneren preußischen Regierungssystems, mit diesem leidlich wohlfeilen Versöhnungsöle hofft man die Wogen des „rasenden Sees" zu besänftigen. Gleichzeitig soll diese neue Politik in der Kammer durch eine neue Parteigruppirung ausgedrückt werden. Zu diesem Behufe wird sich zunächst die ministerielle Mittelpartei weiter nach rechts hinüberziehen — ein Manöver das von ihrem Organ, der „Bayerischen Landeszeitung", bereits durch eine Reihe von Angriffen gegen Preußen vorbereitet wurde. Sodann hofft man auf das Ausscheiden einer gemäßigt klerikalen Gruppe aus der kompakten Masse der Ultramontanen. Aus dieser „patriotischen" Gruppe will das Ministerium dann mit Hinzählung der mittelparteilichen Reste einen neuen parlamentarischen Stützpunkt schaffen, stark genug um hüben die Fortschrittspartei, drüben die eigentlichen Ultramontanen im Zaume zu halten." Diesem „Plane" wird jedoch von dem Berichterstatter der Weserz. kein günstiges Prognostikon gestellt, derselbe zieht vielmehr aus seiner Recognoscirung im im ministeriellen Lager folgende Alternative: „Es gibt, seitdem die Wahlen erwiesen haben, daß ihm die Meinung des Landes in ihrer Mehrheit entgegen ist, für ein Verbleiben Hohenlohe's zwei Möglichkeiten von sehr verschiedener, aber gleich unstatthafter Natur. Entweder der Fürst muß das in seiner Mehrheit widerstrebende Land auf Befehl Sr. Maj. des Königs von Bayern national regieren, und das wärre lächerlich, oder er muß das Land nach seiner eigenen derzeitigen Meinung partikularistisch regieren, und das überließe er besser andern."

Stuttgart, 6. Jan. Die Landesversammlung der Volkspartei, welche sehr zahlreich besucht war — außer den Stuttgarter Theilnehmern von mehr als 400 Abgeordneten aus allen Landestheilen, — hat einstimmig den Beschluß gefaßt, Veranstaltungen zu treffen, daß aus den verschiedenen Landestheilen Adressen an die Kammern gerichtet werden, welche sich gegen das bestehende Kriegsdienstgesetz aussprechen.

Darmstadt, 5. Jan. Die große Liste unsere Militärpensionäre hat sich wiederum, wenn auch jetzt noch nicht um sechs Staboffiziere, welche bereits genannt werden, so doch vorläufig um einen derselben vermehrt. Auf Nachsuchen, d. h. auf Ordre v Berlin und alsdann ergangene Aufforderung zu ersterem, ist der Commandeur der 1. Infanteriebrigade, Generalmajor Bickel, ein wissenschaftlich gebildeter, praktisch befähigter und körperlich ganz rüstiger Offizier, unter Stellung zur Disposition in den Ruhestand versetzt worden. — Welches schreiende Mißverhältniß in Folge der seit 1866 massenhaft stattgefundenen Pensionirungen zwischen aktiven und pensionirten Offizieren bei uns eingetreten ist, läßt folgende Uebersicht erkennen:

Es sind gegenwärtig	aktiv	pensionirt
Generallieutenants	2	6
Generalmajore	—	8
Oberste	6	21
Oberlieutenants	4	11
Majore	18	23

Außerdem zählen zu den Pensionären 39 Hauptmänner, 27 Militärbeamte ꝛc. Vom Major aufwarts sind nur 30 Offiziere im aktiven Dienst, in der Pensionsliste dagegen 69 zu finden. Während die Militärpensionen früher die Summe von 130—140,000fl. absorbirten, ist seit 1866 eine alljährliche Steigerung von 40 — 50,000 fl. eingetreten, so daß für diesen Zweck dermalen über 300,000 fl. verwendet werden müssen, und haben diese Ausgaben, wie schon oben angedeutet, ihren Höhepunkt noch keineswegs erreicht. Das Kriegsministerium sucht sie zwar, wie behauptet wird, zu bekämpfen, erzielt jedoch dem Divisionskommando gegenüber, das höhere preußische Rücksichten geltend macht, keinen Erfolg. F. Z.

Ausland.

Paris, 5. Jan. Der Mon. Univ. glaubt bestimmt behaupten zu können, daß der Erzbischof v. Paris, Msgr. Darboy, und der päpstliche Nuntius, Msgr. Chigi, demnächst den Cardinalshut erhalten werden.

Ein Brief aus Ancona melder der „France" daß der Gemeinderath dieser Stadt angewiesen worden ist, die Vorkehrungen für eine Begegnung zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König Viktor Emanuel zu treffen. Die Begegnung würde am 28. Januar stattfinden.

In den hiesigen offiziellen Kreisen hat man über den Gang, welchen die Verhandlungen des ökumemischen Konzils nehmen dürften, aus Rom sehr widersprechende Andeutungen erhalten; doch äußert man sich seit einigen Tagen beruhigter und scheint wenigstens eine Ueberrumpelung der Kirchenversammlung durch die Curie nicht mehr zu fürchten. Nach einem der jüngst hier eingetroffenen Berichte soll für die kapitale Frage, welche die ganze katholische Welt in Spannung erhält, eine Art von Mittelweg eingeschlagen werden: das Konzil soll nämlich die Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubenssachen proklamirem, ohne jedoch Diejenigen, welche sich derselben

nicht unterwerfen wollen, mit kirchlichen Strafen zu bedrohen.

Madrid, 5. Jan. Ein hiesiges Blatt meldet, daß am Dienstag zwei Pistolenschüsse auf den Regenten abgefeuert wurden. Er blieb jedoch unversehrt.

Aus der Stadt und Provinz.

Staffelstein, 6. Jan. Laut einer heute beim hiesigen Bezirksamte eingelangten Regierungsentschließung vom 4. d. ist die Wiederauflösung der sämmtlichen im hiesigen Amtsbezirke gebildeten Bürgermeistereiverbände genehmigt worden.

Vermischtes.

Im Dorfe B. im Bezirksamtssprengel München r/J. tödtete sich neulich ein Bauer auf schreckliche Art, indem er sich den Bauch aufschlitzte und die Gedärme heraus riß; das Motiv, welches denselben zur gräßlichen That bestimmte, nämlich die Meinung, daß ihm eine nachgesuchte Wirthschaftskonzession verweigert wurde, war noch dazu gründlich falsch, die Verleihungsurkunde war auf dem Wege!

Darmstadt, 4. Jan. Bei der heute stattgefundenen Ziehung der großh. hessischen 50-fl.-Loose erhielten nachstehende Nummern folgende Preise: Nro. 198 10,006 fl., Nr. 90529 300 fl., Nr. 31740, 35059, 35313, 43537, 67586, 71878, 83392, 106052 u. 121787 je 1000 fl., Nr. 24017, 28979, 33834, 36998, 38417, 41875, 43230, 53166, 62280, 70049, 80295, 81543, 91250, 110249, 117565, 120846, 121523 und 126529 je 400 fl.

Wien, 3. Jan. Bei der heutigen Ziehung österr. Creditlooſe wurden folgende Serien und Nro. gezogen: Serie 3902 Nr. 13 200,000 fl., S. 1332 Nr. 85 40000 fl., S. 45 Nr. 1220 20,000 fl. Ferner die Serien: 432, 476, 1139, 1300, 1488, 1491, 2175, 2405, 2784, 3212, 3348, 3504, 4108.

(Graf Beust, ein, — Franciscaner geworden.) Graf Beust hat schon viele Wandlungen durchgemacht, wie seltsam bekannt bekannt ist. Daß er aber im hl. Lande ein Franciscaner geworden ist, werden die Wenigsten wissen. Wir theilen dieses Faktum zum Ruhme des protestantischen Staatskanzler mit und hoffen, daß dieser Wandlung auch eine gründliche Besserung seiner Ansichten über die katholische Kirche und die Beziehungen Oesterreichs zu Rom nachfolge. Als Se. Maj. der Kaiser in Jaffa, welches bekanntlich die gefährlichste Hafen im mittelländischen Meere ist, das Dampfschiff besteigen wollte, war das Meer wild bewegt. Die Consuln und andere Autoritäten der Stadt machten zwar dem Kaiser Vorstellungen über das gefahrvolle Unternehmen, allein er ließ sich nicht abschrecken, sondern bestieg eine Barcke und gelangte endlich im Kampfe mit den Wogen zum Schiffe, auf welches er mittelst Schiffstauen gezogen werden mußte. Auch Graf Beust suchte mit dem Grafen Andrassy in einer zweiten Barke dem Kaiser zu folgen, allein die Barke konnte dem Ungestümm der Wellen nicht weiter Widerstand leisten, füllte sich mit Wasser und mußte das Land wieder zu gewinnen suchen. — Ganz durchnäßt waren die beiden Staatsmänner herzlich froh, bei den Franciscanern in Jaffa gastfreundliche Aufnahme zu finden. Sie sahen sich jedoch genöthigt, ihre nassen Kleider abzulegen und in Ermanglung anderer weltlicher Kleidung sich in die Mönchskutte der Franziskaner zu stecken. Graf Beust wurde ein Franziskaner! Bei Gelegenheit dieser seiner Einkleidung in den Franziskanerorden sprach er die Worte: „Die Mönche sind doch zu etwas gut!".

Frankf. Coursbericht vom 6. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	bz.	Baden.	3½	— G.
	4½%		92⅝	G.		4½% Oblig.	92½ bz.
	4%		—	bz.		4	— P.
Frankf.	3½		81	G.		3½	81⅛ P.
Nassau.	4½%	Oblig.	92½	bz.	G. Hessen	5%	102⅛ G.
	4		83⅜	bz.		4%	92⅞ bz.
Kurhess.	4		—	P.	Sachsen.	5%	— P.
Bayern.	5%		101⅛	G.	Brschw.	3½	81⅛ P.
	4½	1jhr.	91½	bz.	Oestern.	4⅛	R.i.S. 75½ bz.
	4½	4jhr.	91⅝	G.		5%	Met.-CM. — G.
	4	1jhr.	—	G.		5%	Nat.-Anl. — bz.
	4	4jhr.	86⅛	G.		5%	steuerfr. — bz.
	4	Abl.-R.	86⅞	bz.		4½	Metall — bz.
	3½	Obl.	—	G.		5	Ung. E.-A. —
Würtbg.	4½%		91⅝	G.	Belgien.	4½	Obl. 104 G.
	4		—	P.	NAermika.	6%	81v.64 94½ bz
						5%	Bds 71r v. 61 — P

Im Selbstverlage des Verfassers (P. Rampis, Domvikar u. Domkapellmeister in Eichstätt) erscheint und von da zu beziehen:

Eine sehr leicht ausführbare im kirchlichen Stile geschriebene

Messe für 4 gemischte Stimmen

mit Orgel, die auch von 1 Stimme gesungen werden kann.

Preis fl. 1. 30 kr. für Partitur u. Stimmen.

Ferner:

SUSCIPE.

Offertorien für die Feste Beschneidung u. Erscheinung des Herrn, Ostern, Fronleichnam, hl. Dreifaltigkeit, Kirchweihe, Weihnacht, Maria Lichtmeß, Verkündigung, Himmel-

Cölner

Dombau-Lotterie

Hauptgewinne:

43750 fl., 17500 fl., 8750 fl., 2 zu 3500 fl., 5 zu 1750 fl., 12 zu 875 fl., 50 zu 350 fl., und noch 1300 Geldgewinne mit zusammen 70,000 fl.;

Ziehung am 13. Januar 1870.

Loose sind zu haben bei

J. K. Eckenberger.

Digitized by Google

fahrt, Geburt, Unbefl. Empfängniß, dann St. Johann B., Peter u. P., Allerheiligen, Stephan.

Text nach dem Meßbuch.

Obligat: 1 Singst. m. Orgel: nicht oblig.: Alt, Baß, manchmal Tenor.

Bei der Anlage und Ausführung wurden vor Allem die kleineren Chöre berücksichtigt. Das Werk wird, was Stimmlage und Umfang, Wahl der Takt- u. Tonarten, Stil u. Satz für Gesang und Orgel betrifft, für alle, auch die kleinsten Chöre leicht ausführbar eingerichtet und sämmtl. Nummern können nöthigenfalls von einem einzigen Sänger, der zugleich Orgel spielt, ausgeführt werden, während die beigegebenen nicht obligaten Stimmen auch eine mehrstimmige Aufführung ermöglichen. Die Ausgabe erscheint in Partitur, zugleich Orgelstimme. Die Herren Unterzeichner, deren Bestellungen vor dem 30. Januar 1870 einlaufen, erhalten je eine Seite zu 2½ kr. berechnet; nach obigem Termine und bei Bestellungen durch den Buchhandel werden die Preise erhöht.

Jene HH. Geistlichen, Chorrektoren und Lehrer, welche diese Sammlung und obige Messe wünschen, wollen gefäll. im hiesigen Franziskanerkloster subskribiren.

Münchener Börse

vom 7. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	—	81	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86¼	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	86¼	86¼
4pCt. Grdrenten	87	86½	—
4pCt. Präm.-Anl.	106	105¾	105¾
4½pCt. gzjähr. Obl.	91⅜	—	—
4½pCt. halbj. do.	91⅛	91½	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101¾
Pfdbr. (H.u.W.-B.)	91	—	—
Bank-Obl. do.	100⅛	100	—
Aktien do.	824	—	—
Vereinsbankakt.	115½	114½	—
½pCt. Ostbahnakt.	123¼	—	—

Alle 8 Tage erscheint eine Nummer
im Umfange von 1—2 Bogen
im grössten Folio-Format mit Extra-Beilagen u. zahlreichen
Abbildungen.

Alle Buchhandlungen u. Postämter
des In- und Auslandes
nehmen Bestellungen an und liefern auf Verlangen
Probe-Nummern.

Illustrirte
Der Bazar
Damen-Zeitung

DER BAZAR ist die reichhaltigste u. nützlichste Familien-Zeitung.
Das beliebteste und gelesenste Blatt für Mode und Unterhaltung.

Abonnements-Preis
incl. aller Supplemente u. Extra-Beilagen
vierteljährlich
Fl. 1. 30 Xr.

DER BAZAR ist das gelesenste Blatt der Welt.
Er erscheint in 11 verschiedenen Sprachen in einer Auflage von fast einer

ein Blatt für alle Stände. — halben Million Exemplare.

Fünfzehn Jahre sind es nunmehr, dass der Bazar den ersten Prospect in die Welt schickte. Was wir damals versprachen, eine Zeitung für die Frauen und ihre Familien zu schaffen, wie es vordem keine ähnliche gab, d. h. eine alle modischen, ökonomischen und ästhetischen Interessen der Frau vertretende und fördernde Zeitung, ist uns, wie der Erfolg beweist, gelungen. Der Bazar ist seit Jahren ein Weltblatt, er wird in einer Auflage von fast

einer halben Million

Exemplare und in elf Sprachen gedruckt. Aber wenn auch dieser colossale Erfolg uns auf das Klarste beweist, dass der Bazar einem Bedürfniss der Frauenwelt entspreche, so gab sich die Redaction doch niemals eitlem Selbstgenügen hin, sondern war mit unermüdlicher Ausdauer stets darauf bedacht, ihr Programm zu erweitern und den Abonnentinnen von Jahr zu Jahr Vollkommneres und Mehr zu bieten. Wir können deshalb heute wie vor 15 Jahren sagen: der Bazar ist die billigste Frauenzeitung, die billigste, weil sie die beste und reichhaltigste ist. Unsere Abonnentinnen mögen den nunmehr beendigten Jahrgang durchblättern und dann fragen wir sie: Giebt es ein Blatt der Welt, dass in solchem Maasse und so gewissenhaft dem Interesse ihrer eigenen Person, wie ihrer Familie, dem Interesse ihres Geschmackes, ihres Geistes und Herzens, ihres Haushalts und ihrer Börse Rechnung trägt wie der Bazar. — Der Bazar ist kein Luxusblatt, sondern nützlich im eminenten Sinn des Wortes; er lehrt die Damen nicht nur sich geschmackvoll und modern kleiden, sondern wie man auf die billigste und bequemste Weise sich geschmackvoll und modern kleiden könne. Er berücksichtigt jedes Alter und eignet sich für Frauen aller Stände! Er ist ein treuer Rathgeber für das ganze Haus: für den Salon, das Boudoir, das Wohn- und Kinderzimmer, für Küche und Keller, ja so universell ist der Bazar, dass er auch im Rauchzimmer des Hausherrn sich den Eingang erobert hat, kurz:

Der Bazar ist die weitverbreitetste, beste und billigste Frauenzeitung der Welt.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Rosenthalstraße Nr. 55½ nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
a. l. Assessor.

St. Josephsblatt
1869,
Otto Reindl.

Theater-Anzeige.
Sonntag den 9. Januar 1870 1. Vorstellung im 6. Abonn.
Aschenbrödel.
Schauspiel in 4 Akten von Rodrich Benedix.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 8. Sonntag, den 9. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, am Sonntage mit dem Beiblatte Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Gemeindewahl und das Ministerium.

..L.. Liberale, demnach über die Absichten des Ministeriums gut unterrichtete Blätter brachten die Mittheilung, daß das Ministerium von den Bezirks-Aemtern genaue Berichte über den Ausfall der Gemeindewahlen bezüglich des politischen Charakters der Gewählten verlangt habe; sodann verlautete, daß das Ergebniß der Gemeindewahlen für die liberale Partei ein überraschend günstiges sei, indem die Mehrheit der Gewählten dieser Partei angehöre, und endlich verstieg man sich in diesem Siegesrausche sogar zur Drohung, der König werde im Hinblicke auf die nach dem Ausfalle der Gemeindewahlen veränderte politische Stimme des Volkes die jetzige Kammer, wenn die patriotische Mehrheit dem Ministerium zu sehr entgegentrete, nochmals auflösen. Wir glauben nun zwar nicht an solche kühne Gedanken des Ministeriums, wie auch oben angeführte Drohung bereits von ministeriellen Blättern als unbegründet bezeichnet wurde; daß aber wirklich das Ministerium durch die Gemeindewahlen zu dem Glauben gekommen sei, als ob die Stimmung des Volkes seit den Landtagswahlen ihnen und ihrer Politik günstiger geworden, scheint zweifellos.

Es ist bereits auch in diesem Blatte angedeutet worden, wie der Ausfall der Gemeindewahlen das Ministerium durchaus nicht zu diesem Glauben berechtige; die Wichtigkeit der Sache aber veranlaßt uns, nochmals näher dieselben zu besprechen.

Wir setzen voraus, daß wirklich, wie die liberalen Blätter triumphiren, die Zusammenstellung der Ergebnisse der Gemeindewahlen des ganzen Landes „nach den bezirksamtlichen Berichten" eine liberale Mehrheit von Gewählten entziffern. Können wir aber sofort diese Zusammenstellung als richtig annehmen? Sicherlich nicht!

Wir sind natürlich weit entfernt, irgend einem Bezirksamte eine absichtliche Täuschung zuzutrauen; aber der Ueberzeugung können wir uns nicht verschließen, daß bei der Schwierigkeit, bei wohl dem größten Theile der gewählten Gemeinderäthe den politischen Charakter zu bestimmen, gar viele Bezirksämter nach dem alten Satze: „Was man wünscht, glaubt man", sich und dem Ministerium zum Troste die Gewählten mit zu liberaler Brille angeschaut und Alle, von denen nicht das Gegentheil zu offenbar, sofort als liberal erklärt haben. Dem Schreiber dieses ist ein solcher Fall bekannt, wo der Commissär bei einer Gemeindewahl dem gewählten L zermeister zum Siege der liberalen Partei Glück wünschte, worauf sich dieser ernstlich gegen die Zumuthung, liberal zu sein, verwahrte. Wie viele solche Fälle mögen vorgekommen sein!

Doch nehmen wir selbst an, alle diese Beurtheilungen des politischen Charakters der Gemeindebeamteten durch die Bezirksämter wären richtig und demnach auch die liberale Mehrheit derselben der Wirklichkeit entsprechend, ließe sich daraus ein berechtigter Schluß auf eine Aenderung der Volksstimmung seit der Landtagswahl ziehen? Sicher auch dieses nicht.

Der Ausfall der Gemeindewahlen kann vor Allem zu einem Schlusse auf die ‚politische' Stimmung der Wähler nur da berechtigen, wo einmal bei der Landtagswahl zwei scharf geschiedene politische Parteien einander gegenüber standen und wo sodann dieselben politischen Parteien geschlossen mit besonderen Candidatenlisten einander auch bei der Gemeindewahl entgegen treten. Dies war aber wohl vollständig nur in den größeren Städten der Fall und in diesen wird auch der Ausfall der Landtags- und der Gemeindewahlen so ziemlich der gleiche gewesen sein. Hier überbietet nämlich die Partei-Disciplin alle andern lokalen, persönlichen und verwandtschaftlichen Rücksichten, welche sich auch bei dem Umfange der Bevölkerung und der dadurch gebotenen Auswahl Solcher, die zu Gemeindeämtern befähigt sind, nicht so scharf geltend machen.

(Schluß folgt.)

Inland.

München, 5. Jan. Hier ist das Gerücht verbreitet, — das wir auch nur als solches erwähnen — der Minister v. Schlör werde aus dem Ministerium ausscheiden und Direktor der türkischen Bahnen werden. Er werde nur noch etwa vier Wochen in der Kammer bleiben, um seine Verwaltung zu rechtfertigen und dann jenen Posten antreten.

Digitized by Google

München, 6. Jan. Die Volksversammlung zu Gunsten der Waldenburger Strike fand heute Vormittag im Elysium unter zahlreicher Betheiligung statt. Die Lassalleaner suchten Anfangs wegen des Vorsitzes Schwierigkeiten zu machen, den Veranstaltern gelang es jedoch, durch Nachgiebigkeit die Ruhe zu erhalten, indem sie den ersten Vorsitzenden und den Schriftführer den Lassalleanen überließen. Einstimmig sprachen sich die Redner, die theils der Volkspartei, theils den Internationalen, theils den Lassalleanern angehörten, sehr entschieden zu Gunsten der Waldenburger aus und verurtheilten das Verhalten der Grubenbesitzer als „rechtlose und brutale Willkür." Es wurde ein Comite gebildet aus je 2 Mitgliedern der genannten Parteien, sowie der Fortschritts- und der patriotischen Partei, um die nöthigen Schritte zu einer materiellen Unterstützung der Waldenburger Arbeiter zu thun.

München, 7. Jan. Im Palast des Prinzen Luitpold werden umfassende Vorbereitungen zu einem am nächsten Sonntag stattfindenden Ballfeste getroffen, welches Gelegenheit bieten soll, den Gästen ein das bayerische Herzogs- und das Königshaus nahe berührendes freudiges Ereigniß mitzutheilen.

München, 7. Jan. Die Einweisungskommission der Kammer der Abgeordneten hielt heute ihre erste Sitzung, welcher auch der Staatsminister des Innern, Herr v. Braun, beiwohnte. Obwohl die Sitzung über vier Stunden dauerte, gelangten die Verhandlungen über die Prüfung der Legitimationen nicht zum Abschlusse und werden nun Morgen fortgesetzt. Die Commission soll heute bereits die Beanstandung der Wahlen von München und Günzburg beschlossen haben.

Wie die „Augsb. N. Nachr." melden, findet am 23. und 24. d. M. in Augsburg ein großer allgemeiner deutscher Kongreß sozial-demokratisch gesinnter Arbeiter statt, zu welchem Arbeiter-Delegirte aus allen Theilen Deutschlands erwartet werden. Dieser Congreß soll der Einigungspunkt derjenigen Arbeiter sein, die weder mit Schweitzer noch mit Mende und Konsorten fernerhin mehr gehen, sondern eine eigene und zwar eine 4. Fraktion bilden wollen.

(Dienstesnachrichten.) Der Privatdozent Dr. Julius Kollmann in München wurde zum außerordentlichen Professor an der medizinischen Facultät daselbst ernannt.

Neustadt, 6. Jan. Der „Pfälzer Kurier" zeigte sich kürzlich sehr ungehalten darüber, daß es mit der Einführung der Communalschulen in unserem Neustadt nicht vorwärts gehen will, und machte deshalb dem Herrn Regierungspräsidenten in Speyer die bittersten Vorwürfe. Der „Löbliche" dürfte sich jetzt vorläufig beruhigen, da dieser Tage für sein liebes Ludwigshafen die Einführung dieser verderblichen Schulen die Genehmigung der königlichen Regierung erhalten hat. Man sieht, Herr v. Gresser ist ab, aber nach seinen berüchtigten Direktiven in Betreff der Communalschulen wird noch immer fortgewirthschaftet. Hoffentlich wird auch dieser Wirthschaft durch die Kammer ein Ende gemacht werden. Wahrlich wir haben schon Communalschulen genug und übergenug, um unsere communalschulsüchtigen Fortschrittler zur Einsicht zu bringen, daß deren Einführung, wie die „Pfälzer Zeitung" sagt, am Besten und Gründlichsten die falschen Vorstellungen, welche man sich davon macht, berichtigen werde.

Dresden, 7. Jan. Die erste Kammer hat den Antrag des Grafen Hohenthal: das Polizeistrafrecht solle aus dem Bundesstrafgesetz wegfallen, einstimmig angenommen. Der Gesetzentwurf über das Vereinswesen wurde von Seiten des betreffenden Ausschusses ebenfalls einstimmig angenommen.

In Westpreußen macht die katholisirende Richtung einiger protestantischen Geistlichen, die sich unter anderm in dem Versuche nach Einführung von Wochenfeiertagen zu erkennen giebt, unter der evangelischen Bevölkerung viel böses Blut, und unter den Katholiken Westfalens wird jetzt eine Gegenbewegung gegen den Klostersturm in Scene gesetzt, der sich gegen den unter der Protektion des Königs stehenden Bund der Freimaurer richtet. In einem Aufruf des in Paderborn erscheinenden „Westfälischen Kirchenblattes" heißt es: Die Klöster bestehen nach den klaren Bestimmungen der preußischen Verfassung zu Recht. Es besteht dagegen in Preußen ein Orden der für seine Existenz keine Rechte in der Verfassung aufweisen kann, ein Orden der unter dem Namen der Freimaurerei unter unbekannten Obern steht, und allgemein beschuldigt wird in geheimnißvoller Weise gegen unsere, durch die Verfassung geschützte Religion zu agitiren. Katholiken! nicht wir haben den Kampf begonnen; nehmen wir aber jetzt den hingeworfenen Fehdehandschuh auf, und richten wir mit mehr Grund und Recht Massenpetitionen an unsere Volksvertretung um Aufhebung der Freimaurerei.

Ausland.

Rom, 6. Jan. Heute Vormittag wurde die zweite öffentliche Konzilsitzung abgehalten. Dieselbe war schwächer besucht als die erste. Ein Dekret konnte noch nicht promulgirt werden, da die dogmatischen Arbeiten noch zu wenig vorgeschritten sind. Nach der Messe legten die versammelten Väter einzeln in die Hände des Papstes das katholische Glaubensbekenntniß nach der von Pius IV. festgesetzten Formel ab. Die Gesundheit des Papstes ist vortrefflich.

Paris, 7. Jan. In der heutigen Sitzung des Senats sagte Graf Daru: die Regierung sei bereit auf alle Interpellationen Auskunft zu geben: „Wir sind ehrliche Leute. Wir werden alle unsere Versprechen ohne Ausnahme halten." — Die Interpellation über das Konzil ist auf Dienstag festgesetzt, die über die Handelfrage auf Donnerstag, die über die innere Politik auf den 15. Januar.

Digitized by Google

Belgrad, 7. Jan. Der Kaiser von Oesterreich hat dem Fürsten Milan das Großkreuz des Leopold-Ordens übersandt, und dem Regenten Blaznovatsch den Orden der eisernen Krone 1. Classe verliehen.

Aus den öffentl. Magistratssitzungen vom 7. d. M.

Nachdem die Garantiezeit für die neuangek. Communpferde vorüber ist und dieselben sich bewährt haben, sei auf Grund des vom Herrn Stadtthierarzt Feßler abgegebenen Gutachtens die noch fällige Rate zu bezahlen. — Die Wiederbesetzung eines bei der Martinspfarrei bestehenden Beneiziums sei auf die weitere Dauer eines Jahres auszusetzen und dasselbe in der seitherigen Weise zu verwesen. — Die vom Kassieramte zur Anzeige gebrachten Außenstände von Kapitalzinsen seien einzuklagen. — Die vom hiesigen Theaterkonsortium bezeichneten HH. Vorstände Kaufmann Krakhardt und H. Advokat Rapp seien für die Folge zu den Berathungen des Theatercomites einzuladen. — Im Betreffe der Vergebung der Arbeiten zur Unterhaltung der Commun- und Stiftungsgebäude wurde beschlossen, dieselben versuchsweise vorläufig auf die Dauer eines Jahres im Wege der allgemeinen Submission an die Wenigstnehmenden zu vergeben und sämmtliche Werkmeister der hiesigen Stadt durch öffentliches Ausschreiben unter Bekanntgabe der Bedingungen hiezu einzuladen. — Die Vorberathungs-Kommission für die Einführung der neuen Maß- und Gewichtsordnung habe aus dem Herrn Bürgermeister als Vorsitzenden, dem gesammten rechtsk. Personal, den bürgerlichen Magistratsräthen HH. Burger und v. d. Horst und den Gemeindebevollmächtigten HH. Thomas und Heßlein zu bestehen. — Der Zeichnenlehrersgattin Frau Adriane Schmitt dahier wird auf Ansuchen die Bewilligung zur Ertheilung von Privatunterricht in Musik, im Zeichnen und den Elementarlehrfächern in widerruflicher Weise ertheilt. — Dem pens. Trompeter H. Baumgärtner sei der erbetene Musiklizenzschein auszufertigen. — Ein Gesuch des Vorkäufers H. Friedrich wegen Heizbarmachung einer Mansardenwohnung sei aus feuergefährlichen Rücksichten abschlägig zu bescheiden. — Für den abgetretenen Gärtner Herrn Kaspar Lang sei der frühere Gutsverwalter H. Bäckermeister Hölzlein als Mitglied der Visitationskommission der hiesigen Zuchtbullen aufzustellen. — Der Privatier H. Nik. Reinlein sei auf Ansuchen von der Funktion als Mitglied einer Distriktskommission für Vertheilung der Einquartierung zu entheben. — Wie in den Vorjahren soll auch in diesem Monate eine allgemeine Rattenvergiftung angeordnet und ausgeschrieben werden, da günstige Resultate sich ergeben haben. — Die Baupläne des Herrn Maurermeister Denneseld für die Gebäulichkeiten der Hopfenhändler HH. Louis Krauß und Isidor Dessauer an der Franz-Ludwigstraße seien sowohl vom Magistrat als Verwaltungsbehörde als auch von Baupolizeiwegen zu genehmigen. — Der Abbruch des Hauses 874 in der Heiliggrabgasse und die Erbauung eines neuen auf demselben Platze sei nach vorliegendem Plane zu genehmigen; desgl. die Einrichtung einer Räucherkammer im Hause 1131 in der Siegengasse. — Eine kgl. Regierungs-Entschließung im Betreffe des Getraideverkaufs nach dem Gewichte sei der Vorberathungskommission zur Würdigung und Berichterstattung zu überweisen. — Wegen des am 1. Januar durch Abbrennen von s. g. bengalischen Feuer verursachten Feuerlärms sei Strafverfolgung einzuleiten und dem St. Martins-Pfarrthürmer wegen unrichtigen Abgebens des Feuerzeichens ein ernster Verweis zu ertheilen. — Die Landstreicherin Katharina Müller von Höchstadt sei auf die Dauer von 2 Jahren aus der Stadt auszuweisen.

Im Selbstverlage des Verfassers (P. Rampis, Domvikar u. Domkapellmeister in Eichstätt) erscheint und von da zu beziehen:

Eine leicht ausführbare im kirchlichen Stile geschriebene

Messe für 4 gemischte Stimmen

mit Orgel, die auch von 1 Stimme gesungen werden kann.

Preis fl. 1. 30 kr. für Partitur u. Stimmen.

Ferner:

SUSCIPE.

Offertorien für die Feste Beschneidung u. Erscheinung des Herrn, Ostern, Fronleichnam, hl. Dreifaltigkeit, Kirchweihe, Weihnacht, Maria Lichtmeß, Verkündigung, Himmelfahrt, Geburt, Unbefl. Empfängniß, dann St. Johann B., Peter u. P., Allerheiligen, Stephan.

Text nach dem Meßbuch.

Obligat: 1 Singst. m. Orgel: nicht oblig.: Alt, Baß, manchmal Tenor.

Bei der Anlage und Ausführung wurden vor Allem die kleineren Chöre berücksichtigt. Das Werk wird, was Stimmlage und Umfang, Wahl der Takt- u. Tonarten, Stil u. Satz für Gesang und Orgel betrifft, für alle, auch die kleinsten Chöre leicht ausführbar eingerichtet und sämmtl. Nummern können nöthigenfalls von einem einzigen Sänger, der zugleich Orgel spielt, ausgeführt werden, während die beigegebenen nicht obligaten Stimmen auch eine mehrstimmige Aufführung ermöglichen. Die Ausgabe erscheint in Partitur, zugleich Orgelstimme. Die Herren Unterzeichner, deren Bestellungen vor dem 30. Januar 1870 einlaufen, erhalten je eine Seite zu 2½ kr. berechnet; nach obigem Termine und bei Bestellungen durch den Buchhandel werden die Preise erhöht.

Jene HH. Geistlichen, Chorrektoren und Lehrer, welche diese Sammlung und obige Messe wünschen, wollen gefäll. im hiesigen Franziskanerkloster subskribiren.

Theater-Anzeige.

Sonntag, 9. Januar.

1. Vorstellung im 6. Abonn.

Aschenbrödl.

Schauspiel in 4 Akten von R. Benedix

Montag den 10. Januar 1878;

2. Vorstellung im 6. Abonnement:

„Einmaliges Gastspiel" der vier Pariser Grotesque-Tänzer genannt

Clodoches.

Zuerst:

Der Pariser Taugenichts.

Lustspiel in 4 Akten v. Dr. Töpfer.

Hierauf:

La quadrille du pompier fretillant,

getanzt von den 4 Clodoches.

Münchener Börse

vom 7. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	—	81	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86¼	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	86¼	86¼
4pCt. Grdrenten	87	86½	—
4pCt. Präm.-Anl.	106	105¾	105¾
4½pCt. gzjähr. Obl.	91¾	—	—
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91½	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101¾
Pfdbr. (H.u.W.-B.)	91	—	—

Zum Jahreswechsel.

Am Schlusse auch dieses Jahres nehme ich mir die Freiheit, dem geehrten Publikum, sowie der gesammten Zeitungspresse Süd- und Norddeutschlands für das meinem Institute in so erhöhtem Maaße entgegen getragene Vertrauen, für die so ehrende Anerkennung und das Wohlwollen, welche mir so vielseitig zu Theil wurden, aus vollstem Herzen meinen wärmsten Dank zu sagen. Hat doch selten eine zweite Geschäftsbranche der Neuzeit, die lediglich von dem Vertrauen abhängig ist, sich in so kurzer Zeit allgemein einzuführen gewußt, so daß es mir möglich ist, eine lange ehrenvolle Reihe von Firmen ꝛc. aufzuführen, welche mir in Anerkennung der Nützlichkeit meines Unternehmens ihre sämmtlichen Bekanntmachungen zur Veröffentlichung übergeben und ihre Zufriedenheit mit meiner Expedition mehrfach ausgesprochen haben. Aus diesem Grunde kann ich nicht ohne innere Befriedigung auf die Erfolge der verhältnißmäßig kurzen Wirksamkeit meines Instituts zurückblicken.

Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, in kurzen Skizzen von dem gegenwärtigen Umfang meines Geschäfts und den in Folge des so überaus ehrenden Zuspruchs nothwendig gewordenen neuen Etablissements und Veränderungen Kenntniß zu geben.

Nach Eröffnung meines zweiten Etablissements in München, das ich in Süddeutschland zu meiner größten Freude über Erwarten rasch, — im Verlauf eines Jahres — einzuführen gewußt hat, sah ich mich veranlaßt, in Nürnberg, dem Mittelpunkte Bayerns, der mit Recht zu sagen in Süddeutschland größten Handels- und Fabrikstadt, eine Zweigniederlassung zu errichten. Durch diese überraschenden Erfolge, welche ich mit der Inseraten-Beilage des „Kladderadatsches" erzielt habe, gründete ich in München ein zweites, derartiges Unternehmen und zwar, daß sich die Verleger der „Fliegenden Blätter" auf meinen Vorschlag bewegen ließen, ihrem Blatte eine mit Illustration und Text versehene Inseraten-Beilage beizugeben und mir dieselbe zur alleinigen Verwerthung pachtweise zu überlassen.

Auch der immer an größerer Ausdehnung zunehmende Verkehr im Norden und den überseeischen Plätzen bewog mich in Hamburg ein weiteres Etablissement zu begründen, welches seinerseits wieder in Bremen eine Filiale errichtete und um noch bessere Vorkehrungen in Bezug auf das Annoncen-Wesen in den österreichischen Kronländern, dem Orient ꝛc. zu schaffen, eröffnete ich in Wien ein viertes, selbstständiges Bureau.

Mit vielen Opfern verknüpft, ist es mir nunmehr gelungen, Verbindungen in allen Theilen der Erde anzubahnen, so daß ich die umfassendsten Ordres auch für das Ausland auszuführen im Stande bin, und glaube ich somit, mein Unternehmen zu einer thatsächlich

internationalen Annoncen-Expedition

herangebildet zu haben. — Dasselbe besteht nunmehr aus folgenden vier Haupt-Abtheilungen:

1. Abtheilung
für Süddeutschland
in München, Windmachergasse 3
mit Zweiggeschäft in Nürnberg.

2. Abtheilung
für Norddeutschland
in Berlin
Friedrichsstraße 60.

3. Abtheilung
für den Norden und die überseeischen Plätze
in Hamburg, Ecke neuer Wall 89,
mit Zweiggeschäft in Bremen.

4. Abtheilung
für die österreichischen Staaten und den Orient etc.
in Wien,
Stadt, Seilerstätte 2.

Jeder dieser Bureaux ist in Folge des intimen Verkehrs mit den Zeitungen seines Bezirks ganz genau mit den Preßverhältnissen sowohl, auch als mit den industriellen und Culturzuständen der betreff. Landestheile auf Speziellste vertraut, und vermag daher, den geehrten Interessenten in jedem einzelnen Falle mit Rath und That zur Seite zu stehen, sowie die Interessen derselben wahrzunehmen und einem jeden Inserate Wirkung zu verschaffen, wie sie bei eigener Besorgung nicht erzielt werden kann. Nächstdem vertreten mich in den bedeutendsten Städten Deutschlands die geachtetsten Firmen als General- und Spezialagenturen.

Außerdem wird es stets mein eifrigstes Bestreben sein, durch solide, streng reelle und directe Bedienung den Kreis meiner geehrten Kunden zu erweitern und das Annoncenwesen, diesen Haupthebel des gesammten Verkehrs, zu Gunsten des inserirenden Publikum mehr u. mehr zu cultiviren. — Und so sei denn bei Beginn des neuen Jahres mein Gruß:

Glück auf dem Handel, der Industrie!
Glück auf der gesammten Presse!

München Sylvester 1869.

Rudolph Mosse,
officieller Agent sämmtlicher Zeitungen.
München, Nürnberg, Berlin, Wien, Hamburg.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 9. Dienstag, den 11. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, am Sonntage mit dem Beiblatte Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Gemeindewahl und das Ministerium.

(Schluß.)

..k.. Während so in großen Städten mit einer gewissen Berechtigung von einem Wahlsiege dieser oder jener politischen Partei bei den Gemeindewahlen die Rede sein kann, ist dies schon viel weniger in kleineren Städten und am allerwenigsten auf dem platten Lande, in den Landgemeinden der Fall.

Wohl gibt es auch in den meisten kleineren Städten verschiedene politische Parteien, welche sich bei der Landtagswahl bekämpften und auch bei den Gemeindewahlen einander gegenüber traten; allein hier zeigen sich schon, was durch die kleinere Bevölkerung begründet ist, oft die lokalen, persönlichen, besonders verwandtschaftlichen Rücksichten stärker als die Partei-Disciplin, so daß es sicher nicht seien vorkommt, daß Wähler bei den Gemeindewahlen ihre Stimmen Personen von der politischen Gegenpartei geben, ohne deshalb im Geringsten ihre politische Meinung und Farbe zu ändern. Sie können dies ohne alles Bedenken, da es sich ja bei beiden Wahlen um ganz verschiedene Fragen handelt. Während es sich bei den Landtagswahlen für das Volk zunächst um die Wahl von Wahlmännern handelt, welche ihrerseits bloß die Abgeordneten zu wählen haben, handelt es sich bei den Gemeindewahlen darum, Männer zu wählen, welche selber die inneren Angelegenheiten einer Gemeinde auf längere Zeit besorgen. Diese ganz verschiedene Aufgabe der bei den Urwahlen für den Landtag und bei den Gemeindewahlen zu Wählenden legt den Wählern auch ganz verschiedene Rücksichten bei der Wahl auf. Während sie bei der Wahl eines Wahlmannes nur allein darauf Rücksicht zu nehmen brauchen, daß der Gewählte ganz sicher nur einen Abgeordneten ihrer politischen Partei seine Stimme geben werde, somüssen sie bei der Wahl zu Gemeindeämtern vor Allem auf die Fähigkeit des zu Wählenden für das betreffende Amt, dann auch auf seine äußerlichen wie Standes-, Vermögens- und Familien-Vrrhältnisse, ob die se nämlich für eine tüchtige Verwaltung des zugedachten Amtes passend seien, Rücksicht nehmen. Oher kann es leicht der Fall sein, daß Wähler bei der Landtagswahl Jemand zum Wahlmann wählen, dem sie bei der Gemeindewahl kein Amt anvertrauen und umgekehrt. Bei der Landtagswahl tritt nämlich die politische Farbe des zu Wählenden in erster, bei der Gemeindewahl aber erst in zweiter Reihe in Geltung, so daß der Wähler, wenn er bei der Gemeindewahl die Auswahl zwischen zwei für ein Amt gleich brauchbaren Personen hat, wovon die eine aber seiner politischen Partei, die andere der Gegenpartei angehört, wohl dem seiner eigenen Partei Angehörigen den Vorzug geben wird; wenn er aber bei der eigenen Partei keinen für das fragliche Amt so gut passenden findet, er auch unbedenklich dem politischen Gegner seine Stimme geben wird. Dies wird um so häufiger vorkommen, je kleiner die Gemeinde und je kleiner deshalb auch die Auswahl unter den für ein Amt passenden Bürgern ist. Deshalb wird in den kleinen Landgemeinden, auch wenn verschiedene politische Parteien in einer solchen sich vorfinden, am Wenigsten aus der Gemeindewahl ein Schluß auf die politische Stimmung der Mehrheit der Gemeinde gezogen werden können.

Uebrigens sind in den Landgemeinden politische Spaltungen seltener. In der Regel gehört eine Gemeinde, wenigstens ihrer großen Mehrheit nach, nur einer politischen Partei an. Da müßte es denn, wenn die politische Farbe so viel bei den Gemeindewahlen Geltung hätte, in solchen politisch einigen Gemeinden bei der Gemeindewahl ganz einig und friedlich hergegangen sein. Das Ministerium möge sich auch hierüber Bericht von den Bezirksämtern erstatten lassen und es wird sicher das Gegentheil vernehmen. Belege hiefür bieten sich in Hülle und Fülle. In einem der beiden hiesigen Bezirksämter hatten sich mehrere Ortschaften und zwar sämmtlich und vollständig liberaler Farbe zur Bildung einer Bürgermeisterei bewegen lassen. Was geschah? Der erste heftige Kampf entbrannte, als durch die Ausschüsse der vereinigten Ortschaften der Bürgermeister gewählt werden sollte. Als dieser Kampf durch eine in Folge der gegenseitigen Meinungsverschiedenheiten sehr unzweckmäßige Wahl (nicht bezüglich der Person des Gewählten, der ehrenwerth ist, sondern bezüglich des Ortes, der am äußersten Ende der gebildeten Bürgermeisterei

gelegen und einer der kleinsten der vereinigten Orte ist), beendet schien, baten die meisten der vereinigten Ortschaften sofort bei der Regierung um Auflösung der Bürgermeisterei. Diese wird bewilligt und jede Gemeinde hat ihren Bürgermeister wieder allein zu wählen. Da wird es doch ganz einig hergegangen sein! Nichts weniger als das; in allen diesen Gemeinden gab es vielmehr heftige Kämpfe, die sich in einer so sehr zuspitzten, daß durch das Loos entschieden werden mußte. Und noch haben sich die Gemüther von der Aufregung des Streites nicht beruhigt. Dürfte sich nun ein Patriot wohl Hoffnung machen, daß es fortan in diesen Gemeinden auch zwei politisch einander gegenüberstehende Parteien geben werde? Wir glauben, er würde sich in dieser Hoffnung schwer täuschen; wir glauben, daß diese Gemeinden so gespalten sie auch bei den Gemeindewahlen sich zeigten, bei der nächsten Gelegenheit, ihre politische Farbe zu zeigen, wieder so einig sein werden, als früher. —

In gleicher Weise ist in einer andern Gemeinde desselben Bezirksamts, welche bei den zwei Landtagswahlen im Mai und November 1869 einstimmig patriotisch wählte, um das Bürgermeisteramt ein heftiger Kampf entbrannt, der heute noch nicht entschieden ist, bei dem es sich gar nicht um Politik, ja nicht einmal so recht um allgemeine Lokalinteressen der Gemeinde, sondern fast nur um das Privatinteresse zweier Wirthschaften handelt, der deshalb auch von den gegenseitigen Gästen gekämpft wird. Kann Jemand in dieser erregten und heftigen Spaltung eine Aenderung der politischen Stimmung vermuthen? Gewiß nicht! In der Politik ist die Gemeinde so einig als zuvor.

Gewiß werden solche Beispiele im ganzen Lande nach Hunderten zählen.

Was aber folgt daraus? Gewiß nur dies, daß wie es in der Natur der Verhältnisse begründet ist, bei den Gemeindewahlen wenigstens auf dem Lande für die Wähler *meistens* ganz andere als politische sind; daß es deshalb sehr gewagt ist, dabei von dem Siege der einen oder der andern politischen Partei zu reden.

Damit zerfallen auch die Voraussetzungen, unter denen das Ministerium, wenn wirklich eine Mehrheit von liberalen Gemeindebeamten gewählt worden sein sollte, was wir aber noch stark bezweifeln, daraus einen Schluß auf Aenderung der politischen Gesinnung der Wahrheit des Volkes zu ziehen berechtigt wäre, und es muß deshalb die etwa bestehende Hoffnung des Ministeriums, daß eine neue Landtagswahl ein anderes, nämlich dem Liberalismus günstigeres Resultat ergeben möchte, für eine große Selbsttäuschung erklärt werden.

Eine andere richtigere Erkenntniß könnte aber das Ministerium aus den Berichten der Bezirksämter über den Verlauf der diesmaligen Gemeindewahlen schöpfen, nämlich, daß es, sicher ohne es zu wollen, durch die Bemühungen für Einführung der Bürgermeistereien eine Veranlassung zu Hader und Streit in viele Gemeinden geworfen habe, deren Nachwehen auch nach der Wiederbeseitigung der allerorts mißliebigen Einrichtung nicht so schnell verschwinden dürften. —

Inland.

München, 8. Jan. Die Besetzung des Direktoriums ist in der Fraktionsversammlung der Patrioten noch mit keiner Sylbe besprochen worden.

München, 10. Jan. Abgeordnetenkammer. Prüfung der Münchener Wahlen. Zuerst wurde über die Frage, ob mit Beanstandung der Münchener Wahlen auch die Suspension der Gewählten auszusprechen sei, abgestimmt und dieselbe mit 80 gegen 72 Stimmen bejaht. Sämmtliche Patrioten stimmten gegen sämmtliche Liberale, da zwei Liberale abwesend waren. Hierauf wurden die Münchener Wahlen mit 82 gegen 47 Stimmen beanstandet. Manche Liberale enthielten sich der Abstimmung, da dieselben zwar für Beanstandung, aber nicht für Suspension stimmen wollten.

München, 10. Jan. (Abgeordnetenkammer.) Sehr heftige Debatten. Sämmtliche Münchener Wahlen wurden mit 80 gegen 47 Stimmen beanstandet. Bei der Abstimmung verläßt eine Anzahl von Abgeordneten der Fortschrittspartei den Saal wegen der Fragestellung. Morgen findet eine Sitzung statt, in welcher die Prüfung der Günzburger Wahlen zur Verhandlung kommt.

Ueber die so vielfach angefochtene Wahlbezirks-Eintheilung hat dem Vernehmen nach die Commission keinen Beschluß gefaßt, und da sie demnach keinen Antrag an die Kammer einbringt, wird dieser Gegenstand auch morgen nicht zur Berathung gelangen.

Unser rechtsk. 73 Jahre alte 1. Bürgermeister v. Steinsdorf will auf die jüngsten Vorgänge sein Amt niederlegen und seinem Beispiele der 2. Bürgermstr. v. Widder folgen.

(Dienstesnachrichten.) Der Oberförster Heymüller in Geroldsgrün, FA Kronach, wurde auf 1 Jahr in den Ruhestand und an dessen Stelle der OFörster Kadnes in Münchgrün, FA Tirschenreuth, versetzt und zum OFörster daselbst der FA.-Assist. Zehelein in Kronach ernannt.

In Karlsruhe war am 9. d. Zusammenkunft süddeutscher Nationalliberaler, mit Ausnahme der Freunde aus Bayern, die wegen des Landtages zum großen Leidwesen nicht kommen konnten. Aus Schwaben kamen 20 Mann, darunter 4 Abgeordn., aus Hessen 7, voran der bekannte Metz. Auch die bad. Minister, die zugleich Abgeordnete sind, waren zugegen, sowie einige Mitglieder der ersten bad. Kammer. Es wurde ein provis. Ausschuß aus neun Mitgliedern gebildet, um gegenseitige Fühlung zu erhal-

ten und Nöthiges vorzukehren, namentlich auch bez. der Presse. Zum Vorort wurde Karlsruhe ausersehen. Dazu schreibt die ‚A. A.', daß damit einem wirklichen Bedürfniß Rechnung getragen und die nationale Bestrebung Süddeutschlands einen einigenden Mittelpunkt erhalten wird, der nicht nur einen wesentlichen Fortschritt der nationalen Konsolidirung selbst, sondern auch einen Damm gegen das wunderliche „Kleeblatt der Ultramontanen, Demokraten und Reaktionäre zu bilden geeignet ist. (Die Nichtpreußen sehen eben das Bedürfniß der nation. Einigung unter Preußen nicht ein.)

Karlsruhe, 10. Jan. Gutem Vernehmen nach wird der (wie es scheint, auf der am 8. d. in Karlsruhe zusammengetretenen Versammlung von Führern der nationalliberalen Partei eingesetzte) Neuneraussschuß der süddeutschen Nationalliberalen seine Thätigkeit damit beginnen, die bayerischen Gesinnungsgenossen zum Beitritte aufzufordern.

Wien, 10. Jan. In einer gestern stattgehabten Zusammenkunft der deutschen Mitglieder des Adreßausschusses des Abg.-H. bezeichnete die Gruppe der 5 parlamentarischen Minister die Forderung des Memorandums der Kabinetsminorität, einen Reichsrath ad hoc einzuberufen, als eine Art der Verfassungssistirung; die Minister perhorreszirten nicht eine Aenderung der Verfassung auf verfassungsmäßigen Wege; das Wichtigste sei jedoch die Durchführung der Verfassung. —

Ausland.

Paris, 10. Jan. Das Journal offiziel meldet: Laut Dekret vom 9. bleiben Metalle unter gewissen Bedingungen zum System temporärer Einfuhr zugelassen. Zufolge eines andern Dekrets vom 9. hören Baumwollengewebe, rein oder gemischt, in vier Monaten auf, zum System der temporären Einfuhr zugelassen zu werden. In Bordeaux fand gestern ein Meeting der Protektionisten statt.

Einem Gerüchte zufolge habe das Ministerium dem Kaiser eine Verminderung des Armeecontingents um 25000 Mann vorgeschlagen.

Brüssel, 8. Jan. Das hiesige diplomat. und finanzielle Wochenblatt, Staatscourier' bringt die erfreuliche Nachricht, daß General Grant, der Präsid. der Verein. Staaten im kommenden Juni die Souveräne von Frankreich, England, Preußen, Rußland und Italien besuchen werde. Seine Reise soll offiz. Charakter haben. Eine Panzerflotte solle ihn begleiten. (Diese Nachricht scheint ein frommer Wunsch zu sein.)

Madrid, 6. Jan. Die Ministerkrisis dauert fort. „Iberia" und „Imperial" sprechen sich für Aufrechthaltung des jetzigen Kabinets und Einführung einer gewissen Diktatur aus, welche letztere von Kortes zu beantragen wäre, auch sollten dieselben inzwischen ihre Sitzungen auf vier Monate suspendiren.

Vermischtes.

— Nach Ausschreiben der Bez.-Aemter Staffelstein u. Lichtenfels werden die Bürgermstr. aufgefordert, Aufzeichnungen ihrer Fluren, Berge u. und die nichtdtsch. Benennungen der Haus- u. landwirthsch. Geräthe unter Beihilfe d. H. Lehrer aufzuschreiben und einzusenden, um sie dann dem H. Pfr. J. Engelhardt zu Königsfeld (dessen Nachweis des Bewohnens Oberfrankens schon zur Steinzeit in dem Berichte der naturforsch. Gesellsch. in Bbg. pro 1869 niedergelegt ist) zu übermitteln, um aus den Benennungen die Ursprache der celtischen Ureinwohner nachweisen zu können.

— Der bekannte Herriedener Wetterprophet Namens Dr. Heidenschreiber ist am 6. d. gestorben.

— Der Kaiser von Oesterreich hat in „Ungarn" das Kematei Jagdrevier angekauft, das wohl in Europa seinesgleichen suchen dürfte. Bären, Wildschweine, Hirsche, Luchse und Wölfe bilden den Bestand des Reviers. Im Vorjahre wurden 49 Wildschweine, darunter solche von 4—5 Centner, geschossen.

In Paris wurden am 7. d. sechs russische Banknotenfälscher verhaftet.

— In Manchester, einer der größten Fabrikstädte Englands, ist unter der ärmeren Bevölkerung der Hungertyphus ausgetreten.

Aus der Stadt und Provinz.

(Aus der öffentl. Sitzung der Stadtgemeindebevollmächtigten vom 7. Januar 1870. Anwesende Mitglieder 35. In der heutigen Sitzung wurde berathen u. beschlossen, wie folgt: Jedem anwesenden H.-H. Collegiumsmitgliede wurde, a, die Geschäftsordnung für die Gemeindebevollmächtigten der Stadt Bamberg; b. der Plan für die Tilgung der consolidirten Schuld der Stadtgemeinde Bamberg, und c. je ein Exemplar der Socialgesetze Bayerns ausgehändiget. — Im Betreff der ortspolizeil. Vorschriften in Bezug der Feuersgefahr wurden folgende Abänderungen beschlossen: a. Im § 2 soll statt einer 4wöchentl. Reinigung der Kamine eine vierteljährige eingesetzt werden; b. die Reinigung der Kamine bei den Bierbrauern soll nach Anzahl ihrer Sude in drei Klassen getheilt u. nach diesen die Reinigung bemessen werden; c. der § 20. Streuauflagerung betr. soll als nicht ausführbar gestrichen werden u. soll es bei dem seitherigen Usus verbleiben. d. Es sei zu gestatten, daß das Reisig auch in ungedeckten Räumen gelagert werde; e. der § 22. Vorschriften für Holzarbeiter btr. soll ebenfalls als unausführbar gestrichen werden. — Wegen die vorgelegten Vorschriften „über die Führung und Untersuchung der der Verwaltung des Magistrats untergebenen Kassen" sei nichts zu erinnern. — Der Festsetzung der Gebühren bei Sektionen im Leichenhause an den Leichenwärter und zwar einen Gulden bei Leichen, welche nach der ersten Klasse und 48. kr. für solche, welche nach der zweiten Klasse beerdigt werden, wurde die Zustimmung ertheilt. — Der magistratischen Regulirung der Abgabe der Metzger- u. Kuttlermeister in der neuen Fleischverkaufshalle, und zwar 60 fl. für eine größere u. 45 fl. für eine kleinere Bank jährlich wurde Zustimmung ertheilt. — Das Bürgerrechtsgesuch des Tünchergesellen J. Schröder von Hammelburg sei wegen zu geringen Vermögens abzuschlagen zu begutachten. — Zu der Commission für Vorberathung und Feststellung der Vorschläge über Einnahmen- und Ausgaben bei der Commune- und Armenpflege wird als drittes Mitglied H. Bernard Wenglein benannt. — Ein Anschreiben des k. Rektorats der Gewerbsschule, Einladung zu den öffentlichen Vorträgen über die neue Maß und

Digitized by Google

Gewichts-Ordnung betr. hat zur Nachricht gedient. — Der jährliche Beitrag von 100 fl. auf weitere 10 Jahre zur Gründung eines Unterstützungsfondes für die Hinterlassenen der Lehrer an den oberfränkischen Gewerbschulen erhielt die Zustimmung. — Die hohe Regierungsentschließung vom 23 Dezember 1869, die Bestätigung der Gemeindewahlen betr. hat zur Nachricht gedient. — Die noch vorhandenen Exemplare der neu revidirten Geschäftsordnung sollen dem Stadtmagistrate zur Aufbewahrung und Benützung übergeben werden. — Zur Vorberathungs-Commission für Einführung der neuen Maß- und Gewichtsordnung wurden die H.H. Friedr. Aug. Thomas und Herrmann Heßlein abgeordnet. — Gegen das Bürgerrechtsgesuch des Schuhmachergesellen Josef Kunkel von Laufach wurde nichts erinnert. — Dem magistratischen Beschlusse wegen Uebernahme der Beheizung und Beleuchtung des hiesigen Stadttheaters für die nächste Theater-Saison wurde die Zustimmung ertheilt. — Ein Rückschreiben des Hrn Regierungs-Präsidenten Freih. v. Lerchenfeld aus Anlaß des neuen Jahreswechsels hat zur höchst erfreulichen Nachricht gedient. — Auf Grund des Abs. 5 des Art. 106 und Abs. 2 Art. 107 der neuen Gem. Ordng. werden je nachstehende 2 Mitglieder des Gemeinde-Collegiums für nachfolgende Sparten bezeichnet: 1) Für Material u. Geldpflege des Getreidemagazins die H. H. Fd. Aug Thomas, Seb. Ohlmüller, 2) für die Material- und Geldpflege des Fourage-Magazins H.H. Bernard Wenglein, Seb. Lauser, 3) für die Aufsicht auf das städtische Holz-Magazin (Holzniederlage ohne Kassa) die H.H. Joh. Degen, J. Ad. Petzold, 4) für das Einquartierungswesen die H.H. Andr. Niemann, Math. Dennefeld, 5) für das Krankenhaus die H.H. Ad. Riem. Ad. Barnickel, 6) für das Bürgerspital die H. H. Aug Holland, Peter Schuhmann, 7) für das Haus der Unheilbaren die H.H. Gg. Scheidel Joh. Kraft, 8) für die Irrenanstalt die H.H. G Ad. Petzold, J. Bapt. Schneider, 9) für das Waisenhaus, die H.H. Aug. Holland, Gg. Hofmann, 10) für die beiden Rettungsanstalten die H H. Jos Müller, Maschinenbauer und Lorenz Krätz, 11) für die Mußsche Dienstboten-Versorgungs-Anstalt die H. H. Ament, Konrad Held, 12) für Forstcommission der bürgerspitl. Waldungen die H.H. Aug. Holland, Joh Deuber, 13) für die Leihanstalt die HH. Jos. Müller, Müllermeister, Ad. Riem, 14) für das Theater-comite die H.H. Fd. Aug. Thomas, B. Wenglein, 15) für die Visitation nachfolgender Pflegen mit Kassen: a) der Schulfondspflege Peter Seidlein, Frz. Böhmer; b) der Gewerbsschulpflege die HH. Gg. Hofbauer, Daniel Maier; c) der Reserve-Kassa die H.H. Fr. Aug. Thomas, Wilh. Dorsch; d) der Geld- und Material-Pflege der beiden Holzhöfe die HH. Schrüfer u. Späth; e) der Stipendiumsstiftungspflege die H.H. Ament u. Fischer, Seifensdr. 16). Für die Visitation des Kassa- u. Rechnungswesens: a) des Kassieramts der Wohlthätigkeitsstiftungen die HH. F. A. Thomas, J. A. Petzold; b) der Leihanstalt die HH. Gg. Diegritz, Mik. Müller c) der Reservekassa die HH. Herm. Heßlein, Wilh. Dorsch; d) der Stadtkämmerei die HH. Bernh. Wenglein, Ad. Riem; der Leichengebührenkassa die HH. Joh. Mayer, Conrad Nickel; f) der Sparkassa die HH. And. Koch, Gg. Keesmann; g) der Sportelkassa die HH. Michael Steinheimer, Michael Fischer, Seifensieder, h) der Einquartierungskassa die HH. Gg. Gerstenkorn, Mich. Fischer. Kürschner; i) der Kassa des Instituts für kranke Dienstboten, die H.H. Math. Dennefelo, Ad. Barnickel, 17) Für das Kassa- und Rechnungswesen des Armenpflegschaftsrathes und Armenbeschäftigungs- und Speiseanstalt die HH. Aug. Holland, Ad. Petzold; 18) für den Materialsturz des städtischen Baumagazins die HH. Joh. Degen Joh. Ad. Petzold; 19) für die nach Art. 92 der G.-Ordng. angeordnete jährliche Prüfung der Flur- und Markungsgrenzen die HH. Franz Böhmer, Joh. Bapt. Schneider.

Gestern Abend kurz vor 7 Uhr wurde Bamberg durch die Feuerglocke allarmirt, indem ein Gärtnerhaus in der Mittelgasse bis auf den Grund eingeäschert wurde. Der Thätigkeit der äußerst rasch herbeigeeilten Feuerwehr gelang es weitere Gefahr zu beseitigen.

Frankf. Coursbericht vom 10. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	bz.	Baden.	3½	— G.
	4½%	"	92⅜	G.		4½% Oblig.	92½ bz.
	4%	"	—	bz.		4 "	— B.
Frankf.	3½	"	81	G.		3½	81½ B.
Nassau.	4½%	Oblig.	92½	bz.	G. Hessen	5% "	102⅜ G.
	4	"	83½	bz.		4% "	92½ bz.
Kurhess.	4	"	—	B.	Sachsen.	5% "	— B.
Bayern.	5%	"	101⅛	G.	Brschw.	3½ "	81½ B.
	4½	1jhr. "	91½	bz.	Oesterr.	4⅓%	R.i.S. 75½ bz.
	4½	½jhr. "	91⅜	G.		5%	Met.-CM. — G.
	4	1jhr. "	—	G.		5%	Nat.-Anl. — bz.
	4	½jhr. "	86⅛	G.		5%	steuerfr. — bz.
	4	Abl.-R.	86⅛	bz.		4½	Metall — bz.
	3½	Obl.	—	G.		5	Ung. E.-A. —
Würtbg.	4½%	"	91⅜	G.	Belgien.	4½	Obl. 104½ G.
	4	"	—	B.	Nordamerika.	6%	81v.64 94½ bz
						5%	Bds 71r v. 61 — B.

Cölner
Dombau-Lotterie

Hauptgewinne:

43750 fl., 17500 fl., 8750 fl., 2 zu 3500 fl., 5 zu 1750 fl., 12 zu 875 fl., 50 zu 350 fl., und noch 1300 Geldgewinne mit zusammen 70,000 fl.; dann noch Kunstwerke im Werthe von 35000 fl., im Ganzen 218,750 fl.

Geringster Gewinn: 35 Gulden.

fl. 1. 45 kr. das Loos.

Ziehung am 13. Januar 1870.

Loose sind zu haben bei

J. K. Eckenberger Nr. 534 u. Expreßcompagnie Nr. 238.

Epileptische Krämpfe

(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstraße Nr. 6. Auswärtige brieflich. Schon über Hundert geheilt.

Münchener Börse

vom 9. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	—	81	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86¼	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	86¼	86¼
4pCt. Grdrenten	87	86½	—
4pCt. Präm.-Anl.	106	105¾	105¾
4½pCt. gzjähr. Obl.	91¾	—	—
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91½	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101¼
Pfdbr. (H.u.W.-B.)	91	—	—

An H. S. F...s in Poppendorf b. Gl. nicht grll., nicht m. Schld., erst am „8.' d. erh.. Hzl. Dank f. J. Mühe, bitte um Weiterführg. d. Corresp. von dort.

Dom. par. ol. cprm. in B.: Accepi, contin. lit. corresp. desir. Grat. O.

An H. B. L. i. M. Dkd. erhlt. u. willk.

Frankfurter Geldcours

vom 10. Jan.

Preuß. Kassensch.	fl. 1.	44⅞—45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl. 9.	58—59
Pistolen	fl. 9.	48
Do. doppelte	fl. 9.	49
Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9.	54—56
Dukaten	fl. 5.	36—38
Napoleonsd'or	fl. 9.	28—29
Sovereigns	fl. 11.	54—58
Imperiales	fl. 9.	48—50

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 10. Mittwoch, den 12. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, am Sonntage mit dem Beiblatte Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 10. Jan. Bei der Beanstandung und Suspendirung der hiesigen Wahlmänner stimmten Hr. v. Schlör und v. Hörmann mit den Patrioten.

— 11. Jan. In der heutigen geheimen Sitzung wurden nach langen aber minder heftigen Debatten auch die Wahlen des Bezirks Günzburg und zwar mit 77 gegen 64 Stimmen beanstandet und der Eintritt dieser 3 Abgeordneten suspendirt, bis über die Gültigkeit dieser Wahlen in der constituirten Kammer ein definitiver Beschluß gefaßt ist.

Morgen findet die Wahl des Direktoriums statt.

Die Vorkommnisse bei der Abstimmung über die Münchener Wahlen in der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer werden von den M. N. N. im Thatsächlichen, wie folgt, erzählt: „Nach der Debatte richtete der Alterspräsident an die Kammer die Frage, ob die Wahl in München zu beanstanden und der Eintritt der daselbst gewählten 7 Abgeordneten zu suspendiren sei. Von Seite der liberalen Partei verlangte man nun eine getrennte Fragestellung. Als bei der einfachen Abstimmung über die verbundene oder getrennte Fragestellung sich für die Ansicht des Präsidenten nur eine zweifelhafte Majorität ergab, ließ derselbe namentlich abstimmen, und nun stimmten 80 Abgeordnete für und 72 gegen die ursprüngliche Fragestellung des Alterspräsidenten. Hierauf verließ nach hierüber ausdrücklich von Seite des Abg. v. Schauß abgegebener Erklärung ein Theil der Abgeordneten von der Fortschrittspartei während der Abstimmung den Saal. Daher bei der schließlichen Abstimmung das Ziffernresultat von 82:47.

Die gestrige 1. nichtöffentliche Sitzung wurde vom Jugendsekretäre mit dem Referate über die Münchener Wahlen eröffnet, indem er darlegte, daß die Commission bei Prüfung der Wahlakten große Unregelmäßigkeiten namentlich im 8. u. 59. Wahldistr. vorgefunden, wodurch 10 berechtigte Wahlmänner ihres Wahlrechts beraubt wurden. Brgrmstr. Fischer eröffnete die Debatte und bekämpfte den Ausschluß „berechtigter" Wahlmänner. Sie scheinen ihm vom „Hörensagen über die Urwahlvorkommnisse" denn doch nicht so berechtigt als Referent meine. Man müsse bei etwaiger Annullirung der Münchener Wahl eine neue Urwahl vornehmen, um „Berechtigte" zu erhalten. Hinsichtlich der Selbstwahl erklärte Marquardsen, daß dieselbe nicht nur gesetzlich nicht verboten, sondern auch nicht unlogisch sei. In keinem Staate sei die politische Selbstwahl verboten, außer in Reuß-Schleiz, ob wohl Bayern allein mit diesem Hand in Hand vielleicht gehen wollte? Jede ehrliche polit. Partei habe das Wohl des Landes im Ange und so könnten Landes- und Parteiinteresse zusammenfallen, er soll also das thun, was das Vertrauen seiner Partei verlangt. In der Stimme der Mitwähler u. Zustimmung der Parteigenossen liege das sittliche Recht der Selbstwahl. Herz produzirte hierauf einen Privatbrief (von wem?), wonach sich Pfarrer Mahr und Lothar Weber in Forchheim (eine Zeitung meldet sogar in Bamberg) selbst gewählt hätten, was v. beiden Herren entschieden für unbegründet erklärt wurde. — Der ‚Südd. Telegr.' u. d. ‚Augsb. Abdzt.' melden beide, daß von Seite der patriot. Partei Hr. Dr. Schüttinger in der Diskussion insbesondere die Selbstwahl aufs heftigste angriff u. wie letztere Ztg. meint sich in höchst eigenthümlicher Weise auszeichnete, während er nach dem ersteren Blatte in seinen Behauptungen von Marquardsen, Völk, Fischer, v. Schauß und Stenglein „aufs Glänzendste" widerlegt wurde. (Wir werden hierauf zurückkommen und die glänzendsten Behauptungen, die wahrscheinlich sehr „mager" ausfallen dürften, nach authentischen Quellen ebenfalls bringen.) — Ob nach der Konstituirung der Kammer die Münchener Wahlen cassirt werden, dürfte der Fortschrittspartei denn doch so gleichgültig nicht sein, da ja die Abgeordnetenwahl auf Spitz u. Knopf gestanden und nur durch Ausschluß der neun patriot. Wahlmänner zu Stande kam. Eher hätte unserer Meinung nach die patriot. Partei weniger darnach sich zu richten, da ja auf diesen Bezirk nicht zu rechnen ist. Trotzdem wird dieselbe bei etwaiger Neuwahl durch Cassirung der beanstand. Wahl ihr Möglichstes thun, um auch in diesem Bezirke Männer ihrer Richtung durchzusetzen.

Der Abgeordnete v. Stauffenberg hat heute einen Antrag auf Aufhebung der Artikel 92 und 93 des Polizeistrafgesetzbuches in den Einlauf der Kam-

mer gebracht. Diese Artikel machen die Befugniß zur Vornahme von öffentlichen Sammlungen oder von Sammlungen in öffentlichen Blättern oder zu Anschlägen von einer polizeilichen Bewilligung abhängig.

München, 9. Jan. Die Ansprache, welche der 2. Präsident der Kammer der Reichsräthe Frhr. v. Thüngen in der Sitzung vom 5. ds. anläßlich der Directoriumswahlen gehalten, lautete: Meine Hohen Herren! Es sind erst wenige Monate verflossen, seit ich durch Ihr Vertrauen auf diesen Sitz berufen wurde. Ich habe mir damals erlaubt, Ihnen meinen tiefgefühlten Dank für die erneute Wahl auszusprechen und erlaube mir heute diesen Dank zu wiederholen. So kurz übrigens der Zwischenraum zwischen unserem letzten Zusammentritt und dem heutigen Tage ist, so war er doch von tiefer und inhaltsschwerer Bedeutung für unser Vaterland. Zwei Parteien von fast gleicher Stärke standen im ersten Kampfe sich gegenüber und diejenige ist Siegerin geblieben, die als Gegnerin der Grundsätze des jetzigen Ministeriums aufgetreten ist. Gezwungen durch die Verhältnisse hat jeder denkende Mann in Bayern seine Stellung nehmen müssen, jeder weiß, welchem Programme er nur er zu folgen hat. Es würde mir daher auch ein Leichtes sein, ein solches aufzustellen und vor diesem Hohen Hause zu begründen; allein mir scheint, es sei in dieser Richung bereits hinreichend gesprochen worden, ja mehr als genug, denn leider wurde bei vielen Programmen das Wort mehr dazu benützt, den wahren Gedanken zu verhüllen, als ihn auszusprechen. Das Volk glaubt auch den schönsten Worten nicht mehr, es verlangt Thatsachen und ich kann in dieser Richtung wohl mit Befriedigung aussprechen, daß die Majorität des Volkes mit der Wirksamkeit des Reichsrathes übereinstimmt hat. Ja, meine Herren, wir können stolz sein auf unsere Freunde, die unser Wirken anerkennen, können aber auch stolz sein auf unsere Feinde, denn sie zeigen durch den Haß und Hohn, mit dem sie uns angreifen, daß wir ein starkes Bollwerk gegen ihre Absichten bilden. Meine Hohen Herren! wir haben, wie mir scheint, den richtigen Standpunkt eingenommen und gewahrt. Wir haben in die neuen Gesetze mancherlei Verbesserungen gebracht, vor Allem aber manches Unreife zurückgewiesen, damit es erst nach entsprechender Verbesserung ins Leben trete, und die Majorität des Landes hat unser Verfahren gebilligt. Wir können daher mit Genugthuung auf unser vergangenes Wirken zurücksehen. Wenn aber auch dieser Rückblick ein befriedigender ist, so scheint dagegen der Blick in die Zukunft nach allen Richtungen ein getrübter. Der Friede ist aus dem Lande gewichen, überall erblicken wir schroffes Gegenüberstehen der Parteien und Spaltungen, die bis Gemeinde ja bis ins Familienleben reichen. Nur eine weise Mäßigung, nur Demuth im Siege, kann diese Uebel heben und den Frieden zurückführen, der dem Lande so noth thut; und meine Hohen Herren! es ist dies das einzige Programm, das ich dem Hohen Hause zur Annahme empfehlen kann. Unerschütterlich bleibe unser Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland", unerschütterlich unser Wille, gegen alle offenen und versteckten Feinde dieses Wahlspruchs zu kämpfen, aber eben so fest sei der Standpunkt dieses Hohen Hauses, der der Versöhnlichkeit. Meine Stellung habe ich hiemit dem Hohen Hause gekennzeichnet, und ich würde mich glücklich schätzen, wenn ich hiedurch auch die Ansichten der Hohen Herren ausgesprochen hätte. Ich aber bitte die Nachsicht mit meinen Leistungen wie früher mir freundlichst angedeihen zu lassen.

Berlin, 10. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Berathung des Kreisordnungsentwurfs fortgesetzt und Paragraph 20 bis 24 erledigt. Während der Debatte trat der Ministerpräsident ein. Derselbe überreichte dem Hause den mit Bremen abgeschlossenen Vertrag über die Abtretung einiger unbewohnter Grundstücke bei Bremerhafen, welche zum preußischen Gebiet gehören. Graf Bismarck betonte, daß es sich dabei um eine nationale Angelegenheit handle. Treu dem Grundsatze der Bundespolitik, daß jedem Mitgliede des Bundes aus der Zusammengehörigkeit mit der Gesammtheit Vortheile erwachsen, sollten alle Dem entgegenstehenden, der früheren Zerrissenheit entspringenden Hemmnisse beseitigt werden. Das Haus beschloß Schlußberathung.

Die „N. Fr. Pr." bespricht die Verleihung des russischen Georgskreuzes an den König von Preußen; wir citiren den Schlußsatz: „Warum ereifern sich übrigens die preußischen Offiziösen so sehr, die Ordensverleihung als Lohn für 1866 hinzustellen? Die Sache scheint doch selbstverständlich. Sollte sie etwa nicht sein? Es kommt uns da ein wahrhaft bösartiger Gedanke, auf den uns das Berliner Wortgeklapper bringt. Könnte die Uebersendung des Großkreuzes vom St. Georgsorden nicht zugleich eine nachträgliche Anerkennung der großen Verdienste sein, die sich Preußen während des letzten polnischen Aufstandes um Rußland erworben? Das wäre freilich sehr unangenehm."

Schwerin, 9. Jan. Die Regierung richtete ein scharfes Restript an die Stände, in welchem sie das beanspruchte Recht zur Mitwirkung bei der Emission der landesherrlichen Papiergelder zurückweist.

Ausland.

Von der polnischen Gränze, 8. Januar. Aus Warschau gehen uns heute Nachrichten zu die für die Polen niederschlagend lauten. Schon seit einigen Wochen war das Gerücht verbreitet, daß es in der Absicht des Monarchen oder der Regierung liege eine allgemeine und vollständige Amnestie für

itized by Google

alle Theilnehmer an der Revolution vom Jahr 1863 zu erlassen, es sei nun, daß dieselben emigrirt seien, oder eine harte Strafe im Innern Rußlands oder gar in Sibirien abbüßen. Daß für zahlreiche polnischen Familien die Sache von außerordentlicher Bedeutung war, liegt auf der Hand. Nach einer Mittheilung des „Golos" ist diese Angelegenheit nun auch von einem Minister-Comite ganz kürzlich in die allseitige Erwägung gezogen, und die Frage vorgelegt worden: „ob der Erlaß einer vollständigen Amnestie für sämmtliche Theilnehmer an dem polnischen Aufstand von 1863, die zugleich für die im Auslande lebenden Emigranten die Erlaubniß zur Rückkehr in die Heimath in sich schließe, beim Kaiser zu befürworten?" Nach der Mittheilung des Golos soll sich jedoch das Ministercomite nach langen und heftigen Debatten dahin geeinigt haben, den Antrag als unangemessen und nicht zeitgemäß abzulehnen. Daß unter den Polen über diesen Beschluß große Niedergeschlagenheit herrscht, begreift sich und man bringt denselben mit den jüngsten wahnwitzigen Umtrieben Bakunins und seiner Partei in Verbindung.

Paris, 10. Jan. Gesetzgebender Körper. Der Justizminister erklärte: „Das Ministerium erachte es für seine erste Pflicht sich mit der Kammer in Verkehr zu setzen. Sie erkennen unsere Gesichtspunkte, unsere Grundsätze, unsere Meinungen. Wir glauben uns auf folgende Erklärung beschränken zu können: Im Besitze der Amtsgewalt bleiben wir doch die wie bisher waren. (Zahlreiche Zustimmung.) Das Ministerium wird das unternommene Werk fortsetzen. Wir werden mit Ausdauer an der Verwirklichung unserer Regierungsgrundsätze arbeiten. Wir verlangen Vertrauen seitens der Kammer, und werden dankbar sein, eben so wohl wenn deren Mehrheit uns unterstützt, als wenn deren Gegenpartei uns ihrer Beurtheilung unterzieht. Wenn andere Persönlichkeiten die Kammermehrheit für sich gewinnen sollten, so wird sich das Ministerium beeilen diesen die Last der Geschäfte zu überantworten. Keine Anschuldigungen, keine bedauernden Rückblicke mehr! Es handelt sich darum eine volksthümliche Regierung herzustellen, welche sich den Bahnen des Fortschritts anschließt, damit die französische Demokratie sieht wie sich der Fortschritt ohne Gewaltthätigkeit, die Freiheit ohne Staatsumwälzung verwirklicht." (Stürmischer Beifall.) Der gesetzgebende Körper hat auf nächsten Montag die Interpellation über die Handelsverträge, für morgen die Wahl der Vicepräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt. — Der Prinz Peter Bonaparte (3. Sohn des † Prinz Lucian, Bruder Napoleons I.) hat den Redakteur Viktor Noir, welcher als Zeuge Rochefort's sich zum Prinzen verfügt hat, getödtet. Ein kaiserliches Dekret beruft die Anklagekammer des höchsten Gerichtshofes, um den Thatbestand der Tödtung festzustellen. Das Journal officiel zeigt an, daß der Prinz sich gestern freiwillig als Gefangener gestellt habe und nach der Conciergerie abgeführt worden. Der Justizminister hatte bereits mit Genehmigung des Kaisers die Verhaftung des Prinzen angeordnet. Der Constitutionnel erzählt, Noir und sein Mitredakteur Fronville seien gestern Mittags 1 Uhr im Hause des Prinzen zu Auteuil erschienen als Bevollmächtigte Grousset's, des Unterzeichners eines Artikels in der „Marseillaise", anläßlich dessen der Prinz an Rochefort geschrieben hatte, indem er ihm vorwarf, ihn darin durch die Feder eines seiner Handlanger persönlich beleidigt zu haben. Der Prinz fragte Noir und Fronville, ob sie die von Rochefort gesandten Handlanger seien. Darauf schlug Noir dem Prinzen heftig ins Gesicht, u. Fronville zog einen Revolver hervor. Der Prinz aber riß eine Pistole aus dem Waffenschrank und schoß sie auf Noir ab, welcher alsbald zu Boden stürzte. Das Journal officiel veröffentlicht einen vom Kaiser genehmigten Bericht des Justizministers Ollivier, welcher die Amnestie auch auf Ledru-Rollin ausdehnt.

Konstantinopel, 9. Jan. Der Khedive hat die Ablieferung der Panzerschiffe und Waffen angezeigt, indem die Verzögerung mit den bisher ausständig gebliebenen Rechnungen entschuldigte. — Es geht das Gerücht, der Kaiser von Rußland, der König von Italien und der Schach von Persien in Konstantinopel erwartet werden.

Vermischtes.

— Berlin, 8. Jan. Gestern Abend konstituirte sich hier ein Verein zur Gründung einer „Hochschule für die Wissenschaft des Judenthums" (also keine eigentlich jüdisch-theologische Fakultät) in Berlin. Die Anstalt soll für ganz Deutschland sein; die Studirenden müssen die vollständige Reife für die Universität, die Lehrer den wissenschaftlichen Grad haben, welcher zum Lehramt an Universitäten berechtigt. Die Unterhaltung der Hochschule, die ganz selbstständig bleiben soll, wird durch Stiftungskapitalien (eine ungenannte Berliner Famlie hat bereits 10,000 Thlr. gespendet), durch einmalige und fortlaufende Beiträge erfolgen. Andere Schenkungen aus Leipzig, Frankfurt a. M. sind auch bereits angemeldet, und so ist es denn auf weitere Schenkungen zu rechnen, da das Kapitalvermögen doch bedeutend sein muß. Ein Curatorium ist auch schon gewählt auf Grund eines Statutenentwurfes, über welchen wohl seit Jahresfrist berathen worden ist.

— Der Spielpächter in Baden-Baden zahlt für die Jahre 1870 und 1871 500,000 fl. jährlichen Pacht, sodann zu diversen Einrichtungen, Theater ꝛc. für beide Jahre 216,000 fl. Am 31. Dezember 1872 hört diese Spielhölle in Baden-Baden auf.

(Ein neumodisches Tanzvergnügen.) Aus Pittsburg in den Ver. Staaten wird von einer tollen Tanzwette berichtet, welche in einem dortigen Tanzsaale zum

Digitized by Google

Austrag kam. Der Besitzer des Vergnügungslokals hatte nämlich einen werthvollen goldenen Ring als Preis für das Pärchen, welches am längsten Walzer tanzen könne, ausgesetzt. Punkt zwölf Uhr Mittags stimmte das Orchester Le Raicic an, und zwölf Paare begannen sich nach dem Rhythmus zu drehen. Nach zwanzig Minuten traten vier Paare aus, am Ende der ersten Stunde hielten nur noch vier Paare aus, nach der zweiten gab noch ein Pärchtn den Kampf auf, und abermals eine Stunde war vergangen, als das drittletzte Paar vollständig ermattet sich niedersetzte und die Arena den beiden anderen Paaren überließ. Am Ende der vierten Stunde — so heißt es — wurden die Musiker schwach und von den Fingerspitzen tröpfelte das Blut auf den Boden. Als dann auch die fünfte Stunde um war, fiel eine Tänzerin in Ohnmacht und „unter lautem Beifall" wurde dem Paare, welches im Felde blieb, der Preis zuerkannt. Die Damen wurden „mehr todt als lebendig" nach Hause gebracht, und sie sowohl wie ihre Tänzer sind seither bedenklich erkrankt. Den Tänzerinnen mußten die Schuhe von den Füßen geschnitten werden, so sehr waren ihre Gliedmassen angeschwollen. Ein ächt amerikanisches „Tanzvergnügen."

In Fair Haven (nordam. Union) errichtet eine Compagnie eine Fabrik zur Bereitung von Papier aus Kartoffelstengeln.

Frankf. Coursbericht vom 10. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	G.		3½	82½ G.
	4½%	=	92⅞	bz.	Baden.	4½% Oblig.	92½ bz.
	4%	=	83½	B.		4 =	85½ bz.
Frankf.	3½	=	82⅛	bz.		3½	81½ B.
Nassau.	4½%	Oblig.	92½	bz.	G. Hessen	5% =	102½ bz.
	4	=	83⅜	bz.		4% =	93⅜ B.
Kurhess.	4	=	83¼	bz.	Sachsen.	5% =	100 G.
Bayern.	5%	=	101	B.	Brschw.	3½ =	81½ B.
	4½ 1jhr.	=	91⅞	bz.	Oesterr.	4⅓ R.i.S.	58½ bz.
	4½ 2jhr.	=	91⅞	bz.		5% Met.-CM.	— G.
	4 1jhr.	=	—	G.		5% Nat.-Anl.	—bz.
	4 2jhr.	=	86½	G.		5% steuerfr.	— bz.
	4 Abl.-R.		87	G.		4½ Metall	—bz.
	3½	Obl.	81	G.		5 Ung. E.-A.	—
Würtbg.	4½%	=	91½	bz.	Belgien.	4½ Obl.	104⅜ bz.
	4	=	84⅞	G.	NAermika.	6% 81v.64	94½ bz
						5% Bds 71r v. 61	95½ bz.

Zahl, Maſs und Gewicht

oder

die Decimalberechnung und die neue Maß- und Gewichts-Ordnung für Bayern.

In ihrer Begründung auf das dreimale Zahlensystem anschaulich dargestellt und ihre Anwendung in zahlreichen Beispielen erläutert für Lehrer und Schüler, wie auch zum Selbstunterrichte für Geschäfts- und Landleute unter steter Vergleichung alter und neuer Maße ꝛc., mit den nöthigen Abbildungen. Von Gregor Fischer. 4—4

Im königl. Central-Schulbücher-Verlage.

Wir sind überzeugt, daß keines der bisher erschienenen Werke das Verständniß und das Rechnen mit den neuen Maßen und Gewichten auf eine so natürliche, anschauliche und gemeinfaßliche Weise darstellt, als das vorstehende Büchlein, welches in den nächsten 14 Tagen die Preße verläßt und zu einem äußerst billigem Preise zu haben ist.

Der Verfasser, welcher durch einen 10jährigen Aufenthalt im Ausland die Praxis des metrischen Systems sowohl in der Schule als auch im Geschäftsleben gründlich kennen lernte, trägt den Bedürfnissen der Schule und der Praxis vollständig Rechnung. Er basirt seine Arbeit auf eine ganz originelle und äußerst einfache Darstellung des decimalen Zahlensystems, wie sie uns noch nicht vorgekommen ist. Nach dieser Methode haben die Decimalbrüche ihren befremdlichen Charakter gänzlich abgelegt. Wer das Lesen und das Einmaleins gelernt hat, wird sich in wenigen Stunden des Gegenstandes so weit bemächtigen, daß er hinfort ein Vergnügen daran findet, der neuen Maße und Gewichte und der decimalen Rechnungsweise sich in der Praxis zu bedienen.

Hopfenstangen

werden aus einer fürstlichen Waldung in größeren Parthien abgegeben, und ersucht man Reflektanten um gefällige Adressen und Pdressen unter U 1770 an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mdsse in München

Dat.	Ort	Weiz.	Korn	Gerste	Hbr.
8.	Schweinfurt	16.58	13.15	14.13	8.30
8.	Bamberg.	17.45	13.21	14.15	8.10
8.	München.	18.12	11.24	13.33	7.28
7.	Augsburg.	16.36	11.17	13,16	7.23
8.	Straubing.	16.19	11.23	11.37	6.42
8.	Regensburg.	15.59	12.10	12. 1	7.37
8.	Nördlingen.	16.30	11.23	12.38	7.18

■ Letzter Tag. ■

Cölner Dombau-Lotterie

Hauptgewinne:
43750 fl., 17500 fl., 8750 fl., 2 zu 3500 fl., 5 zu 1750 fl., 12 zu 875 fl., 50 zu 350 fl., und noch 1300 Geldgewinne mit zusammen 70,000 fl.; dann noch Kunstwerke im Werthe von 35000 fl., im Ganzen 218,750 fl.
Geringster Gewinn: 35 Gulden.
fl. 1. 45 kr. das Loos.

Ziehung am 13. Januar 1870.

Loose sind zu haben bei
J. K. Eckenberger Nr. 534 u. Expreßcompagnie Nr. 238.

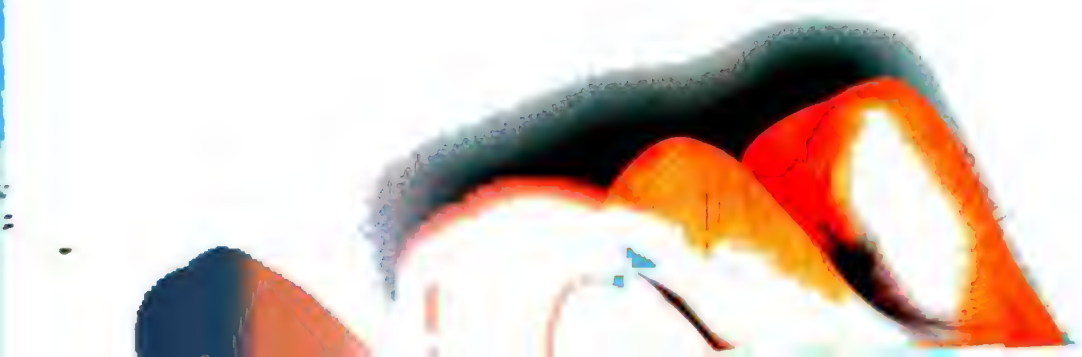
Theater-Anzeige.

Mittwoch, 12. Januar.
3. Vorstellung im 6. Abonn.
Don-Juan.
Oper in 2 Akten von Mozart,

Zu Vorbereitung:
Donnerstag, den 13. Januar.
Zum Benefiz für Fräul. Ernest. Pazal.
Bei aufgehobenem Abonnement.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Fr. Schiller.
Zu dieser Vorstellung ladet ergebenst ein
Ernestine Pazal.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google



Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 12. Freitag, den 14. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Zur Abwehr.

(Schluß.)

....r Wenn wir vom Tone der Entgegnung zu ihrem Inhalte übergehen, so müssen wir gestehen, daß wir von einer wirklichen Widerlegung der in unserem Artikel in Nr. 100 der N. B. Z. ausgesprochenen Ansichten auch nicht eine Spur gefunden haben. Es scheint fast, als ob durch das Schimpfen der Mangel jeder Widerlegung verdeckt werden sollte. Wir widerholen zum Belege kurz die Streitfrage.

Der Herr ✱ Correspondent des L. Tgbl. hatte sein Bedauern ausgesprochen, daß, während alle übrigen neuen socialen Gesetze sich bereits vorzüglich bewährt hätten und so schnell Gemeingut des Volkes geworden wären, die Einrichtung der Bürgermeistereien an dem Widerstreben der Gemeinden gescheitert wären. Doch sprach er schließlich die Hoffnung aus, daß in der Zukunft das Volk die jetzt verschmähte Gabe besser würdigen und dann auch diese Einrichtung zur Durchführung gelangen würde.

Dieser Ausführung gegenüber hatten wir behauptet:

Erstens, daß von einer vorzüglichen Bewährung der neuen Sozialgesetze jetzt noch gar keine Rede sein könne, da nach Jahrzehnten erst die nützlichen oder schädlichen Folgen dieser Gesetze mit Sicherheit erkannt werden können.

Hat die Entgegnung in Nro. 2 des L. Tagbl. diese Behauptung widerlegt? Hat sie etwa Beispiele der „vorzüglichen Bewährung" gebracht? Nichts von alledem. Sie wiederholt bloß die Behauptungen in anderer Form, ohne für die eine oder andere Belege zu geben. Der Herr § zeigt uns doch „die heilsamen Folgen und segensreichen Wirkungen"! Denn da er bloß der hartnäckigen Verstocktheit, mit der wir Augen und Ohren geschlossen halten, es zuschreibt, daß wir sie nicht sehen und hören, so müssen sie doch nach seiner Ansicht schon vorhanden sein. Er zeige sie uns also, wir sind sehnlichst bereit, Augen und Ohren zu öffnen, zu sehen und zu hören. Das aber verlange er nicht, daß wir die abgedroschenen Phrasen von finsterem Mittelalter, von Inquisitionen ꝛc., welche liberale Schwätzer und liberale Blätter immer dann bringen, wenn es ihnen an wirklichen Beweisen für ihre Behauptungen fehlt, — statt solcher Beweise annehmen sollen. Wenn die Leser des Lichtenfelser Tgbl. sich diese längst abgenützten Phrasen noch als stolzes Paradepferd vorführen lassen, so bedauern wir sie herzlichst; „für andere Menschenkinder sind sie nur noch eine abgelebte Mähre, der Niemand mehr eine Aufmerksamkeit schenkt. Doch da der Verfasser der Entgegnung ein so großes Mitleid mit dem unglücklichen Lesepublikum hat, „dem das Gift der N. B. Ztg. zugänglich sein sollte" (wir glaubten bisher, man spreche: das Lesepublikum ist dem Gifte zugänglich; doch wir beugen uns vor der größeren Sprach-, wie sonstigen Bildung des L. Tagbl.), so wollen auch wir Mitleid mit dem Lesepublikum haben, dem das Aufklärungslicht des L. Tgbl. zugänglich sein sollte, und bemerken, daß für Jeden, der seine Kenntniß des Mittelalters und seiner Institutionen nicht bloß aus ungläubigen Tagesblättern zusammen geklaubt, oder aus lügenhaften Tendenz-Romanen und liberalen Conservationslexiken geschöpft hat, als geschichtliche Thatsache feststeht, daß die Mitwirkung und Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten bei dem freien Manne des Mittelalters eine ungleich größere und freiere war, als sie durch die neuen, so gepriesenen Gesetze je werden dürfte.

Verallgemeinert wohl hat sich die Berechtigung der Theilnahme an der Besorgung der öffentlichen Angelegenheiten in unserer Zeit, aber in demselben Maße auch abgeschwächt, so daß der freie Bürger unserer modernen Zeit nur wie eine Carrikatur jenes freien Mannes im Mittelalter erscheint. Zugleich ist auch dem nur oberflächlichen Kenner der Geschichte des Mittelalters wohl bekannt, daß nicht die kath. Kirche, die wohl dem Herrn § als gleichbedeutend mit „ultramontaner Partei" gelten wird, es war, welche die Ausdehnung des freien Standes hinderte, sondern daß sie es gerade war, welche entgegen den absoluten Regierungsgelüsten der Mächtigen, die Freiheit des Einzelnen in jenen wildbewegten Zeiten möglichst schützte, so wie sie auch zu allen Zeiten und an allen Orten durch ihre Lehren und Grundsätze Sclaverei und Leibeigenschaft, wenn auch nur friedlich verschwinden machte. Darum war

auch in jenen finstern Zeiten die Schätzung der Menschenwürde trotz aller äußeren hemmenden Verhältnisse eine weit tiefere, weil religiöse, als jetzt, wo wir beim Fortschreiten des modernen Zeitgeistes bald gar nicht mehr von einer Menschen- sondern höchstens von einer Affenwürde werden sprechen können. So viel über das Mittelalter, nicht für den H. §, sondern für die Leser des L. Tgbl.

Zweitens hatten wir behauptet, daß, wenn mit dem Ausdrucke, „die neuen Gesetze seien in überraschend kurzer Zeit Gemeingut des Volkes geworden", gesagt werden wolle, daß das Volk sie bereits lieb gewonnen habe, daß es sich glücklicher unter ihnen fühle ꝛc. wir dies so lange bezweifeln müßten, bis uns Belege dafür gebracht würden. Bringt nun die Entgegnung, um unsere Zweifel zu heben, solche Belege? Mit Nichten. Dagegen ergeht sie sich in der ganz unqualificirbaren Verdächtigung, wir hätten mit unserem Artikel „offenbar lediglich die Absicht, im Volke ein gewisses Mißtrauen gegen die neuen Sozialgesetze zu erregen." Wir müssen gegen diese Insinuation, wenn uns damit eine den freien Staatsbürger schändende („Schmach nennt es Herr §) Absicht zugemuthet werden will, entschieden Protest erheben. Wenn das L. Tgbl. sich damit brüstet, „auf gesetzlichem Boden sich zu bewegen", so glauben auch wir denselben nicht zu verlassen, selbst wenn wir uns die Freiheit nehmen sollten, diese oder jene Bestimmung eines neuen socialen Gesetzes, weil wir sie nicht für gemeinnützlich, sondern für gemeinschädlich erkennen, auch als solche zu bezeichnen, oder eine „Maßnahme der Regierung und ihrer Organe" zu tadeln, wenn wir dieselbe für unerträglich mit der Volkswohlfahrt erkennen. Wir schreiben eben für ein Blatt, welches wenigstens die politische Selbstständigkeit sich gewahrt hat, wenn es auch „nicht auf seinen eigenen Füßen stehen kann," wie Herr § meint; und nicht für ein Kgl. Bayerisches Bezirksamtsblatt, welches einen großen Theil seiner Leser nothzüchtigt, mit den amtlichen Anzeigen auch seinen politischen liberalen Brei mit in Kauf zu nehmen. — Uebrigens haben wir in dem betreffenden Artikel nicht einmal unsere Meinung über die neuen sozialen Gesetze ausgesprochen, sondern nur die Stimmung des Volkes bezüglich dieser Gesetze, wie wir dieselbe zu erkennen glaubten, bezeichnet. Und wirklich der Verfasser der Entgegnung muß noch nicht weit über seine vier jedenfalls liberale Pfähle hinausgekommen sein oder seine liberalen Augen und Ohren recht fest verschlossen haben, wenn er von dieser Stimmung des Volkes noch keine Kenntniß erhalten hat. Wahrlich wir glauben, man braucht das Mißtrauen und die Abneigung gegen die neuen sozialen Gesetze nicht erst wachzurufen; Beides ist schon da! Freilich mögen manche Bestimmungen der neuen Gesetze (wir verwahren uns dagegen, daß wir sie im Ganzen verwerfen) jenem sich überall vorfindenden Theile der Bevölkerung wohlgefallen, den der alte Römer mit plebs bezeichnet, wofür es auch in unserer Sprache nicht an passenden Bezeichnungen fehlt, wir glauben jedoch, daß die Gesetzgebung vor Allem den die Grundlage eines gesunden Staatsganzen bildenden Kern des Volkes, den wenn auch armen, doch fleißigen und rechtlichen, wenn auch kleinen doch besitzenden Bürger- und Bauernstand, das römische „populus" zu berücksichtigen habe Wir hatten endlich drittens daraus, daß das Volk gleich das Erstemal, wo es seine Meinung über eine neue liberale Einrichtung geltend machen konnte, dieselbe so allgemein verworfen habe, geschlossen, daß, wenn auch die übrigen neuen sozialen Gesetze dem Plebiscite unterworfen, d. h. dem Volke zur letzten Begutachtung vorgelegt würden, (wie es oft in der freien republikanischen Schweiz geschieht) — viele derselben kein besseres Schicksal haben dürften, als die Bürgermeistereien.

Der Herr § hätte anstatt wegen des Ausdrucks „Fiasco" in hohen Zorn zu gerathen, gegen unsern Schluß als einen unberechtigten, weil a minori ad majus geführt, protestiren können. Wir glauben jedoch, daß ein solcher Schluß unter den obwaltenden Verhältnissen, bei der offenbaren Stimmung des Volkes nämlich, nicht unberechtigt sei. Wir würden unbedingt die Probe machen lassen, wenn es von uns abhinge. Doch kann der Herr § wenigstens einen Versuch einer solchen machen. Er gehe einmal im Bezirksamt Lichtenfels, das ja der Mehrheit nach „liberal" ist, von Haus zu Haus mit einer Liste um Stimmen zu sammeln zu einer Petition an die Kammern um Wiederaufhebung oder Beibehaltung des einen oder andern neuen Gesetzes. Das Resultat soll zeigen, ob wir die Stimmung des Volkes richtig bezeichnet haben oder nicht, ob wir also zum obigen Schlusse berechtigt waren oder nicht.

Wir halten deshalb unsern Artikel in Nr. 100 der N. B. Z. in allen seinen Theilen vollständig aufrecht. Zugleich beschließen wir hiemit ein für allemal die Polemik über diesen Punkt mit dem Lichtf. Tgbl, ohne uns damit des Rechtes zu begeben, demselben in jeder andern Frage nöthigenfalls ordentlich „auf die Finger zu klopfen", besonders da wir überzeugt sind, daß wir weit entfernt, „im Nebel herumgefuchtelt zu haben" vielmehr gut „getroffen" haben müssen, da wir nur daraus den Wuthausbruch des § Mannes erklärlich und etwas entschuldbar finden können. —

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 13. Jan. (Unsere gestrige Mittheilung über die Stimmenanzahl bei der Wahl der Sekretäre müssen wir dahin berichtigen, daß bei der des 1. Sekr. nur 140, und bei der des 2. Sek. nur 138 Stimmen abgegeben wurden.) — Diese Sitzung wegen der Direktoriums-Wahl hat in 3 Stunden mehr zu Stande gebracht,

Digitized by Google

als die kürzlich aufgelöste Kammer in acht Tagen zu vollbringen sich abmühlte. — Das Bewußtsein der Majorität der Patrioten veranlaßte die Fortschrittspartei, Jeden nach seiner Neigung votiren zu lassen. Edel erhielt deßhalb nur 7 Stimmen.

Morgen Freitag wird mit der Wahl der Ausschüsse begonnen; man bezweifelt, daß die feierliche Eröffnung des Landtags noch in dieser Woche stattfinden wird. — Das diesjähr. Justizministerialblatt wird zufolge höherer Anordnung alle auf die Einführung des neuen Zivilprozesses bezüglichen Erlasse enthalten.

In der Sitzung vom 10. Jan. stellte bekanntlich die Fortschrittspartei den Antrag des Inhalts, daß die Abgeordneten, deren Wahl beanstandet werde, bis zur definitiven Beschlußfassung in Funktion bleiben sollen. Hiezu bemerkt die Pf. Z.: „In dem aufgelösten Landtag wurde dieser Grundsatz nicht geltend gemacht, weil bei Befolgung desselben die patriotische Partei in der „Majorität" geblieben wäre; jetzt stellt ihn die Fortschrittspartei auf, um nicht durch die für beanstandet erklärten Wahlen vorläufig 10 Mitglieder zu verlieren. Das ist fortschrittliche Consequenz!

Die ‚Frkf. Z.' schreibt aus München, 11 Jan.: Die Parteiorganisation und die Parteizucht, welche der „Fortschritt" zuerst bei uns einführte und mittelst deren er bei der vorjährigen Kammer Alles durchsetzte, rächt sich gegenwärtig. Die „Patrioten" haben ihre Angehörigen in die nämliche Organisation und Zucht gebracht und da sie die Mehrheit bilden, so hängt jede Entscheidung von ihrem Willen ab. Das Blatt hat sich eben gewendet. Dies zeigte sich gestern und heute und wird sich noch oft ergeben. Fortschrittliche Blätter haben wiederholt von Uneinigkeit im ultramontanen Lager geredet; es war eine Vorspiegelung, die sich um so wunderlicher ausnimmt, da gerade die Liberalen, selbst die den Klub besuchenden persönlich ganz divergirende Elemente in sich schließen, welche sich zum Theile zuvor schon selbst in den Zeitungen bekämpft hatten, die Patrioten ihres Sieges gewiß, sind nichts weniger als uneinig, sondern stimmen wie Ein Mann; es zeigt sich bei jeder Gelegenheit. Da nicht bei den Siegern, sondern bei den Geschlagenen die Uneinigkeit einzureißen pflegt, so ist es Täuschung eine Aenderung zu erwarten.

München, 12. Jan. Fortschrittl. Blätter meldeten vor Kurzem, daß die beiden Bürgermeister hier zurückzutreten beabsichtigen. Nun wird diese Nachricht dementirt. Es wird der Rücktritt dieser beiden Biedermänner von Seite der Fortschrittler nicht nur sehnlichst erwartet, um diese Posten durch Männer ihrer Partei zu ersetzen, sondern man sucht sie zum Rücktritte zu bewegen. Nachdem Hr: v. Steinsdorf aber erfahren, daß der Brgrmstr. Fischer als sein Nachfolger bestimmt wäre, so soll er entschlossen sein, in seiner Stellung auszuharren. — BBAcc. Mettenleitner ist ohne Aenderung seiner Stellung in das kgl. Kabinet eingetreten.

München, 11. Jan. Der Hochwürdigste Herr Bischof von Rottenburg, Dr. v. Hefele, kam heute Nachmittags hier an, stieg im Kloster zu Bonifaz dahier ab, besuchte den päpstlichen Nuntius, sowie Herrn Stiftspropst v. Döllinger, und setzte in der Nacht seine Reise nach Rom fort.

Der Beschluß des Gemeindekollegiums der Stadt München vom 7. Dezember v. J., daß der Lehrer Jugerle als städtischer Schulrath aufzustellen sei, wurde heute von dem neuen Gemeindekollegium mit allen gen 4 Stimmen als incorrect aufgehoben u. beschlossen, daß die Stelle des Schulraths nochmals zur Bewerbung auszuschreiben, der Gehalt des Schulraths aber auf 1600—2000 fl. zu erhöhen sei und zwar in der Art, daß der Anfangsgehalt nach drei Jahren auf 1800, nach weiteren drei Jahren auf 2000 fl. steigt, und daß nach den ersten 3 Jahren das Definitivum eintritt.

Sternberg, 12. Jan. Die strelitzischen Stände verweigern wiederholt, eine Erklärung über den Beitrag zu den Bundeslasten abzugeben, bevor eine Erledigung der Steuerreform stattgefunden habe. Die Vertagung des Landtages ist wiederholt dringend beantragt. —

Ausland.

Paris, 12. Jan. 1 Uhr 25 Min. Trotz des Regenwetters schließen sich zahlreiche Gruppen dem Leichenzuge Noirs an, der sich die Straßen von St. Honore und Rivoli bewegt. — 1 Uhr 45 Min. Das Wetter beginnt sich aufzuklären. — 2 Uhr 45 Min. Große Menschenmenge in Neuilly. — (Wir werden morgen darauf zurückkommen.)

Paris, 12. Jan. Heute fand die Beerdigung Noirs zu Neuilly ohne kirchliche Ceremonie statt. Das Leichengefolge betrug gegen 30,000 Personen, darunter Rochefort, Bancel und Gambetta. Man hört das Geschrei: „Rache" und „Es lebe Rochefort." Die Truppen rückten aus, doch blieb die Ruhe ungestört.

Paris, 12. Jan. Gesetzgebender Körper. Ferry interpellirte die Regierung wegen der Verfassungswidrigkeit des höchsten Gerichtshofs. Ollivier wies die Interpellation zurück. Die Kammer ging über dieselbe zur Tagesordnung. Man versichert, Rochefort beabsichtige die Niederlegung seines Mandats. Um 4½ Uhr hatte sich eine zahlreiche Menge auf den elyseischen Feldern eingefunden, eine Abtheilung Kavallerie zerstreute sie jedoch widerstandlos.

Paris, 13. Jan. Gestern fanden ungeachtet mehrfacher Zusammenrottungen keine ersten Störungen der öffentlichen Ordnung statt. Die Stadtsergenten zerstreuten leicht die Ruhestörer. Kleine Widersetzlichkeiten fielen vor, mehrere Stadtsergenten wurden verwundet und einige wenige Verhaftungen vorgenommen.

Digitized by Google

/ Bamberg, 13. Jan. Gewisse Herren ‚Liberale' machen es sich zur Aufgabe, die Schmähartikel, welche fortschrittliche Schandblätter von Zeit zu Zeit gegen den Abgeordneten Hrn. Dr. Schüttinger liefern, geschäftig zu kolportiren und, freilich mit scheinheiliger Miene jede Solidarität mit diesen Schmähungen ablehnend, doch so viel ihnen möglich, für deren Weiterverbreitung zu sorgen.

Mögen sich diese Herren gesagt sein lassen, daß wir aus den erwähnten Schmähungen mit Vergnügen ersehen, wie der genannte, von der großen Mehrheit der hiesigen Bürgerschaft hoch verehrte Herr Abgeordnete fortfährt, seinen „intelligenten" Gegnern Schmerzen zu bereiten und deren Kniffe bloszustellen.

Wir sind gewiß, daß er, unähnlich bekannten Wacklern, die von jeher von ihm eingehaltene politische Richtung männlich und konsequent auch ferner verfolgen werde und wünschen nur, er möge sich überzeugt halten, daß die erbärmlichen Angriffe, denen er neuerlich ausgesetzt ist, ihm in der Hochachtung seiner Wähler so wenig schaden, wie dieses bei den früheren gegen ihn gemachten Schmähungen der Fall war.

Jedem Land- und Ackerwirth großen Nutzen bringende Sämereien: 1) Englische Futterrüben-Samen

für Land- und Ackerwirthe. Diese Rüben, die schönsten und ertragsreichsten von allen jetzt bekannten Futterrüben, werden 1 bis 3 Fuß im Umfange groß, u. 5, ja zehn bis fünfzehn Pfund schwer, ohne Bearbeitung, denn sie verlangen weder das Hacken noch das Häufen, da nur die Wurzeln in die Erde wachsen, die Rübe aber wie ein Kohlkopf über die Erde steht. Das Fleisch dieser Rüben ist dunkelgelb, die Schale kirschbraun, mit großen saftreichen Blättern. Die erste Aussaat geschieht, sobald es die Witterung erlaubt, Anfangs März oder im April. Die Ernte ist sodann im Juli, so daß dieser Acker zum 2. Male mit derselben Rübe bestellt werden kann. Vorzüglich kann man dann die Rüben noch anbauen, wenn man die ersten Vorfrüchte heruntergenommen hat, z. B. nach Grünfutter, Frühlingskartoffeln, Reps, Lein und Roggen. Geschieht die letzte Aussaat in Roggenstoppel und bis Mitte August, so kann man mit Bestimmtheit einen großen Ertrag erwarten und mehrere 100 Wispel anbauen.

Auch wird der Versuch lehren, daß dieser Rübenbau zehnmal besser ist als der Runkel- und Wasserrübenanbau, da nach der Rübenfütterung Milch und Butter einen feinen Geschmack erhalten, was bei Wasserrüben niemals der Fall ist; auch als Mastfütterung nimmt diese Rübe den ersten Platz ein. — Das Pfd. Samen von der großen Sorte kostet fl. 3. 30 kr. und werden damit 2 Morgen besäet. Der Ertrag ist pro Morgen ca. 250 Scheffel. Mittelsorte fl. 1. 45 kr.

2) Bockharascher Riesen-Honig-Klee (ächte Original-Saat).

Dieser Klee gedeiht und wächst auf jedem Boden ganz vortrefflich. Er wird sobald offenes Wetter eintritt gesäet und liefert auch im ersten Jahr bei zeitiger Aussaat selbst auf geringem Boden 3—4, auf gutem Boden sogar 5 Schnitte. Auch kann man denselben unter Gerste und Hafer säen; mit letzterem zusammen geschnitten gibt er ein herrliches Futter für Pferde. Soll der Klee als Grün- oder Trockenfutter verwendet werden, ist allmonatliches Abmähen bei einer Höhe von ½ Ellen nöthig, da die zarten Blätter und Stengel dem Vieh mehr zusagen. Will man jedoch den Klee vorzüglich des Samens wegen anbauen, so lasse man ihn fortwachsen. Er blüht am Ende Mai bis August ungewöhnlich reich und wird häufig von Bienen besucht. Blüthen und Blättern ist der feinste Waldmeistergeruch eigen. Das erste Futter des zweiten Jahres gibt es im April. Der Ertrag ist ungemein reichlicher und empfiehlt sich vorzugsweise dieser Brockharasche Riesen-Honig-Klee zum Ausbau mehr als jede andere Kleegattung, weil er schneller und höher wächst und einen feinen Geschmack hat. Der Morgen liefert an 600 Ctr. grünes Futter und ist der Klee seines großen Futterreichthums wegen ganz besonders für Milchkühe und Schafvieh zu empfehlen. Vollsaat pro Morgen 12 Pfd. Das Pfund Samen kostet 1 fl. 45 kr. Unter je 1 Pfd. von beiden Sorten wird nicht abgegeben.

3) Schottische Riesen-Turnips-Runkelrüben-Samen

(veredelt und doppelt gereinigt.

Diese Rüben werden 18—22 Pfund schwer, haben gelbes Fleisch und große saftreiche Blätter. Aussaat pro Morgen 3 Pfd., das Pfund kostet 36 kr. Ertrag pro Morgen 450 Ctr. Es offerirt diese Samen

Ferdinand Bieck

in Schwedt a. O.

Frankirte Aufträge werden mit umgehende Post expedirt und wo der Betrag nicht beigefügt, wird solcher per Postvorschuß entnommen.

† Gottesdienst-Ordnung †

der Stadt Bamberg.

Dom. Sonntag 16. Jan. Gottesdienst wie gewöhnlich.

St. Martin. Sonntag 16. Jan. Namen Jesufest. Früh 8 Uhr Predigt, 9 U. feierliches Hochamt, Nachmittags 3 Uhr feierliche Vesper.

Obere Pfarr. Sonntag 16. Jan. Fest des hl. Sebastian. Am Vorabende Vesper mit Litanei, früh ½9 Uhr Festpredigt, 9 Uhr Hochamt, Nachmittag 2 U. Vesper mit hl. Segen und Te Deum.

St. Jakob. Sonntag den 16. Namen-Jesufest, ½8 U. Mitärgottesdienst, 10 U. Predigt, dann Amt. 1 U. Pred. u. And. f. die Mitglieder des 3. Ordens.

St. Gangolph. Sonntag den 16. d. St. Sebastianifest. In der Pfarrkirche um 6 U. Frühamt, ½8 U. Militärgottesd. 10 U. hl. Messe. — In der St. Sebastiani-Kapelle ist um ½8 Uhr Frühamt, ½9 Uhr Predigt, hierauf feierl. Hochamt. Mittag von 12—3 U. Betstunden, um 3 U. feierl. Prozession von da in die Pfarrkirche. Freitag, 20. Jan. in der St. Seb.-Kap. 7 U. Frühmesse, 9 U. Amt, Mitt. 12—4 U. Betstunden.

Ein junger Mann

der seine Lehrzeit in einem größeren Buckskinfabrikations-Geschäft Sachsens bestand, mit der Branche genau betraut ist, wünscht Engagement für Comptoir oder Lager. Gef. Offerten sub. P. F. 246 befördert die Annoncen-Expedition von Haasenstein und Vogler in Frankfurt a. Main.

Hopfenstangen

werden aus einer fürstlichen Waldung in größeren Parthien abgegeben, und ersucht man Reflektanten um gefällige Adressen und Pbressen unter U 1770 an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in München

Theater-Anzeige.

Freitag, 14. Januar.

Hans Lange.

Schauspiel in 5 Akten von Paul Heyse.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 13. Samstag, den 15. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Zu den bayerischen Parteiverhältnissen.

Jeder ehrliche Mann, der sich aus den hochgehenden Wogen des Parteigetriebes den Sinn für Wahrheit und Recht gerettet hat, muß durch die maßlosen Verdrehungen und Schmähungen, womit fortschrittl. Blätter gegen die patriot. Partei, d. h. gegen die große Mehrheit des Volkes vorzugehen sich erdreisten, nachgerade mit unabweislichem Ekel erfüllt werden. Wollten doch die Herren „Liberalen" sich zunächst die Mühe nehmen, vor der eigenen Thüre zu kehren. Wahrlich es würde ihnen da an freilich unsauberer, aber doch recht nöthiger Arbeit keineswegs fehlen. Oder sollten diese Herren z. B. keine Ahnung haben, daß alle Noblesse da aufgehört hat, wo man, statt vernünftiger Discussion Drohungen mit Maßregelungen und elende Denunciationen ins Feld führt? Sollte nicht wenigstens Einzelnen von ihnen die Schamröthe ins Gesicht steigen, wenn sie immer und immer wieder statt versöhnlichen Einlenkens die Selbstanpreisung der außerordentlichen „Intelligenz" ihrer Parteigenossen, welcher sich ganz folgerecht auch die so lächerlichen Selbstwahlen anrichten, zu kosten bekommen? Sollte Keinem von ihnen das Bewußtsein dämmern, daß die Angesichts der Unmöglichkeit demnächstiger Verweigerung eines Steuerprovisoriums bereits mehrfach in „liberalen" Blättern angedeutete „Nothstaatsrechtstheorie" angewendet auf unsere dermalige Lage nur zu einem Verfassungsbruche und jedenfalls zu dem geraden Gegentheile liberaler Maßregeln führen würde? Sollte Niemand von ihnen die Servilität der „liberalen" Phrase herausfühlen, welche das Verlangen nach einem Mehrheitsministerium als einem Octroirungsversuch bezeichnet?

Doch wenden wir den Blick ab von den traurigen Symptomen einer leider schon weit eingerissenen Begriffsverwirrung und sittlicher Verkommenheit und trösten wir uns, daß im Großen und Ganzen die patriotische Partei ein erfreulicheres Bild darbietet, indem sie, des Vaterlandes Wohl als ihr erstes Ziel hochhaltend, selbst berechtigte Empfindlichkeit zurückdrängt und, unbeirrt durch das Gekläffe um sie herum, festen Schrittes den Weg der Ehre und des Gesetzes weiter wandelt.

Es ist ihr trotz der Gnade, welche sie, wie einige hohe Herren wohl zu würdigen wissen, ihrer Seits für Recht ergehen ließ, das ihr selbst zukommende Recht noch immer nicht geworden. Sie wird gleichwohl von ihrer immer mehr imponirenden festen sich gesetzlichen Haltung durch nichts abbringen lassen. Der von dem Lande erwartete Erfolg kann unmöglich ausbleiben, ja wird, wenn nicht alles trügt, schon binnen kurzer Zeit vollständig errungen sein.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 14. Jan. Der König wird den Landtag künftigen Montag Nachmittag 2 Uhr im Thronsaale der königlichen Residenz mit einer Thronrede eröffnen. Da derselbe seit einigen Tagen an einer katarrhalischen Affektion leidet, so findet der der Eröffnung vorausgehende Gottesdienst in der Allerheiligenhofkirche statt und werden zur Theilnahme an denselben außer den Mitgliedern der beiden Häuser des Landtags das diplomatische Corps, die Minister und Staatsräthe eingeladen werden.

Die Kammer der Abgeordneten trat heute Vormittags halb 10 Uhr in geheimer Sitzung zusammen, welche bis gegen 3 Uhr Nachmittags währte. Es wurden in derselben die Wahlen des 1. Ausschusses für Gegenstände der Justiz und des 2. Ausschusses für Gegenstände der Finanzen vorgenommen. Es wurden folgende Herren gewählt:

In den ersten Ausschuß (Justizangelegenheiten) die Herren Umbscheiden mit 129 St., Marquard Barth mit 118, Krätzer, Kurz, Schüttinger, Gürster mit je 79, Grabner und Winderl mit je 78, endlich Schmidt (Bayreuth) mit 72 Stimmen, somit drei fortschrittliche und 6 patriotische Abgeordnete (5 der Gewählten sind Appellationsgerichtsräthe, 1 — Schmidt — Bezirksgerichtsrath, 3 — Barth, Schüttinger, Winderl — Advokaten.)

In den Finanzausschuß: Militärkurat Lucas, Ministerialrath Diepolder, Rentbeamter Schmidkonz mit je 79 Stimmen, Advokat Freytag mit 78, Adv. Wiesnet, Prof. Greil mit je 77 St., Graf Fugger mit 76, Friedrich Kolb mit 83 und Frhr. v. Stauffenberg mit 129 St. (7 Patrioten, 1 Volksparteili- 1 Fortschrittler.)

Das vorgestern gewählte Direktorium der Abgeordnetenkammer war gestern während des ganzen Vormittags versammelt und wird auch Nachmittags wieder zusammentreten, um die Kanzlei des Hauses zu organisiren, das Botenpersonal zu bestellen, überhaupt den Mechanismus der Geschäfte einzurichten. Auf heute Vormittag halb 10 Uhr hat der Hr. Präsident Dr. v. Weis die Kammer zu einer geheimen Sitzung berufen, um den 1. Ausschuß (Justizangelegenheiten) und nachher auch den 2. (Finanzsachen) zu wählen. K.

Mit dem neuen Kammerpräsidenten wird, wie es scheint, auch ein anderes Kanzleipersonal bei der Abgeordnetenkammer einziehen. Wenigstens ist der mehrmals zum Präsidialsekretär bestellte Herr Assessor Fröhlinger nicht wieder an diesen Posten berufen, vielmehr von dem Herrn Präsidenten Dr. v. Weis gestern der Bezirksgerichtsaccessist Mayer zum Präsidialsekretär ernannt worden.

Die „Südd. Post" meldet mit gesperrten Schrift: „Der König wird den Landtag nicht eröffnen." — Dasselbe Blatt erklärt es für keinen schlechten Witz, daß der Minister Herr v. Schlör Direktor der türkischen Bahnen werden sollte, sondern daß in der That Herr v. Hirsch in München mit Herrn von Schlör wegen Uebernahme jenes Postens, der 120,000 Franken tragen soll, in Unterhandlung stehe.

München, 12. Jan. Die von dem Abgeordneten Kolb übergebenen Vorstellungen über allgemeines direktes Wahlrecht ꝛc. haben bereits die Zahl von 17 mit vielen Unterschriften erreicht. Schon ist unter den 8 Regierungsbezirken kein einziger mehr, aus dem nicht eine oder mehrere Petitionen vorlägen (die meistens von ansässigen Bürgern ausgehen). Es sind nämlich bereits in den Kammereinlauf gebracht: 2 Vorstellungen aus Oberbayern, 1 aus Niederbayern, 2 aus der Pfalz, 3 aus der Oberpfalz, 1 aus Oberfranken (Stadt Bamberg mit 67 Unterschriften), 5 aus Mittelfranken, 1 aus Unterfranken, 1 aus Schwaben. Gerade die in der jüngsten Zeit fast allerseits gemachten unangenehmen Erfahrungen mit dem beschränkten und indirekten Wahlrecht haben zur Verbreitung des Verlangens nach einer durchgreifenden Verbesserung nicht wenig beigetragen.

Für die Beanstandung der Günzburger Wahlen waren, wie schon erwähnt, die bei der Urwahl in Jettingen vorgefallenen Unregelmäßigkeiten ausschlaggebend. Dort waren durch den schon geschilderten Vorgang mehrere Urwähler von Ried der Ausübung ihres Wahlrechts verlustig geworden. „Gerade diese Urwähler aber, sagt ein Bericht in der Postzeitung, würden unstreitig das Wahlresultat von Jettingen und dieses wieder das Ergebniß der Hauptwahl in Günzburg vollständig verändert haben." Sind diese Angaben richtig und wird, was wahrscheinlich, die beanstandete Wahl demnächst von der Kammer entgiltig vernichtet, so wäre vorauszusehen, daß bei der zu veranstaltenden Neuwahl statt drei Liberalen, (1 Fortschr., 2 Mittelp.) drei Patrioten würden gewählt werden, wodurch das gegenseitige Zahlenverhältniß beider Hauptparteien in der Kammer sich um weitere 6 Stimmen zu Ungunsten der liberalen Partei ändern würde. Uebrigens haben in der Einweisungskommission wie in der Kammer die beiden patriotischen Abgeordneten Militärprediger Lucas und Pfarrer Hafenmaier gegen die Beanstandung der Günzburger Wahl mit den Liberalen gestimmt — jedenfalls ein achtungswerther Beweis von Unparteilichkeit. — —

München, 12. Jan. Die Nationalliberalen von den „Neuesten Nachrichten" sind entrüstet über die von der Kammermajorität beschlossenen Wahlbeanstandungen; sie erblicken darin nichts als Parteiterrorismus. Doch wie gestaltet sich die Sache bei unbefangener Prüfung? Die „Patrioten" haben genau dasselbe gethan, was vor drei Monaten die Fortschrittler thaten, als sie sich der Majorität in der Kammer erfreuten. Das Aeußerste, was sich sagen läßt, möchte sein: Die Patrioten waren keine ungelehrigen Schüler, sondern haben die Lektionen gut benützt, welche sie das vorige Mal von ihren Gegnern ertheilt bekamen; sie duldeten nicht mehr, daß durch die Gewandheit der Gegner ihre Majorität nahezu in Minorität verwandelt worden wäre. — Haben sie sich dabei irgend einen Uebergriff, irgend ein wirkliches Unrecht erlaubt? Das kann man nicht sagen. Es läßt sich darüber streiten, ob die Selbstwahl zulässig ist (die Meisten scheinen der Ansicht, dieselbe sei zwar nichts weniger als schicklich, gleichwohl nicht verboten); nicht bestreiten läßt sich aber, daß bei den Wahlmännerwahlen hier zu München Unregelmäßigkeiten vorkamen, deren Folgen das Resultat der Hauptwahl unbedingt in Frage stellen mußten. Dies gestehen selbst viele Nationalliberale zu; hier weiß es ohnehin Jedermann. Weniger soll dies bei den Günzburger Wahlen klar liegen, über welche die Kammermitglieder nach der Parteifärbung sich verschieden aussprechen. Bei derartiger Sachlage war es beiläufig selbstverständlich, daß die Beanstandung der Wahlen ausgesprochen und damit eine nähere Untersuchung der Verhältnisse angeordnet wurde. — Nun ward jedoch von Seiten der Fortschrittspartei beantragt, man möge den Beanstandeten trotzdem bis zur definitiven Entscheidung Sitz und Stimme in der Kammer belassen. Nach der Geschäftsordnung ist dies zulässig, die Kammer kann es, sie kann aber ebenso das Gegentheil verfügen. Das Herkommen war bisher für Suspendirung; es ist nicht ein entgegengesetzter Fall bekannt. Auch behandelte die Fortschrittspartei diese Folge einer Beanstandung auf dem vorigen Landtage als selbstverständlich. Den einzigen Vorwurf muß man als gerechtfertigt ansehen, daß die Patrioten die Stellung einer besonde-

Digitized by Google

ren Frage über diese Consequenz der Beanstandung verweigerten. Da sie eine entschiedene Stimmenmehrheit besitzen, so stand es in jedem Falle bei ihnen, die definitive Entscheidung in der einen oder der andern Richtung zu geben. Dies die Wahrheit. Man wird darnach kaum bestreiten können, daß der Vorwurf eines parteiischen Majorisirens nicht begründet, und nur das Verfahren bei jener Fragestellung, wodurch jedoch in der Sache selbst nichts geändert ward, nicht correct zu nennen ist. Ob die Patrioten den Vortheil der Majorität später wirklich mißbrauchen werden, steht abzuwarten, bis jetzt kann man nicht mit Recht sagen, daß es bereits geschehen sei. Dies der Wahrheit zu Ehren. Frkf. J.

Y München, 12. Jan. Die bekannte für Preußen schwärmende Augsburger Abendzeitung hat in gewohnter Weise die Diskussion der geheimen Sitzung über die Beanstandung der Münchner Wahlen in so entstellter Weise wiedergegeben, daß man wieder deutlich daraus ersieht, daß sie nur Entstellung und Unwahrheit gegen die patriotische Partei als Waffe benützt. Schon der Erfolg der beiden Sitzungen beweist, daß die Herrn Fortschrittler von den Patrioten gehörig bedient wurden, den die Münchner 7 und die Günzburger 3 Abgeordneten sind vorerst beanstandet. Die fortschrittlichen Herrrn Dr. Völk, Stenglein, v. Schauß, Fischer und Dr. Marquardsen haben zwar gesprochen, sie haben aber den Abgord. Dr. Schüttinger, der die Selbstwahl grundhaltig mit Ruhe und Anstand bekämpfte, nicht nur nicht entferntest widerlegt, sondern nur das verneint, was patriotischer Seits behauptet wurde. Bei dieser Gelegenheit hat Dr. Völk, der Vater „juristischer Schnurren" eine absonderliche Theorie von „Mandat" vorzutragen die Güte gehabt, und all den Herrn Fortschrittsmännern, wie sie oben genannt, hat schließlich die Discussion gezeigt, daß die Patrioten nicht gewillt sind, sich von dieser sich stets überhebenden Partei irreleiden und noch lange terrorisiren zu lassen, Selbstwahl und Selbstlob sind das bekannte Feldgeschrei der Fortschrittspartei — man halte das Gegentheil dessen für wahr, was die Augsb. Abendzeitung sagt und man hat die Wahrheit vor sich.

Die demokratische „Südd. Post" ist der Ansicht, daß es der Fortschrittspartei mit ihren freisinnigen Anträgen für Wahlreform, Vereins- und Versammlungsrecht, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ꝛc. lediglich darum zu thun sei, den Patrioten Prügel zwischen die Füße zu werfen, weil sie der Ansicht sei, daß die jetzige Kammermehrheit dieselben verwerfen werde. Sie könnten sich dann in die Brust werfen und sagen: „Seht wie reaktionär diese schwarze Bande ist, seht dagegen unsern in Glorie erstrahlenden Liberalismus!" Die Südd. Post glaubt, daß die Herren die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben, — und wir glauben es auch.

Der Präsident der Kreisregierung von Oberbayern Philipp Freiherr von Zu-Rhein ist gestern gestorben, vorgestern starb der frühere Minister v. Ringelmann, Reichsrath.

Wien, 12. Jan. Den hiesigen Blättern wird aus Cattaro telegraphirt: Die Crivoscianer haben sich gestern unterworfen und unter Zivio-Rufen und Gewehrsalven dem Kaiser Treue und Ergebenheit gelobt. —

Karlsruhe, 13. Jan. Die Abgeordnetenkammer hat den Gesetzentwurf, welcher die Lehrer aller Confessionen zur Anstellung an Gelehrtenschulen berechtigt, fast einstimmig angenommen.

Ausland.

Luzern, 11. Jan. Heute Nachmittags ist eine Steinkohlengrube bei Littau eingestürzt. Fünf Arbeiter wurden verschüttet, und davon bis jetzt zwei gerettet; von den übrigen kein Lebenszeichen.

Rom, 8. Jan. In Civita Vecchia ist der preußische Kriegsdampfer „Elisabeth" angekommen, um die für den Dom zu Aachen bestimmten Marmorblöcke an Bord zu nehmen, deren Transport vom Lagerplatze aus die preußische Regierung bekanntlich übernommen hat.

Paris, 12. Jan. Ueber den wahren Grund der Tödtung Noir's liegen jetzt 2 Angaben vor, die des Prinzen Peter Nap. und jene von Fonvielle. Des Letzteren Angabe gibt den Vorfall dar wie folgt:

Am 10. d. um 10 U. begaben wir uns, Noir und ich zu dem Prinzen als gesandt von Grousset, um von demselben Rechenschaft für beleid. Artikel für Grousset zu verlangen, die im Avenir de la Corse erschienen. Man ließ uns nach Abgabe der Karten ins 1. Stockwerk aufsteigen und hieß uns nach Durchschreitung eines Waffensaales in einen Salon eintreten. Der Prinz erschien und es wurden folgende Worte gewechselt: Mein Herr, wir kommen von H. Grousset, um Ihnen einen Brief zu übergeben. — Sie kommen also nicht von H. Rochefort und Sie sind nicht seine Handlanger. — M. H., wir kommen in einer andern Angelegenheit und ich bitte Sie Kenntniß von diesem Briefe zu nehmen. Ich gab ihn den Brief, welchen er nach Lesung zerknitterte. Ich habe H. Rochefort gefordert, sagte er, weil er der Fahnenträger des Gesindels ist. H. Grousset habe ich keine Antwort zu geben. Sind Sie mit diesen Elenden solidarisch. Noir antwortete: Es sind unsere Freunde. Da gab der Prinz ohne Herausforderung unsererseits dem Noir eine Ohrfeige und im nämlichen Augenblick schoß er einen 10läuf. Revolver, den er in der Tasche geladen verborgen hielt, auf Noir ab, welcher sich bäumte, und gegen die Thüre hinausschwankte. Auf mich der ich mich hinter einen Lehnstuhl zurückgezogen, gab er ebenfalls einen Schuß ab und da er mich mit einem Pistole bewaffnet sah, wich er zurück, stellte sich vor die Thür und zielte auf mich. Da begriff ich den Hinterhalt in den wir gefallen waren und sagte mir

Digitized by Google

daß, wenn ich einen Schuß abgäbe, man gewiß sagen würde: wir seien die Angreifer gewesen. Ich öffnete eine Thür hinter mir und zog mich zurück, indem ich Mord rief! Im Augenblick wo ich hinausging, knallte ein zweiter Schuß, und die Kugel drang wieder durch meinen Ueberrock. In der Straße fand ich Noir, welcher die Kraft gehabt hatte herunter zu steigen und verschied. (Schluß folgt morgen.)

Paris, 13. Jan. (Wochenausweis der französischen Bank.) Vermehrung des Notenumlaufs 5,500,000, Verminderung d. Baarvorraths 12,000,000 des Portefeuille 19,500,000, der Vorschüsse 2,000,000, des Staatsschatzes 7,500,000, der Privatkonten 28,000,000 Fr.

Vermischtes.

— „In dem Schillergitter auf dem Gendarmenmarkt zu Berlin", erzählt die Stsb.-Ztg., „das noch immer einen unbelasteten Grundstein umschließt, fand sich am Sonntag früh, wie durch Zauber entstanden, plötzlich ein Denkmal vor. Freilich war die lebensgroße Statue nichts Anderes, als ein Schneemann, der nur die Farbe mit dem kararischen Marmor gemein hatte; aber dieser Schneemann war von geübten Händen so kunstgerecht hergestellt, daß die Anwohner des Gendarmenmarktes, die vom Fenster aus die seltsame Erscheinung wahrnahmen, Anfangs der Meinung waren, das langersehnte Monument sei ihnen wirklich als Neujahrs-Ueberraschung beschert worden. Die Polizei war schnell bei der Hand, das Werk des Berliner Volkswitzes zu zerstören."

— (Schuldentilgung.) Auf folgende Weise können alle Staaten ihre Schulden ledig werden. Man löst sämmtliche Staatsschuldverschreibungen mit Noten ein; auf diese aber wendet man den buchhändlerischen Grundsatz an, der auch auf den Noten abgedruckt sein muß: „Beschmutzte Exemplare werden nicht zurückgenommen"; in zehn Jahren gibts kein einzulösendes Papier mehr; ist das nicht so etwas von einem Columbusei?

Dem New.-Y. J. zufolge beschäftigt die New-Yorker weltbekannte Firma A. T. Stewart u. Comp. in ihrem Detailgeschäft über 1300 Personen, nämlich: einen General-Superintendenten, 19 Superintendenten der verschiedenen Departements, 9 Kassiere, 25 Buchhalter, 30 Thürsteher, 55 Austräger, 200 „Cash-Boys", 900 Nähterinnen und 470 Verkäufer. Zur Weihnachtszeit sind nicht weniger als 2200 Personen beschäftigt. Der tägliche Erlös beläuft sich durchschnittlich auf 60,000 Doll., erreicht jedoch 85 — 90,000 Doll. Stewart war bekanntlich vom Präsidenten Grant zum Finanzminister ernannt worden, mußte aber zurücktreten, weil er sein Geschäft nicht aufgeben wollte. Ein altes Gesetz der Vereinigten Staaten verbietet dem Finanzminister, Privatgeschäfte zu treiben.

Frankf. Coursbericht vom 12. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	G.	Baden.	3½	82½ G.
	4½%		92⅞	bz.		4 Oblig.	92½ bz.
	4%		83⅛	bz.		4	85⅛ bz.
Frankf.	3½		81½	G.		3½	81⅛ B.
Nassau.	4½	Oblig.	91⅛	bz.	G. Hessen	5%	102½ bz.
	4		—	bz.		4%	93⅛ B.
Kurhess.	4		83⅜	B.	Sachsen.	5%	100 G.
Bayern.	5%		101	B.	Brschw.	3½	81½ B.
	4½ 1jhr.		91⅜	bz.	Oesterr.	4⅓	R.i.S. 58½ bz.
	4½ jjhr.		91⅜	bz.		5%	Met.-CM. — G.
	4 1jhr.		—	G.		5%	Nat.-Anl. —bz.
	4 jjhr.		86½	G.		5%	steuerfr. — bz.
	4 Abl.-R.		87	G.		4½	Metall —bz.
	3½ Obl.		81	G.		5	Ung. E.-A. —
Würtbg.	4½%		91½	bz.	Belgien.	4½ Obl.	104⅜ bz.
	4		84	B.	NAermika.	6%	81 v. 64 94⅛ bz
						5% Bds	71r v. 61 95½ bz.

Gesellen-Verein.

Sonntag Abend 8 Uhr: Vortrag des Herrn Bildhauers Küster.

Die Darstellung schöner Geräthe.

Die Herren Schutzvorstände und Mitglieder.

Der Präses.

Frankfurter Geldcours

vom 13. Jan.

Preuß. Kassensch.	fl.	1.	44⅞ — 45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl.	9.	58—59
Pistolen	fl.	9.	48
Do. doppelte	fl.	9.	49
Holl. 10-fl.-Stücke	fl.	9.	54—56
Dukaten	fl.	5.	36—38
Napoleonsd'or	fl.	9.	28—29

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
q. k. Assessor.

Glasbilder für Albums-, Marmor- u. feine Holzwaaren-Fabrikanten sind am billigsten zu beziehen aus der Glasbilder-Fabrik von

Fedor Graß, Berlin,
Communikationsweg, 2.

Theater-Anzeige.

Sonntag, den 16. Januar 1870.

D. Weltumsegler wider Willen

Posse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von G. W. Emden.

Stereoscop. Ansichten von Bamberg.

empfiehlt ***Otto Reindl.***

St. Gangolph. Sonntag den 16. d. St. Sebastianifest. In der Pfarrkirche um ½6 U. Frühamt, ½8 U. Militärgottesd. 10 U. hl. Messe. — In der St. Sebastiani-Kapelle ist um ½8 Uhr Frühamt, ½9 Uhr Predigt, hierauf feierl. Hochamt. Mittag von 12—3 U. Betstunden, um 3 U. feierl. Prozession von da in die Pfarrkirche. Freitag, 20. Jan. in der St. Seb.-Kap. 7 U. Frühmesse, 9 U. Amt, Mitt. 12—4 U. Betstunden.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 14. Sonntag, den 16. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 15. Jan. Wie wir gestern gemeldet haben ist der 1. und 2. Ausschuß bereits gebildet, in den 2. oder Finanzausschuß kam der Statistiker Friedr. Kolb mit 83 (die Stimmen der Patrioten und der „Wilden"; die Fortschrittspartei hat sie ihm nicht gegeben) und Frhr. v. Stauffenberg mit 129 Stimmen.

Der N. Korrespondent schreibt über die Wahlvorgänge v. 10. d.: Das Ergebniß der über die vereinte Frage vorgenommenen Abstimmung ist bereits bekannt. Auch sonst bieten die Berichte, welche die N. Nachr. und die Augsb. Abdztg. über die beiden geheimen Sitznngen vom 10. und 11. ds. mitgetheilt haben, manches Interessante. Leider sind sie jedoch von einem so durchaus einseitigen Standpunkte abgefaßt, daß sie kaum benützbar sind; denn sie wiedergeben, hieße einer augenscheinlich parteiischen und deshalb das öffentliche Urtheil irreleitenden Darstellung wissentlich Raum und Förderung gewähren. — Uebrigens darf man Angesichts dieser ausführlichen öffentl. Berichterstattung über geheime Sitzungen fragen, wofür denn geheime Sitzungen heutzutage überhaupt noch gut sind; und weiter darf man fragen — da doch alle Abgeordneten beim Eintritt in die Kammer sich selbstverständlich in loyaler Weise der Geschäftsordnung unterwerfen — wie überhaupt so detaillirte Veröffentlichungen über Verhandlungen möglich sind, welche die Geschäftsordnung ausdrücklich für geheime erklärt und zu denen sie daher allen Zeitungsreportern den Zutritt versagt.

Der Klub der Fortschrittspartei hat gestern Abends für die Dauer des Landtages gewählt: H. Marquart Barth als Vorsitzenden, Frhrn. v. Stauffenberg als dessen Stellvertreter.

Bei der Wahl zum Verwaltungsausschuß erhielten bei 137 Votanten: Wand 80, Schmid (Bamberg) und Ruland 78, Hafenbrädl (Schedlhof), Radspieler, Mayer (Weiding) je 76, Eder 73 u. Lampert 71 Stimmen. Zur Wahl des 9. Mitglieds ist ein zweites Skrutinium nothwendig und scheinen sich die Stimmen auf Seybold zu vereinigen.

Bei der Wahl zum volkswirthschaftlichen Ausschuß erhielten bei 136 Votanten Pfahler 71, Hutschenreuther 72, Mayer 75, Hafenbrädl und Freyberg je 76, Bucher 77, Gschwender 78, Meixner 79 und Grieninger 121 Stimmen. (Demnach 7 Patrioten und 2 Fortschrittler.) Der Justizausschutz wählte den Abg. Grabner zum Vorstand, Dr. Schüttinger zum Sekretair, der Finanzausschuß zum Vorstand Advokat Wiesnet, zum Sekretair Adv. Freytag.

Der „Südd. Telegr." theilt folgende Ministerkombination mit, welche angeblich von der patriotischen Seite für den Fall, daß sie zum Regiment berufen würden, festgestellt sein soll: Reichsrath v. Thüngen Aeußeres und Vorsitz, Dr. Weis Justiz, Baron Schrenk Inneres, Graf Seinsheim Handel, General Walther Krieg. Ueber den Kultus soll noch noch nicht entschieden sein, und das Beste, die Finanzen, ist vergessen — nicht von den Patrioten, sondern vom Südd. Telegr. — Nach einer Mittheilung der „Augsb. Abdztg." aus München, wird in „liberalen Kreisen unlieb bemerkt", daß der neue Kultusminister v. Lutz den Ministerialrath v. Huller für den gegenwärtigen Landtag nicht als Regierungs-Commissär aufgestellt habe. Wir unsererseits würden es lediglich als einen Akt der Klugheit betrachten, wenn Herr v. Lutz oder irgend ein anderer Minister es unterließe, der Kammer Persönlichkeiten gegenüber zu stellen, deren Anschauung und Grundsätze bei einem sehr großen Theil derselben auf keinen Anklang zu hoffen haben. Man wolle doch bedenken, daß die Mehrheit der Kammer nicht mehr die nämliche ist, wie auf dem vorigen Landtage, und daß das Land des Friedens, nicht der Aufstachelung und des Kampfes bedarf.

Von der Donau. Die Verhandlungen der Einweisungskommission der Kammer der Abgeordneten bezüglich der Selbstwahlen in München u. Günzburg erregen wiederholt die Aufmerksamkeit. Selbst sehr viele Anhänger der liberalen Partei getrauen sich nicht, die Selbstwahlen in Schutz zu nehmen. Es gibt einige Liberale, die die Sache so darzustellen versuchen, daß nemlich nur die äußerste Nothwendigkeit im Interesse der liberalen Partei zur Selbstwahl gezwungen habe. Es leuchtet aber von selbst ein, daß es nicht das Partei-Interesse war, das die

Digitized by Google

Selbstwähler zu dieser That antrieb Sie durften ja nur als Kandidaten zurücktreten und andere Glieder ihrer Partei als Kandidaten aufstellen, die nicht selbst Wahlmänner der betreffenden Bezirke waren. Herr Dr. Völk z. B. würde nichts einzuwenden gehabt haben, wenn man in Günzburg ihn gewählt hätte. Auch andere Herren der Fortschrittspartei hätten sich gefunden in Menge. Es ist somit klar, daß es das Parteiinteresse nicht war, daß die Selbstwahl erheischte.

Bei Beanstandung der Günzburger Wahlen gerieth Herr Abg. Lukas mit Herrn Crämer von Doos an einander, wiewohl Lukas und Hafenmaier für Nichtbeanstandung der Günzburger Wahlen mit den sog. Fortschrittlern gestimmt zu haben scheinen. Herr Crämer hatte die Stirne gehabt, den Patrioten vorzuwerfen, sie betrieben die Wahlprüfungen nicht mit Gründen, sondern mit Gewalt. Da hat denn Herr Lukas sein Erstaunen darüber ausgedrückt, wie die Anhänger der Eisen-, Blut- und Gewaltpolitik dies nicht mit Freuden begrüßen sollten. Herr v. Schauß aber, der unter Heiterkeit mehrerer Patrioten mit noch 16 Fortschrittlern, worunter auch Dr. Edel, den Saal verlassen hatte, weil bei Beanstandung der Münchener Wahlen die Frage nicht nach ihrem Kopf gestellt worden war, könnte aus diesem Mißerfolge sowie aus der Zurechtweisung, welche er am Dienstag durch den Abgeordneten Lukas erfahren hat, schon vorläufig abnehmen, daß eine Redenmanier, wie er sie bei seinen Prozessen auf dem Stadtgericht führen mag, in der Abgeordnetenkammer übel angebracht ist, und er, wenn es ihm anders möglich ist, sich schon eines andern Tones befleißen darf.

Berlin, 14. Jan. Der Gesetzentwurf über die Handelskammern wird nach den Vorschlägen der Commission, mit welchen die Regierung einverstanden ist, unter Verwerfung der zahlreichen Amendements, genehmigt.

Wien, 13. Jan. Unsere Finanzlage, die bei der in naher Aussicht stehenden Budgetberathung eingehend zur Sprache kommen wird, nimmt von Jahr zu Jahr eine bedenklichere Gestalt an. Im Jahre 1867 waren die Gesammteinnahmen in den beiden Reichshälften auf über 407, die Ausgaben auf fast 434 Millionen (Deficit 26 Mill.)! präliminirt; im Jahre 1870 aber erhöhen sich die Ausgaben um 66 Mill. (510 Mill.), die Einnahmen um 92 Mill, und trotz dieses Mehrertrags restirt immer noch ein Deficit. Hiebei kommt zu beachten, daß jetzt um nahe 16 Mill. an Coupons-Interessen weniger zu zahlen und bereits um 40 Mill. Staatsgüter veräußert sind. Finanzminister Dr. Brestl giebt zwar die Versicherung, daß er auch heuer keine Anleihe zu machen brauche, um das Defizit zu bewältigen, allein die letztgenannte Ertragsquelle versiegt bald; Grund genug, daß die Finanzkommission die Sachlage ernstlich prüfe und das Soll und Haben des Staates in besseres Gleichgewicht bringe.

Wien, 13. Jan. Der Adreßausschuß des Abgeordnetenhauses beendete die Berathung der Adresse. Der festgestellte Entwurf stimmt im Wesentlichen mit dem Tinti'schen überein.

Wien, 14. Jan. Gutem Vernehmen nach hat die Minorität des Ministerium dem Kaiser ihre Bereitwilligkeit erklärt, bis zur Beendigung der Adreßdebatte im Herrenhause im Amte zu bleiben. Alsdann dürfte ihre Entlassung sofort erfolgen.

Wien, 14. Jan. Die Presse verzeichnet die unbestätigte Nachricht: die Majorität der Minister hätte den gewesenen Staatsminister v. Schmerling für den Posten eines Ministerpräsidenten in Aussicht genommen.

Ausland.

Paris, 13. Jan. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers erklärte der Minister des Unterrichts in Beantwortung einer Interpellation, daß die Regierung die Frage des unentgeltlichen Unterrichts in Elementarschulen gegenwärtig in Berathung ziehe. Der Kaiser hat heute die Kasernen besucht u. ist überall lebhaft von den Truppen empfangen worden. Die Aufeegung dauert in den Arbeiterstadttheilen fort, aber die Ruhe ist nicht gestört worden.

Paris, 13. Jan., Abends 9 Uhr. Die vollständigste Ruhe herrscht in ganz Paris. Es wird versichert, daß die Behörden die getroffenen Vorsichtsmaßregeln gegen etwaige Exzesse zurückgezogen haben. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde über die Geschäftsordnung debatirt. Thiers beantragt die Wiederherstellung des Adreßrechtes. Der Präsident erwidert ihm, daß es verboten sei über die Verfassung zu debattiren. Thiers entgegnet: er wundere sich über die gewissenhafte Respektirung der Verfassung, welche so oft verletzt worden sei. Der Präsident wünscht zu wissen, an welchem Tage die Kammer über die gerichtliche Verfolgnng Rochefort's berathen will. Garnier-Pages, Arago und Gambetta schlagen nächsten Montag vor, auch Rochefort beantragt, spätens den nächsten Montag zu diesem Zwecke zu bestimmen

Paris, 14. Jan. Senatssitzung. Rouher und Baroche tadelten die Haltung des Kabinets aus Anlaß der Dekrete, welche die temporären Zulassungen unterdrücken. Der Handelsminister Louvet und der Finanzminister Buffet vertheidigten das Kabinet. Der Senat ging über die Interpellation lediglich zur Tagesordnung über.

(Schluß.) Wir stellen der Erzählung des Hrn. v. Fonville die Version des Prinzen Peter Bonaparte entgegen, wie sie dessen Freund, Herr Paul de Cassagnac, der zugegen war, als er nach der Präfektur als Gefangener gebracht wurde, dem „Gaulois" mitgetheilt: „Die Herrn v. Fonvielle und Viktor Noir stellten sich mir mit drohender Miene und mit den Händen in den Taschen vor. Sie übergaben

Digitized by Google

mir einen Brief des Hrn. Paschal Grousset, Redakteurs der „Marseillaise", mit dem ich nie etwas zu thun gehabt habe. Dieser Brief enthielt eine Herausforderung. Ich antwortete: „Ich habe mit Hrn. Rochefort zu thun und nicht mit seinen Handlangern" „Lesen Sie diesen Brief," erwiederte Herr Noir. „Er ist bereits gelesen", entgegnete ich und fügte bei: „Kommen Sie für diesen Brief auf?" Er antwortete mir hierauf mit einer Ohrfeige, und sogleich zog Hr. von Fonvielle, als ob er jeden Rückangriff von meiner Seite hätte verhindern wollen, ein Pistol. Als ich mich so angegriffen und bedroht sah, zog ich rasch ein Taschenpistol und feuerte auf Viktor Noir. Der andere, Herr von Fonvielle, kauerte hierauf hinter einen Lehnsessel nieder und bemühte sich vergebens, indem er zugleich auf mich anschlug, den Hahn seines Pistols zu spannen. Ich schoß auf ihn ohne Resultat. Hr. v. Fronvielle entfloh hierauf, indem er von mir vorbeilief, und ohne daß ich ihn aufzuhalten versuchte, was mir leicht gewesen wäre. Allein hinter der ersten Thüre angekommen, zielte er auf mich von Neuem. Ich feuerte in diesem Augenblick meinen dritten Schuß ab, den das kleine Caliber meines Pistols unwirksam machen mußte. Ich fügte hinzu, daß diese Herren bei mir eine Pistolenschachtel und einen Stockdegen zurückgelassen haben. Dies allein reicht hin, um zu beweisen, daß der Brief des Herrn Paschal Grousset nur ein Vorwand war, um mich in einen vollkommen vorbereiteten Hinterhalt zu locken.

Der Kaiser erhielt die Kunde von dem Geschehenen auf dem Bahnhof von Montparnasse, als er eben aus Rembouillet von der Jagd zurückkam. Auf die Mittheilungen, welche ihm der Polizeipräfekt Hr. Pietri machte, wurde der Kaiser sehr bleich, und befahl dem Präfekten sogleich die gesetzlichen Schritte einzuleiten. Der Justizminister Herr Emile Ollivier schickte noch im Laufe des Abends an die Zeitungen eine Note, der zufolge er mit Zustimmung des Kaisers die sofortige Verhaftung des Prinzen Peter Napoleon angeordnet habe. — An der Spitze des amtlichen Blattes befindet sich folgendes kaiserl. Dekret: „Wir, Napoleon u. s. w. In Anbetracht der Berichte, welche dem Prinzen Peter Napoleon einen am 10. Jan. 1870 an der Person des Herrn Viktor Noirs begangenen Mord zur Last legen; in Erwägung, daß der Angeschuldigte unserer Familie angehört, u. die Untersuchung daher von dem Staatsgerichtshof geführt werden muß, verordnen auf Grund der Art. 1 des Senatusconsults vom 1. Juni 1858. 5, 8, 11, 12 und 13 des Senatusconsults vom 10. Juli 1852 auf Antrag unsers Siegelbewahrers wie folgt: Art. 1. Die Anklagekammer des Staatsgerichtshof wird einberufen, um über die dem Prinzen Peter Bonaparte zur Last gelegte Mordthat zu erkennen. Art. 2. Der Herr Rath d'Oms wird in der Anklagekammer des Staatsgerichtshofs den Vorsitz führen, der Generalprokurator Herr Grandperret wird im Verein mit dem Staatsanwalt Herrn Bergognie vom Pariser Appellhof die Funktionen des Generalprokurators bei dem Gerichtshof versehen. Art. 3. Unser Siegelbewahrer, Justiz- und Cultusminister wird mit der Ausführung dieses Dekrets beauftragt."

Die Herabsetzung des diesjährigen Herreskontingents von 100,000 auf 75,000 Mann hat der Kriegsminister für unthunlich erklärt. Die Frage wird noch im Ministerrath diskutirt; möglich daß dieselbe, wenn gegen ihn entschieden, den Rücktritt des Kriegsministers veranlaßt.

Nach dem „Gaulois" werde die Verlobung des kaiserlichen Prinzen, mit der Tochter des Kaisers v. Oesterreich angestrebt.

Vermischtes.

(Unglücksfälle.) Auch der am 11. d. bei Stambach durch Entgleisung verwundete Heizer ist ebenfalls seinen Wunden erlegen, während der Führer todt am Platze blieb. — Am 9. d. Nachm. sind in dem Kanitzer See, 1 Meile v. Liegnitz entfernt, 16 Kinder ertrunken, welche auf einer Eisscholle des See, die plötzlich barst, gespielt hatten. — Vergangenen Sonntag brach zu Dünkirchen der Fußboden des 2. Ranges in einem italienischem Cirkus während der Vorstellung ein, und riß 130—150 Personen mit sich hinunter, wobei einige bedeutend gequetscht wurden.

— In St. Franzisko haben die Aktionäre der Dampfschiffahrts-Gesellsch. beschlossen, eine Flugmaschine von solchen Dimensionen zu bauen, um die Verwendung der Erfindnng von J. Walker Lilas für prakt. Zwecke zu prüfen.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentl. Magistratssitznngen vom 14. d. M.

(Im Auszuge.)

Auf den vom H. Leichenhausarzt und den H. Verwaltungsbezirksarzt unterstützten Antrag des H. Stadtbauraths sollen im hiesigen Leichenacker 3 verschließbare s. g. amerikanische Brunneu angelegt und die Zustimmung der Stadt-GBevollm. zu den Kosten im Gesammtbetrage von 240 fl. eingeholt werden, da die förderliche Pflege der Gewächse und Alleen sowie das Begiesen der Wege zu Sommerzeit aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten geboten erscheint. — Die vom Kassieramt angezeigte Vermiethung der oberen Wohnung im Hintergebäude des vormals Staub'schen Wohnhauses an den städtischen Turnlehrer H. Wer sei zu genehmigen. — Zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung seien die noch außerhalb des Gasnetzes befindlichen Laternen für die Zukunft mit Petroleum zu versehen. — Für die Kirche zu St. Getreu seien zwei Alben anzuschaffen. — An Waldschadensersätzen aus der Gemeinde Weippeldorf seien 15 fl. 42 kr. in Einnahme zu verrechnen, während die uneinbringlichen durch Kulturarbeiten abzuverdienen sind. — Die ledige Wäscherin Vogentanz erhielt eine Gratifikation von 3 fl. für Wassertragen beim letzten Brande, desgleichen die beiden Lohndiener für den Transport des Rettungskorbes auf den Brandplatz je 1 fl., die gepflogenen Verhandlungen über den Brand selbst mit den Schadenseinschätznn-

gen seien der k. Regierung in Vorlage zu bringen. — Ein Anschreiben des k. Kavalleriebrigade-Commandos im Betr. der Beschotterung der Reitbahn unh des Viehmarktplatzes bei der Reitbahn sei dem H. Baurathe zur thunlichster Berücksichtigung bei der Ausführung der Arbeiten mitzutheilen. — Die Rückerinnerungen des k. Fiscalats der Verkehrsanstalten wegen der Zufuhrsstrassen zum Bahnhofe seien dem H. Baurathe zur technischen Würdigung zuzustellen. — Ein Anschreiben des Hi Stadtrichters am k. Stadtgerichte dahier, in welchem der Polizeimannschaft für ihre thätige Mitwirkung beim Strafvollzuge in Uebertretungs- u. insbesonders Forstsachen die gebührende Anerkennung ausgesprochen wird, soll derselben zur Kenntniß gebracht werden. — Nach einer k. Regierungs-Entschl. hat die Wahl der Armenpflegschaftsräthe zu einer Erinnerung keinen Anlaß gegeben, dieselben sind deshalb einzuberufen und zu verpflichten. — Nach einer k. Regierungs-Entschl. sind die Herren Stadtg.-Bevollmächtigten nicht besonders zu verpflichten, weshalb die Hinweisung derselben auf ihre obhabende Bürgerpflicht durch deren H. Vorstand genügt. — Die wiederholte Bitte des H. Jos. Brandel um Bewilligung zur Aufstellung eines Würfelspieles bei Messen wurde von der k. Regierung abschlägig beschieden. — Die vom Magistrate Eichstätt veranlaßten jedoch resultatlos gebliebenen Recherchen bezüglich der Heimathverhältnisse des ehemaligen Besitzers der Wirthschaft zum Milchhäuschen Joh. Himer u. seiner Familie seien dahin abzugeben. — Dem Fabrikarbeiter Joh. Soma sei ein Musiklizenzschein auszustellen. — Die von k. Regierung als vollziehbar erklärten ortspolizeilichen Vorschriften über den Verkauf von Brod, Bier, Mehl und Fleisch seien zu veröffentlichen. — Zum Schutze der Nachbarn des HsNr. 1728b sei dem Besitzer die Anlegung eines Kanals und die Erneuerung der Anpflasterung der Freitreppen am Hause aufzutragen. — Dem Maurermeister H. Dennefeld sei die Aushebung und Herausschaffung von Flußsand unterhalb der Kettenbrücke zu gestatten. — Der H. Vorstand der konstituirten Einquart.-Commission sei zu einem Zusammentritt der Mitglieder Behufs Prüfung der Einquartierungslisten zu veranlassen. — C. Ostermaier, Schneidergeselle von hier sei wegen Gewohnheitsbettel auf 6 Monaten in der Polizeianstalt Rebdorf zu verwahren. — Wegen Beschädigung der Alleebäume an der Pödelhorfer Strasse sei auch das k. Bezirksamt Bamberg 1. zu ersuchen, in den benachbarten Ortschaften die darauf gesetzten Strafen und die Geldbelohnungen für die Ermittlung der Thäter bekannt zu geben. — Das Verbot der Aufstellung von Landfuhrwerk in der Sandstraße sei zu erneuern und strenge Vigilanz anzuordnen. — Der Anna Hermannsdörfer von Kirchlauter sei wegen Aufenthalts dahier ohne Anmeldung und wegen Beschäftigungslosigkeit aus der Stadt auf die Dauer von 2 Jahren zu verweisen. — Für den nach Berlin übersiedelnden Schriftsetzer H. J. Mich. Bernard von hier sei die Ausstellung eines Geburtsscheines zu bewirken.

Frankf. Coursbericht vom 13. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	— G.	Baden.	3½	=	82½ G.
	4½%	=	92½ bz.		4½%	Oblig.	92½ bz.
	4%	=	83½ bz.		4	=	85½ bz.
Frankf.	3½	=	81½ G.		3½	=	81½ B.
Nassau.	4½%	Oblig.	91½ bz.	G. Hessen	5%	=	102½ bz.
	4	=	— bz.		4%	=	93½ B.
Kurhess.	4	=	83½ B.	Sachsen.	5%	=	100 G.
Bayern.	5%	=	101 B.	Brschw.	3½	=	81½ B.
	4½	1jhr. =	91½ bz.	Oesterr.	4⅛	R.I.S.	58½ bz.
	4½	½jhr. =	91½ bz.		5%	Met.-CM.	— G.
	4	1jhr. =	— G.		5%	Nat.-Anl.	—bz.
	4	½jhr. =	86½ G.		5%	steuerfr.	— bz.
	4	Abl.-R.	87 G.		4½	Metall	—bz.
	3½	Obl.	81 G.		5	Ung. E.-A.	—
Würtbg.	4½%	=	91½ bz.	Belgien.	4½	Obl.	104½ bz.
	4	=	84 B.	NAermika.	6%	81v.64	94½ bz
					5%	Bds	71r v. 61 95½ bz.

Amerikan. Holzstiften

für Schuhmacher

liefert in „ausgezeichneter Qualität" zu möglichst billigen Preisen die

Holzwaarenfabr. v. Ad. Neudeck

in Schwarzach,

Oberpfalz.

Gesellen-Verein.

Sonntag Abend 8 Uhr: Vortrag des Herrn Bildhauers Küster.

Die Darstellung schöner Geräthe.

Die Herren Schutzvorstände und Mitglieder.

Der Präses.

Hopfenstangen

werden aus einer fürstlichen Waldung in größeren Parthien abgegeben, und ersucht man Reflektanten um gefällige Adressen und Briefe unter U 1770 an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in München

Ein junger Mann

der seine Lehrzeit in einem größeren Buckskinfabrikations-Geschäft Sachsens bestand, mit der Branche genau betraut ist, wünscht Engagement für Comptoir oder Lager. Gef. Offerten sub P. F. 246 befördert die Annoncen-Expedition von Haasenstein und Vogler in Frankfurt a. Main.

Glasbilder für Albums-, Marmor- u. feine Holzwaaren-Fabrikanten sind am billigsten zu beziehen aus der Glasbilder-Fabrik von

Fedor Graß, Berlin,

Communikationsweg, 2.

Offene Stelle

für einen thätigen militärfreien Mann in einem Fabrikgeschäft in Aschaffenburg. Schriftliche Offerten sub K. D. befördert die Expedition der Aschaffenburger Zeit.

Theater-Anzeige.

Sonntag, den 16. Januar 1870.

D. Weltumsegler wider Willen

Posse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von G. W. Emden.

Briefkasten.

H. A. M. in S—. Abonnem. werden noch angenommen und sind bei der nächsten Exp. (H.) zu machen. Uebr. bes.

Frankfurter Geldcours

vom 13. Jan.

Preuß. Kassensch.	fl.	1. 44⅞	—45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl.	9. 58	—59
Pistolen	fl.	9. 48	
Do. doppelte	fl.	9. 49	
Holl. 10-fl.-Stücke	fl.	9. 54	—56
Dukaten	fl.	5. 36	—38
Napoleonsd'or	fl.	9. 28	—29
Imperiales	fl.	9. 48	—50
Dollars in Gold	fl.	2. 27	—28
fein Gold per Pfund	fl.	816	—821

Münchener Börse

vom 9. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	—	81	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86¼	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	86¼	86¼
4pCt. Grdrenten	87	86¼	—
4pCt. Präm.-Anl.	106	105¾	105¾
4½pCt. gzjähr. Obl.	91¾	—	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 15. Dienstag, den 18. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Abonnements auf die „Neue Bamberger Zeitung" werden noch bei allen Posterpedit. angenommen. Die bisher erschienenen Nro. werden so weit als möglich nachgeliefert.

Der Preußische Nordbund.

ψ – Es sind jetzt drei Jahre seit Eröffnung des norddeutschen constituirenden Reichstags verflossen. Wir erinnern uns noch an den Bombast und Phrasenreichthum, mit welchem Berliner und andere Blätter die Eröffnungsfeierlichkeit beschrieben, die anwesenden glänzenden Uniformen der Reichswürdenträger schilderten, die Prinzen und Prinzessinnen, Diplomaten und distinguirten Personen aufzählten; mehr als einer träumte wohl vom Wiedererwachen der alten Herrlichkeiten des Reiches. Wir erinnern uns noch des Pompes, der bei Eröffnung des Zollparlamentes entfaltet wurde; viele sahen dasselbe schon im Geiste erweitert zu einem deutschen Voll- und Volksparlament! Und wie stehen die Dinge jetzt? Soeben hören wir, daß das Zollparlament für heuer nicht einberufen wird wegen Mangel an „dringenden" Vorlagen. Und selbst im Norden ist die Begeisterung ernüchtert, die alte ruhige Ueberlegung wieder eingetreten. Nicht bloß das Guelfische Hannover bewahrt aller Maßregelungen zum Trotze das Vertrauen auf sein gutes Recht und seine Anhänglichkeit an sein Königs- und das deutsche Kaiserhaus; nicht bloß in Kurhessen sind die paar preußischen Parteigänger längst verstummt, des stolzen republikanischen Frankfurtes nicht zu gedenken; nicht bloß Nassau ist gründlich geheilt von seinen Sympathien für Preußen; nicht bloß Sachsen hat wiederholt und energisch sein Hausrecht gewahrt zum Aerger der Berliner; sondern selbst in Preußen ist die alte conservative Partei wieder erwacht und selbstbewußt geworden: der ehemalige Minister Graf zur Lippe stellte im Herrenhause Anträge zur Wahrung der preußischen Verfassungsgesetze gegenüber dem Nordbunde! Wie verhaßt in Preußen der heimische Militarismus ist, beweisen die massenhaften heimlichen Auswanderungen der Militärpflichtigen, die Gefangennehmung von nicht weniger als neunundzwanzig der Bestechung beschuldigten Militärärzte in Essen. Und doch ist Graf Bismarck etwa selbst abgefallen von seinem Werke? Nein. Erst vor 14 Tagen ist das wichtige Ereigniß eingetreten, daß das kgl. preußische Ministerium des Auswärtigen aufgehört hat zu sein, und das Nordbundministerium an seine Stelle trat; und daß der preußische Gesandte in München jetzt Gesandter des Nordbundes ist! Welche Folgen hatten die Ereignisse? Nun — die größeren Zeitungen haben die Thatsachen wenigstens gemeldet. Ferner in München hat Bismarcks freigebige Hand seine Schützlinge momentan auf ihren Stühlen erhalten; in Oberschwaben haben seine Helfershelfer Resolutionen zu Preußens Gunsten gefaßt, in Karlsruhe hielten einige süddeutsche Abgeordnete exparlamentarisch eine preußische Versammlung. Bismarck selbst tritt gravitätisch während der Debatte ins preußische Abgeordnetenhaus und überreicht einen Gesetzentwurf in Betreff der Abtretung von Sandflächen an Bremen u. betont nachdrücklich den nationalen Standpunkt. Nun soll das Alles keine Wirkung haben? Ja wohl; selbst der Mecklenburger Landtag zu Sternberg macht Schwierigkeiten wegen Gewährung der Quote an den Bund. Uns scheint, daß der deutsche Gedanke auf dem Brandenburger Sand nicht gedeiht, und daß hieran die — patriotischen Bayern nicht ohne Schuld sind.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 17. Jan. Der König hat heute den Landtag in der feierlichen Weise, wie das Programm ankündigte, eröffnet. Der Gottesdienst begann in der Allerheiligenhofkirche Mittags ½ 12 Uhr und endete gegen 1 Uhr. Hierauf begaben sich die Mitglieder beider Kammern sofort in den Thronsaal, wo sich alsbald auch die höher Angestellten des Hofes, des Staatsrathes und der Staatsministerien, der Militär- und Civilcentralstellen und Centralanstalten u. s. w. einfanden. Die Mitglieder des diplomatischen Corps waren auf der Tribüne versammelt. Um 2 Uhr erschien der König in Begleitung JJ. kk. HH. der Prinzen Otto, Luitpold, Ludwig, Leopold, Adalbert und der Herzoge Carl Theodor und Ludwig. Der König nahm auf

Digitized by Google

dem Throne Platz und hielt die **Thronrede** an den versammelten Landtag, welche lautet:

„Meine Herren Reichsräthe und Abgeordneten!

Es gereicht mir zur hohen Befriedigung, die Kammern des Landtages wieder um Mich versammelt zu sehen, und mit Freude entbiete Ich Ihnen Meinen Königlichen Gruß.

Die Schwierigkeiten, welche sich der Constituirung der für den 21. September des vergangenen Jahres einberufenen Kammer der Abgeordneten entgegengestellt haben, waren der Anlaß zur Auflösung derselben und zur Anordnung von Neuwahlen.

Der Widerstreit entgegenstehender Meinungen hat in der letzten Zeit einen Grad ungewöhnlicher Heftigkeit erreicht. In Folge dessen haben sich vielfach irrthümliche und beunruhigende Vorstellungen verbreitet. Im Vertrauen auf Ihrer Aller Vaterlandsliebe und Einsicht gebe Ich Mich der Hoffnung hin, daß das Vorbild maßvoller Haltung, welches Sie dem Lande geben werden, wesentlich zu seiner Beruhigung beitragen wird.

Ich weiß, daß manche Gemüther die Sorge erfüllt, es sei die wohlberechtigte Selbstständigkeit Bayerns bedroht. Diese Befürchtung ist unbegründet. Alle Verträge, welche Ich mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde geschlossen habe, sind dem Lande bekannt. Treu dem Allianzvertrage, für welchen Ich Mein Königliches Wort verpfändet habe, werde Ich mit Meinem mächtigen Bundesgenossen für die Ehre Deutschlands und damit für die Ehre Bayerns einstehen, wenn es unsere Pflicht gebietet.

So sehr Ich die Wiederherstellung einer nationalen Verbindung der deutschen Staaten wünsche u. hoffe, so werde Ich doch nur in eine solche Gestaltung Deutschlands willigen, welche die Selbstständigkeit Bayerns nicht gefährdet.

Indem Ich der Krone und dem Lande die freie Selbstbestimmung wahre, erfülle ich eine Pflicht nicht allein gegen Bayern, sondern auch gegen Deutschland. Nur wenn die deutschen Stämme sich nicht selbst aufgeben, sichern sie die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwickelung Gesammt-Deutschlands auf dem Boden des Rechtes.

Ich hege die zuversichtliche Erwartung, daß Sie Mein Bestreben, an dem Wohle Meines Volkes im Geiste der neuen Gesetzgebung fortzubauen, kräftig unterstützen werden.

Die Aufgaben, welche Sie erwarten, sind wichtig.

Unter ihnen tritt die Regelung des Staatshaushaltes für die 10. Finanz-Periode vor Allem hervor.

Meine Regierung war sorgfältig bemüht, bei Feststellung des Voranschlages der Staatsausgaben mit all' derjenigen Sparsamkeit zu Werke zu gehen, welche die pflichtmäßige Rücksicht auf die berechtigten Interessen des Landes als zulässig erscheinen ließ.

Gleichwohl war es, insbesondere bei dem Wegfall jener außerordentlichen Deckungsmittel welche für die 9. Finanzperiode zu Gebote standen, nicht möglich das Budget ohne erhöhte Inanspruchnahme der Steuerkräfte des Landes aufzustellen.

Sie werden den Voranschlag der Ausgaben und Einnahmen, welcher mit dem Entwurf des Finanz-Gesetzes an Sie gelangen wird, eingehender Prüfung unterstellen. Ich darf zu Ihrer Opferwilligkeit das Vertrauen hegen, daß Sie für die Bedürfnisse des Landes die erforderlichen Mittel rechtzeitig zur Verfügung stellen werden.

Die Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1866|67 und 1868 werden zu Ihrer Einsicht und Prüfung gelangen.

Noch andere Vorlagen von Bedeutung werden erfolgen.

Beseelt von dem Wunsche, daß die Wahlen zum Landtag einen getreuen Ausdruck der im Volke lebenden Ueberzeugung bieten, habe Ich meine Regierung beauftragt, Ihnen den Entwurf Eines Wahl-Gesetzes auf der Grundlage des direkten Wahlrechts vorzulegen.

Der Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung soll die Möglichkeit gewähren, die auf diesem Gebiete bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in ein harmonisches Ganzes zusammenzufassen, in welchem zugleich die durch die neueren Erfahrungen veranlaßten Verbesserungen ihre Verwirklichung finden werden, und mit welchem das bereits bisher durch neue Gesetzbücher bekundete Streben, die Strafrechtspflege des Landes nach allen Richtungen zu heben und wirksamer zu machen, eine neuerliche Förderung erhalten wird.

Die mit der Einführung des Civilprozeßgesetzes im Zusammenhange stehende Advokatenordnung, sowie eine neue Regelung der Tax- und Stempel-Gesetzgebung werden Ihrer Berathung unterstellt werden.

Neben andern Gesetzentwürfen wird auch ein solcher über die Organisation der Bürgerwehr in Vorlage kommen, bestimmt die verdienstlichen Leistungen, welche die Bürgerschaft meines Landes unter der bisherigen Gesetzgebung mit anerkennenswerthee Hingebung der Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gewidmet hat, auch für die Zukunft zu sichern.

Ein Feld ausgedehnter Thätigkeit ist Ihnen hienach eröffnet.

Gehen Sie nunmehr an die Ihnen gestellte Aufgabe und lösen Sie dieselbe in einträchtigem Zusammenwirken, mit bewährter Treue gegen Ihren König, mit gewissenhafter Würdigung der Bedürfnisse des Landes. Durchdrungen von warmer Liebe für mein treues Volk, werde ich mit Gottes allmächtigem Beistand Bayerns Wohl nach allen Kräften zu fördern trachten, und mein höchster Lohn soll das Glück Meines theuern Landes sein."

Nach Verlesung der Thronrede brachte der erste

Präsident der Kammer der Reichsräthe Freiherr v. Stauffenberg auf Seine Majestät den König ein Hoch aus, welches bei der ganzen Versammlung begeisterten Widerhall fand. Hierauf erfolgte die Beeidigung der sämmtlichen Mitglieder der Kammer der Abgeordneten. Nach der Eidesablegung erklärte der Staatsminister des Innern im Namen S. M. des Königs die gegenwärtige Sitzung der Kammer der Reichsräthe und jene der Kammer der Abgeordneten für eröffnet und lud sie ein nunmehr die übertragenen Geschäfte zu beginnen. Der König verließ sodann mit dem hohen Gefolge unter wiederholten begeisterten Hochrufen der ganzen Versammlung den Thronsaal.

Der Passus über die nationale Politik, das Wahlgesetz und die Bürgerwehr wurden vom Könige besonders betont, die Verheißung des Wahlgesetzes wurde mit Beifall begrüßt.

München, 16. Jan. Wie wir hören, wird die Thronrede, womit der Landtag eröffnet wird, anzeigen, daß es trotz der größten Sparsamkeit, womit die Regierung den Staatshaushalt geordnet habe, nicht möglich geworden sei, das Budget ohne Erhöhung der Steuern ins Gleichgewicht zu bringen. Ferner soll die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes, einer Strafprozeß- und Advokatenordnung, eines Tax- u. Stempelgesetzes und eines Bürgerwehrgesetzes angekündigt werden.

Die Fortsetzung der Wahl — außer dem neunten Mitglied des 4. Ausschusses sind noch der 5. Ausschuß (Beschwerden) und der 6. (Prüfung der Anträge) zu wählen — ist auf Dienstag anberaumt. Im 4. Ausschuß ist besonders das kirchliche Element berücksichtigt worden: er zählt katholischerseits einen Domkapitular und einen Pfarrer, auf protestantischer Seite einen Pfarrer und einen (weltlichen) Consistorialassessor unter seinen Mitgliedern. Am Mittwoch soll die erste öffentliche Sitzung der Kammer abgehalten und in derselben wahrscheinlich der Antrag auf eine Antwortadresse gestellt werden.

Z Wir müssen noch einer Rede Erwähnung machen, die unsere Leser gewiß interessirt. Als nämlich in der 1. Sitzung wo über die Selbstwahl debattirt wurde, der Abg. Hertz einen „soeben" erhaltenen Brief über die angebl. Selbstwahl der HH. Pfarrer Mahr und Lothar Weber in Bamberg produzirte, (welcher Brief „wahrscheinlich eigens zu dem Zwecke" in der „Augsb. Abdztg." Tags vorher stand) lachte Pf. Mahr herzhaft den Hertz aus und erklärte ihm, daß sein Wahlbezirk Forchheim und nicht Bamberg sei, er sich somit nicht in Bamberg hätte wählen können und sich auch nicht in Forchheim gewählt hat, wie ja die Akten bezeugen. H. L. Weber von Höchstadt, dieser schlichte Mann, dem jedoch als ächten Patrioten das Herz am rechten Fleck sitzt, entgegnete: „Auf den mir gleichfalls zugeschleuderten Vorwurf, daß ich mich selbst gewählt habe, fühle ich mich genöthigt dies als eine tendentiöse Unwahrheit zu erklären, ja es ist nicht nur dies, sondern sogar eine infame Lüge. Zu meiner Rechtfertigung sei gesagt, daß ich als fünftes Mitglied in den Wahlausschuß gewählt wurde. Was nun die Selbstwahl überhaupt anbelangt, so halte ich selbe für eine „moderne Schlechtigkeit", für eine Immoralität, welche sowohl gegen die Gerechtigkeit als auch gegen den Willen der Wähler ist, da durch dieselbe ein „Betrug am ganzen bayerischen Volke" begangen wird. Meine Herrn! ich konnte nur staunen, daß es hier unter Ihnen Männer gibt, die der Selbstwahl das Wort reden, die ihr Vorschub leisten und dieser Ungerechtigkeit unter die Arme greifen wollen. Die Selbstwahl ist vom ganzen Lande „gebrandmarkt" und wird als nichts anderes als eine Hinterlist betrachtet. Die Geschichte kann es wohl bezeugen, wie lange ein Gesetz haltbar ist, dessen Prinzipien ohne Religion und Moral bestehen, deshalb ist es meine Ueberzeugung, daß Alles menschliche Thun ohne das Fundament der Religion und der Moral leerer Schaum ist, und „daß derjenige Mensch, der keine Religion hat, zu Allem, selbst zum Schlechtesten fähig ist." — Forchheim und Höchstadt kann stolz sein, Repräsentanten geschickt zu haben, die solche Grundsätze besitzen und sie gehörig verwerthen. Deshalb alle Hochachtung unsern Biedermännern.

Karlsruhe, 15. Jan. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde das Budget des Kriegsministeriums angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Graf Berlichingen, er werde, wie er gegen die Verlängerung des Kontingentgesetzes gestimmt habe, so auch gegen das Budget stimmen. Bluntschli wies nach, daß durch die Annahme des Kontingentgesetzes dem Willen des Landes Ausdruck verliehen sei und sämmtliche Mitglieder diesen Volkswillen anzuerkennen hätten. Mit Bluntschli übereinstimmend sprach sich auch der Präsident des Justizministeriums aus.

Ausland.

Paris, 15. Jan. Unterm 24. Dezember v. Jrs. sind aus Rio de Janeiro Nachrichten eingetroffen, welche bestätigen, daß Lopez in der Wildniß von Vacaria umherirrt und der Krieg thatsächlich beendet ist.

Madrid, 15. Jan. Die republikanische Partei hat heute in den Cortes einen Gesetzantrag eingebracht, welcher sämmtliche Mitglieder der Familie Bourbon vom spanischen Throne ausschließt.

— Die vergangene Woche hat einen 2. Eisenbahn-Unfall auf unserer Ludwigssüdnordbahn aufzuweisen, der leider wieder Opfer gekostet hat. Bei Gersthofen entgleiste am Samstag der Zug Nr. 43. Der Heizer blieb auf der Stelle todt, der Lokomotivführer schwer verletzt, die Waggons derart zertrümmert und in einander geschoben, daß man sich wundert, daß nicht mehr getödtet wurden. Ursache faule Schwellen.

Digitized by Google

Frankf. Coursbericht vom 15. Jan. 1870.

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88⅛	P
Amsterdam (100fl.)	103⅛	bz	London (10Pf.St.)	119	bz
Augsburg (100fl)	99⅛	G	Paris (200 Fr.)	94⅛	bz
Berlin (60thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96⅛	bz
Bremen (50thl.Geld)	97⅜	bz	Disconto 4 pCt.		

Aktien.			5 öst.Staatsb.500frc.	380	bz
3½ b.H.u.W.-B.500fl.	—	G	4 pfälz.Ludwb.500fl	—	G
Oest. Nat.-B.600fl.	703	bz	4½ Marbahn500fl	106⅜	G
4½ b.Ostbahn200fl.	122⅛	bz	4 Nordb.500 fl.	87⅜	bz
5 öst.Südb. 500frc.	242	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90⅛	P
Anlehensloose.			bad. 35 fl.	56⅛	bz
3½ preuß.100thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	46⅛	bz
kurhess. 40 thlr.	56⅛	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	P
bayr. 100 thlr.	107	P	österr. 500 fl. v. 1860	80½	bz

Staatspapiere.					Würtbg. 4½ Obl.	91	bz
Preußen. 5 Oblig.	—	G.			4 "	84	P
4 "	92⅜	bz.			3½ "	82½	G
4 "	83⅛	P.	Baden.	4½ Oblig.	92½	bz	
Frankf. 3½ "	82	bz.		4 "	85⅛	bz	
Nassau. 4½ Oblig.	92⅛	G.		3½ "	81⅛	P	
4 "	83½	bz.	G. Hessen	5 "	102½	bz	
Kurhess. 4 "	83⅜	P.		4 "	93⅛	P	
Bayern. 5 "	101	P.	Sachsen.	5 "	100	G	
4½ 1jhr. "	91⅜	bz.	Brschw.	3½ "	81½	P	
4½ ½jhr. "	91⅛	bz.	Oesterr.	4⅛ R.i.S.	58½	bz	
4 1jhr. "	—	G.		4 R.i.P.	49⅜	G	
4 ½jhr. "	86⅛	G.		5 Ung. E.-A.	73½	G	
4 Abl.-R.	87	G.	Nkermka.	6 81v.64	94⅛	bz	
3½ Obl.	81	G.		5 Bds 71r v. 61	95⅛	bz	

Anlehen der Stadt München 101 bz

Jedem Land- und Ackerwirth großen Nutzen

bringende Sämereien: 1) Englische Futterrüben-Samen

für Land- und Ackerwirthe. Diese Rüben, die schönsten und ertragsreichsten von allen jetzt bekannten Futterrüben, werden 1 bis 3 Fuß im Umfange groß, u. 5, ja zehn bis fünfzehn Pfund schwer, ohne Bearbeitung, denn sie verlangen weder das Hacken noch das Häufen, da nur die Wurzeln in die Erde wachsen, die Rübe aber wie ein Kohlkopf über die Erde stehet. Das Fleisch dieser Rüben ist dunkelgelb, die Schale kirschbraun, mit großen saftreichen Blättern. Die erste Aussaat geschieht, sobald es die Witterung erlaubt, Anfangs März oder im April. Die Ernte ist sodann im Juli, so daß dieser Acker zum 2. Male mit derselben Rübe bestellt werden kann. Vorzüglich kann man dann die Rüben noch anbauen, wenn man die ersten Vorfrüchte heruntergenommen hat, z. B. nach Grünfutter, Frühlingskartoffeln, Reps, Lein und Roggen. Geschieht die letzte Aussaat in Roggenstoppel und bis Mitte August, so kann man mit Bestimmtheit einen großen Ertrag erwarten und mehrere 100 Wispel anbauen.

Auch wird der Versuch lehren, daß dieser Rübenbau zehnmal besser ist als der Runkel- und Wasserrübenanbau, da nach der Rübenfütterung Milch und Butter einen feinen Geschmack erhalten, was bei Wasserrüben niemals der Fall ist; auch als Mastfütterung nimmt diese Rübe den ersten Platz ein. — Das Pfd. Samen von der großen Sorte kostet fl. 3. 30 kr. und werden damit 2 Morgen besäet. Der Ertrag ist pro Morgen ca. 250 Scheffel. Mittelsorte fl. 1. 45 kr.

2) Bockharascher Riesen-Honig-Klee (ächte Original-Saat).

Dieser Klee gedeiht und wächst auf jedem Boden ganz vortrefflich. Er wird sobald offenes Wetter eintritt gesäet und liefert auch im ersten Jahr bei zeitiger Aussaat selbst auf geringem Boden 3—4, auf gutem Boden sogar 5 Schnitte. Auch kann man denselben unter Gerste und Hafer säen; mit letzterem zusammen geschnitten gibt er ein herrliches Futter für Pferde. Soll der Klee als Grün- oder Trockenfutter verwendet werden, ist allmonatliches Abmähen bei einer Höhe von ½ Ellen nöthig, da die zarten Blätter und Stengel dem Vieh mehr zusagen. Will man jedoch den Klee vorzüglich des Samens wegen anbauen, so lasse man ihn fortwachsen. Er blüht am Ende Mai bis August ungewöhnlich reich und wird häufig von Bienen besucht. Blüthen und Blättern ist der feinste Waldmeistergeruch eigen. Das erste Futter des zweiten Jahres gibt es im April. Der Ertrag ist ungemein reichlicher und empfiehlt sich vorzugsweise dieser Brockharasche Riesen-Honig-Klee zum Ausbau mehr als jede andere Kleegattung, weil er schneller und höher wächst und einen feinen Geschmack hat. Der Morgen liefert an 600 Ctr. grünes Futter und ist der Klee seines großen Futterreichthums wegen ganz besonders für Milchkühe und Schafvieh zu empfehlen. Vollsaat pro Morgen 12 Pfd. Das Pfund Samen kostet 1 fl. 45 kr. Unter je ½Pfd. von beiden Sorten wird nicht abgegeben.

3) Schottische Riesen-Turnips-Runkelrüben-Samen

(veredelt und doppelt gereinigt.

Diese Rüben werden 18–22 Pfund schwer, haben gelbes Fleisch und große saftreiche Blätter. Aussaat pro Morgen 3 Pfd., das Pfund kostet 36 kr. Ertrag pro Morgen 450 Ctr. Es offerirt diese Samen

Ferdinand Bieck

in Schwedt a. O.

Frankirte Aufträge werden mit umgehender Post expedirt und wo der Betrag nicht beigefügt, wird solcher per Postvorschuß entnommen.

Ein mit „guten Schulkenntnissen" versehener Junge kann als Lehrling in einer Buchdruckerei unter günstigen Bedingungen sofort eintreten. Näh. ꝛc.

Amerikan. Holzstiften

für Schuhmacher

liefert in „ausgezeichneter Qualität" zu möglichst billigen Preisen die

Holzwaarenfabr. v. Ad. Neudeck

in Schwarzach,

Oberpfalz.

Theater-Anzeige.

Mittwoch, den 19. Januar

7. Vorstellung im 6. Abonnement.

Spielt nicht mit dem Feuer.

Lustspiel in 3. Akten von Putlitz.

Donnerstag, 20. Januar.

Zum Benefiz für Frl. Charl. Kliemesch.

Abonnement suspendu.

Faust.

Große Oper in 5 Akten. Musik von C. Gounod.

Zu dieser Vorstellung ladet ergebenst ein

Charlotte Kliemesch.

† Gottesdienst-Ordnung †

Dom: Mittwoch 19. Jan. früh 9 U. feierliches Requiem für den hochseligen Herrn Erzbischof Bonifaz von Urban.

Donnerstag 20. Jan. früh 9 Uhr Amt zu Ehren des hl. Sebastian.

Berichtigung.

In Nr. 11, Seite 1, Spalte 2 Zeile 8 von oben lies § Verfasser, in N. 12, S. 1 Sp. 2, Z. 22 v. o. lies Conversationslexikon.

Schrannenmittelpreise.

15.	München.	18.12	11.24	13.33	7.28
14.	Augsburg.	16.38	11.17	13,16	7.23
15.	Straubing.	16.19	11.23	11.37	6.42
15.	Regensburg.	15.59	12.10	12. 1	7.37
15.	Nördlingen.	16.30	11.23	12.38	7.18
15.	Schweinfurt	16.58	13.15	14.13	8.30
15.	Bamberg.	17.45	13.21	14.15	8.10

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 16. Mittwoch, den 19. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Abonnements auf die „Neue Bamberger Zeitung" werden noch bei allen Posterpedit. angenommen. Die bisher erschienenen Nro. werden so weit als möglich nachgeliefert.

Ein patriotisches Wort an die Abgeordneten der Gegenparteien.

Die Ansprachen, welche in der Kammer der Reichsräthe von dem erwählten 2. Präsidenten Frhn. v. Thüngen und in der Kammer der Abgeordneten von dem 1. Präsidenten Dr. v. Weis und 2. Präsidenten Grafen v. Seinsheim-Grünbach — sämmtliche Angehörige der patriotischen Partei — nach ihrer Erwählung, sowie von dem gleichfalls patriotischen Alterspräsidenten Dekan Schmidt nach Uebergabe des Kammerpräsidiums an den 1. Präsidenten gehalten wurden, sind insoferne ganz besonders bemerkenswerth, als in diesen Reden der sittlich-ernste und überzeugungstreue Standpunkt, von welchem allein die ersprießliche Wirksamkeit der Parlamente auszugehen vermag, ganz gleichmäßig zum Ausdrucke gelangt. Während nämlich der Redner im Reichsrathe mit der Mahnung zur Versöhnlichkeit lediglich der Achtung vor der Ueberzeugung Andersdenkender das Wort redete, gaben die Redner des Abgeordnetenhauses zu erkennen, daß der Parteistandpunkt vor der Ueberzeugung, daß die Abgeordneten aller Parteien das Beste des Landes wollten, zurücktretdn müsse. Halte hiedurch die patriotische Partei durch hervorragende Mitglieder in anerkennenswerther unzweideutiger Weise verkündigt, daß es ihr um einträchtiges Zusammengehen mit den übrigen Parteien bei der Berathung der Landesinteressen zu thun sei, so hat dieselbe dies Bestreben auch sofort praktisch bethätigt bei der Wahl der Ausschüsse, wo dieselbe durch die Wahl von Mitgliedern der übrigen Parteien ermöglichte, daß der Einfluß gegenparteilicher Anschauungen auch schon bei den Ausschußberathungen zur Geltung gelange. Denn so unerschütterlich die Patrioten an ihrem Programm festzuhalten und so ausdauernd sie an der Verwirklichung desselben zu arbeiten gewillt sind, so erblicken sie doch in der möglichsten Förderung des freundschaftlichen äußern Verkehrs und des unbefangenen Gehörs der politischen Gegner das einzige und zugleich unerläßliche Mittel, um der Vermittlung der Anschauungen vorzuarbeiten, alle bei der Legislative ins Auge zu fassenden Verhältnisse zu erschöpfen und so ihrer hohen Aufgabe in würdiger Weise gerecht zu werden.

Wir heben diese Auffassungen und Thatsachen aus dem Grunde hervor, weil dieselben auf der gegnerischen Seite zu wenig beachtet zu werden scheinen, vielmehr dortselbst bereits beklagenswerthe Anläufe bemerkbar wurden, welche dahin zielen, das reine Gold der Principientreue u. des politischen Anstands mit den Schlacken blinder Parteileidenschaft zu vermengen, das von den Patrioten eifrigst erstrebte Vertrauen mit Mißtrauen und Verdächtigung, die von denselben laut proklamirte gegenseitige Achtung mit Herabwürdigung und Spott zu erwidern.

Wir vermeiden es Personen und Vorkommnisse zu bezeichnen, auf welche unsere Klagen und Besorgnisse für das Ansehen des Parlamentarismus gegründet sind; wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß die Partei selbst die von einzelnen ihr angehörigen Abgeordneten bethätigten Schroffheiten und Gehässigkeiten nicht billige und die Wiederholung der letzteren zu verhindern suche, damit keines Abgeordneten Herz und Zunge von dem zerstörenden Gifte der Parteileidenschaft ergriffen und entweiht werden.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 18. Jan. Die Fraktion der patriotischen Abgeordneten hat den Beschluß gefaßt, aus Gründen des parlamentarischen Usus, nach welchem stets die Majorität der Minorität eine Vertretung bei den Ausschüssen zu gewähren pflegt, und aus Gründen der parlamentarischen Billigkeit und der geschäftlichen Behandlung der nun hoffentlich bald zu beginnenden materiellen Arbeiten des Landtages, der Gegenpartei in jedem Ausschusse eine Anzahl von Stimmen zu gewähren, um ihnen in den meisten Fällen sogar auch nach §. 50 der Geschäftsordnung die eventuelle Abgabe eines Minorität-Gutachtens zu ermöglichen.

München, 18. Jan. Die Reichsrathskammer

Digitized by Google

hat in den Adreßausschuß die vier Mitglieder des Direktoriums (v. Stauffenberg, v. Thüngen, v. Niethammer, Graf v. Lerchenfeld), v. Harleß (Referent), v. Aretin und v. Bomhard gewählt. Die Abgeordnetenkammer hat zum neunten Mitglied des vierten Ausschusses (für innere Verwaltung) den Abg. Pfarrer Hafenmaier gewählt. In den fünften Ausschuß (Beschwerden) wurden gewählt: Advokat Louis (einziger Liberaler,) Bezirksgerichtsrath Seneftrey, Advokat Aschenauer, Bezirksamtmann Hauck, Frhr. v. Zu-Rhein, Bezirksgerichtsassessor Fuchs, Pfarrer Weiß, Pfarrer Zill und Pfarrer Frank.

Die patriotische Kammerfraktion ist durch das Benehmen der Fortschrittspartei nicht wenig verstimmt. Erstere soll der letztern angeboten haben, die Ausschüsse zusammen zu besetzen, jedoch so, daß in jedem derselben 5—6 Patrioten sich befänden, allein man verlangte 3 Ausschüsse für sich. Auf dies Ansinnen konnte die patriotische Fraktion nicht eingehen, da sie sich ihrer Majoritätsrechte ihren Wählern gegenüber nicht entfremden durfte, auch andere Gründe waren vorherrschend. Und richtig, nicht ein Patriot erhielt eine fortschrittliche Stimme, nicht einmal Kolb. Diese Unversöhnlichkeit hat die großmüthige Gesinnung, die sie seither der Fortschrittspartei bewiesen, bedeutend gemindert, und so dürfte es sich ereignen, daß in die zu wählenden Ausschüsse wenn nicht keine doch nur ein Fortschrittler gewählt würde.

— Die Südd. Post schreibt: Die Fortschreiter sind doch recht eigenthümliche Käuze. Es ist noch nicht gar lange her, daß sie in ihren Preßorganen über das Verbrechen der Gründung von Bauernvereinen loszogen. und mit vollen Backen die Auflösung dieser Vereine verlangten. Und heute? Heute warteten sie die Constituirung der Kammer gar nicht mehr ab, sondern brachten in aller Eile einen Antrag auf freiere Gestaltung unseres Vereins- und Versammlungsrechtes ein! Das wäre kaum geschehen, wenn sie den Wahlsieg errungen hätten, da hätten wir vielleicht ganz andere Dinge erlebt. Es wäre gegen die ultramontane Seite hin beabsichtigtermaßen ein Terrorismus geübt worden, der sich ganz würdig der Hörmann'schen Wahlkreiseintheilung, die das Vorspiel hiezu bildete, angeschlossen hätte. Und ein solches Verfahren wäre Liberalismus betitelt worden, weil gegen die Ultramontanen gerichtet.

Allen Anzeichen nach scheint die in Karlsruhe angestrebte Vereinigung der süddeutschen National-Liberalen nicht zu Stande zu kommen. Die Nationalliberalen sehen jetzt recht gut ein, daß die überwiegende Mehrzahl der bayerischen Bevölkerung — und nicht lediglich die Ultramontanen — gegen jede Art von Verpreußung entschiedenen Wiederwillen fühlt und ist daher die nationalliberate Partei jetzt gezwungen einer Diskutirung der nationalen Frage aus dem Weg zu gehen. Der in Nürnberg erscheinende nationalliberale „Fränkische Curier" läßt sich in dieser Angelegenheit aus München schreiben. Die bayerische Fortschrittspartei hat zu einer Versammlung süddeutscher Nationalliberalen eine Einladung nicht erhalten, würde aber aus naheliegenden Gründen, wie wir annehmen dürfen, auch einer solchen Einladung nicht Folge geleistet haben, wenn sie dieselbe erhalten hätte. Es ist natürlich, daß das jetzige zu erwartende Verhalten der bayerischen Nationalliberalen in den preußischen annexionslustigen Kreisen sehr übel vermerkt wird und sieht sich ja auch bereits die Berliner „Nationalzeitung" veranlaßt, den bayerischen Fortschrittlern unter Vorrücken aller möglichen Schreckgespenster die Leviten zu lesen.

Karlsruhe, 17. Jan. Berathung des Stiftungsgesetzes. Abg. Roßhirt (Ultramontaner) beantragt auf die Berathung des Gesetzes nicht einzugehen. Als dieser Antrag nicht in Betracht genommen wird, verläßt die klericale Partei (5 Abgeordnete) den Saal. Auf der Gallerie herrscht in Folge dessen Aufregung. Der Präsident droht mit Räumung. Die Kammer tagt weiter.

Karlsruhe, 13. Jan. Die Vorlage für Aufnahme von Eisenbahnanlehen im beiläufigen Betrag von 22 Millionen für 1870 und 1871 beschränkt sich darauf, die allgemeine Grenze zu setzen, und stellt frei, ob im Submissionsweg oder aus der Hand vergeben werden soll.

Berlin, 17. Jan. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der Minister des Innern beantwortet die Interpellation Dunckers, betreffend die Handhabung des Vereinsrechts in Waldenburg und constatirt zunächst daß Pässe in das Ausland immer ertheilt und nur bei Minderjährigen in wenigen besondern Fällen verweigert worden. Auf 6 Uhr Abends angemeldete Versammlungen seien als zur Nachtzeit anberaumt untersagt; bei sonstigen irrthümlich inhibirten Versammlungen habe die Behörde Remedur eintreten lassen. Die Regierung widerstrebe keineswegs dem Coalitionsrechte, sie wolle jedoch bei allen Schwankungen mit fester Hand den Standpunkt des Gesetzes und der Gerechtigkeit wahren.

— 16. Jan. Während die N. Preuß. Ztg. vor wenigen Tagen positiv meldete, das Zollparlament werde in diesem Jahre nicht berufen werden, wird jetzt von anderer offiziöser Seite versichert, man werde es, schon weil es den Zusammenhang deutschen Südens mit dem Norden vor der Welt darstelle, wenn ihm auch nichts als der mit Mexiko abgeschlossene Zoll- und Handelsvertrag vorzulegen sein sollte, einberufen.

Wien 17. Jan. In der heutigen Sitzung des Reichsrathes hat der Präsident ein Handschreiben des Kaisers an den Minister v. Plener mitgetheilt, wonach der Minister-Präsident v. Taaffe, die Minister v. Potocki und Berger ihrer Aemter enthoben sind und Plener mit der definitiven Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt wird. Gleichzeitig

Führung des
mit der Leit-
für Landesvertheidigung be-
bis sein Mandat eines Deputirten

Ausland.

Rom. Ueber 300 Väter des Concils haben jetzt die Unterzeichnung der Petition zu Gunsten Unfehlbarkeit abgelehnt. Mehrere andere gaben weichende Antwort. Die Gegner der Definition entschlossen, eine Gegenpetition einzureichen, wenn Frage an das Concil gelangt. Man glaubt die finition werde nicht die zur moralischen Einstimigkeit nöthigen Unterschriften erhalten.

Paris, 17. Jan. Der gesetzgebende Körper hat Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung Rochet's ertheilt. Auf dem Konkordienplatz hört man: s lebe Rochefort", rufen. Die Polizei ist thätig.

Der apostolische Nuntius in Paris wurde von Ministern Ollivier und Daru ersucht, der römischen Staatssecretariat mitzutheilen, daß der Ministerwechsel nicht das Geringste in den Beziehungen zwischen Rom und Paris ändern werde.

Paris, 18. Jan. Raspail ist gestorben. Börse matt; man befürchtet Demonstrationen bei dem Begräbniß.

Paris, 18. Jan. Gestern fand keine ernstliche Ruhestörung statt. Gegen 6 Uhr postirte sich eine Bande von etwa 400 Personen unterhalb des Palais Bourbon und ließ die Rufe „Hoch Rochefort! Hoch die Republik!" hören. Stadtsergenten zerstreuten jedoch dieselbe; sie zog dann vor die Büreaus der Marseillaise und wiederholte diese Rufe. Eine andere Gruppe von 200 Personen durchlief die Rue de St.-Denis unter aufrührischen Rufen. Gegen 11 Uhr durchzog eine Bande, größtentheils Kinder, die Vorstadt Montmartre, die „Marseillaise" singend und „Hoch Rochefort" rufend. Sie wurde mit Stockschlägen durch die Ladenbesitzer und Vorübergehenden auseinandergejagt. Um Mitternacht durchritten Kavalleriepatrouillen die Boulevards im Schritt, und Abtheilungen von Stadtsergeanten zerstreuten die Zusammenrottungen.

Was die Kundgebungen in Neuilly bei dem Begräbnisse Noir's kennzeichnete, war die Zusammenberufung der geheimen Gesellschaften, die wie Ein Mann erschienen. Niemals haben sich die geheimen Gesellschaften so gezählt. Kein Handwerker arbeitete, selbst diejenigen nicht, welche sich nicht an den Kundgebungen betheiligten. Auf zahllosen Läden las man die Worte: „Geschlossen wegen öffentlicher Trauer."

In Rußland und in Polen ist, wie wir bereits früher berichtet, gegen die Katholiken mit einer unerhörten Grausamkeit vorgegangen worden, weil sie eben der orthodox griechischen Kirche nicht angehörten. Jetzt, nachdem durch die angewandten Mittel der Gewalt dieselben bedeutend dezimirt sind, kommt die Reihe des Zwanges zum Uebertritt in die griech. Kirche an die Israeliten. Ein Ukas legt denselben die barbarische Pflicht auf, wegen ihres Glaubens 7 Jahre länger in der aktiven Armee zu dienen als die Russen. Von diesem Dienste sind einzig nur diejenigen befreit, die — sich taufen lassen. Dieser Ukas macht das Glück vieler Tausende ebenfalls zu nichte. Die Juden verheirathen sich bekanntl. in ihrem 18.—20. Jahre und waren vom Militärdienste befreit. Nun sehen sich die jungen unglücklichen Ehemänner und Familienväter ihr Gewerbe und Geschäft plötzlich vernichtet, ihren in tiefste Noth versetzten Familien entrissen, sich selbst für ihren Kreis verloren. Sie werden nach der Hauptstadt des Gouvernements und von da nach dem Kaukasus zur Erfüllung ihrer Militärpflicht transportirt — vielleicht auf immer.

Aus der Stadt und Provinz.

Se. Kgl. Hoheit der durchlauchtigste Prinz August von Coburg und Gotha, Herzog zu Sachsen in Wien haben zu der beabsichtigten Errichtung einer „Klein-Kinder-Pflegeanstalt" im 3. Stadtdistrikte in Bamberg dem Vorstande des Klein-Kinder-Pflegevereines die Summe von Einhundert Gulden gnädigst übersenden lassen, für welche edle hochherzige Gabe dem hohen Spender der Herzinnigste tiefgefühlteste Dank hiemit ausgesprochen wird.

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 17. Jan.

Nachdem die Wahlverhdlg. der Armenpflegschaftsräthe von der k. Reg. geprüft u. ohne Erinnerung befunden worden sind, wurde der Armenpflegschaftsrath auf Grund des Art. 22 des neuen Armengef. constituirt und als Stellvertreter des H. Vorstand der rechtsk. MRath H. Schneider durch Acclam. gewählt. H. Vorstand Bgmst. Dr. Schneider begrüßte das neue Collegium in einer längeren Ansprache unter Hinweisung auf dessen durch die neue Gesetzgebung erweiterten, höchst wichtigen Wirkungskreis u. behielt sich hiebei vor, sachdienliche Reorganisationsanträge im Betr. des hies. Armenwesens zur Vorlage zu bringen. Derselbe führte aus, daß die Aufgabe der öffentl. Armenpflege nach Art. 1 des allg. Ges. sei: 1) hilfsbedürftige Personen zu unterstützen, 2) der Verarmung entgegenzuwirken. Beides müsse mit wohlwollender Hingebung u. unter Zugrundelegung des Grundsatzes der Nächstenliebe geschehen. Hiedurch sei jedoch keineswegs die gewissenhafte Prüfung der Würdigkeits- u. Bedürftigkeitsverhältnisse der Bittsteller ausgeschlossen, vielmehr die strengste Prüfung angezeigt, weil die künftige Basis der Armenpflege nicht mehr die freiwilligen Gaben, sondern die Pflichtbeiträge seien, so daß jedes Almosen aus dem Säckel der steuerpflichtigen u. erwerbsfähigen Einwohner geschöpft werden müsse. An diese Eröffnungsrede richtige sich die Verpflichtung der neugewählten Armenpflegschaftsräthe u. deren Einweisung, worauf die erste öffentl. Sitzung des neugebildeten Collegiums abgehalten wurde. — Die Erlassung einer Geschäftsordnung u. die Geschäftsrepartition soll durch den H. Vorstand erfolgen. — In jedem Monate sollen 2 ordentliche Sitzungen gehalten werden; wegen anzuschaffen Materials soll eine ausserordentliche Sitzung am künftigen Montag den 24. d. M. stattfinden. — Die Vorschläge des H. Bgrmstrs. im Betr. der Verbindung der öffentl. mit der freiwill. Armenpflege u. der Reorganis. der Armenbeschäft.-Anstalt wurden genehmigt u. zugleich die Ermächtigung behufs Vornahme

Digitized by Google

der Vorarbeiten ertheilt. Die Vorschläge bezwecken zunächst: a) ein Zusammenwirken mit sämmtl. hiesigen Privatwohlthätigkeitsvereinen anzustreben u. zu diesem Behufe einen Zusammentritt mit den betr. Vorständen wegen weiterer Regelung des gemeinschaftl. Wirkens anzuregen, b) in jedem Stadtdistrikte Vertrauensmänner als Armenpfleger aufzustellen und mit ihnen eine beständige Fühlung zu unterhalten, welche die seiner Zeit mit gutem Erfolge bestandenen Bezirks-Commissäre zu ersetzen hätten. In Einnahme seien zu verrechnen 1. 400 fl. Weihnachtsgeschenk Ihrer Majestät der Königin-Wittwe Amalie von Griechenland; 2. 50 fl. milde Gabe zur Holzanschaffung für Arme von Sr. Excellenz Hrn. Erzbischof Mich. v. Deinlein; 3. 179 fl. 36 kr. Beiträge für Billeten zur Enthebung der Neujahrsgratulation; 4. 5 fl. 30 kr. Erlös-Antheil aus abgegebenen Jagdkarten im 4 Quart. 1869; 5. 42 kr. Erlös aus weggenommener geringgewicht. Butter; 6. 3 fl. Strafantheile des k. Stadtger. pro Monat November 1869; 7. 82 fl. 51 kr. angefallene Beiträge für Produktionen und Tanzmusikbewilligungen pro 4 Quart. 1869; 8. 362 fl. 4½ kr. Zinsen aus verschiedenen Armenstiftungen; 9. 10 fl. Bankzinsen; 10. 35 fl. aus der Dombechant von Brenner'schen Stiftung zum Holzankauf für Arme; 11. 18 fl. Opfer aus dem Opferstocke der Domkirche und 1 fl. 30 kr. aus der Pfarrkirche St. Gangolph pro 2 Semester 1869; 12. 6 fl. 15 kr. Ertrag aus geschenkten Einquart.-Billeten 13. 10 fl. vom Vermittl.-Amte des St.-Mag.; 2 fl. 48 kr. für nachträgl. gelöste Hundezeichen. — Folgen eine Reihe rückersetzter Vorschüsse für Arme u. Hilfsbedürft. von andern Gemeinden. (Schl. f.

Frankf. Coursbericht vom 16. Jan. 1870.

Aktien.					
3½ b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	5 öst. Staatsb. 500 frc.	380	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.	703	bz	4 pfälz. Ludwb. 500 fl	—	G
4½ b. Ostbahn 200 fl.	122¼	bz	4½ Marbahn 500 fl	106¾	G
5 öst. Südb. 500 frc.	242	bz	4 Nordb. 500 fl.	87¾	bz
			4 H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90½	B
Anlehensloose.			bad. 35 fl.	56¼	bz
3½ % preuß. 100 thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	46¾	bz
kurhess. 40 thlr.	56¼	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	B
bayr. 100 thlr.	107	B	österr. 500 fl. v. 1860	80¼	bz

Alle 8 Tage erscheint eine Nummer — Alle Buchhandlungen u. Postämter

im Umfange von 1 2 Bogen — des In- und Auslandes

Abbildungen. — Probe-Nummern.

Der Bazar

Illustrirte

Damen-Zeitung

DER BAZAR ist die reichhaltigste u. nützlichste Familien-Zeitung.

Abonnements-Preis incl. aller Supplemente u. Extra-Beilagen vierteljährlich Fl. 1. 30 Xr.

DER BAZAR ist das gelesenste Blatt der Welt. Er erscheint in 11 verschiedenen Sprachen in einer Auflage von fast einer halben Million Exemplare.

das beliebteste und gelesenste Blatt für Mode und Unterhaltung.

ein Blatt für alle Stände.

Fünfzehn Jahre sind es nunmehr, dass der Bazar den ersten Prospect in die Welt schickte. Was wir damals versprachen, eine Zeitung für die Frauen und ihre Familien zu schaffen, wie es vordem keine ähnliche gab, d. h. eine alle modischen, ökonomischen und ästhetischen Interessen der Frau vertretende und fördernde Zeitung, ist uns, wie der Erfolg beweist, gelungen. Der Bazar ist seit Jahren ein Weltblatt, er wird in einer Auflage von fast

einer halben Million

Exemplare und in elf Sprachen gedruckt. Aber wenn auch dieser colossale Erfolg uns auf das Klarste beweist, dass der Bazar einem Bedürfniss der Frauenwelt entspreche, so gab sich die Redaction doch niemals eitlem Selbstgenügen hin, sondern war mit unermüdlicher Ausdauer stets darauf bedacht, ihr Programm zu erweitern und den Abonnentinnen von Jahr zu Jahr Vollkommneres und Mehr zu bieten. Wir können deshalb heute wie vor 15 Jahren sagen: der Bazar ist die billigste Frauenzeitung, die billigste, weil sie die beste und reichhaltigste ist. Unsere Abonnentinnen mögen den nunmehr beendigten Jahrgang durchblättern und dann fragen wir sie: Giebt es ein Blatt der Welt, dass in solchem Maasse und so gewissenhaft dem Interesse ihrer eigenen Person, wie ihrer Familie, dem Interesse ihres Geschmackes, ihres Geistes und Herzens, ihres Haushalts und ihrer Börse Rechnung trägt wie der Bazar. — Der Bazar ist kein Luxusblatt, sondern nützlich im eminenten Sinn des Wortes; er lehrt die Damen nicht nur sich geschmackvoll und modern kleiden, sondern wie man auf die billigste und bequemste Weise sich geschmackvoll und modern kleiden könne. Er berücksichtigt jedes Alter und eignet sich für Frauen aller Stände! Er ist ein treuer Rath eber für das ganze Haus: für den Salon, das Boudoir, das Wohn- und Kinderzimmer, für Küche und Keller, ja so universell ist der Bazar, dass er auch im Rauchzimmer des Hausherrn sich den Eingang erobert hat, kurz:

Der Bazar ist die weitverbreitetste, beste und billigste Frauenzeitung der Welt.

Theater-Anzeige.

Mittwoch, den 19. Januar 7. Vorstellung im 6. Abonnement. **Spielt nicht mit dem Feuer.** Lustspiel in 3. Akten von Putlitz. Donnerstag, 20. Januar. Zum Benefiz für Frl. Charl. Kliemesch: ein Abonnement suspendu. **Faust.** Große Oper in 5 Akten. Musik von C. Gounod. Zu dieser Vorstellung ladet ergebenst Charlotte Kliemesch.

Es wird ein mit tüchtigen Schulkenntn. ausgerüsteter Junge in eine Buchdruckerei als Lehrling unter günstigen Bedingungen gesucht.

Redigirt, unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 17. Donnerstag, den 20. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 19. Jan. In der 1. öffentl. Sitzung übergibt der Finanzminister das Budget, welches mit einer Bilanz von 93'075,959 fl. abschließt, wobei ein Ausfall von 3'479,674 fl. als durch die projektirte Steuererhöhung gedeckt angenommen ist; ferner einen Gesetzentwurf wegen provisorischer Erhöhung der Steuern und Fortbezahlung der Theuerungszulagen bis zum 31. März d Js. Der Kriegsminister legt zwei Gesetzentwürfe vor, wonach 2'792,000 fl. für besondere Militärausgaben und 3'665,000 fl für die weitere Neubewaffnung der Infanterie erforderlich sind. Der Vorschlag des Präsidenten, eine Adresse an den König zur Beantwortung der Thronrede zu beschließen und hierzu einen besonderen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu wählen, wird widerspruchlos angenommen.

In den 6. Ausschuß (Prüfung der Anträge) wurden gewählt: Adv. Karl Barth, Brauereibesitzer Ponschab, Redakteur Schleich, Magistratsrath Ostermann. Kaufmann Ronkarz, Pfarrer Rußwurm, mit je 74, Domkapitular Henning mit 73, Pfarrer Bichler mit 73 und Notar Hofmann mit 71 Stimmen, sämmtlich Mitglieder der patriotischen Partei.

Der Einlauf der Kammer der Abgeordneten zählt bis 17. ds. Mts. bereits 73 Nummern und befinden sich darunter: Bitte des Magistrats Mainburg „die Abänderung einiger Bestimmungen der Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Errichtung eines Rentamts in Mainburg betr; Bitte der 4 Gemeinden Oberstaufen, Aach, Stiefenhofen und Kirchdorf „Erbauung einer neuen Strasse von Oberstaufen bis nach Aach an der bayer. Landesgrenze betr."; Bitte der geprüften Maurer u. Zimmermeister in Bayern ds. des Rheins „die selbstständige Uebernahme und Führung von öffentlichen und Privatbauten betr."; Bitte der Funktionäre bei der k. Regierung der Pfalz, „die Erhöhung des Standes des stabilen Kanzleipersonals an den k. Kreisregierungen und die Bezüge der Funktionäre betr." Darstellung der kath. Geistlichen des Kapitels Landau in der Pfalz „Communalschulen betr." Angeeignet vom Abgeordneten Dr. Joerg. Vorstellung des Dienstpersonals der Kategorie D. 3 des k. Bahnamtes Würzburg „Regulirung resp. Erhöhung der Pensionen betr." Bitte der Regierungskanzleifunktionäre von Unterfranken und Aschaffenburg „um Verbesserung ihrer Lage betr." Vorstellung mehrerer Postboten in Oberbayern „Aufbesserung ihres jährlichen Gehaltes betr" Vorstellung des Gerichtsdiener- und Botenpersonals des Bezirksgerichtssprengels Eichstätt, Traunstein und Aichach „Gehaltsverhältnisse" betr." Bitte der Kanzleifunktionäre der Regierung von Mittelfranken „Aufbesserung ihrer Verhältnisse betr." Angeeignet vom Abgeordneten Seybold. Bitte der Kirchenverwaltung Warmensteinach: „Beitrag aus Staatsmitteln zum Bau eines Pfarrhauses betr." Angeeignet vom Abgeordneten Gg. Kolb. Bitte der Bezirksamtsschreiber von Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben und Neuburg, Oberpfalz und Regensburg „Dienst- und Gehaltsverhältnisse betr." Bitte der Appellationsgerichtsrathsdiener von Bayern diesseits des Rheins „Gehaltsaufbesserung betr." Vorstellung des Ausschusses des demokratischen Arbeiterbildungsvereins Kaiserslautern „Arbeiter-Verhältniss betr." Angeeignet vom Abgeordneten G. Fr. Kolb. Bitte der k. funkt. Offizianten und Bezirkscommissäre der k. Polizeidirektion München: „Theuerungzulage betr." Petitionen um ein neues Wahlgesetz. (Bereits gemeldet.) Aus der Mitte der Abgeordneten selbst sind bereis 4 Anträge gestellt nämlich: 1) des Abg. Gg. Frd. Kolb und Genossen „Ein neues Landtags-Wahlgesetz betr." 2) Antrag des Abg. Frhrn. v. Stauffenberg „Abänderung des Art. 89 und Aufhebung des Art. 92 und 93 des Polizeistrafgesetzbuches." 3) Antrag des Abgeordneten Frhrn. v. Stauffenberg und Genossen „die Abänderung des Vereinsgesetzes vom 26. Febr. 1850 bet." 4) Antrag des Abgeordneten Croissant: „einen Gesetzentwurf die Wahl der Landtagsabgeordneten betr."

Die Thronrede, mit welcher der König den Landtag eröffnet hat, zeichnet sich vor andern Kundgebungen dieser Art durch eine wohlthuende Klarheit aus. Der Appell, der darin an die erhöhte Steuerkraft des Landes gerichtet ist, wird wohl nach keiner Seite hin befriedigen; die Fortschrittler werden davon um so weniger erbaut sein, als ihr Nordbunds-

Digitized by Google

sehnen gleichzeitig eine so entschiedene Abweisung erfährt. Im Ganzen werden die Patrioten von der Thronrede mehr befriedigt sein als ihre Gegner. Erfreulicher ist die Ankündigung einer Strafprozeßordnung und Advokatenordnung, eines Tax- und Stempelgesetzes, eines Gesetzentwurfes über Organisation der Bürgerwehr und insbesondere eines directen Wahlgesetzes. Möge die patriotische Mehrheit sorgen, daß es wahrhaft direct und geheim werde! Leider vermissen wir die Ankündigung eines neuen Preß- und Vereinsgesetzes. Wir wünschen recht bald eine Reform unseres Preßgesetzes; wie es jetzt ist und gehandhabt wird, ist es nicht mehr haltbar. Weit entfernt in der Aufhebung der bisherigen Beschränkungen der Preßfreiheit etwa ein Lieblingsideal zu sehen, halten wir sie eher für ein nothwendiges Uebel. Aber es ist da; unsere Parteiverhältnisse und Justizzustände haben es geschaffen. Dem Ausnahmszustand für die patriotische Presse und Literatur auf Grund jener Beschränkungen kann nur ein Ende gemacht werden durch ein möglichst freisinniges Preßgesetz. Möge die ganze patriotische Presse demselben das Wort reden, wie wir es fortan thun werden.

Einer Notiz in der Augsburger Abendztg. zufolge beabsichtigt die Regierung nicht, dem dermaligen Landtag ein neues Schulgesetz vorzulegen. Vor den Wahlen wurden bekanntlich die Lehrer mit dem Versprechen einer solchen Vorlage zu ködern gesucht.

Nach dem Vaterland ist der Verleger des Volksboten, Hr. Dr. E. Zander, gefährlich erkrankt und vor einigen Tagen mit den Sterbsakramenten versehen worden. Dieser verdienstvolle Mann kränkelt seit seiner 6monatl. Festungshaft auf Rosenberg und scheint seine Kraft für immer zu brechen.

Karlsruhe, 18. Jan. Die 5 Abgeordneten der kathol. Volkspartei haben gestern, bevor sie den Sitzungssaal verließen, dem Präsidium einen Protest gegen das Stiftungsgesetz übergeben, in welchem sie dasselbe 1. als eine Verletzung 1. der badischen Verfassung, 2. der völkerrechtlichen Verträge, auf welchen der Territorialbestand des Großherzogthums beruht, und endlich als eine Ueberschreitung der Grenzen jeder gesetzgebenden Gewalt bezeichnen. Das Aktenstück schließt mit den Worten: „Aus allen diesen Gründen vermögen wir nach sorgfältiger und pflichtgetreuer Ueberlegung an der Berathung eines solchen Gesetzentwurfes keinerlei Antheil nehmen. Wohl aber protestiren wir gegen die Erhebung desselbe zum Gesetze. Wir erheben diesen Protest vor Gott und unserem Gewissen, vor der geheiligten Person unseres erhabenen Landesfürsten, vor dem ganzen badischen Volk ohne Unterschied der politischen Ansicht oder des religiösen Bekenntnisses, vor dem Rechtsgefühle Europas." Hiernach ist nicht anzunehmen, daß die betreffenden Abgeordneten sich an der weiteren Berathung des Gesetzes betheiligen werden.

Ausland.

Rom, 17. Jan. Die Kaiserin von Oesterreich reist in diesem Augenbicke mit einem besonderen Bahnzuge ab. Gestern hat sie die meisten der österreichisch-ungarischen Bischöfe empfangen

Stockholm, 17. Jan. Das von einigen Zeitungen verbreitete Gerücht: Schweden, Norwegen und Dänemark bereiteten gemeinsam ein Memorandum vor, um auf die Ausführung des Prager Friedensi zu dringen, — wird von der „Posttidnigen" für völlig grundlos erklärt.

Paris, 16. Jan. Man ließt im Figaro folgendes: „Der österreichische Kronprinz, Erzherzog Rudolph, lud den kaiserlichen Prinzen von Frankreich brieflich ein, auf der ersten Reise, welche der französische Prinz dieses Jahr nach Deutschland machen werde, ihn in Wien zu besuchen, und versprach ihm einen Gegenbesuch. — Erzherzog Albrecht ist in Nizza eingetroffen.

Paris, 19. Januar. Troppmann wurde heute Morgen um 6½ Uhr benachrichtigt, daß seine Hinrichtung bevorstehe. Er antwortete: Ich bin bereit. Er hatte nur zwei Momente des Schwachwerdens, den ersten, als er die kalte Scheere fühlte, den zweiten beim Anblick des Schaffots. Aber er sammelte sich rasch wieder und bestieg allein die Stufen des Schaffots, ohne ein Wort zu reden.

Paris, 18. Jan. Der Deputirte Raspail ist gestern an der Lungenentzündung gestorben. Zu seiner morgen stattfindenden Beerdigung soll, wie versichert wird, eine große Anzahl seiner Wähler aus Lyon eintreffen. Die Börse war hiedurch im Hinblick auf die Möglichkeit einer neuen Demonstration beunruhigt.

Brüssel, 17. Jan. Von Seiten der Katholiken wird eine umfassende Agitation zur Ausdehnung des Wahlrechts organisirt; die Demokraten schließen sich derselben an; die Freimaurer dagegen bieten Alles auf, den Census beizubehalten, um vermöge ihres Reichthums ihren Sitz und Einfluß in den Kammern und Regierungskreisen zu behaupten. — Die 15000 hier wohnenden deutschen Katholiken beabsichtigen, eine eigene Pfarrei und Schule zu gründen; bereits stehen ihnen reichliche Mittel zu Gebote.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 17. Jan.

In Ausgabe sind zu verrechnen: 1) 100 fl. für Abgabe von Holzbillets an die Armen der 4. Stadtdistrikte zu Neujahr a 25 fl. — 2) 25 fl. 49 kr. für Regiebedürfnisse; 3) 41 fl. 54 kr. für innere Einrichtung des Sitzungssaales; 10 fl. 40 kr. für Verpflegung 2 armer Kinder; 5) 17 fl. 30 kr. Inserat. Geb. für Enthebung von Neujahrsgratul. — Moment. Unterstütz. wurden an 3 kranke Fami-

lien im Gesammtbetrage von 9 fl. verliehen. — Gegen die Aufnahme des Taglöhners Franz Schrüfer u. des Schuhmachergef. Joh. Lautenbacher in die Besch.-Anstalt sei nichts zu erinnern. — Eine k. Reg.-Entschl., wonach das Rechnungswesen über d. Unterstützungsfond für unverz. Darlehen pro 1868 zu einer Erinn. keinen Anlaß gegeben, wird mit Befried. aufgenommen. Die Rechng. schließt ab mit fl. 3718. 26 kr. Einn., fl. 3380. — Ausg., fl. 338. 26 kr. Aktivbestand, fl. 7686. 44 kr. reinem Vermögen. — Wegen Unzulänglichk. der Mittel der Armenkassa zur Bezalung dringl. Ausgaben sei der StMag. um einen Vorschuß zu ersuchen. — Für den Drechsler K. Moosbacher aus Kreisfonds bewill. Unterstütz. von 8 fl. soll zur Monturanschaffg verwendet werden. — Die Leistung eines Erziehungsbeitr. für Therese Hanauer in Dietramszell sei abzulehnen. — In der Verlassch. d. Häckers-Wwe. seien die Alim. für ihre beiden außerehel. Enkelkinder anzumelden. — Die Kurkosten des Häfnergef. Frz. Schneider mit 3 fl. 30 kr. seien der GemVerw. Schwabing zu ersetzen, dagegen der gewährte Reisevorschuß mit 5 fl. zurückzuweis. da letzterer nur zur Fortsetzg des Streun. gedient hat. Die Hieherlieferung dieses Gewohnheitsvaganten sei zu veranlassen. — Die Verpfleg.- u. Transportkosten f. Mart. Lorz im Betr. von 8 fl. seien dem Armenpfl.-Rathe in Oberwerra zu ersetzen. — Aus der dem Armenpfl.-Rathe zugefall. Verlassensch. des Schreinergef. Jos. Freiburger sei dessen letzter Wunsch: das Setzen eines hölzernen Kreuzes auf seinem Grabeshügel u. die Celebr. von 6 hl. Messen für sein Seelenheil zu bestreiten. — Die hies. Theaterdirektion sei an die Veranstaltung der Beneficevorst. f. d. Armen zu erinnern. — Die Hefthdlrstocht. Anna Bickel sei in d. Haus d. Unheilb. aufzunehmen. — Eine Hausarme erhielt eine halbe Klft. Holz. — Ein Gesuch um ein unverz. Darlehen von 50 fl. wurden genehmigt, 2 andere dagegen abgewiesen. — Die Lohnabzüge in der Beschäft.-Anstalt vom 1. Jan. bis Ende Dzbr. 1869 im Betr. von 97 fl. 52 kr. seien in Einnahme zu bringen, dagegen seien die von der Armenspeise-Anstalt abgegeb. Suppenport. an conser. Arme u. Anstalts-Arbeiter im Betrage v. 219 fl. 1½ kr. seien zu vergüten. Die von letzterer eingenommenen 21 fl. 36 kr. für Knochen und Abfälle seien gleichfalls in Einnahme zu verrechnen.

P Forchheim, 18. Jan. Unsere Stadt hatte sich vom 6. — 17. Januar desselben Glückes zu erfreuen, welches im Mai des vorigen Jahres der Bischofsstadt Bamberg zu Theil geworden ist. Es wurde hier nämlich während dieser Tage durch die Hochw. P. P. aus der Gesellschaft Jesu HH. Leipprecht, Pottgeißer Kohlschreiber eine Mission abgehalten. Die Betheiligung an derselben war wie voranzuziehen eine außerordentlich große, von Tag zu Tag sich steigernde, so daß die doch geräumige Pfarrkirche oft die Zuhörermenge nicht in ihren Hallen aufnehmen konnte. Wie allenthalben, so machten auch hier die Predigten dieser redegewandten Männer wegen der Tiefe des Inhalts, der Klarheit der Darstellung und wegen des begeisterten und begeisternden Vortrages einen mächtigen und eingreifenden Eindruck auf die Zuhörer, besonders anregend waren die von Pottgeißer mit scharfer einschneidender Logik durchgeführten Vorträge über das Dasein Gottes, die Gottheit Christi, die Kirche ꝛc. Die Wirkungen dieser aufopfernden Thätigkeit blieben aber auch nicht aus. Die Beichtstühle waren nämlich während der ganzen Missionszeit in einem förmlichen Belagerungszustande und schon von früh 2 Uhr an waren dieselben von einer Schaar Heilsbegieriger Seelen umstellt.

Sonntag den 16. Nachmittags war der feierliche Schluß der Mission, die wegen der ungeheueren Menschenmenge, die sich trotz des schlechten Wetters eingefunden hatte, im Freien abgehalten werden mußte. P. Superior Leipprecht hielt Abschiedsrede und als er am Schlusse derselben Abschied nehmend die verschiedenen Stände noch einmal an ihre Pflichten, an ihre Versprechungen mit herzlichen und rührenden Worten erinnerte blieb kein Herz kalt, kein Auge trocken. Diese erhabene Schlußfeier wurde noch verherrlicht durch die Anwesenheit des Hochw. H. Dompropsts Fellner, der früher selbst längere Zeit in Forchheim als Kaplan gewirkt hat und heute noch in besten Andenken steht. Nach dem Vortrage des P. Leipprecht bestieg derselbe die Kanzel, hielt eine längere Ansprache und ertheilte zum Schlusse den päpstlichen Segen. Hierauf wurde in der Kirche selbst mit Te Deum und Segen die Feierlichkeit beschlossen. Die Mission hat gute, sehr gute Früchte getragen. Möchten doch noch viele Gemeinden unseres Bisthums dieser Wohlthat theilhaftig werden zum Heile der Seelen zum Nutzen der Kirche und zum Vortheile des Staates; möchten aber auch allmählich die Vorurtheile schwinden, die von vielen Seiten noch gegen diese Ordensmänner herrschen, deren einziges Ziel doch nur die Beförderung des Heiles der Seelen und der Ehre Gottes ist.

Vermischtes.

Die vor kurzem eingezogenen Rekruten der in Posen garnisonirenden Regimenter werden höherer Anordnung gemäß jetzt gewogen. Es soll nämlich genau konstatirt werden, ob sich der Gesundheitszustand während der dreijährigen Militairdienstzeit in so fern verbessert, daß eine Zunahme des körperlichen Gewichtes stattfindet. Beim Austritt aus dem Militairstande wird jedenfalls eine abermalige Verwiegung vorgenommen werden, bei welcher sich herausstellen muß, um wie viel jeder Einzelne zu- oder abgenomen hat. (Der Militärstaat ist erfinderisch!)

Frankf. Coursbericht vom 17. Jan. 1870.

Staatspapiere.			Würtbg.	4½% Obl.	91	bz
Preußen.	5% Oblig.	— G.		4 =	84	B
	4½% =	92⅞ bz.		3½ =	82½	G
	4% =	83⅛ B.	Baden.	4½% Oblig.	92⅛	bz
Frankf.	3½ =	82 bz.		4 =	85⅛	bz
Nassau.	4½% Oblig.	92½ G.		3½ =	81⅞	B
	4 =	83½ bz.	G. Hessen	5% =	102⅛	bz
Kurhess.	4 =	83⅞ B.		4% =	93⅛	B
Bayern.	5% =	101 B.	Sachsen.	5% =	100	G
	4½ 1jhr. =	91⅞ bz.	Brschw.	3½ =	81⅛	B
	4½ ½jhr. =	91⅞ bz.	Oesterr.	4⅛ R.i.S.	58⅛	bz
	4 1jhr. =	— G.		4⅛ R.i.P.	49⅝	G
	4 ½jhr. =	86⅛ G.		5 Ung. E.-A.	73½	G
	4 Abl.-R.	87 G.	Nordamerika.	6% ,81v.64	94⅛	bz
	3½ Obl.	81 G.		5% ,Bds 71r v. 61	95½	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	56⅛	bz
3½% preuß. 100thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	46⅛	bz
kurhess. 40 thlr.	56⅛	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	B
bayr. 100 thlr.	107	B	österr. 500 fl. v. 1860	80⅛	bz

Digitized by Google

Alle 8 Tage erscheint eine Nummer im Umfange von 1—2 Bogen im grössten Folio-Format mit Extra-Beilagen u. zahlreichen Abbildungen.

Alle Buchhandlungen u. Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an und liefern auf Verlangen Probe-Nummern.

DER BAZAR

Illustrirte

Damen-Zeitung

DER BAZAR ist die gesuchteste und verbreitetste Familien-Zeitung.

Abonnements-Preis incl. aller supplementen Extra-Beilagen vierteljährlich Fl. 1. 30 Xr.

DER BAZAR ist das gelesenste Blatt der Welt. Er erscheint in allen verschiedenen Sprachen in einer Auflage von fast einer halben Million Exemplare.

ein Blatt für alle Stände.

Fünfzehn Jahre sind es nunmehr, dass der Bazar den ersten Prospect in die Welt schickte. Was wir damals versprachen, eine Zeitung für die Frauen und ihre Familien zu schaffen, wie es vordem keine ähnliche gab, d. h. eine alle modischen, ökonomischen und ästhetischen Interessen der Frau vertretende und fördernde Zeitung, ist uns, wie der Erfolg beweist, gelungen. Der Bazar ist seit Jahren ein Weltblatt, er wird in einer Auflage von fast

einer halben Million

Exemplare und in elf Sprachen gedruckt. Aber wenn auch dieser colossale Erfolg uns auf das Klarste beweist, dass der Bazar einem Bedürfniss der Frauenwelt entspreche, so gab sich die Redaction doch niemals eitlem Selbstgenügen hin, sondern war mit unermüdlicher Ausdauer stets darauf bedacht, ihr Programm zu erweitern und den Abonnentinnen von Jahr zu Jahr Vollkommneres und Mehr zu bieten. Wir können deshalb heute wie vor 15 Jahren sagen: der Bazar ist die billigste Frauenzeitung, die billigste, weil sie die beste und reichhaltigste ist. Unsere Abonnentinnen mögen den nunmehr beendigten Jahrgang durchblättern und dann fragen wir sie: Giebt es ein Blatt der Welt, dass in solchem Maasse und so gewissenhaft dem Interesse ihrer eigenen Person, wie ihrer Familie, dem Interesse ihres Geschmackes, ihres Geistes und Herzens, ihres Haushalts und ihrer Börse Rechnung trägt wie der Bazar. — Der Bazar ist kein Luxusblatt, sondern nützlich im eminenten Sinn des Wortes; er lehrt die Damen nicht nur sich geschmackvoll und modern kleiden, sondern wie man auf die billigste und bequemste Weise sich geschmackvoll und modern kleiden könne. Er berücksichtigt jedes Alter und eignet sich für Frauen aller Stände. Er ist ein treuer Rath-geber für das ganze Haus: für den Salon, das Boudoir, das Wohn- und Kinderzimmer, für Küche und Keller, ja so universell ist der Bazar, dass er auch im Rauchzimmer des Hausherrn sich den Eingang erobert hat, kurz:

Der Bazar ist die weitverbreitetste, beste und billigste Frauenzeitung der Welt.

Katholisches Casino.
Donnerstag 20. Januar Abends 8 Uhr: Vortrag über die neuen Maße und Gewichte, wozu die verehrl. Mitglieder nebst Familien eingeladen werden.
Der Vorstand.

Theater-Anzeige.
Zum Benefiz für Frl. Charl. Klimecky. Donnerstag 20. Januar. Abonnement suspendu. Zum 1. Male: Ein Glas Wasser. Lustspiel in 3 Akten von E. Scribe. Hierauf: Ein Gemälde.

Es wird ein mit tüchtigen Schulkenntn. ausgerüsteter Junge in eine Buchdruckerei als Lehrling unter günstigen Bedingungen gesucht.

Epileptische Krämpfe
(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstraße Nr. 6. Auswärtige brieflich. Schon über Hundert geheilt.

Amerikan. Holzstiften
für Schuhmacher
liefert in „ausgezeichneter Qualität" zu möglichst billigen Preisen die
Holzwaarenfabr. v. Ad. Neudeck
in Schwarzach,
Oberpfalz.

Ein solider tüchtiger Setzer zu sofort. Eintritt unter acceptablen Bedingungen gesucht.

Ein junger Mann
der seine Lehrzeit in einem größeren Buckskinfabrikations-Geschäft Sachsens bestand, mit der Branche genau betraut ist, wünscht Engagement für Comptoir oder Lager. Gef. Offerten sub. P. F. 246 befördert die Annoncen-Expedition von Haasenstein und Vogler in Frankfurt a. Main.

Frankfurter Geldcours
vom 18. Jan.

Preuß. Kassensch.	fl. 1.	44⅞	—45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl. 9.	58	—59
Pistolen	fl. 9.	48	
Do. doppelte	fl. 9.	49	
Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9.	54	—56
Dukaten	fl. 5	36	—38

Münchener Börse

vom 19. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	—	80⅞	—
4pCt. gzjähr. do.	86⅝	86¼	86⅜
4pCt. hlbjähr. do.	86⅜	86¼	—
4pCt. Grdrenten	87	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107¼	106¾	107
4½pCt. gzjähr. Obl.	91¾	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91¾	91½	—
5pCt. Oblig.	101⅜	—	101¼
Pfdbr. (H. u. W.-B.)	90⅛	—	90¾
Bank-Obl. do.	100	99¾	—
Aktien do.	824	—	—

Briefkasten.
Hr. P. in F. Besorgt, erwarte aber mehr, wie versprochen. Gruß. l.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 18. Freitag, den 21. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Thronrede,

mit welcher am 17. d. die beiden Kammern des bayerischen Landtags eröffnet wurden, ist ein zu inhaltreiches und wichtiges Dokument, als daß sich jetzt schon seine ganze Tragweite absehen ließe. Nachdem sie die Aufregung im Lande constatirt und als Mittel zur Beruhigung die maßvolle Haltung der Kammern bezeichnet hat, geht sie über zur deutschen Frage, deren ächt deutsche Lösung gegeben wird, erklärt hierauf auf das Innere zurückkehrend, den Fortbau im Geiste der neuen Gesetzgebung und führt dann die geschäftliche Aufgabe des Landtags vor. Zuletzt erhält die leider schon aufgelöste alte Landwehr die verdiente Anerkennung mit der Zusicherung, daß sie als Bürgerwehr wieder erstehen solle und unter Berufung auf Gottes Beistand und bayrische Königstreue und opferwillige Hingabe an's Vaterland wird die glückliche Lösung der wichtigen Aufgabe vom Landtage erwartet.

Was den Hörer wie den Leser dieser Thronrede mit Freuden erfüllte, ist die zuverlässige Gewißheit, daß zwischen Bayern und Preußen kein geheimer Vertrag mehr vorhanden ist, und daß ein neues Wahlgesetz auf dem Grunde direkten Wahlrechtes in Vorlage kommt; wir setzen voraus, daß diese direkten Wahlen wahrhaft geheim und möglichst allgemein und in gesetzlich bestimmten Wahlkreisen vorgenommen werden. Unangenehm jedoch hat berührt, wenn gleich nicht überrascht, die Hörer wie die Leser jener Passus der Thronrede, der eine Erhöhung der Steuern ankündigt. — Wir leugnen nun zwar nicht, daß in Bayern eine erhöhte Inanspruchnahme der Steuerkräfte noch möglich ist: allein wir gehören nicht zu jenen Theoretikern, welche das Glück und das Wohl eines Volkes nur an der Höhe seiner Steuern erkennen, wir halten vielmehr fest an dem Worte, das neulich die Augsburger Postzeitung bei Vergleichung der Kosten der neuorganisirten Militärgerichtshöfe mit denen der Civilgerichtshöfe gesprochen hat: hoffentlich werden die neuen Abgeordneten besser rechnen können, als die alten! Wir sprechen daher jetzt schon unsern Abgeordneten gegenüber das sichere Erwarten aus, daß Keiner auch nur für einen Groschen Steuer-Erhebung stimmen werde, selbst auf die Gefahr hin, daß der eine oder andere kostspielige Gerichtshof eingehen oder eine ganze Legion von Staatsdienst-Aspiranten, wären sie selbst ausgediente Militärs, noch Jahre lang auf Anstellung warten müßte.

Indem wir noch den einen und andern Gedanken der Thronrede näher beleuchten, ist es zunächst jener Satz von der im Lande herrschenden Parteierbitterung, der uns beschäftigt. Die Thronrede erklärte, daß diese Heftigkeit vielfach irrthümliche Vorstellungen zur Folge hat. Damit sind vielleicht sämmtliche schweren Anklagen, die im bekannten Hörmann'schen Wahlerlasse gegen die Patrioten erhoben worden sind, officiell desavouirt. Ebenso ist die Furcht der Patrioten wegen Existenz eines geheimen Bündnisses mit Preußen auf das Entschiedenste als unbegründet erklärt. Die Kammer aber wird, so hoffen wir, in ihrer Antwort Anlaß nehmen, den Thron vollständig aufzuklären über die Ursachen der im Lande herrschenden Aufregung. Diese Ursachen liegen nicht bloß in der äußern Politik, sondern auch in der innern, insbesondere in der Beeinträchtigung des Wahlrechts, im zweierlei Maße der Gewichte; ich brauche bloß Forchheim und Günzburg zu nennen; und in der seit Jahren dauernden Verhöhnung und Verfolgung der Kirche. Die Antwort der Kammern wird hoffentlich auch darlegen, daß die völlige Beruhigung des Landes nicht bloß von der maßvollen Haltung der Kammern, sondern von einem Systemwechsel der Regierung bedingt ist.

Die deutsche Frage ferner ist, wie gesagt ächt deutsch in der Thronrede gelöst: Bayern ist und bleibt bundestreu gegen Preußen, steht ein für Deutschlands wie für Bayerns Ehre, kämpft für die eigene wie der andern deutschen Stämme Selbstständigkeit, es will die Gestaltung und Entwicklung Gesammtdeutschlands auf den Boden des Rechtes. — Allein hier beginnen die Schwierigkeiten, nämlich welches Recht soll gelten, das Bundesrecht? oder das Recht auf der Spitze des preußischen Degens? Ferner, wo ist seit 1866 ein Deutschland? Nach dem internationalen Rechte giebt es seitdem nur einen norddeutschen Bund, und einen Südbund: letzterer allerdings

Digitized by Google

ist nur vorhanden auf dem Papier des Prager Friedens: sonst giebt es noch ein Bayern. Würtemberg. Baden, Hessen. Ferner fragt es sich: gehören auch Luxemburg und Limburg und Deutschösterreich zu den deutschen Staaten, die Gesammtdeutschland bilden sollen? Von letzteren namentlich meinen wir, daß es eine für Bayern nothwendige Rückwand ist, um im Bunde mit Preußen seine eigene Selbstständigkeit zu bewahren. Uebrigens freut es uns, daß die Thronrede so klar und bestimmt die Lösung der deutschen Frage gibt, auf föderativer Grundlage ein Gesammtdeutschland zu erzielen.

Nun kommt noch die Versicherung, daß am Wohle des Volkes im Geiste der neuen Gesetzgebung fortgebaut werden soll. Dieses Volkswohl erhält nur ein paar Sätze später eine gar eigenthümliche Illustration, wo die Nothwendigkeit neuer Steuern hervorgehoben wird. Uns hat einmal ein Forstmann steif und fest versichert, daß der Geist nicht unmittelbar und direkt auf die Materie einwirken könne; im vorliegenden Falle geben wir ihm Recht: wenn auch nicht den Geist der neuen Gesetze, so doch die Gesetze selbst machen wir mitschuldig an der Steuererhöhung, Vermehrung der Gemeindeumlagen, ich erinnere an die 95 Proz. der Münchner, der Zunahme der Vergantungen und der Abnahme des Wohlstandes im Lande, insbesondere der Gewerbtreibenden. — Einstweilen aber hegen wir zu unseren Abgeordneten das Vertrauen, daß sie ihre Schuldigkeit thun werden.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 20. Jan. Zum Schuldentilgungskommissär wurde Advokat Freytag, zum Ersatzmann Hofvergolder Radspieler gewählt. In die Adreßkommission wurden gewählt: Marquard Barth mit 129, Frhr. v. Stauffenberg mit 128, Umbscheiden m. 127 (diese drei erhielten wieder die Stimmen sämmtl. Patrioten, während Letztere wiederum keine einzige Stimme von den Fortschr. erhielten), Jörg, K. Barth, Huttler Kurz, X. Hafenbrädl, Gschwender, Sepp, Ruland, Westermayer, Lucas, Schüttinger, mit 77—74 St. Morgen findet die Konstituirung des Ausschusses statt.

Der dritte, vierte und fünfte Ausschuß der Kammer der Abgeordneten haben sich bereits konstituirt. Der III. Ausschuß wählte den Ministerialrath Meixner zum Vorsitzenden, den Abgeordneten Bucher zum Sekretär, und der V. Senestrey zum Vorsitzenden und Frhrn. v. Fuchs zum Sekretär.

München, 19. Jan. Von den 54 Mitgliedern der sechs Ausschüsse gehören 9 der Fortschrittspartei Barth, Umbscheiden, Wilh. Schmitt, v. Stauffenberg, Hutschenreuther und Grieninger, Wand und Lampert, 1 den „Wilden", Friedr. Kolb, und 44 der patriotischen Partei an. Es ist dabei auffallend, daß von der der letzteren die Abgg. Dr. Huttler, Pfarrer Mahr, Domkapitular Neumayer, Professor Sepp, Pfarrer Westermayer in keinen Ausschuß gewählt worden sind.

—n München, 20. Jan. Es hat nicht blos in conservativen, sondern selbst in billig denkenden liberalen Kreisen großen Unwillen erregt, daß gewisse Organe der Fortschrittspartei ihren bisherigen Berichten über die gegenwärtige Stellung der Kammerfraktionen, über Klubberathungen ꝛc., eine so maßlos patriotische Färbung geben, daß dem Publikum ein neues annähernd klares Bild über die Situation völlig entrückt wurde. Die gegenwärtige Minorität der Kammer, welche aus der früheren Minorität in die Majorität herausgewachsen ist, kann sich aber in den jetzigen Zustand so wenig hineingewöhnen, so daß der Unwillen darüber jedes Maß der Klugheit außer Augen läßt. Daher auch die Erfindung von dem Niederdonnern des Präsidenten Dr. v. Weis im Klub von Seite der Heißsporne, die Entstellungen der Aeußerungen von Patrioten in die Kammer, die fingirten Briefe über die Selbstwahl, und die Nachricht über die eingerissene Uneinigkeit im patriotischen Klub ꝛc. All dies hätte man wohl gern gewünscht, allein es ist eben frommer Wunsch geblieben. Als heute über die Wahl des Schuldentilgungskommissärs abgestimmt wurde, stimmten eben 76 gegen 49 für Freitag gegen M. Barth; ebenso beim Ersatzmann, zu dem Radspieler gewählt wurde. Da einige Abgeordnete bereits unwohl geworden sind, so geht daraus hervor, daß die Abstimmung völlige Einheit der patriotischen Partei immer bekundet und dies ist ihr Stolz und der Aerger der Gegenpartei.

Der Inhalt der Thronrede, sagt die „Pf. Z.," wurde schon vor mehreren Tagen von Blättern der Fortschrittspartei ziemlich genau angegeben, ein Beweis, daß das Ministerium mit jener Partei noch immer innige Beziehungen unterhält.

Karlsruhe, 19. Jan. Die Kammer der Abgeordneten hat das Stiftungsgesetz mit allen gegen 3 Stimmen (die fünf kathol. Abgeordnete waren nicht anwesend) nach dem Antrag der Commission angenommen.

Reichenberg, (in Böhmen) 19. Jan. Wegen Verhaftung eines Arbeiterführers haben tumultuöse Zusammenrottungen der Arbeiter stattgefunden. Es mußte Militär aufgeboten werden, bei welcher in Folge einer zufälligen Gewehrentladung ein Arbeiter getödtet wurde.

Krackau, 18. Januar. Der Czas veröffentlicht ein Dekret der Statthalterei, worin der Convent der Karmelitinerinen aufgefordert wird, die Spitalkosten der an totaler Sinnesverwirrung unheilbar leidenden Barbara Ubryk zu entrichten.

Digitized by Google

Stockholm, 29. Jan. Die Eröffnung des Reichstags fand heute statt. Die Thronrede proponirt für die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes eine Ausgabe von 4 Millionen Reichsthaler, welche durch Steuererhöhung aufgebracht werden sollen.

Rom, 18. Jan. Ueber den Inhalt des „päpstlichen Handschreibens" an den Kaiser Napoleon, welches der apostolische Nuntius Chigi am 10. d. M. in den Tuilerien überreichte, verlautet Folgendes: Der Papst, erfreut, meistentheils gute Katholiken in dem neuen französischen Ministerium zu sehen, hofft, der Kaiser werde den „vom heiligen Geiste diktirten" Beschlüssen des Konzils, dessen Weisheit er (Napoleon) in seiner Thronrede selbst anerkannt habe, kein Hinderniß in den Weg legen und auch nicht gestatten, daß der Stuhl Petri von Revolutionen angetastet werde. (N. Fr. Pr.)

Brüssel, 18. Jan. Die Regierung kündigte in der heutigen Kammersitzung eine wichtige Concession an. Sie verzichtet nemlich, indem sie dem Begehren der katholischen Opposition nachgibt, auf das Projekt, die Zusammensetzung der Kirchenfabriksräthe zu ändern. Die letzteren werden nur verpflichtet, falls sie nicht das Recht auf eine Staatssubvention verlieren wollen, die Rechnungen der Kreisregierung vorzulegen.

Paris, 19. Jan. Rochefort ist auf nächsten Sonnabend vor die Strafkammer geladen. Die Arbeiter von Creusot haben Strike gemacht. Man fürchtet, daß die Arbeiter anderer Hüttenwerke nachfolgen.

Die anständige Presse ganz Frankreichs ist mit der Haltung des Ministerium Ollivier vollkommen einverstanden; die France rühmt besonders die staatsmännische Klugheit des Chefs, wenn sie schreibt: „Während Ollivier dem verbannten Ledru-Rollin die Thore seines Vaterlandes öffnet, legt er gleichzeitig dem Senate zwei Dekrete vor, wodurch 2 Mitglieder der kaiserlichen Familie dem hohen Gerichtshofe überwiesen wurden, und neben dem Gesuche, den Abgeordneten Rochefort verfolgen zu dürfen, bringt er einen Gesetzentwurf in Vorlage, der die Preßprozesse dem Schwurgerichte überweist."

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen. Vom 18. Januar 1870. Der Gemeinde u. Armenpflege Reinersdorf sei zur Zahlung von Krankenverpflegungskosten eine 4 wöchentl. Nachsicht zu bewilligen. — Die nicht transportable dahier schwererkrankte 81jährige Kaufmannswittwe Kaiser von Kronach sei auf Kosten ihrer Heimathsgemeinde ausnahmsweise im Hause der Unheilbaren zu verpflegen. — Der Nachlaß der verlebten Kaufmannstochter Margaretha Ferer sei für Verpflegungskosten zu beanspruchen. — Ueber die Verpachtungen von Räumlichkeiten der Commune für vorübergehende Zwecke z. B. der Böden zum Hopfentrocknen sollen für die Folge förmliche Protokolle abgeschlossen werden. — Wegen Beendigung der Pachtzeit von 2 zur Schönlein'schen Stipendienstiftung gehörigen Wiesen sei anderweitige Verpachtung auf 6 Jahre zu beschäftigen. — Auf Grund des Art 20 des Ges. über die Krankenpflege seien die Dienstmänner der hiesigen Expreß-Compagnie anzuhalten sich fürs Krankenspital einschreiben lassen. — Die Anträge des Zimmermeisters H. Arneth u. des Tuchscheerers H. Pickel, wegen Schutz gegen Hochwasser seien als unberechtigt zu erachten und abzuweisen. — Wegen des umsichgreifenden Hausirens von Nessträgern sei die Polizeimannschaft zur strengen Vigilanz im Interesse des hiesigen Viktualienmarktes anzuweisen. — Mehrere Conto für Gasbeleuchtung u. Bücheranschaffung seien zur Zahlung anzuweisen. — Der Tünchner Lorenz Monke sei zur Aufnahme als Schutzmann vorzumerken. — Verehelichungszeugnisse seien auszustellen für H.H. Wilhelm Schlegel, Bürger u. Buchhalter dahier, Joseph Landgraf, Rechtspraktikant u. Sekretär der Handels- und Gewerbskammer von Oberbayern. (Heimathgebühr 48 fl.,) Valentin Siffel Maschinenschlosser (Heimathgebühr 36 fl.) — Die Aufstellung des H. Anton Artus von Bischberg als Geschäftsführer der Merr'schen Restauration sei zu genehmigen. — Der uneinbringliche Reisevorschuß für einen angeblichen Formhals von Worms zu 48 kr. sei auf Armenrechnung zu nehmen. — Durch kgl. Regierungsentschließung wurde das Gesuch des F. E. Bauweber um eine Unterstützung aus Kreisfonds abgewiesen. — Auf Antrag der k. Stadtkommandantschaft soll bei künftigen Bränden das Passiren der den Brandplatz absperrenden Postenkette nur Personen mit Abzeichen oder solchen gestattet werden, welche durch Mitglieder der Feuerwehr oder durch Polizeidienstete den Soldaten als zutrittsberechtigt bezeichnet werden. — Wegen wünschenswerther Vermehrung der Feuerpiquetmannschaft und Bewachung der städtischen Kassen sei Ersuchschreiben an die k. Stadt-Commandantschaft zu richten. — Eine Mittheilung des H. Verwaltungs-bezirks-Arztes, wonach bei vorkommenden Bränden im Verhinderungsfalle der prakt. Arzt H. Dr. Röhring von ihm substituirt werde, sei dem Feuerwehrcommando zur Kenntniß zu bringen und sei Letzterer mit einem Funktionsabzeichen zu versehen. — In Folge einer Anzeige gegen die beiden hiesigen Stadtthürmer wegen zu späten Anschlagens beim jüngsten Brande seien dieselben zur genauen Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu ermahnen — Auf eine Anfrage des landwirthschaftlichen Bezirks-Amtes Bamberg I wegen Abhaltung eines Preis-Zuchtwiddermarktes im nächsten Frühjahre wurde der erste Meßviehmarkttag als der geeignetste Zeitpunkt bezeichnet und dem Comite die möglichste Unterstützung zugesichert. — Nach vorliegendem Extraditionsprotokoll wurde das Inventar der aufgelösten Landwehr älterer Ordnung übernommen u. unter magistratischen Verschluß gelegt. — Wegen mehrfach fortgesetzter Schulversäumnisse sei Strafverfolgung beim H. Vertreter der Staatsanwaltschaft zu beantragen. — Dem Metzgersohn H. Nikol Häfner sei ein Reisepaß nach Nordamerika auszustellen.

Vermischtes.

Nach einer Bekanntmachung des Kriegsministeriums ist den Landwehroffizieren und Adspiranten gestattet, bei Feierlichkeiten und gesell. Zusammenkünften, zu welchen sie gemäß dieser ihrer militärischen Stellung beigezogen oder aufgefordert werden, in Uniform zu erscheinen.

Der vormalige Bürgermeister von Tölz, Nagelschmid und Kaufmann G. Baumgartner wurde vom Schwurgerichte für Oberbayern wegen Verbrechens der Amtsuntreue zu fünfjähriger Festungsstrafe verurtheilt.

Die „Rheinpfalz" theilt einen edlen Zug des sel. Bischofs Dr. Weis mit: Der hochselige Bischof hatte vielen Geistlichen und Laien, welche sich in bedrängter Lage um größere Darlehen an ihn gewendet hatten,

Digitized by Google

solche in Beträgen bis zu 1000 fl. gewährt. Etwa sechs Wochen vor seinem Tode wurden seinen sämmtlichen Schuldnern die Schuldscheine vernichtet per Post franko zugesendet, was uns unter Thränen des Dankes und der tiefsten Rührung eine Wittwe erzählte, welcher so eine Schuld von 500 fl. nachgelassen wurde.

Modespleen. Die Prinzessin von Wales, Alexandra, geht in Folge von Krankheit noch immer etwas lahm, ubd dieses taurige Gebrechen beeifern sich die englischen Damen nachzuahmen. Zu diesem Zwecke wird von einer Stiefelette der Absatz gänzlich entfernt, auf der andern dagegen bedeutend erhöht, und das dadurch künstlich hervorgebrachte Hinken nennt man „à la Alexandra."

(Der grobe Wind.) Bauernbub zu seinem Vater: „Du, Vater, aber der Wind in der Stadt ist gröber als bei uns zu Haus, bei uns nimmt er immer blos den Hut, aber in der Stadt hab' ich's gesehen, daß er den Leuten den Hut mit sammt den Haaren genommen hat.

Lord Canikton, ein großer Sonderling, hatte in seiner Trunkenheit den Aufwärter eines Gasthofes getödtet. Der Wirth kommt ganz erschrocken zu ihm und sagt: „Mylord, wissen Sie, daß Sie den Aufwärter getödtet haben?" — „Sehr wohl!" antwortete der Lord, „setzen ihn auf meine Rechnung."

Frankf. Coursbericht vom 10. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91	bz
	4½%	=	92⅛	bz.		4	=	84	B
	4%	=	83½	B.		3½	=	82½	G
Frankf.	3½	=	82	bz.	Baden.	4½%	Oblig.	92⅛	bz
Nassau.	4½%	Oblig.	92½	G.		4	=	85⅛	bz
	4	=	83½	bz.		3½	=	81⅛	B
Kurhess.	4	=	83⅞	B.	G. Hessen	5%	=	102½	bz
Bayern.	5%	=	101	B.		4%	=	93⅛	B
	4½ 1jhr.	=	91⅛	bz.	Sachsen.	5%	=	100	G
	4½ 2jhr.	=	91⅛	bz.	Brschw.	3½	=	81½	B
	4 1jhr.	=	—	G.	Oesterr.	4⅕	R.i.S.	58⅛	bz
	4 2jhr.	=	86⅛	G.		4	R.i.P.	49½	G
	4 Abl.-R.	87	G.			5	Ung. E.-A.	73½	G
	3½	Obl.	81	G.		4	Amerika. 6% 81v. 64	94⅛	bz
						5	„ Bds 71r v. 61	95½	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Anlehensloose.				Aktien.			
3½% preuß. 100thlr.	—	G	bad. 35 fl.		56⅛	bz
kurhess. 40 thlr.	56⅛	bz	großh. hess. 25 fl.		46⅛	bz
bayr. 100 thlr.	107	B	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.		12	B
			österr. 500 fl. v. 1860		80½	bz

Aktien.							
3½% b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	5	öst. Staatsb. 500 frc.	380	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.	703	bz	4	pfälz. Ludwb. 500 fl	—	G
4½% b. Ostbahn 200 fl.	122½	bz	4½	Maxbahn 500 fl	106⅜	G
5 öst. Südb. 500 frc.	242	bz	4	Nordb. 500 fl.	87⅞	bz
			4	H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90½	B

Wechsel auf kurze Sicht.			
Amsterdam (100 fl.)	103⅛	bz	Hamburg (M.-B. 100) 86⅛ B
Augsburg (100 fl)	99⅞	G	London (10 Pf. St.) 119 bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Paris (200 Fr.) 94½ bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅛	bz	Wien (100 fl. ö. W.) 96½ bz

Disconto 4 pCt.

Ein solider tüchtiger Setzer zu sofort. Eintritt unter acceptablen Bedingungen gesucht.

Kirchenmalereien!

Kirchenfenster-Rouleaux a la Glasmalerei mit oder ohne religiösen Bildern gut und dauerhaft gemalt, zu mäßigen Preisen, Kreuzwege in allen Größen zu mäßigen Preisen, von tüchtigen akademischen Künstlern gemalt. Progestationen werden auf Wunsch zur gefälligen Einsicht gestellt.

Altargemälde, Heiligenbilder in allen Größen zu den billigsten Preisen. Transparente, Advent- und Fastenbilder, hl. Gräber, sowohl als Transparent-Gemälde wie auch gebaute, alte werden restaurirt. Ubter Zusicherung reelbr Bedienung und mäßiger Preise zeichnet.

München, Schommergasse 19,
früher Bayerstrasse 7.

H. Lange,
Maler.

3 Buchhalter, 6 Reisende, 4 Comptoiristen

3 Magazinier, 6 Commis, 4 Verkäuferinnen werden günstig placirt durch das mercantilische Bureau von
C. Erler in Dresden.

† Gottesdienst-Ordnung. †

Sonntag 23. Jan.

In allen 4 Pfarrkirchen Gottesdienst wie gewöhnlich.

St. Jakob. Früh 6 U. hl. Messe, ½8 U. Militär-Gottesdienst, 10 u. 11 U. heil. Messen, Nachm. 4 U. Kreuzwegandacht.

St. Sebastian. Nachmittags von 12—3 Uhr Betstunden zu Ehren dieses Heil.

Die homöopath. Central-Apotheke
von
Ludwig Landgraf in München

welche sich allein nur mit der Bereitung homöopathischer Arzneimittel beschäftigt, empfiehlt ihre Medicamente sowie Haus- und Taschenapotheken nach Vorschrift aller erschienenen homöopathischen Handbücher. Ausführliche Preislisten jederzeit gratis.

Frankfurter Geldcours

vom 19. Jan.

Preuß. Kassensch.	fl.	1.	44⅞—45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl.	9.	58—59
Pistolen	fl.	9.	48
Do. doppelte	fl.	9.	49
Holl. 10-fl.-Stücke	fl.	9.	54—56

Illustrirte Damenzeitung.
Durch alle Buchhandlungen und Postämter ist zu beziehen:

DIE BIENE.

Neueste und billigste Berliner
Damenzeitung für Mode und Handarbeit.
Herausgegeben unter Mitwirkung der
Redaction des Bazar
mit theilweiser Benutzung der in dieser Zeitschrift enthaltenen Abbildungen.
Preis für das ganze Vierteljahr nur 10 Sgr.

Die practischen Bedürfnisse im Auge behaltend, trägt die „Biene" mit Sammelfleiss, Sorgfalt und Umsicht Alles zusammen, was die Mode im Gebiete der Toilette und der weiblichen Handarbeit für selbstthätige, wirthschaftliche Frauen und Töchter Neues und Gutes bringt. Im Hauptblatte jährlich an 1200 vorzügliche **Abbildungen** der gesammten Damen- und Kinder-Garderobe, Leibwäsche und der verschiedensten Handarbeiten, in den Supplementen die betreff. **Schnittmuster** mit fasslicher Beschreibung, wodurch es auch den ungeübtesten Händen möglich wird, **Alles selbst anzufertigen** und damit bedeutende Ersparnisse zu erzielen.

Die erste Nummer des neuen (V.) Jahrgangs ist **gratis** durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 19. Samstag, den 22. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Eine gegnerische Stimme über die patriot. Abgeordneten.

Dem taktvollen leidenschaftslosen seitherigen Benehmen der Patrioten gegenüber den anderen Parteien in der bayerischen Kammer versagen selbst demokratische Blätter nicht die Anerkennung. Die ‚Frkf. Ztg.', die nicht weniger als den Ultramontanen hold, wundert sich sogar, daß die so gefürchtete Partei denn doch am Ende wirklich liberaler als die Liberalen, mehr für den Fortschritt des Volkswohles sind als die Fortschrittler sind. Wir heben einige Stellen daraus hervor, (womit wir bloß unsere frühere Behauptung, daß unsere Abgeordneten sich das Vertrauen jedes Unparteiischen, ja sogar des ganzen Landes mit verschwindender Ausnahme erwerben, bestätigt wissen wollen). So sagt sie über die Ausschußwahlen u. a.:

„Die Fortschrittler setzen blos Leute ihrer Fraktion auf die Stimmzettel, in ihren Augen sind alle andern Abgeordneten (Patr. u. Demokr.) unbrauchbar. In dieser Weise kann eine Partei wenigstens mit äußerem Erfolge vorangehen, wenn sie eine unbedingte Majorität hat, bei einer in der Minderheit befindlichen Partei zeigt dies Verfahren nichts weiter als eine ohnmächtige Bosheit; es wird dadurch dem Lande damit der Terrorismus bewiesen, welchen diese Fraktion ausüben möchte, wenn sie die Macht besäße. Unter solchen Verhältnissen können selbst die Gegner der Rechten deren Mitgliedern eine Anerkennung nicht versagen, daß sie so exclusiv auftreten. Dieselben wählen in jeden Ausschuß 2 oder 3 ihrer Gegner und lassen sich darin durch jenes verletzende, denn auch unschädliche Verfahren nicht beirren, obwohl es natürlich in der Gewalt der Majorität läge, Gleiches mit Gleichem und zwar erfolgreich zu beantworten. Welche Partei hier liberaler handelt, bedarf, wo die Thatsachen so unzweideutig sprechen, keiner Erörterung. Ueberhaupt gewinnt es den Anschein, daß uns einige seltsame (?) Erscheinungen bevorstehen: das allgemeine Wahlrecht nicht blos, sondern auch eine Minderung der Militärlast und ein Abwenden der Steuervermehrung — wir werden sie nicht dem Fortschritt, sondern — den Ultramontanen verdanken. Zur Bekämpfung des Nationalliberalismus gibt es kein besseres Mittel." An einer andern Stelle:

Man erzählt sich, die Ultramontanen hätten Herrn Fr. Kolb zum Referenten über das Militärbudget ausersehen und dieser sei zur Uebernahme bereit unter der Bedingung, daß die Majorität auf sein Verlangen kurzer Präsenz (man behauptet: höchstens von einem Jahre) bestimmt eingehe. Es wäre wirklich seltsam, wenn das Volk eine Erlösung vom Drucke der übertriebenen Militärlast eine Verständigung zwischen dem Ultramontanismus und der Demokratie zu verdanken bekäme.

Wir finden es gerade nicht seltsam, daß unsere Vertrauensmänner an das von allen Patr. aufgestellte Programm treu dem Willen und Wunsche ihrer Urwähler und Wahlmänner festhalten, und sind erfreut, wenn wir durch dieselben das erreichen, was unser Programm so deutlich kundgibt.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 21. Jan. Der bereits gestern gemeldeten Zusammensetzung des Adreßausschusses, welcher aus 15 Mitgl. besteht, müssen wir beifügen, daß Abg. Kolb mit 81 St. hiezu gewählt wurde, so daß nun dieser Ausschuß aus 1 Demokr., 3 Fortschr. und 11 Patr. besteht.

München, 21. Jan. Die Adreßkommission der Abgeordnetenkammer wählte zum Vorstand den Abg. Karl Barth, zum Sekretär Dr. Schüttinger, zum Referenten den Abg. Jörg.

München, 18. Jan. Nach den Bestimmungen des Programms zur Eröffnung des Landtages war nur Denjenigen der Zutritt zum Thronsaal gestattet, welche entweder in Uniform oder in Amtstracht erschienen. Einige unserer neuen „bürgerlichen Magistratsräthe" und ein Gemeindebevollmächtigter stellten sich nun nicht in Amtstracht (weil eine solche noch nicht beschlossen), sondern in schwarzem Fracke ꝛc. ein und wurden in Folge Dessen an der Thüre des Thronsaales zurückgewiesen; der betr. Hofbeamte berief sich eben einfach auf die erwähnte Bestimmung des Programms. Dieser Vorfall wird natürlich viel besprochen und dürfte auch im Magistrat zur Sprache kommen.

München, 20. Jan. Wie es scheint, hat sich Herr Staatsrath v. Fischer während seiner interimi-

Digitized by Google

stischen Leitung der Ministerien des Innern und des Kultus im vorigen Monat nicht darauf beschränkt, die laufenden Geschäfte zu erledigen, denn es wird versichert, daß sowohl die mehrfach besprochene Anordnung, Erhebungen über die politische Gesinnung der neugewählten Gemeindevertreter zu veranlassen, auch die Anordnung bezüglich des Geschichtsunterrichts am Gymnasium zu Zweibrücken, aus der Zeit datiren, während welcher Hr. v. Fischer mit der interimistischen Leitung der genannten Ministerien betraut war.

Berlin, 20. Januar. Abgeordnetenhaus Der von Duncker eingebrachte Gesezentwurf, betreffend die Aufhebung der Preßfreiheitsbeschränkungen, wird angenommen mit einem Amendement von Lasker, wonach die Redakteure ihren persönlichen Gerichtsstand im Bereiche des norddeutschen Bundes haben müssen. Der Minister des Innern ist anwesend, gibt aber keine Erklärung ab.

Berlin, 21. Jan. Der Vertrag zwischen Baden und dem norddeutschen Bund wegen gegenseitiger Rechtshilfe soll bereis am 1. Mai Geltung erhalten.

Der alte Rundschauer der Kreuzzeitung, Appellationsgerichtspräsident v. Gerlach, hat eine Broschüre veröffentlicht: „Deutschland um Neujahr 1870." Er gesteht darin zunächst ganz offen ein, daß Deutschland mit den Siegen, „welche deutsches Blut verbündet mit Garibaldi's Könige über deutsches Blut", errang, nichts gewann, sondern verlor. „Verloren", sagt er u. A., „sind die deutschen Herzogthümer Luxemburg — mit seiner Festung — und Limburg. Deutschland grenzt nicht mehr ans Adriatische Meer. Abgeschnitten von den übrigen Deutschland ist Oesterreich, das Oesterreich, dessen Waffen seit Jahrhunderten Deutschland so oft vertheidigt haben gegen Türken und Franzosen — gegen diese noch 1813 bis 1815 im Bunde mit Preußen — und abgeschnitten mit Oesterreich die größte deutsche Hauptstadt und der glänzendste deutsche Thron. Verloren ist namentlich das Heldenland Deutschlands, Tyrol. Andreas Hofer, sein Grab und seine Erinnerungen gehören Deutschland nicht mehr an. Ein deutsches Fürstenhaus hat zwar den russischen Thron inne. Aber unter diesem Hause wird in den unter russischen Scepter von Deutschen regierten Ostseeprovinzen die deutsche Sprache und Nationalität vertilgt, und Deutschland schweigt. Dagegen soll Schleswig — will aber großentheils nicht — deutsch (sollte richtiger heißen preußisch Red.) sein. Das südliche Deutschland, mit Ausschluß des hinausgewiesenen Oesterreichs etwa ein Viertel (mit Einschluß Oesterreichs beinahe die Hälfte) des ganzen Deutschland — flottirt in viertehalb wieder unter sich vereinzelten Staaten u. s. w.

Münster, 19. Jan. Bischof Dr. Johann Georg Müller, geboren am 17. Okt. 1789, ist heute Nachmittags gestorben. Am 12. d. hatte derselbe sein 20jähriges Jubiläum als Bischof gefeiert.

Wien, 18. Jan. Der Kardinal Antonelli hat die Depesche, welche der neue französische Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Rom gerichtet, und welche in der Form der sichern Erwartung eine nicht mißzuverstehende Warnung in sich schließt, mit der bestimmten Erklärung beantwortet: daß der heil. Stuhl, in vollem Bewußtsein seiner Stellung und seiner Pflichten, vor keiner Entscheidung zurückscheuen werde, welche die Sorge für das unveräußerliche Recht der Kirche bedingen möchte; er habe aber nicht entfernt die Absicht in die Spähre des weltlichen Staats hinüberzugreifen, und dürfte deshalb jede Besorgniß vor Conflikten zwischen Staat und Kirche in so lang als vollständig grundlos bezeichnen, als der Staat dieselbe Freiheit, welche er für sich in Anspruch nehme, auch der Kirche zuzugestehen bereit sei.

Wien. Die österreichische Ministerkrisis ist durch die Entlassung der HH. Berger, Potocki und Taaffe nur provisorisch beendigt; sie wird bald in die neue Phase der acuten Verfassungskrisis treten, welcher auch die HH. Giskra, Herbst ꝛc. zum Opfer fallen werden. Hr. v. Beust hat nach dem Tode des Finanzministers Becke auch das Reichsfinanzministerium übernommen. Die Mehrzahl der galizischen Abgeordneten ist für das sofortige Verlassen des Reichsrathes.

Reichenberg, 18. Jan. Der Redakteur und Socialdemokrat Andr. Scheu aus Wien ist heute Nachts dahier verhaftet worden. In Folge dessen fand eine massenhafte Zusammenrottung von Arbeitern vor dem Gefängnisse zur Befreiung des Inhaftirten statt; die Ruhe wurde jedoch wieder hergestellt.

Ausland.

Rom, 18. Jan Der Erzbischof von Gnesen und andere polnische Kirchenfürsten beantragen die Zustimmung des Königs von Preußen zu Schritten in katholischen Cultusangelegenheiten beim Kaiser Alexander von Rußland zu erwirken. Der Papst selbst will in dieser Richtung dem Kaiser Alexander Vorschläge zu einer Annäherung beider Höfe und zu einem modus vivendi zwischen Polen und Rußland machen. Danach soll der polnische Clerus auf Nationalität verzichten und sich den allgemeinen katholischen Vorschriften unterwerfen. Die Regierung ihrerseits würde Cultus und Ritus freigeben. — Der Verkehr Roms würde durch einen katholischen Rath mit den kaiserlichen Hof stattfinden. Ein päpstlicher Nuntius würde in St. Petersburg und ein kaiserlicher Gesandte in Rom residiren.

Rom, 21. Jan. Mehrere Konzilväter überreichten eine Petition gegen die Ausschreitungen klerikaler Blätter, welche von Laien redigirt werden.

Digitized by Google

Paris, 20. Jan. Die Nachricht vom Tode Raspails ist unbegründet, er ist jedoch noch schwer krank. — Im Creuzot (dem bekannten Etablissement des Präsidenten Schneider) haben 10,000 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Hr. Schneider ist dorthin abgereist.

Creuzot, 20. Jan. Die Arbeitseinstellung deuert fort, ohne daß Unruhen stattgefunden haben; Präsident Schneider ist heute Vormittags angekommen. Das Verlangen der Arbeiter besteht auf Entlassung des Direktors der Werkstätten und auf Wiederzulassung aller wegen unerlaubter Abwesenheit weggeschickten Arbeiter.

Paris, 21. Januar. Rochefort erklärt, er werde vor dem Tribunal nicht erscheinen, und verwirft die Richter, weil sie nicht durch das allgemeine Stimmrecht ernannt sind. Im Creuzot wurden einige Arbeiter in einer verlassenen Steinkohlengrube von einem Einsturz überrascht und sechs derselben getödtet. Die feiernden Arbeiter suchten vergebens, die Bergleute von Monteeaux aufzuwiegeln. Truppen wurden nach Creuzot gesandt.

Henri Rochefort und zwei andere Mitarbeiter der Marseillaise sind ohne Verzug und zwar schon auf künftigen Samstag vor die 6. Kammer geladen worden. Das Gesetz bedroht die Herrn Henri Rochefort zur Last gelegten Vergehen und zwar die Beschimpfung des Kaisers mit 6 Monaten bis 5 Jahren und die Aufreizung zum Aufruhr mit 3 Monaten bis 5 Jahren Gefängniß und daneben mit Geldstrafen von je 500 bis 10,000 Franks, endlich mit Untersagung der bürgerlichen Rechte. Wie die Juristen behaupten, so könne die Verurtheilung nicht während der Dauer der Saison zur Ausführung gebracht werden, (es sei denn, daß die Kammer hierzu neuerdings eine Ermächtigung ertheilte) und eventuell, könnte die Untersagung der bürgerlichen Rechte auch erst von dem Tage beginnen, an welchem der Verurtheilte seine Freiheitsstrafe abgebüßt hatte. Rochefort bliebe also auf alle Fälle noch für lange Zeit der rechtmäßige Abgeordnete des ersten Bezirks von Paris. Die beiden Mitangeklagten des Herrn Rochefort sind die Herren Simon Dereure und Paschal Grousset.

Paris, 20. Jan. Im gesetzgebenden Körper fragen mehrere Redner bei Gelegenheit der Hinrichtung Traupmans, ob die Hinrichtungen nicht in Zukunft innerhalb der Gefängnisse vollzogen werden sollen.

Paris, 20. Jan. Im Befinden Raspails ist ein wenig Besserung eingetreten. — Im gesetzgebenden Körper sprach Jules Simon für den Freihandel.

London, 21. Jan. Die Königin leidet an neuralgischen Schmerzen. Lord Napier wird Oberkommandant von Indien.

Madrid, 18. Jan. Die Berathung des Gesezentwurfs, nach welchem alle Bourbonen vom Throne ausgeschlossen werden sollen, ist in Folge von Meinungsverschiedenheiten unter den Unterzeichnern vertagt worden.

Madrid, 21. Jan. Ein allgemeiner Sieg der Monarchisten ist wahrscheinlich. Montpensier wird in Oviedo gewählt werden.

Madrid, 19. Jan. Der Finanzminister Figuerola verlangt die Ermächtigung zu einer Anleihe von 720 Mill. Realen in Schatzscheinen, zum Verkauf der Quecksilbergruben in Almaden, von Riotuerto und andern Krongütern. Er hält die Reduction der Rente auf 5 Prozent aufrecht und die Erhöhung der Gehalte und Pensionen um 10 Proz. Ausgenommen hievon bleiben die vier nächstfälligen Coupons, für welche specielle Deckungsmittel angewiesen sind.

Der Prinz Ludwig Gaston von Orleans, Graf von Eu, als ältester Sohn des Herzogs von Nemours am 28. April 1842 in den Tuilerien geboren und seit 1864 vermählt mit der brasilianischen Kronprinzessin Isabella, ist [einer Mittheilung der Independance zufolge] von seinem kaiserlichen Schwiegervater zum Erben des brasilianischen Throns erklärt worden. Das Pariser Kabinet soll die amtliche Anzeige hierüber erhalten haben. In Brasilien dürfte diese Ernennung großen Beifall finden, zumal seitdem der Graf sich auf dem Kriegsschauplatz in Paraguay Lorbeeren errungen hat.

Bukarest, 20. Jan. „Monitorul" veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers Cogalnitscheano an die Präfetten worin strenge Handhabung gegen „Ueberhandnahme der Juden" empfohlen wird.

Vermischtes.

Laut einer Bekantmachung der k. Staatsschuldentilgungs„ Commission befinden sich von der Obligationen der baver. 4proc. Prämienanleihe vom Jahre 1866 zufolge gemachter Wahrnehmungen fünf gefälschte mit Serien-Nro. 379 Obligation-Nro. 18911, Serien-Nro. 802 Obl. Nr. 40071, S.-Nr. 1216 Obl.-Nr. 60785, S.-Nr. 1883 Obl.-Nr. 94110, S.-Nr. 3149 Obl.-Nr. 157425 versehene Stücke im Umlaufe. Die Besitzer der mit obigen Nummern versehenen Prämienscheine werden daher aufgefordert, dieselben ungesäumt der k. Staatsschuldentilgungs- Hauptkasse in München behufs des Umtausches oder der Vergütung des Courswerthes sowie allen Auslagen einzuliefern.

(Muthige That.) In St. Gallen stand am Sylvesterabend ein Häuschen plötzlich lichterloh in Brand, Alles flüchtete, und in der Bestürzung wurde ein kleines Mädchen vergessen. Da kam der Bruder, ein Schüler, athemlos gerannt, brach durch die Flammen und kam bald mit seinem Schwesterchen auf dem Arme zurück. Die auf ihren Cameraden stolzen Cantons-

Digitized by Google

schüler sammelten sofort 100 Francs und legten sie für Bruder und Schwester in die Sparkasse. Der tapfere Knabe heißt Bommeli.

„Welchen besondern Vorzug hatte Adam vor anderen Männern? fragte Madam Zornbeiß den jungen Herrn Weinlieb, welcher vor einem halben Jahre ihre Tochter geheirathet hatte. „Er hatte keine Schwiegermutter," erwiederte der Gefragte mit größter Seelenruhe.

Bully hörte eine seiner Opern-Arien während der hl. Messe spielen, und da rief er: „Ach, lieber Gott vergieb mir, ich hatte sie nicht für dich gemacht."

Frankf. Coursbericht vom 21. Jan. 1870.

Aktien.				Staatspapiere.			
3°/₀ b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	5	öst.Staatsb.500frc.	370	bz
Oest. Nat.-B.600fl.	700	bz	4	pfälz.Ludwb.500fl	—	G
4½°/₀ b.Ostbahn200fl.	121⅛	bz	4	Marzbahn500fl	105⅛	G
5 öst.Südb. 500 frc.	236	bz	4	Nordb.500 fl.	87⅛	bz
			4	H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90⅛	P

Staatspapiere.						
Preußen. 5°/₀ Oblig.	—	G.	Würtbg. 4½°/₀ Obl.	91	bz
4½°/₀ :	92⅛	bz.	4 :	84	P
4°/₀ :	83⅛	P.	3½ :	82½	G
Frankf. 3½ :	82	bz.	Baden. 4½°/₀ Oblig.	92⅛	bz
Nassau. 4½°/₀ Oblig.	92½	G.	4 :	85⅛	bz
4 :	85	bz.	3½ :	81½	P
Kurh ess. 4 :	—	P.	G. Hessen 5°/₀ :	102⅛	bz
Bayern. 5°/₀ :	101	P.	4°/₀ :	93⅛	P
4½ 1jhr. :	91⅞	bz.	Sachsen. 5°/₀ :	100	G
4½ jjhr. :	91⅞	bz.	Brschw. 3½ :	81⅛	P
4 1jhr. :	—	G.	Oesterr. 4°/₀ R.i.S.	58⅛	bz
4 jjhr. :	86⅛	G.	4°/₀ R.i.P.	49⅛	G
4 Abl.-A.	87	G.	5 Ung. E.-A.	73⅛	G
3½ Obl.	81	G.	Nordamerika 6°/₀ 81u.64	94⅞	bz
			5°/₀ Bds 71r v. 61	95⅛	bz

Anleben der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			
Amsterdam (100fl.)	103⅛	bz	Hamburg (M.-B.100) 88⅛ P
Augsburg (100fl)	99⅞	G	London (10Pf.St.) 119 bz
Berlin (60thlr.)	105	bz	Paris (200 Fr.) 94⅛ bz
Bremen (50thl.Geld)	97⅛	bz	Wien (100 fl. ö. W.) 96⅛ bz
			Disconto 4 pCt.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
q. k. Assessor.

Ein solider tüchtiger Setzer zu sofort. Eintritt unter acceptablen Bedingungen gesucht.

Winterkuren
zu Kreuznach.

Meine Privatheilanstalt für Flechtenkranke und Hautleidende aller Art ist den ganzen Winter über geöffnet. Gleich gute Erfolge wie in der Sommer-Saison. Sehr ermäßigte Preise.

Prospecte gratis.

Dr. Kleinhans,
Special-Arzt für Hautkranke.

Ein junger Mann

der in einem Speditions- und Waaren-Geschäft thätig war, mit guten Zeugnissen versehen, sucht in einer ähnlichen Branche zum zum 1. April Stellung.

Gef. Offerten bitte unter C. K. Nr. 100 in der Expedition niederzulegen.

Kirchenmalereien!

Kirchenfenster-Rouleaux a la Glasmalerei mit oder ohne religiösen Bildern gut und dauerhaft gemalt, zu mäßigen Preisen, Kreuzwege in allen Größen zu mäßigen Preisen, von tüchtigen akademischen Künstlern gemalt. Progestationen werden auf Wunsch zur gefälligen Einsicht gestellt.

Altargemälde, Heiligenbilder in allen Größen zu den billigsten Preisen, Transparente, Advent- uns Fastenbilder, hl. Gräber, sowohl als Transparent-Gemälde wie auch gebaute, alte werden restaurirt. Unter Zusicherung reelbr Bedienung und mäßiger Preise zeichnet.

München, Schommergasse 19,
früher Bayerstrasse 7.

H. Lange,
Maler.

3 Buchhalter, 6 Reisende, 4 Comptoiristen

3 Magazinier. 6 Commis, 4 Verkäuferinnen werden günstig placirt durch das mercantilische Bureau von

C. Erler in Dresden.

Frankfurter Geldcours
vom 21. Jan.

Preuß. Kassenscb.	fl.	1. 44⅞	- 45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl.	9. 58	— 59
Pistolen	fl.	9. 48	
Do. doppelte	fl.	9. 49	
Holl. 10-fl.-Stücke	fl.	9. 54	— 56
Imperiales	fl.	9. 48	— 50
Dollars in Gold	fl.	2. 27	— 28
fein Gold per Pfund	fl.	816	— 821
Napoleonsd'or	fl.	9. 27	— 28

Illustrirte Damenzeitung.
Durch alle Buchhandlungen und Postämter ist zu beziehen:

DIE BIENE.

Neueste und billigste Berliner
Damenzeitung für Mode und Handarbeit.
Herausgegeben unter Mitwirkung der
Redaction des Bazar
mit theilweiser Benutzung der in dieser Zeitschrift enthaltenen Abbildungen.
Preis für das ganze Vierteljahr nur 10 Sgr.

Die **practischen Bedürfnisse** im Auge behaltend, trägt die „**Biene**" mit Sammelfleiss, Sorgfalt und Umsicht Alles zusammen, was die Mode im Gebiete der Toilette und der weiblichen Handarbeit für selbstthätige, wirthschaftliche Frauen und Töchter Neues und Gutes bringt. Im Hauptblatte jährlich an **1200** vorzügliche **Abbildungen** der gesammten Damen- und Kinder-Garderobe, Leibwäsche und der verschiedensten Handarbeiten, in den Supplementen die betreff. **Schnittmuster** mit fasslicher Beschreibung, wodurch es auch den ungeübtesten Händen möglich wird, **Alles selbst anzufertigen** und damit bedeutende Ersparnisse zu erzielen.

Die erste Nummer des neuen (V.) Jahrgangs ist **gratis** durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen.

Theater-Anzeige.

Sonntag den 23. Januar 1870.
9. Vorstellung im 6. Abonnement.

Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 20. Sonntag, den 23. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Thronrede vom 17. Januar. *)

[] Die Thronrde, womit Se. Maj. der König am 17. Januar den Landtag feierlich eröffnete, liegt vor uns. Indem wir uns erinnern, daß dieselbe nach konstitutionellem Brauche vor Allem das Werk der Minister ist, erkennen wir mit Vergnügen die eben so klare als ruhige und versöhnliche Sprache an, welche so sehr von dem Tone der Hörmann'schen Erlasse absticht. Leider können wir uns vom Inhalte der Thronrede nicht in gleicher Weise vollständig befriedigt erklären, wir sagen dies mit aller Ehrfurcht vor S. M. dem Könige, da wir wohl wissen, daß, indem Derselbe die Anschauungen der Thronrede billigt und vorträgt, er sie zu den seinigen macht.

Die Erklärungen der Thronrede, die sich auf die äußere Politik beziehen, nämlich auf die brennende Frage des Verhältnisses zu Preußen und dem norddeutschem Bunde und auf die nicht minder wichtige damit zusammenhängende Frage der Neugestaltung Deutschlands lauten im Ganzen sehr befriedigend für die patriotische Partei, die darin fast vollständig ihr eigenes Programm ausgesprochen sieht. Vor Allem wird des Königs bestimmte Versicherung, daß keine weiteren (außer den bekannten) Verträge mit Preußen bestehen, was nach dem Vorgange des Allianzvertrages man wohl fürchten konnte, jedes wahrhaft bayerische Herz von einer schweren Sorge befreit haben. Was den Allianzvertrag selbst betrifft, so muthet sicher kein Patriot dem Könige zu, sein gegebenes Wort zu brechen. Doch wünschen wir, daß der Fall, in welchem für Bayern die Allianz-Verpflichtung eintreten soll, bestimmter und genauer angegeben sein möchte, als es durch den Ausdruck: „Einstehen für die Ehre Deutschlands" geschieht, der sicher zu unbestimmt und dehnbar ist, um uns nicht die Sorge einzuflößen, daß unter diesem Titel von dem „mächtigen Bundesgenossen" Bayerns Gut und Blut in Anspruch genommen werden möchten, für welche patriotischer Sinn sie nie gewähren wird. Uebrigens getrösten wir uns des Gedankes, daß, wenn Verträge auch nicht gebrochen werden dürfen, sie doch wieder gelöst werden können. Daß aber Bayerns König, sobald er die Ueberzeugung erhalten sollte, daß der fragliche Vertrag statt Bayerns Ehre seine Unehre, statt des bayerischen Volkes Wohl seine Schädigung bewirke, keinen Augenblick zögern werde, von seinem Rechte, den Vertrag zu kündigen, Gebrauch zu machen, dafür ist uns die Liebe Ludwigs II. für sein Volk die sicherste Bürgschaft. Wir würden bei diesem Punkte nicht so lange verweilt haben, wenn nicht wirklich in sehr maßgebenden preußischen Blättern die Verbindlichkeiten, welche durch den Allianz-Vertrag Bayern aufgelegt sein sollten, in einer Weise dargestellt würden, welche uns mehr als bedenklich für die Interessen unsers Volkes und Königs erscheinen.

Die vollste Befriedigung erregt in jedem Patrioten wohl die Stelle der Thronrede, in welcher der König die Grundlagen und Prinzipien ausspricht, auf welchen allein er eine Wiedervereinigung der deutschen Stämme zu erstreben betheuert. Ein Deutschland vereinigt auf dem Boden des Rechts unter Wiederherstellung der Selbstständigkeit und freien Selbstbestimmung wie Bayern so aller andern deutschen Staaten — welcher Bayer wird nicht ein solches freudig begrüßen. Wir hätten hier nur eine Bitte an unseren König: nämlich, daß es ihm gefallen möge, auch einen Mann an die Spitze des Ministeriums des Aeußern zu berufen, welcher diese wahrhaft deutschen und auch wahrhaft bayerischen Grundsätze durchzuführen den Willen, die Einsicht und die Kraft besäße, was wir leider von Fürst Hohenlohe nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu hoffen vermögen.

Viel weniger befriedigend, als diese Erklärung über die äußere Politik werden die über die innere für die patriotische Partei erscheinen.

Se. Majestät spricht die zuverlässige Erwartung auf die Unterstützung der Kammer bei seinen Bestreben „am Wohl des Volkes im Geiste der neuen Gesetzgebung fortzubauen" aus. Gewiß kein Patriot zweifelt am ernsten Willen seines Königs, des Volkes Wohl zu fördern; kein Patriot, der nicht Dasselbe wollte; Im Ziele also sind die Patrioten völlig

*) Obwohl wir die Thronrede bereits besprochen, kommen wir nochmals darauf zurück, um auch die Ansichten unseres Hrn. []Corresp. kennen zu lernen.

Digitized by Google

einig mit dem Könige. Könnten sie es auch ebenso bezüglich der Wege und Mittel der sein, die zu diesem Ziele führen; Wenn aber die Thronrede den „Geist der neuen Gesetzgebung" als diesem Weg bezeichnet, so kann die patriotische Partei dem nur mit Vorbehalt zustimmen. Ihr scheint, wie sie nie verfehlt hat, in vielen Bestimmungen der neuen Gesetzgebung, ein Geist sich zu offenbaren, den sie unmöglich als für das Volkswohl förderlich erkennen kann. Ohne deßhalb die berechtigten Forderungen der Zeit auf irgend einem Gebiete des Staatslebens zurückzuweisen, — aus eigenem Interesse, wie ihr Gegner sie verdächtigen, geht die patriotische Partei von dem Grundsatze aus, daß nicht jedes Gesetz, weil es neu oder modern oder liberaler Abstimmung ist, damit schon gut und heilsam und darum einführungswürdig ist. Sie stellt vielmehr an jedes Gesetz, wenn sie ihm ihre Zustimmung geben soll, vor Allem die Anforderung, daß durch dasselbe das Fundament alles Volkswohls, der christlich religiöse und sittliche Sinn nicht abgeschwächt oder zerstört, sondern gekräftiget werde; und ferner, daß dasselbe auch den Verhältnißen und berechtigten Eigenthümlichkeiten des Volkes Rechnung tragen, indem auch ein an sich gutes Gesetz für ein bestimmtes Volk unter bestimmten Verhältnissen eher schädlich als nützlich sein kann. Daß diese Rücksichten bei Fassung der neuen Socialgesetze nicht immer maßgebend waren, läßt sich wohl bestreiten. Deshalb wird die patriotische Partei bei der Gesetzgebung, soweit es an ihr gelegen, oft einen andern Geist zur Geltung zu bringen suchen müssen, als den bisher herrschenden. Dab aber dieser andere Geist deßhalb noch kein „Rückschritts"-Geist sondern recht liberal im wahren Sinne sei, das zu beweisen, werden ihr die nach der Thronrede zu erwartenden Gesetzesvorlagen, insbesondere das Wahlgesetz reichlich Gelegenheit bieten.

Dürften wir hiemit unsere Besprechung der Thronrede beschließen. Aber leider ist noch eine Frage, für die Meisten die wichtigste, übrig, — die Steuerfrage. Wie vorauszusehen war, kündigt wirklich die Thronrede die Nothwendigkeit an, die Steuerkräfte des Landes in erhöhter Weise in Anspruch zu nehmen — also Steuererhöhung. Nach den Mittheilungen des Finanzministers würde dieselbe etwa 30 Prozent, also beinahe ein Drittheil sämmtlicher direkter Steuern betragen.

Wir behaupten in dieser Frage auch heute noch denselben Standpunkt, den wir in einem früheren Artikel „Keine Steuererhöhung" in diesem Blatte dargelegt haben. Wir müßen uns aufs Entschiedenste gegen jede Steuererhöhung aussprechen; sondern aus Mangel an Opferfähigkeit. Es ist eine traurige aber ebenso unleugbare Thatsache, daß der kleine Bürger- und Bauersmann, — und diese trifft jede Steuererhöhung am Meisten —, seit einiges Jahren im Wohlstande fortwährend sehr zurückgekommen sind. Wohl haben wir noch keine Hungersnoth, aber eine wirkliche Geld- und darum Zahlungsnoth. Die geringsten Beträge an Zinsen und andern schuldigen Leistungen können gar nicht oder nur zwangsweise beigetrieben werden. Das sind keine Verhältnisse, die eine Steuererhöhung gestatten!

Auf die Frage, wie aber ohne Steuererhöhung der Staatshaushalt fortgeführt werden könne, haben wir mit wiederholter Hinweisung auf den oben erwähnten Artikel ein dreifaches Recept in Bereitschaft. Es lautet: Erstens: Sparen; zweitens: Sparen; drittens: Sparen. Ja, Sparen gilt es jetzt, vor Allem bei den Ausgaben für das Militär. Dieses Danaiden-Faß muß endlich geschlossen (zugestopft) werden, wenn nicht die Volkswohlfahrt total zu Grunde gerichtet werden soll. Und wenn dabei das stehende Heer um die Hälfte vermindert werden müßte, was würde es dem Lande schaden? Nichts; es könnte ihm nur nützen. Wir massen uns nicht an, die Stimmung der patriotischen Mehrheit in dieser Frage zu kennen; aber wir vertrauen, daß dieselbe die Hoffnung des Volkes, welches keine Steuererhöhung will, rechtfertigen werde, indem sie auch keine bewilligt. Zugleich sind wir aber auch überzeugt, daß es genügen würde, dem Könige die bedrängten Verhältnisse eines großen Theils des Volkes darzustellen, um von seinem für das Wohl des Volkes so besorgten Herzen die Zustimmung zu jeder Maßregel, welche eine Vermehrung des Nothstandes zu hindern geeignet wäre, zu erlangen.

Und damit wenden wir uns von dieser immer unerquicklichen, aber leider nothwendigen Besprechung der Finanzfrage mit wahrer Herzenserhebung zu den warmen Schlußworten der Thronrede. Man behauptet, dieselben seien nicht in der von den Ministern verfertigten Rede gestanden, sondern der König habe sie aus eigenem Antriebe beigefügt. Und wahrlich man kann diesem Gerüchte glauben, denn diese Worte sind wirklich zu warm, zu herzlich für kalt berechnende Ministerseelen. Darum werden sie auch im Herzen eines jeden wahren Bayern freudigen Anklang finden. Ja wir gtauben heute wie immer, daß König Ludwig II. gleich seinen Königlichen Vorfahren von inniger Liebe für sein Volk beseelt sei. Es sei aber auch Ludwig II. überzeugt, daß es kein seinem König treueres Volk gebe als das bayerische und daß es in Bayern keine Partein gebe, der die Patrioten in Liebe und Treue gegen ihren König nachstehen wollen. Diese gegenseitige Liebe und Treue wird, so vertrauen wir, auch alle Wolken und Schatten, die sich zwischen König und Volk lagern wollen, zerstreuen und jene ungetrübte Uebereinstimmung im Wollen und Wirken zwischen Beiden schaffen, bei welcher allein das Wohl des Königs wie des Volkes gedeihen kann. Dazu erfleht mit seinem

Digitized by Google

frommen Könige den Segen des Allmächtigen das ganze gläubige bayerische Volk. Gott schütze es und seinen König!

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 22. Jan. Die Adreßkommission hofft man, wird schon am Montag den Entwurf ihres Referenten Jörg entgegennehmen und die Berathungrn beginnen können; von der Minorität soll ein Sondergutachten aufgestellt werden.

Der 1. Sekretär der Abg.-Kammer (Jörg) soll behufs Berichterstattung über die beanstandeten Günzburger und Münchener Wahlen vorerst Aufschlüsse verlangt haben, um nach Eintreffen derselben seinen Bericht erstatten zu können. Wann dieser Gegenstand zur Berathung in der Kammer gelangt, ist demnach noch unentschieden.

Zum Referenten über den Gesetzentwurf bezügl. der provisorischen Forterhebung der Steuern ꝛc. ist heute vom Finanzausschuß der Abg. Diepolder, als Referent über den Gesetzentwurf die Anschaffung von Rückladungsgewehren betr. der Abg. Kolb gewählt worden.

Der 6. Ausschuß der Abgeordnetenkammer hat sich konstituirt und zum Vorsitzenden Dr. Karl Barth, zum Sekretär Pfarrer Rußwurm gewählt.

Augsburg, 22. Jan. Die Allgemeine Zeitung veröffentlicht den Wortlaut des Protestes deutscher und österreichischer Bischöfe (worunter sich die HH. Erzbischöfe von München und Bamberg und Bischöfe von Augsburg und Mainz befinden) gegen die Geschäftsordnung des Konzils.

In Darmstadt ist die 1. Kammer auf den 23. Jan. einberufen

Berlin, 21. Jan. Eine k. Verordnung beruft den Bundesrath auf den 27. d. ein.

Berlin, 20. Jan. Die Erhöhung der Tabaksteuer und die Einführung des Petroleumzolles sind im Ministerium keineswegs vollständig aufgegeben. Der Handelsminister erklärte heute auf die Interpellation des Abg. Berger, dem Bau einer Eisenbahn von Memel nach Tilsit solle näher getreten werden, sobald die Mittel dazu vorhanden sein würden; einer Deputation von Interessenten an dieser Bahnlinie gegenüber schon etwas deutlicher, indem er die Gewährung ihres Wunsches an die Bewilligung der beiden genannten Steuern knüpfte. Wenn man Abgeordnete wähle, welche der Regierung keine neuen Steuern bewilligen, bemerkte er, dürfe man der Regierung auch nicht mit Geldforderungen kommen. Der Bericht der Petitionskommission über die Klosterfrage liegt mit dem Antrage, die Regierung aufzuforden, die beschränkenden Bestimmungen der preußischen Landesgesetzgebung über die geistlichen Gesellschaften zur Ausführung zu bringen, schon seit Weihnachten gedruckt vor. Indessen hält es eine Anzahl freisinniger Katholiken im Abgeordnetenhause, zu denen auch der Präsident v. Forckenbeck gehört, nicht für wünschenswerth, daß über die Klosterfrage im Plenum verhandelt werde. Eine heute im Landtage zur Vertheilung gelangte Petition vom Bürgermeister und Stadtverordneten der Stadt Aachen spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß das Abgeordnetenhaus durch entschiedene Zürückweisung der in Frage stehenden Petitionen in den ersten Ausbrüchen den furchtbaren Sturm ersticke, welcher die unausbleibliche Folge jeder Gefährdung der kirchlichen Interessen treuer Unterthanen sein würde." Die Petition zählt die Verdienste der 10 in Aachen thätigen geistlichen Orden auf und rühmt den Jesuiten insbesondere nach, daß dem Einfluß der durch sie geleiteten religiösen Verbrüderungen der Arbeiter deren ruhige gesetzmäßige Haltung daselbst zu danken sei.

Ausland.

Creuzot, 20. Jan. Die Nacht verlief ruhig, die Ateliers wurden wieder eröffnet Um 6 Uhr Morgens wurden alle Truppen aufgestellt, um die nachgiebigen Arbeiter gegen die Führer zu schützen, welche sie an die Rückkehr hindern wollten. Trotz Agitationen und Drohungen ereignete sich gestern kein bedauerlicher Vorfall. Zwei Drittheile der Arbeiter nahmen die Arbeit wieder auf.

Florenz, 21. Jan. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein kön. Dekret, welches die gegenwärtige Session des Senats und der Kammer bis 7. Mai versagt.

Die russiche Regierung soll allerdings nur vorläufig in ganz vertraulicher und freundschaftlicher Weise in Konstantinopel einige Bemerkungen haben fallen lassen über die unausgesetzte starke Truppenzusammenziehung in den an Montenegro und Dalmatien grenzenden Gebieten, die in keinem rechten Verhältnisse mit dem Zwecke der mit Oesterreich abgeschlossenen Convention einer Grenzbesetzung stehe, demnach einer militärischen Demonstration gegen Montenegro sehr nahe stehe.

Die portugiesische Kammer in Lissabon ist am 21. Jan. aufgelöst worden.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen. Vom 18. Das unterm 13. d. M. zwischen dem RegFisc. von Oberfr. und dem StMag. abgeschlossene Uebereinkommen im Betreff der Erwerbung des Theresienhaines und der daran befindlichen Badanstalt durch die Stadtgemeinde erhielt vorbehaltlich der Zustimmung der HH. St.-GemBev. nach erstattetem ausführlichen Vertrage und eingehender Berathung die einstimmige Genehm. des MColleg. — Nachdem die k. StSchulenkomm. die vom StMag. projektirte Erweiterung derselben und deren Anpassung an die neue GemGesetzgebung einstimmig gutgeheißen hat, sei Bericht behufs Erlangung der allerh. Genehm. zur k. Reg. zu erstatten und auch anderen Städten hierüber Mittheil-

Digitized by Google

ung zu machen, um dieselben zu gleicher Betheiligung zu veranlassen. — Nach einer Anzeige des Pflegers des Stähl'schen Schwesterhauses, H. Cassier Brandel, wurde die seith. Vorsteherin auf Ansuchen ihrer Stelle enthoben und für sie die Schwester Adelheid Gallini als Vorsteherin gewählt. — Ein Gesuch um eine größere Kapitalsaufnahme wurde wegen Mangels an disponiblen Fonds z. Z. nicht genehmigt, dagegen ein kleineres Stiftungskapital wieder ausgeliehen. — Wegen der in Folge der schlimmen Witterung fast bodenlos gewordenen Wege im Theresienhaine sei Ersuchschreiben an die k. Baubehörde zu erlassen, um diese Wege wieder in einen gangbaren Zustand zu versetzen. — Da laut einer k. Reg.-Entschl. die domkapitel'schen Gebäude dahier dem Staate überschrieben sind, seien die auf dieselben treffenden Umlagen vom Staate zu erheben und deßhalb Anweisung an die Stadtkämmerei zu erlassen. — Die zur Einsichtnahme in Vorlage gebrachte Rechnung der freiwill. Feuerwehr pro 1869 wurde mit großer Befriedigung aufgenommen. — Nach Bericht der Stadtkämmerei wurden im 4. Quartal 1869 5537 Eimer Bier nach auswärts ausgeführt, wofür die Commune 830 fl. 33 kr. Aufschlag zurück zuvergüten hat weßhalb Ausgabe-Verrechnung dieses Betrags auf Conto des Schuldentilgungsfonds verfügt wurden. — Nach einer Anzeige des H. Stadtthierarztes Feßler ist die Aufsichts-Commission für Zuchtbullen wieder complett u. hat bereits ihre Thätigkeit begonnen, was zur Nachricht dient. — Des Gesuch des H. Louis Straus um Erbauung eines Wohnhauses an der Franz-Ludwigstrasse sei auf Grund des bautechnischen Gutachtens zu genehmigen. — Auf den Antrag des H. Karl Widmann Hofschauspielers zu Darmstadt um Bewilligung für Sommertheatervorstellungen dahier wird beschlossen es sei vorerst die Besetzung der Theaterdirektion abzuwarten. — Das übermittelte Marktverzeichniß der Nachbarschaft Haßfurt sei im Amtsblatt zu veröffentlichen. — Auf Mittheilung des Stadtmagistrats Nürnberg, daß derselbe auf Grund der Ueberbürdung der Kosten für die Militäraushebung eine Beschwerde wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte an die Kammer beschlossen habe, wurde beschlossen, die Vertretung dieses Gegenstandes den drei Landtagsabgeordneten aus der hiesigen Stadt H. Domkapitular Henning, H. Domkapitular Dr. Schmitt u. H. Advokat Schüttinger dringend zu empfehlen. — Für den Proviantmeister H. Carl Prell zu London sei Heimathschein auszustellen.

Frankf. Coursbericht vom 22. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91	bz
	4½%	=	92⅞	bz.		4	=	84	B
	4%	=	83⅛	B.		3½	=	82½	G
Frankf.	3½	=	82	bz.	Baden.	4½%	Oblig.	92½	bz
Nassau.	4½%	Oblig.	92⅞	G.		4	=	85⅞	bz
	4	=	85	bz.		3½	=	81⅞	B
Kurhess.	4	=	—	B.	G. Hessen	5%	=	102½	bz
Bayern.	5%	=	101⅜	G.		4%	=	93⅞	B
	4½ 1jhr.	=	91⅝	bz.	Sachsen.	5%	=	100	G
	4½ ½jhr.	=	91⅞	bz.	Brschw.	3½	=	81½	B
	4 1jhr.	=	—	G.	Oesterr.	4⅛	R.i.S.	58⅛	bz
	4 ½jhr.	=	86½	G.		4	R.i.P.	49⅛	G
	4	Abl.-R.	87	G.		5	Ung. E.-A.	73⅛	G
	3½	Obl.	—	G.	NAermika.	6%	81v.64	94⅛	bz
						5%	Bds 71r v. 61	95½	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88⅛	bz
Amsterdam (100fl.)	103⅛	bz	London (10Pf.St.)	119⅛	bz
Augsburg (100fl)	99⅞	G	Paris (200 Fr.)	94⅛	bz
Berlin (60thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96⅛	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅛	B	Disconto 4 pCt.		

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	56⅛	bz
3½% preuß. 100thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	46⅞	bz
kurhess. 40 thlr.	56⅛	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	B
bayr. 100 thlr.	106⅞	B	österr. 500 fl. v. 1860	81	bz

Aktien.			5 öst. Staatsb. 500frc.	370	bz
3½% b. H.u.W.-B. 500fl.	—	G	4 pfälz. Ludwb. 500fl	—	G
Oest. Nat.-B. 600fl.	700	bz	4½ Maxbahn 500fl	105½	G
4½% b. Ostbahn 200fl.	121⅜	bz	4 Nordb. 500 fl.	87⅛	bz
5 öst. Südb. 500 frc.	236	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90⅛	B

Die homöopath. Central-Apotheke

von

Ludwig Landgraf in München

welche sich allein nur mit der Bereitung homöopathischer Arzneimittel beschäftigt, empfiehlt ihre Medicamente sowie Haus- und Taschenapotheken nach Vorschrift aller erschienenen homöopathischen Handbücher. Ausführliche Preislisten jederzeit gratis.

Münchener Börse

vom 22. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	—	80¾	—
4pCt. gzjähr. do.	86⅝	86¼	86⅜
4pCt. hlbjähr. do.	86⅝	86¼	—
4pCt. Grdrenten	87	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107¼	106¾	107
4½pCt. gzjähr. Obl.	91¾	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91¾	91½	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101½
Pfdbr. (H.u.W.-B.)	90⅞	—	90

Theater-Anzeige.

Sonntag den 23. Januar 1870.

9. Vorstellung im 6. Abonnement.

Wilhelm Tell.

Schuspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Frankfurter Geldcours

vom 21. Jan.

Preuß. Kassensch.	fl.	1.	44⅞ — 45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl.	9.	58—59
Pistolen	fl.	9.	48
Do. doppelte	fl.	9.	49
Holl. 10-fl.-Stücke	fl.	9.	54—56
Imperiales	fl.	9.	48—50
Dollars in Gold	fl.	2.	27—28
fein Gold per Pfund	fl.		816—821
Napoleonsd'or	fl.	9.	27—28
Dukaten	fl.	5	36—38

Ein junger Mann

der in einem Spedition- und Waaren-Geschäft thätig war, mit guten Zeugnissen versehen, findet in einer ähnlichen Branche zum 1. April Stellung.

Gefl. Offerten bitte unter C. K. Nr. 100 in der Expedition niederzulegen.

Hopfenstangen

werden aus einer fürstlichen Waldung in größeren Parthien abgegeben, und ersucht man Reflektanten um gefällige Adressen und Briefe unter U. 1770 an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in München

Glasbilder für Albums-, Marmor- u. feine Holzwaaren-Fabrikanten sind am billigsten zu beziehen aus der Glasbilder-Fabrik von

Fedor Graß, Berlin,
Communikationsweg, 2.

Preben und Preisverzeichnisse gratis.

A—Z

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by

Neue Bamberger Zeitung.

№ 21. Dienstag, den 25. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet - Briefe und Gelder franko.

König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und die deutsche Kaiserkrone.

Es ist bekannt, daß die Mehrheit des Frankfurter Parlaments den verlebten König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 1849 zum deutschen Kaiser erwählt, und daß eine Parlaments-Deputation demselben in Berlin gen. Jrs. die Kaiserkrone angeboten hat. Von vielen Seiten, besonders von Heinrich von Gagern, vom Ritter von Bunsen u. von M. Arndt wurden nachdrückliche Versuche gemacht, den König zur Annahme der Krone zu bewegen. Der alte Arndt schrieb den 3. März 1849 deshalb einen Brief an den König. Wir geben im Nachstehenden die Antwort des Königs vom 18. März hierauf, wie solche im Auszuge das neueste Heft der hist.-politischen Blätter lieferte. Dieser Brief ist nicht bloß ein Ehrendenkmal für den hochbegabten durchaus christlich gesinnten König, sondern auch eine scharfe Kritik des Verfahrens seines Nachfolgers sowie des Strebens vieler Parteien, die deutsche Einheit herzustellen. „Sie wie ich selbst," schreibt der König an Arndt (der sich geäußert: zu Gott und dem König darf man frei sprechen, bitten und beten) meinen und wissen, daß man zu Gott allein beten, den König aber nur bitten darf. Nun, Sie bitten ihn, er soll eine ihm „gebotene Krone" annehmen! Hier verlangt es jedes Alter das mehr denn 14 Jahre zählt, zu fragen, zu prüfen, zu wägen: 1) wer bittet; 2) was wird geboten. Zuvörderst das Bekenntniß, daß der scheußliche, eckle Schlamm des Jahres 48 mir die Taufgrade nicht abgewaschen, wohl aber daß ich mir den Schlamm abgewaschen habe, und wo es nöthig noch abwasche. Doch zur Sache. — Die große Versammlung, die sich deutsche Reichs- oder Nationalversammlung nennt, von der ein erfreulich großer Theil zu den besten Männern des großen Vaterlands gehört, hat weder eine Krone zu geben noch zu bieten. Sie hat eine Verfassung zu entwerfen, und demnächst mit allen von ganz Europa anerkannten Herrn und Städten Deutschlands zu vertragen. Wo ist der Auftrag, der diese Männer berechtigt, über die rechtmäßigen Obrigkeiten denen sie geschworen einen König oder Kaiser zu setzen? Wo ist der Rath der Könige und Fürsten Deutschlands, der nach tausendjährigem Herkommen dem heiligen Reich seinen König kürt, und die Wahl dem Volke zur Bestätigung vorlegt? Auf eine Botschaft wie sie mir aus Frankfurt droht, den Zeitungen und Ihrem Briefe zufolge, geziemt mir das Schweigen. Ich darf und werde nicht antworten, und Männer, die ich ehre und liebe, auf die ich, wie Sie selbst, mein alter Freund, mit Stolz, ja mit Dankbarkeit blicke, nicht zu beleidigen, denn was würde mir geboten? Ist die Geburt des gräßlich treibenden 1848sten Jahres eine Krone? Das Ding von dem wir reden, trägt nicht das Zeichen des heiligen Kreuzes, drückt nicht den Stempel von Gottes Gnaden auf das Haupt; ist keine Krone. Es ist das eiserne Halsband einer Knechtschaft, durch welches der Sohn von mehr als 24 Regenten, Kurfürsten und Königen, das Haupt von 16 Millionen, der Herr des treuesten und tapfersten Heeres der Welt, der Revolution zum Leibeigenen gemacht würde. Und das sei ferne!".... „Es will mich fast bedünken mein theurer Arndt, als walte in Ihnen ein Irrthum, den sie freilich mit vielen andern Menschen theilen: als sähen Sie die zu bekämpfende Revolution nur in der sogenannten Demokratie und den Communisten — der Irrthum wäre schlimm Jene Menschen der Hölle und des Todes können ja nur allein auf dem lebendigen Boden der Revolution wirken. Die Revolution ist das Aufheben der göttlichen Ordnung, das Verachten, das Beseitigen der rechten Ordnung, sie lebt und athmet ihren Todeshauch, so lange unten oben und oben unten ist." — Auf den Wunsch Arndt's Deutschland zu verkleinern mittels Ausscheidung Oesterreichs erklärt der König: „Als deutscher Mann und Fürst dessen Ja ein Ja vollkräftig, dessen Nein ein N in bedächtig, gehe ich in Nichts ein was mein herrliches Vaterland verkleinert, und dasselbe dem gerechten Spotte seiner Nachbarn, dem Gerichte der Weltgeschichte preisgibt, nehme ich nichts an, was meinen angebornen Pflichten nicht ebenbürtig ist oder ihnen hindernd entgegentritt. Dixi et salvavi animam meam." *)

*) Ich habe gesprochen und mein Seelenheil gerettet.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 24. Jan. Dr. Jörg soll den Entwurf der Adresse auf die Thronrede so weit vollendet haben, daß er bis morgen im Ausschuß Vortrag erstatten können wird. Da nun die Berathungen, zu welchen sämmtliche Minister eingeladen werden, einige Tage in Anspruch nehmen werden, so kann die Debatte in der Kammer, der man mit großem Interesse entgegensieht, wahrscheinl. zum Schluß dieser oder gar erst in nächster Woche beginnen. Deßhalb sollen auch einige Abgeordnete diese freie Zeit benützt haben, um nach Hause zu reisen.

Der Finanz-Ausschuß der Kammer der Reichsräthe hat zum Referenten über den Entwurf eines Gesetzes „Die provisorische Erhebung der Steuern pro 1870, dann die vorläufige Fortbezahlung der Theuerungszulagen betr." den Reichsrath von Niethamer gewählt.

Die Zahl der überzähligen Offiziere und Militärbeamten, welche in Folge der Kriegsaufstellung des Heeres vom Jahre 1866 noch vorhanden sind, beträgt 552; und zwar 2 Generallieutenants, 6 Rittmeister, 9 Hauptleute 1., 135 Hauptleute 2. Classe, 255 Oberlieutenants und 145 Unterlieutenants. Es kann jährlich eine Abnahme von einem Viertel angenommen werden. — Die Ausrüstungsbedürfnisse des Heeres, für welche das Kriegsministerium im Ganzen eine Summe von 758,200 fl. postulirt, sind: Aenderung von Armaturlederwerk der Infanterie und Cavallerie 108,000 fl., Anschaffung von Feldkochgeschirr 40,000 fl.; Handfeuerwaffen für Berittene 196,800 fl., achtzig Infanteriekanonen mit Zubehör 150,000 fl., Anschaffung von Zelten 60,000 fl., Anschaffung von 90 Fahrzeugen 45,000 fl, erste Einrichtung der Schießschule 10,000 fl., Bau einer Barracke für 100 Mann 10,000 fl, Vervollständigung der Einrichtung der Militärbildungsanstalten 5000 fl., für Beschaffung der ersten Einkleidung der Landwehr 1,529,000 fl., für Schießplätze an den Compagniesitzen der Landwehr 16,000 fl., Zugequipagen, Putzzeug und Pferderequisiten für 32 Landwehrbataillone 30,000 fl., im Ganzen 2,191,200 fl. Hievon können jedoch 470,000 fl. durch vorhandene Mittel gedeckt werden, und die Summe von 963,000 fl. soll für 1870/71 noch zurückgestellt werden, so daß sich für die 10. Finanzperiode ein Bedarf von 758,200 fl. ergiebt. Die Garnisonsneubauten, welche das Kriegsministerium beantragt, sind im Ganzen auf 1 Mill. 98,000 fl. beantragt. Hievon können jedoch 50,000 fl durch vorhandene Mittel gedeckt, und die Summe von 94,000 fl. soll für 1870/71 noch zurückgestellt werden, so daß sich für die 10. Finanzperiode ein Bedarf von 954,000 fl. ergibt.

Das Regensburger Morgenblatt veranschaulicht das allmähliche Anschwellen des bayr. Budgets u. z. In der 8. Finanzperiode von 1861—1867 betrugen die Ausgaben 46'720,597 fl. gegen die vorausgegangene Finanzperiode mehr 5'323,725 fl. Aus der 7. Finanzperiode waren aber zugleich auf die nächstfolgende 16 Millionen Erübrigungen gekommen. In der 9. Finanzperiode sind die Ausgaben gegen die vorausgegangene um nicht weniger als 11,787,991 fl. d. h. auf 58,508.578 fl. gestiegen. Und selbst damit wurde nicht ausgereicht, um so weniger konnte von Erübrigungen die Rede sein. In der laufenden Finanzperiode ein abermaliges Steigen auf 60,029'815 fl. und eine Erhöhung der Verwaltungskosten von 28,636'018 fl in der 9. auf 33,046'245 fl. in der 10. Finanzperiode.

Die katholische Pfarrcuratie Neustadt an der Aisch hat bei der Kammer der Reichsräthe eine Vorstellung in Betreff der Bewilligung der Congrual-Ergänzung des dortigen Pfarr-Curatus auf 800 fl. eingereicht. Mit der Berichterstattung über diese Vorstellung, welche sich der Reichsrath Freiherr zu Frankenstein angeeignet hat, wurde vom 5. Ausschuß den Reichsrath Graf von Lerchenfeld betraut.

München, 22. Jan. In Folge des Zurückweisens einiger Herren bei Eröffnung des Landtags durch den betr. Hofbeamten ist gestern die Frage der Amtstracht in der Sitzung uns. Magistrats zur Berathung gelangt und nach längerer Debatte der Beschluß gefaßt worden, daß die HH. Mag.-Räthe bei feierl. Gelegenheiten zum gewöhnl. schwarzen Anzuge den Degen und Schiffhut als Amtstracht zu tragen haben.

In der ‚Allg. Ztg.' veröffentlicht Dr. v. Döllinger eine Erklärung gegen die Unfehlbarkeitsadresse zahlreicher Bischöfe an den heil. Vater, die an Offenheit und Schärfe Alles überbietet, was man von Döllinger erwarten konnte.

Berlin, 24. Jan. Der Zollbundesrath soll 160,000 Thaler Alimentation für die durch Arrondirung des Zollvereins brodlos gewordenen Zollbeamten bewilligen.

Die HH. v. Bennigsen, v. Forckenbeck, v. Henning, Lasker, Miquel, Oetker, Twesten und v. Unruh haben ein vertrauliches Rundschreiben wegen einer festen Organisation der nationalliberalen Partei in Norddeutschland ausgehen lassen. Die National-Liberalen in Bayern, Hessen und Würtemberg beabsichtigen sich anzuschließen.

Die Nat.-Ztg. erklärt die Angabe verschiedener Blätter, daß der Abd. Lasker, der älteste (unbesoldete) Assessor des preußischen Staates, welchem bisher als Israeliten die Anstellung im Staatsdienste vorenthalten worden, demnächst zum Stadtrichter in Berlin ernannt werden solle, für eine Erfindung.

Der Weserztg. wird von Berlin geschrieben, trotz der neulichen entgegengesetzten Meldung bestehe entscheidenden Orts die Absicht das Zollparlament in diesem Jahre nicht einzuberufen.

Digitized by Google

Ausland.

Genf, 24. Jan. In den Nationalrath wurde Friedrich gegen Karl Vogt gewählt. In Luzern hat bei der Nationalrathswahl der liberale Candidat v. Matt gesiegt.

Paris, 22. Jan. Heute wurde vor der sechsten Kammer des Zuchtpolizeigerichts der Prozeß gegen Rochefort, Grousset und Dereure verhandelt. Die Angeklagten waren nicht erschienen. Rochefort wurde zu 3000, der zweite zu 2000 und Letzterer zu 1000 Fr. Geldbuße verurtheilt. Auf Entziehung der politischen Rechte und der Freiheit wurde nicht erkannt. Es ist dies das geringste Strafmaß, das das Gesetz zuläßt.

— 23. Jan. Das Blatt ‚Reveil' veröffentlicht einen Brief Ledru-Rollins, worin er die Vertretung der Familie Noir bei dem Prozesse gegen den Prinzen ablehnt, weil aus derselben eine Anerkennung des kais. Gerichtshofes gefolgert werden würde.

In Creuzot kann die vor einigen Tagen ausgebrochene Arbeitseinstellung als beendet angesehen werden, da bereits seit gestern wieder gearbeitet wird, und immer mehr zur Arbeit zurückkehren. Nur die Aufwiegler und die durch dieselben eingeschüchterten sind noch zurückgeblieben.

Paris, 22. Jan. In der heutigen Sitzung deß gesetzgebenden Körpers, in welcher die Diskussion über die Handelsverträge fortdauerte, sagte Thiers: Wir haben die edle Aufgabe, dem Lande die Freiheit zu geben, ohne es in Unruhen zu stürzen. Vergessen wir nicht, daß in Zukunft, wenn das Land nicht zufrieden ist, wir allein verantwortlich sind. — Thiers hielt darauf eine lange Rede im schutzzöllnerischen Sinne.

Wie man vernimmt, soll Fonvielle zweien Freunden die vertrauliche Mittheilung gemacht haben, daß Noir dem Prinzen Peter eine derbe Ohrfeige gegeben habe. — Diese Angelegenheit scheint sich in die Länge zu ziehen, da die Zahl der zu verhörenden Zeugen täglich zunimmt.

22. Jan. Einer Mittheilung des „Reveil" zufolge, hat der Minister des Innern Chevandier de Valdrome endlich das seit 18 Jahren auf der Post zum Zwecke der Verletzung des Briefgeheimnisses bestehende schwarze Cabinet aufgehoben.

Dem Marschall Canrobert, dem Befehlshaber der Truppen von Paris, werden die Worte in den Mund gelegt, „daß er 40,000 niederschießen würde, wenn ein Soldat angegriffen würde, und Paris in fünf Minuten mittelst der Chassepotgewehre rein gefegt wäre," die er bei dem großen letzten Menschenauflaufe während des Begräbnisses Noirs gesagt haben soll. Einige Blätter fordern denselben auf, diese Worte zu dementiren. Nun ist ihm sowie dem freisinnigen Minister Ollivier die für sie gewiß erfreuliche Nachricht zugekommen, daß man Beiden nach dem Leben trachte. Sie möchten sich also hüten, zu Fuß auszugehen.

Die Einführung des Dezimalsystems für Maß- und Gewichtsverhältnisse in der ganzen Türkei wird durch ein Gesetz angeordnet.

London, 22. Jan. Unweit Sheffield ist gestern ein Arbeitertumult entstanden. Es wurden dreißig Häuser zerstört. Die Polizei hat scharf einhauen und die Ruhe wieder hergestellt.

Vermischtes.

Darmstädter 50 fl.-Loose. Am 3. bis 5. Jan. 1870 gezogene Haupttreffer: 50,000 fl. Nr. 65,310, 10,000 fl. Nr. 198, 5000 fl. Nr. 83,765, 3000 fl. Nr. 90,529 je 1000 fl. Nr. 31,740 35,059, 35,313, 43,537, 54,386, 67,589, 71,878, 83,392, 106,052, 121,787.

Mit Schluß des Jahres 1869 war der Stand der in der Festung Rosenberg auf Grund des Artikel 19 des Strafgesetzbuches detinirten Sträflinge vom Civilstande: 19 männliche und 4 weibliche Zuchthaussträflinge, 12 männliche und 0 weibliche Gefängnißsträflinge.

Ein Statistiker weist nach, daß ein Mann sechzehn Male eher vom Blitz erschlagen werden könne, als bis er es zum Millionär bringe.

Zum großen Schneefall in Kärnthen wird uns berichtet: Der Schnee liegt an vielen Orten schon zehn Fuß hoch. Die Postverbindung wird in Oberkärnten nur mittelst Fußboten, und oft erst nach längerer Unterbrechung unterhalten. Viele Gebirgsdörfer und zahlreiche einzelstehende Wohnhäuser sind ganz verschneit, so daß oft nur die schneebeladenen Giebel der Dörfer aus den Schneemassen hervorragen, und man von den Bewohnern einzelner Gehöfte, wo die Herstellung jeder Verbindung eine Unmöglichkeit ist, gar nicht weiß, ob sie noch am Leben sind. Die Wucht des Schnees hat viele Dächer eingedrückt, und rollende Lawinen haben so manches Haus mit Mann und Maus verschüttet. Der Wildstand ist auf Jahre hinaus vernichtet, und die Wälder mit ihren zahllosen gebrochenen Stämmen bieten einen traurigen Anblick. In Raibl waren Reisende über 14 Tage eingeschneit; der Schnee reicht bis zu den Dächern der Häuser, und nur das nothwendigste Brod konnte aus Tarvis von den Leuten mittelst Schneereifen herbeigeschafft werden. Die Gemsen kommen vom Königsberge bis zu den Häusern herunter, und eine niederrauschende Lawine hat vier an ihr Tagewerk gehende tiroler Arbeiter verschüttet. Nächst Millstadt wurde zwischen Laubenberg und Treffling ein junges Mädchen, und zwischen Spital und Seeboden eine rüstige Frau im Schnee todt gefunden. Bei Fresach im Trauthale erfror ein Mann, und am Wege nach Stockenboi sind drei Personen erfroren. Sämmtliche Verunglückte waren vom Waten in dem tiefen Schnee ermattet, setzten sich nieder und schliefen ein, um nicht wieder zu erwachen.

Der Glückliche, welchem der Hauptgewinn von 10,000 Thalern aus der Kölner Domban Collekte

Digitized by Google

zu Theil geworden, ist ein Ackerknecht aus Westfalen, drei Stunden von Münster wohnhaft. Vor einiger Zeit schoß derselbe einen Iltis und übergab einem seiner Freunde das Fell des kleinen Raubthieres, um dasselbe in Münster zu veräußern und für den Erlös ein Dombau-Loos zu kaufen. Dies geschah. Der glückliche Schütze hatte somit 10,000 Thaler erschossen und das kölnische Sprüchwort: „Stinkig Feilche, Klinkig Geldche" fand sich bewährt.

Neuer Industriezweig. In Chicago hat sich eine Gesellschaft gebildet, welche den Kehricht der Häuser, verdorbene Speiseüberreste, todte Ratten, faule Gemüseblätter, kurzum Abfälle jeder Art sammeln läßt. Dieser Mist wird gekocht, 6 Stunden lang unter 212 Grad Fahrnheit, dann schöpft man von der Oberfläche das Fett ab und gewinnt aus dem Reste der Flüssigkeit mittelst Gährung und Destillation den schönsten klaren Alkohol, der nur etwas stärker nach Fuselöl schmeckt als der gewöhnliche. Das abgeschöpfte Fett eignet sich sehr gut zum Seifensieden. Eine Karrenladung Abfälle gibt durchschnittlich 30 Pfund Seifenfett und 40 Gallonen Alkohol von 90Grad Stärke. Man hat berechnet, daß allein die Abfälle von Chicago wöchentlich 15,000 Pfd. Fett und 30,000 Gallonen Schnaps liefern werden. Dieser Schnaps ist sicherlich nicht sehr appetitlich, aber die Schnapsbrüder werden doch nicht davor zurückschrecken.

Frankf. Coursbericht vom 22. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	— G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91 bz
	4½%	:	92¼ bz.		4	:	84 B
	4%	:	83⅜ B.		3½	:	82½ G
Frankf.	3½	:	82 bz.	Baden.	4½%	Oblig.	92¼ bz
Nassau.	4½%	Oblig.	92¼ G.		4	:	85¼ bz
	4	:	85 bz.		3½	:	81½ B
Kurhess.	4	:	— B.	G. Hessen	5%	:	102¼ bz
Bayern.	5%	:	101¾ G.		4½%	:	93⅞ B
	4½ 1jhr.	:	91⅛ bz.	Sachsen.	5%	:	100 G
	4½ 2jhr.	:	91⅞ bz.	Brschw.	3½	:	81½ B
	4 1jhr.	:	— G.	Oesterr.	4⅛	R.i.S.	58½ bz
	4 2jhr.	:	86¼ G.		4	R.i.P.	49½ G
	4 Abl.-R.		87 G.		5	Ung. E.-A.	73½ G
	3½	Obl.	— G.	NAmerika.	6%	81v.64	94½ bz
					5%	Bds 71r v. 61	95¼ bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			
Amsterdam (100fl.)	103¼ bz	Hamburg (M.-B.100)	88½ bz
Augsburg (100fl)	99⅞ G	London (10Pf.St.)	119½ bz
Berlin (60thlr.)	105 bz	Paris (200 Fr.)	94½ bz
Bremen (50 thl.Gold)	97⅛ B	Wien (100 fl. ö. W.)	96⅛ bz

Disconto 4 pCt.

Anlehensloose.			
3½% preuß. 100thlr.	— G	bad. 35 fl.	56¼ bz
kurhess. 40 thlr.	56⅛ bz	großh. hess. 25 fl.	46⅞ bz
bayr. 100 thlr.	106⅞ B	Ausb.-Gunzenhsn 7 fl.	12 B
		österr. 500 fl. v. 1860	81 bz

Aktien.			
3½% b.H.u.W.-B. 500fl.	— G	5 öst.Staatsb.500frc.	370 bz
Oest. Nat.-B.600fl.	700 bz	4 pfälz.Ludwb.500fl	— G
4½% b.Ostbahn200fl.	121⅛ bz	4½ Maxbahn500fl	105¼ G
5 öst.Südb. 500frc.	236 bz	4 Nordb. 500 fl.	87⅛ bz
		4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90⅜ B

An die geehrten Leser der Neuen Bamberger Zeitung.

Durch das plötzliche und grundlose Austreten der Setzer unserer Zeitung konnte dieselbe seither nicht regelmäßig und vom „Fränkischen Unterhaltungsblatte" Nr. 3 u. 4 bis jetzt nicht geliefert werden. Wir werden nun, da nun Vorsorge getroffen ist, Nr. 3 der Beilage morgen und in nächster Woche Nr. 4 und 5 und dann jeden Sonntag das Fr. Unterhaltungsblatt liefern. Ebenso ist für frühere Ausgabe des Hauptblattes Sorge getragen.

Indem wir wegen verzögerten Erscheinens um Entschuldigung bitten, zeichnen hochachtungsvoll Expedition der N. Bbg. Ztg.

Theater-Anzeige.

Dienstag den 25. Januar 1870.
Mit aufgehobenem Abonn.

Der Pariser Taugenichts.

Lustspiel in 4 Akten v. Dr. G. Töpfer.

Mittwoch den 26. Januar 1870
Mit aufgehobenem Abonnement:
Unwiderrufl. letztes Gastspiel der weltberühmten Gymnastikergesellsch. Merkel:

Der Ball zu Ellerbrunn.

Lustspiel in 3 Aufzügen von Blum.

An beiden Abenden hierauf nach dem 1. Akte

Grand entrée et sauts grandioses,

ausgeführt von den HH. G. Merkel, Morris, Paolo u. dem 7jähr. Wunderkinde Ernst Merkel.

Nach dem 2. Akte:

Grande fantaisie gymnastique équestre sur le trapez à trois

ausgeführt von den HH. G. Merkel, Morris und Paolo.

zum Schluß

Grand entrée de trois clowns,

ausgeführt von den Herren G. Merkel, Morris und Paolo.

Eisenbahnzüge in Bamberg.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:		Ankunft:	
1⁵⁰	Nchts. Courierz.	12₂₂	Nchts Courierz.
5	früh Postz.	7₄₁	früh Güterzug.
10¹⁰	„	9₃₀	„ Personenz.
2¹⁰	Mitt. Schnellz.	1₀₀	Mitt. Schnellz.
3	„ Güterz.	5₃₀	Abd. Postzug.
6²⁰	Ab. Personenz.	10	Nchts. „

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln.

4	früh Postzug	9₂₅	früh Güterzug.
10	„	1₀₀	Mitt. Schnellz.
2¹⁰	Mitt. Schnellzg.	2₃₀	„ Güterz.
2¹⁰	„ Güterz.	6₁₅	Abd. Courierz.
6²⁵	Abd. „	12₀₀	Nchts. Postz.

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12⁵⁰	früh Courierzug.	1₂₀	früh Courierzug
5	„ Postzug.	8	„ Güterz.
9⁰⁰	„ Personz.	9₄₅	„ Postzug.
1¹⁰	Mitt. Schnellz.	2₀₀	Mitt. Schnellz.
2⁰⁰	„ Güterz.	5₄₀	Abd. Personz.
6¹⁵	Abd. Postz.	11	Nchts. Postz.

Frankfurter Geldcours

vom 22. Jan.

Preuß. Kassenich.	fl.	1.	44⅜ – 15¼
Do. Friedrichsd'or	fl.	9.	58—59
Pistolen	fl.	9.	48
Do. doppelte	fl.	9.	49
Holl. 10-fl.-Stücke	fl.	9.	54—56
Imperiales	fl.	9.	48—50

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 22. Mittwoch, den 26. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 25. Jan. Der Gesetzentwurf, einen Credit für außerordentl. Militärbedürfn. betr. lautet: Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsraths mit Beirath und Zustimm. der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnet was folgt: Art. 1. Zur Vollendung der Anschaffung neuer Rückladungsgewehre für die Infanterie nebst dazu gehöriger Munition wird dem Kriegsministerium als Ergänzung des durch Gesetz vom 29. April 1869 vorläufig bewilligten Betrages von 1,100000 Gulden ein weiterer außerordentlicher von 3'665,000 Gulden eröffnet. Art. 2. Der k. Staats-Minister der Finanzen ist ermächtigt, zur Deckung des im Art. 1 festgesetzten Bedarfes ein auf die Staatsfonds zu versicherndes Anlehen von 3'665,000 fl. aufzunehmen und das Anlehenskapital um den Betrag der Anlehens-Aufbringungskosten und der Zinsen während des Laufes der 10. Finanzperiode zu erhöhen. Das Anlehen wird als eine Fortsetzung der bisher aufgenommenen Militäranlehen erklärt. Die Bestimmung über die Tilgung und über die fernere Verzinsung nach Ablauf der 10. Finanzperiode werden jeweiligen Finanzgesetzen vorbehalten.

Die Motive zu dem bevorstehenden Gesetzentwurfe besagen u. a. Folgendes: Das Kriegsministerium hat unterm 17. Febr. v. J. einen Gesetzentwurf vorgelegt, worin zur Anschaffung neuer Rückladungsgewehre für die Inf. 4,765000 fl. beantragt wurde. Von Seite beider Kammern wurde das Bedürfniß der beantragten Anschaffung anerkannt, jedoch nur bis zum Ende v. J. 1'100000 fl. dem Kriegsmin. zur Verfügung gestellt und die Anschaffung weiteren Bedarfs dem nächsten Landtage überlassen.... Bei der Dringlichkeit der Sache und zur Vermeidung bedenklicher Nachtheile und Verlegenheiten, welche im Falle nicht rechtzeitiger Sicherstellung der erforderl. weiteren Geldmittel durch eine Stockung der bereits im Gange befindlichen Arbeiten und Anschaffungen eintreten würden, erachtet das Kriegsministerium für nothwendig, abgesondert von dem ordentl. und außerordentl. Militäretat pro 1870 u. 71 die Bewilligung der zur Fortsetzung und Vollendung der Gewehranschaffung weiteren Mittel zu beantragen, weßhalb der gegenwärtige besondere Gesetzentwurf eingebracht wird ... Nachdem die budgetmäßigen Einnahmen der 10. Finanzperiode zur Bestreitung der laufenden Staats-Ausgaben erforderlich erscheinen, Erübrigungen nicht zur Verfügung stehen und die hier in Frage befindliche Ausgabe nur eine einmalige vorübergehende ist, so wird es sich als zweckentsprechend darstellen, die erforderlichen Geldmittel im Wege der Anlehensaufnahme durch Fortsetzung der bisherigen Militäranlehen zu beschaffen.

Der Reichsrath Frhr. zu Frankenstein, welcher mit der Berichterstattung über die Entschuldigungen beauftragt wurde die von abwesenden Mitgliedern der Kammer der Reichsräthe eingelaufen sind, hat folgende Anträge gestellt: 1) Es seien auf die Dauer des Landtags zu beurlauben: Herzog Maximilian in Bayern, Graf Friedrich zu Castell-Castell, Graf Fugger-Glött, Graf Frz. Fugger-Kirchberg-Weißenhorn, Graf Giech, Graf Gravenreuth, Frhr. Alfred v. Lotzbeck. 2) Es seien auf die Dauer der Session zu beurlauben: Graf Deym, Graf Rechberg. 3) Bis zur ihrer Rückkehr aus Rom seien zu beurlauben: Erzbischof v. Scherr, Erzbischof v. Deinlein, Bischof v. Dinkel. 4) Für die Dauer des großherzoglich badischen Landtages sei zu beurlauben Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg. 5) Für die Dauer des großherzoglich hessischen Landtages sei zu beurlauben Fraf zu Erbach. 6) Urlaub für kürzere Zeit sei zu ertheilen: dem Grafen Maximilian v. Montgelas auf sechs Wochen, dem Grafen Bray-Steinburg für 3 Monate, dem Freiherrn v. Zu-Rhein bis zur Herstellung seiner Gesundheit. 7) Fürst Thurn und Taxis, Graf Ortenburg-Tambach, Fürst Karl von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und Graf Maximilian von Thöring-Seefeld seien aufzufordern zu ihren Urlaubsgesuchen ärztliche Zeugnisse einzusenden. 8) Der Urlaub sei vorerst zu versagen: dem Fürsten Waldburg-Zeil Trauchburg. Graf Waldbott-Bassenheim und Fürst zu Leiningen dürften durch den Präsidenten für die nächste Sitzung persönlich geladen werden.

München, 24. Jan. Die Hoffmann'sche Correspondenz schreibt: Das k. Staatsministerium der

Digitized by Google

Justiz hat angeordnet: Sonntag den 20. Februar ds. Js. haben sich die an dem Lehr- und Unterrichtscurse für Bewerber um Gerichtsvollzieher-Stellen in den Landestheilen diesseits des Rheins theilnehmenden Candidaten am Orte seiner Abhaltung auf dem Amtszimmer des dortigen Staatsanwalts sowohl bei diesem als dem einschlägigen Curscommissäre persönlich zu melden. Die bei den Staatsprocuratoren der Pfalz angemeldeten Candidaten werden dem zu Zweibrücken, die bei dem Staatsanwalte des Bezirksgerichts Schweinfurt angemeldeten dem zu Bamberg abzuhaltenden Curse zugetheilt. Von den für den Cursbesuch im Regierungsbezirke von Oberbayern angemeldeten Candidaten werden jene, welche sich bei dem Staatsanwalte des k. Bezirksgerichts München l. d. J. angemeldet haben der Abtheilung A, alle übrigen der Abtheilung B des zu München abzuhaltenden Curses zugetheilt. Alle übrigen Candidaten werden dem Curse jenes Regierungsbezirks zugetheilt, für welchen sie sich angemeldet haben.

München, 25. Jan. In der heutigen Mag.-Sitzung beantragte der MRath Stöhr die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Hrn. J. v. Döllinger wegen seines mannhaften Auftretens gegen das Dogma der Unfehlbarkeit. Nach längerer erregter Debatte, in welcher aus Rücksichten der Inkompetenz die beiden Bürgermeister und die Rechtsräthe Klaußner, Zöllner, Ruppert und Knollmüller sich dagegen erklärten, wurde der Antrag mit 22 gegen obige 6 Stimmen angenommen.

Darmstadt, 25. Jan. Die erste Kammer beschloß bei der Berathung über den die Gemeindeumlagen betreffenden Gesetzentwurf, auf ihrem früheren Beschlusse zu beharren, welcher dahin geht, nur das halbe Einkommensteuerkapital, nicht das ganze, wie die zweite Kammer will, zu den Gemeindeumlagen heranzuziehen.

Kassel, 20. Jan. Die Synode hat heute, nachdem sie noch einige Aenderungen an der Presbyterial- und Synodal-Ordnung in zweiter Lesung vorgenommen hatte, dieselbe gegen eine Stimme (Fuß) angenommen. Der Präsident Berger dankte der Versammlung für ihre Ausdauer und Thätigkeit und schloß mit Gebet, worauf der Regierungskommissär geh. Regierungsrath Rödelbeck Namens des Kirchenregiments die außerordentliche Synode für geschlossen erklärte.

Schwarzburg, 23. Jan. Die Neuwahlen zum rudolstädtischen Landtag, welcher in Folge seiner Weigerung, die Steuern und Sporteln zu erhöhen aufgelöst worden war, haben vorgestern stattgefunden und sind zu Ungunsten der Regierung ausgefallen. Von den 16 Gewählten sind 9 entschieden oppositionell, 3 ministeriell, die übrigen zweifelhaft. Das Programm der Opposition geht auf Verwerfung jeder Steuererhöhung und Bewilligung einer Anleihe zur Beseitigung des augenblicklichen Defizits unter der Bedingung, daß ein Wechsel im Ministerium vor sich gehe.

Meiningen, 21. Jan. Sicherem Vernehmen nach wird der Landtag in der nächsten Zeit einberufen werden, um über die Beschaffung des aus Staatsmitteln zu gewährenden Zuschusses für den Bau der Eisenbahn von Meiningen nach Schweinfurt zu berathen. Die Ausführung des Baues der Gera-Eichichter Eisenbahm muß bis zum Frühjahr 1872 vollendet sein.

Aus Berlin, 24. Jan., wird telegraphisch gemeldet: Erzherzog Karl Ludwig traf gestern Abend um ½9 Uhr hier ein und wurde auf dem Bahnhofe von dem Kronprinzen, den anderen königlichen Prinzen und der österreichischen Gesandtschaft empfangen. Der Erzherzog stieg im k. Schlosse ab und machte heute Vormittag dem Könige einen Besuch.

Berlin, 24. Jan. Im Abgeordnetenhaus wurde der Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Mahl- u. Schlachtsteuer und die Einführung der Klassensteuer in 31 Städten, sowie die von der Finanzkommission beantragte Resolution, die Staatsregierung aufzufordern, bei der Etatsvorlage für 1871 einen Gesetzentwurf wegen vollständiger Aufhebung der Mahlsteuer einzubringen, angenommen.

Nach Depeschen, welche der ‚Schlesischen Zeitg.' aus Waldenburg zugegangen sind, ist der dortige Strike als beendet anzusehen. Die Rücklehr der Feiernden zur Arbeit erfolgte heute so massenhaft, daß eine genaue Angabe der Zahl derselben vorläufig unmöglich sei. —

Wien, 23. Jan. In Abgeordnetenkreisen verlautet, daß Kaiserfeld den Eintritt in das Kabinet abgelehnt habe. Giskra und dessen Kollegen sollen die Erneuerung ihres Demissionsgesuches beabsichtigen. — Gestern ging das Gerücht von ernsten Mißhelligkeiten zwischen den cisleithanischen Ministern und dem Grafen Beust als einer Folge der von Beust am Samstag im Reichsrath gehaltenen Rede. Heute versichert man, das Einvernehmen sei hergestellt und die Kabinetsergänzung werde noch vor Ende der Woche erwartet.

Wien, 22. Jan. Das gesammte öffentliche Interesse concentrirt sich gegenwärtig auf den Gang der Adreßdebatte im Abgeordnetenhause, die vor vier Tagen begonen, unter lebhafter Theilnahme der Minister, der Abgeordneten und des Publkums geführt und heute durch die Rede des Reichskanzlers Grafen Beust ihren Höhepunkt und theilweisen Abschluß erhalten hat. Die bedeutendsten Redner haben das Wort ergriffen; von den Slovenen Toman und Svetec, von den Polen Grocholski und Wodzicki, von den Tirolern namentlich Prof. Greuter; jedem Redner der Minorität folgte ein Redner der Verfassungspartei Auf beiden Seiten fielen sehr heftige Worte, erbitterter Angriff von der einen, derbe, oft

Digitized by Google

ungerechte Abwehr von der andern Partei; der Verfassungsstreit ist zum Nationalitätenkampf geworden, wodurch der friedliche Ausgleich sehr erschwert, wenn nicht geradezu unmöglich wird.

Ausland.

Von der polnischen Gränze. In Czenstochau, dem großen polnischen Wallfahrtsorte zu dem weltberühmten Gnadenbilde, wird neben der stark besuchten katholischen Kirche ein prachtvoller rtssischer Tempel erbaut, wozu der Czar reiche Mittel bewilligte. Sämmtliche Polen, die noch im Polizeidienste verwendet sind, werden auf den Antrag des Grafen Berg aus demselben entlassen und in andern (?) Stellungen untergebracht. — In Folge der Geständnisse des verhafteten Studenten Uspenski wurden in Moskau und Elisabethgrod zahlreiche Verhaftungen vorgenomen. Im Gouvernement Gerson wurde eine spezielle Untersuchungscommission zur Verfolgung des südrussischen Zweiges der Verschwörung niedergesetzt.

Rom, 25. Jan. Bischof Stoßmayer hat einen anderthalbstündigen Vortrag gegen Centralisation der Kirche gehalten, indem er den periodischen Zusammentritt von Generalräthen beantragte. Die Rede hat in Rom das größte Aufsehen gemacht.

Madrid, 13. Jan. Auch die am 2. Tage bekannt gewordenen Wahlresultate sind im Allgemeinen den Monarchisten günstig. ‚Imparcial' zufolge sollen die Wahlaussichten des Herzogs von Montpensier's in Oviedo wieder geringer geworden sein.

Die Kortes verwarfen mit 150 gegen 37 Stimmen den Gesetzvorschlag wegen Ausschließung aller Bourbonen vom Throne.

Konstantinopel, 21. Jan. Die amerikanische Barke „Nellie Nasting" brachte der Pforte 60,000 Zündnadelgewehre. — Der Patriarch von Alexandrien, Nikanor, ist gestorben. — Das Projekt, Sulina zum Freihafen zu erklären, erhielt die kaiserliche Sanktion. Die Pforte entsendete Fait Effendi und Hassan Bey zur Uebernahme der vicekönigl. Panzerfregatten nach Frankreich. — Dem Levant-Herald zufolge habe der Vicekönig von Aegypten, um die Kosten der letzten Feste zu decken, eine Exttasteuer von 15 Piastern per Feddan auferlegt, und beabsichtige ein Zwangsanlehen von 15000000 Pfund auszuschreiben.

Der „Pall-mall Gazette" wird von Washington aus guter Quelle gemeldet, der Präsident und sein ganzes Cabinet habe beschlossen, daß die Ehre der Ver. Staaten prompten Abschluß des durch Mr. Seward negociirten Ankaufs von St. Thomas verlange, und es sei wenig Grund zu zweifeln vorhanden, daß es dem Congresse ernstlich werde anempfohlen werden, die Dänemark gegenüber ursprünglich genannte Summe ohne weiteren Verzug an ihren Bestimmungsort gelangen zu lassen.

Vermischtes.

Wie verlautet, ist ein Uebereinkommen zwischen der französ. und nordamerik. Postverwaltung derart getroffen worden, daß Briefe von und nach beiderseitige Länder für 2 Cents (3 kr.) befördert werden. Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrtaktiengesellsch. wird die Briefbeförderung übernehmen.

Im Gymnasium von Douai hat eine Revolte stattgefunden. Die Schüler hatten eine Subscription zu Gunsten der Familie Viktor Noirs eröffnet. Die Liste wurde weggenommen und mehrere Zöglinge bestraft. Die übrigen wollten dies nicht dulden und es kam zum offenen Aufstande; 60 Zöglinge wurden ausgewiesen.

Im **Bagno** von Toulon hat eine Revolte unter den Galeerensträflingen stattgehabt. Dieselben rotteten sich zusammen, insultirten die Wächter und zertrümmerten alles, was ihnen vorkam. Zugleich sangen sie die Marseillaise und ein Freiheitslied und riefen: „Es lebe die Freiheit!" Die ganze Garnison des Bagno's trat sofort unter die Waffen. Am nächsten Morgen war man Herr der Revolte geworden, und die Urheber derselben erhielten im Beisein aller übrigen die Bastonade, was bekanntlich eine furchtbare Strafe ist. Der größte Theil der Galeerensträflinge, welche sich betheiligten, nämlich 200 Männer und 6 Frauen, ist für Cayenne bestimmt und soll auf der Fregatte „La Sybille" eingeschifft werden.

Frankf. Coursbericht vom 24. Jan. 1870.

Staatspapiere.				Staatspapiere.			
Preußen.	5%	Oblig.	— G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91 bz
	4½%	=	92¾ bz.		4	=	84 B
	4%	=	83½ B.		3½	=	82½ G
Frankf.	3½	=	82 bz.	Baden.	4½%	Oblig.	92¾ bz
Nassau.	4½%	Oblig.	92¾ G.		4	=	85¾ bz
	4	=	85 bz.	G. Hessen	5%	=	102¾ bz
Kurhess.	4	=	— B.		4%	=	93¾ B
Bayern.	5%	=	101¾ G.	Sachsen.	5%	=	100 G
	4½ 1jhr.	=	91¾ bz.	Brschw.	3½	=	81½ B
	4½ 3jhr.	=	91¾ bz.	Oesterr.	4⅛	R.i.S.	58½ bz
	4 1jhr.	=	— G.		4⅛	R.i.P.	49½ G
	4 4jhr.	=	86¾ G.		5	Ung.E.-A.	73½ G
	4 Abl.-R.		87 G.	NAermika.	6%	81v.64	94¾ bz
	3½ Obl.		— G.		5%	Bds 71r v. 61	95½ bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88¾ bz
Amsterdam (100fl.)	103¾ G		London (1Pf.St.)	119½ bz
Augsburg (100fl)	99¾ G		Paris (200 Fr.)	94½ bz
Berlin (60thlr.)	105 bz		Wien (100 fl. ö. W.)	96½ bz
Bremen (50thl.Gold)	97 B		Disconto 4 pCt.	

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	56¾ bz
3½% preuß.100thlr.	— G		großh. hess. 25 fl.	46¾ bz
kurhess. 40 thlr.	56¾ bz		Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12 B
bayr. 100 thlr.	106¾ B		österr. 500 fl. v. 1860	81 bz

Aktien.			5 öst.Staatsb.500frc.	370 ¾ bz
3½b.H.u.W.-B. 500fl.	— G		4 pfälz.Ludwb.500fl	— G
Oest. Nat.-B.600fl.	700 bz		4½ Marbahn500fl	105½ G
4½ „b.Ostbahn200fl.	121 bz		4 Nordb.500 fl.	87¾ bz
5 öst.Südb. 500frc.	236 bz		4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90¼ B

Wahrhaftes Bildniss

der heil. Jungfrau Maria, Mutter Jesu,

gemalt von dem heiligen Evangelisten Lukas, photographirt nach dem autentischen Gemälde in Rom von Franta.

Große Ausgab fl. 1. 45., mittel 36 kr., klein 18 kr.

empfiehlt **Otto Reindl.**

Katholisches Casino.

Donnerstag 27. Januar Abends 8 Uhr:

Vortrag

über „der wahre Fortschritt", wozu die verehrl. Mitglieder nebst Famtlien eingeladen werden.

Der Vorstand.

Kirchenmalereien!

Kirchenfenster-Rouleaux a la Glasmalerei mit oder ohne religiösen Bildern gut und dauerhaft gemalt, zu mäßigen Preisen, Kreuzwege in allen Größen zu mäßigen Preisen, von tüchtigen akademischen Künstlern gemalt. Probestationen werden auf Wunsch zur gefälligen Einsicht gestellt.

Altargemälde, Heiligenbilder in allen Größen zu den billigsten Preisen, Transparente, Advent- und Fastenbilder, hl. Gräber, sowohl als Transparent-Gemälde wie auch gebaute, alte werden restaurirt. Unter Zusicherung reeler Bedienung und mäßiger Preise zeichnet

München, Schommergasse 19, früher Bayerstrasse 7.

H. Lange,
Maler.

Stuttgarter-Loose

à Stück 35 kr.

1	Gewinn zu		14000	fl.
1	do		7000	fl.
1	do		3000	fl.
1	do		1756	fl.
2	do zu	875 fl. — kr.	1750	fl.
10	do zu	180 fl. — kr.	1800	fl.
20	do zu	87 fl. 30 kr.	1750	fl.
30	do zu	52 fl. 30 kr.	1575	fl.
100	do zu	35 fl. — kr.	3500	fl.
200	do zu	17 fl. 30 kr.	3500	fl.
500	do zu	7 fl. — kr.	3500	fl.
934	do zu	3 fl. 30 kr.	3269	fl.
13200	do zu	1 fl. 45 kr.	23000	fl.
15000	Gewinne.		70100	fl.

Ziehung am 1. März 1870.

Amerikan. Holzstiften

für Schuhmacher

liefert in „ausgezeichneter Qualität" zu möglichst billigen Preisen die

Holzwaarenfabr. v. Ad. Neudeck

in Schwarzach,
Oberpfalz.

Kathol. Casino.

Die verehrl. Mitglieder werden ersucht, dem Leichenbegängniß unseres verlebten Mitgliedes des Herrn prakt. Arztes Dr. Hübner sowie dem Trauergottesdienste für denselben beiwohnen zu wollen.

Der Vorstand.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen beförderт

prompt, reell, extract, discret

in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original - Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.

Zeitungs-Catalog gratis und franco.

Epileptische Krämpfe

(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstraße Nr. 6. Auswärtige brieflich. Schon über Hundert geheilt.

Winterkuren

zu Kreuznach.

Meine Privatheilanstalt für Flechtenkranke und Hautleidende aller Art ist den ganzen Winter über geöffnet. Gleich gute Erfolge wie in der Sommer-Saison. Sehr ermäßigte Preise.

Prospecte gratis.

Dr. Kleinhans,
Special-Arzt für Hautkranke.

3 Buchhalter, 6 Reisende, 4 Comptoiristen

3 Magazinier, 6 Commis, 4 Verkäuferinnen werden günstig placirt durch das mercantilische Bureau von

C. Erler in Dresden.

Theater-Anzeige.

Mittwoch den 26. Januar 1870

Mit aufgehobenem Abonnement:

Unwiderrufl. letztes Gastspiel der weltberühmten Gymnastikergesellsch. Merkel:

Der Ball zu Ellerbrunn.

Lustspiel in 3 Aufzügen von Blum.

hierauf nach dem 1. Akte

Grand entrée et sauts grandioses,

ausgeführt von den HH. C. Merkel, Morris, Paolo u. dem 7jähr. Wunderkinde Ernst Merkel.

Nach dem 2. Akte:

Grande fandasie gymnastique aërienne sur le trapez â trois.

ausgeführt von den HH. C. Merkel, Morris uno Paolo.

zum Schluß

Grand entrée de trois clowns,

ausgeführt von den Herren C. Merkel, Morris und Paolo.

2 selbstständige Oekonomie-Inspektoren, 6 Verwalter,

3 Förster, 4 Gärtner, 1 Braumeister, 2 Mühlenwerkführer, 2 Aufseher, 4 Wirthschafterinnen werden günstig placirt durch das landwirthschaftliche Bureau von Carl Erler in Dresden.

Frankfurter Geldcours

vom 22. Jan.

Preuß. Kassensch.	fl. 1.	44⅞	— 45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl. 9.	58	— 59
Pistolen	fl. 9.	48	
Do. doppelte	fl. 9.	49	
Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9.	54	— 56
Imperiales	fl. 9.	48	— 50
Napoleonsd'or	fl. 9.	27	— 28
Dukaten	fl. 5.	36	— 38
Dollars in Gold	fl. 2.	27	— 22
fein Gold per Pfund	fl.	816	— 818

Münchener Börse

vom 22. Jan.	P.	G.	b.
3½pCt. St.-Obl.	—	80⅜	—
4pCt. gzjähr. do.	86⅝	86¼	86⅜
4pCt. hlbjähr. do.	86⅝	86¼	—
4pCt. Grdrenten	87	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107¼	106⅜	107
4½pCt. gzjähr. Obl.	91¾	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91¾	91½	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 23. Donnerstag den 27. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

/ I.

(Wahlprüfung; Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse.)

In der Ueberzeugung, daß es für manche Leser der Neuen Bamberger Zeitung nach ihren Verhältnissen nicht leicht ist, den Berathungen und sonstigen Vorgängen beim Landtage mit der Aufmerksamkeit zu folgen, welche allein eine genaue Erkenntniß derselben ermöglicht, werden wir von Zeit zu Zeit in diesem Blatte Gesammtüberblicke über den Landtag geben, wodurch es einem Jedem leicht werden wird, sich von der Thätigkeit desselben und insbesondere von der Stellung und dem Verhalten der verschiedenen Parteien auf demselben ein genaues Bild zu entwerfen. Wir beginnen diese Ueberblicke mit einer Darstellung der Vorgänge bei den Wahlprüfungen und bei den Wahlen des Kammerpräsidiums und der Ausschüsse, sowie der Ergebnisse dieser. Für Diejenigen unserer Leser, welche mit der Geschäftsordnung des Landtags weniger bekannt sein sollten, schicken wir eine kurze Skizze dieser voraus.

Die erste Aufgabe einer neu gewählten Kammer, sobald dieselbe auf die Einberufung des Königs sich versammelt hat, ist die Prüfung der Wahlen; die Untersuchung nämlich, ob nicht bei den Urwahlen oder bei den Wahlen der Abgeordneten irgend eine Ungesetzlichkeit vorgekommen sei, wodurch ein anderes Wahlergebniß bewirkt wurde, als ohne diese Ungesetzlichkeit sich voraussichtlich ergeben haben würde.

Zur Vornahme dieser Wahlprüfung wird ein eigner Wahlausschuß von 9 Mitgliedern, auch Einweisungscommission genannt, gebildet. Der Alterspräsident der Kammer, nämlich das an Jahren älteste Mitglied derselben, und die Jugendsekretäre der Kammer, nämlich die zwei jüngsten Abgeordneten, welche bis zur Wahl des eigentlichen Präsidiums, die erst nach den Wahlprüfungen vorgenommen werden darf, die Geschäftsleitung in der Kammer besorgen, sind auch zugleich Vorsitzender und Sekretäre in diesem Wahlausschusse. Die andern sechs Mitglieder werden durch das Loos bestimmt. Der Wahlausschuß prüft nun auf's Genauste alle Wahlen, gegen deren Gültigkeit irgend eine Einwendung erhoben worden ist, oder irgend ein Bedenken besteht. Zu diesem Zwecke werden ihm alle Wahlakten, selbst die einzelnen Wahlzettel, von allen Wahlbezirken des Königreiches vorgelegt.

Auf Grund dieser Prüfung faßt sodann der Wahlausschuß durch Abstimmen Beschluß, welche Wahlen etwa wegen dabei vorgekommenen Ungesetzlichkeiten zu beanstanden seien, legt diesen Beschluß der Versammlung den Abgeordneten (Plenum) vor und begründet denselben. Die Versammlung der Abgeordneten, nachdem sie alle einzelnen Fälle genau erörtert und für und gegen besprochen hat, stimmt entweder dem Antrage des Ausschusses bei oder nicht was durch Abstimmung, wobei die absolute Mehrheit (wenigstens 1 Stimme mehr als die Hälfte der Abstimmenden) entscheidet, geschieht. Uebrigens sind diese Beschlüsse der Abgeordnetem über Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Wahl nur vorläufige, daher auch der Ausdruck „Beanstandung" nicht „Verwerfung" gebraucht wird. Endgültig entscheidet die Kammer über die Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Wahl erst, nachdem sie sich förmlich konstituirt (gebildet) hat, was durch die Wahl des Präsidiums geschieht. Sobald nämlich die Kammer die Prüfung der Wahlen beendigt, und vorläufig über Beanstandung oder Nichtbeanstandung derselben entschieden hat, geht sie zu ihrer zweiten Aufgabe über, zur Wahl des Präsidiums oder Direktoriums. Die Kammer wählt nämlich durch absolute Mehrheit, diejenigen aus ihrer Mitte, welche während der ganzen Dauer des Landtags die Geschäftsleitung in der Kammer sowie die Vertretung der Kammer nach Außen zu besorgen haben. Dieses Direktorium besteht: aus dem 1. Präsidenten oder Vorsitzenden, dem 2. Präsidenten, der bei Verhinderung des 1. dessen Stelle zu versehen hat, und zwei Sekretären oder Schriftführern Da besonders das Amt der Präsidenten für die Verhandlungen beim Landtage von großer Wichtigkeit ist, da sie dieselben zu leiten und zu überwachen haben, so sucht jede Partei, wenn mehrere solche in der Kammer bestehen, das Direktorium, besonders die Präsidenten aus ihrer Mitte zu wählen. Daher gehört das Direktorium gewöhnlich derjenigen Partei an, welche die Mehrheit in der Kammer hat.

Digitized by Google

Sobald das Direktorium gewählt ist, übergibt der Alterspräsident, welcher, wie Eingangs bemerkt wurde, vorläufig die Geschäftsleitung in der Kammer besorgten, sein Amt dem neugewählten Präsidenten und indem dieser das Amt übernimmt, ist die Bildung oder Constituirung der Kammer bewirkt.

Nach der Wahl des Direktoriums wird unter der Leitung desselben von der Kammer zur Wahl der Ausschüsse geschritten.

Man versteht unter Ausschuß eine Anzahl Mitglieder, welche die Kammer aus ihrer Mitte wählt. Die Aufgabe eines solchen Ausschusses ist, alle Vorlagen, welche von der Regierung und alle Anträge, welche von Mitgliedern oder auch von Nichtmitgliedern der Kammer an diese gebracht werden, zuerst genau zu prüfen und dem darüber der Kammer Bericht zu erstatten. Da ein einziger solcher Ausschuß nicht im Stande wäre, diese Aufgabe zu erledigen so werden mehrere solche Ausschüsse gewählt. So ein Justizausschuß, der alle in den Bereich der Rechtspflege gehörigen Fragen zu prüfen hat; im Finanzausschuß, dem alle auf die Finanzen bezüglichen Anträge unterbreitet werden, so ferner imVerwaltungs-, Petitions-, Beschwerde-Ausschuß ꝛc. Jeder Ausschuß besteht aus 9 Mitgliedern, die wieder unter sich einen Vorsitzenden und einen Schriftführer erwählen. Da es natürlich von großer Wichtigkeit ist, wie die an die Kammer zu bringenden Fragen von den betr. Ausschüssen beurtheilt und begutachtet werden, so sucht wiederam jede Partei in die Ausschüsse nur solche Abgeordnete, die ihr angehören, zu wählen, so daß die Mehrheit in der Kammer auch die Mehrheit in den Ausschüssen hat. (Forts. f.)

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 27. Jan. Der Adreßausschuß der Kammer der Abgeordneten hat die Berathung der Adresse beendet. Der Adreß-Entwurf soll „in Form höflich," dem Inhalte nach aber entschieden gegen die Politik der Regierung gerichtet sein. — Der Adreßausschuß des Reichsraths-Ausschusses soll ebenso entschieden, in der Form aber weniger gemäßigt als der des Ausschusses der Abgeordneten sein.

Heute wurden die Referate in der Art vertheilt, daß der Abg. Greil über die Staatsausgaben, Abg. Schmidlonz über die Staatseinnahmen, Abg. G. Fr. Kolb über den Militäretat, Abg. Graf v. Fugger-Blumenthal über die Verkehrsanstalten, Abg. Freitag über Bergwerke und Salinen, Abg. Lucas über das Bauwesen, Abg. Diepolder über die Staatsschulden und über die Grundrentenablösungskassa, Abg. Frhr. v. Stauffenberg über das Zollwesen und die Nachweisungen bezüglich der Militärausgaben für 1865 bis 1867, Abg. Wiesnet über die im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds Bericht zu erstatten hat.

Bezüglich des Gesetzentwurfs die provisorische Erhebung der Steuern betreffend, ist vom 2. Ausschuß der Antrag des Abg. Diepolder, die Ausgaben für das erste Quartal 1870 nur beschränkt zu bewilligen, insbesondere die Ausgaben für die Regierungspresse nicht zu bewilligen, mit 5 gegen 4 Stimmen abgelehnt, der Antrag des Abg. Freytag aber, die 3 Artikel des Regierungsentwurfs anzunehmen und nur den provisorisch zu bewilligenden Theuerungszulagen die Aufbesserung der gering dotirten Pfarrerstellen beizufügen mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Dem Vernehmen nach haben der heutigen Sitzung des 2. Ausschusses die sämmtlichen kgl. Staatsminister beigewohnt.

Die Donau-Ztg. schreibt: Es ist ein offenbares Geheimniß, daß der hies. Landbote, der kürzlich einen Leitartikel „Nieder mit den Pfaffen!" brachte von Regierungswegen bezahlt werde.

Karlsruhe, 25. Jan. Heute sind im Ministerium des Aeußern die Ratifikationsurkunden der am 25. Oktober 1869 zwischen den Vertretern der betheiligten Staaten, des norddeutschen Bundes, Badens, Würtembergs, Bayerns und Oesterreichs abgeschlossenen Telegraphenverträge ausgetauscht worden

Wien, 26. Jan. Im Abgeordnetenhause erklärte Dr. Giskra bei der Schlußdebatte der Adreß-Berathung, daß die Minister als Abgeordnete für d. Adresse stimmen werden; er weist den Vorwurf zurück, daß sich dieselben abwehrend verhielten; die Minister wollten die Verständigung aller Parteien, das Festhalten an der Verfassung und deren Fortentwickelung.

Das seit Neujahr in Breslau neu erscheinende, vom Rabb. Dr. Treuenfels in Stettin redig. „Jüd. Wochenblatt" geht dem Treiben der Confessionslosen und namentl. der dort. Bresl. Ztg. scharf zu Leibe, weil sich dieses fortschr. Blatt gegen die von den Israeliten an das Cultusministerium beförderten Petitionen um Einführung des obligatorischen jüdischen Religionsunterrichtes an allen höheren Lehranstalten ausgesprochen hatte. Was der Fortschritt nicht für gut findet hat überall kein Recht der Existenz.

Ausland.

Paris, 25. Jan. Im Gesetzgebenden Körper interpellirte Keratry über das Verschwinden von Dokumenten, betreffend die Korrespondenz Napoleons, speziell des Hefles über Boulogne aus den Staatsarchiven. Der Minister Richard antwortete: Er wrrde ernstlich nachforschen lassen; er glaube, das betreffende Aktenstück sei auf ordentlichem Wege ausgeliehen worden; eine widerrechtliche Entfernung sei unmöglich. Simon brachte gestern einen Antrag, bezüglich der Abschaffung der Todesstrafe, Cremieux einen Antrag, die Wahl der Munizipalitäten von Paris und Lyon betreffend, ein und Forcade entwickelte in einer Rede seine Ansichten über den Freihandel.

Paris, 22. Jan. Die Revolution hat nicht

Digitized by Google

verfehlt, den einundzwanzigsten Januar (Hinrichtungstag Ludwigs XVI.) zu feiern. Sechshundert „Rothe" haben gestern in Saint-Mande bankettirt. Toaste auf die Gleichheit, die Solidarität, auf die allgemeine Republik, auf den vierundzwanzigsten Februar und schließlich, meldet eine Depesche, unbeschreiblicher Enthusiasmus. Mehrere Matadore der Revolution waren nicht gekommen, haben aber Briefe geschrieben, worin sie der Idee Beifall zollen. Die Briefe von Mazzini, L. Blanc und Barbes veröffentlicht die „Reforme." Indem er Ludwig XVI. verurtheilte, wollte der Convent nicht blos ihn treffen, sondern den Tod aller Fürsten decretiren, und er hat wohl daran gethan." Das ist der Sinn aller dieser Briefe, so wie der Manifestation. Unsere Zustände werden mit jedem Tage heiterer. (Kreuzztg.)

Vor einiger Zeit wurde Rochefort wegen Mißhandlung des Buchdruckers Rochette zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Da er bis jetzt seine Strafe noch nicht erstanden, so hat Rochette ein Schreiben an den Justizminister gerichtet, worin er im Namen der Gleichheit vor dem Gesetze verlangt, daß Rochefort zur Erstehung seiner Strafe angehalten werde.

Madrid, 24. Jan. Am 23. fand eine Versammlung der Majorität statt. Der Marschall Prim, hat hierin die Nothwendigkeit dargelegt, den Vorschlag der Republikaner zurückzuweisen. Er erklärte, dieser gegen den Herzog von Montpensier gerichtete Vorschlag sei sehr ungerecht. Nachdem er auf die sehr wichtigen Dienste hingewiesen, die der Herzog der Revolution geleistet habe, sagte er: „Man darf aus meinen Worten nicht den Schluß ziehen, daß die Regierung den Herzog von Montpensier unterstützt. Die Regierung im Einverständnisse mit der Majorität ist entschlossen, die Frage der Thronkandidatur zu vertagen. Was mich betrifft, so will ich nicht auf diesem Boden besiegt werden und deshalb werde ich der Majorität folgen. Hr. Gabriel wies diese einfache Verwerfung des republikanischen Vorschlags zurück und schlug vor, die Kandidatur des Herzogs von Montpensier aufzustellen. Admiral Topete hielt eine Lobrede auf den Herzog von Montpensier; er sagt, er werde das Ministerium verlassen, an dem Tage, wo man gegen den Herzog stimmen werde. Die Versammlung beschloß mit 150 gegen 37 St. den Ausschluß der Bourbonen zurückzuweisen. In der öffentlichen Berathung am 24. erwiderte der Minister Echegaray dem Deputirten Castelar: Die Revolution habe nur die Monarchie von Gottes Gnaden abgeschafft, es sei den republikanischen Fallen zu mistrauen. Die Regierung habe keinen Kandidaten, aber vor einer Restauration der entthronten Bourbonen würde Spanien in Strömen von Blut schwimmen. Prim wiederholt, daß weder Königin Isabella noch Prinz Alfonso zurückkehren werden.

Der Herzog von Montpensier ist nicht gewählt worden.

Konstantinopel, 25. Jan. Levant-Times meldet, daß die türkische Regierung nunmehr die Rechnung im Betrage von 12 Millionen Pfund für die von Khedive abgetretenen Panzerschiffe und Hinterlader erhalten habe.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentl. Magistratssitzungen vom 25. d. M. Zur Information des neugebildeten Collegiums wurde die k. Verordnung über die Kapitalsausleihung der Gemeinden und Stiftungen v. 31. Juli 1869 nebst Instruktion nochmals bekannt gegeben. — Auf Mittheilung des k. Bez. Amts Haßfurt soll der Distr. Raths Versammlung zu Eltmann Namens der betheiligten Bürgerspitalstiftung beigewohnt werden. — Dem k. Forstamte dahier sei der alljährliche Holzbedarf für den städt. Holzhof für Minderbemittelte und für die Armenpflege bekannt zu geben. — Die Verakkordirung der Arbeiten an Gemeinde — u. Stiftungsgebäuden pro 1870 an die meistabbietenden Werkmeister sei nach der Vorlage des H. Bauraths zu genehmigen. — Laut k. Regg. Entschl. hat das Rechnungs- u. Kassawesen des städt. Getraidenothmagazins u. des städt. Holzhofs zu einer Erinnerung keinen Anlaß gegeben, was mit Befriedigung aufgenommen wurde. Nach einem Berichte der Pflege der Stipendienstiftungen wurden 3 4.% Obligationen gezogen welche nunmehr flüssig zu machen und anderweitig anzulegen sind. — Die Uebernahme der Beleuchtung des Weges zum Weidendam um ein jährl. Aversum von 15 fl. zu genehmigen. — Verehel.-Zeugnisse seien auszustellen für die HH. Maurermstr. Franz Koch (bereits Bürger) Tünchnergeselle F. B. Zeltmann (Heimathsgebühr 36 fl.) habe Joh. Grapp (H. G. 36 fl.) — Durch k. Reg. Entschl. wurde der ledigen Christina Brandel die Bewilligung die Bewilligung zum Ausspielen geringfügiger Gegenstände verlängert. — Die Kath. Sondinger z. Z. in Würzburg sei Reisepaß nach Amerika auszustellen. — Eine k. Reg Entschl. in der Beschwerde des H. Ofenfabr. Schödl, Erbauung einer Halle in seinem Hofraum betr. sei demselben zu eröffnen. — Nach einer praktischen Zusammenstellung des Stadtthierarztes Herrn Feßler wurden im J. 1869 dahier 3345 Stück Mastochsen, 743 Kühe u. Stiere, 60 Jungrinder 6678 Kälber, 3511 Schafe, 6851 Schweine u. 27 Frischlinge geschlachtet; an Lämmern u. jungen Kitzchen wurde circa 5000 Stück verzehrt, an Fleisch von auswärts wurden eingebracht 8000 Pf. Das Umsatzkapital betrug nach den jetzigen Preisen 1,300,000 fl. Die Fleischbeschau wurde sorgfältig u. mit Erfolg gehandhabt. — Die Gesuche der H.H. Hopfenhdlr. Joseph Gütermann, Arnold Heßlein u. Kupfer, Louis Strauß u. J. Dessauer wegen Erbauung von Hopfenschwefeldarren an der Sophienstrasse wurde auf Grund technischer u. gerichtsärztlicher Gutachten genehmigt. — Die Bauwendungsgesuche der Telegraphenwärter Häusler u. der Gärtner M. J. Dechant u. K. Sachs wurden genehmigt. — Die ortspolizl. Vorschriften über den Verkauf von Brod, Mehl, Bier, u. Fleisch seien nunmehr in Vollzug zu setzen u. sei Behufs Kontrolführung Auftrag an die H.H. Polizeioffizianten zu erlassen. — Auf Grund wiederholt gepflogener Recherchen sei der Gärtner H. Sebastian Wolf auf seinen ihm von der Stadtkämmerei bereits zugeschriebenen Marktplatz zu belassen. — In Folge einer Anzeige wegen Eisbrechens durch Schiffer in der s. g. Judentauche ohne polizeiliche Erlaubniß u. hiedurch veranlaßt n Gefährdung für Schlittschuhlaufer sei der Betheiligten mit Hinblick auf die einschlägigen ortspolizeilichen Vorschriften das fernere Eisbrechen am bezeichneten Orte

Digitized by Google

strengstens zu untersagen. — Die Anzeige des Gartenbauvereins wegen Constituirung der Vorstandschaft und des Ausschusses pro. 1870 dient zur Nachricht und sei hievon Vormerkung im Verzeichniß der nicht politischen Vereine zu machen. — Mit Hinblick auf einen Artikel aus Bamberg in Nr. 21 des Nürnberger Anzeigers wurde konstatirt, daß in Straffachen Verhöre bei der Polizeibehörde nach dem bestehenden Stafprozesse gar nicht mehr stattfinden, indem die zur Anzeige gebrachten Polizeiübertretungen dem Herrn Vertreter der St. Anwaltschaft am k. Stadtgerichte zur weiteren Verfolgung sofort übermittelt und Anzeigen über Vergehen und Verbrechen an den Herrn Staatsanwalt am k. Bez.-Ger. abgegeben werde. Die Thätigkeit des Polizeirottmeisters erstreckt sich auf Führung der Recherchen, welche ihm direkt durch die k. H. H. Staatsanwalte oder die k. H. H. Untersuchungsrichter dahier aufgetragen werden, was den Wirkungskreis des Polzeivorstandes nicht im Mindesten berührt. Die im fraglichen Artikel beliebten Ausdrücke über „Polizeiwillkur und Polizeistaat" entbehren demnach jeder thatsächlichen Begründung und zeugen von gänzlicher Unkenntniß der bestehenden Verhältnisse.—

Vermischtes.

Am 17. d. sind auf der fürstlich Hohenlohe'schen Carolinen-Grube bei Cattwitz in Oberschlesien durch eine Kesselexplesion 13Menschen verunglückt. 3 waren sofort todt u 4 sind inzwischen an den erhaltenen Verletzungen gestorben, während für die übrigen ebenfalls wenig Aussicht auf Rettung vorhanden ist.

Frankf. Coursbericht vom 25. Jan. 1870.

Staatspapiere.				Württbg.	4½% Obl.	91	bz
Preußen.	5% Oblig.	—	G.		4 =	84	P
	4½% =	92¾	bz.		3½ =	82½	G
	4% =	83½	P.	Baden.	4½% Oblig.	92¾	bz
Frankf.	3½ =	82	bz.		4 =	85¾	bz
Nassau.	4½% Oblig.	92¾	G.		3½ =	81¾	P
	4 =	85	bz.	G. Hessen	5% =	102½	bz
Kurhess.	4 =	—	P.		4% =	93¾	P
Bayern.	5% =	101½	G.	Sachsen.	5% =	100	G
	4½ 1jhr. =	91¾	bz.	Brschw.	3½ =	81½	P
	4½ ½jhr. =	91½	bz.	Oesterr.	4⅛ R.i.S.	58½	bz
	4 1jhr. =	—	G.		4⅛ R.i.P.	49½	G
	4 ½jhr. =	86½	G.		5 Ung. E.-A.	73½	G
	4 Abl.-R.	—	G.	Nmerika.	6% 81v.64	94	bz
	3½ Obl.	—	G.		5% Bds 71r v. 61	95½	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (W.-B.100)	88¾	bz
Amsterdam (100fl.)	103¾	G	London (10Pf.St.)	119½	bz
Augsburg (100fl)	99¾	G	Paris (200 Fr.)	94½	bz
Berlin (60thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96¼	bz
Bremen (50 thl.Geld)	97	P	Disconto 4 pCt.		
Anlehensloose.			bad. 35 fl.	56¾	bz
3½% preuß.100thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	46¾	bz
kurhess. 40 thlr.	56¾	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	P
bayr. 100 thlr.	106½	P	österr. 500 fl. v. 1860	81	bz
Aktien.			5 öst.Staatsb.500frc.	370	bz
3% b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	4 pfälz.Ludwb.500fl	—	G
Oest. Nat.-B.600fl.	700	bz	4½ Marbahn500fl	105½	G
4½% b.Ostbahn200fl.	121½	bz	4 Nordb.500 fl.	87½	bz
5 öst.Südb. 500 frc.	236	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90½	P

Wahrhaftes Bildniss
der heil. Jungfrau Maria, Mutter Jesu,
gemalt von dem heiligen Evangelisten Lukas, photographirt nach dem autentischen Gemälde in Rom von Franta.

Große Ausgabe fl. 1.45, mittel 36 kr., klein 18 kr.

empfiehlt **Otto Reindl.**

Katholisches Casino.

Donnerstag 27. Januar Abends 8 Uhr:

Vortrag

über „der wahre Fortschritt", wozu die verehrl. Mitglieder nebst Familien eingeladen werden.

Der Vorstand.

Die homöopath. Central-Apotheke

von

Ludwig Landgraf in München

welche sich allein nur mit der Bereitung homöopathischer Arzneimittel beschäftigt, empfiehlt ihre Medicamente sowie Haus- und Taschenapotheken nach Vorschrift aller erschienenen homöopathischen Handbücher. Ausführliche Preislisten jederzeit gratis.

Kirchenmalereien!

Kirchenfenster-Rouleaux a la Glasmalerei mit oder ohne religiösen Bildern gut und dauerhaft gemalt, zu mäßigen Preisen, Kreuzwege in allen Größen zu mäßigen Preisen, von tüchtigen akademischen Künstlern gemalt. Probestationen werden auf Wunsch zur gefälligen Einsicht gestellt.

Altargemälde, Heiligenbilder in allen Größen zu den billigsten Preisen, Transparente, Advent- und Fastenbilder, hl. Gräber, sowohl als Transparent-Gemälde wie auch gebaute, alte werden restaurirt. Unter Zusicherung reeler Bedienung und mäßiger Preise zeichnet

München, Schommergasse 19,
früher Bayerstrasse 7.

H. Lange,
Maler.

22. Bayreuth W. 16.34—17.24, K 12.0—13.12, Gst. 13.30—14.12, Hab. 9.18—

Schrannenmittelpreise.

Dat.	Ort	Weiz.	Korn	Gerste	Hbr.
22.	Amberg	14.40	12.26	12.31	8.—
22.	Schweinfurt	16.56	13.30	14.20	8.35
22.	München.	18.18	11.09	13.29	7.19
22.	Regensburg.	15.33	11.56	12.11	7.43
21.	Augsburg.	17.17	11.43	12,57	7.19
22.	Straubing.	16.12	11.14	11.27	6.42
22.	Nördlingen.	16.20	11.92	11.50	7.28
26.	Bamberg.	17.22	12.53	13.40	8.45
22.	— —	17,04	12,40	13,17	10,0
21.	Landshut	15.25	11.28	11.05	7.15
20.	Erding	16.27	10 30	11.42	6.31

Münchener Börse

vom 26. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	81½	80¾	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	86	—
4pCt. Grdrenten	86⅞	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107	106¾	107
4½pCt. gzjähr. Obl.	—	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91⅝	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101½
Pfdbr. (H.u.W.-B.)	90⅝	90⅜	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—
Aktien do.	—	—	—
Vereinsbankakt.	115½	114½	—
Handelsbankaktien	95	94	94½
½pCt. Ostbahnakt.	119	—	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 24. Freitag den 28. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

/. I.

(Wahlprüfung; Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse.)

(Im Auszuge.)

Die von Sr. M. dem Könige auf den 3. Jan. einberufene Kammer hatte ebenfalls alle in der vorausgehenden kurzen Skizze der Geschäftsordnung dargestellten Aufgaben zu erledigen.

Vorerst hatte dieselbe die sämmtlichen Wahlen zu prüfen und zu diesem Zwecke in der dargelegten Weise einen Ausschuß zu bilden. Hier zeigte sich das Glück der patriotischen Partei besonders günstig. Denn nicht nur gehörten der Alters-Präsident und die zwei Jugendsekretäre, welche, wie bemerkt, auch Präsident und Sekretäre des Wahlausschusses sind, dieser Partei an, sondern auch von den sechs übrigen, durch das Loos gewählten Mitgliedern waren 5 Patrioten, so daß, während, wie bekannt, in der Kammer 80 Patrioten 74 Liberalen gegenüber standen, im Wahlausschusse 8 Patrioten und nur ein einziger Fortschrittler sich befanden.

Dieser Wahlausschuß stellte nach eingehender Prüfung bei der Kammer den Antrag, nur die Wahlen von München, wo 7 Fortschrittler, und von Günzburg, wo 2 Fortschrittler und ein Mittelparteilicher gewählt worden waren, zu beanstanden, und zwar nicht wegen der daselbst vorgekommenen Selbstwahlen, sondern wegen der bei den Urwahlen vorgekommenen Ungesetzlichkeiten. Von einer Beanstandung der Wahlen in Bamberg (Stadt) und Passau (wegen zu kleiner Wahlkreise) scheint man vorzugsweise aus dem Grunde abgesehen zu haben, weil, wenn diese Wahlen beanstandet worden wären, auch die sämmtlichen andern Wahlen in Niederbaiern und Oberfranken hätten beanstandet werden müssen, da eine Aenderung eines Wahlkreises, sei es Vergrößerung oder Verkleinerung meist auch eine Aenderung der übrigen Wahlkreise des Regierungsbezirkes mit sich bringt. Zu dem konnten beide Parteien damit einverstanden sein, die Wahlen in Bamberg 1 und Passau nicht zu beanstanden, da der in Bamberg gewählte Abgeordnete der patriotischen, der in Passau der fortschrittlichen Partei angehörte, demnach das vorläufige Stimmenverhältniß der beiden Parteien auch durch die Beanstandung nicht geändert worden wäre. Bei der Verhandlung über diesen Antrag des Wahlausschusses „die Wahlen von München und Günzburg zu beanstanden" kam es zu den ersten heftigen Kämpfen zwischen den beiden Parteien in der Kammer. Besonders war es die Ansicht der patriotischen Partei, daß mit der Beanstandung dieser Wahlen auch zugleich die einstweilige Ausschließung der betreffenden Abgeordneten aus der Kammer verbunden sein solle, was den heftigsten Widerstand der Fortschrittspartei erregte, aber ohne Erfolg, indem die Mehrheit der Kammer diese Ansicht zum Beschluß erhob. Daß diese Ausschließung der Fortschrittspartei unangenehm war, ist begreiflich, daß sie dadurch bis zur endgiltigen Entscheidung in der constituirten Kammer, also wenigstens für die Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse zehn Stimmen verlor; zu den Vorwürfen aber, welche sie deßhalb in der Kammer und außerhalb derselben in ihren Blättern gegen die patriotische Mehrheit erhob, hatte sie gar keinen Grund. Denn wozu überhaupt eine vorläufige Prüfung der Wahlen und eine Beanstandung dieser oder jener, wenn damit nicht als selbst verständlich die Ausschließung der betreffenden Abgeordneten verbunden wäre? Zu dem wäre das Ergebniß, wenn nach der Forderung der Fortschrittspartei zuerst über die Beanstandung der Wahlen u. dann nochmals besonders über die Ausschließung der betreffenden Abgeordneten abgestimmt worden wäre, jedenfalls auch das nämliche gewesen, indem dieselbe patriotische Mehrheit, welche die Beanstandung beschloß, auch die Ausschließung beschlossen haben würde. Uebrigens hatte die Fortschrittspartei am Wenigsten Ursache, sich zu beschweren, indem, wie auch alle unabhängigen liberalen Blätter zugestehen, die patriotische Mehrheit gar nichts anders that, als was die Fortschrittspartei im September, da die im Mai gewählte Kammer einberufen war, selber that. Bekanntlich verlor damals die patriotische Partei die Mehrheit dadurch, daß auf den Antrag der Fortschrittler die Schweinfurter Wahl, wo damals 4 patreot. Abgeord. gewählt worden waren, mit Stimmengleichheit beanstandet und mit dieser Beanstandung zugleich

Digitized by Google

die Ausschließung dieser vier Abgeordneten als selbstverständlich betrachtet wurde. Dadurch wurde jene bekannte Stimmengleichheit der beiden Parteien (jede zählte 71 Mann) bewirkt, wodurch die Wahl des Präsidiums, da trotz wochenlanger Bemühung kein Patriot nachgab, unmöglich und deßhalb die Auflösung der Kammer und die Neuwahl nothwendig wurde. Die Fortschrittler haben deßhab jetzt, wo die Patrioten nur ihr Beispiel nachgeahmt haben, keinen Grund zur Beschwerde, sondern höchstens Grund zum Nachdenken über das Sprichwort: „Wie du mir, so ich dir." Bei den Kammerverhandlungen über die Münchner und Günzburger Wahlen kam auch die Frage über die Gültigkeit der „Selbstwahl" zur Sprache, nämlich die Frage, ob man bei irgend einer Wahl sich selbst die eigene Stimme geben, also sich selbst wählen dürfe. Von der patriotischen Partei bestritt besonders Dr. Schüttinger vom rechtlichen und sittlichen Standpunkte aus die Gültigkeit der Selbstwahl während dieselbe von den Führern der Fortschrittspartei Dr. Völk, Fischer, Marquardsen u. Andern vertheidigt wurde. Wir glauben, daß dieselben bei allen verständigen Leuten mit dieser Vertheidigung sich keine großen Lorbeeren errungen haben, denn sicherlich hatte der Wahlkommissär in Günzburg Recht, der auf die Anfrage fortschrittlicher Wahlmänner: „ob man sich selbst wählen dürfe"? antwortete: Es sei ihm wohl kein Gesetz bekannt, welches Dies verbiete: aber ein anständiger Mensch wähle sich nicht selbst." — Daß die Fortschrittspartei übrigens selbst die Mackel fühle, welche sie sich durch die Selbstwahl zugefügt, zeigte ihr Bestreben, dieselbe Mackel auch der patriotischen Partei anzuhängen. Ein Fortschrittler verlaß nemlich in der Kammer einen Privatbrief, welchen er aus Forchheim erhalten haben wollte, wonach auch Pfarrer Mahr und Lothar Weber, die patr. Abg. des Wahlbezirkes Forchheim sich selbst gewählt haben sollten, welche Angabe aber von beiden Abg. mit Berufung auf die Wahlakten für eine Lüge erklärt wurde. — Dem neuen Wahlgesetzte bleibt es übrigens vorbehalten, die Selbstwahl für die Zukunft unmöglich zu machen.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 28. Jan. Der Referent über das provisorische Steuergesetz, Abg. Diepolder soll, im Finanzausschuß, ein Mißtrauensvotum wegen der Verwendung des Preßfonds auszusprechen, beantragt haben. Der Ausschuß lehnte jedoch mit 6 gegen 3 Stimmen den Antrag ab.

Die der Fortschrittspartei angehörenden Mitglieder werden eine besondere Adresse einbringen und wird in dem heutigen Abendklub der Wortlaut festgestellt. Dieselbe soll besonders den Standpunkt der Partei klar darlegen.

Die Abg. v. Stauffenberg und Herz haben den Antrag, die Aufhebung der Todesstrafe betreffend, bereits ausgearbeitet unn werden denselben morgen in den Einlauf der Kammer bringen. Auf Samstag soll die Berathung der Adresse auf die Tagesordnung der Kammer gesetzt werden.

Der von dem Referenten Herrn v. Harleß verfaßte und von dem Adreßausschuß der Kammer der Reichsräthe angenommene Adreßentwurf lautet:

„Auf Ew. Maj. Ruf zusammengetreten, erwidert die treugehorsamste Kammer der Reichsräthe den Gruß königlicher Huld mit der allerehrfurchtsvollsten Versicherung unwandelbarer Anhänglichkeit und Hingebung: Durch die standhafte Ausdauer der Ew. Königlichen Maj. treuergegebenen Mehrheit des bayerischen Volkes sind jene Schwierigkeiten der Konstituirung der Kammer der Abgeordneten beseitigt, welche als Anlaß der im Herbste v. Js. erfolgten Auflösung derselben bezeichnet wurden. Mit Ew. Majestät beklagen auch wir den ausgebrochenen Widerstreit entgegengesetzter Meinungen, dessen ungewöhnliche Heftigkeit durch die erneuten Wahlkämpfe und die damit zusammenhängenden Hergänge nur gesteigert wurde. Entsprechend der tiefgefühlten Treue gegen Euere Majestät und der festen Anhänglichkeit an das Land und dessen selbständige Entwicklung hat sich in der Majorität des Volkes ein durch die Parteistellung des Ministeriums noch gesteigertes Mißtrauen gebildet dessen Ausdruck der Erfolg der Wahlen ist. Wohl sind die erhabenen Worte Ew. Majestät geeignet, die eregten Gemüther zu beruhigen. Allein ein wirkliches Vertrauen wird nur dann zurückkehren, wenn es Euerer Majestät gelingt, Männer als Räthe der Krone zu finden, welche den entsprechenden Willen mit der Festigkeit des Handelns vereinen, und die in gleicher Weiser das Vertrauen Euerer Majestät wie das des Landes besitzen. Wir freuen uns der entschiedenen Worte, mit welchen Ew. Majestät den festen Entschluß zu erkennen geben, neben treuer Erfüllung der Allianzverträge die Selbständigkeit Bayerns wahren zu wollen. Durchdrungen von der Wahrheit des Ausspruchs, daß die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung Deutschlands nur auf dem Boden des Rechts und in dem Maße stattfinden könne, als die deutschen Stämme sich nicht selbst aufgeben, und getragen von gleicher Liebe für das gesammte, wie das engere Vaterland werden sich in der Stunde der Gefahr die treuen bayerischen Männer um Ew. Maj. schaaren in gleicher Weise zur Vertheidigung der Ehre und der Integrität Deutschlands wie zur Bewahrung der Rechte und der Würde der Krone Ew. Maj. entschlossen. Was zur Förderung des Volkswohls im Geiste der neueren Gesetzgebung wahrhaft dient, wird von uns, wie bisher, so auch ferner als Aufgabe uns zuständiger pflichtgetreuer Mitwirkung gewissenhaft in das Auge gefaßt werden. In diesem Sinne werden wir uns auch jenen Obliegenheiten unterziehen, welche mit der Regelung des Staatshaushaltes für die 10. Finanzperiode, als mit der Feststellung des Budgets und der Prüfung der Rechnungsnachweise ge

Digitized by Google

geben sind, und welche eben so sehr der Erfüllung des Staatszweckes, als der Erleichterung der Lasten des Volkes gelten müssen. In lezter Beziehung müssen wir schon jezt wagen, Euere Majestät auf das Bedenkliche einer Steuererhöhung zu einer Zeit aufmerksam zu machen, in welcher der in den politischen Verhältnissen wurzelnde Mangel an Vertrauen mit schwerem Druck sowohl auf der Landwirthschaft als auf den Gewerben lastet. Der Vorlage eines neuen Wahlgesetzes sehen wir mit dem Wunsche entgegen, daß dieselbe geeignet seyn möge, ebenso sehr wider Parteiterrorismus als gegen willkürliche Beamtenbeeinflussung heilsame Schranken aufzurichten. Was zum weiteren Ausbau der Strafrechtspflege dient, begrüßen wir als Befriedigung eines anerkannt vorhandenen Bedürfnisses. Ebenso geben wir uns der Hoffnung hin, daß die zur Ausführung des Zivilprozeß-Gesetzes nöthige Advokatenordnung, so wie die neue Regelung der Tax- und Stempelgesetzgebung dazu dienen werde, nicht nur manche noch vorhandene Mißstände ohne Ueberstürzung zu heben, sondern auch das baldige Inslebentreten der neuen Zivilprozeßordnung zu sichern und zu fördern. Wenn auch der Wunsch berechtigt gewesen wäre, den Bestand der Bürgerwehr bis zu deren Neuordnung erhalten zu sehen, so nehmen wir doch das in Aussicht gestellte Gesetz über Organisation der Bürgerwehr zugleich als eine Anerkennung Dessen hin, was dieses Institut bisher für Erhaltung der öffentl. Ruhe und Ordnung geleistet hat. Zu den tiefempfundenen Worten, in welchen Ew. Maj. Ihrer Liebe zu Allerhöchstihrem treuen Volke und dem Entschluß, nach allen Kräften Bayerns Wohl zu fördern, so erhebenden Ausdruck verleihen, wolle Gott den Segen des Vollbringens und des lohnendsten Erfolges schenken! Uns aber möge verlieben sein, die uns gestellte Aufgabe in Treue gegen unsern Herrn und König und in sorgfältiger Würdigung der Bedürfnisse des Landes mit günstigem Erfolge glücklich zu lösen."

In militärischen Kreisen erwartet man für die nächsten Tagen einen Armeebefehl, der einige Pensionirungen und mehrfache Beförderungen in der Generalität und den Chargen der Stabsoffiziere bis zum Major herab enthalten soll.

Wien, 27. Jan. Abgeordnetenhaus. Die tirolischen Abgeordneten Giovanelli, Greuter, Jäger, Planer, Wiesler, Brader haben ihre Mandate für den Reichsrath niedergelegt, weil sie gestern vom Berichterstatter Tinti beleidigt worden seien, ohne bei dem Präsidium Schutz zu finden.

Ausland.

Rom, 26. Jan. Der Befehlshaber der Legion von Antibes, Oberst Argy, ist heute in Folge einer Erkältung gestorben, nachdem er noch den um sein Sterbebett versammelten Officieren der Legion treues Festhalten an der Ehre, an Frakreich und dem Papst anempfohlen.

Paris, 26. Jan. Auf der Börse geht das Gerücht, der Papst sey gestorben, (was sofort dementirt wurde). — Im gesetzgebenden Körper machen Esquiros und Gambetta dem Ministerium Vorwürfe weil es Truppen nach Creuzot gesandt habe, indem sie hierin eine Parteinahme gegen die Arbeiter erblicken. Die Minister des Innern und der Justiz antworten: mit Rücksicht auf einen möglichen Conflict habe die Regierung die Truppen abgesandt, um Unordnungen vorzubeugen und die Freiheit der Arbeit zu schützen. Die Truppen hätten nicht Partei genommen und seien ruhig und theilnahmslos geblieben. Der Zwischenfall hatte keine weitere Folge. — Der Herzog von Broglie ist gestorben.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 24. Jan.

In Einnahme sind zu verrechnen: 2 fl. Anfall aus dem Opferstock der Pfarrei z. U. l. Frau; 24k. Reisevorschußersatz für E. Schatz aus Triest; 17 fl. 15 kr. Antheil aus der J. Sal. Heßlein'schen Stiftung, welcher zum Holzankauf für christl. Arme durch den isr. Cultusvorstand dahier hieher übermittelt worden ist, 49 fl. 48½ kr. Sparkassaschein und 2 fl. 22 kr. baar aus der Schreinergef. Freiburg'schen Verlassenschaft. — Auf Grund einer k. Verordn. v. 7. August 1869 wird der Ersatz der von 3 auswärtigen Gemeinden geleist. nambaften Reiseunterstüz. an hiesige Vaganten, welche diese Mittel nicht zur Heimkehr, sondern zur Fortsetzung ihrer streunerischen Lebensweise verwendeten, verweigert. — Als moment. Unterstützungen wurden verabreicht: 15 fl. in Baarem auf die Dauer von 6 Wochen wurde je für 2 Familien bewilligt; ein Gesuch um Anschaffung nothdürftiger Bekleidung wurde genehmigt; ein anderes abgewiesen. — Für den Schuhmacherlehrl. Borschert Maurergesellensohn, seien 40 fl. Lehrgeld und 3 fl. für Anschaffung des Handwerkzeugs zu verausgaben. — Für die 3 Kinder der in der Haft befindlichen Schumm'schen Eheleute seien täglich 30 kr. zusammen zu verausgaben. — Der Austritt der Cordula Landgraf aus der Mädchenrettungsanstalt sei zu bewilligen. — Der Holzmacherlohn für das Armenholz soll vom 24. d. Mts. an um 30 kr. per Klftr. erhöht u. die Verschleppung von Spähnen strengstens untersagt werden. — Die Vertheilung des Armenholzes soll für die Folge Behufs Aufrechthaltung der Ordnung Distriktsweise geschehen. — Einer schwerbedrängten Familie sollen einige Bettstücke unter dem Eigenthumsvorbehalte zur Nutznießung überlassen werden. — Für Machlerlohn weiblicher u. männlicher Kleidungsstücke seien 112 fl. 13 kr. für 5 Stück Sarsenet 109 fl. 12 kr., für Schuhmacherarbeiten 682 fl. 30 kr. zu verausgaben. — Für den in der Erziehungsanstalt zu Niederschönenfeld auf die Dauer eines Jahres verwahrten Spenglerlehrling Leonard Beßler, genannt Klingenschmitt seien für 3 fl. 30 kr. Kleidungsstücke anzuschaffen. — Die alljährlichen Unterstützungen aus einzelnen Stiftungen wurden bestimmungsgemäß wie folgt vertheiltt 1) 6 fl. 30 kr. aus der Hauptmann Cramer'schen Weihnachtsstiftung an 2 verschämte Hausarme; 2) aus dem Elis. Herrl'schen Legate für alte Dienstboten an 2 zu 4 fl.; 3) aus dem Mundkoch Danner'schen Legat die Zinsen an 3 kranke Hausarme zu 4 fl.; 4) aus dem Ingenieurhauptmann Schaupp'schen Legate die Zinsen zu 4 fl. an 4 alte Personen von 95, 82 und 72 Lebensjahren; 5) aus der Neujahrsschankung eines Unbekannten 2 fl. einer armen Kranken im 4. Distrikt. — In's Bürgerspital wurden gewählt die 68jährige Schiffermeisterswittwe Susanna Vogel und die 86jährige Schneidermeisterswittwe Marg. Leisner.

Digitized by Google

— Für eine große Anzahl von armen Kranken wurden theils Arzneibefreiungszettel ausgestellt, theils Krankenhaus-Aufnahmen verfügt. — Die Verhandlungen der Armen-Conscriptions-Commission pro 1870 wurden auf erstatteten Bericht genehmigt. Es ergiebt sich hieraus, daß dahier 433 conscr. Arme sich befinden, so daß sich gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1 Person ergibt. Hievon gehören zur Stadt 421 (die israel. Armen werden noch eingestellt werden) und 12 nach auswärts, wovon 118 im 1. Distrikt, 91 im 2. Dist., 136 im 3. D. und 75 im 4. D. wohnen. Neu angemeldet wurden 32. Die Wochenausgabe entziffert 265 fl. 33½ kr. Almosen, wovon 196 fl. 5 kr. zum Hauszins, 14 fl. 52½ kr. für die Suppe und 54 fl. 36 kr. auf die Hand kommen. Diese Bezüge auf das Jahr berechnet erfordern die Summe von 13,809 fl. 2 kr., nämlich 10,196 fl. 20 kr. Hauszins, 773 fl. 30 kr. Suppe und 2839 fl. 12 kr. auf die Hand. Hiezu kommen noch für monatl. und vierteljähr. Ausgaben 900 fl. 24 kr., so daß sich also die Gesammtsumme von 14,709 fl. 26 kr. entziffert, von welcher 159 fl. 24 kr. Rückersatz ausw. Gemeinden wieder abgeht, so daß sich eine Etatssumme von 14,550 fl. 2 kr. entwickelt. Bei Gegenhalt zu der vorjährigen im Betrage von 14,729 fl. 8 kr. ergibt sich demnach eine Minderausgabe von 179 fl. 6 kr. pro 1870.

Vermischtes.

In der Nacht vom 25.—26. wurde die in der Nähe der Stadt Mühlheim am Rh. in dem Dorfe Dünwald belegene Sprengpulverfabrik durch eine Explosion zerstört, wobei 15 Personen ihren Tod fanden und 3 verwundet wurden. Die Erschütterung wurde mehrere Meilen im Umkreise verspürt.

Frankf. Coursbericht vom 26. Jan. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91	bz
	4½%	=	92⅝	bz.		4	=	84	B
	4%	=	83⅛	B.		3½	=	82½	G
Frankf.	3½	=	82	bz.	Baden.	4½%	Oblig.	92½	bz
Nassau.	4½%	Oblig.	92⅝	G.		4	=	85⅛	bz
	4	=	85	bz.		3½	=	81⅛	B
Kurhess.	4	=	—	B.	G. Hessen	5%	=	102½	bz
Bayern.	5%	=	101½	G.		4%	=	93⅛	B
	4½ 1jhr.	=	91⅛	bz.	Sachsen.	5%	=	100	G
	4½ ½jhr.	=	91⅜	bz.	Brschw.	3½	=	81½	B
	4 1jhr.	=	—	G.	Oesterr.	4⅕	R.i.S.	58⅛	bz
	4 ½jhr.	=	86⅜	G.		4⅕	R.i.P.	49⅛	G
	4 Abl.-R.	—	G.			5	Ung. E.-A.	73⅛	G
	3½	Obl.	—	G.	NAermika.	6%	81v.64	94⅛	bz
						5%	Bds 71r v. 61	95⅛	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.					
Amsterdam (100fl.)	103⅜	G	Hamburg (M.-B.100)	88⅛	bz
Augsburg (100fl)	99⅜	G	London (10Pf.St.)	119⅛	bz
Berlin (60thlr.)	105	bz	Paris (200 Fr.)	94⅛	bz
Bremen (50 thl.Geld)	97	B	Wien (100 fl. ö. W.)	96⅛	bz
Anlehensloose.			Disconto 4 pCt.		
3½% preuß.100thlr.	—	G	bad. 35 fl.	56⅛	bz
kurhess. 40 thlr.	56⅜	bz	großh. hess. 25 fl.	46⅜	bz
bayr. 100 thlr.	106⅛	B	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	B
Aktien.			österr. 500 fl. v. 1860	81	bz
3½% b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	5 öst.Staatsb.500frc.	370	bz
Oest. Nat.-B.600fl.	700	bz	4 pfälz.Ludwb.500fl	—	G
4½% b.Ostbahn200fl.	121¼	bz	4½ Maxbahn500fl	105⅛	G
5 öst.Südb. 500 frc.	236	bz	4 Nordb. 500 fl.	87⅛	bz
			4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90⅛	B

Einladung.

Für den verlebten Herrn Gerichtsarzt Dr. Gottfried Huebner, Mitgründer des katholischen Casino, findet nächsten Montag den 31. früh 9 Uhr in der „St. Jakobs-Kirche" ein feierliches Requiem statt, wozu seine Freunde geziemend eingeladen werden.

† Gottesdienst-Ordnung. †

Sonntag, den 30. Jan.:

In allen 4 Pfarrkirchen Gottesdienst wie gewöhnlich.

Mittwoch den 3. Februar:

St. Martin. Am Vorabend Nachm. 2 U. Vesper; am Festtage ½9 U. Predigt, dann Wachsweihe u. Hochamt. Nachm. 2 U. Predigt und marianische Andacht.

Dom. Festl. Gottesd. zur gewöhnl. Zeit, vor d. Hochamt Wachsweihe.

Obere Pfarre. Vorab. 3 U. mus. Vesper: am Festtag ½9 U. Pred., hierauf Kerzenweihe, dann Hochamt. Nachm. 2 U. musik. Vesper m. Litanei u. hl. Segen St. Gangolph. Nchm. 2 U. Kreuzwegand.

St. Gangolph. ½6 U. Frühamt, ½9 U. Festpredigt, dann Kerzenweihe u. Prozession in der Kirche u. feierl. Hochamt. Nachm. 2 U. Predigt mit marian. And. auf d. Altare v. weibl. Tugendbundes.

Donnerstag werden die Blasiuskerzen geweiht.

Theater-Anzeige.

Freitag den 28. Januar 1870

Der letzte Trumpf.

Lustspiel in 1 Akt von Wilhelmi.

Hierauf

Kurmärker und Pikarde.

Genrebild mit Gesang und Tanz in 1 Akt von L. Schneider.

Zum Schluß zum ersten Male:

Ein Stündchen auf dem Comptoir.

Posse mit Gesang in 1 Akt von Huber. Musik von Bial.

Nach dem 1. Stück „Mein Röslein." Lied mit Clavierbegleitung, neu componirt und vorgetragen von A. Burger.

Nach dem 2. Stück: „Getrennt von Dir", Lied mit Clavierbegleitung, vorgetragen von A. Burger.

Da mit dieser Vorstellung das sechste Abonnement schließt, so werden die verehrlichen Abonnenten gebeten, ihre Billets zum 7. Abonnement Freitag den 28. und Samstag den 29. Januar im Theater-Bureau, (Schillerplatz. Restauration Nöth über 2 Treppen) gefälligst in Empfang zu nehmen.

Preuß. Kassensch.	fl.	1. 44⅞	— 45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl.	9. 58	— 59
Pistolen	fl.	9. 48	
Do. doppelte	fl.	9. 49	

Ein junger Mann

der in einem Speditions- und Waaren-Geschäft thätig war, mit guten Zeugnissen versehen, sucht in einer ähnlichen Branche zum zum 1. April Stellung.

Gef. Offerten bitte unter C. K Nr. 100 in der Expedition niederzulegen.

Münchener Börse

vom 27. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	81½	80¾	—
4pCt. gjähr. do.	86½	86	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	86	—
4pCt. Grorenten	86⅞	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107	106⅜	107
4½pCt. gjähr. Obl.	--	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91⅝	--
5pCt. Oblig.	101¾	--	101¾
Pfdbr. (H.u.W.-B.)	90⅝	90⅜	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—
Aktien do.	—	—	—
Vereinsbankakt.	115½	114½	—
Handelsbankaktien	95	94	94½
½pCt. Ostbahnakt.	119	—	--

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 25. Samstag den 29. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

/. I.

(Wahlprüfung; Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse.)

(Fortsetzung.)

Nach Erledigung der Wahlprüfungen durch Beanstandung der Münchner und Günzburger Wahlen und einstweilige Ausschließung der betreffenden zehn Abgeordneten schritt die Kammer zu ihrer nächsten Aufgabe, zur Wahl des Präsidiums oder Direktoriums. Das Ergebniß konnte bei dem nunmehrigen Stimmenverhältnisse, 80 Patrioten gegen 64 Liberale, nicht zweifelhaft sein. Zum 1. Präsidenten wurde der Candidat der patriotischen Partei, Ministerial-Rath Dr. Weis bei 141 Abstimmenden mit 78 Stimmen gewählt, also mit allen Stimmen der anwesenden Patrioten (einer fehlte.) Dr. Marquard Barth, Advokat von Kaufbäuern, der Candidat der Fortschrittspartei erhielt 55 Stimmen, Dr. Edel aus Würzburg 7 Stimmen, Graf von Seinsheim eine Stimme (die des Dr. Weis). Zum 2. Präsidenten wurde bei 141 Abstimmenden gleichfalls der Candidat der patriotischen Partei Graf von Seinsheim-Grünbach mit 78 Stimmen gewählt. Dr. Marquard Barth erhielt 56, Professor Edel 6 Stimmen. Zum ersten Sekretär wurde der Candidat der Patrioten Archivconservator Dr. Jörg aus Landshut mit 79 unter 140 Stimmen und zum zweiten Sekretär der gleichfalls patriotische Freiherr von Ow mit 78 von 138 Stimmen gewählt. Das ganze Direktorium besteht demnach aus Angehörigen der patriotischen Partei. Die Stimmenvertheilung bei der Wahl des 1. Präsidenten, wornach Dr. Weis 78, Marquard Barth 55, D. Edel 7 Stimmen erhielt, veranlaßt uns zu einer Bemerkung. Als im September die Kammer, wie bereits bemerkt, vergebens sich zu constituiren suchte, rühmte sich die Fortschrittspatei nicht wenig ihrer Versöhnlichkeit und Nachgiebigkeit, weil sie zum Präsidentrn nicht Einen aus ihrer eigenen Partei, sondern Einen aus der Mittelpartei, nämlich Dr. Edel vorgeschlagen hatte. Sie verlangte dasselbe auch von den Patrioten und als diese sich weigerten, Dr. Edel zu wählen, schon deßhalb, weil sie ihn durchaus nicht für in der Mitte zwischen der Forttschritts und der patriotischen Partei stehend betrachten konnten, da er durchgehends mit den Fortschrittlern gegen die Patrioten stimmte, wurden sie von der der fortschrittlichen Presse wegen ihrer Unnachgiebigkeit mit den ärgsten Vorwürfen überhäuft und vor den letzten Wahlen beim Volke zu verdächtigen gesucht, als ob nur sie durch ihre Hartnäckigkeit an dem Nichtzustandekommen der Kammer und den Neuwahlen Schuld hätten.

Daß aber die Fortschrittler im September nicht aus Nachgiebigkeit, nicht aus Liebe zum Frieden, sondern nur aus Parteiinteresse den Dr. Edel als Präsidenten wählen wollen, weil sie damals hoffen konnten, durch die paar mittelparteilichen Stimmen welche sie durch die Wahl Edels gewonnen hätten, und mit Hülfe verschiedener Kunstgriffen, über die patriotische Mehrheit Herr zu werden, das zeigte sich deutlich bei der jetzigen Präsidentenwahl. Da bei dem starken Uebergewichte der Patriotischen Mehrheit auch die Vereinigung mit der Mittelpartei den Forttschrittlern keine Hoffnung auf den Sieg gewährte, so kümmerten sich diese auch gar nicht weiter um die Mittelpartei und gaben ihre Stimmen zum Präsidenten dem Manne ihres Herzens den Dr. Marquard Barth. So kam es, daß Dr. Edel, der im September bei den wiederholten Wahlgängen die 71 Stimmen sämmtlicher Liberalen gegen die 71 Simmen der Patrioten auf sich vereinigt hatte, jetzt nur 7 St. erhielt nämlich die der so sehr zusammengeschrumpften Mittelpartei.

Nachdem die neuangestellten beiden Präsidenten Hr. Dr. Weis und Graf Seinsheim mit kurzen Worten für das ihnen geschenkte Zutrauen gedankt und völlig unparteiische Führung ihres Amtes zugesagt hatten, übergab der bisherige Alterspräsident Stadtpfarrer Xaver Schmitt, indem er in warmen Worten zum einigen Zusammenwirken Aller aufforderte, sein Amt in die Hände des neuen Präsidenten, womit die Constituirung der Kammer vollzogen war.

Die nächste Aufgabe der nunmehr gebildeten Kammer war die Wahl der verschiedenen Ausschüsse. Obwohl die patriotische Partei bei ihrer starken Mehrheit es in der Hand hatte, die sämmtlichen Ausschüsse vollständig mit ihren Angehörigen zu besetzen, und jede andere Partei auszuschließen, beschloß

Digitized by Google

sie doch in der Ueberzeugung, daß es es der Gründlichkeit und Allseitigkeit in Behandlung einer Vorlage in der Kammer nur förderlich sein könnte, wenn auch schon im Ausschusse den verschiedenen Parteien Gelegenheit gegeben wäre, ihre Ansichten geltend zu machen, in jeden Ausschuß noch einige Angehörige der Fortschrittspartei zu wählen. So wählte sie gleich in den 1. Ausschuß neben 6 Patr. drei Fortschr. *) In gleicher Weise würde sie auch die übrigen Ausschüsse gebildet haben, wenn nicht die fortschr. Presse, statt diese Mäßigung der patriotischen Partei anzuerkennen, in ihrer wüthigen Verbissenheit diese Thatsache ihren Lesern auf ebenso unsinnige als den polit. Gegner beschimpfende Weise dadurch zu erklären versucht hatte, „daß die Patrioten doch hätten suchen müssen, Leute in die Ausschüsse zu bringen, die gut lesen und schreiben konnten; und da sie solche unter sich nicht genug gefunden, so hätten sie eben zu Fortschrittsleuten greifen müssen." Wenn deßhalb die patriotische Partei bei den folgenden Ausschußwahlen weniger Fortschr. wählte, als sie ursprünglich beabsichtigte, so haben diese durchaus keinen Grund, über „Rücksichtslosigkeit der Patrioten," über „Mißbrauch der Mehrheit," u. s. w. zu klagen, sondern sie haben es ihrer eigenen, ungezogenen Presse, sowie dem Umstande zuzuschreiben, daß es die Patrioten verletzen mußte, daß bei den Ausschußwahlen die Fortschrittler auch nicht eine einzige Stimme einem patriotischen Abgeordneten gaben. Eine solche von Seite einer Minderheit geradezu herausfordernde Ausschließlichkeit mußte auch die patriotische Partei rücksichtsloser stimmen. Das Ergebniß der Ausschußwahlen war folgd

(* sind Fortschr., † Volksp., alle Übrigen Patrioten.)

I. Justizausschuß:	II. Finanzausschuß:
1) Umbscheiden, Appellrath *	1) Frhr. v. Stauffenberg, *
2) Dr. Marq. Barth, Adv., *	Gutsbesitzer,
3) Kurz, Appellrath,	2) Kolb, Privatier, †
4) Dr. Schüttinger, Adv.	3) Diepolder k. Min-Rath
5) Gürster, Appelrath,	4) Lukas, Militärgeistlicher,
6) Kräzer, Appellrath,	5) Schmidkonz, Rentbeamte
7) Winderl, Advokat,	6) Freitag, Advokat,
8) Grabner, Appellrath,	7) Greil, Professor,
9) Schmitt, W., BGRath. *	8) Wisnet, Advokat,
	9) Graf Fugger,

III. Volkswirthschaft:	IV. Verwaltung:
1) Grieninger, Bürgermstr, *	1) Wand, Consist.-Ass, *
2) v. Meixner, Min.-Rath,	2) Dr. Schmidt, Domkapit.
3) Gschwender, Bürgermstr,	3) Dr. Ruland, Archivar,
4) Bucher, Buchhändler,	4) Hafenbrädl, Gutsbesitzer
5) v. Hafenbrädl, BGRath,	5) Radspieler, Hofvergolder
9) v. Freiberg, Gutsbesitzer,	6) Maier, Bez.Amtmann, *
7) Bleier, Oekonom,	7) Eder, Landrichter,
8) Hutschenreuther, Fabrik. *	8) Lampert, prot. Pfr. *
9) Dr. Pfahler, Stadtpfr.,	9) Hasenmaier, kath. Pfr.

V. Beschwerdeausschuß:	VI. Ausschuß für Prüfung der Anträge:
1) Senestrey, BGRath,	1) K. Barth, Advokat,
2) Aschenauer, Advokat,	2) Dr. Schleich, Redakteur,
3) Frhr. v. Zu-Rhein, Priv.,	3) Ostermann, Mag.-Rath,
4) Hauck, Bez.-Amtmann.	4) Ruffwurm, k. Pfarrer,
5) v. Fuchs, BGAssessor,	5) Renkarz, Kaufmann,
6) Weiß, k. Pfarrer,	6) Ponschab, Brauer,
7) Zill, k. Pfarrer,	7) Henning, Domkapitular,
8) Frank, BGRath,	8) Bichler, k. Pfarrer,
9) Louis, Advokat. *	9) Hoffmann, Notar.

*) Dadurch war nach der Geschäftsordnung die Möglichkeit gegeben, selbstständige Minderheitsgutachten aus dem Ausschusse an die Kammer zu bringen.

(Schluß folgt.)

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 28. Jan. Wie wir hören ist die patriotische Fraktion der Abgeordnetenkammer entschlossen, wie ein Mann zur Adresse ihres Referenten Hrn. Dr. Jörg zu stehen.

Die Reichsrathskammer hat in der heutigen Sitzung den ganzen Adreßentwurf mit einer unwesentlichen Redaktionsänderung im vierten Absatz nach lebhafter Diskussion angenommen. Dagegen stimmten Herzog Karl Theodor, Hohenlohe, Fugger-Babenhausen, Fugger-Hoheneck, Pappenheim, Waldeghem, Holnstein, Bothmer, Pranky, Döllinger, Haubenschmied, Guttenberg. Herzog Karl Theodor, v. Guttenberg und v. Bothmer sprachen für das Ministerium. v. Thüngen begründet das Mißtrauensvotum gegen das Ministerium. Fürst Hohenlohe vertheidigte seine ministerielle Thätigkeit. Finanzminister v. Pfretzschner verlangte den Nachweis von Amtshandlungen, welche einen Vorwurf begründeten. Handelsminister v. Schlör rechtfertigt seine angegriffene Thätigkeit im Zollparlament.

München, 27. Jan. Die Kammer der Abgeordneten versammelte sich am Samstag Vorm. 9 Uhr zu ihrer 2. öffentlichen Sitzung, in welcher nach erfolgter Anzeige über die im 2. Ausschusse erledigte Bearbeitung des Gesetzentwurfes: die provisor. Erhebung der Steuern pro 1870, dann die vorläufige Fortbezahlung der Theuerungszulagen betr., Berathung des Entwurfes einer Adresse auf die Thronrede gepflogen werden wird. — Die Ministerien der Justiz und der Finanzen haben zur Durchführung der neuen Civilprozeßordnung die Gewährung eines Vorschusses von 150,000 fl. bei der Kammer beantragt und zwar 95,000 fl. für Instandsetzung der Localitäten beim Oberapellationsgerichte, bei den 7 Appellgerichten, den 34 Bezirksgerichten und den 5 größeren Stadtgerichten diess. des Rheins, 30,000 fl. für Ergänzung der innern Einrichtung 20,000 fl. für die Organisation des Gerichtsvollzieherinstituts und 5000 fl. als Reserve für unvorhergesehne Fälle. — Der Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 18. bis 27. Januar umfaßt wieder 74 Nummern. Darunter befinden sich wieder verschiedene Eingaben um Einführung direkter Wahlen mit geheimer Abstimmung, Vorstellung von Bureaudienern, Pedellen Bezirksamtsschreibern, Regierungsfunktionären, Apellationsgerichtsboten u. s. w., Verbesserung ihrer dienstlichen Lage betr., eine Beschwerde des Magistrats Nürnberg, dann eine Beschwerde des Benefiziaten

Holzleithner, Verletzung verfassungsmäßiger Rechte betr., ein Antrag des Abg. Freytag, die Abänderung des Art. 6 der Gemeindeordnung betr.. ein Antrag des Abg. Stenglein, das Gesetz die Entschädigung der Vieheigenthümer für ihre im Falle des Ausbruchs der Rinderpest im Inlande getödteten Thiere betr., eine Vorstellung des Rentbeamten Mayer von Laufzgen und Consl. die Ungiltigkeitserklärung der Urwahl in Bachhagel betr., mehrere Schreiben des Ministeriums des Innern die Wahl in München und Günsburg betr., ein Gesuch der Rentamtsgehilfen in Niederbayern um Aufstellung von Steuereinnehmern aus der Zahl der Amtsgehilfen, ein Nachtrag zur Beschwerde der Münchener Urwähler, die Beanstandung der Münchener Landtagswahlen betr., eine Vorstellung des W. Wästle, Bierbrauers in Kempten in Betreff der Veräußerung der ärarealischen Salzmagazine, eine Beschwerde des früheren Pfarrers Feichtmayr von Finsing wegen Pfarrentsetzung, Schreiben des Handelsministeriums, Zusammenstellung der Ausgaben für den Bau der Eisenbahnen im Jahre 1866|67 betr.

München, 27. Jan. Die „Fortschrittspartei" in der Kammer der Abgeordneten hat eine Kommission, bestehend aus Dr. M. Barth, Crämer, Marquardsen, Umbscheiden und Dr. Völk, niedergesetzt, um die Anträge zu entwerfen; welche der Majoritäts-Adresse entgegengestellt werden sollen. Namens dieser Kommission erstattete Hr. Umbscheiden im Klub Bericht. Die aus den einstimmig angenommenen Anträgen sich formulirende Gegenadresse soll alsbald veröffentlicht werden. — Wie der eben erschienene „Bayer. Kurier" mittheilt, hätte Herr Stiftsprovst v. Döllinger das Ehrenbürgerrecht der Stadt München abgelehnt.

Der Ausschuß der Volkspartei in Bayern wird, dem „Nürnberger Anzeiger" zufolge, unverzüglich Einleitungen treffen, um eine allgemeine Agitation im Lande gegen die Steuererhöhung (durch Flugschriften, Kundgebungen in Volksversammlungen u. s. w.) hervorzurufen; da das Militärwesen das Volk am meisten belastet, soll sich vorzugsweise gegen jenes die Spitze der Agitation wenden.

Ein Correspondent der „Pfälz. Volksztg." aus München, 24. Januar, besteht darauf, daß die patriotische Partei mit der Fortschrittspartei sich über die Bildung der Ausschüsse zu verständigen gesucht habe und daß dieser Versuch an dem Verlangen der Fortschrittspartei, in der Hälfte der Ausschüsse die Majorität zu haben, gescheitert sei. Der Abgeordnete Lonis, welchem die bezüglichen Propositionen von einem Mitgliede der patriotischen Partei gemacht worden, habe sie rundweg zurückgewiesen und durch die Gegenforderung beantwortet, daß, wenn in den ersten Ausschuß 5 Patrioten und 4 Liberale gewählt würden, dieses Verhältniß im zweiten Ausschuß umgekehrt sein müsse u. s. w. Daß die Mehrheit auf diese naive Forderung nicht einging, ist natürlich.

Die Frkft. Ztg. schreibt über die Adreßentwurf: Derselbe soll nicht einmal für die Ausschußmitglieder autographirt, sondern ihnen nur persönlich in die Feder diktirt worden sein. Das Einzige, was man als feststehend annehmen kann, ist, daß die patriot. Partei den schon früher durch ihre Organe angekündigten, dann wieder in Frage gestellten Angriff auf den Fürsten Hohenlohe mit aller Entschiedenheit ausführt. Da die bezeichnete Partei eine feste Majorität besitzt, so läßt sich der Erfolg nicht mehr bezweifeln. Mag im übrigen auch der Angriff sich zunächst nur gegen den Leiter der auswärtigen Angelegenheiten richten, so wird eine mehr oder minder vollständige Aenderung des Gesammtministeriums gleichwohl unabwendbar sein, da eine nochmalige Kammerauflösung selbstverständlich ausgeschlossen erscheint. Das Ereigniß, welches man hier in gutunterrichteten Kreisen als unabwendbar ansieht, kann nicht ermangeln, die preußische Politik in bedeutendem Umfange zu durchkreuzen. Was wird, wenn in Bayern die Aenderung geschehen, im benachbarten Würtemberg erfolgen? Was wird man in dem alsdann im Süden isolirten Baden thun? Gerade jetzt regt sich auch eine Opposition in Sachsen.

Die demokratische Volkspartei hat wieder ein neuen Organ gegründet, eine badische demokratische Correspondenz zur „Fortsetzung und siegreichen Durchführung des Kampfes gegen die Bestrebungen der Verpreußung, die in unserem Lande um so schärfer und rücksichtsloser angegriffen werden müssen, als sie auf die Macht der bestehenden Regierung sich stützen; als sie von oben herunter genährt und durch den ganzen Apparat des Bureaukratismus unterstützt werden", — mit diesen Worten führt die „Mannh. Abdztg." das neue Blatt ins Publikum ein.

Berlin, 28. Jan. Heute Nachmittag empfing der König die chinesische Gesandtschaft in Abschiedsaudiez.

Im Abgeordnetenhause ist von 102 Abgeordneten der verschiedensten Fraktionen ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über alle Petitionen gegen die Klöster eingebracht worden.

Wien, 28. Jan. Morgen wird Rechbauer u. Genossen einen Antrag einbringen bezüglich der verfassungsmäßigen Behandlung des vom Confessionsausschusse dem vorjährigen Reichsrathe vorgelegten Entwurfs bezüglich der Regelung der Confessionsverhältnisse und des Civilehegesetzes, und sodann den Ausschuß mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs bezüglich der Concordatsaufhebung zu beauftragen.

Die „N. Freie Presse", welche gerne Alarm-Nachrichten aus dem Orient bringt, schreibt: „Inhaltsschwere Nachrichten über die türkisch-egyptische Affaire berichtet uns heute unser Konstantinopeler Correspondent. Danach wäre der Vicekönig zur

Auslieferung seiner Chassepots an die Türkei zwar bereit, aber nur, um für das Geld, das er hiefür erhält, sich neue, noch bessere Gewehre anzuschaffen. Nach der „Turquie" bringt ihm seit einigen Tagen auch jeder Dampfer, der in Alexandrien landet, irgend einen Ex-Chef der candiotischen Insurrection. Alle begeben sie sich nach Egypten, unter dem Vorwande, ihre Gesundheit gebiete ihnen den dortigen Aufenthalt. Bulgaris, Zimbrakakis, Koroneos, Surmeli und Veludaki sind bereits dort angekommen, und der griechische Ex-Minister Komunduros wird gleichfalls ebendaselbst erwartet. In Kairo soll mit diesen Personen ein ganzer Feldzugsplan vereinbart werden, um in den nächsten Monaten Egypten, Kreta, Macedonien, Thessalien und Epirus zu insurgiren." Nach anderen Nachrichten soll auch Bosnien, Serbien, Bulgarien und Montenegro in den Kreis der Insurrektion gezogen werden. Doch bezweifeln Pariser Blätter die Richtigkeit dieser Nachrichten.

Ausland.

Madrid, 28. Jan. Die Cortes haben das Amendement betreffend die Ausgaben abgelehnt.

Newcastle, 28. Jan. Große Feuersbrunst; seit Mitternacht brennen zwei Straßen.

Die Times veröffentlicht den Döllinger'schen Protest gegen die Unfehlbarkeitsadresse, und erinnert daran, daß vor wenigen Wochen der König von Bayern in einem Schreiben an Hrn. v. Döllinger dessen theologische Arbeiten entschieden belobt habe.

Vermischtes.

Hr. v. Döllinger hat die ihm von den Gem.-Collegium in München zugedachte Ehre abgewiesen.

In Ansbach fand am 25. ds. eine „allgemeine Arbeiterversammlung" statt, auf der jedoch, der Fr. Z. zufolge, nur 38 Personen zugegen waren. Wüchner von Würzburg erörterte das Programm des von dem sozialdemokratischen Arbeiterkongreß zu Augsburg gegründeten neuen Arbeitervereins und forderte die Anwesenden auf, demselben beizutreten, welchem 16 Folge leisteten.

Frankf. Coursbericht vom 28. Jan. 1870.

Staatspapiere.				Staatspapiere.		
Preußen.	5% Oblig.	—	G.	Würtbg.	4½% Obl.	91 bz
	4½%	92¼	bz.		4	84½ B
	4%	83½	B.		3½	82½ G
Frankf.	3½	82	bz.	Baden.	4½% Oblig.	92½ bz
Nassau.	4½% Oblig.	92¼	G.		4	85½ bz
	4	85	bz.		3½	81¼ B
Kurhess.	4	—	B.	G. Hessen	5%	102½ bz
Bayern.	5%	101½	G.		4%	93¾ B
	4½ 1jhr.	91¾	bz.	Sachsen.	5%	100 G
	4½ ½jhr.	91¾	bz.	Brschw.	3½	80½ B
	4 1jhr.	—	G.	Oesterr.	4⅛ R.i.S.	58¼ bz
	4 ½jhr.	86¾	G.		4⅛ R.i.P.	49½ G
	4 Abl.-R.	—	G.		5 Ung. E.-A.	73¼ G
	3½ Obl.	—	G.	NAermika.	6%,81v.64	95 bz
					5% „Vds 71r v. 61	95¼ bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			
Amsterdam (100fl.)	103¾	G.	
Augsburg (100fl)	99¾	G	
Berlin (60thlr.)	105	bz	
Bremen (50 thl.Geld)	97½	B	
Anlehensloose.			
3½% preuß.100thlr.	—	G	
kurhess. 40 thlr.	56¾	bz	
bayr. 100 thlr.	106⅛	B	
Aktien.			
3%b.H.u.W.-B.500fl.	—	G	
Oest. Nat.-B.600fl.	700	bz	
4½%b.Ostbahn200fl.	121⅝	bz	
5 öst.Südb. 500 frc.	236	bz	

Hamburg (M.-B.100)	88¼	bz
London (10Pf.St.)	119¼	bz
Paris (200 Fr.)	94¼	bz
Wien (100 fl. ö. W.)	96½	bz
Disconto 4 pCt.		
bad. 35 fl.	56¾	bz
großh. hess. 25 fl.	46¾	bz
Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	B
österr. 500 fl. v. 1860	81	bz
5 öst.Staatsb.500frc.	370	bz
4 pfälz.Ludwb.500fl	—	G
4½ Maxbahn500fl	105½	G
4 Nordb. 500 fl.	87½	bz
4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90¼	B

3 Buchhalter, 6 Reisende, 4 Comptoiristen

3 Magazinier, 6 Commis, 4 Verkäuferinnen werden günstig placirt durch das mercantilische Bureau von
C. Erler in Dresden.

Stuttgarter-Loose
á Stück **35** *kr.*

1	Gewinn zu			14000 fl.
1	do			7000 fl.
1	do			3000 fl.
1	do			1756 fl.
2	do zu	875 fl.	— kr.	1750 fl.
10	do zu	180 fl.	— kr.	1800 fl.
20	do zu	87 fl.	30 kr.	1750 fl.
30	do zu	52 fl.	30 kr.	1575 fl.
100	do zu	35 fl.	— kr.	3500 fl.
200	do zu	17 fl.	30 kr.	3500 fl.
500	do zu	7 fl.	— kr.	3500 fl.
934	do zu	3 fl.	30 kr.	3269 fl.
13200	do zu	1 fl.	45 kr.	23000 fl.
15000	Gewinne.			70100 fl.

Ziehung am 1. März 1870.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen beförderт
prompt, reell, extract, discret
in alle existirenden
Zeitungen des In- u. Auslandes
RUDOLF MOSSE in Nürnberg
Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.
Zeitungs-Annoncen-Expedition
München. Berlin. Hamburg Wien.
Original-Preise — Keine Spesen.
Keine Porti oder Provision.
Zeitungs-Catalog gratis und franco.

Briefkasten.

H. J. M..... Dkd. erhlt. Wird nach Wunsch bes. Mehr erbeten. l.

Münchener Börse

vom 27. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	81½	80¾	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	86	—
4pCt. Grdrenten	86⅞	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107	106¾	107
4½pCt.gzjähr.Obl.	—	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91⅝	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101¼
Pfdbr. (H.u.W.-B.)	90⅝	90⅜	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—
Aktien do.	—	—	—
Vereinsbankakt.	115½	114½	—
Handelsbankaktien	95	94	94½
½pCt.Ostbahnakt.	119	—	—

Napoleonsd'or	fl. 9.	27—28
Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9.	54—56
Dukaten	fl. 5.	35—37
Dollars in Gold	fl. 2.	27—28

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 26. Sonntag den 30. Januar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 28. Jan.

Der vom Ausschuß der Kammer der Abgeordneten beantragte Adreßentwurf lautet: „Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! 1. Dem Rufe Ew kgl. Maj. folgend, nähert sich die allerunterthänigst treugehorsamste Kammer der Abgeordneten den Stufen des Thrones beseelt von dem Eifer, treu und gewissenhaft die Bedürfnisse des Landes zu erwägen und, so viel an ihr ist, dem bayerischen Volke den inneren Frieden wieder zu geben, dessen Trübung Ew. Maj. mit uns beklagen. 2. Ew. Maj. königliches Wort: „alle Verträge, welche Ich mit Preußen und dem norddeutschen Bund geschlossen habe, sind dem Lande bekannt" legt den Grund zur Beruhigung der durch ein schweres Schicksal erschütterten Gemüther. Nie wird eine Lockung zum Vertragsbruch in unserm Volke Eingang finden. 3. Aber wir leben in einer Zeit, die zu entscheidenden Krisen führt, und wo von europäischen Rechtszuständen kaum mehr die Rede sein kann. Die Verträge der Preußen sind erfahrungsgemäß der Deutung fähig, und die möglichen Deutungen verbreiten Beängstigung im Volke. Daraus entspringt unwillkürlich das Verlangen nach einem Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten, dem das Vertrauen des Landes entgegengetragen würde. 4. Wir stehen ein wie Ein Mann für die Integrität der deutschen Gränzen; und auch die Hoffnung ist in uns nicht erloschen, daß eine nationale Verbindung auf der Basis des gleichen Rechts der deutschen Stämme sich verwirklichen werde. In den erhabenen Worten Ew. k. Maj. finden wir das eigene Programm unserer eben so deutsch- als bayerisch-patriotischen Hoffnung wieder. 5. Auch im Innern werden wir keiner besonnenen Reform unsere getreue Mitwirkung versagen. Nachdem aber durch eine Reihe neuer Gesetze dem Lande erhöhte Leistungen zugewachsen sind, so sehnt sich das Volk, zugleich Wege der Reform eingeschlagen zu sehen, welche zu annähernder Entlassung der Führung der Staatsausgaben zu führen geeignet wären. 6. Von neuen Gesetzen erwarten wir, daß ihr Geist nicht den Gefühlen und Anschauungen des Volkes entgegen sei. Daran ist das Schulgesetz gescheitert, nicht an einer vermehrten Scheu der Kosten für Schule und Lehrer. 7. Den unmittelbarsten Einfluß auf die Stimmung im Lande übt der Geist, welcher sich in der Ausführung der Gesetze und in der Verwaltung kund giebt. Das bayerische Volk, monarchisch von Natur, kann und wird nicht verstehen, das die Machtmittel des Staates einer Partei dienstbar sein könnten. Das bayerische Volk ist konstitutionell von Geburt, aber es will keine Parteiregierung. 8. Umsomehr anerkennen wir mit dem allerunterthänigsten Danke den hochherzigsten Entschluß Ew. Maj., durch ein neues Wahlgesetz auf der Grundlage des direkten Wahlrechts notorische Mißbräuche abzuschneiden und der im Volke lebenden Ueberzeugung zu einem getreuen Ausdruck zu verhelfen. 9. Gott der Allmächtige segne Ew. Maj. für die warme Liebe, deren Ew. Maj. treues Volk immerdar versichert ist, und die wir an unserem Theil zu verdienen nach bestem Wissen und Gewissen bestrebt sein werden. Ew. Maj. treugehorsamste Kammer der Abgeordneten.

In der heutigen 2. öffentlichen Sitzung, welcher die sämmtlichen Minister anwohnten, gelangte der von den besonderen Ausschuß der Kammer verfaßte Entwurf der Adresse auf die Thronrede zur Berathung. Der Minister des Aeußern Fürst v. Hohenlohe erläuterte die Grundsätze der von ihm bis jetzt befolgten Politik mit dem Bemerken, daß er eine andere nicht b folgen konnte und wünscht die Angabe der Gründe des in dem Adreeßentwurf enthaltenen Mißtrauensvotums. Referent Jörg erklärt, daß er erst bei der Spezialdiskussion darauf eingehen wolle. An der allgemeinen Debatte betheiligten sich Dr. Sepp, Dr. Schleich, Dr. Kurz, welche gegen das Ministerium sprachen. Der letztere sprach auch seinen Tadel aus gegen das von dem vormaligen Staatsminister des Innern v. Hörmann erlassene Wahlausschreiben. Der Abgeordnete von Hörmann ergreift hierauf das Wort, und vertheidigt die Grundsätze, die ihn bei der neuen Wahlkreiseintheilung und bei dem Erlaß des Rundschreibens geleitet haben. Weiter betheiligte sich an der Debatte Dr. Völk, welcher die Lage des Landes noch innen und außen bespricht

Digitized by Google

und die Grundsätze seiner Partei erläutert, nach denen die Beibehaltung des dermaligen Ministeriums nicht zum Schaden des Landes gereichen könne. Nachdem noch der Abgeordnete Dr. Lukas hauptsächlich gegen die Wahlkreiseintheilung und das Wahlausschreiben sich ausgesprochen, wurde wegen vorgerückter Zeit und da noch verschiedene Redner zur Betheiligung an der allgemeinen Debatte angemeldet sind, die Sitzung um 3 Uhr geschlossen und die nächste auf künftigen Montag Vormittag halb 10 Uhr anberaumt, in welcher die allgemeine Diskussion über den Adreßentwurf fortgesetzt werden wird.

Aus dem Schlosse Hohenschwangau bei Füssen und der Marburg bei Neustadt a. d. Hardt, welche beiden Besitzungen Privateigenthum des hochseligen König Max waren, ist nun ein Familienfideikommiß gebildet und der Hofrath J. v. Hofmann als Administrator aufgestellt worden.

An den Reichsrath und Stiftspropst Dr. von Döllinger ist unterm 23. Jan. eine von hervorragenden Mitgliedern der Universität und andern angesehenen Männern unterzeichnete Zustimmungsadresse abgegangen.

Dresden, 27. Jan. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wird der Bericht über die Schulgesetznovelle verlesen. Die Gehaltserhöhung der Lehrer wird von der Kammer angenommen, die übrigen Bestimmungen des Entwurfs werden als unzureichend abgelehnt und ein neues Unterrichtsgesetz für nächste Session beantragt.

Wien, 28 Jan. Das Abgeordnetenhaus hat in der heutigen Sitzung die Adresse in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung mit 114 gegen 47 Stimmen unverändert nach dem Antrage des Ausschusses angenommen.

Die N. Fr. Pr. läßt sich aus Paris melden: Der Kaiser soll entschlossen sein, in keinerlei Reduktion der Armee zu willigen. Der Kriegsminister Leboeuf beschäftigt sich gegenwärtig mit Maßregeln, welche die Mobilisirung der in ganz Frankreich befindlichen Streitkräfte zu beschleunigen geeignet sind. — Der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, welcher mit der Führung des Prozesses gegen Peter Bonaparte betraut ist, hat eine Kommission nach Bastia in Korsika gesendet, um mit Hilfe der dortigen Staatsanwaltschaft eine Untersuchung über die Thatsachen aufzunehmen, welche der Polemik zwischen dem Prinzen und der Marseillaise vorangegangen sind.

Ausland.

Rom, 28. Jan. Die Nachricht, die Petition der Infallibilitätsanhänger sei mit 410 Unterschriften überreicht worden, ist ungenau. Die Gegenpetition ist schon von mehr als der Hälfte der französischen Bischöfe und fast von der Gesammtheit der deutschen und ungarischen Bischöfe unterzeichnet.

Paris, 25. Jan. Die sogenannte Infanterie-Direktion im Kriegsministerium ist mit ihrem Gutachten über die Zulässigkeit einer Herabsetzung des Jahreskontingents noch nicht zu Ende gekommen. Die bisher maßgebende Meinung war indeß, daß eine Verminderung der Konscription um 10—15000 Mann jährlich auch finanziell weit weniger erleichternd wirke, als eine im größten Umfange und regelmäßig zu bewirkende Semesterbeurlaubung von etwa 25- bis 30,000 Mann. Daß, wie Einige behaupten, General Le Boeuf sich gegen jede Conzession ausgesprochen habe, weil bei der herrschenden Agitation mit geringerer Truppenzahl unter den Fahnen nicht auf jedem Punkte des Landesgebietes jederzeit für die Ruhe eingestanden werden könne, klingt sehr unwahrscheinlich. Auf 25- oder 30.000 Mann mehr oder weniger bei den Fahnen kommt es zum Zwecke der Aufrechthaltung der Ordnung sicher nicht an.

Paris, 28. Jan. Gesetzgebender Körper. Ollivier nimmt am Schlusse der Diskussionen über die Handelsverträge das Wort und sagt: Die Regierung ist entschlossen, der Diskussion nicht als Partei, sondern als Zeuge beizuwohnen. Nach der Enquete wird sie unparteiischer Schiedsrichter sein. Die Regierung ist übrigens der Meinung, daß es unstatthaft wäre, die Verträge aufzukündigen. Für uns stellt die Kammer die Majorität des Landes dar; wir wollen den Wettkampf Aller, aber nicht die Inschutznahme Einzelner. Ueber die Bedeutung des zu erwartenden Votums spricht sich Ollivier dahin aus: die einfache Tagesordnung wird soviel heißen, wie: die Kammer wünscht nicht die Aufkündigung der Verträge. Die Kammer nimmt schließlich die einfache Tagesordnung mit 211 gegen 32 Stimmen an. (In der Sitzung Tags vorher hatte Thiers seine Angriffe gegen die Handelsfreiheit erneuert. Forcade wirft Thiers vor, das Ministerium schwächen zu wollen, indem er die Kündigung der Handelsverträge fordert. Thiers antwortet, er wolle keine Kündigung, sondern nur Unterhandlungen, um die Tarife wieder zu erhöhen.

New-York, 27. Jan. Der Präsident der Republik Haiti, General Salnave ist erschossen worden. Die Leichenfeierlichkeiten Peabody's finden am 1. Februar zu Portland statt.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 28 ds. Auf ein Anschreiben des H. Staatsanwalts am k. Bezirksgerichte dahier um leihweise Abgabe etwa entbehrlicher Schulbänke zu dem Lehrkurse der Gerichtsvollzieher für Oberfranken, welcher vom 20. Febr. bis 13. April d. J. in der hiesigen Aula abgehalten wird und wozu 170 Candidaten zugelassen sind, wurde beschlossen, bei dem K. Rektorat der Gewerbschule u. bei der k. Stadtschulencommission die erforderlichen Ermittlungen zu veranlassen. — Bei der Instruktion der Beschaffung einer Wasserleitung für die hiesige Stadt wurde von Seite der HH. Stadtg.-Bev. seiner Zeit die Frage angeregt, ob nach der geognostischen

Digitized by Google

Beschaffenheit der die Stadt Bamberg umgebenden Höhen von dem Bohren artesischer Brunnen ein günstiges Resultat zu erwarten sein dürfe? Auf Ansuchen des Stadtmagistr. hat der k. Lyzealprof. H. Dr. Theod. Schrüfer dahier ein auf sorgfältige Beobachtungen und Messungen gegründetes Gutachten erstattet, welches als Basis für die weitere Sachbehandlung dienen wird. Es wurde beschlossen, dem H. Verfasser für sein ebenso gründliches als umfassendes wissenschaftliches Elaborat den wohlverdienten Dank des Collegiums auszusprechen. — In Folge Mittheilung des K. Verwalt.-Bez.-Arztes H. Dr. Rapp als Oberarzt des Hauses für Unheilbare dahier, daß die Anstalt und namentl. die weibliche Abtheilung vollständig besetzt sei, soll bei Neuaufnahmen mit größter Vorsicht vorgegangen werden. — In der Siegengasse sei eine weitere Gaslaterne in der Richtung gegen die Memmelsdorfer Strasse zu, anzubringen und der Kostenbetrag hiefür mit 170 fl. in den nächsten Etat einzusetzen. — Die Wahl der ledigen Dienstmagd Maria Theres. Beck als Pfründnerin des Stähll. Schwesterhauses sei zu genehmigen. — Ein Kapitalgesuch aufs Land wurde wegen nicht genügender Sicherheit abgewiesen, dagegen wurden 300 fl aus der Hensler Stiftung verliehen. — Auf den Antrag mehrerer Einwohner im Hundsbühl um Herstellung eines öffentlichen Brunnens kann, da nach technischen Gutachten ein Bedürfniß hiefür nicht vorhanden ist, nicht eingegangen werden. — Die Fortsetzung des Pachtverhältnisses bezüglich eines Communalgrundstückes an der Pödeldorfer Strasse um jährl. 15 fl. sei in widerruflicher Eigenschaft zu bewilligen. — Im Betreffe der Regulirung der Pflasterzollgefälle in hiesiger Stadt seien die von der Vorberathungscommission gemachten Vorschläge und Abänderungen vorbehaltl. der Zustimmung der H. H. Gemeindebevollmächtigten zum Beschlusse zu erheben. — Das Rechnungswesen über die Brunnenanstalt pro 1868 hat laut k. Reg. Entschluß keine Beanstandung gefunden, was mit Befriedigung aufgenommen wird. — Ein Antrag des Photographen H. Erhard um Bewilligung zur Verlosung photographischer Kunstwerke sei unter Begutachtung der k. Regierung Behufs Genehmigung vorzulegen. — Die von der Einquartier.-Commision eingesehenen und festgestellten Einquart.-Listen seien nunmehr zur Einsicht für die Betheiligten öffentlich aufzulegen. — Die von der aufgelösten Landwehrmusik übernommenen Instrumente seien durch zeitweise Reinigung in gehörigen Stande zu erhalten. — Im Betreffe der Festsetzung von Wehrgeldern seien die eingekommenen Gesuche um sofortige Bezahlung des Gesammtbetrages für die Dauer der Zahlungspflicht mit Abzug von 15 proz. zu genehmigen. — Die Müllergesellentochter Sabina Kleinlein von hier sei wegen Arbeitsscheue auf die Dauer von 6 Monaten in der Polizeianstalt zu St. Georgen zu verwahren. — Die Vorlage des Arbeiterbildungs-Vereins, die Benennung der Vorstandschaft pro 1870, dient zur Nachricht und sei hievon Vormerkung im Verzeichnisse der politischen Vereine zu machen. — Den Besitzern der Häuser Nro. 1074. 1075a und 1076 seien wegen ordnungswidriger Anlage ihrer Secrete und Dungauflagerung an unzulässigen Orte die entsprechende Auflage zu machen. —

(Aus der öffentl. Sitzung der Stadtgemeindebevollmächtigten

Anwesende Mitglieder 36. Die vom Stadtmagistrate proponirte Kanalanlage in der Langgasse soll noch auf ein Jahr hinausgestellt u. dafür eine solche im unteren Sand beschäftigt werden, über deren Ausführung baldige Vorlage eines Plans u. Kostenvoranschlages gewünscht wird. — Der Neueintheilung der Bauplätze an der Sophienstrasse gegen die Langgasse zu sei unter Ausführung eines dem Stadtmagistrate zu proponirenden Planes zuzustimmen. — Gegen die Bürgerrechtsgesuche der H.H. Magaziner J. Edm. Stenger von Kleinkahl u. Fabr.-Arbeiters Heberlein von Mühlendorf wurde keine Erinnerung erhoben. — Der Magistr. Beschluß vom 11. d. M. ortspoliz. Vorschriften zur Verhütung von Feuersgefahr betr., hat zur Nachricht gedient. — Dem Magistr.-Beschl. vom 16. d. Mt. Brettummantelung der Bäume an der Sophienstrasse betr., sei nicht zuzustimmen. — Mit den Vorschlägen der Vorberathungs-Commission über die Regulirung der Pflasterzollgefälle, wozu aus dem Gemeindecollegium die H.H. Hofconditor Wenglein u. Baumeister Peyold abgeordnet waren, erklärte man sich einverstanden, so daß Gesammtbeschluß mit dem Magi vorliegt. — Dem Magistr.-Beschluß vom 21 d. Mt. wegen der Erwerbung des Theresienhains u. der dortigen Badanstalt wurde unter dem ausdrücklichen Vorbehalte zugestimmt, daß die künftige Bewirthschaftung des Theresienhains u. die freie Verfügung über die Badanstallt der Stadtgemeinde ohne besondere Controlle u. Einsprache gewahrt bleibe.

Vermischtes.

(Beleuchtung des Magens.) Jetzt hat man endlich das Problem gelöst, den leidenden Magen untersuchen zu können. Man führt in den Magen dünne Glasröhren ein, welche mit einer starken galvanischen Batterie in Verbindung stehen und diejenigen Elektrode enthalten, welche zur Erzeugung eines glänzenden galvanischen Lichtes erforderlich sind. Dadurch wird das Innere des Magens so beleuchtet, daß man von außen, durch die Oberhand hindurch, alle im Magen vorhandenen Geschwüre und Mißbildungen beobachten kann.

Frankf. Coursbericht vom 28. Jan. 1870.

Staatspapiere.				Württbg.	4½%	Obl.	91	bz
Preußen.	5%	Oblig.	— G.		4	"	84½	P
	4½%	"	92⅝ bz.		3½	"	82½	G
	4%	"	83½ P.	Baden.	4½%	Oblig.	92⅛	bz
Frankf.	3½	"	82 bz.		4	"	85⅛	bz
Nassau.	4½%	Oblig.	92⅛ G.		3½	"	81⅛	P
	4	"	85 bz.	G. Hessen	5%	"	102½	bz
Kurhess.	4	"	— P.		4½%	"	93⅛	P
Bayern.	5%	"	101½ G.	Sachsen.	5%	"	100	G
	4½ 1jhr.	"	91⅞ bz.	Brschw.	3½	"	30⅜	P
	4½ ½jhr.	"	91⅞ bz.	Oesterr.	4⅛	R.i.S.	58½	bz
	4 1jhr.	"	— G.		4⅛	R.i.P.	49½	G
	4 ½jhr.	"	86½ G.		5	Ung. E.-A.	73½	G
	4 Abl.-R.		— G.	Nordamerika.	6%	81v.64	95	bz
	3½ Obl.		— G.		5%	Bds 71r v. 61	95½	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88½	bz
Amsterdam (100fl.)	103⅜	G	London (10Pf.St.)	119½	bz
Augsburg (100fl)	98⅜	G	Paris (200 Fr.)	94½	bz
Berlin (60thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96½	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97½	P	Disconto 4 pCt.		
Anlehensloose.			bad. 35 fl.	36½	bz
3½% preuß. 100thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	46⅜	bz
kurhess. 40 thlr.	56⅜	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	P
bayr. 100 thlr.	106⅜	P	österr. 500 fl. v. 1860	81	bz
Aktien.			5 öst.Staatsb.500frc.	370	bz
3½% b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	4 pfälz.Ludwb.500fl	—	G
Oest. Nat.-B.600fl.	700	bz	4½ Maxbahn500fl	103½	G
4½% b.Ostbahn200fl.	121½	bz	4 Nordb. 500 fl.	87½	bz
5 öst.Südb. 500 frc.	336	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90½	P

Digitized by Google

Wahrhaftes Bildniss
der heil. Jungfrau Maria, Mutter Jesu,
gemalt von dem heiligen Evangelisten Lukas, photographirt nach dem autentischen Gemälde in Rom von Franta.
Große Ausgabe fl. 1. 45., mittel 36 kr., klein 18 kr.
empfiehlt **Otto Reindl.**

Im Verlage von Franz Kirchheim in Mainz ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Franco, P. J. J., Simon Petrus u. Simon Magus. Deutsch von F. Schuhmacher. gr. 8o. geh. 42 kr.
Den Lesern der ‚Fabiola' und ‚Kallista' wird diese aus archäologischen Quellen geschöpfte Darstellung aus den Zeiten der ersten christlichen Gemeinde zu Rom gewiß dasselbe Interesse gewähren, wie jene berühmten Romane.

Bolanden, Konrad von, Die Aufgeklärten.
Ein Zeitroman. Zweite Auflage. 8o. geh. 2 fl. 42 kr.
Der gefeierte Name des bei allen deutschredenden Katholiken sowohl diesseits wie jenseits des Ozeans so beliebten Verfassers, sowie der Umstand, daß in kurzer Zeit eine 2. Auflage des hier angekündigten Romans nothwendig wurde, bürgen gewiß für die schöne Form, wie für den gediegenen Inhalt des Letztern.

Wasserburg, Philipp, Aus der Ferne.
Novellen nach dem Französischem bearbeitet. 8o. geh. 45 kr.
Diese Novellen wurden bereits in mehreren Journalen auf's Günstigste besprochen und sehr warm empfohlen.
(Vorräthig in Bamberg bei Otto Reindl.)

Offert.
Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein
concessionirtes Schreibebureau
zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.
K. Fr. Hausmann,
q. k. Assessor.

Theater-Anzeige.
1. Vorstellung im 7. Abonnement
Sonntag 30. Jan.
Die Jungfrau von Orleans.
Romant. Tragödie in 5 Aufzügen von Friedrich von Schiller.
2. Vorstellung im 7. Abonn.
Montag 31. Jan.
Die Capuletti und Montecchi
oder
Romeo und Julia
Große Oper in 4 Aufz. von Bellini.

2 selbstständige Oekonomie-Inspektoren, 6 Verwalter,
3 Förster, 4 Gärtner, 1 Braumeister, 2 Mühlenwerkführer, 2 Aufseher, 4 Wirthschafterinnen, sowie
3 Buchhalter, 6 Reisende, 4 Comptoiristen
3 Magazinier, 6 Commis, 4 Verkäuferinnen werden günstig placirt durch das mercantilische Bureau von
C. Erler in Dresden.

Ein junger Mann
der in einem Spedition und Waaren-Geschäft thätig war, mit guten Zeugnissen versehen, sucht in einer ähnlichen Branche zum 1. April Stellung.
Gef. Offerten bitte unter C. K Nr. 100 in der Expedition niederzulegen.

Briefkasten.
H. S...l Erst am Dienstag. H. O. in P—f. Abgesandt, —l mehr.

Grundbesitzungen
jeder Art übernimmt fortwährend znm Kauf u. Verkaut ꝛc. der Güteragent
Kühn in Apolda.

Amerikan. Holzstiften
für Schuhmacher
liefert in „ausgezeichneter Qualität" zu möglichst billigen Preisen die
Holzwaarenfabr. v. Ad. Neudeck
in Schwarzach,
Oberpfalz.

Die homöopath. Central-Apotheke
von
Ludwig Landgraf in München
welche sich allein nur mit der Bereitung homöopathischer Arzneimittel beschäftigt, empfiehlt ihre Medicamente sowie Haus- und Taschenapotheken nach Vorschrift aller erschienenen homöopathischen Handbücher. Ausführliche Preislisten jederzeit gratis.

Epileptische Krämpfe
(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstraße Nr. 6. Auswärtige brieflich. Schon über Hundert geheilt.

Winterkuren
zu Kreuznach.
Meine Privatheilanstalt für Flechtenkranke und Hautleidende aller Art ist den ganzen Winter über geöffnet. Gleich gute Erfolge wie in der Sommer-Saison. Sehr ermäßigte Preise.
Prospecte gratis.
Dr. Kleinhans,
Special-Arzt für Hautkranke.

Münchener Börse

vom 28. Jan.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	81½	80¾	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	86	—
4pCt. Grdrenten	86⅞	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107	106¾	107
4½pCt. gzjähr. Obl.	—	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91⅝	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101¾
Pfdbr. (H. u. W. B.)	90⅝	90⅜	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 27. Dienstag den 1. Febuar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 31. Jan.

In der 2. öffentl. Sitzung vom 29. Jan., welcher die sämmtl. Minister anwohnten, gelangte der vom besondern Ausschuß der Kammer verfaßte Thronrede-Entwurf zur Berathung. Fürst Hohenlohe erläuterte die Grundsätze der bis jetzt von ihm verfolgten Politik mit dem Bemerken, daß er eine andere nicht befolgen konnte und wünschte die Angabe der Gründe des beantr. Mißtrauensvotums. Jörg erklärt, daß er bei der Spezialdiskussion hierauf eingehen welle. An der allgemeinen Debatte betheiligten sich die Abg. Dr. Sepp, Dr. Schleich und Dr. Kurz, welche gegen das Ministerium sprachen. Letzterer sprach auch seinen Tadel aus gegen das bekannte Wahlkreisausschreiben, worauf Abg. v. Hörmann das Wort ergreift und die Grundsätze vertheidigt, die ihn hiebei und bei dem Erlaß des Rundschreiben geleitet haben. Dann ergriffen noch Dr. Völk und Dr Lucas, Letzterer hauptsächlich gegen die bekannte Wahlkreiseintheilung und das Wahlausschreiben, sowie gegen einige Vorwürfe Völks, das Wort Wegen vorgerückter Zeit wird die Sitzung um 3 U. geschlossen und die 3. auf Montag um ½10 Uhr anberaumt.

— 31. Jan. In der heutigen 3. öffentl. Sitzung, welcher ebenfalls sämmtliche Minister beiwohnten, wurde die allgemeine Debatte über den Adreß-Entwurf fortgesetzt Zuerst nahm das Wort Frhr. v. Völderndorf und erörterte, daß in den Verhandlungen der Liquidationsfrage, die nicht geheim gehalten worden seien, das Interesse Bayerns unverkürzt gewahrt worden sei, und daß Fürst Hohenlohe dadurch, daß von ihm die dauernde Institution der süddtsch. Festungskommission geschaffen wurde, großes Verdienst habe. Hierauf greift Abg. Greil das Ministerium an, indem er es eine Parteiregierung nennt, verurtheilt die Preßpolizei, wie sie unter dem Minister v. Hörmann gehandhabt worden sei, tadelt die Wahlkreis-Eintheilung, wendet sich gegen die Hohenlohe'sche Politik und will nicht einmal eine Anlehnung Bayerns an den norddeutschen Bund, geschweige gar einen Eintritt in denselben. Fürst Hohenlohe, v. Schlör u. v. Lutz ergreifen das Wort u. suchen diese Verdächtigungen abzuwehren. Abg. Bucher beklagt hierauf die Verfolgung der patriot. Presse seitens der Regierung und macht Bemerkungen gegen die Ausfälle Dr. Völks in der letzten Sitzung v. Hörmann vertheidigt sich gegen die Angriffe Lucas', Greil und Bucher, erörtert die Grundsätze von denen er sich bei Uebernahme seines Portefeuilles und während seiner Amtsführung in Beziehung auf die Freiheit der Presse leiten ließ. Dann gibt schließlich Dr. Gerster die Gründe an, warum er gegen den Entwurf stimme, womit die Sitzung um 2 Uhr endigte.

Der 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat beschlossen, es sei das Postulat der Regierung für Einführung der neuen Civilprozeßordnung im Betrage von 150,000 fl der Kammer zur Genehmigung zu empfehlen. Von Seite des Justizministeriums wurde im Ausschuß die Erklärung abgegeben, daß die k. Staatsregierung fest entschlossen ist, die neue Civilprozeßordnung am 1. Juli 1870 ins Leben treten zu lassen.

Der Dztg. wird aus München, 27. Jan., geschrieben: Die Einmüthigkeit innerhalb der patriotischen Fraction ist größer als je. Gestern war Hofball, zu dem auch das Kammerdirektorium geladen war. Der König unterhielt sich längere Zeit mit Herrn Dr. Weis und zwar wie allgemein bemerkt wurde, sehr wohlwollend.

München, 28. Jan. Der Adreß-Entwurf, den die Fortschrittspartei in der Abgeordnetenkammer beantragt, lautet:

1. Nach wiederholten Neuwahlen vor den Thron Ew. Königl. Maj. berufen, erwiedert die Kammer der Abgeordneten den königlichen Gruß mit der Versicherung ehrerbietigster Treue und Anhänglichkeit.

2. Mit Ew. königlichen Maj. beklagen wir den Grad der Heftigkeit, welchen der Widerstreit der Meinungen in der letzten Zeit erreicht hat, sowie die vielfach verbreiteten irrthümlichen und beunruhigenden Vorstellungen. Vorurtheilsfreier Prüfung und unbefangener Vaterlandsliebe wird es hoffentlich gelingen, jene Vorstellungen, welche den inneren Frieden des Landes untergraben zu zerstreuen. Um so mehr wird dann Ew. kgl. Maj. Regierung, getragen von

Digitized by Google

der aufgeklärten Volksmeinung, mit Erfolg an der Lösung der hohen Aufgabe arbeiten können, welche die ernste Zeit und die schwierige Lage des Landes gestellt haben.

3. Weder durch die Verträge mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde, noch auch durch eine enge nationale Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norden sehen wir die berechtigte Selbstständigkeit der deutschen Stämme bedroht. Möge es Ew. königl. Maj Regierung gelingen, durch entgegenkommende Mitbegründung der bundesstaatlichen Neugestaltung Deutschlands die Gefahren, welche in der jetzigen Isolirung Bayerns liegen, abzuwenden und zugleich den Einheitsstaat fern zu halten. Dann wird die festbegründete Macht und Größe, die Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes an den wohlberechtigten und wohlverdienten Fortbestand der Einzelnstaaten gebunden sein.

4. In Folge der veränderten Gestalt, welche die Ereignisse des Jahres 1866 Deutschland gegeben haben, ist der Weg nahe gelegt, welche zur Lösung des im Jahre 1848 gegebenen und vom Volke mit Jubel aufgenommenen Fürstenwortes führt. Mit der Ausbildung des völkerrechtlich anerkannten norddeutschen Bundes zu einem deutschen Bundesstaate ist die Wahrung der Grundlage unseres Staatshaushaltes und die Selbstständigkeit im Innern, insbesondere die freiheitliche Entwickelung Bayerns sehr wohl vereinbar.

5. Die erneuerte Versicherung aus königlichem Munde, daß, wenn die Pflicht ruft, unser Land an der Seite des mächtigen Bundesgenossen für die Ehre Deutschlands, mit der Bayerns Ehre ohnehin unlöslich verbunden ist, einstehen werde, wird als gewichtigte Friedensbürgschaft überall im deutschen Vaterland den lebhaftesten Widerhall finden.

6. Die Kammer der Abgeordneten fühlt sich einig mit Ew. kgl. Maj. in den Bestrebungen, an dem Wohle des Volkes im Geiste der neuen Gesetzgebung fortzubauen. Unheilbar würde die Wunde sein, welche das Verlassen des so lang ersehnten und nach der Vollendung harrenden Reformwerks der Volksentwicklung schlagen würde, die für die Macht und Geltung Bayerns mitbestimmend ist.

7. Wie Ew. kgl. Maj. die Lage und die Bedürfnisse der Zeit erkennend, bisher die sociale Gesetzgebung mit fester Hand geschirmt haben, so möge auch fortan Ew. kgl. Maj. Regierung die Wiederaufnahme und Weiterführung nothwendiger Reformen, wie: Die Förderung der bürgerlichen Selbstverwaltung, die Revision der Preß- und Vereinsgesetzgebung, Reformen auf dem Gesammtgebiete des Unterrichts, insbesondere die zeitgemäße Hebung der Volksschule und die Aufbesserung der finanziellen Lage der Volksschullehrer fest im Auge behalten.

8. Wir werden den Voranschlag der Staatsausgaben gewissenhaft prüfen und in treuer Pflichterfüllung gegen Ew. kgl. Maj. wie gegen das Volk, das von seinen Vertretern jede zulässige Sparsamkeit erwartet, an Steuern bewilligen, was die geordnete Fortführung des Staatshaushaltes gebieterisch fordert und was zugleich dem Volke jede mögliche Erleichterung gewährt.

9. Der vom Throne kommenden unumwundenen Anerkennung des Werthes, welchen der getreue Ausdruck der im Volke lebenden Ueberzeugung für die Regierung des Landes hat, können wir nur die dankbarsten Gefühle entgegen bringen. Freudig werden wir die Vorlage eines auf Grund des direkten Wahlrechts aufgebauten Wahlgesetzes, das zugleich genügende Bürgschaften für den getreuen Ausdruck jener Volksüberzeugungen bietet, begrüßen.

10. Die weiter in Vorlage kommenden Gesetzwürfe, welche Ew. kgl. Majest. in Aussicht zu stellen geruhten, werden wir mit jenem Eifer und jener Gründlichkeit berathen, welche die hohe Wichtigkeit der Gegenstände erheischt.

11. Gott erhalte den König, dessen Herz Sein ganzes Volk in warmer Liebe umfaßt. Möge Ew. kgl. Maj. der höchste und schönste Lohn werden, nach dem ein edler Fürst trachtet: das Glück und die Wohlfahrt des treuen und dankbaren Volkes!

München, 30. Januar. Zur Tafel bei Sr. Majestät dem König, welche diesen Nachmittag im Wintergarten stattfindet, sind Herzog Karl Theodor und die anderen Reichsräthe, welche gegen die Adresse gestimmt haben, eingeladen worden. Es wurde heute mehrfach bezweifelt, ob Se. Maj. die Deputation der Kammer der Reichsräthe, welche die Adresse überreichen soll, empfangen werde, und man erinnert sich hiebei daran, daß König Max einmal die Entgegennahme einer Adresse der Kammer der Abgeordneten mit dem Beifügen ablehnte, daß Se. Maj. von dem Inhalt der Adresse bereits durch die öffentlichen Blätter Kenntniß genommen habe. (Das war zu einer Zeit, die man wohl nicht als Muster für den heutigen konstitutionellen Usus wird aufstellen wollen, nämlich in der Pfordten-Reigersberg'schen Periode vor dem „Frieden mit dem Volke". Wie soll man es überhaupt möglich machen, daß eine in öffentlicher Sitzung berathene Adresse Geheimniß bleibt? oder soll die Adreßberathung, unter Umständen die wichtigste einer Session, in geheimen Sitzungen vor sich gehen?)

Auch den H.H. Justus v. Liebig und Wilh. v. Kaulbach soll das Ehrenbürgerrecht unserer Stadt demnächst verliehen werden.

Berlin, 29. Jan. In nächster Woche wird das Einberufungspatent für den Reichstag erwartet. Von dem Vorhaben dem Reichstag eine Dienstpragmatik für die Bundesbeamten vorzulegen, welche dem Bundeskanzler eine discretionäre Gewalt über die letzteren verliehe, soll übrigens Abstand genommen

Digitized by Google

worden sein. Die Berufung der preußischen Minister der Finanzen und der Justiz in den Bundesrath ist von den Nationalliberalen sehr wohlgefällig aufgenommen worden, wird aber doch von ihnen nur als eine ganz ungenügende Abschlagszahlung auf ihr Verlangen nach Herstellung verantwortlicher Bundesministerien betrachtet. An Stelle des verstorbenen Präsidentdn Dr. Hermann hat der Fürst von Reuß-Greiz den Regierungsrath Kunze, zum Bevollmächtigten für den Bundesrath ernannt, und aus Oldenburg wurde in gleicher Eigenschaft der Staatsrath Buchholz hingesandt.

Ausland.

Rom, 27. Jan. Cardinal Barnabo ist zum Präsidenten der Commission ernannt worden welche über die Angelegenheiten des orientalischen Ritus u. der apostolischen Mission niedergesetzt ist Gleichzeitig mit dieser Ankündigung erhielten die Väter des Concils in der heutigen allgemeinen Sitzung die Nachricht vom Tode des Erzbischofs von Veracruz, der gestern starb. In der heutigen Versammlung haben sechs Väter das Wort verlangt.

Paris, 29. Jan. Als der Kaiser heute auf der reservirten Terrasse des Tuileriengartens spazieren ging, wurde er von einem Arbeiter insultirt. Die Polizei verhaftete den Thäter sofort. — In die Tuilerien wurden heute aus Anlaß des siebzehnten Jahrestages der Vermählung des Kaisers mit der Kaiserin die intimsten Vertrauten eingeladen. Fürst Metternich wurde ebenfalls zugezogen.

Der französische Justizminister hat ein Circular erlassen, das auch anderwärts als sehr zeitgemäß begrüßt werden dürfte. Er erklärt darin, daß jeder Friedensrichter, der in seinem Gerichtsbezirk sich als Candidaten zum Bezirksrathe oder Municipalrathe aufstellt, oder sich an Wahlagitationen betheiligt, als von seinem Amte abtretend betrachtet werden soll, da er seine Rolle als Vermittler und volksthümlicher Richter, wenn seine Unparteilichkeit auch nur mit einem Scheine von Recht in Zweifel gezogen werden kann, nach der Meinung des Gesetzgebers nicht ausführen könne. Die Befürchtung liegt nur zu nahe, daß der Wunsch nach Erfolg sie zu bedauerlichen Sentenzen oder Concessionen hinreiße und daß nach dem Wahlkampfe der Richter sich nicht ganz der Leidenschaft des Candidaten entäußere.

Neapel, 29. Jan. In mehreren süditalienischen Städten haben die Anhänger der Bourbonen einen Aufstand in Szene zu setzen versucht. Aufrührerische Manifeste wurden angeschlagen. In Salmona wurde ein Arbeiter verhaftet. Man fand Proklamationen des Bourbonistenkomites bei ihm.

Konstantinopel, 29. Jan. Das Serasklerat befahl den verschiedenen Generalgouverneurs, für das nächste Frühjahr 100 Bataillone Redifs kriegsfertig zu machen. Aus Amerika werden die Zündnadelgewehre zur Ausrüstung gesandt werden.

St. Petersburg, 28. Jan. Ein kaiserlicher Ukas ordnet eine Revision des Wechselgesetzes und Bankerottgesetzes, sowie eine Untersuchung behufs Abänderung des Wuchergesetzes an.

Vermischtes.

In Louisianna hat sich ein und, wie es scheint, dort zeitgemäßer Club „der Faullenzer-Club" gebildet. Ein Dollar Strafe muß z. B. das Mitglied zahlen, das mit Jemand auf der Straße spricht ohne sich „anzulehnen."

Ein Kaufmann erhielt vor Kurzem von seinem Bruder einen Brief, welcher im Siegel die Inschrift: „1. Buch der Maccabäer, Kap. 12, V. 18" trug. Der Empfänger war nicht wenig erstaunt, eine Inschrift aus der Bibel auf dem Siegel vorzufinden. Eine Bibel mit den Apokryphen war nicht gleich zur Hand; inzwischen wurde gerathen, wie der Vers wohl heißen könne. Nicht wenig war man erstaunt, später an der bezeichneten Stelle den Vers zu finden: „Und bitten um Antwort."

Ein Industrieriter in München wußte neuestens Geistliche durch die Vorspiegelung, daß er Kelche oder Monstranzen gestohlen und bei Juden versetzt habe, zur Verabfolgung der zur Auslösung angeblich erforderlichen Beträge zu bestimmen, womit der scheinheilige Gauner auf Nimmerwiedersehen verschwand.

Frankf. Coursbericht vom 31. Jan. 1870.

Staatspapiere.				Staatspapiere.			
Preußen.	5%	Oblig.	— G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91 bz
	4½%	=	92⅞ bz.		4	=	84¼ G
	4%	=	83½ P.		3½	=	82¼ P
Frankf.	3½	=	82 bz.	Baden.	4½%	Oblig.	91⅞ bz
Nassau.	4½%	Oblig.	92⅞ G.		4	=	— bz
	4	=	85 bz.		3½	=	81⅞ P
Kurhess.	4	=	— P.	G. Hessen	5%	=	102⅛ P
Bayern.	5%	=	— G.		4%	=	93⅞ P
	4½ 1jhr.	=	91⅛ bz.	Sachsen.	5%	=	100 G
	4½ ½jhr.	=	91⅞ bz.	Brschw.	3½	=	80⅝ P
	4 1jhr.	=	— G.	Oesterr.	4⅛	R.i.S.	58¼ bz
	4 ½jhr.	=	86⅜ G.		4⅛	R.i.P.	49¼ G
	4	Abl.-R.	86⅞ G.		5	Ung. E.-A.	73¼ G
	3½	Obl.	— G.	Nordamerika.	6%	81v.64	95 bz
					5%	Bds 71r v. 61	95¼ bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88⅛ bz
Amsterdam (100fl.)	103⅜ bz		London (10Pf.St.)	119½ bz
Augsburg (100fl)	99⅞ G		Paris (200 Fr.)	94½ bz
Berlin (60thlr.)	105 bz		Wien (100 fl. ö. W.)	96½ bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅛ P		Disconto 4 pCt.	

Anlehensloose.			Aktien.		
3½% preuß. 100thlr.	— G		bad. 35 fl.	57⅛ bz	
kurhess. 40 thlr.	56⅞ bz		großh. hess. 25 fl.	46⅜ bz	
bayr. 100 thlr.	106¼ bz		Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12⅛ G	
			österr. 500 fl. v. 1860	81 bz	
Aktien.			5 öst. Staatsb. 500 frc.	362 G	
3½% b. H. u. W.-B. 500 fl.	— G		4 pfälz. Ludwb. 500 fl	— P	
Oest. Nat.-B. 600 fl.	696 bz		4½ Maxbahn 500 fl	106⅛ bz	
4½% b. Ostbahn 200 fl.	120⅛ bz		4 Nordb. 500 fl.	87⅛ bz	
5 öst. Südb. 500 frc.	234 bz		4 Pf.u.W.-B.-Pf.-Br.	89⅛ G	

Digitized by Google

Fastenpredigten.

Im Verlage des Unterzeichneten sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Clericus, Franz, Predigten für die auf die Feiertage der Fastenzeit fallenden Feste des Gebetes, des Leidens, der heil. Dornenkrone, des heil. Leichentuches des Herrn, der 7 Schmerzen Marias und der hl. 5 Wunden des Herrn, nebst einer „Charfreitags-Predigt." 1865. 8vo. 82 S. geh. 27 kr.

Hoppe, J., Kaplan, Homilien über das Leiden und Sterben unseres Herrn Jesu Christi. Sieben Fastenpredigten, gehalten in der Pfarrkirche zu St. Mathias in Breslau. 1861. gr. 8vo 148 S. geh. 45 kr.

——do. Der h. Kreuzweg. Betrachtungen der vierzehn Kreuzweg-Stationen in 7 Fastenpredigten. 9. 180 S. geh. 54 kr.

Hunolt, F., S. J., weil. Dompred. in Trier, Fastenpredigten. Bearbeitet von F. H. In 8 Cyclen.

1. Die sieben Hauptsünden. 8vo. 84 S. geh. 27 kr
2. Von der Erziehung der Kinder 8vo. 85 S. geh. 27 kr.
3.—5. Von der Buße. 8vo. 256 S. geh. 1 fl. 15 kr.
6.–8. Pflichten der Kinder, Herrschaften und Dienstboten. — Pflichten der Eheleute.—Der Tod Jesu. 8vo. 264 S. geh. 1 fl. 3 kr.

Rütjes, Dr. H., Pfarrer. Die letzten Dinge des Menschen. Sieben Fastenpredigten. 1859. 8vo. 110 S. geh. 38 kr.

——Der ägyptische Joseph. 7 Fastenbetrachtungen. 1862. 8vo. 150 S. geh. 1 fl. 28 kr.

Paderborn.

Ferdinand Schöning.

Im Verlage von Franz Kirchheim in Mainz ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Franco, P. J. J., Simon Petrus u. Simon Magus. Deutsch von F. Schuhmacher. gr. 8o. geh. 42 kr.

Den Lesern der ‚Fabiola' und ‚Kallista' wird diese aus archäologischen Quellen geschöpfte Darstellung aus den Zeiten der ersten christlichen Gemeinde zu Rom gewiß dasselbe Interesse gewähren, wie jene berühmten Romane.

Bolanden, Konrad von, Die Aufgeklärten. Ein Zeitroman. Zweite Auflage. 8o. geh. 2 fl. 42 kr.

Der gefeierte Name des bei allen deutschredenden Katholiken sowohl diesseits wie jenseits des Ozeans so beliebten Verfassers, sowie der Umstand, daß in kurzer Zeit eine 2. Auflage des hier angekündigten Romans nothwendig wurde, bürgen gewiß für die schöne Form, wie für den gediegenen Inhalt des Letztern.

Wasserburg, Philipp, Aus der Ferne. Novellen nach dem Französischem bearbeitet. 8o. geh. 45 kr.

Diese Novellen wurden bereits in mehreren Journalen auf's Günstigste besprochen und sehr warm empfohlen.

(Vorräthig in Bamberg bei Otto Reindl.)

Preuß. Kassensch.	fl. 1. 44⅞—45⅛	Napoleonsd'or	fl. 9. 27—28
Do. Friedrichsd'or	fl. 9. 58—59	Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9. 54—56

Kirchenkalender und † Gottesdienst-Ordnung. †

Mittwoch 2. Febr. Mariä Lichtmeß.
Donnerstag 3. Blasius, Bisch. u. M.
Freitag 4. Andreas Corsini, B.
Samstag 5. Agatha, J. u. M.

Mittwoch den 2. Februar:

St. Martin. ½9 U. Predigt, dann Wachsweihe, hierauf Hochamt. Nachm. 2 U. Predigt und marianische Andacht.

Dom. Festl. Gottesd. zur gewöhnl. Zeit, vor d. Hochamt Wachsweihe.

Obere Pfarre. ½9 U. Predigt, dann Kerzenweihe, dann Hochamt. Nachm. 2 U. musik. Vesper m. Litanei u. hl. Segen.

St. Gangolph. ½6 U. Frühamt, ½9 U. Festpredigt, dann Kerzenweihe u. Prozession in der Kirche u. feierl. Hochamt. Nachm. 2 U. Predigt mit marian. And.

St. Jakob. Früh 6 U. hl. Messe, ½8 U. Militär-Gottesdienst, 10 u. 11 U. heil. Messen. Wachsweihe um 6 u. 10 U.

☞ Die Doppelnummer 4 u. 5 des Fränkischen Unterhaltungsblattes erscheint am Donnerstag Nachm., an welchem Tage wegen des vorhergegangenen Festtages kein Hauptblatt erscheint.

Zu verkaufen

sind fortwährend **Güter** für 80000, 86000 Thaler u. s. w., **Mühlen, Gasthäuser, Brauereien, Apotheken** für 20000 Thaler u. s. w. **Fabriken** rc. durch den Güteragenten

Kühn in Apolda,

der auch solche Besitzungen kauft

Theater-Anzeige.

3. Vorstellung im 7. Abonnement

Die Capuletti und Montecchi

oder

Romeo und Julia

Große Oper in 4 Aufz. von Bellini.

Briefkasten.

☞ Y in M. Auf N. N. hoff. grüß. Alle. ☞ Pf. —n. (Z) Bitte fortsetz. rc. v. dort. D bek. Patr.—

Münchener Börse

vom 31. Jan.	B.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	81½	80¾	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	86	—
4pCt. Grdrenten	86⅞	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107	106¾	107
4½pCt. gzjähr. Obl.	—	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91⅝	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101¼

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 28. Mittwoch, den 2. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

/. I.

(Wahlprüfung; Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse.)

(Schluß.)

Daß das Ergebniß der Ausschußwahlen, wornach von den 54 Mitgliedern der neun Ausschüsse 44 der patriotischen, 1 der Volks- nnd nur 9 der Fortschrittspartei angehören, dieser sehr unangenehm sein mußte, ist um so mehr begreiflich, als diese Partei seit Jahren gewohnt war, die Herrschaft in der Kammer wie in den Ausschüssen zu führen. Doch wäre es sicher nur im Interesse der Partei selbst gewesen, wenn sie ihren Aerger über die erlittene Niederlage in einer weniger heftigeren und anständigeren Weise kundgegeben hätte. Die Vorwürfe, welche die fortschrittliche Presse auch wegen der Ausschußwahlen gegen die Patrioten erhebt, sind durchaus ungerechtfertigt. Vor Allem wiederholen wir, daß die Fortschrittspartei es nur den Ausschreitungen ihrer Presse und der Rücksichtslosigkeit ihrer Abgeordneten zu danken hat, daß sie nicht stärker in den Ausschüssen vertreten ist. Die Patrioten würden ihr, wie sie begonnen, etwa ein Drittel der Stimmen eingeräumt haben. Daß aber die Patrioten sich in jedem Ausschusse die Mehrheit sicherten und deßhalb das Verlangen der Fortschrittler, in einigen Ausschüssen die Mehrheit zugestanden zu erhalten, zurückweisen mußten, das kann ihnen Niemand verargen, am wenigsten die Fortschrittspartei, welche, so lange sie die Mehrheit hatte, gar nicht daran dachte, solche Großmuth gegen die Minderheit zu üben. Ja, die Fortschrittspartei hat am wenigsten Ursache, sich über Rücksichtslosigkeit der Patrioten zu beklagen. Denn eine solche Rücksichtslosigkeit, wie sie sich in der früheren Kammer gegen das kleine patriotische Häuflein erlaubt hatte, dessen Redner kaum mehr das Wort ergreifen konnten, ohne unterbrochen, verlacht und verhöhnt zu werden, wird den Fortschrittlern von den Patrioten sichern nicht gezeigt werden. —

Was die verschiedenen Bedenken der fortschrittl. Presse gegen die Zusammensetzung des Kammerpräsidiums und der Ausschüsse betrifft, so scheinen uns dieselben sehr unbedenklich. So z. B. das Bedenken, daß durch die Wahl des Dr. Weis zum Präsidenten der Kammer, dieser gewissermassen über seinen Herrn, den Minister, dem er als Ministerialrath untergeben, gesetzt sei. Es scheint uns dies gar so außerordentlich verkehrt und schrecklich nicht, als man es uns vormacht. Wir glauben, daß weder Hr Dr. Weis als Ministerialrath, noch Hr. v. Schlör als Minister, sondern beide als Abgeordnete des Volkes in der Kammer sich befinden und ihre Thätigkeit u. Stellung als solche mit ihrem sonstigen Amte und Stellung gar nichts zu schaffen habe.

Bezüglich des weitern Bedenkens der Fortschritts-Presse darüber, daß sie sich in den Ausschüssen so viele Neulinge, das heißt solche Mitglieder befinden, die zum ersten Male dieses Amt zu begleiten haben, so glauben wir, daß die zu diesen allerdings wichtigen und schwierigen Posten nöthige Kenntniß und Erfahrung sicher die gewählten patriotischen Mitglieder in hinreichendem Maße besitzen werden und daß sie bei ihrem regen Eifer für des Volkes Wohl auch über die etwaigen geschäftlichen Schwierigkeiten leicht Herr werden dürften. Wir vertrauen wenigstens, daß die Anträge und Gutachten dieser Neulinge dem Volke mehr Heil und Segen bringen werden, als es die der wohl geschäftsgeübten aber in ihre falschen liberalen Ideen verrannten Fortschritts-Männer seit Jahren vermocht haben.

Von den Schmähungen und Verdächtigungen, von dem Hohne und Spotte gegen die Gegner, worin die Fortschrittspresse ihrem Aerger über die Präsidiums- und Ausschußwahlen Luft macht, schweigen wir lieber ganz! Da aber die Fortschrittsblätter in weit höherem Grade von den fortschrittlichen Abgeordneten abhängig sind, deßhalb auch ihre Auslassungen in weit höherem Grade nur der Ausdruck der Gesinnung und Stimmung dieser sind, als dies auf patriotischer Seite der Fall ist, so müssen wir auch diese Ausschreitungen ihrer Presse um so mehr den Fortschrittlern in der Kammer zurechnen, weil sie selbst bei verschiedenen Gelegenheiten hiezu das Beispiel gegeben haben. Nur ein Beispiel. Die Mitglieder des Wahlausschusses hatten zur Erleichterung und Vereinfachung der Prüfung der Wahlen die Arbeit nach Kreisen unter sich vertheilt, so daß der Eine die

Digitized by Google

die Wahlen des Kreises Oberbaiern, ein Zweiter die des Kreises Niederbaiern u. s. s. zur Prüfung übernahm. Da wollten es nun die fortschr. Abgeordneten sehr bedenklich finden, daß diese Mitglieder die ihnen Behufs Prüfung der Wahlen übergebenen Wahlzettelpakete allein, für sich geöffnet hatten, — als ob auch nur einem dieser Männer eine Fälschung, ein Betrug zugetraut werden konnte! Deßhalb folgt die Fortschrittspresse nur ihren Herren und Meistern, wenn sie durch die natürlich erlogene aber perfide Bemerkung bei Besprechung der Präsidentenwahlen: „Die Patrioten hätten Anstand genommen, den patriotischen Abgeordneten Dr. Karl Barth zum 2. Sekretär zu wählen, weil mit dieser Stelle das Kassawesen verbunden wäre", einen durchaus ehrenwerthen Mann schmachvollem Verdachte aussetzte.

Hieher gehört auch die immer wiederholte Verdächtigung einzelner Angehörigen der patr. Partei, z. B. des Dr. Weis, Schleich ꝛc., als seien dieselben fahnenflüchtig geworden, d. h. von ihrer früheren Partei abgefallen Gewiß sind diese Männer noch gerade so liberal wie früher; daß sie jetzt auf Seite der Patrioten stehen, erklärt sich leicht daraus, daß sie auf diese Seite mehr wahren Liberalismus, mehr wahre Freiheit, deshalb auch mehr Hoffnung für das Heil des Volkes sehen, als auf der sogenannten liberalen Seite. Nicht sie sind es also, die ihre Grundsätze geändert haben. Einer Versöhnung der patr. Kammermehrheit durch die Fortschrittspresse, daß nämlich die Patrioten nur deßhalb auch einige Fortschrittler in die Ausschüsse gewählt habe, weil sie in der eigenen Partei nicht Leute genug habe, die gut lesen und schreiben können, — haben wir bereits erwähnt. In ähnlich höhnischer Weise bezweifelt sie jetzt die Leistungsfähigkeit der gewählten patriotischen Ausschüsse und benützt den Umstand, daß eilf Geistliche Mitglieder in demselben sind, zu dem wohlfeilen Spotte, „daß es ihnen da wenigstens an geistlichem Troste nicht fehlen werde." Daß die Fortschrittler auf die Geistlichen nicht gut zu sprechen sind, verdenken wir ihnen nicht, da sie in denselben mit Recht die Hauptursache ihrer Niederlage sehen. Daß aber die in die Kammer und ebenso die in die Ausschüsse gewählten katholischen Geistlichen, sei es in allgemeiner oder besonderer Bildung, oder Talent, oder Eifer für das allgemeine Beste keinem Fortschrittsmanne aus dem Wege zu gehen brauchen, möchte leicht zu beweisen sein. Deßhalb sollen die Herren Fortschrittler ihren Spott nur für sich behalten und vor Allem bedenken, daß eine Partei, die durch solche Mittel, wie die geschilderten, an dem siegreichen Gegner sich zu rächen sucht, sich selbst schändet.

Diesem Treiben der Fortschrittspartei gegenüber bestätigen wir mit wahrem Vergnügen die Haltung der patriotischen Abgeordneten. Sowie sich dieselben den schon vor Einberufung der Kammer vielfach angewendeten Lockungen und Einschüchterungen völlig unzugänglich zeigten, so machten sie auch nach Einberufung der Kammer bei den bisherigen Verhandlungen alle Versuche ihrer Gegner sie zu spalten, oder durch Hohn und Spott, durch Schmähungen und Verdächtigungen wenigstens Einzelne zurückzuschrecken, zu Schanden. Fest, wie ein Mann standen die 80, unbeirrt von allen Angriffen der Gegner, hochhaltend ihre Fahne mit dem Wahlspruche: Alles für Baierns Volk und seinen König. Deßhalb geben die bisherigen Verhandlungen der Kammer, die Prüfung der Wahlen, die Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse dem patr. Volke Baierns die frohe Gewißheit, daß es sein Geschick treuen Händen anvertraut habe.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 1. Febr.

In der heutigen 4. Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurden die Adreßdebatten fortgesetzt. Föckerer, Freiherr v. Stauffenberg, Dr. v. Schauß, Herz und Dr. Frankenburger erklärten sich gegen die Adresse der Majorität des Ausschusses und gegen die Bestrebungen der patriotischen Partei, Dr. Krätzer für Beides. Kolb spricht gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund, für Aufhebung des gegenwärtigen Militärverfassungsgesetzes und für Verminderung der Militärlast und gegen ein neues Militäranlehen.

In der heutigen 2. öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe wurden die von dem Entschuldigungs-Ausschusse bezüglich der Beurlaubung abwesender Mitglieder gefaßten Beschlüsse angenommen. Hienach sind 16 Mitglieder des Hauses für die Dauer des Landtags und 9 auf kürzere Zeit beurlaubt. Von dem 1. Präsidenten Freiherrn von Stauffenberg wurde Vortrag erstattet über die Legitimation des Grafen von und zu Giech, welcher das Alter für den Eintritt in die Kammer ohne Stimmrecht hat. Ein weiterer auf die Tagesordnung befindlicher Gegenstand wurde vertagt.

Der „Allg. Ztg." wird aus München 30. Jan. geschrieben: Nach zuverlässigen Mittheilungen ist der König entschlossen, weder die Adreß-Deputation der Reichsräthe noch die Adresse derselben anzunehmen, und soll gesonnen sein, letztere mittelst eines besonderen Erlasses zurückzuweisen. Fürst Hohenlohe machte heute Versuche den König zur Annahme der Adresse zu bewegen. Alle Staatsminister und sämmtliche Reichsräthe, welche gegen die Adresse gestimmt haben, wurden heute zur königlichen Tafel gezogen. Den Prinzen, welche gegen die Minister Opposition machten, wurde, dem Vernehmen nach, von Sr. Maj. ein Verweis ertheilt, und es soll JJ. kk. HH. den Prinzen Otto, Ludwig und Leopold die Weisung zugegangen sein, bis auf weiteres nicht mehr bei Hof zu erscheinen.

Digitized by Google

Die Gemeindeverwaltungen Metting, Leiblfing, Obersünzing, Hüttenkofen, Eschelbach, Schwimmbach und Härling haben an die Kammer der Abgeordneten Bittgesuche um eine andere die Oekonomiebesitzer weniger bedrückende Steuerregulirung gerichtet. Die sämmtlichen Petitionen hat sich der Abgeordnete Lucas angeeignet.

Von den Abgeordneten Herz und Genossen wurde ein Antrag auf Vorlage eines Gesetzentwurfs Abschaffung der Todesstrafe als Strafart betr., eingebracht.

Die Abgeordneten Dr. Frankenburger und Genossen haben einen Antrag auf Revision des Edictes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Juni 1848 und des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 27. März 1850 gestellt.

Die Deputation der Reichsräthe zur Uebergabe der Adresse ist vom König **nicht** empfangen worden. (Zu Mitgliedern der Deputation waren außer den beiden Präsidenten durch das Loos bestimmt: Graf Deroy, Graf Quadt, Fürst von Oettingen-Spielberg, Frhr. von Frankenstein, Fürst Wrede und Graf Törring.)

Die Frkft Ztg. läßt sich aus München schreiben: Der König von Bayern hat in einer sehr auffallenden Weise den Anhängern des Fürsten Hohenlohe im Reichsrath seine Sympathie zu erkennen gegeben. Es ist das die gelindeste Bezeichnung für die ostentatiöse Einladung, durch die Ludwig II. gestern die 12 Reichsräthe, welche gegen die Adresse stimmten, sammt den Ministern an die Hoftafel gezogen. Der König ist damit aus seiner Stellnng über den Parteien herausgetreten und darf man jetzt wohl annehmen, daß ein erneuertes Entlassungsgesuch der Minister, auch wenn beide Kammern sich noch so entschieden gegen sie aussprechen, bei der bayerischen Majestät abermals keine Beachtung finden wird. Die Situation wird dadurch jedenfalls nicht vereinfacht, auch wird die gestrige Hoftafel schwerlich zu der vom König so gewünschten Beruhigung der Leidenschaften beitragen. Mittlerweile hat am Samstag auch in der zweiten Kammer die Adreßdebatte begonnen und wurde gleich am ersten Tage mit solcher Heftigkeit geführt, daß die Redner sich gegenseitig der Lügenhaftigkeit und der politischen Kannegießerei beschuldigten Fürst Hohenlohe vertheidigte seine Politik und nannte den Südbund deßhalb eine Unmöglichkeit, weil Württemberg nimmer zugeben werde, daß seine Selbstständigkeit zu Gunsten Bayerns beschränkt werde. Es scheint demnach, als denke sich der Fürst den Südbund einfach als eine bayerische Auflage des Nordbundes. Exminister v. Hörmann vertheidigte seine Wahlbezirkseintheilung damit, daß er sich, Bismarck copirend, für einen Gegner von „kleinlichen Mitteln" erklärte. Die Redner der Patrioten betonten namentlich die deutsche Frage und suchten darzulegen, wie die Politik des Fürsten Hohenlohe die Selbstständigkeit Bayerns gefährde. Für diese letztere haben die Fortschrittler bekanntlich kein besonderes Interesse, desto mehr liegt ihnen, wenn man ihren Worten trauen darf, die Selbstständigkeit des Königs am Herzen. Wenigstens warf Herr Völk den Patrioten vor, daß sie durch Wort und Beispiel das Ansehen der königlichen Majestät gefährdeten. Wie die königliche Majestät bei dem von ihm befürworteten Eintritt in den Nordbund fahren wird, ließ Redner freilich unerörtert. Interessant ist es übrigens, daß Völk offen den Eintritt Bayerns in den Nordbund verlangte. Verblümt thut dies auch der von Umbscheiden ausgearbeitete Adreßentwurf, in welchem der Passus über die deutsche Frage durch seine Kautschuknatur an die Blüthezeit des Nationalvereins erinnert.

Berlin, 1. Febr. Die Vertagung des Landtags bis nach Schluß des Reichstags ist beschlossen. Der Landtags wird nächstens darüber Vorlagen erhalten.

Ausland.

Bern, 1. Febr. Die Bundesversammlung wählte Ceresole aus Waadt mit 83 Stimmen zum Mitgliede des Bundesraths, Borel aus Neuenburg erhielt 66, Ruchonnet aus Waadt 55 Stimmen. Zum Bundespräsidenten wurde Dr. Dubs aus Zürich, zum Vizepräsidenten Schenk aus Bern gewählt.

Frankf. Coursbericht vom 1. Feb. 1870.

Staatspapiere.			Württbg. 4½% Obl.	91	bz
Preußen. 5% Oblig.	—	G.	4 "	84½	G
4½% "	92⅞	bz.	3½ "	82½	P
4% "	83⅛	P.	Baden. 4½% Oblig.	91⅞	bz
Frankf. 3½ "	82	bz.	4 "	—	bz
Nassau. 4½% Oblig.	92⅞	G.	3½ "	81⅞	P
4 "	85	bz.	G. Hessen 5% "	102½	P
Kurhess. 4 "	—	P.	4% "	93⅞	P
Bayern. 5% "	—	G.	Sachsen. 5% "	100	G
4½ 1jhr. "	91⅞	bz.	Brschw. 3½ "	80⅝	P
4½ ½jhr. "	91⅞	bz.	Oesterr. 4⅛ R.i.S.	58½	bz
4 1jhr. "	86⅜	G.	4⅛ R.i.P.	49⅝	G
4 ½jhr. "	86⅜	G.	5 Ung. E.-A.	73½	G
4 Abl.-R.	86⅞	G.	NAermika. 6% 81v.64	95	bz
3½ Obl.	—	G.	5% „Bds 71r v. 61	95⅛	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.		Hamburg (M.-B. 100)	88½	bz
Amsterdam (100fl.)	103¾ bz	London (10Pf.St.)	119⅛	bz
Augsburg (100fl)	99⅞ G	Paris (200 Fr.)	94½	bz
Berlin (60thlr.)	105 bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96⅛	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅛ P	Disconto 4 pCt.		

Anlehensloose.		bad. 35 fl.	57½	bz
3½% preuß. 100thlr.	— G	großh. hess. 25 fl.	46⅞	bz
kurhess. 40 thlr.	56⅜ bz	Ausb.-Gunzenhsn 7 fl.	12⅛	G
bayr. 100 thlr.	106½ bz	österr. 500 fl. v. 1860	81	bz

Aktien.		5 öst. Staatsb. 500frc.	362	G
3½% b. H.u.W.-B. 500fl.	— G	4 pfälz. Ludwb. 500fl	—	P
Oest. Nat.-B. 600fl.	696 bz	4½ Maxbahn 500fl	106½	bz
4½% b. Ostbahn 200fl.	120⅛ bz	4 Nordb. 500 fl.	87⅛	bz
5 öst. Südb. 500 frc.	234 bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	89⅛	G

Digitized by Google

Für die herannahende heil. Fastenzeit erlaubt sich der Unterzeichnete einem hochw. kathol. Clerus und Kirchenverwaltungen seine direkt auf Leinwand gemalten

Kreuzweg-Stationen

nach den berühmtesten Compositionen mit sehr schönen kirchlichen Rahmen und Aufsätzen versehen unter nachfolgenden Größen und Preisen bestens zu empfehlen.

			mit Rahmen	ohne R.
1.	Größe 53 Zoll Höhe u. 39 Zoll Breite	(Bildergröße)	620 fl.	459 fl.
2.	„ 43 „ „ 32 „ „	„	470 fl.	340 fl.
3.	„ 36 „ „ 26 „ „	„	330 fl.	230 fl.
4.	„ 28 „ „ 22 „ „	„	230 fl.	160 fl.
5.	„ 23 „ „ 16 „ „	„	170 fl.	120 fl.
6.	„ 18 „ „ 11 „ „	„	140 fl.	90 fl.

Ebenso auch Kreuzwege für kleinere Kirchen und Kapellen zu 70 und 100 fl., Altar-Oelberg und sonstige Heiligenbilder, hl. Gräber, Figuren geschnitzt und in Massa, sehr schön gefaßt und vergoldet, zu den billigst berechneten Preisen.

Alle diese obenerwähnten Gegenstände sind vorräthig und werden auf Verlangen Probestationen und Zeichnungen gefälligst zugestellt, sowie nach vorhergegangenem Uebereinkommen jede beliebige Ratenzalung angenommen. Anerkennungen von hochw. bischöfl. Ordinariaten und andern hochw. geistl. Stellen stehen bereitwilligst zu Diensten.

Geneigten Aufträgen entgegensehend, empfiehlt sich achtungsvollst

Krombach, Maler in München,
Müllerstraße Nr. 48½.

(9 bay. Zoll 22 Centimeter.)

Fastenpredigten.

Im Verlage des Unterzeichneten sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Clericus, Franz, Predigten für die auf die Feiertage der Fastenzeit fallenden Feste des Gebetes, des Leidens, der heil. Dornenkrone, des heil. Leichentuches des Herrn, der 7 Schmerzen Marias und der hl. 5 Wunden des Herrn, nebst einer „Charfreitags-Predigt." 1865. 8vo. 82 S. geh. 27 kr.

Hoppe, J., Kaplan, Homilien über das Leiden und Sterben unseres Herrn Jesu Christi. Sieben Fastenpredigten, gehalten in der Pfarrkirche zu St. Mathias in Breslau. 1861. gr. 8vo. 148 S. geh. 45 kr.

——do. Der h. Kreuzweg. Betrachtungen der vierzehn Kreuzweg-Stationen in 7 Fastenpredigten. 9. 180 S. geh. 54 kr.

Hunolt, F., S. J., weil. Dompred. in Trier, Fastenpredigten. Bearbeitet von F. H. In 8 Cyclen.

1. Die sieben Hauptsünden. 8vo. 84 S. geh. 27 kr
2. Von der Erziehung der Kinder 8vo. 85 S. geh. 27 kr.
3.—5. Von der Buße. 8vo. 256 S. geh. 1 fl. 15 kr.
6.—8. Pflichten der Kinder, Herrschaften und Dienstboten. — Pflichten der Eheleute.—Der Tod Jesu. 8vo. 264 S. geh. 1 fl. 3 kr.

Rütjes, Dr. H., Pfarrer. Die letzten Dinge des Menschen. Sieben Fastenpredigten. 1859. 8vo. 110 S. geh. 38 kr.

——Der ägyptische Joseph. 7 Fastenbetrachtungen. 1862. 8vo. 150 S. geh. 1 fl. 28 kr.

Paderborn.

Ferdinand Schöningh.

Grundbesitzungen

jeder Art übernimmt fortwährend zum Kauf u. Verkauf ꝛc. der Güteragent

Kühn in Apolda.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

Stuttgarter-Loose

á Stück 35 kr.

1	Gewinn zu		14000 fl.
1	do		7000 fl.
1	do		3000 fl.
1	do		1756 fl.
2	do zu 875 fl. — kr.		1750 fl.
10	do zu 180 fl. — kr.		1800 fl.
20	do zu 87 fl. 30 kr.		1750 fl.
30	do zu 52 fl. 30 kr.		1575 fl.
100	do zu 35 fl. — kr.		3500 fl.
200	do zu 17 fl. 30 kr.		3500 fl.
500	do zu 7 fl. — kr.		3500 fl.
934	do zu 3 fl. 30 kr.		3269 fl.
13200	do zu 1 fl. 45 kr.		23000 fl.
15000	Gewinne.		70100 fl.

Ziehung am 1. März 1870.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc. Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen beförderт

prompt, reell, extract, discret

in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original - Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.
Zeitungs-Catalog gratis und franco.

Schrannenmittelpreise.

Dat.	Ort	Weiz.	Korn	Gerste	Hbr.
29.	Amberg	14.07	12.45	12.29	8.10
29.	Schweinfurt	17.11	13.17	14.20	8.36
29.	München.	17.46	11.18	13.10	7.27
29.	Regensburg.	15.48	12.05	11.45	7.55
28.	Augsburg.	17.18	11.43	12.41	7.17
29.	Bamberg.	17.23	13.14	13.58	9.—
26.	Straubing.	16.26	11.30	11.01	7.—
29.	Nördlingen.	16.37	11.36	12.20	7.41
28.	Landshut	14.59	11.15	11.05	7.20
27.	Erding	16.26	10 28	11.45	6.47
26.	Bayreuth	16.12	12.42	13.06	0.—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 29. Freitag, den 4. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

*/.

II.

Die Adreßdebatte in der Kammer der Reichsräthe.

Die Adreßdebatte in der Reichsrathskammer am 28. Januar erscheint uns als ebenso entscheidend für das Geschick unsers lieben Bayernlandes in dieser trüben Zeit, als für das der hohen Kammer selbst. Wenn nach der Rede, welche der 2te Präsident derselben nach seiner Wahl unter dem Beifall der Reichsräthe gehalten, in der er besonders den Geist der Versöhnlichkeit empfahl, viele ängstliche Gemüther fürchten mochten, daß es die hohe Kammer der Reichsräthe an einer kräftigen Verurtheilung des von dem bisherigen und noch bestehenden Ministerium befolgten Systems möchte fehlen lassen, so ist diese Furcht gründlich beseitigt worden. Schon die von dem Präsidenten, des protestantischen Oberkonsistoriums Hrn v. Harleß, verfaßte Adresse führte eine so entschiedene, patriotische Sprache, daß kein Patriot in Baxern sie kräftiger hätte führen können. Daß diese Adresse im Adreßausschusse der Reichsrathskammer mit großer Mehrheit angenommen wurde, konnte schon über die Stimmung in diesem hohen Hause die froheste Erwartung eines jeden guten Bayern erwirken. Dennoch gestehen wir, daß diese unsere Erwartung durch die Adreßdebatte am 28. Januar in der Reichsrathskammer noch übertroffen worden ist.

Schärfer, vernichtender konnte die innere und äußere Politik des Ministeriums Hohenlohe nicht verurtheilt werden, als es durch die Reden des H. von Harleß, Frhr. v. Thüngen u. H. v. Bomhard, soweit wir dieselben durch die Mittheilungen der Blätter kennen, geschehen ist.

Den Angriff gegen das Ministerium eröffnete Frhr. v. Thüngen, der 2te Präsident der Reichsrathskammer, der in dieser denkwürdigen Sitzung gezeigt hat, daß es ihm neben dem Geiste der Versöhnung, dem er bei seinem Amtsantritt gezeigt, auch an schneidiger Energie dem, was er für falsch und volksnachtheilich halte entgegenzutreten, nicht fehle. Derselbe wendete sich vorerst gegen die äußere Politik des Fürsten Hohenlohe resp. seines ganzen Ministeriums. Er bestätigte, daß im bnyerischen Volke ein tiefes Mißtrauen gegen diese Politik herrsche und zeigte, daß dieses Mißtrauen vollkommen gerecht sei. Wohl habe Fürst Hohenlohe in seinen Erklärungen und Programmen immer den festen Willen des Ministeriums, die Selbstständigkeit Bayerns auch gegen Preußen zu wahren, betont, aber leider bestätigen die Thatsachen diesen Willen nicht.

Als solche Thatsachen führt Redner 1) die Haltung der beiden Minister Hohenlohe und Schlör beim Zollparlamente an, wo sie statt mit der Mehrheit der süddeutschen Abgeordneten *gegen* — mit den Preußen *für* solche Anträge stimmten, die sogleich oder in den Folgen die Selbstständigkeit Bayerns gefährden mußten. 2. gilt ihm als solche Thatsache die Haltung des Ministeriums bei den Wahlen. Er zeigt mit Recht darauf hin, daß wenn es dem Ministerium Ernst gewesen wäre mit der Bewahrung der Selbstständigkeit Bayerns, es auch bei dem Wahlkampfe auf jene Seite sich hätte stellen und für jene Partei hätte kämpfen müssen, die am Entschiedensten die Selbstständigkeit Bayerns verlangte, das sei aber die patr. Partei gewesen. Dagegen habe sich das Ministerium bei den Wahlen auf die Seite jener Partei gestellt, welche offen den Anschluß an Preußen verlangt, nämlich auf Seite der Fortschrittspartei. Dadurch habe das Volk mißtrauisch werden müssen. Bezüglich dieser letzteren Thatsache versuchte Fürst Hohenlohe gar keine Wiederlegung, so unwiederlegbar ist dieselbe; aber auch die andere wegen seiner Haltung beim Zollparlament war so beschwerend, daß er möglichst schnell mit einigen nichtssagenden Worten darüber hinwegzukommen suchte. Er versuchte zugleich den schlimmen Eindruck, den diese Thatsachen machen mußten, dadurch zu verwischen, daß er in langer Rede die guten Absichten und klugen Rathschläge die er für Bayern gehabt und gegeben, *bevor* er Minister war, darlegte, was schon deshalb die gewünschte Wirkung nicht haben konnte, weil er selbst zugestehen mußte, daß als er Minister geworden, davon Nichts zur Ausführung kam, freilich wie er erklärte, weil es nicht mehr möglich war. Die Behauptung des Fürsten hiebei, daß er den im Prager Frieden vorgesehenen Bund der süddeutschen Staaten Bayern, Würtemberg, Baden eifrigst ange-

Digitized by Google

strebt habe, Würtemberg und Baden aber nicht gewollt hätten, und daß er für Verbindung des Südens mehr gethan habe als ein anderer Minister wird angesichts der bekannt gewordenen Thatsachen bei Vielen stark bezweifelt werden.

Nicht glücklicher waren die Minister Pfretzschner und Schlör in der Vertheidigung des Ministeriums. Einen eigenthümlichen Eindruck machte es schon, dieselben einerseits aufs Stärkste die Solidarität (Uebereinstimmung und gemeinsame Verantwortlichkeit) des ganzen Ministeriums betonen und andererseits sie wieder klagen zu hören, daß sie auf Gebieten angegriffen würden, die sie nichts angingen. Recht naiv war die Vertheidigung Schlörs wegen seiner Haltung beim Zollparlamente, wenn er bemerkte, daß er der Weinsteuer beigestimmt habe, weil er gewußt habe, daß sie doch verworfen werde, und der Tabaksteuer weil er — schon früher damit einverstanden gewesen.

In der Entgegnung auf die Vertheidigung des Fürsten Hohenlohe weißt Frh. von Thüngen vorerst die Behauptung desselben zurück, die Reichsraths-Kammer sei immer mit der Haltung des Ministeriums einverstanden gewesen. Die Zustimmung zum Handelsvertrage (worauf die Hohenlohe'sche Behauptung, wohl hindeutete) sei vom Reichsrathe nur des Friedens im Lande wegen ertheilt worden. Hierauf unterzieht er nochmals das Verhalten des Ministeriums bei den Wahlen einer verurtheilenden Kritik, und weist die Behauptung Schlörs: „ein patriot. Ministerium könne den Frieden im Lande nicht herstellen, weil die patriot. Partei keine entschiedene Mehrheit im Volke habe," mit der Bemerkung zurück, daß diese entschiedene patriot. Mehrheit allerdings im Volke vorhanden sei und daß sie auch bei dem Wahlergebnisse sich gezeigt haben würde, wenn nicht die Minister ihren ganzen Einfluß dagegen gemacht hätten. (Ftjtzg. f.)

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 3. Febr

In der heutigen 5. öffentl. Sitzung wurde die Adreßdebatte fortgesetzt. Fürst Hohenlohe gibt zunächst die Versicherung, daß die preußische Regierung nie erklärt habe, daß sie von den Süddeutschen Staaten einen Eintritt in den Nordbund verlange, sondern daß sie es denselben anheimstellt, ob wann und unter welchen Bedingungen, sie eine Verbindung mit dem Nordbund anstreben. Die preußische Regierung werde unseren Vorschlägen entgegenkommen. Fürst Hohenlohe findet es aber nicht im süddeutschen Interesse gelegen, daß solche Vorschläge einseitig von Bayern gemacht werden. Daher müsse Bayern die nationale Verbindung mit dem Norden nur vereinigt mit den übrigen süddeutschen Staaten anstreben. Eine Basis aber zu diesem gemeinsamen Vorgehen der süddeutschen Staaten zu schaffen, erfordere große Arbeit und könne nur langsam geschehen. Gymnasialprofessor Sörgel aus Erlangen spricht sich gegen den Adreßentwurf, für den sofortigen Eintritt Bayerns in den Nordbund aus. Pfarrer Mahr aus Ebermannstadt kritisirte das gerichtliche Verfahren, welches gegen ihn wegen Beleidigung des Fürsten Hohenlohe eingeleitet worden ist. Fischer vertheidigte den Standpunkt des Ministeriums. Dr. Huttler aus Augsburg sprach im Interesse des Friedens und der Versöhnung, hielt aber das Mißtrauensvotum aufrecht. Gutsbesitzer Freiherr von Hafenbrädl und Pfarrer Phahler besprachen die Bauernvereine und den Vorfall in Auerbach und was sich daran geknüpft hat, wogegen von Hörmann sich veranlaßt sah, mehrere Angriffe von Seite dieser Herren auf seine Amtsführung zurückzuweisen. Schluß der Sitzung um 3¼ Uhr. Morgen Fortsetzung der Debatte. —

Für die allgemeine Adreßdebatt sind noch 7 Redner eingeschrieben, darunter Ruland, Fischer, Sörgel, Wastermayer, so daß dieselbe morgen kaum zu Ende gelangen wird.

Graf Moy, der Oberstceremonienmeister hat dem 1. Präsidenten der Reichsrathskammer folgendes an ihn gerichtetes k. Schreiben übersendet: „Die Adresse der Kammer der Reichsräthe hat durch prinzipielle Angriffe auf den Gesammtstand des gigenwärtigen Ministeriums ohne jede thatsächlich oder gesetzlich greifbare Begründung dem Geiste der Versöhnung nicht entsprochen, welchen ich in meiner Thronrede der Landesvertretung entgegengebracht habe, und hiedurch die Möglichkeit ihrer Annahme für Mich ausgeschlossen. Uebrigens werde Ich deßhalb nicht vermeiden, dem Lande die durch das Uebermaß der Parteibewegung gestörte Ruhe wieder zu geben. Von dieser meiner Entschließung ist der erste Präsident der Kammer der Reichsräthe sofort zu verständigen. München, 1. Febr. 1870. (Gez.) Ludwig.

Der König wird sicherem Vernehmen nach auch die Adresse der Kammer der Abgeordneten nicht annehmen.

Nicht allen Mitgliedern des königlichen und herzoglichen Hauses, welche für die reichsräthliche Adresse stimmten, ist der Zutritt bei Hof untersagt worden, wohl aber dem Prinzen Luitpold und seinen Söhnen Ludwig und Leopold.

Wien, 31. Jan. Dem Vernehmen nach ist der Gang, welchen die Dinge in Bayern genommen, für die dortige Regierung eine Veranlassung gewesen, sich vertraulich über die Stellung zu informiren, welche Oesterreich derjenigen Frage gegenüber einnehmen werde, die den Kernpunkt der Lage bildet — der deutschen Frage. So viel ich höre, hat man sich diesseits ohne Zögern dahin ausgesprochrn: daß das Interesse Oesterreichs an den in Deutschland noch offen gebliebenen Fragen lediglich in dem Wunsche wurzle, keine Zustände geschaffen zu sehen, welche den allgemeinen Frieden gefährden könnten, daß es aber übrigens angesichts jener Fragen sich auf

Digitized by Google

den Standpunkt vollständiger Enthaltung gestellt habe und diesen Standpunkt streng festzuhalten entschlossen sei.

Wien, 2. Febr. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht amtlich die Ernennung des Ministers Hasner zum Ministerpräsidenten des Feldmarschallleutenants Wagner zum Landesvertheidigungs-Minister, sowie der Abgeordneten Banhans zum Ackerbauminister und Stremayer zum Kultus- und Unterrichtsminister. Die übrigen Minister bleiben im Amte.

Ausland.

Paris, 1. Febr. Keratry kündigt eine Interpellation über die Nothwendigkeit an, die bestehenden Gesetze über den Jesuitenorden und andere religiöse Genossenschaften in Anwendung zu bringen.

St. Petersburg, 3, Febr. Das Journal de St. Petersburg dementirt die Nachricht wonach die jüngste russische Anleihe mit der Orientfrage, beziehungsweise mit Verhandlungen der Mächte über die Concentration türkischer Truppen an der montenegrinischen Gränze in Verbindung stünde. In der Orientfrage hegen aue Großmächte den Wunsch nach Frieden. Diesem einstimmigen, mit der nöthigen Energie ausgedrückten Wunsche gegenüber könne die türkische Regierung nicht muthwillig eine Krisis hervorrufen, welche ihrem eigenen wie dem Interesse Europa's zuwiederlaufen würde.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentl. Magistratssitzungen vom 1. d. M.

Die von der k. Baubehörde Haßfurth liquidirten Projektirungskosten einer neuen Distrikts-Straße zwischen Trezendorf u. Schleichach seien, soweit sie die Bürgerspitalstiftung betreffen, à conto derselben zu bezahlen u. zu verrechnen. — Behufs Anschaffung nöthiger Requisiten für die hiesige Feuerwehr sei im Communetat pro 1870 der Betrag von 200 fl einzusetzen. — Durch k. Regg.-Entschließg. wurde die Leistung von Abgaben für Benützung der neuvergebenen Bänke in der Fleischverkaufshalle, wie sie von den städtischen Gremien normirt worden war, bestätigt. — Laut k. Regg.-Entschl. besteht gegen das Schuldentilgungs-Rechnungswesen der hiesigen Stadtgemeinde pro 1868 keine Erinnerung, was mit Befriedigung aufgenommen wird. — Verehelichungs-Gesuche werden genehmigt für die HH. Gärtner Carl Förtsch (Heim. Geb. 36 fl.) u. Häcker Peter Hofmann (Heim. Geb. 36 fl.) — Das Bürgerrecht sei zu ertheilen den H.H. Magazinier E. Stenger (Aufnahmsgebühr 100 fl.) u. dem Fabrikarbeiter J. Eberlein (Aufn. Geb. 100 fl.) — Laut k. Regg.-Entschließung hat das k. Staats-Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten die Betheiligung des hiesigen Gewerbvereins an dem bayr. Gewerbsmuseum mit 500 fl. Antheilscheinen genehmigt, was demselben eröffnet werden soll. Die Stadtkämmerei wurde angewiesen über den Stand der Communkassa zu berichten, um hienach die Betheiligung der Stadtgemeinde an dem erwähnten wichtigen und gemeinnützigen Unternehmen bemessen zu können. — Die Mittheilung des hiesigen Armenpflegschaftsrathes über seine stattgehabte Constituirung dient zur Nachricht; dessen gleichzeitigem Ersuchen um Bekanntgebung sämmtlicher dahier bestehenden Privatwohlthätigkeitsvereine behufs gemeinschaftlichen Zusammenwirkens der öffentlichen und freiwilligen Armenpflege sei zu entsprechen. — Das vom k. Stadtgerichte übermittelte Curatelvermögen von 384 fl. 30 kr. der im Hause der Unheilbaren untergebrachten Anna Hablitz sei nebst Zinsen als Fundationszufluß für die Stiftung zu vereinnahmen. — Durch k. Regg.-Entschließg. wurde anerkannt, daß die für den Fall von Rotzkrankheit unter den Pferden gegebenen Vorschriften durch den Stadtmagistrat aufs Genaueste erfüllt worden seien. — Eine Mittheilung der k. Stadtkommandantschaft im Betreffe der Vermehrung des Feuerpiquets und der Bewachung der städtischen Kassen durch Militärposten wurde mit Anerkennung aufgenommen u. beschlossen, dem Ausschuß der Feuerwehr hievon gleichfalls Kenntniß zu geben. — Auf die erstattete Anzeige wegen beabsichtigter Bildung eines s. g. freien Vereins der hiesigen und der Landmetzger sei den Antragstellern zu eröffnen, daß sie vor Allem nach Vorschrift die Statuten des zu gründenden Vereins vorzulegen und die Vorstandschaft namhaft zu machen haben. — Die Baugesuche des Hopfenhändlers H. Isidor Dessauer, Erbauung eines Wohnhauses an der Sophienstraße betr. u. des Fabrikanten H. Wicking Anbau einer Trockenhalle in seinem Fabrikgebäude betr. seien unter den im technischen Gutachten festgestellten Bedingungen zu genehmigen. — Auf Antrag des Maurermeisters H. Dennefeld wurde gemäß technischen Gutachtens die Absperrung der verlängerten Franz-Ludwigstraße für Fuhrwerke auf die Dauer der Ausmauerung der Fundamente der dortigen Neubauten verfügt. — Laut k. Regg.-Entschließg vom 28. v. M. haben die über die Handhabung der hiesigen Detektiv-Polizei (worüber in N. 21 des Nürnberger Anzeiger Beschwerde geführt worden war) vorgelegten Aktenstücke zur befriedigenden Einsicht gedient, was mit Genugthuung aufgenommen wird.

Frankf. Coursbericht vom 3. Feb. 1870.

Staatspapiere.			Württbg.	4½% Obl.	91	bz
Preußen.	5% Oblig.	— G.		4 =	84¼	G
	4½% =	92⅜ bz.		3½ =	82¼	B
	4% =	83¼ B.	Baden.	4½% Oblig.	91⅞	bz
Frankf.	3½ =	82 bz.		4 =	—	bz
Nassau.	4½% Oblig.	92⅜ G.		3½ =	81⅛	B
	4 =	85 bz.	G. Hessen	5% =	102¼	B
Kurhess.	4 =	— B.		4% =	93⅜	B
Bayern.	5% =	— G.	Sachsen.	5% =	100	G
	4½ 1jhr. =	91⅞ bz.	Brschw.	3½ =	80⅞	B
	4½ 2jhr. =	91⅞ bz.	Oesterr.	4⅛ R.i.S.	58⅛	bz
	4 1jhr. =	86⅜ G.		4% R.i.P.	49⅛	G
	4 2jhr. =	86⅜ G.		5 Ung. E.-A.	73½	G
	4 Abl.-R.	86⅜ G.	NAermika.	6% 81v.64	95	bz
	3½ Obl.	— G.		5% Bds 71r v. 61	95½	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B. 100)	88⅛	bz
Amsterdam (100 fl.)	103⅛	bz	London (10 Pf. St.)	119⅛	bz
Augsburg (100 fl)	99⅞	G	Paris (200 Fr.)	94½	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96¼	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97	B.	Disconto 4 pCt.		

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	57½	bz
3½% preuß. 100 thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	46⅛	bz
kurhess. 40 thlr.	56⅛	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12¼	G
bayr. 100 thlr.	106½	bz	österr. 500 fl. v. 1860	81	bz

Aktien.			5 öst. Staatsb. 500 frc.	362	G
3½% b. H.u.W.-B. 500 fl.	—	G	4 pfälz. Ludwb. 500 fl	—	B
Oest. Nat.-B. 600 fl.	696	bz	4½ Marbahn 500 fl	106½	bz
4½% b. Ostbahn 200 fl.	120⅛	bz	4 Nordb. 500 fl.	87⅛	bz
5 öst. Südb. 500 frc.	234	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	89½	G

Für die herannahende heil. Fastenzeit erlaubt sich der Unterzeichnete einem hochw. kathol. Clerus und Kircheuverwaltungen seine direkt auf Leinwand gemalten

Kreuzweg-Stationen

nach den berühmtesten Compositionen mit sehr schönen kirchlichen Rahmen und Aufsätzen versehen unter nachfolgenden Größen und Preisen bestens zu empfehlen.

								mit Rahmen	ohne R.
1. Größe	53	Zoll	Höhe u.	39	Zoll	Breite	(Bildergröße)	620 fl.	459 fl.
2. „	43	„	„	32	„	„	„	470 fl.	340 fl.
3. „	36	„	„	26	„	„	„	330 fl.	230 fl.
4. „	28	„	„	22	„	„	„	230 fl.	160 fl.
5. „	23	„	„	16	„	„	„	170 fl.	120 fl.
6. „	18	„	„	11	„	„	„	140 fl.	90 fl.

Ebenso auch Kreuzwege für kleinere Kirchen und Kapellen zu 70- und 100 fl., Altar-Oelberg und sonstige Heiligenbilder, hl. Gräber, Figuren geschnitzt und in Massa, sehr schön gefaßt und vergoldet zu den billigst berechneten Preisen.

Alle diese obenerwähnten Gegenstände sind vorräthig und werden auf Verlangen Probestationen und Zeichnungen gefälligst zugestellt, sowie nach vorhergegangenem Uebereinkommen jede beliebige Ratenzalung angenommen. Anerkennungen von hochw. bischöfl. Ordinariaten und andern hochw. geistl. Stellen stehen bereitwilligst zu Diensten.

Geneigten Aufträgen entgegensehend, empfiehlt sich achtungsvollst

Kromb—m, Maler in München,
Müllerstraße Nr. 48|0.

(9 bay. Zoll 22 Centimeter.)

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
q. k. Assessor.

Kirchenmalereien!

Kirchenfenster-Rouleaux a la Glasmalerei mit oder ohne religiösen Bildern gut und dauerhaft gemalt, zu mäßigen Preisen, Kreuzwege in allen Größen zu mäßigen Preisen, von tüchtigen akademischen Künstlern gemalt. Probestationen werden auf Wunsch zur gefälligen Einsicht gestellt.

Altargemälde, Heiligenbilder in allen Größen zu den billigsten Preisen, Transparente, Advent- und Fastenbilder, hl. Gräber, sowohl als Transparent-Gemälde wie auch gebaute, alte werden restaurirt. Unter Zusicherung reeler Bedienung und mäßiger Preise zeichnet

München, Schommergasse 19,
früher Bayerstrasse 7.

H. Lange,
Maler.

Zu verkaufen

sind fortwährend **Güter** für 80000, 86000 Thaler u. s. w., Mühlen, Gasthäuser, Brauereien, Apotheken für 20000 Thaler u. s. w. Fabriken etc. durch den Güteragenten

Kühn in Apolda.

[1] der auch solche Besitzungen kauft.

Die homöopath. Central-Apotheke

von

Ludwig Landgraf in München

welche sich allein nur mit der Bereitung homöopathischer Arzneimittel beschäftigt, empfiehlt ihre Medicamente sowie Haus- und Taschenapotheken nach Vorschrift aller erschienenen homöopathischen Handbücher. Ausführliche Preislisten jederzeit gratis.

Epileptische Krämpfe

(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstraße Nr. 6. Auswärtige brieflich. Schon über Hundert geheilt.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

Stuttgarter-Loose

á Stück 35 kr.

1	Gewinn zu	. . . .	14000 fl.
1	do	. . . .	7000 fl.
1	do	. . . .	3000 fl.
1	do	. . . .	1756 fl.
2	do zu 875	fl. — kr.	1750 fl.
10	do zu 180	fl. — kr.	1800 fl.
20	do zu 87	fl. 30 kr.	1750 fl.
30	do zu 52	fl. 30 kr.	1575 fl.
100	do zu 35	fl. — kr.	3500 fl.
200	do zu 17	fl. 30 kr.	3500 fl.
500	do zu 7	fl. — kr.	3500 fl.
934	do zu 3	fl. 30 kr.	3269 fl.
13200	do zu 1	fl. 45 kr.	23000 fl.
15000	Gewinne.		70100 fl.

Ziehung am 1. März 1870.

Münchener Börse

vom 31. Jan.	P.	G.	b.
3½pCt. St.-Obl.	81½	80¾	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86	—
4pCt. hlbjähr. do.	86⅜	86	—
4pCt. Grdrenten	86⅞	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107	106¾	107
4½pCt. gzjähr. Obl.	—	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91⅝	—
5pCt. Oblig.	101⅝	—	101¾
Pfdbr. (H.u.W.-V.)	90⅛	90⅜	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—
Aktien. do	—	—	—
Vereinsbankakt.	115½	114½	—
Handelsbankaktien	95	94	94½
½pCt. Ostbahnakt.	119	—	—
4pCt. Münch. Obl.	86½	—	—
5pCt. do.	101⅛	100¾	—

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen beförderт

prompt, reell, extract, discret

in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original - Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.
Zeitungs-Catalog gratis und franco.

Preuß. Kassensch.	fl. 1.	44⅞—45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl. 9.	58—59
Napoleonsd'or	fl. 9.	27—28

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 30. Samstag, den 5. Febuar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

/

II.

Die Adreßdebatte in der Kammer der Reichsräthe.

Aus der Erwiederung des Fürsten Hohenlohe wollen wir bloß seines Eingeständnisses Erwähnung thun, daß er das Wahlausschreiben des Ministers Hörmann allein gekannt und deßhalb gebilligt habe, weil er die Parteien darin richtig und wahr dargestellt fand. Diese Erklärung wird dem H. Fürsten bei der patriotischen Mehrheit der Abgeordnetenkammer keine Rosen bringen. Mit gleicher Entschiedenheit wie Frhr. v. Thüngen trat v. Bomhard dem Ministerium entgegen. Er verwahrt sich vor Allem gegen den Vorwurf eines Vertheidigers der Minister, als taste er dadurch, daß er dem Könige sein Mißtrauen gegen die Minister ausspreche, das Recht desselben an, seine Minister sich frei zu wählen. Dies Recht des Königs sei ihm so heilig, wie alle andern, aber die Kammer habe auch das Recht und die Pflicht, dem Könige offen zu sagen, ob seine Minister das Vertrauen des Volkes besäßen oder nicht. Hierauf warnt er aufs Ernstlichste vor der Vereinigung Deutschlands, die durch blutigen Bruderkrieg begonnen, nur Unheil und Fluch bringen könne.

Zum Schlusse spricht der Verfasser der Adresse Hr. v. Harleß. Indem er die gegen die Adresse, besonders gegen das in derselben enthaltene Mißtrauensvotum, gemachten Einwendungen von Bothmers, und Anderer kurz zurückweist, spricht er seine und der hohen Kammer Bereitwilligkeit zur Versöhnung aus; an den Ministern aber sei es, den Boden herzustellen, auf dem die Gegensätze sich versöhnen könnten.

Diese Ausführungen der Gegner des Ministeriums waren so wahr und überzeugend, daß bei der Einzeldebatte alle Sätze der Adresse, eine unbedeutende Aenderung abgerechnet, unverändert angenommen wurden, obwohl sich die Vertheidiger des Ministeriums, besonders v. Bothmer, Haubenschmied und selbst von Döllinger alle Mühe gaben, einzelne das Ministerium verurtheilende Ausdrücke zu entfernen oder zu mildern. Schließlich wurde die ganze Adresse mit 31 gegen 12 Stimmen angenommen. Sämmtliche Prinzen des Kgl. Hauses mit Ausnahme eines Einzigen, stimmten für die Adresse, also gegen das Ministerium.

Wir haben Eingangs diese Adreßverhandlung der Reichsrathkammer für entscheidend für das Geschick Bayerns und der hohen Kammer genannt. Sie ist es sicher. Sie ist entscheidend für das Land. Bisher konnte man von allen liberalen Blättern und Zungen es hören, nur die bösen Ultramontanen oder „die Pfaffen", wie man sich kräftiger ausdrückte, und das von ihnen verhetzte Volk sei gegen das Ministerium, da es doch so wohl meine mit dem Volke. Und diese immer und immer wiederholte Unterstellung scheint leider auch höchsten Orts Glauben gefunden zu haben. Die Adreßverhandlung der 1. Kammer zerstört mit einem Schlage das Gewebe der Lüge. Hier sind es nicht Pfaffen und „zurückgebliebenes Volk," sondern es sind die Prinzen des Kgl. Hauses, die nächsten Blutsverwandten Sr. Majestät des Königs, es sind Männer aus den edelsten Geschlechtern des Landes, es sind Männer, ausgezeichnet durch Bildung und Wissenschaft, welche dem Ministerium entgegentreten und ein schärferes Verdammungsurtheil ihm sprechen, als je ein Ultramontaner gethan. Oder sollen vielleicht die 31 Reichsräthe, voran sechs Kgl. Prinzen auch von den Pfaffen verhetzt sein! Sollen die drei Hauptredner gegen das Ministerium, der protestantische Oberconsistorial-Präsident von Harleß, der protestantische Freiherr von Thüngen und der gleichfalls protestantische ausgezeichnete Jurist Hr. von Bomhard gar unter dem Einflusse der Ultramontanen stehen? Wie lächerlich erscheint ein solcher Gedanke! Darum hoffen wir, daß diese Verhandlung der Reichsrathskammer ihre Wirkung nicht verfehle bei unserem geliebten Könige; daß sie sie auch nicht verfehlen bei Vielen unserer Mitbürger, die gleich uns des Volkes Bestes wollen, denen wir aber als Feinde des Landes, Königs und Volks verleumdet worden sind. Besonders hoffen wir dies von vielen unserer protestantischen Mitbürger, die sicher mit uns einer Ansicht sind, die sich aber wirklich haben einreden lassen, wir Patrioten, wir Ultramontane und Römlinge wollten wie die Unterdrückung jeder andern so auch der religiö-

Digitized by Google

sen Freiheit; mit unserem Siege sei demnach ihre Confession in Gefahr.

Angesichts der Thatsache, daß die drei Redner im Reichsrathe, welche die patriotische Fahne gegenüber dem Ministerium so muthig entfalteten, Protestanten waren, wird doch wohl die Furcht der Protestanten vor den Patrioten schwinden. Darum ist die Reichsrathsverhandlung entscheidend für das Land, sie wird den Frieden nach Oben und Unten, zwischen König und Volk herstellen. Sie ist aber auch entscheidend für die hohe Kammer. Dieselbe hat sich, wie ein angesehenes patriotisches Blatt mit Recht sagt, wieder als das stärkste Bollwerk für das wahre Wohl der bayerischen Dynastie und des bayerischen Volkes erwiesen. Damit aber hat sie auch sich die Sympathien des bayerischen Volkes erworben, welches in freudiger Dankbarkeit stets für die Rechte der hohen I. Kammer gegen alle Umsturzgelüste der Fortschrittler eintreten wird, wie so diese Kammer am 28. Januar für das Recht und Wohl des Volkes eingetreten ist.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 3. Febr.

In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde die Debatte über den Entwurf der Adresse fortgesetzt. Der erste Redner war der k. Staatsminister der Justiz v. Lutz, welcher auf mehrere Aeußerungen des Abgeordneten Pfahler in Betreff der Friedensstörung in Deggendorf antwortete und die dortigen Beamten gegen den Vorwurf, daß sie die politische Farbe gewechselt hätten, im Schutz nahm. Crämer, Dr. Edel und Lampert sprachen im Interesse des Friedens und der Verständigung, Dr. Westermeyer bekämpfte die Wahlkreiseintheilung, das Wahlrundschreiben und die Depesche bezüglich des Concils, bot aber die Hand zur Versöhnung im Allgemeinen. Der k. Staatsminister Fürst v. Hohenlohe legte die Gründe ausführlicher dar, die ihn veranlaßten, die Depesche an die verschiedenen Regierungen zu erlassen, worauf von Hoermann mehrere Auslassungen Westermayers berichtigte und erklärte, daß, wenn die patriotische Partei sich von ihrer extremen Presse lossagte, die Versöhnung wesentlich erleichtert wäre. Advokat Winterl trat für den niederbayerischen Klerus ein; Dr. Ruland, Hohenadel und Bezirksgerichtsrath Schmitt verzichteten auf das Wort, womit der Präsident die allgemeine Debatte vorbehaltlich der Schlußänderung und der Herren am Ministertische für geschlossen erklärte und die nächste Sitzung auf morgen anberaumte. Die heutige Sitzung schloß um 2 Uhr.

Der Referent des 5. Ausschusses der Kammer der Reichsräthe über den Antrag der kathotischen Pfarrcuratie Neustadt a. d. Aisch, in Betreff der Congrualergänzung des dortigen Pfarrcuratus auf 800 fl., hat sich für die formelle Zulässigkeit des gedachten Antrages ausgesprochen und dessen Verweisung an den Fachausschuß begutachtet.

Die überraschenden Vorgänge in den höchsten Kreisen haben den Fortschritt in Bayern zu den übermüthigsten Prätensionen ermuthigt. Von der ganzen Linie des Fortschritts fliegen Steine auf die Reichsrathskammer und jene Reichsräthe, welche den Muth hatten, ihrer Ueberzeugung offenen und beredten Ausdruck zu geben. Besonders ist es Hr. v. Harleß, gegen welchen der Fortschritt zu einer speciellen Hetze auffordert. Der „Fränk. Kurier" bringe bereits einen „Aufruf an die protestantischen Mitbürger" in Bayern mit der Aufforderung, an Se. Maj. den König die Bitte zu richten: Herrn v. Harleß als Präsidenten des protestantischen Oberconsistoriums zu entheben, weil er seit seinem Votum in der Schulfrage und der Adreßdebatte in der I. Kammer der Vertrauensmann der protestantischen Bevölkerung nicht mehr sei. — Der noch positiv christliche Theil der Protestanten ist sicherlich anderer Meinung und wird mit ihr nicht lange hinterm Berg halten.

Die „Ausgb. Abdztg." gewiß das bestinspirirte Blatt aus den höheren und höchsten fortschrittlichen Kreisen, das bekanntlich immer einige Tage vorher Nachrichten als „gerüchtweise" oder „dem Vernehmen nach" bringt, meldett uns in letzter Nummer, daß der Oberconsistorialpräsident Hr. Reichsrath v. Harleß demnächst pensionirt werde. Hiemit würde auch die parlamentarische Thätigkeit des Hrn. v. Harleß zum Abschluß gelangen, da derselbe nur als Präsident des Oberconsistoriums Mitglied der Kammer der Reichsräthe ist.

Soviel wir hören, ist die Angelegenheit mit den k. Prinzen ausgeglichen und der Frieden in der k. Familie wieder hergestellt.

München, 4. Febr. Eine der wichtigsten Angelegenheiten, welche die patriotische Fraktion nach Beendigung der dermalen Geschäfte zu erledigen sich vorgesetzt, ist die Verbesserung der materiellen Lage der bayerischen Volksschullehrer. Es wurde in Folge dessen in dem Club der patriotischen Fraktion beschlossen, sofort einen diesbezüglichen Antrag an die Kammer der Abgeordneten in Einlauf zu bringen und wurde zur Berathung dieser wichtigen Angelegenheit eine eigene Commission aus der Fraktion erwählt, welche sich mit Experten aus dem Lehrerstande beider Confessionen umgeben wird.

Wien, 3. Febr. Im Abgeordnetenhause stellte Hasner das neue Ministerium vor, betonte die Uebereinstimmung desselben mit der Adresse, und erklärte; der Ausgangspunkt für die Thätigkeit der Regierung sei die Verfassung, verbunden mit dem Bestreben den Frieden durch die Gewährung berechtigter Wünsche nach Aenderungen in der Verfassung zu bewahren; die Lücken der Religionsgesetze seien auszufüllen, die Gewissensfreiheit und die Rechte des Staats seien

Digitized by Google

zu wahren; das Ministerium werde stets daran gedenken, daß es aus dem Parlament hervorgegangen sei.

Vom 1. Februar an ist in Baden die allverpflichtende Civilehe eingeführt worden. Die katholische Kirchenbehörde hat amtlich verkündet, daß diejenige als solche, d. h. falls ihr die kirchliche Einsegnung nicht nachfolgt, nicht als kirchlich giltig anerkennen könne, sondern als Concubinat ansehe.

Ausland.

Paris, 3. Febr. Rochefort, Grousset u. Dereure (die bekanntlich wegen eines Artikels in der ‚Marseillaise' zu Geldbuße verurtheilt wurden) haben nicht appellirt und wird nun das Urtheil vollzogen.

Warschau, 31. Jan. In den Gouvernements Cherson und Kiew sind ebenfalls revolutionäre Umtriebe entdeckt worden, die mit denen von Moskau in Verbindung stehen. Von dem Generalmajor Starinkewitsch wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt.

St. Petersburg, 3. Febr. Das „J. de St. Petersbourg" dementirt die Nachricht wonach die jüngste russische Anleihe mit der Orientfrage, beziehungsweise mit Verhandlungen der Mächte über die Concentration türkischer Truppen an der montenegrinischen Gränze in Verbindung stünde. In der Orientfrage hegen alle Großmächte den Wunsch nach Frieden. Diesem einstimmigen, mit der nöthigen Energie ausgedrückten Wunsche gegenüber könne die türkische Regierung nicht muthwillig eine Krisis hervorrufen, welche ihrem eigenen wie dem Interesse Europa's zuwiderlaufen würde.

Washington, 2. Febr. Der Senat hat das Gesetz, betr. Herausgabe von 45 Mill. Doll. Papiergeld genehmigt.

Vermischtes.

Wien, 1. Febr. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der 1860er Loose wurden folgende Serien gezogen; 149 296 477 481 825 1270 1488 1953 2383 2602 2938 3792 3877 4068 4282 4672 4738 4840 4906 5524 5812 6129 6153 6208 6441 6497 6617 6635 6655 6822 7600 8337 8346 8724 9556 9923 10249 10252 10494 11387 11660 12064 12360 12404 11486 12668 13199 13269 13594 13837 13859 14368 14484 14897 16038 16628 17308 18489 18783 18813 18960 19373 19800 19815 19939.

Bei der 7. Serienziehung des Gräflich Pappenheim'schen Prämien-Anlehen wurden folgende Serien gezogen: Serien 133, 146, 257, 286, 295, 297, 530, 539, 749, 793, 874, 929, 964, 997, 1415, 1582, 1605, 1749, 1966, 2115, 2170, 2210, 2217, 2282, 2388, 2393, 2742, 2829, 2849, 2968, 2981, 3036, 3239, 3288, 3461, 3492, 3502, 3512, 3613, 3690, 3827, 3901, 3967, 3972, 4059, 4200, 4212, 4302, 4586, 4674, 4772, 4843, 5311, 5365, 5528, 5555, 5637, 5711, 5798, 5848, 5927, 6096, 6121, 6131, 6134, 6248, 6280, 6781, 6824, 6949.

Während des Jahres 1869 hatten folgende Religionswechsel stattgefunden: zur katholischen Religion traten 22 Personen, zur protest. Kirche beider Betennt. 88, zur griechisch-schismatischen Kirche 3, zur griechisch-unirten Kirche 1 Person über: 144 Renegaten verliessen das Christenthum um im Mosaismus ihr Heil zu suchen; auffallend bei dieser großen Zahl bleibt, daß diese meistens dem weiblichen Geschlecht angehören.

(Theurer Boden.) Im südlichen Stadttheil Londons, Bermondsey, wird Behufs Straßenerweiterung ein halber Morgen Landes bedurft und hierfür die Kleinigkeit von 65,000 Pfund Sterling gefordert.

Von einem deutschen Schneidergesellen in Paris lief, wie die „B. M.-Ztg." erzählt, vor Kurzem ein merkwürdiger Brief beim Oberbürgermeister von Berlin ein. Der Schneidergeselle bat höflichst um freudliche, schriftliche, womöglich französisch abgefaßte Mittheilung, wie viel Einwohner Berlin zählt. Er habe nämlich mit vielen seiner französischen Collegen eine Wette, weil dieselben durchgängig und fest behaupten, Berlin habe noch nicht ganz fünftausend Einwohner!!!

Frankf. Coursbericht vom 4. Feb. 1870.

Staatspapiere.			Württbg. 4½% Obl.	91	bz
Preußen. 5% Oblig.	—	G.	4 %	84¼	G
4½%	92⅜	bz.	3½	82½	P
4%	83½	P.	Baden. 4½% Oblig.	91⅞	bz
Frankf. 3½	82	bz.	4	—	bz
Nassau. 4½% Oblig.	92¼	G.	3½	81¼	P
4	85	bz.	G. Hessen 5%	102½	P
Kurhess. 4	—	P.	4%	93¼	P
Bayern. 5%	—	G.	Sachsen. 5%	100	G
4½ 1jhr.	91⅛	bz.	Brschw. 3½	80⅜	P
4½ ½jhr.	91⅛	bz.	Oesterr. 4⅛ R.i.S.	58⅛	bz
4 1jhr.	86⅜	G.	4⅛ R.i.P.	49⅛	G
4 ½jhr.	86⅜	G.	5 Ung. E.-A.	73½	G
4 Abl.-R.	86¼	G.	Nlermka. 6% v. 64	95	bz
3½ Obl.	—	G.	5% „ Bds 71r v. 61	95½	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.		Hamburg (M.-B. 100)	88⅛	bz
Amsterdam (100 fl.)	103⅜	bz	London (1 Pf. St.)	119¼	bz
Augsburg (100 fl)	99⅜	G	Paris (200 Fr.)	94½	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96½	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97½	P	Disconto 4 pCt.		

Anlehensloose.		bad. 35 fl.	57½	b
3½% preuß. 100 thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	46⅜	b
kurhess. 40 thlr.	56⅜	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12⅛	G
bayr. 100 thlr.	106½	bz	österr. 500 fl. v. 1860	81	bz

Aktien.		5 öst. Staatsb. 500 frc.	362	G
3%b. H.u.W.-B. 500 fl.	—	G	4 pfälz. Ludwb. 500 fl	—	P
Oest. Nat.-B. 600 fl.	696	bz	4½ Marbahn 500 fl	106½	bz
4½%b. Ostbahn 200 fl.	120⅛	bz	4 Nordb. 500 fl.	87⅛	bz
5 öst. Südb. 500 frc.	334	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	89½	G

Digitized by Google

Fur die hl. Fastenzeit.

Im Verlage des Unterzeichneten sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Cantus passionis domini nostri Jesu Christi nec non lamentationum pro matutinis tenebrarum una cum cantu in sabbato sancto in benedictione fontis et in Missa post eam habenda in choro usitato. In faciliorem ecclesiarum usum. 154 S. 4. chines. Papier. geh. 1 fl. 45 kr.

Officia de passione Domini. Ad breviarum Romanorum. Cum psalmis et precibus in extenso. 98 S. 8. geh. 28 kr.

Paderborn. ***Ferdinand Schöningh.***

Bestellungen auf COMMUNION-BILDER in mehr als 40 Sorten

von 1 kr. an bis 30 kr. das Stück nimmt entgegen

Otto Reindl.

Im Verlage des Unterzeichneten sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Clericus, Franz, Predigten für die auf die Feiertage der Fastenzeit fallenden Feste des Gebetes, des Leidens, der heil. Dornenkrone, des heil. Leichentuches des Herrn, der 7 Schmerzen Marias und der hl. 5 Wunden des Herrn, nebst einer „Charfreitags-Predigt." 1865. 8vo. 82 S. geh. 27 kr.

Hoppe, J., Kaplan, Homilien über das Leiden und Sterben unseres Herrn Jesu Christi. Sieben Fastenpredigten, gehalten in der Pfarrkirche zu St. Mathias in Breslau. 1861. gr. 8vo. 148 S. geh. 45 kr.

——do. Der h. Kreuzweg. Betrachtungen der vierzehn Kreuzweg-Stationen in 7 Fastenpredigten. 9. 180 S. geh. 54 kr.

Hunolt, F., S. J., weil. Dompred. in Trier, Fastenpredigten. Bearbeitet von F. H. In 8 Cyclen.

1. Die sieben Hauptsünden. 8vo. 84 S. geh. 27 kr.
2. Von der Erziehung der Kinder 8vo. 85 S. geh. 27 kr.
3.—5. Von der Buße. 8vo. 256 S. geh. 1 fl. 15 kr.
6.—8. Pflichten der Kinder, Herrschaften und Dienstboten. — Pflichten der Eheleute.—Der Tod Jesu. 8vo. 264 S. geh. 1 fl. 3 kr.

Rütjes, Dr. H., Pfarrer. Die letzten Dinge des Menschen. Sieben Fastenpredigten. 1859. 8vo. 110 S. geh. 38 kr.

———Der ägyptische Joseph. 7 Fastenbetrachtungen. 1862. 8vo. 150 S. geh. 1 fl. 28 kr.

Paderborn.

Ferdinand Schöningh.

Bei Friedrich Pustet in Regensburg ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

Marianisches Brevier.

Ein Andachtsbuch zur Verehrung der allerseligsten Jungfrau. Nach dem Psalter des hl. Bonaventura, dem hl. Alphons von Liguori und anderen Kirchenlehrern. — 2. Auflage. — Mit Approb. geistl. Obrigkeit. Mit Titelstahlstich. 490 S. — Taschenformat. Preis 54 kr. — (In halb Leder geb. fl. 1. 12 kr. — In Leder mit Goldschn. gebd. fl. 1. 42 kr.

Es ist dies ein ganz vorzügliches Buch, dessen Inhalt geeignet ist, die Andacht frommer Verehrer Mariens zu beleben und zum rechten Ausdrucke zu bringen.

Kirchenkalender und † Gottesdienst-Ordnung. †

5. Sonntag n. Epiph. Herz-Maria-Titul. Dorothea, M.
7. Febr. Montag, Romuald, Ordst. Rich.
8. „ Dienst Johann v. Matha, Ordst.
9. „ Mittw. Appollonia, J. u. M.
10. „ Donn. Scholastika. Wilhelm.
11. „ Freitag. Theodora.
12. „ Samstag. Eulalia.

In allen 4 Pfarrkirchen Gottesdienst wie gewöhnlich.

St. Jakob. Früh 6 U. hl. Messe, 8 U Militär-Gottesdienst, 10 u. 11 U. heil. Messen.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
q. k. Assessor.

Grundbesitzungen

jeder Art übernimmt fortwährend zum Kauf u. Verkauf ꝛc. der Güteragent

Kühn in Apolda.

Münchener Börse

vom 3. Feb.	B.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	81½	80¾	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	86	—
4pCt. blbjähr. do.	86½	86	—
4pCt. Grdrenten	86⅞	—	—
4pCt. Präm.-Anl.	107	106¾	107
4½pCt. gzjähr. Obl.	—	91½	—
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91⅝	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101¾
Pfdbr. (H. u. W.-B.)	90⅝	90⅜	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—
Aktien. do	—	—	—
Vereinsbankakt.	115½	114½	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

itized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 31. Sonntag, den 6. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

/. III.

(Adreßdebatten in der Kammer der Abgeordneten.)

Se. Majestät hat bekanntlich die beiden hohen Kammern der Reichsräthe u. Abgeordn. mit einer Thronrede eröffnet, worin die Anschauungen der Regierung, bezüglich der innern und äußern Politik ausgesprochen waren. Die A. B. Ztg. brachte den Wortlaut der Thronrede in Nr. 15, sowie eingehende Besprechungen derselben in Nr. 18 und 20. Nach constitutionellem Gebrauche lag es den beiden Kammern ob, ihrerseits auf die kgl. Thronrede eine Erwiederung zu geben. Man nennt diese Erwiederungen „Adressen" und ihr Zweck ist, daß jede Kammer in denselben ausspricht, in wiefern sie mit den in der Thronrede verkündeten Anschauungen und Absichten der Regierung einverstanden sei oder nicht.

Beide Kammern erwählten besondere Ausschüsse, welche diese Adressen zu entwerfen und der Kammer vorzulegen hatten.

Der Adreßentwurf, welcher vom Präsidenten des kgl. Oberkonsistoriums Dr. v. Harleß ausgearbeitet und von dem Adreßausschusse gebilligt, der hohen Kammer der Reichsräthe vorgelegt wurde, ist von dieser in der Sitzung vom 29. Januar nach heftigen Kämpfen mit 31 gegen 12 Stimmen angenommen worden. Leider weigerte sich, nach den neuesten Berichten, Se. Majestät, diese Erwiederung der Reichsrathskammer, welche in ächt patriotischen Sinne gehalten ist, entgegenzunehmen und ließ auch in anderer Weise diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, welche für dieselbe gestimmt hatten, selbst die Prinzen des kgl. Hauses, seine Ungnade fühlen.

Der Kammer der Abgeordneten wurden zwei Adreß-Entwürfe vorgelegt. Der eine von Dr. Jörg verfaßt und von der patr. Mehrheit des Adreßausschusses angenommen, vertritt der Thronrede gegenüber die Grundsätze der patriotischen Partei; der andere von Umbscheiden verfaßt und von der fortschrittlichen Minderheit des Adreßausschusses gebilligt spricht die Anschauungen der Forschrittspartei bezüglich der in der Thronrede berührten innern und äußeren Fragen aus.

Indem wir auf den sehr lebhaften Kampf, der in der Abgeordnetenkammer schon bei der allgemeinen Besprechung dieser Adreßentwürfe zwischen den beiden Parteien durch mehrere Sitzungen geführt wird, eingehen, sei es uns gestattet, die beiden Adreßentwürfe selbst etwas näher zu besprechen.

Wir gestehen, daß der, wie bereits bemerkt, von Dr. Jörg verfaßte und von der patriotischen Mehrheit des Adreßausschußes gebilligte patr. Entwurf uns nicht vollkommen befriedigt hat. Wohl wahrt derselbe die patriotischen Grundsätze, aber das Bestreben, für dieselben den allermindesten, am wenigsten verletzenden Ausdruck zu finden ging soweit, daß darunter die Kraft und Entschiedenheit des wichtigen Aktenstückes nothwendig leiden mußte. Die bereits mitgetheilte und besprochene Adresse der Reichsrathskammer verdient hierin sicher den Vorzug. Wir verkennen keineswegs die Rücksichten, welche sowohl den verehrten Verfasser Dr. Jörg als die patr. Mehrheit des Adreßausschusses bei der Feststellung dieses Entwurfes geleitet haben mögen. Von wahrer Liebe für König und Volk, vom Eifer für beider Wohl erfüllt, wollten dieselben in der Ueberzeugung, daß nur durch eine Beruhigung der so heftig erregten Leidenschaften, durch Aussöhnung und friedliches Zusammenwirken der jetzt so schroff gespaltenen Parteien, dies Wohl gefördert werden könne, — ihrerseits Alles vermeiden, was die Leidenschaften noch mehr erregen, den Zwiespalt noch verschärfen konnte sie gaben sich wohl der Hoffnung hin, daß so versöhnliches Entgegenkommen ihrerseits auch die Anerkennung des Gegners finden und ihn mit derselben versöhnlichen Gesinnung erfüllen werde. Wir fürchten, daß der bisherige Verlauf der Adreßberathung die Patrioten bereits überzeugt haben wird, daß sie wiederum in der Beurtheilung ihrer Gegner sich getäuscht haben. Denn nirgends ist bei der Gegenpartei eine Spur von Nachgiebigkeit oder Entgegenkommen zu finden; vielmehr zeigen alle Redner derselben eine solche rücksichtslose, angreifende Haltung, daß man unschwer erkennen kann, daß Ministerium wie Fortschrittspartei, die innig vereint den Kampf gegen die pat. Partei führen, in dem milden, versöhnlichen Entgegenkommen dieser nur ein Zeichen

Digitized by Google

von Schwäche erblicken und darin die Aufforderung finden um so rücksichtsloser aufzutreten, in der Hoffnung die patr. Mehrheit noch stärker einzuschüchtern. Die Darlegung des Adreßkampfes wird die Wahrheit dieser Behauptung erhärten. Möge deshalb dies die letzte Täuschung gewesen sein, welche die Fortschrittspartei den Patrioten bereitete; mögen diese erkennen, daß Bayern aus der unleugbar verhängnißvollen Krisis in der es sich im gegenwärtigen Augenblick befindet, nur durch die mannhaften und rücksichtslosen Gegner gegenüber auch rücksichtslose Entschiedenheit seiner Volksvertreter gerettet werden kann.

Was die von der Fortschrittspartei eingebrachte Adresse betrifft, so macht sie in Form-Gewandtheit ihrem Verfasser alle Ehre. Wenn aber von derselben vorausgesagt worden war, daß sie den Standpunkt der Fortschrittspartei in der deutschen Frage, d. h. im Augenblicke in der Frage des Anschlusses an den Norddeutschen Bund, vollständig klar darlegen werde, so finden wir diese Voraussage nur halb bestätigt. Wohl spricht die fortschrittliche Adresse in Absatz 3 das Vertrauen aus, daß weder durch die mit Preußen abgeschlossenen Verträge noch durch einen Anschluß an den norddeutschen Bund die Selbstständigkeit der Einzelstaaten gefährdet sei. Aber schon im folgenden Satze äußert sie den Wunsch, daß es dem Könige gelingen möge, „den Einheitsstaat ferne zu halten." Also muß doch auch nach der Meinung der Fortschrittspartei die Gefahr des Einheitsstaates vorhanden sein. Und daran kann gewiß Niemand, der die Entwicklung, welche der Norddeutsche Bund in der kurzen Zeit seines Bestehens genommen, aufmerksam verfolgt hat, auch nur einen Augenblick zweifeln. Wer aber noch zweifelt, der höre auf die Kundgebungen aus jenen Ländern, welche bereits diesem Bunde angehören: sie werden ihn gemahnen, wie die verzweifelten Anstrengungen eines Erstickenden, Luft zu schöpfen; wie das letzte Mühen einer armen Fliege, sich aus dem sie immer enger umschließenden Netze der Spinne zu befreien. Oder glauben die H. Fortschrittler, wie sich aus einzelnen Ausdrücken des Abs. 3 zu ergeben scheint, wirklich, daß Bayern allein oder mit Würtemberg und Baden durch den Eintritt in den Norddeutschen Bund diese Richtung desselben aufhalten und ihn statt in den militärischen Einheitsstaat in einen wahren Bundesstaat mit Wahrung der Rechte der Einzelstaaten hinüberleiten werde? Die Herren vom Fortschritte sind sicher keine Freunde vom Aberglauben; eines dickeren aber als sie sich durch diesen Glauben schuldig machten, hat der zurückgebliebenste Römling noch nicht getragen! Bezüglich der inneren Frage bringt die Fortschrittsadresse nur wieder den Gegensatz zur Ueberzeugung der Patrioten zum Ausdrucke, daß sie in der Fortsetzung der liberalen Gesetzmacherei einzig und allein alles Heil und Wohl des Volkes begründet sieht. Hierüber zu streiten ist vollständig nutzlos, da sich der Fortschrittsmann diese Ueberzeugung von dem unbedingten Nutzen der schon gegebenen und noch in Aussicht gestellten liberalen Gesetze eben sowenig nehmen als der Patriot sich dieselbe beibringen läßt. Forts. f.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 5. Febr. In der heutigen 7. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten begründete Referent Jörg in längerer Rede das Mißtrauensvotum, welches in der Adresse gegen Fürst Hohenlohe ausgesprochen werden soll, hauptsächlich damit, daß er behauptete, der Inhalt früherer amtlicher Akte des Fürsten stünden in Widerspruch mit dem Inhalte der Thronrede und mit der Erklärung, welche er am letzten Samstage in der Abgeordnetenkammer abgab; ferner damit, daß Fürst Hohenlohe im Jahre 1867 Unterhandlungen wegen Gründung eines deutschen Staatenbundes angeregt und sich bereit erklärt habe, mehrfache Hoheitsrechte, wie Post- und Telegraphenwesen, Civilprozeß, Wechsel- und Handelsrecht ꝛc. zur gemeinsamen Behandlung des Bundes abzutreten, ferner durch den Inhalt seiner Rede im Zollparlamente bei Uebernahme des Präsidiums, endlich dadurch, daß er ausführte, die hohe sociale Stellung des Fürsten, welche eigentlich eine internationale sei, ihm die Wahrung der bayerischen Interesse erschweren. Fürst Hohenlohe rechtfertigte seine Amtshandlungen und betonte, daß im Jahre 1867, als er die Gründung eines Staatenbundes anregte, der norddeutsche Bund noch nicht bestanden habe, daß er den Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund nie bevorwortet, wohl aber stets eine vertragsmäßige Vereinigung des Südens mit dem Norden angestrebt habe. Hierauf begann die spezielle Debatte und zwar über Abs. 1 des Entwurfs der Adresse. Dr. Völk motivirte die bekannte Modifikation, welche von der liberalen Partei eingebracht wurde, ausführlich und suchte zu beweisen, daß es sich eigentlich mehr um einen Kampf zwischen der klerikal-demagogischen (?) Partei und dem modernen Staate handle. Für den Entwurf der Majorität sprach Dr Ruland, worauf Stockbauer wieder den Vorschlag der liberalen Partei unterstützte. Die Sitzung schloß um 3 Uhr. Am Montag Fortsetzung der Debatte über den Abs. 1 des Adreßentwurfs.

Die A. Pfz. will zwar ‚aus guter Quelle' wissen, daß v Hohenlohe die Nothwendigkeit seines Rücktritts aus gar nicht zu umgehenden konstitutionellen Gründen Sr. Maj. selbst dargelegt habe; es soll sich dies Gerücht jedoch nicht bestätigen.

Auch von den beiden Universitätsstädten Prag und Bonn wurden Adressen an den Stiftsprobst Dr. v. Dollinger hier abgesandt.

Dresden, 5 Febr. Die aus Madrid gemeldete Nachricht über die Prinz Georg von Sachsen angetragene Throncandidatur ist unbegründet. In nothwendig unterrichteten Kreisen ist nichts davon bekannt.

Antivari, 1. Februar. In Hochalbanein soll ein erneuter Aufstand der Mirditen vorbereitet werden. Die türkischen Behörden treffen Maßregeln um dessen zu vereiteln.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentl. Magistratssitzungen vom 4. d. M. Eine k. Regg.-Entschließung, die Berechnung der Theuerungszulagen für die Lehrer an der k. Gewerbschule dahier betr., sei der Pflege zur weiteren Behandlung mitzutheilen. — Der zweite Theil der bürgerspitälischen Wiese bei Gundelsheim sei auf die restige Pachtzeit öffentlich zu verpachten. — Mehrere Gesuche um Zinsenzahlungsnachsicht wurden im Interesse der betheiligten Armenstiftungen zurückgewiesen. — Auf Grund eingeholter technischer Gutachten sei die zum Haine führende Allee durch Entfernung der Akazienbäume in den ursprünglich beabsichtigten Staad zu setzen, da bei längerem Verbleiben dieser Zwischenbäume die Kastanienbäume in ihrer gedeihlichen Entwicklung gehindert werden würden. — Die Liquidation über 16 fl. Löhnung für die Einreißer beim letzten Brande sei der Stadtkämmerei zur Berichtigung zu überweisen. — Dem Maurergef. H. J. Hirsch sei vorbehaltlich der Zustimmung der Gem.-Bevollm. ein Stück Communal-Grundfläche vor seinem Hause käuflich zu überlassen. — Dem Gesuche des Ausschusses der Kleinkinder-Pflegeanstalt im 3. Stadtdistr. um Ueberlassung eines Communalplätzchens nächst dem Hause 1241 auf dem mittleren Kaulberge zur Benützung als Spielplatz sei auf die Dauer des Vereinsbestandes gegen die Abgabe eines jährl. Recognitionsgeldes von 12 kr. zu entsprechen. — Im Betreffe der Regulirung der Gehälter der städtischen und stiftischen Amtspersonals wurden eine Reihe prinzipieller Beschlüsse gefaßt, auf Grund deren nunmehr durch die Stadtkammerei die von den HH. Gemeindebevollmächtigten gewünschten Berechnungen und Deckungsnachweise herzustellen sind, um alsdann den Etat berathen und definitiv feststellen zu können. — Auf Bericht der „deutschen Schulfonds-"Pflege wurden die Ausgaben auf Schulfeierlichkeiten, Anschaffungen von Vorlage ꝛc. pro 1869 im Gesammtbetrage von 378 fl. 59 kr. zur ausgabl. Verrechnung angewiesen. — Einnahmsverrechnungs-Dekretur über 589 fl. 16½ kr. für importirtes Bier pro 4. Quartal 1869 sei an die Stadtkämmerei zu erlassen: — Dem Metzger H. Wolfg. Ammann sei Verehel.-Zeugniß auszufertigen. (H.-G. 48 fl.) — Auf Anregung der k. Stadtschulencommission sei im Betreff der Ertheilung von Privatunterricht für die Werk- und Feiertagsschulpflichtige Jugend die erforderliche Regelung anzuordnen und deßhalb öffentl. Ausschreiben zu erlassen. — Auf die Dauer der Erkrankung des k. Brandversicherungs-Inspektors H. Ullmann wurde von der k. Regierung H. Inspektor Lombardino zu Kronach als Stellvertreter aufgestellt. — Ein Gesuch um Verloosung eines Gebetbuches wurde, da der Magistrat zur Bescheidung dgl. Gesuche nicht competent ist, zurückgewiesen. — Mehrere kleinere Bauverwendungen im 2. Stadtdistr. wurden nach technischem Gutachten genehmigt. — Ueber mehrere bauliche Veränderungen am Eingange zum Ziegelhofe sei zuvor Gutachten des Cassieramtes Namens des Bürgerspitals einzuholen. — Die Revision der ortspolizeilichen Vorschriften über Anlage des Straßen-Trotoirs sei einer commissionellen Berathung zu unterstellen. — Nach einer Mittheilung des H. Stadtthierarztes Feßler hat die diesjährige Rattenvergiftung in den städt. Kanälen ein sehr günstiges Resultat geliefert. Hiebei wurde constatirt, daß die Betheiligung der Hausbesitzer bei dieser gemeinnützigen Maßregel leider eine sehr geringe war. — Die in Vorlage gebrachten Wahlanzeigen der Vorstandschaft pro 1870 des Handelsvereins und des Turnvereins dienen zur Nachricht und sollen im Verzeichnisse der nichtpolitischen Vereine vorgemerkt werden.

Vermischtes.

(Militärdienstesnachrichten.) Heute ist ein großer Armeebefehl erschienen, welcher in den höheren Chargen zahlreiche Beförderungen und Pensionirungen enthält. Pensionirt werden die Generale F. Frhr. v. Lindenfels und J. Hebberling, der Oberstlieutenant v. Zentner in Landau, der Oberstlieutenant v. Seekirchner in Germersheim, dann die Generale v. Schedel, v. Ribaupierre, v. Steinsdorf, Pesenecker und Straub; dann die Obersten Schiber, Graf v. Stralenheim, Graf v. Tattenbach, Deßloch, C. v. Berg und M. Frhr. v. Berchem und Oberstlieutentnt Illing in Germersheim; an die Stelle des letzteren als Geniedirektor kommt Oberstlieutenant v. Leutner.

Befördert wurden: zum Generallieutenant: der Generalmajor und Genie-Corps-Commandant H. Ritter von Buz; zu Generalmajoren: die Obersten R. Freiherr von und zu der Tann-Rathsamhausen vom 1. Art.-Reg. als Com. der 4. Inf.-Brig., H. Ritter von Thierect vom 4. Inf.-Regim. als Comm. der 7. Inf.-Brig., C. v. Orff vom Generalquartiermeisterstab, bisher Comm. der Kriegsakademie, als Comm. der 2. Inf.-Brig., W. Frhr. v. Mulzer vom 1. Chev.-Reg. als Comm. der 4. Cav.-Brig. und H. Lutz vom 3. Art.-Reg. als Command. der 2. Inf.-Brigade; zu Obersten: die Oberstlieut. L. Graf v. Pfenburg-Philippseich vom 1. Inf.-Reg. im 13. Inf.-Regim., M. Schuch vom 6. Inf.-Reg. im 3. Inf.-Reg., W. Kohlermann vom 12. Inf.-Reg. im 4. Inf.-Reg., A. Schrott vom 4. Inf.-Reg. im 8. Inf.-Reg., B. v. Heech vom 10. Jäg.-Bat. im 9. Inf.-Reg., F. Frhr. v. Treuberg vom 9. Jäg.-Bat. im 15. Inf.-Reg., L. von Grundherr-Altenthann und Weyerhaus vom 2. Uhlanen-Reg. im 1. Chev.-Reg., A. Baumüller vom 6. Chev.-Reg. im 2. Cuirassier-Reg.-, H. Bronzetti im 3. Art.-Reg., F. Ritter v. Mann, Artilleriedir. der Festung Ingolstadt, K. Halder im 1. Art.-Reg. und M. Hebberling, Comm. des Cadeten-Corps;

zu Oberstlieutenants: die char. Oberstlieutenants R. Frhr. v. Pfetten, C. v. Gähler und S. Frhr. v. Geuder gen. Rabensteiner; dann die Majore H. Wirthmann und F. Muck, Ch. Faber vom 13. Inf.-Reg. im 4. J.-R., F. Dichtel vom 14. Inf.-R. im 6. J.-R., C. v. Hellingrath im 12. J.-R., M. Frhr. v. Gumppenberg des Generalquartiermeisterstabes im 1. J.-R., W. Frhr. v. Stein vom 4. Chev.-Reg. im 6. Chev.-Reg., J. Frhr. v. Leonrod vom 1. Cuir.-Reg. im 2. Ubl.-R., A. Frhr. v. Crailsheim im 4. Art.-R., E. Brandt, Art.-Direktor beim Festungskommando in Ulm, L. Frhr. v. Löffelholz von Colberg von der Art.-Berathungskommission im 1. Art.-Reg., J. Ritter v. Vollmar auf Veltheim im 1. Art.-R., J. Riem des Geniestabes beim Generalkomm. München, J. v. Brückner, Ldw.-Bez.-K. in Gunzenhausen, A. v. Gilardi, Ldw.-Bez.-K. in Aschaffenburg und F. v. Lachemair, Ldw.-Bez.-K. in Kaiserslautern. (Forts. folgt.)

Digitized by Google

Frankf. Coursbericht vom 5. Feb. 1870.

Staatspapiere.								
Preußen.	5%	Oblig.	—	G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91 bz
	4½	"	92⅝	bz.		4	"	84½ G
	4	"	81⅛	B.		3½	"	82⅜ G
Frankf.	3½	"	81½	G.	Baden.	4%	Oblig.	92⅛ G
Nassau.	4½	Oblig.	91½	G.		4	"	85⅜ B
	4	"	84⅛	B.	G. Hessen	3½	"	81⅞ B
Kurhess.	4	"	83⅞	B.		5	"	102½ B
Bayern.	5%	"	—	G.	Sachsen.	4	"	93⅜ B
	4½	1jhr.	91⅛	bz.	Brschw.	3½	"	80⅝ B
	4½	½jhr.	91⅛	bz.	Oesterr.	4⅕	R.i.S.	57⅜ bz
	4	1jhr.	—	G.		4⅕	R.i.P.	50⅜ G
	4	½jhr.	86⅛	G.		5	Ung. E. A.	— G
	4	Abl.-R.	86⅛	b.	NAermika.	6%	81v.64	95⅛ bz
	3½	Obl.	—	G.		5	„Bds 71r v. 61	96 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88⅛ bz
Amsterdam (100fl.)	103⅛ bz		London (1 Pf.St.)	119⅛ bz
Augsburg (100fl)	99⅜ G		Paris (200 Fr.)	94⅝ bz
Berlin (60 thlr.)	105 bz		Wien (100 fl. ö. W.)	96⅛ bz
Bremen (50 thl. Gold)	97⅛ B		Disconto 4 pCt.	

Anlehensloose.			
3½ „ preuß. 100 thlr.	— G	bad. 35 fl.	57½ bz
kurhess. 40 thlr.	56⅝ bz	großh. hess. 25 fl.	— bz
bayr. 100 thlr.	106½ bz	Ausb.-Gunzenhsn 7 fl.	12⅝ G
		österr. 500 fl. v. 1860	80 bz

Aktien.				
3½% b. H. u. W.-B. 500 fl.	— G	5	öst. Staatsb. 500 frc.	373 G
Oest. Nat.-B. 600 fl.	697 bz	4	pfälz. Ludwb. 500 fl	169½ G
4½ % b. Ostbahn 200 fl.	120⅝ bz	4	Maxbahn 500 fl	106½ B
5 öst. Südb. 500 frc.	232½ bz	4	Nordb. 500 fl.	87 bz
		4	H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90⅛ G

Anleben der Stadt München 101 bz

Für die herannahende heil. Fastenzeit erlaubt sich der Unterzeichnete einem hochw. kathol. Clerus und Kirchenverwaltungen seine direkt auf Leinwand gemalten

Kreuzweg-Stationen

nach den berühmtesten Compositionen mit sehr schönen kirchlichen Rahmen und Aufsätzen versehen unter nachfolgenden Größen und Preisen bestens zu empfehlen.

									mit Rahmen	ohne R.
1.	Größe	53	Zoll	Höhe u.	39	Zoll	Breite	(Bildergröße)	620 fl.	450 fl.
2.	„	43	„	„	32	„	„	„	470 fl.	340 fl.
3.	„	36	„	„	26	„	„	„	330 fl.	230 fl.
4.	„	28	„	„	22	„	„	„	230 fl.	160 fl.
5.	„	23	„	„	16	„	„	„	170 fl.	120 fl.
6.	„	18	„	„	11	„	„	„	140 fl.	90 fl.

Ebenso auch Kreuzwege für kleinere Kirchen und Kapellen zu 70 und 100 fl., Altar-Oelberg und sonstige Heiligenbilder, hl. Gräber, Figuren geschnitzt und in Massa, sehr schön gefaßt und vergoldet zu den billigst berechneten Preisen.

Alle diese obenerwähnten Gegenstände sind vorräthig und werden auf Verlangen Probestationen und Zeichnungen gefälligst zugestellt, sowie nach vorhergegangenem Uebereinkommen jede beliebige Ratenzahlung angenommen. Anerkennungen von hochw. bischöfl. Ordinariaten und andern hochw. geistl. Stellen stehen bereitwilligst zu Diensten.

Geneigten Aufträgen entgegensehend, empfiehlt sich achtungsvollst

Krombach, Maler in München,
Müllerstraße Nr. 489.

(9 bay. Zoll 22 Centimeter.)

Bei Friedrich Pustet in Regensburg ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

Marianisches Brevier.

Ein Andachtsbuch zur Verehrung der allerseligsten Jungfrau. Nach dem Psalter des hl. Bonaventura, dem hl. Alphons von Liguori und anderen Kirchenlehrern. — 2. Auflage. — Mit Approb. geistl. Obrigkeit. Mit Titelstahlstich. 490 S. — Taschenformat. Preis 54 kr. (In halb Leder geb. fl. 1. 12 kr. — In Leder mit Goldschn. gebd. fl. 1. 42 kr.

Es ist dies ein ganz vorzügliches Buch, dessen Inhalt geeignet ist, die Andacht frommer Verehrer Mariens zu beleben und zum rechten Ausdrucke zu bringen.

Samen in vorzüglicher Qualität, für alle Bedürfnisse des Blumen und Gemüse-Gartens, worüber billigst gestellte Preisverzeichnisse franco zugesandt werden, empfehlen

Gebrüder Büttner
in Greußen bei Erfurt in Thüringen.

KUCKUK! wo bleibst Du!
In Ruh'.

Epileptische Krämpfe

(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstraße Nr. 6. Auswärtige brieflich. Schon über Hundert geheilt.

Briefkasten.

Z. Warum k. N., All. gesp. weg. S.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc. Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen befördert

prompt, reell, extract, discret

in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original - Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.
Zeitungs-Catalog gratis und franco.

Pacht der „Die Woche", pr. Zeile 9 kr
des „Figaro" 6 kr
des „Kladderadatsch" 27 kr
der „Fliegenden Blätter" 18 kr

Stuttgarter-Loose

à Stück 35 kr.

1	Gewinn	zu	. . . .	14000	fl.
1	do		. . . .	7000	fl.
1	do		. . . .	3000	fl.
1	do		. . . .	1756	fl.
2	do	zu 875 fl. — kr.		1750	fl.
10	do	zu 180 fl. — kr.		1800	fl.
20	do	zu 87 fl. 30 kr.		1750	fl.
30	do	zu 52 fl. 30 kr.		1575	fl.
100	do	zu 35 fl. — kr.		3500	fl.
200	do	zu 17 fl. 30 kr.		3500	fl.
500	do	zu 7 fl. — kr.		3500	fl.
934	do	zu 3 fl. 30 kr.		3269	fl.
13200	do	zu 1 fl. 45 kr.		23000	fl.
15000	Gewinne.			70100	fl.

Ziehung am 1. März 1870.

Preuß. Kassenscheine	fl. 1.	44⅞	—45⅝
Do. Friedrichsd'or	fl. 9.	58	—59
Napoleonsd'or	fl. 9.	27	—28

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 32. Dienstag, den 8. Febuar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

*/.

III.

(Adreßdebatten ꝛc. — 1. Fortsetzung.)

Was wir an beiden Adressen, der patriotischen wie fortschrittlichen gleichmäßig vermissen, ist die feste und bestimmte Erklärung gegenüber der Forderung der Steuererhöhung, daß eine solche unter keinen Umständen bewilligt werden könne." Beide Adressen gehen über diese für das Volk wichtigste Frage mit so geschraubten und verklausulirten Ausdrücken hinweg, daß man nicht undeutlich herauslesen kann, daß jede Partei, wenn ihr die Regierung nur im Uebrigen zu Willen ist, bezüglich des Budget auch willig sein und das Sparen, wie bisher üblich, der Zukunft überlassen wolle. Der Fortschritt mag zu einer solchen Nachgiebigkeit in der Geldfrage seine guten Gründe haben, da die erhöhten Forderungen ja vorzugsweise in dem durch den Militärvertrag mit Preußen hervorgerufenen höhern Heeresstand ihre Ursache haben. Für die patriotische Partei besteht aber sicher diese Rücksicht nicht. Denn so sehr (fast zu sehr) auch die patriotische Adresse das Halten der Verträge betont; sie zu lieben hat die patriotische Partei sicher keine Veranlassung, also auch keine, um ihretwillen das Land verarmen zu lassen. Deßhalb hätten wir in der patriotischen Adresse die bestimmte Erklärung gegen jede Steuererhöhung gewünscht und hoffen nur, daß die patr. Abgeordneten, eingedenk der Erwartungen des Volks, bei Berathung des Budget thun werden, was sie in der Adresse nicht sagen wollten.

München, 1. Febr. Nur immer — anständig! In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer zieht Hr. v. Stauffenberg nachdem er in üblicher Fortschritts-Manier der patr. Presse Schuld gegeben, wenn ein Mißtrauen im Volke gegen das Ministerium sich zeige, plötzlich die gestrige Nummer des „Vaterland" hervor, und nachdem er aus dem Leitartikel desselben den Satz verlesen „Wenn Herr Fürst von Hohenlohe von seiner hohen Stelle nicht herabsteigen will, so wird er herabgeholt", ruft er den patr. Abgeordneten zu: „Meine Herren, mißbilligen Sie die Sprache eines solchen Blattes, desavouiren Sie dieses Blatt", worauf lauter, fast einstimmiger Zuruf: Ja, Ja! von Seite der patriotischen Partei erfolgt. Wir sehen uns durch diesen Vorfall zu einer Bemerkung veranlaßt. Wir bedauern den Ausdruck des „Vaterland", bedauern aber noch mehr die Zustimmung der patr. Abgeordneten zu der Aufforderung des Herrn v. Stauffenberg. Wir glauben, daß dieselben in eine fortschrittliche Falle gegangen, daß deßhalb wohl Hr. v. Stauffenberg Grund zur Freude hatte über diese ihm sicher selbst unerwartete Zustimmung der Patrioten, diese aber durchaus keinen zur Freude über die so seltene Anerkennung, die sie bei dem Hrn. Redner gefunden. Die patr. Abgeordneten hätten doch wohl bedenken sollen, daß wenn auch der Ausdruck des „Vaterland" etwas derb, nicht salonmäßig war, in der Sache doch nichts Anderes damit ausgesprochen wurde, als sie selbst anstrebten: die Entfernung des Fürsten von seinem Ministerposten; daß deßhalb, wenn ihre Mißbilligung dem Gedanken gelten sollte, sie sich selbst desavouirten. Sollte aber die Mißbilligung bloß dem unpassenden, sprachlichen Ausdrucke gelten, so halten wir hiefür einen solchen Schnitt ins eigene Fleisch, Angesichts der Lage der Dinge, für mindestens sehr unklug. Wir sehen die Zeitungen für die Parteigänger im politischen Kampfe an. Wie ein kluger General bei manchen Handlungen seiner Parteigänger, wenn er sie auch nicht billigen kann, ein Auge zudrücken sicher aber dem Feinde den Gefallen nicht thun wird, sie auf sein Verlangen zu desavouiren, so muß auch eine politische Partei gegen ihre Parteigänger möglichste Nachsicht üben. Die Fortschrittspartei thut dies sicher, warum nicht die patriotische? Ja, das wäre aber nicht — anständig!

Ist denn gar keinem Patrioten eingefallen, dem Hrn. v. Stauffenberg auf seine Aufforderung, das „Vaterland" zu desavouiren, zu entgegnen: „Von Herzen gern, Verehrtester, sobald Sie und Ihre Partei sich herbeilassen, die M. N. Nachrichten, die Augsburger Abendzeitung, die Kemptner Zeitung ꝛc. zu desavouiren." — Doch vielleicht wurden die Patrioten durch Hrn. v. Stauffenberg und ihr Anstandsgefühl nur überrumpelt und es wird wohl bal-

Digitized by Google

digst ein patriotischer Abgeordneter Gelegenheit haben, auch die Fortschrittspartei zur Desavouirung ihrer Blätter aufzufordern, und wenn auch diese jedenfalls mit gleicher Bereitwilligkeit es thun wird, dann sind wir zufrieden.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 7. Febr. Der erste Absaz des Jörg'schen Adreßentwurfs wurde angenommen, der Gegenvorschlag abgelehnt. Beide Parteien stimmten wie ein Mann. Heute sprachen: Abg. Schleich, der Kriegsminister Frhr. v. Pranckh, und die Abgg. Frankenburger, Kraußold, Jörg und Völk. Außerdem wurden viele persönliche Bemerkungen gemacht. Morgen beginnt die Diskussion des zweiten Absatzes.

In der heutigen 8. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde die Debatte über Absatz 1 des Entwurfs der Adresse und die von den Abgeordneten Dr. Völk, Dr. Marqu. Barth, Fischer, Makowiczka, v. Stauffenberg und Genossen dazu eingebrachte Modifikation fortgesetzt. An der Debatte betheiligten sich Bezirksgerichtsrath Schmitt, Frankenburger, Föckerer, Kraußold, und Dr. Völk, welche für den Vorschlag der Liberalen sprachen, Dr. Schleich, Bucher, Greil und Referent Jörg, welche den Entwurf des Ausschusses bevorworteten. Schließlich wurde von der Majorität der Kammer die Modifikation abgelehnt und der Abs. 1 des vom Ausschuß verfaßten Entwurfs angenommen. Die Sitzung schloß um 2 Uhr. Morgen Vormittag wird die Specialdebatte über die Adresse fortgesetzt.

Auf Grund der stenographischen Aufzeichnungen sind wir in der Lage zu berichtigen, daß Hr. Abg. Mahr keinen Ordnungsruf erhalten hat, sondern nur eine Bemerkung des Präsidenten. Den ersten Ordnungsruf erhielt in heutiger Sitzung Dr. Völk.
(Wir werden morgen die Rede des H. Dr. Huttler, die die beste von allen bis jetzt gehaltenen ist, bringen u. die des Hrn. Pfr. Mahr folgen lassen.

Der Bericht des Prof. v. Pözl als Schuldentilgungskommissär der Kammer der Abgeordneten enthält folgende Zusammenstellung der Erträgnisse der Malzaufschlagsgefälle seit dem Jahre 1819: In der 1. Finanzperiode, welche die 6 Jahre von 1819 bis 1825 umfaßte, belief sich der Gesammtbetrag auf 26,513'745 fl., in der 2. Finanzperiode 1825|31 27,558'275 fl., in der 3. Finanzperiode 1831|37 29,913'272 fl., in der 4. Finanzperiode 1837|43 33,441'430 fl., in der 5. Finanzperiode 1843|49 32,451'189 fl., in der 6. Finanzperiode 1849|55 34,628'105 fl., in der 7. Finanzperiode 1865|61 40,004'374 fl., in der 8. Finanzperiode 1861|67 54,131'825 fl. Der durchschnittliche Jahresbetrag in der 1. Finanzperiode war 4,418'957 fl., in der 2. 4,593'046 fl., in der 3. 4,985'545 fl., in der 4. 5,573'572 fl., in der 5. 5,408'532 fl., in der 6. 5,771'351 fl., in der 7. 6,667'396 fl., in der 8. 8,661'092 fl.

Heute hat das Militärbezirksgericht München seine 1. öffentliche Sitzung abgehalten. Da dies Institut hiemit seine Thätigkeit eröffnet hat, so werden wir diese Sitzung morgen ausführlich bringen.

Jetzt wirds immer schöner, wie weit es die fortschrittl. Presse, die aber gewiß nicht von den Abg. dieser Partei desavouirt wird, in Verbreitung falscher Nachrichten gebracht hat, so läßt sie die A. A. schreiben: Bei Hofe ist man nicht wenig überrascht, daß das offizielle Journal des Kardinals Antonelli in Rom den Abgeordneten der klerikalen Partei die Weisung zugehen ließ, dieselben hätten die Steuern zu verweigern und damit die Position des Ministeriums unmöglich zu machen. An eine so heftige Art der Einmischung hatte man bisher noch nicht geglaubt; jetzt sieht man aber, daß „unsere Nebenregierung in Rom" keinen Spaß versteht, und daß sie „die Alleinregierung" seyn und dies ausüben will, sobald sie nur kann und über eine, wenn auch noch so kleine Mehrheit verfügt.

München, 7. Februar. Zum ordentlichen Professor der klassischen Philologie in der philosophischen Fakultät der Universität Erlangen ist der außerordentliche Professor in Leipzig, A. Schöne, ernannt worden.

Die Agitationen gegen den Ministerialpräsidenten Reichsrath von Harleß wegen seiner Haltung in der Adreßdebatte nehmen von Seite der Fortschrittspartei einen ins Religiöse hinübergeführten derartigen Verlauf, daß wir solch ein Verfahren nur bedauern und bemitleiden müssen.

Wien, 7. Februar. Das Abgeordnetenhaus wies die Anträge Rechbauers in Betreff des Religionsgesetzes, des Zivilehegesetzes und der Aufhebung des Konkordats einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zu und nahm das Gesetz über die Dotation des Hofstaats an.

Ausland.

Paris, 7. Februar. Das Journal officiel veröffentlicht das Bestätigungsdekret über eine mit dem Hause Erlanger geschlossene Konvention zur Errichtung eines Kabels zwischen Frankreich, Algier und Malta.

Paris, 7. Februar. Rochefort erklärt in der Marseillaise seine Weigerung, sich auf die Vorladung des Parkets zum Strafantritte zu stellen; er wollte mit Gewalt gezwungen werden.

Wenn Jemand die Neugierde plagen sollte, zu erfahren, wo sich die „schon lange gesuchten" „spanischen Kronjuwelen befinden sollen, beliebe sich ans Leihhaus in Mexiko zu adressiren, wo dieselben aufbewahrt werden. (?) So berichtet man aus Madrid.

Digitized by Google

Vermischtes.

(Militärdienstesnachrichten.) Fortsetzung.

Befördert wurden: zu Majoren: die char. Majore A. v. Roth, Referent im Kriegsministerium, A. Büttner bei der Kommandantschaft Würzburg, G. Rupp bei der Zeughaus-Hauptdir. und A. Denig, Ldw.-Bez.-K. zu Bamberg; dann die Hauptleute B. Safferling vom 8. Jäger-Bat., O. v. Parseval vom 2. Inf.-Reg. und Th. Kriebel vom 1. Art.-Reg im Generalquartiermeisterstab, B. Endres vom 7. Inf.-R. im 13. Inf.-Reg., J. Frhr. Kreß von Kressenstein vom 5. Inf.-Reg. und A. Harrach vom 3. Inf.-Reg. im 12. Inf.-Reg., Th. v. Heeg im 10. J.-R., A. v. Sauer vom 2. Inf.-Reg. im 11. Inf.-Reg., O. Frhr. v. Gumppenberg vom 7. Jäg.-Bat. im 13. J.-R. und E. Frhr. v. Reitzenstein, bisher 1. Adjutant des Kommandanten der 4. Armeedivision; die Rittmeister A. Cronenbold vom 2. Uhlanen-Reg. im 4. Chev.-Reg., G. Oertel vom 2. Uhl.-R. im 6. Chev.-R., L. Graf v. Seyssel d'Air vom 4. Chev.-Reg. im 1. Cuir.-Reg. und F. v. Stetten im 2. Cuir.-R.; ferner die Hauptleute G. Zeller im 4. Art.-Reg., C. Redenbacher im 1. Art.-R., F. Will von der Art.-Berathungskommission im 3. Art.-R. und J. Kern vom Geniestab im Genie-Regiment.

Versetzt werden: der Generalmajor B. von Tausch von der 4. zur 1. Cav.-Brig.; der Oberst H. Diehl vom Gen.-Quartstab. zum 14. Infant.; die Oberstlieut. G. Frhr. v. Lamezan vom 4. Art. zur Art.-Berathungskomm., F. v. Leutner zu Wildenburg, als Geniedir. zum Gouvernem. der Festung Germersheim, M. v. Heckel vom Gen.-Quartstab. zum 10. Jäg. und F. Gimmingen Frhr. v. Massenbach des General-Quartstab., bisher Ref. im Kriegsmin., zum 9. Jägerb.; die Majore C. Böhe, bisher funkt. Ldw.-Bez.-Comm. von Bayreuth, zum 11. Infant., F. Daffenreither, bisher funkt. Ldw.-Bez.-Comm. von Weilheim, zum 1. Infant., A. Ritter von Oswald, Ldw.-Bez.-Comm. von Mindelheim nach Passau, und C. Köllensberger, Ldw.-Bez.-Comm., von Hof nach Weilheim.

Ernannt werden: zum Commandanten der Kriegsakademie der Oberstlieut. M. Graf v. Berri della Bosta des Gen.-Quartstab., bisher Comm. der Kriegsschule; zum Command. der Kriegsschule der Major J. Fleischmann vom 13. Infant.; zu Ref. im Kriegsmin.: der Hauptmann A. Bösmiller des 9. Infant., bisher 1. Adj. des Gen. der Infant. und Generalkommand. von Würzburg, Ritter v. Hartmann, und der Rittm. C. Fels des 2. Uhl.-Reg., beide unter gleichzeitiger Beförderung zu Majoren; zum Vorstand der 3. Genie-Dir.; der Major A. Friedlein von der 1. Genie-Dir.; zu Ldw.-Bez.-Comm. der Major und funkt. Ldw.-Bez.-Comm. F. Reuß in Altötting, ferner die Majore M. Freiherr v. Frönau vom 10. Infant. in Mindelheim, M. v. Schönfeßl vom 12. Infant. in Neustadt a. W. R., A. Schwald vom 1. Inf.-Reg. in Bayreuth und Ch. Zanzinger vom 6. Chev.-Reg. in Amberg; dann der Hauptmann Th. Frhr. v. Hohenstaufen vom 3. Jägerb. in Hof, dieser unter gleichzeitiger Charakterisirung als Major.

Augsburg, 1. Febr. Bei der heute stattgehabten 11. Serienziehung des städtischen Lotterie-Anlehens wurden die 15 Serien: Nr. 169, 464, 724, 731, 855, 909, 1024, 1214, 1671, 1689, 1709, 1761, 1777, 1877, 1855, und 2071 gezogen. Prämienziehung am 1. März l. Js.

Braunschweig, 1. Febr. Bei der heute stattgehabten Ziehung sind die Serien: 2936, 3944, 5464, 6314, 6548, 8924, 9483, 9687, 9892 ausgelooft worden.

(Eine kleine Verwechslung.) Es ist immerhin gerade nicht angenehm, wenn man sich durch Verwechslung eines Gegenstandes getäuscht sieht, ärgerlich ist es, wenn selbst ein Trauerfall dabei mitspielt. So ist neulich in einem Orte in der Nähe von Paris folgende Leichenverwechslung vorgekommen: Ein Mädchen und Unteroffizier waren zu gleicher Zeit im Spitale gestorben und wurden demzufolge an ein und demselben Tage nach einander begraben. Die Särge standen neben einander und da geschah es, daß das Mädchen von einem Peloton Dragoner begleitet wurde und ihr die militärischen Ehren ins Grab gebracht wurden, während der Soldat mit Blumen, den Sinnbildern der Reinheit u. Unschuld bedeckt, auf vier Frauenschultern getragen und unter unter Absingung von Leichengesängen begraben wurde. Die Verwechslung stellte sich erst später heraus.

Als Herr Urian seine berühmte Reise um die Welt machte, war der Begriff von sogenannten Durchbilletten unbekannt. Erst seit verhältnißmäßig kurzer Zeit kann man, mit einem einzigen Billetbüchlein bewaffnet, eine Reise von England durch Frankreich und Deutschland machen. Eine neue Yankeespekulation beabsichtigt, uns das Reisen noch bequemer zu machen und Durchbillette für eine Reise um die Welt zu schaffen. Der Chicago Tribune nämlich zufolge hat eine der angesehensten Eisenbahnverwaltungen die nöthigen Unterhandlungen mit verschiedenen Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Gesellschaften schon fest abgeschlossen, Die Billete sollen so lange giltig sein, bis sie verbraucht sind, und dem Reisenden Gelegenheit geben, in Japan, China, Palästina oder wo immer er geneigt sein mag, die Hauptlinie zu verlassen, Ausflüge zu machen. Die Preise sind von Newyork aus östlich bis Alexandria in Aegypten und westlich bis Yokuhama und Schanghai bereits festgestellt, und ein Agent ist schon unterwegs, um mit den Dampferlinien zwischen China und dem rothen Meere und mit der Eisenbahn von dort bis Alexandria ein Abkommen zu treffen. Das Minimum von Zeitdauer, welches die ganze Spazierfahrt in Anspruch nimmt, beträgt 90 Tage, und die Kosten belaufen sich nur auf 1000 bis 1200 Dollars Gold.

Digitized by Google

Frankf. Coursbericht vom 7. Feb. 1870.

Staatspapiere.								
Preußen.	5%	Oblig.	—	G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91 bz
	4½	:	92⅞	bz.		4	:	84½ G
	4	:	81½	B.		3½	:	82⅜ G
Frankf.	3½	:	81½	G.	Baden.	4½%	Oblig.	92½ G
Nassau.	4½	Oblig.	91½	G.		4	:	85⅜ B
	4	:	84½	B.		3½	:	81½ B
Kurhess.	4	:	83⅞	B.	G. Hessen	5	:	102½ B
Bayern.	5%	:	—	G.		4	:	93⅛ B
	4½	1jhr. :	91⅛	bz.	Sachsen.	5	:	100½ bz
	4½	½jhr. :	91⅜	bz.	Schwb.	3½	:	80⅛ B
	4	1jhr. :	—	G.	Oesterr.	4⅕	R.i.S.	57⅛ bz
	4	½jhr. :	86⅜	G.		4⅕	R.i.P.	50½ G
	4	Abl.-R.	86½	bz.		5	Ung. E. A.	— G
	3½	Obl.	—	G.	Nordamerika	6%	81 b. 64	95⅛ bz
						5%	Bds 71 r. v. 61	96 bz

Wechsel auf kurze Sicht.		Hamburg (M.-B. 100)	88⅛ bz
Amsterdam (100 fl.)	103⅜ bz	London (10 Pf. St.)	119½ bz
Augsburg (100 fl)	88⅜ G	Paris (200 Fr.)	94⅜ bz
Berlin (60 thlr.)	105 bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96½ bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅛ B	Disconto 4 pCt.	

Anlehensloose.		bad. 35 fl.	57½ bz
3½% preuß. 100 thlr.	— G	großh. hess. 25 fl.	— bz
kurhess. 40 thlr.	56⅞ bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12⅝ G
bayr. 100 thlr.	106½ bz	österr. 500 fl. v. 1860	80 bz

Aktien.		5 öst. Staatsb. 500 frc.	273 G
3½% b. H. u. W.-B. 500 fl.	— G	4 pfälz. Ludwb. 500 fl.	169⅜ G
Oest. Nat.-B. 600 fl.	697 bz	4 Marbahn 500 fl.	106½ B
4½% b. Ostbahn 200 fl.	120⅜ bz	4 Nordb. 500 fl.	87 bz
5 öst. Südb. 500 frc.	232½ bz	4 H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90½ G

Anlehen der Stadt München 101 bz

Für Dampfmaschinen.

Schauweckers patent. selbstthätiger Oeltropfapparat erzeugt 20—30 pCt. Reingewinn. Garantie.

Leistet jetzt eine Maschine bei einem gewissen Kohlenquantum z. B. 30 Pferdekraft, so leistet sie bei Anwendung dieses Apparates 36 Pferdekr. und der jährl. Reingewinn von kostenlosen 6 Pferden beläuft sich auf mindestens 1000 fl. Außerdem Beseitigung der Schieber- und Kolbenreparatur. — Bis jetzt abgesetzt 1200 Stück, wovon zwei Drittel durch Nachbestellung. — Allein zu beziehen bei

F. Schauwecker, Werkmeister in Weiden.

Bei Friedrich Pustet in Regensburg ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

Marianisches Brevier.

Ein Andachtsbuch zur Verehrung der allerseligsten Jungfrau. Nach dem Psalter des hl. Bonaventura, dem hl. Alphons von Liguori und anderen Kirchenlehrern. — 2. Auflage. — Mit Approb. geistl. Obrigkeit. Mit Titelstahlstich. 490 S. — Taschenformat. Preis 54 kr. — (In halb Leder geb. fl. 1. 12 kr. — In Leder mit Goldschn. gebd. fl. 1. 42 kr.

Es ist dies ein ganz vorzügliches Buch, dessen Inhalt geeignet ist, die Andacht frommer Verehrer Mariens zu beleben und zum rechten Ausdrucke zu bringen.

Kirchenmalereien!

Kirchenfenster-Rouleaux a la Glasmalerei mit oder ohne religiösen Bildern gut und dauerhaft gemalt, zu mäßigen Preisen, Kreuzwege in allen Größen zu mäßigen Preisen, von tüchtigen akademischen Künstlern gemalt. Probestationen werden auf Wunsch zur gefälligen Einsicht gestellt.

Altargemälde, Heiligenbilder in allen Größen zu den billigsten Preisen. Transparente, Advent- und Fastenbilder, hl. Gräber, sowohl als Transparent-Gemälde wie auch gebaute, alte werden restaurirt. Unter Zusicherung reeler Bedienung und mäßiger Preise zeichnet

München, Schommergasse 19, früher Bayerstrasse 7.

H. Lange, Maler.

Briefkasten.

Z. Nicht angen. Erhltn. Nur direkt an uns senden. Wann mehr?

Zu verkaufen

sind fortwährend **Güter** für 80000, 86000 Thaler u. s. w., Mühlen, Gasthäuser, Brauereien, Apotheken für 20000 Thaler u. s. w. Fabriken z. durch den Güteragenten

Kühn in Apolda.

der auch solche Besitzungen kauft.

Die homöopath. Central-Apotheke

von

Ludwig Landgraf in München

welche sich allein nur mit der Bereitung homöopathischer Arzneimittel beschäftigt, empfiehlt ihre Medicamente sowie Haus- und Taschenapotheken nach Vorschrift aller erschienenen homöopathischen Handbücher. Ausführliche Preislisten jederzeit gratis.

Gesellen-Verein.

Morgen Abend 8 Uhr Monatsversammlung der Herren Schutzverstände.

Der Präses.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

Münchener Börse

vom 7. Feb.	B.	G.	bz
3½ pCt. St.-Obl.	81½	80¾	—
4 pCt. gzjähr. do.	86½	—	—
4 pCt. hlbjähr. do.	86½	—	—
4 pCt. Grdrenten	86⅞	86⅝	—
4 pCt. Präm.-Anl.	107	106¾	—
4½ pCt. gzjähr. Obl.	92	91¾	91⅞
4½ pCt. halbj. do.	91⅞	91⅝	—
5 pCt. Oblig.	101⅝	—	101¾
Pfdbr. (H. u. W. B.)	90¾	90½	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—
Aktien. do	824	—	—
Vereinsbankakt.	115½	114½	—
Handelsbankaktien	96	95	94
½ pCt. Ostbahnakt.	120¾	—	—
4 pCt. Münch. Obl.	86	—	—
5 pCt. do.	101⅛	100¾	—

Frankfurter Geldcours

Preuß. Kassensch.	fl. 1.	44⅞—45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl. 9.	58—59
Napoleonsd'or	fl. 9.	27—28
Pistolen	fl. 9.	48
Do. doppelte	fl. 9.	49
Dukaten	fl. 5.	35—37
Dollars in Gold	fl. 2.	27—29

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 33. Mittwoch, den 9. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Rede des Abgeordneten Hr. Dr. Huttler

in der 5. öffentlichen Sitzung am 3. Februar.

Nach dem Gange der seitherigen Debatte dürfte ich zwar Bedenken haben für das, was ich zu sagen mir vorgenommen habe, halte es aber für meine Pflicht u. deßhalb thue ich es. Wir sind zusammengerufen zu einträchtigem Zusammenwirken für des Landes Wohl und Beste und sind aus erhabenem Munde gebeten worden. Wenn wir aber hier die Kluft immer noch erweitern, sehe ich nicht ein, wie wir der königl. Ermahnung entsprechen können. Ich möchte namentlich auf jene Punkte verweisen, in denen wir Alle einig sein können und werden. Der erste Satz des Entwurfs verspricht, dem Volke den Frieden wiederzugeben, dessen Trübung wir beklagen. Der Punkt wird uns Allen gemeinsam sein. Die nächsten Absätze behandeln die deutsche Frage. Ehe ich von ihr spreche, muß ich eines besondern Moments erwähnen. Es ist von Ihrer Seite ein paarmal geschehen, daß man auf eine Gefahr hingewiesen hat, die nicht vom Norden, sondern vom Süden, die von Rom kommen soll. Es ist das Wort: „römische Provinz", das zu einem Schlagworte zu werden angethan ist, auch in diesem Hause gebraucht worden. Ich halte die Gefahr einer Unterjochung Bayerns zu einer römischen Provinz für ein Gespenst, „sollte aber dieses Gespenst „Fleisch und Blut annehmen, sollte es auch in diesem „Hause spucken gehen, dann bitte ich Sie, näher zu„sammenzurücken, dann werden wohl Alle von unserer „Seite auf ihre Seite treten und mit Ihnen dieses Ge„spenst bekämpfen." (Bravo!) In Bayern ist nur der König souverän und im Innern das Gesetz! Dieß vorausgeschickt, spreche ich von der deutschen Frage. Man hat mehrfach die Idee von Kaiser und Reich erwähnt, Das halte ich für eine Chimäre. Aber darauf zurückkommen wollte ich, um auszusprechen, daß wir gegen eine protestantische Dynastie keine Aversion haben. Das wäre gegen alle Geschichte, wir haben schwäbische, fränkische, wir haben sächsische Kaiser gehabt, wir haben auch wittelsbachische und habsburgische gehabt, warum könnten nicht auch die Hohenzollern die Krone des Reiches tragen? Wenn der König von Preußen statt dem schwarz-roth-weißen Banner das schwarz-roth-goldene Banner aufpflanzt, wenn er nicht in Berlin am Sitze des Militarismus, wo ein Parlament nicht frei tagen kann, wenn er in der freien Reichsstadt Frankfurt das Parlament zusammenruft, dann glaube ich die Zeit für den Frühling Deutschlands gekommen zu sehen. Aber Das sind Träume. Ich kann mich nicht überzeugen, daß aus diesem norddeutschen Bund ein großes Deutschland herauswachsen könne, ich sehe immer nur ein großes Preußen. Dieß schon darum, weil ich nicht finden kann, wie Oesterreich — und das muß doch dabei sein! — darin Platz finde. Oesterreich könnte herangezogen werden nur, indem man es mit Gewalt zerschlüge, aber in demselben Moment da dieß geschähe, rückten der Slavismus und der Romanismus uns so auf den Leib, daß uns der Athem der Freiheit ausginge. Ich habe keine Abneigung gegen Preußen, ich finde, es gehört an die Spitze, es soll vorausgehen, aber Oesterreich muß mitgehen, schon deßhalb, weil nur durch seinen Zutritt die Gegensätze sich ausgleichen, welche zwischen Nord- und Süddeutschland bestehen. Ich kann mir eine Gestaltung eines großen, einigen Deutschlands nur auf wahrhaft freiheitlicher und föderativer Entwicklung denken nnd ich bin lebhaft überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo wir dieses große Ziel, diese Sehnsucht unserer Herzen hüben wie drüben auch noch erreichen werden. Dadurch, daß ich gesagt habe, ich stelle mich eben auch auf dem Boden der Thatsachen, dadurch ist das begründet, was in unserem Adreßentwurfe über die Verträge gesagt worden ist. Wir haben keine Hintergedanken, wir wollen sie halten, aber es ist möglich, daß von anderer Seite sie so gedeutet werden könnten, daß die Selbstständigkeit Bayerns darüber verloren ginge, etwa daß eine Einwirkung auch in Friedenszeiten herausgeklügelt würde. Die „Militär. Blätter" in Berlin haben kürzlich eine Abhandlung gebracht, worin es hieß, daß Bayern noch immer sich nicht anbequemen wolle, und daß es nicht sich einbilden dürfe, daß Schutzbündniß sei nur für den Krieg geschlossen. Aehnlich ist es bei dem Zollvertrag; wir schätzen den Verein, aber wir wollen nicht, daß bei seiner Erneuerung uns der Brodkorb weiß Gott noch wie weit höher gehängt werde. Dieses sind die Gefahren, die wir hinter den Verträgen vermuthen. Wir haben uns genöthigt gesehen, dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten unser Mißtrauen auszusprechen.

Digitized by Google

Dabei weise ich laut u. entschieden den Vorwurf zurück, als ob wir in seine persönl. u. polit. Ehrenhaftigkeit den mindesten Zweifel setzten, sie ist außer Frage; aber Vertrauen und Mißtrauen sind Dinge sehr delikater Natur; wenn Thatsachen vorlägen, dann brauchten wir kein Mißtrauen, dann würden wir nach dem Ministerverantwortlichkeitsgesetz anders sprechen. In einer Zeit, wo die althergebrachten Lehren und Ansichten Schiffbruch leiden, wo der Grundsatz gilt, „Macht geht vor Recht," da muß man Vertrauen znm Lenker des Staates haben, und Vertrauen ist mehr Sache des Gefühles als des Verstandes. Schluß folgt.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 8. Febr. In der heutigen 9. Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde Berathung über den Adreßentwurf Absatz 2 fortgesetzt, welcher lautet: Eurer Majestät königliches Wort: „alle Verträge, welche Ich mit Preußen und dem norddeutschen Bund geschlossen habe, sind dem Lande bekannt" — legt den Grund zur Beruhigung der durch ein schweres Schicksal erschütterten Gemüther. Nie wird eine Lockung zum Vertragsbruch bei unserem Volke Eingang finden. An der Debatte hierüber betheiligte sich zunächst Referent Jörg, welcher diesen Absatz gerade deshalb für besonders wichtig und nothwendig hält, weil man der patriotischen Partei so oft vorwerfe, daß sie ein Ministerium wolle, welches die Verträge brechen solle. Eben um zu beweisen, daß wir alle die Schmach nimmer erleben wollen, daß wir im Bunde mit Fremden gegen deutsche Brüder kämpfen, müsse dieser Satz beibehalten werden. von Schauß machte das Bedenken geltend, ob man nach der politischen Geschichte einzelner Mitglieder der patriotischen Partei auch vertrauen könne, daß das redlich gemeint sei, was der Absatz 2 ausspricht und Croissant sprach ähnliche Bedenken aus. Nachdem aber Referent Jörg, die oben angegebene Erklärung in entschiedenster Weise wiederholt und Dr. Ruland u. Lucas dieselbe Ansicht ausgesprochen hatten, wurde der Absatz 2 nach dem Entwurf angenommen. — Ueber Absatz 3 und 4 die zusammen zur Berathung kamen, sprachen Referent Jörg, der den Entwurf vertheidigte, Dr. Marq. Barth sehr ausführlich, die Modifikationen Dr. Völks und Genossen vertretend. Dr. Edel motivirte die Modificationsanträge der Abgeordneten v. Hörman und Genossen, worauf die Sitzung um 2 Uhr geschlossen wurde.

In dem Referate über die erhobene Beanstandung der Münchener Landtagswahl behauptet Herr Jörg unter Anderm, das Verfahren des Urwahlkommissärs (Archivdirektor Dr. v. Löher) habe in Folge seiner Unkenntniß und Unbeholfenheit das Skrutinium in arge Verwirrung gebracht, derselbe habe sich einen fast unglaublichen Irrthum zu Schulden kommen lassen und man dürfe die an diesem Versehen schuldlosen Urwähler die Ungeschicklichkeiten des Wahlkommissärs nicht büßen lassen. Herr Graf Fugger-Blumenthal hat das ihm übertragene Referat über das Verkehrswesen von freien Stücken an Hrn. v. Stauffenberg abgetreten.

München, 7. Febr. Daß Prinz Luitpold und seine beiden Söhne ihre militärischen Chargen Seiner Majestät zu Füßen legten, bestätigt sich, doch nahm der König ihren Rücktritt nicht an. Daraufhin hat der genannte Oheim Seiner Majestät am 6 Febr. ein Memorandum überreicht, welches an Deutlichkeit zur Bezeichnung der Lage nichts zu wünschen übrig lassen soll übrigens dem Grundgedanken Ausdruck gibt, daß die Opposition in der Reichsrathskammer wohl gegen das jetzige Ministerium, aber keineswegs wider den König gerichtet sei. Unsere Situation ist sehr ernst; Gott bessere es! Jedenfalls ist die Verfassung ein Palladium, das zu keiner Zeit uns willkommener war. Im Innern wie nach außen macht unsere Lage das bedenklichste Aufsehen, aber die Haltung beider Kammern ist korrekt. Auch im Falle einer Kammerauflösung würde die Mehrzahl der Neugewählten sich für Bayerns Selbstständigkeit aus allen Kräften wehren nnd dieß thut sie auch jetzt.

Fürst Hohenlohe wurde heute von Sr. Maj. dem König empfangen, um über die in sein Ressort einschlägigen Angelegenheiten Bericht zu erstatten. — Man sieht dem Erscheinen des zweiten Theiles des Armeebefehles in einigen Tagen entgegen. Derselbe wird noch mehrere Veränderungen in dem Stande der Oberoffiziere der Kavalerie, Artillerie und des Geniekorps mittheilen.

Die Einberufung des Zollparlaments wird von der preußischen Regierung auf den 20. April beabsichtigt; es dürfte aber von unserer Staatsregierung ein späterer Termin in Vorschlag gebracht werden, da bis zum 20. April unsere Kammer ihre Aufgabe voraussichtlich noch lange nicht erledigt haben dürften, und bekanntlich viele der bayer. Zollparlaments-Abgeordneten Mitglieder der Kammer der Reichsräthe oder der Kammer der Abgeordneten sind.

Berlin, 6. Febr. Die Vorgänge in Bayern fesseln die Aufmerksamkeit unserer politischen Kreise in einem sehr hohen Grade, und es läßt sich nicht läugnen daß die Besorgung vor ernsten Verwicklungen in Ihrem engeren Vaterlande bei uns die Theilnahme an unseren eigenen häuslichen Angelegenheiten wesentlich beeinträchtigt. — Zum nicht geringen Befremden unserer Abgeordneten hat der Staatsminister a. D. Frhr. v. d. Heydt wirklich am 3. d. seine Reise nach dem südlichen Frankreich und Italien angetreten, während man allgemein erwartet hatte daß er Berlin nicht eher verlassen werde als bis er sich wegen der groben Irregularitäten gerechtfertigt, oder doch wenigstens entschuldigt habe, welche die mit der Untersuch-

Digitized by Google

ung seiner Finanzverwaltung beschäftigte Budget-Commission des Abgeordnetenhauses entdeckt hat. Nicht bloß, daß ihm eine Verletzung des Anleihe-Gesetzes von 1867 zum Vorwurf gemacht wird, woraus dem Staate für das Jahr 1868 ein Nachtheil im Betrage von 720,000 Thlrn. erwachsen ist, sondern es ist inzwischen von der Commission auch noch ermittelt, daß der Betrag der durch jenes Gesetz bewilligten Anleihe nicht einmal annähernd für den gesetzlich bestimmten Zweck (Eisenbahnbauten) verwendet wurde.

Berlin, 7. Febr. Das Herrenhaus lehnte den Antrag auf Vertagung der Session mit allen gegen 20 Stimmen ab, obwohl die Minister des Innern und der Justiz, sowie Graf Bismarck sich entschieden dafür aussprachen, und letzterer im Ablehnungsfalle die Berufung einer außerordentlichen Session in Aussicht stellte.

Ausland.

Paris, 8. Febr. Rochefort ist gestern Abends 8 Uhr in La Villette verhaftet worden, als er in eine öffentliche Versammlung eintreten wollte. Er leistete keinen Widerstand, und wurde ins Gefängniß Sainte Pelagie abgeführt. Nach der Verhaftung zog Flourens einen Revolver unter dem Rufe: „Man müsse Rochefort befreien." Es wird versichert, Flourens und drei andere hätten gefeuert, ohne jedoch jemanden zu verletzen. Gegen 10 Uhr Abends wurden im Faubourg du Temple und in Belleville Versuche gemacht Barricaden zu errichten. Um 1 Uhr Morgens wurden Truppen nach Belleville dirigirt. Die Boulevards sind belebt, doch fand keine Störung der Ordnung statt. — Rente 73. 15.

Der „Figaro" dagegen meldet: Es wurden Barricaden gebaut; am Eingange der Pariser Straße der Vorstadt Belleville wurden 15 Barricadenvertheidiger verhaftet, Polizei-Officier Lombard erhielt auf der linken Seite einen Stich mit einem an einem Stock angehefteten Bajonette. Weiter hinauf in der Pariser Straße wurde ein Stadtsergent durch eine Revolverkugel in die Brust getroffen. Um Mitternacht plünderten Aufrührer die Waffenfabrik Lefaucheaux in der Lafayette-Straße, nahmen 40 Gewehre und 300 Revolver weg. Zahlreiche Verhaftungen fanden statt. Der erste Transport mit 200 Gefangenen ist im Präfecturgebäude eingetroffen. Die Barricaden werden von der Polizei und den Truppen bewacht.

Vermischtes.

Die 1. öffentl. Sitzung des Militärbezirksgerichts München fand heute Vormittag in dem in der Seidenhauskaserne hiefür eingerichteten Locale statt. Dieselbe wurde von den Vorsitzenden des Gerichtshofes Generallieutenant Stephan mit einer Ansprache eröffnet, worin derselbe die Grundzüge des neuen Prozeßverfahrens betonte und den nunmehr zwischen dem bürgerlichen Strafverfahren und dem Militärstrafprozeß in Bayern bestehenden Einklang hervorhob. Die Geschwornen waren zusammengesetzt aus 4 Hauptleuten, 1 Oberlieutenant, 1 Unterlieutenant und 3 Unteroffizieren verschiedener Waffengattungen. Das Richterpersonal bestand zufolge Art. 40 der Militärstrafgerichtsordnung bei der 1. Verhandlung, da ein militärisches Vergehen den Gegenstand derselben bildete, aus dem Gerichtsdirektor, einem Offizier und einem Auditor, bei der 2. Verhandlung jedoch, die sich auf ein gemeines Vergehen bezog, aus dem Gerichtsdirector und 2 Auditoren. Da die Reate der beiden Verhandlungen im Vorjahre begangen waren, so unterlagen sie noch der Herrschaft der früheren Strafgesetze. — Bei der 1. Verhandlung bestand das Richterpersonal aus dem Director Stabsauditor Knözinger, Hauptmann Algäuer, Regimentsauditor Freiherr von Müller; als Staatsanwalt fungirte Regiments-Auditor Koppmann, als Vertheidiger Hauptmann Schmidt. Gegenstand der Verhandlung war das militärische Vergehen der Desertion unter den erschwerenden Umständen des Dienstverhältnisses und der Vertragung militärischer Equipirungsgegenstände begangen von dem Soldaten des 2. Infanterie-Regiments Joseph Aigner, welcher sich während er gerade die Zimmertour hatte, unter Mitnahme verschiedener Militär-Equipirungsstücke entfernte, in Landau jedoch freiwillig gestellt hatte. Bei der Fragestellung machte der Gerichtsdirector die Geschwornen darauf aufmerksam, daß sie nach Vorlage der Beweismittel, sondern lediglich nach freier Ueberzeugung ihr Urtheil abzugeben brauchten, daß der Dienstälteste als Obmann zu fungiren und immer die niedere Charge vor der höheren zu stimmen hätte, endlich daß die bezüglich der Abstimmung der Geschwornen geltenden gesetzlichen Bestimmungen in dem Berathungszimmer auflägen. Nachdem sich die Geschwornen längere Zeit zurückgezogen hatten, wurde von deren Obmann die vorgelegte Frage auf „Schuldig" bejaht, jedoch ohne Annahme der erschwerenden Umstände. Der Angeklagte wurde zu 2 Monat und 21 Tagen Gefängniß (wovon 21 bei Wasser und Brod an jedem dritten Tage) verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 4 Monaten mit 21tägigem geschärften Arrest, der Vertheidiger 21 Tage Arrest und mit Anrechnung der Untersuchungshaft beantragt. Als Milderungsgrund war von Seite der Vertheidigung der Mangel an moralischer Kraft und Bildung veranlaßt durch schlechte Erziehung und Gesellschaft, zur Entschuldigung die freiwillige Sistirung des Angeklagten angeführt worden. Nach verkündetem Urtheile machte der Gerichtsdirector den Angeschuldigten auf das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde aufmerksam, wovon derselbe jedoch keinen Gebrauch zu machen erklärte. — Bei der 2. Verhandlung trat in den Gerichtshof für den Hauptman Regimenthauditor ein, die Vertheidigung wurde von dem Unterlieutenant Goll geführt. — Der Angeklagte Tambour Johann Schreiber vom 2. Infanterie-Regt. ist angeschuldigt 1. eines wegen Rückfalls gemeinen Vergehens des Diebstahls an einem Kameraden; 2. des militärischen Vergehens der Unterschlagung an einem Kameraden; 3. des militärischen Vergehens der Monturveräußerung. Bei dieser Verhandlung wurden die Damnificaten als Zeugen vernommen. Der Angeschuldigte gestand die sämmtlichen ihm zur Last gelegten Reate zu. Derselbe hatte einem Kameraden Unterhosen und Hemd aus einem unverschlossenen Koffer entwendet, einen von einem andern Kameraden zur Reparatur erhaltenen Waffenrock verkauft und einen Militärmantel veräußert. Die Geschwornen bejahten die sämmtlichen an sie gerichteten Fragen. Das Urtheil lautete auf Gefängnißstrafe von 4 Monaten unter Entfernung aus der bewaffneten Macht, welche Strafe auch der Staatsanwalt beantragt hatte. Der Sitzung, welche um 9 Uhr begann und um 12 Uhr endigte, wohnten Offiziere verschiedener Waffengattungen, besonders viele Unteroffiziere, dann Gemeine und auch eine beträchtliche Anzahl Civilpersonen bei.

Digitized by Google

Frankf. Coursbericht vom 8. Feb. 1870.

Staatspapiere.								
Preußen.	5%	Oblig.	—	G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91 bz
	4½	=	93	G.		4	=	84⅔ G
	4	=	81¼	G.		3½	=	82⅔ bz
Frankf.	3½	=	81⅝	bz.	Baden.	4½%	Oblig.	92⅛ G
Nassau.	4½	Oblig.	91¼	G.		4	=	85⅜ P
	4	=	84½	P.		3½	=	82⅛ P
Kurhess.	4	=	83⅜	P.	G. Hessen	5	=	102½ P
Bayern.	5%	=	—	G.		4	=	92⅛ P
	4½	1jhr.	91⅛	bz.	Sachsen.	5	=	100½ bz
	4½	½jhr.	91⅛	bz.	Brschw.	3½	=	80⅜ P
	4	1jhr.	—	G.	Oesterr.	4⅕	R.i.S.	57⅜ bz
	4	½jhr.	86½	G.		4⅕	R.i.P.	49½ bz
	4	Abl.-R.	86½	bz.		5	Ung. E.-A.	— G
	3½	Obl.	—	G.	NAermika.	6%	„81v.64	95½ bz
						5%	„Bds 71r.v. 61	95⅞ bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88½ G
Amsterdam (100fl.)	103⅜	bz	London (10Pf.St.)	119½ bz
Augsburg (100fl)	99⅜	G	Paris (200 Fr.)	94⅛ bz
Berlin (60thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96½ bz
Bremen (50 thl.Gold)	97⅛	P	Disconto 4 pCt.	

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	58½ bz
3½% preuß.100thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	— bz
kurhess. 40 thlr.	57	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12⅛ G
bayr. 100 thlr.	106½	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79 bz

Aktien.			5 öst.Staatsb.500frc.	373 G
3½% b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	4 pfälz.Ludwb.500fl	169 G
Oest. Nat.-B.600fl.	697	bz	4 Maxbahn500fl	106½ P
4½% b.Ostbahn200fl.	120⅜	bz	4 Nordb.500 fl.	87 bz
5 öst.Südb. 500 frc.	232½	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90⅛ G

Anlehen der Stadt München 101 bz

Fur die hl. Fastenzeit.

Im Verlage des Unterzeichneten sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Cantus passionis domini nostri Jesu Christi nec non lamentationum pro matutinis tenebrarum una cum cantu in sabbato sancto in benedictione fontis et in Missa post eam habenda in choro usitato. In faciliorem ecclesiarum usum. 154 S. 4. chines. Papier. geh. 1 fl. 45 kr.

Officia de passione Domini. Ad breviarum Romanorum. Cum psalmis et precibus in extenso. 98 S. 8. geh. 28 kr.

Paderborn. ***Ferdinand Schöningh.***

Bestellungen auf **COMMUNION-BILDER** in mehr als 40 Sorten

von 1 kr. an bis 30 kr. das Stück nimmt entgegen

Otto Reindl.

Für die herannahende heil. Fastenzeit erlaubt sich der Unterzeichnete einem hochw. kathol. Clerus und Kirchenverwaltungen seine direkt auf Leinwand gemalten

Kreuzweg-Stationen

nach den berühmtesten Compositionen mit sehr schönen kirchlichen Rahmen und Aufsätzen versehen unter nachfolgenden Größen und Preisen bestens zu empfehlen.

							mit Rahmen	ohne R.
1. Größe	53	Zoll	Höhe u.	39	Zoll	Breite (Bildergröße)	620 fl.	459 fl.
2. „	43	„	„	32	„	„ „	470 fl.	340 fl.
3. „	36	„	„	26	„	„ „	330 fl.	230 fl.
4. „	28	„	„	22	„	„ „	230 fl.	160 fl.
5. „	23	„	„	16	„	„ „	170 fl.	120 fl.
6. „	18	„	„	11	„	„ „	140 fl.	90 fl.

Ebenso auch Kreuzwege für kleinere Kirchen und Kapellen zu 70 und 100 fl., Altar-Oelberg und sonstige Heiligenbilder, hl. Gräber, Figuren geschnitzt und in Massa, sehr schön gefaßt und vergoldet zu den billigst berechneten Preisen.

Alle diese obenerwähnten Gegenstände sind vorräthig und werden auf Verlangen Probestationen und Zeichnungen gefälligst zugestellt, sowie nach vorhergegangenem Uebereinkommen jede beliebige Ratenzalung angenommen. Anerkennungen von hochw. bischöfl. Ordinariaten und andern hochw. geistl. Stellen stehen bereitwilligst zu Diensten.

Geneigten Aufträgen entgegensehend, empfiehlt sich achtungsvollst

Krombach, Maler in München,
Müllerstraße Nr. 48½0.

(9 bay. Zoll 22 Centimeter.)

Katholisches Casino.

Donnerstag 27. Januar Abends 8 Uhr:

Vortrag

über: Eine von der Tagespresse häufig ventilirte Frage des gegenwärtigen ökumen. Concils.

wozu die verehrl. Mitglieder nebst Famtlien eingeladen werden.

Der Vorstand.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

á Stück **35** *kr.*

1	Gewinn zu			14000	fl.
1	do			7000	fl.
1	do			3000	fl.
1	do			1756	fl.
2	do zu	875	fl. — kr.	1750	fl.
10	do zu	180	fl. — kr.	1800	fl.
20	do zu	87	fl. 30 kr.	1750	fl.
30	do zu	52	fl. 30 kr.	1575	fl.
100	do zu	35	fl. — kr.	3500	fl.
200	do zu	17	fl. 30 kr.	3500	fl.
500	do zu	7	fl. — kr.	3500	fl.
934	do zu	3	fl. 30 kr.	3269	fl.
13200	do zu	1	fl. 45 kr.	23000	fl.
15000	Gewinne.			70100	fl.

Ziehung am 1. März 1870.

Münchener Börse

vom 8. Feb.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	81½	80¾	—
4pCt. gzjähr. do.	86½	—	—
4pCt. hlbjähr. do.	86½	—	—
4pCt. Grdrenten	86⅞	86⅝	—
4pCt. Präm.-Anl.	107	106¾	—
4½pCt.gzjähr.Obl.	92	91⅞	91⅞
4½pCt. halbj. do.	91⅞	91⅝	—
5pCt. Oblig.	101¾	—	101¾
Pfdbr.(H.u.W.-B.)	90¾	90½	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 34. Donnerstag, den 10. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Rede des Abgeordneten Hr. Dr. Huttler.

(Schluß.)

Die Aeußerungen Seiner Fürstlichen Durchlaucht, noch ehe derselbe bayerischer Minister war, die Programme, die er aufgestellt hat, haben uns nicht überzeugen können, daß er sich nicht mehr in Ihrem Gedankenkreise bewege, als in unserem, und daher unser Mißtrauen ganz offen gesagt. Gerade die Stellung, die er Ihrer Partei gegenüber genommen hat, daß er von der Wahlkreis-Eintheilung und dem sie begleitenden Ausschreiben u. s. w., das entschieden Ihre Partei mehr begünstigt, Kenntniß gehabt und dasselbe gebilligt hat, dadurch hat der Herr Fürst gewissermassen eine Parteistellung eingenommen. Sie können es uns vielleicht verargen, daß, wenn Sie Vertrauen haben, wir dieses Vertrauen nicht in gleichem Maße theilen. Das ist Alles, was ich hierüber zu sagen habe. Es bleibt mir übrig, noch auf die inneren Fragen zu kommen. Ich will das Prinzip wahrhaft volksmäßiger Freiheit durchgeführt wissen. Zerstreuen Sie das Vorurtheil, als ob die konservativen Parteien die der Reaktion wären. Ja das waren unsere Großväter, unsere geistigen Väter, aber wir sind es nicht. Wir haben eine harte Schule durchgemacht und in dieser harten Schule, in der genauen Betrachtung dessen, was um uns vorgeht und was in größeren Kreisen, selbst über dem Ocean sich bewegt, haben wir an die Freiheit glauben, hoffen und sie lieben gelernt, und diesem Prinzip, wollen wir wie Ihre Partei in Wort und That Ausdruck geben.

Ich bin der Letzte, der Ihnen und ihrem Streben nicht eine wichtige Stelle im Staatsleben zuerkännte, wir sind Ihnen viel Dank schuldig für Ihr Wirken in einer Zeit, wo es galt, Trümmer wegzuräumen und Bahn zu machen. Sie haben eine mehr zerstörende, wir eine bauende Aufgabe.

Im Jahre 1848 waren Sie im Werke, aber jetzt glaube ich, ist die Zeit eingetreten, wo das liberale Prinzip von einem höhern abgelöst werden muß und dieses höhere Prinzip ist die wahrhaft volksmäßige Freiheit. Ich stehe nicht an, zu bekennen, daß sowohl Ihre, wie unsere Partei nur in dem Maße Dauerndes, Positives und Segensreiches schaffen wird, als sie diesem Prinzipe huldigt; und dieses schafft einen großen Raum, wo wir uns freundlich die Hände reichen können. Nachdem nun Ihre Thätigkeit eine vorzugsweise negirende ist, so dürfen wir wohl sagen: was Sie seither schufen, das bedarf der Verbesserung. Sie sind allerdings mehr städtischen, wir mehr ländlichen Wahlkreisen entsprungen, aber haben Sie die Wünsche der Städter realisirt, so wollen wir denen der Landbevölkerung Rechnung tragen, und wenn wir uns einigen, können wir ein Werk schaffen, das Alle befriedigt. (Bravo!) Es ist unzweifelhaft richtig, daß die Beamtenschaft in den Wahlen ungebührlich eingegriffen, dem Parteiwesen zu sehr sich hingegeben, daß dadurch die Beamtung und die Autorität Schaden gelitten hat. Und ebenso ist richtig, daß auf unserer Seite mehr Verfolgungen, Confiskationen statthatten als auf der liberalen, und daß auch dieserhalb wir mißtrauisch sind.

Die letzte Wahlkreiseintheilung und der sie begleitende Erlaß gehört unbedingt in die Kategorie dessen, wovon es in der Adresse heißt, daß die Machtmittel des Staates einer Partei mehr oder minder zur Verfügung gestellt worden seien. Darüber, glaube ich, läßt sich nicht streiten. Nun aber das wollen wir nicht und weil es geschehen ist, darum haben wir kein Vertrauen. Nun habe ich noch eine Bitte. Da es recht wohl denkbar ist, daß wir zum Segen des Landes zusammenwirken können, so bitte ich Sie, lassen Sie alle Inkriminationen und Rekriminationen weg; wollen wir eine Amnestie beschließen, die, wie sie eine hohe Bedeutung im Staatsleben hat, wohl auch im Kammerleben sie haben wird. Da ich Alles vermeiden möchte, was irgendwie verletzen könnte, so möchte ich doch bei dieser Gelegenheit noch einen Punkt berühren, weil er mir nicht genügend erörtert schien. Sie haben so oft über die Ausschreitungen in der Presse auf unserer Seite geklagt. Sie sind vorgekommen, in den Blättern, denen ich vorzustehen die Ehre habe, so gut wie in anderen. Aber wenn Sie sich Belege sammeln und dieselben in Fascikel binden und diese Fascikel hereinbringen in dieses Haus, dann finden Sie vielleicht in einem dieser kleinen Vorzimmer Raum; wenn Sie aber Alles sammeln wollten, was in ihren Blättern gegen uns gesagt worden ist, dann reichen die Fascikeln bis an die Decke dieses Saales hinauf.

Digitized by Google

Ich bitte, zerfleischen wir uns nicht gegenseitig; es sind edle Kräfte hüben und drüben, benützen wir sie zum Besten des Landes, nicht um sie gegenseitig nutzlos zu zerreiben! (Allgemeiner Beifall.)

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 9. Febr. In der heutigen 10. Sitzung der Kammer der Abgeordneten erklärte auf die gestern eingebrachte Interpellation des Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg und Genossen, der k. Staatsminister des Handels „daß weder dem Personale, noch dem Fahrmaterial, noch auch dem Zustande der Bahn die Ursache der beiden Eisenbahnunfälle auf der Strecke Augsburg-Donauwörth zugeschrieben werden kann. Der eine Unfall ereignete sich in Folge eines Achsenbruches, durch ein bis jetzt unbekanntes Hinderniß, welches sich der Maschine auf einer Ueberfahrt plötzlich entgegenstellte. — Die Debatte über die Abs. 3 und 4 des Entwurfs der Adresse wurde fortgesetzt, aber noch nicht beendigt. An derselben betheiligten sich der 2. Präsident Graf v. Seinsheim, Dr. Karl Barth, Pfr. Hasenmaier für den Entwurf, Hohenadel, Seybold, Stenglein und Freiherr von Stauffenberg gegen den Entwurf sprechend. Die Sitzung schloß um halb 3 Uhr. Morgen Fortsetzung der Debatte.

Die oberfränkischen Postboten haben eine Eingabe an die Kammer der Abgeordneten um Verbesserung ihrer Lage, eingereicht, und haben Herrn Dr. Schüttinger zu ihren Vertreter gewählt.

Das Referat Seiner k. Hoheit des Prinzen Ludwig über den Bericht des Commissärs der Kammer der Reichsräthe bei der k. Staatsschuldentilgungs-Commission, dessen Geschäftsführung seit dem 7. Dec. 1868 betr., gelangt zu dem Schluß-Antrag: Die Kammer der Reichsräthe möge 1. ihrem Commissäre bei der k. Stantsschuldentilgungsanstalt Herrn Frhr. von Schrenk ihren besonderen Dank für seine mühevolle und gewissenhafte Geschäftsführung aussprechen, 2. das Verfahren der Staatsschuldentilgungscommission bei den in der 9. Finanzperiode erfolgten Aufnahmen von Eisenbahnanlehen nicht beanstanden.

(Etwas über unsere Finanzen.) Die „Reineinnahmen„ pro 1866|67 betragen 67,779,337 fl., der gleichfalls für 5 Quartale bemessene Budgetvoranschlag 55,817,487 fl. (wäre Mehreinnahme 11,961850 fl.) In Wirklichkeit betrugen die budgetsmäßigen „Staatsausgaben" 65,543,469 fl. — Aus den vom k. Finanz-Ministerium den Kammern vorgelegten Nachweisungen der Staatseinnahmen pro 1868 und deren Verwendung ist Folgendes ersichtlich: 1) Brutto-Ertrag derselben (veranschlagt zu 87,144606 fl.) 90,000184 fl., unter andern Grundsteuer 6,658102, Hausteuer 1,018848, Gewerbst. 1,511944, Rentenst. 721412, Einkommenst. 365218, Taxen 5,273942, Stempel 1,692600, Aufschlag 8,823201, Zölle 10,832969, Salinen 1,433874, Eisenbahnen 22,464842, Postverwaltung 6,367919, Staatsforste, Jagden u. Triften 11,222568 fl. Die Ausgaben auf Erhebung, Verwaltung und Betrieb haben 32,071,005 fl. betragen, so daß sich eine Rein-Einnahme von 57,929,179 fl. ergibt. — Die budgetmäßigen Staatsausgaben 55,728227 fl., hiezu noch 1,500962 fl. Reichs-Reservefond u. obige 32,071005 fl. für Verwaltung ꝛc., macht eine „Gesammtausgabe" von 89,300194 fl. — Für die 9. (jetzige) Finanzperiode sind die Ausgaben auf Erhebung, Verwaltung und Betrieb auf 28,636,018 (also weniger um 3,434,987) fl. voranschlagt.

Der jetzige Conflikt zwischen der Mehrheit beider Kammern des Landtags und dem Ministerium, in welchen unglücklicher und unkluger Weise auch der Name des Königs hineingezogen wurde, erregt auch außerhalb Deutschlands das größte Aufsehen und hat in französischen Blättern einen ganz seltsamen Widerhall gefunden. So lesen wir in der „Patrie": „In der Nacht vom 2. auf 3. Februar wurden in den Städten Regensburg, Würzburg, Speyer und Augsburg Maueranschläge angeheftet, auf welchen die Worte standen: Hoch die Unabhängigkeit Bayerns, Nieder mit Preußen! Nieder mit Hohenlohe! Hoch die Kammer! Diese Anschläge wurden von der Bevölkerung begierig gelesen und erst später von der Polizei entfernt."

Von der Rodach, 7. Febr. wird uns geschrieben: Die Vorgänge auf dem bayerischen Landtage veranlassen mich, Ihnen einige Zeilen zu schreiben. Sie wissen vor Allem schon, daß ich aufs Entschiedenste gegen das Projekt der Liberalen bin, in liberaler Weise die Kammer der Reichsräthe umzubilden; denn es ist meine volle Ueberzeugung, daß unsere erste Kammer in der Weise und nach den Grundsätzen, wie sie jetzt gebildet ist, ein unerläßliches Bollwerk ist zum Schutze der bayerischen Verfassung und der bayerischen Freiheit. Die Antwort der hohen Herrn auf die Thronrede hat ihnen, wenn es nöthig gewesen wäre, die vollste Sympathie der ächten Bayern verschafft. Daß ihnen deßhalb von der sogenannten liberalen Partei Insulte zu Theil wurden, ist ehrenvoll für die hohen Herren. Doch möchte ich fragen, als im Jahre 1866 diese königlichen Prinzen mitten unter den Söhnen des Volkes auf dem Schlachtfeld standen und ihr Blut vergossen im Kampfe für deutsches und bayerisches Recht gegen einen eidbrüchigen Bundesgenossen, wo waren damals diejenigen, welche es wagen, sie jetzt zu insultiren? Sollte denn wirklich die bekannte Theorie vom „gemeinschädlichen Instinkte" und von „Prinzen und Intelligenzen" schon so einflußreiche Anhänger gefunden haben? Mir scheint, daß ein böser Dämon, von Berlin eigens gesandt, in München sich eingenistet hat und unermüdet arbeitet, die Zwietracht und Verwirrung und den Ruin in Bayern zu befördern. Oder soll eine „staatsrechtliche Nothwendigkeit" herbeigeführt werden? Ich glaube noch nicht,

Digitized by Google

daß dazu in Bayern der Wille vorhanden ist, und sollte selbst dieses sein, daß man die Manneskraft dazu hat. Uebrigens hat die Behandlung der Reichsräthe bewiesen, wie begründet das Mißtrauen gegen das Ministerium Hohenlohe ist. Fast komisch nimmt es sich aus, daß man gesetzlich greifbare Begründung dieses Mißtrauens verlangt, als ob eine Volksvertretung bloß eine Anklagekammer wäre, bloß über die Vergangenheit mitzureden hätte und nicht auch für die Zukunft zu sorgen wäre, als ob Vertrauen und Mißtrauen nicht eben im Vertrauen läge. Man spielt so gern den Richter zwischen zwei streitenden Parteien und merkt gar nicht, daß man selbst die eine der Parteien ist! Daher hat es auch der Nürnberger Korrespondent mit Recht dem „fürstlichen Gentlemen" übel vermerkt, daß er sich durch seine Abstimmung über die Adresse selbst ein Vertrauens-Votum gegeben hat.

Ich komme nun auf die Agitation gegen den Oberkonsistorialpräsidenten Hr. v. Harleß zu sprechen. Wäre die Angelegenheit eine innerkirchliche der Protestanten, so würde ich, wie Sie wissen, darüber kein Wort verlieren. Aber eingestandenermassen ist es eine politische; Ursache der angeblichen Mißliebigkeit des Hrn. v. Harleß ist seine Thätigkeit im Reichsrath, sein Votum in der Schulgesetz- und Adreßangelegenheit. Ich erlaube mir daher um so mehr von dieser Agitation gegen diesen Hrn. Reichsrath zu sprechen, als dieselbe die ganze liberale Heuchelei offenbart. Ich bemerke, meines Wissens hat den Anfang zu dieser Agitation gemacht ein Nürnberger Blatt, dessen Redakteur in ein katholisches Taufregister eingeschrieben ist, und das so ziemlich die „verschollte" Religion vertritt. Doch muß ich gleich auf die Inconsequenzen dieser Sorte ‚Liberaler' aufmerksam machen. Ihr macht es der patriotischen Mehrheit zum Vorwurfe, die Entfernung eines Ministeriums zu verlangen, das ihr Vertrauen nicht besitzt, und doch verlangt ihr die Entfernung des Herrn von Harleß, weil er euer Vertrauen nicht hat!! Ich habe in liberalen Zeitungen gelesen, wenn man alle Minister, die das Vertrauen der Majorität nicht besitzen, pensioniren sollte, wie könnte das Land die Pensionslast ertragen? Ich frage: ist der Pensionsgehalt des Hrn. v. Harleß geringer als der eines Ministers? Ferner frage ich auch liberale ‚agitirende' Protestanten', hat denn Hr. v. Harleß euer Mißtrauen besessen als er von Sachsen nach Bayern berufen worden ist? Was würdet ihr dazu sagen, wenn wir die Amovirung u. Pensionirung eines jeden „königlichen" Beamten verlangen würden, der uns mißliebig ist? Nun komme ich aber erst auf die Hauptsache, wie ihr zugehen müßt; hat Hr. v. Harleß euer Mißfallen erregt durch sein kirchlich-politisches Verhalten, warum nun, frage ich, zieht ihr die Religion in die Politik? Ihr macht doch den Katholiken und insbesondere den Priestern den ständigen Vorwurf, daß sie Politik und Religion vermengen! Als kirchliche Person hat Hr. v. Harleß schwerlich euer Mißfallen jetzt erregt; denn mir scheint ihr euch nach dieser Hinsicht sehr wenig um ihn zu kümmern; seid also wenigstens so ehrlich und bekämpft ihn nur als politische Persönlichkeit. Dann aber müßt ihr, wenn ihr gerecht und konsequent sein wollt, mit ihm noch sämmtliche Reichsräthe, die gleich ihm stimmten, zu entfernen suchen.

Darmstadt, 8. Febr. Die Darmstädter Ztg." erwidert in einem Artikel den „Hessischen Blättern" (welche behauptet hatten, Hessen habe bei den Friedensverhandlungen eine allzu ängstliche Nachgiebigkeit in Beziehung auf das Mainzer Besatzungsrecht an den Tag gelegt), daß Preußen's Besatzungsrecht auf Mainz unzweifelhaft feststehe und daß bei einer späteren Regelung der Frage günstigere Normen nicht erlangt worden wären.

Dresden, 8. Febr. Im Abgeordnetenhause wurde heute die Novelle zum Schulgesetze nach langer heftiger Debatte abgelehnt.

Berlin, 8. Febr. Trotz der Ablehnung der Vertagung des Landtags wird der Reichstag am 14. Februar eröffnet, und nach dem Reichstag und dem Zollparlament ein außerordentlicher Landtag einberufen werden.

Ausland.

Paris, 8. Febr. Im gesetzgebenden Körper sagte Ollivier in Beantwortung einer auf die Verhaftung Rocheforts bezüglichen Interpellation: Die Regierung wollte, die Räume des gesetzgebenden Körpers achtend, Rochefort nicht beim Hinausgehen aus der Sitzung verhaften; 50 seiner Freunde erwarten ihn im Hofe und 200 außerhalb deßselben. Man ging Rochefort nach, fand ihn aber nicht. Mittlerweile beschloß eine Versammlung in der Rue des Flandres einen Aufstand zu veranstalten, indem sie dafür nur auf die Ankunft und das Signal Rocheforts wartete. Die Regierung zog es vor ihn vor seinen Eintritt in diese Versammlung zu verhaften. Acht Barricaden wurden ohne Blutvergießen genommen. Die Truppen bewiesen große Mäßigung. Für den Fall daß sich die Unruhen wiederholen sollen ist die Regierung ohne Besorgniß, denn die Bevölkerung von Paris steht auf ihrer Seite. Wollte sie gewaltthätig vorgehen, so würde die Bewegung keine fünf Minuten dauern. Die Kammer kehrte hierauf trotz der Einreden Keratry's zur Tagesordnung zurück.

Officiös wird gemeldet: Die Gesammtzahl der Verhaftungen beträgt 150 Personen. Flourens wurde nicht verhaftet; er und Bologne verhinderten die Ermordung des bei der Versammlung anwesenden Polizeicommissärs. Seitens der Erbauer der Barricaden wurde kein Widerstand geleistet. Heute herrscht überall Ruhe.

Paris, 8. Febr. Es heißt: alle Redakteure der „Marseillaise" seien verhaftet worden, mit alleini-

Digitized by Google

ger Ausnahme Arnoulds, der dem Polizeikommissär bei der Durchsuchung des Bureau's entschlüpfte.

London, 8. Febr. Das Parlament ist heute eröffnet worden. Die Thronrede sagt: „Auf Befehl der Königin fordern wir Sie auf zur Wiederaufnahme Ihrer beschwerlichen Arbeiten, and drücken das Bedauern der Königin aus daß ein bedauerliches Unwohlsein in diesem bemerkenswerthen politischen Moment ihr beabsichtigtes Erscheinen verhindert hat. Die gegen England von allen Staaten gehegten und von der Königin herzlich erwiederten Gefühle, die wachsende Neigung bei internationalen Streitfragen die Freundesdienste Verbündeter anzurufen, und der versöhnliche Geist in dem mehrere solcher Fälle kürzlich behandelt und erledigt worden sind, ermuthigen die Zuversicht der Königin auf die fortgesetzte Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe." Die Thronrede geht hierauf auf das innere Gebiet über, und sagt: „Die Voranschläge werden eine Steuerverminderung enthalten; die Staatseinnahmen entsprechen den Erwartungen. Die Königin erwartet die Vollendung der Untersuchung über Besserung des parlamentarischen und des municipalen Wahlsystems." Die Thronrede kündigt eine irische Landbill behufs Herstellung von Vertrauen und Gesetzlichkeit an; ferner eine umfassende Volksschulbill; eine Modifizirung der Naturalisationsgesetze, des Appellationsgerichts, der Universitätseide, der Communalbesteuerung der Wirthschaftsconcessionen, des Verkaufs von Landeigenthum, der Landerwerbung, der Gewerbvereine und der Schifffahrtsgesetze. Die Königin bedauert lebhaft die irischen Agrarverbrechen, und hofft deren Entfernung vermittelst weiser Gesetzreformen, würde jedoch nöthigenfalls ohne Zögern Repressivmaßregeln anempfehlen.

London, 9. Febr. Beide Häuser des Parlaments haben die zur Beantwortung der Thronrede vorgeschlagenen Adressen genehmigt, nachdem im Oberhause Lord Cairns, im Unterhause Disraeli die von der Thronrede angekündigten Maßregeln, namentlich treffs der Regierungspolitik gegenüber Irland, kritisch beleuchtet hatten.

Frankf. Coursbericht vom 9. Feb. 1870.

Staatspapiere.				Staatspapiere.			
Preußen.	5%	Oblig.	— G.	Würtbg.	4½%	Obl.	91 bz
	4½	=	93 G.		4	=	84½ G
	4	=	81½ G.		3½	=	82⅝ bz
Frankf.	3½	=	81⅝ bz.	Baden.	4½%	Oblig.	92½ G
Nassau.	4½	Oblig.	91¼ G.		4	=	85⅝ B
	4	=	84½ B. G.		3½	=	82⅞ B
Kurhess.	4	=	83½ B.	Hessen	5	=	102½ B
Bayern.	5%	=	— G.		4	=	92⅞ B
	4½ 1jhr.	=	91⅝ bz.	Sachsen.	5	=	100½ bz
	4½ ½jhr.	=	91⅞ bz.	Brschw.	3½	=	80⅞ B
	4 1jhr.	=	— G.	Oesterr.	4⅕	R.i.S.	57⅝ bz
	4 ½jhr.	=	86½ G.		4⅕	R.i.P.	49½ bz
	4	Abl.-R.	86½ bz.		5	Ung. E.-A.	— G
	3½	Obl.	— G.	NAermika.	6%	„81v.64	95½ bz
					5%	„Vbs 71r v. 61	95⅞ bz

Wechsel auf kurze Sicht.		Hamburg (M.-B.100)	88½ G
Amsterdam (100fl.)	103⅜ bz	London (10Pf.St.)	119⅛ bz
Augsburg (100fl)	99⅞ G	Paris (200 Fr.)	94⅛ bz
Berlin (60thlr.)	105 bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96⅛ bz
Bremen (50 thl.Geld)	97⅛ B	Disconto 4 pCt.	

Anlehensloose.			
3½% preuß.100thlr.	— G	bad. 35 fl.	58½ bz
kurhess. 40 thlr.	57 bz	großh. hess. 25 fl.	— bz
bayr. 100 thlr.	106½ bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12½ G
		österr. 500 fl. v. 1860	79 bz

Aktien.			
3½% b.H.u.W.-B. 500fl.	— G	5 öst.Staatsb.500frc.	373 G
Oest. Nat.-B.600fl.	697 bz	4 pfälz.Ludwb.500fl	169 G
4½% b.Ostbahn200fl.	120⅝ bz	4½ Maxbahn500fl	106½ B
5 öst.Südb. 500 frc.	232½ bz	4 Nordb. 500 fl.	87 bz
		4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90½ G

Anlehen der Stadt München 101 bz

Für Dampfmaschinen.

Schauweckers patent. selbstthätiger Oeltropfapparot erzeugt 20—30 pCt. Reingewinn. Garantie.

Leistet jetzt eine Maschine bei einem gewissen Kohlenquantum z. B. 30 Pferdekraft, so leistet sie bei Anwendung dieses Apparates 36 Pferdekr. und der jährl. Reingewinn von kostenlosen 6 Pferden beläuft sich auf mindestens 1000 fl. Außerdem Beseitigung der Schieber- und Kolbenreparatur. — Bis jetzt abgesetzt 1200 Stück, wovon zwei Drittel durch Nachbestellung. — Allein zu beziehen bei

F. Schauwecker, Werkmeister in Weiden.

Katholisches Casino.

Donnerstag 27. Januar Abends 8 Uhr:

Vortrag

über: Eine von der Tagespresse häufig ventilirte Frage des gegenwärtigen ökumen. Concils.

wozu die verehrl. Mitglieder nebst Famtlien eingeladen werden.

Der Vorstand.

Schrannenmittelpreise.

Dat.	Ort	Weiz.	Korn	Gerste	8.01
9.	Bamberg.	18.08	13.30	—.—	8.46
5.	Straubing.	16.13	11.21	11.18	7.01
5.	Nördlingen.	16.19	12.08	12.27	7.54
5.	Amberg	15.30	13.01	12.24	8.26
5.	Schweinfurt	17.09	13.12	14.29	8.45
5.	München.	18.01	11.44	13.36	7.41
5.	Regensburg.	16.06	12.18	12.—	809
4.	Augsburg.	17.15	12.—	12,34	7.31
3.	Erding	16.27	10.51	12.15	6.54

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc. Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen beförderт

prompt, reell, extract, discret

in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original - Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.

Zeitungs-Catalog gratis und franco.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 35. Freitag, den 11. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Rede des Abgeordneten Hrn. Pfr. Mahr

in der 5. öffentlichen Sitzung vom 3. Februar.

Ich beabsichtigte nicht, mich an der Debatte bezüglich der Abfassung einer Adresse an Se. Maj. den König zu betheiligen. Was sollte ich denn auch besonders Neues vorbringen? Etwa einige geheime Beichtstuhlgeschichten, wie Hr. Föckerer, der ja dieselben ganz genau kennt, weil er immer darin sitzt, oder das Phantasma der Verlegung des päpstlichen Stuhles von Rom nach Berlin oder gar nach München, oder eine Vorlesung über die klerikale Haltung geistlicher Mitglieder dieses Hauses gegenüber dem Bischof v. Passau, wie Dr. von Schauß in seiner „Eigenschaft" als geistlicher „Repetitor," oder soll ich Ihnen eine Darstellung der Gefühle eines Nationalvereinlers mit demokratischen Expectorationen a la Frankenburger geben. Oder sollte ich es vielleicht gewagt haben, bezüglich der infamen Artikel über Papst, Episcopat und Kirche in den „N. Nachrichten" oder „Augsburger Anzeigeblatt" und Complicen eine Desavouirungs-Apostrophe an Sie zu richten, wie gestern der Hr. v. Stauffenberg an uns? Es hätte nur noch gefehlt, daß dieser hochwohlgeborne Herr auf eigene Faust hier eine Abstimmung nach Namen vorgenommen hätte, ich würde ihm mit einem entschiedenen „Nein" geantwortet haben. Wir desavouiren Ausdrücke, aber wir desavouiren nicht Blätter, die in einer Zeit wie die jetzige, bei einer solchen Strömung noch den Muth haben, gegenüber den Verleumdungen und Verdächtigungen Ihrer Presse furchtlos die Wahrheit zu sagen. Desavouiren Sie erst Ihre Presse, und dann stellen Sie an uns das Ansuchen, unsere Presse zu desavouiren. Wir werden die Ausdrücke desavouiren, die Presse selbst, die Blätter desavouiren wir nicht, denn wir brauchen sie zur Abwehr. Ich habe vorher gesagt, ich hätte mich nicht berufen gefühlt, hier aufzutreten, eben nachdem wir so viel von jener Seite gehört und sozusagen hinuntergeschluckt haben, so haben wir uns doch nicht berufen gefühlt, einen Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen, wie da drüben beliebt wurde. Wir wollen keinen Schluß der Debatte, sprechen Sie sich doch aus meine Herren, wir sind da, um noch viel mehr von Ihnen zu hören. Wir sind darauf gefaßt, und je mehr Sie sich aussprechen, desto mehr wird das bayerische Volk wissen, was es davon zu halten hat. Aber ich bin wiederholt provozirt worden in diesem Saale und lediglich deshalb werden Sie mir erlauben, daß ich mit einigen Erörterungen Sie noch behellige.

Hr. Dr. Völk hat in einem sehr voluminösen Zeitungs-Aktenfaszikel Ihnen eine Reihe „geistlicher Verbrecher vorgeführt als abschreckende Exempel jener „im Finstern schleichenden, demagogischen schwarzen Rotte", die „Tag und Nacht auf Nichts sinnt als auf den Umsturz des Thrones und der ganzen bestehenden staatlichen und gesetzlichen Ordnung." Die betreffenden Herren sind nicht da. (Dr. Völk: Einer doch!) Ich komme noch darauf zurück, Hr. Dr.! Sie sitzen meist in Nummer Sicher und darum ist auch Hr. Dr. Völk so sicher, daß sie ihm nichts „erwidern," sich nicht vertheidigen können. Sie sind nicht so glücklich, wie Hr. v. Hörmann, der die auf ihn geworfenen Anschuldigungen „wie Schneeflocken abgeschüttelt" hat, (wie die Neuesten sagen.) Wir wissen ganz genau, daß an der famosen Wahlkreiszerreißung und an der notorischen Verfolgung der patriotischen Presse Hr. v. Hörmann so unschuldig ist, wie ein neugebornes Kind. Es ist wahrlich unbegreiflich, ich will nicht sagen, unverantwortlich, daß das k. b. Staatsministerium einen solchen vollständig „unparteiischen" Beamten, eine solch ministerielle Perle, wie wir sie ja suchen, so mir nichts dir nichts aus seiner Mitte scheiden lassen konnte. Hrn. Dr. Völk aber rathe ich, in dieser Taktik gegen die Abwesenden fortzufahren. Es ist zwar gestern dies in diesem Hause scharf kritisirt worden, aber es ist immer weniger dabei Gefahr, als die Anwesenden anzufahren, wie Hrn. Dr. Bucher, weil sich's diese ja doch nicht gefallen lassen. So nur im Vorübergehen mit einer an Verachtung grenzenden Nonchalance (Leichtfertigkeit) hat Dr. Völk einen jener Gesellen aus dem „schwarzen Landsturm", der „in München sich breit zu machen wagt" und bezüglich dessen in der Westendhalle Hr. Herz eine Appellation an die Gallerienoble richtete, um dafür zu sorgen, daß er sich nicht zu breit machte, — einen jener Gesellen hat Dr. Völk erwähnt als den „Verbrecher", der „es gewagt habe, S. Durchl. den Fürsten Hohenlohe zu beleidigen"

Digitized by Google

und dadurch mit dem Strafgesetze in Conflikt zu kommen und verurtheilt zu werden, und „doch noch Sitz und Stimme in diesem Hause habe". Ich gestehe, daß es vor einigen Monaten noch sehr zweifelhaft war, ob ich auf der Festung Rosenberg — denn ich bin der schwarze Geselle — oder in diesem Saale einen Sitz erhalten solle, nnd ich bin vollständig nach den notorischen Sympathien des Dr. Völk und Genossen überzeugt, daß mir das Erste vergönnt gewesen wäre.

Schl. f.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 10. Febr. In der heutigen 11. Sitzung wurde auf Antrag des Abg. Gschwender beschlossen, die Debatte über Absatz 3 u. 4 des Adreßentwurfs und deren Modificationen zu schließen. Nachdem Referent Jörg seine Schluß-Aeußerung gemacht hatte, gab Fürst Hohenlohe die Erklärung ab, daß er bei den bisherigen Grundsätzen seiner Politik auch in Zukunft verbleibe. Wenn die Majorität seine Politik verurtheile, so könne er nur wünschen, daß diese ihre Entscheidung Bayern zum Wohle gereiche. Bei der Abstimmnng wurden die beiden Modifikationsanträge abgelehnt. Ueber den 3. u. 4. Absatz nach dem Antrage des Ausschusses mit der Modification Jörgs, das Wort „erfahrungsgemäß" zu streichen, wurde namentlich abgestimmt, und diese Fassung mit 77 gegen 62 Stimmen angenommen. Von der Rechten haben Brückl und Lucas mit Nein gestimmt, wobei Letzterer erklärte, daß sein „Nein" nur der Streichung des Wortes „erfahrungsgemäß" gelte. Hierauf kamen die Absätze 5—7 des Entwurfs mit den betreff. Modifikationen zur Berathung. Ref. Jörg begründete die Ausschußanträge, Fischer die Modifikationen. An der Debatte betheiligten sich Frhr. v. Hafenbrädl, Dr. Huttler, Greil u. Burger (aus Zeil) für, Stenglein gegen den Entwurf. Greil las einen Brief vor, worin dem Abg. Föckerer wegen seiner Aeußerung, daß der Ersatzmann Winklhofer sich für Aufhebung der Zollvereinsverträge ausgesprochen habe, der Vorwurf der Lüge und Verläumdung gemacht wird, worauf Föckerer erklärte, daß er für seine Behauptung Beweise sammeln und dem Hause vorlegen werde. Appellrath Schmitt wollte hierauf den Beweis liefern, warum die Abg. der linken Seite Freunde Preußens seien, verzichtete aber auf das Wort nachdem der Präsident erklärt, daß er auf Absatz 3 und 4 zurückgreife. Der Kriegsminister ersuchte den Abg. Greil schließlich, daß er künftighin über die Generäle gemäßigter sprechen möge, wenn er eine entschiedene Zurückweisung verhüten wolle.

In den neuesten Einlauf der Kammer ist eine Reklamation der Wahlmänner von Gräfenberg gegen die Abgeordnetenwahl in Forchheim.

Die „Augsb. Postztg." brachte vorgestern die Mittheilung, daß der 1. Präsident der Kammer der Reichsräthe, Hr. Frhr v. Stauffenberg, bei dem Justizministerium Klage gestellt habe, wegen der gesetzwidrigen Angriffe auf die Reichsrathskammer in Nr. 30 der „Bayr. Ldesztg." u. Nr. 33 der „Augsb. Abdzt.", u. daß Justizminister v. Lutz in diesem Betreff eine Entschließung an die Oberstaatsanwälte von Oberbayern und von Schwaben und Neuburg erlassen habe ꝛc. Diese Mittheilung scheint nicht unbegründet zu sein, denn der Redakteur der „Bayer. Ldesztg.," Dr. Pöhlmann, ist in der That, und zwar schon auf morgen, vor den Untersuchungsrichter geladen, um sich wegen des Artikels in Nr. 30 der „Landesztg." zu verantworten.

München, 9. Febr. Se. Maj. der König leidet seit einigen Tagen wieder an Heiserkeit. Der Abgeordnete Jörgel wird demnächst den Kultusminister interpelliren, ob er im humanistischen Gymnasialschulwesen diejenigen Reformen durchzuführen beabsichtigt, welche die kürzlich dieserhalb einberufene Kommission von Universitäts- und Gymnasialprofessoren beantragt hat.

Nürnberg. Es ist zu hoffen, daß von gläubiger protestantischer Seite sich bald Stimmen für das vielgeschmähte geistliche Oberhaupt der protestantischen Kirche, Hrn. v. Harleß, erheben. Herr Kirchenrath und Dekan Reuter von St. Sebald ist vorangegangen und hat im Nürnberger Tagblatt einen „Mahnruf an die Protestanten Nürnbergs" erlassen, um sie abzuhalten, in die fortschrittliche Hetze gegen Hrn. v. Harleß einzustimmen. Hr. v. Harleß, sagt Hr. Kirchenrath Reuter, habe in der Adreßdebatte es ja selbst gesagt, daß er keiner von beiden Parteien angehöre, — und fährt dann fort:

Und sollen nun die Protestanten Nürnbergs erklären, daß dieser Mann nicht ferner an der Spitze der protestantischen Kirche Bayerns stehen könne? Das soll geschehen gegen einen Mann, der seit mehr denn 40 Jahren zwar durch sein männlich festes Vertrauen neben treuer Freundschaft auch viele Anfeindungen erfahren, aber in allen Verhältnissen einen makellosen Ruf sich bewahrt hat; gegen einen Mann, der als Gelehrter, als Theologe und Kirchenbeamter sich eines weit über die Grenzen Bayerns, ja Deutschlands, hinaus hoch geachteten Namens erfreut; gegen einen Mann, der in der Zeitschrift für Protestantismus und Kirche, die er vor 30 Jahren in Erlangen gegründet und viele Jahre geleitet hat, in erster Linie unerschrocken und uneingeschüchtert den Kampf mit den ultramontanen Bestrebungen in Bayern aufgenommen und geführt, der in seinem auch gesondert abgedruckten „Jesuitenspiegel" die schärfsten und spitzigsten Waffen des Protestantismus gegen den Ultramontanismus gebraucht hat; gegen einen Mann, der lediglich um seiner Treue gegen den Protestantismus von dem akademischen Lehrstuhl zu Erlangen nach Bayreuth verwiesen und endlich aus Bayern vertrieben wurde, den aber endlich König Maximilian II. aus persönlicher Hochachtung und aus Sühne für erlittene Kränkung an die Spitze des protestantischen Oberkonsistoriums berief.

Auch in Augsburg hat Hr. Dekan Trenkle in einer öffentlichen Erklärung vor der fortschrittlichen Demonstation gegen Hrn. v. Harleß abgemahnt. Er sagt darin: „Was die politische Ueberzeugung des Herrn Reichsrathes v. Harleß anlangt, so muß man

dieſe wie die jedes andern Mannes gewähren laſſen; was die religiös-kirchliche Richtung des Oberkonſiſtorialpräſidenten betrifft, ſo iſt kein Grund zu Befürchtungen vorhanden.

Von der Rodach, 10 Febr., wird uns geſchrieben: Fürſt Hohenlohe hat wiederholt ſein Erſtaunen über das Mißtrauen gegen ihn ausgeſprochen, da er doch nichts gethan hätte, was man ihm zum Vorwurfe machen könnte. Ich glaube, es iſt ihm erwidert worden, und zwar mit Recht, auch das Nichtsthun begründe ein Mißtrauen. Derſelbe hat ferner darauf hingewieſen, daß er in einer Zeit, wo Bayern zerrüttet und in ſeiner Exiſtenz bedroht war, das Staatsruder übernommen habe, während doch jetzt Bayern durch mancherlei Verträge geſichert ſei. Allein dem iſt entgegenzuhalten, was ein ſehr fortgeſchrittener Liberaler bemerkte und was kaum jemand in Abrede ſtellen kann: ein Land, das ſo wie Bayern, von Parteien, die bis aufs Meſſer ſich bekämpfen, zerriſſen iſt, iſt in ſeinem Beſtande bedroht. Das iſt in der That einer der ſchwerſten Vorwürfe, die wir gegen das Miniſterium Hohenlohe erheben, daß es nichts gethan hat, den Widerſtreit der Parteien zu beſchwichtigen, wohl aber dieſen bis zum ſchroffſten Ausdruck getrieben hat.

Ich komme noch auf einige Aeußerungen zu ſprechen, die in der Abgeordneten-Kammer gemacht wurden. Und zwar iſt es zunächſt „unſer" Herr Schauß, der unſere Aufmerkſamkeit in Anſpruch nimmt. Ich ſage aber „unſer" Herr Schauß, nicht weil wir ihn gewählt haben, ſondern weil er in unſerem Wahlbezirke gewählt worden iſt. „Unſer" Hr. Schauß nun behauptete, ſeine Wähler hätten ihn nicht aus Inſtinkt, ſondern mit klarem Bewußtſein gewählt. Allein ich muß ſagen: wir haben nicht Alles von Hrn. Schauß gewußt; wir haben z. B. nicht gewußt, daß er zweimal im Examen durchgefallen iſt. Doch glaube ich, daß dieſes ganz natürlich, d. h. ohne Wunder geſchehen iſt. Wenn ich mich recht erinnere, läßt ſich Hr. Schauß, Hr. Doktor, wohl juris utriusque, heißen. Es galt bei ihm wohl der eine Durchfall dem civile und der andere dem canonicum. — Einen ganz eigenthümlichen Eindruck macht es, wenn man lieſt, wie naiv Hr. v. Hörmann ſeine miniſteriellen Maßregeln vertheidigt. Es iſt ihm mit Recht geſagt worden, er benimmt ſich wie ein unſchuldiges Kind. Und wenn er ſo unſchuldig iſt, warum iſt er abgetreten vom Miniſterſtuhl? Daß aber in der Kammer ungeſcheut die reinſte Polizeiwillkür in Schutz genommen wird, beweiſt nur, daß es bedeutend an wahrem Freiheits-Sinne fehlt. — Die Modifikationsanträge zur Adreſſe, welche die winzige Mittelpartei geſtellt hat, fügen ſich vollſtändig in die Melodie, welche der Punſch bisweilen citirt hat, nämlich: ich vertraue, du vertraueſt u. ſ. f.

Hr. v. Lutz hat als Juſtizminiſter dem Abgeordneten Hrn. Dr. Pfahler den Vorwurf gemacht, daß ſeit deſſen Anweſenheit in Deggendorf dort der politiſche Frieden geſtört ſei. Allein auch dieſe Thatſache zugegeben, ſo folgt daraus doch noch nicht, was Hr. Miniſter folgern will, daß nämlich Hr. Stadtpfarrer Dr. Pfahler der Friedensſtörer ſei. Ich weiß zwar nicht genau die Zeit, wann Hr. Pfahler als Pfarrer nach Deggendorf kam; ſoviel ich mich aber erinnere, fällt ſie ſo ziemlich mit der Zeit zuſammen, als im ganzen Lande heftige politiſche Aufregung und Parteinahme ſtattfand; und die Deggendorfer Bürgerſchaft hat ſich deutlich genug ausgeſprochen, daß ſie mit ihrem Stadtpfarrer einverſtanden iſt. Will alſo der Hr. Juſtizminiſter den Frieden in Deggendorf in Wahrheit herſtellen, ſo darf er nur die den Patrioten entgegen agitirenden Beamten und Advokaten verſetzen. — Ich komme nochmals auf den Hrn. Fürſt Hohenlohe zu ſprechen. Derſelbe hat ſich unter anderem zur Vertheidigung ſeiner bekannten Conciliums-Depeſche auch auf das Concil von Trient berufen. Dieſe Berufung iſt für mich hinreichender Grund, Se. Durchlaucht nicht zu den Fortſchrittlern zu rechnen. Doch meine ich, ein Staatsmann müßte vor Allem eine richtige Diagnoſe der Zeit beſitzen, und es könnte ihm nicht ärger mitgeſpielt werden, als wenn man ihm überführt, daß er ſich um drei Jahrhunderte verrechnet hat.

Zum Schluſſe erlaube ich mir noch Ihnen meine Gedanken mitzutheilen über den Antrag, der von den Patrioten in der Kammer behufs Aufbeſſerung der Gehalte der Lehrer an den Elementarſchulen geſtellt werden ſoll. Wie Sie wiſſen, gibt es über dieſe Angelegenheit auf dem Lande zwei entgegengeſetzte Anſichten. Die einen ſtellen die materielle Lage der Lehrer als äußerſt erbarmungswürdig dar, während die andern ohne weiters ſagen: die Lehrer ſollen erſt das verdienen was ſie bekommen; ſie werden verhältnißmäßig doch viel beſſer bezahlt als andere Angeſtellte, z. B. bei der Poſt und Eiſenbahn, die einen ſehr beſchwerlichen und verantwortungsvollen Dienſt haben; würden die Lehrer ihre viele freie Zeit beſſer und weniger koſtſpielig verwenden, ſo würden ihre Einnahmen noch weiter reichen. Und dann kommt eine ganze Litanei von Klagen gegen Lehrer und Schule Sie wiſſen, ich bin nicht blind gegen die Mißſtände der Schule; ich habe Ihnen ſchon oft geklagt über die Vernachläſſigung der Sonntagsſchule, über die Verſchlechterung des kirchlichen Volksgeſanges, weil er in der Schule nicht gehörig gepflegt wird; Sie wiſſen ſelbſt davon zu erzählen, welche Störungen in den Familien, Gemeinden und Geſchäften verurſacht werden durch das Läuten, das manche Lehrer ganz willkürlich und unregelmäßig beſorgen d. h. beſorgen laſſen; ich billige Ihre Anſicht, daß im Intereſſe des Lehrerſtandes ein Disciplinargeſetz äußerſt nothwendig iſt: doch glaube ich, daß die Klagen gegen manche Lehrer ſich hauptſächlich auf die mangel-

Digitized by Google

haste Lehrerbildung zurückführen lassen, und ich bin entschieden für Aufbesserung der Lehrergehalte. Jedoch soll diese Aufbesserung in wirksamer Weise und so geschehen, daß sie alten und verdienten Lehrern auch zukömmt. Daher ist es mein unmaßgeblicher Vorschlag: diese Aufbesserung geschehe nur in Alterszulagen, die in einer aufsteigenden mit den Dienstjahren wachsenden Skala den Gehilfen, Verwesern und Lehrern aus der Staatskassa gezahlt werden, selbstverständlich mit Rücksicht auf die Größe der Schule. Jeder Lehrer soll ein Recht haben auf diese staatliche Alterszulage, die ihm nur in dem Jahre entzogen werden kann, wo er seiner Pflicht nicht genug gethan hat. Ueber letzteren Punkt kann natürlich die Jahresschulprüfung nicht allein maßgebend sein. Man verlasse das System des Minimalgehaltes, denn das nützt gewöhnlich den alten Lehrern nicht viel und erregt gern böses Blut unter dem Volke. Soweit für heute.

Berlin, 9. Febr. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschloß, die aus der über den Etatssatz verstärkten Realisation des Eisenbahnanlehens von 1866 herrührenden Mehrausgabe von 720000 Thlrn. für nicht gerechtfertigt zu erklären und demgemäß diesen Posten nicht zu genehmigen. Die Staatsschuldenkommission wird beauftragt aus den Akten der Staatsschuldenverwaltung genau festzusetzen, wodurch sie sich befugt erachtete, den Betrag der 24 Mill. Thlr. Anleihe dem Finanzminister auszuhändigen. Die Eröffnung des Reichstags werde voraussichtlich durch den König in Person stattfinden. Der Schluß des Landtags erfolge spätestens zu Anfang nächster Woche durch Graf Bismarck.

Paris, 9. Febr. Nachrichten, welche Figaro und Gaulois über die jüngsten Vorgänge bringen, thun dar, daß eine große Zahl Tumultuanten durch Degen und Todtschläger schwere Verletzungen erhielten. Konflikte sollen an verschiedenen Punkten stattgehabt haben. Die Unruhen beschränken sich auf das Quartier Temple. „Gaulois" sagt, daß der Geist der Truppen ein sehr erregter sei.

Paris, 10. Febr. Man versichert, daß gestern Abend wieder einige Versuche zur Barrikaden-Errichtung in den Faubourgs Temple und Belleville gemacht aber durch Stadtsergeanten oder Bürger selbst vereitelt wurden. Kein Konflikt mit der militärischen Macht wurde signalisirt. Zehn Uhr Abend war überall Ruhe; man betrachtet die Unordnungen als vollständig beendet.

Aus der Stadt und Provinz.

(Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen. Vom 8. Februar 1870. Nach einer Mittheilung des H. Amtsvorstandes werden gegenwärtig mit einer dahier eingetroffenen k. Reggs.-Commission, bestehend aus den H.H. Reggs.-Rath Hayes, Kreisbaubeamten Frank und Direktor Dr. Engelmann Verhandlungen im Betreffe der Reorganisation der Irrenanstalt u. der baulichen Aenderungen im Hause der Unheilbaren unter Zuziehung des H. Baurathes, des kgl. H. Verwaltungsbezirks-Arztes und des dirigirenden H. Arztes der Irrenanstalt gepflogen, über deren Ergebniß berichtliche Vorlage erstattet werden wird. — Das Resultat der Distriktsrathsversammlung in Eltmann, welcher der H. Amtsvorstand Namens des betheiligten Bürgerspitals beiwohnte, wurde bekannt gegeben unter Genehmigung der gestellten Anträge. — Wegen Durchbruchs zur Bahnhofstrasse, Erbauung eines Justizgebäudes u. Verlegung des Militärkrankenhauses, sei auf Vorschlag des H. Amtsvorstandes mit den hiesigen H.H. Landtagsabgeordneten in Correspondenz zu treten. — Mehrere Anträge um Bewilligung einer Belohnung für Ermittlung der Thäter, welche die Alleebäume an der Sophienstraße abgehauen haben, sollen nach rechtskräftiger Verurtheilung der Letzteren beschieden werden. Wegen Schutzes dieser Allee sei neuerdings mit den H.H. Stadtgem.-Bevollm. ins Benehmen zu treten. — Die Anschaffung von Effekten für die Muß'sche Dienstboten-Versorgungsanstalt im Betrage von 55 fl. 56 kr. sei zu genehmigen. — Die Einnahmen an Pflastergeldaversum für die hiesigen Privatpferde pro 1869 im Betrage von 407 fl. seien a conto der Pflasterzollrechnung zu verrechnen. — Der hiesige Gewerberath hatte beim Magistrate die Bitte gestellt, die Kosten der Wahl und Regie durch Beiträge der Wahlberechtigten in der Art zu decken, daß von Gewerbevereinen von 1—10 Mitgliedern 30 kr.; von solchen mit 10–20 Mitgliedern 1 fl.; von den mit 20—30 Mitgliedern 2 fl.; u. von solchen über 30 Mitgliedern 3 fl. im Ganzen erhoben werden sollen, worauf auch vom Stadtmagistrate eingegangen wurde. Durch gänzlich mißverstandene Auffassung dieses Beschlusses wurden statt der betreffenden Gewerbsvereine die einzelnen Mitglieder derselben zur Bezahlung der Beträge, welche nur den ganzen Verein zu treffen hatten, angehalten, worüber mit Recht Klage geführt wurde. Auf Antrag des H. Bürgermeisters wurde beschlossen: das Mißverständniß sofort öffentlich aufzuklären, die eingehobenen Beträge den Betheiligten zurückzugeben, Disciplinareinschreitung gegen die betreffenden Bediensteten einzuleiten und es dem Gewerberathe selbst anheimzugeben, die Vertheilung und Einhebung der Beiträge zu bewirken, wie dies ohnehin in § 19 der k. Verordnung vom 20. Dezember 1868 vorgeschrieben ist.

Die Kirchenwahlen hiesiger Stadt wurden allerhöchst ebenfalls bestätigt.

Vermischtes.

— In der Nacht vom 6.—7. d. hat in dem kronprinzlichen Palais in Berlin ein nicht unbedeutender Brand stattgefunden. Das Feuer war auf dem Dachstuhl über den von der Prinzessin Charlotte u. deren Umgebung bewohnten Gemächern ausgebrochen; da bereits die Decke durchgebrannt war, so wurde die Prinzessin in die untern Gemächer gebracht. Man wurde in kurzer Zeit Herr des Feuers. —

— Gestern den 10. früh 6 U. ist im Reichenbach'schen Hause (Dienersgaße) zu München ein Brand ausgebrochen, der trotz der großen Kälte wegen herrschenden Wassermangels bald gedämpft wurde. Dabei sind leider mehre Unglücksfälle vorgekommen. Durch Einsturz eines Kamines wurde ein Mitglied der freiwilligen Feuerwehr (Schloss Müller) getödtet u. drei andere Mitglieder dieses Corps und ein Mitglied der städt. Feuerwehr schwer verletzt. —

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 36. Samstag, den 12. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Rede des Abgeordneten Hrn. Pfr. Mahr

in der 5. öffentlichen Sitzung vom 3. Februar.

(Fortsetzung.)

Ich kann Sie aber versichern, daß ich zu Gunsten des Sitzes in meinem Pfarrhofe gerne auf beide Sitze verzichtet hätte. Aber da wir nun einmal da sind, so müssen wir auch, wenn wir angegriffen werden, uns vertheidigen, das werden Sie uns erlauben. Nun ist meine Ueberzeugung, daß, wenn die sämmtlichen, aus diesem umfangreichen Zeitungsaktenfaszikel herausgelesenen Verbrecher, lauter Staatsanwälte a la Wülfert gewesen wären, sie wahrscheinlich aus Collegialität etwas glimpflicher behandelt worden wären und auch vielleicht nicht hinter Schloß und Riegel, sondern auch auf freiem Fuße sich befänden. (Sensation, Widerspruch links.) Möglich! möglich, sage ich! Aber, meine Herren, das liegt eben in dem zweierlei Maaß und Gewicht, das in Bayern in neuerer Zeit gehandhabt wird. Hr. College Herz hat gestern gesagt, das seien Anschuldigungen, die in die Welt hinausgeschleudert werden, aber ohne Beweise. Ich habe in meiner Gerichtsverhandlung dem Hrn. Staatsanwalt damals Beweise geliefert und dort können sich die Herren erkundigen, denn es ist aktenmäßig. Ja, meine Herren, es gab eine Zeit, wo man die Urtheile der bayer. Gerichtshöfe, von den untern Instanzen und vor Allem aber die des Cassationshofes mit wahrer Ehrfurcht ansah. Sie galten, möcht ich sagen, als politisches Evangelium in Bayern, und weit über dessen Grenzen hinaus in Deutschland. Aber in neuerer Zeit ist allerdings die politische Parteiströmung so hoch gegangen, daß sie selbst bis in die öffentlichen Sitzungssäle gedrungen ist und die Gerichtshöfe zu überfluthen droht. Es sind Thatsachen, ich habe sie bewiesen. Ich bin froh, daß ich in einem Lokale spreche, wo keine Gendarmen sind, die mich anzeigen, (Heiterkeit) denn das versichere ich Sie zur Beruhigung des Hrn. Dr. Völk und Genossen, daß Justiz und Verwaltung, Staatsanwälte, Landrichter, Stadtkommissäre, Polizisten und Gendarmen an mir ehrlich und redlich ihre Schuldigkeit gethan haben, sowohl unter dem Ministerium Reigersberg, als unter dem Ministerium Hohenlohe-Hörmann. (Sensation, Unruhe.) Ich komme jetzt zu dem Falle, weßwegen ich in diesem hohen Hause vom Hrn. Dr. Völk speziell denunzirt worden bin. Forchheim — die Herren erinnern sich vielleicht und kennen diese Stadt aus den Ketten, mit denen man patriotische Bürger, ansäßige verheirathete Bürger, nachdem man sie Nachts aus den Armen ihrer Familien und aus ihrem Bette gerissen und gefesselt hatte, durch zwei Städte unter dem Hohne der Liberalen und Juden durchgeführt hat, — ich erinnere deswegen daran, um zu zeigen, daß nicht bloß hier solche liberale und jüdische Elemente die patriotischen Redner mit Hohnlachen empfangen, sondern auch patriotische Bürger verhöhnt haben — Forchheim ist die Stadt, in welcher der Premier-Minister des Königreichs Bayern, Se. Durchlaucht Fürst von Hohenlohe zum Zollparlamentsabgeordneten gewählt wurde.

— Meine Herren! Ich habe Se. Durchlaucht nicht zunächst vorgeschlagen. Eine „dunkle Mähre" (Unruhe) passen Sie nur auf! — eine dunkle Mähre, nein! eine unverbürgte Mähre — um das Wort des Hrn. Dr. Schauß zu gebrauchen, als er gestern auf erhöhtem Standpunkte in tadelloser Toilette — (Große Unruhe, Oho! links. Schauß schreit: Hr. Präsident jetzt greift er mich schon wieder persönlich an. Präsident sucht zu beruhigen) — die Mähre erzählte: (Unruhe, Schauß fährt abermals auf, Präsident mahnt zur Ruhe und will keine Beleidigung dulden. Bravo links. Präsident: „Ich will Ihren Beifall nicht, wenn ich meine Schuldigkeit thue." Allgemeines Durcheinander.) Mahr fortfahrend: Ich bitte, Hr. Schauß, zeigen Sie mich nicht immer beim Präsidenten an! Also eine unverbürgte Mähre — die damals in Forchheim ging, war's, daß nämlich der Vorschlag Sr. Durchlaucht zunächst von Augsburg ausgegangen ist, weil man, glaube ich, in keinem andern Orte in Bayern hoffen konnte, ihn durchzusetzen, (Große Bewegung) und daß die Belohnung hiefür die künftige erste Bürgermeisterstelle in München sein werde. (Große Bewegung, Ordnungsruf des Präsidenten.) Ich muß sagen, daß es eine unverbürgte Mähre war, wie uns eine solche Hr. Dr. Schauß gestern bezüglich der Reichsräthe erzählt hat. (Steigernde Unruhe.) Was von der einen Seite recht ist, muß von der andern billig genannt werden. Ich habe, wie gesagt, Se. Durchlaucht nicht vorgeschlagen, ich habe ihn aber, nachdem er vorgeschlagen war, vertreten und warm vertreten und es ist mir auch wieder

Digitized by Google

dafür warm gemacht worden. Ich habe ausdrücklich gesagt, wir wollen das Aeußerste thun, was ein konservativer Beamter und Geistlicher thun kann, um mit der kgl. Staatsregierung in Frieden zu leben, wir wollen ungenirt — nicht mäckeln — ganz ungenirt ein offenes Vertrauen Sr. Durchlaucht entgegen bringen, wir wollen, habe ich ausdrücklich betont, von der politischen Vergangenheit Sr. Durchlaucht ganz abgesehen, z. B. daß er in Preußen geboren und erzogen wurde und dort seine Studien gemacht und seine Anstellung (als Referendar) erhalten hat u. s. w., sondern wir wollen hoffen und wünschen, daß derselbe nach den Kundgebungen, die jetzt massenhaft aus dem Volk herausgedrungen und bis zum Throne gedrungen sind, auch wisse, was das bayr. Volk will, und daß er dessen Interessen wahren werde. Ich habe damals ausdrücklich gesagt, wir erwarten und wünschen, daß er ein Mann des Vaterlandes, ein Mann des Gesetzes, ein Mann des Volkes sei und unter dem Vaterlande habe ich das Königreich Bayern verstanden und nicht den Großstaat Preußen; unter Wahrung des Gesetzes haben wir nicht verstanden jede auch nur denkbare Ueberschreitung der Competenz, und für das Volk haben wir verlangt, daß eine Beseitigung der indirekten Besteuerung, eine Erleichterung des Volkes eintreten müsse; das verlangt das bayr. Volk und mit dem festen Vertrauen, daß das Alles geschehen würde, haben wir ganz unbedingt unsere Zustimmung zu seiner Wahl gegeben, und was geschah? Die erste Nachricht, die wir von München erhielten, war, daß Se. Durchlaucht in der Wahl nur eine Zustimmung zu der Handhabung seiner bisherigen Politik ersehe. Die Folge davon war, daß, als Se. Durchlaucht nach Berlin kam und ins volle preußische Fahrwasser kam, der Fürst nicht zunächst die Nothstände des bayr. Volkes und seine furchtbare Besteuerung berücksichtigte, sondern die Glorie des preußischen Adlers. Ja, es ist so, meine Herren, daß gerade in dem wichtigsten Punkte der Abstimmung, Se. Durchlaucht und sein College Schlör nicht zu finden gewesen, oder ganz entgegengesetzt — preußischer als die Stockpreußen gestimmt haben, wie in der Petroleumsfrage. M. H.! Glauben Sie sicher, daß die Vorwürfe gegen mich nun massenhaft kamen, aber eine Lüge, eine tendenziöse Lüge ist es, daß ich Se. Durchlaucht von der Kanzel herab oder in Wahlversammlungen angegriffen habe. Ich habe ihn nie genannt, nie erwähnt, nie eine Anspielung auf ihn gemacht. Ich kann zur rechten Zeit schweigen, aber auch sprechen!

(Schluß folgt.)

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 11. Febr. Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen 12. Sitzung die spezielle Debatte über die Absätze 5—7 des Entwurfs fortgesetzt. Es sprachen Krausfold, Strauß, Marquardsen für die Modifikation; Jörg und Dr. Ruland für den Adreßentwurf. Da um 1 Uhr noch 25 Redner über diese Sätze der Adresse vorgemerkt waren, beantragt Hauck die Debatte zu schließen. Nachdem mehrere Redner theils für, theils gegen den Schluß gesprochen, Louis insbesondere betont hatte, daß noch keiner der Pfälzer Abgeordneten gesprochen habe, wurde beschlossen, die Debatte zu schließen, jedoch dem Abgeordneten Louis noch das Wort zu geben. Dieser sprach dann in längerer Rede für das gegenwärtige Ministerium. — Abgeordneter Greil gab sodann die Erklärung ab, daß er in seiner gestrigen Rede lediglich die große Zahl der Generäle ꝛc. im Sinne gehabt habe und nicht die Befähigung dieser Herren. Nachdem noch Referent Dr. Jörg angezeigt hatte, daß er das Referat über die beanstandeten Günzburger Wahlen vollendet habe, erfolgte um 2 Uhr der Schluß der Sitzung. — Morgen Vormittag wird die Adreßdebatte fortgesetzt werden, da dem Referenten, den Ministern und dem Antragsteller Fischer das Schlußwort zu den Absätzen 5, 6 und 7 vorbehalten ist.

Die bayerische Abgeordnetenkammer hat in der Specialdebatte am 7. Februar den ersten Absatz der Adresse, welcher die ungeheucheltste Loyalität und Friedensliebe athmet, mit Stimmenmehrheit angenommen und in der vorgestrigen Debatte durch Annahme des Absatzes 2. welcher bekanntlich den Satz enthält: „Nie wird eine Lockung zum Vertragsbruch bei unserem Volke Eingang finden!" bewiesen, — daß ihr nichts fern liege als Rheinbundsgedanken und Revanche gegen Preußen mit Hilfe Frankreichs. Die Annahme dieses Absatzes ist ein entschiedener Protest gegen alle und jede Imputation von Rheinbundsgelüsten. Wer trotzdem auch fortan noch solche und ähnliche Inzichten gegen die Patrioten schleudern will, macht sich bewußter Verläumdung schuldig.

Die „Frkft. Ztg." schreibt: Die Verwirrung in München wird immer größer und bietet mit jedem Tage ein erquicklicheres Bild Die „Bayr. Landesztg." und „A. A. Z." — und beide Blätter werden aus dem Ministerium bedient — versichern, daß der König trotz der beiden Mißtrauensvota das Portefeuille in den Händen des Fürsten Hohenlohe lassen werde. Der Opposition wird dann nichts anderes übrig bleiben als die Steuern zu verweigern. Das ist es auch was die Fortschrittler fürchten, und diesen Schritt zu verhindern, beeifern sie sich die Steuerverweigerung, die sie früher ein Recht der Kammer nannten, als Revolution zu brandmarken. Die Patrioten scheinen in dieser Frage noch keinen festen Entschluß gefaßt zu haben. Sie geben sich offenbar der Hoffnung hin, daß die Eventualität nicht ernstlich an sie herantreten werde.

Fortschrittliche Blätter bringen seit geraumer Zeit allerlei halb oder ganz erfundene Artikel, welche in einer Art aufgeputzt sind, daß der Verdacht gerechtfertigt erscheint, die Artikel sind zu dem Zwecke verfaßt um sie zur Verläumdung der patriotischen

Partei bei Sr. Majestät dem König verwerthen zu können. Im Auslande, wie in Bayern selbst ist eine verbissene Coterie in diesem Sinne thätig. In den Neuesten Nachr. und in der A. Abdztg. stehen den ruchlosen Verläumdungen Thür und Thor offen. In der N. Fr. Pr. in Wien wurde unlängst die „Enthüllung" des schwärzesten Planes aufgetischt, mit dem die Patrioten umgehen sollen: Es wurde gesagt, die „Ultramontanen" tragen sich mit der hochverrätherischen Zettelei — den König durch einen Familienrath absetzen zu lassen und den ihnen zugethanen Prinzen Luitpold zunächst als factischen Regenten unter dem von Gesundheit schwächlichen Prinzen Otto an's Ruder zu bringen, in der Hoffnung, ihn später als König begrüßen zu können. Der auf solche Weise gesäte Samen des Argwohns ist aufgegangen — die fortschrittliche Presse in Bayern that das Möglichste, ihn zu pflegen, derjenige aber, der ihn gesät hat und für Geld in die Spalten der „N. Fr. P." bringen ließ, war — ein einflußreicher Fortschrittler, den das ‚Vtrld.' in Nr. 36 mit Namen nennt. Die genannte Persönlichkeit nimmt eine prononcirte Parteistellung ein und verwerthet dieselbe aufs Beste.

Auch in Bayreuth erhebt der Hr. Stpfr. Dr. Nägelsbach seine Stimme für den Oberconsistorial-Präsidenten Hr. v. Harleß, indem er das ungerechte Vorgehen gegen diesen Ehrenmann beleuchtet.

Aus Mittelfranken, 7. Febr. Wir haben jetzt leider hinreichend Gelegenheit, eine der Segnungen Preußens in nächster Nähe kennen zu lernen. In unserer Gegend findet nämlich ein durchaus nicht unbedeutender Tabaksbau statt; selbstverständlich gehört jedoch das hier gewonnene Kraut nicht zu der allerfeinsten Sorte und verträgt kaum die uns durch das Zollparlament bescheerte Tabakssteuer. Da in der letzteren Zeit ohnedies der Verkehr in rohem Tabak stockte, so konnten unsere Landleute für ihre Pflanze keinen Absatz finden; die Tabakssteuer muß aber entrichtet werden, und da viele der Steuerpflichtigen beim besten Willen das hiezu nöthige Geld nicht in den vor einigen Wochen anberaumten Terminen aufbringen können, so ruft das Zollamt die Hülfe der Gerichte an, es muß auf dem Wege der Exekution die Beitreibung der Steuer erfolgen.

In der Absicht des Königs Wilhelm soll es liegen sich den Titel eines Kaisers von Nord-Deutschland beizulegen.

Ausland.

Wien, 10. Febr. Das Abgeordnetenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung das Arbeiterkoalitionsgesetz nach längerer Debatte unverändert nach dem Antrage des Ausschusses an. Die Minister Herbst und Plener befürworten die Annahme des Gesetzes.

Paris, 9. Febr. Die „Debats" berichten die Uebertreibungen der Morgenblätter; nur 7 Meuterer seien schwer verwundet worden, 2 Ruhestörer, 4 Sergenten und 1 von der Garde de Paris. Von einiger Bedeutung sei nur die Bewegung bei der Barrikade in der Rue St. Maur gewesen, wo die Meuterer etwa 20 Pistolenschüsse abfeuerten. Die Garde de Paris und die Stadtsoldaten erwiderten dieselbe nicht, säuberten jedoch die Straße.

Paris, 10. Febr. Der König von Hannover ließ gestern offiziell den Ueberbleibseln der hannoverischen Legion anzeigen, daß von seiner Seite mit dem 15. April die Unterstützung der Legion aufhört.

Warschau. Hiesige katholische Damen begingen nach russischen Begriffen dadurch eine Majestätsbeleidigung, daß sie sich während das Gebet für den Kaiser gebetet wurde, nicht erhoben, sondern in sitzender oder knieender Stllung verblieben. Ungeachtet sie vor Gericht erklärten, es sei ihnen keine deßfallsige Verordnung bekannt, wurden sie zu je 25 Rubel Geldstrafe verurtheilt. — Die frühere Residenz der Könige von Polen, einst der größte Schrannenplatz des unglücklichen Königreichs, die Stadt Kasimierz mit 3000 Einwohner, ist durch eine Gouvernementsverordnung zu einem Dorfe degradirt worden.

Madrid, 10. Febr. (Kortessitzung.) Der Marineminister Topete beantwortet eine Insinuation des Generals Tuesada dahin, daß niemals die Fregatten dazu dienen würden, die Thronerhebung eines von ihm bevorzugten Kandidaten herbeizuführen.

Belgrad, 11. Febr. Die offiziösen Blätter bringen geharnischte Artikel gegen die Ansammlung türkischer Truppen an der montenegrinischen Grenze und fordern die serbische Regierung auf, sich mit Montenegro solidarisch zu erklären.

Konstantinopel, 8. Febr. Die ägyptischen Panzerschiffe sind von Toulon nach Konstantinopel abgegangen. Die Pforte verzichtet, dem Wunsche des Khedive entsprechend, auf Auslieferung der Gewehre. — Fünfhundert kathol. Armenier unterzeichneten eine Erklarung, worin sie die geistliche Jurisdiktion des Patriarchen Hassun zurückweisen und verlangen, daß die Pforte ihnen eine Kirche zu freier Religionsübung bezeichnen solle.

Vermischtes.

Das erste Piano in Japan. Briefe aus Yokohama theilen mit, daß die Oberofficiere der österreichischen Marine-Expedition eine Audienz beim Mikado hatten, der über die ihm vom Kaiser gesandten Geschenke, namentlich die ungarischen Fabrikats, große Bewunderung an den Tag legte. Unter denselben befindet sich ein Piano, auf dem ein Attache der österreichischen Gesandtschaft mehrere Piecen vortrug. Der Mikado, der nie zuvor ein Piano gesehen, war darüber so entzückt, daß er seine Gemahlin sofort veranlaßte, Stunden zu nehmen. Lady Parker, die Gemahlin des britischen Gesandten in Jeddo, wird Ihrer japanesischen Majestät im Pianoforte-Spiel Unterricht ertheilen.

Digitized by

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 8. ds.

Wegen Aufstellung von Verificatoren, dann wegen Abaichung der Fässer sei behufs gründlicher Erhebungen bei der kgl. Regierung um Fristverlängerung nachzusuchen. — Die von der k. Regierung bewilligte Gratification für die Geschäftsführung der Immobiliar-Feuerversicherungen sei an das empfangsberechtigte Magistratspersonal in gleichen Raten zu vertheilen. — Eine gestellte Anfrage sei dahin zu bescheiden, daß zur Anmeldung beim Vermittlungsamte Vertreter für Aeltern, Geschwistere ꝛc. unbedingt, und bei Abschließung von Vergleichen solche, mit Vollmachten versehen, zuzulassen sind, mit Ausnahme der im Art. 100 der G. O. bezeichneten Personen. — Da nach Art. 105 der G.O. eine Neuwahl der Distrikts-Vorsteher stattzufinden hat, so wurde unter Beibehaltung der seitherigen Eintheilung der 4 Stadtdistrikte in 30 Bezirke die Neuwahl beschäftigt, welche nunmehr unter Anerkennung der Dienstleistungen der freiwillig abgetretenen HH. Distriktsvorsteher durchzuführen ist. — Dem k. Bez.-A. Höchstadt sei nach eingeholtem Gutachten des H. Stadtthierarztes auf gestellte Anfrage zu erwidern, daß die projektirte Vermehrung der Viehmärkte zu Höchstadt im beiderseitigen Interesse nicht liege. Uebrigens sei zur Collisions-Vermeidung Verzeichniß der hiesigen Märkte mitzutheilen. — Ein Anschreiben des landwirthschaftlichen Bezirks-Comites Bamberg I wegen Abhaltung des Preise-Zuchtwidder-Marktes im Frühjahre sei dem H. Stadtthierarzte zur geeigneten Vorbereitung mitzutheilen. — Die Einzäunung des neuerbauten Laboratoriums an der Kaipershofstrasse sei nach technischem Gutachten zu genehmigen. — Die Wahl der Vorstandschaft der Schützengesellschaft pro 1870 dient zur Nachricht und sei Vormerkung im Verzeichnisse der nicht politischen Vereine zu machen.

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 4. Febr.

In Einnahme seien zu verrechnen: 1) 25 fl. — milde Gabe der Relikten der weiland Frau Ger.-Arzt.-Ww. Dr. Wenzel, wofür hiemit öffentl. Dank ausgesprochen wird; 2) 27 fl. 20 kr. Anfall aus dem Opferstock der Pfarrkirche St. Martin; 3) 18 fl. 40 kr. Strafantheil von Malzaufschlagsgesetzübertretungen; 4) 22 fl. 42 kr. Einnahmen der Armenspeise-Anstalt pro Januar 1870 ausgegebenen Suppenportionen, Spülicht und Knochen; b) 4 fl. 48 kr. rückvergütete Auslagen von anderen Gemeinden; 6) 12 fl. Bankzinsen. In Ausgabe seien zu verrechnen; 1) 472 fl. 4 kr. für 205½ Ellen Tuch und 775 fl. 40½ kr. für 816½ Ellen Fries zur Armenbekleidung; 2) 2167 fl. 45 kr. für 194 Klafter Armenbrennholz an's kgl. Landrentamt; 3) 203 fl. 33 kr. für abgegebene Suppenportionen mit Brod aus der Speiseanstalt an conscribirte Arme; 4) 3 fl. 47 kr. für Ofenreparaturen; 5) 9 fl. 25 kr. für Tapezierarbeiten; 6) 11 fl. 30 kr. für Bekleidung zweier Armen; 7) 3 fl. für Schuhmacherhandwerkzeug für den Lehrling Friedr. Bergmüller. — Die uneinbringlichen Leichenkosten für Einheimische zu 12 fl. 23 kr. und für die Musikerswittwe Mettbach von Friedrichslohra zu 5 fl. 6 kr. seien auf Armenrechnung zu nehmen. — Die Aufnahme der vom Stadtmagistrate überwiesenen Schuhmachergesellen Ambros Kinster, Nik. Michel, Joh. Schmittinger und des Taglöhners Joh. Messerschmitt in die Armenbeschäftigungsanstalt sei zu genehmigen. — Für momentane Unterstützungen wurden 10 fl. in 3 Wochenraten bewilligt, dagegen vier weitere derartige Gesuche abgewiesen. — Aus der v. Heusler'schen Stiftung seien pro 1. Quartal 1870 18 fl. an die vom Stadtpfarramte St. Martin vorgeschlagenen Armen zu vertheilen. — Folgen die pfarramtlichen Arzneibefreiungen u. Krankenhausaufnahmen.

Frankf. Coursbericht vom 10. Feb. 1870.

Staatspapiere.				Württbg.	4½% Obl.	91	bz
Preußen.	5% Oblig.	–	G		4 "	84⅞	G
	4½ "	93⅜	G		3½ "	82⅞	bz
	4 "	82½	G	Baden.	4½% Oblig.	92½	G
Frankf.	3½ "	—	bz		4 "	85⅛	bz
Nassau.	4½ Oblig.	91⅞	G.		3½ "	82⅞	G
	4 "	84⅜	bz	G. Hessen	5 "	101½	P
Kurhess.	4 "	83½	bz		4 "	92½	P
Bayern.	5% "	101	G	Sachsen.	5 "	100⅝	bz
	4½ 1jhr. "	91½	bz	Brschw.	3½ "	80⅝	P
	4½ ½jhr. "	92	bz	Oesterr.	4⅛ R.i.S.	57⅜	bz
	4 1jhr. "	86⅜	G		4% " R.i.P.	49⅛	bz
	4 ½jhr. "	86⅜	G		5 Ung. E.-A.	—	G
	4 Abl.-R.	86½	bz	NAermika.	6% " 81v.64	95⅛	bz
	3½ Obl.	—	G		5% " Bds 71r v. 61	95⅜	bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88½	G
Amsterdam (100fl.)	103⅜	bz	London (10Pf.St.)	119⅜	G
Augsburg (100fl)	99⅞	G	Paris (200 Fr.)	95⅞	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96½	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97	bz	Disconto 4 pCt.		
Anlehensloose.			bad. 35 fl.	58½	bz
3½% preuß. 100thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	—	bz
kurhess. 40 thlr.	57	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12⅛	G
bayr. 100 thlr.	106½	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79⅛	bz
Aktien.			5 öst. Staatsb. 500frc.	368	G
3½% b. H.u.W.-B. 500fl.	—	G	4 pfälz. Ludwb. 500fl	170	G
Oest. Nat.-B. 600fl.	697½	bz	4½ Maxbahn 500fl	106	bz
4½% b. Ostbahn 200fl.	120⅝	bz	4 Nordb. 500 fl.	87	P
5 öst. Südb. 500frc.	240	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90½	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Kirchenkalender und † Gottesdienst-Ordnung. †

13. Sonntag, Septuages. Kathar. v. R.
In allen 4 Pfarrkirchen Gottesdienst wie gewöhnlich.
St. Jakob. Früh 6 U. hl. Messe, 8 U. Militär-Gottesdienst, 10 u. 11 U. heil. Messen.
14. Montag, Valentin, Pr. u. M.
15. Dienstag, Faustin u. Jovita, M.
16. Mittwoch, Juliana, J. u. M.
17. Donnerstag, Donatus, Constantia.
18. Freitag, Simeon, B. u. M.
19. Samstag, Mansuetus, Konrad.

RUDOLF MOSSE in Nürnberg
Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.
Zeitungs-Annoncen-Expedition
München. Berlin. Hamburg Wien.

Gesellen-Verein.

Sonntag Abend ½8 Uhr Produktion der Sängergesellschaft Martin aus dem Salzachthale.

Die Herren Schutzvorstände mit Familie.

Der Präses.

Zu verkaufen

sind fortwährend **Güter** für 80000, 86000 Thaler u. s. w., Mühlen, Gasthäuser, Brauereien, Apotheken für 20000 Thaler u. s. w. Fabriken ꝛc. durch den Güteragenten

Kühn in Apolda.

der auch solche Besitzungen kauft.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
q. k. Assessor.

Theater-Anzeige.

Sonntag den 13. Februar 1869
Philippine Welser
Romantisches Schauspiel in 5 Akten von Freiherrn O. v. Redwitz.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

tized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 37. Sonntag, den 13. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Rede des Abgeordneten Hrn. Pfr. Mahr

in der 5. öffentlichen Sitzung vom 3. Februar.

(Schluß.)

Wenn ich aber in einem provocirten Zwiegespräch einen unwirschen Ausdruck gebrauchte und dieser dann von der Gendarmerie, die erst beauftragt war, herauszubringen, ob ich ihn gemacht habe, denuncirt und dann in 3 Instanzen verurtheilt wurde, so habe ich gebüßt, und brauche mir von der Gegenseite in diesem Saale keine Vorwürfe machen zu lassen. M. H.! Wenn Sie da drüben wegen jeder Aeußerung, die Sie in Familien- oder Freundes-Kreisen gemacht haben, — jeder politischen Aeußerung — von der Gendarmerie der Staatsanwaltschaft denuncirt worden wären, dann möchte ich sehen, wie viele noch auf jenen Bänken sitzen würden und berechtigt wären mir den Stein des Vorwurfs ins Angesicht zu schleudern. Sie sagten: man solle die Würde des Hauses wahren! Hat denn Hr. Dr. Völk im Interesse der Würde des Hauses diesen Skandal mit den Geistlichen hervorgerufen und mich dadurch provocirt, daß dieser zweite Skandal auch vorkommen muß? Ich hätte in der ganzen Debatte den Mund nicht aufgemacht, wenn Dr. Völk nicht in seinem — ich weiß nicht wie ich sagen soll — in seinem Uebermuth, möchte ich sagen, immerfort so auf dem geistlichen Stande herumreiten würde. Hr. Herz hat gestern seinen Stand vertheidigt, ich verdenke es ihm nicht, er hat Recht gehabt. Warum aber wollen Sie es mir verdenken, wenn auch ich so frei bin, von diesem öffentlichen Platze aus meine Leute zu vertheidigen? Ich weiß, daß zuweilen sehr ehrenwerthe Charaktere auf den Festungen sitzen, (Bewegung, Lärm links) das kann sehr leicht sein, daß man wegen eines übereilten Wortes verurtheilt werden kann, wollen Sie nicht den Kopf schütteln, es ist so! Warum diese Vorwürfe? Der Hr. Abg. v. Schauß hat gestern dem Hrn. Abg. Lukas Unwissenschaftlichkeit vorgeworfen gegenüber dem Hrn. Bischof von Passau. Wie würde es ihm gefallen, wenn ich sagen würde, daß er im Jahre 1852 im Staats-Examen durchgefallen und deßhalb seine Wissenschaftlichkeit keinen Pfennig werth sei. (Lärm links. Schauß hebt wieder den Finger auf: Hr. Präsident, jetzt hat er mich schon wieder angegriffen! Präsident mahnt dringend zur Unterlassung persönlicher Angriffe.) Ja, es sind merkwürdige Wandlungen mit manchen Herren eingegangen. Man hat mir erzählt, daß ein gewisser Herr von einem Balkon herab für das Herzogthum Schwaben schwärmte, daß dieser Herr von allerhöchster Seite benachrichtigt wurde, daß er wegen seiner demagogischen Umtriebe nie Hoffnung habe, im Staatsdienste angestellt zu werden und daß dieser Herr geäußert habe, er preise die Schweizer glücklich, weil sie so schöne Schulhäuser haben und zwar deßhalb, weil sie keine Fürsten zu füttern und den Prinzen keine Häuser zu bauen haben und doch wagt es dieser Herr einem ganzen konservativen Stande den Vorwurf demagogischer Umtriebe zu machen. Doch meine Herren, ich will schweigen.*) Ich will nur noch Eines sagen: Warum hat uns denn das bayerische Volk hieher geschickt? Es hat uns deswegen hieher geschickt, damit wir, auf unseren Eid hin, unsere ganze Kraft einsetzen, daß es gelinge, nämlich einmal Sr. Maj. dem König die Wahrheit zu sagen, daß sie ihm bekannt werde. Wir sind hieher geschickt, um unsere ganze Kraft einzusetzen, daß die Selbstständigkeit Bayerns gewahrt werde, wir sind deshalb hieher geschickt, um zwar gemeinsam zu berathen, aber wenn solche prinzipielle Angriffe erfolgen, sie mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Es ist vor Kurzem in der Berliner Ständeversammlung die Aeußerung gemacht worden, der Nordbund müsse vorwärts schreiten, wenn er nicht zerfallen soll und mit ihm ganz Preußen. Aber wohin soll er denn vorwärts schreiten? Wo soll denn der schwindsüchtige Militärkranke wieder neues Blut bekommen, wenn er es nicht zunächst aus Bayern bekommt? Wodurch soll er sich erstarken, als durch die Südstaaten? Sie haben gestern ein ganz offenes Glaubensbekenntniß gemacht. Wir wissen, die Fahne, die schwarzweiße, die da drüben zurückgehalten wurde, flattert wieder frei. Sie sind unbedingt für den Eintritt in den Nordbund und sehen darin einzig Glück und Heil für Bayern. Ich bin zwar durchaus nicht der Ansicht, wie der Hr. Vorredner, daß die Braut Germania heimgeführt werden wird zu herrlichen Flitterwochen. Man hat sie in eine Militärkeuche eingesperrt, um ihr das Blut abzuzapfen, ein

*) Dieser Herr ist nämlich der Hr. Völk in hocheigener Person. Und solche Leute vertheidigen jetzt das Ministerium!

Digitized by Google

trauriger Brautstand! Aber ich sage, da solche offene Bekenntnisse gemacht worden sind, und da entschieden nachgewiesen ist, daß Fürst Hohenlohe oder vielmehr das gegenwärtige Ministerium Hohenlohe der Ansicht ist, daß eine Neigung des Nordbunds zum Fortschritt bestehe, daß ich es für meine Pflicht halte, mit aller Kraft einzustehen, daß ein solches auf eine Partei gestelltes Ministerium falle. Wir wollen kein Parteiministerium in Bayern, wir wollen ein unparteiisches Ministerium auf breitester Grundlage des Gesetzes, wir wollen, daß dieses Ministerium mit starker Hand wieder das Ruder des Staatsschiffs führe. Wir wollen, daß dieses Ministerium auch seine ganze Kraft daransetze, das schleichende Gift der Verpreußung endlich aus den Gliedern des bayerischen Staatskörpers hinauszutreiben. Das Königreich Bayern, das bayerische Volk verlangt ein bayerisches Ministerium, welches Bayern wieder bayerisch regiert. Das ist meine Ansicht.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 12. Febr. In der heutigen 13. öffentl. Sitzung wurde die Adreßdebatte fortgesetzt und beendigt, die Modificationsanträge der liberalen Partei abgelehnt und die einzelnen Absätze vollständig nach dem Vorschlage des Ausschusses angenommen, so daß an dem Entwurfe desselben nichts weiter geändert ist, als daß das Wort ‚erfahrungsgemäß" im dritten Absatz gestrichen wurde. Nach Beendigung der Debatte über die von der inneren Politik handelnden Absätze erklärte der k. Staatsminister der Finanzen von Pfretzschner im Namen seiner Collegen, daß sie verzichten, auf die Details der Verhandlungen zurückzukommen, daß sie für alle Regierungshandlungen, welche mit ihrem Einverständniß vorgenommen worden sind, insbesondere für die veränderte Wahlkreiseintheilung, die volle Verantwortlichkeit übernehmen, daß sie aber den Vorwurf der Parteiregierung nicht acceptiren könnten. Sie seien sich bewußt daß sie sich bei allen ihren Regierungshandlungen nur von dem Einen Motive leiten ließen: das Beßte des Landes zu fördern. Bei der definitiven Abstimmung wurde der Adreßentwurf mit 78 gegen 62 Stimmen angenommen. — Der Gesetzentwurf die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben für 1870 betr. gelangte nach kurzer Debatte mit 137 gegen 3 Stimmen (Föckerer, Sellner und Sauer) zur Annahme. Endlich wurde beschlossen, es sei die Wahl der 7 Abgeordneten von München und ihren 7 Ersatzmännern als ungiltig zu erklären und eine Neuwahl anzuordnen. Schluß der Sitzung um 2 Uhr. Die nächste findet am Dienstag oder Mittwoch statt.

—n München, 11. Febr. Die Lage bei uns wird immer kritischer. Der Fortschritt jubelt, daß Se. Majestät der König unbedingt auf seiner Seite stehe gegenüber den Patrioten. Die Aussicht auf eine Versöhnung beider Parteien in der Kammer schwindet täglich mehr. Die wohlgemeintesten Vorschläge von Seite Dr. Huttlers wurden von der Gegenpartei nur mit Hohn begrüßt. Diese Partei, welche es nicht verschmerzen kann, daß ihr das Heft aus den Händen gewunden, zeigt einen unversöhnlichen Haß und beweist, daß sie in ihrem Terrorismus regierungsunfähig ist. Fürst Hohenlohe ist dem Platzregen der patriotischen Reden endlich erlegen und hat seine Entlassung genommen. Allein, was ist damit gewonnen? So lange Graf Holnstein und Genossen den König umgarnen und sich sichrer als je wissen, ist nichts gewonnen. In der heutigen Kammersitzung haben sich zwei Redner fertig gemacht, der Schullehrer Strauß von Altdorf und der Advokat Louis von Landau. Pfarrer Mahr hatte ganz recht, als er in seiner einschneidenden Rede sagte: Sprechen Sie sich nur aus meine Herren — wir wir wollen keinen Schluß der Debatte, damit das Volk weiß, was es von Ihnen zu halten habe. Die beiden Herrn sind vollständig liberal. Sie wollen von keiner Religion mehr etwas wissen, weder in der Schule noch in der Ehe. Strauß ist noch viel ärger blamirt, als Stenglein, dessen politische Hinrichtung durch Jörg heute die „Süddeutsche Post" ausführlich beschreibt. Die Reden der Patrioten wurden in der Fortschrittspresse absichtlich entstellt und in schlechtem Deutsch gegeben, um zu zeigen, daß bei ihnen keine Intelligenz sei. Hilft Alles Nichts; in jeden Sitzung bekommen die „Intelligenten" Schläge. Ruland, Lukas, Pfahler, Greil, Mahr, Schleich ꝛc. sind unerbittlich, da kommt Schlag auf Schlag. Dr. Völk, Schauß ꝛc. haben selbst nach Ansicht liberaler Blätter ihre Herren gefunden. Heute wurde das „bayerische Vaterland", dessen Leitartikel lautete „das infame Vaterland" zweimal confiszirt unter Angabe von Art. 127. Die Abgeordneten Fischer u. Föckerer sind etwas beleuchtet. Der erstere hatte wieder in ungeheuerlicher Weise die erhabene Person des Königs mit seiner Partei indentifizirt, der letztere war durch einen Brief an Greil ehrloser Lüge u. Verläumdung beschuldigt. Mag der Ochsenwirth sehen, wie er den Flecken abwischt. — (Sehr beklagenswerth ist das Brandunglück im Hause des Hrn. Reichenbach, der erst seine Tochter beim Schlittschuhlaufen durch Ertrinken im Starnberger See verlor. Leider sind auch Menschenleben zu beklagen. — Wir haben starke Kälte 15—18 Grad.)

Die demokr. „Südd. Post" mahnt, man möge endlich einmal von dem Märchen lassen, als ob durch die patriot. Partei der Staat romanisirt, Alles über den Haufen geworfen und Bayern in den Abgrund gestürzt werde. „Das kann nur furchtbar verblendete Partheiwuth, das kann nur Ingrimm über die eigene Niederlage sagen. Die Partei, die keinen Wechsel der Dinge zu ertragen und sich in der Niederlage nicht zu beherrschen weiß, ist auch nie zu herrschen fähig.

Digitized by Google

Es ist ein ganz natürlicher Verlauf, daß in einem constitution. Staatswesen die Parteien abwechseln und nur Unverstand kann darin etwas Gefahrvolles erblicken.

Straubing. Folgenden Beitrag zur bayerischen Rechtsgleichheit bringt das Straub. Tagbl.: Im Bezirksamt Passau wurden bisher die Amtstage in Fürstenzell gehalten, und das war in der Ordnung. Vor den letzten Wahlen hieß es auf einmal, wenn Neuhaus, ein am äußersten Ende des Amtsbezirkes gelegenes Dorf, liberal wähle, würden die Amtstage künftig in Neuhaus und nicht mehr in Fürstenzell gehalten werden. Neuhaus wählte nun wirklich liberal und siehe da — der Herr Bezirksamtmann hält jetzt seine Amtstage in Neuhaus. Also die Amtstage werden als Lohn und als Strafe für die politische Haltung der Amtsangehörigen benützt.

Berlin, 12. Febr. Heute Nachmittag um 3 Uhr erfolgte der Schluß des Landtags durch eine vom Grafen Bismark verlesene Thronrede. Letztere zählt rein geschäftsmäßig die zu Stande gekommenen Gesetze auf und hebt namentlich das Konsolidationsgesetz hervor. Die Regierung hoffe, daß über die Kreisordnung eine allseitige Verständigung erreicht werde. Die Thronrede kündigt eine außerordentliche Session an zur Sicherstellung wenigstens eines Theiles der Ergebnisse der bisherigen Berathungen. Die auswärtigen Beziehungen sind nicht berührt.

Das Polizeipräsidium in Berlin hat am 9. d. eine Bekanntmachung erlassen, wonach ein Bürger Berlins 500 Klafter Holz zur unentgeltlichen Vertheilung an 4000 Arme übergeben hat. Jeder dieser Beschenkten erhält noch 5 Silbergroschen für Transport dazu. Dieser Wohlthäter will vom 10 ab täglich 10,000 Personen während der gegenwärtigen kalten Witterung speisen lassen. Die Speisung, die Morgens, Mittags und Abends vorgenommen werden, bestehen in ½ Pf. Fleisch, 1 Pf. Kartoffel u ½ Quart Gemüse.

Paris, 12. Febr. Gestern und in der vorhergehenden Nacht wurden 35 Verhaftungen wegen Complotts gegen die Regierung vorgenommen. Bei den Verhafteten fanden sich viele Revolver, Dolche und Munition vor. Bei einem Arbeiter, dem Mechaniker Megy, welcher gestern einen zu seiner Verhaftung kommenden Polizei-Agenten getödtet hat, wurde ein Brief Flourens' gefunden.

Paris, 9. Febr. Die Liberte meldet: Seit der wachsenden Wichtigkeit der bayerischen Frage konferirt der Kaiser täglich mit Daru und Metternich. Benedetti's Herbeirufung aus Berlin steht damit im Zusammenhange.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 11. d. Die Commissionsvorschläge im Betr. der baulichen Veränderungen der Lokalirrenanstalt St. Getreu u. des Hauses für Unheilbare wurden gebilligt und den HH. Stadtgemeindebevollmächtigten zur Zustimmung übermittelt, um dieselben als Grundlage für die Entwerfung neuer Pläne nebst Kostenvoranschlägen benützen zu können. — Die Abpostung des Holzhiebs des Bürgerspital-Reviers Tretzendorf durch die Forstcommission wurde verfügt. — Das Trautmann'sche Familienstipendium sei für dieses Jahr der Gärtnersfrau Kunigunda Mauderer zu verleihen. — Die Fleischlieferungen für die hiesigen Wohlthätigkeits-Stiftungen seien an die meistabbietenden hiesigen Metzgermeister zu vergeben. — Der Versteigerungserlös der Effekten einer verlebten Pfründnerin im vereinigten Schwesterhaus zu 15 fl. 7 kr. sei in Einnahme zu verrechnen. — Der geisteskranke Oekonom Kohlmann von Reuth sei in die Irrenanstalt St. Getreu aufzunehmen. — Der von der k. Regierung herabgeschlossene Exigenzetat der Gewerbschule pro 1870 sei der Pflege zum sachgemäßen Gebrauche zu übermitteln. — Mehrere Gesuche um Zinszahlungsnachsicht wurden abgewiesen; dergl. ein Kapitalsaufnahmsgesuch auf's Land wegen ungenügender Sicherheit. — Dem Tabakfabrikanten H. Michel sei ein Stück Communalgrundfläche an seinem Bauplatze bei der Franz-Ludwigsstrasse vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeindegremiums käuflich zu überlassen. — Der Anfall von Gebühren für Wanderlager pro 1869 im Betrag von 24 fl. sei der Stadtkämmerei zur Einnahme zu überweisen; desgl. der Anfall von Schrannengebühren pro Monat Januar 1870. — Eine hohe Regierungspräsidialmittheilung wegen Gründung eines bayr. Frauenvereins wurde bekannt gegeben und das Unternehmen zur Förderung empfohlen. — Dem Kaufmann H. Elkan Gütermann und dem Bäckermstr. H. Düring seien Wiederverehelichungszeugnisse auszustellen. — Verehel.-Zeugnisse seien auszufertigen den HH. Mechaniker J. B. Gesell (Heimaths-Geb. 36 fl.) und Kellner Bernard Merz zu Frankfurt (H.-G. 48 fl.) — Durch k. Reg.-Entschl. wurde der Bitte des Jos. Brandel um Bewilligung eines j. g. Schollertisches an Märkten entsprochen. — Ein k. Reg.-Ausschr. wegen Aufstellung des Vereins deutscher Zeichnungslehrer in Berlin 1871 sei dem k. Rektorat der Gewerbschule mitzutheilen. — Das Bürgerrechtsgesuch des Kaufmanns H. L. B. Weißbeck sei gegen Einzahlung des Restbetrages von 5 fl., nachdem derselbe bereits früher bei seiner Concessionirung 95 fl. an die Commune bezahlt hat, zu genehmigen. — Dem Geschäftsführer H. Emil Wesselowsky sei die pachtweise Ausübung des realen Huber'schen Garkochgeschäfts auf dem Anwesen des Malers G. Eckardt zu gestatten. — Wegen Betheiligung der Stadt Bamberg bei der Gründung des bayr. Gewerbemuseums mit 5 Antheilsscheinen sei Zustimmung der HH. Stadtgemeindebevollmächtigten einzuholen. — Das Gutachten der Vorberathungskommission für Regelung der Aichgeschäfte sei mit theilweiser Abänderung den HH. Stadtgemeindebevollmächtigten mitzutheilen, um deren Zustimmung zu den benöthigten Anschaffungen zu erlangen. Das Magistratscollegium sprach sich in seiner Mehrheit gegen das jährl. Abaichen der Fässer aus, jedoch für Aufstellung eines Verifikators in hies. Stadt, Ueberlass. eines Aichlokals, für Anschaff. u. Unterhalt. der Maaße u. Gewichte, u. für allmähl. Einführ. des Abwiegens des Getraides an den Schrannen. — Die Revision der ortspolizl. Vorschriften in Bezug auf Anstrich von Häusern sei einer commissionellen Vorberathung zu unterstellen. — Die bei d. Einreißercompagnie der hies. Feuerwehr neu zugegangenen Mitglieder sind zu verpflichten. — Wegen einer Beschwerde der Gärtnervereinsvorstände in Bezug auf Ueberhandnahme des Wildschadens und der Ersatzweigerung sei mit dem Jagdpächter ins Benehmen zu treten. — Die led. Maria Wiesierschmitt von hier sei wegen Landstreich. u. Prostitution auf 6 Monate u. die ledige Kunig. Fleder von hier wegen Arbeitsscheue auf 12 Mon. in der Polizeianst. St. Georgen zu verwahren. — Die mitgetheilten Wahlen der Vorstandschaft der freiwill. Feuerwehr, des Liederkranzes und des Gärtnervereins dienen zur Nachricht und sei hievon Vermerkung im Verzeichniß über nichtpolitische Vereine zu machen. — Wegen Zahlungsverweigerung rückständiger Schulgelder sei exekutive Beitreibung zu verfügen.

Aus der öffentl. Sitzung der Stadtgemeindebevollmächtigten vom 11. d. Anwes. Mitgl. 34. — Das Bürgerrechtsgesuch des Kupferschmiedsgesellen H. Andreas Hubmann von München und des Schnittwaarenhändlers H. Joel Bär Strauß von Heiligenstadt wurde zu genehmigen, dagegen das des Schuhmachers H. Gg. Kutschenreuther von Buchendorf abzuschlagen begutachtet. Gegen das Conzessionsgesuch zur Ausübung einer Bier-, Wein- und Speisewirthschaft am untern Sand des H. Martin Friedrich, pens. Zeughausdieners von Buttenheim und gegen das Weinschenkkonzessionsgesuch in der unteren Königsstraße der Büttnermeisters-Wittwe M. Weigler sei eine Erinnerung nicht zu erheben. — Dem Magistr.-Beschlusse im Betreffe der Entfernung der Akazienbäume in der Hainallee wurde einstimmig die Zustimmung ertheilt. — Im neuen Leichenacker sei versuchsweise vorläufig nur 1 sog. amerikanischer Brunnen aufzustellen. — Der Abtretung einer Bodenfläche von 1700 Quadratfuß Communaleigenthum in der Franz-Ludwigsstraße zum Behufe der Erbauung der Carl Michel'schen Fabrikanlage sei zuzustimmen. — Zur Vorberathungskommission für Revision der ortspolizeilichen Vorschriften über Trottoiranlagen wurden die HH. Hofbauer und Petzold abgeordnet. — Den Vorschlägen der Vorberathungskommission im Betreff des Umbaues der Lokalirrenanstalt St. Getreu und des Hauses der Unheilbaren dahier wurde die einstimmige Zustimmung ertheilt und damit der Wunsch verbunden baldmöglichst detaillirte Pläne mit Kostenvoranschlägen auszuarbeiten, sowie über die Kostenbeschaffung Vorschläge machen zu lassen. — Dem Magistrats-Beschlusse über die Abaichung der Maaße u. Gewichte sei beizutreten.

Staatspapiere.				Würtbg. 4½% Obl.			
Preußen.	5% Oblig.	—	G		4	=	84⅞ G
	4½ =	93⅞	G		3½	=	82⅞ b₃
	4 =	82½	G	Baden.	4½% Oblig.		92½ G
Frankf.	3½ =	—	b₃		4	=	85½ b₃
Nassau.	4½ Oblig.	91⅞	G.		3½	=	82⅞ G
	4 =	84⅛	b₃	G. Hessen	5	=	101½ P
Kurhess.	4 =	83½	b₃		4	=	92½ P
Bayern.	5 =	101	G	Sachsen.	5	=	100⅞ b₃
	4½ 1jhr. =	91½	b₃	Brschw.	3½	=	80⅞ P
	4½ 1jhr. =	92	b₃	Oestrr.	4' ,	R.i.S.	57⅞ b₃
	4 1jhr. =	86⅞	G		4' ,	R.i.P.	49½ b₃
	4 ½jhr =	86⅞	G		5	Ung. E.-A.	— G
	4 Abl.-R.	86½	b₃	NAermika.	6% „81v.64		95½ b₃
	3½ Obl.	—	G.		5% Bds 71r v. 61		95⅞ b₃

Steurer und Held,

Nürnberg, Heugäßchen,

empfehlen alle Arten von **Kirchen-Gegenständen** in schöner und solider Arbeit. Photographien werden auf Wunsch mit Vergnügen eingeschickt, „Reparaturen" ebenfalls auf das Prompteste ausgeführt.

Fur die hl. Fastenzeit.

Im Verlage des Unterzeichneten sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Cantus passionis dominicæ secundum Jesu Christi nec non Lamentationum pro matutinis tenebrarum una cum cantu in sabbato sancto in benedictione fontis et in Missa post eam habenda in choro usitato. In lucidiorem ecclesiarum usum. 154 S. 4. chines. Papier, geh. 1 fl. 45 kr.

Officia de passione Domini. Ad breviarium Romanorum. Cum psalmis et precibus in extenso. 98 S. 8. geh. 28 kr.

Paderborn. *Ferdinand Schöningh.*

Für Dampfmaschinen.

Schauweckers patent. selbstthätiger Oeltropfapparat erzeugt 20—30 pCt. Reingewinn. Garantie.

Leistet jetzt eine Maschine bei einem gewissen Kohlenquantum z. B. 30 Pferdekraft, so leistet sie bei Anwendung dieses Apparates 36 Pferdekr. und der jährl. Reingewinn von kostenlosen 6 Pferden beläuft sich auf mindestens 1000 fl. Außerdem Beseitigung der Schieber- und Kolbenreparatur. — Bis jetzt abgesetzt 1200 Stück, wovon zwei Drittel durch Nachbestellung. — Allein zu beziehen bei

F. Schauwecker, Werkmeister in Weiden.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. C. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstraße Nr. 6. Ausführliche Briefe gratis. Schon über Hundert geheilt.

Samen in vorzüglicher Qualität, für alle Bedürfnisse des Blumen und Gemüse-Gartens, worüber billigst gestellte Preisverzeichnisse franco zugesandt werden, empfehlen

Gebrüder Büttner

in Greußen bei Erfurt in Thüringen.

Gesellen-Verein.

Sonntag Abend ½8 Uhr Produktion der Sängergesellschaft Martin aus dem Salzachthale.

Die Herren Schutzvorstände mit Familie.

Der Präses.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück **35** *kr.*

1	Gewinn zu				14000 fl.
1	do				7000 fl.
1	do				3000 fl.
1	do				1756 fl.
2	do zu	875 fl.	— kr.		1750 fl.
10	do zu	180 fl.	— kr.		1800 fl.
20	do zu	87 fl.	30 kr.		1750 fl.
30	do zu	52 fl.	30 kr.		1575 fl.
100	do zu	35 fl.	— kr.		3500 fl.
200	do zu	17 fl.	30 kr.		3500 fl.
500	do zu	7 fl.	— kr.		3500 fl.
934	do zu	3 fl.	30 kr.		3269 fl.
13200	do zu	1 fl.	45 kr.		23000 fl.
15000	Gewinne.				70100 fl.

Ziehung am 1. März 1870.

Capitalien.

20000 fl. auch getheilt, sind auf mehre Jahre unaufkündbar,

10000 fl. Annuitäten, in Silber unter reellen Bedingungen auszuleihen.

Hypotheken und Kindergelder werden gekauft.

Adressen, Briefe u. Anfragen besorgt die Expedition d. Bl. unter „G. B. 37."

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 38. Dienstag, den 15. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

%. III.

(Allgemeine Adreßdebatten in der K. der Abg.)

In der Sitzung am 5. ds. hat endlich der erste Theil des Adreßkampfes, die allgemeine Debatte, in der Abgeordnetenkammer seinen Abschluß gefunden. Einen heftigeren, erbitterteren Kampf als diesen durch sechs lange Sitzungen vom 29. Januar bis 5. Febr. zwischen der patriotischen Partei einerseits und dem Ministerium und der Fortschrittspartei anderseits geführten, hat wohl der bayerische Landtag seit seinem Bestehen noch nicht gesehen. Namentlich waren es einzelne Mitglieder der Fortschrittspartei, die mit solcher Heftigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen ihre Gegner vorgingen, daß es nicht zu verwundern ist, daß auch auf patriotischer Seite der Geduldsfaden riß und auch hier heftige Worte fielen.

Es kann nicht Aufgabe der „Rückblicke" sein, die vielen Reden wenn auch nur in kurzen Auszügen hier einzeln anzuführen; es handelt sich vielmehr für dieselben nur darum, das allgemeine Ergebniß der Debatte festzustellen, den gegenwärtigen Standpunkt und die für die Zukunft angedeuteten Ziele sowohl des Ministeriums als der beiden Hauptparteien, soweit sich dies aus den gehaltenen Reden erkennen läßt, darzulegen. Wir müssen dabei um möglichste Nachsicht bitten, da diese Aufgabe keine leichte ist, einmal schon deßwegen, weil die vielen und langen Reden, die noch dazu größtenheils nur auszüglich und sicher oft verstümmelt und entstellt gebracht werden, das Zusammenfassen zu einem klaren Bilde sehr erschweren; dann auch, weil die Anschauungen selbst der Mitglieder einer Partei bei aller grundsätzlichen Uebereinstimmung doch bezüglich der einen oder andern Frage oft mehr oder weniger auseinandergehen, so daß es schwierig ist, die Anschauung der Partei bezüglich derselben festzustellen.

Der von der patriot. Mehrheit des Adreßausschusses der Kammer zur Annahme empfohlene Adreßentwurf, welcher zunächst Gegenstand der Debatte war, enthielt, wenn auch in mildester Form, immerhin noch den Ausdruck des Mißtrauens gegen die äußere Politik des Ministeriums, also insbesondere gegen Fürst Hohenlohe, als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, und einen Ausdruck des Tadels gegen das Verhalten des Ministeriums in den inneren Angelegenheiten, also insbesondere gegen abgetretenen Minister des Innern, H. v. Hörmann, sowie endlich einen Vorbehalt bezüglich der in der Thronrede betonten Fortführung der Gesetzgebung im bisherigen Geiste.

Es war demnach vor Allem Aufgabe der patr. Redner, dieses Mißtrauen, diesen Tadel und diesen Vorbehalt als begründet nachzuweisen Es war dies für dieselben weder eine leichte noch denkbare Aufgabe. Nicht als ob es ihnen an hinreichendem Stoffe zu dieser Begründung oder an Geschick denselben zu verwerthen gefehlt hätte, im Gegentheile, Thatsachen zu dieser Begründung wurden von der patr. Seite in Menge beigebracht und gut und schlagend verwendet. Aber was half es? Wir finden trotzdem in jeder Rede der Minister oder der Fortschrittsmänner die Behauptung, die Vorwürfe der Patrioten gegen das Ministerium seien nicht begründet, sie sollten Beweise für dieselben beibringen. Wie war das möglich? Schreiber dieses erinnerte sich Angesichts der Bemühungen der Redner der patr. Partei, ihre Gegner zu überzeugen, unwillkürlich des Wappens eines Oberfränkischen Ortes, das eine Eule mit einer Brille auf der Nase und einem brennenden Lichte in der Kralle darstellt, und die Ueberschrift trägt: Was nützen Lichter und Brill', wenn man mit Fleiß nicht sehen will. Mochten die patriotischen Redner auch noch so viele thatsächliche Beweise für ihre Anklagen gegen das Ministerium vorbringen, — ihre Gegner konnten darin keine erblicken oder sahen durch dieselben sogar das Gegentheil von dem bewiesen, was die Patrioten damit beweisen wollten. Passirte es aber Einem von diesen, einen nicht stichhaltigen Beweisgrund zu gebrauchen, dann wurde derselbe sicher von der Gegenpartei begierig aufgefaßt, lächerlich gemacht, und versucht die ganze Anklage der Patrioten als nur auf solche lächerliche, nichts sagende Gründe gestützt, darzustellen und zu verwerfen.

Wenn die patr. Redner — besonders schlagend Dr. Jörg in seiner Schlußrede — als Grund des

Digitized by Google

Mißtrauens gegen die äußere Politik des Fürsten Hohenlohe seine unklaren sich immer widersprechenden Programme in der deutschen Frage anführend, — wenn sie als ferneren Grund dieses Mißtrauens seine Rede und sein Verhalten im Zollparlamente darlegen, indem sie betonen, daß der Fürst und sein College, Hr. v. Schlör, wenn sie wirklich so sehr die Selbstständigkeit Bayerns gegen preußische Uebergriffe schützen wollten, wie Fürst Hohenlohe immer behauptet, doch sich eher auf die Seite jener süddeutschen Zollparlamentsabgeordneten hätten stellen sollen, welche jede Erweiterung der Macht des Zollparlaments als die Selbstständigkeit der süddeutschen Staaten gefährdend, zurückwiesen, als auf Seite der Preußenpartei, welche diese Erweiterung anstrebte, wenn sie als Grund dieses Mißtrauens besonders die Begünstigung der Fortschrittspartei, welche Fürst Hohenlohe, nachdem er im Reichsrathe die Kenntniß und Billigung des v. Hörmann'schen Wahlausschreibens zugestanden, nicht ableugnen kann, bezeichnen, indem sie sicher mit Recht hervorheben, als eifriger Wahrer der Selbstständigkeit Bayerns hätte der Fürst sich doch mehr an diejenige Partei anschließen sollen, die die „Wahrung der Selbstständigkeit Bayerns vor Allem" auf ihre Fahne geschrieben hat, als an jene, welche noch nie (höchstens zur Zeit der Wahlen an einzelnen noch zu bayerisch gesinnten Orten), ein Hehl daraus gemacht und auch bei der Adreßdebatte es offen ausgesprochen hat, daß sie den baldigsten Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund mit allen Mitteln erstrebe, welchen Eintritt doch Fürst Hohenlohe selbst weil für Bayerns Selbstständigkeit gefährlich nicht anrathen kann, so kann — der Hr. Ministerpräsident in all dem gar keinen Grund des Mißtrauens finden. Daß er damit auch dem in der Reichsraths- wie Abgeordnetenkammer erwähnten eben in den angegebenen Gründen beruhenden Gefühle oder Instinkte des Volkes keine Berechtigung zugestehen konnte, versteht sich von selbst, sowie auch, daß er mit Befriedigung die Gelegenheit ergriff, Gründe des Mißtrauens, wie die von einem patriotischen Redner angeführte irrthümliche Behauptung: „der Fürst besitze Güter in Preußen," oder die von einem patr. Blatte gebrachte Notiz: „derselbe habe sich mit dem einstweilen ausgeschlossenen Abgeordneten für München, H. Julius Knorr freundlich unterhalten," mit Verachtung zu brandmarken.

Wenn die patr. Redner dem H. v. Hörmann als Grund ihres Tadels seine Wahlkreis-Eintheilung und sein Rundschreiben, als offenbar die patriotische Partei benachtheiligend und verletzend, vorführen, so erwiedert H. v. Hörmann mit aller Ruhe, daß er nicht aus Parteirücksichten, denn er habe sich nie auf Parteistandpunkt gestellt, sondern aus Gerechtigkeitsrücksichten die neue Wahlkreiseintheilung vorgenommen habe, weil nach der alten Eintheilung die patriotische Partei mehr Abgeordnete gehabt habe, als nach der Zahl der Wahlmänner ihr gehörte, was eine ungerechte Benachtheiligung der liberalen Partei gewesen sei. Freilich bewies Abg. Lukas aus der über diese Wahlkreiseintheilung erschienenen Schrift, daß die statistische Mittheilung des H. v. Hörmann nicht richtig zu sein scheine; freilich wurde in dieser Schrift wie auch in patr. Blättern gezeigt, daß, wenn wirklich H. v. Hörmann bei der neuen Wahlkreiseintheilung nur die durch die alte der liberalen Partei geschehene ungerechte Benachtheiligung habe aufheben wollen, es übersehen zu haben scheine, daß dafür durch die neue diese Benachtheiligung der patr. Partei noch viel ärger erwachsen sei.

Den Vorwurf bezüglich seines Rundschreibens weist der frühere Minister damit zurück, daß er erklärt er unterscheide zwei Richtungen unter den Patrioten, eine gemäßigte, der er zugeneigt sei und eine extreme, gegen welche sein Rundschreiben sich gerichtet habe. Und als Beweis, daß wirklich eine solche extreme, den Vorwurf „ultrakirchlich demangogische" verdienende Richtung in der patr. Partei vorhanden sei, führt er die Haltung einzelner patriotischen Blätter an. Freilich mußte ihm entgegen gehalten werden und ist ihm auch entgegengehalten worden, daß sein Rundschreiben diese Unterscheidung unter den Patrioten nicht gemacht habe, so daß Alle sich daran mußten getroffen fühlen. Ebenso mußte ihm entgegnet werden, daß Excesse einzelner Blätter oder auch Personen nicht nur nicht der ganzen Partei sondern auch nicht einem Theile derselben, sondern nur allein ihnen zugerechnet werden können. Endlich dürfte es Hr. v. Hörmann sehr schwer werden, auch selbst bei diesen Excedenten die Gesinnung nachzuweisen, welche unter dem Ausdrucke „ultrakirchlich demagogisch" verstanden werden muß. Wir glauben nämlich, daß die Gesinnung eines Menschen nicht aus einem einzelnen in der Erregung geschriebenen oder gesprochenen Worte, sondern aus seinem ganzen früheren Verhalten und den dabei gezeigten Grundsätzen beurtheilt werden müßte. Demnach würde aber, wenn auch nicht die ultrakirchliche, so doch die damagogische Gesinnung wohl anderswo zu suchen sein, als bei der wenn auch extremsten Richtung unter den Patrioten.

(Fortsetzung folgt.)

Rede des Abgeordneten Hrn. Dr. Lukas.

in der 5. öffentlichen Sitzung vom 3. Februar.

Meine Herren! Nach der Rede des Hr. Dr. Schauß ist mir ein Stein vom Herzen gefallen, der mir vor seiner Rede darauf gelegen war. Vor ungefähr einer Viertelstunde saß der Hr. Dr. Schauß da an der Seite des Herrn Baron v. Stauffenberg. Er faßte mich ins Auge und machte mit der Hand eine Bewegung, als ob er auf mich schlagen wolle. Diese Handbewegung verstand ich und machte mich auf einen Hieb des Hrn.

Digitized by Google

v. Schauß gefaßt. Aber wenn er keine andere Hiebe auszutheilen hat, als wie er jetzt versuchte, dann begreifen Sie, m. H., das mir jetzt ein Stein vom Herzen gefallen ist. Herr v. Schauß hat also, um zu beweisen, daß ich mit schwerem Verrath hier sitze, eine Stelle aus meinem Programme anläßlich der Zollparlamentswahlen vorgelesen. Darin heißt es: daß Preußen die umgekehrte deutsche Geschichte sei. Das behaupte ich noch und behaupte es jetzt und immer. Und als Hauptgravamen wird angeführt, daß ich erfahren habe, man müsse der deutschen Geschichte ihre natürliche Stellung wieder geben, gleichviel durch einen innern oder äußeren Anstoß. Nun, m. H! Darin soll Vaterlandsverrath liegen? Haben Sie nicht gehört, daß vor einigen Tagen ein Redner (Kolb) gesagt hat: eben jetzt sehe man das großartige Schauspiel, daß drüben in Frankreich der Centralismus und Cäsarismus zusammenbricht und Angesichts dieses Schauspieles ginge auch uns die Morgenröthe auf, daß auch der andere Cäsarismus in Deutschland zusammenbreche. Bricht der Cäsarismus drüben in Frankreich aus unserem Anlasse zusammen? und glauben Sie, wenn er heute zusammen bräche, ohne daß wir den Anstoß dazu gegeben hätten, das würde nicht Folgen bei uns haben? Heißt das etwa auf Verrath, auf Vertragsbruch denken, wenn man solche Gedanken im Kopfe hat? und wäre nicht ein innerer Anlaß denkbar, welcher der deutschen Geschichte eine andere Wendung gäbe? Es dürfen sich dort an der Spree nur zwei Augen schließen, dann wird die ganze deutsche Geschichte eine andere Wendung bekommen. Dagegen muß ich also protestiren, daß in meinen Worten ein Anlaß gefunden werde, mir den Vorwurf zuzuschleudern, als dächte ich die Verträge zu brechen. Nein, m. H., wir werden uns nicht verbinden mit dem Auslande; wir sind es nicht gewesen, die Kossuth und Klapka die Hand gereicht haben, wir werden es niemals sein, die einen Feldzugsplan entwerfen für Garibaldi; wir auf dieser Seite werden es nimmermehr sein, die Italien bei der Hand nehmen und sagen: Hier ist das Herz von Deutschland, hier stoß hinein! M. H.! das sind Ihre Verbündete gewesen und ich verwahre mich dagegen, daß man uns aus solchen Worten, die erst gedeutet und gedreht werden müssen, herausbringt, daß ich nicht Wort zu halten wisse. M. H.! Ich bin ein Mann, der einen eben so hohen und festen Anspruch auf Ehrenhaftigkeit macht als Hr. v. Schauß und wenn dieser keine anderen Hiebe geben kann, als solche, so halte ich es für parlamentarisch, in Zukunft eine schlagende Handbewegung zu unterlassen.

Von Baron Stauffenberg interpellirt, was der Herr Redner unter dem Ausdrucke: „Das sind Ihre Verbündete gewesen," habe sagen wollen, erwiderte Lukas: M. H! Die Erklärung, die ich geben kann, ist ganz kurz. Klapka und Kossuth waren die Verbündeten Preußens und ich habe bisher annehmen zu dürfen geglaubt, daß auf jener Seite dort Freunde Preußens sitzen. Das ist meine Erklärung.

*) Dr. Schauß hatte sich an dem Wörtchen ‚aber' im Absatz 3 des Adreßentwurfes gestoßen und dann an dem nationalem Sinne der patriotischen Abg. zu zweifeln, wie dies aus dem Wahlprogramme des Hr. Lukas bei der Zollparlamentswahl hervorgehe, Veranlassung genommen, worauf Lukas Obiges erwidert.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 14. Febr. Der Entwurf eines Gesetzes „die provisorische Erhebung der Steuern und die vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1870 betr." lautet nach der Beschlußfassung der Kammer:

Artikel 1. Das Staatsministerium der Finanzen ist ermächtigt, die im Finanzgesetze vom 16. Mai 1868 Tit. 3 §. 15 bewilligten directen Steuern gegen seinerzeitige Abrechnung auf die für die 10. Finanzperiode festzusetzenden Steuern bis 31. März 1870 in den nach den bestehenden Normen verfallenden Zielen zu erheben.

Art. 2. Die Maximaltarifsätze für die Eisenbahnen und den Ludwigskanal, wie sie für die 9. Finanzperiode festgesetzt sind, werden bis zum 31. März 1870 verlängert.

Art. 3. Die Staatsministerien sind ermächtigt, die Theuerungszulagen, welche einzelnen Beamtenkategorien und die Zuschüsse, welche den gering dotirten katholischen Seelsorgerposten und den unzulänglich dotirten protestantischen Pfarrern diesseits des Rheins, sowie die Sustentationen, welche den katholischen und protestantischen Geistlichen jenseits des Rheins für die Dauer der 9. Finanzperiode in widerruflicher Weise gewährt wurden, bis zum 31. März 1870 fortbezahlen zu lassen und zu diesem Zwecke den vierten Theil jener Summe zu verwenden, welche im Budget der 9. Finanzperiode für je ein Jahr derselben vorgesehen erscheint.

Art. 4. Dem Staatsministerium der Justiz wird zur Durchführung der neuen Civilprozeßordnung vom 29. April 1869 ein Vorschuß im Betrage von 150,000 fl. zur Verfügung gestellt.

München, 13. Febr. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer hat in Gegenwart des Kriegsministers zweimalige Besprechungen über den verlangten Kredit zur Vollendung der Anschaffung neuer Rückladungsgewehre gepflogen und ging die Ansicht im Allgemeinen dahin, daß die Mittel zur vorläufigen Anschaffung von 50,000 Werdergewehren zu bewilligen seien.

Die erste öffentliche Sitzung des General-Auditoriats zur Verbescheidung von Nichtigkeitsbeschwerden der Staatsbehörde gegen zwei militär-bezirksgerichtliche Verweisungsbeschlüsse findet am 21. Februar statt.

Nach Feststellung der beim Brande des Reichenbach'schen Hauses Verunglückten sind es 2 Tode, 5 Schwerverwundete. Leichtere Verletzungen sind auch mehrfach vorgekommen.

Digitized by Google

Berlin, 14. Febr. Soeben erfolgte die Eröffnung des Reichstags durch den König. (Die Thronrede bringen wir morgen ausführlich).

Ausland.

London, 14. Febr. Die Times meldet: die französische Regierung habe dem Papste ihr Mißvergnügen über absolutistische Geschäftsordnung bedeutet, die Abberufung der Truppen zwar nicht angedroht, aber bemerkt, dieselbe sei schon lange beschlossen, da Frankreich die Integrität des Kirchenstaats ohne Besatzungstruppen garantiren könne.

Konstantinopel, 10. Febr. Der Seraskier hat dem Sultan die Versicherung ertheilt bis zum Frühjahr 280,000 Mann kriegsbereit zu haben. Zwei Monitors sollen noch gekauft werden.

In Mexiko scheint sich schon jetzt das Blut des edlen Maximilian an seinen Mördern zu rächen, denn die Anarchie hat sich bereits des größten Theils dieser Republik bemächtigt In San Luis Potosi u. in Queretaro (bekanntl. Hinrichtungsort des heldenmuthigen Kaisers) bildete sich eine provisorische Regierung und bald wird sich die Herrschaft des Präsidenten nur noch auf die Hauptstadt beschränken.

Vermischtes.

(Eine Kindsmörderin aus Tanzsucht.) In Uj-Tauasd hatte eine junge Bäuerin, welche die Abwesenheit ihres Mannes benützen wollte, um den Tanzboden zu besuchen, ihrem Säuglinge das Bettzeug hastig gewärmt, damit er schneller einschlafe, u. war dann davon geeilt. Als sie zurückkam, fand sie das Zimmer voll Qualm, die Wiege in Flammen, das Kind aber bereits zu Kohlen verbrannt. Offenbar hatte beim Wärmen das Bettzeug an einer Stelle sich entzündet.

Frankf. Coursbericht vom 14. Feb. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	G	Würtbg.	4½% Obl.	91 bz
	4½	=	93¼	bz		4 =	84⅛ G
	4	=	82½	G		3½ =	82⅛ bz
Frankf.	3½	=	—	bz	Baden.	4½% Oblig.	92½ bz
Nassau.	4½	Oblig.	93	G		4 =	85½ bz
	4	=	85½	bz		3½ =	82⅜ G
Kurhess.	4	=	84	bz	G. Hessen	5 =	101¼ B
Bayern.	5%	=	101	G		4 =	92¼ B
	4½ 1jhr.	=	91½	G	Sachsen.	5 =	100⅞ bz
	4½ ½jhr.	=	92	bz	Brschw.	3½ =	80⅝ B
	4 1jhr.	=	86⅛	B	Oesterr.	4⅛ R.i.S.	57⅛ bz
	4 ½jhr.	=	86½	B		4⅛ R.i.P.	49⅛ bz
	4 Abl.-R.		86½	bz		5 Ung. E.-A.	— G
	3½ Obl.		—	G	Nordamerika.	6% „81v.64	95⅛ bz
						5% „Bds 71r v. 61	95⅞ bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Aktien.			Anlehensloose.		
3½% b. H.u.W.-B. 500fl.	—	G	5 öst. Staatsb. 500frc.	364	G
Oest. Nat.-B. 600fl.	695	bz	4 pfälz. Ludwb. 500fl	169	G
4½% „b. Ostbahn 200fl.	120⅛	bz	4 Maxbahn 500fl	106⅜	bz
5 öst. Südb. 500 frc.	235⅛	bz	4 Nordb. 500 fl.	87	B
			4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90⅛	bz
			bad. 35 fl.	58½	bz
			großh. hess. 25 fl.	—	bz
3½% preuß. 100thlr.	—	G	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12⅛	G
kurhess. 40 thlr.	57	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79⅛	bz
bayr. 100 thlr.	106½	bz			

Wechsel auf kurze Sicht.				
Amsterdam (100fl.)	103⅜	bz	Hamburg (M.-B.100)	88⅛ G
Augsburg (100fl)	99⅜	G	London (10Pf.St.)	119⅜ G
Berlin (60thlr.)	105	bz	Paris (200 Fr.)	95⅜ bz
Bremen (50thl.Geld)	97	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	96⅛ bz

Disconto 4 pCt.

Rheinischer Merkur.

Kirchlich-politisches Wochenblatt.

Herausgegeben von Fridolin Hoffmann.

Dieses Blatt erscheint vom 19. Februar an jeden Samstag in einem Bogen gr. 4o. (16 Spalten). Jede Nummer enthält eine geordnete Uebersicht der Ereignisse der abgelaufenen Woche, Originalcorrespondenzen und Berichte aus verschiedenen Ländern, sowie orientirende Artikel, in welchen namentlich kirchlich-politische Fragen, das Concil, kirchliche Reform, Verhältniß von Kirche und Staat u. s. w. von befähigten Mitarbeitern eingehend und freimüthig besprochen werden. Der Redakteur ist dem Publikum durch seine 10jähr. Leitung der Köln. Volkszeitung (Kölnische Blätter) vortheilhaft bekannt. Die hervorragendsten Mitarbeiter ebengenannter Zeitung haben dem neuen Blatte ihre Unterstützung zugesagt.

Die noch im laufenden Quartal erscheinenden 6 Nummern kosten 27 kr. jedes folgende Quartal 54 kr.

Köln im Januar 1870.

Expedition des Rheinischen Merkur.
Komödienstraße 38.

Für Dampfmaschinen.

Schauweckers patent. selbstthätiger Oeltropfapparot erzeugt 20—30 pCt. Reingewinn. Garantie.

Leistet jetzt eine Maschine bei einem gewissen Kohlenquantum z. B. 30 Pferdekraft, so leistet sie bei Anwendung dieses Apparates 36 Pferdekr. und der jährl. Reingewinn von kostenlosen 6 Pferden beläuft sich auf mindestens 1000 fl Außerdem Beseitigung der Schieber- und Kolbenreparatur. — Bis jetzt abgesetzt 1200 Stück, wovon zwei Drittel durch Nachbestellung. — Allein zu beziehen bei F. Schauwecker, Werkmeister in Weiden.

Capitalien.

20000 fl. auch getheilt, sind auf mehre Jahre unaufkündbar,

10000 fl. Anuitäten, in Silber unter reellen Bedingungen auszuleihen.

Hypotheken und Kindergelder werden gekauft.

Adressen, Briefe u. Anfragen besorgt die Expedition d. Bl. unter ‚G. B. 37.'

Grundbesitzungen

jeder Art übernimmt fortwährend zum Kauf u. Verkaut ꝛc. der Güteragent

Kühn in Apolda.

Schrannenmittelpreise.

Dat.	Ort	Weiz.	Korn	Gerste	Hab.
12.	München.	17.57	11.52	13.22	7.37
12.	Regensburg.	16.43	13.—	12.16	8.29
11.	Augsburg.	17.09	12.20	12.40	7.44
12.	Schweinfurt	17.05	13.45	14.30	8.45
12.	Straubing.	16.19	11.37	11.—	7.07
11.	Landshut	15.22	11.21	11.12	7.33
12.	Bamberg.	18.07	13.59	14.—	9.06

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 39. Mittwoch, den 16. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

%. III.

(Allgemeine Adreßdebatten in der K. der Abg.)

Wenn die patriotischen Redner den Vorwurf gegen das Ministerium, insbesondere gegen Hrn. v. Hörmann mit den Verfolgungen, welche die patriot. Presse unter seiner Verwaltung zu erleiden hatte, rechtfertigen wollen, so ist Hr. v. Hörmann darüber nicht wenig verwundert, da er mehr als je ein nur Minister ein Freund der Freiheit der Presse sei, und deßhalb auch den unter ihn stehenden betreffenden Beamten die Weisung gegeben habe, so schonend und nachsichtig als möglich gegen die Presse zu sein. Nur zwei Gründe habe er bezeichnet, durch welche eine Beschlagnahme eines Blattes ihnen gerechtfertigt erscheinen soll, 1) Angriff auf den König oder die Staatsverfassung, 2) Angriff auf Religion und Sittlichkeit. Wie es freilich gekommen, daß wohl unter Anführung des ersten Grundes eine Menge Confiskationen patriotischer Blätter, aber keine einzige Confiskation eines liberalen Blattes aus dem 2. Grunde vorgekommen sei, obwohl doch die liberale Presse tagtäglich von Angriffen auf die Religion, insbesondere die kath. Kirche ihre Einrichtungen und Diener strotzt, das ist wahrscheinlich dem Hrn. v. Hörmann selbst unerklärlich; erklärt hat er es wenigstens nicht.

Wenn nun die Patrioten in dieser Erfahrung bezüglich der Handhabung des Preßgesetzes, sowie in der andern Erscheinung eines verschiedenen Vorgehens der Gerichte gegen Angehörige der verschiedenen Parteien bei politischen Vergehen, wie solches besonders drastisch von Pfarrer Mahr, v. Hasenbrädl u. Pfahler gezeigt wurde, ein doppeltes Maß und Gewicht, das auch in der Rechtspflege geübt werde, erkennen wollen, so nimmt der Hr. Justizminister sich selbst und seine Beamten gegen den Vorwurf der Parteilichkeit aufs Energischste in Schutz, aber die angeführten Thatsachen werden dadurch doch nicht entkräftet.

Wenn ferner die patriotischen Redner ihren Vorbehalt bezüglich des Geistes von dem auch fortan die Gesetzgebung geleitet werden soll, durch verschiedene Bedenken gegen die in der Neuzeit gegebenen, besonders gegen die socialen Gesetze, zu rechtfertigen suchen so erwiedert Hr. v. Hörmann, diese Bedenken hätten die Patrioten damals als die Gesetze beschlossen wurden, geltend machen sollen; da hätten sie es nicht gethan, sondern dieselben selbst mit beschlossen. Hr. v. Hörmann scheint dabei ganz vergessen zu haben, daß in der Kammer, welche die socialen Gesetze beschloß, die patriotische Partei eine so verschwindende Minderheit bildete, daß ihr Einspruch gegen einzelne Bestimmungen dieser Gesetze oder gegen diese selbst ganz fruchtlos sein mußte. Daß aber dennoch die wenigen Patrioten es an diesem Widerspruche nicht fehlen ließen, wenn sie auch keine Anerkennung, sondern höchstens den Spott ihrer Gegner damit ärnteten, wovon Hr. Dr. Ruland besonders erzählen kann, zeigen die Kammerverhandlungen aus jener Zeit.

Seiner jetzt geltend gemachten Ansicht, daß ein einmal beschlossenes Gesetz heilig gehalten werden müsse, daß es jedoch nicht nur erlaubt, sondern zweckmäßig und darum der Regierung erwünscht sei, zur Zeit wenn ein Gesetz berathen werden solle, die etwaigen Bedenken dagegen frei zu äußern, damit solche geprüft und bei der Fassung des Gesetzes berücksichtigt werden könnten, hielten die Patrioten mit Recht entgegen, daß das Ministerium z. B. bei der Schulgesetzfrage ganz anders verfahren sei, indem es die gewiß berechtigten Adressen, welche das Volk aus allen Theilen des Landes gegen den Schulgesetzentwurf einsandte, nicht nur nicht berücksichtigte, sondern sogar aufs Verächtlichste behandelte, und auch Alle, die in Wort und Schrift gegen diesen Entwurf agitirten, verfolgte.

Uebrigens wurde nicht nur von patr. Abgeordneten, sondern selbst von Dr. Edel gezeigt, daß auch ein schon gegebenes Gesetz kritisirt werden dürfe und daß es auch erlaubt sei, auf gesetzlichem Wege für die Abschaffung oder Abänderung desselben zu wirken.

Bei diesem im Vorausgehenden geschilderten Bemühen, das Mißtrauen der Patrioten gegen die äußere, ihren Vorwurf gegen die innere Politik des Ministeriums, sowie ihren Vorbehalt gegen den liberalen Geist der Gesetze für unbegründet, durch keine

Digitized by Google

Thatsachen gerechtfertigt zu erklären, wurden Fürst Hohenlohe, Hr. v. Hörmann und Hr. v. Lutz aufs Eifrigste von der ganzen Fortschrittspartei unterstützt.

Auch die sämmtlichen Redner dieser konnten trotz aller von den Patrioten aufgeführten Thatsachen durchaus nichts im Verhalten des Fürsten v. Hohenlohe und des Hrn. v. Hörmann entdecken, was Mißtrauen oder Vorwurf verdiente. Auch sie konnten in den neuen Gesetzen durchaus nichts Bedenkliches finden; wenn etwas bezüglich derselben zu beklagen sei, so sei es, daß dieselben so spät einführt worden u. zum Theil noch nicht liberal genug seien.

Interessant war es vor Allem von Dr. Völk den Grund zu hören, warum er, resp. die Fortschrittspartei, sich so warm für ein Ministerium annehme, das gar nicht seiner Partei angehöre. Nur deßwegen, versichert Hr. Dr. Völk, vertheidigte er so sehr die jetzigen Minister, weil er sie für ehrenwerthe Männer halte, die nicht fähig wären, ihr Wort zu brechen. Also reine Gefühlspolitik um so wunderbarer bei ihm, der es einzelnen Patrioten so sehr zum Vorwurfe machte, daß sie sich zur Begründung des Mißtrauens gegen das Ministerium auch auf das Gefühl beriefen. Es war dem Hrn. Dr. noch nicht genug, daß Jedermann in dem angegebenen Grunde des Vertrauens zu den jetzigen Ministern eine Beleidigung gegen die Mitglieder der patr. Partei finden mußte, er spricht es selbst mit dürren Worten aus: „Einem Ministerium aus Ihrer (patr.) Mitte könnte ich ein solches Vertrauen nicht entgegenbringen." Um aber wegen dieser Ehrenkränkung der Patrioten nicht belangt werden zu können, fügte er ächt advokatisch zu dem Worte Vertrauen hinzu: „wie Sie es verlangen", so daß das Wörtchen „solches" vor „Vertrauen" auch auf diesen Nachsatz bezogen werden kann.

Bei dieser Vertheidigung bewiesen sich übrigens die Redner der Fortschrittspartei als ganz tüchtige Taktiker. Sie gingen von der ganz richtigen Erkenntniß aus, daß wie in der wirklichen blutigen Feldschlacht, so auch in dem parlamentarischen Wortkampfe die bloße Vertheidigung viele Nachtheile, dagegen der Angriff viele Vortheile habe. Statt deßhalb ihre Kraft in der bloßen Zurückweisung der Angriffe ihrer Gegner zu erschöpfen, suchten sie dem Kampfe dadurch eine ganz andere Wendung zu geben, daß sie selbst zum Angriffe übergingen. Nicht das Ministerium, so tönt es uns aus allen ihren Reden entgegen, verdient Mißtrauen und Vorwurf sondern nur die patriotische Partei. Diese hetze das Volk auf, verbreite Unfrieden im Lande, untergrabe das Ansehen der Gesetze, der Regierung, ja selbst den Thron, spiele Verrätherei mit dem Auslande, werde gefährliche Kriege herbeiführen ꝛc. Mit einem Worte: Nur die Patrioten, so schreien die Fortschrittsredner, seien Schuld, daß sich nicht das bayerische Volk im schönsten Frieden, im besten Wohlstande, im größten Glücke befinde. Und welche Beweise brachten sie für solche schwere Anschuldigungen der patr. Partei herbei? Wir wollen sie im nächsten Artikel hören! (Schluß folgt)

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 15. Febr. Auf morgen (16.) Vorm. ist die 14. öffentl. Sitzung anberaumt. Auf der Tagesordnung steht der Vortrag des Sekr. Dr. Jörg wegen Beanstandung der Günzburger Wahlen, sowie Berathung und Beschlußfassung hierüber, und der Vortrag des 6. Ausschusses über geprüfte Anträge. — Bezügl. der genannten Beanstandung wird vom Refer. Dr. Jörg beantragt: der beanstandeten Urwahl in Jettingen und in Bachhagel sei keine Folge zu geben, die Wahl des Abg. Wagner nicht zu beanstanden, dagegen jene von Sick u. Britzelmaier, sowie die der 3 Ersatzmänner für ungültig zu erklären. — Hinsichtl. der Anträge wurde Folgendes beschlossen: Obwohl nach dem Inhalte der Thronrede Sr. Maj. des Königs ein Entwurf eines Wahlges. durch die k. Regierung der Kammer vorgelegt werden wird, so seien hiedurch die betr. Eingaben nur dem kleinsten Theile nach gegenstandslos geworden. Namentlich seien die Principien der Allgemeinheit des aktiven und passiven Wahlrechtes, der vollständig geheimen Abstimmung, der gesetzl. Feststellung und Verkleinerung der Wahlbezirke, der Aufhebung des Institutes der Ersatzmänner, der Abkürzung der Wahlperioden und die Herabsetzung der Reisegebühren der Abgeordneten durch das besagte königl. Versprechen noch vollkommen unberührt geblieben. Es unterliegen daher die gestellten Anträge der Prüfung des 6. Ausschusses. Es liegt in der Absicht der Anträge die Initiative zu ergreifen, da das Weitere aber der seinerzeitigen Vorlage der k. Staatsregierung vorbehalten bleiben soll. Der Ausschuß stimmte deßhalb dem Antrage des Referenten bei, sämmtl. Anträge für formell u. materiell zulässig erscheinen zu lassen und dem betr. Ausschusse zuzuweisen. Die Eingaben und Anträge auf Gehaltsaufbesserung u. Aenderung der dienstlichen Verhältnisse sollen ebenfalls als zulässig dem betr. Fachausschusse übermittelt werden.

Im neuesten Einlauf der AbgKammer befindet sich u. a.: Bitte des Turnvereins Hof um obligator. Einführen des Turnens in den Volksschulen durch ein besonderes Gesetz; Vorstellung des Magistrats Schongau, Bau der Eisenbahnlinie Peißenberg-Biesenhofen-Partenkirchen-ꝛc.-Grenze betr.; Bitte der Hilfs-Lehrer an den k. Präparandenschulen des diesseitigen Bayerns, Umwandlung in ständige Stellen in Verbindung mit Gehaltserhöhung betr.; Beschwerde des Stadtmag. Aschaffenburg, Verletzung verfassungsmäßiger Rechte betr., und eine Bitte mehrerer Seminar-Lehrer um Gewährung pragmatischer Rechte und Gehaltsaufbesserung (letztere 2 angeeignet von Dr. Schüttinger).

Google

In der gestern abgehaltenen Sitzung des Finanz-Ausschusses der Reichsräthekammer machte der Justizminister die Mittheilung, daß die Appellgerichte Eichstädt und Neuburg verlegt werden sollen. Auf Anfrage des 1. Präsid. der Kammer, ob durch die Einführung des Civilprozesses einzelne Appellgerichte entbehrlich würden, wie es ja in Aussicht gestellt wurde, erklärte derselbe Minister, daß allerdings das Handelsappellgericht Nürnberg in Wegfall komme, da es mit dem allgemeinen Appellgerichte in Verbindung gebracht werde, weitere Reduktionen aber vorderhand nicht zu empfehlen seien.

München, 15. Febr. Die Reichsrathskammer hat den Gesetzentwurf über die provisorische Forterhebung der Steuern ohne Debatte einstimmig angenommen. Frhr. von Schrenck ist wiederholt zum Staatsschuldentilgungs-Commissär gewählt worden.

Die Thronrede des Königs von Preußen lautet: Geehrte Herren vom Reichstage des Norddeutschen Bundes! Im Namen der verbündeten Regierungen heiße ich Sie zur letzten Session der Legislaturperiode willkommen. Sie werden in dieser Session berufen sein, die unter Ihrer Mitwirkung geschaffenen und durch einmüthiges Zusammenwirken der verbünd. Regierung ins Leben getretenen Institutionen zu ergänzen u. fortzubilden. Zu meiner lebhaften Befriedigung ist es der hingebenden Thätigkeit der zur Vorbereitung eines Strafgesetzbuches für den Nordd(eutschen) B(und) berufenen Männer gelungen, den Abschluß dieses umfangreichen Werkes dergestalt zu fördern, daß derselbe vom BRath genehmigt, Ihnen schon heute vorgelegt werden kann. Indem dieses Gesetzbuch auf einem der wichtigsten Gebiete des öffentlichen Rechts die nationale Einheit im NdB. zum Abschlusse bringen will, enthält es zugleich eine den Forderungen der Wissenschaft und den Ergebnissen reicher Erfahrungen entsprechende Fortbildung des im BGebiet bestehenden Strafrechts. Dasselbe Ziel soll auf verwandtem Gebiete durch ein Gesetz zum Schutze der Autorrechte angestrebt werden. Das in der B.-Verfassung begründete, in den Gesetzen über die Freizügigkeit, sowie in der Gewerbeordnung weiter ausgebildete gemeinsame Indigenat wird in den Ihnen zugehenden Gesetzesvorlagen nach verschiedenen Richtungen eine abschließende Entwicklung erhalten. Eine Gesetzesvorlage über den Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit wird dem von Ihnen in der vorigen Session ausgesprochenen Wunsch entgegenkommen. Bei der Verschiedenheit der landesgesetzlichen Bestimmungen über Heimathsrechte und Armenpflege hat das Institut der Freizügigkeit Ungleichheiten hervorgerufen, deren auch von Ihnen angeregte Beseitigung nicht länger verschoben werden darf. Eine Ihnen über den Unterstützungswohnsitz zugehende Gesetzesvorlage ist bestimmt, den empfindlichen Uebelständen Abhülfe zu schaffen. Die Hemmnisse, welche der vollen Entfaltung der Freizügigkeit durch die Landesgesetze über die directe Besteuerung noch entgegenstehen, sollen durch ein dem BRathe vorliegendes Gesetz beseitigt werden. Den wiederholt kundgegebenen Wünschen nach einer der Billigkeit entsprechenden Ausgleichung der Beschränkungen, welchen die in den Bereich neuer oder erweiterter Festungsanlagen gezogenen Grundstücke unterworfen werden müssen, soll durch eine Gesetzesvorlage entsprochen werden. — Die Lage zu den Unterklassen der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee gehörigen Personen nimmt dieselbe Theilnahme in Anspruch, welche in Ihrer vorletzten Session den Offizieren gegenüber zum Ausdruck gelangt ist. Es wird Ihnen hierüber eine Vorlage zugehen. Ueber die in dem BKonsulatsgesetze vorbehaltene Regelung der Befugnisse der BKonsuln zu Eheschließungen und zur Beurkundung des Personenstandes wird Ihnen eine Vorlage gemacht und ein Gesetz über die Verhältnisse der BBeamten wird wiederum Ihrer Beschlußfassung unterbreitet werden. Die Steigerung des Verkehrs und die Reform der Besteuerung des Zuckers haben es gestattet, in dem Ihnen vorzulegenden BHaushalts-Etat für das Jahr 1871 unter Aufrechthaltung der bewährten Grundlagen vorsichtiger Veranschlagung die Einnahmen an Zöllen und Verbrauchsteuern, sowie an Postüberschüssen höher auszubringen als im laufenden Etat. Es ist dadurch die Aussicht gewährt, daß der größere Theil der dauernden Mehrausgaben für die Fortentwicklung der BEinrichtungen namentlich für die planmäßige Ausbildung der BMarine in eignen Einnahmen des Bundes seine Deckung finde. — Die Anbahnung der im Artikel 4 des Prager Friedens vorhergesehenen Verständigung über die nationale Verbindung des Nordd. Bundes mit den Süddeutschen Staaten ist der Gegenstand Meiner unausgesetzten Aufmerksamkeit. Ein mit dem Großherzogthum Baden geschlossener Jurisdictionsvertrag, der Ihnen zur Genehmigung zugehen wird, dehnt die Grundsätze der Gemeinsamkeit des Rechtsschutzes, welche durch das Gesetz über die Gewährung der Rechtshülfe für den Nordd. B. zur Geltung gelangt sind, in nationalem Sinne über die Grenzen des BGebietes aus. Durch eine Ergänzung der Maaß- und Gewichtsordnung wird die Möglichkeit gewonnen werden, der Gemeinsamkeit des Maaß- und Gewichtswesens mit andern deutschen Staaten durch gegenseitige Zulassung der geaichten Maaße und Gewichte Ausdruck zu geben. Zur Herstellung der Süddeutschen Festungscomission hat der Bund durch Meine Vermittelung unter Einwilligung in den ungetheilten Fortbestand des gemeinsamen Festungs-Eigenthums bereitwillig mitgewirkt. — Die Gesammtheit der Verträge, welche den Norden Deutschl. mit dem Süden verbinden, gewähren der Sicherheit und Wohlfahrt des gemeinsamen deutschen Vaterlandes die zuverlässigen Bürgschaften, welche die starke und geschlossene Organisation des Nordd. B. in sich trägt. Das Vertrauen, welches unsere süddeutschen Verbündeten in diese Bürgschaften setzen, beruht auf voller Gegenseitigkeit. Das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit, dem die bestehenden Verträge ihr Dasein verdanken, das gegenseitig verpfändete Wort deutscher Fürsten, die Gemeinsamkeit der höchsten vaterländischen Interessen verleihen unseren Beziehungen zu Süddeutschland eine von den wechselnden Wogen politischer Leidenschaften unabhängige Festigkeit. Als Ich im vorigen Jahre von dieser Stelle zu Ihnen sprach, habe Ich dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß Meinem aufrichtigen Streben, den Wünschen der Völker und den Bedürfnissen der Civilisation durch Verhütung jeder Störung des Friedens zu entsprechen, der Erfolg unter Gottes Beistande nicht fehlen würde. Es thut Meinem Herzen wohl, heute an dieser Stelle bekunden zu können, daß Mein Vertrauen seine volle Berechtigung hatte. Unter den Regierungen wie unter den Völkern der heutigen Welt ist die Ueberzeugung in siegreichem Fortschritte begriffen, daß einem jeden politischen Gemeinwesen die unabhängige Pflege der Wohlfahrt, der Freiheit und der Gerechtigkeit im eigenen Hause zustehe und obliege, und daß die Wehrkraft eines jeden Landes nur zum Schutze eigner, nicht zur Beeinträchtigung fremder Unabhängigkeit berufen sei. Die Legislaturperiode des gegenwärtigen Reichstages naht sich ihrem Schlusse. Durch Ihre bisherige, an Erfolgen reiche Thätigkeit und die fruchtbare Wechselwirkung, mit welchen die Arbeiten der verbündeten Regierungen und des Reichstages in einander gegriffen haben, sind die Bundeseinrichtungen fest begründet, und ist ihre Entwickelung dem Reichstage zum Heile des Vaterlandes bestimmt worden. In diesem Sinne werden die Berathungen der bevorstehenden Session erneut Ihre angestrengte Thätigkeit in Anspruch nehmen. Aber Sie werden durch die Lösung der Ihnen vorliegenden Aufgaben

die Erfolge des gegenwärtigen Reichstages zu einem Abschlusse bringen, welcher die damit verbundenen Mühen durch den Dank der Nation lohnen und diesem Reichstage eine hervorragende Stellung in der Geschichte der vaterländischen Institutionen sichern wird.

Wien, 15. Febr. Die N. Fr. Pr. meldet in Bestätigung der Nachricht von gemeinsamen Schritten Oesterreichs und der übrigen katholischen Mächte gegen die Annahme des Syllabus durch das Konzil, daß der Botschafter in Rom, Graf Trauttmannsdorff, bereits eine betreffende Depesche des Grafen Beust erhalten habe.

Ausland.

Bern, 14. Febr. Die russische Regierung beantragte beim Bundesrath die Auslieferung des nach der Schweiz entwichenen Netschajeff, der bekanntlich wegen Verschwörung und Mords verfolgt wird.

Paris, 13. Febr. Die „Liberte" schreibt: Unsere (Frankreichs) Beziehungen zu Preußen sind gespannt. Graf Daru ermangelt nicht immer zu betonen, er wolle den Frieden erhalten, aber auch die Heiligkeit der Verträge. Graf Bismarck antwortet durch vermehrte Rüstungen.

Genua, 13. Febr. Der „Corriere Mercantile" meldet daß das Kriegsschiff „Vedetta" nach dem Rothen Meer abgegangen ist, um einen zwischen Kosseir und Massauar gelegenen Punkt der afrikanischen Küste in Besitz zu nehmen. Einige Gelehrte werden sich auf der „Vedetta" einschiffen.

Athen, 11. Febr. Gestern wurde ein Vertrag mit der französischen Gesellschaft Chollet unterzeichnet, durch welchen derselben die Durchstechung des Isthmus von Korinth bewilligt wird. Die Gesellschaft erhält 18 Monate Frist und 500 Hektaren Staatsdomäne längs der Canalufer.

Belgrad, 13. Febr. Der montenegrinische Senator Plamenatz ist wieder nach Petersburg gereist.

London, 15. Febr. Sitzung des Unterhauses. Unterstaatssekretär Otway theilt mit, daß Amerika die Nichtwiederaufnahme der Alabamaverhandlungen beantragt habe; die britische Gesandtschaft in Hamburg werde eingezogen werden. Die Posten vom Kontinent fehlen seit Sonnabend. — Eine Depesche der Times aus Madrid meldet: Montpensier ist angekommen und hat lange mit Prim conferirt.

Frankf. Coursbericht vom 15. Feb. 1870.

Staatspapiere.				Staatspapiere.			
Preußen.	5% Oblig.	—	G	Würtbg.	4½% Obl.	91	bz
	4½ "	93½	P		4 "	84½	G
	4 "	82½	G		3½ "	82½	bz
Frankf.	3½ "	82	bz	Baden.	4½% Oblig.	92½	bz
Nassau.	4½ Oblig.	93½	P		4 "	86	bz
	4 "	85	bz	G. Hessen	5 "	102	P
Kurhess.	4 "	84	bz		4 "	92½	P
Bayern.	5% "	101½	P	Sachsen.	5 "	100½	G
	4½ 1jhr. "	91½	G	Brschw.	3½ "	80½	P
	4½ ½jhr. "	91⅞	bz	Oesterr.	4⅛% R.i.S.	57½	bz
	4 1jhr. "	86½	P		4% R.i.P.	49½	bz
	4 ½jhr. "	86½	P		5 Ung. E.-A.	—	G
	4 Abl.-R.	86½	bz	Nassau.	6% „81d.64	95½	bz
	3½ Obl.	—	G		5% „Bds 71r v. 61	95⅞	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Aktien.			Aktien.		
3½% b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	5 öst.Staatsb. 500frc.	365	G
Oest. Nat.-B. 600fl.	695	bz	4 pfälz.Ludwb. 500fl	169	G
4½% „b.Ostbahn 200fl.	120½	bz	4½ Maxbahn 500fl	106⅞	bz
5 öst.Südb. 500 frc.	236½	bz	4 Nordb. 500 fl.	87	P
			4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90½	bz
Anlehensloose.			bad. 35 fl.	59½	bz
3½% preuß. 100thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	—	bz
kurhess. 40 thlr.	57½	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12½	G
bayr. 100 thlr.	106⅞	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79½	bz

Rheinischer Merkur.

Kirchlich-politisches Wochenblatt.

Herausgegeben von Fridolin Hoffmann.

Dieses Blatt erscheint vom 19. Februar an jeden Samstag in einem Bogen gr. 4o. (16 Spalten). Jede Nummer enthält eine geordnete Uebersicht der Ereignisse der abgelaufenen Woche, Originalcorrespondenzen und Berichte aus verschiedenen Ländern, sowie orientirende Artikel, in welchen namentlich kirchlich-politische Fragen, das Concil, kirchliche Reform, Verhältniß von Kirche und Staat u. s. w. von befähigten Mitarbeitern eingehend und freimüthig besprochen werden. Der Redakteur ist dem Publikum durch seine 10jähr. Leitung der Köln. Volkszeitung (Kölnische Blätter) vortheilhaft bekannt. Die hervorragendsten Mitarbeiter ebengenannter Zeitung haben dem neuen Blatte ihre Unterstützung zugesagt.

Die noch im laufenden Quartal erscheinenden 6 Nummern kosten 27 kr. jedes folgende Quartal 54 kr.

Köln im Januar 1870.

Expedition des Rheinischen Merkur.
Komödienstraße 38.

20000 fl. auch getheilt, sind auf mehre Jahre unaufkündbar, **10000 fl.** Annuitäten, in Silber unter reellen Bedingungen auszuleihen.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen befördert *prompt, reell, extract, discret* in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original - Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.

Zeitungs-Catalog gratis und franco.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 40. Donnerstag, den 17. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

/. V.

(Allgemeine Adreßdebatten in der K. der Abg.)

Also: „die Patrioten hetzen das Volk auf, verbreiten Unfrieden im Lande, untergraben das Ansehen der Gesetze, gefährden den Thron, spinnen Verrath mit dem Auslande ꝛc." so lauten die schweren Vorwürfe der Fortschrittsredner. Und wie suchen sie dies zu beweisen? Vor Allem ist es die patriot. Presse, welche die Gegner zum Beweise vorführen. Nur durch die patr. Presse, behaupten sie, wird das Mißtrauen im Volke gegen die Regierung geweckt, wird der Widerwille des Volkes gegen die neuen Gesetze erregt. Die „Donauztg." beherrsche Niederbayern, klagt Hr. Föckerer; das „Allgäuer Volksbl." trauert Hr. Völk, habe das früher so liberale Schwabenvolk verführt. Und erst der „Volksbote", oder gar das „Vaterland". Wo diese Blätter nicht gelesen würden, da sei Ruhe und Frieden, da herrsche kein Mißtrauen gegen das Ministerium, da sei kein Widerwille gegen die neuen Gesetze u. s. w. Mit Recht sei deßhalb die Regierung gegen diese Blätter so oft eingeschritten, und wenn sie es noch öfter gethan haben würde, wäre sie auch im Rechte gewesen. Mit wahrhaft komischem Pathos ruft deßhalb ein Fortschrittsredner nach dem andern den Patrioten zu: Sagen Sie sich los von dieser Presse, verwerfen Sie diese Presse, dann können wir einig mit einander werden; eine Zumuthung, die nur zu sehr an jene erinnert, die der Wolf der Heerde machte, sie möge doch die bissigen Hunde wegschaffen, dann werde zwischen ihnen Alles Lieb und Freundschaft sein. Ja, es ist erstaunlich ein fortschrittlicher Redner bittet die patr. Partei um ihres eigenen Vortheils willen, diese Presse zu verlassen, sie (die patr. Partei) werde dadurch nur im Volke gewinnen! was freilich mit den Klagen Anderer über die Wirksamkeit dieser Blätter schlecht zusammenstimmt.

Ferner werden von den fortschrittlichen Rednern die verschiedenen patr. Vereine in Stadt und Land, besonders die patriotischen Bauernvereine hart angegriffen. Durch sie werde überall der Friede gestört, durch sie falsche Vorstellungen verbreitet. Die Patrioten dürfen also nur diese Vereine wieder aufheben, dann werde der Friede wiederkehren.

Die vaterlandsverrätherischen Absichten der Patrioten aber erkennen die Fortschrittler klar ausgesprochen wieder in einzelnen Auslassungen der patr. Presse, in denen etwa angedeutet war, daß gegen die Raubsucht Preußens die deutschen Südstaaten auch beim Auslande, insbesondere bei Frankreich Schutz finden dürften. Vor Allem aber ist es, der alte Popanz mit der „römischen Provinz", in welche Bayern durch die Patrioten verwandelt werden soll, welche aus allen Reden der Fortschrittspartei wiedertönt. Wahrlich man fühlt sich förmlich gedrungen, Mitleid mit einzelnen Herrn dieser Partei zu haben. Denn wenn ihre Reden ihnen wirklich Ernst sind, dann können sie sicher keine Nacht mehr ruhig schlafen, aus Furcht, diese Verwandlung Bayerns möge über Nacht geschehen und sie als Sklaven Roms erwachen! Das gleichzeitige Tagen des Conzils ist dabei Wasser auf die fortschrittliche Mühle, indem die Herren nicht versäumen, jede ganz oder theilweise erdichtete Zeitungsnachricht, welche das Gespenst der von Rom durch das Concil angestrebten Tyrannei noch fürchterlicher erscheinen läßt, ihren grauenden Hörern und Lesern mitzutheilen.

Daß die Patrioten es wagten, bei den Wahlen für ihre Ansichten zu wirken, was man gewöhnlich „agitiren" nennt, daß sie gar in öffentlichen und privaten Versammlungen ihre Ansicht zu vertreten suchten, daß dabei Einzelne sich selbst zu unbedachten Aeußerungen hinreißen ließen, (Hr. Dr. Völk zählte mit besonderer Genugthuung alle diejenigen auf, die deßhalb angeklagt und verurtheilt wurden), das ist natürlich in den Augen der Fortschrittspartei ein schreckliches Verbrechen. Und während sie so die Patrioten als Verhetzer und Verführer des Volks, als thronumstürzende Demagogen, als Verräther an König und Vaterland hinzustellen sich bemühen, welche sorgsamen Eifer für die Erhaltung der Selbstständigkeit Bayerns, welche innige Hinneigung zur monarchischen Regierungsform, welche zarte Rücksicht für das Haus Wittelsbach tragen sie selbst zur Schau! Wahrlich die Patrioten konnten sich über diese bei vielen

Digitized by Google

ihrer Gegner sicher nicht erwarteten Gesinnungen nur — freuen! Doch genug! (Schluß folgt.)

Inland.

München, 16. Febr. Seine Majestät der König haben durch Allerhöchstes Signat an den Obersiceremonienmeister anzuordnen geruht, daß die von der Kammer der Abgeordneten beschlossene Adresse auf die Thronrede an Allerhöchstdieselben eingesandt werde.

Die Adresse der Kammer der Abgeordneten ist bereits von Meisterhand auf Pergament geschrieben und in einen bei Escherich gefertigten Sammetumschlag von blauer Farbe gebunden. Unterzeichnet wird sie von dem 1. Präsidenten und dem 1. Sekretär. — Die Deputation, welche Sr. Majestät die Adresse zu überreichen hätte, besteht nach der Geschäftsordnung der Abgeordnetenkammer aus den beiden Präsidenten, den beiden Sekretären und einer Anzahl von Mitgliedern, die von der Kammer bestimmt wird.

Abgeordnetenkammer. München, 16. Febr. In der heutigen 14. Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde ein Schreiben des k. Obersiceremonienmeisters bekannt gegeben, wornach Se. Majestät der König die Deputation der Kammer der Abgeordneten zur Ueberreichung der Adresse nicht bemühen wollen und der Uebersendung der Adresse entgegensehen. — Ueber die beanstandete Urwahl in Jettingen entspann sich eine lange Debatte.. Referent Jörg beantragte dieselbe nicht zu beanstanden, wogegen Dr. Karl Barth deren Vernichtung beantragte. Dr. Westermayer und Winderl unterstützten, Stenglein Fischer und von Schauß bekämpften den letzteren Antrag. v. Hörmann und der k. Staatsminister der Finanzen von Pfretzschner erklärten, daß von Seite der Staatsregierung in keiner Weise ein Einfluß auf die Beamten geübt wurde, ihrerseits auf die Wahlen zu Gunsten irgend einer Partei einzuwirken. Dr. Westermayer verlas ein Schreiben, welches v. Hörmann in Bezug auf die Eintheilung der Urwahlbezirke von Seite der Bezirksamtsmänner an die Regierungspräsidenten erlassen hat, und schloß daraus, daß mit diesem Schreiben allerdings habe eingewirkt werden wollen, allein von Hörmann verneinte das auf das Bestimmteste. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Dr. Karl Barths angenommen. — Bezüglich der Urwahl in Bachhagel beantragte Referent Jörg, es sei der Reklamation gegen diese Urwahl keine Folge zu geben. Dagegen beantragte Dr. Völk die Vernichtung dieser Wahl auszusprechen. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Völks abgelehnt und der Antrag des Referenten angenommen. — Schließlich gelangte ein Antrag des Dr. Karl Barth, die ganze Abgeordnetenwahl in Günzburg zu vernichten, ohne Debatte zur Annahme. Das Prinzip der Selbstwahl kam nicht zur Besprechung. — Da die Zeit schon bis 1 Uhr vorgerückt war, wurde die Sitzung geschlossen und die nächste auf morgen früh halb 10 Uhr anberaumt.

Bei der Verhandlung über die Münchener Wahlen geriethen die Herren Völk und Mahr aneinander. Ersterer brachte wieder in gewohnter Weise eine Zeitung hervor und verlas daraus, wie die Ultramontanen sich in bayer. Angelegenheiten mischen und welche verletzende Ausdrücke sie gebrauchen Da stand nun Pfarrer Mahr auf, erklärte daß er schon gestern wieder sehr anzügliche Aeußerungen über die kathol. Presse und kathol. Institutionen habe hören müssen (von Stenglein, Louis, Lehrer Strauß). Er lege hiemit im Namen der katholisch-konservativen und patriotischen Presse den enschiedenen Protest ein gegen den Vorwurf, daß persönliche Invektiven von dieser Presse ausgingen. Da werde jenseits noch zehnmal mehr gefehlt. Und weil man denn über die unter bischöflicher Protektion stehenden Knabenseminarien sich Anzüglichkeit erlaubt habe, so wolle er zeigen, wie zart man von jener Seite in der Presse darüber sich verbreite. Er verlas nun den Anfang eines Gedichtes aus der in Bergzabern erscheinenden „Union," welches überschrieben ist „Kinderseminarien" und also lautet:

Wie einst Herodes Mörderbanden im Judenlande ausgesandt,
So senden jetzt die Pfaffen Kuppler u. Kinderhäscher durch das Land,
So sollen sie vom Schooß der Mutter verlocken in das Kindernest,
Wo Gaunerwitz die jungen Seelen zum Gottesdienst dressiren läßt.

Hr. Völk war hierauf ruhig.

Fürst Hohenlohe hat gestern bei Seiner Majestät dem König das Gesuch um Enthebung von dem Posten eines Staatsministers des k. Hauses und des Aeußern eingereicht.

Der König soll, wie man von Personen, welche dem Hofe nahe stehen, vernimmt, dem Fürsten Hohenlohe eigenhändig einen Brief geschrieben haben, in welchem er denselben in den schmeichelhaftesten Ausdrücken zu seiner am ersten Samstag dieses Monats in der Abgeordnetenkammer gehaltenen Rede beglückwünscht, sich mit den dort dargelegten Motiven und Zielpunkten der auswärtigen Politik Bayerns vollkommen einverstanden erklärt und ihn wiederholt seines unverbrüchlichen Vertrauens versichert.

Der N. Würzb. Ztg. wird — wie es scheint, aus Abgeordnetenkreisen — geschrieben: mit dem Ministerium des Aeußern werde interimistisch der Staatsrath v. Daxenberger betraut, die Ministerpräsidentschaft vom Ministerium des Aeußern getrennt und dem ältesten der dermaligen Minister, Herrn v. Pfretzschner (noch nicht 50 Jahre alt), übertragen werden. Von einem Systemwechsel sei vor Lösung der römischen Frage keine Rede.

Gegen die zu Bergzabern in der Rheinpfalz erscheinende „Union", welche ein vom Abgeordneten Mahr in der letzten Sitzung der Abgeordneten vor-

Digitized

gelesenes Gedicht mit der Ueberschrift „Kinderseminarien" enthielt, ist strafrechtliche Untersuchung anhängig.

Fürth, 15. Febr. Die Vorstände des hiesigen Volksvereins, des Bürgerbunds und des Arbeitervereins „Zukunft" haben einen wider die von Seiten der Fortschrittspartei auch hier beabsichtigte Demonstration gegen Hrn. v. Harleß gerichteten Aufruf an die Einwohnerschaft erlassen, welcher das Gebahren jener Partei in dieser Angelegenheit einem scharfen Tadel unterzieht und mit den Worten schließt: „Deßhalb rathen wir Euch, der sog. Protestantenversammlung aus dem Wege zu gehen und Euch nicht durch Theilnahme heran der unsittlichsten und gefährlichsten Verfassungsverletzung schuldig zu machen."

Der Redakteur des „N. Anz.", Gottfr. Meyer, ist zum Schwurgerichte nach Ansbach verwiesen. Ebenso der Redakteur der „Augsb. Postz." wegen Aufnahme eines aus Niederbayern eingesandten Artikels bezüglich der Wahlkreiseintheilung wegen Beleidigung der Staatsregierung, der Redakteur der „Kemptener Ztg." wegen Religionsfriedenstörung und der Redakteur des „Allg. Volksbl." wegen Beleidigung der Staatsregierung.

Die bayerischen Staatseisenbahnen, welche im Jahre 1842 angefangen wurden, kosteten bis 1868 die Summe von 293'586,364; die Eisenbahnschuld des Staates dagegen betrug am Schluß des Jahres 1868 die Summe von 148'365,100 fl.

Berlin, 15. Febr. In der gestrigen Sitzung des Bundesrathes des norddeutschen Bundes brachte das Präsidium einen Gesetzentwurf wegen Abänderung des Bundeshaushaltsetats für 1870 ein, betreffend die Kosten für das Oberhandelsgericht, ferner den zu Brüssel unterzeichneten Auslieferungsvertrag mit Belgien. Verschiedene Etats für 1871 wurden genehmigt, darunter der Etat des auswärtigen Amtes. Der Militäretat für 1871 wurde vertheilt. Derselbe enthält keine erhebliche Aenderung gegen das Vorjahr.

Berlin, 15. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet bezüglich der Ausweisung des Correspondenten der „Allg. Ztg.," Dr. Dressel, aus Rom: daß, nachdem die gegen denselben erhobene Beschwerde sich als unbegründet erwiesen, der Gesandte des Norddeutschen Bundes sofort intervenirt habe, in Folge dessen die beabsichtigte Ausweisung Dressels nicht ausgeführt wurde.

Berlin, 16. Febr. Der Reichstag war auch heute nicht beschlußfähig, die Sitzung desselben mußte deßhalb aufgehoben werden. Gestern waren 111 Mitglieder anwesend und fehlten zur unbedingten Majorität 38.

Die hannover'schen Legionäre, die sich in Frankreich befinden, erhalten vom 1. April an keine Unterstützung von dem König Georg in Hietzing. Dieselben haben nun zwischen Rückkehr oder Auswanderung nach Algier, wo eine deutsche Colonie gegründet werden soll, zu wählen. Grund zu Obigem sind pekuniäre Verhältnisse, da durch die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg und durch Einkassirung jeden Zuflusses durch die in Hannover eingesetzte Verwaltungskommission der Unterhalt nicht mehr zu erschwingen ist.

Ausland.

Paris, 14. Febr. Erzherzog Albrecht befindet sich frit letzten Freitag hier und besucht incognito die öffentlichen Sehenswürdigkeiten der französischen Hauptstadt, die er zum erstenmal in seinem Leben betreten hat. Heute früh erschien er im Kriegsministerium und verweilte daselbst mehrere Stunden. General Leboeuf machte ihm die Honneurs und gewährte ihm einen genauen Anblick in die Organisation der verschiedenen Abtheilungen und Bureaux dieses Ministeriums.

In Peterburg wird in kurzer Zeit der Prozeß wegen der revolutionären Proklamationen verhandelt werden. An hundert Personen sind wegen Hochverraths angeklagt. — Auch in Warschau ist Fürst Obolenski, Generaldirektor aller Grenzkammern in Rußland und Polen, als er eben aus Berlin zurückkehrte, beim Heraussteigen aus dem Waggon verhaftet worden. Man bringt diese Verhaftung mit der jüngst entdeckten Verschwörung in Verbindung.

Die Türkei hat in Bordeaux acht Panzer-Kanonenboote bestellt.

Amerikanische Staatsschuld. Einem Briefe des Vereinigten Staaten-Schatzmeisters, datirt vom 12. Januar 1870, entnehmen wir folgende, für die Besitzer von amerikanischen Bonds interessante Auskunft: Aus dem Berichte des Finanzministers ersehen Sie genau, was er bisher geleistet hat, und sich daraus eine deutliche Vorstellung von Dem machen, was er in Zukunft zu leisten haben wird. In vier Jahren und vier Monaten ist die Nationalschuld um 309 Millionen verringert worden; dies ist 11 Prozent der ganzen Schuld. Die Einlösung geht jetzt in beschleunigtem Tempo vor sich; in den letzten sieben Monaten, von Juni bis Dezember, betrug die Verringerung der Schuld 56,665,660 Dollars, was einer Tilgung von 100 Mill. jährlich gleichkommt, und Sie ersehen, daß in diesem Verhältniß die ganze Nationalschuld in 13 Jahren ausgelöscht wird. Die Nation hat, seit ihrem Bestehen, zweimal ihre ganze öffentliche Schuld im Baaren getilgt. — Sollte irgend eine andere Regierung jemals eine große Nationalschuld, in dieser Weise, durch Zahlung des Kapitals und der Zinsen in Gold getilgt haben, so ist leider keine Kenntniß davon geworden.

Vermischtes.

— Stuttgart, 14. Febr. Am Freitag feierte einer der letzten Karlsschüler, der pensionirte Kreisoberförstmeister Frhr. Karl v. Gemmingen in Bonfeld seinen 91. Geburtstag.

Digitized by Google

— Mainz, 14. Febr. Die im hiesigen Justizpalaste aufbewahrte Guillotine wurde heute nach Koburg transportirt, um dort zu einer Hinrichtung zu dienen.

— Von Hamburg aus soll ein Herr Schalmayer wegen einer sozialdemokratischen Rede, die er gehalten, nach Berlin ausgeliefert werden. Nun ist aber der Mann krank, liegt im Bett und — — zwei Polizeibeamte halten fortwährend an seinem Bett Wache, um ihn abzuführen, sobald er genese.

— Die jetzt herrschende große Kälte kostet Vielen das Leben. In Ungarn sind zwei Postwagen-Kutscher während der Fahrt erfroren. — In Würzburg wurde in der Nacht des 11.—12. eine Schildwache (Kanonier) bei der Allarmbatterie der Festung so erstarrt gefunden, daß er ins Spital gebracht werden mußte, und an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — In Königsberg liegen 19 Lokomotivführer krank darnieder, welche in Folge ihrer bei der großer Kälte ausgeübten Dienstfunktionen zur Zeit dienstunfähig geworden sind. Vor einigen Tagen waren in Eydtkuhnen 14 defekte Maschinen vorhanden, die ebenfalls durch die große Kälte gelitten haben."

— Ein Magd bei einem Wittwer in Frankfurt war kürzlich damit beschäftigt, aus verschiedenen Päcken einen Lappen hervorzusuchen. Wie sehr war sie erstaunt, als sie aus dem einen Pack 40 Thlr. und aus verschiedenen anderen 1600 fl. in Gold herauswickelte. Es stellte sich nun heraus, daß dies ein heimlicher Sparpfennig der jüngst verstorbenen Frau war. Derselbe kam dem Handwerker sehr gelegen. Der treue Dienstbote händigte ihm den Fund ein und erhielt eine Sparkasseneinlage von 100 fl.

— In Michels-Neukirchen bei Falkenstein ließ ein Bauer den Erlös aus einem Ochsenverkaufe in Banknoten auf dem Tische liegen, auf dem sein 3jähriger Junge spielte. Als er wieder kam, hatte dieser die Noten in Fetzen zerrissen; der Bauer schlug in der Wuth das Kind über den Tisch hinab, die Mutter sah es und ließ im Schrecken ihr anderes Kind in der Badwanne liegen. Der vom Tisch geschleuderte Junge war sofort todt, das Kind in der Badwanne mittlerweile ertrunken!

— In Rom verkleidete sich ein bis jetzt unbekanntes Individuum als orientalischer Bischof, schlich sich in die Concilssitzungen ein und wußte genau die Haltung der orientalischen Bischöfe nachzuahmen, bis man ihn an seiner fast lauschenden Aufmerksamkeit auf die Reden gewisser Väter erkannte und die Polizei den vermummten Pseudobischof nebst seinem Hofschneider verhaftete.

Frankf. Coursbericht vom 16. Feb. 1870.

Staatspapiere.				Württbg.	4½% Obl.	91	bz
Preußen.	5% Oblig.	—	G		4 =	84¼	G
	4½ =	93¼	B		3½ =	82¾	bz
	4 =	82½	G	Baden.	4½% Oblig.	92¾	B
Frankf.	3½ =	82	B		4 =	86	bz
Nassau.	4½ Oblig.	93¾	B		3½ =	82⅝	G
	4 =	85	bz	G. Hessen	5 =	102	B
Kurhess.	4 =	84½	B		4 =	92½	B
Bayern.	5% =	101½	B	Sachsen.	5 =	100½	G
	4½ 1jhr. =	91½	G	Brschw.	3½ =	80¾	B
	4½ ½jhr. =	91⅝	bz	Oesterr.	4⅛ R.i.S.	57¾	bz
	4 1jhr. =	86½	B		4⅛ R.i.P.	49¾	G
	4 ½jhr. =	86½	B		5 Ung. E.-A.	—	bz
	4 Abl.-R.	86½	bz	NAermika.	6% 81v.64	95¾	bz
	3½ Obl.	—	G		5% Vbs 71r v. 61	96	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Aktien.			5 öst. Staatsb. 500frc.	364¾	bz
3%b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	4 pfälz.Ludwb. 500fl	169½	G
Oest. Nat.-B. 600fl.	691	bz	4½ Marbahn 500fl	106⅜	bz
4½%b.Ostbahn 200fl.	120⅜	bz	4 Nordb. 500 fl.	87	B
5 öst.Südb. 500 frc.	235½	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90¾	G

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	58¾	bz
3½% preuß. 100thlr.	—	G	großh. hess. 25 fl.	—	bz
kurhess. 40 thlr.	57¾	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12¼	G
bayr. 100 thlr.	106½	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79¾	bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B. 100)	88¾	G
Amsterdam (100fl.)	—	bz	London (10Pf.St.)	119¾	G
Augsburg (100fl)	—	G	Paris (200 Fr.)	—	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	—	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97	bz	Disconto 4 pCt.		

Rheinischer Merkur.

Kirchlich-politisches Wochenblatt.

Herausgegeben von Fridolin Hoffmann.

Dieses Blatt erscheint vom 19. Februar an jeden Samstag in einem Bogen gr. 4o. (16 Spalten). Jede Nummer enthält eine geordnete Uebersicht der Ereignisse der abgelaufenen Woche, Originalcorrespondenzen und Berichte aus verschiedenen Ländern, sowie orientirende Artikel, in welchen namentlich kirchlich-politische Fragen, das Concil, kirchliche Reform, Verhältniß von Kirche und Staat u. s. w. von befähigten Mitarbeitern eingehend und freimüthig besprochen werden. Der Redakteur ist dem Publikum durch seine 10jähr. Leitung der Köln. Volkszeitung (Kölnische Blätter) vortheilhaft bekannt. Die hervorragendsten Mitarbeiter ebengenannter Zeitung haben dem neuen Blatte ihre Unterstützung zugesagt.

Die noch im laufenden Quartal erscheinenden 6 Nummern kosten 27 kr. jedes folgende Quartal 54 kr.

Köln im Januar 1870.

Expedition des Rheinischen Merkur.
Komödienstraße 38.

Kirchenmalereien!

Kirchenfenster-Rouleaux a la Glasmalerei mit oder ohne religiösen Bildern gut und dauerhaft gemalt, zu mäßigen Preisen, Kreuzwege in allen Größen zu mäßigen Preisen, von tüchtigen akademischen Künstlern gemalt. Probestationen werden auf Wunsch zur gefälligen Einsicht gestellt.

Altargemälde, Heiligenbilder in allen Größen zu den billigsten Preisen, Transparente, Advent- und Fastenbilder, hl. Gräber, sowohl als Transparent-Gemälde wie auch gebaute, alte werden restaurirt. Unter Zusicherung reeler Bedienung und mäßiger Preise zeichnet

München, Schommergasse 19,

H. Lange, Maler.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 41. Freiag, den 18. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

*/.

VI.

(Allgemeine Adreßdebatten in der K. der Abg.)

Die kluge Taktik der Fortschrittsredner, durch kühnen Angriff auf die Patrioten selbst, diese zu verwirren und einzuschüchtern, wäre beinahe mit Erfolg gekrönt worden.

Ließen sich doch gleich im Anfange der Debatte einige Patrioten durch einen klug berechneten Appell des Frhr v. Stauffenberg an ihr Ehrgefühl fortreißen, das „Vaterland" wegen eines derben Artikels über Fürst Hohenlohe zu desavouiren (verwerfen). Zum Glücke gab es unter den Patrioten noch Solche, welche die fortschrittliche Kriegslist durchschauten und den Muth und das Geschick hatten, sie zu vereiteln. Mit aller Entschiedenheit und durchschlagendem Erfolge wurden von ihnen alle Angriffe der Gegner zurückgewiesen. Die Angriffe gegen die patr. Presse wurden vor Allem von Pfarrer Mahr abgeschlagen. Mit Recht rief er den Fortschrittlern zu: Bevor sie den Patrioten zumutheten, ihre Blätter zu verwerfen, sollten sie zuerst nur ihre eigenen verwerfen, die alles das, was sie den Patrioten zum Vorwurfe machten, hundertfach begangen hätten und noch begingen! Selbst Dr. Huttler konnte in so ruhig und maßvoll gehaltener, selbst von der Gegenpartei belobten. Rede, nicht umhin, den HH. vom Fortschritte zu bemerken, daß wenn man alle patr. Blätter sammeln würde, welche sich ungehöriger Ausdrücke gegen ihre Gegner bedienten, wohl ein kleines Zimmer des Ständehauses hinreichen würde, sie aufzunehmen; wenn man aber jene fortschrittlichen Blätter sammeln wollte, die sich Gleiches zu Schulden ließen, diese wohl den Ständesaal füllen möchten! Den Nagel auf den Kopf traf übrigens Dr. Jörg, wenn er einmal bemerkte: Bei den gegenseitigen Beschuldigungen bezüglich der Presse frage es sich zuletzt: wer angefangen habe? Und in dieser Beziehung stehe fest, daß es nicht die patr. Presse gewesen sei. Denn lange bevor es einen „Volksboten" oder eine „Donauzeitung" oder „Vaterland" gegeben, seien bereits von fortschrittlichen Blättern Religion, Kirche und Geistlichkeit in den Koth gezogen worden. So ist es auch. Die patr. Presse kämpft nur zur Abwehr; wenn ihr bei dieser einmal ein unpassendes, zu derbes, nicht zu rechtfertigendes Wort entschlüpft, wird kein Vernünftiger daraus zu großen Vorwurf machen. Am allerwenigsten wird die patr. Partei daran denken, der Fortschrittspartei zu Liebe ihre Presse zu verwerfen. Im Gegentheile, je wüthender der Gegner gegen dieselbe anstürmt, deste muthiger wollen wir sie vertheidigen; indem wir nicht vergessen, daß die patr. Partei nur durch ihre Presse das geworden ist, was sie ist.

Den verdächtigenden Beschuldigungen bezüglich der patriotischen Vereine und Versammlungen traten besonders Dr. Pfahler, v. Hafenbrädl, Lukas und A. entgegen. Während Erstere besonders die patr. Bauernvereine gegen die fortschrittlichen Angriffe vertheidigten, indem sie nachwiesen, daß dieselben Nichts bezweckten, als in politischer Beziehung Erhaltung der Selbstständigkeit Bayerns und des angestammten Königshauses und in socialer Förderung der bäuerlichen Interessen; zeigte Lukas besonders, daß nicht die in der patr. Partei vereinigten Elemente, Adel, Geistlichkeit u. gläubiges Volk, sondern ganz andere es wären, die immer und überall Umsturz und Revolution anzettelten und betrieben.

Die immer wieder vorgebrachte Befürchtung wegen der großen Gefahr, die Bayern von Rom aus drohen soll, wurde besonders von Dr. Schleich mit trefflichem Humor gegeißelt und gezeigt, wie die Fortschrittler damit nur die wahre Gefahr, die von Berlin aus drohe, verbergen wollten. Die eben so oft wiederholte Beschuldigung, die Patrioten wollten sich für die 1866 erlittene Niederlage mit Hülfe Frankreichs an Preußen rächen, wurde von diesen mit der Versicherung zurückgewiesen, daß sie nie mit Fremden gegen Deutsche kämpfen würden, wie dies der Lieblingsstaat der Fortschrittler, Preußen, im Jahre 1866 durch seine Verbindung mit Italien, mit aufständischen Ungarn und den Rothhemden Garibaldi's gethan habe. Damit war der fortschrittliche Angriff siegreich abgewiesen und die Stellung der patr. Partei in ihrem Kampfe gegen das Ministerium wieder gesichert.

Die Darlegung der Grundsätze der einzelnen Parteien zu den prinzipiellen Fragen wollen wir bis um Schlusse der speziellen Debatte ersparen.

Digitized by Google

Inland.

München, 16. Febr. Der König hat das Entlassungsgesuch des Fürsten Hohenlohe angenommen.

Abgeordnetenkammer. München, 17. Febr. Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen 15. öffentlichen Sitzung die sämmtlichen Anträge, welche der 6. Ausschuß geprüft und für formell und materiell zulässig erachtet hat, an die Fachausschüsse zur näheren Prüfung überwiesen. Den Antrag, die wiederholte Würdigung des Baues der Eisenbahnlinie Peißenberg-Schongau-Piesenhofen betreffend, und die Eingabe von Gewerbtreibenden in Fürth, die Beeinträchtigung durch Arbeiten in den Strafanstalten betr., wollte der 6. Ausschuß zu den Akten gelegt wissen, allein die Kammer beschloß auch diese beiden Gegenstände an den Fachausschuß zur näheren Würdigung zu überweisen. — Der Antrag, die freie Bewegung der Spar- und Hilfskassen betr., ist zurückgezogen worden. Dagegen wurden die Anträge 1) der kath. Pfarrer des Kapitels Landau, 2) des Kaufmanns Megner in Würzburg zu den Akten gelegt, weil sie zur Behandlung ungeeignet sind. — Die Sitzung schloß um 12 Uhr; die nächste konnte wegen Mangels an Berathungsmaterial noch nicht anberaumt werden. Der Präsident ersuchte die Ausschüsse, recht fleißig zu arbeiten, damit bald Material zur Berathung geboten ist.

Das Präsidium der Kammer der Abgeordneten hat die Adresse derselben heute Mittags an das Staatsministerium des Innern übersendet, welches sie Sr. Maj. dem König in Vorlage zu bringen hat. Im Staatsministerium der Justiz ist gestern die Berathung der „Gerichtsvollzieher-Ordnung" zum Abschluß gelangt, so daß dieselbe alsbald auf dem Verordnungswege publizirt werden kann; eine gesetzliche Regelung dieses Gegenstandes hat bekanntlich erst nach Abfluß von 5 Jahren einzutreten. Hr. Ministerialsekretär Weis, ein Sohn des Ministerialraths, ist der Verfasser dieser umfangreichen Verordnung.

München, 16. Febr. Wie wir hören, haben die Minister ein Memorandum ausgearbeitet, in welchem sie sich über die Lage des Landes und die Mittel, die Parteien zu versöhnen, aussprachen. Gestern soll dieses Aktenstück dem König überreicht worden sein. — Staatsrath v. Daxenberger hat Se. M. den König gebeten, ihn seiner ferneren Verwendung im Staatsministerium des Aeußeren zu entheben.

München, 16. Febr. Der Umstand, daß bisher nur Fürst Hohenlohe ein Enthebungsgesuch eingereicht, soll, wie ich vernehme, nicht zu der Annahme berechtigen, daß keiner der anderen Staatsminester dem Beispiele des Fürsten folgen werde. Die Berathungen in dieser Beziehung soll noch nicht beendet seyn; möglicher Weise wird auch erst die k. Entscheidung auf das Gesuch des Hrn. Fürsten abgewartet.

Die Allg. Ztg. schreibt: Ministerialrath Frhr. v. Völderndorff ist des politischen und Preßreferats enthoben.

Stuttgart, 17. Febr. Eine k. Verordnung vom heutigen Tage beruft die vertagte Ständeversammlung auf Dienstag, den 8. März ein.

Hannover, 15. Febr. Der Drucker der „Deutschen Volkszeitung", Hr. G. Jacob, hat die Konzession als Drucker verloren, weil er in drei Fällen, in denen der verantwortliche Redakteur des Blattes verurtheilt worden, nicht in der Lage gewesen war, die Verfasser der Artikel zu nennen, wegen deren jene Verurtheilung erfolgte.

Ausland.

Paris, 14. Febr. Ein Brief des Erzbischofs Msgr. Darboy aus Rom stellt eine Vertagung des Konzils von Anfang April bis Anfang Dezember in Aussicht. Der „Liberte" zufolge hätte der Kriegsminister den Ankauf aller sich darbietenden Artillerie- und Train-Pferde angeordnet.

Paris, 15. Febr. Die Kaiserin leidet stark an der Grippe; man fürchtet für eine Brustentzündung. Der Kaiser ist von der Grippe wiederhergestellt.

Paris, 15. Febr. Die jüngste Thronrede des Königs von Preußen gibt den Blättern Anlaß, um wieder einmal auswärtige Politik zu besprechen. Der „Constitutionnel" spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Köng sich auf den Frieden von Prag berufe, denn es gehe daraus hervor, daß er die durch jenen Vertrag ihm auferlegten Verpflichtungen ebenso anerkenne, wie die ihm durch denselben eingeräumten Rechte. Sonderbar hebt kein Blatt hervor, daß auf den Art. 4 des Friedensvertrags ein Art. 5 folgt, der von der Restitution Nordschleswigs an Dänemark spricht, und bis jetzt seine Ausführung nicht gefunden hat, dagegen gibt ihnen der Hinweis auf die politischen Kämpfe in Bayern und die Betonung, daß die Allianzbündnisse dadurch nicht beeinflußt werden könnten, viel zu denken und sie fragen was man wohl in München zu dieser Sprache des preußischen Monarchen sagen werde. Daß die französischen Zeitungen sämmtlich in dem bayerischen Conflikt auf die Seite der Mehrheit der Kammern gegen das Ministerium Hohenlohe stehen, erklärt sich aus nationalen Gründen.

Die Patrie erklärt offiziös gegenüber den an der Börse verbreiteten Armeereduktionsgerüchten: Das Gesammtministerium erkennt an, Angesichts der inneren und äußeren Situation sei es unmöglich, die Defensivkräfte zu vermindern, ohne die Unabhängigkeit des Landes und die Sicherheit desselben zu kompromittiren.

Der „Francais" schreibt offiziös: „Mehrere Blätter legen unserem Minister des Aeußern eine aggressive Politik gegen Preußen aus Anlaß der bayerischen Angelegenheit unter. Diese Vermuthun-

gen sind, wie wir glauben, ganz aus der Luft gegriffen. Das Ministerium hat ohne Zweifel das Gefühl der Würde Frankreichs, aber es hat auch das Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit gegenüber der Kammer. Seine Pflicht ist, die Ereignisse, welche sich vollziehen, aufmerksam zu beobachten, aber auch die Politik Frankreichs nicht ohne Zustimmung der Kammer zu engagiren." Dasselbe Blatt erklärt sich in der Lage, zu versichern, es sei ganz unrichtig, daß vier katholische Mächte aus Anlaß der Frage der Unfehlbarkeit des Papstes eine identische Depesche an die römische Kurie gerichtet hätten.

London, 12. Febr. Daß O'Donovan Rossa, als verurtheilter Verbrecher von der fenischgesinnten Grafschaft Tipperary in's Unterhaus gewählt, nicht das Vergnügen haben würde, seine Zelle im Zuchthause mit dem Sitze im Westminsterpalaste zu vertauschen, war schon längst eine ausgemachte Sache, ehe das Parlament vorgestern Abend seine Entscheidung darüber fällte. Fast einstimmig pflichtete das Haus dem Antrage Gladstone's bei, daß Rossa, „als eines Verbrechens schuldig erklärt und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt und nun kraft dieses Urtheils im Gefängniß befindlich unfähig geworden sei und unfähig bleibe, als Mitglid des Hauses gewählt oder abgeordnet zu werden." Dieser Ausspruch ist nicht nur von Wichtigkeit für den vorliegenden Fall, sondern wird für spätere ähnliche Fälle mit der Kraft eines Gesetzes als Richtschnur dienen.

Aus der Stadt und Provinz.

(Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen.) Vom 15. Februar. Eine k. Regg.-Entschließg., wonach bei Reiseunterstützungen an arbeitsfähige Personen nur Fälle der dringenden Noth berücksichtigt werden dürfen, sei strengstens zu handhaben. — Nach einer Mittheilung der k. Regg. haben die k. Bahningenieureals selbstständige Beamte der Bauabtheilung der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten in allen zuständigen Angelegenheiten mit den Behörden direkt auf schr. stl. und mündlichem Wege zu verkehren, was zur Nachricht dient. — Der Holzhauer Friedr. Sissel sei im Verzeichnisse der Ersatzleute für die Schutzmannschaft vorzumerken. — Die Beschwerde des Kellners Georg Lohr von Egloffstein wegen ordnungswidriger Behandlung sei als gänzlich unbegründet abzuweisen. — Auf Grund einer bestätigten Anzeige seien im Betreffe des Anstriches u. der Verpichung von Särgen geeignete Anordnungen für das Sargmagazin zu erlassen, und sei deren Vollzug genau zu überwachen. — Dem Häcker H. And. Schmitt sei Wiedervereheliehungszeugniß auszufertigen. — Dem Bürger u. Schuhmacher H. Jos. Kunkel sei Verehelichungszeugniß auszustellen. — Bürgeraufnahmsurkunden seien auszufertigen für die H.H. Kaufm. Jos. Bär Strauß von Heiligenstadt u. Kupferschmied Andr. Hubmann von München (Gebühr je 100 fl.). — Die Realhausconcessionsgesuche des H. Martin Friedrich u. der Fr. Büttnerswittwe Weigel werden abschlägig beschieden. — Für Frln. Rosette Lipp sei Reisepaß nach Nordamerika auszustellen. — Die Statuten des neu zu gründenden Metzgervereines dahier seien der k. Regg. zur Genehmigung vorzulegen. — Auf gestellte Bitte des Zuchthiertgalters H. Carl Hornung sei zu veröffentlichen, daß derselbe wiederum im Besitze eines vollkommen entsprechenden Zuchtstier's ist. Die fortgesetzte Grabenausnahme aus dem Reservoir im Michaelsberger Hof sei, um Wassermangel vorzubeugen, einzustellen. — Dem Bäcker H. Eckstein sei das fernere Ausgießen von Abwasser auf die Straße bei Strafvermeidung zu untersagen. — Auf Antrag der Fr. Brauers-Wittwe Braun seien ihrem Nachbarn die nöthigen Auflagen zur Herstellung seines schadhaften Kanals zu machen. — Das Gesuch des Privatier H. Nikolaus Reinlein wegen Vornahme verschiedener Bauwendungen in seinem Hause Nr. 1489, Anbringung von Abweispfählen an seinem Gartenzaune u. Abänderung der Umpflasterung daselbst sei nach bautechnischem Gutachten zu genehmigen. — Fünf hiesige Hausbesitzer, welche wegen Abweichung von den Bauplänen vom k. Stadtgerichte bestraft worden sind, seien zur Abstellung der Baugebrechen bei eintretender Bauzeit anzuhalten, widrigenfalls dies auf ihre Kosten von Amtswegen verfügt werden würde. — Die Baupläne der Wohnhäuser der Kaufleute H. Arnold Heßlein u. H. Benjamin Kupfer, dann des Hopfenhändlers H. Jos. Gütermann an der Sophienstraße seien zu genehmigen. — Die Kaminanlage in der Waschküche des Schiffers H. Karl Humann sei nach Gutachten zu genehmigen. — Eine Anzeige wegen Fleischaufschlagsdefraudation sei der Staatsanwaltschaftsvertretung zur Verfolgung mitzutheilen. — Eine Anzeige wegen Verkehrsstörung durch Wagenaufstellung vor dem Kleebaums-Wirthshause auf dem Kaulberge u. wegen ungebührlicher Aeußerung seitens des Wirthes H. Müller sei dem H. Vertreter der Staatsanwaltschaft behufs Strafantragstellung zu übermitteln. — In Folge Anzeige wegen Ueberhandnahme von Straßeneis im alten Graben sei den dortigen Bewohnern die polizeil. Bestimmung, wornach die Ausgießung von Flüssigkeiten auf die Straße verboten ist, per Circular einzuschärfen. — Dem Schuhmachergesellen Mich. Stummer sei Reisepaß nach Nordamerika auszustellen. — Die Freigabe der Heirathscaution des Bezirksfeldwebels H. Joh. Kremer zu Kissingen zur Ausbildung seines studirenden Sohnes sei zu genehmigen, dagegen das gleiche Gesuch der Feldwebelswittwe Fr. Seitz zu Würzburg bei mangelnd em Verwendungsnachweise abzuweisen. — Die Heimath der seither in Nürnberg erzogenen Caroline Kober sei anzuerkennen. — Von der angezeigten Wahl der Vorstandschaft des Franz-Ludwig Vereins, des St. Johanniszweigvereins, des Gewerbevereins und des Bürgervereins pro 1870 sei Vormerkung im Verzeichnisse der nicht politischen Vereine zu machen. — Auf Mittheilung des hiesigen Ober-post- u. Bahnamtes wegen Abfuhr von Sand am Galgenberg zum Nachtheil des Bahneigenthums sei erneuertes Ausschreiben zu erlassen, u. den Flurern u. Zolleinnehmern unter Aussicht auf Belohnung strenge Handhabung der Controle einzuschärfen, da auch das Communaleigenthum an dortiger Stelle bereits früher bedeutende Schädigung erlitten hat. — Dem Termine zur Distriktsrathsconstituirung u. zur Wahl des Ausschusses in Eltmann sei Namens der Bürgerspitalstiftung beizuwohnen. — Der irrsinnige Metzgergeselle Häuser sei vom Krankenhause in die Irrenanstalt auf Grund ärztl. Gutachtens zu transferiren. — Die Gebühren für eine Aufnahme ins Stahl'sche Schwesterhaus zu 12 fl. 30 kr. seien als Fundationszufluß zu vereinnahmen. — Die Anschaffung von Unterhaltungsbüchern im Krankenhause im Betrage von 23 fl. 15 kr. durch den H. Hauskuratus sei zu genehmigen. — Die Holzstubbapositung im Spitalrevier Weippelsdorf sei durch die Forstcommission vorzunehmen. — Eine Mittheilung der k. Baubehörde Bamberg I wegen der von der k. Regierung erfolgten Genehmigung der Bedachungs- u. Stiegenreparatur auf dem Altenburger Thurme diente zur Nachricht u. wurde die Bitte gestellt, mit der Herstellung in thunlichster Bälde beginnen zu wollen. Eine Erklärung des Franz-Ludwig Vereins, dessen Statuten die Förderung der hiesigen Rettungsanstalten bezwecken u. der aus diesem Grunde für den eventuellen Fall, daß der Armenpflegschaftsrath in dem Prozesse wegen Annullirung des weiland Pfarrer Zob'schen Testaments unterliegen sollte, die Erbschaft für sich in Anspruch nimmt, um sie für die Rettungsanstalt der verwahrlosten Mädchen alsdann verwenden zu können, sei der Vernehmlassung gegen die Klägerin Fr. Schreinermeisters-Wittwe Mohr beizulegen. — Der vom verstärkten Theater-Comité in Vorlage gebrachte Vertragsentwurf mit der künftigen Theaterdirektion sei mit einigen Abänderungen zu genehmigen.

Digitized by Google

— Rochefort auf der Börse. An der Berliner Börse brachte vor einigen Tagen der zufällige Besuch eines Fremden, der mit dem Porträt des Pariser Laternenmannes einige Aehnlichkeit hat, einen Spaßvogel auf den Gedanken, auszusprengen, Rochefort sey entflohen und im Locale anwesend. Der Fremdling, der wohl keine Ahnung davon hatte, wodurch er sich die Aufmerksamkeit der Börsenleute zuziehen mochte, war bald von Gruppen umringt, die fort und fort stärker wurden. Erst als er auf die Mystification aufmerksam gemacht und im reinsten sächsischen Deutsch in die Worte ausbrach: „Herrjeses, meine Herrn, ich spreche nich mal Französisch!" löste sich der Scherz in helles Gelächter auf, und der Pseudo-Rochefort konnte unbehelligt seinen Geschäften nachgehen.

In den Studentenkreisen in Bonn erregt es Aufsehen, daß von einer Verurtheilung des jungen Grafen Bismarck bisher keine Silbe verlautet, während doch sein Gegner im Duell, Stud. Nieberding, bereits mit dem Consilium abeundi und einer dreiwöchentlichen Carcerhaft bestraft ist. Gegenüber der von dem Universitätsgericht in diesem Punkte sonst befolgten milden Praxis erscheint übrigens letzteres Strafmaß ziemlich hoch. (E. Z.)

In Folge der anhaltend strengen Kälte der henr. Monate Januar und Februar ist der Walchensee total zugefroren, was seit dem strengen Winter nur einmal, 1868, sich wiederholt hat. — Auch der Rhein und die Themse sind größtentheils zugefroren.

Frankf. Coursbericht vom 16. Feb. 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	G	Würtbg.	4½% Obl.	91 bz
	4½	=	93⅛	B		4 =	84⅛ G
	4	=	82⅛	G		3½ =	82⅛ bz
Frankf.	3½	=	82	B	Baden.	4½% Oblig.	92⅛ B
Nassau.	4½	Oblig.	93⅛	B		4 =	86 bz
	4	=	85	bz		3½ =	82⅛ G
Kurhess.	4	=	84½	B	G. Hessen	5 =	102 B
Bayern.	5%	=	101½	B		4 =	92½ B
	4½	1jhr. =	91⅞	G	Sachsen.	5 =	100½ G
	4½	½jhr. =	91⅞	bz	Brschw.	3½ =	80⅞ B
	4	1jhr. =	86½	B	Oesterr.	4½ R.i.S.	57⅜ bz
	4	½jhr. =	86½	B		4½ R.i.P.	49⅞ G
	4	Abl.-R.	86½	bz		5 Ung. E.-A.	— bz
	3½	Obl.	—	G	Nassau	6% v.81 v.64	95⅜ bz
						5% v.71 v. 61	96 bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Aktien.							
3½% b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	5	öst. Staats b. 500frc.	364⅜	bz
Oest. Nat.-B. 600fl.	691	bz	4	pfälz. Ludw. b. 500fl	169½	G
4½% b. Ostbahn 200fl.	120⅜	bz	4½	Maxbahn 500fl	106⅜	bz
5 öst. Südb. 500 frc.	235½	bz	4	Nordb. 500 fl.	87	B
			4	H.u.W.-B.-Pf.	90⅜	G

Anlehensloose.						
3½% preuß. 100thlr.	—	G	bad. 35 fl.		58⅜	bz
kurhess. 40 thlr.	57⅛	bz	großh. hess. 25 fl.		—	bz
bayr. 100 thlr.	106½	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.		12½	G
			österr. 500 fl. v. 1860		79⅜	bz

Wechsel auf kurze Sicht.					
Amsterdam (100fl.)	—	bz	Hamburg (M.-B. 100)	88⅛	G
Augsburg (100fl)	—	G	London (10Pf.St.)	119⅜	G
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Paris (200 Fr.)	—	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	—	bz
			Disconto 4 pCt.		

Die katholische Bewegung unserer Zeit,

Zeitschrift für kirchliches Leben.

Herausgegeben von A. Niedermayer.

Dritter Jahrgang. 12 Hefte zu je 3 Bogen. Preis d. Jahrgangs fl. 2. 20 kr. auf der Post, im Buchhandel und bei der Expedition (Deutsches Haus zu Sachsenhausen bei Frankfurt a. M.)

Man abonnirt am bequemsten durch Postanweisung bei der Exped. Die Post nimmt nur halbjährige Bestellungen (fl. 1. 10 kr.) an. Die Verhältnisse nöthigen die Redaktion die Zeitschrift für das 1. Halbjahr 1870 in Quartalheften auszugeben, wovon das 1. Ende März, des 2. Ende Juni erscheinen wird. Die nächsten Lieferungen werden sorgfältige Originalberichte über das Concil bringen. Daher hofft die Redaction sich ihre zahlreichen Freunde u. Abonnenten zu erhalten.

Zu recht zahlreichem Abonnement ladet ein:

Rom und Frankfurt a. M., im Februar 1870.

Die Redaction der Katholischen Bewegung.

Jedem Loosbesitzer

sendet **A. Dann** in **Stuttgart** gegen 12 Kreuzermarken die neueste Verloosungsliste über alle bis 1. Januar 1870 gezogenen Serienloose nebst Verloosungskalender pro 1870 franko zu. Auch sieht derselbe Loose ꝛc. in allen früheren Ziehungen zu 9 kr. per Stück, bei Parthien nur 6 kr., nach.

Grundbesitzungen

jeder Art übernimmt fortwährend zum Kauf u. Verkauf ꝛc. der Güteragent

Kühn in Apolda.

K x iR

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc. Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen befördert

prompt, reell, extract, discret

in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original - Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.

Zeitungs-Catalog gratis und franco.

PACHT

der „Die Woche, pr. Zeile 9 kr.
des „Figaro" 6 kr.
des „Kladderadatsch 27 kr.
der „Fliegenden Blätter" 18 kr.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 42. Samstag, den 19. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 17. Febr. Abg. Dr. Westermayer verlas in der Kammersitzung vom 15. ds. 2 geheime Wahlcirculare des Exministers v. Hörmann an die Beamten seines Ressorts, von denen wir das zweite kürzere heute und das Erstere morgen bringen.

Euer.... erlaube ich mir unter ergebenster Bezugnahme auf mein Schreiben vom Heutigen ad Nr. 281 mitzutheilen, daß mir unter den Bezirksamtsvorständen, welche die Bildung der Urwahlbezirke in einer die klerikalen Einflüsse und damit die extreme sogenannte patriotische Partei außer allem Verhältnisse begünstigenden Weise bethätiget haben sollen, unter anderen vorzugsweise der Bezirksamtmann.... genannt worden ist. Ich empfehle die nunmehrige Thätigkeit dieses Beamten der besonders aufmerksamen Kontrole Euer.... ohne im Uebrigen der etwa durch eigene Erfahrungen veranlaßten Einwirkung auf noch weitere Bezirksamtsvorstände vorgreifen zu wollen.

Mit Vergnügen benütze ich diesen Anlaß ꝛc. ꝛc.

Hörmann.

München, 17. Febr. Daß das Enthebungsgesuch des Hrn. Staatsministers Fürsten v. Hohenlohe von Sr. Maj. dem König bewilligt werden wird, darf allerdings mit Sicherheit angenommen werden, allein die betreffende königl. Entschließung war, wie ich bestimmt weiß, bis heute Mittag noch nicht erlassen. Als Nachfolger des Fürsten soll, wie man heute vernimmt, in erster Linie der kgl. Gesandte in Wien, Graf Bray, in Aussicht genommen sein. Derselbe war schon im J. 1848 Staatsminister des Aeußern und ist daß einzige Mitglied des damaligen freisinnigen Ministeriume, das sich noch am Leben befindet.

Die „Bayr. Ztg." schreibt in gereiztem Ton: „In Pariser Blättern begegnen wir wieder einmal dem, offenbar absichtlich verbreiteten Gerüchte, König Ludwig beabsichtige abzudanken. Es ist nicht der Mühe werth, solche Ausstreuungen zu widerlegen; sie verurtheilen sich durch ihre Lächerlichkeit selbst. Doch verlohnt sichs wohl Notiz davon zu nehmen um des Zweckes willen, welchen die Verbreiter derselben verfolgen; es ist das nur eines der vielen Mittel und Mittelchen, mit welchen unablässig gearbeitet wird, das Vertrauen in den festen Willen des Königs wie in seine Regierung zu untergraben; ist das einmal gründlich erschüttert, dann, so rechnet man, ist das Land die sichere Beute derer, die im Dunkeln wühlen. Wir lassen ununtersucht, wer dabei den meisten Vortheil findet, wenn in Bayern Alles drunter und drüber geht, die Schwarzen oder Schwarz-Weißen. Daß aber auch von preußischer Seite abenteuerliche Fabeln über den Münchener Hof in die Welt geschickt, beweist u. A. die „Weserztg.", gegen deren Correspondenten sich heute sogar die „Augsb. Abdztg." wendet, indem sie schreibt: „Die „Weserzeitung" wird von Zeit zu Zeit mit ungeheuerlichen Sensationsnachrichten von geheimnißvollen Vorgängen an unserm Hofe bedient, die offenbar von einem hallucinirenden Correspondenten herrühren. Allerneuestens bringt dieselbe die Mittheilung, daß uns Bayern, die wir uns freilich davon auch nicht einmal etwas träumen ließen, vor Kurzem nichts Geringeres als eine Palastrevolution gedroht habe, wodurch unser derzeitiger König abgesetzt und Prinz Luitpold an seine Stelle erhoben werden sollte. Nur der rechtzeitigen Reue des Prinzen Otto, der in das schwarze Complot verwickelt war, aber den Anschag vorher der Königin-Mutter noch verrieth, hätten wir es zu verdanken, daß uns heute nicht Luitpold I. regiert. Der schauerlich poetische Correspondent ist wohl zugleich auch Mitarbeiter der „Romanzeitung" und verwechselt eben bei dem raschen Betrieb seines Industriezweiges hie und da die Adressen; daß aber die Redaktion der „Weserzeitung" nicht merkt, daß sie nur zum Besten gehalten wird, kann uns freilich nicht zu besonderer Bewunderung für sie stimmen."

W Von der Rodach. Wenn ich auch in diesem Briefe auf die Adreßdebatte der bayerischen Abgeordneten zurückkomme so geschieht es bloß wegen „unsers" Hrn. Stenglein. Ich bemerke Ihnen, daß ich „unser" Hr. Stenglein sage, mit demselben Rechte wie ich gesagt habe „unser" Hr. Schauß. „Unser" Hr. Stenglein also ist in der Kammer, wie die „Südd. Post" berichtete, durch Hrn. Jörg politisch hingerichtet worden. Hr. Stenglein nämlich wollte Hrn. Jörg politische Inkonsequenz nachweisen; allein

Digitized by Google

Hr. Jörg blieb die Antwort nicht schuldig, sondern zeigte zur allgemeinen Erheiterung, daß der Herr Stenglein von 1870 ganz anders denkt und stimmt wie der Hr. Stenglein von 1867; damals wollte der Hr. Stenglein, der heute dem Fürsten Hohenlohe vertraut und für ihn spricht, diesem ohne weiters ein Mißtrauensvotum geben, während Jörg sagte: wir wollen erst sehen wie der Herr Fürst sich anläßt. Ob von dieser standrechtlichen Behandlung „unsers" Hrn. Stenglein durch Hrn. Jörg, der nach dem Urtheile der „Süddeutschen Post" deßhalb eine eigene Anerkennungsadresse verdient hat, unsere bezirksamtlichen Blätter auch berichteten, weiß ich nicht, ich meine, nur Hr. Stenglein hat sich der Beamten angenommen, es ist also billig, daß diese auch seiner sich annehmen. Doch möchte ich wissen, was jetzt von Hrn. Stenglein sagt der gutmüthige Hr. G. von M, der für Stenglein begeistert war und stimmte, wie auch für „unsern" Hrn. Schauß und „unsere" übrigen. Für einen Mann, sagte er, muß man stimmen, der wie Stenglein vor seine Wähler hintreten und sprechen kann: Meine Herren, wie vor 9 Jahren trete ich heute vor Ihnen auf; meine Grundsätze sind dieselben geblieben; ich selbst bin ihnen bisher treu geblieben und werde ihnen fernerhin treu bleiben. — Ich komme noch auf die Berliner Thronrede zu sprechen, womit König Wilhelm I. den norddeutschen Reichstag eröffnete. Man wird schwerlich irrgehen, wenn man den Passus über das norddeutsche Verhältniß zu Süddeutschland auch als eine Antwort auf die bayerische Thronrede und die bayerischen Adreßdebatten nimmt. Nun, wie faßt Preußen die deutschen Verhältnisse auf? wie denkt sich Preußen das „gemeinsame deutsche Vaterland" gestaltet? Preußen treibt nur Realpolitik: der norddeutsche Bund ist fertig, stark und in sich geschlossen, was also Hr. M. Barth und Consorten über Abänderung u. freiheitliche Umgestaltung dieser Bundesverfassung sagen mögen, bleibt Erzeugniß ihr eigenen Phantasie. Gleich phantastisch ist in den Augen Preußens die Phrase von der Gleichberechtigung der deutschen Stämme, wenn etwa aus dem Nordbunde heraus sich einige frei zur Gleichberechtigung bilden wollten. Der Nordbund ist vielmehr der Krystallisationskern, dem sich die süddeutschen Staaten angliedern sollen. Daß dann das accessorium dem principale folgen muß, ist klar. Wollen die südd. Staaten Sicherheit nach Außen, wohl gegen Frankreich und Oesterreich, so dürfen sie nur die mit Preußen geschlossenen Verträge gewissenhaft halten; in diesem Punkte herrscht volle Gegenseitigkeit. Preußen ist hierin großmüthig; wenn wir Vertrauen haben in die Stärke und Festigkeit der norddeutschen Organisation, so vertraut es und versichert es auch uns, ob wir auch eingekeilt sind zwischen Frankreich und Oesterreich und wegen des Falles von Luxemburg an der einen Flanke entblößt. Für die Unausflösbarkeit der süddeutschen Allianz-Verträge aber erkennt Preußen als Bürgen das nationale Streben und das nationale Bedürfniß wie das Wort der Fürsten. Ich sage, das sind die richtigen Pfeiler des preußischen Vertrauens; doch möge Preußen wohl dafür sorgen, daß es selbst ein Bedürfniß des gesammtvaterländischen deutschen Strebens bleibt. — Eigenthümlichen Eindruck machen die Sätze der Berliner Thronrede, die wohl die Beziehungen zu den Großmächten betreffen, und aussagen, daß bei Fürsten und Völkern die Ueberzeugung zunimmt: die Zeit der Eroberungskriege ist vorüber. Preußen theilt ohne Zweifel auch diese Ueberzeugung. Man muß unwillkürlich fragen: also hät bisher ein Faustrecht geherrscht? Also habt ihr eure ungeheueren Armeen bloß zum Erobern und Unterjochen der Nachbarn unterhalten? Und wenn jedes „politische Gemeinwesen" zu deutsch, jeder Staat nur für sich, nur für seine eigene Unabhängigkeit, Wohlfahrt und Freiheit zu sorgen und zu diesem Zwecke seine Wehrkraft zu verwenden hat, wozu braucht ihr diese Masse von Soldaten, diesen ungeheuren Aufwand für Militär? Ich bin der unmaßgeblichen Ansicht: Freiheit und Gerechtigkeit und Wohlfahrt gedeiht in jedem andern Staat besser als in einem Militärstaat. — Uebrigens scheint es mir, daß das starke Selbstvertrauen, welches die Berliner Thronrede zur Schau trägt, veranlaßt ist durch die einschneidenden Adreßdebatten in München. Ob aber der Norddeutsche Bund so stark und festorganisirt ist, wie die Thronrede sagt, können wir jetzt getrost abwarten. Daß der Reichstag Mühe hat, seine Mitglieder zusammenzubringen um beschlußfähig zu werden, deutet mir keineswegs eine feste und volksthümliche Organisation des Bundes an. Es muß das Vertrauen und die Kraft des Bundes unter seinen Angehörigen nicht gar groß sein. Ich selbst kenne mit den Alten nur eine einzige Grundlage für den Bestand der Reiche, nämlich die Gerechtigkeit.

Der Bischof von Mainz, erläßt eine Erklärung gegen Döllinger, in der er sagt: „Es hat eine Zeit gegeben, wo ich ein dankbarer Schüler des Hrn. Stiftspropst von Döllinger war und ihn aufrichtig verehrte. Leider muß ich aber jetzt annehmen, daß zwischen den Ansichten des Hrn. Stiftspropst von Döllinger und den meinigen im Wesen der Fragen, welche uns jetzt beschäftigen, ein tiefer Gegensatz besteht. Hr. Stiftspropst v. Döllinger ist öffentlich als Gesinnungsgenosse der Verfasser jener bekannten, unter dem Namen Janus erschienenen Schmähschrift gegen die Kirche bezeichnet worden, und er hat bisher sich noch nicht veranlaßt, zu erklären, das er als treuer Sohn der katholischen Kirche die Gesinnung, welche den Janus eingegeben hat, nicht theilt."

Berlin, 17. Febr. Der Reichstag ist endlich heute beschlußfähig gewesen, und hat die Präsidentenwahl auf morgen festgesetzt.

Digitized by Google

Ausland.

Paris, 17. Febr. Die Amtszeitung veröffentlicht den Bericht des Justizministers Ollivier, welcher die Aufhebung des Decrets von 1851 beantragt, das der Regierung die Befugniß ertheilt die wegen der Mitgliedschaft von geheimen Gesellschaften verurtheilten Bürger nach Cayenne oder Algier zu deportiren. Hierauf erfolgte die Genehmigung des Kaisers. — Die heutige Sitzung des gesetzgebenden Körpers bot nichts bemerkenswerthes; die nächste Sitzung findet am Montag statt. — Man versichert das Contingent für 1870 werde auf 90,000 Mann vermindert.

Die Amtszeitung veröffentlicht eine zwischen Frankreich und Bayern unter dem 10. Febr. 1870 ausgetauschte Declaration, der zufolge die Transitkosten für Telegramme welche von England über Frankreich und den deutsch-österreichischen Verein nach Ungarn, den Donau-Fürstenthümern, Serbien, der Türkei und Griechenland gehen, für das Gebiet Frankreichs auf auf 1 Franc 50 Cent. und für den deutsch-österreichischen Verein auf 2 Frcs. 50 Cent. herabgesetzt worden.

Marseille, 15. Febr. Abds. (W. B.) Neuerdings sind wieder 2 spanische Republikaner von hier ausgewiesen. Man soll bei ihnen compromitirende Papiere gefunden haben.

Rom, 18. Febr. Der Papst eröffnete die kath. Kunstausstellung in Rom. Es herrschte ein ungeheurer Zudrang. Die weltliche christliche Kunst ist stark vertreten.

Rom, 12. Febr. Nach dem Journal de Bruxelles soll die Ausweisung des Dr. Friedrich, welcher Zuträger und Verfasser der römischen Briefe in der Allg. Ztg. sein soll, beschlossene Sache sein.

Stockholm, 17. Febr. Der Reichstag hat die Vorlage des Verfassungsausschusses, welche den christlichen Dissidenten und den Israeliten die Reichstagswählbarkeit und das Recht alle Staatsamter zu bekleiden (ausgenommen die Ministerposten) verleiht, angenommen. Das Abstimmungsverhältniß ist folgendes: In der Oberkammer 93 gegen 18, in der Unterkammer 116 gegen 58 Stimmen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der König der Vorlage die Sanktion ertheilen wird.

London, 18. Febr. Das von Hrn. Forster eingebrachte Unterrichtsgesetz bestimmt: „Die Lokalbehörden müssen für hinreichende Elementarschulen sorgen; die localen Schulsteuern werden nöthigenfalls durch Regierungszuschüsse unterstützt; sehr geringes Schulgeld; die Regierung ernennt die Schulinspektoren; ein besonderes Unterrichtsministerium wird nicht eingeführt; der Religionsunterricht ist nicht obligatorisch; die Lokalschulbehörden werden zum Schulzwange ermächtigt." Die Bill fand günstige Aufnahme.

Petersburg, 18. Febr. Das Petrsb. Journal erklärt die von der Presse des Auslands verbreitete Nachricht von der Verhaftung des Generalzolldirektors Fürsten Obolenski in Warschau für unbegründet.

Madrd, 16. Febr. (W. B.) Die Regierung hat Telegramme empfangen, wornach sich die Gerüchte über einen Aufstand in Katalonien als vollständig unbegründet herausstellen. Aus der Havana wird vom gestrigen Tage gemeldet (pr. atl. Kabel), daß ein ausländisches Schiff, welches mit Waffen für die Insurgenten beladen war, von der Regierung mit Beschlag belegt worden ist. Ein mexikanischer General ist von der Insel ausgewiesen worden.

Cagliari, 17. Febr. Der Corriere di Sardegna schreibt: Nachrichten aus Tunis melden, daß der Bey den Exekutivausschuß ermächtigt hat, neue Konventionen zur Regelung der öffentlichen Schuld und der Garantie für ihre Deckung abzuschließen.

Washington, 15. Febr. Die spanischen Kriegsschiffe „Victoria" und Lealtad" sind von Havanna in New-York angekommen, um in den amerikanischen Docks ausgebessert zu werden. Nun behauptete gestern Hr. Wood von New-York, Demokrat, daß aus Washington Befehl gekommen sei die Docks für diesen Zweck bereit zu halten, daß jedoch Zweifel bestünden ob irgendein Gesetz oder Vertrag der Regierung die Pflicht auferlege spanische Schiffe unter den gegenwärtigen Verhältnissen anszubessern, und wollte an den Präsidenten die Frage gerichtet wissen ob jener Befehl wirklich ergangen sei und, wenn so, auf wessen Autorität. Der Antrag ward angenommen.

Washington, 17. Febr. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten empfahl dem Kongresse die strikteste Neutralität in der kubanischen Angelegenheit.

In der Sitzung des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten der Stadt München vom 17. ds. wurden unter Anderem folgende Anträge gestellt: Der Magistrat soll verschiedene Zuschüsse für Cultuszwecke, z. B. 300 fl. für Tischtitelbezüge an Geistliche, 200 fl. zur Unterstützung der PP. Franziskaner einziehen, wenn er dazu nicht rechtlich verpflichtet ist; ferner wurde die Anfrage gestellt, welche Entschädigung seinerzeit die Gemeindekasse für Ueberlassung eines neuen mit einer Mauer umfriedeten Wiesencompleres an die Patres Kapuziner erhalten habe.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	G	Würtbg.	4½%	Obl.	91	bz
	4½	=	93½	P		4	=	—	G
	4	=	82½	G		3½	=	82½	G
Frankfrt.	3½	=	81½	G	Baden.	4½%	Oblig.	92½	P
Nassau.	4½	=	93½	P		4	=	86½	bz
	4	=	85	bz	G. Hessen	5	=	102	P
Kurhess.	4	=	84½	P		4	=	92½	P
Bayern.	5%	Oblig.	101½	P	Sachsen.	5	=	101½	bz
	4½	1jhr. =	91½	G	Brschw.	3½	=	80	P
	4½	½jhr. =	91½	bz	Oesterr.	4⅛	N.i.S.	57½	bz
	4	1jhr. =	86½	bz		4⅛	N.i.P.	—	G
	4	½jhr. =	86½	P		5	Ung. E.-A.	—	bz
	4	Abl.-R.	86½	P	NAermika.	6%	81v.64	95½	bz
	3½	Obl.	—	G		5%	Bds 71r v. 61	96½	G

Digitized by Google

Die katholische Bewegung unserer Zeit,

Zeitschrift für kirchliches Leben.

Herausgegeben von A. Niedermayer.

Dritter Jahrgang. 12 Hefte zu je 3 Bogen. Preis d. Jahrgangs fl. 2. 20 kr. auf der Post, im Buchhandel und bei der Expedition (Deutsches Haus zu Sachsenhausen bei Frankfurt a. M.)

Man abonnirt am bequemsten durch Postanweisung bei der Exped. Die Post nimmt nur halbjährige Bestellungen (fl. 1. 10 kr.) an. Die Verhältnisse nöthigen die Redaktion die Zeitschrift für das 1. Halbjahr 1870 in Quartalheften auszugeben, wovon das 1. Ende März, des 2. Ende Juni erscheinen wird. Die nächsten Lieferungen werden sorgfältige Originalberichte über das Concil bringen Daher hofft die Redaction sich ihre zahlreichen Freunde u. Abonnenten zu erhalten.

Zu recht zahlreichem Abonnement ladet ein:

Rom und Frankfurt a. M., im Februar 1870.

Die Redaction der Katholischen Bewegung.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

Illustrirte Damenzeitung.

Durch alle Buchhandlungen und Postämter ist zu beziehen.

DIE BIENE.

Neueste und billigste Berliner

Damenzeitung für Mode und Handarbeit.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Redaction des Bazar mit theilweiser Benutzung der in dieser Zeitschrift enthaltenen Abbildungen.

Preis für das ganze Vierteljahr nur 10 Sgr.

Die practischen Bedürfnisse im Auge behaltend, trägt die „Biene" mit Sammelfleiss, Sorgfalt und Umsicht Alles zusammen, was die Mode im Innere der Toilette und der weiblichen Handarbeit für selbstthätige, wirthschaftliche Frauen und Töchter Neues und Gutes bringt. Im Hauptblatte jährlich an 1200 vorzügliche Abbildungen der gesammten Damen- und Kinder-Garderobe, Leibwäsche und der verschiedensten Handarbeiten, in den Supplementen die betreff. Schnittmuster mit fasslicher Beschreibung, wodurch es auch den ungeübtesten Händen möglich wird, Alles selbst anzufertigen und damit bedeutende Ersparnisse zu erzielen.

Die erste Nummer des neuen (V.) Jahrgangs ist gratis durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen.

Kirchenkalender und † Gottesdienst-Ordnung. †

20. Sonntag, Sexagesi. Eleutherius. (Evang. Vom Sämann u. Samen.)
In allen 4 Pfarrkirchen Gottesdienst wie gewöhnlich.
St. Jakob. Früh 6 U. hl. Messe, 8 U. Militär-Gottesdienst, 10 u. 11 U. heil. Messen.
21. Montag, Eleonora, Jgfr. i. 13. J.
22. Dienstag, Petri Stuhlfeier z. Ant.
23. Mittwoch, Petrus Dam. C.-B.
24. Donnerstag, Mathias, Ap. Viktor.
25. Freitag, Walburga, J. u. Äbt.
26. Mechtildis. Porphyr. Nestoc.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

á Stück 35 kr.

1	Gewinn zu			14000 fl.
1	do			7000 fl.
1	do			3000 fl.
1	do			1756 fl.
2	do zu	875 fl.	— kr.	1750 fl.
10	do zu	180 fl.	— kr.	1800 fl.
20	do zu	87 fl.	30 kr.	1750 fl.
30	do zu	52 fl.	30 kr.	1575 fl.
100	do zu	35 fl.	— kr.	3500 fl.
200	do zu	17 fl.	30 kr.	3500 fl.
500	do zu	7 fl.	— kr.	3500 fl.
934	do zu	3 fl.	30 kr.	3269 fl.
13200	do zu	1 fl.	45 kr.	23000 fl.
15000	Gewinne.			70100 fl.

Ziehung am 1. März 1870.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
k. q. Assessor.

Gesellen-Verein.

Sonntag den 20. d. Abends 8 Uhr:

Vortrag

über die Arbeiterfrage.

Der Präses.

Kirchenmalereien!

Kirchenfenster-Rouleaux a la Glasmalerei mit oder ohne religiösen Bildern gut und dauerhaft gemalt, zu mäßigen Preisen, Kreuzwege in allen Größen zu mäßigen Preisen, von tüchtigen akademischen Künstlern gemalt. Probestationen werden auf Wunsch zur gefälligen Einsicht gestellt.

Altargemälde, Heiligenbilder in allen Größen zu den billigsten Preisen, Transparente, Advent- und Fastenbilder, hl. Gräber, sowohl als Transparent-Gemälde wie auch gebaute, alte werden restaurirt. Unter Zusicherung reeller Bedienung und mäßiger Preise zeichnet

München, Schommergasse 19,
früher Bayerstrasse 7.

H. Lange,
Maler.

Samen in vorzüglicher Qualität, für alle Bedürfnisse des Blumen- und Gemüse-Gartens, worüber billigst gestellte Preisverzeichnisse franco zugesandt werden, empfehlen

Gebrüder Büttner

in Greußen bei Erfurt in Thüringen.

Theater-Anzeige.

Sonntag den 20, Februar 1870:
1. Vorstellg. im 8. Abonn.

Der Zunftmeister v. Nürnberg.

Schauspiel in 5 Akten von Oskar Frhr. von Redwitz.

Montag den 21. Februar 1870
mit aufgehobenem Abonnement
☞ Zum Benefize für hiesige Arme:

Die Jüdin.

Große Oper in 5 Akten von Auber.

Münchener Börse

vom 18. Feb.	B.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	81¼	—	—
4pCt. gzjähr. do.	86⅝	86¼	—
4pCt. hlbjähr. do.	86⅝	86⅛	—
4pCt. Grdrenten	86¾	86	86¾
4pCt. Präm.-Anl.	106¾	106½	—
4½pCt. gzjähr. Obl.	92	91¾	—
4½pCt. halbj. do.	92	91¾	—
5pCt. Oblig.	101½	—	101½
Pfdbr. (H. u. W.-B.)	90⅝	90⅜	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—
Aktien. do	830	—	—
Vereinsbankakt.	115½	114½	—
Handelsbankaktien	99½	—	—
½pCt. Ostbahnakt.	120½	—	-
4pCt. Münch. Obl.	—	—	—
5pCt. do.	101⅛	100¾	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 43. Sonntag, den 20. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

*/.

VII.

(Spezielle Adreßdebatten in der K. der Abg.)

Endlich am 12. Februar wurde auch die spezielle Debatte über die Adresse in der Kammer beschlossen und damit der ganze Adreßkampf — der längste, der je in der bayerischen Abg. K. gekämpft wurde — beendigt.

Was die Kampfweise der beiden sich gegenüberstehenden Parteien auch bei der Spezial-Debatte betrifft, so war sie durchgehends dieselbe, wie bei der allgemeinen, welche wir bereits in Nr. 38, 39, 40 ds. Blattes ausführlicher darzustellen versucht haben.

Dasselbe Bestreben wie dort, so auch hier von Seite der Patrioten, ihr Mißtrauen gegen die äußere Politik des Fürsten v. Hohenlohe, ihre Vorwürfe gegen die innere des Hrn. v. Hörmann, ihre Bedenken gegen den in den neuen Gesetzen sich kundgebenden sogenannten liberalen Geist zu begründen, — dasselbe Bemühen hier wie dort von Seite des Ministeriums und der Fortschrittspartei, nicht nur alle diese Angriffe der Patrioten als unbegründet zurückzuweisen, sondern auch diese selbst als die eigentlichen Unruhstifter, Verhetzer des Volks, Feinde des Königs und Vaterlandes hinzustellen.

Wir haben deßhalb in dieser Beziehung unserer dortigen Darstellung nur einiges Wenige beizufügen.

In welcher Weise von Seite der Fortschrittspartei einzelne Aeußerungen der patriotischen Redner künstlich ausgenützt, eigentlich mißbraucht wurden, davon gibt der Abgeordnete Frankenburger (Nürnberg) in seiner Rede vom 7. Februar ein eklatantes Beispiel. Einige Redner der patr. Partei, wie Dr. Schleich, Pfarrer Westermayer, Dr. Huttler u. A. hatten erklärt, daß sie das Gute, das auch die neuen Gesetze hätten, nicht verkännten; ferner hatte auch die patr. Partei der Auseinandersetzung Dr. Edels über die Verbindlichkeit eines einmal beschlossenen Gesetzes zugestimmt. Daraus zieht nun Dr. Frankenburger den kühnen Schluß, daß also auch die Patrioten gegen die neuen Gesetze nichts mehr haben könnten und deßhalb vor Allem dem Volke die neuen Gesetze empfehlen, nicht verdächtigen sollten! Gerade als ob dadurch, daß man einzelne Bestimmungen eines Gesetzes für gut hält, ausgeschlossen wäre, den Geist des ganzen Gesetzes als verderblich zu erkennen, oder als ob dadurch, daß man ein Gesetz im Allgemeinen für gut findet, es unmöglich sei, einzelne Bestimmungen desselben als gemeinschädlich zu bekämpfen. Wohl möchte der fortschrittliche Liberalismus dies; was er einmal als Gesetz beschlossen, das soll auch von Jedermann als zweifellose Wahrheit, als Glück, Heil und Segen bringend hingenommen werden. Dagegen aber verwahren wir uns!

Welche Mittel die Fortschrittspartei gegen die Patrioten anwendete, zeigt der Abgeordnete Seibold, wenn er die Patrioten dadurch mürbe zu machen sucht, daß er droht „durch ihre Unnachgiebigkeit würden sie eine Kluft zwischen den fränkischen und altbayerischen Provinzen aufreißen und dadurch die fränkischen Kapitalisten zwingen, die 2 Millionen Gulden, welche sie auf altbayerische Güter geliehen — zu kündigen! (wie edel!!!) Auch gegen den Abg. Fischer müssen wir diesen Vorwurf erheben, wenn er in seiner am 10. Febr. gehaltenen Rede, die leider die von ihm beim Beginne der Adreßdebatte gezeigte Ruhe und Mäßigung sehr vermissen läßt, den Patrioten zuruft, „daß sie in ihrem Angriffe gegen das Ministerium nicht eine Partei, denn das Ministerium habe keine Partei, sondern den König selbst angriffen," wegen welcher Aeußerung er mit Recht vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen wurde. Man kann diese Hereinziehung der Person des Königs in die Debatte von Seite der Forschrittspartei — Hr. Fischer ist nicht der Einzige, der es gethan — nicht genug verwerfen. Man kann die Verhandlungen des englischen Parlaments während einer ganzen Saison durchlesen, ohne auch nur ein einzigesmal die Person der Königin erwähnt zu finden. England ist eben wirklich ein constitutioneller Staat und in einem solchen hat der König (oder Königin) nichts mit den Parteien zu schaffen, er steht nicht auf Seite der einen oder anderen, sondern er steht über den Parteien. Die beständige Versicherung, welche honigsüß von den Lippen der Fortschrittsredner träufelt, daß sie voll Liebe und Zuneigung zu Sr. Majestät dem Könige seien, als ob es einen patr. Abgeord-

Digitized by Google

neten oder einen Patrioten überhaupt gebe, der nicht auch seinen König verehre und liebe — muß zuletzt, wie Alles was süßlich ist, anwiedern.

Das Hörmann'sche Rundschreiben.

In der gestrigen Nro. unserer Zeitung wurde von den 2 Zirkularschreiben des früheren Ministers Hörmann Erwähnung gemacht, welche Dr. Westermayer am 16. verlas. Sehr interessant für unsere Leser und Unpartheiischen dürfte aber die Erklärung sein, die besagter Hr. Exminister, ehe der böse Dr. Westermayer mit den 2 Zirkularen rausrückte, gegeben hatte. Er sagt: „Die Voraussetzung, von welcher Hr. Dr. Westermayer ausging, daß von der Staats-Regierung irgend welche Direktive an die Beamten erlassen seien, um bei den Wahlen thätig zu sein, ist eine irrige. Ich kann Ihnen das Ausschreiben, das in dieser Richtung an die Regg.-Präsidenten von meiner Seite „im Einverständniß der übrigen Minister" ergangen ist, bekannt geben und es getrost Ihrem Urtheile anheimstellen, inwieweit es berechtigt ist, derartige Zeitungsnachrichten, „für deren Begründung man keinen Beweis beibringen kann," in diesem Hause wiederholt zur Sprache zu bringen. .... Auf solche Rede hin begann nun Dr. Westermayer die 2 Rundschreiben vom 15. Oktober v. J. vorzulesen, wovon das Erstere lautet:

Ew. ... erlaube ich mir ergebenst zu ersuchen, der Ihnen zukommenden Entschließung des k. Staatsministeriums des Innern vom Heutigen in Betreff der Landagswahlen die schleunigste Erledigung von Seite der Kreisregierung, K. d. J., zu sichern. Dabei ersuche ich Ew. ..., die k. Bezirksamtsvorstände in vertraulicher Weise anzuweisen, die bei der letzten Wahl festgesetzte Bildung der Urwahlbezirke einer sorgfältigen Revision zu unterstellen und hierin die etwa nöthigen Umgestaltungen eintreten zu lassen. Hiezu veranlaßt mich einestheils die in der Einweisungskommission der aufgelösten Kammer der Abgeordneten wiederholt vorgekommene Klage, daß einzelner Urwahl- und Amtsbezirken die nach ihrer Bevölkerung gebührende Zahl von Wahlmännern unmotivirter Weise verkürzt oder zu große Urwahlbezirke gebildet worden seien, anderntheils die mir von verschiedenen Seiten gewordene Andeutung, daß einzelne Bezirksamtsvorstände bei Bildung der Urwahlbezirke diejenigen Rücksichten außer Acht gelassen haben, welche ich in meinem Schreiben vom 20. März und vom 13. April dieses Jahres als maßgebend bezeichnet habe. Die Stellung der königlichen Staatsregierung zu den ertremen Parteien ist noch unverändert dieselbe, welche ich in meinem Schreiben vom 3. Febr. d. Js. darzulegen die Ehre hatte. Gleichwohl soll es nach glaubwürdigen Nachrichten bei den letzten Wahlen vorgekommen seyn, daß einzelne Bezirksamtsvorstände, sei es aus Unkenntniß ihrer Bezirke, sei es mit Absicht, bei der Bildung der Urwahlbezirke, insbesondere die eine der ertremen Parteien — die ultramontane oder sogenannte patriotische Partei — auffallend begünstigt und zu diesem Zwecke den in ihrem Amtsbezirke liberal, wenn auch in gemäßigtem Sinne denkenden Parteien die Geltendmachung ihrer Anschauungen durch Zutheilung derselben zu größeren durchaus klerikal gesinnten Gruppen unmöglich gemacht haben. Ich müßte es tief beklagen, wenn sich die gedachten Angaben in Wahrheit verhalten würden. Ich würde daraus ersehen müssen daß die betreffenden Bezirksamtsvorstände ihre Pflichten als Organe der Staatsregierung schlecht begreifen und nicht zu erfüllen gemeint sind, und (es)würde mir, sollte ich bei den nächsten Wahlen eine ähnliche Wahrnehmung zu machen haben, die unabweisbare Aufgabe erwachsen, das Benehmen der betreffenden Amtsvorstände einer genauen Würdigung zu unterstellen und gegen dieselben diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, welche ihr Verhalten im Interesse eines geordneten Staatslebens herausfordert. Ich vertraue zu der Loyalität und zu dem Pflichteifer Ew. ...., daß Sie die Bezirksamtsvorstände an die genaueste und vollständigste Erfüllung ihrer bezüglichen Pflichten zu erinnern suchen und wissen werden, ohne diejenigen, welche ihre Pflicht bereits gethan haben, durch Muthmaßungen gegentheiliger Art zu verletzen. Ew. .... liegen in den Bildungen der Urwahlbezirke, welche die Bezirksamtsvorstände bei der letzten Wahl eintreten haben lassen, und in den Ergebnissen der letzten Urwahlen selbst, sowie in der Art, wie bei der Bildung der Urwalhbezirke seiner Zeit das sich auf dem politischen Gebiete ausprägende Verhältniß zwischen Stadt und Land und den Konfessionen zu einander betrachtet worden ist, genügende Anhaltspunkte vor, um zu ermessen, bei welchen Bezirksamtsvorständen eine ernste Anmahnung und genaue Kontrole veranlaßt erscheint. Ich glaube dabei voraussetzen zu dürfen, daß Ew. .... gleich der k. Staatsregierung das Ueberwiegen einer jeden ertremen Partei in der nächsten Kammer als mit den Interessen der Krone und des Landes nicht vereinbar erkennen und es darum auch absolut erforderlich erachten werden, daß, soweit der loyale Einfluß der Staatsregierung und ihrer Organe reicht, Alles aufgeboten werde, daß die ertreme sogenannte patriot. Partei in der nächsten Kammer nicht wieder eine, sei es auch nur kleine Majorität erlange, sondern sich das zwischen der Fortschritts- und der patriot. Partei entscheidende Gewicht in die Hand einer gemäßigt liberalen Gruppe lege, welche einerseits die Erhaltung der Selbstständigkeit Bayerns fest im Auge behält, anderseits aber die Gefährdung des Thrones und der Existenz des Landes ebenso durch ultra-demokratische als durch ultra-kirchliche oder reaktionäre Tendenzen abwehrt. Gelingt ein Wahlresultat, welches die Bildung einer solchen Gruppe ermöglicht, so ist bei längerer Dauer der Kammerverhandlung mit Sicherheit zu erwarten, daß die ertremen Parteien in der Kammer sehr an Kraft und Stärke verlieren und insbesondere diejenigen ehrlichen bayerischen Patrioten, welche sich, lediglich

Digitized by Google

durch Mißverständnisse und entstellende Berichte über die Tendenzen der Staatsregierung getäuscht, in eine unheilvolle Gemeinschaft mit den ultramontanen Tendenzen begeben haben und zur Zeit von denselben noch benützen lassen, sich von diesen trennen und auf einen selbstständigen Fuß stellen werden, auf welchem sie für die Sicherung des Thrones und für die Entwickelung des Landes wahrhaft Ersprießliches zu leisten im Stande sind. Hinsichtlich der Bestellung der Urwahlkommissäre, dann der Kommissäre für die Hauptwahlen nehme ich gleichfalls auf mein ergebenstes Sbreiben vom 13. April d. Js. mit dem Ersuchen Bezug, gefälligst dahin wirken zu wollen, daß diejenigen Urwahlkommissäre der letzten Wahlen, welche in Bezug auf geordnete Behandlung des Wahlaktes oder in Bezug auf Fernhaltung von Ungesetzlichkeiten zu wünschen übrig gelassen haben, durch andere besser geeignete und mehr Garantie bietende Persönlichkeiten ersetzt werden. Auch scheint es nach verschiedenen Vorgängen bei den letzten Wahlen veranlaßt, die sämmtlichen Wahlkommissäre darauf aufmerksam zu machen, daß über alle Zweifel und Reklamationen, welche sich bei den Wahlakten ergeben, ausschließlich die Wahlausschüsse zu entscheiden haben, wogegen die Wahlkommissäre hierüber lediglich Vortrag zu erstatten oder darauf bezügliche Anregung zu machen berechtigt, ja unter Umständen verpflichtet sind, keineswegs sich aber eine selbstständige Würdigung der betreffenden Fragen neben den Wahlausschüssen vindiciren oder von ihren abweichenden Anschauungen Anlaß zu Anfragen höheren Orts nehmen dürfen. Im übrigen gestatte ich mir, hinsichtlich der Haltung der königl. Beamten der Innern u. Finanzverwaltung auf mein Schreiben vom 18. April d. J. mit dem Beifügen zu verweisen, daß es nicht überflüssig sein dürfte, die gedachten Beamten neuerlich auf die dort niedergelegten Anschauungen und Erwartungen der k. Staatsregierung zur sorgfältigsten Beachtung aufmerksam zu machen. Schließlich habe ich noch zu erwähnen, daß nach der bis jetzt beabsichtigen Bildung der Hauptwahlbezirke lediglich bei dem Bezirksamt . . . eine Zutheilung der dazu gehörigen Landgerichtsbezirke zu den verschiedenen Hauptwahlbezirken stattfindet, worauf die betreffenden Bezirksamtsvorstände Behufs der Rücksichtnahme bei Revision der Urwahlbezirke vorerst vertraulich hinzuweisen sind. Mit Vergnügen benütze ich" ꝛc. ꝛc.

Diese Aktenstücke bedürfen im Grunde keines Commentars. Die Urwahlbezirke zum Vortheile einer Partei bilden zu lassen, und die Beamten, welche sich nicht dazu hergeben wollen, mit Maßregelung bedrohen: wenn der Staat, in dem ein Minister sich dieses erlauben darf, noch ein constitutioneller Rechtsstaat, wenn ein solches Verfahren etwas anderes, als ein Partei-Regiment ist, so verstehen wir nicht mehr die Bedeutung der Worte.

Wie eine große Anzahl der H. Bezirksamtmänner diesen Weisungen nachgekommen ist, und wie die Wahlkreise, oft zum größten Zeitverluste der Urwähler, zerrissen wurde, haben wir längst nachgewiesen. Und trotz dieser administrativen Kunststücke will man behaupten, daß die jetzige Kammermehrheit nicht der wahre Ausdruck der Gesinnung und des Willens der Mehrheit des bayerischen Volkes sei! Und trotz dieses, bisher noch nicht dagewesenen Eingriffes in das freie Wahlrecht, dieses Fundamentalrechtes unserer Verfassung und verfassungsmäßigen Freiheit, nimmt die Fortschrittspartei für Hrn. von Hörmann das Prädikat eines freisinnigen Ministers in Anspruch!

Der Abg. Frhr. v. Hafenbrädl hat sich 399 vollkommen gleich lautende Eingaben an die Kammer der Abgeordneten „direkte Wahlen zum Landtag mit vollständig geheimer Abstimmung betreffend", angeeignet, wovon 330 mit 13,507 Unterschriften von Gemeindebürgern versehen, die übrigen von Gemeindeverwaltungen unterzeichnet sind. Eine gleichlautende Eingabe der Gemeinden Grüntegernbach und Wesentegernbach, unterzeichnet von den betr. Gemeindeausschüssen, hat sich der Abg. Dr. Jörg angeeignet.

Die Frkf. Ztg. schreibt: Wenn auch die Nachricht einiger Blätter, daß der König von Bayern die Entlassung des Fürsten Hohenlohe bereits angenommen habe, verfrüht ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel mehr, daß Ludwig II. dem entschieden ausgesprochenen Wunsch des Fürsten nachgeben wird. Die definitive Entschließung wird wahrscheinlich erst dann bekannt gegeben werden, wenn ein Nachfolger gefunden. Daß Staatsrath v. Daxenberger, der den Fürsten bei seiner Abwesenheit von München zu vertreten pflegte, dazu ausersehen, ist um so unwahrscheinlicher, als heute gemeldet wird, derselbe habe den König gebeten, ihn seiner Verwendung im Ministerium des Aeußern mit dem Fürsten zu entheben. Ueber die Stellung, die Graf Bray, der heute von verschiedenen Seiten als Nachfolger Hohenlohes bezeichnet wird, zu der Politik desselben eingenommen hat, ist uns nichts bekannt; doch läßt der Umstand, daß er Gesandter in Wien war, vermuthen, daß er wenigstens kein Freund der großpreußischen Bestrebungen sei.

Die Württembergischen Stände sind auf den 8. März einberufen. Bis dahin wird die Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz beendigt sein, und mit den Ständemitgliedern werden die Volksdeputationen in Stuttgart eintreffen, um die Landesvertreter zu mahnen, das eiserne Joch zu brechen. Je lauter u. deutlicher die Stimme des Volkes ertönt, um so größer wird der Zorn der Nationalliberalen, aber auch um so kläglicher zeigt sich ihre Ohnmacht. Sie können nichts Anderes als drohen. So sagte dieser Tage Prof. Römer in einer Versammlung zu Reutlingen: „Der Tag der Abrechnung wird nicht ausbleiben. Der Norddeutsche Bund kann nicht leiden, daß die süddeutschen Staaten in ihren Leistungen zurückbleiben. Mit dem Allianzvertrag fällt der Zollvertrag."

Digitized by Google

Ausland.

Florenz, 18. Febr. Die „Opinione" schreibt: Sella habe mit der Nationalbank ein Uebereinkommen dahin abgeschlossen daß die Anleihe, gegenwärtig 378 Millionen, auf 500 Millionen erhöht werde, so daß der Staatsschatz 122 Millionen, und zwar 50 in Gold und 72 in Bankscheinen, erhielte. Der Umlauf der Noten der Bank würde von 750 auf 800 Mill. erhöht, die Interessen der genzen Anleihe von 500 Millionen würden auf 80 Cent. für 100 Fr. festgestellt. Man würde also jährlich 4 Millionen zahlen. während man gegenwärtig 5,100'000 Fr. zu enrichten hat. Der Staatsschatz würde demnach 122 Millionen mehr bekommen, dagegen um 1,100'000 Fr. jährlich weniger zu zahlen haben.

Rom, 9. Februar. Das ungemein fruchtbare Thema der Kirchendisciplin, das bisher eine Reihe von Redners in den Generalkongregationen des Konzils beschäftigte, ist endlich erschöpft, und die betreffenden Schemata gelangen nun zur Prüfung an die große Kommission de rebus disciplinae ecclesiasticae zurück, die sich zu diesem Zwecke heute versammeln wird. Der Meldung des Präsidenten Kard. de Angelis zufolge wird in der nächsten (24.) auf den 10. anberaumten Generalkongregation die Diskussion über das Schema de parvo catechismo eröffnet, wozu sich schon jetzt mehr als 50 Redner vormerken ließen.

Madrid, 18. Febr. Es heißt, Cabrera habe sich entschieden geweigert den Carlisten-Aufstand zu befehligen ohne eine organisirte und geschulte Armee zu haben, oder im Besitz eines festen Platzes zu sein.

Aus La Granja bei Madrid (17. Febr.) werden Ruhestörungen mit dem Rufe „Es lebe Karl VII.!" gemeldet; die Ordnung ist jedoch wiederhergestellt.

Nachrichten aus den Provinzen zufolge gährt es in Catalonien, Burgos und Santander gewaltig. Die Carlisten bereiten eine neue Erhebung vor, es scheint ihnen weder an Geld noch an Waffen und Munition zu fehlen; die Regierung jedoch fürchtet weniger eine carlistische oder isabellinische Insurrektion als eine demokratische Schilderhebung, jene glaubt sie bewältigen zu können, dieser aber wird sie unterliegen müssen.

Frankf. Coursbericht vom 18. Feb. 1870.

Staatspapiere.				Staatspapiere.		
Preußen. 5% Oblig.	—	G		Würtbg. 4½% Obl.	91	bz
4½ "	93⅛	G		4 "	—	G
4 "	82⅛	G		3½ "	82⅞	G
Frankfrt. 3½ "	81⅛	G		Baden. 4½% Oblig.	92⅛	B
Nassau. 4½ "	93⅛	B		4 "	86⅛	bz
4 "	85	bz		3½ "	82⅜	G
Kurhess. 4 "	84⅛	B		G. Hessen 5 "	102	B
Bayern. 5% Oblig.	101⅛	B		4 "	92⅛	B
4½ 1jhr. "	91⅞	G		Sachsen. 5 "	101⅛	bz
4½ ½jhr. "	91⅞	bz		Brschw. 3½ "	80⅞	B
4 1jhr. "	86⅜	bz		Oesterr. 4½% R.i.S.	57⅛	bz
4 ½jhr. "	86⅜	B		4½% R.i.P.	—	G
4 Abl.-R.	86⅞	B		5 Ung. E.-A.	—	bz
3½ Obl.	—	G		NAermika. 6% 81v.64	95⅛	bz
				5% Bds 71r v. 61	96⅛	G

Anlehen der Stadt München 101 bz

Anlehensloose.					
3½% preuß. 100thlr.	—	G	bad. 35 fl.	58⅜	bz
kurhess. 40 thlr.	57⅛	bz	großh. hess. 25 fl.	—	bz
bayr. 100 thlr.	106⅛	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12⅛	G
			österr. 500 fl. v. 1860	79⅛	bz

Aktien.					
3½% b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	5 öst. Staatsb. 500frc.	364⅜	bz
Oest. Nat.-B. 600fl.	691	bz	4 pfälz. Ludwb. 500fl	169⅛	G
4½% b. Ostbahn 200fl.	120⅛	bz	4½ Marbahn 500fl	106⅜	bz
5 öst. Südb. 500 frc.	235⅛	bz	4 Nordb. 500 fl.	87	B
			4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90⅜	G

Wechsel auf kurze Sicht.					
Amsterdam (100fl.)	—	bz	Hamburg (M.-B. 100)	88⅛	G
Augsburg (100fl)	—	G	London (10 Pf. St.)	119⅜	G
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Paris (200 Fr.)	—	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	—	bz

Disconto 4 pCt.

Gesellen-Verein.

Sonntag den 20. d. Abends 8 Uhr:

Vortrag

über die Arbeiterfrage.

Der Präses.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
k. q. Assessor.

Für Dampfmaschinen.

Schauweckers patent. selbstthätiger Oeltropfapparot erzeugt 20—30 pCt. Reingewinn. Garantie.

Leistet jetzt eine Maschine bei einem gewissen Kohlenquantum z. B. 30 Pferdekraft, so leistet sie bei Anwendung dieses Apparates 36 Pferdekr. und der jährl. Reingewinn von kostenlosen 6 Pferden beläuft sich auf mindestens 1000 fl. Außerdem Beseitigung der Schieber- und Kolbenreparatur. — Bis jetzt abgesetzt 1200 Stück, wovon zwei Drittel durch Nachbestellung. — Allein zu beziehen bei

F. Schauwecker, Werkmeister in Weiden.

Theater-Anzeige.

Sonntag den 20, Februar 1870:

Der Zunftmeister v. Nürnberg.

Schauspiel in 5 Akten von Oskar Frhr. von Redwitz.

Montag den 21. Februar 1870

☞ Zum Benefize für hiesige Arme:

Die Jüdin.

Große Oper in 5 Akten von Auber.

Preuß. Kassensch.	fl. 1. 44⅞	—	45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl. 9. 58	—	59
Napoleonsd'or	fl. 9. 28	—	29
Pistolen	fl. 9. 48		
Do. doppelte	fl. 9. 49		
Dukaten	fl. 5. 35	—	37
Dollars in Gold	fl. 2. 27	—	29
Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9. 54	—	55
Imperiales	fl. 9. 47	—	50

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 44. Dienstag, den 22. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

%. VIII.

(Spezielle Adreßdebatten in der K. der Abg.)

Auch die Angriffe auf die patriotische Presse wegen ihren Ausschreitungen wiederholen sich fast in jeder Rede der Fortschrittspartei, während die Hinweisung auf die jedenfalls noch größeren Ausschreitungen der fortschrittlichen Presse gar nicht gehört zu werden scheint. Wie weit da wirklich auch unter den liberalen Abgeordneten die verschiedene Beurtheilung gehe, zeigt selbst der Abg. Stenglein mit seiner Behauptung: „Bei den Wahlen hätten sich die liberalen Blätter nur in Räsonnements über die schwebenden Fragen ergangen, die patriotischen aber hätten Schmähungen und Verläumdungen gebraucht", während es nur eines Blickes in die damaligen beiderseitigen Blätter braucht, um zu erkennen, daß so ziemlich das Gegentheil der Fall war. Mit Recht legte deßhalb noch in der letzten Adreßsitzung Pfarrer Mahr im Namen der ganzen patr. Presse feierliche Verwahrung gegen dieses Vorgehen der Fortschrittspartei ein, welche immer nur die patriot. Presse der Ausschreitungen anklage, obgleich ihre eigene sich noch viel häufigerer und schwererer Ausschreitungen schuldig mache, wofür er sogleich einen Beweis durch das Vorlesen des Anfangs eines von einem liberalen Blatte gebrachten Schmähgedichts gegen die kathol. Bischöfe lieferte.

Wir können deshalb auch nicht umhin, bezüglich der Aeußerung Dr. Völks „die Patrioten hätten durchaus keinen Grund, wenn Verurtheilungen von Personen und Blättern ihrer Richtung vorgekommen wären, deßhalb den Richterstand der Parteilichkeit anzuklagen; sie sollten vielmehr bekennen, daß diese Verurtheilungen auch verdient gewesen wären" — zu bemerken, daß die Patrioten durchaus nicht leugnen, daß auf ihrer Seite auch einzelne Ausschreitungen in Wort und Schrift vorgekommen seien, daß sie auch deßhalb, daß solche Ausschreitungen nach den Bestimmungen des Gesetzes gestraft worden seien, den betreffenden Richtern durchaus keinen Vorwurf machten; daß dieselben aber darin eine Parteilichkeit hätten erkennen müssen, daß Auslassungen von Personen und Blättern der andern Partei, die nach dem Urtheile jedes Vorurtheilsfreien noch mehr gegen die bestehenden Gesetze verstießen, nicht gestraft worden wären; da sie (die Patrioten) glaubten, daß man in der Anwendung des Gesetzes entweder gleiche Strenge oder gleiche Nachsicht nach beiden Seiten üben müsse. — Daß man augenblicklich gegen die fortschrittlichen Blätter gleichfalls etwas strenger vorzugehen scheint, indem in den letzten Tagen sogar die „Neuesten Nachrichten" ferner die „Kemptner Zeitung", Dr. Völks Leibblatt, und endlich das pfälzische Blatt, welches das oben erwähnte Schmähgedicht brachte, confiscirt wurden, beweist nichts gegen die früher beliebte Praxis, sondern höchstens nur, daß man doch dem gegenwärtigen Stande der Dinge Rechnung tragen zu müssen glaube.

Daß auch die Steckenpferde des „Jesuitismus" und „Ultramontanismus", welche Bayern in eine „römische Provinz" verwandeln, wieder nicht fehlen durften, trotz aller Verwahrung der Patrioten, als ob Einer von ihnen zu einer solchen Partei gehöre, versteht sich von selbst.

Doch fehlte es auch nicht an einzelnen komischen Zwischenfällen, welche zeigten, daß auch recht klugen, selbst liberalen, Abgeordneten zuweilen etwas Menschliches begegnen kann. So dem Hrn. Abgeordneten Stenglein. Als dieser nämlich in langer Rede dem Referenten des Adreßentwurfs Hrn. Dr. Jörg ins Gewissen geredet hatte, wie er denn nur dem Fürsten v. Hohenlohe ein Mißtrauen aussprechen könne, da ja gar kein Grund hiezu vorhanden sei, machte es einen wirklich erheiternden Eindruck, als Dr. Jörg sich erhob und darauf also erwiederte: Kurz nachdem der Hr. Fürst sein Ministerium übernommen hatte, beantragte in einer Parteiversammlung von Landtags-Abgeordneten ein Mitglied eine Adresse. Er sagte nämlich: der Fürst Hohenlohe sei ein Preuße von Kopf bis zu den Füßen, er muß heraus mit der Farbe. Ein anderes Mitglied trat ihm entgegen und vertheidigte den Fürsten, der noch zu kurz im Amte sei; man müsse ihm erst Zeit lassen, sich zu zeigen. Das letztere Mitglied war ich (Jörg), das erstere Hr. Stenglein." Diese Hindeutung auf seine früher ganz entgegengesetzte Meinung über den

Digitized by Google

Hrn. Fürſten mochte wohl Hrn. Stenglein etwas in Verlegenheit bringen. Trotz ſolcher erheiternden Zwiſchenfälle mußte doch der Eindruck der ins Unendliche fortgeſponnenen Debatte ein peinlicher ja widerwärtiger werden. Deßhalb können wir die patr. Mehrheit nur loben, daß ſie mehrmals dem unverſiegbaren Reden-Schwalle eine Schranke ſetzte, indem ſie den Schluß der Debatte annahm, obwohl noch viele Redner zum Sprechen eingeſchrieben waren. Sie hatten dazu gute Gründe: Einmal weil die gegenſeitige Verbitterung ſtatt geringer nur immer heftiger zu werden drohte; dann den Geldpunkt, welchen der Abg. Gſchwender ganz richtig mit den Worten bezeichnete: „Wenn wir aus unſern eigenen Säckeln hier lebten, ſo könnten die Herren mir zu Liebe ſo lange reden als ſie wollten, ſo aber leben wir aus des Volkes Säckel.“ Die Patrioten hatten um ſo mehr Grund, darauf Rückſicht zu nehmen, als fortſchrittliche Blätter, wie z. B. das Regensburger Tagblatt, ſich nicht entblödeten, ihren Leſern aufzubinden, daß die Patrioten in der Kammer an dem langen Hinausziehen der Debatte Schuld ſeien, und die fortſchrittliche Kemptner Zeitung ſogar ihre Leſer glauben machen wollte, wegen dieſer durch die Patrioten verſchuldeten Verlängerung der Adreßdebatte werde nächſtens eine eigene Kammerſteuer erhoben. Und doch waren es die Fortſchrittler, welche in der Kammer gegen den von den Patrioten beantragten Schluß der Debatte jedesmal proteſtirten und noch mehr ſchöne Reden halten wollten, obwohl nach Ausweis der Protokolle von ihnen mehr Redner geſprochen hatten, als von den Patrioten. Deßhalb kümmerten ſich Letztere auch nicht weiter um den fortſchrittlichen Proteſt und ſchloſſen die Debatte.

Inland.

München, 21. Febr. Staatsrath v. Daxenberger erhielt die nachgeſuchte Enthebung von ſeinen Funktionen im Miniſterium des Aeußern unter allerhöchſter Anerkennung ſeiner aufopfernden Thätigkeit. Die Meldung hieſiger Blätter, daß die Entlaſſung des Fürſten Hohenlohe nicht angenommen werde und der Fürſt ſein Porteſeuille behalte, iſt unbegründet.

Die „Münchn. N. Nachr.“ wollen aus beſter Quelle wiſſen, daß Fürſt Hohenlohe in ſeinem Miniſterium verbleibe.

München, 20. Febr. Es verlautet, daß nur noch der letzte Theil des Armeebefehls ausſteht, welcher eine reichliche Menge von Penſionirungen unter den Offizieren vom Hauptmann abwärts bringen ſoll. Man ſpricht in militäriſchen Kreiſen von einem halben Hundert halbinvalider Hauptleute in der Infanterie, welche von dieſem Schickſal ereilt werden ſollen. Da die Abſicht beſteht, dieſe Chargen durch überzählige Offiziere zu beſetzen, würde dadurch dem Lande jährlich eine Summe von circa 20,000 fl. erſpart. (?)

München, 19. Febr. Seit der Einführung des neuen Hinterladungsgewehres erhält unſere Infanterie auch eine andere Seitenwaffe, und zwar ſtatt dem bisherigen Faſchinenmeſſer einen Yatagan, ebenſo werden neue Patrontaſchen eingeführt. Die kgl. Genehmigung zu dieſen Aenderungen iſt bereits erfolgt. Mehrere Abtheilungen der Armee werden die neuen Waffen bereits im Laufe der nächſten Monate erhalten.

Die in jüngſter Zeit von der Fortſchrittspartei zur Schau getragene Loyalitätsheuchelei geißelt die „Pf. Ztg.“ treffend in einem Artikel „die jüngſten Stützen des bayer. Thrones:“ Wie ſich die Zeiten und die Menſchen ändern! Wer hätte geglaubt, daß die Partei, welche es nach Norden zieht, deren Organe jedem Thronumſturze, jeder Vertreibung eines Fürſten zujubeln; die den „großen Bürger“ Juarez prieſen, weil er einen der begabteſten und edelſten Männer unſeres Jahrhunderts, den Kaiſer Maximilian erſchießen ließ — daß dieſe Partei gegen den bayeriſchen Thron eine Loyalität und einen Royalismus zur Schau tragen würde, welche an die guten alten Zeiten legitimiſtiſcher Treue und Hingebung erinnern. Crämer von Doos, Völk, Fiſcher und wie ſie alle heißen, die Bewunderer und Anhänger der preußiſchen Annexionspolitik, die Schwärmer für die Entthronung des Königs von Hannover, des Churfürſten von Heſſen und des Herzogs von Naſſau, die politiſchen Freunde Braun's, Bennigſen's, Miquel's und Anderer, welche durch das Gegentheil von Anhänglichkeit an ihre Fürſten ſich auszeichneten — dieſe bayeriſchen Führer des Nationalvereins heute eine ſo zarte Sorge für die Erhaltung der bayr. Kronrechte äußern zu hören: wahrhaftig, man glaubt zu träumen, wenn man dieſe Herren plötzlich in Pallatine unſeres Königthums verwandelt ſieht. Doch wir vergeſſen, daß wir mitten im Carneval ſtehen, der männiglich die Maskenfreiheit gewähret. Warum ſollte es daher den HH. Völk und Genoſſen nicht auch geſtattet ſein, ſich „von Kopf bis zu Fuß blau-weiß zu kleiden“ und Front zu machen gegen die „frondirenden“ Reichsräthe und dieſe „ſogenannten“ Patrioten, welche ſich vermeſſen, durch ein Mißtrauensvotum gegen Miniſter die Krone eines ihrer wichtigſten Rechte, der freien Wahl ihrer Räthe, berauben zu wollen!

Der preußiſchen Thronrede folgen die Drohungen ſchon ganz deutlich auf dem Fuße nach. So ſchreibt ein preußiſches Blatt: „Bei der nachdrucksvollen Erwähnung der ſüddeutſchen Verträge dürfte das „verpfändete Fürſtenwort“ auch daran erinnern, daß mit dem Wegfalle des Garantiebündniſſes auch die Vorausſetzungen in Frage geſtellt würden, unter welchen Preußen bei dem Friedensſchluſſe denjenigen territorialen Vortheilen entſagt hat, welche ihm der Prager Friden auch Bayern gegenüber zugeſtanden hatte, von dem mit dem Allianzvertrage conneren Zollvereine ganz abgeſehen.“

Digitized by Google

München, 20. Febr. Wie man hört, haben zwei von den früheren Münchener Abgeordneten, und hierunter Hr. Krauß, sich ausgesprochen auf eine Wahl für die nächste Zukunft zu vrrzichten. Man nennt hiefür jetzt schon eine Masse von Kandidaten, von welchen ich nur die Herren Professor Frohschammer, Staatsanwalt Wülfert und Bierbrauer Wagner nennen will.

Zur Errichtung einer Turnlehrer-Bildungsanstalt werden in dem Budget für die 10. Finanzperiode 7000 fl. postulirt, nämlich 2000 fl. Personal-Exigenz (1200 fl. für den Vorstand und ersten Hauptlehrer, 500 fl. für den Lehrer der anthropologischen Fächer, 300 fl. für einen Hilfslehrer) und 5000 fl. zur Gewährung von Stipendien zu 100 fl. an 50 Kandidaten.

Die „Agsb. A. Ztg." schreibt: Die in jüngster Zeit gegen angebliche Correspondenten der „Allg. Ztg." in Rom ergriffenen Maßregeln und die über diese Angelegenheit in ultramontanen Blättern mit ersichtlich großer Befriedigung verbreiteten Angaben veranlassen uns zu der Erklärung: daß die Quelle, aus welcher wir bisher unsere Informationen über das Konzil schöpften, durch jene Maßnahmen nicht im mindesten alterirt worden ist. Wir werden die „Römischen Briefe" bis ans Ende, und — so Gott will — bis zu einem siegreichen Ende fortführen.

Berlin, 21. Febr. Die Kreisordnung wird in revidirter Gestalt dem nächsten ordentlichen Landtage als die Hauptvorlage wieder vorgelegt werden.

Rom, 17. Febr. Heute fand die Eröffnung der Ausstellung unter Betheiligung einer ungeheuren Menschenmenge statt. Auf eine Ansprache des Kardinals Berardi anwortete der Papst: „Ich habe diese Ausstellung gewünscht, um zu zeigen, daß die Religion die beseelende Meisterin der Kunst ist. Und zwar ist sie Dieß, weil sie die Wahrheit ist: nicht, wie man gesagt hat, eine Idee, soudern ein Prinzip. Einige meinen, die Religion solle mit der Zeit wechseln und habe ebenfalls ein 1789 nöthig. Ich sage, daß Das eine Lästerung ist. Die Religion Jesu bleibt mit Jesu Christo so, wie sie von Anbeginn gewesen ist."

Rom, 15. Febr. In der gestern abgehaltenen Kongregation des Konzils wurde bekannt gegeben, daß die Erzbischöfe von Antivari, von Mecheln und Salerno den Primatitel erhalten haben. Acht Bischöfe bekamen die Erlaubniß, in ihre Diözesen heimzukehren.

Rom, 21. Februar. Prof. Dr. Friedrich, der theologische Beirath des Cardinals Hohenlohe, ist unter der Anschuldigung von Correspondenzen an die Allg. Zeitung ausgewiesen worden. (Prof. Friedrich hat unseres Wissens, so bemerkt die Redaktion der „Allg. Ztg." nie eine Zeile an uns geschrieben.) Das Gerücht von der nahen Vertagung des Konzils bestätigt sich.

Paris, 20. Febr. Durch kaiserl. Dekret vom 19. Febr. wird der Staatsgerichtshof auf den 21. März nach Tours eingerufen. Die „Gazette des Tribunaux" sagt, die Untersuchung habe den Beweis geliefert, daß Prinz Peter Bonaparte wirklich, wie behauptet, angegriffen worden sei. Ebenso bestehe kein Zweifel über die Provokation, in Folge deren der Prinz Noir tödtete und das Leben Fonvielle's bedrohte.

Madrid, 19. Febr. Die karlistische Bewegung soll hauptsächlich in den nördlichen Provinzen im Zunehmen begriffen sein. Mehrere karlistische Führer, welche sich bisher in Frankreich aufhielten, sollen die spnische Grenze überschritten haben.

Konstantinopel, 19. Febr. Die hier erscheinende „Turquie" dringt auf die Absendung einer türkischen Flottille nach Alexandrien, um dort eine bleibende Station Behufs Ueberwachung der Verwaltung des Vizekönigs von Aegypten zu bilden.

Vermischtes.

Für das Jahr 1870 sind im Vollzug des Gesetzes über die Einquartirungs- und Vorspannslasten in Friedenszeiten die „Vergütungspreise für die Kostportionen der Mannschaft und die Fouragerationen der Pferde" folgermaßen festgesetzt worden: 1) Für die Mittagskost Eines Mannes in: der Pfalz 21 kr, Mittel- und Unterfranken 20 kr, Schwaben 17 kr 4 hl, Oberfranken 17 kr 2 hl, Oberpfalz 16 kr 4 hl, Ober- u. Niederbayern 15 kr. 2) für die Abendkost in: Pfalz 12 kr, Mittelfranken 10 kr, Unterfranken 8 kr, Schwaben 7 kr 4 hl, Oberfranken 7 kr 2 hl, Oberpfalz 7 kr, Ober- u. Niederbayern 6 kr. 3) für die Morgenkost in: Mttlfrk. 5 kr, Schwbn. 4 kr 2 hl, Pfalz u. Ufrk. 4 kr, Oberfranken 3 kr 6 hl, Ob.- u. Niedbay. u. Obpf. 3 kr. 4) für die volle Kost in der Pfalz 36 kr, Mttlfr. 35 kr, Untfr. 32 kr, Schwb. 29 kr 2 hl, Oberfranken 28 kr 2 hl, Obpf. 26 kr 4 hl, Ober- u. Niederbay. 24 kr. — Für die schwere Ration für Art.-Zug- u. Wagenpferde, besteh. in $^1/_{10}$tel Schäffel Haber u. 10 Pf. Heu, in Oberfranken 38 kr. Für eine Ration für schwre Cav.-Pferde, best. in $^1/_{24}$te Sch. Haber und 10 Pf. Heu: in Oberfranken 34 kr. Für eine Ration für eicht Cav.-Pferde, best. in $^1/_{30}$ Sch. Haber und 9 Pf Heu: in Oberfranken 28 kr. 4 hl, in Mittelfranken 23 kr. 2 hl., in Niederbayern 20 kr. Hiezu kömmt noch die Vergütung für das Quartier eines Mannes samm Liegerstatt, Heizung u. Beleuchtung mit 4 kr., wenn die Einquartirung über Nacht stattfindet. Für das verstärkte Essen, wenn statt der Mittags- und Abendportion das Essen nur einmal genommen werden kann, bilden die Preise dieser Portionen zusammen den Vergütungs-Maßstab.

Aus Regensburg wird mitgetheilt, daß die Donau von Wien bis Ingolstadt gänzlich zugefroren ist. Auch ist die Kälte so groß, daß das Thermometer am letzten Donnerstag 18 Grad zeigte.

Digitized by Google

Zu beziehen durch alle Postämter u. Buchhandlungen:

Jährlich erscheinen 24 Nummern, je acht Quartseiten stark und sind dieselben durch alle Postämter und Buchhandlungen zu beziehen.

Blätter für Pferde-Zucht

Abonnementspreis 2 Thlr. jährlich excl. Porto und Stempel. Inserationsgebühren für die gespaltene Zeile 2 Ngr.

und

Central-Organ für Hippologische Vereine, Gestütswesen, Pferdedressur, Händler ꝛc.

Nr. 1 Verlag von Oscar Leiner in Leipzig. 1870.

Inhalt: An die Leser! — Der Einfluß der Gestüte zur Hebung der Pferdezucht. Von Ableitner, k. b. Regmts.-Vet.-Arzt. — Zur Frage: Ob bei der Vererbung der Thiere das meiste Gewicht auf die Reinheit des Blutes oder die individuellen Eigenschaften der Eltern zu legen sei. — Das bayerische Landgestüt. — Renn-Kalender. — Notizblätter. — Briefwechsel. — Anzeigen.

Die Blätter für Pferde-Zucht verfolgen keineswegs eine nur streng gelehrte Tendenz, sie sollen sowohl für den einfachen Landzüchter, als auch für jeden Pferde-Freund, Sportsman ꝛc. unterhaltend und belehrend zugleich sein; hauptsächlich werden sie aber auch auf dem gesammten hippologischem Gebiete wirken und die vaterländische Pferde-Zucht in jeder Hinsicht zu heben suchen.

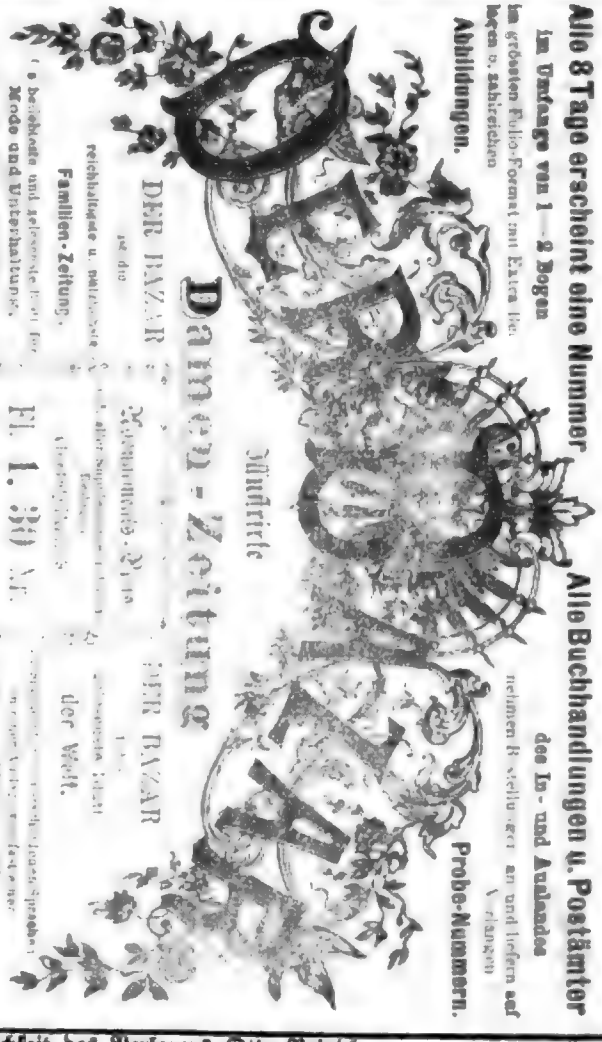
Beiträge werden stets angenommen und sind zu richten an die

Buchhandlung von Oskar Leiner in Leipzig.

Bestellungen auf Zeitschriften, Journale u. Lieferungswerke werden fortwährend angenommen von Otto Reindl.

Alle 8 Tage erscheint eine Nummer im Umfange von 1—2 Bogen im größten Folio-Format mit Extra-Beilagen u. zahlreichen Abbildungen.

Alle Buchhandlungen u. Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an und liefern auf Verlangen Probe-Nummern.



ein Blatt für alle Stände. **halben Million Exemplare.**

Fünfzehn Jahre sind es nunmehr, dass der Bazar den ersten Prospect in die Welt schickte. Was wir damals versprachen, eine Zeitung für die Frauen und ihre Familien zu schaffen, wie es vordem keine ähnliche gab, d. h. eine alle modischen, ökonomischen und ästhetischen Interessen der Frau vertretende und fördernde Zeitung, ist uns, wie der Erfolg beweist, gelungen. Der Bazar ist seit Jahren ein Weltblatt, er wird in einer Auflage von fast

einer halben Million

Exemplare und in elf Sprachen gedruckt. Aber wenn auch dieser colossale Erfolg uns auf das Klarste beweist, dass der Bazar einem Bedürfniss der Frauenwelt entspreche, so gab sich die Redaction doch niemals eitlem Selbstgenügen hin, sondern war mit unermüdlicher Ausdauer stets darauf bedacht, ihr Programm zu erweitern und den Abonnentinnen von Jahr zu Jahr Vollkommneres und Mehr zu bieten. Wir können deshalb heute wie vor 15 Jahren sagen: der Bazar ist die billigste Frauenzeitung, die billigste, weil sie die beste und reichhaltigste ist. Unsere Abonnentinnen mögen den nunmehr beendigten Jahrgang durchblättern und dann fragen wir sie: Giebt es ein Blatt der Welt, dass in solchem Maasse und so gewissenhaft dem Interesse ihrer eigenen Person, wie ihrer Familie, dem Interesse ihres Geschmackes, ihres Geistes und Herzens, ihres Haushalts und ihrer Börse Rechnung trägt wie der Bazar. — Der Bazar ist kein Luxusblatt, sondern nützlich im eminenten Sinn des Wortes; er lehrt die Damen nicht nur sich geschmackvoll und modern kleiden, sondern wie man auf die billigste und bequemste Weise sich geschmackvoll und modern kleiden könne. Er berücksichtigt jedes Alter und eignet sich für Frauen aller Stände! Er ist ein treuer Rath eher für das ganze Haus: für den Salon, das Boudoir, das Wohn- und Kinderzimmer, für Küche und Keller, ja so universell ist der Bazar, dass er auch im Rauchzimmer des Hausherrn sich den Eingang erobert hat, kurz:

Der Bazar ist die weitverbreitetste, beste und billigste Frauenzeitung der Welt.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 45. Mittwoch, den 23. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

*/.

IX.

(Spezielle Adreßdebatten in der K. der Abg.)

Angesichts der langen und erbitterten Adreßverhandlungen, die voraussichtlich doch zu keinem andern Ergebniß führen konnten, als daß der Mehrheitsentwurf der Adresse auch von der patr. Kammermehrheit angenommen wurde, da nicht vorauszusetzen war, daß auch nur ein Mitglied einer der sich entgegenstehenden Parteien seine bisherige Ueberzeugung in Folge der gegnerischen Auseinandersetzungen ändern würde, könnte man sich wohl zur Frage berechtigt halten: Wozu all dieser Aufwand von Zeit u. Geld, wozu diese tagtäglich erneuerte gegenseitige Befeindung? Wäre es nicht besser gewesen für das Land und für die Kammer von einer Adresse ganz abzusehen oder wenn dies nicht ging, weil es constitutioneller Brauch ist und auch der Anstand verlangt, auf die Thronrede mit einer Adresse zu antworten, — wenigstens zu bestimmen, daß über jeden Absatz der Adresse nur ein oder zwei Abgeordnete der beiden Parteien sprechen durften?

Wir glauben, daß wenn ein derartiger Antrag gestellt worden wäre, er bei den Parteien des Hauses wenig Aussicht auf Annahme gehabt hätte und wir glauben ebenso mit Recht. Denn wenn auch das zunächst liegende Ziel, der Beschluß über die Annahme dieses oder jenes Entwurfs der Adresse bei Stellung der Parteien durch die Debatte nicht berührt werden mochte, so hatte doch dieselbe unstreitig ihre volle Berechtigung und sicher auch ihre gar nicht zu unterschätzende Wirkung.

Vor Allem meinen wir, daß so unerquicklich auch das Hin- und Herstreiten manchmal erscheinen möchte, doch das Aufeinanderplatzen der feindlichen Gegensätze gar nicht zu vermeiden und auch nicht zu bedauern war. Der Groll, der sich beiderseitig in den Gemüthern angesammelt hatte, mußte einmal heraus; nur so war für die späteren Verhandlungen eine ruhigere Stimmung zu erwarten; und obwohl die Erbitterung im Verlaufe der Adreßdebatte sich eher gesteigert als gemildert hat, wollen wir doch die Hoffnung auf die Erfüllung dieser Erwartung nicht aufgeben.

Zweitens bot die Adreßdebatte die beste Gelegenheit für beide Parteien, ihre gegenseitigen Kräfte kennen zu lernen; sich gleichsam geistig zu messen. Sie war gleichsam der erste Gang zweier Fechter auf der Mensur. Ein solches Messen war um so wichtiger, da die beiden Parteien, besonders aber die patriotische zum größeren Theile aus Neulingen, d. h. Solchen, die noch nicht Abgeordnete gewesen waren, bestanden. Und sicher hat die patr. Partei keine Ursache mit dem Ausgange dieser ersten Probe unzufrieden zu sein. Wohl zählte sie in ihren Schaaren Solche, die im parlament. Leben grau geworden, wie Weis, Sepp, Jörg, Jnland und Andere. Wohl war unter den neugewählten eine nicht geringe Zahl, deren Befähigung und hohe wissenschaftliche wie praktische Bildung zweifellos war, aber ob sie auch im Redekampfe sich bewähren würden, mußten sie erst zeigen. Und sie haben es wirklich bewiesen. Nicht wenige der Neulinge haben ihre Jungfernreden gehalten und haben sie wacker gehalten. Vom gelehrten Beamten, Professor, Redakteur bis herab zum schlichten Landmanne (wir erinnern an Burger von Zeil) haben sie bewiesen, daß sie den Platz, auf den des Volkesstimme sie rief, auch auszufüllen fähig seien. Selbst an Beweisen jener augenblicklichen Schlagfertigkeit, die nicht Jedermanns Sache und doch bei den parlamentarischen Kämpfen so wichtig ist, fehlte es nicht. Besonders waren es Militärkurat Lukas und Pfarrer Mahr, welche sich hierin hervorthaten und selbst dem gegnerischen Meister in dieser Fechtweise, Hrn. Dr. Völk, gefährliche Gegner zu werden drohen. Ein solches Erproben der Kräfte ist aber kein zu verachtender Gewinn. Es hebt den Muth und das Selbstgefühl der Partei, sowohl in der Kammer selbst, als auch, da das ganze Volk Zeuge des Kampfes ist, im Lande; ja es verschafft selbst auf Seite des Gegners trotz der heftigsten Bekämpfung Anerkennung und Würdigung. Der vorzüglichste Gewinn aber, den man von einer möglichst genauen und umfassenden Besprechung der Adresse erwartete und auch zum großen Theile erlangte, war, daß dadurch den verschiedenen Parteien Ge-

Digitized by Google

legenheit geboten war, gleich beim Beginn des Landtags ihre Anschauungen über die großen schwebenden Fragen, welche auch unser bayerisches Staatsleben bewegen, darzulegen und Stellung zu denselben zu nehmen, was sowohl für die Staatsregierung als auch für die Parteien, wie für das Volk von größter Wichtigkeit ist. Für die Staatsregierung, weil sie daraus erkennen kann, bei welchem Vorgehen sie auf ausreichende Unterstützung der Landesvertretung rechnen könne; für die Parteien, weil das gegenseitige offene Aussprechen der Anschauungen nur zur Klärung und Festigung der Ueberzeugungen führen kann und für das Volk, weil es daraus erkennt, in wie ferne es über die Leitung seiner Geschicke beruhigt sein dürfe oder nicht. Diese Anschauungen nun der Parteien des gegenwärtigen Landtages über die großen schwebenden Fragen und ihre Stellung zu denselben, soweit diese aus der Adreßdebatte ersichtbar wurden, sollen im folgenden Artikel dargestellt werden.

(Forts. folgt.)

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 22. Febr. Nach dem den beiden Kammern vorgelegtem Entwurfe des Finanzgesetzes der 10. Finanzperiode wurde der Voranschlag der Staatseinnahmen festgesetzt auf 93'075,959 fl. im Ganzen, wovon: Direkte Staats-Auflagen 13'747,434 fl. (Grundsteuer 8'881,018 fl., Haussteuer 1'359,612 fl., Gewerbsteuer 2'045,942 fl., Kapitalrentenst. 969,192 fl., Einkommenst. 491,680 fl.) Indirekte Staatsauflagen (aus Taxen u. Stempeln, Zöllen u. Aufschlagsgefällen) 28,181,980 fl., Uebergänge d. 9. Finanzper. 430,000 fl, Staatsanstalten (Saline u. Bergwerke, Eisenbahnen, Post u. Telegr. Kanal, Dampfschifffahrt, Gesetz- u. Regierungsblatt) 32'337,894 fl., Staatsdomäne 18,074,851 fl., Besondere Abgaben 39,527 fl., Uebrige Einnahmen 116,763 fl, Einnahmen für Zwecke des allgemeinen Unterstützungsvereins für die Hinterlassenen der bay. Staatsdiener u. der Töchterkassa 147,500 fl. — Das Steuer-Soll beträgt 13,863,434 fl., die Erhöhung der Steuer 3,419,674 fl. Für dies Jahr sollen erhoben werden: an Grundsteuer 3,9 Simpla (Mehreinnahme 2,215,068 fl.), an Haussteuer 9 Simpla des Areal- (mehr 106,400 fl.) und 3 Simpla der Miethsteuer (m. 212,562), Gewerbsteuer mit einem Zuschlag v. 0,9 (521,332) u. Einkommensteuer mit do. von 0,45 (120,680 fl.)

Unser Gesandte in Florenz, Graf v. Paumgarten, soll zum Gesandten in Dresden u. für denselben v. Dönninges, Gesandter in Bern, nach Florenz berufen werden. — Bei der heute im 34. u. 58. Urwahlbezirke stattgehabten Wahl je eines Wahlmanns wurden 2 fortschrittl. gesinnte Wahlmänner aus der Urne gezogen, u. z. im 34. Distrikt der Sägmühlenbesitzer Mann mit 108 Stimmen gegen 63, im 58. der Hof-Lackirlederfabr. Rehm mit 97 gegen 52 St. In beiden Bezirken fanden am Schlusse der Wahlhandlungen Demonstrationen zu Gunsten des Königs wegen der Beibehaltung des Ministers Hohenlohe statt.

Rothenburg, 14. Febr. Heute wurde von den beiden städtischen Collegien nach Einlauf einer Minist.-Entschließung, den Bau einer Vizinalbahn von Rothenburg nach Steinach betreffend, einstimmig die Ausführung derselben beschlossen und für die Grunderwerbung und Erdarbeiten die Summe von 114,000 fl. von Seite der Stadt übernommen.

Darmstadt, 21. Febr. Die protestantische Landesversammlung hat sich gegen die Consistorialverfassung ausgesprochen, und beschlossen an den Großherzog eine Adresse mit dem Ansuchen um Einführung der Synodalverfassung zu richten.

Dresden, 21. Febr. Das Preßgesetz wurde von beiden Kammern genehmigt. Beibehalten wurden mit mildernden Abänderungen die bisherigen Bestimmungen über die Pflichtexemplare, die Anzeige von Placaten bei der Polizei, die Gestattung des Verbots, ausländische Zeitungen im Inland zu verbreiten.

Berlin, 21. Febr. Der Reichstag nahm in seiner heutigen Sitzung in erster Lesung das Gesetz über den Schutz der Autoren, und das Gesetz über den Schutz der Photographien an. Die zweite Lesung beider Gesetze soll nicht vor vierzehn Tagen stattfinden Hierauf wurde in zweiter Lesung das Gesetz über die Pensionen der ehemaligen schleswig-holsteinischen Mannschaften, sowie der mit Baden abgeschlossene Jurisdictionsvertrag angenommen.

Der „Kreuzztg." schreibt man: Die sächsischen Socialisten fehlen im Reichstage theils wegen Mangel an Geld, theils wegen Abneigung gegen den Bund und um durch ihre Abwesenheit zu der Beschlußunfähigkeit beizutragen.

Bezüglich der Anstellung von Juden in Richterämtern scheint jetzt endlich eine der Verfassung entsprechendere Anschauung bei der Regierung Platz gegriffen zu haben. Wie die „K Z." vernimmt, ist in diesen Tagen auch die Ernennung eines jüdischen Kreisrichters bei dem Kreisgerichte in Beuthen, Oberschlesien, erfolgt, und es hat derselbe vom 1. k. M. bei einer Deputation dieses Gerichts selbstständig zu fungiren. Der also Beförderte hat erst vor 5 Monaten die dritte große Staatsprüfung gemacht. Die „Krzztg." erwartet freilich noch die Bestätigung resp. wohl die Nichtbestätigung der Nachricht.

Als Beweis dafür, was alles unter der päpstlichen Unfehlbarkeit verstanden werden kann, möge folgende Bemerkung der „Bresl. Morgenztg." dienen: „Wird der Papst" — schreibt das Blatt — „in Glaubenssachen für unfehlbar erklärt, so erhält er vom Concil ein göttliches Attribut, und dessen unmittelbare Folge ist nicht die Verehrung seiner Person, sondern deren Anbetung."

Hannover, 20. Febr. Die Auflösung der sogenannten Welfenlegion in Frankreich wird am

Digitized by Google

15. April erfolgen. Unter dem Vorsitze des ehemaligen Ministerpräsidenten von Münchhausen hat eine Commission in Paris die verschiedenen Pläne für das künftige Loos der Flüchtlinge berathen und ist zu dem Resultate gekommen, dem König Georg den Vorschlag zu machen, den Flüchtlingen bis zu dem erwähnten Zeitpunkte die bisherige Unterstützung, dann aber die Reisekosten nach dem Lande, wo sie ihren Aufenthalt nehmen wollen und außerdem 400 Frs. per Mann zu gewähren. Der König hat diesen Vorschlag angenommen und die Leute haben sich zum Theil zur Auswanderung nach Algier, nach Amerika, nach Holland, England u. s. w. entschlossen; ein Viertheil etwa aber hat sich dafür entschieden, eine Amnestie bei dem König von Preußen zur Rückkehr in die Heimath zu erbitten.

Wien, 21. Febr. Der Reichsrath setzte die Debatte über die Erwerbsteuer fort. Die Bestimmung daß die Arbeitgeber die Steuern von den Arbeitnehmern einzuheben haben, ward trotz der Einsprache der Minister abgelehnt

Ausland.

Paris, 22. Febr. Das Journal des Debats meldet: Der Seinepräfekt beantragte beim Munizipalrathe eine Anleihe von 250 Millionen Francs.

Paris, 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers stellte Jules Favre die von ihm angekündigte Interpellation über die innere Politik. Derselbe sagte, die nationale Souvränität müsse den Oberbefehl führen. Der friedlichen Revolution, welche mit dem Zustandekommen des gegenwärtigen Ministeriums vor sich gegangen sei, zollte er seinen Beifall, warf aber dem Ministerium vor, es habe Blut vergießen lassen. Minister Daru erwiderte: Es war das Blut unserer Beamten, welches floß. — Jules Favre tadelte ferner die vorgenommenen Verhaftungen, verlangte Revision des Militärgesetzes, Reorganisation der Nationalgarde, Auflösung des Gesetzgebenden Körpers. Der Redner schloß mit den Worten: Wenn die Regierung diese Reformen in das Leben ruft, werden wir dieselbe unterstützen, wenn sie aber das persönliche Regiment aufrecht erhält, werden wir unversöhnliche Gegner sein. — Der Deputirte Pinard entgegnete Jules Favre bezüglich der Auflösung des Gesetzgebenden Körpers. Die Auflösung, sagte derselbe, sei unzulässig, so lange die Majorität und die Regierung übereinstimmten. — Morgen Fortsetzung der Debatte.

In der französischen Stadt Rheims spielt der wunderlichste Strike, den die Welt jemals gesehen hat, es feiern nämlich die Polizeidiener und Stadtsergeanten, sie haben den Dienstthut mit der Kokarde abgelegt und wollen ihn erst wieder aufsetzen, wenn ihnen die Stadt 15 Centimes Zulage gibt. Böse Menschen behaupten, der Präfekt habe die Strikenden heimlich aufgeputscht, um die Stadtverwaltung zu ärgern.

London, 22. Februar. Graf Derby hat die Führerschaft im Oberhause mit Hinweis auf seine Unerfahrenheit und seinen Mangel an Temperament abgelehnt. Die Voranschläge für das Heer sind um 1,136,900 Pfd. Sterl. (zu 12 fl.), die für die Flotte um 746,111 Pf St. niedriger als im Vorjahr.

Washington, 21. Febr. Das Repräsentantenhaus nahm eine Resolution an wegen Vermehrung des Papiergeldumlaufes um mindestens 50 Mill. Dollars, da solche im geschäftlichen Interesse erforderlich sei, und beauftragte ein Komite mit der Vorbereitung einer dießbezüglichen Bill.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 21. Febr.

In Einnahme seien zu verrechnen: 369 fl. 15 kr. aus viertel-, halb- und ganzjährigen Armenbeiträgen pro 1869 und 4050 fl. 10 kr. Zuschuß des Bürgerspitals zur Bestreitung der Verpflegungskosten für 15 ganz arme und 3 theilweise zahlungsunfähige Geisteskranke der Lokalirrenanstalt pro 1869. — In Ausgabe seien zu verrechnen: 1) obige 4050 fl. 10 kr. an die Lokalirrenstalt St. Getreu, 2) 2 fl. 12 kr. Inserationsgebühren, 3) 93 fl. 20 kr. für Holzfahren, 4) 5 fl. — Zinsen der Isaak Strauß'schen Stiftung an 4 Hausarme; 5) 193 fl. 15 kr. Holzmacherlöhne, 6) 7 fl. 12 kr. momentane Hauszinsunterstützung, 7) 100 fl. 54½ kr. für Fahren, Spalten und Beaufsichtigung von Armenholz pro 1870, 8) 6 fl. 3 kr. für Dachdeckerarbeiten; 9) 7 fl. 21 kr. für angeschaffte Kleider des Polizeidetenten Karl Karl Ostermaier zu Rebdorf. — Die von Polizeiwegen verfügte Aufnahme des Taglöhners Franz Limmer und des Schuhmachergef. Andreas Schmitt in die Armenbeschäft.-Anstalt sei zu genehmigen. — Die für den Eisenbahnarbeiter Franz Gottschall von hier durch das Diriktsspital zu Aschach angeschafften Kleider seien im Kostenbetrag von 3 fl. 42 kr. zu vergüten. — Der Nachlaß des zu Neustadt a/S. verlebten Schneidergef. Peter Schäfer sei zu veräußern und seien aus dem Erlöse die Leichenkosten zu bestreiten. — Vier Gesuche um Bewilligung von unverzinslichen Darleien als dem Stiftungszwecke zuwider nicht zu bewilligen. — Momentane Unterstützungen wurden an zwei Hilfsbedürftige, 19 fl. im Ganzen, in vier Raten bewilligt. Sieben weitere derartige Gesuche wurden abgewiesen. — Der vormalige Lohnkutscher Joh. Besold sei zur Aufnahme ins Bürgerspital vorzumerken; zwei weitere derartige Gesuche seien durch Beibringung der noch fehlenden Zeugnisse zu ergänzen. — Wegen der Unterbringung des 9jährigen Otto Reverdy in der hiesigen Knabenrettungsanstalt sei mit der Vorstandschaft in's Benehmen zu treten. — Für den Schuhmacherlehrling Joh. Gerstner sei ein anderer Lehrmeister zu ermitteln. — Wegen beantragter Lösung des Lehrvertrags des Landstreichers und Spenglerlehrlings Leonhard Beßler sei Requisition an das Direktorium der Knabenverwahrungsanstalt in Karlstadt zu richten. — Für den Tapezierlehrling Joh. Walter sei ein monatlicher Kostgeldbeitrag von 1 fl. 30 kr. zu bestimmen und hievon dem k. Stadtgerichte als requirirende Curatelbehörde Nachricht zu geben. — Für das Kind der Wäscherin Marie Vogentanz sei auf die Dauer der Strafschaft derselben ein täglicher Alimentationsbeitrag von 10 kr. zu leisten. — Das Machen des Armenholzes soll für die Zukunft zur allgemeinen Bewerbung öffentlich ausgeschrieben weren. — Der Regenschirmmacher und Anstaltsarbeiter Emil Bauweber sei wegen Gewohnheitsbettels und Herumstreunens dem Stadtmagistrate zur Anzeige zu bringen.

Digitized by Google

Vermischtes.

Ruhe im Gerichtssaale! donnerte kürzlich ein irischer Polizeirichter der geräuschvollen Zuhörerschaft zu, „das Gericht hat bereits vier Gefangene verurtheilt, ohne ein Wort der Zeugen verstanden zu haben."

Die „Wiener Abendpost" berichtet unterm 14. d.: „Im Melniker Krankenhause starb vor mehreren Tagen eine Bettlerin, welche ein Alter von 107 Jahren erreicht hatte und trotz des kummervollen Lebens, das sie stets führte, bis zu ihrem Ende frisch und munter war. Ihre Tochter ist bereits 80 Jahre alt."

Eine originelle Vorlesung. Das „Ungarische Fremdenblatt" lud, wie aus Pesth berichtet wird seine Abonnenten mittelst Placate ein, im Redoutensaale zu erscheinen, wo das Blatt vorgelesen werden sollte. Der Grund liegt in dem Strike der dortigen Setzer, wodurch keine Zeitung ausgegeben werden konnte.

Frankf. Coursbericht vom 22. Feb. 1870.

Staatspapiere.				Würtbg.	4½%	Obl.	91	bz
Preußen.	5%	Oblig.	— G		4	=	—	G
	4½	=	93⅜ bz		3½	=	82½	G
	4	=	82½ G	Baden.	4½%	Oblig.	92⅜	B
Frankfrt.	3½	=	81½ G		4	=	87½	B
Nassau.	4½	=	92½ G		3½	=	82⅜	G
	4	=	84⅜ bz	G. Hessen	5	=	102	B
Kurhess.	4	=	83½ B		4	=	92⅜	bz
Bayern.	5%	Oblig.	101⅛ B	Sachsen.	5	=	101⅜	G
	4½	1jhr. =	91⅜ G	Brschw.	3½	=	80⅛	B
	4½	½jhr. =	91½ bz	Oesterr.	4½	R.i.S.	57⅛	bz
	4	1jhr. =	86⅛ B		4½	R.i.P.	49⅛	G
	4	½jhr. =	86⅜ G		5	Ung. E.-A.	—	bz
	4	Abl.-R.	87 B	Nlermka.	6%	81b.64	97⅛	bz
	3½	Obl.	— G		5%	Bds 71r v. 61	96⅛	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88⅜	G
Amsterdam (100fl.)	100⅛	bz	London (10Pf.St.)	119⅜	bz
Augsburg (100fl)	99⅜	G	Paris (200 Fr.)	95	bz
Berlin (60thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	95⅜	bz
Bremen (50 thl.Geld)	97⅜	B	Disconto 4 pCt.		

Aktien.			5 öst. Staatsb. 500frc.	358⅜	bz
3%b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	4 pfälz.Ludwb.500fl	169⅜	G
Oest. Nat.-B.600fl.	698	bz	4½ Maxbahn500fl	106⅜	B
4½ „b.Ostbahn200fl.	120⅛	bz	4 Nordb. 500 fl.	86⅜	G
5 öst.Südb. 500 frc.	231½	bz	4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90½	B
bad. 35 fl.	59⅛	bz			
großh. hess. 25 fl.	46⅜	bz			
Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	—	G			
österr. 500 fl. v. 1860	78⅜	bz			

Zu beziehen durch alle Postämter u. Buchhandlungen:

Jährlich erscheinen 24 Nummern, je acht Quartseiten stark und sind dieselben durch alle Postämter und Buchhandlungen zu beziehen.

Blätter für Pferde-Zucht

und

Central-Organ für Hippologische Vereine, Gestütswesen, Pferdedressur, Händler ꝛc.

Abonnementspreis 2 Thlr. jährlich excl. Porto und Stempel. Inserationsgebühren für die gespaltene Zeile 2 Ngr.

Nr. 1 — Verlag von Oscar Leiner in Leipzig. — 1870.

Inhalt: An die Leser! — Der Einfluß der Gestüte zur Hebung der Pferdezucht. Von Ableitner, k. b. Regmts.-Vet.-Arzt. — Zur Frage: Ob bei der Vererbung der Thiere das meiste Gewicht auf die Reinheit des Blutes oder die individuellen Eigenschaften der Eltern zu legen sei. — Das bayerische Landgestüt. — Renn-Kalender. — Notizblätter. — Briefwechsel. — Anzeigen.

Die Blätter für Pferde-Zucht verfolgen keineswegs eine nur streng gelehrte Tendenz, sie sollen sowohl für den einfachen Landzüchter, als auch für jeden Pferde-Freund, Sportsman ꝛc. unterhaltend und belehrend zugleich sein; hauptsächlich werden sie aber auch auf dem gesammten hippologischem Gebiete wirken und die vaterländische Pferde-Zucht in jeder Hinsicht zu heben suchen.

Beiträge werden stets angenommen und sind zu richten an die

Buchhandlung von Oskar Leiner in Leipzig.

Für Dampfmaschinen.

Schauweckers patent. selbstthätiger Oeltropfapparot erzeugt 20—30 pCt. Reingewinn. Garantie.

Leistet jetzt eine Maschine bei einem gewissen Kohlenquantum z. B. 30 Pferdekraft, so leistet sie bei Anwendung dieses Apparates 36 Pferdekr. und der jährl. Reingewinn von kostenlosen 6 Pferden beläuft sich auf mindestens 1000 fl. Außerdem Beseitigung der Schieber- und Kolbenreparatur. — Bis jetzt abgesetzt 1200 Stück, wovon zwei Drittel durch Nachbestellung. — Allein zu beziehen bei F. Schauwecker, Werkmeister in Weiden.

Capitalien.

20000 fl. auch getheilt, sind auf mehre Jahre unaufkündbar,

10000 fl. Anuitäten, in Silber unter reellen Bedingungen auszuleihen.

Hypotheken und Kindergelder werden gekauft.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 46. Donnerstag, den 24. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet - Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

*/.

X.

(Spezielle Adreßdebatten in der K. der Abg.)

Welche Stellung nehmen nun die beiden Kammer nach den Auseinandersetzungen der Adreßdebatte zu den schwebenden Fragen? Welche Ziel u. Richtpunkte ihres Strebens haben sie bezüglich der äußern wie inneren Politik zu erkennen gegeben?

Beginnen wir mit der äußeren, der deutschen Frage, der brennendsten unter allen. War sie es doch, die bei den Wahlkämpfen im Mai und November die Scheidung der Geister bewirkte und bei den meisten Wahlen das entscheidende Moment bildete, so daß die jetzige Kammer in ihren Parteien wohl als der Ausdruck der verschiedenen Anschauungen in dieser Frage betrachtet werden kann.

Was nun die Fortschrittspartei, sonst auch nationalliberale Partei genannt, die eigentliche Partei des Eintritts in den Norddeutschen Bund betrifft, so wurde wohl nur von einigen Rednern derselben offen dieser Eintritt verlangt, so von Dr. Frankenburger und insbesondere von Professor Sörgel von Hof, welch' Letzterer namentlich durchaus keinen Grund für Bayern finden konnte, sich vor diesem Eintritte zu fürchten, im Gegentheil nur Glück, Heil und Wohlfahrt für Bayerns Volk daraus entsprießen sah. So rosenfarbig sprachen sich freilich die übrigen fortschrittlichen Redner nicht aus; wenn wir aber ihre Auseinandersetzungen beim Lichte betrachten und die Folgerungen ihrer Wünsche ziehen, so werden wir eben auch zu keinem andern Ergebnisse kommen, als zum Eintritte in den Norddeutschen Bund. Am beredtesten und klarsten möchte wohl die gemäßigte Anschauung der Fortschrittspartei in der Rede des Dr. M. Barth vom 8. Febr. ausgesprochen sein Die Grundgedanken derselben sind folgende: Die Thatsachen des Jahres 1866, nämlich die Vergrößerung Preußens in Folge seines Sieges müßten anerkannt werden, da sie nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten ohne blutigen und unter allen Umständen für uns verhängnißvollen Krieg; denn würde Preußen in demselben Sieger, so würde es uns aufspeisen, würde es besiegt, so wäre die Erneuerung des schmachvollen Rheinbundes gegeben. Die jetzige deutsche Großmacht Preußen bilde deßhalb den Kern, an welchen sich, wie bereits die nord- und mitteldeutschen, so auch die süddeutschen Staaten anschließen müßten. Dieser Anschluß müsse aber je eher je besser erfolgen; denn wir die günstige Zeit versäumten, so würde uns Preußen nach 5 Jahren, bei Ablauf des Zollvertrags, durch die Drohung, diesen zu kündigen, zwingen, bedingungslos in den Norddeutschen Bund einzutreten. Er wolle nicht, daß wir um die Aufnahme noch betteln müßten; deßhalb dürften wir jetzt die gebotene Hand nicht zurückweisen. Er wolle keinen unbedingten Eintritt, sondern es müßten solche Veränderungen an der Verfassung des Norddeutschen Bundes vorgenommen werden, daß wir mit Aufrechthaltung unserer Selbstständigkeit und mit Wahrung der Würde unserer Krone eintreten könnten. Preußen müsse in diesem Bunde Bayern eine andere Stellung gewähren, wie den anderen kleinen Staaten, sein Verhältniß zu Baiern müsse ein anderes sein als etwa zu Reuß Schleiz ꝛc. Verschiedene Hauptmängel der Bundesverfassung, wie die Beschränkung des Budgetrechtes, die Beiträge zur Kriegskassa, die Abänderung der Bundesverfassung durch zwei Drittel Majorität müßten entfernt werden. Gute Gesetze könnten wir gerne annehmen, wie schon bisher, andere nicht. Der Malzaufschlag müßte uns bewahrt bleiben ꝛc. Wenn wir mit anständigen Bedingungen Anerbietungen machten, würde es uns gerne aufnehmen. So Marquard Barth. Dieselben Gedanken finden wir auch bei den meisten anderen Fortschrittsrednern, so daß wir sie wohl als vorherrschende Anschauung der Partei aetrachten können.

Also Betonung der Nothwendigkeit des Eintritts und zwar des möglichst baldigen in den Norddeutschen Bund einerseits — Betonung der Nothwendigkeit der Erfüllung gewisser gewisser Bedingungen von Seite Preußens, wenn dieser Eintritt erfolgen sollte andrerseits. — Wenn nun aber, wie die patriotischen Redner mit Recht erwiderten und selbst Professor Edel zugestehen mußte, nach der dem Norddeutschen Bunde zu Grunde

Digitized by Google

liegenden Einrichtung, nach seiner bisherigen Entwicklung und nach den bisherigen Vorkommnissen gar nicht daran zu denken ist, daß Preußen irgend eine dieser von M. Barth bezeichneten Bedingungen erfülle, sondern keinen andern, als den unbedingten Eintritt zugestehe, was dann? Was wird die Fortschrittspartei dann anrathen? Wofür wird sie sich entscheiden, wenn sie nur die Wahl hat zwischen gar keinem oder nur bedingungslosen Eintritte? Wird sie sich entscheiden für den Nichteintritt, weil die gestellten Bedingungen nicht erfüllt wurden oder für den Eintritt. obgleich sie nicht erfüllt wurden? Der Hinblick auf die Haltung der Gesinnungsgenossen unserer Fortschrittler, der Nationalliberalen anderer deutschen Länder, gestattet keine Zweifel, daß die Entscheidung lauten wird: Wenn es nicht anders sein kann, auch Eintritt ohne alle Bedingungen. — Darum sagten wir, daß auch das gemäßigte Programm der Fortschrittspartei in der deutschen Frage zu demselben Ziele führen würde, als das des Prof. Sörgels, den deßhalb wohl mit Recht Dr. Jörg den einzigen praktischen Politiker der Gegenpartei nennen konnte. (Schluß folgt.)

Inland.

München, 22. Febr. Das Erträgniß der in der 10. Finanzperiode anfallenden Wehrgelder soll dem Kriegsministerium im Benehmen mit dem Ministerium des Innern zur Benützung für Kapitulationsvergütungen in der aktiven Armee und in der Gendarmerie zur Verfügung gestellt werden. — Die Jahresrente der kgl. Bank in Nürnberg soll derselben zur Verstärkung ihrer Fonds auch in 10. Finanzperiode belassen werden.

Abgeordnetenkammer. München, 23. Febr. In der Abgeordneten-Kammer haben Dr. Völk und Genossen einen Antrag auf Beschleunigung des Geschäftsgangs, resp. Aenderung der Geschäftsordnung eingebracht. Sie wünschen namentlich, daß die Eröffnung des Landtags sofort beim Zusammentritt desselben, nicht erst nach der Wahl des Bureau's stattfinde, daß die unklaren Bestimmungen über die Wahlprüfung ergänzt und bestimmter gefaßt, daß insbesondere die beanstandeten Mitglieder künftig nicht suspendirt werden, sondern Siz und Stimme im Haus haben sollen, bis über die Giltigkeit ihrer Wahl definitiv entschieden ist, das ferner die (nicht sehr) zeitraubende Vorprüfung aller Anträge durch den 6. Ausschuß wegfalle, daß der Präsident Tag und Stunde der Sitzungen, sowie die Tagesordnung nicht allein festsetze, sondern dem Haus dabei eine entsprechende Mitwirkung eingeräumt werde.

Nach dem den beiden Kammern vorgelegten Entwurfe des Finanzgesetzes der 10. Finanzperiode wurde der Voranschlag der Staats-Ausgaben festgesetzt auf 93'075,959 fl. im Ganzen; hievon kommen auf die Erhebung, Verwaltung und Betrieb 33,046,245 fl. (u. z. Allgem. rentamtl. Verwaltung 845010, Direkte Staatsauflagen, als Tax-, Stempel-, Aufschlags- u. Zollgefälle 2,974412 fl, Staatsanstalten [Bergwerke 1,552502, Eisenbahnen 15,889370, Postverwaltung 3,100633, Telegr. 330,420 Ludwigscanal 206,906, Salinen 1,134590, Bodenseedampfschifffahrt 245161, Gesetz- u. Reg.-Blatt 20359] 22,179941 fl.; Staats-Domänen [Forst- 2c. Gefälle 5,869471, Oekonomien und Gewerbe 435710, Grundgefälle 88300, Aktiv-Capitalzinsen-Einnahme 75], 6,393,556 fl.; besondere Abgaben 4071, übrige Einnahmen 11680 fl., Einnahmen für Zwecke des allgemeinen Unterstützungsvereins für die Hinterlassenen der bay. Staatsdiener u. der Töchtercassa 2000 fl.). auf die Staatsausgaben treffen 60 029714 fl. (u. z. Etat des kgl. Hauses u. Hofes 3,159089 fl. Etat des Staatsrath 84772 fl, Landtagsversammlung u. Landtagsarchiv 179440 fl, Staatsmin. des k. Hauses u. d. Aeußern 481423 fl, Staatsmin. d. Justiz [allgem. Etat 4,061769, Ausübung der Strafrechtspflege 750000, Strafanstalten 798000, Landbauausgaben 310000, Durchführung der neuen Civilprozeßordnung 225000] 6 144769 fl, Staatsmin. d. Innern [u. and. Gesundheit 296839, Wohlthätigkeit 407025, Sicherheit 1,814708, Leistung des Aerars an Gemeinden 92898] 49,023000 fl, Cultusminist. [u. a. Erziehung u. Bildung 1,644000, Kathol. Cultus 1,380,963, Protest. Cultus 573085, Zuschüsse für die deutschen u. isol. Lateinsch. 699689] 5,159275 fl, Staatsminist. d. Finanzen 950677 fl, Staatsminist. d. Handels und der öffentl. Arbeiten [u. a. Industrie und Cultur 652229, Straßen-, Brücken- u. Wasserbau 3,032,604], 3,395408 fl; Militär-Etat: Stehendes Heer u. Landw. 13,726077, Topogr. Büreau 58500, Invaliden-, dann Wittwen- und Waisen-Fond 126931, Pensionen 1,432500, Garnisons-Compagnien 76185, Festungsdotationen 279807], 15,700000 fl; Pensionen der Wittwen u. Waisen der Staatsdiener 815,000, Reichsreservefond 1,437,674 fl.

Die A. Postztg. schreibt, daß der Verfasser der offiziösen Artikel in der A. Ztg. gegen die Prinzen, Hr. Dr. Carl Spruner von Mertz, nebenbei auch General-Adjutant Sr. Maj. des Königs sei. Diese Artikel riefen bekanntlich Entgegnungen hervor, welche der Art waren, daß die Spruner'schen Behauptungen vollständig auf den Sand gesetzt wurden. Als der Verfasser der Entgegnungen neuen, der Verfassung und den Staatsgesetzen Hohn sprechenden Aufstellungen die Wahrheit entgegenhalten wollte, erhielt er von der Redaktion der Allg. Ztg. den Bescheid, diese Erwiderung dürfe nicht aufgenommen werden, da Se. M. der König habe wissen lassen, er wünsche, daß über diesen Gegenstand Nichts mehr geschrieben werde.

Nach einer Mittheilung des Gerichtsassessors Dr. Runge in Breslau an die Nat.-Zeitung ist die Nachricht der Voss. Z., daß in Breslau die beiden

Digitized by Google

jüdischen Assessoren Runge und Löwenfeld zu Kreisrichtern ernannt worden seien, vollständig unbegründet. (Mit der Ernennung in Beuthen wird es da wohl eben so sein.)

Ausland.

Paris, 22. Febr. (Gesetzgebender Körper.) Daru verwahrt sich gegen die Anklagen, daß das Ministerium die Unruhen hervorgerufen habe. Frankreich befinde sich nicht mehr unter der Dictatur, das freie Land verlange aber Ordnung zugleich mit der Freiheit und verabscheue die Ausschreitungen. Daru wiederholt: das Staatsoberhaupt schließe sich aus eigenem Antriebe den Wünschen der Bevölkerung an, und sei mehr und mehr entschlossen die Freiheit zu begründen. Daru versichert nochmals die genaue Uebereinstimmung des Cabinets unter sich und mit der Kammer: „Wir wollen im Innern wie nach Außen den bürgerlichen Frieden und die wahre Freiheit. Wenn zwischen dem Ministerium und der Kammer eine Spaltung bestünde, so würden wir das Staatsoberhaupt um eine aus seiner Prärogative hervorgehende freie Willensäußerung angehen, aber dieser Fall eines Zwiespalts ist nicht wahrscheinlich." Die Erklärung Daru's brachte großen Eindruck hervor. Folgende motivirte Tagesordnung wird angenommen: Angesichts so bestimmter und loyaler Erklärungen des Ministeriums, welche Frankreich die Ordnung und die Freiheit zusichern, geht die Kammer vertrauensvoll zur Tagesordnung über. Jules Favre drückt seine Genugthuung über die Worte Daru's und das ungewohnte Schauspiel aus, ein Ministerium zu sehen, welches, auf die Ueberlieferungen der Vergangenheit verzichtend, die Freiheit wiederverlangt. Er müsse indeß immer noch aufrecht erhalten: Wir haben eine persönliche Regierung. Schließlich wird die Tagesordnung des linken und rechten Centrums mit 230 gegen 18 Stimmen angenommen.

Don Carlos ist auf der Reise nach Spanien in Lyon angehalten und aufgefordert worden sich nach Departement du Nord zu begeben; er zog jedoch die Reise in die Schweiz vor.

Aus der Stadt und Provinz.

Die Verpachtung des 2. Theils der Wiese bei Gundelsheim um jährl. 32 fl. sei zu genehmigen, — Der Fabrikheizerssohn Moriz sei Behufs Vornahme einer Fußoperation ins Krankenhaus gegen ermäßigte Verpflegungstaxe aufzunehmen. — Für die Herstellung der Kanäle in der langen Gasse und im untern Sand, wofür die Mittel nachgewiesen sind, sei die Zustimmung der HH. Gemeindebevollmächtigten zu erholen. — Die für die hiesige Theaterdirection eingelaufenen Bewerbungsgesuche seien dem Theaterkomite zur Erstattung gutachtlicher Vorschläge zu unterbreiten. — Für den erkrankten Thurmwächter Joh. Eck sei dessen Bruder Andreas aushilfsweise zu verwenden, — Das Gehaltsregulativ der hiesigen Volksschullehrer sei dem Stadtmagistrate Erlangen auf gestelltes Ansuchen mitzutheilen. — Die Ausgabenverzeichnisse für das Waisenhaus, die Muß'sche Dienstboten-Versorgungsanstalt und das Haus der Unheilbaren pro Dezember 1869 wurden zur ausgablichen Verrechnung festgesetzt. — Der Anfall an Gebühren für Sandfuhren vom Galgenberge pro 1869 zu 40 kr. sei durch die Stadtkämmerei zu vereinnahmen. — In Einnahme seien für die Muß'sche Stiftung 9 fl. 30 kr. unständiger Anfall zu verrechnen. — Die vom Stadtpfarramte St. Gangolph in Vorlage gebrachten 6 Rechnungen mit Belegen pro 1869 seien zur Einsicht aufzulegen und dann der k. Regierung berichtlich vorzulegen. — Verehelichungszeugnisse wurden ausgestellt für die HH. Kaufmann Salomon Gütermann (Heim.-Geb. 48 fl.) Eisenhändler Edmund Stenger (bereits Bürger), Conditor Aug. Bachmaier (bereits Bürger), Kanzleigehilfe Franz Pfretzschner (Heim.-Geb. 36 fl.), Schlossergef. Joh. Baumgärtner (Heim.-Geb. 36 fl.) — Ein k. Regierungs-Ausschreiben im Betreffe der Errichtung einer protest. Präparandinen-Anstalt und eines protest. Lehrerinen-Siminars soll im Amtsblatte zur weiteren Kenntniß gebracht werden. — Dem H. Jak. Kilgus von Freudenstadt sei der Aufenthalt und der Ankauf von Landesprodukten dahier zu gestatten; dem Metzgermstr. H. Lassall sei der Ankauf von Fleisch für eine auswärtige Handlung sei zu bewilligen. — Die Vorschläge der Vorberathungscommission im Betreffe der ortspolizeilichen Vorschriften wegen des Häuseranstrichs wurden gutgeheißen und den HH. Gemeindebevollmächtigten zur zustimmenden Erklärung übermittelt. — In Folge Antrags des H. Stadtthierarztes Feßler sei dem Zuchtstierhalter Andr. Schmitt die Anschaffung eines vollkommenen brauchbaren Zuchtstiers aufzutragen und die Benützung desselben für von auswärts beigeführte Kühe zu untersagen; dem Herrn Karl Hornung sei die Anschaffung eines 2. tauglichen Zuchtstiers binnen 14 Tagen ernstlich aufzugeben. — Gegen die Gründung eines Arbeiter-Sterbkassa- und Unterstützungs-Vereins für das hiesige Oberamt sei nichts zu erinnern und Eintrag im Verzeichnisse der nicht politischen Vereine zu machen. — Wegen der noch nicht erhobenen Einquartierungs-Gelder sei ein wiederholter achttägiger Termin Behufs Erhebung auszuschreiben, nach dessen Umfluß die noch unerhobenen Gelder zur Hälfe der Armenkasse und zur Hälfte der freiwilligen Feuerwehr-Unterstützungskasse überwiesen werden soll. — Dem k. Bez.-Amte Bamberg II. seien auf gestellte Requisition die jüngst gepflogenen Verhandlungen und Augenscheinsvornahmen über die Wasserstauungen in der Winterhalle zur Einsicht zu übersenden. — Dem Gärtner H. Lautenbacher sei die Benützung eines Communalplätzchens auf die Dauer von 6 Wochen gegen einen Abtrag von 1 fl. zu gestatten. — Das Aufenthaltsgesuch der aus der Stadt verwiesenen Dienstmagd Maria Wolf von St. Georgen sei abzuweisen. — Auf gestellten Antrag der H. Gärtner

Digitized by Google

Schober und Ochs wegen nachtheiligen Betretens ihrer Wiesen durch Militär sei der k. Stadtkommandantschaft Mittheilung um Abhilfe zu machen. Dem Landstreicher Friedrich Meth von Sassanfahrt sei die Stadt auf die Dauer von 2 Jahren zu verweisen. — Die Gründung eines geselligen Vereins unter dem Titel: „Erheiterung" unter den Kanzleigehilfen des hiesigen Oberamtes sei nicht zu beanstanden und Vormerkung im Verzeichniß der nicht politischen Vereine zu machen.

Vermischtes.

Eine junge Frau in Berlin machte ihr Mittagsschläfchen und wachte nicht wieder auf, sie war durch Kohlendampf vergiftet. Alle Belebungsmittel versagten. Da spritzte Dr. Martin das aus dem Arme eines Schwagers der Frau entnommene gesunde Blut in die Adern der Vergifteten und hatte die Freude zu sehen, daß die Dame wieder zum Leben kam und gerettet wurde.

In Landau (Pfalz) war der merkwürdige Fall eingetreten, daß vom 6. bis 10. Febr. von einer Bevölkerung von 140,000 Seelen kein einziger Mensch im Bezirksgefängniß saß.

In Cork läßt sich gegenwärtig ein 19jähriger Jüngling aus Mayo sehen, der bei einer Größe von fast 7 Fuß ein Gewicht von 518 Pfund hat.

Frankf. Coursbericht vom 22. Feb. 1870.

Staatspapiere.				Würtbg.	4½% Obl.	91	bz
Preußen.	5% Oblig.	—	G		4 =	—	G
	4½ =	93⅜	bz		3½ =	82½	G
	4 =	82½	G	Baden.	4½ =	92⅜	P
Frankfrt.	3½ =	81½	G		4 =	87⅛	P
Nassau.	4½ =	92½	G		3½ =	82½	G
	4 =	84⅜	bz	G. Hessen	5 =	102	P
Kurhess.	4 =	83½	P		4 =	92⅞	bz
Bayern.	5% Oblig.	101⅛	P	Sachsen.	5 =	101⅜	G
	4½ 1jhr. =	91⅞	G	Brschw.	3½ =	80⅞	P
	4½ ½jhr. =	91⅞	bz	Oesterr.	4⅕ R.i.S.	57⅛	bz
	4 1jhr. =	86½	P		4⅕ R.i.P.	49⅛	G
	4 ½jhr =	86½	G		5 Ung. E.-A.	—	bz
	4 Abl.-R.	87	P	Amerika.	6% pr. 1882	97⅛	bz
	3½ Obl.	—	G		6% pr. 1885	93⅛	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B. 100)	88⅜	G
Amsterdam (100fl.)	100⅛	bz	London (10Pf.St.)	119⅛	bz
Augsburg (100fl)	99⅜	G	Paris (200 Fr.)	95	bz
Berlin (60thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	95⅞	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅜	P	Disconto 4 pCt.		

Aktien.			5 öst. Staatsb. 500frc.	358⅜	bz
3½% b. H. u. W.-B. 500fl.	—	G	4 pfälz. Ludwb. 500fl	169⅛	G
Oest. Nat.-B. 600fl.	698	bz	4½ Maxbahn 500fl	106⅜	P
4½% b. Ostbahn 200fl.	120⅛	bz	4 Nordb. 500 fl.	86⅜	G
5 öst. Südb. 500 frc.	231½	bz	4 H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90⅛	P

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	59⅛	bz
3½% preuß. 100thlr.	—	bz	großh. hess. 25 fl.	46⅞	bz
kurhess. 40 thlr.	57⅛	G	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	—	G
bayr. 100 thlr.	106⅞	bz	österr. 500 fl. v. 1860	78⅛	bz

Neue Glockenhängung.

Das ganze Hängewerk bewegt sich jetzt so leicht und regelmäßig, daß der Thurm nicht im mindesten bewegt wird; auch kann mit leichter Mühe jede Glocke von einem Mann geläutet werden, wogegen früher bei der großen Glocke vier Mann und bei der kleinen zwei Mann gebraucht wurden. Der Ton ist bei beiden weicher als früher. Hauptsächlich bei der großen Glocke hat der Ton einen sehr schönen Nachhall. Wir können daher nicht unterlaßen für die gute Ausführung der Hängeapparate Ihnen, Herr Kreisbaumeister, unsern innigsten Dank abzustatten.

Müggenhahe bei Danzig, 2. Juni 1869. Hochachtungsvoll
M. G. Claaßen, in Vertretg. d. Kirchenkollegiums.

Prospect, Zeichnung, Atteste werden franco eingesandt, auch die von den Interessenten selbst leicht anzubringenden Hängeapparate geliefert durch Vermittlung des Patentinhabers

Ritter Königl. Kreisbaumeister zu Trier.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück 35 kr.

1	Gewinn zu		14000	fl.
1	do		7000	fl.
1	do		3000	fl.
1	do		1756	fl.
2	do zu	875 fl. — kr.	1750	fl.
10	do zu	180 fl. — kr.	1800	fl.
20	do zu	87 fl. 30 kr.	1750	fl.
30	do zu	52 fl. 30 kr.	1575	fl.
100	do zu	35 fl. — kr.	3500	fl.
200	do zu	17 fl. 30 kr.	3500	fl.
500	do zu	7 fl. — kr.	3500	fl.
934	do zu	3 fl. 30 kr.	3269	fl.
13200	do zu	1 fl. 45 kr.	23000	fl.
15000	Gewinne.		70100	fl.

Ziehung am 1. März 1870.

Steurer und Held,

Nürnberg, Heugäßchen,

empfehlen alle Arten von **Kirchengegenständen** in schöner und solider Arbeit. Photographien werden auf Wunsch mit Vergnügen eingeschickt, „Reparaturen" ebenfalls auf das Prompteste ausgeführt.

Bestellungen auf **Communion-Bilder** in mehr als 40 Sorten von 1 kr. an bis 30 kr. das Stück nimmt entgegen

Otto Reindl.

Grundbesitzungen

jeder Art übernimmt fortwährend zum Kauf u. Verkauf ꝛc. der Güteragent

Kühn in Apolda.

Epileptische Krämpfe

(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 47. Freitag, den 25. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

/. XI.

(Spezielle Adreßdebatten in der K. der Abg.)

Wie auf fortschrittlicher, so gab es auch auf patriotischer Seite Meinungsschattirungen in der deutschen Frage, freilich mit dem großen Unterschiede, daß auf jener Seite die Neigung zum Eintritte, auf dieser hingegen die Abneigung gegen den Eintritt bald mehr bald weniger scharf betont wurde.

Der erste grundsätzliche Unterschied in der deutschen Frage zwischen der Anschauung der patriotischen und der Fortschrittspartei zeigte sich darin, daß während letztere wohl halb und halb den Krieg von 1866 als preußische Gewaltthat verwirft, die Folgen desselben aber anerkennt, die patriotische Partei nicht nur den Krieg, sondern auch seine Folgen, die Vergrößerung Preußens, die Bildung des Norddeutschen Bundes verwirft, und schon deßhalb von einer Verbindung mit demselben nichts wissen will.

Ferner wird auf patriotischer Seit: besonders betont, daß, wie auch die Thronrede bestimmt es ausspricht, nur auf Grund der Gleichberechtigung aller deutschen Stämme und unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit, als durch einen Bundesstaat mit Einschluß Deutschösterreichs eine Wiedervereinigung Deutschlands erstrebt werden dürfe und könne.

Deßhalb könne Bayern weder jetzt noch später in den Norddeutschen Bund eintreten, da er das gerade Gegentheil vom erstrebten Bundesstaate sei und diese seine gegentheiliche Natur auch niemals, ohne selbst aufzuhören, ändern könne. Es könne deßhalb Bayern gegenwärtig nur zuwarten, bis die Ereignisse die Möglichkeit zur Bildung des allgemeinen deutschen Bundesstaates bieten würden. Bis dahin müsse man sich darauf beschränken, freundschaftliche Beziehungen mit dem Norden zu unterhalten. Jede weitere Verbindung mit Preußen oder dem Norddeutschen Bunde werde nur die Selbstständigkeit Bayerns und seiner Krone schädigen und nicht dem deutschen Vaterlande, sondern nur Preußen zu Gute kommen.*)

Der Grundunterschied beider Parteien besteht demnach kurz darin, daß die Fortschrittspartei mehr die nationale Einigung betont, und dieser, wenn nöthig, auch die Selbstständigkeit Baierns zum Opfer bringt, während die patriotische mehr Gewicht auf die Selbstständigkeit Baierns legt, und lieber auf die nationale Einigung verzichtet, als die Selbstständigkeit opfert. Und mit vollem Rechte! Denn ganz abgesehen davon, daß wir erst Bayern und dann erst Deutsche sind und nicht umgekehrt, so hieße das Eintreten in den Norddeutschen Bund, diesen strammen preußischen Militärstaat, nichts Anderes, als die letzte Art an des bayerischen Volkes Freiheit und Wohlfahrt legen.

Die so verschiedene Anschauung der Parteien bezüglich der zu erstrebenden Vereinigung Deutschlands mußte dieselben auch die zwischen Baiern und Preußen noch bestehenden Verträge, nämlich der Zoll- und Handelsvertrag und das Schutz- und Trutzbündniß mit ganz verschiedenen Augen anschauen lassen. Da nämlich die Fortschrittspartei in diesen Verträgen das einzige Mittel erkennt, wodurch Anknüpfungspunkte für die so sehr ersehnte Verbindung mit dem Norden noch möglich sind, schätzt sie dieselben über Alles und kann nur dafür sein, ihre Befugnisse dieser möglichst zu erweitern, um damit auch die Anknüpfungspunkte mit dem Norden zu vermehren. Die patr. Partei dagegen, obwohl sie ausdrücklich erklärt, daß sie die einmal geschlossenen Verträge halten wolle, kann doch nicht umhin, dieselben mit Mißtrauen zu betrachten, weil sie immer fürchten muß, daß Preußen als der weit mächtigere Theil diese Verträge mehr zu seinem Vortheile und damit zu unserem Nachtheile auslegen möge. Daher auch der Ausdruck des Mißtrauens, der bezüglich der Deutung dieser Verträge von den Patrioten in die Adresse aufgenommen wurde und der gegenüber den Auslassungen maßgebender preußischer Blätter, wie der Nordd. Allg., der Kreuzzeitung, der Militärischen Blätter, mehr als gerechtfertigt erscheint.

*) Interessant ist übrigens, daß eine kürzlich erschienene Broschüre von Constantin Frantz mit Geschick nachweist, daß der Norddeutsche Bund nicht nur den kleinen deutschen Staaten, sondern Preußen selbst verderblich sei, indem derselbe zuletzt zur deutschen Revolution und Zerschlagung Preußens führen müsse.

Daß den Patrioten bei ihrer festen Entschlossenheit, nicht in den Nordd. Bund einzutreten und Alles zu vermeiden, was diesen Eintritt anbahnen könnte, die Politik des Fürsten Hohenlohe, die bis zum letzten Augenblicke, bis zu seinen Erklärungen in der Adreßdebatte, den Charakter des Schwankens der Unsicherheit und der Widersprüche zeigte, nicht genügen konnte, war natürlich, daher der Ausdruck des Mißtrauens von Seite der patr. Mehrheit auch gegen den Fürsten, wodurch derselbe endlich zur Niederlegung seines Amtes bewogen wurde. Daß auch dieses Mißtrauen gegen die Politik des Fürsten Hohenlohe ganz berechtigt war, das zeigt nicht nur der Eifer, mit welchem unsere Fortschrittspartei sich einstimmig um ihn annahm, sondern noch mehr der sehr verständliche Wink, den der König von Preußen in der Thronrede, womit er den norddeutschen Reichstag eröffnete, zur Unterstützung des H. Ministers Hohenlohe und seines Anhangs und zur Einschüchterung der Patrioten nach München ergehen ließ, sowie die in allen nationalliberalen Blättern Preußens losgebrochene Wuth gegen die baierisch-patriotische Partei, eine Wuth, die sich nicht nur in den schmählichsten Beschimpfungen, sondern selbst in den stärksten Drohungen ergeht. Zum Glücke lassen die baierischen Patrioten sich weder durch die Winke des preußischen Königs, noch durch die Schimpferein und Drohungen der preußischen Blätter beirren.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 24. Febr.

Der 6. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat den Stauffenberg'schen Antrag auf Aenderung des Vereinsgesetzes, den Völk'schen Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung des Landtags, den Schleich'schen Antrag auf Abänderung einiger Punkte des Polizeistrafgesetzbuchs, den Antrag der Notariatskammer von Schwaben u. Neuburg in Betreff des Vollzugs des Notariatsgesetzes, ferner die Petitionen des bayr. Volksschullehrervereins, der kth. Kirchenverwaltung Gunzenhausen, der Stadtgemeinde Amberg, der früheren Arbeiter bei der aufgelösten Saline Kissingen, der Gemeindeverwaltung Münchenerau, des Bierbrauereibesitzers Wäßle bei Kempten und der Posterpeditoren in Unterfranken für formell und materiell zuläßig erklärt und die Ueberweisung an den betreffenden Fachausschuß, beziehungsweise die empfehlende Hinübergabe an das k. Staatsministerium vorgeschlagen.

Der bayerische Volksschullehrerverein hat in Betreff der Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer an den deutschen Schulen Bayerns eine Vorstellung an die Kammer der Abgeordneten eingereicht, welche der Abgeordnete Lehrer Sittig von Bayreuth sich angeeignet hat und welche mit einer Modifikation des Letzteren also lautet: „Es sei eine Ergänzung des Schuldotationsgesetzes v. Jahre 1861 in der Weise vorzunehmen, daß der Anfangsgehalt A der definitiven Lehrer in der 1. Klasse und in Orten bis zu 500 Einwohner auf 500 fl. und 50 fl. Wohnungsentschädigung, 2. Klasse und in Orten bis zu 2500 Einwohnern auf 550 fl und 50 fl. Wohnungsentschädigung, 3. Klasse und in Orten bis zu 10,000 Einwohnern auf 600 fl. und 75 fl. Wohnungsentschädigung, und in der 4. Klasse und in Orten von über 10,000 Einwohner auf 650 fl. und 100 fl. Wohnungsentschädigung festgestellt werde. — Der Meßnerdienst sei vom Schuldienst zu trennen, eventuell die Bezüge aus niedern Kirchendiensten seien in den Congrualgehalt nicht einzurechnen. Zugleich seien aus Staatsmitteln Alterszulagen im Maximalbetrage von 250 fl. und zwar in Quinquennien zu 50 fl. zu bewilligen. Die Berechnung der Alterszulagen beginne 10 Jahre nach dem Austritte aus dem Seminare. B. Für die Schulverweser sei ein Gehalt festzustellen in 1. Klasse zu 300 fl. u. 25 fl. Wohnungsentschädigung, 2. Klasse zu 325 fl. und 25 fl. Wohnungsentschädigung, 3. Klasse zu 350 fl. und 38 fl. Wohnungsentschädigung, 4. Klasse zu 375 fl. und 50 fl. Wohnungsentschädigung, und ebenso aus Centralfonds fünf Quinquennial-Alterszulagen von je 25 fl. C. Für die Schulgehilfen werde ein Gehalt ausgeworfen in 1. u. 2. Kl. von jährlich 250 fl. und in 3. u. 4. Kl. von jährl. 300 fl. Zugleich sei denselben ein von der Schulgemeinde zu beschaffendes heizbares Zimmer anzuweisen. D. Der Mindestbetrag eines pensionirten Lehrers gehe nicht unter 450 fl. jährlich herab. E. Außer den Bezügen aus den bestehenden Kreiswittwenkassen seien aus Staatskassen noch zu verabreichen: für eine Lehrerswittwe jährlich 60 fl., für eine einfache Waise 15 fl. und für eine Doppelwaise 20 fl.

Bei der heute vorgenommenen Abgeordneten-Neuwahl in München wurden 416 Stimmen abgegeben; die absolute Majorität war demnach 209. Zu Abgeordneten wurden gewählt: Appellationsgerichtsrath Heinrich Dürrschmidt, Administrator Adolph Hocheder, Advokat Kühlmann u. Staatsanwalt Karl Wülfert mit je 239 Stimmen, Stadtrichter Kastner mit 238, Verleger Julius Knorr und Juwelier Karl Thomaß mit je 237 Stimmen. Weitere Stimmen haben erhalten: Rechtskundiger Magistratsrath Ruppert 178, k. Advokat Simmerl, k. Staatsrath von Neumayer, k. Appellationsgerichtsdirektor Seidlmaier, Gutsbesitzer Schropp, Oekonom Mathias Mayer je 177 und der k. Universitätsprofessor Dr. Fraas 176, Generaldirektionsrats Schamberger 3 und Oekonom Filser 1 Stimme. Die Wahl der Ersatzmänner begann um halb 5 Uhr, als Endtermin zur Abgabe der Stimmzettel wurde 6 Uhr bestimmt, das Wahlresultat wird um 9 Uhr verkündet werden.

Münchener Correspondenten berichten, Fürst v. Hohenlohe begebe sich mit einem 2monatl. Urlaub auf Reisen. Sie warnen, diesen Urlaub als Zeichen

einer bevorstehenden Entlassung des Fürsten anzusehen; viel wahrscheinlicher habe derselbe als eine Vertagung der Entlassungsfrage zu gelten.

Unter den Minister-Kandidaten, welche z. B. an Stelle Hohenlohe's von der patriotischen Partei in Aussicht genommen worden sind, befindet sich auch der derzeitige Gesandte in Stuttgart Baron Gasser. Zuverlässigen Nachrichten zufolge ist derselbe den Parteiführern durch Moriz Mohl, den bekannten Führer der Demokraten in Würtemberg, empfohlen worden. Da liegt es freilich nahe, einen Schluß auf die Verbindung der patriotischen mit der demokratischen Partei, ja sogar auf die Gemeinsamkeit ihrer letzten Zielpunkte zu ziehen! (So schreibt die A. Abdz.)

Die Urwahl in Jettingen, von deren Ausfall das Ergebniß der Abgeordnetenwahl in Günzburg abhängen wird, ist auf den 26. Februar anberaumt.

München, 23. Febr. Die Wahlmänner der Mittelpartei haben diesen Nachmittag ihre zwei Kandidaten für die Wahl der Ersatzmänner bestimmt und zwar Hrn. Hofrath und Advokaten Dr. Henle als ersten und Herrn Regierungsrath und Gutsbesitzer Grafen Rambaldi, früheres Mitglied der Kammer der Abgeordneten, als zweiten Ersatzmann. — Im Befinden des Hrn. Professors v. Pözl ist einige Besserung eingetreten. — Der Gesetzentwurf bezüglich der Taxen und Stempel umfaßt 191 Artikel; außerdem ist demselben ein überaus umfassender Tarentarif beigegeben. Die Taxen sollen zum Theil so hoch gegriffen sein, daß an die Zustimmung der Kammern ohne sehr bedeutende Modifikationen kaum zu denken sein dürfte. — Der Landtag wird nächster Tage, da die verfassungsmäßige 2monatliche Frist abläuft, auf weitere zwei Monate verlängert werden.

Berlin, 23. Februar. Die preußische Oberrechnungskammer wird bis 1872 Rechnungshof für den Norddeutschen Bund bleiben, damit die preußische Rechnungsverwalrnng vorher ihre Reorganisation erhalte.

Berlin, 23. Febr. Die „Kreuzztg." bringt eine Mittheilung aus St. Petersburg, wonach der Chef der chinesischen Gesandtschaft, Hr. Burlingame, heute dort gestorben sein soll. — Die Nationalliberalen haben für die dritte Lesung des Vertrags mit Baden wegen gegenseitiger Rechtshülfe folgende Resolution beschlossen: der Reichstag erkennt die nationalen Bestrebungen des Volks und der Regierung an, und betrachtet als Ziel dieses Strebens den möglichst ungesäumten Anschluß an den Norddeutschen Bund.

Sternberg, 21. Febr. Der Mecklenburger Landtag hat in der Steuerangelegenheit die Vorschläge der Regierung verworfen und die Vorschläge der Commission angenommen. Hienach wird eine außerordentliche Hufensteuer eingeführt, wonach 35 Thlr. Steuer von jeder ritterschaftlichen Hufe zu entrichten sind. Die Gesammtsumme wird kommissarisch auf die ritterschaftlichen Aemter vertheilt und in jedem Amte wiederum auf die verschiedenen Güter. Die geforderte Pachtsteuer, 1⅓ Procent der Pachtsumme, sowie die Wohnhaussteuer werden abgelehnt.

Ausland.

Paris, 23. Febr. Man versichert der Kriegsminister habe dem Staatsrath einen Gesetzentwurf überreicht, worin das Contingent für 1871 auf 90,000 anstatt auf 100,000 Mann festgestellt ist.

Aus Rußland, 19. Febr. Die Cholera gewinnt trotz der strengen Winterkälte im Innero Rußlands eine weitere Verbreitung und ist nach den letzten Nachrichten bereits bis zum Gouvernement Tula vorgedrungen.

Vermischtes.

Wie die „Ldsh. Z." meldet, ist das jüngste Kind des vor etlichen Wochen zu Landshut an der Wasserscheu verstorbenen Bezirksgerichtorathes Thomas Maier nun auch an der gleichen Krankheit verschieden.

Bei der Insel Schütt brach ein Zigeuner bis an den Hals im Eise ein; man warf ihm eine Schlinge um den Hals und zog ihn heraus. Er war vom Ertrinken gerettet, aber — erdrosselt.

(Schießversuche.) Dem „Daily Telegr." zufolge hat sich bei einem vorigen Monat auf Malta angestellten Schießversuche das preußische Zündnadelgewehr bereits als „überwundenen Standpunkt" dargethan. Sechs Mann nämlich von der preußischen Fregatte Arcona schossen gegen sechs vom englischen Kriegsschiff Lord Warden. Das Schießen dauerte 2 Minuten, und während dieser Zeit feuerten die Engländer zusammen 77mal und die Preußen nur 58mal. Die Engländer trafen die Scheibe 45, die Preußen nur 19mal und hiervon trafen auf ersterer Seite 22 und auf letzterer 7 Schuß in's Schwarze. „Das Zündnadelgewehe," so fügt das genannte Blatt hinzu, „hat demnach klar ausgespielt, und doch ist die Sniderbüchse, welche den Sieg davongetragen hat, eingestandenermaßen nur eine provisorische Waffe."

(Eine zeitgemäße Industrie.) Das im letzten dalmatinischen Feldzuge den Bocchesen nachgesagte „Ohrenabschneiden" hat einem in Wien friedlich vazirenden Fechtbruder Veranlassung zu einem drastischen Mittel gegeben, durch welches er das Mitleid und die Wohlthätigkeit der Bewohner, an deren Thüren er ansprach, zu erhöhen suchte. Er wies nämlich ein Fläschchen vor, in welchem sich ein paar menschliche Ohren in Spiritus befanden. Der Betreffende behauptete, die Ohren seien ihm in den Bocche di Cattaro abgeschnitten worden. Als jedoch ein Doktor der Medizin ihm eine ansehnliche Gabe unter der Bedingung versprach, er möge ihn die Stelle, wo die Ohren gestanden hatten und die der Mann mit einem schwarzen Tuche verbunden hatte, näher untersuchen lassen, ergriff der Bett-

Digitized by Google

ler eine günstige Gelegenheit um davon zu eilen. Es scheint sonach, daß die Ohren nicht — seine eigenen gewesen sind.

London. Ein Ehescheidungs-Proceß, dessen Einzelheit die tiefste Sensation im Publikum hervorrufen, wird seit einigen Tagen im hiesigen Gerichtshof für Ehescheidungen verhandelt. Die Sachlage ist in Kurzem folgende: Sir Charles Mordaunt, Baronet einer der ältesten Familien der Gentry angehörig, klagt auf Scheidung wegen Ehebruchs gegen seine Gattin und zwei aus der unbenannten Zahl ihrer Verführer, einen Viscount Cola und einen Baronet Sir W. Johnstone. Die Verklagte läßt ihren Anwalt „Wahnsinn" als Entschuldigung plaidiren, eine Behauptung, welche die Partei des Klägers lediglich als Ausflucht bezeichnet. Gerüchte, daß eine sehr hohe Persönlichkeit zu den übrigen nicht mitverklagten Verehrern der Dame gehört, gewannen schon durch die Verhandlungen der ersten Tage an Anhalt, aber noch mehr gestern, als der beleidigte Gatte vor den Augen des gedrängt vollen Zuschauerraums Briefe des Prinzen von Wales (Thronfolger!) an Lady Mordaunt, und die verwelkten Reste ihr von der kgl. Hoheit übersandten Bouquets, sowie ein im Verschluß der Dame gefundenes Taschentuch dem Richter überreichte. Eine athemlose Pause trat ein, an der Bestürzung sichtlichen Antheil hatte. Der Name des Prinzen wurde Gegenstand eingehenden Verhörs und ist obenan in den Tagesgesprächen. Unsere französische Nachbarn würden die Sache eher auf die galante Achsel nehmen, aber in England geht der Eindruck tiefer. Die Briefe sind bis jetzt noch nicht zur Verlesung gekommen, aber es wurde erwähnt, daß der Prinz als Zeuge und Strafandrohung vorgeladen sei. Der vorsitzende Richter bemerkte: der Prinz werde erscheinen, sobald an ihn die Aufforderung ergehe. Die Verhandlungen dieser cause celebre dürften noch mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Frankf. Coursbericht vom 23. Feb. 1870.

Staatspapiere.				Staatspapiere.			
Preußen. 5% Oblig.	—	G		Würtbg. 4½% Obl.	91	bz
4½ =	93¼	bz		4 =	—	G
4 =	82½	G	Baden.	3½ =	82½	G
Frankfrt. 3½ =	81¼	bz		4½ =	92¼	B
Nassau. 4½ =	92½	G		4 =	87½	B
4 =	84½	bz		3½ =	82½	G
Kurhess. 4 =	83½	B	G. Hessen	5 =	102	B
Bayern. 5% Oblig.	101½	B		4 =	92½	bz
4½ 1jhr. =	91½	G	Sachsen.	5 =	101½	G
4½ ½jhr. =	91¼	bz	Brschw.	3½ =	80½	B
4 1jhr. =	86½	B	Oesterr.	4⅓ R.i.S.	57½	bz
4 ½jhr. =	86½	G		4⅓ R.i.P.	49½	G
4 Abl.-R.	87	B		5 Ung. E. A.	—	bz
3½ Obl.	—	G	Amerika.	6% pr. 1882	94½	bz
				6% pr. 1885	93½	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B. 100)	88¾	G
Amsterdam (100fl.)	100½	bz	London (1 Pf. St.)	119¾	bz
Augsburg (100fl)	99½	G	Paris (200 Fr.)	95	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	95¾	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97½	B	Disconto 4 pCt.		

Aktien.				Aktien.		
3% b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	5	öst. Staatsb. 500 frc.	358½	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.	698	bz	4	pfälz. Ludwb. 500 fl	169¼	G
4½% b. Ostbahn 200 fl.	120½	bz	4½	Marbahn 500 fl	106½	B
5 öst. Südb. 500 frc.	231½	bz	4	Nordb. 500 fl.	86⅜	G
			4	H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90½	B
Anlehensloose.				bad. 35 fl.	59½	bz
3½% preuß. 100 thlr.	—	bz		großh. hess. 25 fl.	46½	bz
kurhess. 40 thlr.	57⅜	G		Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	—	G
bayr. 100 thlr.	106½	bz		österr. 500 fl. v. 1860	78½	bz

Stollwerk'sche Brustbonbons

Prämiirt auf allen Ausstellungen.
Eine Verbindung von Zucker u. solchen Kräuterextracten, deren wohlthätige Einwirkung auf die Respirationsorgane von der medizinischen Wissenschaft festgestellt sind.

Depots dieser Brust-Bonbons in versiegelten Packeten mit Gebrauchsanweisung zu 14 Kreuzer befinden sich in Bamberg bei J. B. Haußmann, Hofconditor B. Wenglein und F. J. Leininger. in Burghaßlach bei Apotheker Barthel, in Ebermannstadt bei Apothk. Krauß, in Ebern bei Fr. Kappler, in Eltmann bei P. F. Wittmann, in Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt, in Hollfeld bei Apoth. Hartung, in Memmelsdorf bei Chr. Reich, in Schüßelfeld bei A. Hobbach, in Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler, in Streitberg bei Joh. Dauer, in Tournau bei Apothek. W. Gebhardt, in Weischenfeld bei Georg Lauer, in Zeil bei J. P. Pöllath.

Gesellen-Verein.

Sonntag und Dienstag Abend 7 Uhr die Herren Schutzvorstände mit Familie.

Das Einführen Unberechtigter ist strengstens untersagt.

Der Präses.

Zu verkaufen

sind fortwährend **Güter** für 80000, 86000 Thaler u. s. w., Mühlen, Gasthäuser, Brauereien, Apotheken für 20000 Thaler u. s. w. Fabriken. durch den Güteragenten

Kühn in Apolda.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen befördert

prompt, reell, extract, discret

in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original-Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.
Zeitungs-Catalog gratis und franco.

PACHT der „Die Woche, pr. Zeile 9 kr.
des „Figaro" 6 kr.
des „Kladderadatsch 27 kr.
der „Fliegenden Blätter" 18 kr.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 48. Samstag, den 26. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Adressen gegen die Unfehlbarkeit des Papstes.

War die glaubenslose Presse schon vor Einberufung des Concils emsig bemüht, dasselbe auf alle Weise zu verdächtigen, zu schmähen und herabzusetzen, so ist diese wahrhaft teuflische Bosheit seit der Eröffnung des Concils von Tag zu Tag gestiegen. Besonders sind es die in der Allgemeinen Zeitung erscheinenden „Römischen Briefe", welche Alles übertreffen, was Haß und Bosheit je gegen die höchsten und heiligsten Einrichtungen unserer Kirche ersonnen und ausgesprochen haben. Schmähungen und Verdächtigungen gegen das Concil, gegen den hl. Vater und die Mehrheit der Bischöfe, denen geradezu Dummheit und Feigheit und Bestechlichkeit vorgeworfen wird, häufen sich in jedem Briefe. Wir finden diese Wuthausbrüche auf Seite einer ungläubigen Presse wohl verständlich; sie zeigen uns, daß der Unglaube die Macht des Concils fühlt und fürchtet.

Aber zu bedauern ist es, daß katholischer Seits, statt diesen Angriffen des Unglaubens auf das Concil gegenüber sich um so fester und inniger an den Felsen der Kirche anzuschließen, Viele die Angriffe der Feinde der Kirche unterstützen, indem sie, wenn auch in guter Absicht doch unbefugt und in ungehöriger Weise bezüglich der Fragen die auf dem Concil Erledigung finden sollen, Partei ergreifen.

Den bedauerlichen Anstoß gab Dr. Döllinger mit seiner bekannten Erklärung in der Allgem. Zeitung gegen die Dogmatisirung der Unfehlbarkeit des Papstes. Von verschiedenen Städten, Körperschaften und Personen sind deßhalb Anerkennungs- und Dankschreiben an denselben ergangen. Es ist unbegreiflich, wie gelehrte, religiös ja kirchlich gesinnte Männer, denn auch solche sind unter den Unterschreibern dieser Adressen, den Irrweg nicht erkannten, den sie einschlugen. Deßhalb mußten die betreffenden Bischöfe selbst dagegen Schritte thun. Dies ist geschehen. Nicht nur hat Erzbischof Ketteler von Mainz eine entschiedene Zurückweisung der Erklärung Dr. Döllingers veröffentlicht, sondern auch der Erzbischof Melchers von Köln hat ein tadelndes Schreiben an Diejenigen, welche von Köln eine solche Adresse an Döllinger geschickt hatten, erlassen; und der Erzbischof von München-Freising warnte im Vereine mit andern deutschen Bischöfen die Gläubigen, sich an solchen Schritten zu betheiligen, und mahnt sie zu festem Vertrauen, daß mit der Gnade des hl. Geistes die Beschlüsse des Concils nur Heil u. Segen den christlichen Völkern bringen werden.

Und gewiß mit Recht. Uns scheint jede Furcht bezüglich der Beschlüsse des Concils, jeder Versuch durch Lob oder Tadel, Belehrung oder Mahnung auf die Concilväter einzuwirken einen Zweifel, wenn nicht eine Leugnung des übernatürlichen Gnadenbeistandes des hl. Geistes einzuschließen und deßhalb durchaus unkatholisch zu sein. Wir können darum für alle gläubige Katholiken nur den Standpunkt des Professors Büttner von Breslau als den einzig richtigen bezeichnen, welcher erklärte: „daß er alle für und gegen die Unfelhbarkeit gerichtete Privat-Adressen mit der einem allgemeinen Concile gebührenden Achtung nicht vereinbar halte." — Möge darum jeder gläubige Katholik unbeirrt und mit unerschütterlichem Vertrauen den Beschlüssen des Concils entgegensehen; denn sein Vertrauen gibt nicht den Menschen, sondern dem unfehlbaren Geiste der Wahrheit, den Christus seiner Kirche nicht bloß verheißen, sondern auch wirklich gegeben hat. —

Inland.

München, 23. Febr. Der „Bayerische Kurier" schreibt: „Die Vereinigung der sogenannten Liberalen, das heißt des Restes der ehemaligen Mittelpartei mit den Fortschrittlern ist also gelungen. Hr. Wütfert wird von den Fortschrittlern als Candidat für den Landtag angenommen und dafür wählen dann die Liberalen die Herren Knorr, Thomaß u. s. w. Eine Concession hat übrigens der Fortschritt den „Liberalen" nicht gemacht, da Herr Wülfert, laut der öffentlich von ihm abgegebenen Erklärung in den „äußeren nationalen Fragen auf dem Standpunkt Dr. M. Barths steht, in allen inneren Fragen aber mit der Fortschrittspartei principiell ausnahmslos übereinstimmt." — Also nach Außen fortschrittlich, in inneren Fragen ausnahmslos fortschrittlich: um diesen Preis können

Digitized by Google

ja die Hrn. Fortschrittler sich die Stimme der „Liberalen" gefallen lassen. Uebrigens beweist dieser Fall wiederum, wie Recht Jene hatten, die da behaupteten, es sei eigentlich kein Unterschied zwischen Fotschritt und Mittelpartei."

Graf Hegnenberg hat vor einigen Tagen eine lange andauernde Audienz bei Se. Maj. dem König gehabt.

Zu Ersätzmännern der Abg. des Münchener Wahlbezirks wurde gewählt: Regierungsrath Graf von Rambaldi mit 285 Stimmen, Advokat Dr. Henle mit 232, Fabrikant Belling und Generaldirektionsrath Schamberger mit je 214, Universitätsprofessor Carrierre mit 213, Großhändler J. C. Kohn mit 212 und Rechtskonzipient Berchtold mit 209 Stimmen. Die absolute Majorität der Stimmen war 187.

Der Realienlehrer Marschall in Ansbach ist heute vom Magistratskollegium einstimmig zum städtischen Schulrath in München erwählt worden.

Darmstadt, 24. Febr. Die plötzliche Beurlaubung des Obersten Dornseiff, des Direktors unseres Kriegsministeriums, bezeichnet sehr wahrscheinlich eine neue Krisis in den preußisch-hessischen Militärverhältnissen. Es ist dabei ziemlich gleichgiltig, ob dem Obersten der Urlaub angetragen worden oder ob er denselben erhalten hat. Man wird es schon verstanden haben, dem Leiter der hessischen Kriegsmacht die Nothwendigkeit des Urlaubs nahe zu legen. Ueber die nächste Veranlassung dieser neuen Krisis schweigen die hiesigen Blätter, doch werden wir schwerlich irren, wenn wir den jüngsten Beschluß des Finanzausschusses der zweiten Kammer damit in Verbindung zu bringen, welcher dahin ging, zu beantragen: „die Kammer wolle gegen die vom großherzoglichen Ministerium gegebene Andeutung, als liege die Frage der Pensionirung von Offizieren nicht in seiner Hand, entschiedene Verwahrung einlegen und ausdrücklich erklären, daß in der konstitutionellen Verantwortlichkeit für derartige Handlungen weder durch die Bundesverfassung noch durch die Militärkonvention eine Aenderung eingetreten sei."

Dresden, 24. Febr. Der Landtag ist vom König in Person geschlossen worden. Die Thronrede anerkennt das befriedigende Ergebniß der Verhandlungen, und dankt dem Landtage für sein Entgegenkommen u. Haltung bei der Ordnung des Staatshaushalts, namentlich bez. des neuen Theaterbaues. Daß auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der inneren Verwaltung Umfassenderes nicht geleistet werden konnte, lag in den Zeitverhältnissen und in den bekannten Gründen. Die Thronrede zählt die erledigten Gesetze auf, und verheißt für die nächste Session eine umfassende Reform des directen Steuersystems, ferner Vorlagen, betreffend die Organisation der Verwaltungsbehörden und des Gemeindewesens, endlich die Reform der Volksschule, und schließt: „Möge der alte sächsische Geist der Besonnenheit und Treue für das engere und weitere Vaterland auch ferner über dem Volke und der Regierung walten."

Berlin, 24. Febr. Der Reichstag verhandelte über den badischen Rechtshülfevertrag. Zu der bekannten Lasker'schen Resolution beantragt Blankenburg den Passus bezüglich des Anschlusses Badens an den Nordbund zu unterdrücken. Bismarck bekämpft die Lasker'sche Resolution und billigt Blankenburgs Antrag, er erkennt gern die nationalen Bestrebungen der badischen Regierung an; zum Anschluß an den Nordbund wäre jedoch volle gegenseitige Freiwilligkeit ohne jeden Druck nöthig. Der Anschluß wäre jetzt nicht wünschenswerth, denn die Aufnahme Badens in den Nordbund würde den nationalen Fortschritt der Südstaaten hemmen und der Wahlbewegung in Bayern (?) Vorschub leisten. Außerhalb des Bundes werde Baden für den nationalen Gedanken heilsamer (!) wirken können. Der Nordbund würde einen etwaigen direct gestellten Antrag auf Anschluß an den Bund unter den jetzigen Umständen ablehnen, und sich vorbehalten müssen einen günstigeren Zeitpunkt zu bezeichnen. Bismaeck betont in seiner Rede: die bereits erreichte deutsche Einheit und die Machtstellung des Königs von Preußen auch im Süden Deutschlands erfordern als ferneren Beweis des Vertrauens die Ablehnung des Antrags. Auf die Rede Bismarcks folgte eine längere Debatte, in welcher Löwe (Fortschrittspartei) die Resolution bekämpfte. Bismarck bezeichnet die Annahme der Resolution ausdrücklich als ein Mißtrauensvotum. Hierauf zieht Lasker die Resolution schließlich zurück, weil der Zweck, die Anschauungen der Regierung kennen zu lernen, erreicht und ein Mißtrauensvotum nicht beabsichtigt gewesen sei, und die Debatte selbst bereits ein Dankesvotum an die Regierung Badens enthalten habe.

In preußisch-militärischen Kreisen beschäftigt man sich dem Vernehmen nach mit dem Plan eine Panzerflotte auf dem Rheine zu bauen; man würde kleine Panzer-Schaluppen herstellen, die blos schwachen Tiefgang haben, und mit großer Schnelligkeit operiren könnten. Dadurch könnte eine fremde Armee beim Bau ihrer Uebergangsbrücken stark belästigt werden. Diese Panzerflotte müßte sich auf eine Anzahl befestigter Werke stützen können, welche man auf den rechten Ufern des Rheines errichten würde.

Berlin, 24. Febr. Die Nachricht vom gestern früh in St. Petersburg erfolgten Tode des Ministers Burlingame bestätigt sich; er war erst vor wenigen Tagen an einer schweren Lungenentzündung erkrankt und hatte seinen zweiten Sohn nachkommen lassen, der älteste hatte ihn von hier nach St. Petersburg begleitet.

Wien, 24. Febr. Die Existenz einer in den Donaufürstenthümern weitverbreiteten und unmittelbar gegen die Herrschaft des Fürsten Karl gerichteten

Digitized by Google

Verschwörung soll konstatirt, und bereits von einer dem Fürsten näher stehenden Macht (Preußen?) die Frage zur Erörterung gestellt sein: ob nicht der Fall als eingetreten zu erachten, in welchem, wenn die innere Ruhe in den Fürstenthümern bedroht oder gestört erscheint, die Pforte sich mit den übrigen Mächten des Pariser Vertrags bezüglich der zur Aufrechthaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu ergreifenden Maßregeln ins Einvernehmen zu setzen habe." — In der gestrigen Sitzung des konfessionellen Ausschusses entwickelte der Cultusminister Dr. v. Stremayr seine Anschauungen in Betreff des Gesetzentwurfs über das Verhältniß des Staats zu den Religionsgenossenschaften. Der Ausschuß beschloß nach dessen Vortrag eine artikelweise Vergleichung des vorliegenden Religionsediktes mit den Punkten des Concordats, und wird sodann seine weiteren Beschlüsse fassen.

Prag, 25. Febr. Die „Politik" meldet: Die Tschechenführer Rieger und Sladkowsky haben in einem Schreiben an den Statthaltereileiter v. Koller die ministerielle Einladung zu Ausgleichsbesprechungen abgelehnt.

Pest, 23. Febr. Die Generaldebatte des Budgets des Unterrichtsministeriums wurde heute beendet, der Bericht des Finanzausschusses als Basis der Spezialdebatte angenommen.

Ausland.

Paris, 24. Febr. (Gesetzgebender Körper.) Ollivier erklärt die Regierung werde bei den Wahlen vollkommene Neutralität beobachten. Die Minister sind überzeugt, daß größere Gefahr in dem Verharren der Regierung in den früheren Irrthümern liegen würde. (Beifall, besonders von der Linken, die Rechte verhält sich schweigend.) Die Sitzung wird für einen Moment unterbrochen. Pinard, der frühere Minister des Innern, erklärt: es sei Angesichts dieser Erklärungen unmöglich die Regierung zu unterstützen. Er schlägt eine Tagesordnung vor, welche erklärt, daß die Einwirkung der Regierung auf die Wahlen zuweilen eine politische Nothwendigkeit sei. Thiers beschwört die Kammer nur für die einfache Tagesordnung zu stimmen. Ollivier erklärt: das Ministerium werde nur die einfache Tagesordnung annehmen. Picard und Favre erklären: die Linke werde für die Regierung stimmen. Die einfache Tagesordnung wird hierauf mit 188 gegen 56 Stimmen angenommen. Lebhafte Bewegung.

Aus Rom, 23. Febr., wird der Don.-Ztg. telegraphirt: Die polizeiliche Ausweisung des Dr. Friedrich ist zwar erfolgt, auf Verwendung seines Beschützers aber der Befehl zur Ausführung vorerst aufgeschoben.

Aus Rom meldet man der „Karlsr. Ztg.": der Papst habe, auf die Andeutung, ob nicht, um die Gemüther sich sammeln und beruhigen kassen, eine Vertagung des Konzils als angezetgt erscheine, sofort die bestimmte Erklärung abgegeben: der materiellen Gewalt könne es gelingen, das Konzil zu sprengen, niemals aber werde er der Schwäche und der Pflichtvergessenheit sich schuldig machen, durch diese Vertagung es moralisch zu tödten.

Vermischtes.

— Kronach, 23. Febr. Jg der Untersuchungssache wegen des Kübler'schen Raubmordes wurde gestern Abend die Zuhälterin des in Untersuchungshaft befindlichen Taglöhners Panzer in Knellendorf unter großem Sträuben verhaftet und zu Wagen in die hiesige Frohnfeste verbracht, da man dieselbe zu Fuß nicht weiter bringen konnte. Die Untersuchung selbst soll nun keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß die ganze an jenem Verbrechen betheiligte Mordbande sich in Gerichtshänden befindet, und zwar in der Individualität des Maurergesellen Münch aus Entmannsdorf, des Wirths Schneider aus Breitenloh, und des Taglöhners Panzer gleichfalls von dort. Da sich die Untersuchung zu ihrem Ende neigt, so dürfte die Verweisung der Verbrecher vielleicht schon vor die nächste Sitzung des Schwurgerichts von Oberfranken in Aussicht stehen.

— Vorigen Donnerstag ist in Hamm (Westphalen) etwas Seltenes passirt. Ein alter Mann von 62 Jahren ließ sich am benannten Tage Morgens trauen, Nachmittags feierte derselbe Kindstaufe und Abends starb er.

— Nach einer öffentlichen Bekanntmachung des Ausschusses der Lotterie für den Bau einer kath. Kirche in Stuttgart ist die auf den 1. März d. J. bestimmt gewesene Ziehung auf d. 1. Juli d. J. verschoben worden.

Brüssel, 23. Febr. Ein belgisches Schiff, Namens „Graf von Hennegau", fand vor einiger Zeit auf offenem Meer einen Schiffbrüchigen, Namens Solari von Valparaiso der alle seine Gefährten überlebt und mit dem Fleisch derselben sein Leben gefristet hatte Die „Independance belge" enthält hierüber Folgendes:

Das Schiff war im December in See gegangen und als es Schiffbruch litt, rettete sich Solari mit noch Andern in einem Boot. Der Capitän nnd die Matrosen hatten sogleich den Tod gefunden. Die Unglücklichen hatten aber keine Lebensmittel bei sich und litten furchtbar durch den Hunger. Am vierten Tage starben zwei von ihnen und wurden in das Meer geworfen; noch wagten die übrig Bleibenden nicht, sich an den Leichen zu vergreifen. Den folgenden Tag starben wieder zwei und jetzt griffen die beiden Andern, Solari und ein Bretagner zu dem letzten Mittel und aßen von dem Fleisch der Todten. Den nächsten Tag starb noch der Bretagner und Solari blieb allein mitten im Ocean und hielt seine Kräfte mit den Resten seiner Kameraden so lange aufrecht, bis das belgische Schiff ihn fand und man die Körper der Todten dem Meere überlieferte.

Auswanderungs-Expedition
nach
Amerika und Australien etc.
über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre, Liverpool u. London mit Dampf- und Segelschiffen.

Billigste Preise und gewissenhafte Besorgung.

Näheres bei der concessionirten Haupt-Agentur für das Königreich Bayern von **S. Lederle** in Ludwigshafen a/Rh.
def. Dep.: Consul der Vereinigten Staaten von Amerika

und folgenden Herren Agenten:

Büdel J. in Bamberg.
Rothlauf Theod. in Bamberg.
Schletz Carl in Bamberg.
Dippold C. in Lichtenfels.
Döring J. W. in Weißenstadt.
Fiedler Fr. in Kronach.
Friedmann A. in Bayreuth.
Künneth G. jr. in Gefrees.
Langheinrich Gg. in Hof.
Schwantner Jos. in Höchstadt.
Steinel Carl in Oberröslau.
Stengel Andr. in Nordhalben.

NB. Es werden in den verschiedenen Bezirken Oberfrankens noch tüchtige Agenten aufgestellt und sieht die Hauptagentur gefl. Offerten entgegen.

Chocoladenfabrik Franz Stollwerk u. Söhne in Köln a. Rh.
Bedeutendes Etablissement des preußischen Staates.
Prämiirt wegen Reellität und Preiswürdigkeit. Vertreten in allen Städten des Continents. — Man wolle Siegel und Fabrikmarke beachten.

Kirchenkalender und † Gottesdienst-Ordnung. †

27. Sonntag, Quinquag. Leander. (Evang. Vom Blinden am Wege.) In allen 4 Pfarrkirchen Gottesdienst wie gewöhnlich.
St. Jakob. Früh 6 U. hl. Messe, ½8 U. Militär-Gottesdienst, 10 u. 11 U. heil. Messen.
28. Montag, Romanus, A. Ob. Pfarr. Fortsetzung der 40stündigen Anbetung. Um 5 Uhr die erste heil. Messe, um 8 Uhr musikalisches Hochamt. Von 12 bis 6 Uhr Betstunden.
1. März Dienstag, Fastnacht. Albinus. Dom. Früh 5 Uhr erste hl. Messe; 8 U. feierliches Hochamt; um 12 U. beginnen die Betst., welche Abends 5 U. mit Te Deum geschlossen werden.
2. Mittwoch, Aschermittwoch, Simplicius. Um 8 U. die Aschenweihe, hierauf das Choralamt und die Einäscherung in allen 4 Pfarrkirchen.
3. Donnerstag, Kunigundis, Kaiserin. Dom. Früh 5 Uhr erste hl. Messe; 6 Uhr Frühamt, ½9 U. Predigt, 9 U. feierliches Hochamt. Nachm. 2 Uhr Betstunde, 3 Uhr feierliche Vesper, Abends ½6 U. Andacht zu Ehren der hl. Kunigunda und um dieselbe Zeit jeden Tag die ganze Oktave hindurch. In den übrigen Pfarrkirchen Festgottesdienst wie gewöhnlich.
4. Freitag, Casimir, poln. Prinz.
5. Samstag, Friedrich, A. Theophil.

Katholisches Casino.

Sonntag, 27. Febr. Abends 8 Uhr
Musikalische Unterhaltung
für die ver. Mitglieder mit Familien.
Fastnachtsmontag Abends 7 Uhr **Faschingsscherze** nebst **Souper** für Herren.

Gesellen-Verein.

Sonntag und Dienstag Abend 7 Uhr die Herren Schutzvorstände mit Familie.

Das Einführen Unberechtigter ist strengstens untersagt.

Der Präses.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein
concessionirtes Schreibebureau
zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schullerplatz.

K. Fr. Hanemann,
k. q. Assessor.

Am Dienstag. H. P.

Stuttgarter-Loose
zur Erbauung einer kath. Kirche
á Stück **35 kr.**

1	Gewinn zu		14000 fl.
1	do		7000 fl.
1	do		3000 fl.
1	do		1756 fl.
2	do zu	875 fl. — kr.	1750 fl.
10	do zu	180 fl. — kr.	1800 fl.
20	do zu	87 fl. 30 kr.	1750 fl.
30	do zu	52 fl. 30 kr.	1575 fl.
100	do zu	35 fl. — kr.	3500 fl.
200	do zu	17 fl. 30 kr.	3500 fl.
500	do zu	7 fl. — kr.	3500 fl.
934	do zu	3 fl. 30 kr.	3269 fl.
13200	do zu	1 fl. 45 kr.	23000 fl.
15000	Gewinne.		70100 fl.

Ziehung am 1. Juli 1870.
Diese Loose sind zu beziehen bei
Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Heilbronn a. N.

Offene Reise-Stelle.

In meinem Colonial-Waaren u. Oel-Geschäfte en gros findet ein gewandter Reisender, der die betreffenden Branchen kennt und Bayern schon bereist haben sollte, eine Stelle unter günstigen Bedingungen. **Ferdinand Hauber.**

Theater-Anzeige.

Sonntag den 28. Februar
Unwiderruflich letztes Gastspiel des k. bayr. Hofschauspielers Hrn. Ernst Possart v. München
Abonnement suspendu
Hamlet.
Tragödie in 5 Akten v. Shakespeare.

Eisenbahnzüge in Bamberg.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:	Ankunft:
1[40] Nchts. Courierz.	12[15] Nchts Courierz.
5 früh Postz.	7[54] früh Güterzug.
10[00] „ „	9[10] „ Personenz.
2[35] Mitt. Schnellz.	1[10] Mitt. Schnellz.
3' „ Güterz.	5[30] Abd. Postzug.
6[30] Ab. Personenz.	10 Nchts. „

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln.

4 früh Postzug.	9[25] früh Güterzug.
10 „ „	1[10] Mitt. Schnellz.
2[45] Mitt. Schnellzg.	2[30] „ Güterz.
2[45] „ Güterz.	6[45] Abd. Courierz.
6[25] Abd. „	12[55] Nchts. Postz.

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[40] früh Courierzug.	1[46] früh Courierzug
5 „ Postzug.	8 „ Güterz.
8[35] „ Personz.	9[45] „ Postzug.
1[15] Mitt. Schnellz.	2[10] Mitt. Schnellz.
2[35] „ Güterz.	5[40] Abd. Persz.
6[25] Abd. Postz.	11 Nchts. Postz.

Do. Friedrichsd'or	fl. 9.	58—59
Napoleonsd'or	fl. 9.	28—29
Dukaten	fl. 5.	35—37

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 49. Sonnag, den 27. Februar. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Inland.

Abgeordnetenkammer. München, 26. Febr. In der heutigen 16. öffentlichen Sitzung wurde dem Antrage des Directoriums entsprechend. die Reclamation gegen die Abgeordnetenwahl in Bruck verworfen und beschlossen, daß sowohl die Wahlmännerwahl in Tutzing als die Abgeordnetenwahl in Bruck als giltig zu erachten seien. — Aus den Forchheimer Wahlacten wurde constatirt, daß die Abgeordneten Weber und Mahr sich ihre eigene Stimme nicht gegeben haben. — Der 2. Gegenstand der Tagesordnung, Vortrag über den Bericht des Schuldentilgungskommissärs Dr. von Pözl, dessen Geschäftsprüfung betreffend, wurde von der heutigen Tagesordnung wieder abgesetzt, weil der k. Staatsminister der Finanzen verhindert war, der heutigen Sitzung beizuwohnen. — Schließlich wurde eine Reihe von Anträgen für formell und materiell zulässig erklärt und den Fachausschüssen zur näheren Prüfung überwiesen. — Die Bitte der Gemeinde Münchenerau, den Bau eines Schulhauses dortselbst betr., ist dem Cultusministerium empfehlend übergeben worden. — Hiemit schloß die Sitzung um 12¾ Uhr; die nächste wird besonders anberaumt werden. — Da sich bei einer namentlichen Abstimmung ergab, daß nur 113 Abgeordnete anwesend waren, machte der Präsident auf den Artikel 60 der Geschäftsordnung aufmerksam, wornach jedes Mitglied der Kammer verbunden ist, bei den Sitzungen zu erscheinen.

Der 6. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat in einer gestern abgehaltenen Sitzung die Anträge der Abgeordneten Hafenmaier, Graf v. Fugger-Blumenthal, Bichler, Hauck und Rußwurm, die Petitionen des Pfarrers Martin zu Unterjoch und des Comites des Vereins zur Errichtung einer Kunstschule für Mädchen in München für zulässig erklärt und der Kammer die Ueberweisung an den betreffenden Fachausschuß zur näheren Prüfung und Würdigung empfohlen.

Mit Rücksicht auf die an die Kammer der Abgeordneten gerichteten Petitionen eines großen Theiles der Volksschullehrer um Verbesserung ihrer materiellen Lage haben die Abgeordneten Hafenmaier, Graf v. Fugger-Blumenthal, Bichler, Hauck u. Rußwurm den Antrag gestellt, daß die Kammer beschließen wolle: „1. Es sei allen wirklichen Schullehrern über das Congrualminimum von 350 fl. eine Zulage bis zu 400 fl. zu gewähren, 2. der Gehalt der ständigen Schulverweser sei bis zu 275 fl, 3. der Gehalt sämmtlicher Schulgehilfen bis zu 225 fl. zu erhöhen, 4. es sei sämmtlichen Lehrerinnen zu ihrem bisherigen Gehalte ein Zuschuß von 25 fl zu bewilligen. 5) es sei sämmtlichen Schullehrern und Schulverwesern eine Quinquenial-Alterszulage von je 25 fl. bis zum Gesammtbetrage von 125 fl. in der Art zu gewähren, daß nach zurückgelegtem 15. Dienstjahre die erste Alterszulage beginnt, 6) es sei jedem dienstunfähigen Schullehrer der Pensionsbezug bis zu 350 fl., allen dienstunfähigen, unständigen Lehrern und weltlichen Lehrerinnen derselbe bis zu 225 fl. zu erhöhen, 7. es sei jeder Lehrerswittwe ein Zuschuß von 25 fl, jeder einfachen Wäise ein Zuschuß von 10 fl., jeder Doppelwaise ein solcher von 15 fl. zur statutenmäßigen Jahresunterstützung zu gewähren, 8. die sämmtlichen sub 1—7 incl. bezeichneten Zuschüsse sollen die Eigenschaft provisorischer in Form von Theuerungszulagen bewilligten Unterstützungen haben, eventuell bis zur Regelung der Besoldungsverhältnisse der Schullehrer durch ein Schulgesetz, 9. dieselben sollen aus Centralfonds geleistet und die hiezu nöthige Bedarfssumme in das Budget der 10. Finanzperiode eingestellt werden."

Der 1. Ausschuß der Abgeordnetenkammer hat zum Referenten über den Antrag des Abg. Freihrn. v. Stauffenberg auf Abänderung des Art. 89 und Aufhebung der Art. 92 und 93 des Polizeistrafgesetzbuches den Abg. Marquard Barth gewählt. Der 5. Ausschuß tritt heute Nachmittag zusammen, um über die von mehreren unmittelbaren Stadtmagistraten eingelaufenen Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte zu berathen. Es handelt sich bei diesen Beschwerden um die Tragung der Kosten des Aushebungsgeschäftes.

Der fünfte Ausschuß der Abgeordnetenkammer hat die magistratischen Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte mit 4 gegen 3 Stimmen für materiell unbegründet erklärt.

Wie verlautet, sind vom Grafen Bray Nach-

richten angelangt, welche hoffen lassen, daß er das ihm angetragene Portefeuille des Aeußeren übernehmen werde. Es sind Schritte eingeleitet, um seine letzten Bedenken zu beseitigen.

Auf morgen ist eine Sitzung des Staatsrathes anberaumt, in welcher der Gesetzentwurf über die Errichtung einer Bürgerwehr zur Berathung gelangen wird. — Wie ich vernehme, ist Hr. Staatsminister v. Pfretzschner, das älteste Mitglied des Gesammtministeriums, heute nach Wien abgereist, um mit dem Grafen v. Bray wegen Uebernahme des Portefeuille's des Aeußeren mündlich zu verhandeln.

(Justizpersonalstand in Bayern.) Das Oberappellationsgericht besteht zur Zeit aus: 1 Präsidenten, 5 Direktoren, 33 Räthen, 6 Sekretären und 1 Registrator extra statum. Das Personal der Appellationsgerichte besteht aus: 8 Präsidenten, 8 ersten Direktoren, 2 zweiten Directoren, 103 Räthen, 37 Sekretären, 1 Obergerichtsschreiber, 2 Untergerichtsschreibern und 4 Registratoren extra statum. Das Personal der Bezirksgerichte diesseits des Rheins besteht aus: 34 Direktoren, 209 Räthen, 123 Assessoren, 129 Sekretären und 3 Registratoren extra statum, das Personal der Bezirksgerichte der Pfalz aus: 4 Präsidenten, 16 Richtern, 3 Assessoren und 4 Gerichtsschreibern. Der Stand des stadt- und landgerichtlichen Beamtenpersonal umfaßt: 277 Stadt- und Landrichter, 309 Assessoren, 290 Gerichtsschreiber; der Personalstatus der Landgerichte der Pfalz: 32 Landrichter, 13 Assessoren und 32 Gerichtsschreiber. Das Personal des Handelsappellationsgerichts besteht aus: 1 Präsidenten, 8 Räthen und 3 Sekretären. Die Staatsanwaltschaft diesseits des Rheins hat folgenden Status: 1 Generalstaatsanwalt am obersten Gerichtshof, 1 Staatsanwalt daselbst, 7 Oberstaatsanwälte an den Appellationsgerichten, 42 erste Staatsanwälte bei den Bezirksgerichten und zweite und dritte Staatsanwälte bei den Appellationsgerichten, 35 zweite und dritte Staatsanwälte bei den Bezirksgerichten und 15 funktionirende Staatsanwaltschafts-Substituten bei den Bezirksgerichten. Das staatsanwaltschaftliche Personal der Pfalz besteht zur Zeit in: 1 Generalstaatsprokurator am Appellationsgerichte 2 Staatsprokuratoren daselbst, 4 Staatsprokuratoren an den Bezirksgerichten, 4 Staatsprokurator-Substituten daselbst und 4 funktionirenden Substituten.

Darmstadt, 24. Febr. Ueber die kürzlich erfolgte Beurlaubung des hessischen Kriegsministers, Obersten Lernseiff, kann ich Ihnen als verbürgt mittheilen, das dieselbe aus Veranlassung einer Collision mit dem Divisions-Commando verfügt wurde. Von Seiten des Bundeskanzleramtes war nämlich an das Kriegsministerium Aufforderung ergangen, die hessische Kriegskassarechnung vom Jahre 1868 zur Einsichtsnahme des Amtes nach Berlin zu dirigiren. Das Kriegsministerium, welches sich hierzu weder durch das Verhältniß des Großherzogthums zum Norddeutschen Bund noch durch die Militär-Convention für verpflichtet hielt, weigerte sich, dem gestellten Verlangen nachzukommen, worauf das Divisions-Commando die Absendung der fraglichen Rechnung an die requirirende Stelle anordnete. Der Kriegsminister und die beiden Mitglieder des Ministeriums sahen sich hierdurch veranlaßt, um ihre Demission nachzusuchen. Diese wurde indessen nicht angenommen, vielmehr dem Minister, wie bekannt, ein dreimonatlicher Urlaub ertheilt uad den Abtheilungschefs, Major v. Herget und Kriegsrath Niepoth, bedeutet, daß sie ihre Funktionen fortzuversehen hätten. Der erstere, welcher einige Tuge nach diesem Vorgang zur Artillerie zuversetzt wurde, ist nun, seitdem der Kriegsminister seinen unfreiwilligen, jedenfalls mit Pensionirung endenden Urlaub angetreten, interimistisch mit der Leitung des Kriegsministeriums betraut. (Das ist die Freiheit bei einem bedingten Eintritt in den Norddeutschen Bund).

Prag, 24. Febr. Die Mehrheit der Stadtvertretung beschloß die Wahl eines Declaranten zum Bürgermeister aufzuheben, den gewesenen Stellvertreter Dittrich zum Bürgermeister zu wählen, und dadurch der Auflösung der Stadtvertretung und der Einsichtnahme des landesfürstlichen Commissärs in die Stadtverwaltung vorzubeugen.

Triest, 25. Febr. Der Lloyd-Dampfer „Pluto" ist vorgestern bei Varna gestrandet. Die Personen wurden gerettet, aber das Schiff ist in ernster Gefahr.

Ausland.

Paris, 25. Febr. Im gesetzgebenden Körper hat der Finanzminister Bujset auf eine bezügliche Interpellation geantwortet: es sei unmöglich die Annahme der päpstlichen Münzen bei den öffentlichen Cassen zu gestatten. Bei einem Umlaufe von etwa 20 Mill. Fr. päpstlicher Münze in Frankreich und dem Verlust von ungefähr 9 Centimen per Franken würde der dadurch dem Schatz erwachsende Verlust zu bedeutend sein. Die Interpellation war damit erledigt. — Die Kammer hat sich bis zum 7. März vertagt.

Brüssel, 24. Febr. Die Zahl der in Folge der letzten Ruhestöungen aus Paris hier eingetroffenen Flüchtlinge beträgt 36, unter denselben befinden sich zwei Unteroffiziere der aktiven Armee, aber Flourens der Hauptaufwiegler soll Paris gar nicht verlassen haben.

Vermischtes.

— Darmstadt, 23. Febr. In Großgerau wurde gestern Vormittag 11 Uhr wiederum eine Erderschütterung verspürt. Auch hier hat man am 14. d. Abends 8 Uhr einen Erdstoß wahrgenommen. Gleiche Erscheinungen wurden in Mainz am Samstag Vormittags um 10 und; Sonntag Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr beobachtet.

Digitized by Google

— Der Börsenschwindel fand auf dem Narrenabend des Wiener Männergesangvereins eine köstliche Verspottung. Schon am Vorabend dieses Festes, das stets aufs Neue ein Ereigniß für die Kaiserstadt bildet, erhielten Bevorzugte eine Betheiligung mit Aktien der „Ersten ausschl. priv. Narrenbank" zugeschickt. Der Brief lautete: Wien, im Februar 1870.

P. T. Wir geben uns die Ehre, Ihnen hiermit anzuzeigen, daß die Erste ausschl. priv. Narrenbank nunmehr ihre Thätigkeit beginnt, und erlauben uns rücksichtlich des Wirkungskreises des Institutes auf den nebenstehenden Prospekt hinzuweisen. Die narrengerichtlich protokollirte Firma wird entweder von zwei Verwaltungsräthen oder gar nicht gezeichnet. Wir ersuchen Sie die beifolgenden Unterschriften der zur Firmazeichnung berechtigten Herren zur Kenntniß nehmen zu wollen und zeichnen Achtungsvoll

Erste ausschl. priv. Narrenbank.

Programm der ausschl. priv. Narrenbank:

Die Unternehmung ist aus nichts entstanden und bestimmt das ganze Gründungskapital für den Reservefond. Die Direction verspricht nichts und wird diese Zusage halten. Sollte der Direction nichts übrig bleiben als die Liquidirung, so wird bei der Liquidirung auch nichts übrig bleiben. Die Direction verpfändet ihr Wort, ohne jedoch für die Einlösung zu bürgen. Der Verwaltungsrath nimmt als Einlage Alles an, nur keinen guten Rath, und steckt Alles ein, selbst Grobheiten. Die Narrenbank verbürgt allen Gläubigen, welche ihr vertrauen, die größte Discretion; wer also etwas anzubringen hat, möge nur zu ihr kommen, sie wird Alles für sich behalten.

Auf also, wer ein rechter Nar ist,
Auf zur Narrenbank!

Der Präsident Se. Durchlaucht Fürst Wenzel Stinko Przjowskyjeloisky auf Przjowskyjeloj; der Vizepräsident Herr August Bang; Herr H. Umbug, Verwaltungsrath; Herr Heinrich Manetz-Stever, Verwaltungsrath; Herr Dr. Ed. Schmarrens, Verwaltungsrath; Herr S. Ch. Windel, Direktor. Nun folgen die wunderbaren Autographe der edlen Gründen.

Die Aktien waren den gewöhnlichen Aktien täuschend nachgemacht, reich ausgestattet und trugen nur zum Unterschiede von anderen Aktien auf der inneren Seite die Uebersetzung des Wortlautes in hebräischer Sprache. Mit riesigen Stößen dieser famosen Werthpapiere ausgerüstet, hielten die Narrenbankgründer den Einzug in den Saal. War der Spektakel groß, als diese Halb-, Viertel- und Achtel-Juden oder solche, die es sein konnten oder werden wollten, hereinströmten, voran ihre Matadoren, die großen Börsianer vor dem Herrn, die mächtigen Finanziers, welche die Börse erschüttern oder sie heben, Alle in täuschenden Porträtmasken, vom Ritter v. A. angefangen bis zum Ritter v. Z.; hinter ihnen einige Ritter von der traurigen Gestalt, welche etwas von den veritablen Rittern erschnappen wollten. Beim Emissionshause, zu welchem ein Winkel des Saales umgestaltet war, ging es stürmisch zu, man war dort seines Lebens nicht sicher, und noch ärger ging es dann auf der Börse zu. Wenn zur Erklärungszeit die große Börsensturmglocke durch den Saal heulte, konnte sie das Mit-Noch-Geschrei der Kauflustigen nicht übertönen aber zum Schlusse heulten die Aktionäre doch noch ärger, als der rapide Fall eintrat. Zum Schlusse hängte sich ein am stärksten betrogener Aktionär als abschreckendes Beispiel für alle unklugen und gewinnsüchtigen Aktionäre auf, so daß er mausetodt herumbaumelte. Abschreckendes Beispiel, lächerlich! Neue Papiere kamen auf den Markt, die Unionsbank, deren Aktien auf Leinwand gedruckt waren, vom letzten Hemde, daß man den Aktionären ausgezogen und die Kauflust war noch stärker und noch viel närrischer. Fr. Z.

— Aus Münchenberg bei Larenburg wird das furchtbare Unglück gemeldet, daß am 21. d. daselbst 14 Knaben, wovon 3 derselben Familien gehörten, beim Schlittschuhlaufen auf dem dortigen Canale ertrunken sind. Neun Knaben wurden als Leichen herausgezogen, die übrigen waren unter dem Eise nicht zu finden.

Aus der Stadt und Provinz.

** Bamberg, 26. Febr. Bei dem heutigem Güterzug Nr. 429 sind zwischen Hirschaid und Bamberg in Folge Achsenbruches fünf Güterwägen entgleist. Eine Störung des Betriebs wurde hiedurch nicht herbeigeführt und hat Gottlob eine Beschädigung des Zugs-Personals nicht stattgefunden.

Frankf. Coursbericht vom 25. Feb. 1870.

Staatspapiere.				Würtbg.	4½% Obl.		91	bz
Preußen.	5% Oblig.	—	G		4	=	—	G
	4½ =	93⅛	bz		3½	=	82½	G
	4 =	82⅞	G	Baden.	4½	=	92⅜	P
Frankfrt.	3½ =	81⅛	G		4	=	87½	P
Nassau.	4½ =	92⅜	G		3½	=	82⅞	G
	4 =	85	bz	G. Hessen	5	=	102	P
Kurhess.	4 =	—	P		4	=	91½	bz
Bayern.	5% Oblig.	101⅛	P	Sachsen.	5	=	101⅛	bz
	4½ 1jhr. =	91⅝	P	Brschw.	3½	=	80⅞	P
	4½ ½jhr. =	91⅞	P	Oesterr.	4⅛	R.i.S.	58⅛	bz
	4 1jhr. =	86⅛	G		4⅛	R.i.P.	50⅜	G
	4 ½jhr. =	86⅛	G		5	Ung. E.-A.	—	bz
	4 Abl.-R.	87⅛	P	Amerika.	6% pr. 1882		95⅛	bz
	3½ Obl.	—	G		6% pr. 1885		94⅞	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B. 100)	88⅜	G
Amsterdam (100 fl.)	100⅛	bz	London (10 Pf. St.)	119⅞	bz
Augsburg (100 fl)	99⅞	G	Paris (200 Fr.)	95	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	95⅛	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅜	P	Disconto 4 pCt.		

Aktien.			5	öst. Staatsb. 500 frc.	363½	bz
3% b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	4	pfälz. Ludwb. 500 fl	170½	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.	694	bz	4	Maxbahn 500 fl	106⅜	P
4½% b. Ostbahn 200 fl.	120½	bz	4	Nordb. 500 fl.	87⅛	G
5 öst. Südb. 500 frc.	234⅜	bz	4	H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90½	P

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	59¼	G
3½% preuß. 100 thlr.	—	bz	großh. hess. 25 fl.	46⅜	bz
kurhess. 40 thlr.	57⅛	G	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	—	G
bayr. 100 thlr.	107	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79⅛	bz

Digitized by Google

Zu beziehen durch alle Postämter u. Buchhandlungen:

Jährlich erscheinen 24 Nummern, je acht Quartseiten stark und sind dieselben durch alle Postämter und Buchhandlungen zu beziehen.

Blätter für Pferde-Zucht und Central-Organ für Hippologische Vereine, Gestütswesen, Pferdedressur, Händler ꝛc.

Abonnementspreis 2 Thlr. jährlich excl. Porto und Stempel. Inserationsgebühren für die gespaltene Zeile 2 Ngr.

Nr. 1 — Verlag von Oscar Leiner in Leipzig. — 1870.

Inhalt: An die Leser! — Der Einfluß der Gestüte zur Hebung der Pferdezucht. Von Ableitner, k. b. Regmts.-Vet.-Arzt. — Zur Frage: Ob bei der Vererbung der Thiere das meiste Gewicht auf die Reinheit des Blutes oder die individuellen Eigenschaften der Eltern zu legen sei. — Das bayerische Landgestüt. — Renn-Kalender. — Notizblätter. — Briefwechsel. — Anzeigen.

Die Blätter für Pferde-Zucht verfolgen keineswegs eine nur streng gelehrte Tendenz, sie sollen sowohl für den einfachen Landzüchter, als auch für jeden Pferde-Freund, Sportsman ꝛc. unterhaltend und belehrend zugleich sein; hauptsächlich werden sie aber auch auf dem gesammten hippologischem Gebiete wirken und die vaterländische Pferde-Zucht in jeder Hinsicht zu heben suchen.

Beiträge werden stets angenommen und sind zu richten an die

Buchhandlung von Oskar Leiner in Leipzig.

Am 1. März a. c.

Ziehung der Bayr. 4pr. Prämien-Loose

zu 175 fl.

Gewinnste: fl. 175,000, 70,000, 28,000, 10,500, 2800, 1400, 350.

Ziehung der österreich. 1864r Loose

zu 100 fl. und 50 fl. ö. W.

Gewinnste: fl. 250,000, 50,000, 25,000, 5000, 2000, 160.

Ziehung der Bukarester 20 Frcs.-Loose.

Gewinnste: Frcs. 100,000, 75,000, 5000, 2000, 1000, 100.

Am 16. März a. c.

Ziehung der Mailänder 10 Frcs.-Loose.

Gewinnste: Frcs. 100,000, 50,000, 1000, 500, 100. 20.

Vorstehende Loose, sowie alle in- und ausländische Loos-Gattungen halten wir billigst empfohlen und kaufen wir solche nach der Ziehung wiederum mit kleinem Nachlasse zurück.

Gebrüder Schmitt in Nürnberg.

In der Buchner'schen Buchhandlung ist erschienen und vorräthig bei **Otto Reindl**

Das Passionsspiel

zu Oberammergau in Bayern.

Nach eigener Anschauung und nach der vorhandenen Literatur als Leitfaden bei der Vorstellung beschrieben und herausgegeben von J. Förtsch. 8° brosch. 124 Seiten. Preis 42 kr. Nach Auswärts franco 45 kr.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin.

Theater-Anzeige.
Sonntag den 28. Februar
Hamlet.

Katholisches Casino.
Sonntag. 27. Febr. Abends 8 Uhr
Musikalische Unterhaltung
für die ver. Mitglieder mit Familien.
Fastnachtsmontag Abends 7 Uhr
Faschingsscherze nebst **Souper** für Herren.

Gesellen-Verein.

Sonntag und Dienstag Abend 7 Uhr die Herren Schutzvorstände mit Familie.

Das Einführen Unberechtigter ist strengstens untersagt.

Der Präses.

Jedem Loosbesitzer

sendet **A. Dann** in **Stuttgart** gegen 12 Kreuzermarken die neueste Verloosungsliste über alle bis 1. Januar 1870 gezogenen Serienloose nebst Verloosungskalender pro 1870 franko zu. Auch sieht derselbe Loose ꝛc. in allen früheren Ziehungen zu 9 kr. per Stück, bei Parthien nur 6 kr., nach.

Preuß. Kassensch.	fl. 1.	44⅞—45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl. 9.	56½—57½
Napoleonsd'or	fl. 9.	29¼—30½
Dukaten	fl. 5.	35—37
Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9.	54—56

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 50. Dienstag, den 1. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet - Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 27. Febr. Se. Maj der König hat den gestrigen Officiers-Ball im „Odeon" besucht. Auch die Prinzen Otto und Adalbert, der Kriegsminister und der Staatsminister des Aeußern, Fürst Hohenlohe, sowie der russische und der preußische Gesandte am hiesigen Hofe wohnten demselben bei. Der König erschien um halb 9 Uhr, begleitet von den Generaladjutanten Frhrn. v. d. Tann u. Frhrn. v. Larroche, in der Uniform seines Chevaurleger-Regiments, unterhielt sich mit vielen der Anwesenden in liebenswürdigster Weise und verweilte bis zu der gegen 11 Uhr eingetretenen Pause. Auch am Tanze nahm der König Theil und zwar an der ersten Quadrille mit der Gemahlin des Generalkommandanten Frhrn. v. d. Tann, wobei sich der Kriegsminister mit der Gemahlin des Generalkapitäns Frh. v. Hohenhausen dem König gegenüber befanden. — Nach einer von der Bauabtheilung der Generaldirektion der k. b. Verkehrsanstalten gemachten Aufstellung wird die Bahnstrecke München, resp. Haidhausen, Rosenheim mit 14,8 Stunden im Oktober ds. Js., die Bahnstrecke Schweinfurt-Kissingen mit 7 Stunden im April 1871, die Bahnstrecke München-Braunau mit 33,8 Stunden im Mai 1871, und die Bahnstrecke Gemünden-Elm mit 5,9 Stunden im Oktober 1871 zur Betriebseröffnung gelangen.

München, 26. Febr. In der heutigen Sitzung des Staatsrathes führte Prinz Luitpold den Vorsitz. — Das Stadtgericht München hat in heutiger Sitzung den Redacteur des Volksboten, Hrn. Zander, einer Ehrenkränkung des Bürgermeisters von Kronach, Hrn. Mertel, für schuldig erkannt, und ihn einschließlich der durch Urtheil vom 27. Dec. v. J. ausgesprochenen 21 Tage Gefängniß und 100 fl. Geldbuße, zu 24 Tagen Gefängniß, 120 fl. Geldbuße, Tragung der Kosten und Veröffentlichung des Urtheils verurtheilt. Von dem Vertheidiger des Angeklagten, Hrn. Advocat Dr. v. Auer, war im Verlaufe der Verhandlung mitgetheilt worden daß Pfarrer Zucker in Neufang bei Kronach der Verfasser des Artikels sei, in welchem die Ehrenkränkung enthalten ist. Letzterer hat am Tage der Sitzung im Volksboten einen fulminanten offenen Brief an dem Bürgermeister Mertel in Kronach gerichtet worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Unser hochherziger edelfühlender König läßt am 1. k. M. je 100 aus den 14 Stadtbezirken speisen und zwar in verschiedenen bestimmten Gasthäusern.

Finanzminister v. Pfretzschner wird heute Abend von Wien zurückkehren. Graf Bray ist zur Annahme des Portefeuilles des Aeußeren geneigt, könnte jedoch erst in einigen Wochen hieherkommen.

Die Justizverwaltung hat den Bau neuer Bezirksgerichtsgefängnisse zu Bayreuth und Fürth und neuer Landgerichtsgebäude zu Rosenheim, Freyung, Kötzting, Landstuhl und Pappenheim beantragt.

In der Allgemeinen Zeitung sind in der letzten Zeit Artikel erschienen, welche den Fürsten Hohenlohe bis in die Wolken erheben und seinen Rücktritt als den Anfang des Endes von Bayern hinstellen. — Nun, man sage uns doch einmal, was Fürst Hohenlohe eigentlich gethan hat. Kann man denn bestreiten, daß er mit Allem, was er begonnen, Fiasko gemacht! Bezeichne man doch einen Fall, eine That, die bewiesen hätte, daß er auch nur ein mittelmäßiger Staatsmann wäre. Von der naiven Sendung des Grafen Taufkirchen nach Wien bis zu seiner Rede im Zollparlamente und seiner famosen Depesche nach den Maiwahlen hat er stets nur den Humoristen Stoff geliefert, niemals aber irgend eine besonders politische Begabung bewiesen. Seine neueste That ist die Ernennung des Hrn. v. Dönniges zum bayerischen Gesandten in Florenz. Des Hrn. v. Dönniges! Von den Antecedentien dieses Mannes und so manchen persönlichen Dingen, die ihn in jedem andere Lande für eine diplomatische Stellung unmöglich gemacht hätten, abgesehen, ist Hr. v. Dönniges, der geborne Preuße, auch ein Preuße geblieben und man kann daher annehmen, daß er überall, wenn nicht für, doch auch nicht gegen preußische Interessen wirken wird. Und einem solchen Mann, der für Bayern kein Herz haben kann, überträgt man einen so wichtigen Gesandschaftsposten, wie der in Florenz und dies in einer Zeit, in welcher es sich um Sein oder Nichtsein unseres Staates handelt! Und wer anders ist hiefür verantworlich als der Fürst Hohenlohe?

Digitized by Google

Bei der gestrigen Urwahl in Jettingen sind an Stelle der bisherigen 4 liberalen Wahlmänner vier patriotische gewählt worden, so daß wahrscheinlich auch die Abgeordnetenwahl in Günzburg am nächsten Donnerstag im Sinne der patriotischen Partei ausfallen wird.

Daß König Georg beabsichtige, seine Residenz in Bayern zu nehmen, ist eine Lüge der Annexionisten.

Der Bevölkerungsstand der Straf- u. Polizei-Anstalten ist seit dem Jahre 1862/63 in fortwährenden, erheblichem Steigen begriffen. Während der tägliche Durchschnitt im Jahre 1862/63 sich auf 4,654 Köpfe berechnete, stieg er im Jahre 1863/64 auf 4,929, im Jahre 1864/65 auf 5,387, im Jahre 1865/66 auf 5,789, in der Periode 1866/67 auf 6,634, im Jahre 1868 7,067 Köpfe. Hievon traf im Jahre 1868 auf die Strafanstalten eine tägliche Durchschnittsbevölkerung von 5,224 Männer und 851 Weiber, zusammen 6075 Köpfe und ein Gesammtstaatsaufwand von 784,343 fl. 24 kr. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1869 betrug der tägliche Bevölkerungsstand der Strafanstalten 6,391 Köpfe, so daß, nachdem unter den obwaltenden Verhältnissen wenn nicht auf eine Steigerung, so doch auf keine rasche Abnahme zu rechnen ist, der Budgetaufstellung für die Jahre 1870 und 1871 eine tägliche Durchschnittsbevölkerung von 6300 Köpfen zu Grunde gelegt ist, da in Folge der Einführung des Militärstrafgesetzbuches und der Militärstrafgerichtsordnung diejenigen militärischen Strafgefangenen, welche in Folge der Strafe aus dem Militärverbande entlassen sind, am 1. Januar 1870 an die entsprechende Civilstrafanstalt abzugeben sind. In Erwägung aller maßgebenden Verhältnisse wird hienach bei einem Durchschnittsstande von 6,500 Gefangenen und einem jährlichen durchschnittlichen Staatsaufwande von 120 fl 58 kr. für einen Gefangenen das Erforderniß für Staatszuschuß an die Strafanstalten auf die Summe von 778,750 fl. sich entziffern.

Ausland.

Paris, 27. Febr. Der „Moniteur" deutet an, daß in den Tuilerien neue Schritte beabsichtigt werden, um den päpstlichen Stuhl und das Concil von Beschlüssen abzuhalten, welche dem französischen Staatsrechte zuwiderlaufen.

Rom, 26. Febr. In der Art und Weise der Verhandlungen des Concils wird in diesen Tagen eine Veränderung eintreten, die, wohl von allen Seiten gewünscht, hauptsächlich dazu beitragen wird, einen rascheren Gang der Verhandlungen herbeizuführen. Die Hauptsache dabei ist, daß der Antrag auf Schluß der Diskussion gestellt werden kann und zur Abstimmung gebracht werden muß. Glauben Sie ja nicht dem Geschrei, daß sich zweifelsohne erheben wird, als ob man die Freiheit der Debatten in den Conciliarcongregationen beschränken oder gar aufheben wolle. Es wird nur die Freiheit hergestellt — was man von Anbeginn schon hätte thun müssen — auch den Schluß der Reden über einen gewissen Gegenstand zu verlangen, wenn die Versammlung über denselben sich genügend instruirt sieht. Die ursprüngliche vom Papst ausgehende Geschäftsordnung wird dadurch nicht sowohl geändert, als vielmehr erläutert und praktisch näher ausgeführt. Darüber ist man wohl so ziemlich in allen maßgebenden Kreisen einig, daß eine raschere Erledigung der Arbeiten unumgänglich nöthig sei. Daß diese eintreten könne, ohne daß der Gründlichkeit geschadet werde, bezweifelt Niemand. Voraussichtlich werden dogmatische Fragen zuerst nach dieser Geschäftsordnung erledigt werden.

Rom, 23. Febr. Die General-Congregation brachte gestern die Berathung über den Katechismus zum Schlusse. Sechs Väter sprachen. Es wurden sechs weitere Schemata vertheilt, darunter eines über die religiösen Orden. Ein Decret verordnet daß alle 10 Tage eine General-Congregatinn stattfinden soll, und daß die Prälaten nach Vertheilung der für die Tagesordnung bestimmten Schemata ihre Bemerkungen schriftlich an die Commission einzugeben haben.

Die Agsb. A. Ztg. von 1. veröffentlicht den Wortlaut der neuen Geschäftsordnug des Concils in latein. Sprache.

Florenz, 27. Febr. Die modificirten Bilanzen des Jahres 1870 sind der Budgetcommission mitgetheilt worden. Diese zwei Bilanzen zeigen sehr bedeutende Abänderungen; denn die Bianz der Ausgaben erreicht die Höhe von 759,553,000 Fr., und übersteigt daher den ersten Voranschlag um 23 Mill. Bezüglich der Einnahmenbilanz ist die Summe der ordentlichen Einnahmen von 910,590,000 auf 863,706,000 Fr. reducirt, jene der außerordentlichen Einnah. dagegen von 25,694,000 Fr. auf 26,625,000 Fr. erhöht, so daß sich im ganzen ein Unterschied von 45,955,000 Fr. ergibt. Die Modification beträgt in den Gesammtausgaben aller Ministerien die Summe von 1,111,871,000 Fr. gegenüber den Gesammteinnahmen, welche einschließlich jener aus den Kirchengütern, 950,538,000 Fr. betragen, und ergibt daher ein Deficit von 161,333,000 Fr.

London, 23. Febr. Dem Blatte „Echo" zufolge ist die Admiralität abermals umfassenden Betrügereien von Seiten mehrerer Beamten der Haupt-Proviantstation von Gosport auf die Spur gekommen. Die besagten Beamten sollen seit einer Reihe von Jahren ihre Gehälter durch Bestechungen mehr als verdoppelt haben. Unter diesen Umständen beabsichtigt die Admiralität, die betreffenden Persönlichkeiten gerichtlich zu belangen.

Die Deutschen, welche im Jahre 1813 aus Lodz und Umgegend (Rußland) aus Furcht vor den Insurgenten nach Warschau flüchteten und im Früh-

Digitized by Google

jahre 1864 nach dem Süden Rußlands — zum großen Theil auf die Besitzungen der Großfürstin Marie — befördert wurden, sollen jetzt, wo sie größtentheils in guten Verhältnissen leben, die Hälfte der Vorschüsse zurückzahlen, die ihnen die Regierung zum Unterhalte in Warschau und zur Reise nach dem Süden gemacht hat. Die Vorschüsse an 8300 Köpfe betrugen zusammen gegen 690,000 Rubel, wovon der Verband, dem die Leute jetzt im Süden bilden, die Hälfte zurückerstatten, der Rest als außerordentlich vergabt, der Staatskasse verrechnet werden soll. Dem Vernehmen nach verweigern die Leute die Zahlung, indem sie eine solidarische Verpflichtung nicht anerkennen wollen und der Meinung sind, daß die Regierung zu ihrem Schutz und zur Vergütung der ihnen in Folge der Insurrektion erwachsenen Nachtheile verpflichtet war.

Semlin, 24. Febr. Laut Verordnung der Regentschaft Serbiens werden künftighin die serbischen Juden zum Militärdienst im stehenden Heer und in der Nationalgarde herangezogen.

Vermischtes.

Siegen, 24. Febr. Das hiesige „Volksblatt" theilt den Rechnungsabschluß eines Lehrers pro 1970 mit. Die Einnahmen — 228 Thlr. 16 sgr. 6 pf. Nebeneinnahmen — beziffern sich auf 243 Thlr. An Ausgaben wird berechnet für die Wittwenkasse 3 Thl. an Klassensteuer 4 Thlr., an Lesegesellschaftsbeitrag 20 sgr., an Kost für 6 Köpfe täglich pro Kopf 1) für Morgenbrod 9 pf. macht 4½ sgr., 2) für Mittagessen 1 sgr. macht 6 sgr., 3) für Nachm.-Kaffee 9 pf. macht 4½ sgr., 4) für Abendbrod zu je 1 sgr. macht 6 sgr. zusammen 21 sgr., so daß das gewöhnliche Jahr von 365 Tagen 255 Thl. 15 sgr. und mit den erstgenannten Posten eine Gesammtausgabe 263 Thlr. 5 Sgr. Es stellt sich also damit ein Deficit von 20 Thlrn. heraus, obwohl für Kleidung, Beleuchtung, Heizung, ärztliche Behandlung, gesellige Unterhaltung noch nichts berechnet ist. Und der Militäretat beläuft sich auf mehr als 66 Millionen! Ceterum censeo u. s. w.

Auf dem letzten Hofballe in Turin befand sich eine Maske mit einem ganz außerordentlichen Höcker. In demselben befand sich eine kleine aber starke elektrische Batterie, und ein kunstreiches Leitungssystem bewirkte, daß Jedermann, dem die Maske die Hand schüttelte, gleichzeitig einen elektrischen Schlag erhielt, da der so Betroffene mit einem Messingknopfe an dem Barette des Buckligen, das den Schluß der Leitung bildete, in Berührung gebracht wurde. Unglücklicher Weise aber kam die Leitung plötzlich in eine solche Unordnung und ertheilte seinem Träger, dem Marquis B., eine solche Menge kräftig applizirter Schläge, daß er in aller Eile seinen Höcker durch eine rasche und sichere Operation entfernen lassen mußte.

(Papier für Bauzwecke.) In Chicago wird gegenwärtig eine Art äußerst consistenten Papiers fabricirt, das zu Bauzwecken verwendet wird und dessen Nützlichkeit sich bereits erprobt hat. Ein Haus von 22 Schuh Länge, 16' Breite und 14 Fuß Höhe kann damit an der Außenseite für den Betrag von 9 Dollars bekleidet werden; — ein solches von 36' Länge, 22' Breite und 20' Höhe für den Betrag von 20 Dollars. Die Verwendung dieses Papieres kann zu jeder Jahreszeit stattfinden und erfolgt mit äußerster Schnelligkeit. Dasselbe soll insbesondere gegen Feuchtigkeit und das Benagen von Ungeziefer sichern und sich als einen ausgezeichneten Nichtleiter von Hitze erweisen, weßhalb es die Wohnungen im Winter warm und im Sommer kühl erhält. Auch im Innern der Gebäude wird es statt des Mauerbewurfes und der Tünche gebraucht.

(Eheliche Zuneigung.) Der „Preston Herald" erzählt von einem Leichenbegängnisse, welches vorige Woche in Blackborn stattgefunden hat. Die Wittwe des Verstorbenen weinte bitterlich, und hielt ihre rechte Hand gegen ihre linke Brust, wie um ihre Herzensgüsse zu unterdrücken. Sie blieb am Grabe stehen, bis der Geistliche sich mit den meisten Leidtragenden entfernt hatte. Plötzlich zog sie die Hand von ihrer linken Brust weg, und schwang in derselben die an den Seiten mit Eisen eingefaßten Holzschuhe ihres Mannes. Sie warf diese in das offene Grab, indem sie in dem unnachahmbaren Dialekte der dortigen Gegend ausrief: „Da nimm die doch mit, Du hast mich oft genug damit abgestraft." Die Holzschuhe, die vielleicht 6 bis 8 Pfund wiegen mochten, fielen mit lautem Schall auf den Sarg, die betrübte Wittwe aber trocknete ihre Thränen, und eilte den vorausgegangenen Leidtragenden schnellen Schrittes nach.

Aus der Stadt und Provinz.

(Aus den öffentlichen Sitzungen der Stadtgemeindebevollmächtigten.) Vom 25. Februar. Anwesende Mitglieder 34. Das Bürgerrechtsgesuch des hiesigen Waisenmeisters H. Gg. Krätzler von Weismain wurde genehmigt. — Die Betheiligung mit 5 Antheilscheinen bei dem zu gründenden bayr. Gewerbe-Museum in Nürnberg wurde in Anbetracht der finanziellen Belastung der Communalkassa u. des Umstandes, daß der hiesige Gewerbeverein sich bereits mit 5 Antheilscheinen betheiliget hat, abgelehnt. — Ein Nachlaß am Pachtschillinge der hiesigen Krahnengefälle um 100 fl. pro 1869 sei zu bewilligen. — Der vorgelegte 30. Jahresbericht der Kleinkinderbewahranstalt im I. Distr. pro 1869 hat zur Nachricht gedient. — Im Betreff der Schutzvorrichtungen an den Bäumen der Allee der Sophienstrasse wurde beschlossen: es seien die einzelnen Bäume mit einer dichten Dornenumhüllung zu umgeben und statt mit Weiden mit Draht zu umbinden. — Den Magistratsbeschlüssen im Betreffe der Gehaltsregulirung der städtischen und stiftischen Beamten und Bedienstelen nach dem Principe der 5jährigen Dienstalterzulagen unter Festsetzung eines Anfangs- und eines Maximalgehaltes für jede Branche, sowie der Gründung eines Pensionsinstitutes derselben mit obligatorischen Einlagen, wurde die einstimmige Zustimmung ertheilt. — Der Herstellung eines Kanals in der Langgasse mit 546 fl. sowie eines 2. Kanals im unteren Sand wurde zugestimmt.

Digitized by Google

In der Buchner'schen Buchhandlung ist erschienen und vorräthig bei **Otto Reindl**

G. F. Heinisch,

das Rechnen mit den neuen Maßen und Gewichten in Bayern ohne Anwendung der Dezimalbruchrechnung, zum Schul- und Hausgebrauche (Nachtrag zu dem zum Gebrauche in Schulen allerhöchst genehmigeen Rechenbuche zum Schul- und Hausgebrauche.) Preis brochirt 12 kr.; die Lösungen der 290 Aufgaben sind besonders erschienln und kosten 6 kr. Nach auswärts wird Beides gegen 21 kr. Marken — franko zugesendet.

☛ Auf 12 Exemplare findet 1 Freiexemplar statt.

Unter allen über das neue Maß- und Gewichtssystem bisher erschienenen Schriften, dürfte sich das vorstehend angekündigte Heinisch'sche Werkchen durch seine praktische, einfache und klare Behandlung des Gegenstandes, wohl als das Beste beim Rechenunterrichte erweisen, weshalb alle HH. Lehrer auf solches aufmerksam gemacht werden.

Am 1. März a. c.

Ziehung der Bayr. 4pr. Prämien-Loose

zu 175 fl.

Gewinnste: fl. 175,000, 70,000, 28,000, 10,500, 2800, 1400, 350.

Ziehung der österreich. 1864r Loose

zu 100 fl. und 50 fl. ö. W.

Gewinnste: fl. 250,000, 50,000, 25,000, 5000, 2000, 160.

Ziehung der Bukarester 20 Frcs.-Loose.

Gewinnste: Frcs. 100,000, 75,000, 5000, 2000, 1000, 100.

Am 16. März a. c.

Ziehung der Mailänder 10 Frcs.-Loose.

Gewinnste: Frcs. 100,000, 50,000, 1000, 500, 100. 20.

Vorstehende Loose, sowie alle in- und ausländische Loos-Gattungen halten wir billigst empfohlen und kaufen wir solche nach der Ziehung wiederum mit kleinem Nachlasse zurück.

Gebrüder Schmitt in Nürnberg.

Paramentenverein.

Donnerstag den 3. März

Patronatsfest.

Um ½7 Uhr Gottesdienst mit gemeinschaftlicher Communion in der Kirche der Englischen Fräuleins. Montag 7. März Monatsversammlung.

Gesellen-Verein.

Dienstag Abend 7 Uhr die Herren Schutzvorstände mit Familie.

Das Einführen Unberechtigter ist strengstens untersagt. Der Präses.

Heilbronn a. N.

Offene Reise-Stelle.

In meinem Colonial-Waaren u. Oel-Geschäfte en gros findet ein gewandter Reisender, der die betreffenden Branchen kennt und Bayern schon bereist haben sollte, eine Stelle unter günstigen Bedingungen. **Ferdinand Hauber.**

Jedem Loosbesitzer

sendet **A. Dann** in **Stuttgart** gegen 12 Kreuzermarken die neueste Verloosungsliste über alle bis 1. Januar 1870 gezogenen Serienloose nebst Verloosungskalender pro 1870 franko zu. Auch sieht derselbe Loose ꝛc. in allen früheren Ziehungen zu 9 kr. per Stück, bei Parthien nur 6 kr., nach.

Epileptische Krämpfe

(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin.

Capitalien.

20000 fl. auch getheilt, sind auf mehre Jahre unaufkündbar,

10000 fl. Anuitäten, in Silber unter reellen Bedingungen auszuleihen.

Hypotheken und Kindergelder werden gekauft.

Vollkommen

bewährt haben sich die bei uns eingeführten Patent-Preßwickelformen, da ohne diese unmöglich solch' gediegene, elegant gearbeitete Cigarren geliefert werden könnten. Es beweisen dies auch die sich täglich mehrenden Nachbestellungen, um so mehr da wir vor längerer Zeit Gelegenheit hatten, große Partien Havanna-Tabacke aus einer Konkursmasse billig zu kaufen und deßhalb unsere Fabrikate mindestens 30—35% billiger verkaufen. Wir können mit Recht als ausgezeichnet und höchst preiswerth empfehlen per 1000 Stück:

Hochfeine Havanna Seedlaef Flor Cabannas 48 fl. Hochfeine Blitar Havanna Kronen Regalia 36 fl. Hochfeine Blitar Havanna Tip Top 32 fl. Superfeine Manilla Cuba 28 fl. Superfeine Blitar Xara Castanon 24 fl.

Alle Sorten sind gut gelagert, von feinster Qualität und schöner Arbeit, so daß diese den importirten Havanna-Cigarren, welche 3—4 mal mehr kosten, nicht nachstehen. Probekistchen zu 250 Stück pro Sorte versenden franco, bitten aber uns unbekannte Abnehmer, den Betrag der Bestellung beizufügen oder Postnachnahme zu gestatten. Um Verwechslung mit ähnlichen Firmen zu vermeiden, bitten zu adressiren:

Friedrich u. Comp.,
Cigarrenfabrik. Leipzig.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

Münchener Börse

vom 28. Feb.	P.	G.	bz
3½pCt. St.-Obl.	81¾	—	—
4pCt. gzjähr. do.	86⅝	86½	—
4pCt. hlbjähr. do.	86⅝	86½	—
4pCt. Grdrenten	86¾	86¼	86¾
4pCt. Präm.-Anl.	107	106⅞	—
4½pCt. gzjähr. Obl.	92	91¾	—
4½pCt. halbj. do.	92	91¾	—
5pCt. Oblig.	101½	—	101½
Pfdbr. (H. u. W.-B.)	90⅝	90⅜	—
Bank-Obl. do.	100	99¾	—
Aktien. do	830	—	—
Vereinsbankakt.	115	114½	—
Handelsbankaktien	99½	—	—
½pCt. Ostbahnakt.	120⅜	—	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 51. Mittwoch, den 2. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

≠ Durch die Einheit zur Freiheit!

ist bekanntlich die Losung der Liberalen und Fortschrittler, d. h. aller, denen das Königthum von Gottes Gnaden, das historische, das Recht des Besitzstandes verhaßt ist. Diese begreifen nicht nur nicht mehr wie Andere für bayerische oder württembergische Freiheit und Unabhängigkeit, für die unveränderte Erhaltung der beschwornen Landesverfassung kämpfen können, sondern dieser Kampf gilt ihnen als ein Verbrechen an der großen Nation, und an der nationalen Freiheit. Nun für heute wollen wir bloß einige Andeutungen geben über die Wirkungen der strammen Einheit bei den Nationen, die damit beglückt sind. Ich will Rußland ganz außer Acht lassen, das in neuester Zeit am thatkräftigsten auftritt zur Herstellung der nationalen Einheit mittels Ausrottung der polnischen Nation, der polnischen Sprache, der polnischen Religion, ja des polnischen Namens: wohl auch der größte Schwärmer für die Einheit wird nicht zu behaupten wagen, daß diese Einheit zur Freiheit führt. Gehen wir dann nach Frankreich, wo nächst Spanien unter den modernen Staaten am stärksten die nationale Einheit ausgeprägt ist. Wer hat diese begründet? wer hat sie hergestellt? wer ausgenützt und erhalten? Wie steht es mit der französischen Freiheit? Es ist bekannt, daß zur französischen Einheit zumeist Ludwig XIV. den Grund legte; dieser aber war der selbstsüchtigste Despot, von dem der Satz stammt: Der Staat bin ich. Aus seiner Saat, die seine Nachfolger pflegten, ging die französische Revolution hervor, die die stramme nationale Einheit herstellte. Welche Freiheit gewährte sie? Nun Millionen Franzosen wurden ihrer Güter und Rechte beraubt, in die Verbannung oder auf das Schaffot oder das Schlachtfeld geführt; und der Sohn und Erbe der Revolution, Napoleon I., entwöhnte die einige Nation der Freiheit, indem er sie sättigte mit Glorie. Wie steht es mit der französischen Freiheit? Es ist fast komisch, wenn jetzt Napoleon III. und sein Minister Ollivier nicht ermüden, alles Ernstes die Versicherung zu wiederholen, endlich die Freiheit zu begründen, und die vorausgegangene Politik als falsch und irrthümlich zu bezeichnen. Also 100 Jahre besteht die Einheit und jetzt erst soll die Freiheit begründet werden! Ich gestehe: wenn wir Deutsche erst 100 Jahre nach Begründung der nationalen Einheit die Freiheit erlangen sollen, so verzichten wir auf die Einheit der Nation. Nebenbei bemerke ich: wie oft ist Napoleon III. von den Parisern und Franzosen, vom deutschen Philister und den Liberalen als Wunder der politischen Weisheit, als Retter der Gesellschaft, als Unterdrücker der Revolution gepriesen worden: und heute erklärt er offiziell durch seinen Minister seine frühere Politik für Irrthum und Thorheit! Nun sollen wir den täppischen Greis eher bemitleiden, oder diese gedankenlosen Bourgeois verrachten? Was können wir von dem Einigen und Freien Frankreich noch erleben, wenn der Kreislauf der Dinge so fortgeht!

Ich wende mich nach Oesterreich. Man könnte allerdings einwenden: wie kann man Oesterreich zu den Staaten zählen, denen die Einheit über Alles geht, da doch dieses Reich den Dualismus, d. i. die Zweiheit grundgesetzlich angenommen und sogar seinen Namen „Oesterreich" in „österreichisch-ungarische Monarchie" umgewandelt hat? Und doch sage ich: in jeder der beiden Reichshälften ist die Einheit sehr straff angestrebt? Was ist aber die Folge dieser Einheit? Die Auflösung des ganzen, der Aufstand der Bocchesen, die Schwierigkeiten der Militärgrenzer, die Unzufriedenheit in allen Kronländern, die Mißhandlung der Tiroler, die Rathlosigkeit im Ministerium und im Reichsrathe und trotz Verschleuderung der Krongüter ein wachsendes Defizit sammt Zinsreduktion und Steuererhöhung! Das ist die Freiheit, zu der die Einheit in Oesterreich führt.

Wenden wir uns nach Italien, dem Musterlande des deutschen Strebens zur nationalen Einigung; ich glaube, es ließe sich eine frappante Parallele ziehen zwischen dem Streben Piemonts und Preußens, die nationale Einheit herzustellen, nur dürfte es in Deutschland leicht an einem Gaeta und seinen Helden fehlen. Nun was hat Italien erreicht, abgesehen von den Strömen Blutes, durch welche es wenigstens den Namen eines einigen erlangt hat? Hören wir darüber eine italienische Stimme, die unverdächtig ist, weil sie selbst schwärmt für die Ein-

heit der Nation. Die „Unita Italiana", das Organ Jungitaliens schildert die Zustände Italians also: „Die italienische Regierung befindet sich in traurigster Lage; sie hat fünf bis sechs Milliarden Schulden, ein jährliches Deficit von 300 Millionen, eine Legion hoher Parasiten, die viel verbrauchen und auf glänzendem Fuße erhalten werden müssen, eine Masse Spione, Häscher, käufliche Schreiber, einen regelmäßig den Papst zu zahlenden Tribut durch Uebernahme eines Theils der Staatsschuld — nebenbei verzehrte und verschleuderte sie die reiche Ernte der Domänen und Kirchengüter, alle Quellen des Landes sind erschöpft, das Kapital und die Rente, das bewegliche und unbewegliche Eigenthum ist ausgepreßt, das Salz hochbesteuert, eine Maschine erfunden, um dem Armen seine einzige Nahrung, die Polenta, zu berechnen u. darnach zu besteuern — Mahlsteuer; das Monopol des Tabaks wurde verkauft und mit einer Unsittlichkeit verhandelt, verschachert, veräußert, verwaltet und alles verwirrt; das Schwert der Ehre ist durch die Niederlage von Lissa und Custozza entehrt. Bei einer solchen Reihe von Irrthümern und Unredlichkeiten ist es natürlich, daß das Land der Regierung nicht geneigt sein kann." Nehmen wir nun an, es gelänge Preußen, auf dem bisher beschrittenen Wege die deutsche Einheit herzustellen; was wäre die Folge? Ich sage: gleiche Ursachen bringen unter gleichen Verhältnissen gleiche Wirkungen hervor. Bei mir steht fest: wie bei Piemont so ist bei Preußen die Freimauerei der innerste Kern des Strebens nach nationaler Einheit. Und zehn Jahre später nachdem Preußen die deutsche Einheit hergestellt hat, würde eine deutsche demokratische Zeitung weit derber über Preußens Werk aburtheilen, als obige italienische über das Werk Piemonts. Mir wenigstens ist die Freiheit ein höheres Gut, als die nationale Einheit, und ich bin für die nationale Einheit nur, wenn sie durch die freie Vereinigung der selbstständigen, einander gleichstehenden deutschen Stämme erreicht wird.

Inland.

München, 28. Febr. Mit dem Hrn. Finanzminister v. Pfretzschner, welchem man heute Nacht oder morgen von Wien zurückerwartet, wird Graf Bray hierher kommen, um den Stand der Dinge in der Nähe kennen zu lernen. Die Uebernahme des erledigten Portefeuille's durch denselben gilt noch nicht für gewiß.

Bereits vor einigen Tagen haben wir die Nachricht gebracht, daß mit Einführung des neuen Civil-Prozesses ein neues Taxgesetz in Anwendung komme, welches dem gegenwärtigen Landtage noch vorgelegt werden sollte. Nun scheint die Regierung selbst einzusehen, daß sie auf einen bedeutenden Widerstand in der Kammer stoßen würde, und deßhalb beabsichtigen, die bisherigen Taxen auch ferner anzuwenden.

Zum Referenten über die Anträge auf Verbesserung der materiellen Lage der Volksschullehrer wurde der Abgeordnete Pfarrer und geistlicher Rath Schmid von Traunstein gewählt, zum Referenten über die Anträge auf Abänderung des Vereinsgesetzes und des Preßedicts der Abgeordnete Landrichter Eder von Burglengenfeld, und zum Referenten über den Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung des Landtags der Abgeordnete Pfarrer Hafenmaier von Memmingen.

Die liberale Presse warf bekanntlich wiederholt den Patrioten vor, daß sie zwar gegen die Selbstwahl ankämpften, aber doch sich selbst wählten und als Beleg führte sie an, daß in Forchheim Pfarrer Mahr und Kaufmann Weber sich selbst gewählt hätten. Obwohl in der geheimen Sitzung Mahr und Weber dies als unwahr bezeichneten, so wiederholte sich dieser Vorwurf immer wieder u. war auch Ausdruck in der von Dorn und Genossen aus Gräfenberg eingereichten Reclamation gegen die Wahl in Forchheim. Dies veranlaßte den Abgeordneten Weber, eine Eingabe an das Präsidium zu machen mit der Bitte, auf Grund der Wahlacten constatiren zu wollen, daß eine Selbstwahl nicht stattgefunden. Diesem Gesuche wurde nun in gestriger öffentlicher Sitzung entsprochen und wurden die Nummern 118 und 138 der Wahlzettel für die Abgeordneten vorgelesen, nach welchen Pfarrer Mahr die Hrn. Dr. Schüttinger und Pfarrer Fleischmann, Kaufmann Weber die Hrn. Dr. Schüttinger und Pfarrer Mahr gewählt hatte. Dann wurden die Wahlzettel Nr. 1 und 136 bezüglich der Wahl der Ersatzmänner verlesen, wonach Mahr nur die Herren Lang und Weber, und letzterer die Hrn. Lang und Winkler gewählt hatte. Damit dürfte das Benehmen der liberalen Presse und der Gräfenberger Reklamation endlich gerichtet sein.

Bezüglich der Prüfungen für den Eintritt in die Armee zum einjährigen Freiwilligendienst wird demnächst, wie wir vernehmen, eine Aenderung eintreten. Bisher war es den Prüfungscommissionen in den einzelnen Regierungsbezirken überlassen die Aufgaben für die Prüfungen festzustellen — eine Einrichtung die zu mehrfachen Klagen Veranlassung gab, als ob da und dort leichtere oder schwerere Fragen aufgestellt worden seien; auch glaubte man diesem Umstande die Ungleichheit in den Prüfungsresultaten wenigstens zum Theil zuschreiben zu können. Für die Zukunft sollen nun die Aufgaben für alle Prüfungscommissionen die gleichen sein, sie sollen im Kriegsministerium festgestellt, und den Commissionen unmittelbar vor den Prüfungen verschlossen übermittelt werden, eine Einrichtung die jedenfalls als zweckmäßig erscheinen dürfte.

Wir können die freudige Mittheilung machen, daß sich Hr. Abg. Dr. Schüttinger, der am Gelenk-Rheumatismus gefährlich erkrankt ist, auf dem Wege der Besserung befindet.

Die Staatsregierung stellt die Aufbesserung der

Digitized by Google

Bezüge der an den Bezirksämtern verwendeten 2., 3., 4. u. fünften Schreiberstellen für sehr dringend, und proponirt folgende Erhöhung: die Bezüge der 154 zweiten Schreiber von 360 auf 400 fl., der 151 dritten Schreiber von 300 auf 350 und der 76 vierten u. fünften Schreiber von 240 auf 300 fl.

Karlsruhe, 28. Febr. Die heute Abend erscheinende „Karlsruher Ztg." bringt einen Artikel in Bezug auf den Antrag des Reichstagsabgeordneten Lasker, in welchem sie erklärt, daß die badische Regierung diesem Antrag durchaus fremd ist. Ihre politische Richtung beruhe wesentlich auf den badischen Landes-Interessen und Rücksichten. Der Artikel schließt: Die Regierung stützt ihre Hoffnung auf die Erreichung dessen, was die Interessen des Landes dringend erheischen, und darauf, daß diese Interessen im entscheidenden Punkte mit den unvertilgbaren Bedürfnissen und Bestrebungen des gesammten deutschen Volkes zusammenfallen. Die Hoffnung kann nur stark werden durch die wiederholte nachdrückliche Erklärung des Bundeskanzlers, daß auch er die gegenwärtige halbe Einigung Deutschlands nicht als ein Definitivum betrachte

Karlsruhe, 28. Februar. In der heutigen Serienziehung der badischen 35 fl.-Loose wurden die folgenden 70 Serien gezogen: 78, 101, 112, 335, 438, 449, 480, 685, 897, 1011, 1222, 1225, 1245, 1264, 1448, 1556, 1789, 1804, 1816, 1858, 2251, 2279, 2397, 2459, 2686, 2811, 2850, 3223, 3283, 3323, 3381, 3398, 3756, 3762, 4372, 4447, 4496, 4514, 4709, 5152, 5173, 5350, 5565, 5681, 5723, 5766, 5885, 6073, 6146, 6658, 6799, 6858, 6907, 6928, 6938, 6977, 7000, 7038, 7084, 7155, 7199, 7245, 7417, 7453, 7574, 7594, 7598, 7614, 7682, 7707.

Frankfurt, 28. Febr. Dem Vernehmen nach wird der Großfürst-Thronfolger von Rußland an den ihm nahe verwandten Höfen zu Darmstadt und Stuttgart in der ersten Hälfte des nächsten Monats zum Besuche erwartet.

Aus Dresden, 25. Febr. wird gemeldet, daß in Klingenthal und Umgegend der Hungertyphus ausgebrochen ist. Aber nicht dort allein, sondern auch in andern Theilen des Erzgebirges und des Voigtlandes soll ein bedeutender Nothstand herrschen.

Berlin, 28. Febr. Der Reichstag hat heute den Strafgesetzentwurf berathen. Bei §. 1 beantragte Kirchmann die Abschaffung der Todesstrafe. Bundescommissär Leonhardt vertheidigte die Regierungsvorlage, d. h. die Beibehaltung der Todesstrafe. Er bemerkte, die Voraussetzung als ob die Abschaffung der Todesstrafe im Volksbewußtsein wurzle, sei irrig. Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

Ausland.

Ein meist gut unterrichteter Pariser Korrespondent der Köln. Ztg. kann die Nachricht, daß Graf Daru, nachdem er von der vertraulichen Depesche des Grafen Beust an Hrn. v. Trauttmannsdorff über das Konzil Kenntniß genommen, den Beschluß gefaßt habe, alle bei dieser Frage interessirten Mächte zu gemeinsamen Berathungen und zu gemeinsamen Vorgehen in Rom aufzufordern, kategorisch dementiren. Der französische Minister, weit entfernt, auf den seiner Zeit abgelehnten analogen Vorschlag des Fürsten Hohenlohe in München zurückzugreifen, habe vielmehr allen in dieser Hinsicht ihm zugekommenen Andeutungen ein festes „Nein!" entgegengesetzt. Graf Daru solle sogar erklärt haben, daß die Beziehungen der einzelnen Mächte zum Papste zu verschiedenartig seien, als daß sie ein gemeinsames, officielles Handeln gestatten. Die eine Macht sei halb protestantisch, die andere, wie Frankreich, im Vollbesitze eines Konkordats, das Rom anerkenne und dessen Bestimmungen auch heute noch völlig ausreichend seien; noch andere endlich, wie Oesterreich, seien mit einem Konkordat voll von lästigen Bestimmungen behaftet; kurz es, fehle ein gemeinsamer Boden zum gemeinsamen Handeln. Bei dieser Gelegenheit habe der Minister es auf's Neue betont, daß Frankreich sich dem Konzil gegenüber rein auf der Defensive halte, daß es wohl officiöse Vorstellungen beim Kardinal Antonelli und beim heiligen Vater selbst zum Gehör bringe, daß es aber jedenfalls dem Konzil volle Freiheit lassen wolle, fest entschlossen, wie es sei, nichts anzunehmen, was irgendwie mit dem Geiste oder dem Wortlaute des Konkordats in Widerspruch stehen sollte.

Rom, 22. Februar. Gestern wurde die 28. u. heute die 29. Generalcongregation, worin das Schema vom kleinen Katechismus behandelt wurde, abgehalten. Heute wurde das Thema beendet. Es sprachen unter Andern der hochw. H. H. Erzbischof v. Scherr von München und v. Dinkel Bischof von Augsburg. Da die Liste der Redner erschöpft war und Niemand weiter das Wort begehrte, so wurde das Schema an die competente Commission zurückgegeben. Der Untersecretär setzte alsdann die Väter über einige Modification in Kenntniß, welche das Präsidium an der Geschäftsordnung vorzunehmen für gut fand, und die sich auf das apostolische Schreiben vom 27 Dez. vorigen Jahres beziehen.

Bischof Ketteler von Mainz erklärt in einer öffentlichen Kundgebung aus Rom die neuliche telegr. Mittheilung der Allg. Ztg., wonach zwei rheinische Kirchenfürsten in der Versammlung der deutschen Bischöfe eine gemeinsame Erklärung gegen Döllinger's Aufsatz über die Unfehlbarkeit beantragt hätten, damit aber von der Versammlung abgewiesen worden wären, in ihren beiden Theilen für vollständig unbegründet.

Aus der Stadt und Provinz.

** Bamberg, 1. März. In Folge falscher Wechselstellung fuhr der heute Früh 4½ Uhr von Hof abgegangene Postzug Nr. 30 in Schwarzenbach

Digitized by Google

auf den die Kreuzung abwartenden Güterzug Nr. 439. Eine Verletzung von Personen hat hiebei nicht stattgefunden, der Schaden am Transportmaterial aber beschränkt sich auf das Abstoßen der Puffer der Maschine.

Vermischtes.

— Der Ackerknecht, welcher bei der letzten Dombau-Lotterie 10,000 Thaler gewonnen, vertraute das Geld der Sparrkasse in Warrendorf an, dessen Rendant damit durchgegangen ist und sich erschossen hat.

(Auch ein Abonnement.) Vor einem amerikanischen Gerichtshof. Richter: „Aber heut ist es das zwanzigste Mal in diesem Jahre, daß ich Euch wegen Trunkenheit in Strafe nehme!" Angeklagter: „Es ist wahr, Euer Ehren, und ich möchte deßhalb sehr gebeten haben, mir doch ein Abonnement zu gestatten. Es würde mir dann nicht so theuer kommen."

Frankf. Coursbericht vom 28. Feb. 1870.

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	59½ G
3½% preuß. 100 thlr.	—	bz	großh. hess. 25 fl.	46½ bz
kurhess. 40 thlr.	57½	G	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	— G
bayr. 100 thlr.	107	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79½ bz

Staatspapiere.				Würtbg.	4½% Obl.	91	bz
Preußen.	5% Oblig.	—	G		4 "	—	G
	4½ "	93½	bz		3½ "	82½	G
	4 "	82½	G	Baden.	4½ "	92⅝	P
Frankfrt.	3½ "	81½	G		4 "	87½	P
Nassau.	4½ "	92⅜	G		3½ "	82½	G
	4 "	85	bz	G. Hessen	5 "	102	P
Kurhess.	4 "	—	P		4 "	91½	bz
Bayern.	5% Oblig.	101½	P	Sachsen.	5 "	101½	bz
	4½ 1jhr. "	91⅞	P	Brschw.	3½ "	80⅜	P
	4½ ½jhr. "	92	P	Oesterr.	4½ % R.i.S.	58½	bz
	4 1jhr. "	86⅜	G		4½ % R.i.P.	50⅜	G
	4 ½jhr. "	86⅜	G		5 Ung. E.-A.	—	bz
	4 Abl.-R.	87	P	Amerika.	6% pr. 1882	95½	bz
	3½ Obl.	—	G		6% pr. 1885	94⅜	bz

Anlehen der Stadt München 101 bz

Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B. 100)	88⅜ G
Amsterdam (100 fl.)	100⅜	bz	London (10 Pf. St.)	119⅜ bz
Augsburg (100 fl)	99⅜	G	Paris (200 Fr.)	95 bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	95⅛ bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅜	P	Disconto 3½ pCt.	

Aktien.							
			5	öst. Staatsb. 500 frc.	363½	bz
3½ % b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	4	pfälz. Ludwb. 500 fl	170½	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.	694	bz	4½	Maxbahn 500 fl	106⅞	P
4½ % b. Ostbahn 200 fl.	120½	bz	4	Nordb. 500 fl.	87⅞	G
5 öst. Südb. 500 frc.	234½	bz	4	H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90½	P

STEURER & HELD,

Nürnberg, Heugäßchen,

empfehlen alle Arten von **Kirchengegenständen** in schöner und solider Arbeit. Photographien werden auf Wunsch mit Vergnügen eingeschickt, „Reparaturen" ebenfalls auf das Prompteste ausgeführt.

Neue Glockenhängung.

Das ganze Hängewerk bewegt sich jetzt so leicht und regelmäßig, daß der Thurm nicht im mindesten bewegt wird; auch kann mit leichter Mühe jede Glocke von einem Mann geläutet werden, wogegen früher bei der großen Glocke vier Mann und bei der kleinen zwei Mann gebraucht wurden. Der Ton ist bei beiden weicher als früher. Hauptsächlich bei der großen Glocke hat der Ton einen sehr schönen Nachhall. Wir können daher nicht unterlaßen für die gute Ausführung der Hängeapparate Ihnen, Herr Kreisbaumeister, unsern innigsten Dank abzustatten.

Müggenhahe bei Damzig, Hochachtungsvoll
2. Juni 1869. M. G. Claaßen, in Vertretg. d. Kirchenkollegiums.

Prospect, Zeichnung, Atteste werden franco eingesandt. auch die von den Interessenten selbst leicht anzubringenden Hängeapparate geliefert durch Vermittlung des Patentinhabers

Ritter Königl. Kreisbaumeister zu Trier.

Bestellungen auf **COMMUNION-BILDER** in mehr als 40 Sorten

von 1 kr. an bis 30 kr das Stück nimmt entgegen

Otto Reindl.

Gratulations-KARTEN, elegant u. billig, in größter Auswahl bei *Otto Reindl.*

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Rillisch in Berlin.

Gesellen-Verein.

Morgen Abend 8 Uhr

Vortrag

über die Arbeiterfrage.

Der Präses.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen befördert *prompt, reell, extract. discret* in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original - Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.

Zeitungs-Catalog gratis und franco.

PACHT der „Die Woche, pr. Zeile 9 kr.
des „Figaro" 6 kr.
des „Kladderadatsch 27 kr.
der „Fliegenden Blätter" 18 kr.

Capitalien.

20000 fl. auch getheilt, sind auf mehre Jahre unaufkündbar,

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 52. Donnerstag, den 3. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 1. März. Die von Sr. Maj. dem König auf Kosten der kgl. Cabinetscasse angeordnete Ausspeisung von 1400 Armen hat heute in zwölf Gasthäuser unserer Residenz stattgefunden. Sämmtliche Locale, welche wir besuchten, waren mit dem Brustbilde des Königs und den Landesfarben geschmückt; allenthalben herrschte Ordnung und frohe Stimmung, und aus manchem Munde vernahmen wir warme Worte des Dankes gegen den hochherzigen Geber. — Se. Maj. hat an den Stiftspropst Dr. v. Döllinger gestern aus Anlaß dessen Geburtstagsfestes ein eigenhändiges Handschreiben gerichtet, und hierin die Hoffnung ausgesprochen, daß Döllinger (welcher in der Concilsfrage mit der Mehrzahl des deutschen Episkopats in Uebereinstimmung steht) nicht ermüden werde, in dem begonnenen Kampfe zum Heile des Staates und der Kirche muthig auszuharren.

* Nach den Bestimmungen des Normativs über die Bildung der Schullehrer sind die absolvirten Seminaristen von den Kreisregierungen an eine bestimmte, mit einem tüchtigen Lehrer besetzte Schule zur Erstehung einer einjährigen Schulpraxis zu weisen, bevor sie zu dienstlicher Verwendung als Schulgehilfen gelangen dürfen. Würdigen und dürftigen Praktikanten werden angemessene Unterstützungen bewilligt, zu welchem Zweck in dem Budget der 9. Finanzperiode 6000 fl. vorgesehen sind. Bisher erschien dieser Betrag ausreichend, weil bei dem bestandenen Mangel an Lehrkräften denjenigen Schulamtszöglingen, welche in der Seminar-Schlußprüfung die 1. Note erhalten haben, die Schulpraxis nachgesehen wurde, und selbst jene mit der 2. Note schon nach halbjähriger Praxis zur Verwendung als Schulgehilfen gelangten. Nachdem aber in den letzten Jahren und namentlich seit der Errichtung der Präparanden-Schulen der Zugang zum Schulfach ein viel zahlreicherer war als früher, so hört allmählich der Mangel an Lehrkräften auf, und muß für sämmtliche absolvirte Seminaristen auf der Praxis bestanden werden. In Folge dessen erhöht sich aber auch der Bedarf an Stipendien für die Schulpraktikanten und es wurde deßhalb der Betrag von 10,000 fl. in den Budget-Voranschlag eingesetzt.

Die Ausgaben, welche die bayerische Staatsregierung gegenwärtig für den Pacht der Privatbahnen jährlich zu leisten hat, betragen 1,037,640 fl., nämlich für Benützung 1) Neumarkt-Bayreuther Bahn 55,000 fl., 2) Pasing-Starnberg 50,000 fl., 3) Gunzenhausen-Ansbach 70,080 fl., 4) Donaubrücke in Ulm 22,207 fl., 5) Hochstadt-Stockheim-Gundelsdorfer Bahn 77,500 fl., 6) Holzkirchen-Miesbacher Bahn 50,000 fl., 7) Kempten-Memmingen-Ulm 175,000 fl., 8) Landesgrenze-Salzburg 50,114 fl., 9) Starnberg-Penzberg-Peißenberg 192,500 fl., 10) Hof-Aich-Eger 279,000 fl., 11) Kufstein-Landesgrenze 16,139 fl.

Bei der Urwahl in Jettingen am 27. v. M. wurden 342 Stimmen abgegeben, von welchen auf die (4) patriotischen Wahlkandidaten 230, 228, 227 und 225 fielen. Von den Kandidaten der Liberalen erhielt der höchstbestimmte 112, die beiden niederbestimmten 109 Stimmen. Bei der Wahl im Novemb. hatten die nämlichen Kandidaten der Liberalen, obwohl damals im Ganzen sich weit weniger Wähler (230) betheiligten, doch mehr Stimmen, als diesmal, nämlich 119, 116, 114, nur einer 106.

In der A. Postztg. wird der Gutsbesitzer Frhr. Karl v. Thüngen, Sohn des Präsidenten der Reichsrathskammer, als einer der von der patriotischen Partei für die Abgeordnetenwahl in Günzburg aufgestellten Kandidaten bezeichnet.

Bei der am 7. März beginnenden 1. ordentlichen Schwurgerichtssitzung für Oberfranken kommen folgende Fälle vor: am Montag 7. März Vorm. gegen Hirschstein, Mor., led. Buchdr. von Schlichtingshain (Posen) wegen Verbrechens u. Vergehens des Diebstahls. Dienstag 8. März Vorm.: Ad. Arnold, led. Gem Diener v. Oberpferdt wegen Verbr. der Körperverletzung, Nachm. Nik. Tröger, led. Schneidergef. v. Oberkotzau, w. Verbr. der Brandstiftung. Mittwoch 9. u. Donnerst. 10.: 1) Joh. Ploß, led. Dienstknecht v. Baumersreuth, 2) Joh. Nik. Dannhorn, 4) Andr. Dannhorn, led. Bauernsöhne v. Wüstung wegen eines Verbrechens des Diebstahls u. eines Vergehens des Jagdfrevels. Freitag 11. Vorm.

Digitized by Google

1) Joh. Nahr, led. Webergef. v. Schübelhammer w. Verbr. d. Brandstiftung, 2) Joh. Nik. Hofmann, verh. Weber von dort, w. Theilnahme daran. Samstag 12. Vorm. Joh. Schmitt, verwittw. Auszügler v. Seußling, w. Betrugs. Mont. 14. Vorm. Joh. Keim, led. Schreinerges. v. Lettenreuth, w. Körperverl. Dienst. 15. Vorm. J. B. Behringer, led. Bierbrauges. v. Burglisberg w. Körperverl. Mittw. 16. Vorm. Joh. Schmucker, verh. Taglöhner v. Langenwies w. Diebstahls. — Nachm. Joh. Wich, Flößer v. Unterrodach w. Körperverl. Donn. 17. u. Freitag 18.: Jos. Emmerling, verheir. vormal. Rentamtsdiener v. Forchheim w. 2 Verbr. u. 3 Verg. des Mißbrauchs des Amts zur Fälschung und Unterdrückung von Urkunden, 4 Vergehen des Mißbrauchs der Amtsgewalt zur Erpressung und eines fortgesetzten Verg. der Unterschlagung. Freit. 18. Nachm. Joh. Erlwein, verh. Wirth v. Wiesenthau, w. Verbr. d. Fälsch. v. Geld, (Contumazialfall.)

Hr. Prof. Dr. Friedrich erläßt nun in der A. Allg. Ztg. eine Erklärung, worin er sich gegen die Anschuldigung, bei den hierin veröffentlichten „Römischen Briefen" betheiligt zu sein, entschieden verwahrt.

* Der erste Eisenbahnzug mit Lebensmitteln, als Obst, Gemüse, Eier ꝛc. aus Italien nach Norden ging am 12. Februar von Neapel ab. Es war ein Extrazug mit dem andere von Florenz, Mailand und Turin zusammentrafen, um ihren Weg nach Deutschland, Oesterreich speziell nach Wien u. weiter nach Petersburg und Moskau fortzusetzen. Damit ist nur der kleinere Anfang eines großartigen Handelsunternehmens gemacht, welches, von Italien aus die bezeichneten Länder mit den verschiedensten Lebensmitteln zu versehen, vom 1. Juni an regelmäßig 50 Waggons jede Woche abgehen lassen wird. Die Fahrt wird vorläufig über den Semmering ausgeführt. Wahrscheinlich wird später auch die Brennerbahn vorgeschlagen werden, um auch das nördliche und westliche Deutschland in den Geschäftskreis hereinzuziehen. Bis zum 1. Juni d. J. werden in geeigneten Fristen Extrazüge benutzt werden. Das Ganze liegt in der Hand eines einzigen Unternehmers, der von den Italienischen Bahnen unterstützt wird.

Karlsruhe, 1. März. Die jüngste Erklärung und Rede des Grafen von Bismark gegenüber dem Abg. Lasker wegen Eintritts Badens in den Nordd. Bund, hat auf die hiesigen Anschlußmänner einen niederschmetternden Eindruck hervorgebracht, besonders auf die Heißsporne, die selbst einen Gewaltstreich nicht scheuen, damit Baden der großen Wohlthaten des Nordbundes sich erfreue. Es sollte die Sache nun in dem Reichstag zur Sprache kommen und war als der Vertreter der Abg. Lasker ausersehen. Der Durchfall seiner Resolution hat große Freude und allgemeine Heiterkeit im Volke, das Gegentheil bei unsern Liberalen hervorgebracht. Das soll nun das Resultat aller Bestrebungen aller Mühen und Sorgen, aller gebrachten Opfer, aller Bürgerabende und Volksversammlungen, aller Berathungen und der Behandlungen der nationalen Frage seit vier Jahren sein, daß wir eben doch warten müssen, bis es den Bayern und Württembergern gefällig ist, das Verhältniß des Südens zu dem Norden näher zu bestimmen. Das ist für ein nationalliberal fühlendes Herz sehr bitter, aber wahr. Die Wahrheit und die Wirklichkeit sind indessen für unsere Nationalliberalen schwer verständliche Dinge. Vermöge ihres Verhältnisses zu der Regierung sind sie in dem Glauben erzogen, daß sie es sind, welche eigentlich regieren und einen unbedingt maßgebenden Einfluß auf den Gang der öffentlichen Dinge ausüben. Daher die ungemeine Wichtigkeit, mit welcher unser kleinstaatliches Auftreten überhaupt behandelt wird, und die großartige Selbstüberschätzung, welche die Parteiführer zur Schau tragen. Diese Illusion ist bezüglich der deutschen Frage durch die Rede des Grafen von Bismark gründlich zerstört worden und das ist das Empfindliche. Bei der Verhandlung über den Jurisdiktionsvertrag mit dem Norddeutschen Bunde wird man erfahren, wie man den empfangenen Schlag aufnimmt.

Berlin, 1. März. Ein Erlaß des Präsidiums des norddeutschen Bundes genehmigt die Ausgabe von 7,200,000 Thalern verzinslicher Schatzanweisungen in Gemäßheit des Gesetzes vom Jahre 1867 betr. die außerordentlichen Ausgaben für den Bedarf der Marine.

Berlin, 1. März. Reichstag. Fortsetzung der Debatte über Beibehaltung der Todesstrafe. Bundescanzler Graf Bismarck sprach sich heute in längerer Rede für Beibehaltung der Todesstrafe aus und erklärte, das Strafgesetzbuch werde schwerlich im Bundesrath die Majorität erlangen, wenn das Haus die Todesstrafe verwerfe. Preußen werde mit allen Stimmen für Beibehaltung der Todesstrafe stimmen und seinen ganzen Einfluß in diesem Sinne aufbieten. Trotz dieser Erklärung wurde die Aufhebung der Todesstrafe gemäß den Anträgen der Abgg. Kirchmann und Fries mit 118 gegen 81 Stimmen beschlossen.

In einem polemischen Artikel gegen die Nat.-Ztg. aus Anlaß der neulichen Erklärung des Grafen Bismarck sagt die N. A. Ztg. über das Verhältniß der Zollvereinsverträge zu den Allianzverträgen, die militärische Verpflichtung, die Waffengemeinschaft überhaupt, sei die gar nicht weg zu denkende Ergänzung zu der Kassengemeinschaft, welche der Zollverein zwischen dem Nordbund und den Südstaaten zu Wege bringe. „Kann man wohl mit einem Nachbar Kassengemeinschaft haben wollen, dem es erlaubt ist, heute oder morgen gegen uns Krieg zu führen? Auch der frühere Zollverein hatte vermöge des früheren deutschen Bundes die Waffengemeinschaft zur Ergänzung und Voraussetzung."

Digitized by Google

Wien, 28. Febr. Nach französischen Blättern soll der österr. Botschafter zu London, Graf Apponyi in Rom und Florenz mit der Mission betraut sein, eine österreichisch-französisch-italienische Allianz zu verhandeln. Derselbe befindet sich einfach auf Urlaub und bringt denselben, wie gewöhnlich, zum größeren Theil bei seiner an den Fürsten Borghese in Rom vermählten Tochter zu. Da die Versuche zur Verständigung mit den Tschechen abgelehnt wurden, wird man umgekehrt jetzt eine Initiative von der anderen Srite abwarten und ungesäumt die vollendeten Thatsachen schaffen, welche zugleich die Interessen der Verfassung sicherstellen und einen Druck auf die Gegner der Verfassung zu üben vermögen; die Behörden in Böhmen werden fester auftreten, die unzuverlässigen Elemente derselben werden entfernt, der Prager Gemeinderath sowohl als die Bezirksvertretungen, wenn noch ferner im Sinne der Deklaration von ihnen vorgegangen werden sollte, werden aufgelöst und kais. Commissarien mit den Geschäften betraut werden. Mit den Polen will man bald ins Reine kommen, wenn man der Landesregierung das Unterrichtswesen und die Polizei übergibt, ihr die dafür bisher gezahlten Summen aus dem Reichsbudget in eigene Verwaltung überträgt und den Statthalter an der Spitze des Landesausschusses für die Ausführung der Landesgesetze dem Landtage gegenüber verantwortlich macht. Die Slovenen sind mit verhältnißmäßig kleinen Zugeständnissen zu beschwichtigen, und diese wird man ihnen nicht vorenthalten. Mit den Tirolern endlich wird man paktiren, wenn es nöthig, sobald die direkten Wahlen die Stimmung des Landes unverfälscht zu Tage gefördert.

Wien, 28. Febr. Der jüngste Versuch, den das Ministerium gemacht, mit den Führern der Czechenpartei zur Anbahnung eines Ausgleichs in Unterhandlung zu treten, ist durch die definitive Ablehnung der HH. Rieger und Sladkowsky, nach Wien zu diesem Behufe zu kommen, also mißglückt. Das betreffende Schreiben ist ziemlich umfangreich, ward vom Minister an Se. Maj. den Kaiser nach Pesth übermittelt und bildete bereits den Gegenstand der Diskussion im Ministerrath. Die Niederlage, welche durch diese Abweisung die Regierung erlitten, soll nun durch die Wahlreform wieder gut gemacht werden.

Ausland.

Paris, 1. März. Nach der Presse hat gestern der päpstliche Nuntius sich nach dem Tuilerienpalast begeben, wo er eine etwa eine Stunde dauernde Unterredung mit dem Kaiser gehabt hat. Tags vorher hatte er eine Unterredung mit dem Minister Daru.

Die Patrie bestätigt, daß wahrscheinlich der Bischof von Grenoble, Msgr. de Genouilhac, zum Erzbischof von Lyon ernannt werden wird. Diese Ernennung, meint die Patrie, wäre unter den gegenwärtigen Umständen um so bezeichnender, als der Bischof von Grenoble einen hervorragenden Platz in der Gruppe von Prälaten einnimmt, welche sich um den Erzbischof von Orleans schaart.

London, 28. Febr. Nachrichten aus Japan melden, daß die nordamerikanische Corvette „Oneide" in Folge eines Zusammenstoßes mit dem Dampfer „Bombay" bei Yokohama untergegangen ist, wobei 120 Personen ertrunken sein sollen.

Newyork, 27. Febr. Revels, der schwarze Senator von Mississippi, wurde mit 45 gegen 8 Stimmen zugelassen, und nahm seinen Sitz ein. Es ist bemerkenswerth, daß dieser erste Neger, der in den Senat tritt, gerade den früheren Sitz von Jefferson Davis einnimmt. — Vor einigen Tagen beschloß das Repräsentantenhaus den Notenumlauf um 50 Mill. zu vermehren. Der Senat nahm daraufhin eine Resolution an, daß jede Vermehrung des Papiergeldes die Wiederaufnahme der Baarzahlungen erschweren und in die Ferne rücken würde, und daher keine Vermehrung eintreten dürfe. Es wird daher wahrscheinlich keine Vermehrung stattfinden.

Vermischtes.

München, 1. Marz. 4. Ziehung der 4proz. Anleihe von 1866: Serie 80, 90, 207, 306, 424, 465, 484, 567, 701, 785, 914, 1076, 1168, 1254, 1295, 1370, 1468, 1574, 1636. 1660, 1795, 1852, 2050, 2124, 2164, 2345, 2437, 2438, 2460, 2461, 2482, 2506, 2570, 2601, 2614. 2654, 2668, 2726, 2735, 3006, 3026, 3036, 3117, 3136. Die Ziehung der Obligationsnummern mit den im Tilgungsplane festgesetzten Capitals- und Prämien-Beträgen findet am 2. Mai l. J. statt.

Wien, 1. März. Bei der heutigen Ziehung der 100 fl.-Loose von 1864 fiel der Hauptgewinn von 200,000 fl. auf Serie 3950 Nr. 71, der zweite Treffer auf Serie 2563 Nr 14, dor dritte Treffer auf Serie 3950 Nr. 29, der vierte Treffer auf S. 3544 Nr. 89. Außerdem wurden folgende Serien gezogen: 41, 508, 803, 1284, 1748 und 2574.

Wien, 1. März. Bei der Ziehung der 1839 Loose hat die Franko-Bank den Haupttreffer von 220,000 Gulden gewonnen.

In der „Zukunft" ist eine Todesanzeige veröffentlicht, bei deren Lesung uns des preußischen Staates ganzer Lehrerjammer lebendig vor's Auge tritt: „Am 19. d. M. starb zu Kutzen in Ostpr. mein Vater, der ehem. Dorf-Schullehrer Adolf Sack. Er hatte eben das 68. Lebensjahr überschritten. 35 Jahre hat er als Lehrer gearbeitet. Er ist endlich den schwersten Leiden, den langsam überwältigenden Folgen einer Jahrespension von 51 Thalern, welche er als gesetzliches Drittel seines früheren Einkommens seit 5 Jhr. von dem Patronat erhielt, und die für ihn, die Gattin und 5 unerwachsene Kinder zum Leben ausreichen sollte, erlegen — dem Hunger-Typhus."

Frankf. Coursbericht vom 2. März 1870.

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	59¼	P
3½% preuß. 100thlr.	—	bz	großh. hess. 25 fl.	46⅞	bz
kurhess. 40 thlr.	58⅛	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	—	G
bayr. 100 thlr.	—	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79⅛	bz
Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B.100)	88⅛	G
Amsterdam (100 fl.)	100⅜	bz	London (10 Pf. St.)	119⅜	bz
Augsburg (100 fl)	99⅛	G	Paris (200 Fr.)	95⅛	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	95⅝	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅛	P	Disconto 3½ pCt.		
Aktien.			5 öst. Staatsb. 500 frc.	367	bz
3% b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	4 pfälz. Ludwb. 500 fl	171⅛	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.	693	bz	4½ Marbahn 500 fl	106⅞	P
4½% b. Ostbahn 200 fl.	120⅛	bz	4 Nordb. 500 fl.	87⅛	G
5 öst. Südb. 500 frc.	233	bz	4 H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90⅛	G

Staatspapiere.				**Würtbg.**	4½%	Obl.	91⅝	bz
Preußen.	5%	Oblig.	— G		4	"	84⅛	G
	4½	"	93⅛ G		3½	"	82⅝	G
	4	"	82⅝ G	**Baden.**	4½	"	92⅛	P
Frankfrt.	3½	"	81⅛ G		4	"	85⅛	G
Nassau.	4½	"	92⅛ bz		3½	"	82⅜	G
	4	"	84⅛ bz	G. Hessen	5	"	102	P
Kurhess.	4	"	83⅛ P		4	"	91⅞	G
Bayern.	5%	Oblig.	101 G	Sachsen.	5	"	101⅛	bz
	4½	1jhr. "	91⅞ bz	Brschw.	3½	"	80⅞	P
	4½	½jhr. "	91⅞ P	Oesterr.	4⅛	R.i.S.	58⅛	bz
	4	1jhr. "	86⅜ bz		4⅛	R.i.P.	50	G
	4	½jhr. "	86⅜ bz		5	Ung. E.-A.	74	G
	4	Abl.-R.	86⅛ bz	Amerika.	6%	pr. 1882	95½	bz
	3½	Obl.	81 P		6%	pr. 1885	94½	bz

Anlehen der Stadt München 101¼ G

Wichtig für Kläger und Beklagte

ist das so eben in Stahels Verlag in Würzburg erschienene, allerorts zu beziehende Taschenbüchlein:

Klagen und Einreden für 101 Prozesse

aus dem römischen Rechte.

Ein Hilfsbüchlein

für den rechtsunkundigen Bürger und Landmann zur Führung des Parteiprozesses vor dem Einzeln- und Handelsgerichte nach der neuen bayerischen Prozeßordnung. Herausgegeben von einem rechtskundigen Beamten.

1870. 11 Bogen in Taschenformat. Preis 45 kr.

Nach dem neuen Prozeßgesetz ist es vorgeschrieben, daß die Klagschrift unter genauer Bezeichnung des Streitgegenstandes eine gedrängte, aber vollständige und deutliche Darstellung der Thatsachen, den Rechtsgrund und ein bestimmtes Gesuch in Haupt- und Nebenpunkten enthalten soll. Da diese Vorschrift nicht außer Acht gelassen werden darf, so ist es unumgänglich nothwendig, daß jede Partei, gleichviel ob Kläger oder Beklagter, sich die einzelnen Punkte erst selbst zum klaren Verständniß bringe, um ihre Angelegenheit entweder dem Gericht oder dem Advokaten verständlich vorzubringen; um dieses nun erreichen zu können, muß der rechtsunkundige Bürger, damit er nicht gewissermaßen rechtlos dastehe, oder bei vorkommenden Streitigkeiten dem Ermessen oder der Willkühr der Rechtskundigen anheimfalle, die gesetzlichen Bestimmungen über das dem Streit unterliegende Verhältniß kennen. Dazu gibt dieses Büchlein Anleitung, indem es in volksthümlicher Sprache alle wichtigen Arten von Prozessen mit dem Leser durchgemacht, so daß nicht allein der Kläger ersehen kann wie er seine Klage zu stellen hat und worauf es ankommt, sondern auch welche Einwendungen der Beklagte dagegen machen kann und darf. Aber auch jungen Rechtsgelehrten ist dieses ein sehr schätzbares Hülfsbüchlein, das bei vorkommenden einzelnen Streitfällen die seinem Gedächtnisse allenfalls entschwundenen Rechtsbegriffe schleunigst wieder in Erinnerung bringt. Es sei daher allen Rechtsbedürftigen bestens empfohlen.

In der Buchner'schen Buchhandlung ist erschienen und vorräthig bei **Otto Reindl** in Bamberg, Augasse Nr. 495.

G. F. Hinisch,

das Rechnen mit den neuen Maßen und Gewichten in Bayern ohne Anwendung der Dezimalbruchrechnung, zum Schul- und Hausgebrauche (Nachtrag zu dem zum Gebrauche in Schulen allerhöchst genehmigeen Rechenbuche zum Schul- und Hausgebrauche.) Preis brochirt 12 kr.; die Lösungen der 290 Aufgaben sind besonders erschienln und kosten 6 kr. Nach auswärts wird Beides gegen 21 kr. Marken — franko zugesendet.

☞ Auf 12 Exemplare findet 1 Freiexemplar statt.

Unter allen über das neue Maß- und Gewichtssystem bisher erschienenen Schriften, dürfte sich das vorstehend angekündigte Heinisch'sche Werkchen durch seine praktische, einfache und klare Behandlung des Gegenstandes, wohl als das Beste beim Rechenunterrichte erweisen, weshalb alle HH. Lehrer auf solches aufmerksam gemacht werden.

Gesellen-Verein.

Morgen Abend 8 Uhr

Vortrag

über die Arbeiterfrage.

Der Präses.

Heilbronn a. N.

Offene Reise-Stelle.

In meinem Colonial-Waaren u. Oel-Geschäfte en gros findet ein gewandter Reisender, der die betreffenden Branchen kennt und Bayern schon bereist haben sollte, eine Stelle unter günstigen Bedingungen. **Ferdinand Hauber.**

Jedem Loosbesitzer

sendet **A. Dann** in **Stuttgart** gegen 12 Kreuzermarken die neueste Verloosungsliste über alle bis 1. Januar 1870 gezogenen Serienlooſe nebst Verloosungskalender pro 1870 franko zu. Auch sieht derselbe Loose ꝛc. in allen früheren Ziehungen zu 9 kr. per Stück, bei Parthien nur 6 kr., nach.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück **35** *kr.*

1	Gewinn zu	. . . .	14000	fl.
1	do	. . . .	7000	fl.
1	do	. . . .	3000	fl.
1	do	. . . .	1756	fl.
2	do zu 875 fl.	— kr.	1750	fl.
10	do zu 180 fl.	— kr.	1800	fl.
20	do zu 87 fl.	30 kr.	1750	fl.
30	do zu 52 fl.	30 kr.	1575	fl.
100	do zu 35 fl.	— kr.	3500	fl.
200	do zu 17 fl.	30 kr.	3500	fl.
500	do zu 7 fl.	— kr.	3500	fl.
934	do zu 3 fl.	30 kr.	3269	fl.
13200	do zu 1 fl.	45 kr.	23000	fl.
15000	Gewinne.		70100	fl.

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 53. Freitag, den 4. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 1. März. So ist denn auch der letzte Zweifel geschwunden: Fürst Hohenlohe tritt von seiner Stelle zurück. Die hochfliegenden Verkündigungen des urdeutschen Exrepublikaners und nunmehrigen großpreußischen Schildknappen, der die beiden urdeutschen Namen „Napoleon Vecchioni" führt: der Fürst werde seiner Stelle erhalten werden, sind einfach Lügen gestraft — Daß es so gekommen, hat Fürst Hohenlohe einfach seinen aufdringlichen nationalliberalen Freunden zu verdanken. Hätte er die Kraft besessen, dieselben, sowie Bismarck gethan, zurecht zu weisen, und sich vom Leibe zu halten, statt sie mit ihrem nicht endenden Drängen und Prahlen wegen des Eintritts in den Nordbund gewähren zu lassen, er säße noch unbehelligt auf dem grünen Stuhle. Daß er sie gewähren ließ hat den „Patrioten" die Majorität verschafft, welche dieselbe nicht erlangt haben würden ohne das Dulden jenes Treibens. Die antipreußische Strömung ist in Bayern entschieden im Fluß. Die Jettinger Wahl liefert einen neuen Beweis dafür. Statt der Anfangs gewählten drei Liberalen werden drei Patrioten in die Kammer treten. Dann ist die Majorität der Patrioten nicht mehr 6, sondern 12. Damit findet sich auch die Spekulation zu Schanden gemacht, die Allgäuer Wahl zu beanstanden und da die 6 Beanstandeten in diesem Falle nicht mitstimmen dürften, eine Annullirung dieser Wahl herbeizuführen und die Zwischenzeit bis zur Neuwahl möglichst gut auszunutzen. — Die Entfaltung einer eingreifenden Thätigkeit unserer Kammer erwartet man nicht früher, als bis Kolb seinen Bericht über die geforderten außerordentlichen Credite für das Militär erstatten wird. Wie Bekannte Kolb's wissen wollen, dürfte diese Berichterstattung, nachdem die vom Ministerium verlangten Aufschlüsse nunmehr eingetroffen, in etwa acht Tagen stattfinden. Man setzt als unzweifelhaft voraus, daß Kolb seinen alten Grundsätzen nicht untreu werde, und ebenso daß die Kammermajorität schon ihrer selbst wegen ihn nicht im Stich lasse. Die Bewegung gegen den jetzigen Militarismus in der für vollständig nationalliberal gehaltenen Rheinpfalz hat hier einen nicht geringen Eindruck hervorgebracht. Gelingt es, die Grundlage des jetzt in Bayern eingeführten preußischen Militärsystems im größten der süddeutschen Staaten zu brechen, so folgt das ohnehin schon stark bewegte Württemberg unaufhaltsam nach, und es müßte mit wunderlichen Dingen zugehen, wenn das badische Volk nach solchen bösen Exempeln der Verführung lange einen erfolgreichen Widerstand entgegensetzen könnte. Dann wäre die langjährige Mühe und Arbeit südlich des Mains (Südhessen ausgenommen) rein verloren. Und ob das nicht ansteckend auch nach dem Norden wirken würde? Wir werden es bald sehen.

Ueber den Grafen Bray hüllen sich die uns vorliegenden Organe der patriotischen Partei in ein vorsichtiges Schweigen. Desto größere Befriedigung tragen die fortschrittlichen Blätter zur Schau: sie behaupten, daß Fürst Hohenlohe den Grafen zu seinem Nachfolger vorgeschlagen und Beide in der deutschen Frage ein Herz und eine Seele seien. Was die Bedingungen anbelangt, die Graf Bray gestellt haben soll, so scheinen sich dieselben auf die Besetzung oder vielmehr Nichtbesetzung des bayerischen Gesandtschaftspostens in Wien zu beziehen. Der Graf ist nämlich der Ansicht, daß seine Ministerherrlichkeit nur kurze Zeit dauern werde und hat sich deßhalb für den Fall seines baldigen Rücktritts seinen bisherigen Posten vorbehalten. (Frkf. Ztg.)

München, 2. März. An dem von den liberalen Abgeordneten und Wahlmännern im Bayerischen Hofe heute veranstalteten Diner nahmen gegen 200 Männer Theil, darunter der Staatsminister des Aeußere Fürst Hohenlohe und 40 Abgeordnete. Marquard Barth begann die Toaste mit einem solchen auf Se. Majestät den König mit stark politischer Färbung. Der zweite Toast galt den sieben Münchener Abgeordneten und wurde von dem Advokaten Ruhwandl ausgebracht. Im Namen derselben erwiderte der Abgeordnete Wülfert mit einem Hoch auf die Stadt München. Frhr. v. Stauffenberg toastirte „auf das Zusammengehen der beiden liberalen Parteien zum Zweck der Schaffung eines großen Deutschlands und auf unsere Gesinnungsgenossen in ganz Deutschland." Der Abgeordnete

Digitized by Google

Kastner brachte sodann dem Fürsten Hohenlohe ein Hoch aus, der Fürst erwiderte: Wir sind bei aller Verschiedenheit einig in drei Worten: „Deutschland über Alles" und schließt mit einem Toast auf Deutschland.

Ueber die auffallende Verzögerung, welche die Vorlage der in der Thronrede außer dem Budget verheißenen Gesetzesentwürfe erleidet, ist man in Landtagskreisen unangenehm berührt, da nicht nur die kostbare Zeit nutzlos verstreicht, sondern auch die Besorgniß für die rechtzeitige Erledigung der mit dem am 1. Juli 1870 wirksam werdenden Civilprozesse zusammenhängenden Gesetze nämlich der Advokaten-, Strafprozeß- und Taxordnung immer begründeter werden muß.

Seine Majestät der König haben am vergangenen Montag nach Beendigung des in altherkömmlicher Weise stattgefundenen „Metzgersprungs" sechs Vertreter des hiesigen Metzgergewerbes empfangen und sich mit denselben über die gewerblichen Verhältnisse unserer Hauptstadt, insbesondere über die dermaligen Geschäftszustände des Metzgergewerbs in der herablassendsten und freundlichsten Weise unterhalten.

Mit welcher Liebe und Humanität, die gerade von dieser Seite gepredigt und empfohlen wird, die liberale Presse gegen hervorragende Mitglieder der patr. Kammermehrheit erfüllt ist, beweist ein recht erbärmliches Spottgedicht „Fastnachtsgedanken" im Bayr. Tgbl. auf die HH. Mahr, Lukas, Schüttinger und v. Harleß. Wenn man zu solchen Waffen seine Zuflucht nimmt, dann ist bald wahr, daß in Bayern Alles möglich ist. Ueber unsere liberalen Zustände schreibt das M. J. „Vieles haben wir wieder erlebt in unserem Bayern. Denken Sie an die Adresse der Reichsrathskammer. Dem Gesammtministerium war darin das größte Mißtrauensvotum in der entschiedensten Weise ausgesprochen. Hohenlohe wurde hart mitgenommen. Nur ganze zwölf Herren, darunter Döllinger, thaten nicht mit. Diese waren mit dem Fürsten zufrieden. Ein Hoftheologe muß natürlich dabei seyn. Nun, was geschieht? Die Adresse wurde nicht angenommen von dem, an den sie gerichtet war. Die Deputation wurde nicht empfangen. Der königl. Bruder fiel in Ungnade. Die übrigen Prinzen durften nicht mehr an den Hof. Die zwölf Zufriedenen wurden zur Tafel geladen und darunter war natürlich der Oberjanus als — Byzantiner. Herr v. Harleß, der die Adresse gemacht, soll auf den Pensionsetat gesetzt werden. Sind das nicht prächtige Zustände? Man nennt das „liberale Freiheit." Gehen wir zur Abgeordnetenkammer. Die Liberalen schimpfen über Konzil, Pfaffen u. Patrioten. Als die Patrioten zeigten, daß auch sie zu reden wissen und unter den Liberalen nicht lauter Heiligen seien, da ward Feuer im Dach und in alle Welt ward hinausgeschrieben, welche „Rohheit" sich die Patrioten erlaubten. Und das nennt man „liberale Redefreiheit." Unsere Abgeordneten Lukas und Pfahler sind dem Fortschritte unbequeme Herren. Ein bezahlter Pöbel rottet sich zusammen und insultirt die beiden Herren in der gemeinsten Weise. Und unsere liberalen Herren fanden nicht ein Wort des Tadels. Sie rieben sich vergnügt die Hände. „Ist ihnen recht geschehen, warum lassen sie sich nicht gutmüthig Alles gefallen." Und das nennt man „liberale Gleichheit" von dem Gesetze. Unser berühmter Hörmann ist die verfolgte Unschuld in der Kammer; er kommt nicht in Verlegenheit. „Alle Erlasse sind nun dem Lande bekannt," sagte er. Westermayer aber hat einen Erlaß in der Tasche und der war dem Lande noch nicht bekannt. Hörmann hatte somit das Gegentheil von der Wahrheit gesagt und der Minister Pfretzschner hat ihn in „diesem Sagen" noch nachgeholfen. Nun was geschieht? Kein Liberaler sagt: Hörmann und Pfretzschner haben Unrecht Alle fortschrittlichen Blätter füllen ihre Spalten mit ellenlangen Artikeln, um zu beweisen, daß die beiden Herren Recht gehabt. Und das nennt man „liberale Wahrheitsleibe." Und so sind wir denn in Besitz von liberaler Gerechtigkeit, von liberaler Gleichheit, von liberaler Wahrheit. Und da soll noch Einer kommen und sagen: „Bayern ist nicht liberal!"

Der Landtag ist nicht auf zwei Monate, sondern, nur bis zum 12. April verlängert worden; vermuthlich weil das Zollparlament auf den 20. April einberufen werden soll.

Augsburg, 3. März. Der Eigenthümer und verantwortliche Redakteur der „Augsb. Abendztg.", Carl Wirth, ist „wegen Vergehens der Beleidigung der Reichsrathskammer, sechs Vergehen der Beleidigung von Mitgliedern der Reichsrathskammer und sechs Vergehen der Beleidigung von Mitgliedern der k. Familie durch die Presse", begangen durch die Münchener Korrespondenz vom 1. Februar in Nr. 33 der „Augsburger Abendzeitung" auf Mittwoch den 23. März ds. Js. Vormittags 8 Uhr zur öffentlichen Verhandlung vor das Schwurgericht von Schwaben und Neuburg verwiesen.

Herr Pianoforte-Fabrikant Eduard Steingräber in Bayreuth ist von der Jury der internationalen Hamburg-Altonaer Industrie-Ausstellung 1869 für seine beiden dortselbst ausgestellten Pianinos, welche unter circa 80 Stück als die Besten anerkannt worden sind, mit der großen silbernen Medaille, als erster Preis ausgezeichnet worden.

Berlin, 2. März. Die „Provinzial-Korrespondenz" schreibt, indem sie die irrthümlichen Auslegungen der in der Debatte über den Antrag Laskers von dem Grafen Bismarck gehaltenen Rede widerlegt: Es wird behauptet, daß durch die Erklärungen des Grafen Bismarck die Freunde der deutschen Einigung in Süddeutschland entmuthigt werden. Die wahren Freunde der nationalen Sache werden aber

Digitized by Google

bald erkennen, daß der Bundeskanzler den scheinbaren Fortschritt der nationalen Entwicklung nur darum abweise, um nicht in ihrem naturgemäßen und sicheren Verlaufe die Gesammteinigung Deutschlands gefährden zu lassen.

— Der Antrag Lowe's, das Gerichtsverfahren gegen den Abgeordneten Hirsch zu sistiren, wird ohne Debatte angenommen. Es folgt hierauf der Antrag von Schulze (Delitzsch) betreffend die Gewährung von Diäten. Graf Bethusy-Huc will einfache Tagesordnung, Hirsch spricht für die Gewährung von Diäten, Bethusy für seinen Antrag. Staatsminister Delbrück erklärt, daß die Stellung der Bundesregierungen zu dieser Frage unverändert sei. Nach kurzer Debatte wird die einfache Tagesordnung angenommen.

Münster, 28. Febr. Dem Vernehmen nach ist die am 24. Febr. aufgestellte Wahlliste von Seiten des Domcapitels bereits nach Berlin abgesendet worden. Sie soll fünf Namen enthalten, darunter: Generalvicar Brinkmann, Weihbischof Boskamp und Domcapitular Giese hierselbst und Official Reismann in Vechta. (Nach andern Zeitungsnachrichten findet sich auf derselben auch Graf Galen, Subregens des Seminars in Mainz).

Celle, 3. März. Das Erkenntniß zweiter Instanz in der Denkmals-Angelegenheit nimmt die Strafe gegen das Garnisonscommando zurück, und bestätigt das Urtheil gegen das Generalcommando.

Köln, 28. Febr. Dem Vernehmen nach hat der Erzbischof von Köln telegraphisch dem Weihbischof und Generalvikar hier angewiesen, seinen Klerus von der Betheiligung an Adressen in Sachen des Konzils abzumahnen und zu verwarnen. Gleichzeitig sollen die Predigten und Konferenzen, zumal von Ordensleuten, über das Thema der päpstlichen Unfehlbarkeit sofort aufhören.

Wien, 3. März. In der heutigen Sitzung des Reichsraths legte der Minister des Innern mit Hinweisung auf die Thronrede die Landtagsvota über die directen Reichsrathswahlen vor.

Wien, 2. März. Die Arbeiterführer Oberwinder, Scheu, Papst, Most und Behring sind heute Vormittags verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert worden.

Ausland.

Paris, 1. März. Man liest in der „Patrie": „Wir erhalten Briefe aus Karlsruhe, die uns aufs Laufende der Situation setzen und uns sonderbare Einzelheiten enthüllen. Ehe der von Herrn Lasker im Reichstage gestellte Antrag von ihren Verfassern auf dem Bureau der Kammer niedergelegt wurde, hatte er die vollständige Beistimmung des Großherzogs von Baden erhalten. Herr v. Bismarck kannte sie und betrachtete sie als seinen Projecten günstig, indem sie ihm gestattete, eine gemäßigte Rede zu halten und so indirecter Weise den Einfluß der Militärpartei zu bekämpfen, welche ungeduldiger und besonders weniger politisch als er ist. — In Berlin und in Karlsruhe kennt Jedermann die Wahrheit und Niemandem ist es unbekannt, daß, was im Reichstage vor sich geht, durch den Einfluß des Herrn v. Bismarck geschieht, der Herr der Versammlung ist".

Die Affaire P. Hyacinth ist beigelegt; der berühmte Kanzelredner legt mit päpstlicher Dispensation das Ordensgewand ab und trägt fortan den Namen Abbe Leyson.

Aus Griechenland kommt über Paris die Nachricht, es sei dort eine republikanische Verschwörung entdeckt worden. In Rumänien soll eine republikanische Partei bestehen. Ueberhaupt wäre, nach Wiener Berichten, die Stellung des Fürsten Karl sehr untergraben.

Bei Presioka in Dalmatien hat ein neuer Conflict zwischen den Montenegrinern und der Besatzung des Forts stattgefunden. Beiderseits wurde geschossen. Ein Montenegriner blieb todt. Die Jägerpatrouille bei Rompac wurde angefallen und ein Mann getödtet. General Graf Auersperg begab sich mit dem achten Jägerbataillon nach Castellostua und fand den Conflict beendet. Die Montenegriner haben sich zerstreut. Die Truppen sind, nach erfolgter Aufforderung an die Pastrovicianer nicht zu provociren, in ihre Quartiere zurückgekehrt. Graf Auersperg setzt die Inspicirung fort.

Vermischtes.

— In der Nacht des 26. Febr. ist das sogenannte Hannsmühlanwesen des Jos. Weiß, Einöde bei Tiefenbach, Bez.-A. Neunburg v. W., durch ruchlose Hand ein Raub der Flammen geworden. Der Mühlbursche, welcher Nachts 11 Uhr in den Hofraum trat, bemerkte im Taubenkobel, an welchem eine Leiter angelehnt war, Feuer. Sofort erstieg er dieselbe, um zu löschen, als aus nächster Nähe 3 Schüsse auf ihn abgefeuert wurden. Zu gleicher Zeit brach aus dem Dache des Wohnhauses und der Scheune lichterlohe Flamme. Zwei Böhmen wurden verhaftet. Es scheint auf Raub und Diebstahl abgesehen gewesen zu sein.

In Siena ist bei einer Arbeitervereins-Versammlung der Boden des Versammlungs-Locals durchgebrochen und sind 150 Personen verunglückt.

— Der Prinz von Wales wurde am 26. Febr. im Adelphi-Theater in London, wo er mit seiner Gemahlin, bekanntlich einer dänischen Prinzessin, erschien, von den Gallerien und einem Theil des Parterre's ausgezischt. Es ist dies eine Folge des Mordaunt'schen Ehescheidungsprosses, in welchen der Prinz verwickelt war, wenn auch durch die Zeugenaussagen gerade nichts zum Vorschein kam, was ihn direct compromittirt hätte.

Digitized by Google

Vor dem Londoner Gericht stand vorige Woche ein Porträtmaler, angeklagt einen Seiltänzer vorsätzlich getödtet zu haben. Der Angeklagte leugnete dies nicht. Er erzählte, daß ihm vor drei Jahren sein vier Jahre altes Mädchen, das einzige Andenken an seine verstorbene Frau, verschwunden sei. Alle Nachforschungen waren vergebens, bis er am 14. April v. J. in Smithfield ein Kind bei einer Seiltänzerbande arbeiten sah, in dem er sofort sein verlorenes Mädchen erkannte. Er ergriff den Chef der Bande, hob ihn in die Höhe und ließ ihn fallen. Der Mensch war todt. „Aber", fuhr er fort, „meine Tochter erkannte mich nicht wieder, ich kannte sie nicht wieder; sie war an Leib und Seele durch den Menschen verdorben, dem ich nur das Leben nehmen konnte . . . ." Der unglückliche Mann wurde freigesprochen.

(Einem englischen Provincialblatte) zufolge wohnt in Blyth, einer Stadt der Grafschaft Northumberland, ein Mann, welcher das Vergnügen hat, Vater von nicht weniger als achtunddreißig Kindern zu sein. Er verheirathete sich dreimal; seine erste Frau beschenkte ihn mit achtzehn und die zweite mit zehn Kindern. Am vergangenen Montag machte seine dritte Frau ihrerseits gleichfalls die Zahl 10 voll; der Vater dieser großen Familie ist lustig und munter und macht sich Tag für Tag mit seinem kleinen Hausirerkram auf den Weg.

Frankf. Coursbericht vom 2. März 1870.

Anlehensloose.			bad. 35 fl.		
3½% preuß. 100thlr.	—	bz	großh. hess. 25 fl.	46⅞	bz
kurhess. 40 thlr.	58⅞	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	—	G
bayr. 100 thlr.	—	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79⅛	bz
Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B. 100)	88⅛	G
Amsterdam (100 fl.)	100⅜	bz	London (10 Pf. St.)	119⅞	bz
Augsburg (100 fl)	99⅜	G	Paris (200 Fr.)	95⅛	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	95⅜	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅛	B	Disconto 3½ pCt.		

Aktien.			5 öst. Staatsb. 500 frc.	367	bz
3½% b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	4 pfälz. Ludwb. 500 fl	171⅞	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.	693	bz	4½ Maxbahn 500 fl	106⅞	B
4½% b. Ostbahn 200 fl.	120⅛	bz	4 Nordb. 500 fl.	87⅛	G
5 öst. Südb. 500 frc.	233	bz	4 H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90⅝	G

Staatspapiere.				Würtbg. 4½% Obl.	91	bz
Preußen. 5% Oblig.	—	G		4 "	84⅛	G
4½ "	93⅛	G		3½ "	82⅛	G
4 "	82⅞	G	Baden.	4½ "	92⅛	B
Frankfrt. 3½ "	81⅛	G		4 "	85½	G
Nassau. 4½ "	92½	bz		3½ "	82⅜	G
4 "	84½	bz	G. Hessen	5 "	102	B
Kurhess. 4 "	83½	B		4 "	91⅞	G
Bayern. 5% Oblig.	101	G	Sachsen.	5 "	101⅛	bz
4½ 1jhr. "	91⅞	bz	Brschw.	3½ "	80⅜	B
4½ ½jhr. "	91⅞	B	Oesterr.	4½ R.i.S.	58½	bz
4 1jhr. "	86⅜	bz		4½ R.i.P.	50	G
4 ½jhr. "	86⅛	bz		5 Ung. E.-A.	74	G
4 Abl.-R.	86⅛	bz	Amerika.	6% pr. 1882	95½	bz
3½ Obl.	81	B		6% pr. 1885	94⅛	bz

Anlehen der Stadt München 101⅛ G

Wichtig für Kläger und Beklagte

ist das so eben in Stahels Verlag in Würzburg erschienene, allerorts zu beziehende Taschenbüchlein:

Klagen und Einreden für 101 Prozesse

aus dem römischen Rechte.

Ein Hilfsbüchlein

für den rechtsunkundigen Bürger und Landmann zur Führung des Parteiprozesses vor dem Einzeln- und Handelsgerichte nach der neuen bayerischen Prozeßordnung. Herausgegeben von einem rechtskundigen Beamten.

1870. 11 Bogen in Taschenformat. Preis 45 kr.

Nach dem neuen Prozeßgesetz ist es vorgeschrieben, daß die Klagschrift unter genauer Bezeichnung des Streitgegenstandes eine gedrängte, aber vollständige und deutliche Darstellung der Thatsachen, den Rechtsgrund und ein bestimmtes Gesuch in Haupt- und Nebenpunkten enthalten soll. Da diese Vorschrift nicht außer Acht gelassen werden darf, so ist es unumgänglich nothwendig, daß jede Partei, gleichviel ob Kläger oder Beklagter, sich die einzelnen Punkte erst selbst zum klaren Verständniß bringe, um ihre Angelegenheit entweder dem Gericht oder dem Advokaten verständlich vorzubringen; um dieses nun erreichen zu können, muß der rechtsunkundige Bürger, damit er nicht gewissermaßen rechtlos dastehe, oder bei vorkommenden Streitigkeiten dem Ermessen oder der Willkühr der Rechtskundigen anheimfalle, die gesetzlichen Bestimmungen über das dem Streit unterliegende Verhältniß kennen. Dazu gibt dieses Büchlein Anleitung, indem es in volksthümlicher Sprache alle wichtigen Arten von Prozessen mit dem Leser durchgemacht, so daß nicht allein der Kläger ersehen kann wie er seine Klage zu stellen hat und worauf es ankommt, sondern auch welche Einwendungen der Beklagte dagegen machen kann und darf. Aber auch jungen Rechtsgelehrten ist dieses ein sehr schätzbares Hülfsbüchlein, das bei vorkommenden einzelnen Streitfällen die seinem Gedächtnisse allenfalls entschwundenen Rechtsbegriffe schleunigst wieder in Erinnerung bringt. Es sei daher allen Rechtsbedürftigen bestens empfohlen.

Für Gutsbesitzer.

Ein praktisch und theoretisch gebildeter Landwirth, 26 Jahre alt, der Brauerei durchaus kundig, wünscht alsbald auf ein großes renomirtes Gut zu kommen, wenn auch vorerst ohne Salair. Gef. Offerte sub S. 2043 befördert die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in München.

Ein Anwesen in München mit bedeutender Wasserkraft, ganz nahe an der Eisenbahn, zum Betrieb einer mechanischen Werkstätte, einer Sägmühle u. dergl. vollkommen geeignet ist zu verkaufen.

Offerte sub U. 2070 besorgt die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse** in München.

Jedem Loosbesitzer

sendet A. Dann in **Stuttgart** gegen 12 Kreuzermarken die neueste Verloosungsliste über alle bis 1. Januar 1870 gezogenen Serienloose nebst Verloosungskalender pro 1870 franko zu. Auch sieht derselbe Loose ꝛc. in allen früheren Ziehungen zu 9 kr. per Stück, bei Parthien nur 6 kr., nach.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 54. Samstag, den 5. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Ein denkwürdiger Bescheid.

Lasker's Motiven im Norddeutschen Reichstag ist durch Nichts merkwürdig, als durch den Ausdruck der Lebensmüdigkeit des deutschen Musterstaates. Ob die Gelegenheit zur Einverleibung in Preußen, denn dazu allein bildet der Nordbund ein Uebergangsstadium, politisch so harmlos wäre, wie der nationalliberale Redner meint, mag dahingestellt bleiben. Allerdings ist es gerade nicht undenkbar, daß die Sache zwischen Frankreich und Preußen durch gütliche Compensation, natürlich auf Kosten dieser Contrahenten, gemüthlich beglichen werden könnte; außerdem möchten wir aber bezweifeln, ob Frankreich eine Ausdehnung der preußischen Westgrenze um 40 Meilen und entsprechende Umklafterung der bayerischen Rheinpfalz so gleichmüthig als politisches Adiaphoron betrachten würde. Freilich, gegen den Westwind, sagte auch Graf Bismarck, würde der Mantel des Norddeutschen Bundes den sterbensmüden Staat zu schützen wissen. Wir glauben das ungefähr auch; sonst würde der Staatsmann ein Wort nicht gesprochen haben, dem von jenseits des Rheines vielleicht verbissenes Schweigen, gewiß aber kein freundliches Echo antworten kann. Uebrigens ersetzt seine Rede zehnfach an vielseitigem Interesse, was jener des Antragstellers daran abgeht. Vor Allem constatirt sie, daß die Wege der preußischen Politik der vorsichtigsten Discretion bedürfen, womit aber nicht behauptet werden soll, sie folge selbst dieser Regel zu ängstlich. Lehrreich ist die Entwickelung der Gründe, warum der sehnlichste Wunsch der badischen Regierung, die Aufnahme in den Nordbund, noch länger in schwebender Pein hangen und bangen muß. Baden kann mit dem Scheine der Unabhängigkeit, der ihm belassen wird, bessere Dienste thun, um Bayern mürbe zu machen; darum wird ihm das flebile beneficium des Gnadenstoßes vorenthalten. Lehrreich ist ferner, daß der bayerische Topf nicht abgesahnt werden soll, damit das übrige nicht sauer werde, das heißt, daß man nur der Hoffnung zu Liebe, das ganze Bayern etwa später zu annectiren, wozu es durch die Betriebsamkeit eines dem Staatsverbande angehörigen Theiles gezeitigt werden soll, gerade diesen Theil, die fränkischen Kreise nämlich, nicht annectirte. Hiezu soll denn auch die „glückliche Wirkung Badens" das Ihrige beitragen. Ironisch klingen uns die Worte, Redner sei (über Bayern und Würtemberg) nicht so gut unterrichtet, wie der Antragsteller, und jedenfalls gibt sein Zweifel, ob in Bayern noch eine Neuwahl nothwendig werde, und die angedeutete Gnadenfrist von fünf Jahren zu denken. Was vom Zollvereine gesagt wird, und von der Gefahr, Baden könne eine Insel in demselben werden, ist nur verständlich, wenn ihm die Absicht unterliegt, denselben den übrigen zwei süddeutschen Staaten zu künden. Lehrreich, so lehrreich, daß jedem nicht ganz Stockblinden die Augen übergehen müssen, sind die Worte: „Uebt nicht das Präsidium des Norddeutschen Bundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt, wie es seit 500 Jahren unter der Herrschaft deutschen Kaiser nicht der Fall gewesen ist? Wo ist seit der Zeit der ersten Hohenstaufen ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege und eine wirthschaftliche Einheit in den deutschen Landen gewesen? Unterschätzen Sie das nicht, sondern genießen Sie einen Augenblick was Ihnen beschieden ist." Alle diese Aeußerungen bekunden, bei klarem Bewußtsein des eigenen Zieles, eine scharfe und richtige Auffassung der Sachlage. Nicht ebenso stark ist die Zuversicht, welche mir in das Vorhaben setzen, die gemeinsamen Institutionen auf dem Wege durchaus freiwilliger Einigung ohne Drohung, ohne Pression, ohne Druck herbeizuführen, und lieber im Nothfalle noch ein Menschenalter (dieß der äußerste Termin?) zu warten, weil der verstimmte, gezwungene Bayer dem Reichskanzler in der engsten Genossenschaft nichts helfen könne. Doch beweist dieser Satz im Zusammenhalte mit dem über die fränkischen Kreise Gesagten, von welcher Seite der Widerstand gegen Bayerns Eincassirung zum Nordbunde getragen und von welchem Erfolg er begleitet war. Die Hoffnung des Reichskanzlers erscheint, ganz identisch mit der actenmäßig constatirten unseres Exministers von Hörmann, darin zu culminiren, daß der liberalen Partei in Bayern der endliche Sieg über die patriotische verbleiben werde. Was er Bayern kosten würde, ist darin mit einer Klarheit ausgesprochen, die man

größer nicht wünschen, augenscheinlicher nur erfahren kann, wenn in den Sternen die zwei Worte geschrieben stehen: Finis Bavariae. M. J.

Inland.

München, 3. März. Die nächste öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten wird künftigen Montag oder Dinstag stattfinden. — Zum Referenten über den Antrag des Abg. Dr. Schleich auf Abänderung der Artikel 103 und 106 des Polizeistrafgesezbuches (die Redakteure öffentlicher Blätter sollen für die Ankündigung unerlaubter Lotterien oder kosmetischer Mittel nicht mehr haftbar sein) wurde der Abg. Dr. Marqu. Barth und zum Referenten über den Antrag der Notariatskammer von Schwaben auf Aufhebung der die Bürgschaften der Frauen beschränkenden gesetzlichen Bestimmungen der Abg. Winderl gewählt.

* München, 4. März. Der Abgeordnete Hr. Dr. Schüttinger liegt, wie wir bereits gemeldet, seit mehreren Wochen schwer danieder in Folge eines Gelenk-Rheumatismus. Bisher hat sich sein Zustand beständig verschlimmert, und bezweifelt man, ob er bei diesem Landtage noch irgendwie in Thätigkeit treten könne. Der Verlust dieser Kraft sowohl im Ausschuß als in der Kammer ist sehr zu bedauern.

—m München, 3. März. Heute fand vor dem k. Bezirksgerichte l. d. J. die öffentliche zweitinstanzliche Verhandlung in Sachen Knorr gegen Dr. Sigl, Redakteur des „Bayer Vaterl.", statt. Der Beklagte war zwar selbst erschienen, zugleich aber auch durch einen trefflichen Vertheidiger vertreten in der Person des Herrn Dr. Karl Barth, Abgeordneten der bayer. Ständekammer. Den Kläger vertrat der unvermeidliche Herr Dr. Schauß. Die Verhandlung machte einen sehr wohlthuenden Eindruck in Folge der klaren, eben so ruhigen als entschiedenen Vertheidigungsrede des genialen Vorkämpfers der patriotischen Partei. Herr Dr. Schauß, der in neuerer Zeit etwas „bezähmte Widerspenstige", suchte zwar die Wucht der Rede dadurch abzuschwächen, daß er seinen Herrn Collegen immer auslachte, theils gegen den Gerichtshof, theils gegen den Zuhörerraum gewandt. Allein dies unnoble Gebahren machte gerade den entgegengesetzten Eindruck, die aufgeblähte schäußliche Froschnatur stach nur um so unvortheilhafter gegen den bescheidenen Mann des Geistes ab. Die moralische Vernichtung war nach mehr als zweistündiger Verlesung der betreffenden Artikel, namentlich zweier des „R von der Donau", natürlich wieder ganz auf Seite des Herrn Knorr. Gott! wenn man das Viertel einer solchen Fülle von Beschuldigungen einem Patrioten vorhalten könnte, wie solche das „Bayer. Vaterl." den „Münch. N. Nach." und ihrem Verleger nachgewiesen, was würde da die Fortschrittspresse sagen! Trotzdem äußerten einige Subjekte von zweifelhaftem Aeußeren im Zuhörerraum: „Der Dr. Sigl ist doch ein gemeiner Kerl" (weil er nämlich dies veröffentlichte). Auf die entgegengehaltene Frage: Warum, kennen Sie ihn? — hieß es: „Nein, aber er, wie der Barth, die gehören auch zu den Pfaffen und die sollte man alle an den vier Enden aufhängen." Das sind die Resultate der Bildungsschule der N. Nachr. Zuletzt fand noch ein interessanter Discurs zwischen Dr. Sigl u. dem Präsidenten des Gerichtshofes über Beseitigung irriger Auffassungen bezüglich einer projectirten Büste Knorrs aus terra cotta und der Knorrdamen statt. Die Berufung Dr. Sigl's wurde wie voraussichtlich verworfen; jedoch wurde der Standpunkt wieder geklärt und dies war ja Zweck der Berufung. Sollen wir schließlich das Resultat des Gesammteindruckes der Verhandlung geben, so sagen wir: Knorr wurde dadurch unsterblich blamirt, Dr. Sigl hat für sein Blatt wieder reussirt, Dr. Barth hat trefflich plaidirt, Dr. Schauß war trotz unartigen Lachens ziemlich deprimirt und die ganze Fortschrittspartei in ihrem Kammer-Collegen Knorr glänzend lakirt; für Jeden aus ihnen einen solchen Sieg und die Partei ist — ruinirt.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet, daß der König den bayerischen Gesandten am Wiener Hofe, Grafen Bray, gestern Abends in langer Audienz empfangen hat. In Günzburg wurden drei patriotische Abgeordnete gewählt: Pfarrer Bach von Ziemetshausen, Bürgermeister Prestele von Thannhausen und Magistratsrath Kastner von Burghausen. Zu Ersatzmännern wurden gewählt die Herren: Fink von Burghagel mit 91 Stimmen, Oekonom Othm. Fischer von Erisweil und Bürgermeister Feil von Wasserburg.

Seitdem Hessen-Darmstadt dem Nordbund anzugehören die Ehre hat, besteht dessen gesammte Truppenmacht aus 25,000 Mann einschließlich der Offiziers- und Militärbeamten; das frühere Bundes-Contingent betrug dagegen nur 12,700 Mann, als das Großherzogthum sich noch in seinem ungeschmälerten Umfang befand; heute zählt es 33,000 Einwohner weniger, und ein doppeltes Contingent.

Berlin, 2. März Die „Prov.-Korr." veröffentlicht einen Artikel, welcher irrthümliche Auslegungen der Rede des Bundeskanzlers Grafen Bismarck in der Debatte über den Antrag Lasker widerlegt. Es heißt darin: Man behauptet, durch die Erklärungen des Grafen Bismarck würden dir Freunde der Einigung Deutschlands in Süddeutschland entmuthigt Aber die wahren Freunde der nationalen Sache werden bald erkennen, daß der Bundeskanzler den scheinbaren Fortschritt der nationalen Entwickelung nur darum abweist, um nicht den naturgemäßen sichern Verlauf der Gesammteinigung Deutschlands gefährden zu lassen.

Digitized by Google

Im Norddeutschen Reichstage ist die Debatte über den Strafgesetzentwurf heute fortgesetzt. Ob das — nach dem Beschlusse über die Abschaffung der Todesstrafe — eine verlorene Mühe sein wird, läßt sich durchaus noch nicht beurtheilen. Daß der Bundesrath dem Grafen Bismarck folgend das Strafgesetz ohne die Todesstrafe ablehnt, ist zwar so gut wie gewiß Minder gewiß ist aber das Andere, ob der Reichstag sich definitiv weigert, das Gesetz mit der Todesstrafe zu sanctioniren.

Im nordd. Reichstage äußerte Graf Bismarck am letzten Freitag: „Ich glaube nicht daran, daß in Bayern die Partei, welche Wortbruch und Fremdenherrschaft auf ihre Fahne geschrieben hat, je ans Ruder kommen kann; ich glaube, daß die Verträge ehrlich gehalten werden, wenn auch vielleicht die rechtzeitige Beschaffung der nöthigen militärischen Kräfte um so mäßiger ausfallen wird, je weniger man eigene Gefahren zu fürchten hat, je sicherer man vor dem Westwinde durch besagten Mantel gedeckt ist." Man muß doch fragen: welche Stirne gehört dazu von Seite eines Mannes, dessen ganze Politik auf Zettelungen und Bündnisse mit dem Fremden gegründet ist und der den Prager Frieden in mehr als einem Punkte, entweder durch Umgehung oder Nichterfüllung, gebrochen hat: welche Stirne gehört dazu, Andern vorzuwerfen, daß sie Fremdherrschaft und Wortbruch auf ihre Fahne geschrieben haben!

In einem polemischen Artikel gegen die „Nat.-Ztg." aus Anlaß der neulichen Erklärungen des Grafen Bismarck sagt die „N. A. Ztg." „über das Verhältniß der Zollvereinsverträge zu den Allianzverträgen"; die militärische Verpflichtung, die Waffengemeinschaft überhaupt, sei die gar nicht wegzudenkende Ergänzung zu der Kassengemeinschaft, welche der Zollverein zwischen dem Nordbunde und den Südstaaten zuwegebringe. „Kann man wohl mit einem Nachbar Kassengemeinschaft haben wollen, dem es erlaubt ist, heute oder morgen gegen uns Krieg zu führen? Auch der frühere Zollverein hatte vermöge des früheren deutschen Bundes die Waffengemeinschaft zur Ergänzung und Voraussetzung."

In Hannover steht die welfische Partei noch immer ungebeugt und macht Fortschritte. Bei einer Neuwahl im Wahlbezirke Celle wurde der ehemalige Minister Erxleben mit 77 Stimmen ins Abgeordnetenhaus gewählt, obwohl die Umstände für die „particularistische" Partei äußerst ungünstig waren. Der frühere nationalliberale Abg Strukmann, wegen dessen Beförderung die Neuwahl nöthig wurde, fiel mit 69 Stimmen durch, während es es bei der Hauptwahl 1867 auf 92 und Erxleben nur auf 76 St. gebracht hatte.

Nachdem der Londoner Vertrag die Festung Luxemburg zur Zerstörung bestimmt hat, ist dieselbe zu einer Art politischen Elektrometers avancirt. Jedesmal wenn der Frühling nath und jene unbestimmte Unruhe Europa durchzittert, welche eine der greifbarsten Folgen des Prager Friedens ist, verbreitet sich unweigerlich das Gerücht, irgend welche Großmacht habe bei dem Großherzog von Luxemburg wegen des langsamen Fortschreitens der Demolitionsarbeiten Reclamationen erhoben. Meistens sind diese Nachrichten unbegründet, immer aber werden sie dementirt. So auch gegenwärtig. Wenn eine Mahnung zu rascherem Vorgehen an die Luxemburger Regierung nicht gerichtet worden sei, meint der Luxemburger Correspont eines Pariser Blattes, so habe das seinen Grund nicht etwa in strikter und energischer Ausführung des Londoner Vertrags. Weit entfernt davon seien die seit drei Jahren gemachten Demolitionsarbeiten so unbedeutend, daß sie den defensiven Werth der Festung durchaus nicht verringert hätten. In London und Paris wisse man sehr wohl, daß zur Ausführung des Vertrags Millionen gehörten, die sich in den Staatskassen Luxemburgs nicht fänden. Das ist gewiß richtig. Man darf indeß wohl die Frage aufwerfen, wem schließlich die finanziellen Schwierigkeiten, welche durch die Londoner Stipulationen über Luxemburg geschaffen worden sind, zu Gute kommen werden.

Ausland.

Brüssel, 4. März. Die „Indep. Belge" veröffentlicht einen von hervorragenden Mitgliedern der liberalen Partei unterzeichneten Aufruf an die belgischen Liberalen, welcher verlangt: Ausdehnung des Wahlrechts, obligatorischen Unterricht, Steueränderungen, Heeresreform, Revision des Fremdengesetzes, des geistlichen Pfründengesetzes und anderer.

London, 3. März. Im Oberhaus passirte die Naturalisirungsbill die zweite Lesung. Die Hauptbestimmungen der Bill gehen dahin: Der Naturalisirte scheidet aus dem früheren Staatsverbande, Ehefrauen theilen die Naturalisation ihres Ehemannes. Im Unterhaus legte der Kriegsminister das Armeebudget vor. Die vorgeschlagenen Ersparungen betragen 1,136,900 Pf. St. (13,642,800 Gulden).

London, 1. März. Das Unterhaus verwarf in seiner heutigen Sitzung mit 253 gegen 48 Stimmen den Antrag Torrens, arme Auswanderer aus Staatsmitteln zu unterstützen. Die Regierungsvertreter hatten die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Aus Irland wieder Meldungen von allerlei Gewaltthaten, Drohbriefe und meuchlerische Schüsse, die jedoch zum Theil der Bestätigung bedürfen.

Washington, 2. März. Die Bewohner von Santo Domingo stimmten am 19. Januar mit großer Mehrheit für die Einverleibung in die Vereinigten Staaten.

Nach der öffentlichen Magistrats-Sitzung vom 4. März sollen in den Tagen vom 13. bis 27. März Conferenzen durch einen Priester der Gesellschaft Jesu abgehalten werden.

Digitized by Google

Frankf. Coursbericht vom 3. März 1870.

Anlehensloose.			bad. 35 fl.	59½	P
3½ % preuß. 100thlr.	—	bz	großh. hess. 25 fl.	46⅔	bz
kurhess. 40 thlr.	58⅔	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	—	G
bayr. 100 thlr.	—	bz	österr. 500 fl. v. 1860	79⅛	bz
Wechsel auf kurze Sicht.			Hamburg (M.-B. 100)	88½	G
Amsterdam (100 fl.)	100⅜	bz	London (10 Pf. St.)	119⅝	bz
Augsburg (100 fl)	99⅜	G	Paris (200 Fr.)	95⅛	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)	95⅜	bz
Bremen (50 thl. Geld)	97⅛	P	Disconto 3½ pCt.		
Aktien.			5 öst. Staatsb. 500 frc.	367	bz
3 % b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	4 pfälz. Ludwb. 500 fl	171½	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.	693	bz	4 Marbahn 500 fl	106⅜	P
4½ % b. Ostbahn 200 fl.	120⅛	bz	4 Nordb. 500 fl.	87⅛	G
5 öst. Südb. 500 frc.	233	bz	4 H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90⅜	G

Staatspapiere.					Würtbg. 4½ % Obl.	91	bz
Preußen. 5 % Oblig.	—	G			4 "	84½	G
4½ "	93½	G			3½ "	82⅝	G
4 "	82⅞	G	Baden.		4½ "	92⅛	P
Frankfrt. 3½ "	81½	G			4 "	85⅛	G
Nassau. 4½ "	92½	bz			3½ "	82⅜	G
4 "	84½	bz	G. Hessen	5	"	102	P
Kurhess. 4 "	83⅜	P		4	"	91⅞	G
Bayern. 5 % Oblig.	101	G	Sachsen.	5	"	101⅛	bz
4½ 1jhr. "	91⅞	bz	Brschw.	3½	"	80⅛	P
4½ ½jhr. "	91⅛	P	Oesterr.	4½	R.i.S.	58⅜	bz
4 1jhr. "	86⅛	bz		4	R.i.P.	50	G
4 ½jhr. "	86⅜	bz		5	Ung. E.-A.	74	G
4 Abl.-R.	86½	bz	Amerika.	6 %	pr. 1882	95½	bz
3½ Obl.	81	P		6 %	pr. 1885	94½	bz

Anlehen der Stadt München 101⅛ G

Artikel für die heilige Fasten- und Osterzeit

aus dem

Verlage von Fr. Pustet in Regensburg.

Vorräthig in der Buchhandlung von **Otto Reindl, Augasse 495.**

Die Stationen des heiligen Kreuzweges. Fünfzehn Vorträge, gehalten vom Domprediger Dr. M. Breiteneicher zu München. Mit 14 Kreuzwegbildern. Preis 1 fl. 36 kr.

Das Pastoralblatt für die Erzdiözese München sagt darüber: „Zur lobrednerischen Anpreisung von gedruckten Predigten sind wir sehr wenig geneigt. Davon hält uns die Ehrfurcht vor dem Worte Gottes zurück, das wir stets in der vollendesten Gestalt vor uns sehen möchten, und das zarte Gefühl für die Ehre des katholischen Predigtamtes, das durch jede Unvollkommenheit in seiner Verwaltung betrübt wird.

Wenn wir nun die vorliegenden Predigten trotz des strengen Maßstabes, den wir an derlei Produkte zu legen gewohnt sind, loben und empfehlen, so geschieht es mit voller und reifer Ueberlegung."

Mission, die heilige, während der Fastenzeit. Inhalt: 1 Sechs Fastenpredigten über das Leben der heutigen Christen. 2. Sechs Fastenpredigten über die Buße des Christen. 3. Sechs Fastenpredigten über evangelische Parabeln. Drei Charfreitagepredigten. Gehalten von einem kath. Stadtpfarrer und herausgegeben von einem seiner Verehrer. Preis 1 fl.

Diese Predigten erschienen für die Fastenzeit des vorigen Jahres zu spät, um noch überall nach Verdienst bekannt zu werden. In Bezug auf deren Qualität wird Folgendes bemerkt: Das Manuscript derselben ist von einem verstorbenen Pfarrer, der zu seiner Zeit im Rufe des besten Kanzelredners stand, und kam durch Vermittlung eines seiner Freunde in meinen Besitz. Ich legte dasselbe zwei Sachverständigen zur Einsicht und Begutachtung vor. Der Eine erklärte sie einfach „mustergültig" — der Andere fand die Eintheilung klar und durchaus für die Jetztzeit passend, die Ausführung solid, bündig, klar und leichtverständlich. Die Veröffentlichung wurde durch die zu solcher Arbeit wohl am besten berufenen Hände besorgt. Das Salzburger Kirchenblatt 1869 Nr. 5 enthält folgende Empfehlung: „Diese Fastenpredigten zeichnen sich durch seltene Popularität aus, was um so mehr Anerkennung verdient, als die Sprache nichts weniger als trocken, sondern kräftig und warm ist. Wir begrüßen die Herausgabe derselben als einen sehr gelungenen Griff und empfehlen sie auf's Wärmste."

Kissingen.

Am 15. April a. c. wird unser Bade-Etablissement für „kalte und warme Sool-, Pandur-, Rakoczy-, Douche-, Dampf- und Moorbäder" eröffnet, und wird nähere Auskunft ertheilt durch den

Vorstand des Actien-Bade-Etablissements in Kissingen.

Riesenspargelpflanzen,

vorzügliche dreijährige, welche Pfeifen von 1 Zoll Durchmesser liefern, versendet 100 Stück zu 2 fl. 20 kr. incl. Emballage. Cultur-Anweisungen gratis.

Erfurt. **Friedrich Sorge.**

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
k. q. Assessor.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

20000 fl. auch getheilt, sind auf mehre Jahre unaufkündbar auszuleihen.

Kirchenkalender und † Gottesdienst-Ordnung. †

6. Sonntag, 1. Invc. Fridolin, A. (Evang. Von der Versuchung Christi. In allen 4 Pfarrkirchen Gottesdienst wie gewöhnlich. — 2 U. Fastenandacht. St. Jakob. Früh 6 U. hl. Messe, 8 U. Militär-Gottesdienst, 10 u. 11 U. heil. Messen.
7. Montag, Thomas v. Aquin.
8. Dienstag, Johann v. Gott, Ordst.
9. Mittwoch, Quat. Franziska.
10. Donnerstag, 40 Martyrer im 4. J.
11. Freitag, Eulogius. Rosina.
12. Samstag, Gregor d. Große, P. Während der Fastenzeit finden 4 U. die Predigten mit Miserere statt: Sonnt. in St. Gangolf u. St. Martin.

Montag in: Obere Pfarr.
Dienstag Dom.
Mittwoch Obere Pfarr.
Donnerstag Dom.
Freitag St. Martin.
Samstag St. Jakob.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 55. Sonntag, den 6. März 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

%. XII.

(Adreßdebatte).

Nicht minder wichtig als die äußere, die deutsche Frage waren die inneren Fragen über welche die Parteien der bayer. Abgeordnetenkammer sich auszusprechen und zu welchen sie Stellung zu nehmen hatten.

Vor Allem tritt uns hier der zwischen dem seitherigen Ministerium Hohenlohe und der patriotischen Mehrheit des bayerischen Volkes und seiner Abgeordneten ausgebrochene Streit, der sich fast zu einer Verfassungskrisis zugespitzt hat, entgegen. Fassen wir Ursprung und Entwicklung dieses Streites kurz zusammen.

Eine der verhängnißvollsten Folgen der unglückseligen Ereignisse des Jahres 1866 für Bayern bestand darin, daß die wohl an Zahl schwache aber desto thätigere und entschiedenere Linke der damaligen bayerischen Abgeordnetenkammer, welche sich am Schnellsten und Vollständigsten mit den „vollbrachten Thatsachen" zurecht setzte, indem sie aus der heftigsten Gegnerin Bismarcks und seiner rechtslosen Politik vor dem Kriege in die eifrigste Anhängerin derselben nach dem Kriege sich verwandelte, eine immer größere Herrschaft über die damals die Mehrheit der Kammer bildende Mittelpartei, zuerst in der äußern, dann aber auch in den inneren Fragen erlangte. Daß sie diese ihr so günstige Lage nach Kräften aus zu nützen suchte, ist selbstverständlich. Nach Außen drängte sie zu immer engeren Anschlusse an den norddeutschen Bund, resp. an Preußen*); im Innern strebte sie in einer langen Reihe neuer äußerst wichtiger weil tief in das Volksleben eingreifender Gesetze ihren sogenannten liberalen Geist, der aber mit den Anschauungen und Gefühlen des weitaus größten Theils des Volks in unversöhnlichem Widerspruche steht, auf allen namentlich den socialen Gebieten des Staatslebens zur Geltung zu bringen. Die conservative Partei der Kammer, auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzen, konnte keinen erfolgreichen Widerstand leisten. Das Ministerium, wenn auch nach seinen Aeußerungen und seinen Gesetzesvorlagen nicht immer mit den Zielen der Fortschrittspartei einverstanden, besaß weder die Kraft noch den Muth zum entschiedenen Widerstande, sondern ließ sich gleich der Mehrheit der Kammer von der Fortschrittspartei vorwärts drängen. Diese drohende doppelte Gefahr der Verpreußung nach Außen und der fortschrittlichen Umstürzung und Auflösung im Innern rüttelte endlich die im Volke noch überreich vorhandenen conservativen Elemente aus ihrem Schlafe und trieb sie zu immer hartnäckigerem Kampfe gegen die Bestrebungen der Fortschrittspartei. Da besonders die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit Bayerns den vereinigenden Mittelpunkt der Bewegung bildete, so nannten sich mit Recht die daran Theilnehmenden „Patrioten", „patriotische Partei". Der Erfolg dieser conservativen, patriotischen Bewegungen ist bekannt, es ist der dreifache Sieg, den sie errang bei der Wahl zum Zollparlament 1868 und bei den beiden bayerischen Landtagswahlen im Mai und November des verflossenen Jahres.

Daß die Fortschrittspartei hierüber vor Wuth außer sich kam, daß deßhalb die Blätter derselben von Verleumdungen, Verdächtigungen und Lügen, von Schmähungen, Verhöhnungen und Beschimpfungen der patriotische Partei, besonders ihrer Führer überflutheten, ist begreiflich. Zu lange und unbestritten hatte sie die Herrschaft geführt, zu sicher fühlte sie sich im Besitze derselben, um nicht durch den ganz unerwarteten Verlust aufs Empfindlichste betroffen zu werden.

Unbegreiflich aber muß das Verhalten des Ministeriums Hohenlohe gegenüber der patriotischen Bewegungen erscheinen. Statt daß dasselbe die Bewegung benutzte, um der gewiß oft lästigen Herrschaft der Fortschrittspartei sich zu entziehen*), in-

*) Wir erinnern an die freilich mit großer Blamage endende „Guts- und Bluts-Einsetzungsadresse" bei Gelegenheit des Luxemburger Handels.

*) Der zur Unterhandlung mit der patr. Partei im September v. J. vom Fürsten Hohenlohe gesandte Mittelsmann sprach sich also aus: In der äußern Politik sei Fürst Hohenlohe mit der patr. Partei einer Ansicht . . . . In den innern Fragen sei das Ministerium von der Fortschrittspartei vorwärtsgedrängt worden, weil es keinen Rück-

Digitized by Google

dem es aus den nichts weniger als reaktionären Elementen derselben sich eine Stütze gegen jene bildete, trat es vom ersten Anfange an der patriotischen Bewegung feindlich gegenüber. Beweis hiefür die Haltung der von dem Ministerium abhängigen Blätter, welche mit der fortschrittlichen Presse in der Anfeindung der patriotischen Bewegung wetteiferten, Beweis hiefür die außerordentlich gewissenhafte Strenge, womit alle Verwaltungs- und Justiz-Organe jede Thätigkeit der patriotischen Presse, Vereine und Führer überwachten und gegebenen Falls ahndeten, was gegenüber der der Fortschrittspartei gegebenen Nachsicht nur zu deutlich die Luftströmung, welche von Oben wehte, erkennen ließ; Beweis hiefür endlich die in der Wahlkreiseintheilung und dem Rundschreiben des Hr. v. Hörmann aller Welt vor Augen getretene, in dessen geheimen Dekreten, die Pfr. Westermaier verlesen, ihren Höhepunkt erreichende Parteinahme des Ministeriums bei den Wahlen gegen die patriotische Partei.

Obwohl nun die patriotische Mehrheit der Kammer die erwähnten geheimen Wahl-Erlasse des Hr. v. Hörmann bei der Adreßdebatte noch nicht kannte, hielt sie doch durch das ganze Verhalten des Ministeriums gegen die patr. Partei den Vorwurf der Parteinahme gerechtfertigt, weßhalb sie auch in die Adresse die Mißbilligung jeder Parteiregierung aufzunehmen beantragte. Bei der Begründung dieses Antrags erklärte Dr. Jörg ausdrücklich, daß die patr. Partei diesen Antrag nicht deßhalb stelle, weil die Parteinahme des Ministeriums gegen sie gerichtet gewesen sei, sondern weil sie überhaupt jede Parteiregierung, sie möge für oder gegen welche Partei immer gerichtet sein, grundsätzlich als mit den von der Verfassung gewährleisteten Rechten aller Staatsbürger unvereinbar verwerfen müsse. Daß dies keine bloße Redensart war, dafür können die Führer der patr. Partei die Thatsachen anführen, daß in den Tagen des Streites der Landesvertretung mit dem Ministerium Reigersberg-Pfordten, da es sich um ähnliche Uebergriffe des Ministeriums handelte, dieselben Männer, welche jetzt an der Spitze der patr. Partei stehen, entschieden für die durch die Verfassung garantirten Rechte der Kammer eintraten, obwohl es das Ministerium nicht an Versuchen fehlen ließ, durch Vorstellungen und Versprechungen die conservative Partei für sich zu gewinnen. Sie hielten nämlich damals das Interesse des Landes und Volkes für höher als alles Parteiinteresse und so halten sie es auch heute noch. Sie sind sich demnach gleich geblieben. Aber die Fortschrittler!!

Inland.

München, 5. März. Die nächste Sitzung der Kammer der Abgeordneten ist auf künftigen Montag Vormittags halb 10 Uhr anberaumt. Auf der Tagesordnung steht: 1) Vorlesung einer Interpellation des Abgeordneten Sörgel und Genossen; 2) Anzeige über ein vollendetes Referat; 3) Vortrag des Referenten im II. Ausschusse über den Bericht des Schuldentilgungscommissärs Dr. von Pözl; Berathung und Beschlußfassung hierüber; 4) Vortrag des I. Secretärs über eine Reclamation gegen die Münchner Landtagswahl; Berathung und Beschlußfassung hierüber, und 5) Anzeige des V. Ausschusses über eine geprüfte und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundene Beschwerde.

Im neuesten Einlauf der Kammer der Abgeordneten befindet sich u. A. eine Vorstellung des Pfarrers Anton Pilz in Oberstaufen: „Die Erhöhung der Hilfspriester. Gehalte der organisirten Pfarrer Oberstaufen betr.", eine Bitte des vormaligen Abgeordneten Fabrikdirigenten Georg Kraus von München, um Ausbezahlung von Diäten für die Zeit vom 2. Jan. bis 13. Febr. l. Js!"

München, 4. März. Graf Bray hat sich bis zu diesem Augenblick noch nicht entschieden ob er das Portefeuille des Auswärtigen annehmen will, und hält weitere Orientirung über die bestehenden Verhältnisse und Rücksprache mit seinen Freunden für nothwendig.

Graf Otto Camillus v. Bray ist im Jahre 1807 geboren; sein Vater Graf Francois Gabriel v. Bray, geboren zu Rouen im Jahre 1765, war zuerst französischer Diplomat in Deutschland und stand dann als Gesandter an verschiedenen Höfen in bayerischen Diensten. Er starb im Jahre 1832 und ist auch als Schriftsteller durch ein Werk über Liefland bekannt. Der Sohn, unser künftiger Minister war öfters im bayerischen Staatsdienste als Diplomat verwendet, wie er auch bereits im Jahre 1846 und von 1848 bis 5. März 1849 als Minister des Auswärtigen fungirte. Es ist Herr des Majorats Steinburg-Irlbach in Niederbayern, Ehrenritter des Malteser-Ordens, k bay. Kämmerer, erbl. Reichsrath der Krone Bayern, Staatsrath im außerordentl. Dienste und Staatsminister a. D., außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Wien. Möge er zum Segen des bayerischen Volkes wirken!

In Straubing ist der erste Maikäfer erschienen und scheint sich den Umständen nach wohl zu befinden.

Darmstadt, 4. März Die zweite Kammer hat mit großer Mehrheit (wahrscheinlich zur Nachahmung für andere Kammern in militäretatserhöhungenfordernden Südstaaten) für die Landwehr anstatt der geforderten 356,000 fl. nur 225,000 fl. bewilligt.

Darmstadt, 5. März. Die Kammer die Abgeordneten genehmigte einen Vertrag zwischen Hes-

halt gegen diese Partei in der Kammer gefunden habe . ." Mußte demnach nicht das Minist. mit beiden Händen nach dem „Rückhalt" greifen, den ihm jetzt die patr. Partei bot!

Digitized by Google

sen und dem Norddeutschen Bund und Baden betreffend die Einführung gegenseitiger militärischer Freizügigkeit.

Darmstadt, 4. März. Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Antrag Dumont-Edinger — die Kammer wolle gegen die Aeußerung des Kriegsministers, als liege die Pensionirung von Offizieren nicht in seiner Hand, Verwahrung einlegen und erklären, daß durch die Militärkonvention und die norddeutsche Bundesverfassung in der konstitutionellen Verantwortlichkeit des Kriegsministeriums keine Aenderung eingetreten sei — mit 18 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Berlin, 4. März. Der Reichstag hat in der zweiten Berathung den Bundes-Nachtrags-Etat für 1870 angenommen. In demselben sind die Functionszulagen für die Militärbevollmächtigten des Bundes in Karlsruhe, München und Stuttgart angeführt. Hoverbeck bekämpfte ohne Erfolg diese Posten und verlangte dieselben auf den Kriegs-Etat gesetzt, wogegen die Regierung einwendete: daß die Functionen jener Bevollmächtigten nicht rein militärischer Natur seien.

Sternberg, 3. März. Die mecklenburgische Landesversammlung beschloß, der engere Ausschuß solle die beiden Landesherrn ersuchen, sie möchten sich gegen die Einführung eines obersten Gerichtshofes für den norddeutschen Bund erklären. Da die Justizhoheit den einzelnen Staaten des norddeutschen Bundes geblieben sei, so würde durch die Errichtung eines gemeinsamen obersten Gerichtshofes die Kompetenz des Bundes überschritten und das Recht der Landstände verletzt werden.

Paris, 5. März. Ein kaiserliches Decret vom 27. Febr. genehmigt die von den Ministern des Innern und des Kriegs mit Breittmayr abgeschlossene Convention betreffs Errichtung eines Kabels, welches Frankreich mit Aegypten verbindet, ohne Algier zu berühren. In keinem Fall darf dieses Kabel auf der Strecke nach Algier sich mit demjenigen Kabel kreuzen, dessen Errichtung dem Hause Erlanger jüngst zugesprochen wurde.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 4. März l. Js.

Eine Mittheilung der k. Stadtkommandantschaft dahier, wonach seit dem 1. März l. Js. Hr. Generalmajor Frhr. v. Mulzer die Leitung der Commandantschaftsgeschäfte übernommen hat, dient zur Nachricht. — Eine k. Regier.-Entschließung, wornach den Requisitionen des im Staatsministerium d. Justiz verwendeten ersten Rechtsanwalt Fr. Petersen als Commissär für die oberste Leitung und Beaufsichtigung der Strafanstalten des Königreichs Bayern entsprochen werden soll, wurde bekannt gegeben. — Das Taubstummeninstitut und die Knabenrettungsanstalt dahier sollen im Benehmen mit der Vorstandschaft der alljährlichen Visitation unterzogen werden laut Auftrags der k. Regierung vom 24. v. Mts. — Durch k. Reg.-Entschließung wurde der Hr. Bürgermeister ermächtigt, die Wahl eines Vertreters der Stadt u. eines Ersatzmannes für den Landrath vorzunehmen, weshalb ein Zusammentritt der städtischen Collegien behufs Vornahme der Wahl auf Montag den 7. d. Mts. Nachmittags anberaumt worden ist. — — Nach einer Mittheilung des erzbischöflichen Ordinariats sollen in den Tagen vom 13. bis 27. März l. Js. dahier durch einen Priester der Gesellschaft Jesu Conferenzen für Herren abgehalten werden durch Vorträge vorherrschend apologetischen Inhalts, welche ausschließend für Männer und zwar zunächst aus den gebildeten Ständen berechnet sind. Diese Conferenzen sollen täglich in einer noch festzusetzenden Abendstunde in einer der hiesigen Kirchen stattfinden. Im Auftrage der k. Regierung gab der Stadtmagistrat sein Gutachten dahin ab, daß gegen die Abhaltung der fraglichen Conferenzen ein Bedenken nicht obwalte und daß bei den bestehenden Parteiungen unter den hiesigen Einwohnern keine Unordnungen zu befürchten seien, weil religiöse und konfessionelle Differenzen und Reibungen dahier nicht bestehen; daß es sich jedoch, da diese Vorträge nur für eine bestimmte Klasse und in einer bestimmten Richtung abgehalten werden sollen, empfehlen dürfte, daß diese Vorträge im hies. Priesterseminare oder im Kapitelhause nattfinden. — Der Hr. Bürgermeister theilt eine Reihe statistischer Notizen über hiesige Bevölkerungsverhältnisse mit. Hienach entziffert sich die Zahl der Einwohner der Stadt nach der letzten Volkszählung vom 3. Dezbr. 1867 auf 27,306 Seelen, (hievon treffen 22,215 auf das Civil und 5091 auf's Militär). Im Jahre 1869 waren 152 Militärconscribirte vorhanden, von denen 86 für tauglich, 53 für gänzlich untauglich und 13 für zeitlich untauglich erklärt wurden; Geburten ergaben sich 944; mehr gegen das Vorjahr 43. Hievon waren 896 lebend und 39 todt geboren; von den lebend Gebornen waren 443 männliche und 462 weibliche, von den todt Gebornen 27 männlichen und 12 weiblichen Geschlechts. Eheliche Geburten waren es 691, uneheliche 253. Unter den unehelichen befinden sich 72 von dahier heimathsberechtigten und 181 von auswärtigen ledigen Weibspersonen, (Entbind.-Anstalt.) Zwillingsgeburten kamen 11 vor. Die Zahl der getrauten Paare belief sich auf 258; hievon treffen auf die Pfarrei St. Martin 49, St. Gangolph 69, obere Pfarre 54, Dompfarrei 62, protestantische Pfarrei 21, israelitische Gemeinde 3. Junggesellen mit ledigen Frauenzimmern wurden 228, Junggesellen mit Wittwen 9, Wittwer mit ledigen Frauenzimmern 20, Wittwer mit Wittwen 1 getraut. Die Gesammtzahl der Gestorbenen betrug 719 oder ohne Todtgeborner 680. Im Verhältnisse zum Vorjahre war die Sterblichkeit um 48 weniger; der Ueberschuß der lebend Gebornen über die Sterbfälle beträgt 186, im Verhältniß zur Einwohnerzahl käme sonach auf 38 Einwohner 1 Sterbfall. Selbstmorde kamen 7 vor, Kapitalverbrechen keine, die Zahl der vorgekommenen Körperverletzungen war keine große. Als erfreuliches Ereigniß wurde die Abnahme der unehelichen Geburten constatirt und als Grund die Verehelichungserleichterung in Folge der neuen Socialgesetzgebung angeführt. Im Jahre 1866 ergaben sich 315 (131 auf hiesige und 184 auf auswärtige Weibspersonen,) im Jahre 1867 321 (113 auf h. u. 209 auf a. W.,) im Jahre 1868 307 (127 auf h. u. 180 auf a. W.,) im Jahre 1869 253 uneheliche Geburten (72 auf h. u. 181 auf a. W.) — Verehelichungszeugnisse seien auszustellen für die HH. Gärtner Linsenmaier (H.-G. 48 fl.) Lokomotivputzer Paul Gunzelmann (Wittwer), Fabrikarbeiter Joh. Heberlein (bereits Bürger). Dem H. Joseph Schwind und 7 Consorten seien die nachgesuchten Musiklizenzscheine auszufertigen. — Dem Wasenmstr. H. Gg. Kräßler sei Bürger-Aufnahmsurkunde (Geb. 100 fl.) zu ertheilen. — Wegen Betheilig. der hies. Commune an der Gründung des bayr.

Gewerbemuseums zu Nürnberg soll das Resultat der Beschlußfassung anderer Städte abgewartet und hierauf neuerdings mit den HH. Stadtgem.-Bevollmächtigten ins Benehmen getreten werden. — Im Betreff der Reklamation des H. App.-Ger.-Raths Frhr. v. Seefried gegen seine Anlage in der hiesigen Einquartierungs-Liste sei beim k. Stadtrentamte dah. gegen die Steuerüberschreibung desf. nach Kipfenberg zu remonstriren. — Auf eine Anfrage des k. Bez. A. Münchberg sei zu erwidern, daß nach diesseitiger Ansicht eine Verpflichtung für das Schreiberpersonal ꝛc. von Münchberg zur Leistung von Handdiensten verordnungsgemäß nicht angenommen werden könne. — Dem Hrn. Maurermeister Denneseld sei das Offenlassen eines Trottoirs in der abgesperrten Franz-Ludwigsstrasse für Fußgänger sofort aufzugeben. — Einige kleine Bauwendungen, desgl. die Erbauung eines Gartenhauses in dem Garten des H. Tabakfabr. Thorbecke im Bach und die Erbauung einer Faßlagerhalle des H. Brauer Martin Leicht in seinem Felde nächst dem Felsenkeller auf demob. Stephansberg w. genehm. — Durch k. Reg.-Entschließung wurde das Gesuch des H. Photographen Erhard, Verloosung v. photographischen Kunstblättern betr., bewilligt. Die Kosten für die nothwendige Reinigung der Musikinstrumente der aufgelösten Landwehr älterer Ordnung seien zur Ausbezahlung aus den disponiblen Landwehrgeldern anzuweisen. — Der Taglöhner Lor. Dietrich sei mit seiner Familie von Frau und 8 Kindern wegen nicht genügender Subsistenzmittel auf die Dauer von 3 Monaten von hier auszuweisen. — Durch die k. Regierung wurden die für 2 Ausländer vom Stadtmagistrate vorgeschossenen Unterstützung im Gesammtbetrage von 5 fl. 30 kr. auf die Staatskassa übernommen u. zur Rückzahlung beim k. Stadtrentamte eingewiesen.

Frankf. Coursbericht vom 4. März 1870.

Staatspapiere.							
Preußen.	5%	Oblig.	—	G	Würtbg.	4½% Obl.	91 bz
	4½	=	93½	G		4 =	84½ G
	4	=	82½	G	Baden.	3½ =	82½ G
Frankrt.	3½	=	81½	G		4 =	92½ B
Nassau.	4½	=	92½	bz		3½ =	85½ G
	4	=	84½	bz	G. Hessen	5 =	102 B
Kurhess.	4	=	83½	B		4 =	91½ G
Bayern.	5%	Oblig.	101	G	Sachsen.	5 =	101½ bz
	4½	1jhr. =	91½	bz	Brschw.	3½ =	80½ B
	4½	1jhr. =	91½	B	Oesterr.	4⅛ R.i.S.	58⅝ bz
	4	1jhr. =	86½	bz		4⅛ R.i.P.	50 G
	4	1jhr. =	86⅜	bz		5 Ung. E.-A.	74 G
	4	Abl.-R.	86½	bz	Amerika.	6% pr. 1882	95½ bz
	3½	Obl.	81	B		6% pr. 1885	94½ bz
Anlehen der Stadt München 101½ G							
Anlehensloose.					bad. 35 fl.		57½ G
3½% preuß. 100thlr.			—	bz	großh. hess. 25 fl.		— bz
kurhess. 40 thlr.			58⅞	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.		12 B
bayr. 100 thlr.			—	bz	österr. 500 fl. v. 1860		79⅜ bz
Wechsel auf kurze Sicht.					Hamburg (M.-B. 100)		88½ G
Amsterdam (100 fl.)			100⅜	bz	London (10 Pf. St.)		119⅜ bz
Augsburg (100 fl)			99⅜	G	Paris (200 Fr.)		95½ bz
Berlin (60 thlr.)			105	bz	Wien (100 fl. ö. W.)		95⅜ bz
Bremen (50 thl. Geld)			97½	B	Disconto 3½ pCt.		
Aktien.					5 öst. Staatsb. 500 frc.		367 bz
3% b. H. u. W.-B. 500 fl.			—	G	4 pfälz. Ludwb. 500 fl		171⅜ bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.			693	bz	4½ Marbahn 500 fl		106½ B
4½% b. Ostbahn 200 fl.			120½	bz	4 Nordb. 500 fl.		87½ G
5 öst. Südb. 500 frc.			233	bz	4 H. u. W.-B.-Pf.-Br.		90½ G

Hrz. Braunschw. Staats-Prämien-Anlehen

von 10 Millionen Thalern

in Prämien-Obligationen á Thlr. 20. = fl. 35. = fl. 30. öst. W. Silber = Frcs. 75.

Die Rückzahlung derselben erfolgt vermittelst 208 Ziehungen innerhalb 56 Jahren, und zwar in den nächsten 9 Jahren abwechselnd Serien- und Nummernziehungen am 1. Februar, 31. März, 1. Mai, 30. Juni, 1. August, 30. September, 1. November und 31. Dezember.

Diese Obligationen, emittirt von einem deutschen Staate der seiner soliden Finanzverhältnisse wegen als einer der creditwürdigsten anerkannt ist, sind mit einem außerordentlich günstigen Ziehungsplan ausgestattet. Die Gewinne, welche zur Auszahlung kommen, betragen:

Thlr. 80,000, 75,000, 60,000, 55,000, 50,000, 40,000, 36,000, 30,000, 27,000, 25,000, 20,000, 15,000, 10,000, 6000, 5000, 3000 ꝛc. ꝛc.

Der bezahlte Ankaufspreis kann keinenfalls verloren gehen, da jede Obligation mit mindestens Thlr. 21 bis Thlr. 40 zurückbezahlt werden muß, falls sie nicht mit einem der vorstehenden größeren Gewinne gezogen werden sollte.

Die Obligationen sind zu haben bei allen Wechsel- und Bankhäusern des In- und Auslandes, welche auch Plane und Ziehungslisten gratis verabfolgen, bei

Gebrüder Schmitt in Nürnberg.

Riesenspargelpflanzen,

vorzügliche dreijährige, welche Pfeifen von 1 Zoll Durchmesser liefern, versendet 100 Stück zu 2 fl. 20 kr. incl. Emballage. Cultur-Anweisungen gratis.

Erfurt. Friedrich Sorge.

Aerztliche Begutachtrng.

Ich bescheinige andurch, daß die **Stollwerck**'schen **Brust-Bonbons** in leichten katarrhalischen und Brust-Affektionen, daherrührender Heiserkeit u. trockenem Reizhusten sehr zu empfehlen sind. Sodann muß noch besonders hervorgehoben werden, daß sich in diesen Brustbonbons, von deren Bestandtheilen ich Einsicht erhielt, keine der Gesundheit nachhaltige Stoffe vorfinden.

Dr. Lemke, kgl. Oberstabsarzt.

Die Stollwerck'schen Brustbonbons sind in versiegelten Packetchen mit Gebrauchsanweisung á 14 kr. stets vorräthig in

Bamberg bei J. B. Haußmann,
F. J. Leininger,
B. Wenglein, Hofcond.
Burghaßlach bei Apotheker Barthel,
Ebermannstadt bei Apothk. Krauß,
Ebern bei Fr. Kappler,
Eltmann bei P. F. Wittmann,
Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt,
Hollfeld bei Apoth. Hartung,
Memmelsdorf bei Chr. Reich,
Schüßelfeld bei A. Hobbach,
Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler,
Streitberg bei Joh. Dauer,
Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Weischenfeld bei Georg Lauer,
Zeil bei J. P. Pöllath.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 56. Dienstag, den 8. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Graf Bismarck im norddeutschen Reichstage und die patriotische Partei in Bayern.

β Man muß gestehen, daß die Gegner Bayerns selbst der patr. Partei die Beweise für ihre Behauptung der Gefährdung der Selbstständigkeit Bayerns durch Preußen zu liefern eifrig bestrebt sind. Man denke an die Winke mit dem Zaunpfahle in der Rede des Königs von Preußen bei Eröffnung des norddeutschen Reichstages, an die bald mahnenden, bald drohenden, bald höhnenden, immer aber unverschämten Auslassungen der preußischen Blätter über den Widerstand der patr. Partei gegen die fortschrittlichen Verpreußungsgelüste und jetzt erst die neuesten Verhandlungen des norddeutschen Reichstages über den Lasker'schen Antrag! Lasker, ein jüdischer Nationalliberaler vom reinsten Wasser, d. h. Einer, der nicht schnell genug ganz Deutschland unter preußischem Hute sehen kann, hatte den Antrag im norddeutschen Reichstag gestellt, eine ganz besondere Anerkennung dem „Musterstäätlein" Baden auszusprechen, weil dieses allein unter den süddeutschen Staaten die nationale Idee (d. h. das Streben nach Aufgehen in Preußen) trotz aller Opfer, die es ihm schon gekostet habe und noch koste, hochhalte*). Dabei hatte er nicht undeutlich einen Tadel gegen den die Leitung des norddeutschen Bundes führenden Bundeskanzler, Grafen Bismarck, ausgesprochen, daß er diese Sehnsucht Badens nach der Vereinigung mit dem Bunde nicht schon erfüllt habe und auch jetzt nicht erfüllen zu wollen scheine.

Wir begnügen uns, ohne auf die immerhin interessante Begründung des Lasker'schen Antrages und die Entgegnung anderer Reichstagsmitglieder einzugehen, mit der Betrachtung der Erwiederung, womit Graf Bismarck den Antrag Laskers zurückwies, da dieselbe für Bayern von äußerster Wichtigkeit ist.

Zunächst führt Graf Bismarck gegen den Lasker'schen Antrag aus, daß es gar viel mehr im Interesse der Vereinigung Deutschlands unter Preußen liege, wenn Baden gegenwärtig noch selbstständig unter den andern süddeutschen Staaten weile; denn ein Eintritt desselben in den norddeutschen Bund in diesem Augenblicke werde die in Würtemberg und besonders in Bayern erwachten antinationalen (gegenpreußischen) Gesinnungen nur kräftigen und deßhalb die Gesammt-Einigung Deutschlands unter Preußen nur verzögern. Dagegen könnte Baden als selbstständiger süddeutscher Staat sehr viel dafür thun, daß das Verlangen nach Vereinigung mit dem norddeutschen Bunde (d. h. Preußen) von dem es selbst beseelt wäre, auch bei den andern süddeutschen Staaten, bei Bayern und Würtemberg, immer mehr Verbreitung fände und so die Vereinigung ganz Deutschlands angebahnt würde. Diese Ansicht Bismarcks könnte uns sehr gleichgültig lassen, da wir überzeugt sind, daß Baden mit seiner nationalen (preußischen) Sehnsucht weder in Würtemberg noch bei den bayerischen Patrioten viel Anklang finden würde. Nicht gleichgültig sondern außerordentlich wichtig aber ist ein Bayern betreffender Vergleich, den Bismarck mit dieser Auseinandersetzung bezüglich Badens in Verbindung bringt.

Er führt nämlich aus, daß wenn man es in Bayern nur mit den altbayerischen Provinzen, Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz zu thun hätte indem die Franken und Schwaben davon getrennt wären, eine viel geringere Hoffnung zu einer (für Preußen) befriedigenden Einigung mit Bayern vorhanden wäre, als jetzt, wo Franken und Schwaben noch mit denselben vereinigt sind und „dort so nützlich wirken" (für Preußen nämlich). Er läßt, dabei undeutlich merken, daß dies der Grund gewesen, warum Preußen nicht im Jahre 1866, wo es ein Leichtes gewesen, Bayern zerstückelt und aus den Franken einen kleinen nationalliberalen Staat gebildet habe.

Diese Auseinandersetzung Bismarcks läßt an Deutlichkeit für uns nichts zu wünschen übrig. Wir ersehen daraus:

1) Daß Preußen noch keinen Augenblick darauf verzichtet hat, Bayern in seine Krallen zu bekommen; daß es sich aber nicht damit begnüge, nur

*) Es gilt dies auch nur von dem badischen Ministerium, das allerdings ganz preußisch ist, nicht aber vom badischen Volke, das von Preußen eben so viel wissen will, als das bayerische — nämlich Nichts.

Digitized by Google

einen Theil Bayerns zu erhalten, sondern das ganze haben wolle;

2) Daß es eben deßhalb, weil es das ganze Bayern wolle, die fränkischen Provinzen, in denen die nationale (preußische) Idee am meisten verbreitet sei, nicht von Bayern losgerissen habe, damit dieselben in ihrer Verbindung mit den übrigen gut bayerischen Provinzen, diese allmählich zu ihren Ansichten bekehrten oder wenigstens Herr über dieselben in der Kammer würden und so wenn die günstige Zeit gekommen, nicht bloß selber mit Preußen sich vereinigten, sondern auch die übrigen bayerischen Provinzen mit oder wider Willen zu dieser Vereinigung mitbrachten. (Schluß. folgt).

Inland.

München 7. März. Abgeordnetenkammer. In der heute stattgefundenen 17. öffentlichen Sitzung wurde die allerhöchste kgl. Entschließung bekannt gegeben, wornach der Landtag bis 12. April incl. verlängert ist. Dann theilte der I. Präsident mit, daß bei den am 9. u. 10. d. M. stattfindenden Exequien für weiland König Max II. für die Mitglieder der Abgeordneten-Kammer besondere Plätze bereit gehalten werden. Der kgl. Staatsminister des Innern v. Braun legte einen Gesetzentwurf, die Errichtung einer Bürgerwehr btr., dann einen zweiten Gesetzentwurf, die Regelung der Verwaltung des Vermögens der Landwehr älterer Ordnung vor, worauf Abg. Sörgel die bereits bekannte Interpellation, die Reform der bayerischen Studienanstalten betr., verlas. Der k. Staatsminister des Kultus v. Lutz beantwortete die erste Frage mit Ja! Es werden die für nothwendig erkannten Reformen auf dem Gebiete des Gymnasialschulwesens weiter verfolgt werden. Was die 2. Frage betrifft, so ist, ehe über Durchführung oder Fallenlassen der einzelnen vorgeschlagenen Reformen ein einscheidendes Wort gesprochen werden kann, die Ausarbeitung eines neuen Entwurfs für die Studienordnung unerläßlich. Es ist auch schon Anordnung getroffen, daß auf Grund der Commissionsvorschläge ohne alle bureaukratische Zuthaten ein solcher Entwurf ausgearbeitet werde. Entwurf und Motive werden dem Druck übergeben und veröffentlicht, um so die eingehendste Kritik von berufenster Seite zu provociren. Bezüglich der Ertheilung des Geschichtsunterrichts werden neue Anordnungen erlassen werden. Frhr. v. Stauffenberg zeigte an, daß der 2. Ausschuß die Rechnungsnachweisungen über der Betrieb der Verkehrsanstalten pro $18\frac{66}{67}$ geprüft hat, worauf Abg. Diepolder über den Bericht des Schuldentilgungscommissärs Dr. v. Pözl Vortrag erstattete. Nach längerer Debatte, die sich hauptsächlich auf dem finanzpolitischen Gebiete bewegte, und woran sich der H. H. Marquardsen, Lucas, der k. Finanzminister, Kolb, Dr. Huttler, der kgl. Handelminister v. Schlör, Fischer und Greil betheiligten, wurde beschlossen, es sei dem Schuldentilgungscommissär für seine gewissenhafte und mühevolle Geschäftsführung der Dank der Kammer auszusprechen. Ohne Debatte wurde sodann der Reklamation des ꝛc Gautsch jun. gegen die Wahlmänner-Wahl im 34. Bezirk zu München eine Folge nicht gegeben und beschlossen, es seien die bei der Münchener Landtagswahl vom 24. Februar gewählten sieben Abgeordneten als legitimirt zu erachten. Schließlich zeigte Abg. Hauck an, daß der 5. Ausschuß eine Beschwerde der Städte Hof, Nürnberg, Bayreuth und Aschaffenburg, weil ihnen die Bestreitung der Auslagen für die Conscription überbürdet wurde, zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befunden hat, womit die Sitzung um 1 Uhr schloß. Die nächste findet am am Mittwoch statt.

Die „Augsb. Abdztg." kann nicht den Schmerz des Rücktrittes des Fürsten Hohenlohe überwinden, noch weniger, daß die „Herrn Liberalen" nicht mehr das Ruder führen sollten und die „regierungsunfähigen Patrioten" die Majoritat in der Kammer haben. Sie schreibt aus München, 6. März: „Fürst Hohenlohe wird, wie wir hören, sich nicht in die Beschaulichkeit müßigen Stilllebens zurückziehen, sondern in München verbleiben, wo er vorerst seine Pflichten als Reichsrath mit möglichstem Nachdruck zu erfüllen gedenkt. Da die Dauer des derzeitigen politischen Zustandes in Bayern nur eine Frage der Zeit ist, so hofft die liberale Partei den Fürsten bald wieder auf ihren Schild erheben zu könnun und er wird mit um so größerem Beifall des Königs und des Landes (?) auf seinen Posten zurückkehren, weil er, obgleich Sieger im Streite, das Kampfsfeld in einer Zeit verlassen hat, wo es nothwendig geworden ist, den Beweis dafür zu liefern, daß die dermalige Majorität der Abgeordnetenkammer absolut regierungsunfähig sei." Wir stimmen vielleicht in einem Punkte mit derselben überein, daß die Dauer des derzeitigen Zustandes nur eine Frage der Zeit ist. — Ein neues freisinniges Wahlgesetz ohne die bekannten und unbekannten, geheimen und offenen Wahlerlasse eines unparteiischen Ministeriums dürfte diese Frage der Zeit sehr bald lösen, so daß die die Majorität des Volkes angeblich vertretenden Herrn „Sieger im Streite" an ihrer großen Minorität dahin siechen werden.

München, 6. März. An die Kammer der Abgeordneten ist eine Wahlreklamation aus Forchheim gelangt, in welcher behauptet wird, daß bei den Landtagswahlen daselbst eine Bestechung der Wähler stattgefunden habe. Damit nun in dieser Beziehung die nöthigen gerichtlichen Erhebungen stattfinden können, hat das Präsidium der Kammer dem Staatsministerium der Justiz Kenntniß von der Reklamation gegeben. Man wird dem weiteren Verlauf dieser Angelegenheit nicht ohne Interesse entgegensehen. — (Man sieht, daß der von den Herren

so betitelte schwarze Mahr, wie sich erst kürzlich ein sich nobel gerirendes Blatt ausgedrückt hat, auf jede verläumderische und gemeine Art fortwährend angegriffen wird, um ihn wahrscheinlich bei seinen Urwählern zu verdächtigen. Alle diese ordinären Anschuldigungen nützen nichts. Hr. Pfr. Mahr steht fester in den Meinungen seiner Wähler, seitdem er seine ausgezeichnete Jungfernrede gehalten, und hat derselbe den Beweis wieder geliefert, nur das Wohl seiner Wähler, sowie das des ganzen bayr. Volkes im Augezu haben, und nicht spekulative preußenfreundliche Gelüste).

In Folge des Ausgangs der Günzburger Wahl stellt sich das Verhältniß der beiden Parteien in der Kammer, welches bis dahin bekanntlich 80 zu 74 stand, dahin, daß 83 Patrioten 71 Liberalen gegenüberstehen, das Uebergewicht der Ersteren also jetzt 12 Stimmen beträgt. Zieht man dazu die umfassende Wahlbeeinflussung in Betracht, welche der Minister v. Hörmann durch seine berühmte Wahlbezirkseintheilung und das in der bayerischen Verfassungsgeschichte einzig dastehende Rundschreiben v. 15. Oktober ausgeübt hat, in welchem er der Verwaltung ausdrücklich und in nackten Worten die Aufgabe stellte, dahin zu wirken, daß keine, wenn auch noch so kleine, patriotische Mehrheit zu Stande komme: so ist es unmöglich, den Organen der patriotischen Partei zu widersprechen, wenn sie den Satz aufstellen, daß ohne die von oben ins Werk gesetzte Pression die Mehrheit auf ihrer Seite noch namhaft bedeutender ausgefallen sein würde und daß daher nicht mehr die Rede sein könne, als ob die Kammer und die Bevölkerung, aus welcher dieselbe hervorgegangen, in zwei ungefähr gleiche Hälften getheilt sei. Diese Schlußfolgerungen gerechtfertigt zu haben, Das ist das Einzige, was der Minister v. Hörmann durch seine Wahlmanipulationen zu Wege gebracht hat. Ist er nicht ein großer Staatsmann?

* Aus Bonn wird uns berichtet, daß die Vorbereitungen zur Säkularfeier des Geburtstages Beethovens einen erfreulichen Fortgang nehmen. Das Musikfest wird Ende August u. Anfangs September d. J. abgehalten werden und wird der Compos. F. Hiller in Köln wahrscheinlich die Leitung übernehmen.

Ausland.

Paris, 6. März. Der „Constitutionel" citirt die „Militärischen Blätter" in Berlin, welche sagen daß seit der unglücklichen Einführung der mobilen Nationalgarde und des constitutionellen Regime's in Frankreich nur zwei Militärmächte, nämlich Preußen und Rußland, in Europa beständen. Der „Constitutional" räth das Gesetz betreffend die mobile Nationalgarde dahin zu modificiren: daß dieselbe von Officieren der Armee commandirt, und ihre Cadres aus den Depots der Linienregimenter gebildet werden sollen, und fordert die Kammern auf den Kriegsminister in der Anwendung dieses Mittels zu unterstützen, um nicht von Preußen sich sagen lassen zu müssen daß das constitutionelle Regime gleichbedeutend mit der Ohnmacht nach außen sei.

Der „Ag. Havas" wurde dieser Tage aus Rom gemeldet, Dr. Friedrich, welcher von dort habe ausgewiesen werden sollen, sei der bayerischen Gesandtschaft zugetheilt und so seine Ausweisung vereitelt worden. Nach den von uns hier im Ministerium des Aeußern eingezogenen Erkundigungen ist an dieser Nachricht von der Zutheilung des Dr. Friedrich zur bayerischen Gesandtschaft kein wahres Wort; ebenso wenig weiß man hier etwas davon, daß die bayerische Gesandtschaft überhaupt nur in die Lage gekommen wäre, sich seiner anzunehmen. Möglich, daß der Gedanke, ihn auszuweisen, von den römischen Behörden erwogen worden ist; aber ein Befehl an ihn, die Stadt zu verlassen, oder auch nur eine Androhung der Ausweisung ist bis jetzt, soweit hier bekannt, nicht ergangen. B. L.

Der Strike in Thorncliffe, welcher nun schon fast ein Jahr lang währt und vor Kurzem so viel Trauriges heraufbeschwor, ist noch immer nicht beglichen. Vergebens waren die Bemühungen von Lord Wharncliffe und Mr. Stanhope, einen Vergleich zuwege zu bringen. Da die Grubenbesitzer des Bezirks nichts mit den Gewerksvereinen zu thun haben wollen, bleibt diesen vorerst nichts übrig als die feiernden Arbeiter, die zu ihnen gehören, nach wie vor zu erhalten. Dieser eine Strikr mag ihnen bis an 600,000 Gulden gekostet haben.

Aus der Stadt und Provinz.

Bamberg, 8. März. Bei der gestern von den beiden hiesigen Gremien vorgenommenen Wahl eines Vertreters der Stadt zum Landrathe von Oberfranken wurde Hr. Bürgermeister Dr. Schneider als solcher und Herr Apotheker Sippel als Ersatzmann wie uns berichtet wurde, einstimmig gewählt.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 4. März l. Js.

(Schluß.)

Dem Hrn. Tabackfabr. Michel dahier wurde auf Ansuchen ein Zeugniß dahin ausgefertigt, daß die Fabrik J. P. Raulino u. Comp. bereits am 23. April 1840 ihre Tabaketiquetten namentlich die „Livinus van Wynenthael u. Comp." beim Magistrate deponirt habe und allein berechtigt sei, die bezeichnete Etiquette führen zu dürfen. — Das Gesuch des vormaligen Packträgers Joh. Bauer von Bockel um Aufnahme als Privatlohndiener dahier mit der Befugniß zur Tragung eines Abzeichens sei abzuweisen, da nur hier Eingehörige Ansprüche auf diese Bewilligung haben. — Die Gehaltserhöhung der Lehrerin Frl. Marg. Berthold dahier wurde von der k. Regierung als Schulaufsichtsbehörde genehmigt. — Nach eingelangter k. Reg.-Genehmigung sei nunmehr mit dem Umbau als protestantischen Schulhauses zu beginnen. — Durch allerhöchste Verfügung wurde dem spital. Revierförsters H. Koenig zu Tretzendorf die Erlaubniß zur Führung des Titels „Oberförster" ertheilt. — Auf Antrag des k. Verwalt.-Bezirksarztes seien 2 Hebmaschinen für das Haus der Unheilbaren und das Bürgerspital anzuschaffen. — Die vom H. Baurathe vorgelegten

Digitized by Google

Pläne und Kostenvoranschläge im Betreffe der Umgestaltung der Lokalirrenanstalt St. Getreu seien einer Vorberathungs-Commission Behufs Beschaffung der Mittel zu unterstellen. — Der alte Kutscher Liller von Etzelskirchen sei auf Grund gerichtsärztlichen Gutachtens für Rechnung der Dienstbotenanstalt im Krankenhause zu belassen. — Der angeblich geisteskranke, aber wirklich arbeitsscheue Kunstgärtnerssohn Beck sei behufs anhaltender Beschäftigung in der Beschäft.-Anstalt unterzubringen. — Im Betreffe der Dotation des städt. Holzhofes seien die Verhältnisse desselben einer commissioneller Recherche zu unterbreiten. — Der Antrag mehrerer Bewohner der Frauengasse wegen Herstellung eines Kanals sei zur Bescheidung auszusetzen bis die Rückschreiben anderer größeren Städte eingelaufen sein werden, bei welchen Anfragen über die Betheiligung der Privaten gestellt worden sind. — Der Antrag des Hausbesitzers H. Dr. Kraus auf Entfernung der aufgestellten Baumstangen im städt. Bauhofe sei abzuweisen. — In Folge Beschlusses der HH. Stadtgem.-Bevollm. wurde dem H. Maurergef. Hirsch die benöthigte Communal-Grundfläche im Letzengäßchen um den Kaufschilling von 10 fl. abgetreten. — Auf eine Anzeige des Wegmachers H. Platzer, daß 49 Bäume an der Würzburger Straße fehlen, seien die betheiligten Adjacenten, welchen die Obstnutznießung eingeräumt ist, zur Ergänzung der Alleen zu veranlassen. — Die von der deutschen Schulfondspflege abgelieferten Gebühren für Schulentlaßscheine pro 1869 im Betrage von 52 fl. 24 kr. u. der Schul- und Holzgelder von den Sonn- und Feiertagsschulen im Gesammtbetrage von 649 fl. 5 kr. seien zur einnahmlichen Verrechnung anzuweisen. — Nach beendigten Vorarbeiten sei die niedergesetzte Commission zur Durchberathung des Etats einzuberufen.

Frankf. Coursbericht vom 7. März 1870.

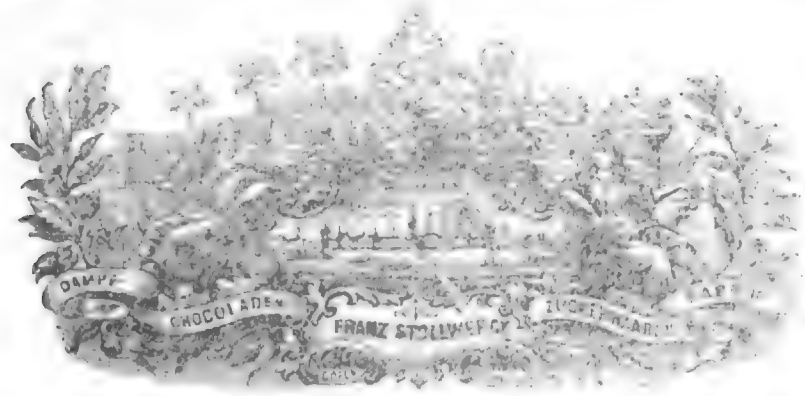
Staatspapiere.				Würtbg.	4½% Obl.	91	bz
Preußen.	5% Oblig.	—	G		4 =	84½	G
	4½ =	93½	G		3½ =	82½	G
	4 =	82½	G	Baden.	4½ =	92½	P
Frankfrt.	3½ =	81½	G		4 =	85½	G
Nassau.	4½ =	92½	bz		3½ =	82½	G
	4 =	84½	bz	G. Hessen	5 =	102	P
Kurhess.	4 =	83½	P		4 =	91½	G
Bayern.	5% Oblig.	101	G	Sachsen.	5 =	101½	bz
	4½ 1jhr. =	91½	bz	Brschw.	3½ =	80½	P
	4½ ½jhr. =	91½	P	Oesterr.	4½ R.i.S.	58½	bz
	4 1jhr. =	86½	bz		4½ R.i.P.	50	G
	4 ½jhr. =	86½	bz		5 Ung. E.-A.	74	G
	4 Abl.-R.	86½	bz	Amerika.	6% pr. 1882	95½	bz
	3½ Obl.	81	P		6% pr. 1885	94½	bz

Anlehen der Stadt München 101½ G

Anlehensloose.				bad. 35 fl.	57½	G
3½% preuß. 100thlr.	—	bz		großh. hess. 25 fl.	—	bz
kurhess. 40 thlr.	58½	bz		Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	P
bayr. 100 thlr.	—	bz		österr. 500 fl. v. 1860	79½	bz

Wechsel auf kurze Sicht.				Hamburg (M.-B. 100)	88½	G
Amsterdam (100 fl.)	100⅝	bz		London (10 Pf. St.)	119⅞	bz
Augsburg (100 fl)	99⅛	G		Paris (200 Fr.)	95½	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz		Wien (100 fl. ö. W.)	95⅛	bz
Bremen (50 thl. Gold)	97½	P		Disconto 3½ pCt.		

Aktien.				5 öst. Staatsb. 500 frc.	367	bz
3% b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	4	pfälz. Ludwb. 500 fl	171½	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.	693	bz	4½	Marbahn 500 fl	106⅜	P
4% b. Ostbahn 200 fl.	120½	bz	4	Nordb. 500 fl.	87½	G
5½ öst. Südb. 500 frc.	233	bz	4	H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90½	G



Die Dampf-Chocoladen von **Franz Stollwerck** und **Söhne** in Köln a. Rh. sind garantirt rein, ohne jegliches Surrogat. Die Tafel-Chocoladen sind versiegelt und tragen auf der Etiquette obige Fabrikmarke worauf man achten wolle. Die courantesten Sorten sind auf Lager in

Bamberg bei J. B. Haußmann,
Burghaßlach bei Apotheker Barthel,
Ebermannstadt bei Abothk. Krauß,
Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt,
Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Gardill;
Memmelsdorf bei Chr. Reich,
Schüßelfeld bei A. Hobbach,
Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler,
Streitberg bei Joh. Dauer,
Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Weischenfeld bei Georg Lauer,
Zeil bei J. P. Pöllath.

Kissingen.

Am 15. April a. c. wird unser Bade-Etablissement für „kalte und warme Sool-, Pandur-, Rakoczy-, Douche-, Dampf- und Moorbäder" eröffnet, und wird nähere Auskunft ertheilt durch den

Vorstand des Actien-Bade-Etablissements in Kissingen.

Capitalien.

im Betrage von 15,000 bis 100,000 fl., jedoch nur auf Grundbesitz sind zu 5% verzinslich und gegen beliebige Annuitäten-Rückzahlung auszuleihen. Näheres bei Administrator Löwenfeld, Landwehrstraße 8/0 in München.

Schrannenmittelpreise.

Dat.	Ort	Weiz.	Korn	Gerste	Hab.
5.	München.	18.42	11.52	13.24	7.44
5.	Regensburg.	16.45	12.35	11.54	8.11
5.	Augsburg.	17.54	11.48	12.48	7.50
5.	Straubing.	17.13	12.08	10.27	7.34
5.	Landshut	15.40	11.51	10.01	7.47
5.	Nördlingen.	18. 4	12.32	12.33	8.14
3.	Erding	16.23	10.49	11.09	7.09
2.	Schweinfurt	17.22	13.36	14.27	9.16
2.	Bamberg.	18.28	13.23	13.—	8.45

Frankfurter Geldcours

Pistolen	fl. 9. 48
Do. doppelte	fl. 9. 49
Dollars in Gold	fl. 2. 27—29
Imperiales	fl. 9. 47—50
Preuß. Kassensch.	fl. 1. 44⅞—45⅛
Do. Friedrichsd'or	fl. 9. 56½—57½
Napoleonsd'or	fl. 9. 29½—30½
Dukaten	fl. 5. 35—37
Holl. 10-fl.-Stücke	fl. 9. 54—56

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 57. Mittwoch, den 9. März 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Graf Bismarck im norddeutschen Reichstage und die patriotische Partei in Bayern.

(Schluß.)

β Es ist den Patrioten wohl nichts Neues, daß Bayern den Hauptgegenstand seiner Selbstständigkeit im eigenen Lager an den Nationalliberalen der 3 Franken und Schwabens und fügen wir hinzu Münchens! selber habe, aber die offene Bestätigung Bismarck's ist denn doch vom hohen Werthe. Der Mann muß seiner Sache schon recht gewiß sein, daß er seinen Kriegsplan ja sogar die dazu verwendeten Hülfstruppen so offenherzig erkennen läßt. Hoffen wir, daß er sich in seiner Berechnung doch einmal getäuscht habe. Hoffen wir, daß die patr. Bevölkerung der altbayerischen Provinzen, statt sich von den fränkischen Nationalliberalen zu deren preußischen Gesinnung verführen zu lassen, vielmehr durch muthiges Ausharren ihren wahrhaft bayerisch patriotischen Sinn auch in jenen Provinzen Bayerns, wo gegenwärtig noch die preußische Fortschrittspartei die Oberhand hat, immer weiter verbreite, so daß auch diese dem vaterlandsverrätherischen Fortschritte entrissen und ganz Bayern ohne Unterschied der Provinzen wieder einig werde in gleicher Liebe zu seiner Selbstständigkeit in gleicher Verehrung und Anhänglichkeit an sein angestammtes Herrscherhaus. Wir hoffen um so mehr, daß dies gelingen werde, weil wir wissen, daß der weitaus größte Theil der Bevölkerung dieser in der Gewalt des Fortschritts noch befindlichen Provinzen sicher nichts davon wissen will, die Rolle zu spielen, die Bismarck diesen zugedacht hat, daß vielmehr die offene Darlegung der Plane, die man durch sie erreichen will, eben dazu beitragen wird, vielen ehrlichen Liberalen die Augen zu öffnen und sie ins patriotische Lager zu führen. So mag, wir vertrauen der Ausdauer und Standhaftigkeit der patriotischen Partei, die allein es ermöglichen kann, auch der überkluge Hr. von Bismarck an Bayern die Wahrheit des Sprüchworts kennen lernen, daß ein Vogel in der Hand mehr werth sei, als zehn auf dem Dache.

Noch eine andere Aeußerung Bismarks in seiner Rede gegen Lasker müssen wir hier anführen, weil sie eine wahrhaft prächtige Beleuchtung zu den Behauptungen unserer Fortschrittler in der Abgeordnetenkammer bietet.

Bekanntlich hatten bei Besprechung der deutschen Frage in der Adreßdebatte die Führer der Forschrittspartei geradezu behauptet, daß durch die mit Preußen abgeschlossenen Allianz- und Zollvereins-Verträge die Selbstständigkeit Bayerns nicht wesentlich beeinträchtigt werde, „daß Bayern vielmehr vor dem Jahre 1866 als Mitglied des deutschen Bundes viel mehr in seiner Selbstständigkeit beschränkt gewesen als dies durch die betreffenden Verträge nach 1866 der Fall sei."

Was sagt nun Graf Bismarck? Auf den im Antrage Laskers enthaltenen Vorwurf, daß er (Bismarck) zu wenig zur Vollziehung der Einigung Deutschlands thue, erwiedert er wörtlich: „Unterschätzen Sie das wirklich Geschehene nicht. . . . Haben wir im Zollparlamente in Bezug auf Süddeutschland nicht ein kostbares Stück nationaler Einheit erreicht? Ich kann dreist behaupten: „übt nicht das Präsidium des norddeutschen Bundes (der König von Preußen) in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt wie es seit 500 Jahren unter der Herrschaft der deutschen Kaiser nicht der Fall gewesen ist?" Wo ist seit der Zeit der ersten Hohenstaufen ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege und eine wirthschaftliche Einheit in den deutschen Landen gewesen? . . . . ." So Bismarck.

Was sagen dann nun unsern H. H. Fortschrittler zu dieser Bismarkischen Ansicht von der Bedeutung der fraglichen Verträge für Süddeutschland, die von der ihrigen so himmelweit verschieden ist.. Können sie nun den Patrioten auch ferner das Recht bestreiten, zu sagen, diese Verträge seien einer die Selbstständigkeit Bayerns gefährdenden Deutung fähig? Und werden sie uns wohl zumuthen, ihre Ansicht von der Bedeutung dieser Verträge und nicht die des Grafen Bismarck für die wichtige d. h. für die bei etwaiger Anwendung maßgebende zu halten? So müssen wir auch hier dem Grafen unsern Dank sagen, daß er den bayerischen Patrioten Waffen geliefert zum Kampfe gegen ihre Gegner.

Schließlich können wir Angesichts der äußerst interessanten Rede Bismarcks nicht umhin zu wün-

Digitized by Google

schen, derselbe möchte statt des „Gentleman" Hohenlohe nur einmal 4 Wochen Minister des Auswärtigen in Bayern sein, damit er unsern H. H. Fortschrittlern auch einige Mal mit jener ächt pommerschen Junker-Derbheit die Köpfe wasche, wie er in beregter Rede ihrem Gesinnungsgenossen Lasker ihn gewaschen hat; vielleicht wäre dies das beste Mittel, sie etwas von dem darin herrschenden preußischen Einigungsschwindel zu befreien.

Inland.

München, 8. März. Se. Maj. der König hat gestern noch das Entlassungsgesuch des Ministerpräsidenten Fürst Hohenlohe angenommen und denselben zum Staatsrath im außerordentlichen Dienste und zum Kapitular des Hubertusordens ernannt. — An Fürst Hohenlohe's Stelle hat S. M. der König von heute an den bisherigen Gesandten am Wiener Hofe Grafen von Bray-Steinburg berufen und diese Berufung mittels allerhöchsten Handschreibens an den Grafen kundgegeben.

Fürst Hohenlohe ist nun seiner Stellung entsetzt, ein Anderer hat seinen Ministerstuhl wohl eingenommen. Seit dem 8. ds. ist Graf Bray-Sternberg mit dem Präsidium betraut. Wir haben bereits seine Personalien gebracht und uns jeder Meinungsäußerung enthalten. Können wir oder besser die Patrioten zufrieden sein mit der getroffenen Wahl. Einen leisen Zweifel auszusprechen ist wohl gestattet; — wir sagen einfach: unter solchen Verhältnissen und Vorgängen wohl nicht. Die von den liberalen Blättern zuerst gebrachte Nachricht von den Bedingungen des Eintritts Bray, daß Frhr. v. Lerchenfeld ins Ministerium mit eintreten müsse, ist unrichtig. Weder ein weiterer Personenwechsel noch was für unsere Selbsterhaltung die Hauptsache ist, ein Systemwechsel, findet statt. Mit Recht sagt das M. J.: „Wir werden uns fügen. Und wenn Hohenlohe zurücktritt, so geschieht es nur, weil Bismarck es gnädigst gewährt. Und dieser gewährt es dann gnädigst, wenn er gar kein Mittel mehr hat, den Fürsten zu halten, und wenn er sich zu klar überzeugt, daß die Bayern nichts weniger als Sympathie für die Hohenzollern haben und die französischen Chassepots und die österreichischen Jäger unter „fünf Jahren" keine Aussicht gewähren, den Main ungestört überbrücken zu können. Man hat hier viel gesprochen: „der König werde die Entlassung nicht annehmen." Aber besteht nicht der Fürst hartnäckig auf seiner Entlassung? Ja, — aber wir kennen eben den Grund dieser Hartnäckigkeit nicht; auch ist uns unbekannt, ob nicht ein Mannöver dahinter steckt. Man versichert, Herr v. Pfretzschner hätte Grafen Bray zur Annahme bewogen. Wenn das wahr ist, dann ist auch wahr, daß Bismarck nachgegeben und endlich in die Entlassung Hohenlohe's gewilligt. Und die Frage entsteht nun: was hat Bayern gewonnen? Einige patriotische Blätter bringen dem Grafen volles Vertrauen entgegen. Sie sprechen mit wahrer Begeisterung für ihn. Aber — wie kommen wir zum Grafen Bray? oder vielmehr, wie kommt der Graf zum Portefeuille? Wer hat ihn vorgeschlagen? Diese Frage hat ihre Berechtigung. Es ist ein offenes Geheimniß, daß der berühmte Graf H. einen nicht unbedeutenden Einfluß hat, — der ist aber bekanntlich ein Urpreuße. Es ist ferner landbekannt, daß der weltberühmte von der Tann zur rechten Zeit in die Lage kommt, Rathschläge geben zu dürfen. Wer möchte aber an der Preußenliebe des unübertrefflichen Generals auch nur den leisesten Zweifel haben. Und die Minister, die Räthe der Krone? Man nenne uns Einen, mit dem Bismarck nicht vollkommen zufrieden wäre! Können wir gegründete Hoffnung haben, daß von all diesen ein patriotisch gesinnter Mann als Minister in Vorschlag gebracht werden wird? Ist daher Graf Bray Nachfolger Hohenlohe's, so haben wir dann Grund, — zu fürchten. — Zum Ueberfluß bestärkt uns in dieser Ansicht eine Erklärung des Generallieutenant v. Sprunner in der „Allg. Zeitung," worin der hohe Herr die Autorschaft der offiziösen Artikel über die Adresse der Reichsrathskammer und deren Nichtannahme ablehnt. Es heißt darin wörtlich: „Zur Rechtfertigung meines königlichen Herrn hätte ich wahrlich nicht nöthig, die Feder zu ergreifen, da ohnehin jeder intelligente, wahrhaft patriotischgesinnte Bürger, der seine Landsleute nicht blos in den durch alle möglichen Vorspiegelungen mißleiteten Bauern in den drei alten Provinzen und in einigen Gegenden Schwabens und Unterfrankens sieht, die Handlungsweise seines Königs mit Stolz und Freude begrüßt und mit Zuversicht vertraut, daß seine Festigkeit und die weise Mäßigung der liberalen Partei uns vor einer rückläufigen, undeutschen Politik bewahren werde." Sehen Sie, so spricht ein Rathgeber des Königs! Nach seiner Anschauung befolgen die Patrioten eine rückläufige, undeutsche Politik. Wird er dieß nicht auch seinem königlichen Herrn sagen. Und wird dann der König einem Patrioten das Ministerium des Aeußern anvertrauen? Nach Sprunner sind die Bauern mißleitet worden? von wem? Wir können es errathen. Dieß wird auch natürlich dem königlichen Herrn mitgetheilt. Ist es ein Wunder, wenn dieser auf die Patrioten schlecht zu sprechen ist? Die Liberalen lobt der Sprunner; er lobt die Abweisung der Reichsrathskammer. Wird Herr v. Spruner nicht Alles aufgeboten haben, dem Könige die Liberalen in den schönsten Farben zu schildern? Ja gewiß, und mit ihm eine große Zahl anderer hoffähiger Herren. Und merken Sie wohl! unter den „Hoffähigen" ist kein Patriot. Niemand konnte also die Patrioten vertheidigen, und sie sind bis nun in den Augen des Königs gefährliche Leute für den Thron." Das sind bittere Worte, doppelt bitter für Bayerns Selbstständigkeit und Wohl warm und aufrichtig schlagende Herzen. Gebe der Himmel, daß dies zu schwarz gesehen und unser liebes Bayerland uns und seinem Könige und unser König uns und

Digitized by Google

seinem Volke ohne Einbuße von Selbstständigkeit für immer erhalten bleibe.

München, 6. März. Der Abg. Kolb hat bei der zweiten Kammer bereits Eingaben aus 30 Gemeinden der Pfalz mit 3768 Unterschriften gegen das jetzige Militärsystem zur Vorlage gebracht, und sich dieselben mit dem Antrage angeeignet: „Hohe Kammer wolle beschließen, es sei beim Etat des Kriegsministeriums bezüglich des Präsenthaltens der Soldaten die verlangten Geldmittel nur in so weit zu bewilligen, als erforderlich für eine Präsenz bei Infanterie, Jägern, Sanitätstruppen — obwohl bei diesen sämmtlich lange nicht so viel nöthig wäre — und nichtberittener Artillerie von höchstens sechs Monaten im ersten Dienstjahre, sechs Wochen (Wiederholungscours) im zweiten und 14 Tagen im dritten Jahre — zusammen 8 Monaten; bei der reitenden Artillerie und dem Genie im Ganzen von 12 Monaten; bei der Cavallerie, (unter Verminderung der Anzahl derselben um die Hälfte, dagegen Aufbesserung der Löhnung als Vergütung für die längere Dienstpflicht) von zwei Jahren.

Ebenso seien die Credite für Militärchargen auf das Maß des unumgänglichsten Bedürfnisses zu beschränken. — Endlich sei an Se. Maj. den König die Bitte zu richten, die Vorlage eines die Staatskasse gegen fernere Ueberbürdung sichernden Avancements- und Pensionirungsgesetzes allergnädigst anordnen zu wollen."

Bisher waren die bayerischen Handelskonsulate entweder mit den Gesandtschaften verbunden oder Ehrenämter auswärtiger Handelshäuser. Man hat gefunden, daß in beiden Spezialitäten die Interessen des bayerischen Handels mangelhaft wahrgenommen worden sind, und hat den Weg zu einem neuen System eingeschlagen. Im vorliegenden Etat sind zunächst 10,000 fl. zur Creirung von 6 besoldeten Handelskonsulaten ausgesetzt, die von den Gesandtschaften ganz getrennt sein und sich nicht mit Politik befassen, sondern lediglich den materiellen Interessen gewidmet sein sollen. Durch dieses unstreitig anerkennenswerthe Vorgehen wird für Württemberg, Bayern und Hessen, vielleicht auch für die Schweiz die Möglichkeit eines gemeinsamen und zugleich verbesserten Consultatswesens gewonnen. Preußen — an welches sich Baden auch in dieser Hinsicht anlehnt — hat bekanntlich die umgekehrte Entwicklung durchgemacht: die ursprünglich unpolitischen Handelskonsulate sind, namentlich während der ersten Reaktionsära in den 50er Jahren, immer mehr zu politischen Zwecken, insbesondere zur Ueberwachung und Verfolgung von Flüchtlingen benützt worden, und die „norddeutsche" Firma scheint ganz geeignet, um in die konsularische Thätigkeit der Lindenberge, Schramm's und Guehl's noch mehr „Einheit" und „System" zu bringen. Ein Anschluß des süddeutschen an das norddeutsche Consulatwesen würde unter diesen Umständen weder vom merkantilischen noch vom politischen Standpunkt aus rathsam erscheinen. — Für das Ordenswesen waren bisher jährlich 3550 fl. angesetzt. Nachdem aber Preußen jährlich, vom Ehrensold des eisernen Kreuzes und der Welfenmedaille abgesehen, circa 36,000 Thlr. für Ordensinsignien und die Beamten der Generalordenskommission ausgibt, konnte auch Bayern nicht ganz zurückbleiben: für die 5 bayerischen Orden werden diesmal jährlich 6000 fl. gefordert.

München, 7. März. Zur Ergänzung der gestrigen Mittheilung bezüglich einer Wahlreklamation aus Forchheim wird versichert, daß die in derselben behauptete Wählerbestechung durch einen Wahlmann der patriotischen Partei erfolgt sein soll und zwar durch Gewährung freier Bierzechen. Die Reklamanten wollen ihre Behauptung durch Zeugen feststellen. Die eingeleitete Untersuchung wird sicher den wahren Thatbestand feststellen.

Nürnberg, 8. März. Der verantwortliche Redakteur des Nürnberger Anzeigers stand gestern zum 20stenmale vor dem Schwurgericht, diesmal der Amtsehrenbeleidigung des Stadtpfarres Plank von Freising angeklagt. Die Verhandlung dauerte von halb 9 bis gegen 1 Uhr. Der Wahrspruch der Geschwornen lautete nach einer Berathung von etwa 10 Minuten: Nichtschuldig, wornach Freisprechung erfolgte.

Die officiöse preußische Presse wird immer offenherziger in Bezug auf Bayern. Hören wir, wie die Bismarckisch gesinnte und inspirirte Magdeb. Zeitg. die Ausführungen ihres Protectors interpretirt. Sie schreibt: Der Schwerpunkt der Sache liegt nicht in Karlsruhe, sondern in München und da uns nur die Wahl bleibt, den bayerischen oder den badischen Staatsmännern entgegenzutreten, die nationalen Interessen in Bayern zu schädigen oder auf eine Förderung der nationalen Sache in Baden zu verzichten, so lassen wir lieber das gegenwärtige Provisorium bestehen. Es liegt auf der Hand, daß das badische Cabinet mit demselben Eifer vorwärts drängt, mit welchem das Münchener zurückhält. In Baden befindet sich die nationale Partei jetzt im Besitze der Macht, wenn es ihr gelänge, durch eine vollendete Thatsache das Schicksal Badens unwiderruflich an den Nordbund zu schließen, so läge darin nicht nur ein Triumph für die Gegenwart, sondern auch eine Garantie für die Zukunft. Dann wäre es nicht mehr möglich, durch einen ultramontanen Wahlsieg das ganze System in Frage zu stellen. — Graf Bismarck betrachtet die Lage in Baden offenbar sehr beruhigt, die Zustände dort hält er für so dauerhaft, daß sie einer Unterstützung von seiner Seite entbehren können, ... er verläßt sich darauf, daß die Dynastie mit allen ihren Lebensinteressen an Preußen geknüpft ist, daher nirgends sonst in Deutschland die nationale Partei unter so günstigen Bedingungen agirt, wie gerade in Baden. . . . Bismarck läßt

den Gewinn noch stehen, Lasker will ihn einziehen. Der Bundeskanzler läßt auch keinen Zweifel über die Zielpunkte seiner Politik, er will ganz Süddeutschland und Baden ist nur einer seiner Einsätze, mit welchen er sein Spiel treibt. In Bayern aber wird die Entscheidungsschlacht geschlagen. Bayern ist der einzige süddeutsche Staat, welcher noch ein relative Lebensfähigkeit hat. Das System einer Pression, welche nicht stark genug wäre, um den Widerstand des bayer. Particularismus zu brechen, aber hinlänglich, um ihn zu erbittern und zu reizen, wird mit Recht verworfen. Als eine Pression dieser Art erklärt Bismarck den Eintritt Badens in den Norddbund. . . . Das aufgestellte Princip ist gewiß das richtige, gilt es einmal einen Schlag zu führen, so muß er ein definitiver und entscheidender sein."

Karlsruhe, 5. März. Im weiteren Verlaufe der heutigin Sitzung nahm die zweite Kammer den zwischen Baden und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Jurisdictionsvertrag einstimmig an. Bei den Debatten wurden die kürzlich stattgehabten Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags über den Antrag des Abgeordneten Lasker mehrfach berührt. Sowohl die Minister als die der Majorität angehörenden Redner, welche das Wort ergriffen, sprachen sich entschieden, doch gemäßigt, im Sinne der bekannten Erklärungen aus, welche von der „Karls. Ztg." und „Bad. Corresp." veröffentlicht worden sind.

Wien, 8. März. Die heutige Nummer der „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Verordnung des Gesammtministeriums vom 7., wodurch die für das Gebiet der Bezirkshauptmannschaft Cattaro getroffen gewesenen Ausnahmsverfügungen wieder aufgehoben werden.

Prag, 5. März. Die kaiserliche Bestätigung von Dittrichs Wahl zum Bürgermeister ist eingetroffen. — Das Leichenbegängniß Zeidlers wird in Rom stattfinden, die Ueberführung der Leiche nach Prag später erfolgen. Die durch Zeidlers Tod erledigte Stelle eines Prämonstratenser-Abtes wird vorläufig nicht besetzt. Die Verhältnisse des Stiftsvermögens sollen nicht besonders günstig sein, und da die Taxen bei der Abtwahl 40,000 Gulden betragen wird jetzt nur ein Administrator gewählt. (N. Fr. P.)

Ausland.

Paris, 8. März. Der „Monde" bringt eine Despeche aus Rom vom 7. d. M., wonach der Papst anbefohlen habe, heute das Schema zu vertheilen, welches die Definition der Unfehlbarkeit vorschlägt; Gegenbemerkungen könnten bis zum 17. d. M. angebracht werden. Die Depesche fügt bei: Allgemeine Freude und Vertrauen herrscht überall.

Washington, 4. März. Der Senat nahm den Antrag Sumners an auf Aufgabe von fünfprocentigen Zehn-Vierzigern im Betrag von 400 Millionen Doll. Die Fundirungsbill wird voraussichtlich in nächster Woche zu Ende berathen sein. — Laut spanischen Berichten aus Cuba haben sich mehrere Insurgentenbanden ergeben, und der Aufstand ist im Sinken. (T. N.)

Vermischtes.

(Ein neues Projectil) wird jetzt in Fort Monroe probirt, welches gleich einer kleinen Kanone, wenn fast am Ende seiner Flugbahn angelangt, mittelst eines auf beliebige Zeitlänge zu stellenden Zünders selbst wieder ein kleineres Geschoß aus sich herausfeuert, welches mit seiner eigenen Geschwindigkeit noch die des alten verbindet und somit auf colossale Distancen spielt. Wenn das so fortgeht, werden Kriegsflotten bald entbehrlich; man bleibt ruhig im Lande und bombardirt von da aus alle beliebigen Welttheile.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 7. März.

In Einnahme seien zu verrechnen: a) 20 fl. milde Gabe von den Relikten des weiland Hrn. Postrathes Heunisch, wofür im Sitzungsberichte öffentlicher Dank auszusprechen ist, b) 19 fl. 20 kr. aus der Franz Ludwigsstiftung pro 1869, c) 12 fl. Jahresbeitrag pro 1870 vom Hrn. Oberlieutenant a. l. s. v. Tannstein. — In Ausgabe seien zu verrechnen: a) 1816 fl. für 302 Klafter Holz, welches in Portionen zu 6 kr. an Arme vertheilt wurde; b) 1577 fl. 47 kr. ständige Hauszinsbeiträge auf das Ziel Lichtmeß 1870; c) 194 fl. 22 kr. für die im Monat Februar l. Js. an conscribirte Arme abgegebenen Suppenportionen; d) 1 fl. rückersetzter Reisevorschuß für den Maurergef. Sebast. Porschert, e) 1 fl. — Trägerlohn für den Transport des betrunkenen Taglöhners Joh. Vogentanz in die Armenbeschäftigungsanstalt; f) 9 fl. 5 kr. für Tüncherarbeit; g) 1 fl. 12 kr. für Schulgeld der von ihren Verwandten in Amberg angenommenen Maurerpalierstochter Metzger von hier; h) 26 fl. 38 kr. für Armenholzfuhren, für die Aufsicht hiebei und das Spalten und Aufsetzen desselben. — An momentanen Unterstützungen wurden 6 fl. verausgabt, 3 desfallsige Gesuche dagegen abgewiesen. — Für 3 arme Kinder wurden im Ganzen 6 fl. monatl. Erziehungsbeiträge bewilligt. — In der Verlassenschaft der verlebten conscribirten Armen Ursula und Helena Brehm seien beim kgl. Stadtgerichte Ansprüche zu erheben. — Gegen das Conzessionsgesuch des Hrn. Schiffbauers J. B. Christ um Ausübung einer Bierwirthschaft in dem vormals Traiteur Kratzer'schen Anwesen in der Weide sei eine Erinnerung nicht zu erheben. — Als Pfründnerin der vereinigten Schwesterhäuser wurde die frühere Wärterin im Hause der Unheilbaren Dienstmagd Barbara Müller aus Reundorf gewählt. — Ins Haus der Unheilb. sind anfzunehmen der vormal. Mäkler Nik. Schnitzlein u. Frln. Elisab. Eybecker, letztere auf ihre Kosten. — Durch k. Reggs.-Entschl. vom 24. Feb. u. 1. März lfd. J. wurde das Rechnungswesen der Armenpflege und Armen-Besch.-Anstalt pro 1868 geprüft und Absolutorium ertheilt, was zur Nachricht dient. — Folgen die pfarramtl. Aufnahmen ins Krankenhaus und Arzneibefreiungen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 58. Donnerstag, den 10. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Fortschrittliche Kundgebungen.

)(Wenn man die Bemerkungen liest, welche der Z.-Correspondent in Nr. 63 der Augsburger Abendzeitung zu der Mittheilung der Ankunft des Grafen Bray, der bekanntlich an die Stelle Hohenlohes kommen soll, macht, weiß man wahrlich nicht, ob man in die überaus wehmuthsvollen Stoßseufzer mit einstimmen oder recht herzlich darüber lachen soll. Man höre! „Der Wunsch des größeren Theils des Volkes", so schwindelt der liebe Mann, „geht nach dem Ergebniß der Adreßdebatte dahin, daß Fürst Hohenlohe in seinem Amte belassen werde." — Es gehört schon eine ziemliche Portion Keckheit dazu, Angesichts der patriotischen Mehrheit der Kammer, welche eben erst durch die Günzburger Neuwahl um 3 Mann verstärkt worden ist, von einem größeren Theil des Volkes, der den Fürsten Hohenlohe in seinem Amte belassen wünsche, zu fabeln. Träumt denn der Z.-Correspondent etwa, daß die Mehrheit der Kammer, indem sie dem Fürsten Hohenlohe ihr Mißtrauen ausgedrückt hat, nicht die Ansicht der Mehrheit des Volkes, welche sie gewählt hat, vertreten habe. Doch ja! der Ausgang der Adreßdebatte soll den Fürsten „dem größeren Theile" des Volkes so empfohlen haben! Wir meinen, daß auch Solche, welche früher die Politik des Fürsten noch vertheidigten, durch die Adreßdebatte, wenn sie dieselbe eben nicht bloß aus der Augsb. Abendztg. kennen gelernt haben, jetzt der Ansicht der Gegner des Fürsten sein werden, daß man aus seinen widersprechenden Erklärungen nie klug werden, nie klar erkennen könne, wie man mit ihm daran sei. Und das war es, was besonders die patr. Partei an der Politik des Fürsten tadelte. Das war der Grund, weßhalb sie ihn durch einen Mann mit entschiedenen Grundsätzen, klaren Zielen ersetzt wünschte.

Die Begründung aber, welche der Z.-Corresp. für seine kühne Behauptung versucht, setzt dem Ganzen die Krone auf. „Jeder Denkende muß, so fabelt er weiter, zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß Fürst Hohenlohe seine Pflicht nicht nur gegen Bayern, sondern auch gegenüber Deutschland gethan hat." Mit hoher Genehmigung der Augsb. Abztg. erlauben wir uns auch noch ein klein wenig zu denken, und zwar denken wir, daß der Hr. Fürst wohl seine Pflicht gegenüber Deutschland d. h. Preußen vollständig erfüllt haben mag, weßhalb wahrscheinlich das ganze Preußenthum, vom König v. Preußen bis herab zum letzten preußischen Fortschrittler in der Kammer und in der Presse sich so lebhaft um ihn angenommen hat und noch annimmt; daß er sie aber auch in gleicher Weise gegen Bayern erfüllt habe, können wir uns gar nicht denken. Die weitere Bemerkung des Corr. der Abendztg., welche man übrigens seit Wochen aus allen fortschrittlichen Winkeln erschallen hört, „ein jeder Nachfolger des Fürsten könne und dürfe gar keine andere Politik befolgen", verdient gar keine Erwiederung. Wer heute nach den Vorgängen im norddeutschen Reichstage, nach den so überaus offenherzigen Erklärungen Bismarcks nicht einsieht, daß von Seite der süddeutschen Staaten insbesondere Baierns alle Wachsamkeit und alle Entschiedenheit aufgeboten also eine ganz andere Politik als Hohenlohe'sche befolgt werden müsse, um unsere Selbstständigkeit gegen die Fallstricke des annexionssüchtigen Preußen zu wahren — mit dem ist nicht mehr zu streiten. Denn entweder will er absichtlich die Gefahr, die nicht bloß dem Lande sondern damit auch der Krone von Preußen droht, nicht sehen, dann ist er Verräther an unserem Könige und Vaterland oder er kann sie nicht sehen das aber scheint uns das Gegentheil von „Denken" zu verrathen.

In derselben Nr. 63 bringt die Augsburgerin einen Bericht ihres △-Corr. über das am 2. ds. im Saale des „bayer. Hofes" in München stattgefundene große, liberale Festessen. Die Wahl des Tages schon erscheint bedeutungsvoll. Unter den liberalen Kammermitgliedern, den liberalen Wahlmännern der Stadt München und den sonstigen liberalen Herren, die die Theilnehmer dieses Festmahles bildeten, waren sicher nicht Wenige, vielleicht die Mehrheit Katholiken. Indem diese für ihr Festgelage, wo sie der als ausgezeichnet belobten Speisen und Getränken bis zum Morgen des nächsten Tages alle Ehre erwiesen,

*) Wurde uns vor dem Ministerwechsel zugesandt.

gerade einen der strengsten Fasttage der katholischen Kirche, die Aschermittwoche wählten, wollten sie wahrscheinlich einem leuchtenden Beweis ihrer Freisinnigkeit, ihrer Aufklärung geben; wollten sie zeigen, daß sie den Kampf gegen die freiheitsmörderische Tyrannei der römischen Kirche nicht bloß mit langen Reden und Artikeln, sondern auch mit langem Essen und Trinken — wollte sagen, mit gänzlicher Verachtung der Gebote dieser Kirche zu führen bereit seien. Ob sie übrigens durch diese offene Verhöhnung des Kirchengebotes in der Achtung ihrer noch katholischen Münchner Mitbürger oder gar der „von der Freiheit zurückgeschreckten" Bauern, wie Hr. Wülfert toastredete, welche leider noch so zurückgeblieben und in religiöser Bornirtheit gefangen sind, daß sie glauben, die Gesetze der Kirche hätten nicht bloß für das gemeine Volk sondern auch für die „Herren" Geltung, und deßhalb von Solchen, die sich darüber hinwegsetzten, nicht viel halten, — gewonnen haben, möchte billig bezweifelt werden. Es wird ihnen wahrscheinlich auch nicht viel daran liegen, da der Beifall ungläubiger Protestanten und Juden sie reichlich dafür entschädigt.

Von den vielen bei diesem Festgelage in immer höherer Begeisterung gehaltenen und aufgenommenen Reden läßt sich nichts weiter sagen, als daß sich die Herren gegenseitig in einer Weise verherrlichten und beweihräucherten, daß der unbefangene Leser dieser Lobhudeleien von Mitleid nicht weniger als von Widerwillen ergriffen wird. Selbst dem Herrn v. Hörmann, wenn auch nicht anwesend, wurde reichlich Lob gespendet, wahrscheinlich als Balsam auf die schmerzliche Wunde, die der rücksichtslose Westermaier durch den vor der ganzen Kammer gelieferten Nachweis der — Gedächtnißschwäche dem Ansehen des betreffenden Herrn in der öffentlichen Meinung geschlagen hat. Nur immer sittlich — ernst! Der Patriot hat an dem ganzen Festmahlschwindel nur zu bedauern, daß Hr. Marquard Barth es nicht unterlassen konnte, die geheiligte Person des Königs, indem er einen Toast auf denselben ausbrachte, in diese Gesellschaft zu bringen.

Endlich bringt dieselbe Nr. 63 der Augsb. Abendztg. einen Bericht aus Günzburg über die daselbst am 3ten stattgefundene Nachwahl. Daß der liberale *-Correspondent, wie die Abendzeitung selbst über die Wahl drei patr. Abgeordneter statt der drei im November gewählten liberalen hochlichst erzürnt ist, indem dadurch die fortschrittlichen Vertreter des Schwabenlandes auf ganze Drei gegen sechszehn Patrioten zusammengeschrumpft sind, verübeln wir Beiden nicht. Wenn dieselben aber ihren Grimm dadurch zu erkennen geben, daß sie die bereits bei den Kammerausschuß-Wahlen gebrauchte gemeine Verhöhnung, als könnten viele Abgeordneten der patr. Partei nicht einmal richtig lesen und schreiben, in zweiter Auflage wiederholen, indem sie wenigstens von 2 der Günzburger patr. Abgeordneten dies behaupten und dabei einfließen lassen, daß es der patr. Partei nicht um die Bildung der Gewählten, sondern nur darum zu thun sei, gefügiges „Stimmvieh" zu erhalten, so müssen wir derartige Ausfälle fortschrittlichen Zornes, das uns die Achtung, welche wir auch vor den gegnerischen Abgeordneten als den Erwählten des Volkes haben, verhindert, Repressalien zu gebrauchen, dem Urtheile jedes anständigen Mannes überlassen und schließen hiermit die gewiß interessante Ausbeute einer einzigen Nummer eines einzigen fortschrittlichen Blattes.

München, 8. März. Um auch der Familie des Fürsten Hohenlohe eine Aufmerksamkeit zu erweisen, wurde dessen Gemahlin (geborne Prinzessin von Sayn-Wittgenstein) von der Königin-Mutter und dem König in die Zahl der Theresienordens-Damen aufgenommen. — Graf Bray wurde in dem gestrigen Odeonkonzert, zu dem er sich im Zuschauerraum eingefunden hatte, von zahlreichen Mitgliedern des Adels freundlichst als Minister begrüßt und beglückwünscht.

Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen 18. öffentlichen Sitzung, nachdem die sieben in München gewählten Abgeordneten eingeführt und beeidigt waren, den Rechnungsnachweisungen des Betriebs der Postanstalt per $18\frac{46}{47}$, den Rechnungs-Nachweisungen der Telegraphen-Anstalt per $18\frac{47}{48}$, den Rechnungsnachweisungen über den Betrieb der Eisenbahnverwaltung per $18\frac{46}{47}$ die Anerkennung ertheilt, und die Bittgesuche 1) der Distriktsgemeinde Niederburg um Aufnahme der Strasse von Kelheim nach Beilngries in die Kategorie der Staatsstraßen, 2) des Pfarrers Pilz um Erhöhung der Hilfspriestergehalte der Pfarrer v. Hohenstaufen den Fachausschüssen zur näheren Prüfung überwiesen. Die Sitzung schloß um halb 1 Uhr, die nächste wird besonders anberaumt werden.

† Von der Rodach. Der Anlaß dieser Zeilen ist die in Nr. 67 des „Bambg. Tagbl." abgedruckte Resolution der Kronacher Stadtgem.-Gremien zu Gunsten ihres Hr. Brgmstr Mertel. Ob dieselbe die Schmerzen die der bekannte offene Brief im Volksboten verursacht hat, zu lindern im Stande ist, möchte ich sehr bezweifeln. Doch habe ich gleich anfangs sehr bedauert, und zwar im Interesse des Hrn. Mertel, daß er den Prozeß gegen den Volksboten angestrengt hat u. dgl. durch Hrn. Schauß. Wer öffentlich auftritt, besonders in politisch erregten Zeiten, muß sich auch eine öffentliche Kritik gefallen lassen, und wenn man es in Kronach nicht einsieht, anderwärts ist's jedem klar, daß den Prozessen, die der „k. preußische Ritter" Hr. v. Schauß gegen die patriotische Presse Bayerns führt, ein System zu Grunde liegt. Mit ihrer Resolution ist den HH. Stadtvertretern das Menschliche passirt, daß sie, um mich etwas trivial auszudrücken, den Fleck neben das Loch gesetzt haben. Man muß

Digitized by Google

sich unwillkürlich fragen: haben die Herren denn den offenen Brief auch wirklich gelesen? und wenn sie ihn gelesen haben, haben sie den klaren Wortlaut desselben auch richtig verstanden? Wo steht in demselben eine Einmischung in die Verhältnisse der Stadt Kronach? wo ist ein Tadel der bürgermeisterlichen Amtsthätigkeit des Hrn. Mertel? Uebrigens werden die Mitglieder der beiden Gemeindekollegien die Thatsache nicht in Abrede stellen wollen, daß sowohl bei den Landtags- wie Gemeindewahlen in Kronach die patriotische Partei in sehr starker Minorität hervortrat. Sollten diese Herren fernerhin mit einer veröffentlichten Resolution Effekt machen wollen, so dürfte ihnen der Rath nützlich sein, dieselbe wenigstens in einer Sprache abzufassen, die unter gebildeten und anständigen Leuten üblich ist und die eine gewisse Ruhe und Würde zur Schau trägt.

Karlsruhe, 6. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer führte die Tagesordnung auch zur Berathung des Jurisdiktions-Vertrags mit dem Norddeutschen Bunde. Nachdem der Referent beantragt, dem Vertrag zuzustimmen, nahm der Ministerialpräsident Obkircher das Wort: Dieser Vertrag, welcher im Norddeutschen Reichstag bereits genehmigt worden, gebe jedenfalls davon Zeugniß, daß an ein sofortiges Eintreten Badens in den nordd. Staatenverband hier nicht gedacht werde; andernfalls hätte man ja warten können bis die Bundesgesetze diese Rechtssätze in noch ausgedehnterem Maße einführen würden. Der Vertrag schaffe jetzt im Gegensatz zu dem bisher bestehenden abgegrenzten Zustand ein Gebiet, wo freie gegenseitige Rechtshilfe jedem Mitglied eines Vertragsstaats gewährt werde, und zwar ausgiebiger als je dies im deutschen Bund erstrebt worden sei. Eckhard wies auf Lasker's Antrag hin. Dieser Antrag, wie Bismarcks Antwort, erheische, daß auch die badische Kammer ihre Ansicht ausspreche. Baden habe sich nur ungern zum Kriege von 1866 entschlossen. Nach jener Zeit habe Baden gern alle Verpflichtungen übernommen, welche aus einer nationalen hervorgingen; es habe die Verträge nicht allein geschlossen, sondern auch redlich gehalten. Immer aber habe man der größeren Macht überlassen, den Augenblick zu bestimmen, in welchem eine Annäherung erfolgen sollte. Der Antrag Lasker's wurzle dort, wo er gestellt worden sei, er spreche allen den Männern im Reichstag, welche auch unsere Bestrebungen anerkennen, den Dank aus. Man müsse beiderseits die Sprödigkeit aufgeben, die den Norden und Süden auseinanderhält. Was Bismarck gesagt habe, sei für uns nichts Neues. Die Form, in der er sich ausgesprochen habe, sei allerdings etwas zu schroff gewesen, allein unsere Opferwilligkeit werde dadurch nicht abnehmen; wir hätten diese Opfer nicht für Preußen gebracht, sondern für die Einigung Deutschlands. Nicht die Hoffnung des heutigen oder morgenden Eintritts bestimme uns, sondern das Bewußtsein, fest und geeinigt dazustehen in der Stunde der Gefahr. Im Innern sei unsere Aufgabe, fortwährend dem Volke das zu geben, wozu es berechtigt sei. Er spreche im Einverständniß mit seinen Freunden. Wir bleiben auf dem bisher betretenen Wege. Freydorf setzte die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des Vertrages auseinander. Dieser Antrag sei weder mittelbar noch unmittelbar von der Regierung veranlaßt worden. Auch die Vermuthung, daß die badische Regierung in ihrer Haltung ermüden würde, sei unrichtig. Die Regierung stehe fest in ihrer Politik; es sei die Politik der badischen Volksvertretung. Eine erfreuliche Seite der Verhandlung im Reichstage sei die wieder von Neuem constatirte Uebereinstimmung der badischen Politik mit der des Nordd. Bundes im Großen und Ganzen. Auch des Letzteren Ziel sei sei die Einigung des ganzen Deutschlands. Der Prager Friedensvertrag stehe nicht entgegen; er überlasse die Bildung eines süddeutschen Vereins oder die unmittelbare Verbindung mit dem Nordbunde durch Verträge dem freien Entschlusse der Betheiligten. v. Feder sagte, er stimme dem Vertrag zu, halte aber dafür, daß man noch eher mit den süddeutschen Staaten die uns näher stünden, solche Verträge abschließen solle. Auch er wolle dasselbe Ziel, Freiheit und Einheit Deutschlands. Bissing ist erstaunt zu hören, daß Lasker's Antrag nicht von badischer Seite veranlaßt worden sei; er freue sich dessen; Bismarks Rede sei eines Staatsmannes würdig. Was er in Biarritz gethan, könne übrigens Oesterreich auch thun. Badens Eintritt in den Norddeutschen Bund läge nicht im Interesse Preußens. Württemberg und Bayern seien sehr zweifelhafte Verbündete dieses Staates. Geschmerzt habe ihn, daß Bismarck mit so großer Ungenirtheit über die Regierung von 1866 gesprochen habe; er nehme ihm noch übel, daß damals badische Soldaten erschossen worden seien. Er benähme sich überhaupt als Herr, der dem gehorsamen Diener befehlen könne, wenn er über den Main herüber solle. Nachdem noch einige Redner pers. Bemerkungen gemacht, wurde zur Abstimmung geschritten. Dieselbe ergab die einstimmige Annahme.

Stuttgart, 8. März. Heute wurde der Landtag in gewohnter Weise eröffnet. Der Abgeordnetenkammer wurde der Etat pro 1870—1873, sowie ein Eisenbahnbaugesetz vorgelegt. Abg. Schott interpellirte den Minister v. Varnbüler über dessen Aeußerung aus dem Jahre 1867, betreffend den casus foederis und den Allianzvertrag mit Preußen, indem er Bezug auf das Dementi der „Nordd. Allg. Z." nahm.

Berlin, 7. März. Die „Börsenzeitung" erhält folgende „wichtige Mittheilung": „Die preußische Regierung in Verbindung mit den übrigen Zollvereins-Regierungen hält an der Absicht unbedingt fest, daß eine Erhöhung der Steuer-Einnahmen absolut geboten erscheine und wird, um nicht auf die einmal bereits abgelehnten Vorlagen, namentlich auf

Digitized by Google

die vielbesprochene Petroleumsteuer zurückzukommen, dem Zollparlamente eine Vorlage wegen Erhöhung der Steuer auf Kaffee von 5 Thlr. auf 6 Thlr. pro Centner machen und diese Vorlage in eine unmittelbare Verbindung setzen mit der Vorlage wegen Ermäßigung der Eisenzölle, wobei wir nur bemerken möchten, daß nach unseren vorläufigen Informationen auch diese Vorlage wegen der Eisenzölle in keinerlei Weise identisch sein wird mit der ähnlichen, bereits früher gemachten Proposition. Der Zoll-Bundesrath wird sich mit diesen wichtigen beiden Vorlagen in erster Reihe zu beschäftigen haben. Hinzufügen wollen wir noch, daß der Eingangszoll auf Kaffee bis zum Jahre 1854, nämlich bis zum Hinzutritt Hannovers zum Zollverein, 6⅔ Thlr. pro Centner betragen hat. Durch die Steuererhöhung, in Verbindung mit der jüngst von uns bereits erwähnten Kartoffelzucker-Besteuerung hofft man eine sehr wesentliche Erhöhung der Zolleinnahmen herbeizuführen."

Wien, 8. März. Der Reichsrath hat in erster Lesung den Antrag des Abg. Petrino: es sei die Frage der Ausdehnung der Autonomie auf alle Länder einem Ausschuß zur Vorberathung zuzuweisen, abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten auch die Polen, für denselben die Abgeorgneten der Bukowina und von Krain, sowie einige vom Centrum.

Aus der Stadt und Provinz.

Die Wiederverpachtung der zur Schönlein'schen Stipendienstiftung gehörigen Wiese in Höfen um den jährlichen Pachtschilling zu 48 fl. sei zu genehmigen. — Auf Einladungdes k. Bez.-Amts Haßfurt sei Namens der Bürgerspitalstiftung der Landsrathswahl für die Distrikte Eltmann und Haßfurt am 16. d. M. beizuwohnen. — Das Gesuch der Relikten einer verlebten Bürgerspitalpfründnerin um Ueberlassung von Effekten derselben sei als satzungswidrig abzuweisen. — Wegen Uebernahme von 39½ Klftr. Holz für den städtischen Holzhof sei Verrechnungsordre an die Pflege zu erlassen. — Die Ergänzung des Fundationsvermögens der von Mayerhofer'schen Stiftung, welche durch Werthminderung von österreichischen Staatspapieren 133 fl. eingebüßt hat, soll auf Antrag des Kassieramtes innerhalb 4 Jahren durch Abkürzung der Jahresrente, welche z. Z. nach testamentarischer Bestimmung noch eine Privatperson genießt, bewirkt werden, um s. Z. das gestiftete Kapital unverkürzt dem bezugberechtigten Krankenhause zuwenden zu können. — In Sachen des Krankenhauses gegen den Metzger Poehrlein von Aschbach wegen rückständiger Kur-, Verpflegungs- und Beerdigungs-Kosten für dessen im hiesigen Krankenhause behandelten Ehefrau wurde vom k. Landgerichte Burgebrach der Zwangsverkauf dessen Immobilien angeordnet. — Einem auswärtigen säumigen Zinsenzahler sei die nachgesuchte Zahlungsfrist nicht zu bewilligen, vielmehr das Stiftungskapital zu kündigen, da die fälligen Zinsen fast jedes Jahr eingeklagt werden müssen. — Die Ausgaben für gelieferte Leinwand, Bett- und Kleiderzeug an das hiesige Waisenhaus pro 1870 seien im Betrage von 429 fl. 9 kr. zu verrechnen; desgl. die Kosten für Anlage neuer Brunnen pro 1869 im Betrage von 1834 fl. 17 kr. und für Inserationsgebühren des Kassieramtes pro 1869 im Betrage 155 fl. 27. — Die Einnahmen an Gebühren für Setzen von Grabdenkmäler pro 1269 im Betrage von 325 fl. seien bei der Stadtkämmerei zu verrechnen; desgl. die zufälligen Einnahmen aus Grasnützungen auf der Peunt und an den Böschungen der Sophienstraße. — Die Miethkündigung eines Kellers, eines Lagerplatzes und mehrerer Plätze zu s. g. Rubenlöchern sei zu acceptiren u. die Stadtkämmerei zur anderweitigen Verpachtung zu veranlassen. (Forts. folgt.)

Neueste Posten.

München, 9. März. Eine kgl. Verordnung bestimmt, daß Beamten im diplomatischen Dienste, welche längere Zeit zur Zufriedenheit des Königs verwendet waren, der Titel und Rang von Staatsräthen mit sechstausend Gulden Gehalt verliehen werden kann.

Die „Agsb. Abdztg." erhielt folgende Erklärung zur Aufnahme: In Nr. 66 der „Agsb. Abztg." heißt es in einem Artikel W München 6. März: „Wir hören, das Graf Bray der patriotischen Partei das Zugeständniß machen wollte, aus ihren Mitgliedern einen Minister in das Ministerkollegium zu wählen und als den Mann, welchem er sein Vertrauen entgegenbringe, bezeichnet man uns den Präsidenten Lerchenfeld in Bayreuth." Ich sehe mich dadurch zu der Erklärung veranlaßt, daß ich keiner politischen Partei, also auch nicht der patriotischen Partei, angehöre und zu derselben in keiner Beziehung stehe. Bayreuth, den 8. März 1870. Freihr. v. Lerchenfeld, Regierungspräsident.

Berlin, 8. März. Der Reichstag hat bei der Fortsetzung der zweiten Lesung des Bundesstrafgesetzbuches folgenden von dem Abg. Twesten eingebrachten Antrag angenommen: Landtagsmitglieder und Kammermitglieder in den Bundesstaaten dürfen wegen ihrer Abstimmungen oder wegen Aeußerungen, die sie in der Ausübung ihres Berufs machten, nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Wien, 9. März. Eine Originalkorrespondenz der „Presse" aus Cattaro meldet: Gegen Ende Februars erfuhr die österreichische Regierung von einer geheimen Verabredung mehrerer die Suttorina umwohnender Christenstämme zu dem Zwecke, das türkische Lager zu überfallen und die Türken an das Meer zu drängen. Die österreichische Regierung ordnete demzufolge die Ziehung eines dichten Truppenkordons an, und die Türken verschanzten sich auf's Beste zur Hintanhaltung des Ueberfalls.

Florenz, 8. März. Die „Italia militare" meldet: Der Kriegsminister ordnete eine unbegränzte Urlaubertheilung an die Altersklasse von 1845 für den 31. d. M. an. Dieselbe betrifft 30,000 Mann. — Fürth, 9. März. Ein hiesiger Kaufmann erhielt dieser Tage die Nachricht, daß auf ein ihm gehörendes österreichisches Hundertguldenloos vom Jahre 1864 bereits vor längerer Zeit, ohne daß er hievon Kenntniß hatte, der Treffer von fl. 220,000 gefallen sei.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by

Neue Bamberger Zeitung.

№ 59. Freitag, den 11. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

*** XIII.

(Adreßdebatte.)

Wer sich erinnerte, mit welcher Entschiedenheit, die damalige Linke gegen das Ministerium Reigersberg-Pfordten vorging, welche ängstliche Sorge für die Rechte der Volksvertretung, überhaupt für die Unverletzlichkeit der Verfassung, des höchsten staatlichen Gutes, sie zeigte, der mußte erwarten, daß unsere dermalige Fortschrittspartei, welche in ihrem Kerne nichts anders ist, als die damalige Linke mit Ausmerzung einiger spezifisch demokratischen Elemente, mit gleicher Entschiedenheit den Stab über das von Hörmann-Hohenlohe'sche Verhalten bei den Wahlen, insbesondere über deren Wahlkreiseintheilung und Wahlumschreiben brechen werde. Wer aber das erwartete, sah sich sehr getäuscht. Nicht ein Wort des Tadels, der Mißbilligung finden wir bei den Rednern der Fortschrittspartei gegen das unconstitutionelle Verhalten der Minister, vielmehr von Allen nur Worte des Lobes und der Anerkennung. „Die Minister haben nur ihre Schuldigkeit gethan, wenn sie noch mehr in dieser Richtung (gegen die Patrioten) gethan hätten, hätten sie nur ihre Pflicht erfüllt." Das war die stehende Behauptung der Fortschrittspartei. Dabei kehrten sie eine ebenso eifrige Sorge um die Unverletzlichkeit der Rechte der Krone, der Regierung hervor, als früher um die der Volks-Vertretung; sahen jene bedroht, wo kein Vernünftiger von einer solchen Bedrohung Etwas zu gewahren vermochte und leugneten geradezu die offenbaren Gefahren, welche diese bedrohten.

Woher aber diese völlige Sinnesänderung der Führer der Fortschrittspartei? Was hat sie aus so begeisterten Anhängern der Volksrechte zu so unterwürfigen und demüthigen Dienern des Thrones gemacht? War ihr damaliges Verhalten nur eine Maske, oder ist vielleicht ihr jetziges eine solche? Wir glauben das Letztere, und der Beweggrund für Vornahme der Maske ist uns wenigstens klar: es ist der tödtliche Haß gegen die patriotische und zugleich positiv christliche Partei. Sie erlaubten dem Ministerium Alles und trieben es durch ihren Beifall noch mehr an, weil eben die Maßregelungen desselben gegen die patriotische Partei gerichtet waren. Ja, wenn man die den Führern der Fortschrittspartei so nahe stehenden Blätter liest, die gleichsam die Erläuterungen und weiteren Erklärungen zu den von jenen in der Kammer entwickelten Ansichten geben, so ist es zweifellos, daß die Fortschrittspartei selbst einen Staatsstreich, einen offenen Bruch der Verfassung dem Ministerium erlaubt hätte, wenn dadurch nur die Macht des verhaßten Gegners, der patriotischen Partei nämlich, gebrochen worden wäre. Mit vollem Rechte rief deßhalb der patr. Abg. Lukas den Rednern der Fortschrittspartei die Worte H. Heines, welche so recht das sie selbst schändende Verhalten derselben kennzeichnen, zu: „Ist auch der König absolut, wenn er nur unsern Willen thut."

In dieser Beurtheilung der Beweggründe des Verhaltens der Fortschrittspartei macht uns nicht irre, daß der Exminister v. Hörmann in seinem geheimen Wahlausschreiben von zwei extremen Parteien spricht, deren Sieg entgegengearbeitet werden sollte, unter deren einer die Fortschrittspartei sich selbst verstehen konnte. Kein fortschrittlicher Redner trat nach der Veröffentlichung dieses geheimen Wahlausschreibens mit einem Tadel gegen das Ministerium hervor; es war aber auch keiner kühn genug, mit Hinweisung darauf, daß das Vergehen des Ministeriums auch gegen sie gerichtet gewesen wäre, ihre dennoch fortgesetzte Vertheidigung desselben als rein objektiv darzustellen. Liegt es doch zu sehr auf der Hand, daß diese Erwähnung einer zweiten extremen Partei im geheimen Erlasse nur vorsichtshalber geschah, um für den doch möglichen Fall der Bekanntwerdung desselben wenigstens den Schein einer gleichen Beurtheilung und Behandlung der patr. und der fortschr. Partei gewahrt zu haben. Daß aber die Aufforderungen des Ministers zur Einwirkung auf die Wahlen nur allein gegen die patriotische, nirgends aber gegen die fortschr. Partei vollzogen wurden, dafür sind die Wahlvorgänge in ganz Bayern ein einziger Beweis. Die Fortschrittspartei konnte sich also recht wohl bei der scheinbar

Digitized by Google

feindlichen Erwähnung im ministeriellen Ausschreiben beruhigen: Es war ja so böse nicht gemeint.

(Forts. morgen.)

Inland.

München, 9. März. Dem heute Nachmittags in der Hofkirche zu St. Cajetan abgehaltenen Trauergottesdienst, der Vigil für den seligen König Max II., haben JJ. MM. der König und die Königin-Mutter, der Prinz und Prinzessin Adalbert, die höchsten Hof- und Staatsbeamten ꝛc beigewohnt. Aus dem Umstand, daß Prinz Luitpold und seine Söhne der Kirchenfeier nicht beiwohnten, will man schließen, daß die allerhöchste Verfügung, welche diese drei Prinzen vom Besuch des kgl. Hofes dispensirte, zur Zeit noch nicht zurückgenommen ist.

S. k. H. der Prinz Otto ist seit Montag erkrankt. Das gestern erschienene erste Bulletin sagt: es haben sich zu den katarrhalisch-rheumatischen Beschwerden Wechselfieberanfälle eingestellt, wovon heute Mittags einer eintrat, und das Bulletin von heute Morgens sagt: der Fieberanfall hat in seinem Hitzstadium bis tief in die Nacht hinein gedauert, worauf dann unter Abnahme der rheumatisch-katarrhalischen Beschwerden ziemlich ruhiger Schlaf eintrat.

In der vorgestrigen Sitzung über die Nachweise der Ein- und Ausgaben für Eisenbahnen machte Pfr. Mahr eine Bemerkung die nach stenogr. Aufzeichnung lautet:

Der Herr Vorredner (Freiherr von Stauffenberg) hat speziell vom Feuerungsmaterial gesprochen und gesagt, daß ihm jetzt die nöthigen Belege nicht zur Seite stünden. Ich benütze diese Gelegenheit, zu Seite 38 des Referates „Aufwand für Material" Ziff. 1 „Brennmaterial", wofür die Summen von 1,936,330 fl. eingesetzt ist, einige Bemerkungen zu machen.

Es scheint mir zunächst wünschenswerth, daß das Brennmaterial der Eisenbahnen geprüft werde, indem es ein bekannter Grundsatz ist, das was am billigsten, nicht auch das Beste und Vortheilhafteste ist, trotzdem es weniger kostet. Es ist schon früher angeregt worden, daß der Preßtorf von Kolbermoor, der fortwährend gebrannt wird auf unseren Eisenbahnen, ein eben so theueres als schlechtes Brennmaterial sein soll und eben so die Braunkohle, welche noch dazu aus Oesterreich bezogen wird, daß man aber nicht den Stichdorf, der jedenfalls das beste Material und am leichtesten zu beschaffen ist, verwendet. Ich glaube, daß dies eine bedeutende Summe ausmacht im ganzen Königreich und es ist mir gesagt worden, daß selbst auf einer kleinen Route, z. B. auf der Route Rosenheim-München der Ausfall ein sehr bedeutender sei. Ich möchte daher doch die Anregung mir erlauben, ob es nicht gut sei, hier Erhebungen zu pflegen und ich glaube, daß das betreffende Personal an den Eisenbahnen, namentlich die Locomotivführer, wenn sie auf ihren Diensteid hin vernommen würden, sehr genügende und selbst interessante Aufschlüsse geben könnten.

Auf Seite 34 ist unter dem Titel 5 „Staatsregalien und Anstalten" für Beförderung von Gütern die Summe von 14,009,215 fl. eingesetzt. Ich möchte wissen, ob das, was man im Lande erzählt, wahr sei, nämlich daß für das ungarische Getraide ein Spezialtarif bestehe, so daß das einheimische dadurch zurückgesetzt wird.

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß an demselben Tage, an welchem der bayer. General v. Sprunner öffentlich die Meinung aussprach: die Festigkeit des Königs und die weise Mäßigung der liberalen Partei werde Bayern vor einer rückläufigen undeutschen Politik bewahren" — Graf Bismarck im norddeutschen Reichstag triumphirend ausrief: „Die preußische Krone übt kraft der Verträge in Süddeutschland die Rolle eines Oberlehnsherrn, wie sie seit den Tagen Kaiser Rothbarts kein deutscher Kaiser mehr gehabt." Die hoffähigen Blätter haben diese Stelle wohlweislich zugeschnitten und sie wußten warum. War ja Rothbart der letzte deutsche Kaiser, der einen bayerischen Herzog absetzte, und nun spielt, wie Graf Bismarck sagt, der König von Preußen die Rolle eines Oberlehensherrn so über Süddeutschland wie kein deutscher Kaiser mehr seit Rothbarts Tagen. Das ist wohl eine auf 700 Jahre „rückläufige" Politik, vor der uns am allerwenigsten die „weiße Mäßigung" der Fortschrittspartei, wohl aber die Patrioten bewahren werden.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin war in Berlin zum Besuche und hat sich nun nach Wien begeben. Die „Zukunft" knüpft daran folgende Bemerkungen: „Man vermuthet, daß er bei diesem Besuche seine guten Dienste für eine Politik zu leisten haben werde, die auf eine Versöhnung Preußens mit Oesterreich hinarbeitet, indem sie dem letztern Staate wiederholt die Ausdehnung nach Osten hin als Lockspeise darbietet. Einige Correspondenzen bringen den Plan in Verbindung mit den trostlosen Nachrichten aus Rumänien, das bei dieser Gelegenheit mit Anstand aufgegeben und mit Nutzen verwerthet werden könnte. In Wien aber schlägt man wahrscheinlich die Gefahren eines ernsten Liberalismus, der in Paris zur Herrschaft kommen könnte, noch nicht für so groß an, um sich dadurch zur Revision des Prager Vertrages (wahrscheinlich um Bayern ungemein als Gabelfrühstück zu sich nehmen zu können) — denn diese sollte des Pudels Kern sein — drängen zu lassen.

Berlin, 9. März. Die „Provinzial-Korresp" widmet dem abgetretenen bayerischen Ministerpräsidenten Fürst Hohenlohe, welchem das Streben vorgeschwebt habe, zwischen den süddeutschen Staatrn und dem norddeutschen Bunde ein enges nationales Band herzustellen, anerkennende Worte und sagt dann in Bezug auf seinen Nachfolger, Graf Bray: die po-

Digitized by Google

litische Vergangenheit und bewährte Gesinnung des neuen Ministers, welcher auch bei dem Abschlusse des Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Bayern und Preußen betheiligt war, dürfte als eine neue sichere Bürgschaft dafür gelten, daß die bayerische Regierung fest entschlossen sei, in der bisherigen nationalen Richtung ihrer Politik auch gegenüber dem norddeutschen Bunde zu verharren. (Ah; so!)

Köln, 9. März. Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht ein Zusatzkapital zum Dekret über den Primat des römischen Papstes, welches besagt, daß der römische Papst in der Definition von Sachen des Glaubens und der Moral nicht irren könne.

Ausland.

Paris, 9. März. Der gesetzgebende Körper nahm einstimmig eine Tagesordnung an, dahin lautend: Die Kammer geht, nachdem sie die Erklärung der Regierung angehört und in Erwägung, daß die Einführung einer Civilregierung in Algerien den Interessen der Eingebornen und der Europäer in gleicher Weiser zu entsprechen scheint, zur Tagesordnung über.

Paris, 9. März. Der Finanzminister verfügt die Beschlagnahme aller Circulare der Emission von Aktien der türkischen Eisenbahn-Gesellschaft, deren Subscription am nächsten Dienstag beginnen sollte. Die ministerielle Verfügung ist begründet durch das Gesetz von 1836, welches Lotterien verbietet.

Im dänischen Volksthing wurde in der verflossenen Woche das Budget des Kriegsministeriums diskutirt: Die in Anschlag gebrachten außerordentlichen Ausgaben wurden dabei um 418,000 Thl gekürzt.

Der bekannte Herzegowiner Wojwode Luka Vukalowitsch, welcher bekanntlich in Odessa weilt, hat, nach der Belgrader „Srbija," in einem Brief an einen italienischen Agitationsmann sich dahin ausgesprochen, daß der gegenwärtige Moment für einen Befreiungkrieg auf der Balkan-Halbinsel nicht geeignet sei, und zwar nicht deßhalb weil die Türkei nirgends beschäftigt sei, sondern weil Europa der Pforte stehe.

I. ordentliche Schwurgerichtssitzung für Oberfranken im Jahre 1870.

1. Fall. Angeklagt ist der ledige Buchdruckergehilfe Moritz Hirschstein von Schlichtingsheim in Posen wegen Verbrechens und Vergehens des Diebstahls.

Im Gasthof zum deutschen Haus in Bamberg stieg am 4. Oktober v. Js. der Geschäftsreisende Adalbert Heberlein von Frankfurt a. M. ab und erhielt Zimmer Nr. 14 angewiesen. Derselbe verließ Nachm. um 3 Uhr den Gasthof und kehrte gegen ½1 Uhr in sein Zimmer, worin er seine Reise- sowie seine Geldtasche, beide wohl versperrt, und welches er ebenfalls abgeschlossen hatte, zurück. Den Schlüssel hatte er bei seinem Weggehen an das Schlüsselbrett im Wirthschaftszimmer des Gasthofes gehangen, die Schlüssel zu seinen Effekten zu sich genommen und den ganzen Tag bei sich gehabt. Als derselbe am andern Morgen seine Geldtasche, die er noch ganz wohl verschlossen wieder fand, öffnete, bemerkte er, daß ihm aus der Letzteren ein namhafter Betrag, in Sa. 323 fl. 30 kr., welche in Thalerscheinen, Gold- und Silberstücken bestanden, entwendet worden war.

Der Verdacht lenkte sich sogleich auf einen Reisenden, welcher seit beiläufig dritthalb Wochen in dem Gasthofe wohnte, dortselbst das Zimmer Nr. 15 inne hatte, sich zwar für einen Kaufmann ausgab, in Wahrheit aber sich in Bamberg beschäftigungslos herumtrieb und bisher noch keinen Heller an seiner Zeche bezahlt hatte. Dieser Verdacht wurde um so mehr bestärkt, als sich während der Anwesenheit dieses Reisenden, der sich für einen Herrn Müller, Kaufmann von Hamm, Prov. Westphalen ausgab, in dem nämlichen von Heberlein bewohnten Zimmer ein Diebstahl zugetragen hatte.

Der Gasthofbesitzer David Bickel, der die Bezahlung seiner Rechnung wünschte, hatte sich nun an jenem Tage, an welchem Mittags der Geschäftsreisende Heberlein abstieg, entschlossen den angeblichen Hr. Müller zu Rede zu stellen und ihm zu erklären, daß er entweder bezahlen oder seine Effekten als Pfand zurücklassen solle. An diesem Tage aber verlangte derselben selbst seine Rechnung weil er mit dem Postzuge um 10 Uhr 40 M. nach Nürnberg abreisen wollte; erhielt dieselbe mit 50 fl. 21 kr. gestellt und bezahlte sie mit einem bayerischen 50 fl.-Scheine.

Der angebliche Hr. Müller wurde noch auf dem Bahnhofe zu Bamberg arretirt und dann in Untersuchungshaft geführt. Es stellte sich heraus, daß er der israelitische Buchdruckergehilfe Moritz Hirschstein von Schlichtingsheim in Posen sei, wollte aber von dem Diebstahl nichts wissen. Es wurde ermittelt, daß der Angeklagte bei verschiedenen Kaufleuten Bambergs Goldstücke ꝛc. an jenem Tage gegen bayr. Papiergeld einwechselte und hiezu Goldstücke und Thalerscheine, wie sie der Bestohlene besessen, benützte. Heberlein ermittelt ferner, daß der Angeklagte einen Friedrichsd'or aus dem Jahre 1798 mit dem Bildnisse Friedrich Wilhelm's III. und mit einem Adler ohne Krone, dessen er sich wegen seiner Seltenheit noch mit Bestimmtheit erinnerte, verausgabte.

Es wurde diese That, da die gestohlene Summe 100 fl. überschreitet, nach Art. 274 Ziff. 2 des St.-G.-B. als Verbrechen verwiesen. Der Angeklagte wird von seiner Heimathgemeinde als ein allgemein gefährlicher Gauner geschildert.

Hirschstein wurde wegen eines Vergehens des Diebstahls in eine 3jährige Gefängnißstrafe verurtheilt.

(Wir werden morgen die 2. u. 3. Sitzung bringen, da uns für heute es an Raum gebricht.) D. R.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 8. März l. Js.

(Fortsetzung u. Schluß.)

Verehel.-Zeugnisse seien auszustellen den H. H. Gärtner Sebast. Lamprecht (H.-G. 48 fl.), Telegraphenwärter J. Obermaier (36 fl.), Schlossergs. J. Schrauder (36 fl.). Dem H. J. B. Herr sei die Bewilligung zu Betrieb der Lohnkutscherei zu ertheilen u. hierüber Eintrag in die Gewerbsteuerliste zu machen. — Ein k. Reg. Ausschr. wegen Abhaltung von Prüfungen für Privatlehrer an der polytechn. Schule zu München sei dem k. Rektorate der Gewerbschule mitzutheilen. — Die von den betr. Heimathsgemeinden nicht zurückvergüt. Reiseunterstützungen für den Metallgießer Karl Schmidt von Karlsruhe u. den Kupferschmiedgs. Blank von Fulda seien bei der kgl. Reg. behufs Rückvergütung durch die Staatskassa zu liquidiren. — Gegen den beabsichtigten Stallneubau in der Koppenhofkaserne sei von Baupolizeiwegen nichts zu erinnern. — Die von Hr. Leimfabr. F. X. Hofmann projekt. Erweiterung des Sudhauses u. Verläng. der Trockenhalle seien nach techn. Gutachten zu genehmigen. — Von der Uebernahme und der Zurückziehung

mehrerer Agenturen sei in Folge Ausschr. im Kr.-A.-Bl. Eintrag in die magistr. Verzeichnisse zu machen. — Die beabsicht. Statutenänderung der israel. Cultusgemeinde dahier sei der k. Reg. zur Bestät. in Vorlage zu bringen. — In Folge k. Reg. Entschl. seien die Statuten des hies. s. g. unteren Schiffer- u. Fischervereins der Vorstandschaft zur angeordn. Ergänzung hinaus zu geben. — Der Bau einer Wagenremise im Anwesen des Wirthes Hr. Frdr. Stader sei nach techn. Gutachten zu genehmigen. — Auf ein Anschreiben des k. 5. Inf.-Reg. wurde beschlossen, den früher. Usus bezüglich des Anschlagens an der Feuerglocke auf die Dauer eines Brandes wieder einzuführen u. hievon dem k. Regimente u. der Feuerwehr Mittheilung zu machen. — Im Betreffe der Bewältigung des jüngsten Brandes im Gärtner Reinlein'schen Hause sei das k. 2. Gevaul. Reg. zu ersuchen, der Mannschaft für ihre geleistete Hülfe den verdienten Dank zu vermitteln. — Die von der kgl. Reg. mitgetheilte Brochüre über Herstellung von richtigen Düngerstätten nebst Jauchengruben sei an den Häcker- u. Gärtner-Verein zur weiteren Verbreitung hinauszugeben. — Auf Antrag des Vorstands des Kaulberger Flurausschusses sei der Häcker Thomas Schmitt als Flurer aufzustellen u. zu verpflichten. — Auf Requis. des k. Kanalamtes sei das bestehende Verbot der Verunreinigung der Canalanlagen am Nonnengraben zu erneuern und strenge Vigilanz anzuordnen. — Eine k. Reg. Entschl. wegen Ankünd. unerlaubter Verlosungen sei den Redaktionen der hiesigen Blätter zur Kenntnißnahme und Beachtung mitzutheilen. — Auf wiederholte Anzeigen wegen Herumstreunens herrenloser Hunde in der Fleischverkaufshalle u. in den hiesigen Strassen sowie wegen Mitnehmens von Hunden in öffentl. Wirthschaften sie das bestehende Verbot zu erneuern u. strenge Vigilanz anzuordnen; zugleich sei dem Fallmeister das Wegfangen der herumstreunenden Hunde aufzutragen. — Die Ergänzung der beschädigten Allee an der Sophienstraße sei alsbald zu bewirken. — Der Korbmacher Herrmann von Saßanfahrt sei mit seiner Zuhälterin Margaretha Schäfer von Teuchatz wegen Landstreicherei u. Bettels auf die Dauer von 2 Jahren aus hiesiger Stadt auszuweisen. — Für die Landrathswahl der Vertreter aus der Zahl der großen Grundbesitzer sei dem k. Regierungswahlcommissar der gr. Rathhaussaal zur Verfügung zu stellen. — Durch k. Reg. Entschl. wurde die Ergänzung der Geschwornenliste angeordnet. — Der Wunsch einer Zahl hiesiger Einwohner um Niederlassung eines homöopathischen Arztes in hiesiger Stadt sei mit dem Bemerken zu veröffentl., daß der dahier practicirende einzige homöopathische Arzt mit Tod abg. ist und daß sich dahier eine homöopathische Apotheke befindet. — Dem mit dem Viehmarkte an der Frühjahrmesse verbundenen Preis-Zuchtwiddermarkt sei der möglichste Vorschub zu leisten und die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden. — Die von k. Reg. genehm. Abänd. der Leichenhausordn. seien im Amtsblatte zu veröffentl. und in Vollzug zu setzen. — Für den Omnibusinspektor Hr. Beit Hammelbacher zu Altona sei Heimathschein mit Ausdehung auf seine Ehefrau auszustellen. — Der in Vorlage gebrachte Rechnungsabschluß des Arbeiter-Krankenunterstützungs-Vereins wurde mit Befriedigung aufgenommen u. von der Vorstandswahl Vormerkung im Verzeichnisse der nicht politischen Vereine gemacht. — Für 3 Personen wurde die Ausfertigung von Zeugnissen Behufs Zulassung zum Armenrechte in Klagsachen bewilligt.

Erklärung.

Auf Andringen mehrerer Wahlmänner meines Wahlbezirkes gegenüber einem Artikel der Oberfränk. Ztg. und Bayr. Anz. (bezüglich eines Vorfalles vor dem Ständehause), worin ich als Narr bezeichnet wurde, der ins Narrenhaus aber nicht ins Ständehaus gehöre und mir bedeutet wird, ich dürfe noch froh sein, daß die liberalen Münchener mit uns geistlichen Abgeordneten nicht noch handgreiflicher verführen, diene Folgendes zur Aufklärung: Als vor einigen Wochen nach Schluß der Kammersitzung die Abgeordneten nach Hause gingen, schrie eines der liberalen Mitglieder der Gallerie noble, welche gewöhnlich Spaliere bildeten und die Patrioten mit höhnischen, herausfordernden Mienen und Gelächter zu erfreuen pflegten: „Seht dort kommt das Rindvieh von Deggendorf" (Dr. Pfahler). Ich wandte mich rasch zu dem nobel gekleideten Menschen und dessen Umgebung, stellte sie wegen ihres gemeinen Benehmens zur Rede und sagte laut zu den Umstehenden: Meine Herren, ich konstatire hier öffentlich die Gemeinheit und Niederträchtigkeit, welche auch die Abgeordneten des Volkes nicht schont und sie auf die roheste Weise beleidigt, worauf die Herren unter Murren sich zurückzogen. In Folge dieses Vorfalles wurde von Seite des Präsidiums Verfügung getroffen, daß die Militärposten und Bediensteten des Ständehauses sofort bei ähnlichen Insulten der Abgeordneten energisch einzuschreiten haben. Dies der Thatbestand. Der fragl. bayreuther Artikel enthält also lediglich Lüge, Schmähung und Verläumdung. Ich bemerke übrigens, daß ich schon sehr oft liberalen Redaktionen gegenüber, wie auch hier, ähnliche Ehrenkränkungsklagen hätte anstrengen können, wie sie Graf Lurburg, Knorr und Genossen durch Herrn v. Schauß und Collegen gegen die Redaktionen des Volksboten, Vaterland ꝛc. mit Erfolg angestrengt hat. Allein da ich grundsätzlich für volle Sprech- und Preßfreiheit bin, so habe ich noch Niemanden wegen solcher Ehrenkränkungen verklagt und werde auch Niemanden verklagen, bin aber selbst schon oft von liberasen Advokaten und anderen Tageshelden denunzirt und verklagt worden, wenn ich ihnen die Meinung sagte. Dies wissen auch die betreffenden Redaktionen in und außerhalb Bayreuth und etwa dadurch ist auch ihr und ihrer Rechtsbeistände Benehmen in den Augen jedes Unparteiischen — gerichtet.

München, 9. März 1870.

Franz Joseph Mahr.

Neueste Posten.

Stuttgart, 9. März. Die Abgeordnetenkammer hat die Wahl des Aageordneten Zimmerle (großdeutsch) für nichtig erklärt, die angefochtene Wahl des Abgeordneten Hölder (Fortschrittspartei) legitimirt, obwohl Wahlbestechung behauptet wurde.

Bamberg, 10. März. Zu Mitgliedern des Landraths v. Obfr. wurde gewählt Hr. Krieg Bürgermeister v. Giech (v. Bamberg I. und Scheßlitz) u. Hr. Adv. Elßner (v. Bamberg) II. u. Burgebach.

Augsburg, 11. März. Stiftprobst Dollinger unterzieht die neue Geschäftsordnung des Concils in der heutigen Nr. der A.-Ztg eine eingehenden Kritik.

☞ In der Exped. d. Bl. ist soeben eingetroffen Flugblatt Nr 8 des Patr. Ver. Casino in Augsb.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 60. Samstag, den 12. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Kammerrückblicke.

XIV.

(Adreßdebatte.)

Mit der Verleugnung ihrer eigenen bei früheren Anlässen so sehr zur Schau getragenen Ansichten, mit der Verleugnung aller wahrhaft liberalen, wahrhaft konstitutionellen Grundsätze, welche sich die Fortschrittspartei der Kammer in ihrer Vertheidigung des Ministeriums zu Schulden kommen ließ, hat es sich selbst das Urtheil gesprochen. Wie können nicht umhin, selbst auf die Gefahr des Liebäugelns mit dem Auslande, wie wir es schon gewohnt sind, beschuldigt zu werden, auf die Vorgänge, welche sich in neuester Zeit in dem gesetzgebenden Körper zu Paris zutrugen, zu verweisen. In Frankreich hatte in den letzten Jahren die kaiserliche Regierung ganz á la Hörmann durch die Präfekten (Regierungspräsidenten) und die Maires (Bürgermeister) einen außerordentlichen Einfluß bei den Wahlen ausgeübt, indem diese Alles aufbieten mußten, daß nur solche Abgeordnete gewählt wurden, die die Regierung wünschte. Nun hat bekanntlich mit Anfang dieses Jahres Kaiser Napoleon ein neues liberales Ministerium berufen. Der erste Erlaß aber des neuen liberalen Ministers des Innern war ein Rundschreiben an die ihm unterstellten Präfekten und Maires, daß fortan bei den Wahlen jeder beamtliche Einfluß zu unterbleiben habe, und um diesem Erlasse Nachdruck zu geben, setzte er zugleich eine Anzahl von Prafekten und Maires, welche im Sinne des früheren Ministeriums zu sehr die Wahlen beeinflußt hatten, ab (also das gerade Gegentheil von Hrn. v. Hörmann). In den letzten Tagen kam die Frage im gesetzgebenden Körper selbst zur Verhandlung, sie bildete ganz wie bei uns einen Hauptgegenstand der Anklage gegen die frühere Regierung. Da erklärte Ollivier das Haupt des neuen liberalen Ministeriums, er sei überzeugt, daß die Beeinflußung der Wahlen durch die Regierung für diese viel gefährlicher sei als die freie ungehinderte Wahlbewegung, und die weitaus überwiegende Mehrheit des Hauses gab ihm rauschenden Beifall. Nur ein Häuflein sträubte sich dagegen und vertheidigte, ganz wie unsere Fortschrittler, den Satz, daß es unter Umständen für die Regierung nothwendig sei, auf die Wahlen einzuwirken. Welcher Farbe waren nun diese Gesinnungsgenossen unserer Fortschrittler? Vielleicht liberaler? Gott bewahre! Es waren die Anhänger des persönlichen, absoluten, durch keine Rücksicht auf Verfassung begrenzten kaiserlichen Regiments, also echte Reaktionäre, während alle liberalen Parteien einstimmig der ministeriellen Verwerfung der Wahlbeeinflußung durch die Regierung zustimmmten.

Daraus können wir ersehen, wie wenig „liberal", aber wie sehr „reaktionär" und „absolutistisch" das Verhalten unserer Fortschrittler in dieser Frage ist. Dieselben gefallen sich bekanntlich darin, den Patrioten es zum Vorwurfe zu machen, daß sie sich dieses Namens bedienen und pflegen sie deßhalb gewöhnlich höhnend die „sogenannten" Patrioten zu nennen. Mit viel mehr Recht dürfen die Patrioten den Fortschrittlern den Vorwurf zurückgeben, daß diese ausschließlich die Bezeichnung „liberal' für sich in Anspruch nehmen, während sie in der besprochenen Frage gegenüber dem Ministerium auch nicht eine Spur von wahrem Liberalismus, aber den dicksten und servilsten Absolutismus bekundet haben.

Guten Morgen, Hr. Fischer!

v Ein solche Aufschrift! wird mancher unserer lieben Leser denken, was soll die bedeuten. Nun ja, wir wünschen einen rechten guten Morgen und viele folgende dem Herrn Fischer. Der Hr. Fischer oder auch der rothe Fischer genannt, ist der allverehrte und von den Patrioten und den ehrlichen Leuten sehr geachtete Bürgermeister von dem lieben Augsburg, einer der Koryphäen der Fortschrittspartei unserer Kammer, wie sich erst kürzlich ein nachbarliches Blatt ausgedrückt hat. Aber was hat das mit der Aufschrift denn gemein. Sehr viel. Schreiber dieses glaubt wenigstens so viel Artigkeit zu besitzen, Jedem das Beste zu wünschen, warum also nicht einem Manne, der es gewagt hat, den Abgeordneten Lucas zu provociren und zu taxiren, aber nach seiner fortschrittlich recht massiven Rede ebenso und zwar mit vollstem Recht bedient worden ist, daß ich kaum

Digitized by Google

glaube, daß er die folgende Nacht gut geschlafen. Hier die Rede des von liberaler Seite so schwarz betit. Lucas: „Meine Herren! Gestatten Sie, daß ich einige Worte zu dem hinzufüge, was der Hr. Abg. Fischer zu Ihnen gesprochen hat. Ich finde es sehr liebenswürdig vom Hrn. Fischer, daß er mir die Befähigung absprach, in finanziellen Fragen ein Wort mitzureden. Vielleicht ist das Wort „absprach" nicht ganz genau gewählt gewesen, aber er hat meine Befähigung in einer Weise in Zweifel gezogen, in Betreff derer ich es Ihnen überlassen muß, ob sie dieselbe für parlamentarisch halten oder nicht. Wenn der Hr. Abg. Fischer den Ton, den er heute mir und dem Hrn. Referenten gegenüber angeschlagen hat, für parlamentarisch hält, so bin ich bereit, ihm auch gegen diese Waffe Stand zu halten; ich selbst aber möchte niemals der Erste sein, der in solcher Manier in diesem Hause auftritt. Meine Herren! Der Herr Fischer hat gesagt, es könne möglicher Weise auf die künftigen Finanzoperationen Bayerns von Einfluß sein, daß ich, der ich heute so und so zu Ihnen gesprochen habe, im Finanzausschusse der bayr. Kammer sitze. Er hat deutlich das Bedauern durchblicken lassen, daß ich dort sitze. Es ist freilich sehr zu bedauern, daß nicht der Hr. Fischer an meiner Stelle dortsitzt. Das, Bauer! wäre freilich etwas ganz anderes! Gleichwohl, meine Herren! Wenn er dort säße der Hr. Fischer, so würde das auf die künftigen Finanzoperationen Bayerns gerade so viel Einfluß haben, als es hat, daß ich dort Sitz und Stimme habe. Meine Herren! Der Hr. Abg. Fischer hat sich herausgenommen, meine finanzielle Qualifikation hier in Zweifel zu ziehen. Dadurch habe ich das Recht bekommen, auch die seinige zu taxiren. Ich, meine Herren, behaupte, durch meine vorige Rede gerade so viel Finanzkenntnisse bewiesen zu haben, als der Hr. Fischer durch die seinige. Wenn nun der Hr. Fischer ein Recht hat, mir Noten zu geben, so muß auch ich ihn einmal qualificiren dürfen, und er mag sich darauf verlassen, daß er bei mir um kein Haar besser wegkömmt, als er mich angelassen hat. Meine Herren! Der Hr. Fischer hat mich auf ein Gebiet geführt, von dem er glaubt, daß ich mich dort besser auskenne, als auf dem Geldmarkt, nämlich auf den Holzmarkt! Ich begreife nicht, warum Hr. Fischer nicht lieber ein anderes Gebiet gewählt hat, wo er ohne Zweifel besser daheim wäre, nämlich den „Heu- u. Strohmarkt!" Der Hr. Fischer ist doch ohne Zweifel schon oft dabei gewesen, wo „leeres Stroh ausgedroschen worden ist!" — Sehen Sie, meine Herren! das ist das Echo auf den Ruf des Herrn Fischer!!"

Hr. Fischer hat sich auf ein Gebiet verloren, auf dem er sich allein zu Hause glaubte, und sieh, da, gleich wieder ein Patriot der auf fortschrittliche Klötze derbe Keile gerade dem Hr. Fischer kräftigst eintreibt. Ob er wohl geschlafen hat, wir bezweifeln. Wir wünschen ihm und allen Helden seiner Partei, die nicht die Sache, sondern nur die einzelnen Persönlichkeiten zuerst angreifen, immer recht viele solche „Guten Morgen!"

Inland.

München, 10. März. Fürst Hohenlohe hat sein Amt niedergelegt, ohne sich förmlich von den Beamten des ihm seither unterstellten Ministeriums zu verabschieden; auch Graf Bray übernahm die Leitung, ohne sich, wie es sonst üblich ist, die Beamten des Ministeriums vorstellen zu lassen. Fast scheint es, als ob der neue Minister seine dermalige Stellung als eine ganz provisorisch auffasse. Die Familie des Grafen Bray wird vorläufig bis zum Eintritt der besseren Jahreszeit in Wien verbleiben.

Die bekannte k. Verfügung, daß Prinz Luitpold und seine Söhne vom Besuche des königlichen Hofes dispensirt sind, ist noch nicht aufgehoben. Eine etwas verhüllt abgefaßte Mittheilung im „Volksboten" wird dahin gedeutet, daß der König von den drei Prinzen eine Abbitte verlangt.

Im Club der Fortschrittspartei sollen heute die Mitglieder bestimmt werden, welche die Regierung darüber zu interpelliren haben, daß sie bisher die in der Thronrede angekündigten Gesetzentwürfe, und besonders die mit dem Civilprozesse in Zusammenhang stehenden „Nebengesetze" noch nicht in Vorlage gebracht hat, obwohl die Kammer schon in der 10. Woche versammelt ist und einzelne dieser Vorlagen schon zur Berathung für den im Oktober v. J. versammelten Landtag bestimmt waren.

Die nicht aktive aber doch noch recht mobile Armee des Großmachtstaates Bayern zählt zur Zeit 55 Generale, 61 Oberste, 36 Oberlieutenants, 122 Majors, 429 Hauptleute und Rittmeister, 60 Ober-, 57 Unterlieutenants, 10 Stabs-, 19 Regiments-, 11 Bataillons-, 2 Unterärzte, 11 Ober-, 12 Kriegskommissäre, 34 Regiments-, 8 Bataillons-, 12 Unterquartiermeister, 3 Ober-, 5 Stabs-, 8 Regiments-, 1 Bataillonsauditore, dann 3 Apotheker und 5 Veterinärärzte, also in Summa 965 Pensionisten!!! — aber ohne die Pensionirungen von 1869, die vielleicht 35 ausmachen könnten, um die Zahl der 1000 vollzumachen.

Die Süddeutsche Post bringt heute die Nachricht, daß die Landeszeitung für Rechnung der bayer. Regierung angekauft sein und aus dem erst vom Landtag zu bewilligenden Preßfond erhalten werden soll. Hoffentlich werden unsere Abgeordneten, die so und so oft von diesem Blatt geschmäht wurden, einen recht armsdicken Strich durch die Rechnung machen. Das wäre denn doch zu viel verlangt.

Der neue Civilproceß bringt jedenfalls mehrere Handelsappellationsgerichte; vorerst hat die Staatsregierung Postulate hiefür für die Städte Augsburg und Nürnberg eingestellt. Diese beiden Städte werden nach der Absicht der Regierung auch die Appellations-

Digitized by Google

gerichte von Neuburg und Eichstädt erhalten. Das Kollegium der Gemeindebevollm. dahier hat den Antrag auf einen Zuschuß von 300 fl. aus städt. Mitteln für Honorirung eines zweiten Hilfspriesters in Haidhausen abgelehnt. — (Recht fortschrittlich.)

In Fürth und in Würzburg fanden Volksversammlungen statt, in welchen mit der Kaiserslauterer Petition gleichlautende Adressen gegen das Wehrgesetz angenommen worden sind. — Eine gleiche findet Sonntag von den Arbeitern in Nürnberg statt. —

Stuttgart, 10. März. Der volkswirthschaftliche Ausschuß der Abgeordnetenkammer genehmigte den Gesetzentwurf auf sofortige Aufnahme eines Anlehens von 8 Millionen für Eisenbahnbauten auf Abzug des Gesammtbedarfs des vorgelegten Eisenbahn-Baugesetzes.

Der „Schwäbische Merkur", ein bis zur Unzurechnungsfähigkeit fanatisches Preußenblatt, gibt unserm König den Rath, das Ministerium, der Kammermehrheit zum Trotz, beizubehalten und sich in einer Ansprache an das Volk zu wenden; wenn dies auch nicht ganz constitutionell, so sei es doch heilsam. — Schade, daß der gute Rath des „liberalen" Merkurs theilweise schon zu spät kommt.

Karlsruhe, 10. März. Die zweite Kammer hat den Gesetzvorschlag über die Aufhebung der Todesstrafe in zweiter Lesung mit allen gegen zehn Stimmen angenommen.

Berlin, 10. März. Der Reichstag hat den Antrag des Grafen v. Lehndorff auf sofortige Vornahme der dritten Lesung über die einleitenden Bestimmungen und den ersten Theil des Strafgesetzbuchs abgelehnt. Graf Bismarck, gegen den Antrag, erklärte: Man könne dem Bundesrath nicht zumuthen über ein Bruchstück des Gesetzes zu beschließen. Der Bundesrath würde auf eine Weiterberathung des Gesetzes keinesfalls verzichten, vielmehr den Weg der Verständigung suchen, obgleich die Meinungen des Bundesraths nicht erschüttert wären. Die Bundesinteressen wären geschädigt, wenn der Bundesrath auf eine Weiterberathung des Gesetzes schon verzichten würde. Der Bundesrath könne erst nach der Durchberathung des Gesetzes entscheiden.

Die Situation im norddeutschen Ländchen Rudolstadt hat viel Aehnlichkeit mit der eines wohlbekannten Südstaates. Der mit der Ueberreichung der Adresse beauftragten Landtagsdeputationen antwortete der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt: Er vernehme mit Bedauern, daß die Landesvertreter mit den von der Regierung verfolgten Principien nicht einverstanden seien. Das Ministerium besitze sein vollkommenes Vertrauen und er hoffe, daß die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten durch gegenseitiges Entgegenkommen, durch Berücksichtigung berechtigter Wünsche der Landesvertretung und durch gemeinsame Arbeit im Sinne und Geiste der Bundesgesetzgebung ausgeglichen werden würden. Zunächst käme es auf das Ordnen der Finanzverhältnisse an und dieses werde sich wohl auf dem Wege der Verständigung erreichen lassen. Dieser Ansprache entsprechend erklärte die Regierung, daß dem Landtage bei seinem nächsten Zusammentritt Vorlagen in Betreff des Wahlgesetzes zum Landtage, über die Presse und das Vereinswesen gemacht, auch die Wünsche desselben in Bezug auf die Gemeindeordnung und die Verwaltung der Forsten gründlich geprüft werden sollten. A. P.

Wien, 11. März. Der neuernannte russische Gesandte, Fürst Orloff, ist hier eingetroffen, stattete gestern dem Grafen Beust einen Besuch ab und wird nächster Tage dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Ausland.

Paris, 10. März. Das „Mem. Diplom." will erfahren haben, daß die Antwort der päpstl. Curie auf die Note Daru's bereits nach Paris abgegangen sei. Sie beeile sich dem Wunsche der Tuilerien, bei dem Concil einen Vertreter zu haben, beizupflichten. Der päpstliche Nuntius sei beauftragt zu versichern, der Vertreter Frankreichs werde mit aller der vertretenen Nation zukommenden Rücksicht empfangen werden.

Paris, 10. März. „Liberté" und „Moniteur" schreiben den türkischen Bahnen große politische Bedeutung zu, und hoffen Frankreich werde das Unternehmen begünstigen. Die „France" sagt: die Nachricht daß die Börsen-Commissäre angewiesen wurden die Prospecte der türkischen Bahnunternehmung mit Beschlag zu belegen, hat sich nicht bestätigt. Diese Maßregel gegen ein so ernsthaftes Unternehmen, dessen Vollendung einen wahrhaft allgemeinen Charakter trüge und von europäischem Interesse wäre, würde schwer erklärlich sein. — Der „Francais" dementirt die Nachricht von Differenzen zwischen Daru und Ollivier bezüglich des Concils. In dieser und allen andern Fragen herrsche völlige Uebereinstimmung unter den Ministern.

Athen, 9. März. Die Regierung steht im Begriffe, mit der Nationalbank eine Anleihe von 9 Millionen abzuschließen, um die vorjährige Metall-Anleihe abzuzahlen und den Zwangskurs der Banknoten aufzuheben.

— 9. März. Die meisten Blätter beschäftigen sich heute mit den Angelegenheiten des Concils, und sprechen die Befürchtung aus, daß das Verhältniß der französischen Regierung zum heiligen Stuhle ein äußerst gespanntes werden könne. — Unser Botschafter hat offiziell die Forderung gestellt: daß ein besonderer Bevollmächtigter der französischen Regierung zu den Berathungen des Concils zugelassen werde, wenigstens um seine Ansicht über die politische Seite der Schemata kund zu geben. Cardinal An-

Digitized by Google

tonelli hat sich bis jetzt begnügt zu erwiedern daß das Verlangen geprüft, und die Antwort auf dasselbe später kundgegenbtn werden solle."

I. ordentliche Schwurgerichtssitzung für Oberfranken im Jahre 1870.

2. Fall. Die Anklage lautet gegen den ledigen Gemeindediener Adam Arnold von Oberpferdt wegen Verbr. der Körperverletzung

Am 1. Jan. l. Jrs. begaben sich die beiden verwittw. Weber Chr. Köppel und J. A. Oelschlegel von Konradsreuth in die Ortschaft Oberpferdt, um daselbst einige Neujahrsgaben zu betteln. In diesem Orte begegnete denselben Adam Arnold. Ohne daß zwischen ihm und den beiden Bettlern ein Wort gesprochen, begaben sich die Letzteren auf die Ortsstraße gegen Gottfriedsreuth zu und bleiben vor den Fenstern des letzten Hauses stehen. Nachdem sie ihren Neujahrswunsch hergesagt hatten, warteten sie auf das Almosen. Plötzlich kam nun der Gemeindediener Arnold von hinten her, faßte den Köppel am Arme und zog ihn mit den Worten: „Jetzt zieht Ihr fort" einige Schritte vom Hause weg. Arnold wiederholte seine Afforderung an die Bettler und, da Oelschlegel ruhig stehen blieb und keine Miene machte, der Aufforderung, sich zu entfernen, Folge zu leisten, äußerte Köppel wiederholt zu Oelschlegel: „Geh zu, geh, gehen wir fort." Nun äußerte Oelschlegel gegen Arnold: „Glaubst Du vielleicht, ich fürchte mich vor Dir, Du wirst uns doch nicht fressen, wir sind ja zu Zweit." Köppel, welcher sich bereits umgedreht hatte um gegen Gottfriedsreuth zu weiter zu gehen, hörte nach diesen Worten des Oelschlegel denselben sofort mit kräftiger Stimme ausrufen: „Ach Gott, der hat mich gestochen." Köppel sah sich sofort um und bemerkte, daß Oelschlegel mit der linken Hand an die Brust langte. Beide eilten nun auf der Straße in das Dorf hinein, Oelschlegel, der in die linke Brust gestochen war, brach aber schon nach 80—100 Schritten zusammen. Nach wenigen Minuten starb er im Gemeindehause, wohin er von Köppel mit Hilfe anderer gebracht worden war, ohne daß er von dem Momente an, wo er zusammengesunken war, noch ein Wort gesprochen hätte. Der Stich war in die linke Brust zwischen der 4. und 5. Rippe eingedrungen und durchbohrte die Lunge vollständig, so daß der alsbald eingetretene Tod als die unmittelbare und nothwendige Folge der Verletzung sich darstellt. — Arnold gesteht zu, diesen Stoß mit seinem Wachtspiese gegen die Brust des Oelschlegel geführt zu haben, will es jedoch nur deßhalb gethan haben, weil derselbe mit seinem Stocke eine drohende Bewegung gegen ihn gemacht habe. — Die Geschwornen bejahten von den 2 Fragen, die auf Verbrch. der Körperverletzung, und wurde durch Urtheil des Schwurgerichtshofes Arnold in eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren 6 Monaten verurtheilt.

Vermischtes.

München, 9. März. Gestern Nachmittag wurde die ledige Näherin Elise Ament aus B.....g in ihrer Wohnung am Türkengraben erhängt aufgefunden. Ursache hiezu soll das Verlassen ihres Liebhabers sein.

Die J. Bloch'sche Hofschönfärberei

in Darmstadt

empfiehlt sich:

im Färben der Seiden-, Wollen-, und gemischteen Kleiderstoffe, Mäntel, Shawls, Band-, Möbel-, und Vorhangstoffe aller Art.

Im Waschen der weißen und couleurten Seidenstoffe, Cachemire, Creps de chine, Lang-Shawls, ꝛc.

In Moiree antique und in Moire francaise.

Die Farben werden in jeder Branche auf's Schönste und Neueste hergestellt und garantirt die Firma bei freier Rücksendung, solide und billige Ausführung. Durch verstärkte Dampfkraft ist sie nunmehr in den Stand gesetzt, jeden Auftrag in kurzer Zeit auszuführen.

Marinirte Seefische

Real Edinburgh Scottines 1 Thr. New Edinburgh Shorties 1 Thlr. 5 Sgr. Russische Sardinen in Mixed-Pickles 1 Thlr. 5 Sgr. Marinirte Rauchfetthäringe 1 Thlr. 10 Sgr. Christiania Kräuter-Anchovis 12 Sgr. versendet gegen Postanweisung

Theod. Nikpe

in Ottensen bei Hamburg.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
k. q. Assessor.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

In dem Literarischen Institut von Dr. M. Huttler in Augsburg ist erschienen u. in der **Otto Reindl**'schen Buchhandlung in Bamberg zu haben:

Flugblätter

des Patr. Vereines Casino

in Augsburg.

Nr. 8. Aus der Adreßdebatte der bayerischen Kammer.

I.

Die deutsche Frage.

Selbstständigkeit Bayerns, Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen.

Preis pr. Exemplar 1 kr.

(In Partien von 100 Ex. 1 fl., von 50 Exemplar 30 kr.)

20000 fl. auch getheilt, sind auf mehre Jahre unaufkündbar auszuleihen.

Kirchenkalender und † Gottesdienst-Ordnung. †

13. Sonntag, 2. Remin. Nicephor. (Evang. Von der Verklärung Christi.)

In allen 4 Pfarrkirchen Gottesdienst wie gewöhnlich. — 2 U. Fastenandacht.

St. Jakob. Früh 6 U. hl. Messe, 8 U. Militär-Gottesdienst, 10 u. 11 U. heil. Messen.

14. Montag, Mathilde deutsche Kön.
15. Dienstag, Longinus, Hauptm. u. M.
16. Mittwoch, Heribert, Erzbischof.
17. Donnerstag, Gertraud, Jgfr. u. A.
18. Freitag, Cyrillus. Narcissus.
19. Samstag, Joseph, Nährv. Jesu.

In allen 4 Pfarrkirchen Festgottesdienst zu gewöhnlicher Zeit.

Während der Fastenzeit finden 4 U. die Predigten mit Miserere statt:

Sonnt. in St. Gangolf u. St. Martin.
Montag in: Obere Pfarr.
Dienstag Dom.
Mittwoch Obere Pfarr.
Donnerstag Dom.
Freitag St. Martin.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 61. Sonntag, den 13. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

☛ Von heute an bis zum 27. dieses Monats finden in der St. Martins-Kirche dahier, täglich Abends von 7—8 Uhr religiöse Vorträge ausschließlich für Männer statt. Diese Vorträge werden von P. Pottgeißer, Priester der Gesellschaft Jesu, abgehalten.

Inland.

München, 11. März. Das heutige Bulletin über das Befinden des Prinzen Otto lautet: „Gestern Nachmittags hatte sich ein Fieber-Anfall von geringerer Intensität und kürzerer Dauer eingestellt. Die Nacht war ruhig.

Die Wiederbesetzung der in der Kammer der Reichsräthe erledigten zwei Sitze der lebenslänglichen Mitglieder bietet Schwierigkeiten, da einige Personen welchen die Reichsrathswürde angeboten wurde dieselbe abgelehnt haben — ein Umstand der zwar bemerkenswerth, unter den in der hohen Kammer obwaltenden Verhältnissen aber leicht erklärlich erscheint.

Der Staatsminister des kgl. Hauses und des Aeußern Graf von Bray hat am Tage der Uebernahme seines Portefeuilles und am Tage darauf die sämmtlichen Beamten des Ministeriums empfangen, (also ist die Nachricht der Ab. u. a. Z. unrichtig.)

München, 11. März. Der Präsenzstand der Infanterie für das Jahr 1870 ist vom Kriegsministerium folgendermaßen festgesetzt worden: Im Jan. Februar und März 60 Mann per Compagnie, im April, Mai und Juni 75, im Juli und August 60, im September 135, im October und November 96 und im December 60 Mann, so daß der Jahresdurchschnitt 76 beträgt. Unter dem für die Monate Oct. und November angesetzten Präsenzstande von 96 Gefreiten und Gemeinen sind die Recruten, zu 46 Mann angenommen, inbegriffen. Dieselben sind vom 1. Dec. an in den Dienst zu bringen, von welchem Tage sich der Präsenzstand auf 60 Gefreite und Gemeine vermindert. Jene Infanterie-Regimenter welche Recruten der Verpflegsabtheilungen zur ersten militärischen Ausbildung zugewiesen erhalten, haben dieselben verordnungsgemäß sechs Wochen über den angegebenen Stand zu halten.

München, 12. März. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer beantragt statt des geforderten Credits von 3,665,000 fl. für Rückladungsgewehre nur 2,400,000 fl. für weitere 60,000 Gewehre, und von dem weiter verlangten Credit zu 2,791,000 fl. für Festungsdotationen, Garnisonsneubauten und Ausrüstungsgegenständen nur 52,000 fl. für Abänderungen am Armaturlederwerk zu genehmigen; das übrige bis zur Budgetberathung zu vertagen.

Die Gemeindeverwaltungen Marktzeuln, Lettenreuth und Zettlitz haben an die Kammer der Abgeordneten die Bitte gerichtet, dieselbe wolle dahin wirken, daß die Straße von Zettlitz, Marktzeuln u. Lettenreuth bis zur Koburger Landesgrenze vom Staate übernommen werde.

Man spricht davon daß der Entwurf der Advocatenordnung in einem wichtigen Punkt umgearbeitet an die Kammer gelangen soll, nämlich insoweit es sich um die Wohnorte der sogen. Advocaten zweiter Classe handeln. Dieselben sollen nicht bloß an den Sitzen der Einzelgerichte, sondern auch an den Sitzen der Bezirksgerichte sich etabliren können.

Der Gesetzentwurf über die Bürgerwehr zerfällt in 6 Abschnitte. Der erste Abschnitt handelt von der Bestimmung der Bürgerwehe, der 2. vom Umfang der Bürgerwehrpflicht, der 3. von der Organisation der Bürgerwehr, der 4. vom Verfahren bei Bildung und Ergänzung derselben, der 5. von ihrer Auflösung und der 6. enthält Schlußbestimmungen. Ueber die Bestimmung der Bürgerwehr wird Folgendes festgesetzt: Die Bürgerwehr ist bestimmt zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern des Landes mitzuwirken. Ihre Thätigkeit in dieser Beziehung bemißt sich nach dem jeweiligen Bedürfnisse und hängt von den darauf gegründeten vorgängigen Requisitionen der Sicherheitsbehörden ab. Regelmäßig Wachen zu beziehen ist sie nur unter ausnahmsweisen Verhältnissen verpflichtet. In der Regel ist ihre Dienstleistung auf den Gemeindebezirk beschränkt. Nur wenn außerordentliche Sicherheitsstörungen außerordentliche Maßregeln, wie z. B. Streifen erheischen, kann sie auch außerhalb desselben, jedoch für jedes Commando nur auf die Dauer von höchstens drei Tagen zur Verwendung kommen. Auch ist die Bürgerwehr verpflichtet,

Digitized by Google

sich in unruhigen oder Kriegszeiten zum Geleite von Civil- und Militärtransporten bis zur nächsten Etappen-Station verwenden zu lassen. Die Dienstleistung im Gemeindebezirke ist stets eine unentgeltliche. Bei Verwendung außerhalb desselben erhält die Bürgerwehr die Sagen und Löhnungen, welche den betreffenden Chargen der k. Gendarmerie gebühren, und bei Transporten überdieß die bei der k. Gendarmerie in Anwendung stehende Transportgebühr. Die Kosten hiefür werden aus der Staatskasse bestritten, soferne nicht der Ersatz derselben einem Dritten auf Grund gesetzlicher Verpflichtung obliegt. Sobald die Bürgerwehr oder einzelne Theile derselben zum Dienste ausrücken, hat sie den Charakter der bewaffneten Macht nach Maßgabe des Gesetzes vom 4. Mai 1851, „das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung betreffend", sowie im Sinne des Strafgesetzbuches und tritt unter das Commando der etwa im Gemeindebezirke befindlichen Stadt- oder Platzkommandantschaft. Die Bürgerwehr ist zu allen Ausrückungen in Parade verpflichtet, welche an den Geburts- und Namensfesten des Königs und der Königin stattfinden, oder zu welchen die Beiziehung der Bürgerwehr durch besonderen königlichen Befehl angeordnet wird, ferner hat sie zu Ehrenwachen und zu den Leichenkondukten der Stadt- und Platzkommandanten auszurücken. — Ueber den Umfang der Bürgerwehrpflicht trifft der Entwurf folgende Bestimmungen: Bürgerwehrpflichtig ist mit Ausnahme der Standesherrn und ihrer Familien sowie des geistlichen Standes jeder volljährige Mann, welcher in einer Gemeinde des Königreiches nach Maßgabe der Gemeindeordnungen für die Landestheile diesseits des Rheins und für die Pfalz das Bürgerrecht besitzt, am Orte seines ständigen Wohnsitzes und zwar bis zum vollendeten fünfzigsten Lebensjahre, soferne und solange er nicht dem stehenden Heere, der Landwehr, der Gendarmerie oder einem staatlichen oder gemeindlichen Civil-Sicherheitsinstitute mit der Verpflichtung zum aktiven Dienste angehört oder Wehrgeld auf die gesetzliche Dienstzeit im stehendem Heere zu entrichten hat. Vom persönlichen Dienste in der Bürgerwehr sind alle diejenigen befreit, welche zum Dienste in derselben körperlich untauglich sind. Die Gründe der Untauglichkeit und das Verfahren bei deren Constatirung wird durch Verordnung festgesetzt. Die Befreiung vom persönlichen Dienste können verlangen: 1) Die Beamten des Hof- und Staatsdienstes, pensionirte Offiziere, Notare und öffentlich angestellte Lehrer; 2) die Bürgermeister, Magistratsräthe, Adjunkten und Beigeordneten; 3) sämmtliche Bedienstete der Staats- und Privateisenbahnen, dann der sonstigen Verkehrsanstalten; Aerzte, Wundärzte, Apotheker, Bader; 5) alle Diejenigen, welche als aktive Mitglieder einer technisch organisirten Feuerwehr in derselben wirkliche, zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderliche Dienste leisten, soferne die technische Organisation der Feuerwehr von Seite der betreffenden Kreisregierung, Kammer des Innern, geprüft und so lange solche von derselben als genügend anerkannt ist, 6) alle Diejenigen, welche die Bürgerwehrpflicht nicht erfüllen können, ohne den Erwerb für ihre Familie in einer Weise zu gefährden, daß dieselbe voraussichtlich der Armenpflege zur Last fallen würde. Die Befreiten sind verbunden, die Nichterfüllung der persönlichen Bürgerwehrpflicht durch Baarzahlung zu reluiren. Ausgenommen hievon sind nur diejenigen Dienstuntauglichen, welche entweder 1) sich die Dienstuntauglichkeit erweislich im Dienste des stehenden Heeres, der Landwehr älterer oder neuerer Ordnung, der Bürgerwehr, der Gendarmerie oder eines staatlichen oder gemeindlichen Civil-Sicherheitsinstitutes zugezogen haben, oder bei welchen 2) die Erwerbsfähigkeit durch die Untauglichkeit aufgehoben, oder bei gleichzeitiger Vermögenslosigkeit im hohen Grade beschränkt ist. Vom persönlichen Dienste sind alle diejenigen ausgeschlossen, welche die Fähigkeit für politische Aemter verloren haben. Die Ausgeschlossenen haben die Nichterfüllung ihrer persönlichen Dienstpflicht durch Baarzahlung zu reluiren. Die Reluitionsbeiträge werden innerhalb der durch Verordnung bestimmten Maxima in jeder Gemeinde durch die Gemeindebehörden und zwar in den Orten mit magistr. Verfassung von dem Magistr. unter Zustimmg. der Gem.Bevollm., in den übrigen Gemeinden von dem Gemeindeausschusse, beziehungsweise Gemeinderathe festgesetzt. Jedem Mitgliede der Bürgerwehr ist nach vollendetem fünfzigsten Lebensjahre das freiwillige Fortdienen in derselben insolange gestattet, als die erforderliche Diensttauglichkeit vorhanden ist.

Die A. Abdztg. schreibt: Von Seite der Fortschrittspartei wird demnächst der neue Minister des Aeußern, Graf v. Bray, interpellirt werden, ob er dem Concilium gegenüber auf demselben Standpunkte steht, wir sein Vorgänger im Amte, und welche Entschließungen die Staatsregierung zu fassen gedenkt, wenn die päpstliche Unfehlbarkeit zum Dogma gemacht wird. Diese Interpellation wird unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Religionsediktes und die entsprechenden Anordnungen im Placetum regium gestellt werden und jedenfalls dazu beitragen, daß der Staat schon bei Zeiten gegen das neue Vorgehen der Curie Stellung nimmt. — —

Hr. Dr. Völk liegt in Augsburg bei seiner Familie an einem Fieber erkrankt darnieder; derselbe konnte schon der am Sonntag stattgehabten Sitzung nicht mehr beiwohnen.

Die Reineinnahmen der Telegraphenanstalt in Bayern betrugen im Jahre 1861|62: 52,717 fl., im Jahre 1862|63: 36,173 fl., im Jahre 1863|64: 46,236 fl., im Jahre 1864|65: 63,224 fl., im Jhr. 1865|66: 42,655 fl., im Jhr. 1866|67: 62,426 fl. Das Budget hatte eine Reineinnahme von 30,000 fl. vorgesehen.

Stuttgart, 11. März. In der Abgeordnetenkammer wurde ein Antrag vieler Abgeordneten der großdeutschen und demokratischen Fraction auf Ab-

Google

änderung des Kriegsdienstgesetzes, Herabsetzung der Präsenz und Verminderung des Contingents eingebracht.

Darmstadt, 11. März. Die Abgeordnetenkammer beschloß in ihrer heutigen Sitzung nach dem Antrage des Abg. Dumont, mit allen gegen 5 Stimmen die Regierung um Erlaß einer Städteordnung zu ersuchen.

Ausland.

Bern, 11. März. Der Bundesrath hat dem Kanzler des Norddeutschen Bundes, Graf Bismarck, die Anzeige gemacht, daß schweizerischerseits der in Aussicht genommene Beitrag von 20 Mill. Frs. zum Bau der Gotthardbahn gesichert sei, und nun definitive Entschließungen über die vom Auslande zu leistenden Beiträge, namentlich des norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten wünschenswerth erschienen.

Brüssel, 10. März. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, demzufolge die Salzsteuer und der Einfuhrzoll auf Fische aufgehoben, das Porto für Briefe im Inlande auf 10 Centimes herabgesetzt, dagegen die Steuer für Erzeugung von Alkohol um einen Franc erhöht werden soll.

Der Nat.-Ztg. wird aus Rom, 4. März. geschrieben: „Der Gesundheitszustand des Papstes ist seit einiger Zeit wenig befriedigend, die Last der Geschäfte scheint auch diese Riesennatur zu überwältigen. Ich hatte heute Gelegenheit, ihn in der Nähe zu sehen, und war betroffen über die verfallene Erscheinung des sonst so rüstigen Greises."

Bukarest, 9. März. Deputirtenkammer. Anläßlich der von der Regierung ausgeschriebenen öffentlichen Termine für die Verpachtung bessarabischer Ländereien an Meistbietende wurde ein Antrag eingebracht, des Inhalts, die Israeliten von den Lizitationen auszuschließen. Der Ministerpräsident Golesco erklärte, das in diesem Falle zur Anwendung kommende Gesetz schließe die Israeliten nicht aus. Wäre die Auslegung des Gesetzes zweifelhaft, so könne der richtige Sinn nicht durch die Kammer allein, sondern nur durch Kammer und Senat auf die Initiative der Regierung hin festgestellt werden. Nach dieser Erklärung beschloß die Kammer Tagesordnung. Die in der Minitorität gebliebenen Deputirten verließen hierauf den Saal.

Washington, 10. März. (Kabeldepesche). Der Senat verwarf bei der heutigen Berathung der Consolidirungsbill die Anträge, Zahlungsstellen für Zinsenbezahlung neuer Bonds in Europa einzurichten und Negocianten für die Bonds der Union im Auslande zu ernennen.

Vermischtes.

In Wien kam am 9. ds. im großen Krankenhause auf der Wieden ein bedeutendes Dachfeuer zum Ausbruch; doch gelang es der Feuerwehr bald Herr desselben zu werden. Die Kranken, welche im obersten Stockwerke untergebracht waren, wurden sofort dislokirt. — In Linz und Umgebung, besonders in dem gegenüber liegenden Urfahr leben 1700 Militärpensionisten, gewiß mit Recht Pensionopolis genannt.

I. ordentliche Schwurgerichtssitzung für Oberfranken im Jahre 1870.

3. Fall. Angeklagt ist der ledige Schneidergeselle Nikolaus Tröger von Oberkotzau wegen Verbrechens der Brandstiftung.

Am 20. Novbr. 1869 kam in der Scheune des Bauers Joh. Knöchel in Oberkotzau Feuer aus. Die Frau des Letzteren Margaretha gewahrte von der Wohnstube aus den von der Scheune aufgehenden Feuerschein, eilte zur Scheune, öffnete die in die Scheunenbanze führende Thüre und sah nun, daß eine Schütte Stroh, welche nebst anderen auf den Heu in der Banze lag, lichterloh brannte, und daß das Feuer mannshoch emporloderte. Während sie nun zu ihren Nachbarn, um Hilfe zu holen, eilte, war inzwischen ihr Mann in die Scheune gelaufen, wo inzwischen das Feuer mehrere über dem Heu gelagerte Schütte Stroh ergriffen hatte und schon über das Heu lief. Es gelang nun dem Joh. Knöchel mit Hilfe der zahlreich herbeigeeilten Ortsgenossen dem weiteren Umsichgreifen des Feuers Einhalt zu thun, indem die vom Feuer ergriffenen Strohvorräthe aus der Banze in die Tenne geworfen und dort mit Wasser begossen wurden, bis das Feuer erstickt war.

Der Verdacht, fiel auf den ledigen Schneidergej. Nik. Tröger von Oberkotzau, einen arbeitsscheuen Trunkenbold.

Derselbe hatte früher sein Nachtquartier in dem Stalle des Knöchel, bis dieser ihn beiläufig 3—4 Wochen vor dem Brande aus seinem Hause wegwies. — Unmittelbar nach Ausbruch des Brandes sah ihn sowohl die Marg. Knöchel, als auch verschiedene Ortsbewohner in der Nähe der Scheune. Tröger wurde nach Bewältigung des Feuers verhaftet und gestand dem Gendarmen, welcher ihn nach Rehau transportirte zu, daß er das Feuer angezündet habe. — Auf die Frage des Gendarmen entgegnete er: „Stehlen darf ich nicht, Nachtquartier habe ich nicht, bettle ich, werde ich erwischt, mithin blieb mir nichts anderes übrig, als anzuzünden." — Das einzige Motiv also war der Wunsch in einem Zuchthause untergebracht und versorgt zu werden.

Die Geschwornen bejahten die an sie gerichtete Frage im Sinne der Anklage und wurde Tröger vom Schwurgerichtshof in eine 4jährige Zuchthausstrafe verurtheilt.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 11. März l. Js.

Im Betreffe der Umgestaltung der Lokalirrenanstalt St. Getreu wurden die Vorschläge der Vorberathungscom. zum Beschlusse erhoben u. sollen nach eingeholter Zustimmung der H.H. StBevollm. der kgl. Reg. zur Genehm. in Vorlage gebracht werden. — Auf Mittheilung der k. Stadtschulencomm. seien zu den Jahresprüf. in den dtsch. Schulen die MagMitglieder nach den einzelnen Distrikten vertheilt abzuordnen. — Eine kgl. Reg.-Entschl. wegen Verleihung des Schnatz'schen Familienstipend. soll nach § 15 der Stift. Urkunde dahin beantwortet werden, daß Frauenzimmer nur dann bezugsberechtigt sind, wenn sie in den Ehestand oder in ein Kloster treten. — Die geisteskranke Dienstmagd Barb. Klinger von Kupferberg sei bis zum stattfindenden Umbau der Irrenanstalt allda aufzunehmen. — Das Gutachten des H. Baurathes über den Stand der Kanalführung in der Kaizershofstraße sei der k. Reg. auf

Anordn. in Vorlage zu bringen. — Auf eine Anzeige wegen des überhandnehm. Hausbettels für angebl. Neucommunik. sowohl von Seiten hies. Einwohner als namentlich auch von Landbewohn. sei strenge Ueberwach. anzuordnen und zugleich das Publikum zur Mitwirkung bei Abstellung dieses groben Unfuges durch Verweig. jegl. Gabe zu ersuchen, da wirkliche Hilfsbedürftige die nöthige Bekleidung alljährlich von der hies. Armenpflege erhalten; aufgegriffene derartige Bettler aus der Stadt sollen übrigens dem Armenpflegschaftsrathe beh. Ausschlusses bei der Unterstützungsvertheilung bekannt gegeben werden. — Die eingeholten Mittheil. der Magistrate von benachb. Städten bestätigen, daß auf den dort. Schrannen das Getraide nach Belieben entweder nach Maaß oder Gewicht verkauft wird, weshalb beschlossen wurde, es auch dahier bei dem seither. Gebrauche bis auf Weiteres zu belassen, u. vorerst Jedermann freizustellen, ob er nach Maaß oder Gewicht Käufe abschließen will. — Mehrere Bauwend. in den Häusern Nr. 5. 86 u. 96. 327. 333 u. 349 seien nach den im techn. Gutachten festgesetzten Bedingungen zu genehmigen. — Der Kärners-Wwe. Frau Pichler sei das Ausgießen von Flüssigkeit auf die gegenüber ihrem Hause gelegene Seilerbahn und das Aufstellen von Wägen auf derselben bei Strafvermeidung zu untersagen. — Auf Beschwerde mehrerer Grundbesitzer wegen Benützung des Fußweges an der Panzerleite mit Fuhrwerk u. dadurch verursachter Wegbeschädigung sei dem Metzgermstr. H. Drummer das Verbot des Befahrens dieses Weges bei Verm. von Strafe einzuschärfen. — Einige Haus- u. Garten-Besitzer in der Klebersgasse seien zur Herstellung ihrer defekten Gartenzäune zu veranlassen. — Der Sicherheits- u. Eigenthumsgefährliche Braugeselle Pankraz Gick von Königsfeld sei wegen Gewohnheitsbettels auf die Dauer von 2 Jahren aus hies. Stadt auszuweisen. — Von den eingebrachten Gesuchen wehrpflichtigen Jünglinge der Alt.-Kl. 1849 um zeitweise Befreiung nach Art. 12. Abs. 3 des Wehrgesetzes seien 11 zu begutachten, dagegen 3 abzuweisen; von 10 Gesuchen aus früheren Jahrgängen seien 9 zu begutachten, eines dagegen wegen geänderter Sachverhältnisse nicht mehr zu genehmigen.

Aus
der öffentl. Sitzung der Stadtgemeindebevollmächtigten
vom 11. März l. Js.

Anwes. Mitgl. 32. — Die Neuwahl der H.H. Distrikts-Vorsteher diente z. Nachr. u. wurde Jedem der anwes. HH. Colleg.-Mitgl. 1 Verzeichniß derselben mitgetheilt. — Dem Projekte zur Umgestaltnng der hies. Lokalirrenanstalt u. der Beschaffung der Geldmittel hiefür wurde einstimmig zugestimmt. — Dem Bürgerrechtsgesuch des Schreinergs. Joh. Schick von Teuchatz wurde die Zustimmung ertheilt, dagegen dem erneuerten Ansuchen um Verleihung der Bürgerrechts des Schneiders Andreas Hatzmann von Hartlanden die Zustimmung versagt. — Gegen des Verehel.-Gesuch des Baders Peter Hitzelberger von hier wurde auf Grund des Art. 36 Ziff. 1 des Gesetzes über Heimath, Verehelichung u. Aufenthalt v. 16. April 1868 Einsprache erhoben; dem Bürgerrechtsgesuche des Müllergef. Nik. Nagengast v. Kalteneggolsfeld jedoch die Zustimmung ertheilt u. gegen das Wirthschafts-Conzess.-Gesuch des Joh. Bapt. Christ dahier eine Erinn. nicht gemacht. — Gegen die vorgelegten ortspoliz. Vorschriften in Bezug auf den Auftrich der Gebäude, soweit es die §§ 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. u. 9 betrifft, war keine Erinner. zu machen; gegen den § 8 derselben mußte indessen auf das Entschiedenste Verwahrung eingelegt werden, weil derselbe einen nicht zu rechtfertigenden Zwang involvirt, zudem eine solche Vorschrift weder vom feuer-, noch sicherheits-, noch sanitäts-polizeilichen Standpunkte gerechtfertigt erscheint und schließlich noch viele Häusebesitzer gezwungen sein würden wegen des Häuseranstriches verderbliche Schulden zu kontrahiren, was leicht viele dergleichen Häuserbesitzer ruiniren könnte. — Der jährl. Entschädigung von 15 fl. für den Oelverbrauch bei der Beleuchtung der von der Weide zum Damme führenden Gasse wurde die Zustimmung ertheilt.

Bekanntmachung.

Donnerstag den 17. März ds. Js. von 8 Uhr Morgens anfangend werden im Bahnhofhauptgebäude dahier die in der ersten Hälfte des Jahres 1869 bei den Eisenbahnstationen des diesseitigen Bezirkes eingelieferten herrenlosen Gegenstände, nach welchen eine Nachfrage nicht geschah, als:

Regen- und Sonnenschirme, Hüte, Stöcke, Kleidungsstücke aller Art, sowie verschiedene andere Gegenstände,

gegen Baarbezahlung öffentlich versteigert und Kaufsliebhaber hiezu eingeladen.

Bamberg, den 12. März 1870.

Königl. Ober-Post- und Bahnamt.

E.-Nr. 3201 **Baumann.** Panzer.

Die J. Bloch'sche Hofschönfärberei
in Darmstadt

empfiehlt sich:

im Färben der Seiden-, Wollen-, und gemischten Kleiderstoffe, Mäntel, Shawls, Band-, Möbel-, und Vorhangstoffe aller Art.

Im Waschen der weißen und couleurten Seidenstoffe, Cachemire, Crepe de chine, Long-Shawls, ꝛc.

In Moiree antique und in Moiree francaise.

Die Farben werden in jeder Branche auf's Schönste und Neueste hergestellt und garantirt die Firma solide und billige Ausführung. Durch verstärkte Dampfkraft ist sie nunmehr in den Stand gesetzt, jeden Auftrag in kurzer Zeit auszuführen. Aufträge nimmt entgegen

Gg. Lurtz, Bamberg
nächst der Kettenbrücke.

Riesenspargelpflanzen,

vorzügliche dreijährige, welche Pfeifen von 1 Zoll Durchmesser liefern, versendet 100 Stück zu 2 fl. 20 kr. incl. Emballage. Cultur-Anweisungen gratis.

Erfurt. Friedrich Sorge.

In dem Literarischen Institut von Dr. M. Huttler in Augsburg ist erschienen u. in der **Otto Reindl**'schen Buchhandlung in Bamberg zu haben:

Flugblätter
des Patr. Vereines Casino
in Augsburg.

Nr. 8. Aus der Adreßdebatte der bayerischen Kammer.

I.

Die deutsche Frage.

Selbstständigkeit Bayerns, Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen.

Preis pr. Exemplar 1 kr.

(In Partien von 100 Ex. 1 fl., von 50 Exemplar 30 kr.)

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 62. Dienstag, den 14. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag über die „Lebensaufgabe des Menschen."

Inland.

München, 14. März. Das heute Morgens ausgegebene Bulletin über das Befinden Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Otto lautet: „Der gestrige Tag und die Nacht vergingen ruhig, und die große Mattigkeit beginnt abzunehmen. (gez.) Dr. v. Gietl.

München, 13. März. Die Königin-Mutter und Prinz Adalbert mit Gemahlin begaben sich gestern zur Gratulation in das Palais des Prinzen Luitpold, welcher sein 49. Geburtsfest beging. Den Abend verbrachte die Familie des Prinzen bei der Königin-Mutter. — Das heute Morgen ausgegebene Bulletin über das Befinden des Prinzen Otto lautet: „Gestern ist der Fieberanfall ausgeblieben, aber die Ermattung ist noch immer sehr groß." — Die der Augsb. Abdztg. gemachte Mittheilung, daß die Fortschrittspartei den neuesten Minister des Aeußern über seine Stellung zu den Beschlüssen des Konzils interpelliren werde, entbehrt jeder Begründung. Was einzelne Abgeordnete zu thun beabsichtigen oder was eine Partei in der Zukunft thun wird, wissen wir allerdings nicht, Das ist aber gewiß, daß in den Klubsitzungen der Fortschrittspartei von einer solchen Absicht bis jetzt noch mit keiner Silbe die Rede gewesen ist. — Die Nachricht desselben Blattes, daß die Beamten im Ministerium des Aeußern dem Fürsten Hohenlohe gestern ein Diner gegeben hätten, ist unrichtig. Staatsrath v. Daxenberger, dem zu Ehren die genannten Beamten bei seinem Ausscheiden aus dem Ministerium kürzlich eine Fete veranstaltet hatten, revanchirte sich gestern und gab seinen ehemaligen Kollegen ein Diner, dem auch Fürst Hohenlohe beiwohnte.

– m. München, 12. März. Gestern Abends bot die Klubsitzung der Patrioten einen äußerst erhebenden Anblick. Das wahrhaft geniale Referat Kolb's über den außerordentlichen Militär-Etat wurde zum ersten Mal in seinen allgemeinen Umrissen dem Klub kund gegeben und es gab sich eine allgemeine Begeisterung dafür kund, um dem Hauptkrebsschaden unserer socialen Zustände endlich mannhaft zu Leib zu gehen. Nach lebhaften Debatten wurde einstimmig beschlossen, in geschlossener Phalanx hinter Kolb zu stehen. Aber wie ein Donnerschlag aus heiterm Himmel traf heute Nachmittag Alle die Nachricht, daß die Abstimmung in der Ausschußsitzung als eine den berechtigten Erwartungen ganz entgegengesetzte zu Tag getreten. Es scheint entweder ein unbegreifliches Mißverständniß oder — ein Verhängniß obzuwalten. Man erwartet mit äußerster Spannung in kurzer Zeit die Klärung und — sollte ein Fehler vorgegangen, schleunigste thätige Reue. Und davon nehmen wir Niemand aus und wäre er selbst aus hochadeligen, gräflichen oder fürstlichen Geblüte. Wir Patrioten werden uns krampfhaft anklammern, um den entscheidenden Augenblick zu benützen, den Koloß des Militarismus um jeden Preis zu zertrümmern.

München, 14. März. Die 19. Sitzung der Kammer der Abgeordneten ist auf morgen Dienstag anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen: Berathung über den Antrag des Frhrn. v. Stauffenberg, Abänderung der Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuchs über unerlaubte Sammlungen betr., über den Antrag des Abg. Schleich, Abänderung der Art. 103 und 116 des Polizeistrafgesetzbuchs betr., und über die Anträge auf Erlassung eines Gesetzes, direkte Wahlen zum Landtag mit geheimer Abstimmung betr, dann Vortrag des 4. Ausschusses über geprüfte und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundene Beschwerden, endlich Vortrag des 6. Ausschusses über geprüfte Anträge. — Der Einlauf der Abgeordnetenkammer vom 7.—12. März enthält 43 Nummern. Unter denselben befinden sich außer zahlreichen Eingaben um Gehaltserhöhung und Adressen, das Militärbudget betr., zwei Bitten, der Stadt Auerbach und der Stadt Betzenstein, den Bau der von Hersbruck über Pegnitz nach Bayreuth projektirten Eisenbahn betr., Bitte der Stadt Eichstätt um Erhöhung des Zuschusses zur Polizeiverwaltung, Bitte des Distriktsraths Altdorf um Uebernahme der Altdorf-Feuchter Distriktsstraße auf Staatskosten, Bitte des Landesausschusses der bayer. Feuer-

wehren um Befreiung der aktiven Feuerwehrmitglieder vom Bürgerwehrdienste, Antrag des Abg. Lerzer auf Abänderung des Art. 31 Abs. 1 des Distriktsrathsgesetzes, Bitte der Handels- und Gewerbekammer für Unterfranken um Herstellung einer Bahnverbindung zwischen dem Bahnhof in Würzburg und dem Mainfluß, dann um Anlage eines Staatshafens in Würzburg.

Das Ereigniß des Tages ist der vorgestrige Beschluß des Finanzausschusses der Abg.-Kammer in Betreff der außerordentlichen Creditforderungen des Kriegsministers. Statt 6,456,000 wurden nur 2,452,000 fl. zur Genehmigung vorgeschlagen. — Der Bericht des Hrn. Referenten Abg. Kolb liegt nun vollständig vor. Er legt in dreizehn Punkten die Mittel und Wege dar, auf Grund deren Millionen am Militärbudget gespart und Mehrbelastung vermieden werden könne. An der Genehmigung der Hauptpositionen des Referats dürfte kaum zu zweifeln sein.

Am Mittwoch, den 16. März, wird bei dem Bezirksgericht Schweinfurt die Verhandlung gegen Hr. Pfr. Trunk stattfinden. Zu der Verhandlung sind 14 Zeugen geladen.

Würzburg, 13. März. Die Adresse gegen das Wehrgesetz nimmt einen raschen erfreulichen Fortgang. Vergebens versuchen die Fortschrittsblätter die Agitation wegzuleugnen. Die beste Antwort ist: Ueber 2000 Unterschriften sind schon gezeichnet, darunter aus Würzburg über 800, ferner aus den Landgemeinden Luidach, Unterdürrbach, Unterleibach, Unteraltenheim, Büttharb, Kolitzheim, Versbach, Maidbern, Ruppertshütten, Heidingsfeld, Kürnach, Stammheim, Ripfeld, Theilheim, Remlingen, Michelau, Gräfendorf, Passensheim, Eisingen, Dippach, Aistheim, Rumpan, Esthenfeld, Großlangheim, Rödelsee, Marktheidenfeld. Diese alle sind also vor dem gestellten Termin eingelaufen und es ist noch eine große Zahl in Aussicht.

In Würzburg ist der Redakteur des demokratischen Würzb. Journ. wegen Majestätsbeleidigung und Kränkung der Amtsehre des Hrn. von Schlör vor das Schwurgericht verwiesen, (um von demselben freigesprochen zu werden!)

Karlruhe, 12. März. Die erste Kammer hat das Gesetz betreffend die Aufhebung der Schulpatronate, sowie das Gesetz zur Erleichterung der Eheschließungen angenommen.

Aus Frankfurt läßt sich die „Krzztg." schreiben, daß man dort seit Jahren keine glänzendere Carnevals-Saison gesehen, als die diesjährige, um die redaktionelle Bemerkung unterzubringen, daß die Frankfurter unter preußischer Herrschaft nicht verarmt seien und jetzt auch auf die Weltschmerzrolle verzichtet zu haben schienen. Der Sinn und Zweck der Bemerkung ist nicht klar. Wünschte die „Kreuzzeitung" die Verarmung Frankfurts und bedauert nun, daß der Wunsch nicht erfüllt worden ist? Oder will das preußische Blatt die Dankgefühle der Frankfurter Bevölkerung wecken, indem es dieselbe darauf aufmerksam macht, daß die preußische Herrschaft ihr nicht Alles genommen?

Wien, 13. März. Der Ausschuß des Reichsrathes berieth heute über die Vorlagen der Regierung, betreffs der Maßregeln, welche dieselbe gegen den Aufstand in Dalmatien getroffen hatte. Der Ausschuß nahm den Antrag an, wonach die Verfügungen der Regierung für gerechtfertigt erklärt und genehmigt wurden und wies alle Anträge, welche einen Tadel der Regierung bezweckten, zurück.

Nach der „Italie" hat die österreichische Polizei Briefe in die Hände bekommen, welche interessante Aufschlüsse über die Organisation der social-demokratischen Partei enthalten sollen. Es existire in Europa eine Gesellschaft, die sich die Aufgabe gestellt hat, Oesterreich, Frankreich und Rußland social zu desorganisiren. Die Gesellschaft hat ihren Hauptsitz in der Schweiz, eine Succursale in London, eine in Berlin, von denen der letzteren besondere Bedeutung zukommt. Die Gesellschaft theilt sich in zwei große Fraktionen, von denen jede ihre eigene Agenten hat. Die eine der Fraktionen hat speziell die Aufgabe, die Arbeiter gegen die Kapitalisten aufzuwiegeln; die zweite beschäftigt sich damit die Armeen zu bearbeiten.

Ausland.

Paris, 11. März. Im Ministerrath scheint man dahin übereingekommen zu sein, daß man vorerst vor der Beschickung eines Gesandten zum Concil absieht, und den status quo der römischen Frage aufrecht erhält; jedenfalls war es Anerkennungswerth, daß das Ministerium mit dieser schwierigen Aufgabe Männer wie Latour, Broglie oder Corcelles zu betrauen gedachte, über deren Treue u. Anhänglichkeit an die katholische Kirche nur eine Stimme herrscht. Diese drei Candidaten standen stets in der vordersten Reihe unter den Vertheidigern der gerechten Sache des heil. Vaters. Die Stimmung in den Departements wird wohl diesen Rückzug räthlich gemacht haben. —

Die „Patrie" schreibt: Die ersten Veränderungen, welche im Personal der Präfekten und Unter-Präfekten stattgefunden haben, werden durch eine neue Reihe von Versetzungen von Unterpräfekten vervollständigt werden. Das Dekret hierüber wird demnächst im amtlichen Blatte erscheinen.

Madrid, 12. März. In hiesigen Kortes-kreisen herrscht die Ansicht, die Kortes würden sogleich nach Votirung der Grundgesetze, wenn sie bis dahin noch nicht in der Lage wären, einen König zu wählen, ihre Aufgabe als konstituirende Versammlung für beendet erklären und fortfahren, als ordentliche Kortes zu tagen. Wie versichert wird, würden

in diesem Falle die Prärogativen des Monarchen auf Serrano übertragen werden.

Der nach einer telegraphischen Nachricht aus Madrid vom 12. von dem Herzog von Montpensier im Duell erschossene Infant Heinrich von Bourbon, Herzog von Sevilla, war 1823 geboren und ein Bruder des Gemahls der Exkönigin Isabella, Franz de Assisi sowie der Gemahlin des Prinzen Adalbert von Bayern.

Aus der Stadt und Provinz.

Am Sonntag begannen dahier die Conferenz-Vorträge des H. P. Pottgeißer in der St. Martins-Kirche. So viel für heute, daß ein nicht nur ausgewähltes, sondern äußerst zahlreiches Publikum, das gestern stärker vertreten war und der Völle dieser so geräumigen Kirche während der vorjähr. Missions-Predigten ziemlich nahe kam, diese Vorträge besuchten. Im Beiblatte werden wir Ausführliches bringen.

I. ordentliche Schwurgerichtssitzung für Oberfranken im Jahre 1870.

4. Fall. Den 9. und 10. März. Die Anklage ist gerichtet gegen den led. Joh. Ploß von Baumersreuth und Joh. Nik. u. Andr. Dannhorn von Wustung wegen eines Verbrechens des Diebstahls u. eines Vergehens des Jagdfrevels.

Vom 8. Aug. 1868 bis 17. Oktbr. 1869 wurden die Bewohner der Ortschaften Niederlamitz, Dörflas, Baumgarten, Hallerstein und Umgebung durch mehrfache Diebstähle in Aufregung gebracht, da die Diebe nicht sofort ermittelt werden konnte und doch aus der Art der Verübung ersehen werden konnte, daß die Diebe immer die nehmlichen seien. Dieselben waren immer dadurch in die Wohnungen der Damnifikaten gelangt, daß sie das Schloß der Hausthür durch eine künstliche Manipulation öffneten, oder daß sie durch die Fenster einstiegen.

Der erste Diebstahl war vom 8. auf d. 9. Aug. 1868 bei dem Bürgermeister Blechschmidt zu Niederlamitz verübt worden, in dessen versperrtes Wohnhaus die Diebe durch die Stallthüre gedrungen waren, wodurch man in den Hausplatz gelangen konnte, aus welchem die Diebe ein Zwillingsgewehr und eine mit verschiedenen Jagdgeräthen versehene Jagdtasche mit fort nahmen.

Ein weiterer Diebstahl erreignete sich in der Nacht vom 1./2. Sept. 1868 zum Schaden der Bauerswitte Christiana Dannhorn von Dörflas, welcher Wäsche u. Leinwand im Gesammtwerthe von 9. fl. 48 kr. entwendet wurden. Die Diebe waren durch ein in den Hof gehendes Fenster eingestiegen, welches so locker verwirbelt war, daß es durch Rütteln von Außen leicht geöffnet werden konnte.

In der Nacht vom 27. 28. Sept. 1868 wurden in dem Orte Hallerstein nach einander 3 Diebstähle verübt, z. N. des Bgmstr. Baumann, des Oek. Joh. Kießling und des Gütlers Joh. Kaud. Bei den beiden Letzteren waren die Diebe, wie bei den eben erwähnten, durch das Fenster in das Haus eingestiegen und hatten dortselbst, was sie fanden, mitgenommen. — Ebenso vom 11. 12. Oktober 1868 der Müllermstr. D. Herold zu Niederlamitz; vom 28. 29. Sept. 1969 der Bauer A. Bates von Völkenreuth; vom 11. 12. Okt. 1869 der Bauer J. Nik. Schörner zu Fahrenbühl u. am 17. Okt 1869 nochmals der Bürgerm r. Bl chschmidt von Niederlamitz bestohlen.

Ueberall hatten die Diebe Alles, was nicht niet- und nagelfest und leicht transportabel war, mitgenommen und entziffert sich die Gesammtsumme der entwendeten Gegenstände auf etwa 180 fl.

Der Verdacht fiel endlich auf den bei dem Müller Herold dienende Joh. Ploß. Der Sohn des Müllers fand nemlich eines Tages in der Streuschupfe versteckt, einen der Wittwe Dannhorn gehörigen und ein Paar Stiefel enthaltenden Sack, und entdeckte in der Truhe des Ploß die Rohre eines Zwillingsgewehres, welches dem Bgrmstr. Blechschmidt entwendet worden war. Es wurde Haussuchung bei Ploß gehalten und über 100 Gegenstände, wie Joppen, Westen, Beinkleider, Bettwäsche, Stiefel, Meiser, Halstücher, Hemden, Strümpfe, Leinwand ꝛc. ꝛc. vorgefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb sich Ploß nicht ausweisen konnte. — Auch fiel der Verdacht auf Joh. Nik. u. Andr. Dannhorn, welche mit Ploß innig befreundet waren, und von denen der erstere ein Mal mit einem gestohlenen Rocke gesehen wurde. Auch war dies herrliche Kleeblatt dem Wildfrevel ganz ergeben u. zogen hiezu immer gemeinschaftlich aus.

Ploß gesteht in Untersuchungshaft zu, daß er bei den meisten erwähnten Diebstählen in der Weise betheiligt gewesen sei, daß er bei Verübung derselben Wache gestanden, der eine oder der andere Dannhorn den Diebstahl ausgeführt und er dann die gestohlenen Gegenstände in seinem Hause versteckt habe. Dies habe er auch gethan, wenn er nicht betheiligt war und ihm die Dannhorn von auf eigene Faust verübten Diebstählen die Waaren gebracht hätten. Die beiden Dannhorn bezeichnen durchweg die Angaben des Ploß als unwahr.

Die 3 Beschuldigten werden bei der beträchtl. Anzahl der während 14 Monate hindurch zur Last gelegte Diebstähle und in Folge des gemeinschaftl. Handeln gemäß Art. 274 Ziff. 5 des StGB. wegen eines Verbrechens des Diebstahls angeklagt.

Außerdem sind sie beschuldigt, 1868—69 theils je zwei theils alle drei mit einander mit Schießgewehren versehen in einem fremden Jagdbezirke die Jagd ausgeübt u. damit ein fortges. Vergehen des Jagdfrevels begangen zu haben. Joh. Ploß und Nik. Dannhorn gestehen es zu, öfters gemeinschaftlich gewildert zu haben, während And. Dannhorn seine Nichtschuld betheuert. Doch wurde von dem Müllerssohn D. Herold im Sommer 1869 oft die Beobachtung gemacht, daß die 3 Beschuldigten zur Nachtszeit sich auf den Kornberg begaben, offenbar zu keinem anderen Zwecke, als um daselbst zu jagen.

Die k. Staatsbeh. hielt die Anklage aufrecht, während die Vertheidiger darzuthun versuchten, daß hier von einem Complotte keine Rede sein könne. Insbesondere suchte die Vertheidigung des Andr. Dannhorn zu beweisen, daß derselbe in keiner Weise an den ihm zur Last gelegten Diebstählen sich betheiligt habe, da das einzig gravirende Moment für seine Schuld nur in der Aussage des Ploß ruhe und diesem als Angeklagten kaum Glauben geschenkt werden dürfte.

Den Herren Geschwornen bejahten die Hauptfragen, so daß die Unterfragen wegfielen und die Angeklagten eines Verbrechens des Diebstahls und eines Vergehens des Jagdfrevels für schuldig erkannt wurden.

Johann Ploß wurde zu 5, Johann Nik. Dannhorn zu 4 ½, Andreas Dannhorn zu 4jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

Vermischtes.

— Die gesammte Musikwelt hat einen empfindlichen Verlust erlitten Ignaz Moscheles, der Stolz des Leipziger Conservatoriums, schied am 10. ds. nach kurzem Leiden sanft aus dem Leben. — Der hohe Ruf, den des Leipziger Conservatorium in ganz Europa genießt, ist nicht zum geringsten Theile das Werk des wackern Moscheles, der nicht nur ein eigenartiger, reichbegabter Künstler sondern auch ein tüchtiger, seinem Berufe treu ergebener Lehrer war.

Digitized by Google

(Ball der Fetten in Irving Hall zu New-York.) Im letzten Fasching fand im genannten Lokale der erste Ball der „Fat Men's Association" — der Ranzengarde oder Dickwänste, wie sie von den Deutschen genannt wurden — statt. Derselbe war sehr besucht und alle Theilnehmer amüsirten sich auf's Beste Bedenkt man, daß das Minimumgewicht der Mitglieder statutenmäßig auf 220 Pfund festgesetzt ist, so kann man sich eine Vorstellung von der Gewichtigkeit der Tänzer machen. Ueber 200 Fettwänste, welche zusammen mehr als 600 Ztr. wogen, hatten sich eingefunden Unter ihnen war Hr. Stout aus Pougkrepsie der schwerste — er wog die Kleinigkeit von 390 Pfunden. Dann kam John Fisk mit 354 Pfd., Siller Stwens 327 Pfd., J. A. Lincoln 319 Pfd, C. T. Turyea 318 Pfd., und so abwärts bis zum Minimumgewichte. Auch die Damen, welche die Dickwänste begleiteten, waren vollwichtige Vertreterinnen ihres Geschlechtes, und die Jugend war durch einen 7jährigen Knaben Namens Thomas Conway, der 80½ Pfd. wog, repräsentirt. Die Märsche und Tänze „von den Ranzengardisten" und ihren Damen ausgeführt, waren ungemein komisch. Schweißtropfen haben die guten Leutchen in solcher Menge vergossen, daß der Boden des Saales nicht mit Wasser benetzt zu werden brauchte.

Frankf. Coursbericht vom 12. März 1870.

Staatspapiere.				Würtbg.	4½% Obl.	91	bz
Preußen.	5% Oblig.	— G			4 "	86¼	G
	4½ "	93½ P			3½ "	82½	G
	4 "	84½ G		Baden.	4½ "	92½	G
Frankfrt.	3½ "	81¼ P			4 "	85⅝	bz
Nassau.	4½ "	92 G			3½ "	82⅜	G
	4 "	84¼ P		G. Hessen	5 "	102	P
Kurhess.	4 "	83½ P			4 "	92½	G
Bayern.	5% Oblig.	101½ P		Sachsen.	5 "	101¼	bz
	4½ 1jhr. "	91¼ bz		Brschw.	3½ "	80⅜	P
	4½ 1jhr. "	91½ G		Oesterr.	4⅓ R.i.S.	58½	bz
	4 1jhr. "	86½ P			4 " R.i.P.	50¼	G
	4 1jhr. "	86¼ G			5 Ung. E.-A.	75½	P
	4 Obl.-R.	86¾ P		Amerika.	6% pr. 1882	95⅜	bz
	3½ Obl.	— P			6% pr. 1885	95½	bz
Anlehen der Stadt München 100½ G							
Anlehensloose.				bad. 35 fl.		57¼	G
3½% preuß. 100thlr.		— bz		großh. hess. 25 fl.		—	bz
kurhess. 40 thlr.		58⅜ bz		Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.		12	P
bayr. 100 thlr.		106½ bz		österr. 500 fl. v. 1860		79⅜	bz
Wechsel auf kurze Sicht.				Hamburg (M.-B.100)		88¼	G
Amsterdam (100fl.)		100⅜ bz		London (10Pf.St.)		119⅜	bz
Augsburg (100fl)		99⅜ G		Paris (200 Fr.)		95½	bz
Berlin (60 thlr.)		105 bz		Wien (100 fl. ö. W.)		95⅜	bz
Bremen (50 thl. Geld)		97⅛ P		Disconto 3½ pCt.			
Aktien.				5 öst. Staatsb. 500 frc.		367	bz
3½% b. H.u.W.-B. 500 fl.		— G		4 pfälz. Ludwb. 500 fl		171¼	bz
Oest. Nat.-B. 600 fl.		695 P		4 " Maxbahn 500 fl		106⅜	P
4% b. Ostbahn 200 fl.		119¼ bz		4 Nordb. 500 fl.		87⅛	G
5½ öst. Südb. 500 frc.		233 bz		4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.		90½	G

Neueste Gesetze

in der billigen Würzburger

Volksausgabe.

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Berggesetz. 1. Abth. Gesetz v. J. 1869 nebst Gesetz über Abgaben von den Bergwerken. Mit Erläuterungen aus den Motiven zum Gesetz, den Vorträgen der Referenten, den Kammerverhandlungen u. s. w., sowie einem Sachregister. (32. Bdchn, 1. der W. Volksausgabe.) 30 kr. — 2 Abth. Organisation der Bergbehörden, Gefahrverhütung u. s. w. 6 kr.

Maß- und Gewichtsordnung. 1. Abth. Gesetz. 6 kr. — 2. Abth. Vollzugsinstruktion dazu nebst Verordnungen. 9 kr. (33 Bdchn. 1. und 2. Abth.)

Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge. 6. Abth. Die revidirte Rheinschifffahrtsakte. Transport entzündlicher ꝛc. Stoffe auf dem Rhein. Die neue Schifffahrtspolizei- und Floßordnung für den Rhein u. s. w. (36 Bdchn.) 18 kr. — 7. Abth. Vertrag mit der Schweiz. Zollvereins-Ausführungsgesetz wegen Zuckerbesteuerung. (37. Bdchn.) 9 kr. — 8 Abth.

Das neue

Vereins-Zollgesetz.

(38. Bdchn.) 12 kr.

Jedes Bändchen kann einzeln bezogen werden. — Verzeichnisse über die ganze Sammlung stehen gratis zu Diensten.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin.

400 fl. werden auf eine Hypothek im Landger. Bamberg l., welche auf 1000 fl. geschätzt ist, aufzunehmen gesucht.

Stammwappen

für Jedermann, werden zur Anfertigung besorgt, von

Joh. Blößer,
Hs.-Nr. 1134.

Cacao-Schalen,

staubfrei, werden in größeren Partieen billigst abgegeben.

Hof-Chocoladefabrik
C. Rottenhöfer,
München.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

Otto Reindl.

Schrannenmittelpreise.

Dat.	Ort	Weiz.	Korn	Gerste	Hab.
12.	München.	18.58	11.54	12.58	7.55
12.	Regensburg.	17.46	11.59	12.30	8. 5
12.	Augsburg.	17.54	11.48	12.48	7.50
12.	Straubing.	17.13	12.08	10.27	7.34
11.	Landshut	17.26	12.01	10.23	7.47
12.	Nördlingen.	17.36	12.13	12.19	8.13
10.	Erding	17.06	11.05	11.09	7.09
12.	Schweinfurt	17.33	14.—	14.15	9.30
12.	Bamberg.	18.28	13.21	14.19	7.32

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized

Neue Bamberger Zeitung.

№ 63. Mittwoch, den 16. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag von Hrn. P. Pottgeißer.

Die Religion u. ein Organ der Volkspartei.

Der Nürnb. Anzeiger Nr. 71 verhöhnt in einem Artikel, „⊙ Gelegentliche Frage" zunächst die kath. und dann die christliche Religion überhaupt mit einem Cynismus, der, vielleicht mit Ausnahme von Wien, wohl nur in Bayern möglich ist. Er fragt den Fürsten Hohenlohe, „unter welcher Bedingungen und Voraussetzungen man auf das Prädikat „gut katholisch" Anspruch machen kann, ob auch noch denn, wenn man aus Grund seines Herzens und seiner Seele die Lehren und die Lehrer des Jesuiten-Christenthums verabscheut und die in ihrer Hexenküche ausgebrüteten neuen Dogmen der unbefleckten Empfängniß der Mutter, der Großmutter und vielleicht in Bälde der Urgroßmutter des Heilandes nur als Mittel zur Befriedigung ihrer unersättlichen Habsucht betrachtet. Den alten Gott-Vater haben die Diener des Altars schon längst in den Hintergrund geschoben, pensionirt; auch muntern sie die Jugend nicht auf sich dem Studium der Natur, d. h. der vernünftigen Offenbarung Gottes zu widmen und die Gesetze der Schöpfung zu erforschen." Weiter ärgert er sich, daß die Anbetung und Verehrung der zwei anderen Persönlichkeiten des himmlischen Triumphirats — des Sohnes und heiligen Geistes — im Volke Eingang finden und spottet über die Verehrung des Namens Jesus durch die Gläubigen. — Wer ist nun der Schreiber solcher Rohheit, (denn ein gebildeter und anständiger Mann achtet fremde religiöse Ueberzeugung) der sich erfrecht die Religion von Millionen bayerischer Staatsbürger zu verhöhnen den Gesetzen zum Trotz, die Schutz den anerkannten Religionsgenossenschaften aussprechen? Er ist kein Protestant, denn ein solcher wurde die heil. Schrift kennen und wissen, was ihr der Name Jesus ist; er verräth sich vielmehr als einen ehemaligen Katholiken, der wohl weiß, aus welchem „Grunde des Herzens und der Seele" er mit seiner Kirche in Widerspruch gerathen ist. Welchem Zweige des Naturstudiums er jetzt sich widmet, sagt er nicht. Von einem solchen Menschen nun, der seine Wissenschaft beurkundet, indem er Triumphirat schreibt, wo es Triumvirat heißen soll, voraussetzen wollen, daß er weiß, die unbefleckte Empfängniß der jungfräulichen Gottesmutter ist erst feierlich erklärt worden, nachdem der ganze katholische Erdkreis deßhalb befragt worden war und einstimmig es verlangt hatte, wäre natürlich zu viel. Ebensowenig weiß er etwas davon, daß schon Luther in einer Predigt die unbefleckte Empfängniß Maria vertheidigte und daß höchst angesehene Protestanten, wie Hengstenberg, Leo, Nathusius sich für dieselbe erklärten.

Der Nürnb. Anzeiger gerirt sich in neuerer Zeit als Organ der Volkspartei. Allein wenn er in der bisherigen Weise fortfährt, das was jedem denkenden Mann heilig ist, die Religion, in den Koth zu schleifen, so zweifeln wir, ob ein ehrenwerther zur Volkspartei gehöriger Mann ihn als sein Organ ansehen mag. Der Nürnb. Anzeiger würde nur als Organ des sittlich und geistig vorkommenen Pöbels, des Abschaums der Menschheit gelten. —

Inland.

München, 13. März. Graf v Bray hat die Uebernahme der Leitung des Staatsministeriums des Aeußern den bayerischen Gesandtschaften im Auslande durch ein Rundschreiben notificirt; der Wortlaut desselben ist noch nicht bekannt, doch wird versichert, dasselbe enthalte die Versicherung, daß in der auswärtigen, und besonders der deutschen Frage der status quo im vollsten Sinne aufrecht erhalten bleiben soll. Seit acht Tagen ist der Gesandte Spaniens in Wien, Don del Mazo y Cheradi, hier anwesend, um auch an unserem königlichen Hofe beglaubigt zu werden; doch soll dies, wie versichert wird, auf einige Schwierigkeiten stoßen. — Der ehemalige Herzog von Nassau, der bekanntlich jüngsthin ein großes Landgut im bayerischen Oberlande angekauft hat, beabsichtigt nun hier ein Palais zu erwerben und künftig hier zu wohnen.

Das „M. Journ." schreibt über den Ministerwechsel: Es hat Anstrengung gekostet, der Durchlaucht Hohenlohe ledig zu werden. Wir wissen warum.

Digitized by Google

Der Fürst war Bismarck's Liebling. Ich darf wohl es sagen, es wird noch kaum einen bayerischen Minister gegeben haben, der solche Opfer brachte, um die nationale Einigung zu Stande zu bringen, will sagen, um Bayern an Preußen auszuliefern Es war höchste Zeit, daß Hohenlohe sein Portefeuille niederlegte. Aber mit Hohenlohe darf das Gehen noch nicht stille stehen. Auch Schlör muß fort. Seine Fäden spinnt er fein, das wissen wir; aber doch wir kennen sie. Hat Hohenlohe ein Mißtrauensvotum verdient wegen seiner preußischen Haltung, so hat es Schlör nicht minder verdient, ja er hat es noch mehr verdient. Schlör ist zwar schlau; er hat sich zu retten gewußt, als der kultusliebende Gresser und der wahrheitsliebende Hörmann aus dem Ministerium traten; er sah seinen Chef nicht ungern scheiden und meint, daß der rasende See nun genug Opfer verschlungen hätte. Aber der See ruht nun noch nicht. Er fordert unbarmherzig noch die schlörige Excellenz. Er ist Preuße und — Freimaurer. Und unser Kriegsminister Herr v. Prankh? Auch für ihn schwinden die Hoffnungen immer mehr. Ungeachtet der immensen Höhe des Militärbudgets hat er doch in allerletzter Zeit so zu sagen über Hals und Kopf pensionirt. Diese Pensionirungen haben im ganzen Lande einen großen Unwillen hervorgerufen und werden ihm den Hals brechen. Bei der Debatte über das Militärbudget werden ihm viele Dinge vorgehalten werden, die er unmöglich wird verdauen können. Und unser Finanzminister — ach Gott — wackelt auch. Wir wissen, wie er dem Hrn. v. Hörmann in der Kammer geholfen, — die Wahrheit sagen, — und wie der böse Westermayer beiden dann wieder aus der — Wahrheit — herausgeholfen hat. Seitdem ist auch der Stern des Hrn. Pfretzschner im Erbleichen. Es wird nichts Anderes übrig bleiben, als — er geht auch. Und warum sollten die Patrioten auch nur auf ein Mitglied des Ministeriums Hohenlohe ein Vertrauen setzen. Sie waren alle solidarisch miteinander verbunden. Sie sind darum alle für die Handlungen dieses Ministeriums verantwortlich. Geht darum Einer, so gehen Alle. Mit gefangen — mit gehangen, — sagt man im Leben."

München, 14. März. Abgeordnetenkammer. In der heutigen 19. öffentlichen Sitzung wurde vom Präsidium bekannt gegeben, daß das Direktorium die Akten über die Günzburger-Wahlen geprüft keinen Anlaß zur Beanstandung gefunden und deßhalb die 3 Günzburger Abgeordneten einberufen hat. Da zwei anwesend waren, wurden sie beeidigt, worauf der k. Staatsminister der Finanzen, da die Erledigung des Budgets noch einige Zeit in Anspruch nimmt u. die Ermächtigung zur Forterhebung der Steuern Ende dieses Monats abläuft, den Entwurf eines Gesetzes, die provisorische Forterhebung der Steuern ꝛc. bis Ende Juni l. Js. betr., vorlegte. — Mehrere Referenten zeigten an, daß die Vorstell. der Maurer- u. Zimmermeister, die Uebernahme und selbstständige Führung von Bauten betr. und die Erbauung einer Vicinaleisenbahn von Spalt nach Georgensgemünd betr, sowie die Rechnungsnachweis. über den effekt. Aufwand für das Staatsbauwesen von den betreff. Ausschüssen erledigt werden sind und die Referate demnächst vertheilt werden. Hieran reihte sich die Berathung über die Anträge den Hrn v. Stauffenberg u. Greil, die Abänderung der Bestimmungen des PolStGesetzbuches über unerlaubte Sammlungen betr. Nach sehr eingehender Debatte wurden diese Anträge abgelehnt ebenso der Antrag des Abg. Dr. Schleich auf Abänderung der Art. 103 u. 116; hierauf kam der Abg. Föckerer auf den Vorfall in der Sitzung vom 3. Febr. zurück, wo er behauptete, daß der frühere Abg., jetzt Ersatzmann Winkelhofer, bei einer Versammlung von niederbayer. Abgg. die Abschaffung des Zollvereins bevorwartet habe. Er (Red.) glaube während seiner langjährigen Thätigkeit in diesem Hause auf Freund u. Feind den Eindruck gemacht zu haben, daß er absichtlich eine unrichtige Behauptung nicht aufstelle. In dem vorliegenden Falle habe er nach eingehenden Forschungen die Ueberzeugung gewonnen, daß weder Winkelhofer noch ein anderer niederbayerischre Abgeordneter in der Zeit, welche er (Föckerer) angegeben, den erwähnten Vorschlag gemacht hat. Er sei durch einen falschen Bericht getäuscht worden u. bedauere, Hr. Winkelhofer gekränkt zu haben. Uebrigens werde er gegen die öffentliche Beleidigung, die er damals in diesem Hause durch ein Mitglied erfuhr, weitere Schritte zu thun sich vorbehalten. — Hiemit schloß die Sitzung um 1 Uhr, die nächste findet am kommenden Freitag statt.

Ueber die Organisation der Bürgerwehr trifft der Entwurf folgende Bestimmung: In allen einer Kriegsregierung unmittelbar untergeordneten Städten ist eine Bürgerwehr zu errichten. In denjenigen Orten, an welchen sich der Sitz eines k. Bezirksamtes befindet, kann jederzeit, sobald ein Bedürfniß hiezu erkannt wird, durch kgl. Verfügung die Errichtung einer Bürgerwehr angeordnet werden. Wenn an diesen Orten bis zum 1. Januar 1870 eine Landwehr älterer Ordnung bestanden hat, wird daselbst sofort eine Bürgerwehr errichtet, soferne nicht durch kgl. Anordnung eine andere Verfügung getroffen wird. Aber auch Gemeinden, welche nicht nach eben Gesagtem zur Errichtung einer Bürgerwehr verpflichtet sind, bleibt dieselbe nach Maßgabe der Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes mit Genehmigung der k. Reg. gestattet. Die Beschlußfassung hierüber erfolgt in den Gemeinden mit magistr. Verfassung durch den Magistrat unter Zustimmung der GemBevoll., in den Landgemeinden durch die Gemeindeversammlung nach den Vorschriften der Gemeindeordnungen. Die Bürgerwehr jeder Gemeinde bildet eine selbstständige Abtheilung und wird je nach

Digitized by Google

Zahl ihrer Mitglieder in Züge, Kompagnien, Bataillone und Regimenter eingetheilt und mit den nach militärischen Normen erforderlichen Chargen an Offizieren, Militärbeamten, Unteroffizieren und Signalisten versehen. Als mindestes Maß werden 100 Feuergewehre für die Kompagnie, 4 Komp. für jedes Bat. und 2 Bat. für ein Regiment festgesetzt. Wo 4 oder mehr Batall. bestehen, bleibt die Bildung einer Bürgerwehrbrigade vorbehalten. Die Bestimmung, welche Abtheilung in einer mit Bürgerwehr versehenen Gemeinde zu bilden sei, steht der KsReg., die Durchführung der Formation der Distriktsverwaltungsbehörde (StMag., Bezirksamt) zu. In größeren Städten sollen die Angehörigen jeder Kompagnie so viel als möglich in dem nämlichen Stadttheile wohnen. Die Bürgerwehr besteht ausschließlich aus Infanterie. In größeren Städten kann jedoch das Staatsministerium des Innern die Errichtung einer kleinen Kavallerieabtheilung auf Grund eines deßfallsigen Beschlusses des Magistrats unter Zustimmung der GemBevollm. gestatten. Die Bürgerwehr jeder Gemeinde steht in rein milit. Angelegenheiten unter ihren Kommandanten; ihre administrativen Geschäfte werden von der GemVerw. besorgt. Die unmittelbare Aufsicht hat die Distriktsverwaltungsbehörde. Die obere Aufsicht über die Bürgerwehr jedes Regierungsbezirkes hat die KreisReg., welcher ein Kreisinspektor beigegeben wird. Die oberste Aufsicht über die gesammte Bürgerwehr des Königreiches führt das Staatsministerium des Innern, welchem ein Oberinspektor beigegeben wird. Die Kreisinspektoren und der Oberinspektor werden vom Könige aus der Zahl der gedienten Offiziere der Armee ernannt und wird ihnen dabei ein ihrer Stellung entsprechender Rang in der Bürgerwehr verliehen. Ihre Funktion ist unentgeltlich. Nur für Dienstreisen erhalten sie Vergütung aus der Staatskasse. Die Festsetzung derselben, sowie der Befugnisse und Verpflichtungen der Inspektoren in Bezug auf die Vornahme der Inspektionen erfolgt durch Verordnung.

Für die Bürgerwehr des gesammten Landes wird eine gleichmäßige einfache Uniform durch Verordnung bestimmt. Jeder, welcher zur persönlichen Dienstleistung in der Bürgerwehr berufen erscheint, ist dieselbe sich anzuschaffen verpflichtet. Die Ausrüstung und Bewaffnung der Bürgerwehr wird durch Verordnung bestimmt. Die Stabs- u. Oberoffiziere, die Militärbeamten und die Feldwebel haben ihre Rüstung und Bewaffnung auf eigene Kosten anzuschaffen. Für die übrigen Unteroffiziere und die Wehrmänner, dann die Signalisten werden die sämmtlichen Ausrüstungsgegenstände einschließlich der Signalinstrumente von der betreffenden Gemeinde gestellt, deren Eigenthum sie bleiben. Bis die Beschaffung der Ausrüstungsgegenstände erfolgt ist, sind diejenigen Angehörigen der Bürgerwehr, welche bereits in der Landwehr älterer Ordnung gedient haben, verpflichtet, die für letztere angeschafften Waffen auch im Dienste der Bürgerwehr zu benützen.

Wie man hört, beschäftigt man sich innerhalb der patr. Partei mit der Ausarbeitung eines Schulgesetzentwurfes, welcher möglichst bald dem Landtag vorgelegt werden soll

Linz, 10. März. Dem neu ernannten Religions-Professor an der Realschule wird vom Bischofe die Ablegung des verfassungsmäßigen Eides verboten. Der Director hat dagegen den Religions-Unterricht ohne vorherige Beeidigung des Professors nicht gestattet.

Ausland.

Washington, 12. März. Der Senat nahm heute die von Sherman beantragte, in einigen Punkten amendirte Bill Behufs Konsolidirung der Staatsschuld mit 32 gegen 10 Stimmen an. In ihrer jetzt amendirten Form ermächtigt dieselbe den Sekretär des Schatzes zur Ausgabe von neuen Bonds im Betrage von 1200 Mill. Dollars, Kapital und Zinsen derselben werden in klingender Münze und ohne Steuerabzug bezahlt. Die Bonds werden in drei Klassen ausgegeben und zwar: 1) 400 Mill. in 5proz. Bonds, in 10 bis 40 Jahren einlösbar; sie können zum Parikurse gegen die ausstehenden 5/20er Bonds umgetauscht werden; 2) 400 Mill. in 4½prozentigen, rückzahlbar in 15 bis 40 Jahren, umtauschbar gegen alle ausstehenden Obligationen, welche einen höheren Goldzins tragen als 4½ Proz.; endlich 3) 400 Millionen in 4prozentigen, rückzahlbar in 20 bis 40 Jahren, umtauschbar nicht unter Pari gegen irgendwelche ausstehende Obligationen der Vereinigten Staaten. Der Sekretär des Schatzes wird ferner ermächtigt, alle in Gemäßheit der Bill auszugebenden Bonds zum Parikurse gegen Gold zu verkaufen und den Ertrag zur Einlösung derjenigen Bonds zu verwenden, welche von den Inhabern nicht zum Umtausch angeboten werden; den mit dem Verkaufe der Bonds beauftragten Agenten kann er eine Provision von ¼ Proz. bezahlen. Schließlich gibt die Bill dem Sekretär des Schatzes die unbeschränkte Vollmacht, die Ausgabe der 4proz. Bonds zu vermehren, unter der Voraussetzung, daß keine Erhöhung der gesammten Nationalschuld daraus entstehe.

Baltimore, 16. Febr. In den deutschen Blättern lesen wir so häufig, wie sehr der Einfluß Deutschlands oder besser Preußens im Auslande im Steigen, wie jetzt kein Deutscher fern von der Heimath ohne Schutz sei u. s. w. Einen seltsamen Contrast bildet zu diesen Versicherungen das Ereigniß, daß vor 14 Tagen im Newyorker-Hafen ein Auswanderungs-Segelschiff, der „John Bertram", nach einer Reise von 103 Tagen angekommen ist, das von 488 Passagieren 20 durch den Tod verloren und 50 Kranke an Bord hatte. Die Inspection des Schiffes ergab, daß der Raum für so viel Passagiere nicht hinreichte, daß kein Arzt an Bord war und nicht einmal die einfachsten Sanitätsmaßregeln zur Anwendung gekommen sind. Der Schmutz

war so groß, daß zwei Karrenladungen vom Schiffe entfernt wurden.

Vermischtes.

Aus Schwaben. (Das Steuerwesen in Bayern.) Ein Schneider- und Schuhmachermeister dahier zahlt als solcher — ohne Gesellen-Gewerbesteuer — per Jahr 2 fl.; ein Angestellter bei 500 fl. festem Gehalte auch nur 2 fl. Ein Beamter mit 3000 fl. Gehalt zahlt nur 25 fl., mancher Halbbauer aber zahlt 50—60 fl. Man heißt dies die Gleichheit vor dem Gesetze! Möge die Abgeordnetenkammer hier abhelfen!

(Ominöses Willkommen.) Als der Herzog von Edinburgh auf seiner großen Rundreise durch Indien in Agra ankam, soll er sich — so erzählt die „Bombay Gazetta" — erkundigt haben, ob die Stadt keine Irrenanstalt besitze, und als dieß verneint wurde, ausgerufen haben: „dem Himmel sei Dank, überall wo eine war, führte man mich dahin, und stets fand ich über dem Eingange in großen Lettern das Wort „Willkommen!"

I. ordentliche Schwurgerichtssitzung für Oberfranken im Jahre 1870.

5. Fall. Freitag, den 11. März. Die Anklagebank nehmen heute ein: a) der Webergeselle Joh. Nahr von Schübelhammer wegen Verbr. der Brandstiftung, b) der verheir. Weber Joh. Nik. Hofmann von dort wegen Verbr. der Theilnahme daran.

Als Vertheidiger sind aufgestellt:
1) für Johann Nahr: Rechtspraktikant Hofmann.
2) für Joh. Hofmann: k. Advokat Herding.

In der Ortschaft Schübelhammer brach Nachts 1 Uhr vom 11. auf 12. Okt. 1869 in verschiedenen Anwesen Feuer aus. Erwiesener Maßen entstand dasselbe zuerst in dem in der Sohle des Roda'sthales gelegenen Anwesen des Bauers Christ. Hohberger und zwar in einer isolirt stehenden Scheune mit angebauter Schupfe, alsdann ward das Feuer sichtbar in dem 11 Schritte von der erwähnten Scheune, in westlicher Richtung entfernten Wohnhause des Hohberger und brannte dasselbe vollständig nieder.

Während das Haus in Brand stand, ward auch in dem Anwesen des Büttners H. Wuner Feuer sichtbar und zwar zuerst in der Scheune, sodann in dem 6 Schritte von derselben entfernt stehenden Wohnhaus, welche beide Gebäude vollständig ausbrannten.

Das Feuer hatte sich kaum in dem Letzteren ausgebreitet, so stand auch alsbald das in einer Entfernung von 12 Schritten in rein westlicher Richtung vom Wuner'schen gelegene Haus des Weber Nikolaus Hofmann in Flammen und hatte das gleiche Schicksal, wie die übrigen brennenden Gebäude.

Die eingeäscherten Gebäulichkeiten des Wuner u. Hofmann waren in nördlicher Richtung von dem Hohberger'schen Anwesen und zwar oberhalb desselben in einer Höhe von beiläufig 30—40 Schuh ungefähr 80 bis 90 Schritte von demselben entfernt, an einer Hügelböschung gelegen.

Auswanderungs-Expedition
nach
Amerika und Australien etc.
über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre, Liverpool u. London mit Dampf- und Segelschiffen.

Billigste Preise und gewissenhafte Besorgung.

Näheres bei der concessionirten Haupt-Agentur für das Königreich Bayern von ***S. Lederle*** in Ludwigshafen a/Rh.
bes. Dep.: Consul der Vereinigten Staaten von Amerika

und folgenden Herren Agenten:

Bädel J. in Bamberg.
Rothlauf Theod. in Bamberg.
Schletz Carl in Bamberg.
Dippold C. in Lichtenfels.
Döring J. W. in Weßenstadt.
Fiedler Fr. in Kronach.
Friedmann A. in Bayreuth.
Künneth G. jr. in Gefrees.
Langheinrich Gg. in Hof.
Schwantner Jos. in Höchstadt.
Steinel Carl in Oberrößlau.
Stengel Andr. in Nordhalben.

NB. Es werden in den verschiedenen Bezirken Oberfrankens noch tüchtige Agenten aufgestellt und sieht die Hauptagentur gefl. Offerten entgegen.

Bestellungen auf **Communion-Bilder** in mehr als 40 Sorten

von 1 kr. an bis 30 kr. das Stück nimmt entgegen

Otto Reindl.

Gratulations-Karten, elegant u. billig, in größter Auswahl bei ***Otto Reindl.***

Stammwappen

für Jedermann, werden zur Anfertigung besorgt von **Joh. Blößer,** Hs.-Nr. 1134.

Vollkommen

bewährt haben sich die bei uns eingeführten Patent-Preßwickelformen, da ohne diese unmöglich solch' gediegener elegant gearbeitete Cigarren geliefert werden könnten. Es beweisen dies auch die sich täglich mehrenden Nachbestellungen, um so mehr da wir vor längerer Zeit Gelegenheit hatten, große Partien Havanna-Tabacke aus einer Conkursmasse billig zu kaufen und deßhalb unsere Fabrikate mindestens 30—35% billiger verkaufen. Wir können mit Recht als ausgezeichnet und höchst preiswerth empfehlen per 1000 Stück:

Hochfeine Havanna Seedlaef Flor Cabannas 48 fl. Hochfeine Blitar Havanna Kronen Regalia 36 fl. Hochfeine Blitar Havanna Tip Top 32 fl. Superfeine Manilla Cuba 28 fl. Superfeine Blitar Xara Castanon 24 fl.

Alle Sorten sind gut gelagert, von feinster Qualität und schöner Arbeit, so daß diese den importirten Havanna-Cigarren, welche 3—4 mal mehr kosten, nicht nachstehen. Probekistchen zu 250 Stück pro Sorte versenden franco, bitten aber uns unbekannte Abnehmer, den Betrag der Bestellung beizufügen oder Postnachnahme zu gestatten. Um Verwechslung mit ähnlichen Firmen zu vermeiden, bitten zu adressiren:

Friedrich u. Comp.,
Cigarrenfabrik. Leipzig.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 64. Donnerstag, den 17. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag von Hrn. P. Pottgeißer.

Wer bessert aber die Bauern auf?

[] Wenn man die an die Kammer der Abg. gebrachten Eingaben durchgeht, so wird es Einem ganz schwindlich zu Muthe. Aufbesserung des Gehaltes, Zulagen, das ist Inhalt und Zweck einer langen, langen Reihe derselben. Die Hrn. Professoren der französischen Sprache und unsere Elementarlehrer,*) Schreiber und Kanzlisten aller Art, Postboten und sonstige niedere Bedienstete. — Alle wollen aufgebessert sein. Wohl mögen die Meisten der Bittsteller einer Aufbesserung bedürftig und auch würdig sein, und Niemand würde ihnen dieselbe lieber gönnen als wir, wenn wir nur wüßten, woher das Geld genommen werden solle, um diese Ansprüche zu befriedigen. Da wir keinen eigenen Staatsschatz hiefür zur Verfügung haben, doch wohl nur aus dem Säckel der Steuerzahler, aus dem Säckel also, dem bereits im neuen Budget-Entwurfe eine direkte Steuererhöhung von etwa 30 Prozent zugemuthet ist; aus dem Säckel, der soviel man vernimmt durch neuere Tax- und Stempelsätze indirekt mehr abgezapft werden soll; aus dem Säckel, dem selbst Graf Bismarck durch die bereits angekündigte Erhöhung der Kaffee- und Rübenzucker-Steuer womöglich noch ein paar Tröpflein auszupressen nicht verschmäht. Dieser allenthalben schon stark an der Schwindsucht leidende Säckel der Steuerzahler müßte demnach noch höher belastet werden, um die Eingangs erwähnten Bittgesuche um Gehaltsaufbesserung befriedigen zu können.

Wir wissen nun nicht, ob die übrigen Klassen der Steuerzahler zur Uebernahme einer derart gesteigerten Steuerlast gewillt und auch nur befähigt seien oder nicht. Bezüglich derjenigen Klasse aber, die von jeder direkten Steuerhöhung am Empfindlichsten mit betroffen wird, und auch, da sie die weitaus zahlreichste in Bayern ist, unter der indirekten Besteuerung am Meisten leidet — bezüglich der ackerbautreibenden Klasse, unter der wir leben, deren Verhältnisse und Stimmung wir kennen, behaupten wir:

Erstens, daß es höchst unbillig, ja ungerecht sei, derselben zu Gunsten anderer Staatsangehörigen noch mehr Lasten aufzubürden; und zwar, weil die ackerbautreibende Klasse unter allen Klassen der Bevölkerung am Meisten Grund zur Klage hat; weil sie am Meisten Recht hat, eine Aufbesserung ihrer Lage zu verlangen, viel mehr Recht wenigstens, als alle Diejenigen, welche von ihr aufgebessert werden wollen.

Zweitens, daß eine höhere Belastung dieser Klasse, ohne sie völlig zu verderben, gar nicht mehr möglich sei.

Wir gehen daran, unsere beiden Behauptungen zu beweisen.

Daß unter allen Klassen der Bevölkerung die ackerbautreibende, der Bauer also, am Meisten Grund zur Klage, am Meisten Recht, eine Aufbesserung seiner Lage zu verlangen, habe, ist nicht schwer zu beweisen. Denn es ist nicht zu leugnen:

Unter allen Klassen der Bevölkerung hat der Bauer bei der verhältnißmäßig beschwerlichsten Arbeit und entbehrungsvollsten Lebensweise den geringsten Arbeitslohn und die geringste Rente von dem in seinem Grundbesitze und im Betriebe der Landwirthschaft befindlichen Kapitale.

Die Beschwernisse und Entbehrungen des Landmannes brauchen wir wohl nicht näher darzulegen; bezüglich seiner übrigen Verhältnisse aber herrschen in der Regel bei den Städtern viele Vorurtheile Wie oft hört man die Ansicht aussprechen: Niemand sei besser daran, als der Bauer; was er brauche, baue er selbst; die paar Gulden Steuern und Abgaben seien leicht zu berichtigen; sonstige Bedürfnisse

*) Daß es viele brave und auch bedürftige Lehrer gibt, wissen wir; wie wir aber die Eingabe des bayerischen Lehrervereins um Gehaltsaufbesserung bei der Kammer, deren patr. Mehrheit nicht nur das Blatt des Vereins in Nr. 1 dieses Jahres aufs Gemeinste beschimpft hat, sondern auch die paar in der Kammer befindlichen Lehrer selbst aufs Gröblichste beleidigt haben, nennen sollen, wissen wir nicht.

und Ausgaben habe er nicht viele. — Nichts ist falscher, als dies. Nicht nur, daß der Bauer eine ganze Reihe der verschiedensten für Nahrung. Kleidung und sonstigen Lebensbedürfnisse nothwendigen Gegenstände nicht selbst erzeugen, sondern wie der Städter, in der Regel nur schlechter und theurer als dieser, kaufen muß, so kommen ihm die selbst gebauten und verbrauchten Erzeugnisse jeder Art, eben so hoch zu stehen, als dem Städter. Was er selbst verbraucht, kann er eben nicht verkaufen, und die Frage bleibt immer, wenn der Bauer auch Alles, was er von seinen Erzeugnissen selbst verbraucht, zu demselben Preise anschlägt, als wenn er es verkaufen könnte, wenn er sich also das im Hause Verbrauchte gleichsam selbst abkauft, wie hoch verzinset sich sein eingewendetes Grund- und Betriebskapital und wie hoch bezahlt sich seine Arbeit? Denn aus diesen beiden Posten, aus Kapitalzins und Arbeitslohn bestimmt sich die Lage eines Geschäftes oder Gewerbes, mithin auch des dasselbe betreibenden Standes.

Einige Beispiele sollen uns nun obige Frage beantworten. (Forts folgt.)

Inland.

München, 15. März. Abgeordnetenkammer. Dem Kolb'schen Referate ist eine allgemeine Beurtheilung unseres Militärhaushaltes vorausgeschickt. Es gehe weder an, die Steuern zu erhöhen, noch neue Schulden zu unproduktiven Zwecken zu machen; auch habe das ordentliche Militärbudget eine Höhe erreicht und drohe noch fortwährend zu wachsen, so daß eine durchgreifende Sparsamkeit unbedingt einmal einzutreten habe. Am Einfachsten und Natürlichsten geschähe Dieß durch allmähliche Anbahnung und Ueberführung unserer gegenwärtigen Militärverhältnisse in ein wahrhaft volksthümliches Wehrsystem, für welches Referent im Texte seines Referates wie im Anhange desselben Zeugnisse berühmter Feldherren (Radetzky, Blücher, Clausewitz, Raglowich ꝛc.) anführt. Zu diesem Behufe schlägt Referent nachstehende Punkte vor, welche jetzt schon in der bayer. Armee ein- und durchgeführt werden könnten; 1. starke Abkürzung der Präsenzzeit (Infanterie, Jäger, Sanitätstruppen, nichtberittene Artillerie 8 Monate; berittene Artillerie und Genie 12 Monate; Kavallerie 2 Jahre); 2 starke Verminderung der Reiterei (Auflösung der 2 Kuirassier- und der 2 Uhlanenregimenter); 3. und 4. entschiedene Verminderung der Zahl der Generäle und auch der Offizierszahl in anderen Graden; 5. Aufhebung der Regimentsverbände bei der Infanterie und Artillerie; 6. und 7. Neuregulirung des Avancements und des Pensionswesens; 8. Verbesserung der Oekonomie; 9. und 10. Beschränkung der Pferderationen an höhere Offiziere und der Neubauten; 11. und 12. Aufhebung des Kadetenkorps und entbehrlicher Festungen, namentlich Landau's; 13. bessere Sorgen für die Unteroffiziere. Wie der Korrespondent der Augsb. Pfztg. versichert, hat sich die ganze patr. Fraktion der Kammer mit diesen Grundzügen einverstanden erklärt. Nach einem Münchener Bericht der Pf. Volksztg. sagt Kolb in seinem Referat, daß durch Aufhebung der Festung Landau direkt über 30,000 fl. erspart würden; bezüglich Germersheim's, das mehr Baden als Bayern schütze, beantrage Kolb, nur dann die Festung weiter zu unterhalten, wenn sich Baden zum alsbaldigen Bau einer Eisenbahn von Bruchsal nach Germesheim mit fester Rheinbrücke bereit zeige.

Der III. Ausschuß der Abgeordnetenkammer ist bezüglich der Vorstellung u. Bitte der geprüften Maurer- u. Zimmermeister in Bayern diesseits des Rheins dem Antrag des Referenten Dr. Pfahler einstimmig beigetreten, welcher dahin geht. Es sei der Vorstellung der Petenten: Die selbstständige Führung von solchen Bauten, zu welchen nach den bestehenden Verordnungen baupolizeiliche Genehmigung erfordert werde, ist bedingt durch den Nachweis der verordnungsmäßigen Befähigung, eine Folge nicht zu geben."

München, 16. März. In dem Befinden Sr. k. Hoh. Prinz Otto ist die Besserung so weit vorgeschritten, daß keine Bulletins mehr erscheinen.

München, 15. März. Der Finanzausschuß hat mit 7 gegen 2 Stimmen beschlossen, den jüngsten Beschluß wegen neu vorgebrachten Grundes abzuändern und den verlangten außerordentlichen Militärcredit sogleich zu berathen.

Ueber der Organisation der Bürgerwehr lautet hinsichtlich der Bestellung der Offiziere und Unteroffiziere der Gesetzentwurf. Die Stabsoffiziere der Bürgerwehr werden vom Könige ernannt. In Orten, wo bloß eine Komp. ist, wird der Kommandant derselben, in gleicher Weise vom Könige ernannt. Alle übrigen Oberoffiziere, die ihnen gleichstehenden Militärbeamten und die Feldwebel werden von der KreisReg. nach Vorschlag einer Wahlkommission ernannt. Die übrigen Unteroffiziere bestellt der Abtheilungskommandant der Bürgerwehr des Ortes. Die Wahlkommission besteht unter dem Vorsitz des Abtheilungskommandanten der Bürgerwehr des Ortes aus den zwei ältesten Offizieren u. Unteroffizieren jeden Grades und hat bei Erledigung 3 tauglich erkannte Mitglieder für die erledigte Charge zu benennen. Jeder Bürgerwehrpflichtige, welcher persönlichen Dienst leistet, ist verpflichtet, die auf ihn fallende Ernennung zum Offizier, Militärbeamten oder Unteroffizier anzunehmen. Ueber Administration. Für die finanziellen Bedürfnisse der Bürgerwehr wird aus den eingehenden Reluitionsbeiträgen eine besondere Kasse gebildet, deren Verwaltung den Gemeinden zukommt. Doch sind hierüber vor der Feststellung beziehungsweise Bescheidung jederzeit die Erinnerungen des Kommandos der Bürgerwehr des Ortes zu erholen und geeignet zu würdigen. Die

Digitized by Google

Einnahmen der eben bezeichneten Kasse werden verwendet: Zur Aufstellung des erforderlichen Kanzleipersonals und die Regieausgaben des Kommandos; zur Anschaffung und Verwahrung der Waffen und sonstigen Ausrüstungsgegenstände der Bürgerwehr; zur Unterstützung minderbemittelter Bürgerwehrpflichtiger Behufs Anschaffung der Uniform; zur Unterstützung der im Dienste verunglückten und beschädigten Bürgerwehrmänner und ihrer Relikten; zur Anschaffung und Verwahrung der nöthigen Munition für die Uebungen, Inspektionen, Begräbnisse und für die zur Erhaltung der öffentl. Sicherheit, Ruhe und Ordnung stattfindenden Dienstleitungen der Bürgerwehr; zur etwa nothwendigen Honorirung der Exerziermeister für die neu zugehende Mannschaft. Soweit die Einnahmen zur Bestreitung der gedachten Ausgaben nicht hinreichen, hat die Gemeindekasse mit den nöthigen Zuschüssen einzutreten. Den Gemeinden bleibt unbenommen, auf die ersterwähnte Kasse auch noch andere Ausgaben für die Bürgerwehr, wie insbesondere die Auslagen für Haltung eines Musikkorps oder für Zuschüsse an die Kommandanten Behufs des Haltens von Dienstpferden zu übernehmen. Die Zeughäuser und Magazine der Bürgerwehr stehen unter der Verwaltung und Leitung der Gemeindeverwaltung, doch steht deren Einsichtnahme und die Stellung darauf gegründeter Anträge dem Kommando der Bürgerwehr jederzeit frei.

Stuttgart, 15. März. Sitzung der Abgeordnetenkammer. Das Gesetz betreffend die Dissidentenvereine ist angenommen worden. Die Kammer bittet die Regierung um Einbringung eines Gesetzes betreffend die Zulassung von Ehen zwischen Christen und Juden.

Karlsruhe, 15. März. Die erste Kammer hat einstimmig den Jurisdictionsvertrag mit dem Nordbund angenommen; die Abgeordnetenkammer bewilligte 3 Mill. Fr. als Subvention für die Gotthardbahn mit allen gegen 6 Stimmen.

Die fünf wackeren badischen Abgeordneten der kathol. Volkspartei erhalten aus allen Theilen des Landes Dank- und Anerkennungsadressen für ihre mannhafte Haltung; sogar mittelst des Drathes begrüßt man sie, die unbekümmert um die Wuth der Loge und den Mißfall der Gallerie das Wohl des Volkes, Recht und Freiheit zu vertheidigen wagten.

Berlin, 15. März. Der Reichstag nahm den Auslieferungsvertrag mit Belgien in erster und zweiter Lesung an. Ferner wurde bei der Berathung des Strafgesetzes bezüglich der Bestrafung politischer Verbrechen der Antrag der Nationalliberalen angenommen, wonach die Zuchthausstrafe nur erkannt werden darf wenn das Verbrechen aus ehrloser Gesinnung entspringt, außerdem nur Festungsstrafe. Sonstige Anträge wurden abgelehnt.

Im Norddeutschen Reichstage fand am 12. ds. die Generaldiscussion über den Bundeshaushaltsetat für das Jahr 1871 statt. Es war eine Conversation, in der manche von den „Schattenseiten" des Norddeutschen Bundes zur Sprache kamen, in der jedoch der dunkelste Punkt, die militaristische Natur und die durch den Militarismus bedingte Ausgabenlast nur von einem Redner, dem Herrn v. Hoverbeck, berührt wurde. Faßt man die einzelnen Posten des Bundesbudgets ins Auge, so heißt das die Dinge geradezu auf den Kopf stellen. Von den circa 77½ Millionen des Gesammtetats nimmt der Militäretat nahezu 67¼ Millionen, und der Marineetat 8 Millionen Thaler in Anspruch. Für die übrigen Ausgaben bleibt also nur eine verschwindend kleine Summe übrig. Aber die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Reichstags hat durchaus keine Neigung von dem drückenden Alp des Militarismus zu reden. Die Verfassung des Nordbunds hat einen eisernen Militäretat von 66 Millionen statuirt, der nur zur Kenntnißnahme und zur Erinnerung mitgetheilt werden soll; für die Marine ist durch Anlehen im Betrage von 17 Mill. die Geldbewilligung zum Theil vorweggegriffen, — was Wunder, daß man nun am liebsten schweigend genehmigen möchte? Wer seine Rechte leichtfertig und frivol vergeben hat, sieht sich ungern daran erinnert!

Ausland.

Im dänischen Reichstage wird nächstens die Stellung der Insel Island zur Sprache kommen, da französische Blätter die Nachricht verbreiten, Preußen strebe nach dem Besitz von Island.

Paris, 15. März. Die „Correspondance Havas" meldet „aus guter Quelle" daß Graf Trauttmansdorff angewiesen worden das Begehren Frankreichs zu unterstützen. Oesterreich habe jedoch beschlossen, für sich keinen Vertreter zum Conzil zu entsenden.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 15. März l. Js.

Für die von den hiesigen Kirchenverwaltungen gewählten und namhaft gemachten Stiftungspflegern seien nunmehr die erforderlichen Vollmachten zu ihrer Legitimition auszufertigen. — Der Ersatz der für die Kirchenverwaltungswahl der hiesigen Commune erwachsenen Kosten sei bei der kgl. Regierung zu liquidiren. — Auf Wunsch des Kreiskomites des landwirthschaftlichen Vereins von Oberfranken wurden für dessen Jahresbericht über die Verkehrsverhältnisse auf den hiesigen Vieh- und Getreide-Märkten folgende statistischen Zusammenstellungen vom Jahre 1869 mitgetheilt: Auf hies. Schranne wurden verkauft 14,529 Schffl. Waizen um den Durchschnittspreis von 269,997 fl. 15 kr.; 10,356 Schffl. Korn um 151,370 fl. 12 kr.; 1833 Schffl. Gerste um 25,631 fl. 27 kr., demnach in Summe 26,718 Schäffel Getreide um 446,998 fl. 54 kr. Der Import an Brod und Mehl in hiesiger Stadt betrug 10,450 Ctr. Bezüglich des Rindviehmarktes war der Zutrieb an Kühen 5932 Stück und an Ochsen 9886 Stück, wovon an 10,550 Stück Hornvieh um eine Durchschnittssumme von 1,152,000 fl. verkauft worden sind, so daß auf den Markttag im Durchschnitte ein Zutrieb von 564 Stück Vieh und ein Umsatz von circa 41,175 fl. angenommen werden kann. Zu den beiden Schafmärkten wurden 4743 Stück Schafe meistens deutscher Race getrieben und belief sich der Durchschnitts-

Digitized by Google

preis für ein Paar Lämmer auf 6, 10—12 fl., Mutterschafe 15—18 fl., fette Hammel 18—20 fl. und ausgesuchte gute Paare zu 22, 24—26 fl. — Auf Ansuchen des Gem.-Raths der Stadt Mons in Belgien um Mittheilung der hier eingeführten Festlichkeiten bei Kirchweihen soll ein Programm der dahier früher abgehaltenen Volksfeste eingesendet werden. — Nach Abfluß des gestellten Reklamationstermins sollen die nicht erhobenen Einquartierungsgelder nunmehr zur Hälfte der Armenkassa und zur Hälfte der Unterstützungskassa der freiwilligen Feuerwehr überwiesen werden. — Im Bezug auf die ortspolizeilichen Vorschriften wegen Häuseranstrichs sei nochmals mit den HH. Stadtgemeindebevollmächtigten ins Benehmen zu treten, um dieselben zur Zustimmung zum Magistratsbeschlusse im Betreffe des §. 8, welcher vom Anstriche neugebauter, nur kalkverputzter Häuser und vom Anstriche ganz defekter Gebäude handelt, aus ästhetischen Gründen zuzustimmen. — Ein kgl. Regierungsausschreiben wegen Eröffnung eines Unterrichtskurses für Baumwärter in Landshut sei durch Veröffentlichung im Amtsblatte zur weiteren Kenntniß zu bringen. — Mehrere im Kreisamtsblatte ausgeschriebene Generalagenturen zur Beförderung von Auswanderern seien im Verzeichnisse einzutragen. — Eine Anfrage mehrerer Mitglieder der Hoftheater zu Coburg u. Darmstadt wegen Abhaltung von Vorstellungen dahier während des Sommers kann erst nach erfolgter Aufstellung des neuen Theaterdirektors beschieden werden. — Der Antrag des Hrn. Hopfenhändlers Ehrlich wegen Anlage eines Seitenkanals von seinem Hause Nr. 146½ ab in den Hauptkanal sei nach bautechnischen Gutachten zu genehmigen; gleichfalls seien zu genehmigen mehrere kleinere Bauwendungen im Hs.-Nr. 754, 1138, 1635a u. 1818. — Das Gesuch des Hrn. Maurermeisters Dennefeld für H. Brauereibesitzer Dessauer wegen Erbauung eines Gartensalons im vormals May'schen Garten, dann des Hrn. Maurermeisters Hofbauer für Hrn. Brauereibesitzer Martin Leicht wegen Abwasser-Ableitung an der zu erbauenden Faßhalle in seinem Besitzthum auf dem oberen Stephansberg u. das Gesuch des H. Maurermeister Koch für den Maurer H. Zweier wegen Erbauung einer Gerüsthalle und Ausgrabung eines Brunnenschachts in Hs.-Nr. 1284 seien zu genehmigen, letzteres unter dem Vorbehalte der noch beizubringenden Zustimmung des Adjacenten H. Maislein. Das weitere Gesuch des H. Zweier um Bewilligung zur Auflagerung von Bauholz an der Lindenallee am Kaulberge sei gegen die herkömmliche Gebühr zu bewilligen. — Die Beschwerden der aus der Stadt verwiesenen Landstreicher Herrmann, Schäfer u. Gick seien der kgl. Regierung zur Bescheidung in Vorlage zu bringen. — Eine Anzeige der Hrn. Metzger Lorenz Hofmann und Adam Hofmann sen., wonach dieselben beabsichtigen das Pfund Kuhfleisch nach der Ochsenfleisch-Taxe um 18 kr. zu verkaufen diente zur Nachricht und wurde sorgfältige Vigilanz angeordnet, um möglichen Verwechselungen vorzubeugen. — Das Gesuch des Taglöhners Wilhelm Hornung um Bewilligung zum Sammeln und Verkauf von Kehricht wurde aus sicherheitspolizeilichen Rücksichten abgewiesen. — Die gesetzlich zulässige freiwillige Erlegung einer Geldstrafe von 10 fl. durch einen Fleischaufschlagsdefraudanten wurde genehmigt. — Ein Antrag des Hrn. Malers Auerhammer, die anderweitige Verloosung zweier Oelgemälde wurde unter der Bedingung der Einhaltung des früher festgestellten Verloosungsplanes bewilligt. — Durch Reskripte der kgl. Regierung, des k. Staatsraths und des k. Staatsministerium des Innern wurde die Beschwerde des Hrn. Commissionärs Gg. Herbst von Schweinfurt, wegen hies. Aufenthaltsverweigerung abgewiesen, worüber demselben durch den Stadtmagistrat Schweinfurt Eröffnung zu machen ist.

(Schluß folgt.)

Versteigerung.

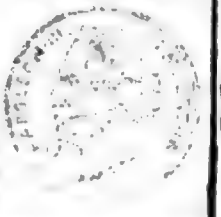
Im Auftrag des k. Bezirksgerichts Bamberg versteigere ich am
Donnerstag den 5. Mai curr. Nachmittags 2 Uhr
im Link'schen Gasthause zu Mistendorf 12 Tgw. 26 Dez. Aecker, Wiesen und Waldungen in der Steuergemeinde Mistendorf gelegen, geschätzt auf 2435 fl. — gegen Baarzahlung.

Das Verfahren hiebei richtet sich nach §. 98—101 des Proz.-Ges. vom Jahre 1837 u. §. 64 des Hyp.-Ges.

Bamberg, 15. März 1870.

Der königliche Notar.
Burkard.

Stollwerk'sche Brustbonbons



Prämirt auf allen Ausstellungen.
Eine Verbindung von Zucker u. solchen Kräuterextracten, deren wohlthätige Einwirkung auf die Respirationsorgane von der medizinischen Wissenschaft festgestellt sind.

Depots dieser Brust-Bonbons in versiegelten Packeten mit Gebrauchsanweisung zu 14 Kreuzer befinden sich in Bamberg bei J. B. Haußmann, Hofconditor B. Wenglein und F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel,
Ebermannstadt bei Abothk. Krauß,
Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt,
Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditer G. Gardill;
Memmelsdorf bei Chr. Reich,
Schüßelfeld bei A. Hobbach,
Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler,
Streitberg bei Joh. Dauer,
Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Weischenfeld bei Georg Lauer,
Zeil bei J. P. Pöllath.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin.

400 fl. werden auf eine Hypothek im Landger. Bamberg I., welche auf 1050 fl. geschätzt ist, aufzunehmen gesucht.

Gratulations-KARTEN,

elegant u. billig, in größter Auswahl bei **Otto Reindl.**

Stammwappen

für Jedermann, werden zur Anfertigung besorgt von **Joh. Blößer,** Hs.-Nr. 1134.

Cacao-Schalen,

staubfrei, werden in größeren Partieen billigst abgegeben.

Hof-Chocoladefabrik
C. Rottenhöfer,
München.

Marinirte Seefische

Real Edinburgh Scottines 1 Thr. New Edinburgh Shorties 1 Thlr. 5 Sgr. Russische Sardinen in Mixed-Pickles 1 Thlr. 5 Sgr. Marinirte Rauchfetthäringe 1 Thlr. 10 Sgr. Christiania Kräuter-Anchovis 12 Sgr. versendet gegen Postanweisung

Theod. Nitpe
in Ottensen bei Hamburg.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 65. Freitag, den 18 März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag von Hrn. P. Pottgeißer.

Wer bessert aber die Bauern auf?

(Fortsetzung.)

In einem „Anwendung der Rechenkunst auf die Landwirthschaft" betitelten Werkchen von Stehele, Augsburg 1867, das als sehr brauchbar empfohlen zu werden verdient, befindet sich am Ende eine genaue Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben eines Oekonomiegutes und auf Grund der Abrechnung folgende Schlußbemerkung: „Ist das Gut mit allem Zubehör schuldenfrei, bearbeitet es der Eigenthümer mit seinen Kindern und gibt Gott seinen Segen, so wird das Erträgniß desselben bestehen:

a) in den 4prozentigen Zinsen des Grund- und Betriebskapitals,
b) in Kost und Lohn, die er mit seinen arbeitenden Kindern sich selbst verdient.

Als Maßstab zur Berechnung des Betrages von Kost und Lohn ist bemerkt, daß von einem Gute von etwa 30 Tagwerken, welche durchschnittlich 2—3 Arbeitskräfte erfordern, 350—360 fl. für Arbeitslöhne und andere baare Betriebsausgaben zu berechnen seien, so daß der von dem Eigenthümer und den Seinigen verdiente Arbeitslohn etwa 20—24 kr. per Tag für die Person beträgt. Also 4% Kapitalzins und 20—24 kr. Arbeitsverdienst! Dabei sind die dieser Berechnung zu Grunde gelegten Ansätze nach dem gegenwärtigen Stande eher zu günstig als zu ungünstig genommen.

Noch ungünstiger gestaltet sich die Sache, wenn die Voraussetzung des Verfassers, „daß der Eigenthümer mit seinen Kindern das Gut bearbeitet" nicht gegeben ist, wie dies bei jedem Landmanne mehr oder weniger, längere oder kürzere Zeit der Fall sein wird, weil er eben entweder gar keine Kinder oder erst noch kleine hat; derselbe demnach mit fremden Leuten, Dienstboten oder Taglöhnern arbeiten muß. Hier ist ganz sicher, daß diese ihm weit mehr kosten, als der durch den Ertrag gewährte Arbeitslohn beträgt. Einsender dieses hatte Gelegenheit, eine ganz genau geführte und in allen ihren Ausgaben wie Einnahmen beglaubigte Rechnung einer Bewirthschaftung von etwa 20 Tagwerken, theils Felder theils Wiesen mittlerer Bonität einzusehen. Sämmtliche Hand- und Gespann-Arbeiten wurden auf Taglohn verrichtet und zwar wurde für die tägliche Handarbeit 42 kr., für die Gespannarbeit durchschnittlich 2 fl. 18 kr., für den Drusch per Schock 2 fl. bezahlt. Das Ergebniß war bei einer mittleren Ernte und guten Preisen per Tagwerk eine reine Kapitalrente von 1 fl. 40—45 kr., oder da das Tagwerk der betreffenden Felder im Durchschnitte auf mindestens 200 fl. anzuschlagen ist, eine Kapitalrente von nicht ganz ein Prozent! Daraus ergibt sich, daß eine Kapitalrente von 4 Proz. angenommen, der Arbeitslohn noch unter den oben angegebenen Betrag von 20—24 kr. per Tag herabgedrückt würde, um welchen Arbeitslohn aber der Landmann weder einen Taglöhner noch einen Dienstboten halten kann, so daß er offenbar mit Schaden arbeiten muß.*) Daher hört man so häufig auf dem Lande die Selbstvertröstung: Wenn nur einmal die Kinder größer werden, daß wir die theuren Dienstboten u. Taglöhner nicht mehr brauchen, dann wird es schon besser werden. Deßhalb hat auch der kleine Landmann das 7. Werktageschuljahr so schwer empfunden.

Man nenne uns nun einen Stand, ein Gewerbe, eine Beschäftigung, wobei sich das eingewendete Kapital so schlecht verzinset, wo eine äußerst mühselige und mit Entbehrungen aller Art verbundene Arbeit so schlecht bezahlt wird, als in der Landwirthschaft, als beim Bauern. Ganz abgesehen von den Beamten und Bediensteten, von Kaufleuten und Geldmännern ꝛc. stellt sich selbst der Arbeitsverdienst eines gewöhnlichen Handwerkers leicht auf das 3—4 fache des Landmannes; der letzte Taglöhner in Stadt

*) Bei großen Gütern stellt sich allerdings das Ertragsverhältniß besser, da, ganz abgesehen von dem Vortheile der bei denselben meist verwendeten Maschinenarbeit, der Großbetrieb wie in jedem Geschäfte, so auch in der Landwirthschaft billiger arbeitet, als der Kleinbetrieb. Wir haben aber hier gerade diesen, den kleinen Landmann, im Auge.

Digitized by Google

und Land, das halberwachsene Kind an der Maschine in der Fabrik arbeiten sich höher als der fleißigste Bauer. Und wie ganz anders verzinsen sich die Kapitalien in anderen Geschäften als in der Landwirthschaft! Dazu kommt noch, daß selbst dieses so spärliche Einkommen des Landmannes aus Kapitalrente und Arbeitslohn am wenigsten gesichert ist. Während das Einkommen des Beamten auch im Falle seiner Erkrankung fortläuft, ohne durch die Verpflichtung zur Aufstellung eines Ersatzmannes geschmälert zu werden; während das Einkommen des Geschäftsmannes, Gewerbtreibenden und Taglöhners nur durch die persönliche Verhinderung etwa durch Krankheit zu leiden hat, ist das Einkommen des Landmannes nicht nur durch jeden Unfall, der ihm selbst zustößt, sondern auch durch jeden, der seine erwachsenen Familienglieder, oder sein Vieh, oder seine Felder trifft, gefährdet, die Gefahr demnach vervielfacht.

Bei welchem andern Stande sind endlich die letzten Lebenstage so traurig wie in der Regel beim alten Bauern, der, wenn er seine Kinder selbstständig machen und nicht zu schwer belasten will, großmüthigst sich selbst verleugnen muß, um dann gewöhnlich am Hungertuche zu nagen, bis der Tod die Seinigen von seiner Last, ihn selbst von seinem Elende befreit!

Sagen wir deßhalb nicht mit Recht, daß der Bauer vor Allem Grund habe, eine Aenderung zum Besseren, eine Aufbesserung seiner Lage zu verlangen? Fragen wir nicht mit Recht: „Wer bessert aber den Bauern auf? die Bauern, die von ihrer Mühe und ihrem Schweiße den schlechtesten Lohn, von ihrem Kapital die schlechteste Rente und diese noch vielfach gefährdet, haben?

Wir wissen die Antwort schon: Man zuckt die Achseln und spricht sein Bedauern aus, daß da Nichts zu machen sei. Angebot und Nachfrage bestimmten eben den Preis der landwirthschaftlichen Erzeugnisse, wie den Preis der Arbeitskräfte, daran ließe sich Nichts ändern; Witterungsverhältnisse und sonstige Unfälle aber, die den Landmann treffen können, vermöge eben Niemand zu hindern! Wohl! aber eben deßhalb meinen wir, daß es wenigstens sehr unbillig, ja ungerecht sei, von den Bauern, die unter allen Staatsangehörigen am Schlechtesten daran sind, noch zu erlangen, Solche aufzubessern, die in jeder Beziehung weit besser daran sind, als sie selbst.

(Schluß folgt.)

Inland.

—m München, 16. März 9½ Uhr Nachts.*) So eben kommen die Herren aus der Nachmittags 4 Uhr neu anberaumten Sitzung des Militärausschusses. In derselben sind nebst den schon berührten 60,000 Gewehren noch bewilligt 52,000 fl. für das nothwendige Lederzeug, 8000 fl. für Schießplätze der Landwehr und 15,000 fl. für das abgebrannte Heumagazin in Nürnberg. Alle übrigen verlangten Positionen der Staatsregierung wurden nach dem Antrag Kolbs gestrichen. Der Schaden ist also reparirt. Der Herr Kriegsminister verließ die Sigung noch vor dem Schluß.

Ziemlich gleichlautend mit obiger Nachricht berichtet d. Nürnbg. Corr.: Heute Abend fand eine langdauernde Sitzung des Finanzausschusses statt. Außer den Kosten der Neubewaffnung wurden alle Forderungen der Regierung bis auf zwei von geringer Bedeutung abgelehnt, dagegen Kolb's Vorschläge meist einstimmig angenommen. Auch Graf Fugger und Frhr. v. Stauffenberg stimmten dafür; Letzterer jedoch vorbehaltlich näherer Prüfung. Der Kriegsminister, welcher während der Sitzung zum König gerufen wurde, wird wahrscheinlich seine Entlassung nehmen. — Das Gerücht von einer bevorstehenden Interpellation wegen des Konzils soll unbegründet sein.

München, 14. März. Bei einer selbst nur flüchtigen Durchsicht des Militärbudgets, schreibt d. A. Pztg., finden wir noch manche Summen, welche der Militärreferent Hr. G. F. Kolb in seinem I. Referate nicht unter diejenigen Abstriche gesetzt, welche ein Blick auf die bedrängte Lage unserer Finanzverhältnisse und das Wohl des Volkes als unumgänglich nothwendig erscheinen lassen. Obwohl diese Posten zusammen die respectable Summe von 116,728 fl. erreichen, so tadeln wir Hrn. Kolb doch nicht darum, daß die Initiative zu ihrem Abstrich nicht von ihm ausgegangen und der Kammer zugemuthet ist, weil wir hoffen, uns dem Glauben hingeben zu dürfen, daß bei der schweren Noth der Zeit, „wo man von dem Lande und dem Schweiße der Arbeit eine Steuererhöhung von 30 Prozent und die Contrahirung neuer Schulden verlangt", sowohl die hohen Regimentsinhaber selbst und freiwillig auf die betreffenden Bezüge (5652 fl.) verzichten als auch Prinz Luitpold die Gage für die Generalinspection der Armee (14,500 fl.) dem Lande selbst zum Opfer bringen werde. Eine ähnliche Bewandtniß dürfte es auch mit den hohen Beträgen für General- und Flügeladjutanturen haben (26,240 fl.) und vielleicht entschließt sich auch die Krone angesichts der Steuerlage des Landes einen Theil der Kosten der Hartschiere (70,000 fl.) auf den Hof-Etat zu übernehmen, da das Land gewiß gerne geneigt ist, für diese verdienten Unteroffiziere einen entsprechenden Betrag an der geforderten Hauptsumme zu übernehmen. Von den 70,206 fl., welche für die Hartschiere in's Budget eingesetzt sind, treffen auf die Mannschaft (100 Mann) 40,800 fl., der ganze übrige Rest fällt auf die Offiziere (17), worunter sich sogar ein Regiments-

*) Erhielten wir leider nach Schluß des gestr. Blattes.

Google

arzt und Reg.-Quartiermeister I. Classe befinden. Ehe man dem arbeitenden Volke neue Steuern auferlegt und ihm Schulden zu machen zumuthet, muß eben von allen Seiten zur Sparsamkeit zusammengewirkt werden. Eine ganz exorbitante Höhe hat auch unser Militärpensionswesen erreicht. Die Zahl der Pensionisten übersteigt bereits 1000 und erfordert einen Kostenaufwand von 1,432,500 fl.! Und unter dieser ganz enormen Zahl von Pensionisten befinden sich äußerst wenige im Felde verwundete Offiziere, die ihre Pension redlich verdienen. Berücksichtigen diese Herren, daß sie von den Steuern und den Erträgnissen des Volksvermögens ernährt werden müssen und aus demselben ihre Pensionen beziehen, so sind wir überzeugt, daß das eigene Ehrgefühl sie antreiben wird, sich anzubieten von ihren Kräften den entsprechenden Gebrauch in einem so großen Haushalte zu machen, wie der Militärhaushalt ist, wo man vielen Leuten, wenn auch nicht jeden an jedem Platze verwenden, doch fast Jedem einen passenden Platz anweisen kann.

Das Verhalten der bayer. Fortschrittspartei in der Wehrfrage liefert einen neuen bemerkenswerthen Beitrag zur Charakteristik dieser Partei. Entweder beachten ihre Preßorgane ein bezeichnendes Schweigen oder sie treten offen gegen jede Aenderung im Heerwesen auf und verdammen insbesondere die im Kolb'schen Referat vorgeschlagene Herabsetzung der Präsenzzeit, nachdem doch gerade die Fortschrittspartei in ihren Wahlprogrammen bestimmt und deutlich sich für Abkürzung der Präsenzzeit erklärt hat. Es stellt sich nun heraus, daß auch diese Forderung im fortschrittlichen Wahlprogramm einer jener vielen Köder war, welche nur ausgeworfen wurden, um das Volk zu Wahlzwecken zu gewinnen. Wahrlich, eine Partei, welche auf ihre eigenen Worte und Versicherungen so wenig hält, verdient mit Recht die Fußtritte, mit welchen sie Graf Bismarck jüngst regalirt hat.

Die Tagesordnung für die morgige angesetzte 20. öffentliche Sitzung der K. der Abgg. lautet: 1) Anzeige über vollendete Referate. 2) Vortrag des Ref. im IV. Ausschusse über die Anträge auf Erlassung eines Gesetzes „direkte Wahlen zum Landtage mit geheimer Abstimmung betr."; Berathung u. Beschlußfassung hierüber. 3) Vortrag des Ref. im III. Ausschusse über die Vorstellung und Bitte der gepr. Maurer- und Zimmermeister die selbstständige Uebernahme u. Führung von öffentlichen u. Privatbetr."; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 4) Vortrag des III. Ausschusses über die Bitte der Stadtgm. Spalt, „die Erbauung einer Vicinaleisenbahn von Georgensgemünd nach Spalt betr."; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 5) Vortrag des V. Ausschusses über geprüfte und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundene Beschwerden. 6) Vortrag des VI. Ausschusses über geprüfte Anträge; Berathung und Beschlußfassung hierüber.

Würzburg, 15. März. Ueber die Agitation gegen das Wehrgesetz schreibt der „Fr. Ztg.:" „Die Adresse gegen das Wehrgesetz ist in erster Sendung mit 3259 Unterschriften an den Abg. Kolb abgegangen. Gestern hielt der patr. Bürgerverein Versammlung und diskutirte das Wehrgesetz und tritt in die Agitation ein. Die Nationalliberalen werden vermöge ihrer bekannten Logik daraus wieder schließen, daß die Demokraten ultramontan seien, weil gut nur das ist, was sie und nur sie allein thun. Dadurch läßt sich aber Niemand beirren. Hätte die Agitation nichts Gutes, das Gute hätte sie, daß sie diesen Fortschrittsschreiern die Maske vom Gesichte reißt und ihre absolutistische Fratze zeigt. Auf einmal wollen sie übermäßige Steuern zahlen, weil das in Preußen auch Mode ist, wollen sie lange Präsenz, weil dies in Preußen auch nicht anderes ist, wollen sie, daß die Armee dem König den Eid schwört und nicht der Verfassung, weil diese Kriegsherrlichkeit ja in Preußen dieselbe ist. Was sie ehemals dem Volke nicht Alles versprachen! Und was halten sie jetzt? Besonderen Verdruß bereitet es den Fortschrittlern, daß Kolb — wie ihn das erfinderische Schweinfurter Tagblatt nennt: der „preußenfressende!" — so viele Unterschriften erhält; war ja ihre Kammerminorität so unparlamentarisch, daß sie keinen der Nichtihrigen die Stimme zum Ausschußmitgliede gab, auch Kolb nicht. Und nun genießt Kolb ein ungewöhnliches Vertrauen im Volke! Freilich einen Frankenburger, M. Barth u. dgl. würde man eine Adresse nicht so vertrauensvoll übermitteln, weiß man ja nicht, ob diese Wetterfahnen nicht gerade das Gegentheil daraus herauslesen würden von dem was das Volk wünscht."

Berlin, 16. März. In der Sitzung des Reichstags beantwortete der Staatsminister Delbrück eine Interpellation des Abg. Hirsch und verhieß, demnächst Vorlagen über Arbeiterkrankenkassen, sowie über die Haftpflicht der Unternehmer an den Bundesrath zu machen. Die Petition um Beseitigung der Zeitungskautionen wurde dem Bundeskanzler zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung überwiesen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung setzte der Reichsrath die Berathung des Strafgesetzbuchentwurfs fort. Das von dem Abg. Meyer beantragte Amendement auf Zulassung der Festungsstrafe neben der Zuchthausstrafe (für politische Verbrechen) wurde abgelehnt.

Berlin, 16. März. Die „Privincialcorresponden" bestätigt die Einberufung des Zollparlaments für den 21. April.

Die Einberufung des Zollparlaments auf den 21. April, also während der Berathungszeit der bayerischen Kammer erscheint als der praktische Commentar zur Bismarck'schen Aeußerung von der „kaisl.

Digitized by Google

Oberherrlichkeit" des norddeutschen Bundeshauptes. Obwohl dem Zollparlament nichts vorliegt, als ein Vertrag mit Mexico und eine Tarifordnung, soll es dennoch einberufen werden, um die preußische Centralgewalt in's rechte Licht zu setzen, die nach Bismarck nie stärker war seit Rothbarts Tagen. Was werden die bayerische Regierung und die Volksvertreter thun? Zu wünschen wäre, daß in Folge einer Reclamation der bayer. Regierung die Einberufung des Zollparlaments vertagt würde, damit die Arbeiten des bayerischen Landtages nicht unterbrochen werden.

Wien, 16. März. Der Konfessionsausschuß des Reichsraths nahm den vorjährigen Entwurf des Zivilehegesetzes fast unverändert an. Der Resolutionsausschuß beschloß im weiteren Verlaufe der Berathung über die galizische Landtagsresolution. Es sei die Polizeistrafgesetzgebung und die Gesetzgebung über die Grundzüge und die Organisation der Polizeistrafbehörden sowie der politischen Verwaltungsbehörden, insofern letztere Landesangelegenheiten verwalten, dem galizischen Landtage zu überlassen.

Die politisch conservativen Vereine in Oesterreich sind festen Schrittes im Wachsthume begriffen, um den liberalen Vereinen gewachsen zu werden. So hat sich neuerdings ein katholisches politisches „Casino" für die innere Stadt Wien gebildet und bereits eine Feuerprobe den Ränken der liberalen Partei gegenüber bestanden. Auch für die Leopoldvorstadt hat sich ein katholischer politischer Verein constituirt und sein Lokal im Gasthofe „zur Sonne" genommen. — In Prag hat sich ein katholischer „Preß-Verein" gebildet. Dagegen ist das Gesuch um Bewilligung zu einer „Freimaurer-Loge" in Wien als antimonarchischer Bund von der Regierung abgeschlagen worden.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen
vom 15. März l. Js.
(Fortsetzung und Schluß.)

Dem H. Nik. Michels sei die nachgesuchte Bewilligung zum Betrieb das realen Gastrechts auf dem erkauften Gasthofe zu den drei Kronen zu ertheilen. — Genehmigt wurden die Bürgerrechtsgesuche der H. H. Schiffer Philipp Sieber v. h. (Aufn. Geb. 40 fl.) Müllergef. Nik. Nagengast von Kalteneggolsfeld (100 fl.) und des Schreinergef. Johann Schick von Teuchatz (100 fl.). Abgewiesen wird wegen verweigerter Zustimmung der H. H. GemBevollm. das Bürgerrechtsgesuch des Schneiders H. Ant. Hatzmann v. Hartlanden. Weiters wurde genehmigt das Wirthsch.-Conz.-Ges. des H. Joh. Christ, und in Folge eingelegter Berufung durch die k. Reg. das Wirthschafts-Conz.-Ges. des H. Martin Friedrich von Buttenheim. — Die Vorlage des Geschäftsbuches des qu. k. Bez. Amts Assess. Hausmann in Bezug auf sein dahier etablirtes Schreibbureau hat zur befriedigender Nachricht gedient. — Das in der Buchner'schen Buchhandlung erschienene Stadelmann'sche Werk über die neue Gemeindeverfassung sei für die Magstr.-Bibliothek anzuschaffen. — Von der Vorstandschaftswahl des Sterbkassa-Vereins der fränkischen Wegwacher u. des Gesangvereins Cäcilia pro 1870 sei Vormerkung in das Verzeichniß der nicht politischen Vereine zu machen. — Ein Antrag um Ueberlassung mehrerer s. g. Rabattengräber im alten Leichenacker Behufs Anlegung einer Familiengruft sei als unzulässig abzuweisen u. dem H. Antragsteller zu eröffnen, daß im neuen Leichenacker noch disponible Familienbegräbnißplätze vorhanden sind. — Die archivalischen Erhebungen über die Stiftungsbriefe und beziehungsweise den Stiftungszweck der 3 vereinigten St. Martins-Langheimer'schen u. Domkapitel'schen Schwesterhäuser seien zur zweckdienlichen Ergänzung der Vorakten dem hiesigen Armenpflegschaftsrathe zuzustellen. — Der Holzverstrich in den bürgerspitälischen Revier Tratzendorf sei bei erfolgtem Mehrerlös über die Forsttaxe zu genehmigen. — Eine Entschl. der kgl. Regierung im Betreffe der Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer an den Volksschulen sei auf Grund der Akten und der hiesigen Verhältnisse zu beantworten. — Die Anpflanzung von Nußbäumen an die Stelle von abgestandenen Acazienbäumen im Bürgerspitalischen Felsenkeller auf dem Jakobsberge sei zu gestatten. — Ein uneinbringbarer Holzgeldrückstand zu 6 fl. aus dem Bürgerspitalrevier Roth sei abzuschreiben. — Die Kur- u. Verpflegungskosten für den zugereisten Ludwig Kaiser von Meiningen seien vom Staatsärar zu ersetzen u. deßhalb zu liquidiren. — Die seit 20 Jahren im Bürgerspitale befindliche Dienstmagd Barbara Schmitt sei wegen vorgerückten Alters dem Arm.-Pfl.-Rathe zur Aufnahme als Pfründnerin zu empfehlen. — Wegen Bodenzinsrückstände der Bauern Schneiderbanger u. Zwosta zu Sassendorf seien beim k. Rentamte Scheßlitz die geeigneten Erhebungen zu pflegen. — Die in Vorlage gebrachten Vorschläge wegen Errichtung eines Wasserwerks in hiesiger Stadt seien einer Vorbereitungskommission der beiden Gemeindekollegien zu unterbreiten. — Die erfolgte Verbriefung des Kaufsvertrags über Grundabtretung an den H. Fabrikanten Michel diente zur Nachricht. — Von den noch vorhandenen Bauplätzen auf den Spitalfeldern hinter dem Schießhause sollen 21 Dez. an den Hausbesitzer Hrn. Oberlieutenant a. l. s. v. Tannstein um den Kaufspreis von 500 fl. überlassen, die übrigen Plätze aber für die projektirte Turnhalle reservirt bleiben. — Die vom hiesigen Gartenbauverein seither bewirthschaftete städt. Baumschule nächst dem Holzhofe hat sich nach vielfachen Versuchen und den hieraus gewonnenen Erfahrungen als untauglich für Obstbäume erwiesen, während Waldbäume und Ziersträuche bei entsprechender Cultivirung ein gutes Gedeihen versprechen. Auf Vorschlag des Ausschusses des Gartenbauvereins wird beschlossen, diese Baumschule nunmehr auf Communal-Rechnung lediglich für die hiesigen Alleen und öffentlichen Anlagen mit Verwendung der vom Gartenbauvereine dankenswerth überlassenen Pflanzungen, aber mit Ausschluß der Obstbäume, benützen und die Baumschule im 3. Schuldistrikt ausschließlich für Obstbaumzucht zu bestimmen. Es wurde zu diesem Behufe H. Lehrer Wicklein zum theilweisen Verkaufe der daselbst gezogenen Bäume ermächtigt, jedoch sofortiger Ersatz der Lücken durch Wildlinge angeordnet; zugleich wurde verfügt, daß für die sämmtl. hies. oberen Knabenschulen in dieser Baumschule abwechslungsweise Unterricht in der Baumschule ertheilt werde. — Im Betreffe der Canalisirung der Kapuzinerstr. sei das Resultat der eingeleiteten Erhebungen abzuwarten. — Die Entfernung der Schuttablagerungen oder die baldige Anlegung eines Trottoirs vor dem neugebauten Hause des H. Maurermstrs. Mößmeringer auf der Peunt sei aufzugeben. — Ein Bericht der Stadtkämmerei, die Auseinandersetzung der Aktiv- und Passiv-Bestände betr., sei der Vorberathungskommission für die Voranschläge zur Einsichtsnahme und Berichterstattung vorzulegen. — Nach Bericht der Lehohausverwaltung wurden die auf 59,733 fl. festgesetzten Pfänderdarlehen zur Verrechnung eingewiesen. — Ueber die Versteigerung unausgelöster Pfänder pro Monat Dezemb. 1869 sei gleichfalls Rechnungsdecretur zu erlassen. — Die Haushaltungskostenverzeichnisse der Irrenanstalt, der Muß'schen Dienstbotenversorgungs-Anstalt, des Hauses der Unheilbaren und des Waisenhauses wurden geprüft u. zur Ausgabeverrechnung angewiesen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 66. Samstag, den 19. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag „über die Kirche."

Die Politik Hohenlohe und Großpreußen.

Es steht fest, daß von München aus, oder doch jedenfalls im Einverständniß mit München der Versuch gemacht ist, mit Großpreußen über die Wiedervereinigung Deutschands — vielleicht mit Ausschluß Deutschösterreichs — zu verhandeln. Der Versuch ist vor stark anderthalb Jahren gemacht worden. Ein wenn auch nicht artikelweise spezifizirter, doch hinlänglich formulirter Plan wurde Preußen vorgelegt, durchaus genügend zur Grundlage jeder Verhandlung, sofern in Berlin guter Wille vorhanden war, und in den Bedingungen, an die der Zusammentritt des Südens mit dem Norden geknüpft war, keineswegs von so ausschweifendem Freisinn, um die Verhandlungen von vornherein aussichtslos zu machen. Der bayerische Premier hatte sich diese Vorschläge angeeignet. Wir fragten ihn und seine Freunde neulich offen und öffentlich, was aus den Vorschlägen geworden sei. Wir forderten eine offene und öffentliche Erklärung, wie Preußen sich zu denselben gestellt habe. Von Antwort und Erklärung ist uns nichts zu Gesicht gekommen. So wollen wir selbst sie geben. Sind wir recht unterrichtet — und wir glauben es zu sein, — so soll die Antwort heute noch erfolgen: eine auf den Inhalt eingehende Antwort hat die Politik Bismarck der Politik Hohenlohe nicht gegeben. An der Wiedervereinigung Deutschlands unter freiheitlichen Bedingungen liegt der Zollerei eben nichts; die Unterwerfung Deutschlands ohne alle Bedingungen — das ist die Zollerei, nichts Anderes, nichts Besseres.

Es fragt sich nun weiter, was die Politik Hohenlohe Angesichts dieser Nichtantwort, die wahrlich doch auch eine Antwort ist, gethan hat. Nichts hat sie gethan, diese Politik Hohenlohe. Pflicht wäre gewesen, auf dem Wege einer Vorlage an die bayerische Volksvertretung klarzustellen: „Das haben wir versucht, und nun müssen wir als Minister eines deutschen Landes nnd im Jutereſſe des deutschen Ganzen ein Anderes versuchen." Pflicht wäre es gewesen, nunmehr den Beweis zollerscher Undeutschheit zu benutzen zum Besten des außerzollerschen Deutschland, und Angesichts des constatirten bösen Willens des entfernteren Nachbars, die nächsten Nachbarn anzugehen zu gemeinsamer Action. Die Erfolglosigkeit in Berlin wies verständigerweise direkt nach Stuttgart und Karlsruhe. Das Scheitern des Versuches einer Verständigung mit dem Nordbund drängte mit Nothwendigkeit zu dem Versuch einer Verständigung über den Südbund. Das ist, wofern es noch politische Logik gibt, eine zwingende Schlußfolgerung. Aber statt dessen? Nicht nur ist in der bezeichneten Richtung nicht das Geringste geschehen, nein, bis auf den heutigen Tag spottet die Politik Hohenlohe — in einer seiner letzten Kammerreden spottete noch der Minister persönlich — über den Südbundsgedanken und, noch so gründlich belehrt über die politische Zollerei, hat sie eben so gründlich die Einführung der militärischen Zollerei sich trotzdem angelegen sein lassen. Und zwar, so unglaublich es klingt, mit dem vollen Bewußtsein, mit dem erklärten und offiziell verkündeten Bewußtsein, daß der zollersche Militarismus eine Last für das Volk, eine Ueberbürdung, welche die Völker und die Staaten auf die Dauer nicht würden ertragen können." Das nämlich hat Prinz Hohenlohe vor ein oder zwei Jahren selbst gesagt, freilich um den ächt ministeriellen, ächt bureaukratischen Schluß daran zu knüpfen: „Ueber das Milizsystem brauche er wohl kein Wort zu verlieren" — welches denn heißt: die Krankheit verwünschen, aber die Heilung mißachten.

Mit diesen Worten kennzeichnet sich die Politik Hohenlohe. P.D.

Inland.

München, 17. März. Das eigenhändige Schreiben welches König Ludwig bei Gelegenheit des Rücktritts des Fürsten Hohenlohe an diesen gerichtet hat, lautet wörtlich: „Mein lieber Fürst! Sie haben wiederholt an mich die Bitte um Enthebung als Staatsminister des kgl: Hauses und des Aeußern gebracht. Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse habe ich in Würdigung der von Ihnen vorgebrachten persönlichen Motive diesem Ihrem Gesuche heute Folge gegeben. Indem ich Ihnen dieß eröffne,

Digitized by Google

fühle ich mich gedrungen Ihnen für die opferwillige Hingebung und gewährte Treue, wodurch Ihre Amtsführung ausgezeichnet war, aus vollstem Herzen meine Anerkennung auszusprechen. Dieser Anerkennung thatsächlichen Ausdruck zu verleihen, habe ich Sie, mein lieber Fürst, in die Zahl der Capitulare meines Ritterordens vom heiligen Hubertus aufgenommen. Indem ich Ihnen die erneuerte Versicherung meines freundlichen Wohlwollens ertheile, verbleibe ich fortan Ihr sehr gewogener König Ludwig." München, 7. März 1870.

—m. München, 17. März. Nachdem der Finanz-Ausschuß seinen letzten Beschluß, die Militärfrage ins Ungewisse zu vertagen mit allen gegen zwei Stimmen (Stauffenberg und Freitag) reformirt hatte, fand gestern die schon gemeldete Sitzung statt. Nachzutragen ist noch, daß auch 22,000 fl. für Koch-Feldkessel bewilligt wurden. Ein neues Wertherge-wehr kostet 22 fl. 30 kr. und mit der Munition wird es auf 37 fl. kommen. — In allerhöchsten Kreisen soll große Mißstimmung über das Resultat der gestrigen Sitzung herrschen; man spricht sogar von „Auflösung des Landtags," aber was soll nach kommen? Die Patrioten können dann getrost heimgehen, sie haben ihre Schuldigkeit gethan. Aber ob die Fortschrittsmänner, die Stützen des Kriegsministers mit der Bewilligung dessen Ansprüche große Anerkennung bei ihren Wählern finden werden, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Jedenfalls finden sie sich in einer kritischen Situation und wir sind begierig auf ihre Haltung bei der Kammerdebatte über die heikle Militärfrage. — Das Befinden des Abgeordneten Herrn Dr. Schüttinger ist zur Freude seiner Freunde ein fortwährend sich bessernes und wird bei eintretender milder Witterung diese Kraft in der Kammer hoffentlich wieder ihre Verwerthung finden.

In der heute stattgefundenen 20. öffentlichen Sitzung der Abgeordneten wurde der neueingetretene Abg. Brgrmst. Prestele v. Thannhsn. aus dem Wahlbezirke Günzburg beeidigt. Hierauf legte der Justizminister die Entwürfe einer Advokatenordnung und eines Strafprozeßgesetzes, sowie eines Gesetzes, die Anwendg. einiger Bestimmg. des StGBuches auf die Gerichtsvollzieher betreff., und eines solchen „die Aenderung einiger zivilrechtl. Bestimmungen hinsichtl. der Uebernahme fremder Verbindlichkeiten" betr. Ueber die verschiedenen Anträge wegen eines Gesetz., direkte Landtagswahlen betrff., wurde nach Zusicherung des Ministers einer baldigen Vorlage ohne Debatte zur Tagesordnung übergangen.— Die Bitte der geprüften Maurer- und Zimmermeister wurde nach Antrag des Ausschusses nach ganz kurzer Debatte abgelehnt. Der Vorlage eines Gesetzes, die Erbauung einer Vizinal-Eisenbahn von Spalt nach Georgensgemünd betr., wurde, gleichfalls nach Antrag des Ausschusses, die Zustimmung ertheilt. Min. v. Schlör erklärt, daß die darauf bezügl. Vorlage in den nächsten Tagen erfolgen werde. Folgen noch Anzeigen über begründete und unbegründete Anträge.

Der Entwurf des Gesetzes über die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1870, welchen die kgl. Staatsregierung der Kammer der Abgeordneten vorgelegt hat, lautet: „Seine Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchst Ihres Staatsrathes mit Zustimmung der K. der Reichsräthe und der K. der Abgeordneten beschlossen und verordnen wie folgt: Einziger Artikel. Die Wirksamkeit der Bestimmungen der Art. 1, 2 u. 3 des Gesetzes vom 21. Febr. 1870, „die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1870 betreffend", wird bis zum 30. Juni 1870 verlängert. Die Motive zu dem Gesetzentwurf besagen Folgendes: Nach Art. 1—3 des Gesetzes vom 21. Febr. 1870, „die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1870 betreffend", ist mit dem 31. März 1870 die Befugniß zur Erhebung der direkten Steuern und die Fortdauer der bisherigen Maximaltarifsätze für die Eisenbahnen und den Ludwigskanal, dann die Ermächtigung zur Fortbezahlung der Theuerungszulagen für Beamte, sowie der Zuschüsse und Sustentationen an die Geistlichkeit erloschen. Da bis zu dieser Zeit das Budget und Finanzgesetz für die 10. Finanzperiode noch nicht definitiv festgestellt ist, erscheint es nothwendig, auch für das zweite Quartal des lauf. Jahres vorsorgliche Bestimmung in der erwähnten Richtung zu treffen. Die kgl. Staatsregierung sieht sich deshalb veranlaßt, die Verlängerung der durch Artikel 1—3 des Gesetzes vom 21. Februar d. Js. ertheilten Ermächtigung bis Schluß des Mts. Juni l. Jhrs. zu beantragen.

Mit vier Ausrufungszeichen hat das „Vaterland" und mit einem Ausrufungszeichen die Donauzeitung gemeldet, daß ein „adeliges" und „gräfliches" Mitglied der patr. Partei den Kriegsminister im Ausschuß unterstützt habe. Hat denn ein adeliger Abgeordneter weniger Recht, seiner Ueberzeugung zu folgen, als ein bürgerlicher? Man fange nur damit an, Mitglieder der eigenen Partei nach unten zu denunciren, und man wird sehen, wohin man jene bringt. Durch den früheren Ausschußbeschluß wurde gar nichts präjudicirt, sondern nur Zeit zur Prüfung einer sehr wichtigen Frage gewonnen, welche die reiflichste Ueberlegung verdient. Oder will die patriotische Partei sich von Mitgliedern der „Volkspartei" auf's Eis führen lassen? Hat nicht die „Volkspartei" in allen ihren Organen gegen das Ministerium Hohenlohe geeifert und haben nicht deren Mitglieder in der Kammer, als es galt, trotzdem für das Ministerium Hohenlohe gestimmt? Und hat die jetzige Kammermehrheit vergessen, daß die „Volkspartei" nach der Republik strebt, während

Digitized by Google

sie selbst die Worte: „Für Gott, König und Vaterland" auf ihre Fahne geschrieben? Daß ein Republikaner für ein Milizheer schwärmt, ist begreiflich; aber wenn eine monarchische Partei unter den jetzigen europäischen Verhältnissen, da alle monarchischen Staaten große stehende Heere unterhalten, das Milizsystem einführen wollte, so wäre dies, deutsch gesagt, ein blanker Unsinn. Nach unserer bescheidenen Ansicht muß das Hauptinteresse der patr. Partei auf das Zustandekommen eines neuen Wahlgesetzes gerichtet sein. Bevor wir dieses haben, so tief entscheidende, so viele Interessen und Sympathien verletzende Vorschläge wie die des Hrn. Kolb, annehmen: das wäre der größte und verhängnißvollste Fehler, welchen eine schwache Kammermehrheit begehen könnte. Auch wir sind für eine Verminderung des Militärbudgets, aber nicht für eine Desorganisation der Armee.

In Bezug auf militärische Ausbildung und Ausrückungen der Bürgerwehr sollen folgende Bestimmungen getroffen werden: Die Bürgerwehr muß mit dem Gebrauch ihrer Waffen vertraut und im Exerzieren in denjenigen Abtheilungen bewandert sein, welche jeden Orts bestehen. Zu diesem Behufe ist jeder neueintretende Bürgerwehrmann, der nicht schon in Folge persönlicher Dienstleistung im stehenden Heere sich bei einer abgehaltenen Probe als vollkommen abexerziert zeigt, verpflichtet, das vollständige Exerzitium in dem nach den örtlichen Verhältnissen erforderlichen Umfange unter Leitung eines vom Commando der Bürgerwehr aufgestellten Exerziermeisters und nach den Anordnungen des Commandos durchzumachen. Im Uebrigen ist die gesammte Bürgerwehr verbunden, abgesehen von der gesetzlich vorgeschriebenen Theilnahme an Paraden und militärischen Begräbnissen, dann von den Ausrückungen zur Leistung von Sicherheitsdiensten, alljährlich an vier Tagen zu militärischen Uebungen auszurücken. Die Inspektionen der Kreisinspektoren und des Oberinspektors sind, wenn thunlich, gelegenheitlich dieser regelmäßigen Ausrückungen vorzunehmen; doch können dieselben, falls es unvermeidlich erscheint, auch zu besonderen Ausrückungen Anlaß geben. Außerdem sind zwei bis viermal des Jahres Schießübungen zu veranstalten, an welchen die Bürgerwehr theilzunehmen verpflichtet ist. Die Ausrückungen zu den militärischen Uebungen und Inspektionen, zu den Schießübungen, dann zu Begräbnissen der Angehörigen der Bürgerwehr werden von dem Abtheilungskommando angeordnet. Dasselbe ist verpflichtet, hiebei den Tag und die Stunden der Ausrückung — wo thunlich — in der Art festzusetzen, daß die Erwerbsgeschäfte der Bürgerwehrpflichtigen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Die Ausrückung in den vorgesehenen Fällen wird von der militärischen Stadt- oder Platzkommandantschaft, oder wo sich eine solche nicht befindet, vom Commando der Bürgerwehr angeordnet. In den Fallen, in welchen das Commando der Bürgerwehr die Ausrückung anzuordnen berufen ist, hat dasselbe seine Anordnung vor deren Expedition jederzeit zur Kenntniß der Distriktsverwaltungsbehörde und der etwa im Orte befindlichen Stadt- oder Platzkommandantschaft zu bringen. Jede der letztgenannten beiden Behörden ist berechtigt, bei sich ergebenden Bedenken die Ausrückung zu suspendiren. Die Ausrückungen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung setzen in der Regel eine Requisition der mit der Handhabung derselben betrauten Distriktspolizeibehörde voraus. Nur in dringenden Fällen, in welchen ein Benehmen mit der Distriktspolizeibehörde ohne Gefährdung des Zweckes nicht möglich ist, kann auch die Lokalpolizeibehörde eine solche Ausrückung requiriren. Die Requisitionen der Polizeibehörden werden in Orten, wo sich eine militärische Stadt- oder Platzkommandantschaft befindet, an diese gerichtet, welche die Ausrückung anzuordnen berufen ist. Nur in dringenden Fällen, in denen Gefahr auf Verzug besteht, kann die Requisition unmittelbar an das Commando der Bürgerwehr ergehen, jedoch ist der Stadt- und Platzkommandantschaft hievon gleichzeitig Mittheilung zu machen. Da, wo sich eine Stadt- oder Platzkommandantschaft nicht befindet, geht die Requisition jederzeit unmittelbar an das Commando der Bürgerwehr. Die Requisitionen der Distriktspolizeibehörden können entweder im einzelnen Fall oder sofort vorsorglich ein für allemal für eine gewisse Art öfters wiederkehrenden Fälle geschehen. Die Bürgerwehr hat den Requisitionen der Polizeibehörden und den Befehlen der Stadt- und Platzkommandantschaft zur Ausrückung unbedingt Folge zu leisten. Hält sie eine solche Requisition oder einen solchen Befehl für gesetzlich nicht begründet, so hat sie demselben gleichwohl nachzukommen; ihr Commando ist jedoch berechtigt, nachträglich bei der Kreisregierung, Kammer des Innern, eventuell bei dem Staatsministerium des Innern Beschwerde zu führen. Wenn die Bürgerwehr im Ganzen oder in einzelnen Abtheilungen mit Abtheilungen des stehenden Heeres oder der Landwehr oder der Gendarmerie zum gemeinschaftlichen Dienste zusammentrifft, so wird über die kombinirte Abtheilung, soferne nicht der Stadt oder Patzcommandant das Commando selbst führt, das Commando von denjenigen Offizier geführt, der die höchste Charge bekleidet, bei allenfallsiger Gleichheit der Charge steht das Commando dem Offiziere des stehenden Heeres.

Das „Fränk. Volksbl." macht auf einen Punkt des Militarismus aufmerksam, der gar sehr der Erwägung bedarf, das ist der Schild- und Wachdienst. Jede einzelne Schildwache setzt einen Präsenzstand von 10—12 Mann voraus, wovon jeder 225 Thlr., also der ganze Posten jährlich 4—5000 fl. kostet, fast soviel als der General Besoldung bezieht, vor dessen Haus der Posten steht Und doch hat solcher Zierrath weder einen kriegerischen, noch einen Friedenszweck, er ist nichts als ein geistloses Hin- und Herbummeln ohne alle ästhetischen oder sonstigen Werth. Es ist merkwürdig, daß man dem Soldaten, dem Manne, dem Krieger eine solche Beschäftigung

nur zumuthen kann. Darum fort mit diesen Schildwachen: dem Soldaten wird dadurch eine Beläſtigung, dem Lande aber werden Tauſende von Gulden erſpart.

Berlin, 17. März. Der Reichstag genehmigte heute den belgiſchen Auslieferungsvertrag in dritter und letzter Leſung. In der Debatte über das Strafgeſetz wurde für Hochverrath überall Feſtungsſtrafe neben Zuchthausſtrafe zugelaſſen, für Landesverrath die bloße Zuchthausſtrafe angenommen, aber die Möglichkeit mildernder Umſtände zugelaſſen. Der Antrag Krygers, daß der Paragraph über den Landesverrath auf Nordſchleswig keine Anwendung finden ſollte, wurde abgelehnt. — Der Hiſtoriker und Orientaliſt Karl Friedrich Neumann iſt heute im Alter vom 77 Jahren geſtorben.

Die Tarifreform und die damit zuſammenhängenden Steuern ſollen Aufgabe des Zollparlaments bilden. Demnach ſind die Gerüchte von anderweitigen Steuervorlagen unbegründet.

März, 14. März. Der Reichskanzler Graf Beuſt hat gutem Vernehmen nach in Betreff der Türkenlooſe an das zisleithaniſche Miniſterium eine Vorſtellung gerichtet, in welcher er ausſpricht, daß die offene Feindſeligkeit gegen dieſe Finanzoperation die Beziehungen Oeſterreichs zur Pforte erſchwere, wofür der Reichskanzler die Verordnung dem zisleithaniſchen Kabinet überlaſſen müſſe.

Ausland.

Paris 16. März. Heute den 16. März. 1870 hat der kaiſerliche Prinz ſeine Majorität erreicht.

Paris, 17. März. Der „Francais" ſagt: Marquis de Banneville verläßt heute Rom um einige Zeit in Paris zuzubringen. — Nachrichten aus Madrid melden daß der Herzog v. Montpenſier gerichtlich verfolgt werden wird.

Die „Agence Havas" meldet offiziös: Alle katholiſchen Mächte haben beſchloſſen keine Specialbevollmächtigten zum Concil abzuſenden, indem ſie unter ſich übereingekommen ſind vermöge der beſtehenden Geſetze den bedrohten bürgerlichen Rechten Achtung zu verſchaffen.

I. ordentliche Schwurgerichtsſitzung für Oberfranken im Jahre 1870.

(Schluß)

5. Fall. Dieſe örtlichen Verhältniſſe begründen die Annahme, daß eine Mittheilung des Feuers von der Hohberger'ſchen Brandſtätte aus an die Wnner'ſchen und Hofman'ſchen Gebäulichkeiten unwahrſcheinlich ſei. Beſtärkung fand dieſe Annahme in dem Umſtande, daß die ſämmtlichen Gebäulichkeiten des gerade zwiſchen der Hohberger'ſchen und den übrigen Brandſtätten liegenden Anweſens des Müllers Söll von dem Feuer gänzlich unberührt geblieben ſind ſo daß bei der Annahme einer Mittheilung des Feuers von der erſten Brandſtätte aus an die Anweſen des Wuner u. Hofmann das Feuer die ſämmtlichen Gebäulichkeiten des Müllers Söll förmlich überſprungen haben mußte.

Der Verdacht einer Brandſtiftung bezüglich der Anweſen des Hohberger und Wuner konnte jedoch in keiner Weiſe begründet werden, nur bezüglich des Feuers im Hofmann'ſchen Hauſe, welche die Verweiſung des Nahr und Hofmann vor das Schwurgericht zur Folge hatten.

In dem Hauſe des Hofmann wohnten ſeit Walpurgi 1868 die Taglöhnerseheleute Joh. und Eliſ. Fleiſchmann, welche mit den Hofmann'ſchen gemeinſam die untere Stube bewohnten.

In der fragl. Nacht wurden die Fleiſchmann'ſchen Eheleute durch Feuerrufe aus dem Schlafe geweckt und räumten ihre nichtverſicherte Mobiliarſchaft aus. Beim Herunterſchaffen gewahrten ſie, daß die Anweſen des Hohberger u. Wuner in vollen Flammen ſtanden. Dagegen war im Hofmann'ſchen Hauſe noch kein Feuer ausgebrochen.

Als derſelbe zum 4. Male die Stiege in den Hausboden hinaufſtiegen, gewahrten ſie durch die offnene Stubenbodenthür, daß Nahr in der ſüdweſtlichen Ecke des Stubenbodens mit einer brennenden Petroleumlampe, ohne Cylinder neben einem Haufen Stroh ſtand, die Lampe an den Strohhaufen hinhielt, ſo daß derſelbe in heller Flamme aufloderte.

Im nämlichen Augenblicke rief Nahr gegen Fleiſchmann in den Hausboden hinauf:

„Jetzt Fleiſchmann, brennt es bei uns auch."

Nahr ſtellt auf's Entſchiedenſte in Abrede den Brand geſtiftet zu haben und erklärt die deßfallſige Angaben der Fleiſchmann für Erfindung. Er will von einem Feuer im Stubenbodenraume nichts wahrgenommen haben.

Weber Hofmann, welcher der Anſtiftung zu dieſem Brande beſchuldigt iſt, leugnet ebenfalls jegliche Theilnahme und leitet die Entſtehung des Brandes in ſeinem Hauſe von dem Wuner'ſchen Brande her.

Beide Angeklagte machten gegen die Fleiſchmann'ſchen Eheleute geltend, daß dieſelben keinen guten Leumund und keinen Anſpruch auf Glaubwürdigkeit hätten und dieſes Urtheil wurde auch unterſtützt durch ein Zeugniß der Heimathgemeinde der Fleiſchmann'ſchen Eheleute, welche dieſelben als verläumderiſch und plauderhaft bezeichnet.

Die kgl. Staatsbehörde ſuchte die Anklage aufrecht zu erhalten, die Vertheidigung plaidirte auf Freiſprechung.

Von den Geſchwornen wurden die beiden Fragen verneint und konnten die Angeklagten, vom Schwurgerichtshofe frei geſprochen, den Saal verlaſſen.

Frankf. Coursbericht vom 17. März 1870.

Staatspapiere.				Würtbg.	4½% Obl.		91¼ bz
Preußen.	5% Oblig.	— G			4 =		85¼ G
	4½ =	93¼ bz			3½ =		82¼ G
	4 =	84 P		Baden.	4½ =		92 G
Frankfrt.	3½ =	81¼ P			4 =		85⅛ bz
Naſſau.	4½ =	92⅛ G			3½ =		83 G
	4 =	84 bz		G. Heſſen	5 =		102 P
Kurheſſ.	4 =	83⅜ P			4 =		92⅜ P
Bayern.	5% Oblig.	101 G		Sachſen.	5 =		101⅛ bz
	4½ 1jhr. =	91⅛ bz		Brſchw.	3½ =		80⅔ P
	4½ ½jhr. =	91⅛ G		Oeſterr.	4⅛ R.i.S.		58⅛ bz
	4 1jhr. =	86⅛ P			4% R.i.P.		50⅛ G
	4 ½jhr. =	86⅛ G			5 Ung. E.-A.		75⅛ P
	4 Abl.-R.	86⅛ P		Amerika.	6% pr. 1882		95⅛ bz
	3½ Obl.	— P			6% pr. 1885		95⅛ bz

Anlehen der Stadt München 100¼ G

Anlehensloose.				bad. 35 fl.		59	bz
3½% preuß. 100 thlr.	—	bz		großh. heſſ. 25 fl.		—	bz
kurheſſ. 40 thlr.	58⅛	bz		Ansb.-Gunzenhſn 7 fl.		12	P
bayr. 100 thlr.	106	P		öſterr. 500 fl. v. 1860		80	bz
Wechſel auf kurze Sicht.				Hamburg (M.-B. 100)		88½	G
Amſterdam (100 fl.)	100⅛	bz		London (10 Pf. St.)		119⅞	bz
Augsburg (100 fl)	99⅛	G		Paris (200 Fr.)		95¼	bz
Berlin (60 thlr.)	105	bz		Wien (100 fl. ö. W.)		95⅜	bz
Bremen (50 thl. Gold)	97⅛	P		Disconto 3½ pCt.			
Aktien.			5	öſt. Staatsb. 500 frc.	367	bz	
3%/b. H.u.W.-B. 500 fl.	—	G	4	pfälz. Ludwb. 500 fl	171½	bz	
Oeſt. Nat.-B. 600 fl.	695	P	4½	Maxbahn 500 fl	106⅜	P	
4% b. Oſtbahn 200 fl.	119⅛	bz	4	Nordb. 500 fl.	87½	G	
5½ öſt. Südb. 500 frc.	233	bz	4	H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90½	G	

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 67. Sonntag, den 20. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Beginn des 2. Quartals erlauben wir uns, unsere verehrl. Abonnenten zu rechtzeitigem Abonnement und zur Verbreitung unseres Organs einzuladen.

Wir werden fortfahren, treu dem Programme, der gerechten und heiligen Sache des Volkes und unseres geliebten Vaterlandes, des Rechtes, der Freiheit und der Kirche mit allen unsern Kräften, mit offenem Muthe und Entschiedenheit zu dienen. — Wir sind überzeugt, daß unsere seitherigen Mitarbeiter unserem Organe treu bleiben, und werden trachten, daß neue Freunde gewonnen werden. — Den Kammerdebatten, besonders den so wichtigen über das Budget werden wir die größte Aufmerksamkeit widmen und den Inhalt der wichtigeren Reden ausführlich bringen; ebenso die hauptsächlichen politischen Neuigkeiten. —

Der Preis des Blattes ist wie seither nur 36 kr. pr. Quartal, ein Betrag, wodurch auch dem Minderbemittelten unserer Partei in Stadt und auf dem Lande Gelegenheit gegeben ist, ein tüchtiges, seine Interessen warm und eifrig förderndes Organ zu besitzen.

Indem wir unsern seitherigen Mitarbeitern hiemit Dank aussprechen, laden wir alle unsere Gesinnungsgenossen zu recht zahlreichem Abonnement nochmals höflichst ein.

Redaktion und Expedition der Neuen Bamberger Zeitung.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag über die Unfehlbarkeit der Kirche.

Wer bessert aber die Bauern auf?

(Fortsetzung.)

Wir haben im Vorausgehenden gezeigt, daß es wenigstens ungerecht und unbillig sei, von dem Bauern, welcher unter allen Staatsangehörigen für sein Kapital die geringste Rente und für seine Arbeit den geringsten Lohn erhält, zu verlangen, andere Stände, die in all' dem besser daran sind, noch aufbessern zu helfen.

Wir gehen noch einen Schritt weiter und sagen: Es können und dürfen überhaupt keine weiteren Anforderungen an den Bauern gemacht werden, weil er eine noch größere Belastung als ihm schon aufgelegt ist, nicht mehr ertragen kann.

Niemand, dem die Verhältnisse auf dem Lande bekannt sind, kann die traurige Thatsache in Abrede stellen, daß ein großer Theil des Bauernstandes bereits ruinirt ist und ein noch größerer dem Ruine rasch entgegengeht. Eine völlige Geldklemme nicht bloß bei kleinen, sondern selbst bei größeren Bauern, womit bei den kleinen nicht selten der empfindlichste Mangel selbst der nothwendigsten Lebensbedürfnisse verbunden ist, weil sie eben, was nur irgend von ihren landwirthschaftlichen Erzeugnissen entbehrlich schien, verkaufen mußten, um das für Zinsen, Steuern ꝛc. nothwendige Baargeld sich zu verschaffen; eine immer weiter um sich greifende Verschuldung, so daß nicht bloß die Felder und das Haus, sondern meist auch das Vieh im Stalle, die Betriebs- und wenigen Hausgeräthe Anderen, besonders Juden, verpfändet sind, das sind traurige, aber nur zu wahre Zustände, welche durch die massenhaften gerichtlichen Auspfändungen und Zwangsverstriche auch nach Außen sich erkennbar machen. Wir wissen wohl, daß man nicht ansteht, diese Verarmung des Bauernstandes, soweit man dieselbe nicht leugnen kann, der Trägheit, dem Mangel an landwirthschaftlicher Bildung, der Verschwendung, der Prozeßsucht und anderen Fehlern dieses Standes selbst zuzuschreiben und von der Entfernung dieser Ursachen die Aufbesserung desselben zu erwarten. Gesetzt, es sei dem wirklich so, so ist doch klar, daß die notorische Verarmung des Bauern, sie mag nun welche Ursachen immer haben der Regierung die schwere Verpflichtung auferlegt, Alles aufzubieten, um diesen für Bayern so wichtigen Stand vom drohenden Verderben zu retten. Deßhalb sollte dieselbe gar nicht

ed by Google

daran denken unter solchen Verhältnissen dem Bauernstande neue Lasten aufzulegen, sondern sollte vielmehr dahin trachten, ihm die schon auferlegten möglichst zu erleichtern Diese Verpflichtung der Staatsregierung, unter allen Umständen gegeben, tritt um so mehr hervor, je leichter nachgewiesen werden kann, daß nicht in den angeführten Fehlern des Landmannes, sondern in ganz andern Verhältnissen, zum großen Theil in den Staatsgesetzen selbst, die Ursachen der Verarmung desselben zu suchen seien. Wir wollen damit durchaus nicht in Abrede stellen, daß jene Fehler wirklich bei vielen Bauern zu finden und wenigstens mitwirkende, beschleunigende Ursachen ihres Verderbens seien. Wir können in ihnen aber nur nebensächliche nicht hauptsächliche, nur besondere nicht allgemeine Ursachen der bäuerlichen Verarmung erblicken und zwar deßhalb, weil wir nicht nur faule, unwissende, verschwenderische, streitsüchtige, sondern auch sparsame in ihrem Geschäfte tüchtige u. fleißige, allen Prozessen ausweichende Bauern zu Grunde gehen sehen; weil wir unleugbar nicht ein Vorwärtskommen sondern ein Zurückkommen des ganzen Standes bemerken, wecher, weil es ein allgemeines ist, auch eine allgemeine Ursache haben muß. Oder ist diese Behauptung unrichtig? So zeige man uns die Bauern, die seit 10—12 Jahren so vorwärts gekommen sind, als es die eingewendete Arbeit erwarten lassen sollte. Wir glauben nicht viel Widerspruch zu erfahren, wenn wir behaupten, daß der Bauer zufrieden sein darf, wenn er mit der äußersten Anstrengung mit Fleiß, Sparsamkeit und Gottes Segen sich nur im gleichen Stande erhalten kann, wenn es nicht abwärts geht. *)

Woher denn nun diese allgemeine ungünstige Lage des Bauernstands? Wir glauben die Hauptursache bereits im Vorausgehenden klar dargelegt zu haben. Wir haben gezeigt, wie ein kleineres Gut unter den günstigsten Verhältnisien nur eine vierprozentige Kapitalrente und einen Arbeitsverdienst von etwa 24 kr. abwirft. Wären nun alle diese Güter schuldenfrei, so daß der Eigenthümer wirklich nebst dem von ihm und seinen Angehörigen selbst verdienten Arbeitslohne auch die Kapitalrente zum Genusse hätte, so wäre die Lage derselben, wenn auch immerhin nicht glänzend, doch befriedigend. Wir wissen aber leider, daß diese Voraussetzung nur in außerordentlich seltenen Fällen gegeben ist, daß vielmehr der weitausgrößte Theil der Bauerngüter mehr oder weniger verschuldet ist, demnach die Kapitalrente zum Theil oder ganz nicht dem Eigenthümer, sondern seinen Gläubigern zufällt. Dabei fällt noch erschwerend ins Gewicht, daß in Folge der hohen Renten, welche die Kapitalien in kaufmännischen, industriellen, staatlichen Unternehmungen abwerfen und der damit verbundenen Aufhebung der Wucher-Gesetze der Landman ebenfalls die nöthigen Kapitalien zu immer höheren Prozenten aufnehmen muß, wie auch sicher bereits die Zinsfuße der meisten schon länger auf Oekonomiegüter geliehenen Kapitalien entsprechend erhöht worden sind. Die Sachlage ist demnach klar. Der Bauer arbeitet unter doppeltem Verlust: unter Verlust an der Rente, da er im günstigen Falle nur auf 4 Prozente der eingewendeten Grund- und Betriebscapitalien rechnen kann, aber 5 und noch mehr Prozente Zins für die aufgenommenen Kapitalien zahlen, also darauf zahlen muß; und unter Verlust am Arbeitsverdienst, da er, wenn er denselben mit den Seinigen selbst verdient, von dem Betrage desselben bei den erhöhten Preisen gerade derjenigen Gegenstände, die er auch kaufen muß, das Hauswesen nicht erhalten kann, und wenn er die Arbeit von Andern thun lassen muß, um den sich ergebenden Arbeitsverdienst weder Dienstboten noch Taglöhner erhält, also wiederum darauf zahlen muß. Ein Geschäft aber unter doppeltem Verluste an Kapitalrente und Arbeitsverdienst kann unmöglich vorwärts kommen, sondern muß über kurz oder lang zu Grunde gehen. Bedenken wir dabei die ebenso schlaue als gewissenlose Thätigkeit der Geldwucherer, welche die Sorglosigkeit oder augenblickliche Noth des Bauern auf wirklich unglaubliche Weise ausbeuten; ferner die von Jahr zu Jahr sich steigernden direkten u. indirekten Staatsbesteuerungen, die im gleichen Maße, ja voraussichtlich in Folge der neuen Gesetze über Verehelichung, Ansässigmachung und Armenwesen in noch höherem Maße zunehmenden Gemeindelasten und vor Allem die besonders auf dem Landvolke ruhende Blutsteuer des stehenden Heeres, so braucht man wahrlich über den bereits sichtbaren Ruin des Bauernstandes sich nicht zu wundern, sondern höchstens darüber, daß derselbe noch nicht vollständiger eingetreten sei. Haben wir demnach nicht Recht, wenn wir Angesichts dieser Lage des Bauernstandes den von so vielen Seiten gestellten Forderungen nach Aufbesserung die Frage entgegenstellen: Wer aber bessert die Bauern auf? Oder will es vielleicht Jemand unternehmen, nachzuweisen, daß irgend eine der Bevölkerungsklassen, welche Aufbesserung verlangt, sich in solcher Noth, in solcher Gefahr des völligen Ruines befinde, wie der Bauernstand*). Wir werder wohl vergebens darauf warten. Da aber, wo die Noth am größten, die Gefahr des Verderbens am nächsten, — da, meinen wir wenigstens, müsse

*) Wir setzen dabei immer voraus, daß der Bauer bloß auf seiner Landwirthschaft angewiesen ist, also weder Aktivkapitalien noch ein anderes Geschäft zur Unterstützung hat.

*) Wir unterlassen es absichtlich, sehr naheliegende Vergleiche zwischen der Lebensweise, dem Aufwande ꝛc. der betreffenden Bittsteller und der Bauern zu machen. Beispiele sind immer gehässig.

zuerst Hand angelegt werden zur Aufbesserung, zur Rettung.

Unberechtigte Klage! unvernünftige Forderung! so tönt es uns entgegen; der Bauer muß sich selbst aufbessern! (Schluß folgt.)

Inland.

München, 17. März. Die Abgeordnetenkammer wird sich um die Mitte der nächsten Woche mit der wichtigen Angelegenheit der außerordentliche Militärcredits zu befassen haben. Beschließt die Majorität, wie zu erwarten steht, in der nämlichen Weise wie der Ausschuß, dann ist die Militärfrage principiell im volksthümlichen Sinne entschieden, und die bayerische Abgeordnetenkammer wird mit einem Beispiel vorangegangen sein, dem eine alsbaldige Nachahmung in Württemberg bereits gesichert ist. Das Reformverlangen wird sich aber von da aus alsbald weiter und zwar gerade auch in Norddeutschland geltend machen, und ebenso zur Erhaltung des Friedens, als der Entwicklung des Volkswohlstandes mächtig beitragen.

Auf ärztlichen Rath wird sich Prinz Otto nächsten Mittwoch auf einige Zeit nach Hohenschwangau begeben, und J. Maj. die Königin-Mutter den Prinzen begleiten.

München, 19. März. Oberappellrath Baron v. Lupin wurde quiescirt; der Appellrath Koch in München zum Oberappellrath und der Bezirksrath Lunglmayer in München zum Appellrath befördert.

Der 6. Ausschuß der Kammer ist dem Antrag des Abg. Dr. Freitag auf Abänderung der im Art. 6 der Gemeindeordnung enthaltenen Bestimmungen über die Bürgermeistereien mit allen gegen 2 Stimmen beigetreten, obwohl durch die Vertretung der Staatsregierung geltend gemacht wurde, daß kein Zwang in Bezug auf die Bildung von Bürgermeistereien ausgrübt und den Betheiligten volle Freiheit auch hinsichtlich der Auflösung von schon gebildeten Bürgermeistereien gelassen werde und daß noch keine genügenden Erfahrungen darüber vorhanden seien, ob die neu geschaffene Einrichtung sich bewähre oder nicht.

Karlsruhe, 18. März. Die erste Kammer hat einstimmig den Ausschußantrag angenommen: aus Opportunitätsgründen dem Vorschlag der zweiten Kammer wegen Aufhebung der Todesstrafe zur Zeit nicht beigetreten.

Die württembergische zweite Kammer hat gestern den Antrag gegen das Militärgesetz der Finanzcommission zur schleunigen Berichterstattung überwiesen. Die Nationalliberalen benutzen die Gelegenheit das Ministerium anzuklagen weil es der Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz nicht entgegentreten. Herr Römer, der Parteigänger des Hauses Hohenzollern, zeigte sich dabei plötzlich als treuer Anhänger der württembergischen Selbstständigkeit.

Berlin, 17. März. Der König genehmigte die Kandidatenliste zur bevorstehenden Wahl eines neuen Oberhirten der Diöcese Münster; auf derselben befinden sich Domprobst Menke, Generalvikar Brückmann, Weihbischof Boßmann und die Kanoniker Giese und Cramer. — Die gegen den Redakteut der „Zukunft" erkannte Gefängnißstrafe von 6 Monaten „wegen Verspottung katholischer Institutionen und dgl." wurde vom Kammergerichte auf 3 Monate herabgesetzt.

Berlin, 18. März. Der Reichstag fuhr in der heutigen Sitzung mit Berathung des Strafgesetzbuchentwurfes fort. Der hessische Bundeskommissär Hoffmann wies Aeußerungen des Abg. Blum (Sachsen) in der gestrigen Sitzung gegenüber energisch jede Verdächtigung der Bundestreue Hessens zurück und konstatirte, daß die hessischen Truppen nur einen Fahneneid, nicht einen doppelten schwören, welcher Fahneneid von denen der übrigen Bundeskontingente nicht abweiche. Gleichzeitig bestritt er, daß die „Darmstädter Ztg." ein offiziöses Blatt sei. (Blum hatte auf die „schwierige Lage" hingewiesen, in welche die hessischen Soldaten durch ihren Fahneneid gerathen könnten; der Fall, daß kleine Staaten gegen ihren Willen in einen Krieg gegen Preußen gedrängt würden, liege nicht im Bereiche der Unmöglichkeit, zumal die amtliche Darmst. Ztg. „gewisse bayerische Anschauungen über den casus foederis" ohne Bemerkung abgedruckt habe.) Im weiteren Verlaufe der Berathung des Strafgetzbuchentwurfs wurde § 99, welcher von der Beleidigung der Mitglieder von bundesfürstlichen Häusern handelt, gestrichen.

Nach dem „Temps" ist in den diplomatischen Kreisen Berlins in Folge der — zuerst abgeläugneten, zuletzt zugestandenen — Depesche des Grafen Daru wegen der süddeutschen Frage eine gewisse Aufregung entstanden, da dieselbe ziemlich bedrohlich abgefaßt war. Graf Bismarck schien aber den Sinn derselben nicht errathen zu wollen, da er in hochst versöhnlichem Tone antwortete.

Innsbruck, 14. März. Nach der amtlichen „Gazzetta di Trento" drohen nun auch die beiden Abgeordneten der wälschtirolischen Landgemeinden, Dr. Leonardi und Napoleon Frhr. v. Prato, mit ihrem Austritt aus dem Reichsrath, falls ihnen die in ihrer Denkschrift an den Ministerpräsidenten Ritter v. Hasner gestellten Fordeerungen nicht zugestasden werden. Auch Degara, Propst von Arco, unterfertigte sie, und kehrte bereits, ohne den Erfolg abzuwarten, in seine Heimath zurück.

Ausland.

Zürich, 15. März. An der hiesigen Universität hat Fräulein Morgan aus London die Disputation zur Erlangung der medizinischen Doktorwürde vor einem Auditorium von mehr als 400 Personen in bester Weise bestanden. Fräulein Morgan ist be-

Digitized by Google

reits die zweite Dame, welche sich in Zürich den Doktorhut holte.

London, 17. März. Die Regierung macht in ihrer Bill, betreffend die Herstellung der Gesetzlichkeit in Irland, weitere Vorschläge: Der Besitz von Pistolen ist ganz verboten, der Besitz von Waffen und der Verkauf von Pulver ist zu beschränken. Verdächtige Fremde können verhaftet, Wirthshäuser bei Sonnenuntergang gesperrt und gewisse Vergehen summarisch abgeurtheilt werden. Die Behörden sind ermächtigt Journale zu suspendiren; diesen ist jedoch die Appellation gestattet.

Southampton, 17. März. In verflossener Nacht erfolgte im Canal ein Zusammenstoß der brittischen Schiffe „Normandy" und „Mary;" 32 Personen ertranken.

Vermischtes.

— Freiburger Frs. 15-Loose. Ziehung am 15. März. Hauptpreise: Serie 4984 Nr. 47 à Frs. 30,000. Serie 4203 Nr 10 zu Frs. 3000. Serie 3605 Nr. 18 zu Frs. 1000.

Der verstorb. Hist. C. F. Neumann wurde geboren in Reichmannsdorf; 1822 Gymn.-Prof. in Speyer, dieser Stelle aber wegen angebl. zu freien Aeußer. enthoben. Darauf machte er große Reisen, besonders in China, von wo er eine große, werthvolle Bibliothek chinesischer Bücher mitbrachte, welche als einzig in ihrer Art jetzt eine Zierde der Münchener Bibliothek bildet. An der dortigen Universität wirkte er längere Zeit als Professor, bis er nach Berlin übersiedelte, wo er nur seinen Stndien lebte. Neumann's letztes Werk, eine Geschichte der Vereinigten Staaten, zeigt ihn als glühenden Republikaner.

Guten Appetit. Ein neuer Industriezweig ist seit Kurzem in London aufgetaucht, der darin besteht aus Themseschlamm Butter herzustellen, wenn überhaupt das Produkt diesen Namen verdient. Die aus Schlamm gewonnene Butter hat eine gelbliche Farbe und kommt in Geschmack und Geruch ordinärer wirklicher Butter gleich. Wie dieses Gemisch zubereitet wird, ist natürlich das Geheimniß der Fabrikanten. So viel ist gewiß, daß davon seit geraumer Zeit wöchentlich große Quantitäten nach Holland verschifft werden. Was dort damit geschieht, weiß der liebe Himmel!

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 15. März l. Js.

Der Sterbpaktschein der Pfründn. Dor. Bickel sei für die Stiftung zu übernehmen und deshalb Weisung an das Cassieramt zu erlassen. — In Sachen des Bürgerspitals gegen den Bauern Seitz von Drügendorf seien Capital und Zinsen bei dem k. Bezirksgerichte dahier zu lequidiren. — In der Curatel über den geisteskranken Metzgergef. Valentin Häuser seien die Verpflegungskosten für die hiesigen Irrenanstalt beim k. Stadtgerichte anzumelden und deren Sicherstellung zu bewirken. — Die Einstellung der Bauanlage des H. Maurers Hirsch sei wegen Abweichung vom genehmigten Bauplan sofort zu verfügen. — Ein Aufruf des bayer. Nationalcomitees wegen Beschickung der internationalen Ausstellung von Arbeitern und Handwerkern in London sei der kgl. Gewerb- und Fortbildungsschule, dem Gewerb-Verein, dem Gartenbauvereine, dem Gesellenvereine und dem Arbeiterbildungsverein dahier zur weiteren Verbreitung mitzutheilen. — Nachdem zur Anzeige gebracht worden ist, daß Gärtner und Häcker, welche den hies. Gemüsemarkt belegen, die Aufstellung ihrer Körbe, auch wenn sie im Besitze solcher sind, absichtlich unterlassen, sei wiederholte Belehrung und Aufforderung an dieselben mit der Bedeutung zu erlassen, daß aus Rücksichten der öffentlichen Reinlichkeit und von Gesundheitspolizei wegen die magistr. Anordnung im Interesse sowohl der Käufer, als der Verkäufer unter allen Umständen durchgeführt werden müßte und daß Zuwiderhandelnde es sich lediglich selbst zuzuschreiben hätten, wenn sie zur Strafe gezogen würden. — Dem Hr. Schreinermeister Packert sei wegen beabsichtigter Verlegung seines Canals die Vorlage eines Bauplanes aufzugeben. — Bezüglich der Aufstellung des für den Kaulberger Bezirksverpflichteten Flurers Joseph Pöllmer sei öffentl. Bekanntmachung zu erlassen. — Das Gesuch der Kärnerswittwe Frau Pichler wegen Aufstellung von Wägen vor ihrem Hause sei auf Grund der bestehenden Straßenpolizeiordnung unter Aufrechthaltuug des Magistratsbeschlusses vom 11. d. Mts. abzuweisen. — Auf Reklamation des H. Metzgermeisters Drummer sei demselben zu bedeuten, daß nach ortspolizeilicher Vorschrift der Weg an der Panzerleithe vom Altenburger Weg nächst dem Baumeister Pezold'schen Anwesen an bis zum Crucifix oberhalb des Apotheker Sippel'schen Gartens weder befahren noch beritten werden darf. — Der Bericht des H. Stadtthierarztes Feßler über das Ergebniß der dießjährigen Frühjahrszuchtbullenvisitation sei der k. Reg. in Vorlage zu bringen. — Der Facadenbau am Hause des H. Schneidermeister Dörfler sei bedingungsweise zu genehmigen. — Mehrere Bauwendungen in den Häusern 111, 669a, 705 , 1019, 1961, wurden nach technischen Gutachten genehmigt. — Dem Hrn. Restaurateur Schneider wurde der Durchbruch dreier Fenster in seiner Gartenwirthschaft nach dem Nonnengraben zu nach Gutachten bewilligt, desgl. dem H. Mechaniker Georg Fischer die Erbauung einer technischen Werkstätte nebst Schleife in der Weide. — Die neu redigirten u. revidirten ortspolizeilichen Vorschriften für Anlage u. Unterhaltung der Straßentrottoire seien den HH. Stadtgemeindebevollmächtigen mitzutheilen. — Die Rückschreiben der Magistrate Haßfurt und Nürnberg wegen Einführung der neuen Maß- u. Gewichtsordnung dienen vorläufig zur Nachricht. — Dem prakt. Arzte H. Dr. Adam Rapp dahier sei Verehelichungszeugniß auszustellen. (H.-G. 48 fl.) — Das Gesuch des Hrn. Gastwirth Michels um Bewilligung zum Betrieb der Lohnkutscherei sei zu genehmigen u. im Gewerbsanmeldsregister Eintrag zu machen. — Die Transportkosten für den durch einen Beinbruch verunglückten Spitalpfründner Hinterheim seien im Betrage von 1 fl. 30 kr. auf Rechnung des Bürgerspitals zu nehmen. — Auf Antrag des H. Cassiers des Gesellenstituts wegen Ueberhandnahme der Rückstände der Spitalgelder in Folge Nichtanzeige des Austritts hier in Arbeit stehender wehrpflichtiger Gesellen sei Behufs Abhilfe mit dem k. Landwehrbezirkskommando ins Benehmen zu treten. — Wegen der noch immer rückständigen Gebühren der Schätzer H. Stader u. H. Held für die vom k. Lagercivilkommissär veranlaßten Werthserhebungen in den hies. Bergfluren sei wiederholtes Erinnerungsschreiben zu erlassen. — Die Beschwerde der Maria Hermannsdörfer wegen Stadtverweisung sei der k. Regierung zur Bescheidung vorzulegen. — Das in der Buchner'schen Verlagsbuchhandlung erschienene commentirte Armengesetz sei für die Magistratsbibliothek anzuschaffen. — Gegen mehrere hiesige Bewohner sei wegen fortgesetzter Schulversäumnisse ihrer Kinder durch den H. Vertreter der Staatsanwaltschaft Strafantrag beim k. Stadtgerichte zu veranlassen. — Mehrere rückständige Schulstrafgeldbeiträge seien exekutiv beizutreiben. — Ein Gesuch um Bewilligung zur Beschäftigung als öffentlicher Lohndiener mit Abzeichen sei wegen getrübten Leumunds des Bittstellers abzuweisen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 86.68 Dienstag, den 22. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag über die Unfehlbarkeit der Kirche.

Militarismus.

I. Seit Wochen bringen die Blätter Nachrichten über Nachrichten von Massenpetitionen gegen den Militarismus, d. h. den Soldatenstaat im Staate sowie gegen den Entwurf eines der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Bürgerwehrgesetzes. Auch in unserer Stadt hat in diesem Betreffe eine Versammlung stattgefunden, aber nicht wie man annehmen könnte von Seite der bayerisch-patriotischen Partei. Es dürfte für unsere Leser nicht uninteressant sein zu erfahren, warum die Petitionen gegen den Militarismus nicht von den Patrioten angeregt wurden. — Wer das Programm dieser Partei das nun einmal festgestellt und an dem nicht genergelt werden darf, wie z. B. an dem einer andern Partei, das jetzt wieder seine ursprüngliche schwarz-weiße Militär-Färbung (in der Kammer) erhalten und seinen weißblauen Ueberzug verloren hat, mit Aufmerksamkeit durchliest, der findet im Absatz 6, die betreffende Stelle und die beste Auskunft, warum bis jetzt so wenig angeblich von patriotischer Seite geschehen. Dieser Absatz der mit dem bezüglichen in dem damaligen Programme der sogenannten liberalen Fortschrittspartei ziemlich gleichlautend war ist es, den unsere Abgeordneten in der Kammer eifrigst in unserem das ist des engeren Gesammtvaterlandes Wohle zu vertreten verpflichtet sind, und daß es ihnen Ernst, die aufs Höchste angespannten Steuerkräfte des Volkes durch Verminderung des Militäretats wenn gerade nicht zu vermindern, so doch zu schonen, das haben sie bereits nach den neuesten Berichten aus ihren Club- und Ausschußsitzungen bewiesen. Die Patrioten haben nur solchen Abgeordneten ihre Stimme gesichert, von denen sie im Voraus überzeugt, daß sie an dem nun einmal aufgestellten Programme ohne Rücksicht von schlimmen Eventualitäten treu festhalten werden. Daß deßhalb keine Petitionen gegen den Militarismus (wovon die Ausgaben das Doppelte der direkten Steuern übersteigen) an unsere Vertreter gerichtet werden können ist klar, denn dasselbe käme einem Mißtrauensvotum nicht nur gleich, sondern die Ehre unserer Vertreter wäre gewisser Massen angegriffen. Also nach diesem ist kaum der Petitionssturm von Seite der patriotischen Partei ausgegangen. Woher denn also?

Von einer Seite die entweder in der Kammer nicht vertreten oder von einer andern Seite deren Vertreter nicht diesem Wunsche nachzukommen Lust zeigen. Bereits bei den Maiwahlen vergangenen Jahres wurde von Seite der patriotischen Partei das Wehrgesetz als ein Krebsschaden des Volkes bezeichnet allein die sogenannten Herrn Liberalen, die dazumal noch das Heft in den Händen und das Volk am Gängelband hatten, konnten die daraus entspringenden Wohlthaten nicht genug lobpreisen und wehe dem, der seine Stimme dagegen erhoben. Ein Finsterling, ein um wenigstens 300 Jahr Zurückgebliebener oder wenn er auf seine Religion etwas hielt, Ultramontaner, das waren die Ehrentitel eines solchen für wahre Freiheit kämpfenden Mannes. Die Novemberwahlen zeigten auf einmal, daß die Patrioten nicht nur stark im Volke vertreten, sondern daß eine sehr immense Mehrheit desselben, die noch gar nicht geschätzt werden kann, solange nicht ein direktes Wahlgesetz diese Stimmung zur Geltung bringt, dieser Partei angehört. Der weitaus geringere Theil unseres Landes schickte Abgeordnete in die Kammer, die zwar den eben erwähnten Absatz auf ihre Fahne geschrieben, in Wirklichkeit aber nur als Köder für ihre Wähler benützten, um eine ganz andere: nämlich die des norddeutschen Militarismus und Cäsarismus damit zu entfalten. Und wirklich haben sich diese Herren nicht gescheut die Selbstständigkeit Bayerns dem norddeutschen Moloch zum Opfer bringen zu wollen. Ja noch mehr, als sie einsahen, daß dieß an dem Granitfelsen der Treue der Patrioten scheitern muß und selbst das Volk gegen eine solch anmaßende Ueberschätzung, als sei dieß die Stimme des ganzen Landes, in seinen Blättern protestirte so wagten sie dennoch für bedrückende Einrichtungen, weil dieselben in Preußen eingeführt, nicht nur ihre Stimme zu erheben, sondern dafür bis zum gemeinsten Servilismus zu schwärmen. Eine solche Einrichtung ist das Wehrgesetz, das ganz nach preußi-

Digitized by Google

schem Muster uns derartig beglückt, daß wir uns wohlbefinden, wenn wir dasselbe wenigstens in vielen Punkten sobald als möglich abschütteln können, da es an unserem Marke zehrt. Und als eine Ergänzung des eben erwähnten Gesetzes dürfte der besprochene Entwurf gelten. Daß die Abgeordneten der Fortschrittspartei, — die ja als Endziel ihres Strebens und Wirkens nur ein vergrößertes Preußen durch Annexion des größten Theiles Deutschlands und Mediatisirung sämmtlicher darin regierenden Fürsten wie es bereits mit Hannover, Hessen und Nassau geschehen kennt — diesen Gesetzen nicht abhold sein können, wird Jeder leicht einsehen. Daher wohl auch die Mahnung der Urwähler an die Abgeordneten-Kammer, das Joch des Militarismus abzuschütteln. Diese Mahnung ist weniger an die patriotischen Abgeordneten als vielmehr an die Fortschrittlichen gerichtet. Beide Theile zusammen sollen dieses Ungeheuer bekämpfen, beide Theile sollen sich vereinigen, dadurch die Steuerlast des Volkes zu vermindern.

Gerade das, was die Petitionen anstreben sollen, haben unsere Abgeordneten schon längst beschworen; deßhalb halten wir eine solche gegen den Militäretat und was damit zusammenhängt für überflüssig, wohl wohl aber ist es am Platze kräftigst und feierlichst die Stimme zu erheben gegen den Entwurf des neuen Bürgewehrgesetzes, das den Bürger zu jeder beliebigen Zeit zu Gendarmeriedienste zwingt, und ihn zu einer militärischen Aushilfe herbeizieht. — Dieß ist vor allem die Aufgabe der Presse, nicht allein der patriotischen, volksparteilichen und demokratischen, sondern auch die fortschrittlichen Zeitungen mögen den von ihnen so oft gepredigten Liberalismus Volkswohl und Volksglück durch kräftiges Mitwirken bethätigen. Wir werden stets unsere Stimme erheben für das wahre Wohl des Volkes und reichen Jedem brüderlich die Hand, der mit uns geht.

Dem — Corresp. *.* im ‚N. A.' gewidmet.

In unserm lieben Bamberg gibt es wirklich Leute, die nicht wissen, wie sie die Zeit todtschlagen müssen. Hat so einer erzliberaligster Pflastertreter sich die Mühe genommen, in einem nachbarlichen Blatte einen Artikel *.* Bamberg, 13. März einzusenden, der diese paar Zeilen hervorruft. Dieser überaus geistreiche und äußerst redlich und (für seine Taschen) rechtlich gesinnte Correspondent wird erlauben, daß wir ihm dießmal nicht in Glace-Handschuhen ꝛc. den Text lesen, wohl aber auf eben so derbe, wenn auch nicht so gemeine Art. Eines gibt er zu, daß er sich nicht zu dem gebildeten Theile — und da hat er vollkommen recht — der hiesigen Einwohner zählt, die keine confessionellen Differenzen haben. Es scheint, daß er mit der Mistgabel unserer Gärtner betrauter ist, als er angibt. Wir können uns diese gemeine Blindschleiche die im Stillen wühlt, und seitdem sie kein großes Wort mehr zu reden hat, und auf ihre Stimme ebensowenig gehört wird wie auf das Drohen eines Kindes wohl denken und nöthigen Falls noch etwas näher bezeichnen. Wir würden einer solch humanitätspredigenden Seele, die ihr gemeines Thun und Treiben gerne Anderen in die Schuhe schiebt, nämlich den confessionellen Haß anzufachen und zu nähren, nicht entgegnen, wenn sie nicht das Gebiet der Religion berührt hätte. Solch feigem ungebildeten Hetzer, denn anders können wir ihn nicht bezeichnen, rathen wir nur ferne zu bleiben, da wir ihm die Versicherung geben können, daß die „Mistgabel unserer Gärtner" diese Natter sammt der ganzen Brut leicht vertilgen kann, wie sie es mit Recht verdient. Möge sie fortan behäbig ihres Leibes und Genusses pflegen und ja nicht am Abend ausgehen, um nicht bei Tage als Lichtscheu gekennzeichnet zu werden. Wir geben ihr den guten Rath, unsere braven und ehrlichen Gärtner und Häcker, die im Schweiße ihres Angesichts ihr sauer zu erwerbendes Brod verdienen, sich als Muster zu nehmen und mehr nach seinem Augiasstalle sich umzusehen und denselben zu reinigen, statt Andern ihre ohnehin saubere Thüre kehren zu wollen. Uebrigens: wir kommen nächstens zusammen und da werden wir Dir zischenden Natter den Balg schon abziehen und Dich in Deiner Nacktheit zeigen. Verstanden!

Inland.

—m. München, 21. März. In der bekannten Sitzung des Finanzausschusses am Dienstag den 15. März, welche um 4 Uhr begann und nach 8 Uhr erst endigte, verließ der Kriegsminister um 8 Uhr, wie schon gemeldet, die Sitzung, um sich zu Sr. Majestät zu begeben. Als nun am folgenden Tage der König das vollständige Resultat der Sitzung vernahm, erklärte er dem Kriegsminister, sofort die Kammern auflösen zu wollen. Es wurde nun Ministerrath gehalten und nur den dringenden Vorstellungen des Gesammtministeriums gelang es, den König von seinem Entschluß abzubringen. Seine Majestät erklärten übrigens entschieden, daß sie nur für diesmal noch von höchstihrem Entschluß abstehen wollten, würden aber die Patrioten noch einen solchen Schritt provociren, so würde die Auflösung unabänderlich erfolgen. — Die Situation der Patrioten ist wahrhaft keine beneidenswerthe, da alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, die Patrioten bei Sr. Majestät in jeder Hinsicht zu mißkreditiren. Die größte Mißstimmung namentlich von Seite des Kriegsministers herrscht gegen die geistlichen Abgeordneten, weil gerade sie die Bockbeinigsten seien. Auch Hr. v. Schlör ist auf sie nicht gut zu sprechen, da die ersten Anzeigen am Horizonte aufsteigen, die patriotische Partei sei der Ansicht, nach Hohenlohe müsse auch v. Schlör dem Willen des bayerischen Volkes gemäß aus dem Ministerium treten. Am Mittwoch ist die nächste Sitzung, in welcher der ver-

Digitized by Google

haßte Lucas über den Bauetat referiren und natürlich wieder sehr sonderbare Dinge — nach Ansicht der Fortschrittler — vorbringen wird.

Das Gerücht, der Kriegsminister habe die Entlassung eingereicht, ist verfrüht; sicher aber, daß derselbe erklärt hat, er könne, wenn die Anträge des Ausschusses bezüglich der Kreditforderung für die Armee und des Militärbudgets überhaupt zur Annahme gelangen sollten, die Verantwortlichkeit für die Leitung des Kriegsministeriums nicht weiter übernehmen.

Der sechste Ausschuß der zweiten Kammer ist dem Antrag des Abg. Dr. Freitag auf Abänderung der in Art. 6 der Gemeindeordnng enthaltenen Bestimmungen über die Bürgermeistereien mit allen gegen zwei Stimmen beigetreten, obwohl durch die Vertretung der Staatsregierung geltend gemacht wurde: daß kein Zwang in Bezug auf die Bildung von Bürgermeistereien ausgeübt und den Betheiligten alle Freiheit auch hinsichtlich der Auflösung von schon gebildeten Bürgermeistereien gelassen wurde, und daß noch keine genügenden Erfahrungen darüber vorhanden seien ob die neugeschaffene Einrichtung sich bewähre oder nicht.

— Nach Zusammenstellung verschiedener Blätter hat Bayern die gewiß vom Volke weder gewünschte noch gewürdigte Auszeichnung nach dem norddeutschen Bunde (Preußen) und Frankreich die verhältnißmäßig meisten Soldaten zu haben. Wir bemerken hiezu nur, daß es in dieser Auszeichnung eigentlich auch Frankreich vorgeht. In Frankreich besteht die aktive Armee aus vier Jahrgängen zu je 100,000 Mann jährlichen Zugangs. In Baiern aber aus drei Jahrgängen mit etwa 16,000 Mann jährl. Zugang. Da Frankreich 37½ Millionen, Baiern 4⅝ Mill. Einwohner zählt, so wird in Frankreich jedes Jahr von 375, in Bayern schon von 300 Einwohnern Einer in die Militärjacke gesteckt.

Karlsruhe, 21. März. Der Großherzog ist heute Morgen zur Feier des Geburtstags König Wilhelms auf 3 Tage nach Berlin gereist.

Aus Baden, 18. März. Geh. Rath Herrmann hat seinen Bericht über das Stiftungen-Gesetz für die erste Kammer vollendet. Die Anträge, welche er stellt, weichen zum Theil bedeutend von der Regierungsvorlage ab. So sollen Vermächtnisse oder Schenkungen an bestehende Stiftungen nur dann der staatlichen Genehmigung bedürfen, wenn sie den Werth von 500 fl. erreichen. Als kirchliche Stiftungen (§ 3) sollen gelten, außer den vom Regierungsentwurf anerkannten: „Diejenigen, welche vor Verkündung dieses Gesetzes durch Vereinbarung der zuständigen staatlichen und kirchlichen Aufsichtsbehörden als kirchliche anerkannt oder durch rechtskräftig gewordene richterliche Entscheidung als kirchliche erklärt worden sind", ferner: „Diejenigen zur Armenunterstützung oder Krankenpflege bestimmten Stiftungen, welche von der Kirchenbehörde als bei Verkündigung dieses Gesetzes kirchlich in Anspruch genommen, und in dieser Eigenschaft durch Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes anerkannt werden. Künftige Stiftungen sind kirchliche, wenn ihr Vermögen einem der Zwecke gewidmet ist, welche der § 3 bezeichnet. Die in irgend welcher Form zur Armenunterstützung oder Krankenverpflegung bestimmten Stiftungen gehören dann zu den kirchlichen, wenn sie von dem Stifter ausdrücklich als kirchliche errichtet werden". Sodann sollen (§ 9) die Verfügungen über kirchliche Stiftungsvermögen im Einverständniß mit der Kirchenbehörde getroffen werden. Die Befugniß des Verwaltungsgerichtshofs bei Streitigkeiten über Stiftungen wird erweitert. Die §§ 22 und 23, welche von konfessionellen Stiftungsräthen handeln und von der zweiten Kammer gestrichen worden sind, sollen wieder hergestellr werden.

Die württembergische Abg.-Kammer hat den Antrag Schotts die Präsenzzeit bei der Infanterie und Artillerie auf 1 Jahr, bei der Cavallerie auf 2 Jahre herabzusetzen, der Finanzkommission zur Berichterstattung zugewiesen und in dieselbe 10 großdeutsche und demokratische und 5 Mitglieder der Regierungspartei gewählt.

Wien, 18. März. Ein Erlaß des Kriegsministeriums fordert die pensionirten Offiziere vom Hauptmann aufwärts zum allfälligen Wiedereintritt in die Armee auf, um auf diese Weise Ersparungen im Pensionsetat zu erzielen.

Ausland.

Rom, 16. März. Freitag, 18. d., wird die 30. Generalcongregation gehalten, und hiebei über das erste von der Commission revidirte Schema, de fide, Berathung gepflogen und Beschluß gefaßt werden.

Von der Grenze des Kirchenstaats, 20. März, Abends. Die Antwort der Kurie auf die französische Depesche ist noch nicht abgegangen; Aeußerungen des Papstes deuten jedoch seine Abgeneigheit an, Vertreter der Mächte zum Konzil zuzulassen.

Florenz, 20. März. Das Journal „Economista" theilt mit, daß demnächst ein königl. Dekret zu gewärtigen sei, durch welches die Ausgaben für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, einschließlich des Gesandtschafts- und Konsularpersonals, durch einzuführende Ersparnisse auf das Nothwendigste reduzirt werden sollen. Hilft Alles nichts, das Deficit wird jährlich doch größer.

Athen, 17. März. Die Regierung hat ein Anlehen von 9 Mill. Drachmen zu 9½ Proc. mit der hellenischen Bank contrahirt um den Zwangscurs der Banknoten zu beseitigen.

Madrid, 19. März. Die officielle „Gaceta" veröffentlicht ein Decret welches den Klerus verpflichtet innerhalb zwei Monaten den Verfassungseid zu leisten.

Digitized by Google

Aufforderung und Erklärung.

Herr Lehrer August Schatt, früher in Ziegelerden bei Kronach, wird hiemit freundlich und dringend ersucht, den bewußten Brief, den ich vor Jahren zum Eröffnen und Vorlegen in seine Hände legte, der Oberhirtlichen Stelle zu übergeben: und diese mag entscheiden, ob er mit dem Folgenden übereinstimmt, oder nicht. „Ich suchte eine Persönlichkeit, die von gottlosen Zungen gegen mich aufgehetzt war, wiederum zu versöhnen und bat sie mit herzlichen Worten, mir keinen unnöthigen Kummer zu verursachen. Ich kam dabei auf die Ewigkeit zu sprechen, wie es einem Geistlichen zusteht, und tröstete mich mit dem Himmel, wo ich jede mir anvertraute und theure Seele zu finden hoffe. Denn das Seelenheil einer edlen, mir vertrauenden Person gehe mir so nahe, als mein eigenes und darum wolle ich lieber bei ihr im Fegfeuer als ohne sie im Himmel sein." Wer sollte das nicht? — Das Fegfeuer ist nach Dante Alighieri mehr reizend als abschreckend und deßhalb führe ich stets das Wort im Munde: „Wollte Gott, ich wäre im Fegfeuer!" Die 29te von Luthers Thesen spielt auch darauf an, daß zwei Heilige aus dem Fegfeuer gar nicht wieder herauswollten. Ich wollte eben so gern bei meinen „Feinden und Verläumdern" im Fegfeuer sein, glaube indessen, daß ihnen die Hölle bestimmt ist. — Der Vorfall im Gasthaus „zum Fäßchen" in Bamberg ist allgemein bekannt und offenkundig, ereignete sich vor 15 Jahren und ist von dem Hochwürdigen Erzbischöflichen Ordinariat genau untersucht worden. Ich erfuhr schlüßlich nicht den geringsten Tadel, wohl aber ein Jahr später aus dem Munde Sr. Exzellenz die liebvolle Mahnung: „etwas sanftmüthiger und demüthiger zu werden, in manchen Fällen auch das „Erlaubte" zu meiden, und im Allgemeinen vorsichtiger und weniger rasch zu sein! Ich war eben damals erst 26 Jahre alt!

Neufang, den 19. März 1870. G. Zucker, Pfarrer.

Sanitäts-Controle.

Die täglich mehr um sich greifenden Fälschungen der Chocoladen machen ein Produkt wie es sein soll — pure Cacao mit Zucker — fast zur Seltenheit. Gemahlene Cerealien, Fette, Farbe und Gewürze sind oft der ausschließliche Bestand von Erzeugnissen, welche als Chocolade verkauft werden.

Es ist evident, daß auch der reelle Fabrikant hierdurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Um unsrerseits jedem Mißtrauen zu begegnen, haben wir unsere Chocoladen-Fabrik in ihrem ganzen Umfange unter sanitätspolizeiliche Controle gestellt. — Die Aufsicht wird durch stetige Analyse, sowohl der zu Verwendung kommenden Rohstoffe als der fertigen Produkte gehandhabt und bietet den Consumenten die sichere Garantie, eine der Gesundheit durchaus zuträgliche Chocolade zu genießen.

Wir empfehlen ganz besonders den Herren Aerzten und Apothekern, Verwaltungen von Hospitälern und Pensionen unsere Cacao-Erzeugnisse, welche in Tafeln, gepulvert und entölt in den hauptsächlichsten Geschäften Deutschlands käuflich sind.

Franz Stollwerck u. Söhne in Cöln a. Rhein.

Steurer & Held,

Nürnberg, Heugäßchen,

empfehlen alle Arten von **Kirchengegenständen** in schöner und solider Arbeit. Photographien werden auf Wunsch mit Vergnügen eingeschickt, „Reparaturen" ebenfalls auf das Prompteste ausgeführt.

Bestellungen auf **Communion-Bilder** in mehr als 40 Sorten von 1 kr. an bis 30 kr. das Stück nimmt entgegen

Otto Reindl.

Dritte Gesellschaftsreise

durch den schönsten Theil Oesterreichs und Italien nach Rom und Neapel. Osterfeste in Rom. Bereisung der drei großartigsten Bahnbauwerke, Semmering, Apenninen und Brenner. Abreise von Wien 8. April. Preis ab München 353 fl. Silber. Alles nähere im Reise-Programm, welches gratis zugesandt wird vom Unternehmer

Theodor Römer,
Gründer d. Orient-Gesellschaftsreisen
Kaffee-Restaurant,
Naglergasse in Wien.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

á Stück 35 kr.

1	Gewinn zu					14000 fl.
1	do					7000 fl.
1	do					3000 fl.
1	do					1756 fl.
2	do zu	875	fl.	—	kr.	1750 fl.
10	do zu	180	fl.	—	kr.	1800 fl.
20	do zu	87	fl.	30	kr.	1750 fl.
30	do zu	52	fl.	30	kr.	1575 fl.
100	do zu	35	fl.	—	kr.	3500 fl.
200	do zu	17	fl.	30	kr.	3500 fl.
500	do zu	7	fl.	—	kr.	3500 fl.
934	do zu	3	fl.	30	kr.	3269 fl.
13200	do zu	1	fl.	45	kr.	23000 fl.
15000	Gewinne.					70100 fl.

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55, nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
quiesc. Assessor.

Stammwappen

für Jedermann, werden zur Anfertigung besorgt von **Joh. Blößer,**
Hs.-Nr. 1134.

Cacao-Schalen,

staubfrei, werden in größeren Partieen billigst abgegeben.

Hof-Chocoladefabrik
C. Rottenhöfer,
München.

Ein Kommod ist zu verkaufen. Näheres in der Exp. ds. Bl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 69. Mittwoch, den 23. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag über die „Vergeltung nach dem Tode."

Wer bessert aber die Bauern auf?

(Schluß.)

„Der Bauer muß sich selbst aufbessern", so lautet die Entgegnung auf unsere Darlegung, daß der Bauernstand vor allen andern der Aufbesserung bedürfe. „Die Wissenschaft, so sagt man, gibt dem Landwirthe die Mittel und Wege an, immer höhere Erträge aus seinen Feldern zu gewinnen; die so außerordentlich verbesserten Verkehrsmittel geben ihm Möglichkeit, seine Erzeugnisse auch besser zu verwerthen. Auch unsere Regierung unterläßt ihrerseits Nichts, um durch landwirthschaftliche Schulen, Vereine, Schriften die dem Landwirthe zur besseren und vortheilhafteren Cultur seiner Felder nothwendigen Kenntnisse zugänglich zu machen, sowie durch Zoll- und Handelsverträge und gute Verkehrseinrichtungen den Erzeugnissen der Landwirthschaft einen möglichst großen und freien Markt zu verschaffen. An dem Landmanne ist es deßhalb, diese ihm gebotenen Mittel zu ergreifen, um den Ertrag seines Gutes möglichst zu steigern, und so seine Lage aufzubessern. Thut er es nicht, so ist es allein seine Schuld."

Wir sind gewiß die Letzten, welche das Wahre an dieser Auseinandersetzung verkennen, den hohen Werth, welchen die landwirthschaftliche Fortbildung einerseits, die verbesserten Handels- und Verkehrsmittel anderseits für die Landwirthschaft haben, leugnen und der Staatsregierung für das, was sie in dieser Beziehung für Hebung der Landwirthschaft und damit für Aufbesserung des Bauernstandes gethan hat und noch thut, die Anerkennung versagen. Aber sowie wir in den Mängeln des Bauernstandes, als Unwissenheit, Trägheit ꝛc. nicht die alleinigen, ja nicht einmal die hauptsächlichen Ursachen seiner Verarmung erkennen konnten, so vermögen wir auch nicht in den eben angeführten Mitteln die alleinigen oder auch nur hauptsächlichen zur Rettung des Bauernstandes zu sehen, und zwar aus folgenden Gründen:

1) Der unbestrittene große Vortheil, den unsere Landwirthschaft durch die bessern Handels- und Verkehrsverhältnisse erhalten hat, wird zum großen Theile dadurch wieder aufgehoben, daß natürlich auch andere Länder an diesen Einrichtungen theilnehmen und somit deren Vortheile unseren Oekonomen streitig machen. Wir erinnern nur an die bedeutende Concurrenz, welche das ungarische Getreide und Vieh schon jetzt dem unsrigen macht und immer mehr machen wird.

2) Eben deßhalb müssen unsere Landwirthe Alles aufbieten, um durch bessere rationelle Cultur gegen die sonst übermächtige Concurrenz anderer von der Natur noch mehr begünstigter Länder sich nur zu behaupten. Es wird demnach, wenn auch die Bestrebungen der Regierung bezüglich der höheren, rationellen landwirtschaftlichen Bildung den allgemeinsten Erfolg haben, dadurch zunächst nur soviel bewirkt werden, daß unsere Landwirthschaft von der auswärtigen Concurrenz nicht völlig unterdrückt werde. Aber wie schwierig ist diese allgemeine Verbreitung höherer, landwirthschaftlicher Bildung, und wie weit sind wir noch von diesem Ziele entfernt! Die Hindernisse liegen ebenso sehr, wir sagen es mit aller Anerkennung des guten Willens der Regierung und der betreffenden Organe, in den oft angewendeten Mitteln, die nach den Verhältnissen der kleinen Oekonomen nicht zum erstrebten Ziele führen können,*) als in dem Wesen des Landmannes selbst. Besonders hinderlich auf Seite des Letzteren ist ein gewisses zähes Festhalten am Hergebrachten, eine gewisse Scheu vor Neuerungen, die der Landmann nur schwer ablegt und oft auch da behauptet, wo sie ganz ungerechtfertigt ist. Freilich hat diese Eigenthümlichkeit des Bauern auch seine gute Seite und manche Erfahrungen dienen dazu, die Berechtigung derselben zu erweisen. So lautet bekanntlich ein Hauptgrundsatz der rationellen Landwirthschaft, daß der Oekonom sich, um den möglichst höchsten Ertrag aus seinem Gute zu gewinnen, nicht auf den Anbau der gewöhnlichen landwirthschaftlichen Erzeugnisse, als Getreide, Kartoffeln, Futterpflanzen

*) Wir erinnern nur an die für die weitaus größte Zahl der Landwirthe völlig unverständlichen und darum nie gelesenen also unnützen Hefte des landw. Vereins. In neuerer Zeit scheint man viel praktischer mit der Verbreitung landwirthschaftlicher Flugschriften zu beginnen.

beschränken dürfe, sondern auch für den Anbau und Absatz passend ausgewählte Handelsgewächse kultiviren müsse, wie Oelgewächse, Färbepflanzen, Hopfen ꝛc. Gewiß hat dieser Grundsatz seine Berechtigung; daß er aber recht schlimme Schattenseiten habe, zeigt das zuletzt genannte Handelsgewächs, das jetzt schon den Ruin vieler kleinen Landwirthe verursacht hat und voraussichtlich noch verursachen wird. Solche Erfahrungen machen den Landwirth scheu.

Alle Bemühungen zur Förderung eines höheren rationellen Betriebs der Landwirthschaft können — es liegt dies in der so verschiedenen Natur der Personen und Verhältnisse — nur einen beschränkten Erfolg haben, sind demnach auch nicht im Stande, allein dem allgemeinen Uebel, an dem die Landwirthschaft darniederliegt, abzuhelfen.

Aber nehmen wir einmal an, die im Vorausgehenden dargelegten zur Aufbesserung der bäuerlichen Verhältnisse bestimmten Mittel leisteten wirklich Alles, was man sich von ihnen verspricht: Durch Erwerbung und Ausnützung der dargebotenen landw. Kenntnisse, durch Benützung der Handels- und Verkehrsverhältnisse erziele der Landmann wirklich einen möglich höchsten Ertrag seines Gutes; was nützt es ihm, wenn er die Frucht seiner Kenntnisse, seines Unternehmungsgeistes, seines Schweißes immer wieder in dem unerbittlichen Rachen des Staatssäckels verschwinden sieht? Gegen die alten Naturalleistungen, gegen die Zehnten, Gülten ꝛc. wurde nicht selten angeführt, daß sie dem Aufschwunge der Landwirthschaft hinderlich wären, weil kein Grundbesitzer Lust haben könnte, einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen, da derselbe auch andern zu Nutzen käme; und doch war dies nur zum kleinsten Theile der Fall Wie aber jetzt, wo es gerade scheint, als ob der Staat allerdings sich erst viel Mühe gebe, die Erträgnisse, wie anderer Berufsarten, so auch der Landwirthe zu steigern, aber nur um sie steuerfähiger zu machen. Woher soll da der Landwirth die Lust zu Verbesserungen, zu Erfolg verheißenden Unternehmungen, überhaupt zu größeren Anstrengungen nehmen? Daher die Europamüdigkeit so Vieler, daher die Sehnsucht nach Verhältnissen, die gestatten, das mit Kunst und Mühe dem Boden Abgerungene auch besitzen, genießen zu können. Soll demnach der Landwirthschaft, dem Bauernstande die so nöthige Aufbesserung wirklich zu Theile werden, so ist es nothwendig, daß die Staatsregierung nicht nur solche Maßregeln ergreife, welche geeignet sind, aus dem Betriebe der Landwirthschaft höhere Erträgnisse zu erzielen, sondern auch solche, die dem Landwirthe wenigstens einen Theil dieser Erträgnisse sichern.

Zu solchen Maßregeln rechnen wir:

1) Eine mehr der Billigkeit und Gerechtigkeit entsprechende Vertheilung der direkten Steuern, indem der Landmann durch die Grundsteuer gegenüber anderen Staatsangehörigen, wenn man das wirkliche Einkommensverhältniß betrachtet, viel zu hoch belastet erscheint; überhaupt aber Steuerermäßigung;

2) Eine entsprechende Abänderurg jener Bestimmungen des Verehelichungs-, Ansässigmachungs- und Armengesetzes, die den noch besitzenden Landmann der Ueberfluthung eines bäuerlichen Proletariats preiszugeben drohen;

3) Förderung und wenn nöthig staatliche Unterstützung landwirthschaftlicher Creditvereine besonders für die kleinen Landwirthe;*) endlich

4) vorzugsweise Beschränkung der so schwer auf der Landwirthschaft lastenden militärischen Blutsteuer durch Abänderung oder Beseitigung unseres allen Grundsätzen einer gesunden Volkswirthschaft widersprechenden Wehrgesetzes.

Dank der festen Haltung der patriotischen Partei ist gute Hoffnung vorhanden, daß endlich begonnen wird, dem Gut nnd Blut des Landes in einer das ganze Staatswesen bedrohenden Weise in Anspruch nehmenden Wehrgesetze ernsthaft zu Leibe zu gehen. Die patriotische Partei hat mit größter Einhelligkeit die Anträge Kolbs, wornach die außerordentlichen Forderungen des Kriegsministers von 6½ Millionen auf 2½ ermäßigt werden, so wie seine Erwägungen**) über unser Militärwesen überhaupt, wornach auch von dem ordentlichen Militärbudget große Summen erspart werden können, gebilligt, so daß deren Annahme in sicherer Aussicht steht.

Keinen Stand würde dies mit größerer Freude erfüllen, als den Bauernstand, weil ihm vor allen andern die Vortheile dieser Verminderung der Militärlast an Leuten und an Geld zu Gute kommen würde. Auch bezüglich der übrigen Forderungen, die wir oben für die Hebung des Bauernstandes gestellt, ist Aussicht auf wenigstens theilweise Erfüllung gegeben. Dann wird es demselben möglich werden aus seiner jetzigen schlimmen Lage sich herauszuarbeiten; umsomehr, weil er mit neuer Lust und Liebe, mit neuer Hoffnung beseelt, auch alle ihm gebotenen Mittel zur höheren Vervollkommnung seines landw. Betriebes begierig ergreifen wird. Dann wird er auch, denn der Bauer ist genügsam und nicht neidisch, bereitwillig zur Aufbesserung anderer Berufsstände das Seinige leisten.

Jetzt aber fordere man es nicht von ihm.

Inland.

München, 22. März. Die Stadtgem. Höchstadt a. Aisch und die Nachbargemeinden haben bei der Kammer der Abgeordneten eine Vorstellung des

*) Wir werden auf diesen so wichtigen Punkt noch besonders zu sprechen kommen.

**) Mit Befriedigung sehen wir aus dem durch die Blätter mitgetheilten Referate Kolbs, daß derselbe ganz die nämlichen Ansichten aufstellt, wie wir sie in einer Reihe von Artikeln in Nr. 88 u. f. des vorigen Jahrganges dieser Zeitung dargelegt haben.

Digitized by Google

Inhalts eingereicht, daß die Eisenbahnlinie Bayreuth-Forchheim-Rothenburg nachträglich in das Eisenbahnnetz des Königreichs eingestellt werde.

Abg. Lucas hat als Berichterstatter des Finanz-Ausschusses den Antrag gestellt, daß geeignete Vorkehrungen getroffen werden, daß alle Staatsstraßen als solche aufgegeben, in Distriktsstraßen verwandelt und die Distrikte nach Maßgabe der kunstmäßig gebauten oder zu bauenden Straßen aus den Centralfonds entschädigt werden, welcher Antrag aber vom Ausschusse mit 6 g. 3 St. abgelehnt wurde.

Derselbe Abg. hat den Antrag gestellt: es möchten geeign. Einleitgn. getroffen werden, daß die Verordn. v. 13. Novbr. 1857 aufgehoben und eine „Reorganisation des gesammten Staatsbauwesens verfügt werde, welcher Antrag mit 8 g. 1 St. angenommen.

Der Volksbote meldet: Bei der Landrathswahl haben die Kronacher Wähler einen Patrioten mit 78 Stimmen durchgesetzt. Der fortschrittliche Gegenkandidat, Hr. Pfretzschner erhielt trotz des Schutzes, den ihm der Bürgermeister Mertel angedeihen ließ, nur ganze 31 Stimmen. (Bravo!!!) Uebrigens ist dieß nicht die einzige Schlappe, die der Kronacher Fortschritt und Hr. Mertel erlitten haben, sonderu drei Nebenämter, die mit der Bürgermeisterei des Herrn Mertel verbunden und einträglich waren, wurden diesem Hrn. mit Stimmenmehrheit abgenommen. Hr. Mertel dürfte somit merken, daß der Nordwind im Nachlassen begriffen und der Barometer für seine Partei schlecht Wetter zu zeigen anfängt, wozu der Volksbot' nur gratulieren kann.

— Der „Volksbote" bringt einen rührenden Beitrag zur Raschheit des königlich bayerischen Geschäftsganges. Vor 8 Tagen wurde ein ehem. Korporal und nachmal. Maschinenschlosser Gelbert von Hrn. Schlör mit der Ernennung zum k. b. Lokomotivführer überrascht, d. h er sollte es werden. Wie aber das W. Abendblatt bezeugt, kann der Mann des ihm zugedachten Glückes nicht mehr theilhaftig werden, massen derselbe schon im vorigen Jahr zu seinen Vätern versammelt worden und im W. A. als todt verbucht worden ist. Wer nur jetzt dem Staat die Ausstellungstaxen bezahlt; Die Notiz ist zu kostbar, als daß sie nicht eines Dementi's werth wäre.

Wie die „Donauztg." vernimmt, will der patriotische Klub die Aufbesserung der Schullehrer ꝛc. erst nach Erledigung des Budgets behandeln. Läßt sich dann ohne eine Mehrbelastung des Volkes für die Lehrer und die übrigen Branchen, worunter namentlich die Postboten zu rechnen sind, eine Aufbesserung erzielen, so wird es sicherlich geschehen.

Der Redakteur der Augsb. Postztg. wurde vom Schwurgerichte nach 4stünd. Verhdlg. freigesprochen.

Das Erkenntniß des kgl. Bez.-Ger. Schweinfurt in der Untersuchung gegen den k. Pfarrer Trunk in Baunach wegen Maj.-Beleidigung wurde am 21. d. verkündet. Derselbe wurde wegen Beleidigung des Königs und der Königin-Mutter zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß, zu erstehen auf einer Festung verurtheilt.

Der patiotische Bürgerverein Würzburgs hat eine eigene Adresse beschlossen, die im Wesentlichen Kolb's Vorschläge unterstützt. Die Adresse schließt mit den Worten: „Wenn die Unterzeichneten zu dieser Vorstellung sich veranlaßt finden, so liegt der Grund hierin nur in der Ueberzeugung, daß die Wünsche und Anträge der Vertreter des Volkes unverkennbar an Kraft und Bedeutung dadurch gewinnen, daß das Volk sein volles Einverständniß mit denselben bekundet. Zudem ist vorauszusehen, daß bei den Kammer-Debatten über die Militärfrage von allen denen, welche für die Wünsche und Interessen des Volkes eintreten werden, ein lebhafter und schwerer Kampf zu bestehen sein wird. Die Kämpfer für das Volk durch lauten Zuruf des Beifalls und der Ermunterung zur Ausdauer zu entflammen, ist ein weiterer Zweck dieser Eingabe, welche wir mit der gehorsamsten Bitte schließen „die hohe Kammer der Abgeordneten wolle zur Vermeidung einer Steuererhöhung auf möglichste Sparsamkeit im Staatshaushalte dringen und insbesondere mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln die in vorliegender Eingabe bezeichneten Minderungen in den das Land bedrückenden Militärlasten herbeiführen." Am ersten Abend sollen 150 Unterschriften gezeichnet worden sein. (Das ist der rechte Ausdruck von Seite patriot. Urwähler!)

Eine gestern in Stuttgart stattgehabte aus allen Landestheilen zahlreich besuchte Delegirtenversammlung hat das Facit der großen Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz gezogen. 150,000 Württemberger, die Hälfte aller Wahlberechtigten, verlangten den Bruch mit dem am Wohlstand des Landes zehrenden, der Würde des freien Bürgerthums Hohn sprechenden gegenwärtigen Militärsystem. Diese 150,000 „Dilettanten" werden selbst von der politischeu Zunftweisheit der Herren Varnbüler und Mittnacht nicht ignorirt werden können. Das Volk Württembergs hat, einmal wieder, das Referendum gleichsam anticipirend, klar und unzweideutig ausgesprochen was es will. Die Abgeordneten werden daraus neue Kraft schöpfen und, gestützt auf diesem Votum, mit doppelter Energie den Kampf gegen den Militarismus fortsetzen.

Dresden, 21. März. Das „Dresd. Journ." erklärt die Behauptung der „Sächs. Ztg.": die sächsische Regierung hnbe den Widerspruch gegen die Ausarbeitung der Bundesgerichtsverfassung im Bundesrath fallen lassen, für unwahr.

In Oelsnitz hat sich am 20. Februar ein Rekrute aus Dresden wegen schlechter Behandlung das Leben genommen. In einem Abschiedsbriefe, den er unmittelbar vor seinem Tode an seine Eltern schrieb, heißt es unter Anderem: „Am 10. Februar früh hat mich der Sergeant Weber so geschlagen, daß sie mich besinnungslos vom Exerzierplatz fort-

getragen haben. Als ich mich erholt hatte, mußte ich wieder exerziren, mit den Worten: „Hund, wenn du doch liegen geblieben wäreſt," und dann noch eine Stunde nachexerziren. Ich könnte noch viele derartige Sachen ſchreiben, aber ich finde es für unnöthig. Liebe Eltern, Geſchwiſter und Schwager, Tante, Onkel und Bekannte, vergebt mir, denn ich habe das Leben ſatt."

Wien, 21. März. Die „Neue Freie Preſſe" meldet: Der Miniſter des Innern, Giskra, hat heute ſeine Entlaſſung eingereicht und wird dieſelbe erhalten. Die andern Miniſter verbleiben. Der Entſchluß Giskra's wurde durch die Entſcheidung herbeigeführt, daß die Wahlreform nicht mehr in der jetzigen Reichsrathsſeſſion zu verhandeln.

Ausland.

Paris, 18. März. Der „France" erzählt man daß Hr. Thiers, von dem Grafen Daru befragt, wie ſich die Regierung dem Concil gegenüber verhalten ſolle, geantwortet habe: „Es iſt wahrlich die höchſte Zeit daran zu denken, daß in Rom ein Concil tagt. Vor acht Monaten hätte man vorherſehen ſollen was aus dieſer Verſammlung hervorgehen könnte, und darüber mit dem Papſt parlamentiren ſollen; aber was wollen Sie jetzt thun? Ich geſtehe daß ich ſelbſt keinen Rath weiß. Ihre diplomatiſche Intervention, welche ſich erſt kund gibt, nachdem die Mehrheit des Concils ſich ihre Meinung bereits gebildet hat, und nachdem die religiöſen Leidenſchaften aufs äußerſte aufgeſtachelt worden ſind, kommt mir vor wie eine Poſtkutſche welche einen Extrazug einholen will. Kurz im vorigen Jahre nichts gethan zu haben, war eine Ungeſchicklichkeit; aber in dieſem Augenblick handeln zu wollen, wäre ein Blödſinn."

Paris, 20. März. Die „Fr. Corr" ſchreibt: „Wie wir vernehmen, iſt ſo eben hier und gleichzeitig in Florenz, Madrid, München u. ſ. w. eine öſterreichiſche Depeſche verleſen worden, welche ſich auf die Concilsangelegenheit bezieht. Der unmittelbare Zweck dieſes Aktenſtücks war, den katholiſchen Mächten die Gründe darzulegen, welche das Wiener Cabinet beſtimmt haben in Rom keinen Antrag auf Verſtattung eines diplomatiſchen Vertreters Oeſterreich-Ungarns zum Concil zu ſtellen. — Geſtern, erzählt der „Figarro," wurde in Folge eines Befehls des Präſidenten des Staatsgerichtshofs der Prinz Peter Bonaparte in die Hände des Commandanten der Gendarmerie des Seine-Departements, Hrn. Ramolino ausgeliefert, welcher die Uebernahme des Gefangenen ſchriftlich beſcheinigte. Um halb 7 Uhr verließ der Prinz in Begleitung des Hrn. Ramolino die Concigerie. Ein Wagen führte die beiden Reiſenden nach der Orleansbahn. Eine halbe Stunde ſpäter fuhren Hr. Louis Noir und eine gewiſſe Anzahl von Redakteuren der Marſeillaiſe ebenfalls nach Tours ab. Die HH. Pascal Grouſſet und Arthur Milliere, zur Zeit in Haft, nahmen, ein jeder von einem in Civil gekleideten Sicherheitsagenten begleitet, den 11 Uhr-Zug. Was Hrn. Henri Rochefort betrifft, ſo iſt über den Moment ſeiner Abreiſe noch nichts beſtimmt. Wie der Gaulois erfährt, ſoll der kaiſerliche Procurator geſtern zu Hrn. Louis Noir geſagt haben: „Wir können es nicht auf uns nehmen, Hrn. Rochefort nach Tours führen zu laſſen, wenn Sie nicht deßhalb einen Schritt bei dem Hrn. Miniſter des Innern thun." Ich werde einen ſolchen Schritt nicht thun, antwortete Hr. Louis Noir. Ich bezeichne einen Zeugen, und Ihre Sache iſt es die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um mir den Zeugen zu ſtellen. „Sehr wohl", replicirte der Procurator, „wir werden ſehen, was wir thun können, um jenen Schritt entbehrlich zu machen." Man glaubt, daß Rochefort erſt im Laufe des Prozeſſes nach Tours geführt, und unmittelbar nach ſeiner Vernehmung wieder nach Sainte-Pelagie zurückgebracht werden wird.

Tours, 21. März. Prinz Peter Bonaparte, über das Ereigniß in Auteuil verhört, wiederholt genau ſeine in der Voruntersuchung gemachten Ausſagen u. ſagt: er trage ſtets einen Revolver bei ſich.

Madrid. Der Herzog von Montpenſier hat ſich dem Sohne des getödteten Henri de Bourbon gegenüber anheiſchig gemacht, die Erziehungskoſten der unmündigen Nachkommen ſeines Gegners zu tragen und deren Zukunftsbegründung ſich angelegen ſein zu laſſen. Der junge Offizier hat auf dieſes Anerbieten noch nicht geantwortet. Auch Franz von Aſſiſi, der Bruder des Getödteten, hat ſich als Vormund der unglücklichen Kinder angeboten. Nach ſpaniſchen Geſetzen wird das Duell mit Exil beſtraft. Man iſt ſehr geſpannt auf die Haltung der Regierung gegenüber dem Herzog von Montpenſier.

Frankf. Coursbericht vom 21. März 1870.

Staatspapiere.				Würtbg.	4½% Obl.		91½	bz
Preußen.	5% Oblig.	—	G		4	=	85½	G
	4½ =	93½	G		3½	=	82½	G
	4 =	83½	B	Baden.	4½	=	92	G
Frankfrt.	3½ =	80½	G		4	=	85½	bz
Naſſau.	4½ =	92½	G		3½	=	83	G
	4 =	84½	G	G. Heſſen	5	=	102	B
Kurheſſ.	4 =	83½	B		4	=	92½	B
Bayern.	5% Oblig.	101½	G	Sachſen.	5	=	101½	bz
	4½ 1jhr. =	91½	G	Brſchw.	3½	=	80½	B
	4½ ½jhr. =	91½	G	Oeſterr.	4½ R.i.S.		58½	bz
	4 1jhr. =	86½	G		4½ R.i.P.		50½	G
	4 ½jhr. =	86½	G		5 Ung. E.-A.		75½	B
	4 Abl.-R.	86½	B	Amerika.	6% pr. 1882		95½	bz
	3½ Obl.	—	B		6% pr. 1885		95½	bz
Anlehen der Stadt München 100½ G								
Anlehensloose.				bad. 35 fl.			58½	bz
3½% preuß. 100thlr.		—	bz	großh. heſſ. 25 fl.			—	bz
kurheſſ. 40 thlr.		58½	bz	Ansb.-Gunzenhſn 7 fl.			12	B
bayr. 100 thlr.		105½	bz	öſterr. 500 fl. v. 1860			80	bz
Wechſel auf kurze Sicht.				Hamburg (M.-B. 100)			88½	G
Amſterdam (100fl.)		100½	bz	London (10Pf.St.)			119½	bz

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 70. Donnerstag, den 24. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Beginn des 2. Quartals erlauben wir uns, unsere verehrl. Abonnenten zu rechtzeitigem Abonnement und zur Verbreitung unseres Organs einzuladen.

Wir werden fortfahren, treu dem Programme, der gerechten und heiligen Sache des Volkes und unseres geliebten Vaterlandes, des Rechtes, der Freiheit und der Kirche mit allen unsern Kräften, mit offenem Muthe und Entschiedenheit zu dienen. — Wir sind überzeugt, daß unsere seitherigen Mitarbeiter unserem Organe treu bleiben, und werden trachten, daß neue Freunde gewonnen werden. — Den Kammerdebatten, besonders den so wichtigen über das Budget werden wir die größte Aufmerksamkeit widmen und den Inhalt der wichtigeren Reden ausführlich bringen; ebenso die hauptsächlichen politischen Neuigkeiten. —

Der Preis des Blattes ist wie seither nur 36 kr. pr. Quartal, ein Betrag, wodurch auch dem Minderbemittelten unserer Partei in Stadt und auf dem Lande Gelegenheit gegeben ist, ein tüchtiges, seine Interessen warm und eifrig förderndes Organ zu besitzen.

Indem wir unsern seitherigen Mitarbeitern hiemit Dank aussprechen, laden wir alle unsere Gesinnungsgenossen zu recht zahlreichem Abonnement nochmals höflichst ein.

Redaktion und Expedition der Neuen Bamberger Zeitung.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag über die „innere Organisation der Buße."

Das Kolb'sche Militärreferat und die patriotische Partei.

β In Nr. 66 der „N. Bamberger Zeitung" finden wir einige durch die Ausrufungszeichen, womit das „B. Vaterland" und die „Donauztg." die Haltung eines der patr. Partei angehörigen gräflichen Mitglieds des Finanzausschusses in der Militärfrage bezeichneten, veranlaßte Bemerkungen *) über die Stellung der patr. Partei überhaupt zu dieser Frage, welche wir durchaus nicht theilen und bei der Wichtigkeit der Sache auch nicht unerwidert lassen können.

Was zunächst den Vorwurf betrifft, der in erwähntem Artikel den oben genannten Blättern gemacht wird, als ob dieselben die adeligen Mitglieder der patr. Partei ihres Standes wegen nach Unten, d. h. beim Volke zu verdächtigen suchten, so können wir denselben nicht gerechtfertigt finden. Wir sind vielmehr überzeugt, daß wie uns, so auch jenen Blättern jedes Mitglied unserer Partei in der Kammer ob Edelmann oder Bauer, ob Priester oder Laie gleich gelte, wenn es nur „patriotisch" ist und als patriotisch sich auch erweiset.

Daß aber nicht nur die genannten Blätter, sondern die ganze patriotische Kammerpartei mit der Haltung des Betreffenden, sowie auch jener andern patr. Mitglieder des Finanzausschusses, welche für Verschiebung der Berathung über die Kolb'schen Anträge gestimmt hatten, nicht zufrieden waren, das zeigt der weitere Verlauf der Angelegenheit, indem auf Veranlassung der patr. Partei ein neuer Beschluß des Finanzausschusses entgegen dem ersten die sofortige Berathung der so wichtigen Frage bestimmte. Der Vorwurf, den deßhalb der Artikel in der Bbg. Zeitung ferner gegen jene Blätter erhebt, als ob sie jenem Mitgliede das Recht der persönlichen Ueberzeugung verkümmerten, würde demnach auch die ganze patr. Kammermehrheit treffen. Kann aber ein solcher Vorwurf mit Recht erhoben werden? Wir wollen gar nicht von der Parteidisciplin sprechen, von der Nothwendigkeit nämlich, daß in wichtigen Fragen der Einzelne sich der Ansicht der Mehrheit der Partei fügen müsse; denn es ist bekannt, daß gerade in der patr. Partei diese Unterwerfung der Einzelnen unter den Beschluß der Mehrheit am Wenigsten streng gehandhabt, sondern der persönlichen Ueberzeugung vielmehr Freiheit gestattet werde, als bei andern Parteien, was wir, obwohl die Kraft der Partei den wohldisciplinirten Gegnern gegenüber leicht darunter leiden kann, gar nicht einmal tadeln wollen. Aber

*) Dieselben sind der „Pfälzer Zeitung" entnommen.

Digitized by Google

das müssen wir entschieden betonen, daß noch von einer ganz andern Seite dem Rechte der freien Ueberzeugung eine Schranke gesetzt sei, nämlich durch die Verpflichtung, das dem Volke bei den Wahlen gegebene Versprechen einzulösen. Bei den Mai- wie bei den Novemberwahlen wurden wie von allen anderen, so auch von der patr. Partei Programme aufgestellt, welche ihre Stellung in den innern und äußern Fragen der Politik genau bezeichneten. In allen diesen Programmen war einer der wichtigsten Punkte das Versprechen, die patr. Partei werde Alles aufbieten, um die das ganze Staatswesen zerrüttende Militärlast zu erleichtern. Dieser Punkt wurde bei allen Wahl-Versammlungen besonders hervorgehoben und Niemand kann leugnen, das gerade das Vertrauen, die patr. Partei werde, diesem ihrem Versprechen treu, endlich erfüllen, was die liberale in der Zeit ihrer Herrschaft wohl auch immer versprochen aber nie gehalten hatte, das Volk an vielen Orten bewog, patriotisch zu wählen Daß die patr. Partei es auch mit diesem, wie mit allen andern Versprechen ihres Programmes vollkommen ernstlich meinte und heute noch meint, wer wird dies zu bezweifeln wagen? Wir glauben nun, daß ein Jeder, der von der patr. Partei sich als Abgeordneter vorschlagen und wählen ließ, damit auch seine Zustimmung zum patr. Programme und seinen Willen nach Kräften zur Verwirklichung desselben beizutragen, bekundete. Wer mit irgend einem der bestimmt und klar ausgesprochenen Punkte dieses Programms nach seiner persönlichen Ueberzeugung nicht einverstanden sein konnte, der durfte sich auch nicht auf Grund desselben zum Abgeordneten vorschlagen und wählen lassen. Es kann deßhalb kein Mitglied der patr. Kammerpartei sich über Beeinträchtigung seiner Ueberzeugungsfreiheit beklagen, wenn nicht bloß die Patrioten in der Kammer, sondern auch das ganze patr. Volk von ihm verlangen, daß er durch seine Abstimmung auch das Programm erfülle, dem er durch die Annahme der Wahl seine Zustimmung gegeben hat.

Wenn ferner der Artikel die Befürchtung ausspricht, daß die patr. Partei in der Militärfrage sich von der Volks- oder demokratischen Partei vorwärts drängen lasse und deßhalb vor dieser unter Hinweisung auf ihre sonstige feindselige Gesinnung gegen die Patrioten sowie auf ihre republikanischen Bestrebungen warnen zu müssen glaubt*), so finden wir Furcht und Warnung ganz ungegründet. Kein Unterrichteter der patr. Partei verkennt den tiefen Gegensatz zwischen dieser und der demokratischen Partei in vielen und zwar grundsätzlichen Fragen der innern und äußern Politik. Das kann uns aber durchaus nicht hindern, in andern Fragen, wo wir mit der demokratischen Partei dieselben Ziele verfolgen, auch vereint mit derselben vorzugehen. Dies ist der Fall in der äußern Frage des Verhältnisses Bayerns zu Preußen oder dem norddeutschen Bunde, indem die demokratische Partei von einem engeren Anschlusse Bayerns an denselben ebenso wenig wissen will, als die patriotische. Dies ist ferner der Fall in der inneren Frage der Erleichterung der Steuerlast durch Verminderung des stehenden Heeres, welche innere Frage mit jener äußern unbestreitbar im engsten Zusammenhange steht. Beide Parteien halten eben, ohne daß eine die andere dazu bewogen oder gedrängt habe, eine solche Maßregel durch die Lage des Staatshaushaltes und des Volkes selbst unbedingt geboten. (Schluß folgt.)

*) Nach einer Correspondenz der A. Postztg. warnte die Augsburger Allgemeine die demokratische Partei sich von den Patroten nicht knechten zu lassen; dagegen warnt die fortschr. Landztg. die Patrioten, sich von den Demokraten nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen. — Man sieht, wie unangenehm das Zusammmengehen der Patrioten und Demokraten in dieser Frage unseren Preußen ist, weil sie Alles aufbieten, beide Parteien zu trennen.

Inland.

München, 22. März. Die „Bayer. Landesz." schreibt: „Wie wir hören, hat Se. k. Hoh. Prinz Luitpold ein bei seinem jüngsten, 50. Geburtsfeste von Sr. Maj. dem Könige empfangenes Glückwunschschreiben in Ausdrücken des wärmsten Dankes erwidert. Wir freuen uns ferner mittheilen zu können, daß Se. Maj. der König hieraus Anlaß genommen hat, die früheren freundlichen Beziehungen mit der Familie des Prinzen wieder eintreten zu lassen." Hiezu meint der Korr.: Hiemit sind wohl auch die finstern Gerüchte über Palastkonspirationen widerlegt, zu deren Verbreitung die „Bay Lsz." zur Zeit der Reichsrathsadresse sich herbeigelassen hatte, und man darf als sicher annehmen, daß zu der jetzt gehobenen Verstimmung eben nur diese Adresse den Anlaß gegeben hatte.

München, 23. März. Die Tagesordnung für die auf morgen Vormittags halb 10 Uhr anberaumte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten lautet: 1) Anzeige über vollendete Referate. 2) Verlesung einer Interpellation des Abgeordneten Bucher. 3) Vortrag des Referenten im 2. Ausschusse über die Nachweisungen des effektiven Aufwands auf das Staatsbauwesen in den Jahren 1866/67 u 1868; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 4) Vortrag des Referenten im 3. Ausschusse über den Antrag des Abg. Dr. Adler u. Gen., die Errichtung von Lagerhäusern in Bayern betr.; Berathung nnd Beschlußfassung hierüber. 5) Vortrag des Referenten im 4. Ausschusse über den Antrag des Abg. Freitag, die Abänderung des Art. 6 der Gemeindeordnung vom 29. April 1869 betr.; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 6) Vortrag des 6. Ausschusses über geprüfte Anträge; Berathung und Beschlußfassung hierüber.

Den von der k. Staatsregier. der Abg.-Kammer vorgelegten Nachweisungen der Ausgaben auf sämmtl. Zweige des Staatsbauwesens in den Jahren 1866/67 und 1868 hat der Finanzausschuß einstimmig die Anerkennung und Zustimmung ertheilt.

Auch der Eigenthümer u. Redakteur der Augsburger Abendzeitung, Karl Wirth, wurde vom Schwurgerichte von der Anklage wegen Preßvergehens soeben freigesprochen. — Ebenso wurde der Redakteur Alfeld von der fortschr. Kemptener Zeitg. soeben vom Schwurgerichte freigesprochen.

Bankier Feustel und Polizeioffiziant Schnitzlein wurden, ersterer von dem Vergehen der Erpressung, letzterer der Beihilfe, freigesprochen. Es handelte sich um einen Wechsel, der dem Feustel nicht „gut" schien. Noch vor dem Verfalltage überfiel er mit Schnitzlein die unbetheiligte Frau und die Base des Agenten Schultheß, die von dem Wechsel gar nichts wußten, im Gasthof und setzte sich mit Gewalt, Drohungen ꝛc. in den Besitz von sogar noch 50 fl. über dem Werth des Wechsels. Vom Gericht sind beide allerdings freigesprochen; die öffentliche Meinung aber hat sich aus der Verhandlung ein ziemlich abweichendes Urtheil gebildet, das für beide nichts weniger als schmeichelhaft ist. Jedenfalls wird Niemand, der nicht muß und sich noch anders retten kann, mit einem „Geschäftsmann" wie Feustel. in geschäftliche Verbindung treten wollen, an dessen Freimaurer-„Humanität" ein Schuldner nur mit Zittern und Beben denken kann. Die Geschichte ist eine höchst schmutzige Geldgeschichte; kein Wucherjude könnte sie besser aufführen. Vtld.

(:) Von der Rodach. Bekanntlich hat Graf Bismarck in der Berliner Reichstags-Sitzung vom 24. Febr., als er in seinem unvergleichlichen Galgenhumor dem Hrn. v. Schaus des Reichstages, Hrn. Lasker, den Standpunkt klar machte, demselben den Vorwurf gemacht, daß er im fremden Auftrage ihn zur Unzeit zu Erklärungen zwinge. Welche Fremden mochten die Auftraggeber des Hrn. Lasker sein? Man dachte an das Badische Ministerium; allein dieses stellte jedes Mitwissen in Abrede; man verfiel auf den Ausschuß der süddeutschen Nationalliberalen, d. h. Bettelpreußen in Karlsruhe. Allein wahrscheinlicher ist die Ansicht, die Hr. Jörg im neuesten Hefte der histor.-politischen Blätter äußert. Dort heißt es: „Aus Baden kam der Auftrag nicht, woher kam er denn also? Gibt es vielleicht anderswo in Süddeutschland, wenn auch allerdings nicht in Baden, national-liberale Parteien, welche weniger geneigt sind als Bluntschli und Genossen der deutschen Politik des Bundeskanzlers in Berlin „bedingungslos" ihre Zustimmung zu ertheilen? Ich glaube, daß dieß von der national-liberalen Partei in Bayern allerdings gesagt werden darf. Ueberdieß ist es bekannt, daß gerade damals die Noth groß war im bayerischen Lager der preußisch-gesinnten Partei. Auch gestaltete sich die Debatte, welche der Lasker'sche Antrag zur Folge hatte, ganz von selbst zu einer Debatte über die Lage der Dinge in Bayern, zu einer Demonstration für den Fürsten Hohenlohe und gegen die patriotische Mehrheit des bayerischen Landtags. Es dürfte somit klar sein, woher der Auftrag gekommen war." Wenn nun schon die Vorgänge der bayerischen Adreßdebatten den Grafen Bismarck so sehr in Harnisch gebracht haben, wird bei der nervösen Reizbarkeit des vielgeplagten Mannes nicht noch Schlimmeres zu befürchten sein, da jetzt, wie es scheint, allen Ernstes in Bayern und Württemberg dem preußischen Militärsystem zu Leibe gegangen wird? Ich möchte hier die sog. liberalen Preußenfreunde auf etwas aufmerksam machen: wäre es jetzt nicht angezeigt, einen Adressensturm für das vortreffliche Militärgesetz ins Werk zu setzen? Es war doch auch seiner Zeit möglich, für den bekannten Schulgesetz-Entwurf Adressen zu Stande zu bringen. Die Unterstützung von Oben wird nicht fehlen; und die H. H. Kronacher Liberalen, die in ihrem Wahlprogramm das Werk „unseres" Hrn. Stenglein so angepriesen haben, besitzen ohne Zweifel Consequenz u. Charakterfestigkeit genug, jetzt Farb zu bekennen gegenüber dem Vorgehen der Demokraten und Ultramontanen! Oder ist die Lahmheit, mit welcher man von Oben und Unten den Adressen gegen den Militarismus zusieht, ein Zeichen, daß man die Lage der Zeit endlich zu ehren beginnt? — Mögen unsere patriotischen Abgeordneten bei der Militärfrage ihr Programm nicht vergessen und dann — das neue „Wahlgesetz" aufs Korn nehmen.

Stuttgart, 22. März. In der Kammer der Abgeordneten wurde eine Massenpetition gegen das Kriegsdienstgesetz vorgelegt. Das Genossenschaftsgesetz und die Literarconvention mit der Schweiz sind angenommen und ein Gesetzentwurf betreffend die Revision der Verfassung angekündigt worden. Am Donnerstag findet die Wahl der Commission statt.

Berlin, 20. März. Gestern in den Mittagsstunden wurde dem „Börsen-Courier" zufolge im kgl. Palais ein Russe verhaftet, welcher eine Audienz beim König gewaltsam durchsetzen wollte. Mit einiger Körperstärke begabt, war der Russe durch Beseitigung einiger Lakaien bereits in das Vorzimmer des Königs gedrungen, wo ihn Wachtposten und Schutzleute ergriffen und knebelten. Bei dem Verhör auf dem Polizeipräsidium soll sich herausgestellt haben, daß man es mit keinem Attentäter zu thun, und es wurde derselbe mittelst Zwangspasses, Conrierzuges und zweier Transporteure über die russische Grenze befördert, zugleich mit einem Begleitbrief an die russische Behörde, auf das Individuum Acht zu haben, unter keinen Umständen dasselbe wieder nach Berlin zu lassen. Fr. Ztg.

Wien, 23. März. Bei der Berathung des Etats des Landesvertheidigungsministeriums beantragt Abg. Mayrhofer, die Regierung aufzufordern, auf ausgiebige Ersparung im Militärbudget und eine allgemeine europäische Entwaffnung hinzuwirken. Der Antrag wird hinreichend unterstützt.

Ausland.

Paris, 22. März. Das Journal officiel veröffentlicht ein Schreiben des Kaisers an den Justizminister Ollivier, welches besagt, es sei zeitgemäß, alle Reformen anzunehmen, welche eine konstitutionelle Regierung erheische, um dem ungemäßigten Wunsche nach Veränderung ein Ende zu machen, welcher sich gewisser Geister bemächtigt habe und durch Erzeugung einer gewissen Unsicherheit die öffentliche Meinung beunruhige. Die Konstitution von 1852 habe den Zweck gehabt, die Ordnung zu sichern, heute aber komme es darauf an, alles Das in den Bereich des Gesetzes übergehen zu lassen, was Sache der Gesetzgebung sei. Der Kaiser ersucht daher das Ministerium um Vorlage eines Senatuskonsuls, welches die gesetzgebende Gewalt zwischen den beiden Kammern theilt und der Nation denjenigen Theil der konstituirenden Gewalt zurückgibt, welcher bisher [dem Senat] übertragen war.

Der größte Theil der Journale zollt dem Briefe des Kaisers Beifall. Das „Journal des Debats" sagt, das Schreiben beseitige den letzten Zweifel daran, daß das Kaiserreich mit dem parlamentarischen Regime vereinbar sei. Nachrichten aus dem Creuzot melden, daß die Arbeiter der beiden Hauptschachte gestern die Arbeit eingestellt und bis heute noch nicht aufgenommen haben.

Tours, 22. März. Die Zeugen Cajagnec u. a. erklären, daß sie die Spuren eines Schlags auf dem Gesichte des Prinzen Bonaparte gesehen. Die Aussagen der Uebrigen constatiren nichts neues.

Vermischtes.

Auf dem schwarzen Brette des Landhauses in Pest ist gegenwärtig Folgendes zu lesen: „Die Herren Deputirten haben heute ein paar hundert Spazierstöcke im Landhause stehen lassen. Sie werden ersucht, dieselben zu besichtigen und ihr Eigenthum mitzunehmen, da die nicht abgeholten nächstens licitando verkauft werden. Die Quästur."

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 22. März l. Js.

Gegen die aufgelegte Geschwornenliste wurde innerhalb der öffentlich ausgeschriebenen Frist keine Erinnerung erhoben, weshalb die eingetragenen Zu- und Abgänge genehmigt wurden. — Die Feststellung der Baulinie an der Eisenbahnstrasse sei der k. Regierung mit Gutachten vorzulegen. — Die aushilfsweise Verwendung des H. Bauassistenten Eichner zur Controle der Bauausführungen von Privaten sei als zweckmäßig zu erachten und zu genehmigen. — Der Aufbau 1 Stockwerks auf das Hinterhaus Nr. 93 sei zu genehmigen. — Auf Einladung des Stadtmagistrats Fürth zum Anschlusse an einen Protest gegen den Bürgerwehrgesetzentwurf sei um Mittheilung desselben zu ersuchen, da das Magistr.-Collegium mit diesem Entwurfe sowohl im Interesse der Gemeinde als der einzelnen Gemeindeglieder selbst durchaus nicht einverstanden ist. — In Folge einer Anzeige des H. Hauptkassiers des Instituts kranker Handwerksgesellen wegen unterlassener Bestellung von Spezialkassieren bei den Gewerben der Schlosser, Schreiner, Büttner, Buchbinder und Bierbrauer und auf gestellte Bitte um Abhilfe dieses Uebelstandes seien die betreffenden Gewerbtreibenden nach Maßgabe der vom Magistrate unter dem 19. Mai 1846 festgestellten Bestimmungen, welche durch das Gesetz vom 29. April 1868 keineswegs alterirt sind, mittels Circular zur Namhaftmachung je eines Spezialkassiers mit dem Bedeuten aufzufordern, daß bei fortgesetzter Unterlassung die fälligen Spitalbeiträge ihrer Gewerbsgehilfen auf Kosten der betreffenden Werkmeister und beziehungsweise Gewerbtreibenden eingehoben werden würden. — Der Jahresbericht des H. dirigir. Arztes des Irrenanstalt St. Getreu pro 1869 diente zur Einsicht und sei der k. Regierung berichtlich in Vorlage zu bringeu. — Für den städt. Holzhof seien aus der Revier Winkelhof 125 Klftr. Buchen- und Birkenholz zu übernehmen. — Die vom k. Rentamte Zeil übermittelten Waldschadensersätze zu 56 kr. aus der Rev. Tretzendorf seien zu vereinnahmen und die uneinbr. Rückstände dem H. Oberförster König Behufs Abverdienung durch Culturarbeiten der Holzfrevler mitzutheilen. — Die von der böhmischen Gemeinde Presznalk eingesendeten Kurkosten für den zugereisten Moses Mohrizeck seien der Krankenhausverwaltung zur Vereinnahmung zu übermitteln. — Wegen der Kurkosten für den Scribenten Saam aus Ebern und d n Fabr.-Arb. Bayerlein von Trailsdorf seien die betr. k. Bez.-Aemter zu requiriren. — Der von der Vorberathungscommission aufgestellte und nach deren Vorschlägen festgestellte Communalexigenzetat einschlüßlich der Armenpflege pro 1870 sei 14 Tage lang öffentlich aufzulegen und alsdann den Bestimmungen der Gemeindeordnung gemäß den HH. Stadtgem.-Bevollm. mitzutheilen. — Nach den gesetzl. Bestimmungen über den Lokalmalzaufschlag soll einem Antrag der hiesigen H. Brauer entsprechend die Rückvergütung von ausgeführtem Bier per Eimer mit 12 kr. statt 9 kr. für die Zukunft erfolgen. — Die im nächsten Monate in Erledigung kommenden 8 Waisenhausstellen sollen jetzt schon zur Bewerbung ausgeschrieben werden. — Auf einen Antrag wegen Entfernung neugepflanzter Alleebäume der besseren Kehre willen konnte um so weniger eingegangen werden, als hiedurch die Symetrie der Alleen gestört würde, während für die Kehre von Baumstämmen bis zu 70 Fuß Länge bei einiger Aufmerksamkeit und Vorsicht hinreichender Raum vorhanden ist. Es wurde hiebei als eine beklagenswerthe Erscheinung hervorgehoben, daß unsere Baumpflanzungen namentlich in ihrem Werthe für die öffentliche Gesundheitspflege so wenig Verständniß und Schutz finden und auch unter sonst wohlmeinenden Leuten aus vorübergeh. Geschäftsnachtheilen, die zudem meistens auf Einbild. beruhen u. durch Erfahrungen noch gar nicht nachgewiesen sind, offenkundige Gegner zählen, wie dies aus einem „Eingesandt" in einem öffentl. Blatte sich jüngst ergeben hat. — Einer Reklamation der H. Vorstände des Flurervereins wegen der Wiederverpachtung des westlichen Jagdbogens sei keine Folge zu geben, da die Verträge unter Beobachtung der gesetzl. Bestimmungen abgeschlossen und bereits rechtskräftig geworden sind. — Der Vergleichsentwurf des Fiskalates der k. Eisenbahn-Generaldirektion wegen Zufuhrstraßen zum Bahnhofe sei nunmehr mit einer redaktionellen Modifikation vorbehaltlich der Zustimmung der HH. Gemeindebevollmächtigten zu genehmigen. — Die Haushaltungsausgaben beim Bürgerspitale wurden pro Dezember 1869 auf 4923 fl. 10½ kr. und pro Januar 1870 auf 2341 fl. 20 kr. festgesetzt und zur Ausgabeverrechnung angewiesen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 71. Freitag, den 25. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Beginn des 2. Quartals erlauben wir uns, unsere verehrl. Abonnenten zu rechtzeitigem Abonnement und zur Verbreitung unseres Organs einzuladen.

Wir werden fortfahren, treu dem Programme, der gerechten und heiligen Sache des Volkes und unseres geliebten Vaterlandes, des Rechtes, der Freiheit und der Kirche mit allen unsern Kräften, mit offenem Muthe und Entschiedenheit zu dienen. — Wir sind überzeugt, daß unsere seitherigen Mitarbeiter unserem Organe treu bleiben, und werden trachten, daß neue Freunde gewonnen werden. — Den Kammerdebatten, besonders den so wichtigen über das Budget werden wir die größte Aufmerksamkeit widmen und den Inhalt der wichtigeren Reden ausführlich bringen; ebenso die hauptsächlichen politischen Neuigkeiten. —

Der Preis des Blattes ist wie seither nur 36 kr. pr. Quartal, ein Betrag, wodurch auch dem Minderbemittelten unserer Partei in Stadt und auf dem Lande Gelegenheit gegeben ist, ein tüchtiges, seine Interessen warm und eifrig förderndes Organ zu besitzen.

Indem wir unsern seitherigen Mitarbeitern hiemit Dank aussprechen, laden wir alle unsere Gesinnungsgenossen zu recht zahlreichem Abonnement nochmals höflichst ein.

Redaktion und Expedition der Neuen Bamberger Zeitung.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag über die „allerseligste Jungfrau Maria."

An Döllinger.

Sonett.

Du bist, fürwahr ein andrer Goliath,
Mit Schwert und Schild und Speer erschienen:
Vielleicht — der Kirche treu zu dienen?
Ach nein? — Zu sä'n nur eine schlimme Saat.

„Seht die Geschichte! Rufst Du in der That,
Ich sag' es, will es lehren ihnen,
Die um den Papst in Rom erschienen,
Daß Döllinger, nur Er die Wahrheit hat."

O Döllinger! Im Nebelscheine
Siehst Du den kleinen David nicht,
Der Dir im Kampfe wohl gewachsen ist!

Weißt Du denn nicht, daß Du auch Einer bist,
Der d'rauf zu hören, was die Kirche spricht?
Sieh' dies die Schleuder mit dem Steine!

B— —m.

Das Kolb'sche Militärreferat und die patriotische Partei.

(Schluß.) So sehen wir auch in Württemberg die beiden Parteien in diesen zwei Fragen gemeinsam den Kampf gegen die nationalliberale Partei führen. Wenn der Artikel zu fürchten scheint, daß die patr. Partei damit der Volkspartei zur Verwirklichung ihrer republikanischen Ziele beistehe, so glauben wir gerade das Gegentheil. Wie schon oben bemerkt, vertraut das Volk jetzt den patr. Vertretern, daß sie einmal Ernst machen mit der Erleichterung der Steuerlast, was nur durch Beschränkung des Militärbudget geschehen kann. Sieht das Volk in der Hoffnung auf die patr. Partei in dieser Beziehung sich getäuscht, so bleibt ihm, da es von der liberalen erfahrungsgemäß Nichts erwarten kann, nur übrig, sich der demokratischen Partei in der Arme zu werfen. Deßhalb glauben wir, daß die patr. Partei durch Verminderung des stehenden Heeres viel mehr zur Sicherung und Festigung der monarchischen Staatsform beitrage als durch irgendwelche Vergrößerung desselben. Es kann wohl sein, daß die demokratische Partei noch andere Ziele mit der Verminderung oder gar Abschaffung des stehenden Heeres verfolge, welche von der patriotischen nicht getheilt werden können. Daß diese Ziele nicht erreicht werden, dafür wird durch die patr. Partei gesorgt werden. Denn so sehr sie ihrem Versprechen und ihrer Ueberzeugung treu der übermäßigen Militärlast ein Ende zu machen streben muß, so wenig denkt sie daran den Staat

Digitized by Google

gegen innere oder äußere Feinde schutzlos zu machen. Der Artikel der Bamberger Ztg. selbst gibt zu, daß eine Erleichterung des Militärbudget nothwendig sei. Im Hauptpunkte der Nothwendigkeit der Ersparungen sind wir also einig. Es handelt sich nur noch, wo im Militäretat gespart werden könne und solle. Kolb hat nun in seinem Referate solche Punkte bezeichnet und die patr. Mehrheit ist damit einverstanden, Der Artikel der Bbg. Ztg. aber sieht in der Annahme der Kolb'schen Vorschläge eine Desorganisation (Auflösung) der Armee. Ist diese Furcht begründet? Sicher nicht. Wir täuschen uns wohl nicht in der Annahme, daß Kolb bei seinem Referate die in einer 1866 in München erschienenen Broschüre „Gedanken über die Militärorganisation" ausgesprochenen Ideen vor Augen gehabt habe, da er ganz zu denselben Folgen und Anträgen kommt, wie Erniedrigung der Präsenz, bei der Infanterie, Aufhebung der schweren Reiterei und der Uhlanen, Aufhebung des Cadettenkorps, Aufhebung der Regiments-Verbände 2c. Daß damit keine Desorganisation der Armee eintrete, ist in jener Broschüre klar und deutlich nachgewiesen. Ob ein Milizheer eingeführt werden könne und solle, darum handelt sich noch gar nicht, sondern nur um solche Aenderungen in unserem Militärwesen, die ohne der Tüchtigkeit des Heeres zu schaden, doch bedeutende Ersparungen ermöglichen. Wenn deßhalb der Verfasser des Artikels andere Mittel und Wege weiß am Militär-Budget zu sparen, die weniger tief in die Organisation des Heeres einschneiden, als die Anträge Kolbs so möge er sie kundgeben; Niemand wird sie mit größerer Freude aufnehmen und vertreten als die patriotische Partei. Das aber muthe er derselben nicht zu, daß sie sich durch irgendwelche Personen, Familien- oder Standesrücksichten in ihren Entschließungen bestimmen lasse. Das Wohl des Landes, des Volkes, seines Königs, das ist wie bei andern rein staatlichen Fragen so auch bei der Militärfrage es einzig und allein, worauf der Patriot Rücksicht nehmen kann und darf. Daß die beabsichtigten Veränderungen im Militärwesen das Interesse Einzelner wenigstens vorübergehend schädigen und Manchem wehe thun werden, beklagen wir, können es aber nicht ändern. Das Wohl des Ganzen geht den Interessen der Einzelnen vor; und sicher kann das Vaterland erwarten, daß die etwa Betroffenen, besonders auch die des adeligen Standes, zum allgemeinen Besten gerne ein Opfer bringen werden. Deßhalb können wir einen gleich im Eingange des besprochenen Artikels eingeflossenen, wie eine Drohung sich ausnehmenden Ausdruck nur beklagen. Wir halten den auf patr. Seite stehenden bayerischen Adel für zu klug, um nicht zu erkennen, daß er in der Gegenwart nur in der engen Verbindung mit dem patr. Volke noch seine hervorragende Stellung im Staate sich wahren könne, daß aber diese Verbindung nur dann eine feste und dauernde seine werde, wenn der Adel nicht vergißt, daß das Volk viel leichter des Adels, als der Adel des Volkes entbehren könne.

Inland.

München, 24. März. In der heute stattgefundenen 21. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten, welcher die königl. Staatsminister von Pfretzschner, v. Lutz, v. Schlör und v. Braun beiwohnten, wurde der Abg. Jordan beeidigt u. bekannt gegeben, daß der 2. u. 4. Ausschuß eine Reihe von Vorlagen und Anträgen erledigt hat, worauf Abg. Bucher eine die Apothekerordnung vom Jahre 1842 betreffende Interpellation verlas, welche mit der Anfrage schließt, wann das Staatsministerium eine neue Apothekerordnung vorzulegen gedenke und wie man es mit der Ertheilung von Apothekerskonzessionen zu halten beabsichte, bis die neue Apothekerordnung erschienen ist. — Der k. Staatsminister v. Braun hob in der sofort gegebenen Antwort hervor, daß die Regelung der Verhältnisse des Apothekergewerbs zum Ressort der Ministerien des Innern und des Handels und der öffentlichen Arbeiten gehört; daß diese beiden Ministerien übereingekommen, es sei die nothwendig gewordene Revision der bestehenden Apothekerordnung vom Ministerium des Innern zu beschäftigen. Der Entwurf einer neuen Apothekerordnung sei auch ausgearbeitet und seit dem 7. ds. dem Medizinalkollegium mitgetheilt, um solchen unter Beiziehung mehrerer der tüchtigsten Apotheker einer gründlichen Prüfung zu unterstellen. Sobald dieß geschehen ist, wird der Entwurf endgiltig festgestellt und nach erlangter k. allerhöchster Genehmigung als Verordnung publizirt werden. Die Entscheidung über die Gesuche um Apothekerskonzessionen wird wie bisher auch ferner nach den allgemeinen Grundsätzen des Gewerbsgesetzes und den einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt herbeigeführt werden. — Den Rechnungsnachweisungen der effektiven Ausgaben auf sämmtliche Zweige des Staatsbauwesens in den Jahren $18\frac{66}{67}$ und 1868 wurde die Anerkennung ertheilt, wogegen die vom 2. Ausschuß vorgeschlagenen beiden Wünsche nach längerer Debatte abgelehnt worden sind. — Die Sitzung schloß erst Nachmittag nach 3 Uhr, die nächste findet am Samstag statt.

Der Antrag des Abg. Lucas, daß alle Staats-Straßen als solche aufgegeben und in Distriktsstraßen umgewandelt werden, wurde vom Finanzausschusse mit 6 gegen 3 St. angenommen und nicht wie vorgestern irrthümlich gemeldet wurde, abgelehnt. — Die Länge derselben betrug 1868 in ganz Bayern 1851 Stunden, wovon auf Oberbayern 483, auf Schwaben 249, Niederbayern 218, Oberpfalz 208, Mittel- und Unterfranken je 179, Oberfranken 173, Pfalz 158 Stunden treffen.

Der Abg. Greil hat den Antrag gestellt, daß die Feiertagsschule bis zum 18. Lebensjahre, die Werk-

Digitized by Google

tagsschule in der Regel bis zum vollendeten 12. Lebensjahre besucht werde; für diejenigen Kinder jedoch, welche sich bis dahin das vorschriftsmäßige Maß von Kenntnissen nicht angeeignet haben, soll die Pflicht des Schulbesuches bis zum vollendeten 13. Lebensjahre bestehen.

Wer wird Bischof von Speyer? fragt das „M. J." und antwortet: „Es heißt Herr Konrad Reither, Inspektor am königlichen Schullehrerseminar in Speyer. Gewisses weiß man nicht. So viel jedoch ist gewiß, daß in dieser nur Katholiken selbstverständlich zunächst interessirenden Angelegenheit Männer maßgebend ihre Hand im Spiel haben, die wir als hiezu materiell kompetent nicht erachten können. Diese Herren sind unser Regierungspräsident Herr v. Pfeufer und unser Cultusminister Hr. v. Lutz. Diese Herren sind nicht katholisch u. nicht protestantisch, sie leben in gemischter Ehe mit ganzer oder theilweiser protestantischer Kindererziehung. Sie suchen den Bischofskandidaten, sie befühlen und kritisiren ihn; ihr Standpunkt hiebei ist primär, das Staatswohl, sekundär: ihr eignes Wohl und endlich der „nichtultramontane" Katholizismus. Die Begutachtung dieser Herren erhält endlich das königliche Placet und der neue Bischof ist fertig. Hie und da irren sich unsere Bischofsmacher, so daß der Bischof für die katholische Kirche und katholische Sache besser ausfüllt, als dessen Erzeuger gemeint und gewollt. Möge dieß auch in unserem Fall so geschehen, aber immerhin bleibt es beklagenswerth, daß also bei uns die Bischöfe filtrirt werden."

Stuttgart, 22. März. Es gilt für sicher, daß der Kriegsminister Wagner zurücktritt. Derselbe weigert sich dem geringsten Abstrich am Militärbudget zuzustimmen. Auch der Rücktritt des Generalstabschef v. Succow wird als wahrscheinlich bezeichnet.

Stuttgart, 23. März. Minister Varnbüler beantwortet Schotts Interpellation über den casus foederis wie folgt: „Der preußische Gesandte habe ihm im April 1867 ein vertrauliches Rundschreiben seiner Regierung vorgelesen mit der Anfrage ob Württemberg die Verantwortlichkeit zum Schutz Luxemburgs mit Preußen theile. Er (Varnbüler) habe erwiedert: Württemberg werde die Verpflichtungen des Allianzvertrags loyal erfüllen und Preußen habe hierauf befriedigt erklärt, daß es ferner an dem Allianzvertrag festhalten werde. Varnbülers Rede schließt: Gegenüber Mißdeutungen, welche meine Worte gefunden, gegenüber ungescheut hervortrenden Umtrieben gegen den Rechtsbestand von der Staatsregierung abgeschlossener, von Ständen genehmigter Staatsverträge erkläre ich: daß ich, so lange ich an diesem Platz stehe, an dem Vertrag nicht rütteln lassen, und nicht zustimmen werde, daß Württemberg sich der loyalen Erfüllung seiner Verbindlichkeit entziehe, mit den übrigen deutschen Heeren einzutreten, wenn es sich um Vertheidigung deutsch. Gebiets handelt.

Stuttgart, 23. März. Die Nachricht, daß unser gesammtes Ministerium seine Entlassung genommen habe, welche in den ersten Tagen hier mit ungläubigem Lächeln aufgenommen wurde, ist nun von allen Seiten bestätigt. Ich glaube aber nicht, daß der Antrag der Minderheit der Finanzkommission die Herren Varnbüler und Mittnacht zum Rücktritt bewog. Dieser Minderheitsantrag ist ohne Zweifel im vollen Einverständnisse mit der Mehrheit der Minister gestellt, deren Plan für die Berathung des Antrags der 45 offenbar folgender ist: Der Kriegsminister soll zum Rücktritt oder dazu gezwungen werden, daß er selbst einen Anstrich von fl. 500,000 jährlich an seinen Forderungen vornehme. Dieser Abstrich soll nicht nur durch Ermäßigung der Präsenz, sondern auch durch Verminderung der Contingentstärke erzielt werden, um die Präsenz nicht zu stark herabsetzen zu müssen. Bei der Berathung des Antrags der 45 würde sodann das Ministerium mit der Erklärung hervortreten, daß es gegen den Minderheitsantrag nichts einzuwenden habe und bereit sei, den Kriegsetat im Sinne einer erheblichen Ermäßigung nochmaliger Prüfung zu unterwerfen. Es wird hierbei (und so wie die Dinge liegen, nicht ohne Grund) darauf gerechnet, daß sodann der Antrag der Commissionsminderheit in der Kammer die Mehrheit erhalte und damit die Stellung der Herren v. Varnbüler, Mittnacht ꝛc. wieder auf einige Zeit neu befestigt sei. — Es sei übrigens immer noch zweifelhaft, ob der König den Kriegsminister und die neue Heeresorganisation preisgibt und wird vermuthet, daß die Frist bis Donnerstag von ihm genommen sei, um in Berlin sich Rathes zu erholen.

Stuttgart, 24. März. So eben wurde die Ständeversamml. vertagt. Kriegsminister v. Wagner, Minister des Innern v. Geßler und Kultusminister v. Golther sind entlassen und zum Kriegsminister Oberst v. Suckow, zum Minister des Innern Staatsrath v. Scheurlen ernannt worden. Der Abg. Bürgermeister Sick verweigerte den Eintritt in das Ministerium. Es herrscht allgemein die Ansicht, daß das neue Ministerium in rein preußischem Sinne konstituirt sei. Als Konzession für die Entlassung Golther's, des entschiedensten Großdeutschen, willigte v. Suckow in den Abstrich einer halben Mill. am Militäretat.

Berlin, 22. März. (W. B.) Gutem Vernehmen nach soll noch in der gegenwärtigen Reichstagssession eine Vorlage wegen Aufhebung der Elbzölle bevorstehen.

Berlin, 23. März. In der heutigen Sitzung drs Reichstags beantwortete der Finanzminister Camphausen eine Interpellation des hessischen Abgeordneten v. Rabenau über die Besteuerung des Bieres mit der Erklärung, es stehe keine Aenderung in dieser Besteuerung bevor. Hierauf fuhr das Haus mit der Berathung des Strafgesetzbuchentwurfs sofort. Die Paragraphen von 129 bis 144 wurden mit unwesent-

lichen Aenderungen angenommen, der zu Paragraph 134 von vom Abgeordneten Kryger gestellte Antrag, die bisherigen Paragraphen für Nordschleswig ungiltig zu erklären, abgelehnt.

Die „Hess. Volksztg." hat in einem Leitartikel „Zum 22. März" folgende Stellen: Sie „wünscht dem König zum Geburtstag ... die seiner Frömmigkeit angemessene, seelische, innere Zufriedenheit, die er fühlen wird wenn er die Erfolge der Thaten von 1866 beseitigt, da die Thaten selbst einmal nicht ungeschehen zu machen sind; wenn er also Hannover, Hessen und Nassau ihren angestammten Fürsten zurückgibt u. s. w. Als Grund, warum es zur Feier des Tags nicht mit schwarzem Rand erscheine, gibt das Blatt an: es könnte das scheinen als wünsche es des Königs Tod; den wolle es aber nicht, ihm sei es „sehr gleichgültig welcher König von Preußen genöthigt wird oder sich veranlaßt sieht ein wirkliches Deutschland, und dann selbstverständlich auch ein Hessen-Kassel, sich wiederherstellen zu lassen."

Wien, 23. März. Das Abgeordnetenhaus hat mit 64 gegen 53 Stimmen den Antrag Mayrhofers auf Erlaß einer Resolution bezüglich ausgiebiger Ersparungen im Militärbudget und allgemeiner europäischen Entwaffnung abgelehnt.

Pest, 26. März. Deakistische Oberhausmitglieder beschlossen der Regierung ein folgende Hauptpunkte umfassendes Memorandum bezüglich der Oberhausreform unterzubreiten: den Magnatensitz erhalten alle, welche 3000 fl. Steuer zahlen; die Obergespane erhalten keinen Sitz; die Krone ernennt ein Drittel der Mitglieder.

Ausland.

Bern, 23. März. Die Direktionen der Nordost- und der Zentralbahn erklären die Uebernahme der Bestimmungen drs italienisch-norddeutschen Vertrags über das Gotthardbahnunternehmen. Der päpstliche Nuntius beschwerte sich beim Bundesrathe wegen Verhöhnung des katholischen Kultus beim Fastnachtszuge in Basel.

Paris, 24. März. Einer Privatkorrespondenz aus Rom vom 23. zufolge ist die schriftliche Antwort des Papstes auf die Daru'sche Depesche nach Paris abgegangen. Das Konzil diskutirt nach Wiederbeginn der Kongregationen über die heterodoxe Philosophie. Das Resultat wird am Ostermontag veröffentlicht werden.

Tours, 23. März. Mehrere Zeugen erklären Fonvielle habe gesagt, daß Noir den Prinzen geohrfeigt habe. Fonvielle läugnet beharrlich.

Aus der Stadt und Provinz.

(Aus den öffentlichen Sitzungen des Armenpflegschaftsraths.) Vom 21. März. Zum letzten Sitzungsberichte muß berichtigend nachgetragen werden, daß die ständigen Hauszinsbeiträge auf das Ziel Lichtmeß d. J. nicht blos 1577 fl. sondern 2577 fl. betragen haben. — In Einnahme seien zu verrechnen: a. 50 fl. Legat der Broncearbeiterswittwe Kunigunda Schellein zum Armenfonde; b. 100 fl. Ertrag aus der zum Besten der Armen im hiesigen Stadttheater veranstalteten Vorstellung; c. 10 fl. milde Gabe von den Relikten der verlebten Frau Kunsthändlerswittwe Braun; d. 10 fl. milde Gabe eines Ungenannten, 5 fl. desgl. 5 fl. 30 kr. desgl. 5 fl. desgl. 30 kr. desgl. e. 47 fl. 42 kr. an Geldgeschenken bei der Einsammlung von Kleidern für Arme. Für diese sämmtlichen Gaben wird Namens der Armen öffentlicher Dank gesagt; f. 1 fl. 45 kr. Pachtgeld pro 1869 für den Boden im Hause der Armenpflege zum Hopfentrocknen; g. 1 fl. 45 kr. Strafantheil vom kgl. Stadtgerichte pro Januar 1870. — In Ausgabe seien zu verrechnen: a. 13 fl. 20. kr. zweite Lehrgeldrate für den Schuhmacherlehrling Georg Bail; b. 13 fl. 20 kr. ditto für den Schuhmacherlehrling Johann Ulltenreuther; c. 1 fl. 54 kr. für ein Bruchband; d. 2 fl. 7 kr. für Oel und Lichter; e. 68 fl. 48 kr. vom Armenpflegschaftsrathe Nürnberg vorgeschossener Erziehungsbeitrag für Karolina Kober von hier; f. 2 fl. 45 kr. Arbeitslohn für das Spalten und Aufsetzen von 11 Klaftern Armenholz g. 4 fl. momentane Unterstützung an 2 bedürftige nicht conscribirte Familie a. 2 fl., h. 2. fl. vom Magistrate Mindelheim vorgeschossene Reiseunterstützung für den Schneidergesellen Karl Rohr v. h. Ins Bürger-Spital wurden gewählt die 70jährige Polizeisoldatenwittwe Barbara Görtler und der 77jährige Taglöhner Bernhard Oehrlein. — Ein Mittheilung des Herrn Vorstandes des Liederkranzes wegen Aufführung eines Oratoriums zum Besten der Armen am Charfreitage wurde mit Dank aufgenommen. — Eine Wochenalmosen für eine Familie wurde wegen Ableben des Mannes von 42 auf 24 kr. reduzirt. — Für Ziehgeld eines krüppelhaften Kindes wurden monatlich 4 fl. bewilligt. — Dem auswärts Arbeit suchenden Schiffknecht J. Messerschmitt seien die nothwendigsten Kleidungsstücke zu verabreichen. — Die Verlassenschaft der conscribirten Helena Brehm sei zu übernehmen, dagegen sei auf die Verlassenschaft der Polizeisoldatentochter Ursula Brehm wegen vorliegender Forderungen zu verzichten. — Gegen die vom Stadtmagistrate in Vorschlag gebrachte supernumeräre Aufnahme der 62jährigen Barbara Schmitt von Burgebrach ins Bürgerspital, wo dieselbe seit 20½ Jahren mit Treue u. Fleiß gedient hat, sei nichts zu erinnern. — Nach gefertigter Zusammenstellung über Armenbekleidung pro 1869 hat sich ergeben, daß für männliche Arme 29 Röcke, 26 Goller, 118 Beinkleider, 161 Hemden u. 137 Paar Schuhe abgegeben u. für weibliche Arme 45 s. g. Mutzen, 159 Röcke, 292 Hemden u. 253 Paar Schuhe vertheilt worden sind; für Erstere wurden 264 Ellen Wollentuch u. 189½ Ellen Futterleinwand, für Letztere 869½ Ellen Fries u 162½ Ellen Futterleinwand verarbeitet. Für sämmtliche Hemden wurden 1294½ Ellen Leinwand verbraucht Die Bekleidungsausgaben betrugen 3293 fl. 31 kr. Beim Materialsturz hat sich herausgestellt, daß noch 49½ Ellen Tuch 11½ Ellen Fries, 11½ Ellen Besatz u. 57 Ellen Futtertuch vorhanden sind. — Mehrere Gesuche um Almosenerhöhung wurden, nachdem die Conskription längst geschlossen ist, abgewiesen; eine verliehene momentane Unstützung wurde wieder zurückgenommen, da die Dürftigkeitsfrage gerechtfertigte Beanstandung fand. — Ein unverzinsliches darlehen zu 100 fl. zur Geschäftsaushülfe wurde bewilligt; mehrere andere desfallsige Gesuche jedoch wurden wegen statutenwidriger Begründung abgewiesen. — Der Wunsch des Stadtmagistrats wegen Aufstellung von Privatkrankenwärterinen, wofür dahier ein dringendes Bedürfniß vorliegt, soll bei der eingeleiteten Reorganisation des hiesigen Armenwesens in weitere Erwägung gezogen werden. — Die zahlreichen Anmeldungen von Neukommunikanten um Unterstützung sollen der sorgfältigsten Prüfung der vorhandenen Familienverhältnisse unterstellt u. die Unterstützungen selbst auf das Allernothwendigste beschränkt werden. — Folgen die pfarramtlichen Arzneibefreiungen u. Krankenspitalaufnahmen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 72. Samstag, den 26. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Heute Abend 7 Uhr in der St. Martinskirche Vortrag.

Inland.

München, 25. März. Die Tagesordnung für die auf morgen Vormittags halb 10 Uhr anberaumte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten lautet: 1) Vortrag des Referenten im 4. Ausschusse über den Antrag des Abgeordneten Freitag, die Abänderung des Art. 6 der Gemeindeordnung vom 29. April 1869 betr.; Berathung u. Beschlußfassung hierüber. 2) Vortrag des Referenten im 2. Ausschusse über den Gesetzentwurf: „provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1870 betr.“; Berathung u. Beschlußfassung hierüber. 3) Vortrag des Referenten im 2. Ausschusse über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der Zollgefälle für 1866|67 und 1868; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 4) Vortrag des Referenten im 2. Ausschusse über die Nachweisungen bezüglich des Eisenbahnbaues für 1866|67 u. 1868; Berathung und Beschlußfassung hierüber.

Der Abgeordnete Stenglein hat den Antrag gestellt: 1) daß die gesetzlich anerkannte Entschädigungspflicht der Staatskassa in Fällen der Rinderpest erstreckt werden solle auf alle Beschädigungen des Eigenthums, welche durch Anordnung in Folge der Maßregeln gegen die Rinderpest verursacht worden sind, 2) daß die betreffende Bestimmung Anwendung finden solle auch auf jene Entschädigungsansprüche, welche bis 1. Januar 1869 angemeldet, aber noch nicht endgiltig beschieden sind. Namens des 3. Ausschusses erstattete der Abgeordnete Frhr. v. Freyberg hierüber Bericht und schlug unveränderte Annahme des ersten Punktes vor. Der Ausschuß nahm in der am 18. d. M. gehaltenen Sitzung, welcher der kgl. Staatsminister des Innern von Braun und die Ministerialräthe v. Schlereth und von Morgenroth beiwohnten, diesen Vorschlag einstimmig an. Bezüglich des zweiten Punktes beantragte der Referent, daß die betreffende Bestimmung auch auf jene Entschädigungsansprüche Anwendung finde, die vom Erscheinen des Gesetzes vom 26. März 1867 an bis zur Verkündung dieses Zusatzes angemeldet worden sind. Nachdem von Seite der anwesenden Vertreter der Staatsregierung versichert worden war, daß sämmtliche Entschädigungsansprüche erledigt sind bis auf zwei, welche die Staatsregierung gleichfalls zu erledigen gewillt ist, nachdem ferner versichert worden war; daß die Staatsregierung gewillt ist, auch alle diejenigen Entschädigungsansprüche, welche von jetzt an bis zur Verkündung des betreffenden Zusatzes etwa anfallen sollten, nach den Rücksichten der Billigkeit zu bescheiden, hat der Ausschuß einstimmig beschlossen, sowohl den Antrag des Abg. Stenglein, als den noch weiter gehenden des Referenten abzulehnen.

Nach den allgemeinen Bestimmungen des eben veröffentlichen Entwurfs einer Advokatenordnung für das Königreich Bayern kann Advokat werden, wer 1) die Prüfung für den Justizstaatsdienst mit Erfolg bestanden und 2) nach derselben im Ganzen wenigstens drei Jahre entweder bei einem zur anwaltschaftlichen Vertretung bei einem Bezirks-, Appellations- oder Handelsappellationsgerichte zugelassenen Advokaten praktizirt hat, oder als Richter, Staatsanwalt, Fiskal- oder Obergerichtsschreiber angestellt war. Für jeden Ort, an welchem ein Bezirks-, Appellations- oder Handelsappellationsgericht seinen Sitz hat, wird die erforderliche Zahl von Advokaten durch den König ernannt. Diese Advokaten heißen Advokat-Anwälte. Außerdem können sich diejenigen, welche die angegebenen Bedingungen erfüllt haben, und denen auch kein in einer gesetzlichen Bestimmung begründetes Hinderniß entgegensteht, an jedem Orte an welchem sich ein Einzelngericht befindet, als Advokaten niederlassen. Advokaten, welche sich an Einzelngerichten niedergelassen haben, können ihren Wohnsitz an jeden Ort des Königreiches, an welchem sich ein Einzelngericht befindet, nach ihrer freien Wahl verlegen. Sie haben jedoch 30 Tage vor ihrer Uebersiedlung dem betr. Appellgerichte schriftliche Anzeige zu machen. Gleiche Befugniß steht auch den Advokat-Anwälten zu. Dieselben verlieren jedoch in diesem Falle ihre Eigenschaft als Advokat-Anwälte, und zwar auch dann, wenn sich am Orte ihrer neuen Niederlassung ein Bezirks-, Appellations- oder Handelsappellationsgericht befindet.

Digitized by Google

Der Gesetzentwurf bezüglich der Kreditforderung für außerordentliche Bedürfnisse der Armee wird erst nächsten Montag in der Kammer der Abgeordneten zur Berathung gelangen. Die Debatte dürfte voraussichtlich einige Tage beanspruchen und da während derselben zum erstenmale Erklärungen des neuernannten Staatsministers des Aeußern zu erwarten sind, so sieht man der Debatte um so mehr mit Interesse entgegen. Im 2. Ausschuß der Kammer hat der kgl. Kriegsminister die Vorlage eines Militär-Pensionsgesetzes in nahe Aussicht gestellt und die gesetzliche Regulirung des Avancements zugesagt.

Augsburg, 24. März. Nach 8stündiger Verhandlung wurde Dr. Schneider, Redakteur des Allgäuer Volksblattes, vom Schwurgericht zu 9 monatlicher Festungsstrafe verurtheilt.

Stuttgart. Der ‚Beob.' sagt über die Ministeränderungen: „Das Land wird aufschauen über solche Wirkung seiner Bewegung, die das Gegentheil von dem bringt, was es damit wollte."

Das kgl. Rescript, durch welches die Kammer vertagt wurde, lautet wie folgt: „Nachdem wir unsern Ministern befohlen haben, den Hauptfinanzetat von 1870—73 in Absicht auf die Erzielung möglichster Ersparnisse, namentlich im Departement des Kriegswesens, einer neuen Prüfung zu unterwerfen, so haben wir beschlossen, die Kammer bis auf Weiteres zu vertagen und die Einberufung wieder eintreten zu lassen, sobald die Vorarbeiten in Bezug auf den Etat genügend vorgeschritten sein werden." Dem ständigen Ausschuß, welchem während der Vertagung der veränderte Hauptfinanzetat zukommen wird, gibt das Dekret die Einberufung der Kommissionen anheim.

Berlin, 24. März. Der Reichstag hat die definitive Beschlußfassung übee das Banknotengesetz ausgesetzt, und einen Antrag angenommen, welcher die Emittirung der Notin der Greizer Bank verhindert. Graf Bismarck stimmte dem gegen die fürstliche Regierung von Reuß ausgesprochenen Tadel zu.

Im norddeutschen Reichstag wird von Abg. der nationalliberalen Partei ganz ungenirt von deutschen „Raubstaaten", von „Kleinstaaten" gesprochen, „die gewissermaßen nur noch auf Zeit existiren", und die Versammlung bricht auf diese Insinuation eines preußischen Vertragsbruches in Heiterkeit aus. Auch hebt ein Berliner Korresp. der Allg. Ztg. hevor, daß innerhalb des Reichstags bereits stark auf die Verwirklichung der Kaiser-Idee hingewirkt wird. „Schon ist es einer starken Mehrheit gelungen, in das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund das vielsagende Wort „Bundesoberhaupt" an Stelle des bescheidenen Wortes „Bundespräsident" gegen den entschiedenen Protest des mecklenburgischen Ministerpräsidenten Grafen Bassewitz einzuschmuggeln, und so die Staffel zu dem Kaisertitel zu schaffen."

Ausland.

Paris, 25. März. Ein kaiserliches Dekret vom Gestrigen ernennt den Kriegsminister Leboeuf zum Marschall. Der Constitutionnel glaubt zu wissen, daß die Antwort des Papstes gestern angekommen sei.

Tours, 25. März. Fonvielle wurde wegen des gestrigen Zwischenfalls zu zehntägiger Gefängnißstrafe verurtheilt. Die gesteru begonnenen Plaidoyers werden heute fortgesetzt.

Tours, 28. März. (Aus dem Prozesse des Prinzen Napoleon.) Sergents de Ville von Auteuil sagen aus, Fonvielle habe erklärt, daß Noir den Prinzen geschlagen oder zu schlagen gedroht habe. Fonvielle leugnet dies aufs Bestimmteste. Vinviollet deponirt, Fonvielle habe gesagt: der Prinz habe seinen Freund getödtet, doch habe er seine Ohrfeige erhalten. Fonvielle stellte auch dies aufs Bestimmteste in Abrede. Der Zeuge der Civilpartei, Arnoud, berichtet über die Herausforderung Rocheforts durch Bonaparte. Rochefort wird, begleitet von drei Gensdarmen, hereingeführt. Sympathische Bewegung unter den Journalisten. Er erzählt die Herausforderung durch den Prinzen. Madame Louis Noir macht tiefbewegt eine rührende Aussage. Sie beschreibt die Sorgfalt, welche auf die Toilette Noirs verwandt wurde, bevor er zum Prinzen ging; sie constatirt, daß die Handschuhe nach dem noch unversehrt gewesen. Der Prinz habe gelogen, als er von einer Ohrfeige gesprochen. Morel vom „Moniteur" dementirt die Aussage Wachters. Cavalier bezeugt gleichfalls, daß die Handschuhe nach dem Tode unversehrt gewesen. Sauton sagt aus, daß Noir den Hut in der linken Hand gehalten. Der Träger des Leichnams hat nicht gehört, daß Fonvielle von einer Ohrfeige gesprochen. Dasselbe Dementi gibt Müller. Ebenso widerspricht Audebize die Aussage Vinviollets. Notot wird durch Morel widerlegt. Habeneck, Seinguerlet und Siebecker sagen aus, daß Fonvielle immer bewaffnet ausgegangen. Milliere und Clarette konstatiren den sanften Charakter Noirs.

In Frankreich drängen der kaiserliche Brief an Minister Ollivier und die Verhandlungen des hohen Gerichtshofes zu Tours die römische Frage in den Hintergrund, die vielleicht in wenigen Tagen gänzlich vergessen sein dürfte. Den Politikern von Profession war sie schon zu langweilig, den aufrichtigen Katholiken zum Aerger; beide Theile werden froh sein, wenn sie von der Tagesordnung verschwindet. Der Eindruck des kaiserlichen Schreibens ist mächtig, er befestigt das Cabinet nach allen Richtungen und vollendet das Werk des constitutionellen Neubaus. Frankreich tritt jetzt ebenbürtig den andern verfassungsmäßig regierten Staaten zur Seite.

Florenz, 24. März. Vergangene Nacht fand in Pavia eine Ansammlung von beiläufig 40 Personen vor der Kaserne statt, welche riefen: Es leben die Truppen, es lebe die Republik, nieder mit der Monarchie. Bei dem erfolgten Einschreiten des Mi-

Digitized by Google

litärs wurden ein Offizier und vier Soldaten verwundet ein Sergent und zwei Aufwiegler getödtet und die anderen Ruhestörer zerstreut. Die Stadt ist völlig ruhig.

Die Unterhandlungen zwischen Rom u. Petersburg, welche durch die Bemühungen des Erzbischofs von Posen und Genesen bereits zu einem ziemlich befriedigenden Resultat gediehen waren, wurden durch die Intriguen eines deutschen Gelehrten abgebrochen.

Die gesammte Geistlichkeit Spaniens muß innerhalb 30 Tagen, vom 17. März an gerechnet, den Constitutionseid leisten. In Madrid nimmt der Justizminister, in den Provinzen der Präsident der Gerichtshöfe die Beeidigung vor. Da sich fast sämmtliche Bischöfe dermalen in Rom befinden, wurde der dortige Gesandte damit beauftragt. Die Formel lautet: „Ich schwöre bei Gott und den hl. Evangelien, die Verfassung der spanischen Monarchie zu beobachten!" Hierauf erwiedert kurz der betreffende Beamte: „Wenn Ihr so handelt, wird Euch Gott belohnen, und wenn nicht, so wird er Euch zur Rechenschaft ziehen."

Der Viehstand des russischen Reichs beläuft sich auf 20 Mill. Pferde, 30 Mill. Rindvieh, 10 Mill. Schafe und 10–12 Mill. Schweine. Derselbe genügt zur Versorgung der circa 60 Mill. Menschen betragenden Bevölkerung mit Fleisch nicht nur auf das reichlichste, sondern es bleibt noch ein großer Theil übrig, der, da er nicht anders verwerthet werden kann, in Talg umgewandelt wird. Die jährliche Production dieses Artikels beläuft sich auf circa 200,000 Tonnen, von denen die Hälfte im Lande selbst verbraucht wird. Der mittlere Preis des Fleisches in Rußland beträgt 3 Kreuzer pro Pfund.

Todes- † Anzeige.

Werthen Verwandten, Freunden und Bekannten bringen wir die traurige Nachricht, daß unser lieber und treuer Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, Herr

Karl Häcker

Buchhalter,

am 24. ds. in Regensburg, im Blüthenalter von 27 Jahren, nach mehrjährigem Leiden, sanft und gottergeben, verschieden ist. Wer seine aufopfernde Liebe zu uns kannte, wird den so herben Schmerz, den wir erlitten, theilen und seiner im Gebete gedenken, um welches bitten

Bamberg, San Miquel (Centralamerika), München den 25. März 1870.

die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Den besten Führer durch Rom in Hinsicht auf die praktischen Erfordernisse der Reisenden sowohl, als auch in Hinsicht auf den künstlerischen und ästhetischen Werth der damit verbundenen eingehenden Schilderungen aller Sehenswürdigkeiten bietet die vor Kurzem erschienene zweite Aufl. des Buches **Rom**. Ein Wegweiser durch die Ewige Stadt und die römische Campagna. Bearbeitet von Maler Wittmer und Domkapitular Molitor. Mit Karten, Stadtplänen u. Abbildgn. Als Reisehandbuch prakt. eingebunden. Preis fl. 4. Zu haben in allen Buchhandlungen.

Steurer & Held,

Nürnberg, Heugäßchen,

empfehlen alle Arten von **Kirchengegenständen** in schöner und solider Arbeit. Photographien werden auf Wunsch mit Vergnügen eingeschickt, „Reparaturen" ebenfalls auf das Prompteste ausgeführt.

Offert.

Der Unterzeichnete offerirt sich zu Vertretung und Vertheidigung in den öffentl. Gerichtssitzungen und bringt zugleich sein

concessionirtes Schreibebureau

zur geneigten Benützung in empfehlende Erinnerung. — Nonnenbrücke Nr. 55,* nächst dem Schillerplatz.

K. Fr. Hausmann,
quiesc. Assessor.

Stammwappen

für Jedermann, werden zur Anfertigung besorgt von **Joh. Blößer,**
Hs.-Nr. 1134.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc. Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen befördert

prompt, reell, extract, discret

in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.
Zeitungs-Annoncen-Expedition
München. Berlin. Hamburg Wien.

Original - Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.
Zeitungs-Catalog gratis und franco.

Pacht der „Die Woche, pr. Zeile 9 kr.
des „Figaro" 6 kr.
des „Kladderadatsch 27 kr.
der „Fliegenden Blätter" 18 kr.

Digitized by Google

DAS NEUE BLATT.

Soeben begonnen ein neues Abonnement
auf das sehr beliebte und aller Concurrenz voranschreitende neue illustrirte Familienblatt betitelt:

DAS NEUE BLATT.

Es erscheint wöchentlich in Nummern von 16 Hoch-Quart-Seiten und kostet pro Nummer nur 1 Sgr.

Was sagt die Presse?

Mit so tüchtigen Kräften, wie sie hier vereinigt sind, wird „Das Neue Blatt gewiß sich rasch Bahn machen. (Voss. Zeitung.)

Text und Illustrationen sind vorzüglich, aber auch die äußere Ausstattung ist musterhaft und bei dem Preise von 12½ Sgr. (45 kr.) vierteljährl. geradezu staunenswerth billig. (Dresdener Anzeiger.)

Das beste u. billigste Blatt dieses Genre. (Nordsee-Zeitung.)

Das Neue Blatt wird unstreitig in Kurzem als das beste belletristische Journal Deutschlands bekannt sein. (Ungar. Fremdenblatt.)

Das in dieser Woche beginnende
zweite Quartal ist von dem 1. Quartal ganz unabhängig, daher gerade jetzt zum Abonnementsbeitritt die günstigste Zeit.
Jede Buchhandlung u. Postanstalt nimmt Abonnement entgegen.
Preis pro Quartal 12½ Sgr.
Die Verlagshandlung A. H. Payne in Leipzig.

Hrz. Braunschw. Staats-Prämien-Anlehen

von 10 Millionen Thalern
in Prämien-Obligationen á Thlr. 20. = fl. 35. = fl. 30. öst. W. Silber = Frcs. 75.

Die Rückzahlung derselben erfolgt vermittelst 208 Ziehungen innerhalb 56 Jahren, und zwar in den nächsten 9 Jahren abwechselnd Serien- und Nummernziehungen am 1. Februar, 31. März, 1. Mai, 30. Juni, 1. August, 30. September, 1. November und 31. Dezember.

Diese Obligationen, emittirt von einem deutschen Staate der seiner soliden Finanzverhältnisse wegen als einer der creditwürdigsten anerkannt ist, sind mit einem außerordentlich günstigen Ziehungsplan ausgestattet. Die Gewinne, welche zur Auszahlung kommen, betragen:
Thlr. 80,000, 75,000, 60,000, 55,000, 50,000, 40,000, 36,000, 30,000, 27,000, 25,000, 20,000, 15,000, 10,000, 6000, 5000, 3000 ꝛc. ꝛc.

Der bezahlte Ankaufspreis kann keinenfalls verloren gehen, da jede Obligation mit mindestens Thlr. 21 bis Thlr. 40 zurückbezahlt werden muß, falls sie nicht mit einem der vorstehenden größeren Gewinne gezogen werden sollte.

Die Obligationen sind zu haben bei allen Wechsel- und Bankhäusern des In- und Auslandes, welche auch Pläne und Ziehungslisten gratis verabfolgen, bei

Gebrüder Schmitt in Nürnberg.

KISSINGEN.

Am 15. April a. c. wird unser Bade-Etablissement für „kalte und warme Sool-, Pandur-, Rakoczy-, Douche-, Dampf- und Moorbäder" eröffnet, und wird nähere Auskunft ertheilt durch den

Vorstand des Actien-Bade-Etablissements in Kissingen.

Talois-Uhrketten.

Diese Ketten, früher „Talmi-Gold" genannt, sind an meiner Marke Talois welche sich auf dem Hacken oder Karabiner befindet, zu erkennen.
Paris, 1870.
Am. Talois.

Die

J. BLOCH'sche Hofschönfärberei

in Darmstadt

empfiehlt sich:
im Färben der Seiden-, Wollen-, und gemischten Kleiderstoffe, Mäntel, Shawls, Band-, Möbel-, und Vorhangstoffe aller Art.
Im Waschen der weißen und couleurten Seidenstoffe, Cachemire, Crepe de chine, Long-Shawls, ꝛc.
In Moiree antique und in Moiree francaise.
Die Farben werden in jeder Branche auf's Schönste und Neueste hergestellt und garantirt die Firma solide und billige Ausführung. Durch verstärkte Dampfkraft ist sie nunmehr in den Stand gesetzt, jeden Auftrag in kurzer Zeit auszuführen. Aufträge nimmt entgegen

Gg. Lurh, Bamberg
nächst der Kettenbrücke.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche
á Stück 35 kr.

1	Gewinn zu			14000 fl.
1	do			7000 fl.
1	do			3000 fl.
1	do			1756 fl.
2	do zu	875 fl. — kr.		1750 fl.
10	do zu	180 fl. — kr.		1800 fl.
20	do zu	87 fl. 30 kr.		1750 fl.
30	do zu	52 fl. 30 kr.		1575 fl.
100	do zu	35 fl. — kr.		3500 fl.
200	do zu	17 fl. 30 kr.		3500 fl.
500	do zu	7 fl. — kr.		3500 fl.
934	do zu	3 fl. 30 kr.		3269 fl.
13200	do zu	1 fl. 45 kr.		23000 fl.
15000	Gewinne.			70100 fl.

Ziehung am 1. Juli 1870.
Diese Loose sind zu beziehen bei
Gebr. Schmitt in Nürnberg.

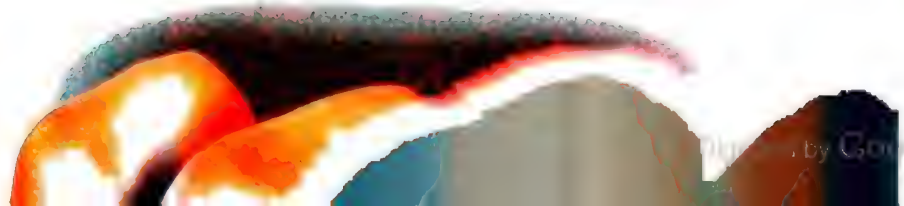
MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

OTTO REINDL.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google



Neue Bamberger Zeitung.

№ 74. Dienstag, den 29. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Allianzverträge mit Preußen!

Wenn ein Staat dem andern unbedingte widerspruchlose Heeresfolge zu leisten hat, wenn er seine Angehörigen zur Ausführung irgend einer kriegerischen Absicht des andern zum Opfer bringen muß, ohne auch nur einmal fragen zu dürfen, ob der Krieg ein gerechter und mit Nach- oder Vortheilen für ihn verknüpft ist, ist er kein selbstständiger Staat mehr, sondern nur noch ein Vasallenstaat.

Während der Bevölkerung des fordernden Staats ein wenn auch nur geringer Einfluß auf die kriegerischen Gelüste ihres Herrschers zusteht, ist das leistende Volk ihm gegenüber gänzlich recht- und machtlos und das wahre Verhältniß zwischen beiden Staaten ist das zwischen einem Gebieter und einem stummen Diener, dessen einziger Lebenszweck es ist, in stummer Unterwürfigkeit des strengen Herrn Befehle auszuführen und sich gelegentlich für dessen Ruhm todtschlagen zu lassen. Zum besseren Verständniß bedienen wir uns hierbei noch der neulichen Aeußerung der Agsb. A. Z., die zu folgender Ansicht gelangte:

„Die Selbstständigkeit eines Staates besteht in seiner Macht, alle jene Einflüsse von Seiten anderer Staaten abzuweisen oder unschädlich zu machen, welche seine Selbstbestimmung beeinträchtigen, ihm materiellen Schaden zufügen wollen."

Wir schmeicheln uns stark mit der Hoffnung, daß die Fortschrittspartei nach dieser sehr verständigen Aeußerung mit Freuden unseren Schritten beistimmen wird, die dahin zielen, das Vasallenverhältniß zwischen Bayern und Preußen zu lösen und des Vaterlandes vollste Selbstständigkeit wieder herzustellen.

Zwischen Preußen und Süddeutschland sind Allianzverträge geschlossen worden, welche von preußischer Seite nie anders als im Sinne unbedingter Heeresfolge der Südstaaten bei jedem, wie auch immer entstandenen und gearteten Kriegsfalle aufgefaßt worden sind.

Auch in der Luxemburg-Affaire ist nicht nur von einem Rechte, den casus belli oder was dasselbe wäre, den casus foederis bei Eintritt eines Krieges zu prüfen, mit keinem Worte die Rede gewesen, sondern es geht sogar aus den dortigen Verhandlungen hervor, daß beiderseits der casus foederis in diesem als unzweifelhaft feststehend und über jeder Discussion erhaben anerkannt wurde.

Daß unter solchen Verhältnissen von einer Selbstständigkeit Süddeutschlands nicht mehr die Rede sein kann, liegt wohl auf der Hand. Wir befinden uns in schlimmerer Lage als die Norddeutschen selbst. Dort hat das Volk wenigstens mitzusprechen und die Regierung befindet sich in der Nothwendigkeit, sich bei einem Kriege mit dem Volke in Verbindung zu setzen. Nach Süddeutschland braucht der nordische Cäsar, wenn er einen beliebigen Krieg vom Zaune bricht, nur einen Kurier mit entsprechender Ordre zu schicken und ohne Murren müssen wir uns für Sr. norddt. Majestät Ruhm und Herrlichkeit zum Ergötzen aller Welt abschlachten lassen.

Völlig gleichgültig ist es hierbei, ob unser Wohlstand zu Grunde geht, die Familie an den Bettelstab geräth und noch gleichgültiger ist es, ob wir, wenn die Sache schief gegangen, mit unserer Haut die Zeche bezahlen müssen und eine Beute des siegreichen Gegners werden.

Wir haben durchaus nichts gegen ein gesundes Vertragsverhältniß zwischen 2 Staaten zur Abwehr nicht provocirter feindlicher Angriffe; gegen einen Vertrag jedoch, wie den zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen, den der Sieger dem am Boden liegenden Besiegten dictirte, gegen einen Vertrag, der uns in ein Verhältniß der traurigsten Ohnmacht und Abhängigkeit gebracht, müssen wir laut protestirend unsere Stimmen erheben.

Wir wollen zwischen Nord und Süd einen Vertrag, aber einen solchen, der beiden Theilen das Recht einräumt, die Kriegsfrage zu prüfen und von dieser Prüfung die Beheiligung am Kriege abhängig zu machen.

Wir halten es für eine Pflicht der Volkspartei, sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen und eine Petition an die Kammer der Abgeordneten des Inhalts zu richten, die Regierung zu interpelliren ob sie bei Abschluß des Allianzvertrages die Selbstständigkeit des Staates durch das Recht der Prüfung des Kriegsfalles gewahrt habe und wenn diese Frage verneinend ausfällt, gegen den Allianzvertrag Verwahr-

Google

ung einzulegen und — das Selbstbestimmungsrecht des Staates im Wege der Gesetzgebung, sei es auch durch Aufhebung der Verträge wieder herzustellen.

In Württemberg ist der Initiative der Kammer durch deren Vertagung zuvorgekommen, um so größere Pflicht hat Bayern, für die Selbstständigkeit des Südens einzutreten. (Pf. D.)

Dies die Stimme der Volkspartei in der Pfalz, der wir vollständig zustimmen müssen.

Inland.

München, 27. März. Der König hat gestern einer vom „Militärgesangverein" veranstalteten Produktion beigewohnt und von 10 Uhr Nachts bis Morgens 2 Uhr daselbst verweilt. — Die betr. Ausschüsse der Kammer der Reichsräthe haben Hrn. v. Haubenschmied zum Referenten für die Advokatenordnung und Hrn. v. Bomhard zum Referenten über den Strafprozeß gewählt.

Die 6. Sitzung der Reichsrathskammer ist auf Dienstag Mittag anberaumt. Auf der Tagesordnung steht die Berathung über den Gesetzentwurf, die provisorische Steuererhebung betr., über eine Bitte der Pfarrkuratie Neustadt a. d. A. in Betreff der Kongrualergänzung des Pfarrkuratus auf 800 fl., über einen Antrag des Grafen Lerchenfeld in Betreff des Ankaufs der Früchte auf der Wurzel und die Anzeige über eine als unstatthaft befundene Beschwerde.

Der Entwurf über die projektirte Schulordnung für Gymnasien soll schon gegen Ostern dem Druck übergeben werden. Die Prinzipien, welche in den Kommissionssitzungen von Fachmännern allgemeine Annahme gefunden, sind darin zu Grunde gelegt worden: Dadurch wird also von der Schulordnung vom Jahre 1854, welche noch dem Entwurf zu Grunde lag, der von der erwähnten Kommission berathen wurde, völlig Abstand genommen. Der Minister wird der öffentlichen Meinung und dem Urtheil der Fachmänner hinlänglich Zeit lassen, sich über den Entwurf auszusprechen, und im Laufe des Sommers die Kommission wieder einberufen, um durch sie die letzte Hand an das wichtige Werk legen zu lassen. Die neue Schulordnung dürfte sonach mit dem kommenden Schuljahr ins Leben treten.

Nach dem „Volksboten" soll der Kriegsminister Frhr. von Pranckh seine Entlassung eingereicht haben und als sein Nachfolger werde der Generalquartiermeister Graf Bothmer genannt. Da wäre ja auch für uns ein Suckow gefunden. Die Agsb. Pfztg. schreibt etwas mysteriös aus München: „Bereits wird von einem höheren Offizier erzählt, daß er häufige Belehrungen der liberalen Partei zugehen lasse, worin man den verwünschten Forderungen Kolbs nachgeben könnte, welche Ersparungen er sich einzuführen getrauen würde, um den verhaßten Patrioten ein Paroli zu bieten. Der Name dieses Herrn thut einstweilen nichts zur Sache, obwohl er leicht zu errathen ist."—

Für die Festung Germersheim hat das Kriegsministerium einen außerordentlichen Credit von 15,000 fl. verlangt. Der Referent Abg. Kolb ist der Ansicht, daß diese Festung weit mehr zur Deckung Badens, selbst der badischen Hauptstadt, als der Pfalz dient. Gleichwohl verweigert die badische Regierung beharrlich auch nur die Herstellung einer Eisenbahn von Bruchsal zur Verbindung mit Germersheim, obschon ein solcher Schienenweg für die gedachte Feste unentbehrlich sei. Die militärische Wichtigkeit der Anlage könne badischer Seits nicht bestritten werden, allein man fürchte zu Karlsruhe, daß dadurch den nördlichen Linien der badischen Eisenbahn ein Theil des Verkehrs entzogen werden könnte, dafür gebe man den Trost, im wirklichen Kriegsfalle schnell Schienen nach Germersheim legen zu wollen, als ob dies Angesichts des Feindes mit aller Bequemlichkeit ausgeführt werden könnte. Der Referent macht nun den weiteren Vorschlag, daß der Transferirung des bereits vorhandenen Kredits zu 1,472,767 fl. für einen wirklichen Kriegsfall nur in der Voraussetzung zugestimmt werde, daß es der k. Staatsregierung gelinge, die großherzoglich badische Regierung zur unverzüglichen Herstellung des Schienenwegs von Bruchsal nach Germersheim zu veranlassen. Nachdem der Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern gegen die Beifügung einer solchen Beschränkung als Voraussetzung der Bewilligung sich erklärt hatte, stellte Frhr. v. Stauffenberg den Antrag, es möge die Kammer den Wunsch aussprechen, die k. Staatsregierung wolle nachdrücklichst dahin wirken, daß die badische Regierung diese lange verzögerte Eisenbahnverbindung zwischen Bruchsal und Germersheim herstelle. Diesen Antrag nahm der Ausschuß an.

Für die Festung Ingolstadt postulirt das Kriegsministerium einen außerordentlichen Credit von 406,000 fl. Der Referent hält bei der Größe eines noch verfügbaren Betrags von 2,353,113 fl. für den wirklichen Kriegsfall, einen weiteren Zuschuß in der gegenwärtigen Finanzperiode für sehr wohl entbehrlich und beantragt die Forderung der Staatsregierung abzuweisen. Der Abg. Greil stellt den Antrag, für ein Vorwerk 296,000 fl. zu bewilligen, da Generalverwaltungsdirektor Fainaigle erklärte, daß dasselbe nothwendig und in seinen Erdarbeiten bereits fertig sei. Der Ausschuß verwarf jedoch den Greil'schen Antrag und stimmte dem Vorschlag des Referenten bei.

Für die Festung Ulm ist ein Credit von 377,376 fl. verfügbar. Da der württembergische Landtag einen Credit für diese Feste noch nicht bewilligt hat und eine einseitige Verwendung auf bayerischem Gebiete jedenfalls zwecklos wäre, so empfiehlt Referent, jede Ausgabe vorerst zu unterlassen, bis ein gleichmäßiges Vorangehen von Seiten Württembergs vollkommen gesichert sein wird. Die sämmtl. Mitglieder des Ausschusses stimmten dem Referate bei.

Für die Festung Landau sind Armirungs- und Verproviantirungs-Fonds mit 58,033 fl. vor-

Digitized by Google

handen. Referent sagt: „Die Geschichte beweist, daß Landau als fester Platz, zwar wiederholt für die Franzosen, dagegen sehr wenig für die Deutschen sich nützlich erwies. In der Neuzeit ist aber selbst der relative Werth dieser Feste mehr und mehr gesunken. Schon vor Jahrzehnten wurde bei der Bundesmilitär-Commission, namentlich von Seite Preußens, die Aufhebung der Festungseigenschaft von Landau verlangt, und es waren dies in Wirklichkeit Rücksichten anderer als rein strategischer Art. Zur Zeit des Streites wegen Luxemburg erfolgte das Schleifen der äußeren Werke. Wenige Jahre zuvor hatte man unter Anderen die pfälzische Eisenbahngesellschaft angehalten, solche Werke mit einem Kostenaufwande von 126,193 fl. 29 kr. aus ihren Privatmitteln herzustellen; diese Anlagen wurden jetzt mit neuem Kostenaufwande hinweggeschafft Als fester Punkt ist Landau nun dahin gebracht, daß was Freund und Feind gleichmäßig bekannt, derselbe einem ernsten Angriffe gar keinen nachhaltigen Widerstand zu leisten im Stande ist. Erst kürzlich wurde von zwei glaubhaften Seiten mitgetheilt, daß man vor nicht langer Zeit gewisse Thürme mit einem Kostenaufwande, der sich auf 50—60,000, nach andern selbst auf 60—80,000 fl. belaufen soll, höher gebaut habe, obwohl gleich damals die Ansicht vielfach geherrscht, hiemit würden nur die Zielpunkte dem Feinde besser bezeichnet, und daß man jetzt mit dem Gedanken umgehe, diese mit solchem Kostenaufwande erhöhten Thürme vermittelst neuen Kostenaufwand wieder niederer zu machen. Es wäre dies bloß ein Seitenstück zu dem vorhin erzählten und erweisbaren Falle, der Eisenbahngesellschaft. Gegen Verwendung von Geldern aus veräußerten Realitäten ꝛc. ohne Zustimmung des Landtags glaubt übrigens Referent Verwahrung einlegen zu müssen, obwohl er nicht bestreitet, daß eine solche bisher häufig ohne Erinnerung stattfand. Die Abgeordnetenkammer hat nun schon im Frühjahre 1868 den Antrag auf Beseitigung der Festungseigenschaft Landaus gestellt und ihre Zustimmung zur Verwendung eines Theiles der Zinsen des Militärfonds für irgendwelche Festungsbauten dortselbst nicht gegeben. Unter den obwaltenden Verhältnissen kann es gewiß nicht die Absicht der Kammer sein, von dem früheren Beschlusse abzugehen. Der Referent stellt insbesondere im Hinblick auf die großen anderweiten Militärbedürfnisse den Antrag, dem noch vorhandenen Reste des Armirungs- und Proviantirungsfonds für Landau eine andere Bestimmung zu geben und denselben demzufolge in erster Linie für die jetzigen außerordentlichen Kriegsbedürfnisse zu verwenden. Der Staatsminister des Aeußern Graf v. Bray machte darauf aufmerksam, daß nur nach einer Uebereinkunft mit den übrigen süddeutschen Staaten und dem Nordbunde die Festungseigenschaft von Landau aufgehoben werden könne. Der Ausschuß nahm den Antrag des Referenten einstimmig an.

Im neuesten Einlauf der Kammer der Abgeordneten befinden sich wieder zahlreiche Adressen in Betreff des Militärbudgets, Vorstellungen von verschiedenen Seiten über den Bürgerwehrgesetzentwurf, ferner ein Gesuch des Fabrikrathes der katholischen Cultusgemeinde zu Contwig in der Pfalz um Unterstützung zum Bau einer katholischen Kirche daselbst und eine Bitte der Gemeindeverwaltungen Hartkirchen, Mittich u. Würding in Betreff der Herstellung und Fortsetzung der Correktion des Inn-Flusses.

Aus Bayern schreibt die „Frkf. Ztg." Die Fortschrittspresse benutzt die Verzögerung, welche der Druck des Kolb'schen Referats erleidet, um gegen die Vorschläge des Abgeordneten für Würzburg zu Felde zu ziehen. Daß man dabei zu Verdrehungen seine Zuflucht nimmt, ist erklärlich. Man wundert sich auch kaum, wenn direkte Lügen kolportirt werden. Höchstens ist man erstaunt, wenn sich die Herren über ihre Unwahrheit erwischen lassen, wie das dieser Tage in drastischer Weise der „Kempt. Ztg." und dem „Schwf. Tagebl." passirt ist. Eine Hauptlüge, welche die Nationalliberalen verbreiten, ist nämlich, daß das Milizsystem in der Schweiz selbst viele Gegner habe. Zum Beweise dessen brachten denn in letzter Zeit die „Schwäb. Volksztg." und nach ihr die genannten bayerischen Blätter Artikel „gegen das schweizerische Milizsystem", welche als von einem Schweizer geschrieben erklärt wurden. Nun kommt aber ein wirklicher Schweizer, Theodor Curti in Würzburg, und weist den nationalliberalen Blättern im „Würzb. Journ." nach, daß jene Artikel theils mit Veränderungen, theils wörtlich aus vier Nummern der „Hessischen Morgenzeitung" vom Juli 1869 abgeschrieben sind. Und dort stammen die Artikel nicht „von einem Schweizer", sondern es heißt immer „Wir Preußen", „unser preußisches System" u. s. w.

Stuttgart, 26. März. Die Ansprache des Landeskomitees der Volkspartei an das würtembergsche Volk ist heute erschienen. Dieselbe erklärt es für für die Pflicht der Partei dem Volke gegenüber die Bedeutung des Vorgehens der Regierung auszusprechen. Es bestehe gegen das Ministerium ein innerer Widerstreit, welcher nicht mit einer halben Million Gulden abkaufbar sei; vielmehr hätte das gesammte Ministerium mit constitutionellen Waffen den Kampf gegen die Kammer aufnehmen, das Kriegsdienstgesetz vertheidigen oder die Kammer auflösen müssen, statt dessen habe es den Schein der Nachgiebigkeit vorgezogen. Die politische Vergangenheit der neuernannten Minister lasse an der Aufrechthaltung der gegenwärtigen Heeresverfassung keinen Zweifel.

Ausland.

Aus Tours, 27. März, wird zu dem Prozeß Bonaparte gemeldet: Der Präsident endigte das Resume kurz vor 2 Uhr, die Geschwornen schlossen ihre Berathung um 3 Uhr. Ihr Verdikt verneinte sämmtliche Fragen, worauf der Prinz freigesprochen wurde.

Digitized by Google

Frankf. Coursbericht vom 25. März 1870.

Anlehensloose.				Staatspapiere.			
3½% preuß. 100thlr.	—	bz	bad. 35 fl.	58½	bz	Würtbg. 4½% Obl.	91½ bz
kurhess. 40 thlr.	58¾	bz	großh. hess. 25 fl.	—	bz	Preußen. 5% Oblig.	— G
bayr. 100 thlr.	105½	bz	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	12	P	4 ½	85¾ G
Wechsel auf kurze Sicht.			österr. 500 fl. v. 1860	80	bz	4½ ½	93½ G
Amsterdam (100 fl.)	100¾	bz	Hamburg (M.-B. 100)	88½	G	4 ½	83¾ P
Augsburg (100 fl)	99¾	G	London (10 Pf. St.)	119¾	bz	Baden. 4½ ½	80¾ G
Berlin (60 thlr.)	105	bz	Paris (200 Fr.)	95½	bz	4 ½	92¾ G
Bremen (50 thl. Geld)	97½	P	Wien (100 fl. ö. W.)	95¾	bz	Frankfrt. 3½ ½	80¾ G
Aktien.			Disconto 3½ pCt.			Nassau. 4½ ½	92¾ G
3½% b. H. u. W.-B. 500 fl.	—	G	5 öst. Staatsb. 500 frc.	367	bz	4 ½	84½ G
Oest. Nat.-B. 600 fl.	695	P	4 pfälz. Ludwb. 500 fl	171¾	bz	Kurhess. 4 ½	83½ P
4% b. Ostbahn 200 fl.	119½	bz	4½ Maxbahn 500 fl	106¾	P	Bayern. 5% Oblig.	101½ G
5½ öst. Südb. 500 frc.	233	bz	4 Nordb. 500 fl.	87½	G	4½ ½jhr. ½	91¾ G
			4 H. u. W.-B.-Pf.-Br.	90½	G	4½ ½jhr. ½	91¾ G
						4 ½jhr. ½	86½ G
						4 ½jhr. ½	86½ G
						4 Abl.-R.	86½ P
						3½ Obl.	— P

Sachsen. 5 ½ 101½ bz
Brschw. 3½ ½ 80¾ P
Oesterr. 4½% R. i. S. 58¾ bz
4½% R. i. P. 50½ G
5 Ung. E.-A. 75½ P
Amerika. 6% pr. 1882 95¾ bz
6% pr. 1885 95½ bz
Anlehen der Stadt München 100½ G

Bekanntmachung.

Vom 1. April l. Js. angefangen werden in hiesiger Stadt zwei weitere Briefkästen und zwar am Hause des kgl. Notars Schlesing Hs.-Nr. 159 in der Langgasse und an der Organistenwohnung am Kaulberge Hs.-Nr. 1448 aufgestellt und findet eine „sechsmalige" Auswechselung sämmtlicher Briefkästen und zwar beginnend um 8½ Uhr Morgens, 11½ U. Vorm., 1½ u. 4½ U. Nachm. u. 6½ u. 7 U. Abends statt. — Außerdem wird der zugleich als Nachtboite dienende Briefkasten an der früheren Hauptwache um 11½ Uhr Nachts ausgewechselt.

Bamberg, den 28. März 1870.

Königliches Ober-Post- und Bahnamt.

Baumann. Panzer.

Soeben erschien im Verlage von Franz Kirchheim in Mainz von dem Hochwürdigen Herrn

Bischof von Mainz:

Die Unwahrheiten der Römischen Briefe vom Concil in der Allgemeinen Zeitung.

8vo. 1½ Bogen in Umschlag 9 kr.

Auswanderungs-Expedition

nach

Amerika und Australien etc.

über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre, Liverpool u. London mit Dampf- und Segelschiffen.

Billigste Preise und gewissenhafte Besorgung.

Näheres bei der concessionirten Haupt-Agentur für das Königreich Bayern von ***S. Lederle*** in Ludwigshafen a/Rh.

desf. Dep.: Consul der Vereinigten Staaten von Amerika

und folgenden Herren Agenten:

Büdel J. in Bamberg.
Rothlauf Theod. in Bamberg.
Schletz Carl in Bamberg.
Dippold C. in Lichtenfels.
Döring J. W. in Weißenstadt.
Fiebler Fr. in Kronach.
Friedmann A. in Bayreuth.
Künneth G. jr. in Gefrees.
Langheinrich Gg. in Hof.
Schwantner Jos. in Hochstadt.
Steinel Carl in Oberrößlau.
Stengel Andr. in Nordhalben.

NB. Es werden in den verschiedenen Bezirken Oberfrankens noch tüchtige Agenten aufgestellt und sieht die Hauptagentur gefl. Offerten entgegen.

Schrannenmittelpreise.

Dat.	Ort	Weiz.	Korn	Gerste	Hab.
26.	München.	18.01	11.51	12.48	8.01
26.	Regensburg.	17.56	13.16	12.27	8.41
26.	Straubing.	17.50	1123.	10.36	7.50
26.	Nördlingen.	18.20	12.20	12.38	8.25
24.	Weiden	17.21	14.00	—.—	8.15
26.	Schweinfurt	18.26	14.15	14.08	9.47
25.	Augsburg.	19.01	11.57	12.48	8.01
26.	Bamberg.	18.41	13.50	—.—	8.45

Bekanntmachung.

Eine internationale Industrie-Ausstellung für Arbeiter und Handwerker findet im Juli d. Js. in London statt.

Die Zwecke dieser Ausstellung zu fördern, und den Arbeitern deren Beschickung zu erleichtern, hat sich für Bayern ein Central-Komite in München gebildet, das aus Delegirten der verschiedenen Vereine gebildet ist.

Auf die diesbezüglichen an alle Arbeiter und Arbeitgeber erlassenen speziellen Aufrufe und Einladungen verweisend, erlaubt sich das unterfertigte Komite hiemit darauf aufmerksam zu machen, daß oben erwähnte Aufrufe sowie auch Formulare zur Einsendung von Arbeiten und alle sonstigen in der Sache etwa erwünschten näheren Aufschlüsse im Sitzungslokale des Komites Pfisterg. 11 (allgemeiner Gewerbe-Verein) jederzeit ertheilt werden können.

Das bayer. Central-Komite für die internat. Arbeiter- und Handwerker-Ausstellung in London.

Carl Billing, Vorsitzender.

Fr. Müller, Schriftführer.

Altes Gold

kauft zu den höchsten Preisen

U. Weber,

Goldarbeiter nächst der Kunstmühl.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

OTTO REINDL.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 75. Mittwoch, den 30. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Abonnements-Einladung,

Beim bevorstehendem Quartalwechsel wird um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements auf die „Neue Bamberger Zeitung" ersucht mit dem Wunsche, daß unsere seitherigen Freunde zur weiteren Verbreitung derselben wie seither auch ferner treu mitwirken wollen. Preis vierteljährig 36 kr.

Das allgemeine Concil.

(:) Liest man die Berichte der verschiedenen Blätter sog. liberaler Richtung über das Römische Concil, so muß man fragen, ob Blödsinn oder Bosheit ihre Feder leitet, um das gedankenlose Lesepublikum zu täuschen. Ich will auf Blätter vom Gelichter eines Nürnb. A. gar nicht hinweisen, denn wenn diese etwas vom Concil oder von der kathol. Religion sagen, so grinst die satanische Bosheit heraus, sondern ich weise auf ein Blättchen in der nächsten Nähe hin, das neulich mit gesperrter Schrift die Sensationsnachricht der Allg. Ztg. nachdruckte, einem Bischofe sei unter großem Tumulte der Versammlung von dem Vorsitzenden das Wort entzogen worden. Es fehlte nur noch, um dem Unsinne die Krone aufzusetzen, die Notiz beizufügen: die Bischöfe sind handgemein geworden und einige mußten als todt hinweggetragen werden! Ob je unser deutscher Philister vom Narrenseil der planmäßig lügenden Zeitungen sich losmacht und seinen Glauben an die Unfehlbarkeit der Zeitungsschreiber aufgibt, steht fast zu bezweifeln. In Frankreich ist es anders. Abgesehen von den Zuschriften, welche Laien und Priester den Bischöfen senden, die klug genug waren, selbst den Schein zu vermeiden, als ob an ihnen der sog. Liberalismus einen Rückhalt fände, hat das französische Volk zwei Maßregeln vereitelt, welche die Regierung gegen das Concil vorhatte. Ich meine die Herab- oder Außerkourssetzung der päpstlichen Münzen und die Note des Ministers Grafen Darn, um einen weltlichen Botschafter beim Concil zu accreditiren. Nun was ist geschehen? Die erste Maßregel ist thatsächlich aufgehoben, indem fast alle Geschäfts- und Bankhäuser die päpstlichen Münzen wieder voll annehmen. Nur im ersten Schrecken haben die jüdischen Geldwechsler bedeutende Summen Profitchen gemacht; von diesen wird die weise Regierung ihren Dank erhalten. Graf Darn aber verzichtet jetzt freiwillig auf das Recht, einen Gesandten an das Concil abzuordnen; denn seine Ministerkollegen selbst haben ihm den Standpunkt klar gemacht; ja er sucht eine Gelegenheit, um sich vor dem gesetzgebenden Körper von dem Verdachte der Feindseligkeit gegen das Concil reinzuwaschen. Hat vielleicht der Hr. Graf bemerkt, daß die Nemesis so schnell hinter den Feinden des Concils einherschreitet? Noch ist es kein Jahr, daß Fürst Hohenlohe sein — berühmtes Rundschreiben gegen das Concil erlassen hat; bereits aber ist er nicht mehr Minister, man denkt nur noch nach, wie er es solange sein konnte. Gleichfalls ist es noch kein Jahr, daß ein anderer hoher Herr in feierlicher Versammlung in ganz unpassender Weise sich gegen das Concil ausgesprochen hat; und schon haben seine eigenen Angehörigen massenweise sehr wegwerfend über ihn abgeurtheilt. Ohnlängst hat es auch der Hr. Graf v. Beust für zeitgemäß befunden, um die Gunst der sog. Liberalen zu erhaschen und von sich reden zu machen, vielleicht auch, um seinen wackelnden Reichs-Kanzler-Stuhl zu befestigen, (ob auch von Geheimbänden Ordre vorlag, wissen wir nicht) eine Note gegen das Concil zu erlassen: trügen jedoch nicht alle Berichte aus Oesterreich, so wird Hr. Graf von Beust schwerlich in der Lage sein, am Jahrestage seiner Anti-Concilnote als Reichskanzler diplomatische Aktenstücke zu verfassen. So schnell schreitet in unseren Tagen die Nemesis! — Nebenbei bemerke ich noch: es mag jetzt ungefähr ein Jahr sein, daß Minister Dr. Giskra den Höllenspektakel gegen die „tolle" Nonne von Krakau losließ und seine Bravour gegen hilflose Jungfrauen bewährte; heute ist er bereits abgesetzter Minister, und ich habe noch in keinem Blatte einen ehrenden Nachruf nach ihm gelesen — Was das Concil selbst betrifft, so halte ich für eine der wohlthätigsten Wirkungen desselben die Klärung und Scheidung der Geister, die es bereits hervorgebracht hat und nothwendig in noch größeren

Maße hervorbringen wird; ferner, daß es gewisse Krebsschäden des Katholizismus, (man verstehe mich aber wohl, denn ich sage nicht der katholischen Kirche sondern ich meine nur der katholischen deutschen Zustände i. e. der theologischen Fakultäten an den deutschen Universitäten), allen Augen wahrnehmbar bloßgelegt hat. In Betreff endlich der päpstlichen Unfehlbarkeit und Irrthumslosigkeit in Sachen des Glaubens und der Moral, begreife ich heute noch nicht, wie ein ruhiger Denker, der für Wissenschaft begeistert ist, die Dogmatisirung derselben nicht als Gewinn für die Wissenschaft begrüßen könne. Der Physiker, Chemiker und Mathematiker nehmen jeden neuen Satz als Grundlage zu weiteren Forschungen, in der Glaubenswissenschaft aber sollte ein neuer feststehender Satz kein Gewinn sein? Ist es denn der Zweck der Wissenschaft nur zu streiten und zu bekämpfen, oder aber eine sichere klare Erkenntniß zu verschaffen? — Schließlich jedoch meine ich, daß sich die Vernachlässigung eines gründlichen philosophischen Studiums in unseren Tagen bitter rächt, und hoffe, daß das allgemeine Concil die Zeitgenossen und Nachkommen zu ernsten philosophischen Studien anregen wird.

Inland.

München, 29. März. Unter dem Vorsitze des Prinzen Luitpold fand gestern eine Sitzung des Staatsraths statt, welche von Vormittags 11 Uhr bis gegen Abend dauerte. Auf der Tagesordnung stand einzig die Berathung über das Tax- und Stempelgesetz. Der Gesetzentwurf wird daher wahrscheinlich morgen oder übermorgen zur Vorlage an den Landtag gelangen.

Die Kammer der Reichsräthe hat in ihrer heutigen öffentlichen Sitzung den Gesetzentwurf „die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1870 betr." unverändert angenommen, den von der Kammer der Abg. dem Gesetzentwurf beigefügten Wunsch jedoch abgelehnt.

In der heute stattgefundenen 23. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten, welcher die kgl. Staatsminister Graf v. Bray, v. Pfretzschner, Frhr. v. Pranckh, v. Schlör, v. Lutz und v. Braun beiwohnten, legte der k. Staatsminister der Finanzen den Entwurf des Tax- und Stempelgesetzes vor, worauf zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, zum Vortrage des 2. Ausschusses über die beiden Gesetzentwürfe „außerordentliche Militärbedürfnisse betr." übergegangen wurde. Crämer stellte jedoch den präjudiciellen Antrag, die Berathung und Beschlußfassung sowohl über die beiden Vorlagen der Regierung als über die Vorschläge des Ausschusses bis zur Feststellung des ordentlichen Militärbudgets zu vertagen. Nachdem sich Referent Kolb gegen diesen Antrag ausgesprochen hatte, wurde derselbe abgelehnt (bravo!) und in die allgemeine Debatte über die beiden Gesetzentwürfe wie über die Ausschußanträge eingetreten. Außer dem Referenten Kolb betheiligten sich an der allgemeinen Debatte Graf Fugger, Lucas u. Schleich für die Ausschußanträge, und die Herren Fortschrittler Weigand, Stenglein und Frhr. v. Stauffenberg gegen dieselben. — Um 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und die Fortsetzung auf Morgen Vormittag halb 10 Uhr anberaumt.

†* Heute ging bereits der Kampf los, in dem es sich zeigen wird, wer wahrhaft auf des Volkes Wohl bedacht ist, die so verschrieenen Schwarzen, Vaterlandslosen und wie ihre Pseudotitel sein mögen, oder die „Herren L—iberalen". Der bekannte „Einschlager ultramontaner Schädel", Herr Crämer von Doos, stellte den Antrag, das außerordentl. Militärbudget zu vertagen, allein Kolb und hinter ihm die ganze vaterlandslose Partei gab ihm das Gegentheil kund. Es mußte das Budget berathen werden, trotz der Herren v. Stauffenberg, Weigand und Stenglein. Die Kronacher Herren werden wahrscheinlich Letzterem der ganz in ihrem Sinne handelt, für die mittelparteiliche Stellung u. treue Verfolgung des Programms eine Dankadresse zusenden, so vermuthet man. Unsere Rechte ist einig und hinter Kolb wie Ein Mann. Fort also mit dem zu großen Budget, das unsere Kräfte zehrt. (Morgen mehr.)

München, 27. März. Der Jubel unserer Fortschrittsmänner und Blätter über den reaktionären Umschwung in Würtemberg kennt keine Grenzen; sie begrüßen das „Ministerium der Energie" und beeilen sich, auch hinsichtlich Bayerns ihr famoses „Landgraf werde hart!" zu wiederholen. Indeß ist vorerst nicht zu befürchten, daß die fortschrittlichen Unkenrufe in Erfüllung gehen werden: am Hofe ist eine Sehnsucht nach einem Konflikte mit dem Lande — wie ihm der extreme Theil der Fortschrittspartei offenbar wünscht — nirgends vorhanden, und selbst erhebliche Abstriche am Militäretat, wenn auch nicht alle zur Zeit beabsichtigten, wird man sich um des Friedens u. der Unabhängigkeit des Landes willen gefallen lassen. Daß mit Graf Bray auch ein wirklicher Umschwung unserer deutschen Politik im Ministerium eingetreten ist, geht einerseits aus der Thatsache hervor, daß Graf Bray auf den ihm sehr nahe gelegten Wunsch, in einem diplomatischen Rundschreiben zu erklären, daß er die bayerische Politik im bisherigen Geiste auch weiterführen werde, nicht eingegangen ist, anderseits aus dem Umstande, daß Fürst Hohenlohe in der „A. A. Z." sein politisches Testament veröffentlichen läßt. Daß Projekt des „nationalen Südbunds" oder der „Vereinigten süddeutschen Staaten" ist jedenfalls ein sehr bemerkenswerthes Aktenstück, leidet aber augenscheinlich an dem Grundfehler, daß es für Preußen zu wenig, für die Süddeutschen dagegen schon viel zu viel „nationale" Elemente enthält. — Eine heute stattgehabte Arbeiterversammlung

Digitized by Google

sprach sich gegen die Bestrebung der Fortschrittspartei, das stehende Heer aufrecht zu erhalten, bezw. zu vergrößern, sehr energisch aus. (Auch in allen andern Städten sollten solche Versammlungen stattfinden, um endlich einmal dem erbärmlichen Schwindel des Afterliberalismus entgegenzutreten.)

Wie auf's Bestimmteste verlautet, werden in den nächsten Tagen auch die übrigen bayerischen Bischöfe sich dem Verbot anschließen, welches Bischof Senestrey von Regensburg in Betreff des Besuchs Döllinger'scher Vorlesungen den Theologiekandidaten seiner Diözese auferlegt hat. Das heutige Pastoralblatt weist bereits nicht undeutlich darauf hin.

Der „Fortschritt" befindet sich in nicht geringer Verlegenheit. Seine Organe greifen zu den verzweifeltsten Mitteln. So hat der Moniteur der Partei, die „Agsb. Abdz.", vor einigen Tagen die Nachricht verbreitet, die Häupter der württembergischen Gegner des Militarismus hätten mit den bayerischen kürzlich (insgeheim) hier eine Versammlung abgehalten, um gemeinsam voranzugehen. Obwohl dies an sich ein Vorgang wäre, gegen den sich nicht das Geringste einwenden ließe, mußte sich doch natürlich bei jedem fortschrittlichen Leser ein neuer Abscheu vor dem „Bündnisse" zwischen den Ultramontanen und Demokraten einstellen. Es ist die bekannte „sittliche" Entrüstung der „Sittlich-Ernsten"! Die ganze Angabe ist indeß nichts als eine Tendenzlüge. Die vorgeblichen „Volks- und Freiheitsfreunde" dürfen übrigens nur fortfahren wie sie begonnen haben, einer wirksamen Entlastung des Volkes entgegen zu wirken, so werden schließlich selbst ihren eifrigsten Anhängern die Augen aufgehen.

Von dem neuen württembergischen Kriegsminister Hrn. Suckow erzählt der „Beobachter", derselbe habe seinen Vorgänger, Hrn. v. Wagner, in seinem Widerstand gegen das Ansinnen, am Kriegsbudget eine halbe Million abzustreichen, bestärkt und jetzt selbst die Realisirung eines solchen Abstriches übernommen.

Man nimmt in norddeutschen Reichstagskreisen das Ende der Regierung des Fürsten Karl von Rumänien als sehr nahe bevorstehend an und erzählt aus den Konferenzen hohenzollern'schen Familienglieder mit leitenden Staatsmännern Details, wonach dieses Ereigniß auch in diesen Kreisen als unabwendbar ins Auge gefaßt wird.

Der Bundesrath des Zollvereins ist auf den 4. April nach Berlin einberufen.

Wien, 27. März. Die heutige „Neue fr. Pr." versichert, der Ueberschuß, welcher von der cisleithanischen Finanzverwaltung im vorigen Jahr erzielt worden sei, betrage reichlich 10 Mill. Gulden. Der Finanzminister werde deshalb die Herabsetzung des Zeitungsstempels auf die Hälfte beantragen. — Der Verwaltungsrath der Staatsbahn beschloß die Auszahlung einer Dividende pro 1869 im Betrag von 60 Fr. zu beantragen.

Aus Wien 27. März wird gemeldet: der Vertrag mit der ungarischen Regierung bezüglich der Militärgrenze sei vereinbart worden. Das Prinzip der Anerkennung der Pflicht zur Staatsschuld beitragen zu müssen, ist nicht darin aufgenommen, dagegen die Quote des Beitrags für gemeinsame Angelegenheiten höher angenommen worden. Der Vertrag soll demnächst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden.

Ausland.

Paris, 28. März. Ollivier legt im Senat das Senatusconsult vor, welches die gesetzgebende Gewalt zwischen dem Senat und dem gesetzgebenden Körper theilt und verschiedene Artikel der Verfassung, insbesondere die Art. 33 u. 57 aufhebt. Die Senatoren werden durch den Souverän ernannt werden, ihre Zahl wird vermehrt werden können, die Votirung des Budgets wird dem gesetzgebenden Körper vorbehalten bleiben. — Ollivier sagt: Sie werden Ihre Gewalt vermindern, aber Sie werden dieses Opfer dem Lande bringen; Sie werden so den Souverän unterstützen Frankreich die Freiheit zu geben. (Beifall.) — Der Senat wird sich Freitag zur Berathung des Senatsconsuls versammeln.

In Frankreich hat die Freisprechung Peter Bonaparte's allenthaben große Sensation erregt. In heftigster Sprache tadelt der „Gaulois" die Leitung des Prozesses. Peter Bonaparte ist gleich nach der Freisprechung nach Nizza abgereist und hat 20,000 Frcs. für die Armen von Tours zurückgelassen. Die Kosten des Prozesses betragen 100,000 Frcs.

Tours, 27. März. Verhandlung gegen den Prinzen Peter Bonaparte. Im Civilprozeß wurde der Prinz zur Zahlung der für die Familie Noir aus dem Verfahren entstandenen Kosten, sowie zu einem Schadenersatz von 25,000 Frcs. nebst Zinsen verurtheilt.

Im Ministerium des Aeußern zu Paris will man wissen, daß Frankreich, Oesterreich und Bayern nicht nur in Bezug auf die deutsche Frage, sondern auch in Bezug auf Rom vollkommen einig sind, das „wie" aber verlautet nicht.

Aus Rom meldet die A. Allg. Ztg.: Die Gegner der Unfehlbarkeit verlangen, zwar ohne Aussicht auf Erfolg, eine Disputation über dieses Thema mit zehn Verfechtern der Unfehlbarkeit in Gegenwart aller Collegen. — Die orientalischen Christen erklären: an ihren alten Rechten festzuhalten, in dem orthodoxen Glauben bei ihrer Kirche zu verharren, Hassun nicht mehr als Haupt anzuerkennen, und die Kirchen und Kirchengüter seiner Verwaltung zu entziehen. Sie verlangen die Beibehaltung des unveränderten Ritus, und erklären, daß die armenische Kirche ihre Treue dem Sultan bewahren werde.

Rom, 21. März. Neun Bischöfe erhielten von den judices excusationum die Erlaubniß, auf kurze Zeit in ihre Diöcesen zurückzukehren. Diejenigen Bi-

Digitized by Google

schöfe, welche sich bis jetzt noch nicht beim Concil einfanden, wurden aufgefordert, ungesäumt die Reise dahin anzutreten oder die Gründe anzugeben, welche sie davon abhalten. Im Ganzen fehlen noch 150 Prälaten. — Ein Dekret des hl. Vaters zerstörte die Hoffnung oder Befürchtung der Vertagung des Concils; Niemand denkt weniger hieran als Pius IX. In diesem Dekrete ist der Fortgebrauch der hl. Oele über den Gründonnerstag hinaus gestattet.

Newyork, 26. März. Aus der Havanna wird per atlant. Cabel gemeldet, daß auf Cuba eine Schlacht zwischen den Spaniern und den Insurgenten stattgefunden habe. Das Resultat des Kampfes ist noch unbekannt.

Vermischtes.

In Lahr haben sich sämmtliche Greise der Stadt, welche im vorigen Jahrhundert geboren sind, zu einem Festmahl vereinigt. Es fanden sich 48 mit einem Gesammtalter von 3550 und einem Durchschnittsalter von 74 Jahren.

Wechsel auf kurze Sicht.				Hamburg (M.-B.100)	88⅛	G
Amsterdam (100fl.)	100⅝	G		London (10Pf.St.)	119⅞	bz
Augsburg (100fl)	99⅝	G		Paris (200Fr.)	95¼	bz
Berlin (60thlr.)	105	bz		Wien (100fl. ö. W.)	96¾	bz
Bremen (50thl.Geld)	97⅛	P		Disconto 3½ pCt.		
Aktien.			5	öst. Staatsb.500frc.	380	bz
3%b.H.u.W.-B. 500fl.	—	G	4	pfälz.Ludwb.500fl	170½	bz
Oest. Nat.-B.600fl.	694	bz	4½	Maxbahn500fl	108	P
4½ b.Ostbahn200fl.	119¾	bz	4	Nordb.500 fl.	87½	G
5¼ öst.Südb. 500frc.	232	bz	4	H.u.W.-B.-Pf.-Br.	90⅜	G

Bekanntmachung.

Vom 1. April l. Js. angefangen werden in hiesiger Stadt zwei weitere Briefkästen und zwar am Hause des kgl. Notars Schlesing Hs.-Nr. 159 in der Langgasse und an der Organistenwohnung am Kaulberge Hs.-Nr. 1448 aufgestellt und findet eine „sechsmalige" Auswechselung sämmtlicher Briefkästen und zwar beginnend um
8¾ Uhr Morgens, 11¾ U. Vorm., 1¼ u. 4¾ U. Nachm. u. 6½ u. 7¾ U. Abends statt. — Außerdem wird der zugleich als Nachtboite dienende Briefkasten an der früheren Hauptwache um 11½ Uhr Nachts ausgewechselt.

Bamberg, den 28. März 1870.

Königliches Ober-Post- und Bahnamt.

Baumann. Panzer.

KOSMOS,
das einzige Enthaarungsmittel,

entfernt unter Garantie in einigen Minuten jedes unnütze Haar, ohne der Haut nur im Geringsten nachtheilig zu sein. Dieses Mittel, von der hohen Medizinalbehörde zu Leipzig geprüft und genehmigt, ist nur direct zu beziehen gegen Einsendung des Betrags á Pot 1 Thl. durch

Leipzig. ***HUGO ARNOLD.***

Gutsverkauf oder Verpachtung.

Das schön gelegene arrondirte Gut „Lohhof" mit 300 Tagwerk Gründe, unmittelbar an der Hauptstraße und Eisenbahn nach München, mit dem Bahnzuge nur ¼ Stunde von München entfernt, mit den erforderlichen Gebäuden und großer Dampfbrennerei, mit 1,61 Dez. Gärten mit Gewächshaus, Mistbeete u. s. w. 135 Tagw. 75 Dez. Aecker und 163 Tagw. 22 Dez. Wiesen, welches sich vorzüglich zur Mast- u. Milchwirthschaft eignet, wird nach den günstigsten Zahlungsbedingungen zu verkaufen oder sogleich jährlich für 1800 fl auf 9 Jahre zu verpachten gesucht.

Kau.- und Pachtliebhaber wollen sich mit ihren Anfragen an den Unterfertigten wenden.

Ostbahnstation Lohhof, den 25. März 1870.

Ulmer, Gutsverwalter.

Soeben erschien im Verlage von Franz Kirchheim in Mainz von dem Hochwürdigen Herrn

Bischof von Mainz:
Die Unwahrheiten der Römischen Briefe vom Concil in der Allgemeinen Zeitung.

8vo. 1½ Bogen in Umschlag 9 kr.

Tallois-Uhrketten.

Diese Ketten, früher „Talmi-Gold" genannt, sind an meiner Marke Tallois welche sich auf dem Hacken oder Karabiner befindet, zu erkennen.

Paris, 1870.

Am. Tallois.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc. Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen befördert *prompt, reell, extract, discret* in alle existirenden

Zeitungen des In- u. Auslandes

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

München. Berlin. Hamburg Wien.

Original-Preise — Keine Spesen.

Keine Porti oder Provision.

Eisenbahnzüge in Bamberg.

1) Route Nürnberg, München rc.

Abfahrt:		Ankunft:	
1¹⁵	Nchts. Courierz.	12₂₅	Nchts Courierz.
5	früh Postz.	7₅₄	früh Güterzug.
10⁵⁰	"	9₁₀	" Personenz.
2¹⁵	Mitt. Schnellz.	1₁₀	Mitt. Schnellz.
3¹	" Güterz.	5₃₀	Abd. Postzug.
6³⁰	Ab. Personenz.	10	Nchts. "

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln.

4	früh Postzug.	9₁₈	früh Güterzug.
10	" "	1₁₀	Mitt. Schnellz.
2⁵⁰	Mitt. Schnellzg.	2₁₀	" Güterz.
2⁵⁰	" Güterz.	6₁₈	Abd. Courierz.
6¹⁵	Abd. "	12₅	Nchts. Postz.

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12⁴⁵	früh Courierzug.	1₂₅	früh Courierz.
5	" Postzug.	8	" Güterz.
9⁴⁵	" Personz.	9₄₅	" Postzug.
1¹⁵	Mitt. Schnellz.	2₁₀	Mitt. Schnellzg.
2¹⁵	" Güterz.	5₄₀	Abd. Personz.
6¹⁵	Abd. Postz.	11	Nchts. Postz.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 76. Donnerstag, den 31. März. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Abonnements-Einladung,

Beim bevorstehendem Quartalwechsel wird um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements auf die „Neue Bamberger Zeitung" ersucht mit dem Wunsche, daß unsere seitherigen Freunde zur weiteren Verbreitung derselben wie seither auch ferner treu mitwirken wollen. Preis vierteljährig 36 kr.

Rede des Hr. Min.-Präs. Graf v. Bray.

(In der 24. Sitzung der K. d. A. am 29. März.)

M. Herren! Der Hr. Abg. Dr. Schleich hat am Schlusse der gestr. Sitz. der Allianzverträge vom 22. Aug. 1866 erwähnt und daran verschied. Bemerkgn. u. Befürchtgn. geknüpft. Ich werde dem Hr. Abg. in seiner weitern Ausführg. nicht folgen u. namentlich nicht bis zum Ursprung der röm. Geschichte, weil uns das von unserer heut. Besprechung des außerordentl. Militärbedürfn. etwas zu weit abführen würde. Der Hr. Abg. wird aber mit mir darin einverstanden sein, daß eben zu der Zeit das heutige Rom, noch das heut. Europa bestand, und daß daher der Vergleich, so geistreich er auch durchgeführt wurde, doch nicht in allen Punkten zutrifft. Es hat der größte Feldherr und der größte Kriegsfürst unseres Jahrhunderts, Napoleon I., den Versuch gemacht, in Europa nach römischer Art vorzugehen und auch er hat den Unterschied der Zeiten und der Menschen erkennen müssen. Er ist in St. Helena gestorben. Gestatten Sie mir, m. H., ehe ich weiter fahre, und da ich zum erstenmale die Ehre habe, vor dem hohen Hause zu sprechen, Ihnen meinen Standpunkt in einigen Worten klar zu machen. Er wird mir zur Begründung meiner Beurtheilung des Referats, das Ihnen vorliegt, und auch zur Beantwortg. der Bemerkgn. des Hrn. Redners dienen.

Der Zweck unserer innern Politik, wie ich ihn auffasse, ist die Versöhnung entstandener Gegensätze durch Aufklärung von Mißverständnissen und Beruhigung der Gemüther durch Beseitigung unbegründeter Besorgnisse. Die Regierung ist keine Parteiregier. Sie kann und will es nicht sein; sie steht nicht über den Parteien; denn dieser erhabene Standpunkt gehört im konstit. Staate nur dem Souverän. Sie steht aber außerhalb der Parteien; und das ist nicht immer ein bequemer Standpunkt, aber der einzige, der der Regierung zukommt. Dadurch, daß wir uns im Innern versöhnen, stärken und sammeln, sorgen wir für die Gegenwart, aber wir bereiten auch die Zukunft vor, eine bessere Zukunft des engeren u. weiteren Vaterlandes.

Bezüglich der äußeren Politik, u. der alle unseren auswärtigen Verhältnisse beherrschenden deutschen Frage ist uns ein ziemlich enger Weg durch die jetzige Lage der Dinge vorgezeichnet, von welchem wir uns weder rechts noch links weit entfernen können. Es bestehen bindende, und auf Gegenseitigkeit beruhende Verträge, die gehalten werden müssen, sowie andererseits die berechtigte Unabhängigkeit unseres Landes, unsere freie Selbstbestimmung unversehrt zu erhalten sind. Es ist behauptet worden, daß die jetzige Stellung, die jetzige Lage Bayerns nicht haltbar sei. M. Hrn.! Ich theile diese Ansicht nicht. Es geht allerdings durch Europa ein Zug des Provisoriums; in den allgemeinen europäischen Zuständen liegt viel Unfertiges, viel Schwieriges und auch Bayern ist nicht frei davon. Aber deshalb ist die Lage nicht unhaltbar, und ich sage mehr: sie ist unangreifbar. Bayern liegt im Centrum von Europa u. von Deutschland, jeder Angriff, jede ernste Bedrohung Bayerns würde Complikationen hervorrufen, welchen auch die größte Macht sich nicht wird aussetzen wollen. Dazu kömmt als erster Faktor, daß ein Staat von nahezu 5 Million mit dem Kernvolke, wie das unserige ist, mit einer tapferen und tüchtigen Armee einer äußeren Gefahr nicht so leicht unterliegt, wie denn überhaupt kein Volk ohne eigenes Verschulden zu Grunde geht. Deshalb fürchte ich diese Gefahr für Bayern nicht. Ein politischer Grundsatz scheint sich uns gerade jetzt vorzugsweise zu empfehlen; wir sollen das Erreichbare anstreben. Als solches glaube ich bezeichnen zu sollen: die sorgsame Pflege der freundschaftl. Beziehungen zu allen unseren Nachbarn; in erster Linie zu unseren deutsch. Stammesgenossen in Nord u. Süd, Ost u. West. Unser Verhältniß zu Norddeutschland beruht auf der

Digitized by Google

sicheren Grundlage der Verträge. Einen Südbund zu gründen, wie er im Prager Frieden vorgesehen war, ist bis jetzt nicht gelungen. Es mag dahin gestellt bleiben, ob deßhalb endgiltig darauf zu verzichten ist, aber auch ohne ihn liegen in der Gemeinsamkeit der Interessen Süddeutschlands Anhaltspunkte genug zu einem steten und herzlichen Zusammengehen auf der Basis vollster Gleichberechtigung. Was ich hiemit empfehle, ist eine praktische Politik, eine Politik unserer wahren Interessen; was ich Ihnen verspreche, ist eine offene Politik und selbstverständlich eine ehrliche und loyale Politik. Eine offene Politik hat für uns um so weniger Schwierigkeiten, meine Herren! als wir keine geheimen Verträge haben, keine geheimen Verpflichtungen, keine geheimen Plane und überhaupt keine politischen Geheimnisse. Was wir wollen, was wir anstreben, was wir wünschen, darf die ganze Welt erfahren: wir wollen Deutsche, aber auch Bayern sein. In der gestr. Rede des H. Abg. Schleich hat derselbe bezüglich der Allianzverträge vom 22. Aug. eine doppelte Befürchtung zu erkennen gegeben, einmal die Befürchtung, wohl hervorgerufen durch die Bezeichnung dieser Verträge als Schutz- und Trutzbündnisse, daß ihre Richtung auch eine offensive sei, und die weitere Befürchtung, daß uns dadurch auch im Frieden gewisse Beschränkungen und Lasten auferlegt seien. Für die Bedeutung eines Vertrages ist wohl dessen Inhalt allein maßgebend; ich bedaure hier nicht den Text zu Handen zu haben, aber derselbe lautet im Art. 1: „Es garantiren sich die hohen Contrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes ihrer bezüglichen Länder und verpflichten sich im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen." Damit ist der Zweck ganz deutlich angedeutet; er ist kein anderer als die Wahrung der Integrität des Besitzes jeder der beiden Staaten. Versetzen Sie sich, meine Herren! einen Augenblick in das Jahr 1866 zurück, — ich thue es nicht gern — und Sie werden sich überzeugen, daß damals die fragl chen Verträge der einzig mögliche Ersatz waren für das eben zerrissene Land des vormaligen defensiven deutschen Bundes. Ich war bei den Friedensverhandlungen selbst gegenwärtig und ich kann Ihnen die Versicherung ertheilen, daß von einer offensiven Bedeutung der Verträge, von einem Angriffe auf fremdes Gebiet nirgends die Rede war, sondern daß lediglich von der Abwehr eines fremden Angriffs gesprochen wurde. Es gibt eine doppelte Offensive, m. H., eine politische und eine strategische. Die politische Offensive ist durch den Inhalt der Verträge unbedingt ausgeschlossen, die strategische Offensive bei schon entschiedenem Kriege, wird sich der Führer einer schlagfertigen Armee jederzeit vorbehalten müssen. Die zweite Befürchtung, welche der Hr. Abg. Schleich ausgesprochen hat, findet sich im Inhalt der Verträge ebensowenig begründet; der Text hat nur den Kriegsfall im Auge. Allerdings liegt es in der Natur einer Allianz, daß Wehrkräfte auf beiden Seiten vorausgesetzt werden. Wenn unserem Verbündeten daran gelegen sein muß, daß wir nicht wehrlos seien, so haben wir ein noch viel höheres viel mächtigeres Interesse daran, es nicht zu sein. Deshalb, m. H., nehmen Sie getrost Ihren Patriotismus und Ihre erleuchtete Vaterlandsliebe zur einzigen Richtschnur Ihrer jetzigen Verhandlung und Ihrer freien Beschlußfassung.

München, 29. März. 23. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Am Ministerrath die H.H. v. Pfretzschner, v. Lutz, v. Braun, Frhr. v. Pranth und Graf Bray. Gallericen und Tribünen ziemlich überfüllt. Der Finanz Minister v. Pfretzschner legt nach einigen geschäftlichen Präsidial-Mittheilungen den Entwurf eines Tax- u. Stempel-Gesetzes vor, und bemerkt, daß dieser Entwurf durch die Einführung des neuen Civil-Prozesses geboten und so bemessen sei, daß er auf das ganze Königreich und auf alle Tax- und Stempel-Gebühren sich ausdehne. Die Gebühren können unmöglich weiter herabgesetzt werden. (Darüber werden unsere patr. Abgeordneten wohl noch ein großes Wörtchen mitsprechen.) Jörg stellt den Antrag, da dieser Gegenstand den Finanz- als Justiz-Ausschuß angehe, einen besonderen Ausschuß zu wählen; worüber in der nächsten Sitzung beschlossen werden wird. Jetzt kam die Berathung über den ersten Gegenstand der Tagesordnung d. h. die beiden Gesetzentwürfe außerordentlicher Militärbedürfnisse. Bevor Referent Kolb das Wort erhielt, stellte Crämer den bereits gestern gemeldeten Antrag. Er begründet denselben damit, daß er fürchtet, bei heutiger Eintretung in die Berathung werde man sich mit den, dem Referate vorausgeschickten Motiven und allgemeinen Gesichtspunkten beschäftigen und glaubt, daß hiedurch eine zwar eingehende aber nutzlose Diskussion hervorgerufen würde, die beim ordentlichen Budget wiederkehren würde. Kolb spricht sich dagegen aus, indem er betonte, daß allenthalben im ganzen Lande Klage darüber sei, daß der Landtag in 3 Monaten so wenig geleistet. Heute liege der Stoff vor, der das ganze Volk interessire; man solle ihn, da noch Ueberfluß an Zeit vorhanden, jetzt erledigen, worauf der Antrag Crämer abgelehnt wird. Kolb leitet die allgemeine Debatte folgendermassen ein: Man muß zur richtigen Beurtheilung der beiden Gesetzentwürfe auch nothwendigerweise einen Blick auf den ganzen Militär-Etat und unsere finanziellen Zustände werfen, da diese Frage auch eine finanzielle ist; und diejenigen Staaten, welche diese Frage nicht so behandelt, hätten schwer dafür büßen müssen; Rußland sei z. B. im Krimkriege wegen Mangel an Geld, ebenso Oesterreich i. J. 1859 genöthigt gewesen, obwohl es nicht einmal die Hälfte seiner Truppen ins Feld geführt,

Digitized by Google

Frieden zu schließen; deßhalb habe ich die finanziellen Lage des Staates hingewiesen. Ersparnisse seien unumgänglich nothwendig, nicht allein beim Militär, sondern überall, wo nur möglich, um nicht das Land finanziell und moralisch zu Grunde zu richten, aber ich erkenne an, daß vorzugsweise am Militär zu sparen sei; das weiß auch das Volk und geben die Adressen, von denen die an mich gelangt, über 21,000 Unterschriften zählten, Zeugniß. Wenn ich im Ausschuß den Ansichten des Kriegsministers entgegen trat, dem ich die größte Anerkennung zolle und von dem ich weiß, daß er nichts anstrebe, als was er für wahr und recht halte und wie ehrenhaft er sein Amt verhalte, so thut es mir leid, allein ich konnte meine Pflicht nicht außer Acht lassen; es ist mir gleich, wenn auch auf andere Vorschläge als die meinigen eingegangen werde, wenn nur damit eben so viel erspart sei. Meine Vorschläge, behauptet man, führen zu einer Desorganisation der Armee bei; das Budget hat nichts mit der Organisation zu schaffen, nur die Interessen des Landes zu wahren und erst nach diesen richtet sich die Armee.

Für den außerordentlichen Etat werden circa 7½ Millionen gefordert. Wenn wir zustimmen, so müßten alle Gehaltserhöhungen, selbst die berechtigsten, verweigert werden; es verlangen die Lehrer allein mindestens 3 Millionen. Der ordentliche Militäretat habe bei uns bis Ende 1866 10½ Millionen betragen und heute verlangt man 15¾. Ich halte 12 bis 13 Millionen für hinlänglich nothwendig und das ist keine Kleinigkeit, besonders wenn man bedenkt, daß es der größeren Masse der Bevölkerung Mühe kostet, auch nur ein einziges Guldenstück zu verdienen. (Brave rechts.)

Graf Fugger-Blumenthal verwahrt sich, daß durch die beabsichtigten großen Abstriche ein Mißtrauens-Votum gegen den Kriegsminister ausgesprochen werden soll, aber eine Ausgabe von 24 Millionen für Milit.-Zwecke in Bayern ist eine zu große. Das Land kann diese Bedürfnisse nicht befriedigen; es kann nicht sofort eingeführt, höchsten angebahnt werden, und liegt dasselbe nach einer früheren Aeußerung des Kriegsministers in unserem jetzigen System; wir können innerhalb desselben schon viel ersparen, nur dürfte nicht die Bewaffnung und die technische Ausbildung vernachlässigt werden. Für die Bewaffnung mit dem vortrefflichen neuen Gewehr wird auch der Ausschuß das Nöthige bewilligen. An der Präsenzzeit der Artillerie sollte man nichts abstreichen; Die Cavalerie könne um 4 Regimenter vermindert werden, schon deßhalb, weil Preußen, unser mächtiger Bundesgenosse dieselbe in letzter Zeit vermehrt hat.

Abg. Freytag verließt eine Zuschrift des Kriegsministers, daß das Avancement als ein Recht der Krone vorbehalten bleiben müsse.

Weigand glaubt, daß man nicht in ein Milizsystem hinein springen könne, ohne dasselbe vorher anzubahnen und die Jugend dazu vorzubilden; deßhalb sei das gegenwärtige System beizubehalten, man könne aber Angesichts unserer Finanzlage bei den Militärausgaben durchgreifend sparen; er bedauert, daß nicht auch die ganze Landwehr sofort mit diesem vorzüglichen Gewehre versehen werden könne.

Stenglein erklärt sich zwar mit dem Streben nach Ersparungen einverstanden findet aber die Agitation nicht gerechtfertigt; das neue System habe vor dem früheren große Vorzüge; man könne dasselbe nicht beseitigen, ohne die Selbstständigkeit Bayerns in hohem Grade zu schädigen; hinsichtlich der einjährig Freiwilligen bemerkt er, daß dieselben den Vortheil der kürzeren Dienstzeit durch Dienstleistungen erringen müßten, welche den übrigen Militärpflichtigen nicht zugemuthet werden; die allmählige Heranbildung tüchtiger Offiziere für die Reserve, die Abschaffung des Loskaufes, die Freiheit in den bürgerlichen Verhältnissen seien anerkennenswerthe Vortheile. Die Kammer habe sich nicht in technische Fragen eingemischt, sondern nur den finanziellen Standpunkt im Auge behalten. Das Milizsystem mache den Bürger zu einem halben Soldaten und beeinträchtige ihn in seiner bürgerlichen Stellung; freilich könnte das jetzige in Europa bestehende System nicht beibehalten werden, weil die Last zu groß; allein er bezweifelt dennoch, daß man zum Milizsystem greifen werde; man muß die Möglichkeit der Einführung verwerfen, wolle man die Selbstständigkeit Bayerns betonen:

„Wir brauchen nicht bloß eine tüchtige Armee sondern auch das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer Armee. Nur dann wenn wir mit unseren Bundesgenossen ebenbürtig im Kriege bezüglich der Leistungen unserer Armee auftreten, wahren wir unsere Selbstständigkeit. Auf eine Milizarmee würden unsere Verbündeten kein Vertrauen haben." Die Militärjustiz-Organisation ist viel zu groß für Bayern und da kann gespart werden. Lucas erklärt, daß das Einstehen zwar keine Seelenkäuferei, wohl aber zu bitttern Klagen Anlaß gebe. Eine gesetzliche Reglung des Urlaubswesens sei nothwendig. (Schl. f.)

München, 30. März.

In der heutigen 24. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten theilte der 1. Präsident mit, daß von der Kammer der Reichsräthe der Gesetzentwurf „die provisorische Forterhebung der Steuern" unverändert angenommen und somit Gesammtbeschluß erzielt, der angefügte Wunsch aber abgelehnt worden sei. — Die allgemeine Debatte über die außerordentlichen Militärbedürfnisse wurde fortgesetzt und beendigt. An derselben betheiligten sich der Staatsminister des Aeußern Graf v. Bray, die Abgeordneten Mahr, Frhr. v. Hafenbrädl, Dr. Marquardsen, Greil, Westermayer, Dr. Völk, Dr. Huttler, Dr. Ruland, Fischer, der Kriegsminister Frhr. von Pranky und der Referent G. F. Kolb. Die Sitzung

Digitized by Google

endigte nach 2 Uhr, die nächste ist auf morgen anberaumt. —

Der Abg. Lucas soll aus dem patriotischen Klub getreten sein, weil die patr. Partei ihn bei der Abstimmung über seine Anträge bezüglich des Staatsbauwesens in Stich gelassen hat. Auch Bezirksamtmann Hauck wäre aus dem patr. Klub getreten.

Die Resolution des patriot. Bauernvereins für Hrn. v. Harleß erhielt 4125 Unterschriften.

Der demokratische Arbeiterverein in Kaiserslautern hat — wie die „Pf. Volksztg." berichtet — beschlossen, an den Abg. Kolb die Bitte zu richten, die Regierung dahin zu interpelliren, ob sie bei Abschluß des Allianzvertrages mit Preußen die Selbstständigkeit des Vaterlandes durch das Recht der Prüfung der Kriegsfrage gewahrt habe. Hr. Kolb wird gleichzeitig ersucht, falls die Regierung die Frage verneinend beantwortet, unverzüglich in der Abgeordnetenkammer die nothwendigen Schritte zu thun, das Prüfungsrecht in der Kriegsfrage wieder herzustellen und wenn die Regierung dem widerstrebt, gegen den Allianzvertrag mit Preußen Verwahrung einzulegen. Ein gleicher Beschluß steht in der Volkpartei in den nächsten Tagen in Aussicht. — Wir sind der Ansicht, die patriotische Partei hätte selbst schon eine solche Interpellation stellen sollen. Die Sache ist zu wichtig und folgenschwer, um ihr schweigend aus dem Wege zu gehen. Wenn wir in der Kriegs- u. Friedensfrage gar nichts mehr hineinzureden, sondern unbedingt den Befehlen und dem Belieben des Königs von Preußen zu folgen haben, so hat Bayern aufgehört „ein souveräner monarchischer Staat nach den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde" zu sein, wie Art. 1 der letzteren bestimmt; dann hat auch unser König aufgehört, ein „souveräner" Monarch zu sein. Dann bedarf aber auch der Allianzvertrag der Genehmigung der Kammern und zwar mit einer Mehrheit von Zweidrittheilen.

Paris, 28. März. Wie aus guter Quelle versichert wird, soll Frankreich auf seiner Forderung, einen Specialgesandten zum Concil abzusenden, nicht bestehen.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 29. März l. Js.

Im Betreffe des Bürgerwehrgesetzentwurfes wurde dem eingelaufenen Proteste des Stadtmagistrats Fürth sich angeschlossen und an die Kammer der Abg. die Bitte gerichtet, dem Entwurfe eines Bürgerwehrgesetzes, wie solcher vorliegt, die Zustimmung versagen und an dessen Stelle ein Gesetz in Vorschlag bringen zu wollen, das den Gemeinden die Bildung von Bürgerwehren auf Freiwilligkeit basirt anheimgibt. — Wegen des überhand nehmenden Hausirhandels mit Lebensmitteln namentlich mit Brod soll mit Hinblick auf eine k. Regierungs-Entschließung „über den Vollzug des §. 20 der Hausirordn. vom 28. April 1868" nunmehr ortspolizeiliches Verbot bez. Vorschrift entworfen werden. — Die von der k. Reg. von Niederbayern angeregte Frage, ob jene Gemeindebevollmächtigten, welche bei der Wahl der Magistratsräthe zu Magistratsräthen gewählt wurden, sich an einer darauf folgenden Wahl des Bürgermeisters betheiligen dürfen oder nicht, wurde vom k. St.-Minist. des Innern bejaht, da das Gesetz hierüber klare Bestimmungen enthält. — Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird zum jüngsten Sitzungberichte ergänzend bemerkt, daß die zahlreichen selbstständigen Bauführungen der lizenzirten Maurer und Zimmerleute dahier eine vermehrte Thätigkeit hinsichtlich der Controle der Bauanlagen erfordern, weshalb der städt. Bauassistent H. Eichner aushilfsweise zur Controle der baupolizeilichen Bescheide des St.-Mag. beigezogen werden kann und darf. — Die von der k. Reg. zur gutachtlichen Berichterstattung herabgeschlossene Bitte des Vereins für arme Taubstumme und für Unterstützung armer verwahrloster Knaben in Bamberg (betitelt Taubstummeninstitut und die damit verbundene Knabenrettungsanstalt zur Flucht nach Egypten) um Verleihung der Rechte einer juristischen Person sei für den Fall, daß die Bestimmungen des Gesetzes v. 29 April 1869, die privatrechtliche Stellung von Vereinen betr., nicht für ausreichend erachtet werden sollten, zur Genehmigung dringend zu befürworten. — Das Verehel.-Ges. des Kaminkehrergef. Friedr. Sebald v. h. sei den HH. Gemeindebevollm. beh. etwaiger Geltendmachung des Einspruchsrechtes auf Grund des Art. 36 Abs. 3 des Ges. über Heimath und Verehelichung mitzutheilen, da derselbe erst vor Kurzem aus der Lehre entlassen worden ist, für welche der hies. Armenpfl.-Rath das Lehrgeld bezahlt hat. — Verehel. Zeugniß für den Fläschnergesellen H. Söhnlein v. h. sei auszufertigen. — (H.-E. 36 fl.) — Durch k. Reg.-Entschl. wird auf eingelegte Berufung der Büttnerswittwe Frau M. Weigler eine Weinwirthschaftskonzession ertheilt. — Auf Grund eines k. Reg.-Ausschr. seien die Kirchenverwaltungen auf die Leistungen der Kunstgewerbschule zu Nürnberg zu Zwecken der inneren baulichen Einrichtung von Kirchen aufmerksam zu machen. — Von der vom St.-Mag. Bayreuth mitgetheilten Errichtung einer Schuh- und Stiefelniederlage des Schuhmachermeisters H. Nüssel von dort bei dem Bez.-Ger.-Diuristen H. Scheublein dahier sei Eintrag im Gewerbregister zu machen. — Die Verzichtleistung des Metzgers H. Christ. Lassall auf die Bewilligung zum Fleischaufkauf für ein ausländisches Handelshaus diente zur Nachricht. — Wegen der Beitreibung der Spitalgeldbeiträge von hier aus der Arbeit tretenden wehrpflichtigen Handwerksgesellen sei mit dem H. Institutshauptkassier das Erforderliche zu vereinbaren. — Dem Schiffer H. Caspar Sieber v. h. sei Bürgeraufnahmsurkunde auszufertigen. (Bürgerrechts-Gebühr 40 fl.) — Gegen die Uebertragung der Fleischbank des Metzgers H. Gg. Müller an seinen Sohn H. Jos. Müller sei nichts zu erinnern. — Auf die Gesuche des Apothekers H. Eduard Brennhofer aus Neuhaus a. J. und des Sergeanten H. Brause in München um Berücksichtigung bei der Vergebung der hiesigen Verifikatorenstelle kann z. Z. nicht eingegangen werden, da für hier vor 1872 die Aufstellung eines Verifikators nicht beabsichtigt wird. — Der Bitte des Gg. Tadee v. Parma um Bewilligung zur Abhaltung von Vorstellungen mit seinem Affentheater sei zu entsprechen. — Eine königl. Regier.-Entschl. wegen des Standes der landwirthsch. Fortbildungsschulen sei dem Gartenbauvereine dahier als Vertreter der hies. landw. Interessen zuzustellen. — Von der Bewilligung zum Verkauf von Geheimmitteln des Conditors Glaser zu Schweinfurt (Hustenzucker) und des Hühneraugenoperateurs Strobel zu München (Pflaster) sei Eintrag im Verzeichnisse zu machen. (Schluß folgt.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 77. Donnerstag, den 1. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Die Neue Bamberger Zeitung

†. hat in Nr. 68 eine Erwiderung auf einen Artikel in ‚N. A.' gegeben und sich dadurch die Ungnade dieses geehrten (!) Correspondenten im höchsten Grade zugezogen, worüber sie sich nicht viel gräumt. Jetzt schreibt derselbe „Herr" von hier im N. A. Nr. 90, daß unser Blatt in gemeiner Hetzerei das Mögliche leistet, weil — es mit derselben Münze dieser allgemeinen geachteten Persönlichkeit, wie er sich selbst zu nennen beliebt, heimleuchtet. Selbstverständlich haben das die Jesuiten gethan. Es ist wirklich gut, daß sich wenigstens Einer momentan hier befindet, denn sonst wäre dieser liberale Held in Verzweiflung, über was er sonst losziehen sollte, um die Verbissenheit gegen den Katholicismus kund zu geben. Wir haben ihn wahrlich trefflich gekennzeichnet und dies thut sehr weh. Dieser Aufgeklärte, welcher bei dem Namen Jesuiten schon aus der Haut fahren möchte, welches wir ihm herzlichst wünschen, meint im Ernste, daß dieselben hier nichts zu schaffen haben, da wir so schon finstere Gesellen genug besitzen. Unter letztere zählt er unbewußt selbst, denn unsere gutgesinnten Bürger werden uns recht geben, wenn wir diesen anonymen Feigling darunter zählen, der nichts besseres zu thun hat, als zu schüren und Andere der Brandstiftung dafür anzuklagen. Was seine allgemein geachtete (!) Persönlichkeit betrifft, so werden Alle mit uns übereinstimmen, daß das Bischen der jetzigen Achtung mit dem Tage der Veröffentlichung seines Namens nicht nur verloren, sondern auch jeder gutgesinnte Bürger ihm aus dem Wege ginge; und würde er fortfahren, die schon seit Jahren in dem Nürnberger Blatte geführten Gehässigkeiten gegen die Kirche fortzusetzen, so werden wir nicht anstehen, ihn öffentlich zu brandmarken. Was die gemeinen Hetzereien unsererseits betrifft, so überlassen wir es jedem billig Denkenden, wozu wir diesen Giftigen nicht zählen können, ein Urtheil zu fällen und sehen getrost einem solchen entgegen.

Inland.

München, 29. März. 23. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. (Schluß) Frhr. v. Stauffenberg theilt die Ansicht des Referenten, daß man das Milizsystem anbahnen müsse doch kann er mit der Begründung dieser Ansicht wie sie der Referent in seinem Referat niedergelegt, nicht einverstanden sein. Der erste Schritt zu einer tüchtigen Vorbildung sei gemacht durch das neue Wehrgesetz, mittelst dessen Bresche in das System der sogenannten Berufssoldaten geschossen, und die Möglichkeit geschaffen worden, daß im Kriege kein fähiger Wehrpflichtiger sich seiner Pflicht entschlagen könne. Was den finanziellen Punkt betreffe, so betragen die Kosten für die Armee jetzt 3,673,000 fl. mehr als früher, und dieser Mehrbedarf sei entstanden durch die Reuformation der Armee. Bezüglich der finanziellen Lage des Landes sehe Referent zu schwarz; so schlimm, wie er behaupte, stehe es denn doch nicht. Preußen habe die erhöhte Militärlast seit vielen Jahren gehabt und das preußische Volk sei nicht nur nicht zu Grunde gegangen, sondern habe sich durch seine Rührigkeit hinaufgeschwungen, obwohl es nicht in so guten Verhältnissen lebe, wie das bayerische Volk. Den verwerflichen überhebenden Militarismus, von welchem Referent spreche, kenne man in der bayerischen Armee nicht, aber man müsse verlangen, daß der Charakter des Volksheeres auch in den militärischen Einrichtungen festgehalten werde. Auch zur Beseitigung des überflüssigen Wachdienstes sei leider noch immer nichts geschehen, wie man sich an den Wachposten vor dem Ständehaus und an der höchst überflüssigen Hauptwache überzeugen könne. Die Ersparungen aber zu machen, welche der Referent für die gegenwärtige Finanzperiode vorschlage, sei absolut unmöglich. Einer der hauptsächlichsten Schäden woran das Militärgesetz leide, seien die Offiziere, welche man 1849, 1859 u. 1866 aus allen Classen habe nehmen müssen. Ein neues Pensionsgesetz sei daher dringend nothwendig. Redner schließt: „Wir wollen alle Ersparungen, welche mit der Schlagfertigkeit der Armee vereinbar sind, eintreten lassen, wir wollen die Steuerkraft des Volkes soviel als nur möglich schonen, wir wollen bezüglich der Präsenzzeit auf das Minimum herabgehen, welches die absolut nothwendige Ausbildung der Mannschaft gestattet, wir wollen den überflüssigen Wachdienst beseitigen, aber wir wollen nicht bloß für die Gegenwart, son-

Digitized by Google

dern auch für die Zukunft sorgen und deßhalb lade ich Sie ein, daß Sie meinen Antrag, den ich bezüglich der militärischen Erziehung des Volkes seiner Zeit stellen werde, kräftigst unterstützen." Schleich versteht unter „Militarismus" nicht den sich überhebenden Kastengeist, diesen brauche man in Bayern nicht zu besorgen; sondern den Zustand, der als Parasit im Staate bestehe und die Finanzkräfte des Landes aufzehre, und diesen Militarismus zu bekämpfen, dazu sei die Mehrheit dieses Hauses hieher geschickt. Redner glaubt nicht, daß viele kleine Länder bestehen, welche die Ueberzeugung haben, daß ihre Kriegsverwaltung in wirklich patriotischen Händen ist. „Wir haben diese Ueberzeugung, daß unser Kriegsminister ein wirklich bayerischer Minister ist, der an den Fortbestand Bayerns ernstlich glaubt." (Bravo! rechts) Würde aber das bayerische Militär noch mehr nach preußischem Muster eingerichtet, dann würden die socialen Verhältnisse noch mehr alterirt. Der Credit liege noch darnieder und das Land befinde sich in einer wahren Lethargie. , Kurz nach dem Ausbruche des Krieges von 1866 sei eine Verordnung erschienen, worin zur Bildung von Freiwilligencorps aufgefordert und gesagt worden: man solle sich mit Ackerwerkzeugen u. s. w. bewaffnen. „Wären damals die Preußen nach München gekommen, so hätten sich im Gebirge solche Schaaren gebildet und wären gegen die Preußen gezogen, um eine neue Schlacht von Sendling zu erleben. (Oho! links, Jawohl! rechts.) Die Aeußerung in der Thronrede, daß Bayerns Selbstständigkeit vollkommen gewahrt sei, habe große Befriedigung erregt. Nun sei aber in jüngster Zeit von dem großen Staatsmann in Berlin selbst in der Sitzung des Reichstags vom 24. Febr., dahin ausgesprochen worden: die Bündnisse hätten die Bedeutung, daß Preußen und seine Bundesgenossen in Zukunft dieselben Freunde und dieselben Feinde haben. Bei den alten Römern habe man sogar eigene Bezeichnungen für die Bündnisse gehabt und gesprochen von einem foedus aequum (gleiches Bündniß) und foedus iniquum. Ein Bündniß mit einem Besiegten habe foedus iniquum (ungleiches Bündniß) geheißen, und für ein solches Bündniß sei sogar bei den Römern eine diplomatische Formel in Uebung gewesen, welche fast ebenso lautete, wie die erwähnte Aeußerung im Reichstag. Bei den Berathungen über das Budget werde sich's zeigen, ob die bayerischen Kammern noch selbstständig die Ausgaben für das Militär feststellen können, oder nicht. Gelinge diese Probe, dann dürfte sich das foedus iniquum in ein foedus aequum umwandeln und deßhalb begrüße er (Redner) den Beginn der Militärdebatte.

München, 30. März. 24. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Der Präsident veröffentlicht den gestern gefaßten Beschluß der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf die provisorische Forterhebung der Steuern betr., und erklärt den Gegenstand für erledigt. Hierauf erfolgt Fortsetzung der Berathung über den Militärkredit. Bei Beginn der Debatte nimmt der kgl. Staatsminister des Aeußern, Graf Bray, aus einer gestrigen Aeußerung des Abg. Dr. Schleich Anlaß zu der Rede, welche wir ihrem Wortlaut nach bereits gestern gegeben. Nach dieser vielfach und am Schlusse allgemein mit Beifall begrüßten Aeußerung des Hrn. Ministerpräsidenten ergreift Abg. Mahr das Wort. Er will die umfassendsten Ersparungen, bringt vielen Tadel gegen die Militäreinrichtungen vor und bemerkt hiebei, daß wenn General v. d. Tann im Jahre 1866 immer zur rechten Stelle erschienen wäre, kein Preuße nach Bayern gekommen wäre, „wenn jener gewollt hätte." Hiegegen erhebt sich der Kriegsminister v. Pranckh: „Ich hätte nach dem Gange der gestrigen Debatte nicht geglaubt, zu einer persönlichen Bemerkung das Wort ergreifen zu müssen. Es darf aber nicht, wie durch Hrn Pfarrer Mahr, von einem Manne gesprochen werden, dessen Treue und Würde alle Anerkennung verdient. Es wurde von der Armee in unwürdiger Weise gesprochen. Ich weise diese Angriffe mit aller Entschiedenheit zurück. (Bravo.) Abg. Mahr habe gesagt, das Heer müsse so formirt sein, daß es eine Ehre ist Soldat zu sein. Ja, und es wird eine Ehre bleiben, so lange ich an dieser Stelle bin." (Beifall links.) v. Hafenbrädl äußert sich ebenfalls für Ersparungen im Militärhaushalt. Marquardsen bekämpft das Referat und bemerkt bezüglich der Bündnisse, daß man an die Verträge durch die Ehre gebunden sei. „Unsere Aufgabe ist, alle nur möglichen Ersparungen, alle Verbesserungen unter Aufrechthaltung der Grundprinzipien unserer Heeresverfassung durchzuführen, dann erfüllen wir unsere Pflicht als Bayern und als Deutsche." (Beif. links.) Greil tadelt die Wehrverfassung. Durch die großen Militärausgaben seien die Staatsschulden in Europa auf 33,000 Mill. Gulden gestiegen; dadurch sei auch der Zinsfuß, der früher 4 oder 5 Prozent betrug, auf 12 Prozent gestiegen; der Landmann, welcher zu solchem Zins Capitalien aufnehmen müsse, werde sicher ruinirt durch das neue Wehrgesetz. Westermayer hebt hervor, daß die liberale Partei in ihrem Programm Ersparungen in allen Zweigen des Staatshaushalts, insbesondere beim Militär, ausgesprochen habe. Seine Partei wolle aber dasselbe und habe das nämliche in ihr Programm aufgenommen. Es könnten sich daher beide Parteien die Hand reichen; aber die liberale Partei sage jetzt: man müsse im Sparen Maß halten, man ruinire sonst die Armee u. Deutschland; er könne das nicht mit ihren früheren Worten in Einklang bringen. Dr. Völk erinnert daran, daß bei allen früheren Militärverhandlungen, wo das kleine Häuflein der Oppositionspartei fortgesetzt die umfassendsten Ersparungen beantragte, die Gegenpartei nicht zugestimmt habe. Man

Digitized by Google

möge die Ersparungen näher bezeichnen; mit Angriffen, wie man sie heute gehört, desorganisire man die Armee, wenn man ihre Führer beschimpfe und einem verdienten General Landesverrath vorwerfe. Dr. Huttler: Er und seine Partei wollen nicht für eine republikanische Partei die Castanien aus dem Feuer holen; er wünsche nur, daß die Idee der allgemeinen Wehrpflicht zur Wahrheit werde, dann führe sie der Armee auch viel mehr gebildete Elemente zu, als jetzt das Zwittersystem der Einjährig-Freiwilligen. (Schluß folgt.)

Die in allen ihren Theilen ausgezeichnete Rede des Abg. Hr. Pfr. Mahr bringen wir morgen.

München, 31. März. Die Abgeordnetenkammer nahm den ersten Gesetzentwurf (über den Kredit für die Gewehranschaffung) nach dem Antrag des Ausschusses an und ging sodann zur Diskussion des zweiten Gesetzentwurfs über.

Das zweite Gesetz, den außerordentlichen Militärkredit betr., wurde nach dem Ausschußantrag ebenfalls angenommen, also namentlich alle Kasernenbauten abgelehnt; über jene in Erlangen, fand eine lange Debatte statt, an welcher Marquardsen, Macowizcka, Frickhinger, Sörgel u. Kraußold theilnahmen. Also sind bereits 3½ Millionen als gestrichen zu betrachten.

v. Neumayr, Präsident des obersten Gerichtshofes und Advokat Böcking in Landau sind zu lebenslänglichen Reichsräthen ernannt worden

Die „Bayerische Landeszeitung" hört auf zu erscheinen, heute Abend wird das letzte Blatt ausgegeben.

Berlin, 30. März. Die „Provinzkorrespondenz" sagt: Die Regierung wird voraussichtlich das Abgeordnetenhaus einige Zeit vor Ablauf der gegenwärtigen Periode auflösen, da die wichtigen Aufgaben, welche in der nächsten Session zu erledigen sind, eine zeitige Einberufung der Kammer nothwendig machen.

Wien, 28. März. Mit einem am Samstag erlassenen Generalbefehl wurde sämmtlichen Truppenkörpern bekannt gemacht, daß der Gottesdienst an den für den christlichen Ritus bestimmten Feiertagen fortzudauern hat, daß es aber der Mannschaft vom Feldwebel abwärts von nun an freisteht, nach eigener Ueberzeugung dem Gottesdienste beizuwohnen und die für den christlichen Glauben vorgeschriebenen kirchlichen Handlungen zu verrichten.

Ausland.

Rom, 29. März. In der heutigen allgemeinen Kongregation des Konzils wurde über die bisher diskutirten Schemata „de fide" abgestimmt Morgen beginnt die Diskussion der anderen Schemata.

Washington, 29. März. Präsident Grant hat dem Senate mitgetheilt, daß er von der Republik Domingo eine 30tägige Frist zur Ratifikation des Abtretungsvertrages erlangt habe. — Im Senat dauert die Debatte über den Vertrag, betreffend die Erwerbung der Bai von Samana auf St Domingo fort. Die Opposition gegen den Vertrag nimmt zu, und die Bestätigung desselben ist sehr unwahrscheinlich. — Der Präsident hat die offizielle Proklamirung des Amendements, betreffend das Wahlrecht der Neger, solange abgelehnt, bis die Wiederzulassung Georgia's und Texas zur Union erfolgt sei.

Vermischtes.

Nürnberg, 29. März. Im hiesigen Krankenhause ist es am letzten Samstag einem dort verwahrten Geisteskranken auf noch unbekannter Weise gelungen, Betten und Decken in Brand zu stecken. Der Brandgeruch führte rasch einen Wärter herbei und es gelang ohne große Schwierigkeiten des Feuers Herr zu werden. Der unglückliche Irre stürzte beim Oeffnen der Thüre leblos nieder und starb wenige Stunden darnach.

In Fürth fand am 28. März die erste Civiltrauung statt. Der Akt fand im Bureau des kgl. Stadtrichters Hrn. Jäger unter Beobachtung der vorgeschriebenen Gesetzlichkeiten und unter großem Andrang des Publikums statt.

In Erlangen hat zwischen dem freireligiösen Prediger Hrn. Scholl und dem protestantischen Stadtvikar Hrn. Höfler in einem öffentlichen Lokale ein theologischer Disput stattgefunden.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 29. März l. Js.

(Schluß.)

Der zwischen dem Stadtmagistrate als Pächter des hiesigen Theaters und dem H. Theaterdirektor Reck in Nürnberg abgeschlossene Vertrag vom 23. d. M. wurde, nachdem Letzterer auf die ihm gestellten Bedingungen bereitwilligst eingegangen ist, genehmigt. Nach demselben verpflichtet sich der H. Theater-Direktor Reck ein vollständiges gutes Schau- und Luft-Spiel mit Posse und Operette mit gehöriger Abwechslung des Repertoirs und unter Vorführung der neueren und neuesten Stücke zu stellen u. zu erhalten und im Laufe der Saison mindestens 20 Opern mit den in Nürnberg verwendeten ersten Kräften als Abonnementsvorstellungen zu geben. Zur Ausfüllung der Zwischenakte des Schau- und Luft-Spiels hat der Theaterunternehmer für eine gute Musik zu sorgen. Derselbe ist berechtigt und verpflichtet, vom 1. Oktober 1870 an bis zum 31. März 1871 wöchentlich wenigstens 3 und höchstens 4 Vorstellungen im Abonnement und zwar jeden Sonntag, Montag, Mittwoch und Freitag zu geben. Im Laufe jeden einzelnen Abonnements sind mindestens 2—3 Opern als Abonnementsvorstellungen zu geben. Von der festgesetzten Zahl von Abonnementsvorstellungen u. den bestimmten Abonnementstagen darf nur bei besonderer Veranlassung z. B. bei Anwesenheit berühmter Gäste abgewichen werden. Bei Vorstellungen außer dem Abonnement hat der H. Theaterdirektor den Abonnenten insofern ein Vorrecht einzuräumen, daß dieselben bis 12 Uhr Mittags über ihre Plätze verfügen können, wobei denselben eine verhältnißmäßige Preisermäßigung einzuräumen ist. Die Festsetzung der Abonnementspreise bleibt der Vereinbarung zwischen den titl. Abonnenten und dem

Theaterdirektor überlassen. Der Vertrag hat vorerst auf ein Jahr Gültigkeit. — Die Abänderung der Statuten der israel. Cultusgemeinde dahier wurde von der kgl. Regierung genehmigt. — Die Häuserneubauten des Gärtners H. Mich. Dechant und des Spezereihändlers H. Krügel dann die Erweiterung des Hauses des Hrr. Bez.-Ger. Raths v. Haupt und mehrere Bauwendungen seien zu genehmigen. — Die Wahl der Vorstandschaft des unteren Schiffervereins sei der k. Regierung mit den Statuten in Vorlage zu bringen. — Nachdem vom k. Bez.-Ger. Bamberg die ledige Elisabetha Schmaußer v. h. wiederholt wegen Diebstahls bestraft und die Zulässigkeit der Unterbringung derselben in einer Polizeianstalt ausgesprochen worden ist, wurde beschlossen, dieselbe auf die Dauer eines Jahres in der Polizei-Anst. St. Georgen zu verwahren. — Im Betr. der Reorganisation des Veterinärwesens sei im Einvernehmen mit dem k. Hrn. Verw.-Bez.-Arzt das abverlangte Gutachten an die k. Regierung zu erstatten. — In Folge k. Regier. Aufforderung sei eine Sammlung für den Brauer Franz Maier zu Tristern wegen Brandunglücks bei dessen hiesigen Gewerbsgenossen vorzunehmen. — Die Einsichtnahme der neuerbauten Kreisirrenanstalt zu Bayreuth durch den hiesigen H. Baurath in Folge eines ertheilten Commissoriums diente zur Nachricht. — Die vom Hrn. Amtsvorstande Namens des Bürgerspitals mit der Gemeinde Tretzendorf gepflogenen Unterhandlungen wegen eines Straßenbaues zwischen Unterschleichach und Tretzendorf wurden gut geheißen u. sind die weiteren sachdienlichen Anträge zu gewärtigen. — Im Betr. der Verleihung des Weihbischof Schnatz'schen Familienstipendiums ist die kgl. Regierung der Auffaßung des Stadt-Magistrats beigetreten. — Ueber die Behandlung des Communkassawesens wurden die von der Vorberathungscommission gemachten Vorschläge genehmigt u. in deren Sinn die entsprechenden Direktiven an die Stadtkämmerei erlassen. — Der Antrag des Hausbesitzers H. Schwind wegen Räumung einer in die Irrenanstalt eingebauten Kammer, welche angeblich zu seinem Anwesen gehört, sei auf Grund der Akten als unberechtigt abzuweisen. — In Sachen des Krankenhauses gegen den Metzger Bährlein von Aschbach wegen Kur- Verpflegs- und Leichenkosten für seine Ehefrau sei bei dessen nachgewiesenen Insolvenz nunmehr die Armenpflege Aschbach in Anspruch zu nehmen. — Wegen Gründung eines Pensionsinstituts für die magistratischen und stiftischen Bediensteten, wozu übereinstimmende Beschlüße der städtischen Collegien vorliegen, sei die k. Regierungsgenehmigung einzuholen. — Eine Anfrage des St.-Mag. Erlangens über die Verwendung der Lokal-Malz- und Aufschlagsgefälle, sei dahin zu beantworten, daß man im Anschlusse an die Ansicht des St.-Ministeriums gleichfalls der Meinung sei, daß diese Gefälle nur zur Schuldentilgung nicht aber zur Deckung des Defizits der Gemeinde verwendet werden dürfen. — Die 80 jährige Fabrikarbeiters-Wittwe. Marg. Schauer sei aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten vorbehaltlich der Zustimmung des Armenpfl.-Raths in das Haus der Unheilb. aufzunehmen. — Die Haushaltungsausgaben pro Februar l. J. der Irrenanstalt (566 fl. 15½ kr.) der Muß'schen Dienstboten-Versorgungsanstalt (179 fl. 53½ kr.) und des Waisenhauses (290 fl. 12½ kr.) seien zur ausgablichen Verrechnung festzusetzen. — Durch k. Reg.-Entschl. wurde das Rechnungswesen der Leihanstalt pro 1868 geprüft und für richtig befunden. — Dei revidirte und richtig befundene Jahresrechnung der Stapfischen Familienstift. sei dem H. Rechnungssteller auszuhändigen.

Abonnements-Einladung auf das Bayrische Vaterland.

Zu dem bevorstehenden Quartalswechsel laden wir zu recht zahlreichen und rechtzeitigen Abonnement auf das „Bayerische Vaterland" ein.

Das „Bayr. Vaterland" ist vor erst einem Jahre gegründet worden. Die außerordentliche freundliche Aufnahme und große Verbreitung, welche das Blait namentlich in den letzten Monaten gefunden hat, der Zorn der national-liberalen Gegner, die 15 Konfiskationen und etliche 40 Untersuchungen, mit welcher das dermale System in Bayern bis jetzt erfolglos das Blatt heimgesucht hat, das Alles zeigt, daß das „Bay. Vaterland" die Interessen der patriotischen Mehrheit des Bayr. Volkes mit so viel Zustimmung und Erfolg als Muth und rücksichtsloser Entschiedenheit vertritt. Es wird auch in Zukunft und alle Zeit der selbstgewählten Fahne treu bleiben und sie zu vertheidigen bestrebt sein gegen alle Feinde. Treu der gerechten und heiligen Sache dee Bayr. Volkes und Vaterlandes und der Sache des Rechtes und der Freiheit, ehrlich, fest und entschieden alle Zeit, so kämpft das „Bayr. Vaterland" unterstützt von einer Reihe Mitarbeiter in allen Theilen Bayerns und darüber hinaus, in der vordersten Linie der bayrisch-patriotischen Presse. — Die bevorstehenden wichtigen Budgetdebatten und Kämpfe des Bayr. Landtags, über welche das Blatt genau und sorgsam berichten wird, werden ein weit über die Grenzen Boyerns hinaus reichendes Interesse bieten.

Das Blatt erscheint wöchentlich sechsmal; der Preis ist vierteljährlich 54 Kr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. — Inserate, die dreispaltige Zeile zu 3 kr., sind bei der großen Verbreitung (Aufl. 5100) des Blattes durch Bayern von entsprechender Wirksamkeit.

München, Ende März 1870.

Die Redaktion & Expedition des „Bayr. Vaterland."

Anzeige.

Künftigen Montag den 4. April Abends treffen die für die Wallfahrtskirche ‚Vierzehnheiligen' bestimmten 2 neuen Glocken dahier ein, welche am

Dienstag den 5. April

durch einen Dignitarius des hohen Domkapitels die kirchliche Weihe empfangen werden. — Diese kirchliche Feier findet statt mit Predigt u. feierl. Hochamte, welches für die edlen Wohlthäter aufgeopfert wird, deren frommen Sinne die Anschaffung des neuen Geläutes und die bisherige nothwendige Deckung der Kosten zu verdanken ist. Beginn der kirchlichen Feier Morgens halb 8 Uhr.

Zu recht zahlreicher Betheiligung ladet geziemend ein

Vierzehnheiligen, 28. März 1870.

P. Sanctus Bernhardt,
z. Z. Superior.

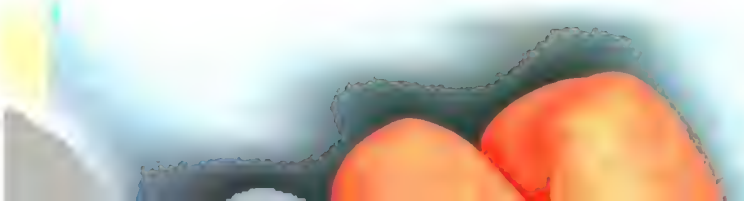
Ganze Bibliotheken

und einzelne Bücher, besonders Catholica, kaufe stets zu möglichst hohen Preisen.

I. HILLER,
Antiquar in München.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google



Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 80. Dienstag, den 5. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

26. Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Ueber die Rechnungsnachweise bezüglich der Zollgefälle in den Jahren 1867/68 referirt der Abg. Graf Fugger-Blumenthal und beantragt Namens des Ausschusses, denselben die Anerkennung zu ertheilen. Lucas findet in den Rechnungen einen Posten von 120,000 fl. kreditirter Rübenzuckersteuer und einen zweiten mit 57,377 fl. aus dem Jahre 1866/67 und fragt, ob erstere Summe einem einzigen oder mehreren Fabrikanten geborgt worden, wie hoch der fragliche Rückstand im jetzigen Augenblick sich noch belaufe, ob derselbe gesichert, ob er verzinslich oder unverzinslich gewährt sei, wer ihn genehmigt habe, ein Oberzollamt oder das Handelsministerium, und wie, falls er unverzinslich, man den der Staatskassa entgehenden Betrag rechtfertigen könne. Der Handelsminister v. Schlör stellte sodann den Satz auf, daß im Kreditgeben die Staatsregiernng freie Hand haben müsse. Ueber die jetzige Größe könne er im Augenblick keine Auskunft geben. Der kleinere Betrag ist bezahlt, der größere theils durch die Bürgschaft, theils durch eine Hypothek gesichert. Auf sechs Monate darf überhaupt nur unverzinslicher Kredit geschenkt werden; für die übrige Zeit könne der Staat wohl keinen Bankier machen. Es habe sich bei diesem Fabrikanten mehr um wirthschaftliche als finanzielle Interessen gehandelt. Der Staatsminister wäre froh, wenn er nur viel Zollkredit bayerischen Rübenzuckerfabrikanten schenken könnte. Lucas meint: die Zeit der Privilegien, wenigstens der Steuerprivilegien ist vorüber; gar mancher arme Bauer muß um kleinerer Steuerrückstände willen von Haus und Hof wandern. Die große Industrie sollte nicht protegirt, nicht privilegirt sein, er empfiehlt Schonung auch für die Landwirthschaft. Mit einer Summe, wie sie hier einem einzigen Industriellen geborgt ist, würde dem Distrikte Neumarkt, der wegen seiner Sparkasse in große Kalamität gerieth, geholfen gewesen sein. v. Meirner warnt, der Hoffnung des Referats, daß das Erträgniß der Zölle steigen werde, allzu sanguinisch zu vertrauen. Das Zollparlament habe den Tarif bedeutend ermäßigt und für den dadurch entstandenen Ausfall noch kein Aequivalent gefunden. Auch die Hoffnung auf Ersparung bei den Ausgaben sei eine keineswegs verlässige. Der Redner wendet sich dann gegen die weitverbreitete, von gewissen Seiten oft betonte Ansicht, als ob Bayern durch die Revenüen des Zollvereins gleichsam ein Geschenk erhalte und weist durch Details nach, daß jene Zollrevenuen, welche Bayern von Preußen herausbezahlt erhält, wohl verdient sind, weil der Gebrauch und Konsum der meisten Produkte in Bayern größer ist als in Preußen, wo in großen Landstrecken Kartoffel und Fusel die einzige Nahrung bilden. In Preußen sehe man keinen bayerischen Handelsreisenden, die preußischen dagegen kommen in die entferntesten Winkel Bayerns hinein. Hocheder weist mit Ziffern nach, daß der Betrag (495,897 fl.), welchen Bayern an perzipirter Salzsteuer dem Zollverein hinausbezahlt habe, nicht die Leistung darstelle, welche aus dieser Steuer Bayern an den Verein mache. Der Redner ist überzeugt, daß die Aufhebung des Salzmonopols eine wirthschaftliche Wohlthat (das schon und noch mehr für den Geldsäckel Preußens) für das Land gewesen sei. Allerdings bringe unsere größere Konsumtion von Salz uns gegen die Vereinsgenossen in Nachtheil, (also doch!) aber so groß, wie man glaube, sei derselbe nicht, er werde das bei den Rechnungen über die Salinenerträgnisse nachweisen. Durch die Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses, den Rechnungsnachweisen über die Zollgefälle die Anerkennung zu ertheilen, angenommen. Es folgt die Berathung der Nachweisungen über den Eisenbahnbau, welchen schließlich die Anerkennung ertheilt werden und nach einigen Ausschußvorträgen die nächste Sitzung auf Montag anberaumt wird.

München, 1. April. Die Abgeordneten von Stauffenberg und Prof. Dr. Edel haben heute in Folge der Erklärung des Kriegsministers, daß gegen den Reservisten Schenk von Geyern von seiner Seite nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen worden sei, einen Antrag auf authentische Interpretation der Art. 24 u. 25 des Wehrgesetzes eingereicht. — Zwischen den Referenten der Abgeordneten- und Reichsrathskammer über die Nebengesetze zur Civilprozeßordnung sollen vorläufige, allerdings

Digitized by Google

nicht bindende Besprechungen Behufs rascherer Erledigung dieser Referate stattfinden. Vom Justizministerium sollen bereits auch sämmtliche auf die Einführung des Zivilprozesses Bezug habende Verordnungen in den letzten Tagen ausgearbeitet worden sein und demnächst bekannt gegeben werden.

Die Kammer der Abgeordneten hat heute bei einer Anwesenheit von 132 Votanten, (absolute Majorität 67), zu Mitgliedern des besondern Ausschusses für die Berathung des Tax- und Stempelgesetzentwurfs gewählt: Stadtrichter Kastner aus München mit 131 Stimmen, Adv. Dr. Marquard Barth mit 129, Anwalt Louis mit 128, Prof. Gerstner mit 125, Appell-Rath Gürster mit 112, Notar Hofmann mit 79, Adv. Wiesnet mit 78 u. G. F. Kolb mit 78, Adv. Dr. Karl Barth, Bez.-Ger.-Ass. Frhr. v. Fuchs, kath. Pfarrer Bach aus Ziemetshausen, Oek. Gg. Mayer aus Weiding, Bez.-Amtm. Hauck aus Marktscheinfeld, Gem.-Vorst. Weiß aus Poppenreuth, Bierbrauer Brückl aus Mintraching. Die 4 Erstgenannten u. Kolb gehören der liberalen, die Uebrigen der patriotischen Partei an.

Das Kultusministerium hat bekanntlich im Sept. v. J. eine Verfügung des Inhalts erlassen, daß in den Volksschulen Sammlungen jeder Art aus pädagogischen Gründen nicht zu gestatten seien. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer hat der Abgeordnete Mahr die Interpellation an den Kultusminister gestellt, ob sich dieses Verbot auch auf den Verein der „heiligen Kindheit Jesu" erstrecke, welcher den Zweck hat, die christliche Erziehung von Heidenkindern zu fördern.

Die Interpellation, welche der Abgeordnete Fr. Jos. Mahr in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten an das k. Staatsministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten, im Betreff der Abstellung von Sammlungen in Schulen, richtete, lautet also: „In Folge hoher Ministerial-Entschließung für Kirchen- und Schulangelegenheiten dd. 3. September 1869 wurde die Vornahme aller Sammlungen ohne Rücksicht auf die Zwecke, für welche sie veranstaltet werden, in den Volksschulen unbedingt untersagt. In diese Kategorien wird von den k. Behörden auch der seit 17 Jahren bestehende kirchlich und staatlich genehmigte Verein der Kindheit Jesu gerechnet, dessen Zweck zunächst ist, in den heidnischen Ländern Kindern, welche zu Grunde gehen würden, physisch und moralisch zu retten u. christlich erziehen zu lassen. Die Aufgabe des Vereines ist offenbar eine ebenso humane, christliche, erhebende als zugleich pädagogisch richtige, weil sie das kindliche Gemüth zum Mitleid und zur Theilnahme an fremden Elend empfänglich machen soll. Der Beitrag monatlich ein Kreuzer ist zudem so gering, daß die Theilnahme auch Minderbemittelten leicht ermöglicht wird. Nun hat das k. Bezirksamt Lichtenfels unterm 19. Januar 1870 eine Verfügung erlassen, gemäß welcher nicht nur für diesen Verein in der Schule zu Markt-Zeuln nicht mehr gesammelt werden dürfe, sondern auch auch dieser Verein sofort aufzulösen sei. Der Wortlaut dieses Erlasses ist folgender:

„Abstellungen von Sammlungen in der Schule zu Markt Zeuln betr. Auf Eingabe vom 5./6. Januar l. J. im rubrizirten Betreffe wird der Adressatin eröffnet, daß die hohe Ministerialentschließung vom 3. Sept. 1869 (Minist.-Bl. für Kirchen- u. Schul-Ang. 1869 Nr. 22 S. 232) die Vornahme aller Sammlungen ohne Rücksicht auf die Zwecke, für welche sie veranstaltet werden, in den Volksschulen unbedingt untersagt und daß nach dem Sinne dieser hohen Verordnung sicherlich nicht blos jene Sammlungen gemeint sind, welche etwa in den Schulzimmern vorgenommen werden, sondern alle Sammlungen, welche auf Schulkinder Bezug haben, ohne Rücksicht darauf, ob sie in oder außer den Schullokalitäten stattfinden.

Deshalb haben künftig die Sammlungen, wenn sie bisher unter den Schulkindern zu Mkt. Zeuln ins Werk gesetzt worden waren, unbedingt zu unterbleiben und sind solche demnach sofort bei Vermeidung disciplinärer Einschreitung zu untersagen.

Nachdem ferner der unter den Schulkindern zu Markt Zeuln gegründete Verein zur Kindheit Jesu lediglich der Beiträge der Kinder wegen gegründet worden zu sein scheint, diese Sammlungen aber künftig zu unterbleiben haben, so darf wohl erwartet werden, daß fraglicher Verein nunmehr auch seiner Auflösung entgegengehe, wobei man die Bemerkung nicht unterdrücken kann, daß die Gründung dergleichen Vereine unter Schulkindern als mit dem Zwecke der Schule durchaus nicht vereinbar, allerdings als ein Mißbrauch in der Schule bezeichnet werden muß, dessen sofortige Abstellung Pflicht der k. Lokalschulinspektion gewesen wäre. Ueber den Vollzug gegenwärtiger Anordnung ist Anzeige zu erstatten."

So der Wortlaut der Verfügung. Dieselbe ist um so auffallender und überraschender, als bekanntlich es früher allerhöchster Wille war, daß in Schulen fort und fort gesammelt wurde, um das Mitleid gegen eine unterdrückte gleichsam in Sklaverei befindliche Nation (Griechenland) immer rege zu machen. Ja in neuester Zeit tritt unter dem Vorwande allerhöchst bestehender Verordnungen ein solcher Terrorismus gegen all' die Begünstiger dieser Institution ein, daß man selbst sich nicht scheute, der Privatabgabe von Almosen für diesen Zweck an die Seelsorgegeistlichkeit Hindernisse in den Weg legen zu wollen und selbst den Weg öffentlicher Denunciation zu betreten. Angesichts nun dieser das Publikum ebenso beunruhigenden, als schmerzlich berührenden Thatsache stellt der Unterfertigte die Frage an das k. Staatsministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten:

1) Ist der vom pädagogischen Standpunkte aus

vollkommen gerechtfertigte Verein der Kindheit Jesu auch unter dem hohen Ausschreiben v. 3. September 1869 mit inbegriffen? 2) Hat das k. Staatsminist. Kenntniß von der Tendenz, diesen wohlthätigen und volksthümlichen Verein der Auflösung entgegenzuführen? Oder im Gegentheil ist dasselbe nicht geneigt, entsprechend dem Wunsche und Willen der christl. Bevölkerung die seit 17 Jahren bestehende Thätigkeit des Vereins zu schützen.

München, 5. April. 27. öffentl. Sitzung der K. d. A. Stenglein's Antrag bezügl. Ausdehnung des Gesetzes v. 26. März 1867 „Entschädigung der Vieheigenthümer für ihre im Falle des Ausbruchs der Rinderpest im Auslande getödteten Thiere betr." wurde mit einer Modification Dürrschmids angenommen; ebenso der Antrag Völks u. Genossen um Vorlage eines Gesetzentwurfs, die Geschäftsordnung und Geschäftsgang des Landtages betr. Frankenburger's Antrag wegen Revision des Edikts über die Freiheit der Presse u. des Buchhandels vom 4. Juni 1848 ꝛc. wird wegen vorgerückter Zeit in der nächsten am Donnerstag stattfindenden Sitzung berathen und hierüber Beschluß gefaßt werden. Es wird auch in derselben die Interpellation Mahr's beantwortet.

Das war einmal eine That, was die patriotische Kammermehrheit in der vorigen Woche vollführt. Sie wird in ganz Europa freudigen Wiederhall finden. Während im Militäretat die Summen in rapider Progression überall zur schwindelhaften Höhe anwachsen, haben die bayerischen Patrioten gerade hier das Signal zu einer heilsamen Umkehr gegeben indem sie an dem Budget, das überall von Jahr zu Jahr gesteigert wird, wo es immer thunlich war, Absriche vornahmen und so 4 Mill. dem Volke ersparten.

Ueber diese That der bayerischen Abgeordneten sagt die „Frankf. Ztg.":

„Die heutigen Beschlüsse (vom 31. März) sind, wenn gleich zunächst nur das außerordentliche Budget betr., ihrem Wesen nach präjudicieller Natur. Sie beruhen auf dem Grundgedanken, daß die Präsenzdauer der Soldaten recht tüchtig herabgesetzt werden müsse.

Die Fortschreiter wollten sich zu kleinlichen Abzwackungen in Nebendingen verstehen, denen man eine gewaltige Wichtigkeit beilege, nur nicht zu einer entschiedenen Präsenzminderung. Man erinnert sich, wie in Preußen die Präsenzfrage den Kernpunkt des Conflikts bildete. Vor Zeiten zwar hatten die Herren, welche sich den Fortschrittstitel beilegen, gleichfalls geschwärmt für die damaligen Kolb'schen Anträge auf Erstrebung des Milizsystems; jetzt „tragen sie Rechnung", allerdings vergeblich. — Die Bayern haben nun den Württembergern thatsächlich vorgearbeitet; die rührigen Schwaben werden nicht lange zurückbleiben. Es wird sich ein rühmlicher Wetteifer ergeben, zum Heile Süddeutschlans, zum Heile auch des Nordens, der nicht stumpf bleiben wird angesichts des Wirkens der Brüder in den älteren constitutionellen Staaten. — In Bayern selbst scheint man eingedenk zu sein, daß noch lange nicht Alles gethan, lange nicht jede Gefahr vorüber ist. Als eine erfreuliche Wahrnehmung berichte ich, daß namentlich der Adreßsturm an die Abgeordnetenkammer gegen die jetzige Heereseinrichtung nicht ab-, sondern zunimmt. Während die bisherigen Eingaben, wenn auch nicht ausschließlich, doch vorherrschend von demokratischer Seite kamen, werden deren nun auch in sehr großer Anzahl von Patrioten eingebracht, insbesondere durch Herrn Xaver v. Hafenbrädl, welcher deren schon ebenfalls mit mehr als 10,000 Unterschriften eingereicht haben soll."

Augsburg, 1. April. Die „Allg. Zeitung" veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer die wichtigsten Stellen des Schemas de fide catholica und die daraus abgeleiteten canones — gegen Materialismus, Atheismus und Pantheismus gerichtet —, welche gegenwärtig vom Concil berathen, demnächst zur Abstimmung gelangen, und wie mit Sicherheit zu erwarten, angenommen werden.

Der Kürfürst von Hessen soll seine Besitzung Horzowitz um die Summe von 3½ Mill. Gulden verkauft, die Benützung des Schlosses sich jedoch noch für ein Jahr vorbehalten haben.

Karlsruhe, 2. April. Die erste Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung das Gemeindegesetz in der Fassung der 2. Kammer mit 15 gegen 5 Stimmen an, ebenso das Stiftungsgesetz (nebst einer neuen Uebergangsbestimmung) mit 13 gegen 7 Stimmen. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer legte der Minister des Auswärtigen einen unterm 31. März zwischen Baden und Hessen für die südmainischen Provinzen des letzteren abgeschlossenen Jurisdiktionsvertrag vor.

Stuttgart, 1. April. Serenade. Zum Ministerwechsel. Die Agitation in der Presse hat schon wieder recht hübsch begonnen. Der „Schwäbische Merkur," der überhaupt in der Ministerkrisis eine Wendung zum Besseren (?) sieht, findet die Zeit ganz geeignet, den Schwaben vorzurechnen, was es an Preußen profitire. Mit fetter Schrift veröffentlicht das preußische Organ die bekannten Ergebnisse des Zollverbandes, wonach die süddeutschen Staaten vom Norden Geld herausbezahlt bekämen (das ist einmal echt preuß. Wind) namentlich also Württemberg 604,754 Thlr. Der „Merkur," jenes Organ, das sich schon durch seinen Namen zur Vertretung Preußens eignet, hätte das nicht so fett zu drucken brauchen, man hätte dann vielleicht weniger darüber nachgedacht, was für ein Schwindel dahinter steckte Alle überseeischen Produkte nemlich, die wir verbrauchen, werden im Norden verzollt und gehen dann frei nach dem Süden. Die Waaren dagegen, welche über dem Süden nach dem Norden eingeführt werden, sind verhältnißmäßig wenige, weil

Digitized by Google

wir im Süden durch hohe, vielfach unwegsame Gebirge abgeschlossen sind. Wenn uns also Preußen die 600,000 Thlr. herauszahlt, so ist das keine Benefice, sondern ein Theil jenes Geldes, was wir vereinnahmen würden, wenn die Zölle an unseren Grenzen statt an der Nordgrenze Deutschlands bezahlt würden, es ist ein Theil jenes Geldes, das in Form von Facturenzahlungen aus dem Süden erst in den Norden gegangen ist. Auch außerhalb der Presse beginnt die Agitation. Der Volksverein in Reutlingen ist der erste, der mit einer Erklärung gegen das Ministerim aufgetreten ist.

Wien, 4. April. Die Morgenblätter melden: Wegen der Weigerung des Kaisers die Landtage aufzulösen deren Deputirte den Reichsrath verließen, hat das Gesammtministerium seine Entlassung gegeben. Der frühere Ackerbauminister Graf Alfred Potozki ist mit der Neubildung das Cabinets betraut.

Auch Beust habe dem Kaiser seine Entlassung gegeben, meldet man.

Ausland.

Paris, 2. April. Es geht das Gerücht, daß man ernstlich beabsichtige, den Senatsconsult der allgemeinen Volksabstimmung zu unterbreiten.

Rom, 1. April. Die „Civ. cattolica" sucht heute in einem Artikel nachzuweisen, daß der Papst zur Definirung eines Dogmas nicht die moralische Stimmeneinhelligkeit der Concilväter brauche, sondern daß die einfache Stimmenmehrheit genüge.

Lissabon, 31. März. Heute sind hier die Kammern eröffnet worden. Die gehaltene Rede constatirt die guten Beziehungen Portugals zu den auswärtigen Mächten, und verkündet die Einbringung eines Gesetzes das die Verantwortlichkeit der Minister feststellt. Die Ruhe ist nirgends gestört.

Bestellungen auf **COMMUNION-BILDER** in mehr als 40 Sorten

von 1 kr. an bis 30 kr. das Stück nimmt entgegen

Otto Reindl.

Zweite und letzte Erklärung.

Die in Nr. 71 der „Kr. Zeitung" berührte „Geschichte in Döringstadter Mundart" hat ungefähr eben soviel Gehalt, als der berühmte Aufzug im Gasthof „dritter Classe" — es war notorisch und urkundlich ein blinder Lärm um Nichts, ebenfalls von falschen Hetzern in Scene gesetzt. Nach Aufklärung und Beilegung der unseligen Lapalie schrieben mir die beiden Eheleute A. und B. H. zwei Briefe, die ich ohne Weiteres dem Hochw. Erzbischöfl. Ordinariat vorlegte. Sie baten mich dringend und wörtlich: „das mir zugefügte Unrecht zu vergessen, ihr Herz nicht zu betrüben und ihr Haus nicht zu meiden." Die guten, bei mir in gesegneten Andenken stehenden Leute sind nun bei Gott- und es ist jedenfalls höchst liberal und fortschrittlich, Personen, die in den Gräbern ruhen, gegen einen grimmig gehaßten Patrioten ins Feld zu rufen. O Fortschrittler, Fortschritler, ihr seid nicht einmal Menschen, geschweige denn Christen! — Eure übrigen Cynismen, Brutalitäten und Bübereien verstehe ich gar nicht; und ich schließe mit dem aufrichtigen Bedauern, daß dergleichen die menschliche Würde verhöhnenden Dinge nur vorkommen können, und mit dem unverbrüchlichen Versprechen, Euch nie und nimmermehr eine Antwort zu geben.

Neusang, den 2. April 1870.

G. Zucker, Pfarrer, Patriot.

Anzeige.

Der Unterzeichnete beehrt sich hiemit anzuzeigen, daß er vom hohen Stadtmagistrat die Erlaubniß zum selbstständigen Betrieb des „Tapeziergewerbes erhalten hat.

Derselbe empfiehlt sich zu recht vielen in sein Geschäft einschlagenden Aufträgen unter Zusicherung schnellster und prompter Ausführung.

Bamberg, 2. April 1870.

Franz Dotterweich,

Tapezier.

Oberer Kaulberg, H.-N. 1273.

Vorlagen

(Musterblätter)

zu

Laubsäge-Arbeiten,

vorzüglich zu schönen Uhrgehäusen, Rähmchen, Körbchen ꝛc. pro Blatt 6, 8, u. 9 kr. vorräthig bei

Otto Reindl.

In der Fabrik von Joseph Beck in München, Pasingerlandstraße Nr. 3, ist zu haben:

Creosot-Oel

zum conservirenden Anstrich für Holz

pr. 100 Zollpfund 5 fl.

Dieses für Jedermann anwendbare Mittel, um Holz vor Fäulniß zu bewahren, wird bereits seit längerer Zeit mit dem besten Erfolge angewendet und verdient daher zur allgemeinen Anwendung empfohlen zu werden.

Alle weicheren Holzarten, welche sonst in kurzer Zeit durch Fäulniß zu Grunde gehen, können durch Creosotöl auf unabsehbare Weise erhalten werden (s. Dingler polyt. Journal 1852, 128. Bd., Seite 146).

Dasselbe eignet sich daher besonders zum Anstrich von Brücken-Einfriedungs- und Unterlaghölzern, Geländern, Hopfenstangen, Weinpfählen, Schindeldächern ꝛc., indem sie das Holz nicht nur vor Fäulniß, sondern auch vor der Schwammbildung, dem Holzwurm und vor dem Benagen der Ratten und Mäuse schützt.

Dasselbe gibt dem Holze eine gelbliche Farbe.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 81. Mittwoch, den 6. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 4. April. In Offizierkreisen behauptet man, der Kriegsminister Hr. v. Prankh gedenke nicht länger auf seinem Posten zu verbleiben, als bis das Militärbudget berathen sei; dann werde er seine Entlassung nehmen. Als seinen Nachfolger nennt man den General Maillinger, einen Offizier, der sich schon mehrfach als Militärschriftsteller hervorgethan hat. (Bis zur Erledigung des Budgets wird übrigens noch eine geraume Zeit verstreichen, und bis dahin kann sich auch der Entschluß des Herrn Kriegsministers, falls er wirklich gefaßt sein sollte, was dahin stehen mag, ändern.)

München, 5. April. In den Finanzausschuß wurde an Stauffenberg's Stelle Crämer gewählt; in den Gesetzgebungsausschuß (zur Vorberathung des Strafprozesses: Schmidt u. Dingler (frtschr.), Präs. v. Weis, Krätzer, Kurz, Karl Barth, Grabner, Dr. Schüttinger u. Gürster, (letztere 7 patr.) sämmtliche Gewählte sind Juristen.

Aus München schreibt die Augsb. Abendztg.: „Von wohlunterrichteter Seite berichtet in Speyer man uns, daß für den erledigten bischöflichen Stuhl neuerdings von Seite des Hofes und des k. Cultusministeriums der Hofkaplan Wilhelm Schreiber, Dr. philos. und Verfasser Max I. und Wilhelms V. ꝛc., in Aussicht genommen sei." Das fortschrittliche Blatt spendet dem Genannten großes Lob, was aber demselben nicht überall als Empfehlung dienen wird.

Bei der Wahl eines Fünfzehner-Ausschusses zur Berathung des der 2. Kammer vorgelegten Tax- u. Stempelgesetzes hatte die Fortschrittspartei u. A. den hiesigen Abg. Stadtrichter Kastner in den Ausschuß zu bringen gewünscht u. denselben deshalb den Patrioten empfohlen, unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß das Tax- und Sempelwesen keine Parteisache sei, sondern von tüchtigen Fachmännern ohne Unterschied der Parteistellung berathen werden sollte. Diese wählten von der Linken nicht nur Kastner, sondern auch M. Barth, Louis, Gerstner und Kolb. Die Fortschrittspartei aber wählte „ihre Leute", d. h. bedingtes und unbedingtes Anschlußpersonal, auch Kolb fand keine Gnade vor den Herren, u. nur etwa 36 derselben konnten es über sich gewinnen, dem patriotischen Appellgerichtsrath Gürster ihre Stimmen zu geben. Natürlich war diese Taktik, da der Fortschritt in der Minorität ist, erfolglos; aber abgesehen von der „Unehrlichkeit", die in diesem Benehmen liegt, muß man sich doch unwillkürlich fragen: Wie würden die Ausschüsse zusammengesetzt sein, wenn der Fortschritt in der Majorität wäre? Welche Anträge würde z. B. in der Militärfrage ein Ausschuß von 9 Liberalen, mit Stenglein oder v. Stauffenberg als Referenten, der Kammer vorgelegt haben? Und welche Beschlüsse hätte alsdann die Kammermajorität wohl gefaßt? F. Z.

Die Stadt Höchstadt a. d. Aisch nebst mehreren andern Gemeinden hatte sich an die Kammer mit der Bitte gewendet, daß die Linie Bayreuth—Forchheim —Rothenburg noch nachträglich in das Eisenbahnnetz eingesetzt werde. Diese Bitte eigneten sich die Abg. Dr Schüttinger, Mahr und L. Weber an; Mahr vertrat sie in der Sitzung vom 1. April mit dem Erfolge, daß sie die Zustimmung der Kammer erhielt u. damit an den Fachausschuß hinüber gegeben wurde.

Bei der Karlsruher Zusammenkunft süddeutscher Nationaler (zum Zwecke des Beugens Süddeutschlands unter die preußische Pickelhaube) im Januar d. Js hatten bekanntlich die Bayern, durch die Landtagsgeschäfte verhindert, gefehlt. Das Komite, das dort niedergesetzt wurde, erhielt vor allem den Auftrag, sich mit den Bayern ins Vernehmen zu setzen. Dies ist geschehen. Auf Anregung der Bayern selbst hat das Komite, verstärkt durch bayer. Mitglieder, in Stuttgart am 4. d. getagt. Es nahmen daran Theil: von Württemberg Hölder, Römer und G. Müller, von Baden Ekhard und Roder, von Hessen Dernburg und Bamberger (Bruder Ludwig B.'s,) von Bayern M. Barth, v. Stauffenberg und Marquardsen. Die bayerische Fortschrittspartei hat nun die gestrigen Beschlüsse zu ratifiziren, wobei es sich keineswegs um einen organisirten Verein, sondern nur um eine zweckmäßige Einrichtung(!) handelt, öfters ein praktisches Zusammenwirken und häufigere Zusammenkünfte einzuleiten. — —

Berlin, 2. April. Die Vorgänge in Bayern und Württemberg erregen hier ein doppeltes, oder richtiger gesagt, ein dreifaches Interesse. So lange

Digitized by Google

Bayern im Kampfe allein stand, waren es bekanntlich nur die Ultramontanen, die nach hiesigen Begriffen sich nicht beugen wollten und als Antinationale, als Preußenfeinde behandelt wurden. Sind doch die „Ultramontanen" so erschreckliche Feinde, daß sie jeder Zeit bekämpft werden müssen, selbst wenn sie das erstreben, was man selbst tagtäglich verlangt. Nun aber hat das „protestantische" Württemberg ganz denselben Kampf aufgenommen wie das „katholische" Bayern, und die Vogelscheuche mit den Ultramontanen ist jämmerlich zusammengestürzt. Unsere „liberale," d. h. nicht nationalliberale Presse steht ganz verblüfft da und tappt unstet umher. Ob sie sich vielleicht ihrer bisherigen lügenhaften Beurtheilung der Vorgänge ein wenig schämt? Daß die Ultramontanen die einzigen Unzufriedenen in Süddeutschland sind, — die Ultramontanen, welche die moderne Welt wieder in das finstere Mittelalter zurückschleudern möchten — ist also leerer Schwindel, seitdem auch Württemberg sich „erhoben" hat. Und was hat die Erhebung hervorgerufen? Die „Verpreußung" und der Militarismus; erstere hat eine lokale, letzterer eine allgemeine Bedeutung; der Kampf gegen jene wie gegen diesen bildet die beiden anderen Seiten des Interesses, welches die Vorgänge in den beiden süddeutschen Staaten hier in allen Kreisen erregen. Der heftig ausgebrochene Widerstand gegen die „Verpreußung" erregt hier ein um so lebhafteres Interesse, als noch vor Kurzem Graf Bismarck in Bezug auf seinen König das stolze Wort von dem Kaiser Rothbart gelassen aussprach, als ferner die Mehrheit des Reichstags unverhohlen ihre annexionistischen Gelüste zur Schau trägt und mit Zustimmung der Regierung auf die Mediatisirung der kleineren Staaten, zunächst freilich der diesseits des Mains, weiterhin aber, da nach den wiederholten Erklärungen selbst des annektirten preußischen Justizministers Dr. Leonhardt alle Gesetze für „ganz Deutschland" bestimmt sind, auch der jenseits des Mains, losdampft. Was aber den Kampf gegen den Militarismus betrifft, so ist derselbe nicht minder gegen Preußen, den Militärstaat par excellence, gerichtet. Die Süddeutschen übernehmen den Kampf unter anderen Verhältnißen und mit einer ungleich größeren Energie, als ihn bisher die entschieden liberale Partei in Preußen unternommen hat: der klägliche Ausgang der Abrüstungsanträge, der Anträge und der Opposition gegen den Militäretat ist nur zu bekannt. Wie, wenn Süddeutschland, wie einst die Wiege der Macht und Größe des deutschen Reiches, so auch heute seinen alten Ruhm nicht verleugnete, wenn es gegen den Militarismus, das furchtbarste Uebel unserer Zeit, welches das Mark der Völker verzehrt, einen Damm und — der Freiheit eine Gasse bildete! Nach alledem werden Sie begreifen, mit welchem Interesse in allen hiesigen Kreisen die Vorgänge in Württemberg und Bayern verfolgt werden. M. J.

Der norddeutsche Reichstag machte am 1. April die unerfreuliche Entdeckung, daß die abgeschafte Prügelstrafe in der preußischen Flotte noch immer fortflorire. Dunker brachte bei Berathung des Marineetats den Fall zur Sprache, daß sich ein Matrose, um seinem alten Vater nicht die Schande zu machen, öffentlich durchgepeitscht zu werden, lieber im Meer ertränkte. Viceadmiral Jachmann bemerkte, daß die Prügelstrafe nur bei Mannschaften in der zweiten (schon bestraften) Classe der Soldaten Anwendung finde. Dem entgegen führte der Abg. Wachler aus, daß nach publicirten Ordres die Prügelstrafe weder im Heere noch in der Marine mehr über irgend eine Person verhängt werden dürfe. Es sei wichtig, dies zu constatiren, um den Süddeutschen nicht Gelegenheit zur Anwendung der Titulatur „Prügelpreußen" zu geben. (!) Admiral Jachmann behauptete: Ueber Matrosen und Soldaten 2. Cl. könne allerdings die Prügelstrafe auf Grund des Disciplinargesetzes (von welchem Datum? sagte er nicht) verfügt werden; Abg Wachler aber hielt entgegen: dann befindet sich zwischen dieser Behauptung und meinen allegirten Gesetzen ein unlösbarer Widerspruch. Große Verlegenheit unter den Generalen und Admiralen am Bundesrathtische! Admiral Jachmann eilt fort nach dem nahegelegenen Marine-Oberkommando. Bald zurückgekehrt, bat er den Grafen v. Bismarck, nochmal auf die Sache zurückzukommen. Graf Bismarck erkärt nun: die Marinesoldaten 2. Cl. dürften allerdings geprügelt werden, bis 1867 sogar auch jene der 1. Classe, nachdem sie — zuvor in die 2. Classe versetzt worden seien (wirklich ein bequemer Ausweg!). Die Ordres darüber seien allerdings nirgends publizirt worden, aber mit vielen andern 1852 von der deutschen Reichsflotte übernommen worden. (Kein übler Witz!) Die Verhandlung machte den Eindruck, als ob durch die Erwähnung des Vorfalls alle außerhalb der Marine Stehenden einschließlich des Grafen Bismarck bisher keine Ahnung hatten, daß die Prügelstrafe in der Flotte lustig fortapplicirt werde. — In derselben Sitzung stand auch der Militäretat auf der Tagesordnung, der jetzt in München und Stuttgart so lebhafte Kämpfe veranlaßte. Da aber der norddeutsche Reichstag bis 1871 nur das Recht der „Erinnerungen" über den Militäretat hat, wurde die Sache rasch abgewickelt. Als Ewald über die Grundprinzipien des Militäretats sprechen wollte, schnitt ihm der Präsident das Wort ab. Zu dieser merkwürdigen Debatte bemerkt der N Corr.: „Das kommt Alles daher, weil wir den Süddeutschen zu liberal sind."

Taunwald, (Böhmen), 1. April. Die Liebig'schen Fabrikarbeiter zogen gestern Abend gegen die Swarower Fabrik und insultirten thätlich das Militär, welches feuerte. Fünf Tode, fünfundzwanzig Verwundete. Vier Compagnien Verstärkung sind hieher berufen.

Digitized by Google

Ausland.

Bern, 4. April. Auf dem Freischaarenfest in Langenthal protestirten 5000 Männer gegen die „jesuitischen Tendenzen des 'Concils" und beschließen, den Bundesrath aufzufordern, dem jesuitischen Wirken im Vaterland energisch entgegen zu treten.

Paris, 31. März. Die französische Cavalerie soll jetzt sechsläufige Revolver mit 200 Schritt Tragweite erhalten. (Also geschwind auch Revolver angeschafft, weil sie die Franzosen haben.)

Paris, 3. April. Ueber die Frage, ob der Senatus-Consult der Volksabstimmung zu unterziehen sei, ist vom Ministerium noch Nichts beschlossen. Es heißt, das linke Zentrum werde die Annahme der Volksabstimmung durch den gesetzgebenden Körper u. den Senat zur Vorfrage machen. (Der hier erwähnte Senatuskonsult ist von großer Tragweite. Er enthält eine Reform der französischen Verfässung von 1852 nnd hat hauptsächlich die Beseitigung des Artikels 33 zum Gegenstande, nach welchem bisher im Falle der Auflösung des Gesetzgebenden Körpers (zweiter Kammer) der Senat (ausschließlich vom Kaiser ernannte erste Kammer) auf Antrag des Kaisers „durch Dringlichkeitsbeschlüsse alle zum Gang der Regierung nothwendigen Maßregeln ergreifen" also u. a. auch das Budget votiren konnte, d. h. der Kaiser konnte, wie und wann es ihm beliebe, verfügen oder durch die von ihm gewählten u. hochbesoldeten Senatoren verfügen lassen, was er wollte, ohne auf die vom Volke gewählten Mitglieder des Gesetzgebenden Körpers Rücksicht zu nehmen, welche er in einem solchen Falle einfach heimschickte.

Paris, 4. April. Es bestätigt sich, daß das Volk über die folgenden zwei Punkte: Ministerverantwortlichkeit und Theilung der gesetzgebenden Gewalt zwischen den zwei Kammern befragt werden wird. Das Plebiszit wird der Diskussion im Senat vorhergehen. Der Kaiser wird eine Proklamation erlassen, welche den wahren Charakter des Votums der Nation genau bestimmt.

Fonville, der Hauptzeuge während der Verhandlung in Tours, wird von der republikanischen Partei in Lyon zu einer Neuwahl für den Gesetzgebenden Körper als Wahlkandidat aufgestellt und es ist möglich, daß er gewählt wird.

In England hat man verschiedene Staatswerften vereinigt und das Arsenal von Chatham wird daher aufgehoben werden. Man spricht davon, daß die besseren Arbeiter, besonders die Werkführer von der preußischen Regierung angeworben werden sollen für den Bau von Kriegsschiffen auf den preußischen Werften.

Florenz, 4. April. Cialdini's Entlassung ist angenommen, aber nur als Oberkommandant, nicht als General. Es fanden viele politische Hausdurchsuchungen bei höhergestellten Personen, so beim Obersten Frigyessy, sowie einige Verhaftungen statt; dieselben trafen besonders römische Emigranten. Man befürchtet neue Putsche; in Bologna wurde der Aufstandsversuch einer mazzinistischen Schaar unterdrückt.

Barcelona, 4. April. Aus Anlaß der Rekrutenaushebung wurden Barrikaden errichtet, die jedoch bald von den Truppen genommen wurden. Man zählt 10 Todte. Die Ordnung ist wiederhergestellt. Es geht das Gerücht, die Unruhen hätten am Abend wieder begonnen, seien aber alsbald unterdrückt worden.

Rom, 28. März. Wie behauptet wird, soll die Kaiserin von Oesterreich heuer die goldene Rose bekommen, die der Papst am vierten Fastensonntag (vorgestern) eingeweiht und, wenn Grund dazu vorhanden, irgend einer verdienstvollen Souveränin der Kirche übersendet; das Geschenk besteht in einem goldenen Rosenstocke in goldenem Topfe. Die Kaiserin der Franzosen und die Königin von Spanien haben bekanntlich 1856 u. 1868 ein solches Geschenk erhalten.

---

* Im Jahre 1869 sind im Gesammtgebiete des Zollvereins an Ein- und Ausgangszöllen nach Abzug der Vergütungen für unrichtig und irrthümlich erhobene Beträge, sowie der Vergütung für exportirte Gegenstände erhoben worden 26,575,416 Reichsthaler. Von dieser Summe werden in Abzug gebracht für die Kosten der Zollverwaltung an den gemeinschaftlichen Zollgrenzen 3,442,098 Thaler, so daß zur gemeinschaftlichen Theilung verbleiben 23,133,318 Thaler. Hievon treffen nach dem Verhältniß der Bevölkerung auf die Staaten des Norddeutschen Bundes 17,813,776 Thaler, auf Luxemburg 120,768 Thlr., auf Bayern 2,917,645 Thaler, auf Würtemberg 1,074,098 Thaler, auf Baden 865,806 Thaler und auf den südlichen Theil von Hessen 341,255 Thaler. Demgemäß beträgt der Zollrevenuen-Antheil Bayerns 2,917,645 Thaler. Erhoben worden sind in Bayern pro 1869 an Zollgefällen 1,460,242 Thaler. Da von der percipirten Summe der Aufwand für die Zollverwaltung an den Grenzen vorweg abgezogen werden darf, was für Bayern eine Summe von 405,726 Thl. ausmacht, so hatte es zur gemeinschaftlichen Vertheilung nur noch eine Summe von 1,036,020 Thl. zu stellen, so daß Bayern vom Vereine den Betrag von 1,881,625 Thl. zur Ergänzung des dasselbe nach seiner Bevölkerung treffenden Revenuenantheiles zu empfangen hatte. Ebenso hatte Württemberg eine Summe von 604,754 Thl. zu empfangen, was mit Zurechnung des Zollgefälles zu 469,344 Thl. die nach dem Verhältniß seiner Bevölkerung treffende Revenuensumme von 1,074,098 Thl. beziffert. Dagegen sind von den Staaten des Norddeutschen Bundes 2,332,344 Thl., von Luxemburg 46,997 Thl., von Baden 58,608 Thl. und von Hessen 48,430 Thaler herauszuzahlen.

Die im Jahre 1869 erhobenen Salzsteuergefälle in den einzelnen Zollvereinsstaaten, welche zur gemein-

Digitized by Google

schaftlichen Theilung zu stellen sind, haben betragen: 1) im norddeutschen Bund 7,115,864 Thaler, 2) in Bayern 1,527,295 Thl., 3) in Württemberg 526,041 Thl., 4) in Baden 437,177 Thl., 5) in Hessen südlich des Mains 232,933 Thl., zusammen für den Verein 8,839,370 Thl. Nach Verhältniß der Bevölkerung haben an dieser Einnahme zu erhalten: Der norddeut. Bund 7,576,792 Thl., Luxemburg 51,367 Thl., Bayern 1,240,971 Thl., Württemberg 456,849 Thl., Baden 368,256 Thl., Hessen 145,135 Thl. Hienach sind von Bayern herauszuzahlen 286,324 Thl., von Württemberg 69,192 Thl., von Baden 68,921 Thl., von Hessen 87,858 Thl. Dagegen haben zu empfangen der norddeutsche Bund 460,928 Thaler, u. Luxemburg 51,367 Thaler. — Wenn nach den vorstehenden Abrechnungen die von Bayern für Salzsteuer pro 1869 hinauszuzahlende Summe von 286,324 Thalern von dem Betrage, welchen Bayern aus Zollgutbaben mit 1,881,625 Thalern vom Verein zu empfangen hat, in Abzug gebracht wird, so ergibt sich, daß der Verein pro 1869 an Bayern die Summe von 1,595,301 Thaler herauszuzahlen.

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 4. April.

In Einnahme seien zu verrechnen: 1) 50 fl. milde Gaben von den Relikten des weiland H. Obersten Freih. v. Stetten, 2) 10 fl. — Schankung von einem Ungenannten. Für beide Gaben wird hiemit im Namen der Armen öffentl. Dank gesagt. 3) 272 fl. Ertragantheil aus Jagdkarten im 1. Quartal 1870. 4) 48 fl. 12 kr. für Tanzbewilligungen und 7 fl. 15 kr. für Produktionsbewilligungen in demselben Quartal. 5) 813 fl. 1½ kr. Zinsen pro 1869 aus dem Stiftungskapital des Rettungshauses für verwahrloste Mädchen, dann 98 fl. 5½ kr. Zinsen aus der Kürschner'schen Stiftung und 4 fl. 30 kr. Zinsen aus der Stiftung für gebesserte Sträflinge. 6) 2 fl. 18 kr. Rückersatz für Reiseunterstützung der K. Schneider v. Lichtenfels. — In Ausgabe seien zu verrechnen: 1) 55 fl. 22½ kr. für 443 im Monate März an hiesige conscribirte Arme abgegebenen Suppenportionen mit Brod. 69 fl. für 533 Portionen Mittagssuppe und 41 fl. 28½ kr. für 553 Portionen Abendsuppe nebst Brod, welche an die Arbeiter der Armenbeschäftigungsanstalt abgegeben worden sind, endlich 3 fl. 6 kr. für 31 Portionen Suppe ohne Brod an den Hausdiener der Anstalt; 2) 15 fl. — dritte Lehrgeldrate für den Schuhmacherlehrling Nikol. Bayer und 3 fl. für Handwerkszeug des Schuhm.-Lehrl. Gg. Borschert; 3) 92 fl. 3 kr. Fuhrlohn für 48 Klftr. Armenholz aus dem Walde in den städt. Holzhof, 11 fl. 45 kr. Lohn für das Spalten und Aufsetzen desselben und 2 fl. 15 kr. für die Aufsicht hiebei; 4) 1 fl. 36 kr. Transportauslagen der Leiche der in München verlebten led. Näherin Elise Ament von hier in das Leichenhaus zu München; 5) 7 fl. 42 kr. Kur- und Verpflegungskostenersatz an den Stadtmagistr. Fürth für den Schuhmachergei. Jos. Stummer. — Für die 81jährige Dienstmagd Kunig. Ernst v. Welsberg und für die 80jährige Dienstmagd Limmer von Hof seien die bei ihren Heimathsgemeinden gestellten Unterstützungsgesuche dringend zu empfehlen. — Die von Sanitätspolizeiwegen durch den Stadtmagistrat verfügte Aufnahme der Fabr.-Arbeit.-Wittwe Marg. Schauer v. h. ins Haus der Unheilbaren diente zur Nachricht. — Ein Gesuch der Vorstandschaft des Kleinkinder-Pflegevereins im 3. Stdtdstr. um jährl. Abgabe von Holz sei z. B. bei der allg. Holzvertheilung im kommenden Winter zu berücksichtigen. — Folgen die pfarramtlichen Arzneibefreiungen und Krankenhausaufnahmen.

Im Verlage der Kranzfelderschen Buchhandlung in Augsburg ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Martyrer

der protestantischen Intoleranz im Vergleich zu den Opfern der spanischen Inquisition,

von der Nothwehr abgedrungene historische Sittenbilder.

dem Hrn Direktor v. Kaulbach gewidmet.

broschirt. 28 Seiten. Preis 12 kr.

Annonce.

Das konzessionirte **Schreibe-Bureau** des Unterzeichneten befindet sich von nun an Rider Nr. 338 über eine Stiege, welchelt er insbesondere mit Rücksicht auf den Arbeiterstand zu jeder Tageszeit, an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme des Vormittages Hauptgottesdienstes den ganzen Tag über zu treffen ist.

Correspondenzen jeder Art, Gesuche u. sonstige Eingaben an die k. Behörden u. Gerichte, Rechnungsstellung und Revision von Rechnungen, wie sonstige literarische Arbeiten werden gewissenhaft, unter Zusicherung strengster Diskretion und gegen billiges Honorar rasch besorgt.

Da ihm zugleich die Berechtigung zur Gehilfe steht, in allen öffentlichen Gerichtssitzungen zu vertheidigen, so erbietet er sich zur Uebernahme von Vertheidigungen u. beziehungsweise Vertretungen vor Gericht.

Hochachtungsvollst

P. Fr. Hausmann,

k. b. Rhiefer.

(Feldarbeiter nächst der Kunstmühl.

Altes Gold

kauft zu den höchsten Preisen

L. Weber,

Ingen. C. Weißel, Dir. **Technicum Mitweida** bei Chemnitz, Sachsen.

technische Lehranstalt für Maschinenbau.

Anfang des Sommerkurses 20. April. — Prospekte werden gratis u. franko gesandt.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück **35** *kr.*

1	Gewinn zu	. . . .	14000	fl.
1	do	. . . .	7000	fl.
1	do	. . . .	3000	fl.
1	do	. . . .	1756	fl.
2	do zu	875 fl. — kr.	1750	fl.
10	do zu	180 fl. — kr.	1800	fl.
20	do zu	87 fl. 30 kr.	1750	fl.
30	do zu	52 fl. 30 kr.	1575	fl.
100	do zu	35 fl. — kr.	3500	fl.
200	do zu	17 fl. 30 kr.	3500	fl.
500	do zu	7 fl. — kr.	3500	fl.
934	do zu	3 fl. 30 kr.	3269	fl.
13200	do zu	1 fl. 45 kr.	23000	fl.
15000	Gewinne.		70100	fl.

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Preprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

OTTO REINDL.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 82. Donnerstag, den 7. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Militärfrage vor den bayerischen Abgeordneten.

β Die Verhandlungen unserer Abgeordneten-Kammer vom 28., 29. u. 30. März sind von außerordentlicher Wichtigkeit, sowohl wegen der Frage, um die es sich handelte, als wegen der Stellung, welche die beiden großen Parteien der Kammer zu derselben nahmen.

Es ist bekannt, wie seit einer Reihe von Jahren die von der Regierung für das Militär gemachten Forderungen stets sich steigerten, so daß sie bereits eine Höhe erreicht haben, welche mit der Steuerkraft des Landes und mit den Rücksichten des Volkswohles überhaupt im schreiendsten Mißverhältnisse steht, ohne daß Hoffnung vorhanden wäre, daß endlich die Regierung dieser fortwährenden Steigerung der Forderungen selber eine Grenze setzen werde. Freilich sind auch alle diese Anforderungen bisher von den Kammern jederzeit, wenn auch mit einigem Sträuben, bewilligt worden, was dem Kriegsminister nur Muth zu neuen machen konnte. Auch an die gegenwärtige Kammer stellte derselbe das Ansinnen, nicht nur wiederum eine Steigerung der ordentlichen (regelmäßig wiederkehrenden) Ausgaben für das Heer, sondern nebstdem noch eine außerordentliche Ausgabe von über 7 Millionen Gulden für neue Gewehre, Kanonen, Festungs-, Kasernen- und andere Bauten, überzählige Offiziere ꝛc. ꝛc. zu bewilligen. Es war demnach die Frage, ob die Kammer gleich den früheren auch diese Forderungen des Kriegsministers vielleicht mit einigen Ausdrücken des Bedauerns und einigen frommen Wünschen für die Zukunft bewilligen oder ob sie sich einmal zu der muthigen Erklärung eines: „Bis hieher und nicht weiter", zu einem entschlossenen Nein ermannen würde. Die Verhandlungen des 28., 29. u. 30. März, wo die Kammer zunächst über die außerordentlichen Forderungen des Kriegsministers in Berathung trat, haben diese Frage entschieden. Die Kammer ist dem Beschlusse des Finanzausschusses, wornach von diesen Forderungen über die Hälfte zu streichen beantragt wurde, mit Mehrheit beigetreten. Es ist dieser Beschluß weniger von Wichtigkeit wegen der paar ersparten Millionen, sondern weil er den Ernst der Volksvertretung zeigt, endlich die von dem Wohle des Landes dringend verlangten Ersparungen besonders bei den übermäßigen Ausgaben für das Militär wirklich eintreten zu lassen. Alle von der Wahrheit zur Begründung der Nothwendigkeit des Abstriches vorgebrachten Erwägungen gingen von dem Gedanken aus, daß es so nicht mehr fortgehen könne und dürfe; daß einmal mit dem das ganze Staatsleben überwuchernden Militarismus gebrochen werden müsse. Deßhalb lassen sich auch von der späteren Berathung über das ordentliche Militärbudget noch weit bedeutendere Abstriche erwarten. So kann man mit Recht sagen, daß dieser Beschluß der Kammer für Bayern den Anfang einer neuen, bessern Zeit bilden werde; ja daß seine Wirkung sich auch über die Grenzen Bayerns hinaus in allen Ländern zeigen werde, deren Völker gleichfalls unter der drückenden Militärlast seufzen, für welche das Vorgehen Bayerns eine Ermuthigung und Hoffnung zugleich sein wird, daß es auch ihnen gelingen möge, die schwere Bürde abzuschütteln.

Wem verdankt nun das bayerische Volk diesen für sein Wohl so wichtigen Beschluß? Einzig und allein der soviel geschmähten u. gelästerten patriotischen Mehrheit der Kammer! Als bei den Wahlen im vorigen Mai und November die beiden einander gegenüberstehenden Parteien die äußersten Anstrengungen machten, das Volk auf ihre Seite zu bringen, da war es nicht nur die patriotische Partei, welche in ihren Wahlprogrammen dem Volke eine Verminderung der Militärlast verhieß, sondern auch die fortschrittliche. Eines ihrer Hauptblätter die „Neuesten Nachrichten" von München, rief im November in seiner Nummer 320 den Wählern zu: „Wollt ihr, daß der übermäßige Militärstand wieder gemindert werde, dann wählt fortschrittlich! Wollt ihr, daß die Geld- und Arbeitskraft des Volkes im Militärdienst vergeudet werde, so wählt ultramontan!" Die N. N. wollten also die Wähler glauben machen, daß das Volk nur von der Fortschrittspartei eine Verminderung der Militärlast hoffen könne, nie aber von der patriotischen! — Man sollte nach solchen Erklärungen glauben, daß Niemand mit größerer Sehnsucht den Augenblick erwarten mußte, wo es

Digitized by Google

wirklich mit der Verminderung der Militärlast Ernst werden sollte, als die Fortschrittspartei. Die Verhandlungen des 28., 29. u. 30. März haben auch hierüber Aufschluß gegeben. Die patriotische Partei ist Mann für Mann ihrem Versprechen, das sie dem Volke gegeben, treu geblieben; sie hat einstimmig für die Abminderung der Forderungen des Kriegsministers gesprochen und gestimmt. Was that aber die Fortschrittspartei? Sie hatte wie immer für das Volk schöne Worte und weiter Nichts! Alle ihre Redner sprachen wohl auch die Nothwendigkeit aus, daß am Militär gespart werden müsse, aber mit den vom Ausschusse vorgeschlagenen Ersparungen wollten sie trotzdem unter allerlei Ausreden nicht einverstanden sein. Der Referent Kolb hatte übrigens diesen Ausreden von vorne herein die Spitze abgebrochen, indem er erklärte, daß er durchaus nicht darauf versessen sei, daß gerade in der von ihm vorgeschlagenen Weise gespart werde. Er werde vielmehr jedem andern Vorschlage, durch den ebensoviel oder noch mehr gespart werde als durch den seinigen, zustimmen.

(Schluß folgt.)

Inland.

München, 5. April. Dem Vernehmen nach ist der Entwurf des neuen Landtagswahlgesetzes (endlich) nunmehr festgestellt, so daß derselbe demnächst an den Staatsrath gelangen und bald nach Ostern den Kammern vorgelegt werden könnte. Der Entwurf hat, wie es heißt, das allgemeine Wahlrecht sehr weit ausgedehnt, dagegen sollen nach demselben die Diäten der Abgeordneten wegfallen. Was die Zahl der Kammermitglieder betrifft, so soll die Bestimmung des bisherigen Wahlgesetzes, wonach auf 31,5000 Seelen Ein Abgeordneter kömmt, beibehalten sein. Die Donauzeitung enthält die nämlichen Mittheilungen mit dem weiteren Beisatz, daß Stadt und Land gesondert wählen werden; die Abgeordneten sollen keine Diäten mehr beziehen. „Damit sind wir, sagt das „B. Vaterld.", und zwar ganz richtig, nun gar nicht einverstanden, weil dann das Amt eines Volksvertreters nur ein Privileg der Reichen, Besitzenden, Beamten und Advokaten würde, kleine Geschäftsleute und Bauern aber fast ganz davon ausgeschlossen wären. Man muß die Volksvertretung demokratisiren, statt sie zum Monopol des Beamten-, Bourgois- und Geldprotzenthums zu machen. Mit dem Artikel kann die Regierung schon wieder einpacken, ehe sie ihn der Kammer noch vorgelegt hat, den der ist unannehmbar. Herabsetzen der Diäten, das ließe sich eher hören, obgleich ein Abgeordneter, der, besonders wenn er ein Geistlicher ist, jeden Tag unzähligen Angriffen auf den Geldbeutel ausgesetzt ist, in München mit 5 fl. gar nicht weit springt, wenigstens sich nichts erspart, und nicht selten noch bedeutend drauf zahlen muß. Die vielen in München domicilirenden Abgeordneten bekommen ohnehin keine Diäten."

München, 5. April. Der besondere Ausschuß zur Berathung des Tax- und Stempelgesetzentwurfes hat sich heute constituirt und den Advokaten Wiesnet aus Passau zum Vorstand und den Bezirksgerichtsassessor Frhrn. v. Fuchs aus Neustadt zum Sekretär gewählt.

Wie die Donauztg. aus zuverlässiger Quelle vernimmt, ist das Ministerium des Innern damit beschäftigt, die patriotische Presse von dem Drucke, der unter dem Regime Hohenlohe-Hörmann auf ihr lastete, zu befreien. Nicht nur würden der Hohe'sche Erlaß und ähnliche Verfügungen ministeriellerseits entschieden verurtheilt nnd jede Mitwissenschaft in Abrede gestellt, sondern man ging noch einen Schritt weiter. Man hat nämlich die ganz richtige Norm aufgestellt, daß ohne Rücksicht auf politische Parteistellung amtliche Inserate eingerückt werden sollen, wo sie voraussichtlich den besten Erfolg haben. Der betreffende ministerielle Erlaß ist bereits festgestellt und wird demnächst an die Behörden verschickt werden.

Die Tagesordnung für die morgen stattfindende 28. allgemeine öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten lautet: 1) Vortrag des Ref. im 4. Ausschusse über den Antrag der Abgeordneten Dr. Frankenburger und Gen., die Revision des Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Juni 1848 und des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 betr.; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 2) Vortrag des 4. Ausschusses über geprüfte Anträge; Berathung und Beschlußfassung hierüber.

In einem zwischen den rechtskundigen Mitgliedern des Magistrats München einerseits, den bürgerlichen Magistratsräthen und den Gemeindebevollmächtigten der Residenzstadt andererseits bezüglich der Geschäftsrepartition entstandenen Conflict (die H. H. Fortschrittler, die jetzt am Ruder sind, wollten das Gesetz umgehen und für sich beanspruchen) ist eine Entschließung der Kreisregierung erfolgt, in welcher erklärt wird daß die Zutheilung der Geschäfte einzig und allein dem Bürgermeister zustehe.

Das „B. Vtl." bringt in seiner Nr. 77 dunkle Bilder aus dem Juliusspital in Würzburg und berichtet, daß im dortigen Operationssaal Hr. Assistenzarzt Dr. Cussius männliche Patienten (selbst vor weiblichen Personen) ganz und umgekehrt weibliche Personen bis auf die Lenden sich habe entblößen lassen, daß hiebei unziemliche Aeußerungen gefallen, im Weigerungsfall aber Strafen verhängt worden seien. Der Artikel schließt mit den Worten: Hr. Dr. Ferdinand Cussius ist noch bis zur Stunde im Juliusspital — behandelnder Arzt der chirurgisch kranken weiblichen Curisten.

In Neunburg v. W. hat die neubayerische Amtsehrenbeleidigungs-Inquisition wieder ein neues Opfer gefordert. Der Pfarrer Weber von Dietenskirchen wurde in eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen

Digitized by

verdonnert, weil er den „lieben guten" Hrn. von Schlör amtehrenbeleidigt haben soll. Dies ist nun seit 17 Monaten der 71ste Geistliche, der die süße Frucht der Verdonnerung zu verkosten bekommen hat.

Achthundert Familien, erzählt die B. u. H.-Ztg., aus Berlin, die trotz der eifrigsten Bemühungen keine neue Wohnung finden konnten, werden nach der Schätzung einer dortigen Lokal-Correspondenz bei dem diesmaligen Wohnungswechsel obdachlos bleiben. 800 Familien, die Bevölkerung einer kleinen Landstadt, obdachlos! Bereits sind umfassende Vorkehrungen seitens der städtischen Behörden im Arbeitshause, dem sogenannten „Ochsenkopf," in dem Strousberg'schen Viehhofe vor dem Rosenthaler Thore getroffen worden, um den Unglücklichen wenigstens eine Schlafstätte zu bieten; auch das Asyl für obdachlose Frauen an der Marschallsbrücke, das in diesem Monat von 1475, also durchschnittlich täglich von 50 Personen frequentirt wurde, hat sich zur Aufnahme von 150 Personen pro Nacht eingerichtet, wobei vorzugsweise Frauen und Kinder berücksichtigt werden sollen.

Wien, 6. April. Die beiden Klubs der Linken des Abgeordnetenhauses haben beschlossen, vor dem Reichsrathsschluß eine Adresse an den Kaiser zu erlassen. Brestel lehnte entschieden den Wiedereintritt in das Kabinet ab.

Die Auflösung des Reichstags und aller Landtage ist jetzt selbstverständlich und nun ist es an den Katholiken Oesterreichs, den Katholiken Bayerns es nachzumachen.

Pest, 5. April. Finanzminister von Lonyay wird sich nach den Osterfeiertagen nach Wien begeben. Als Nachfolger desselben wird der Unterstaatssekretär im Ministerium für Landesvertheidigung, Kerkapolvi, bezeichnet. Der Minister für Communicationen und öffentliche Arbeiten, Graf Miko de Hidweg, sowie sein Unterstaatssekretär von Hollan, haben ihre Demissionen eingereicht. Als Nachfolger des ersteren nennt man den Ackerbauminister Gorove, welcher durch Korizenes im Amte ersetzt werden soll. Die Deakpartei acceptirte in ihrer gestrigen Conferenz das Uebereinkommen betreffs der Militärgrenzfrage.

Ausland.

Paris, 3. April. Das Tagesereigniß ist nun die Abänderung der seit 1852 eingeführten Verfassung. Durch den im Senat von der Regierung eingebrachten Entwurf verliert der Erstere jene Machtvollkommenheit und Sonderstellung, welche dieser Körper bisher in so reichem Maße besaß; die gesetzgebende Gewalt wird zwischen Senat und Kammer getheilt und in beiden Häusern wird nun die französische Nation ihre Vertreter haben. Jüngere Elemente werden ohne Zweifel in den Senat berufen werden und läßt sich annehmen, daß für Frankreich die neuen Reformen nur von heilsamen Folgen begleitet sein werden. Was den von verschiedenen Seiten angeregten Antrag eines Plebiscits (Volksabstimmung) betrifft, so wird derselbe dadurch zu begründen gesucht, daß der Senat in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht genügend den Ausdruck der Nation repräsentire, mithin auch nicht berechtigt sei, eine Veränderung der Verfassung endgiltig vorzunehmen; dieselbe müsse ihre Weihe durch eine Volksabstimmung erhalten. Bezüglich der römischen Angelegenheit erfährt man, daß die hiesige Regierung entschlossen ist, nicht weiter in die Concils-Angelegenheiten einzugreifen, um so mehr da gegen etwaige Beschlüsse desselben die bestehenden Gesetze, das Concordat ꝛc. zum Schutze des Staates ausreichen. — Ledru Rollin ist nach Frankreich zurückgekehrt, hat sich jedoch gleich in der Nähe von Paris auf's Land begeben. — Prinz Peter Bonaparte hat hingegen gestern Abend Paris verlassen und sich auf sein Gut in den Ardennen zurückgezogen.

Während der Freisprechung des Prinzen Peter Bonaparte nicht die geringste Bewegung in den sonst so leicht erregbaren Quartiers von Belleville, Faubourg du Temple, Faubourg St. Antoine hervorrief und dort alles ruhig blieb, sind im Quartier Latin lärmende Scenen vorgekommen. Die Studenten der Medizin haben an 2 Tagen den Professor Tardieu, als er seine Vorlesungen beginnen wollte, mit Schreien und Pfeifen empfangen. Die jungen Leute warfen ihm Parteilichkeit zu Gunsten des Prinzen Peter vor, für den er bei der Gerichtsverhandlung allerdings insofern ein günstiges Zeugniß ablegte, als er zugab, daß Viktor Noir den ersten Schlag geführt. Begreiflicherweise blieben diese lärmenden Scenen im Inneren nicht ohne Wiederhall auf der Straße, wo sich eine zahlreiche Menschenmenge vor der medizinischen Hochschule angesammelt, ohne daß es jedoch zum Einschreiten der Polizei kam.

Dem Vernehmen nach sind Weisungen erfolgt, daß die dritte öffentliche Sitzung des Konzils am Palmsonntage stattfinden soll.

Petersburg, 5. April. Nach Beendigung der Truppenübungen bei Krasnoje Selo wird der Kaiser mit der Kaiserin nach der Krim reisen und von dort aus den Kaukasus besuchen, vorher jedoch wird der Kaiser sich nach Deutschland zur Badekur nach Ems und zum Besuch an den Hof zu Darmstadt begeben.

New-York, 1. April. Die öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten beläuft sich auf 2650½ Mill. Doll. Die Cassen des Staatsschatzes enthalten 105¼ Mill. in geprägtem Geld und 7½ Mill. in Papiergeld. Die Staatsschuld hat sich im abgelaufenen Monat um 5¼ Mill. Doll. verringert.

Wien, 6. April. Auf der Maximilianostraße ist ein Baugerüst eingestürzt. Man spricht von 9 Todten und 7 Schwerverwundeten, sowie mehreren Leichtverwundeten. Der Kaiser ist auf dem Schauplatz des Unglücksfalls erschienen.

Digitized by Google

Mailänder Frs. 45 Loose. Ziehung am 1. April. Serien: 103 408 462 486 965 1145 1230 1261 1318 1892 2003 2056 2193 2281 2426 2705 3189 3655 3656 3869 3960 4605 4649 5014 5138 5155 5311 5319 5640 5978 6147 6317 7021 7123 7346 7440 7623 7754 7970.

Ein recht kordiales Verhältniß besteht zwischen den Zeitungs-Redaktionen in Amerika u. den Abonnenten. Eine westliche Zeitung zeigt an, daß sie zur Bezahlung des Abonnements Sägeblöcke, Sauerkraut, Eisenbahnschienen, Bohnen, Buttermilch, messingene Knöpfe, Bienenwachs, Gurken, Mais, junge Gänschen, Weintrauben, Rattenfallen, Reis und alles, was man essen, trinken oder als Kleidung tragen kann, annimmt, wenn es genug ist, um den Betrag zu decken. — Ein Zeitungs-Redakteur in New-Jersey sucht säumige Abonnenten dadurch zur Zahlung zu bringen, daß er ihren Tod anzeigt! — Einen noch besseren Weg, die Abonnementsgelder einzutreiben, hat Mr. Löb vom „Morgenstern" in Doylestown eingeschlagen. Er hat einen vollständigen Pranger in seinem Blatte aufgestellt, an welchem die Namen nachlässiger Zahler einige Wochen lang angeheftet werden. Hören wir einmal einen seiner moralischen Steckbriefe: „Eli Z. Beiler und sein ehrlicher Mitbruder, William Faul, die hier seit einigen Wochen, weil sie ihrer Schuldigkeit gegen uns nicht nachkommen wollten, öffentlich zappelten, werden heute mit dem schwarzen Strange am Halse, auf die Straße gedrängt um neuem Zuschuß gleichen Schlages Platz zu machen: Da haben wir einen Peter Bickel, der ließ sich den „Morgenstern" schon länger als es uns lieb ist, nach Guilford, Ohio schicken, und immer, wenn es an's Bezahlen gehen sollte, war mit seinem Willen oder seinem Gewissen etwas nicht in Ordnung. Peter ist kein Kind mehr. Er schuldet uns schon über zehn Jahre und er hat daher gewiß die Milchzähne schon verloren. Wird (leider!) fortgesetzt."

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 5. April.

Auf Veranlassung der Gem.-Verw. Tretzendorf ist der bürgerspit. OFörster König allda auf Grund d. Art. 25 d. GemOrd. als Bevollm. d. Bürgerspitals aufzustellen. — In der Alleeanlage oberh. des Greifenklauwirthshauses sind 2 Ruhebänke anzubringen. — Dem Seilerm. H. Walter sei auf Ansuchen ein Theil des Platzes hinter dem Burkard'schen Anwesen nächst der Promenade zur Benützung als Spinnbahn gegen eine jährliche Abgabe von fl. 1. 30 kr. unter den v. städt. Bauamte aufgestellten Bedingungen zu überlassen. — Die vom H. Stadtthierarzte beantr. Renovirungs-Arbeiten im hies. Schlachthause seien zur allmähl. Ausführ. nach Maßgabe vorhandener Mittel vorzumerken. — Die in andern größeren Städten des Königreichs über die Erhebg. von Schrannengebühren für Getraide geübte Praxis sei auch hier für die Folge zur Richtschnur zu nehmen u. desfallsige Instruktion zu erlassen. — Von den Pflasterzollgefällen pro 1. Quartal 1870 seien 1337 fl. 4½ kr. in Einnahme u. 155 fl. 59 kr. a conto der Pflasterung in Ausgabe zu verrechnen. — Verehel.-Zeugnisse sind auszustellen für die HH. Malz-Aufseher Wald u Gärtner Frdr. Wolf v. hier (Heim.-Geb. 48 fl.); Bürgeraufnahmsurkunde für die HH. Gasthofbes. Michels aus Nürnberg u. Bauführer Sepp aus München (Aufn. je 100 fl.) — Eine Mittheil. d. k. BAmts Gemünden, betr. d. Bürgeraufnahme u. Verehelich. d. H. Ingen. Schlesing zu Mittelsinn sei dem Conscriptionsreferenten mitzutheilen. — Dem Beschlusse der HH. StGemBevollm. im Betr. der ortspolizeil. Vorschriften über den Häuseranstrich sei beizutreten. — Die Baugesuche des Mechan. H. Fischer, Anlage einer Kohlenhalle an seiner mechan. Werkstätte in der Weide betr., des Wirthes H. Stader wegen eines Kellers u. des H. Natan Rosenwalds wegen Stalleinrichtung in seiner bisher. Holzhalle, sowie mehrere Bauwendungen werden genehmigt. — Der Bitte des H. Theater-Direktors Bömly behufs Verlängerung der Bewillig. zur Abhaltg. von Vorstellgn. bis 11. d. M. sei bedingungsweise stattzugeben. — Das Verpflicht.-Protokoll des H. Bauassist. Eichner bezügl. der aufgetragenen Controle von Bauanlagen sei dem k. Stadtgerichte zur Kenntnißnahme mitzutheilen. — Für die von der k. Regier. wiederholt anberaumte Wahl d. Landtagsmitglieder aus der Klasse der großen Grundbesitzer sei der große Rathhaussaal am 26. d M. zur Verfügung zu stellen.

Auswanderungs-Expedition
nach
Amerika und Australien &c.
über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre, Liverpool u. London mit Dampf- und Segelschiffen.

Billigste Preise und gewissenhafte Besorgung.

Näheres bei der concessionirten Haupt-Agentur für das Königreich Bayern von **S. Lederle** in Ludwigshafen a/Rh.
des. Dep.: Consul der Vereinigten Staaten von Amerika

und folgenden Herren Agenten:

Büdel J. in Bamberg.
Rothlauf Theod. in Bamberg.
Schletz Carl in Bamberg.
Dippold C. in Lichtenfels.
Döring J. W. in Weßenstadt.
Fiedler Fr. in Kronach.
Friedmann A. in Bayreuth.
Künneth G. jr. in Gefrees.
Langheinrich Gg. in Hof.
Schwantner Jos. in Höchstadt.
Steinel Carl in Oberrößlau.
Stengel Andr. in Nordhalben.

NB. Es werden in den verschiedenen Bezirken Oberfrankens noch tüchtige Agenten aufgestellt und sieht die Hauptagentur gefl. Offerten entgegen.

Katholisches Casino.
Heute Donnerstag 7. April 8 Uhr:
Vortrag
über
das heilige Land.
Für die verehrl. Mitglieder mit Familie.
Der Vorstand.

Ganze Bibliotheken
und einzelne Bücher, besonders Catholica, kaufe stets zu möglichst hohen Preisen.
I. HILLER,
Antiquar in München.

Epileptische Krämpfe
(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Louisenstraße 45. — Bereits Hunderte geheilt.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 83. Freitag, den 8. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Militärfrage vor den bayerischen Abgeordneten.

(Schluß.)

β Warum machte nun die Fortschrittspartei keine solchen Ersparungs-Gegenvorschläge? Die versuchten Einwendungen, daß die Frage noch nicht genau genug untersucht sei, daß es deßhalb besser gewesen wäre, die Berathung bis zum ordentlichen Budget zu vertagen, sind nicht stichhaltig. Die Fortschrittspartei hatte Zeit genug, ihr passend scheinende Ersparungsvorschläge zu erwägen, um so mehr, da ja ihr oberster Führer, Dr. Völk, sich rühmte, bereits seit Jahren Vorschläge zur Verminderung der Militärlast gemacht zu haben, aber immer überstimmt worden zu sein. Warum stellte denn Dr. Völk diese Vorschläge nicht jetzt, wo er sicher sein konnte, daß die patriotische Mehrheit mit Freuden denselben, auch wenn sie von ihm gekommen, zustimmen würde? Aus allen diesen Ausreden, diesen Windungen und Drehungen sieht eben nur die Verlegenheit heraus, in welcher sich die Fortschrittspartei bei dieser so brennenden Frage befindet. Sie hat sich eben zwischen zwei Stühle gesetzt, zwischen den klar ausgesprochenen Wunsch des ganzen bayr. Volkes einerseits und den strengen Willen des „obersten Kriegsherrn" anderseits. Die Versprechungen, welche sie ebenfalls dem bayr. Volke bezüglich der Erleichterung der Militärlast gemacht hat, würde sie wohl nicht so sehr bekümmern, aber sie weiß doch zu gut, daß auch die ganz liberalen Schichten der bayerischen Bevölkerung in dem Verlangen nach Erleichterung mit den entschiedensten Ultramontanen übereinstimmen, und es deßhalb doch zu gefährlich werden könne, offen gegen diese Erleichterung aufzutreten. Da könnte der allzeit getreue liberale Anhang zuletzt doch stutzig und scheu werden. Anderseits aber verbieten ihr die Rücksichten auf den „mächtigen Bundesgenossen", unter dessen Fittige völlig zu kommen, die Fortschrittler sich so sehr sehnen, wirklich durchgreifende Ersparungen am Militäre eintreten zu lassen. Denn man mag sagen, was man will, so viel ist sicher, daß die ungeheure Anschwellung der Militärlast ihren Hauptgrund in dem mit Preußen geschlossenen Militärvertrage habe. Da nun die Fortschrittspartei dieses Bündniß als ihr vielgeliebtes Schooßkind hegt und pflegt, so kann sie auch gegen seine Folgen, die steigende Militärlast nicht ernstlich auftreten.

Das geht klar aus den Reden der fortschrittl. Abgeordneten hervor. Aeußerungen, wie: „Man müsse erst beim obersten Kriegsherrn anfragrn, ehe man so tiefeinschneidende Aenderungen, wie die beabsichtigten, im Heereswesen vornehmen könne"; oder: „Man müsse streben, eher dem verbündeten Norden durch seine militarischen Einrichtungen sich zu nähern, statt sich von ihm zu entfernen", zeigen klar den Standpunkt, auf welchen die Fortschrittspartei in dieser Frage sich gestellt. Die Rücksicht auf die innige Verbindung mit dem Norden (Preußen) steht ihr höher als finanzielle und nationalökonomische Bedenken, höher als der Wohlstand und das Gedeihen Bayerns. Für die patriotischr Partei aber ist in dieser wie in jeder andern Frage die erste und höchste Rücksicht, vor der alle andern zurücktreten müssen, die Wohlfahrt des bayerischen Volkes. Die Patrioten sind auch in dieser Frage erst Bayern, dann auch Deutsche. Darnach sprachen und stimmten sie auch. Das patr. Volk kann deßhalb auch mit voller Befriedigung auf seine Erwählten blicken, die in der so wichtigen Frage fest und mannhaft für des Volkes Wohl eingestanden sind. An die liberale Bevölkerung Bayerns aber möchten wir doch die Frage stellen, ob sie denn nicht auch eine Verminderung der sie wie uns drückenden Militärlast wünsche, ob sie demnach mit dem Verhalten ihrer Erwählten zufrieden sein könne, welche, wenn sie es vermocht, die so nothwendigen Ersparungen wiederum auf die lange Bank verschoben, das Volk wiederum mit Versprechungen auf die Zukunft abgespeist hätten? Wir hoffen deßhalb, daß das ganze bayerische Volk aus den Verhandlungen des 28., 29. u. 30. März erkennen wird, welche Partei, die patriotische oder die liberale, die dem Volke gemachten Versprechungen der Erleichterung der Militär- und Steuerlast bis jetzt auch gehalten habe, auf welcher Seite demnach die wahren Freunde des Volkes zu suchen seien. —

Digitized by Google

Die Rede des Ministerpräsidenten Grafen Bray,

in welcher er am 30. März vor den bayerischen Abgeordneten seinen Standpunkt darlegte, konnte bei Hörern und Lesern den günstigen Eindruck nicht verfehlen. Der Mann sprach schlicht und klar, nicht wie sein Vorgänger in patzigen gewundenen Phrasen und im Nachsatze die Behauptung des Vordersatzes aufhebend. Ob der Eindruck der Rede in Berlin eben so günstig ist, wie in Bayern, steht zu bezweifeln. Wohl bekennt sich Graf Bray unumwunden für die Haltung der Allianzverträge mit Preußen; aber doch weiß er recht gut und spricht es unverholen vor Graf Bismarck aus, der neulich im norddeutschen Reichstage behauptete, der jetzige Bestand Bayerns sei eine Gnade Preußens: Bayern im Centrum von Europa und Deutschland gelegen, ist nicht bloß gesichert, es ist unangreifbar; denn jede ernste Bedrohung Bayerns würde Verwicklungen hervorrufen, die wohl auch Graf Bismarck scheute. Zugleich muß sich der nordische Bundeskanzler, der letzthin von einer Art preußischer Lehensherrlichkeit über Süddeutschland sprach, vom bayerischen Minister den Zweck des Allianzvertrages ins Gedächtniß rufen lassen, nämlich lediglich im Kriegsfalle sich gegenseitig die Integrität des Ländergebietes zu sichern. Bezüglich der innern Politik hat auch Graf Bray die Versöhnung auf seine Fahne geschrieben, und er beginnt dieses Versöhnungswerk nicht damit, daß er, wie es von anderer Seite geschehen ist, gleich der Mehrheit des Volkes Faustschläge ins Gesicht gibt, sondern er spricht mit großer Achtung von dem bayr. Kernvolke, anerkennt dessen Ringen um seine Selbsterhaltung, das ihn ein Faktor seiner diplomatischen Berechnungen ist, ja er belobt und ermuntert den Patriotismus und die erleuchtete Vaterlandsliebe der Abgeordneten.

Mit dieser Rede des Ministerpräsidenten werden hoffentlich jene ministeriellen Bezeichnungen des patriotischen Strebens als „schmutzige Fluthen", als „Schlamm und Unrath" für immer verstummt sein. Ob überhaupt die anderen der „solidarischen" Minister noch lange auf ihren Stühlen sich erhalten können, steht wohl zu bezweifeln.

Es ist in sehr angesehenen Organen der Presse, besonders in der Pfälzer Zeitung, der patriotischen Majorität der Abgeordneten der Vorwurf gemacht worden, daß sie sich durch ihr bloß gegen den Fürsten Hohenlohe gerichtetes Mißtrauensvotum sehr viel geschadet und den Erfolg des patriotischen Strebens vereitelt hätte. Ohne mich nur als Anwalt der Kammermajorität aufwerfen zu wollen, glaube ich bemerken zu dürfen, daß dieselbe wohl Rücksicht nahm auf die in den höchsten Regionen herrschende Erbitterung gegen die Patrioten und daß sie vielleicht der Ansicht war, durch successives Abtreten der „solidarischen" Minister würde das Erzielte auch und wohl noch gründlicher erreicht. —l.

Inland.

München, 7. April. Der Gesundheitszustand des Prinzen Otto hat sich, wie man hört, noch immer nicht in dem Maße gebessert, daß derselbe seiner baldigen vollen Genesung entgegensehen könnte. Das Nervensystem des Prinzen soll sich in einem leidenden Zustande befinden, welcher die größte Schonung fordert.

Ueber das Schicksal des neuen Bürgerwehr-Gesetz-Entwurfes hört man, daß der 4. Ausschuß ein Zurückziehen des Entwurfes veranlassen wird. Der Referent Abg. Radspieler hat bereits den Entwurf umgearbeitet. Wir theilen hier die Grundzüge dieser Umarbeitung mit. Die künftige Bürgerwehr soll eine reine Gemeinde-Anstalt werden und unter den Anordnungen des Bürgermeisters stehen, der den jeweiligen Kommandanten derselben zur Ausführung mittheilt. Alle Paraden, Ehrenwachen, Salutiren, überhaupt jeder weitere militärische Anstrich soll wegfallen. Von der Pflicht sollen auch alle Bürger ausgenommen sein, welche nicht frei über ihre Zeit verfügen können, z. B. Buchhalter, Werkmeister, verheirathete Gehilfen u. s. w. und alle jene, die in ihren Wocheneinnahmen nur einigermaßen geschädigt würden. Nur Städte über 20,000 Einwohner sollen zur Errichtung von Bürgerwehren verpflichtet sein und dann die Kreishauptstädte. Die Formirung geschieht nur in Bataillonen und Compagnien, die nach den Wohnsitzen in den Städten bemessen werden. Alle Kreis- oder Oberinspektion fällt weg. Die Uniformirung wird jeder Gemeinde vollständig freigegeben. Die Offiziere werden von der Mannschaft gewählt, nicht durch eine Wahlcommission; nur der Commandant von der Gemeinde vorgeschlagen und vom König ernannt. Alle Ehrenvorzüge hören auf und der Zweck des Ausrückens kann nur die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung sein. Alle Reluitionsgelder fallen in die Gemeindekasse, welche die Ausrüstung und Bewaffnung bestreitet, auch die Uniformen, welche in Raten abzahlbar sind, stellt.. Wir wir vernehmen, soll diese Umarbeitung dem „Nürnberger Korrespondenten" übergeben und somit der öffentlichen Besprechung unterstellt werden. Pfz.

Aus dem neuen Tax- und Stempelgesetzentwurf theile ich Ihnen für heute mit, daß die in der Pfalz bisher bestehende Wechselstempelgebühr auch auf die übrigen Landestheile ausgedehnt wird. Die Stempelabgabe beträgt für gezogene und eigene Wechsel 3 kr. von je 100 fl. oder $^1/_{20}$ Prozent und entspricht hienach genau dem Satz von 1½ Silbergroschen von je 100 Thaler im norddeutschen Bunde und von 15 kr. für je 5000 fl. in der Pfalz. Befreit von der Stempelgebühr sind die vom Ausland auf das Ausland gezogenen nur im Auslande zahlbaren Wechsel,

Digitized by Google

ferner die vom Inlande auf das Ausland gezogenen nur im Auslande zahlbaren Wechsel. Unter der Benennung Ausland sind alle Länder außerhalb Bayern verstanden. Für die Abgabe haften alle in Bayern wohnenden Personen, welche an dem Umlauf des Wechsels Theil genommen haben.

Wie wir hören, hat das der Abgeordnetenkammer vorgelegte Tax- und Stempelgesetz nicht die mindeste Aussicht auf Annahme; der Gesetzentwurf, die Bildung einer Bürgerwehr betreffend, wird ohne Zweifel ebenfalls verworfen werden und gegen die von der Regierung projektirte Advokatenordnung hat sich bereits der betr. Ausschuß ausgesprochen und wird das Plenum der Kammer sich voraussichtlich ebenfalls der Ansicht der Regierung zuwider für völlige Freigabe der Advokatur entscheiden.

Der Abg. Frhr. v. Stauffenberg, ist nicht nur aus dem Finanzausschuß, sondern auch aus dem Klub der Fortschrittspartei ausgetreten und soll beabsichtigen, sein Mandat niederzulegen. Die Fortschrittspartei verlöre an ihm eines ihrer fähigsten Mitglieder.

München, 7. April. In der heutigen Sitzung d. K. d. A. wurde der Antrag der Abg. Frankenburger und Genossen auf Revision des Preßedikts und des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse nach länger als 6stündiger Berathung angenommen. Es sprachen u. A.: Eder, Ruland, Frankenburger, Westermayer, Huttler, Herz, A. Schmid, Schleich, Fischer, Lukas u. Min. v. Lutz u. Braun. Die nächste Sitzung findet künftigen Montag statt.

Die sämmtlichen Abgeordneten der Pfalz haben den Antrag gestellt, die Kammer der Abgeordneten wolle in das Budget der 10. Finanzperiode zur Acquirirung von 12 Bezirksamts-Gebäuden in der Pfalz, beziehungsweise zum Neubau derselben eine Summe von 200,000 fl. — jedenfalls aber bis zur definitiven Regulirung der Sache als Entschädigung für Stellung und Unterhalt der Bezirksamtsgebäude nebst Amtswohnung für den Bezirksamtmann für eine jede der 12 Gemeinden vom 1. Januar 1870 an, eine Summe von je 600 fl., also im Ganzen eine Entschädigungssumme von 7200 fl. einstellen.

Der Abgeordnete Lukas beantragt, die Kammer wolle beschließen, es sei an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, dem versammelten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, durch welchen das Vereinsgesetz vom 26. Febr. 1850 in einzelnen Punkten abgeändert wird. Der Antrag, welcher die genaue Formulirung dieser Punkte, nämlich der abzuändernden 16 Artikel, enthält und durch die Abg. Frank und Ronkarz unterstützt ist, wurde vom 6. Ausschusse als formell und materiell zulässig erachtet und der Kammer die Ueberweisung desselben an den betreffenden Fachausschuß zur näheren Prüfung und Würdigung empfohlen.

Der Antrag des Abg. Greil lautet wörtlich: Hohe Kammer wolle beschließen, es sei an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu stellen, im Landtagsabschiede zu verfügen, die nach Antrag der beiden Kammern durch Landtagsabschied vom 1. Juli 1856 in Aussicht gestellte u. nachher festgesetzte Dauer der Werktags- u. Feiertags-Schulpflicht auf das vollendete 13. und resp. 16. Lebensjahr wird in folgender Weise abgeändert: Die Werktagsschulpflicht dauert in der Regel bis zum vollendeten 12. Lebensjahre; es bleibt jedoch für diejenigen Kinder, welche sich bis dahin das vorschriftsmäßige Maß von Kenntnissen nicht angeeignet haben, die Pflicht des Schulbesuches bis zum vollendeten 13. Lebensjahre bestehen. Die Feiertagsschule dauert bis zum 18. Lebensjahre."

Die Bitte der Botengehilfen am kgl. Bezirks-, Stadt- und Handelsgerichte Nürnberg, die Kammer wolle dahin wirken, daß den Petenten Botenstellen, falls sich solche erledigen, zugewiesen werden, wurde einfach zu den Akten zu legen beschlossen.

Der fortschrittl. Magistrat in München versteht prächtig seine Macht fühlen zu lassen und seinen Ingrimm zu zeigen besonders an den kathol. Klöstern, Einrichtungen und Gebräuchen. So haben die PP. Kapuziner bereits im J. 1859 vom Magistr. einen Wiesengrund neben ihrem Klösterchen **gemiethet** erhalten und mit magistr. Genehmigung ein Gebäude auf dem Grunde aufgeführt. Jetzt wird eine neue Schätzung vorgenommen und ein neuer Pacht abgeschlossen, damit die armen Patres mehr Zins zahlen müssen. Kürzlich wurde auch die Musik am Ostertage auf dem St. Peter-Kirchthurme abgeschafft, weil manche fortschrittliche Seele leicht in ihrem Schlummer gestört werden könnte.

Wie weit die preußische Anmassung geht, davon ein neues Beispiel. Nach einer Mittheilung der Weserzeitung aus Stuttgart ist dort eine preußische Note eingetroffen, in welcher ausgeführt wird, daß Preußen das Schutz- und Trutzbündniß nicht blos gegen den äußern Feind, sondern auch gegen den innern geltend betrachte. Es wird dem Cabinet in Stuttgart gedroht, daß in Bälde von dieser Auslegung des Bündnißvertrages Gebrauch gemacht werde, wenn man sich nicht mit der Kammer abfinde, d. h., wenn die Kammer nicht nachgibt. Wir wollen sehen, ob der preußische Uebermuth sich soweit versteigt, daß preußische Truppen zur Bändigung der dortigen Volkspartei einrücken werden. Ist vielleicht auch nach München eine Note ähnlichen Inhalts gelangt? Wir machen hiemit aufmerksam auf diese interessante Enthüllung preußischer Unverschämtheit.

Karlsruhe, 6. April. Die zweite Kammer wird heute ihre Schlußsitzung halten; die Erste hat bereits gestern ihre Berathungen geschlossen. Die Abschiedsrede des Präsidenten Mohl läßt natürlich Alles in rosigen Lichte erscheinen; sie läßt die Konflikte von denen das Land zerwühlt wird, unberührt und wenn man sie liest, sollte man meinen, daß Baden der glücklichste Staat der Welt. Wir wollen

Digitized by Google

hoffen, daß Baden nicht durch Einverleibung in den Nordbund der Früchte der neuen Gesetze beraubt wird.

Berlin, 6. April. Nach der ‚Prov.-Korresp.' würden die Wahlen zum Abgeordnetenhause und zum Reichstage nicht vor September stattfinden und zuerst die Wahlen zum Reichstage vorgenommen werden. — Der Reichstag genehmigte heute in zweiter und dritter Lesung den von den Frhrn. v. Rabenau eingebrachten Gesetzesantrag betreffend die Ausdehnung des Gesetzes über die Braumalzsteuer auf die zum norddeutschen Bunde gehörigen Gebietstheile des Großherzogthums Hessen.

Pest, 4. April. Die der Vollendung nahestehende Eisenbahnbrücke über die Drau ist sammt den darauf befindlichen Arbeitsleuten ins Wasser gestürzt; mehrere Menschenleben sind zu Grunde gegangen; 4 Menschen werden vermißt, acht wurden verwundet Durch das Unglück wird die Eröffnung der Strecke Essegg-Villany verzögert.

Ausland.

Paris, 5. April. Das „Journal officiel" veröffentlicht ein langes Rundschreiben des Unterrichtsministers Segris an die Präfekten, welches sich mit dem Volksunterricht beschäftigt. Der Minister constatirt, daß noch 300,000 Kinder an diesem Unterricht gar nicht und 150,000 Kinder nur in unzulänglicher Weise Theil nehmen. Der Minister läßt die Frage der absoluten Unentgeltlichkeit offen und ordnet nur an, daß alle Zöglinge, welche ihre nothdürftige geltend machen, gratis zugelassen werden sollen. Er verspricht ferner bedeutende Staatssubventionen an die Gemeinden zur Vermehrung der Schulhäuser und wendet sich aufmunternd an die Initiative der Privaten und den Eifer der Schulvorsteher, welchen letzteren noch einmal eingeschärft wird, daß es mit ihrer Rolle von politischen Wahlagenten ein für alle Mal vorüber ist.

Rom, 4. April. Der König und die Königin von Neapel werden gleich nach Ostern nach Schloß Schönbrunn abreisen, das ihnen vom Kaiser von Oesterreich zur Verfügung gestellt worden.

Konstantinopel, 6. April. Die ägyptischen Differenzen sind beigelegt. Abram Bey ist auf seinen früheren Posten zurückgekehrt. Nubar Pascha meldet den demnächst bevorstehenden Besuch des Vicekönigs an, und legt die Justizreformbeschlüsse zur Genehmigung vor; übrigens werden die ägyptischen Küstenpunkte befestigt.

(Eingesandt.) * In unserer Bürger-Sodalitäts-Kirche zu St. Jakob dahier ist man zur Zeit mit der Aufstellung der neuen Kanzel eifrigst beschäftigt. Nach dem bisher Gesehenen verspricht das Ganze ein prachtvolles Stück Kunsttischlerarbeit zu werden; dieselbe ging aus der Werkstätte des hies. Franziskanerklosters hervor und wird in ihrer Vollendung als stylgerechte Zierde unserer Sodalitätskirche einen neuen Beweis liefern dafür, daß wie in früheren Jahrhunderten so auch heute noch die Kunst und der Kunstsinn hinter den stillen Mauern der Klöster treue Pflege finden!

Unlieb verspätet.

Niemand weder zur Hölle verdammend, noch die zuckersüßen Fegfeuerfreuden wünschend, sondern Jedem ein Plätzchen in Jehovahs Höhen gönnend, diene Hrn. Pf. G. Zucker in Neufang auf das Inser. in Nr. 68 gegenw. Bl. zur Nachricht, daß ich, jegl. Gehässigkeiten abhold, mit seinen Gegnern in keiner Weise verkehre, fraglicher Brief vor Jahren durch Zufall von Jemand gelesen, mir dessen Ausantwortung in Folge Vernichtung des kritischen Schriftstückes nicht ermöglicht sei u. somit allem Anscheine nach mein Name als Mittel zum Zwecke mißbraucht wird — Prächting, 28. März 1870.

August Schatt, Lehrer.

Paris 1867. Preismedaillen. Havre 1868.

CARL WAXMANN

königl. bayer.

Hof-Schaumwein-Fabrikant

(Firma **Ferdinand Döring**)

Würzburg

empfiehlt seine moussirenden Frankenweine Prima-Qualität — höchst preiswürdig. Jahrgang 1865 — pr. Flasche 25 Sgr. (fl. 1. 30) bei Abnahme eines Originalkorbes von wenigstens 25 Flaschen.

In der Fabrik von Joseph Beck in München, Pasingerlandstraße Nr. 3, ist zu haben:

Creosot-Oel

zum conservirenden Anstrich für Holz

pr. 100 Zollpfund 5 fl.

Dieses für Jedermann anwendbare Mittel, um Holz vor Fäulniß zu bewahren, wird bereits seit längerer Zeit mit dem besten Erfolge angewendet und verdient daher zur allgemeinen Anwendung empfohlen zu werden.

Alle weicheren Holzarten, welche sonst in kurzer Zeit durch Fäulniß zu Grunde gehen, können durch Creosotöl auf unabsehbare Weise erhalten werden (s. Dingler polyt. Journal 1852, 128. Bd., Seite 146).

Dasselbe eignet sich daher besonders zum Anstrich von Brücken-Einfriedungs- und Unterlagshölzern, Geländern, Hopfenstangen, Weinpfählen, Schindeldächern 2c., indem sie das Holz nicht nur vor Fäulniß, sondern auch vor der Schwammbildung, dem Holzwurm und vor dem Benagen der Ratten und Mäuse schützt.

Dasselbe gibt dem Holze eine gelbliche Farbe. 2

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 84. Samstag, den 9. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Der Militarismus und die Fortschrittspartei.

(Eine demokrat. Stimme in der Fr. Z.)

... Die Parteien waren sich der Wichtigkeit der Entscheidung bewußt. Die Linke wie die Rechte hatte ihre Angehörigen dazu dringend nach der Hauptstadt berufen. Kranke, wie Dr. Völk, erschienen dick umhüllt; aus der fernen Pfalz waren Mitglieder herbeizitirt, die seit lange in der Kammer gefehlt hatten. Man mußte annehmen, daß die sich widerstrebenden Fractionen diesmal wieder ihre Kraft messen würden und fand sich schließlich nicht wenig überrascht, da die Fortschreiter (allerdings erst dann nachdem ihnen verschiedene Versuche, mehr Geld zu bewilligen mißglückt waren), schließlich in wunderbarer Harmonie mit den ihnen verhaßten Gegnern, den Gesetzentwürfen einhellig zustimmten. Gerne ist es nicht geschehen, das darf man glauben. Aber in eine Sackgasse gerathen, fanden es die Rechnungtragenden doch allzu bedenklich, der hierin sehr empfindlich gewordenen Volksstimmung offen ins Angesicht zu schlagen und so opferten sie denn lieber wieder einmal etwas Consequenz, an der die Partei ja doch eigentlich kaum mehr irgend etwas Nennenswerthes zu verlieren hat.

Die Vertheidigung des Wehrsystems nach preuß. Muster war mitunter recht wunderlich. Oberst Rüstow der den Verhandlungen beiwohnte, mußte mit eignen Ohren vernehmen, wie ihn Hr. v. Stauffenberg als Autorität für die jetzige Einrichtung anrief! Könnte sich Rüstow in der Versammlung darüber nicht äussern, so hat er es in engeren Kreisen gethan. Eben so entblödete sich jener Redner nicht, die Autorität von Stümpfli für seine Sache anzurufen, während Jedermann weiß, daß der schweizerische Republikaner das Gegentheil von dem erstrebt, was die Fortschreiter vertheidigen.

Mit besonderer Langweiligkeit, vorzugsweise hölzern und bureaukratisch, trat Hr. Stenglein auf, neben Baron Stauffenberg einer der Väter des neuen Wehrgesetzes. Von seinen Argumenten ist mir namentlich eines aufgefallen. Wenn das Institut der s. g. „einjährigen Freiwilligen" als Privilegium der Reichen angegriffen wird, schreit der gesammte Fortschritt, dies sei unrichtig, es handle sich ausschließlich um ein „Privilegium der Bildung". Nun, Hr. Stenglein hat in seinem Eifer nebenbei doch auch ein anderes Bekenntniß abgelegt, indem er, gegenüber den Begünstigungen dieser Privilegirten, deren Geldopfer in die Wagschale warf. „Wenn Sie ins Auge fassen, — rief er — was der einjährige Freiwillige leistet, indem er dem Staat keinen Kreuzer für Unterhalt kostet, indem er den Staat keinen Kreuzer für Equipirung kostet" u. s. f. Somit das unverhüllte Zugeständniß einer Bevorzugung des Reichthums. Wenn nach zwölf Monaten der „Freiwillige" aus der Aktivarmee entlassen wird, muß ein Anderer während des zweiten und dritten Jahres für ihn eintreten. Es ist das nämliche wie bei dem alten Einstehersystem, blos mit dem Unterschiede, daß der jetzige Einsteher gezwungen statt freiwillig dient, und daß er nichts dafür bekommt, während er früher ein kleines Kapital erhielt.

Nachdem der Redner eine neue Zifferngruppirung versucht, bei welcher nur zu bedauern ist, daß der Referent in seiner Schlußrede wegen Kürze der ihm verbliebenen Zeit nicht eine Beleuchtung im Einzelnen vornehmen konnte, rief Hr. Stenglein, es liege in der Zeit „die individuelle Freiheit auszubilden." Und dies soll gegen das Milizsystem, dies soll für die jetzige Einrichtung sprechen? Drei, resp. sechs Jahre lang beraubt man den jungen Mann des Rechtes der Selbstbestimmung, und dies soll dann für „Ausbildung der individuellen Freiheit" gelten! Selbst an der Ungereimtheit fehlte es nicht, das Milizsystem bilde keine Ersparung, denn man rechne bei den Bezugnahmen auf die Schweiz nur den Aufwand des Bundes, nicht den der Kantone und der Einzelnen. Es war dies eine so handgreifliche Albernheit, daß sogar Stauffenberg meinte, solche Einwendungen möchten seine Genossen für sich behalten. — Einige ebenso wunderbare politische und historische Excursionen Stenglein's knüpften sich daran, um die Leistungen der Landwehr von 1813 herabzusetzen und darzuthun, Bayern müsse eine so starke Armee haben, daß es bei einer Verständigung der sich zuvor bekämpfenden Großmächte mächtig genug erscheine, um nicht deren Beute zu werden. Dieses

Digitized by Google

Wunder will Hr. Stenglein durch das jetzige Wehrgesetz erzielen und doch noch weit mehr als der Referent ahnet, dabei ersparen!

Der Referent hatte die vielen heimlichen Auswanderungen konscriptionspflichtiger Jünglinge erwähnt. Baron Stauffenberg suchte diese unliebsame Bemerkung durch die Behauptung zu widerlegen, dies sei Wirkung des germanischen Wandertriebs, denn — in Amerika befänden sich unter den Eingewanderten ja auch so viele Schweizer. Er vermengte die gewöhnlichen Auswanderer mit jenen jungen Männern, welche durch die Conscription aus ihrem Vaterlande vertrieben werden. — Eine neue Entdeckung war es ferner, daß die Schweizer Milizen, weil nicht Jahre lang in der Kaserne gedrillt, lange Märsche nicht aushalten könnten, während die Erfahrung bei allen Uebungen bewiesen hat, daß die Schweizer gerade hierin weit mehr leisten als alle stehenden Truppen. Dem Fortschritt genügt indessen eine solche aus der Luft gegriffene Behauptung, mag sie wahr sein oder nicht!

Zu den seltsamen Figuren in dem parlamentarischen Kampf, nach Haltung und Vortrag, gehörte Herr Marquardsen. Ich wußte, daß er politisch ein Wackelmann ist; daß er sich aber auch körperlich als solcher manifestiren zu müssen vermeint, hatte ich nicht geahnt, wie ich auch nicht erwartet hatte, daß ein Universitätsprofessor keinen einzigen Satz ohne Unterbrechen vortragen könne. Dazu als Inhalt den abgestandesten National-Liberalismus, und diese sämmtlichen Vorzüge höchst zweifelhafter Art gewürzt mit Kundgaben vollständigster Suffisance.

Sehr gedrückt schien der Kriegsminister. Während die Großpreußen sich das Ansehen gaben, als könnten auch die jetzigen Einrichtungen mit weit geringeren als den geforderten Summen aufrecht erhalten werden, gestand er offen, mit dem Referenten darin einverstanden zu sein, daß bedeutende Ersparungen nur durch eine Aenderung des Systems sich erzielen ließen, wozu er jedoch nicht mitwirken werde.

Die Rede des neuen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten hat verschiedene Deutungen erfahren. Sie ist diplomatisch gehalten, gleichwohl vollkommen geeignet die Majorität der bayerischen Volkvertretung zu befriedigen. Graf Bray machte nicht nur gar keinen Versuch, das jetzige Militärsystem als nothwendig darzustellen, sondern er sprach sehr bestimmt aus, daß Bayern freie Hand habe seine Wehrverfassung beliebig zu ordnen, und daß der Staat sich der vollsten Sicherheit erfreue, weil jeder Angriff auf die Selbstständigkeit Bayerns die bedenklichsten europäischen Complikationen nach sich ziehen würde. Dies dürfte doch von einem Minister des Auswärtigen deutlich genug gesprochen sein.

Bei der Spezialdebatte machten die Großpreußen verschiedene Versuche, größere als die vom Ausschuß vorgeschlagenen Summen — nicht abzustreichen, sondern zu bewilligen. Besonders strengten sie sich an 130,000 fl. für einen Kasernenbau in Erlangen zu retten. War es doch schon bei den Wahlen an dem bezeichneten Sitze des Nationalliberalismus in die Wagschale geworfen worden: die Hrn. Marquardsen und Genossen würden der Stadt eine große Kaserne (dieses Sinnbild des Borussenthums) auf Staatskosten verschaffen. Vergeblich alle Anstrengungen und Mühe. In diesem wie in jedem andern Falle unterlagen die Nationalliberalen; sie setzten überhaupt auch nicht eine einzige Ziffer durch.

Man mußte nun erwarten, daß sie bei der Endabstimmung wie ein Mann gegen die Gesetzentwürfe stimmen würden, doch — sie entschlossen sich anders. Nachdem ihre Organe Wochen lang über den Ref. Kolb geschimpft und in der von ihm angeblich beabsichtigten „Desorganisation der Armee" einen Landesverrath gebrandmarkt hatten, — wirkten sie mit zum Vollbringen dieses Landesverraths.

Der Landesverrath aber besteht darin, daß dem Volke schon bei dieser Gelegenheit etwa vier Million erspart werden.

Inland.

Das bei der Kammer der Abgeordneten eingereichte Gesuch des Distriktsrathes der Distriktsgemeinde Neumarkt in Betreff der dortigen Leih-, Spar- und Hilfskasse haben sich die Abg. Lerzer und Triller mit der Modifikation angeeignet, daß die Kammer der k. Staatsregierung die Leihung eines unverzinslichen Darlehens an die Distriktsgemeinde Neumarkt im Betrage von 200,000 fl. aus Mitteln des Reichsreservefondes empfehlen wolle. Das Protokoll des 6. Ausschusses der Kammer über die vom 5. d. Ms. abgehaltene Sitzung besagt hierüber: „Im Jahre 1835 wurde durch den k. Landrichter Wülfert in Neumarkt eine distriktive Leih-, Spar- und Hilfskasse gegründet, zur Ausführung dieses ihm zur Lieblingsidee gewordenen Vorhabens jedoch, wie der Distriktsrath behauptet, ein äußerst diktatorischer Weg eingeschlagen und nur allein hiedurch bewirkt, daß die betreffenden Gemeinden des Landgerichts Neumarkt, welche die Möglichkeit von Verlusten fürchteten, zur Garantie und solidarischen Haftung für diese Kasse von ihrer Seite gleichwohl die Zustimmung ertheilten, worauf ein k. Regierungsreskript vom 25. März 1837 das neu errichtete Institut genehmigte. Das Vertrauen der Gemeinden auf die ihnen namentlich zugesicherte strenge Controle über diese als Hausseegen vom Begründer bezeichnete Casse Seitens der Behörden wurde indessen bitter getäuscht, indem gar bald eine statutenwidrige und durchaus willkürliche Behandlung der Kassengeschäfte eintrat, welche unter steter amtlicher Beruhigung der besorgten Gemeinden das jetzt schon zu überblickende immense Deficit von allermindestens 300,000 fl. herbeiführte. Selbst die bei einer amtlichen Visitation im Jahre 1863 entdeckten höchst

Digitized by Google

bedeutenden Unordnungen und Mängel, ja die gerade betrugsweise Behandlung der Kassaführung hatten nicht zur Warnung gedient und keinen Standpunkt gebildet, was darin seine Erklärung zu finden scheint, daß zum Theile, nämlich bis zum Betrage von 157,672 fl. die Curatelbehörde selbst die Bewilligung zur Ausleihe von Geldern in statutenwidriger Höhe ertheilt hatten. Den Gemeinden fehlen begreiflich die Mittel, eine so große Summe zu decken oder aus Privatmitteln aufzunehmen, während der Distrikt als solcher für die k. Staatsregierung stets hinreichende Sicherheit und Gewähr bietet. Es ist daher für das Wohl und Wehe des Bezirkes entscheidend, daß der Bitte der Herrn Aneigner entsprochen und durch die auf diesem Wege allein mögliche schleunige Hilfe wenigstens die größte Calamität, der vollständige pekuniäre Ruin vom Distrikte abgewendet werde, welcher denn doch noch für eine große Summe seinerseits augenblicklich zu sorgen hat. Der Ausschuß erachtet bei der dargelegten Sachlage das gestellte Gesuch als formell und materiell zulässig und schlägt der Kammer die empfehlende Hinübergabe des Gesuchs an das k. Staatsministerium vor.

Es wird berichtigt, daß Frhr. v. Stauffenberg weder aus dem Club der Fortschrittspartei ausgetreten sei, noch sein Mandat niederzulegen beabsichtige.

Der Volksbote schreibt: (Justiz-Chronik unter dem Gerechtigkeits-Minister Herrn Johann v. Lutz.) Am 21. März kam in Kitzingen der Polizeidiener in die obere Mädchenschule, um den Herrn Lehrer von Magistratswegen aufzufordern, einige Schülerinnen auf das Rathhaus zu entsenden. Die Mädchen, an Ort und Stelle angekommen, werden sofort inquirirt über — den Kindheit-Jesu-Verein, ob ein solcher hierorts bestehe, besonders aber, ob keines von den Kindern dazu gezwungen worden. Gewiß ächt neubayrisch! (Der Volksbot wird die Justiz-Chronik" fortsetzen.)

In Augsburg wurde in öffentlicher Sitzung der Gemeindebevollmächtigten am 5. ds. von einigen Mitgliedern der Collegiums mitgetheilt, „daß sich in der Nacht vom 4. auf den 5. ein Fall zugetragen habe, der so schauerlich ist, daß man ihn nicht glauben oder daß man sich nach Rußland versetzt meinen sollte. Ein Bürger, (Nadler W.) ist auf der Straße gefunden worden, und zwar der Sprache nicht mächtig, weil er wahrscheinlich von einem Schlaganfall betroffen wurde. Man wirft ihn in's Loch, und läßt ihn hilflos liegen. Da der Bürger Morgens zu Haus vermißt wurde, eilt seine Frau zu der Polizei, um sich nach ihrem Manne zu erkundigen. Sie wird vom Rottmeister barsch abgewiesen, mit der Bemerkung, daß sie warten soll, bis der Mann (die gemachte Bezeichnung wollen wir aus Rücksicht für den Bürger nicht wiederholen) seinen Rausch ausgeschlafen habe. Später kam natürlich die geängstigte Frau wieder, wiederum wurde sie abgewiesen; und als man endlich auf Drängen der Frau die Keuche öffnete, war der Mann gestorben!" So die Mittheilung im Gemeindecolleg. Wir bemerken dazu, daß in Augsburg die Polizei eine städtische und der Bürgermeister Vorstand derselben ist. Natürlich schreiten die Bürgermeister in Augsburg an der Spitze des Fortschritts und der gesammten Humanität —

Karlsruhe, 7. April. Die Thronrede, mit welcher heute der Landtag geschlossen wurde, zählt die erledigten Gesetzesarbeiten auf und schließt wie folgt: Mit stolzer Freudigkeit sehe ich auf die innere Entwicklung meines Landes, welche durch die glücklichen Arbeiten dieses Landtages wesentlich gefördert iß. Ich stütze darauf das Vertrauen, daß mein an politisches Denken und an politische Arbeit gewöhntes Volk bei mir ausharren wird in Erstrebung des höchsten Zieles, der nationalen Einigung Deutschlands. Die verschiedenen Staatsverträge mit dem norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten, welchen Sie Ihre Genehmigung ertheilt haben, bekunden erfreulicher Weise ein allmähliches Fortschreiten der immer umfassender und immer fester werdenden Verbindung unter allen deutschen Staaten. Ich danke Ihnen, daß Sie mit patriotischer Bereitwilligkeit durch Verlängerung des Kontingentgesetzes, durch Bewilligung des Kriegsbudgets und durch Ihre Zustimmung zu der Militärstrafgesetzgebung, welche neben der Annäherung an die Institutionen des norddeutschen Heeres zugleich einen wesentlichen Fortschritt auf diesem wichtigen Rechtsgebiet begründet, meine Regierung in den Stand gesetzt haben, getreu dem festen Programme die nationale Politik in ernster That fortzuführen und mein Volk bereit zu halten, daß es, wenn die Zeit gekommen sein wird, als ein ebenbürtiges Glied des Ganzen in die volle nationale Gemeinschaft eintreten kann.

Wien, 7. April. Während der Budgetdebatte im Herrenhaus begründet Schmerling in längerer, öfter beifällig aufgenommenen Rede folgende von ihm beantragte Resolution: „Indem das Herrenhaus an den in der Adresse an den Kaiser ausgesprochenen Grundsätzen festhält, erklärt es, daß es nur eine solche Regierung als eine ihre Aufgabe richtig erfassende anerkennt, welche unter Festhalten an den freiheitlichen Prinzipien allen gegen eine starke Centralgewalt gerichteten Bestrebungen entgegentritt." Die Resolution wird von einer starken Majorität unterstützt. Fürst Anton Auersberg befürwortet die Resolution. — Das Abgeordnetenhaus hat heute eine Adresse an den Kaiser angenommen, welche besagt: Das Haus bedauert lebhaft die Absentirung eines Theils seiner Mitglieder und hält an dem Reichsgedanken und der Verfassung fest. Eine weitere Ablösung der Theile vom Ganzen durch Kreirung neuer staatsrechtlicher Gebilde wäre Angesichts des herrschenden Dualismus bedenklich und würde die Machtstellung Oesterreichs gefährten, sowie den wahren Interessen seiner Völker

Digitized by Google

und der Krone zuwiderlaufen. Das Haus sieht in dem Grundgedanken der Verfassung den Schutz aller Nationalitäten und wird jeder verfassungswidrig experimentirenden Regierung entschieden gegenübertreten. — Heute sind die Wahlen in die Delegationen vollzogen worden. Für die im Reichsrathe nicht vertretenen Länder sind die Wahlen verschoben.

Wien, 6. April. Das Schulaufsichtsgesetz für Niederösterreich ist nicht sanctionirt worden, wohl deßhalb, weil darin die Beseitigung der geistlichen Vertreter in den Orts- u. Bezirksschulräthen stipulirt war. Dagegen hat der Unterrichtsminister auf eine Anfrage aus Voralberg erklärt, daß die Ausübung des Aufsichtsrechts über den gesammten Religionsunterricht an den Volksschulen dem Landesschulrathe zustehe, dieses aber nur auf allgemeine Ueberwachung, nicht auf die Methode sich erstrecke. Der Kirchenbesuch und das Schulgebet der Jugend soll frei von Zwang bleiben und bleibt zumal letzteres als rein pädagogische Sache dem Ermessen (!) des Lehrers anheimgestellt; alles zu Gunsten des Liberalismus, mit dem man es so herrlich weit gebracht hat.

Prag, 6. April. Heute wurden Placate aufgefunden welche die Bevölkerung auffordern sich am Sanntag auf dem Wenzelsplatze zu versammeln, um Dankgebete wegen erfolgten Rücktritts des Ministeriums zu verrichten.

Ausland.

Paris, 6. April. Hr. Ulric de Fonvielle wurde, wie die Marseillaise meldet, gestern früh um 10 Uhr aus der Haft von Tours entlassen. Die Demokraten der Stadt gaben ihm ein Festmahl, und geleiteten ihn dann auf den Bahnhof. Er begab sich über Paris sogleich nach Lyon, um daselbst seine Candidatur zu verfechten.

Die Professoren der medicinischen Facultät haben, im Hinblick auf die beharrlichen Ruhestörungen deren Schauplatz der Lehrsaal des Hrn. Tardieu gewesen ist, beschlossen die Schule auf 1 Monat zu schließen.

Paris, 8. April. Man versichert, daß während der Dauer des Plebiszits der Presse und den öffentlichen Versammlungen vollkommene Freiheit eingeräumt werden sollte.

Florenz, 7. April. In der Deputirtenkammer kam es wegen der Bankfrage zu einer stürmischen Scene; Lanza erlitt durch das linke Centrum eine große Schlappe, man erwartet die Vertagung der Kammern. — In Palermo wurde eine mazzinistische Verschwörung entdeckt und ein großer Vorrath von Waffen und Munition confiscirt. — In Parma haben neuerdings Demonstrationen stattgefunden. Campanelli's Mörder ist noch nicht entdeckt.

Madrid, 7. April Der Herzog von Montpensier wird wegen der Duellangelegenheit gerichtlich verfolgt und hat Hausarrest erhalten. Katalonien ist ruhig, ausgenommen einige Dörfer in der Umgegend Barcelona's.

Athen, 6. April. Der britische Gesandte protestirt gegen die Neunmillionen-Anleihe, weil Griechenland vertragsmäßig zur Vorauszahlung der von den Schutzmächten garantirten Anleihen verpflichtet sei.

Reichenhall in den bayerischen Alpen.

Eröffnung der Soolebad- und Molkenkur-Anstalt

Achselmannstein

☞ am 1. Mai 1870. ☜

(Direkte Eisenbahnverbindung über München und Wien.)

Das Kurhaus, auf einem der schönsten Punkte des Thales, in unmittelbarer Nähe der Gradirwerke und der neuen mit einer großen Soolen-Fontaine ausgestatteten Anlagen gelegen, bietet bei mäßigen und festen Preisen elegant und comfortable neu eingerichtete Zimmer, gute Küche und Keller, Bäder aller Art, sowie täglich frisch bereitete, längst als vorzüglich anerkannte Ziegenmolke und Kräutersäfte.

Für den Gebrauch der Traubenkur stehen im Spätsommer und Herbste Reichenhaller und Tiroler Trauben im Kurgarten zur Verfügung.

Mit der Anstalt ist auch ein Pensionat verbunden. Touristen finden im Kurhause eine erwünschte und zuvorkommende Aufnahme.

Anfragen und Bestellungen beliebe man an den unterzeichneten Besitzer der Kuranstalt zu richten.

Rinck.

Tallois-Uhrketten.

Diese Ketten, früher „Talmi-Gold" genannt, sind an meiner Marke Tallois welche sich auf dem Hacken oder Karabiner befindet, zu erkennen.

Paris, 1870.

Am. Tallois.

Gesellen-Verein.

Sonntag Abends 8 Uhr

Generalversammlung

der Mitglieder.

Der Präses.

Annonce.

Das konzessionirte **Schreibe-Bureau** des Unterzeichneten befindet sich von nun an Weide Nr. 338 über eine Stiege, woselbst er insbesondere mit Rücksicht auf den Arbeiterstand zu jeder Tageszeit, an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme des Vormittägigen Hauptgottesdienstes den ganzen Tag über zu treffen ist.

Correspondenzen jeder Art, Gesuche u. sonstige Eingaben an die k. Behörden u. Gerichte, Rechnungsstellung und Revision von Rechnungen, wie sonstige literarische Arbeiten werden gewissenhaft, unter Zusicherung strengster Diskretion und gegen billiges Honorar rasch besorgt.

Da ihm zugleich die Berechtigung zur Seite steht, in allen öffentlichen Gerichtssitzungen zu vertheidigen, so entbietet er sich zur Uebernghme von Vertheidigungen u. beziehungsweise Vertretungen vor Gericht.

Hochachtungsvollst

L. Fr. Hausmann,

2 k. q. Assessor.

Briefkasten.

P. Z. i. R. Erhlt. Nach Ostern —

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 85. Sonntag, den 10. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 9. April. Die „Korresp. Hoffm." meldet, daß durch kgl. Entschließung die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags bis zum 24. Mai verlängert ist.

München, 7. April. Der Entwurf eines Tax- und Stempelgesetzes ist nunmehr veröffentlicht worden. Das Gesetz soll mit dem 1. Juni d. Js. im ganzen Königreich und dann mit dem 1. October 1870 auch das Malzaufschlagsgesetz in der Pfalz in Wirksamkeit treten, da die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz bekanntlich von der Festsetzung gleicher Taxen im ganzen Königreich abhängig gemacht ist.

Im Einlaufe der Kammer sind weitere Adressen in der Wehrfrage, angeeignet von Kolb, aus 38 Gemeinden aller Kreise mit über 2000 Unterschriften verzeichnet.

Eine vollständige Vereinigung der Taxen und Stempelgebühren in eine Gesammtabgabe wurde vom Finanzministerium nicht für zweckmäßig erachtet. Als Erleichterungen im Vergleich mit den gegenwärtig zu zahlenden Gebühren sind hervorgehoben; Im ganzen Gebiete der Verwaltung fallen die Taxen weg, ebenso für einige Gegenstände der nicht streitigen Rechtspflege als: Großjährigkeitserklärungen, Amortisirungen, Einträge in Handelsregister ꝛc.; die Taxen in Verlassenschaftssachen dürfen den Maximalbetrag von 2 Procent der Verlassenschaft nicht übersteigen, die Taxe für Besitzveränderungen zwischen Blutsverwandten und Eheleuten wurde von $\frac{5}{6}$ Procent des Bruttowerthes der Liegenschaften auf $\frac{1}{2}$ Prozent und für eine Reihe von Verträgen, als Bürgschaften, Cautionen, Cessionsforderungen, Assecuranzen, Submissionen, Creditbewilligungen ꝛc. von 1 Prozent auf $\frac{1}{2}$ Prozent des Gegendstandswerthes herabgesetzt. Die wichtigste Erhöhung besteht in der Festsetzung von 2 Procent für Verträge, Vergleiche und Versteigerungen in Bezug auf Immobilien, wofür bisher nur eine Taxe von $\frac{5}{6}$, dann eine Stempelgebühr von $\frac{1}{6}$ Procent für jede der stattfindenden Ausfertigungen entrichtet wurde. Die Berechnung, Erhebung und Registrirung der Taxen ist 1) den Notären in den diesrheinischen Provinzen für die bei ihnen errichteten Urkunden und behandelten Verlassenschaften, 2) den Rentämtern in allen übrigen Fällen übertragen.

In der Sitzung des 2. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten, in welcher der Abgeordnete Wiesnet über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der besonderen im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds für die Jahre 1866|67 und 1868 Vortrag erstattete, sprach bei Erwähnung des Reinertrags der Kreisamtsblätter der Abg. Lukas den Wunsch aus, daß der Druck dieser Blätter künftig auf dem Wege der Submission vergeben werden möchte, damit es nicht in der Willkühr liege, vom politischen Wahlverhalten der Drucker diesen Vertrag abhängig zu machen, wobei Abg. Dr. Diepolder auf die Thatsache als Beispiel hinwies, daß der kgl. Regierungspräsident in Regensburg der Wittwe, welche seit vielen Jahren das dortige Kreisamtsblatt zur Zufriedenheit gedruckt habe, den Vertrag gekündigt und den Druck dem Verleger des Regensburger Tagblattes zugewendet habe. Ministerialrath Graf v. Hundt erwiderte hierauf, daß der Abschluß dieser Verträge lediglich Sache der k. Regierungspräsidenten sei, und dem kgl. Staatsministerium solche Verträge nicht vorgelegt würden. Der Abg. Greil sprach den Wunsch aus, daß die Amtsblätter der Bezirksämter keine politischen Blätter sein sollten, damit nicht die Gemeinden gezwungen würden, solche Blätter zu halten, die ihren politischen Anschauungen in ihrem politischen Theile entgegen seien. Auch müsse er die Vorschriften, welche Blätter auf Regie gehalten werden dürften, als tadelnswerth bezeichnen, und erinnerte, an den bekannten Erlaß des kgl. Regierungspräsidenten von Oberpfalz und Regensburg, welcher als Regieblätter nur fortschrittliche Blätter, mit Ausnahme des Nürnberger Correspondenten, bezeichnet habe. Der Abg. Lukas führte als weiteres Beispiel einer solchen Parteinahme von Seite der Verwaltungsbehörden an, daß man in Straubing dem Verleger der Straubinger Zeitung, welche sich wegen geringer Zahl ihrer Abonnenten nicht halten könne, zur Ermöglichung des Fortbestandes vier Bezirksämtsblätter in Druck gegeben habe. Er beklagt ferner, daß auch die Inserate nach politischer Zu- und Abneigung ausgetheilt würden und

Digitized by Google

erwähnte einen Erlaß des k. Regierungspräsidenten von Niederbayern, worin dieser die amtlichen Inserationen in die Donau-Zeitung förmlich verboten habe. Der Abg. Freitag meinte, es müsse schließlich noch die Idee Lasalle's verwirklicht werden, daß politische Zeitungen keine Inserate aufnehmen dürften. Staatsminister v. Lutz entgegnete, daß von Seite der Staatsregierung keine Ordonanzen bezüglich der Regiepresse und der Inserate ergangen seien und daß, wenn sich Jemand durch derartige Verfügungen der Behörden beschwert fühle, die Beschwerde zum k. Staatsministerium eingebracht werden sollte. Die Bezirksamtsblätter seien übrigens Privatunternehmen u. würden von den Bezirksamtsmännern zu Publikationen benützt, wobei dieselben natürtch jene auswählen würden, welche ihren politischen Anschauungen am nächsten ständen. Die kgl. Staatsregierung sei übrigens bereit, jeder Ausschreitung der Unterbehörden auf erhobene Beschwerde entgegenzutreten.

Der „Volksbote" plaidirt für Erlassung eines Amnestiegesetzes, da sich hiedurch am besten zeige, ob es der Staatsregierung mit der angekündigten Politik der Versöhnung Ernst sei.

Das Allg. Volksbl. hatte gemeldet: Die neuernannten Reichsräthe v. Neumayer und Böcking seien der patr. Partei „zugethan" und ihre Ernennung sei dem Einfluß des Grafen Bray zu verdanken. Die Abdztg. wiederholt diese Mittheilung und fügt bei: „Wir wollen abwarten, ob und was Graf Bray, Präsident von Neumayer und Gutsbesitzer Böcking thun werden, um der durch das „Allgäuer Volksbl." gegen sie erhobenen Verdächtigung, daß sie der ultramontanen Partei „dienen," entgegenzutreten." Die Abdz., welche vor den Augen ihrer eigenen Leser den Ausdruck „zugethan sein" in das, etwas ganz anderes besagende „dienen" mit wirklich fortschrittlicher Ungenirtheit verwandelt, zählt bekanntlich zu den „anständigen" Blättern ihrer Partei; sie würde auch zu den naivsten gehören, wenn sie ernstlich glauben sollte, die Minister Graf Bray und die Herren Reichsräthe v. Neumayer und Böcking werden auf eine Aufforderung Antwort geben, die eine so flagrante Fälschung enthält. Wir meinen, die Zeiten dürften überhaupt vorüber sein, wo die fortschrittliche Presse bloß „Tischlein deck' dich" zu sagen brauchte und sofort die officiösen oder officiellen Erklärungen auf dem Teller liegen hatte. Höchstens läßt ein oder der andere Beamte durch dritte Hand sich von der Mitschuld an den gesetzgeberischen Werken seines Chefs reinigen.

Aus Deggendorf berichtet der „Bay. Kur.": Im Deggendorfer Wochen- und „Amtsblatt" (dieselbe ist auch anderwärts angekündigt) Nr. 26 vom 30. ist eine Broschüre von Fr. C. Laudenbach „Analyse der sogenannten bayerisch-patriotischen Partei" angezeigt und von dieser Broschüre, welche voller Verdächtigungen eben dieser Partei ist, wird zur Empfehlung gesagt: sie habe „an allerhöchster Stelle huldvolle Annahme gefunden." Hier wird also eine Parteischrift in einer Weise empfohlen, als wäre sie von Se. Maj. selbst approbirt. Wird Hr. Eisenhart auch hier mit einem Dementi kommen, mit dem er Hrn. v. Hasenbrädl gegenüber so schnell am Platze war? ? ?

Berlin, 8. April. Graf Bismarck hütet wegen Unpäßlichkeit seit mehreren Tagen das Zimmer. Der „Staats-Anzeiger" meldet, daß die Eröffnung des Zollparlaments für den 21. ds. in Aussicht genommen sei.

Wien, 8. April. Beide Häuser des Reichsraths sind im Auftrage des Kaisers vertagt worden. In beiden Häusern hielten die Präsidenten die Schlußrede. Das Herrenhaus hat noch die Wahlen zu den Delegationen vollzogen.

Wien, 9. April. Die „N. Fr. Pr." bezeichnet die Unterhandlungen des Grafen Potozki mit dem Abg. Rechbauer wegen Eintritts in das Cabinet als gescheitert, und vernimmt daß Fürst Karl Lobkowitz als Minister des Innern ausersehen sei. Wie die „Presse" hört, werden mit dem Stadthalter von Oberösterreich, Grafen Hohenwart, wegen Eintritts in das Cabinet Verhandlungen gepflogen.

Eine offiziöse telegr. Nachricht der A. Z. aus Wien vom 7. d. meldet: „An den günstig verlaufenden Verhandlungen Potocki's und Rechbauer's über die Wahlreform und das Programm für die politische Aktion nimmt heute auch Kaiserfeld Theil. Die Angabe, daß die deutsche Partei sich zur pflichtmäßigen Annahme von Portefeuille's geeinigt habe, ist völlig unbegründet."

Ausland.

Paris, 8. April. Der Kaiser hat der heutigen Revue auf der Place du Carousel zu Pferde beigewohnt. Die Unpäßlichkeit des Kaisers war nur unbedeutend.

Konstantinopel, 2. April. Die Pforte sanktionirte definitiv die armenisch-katholiche Kirchentrennung.

Vermischtes.

Bochum, 6. April. Unter starkem Andrang des Publikums begann heute beim hiesigen Gerichte die Verhandlung gegen die Geschwister Dieckhoff von hier wegen ungesetzlicher und gewerbsmäßig betriebener Befreiung vom Militärdienst. Sechszehn junge Leute aus hiesiger Umgegend so wie aus entfernteren Theilen Westphalens, der Rheinprovinz und Hannovers, welche die Hilfe der Dieckhoff's in Anspruch genommen, sind ermittelt und befinden sich im Anklagezustande. Die Anklageacte, deren Verlesung in der heutigen Sitzung über 2¼ Stunden in Anspruch nahm, gibt sehr interessante Details über die groß-

artige Organisation des Geschäfts. In allen Theilen Westphalens, Rheinlands und Hannovers wurden geheime Agenten gehalten, um die geeigneten Militärpflichtigen ausfindig zu machen. Die Correspendenz wurde in einer besonderen Art von Gaunersprache geführt. Die Militärpflichtigen wurden in derselben als ein- und dreijährige Pferde oder als Waggons, Kartoffeln bezeichnet. Bei einer großen Anzahl von Militärärzten scheinen die Gebrüder Dieckhoff, von denen nur Friedrich Wilhelm Dieckhoff den Eindruck eines gebildeten Mannes macht, eines außerordentlichen Einflusses sich erfreut zu haben. Sie führten sich bei denselben gewöhnlich als an galanten Krankheiten leidend ein. Die meisten Befreiungen vom Militär wurden durch Herstellung künstlicher Fehler erzielt. Ohrenfluß wurde erzeugt durch eine Einspritzung einer Mischung von Limburger Käse und Eidotter; Herzklopfen durch Genießen von starkem Kaffee u. Burgunder oder eines Gemisches von Schnaps u. Tabaksschmergel, welcher aus dem Abguß einer Pfeife genossen wurde; Blutsturz durch Schweineblut mit Weinessig; Leistenbruch durch Bienenstiche, zu welchem Zwecke August Dieckhoff bei den Untersuchungen der Rekruten stets ein Kästchen mit Bienen mit sich führte.

Interessant dürfte folgende irgendwo in Schlesien passirte Geschichte sein. Die „Zukunft" hat sie in der „Breslauer Morgenztg." gefunden und erzählt sie getreulich wieder. Ein Gutsbesitzer entschloß sich während der letzten großen Kälte die Hasen seiner Nachbarschaft zu Gaste bitten. Er servirte ihnen in der Nähe der Kreischaussee täglich ein splendides Mahl, bestehend in Grünkohl und Futterrüben. Eines Tages nahmen indeß die Gäste zu ihrem großen Schrecken wahr, daß ihr Wirth sie vergessen habe. Auch am zweiten u. dritten Tage darauf fanden sie die Tafel leer. Hunger thut weh, sprach der Oberhase und fing an, an einem Obstbaume der Kreischaussee zu nagen. Die Unterhasen folgten dem schlechten Beispiele und knabberten frisch darauf los, so daß bald 22 Stück Bäume mehr oder weniger die Folge dieser traurigen Genäschigkeit an sich trugen. Nun ist, wie in der Zeitung erzählt wird, vor Kurzem eine Strafe von 110 Thlrn., nicht gegen die verbrecherischen Hasen, sondern gegen ihren gastfreien Wirth verfügt worden, alldieweil derselbe drei Tage hindurch die Fütterung ausgesetzt und demgemäß Ursache fraglicher Baumbeschädigung sei, ins juristische Deutsch übersetzt, weil derselbe in Anbetracht aller vorhandenen Umstände der intellectuellen Urheberschaft aus Fahrlässigkeit schuldig zu erachten. 5 Thaler pro Stamm macht bei 22 Stämmen 110 Thlr. Punktum!

— Die Telegraphie hat's so weit gebracht, die Sonne zu überflügeln, denn seit Fertigstellung der directen Verbindung mit Indien kommt es nicht selten vor, daß Depeschen, welche um Mittag in Calcutta aufgegeben wurden, um 10½ Uhr Vormittags in London an die Adressanten ausgeliefert werden. Zwischen London und Teheran, dem Anfangspunkte der indischen Staatstelegraphen ist die Verbindung geradezu eine augenblickliche. — Die gute Stadt Bremen wurde durch das Nordlicht am Dienstag Abend in große Aufregung versetzt. Man glaubte allgemein, daß ein gewaltiges Feuer ausgebrochen sei und schob dasselbe schon irgend einem boshaften Welfen in die Schuhe. Die Feuerglocken wurden angeschlagen, Spritzen jagten durch die Straßen, Feuerleute irrten umher, vergeblich sich nach der Stelle der Brandstätte erkundigend, und Tausende von Menschen wogten auf den Plätzen und auf dem Walle. Erst allmälig legte sich die Aufregung.

Zwei Handwerksburschen, die noch zehn Meilen zu waudern hatten, trösteten sich, daß doch nur fünf auf Einen kämen.

Ehemals gab es Hofnarren, welche unter dem Scheine der Narrheit den Fürsten Weisheit sagten. Jetzt gibt es Hofphilosophen, welche unter dem Scheine der Weisheit, Narrheit sagen.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 8. April.

Im Betreffe der Aischthal-Eisenbahn sei ein Zusammentritt mit dem hiesigen Handelsstande zu veranlassen. — Die auf das bayr. Eisenbahnnetz bezughabenden Projekte, Gutachten, Kammerverhandlungen ꝛc. mit Karten und Plänen wurden vom Hrn. Bürgermeister in einer sorgfältig geordneten Sammlung der Magistrats-Bibliothek behufs künftiger Benützung zum Geschenke gemacht, was mit Dank acceptirt wurde. — Die der Frau Oberpostmeister Baumann dah. von der kaiserl. Acclimatisations-Gesellschaft zu Paris gewordene Auszeichnung durch Verleihung der Preismedaille 1. Klasse, (welche ihr im höchsten Auftrage durch den Hrn. Magistr.-Vorstand ausgehändiget wurde) für ihre Verdienste um die Zucht des japanesischen Eichen-Seiden-Spinners hat die anerkennende Genugthuung der k. Regierung hervorgerufen, wie aus einer Entschließung derselben sich ergiebt. Das Magistr.-Collegium sah sich mit Vergnügen veranlaßt, derselben beizutreten. — Der Maler- und Zeichnungslehrersgattin Frau Adrianna Schmitt dahier wurde durch das kgl. Cultusministerium die Bewilligung zur Errichtung eines Erziehungs-Instituts für Mädchen ertheilt, wovon derselben Kenntniß zu geben ist. — Dem Gärtner H. Mart. Burgis sei Wiederverehelichungszeugniß und dem Dekorationsmaler H. Kraft von hier z. Z. in München sei Verehelichungszeugniß (Heim.-Geb. 48 fl.) auszufertigen. — Die Aufstellung des Blumendepot zu Dekorationen im Leichenacker mit Beginn des Maimonat sei zu genehmigen. — Für die verlebte Leichenfrau im 2. St.-Distrikte sei die Maurergesellenfrau Ursula Krügel als s. g. Leichenbitterin aufzustellen u. zu verpflichten. — Die Anzeige des Restaurat. H. Math. Schuberth w persönlicher Ausübung des Brau- und Gastrechtes auf dem Grünbaum-Wirthshause dahier sei im Gewerbsanmelde-Register vorzutragen. — Dem Gärtner Hrn. Andr. Förtsch sei wegen unbefugter Güterversteigerungen Verwarnung zu ertheilen. — Das Gesuch des Malers H. Auerhammer um Vornahme von Gemäldeverloosungen in diesem Jahre wurde von k. Regierung genehmigt. — Aus Anlaß eines Berichts des H. Stadtthierarztes, die Abhaltung des Preiszuchtwiddermarktes bei der bevorstehenden Frühjahrsmesse sei eingehende Besprechung in der Tagespresse zu bewirken, um die öffentl. Aufmerksamkeit auf diesen wichtigen Gegenstand zu lenken. — Ein Gesuch der Vorstandschaft des hies. Frauenvereins zur Unterstützung bedrängter Wöchnerinnen und kranker Hausarmen behufs Verleihung korporativer Rechte sei der k. Regierung mit

Digitized by Google

Befürwortung in Vorlage zu bringen. — Von der Gründung eines Vereins hiesiger Bürgerssöhne unter dem Namen „Dörfla" sei Eintrag ins Verzeichniß der nichtpolitischen Vereine zu machen. — Der Antrag des Metzgermeisters H. G. Steinheimer, welcher kürzlich die Rindfleischlieferung für das Bürgerspital im Submissionswege um 17 kr. per Pfd. zugeschlagen erhalten hat und jetzt eine Erhöhung auf 18 kr. beansprucht, sei aus prinzipiellen Gründen abzuweisen. — Die Ausrechung der städt. Wiesen am oberen Hain und am Hutanger sei der Taglöhnerin Finzel um den Lohn von 50 fl. nebst dem Streuertrage für dieses Jahr zu überlassen. — Die Lieferung des Holzbedarfs für die hiesigen Wohlthätigkeitsanstalten im Submissionswege sei öffentlich auszuschreiben. — Der Holzverstrich im Spitalwalde zu Forst bei Trunstadt sei durch das Kassieramt abzuhalten; desgl. der Verstrich des Schälholzes und des sonstigen Holzanfalls in den Spitalwaltungen zu Roth und Sassendorf. — Die Kurkosten für das Waisenmädchen M. Förtsch seien aus der Stiftung der Krankenhauses zu vergüten. — In der Forderungssache gegen den Schmied Klein von Neuhausen sei Antrag auf zweitmaligen Verkauf des Anwesens desselbeu zu stellen. — Die Haushaltungsausgaben des Bürgerspitals für Februar l. J. seien im festgesetzten Betrage von 2259 fl. 49½ kr. zu verrechnen. — Für abgetragene Passivkapitalien der Stadtgemeinde zu 1327 fl. und 1003 fl. sei Verrechnungsordr. zu ertheilen.

Reichenhall in den bayerischen Alpen.

Eröffnung der Soolebad- und Molkenkur-Anstalt

Achselmannstein

am 1. Mai 1870.

(Direkte Eisenbahnverbindung über München und Wien.)

Das Kurhaus, auf einem der schönsten Punkte des Thales, in unmittelbarer Nähe der Gradirwerke und der neuen mit einer großen Soolen-Fontaine ausgestatteten Anlagen gelegen, bietet bei mäßigen und festen Preisen elegant und comfortable neu eingerichtete Zimmer, gute Küche und Keller, Bäder aller Art, sowie täglich frisch bereitete, längst als vorzüglich anerkannte Ziegenmolke und Kräutersäfte.

Für den Gebrauch der Traubenkur stehen im Spätsommer und Herbste Reichenhaller und Tiroler Trauben im Kurgarten zur Verfügung.

Mit der Anstalt ist auch ein Pensionat verbunden. Touristen finden im Kurhause eine erwünschte und zuvorkommende Aufnahme.

Anfragen und Bestellungen beliebe man an den unterzeichneten Besitzer der Kuranstalt zu richten.

Rinck.

Georginen.

Der rapide Fortschritt der Dalienzucht, die Fülle, die mannigfaltigen edlen neuen Formen, die Höhe des Strauches von 1—5 Fuß, der ununterbrochene Flor vom Juni bis zum Froste im Herbste in den zartesten Nuancirungen machen diese Blume allgemein beliebt und bewirken einen erfreulichen Absatz ins Ausland.

Die „Georgine" ist die Zierde des Gartens, liefert uns die prächtigsten Bouquets und ist besonders geeignet zu Verzierungen in Kirchen und Dekorationen bei jedweder Feierlichkeit.

Man schneidet die Blumen ab, trennt sie vom Stiele, durchsticht sie mit einem dünnen Drahtstifte und schlägt die Spitze desselben auf ein vorher geformtes leichtes Holz oder starken Pappendeckel ein und bildet so nach Belieben jede Figur im Großen, wie etwa bei Stickereien mit Wolle im Kleinen.

Die Sendungen sind seit 10 Jahren alle nach Nummern registrirt und werden bei Wiederbestellungen nur neue Sorten effektuirt, wie seither geschehen. Ich erlasse in ermäßigten Preisen Matadoren zu 9 kr. Liliputen mit Zwerg-Georginen zu 9 kr., Großblumige zu 6 kr.

Die Versendungen geschehen in zuverlässigen Knollen, gezeichnet nach Nummern des Katalogs und erfolgen auf vorheriger Einsendung des Betrags oder sicherer Anweisung In Ermanglung von beiden wird der Betrag durch Postnachnahme gedeckt. Auslagen werden berechnet.

Gefl. Aufträgen sieht entgegen mit Hochachtung

Dippach, bei Eltmann. **Knab**, Lehrer.

Ingen. C. Weitzel, Dir. **Technicum Mitweida** bei Chemnitz, Sachsen.

technische Lehranstalt für Maschinenbau.

Anfang des Sommerkurses 20. April. — Prospekte werden gratis u. franko gesandt.

Gesellen-Verein.

Sonntag Abends 8 Uhr

Generalversammlung

der Mitglieder.

Der Präses.

Pensionat zu St. Mauritz bei Münster

für Töchter gebildeter Stände.

Eltern und Vormündern machen die Schwestern des vom h. Franz von Sales gestifteten Ordens der Heimsuchung Mariä die ergebenste Anzeige, daß sie zu St. Mauritz bei Münster in unmittelbarster Nähe der Stadt u. zweier Eisenbahnen ein Pensionat für Töchter gebildeter Stände eröffnet haben, welches nebst der religiösen Erziehung im Geiste der heil. kath. Kirche die höhere, wissenschaftliche Ausbildung und die Unterweisung in den für das praktische Leben nöthigen und nützlichen Kenntnissen und Fertigkeiten bezweckt.

Nähere Auskunft und Prospectus ertheilt die Oberin des Klosters der „Heimsuchung Mariä" zu St. Mauritz bei Münster in Westfalen.

100 tüchtige Rollbahnarbeiter

finden dauernde Beschäftigung bei sehr gutem Verdienste bei den Bau-Unternehmern

Hohmann u. Cuhn,

Oerlenbach bei Bad Kissingen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 86. Dienstag, den 12. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Rede des Abg. Lukas in der Preßdebatte.

„M. H.! Es ist einmal in diesem Hause gesagt worden, daß es ein Erforderniß der parlamentarischen Artigkeit sei, immer dem Vorredner zuerst Antwort zu geben. Diesen Grundsatz mir aneignend, werde ich auf das, was ich auf die Aeußerungen der Hrn. Vorredner zu sagen habe, mit dem Letzten zu beginnen mir erlauben.

M. H., wir stehen in diesem Augenblicke wieder an dem nämlichen Punkte, wo wir standen, als ich zum ersten Male in diesem Saale das Wort ergriff. Wir haben wieder begonnen, uns gegenseitig mit Recriminationen zu bekriegen über Haltung und Ton der beiderseitigen Presse. Mit diesem Thema bin ich alle Tage schlagfertig und alle Tage bin ich gerne bereit, auf jedes unrechte Wort, das Sie uns aus unserer Presse herauspflücken, zehn solche aus der ihrigen entgegenzugeben. Der Hr. Abg. Fischer hat eine Stelle angeführt aus einem Münchener Blatte, die allerdings, wenn man sie pressen wollte, anzüglich gedeutet werden könnte. Ich will Ihnen eine andere Stelle entgegenhalten. Diese Stelle ist aus dem offiziellen Organ des bayerischen Schullehrervereins entnommen. Sie war enthalten in der „Bayr. Lehrerzeitung." Nun, in dieser Zeitung ist der Papst vor noch gar nicht langer Zeit „der Türke in Italien" geschimpft worden! Ich glaube, dieser Ausspruch wiegt vollständig das auf und läßt sich an Feinheit, Zartheit und Eleganz vollständig mit dem messen, was der Hr. Abg. Fischer vorgebracht hat. Der Hr. Abg. Fischer hat für gut befunden, sich weitläufig über den Prozeß, der gegen das Allgäuer Volksblatt kürzlich vor dem Schwurgerichte sich abgewickelt hat, auszulassen. Er hat bedauert, als er von der Rede des Staatsanwalts Barsch sprach, daß der Vertheidiger ihm gegenüber weniger glücklich gewesen sei als der Staatsanwalt. M. H., Sie werden mit mir gefühlt haben, wie zart und besonders kollegial, wie ausgezeichnet fein diese Aeußerung des Hrn. Fischer gewesen ist. Ich will Ihnen aber etwas sagen: hätte ich mich in die Rolle einer der beiden Herren, des Staatsanwalts Barsch oder des Herrn Vertheidigers (Dr. K. Barth) bei dieser Verhandlung zu setzen, so würde ich viel lieber die des unterlegenen Vertheidigers wählen als die des siegreichen Staatsanwalts. Denn ich frage Sie, ob es in der Geschichte unserer Schwurgerichte schon einmal vorgekommen ist, daß ein Staatsanwalt solche historische Schnitzer begangen hat wie der Staatsanwalt Barsch in Augsburg es gethan hat? Er verwechselte bekanntlich die Regierungsepoche Max I. und Max II. So viel historische Kenntnisse sollte man doch von einem Staatsanwalt, der das große Wort in öffentlichen Verhandlungen führt und es so großartig führt, wie der Hr. Staatsanwalt Barsch in Augsburg, doch wohl voraussetzen dürfen, daß ihm dergleichen nicht passiren könnte. Hr. Abg. Fischer hat gesagt, die Verwechslung sei ohne Einfluß gewesen auf den Ausgang des Processes; aber, m. H., diesen Ausspruch möchte ich doch bezweifeln. Sie haben die Stelle gehört, sie ist vorgelesen worden. Es wird darin erzählt, daß der König Max alle Klöster aufgehoben habe, daß er die Aufklärung auf alle mögliche Weise befördert, aber viele religiöse Gebräuche mit Gewalt unterdrückt habe u. s. w. Wenn nun den Geschwornen gesagt wurde: Da seht einmal, das wird Alles gesagt über unsern unvergeßlichen König Max II., den Ihr selber gekannt habt, von dessen Güte und Wohlwollen Ihr selbst Beweise erhalten habt, in solcher Weise ist er verleumdet worden, das sagen sie ihm nach die Ultramontanen, so sind die ultramontanen Blätter und das angeschuldigte Blatt da ist auch eins davon und sein Redakteur ist einer von den schwärzesten, nun urtheilt, was in diesem Falle zu thun sei — wenn man die Sache in solcher Weise den Geschwornen nahe legte, so meine ich, m. H., eine solche Verwechslung, eine solche Sprache könne allerdings von großem Einflusse auf den Wahrspruch eines Schwurgerichts sein!

Der Hr. Abg. Fischer hat sich auch mit dem § 13 des Concordats beschäftigt in einer Weise, daß man sich fragen muß, ob etwa der Artikle nicht mehr zu Recht besteht in Bayern und wodurch er denn beseitigt worden sei? Wenn er aber zu Recht besteht, erlaube ich mir das hohe Haus zu fragen, ob jemals Einer der Herrer etwas davon gefühlt hat, daß solche

Digitized by Google

Consequenzen daraus gezogen worden, wie der Hr. Abg. Fischer sie zog? M. H., versöhnen läßt sich am Ende Alles. Ich kann den Hrn. Abg. Fischer versichern, er soll sich nur eine deutsche Bibel kaufen, so deutsch wie möglich. Er soll sie nur fleißig lesen, es wird sie ihm Niemand nehmen. (Große Heiterkeit.)

Dann, m. H., muß ich mir kurz erlauben, auf einige Aeußerungen zurückzukommen, die der Hr. Abg. mir vis a vis vorhin in seiner Rede gemacht hat. Der Hr. Abg. Herz hat gesagt, die geistlichen Herren hätten sich die Angriffe, welche besonders in den letzten Jahren heftiger gegen sie erfolgt seien, selber zugezogen; denn sie seien als Korporation in die politische Agitation eingetreten.

M. H., ich muß das entschieden verneinen. Wir haben ja in Bayern Bischöfe, die ganz gewiß nicht in die Agitation eingetreten sind, die sich der Agitation theilweise sogar widersetzt haben. Es ist in diesen Räumen schon oft ein Name genannt worden (Döllinger,) für den man eine sehr große Verehrung an den Tag legte. Der Mann, dem der Name gehört, zählt doch auch zur Korporation des bayrischen Klerus und ist doch nicht eingetreten in politische Agitation. Man wird wohl auch auf jener Seite des Hauses zugeben, daß es ganze Orden in Bayern gibt, gegen die nicht einmal der Verdacht entstanden ist, als ob sie in die politische Agitation eingetreten seien. Der Klerus betheiligte sich an der politischen Agitation nicht als Korporation, sondern der einzelne Geistliche hat es für sich gethan, als einzelner Mann, als Staatsbürger. Der Priester hat seine Rechte als Staatsbürger benützt in einer Weise, wie jeder Andere sie auch benützt hat.

Ferner hat Hr. Redner vis-a-vis vorhin gesagt, die Sprache, welche die geistlichen Herren bei ihrer politischen Agitation geführt, diese Sprache sei Schuld, daß man ihnen in ähnlichen Ausdrücken, also in so heftiger Weise erwidert habe. Auch das muß ich ganz entschieden in Abrede stellen. Ich bin einer von denen, die an der politischen Agitation Theil genommen haben. Ich habe sehr oft öffentlich gesprochen, vor großen Versammlungen. Was ich gesprochen habe, ist fast ausschließlich immer gedruckt worden, so daß es alle Welt, die es lesen wollte, hat lesen können. Und, m. H., ich fordere Jeden auf in diesem Saale, mir einen einzigen beleidigenden Ausdruck nachzuweisen, dessen ich mich bedient hätte, meinen politischen Gegnern gegenüber. Habe ich jemals mein politischen Gegner „Verräther Bastarde" genannt? Habe ich mir jemals herausgenommen zu sagen: man solle unsern politischen Gegnern „die Schädel einschlagen"? — Ich breche ab, obwohl wir noch eine ganz schöne Anthologie solcher überaus gebildeter u zarter Aeußerungen von jenseits zu Gebote stände. Ich breche ab, aber mit dem Protest, daß durch unsere Sprache eine solche gerechtfertigt oder auch nur provocirt sei. Mir ist es wenigstens nicht bewußt, daß je sich ein Geistlicher, der sich an der politischen Agitation betheiligt hat, solcher Ausdrücke bedient hätte gegenüber seinen politischen Gegnern, wie die sind, welche ich eben angeführt habe. Ich fordere Sie auf, mir Einen zu nennen, der je seine Gegner „Verräther-Bastarde" genannt hat!

Hr. Abg. Herz hat sich veranlaßt gefunden, uns Geistlichen zu sagen, die Sprache, die wir führen sei nicht die Sprache des göttlichen Heilandes. Die Sprache, welche der göttliche Stifter unserer hl. Religion geführt hat, habe Liebe geathmet, die unserige nicht, sondern das Gegentheil hievon. Ja der göttliche Heiland hat eine Sprache voll Liebe geführt, aber doch nicht immer. Als er die Stricke ergriff und die Käufer und Verkäufer aus dem Tempel hinaustrieb, hat er eine andere Sprache geführt. Die Geistlichen fangen eben auch an, die Stricke zu ergreifen, die Tempelschänder zu vertreiben; aber auch in diesem Momente hören Sie nicht, daß wir unsere Gegner „Verräther-Bastarde" nennen.

Noch etwas muß ich beifügen, obwohl ich den göttlichen Heiland nicht gern in die Debatte hereinziehe. Der göttliche Heiland ist allerdings ganz Liebe gewesen und hat sich nicht in Politik gemischt; gleichwohl ist er gekreuzigt worden und zwar aus einem politischen Motiv. Er wiegele das Volk gegen die römischen Kaiser auf, hat man gesagt. Ich will nicht sagen, daß der heutige Klerus in Allem dem göttlichen Heiland gleichsteht, aber den Vorwurf der Volksaufwiegelung erhalten wir heute, wie Er damals erhalten hat.

Ich muß mir noch ein Wort erlauben auf eine Aeußerung, welche der Hr. Abg. Herz hat fallen lassen. Er hat uns daran erinnert, daß ein paar Münchner Blätter sich so eifrig und so scharf mit den Juden befassen. Wenn wir nicht gerne unsere Religion verspotten und verhöhnen ließen, warum thun wir es dann den Juden? Ich könnte mich nicht erinnern, m. H., daß ich jemals in einem patriotischen Blatte einen Angriff gelesen hätte auf die Juden als Religionsgesellschaft, daß ich jemals Angriffe, Hohn und Spott auf die Religion der Juden, auf die jüdischen Rabiner, auf ihr Ceremoniell, ihre Gebräuche, überhaupt eben auf die jüdische Religion wahrgenommen hätte. Wenn unsere Blätter sich mit den Juden beschäftigt haben, so verarbeiteten sie dieselben nicht als Religionsgenossen, sondern um ein recht mildes Wort zu gebrauchen, als Spekulanten. Ob sie dazu eine Veranlassung haben, möge ein Blick lehren auf Europa, auf Deutschland, auch nur auf München.

Ganz Europa ist den Juden anheimgefallen, die Völker sind ihnen zins- und tributpflichtig geworden. So ist es auch in Bayern; und schauen Sie nur in den Straßen Münchens herum: wem gehören die schönsten Häuser? (Gelächter links.) M. H., das ist zum Weinen und nicht zum Lachen: Lachen

Sie aber immerhin, das Land wird nicht lachen, auch nicht über Ihr Lachen. Uebrigens breche ich ab; ich will Niemand verletzen, auch nicht einmal die Juden; aber solche Aeußerungen, wie sie uns hier entgegengehalten worden, werden wir stets zurückweisen mit aller Entschiedenheit. (Schluß folgt.)

Inland.

München, 7. April. Aus der 28. öffentl. Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Am Ministertische: die k. Staatsminister v. Lutz, v. Schlör, v. Braun. Den Vorsitz führte der 2. Präsident Graf v. Seinsheim. Abg. Eder erstattete über den Vortrag der Abg. Frankenburger u. Gen., die Revision des Edikts über die Freiheit der Presse ꝛc. betr., Vortrag und empfahl den Vorschlag des 4. Ausschusses, es wolle dem Antrage die Zustimmung ertheilt werden, zur Annahme. Dr. Frankenburger entwickelte nun in einem eingehenden, trefflichen und gründlichen Vortrage die Nothwendigkeit und Dringlichkeit einer Revision des Preßgesetzes. Er tadelt die polizeiliche Beschlagnahme als ein Stück der veralteten Zensur und spricht sich gegen das Verbot des Hausirens mit Preßerzeugnissen. Mit dem Berichtigungswesen könne die Regierung auch ein Blatt vollständig ruiniren, weil den Behörden bezüglich der Berichtigungen kein Maß und kein Ziel vorgeschrieben, ja der Maßlosigkeit Thür und Thor geöffnet sei. Ebenso könne die Regierung jeder Zeitung den Postdebit entziehen, weil eine Bestimmung nicht besteht, welche der Regierung das verbietet. Wenn der Redakteur gehalten ist, die Verfasser der Artikel zu nennen, dann wird ein großer Theil seiner Mitarbeiter es bleiben lassen, Artikel zu schreiben. Nachdem Redner noch betont hatte, daß er in keiner Weise die Aufhebung der Schwurgerichte in Preßsachen wünsche, denn die Geschwornengerichte hätten uns die Preßfreiheit, wie wir sie zur Zeit haben, noch erhalten, empfahl er wiederholt seinen Antrag zur Annahme. — Minister v. Lutz antwortet, daß bei uns in Bezug auf Preßfreiheit kein fühlbarer Mangel und also auch kein Bedürfniß zur Revision der Preßgesetzgebung besteht, denn in Bayern herrscht wirklich Preßfreiheit. Dr. Ruland steht auf uraltem Standpunkt, den auch der im Volke Frankens immer noch fortlebende Bischof Franz Ludwig eingenommen hat, welcher sagt: „Die Presse ist nichts anderes als das Mittel der Publicität. Sie soll die Schäden aufdecken und das Unrecht zittern machen, aber sie soll auch nicht zittern, wenn sie für das, was sie erzeugt hat, verantwortlich gemacht wird.“ Bei Gesetzen komme es immer auf die Anwendung an. Dr. Westermayer: Das Preßgesetz vom Jahre 1850 sei als ein Fortschritt zum Schutz gegen den Mißbrauch der Presse begrüßt worden. Es komme jedoch Alles nur auf die Behörde an, welche das Gesetz handhabt. Ist sie loyal, wird sie es loyal handhaben, ist sie illoyal, wird sie einen illoyalen Gebrauch machen. Das Gesetz gegen Mißbrauch der Presse vom Jahre 1850 habe gar nichts genützt. Ueber den Stand der Geistlichen sei seit Jahren tagtäglich in der Presse eine Schilderung gemacht worden, daß die Zuchthäusler noch wahre Goldjungen dagegen seien. Wo hätte nun für diesen Stand ein Schutz in der Presse bestanden? Er und seine Standesgenossen wollten weiter nichts, als dem rechtschaffenen Arbeiter an die Seite gestellt zu werden, den man auch keinen Betrüger schelten dürfe, während man ihnen täglich sage, sie seien blos dazu da, um die Leute zu betrügen. Der Grund des Hasses gegen die katholische Geistlichkeit in der Presse sei der nämliche, wie gegen die protestantische Geistlichkeit; es sei lediglich der Haß gegen das positive Bekenntniß des Christenthums. Es gibt für diese Leute keinen persönlichen Gott und keine unsterbliche Seele — und auf Grund der Gewissensfreiheit dieses kleinen Häufleins müsse sich die ganze katholische und protestantische Bevölkerung fügen. Das, was uns Allen gemeinsam ist, der Glaube an die Erlösung durch das Kreuz, ist es, das fortwährend angegriffen wird, indem man die kath. Geistlichen Ultramontane und die Träger des prot. Glaubens Mucker nennt. Wenn die Regierung ihre eigene Autorität nicht untergraben wolle, so dürfe sie auch die Autorität des geistlichen Standes nicht untergraben lassen. Es sei eine alte Erfahrung, daß mit dem Altar auch der Thron zusammenbreche. Redner kommt nun auf das Wahlausschreiben des vorigen Ministers des Innern und bittet den jetzigen Minister des Innern, seine Politik, die Preßpolitik zu erkennen zu geben, damit er und seine Genossen sich darnach richten können.

Justizminister v. Lutz: Er für seine Person werde in Zukunft gerade so handeln, wie bisher, er werde nicht eingreifen in die Thätigkeit der Gerichte. Den Schutz, den das Gesetz gewährt, dürfen Sie (zur rechten Seite) mit allem Recht in Anspruch nehmen und erwarten; aber erwarten Sie nicht, daß das Gesetz zu ihren Gunsten gehandhabt werde.

Dr. Huttler wünscht, daß das ganze Confiscationswesen aufgehoben werde, mit Ausnahme der Beschlagnahme der staats- und sittengefährlichen Erzeugnisse. Er kommt auf die Preßprozesse in Augsburg zu sprechen und spendet dem Staatsanwalt Barsch ein Lob, das ziemlich einem sehr großen Tadel gleichkommt. Herz spricht ebenfalls für vollständige Freigebung der Presse und Colportage.

Dr. Ant. Schmid: Nach den bisherigen Erfahrungen habe die Religion gegen Beschimpfung und die Regierung in ihrem Ansehen nicht geschützt werden können, deßwegen wünsche er vollkommene Preßfreiheit. Dr. Schleich warnt vor Aufhebung des dermalen bestehenden Postdebits, weil durch eine solche Aufhebung die Existenz einer großen Anzahl kleiner Blätter gefährdet wäre. Fischer polemisirt

Digitized by Google

gegen Westermayer, welcher jene Zeit zurücksehne, in welcher die Polizei ein Blatt confiscirte, weil es die Rede eines der Opposition angehörenden Kammermitgliedes abdruckte, und wo der Ministerpräsident erklärte, daß die Polizei ihre Befugnisse nicht überschritten habe. Lukas erhebt sich schlagfertig wie immer (s. oben).

Staatsminister v. Braun erklärte sich mit Allem, was der Justizminister auf die Anfrage Westermayers gesprochen hat, einverstanden. Was den vorliegenden Antrag betrifft, sprach sich Redner gegen denselben aus. Die völlige Freigabe der Colportage von Schriften würde zu großen Mißbräuchen führen, und gerade der Unfug, welcher im Jahre 1848 durch den Gassen-Schriftenhandel getrieben wurde, habe die Bestimmung des Preßgesetzes, welches die Colportage verbietet, veranlaßt. Nachdem noch Minister v. Lutz bemerkt hatte, daß das „Vaterland" öfter als jedes andere Blatt Artikel enthält, in welchen an den Grenzen des Erlaubten hart vorbeigegangen wird, — wurde der Antrag, wie bereits gemeldet, beinahe einstimmig angenommen.

München, 10. April. In der heut. Sitzung d. K. d. Reichsräthe wurden die Reichsräthe v. Neumayer u. v. Böcking beeidigt. Der Gesetzentwurf über den außerordentl. Militärkredit zur Anschaffung von Rückladungsgewehren wurde in der Fassung d. K. d. Abg. einstimmig „angenommen," so daß Gesammtbeschluß hierüber erzielt ist; ferner wurde der Antrag d. K. d. A. auf Abänderung des Art. 6 der Gemeinde-Ordnung in Betr. der Bürgermeistereien in der von Frhr. v. Schrenk vorgeschlagenen modifizirten Fassung mit allen gegen 11 St. angenommen.

In der heutigen 29. öffentl. Sitzung d. K. d. Abg. wurde, nach Bekanntmachung der allerh. Entschließung betr. Verlängg. des Landtags bis 24. Mai über die Rechnungsnachweisungen der k. Staatsschuldentilgungsanstalt berathen und nach längerer Debatte einstimmig beschlossen, es sei den Zu- und Abgängen an dem Aktiv- u Passivstande der Staats-Schuld laut Generalrechnung pro 1866|67—68 Zustimmung zu ertheilen u. den Rechnungsnachweisungen über die Verwendung der Staatseinnahmen für die Staatsschuld und über den Stand der letzteren sowie den Nachweisungen der Grundrentenkassa Anerkennung zu ertheilen. Hierauf wurde an Se. Maj. die Bitte gerichtet, noch an den gegenwärtigen Landtag eine Gesetzesvorlage bringen zu lassen, welche eine weitere Ueberweisung von Grundrenten der Stiftungen, Gemeinden u. Privaten an die Grundablösungs-Kassa herbeizuführen geeignet ist. Hierauf beantwortete der Minister v. Lutz die Interpellation d. Abg. H. Pf. Mahr (s. Nr. 80 v. 5. ds.) dahin, daß alle Sammlungen in den Schulen unbedingt verboten, aber außerhalb derselben dem Vereine keine Schwierigkeit in den Weg zu legen sei, da auch kein Gesetz und keine obrigkeitliche Anordnung den Behörden die Aufgabe, dagegen einzuschreiten setzte.

Gegenwärtig finden Besprechungen statt, ob alle Abgeordneten, die ebenfalls dem Zollparlamente angehören, nach Berlin gehen, da ohnstreitig die Arbeiten des bayr. Landtags wichtiger und die Aufgabe des bevorstehenden Zollparlaments eine sehr untergeordnete ist. So würden von den 22 Zollparlaments-Mitgliedern, die unserer Abgeordnetenkammer angehören, verlieren: die patr. Partei 14, das Direktorium die beiden Sekretäre, der Ausschuß für das Tax- u. Stempelgesetz 4 und der Finanzausschuß sogar fünf Mitglieder.

München, 8. April. Von dem Abg. Lucas ist heute ein Antrag über Abänderung des Vereinsgesetzes vom 26. Febr. 1850 zur Vertheilung gekommen.

Wien, 11. April. Die „N. Fr. Pr." meldet: Die Verständigung Potozki's mit Taaffe ist zu Stande gekommen; letzterer übernimmt die Ministerien des Innern und der Landesvertheidigung. Depretis wird Handelsminister. Die Ernennung Potozki's u. Taaffe's sind unmittelbar bevorstehend. Zugleich werden durch ein Patent des Kaisers der Reichsrath und die Landtage aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden; auch wird das Ministerium ein Programm nebst dem Entschluß veröffentlichen sich nach den Neuwahlen parlamentarisch zu ergänzen.

Ausland.

Pest, 8. April. Die ungarischen Bischöfe sind theils gestern vom Concil zurückgekommen, theils werden sie nächster Tage erwartet. — Die Reorganisation des Oberhauses soll nunmehr von der Regierung ernstlich in Angriff genommen werden. Auf Andrassy's Aufforderung wurde ein Comite aus hochgestellten Beamten und Deputirten zusammengestellt, daß sich bereits mit Deak in Verbindung gesetzt hat. — Bischof Stojkowits, der Administrator der serbischen Metropolie, hat den serbischen Congreß auf den 5. Mai nach Karlowitz einberufen.

Paris, 10. April. Gestern fand Ministerrath statt; der Rücktritt des Ministers Buffet ist gewiß, jener Daru's wahrscheinlich. Rücksichtlich der Wahl ihrer Nachfolger ist noch nichts entschieden. Die übrigen Minister verbleiben im Amte.

Florenz, 9. April. Die mazzinistische Bewegung dauert fort, die Offiziere sind in den Casernen consignirt; in Neapel sind viele für Palermo bestimmte Dolche confiscirt worden.

Rom, 9. April. In der Deputation des Schema von der Kirche machen sich drei Parteien geltend: die Mehrzahl fordert Umarbeitung des Unfehlbarkeits-Schema, 56 sprechen sich gegen die Opportunität, 49 gegen das Dogma selbst aus, weil dasselbe unkirchlich sei. (Pr.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 87. Mittwoch, den 13. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Rede des Abg. Lukas in der Preßdebatte.

(Schluß.)

Nun komme ich zu dem Thema, das uns eigentlich heute beschäftigt, nämlich zur Frage der unbedingten nnd absoluten Preßfreiheit. Sie werden mir zugeben, daß ich, nachdem ich hier schon wiederholt behauptet habe, ich sympathisire mit der Freiheit überall, wo ich ihr begegne, daß ich also hier vor einem etwas spinosen Apropos stehe. Ich unterscheide in dem Thema der Preßfreiheit die theoretische und praktische Seite. In der Theorie kann von einer unbedingten schrankenlosen Preßfreiheit keine Rede sein, denn das Gesetz muß überhaupt alle menschlichen Verhältnisse ordnen; wo ein Verbrechen begangen werden kann, muß auch die Strafe folgen können. Man sagt allerdings: wenn euch dies oder jenes nicht gefällt in diesem oder jenem Blatt, so gibt es auch noch andere Blätter. Klärt in diesen das Volk auf durch Berichtigungen über Lügen, die vorgebracht wurden; stellt zurecht Verleumdungen, die euch entgegengeschleudert werden. Diese Lehre erinnert mich an die Geschichte des Kaisers Kaligula, wenn ich nicht irre, der den Leuten die Füße abgeschlagen hat, um den Herkules zu spielen, und der ihnen dann Goldstücke gab, um die Beine wieder anheilen zu lassen.

Es ist ganz richtig, unser Bauer hat das Recht, Samen auf das Feld zu streuen; wenn aber der nächste beste Bube das Recht hat, diesen Samen wieder auszureißen, so halte ich das nicht für Freiheit, und wenn das Gesetz es verbietet, es dürfe das nicht stattfinden, so ist das Gesetz am rechten Orte und ist durchaus nicht zu beseitigen. Es läßt sich also die absolute Preßfreiheit absolut nicht rechtfertigen. Sehen Sie: unsere Verwaltungsbeamten und -Behörden haben das Recht an den Straßen hin Bäumchen zu pflanzen, um mit der Zeit Alleen heranzuziehen. Wenn aber jeder Andere das Recht haben sollte, diese Bäumchen wieder auszureißen, was würde das für ein Zustand? Wir haben allerdings das Recht, in unserer Presse die Wahrheit zu predigen, wenn aber Andere das Recht haben sollen, Verleumdungen zu säen, was soll da für ein Zustand herauskommen? Und daß die Presse heutzutage schon so weit gekommen ist, Verleumdungen für sich als politisches Recht in Anspruch zu nehmen, dafür hat erst die allerneueste Zeit einen merkwürdigen Beleg geliefert. Bei dem Staatsprozesse in Tours hat der Journalist Fonvielle behauptet oder vielmehr er ist überwiesen worden, einmal behauptet zu haben: „Verleumdung ist unsern politischen Gegnern gegenüber eine erlaubte Waffe." Solchen Aeußerungen und solchen Zuständen gegenüber von absoluter Freiheit zu sprechen, das geht nicht an, wenigstens nicht in der Theorie.

M. H., was würden Sie sagen, wenn draußen auf der Straße der nächste beste herginge und würde den einen oder den andern Vorübergehenden herunterhudeln u. ihm alle möglichen Sottisen an den Kopf werfen? Ganz gewiß würden Sie gegen solche Vorgänge die Polizei zu Hilfe rufen. Wenn man aber dasselbe thut in einem Blatte und es noch ärger thut, soll da die Polizei nichts drein zu reden haben? Sie haben alle eine so große sittliche Entrüstung empfunden gegen das Haberfeldtreiben, das vor ein paar Jahren im Oberland droben passirte. Wenn aber die Zeitungsschreiber ein Haberfeldtreiben aufführen, ein Haberfeldtreiben, das noch nennmal ärger ist, als das, welches man dort dort aufgeführt hat, soll das in der Ordnung sein? Das Haberfeldtreiben in einen „obskuren Winkel" Oberbayerns ist eine Kleinigkeit gegen das Haberfeldtreiben einer Zeitung, die vielleicht in ganz Deutschland gelesen wird.

Also in der Theorie läßt sich die unbeschränkte Preßfreiheit nicht vertheidigen. Aber in der Praxis, unter unsern Verhältnissen, unter den Zuständen, in denen wir einmal sind, läßt sie sich vertheidigen, und darum werde ich für den vorliegenden Antrag stimmen.

Se. Exc. der Hr. Justizminister hat heute gesagt, wir hätten in Bayern eine Preßfreiheit, die gar nichts zu wünschen übrig lasse. Ich gebe nun das zu: wir haben eine starke Preßfreiheit, aber nicht gerade gewachsen ist sie, sondern etwas unterwachsen, schief und einäugig scheint sie mir zu sein. Es haben heute schon mehrere Redner vor mir ihre Beispiele aus Blättern zu entnehmen sich erlaubt,

Digitized by Google

darum wird es auch mir gestattet sein, das Gleiche zu thun und ich werde ein Blatt zum Paradigma nehmen, dem Sie auch schon oft die Ehre angethan haben. Der Unterschied wird nur der sein, daß Sie Steine darauf werfen und ich es vertheidige. Es ist das „Vaterland" und Sie mögen aus meinem Auftreten sehen, wie sehr uns die Angriffe von Ihrer Seite einschüchtern!

Das „Vaterland" besteht jetzt, so viel ich weiß, ein Jahr. Während dieses Jahres ist es fünfzehnmal konfiszirt worden und es wurden einige 40 Untersuchungen gegen dasselbe eingeleitet und durchführt — eingeleitet und durchgeführt ohne allen Erfolg! Ich wiederhole eingeleitet und durchgeführt — 15 Konfiskationen und mehr als 40 Untersuchungen ohne allen Erfolg! Das ist denn doch eine ganz merkwürdige Illustration zur bayerischen Preßfreiheit. M. H., es ist vorgekommen, daß dieses Blatt in 10 Tagen fünfmal konfiszirt wurde, es ist vorgekommen, daß das kgl. Appellgericht an einem Tage 6 Nummern freigegeben und es ist vorgekommen, daß dasselbe kgl. Appellgericht an einem einzigen Tage 21 Untersuchungen gegen dieses Blatt niederschlug. Nun, m. H., ich vertheidige nicht jeden Ausdruck und jeden Artikel des „Vaterland", ich vertheidige nicht Alles und Jedes was dieses Blatt bringt oder thut; ich habe keinen Beruf und keinen Anlaß dazu; aber ich frage Sie, sind das nicht merkwürdige Belege für die Preßfreiheit, deren wir uns in der letzten Zeit in Bayern zu erfreuen hatten, und habe ich da Unrecht gethan als ich sagte, wir haben eine famose Preßfreiheit, aber sie scheint einseitig zu sein? Ich bitte Sie, m, H., auf jener Seite des Hauses, auch ein Blatt Ihrer Richtung zu nennen, daß so oft konfiscirt worden ist (Unruhe und Lärm links, Völk ruft: „Wir brauchen keine solche Blätter!" Mahr: Aber Sie haben sie schon!) und wenn das der Fall wäre, so bin ich der Erste, der zu Ihnen hilft, wenn solches vorkommt. (Fortdauernde Unruhe links.)

M. H., es ist recht merkwürdig und recht lehrreich für unsere Zustände, die eine oder andere konfiscirte Nro des „Vaterland" durchzugehen und zu betrachten, warum dieselbe konfiscirt worden ist. Eine Nummer hat bezüglich der bayr. Rechtsgleichheit eine ganze Summe von Thatsachen gemeldet, kein Wort Räsonnement stand dabei, einfache dürre Thatsachen waren es, der Reihe nach aufgeführt, — die kgl. Polizeibehörde hat konfiscirt aäf Grund des Artikels wegen Verbreitung wissentlich falscher Nachrichten! Der kgl. Polizeidirektor hat nicht glauben können, daß das wahr ist, was aufgeführt wurde, und es ist wahr gewesen und weil es wahr gewesen ist, hat das k. Appellgericht die Nummee freigegeben und freigeben müssen.

Eine andere Nummer dieses Blattes meldete eines Tages, daß in Niederbayern in der Gegend von Hauzenberg Viehsalz verkauft worden sei, das den Kühen geschadet habe. Diese Nummer wurde auch konfiscirt auf Grund des Artikels „wegen Verbreitung wissentlich falscher Nachrichten." Die kgl. Polizeibehörde in der Weinstraße dahier kann natürlich wissen, was in Hauzenberg für ein Viehsalz verkauft worden ist! Und so hat man konfiscirt.

Eine dieser Nummern — doch ich will abbrechen (Bravo vom Fortschritt), ich verfolge solche Themate nicht gern. Wenn Sie uns aber provociren, wenn Sie es thun, m. H., so bin ich jeder Zeit bereit, Antwort zu geben. Ein Redner vor mir hat geäußert, es sei allerdings schon vorgekommen, daß einzelne politische Blätter konfiszirt, prozessirt und verurtheilt worden seien wegen Artikel, die sie aus anderen Blättern herübergenommen haben, während andere Blätter dafür nicht konfiszirt, und processirt und nicht verurtheilt worden sind. Man hat gesagt, das sei eine Anomalie, allein wenn zwei miteinander stehlen, so nimmt man eben den, welchen man erwischt. Diesen Vergleich kann ich nicht als zutreffend anerkennen. Einen andern will ich Ihnen sagen. Was würden Sie sagen, wenn Sie in einen Laden gehen und sich da einen Bund Cigarren kaufen und wenn Sie herauskommen, werden Sie arretirt und man sagt Ihnen, diese Cigarren sind gestohlen, du hast sie zwar nicht gestohlen, aber du besitzest sie jetzt, deswegen wirst du jetzt arretirt, weil man den Andern, der sie gestohlen hat, nicht haben kann? Das trifft zu, m. H., das andere nicht. Nach meiner Ansicht und nach meinem Rechtsgefühl kann ein Blatt deshalb, weil es einen Artikel übernahm aus einem andern bayr. Blatte, gar nicht processirt werden.

M. H., es ist auch, ich glaube vom Hrn. Abg. Frankenburger davon gesprochen worden, es sei als eine Wohlthat zu betrachten, daß die Schwurgerichte über Preßvergehen kompetent seien. Ich stimme damit überein, will aber damit nicht sagen, daß etwa die Schwurgerichte in allen Preßfällen ganz objektiv und unbefangen urtheilen. Es gibt viele Vorkommnisse aus der neuesten Zeit, die auch zu gegentheiligen Gedanken bringen könnten. Ich habe eine ganz andere Idee, m. H., ich glaube, es wird dahin kommen, daß sich die Blätter noch in verschiedene Provinzen ausscheiden müssen je nach der Farbe der Blätter und je nach der Farbe der Provinzen. Ich glaube, es könnte eine Zeit kommen, daß z. B. in Mittelfranken oder in Oberbayern ein patr. Blatt gar nicht riskiren könnte, vor das Schwurgericht gestellt zu werden. Ich behaupte nicht, daß wir bereits in diesem Stadium der Entwicklung leben, aber es könnte dahin kommen. Nun m. H., ich habe schon das Erstemal, als ich über unsere Preßzustände sprach, den Wunsch ausgedrückt, wir möchten nicht immer Zeitungsblätter herausklauben und uns gegenseitig zuwerfen. Mit diesem Wunsche schließe ich auch heute wieder. Zugleich setze ich aber zur Erklärung bei, daß wenn

Digitized by Google

diese Kampfweise fortzusetzen beliebt wird, ich jederzeit bereit sein werde, den Vergleich auszuhalten zwischen unsern Blättern und den ihrigen."

Inland.

München, 10. April. Se. Maj. der König hat an Hrn. Prof. Dr. J. Huber folgendes Handschreiben gerichtet: „Mein lieber Universitätsprofessor Dr. Huber! Die von Ihnen verfaßten und während der letzten Wochen in der „Allg. Ztg." veröffentlichten Artikel über „das Papstthum und den Staat" haben durch die ebenso geistvolle als tiefdurchdachte Behandlung des Stoffes in hohem Grade meine Aufmerksamkeit erregt. Es gereicht mir stets zur lebhaften Befriedigung, wenn ich wahrnehme, daß die großen politisch-kirchlichen Fragen der Gegenwart durch Träger deutscher Wissenschaft eine freie und offene Besprechung finden. Es ist mir daher Bedürfniß, Ihnen für Ihre gediegene, mich lebhaft fesselnde Arbeit meine vollste Anerkennung auszusprechen. Indem ich Sie meines steten Wohlwollens sowie der Fortdauer meiner geneigten Gesinnungen versichere, bin ich Ihr Sie hochschätzender König Ludwig. München, 10. April 1870.

h In den betr. Ausschüssen der Kammer der Reichsräthe wurden zu Referenten gewählt: über den Beschluß der Kammer der Abg. „Entschädigung der Vieheigenthümer für ihre im Falle des Ausbruchs der Rinderpest im Inlande getödteten Thiere betr." Reichsrath Freiherr v. Aretin; über den Antrag des Fürsten v. Hohenlohe „die Wahl der bayer. Abg. zum Zollparlamente betr." Reichsrath Graf v. Lerchenfeld; über die Vorstellung der Lehrer Sauerbrei und Kraus zu Euerbach „Abänderung des Art. 2 Abs. 1 des Schuldotationsgesetzes betr." Reichsrath v. Döllinger; über die Vorstellung des Magistrats Eichstädt um Erhaltung des Sitzes des Appellationsgerichtshofes daselbst Reichsrath Graf v. Schönborn; über die Beschlüsse der Kammer der Abgeordneten in Betreff der Revision des Ediktes über die Freiheit der Presse und in Betreff der Revision der gesetzlichen Bestimmungen über den Geschäftsgang des Landtags Reichsrath Frhr. v. Schrenk.

h Im neuesten Einlauf der Kammer der Abg. befinden sich u. A. eine Vorstellung und Verwahrung der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Nürnberg, Bamberg, Schwabach und Fürth in Betreff der Verzögerung der Vorlage eines Wahlgesetzes und des allgemeinen direkten Wahlrechts.

Der 1. Ausschuß der Abgeordnetenkammer begutachtet nach dem Referat des Abg. Gürster einstimmig, daß dem Gesetzentwurf wegen Anwendung einiger Bestimmungen des Strafgesetzes auf die Gerichtsvollzieher (Bestrafung der Verletzung der Amtsverschwiegenheit, der Bestechung, des Mißbrauchs des Amts zur Fälschung oder Unterdrückung von Urkunden, Amtsuntreue ꝛc.) unverändert beizustimmen sei.

Der Referent über den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe, Appellgerichtsrath Krätzer, schlägt der zweiten Kammer vor, den Antrag abzulehnen. Es ist indeß wahrscheinlich, daß die Kammer den entgegengesetzten Beschluß faßt, da nicht nur die Linke, sondern auch ein großer Theil der patriotischen Partei für Aufhebung der Todesstrafe ist. Natürlich würde diese Reform an der Reichsrathskammer scheitern.

Der Urlaub, welchen Baron Stauffenberg sich geben ließ, soll mit den Beschlüssen der süddeutschen Preußen in Stuttgart zusammenhängen. Stauffenberg soll nämlich gesonnen sein, seine Kraft einer straffen Organisation der preußischen Elemente in Süddeutschland zu widmen. Wir wünschen viel Glück dazu, die Gnade und Huld Bismarks wird solchem Streben nicht fehlen.

F Also bis zum 24. Mai ist der Landtag verlängert worden und diese Prozedur wird sich, wenn die Regierung nicht bald alle gewünschten Gesetzesvorlagen einbringt und so die Zeit verstreichen läßt, noch öfter wiederholen. Daß die Regierung nicht vorgezogen hat, den Landtag bis nach den Feiertagen und der an dieselben sich anschließenden Zollparlamentssession zu vertagen, hat zur Wirkung, daß Diejenigen, die zugleich dem Landtag und dem Zollparlamente angehören, für die Diätenlosigkeit des letztern auf Rechnung des erstern entschädigt werden. Indeß kommt diese Vergünstigung mehr den Nationalliberalen als den Großdeutschen und Patrioten zu Gute; sie können erwarten, daß man in Berlin, wenn ihr „eifriges Mitwirken" bis jetzt nicht von Erfolg gekrönt war, doch den „guten Willen" anerkennen und mindestens gehörig fetiren wird. Die Patrioten dagegen glauben, daß sie, nach den Aeußerungen Bismarks am 24. Februar und nach der Sprache der Berliner Presse, zu urtheilen, eine Aufnahme zu gewärtigen hätten, wie man sie eben solchen bereitet, die man für offene oder verlarvte „Landesverräther" hält. Sie werden daher, obwohl sonst nicht als Gegner des Wallfahrtens berufen, doch die Wallfahrt nach Berlin diesmal nicht mitmachen — es müßte denn sein, daß ihre Anwesenheit auf dem Zollparlament der preußischen Regierung wegen irgend einer Abstimmung z. B., ganz besonders unangenehm wäre. In diesem Falle würden sie kommen.

Die Wirkung des neuen Zollvereinsgesetzes über die Besteuerung des Tabaks ist, wie sich herausstellt, eine für Bayern sehr ungünstige. Bereits 1869, also im ersten Jahre der Wirksamkeit dieses Gesetzes, hat der bisher in großartiger Entwicklung und Zunahme gewesene Tabakbau abgenommen, und sind gegen 1400 Tagwerk Landes dieser Bestimmung entzogen worden. Und noch hat man die Härte des Gesetzes erst zum kleineren Theil empfinden können, weil die 1869 mit Tabak neu angebauten

Digitized by Google

Grundstücke der Steuer noch gar nicht unterworfen waren. (Wird aber doch als ein großer Segen für das Land gepriesen.)

München, 10. April. Gestern hat eine große Menge von Schneidergehilfen — man spricht von 1500 (?) — die Arbeit eingestellt. Heute soll in einer zu diesem Zweck abzuhaltenden Versammlung über die weiteren Schritte berathen werden, wodurch die Meister zu der von ihnen geforderten Lohnerhöhung gezwungen werden könnten.

* Mit der Eröffnung der Bahnstrecke Ingolstadt-Treuchtlingen am 12. d. Mts. werden bis auf Weiteres zwischen München u. Treuchtlingen beziehungsweise Pleinfeld Bahnposten, wie folgt, coursiren: 1. Bahnpost München-Pleinfeld: Abg. aus München 6^{30} Morgens, Ankunft in Pleinfeld 12^{55} Mittags. 2. Bahnpost Pleinfeld-München: Abgang aus Pleinfeld 2^{15} Nachm., Ank. in München 9 Uhr Abends. 3. Bahnpost München-Treuchtlingen: Abgang aus München 5^{45} Nachm., Ankunft in Ingolstadt 8^{10} Abends. Abgang aus Ingolstadt 6 Morg. Ank. in Treuchtlingen 7^{00} Morgens. 4. Bahnpost Treuchtlingen-München: Abg. aus Treuchtlingen 9 Vorm., Ank. in München 3^{40} Nachmittags.

Wien, 12 April. Giskra erhielt heute ein kaiserliches Handschreiben, welches die Annahme seines Entlassungsgesuch enthält u. worin ihm wie Potozki die Geheimrathswürde verliehen wird; gleiche Auszeichnung dürfte den übrigen Mitgliedern des zurückgetretenen Kabinets bevorstehen.

Ausland.

Paris, 11. April. Die französische Antwort, vom Grafen Daru unterzeichnet, ist erst gestern nach Rom abgegangen. Diese Note, welche rein theoretische Vorstellungen enthält, gibt das Verlangen um Zulassung eines Gesandten zum Konzil auf. Sie wurde den fremden Mächten mitgetheilt.

Paris, 11. April. Im gesetzgebenden Körper fragt J. Favre nach den Beweggründen von Buffets Rücktritt. Buffet antwortet: der gegenwärtige Augenblick sei zu näheren Erklärungen nicht geeignet. Ollivier sagt: Daß Ministerium verbleibt in den Grenzen des Senatuskonsults, es vertheidigt dieselben Prinzipien und führt dieselbe Sprache wie am 27. März. Segris, der J. Favre antwortet, zeigt sich erstaunt darüber, daß Leute, die fortwährend die Souveränetät der Nation im Munde führen, gegen das Plebiscit Einwände erheben, und sagt dann, zu Favre gewendet: „Sie können ein eifriger Diener der republikanischen Sache sein, aber Sie sind ein grausamer Feind der Freiheit." Damit ist der Zwischenfall geschlossen. Das „Journal Francais" meldet, daß der Kaiser geneigt sei, der öffentlichen Meinung nachzugeben; die Ministerkrisis könne einen glücklichen Ausgang nehmen.

Lyon, 11. April. Bei der Wahl in den gesetzgebenden Körper siegte Mangini mit 15,348 St. Fonvielle erhielt 7827 St., Trivier 1355 Stimmen.

Palermo, 10. April. Die offizielle Zeitung erklärt: der Präfekt habe dem Herzog von Alencon die Abreise nicht angesonnen, sondern nur erklärt: im Falle eines Volksaufstandes müsse ein Theil des Palais Orleans strategisch besetzt werden.

Rom, 11. April. Die dritte öffentl. Sitzung mit der Publikation des Schema de fide findet am Weißen Sonntag nicht heute, statt. — Die Herzoge von Nemours und Alencon sind hier angekommen.

Athen, 9. April. Zur Feier des Unabhängigkeitstages beschloß der König die Errichtung eines großartigen Heldenmonumentes, auf welchem auch Capodistria und König Otto zu verewigen seien.

Bukarest, 10. April. Die Gerüchte vom Rücktritt des gesammten Ministeriums bestätigen sich. In der nächsten Woche erwartet man die Ernennung des neuen Cabinets.

St. Cäcilien-Verein.

Die Vereinsblätter liegen in ganzen Jahrgängen und einzelnen Nummern zum Ausleihen bereit beim

Vorstande.

Altes Gold

kauft zu den höchsten Preisen

L. Weber,

Goldarbeiter nächst der Kunstmühl.

Epileptische Krämpfe

(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Louisenstraße 45. — Bereits Hunderte geheilt.

Pfr. Z. in N. an H. Lhr. Sch. in P.

Lieber Herr Lehrer!

Ich habe Ihren werthen Namen nicht mißbraucht, sondern Ihre Güte und Freundschaft zu einem höchst edlen u. gemeinnützigen Vorhaben in Anspruch genommen. Ich wollte öffentlich und vor aller Welt darthun, daß meine Gegner „verlogene und ehrendiebische" Subjekte sind, welche in leichtfertiger und bubenhafter Weise mehr behaupten, als sie beweisen können. Mit Ihrer offenen u. rechtschaffenen, aber ohne Ursache in gereiztem Tone abgegebenen Antwort ist mein Zweck erreicht. Wenn der bewußte Brief vernichtet ist, so können meine heimtückischen Gegner nichts damit beweisen; u. wenn derselbe an competenter Stelle vorgezeigt würde, so würde er das Kronacher Papier Nr. 55 einer groben Fälschung u. Verdrehung überführen. Somit habe ich mein in Nr. 66 des Volksboten verpfändetes Wort gelöst, meine Ankläger und Verläumder zu Schanden gemacht u. ihre giftigen Pfeile auf sie selbst zurückgeschleudert. Denn wer gleich im ersten Punkte als „nichtswürdig verlogen" entlarvt wird, der findet für die übrigen keinen Glauben. Mit Hr. Lehrer Sch. möchte ich in Frieden leben; allein Balaam und seine Geister — Die finden noch ihren Meister! Dixi.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 88. Donnerstag, den 14. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Antwort auf die Interpellation des Abgeordneten Mahr

betreffend den Kindheit-Jesu-Verein von Hrn. v. Lutz lautet in ihren wesentlichen Theilen dermassen:

Herr Abg. Mahr hat gefragt: „Ist der vom pädagogischen Standpunkte aus vollkommen gerechtfertigte Verein der Kindheit Jesu auch unter dem Ministerialausschreiben vom 3. September 1869, „die Abstellung von Sammlungen in den Schulen mit inbegriffen?" Auf diese Frage antwortete der Hr. Kultusminister mit Ja; es seien auf eingelaufene Klagen alle Sammlungen ohne Rücksicht auf den Zweck verboten worden, also auch die Sammlung für den in Frage stehenden Verein.

Die zweite Frage des Hrn. Abg. Mahr lautete: „Hat das Staatsministerium Kenntniß von der Tendenz, diesen wohlthätigen und volksthümlichen Verein der Auflösung entgegenzuführen? Hierauf antwortete der Hr. Minister: Nein und bemerkte: das Ministerialausschreiben vom 3. September 1869 habe es nur mit den Sammlungen in der Schule zu thun lasse sich nicht ein auf das, was außerhalb der Schule geschieht; wenn der Verein außerhalb der Schule gepflegt werden solle, so statuire das Ausschreiben kein Hinderniß hiegegen. Auch sonst bestehe kein Gesetz und keine obrigkeitliche Anordnung, die den Behörden die Aufgabe setze, dem Vereine, soweit er außerhalb der Schule gefördert werden kann, Schwierigkeiten zu bereiten Wenn irgendwo ein dem Vereine feindselige Tendenz existire, und wenn insbesondere der Erlaß des Bezirksamts Lichtenfels bestehe, den Herr Mahr in seine Interpellation aufgenommen, so sei damit der Auftrag, den das Ausschreiben vom 3. September 1869 den betheiligten Behörden gegeben, „überschritten" worden und wird in dieser Beziehung das Erforderliche vorgekehrt werden.

Hr. Abg. Mahr hat endlich noch weiter gefragt: „ob das Staatsministerium nicht geneigt sei, entsprechend dem Wunsche und Willen der christlichen Bevölkerung, die seit 17 Jahren bestehende Thätigkeit des Vereins zu schützen?" Der Hr. Minister anerkennt, daß die Möglichkeit bestünde, den Verein in den Schulen zuzulassen, und daß sich eine Ausnahme zu dessen Gunsten wohl rechtfertigen ließe, weil bei ihm das Motiv des Verbotes möglichst wenig zutrifft, da bei einem Beitrag von einem Kreuzer monatlich, von einer Belästigung der Aeltern, von einer unpädagogischen Gegenüberstellung von Reich und Arm, von Eifersüchteleien unter den Kindern nicht die Rede sein könne. Als er das Kultusministerium übernommen, sei bei ihm die Wiedergestattungen der Sammlungen für diesen Verein in Anregung gebracht worden „und zwar", so sagt der Herr Minister, „von Seite höchst merkwürdiger (!) und beachtenswerther Persönlichkeiten." Aus dem, was er zu lesen und zu hören bekam, habe er entnommen, daß man auf vielen Seiten und auf Seite von hochachtbaren Personen, denen man in keiner Weise religiösen Fanatismus oder Bigotterie beimessen könne, der Ansicht sei, es sollte das ergangene Verbot der Sammlungen in den Schulen für den fraglichen Verein zurückgenommen werden, weil die Kinder an dem Vereine ihre Freude gehabt, Zweck und Mittel unverfänglich seien und Jedermann in dem Verbote einen berechneten Akt der Feindseligkeit gegen die Religion sehe und Mütter und Kinder darob erbittert seien. Er sei in Folge davon in der That auf dem Wege zu der Ueberzeugung gewesen, daß es gerechtfertigt und gerathen sei, die erbetene Ausnahme zuzulassen, als ein neuer Umstand eintrat, welcher ihn für's Erste hindere, dieser Ueberzeugung eine Folge zu geben. Er hatte nämlich Kenntniß von den kleinen Druckschriften erhalten, welche den Kindern, die Mitglieder des Vereines sind, mitgetheilt zu werden pflegen und in welchen Nachrichten über den Erfolg der Missionen enthalten seien. In einer solchen Druckschrift habe er nun selbst Dinge gelesen, an deren Förderung er keinen Theil haben könne. Es sei daselbst von Teufelsspuck und Teufelsbannung die Rede in einer Weise, daß die Phantasie der Kinder nothwendig erhitzt u. irregeleitet werden müsse. Nicht Religion und Glaube, sondern Aberglaube werde nach seinem Dafürhalten durch solche Mittheilung in die Herzen der Jugend gepflanzt. Daß die Staatsregierung hieran durch Wiederzulassung der Vereinssammlungen in den Schulen Theil nehme, könne kein Billigdenkender verlangen. Ehe er somit dem in der letzten Frage aus-

Digitized by Google

gesprochenem Wunsche des Hrn. Interpellanten genügen könne, müße er sich vorbehalten zu prüfen, wie weitreichend das von ihm angeregte Bedenken sei und welche Garantien für dessen Beseitigung von betheiligter Seite geboten werden können u. wollen.

Inland.

München, 14. April. Die zwölf alten Männer, welche zur Gedächtnißfeier der Einsetzung des heil. Abendmahles auf Allerhöchsten Befehl gekleidet und mit Geld beschenkt werden zählen zusammen 1083 Lebensjahre.

Der Entwurf des neuen Landtagswahlgesetzes ist in der heutigen, unter dem Vorsitze des Prinzen Luitpold abgehaltenen Sitzung des Staatsraths zur Berathung gekommen.

Nach dem Volksboten erschien in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 11. ds. auch der wieder so weit genesene Abg. Hr. Dr. Schüttinger. Bei seinem Eintritte in den Saal wurde derselbe von beiden Seiten auf das allerherzlichste bewillkommt und zur Genesung beglückwünscht. Deutlich aber zeigte es sich, welche Kraft die patriotische Fraktion in diesem Manne besitzt, theilweise durch die aufrichtigen Genesungswünsche, die er von seinen politischen Gegnern, den hervorragendsten Fortschrittlern, die aber auch im Gegner den Mann und seine Kraft zu würdigen wissen, erhielt, theils durch die ihm zugeworfenen finsteren Racheblicke der anderen Herrn Fortschrittler, die bis nun über die Krankheit des Hrn. Dr. Schüttinger jubilirten, weil derselbe so lange zur Unthätigkeit gezwungen war. Im letzteren Punkte sind jedoch die Herren Fortschreiter stark am Holzweg gewesen, da der Hr. Dr. Schüttinger selbst während seiner Krankheit sehr thätig war, was die Fortschrittler aus ihren Schlag auf Schlag folgenden Niederlagen hätten merken können. Wir können nur wünschen, daß Hr. Dr. Schüttinger während der Osterferien sich derart vollkommen erhole, daß er bei den erst kommenden wichtigen Debatten mit voller und erneuter Kraft eintreten könne.

Stuttgart, 12. April. Die preußisch gesinnten Blätter melden, daß Zwiespalt zwischen den Großdeutschen und den Demokraten ausgebrochen seien in Betreff der Haltung gegen das jetzige Ministerium. Diese Meldungen entbehren jeglicher Begründung. In der Minderung der Militärlasten, in der Opposition gegen das preußisch gesinnte Ministerium wird die württembergische Kammermajorität ebenso einig und fest sein, wie die Patrioten in Bayern.

Berlin. Unter den Gegenständen, welche das Zollparlament zu berathen haben wird, befindet sich auch die Revision des Zolltarifes. Hinter der anscheinend so harmlosen Firma: Revision des Zolltarifs versteckt sich abermals eine Steuererhöhung, und zwar keine unbedeutende. Es ist die zwölfte neue Steuerforderung, welche Graf Bismarck seit der Schlacht von Königgrätz an die Parlamente in Berlin gestellt hat! Tabak, Petroleum, Branntwein, Bier, Börsengeschäfte, Wechsel, Eisenbahnbillets, Zuckerrüben, nochmals Petroleum und jetzt der Kaffee; dazwischen fällt die Forderung der 25 Prozent Steuerzuschlages an den preußischen Landtag und die Gesetzvorlage wegen schärferer Veranlagung der Einkommensteuer.

Wien, 11. April. Der Commandant in den Bocche di Cattaro, General Graf Auersperg, wird am Freitag in Wien eintreffen. Er hat um seine Enthebung nachgesucht, dieselbe aber in Anbetracht der Friedensverhältnisse nicht erhalten, nur ein Urlaub wurde ihm bewilligt. — In der Bocca soll es übrigens noch immer nicht ganz friedlich aussehen. Die Crivoscianer und Ledenicianer sind ungebärdiger denn je, und wollen weder die Aufführung neuer Befestigungsobjecte, noch die Vornahme der Volkszählung dulden.

Wien, 9. April. Die amtliche „Wiener Ztg." publizirt den Telegraphenvertrag, abgeschlossen zwischen Oesterreich, Ungarn, Preußen für den Norddeutschen Bund, Bayern, Württemberg, Baden u. den Niederlanden.

Triest, 11. April. In Capo d'Istria haben gestern aus Anlaß einer Prozession Ruhestörungen stattgefunden; das Militär schritt ein und zerstreute die Tumultuanten; heute geht militärische Verstärkung dorthin ab.

Ausland.

Paris, 12. April. Im Senat wird der Bericht Devienne's, welcher an dem Entwurf des Senatusconsults einige unbedeutende Aenderungen vorschlägt, mit einstimmigem Beifall aufgenommen. Die Berathung wird auf den 14. d. festgesetzt. — Im gesetzgebenden Körper entwickelt Gambetta einen Vorschlag, betreffend die Periode für Plebiscite. Dieses Verlangen wird von Ollivier bekämpft, und mit 170 gegen 57 Stimmen zurückgewiesen. Die Kammer wird wahrscheinlich am Donnerstag bis nach Beendigung des Plebiscits, welches am 1. oder 8. Mai stattfinden wird, vertagt werden. — Der Rücktritt des Grafen Daru ist noch immer wahrscheinlich. — Die Anstrengungen um Daru zu halten dauern fort. Man erwartet heute noch eine definitive Entscheidung. — Der Strike in Tourchambault dauert fort. Man sichert, daß derselbe sich über das ganze Loirebecken erstrecke.

Paris, 8. April. Der Kaiser erhielt dieser Tage vom Marschall Prim 20,000 Stück oben und unten vergoldete, und mit einem goldenen N versehene Cigarren zum Geschenke. Als Gegenstand sandte der Kaiser dem Marschall zwei Vasen aus der Porzellan-Fabrik von Sevres. Die Moden von 1830 scheinen wieder aufkommen zu sollen. Herr Maurice Richard,

Digitized by Google

der Minister der schönen Künste, trug nämlich bei seiner Hochzeit einen blauen Frack mit goldenen Knöpfen, lilafarbene Hosen und weiße Weste.

Rom, 12. April. Bei der heutigen namentlichen Abstimmung über den Gesammttext des Glaubens-Schema's stimmten 515 Bischöfe mit „Ja," 83 bedingungsweise. Eine andere Generalcongregation steht für nächsten Dienstag bevor.

In Rom wird zur Zeit die Veröffentlichung der Concilgeheimnisse in der „Allg. Z." der bayer. Gesandtschaft schuld gegeben. Angestellte Nachsuchungen hätten zu dem Resultate geführt, daß die bayr. Legation sich mit den Setzern der apostolischen Druckerei verständigt hatte und diese ihr die für die Patres vom Concil bestimmten Schemata in Coorecturbogen mittheilten. Das mache es erklärlich, weshalb die Agsb. Allg. Ztg. nach der Ausweisung des Abbe Friedrich die römische Regierung zu höhnen wagte, indem sie versicherte, sie werde nach wie vor Mittheilungen veröffentlichen, geeignet, die Tendenzen des Concils grell zu beleuchten.

London, 11. April. Unterhaus. Das dießjährige Budget ergibt in Einnahme einen Ueberschuß von 4,337,000 Lstr. Der Schatzkanzler beantragt u. A. die Ermäßigung der Einkommensteuer um 4 pCt. und des Einfuhrzolles auf Zucker um die Hälfte; der Schatzkanzler beantragt ferner die Gleichstellung des auswärtigen Wechselstempels mit dem inländischen. Das Haus genehmigt sofort die Ermäßigung des Zuckerzolles.

Madrid, 11. April. Vier Truppenabtheilungen machten einen vereinigten Angriff auf die Insurgenten von Gracia, sie hatten 2 Todte und 13 Verwundete, die Insurgenten 19 Todte, 10 Verwundete und 42 Gefangene. Die Truppen nahmen ihnen 79 Gewehre und 20,000 Patronen ab. Die Bewegung war eine rein socialistische und die Rekrutirung nur ein Vorwand.

Madrid, 12. April. Der Herzog v. Montpensier ist zu einmonatlicher Entfernung von Madrid und zu einer Entschädigung von 30,000 Fr. verurtheilt worden.

Nachrichten aus Buenos Aires vom 3. März melden, daß Lopez mit starker Macht in Matto Grosso eingefallen ist, den General Camana angegriffen und ein ganzes Regiment vernichtet hat. Camana ist nach Concepcion entkommen. — Dagegen überbringt der aus Brasilien eingetroffene Dampfer „Tycho Brahe" die Nachricht, daß Lopez getödtet und somit der Krieg gegen Parguay beendigt sei.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 12. April.

Verehelichungszeugnisse seien auszustellen für die HH. Joh. Schick, Bürger u. Schreiner, Nik. Nagengast, Bürger und Müllergef., Joh. Leumer, Wirthschaftsgeschäftsführer (Heim.-Geb. 36 fl.), Ad. Schneider, Eisenbahnarb. (H.-G. 36 fl.) Donat Niedermaier, Büttnergef. (H.-G. 36 fl.), Bapt. Neuner, Wittwer u. Schuhmachermstr. — Dem Kalligraphielehrer H. Heinemann sei Erlaubniß zur Unterrichtsertheilung auf die Dauer von 6 Wochen zu bewilligen. — Dem led. Andr. Bauer von Kreuzschuh sei Erlaubnißschein zum Handel mit Hadern und Knochen auszufertigen. — Nach einem Rapport des Polizeirottmeisters werden die vorgeschriebenen Körbe für Auslegung der Gemüse auf dem Markte nunmehr allgemein benützt, was mit Befriedigung aufgenommen wurde. Zur Erhaltung dieses Zustandes wurde jedoch fortgesetzte Controle angeordnet. — Von der durch die kgl. Regierung ausgeschriebenen Aufstellung mehrerer Agenten u. Unteragenten sei Vormerkung im Verzeichnisse zu machen. — Ein Schutzmann sei wegen dienstwidrigen Benehmens seiner Funktion zu entheben und der nächste Ersatzmann zum Dienste einzuberufen — Ein kgl. Reg.-Ausschr., den Vollzug des Tabaksteuergesetzes, hier Remunerirung der hiebei verwendeten Gemeindebediensteten betr., diente zur Nachricht. — Dem Kaufm. H. Adalbert Balki sei das erbetene Zeugniß für Uebernahme einer Auswanderungsagentur auszustellen. — Die Benützung von Feuergassen im Mühlwörth und auf dem Kaulberge in unstatthafter Weise sei den betr. Adjacenten zu untersagen. — Nach bautechnischem Gutachten wurde genehmigt die Aufsetzung eines Stockwerkes am Hause Nr. 737½, der Durchbruch einer Thüre statt eines Fensters am H.-Nr. 1030, die Einrichtung einer nicht heizbaren Bodenkammer nebst Kaminanlage im Hause Nr. 1484, die Aufführung des bereits im Jahre 1866 genehmigten Hinterbaues zum Hause Nr. 737½, zurückgestellt wurde — bis zur Genehmigung der Baulinie an Eisenbahnstraße durch die k. Regierung der projektirte Hofbau zum Hause Nr. 918. — In Folge eines Kaminbrandes im Hause Nr. 503 sei die Kaminreinigung während der Wintermonate nach Abfluß von je 4 Wochen anzuordnen, da 4 Feuerungen in denselben einmünden. — Die Erneuerung des Kaminmauerwerkes im H. Nr. 905 sei dem H. Eigenthümer aufzugeben. — Wegen Herstellnng des defekten Gartenzaunes vor der Todtengräberwohnung am Kirchhof der oberen Pfarre sei die Kirchenverwaltung um Abhilfe anzugehen. — Wegen Einsturzes eines Gewölbes im Fabrikanwesen des Hrn. Leimfabrikanten Hofmann sei die Einlegung der noch stehenden Mauertheile und die Neuherstellung der Bauten durch einen tüchtigen und verläßigen Baumeister anzuordnen. — Die Kanalanlage des Herrn Schreinermeister Packert in seinem Hofe sei nach vorliegendem Plane und Gutachten zu genehmigen. — Ueber einen Antrag wegen Sandabführens aus der Regnitz oberhalb des Wunderburger Steges sei zunächst die Erklarung der k. Baubehörde einzuholen. — Die Termine zur Vornahme der öffentl. Impfung seien auszuschreiben und sei für die Vorimpfung, wie in den Vorjahren, der Betrag von 10 fl. an unbemittelte Mütter auszuwerfen. — Eine Anzeige des Wegmachers H. Platzer wegen Verkehrsstörungen auf der Debringer Strasse an den Wochenmarkttagen sei der weiteren Instruktion zu unterziehen. — Ein Ehescheidungserkenntniß des erzbischöflichen Consistoriums wurde zu den Akten genommen und in zwei Klagsachen wurden Zeugnisse für Zulassung zum Armenrechte ausgefertigt. — Auf Präsentation der Regentie des Ernestinischen Klerikalseminars dahier wurden die beiden Senglau'schen Stipendien durch die k. Regierung dem Lyzealkandidaten H. Joh. Wolf von Götzendorf und dem Häfnerlehrling Gg Bachsteffel aus Neuhaidhof verliehen und die Stipendienpflege zur Auszahlung ermächtigt. — Die Kautionsstellung des Gärtners H. Gg. Eckenweber als bürgerspit. Pächters sei zu genehmigen. — Für bezogene Waldsamen der bürgerspitäl. Revieren seien 53 fl. 20 kr. zur Zahlung anzuweisen. — Der Antrag des J. Holland von Roßstadt w. Abholzung des angeblichen Ueberhanges des bürgerspit. Walddistriktes Forst auf seinen Acker sei auf Grund forsttechnischen Gut-

Digitized by Google

achtens abzuweisen. — Die vom H. Hauptkassier des Gesellenstituts in Vorlage gebrachten Spitalgeldrückstandsverzeichnisse seien als vollstreckbar zu erklären. — Die Aufnahme der in Hof beheimatheten nicht transportablen vormaligen Dienstmagd Elis. Unger ins Haus der Unheilbaren sei aus sanitätspolizeilichen Rücksichten ausnahmsweise auf Kosten der Heimathsgemeinde zu verfügen. — Dem Antr. des H. Dr. Schweitzer um käufliche Ueberlassung des Bauplatzes Nr. 14 an der Sophienstrasse sei unter den festgestellten Bedingungen zu entsprechen. — Eine Beschwerde der Vorstände der Kaulberger-Stephansberger-Jakobsberger Flurvereine dahier wegen Jagdverpachtung sei der k. Reg. zur Bescheidung vorzulegen. — Die vom H. Baurathe in Vorlage gebrachten Pläne und Kostenvoranschläge eines Neubaues des Hauses für Unheilbare sei wegen der Kostenbeschaffung einer Vorberathskommission zu unterbreiten. — Der Anfall an Fleischaufschlag pro 1. Quart. 1870 sei durch die Stadtkämmerei zu vereinnahmen und die Rückvergütung für 1245 Eimer ausgeführtes Bier durch dieselbe zu verausgaben.

Aus
der öffentl. Sitzung der Stadtgemeindebevollmächtigten
vom 13. April l. Js.

Anwesende Mitglieder 26. — Der Grundetat der Commune Bamberg pro 1870 wurde in Vorlage gebracht, hierüber eingehende Berathung gepflogen, demselben einstimmig Zustimmung ertheilt und an den St.-Magistrat das Ersuchen gestellt, eine Abschrift des Grund-Etats fertigen und dieselbe zur Orientirung des Collegiums das Jahr über im Sitzungssaale auflegen zu lassen. — Den Bürgerrechtsgesuchen des Hopfenhändlers H. Bernh. Ehrlich aus Burgebrach und des Schneidergesellen H. Ferdinand Loch aus Zeckendorf wurde Zustimmung ertheilt. — Der verkäuflichen Abtretung einer kleineren Grundfläche vom Garten der Lokalirrenanstalt St. Getreu und zwar um den Preis von 6 kr. per Quad.-Schuh an den Brauer H. Mich. Reinlein Behufs Gewinnung einer geraden Richtung seines Neubaues im Ziegelhofe gegen die St. Getreustrasse zu wurde zugestimmt.

Zur ersten heil. Communion

empfiehlt der Unterzeichnete sein ausgewähltes Lager von

Gebet- und Andachtsbüchern

in verschiedenen Größen und Einbänden zu billigstem Preise, sowie

Spitzen- u. Heiligenbilder, schwarz u. kolor.

zur gefäll. Abnahme.

Bestellungen auf **COMMUNION-BILDER** in mehr als 40 Sorten

von 1 kr. an bis 30 kr. das Stück nimmt entgegen

Otto Reindl.

Georginen.

Der rapide Fortschritt der Dalienzucht, die Fülle, die mannigfaltigen edlen neuen Formen, die Höhe des Strauches von 1—5 Fuß, der ununterbrochene Flor vom Juni bis zum Froste im Herbste in den zartesten Nuancirungen machen diese Blume allgemein beliebt und bewirken einen erfreulichen Absatz ins Ausland.

Die „Georgine" ist die Zierde des Gartens, liefert uns die prächtigsten Bouquets und ist besonders geeignet zu Verzierungen in Kirchen und Dekorationen bei jedweder Feierlichkeit.

Man schneidet die Blumen ab, trennt sie vom Stiele, durchsticht sie mit einem dünnen Drahtstifte und schlägt die Spitze desselben auf ein vorher geformtes leichtes Holz oder starken Pappendeckel ein und bildet so nach Belieben jede Figur im Großen, wie etwa bei Stickereien mit Wolle im Kleinen.

Die Sendungen sind seit 10 Jahren alle nach Nummern registrirt und werden bei Wiederbestellungen nur neue Sorten effektuirt, wie seither geschehen. Ich erlasse in ermäßigten Preisen Matadoren zu 9 kr. Liliputen mit Zwerg-Georginen zu 9 kr., Großblumige zu 6 kr.

Die Versendungen geschehen in zuverlässigen Knollen, gezeichnet nach Nummern des Katalogs und erfolgen auf vorheriger Einsendung des Betrags oder sicherer Anweisung. In Ermanglung von beiden wird der Betrag durch Postnachnahme gedeckt. Auslagen werden berechnet.

Gefl. Aufträgen sieht entgegen mit Hochachtung

Dippach, bei Eltmann. **Knab**, Lehrer.

St. Cäcilien-Verein.

Die Vereinsblätter liegen in ganzen Jahrgängen und einzelnen Nummern zum Ausleihen bereit beim

Vorstande.

Pensionat zu St. Mauritz bei Münster

für Töchter gebildeter Stände.

Eltern und Vormündern machen die Schwestern des vom h. Franz von Sales gestifteten Ordens der Heimsuchung Mariä die ergebenste Anzeige, daß sie zu St. Mauritz bei Münster in unmittelbarster Nähe der Stadt u. zweier Eisenbahnen ein Pensionat für Töchter gebildeter Stände eröffnet haben, welches nebst der religiösen Erziehung im Geiste der heil. kath. Kirche die höhere, wissenschaftliche Ausbildung und die Unterweisung in den für das praktische Leben nöthigen und nützlichen Kenntnissen und Fertigkeiten bezweckt.

Nähere Auskunft und Prospectus ertheilt die Oberin des Klosters der „Heimsuchung Mariä" zu St. Mauritz bei Münster in Westfalen.

Für ein Herrengarderobe-

Geschäft wird pr. 1. Mai ein Commis zu engagieren gesucht. Diejenigen, die schon in dieser Branche gearbeitet haben, werden bevorzugt. Franko-Offerte werden unter Chiffre „J. 113 S." Posterestante Kissingen entgegengenommen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 89. Freitag, den 15. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Der königl. bayerische Cultusminister Hr. v. Lutz

hat den 11. April in öffentlicher Kammersitzung bei Beantwortung der Interpellation des Abg. Hrn. Pf. Mahr, in Betreff des Kindheit-Jesu-Vereines unter andern gesagt, (wir citiren nach einer fortschrittlichen Zeitung, denn die stenographischen Berichte haben wir noch nicht zur Hand), er wäre auf eine Eingabe von geehrter Seite geneigt gewesen, zu Gunsten des Vereines sich zu entscheiden, wenn ihm nicht inzwischen die unter die Vereinsmitglieder vertheilten Berichte über den Verein zu Gesichte gekommen wären, worin von Teufelsspuck und Teufelsaustreibung die Rede wäre. Sollte es hier die Absicht des Herrn v. Lutz gewesen sein, anzudeuten, daß eine andere Art der Bittstellung mit Unterlassung der Interpellation von ihm eine günstige Antwort für den Kindheit-Jesu-Verein erlangt hätte, so mag er wissen, daß wir von ihm keine Gnaden für diesen Verein verlangen; ja wir hätten selbst gegen Hrn. v. Lutz die Gerechtigkeit der bayerischen Gerichte anzurufen noch den Muth für den Kindheit-Jesu-Verein. Wollte aber Hr. v. Lutz mit obiger Aeußerung insinuiren, daß der Kindheit-Jesu-Verein und seine Beförderer Aberglauben unter dem Volke verbreiten, so weisen wir dieses mit Entrüstung zurück im eigenen Namen, wie im Namen aller Gönner und Beförderer desselben, und der Bischöfe und des Papstes, die ihn empfehlen. Obige Aeußerung des Hrn. v. Lutz kann sich nur beziehen auf einen Bericht im 4. Hefte pro 1869 der Jahresbücher der heiligen Kindheit, wo erzählt wird, daß durch das Gebet eines Waisenkindes Teufelsnachstellungen beseitigt wurden. Mag nun Hr. v. Lutz von diesem Berichte halten was er will, wir sind so frei ihn unumwunden zu sagen, daß wir den Worten eines apostolischen Missionärs, der unter namenlosen Entbehrungen und Beschwerden, ohne Hoffnung auf weltliche Auszeichnung den Heiden das Evangelium predigt, mehr Glauben schenken, als den Worten eines „solidarischen" Collegen des Hrn. v. Hörmann, dessen Wahrhaftigkeit in öffentlicher Kammersitzung so sonderbare Triumphe feierte. Oder sollte Hr. v. Lutz wirklich der naiven Ansicht sein, es brauchte nur eines Beschlusses der Gewaltigen Bayerns, um den Gottseibeiuns aus der Welt zu entfernen und die Menschen vor allen seinen schädlichen Einwirkungen zu sichern? Wenn dieses der Fall sein sollte, so sagen wir dem k. Kultusminister, daß die ganze katholische Kirche noch das Dasein des Teufels und seiner Feindseligkeit gegen das menschliche Geschlecht lehrt und ihre Gebete und Sakramentalien anwendet gegen Teufels-Besitzungen und Infestationen; und da Cultus nach unserer Uebersetzung so viel heißt als: Gottesdienst, Religionsübung, so meinen wir, ein Cultusminister dürfte auch etwas wissen von liturgischen Büchern, etwa dem Rituale, worin sich ein eigener Abschnitt befindet, der von Teufelsbesitzungen und Teufelsbeschwörungen handelt. Oder hat Herr v. Lutz noch keiner Taufhandlung beigewohnt, wo auch mancherlei Exorcismen vorkommen? Warum also erlaubt er sich, katholische Lehre und katholische Uebung öffentlich zu insultiren? Doch vielleicht sind Katechismus und Praxis der Kirche dem Hrn. v. Lutz längst überwundene Standpunkte; dann bitten wir ihn, sich von seiner Frau Gemahlin die Bibel aufschlagen zu lassen, um zu hören, wie aus einem Besessenen heraus die Teufel den göttlichen Heiland bitten, sie in die Schweine fahren zu lassen; und wie durch die Berührung mit den Schweißtüchern und dem Gürtel des hl. Paulus die bösen Geister ausfuhren. Und sollte auch diese Quelle vor einem bayerischen Kultusminister keine Gnade mehr finden, so bitten wir Hrn. v. Lutz sich Raths zu erholen bei seinem gewesenen „solidarischen" Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenlohe, der ohne Zweifel Manches erzählen kann aus der Wirksamkeit seines Großoheims, des berühmten Fürsten Alexander von Hohenlohe. Ja wir können Hrn. von Lutz, der aus Unterfranken stammt, einen an der Grenze Unterfrankens wohnenden 80jährigen Pfarrer nennen, der als Teufelsaustreiber Europäischen Ruf hat und der ihm gewiß gerne in dieser Sache Aufschluß gibt; und wenn er die Erfahrungen dieses blinden Greises und die Aufzeichnungen seiner Riesencorrespondenz als Täuschung erfunden hat, dann, meinetwegen, mag er den Kindheit-Jesu-Verein und die katholische Kirche, die ihn beschützt, der Verbrei-

Digitized by Google

tung des Aberglaubens bezüchtigen. Einstweisten aber protestiren wir auf das Entschiedenste gegen diese öffentliche Insultirung der katholischen Lehre und der katholischen Praxis durch den königl. bayerischen Cultusminister.

Inland.

München, 13. April. Se. k. H. Prinz Otto ist diesen Abend aus Hohenschwangau wieder hier eingetroffen; das Befinden des Prinzen ist, wie man mit Bedauern vernimmt, noch immer kein ganz befriedigendes.

München, 14. April. Die Tagesordnung für die nächste auf Donnerstag den 21. ds. Mts. angesetzte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten lautet: 1) Vortrag des Referenten im 1. Ausschusse über den Gesetzentwurf „die Anwendung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches vom 10. November 1861 auf die Gerichtsvollzieher betr."; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 2) Vortrag des Ref. im 1. Ausschusse über den Antrag der Abg. Freih. v. Stauffenberg und Gen. „die Aufhebung der Todesstrafe betr."; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 3) Vortrag des Ref. im 2. Ausschusse über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der besonderen im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds für 1866|67 und 1868; Berathung und Beschlußfassung hierüber.

Der Abg. Wiesnet spricht sich in seinem Vortrage über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der besonderen im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds der Jahre 1866|67 und 1868 folgendermaßen über den Allgemeinen Industrieunterstützungsfond aus: Dieser Fond wurde gegründet durch das Gesetz vom 12. Mai 1848, die Aufnahme eines Subscriptionsanlehens betr., indem aus diesem Darlehen die Summe von einer Million Gulden zur Unterstützung der Industrie und Gewerbe bestimmt wurde. Weiters wurde durch Landtagsabschied vom 25. Juli 1850 angeordnet, daß diesem Fond die Zinsen der geleisteten oder noch zu leistenden Unterstützungsbeträge zufallen sollen. Seit der Gründung des Fonds im Jahre 1848 bis zum Schlusse des Jahres 1868 sind 305,800 fl. als Stammkapitalien verwendet worden. Von dem Gründungskapitale zu einer Million Gulden bestand mit Einschluß 20jähriger Zinsen am Schlusse des Jahres 1868 außer diesen Stammkapitalien nur noch ein Kapitalsfond zu ungefähr 476,000 fl., von welchem nach den bisherigen Ergebnissen noch ein namhafter Betrag auf Nachlässe und Verluste wird abgeschrieben werden müssen. Ob mit den gewährten Unterstützungen immer ersprießliche industrielle Erfolge hervorgerufen wurden, ist zweifelhaft. Gewiß ist nur, daß nach den bisherigen Erfahrungen der Kapitalsfond nach und nach zu Gunsten einzelner Industriellen, großentheils aufgezehrt worden wäre. Es haben daher beide Kammern im Jahre 1868 zu dem Antrage sich vereinigt, daß die künftig anfallenden Zinsen, sowie die zur Heimzahlung gelangenden Kapitalien ferner nicht zur Unterstützung einzelner Industriellen, sondern zur Verleihung von unangreifbaren Fundationskapitalien für technische u. gewerbliche Schulen verwendet werden wollen, — welchem Antrage durch Landtagsabschied die allerhöchste Genehmigung ertheilt worden ist. Erst die nunmehrige Verwendung der Fondsmittel zu Unterrichtszwecken wird der bei Schaffung des Fonds beabsichtigten Förderung der Industrie wahrhaft und nachhaltig entsprechen. Da aber für diese Unterrichtszwecke ohnehin Positionen im Budget und zwar im Etat für Industrie und Kultur eingesetzt sind, so wird die künftige Verwendung des Fonds bei Berathung des Budgets eingehender zur Besprechung kommen. Der allgemeine Industrie-Unterstützungsfond als solcher hat durch die Bestimmung des Landtagsabschieds von 1869 sein Ende gefunden.

Staatsminister v. Schlör wird sich, gleich anderen Mitgliedern des Zollparlaments, nicht schon zur Eröffnung desselben, sondern erst im Laufe der Sitzungen des Parlaments nach Berlin begeben.

Der besondere Ausschuß der Abgeordnetenkammer zur Berathung des Tax- und Stempelgesetzes wählte den Abg. Dr. K. Barth zum Referenten; mit der Berichterstattung über den Antrag der Städte Bayreuth und Nürnberg auf authentische Interpretation der Bestimmung des Wehrgesetzes bezüglich der Rekrutirungskosten, sowie über den Antrag der Stadtgemeinde Weiden auf Aenderung des Distriktsrathsgesetzes wurde vom 4. Ausschuß der Abg. K. v. Hafenbrädl betraut: zum Referenten über den Antrag des Abg. Dr. Edel auf Vorlage eines Gesetzes über die Befriedigung der Kultusbedürfnisse u. die Verwaltung des Kultusvermögens wurde Dr. Ruland ernannt, über den Antrag auf Abänderung des Jagdgesetzes wird der Abg. Maier (Landsberg), über den Antrag auf Aufhebung des 7. Schuljahres der Abg. Schmid (Bamberg) und über den Antrag auf Abänderung des Vereinsgesetzes der Abg. Eder Vortrag erstatten.

Fürst Hohenlohe hat in der Kammer der Reichsräthe den Antrag eingebracht, die seitherige Bestimmung bei Zollparlamentswahlen aufzuheben und an ihre Stelle die in den übrigen Zollvereinsstaaten geltende Norm zu setzen, wonach die Ausübung des Wahlrechtes bei fraglichen Wahlen von jeder Steuerzahlung unabhängig ist.

Kitzingen. Die hiesige Feuerwehr hat sich in einen „patriotischen Verein" umgewandelt.

Das vertrauliche Rundschreiben des württembergischen Justizministers Mittnacht vom 4. April, das der „Beobachter" mittheilt, erscheint nach all dem als die erste Frucht der preußischen Drohnote. Das Rundschreiben ist gegen die Agitation, gegen das Kriegsdienstgesetz gerichtet u. besagt in Hörmann'schem Styl hierüber: „Eine Fortsetzung oder Wiederhohlung

dieses Mittels auf die zur Vertretung und Verwirklichung des Volkswillens verfassungsmäßig berufenen Organe einen Druck einseitig bearbeiteter Massen auszuüben, ist wahrscheinlich. Solchem Treiben durch Belehrung und Abwehrung nach Kräften entgegenzutreten, müssen alle Freunde der gesetzlichen Ordnung sich berufen fühlen. Insbesondere von öffentlichen Dienern darf das wohl erwartet werden, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Ew. Hochw., soweit Ihre eine gewisse Zurückhaltung in politischen Dingen mit sich bringende richterliche Stellung es zuläßt, die Bestrebungen der übrigen Bezirksbeamten nach Thunlichkeit zu unterstützen und in diesem Sinn auch auf die Ihnen untergebenen Beamten einzuwirken, sich angelegen sein lassen werden." — Richterliche Beamte zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, — so meint der „N. Corr.," sei ein wahrer Frevel und für sich allein genügend, diejenigen, die sich desselben unterfangen, mit dem Stempel der Unwürdigkeit für ihr Amt zu stigmatisiren.

Berlin, 13. April. Die „Kreuzztg." erklärt die Zeitungsnachricht von einem in Ems bevorstehenden Fürstenkongreß als der Begründung entbehrend.

F Der hannoversche Adel war in diesem Winter zahlreicher als seit dem Jahre 1868 in Hannover anwesend und hatte auf einen großen Theil des ersten Ranges der Theaterlogen abonnirt. Am Geburtstage des Königs von Preußen waren diese Logen leer, vermuthlich weil die Abonnenten nicht beim Absingen des Liedes: „Heil Dir im Siegerkranz" — und sonstigen Ovationen einstimmen und auch nicht durch ihre Nichtbetheiligung Anstoß erregen mochten. Jetzt ist diesen hannoverschen Familien von der Theater-Verwaltung das weitere Abonnement versagt worden, wenn sie sich nicht verpflichten wollen bei den zu Ehren des preußischen Königshauses im Theater stattfindenden Festlichkeiten zu erscheinen, oder ihre Logen bei solchen Gelegenheiten der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Ob man sich zu dieser indirekten Mitwirkung an den Festlichkeiten verstehen wird, weiß ich nicht.

Bochum, 11. April. In dem Prozeß gegen Gebr. Dieckoff und Konsorten ist das Urtheil gefällt worden. Nach demselben sind verurtheilt: Ernst Dieckhoff zu 3 Jahren Gefängniß, 300 Thlr. Geldbuße und 5 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, August Dickhoff zu 2 Jahren Gefängniß und 3 J. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte; Karl Dieckhoff zu 8 Monaten Zuchthaus, 150 Thlr Geldbuße und 2 Jahren Verlust der bürgerl. Ehrenrechte; Wilhelm Dieckhoff zu 1 Jahr Gefängniß und 2 Jahr Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte; Frau Büzler zu 6 Monaten Gefängniß und 1jährigem Verlust der bürgerl. Ehrenrechte; Louis Hüls zu 4 Monaten Gefängniß und 1 Jahr Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Von 22 Konskribirten sind 7 freigesprochen, die übrigen zu je 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die Untersuchung gegen die Militärärzte schwebt noch

Wien, 14. April. Die „Tagespresse" erfährt von „bewährter Seite" über das Programm des neuen Kabinets Folgendes: Sobald die Elaborate Betreffs der an Galizien zu machenden Konzessionen, die Erweiterung der Autonomie der übrigen Länder und einer Reform des Parlaments auf liberalster Grundlage mit Einführung direkter Wahlen vollendet sein und die Genehmigung des Kaisers erhalten haben werden, gedenkt die Regierung, die Führer aller Parteien zu einer Konferenz einzuberufen und dieser die Entwürfe vorzulegen. Nur falls hiebei eine Verständigung nicht erfolgt, wird die Regierung dem Landtage und das Abgeordnetenhaus auflösen und an die Völker appelliren.

Wien, 13. April. Feldmarschall v. Heß, bekannt aus dem italienischen Feldzuge, ist heute gestorben.

Ausland.

Pest, 13. April. Der Pester Lloyd erfährt aus „bester Quelle", daß die ungarischen Bischöfe nach Ostern nach Rom zurückkehren und, durchdrungen von der großen Gefahr der Unfehlbarkeitserklärung für Staat und Kirche, im Verein mit den deutschen, französischen und nordamerikanischen Bischöfen entschieden gegen die Unfehlbarkeit opponiren und jedenfalls festhalten werden an dem bisherigen Concilsgrundsatze: daß Stimmeneinhelligkeit für die Verhandlungen des Concils unbedingt nothwendig sei.

Paris, 13. April. Gesetzgebender Körper. Ollivier verlangt die Vertagung der Kammer bis zum Donnerstag nach dem Plebiscit. J. Favre sagt: die Vertagung würde mit einer Abdankung der Kammer gleichbedeutend sein. Ollivier vertheidigt die Politik des Cabinets, erinnert an die innerhalb drei Monate vollzogene liberale Umgestaltung und schließt mit den Worten: das Land und die Geschichte werden für uns Zeugniß geben. Beifallsbezeugungen. J. Favre beharrt auf seinen Behauptungen, indem er nach den Gründen von Daru's Rücktritt fragt. Der Vertagungsantrag wird mit 193 gegen 63 Stimmen angenommen. Die Vertagung nimmt heute ihren Anfang. — Der Rücktritt des Grafen Daru ist gewiß. Man versichert daß in Folge dessen die Absendung der französischen Note nach Rom vertagt werde, indem die Politik in Betreff des Concils eine abwartende sei.

Rom, 13. April. Man hält es für gewiß, daß der römische Hof, nach Anhörung der spanischen Bischöfe, beschlossen hat, der spanischen Geistlichkeit die Ableistung des Verfassungseides zu verbieten. — In den General-Congrationen sind von 132 bereits diskutirten Abänderungsvorschlägen gegen 100 votirt und fast einstimmig abgelehnt worden.

Athen, 9. April. König Georg begibt sich Juni über Triest nach Wien um dem dortigen Hof einen Besuch abzustatten, sodann nach Kopenhagen und kehrt nach dem Besuch eines Taunusbades wahrscheinlich über Paris nach Griechenland zurück.

Im Verlage von Otto Reindl in Bamberg erschien soeben:

Grundriß einer deutschen Sprachlehre,

entworfen von Heinrich Dümlein,

Realienlehrer an der k. Gewerbsschule Bamberg.

Dritte verbesserte Auflage. in 8vo. Preis 16 kr. gebd.

Mein reich assortirtes

Gold- & Silberwaaren-Lager

erlaube ich mir zu Communion-Geschenken bestens zu empfehlen.

U. WEBER, Goldarbeiter,

nächst der Kunstmühle.

Zur ersten heil. Communion

empfiehlt der Unterzeichnete sein ausgewähltes Lager von

Gebet- und Andachtsbüchern

in verschiedenen Größen und Einbänden zu billigstem Preise, sowie

Spitzen- u. Heiligenbilder, schwarz u. kolor.

zur gefäll. Abnahme.

Bestellungen auf **COMMUNION-BILDER** in mehr als 40 Sorten

von 1 kr. an bis 30 kr. das Stück nimmt entgegen

Otto Reindl.

Für Loose-Händler.

Braunschweiger 20-Thaler-Loose

und alle sonstige erlaubte Lotterie-Effekten liefert Unterzeichneter an Wiederverkäufer mit Rabatt. Pläne gratis.

G. Daubert jun. in Braunschweig, Poststraße Nr. 6.

Paris 1867. Preismedaillen. Havre 1868.

CARL WAXMANN

königl. bayer.

Hof-Schaumwein-Fabrikant

(Firma **Ferdinand Döring**)

Würzburg

empfiehlt seine moussirenden Frankenweine Prima-Qualität — höchst preiswürdig. Jahrgang 1868 — pr. Flasche 25 Sgr. (fl. 1. 30) bei Abnahme eines Originalkorbes von wenigstens 25 Flaschen.

KOSMOS,

das einzige Enthaarungsmittel,

entfernt unter Garantie in einigen Minuten jedes unnütze Haar, ohne der Haut nur im Geringsten nachtheilig zu sein. Dieses Mittel, von der hohen Medizinalbehörde zu Leipzig geprüft und genehmigt, ist nur direct zu beziehen gegen Einsendung des Betrags á Pot 1 Thl. durch

Leipzig. ***HUGO ARNOLD.***

Katholisches Casino.

Montag, 18. April Nachmitt.

Landpartie nach Hallstadt.

Näheres im Gesellschaftslokale.

Bamberg, 15. April 1870.

Der Vorstand.

St. Cäcilien-Verein.

Die Vereinsblätter liegen in ganzen Jahrgängen und einzelnen Nummern zum Ausleihen bereit beim

Vorstande.

Anzeige.

Den Mitgliedern des Sterbpakts zum gefangenen Heiland wird hiemit bekannt gemacht, daß unterm Heutigen der seitherige Sammler Hr. Rudel wegen Krankheit abgetreten ist, und die Einkassierung sämmtlicher Beiträge nun der Sammler Hr. Mart. Gerner übernommen hat.

Bamberg, den 13. April 1870.

Wietzner,

Vorstand des Sterbpakts z. ges. Heiland.

Anzeige.

Bei Beginn der Bauzeit erlaube mir, meinen Farbenverkauf in empfehlende Erinnerung zu bringen mit dem Bemerken, daß alle in das Tüncher- und Anstreicherfach einschlägigen ‚Farben' sowohl trocken als auch in Oel fein gerieben, ebenso verschiedene Lake und in jeder beliebigen Mischung, zum praktischen Gebrauch fertig, zu den billigsten Preisen stets vorräthig bei mir zu haben sind und ich gerne jeden Aufschluß über deren Anwendung ertheile.

Nik. Müller,

Königsstraße Nr. 995.

Stockholmer Schmiedekohlen

von bester Qualität, sowie

Holzkohlen

für Dampfbügeleisen bei

J. B. Bayer jun.

Holzmarkt 346.

---

100 tüchtige

Rollbahnarbeiter

finden dauernde Beschäftigung bei sehr gutem Verdienste bei den Bau-Unternehmern

Hohmann u. Cuhn,

Oerlenbach bei Bad Kissingen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 90. Samstag, den 16. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Wegen der beiden hohen Festtage erscheint am Diensttage nur ein halbes Blatt.

Inland.

München, 14. April. Dem heute Vormittag in der Allerheiligen-Hofkirche abgehaltenen Gottes-Dienste hat Se. Maj. der König mit dem großen Cortege beigewohnt. Hiezu waren auch der Prinz Luitpold und seine Söhne, die Prinzen Ludwig und Leopold, zum ersten Male seit ihrer Dispensation wieder am kgl. Hofe erschienen.

München, 13. April. Mehrere dem preußischen Einfluß zugängliche Blätter lassen sich von hier melden, daß der hiesige englische Gesandte Lord Howard von seiner Regierung wegen seiner angeblich der Landtagsmajorität günstigen Haltung scharf getadelt worden sei und die Weisung erhalten habe, in preußischem Interesse zu wirken Diese Nachricht ist gänzlich unbegründet und entspringt lediglich dem „frommen Wunsche", England zur Förderung der gegen die Selbstständigkeit Süddeutschlands gerichteten Pläne zu bewegen. Im Zusammenhang damit scheint es zu stehen, wenn man preußischerseits die großdeutsche Bewegung in Süddeutschland fälschlich als spezifisch katholisch bezeichnet, in der „Pall Mall Gaz." gar als das Werk „päpstlicher Agenten"! Man spekulirt damit offenbar auf den anglikanischen Papistenhaß. Glücklicherweise ziehen in England socialpolitische Motive unverhältnißmäßig stärker, als religiöse, und erstere dürften gerade nicht sehr geeignet sein, dem Nationalliberalismus die englischen Sympathien zuzuwenden. Man weiß jenseits des Kanals sehr gut, daß die Annexion der Südstaaten zur direkten Folge die Auflösung Oesterreichs haben würde, daß aber ein unabhängiges großes Donaureich im Besitz der Karpathen die einzige Schutzwehr gegen das Vordringen Rußlands ist, nachdem Polen vernichtet und der deutsche Bund zerrissen worden. Uebrigens hat der englische Gesandte nicht einmal seinen Einfluß zu Gunsten der Unabhängigkeit Süddeutschlands geltend gemacht, sondern sich während der ganzen kritischen Periode neutral gehalten.

Der bayerische Abgeordnete Kolb, der im Zollparlament den Kreis Kaiserslautern-Kirchheimbolanden vertritt, hat sein Mandat niedergelegt. Ein Schreiben an seine Wähler, in welchem er diesen Schritt ausführlich motivirt, ist in der Frkf. Zeitung veröffentlicht.

Nach dem „Straub. Tagbl." sollen noch ein paar aktenmäßige Beweise der Hörmann'schen „Liebe zur Presse" existiren und in sicheren Händen sein. Bei der Preßdebatte am 7. ds. ließ sich Hr. v. Hörmann, wegen Halsleiden entschuldigen. Auffallend dabei war, daß er vom Ministertische aus entschuldigt wurde und nicht vom Präsidentenstuhl aus, wie es sich für einen Abgeordneten, — und Hr. v. Hörmann ist in der Kammer einfacher Abgeordneter — eigentlich geziemte. Am 9. ds. aber war im Wintergarten der Residenz Hoftafel — und siehe da: Hr. v. Hörmann war dabei. Die Geschichte lehrt, daß man bei einer Hoftafel den Hals weniger braucht, als bei einer Preßdebatte, und daß junge Fasanen leichter zu verschlucken sind, als alte Aktenstücke.

Der Schriftsetzer Franz, Führer der hiesigen social-demokratischen Fraktion Tauscher, ist wegen Beleidigung der Kammer der Abgeordneten und staatsgefährlicher Aeußerungen in öffentlicher Versammlung zu 30 Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

In Pforzheim wurde am 9. und 11. ds. über die Einführung gemischter Schulen abgestimmt. Von 1238 stimmberechtigten evangelischen Einwohnern stimmten 860 für die gemischte Schule, 8 dagegen und von 319 berechtigten Katholiken 248 für und Niemand dagegen.

Berlin, 14. April. Die „Kreuzztg." schreibt, daß von einer Betheiligung Preußens an einem etwaigen Kollektivschritte der Großmächte hier nichts bekannt sei.

Berlin, 14. April. Der Kronprinz wurde in letzter Zeit von einem Unwohlsein heimgesucht, welches den Gebrauch einer Cur in Karlsbad wünschenswerth macht. Derselbe gedenkt am Tage nach dem Osterfest dorthin abzureisen. Die „Kreuzztg." fügt, indem sie dieß anzeigt, hinzu: Wie wir hören, handelt es sich über plötzlich hervorgetretene Symptome eines Leberleidens.

Wien, 13. April. Heute Morgen starb hier der Feldmarschall v. Heß, der tapferste Degen der österreichischen Armee, im Alter von 82 Jahren. Im Jahr 1788 geboren, machte er die Schlacht bei Wagram u. die bei Leipzig mit. Im italienischen Feldzug von 1848 Generalquartiermeister Radetzki's hatte er den größten Antheil an dem Erfolge der kaiserlichen Waffen. Im italienischen Feldzuge vom Jhr. 1859 Chef des Generalstabs, kam er erst nach der unglücklichen Schlacht von Magenta nach Italien und nahm an der Schlacht von Solferino hervorragenden Antheil. Nachdem der Friede von Villafranca abgeschlossen war, übernahm Heß nach der Rückkehr des Kaisers aus Italien das Obercommando über die österreichische Armee in Italien und wurde in dieser Eigenschaft zum Feldmarschall ernannt. An dem böhmischen Feldzuge im Jahre 1866 nahm Heß, nachdem sein Plan, welcher eine Besetzung der Pässe bezweckte, verworfen worden war, keinen Antheil.

In **Wien** haben die Bäckergehilfen ihren Meistern angekündigt, daß, wenn ihnen bis zum Ostermontag nicht ein höherer Lohn und kürzere Arbeitszeit bewilligt ist, sie die Arbeit einstellen werden. Die Meister haben erklärt, auf diese Forderungen nicht eingehen zu können. Das Militärkommando will ihnen 200 des Bäckerhandwerks kundige Soldaten zur Verfügung stellen.

Ausland.

Paris, 12 April. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers eröffnete der Siegelbewahrer noch, daß dem Antrage Barthelemy Saint Hilaire gemäß die Volksabstimmung nicht länger als einen Tag, und zwar von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends dauern sollte. Dann wurde die Debatte über das Preßstrafgesetz wieder aufgenommen u. bis zu Artikel 22 gefördert.

— 15. April. Die „Amtsvtg." veröffentlicht das gestrige kaiserliche Dekret, wonach die Minister Bufset und Daru ihrer Posten enthoben, Segris zum Finanzminister ernannt, Ollivier interimistisch mit der Leitung des Ministeriums des Aeußern und Richard mit der des Unterrichtsministeriums betraut werden.

Palermo, 13. April. In San Giorgio wurden 1000 Kartätschen sowie Material für weitere 20,000 aufgefunden. Die lebhafteste Bewegung herrscht in der Umgebung; die Unabhängigkeitspartei ist hier überaus stark. Es sind Truppen- und Flottenverstärkungen hier eingetroffen.

In **England** hat der Antrag Newdegades auf Untersuchung der Klöster große Aufregung und einen Adressensturm von den Katholiken hervorgerufen. Ein großes Meeting, dem der Herzog von Norfolk präsidirte und dem eine namhafte Anzahl Katholiken des Ober- und Unterhauses und sonstige Notabilitäten beiwohnten, erließ einen energischen Protest gegen eine Untersuchung, die nur einseitige Resultate haben könne, da Vorurtheil und böser Wille gleichmäßig thätig sein würden.

Ein kaiserlich **russischer** Ukas vom 27. Febr. d. J. enthält, wie der „Ostseeztg." berichtet wird, genaue Vorschriften darüber, für welche Vergehen und in welcher Weise die körperliche Züchtigung gegen Beamte der unteren Rangstufen zu vollstrecken ist. In dieser kurzen Notiz liegt eine vernichtende Kritik der russischen „Civilisation."

Athen, 13. April. Nach einem bei Marathon zwischen Gendarmen u. Briganten vorgefallenen Conflict nahmen die Briganten den englischen und den italienischen Legationssecretär, ferner noch andere drei reisende Engländer und zwei Frauen gefangen, und verlangen ein hohes Lösegeld.

Madrid, 13. April. Die „Epoca" meldet daß viele Priester sich weigern den Eid auf die Verfassung zu leisten; die „Epoca" räth zugleich die Regierung den Anschein der Verfolgung zu meiden. — Die Kaufleute von Madrid haben einen Ausschuß niedergesetzt, welcher beauftragt ist gegen den neuen Patent-Tarif Vorstellungen zu machen — Das „Diario Espanol" behauptet daß cubanisches Gold als Haupthebel der Insurrection in Gracia gewirkt habe. — Dem „Tempo" zufolge ist die Auflösung der Cortes vertagt.

Nach dem Vaterland existirt von Hrn. Abg. Pfr. Mahr eine köstliche u. sehr gelungene Photographie. Er sitzt an seinem Arbeitstische, umrahmt von verschiedenen Journalen, im Hintergrund sieht man einen „Landtagsbericht", der ebenso lakonisch als bezeichnend ist. Er enthält die wenigen Worte: "Sitzungsbericht. Mahr: Eine dunkle Mähre — Schauß: Hr. Präsident!" (d. h. dr stichelt schon wieder auf mich.)

Mainz, 13. April. Seit einigen Wochen trieb sich hier ein eleganter, bebrillter und mit einem prachtvollen blonden Bart ausgestatteter Herr herum. Dieser feine Galand veröffentlichte in hiesigen Blättern ein Inserat, von welchem er eine Dame als Erzieherin eines 8jährigen Kindes nach Amerika sucht, u. es hatten sich auch wirklich schon einige Mädchen gemeldet, mit denen dieser saubere Patron Verträge zur Ueberfahrt nach Amerika abschließen wollte. Doch die Nemesis in Form eines Steckbriefes und in der ausführenden Person eines Polizeidieners machte dem Allen ein Ende, denn Letzterer nahm gestern Nachmittag im „Cafe de Paris" die Arrestation des als Kuppler steckbrieflich verfolgten, sich Dr. Krause nennenden Schwindlers vor.

Bei dem Brande einer Bauernwirthschaft in Kuschwarda am 11. d. Nachts sind neun Personen verbrannt. Die Frau des Inhabers mußte zusehen, wie ihre blinde 81jährige Mutter, ihre zwei Töchter im Alter von 20 und 17 Jahren, ihre drei jüngeren Söhne sowie ihre Schwester, ihr Schwager, dann eine Magd unter den brennenden Balken begraben wurden.

Digitized by Google

In Stenzlau bei Ditschau lebten seit längerer Zeit drei Frauen, in weitem Umkreise als „Hexen" verschrieen. Sie waren sämmtlich Wittwen, standen in ziemlich hohem Alter und wohnten gemeinsam in einer vom Gutsherrn ihnen angewiesenen Wohnung. Ueber das Stillleben, was sie dort führten, sind besondere Nachrichten nicht aufbewahrt. Um die Mitternachtszeit erschien in dem Kreise der Drei ein junges, schönes, blühendes Mädchen von 20 Jahren. Sie war die Tochter der einen Wittwe, der Frau Bischof. Am Tage nach der Ankunft reichte die zweite, die sehr gefürchtete Frau Krause, dem Mädchen freundlich ein Stück gebratenen Specks, das dieses harmlos mit Brod verzehrte. Tags darauf erkrankte es schwer, und zwar am Typhus; die Brüder aber, der eine ein Krieger von 1866, der andere auch ein kräftiger Bursche von 20 Jahren, waren der unumstößlichen Meinung, daß ihre Schwester von der Frau Krause mit dem Speck „behext" sei. Sie beschlossen, diese zur Zurücknahme der Zauberei zu veranlassen, wozu nach Angabe ihrer Mutter die Sylvesternacht besonders geeignet war. In dieser Nacht führten sie die alte Krause an das Bett der Schwester und fragten, ob sie die Krankheit von ihr nehmen wolle. Als sie erklärte, daß sie das nicht wolle, schlugen sie die „Hexe" mit Messern u. Gabeln grausam. Nach acht Tagen starb das Mädchen. Die Gebrüder Bischof aber standen, der schweren Körperverletzung angeklagt, am 6. April in Preuß. Stargardt vor dem Schwurgerichte. Die von ihnen gemißhandelte Frau Krause, 68 Jahre alt, hat eine untersetzte, kräftige Gestalt, ein sehr markirtes Gesicht. Sie ist schwarz gekleidet und trägt über dem Kopfe ein schwarzes Tuch mit einer weißen Krause. Es läßt sich nicht leugnen, die ganze Erscheinung würde in der ersten Scene des Macbeth die Hauptrolle mit Effekt übernehmen können. Sie betheuert feierlich, daß sie das Mädchen nicht behext habe, sie sei demselben immer gewogen gewesen, eine Andere müsse es gethan haben. Sie erzählt dann, wie arg sie von den beiden Brüdern mißhandelt sei. Der Angeklagte Bischof, der frühere Soldat, beantragt, sie solle in der Kirche zwischen zwölf geladenen Gewehren, die auf sie angelegt werden, ihre Unschuld beschwören. Schwöre sie falsch, so werde ein Gewehr losgehen und sie zur Hölle schicken. Der Gerichtshof lehnte diese Beweisaufgabe ab und verurtheilte die Brüder unter Annahme mildernder Umstände zu 6 Wochen Gefängniß.

Versteigerung.

Im Auftrag des k. Bezirksgerichts Bamberg versteigere ich am
Donnerstag den 5. Mai curr. Nachmittags 2 Uhr
im Link'schen Gasthause zu Mistendorf 12 Tgw. 26 Dez. Aecker, Wiesen und Waldungen in der Steuergemeinde Mistendorf gelegen, geschätzt auf 2435 fl. — gegen Baarzahlung.

Das Verfahren hiebei richtet sich nach §. 98—101 des Proz.-Ges. vom Jahre 1837 u. §. 64 des Hyp.-Ges.

Bamberg, 15. März 1870.

Der königliche Notar.
Burkard.

Annonce.

Das konessionirte **Schreibe-Bureau** des Unterzeichneten befindet sich von nun an Weide Nr. 338
über eine Stiege, woselbst er insbesondere mit Rücksicht auf den Arbeiterstand zu jeder Tageszeit, an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme des Vormittägigen Hauptgottesdienstes den ganzen Tag über zu treffen ist.

Correspondenzen jeder Art, Gesuche u. sonstige Eingaben an die k. Behörden u. Gerichte, Rechnungsstellung und Revision von Rechnungen, wie sonstige literarische Arbeiten werden gewissenhaft, unter Zusicherung strengster Diskretion und gegen billiges Honorar rasch besorgt.

Da ihm zugleich die Berechtigung zur Seite steht, in allen öffentlichen Gerichtssitzungen zu vertheidigen, so entbietet er sich zur Uebernahme von Vertheidigungen u. beziehungsweise Vertretungen vor Gericht.

Hochachtungsvollst
L. Fr. Hausmann,
3 k. q. Assessor.

Anzeige.

Bei Beginn der Bauzeit erlaube mir, meinen Farbenverkauf in empfehlende Erinnerung zu bringen mit dem Bemerken, daß alle in das Tüncher- und Anstreicherfach einschlägigen „Farben" sowohl trocken als auch in Oel fein gerieben, ebenso verschiedene Lake und in jeder beliebigen Mischung, zum praktischen Gebrauch fertig, zu den billigsten Preisen stets vorräthig bei mir zu haben sind und ich gerne jeden Aufschluß über deren Anwendung ertheile.

Nik. Müller,
Königsstraße Nr. 995.

Stockheimer
Schmiedekohlen
von bester Qualität, sowie
Holzkohlen
für Dampfbügeleisen bei
J. B. Bayer jun.

In der Fabrik von Joseph Beck in München, Pasingerlandstraße Nr. 3, ist zu haben:

Creosot-Oel

zum conservirenden Anstrich für Holz
pr. 100 Zollpfund 5 fl.

Dieses für Jedermann anwendbare Mittel, um Holz vor Fäulniß zu bewahren, wird bereits seit längerer Zeit mit dem besten Erfolge angewendet und verdient daher zur allgemeinen Anwendung empfohlen zu werden.

Alle weicheren Holzarten, welche sonst in kurzer Zeit durch Fäulniß zu Grunde gehen, können durch Creosotöl auf unabsehbare Weise erhalten werden (s. Dingler polyt. Journal 1852, 128. Bd., Seite 146).

Dasselbe eignet sich daher besonders zum Anstrich von Brücken-Einfriedungs- und Unterlagbölzern, Geländern, Hopfenstangen, Weinpfählen, Schindeldächern 2c., indem sie das Holz nicht nur vor Fäulniß, sondern auch vor der Schwammbildung, dem Holzwurm und vor dem Benagen der Ratten und Mäuse schützt.

Dasselbe gibt dem Holze eine gelbliche Farbe. 2

Für ein Herrengarderobe-

Geschäft wird pr. 1. Mai ein Commis zu engagiren gesucht. Diejenigen, die schon in dieser Branche gearbeitet haben, werden bevorzugt. Franko-Offerte werden unter Chiffre „J. 113 S." Poste-restante Kissingen entgegengenommen.

Digitized by Google

Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital Drei Millionen Thaler,

wovon Zwei und eine halbe Million begeben.

Die Reserven betragen. 312,248 Thlr 19 Sgr.

Die so fundirte Gesellschaft versichert gegen Hagelschaden Boden-Erzeugnisse aller Art, sowie Fensterscheiben zu festen Prämien, wobei Nachzahlungen nicht stattfinden.

Dieselbe hat, wie früher, so auch in dem vergangenen Jahre, sämmtliche Schäden prompt und zur Zufriedenheit der Betroffenen regulirt und binnen längstens vier Wochen nach deren Feststellung die Entschädigungsbeträge voll ausbezahlt. Der Geschäftsstand der Gesellschaft gewährt die Garantie dafür, daß sie auch fernerhin ihre Verpflichtungen so prompt als vollständig erfüllen wird.

Die Unterzeichneten geben auf Verlangen über die Gesellschaft weitere Auskunft und erbieten sich zur Aufnahme der Versicherungs-Anträge.

Würzburg, den 14. April 1870.

Die Haupt-Agentur:

Louis Ringelmann,

sowie die Agenten der Gesellschaft in:

Bamberg F. J. Leininger, Kaufm.
Carl Schletz, „
Ad. Becker, Wirth.
Burgebrach And. Forster, Thierarzt.
Burgwindheim F. Peetz, Rektor.
Ebrach Joh. Heißinger, k. Posterped.
Gunzendorf P. Gebhardt, Lehrer.
Hallstadt Joh. Hofmann, Sattlermst.
Scheßlitz Joh. Göppert, Spezereihdlr.
Stegaurach Ulr. Friedrich, Kaufmann.
Trabelsdorf Carl Böhmer, Cantor.
Unterneuses Joh. Agatz, Lehrer.

Auswanderungs-Expedition

nach

Amerika und Australien &c.

über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre, Liverpool u. London mit Dampf- und Segelschiffen.

Billigste Preise und gewissenhafte Besorgung.

Näheres bei der concessionirten Haupt-Agentur für das Königreich Bayern von **S. Lederle** in Ludwigshafen a/Rh.

bei. Dep.: Consul der Vereinigten Staaten von Amerika

und folgenden Herren Agenten:

Büdel J. in Bamberg.
Rothlauf Theod. in Bamberg.
Schletz Carl in Bamberg.
Dippold C. in Lichtenfels.
Döring J. W. in Weßenstadt.
Fiedler Fr. in Kronach.
Friedmann A. in Bayreuth.
Künneth G. jr. in Gefrees.
Langheinrich Gg. in Hof.
Schwantner Jos. in Höchstadt.
Steinel Carl in Oberrößlau.
Stengel Andr. in Nordhalben.

NB. Es werden in den verschiedenen Bezirken Oberfrankens noch tüchtige Agenten aufgestellt und sieht die Hauptagentur gefl. Offerten entgegen.

Reichenhall in den bayerischen Alpen.

Eröffnung der Soolebad- und Molkenkur-Anstalt

Achselmannstein

am 1. Mai 1870.

(Direkte Eisenbahnverbindung über München und Wien.)

Das Kurhaus, auf einem der schönsten Punkte des Thales, in unmittelbarer Nähe der Gradirwerke und der neuen mit einer großen Soolen-Fontaine ausgestatteten Anlagen gelegen, bietet bei mäßigen und festen Preisen elegant und comfortable neu eingerichtete Zimmer, gute Küche und Keller, Bäder aller Art, sowie täglich frisch bereitete, längst als vorzüglich anerkannte Ziegenmolke und Kräutersäfte.

Für den Gebrauch der Traubenkur stehen im Spätsommer und Herbste Reichenhaller und Tiroler Trauben im Kurgarten zur Verfügung.

Mit der Anstalt ist auch ein Pensionat verbunden. Touristen finden im Kurhause eine erwünschte und zuvorkommende Aufnahme.

Anfragen und Bestellungen beliebe man an den unterzeichneten Besitzer der Kuranstalt zu richten.

Rinck.

Marianische Sodalität

in St. Jakob.

Heute Abend 7½ Uhr Feier der glorreichen Auferstehung unseres Herrn.

Am 2ten Osterfeiertage früh ½10 Uhr Sodalität mit heiliger Messe.

Der Präses.

Katholisches Casino.

Montag, 18. April Nachmitt.

Landpartie nach Hallstadt.

Näheres im Gesellschaftslokale.

Bamberg, 15. April 1870.

Der Vorstand.

Gesellen-Verein.

Montag Abends 8 Uhr

Musikalische Unterhaltung

Die HH. Schutzvorstände mit Familie.

Der Präses.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück 35 kr.

1	Gewinn zu		14000	fl
1	do		7000	fl
1	do		3000	fl
1	do		1756	fl
2	do zu	875 fl. — kr.	1750	fl
10	do zu	180 fl. — kr.	1800	fl
20	do zu	87 fl. 30 kr.	1750	fl
30	do zu	52 fl. 30 kr.	1575	fl
100	do zu	35 fl. — kr.	3500	fl
200	do zu	17 fl. 30 kr.	3500	fl
500	do zu	7 fl. — kr.	3500	fl
934	do zu	3 fl. 30 kr.	3269	fl
13200	do zu	1 fl. 45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.		70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Vorlagen

(Musterblätter)

zu

Laubsäge-Arbeiten,

vorzüglich zu schönen Uhrgehäusen, Nähnchen, Körbchen &c. pro Blatt 6, 8, u. 9 kr. vorräthig bei

Otto Reindl.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von

OTTO REINDL.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 91. Dienstag, den 19. April. **1870.**

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Zur Lage der Kirche in Ungarn

bringt der „Magyar Allam" unter dem Titel „Eine Stimme an die ungarischen Katholiken" einen aus Borsod datirten Artikel gegen die Angriffe auf die Hierarchie in den radikalen Blättern und im Reichstag, welcher sehr lehrreich ist.

„Wir appelliren an das große Publikum, sagt „M. A.", ob wir Katholiken noch länger schweigen können? und dies um so mehr als die Superintendenz helvetischer Confession diesseits der Theiß vorläufig die Bitte an das Abgeordnetenhaus gerichtet hat, uns keine Autonomie zu bewilligen und das Kirchengut, welches ihrer Ansicht nach eine zurückgebliebene Zeit geschenkt hat, wegzunehmen; was auch im Abgeordnetenhause seine Wirkung nicht verfehlte.

Da es constatirt ist, daß man die Vernichtung der Hierarchie sich zum Ziele gesetzt hat, um den Katholicismus zu vernichten, ferner den Raub des Kirchengutes, um uns ohnmächtig zu machen, darum erheben wir unsere Stimme zur großen katholischen Gesammtheit und rufen wir sie zur Vertheidigung der Kirche auf.

Den guten Willen des Akatholicismus, der ihn gewonnene Katholiken zur Agitation mißbrauchte, haben wir schon längst geahnt und wir sind überzeugt, daß das Vermögen, welches die katholische Kirche unter der Leitung der Hierarchie besitzt, der Stein des Anstoßes ist und deswegen besteht der Kampf.

Deshalb werden unsere Institutionen, unsere Bischöfe, unsere Ordensgeistliche in der Tagespresse, der schmutzigen Literatur, in Bildern, auf der Bühne beschimpft und verhöhnt, um das Volk in seinen religiösen Gefühlen, in seiner Anhänglichkeit an die Geistlichkeit wankend zu machen, ja unsere eifrigen katholischen Brüder, die sich für die Kirche interessiren und zu ihrer Vertheidigung auffordern, werden mit Koth beworfen und mit schmachvollen Aeußerungen insultirt.

Deshalb hat der Feldzug in der Presse wie im gesellschaftlichen Kreise für gemeinschaftliche Schulen gegen die katholische Schule begonnen, um auch das Kirchengut zum gemeinsamen zu machen.

Deshalb wurde der Kampf gegen den Katholicismus im gesetzgebenden Körper unterstützt und gegen die in der Entwicklung begriffene Autonomie ertönten donnernde Stimmen zur Verunglimpfung des Clerus und zur Erschütterung des Glaubens der kath. Gläubigen; die Hierarchie ist in allem ein Hinderniß, Hierarchie und Autonomie sind zwei entgegengesetzte Begriffe, wo die Hierarchie besteht, dort kann keine Autonomie bestehen, dies gehört zu den Unmöglichkeiten. Die Kirche kann der Vormundschaft nicht entzogen werden; durch die Verkündigung der freien Kirche würde sie zu Gunsten des Staates von allen Hemmnissen der Hierarchie befreit werden, die kathol. Gläubigen aber würden dazu genöthigt sein, daß sie sich aus Gnade der Hierarchie ergeben müßten.

Wir Katholiken, denen die Angelegenheit der kathol. Autonomie am Herzen liegt, verwahren uns, nachdem der offene Kampf gegen die kathol. Kirche begonnen hat, gegen jede fremde Einmischung.

Vereinigen wir uns zur Erweckung des katholischen Selbstbewußtseins unseres Volkes, das noch katholisch fühlt und nie zugestehen wird, daß die ungarische katholische Kirche ihrer Rechte, ihres Gutes beraubt werde, vielmehr wenn es erforderlich wäre, sie mit seinem Blute zu verheidigen bereit ist; denn der Gegner schläft nicht und ist bemüht im Volke immer mehr Geltung zu erlangen, verhindern wir, daß er noch größere Eroberungen machen könne."

Inland.

München, 16. April. Se. Maj. der König hat gestern mehrere Kirchen besucht, und heute an den Auferstehungsfeierlichkeiten in der Frauenkirche und in der Residenz theilgenommen. — Zufolge allerhöchster Anordnung S. M. des Königs hat das 12. Infanterie-Regiment vac. König Otto von nun an den Namen „Königin Amalie von Griechenland" zu führen. Das allerhöchste Schreiben ist am 17. ds. Ihrer Maj. in Bamberg überreicht worden.

München, 17. April. Der Minister v. Lutz hält die Vorlage eines neuen Schulgesetzes nicht für opportun und glaubt, daß die Initiative hiezu von den Kammern ausgehen müsse, da die Staatsregierung seinerzeit das Ihrige gethan habe.

Der Handelsminister v. Schlör will künftig bei der Anstellung von Professoren an den technischen Lehranstalten auf das Verhältniß der katholischen Bevölkerung des Königreichs (⅔) zur protestantischen (⅓) Rücksicht nehmen.

Der Minister v. Braun hat erklärt, daß er mit dem in Aussicht gestellten Antrag auf Wegfallen der Regierungspräsidentenstellen nicht einverstanden sei.

Im 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten haben Grabner, Winderl, Krätzer und Kurz gegen den Stauffenberg'schen Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe, und Wilhelm Schmidt (Bayreuth) für denselben gestimmt. Die übrigen Ausschußmitglieder fehlten bei der Abstimmung, und waren Umbscheiden und Schüttinger durch Krankheit, M. Barth und Gürster durch Theilnahme an einer gleichzeitig abgehaltenen andern Ausschußsitzung entschuldigt.

Nach der A. A. Ztg. „wird der kgl. Staatsminister des Aeußern, Graf Bray, sich morgen Abend auf einige Tage nach Stuttgart begeben, um daselbst Se. Maj. dem König aufzuwarten, dem er von früher bekannt ist, und sich gleichzeitig mit Frhrn. v. Varnbüler zu besprechen. Es sind sicherlich keinerlei spezielle Abmachungen beabsichtigt, wozu kein greifbarer Grund vorliegt; allein immerhin dürfte der Gedankenaustausch beider auf gleichem Standpunkt stehenden Staatsmänner von gutem Erfolge begleitet seyn und einen neuen Beweis für die nahen und innigen Beziehungen beider Länder und Regierungen abgeben. Justizminister v. Lutz wird den Grafen Bray begleiten, in Erwiederung eines im vorigen Herbst dahier erfolgten Besuches des württembergischen Justizministers v. Mittnacht, welchen Besuch man damals mit der beabsichtigten Neuregelung der Jurisdiktionsverhältnisse in Zusammenhang brachte. (Wir glauben uns im Gegentheil zu erinnern, daß „man" damals diesen Besuch lediglich mit persönlichen Erholungszwecken des Herrn v. Mittnach in Zusammenhang brachte. Uebrigens finden wir es natürlich, daß man einer und derselben Thatsache zu verschiedenen Zeiten verschiedene Motive beilegt.) Auch der kgl. württembergische Gesandte, Frhr. v. Soden, wird über die Feiertage nach Stuttgart gehen."

Die Württemberger Volkspartei will ernsthaft gegen die preußischen Gelüsten des neuen Ministeriums vorgehen, den Finanzetat verwerfen und Steuerverweigerung organisiren. Auch die erhöhten Ministerbesoldungen, Ministerpensionen und Appanagen, die nur unter der Voraussetzung bewilligt worden, daß Württemberg einen „unabhängigen Staat" bilde, sollen in Frage gestellt werden.

Karlsruhe, 15. April. Nachdem unsere Soldaten gelernt haben, nach preußischem Muster zu marschiren, soll nun auch die preußische Militärmusik zum Muster für die badischen Musikkorps genommen werden. Wie die „Spener'sche Zeitung" nämlich meldet, wird vom Großherzog der Musikdirektor Bürk des Leib-Grenadier-Regiments nach Berlin entsendet, „um die musikalischen Leistungen, sowie auch den inneren militärischen Dienst der preußischen Musikkorps kennen zu lernen." Später soll demselben die ganze Kapelle des Leib-Regiments auf Kosten des Großherzogs folgen und sich — nach gemachten Studien wahrscheinlich — in einigen größeren Berliner Concert-Etablissements hören lassen. — Wie es darnach scheint, ist es hier nicht möglich, den „rechten Geist" in die Kapelle zu bringen und ihr, obgleich sie zu Paris 1867 sich den zweiten Preis errungen, die Melodie: Ich bin eine Preuße, kennt ihr meine Farben — recht geläufig zu machen.

Karlsruhe. Der „Bad. L.-Ztg." zufolge ist in dem Prozeß gegen den Kreisgerichtsrath Baumstark von Konstanz, Kaufmann Lindau von Heidelberg, Privatdocent Dr. Bissing von da (Führer der kath. Volkspartei) und Buchdrucker Bernhard von Rastatt wegen Preßvergehens von Seite der Offenburger Raths- und Anklagekammer ein Bescheid ergangen, wonach Bissing und Bernhard von der Anklage entbunden, dagegen Baumstark und Lindau wegen durch grobe Schmähung der Staatsregierung verübter Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vor das Schwurgericht verwiesen sind.

Preußen hat in neuester Zeit entschieden Unglück. Die preuß. Regierung hat für Realisirung des Gotthardts-Projektes 40 Mill. zugesichert, und selbst dieses schöne Stück Geld vermochte nicht zu ziehen; Mailand und Genua erklären sich kategorisch gegen den Bismarck'schen Schienenweg und stimmen für die Splügen-Bahn, welcher sie die gleiche Summe zuzuwenden entschlossen sind.

Wien, 16. April. Die Abhaltung einer Conferenz zwischen den Vertretern des gemeinsamen Ministeriums des Aeußern und des österr.-ungarischen Justizministeriums zum Zweck des Abschlusses eines Handels- und Consular-Uebereinkommens mit Serbien wird gemeldet.

Ausland.

Paris, 16. April. Die Linke hat sich gestern versammelt, um zu prüfen, ob die delegirten Journalisten zur Unterzeichnung des Manifestes zuzulassen seien. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion. Ein Einvernehmen wurde nicht erzielt. 11 stimmten für, 10, darunter Picard, dagegen. — Bezüglich des Plebiscits ist gestern ein Einverständniß zwischen dem rechten und linken Centrum erzielt worden. — Marquis de Banneville wurde telegraphisch beauftragt: die Note des Grafen Daru dem päpstlichen Hofe nicht zu überreichen.

Rom, 15. April. Der Cardinal Gonella, Bischof von Viterbo, geb. 1811 in Turin, ehemal. Nuntius in München und Brüssel, ist diesen Abend in Rom gestorben.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 92. Mittwoch, den 20. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 18. April. Durch k. Entschließung wurde an Stelle des jüngst verlebten Generalmajors Grafen v. Joner der Generalmajor und Brigadier v. Schleich in Bayreuth in gleicher Eigenschaft nach Nürnberg versetzt und der pensionirte Generalmajor v. Aldosser als Brigadier in Bayreuth reaktivirt. — Der Entwurf des neuen Wahlgesetzes ist bis jetzt noch nicht in den Einlauf der Kammer der Abg. gelangt. Man glaubt daher, daß derselbe durch den Minister des Innern von Braun in der nächsten Kammersitzung eingebracht werde.

Se. Maj. der König hat schon bei dem letzten Feste des „Ritter-Ordens vom hl. Georg" im vorigen Jahr den Wunsch ausgesprochen daß dieser Orden eine Reorganisation erfahre. Wie wir nun vernehmen, beabsichtigt das Ordenskapital, der Anregung des Königs als seines Großmeisters nachkommend, die Statuten mit einem Zusatz zu erweitern, durch welchen es ermöglicht wird daß der Orden im Sinne der christlichen Charitas thatkräftig wirksam werde. Zur Durchführung dieser Ehrensache des altadeligen Ahnenordens soll dessen nicht unbeträchtliches Vermögen zur Gründung eines Spitals verwendet, und sollen die Aufnahmsgebühren und jährlichen Beiträge erhöht werden.

Dem Vortrag des Abg. Greil in Betr. der Nachweisungen über die Staatsausgaben in den Jahren 1866|67 u. 1868 entnehmen wir u. A. Folgendes:

Die Summe der Beiträge und Zuschüsse des Staates an die 3 Landesuniversitäten beläuft sich auf 292,542 fl Bei der Höhe dieser Summe äußert sich der Referent, darf man wohl annehmen, daß auch ganz Außerordentliches geleistet worden sei, umsomehr, wenn man sieht, daß die Universität München nicht weniger als 66 ordentliche Professoren zählt. Allein das Außerordentliche der Leistungen wird man vergebens suchen. Man hat eine Reihe von Gelehrten aus der Fremde berufen, und das schon seit einer ziemlich langen Reihe von Jahren, mitunter mit sehr hohen Besoldungen. Wo ist denn der Nachwuchs, welchen diese Männer in Bayern herangezogen haben? und wenn ein solcher nicht ersichtlich, wozu denn diese vielen Berufungen? und ob die Ausgaben, welche auf höhere wissenschaftliche Bildung gemacht werden, nicht zum Theil wenigstens vermieden werden können? Außerdem bedarf es noch einer besondern Untersuchung, wie sich die Berufung einer Reihe von Professoren mit Tit. 4 §. 9 der Verfassungsurkunde und mit §. 46 der 2. Verfassungsbeilage vereinigen lasse. Es soll hier nur bemerkt werden, daß in der mathematisch-physikalischen Abtheilung der Philosophie nur 2 Katholiken wirken, dagegen 6 Protestanten. In der philosophisch-historischen Abtheilung sind 6 ordentliche Professoren Protestanten, also in beiden Sektionen zusammen 12 unter 25, fast die Hälfte, und die als Katholiken aufgeführten sind das zum Theil auch nicht. Ref. weist dann auf eine Denkschrift über die Bedürfnisse der Landesuniversitäten hin, führt einige Stellen derselben an und hält den Antrag für gerechtfertigt, es möge der Wunsch ausgesprochen werden, die königl. Staatsregierung wolle künftighin bei Besetzung von Lehrstühlen der Universitäten das bisherige System ändern und zunächst einheimische Kräfte aufsuchen und verwenden, und den paritätischen und Stiftungsverhältnissen die schuldige Rücksicht zuwenden. Es sei dieser Wunsch um so mehr gerechtfertigt, wie mit den verlangten neuen „Attributen" mitunter verfahren wird. Man denke an die 10,000 fl., welche der seiner Zeit nach Würzburg berufene und nach Jahresfrist wieder abgegangene Professor Clausius für Umgestaltung des vorher als vorzüglich betrachteten physikalischen Cabinets verlangt hatte. Man denke ferner daran, ob denn die Berufenen nicht Männer unter sich zählen, die keineswegs zu den ausgezeichneten Lehrkräften gehören. Berücksichtigung des ausgesprochenen Wunsches mache es auch möglich, die Anfangsgehalte der Professoren namentlich der außerordentlichen, so zu regeln, wie es ihre Stellung und die Bedürfnisse des Lebens verlangen." Gegenüber diesen Bemerkungen des Referenten erklärte der k. Staatsminister v. Lutz, daß bei Anstellung oder Berufung eines Professors an die Universitäten dessen Konfession nicht berücksichtigt werden könne, der Tüchtigste in seiner Wissenschaft müsse der Staatsregierung auch der liebste Lehrer sein. (?)

Digitized by Google

Die Universitäten in Würzburg und München seien nicht katholische Stiftungen, sondern Landesstiftungen, daher werde durch Berufung und Anstellung von Akatholiken an denselben die Verfassung nicht verletzt. Ein Uebermaß von Professoren an der Münchener Universität sei im Gegenhalte zu andern Universitäten, als Berlin, Bonn ꝛc. nicht vorhanden. Eine Verminderung der ordentlichen und außerordentlichen Professoren der Medizin an der Münchener Universität werde schon seit längerer Zeit angestrebt. Wenn tüchtige Inländer vorhanden seien, werden sie gerne genommen; wenn sie aber fehlen, müsse man zu Ausländern greifen. Referent sprach entgegen die Ansicht aus, daß die Wissenschaft allerdings nicht nach Konfessionen zu theilen sei, allein es gebe Professoren, welche die katholische Religion verhöhnen, und Wissenschaften z. B. Geschichte, Philosophie, bei welchen die Konfession von Anfang an die Hauptsache sei. Die Berufungen seien sehr häufig aus Kameradie und Verwandtschaft geschehen, und die Berufenen hätten es sich zur Aufgabe gemacht, der katholischen Jugend die Liebe zum bayerischen Vaterlande u. zur katholischen Religion zu entziehen. Würzburg und München seien katholische, und als solche gestiftete Universitäten, wie Erlangen eine protestantische Universität sei.

Hinsichtlich der Ausgabeposten für die Akademie der bildenden Künste, die Gemäldegallerien ꝛc. erklärt Referent, daß er gegen jeden vermeidbaren Ansatz in diesem Betreffe stimmen wird, wenn die Malerei auf dem Abwege sich weiter bewege, welchen die letzte Kunstausstellung im Glaspalast, das Markart'sche Bild und der letzte Karton Kaulbachs gezeigt hat.

Was die Lyceen betrifft, so wendet sich der Ref. gegen das Urtheil, welches der vormalige Abgeordnete Feustel als früherer Budget-Referent niedergeschrieben hat, und welches mit den Worten beginnt: „Der Zweck der Vorbereitung in den Lyceen ist ein schlechter, denn auf der Universität würden die jungen Männer zu wissenschaftlicher Freiheit und Selbstständigkeit geführt, während sie durch den ausschließlichen Lycealbesuch gerade so werden, wie wir sie jetzt haben, unweltläufige, fanatische Menschen." Referent weiß nicht, wer der Gewährsmann ist, auf dessen Autorität hin Herr Feustel diese Aeußerung niedergeschrieben hat, aber das weiß er, daß die Aeußerung selbst ein durchaus auf Unwahrheit und Unkenntniß beruhender Faustschlag ist, welcher denjenigen Männern in's Gesicht gegeben ist, welche ihre philosophische und theologische Bildung auf Lyceen erhalten haben. Wer sich etwas in den praktischen und wissenschaftlichen Leistungen umsehen will, welche von Männern ausgehen, die auf Lyceen gebildet wurden, und von solchen, welche ihre gesammte Bildung auf Universitäten erhielten, wird, wenn er seiner Prüfung nicht die Phrase „wissenschaftliche Freiheit und Selbstständigkeit" sondern wirkliches Können und Wissen zu Grunde legt, die Lyceen nicht im Nachtheil, sondern eher im Vortheil den Universitäten gegenüber finden. Die Ueberreste einer dem jugendlichen Alter angemessenen Disciplin in Verbindung mit wirklichen Collegienbesuch und Examiniren gehören zu den Ursachen, welche die im Ganzen befriedigenden Leistungen der Lyceen erklären. Außerdem macht der Referent bezüglich dieser Anstalten noch folgende Bemerkung: Obwohl in der neuen Organisation der Lyceen vom 13. November 1849 die Lyceen den Universitäten in wissenschaftlicher Beziehung vollkommen gleichgestellt wurden, erscheinen diese Anstalten dennoch in den Nachweisungen und dem Budget unter der Rubrik „Allgemeine Volksbildung", unter welche neben den Gymnasien auch die Schullehrerseminarien und Präparandenschulen eingereiht sind, statt unter der Rubrik „Höhere wissenschaftliche Bildung", wohin sie ihrem Wesen nach gehören.

Das Urtheil des früheren Referenten Feustel über die Gymnasien zeigt von sehr großer Unkenntniß der wirklichen Sachlage. Gegen die Forderung, daß ein Theil der philosophischen Studien in die Gymnasien verlegt werde, müsse entschiedener Widerspruch eingelegt werden. Auch wünscht Ref. in anderer Richtung, als in der von Feustel angedeuteten eine Aenderung. Er kann es dem Zwecke des Gymnasiums nicht angemessen finden, daß man in der neuesten Zeit, in welcher überdies Realgymnasien bestehen, in der Mathematik die Forderungen so stellt, als wäre es eine hervorragende Aufgabe dieser Anstalten, Mathematiker vom Fache zu bilden. Zurückführung der Gymnasien auf ihre eigentliche Aufgabe, formelle Vorbildung zu den höheren Studien, wozu das Sprachstudium besonders geeignet ist, wobei eine richtige, nicht einseitige und überschätzende, dabei aber maßvolle Kenntniß des Geistes des Alterthums nicht ausgeschlossen ist, läßt allerdings den Lernstoff so zusammendrängen, daß an die Stelle von 4 recht gut 3 Gymnasialklassen gesetzt werden könnten. Nur wäre dann ein zweijähriges philosophisches Studium, aber ein wirkliches Studium wiederherzustellen.

Die bedeutende Erhöhung der Schulgelder an den Gymnasien kann Referent nicht unerwähnt lassen. Er will darin nicht gerade eine Besteuerung ohne ständische Genehmigung sehen, findet es dagegen im Widerspruche mit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, welche doch an diesen Anstalten bestehen soll. Der Referent ist der Ansicht, daß einige Ersparungen gemacht werden könnten, wenn man wieder zur früheren Praxis zurückkehren und das Rektorat der Gymnasien an Lycealprofessoren übertragen würde, wo es möglich ist. Die Gymnasien selbst würden dadurch nichts verlieren.

Für das Volksschulwesen wurden im Jahre

Digitized by Google

1868 unter den 4 Rubriken: Schullehrerseminarien, Präparandenschulen, Kreisschuldotation, Ergänzung des Einkommens der Schullehrer 880,606 fl. verwendet. Referent sagt: Wenn auch die Wünsche der Lehrer noch nicht vollends befriedigt werden konnten, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß schon Bedeutendes geschehen ist, und daß ein großer Theil unserer Schullehrer in befriedigenden Verhältnissen lebt. Die preußischen Schullehrer würden Gott danken, wenn sie das Loos ihrer bayerischen Brüder theilen dürften. Es soll damit nicht geleugnet werden, daß da und dort noch Abhilfe vonnöthen ist, daß noch berechtigte Wünsche zu befriedigen sind. Nur kann Referent nicht alle laut gewordenen Wünsche als berechtigt erkennen, namentlich nicht den nach Trennung des Schuldienstes vom Meßnerdienste der Anfang der Trennung der Schule von der Kirche.

Die Münchner „Neuesten Nachrichten" wollen wissen, Herr Bucher wolle auch in München ein eigenes Blatt haben, ein viertes zu der „Donauztg.", dem „Allgäuer-" und dem „Fränkischen Volksblatt" und verhandle darum mit Dr. Sigl über den Ankauf des „Vaterland." Diese Mittheilung der „Neuesten Nachr." ist aber wie so viele andere bloß Wunsch dieser liberalen Preßhusaren.

Suttgart, 18. April. Die bayer. Minister des Auswärtigen und der Justiz, Graf Bray und Freihr. v. Lutz, wurden heute um 11 Uhr in einer Audienz vom König empfangen und sind Mittag zur Tafel geladen.

Morgen sind die Herren, ebenfalls mit den hiesigen Ministern, bei Frhrn. v. Varnbüler zur Tafel. Mit Kanzler v. Geßler sind die Verhandlungen wegen Uebernahme des Kultusminist. dem Abschluß nahe.

Der Großherzog von Hessen-Darmstadt reist am 24. nach Berlin, und wird auf der Rückreise über Dresden mit seinem Schwager, dem Kaiser von Rußland, in Gießen zusammentreffen.

Ausland.

Paris, 18. April. Man versichert, die Proklamation des Kaisers an das französische Volk werde nächsten Sonntag erscheinen, gleichzeitig mit einem Dekrete, welches die allgemeine Volksabstimmung auf 8. Mai festsetzt. Die Herzogin von Berry ist gestorben.

Nach dem Figaro wäre der Kaiser gewillt, das Rundschreiben an sämmtliche 8 Millionen Wähler in ebenso vielen Exemplaren zu erlassen. Dieser Gedanke, so ungeheuerlich er erscheint, erhält durch eine Mittheilung des Constitutionel volle Bestätigung.

In der heutigen Senatssitzung vertheidigte Hr. de la Gueronoiere das Plebiscit, u. sagte: Frankreich muß nicht nur stark sein, Europa muß auch an seine Stärke glauben. Der Erfolg des Plebiscits wird die Illusion gewisser Geister in Europa zerstreuen, welche Frankreich durch die liberale Bewegung geschwächt glauben. Die Fortsetzung der Discussion über die einzelnen Artikel findet morgen statt.

Kopenhagen, 17. April. Der Kriegsminister Generalmajor Raaslöff hat seine Demission eingereicht, weil der von ihm in Washington abgeschlossene Vertrag, betr. den Verkauf der westindischen Inseln an Nordamerika, nicht ratifizirt worden ist. Weitere Veränderungen im Kabinet sollen nicht bevorstehen.

Aus Rom, 13. April, telegraphirt man der „Korresp. Havas": Gestern unterließ es eine gewisse Anzahl Patres vom Konzil, der allgemeinen Kongregation anzuwohnen, in welcher das Ganze des Schema's gegen die Irrgläubigen angenommen wurde. Eine Anzahl anderer Patres gab ihre Stimmen mit geschriebenen Erklärungen ab, woraus hervorgeht, daß, wenn sie für das Schema gestimmt, daraus nicht gefolgert werden dürfe, daß sie die Geschäftsordnung gutheißen, unter deren Herrschaft über das Schema berathen worden. (Wie wird aber die Wirtlichkeit ausschauen. — Von diesen Korrespondenzen weiß man, daß Gehässigkeit, Lüge und Neid stets in die Welt geschleudert wird, nur um der Liebe, Wahrheit und Eintracht, die bis jetzt geherrscht, nicht das Zeugniß geben zu müssen.

Vermischtes.

(Die Heeresorganisation der europäischen Großmächte.) Wer noch etwa glaubt, schreibt man der „E. Ztg.," daß die Stärke der Kriegsrüstung im Norddeutschen Bunde bedingt wird durch die Rüstungen der anderen europäischen Großmächte, der kann sich vom Gegentheil überzeugen in einer eben erschienenen Schrift eines preußischen Generalstabsoffiziers über die Heeresorganisation der europäischen Großmächte. Es ist diese Schrift von Kummer das erste Werk neueren Datums, welches die großen Umwälzungen in der Organisation des Heerwesens seit 1866 übersichtlich behandelt. Wir erfahren zunächst, daß die Kriegsstärke des Nordd. Bundesheeres gegenwärtig die ungeheure Ziffer von 944,321 Köpfen, also über 3pCt. der Bevölkerung erreicht. Rechnet man die Armeen von Bayern, Württemberg nnd Baden in ihrer jetzigen Kriegsstärke von 182,406 Köpfen dazu, so bekommt man eine Streitmacht von 1,126,727 Köpfen. Nach Abzug der vorerst im Lande zurückbleibenden Ersatztruppen ist die Feldarmee des Norddeutschen Bundes 551,993 Mann und die Feldarmee der genannten süddeutschen Staaten 107,496 Mann stark. Vergleichen wir damit die Feldarmeen anderer Staaten, insbesondere des zunächst in Betracht kommenden Frankreich und Oesterreich: Nach französischen Angaben getrugen Armee und Reserve am 1. October v. J. 647,172 Mann, also kaum zwei Drittel der norddeutschen Streitmacht. Nach den Berechnungen Kummers beträgt die französische Feldarmee nach Abzug der Besatzungs- und Reservetruppen höchstens 300,000 Mann, würde also nicht viel mehr als halb so stark wie die nordd. Feldarmee seiu. Die österr.

Digitized by Google

Armee würde nach Annahme des Verfassers in der nächsten Zeit nur dieselbe Zahl von Feldtruppen wie 1866 stellen können, nämlich 300,000 Mann. Danach wäre also die nordd. Feldarmee gegenwärtig nahezu so stark wie die österreichische und französische Feldarmee zusammengenommen. Dazu kommt noch, daß es Norddeutschland ein Leichtes ist, seine Ersatz- und Besatzungstruppen, wie dies 1866 namentlich bei der Mainarmee der Fall war, im Felde mit zu verwenden. Rußland kann nach etwa 2monatlicher Rüstung höchstens 150,000 Mann an der Westgrenze concentriren. Das italienische Operationsheer endlich läßt sich auf 200,000 Mann berechnen. Aus diesen Zahlen erhellt schon, daß Norddeutschland mit seinem übermächtigen Heere recht gut in der europäischen Abrüstung den Anfang machen könnte.

Bamberg, 20. April. Herr Zollparlaments-Abgeordneter Bürgermeister Dr. Schneider hat aus Gesundheitsrücksichten auf ärztliche Anordnung um einen 3wöchentlichen Urlaub beim Zollparlamente nachgesucht.

Mein reich assortirtes

Gold- & Silberwaaren-Lager

erlaube ich mir zu Communion-Geschenken bestens zu empfehlen.

U. WEBER, Goldarbeiter,

3 nächst der Kunstmühle.

Neue Glockenhängung.

Das ganze Hängewerk bewegt sich jetzt so leicht und regelmäßig, daß der Thurm nicht im mindesten bewegt wird; auch kann mit leichter Mühe jede Glocke von einem Mann geläutet werden, wogegen früher bei der großen Glocke vier Mann und bei der kleinen zwei Mann gebraucht wurden. Der Ton ist bei beiden weicher als früher. Hauptsächlich bei der großen Glocke hat der Ton einen sehr schönen Nachhall. Wir können daher nicht unterlaßen für die gute Ausführung der Hängeapparate Ihnen, Herr Kreisbaumeister, unsern innigsten Dank abzustatten.

Müggenhahe bei Damzig, 2. Juni 1869. Hochachtungsvoll M. G. Claaßen, in Vertretg. d. Kirchenkollegiums.

Prospect, Zeichnung, Atteste werden franco eingesandt. auch die von den Interessenten selbst leicht anzubringenden Hängeapparate geliefert durch Vermittlung des Patentinhabers

Ritter, Königl. Kreisbaumeister zu Trier.

Ingen. C. Weitzel, Dir. **Technicum Mitweida** bei Chemnitz-Sachsen.

technische Lehranstalt für Maschinenbau.

Anfang des Sommerkurses 20. April. — Prospekte werden gratis u. franko gesandt.

Zur ersten heil. Communion

empfiehlt der Unterzeichnete sein ausgewähltes Lager von

Gebet- und Andachtsbüchern

in verschiedenen Größen und Einbänden zu billigstem Preise, sowie

Spitzen- u. Heiligenbilder, schwarz u. kolor.

zur gefäll. Abnahme.

Otto Reindl.

Münchner Hofbrauhaus-Bock

in Fässern und Flaschen.

Mit dem 1. Mai beginnt der Versandt und wollen gefäll. Bestellungen frühzeitig gemacht werden bei **Bleicher u. Andreis** in München.

Anzeige.

Bei Beginn der Bauzeit erlaube mir, meinen Farbenverkauf in empfehlende Erinnerung zu bringen mit dem Bemerken, daß alle in das Tüncher- und Anstreicherfach einschlägigen ‚Farben' sowohl trocken als auch in Oel fein gerieben, ebenso verschiedene Lake und in jeder beliebigen Mischung, zum praktischen Gebrauch fertig, zu den billigsten Preisen stets vorräthig bei mir zu haben sind und ich gerne jeden Aufschluß über deren Anwendung ertheile.

Nik. Müller,
Königsstraße Nr. 995.

Holzkohlen

für Dampfbügeleisen bei

J. B. Bayer jun.
Holzmarkt 346.

Ganze Bibliotheken

und einzelne Bücher, besonders Catholica, kaufe stets zu möglichst hohen Preisen.

I. HILLER,
Antiquar in München.

Eisenbahnzuge in Bamberg.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:	Ankunft:
1[45] Nchts. Courierz.	12[23] Nchts Courierz.
5 früh Postz.	7[54] früh Güterzug.
10[10] „	9[10] „ Personenz.
2[35] Mitt. Schnellz.	1[10] Mitt. Schnellz.
3[5] „ Güterz.	5[30] Abd. Postzug.
6[20] Ab. Personenz.	10 Nchts.

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln.

4 früh Postzug.	9[28] früh Güterzug.
10 „	1[10] Mitt. Schnellz.
2[50] Mitt. Schnellzg.	2[30] „ Güterz.
2[50] „ Güterz.	6[15] Abd. Courierz.
6[35] Abd. „	12[5] Nchts. Postz.

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[35] früh Courierzug.	1[36] früh Courierz.
5 „ Postzug.	8 „ Güterz.
9[45] „ Personz.	9[45] „ Postzug.
1[33] Mitt. Schnellz.	2[10] Mitt. Schnellzg.
2[45] „ Güterz.	5[48] Abd. Perszug
6[23] Abd. Postz.	11 Nchts. Postz.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 93. Donnerstag, den 21. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die Lage in Bayern.

Aus dem M. J.

Dem Programme der Versöhnung, mit welchem Graf Bray vor die Kammer trat, konnte nicht leicht der Beifall eines Wohldenkenden ausbleiben. Wir haben auch nicht den mindesten Grund, an der Aufrichtigkeit und dem Ernste des Urhebers zu zweifeln. Nicht ebensogroß ist unter den faktisch vorliegenden Umständen unser Vertrauen in die Möglichkeit einer glücklichen Durchführung. Zu dieser müßte der Minister des Aeußern vor Allem freie Hand und willige Organe haben, zwei Bedingungen, an deren realer Existenz wir zweifeln. Denn nur zu viele und bedeutsame Erscheinungen legen uns den Schluß nahe, daß die älteren Mitglieder des Ministeriums gewillt seien, soweit immer möglich in der früheren Richtung voranzugehen; wenn dieß jetzt im Angesichte der tagenden Kammern sich mannigfach bekundet, so dürfte sich annähernd berechnen lassen, was zu gewärtigen sei, wenn die Kammern nach erledigtem Budget wieder vertagt sein werden. So lange sich die Parteien nicht versöhnt, oder, um unsere Erwartungen auf das Denkbare zu beschränken, so lange sie keinen Weg eines leidlichen Compromisses vermittelt haben, kann ein parlamentarisches Regiment nur auf die Kammermehrheit sich stützen; es bedarf wenigstens der Mehrheit in einem der beiden Häuser. Sonst muß es entweder, nicht zum Vortheil seines Ansehens, von Fall zu Fall nachgeben, oder zu künstlichen Mitteln greifen, ja fast noch mehr erbittern als ein offener Staatsstreich. Für ein rein geschäftliches (technisches) Ministerium, das dem Lande nicht als Repräsentant politischer Principien, sondern als farbloser Träger politischer Autorität und Verwaltung gegenüberstände, um die Beruhigung der erregten Parteiwogen abzuwarten, sind die Aussichten durchaus nicht günstig. Die Ursachen liegen vorwiegend auf dem Felde der inneren Politik. Denn bezüglich der äußern wäre es leicht und mit der Vertragstreue wohl vereinbar, den Wünschen der Nationalliberalen den Zügel der Geduld anzulegen, ein Vorhaben, das sich im Programme des Grafen Bray, wie wir meinen, „nicht undeutlich" ankündigt. In der inneren dagegen hält die Beharrlichkeit, mit welcher die kirchlich-liberale Richtung gefördert, die entgegengesetzte bei jedem Anlaß u. nicht ohne Ostentation der Abgunst versichert wird, die Wunde noch offen. Indessen dürfte die Berechnung, den Klerus durch die verlockende Aussicht auf Beförderung zu entzweien oder die Volksmassen für die Freiheit der Wissenschaft wider das Concil zu begeistern, zu Resultaten führen, welche klar stellen, daß der Calcul bei Weitem nicht alle Positionen zum wahren Werthe angesetzt hat. Wir sehen die kirchliche Lage in Bayern keineswegs in rosigem Lichte; wir denken am Wenigsten mit Freude an die Möglichkeit eines Bruches zwischen Staat und Kirche. Da aber gar keine Wahrscheinlichkeit dafür vorliegt, daß das lateranische Welteoncil der Autorität einiger Münchener Gelehrten sich beugen werde, während man Lust zeigt, für sie den Staat solidarisch haftbar zu machen, und fast schon die Brücke hinter sich abgebrochen hat, so dürfte mit dem Ausgang des Concils eine Krisis zeitlich zusammenfallen, so schwer und einschneidend, wie sie nicht in jedem Jahrhundert wiederkehrt. Wer in dieser an der Kirche festhalten wird, ist vor dem Verdachte, von irdischen Interessen geleitet zu sein, nur zu wohl gesichert, oder es müßten die Anschauungen, die in unserer inneren Politik maßgebend waren, und es in der Hauptsache noch sind, binnen weniger Monate einen völligen Umschwung erleiden. Bisweilen wird nicht das Wahrscheinliche, sondern das Unwahrscheinlichste zur Wirklichkeit. Das ist die unsichere, aber einzige Stütze der Hoffnung, Bayern könne bei politisch-kirchlichen Wirren der bedenklichsten Art noch glücklich vorbeikommen.

Inland.

München, 19. April. Die der bayerischen Fortschrittspartei angehörigen Abgeordneten, welche zugleich Zollparlamentsmitglieder sind, werden am nächsten Freitag, wenn die Debatte über die Todesstrafe zu Ende gebracht ist, gemeinsam nach Berlin reisen. Außer Hrn. Crämer, welchen seine Verpflichtungen im Finanzausschuß in München zurückhalten, gedenkt keiner derselben im Zollparlament zu fehlen.

Ueber den Entwurf zum neuen bayer. Wahlgesetz verlautet, daß er nichts von gesetzlicher Feststellung der Wahlbezirke enthalte, somit gerade jener

Bürgschaft entbehre, die allein die Wahlfreiheit aufrecht erhält. So lange es dem Ministerium zusteht, die Wahlbezirke nach Belieben einzutheilen, wäre ein neues Wahlgesetz von sehr zweifelhaftem Werth. Soll der Entwurf nur einigermaßen annehmbar erscheinen, so ist das Mindeste, was erwartet wird: vollständig geheime, direkte Wahl, kleinere Wahlkreise, gesetzliche Feststellung derselben, strenge Controle der Wahlfähigkeit durch genaue Wählerlisten und Diäten der Abgeordneten.

Die Note, welche von Berlin nach Stuttgart gelangt sein soll: daß Preußen mit der Intervention drohte, wenn die Agitation gegen das Militärgesetz noch länger fortdauere, spuckt noch immer in den Köpfen. Bis heute ist deren Vorhandensein von Stuttgart aus noch nicht dementirt worden, während hingegen das energische Einschreiten des Ministers Mittnacht gegen die Agitation der Meinung allen Vorschub leistet, daß ein solches Einschreiten von Preußen anbefohlen wurde. Die Ansicht, daß eine ähnliche Note auch nach München gelangt sei, gewinnt trotz des energischen Dementi in der Agsb. Abendztg. an Bestand aus dem Umstande weil unser Leiter der auswärtigen Angelegenheiten zu einer Conferenz mit Varnbüler sich nach Stuttgart begeben hat. Offenbar hat diese Conferenz keinen andern Zweck als die Berathung des gemeinsamen Verhaltens in der Militärfrage. Wie es scheint, soll den preuß. Sympathien des Herrn von Varnbüler ein bischen der Zügel angelegt werden. (F. U.)

In Amberg kam am 13. ds. Mts. die Berufung des kgl. Staatsanwalts Kleiner von Regensburg vor dem kgl. Bezirksgerichte zur Verhandlung. Weder Staatsanwalt Kleiner noch ein Vertreter war erschienen. (!?!) Den Hausbesitzer Körber vertrat Hr. Advokat Auer von München. Die Staatsbehörde entschlug sich der gutachtlichen Aeußerung. Das Urtheil wurde am Charsamstag publizirt.

Erlangen, 18. April. Der noch fortdauernde Strike der Weißgerbergesellen hat ein tragisches Ereigniß im Gefolge gehabt. Der Mangel an Arbeitskräften nöthigte die Meister an Arbeiten theilzunehmen welche sie früher nicht unmittelbar selbst besorgten. Einer der größten Gerbereibesitzer dahier, Magistratsrath David Mengin, ein Mann im kräftigsten Alter, nahm bei einer dieser Verrichtungen, wobei er mit Arsenik zu thun hatte, eine Prise Schnupftabak, ohne vorher seine Hände zu reinigen, u. brachte so etwas Arsenik mit in die Nase, was die traurige Folge hatte daß er in vergangener Nacht an Blutvergiftung starb.

F Die schwäbischen Preußen haben gestern in Stuttgart eine „Landesversammlung" abgehalten, die „äußerst zahlreich" besucht gewesen sein soll. Wie viele „Vertrauensmänner" anwesend waren, und wessen Vertrauen dieselben delegirt hat, wird wohlweislich nicht gesagt. Die Resolutienen, welche gefaßt wurden, sprechen sich einmal wieder für den rückhaltlosen Anschluß der Südstaaten an den Nordbund aus und erklären es als die Pflicht Württembergs, seine Militäreinrichtungen denen Preußens conform zu gestalten, also Verzicht auf das Budgetrecht und Einführung der dreijährigen Präsenzzeit. Dem gegenwärtigen Ministerium wird ein Mißtrauensvotum ertheilt und schließlich eine neue Auflage des Nationalvereins empfohlen.

Berlin, 19. April. Die „Kreuzztg" meldet, daß Graf Bismark in Varzin erkrankt ist. Sein hiesiger Arzt ist heute von hier nach Varzin abgereist. — Wie es heißt, leidet der Minister an der Gelbsucht.

Der „Wächter" schreibt aus Reuß-Greiz: „Unser Fürstenthum kann sich rühmen, auf dem Kontinente an der Spitze des Fortschritts zu stehen. Während alle Großstaaten gegen die ihnen angesonnene Abrüstung sich sträuben, hat Se. Durchlaucht unser Fürst damit einen Anfang gemacht; er hat in voriger Woche ein ganzes Drittel seiner Armee entlassen, von dem aus 9, sage neun Mann bestehenden Contingent sind drei Mann dem häuslichen Heerde wiedergegeben. Gehet hin und thuet desgleichen!"

Wien. J. M. die Kaiserin von Oesterreich befindet sich in gesegneten Umständen.

Aus dem Budweiser und Taborer Kreise wird im Monat Mai eine Massenauswanderung von nicht weniger als 2000 Personen nach Amerika stattfinden.

Ausland.

Aus Paris, 18. April, schreibt die „Köln. Ztg.": Was gestern noch überall als schlechter Scherz galt, ist heute zur feststehenden, unleugbaren Gewißheit geworden. Der Kaiser läßt in der That ein Schreiben an die acht Millionen Urwähler drucken, welches jedem Einzelnen von ihnen, unter besonderer Adresse, mit des Souverains autographirter Unterschrift und kaiserlichem Insiegel, durch die Post in's Haus gesandt werden soll. Es liegt etwas Kühnes und doch zugleich Amerikanisches in diesem Beginnen, das freilich nicht ohne gewisse Anklänge an die Art und Weise erscheint, in der Barnum seine großen Erfolge in Scene zu setzen pflegte. Wie man aber auch über das Theoretische oder besser das Moralische eines solchen Versuches urtheilen mag, der den Kaiser in allerdirectesten Contact mit seinen Stimmgebern bringt, Eines wird man zugeben müssen, daß er vom praktischen Gesichtspunkte aus nicht besser ersonnen werden konnte. Der Kaiser, denn er selbst ist der Autor der Idee, zeigt sich darin seines Parvenuthums eingedenk, das er schon früher so stolz zu betonen gewußt, und die Masse der ländlichen Wähler dürfte schwerlich gewillt sein, einem offiziellen Candidaten ihr „Ja" zu versagen, der sich in so vertrauensvoller Weise an sie wendet und somit ihrer Stimme in demokratischer Weise eine Wichtigkeit beimißt, die ihr

Digitized by Google

gestattet, sich in Wahrheit für einen ansehnlichen Bestandtheil der Volkssouverainität zu halten.

Aus Florenz, 15. April, kommt folgende Nachricht: In allen Schichten der Bevölkerung fürchtet man eine große politische Umwälzung; in verschiedenen Theilen des Landes soll der Aufstand gleichzeitig ausbrechen, wodurch man die Regierung im Schach zu halten sucht. Mazzini leitet persönlich die Bewegung; im Geheimen werden an der Küste Waffen gelandet, bisher ist es den Behörden noch nicht gelungen, irgend ein Depot zu entdecken.

Florenz, 18. April. Nach hier eingegangenen Meldungen hat man in Mailand eine Fabrik entdeckt, in welcher heimlich Patronen angefertigt wurden. Einer der Fabrikanten hat bei dem Einschreiten der Polizei einen Beamten verwundet und ist entkommen; vier Personen sind verhaftet worden.

Vermischtes.

Der Strike der Schneider in München steht auch heute noch auf dem alten Flecke. — Dem Herrn geistl. Rath und Gesellen-Präses Mayr von hier ist gestern ein „Osterei für das Gesellenhaus" München rfJ. bestehend aus einer 1000 fl.-Obligation zugekommen. Möge der edle Spender, den Gott tausendmal segnen wolle, noch viele Nachahmer, besonders auch an anderen Orten, finden!

Speyer, 18. April. Der hiesige Vorschußverein hat im Jahre 1869 einen Umsatz von 3,598,536 fl. erzielt. Der Reingewinn beträgt 7551 fl. auf ein eigenes Stammkapital von 78,389 fl. Die Generalversammlung beschloß die Vertheilung einer Dividende von 8 Proz. und eine Dotirung des Reservefonds von 1479 fl. Die Anzahl der Mitglieder war bei Jahresschluß 383.

Feldmarschall Heß, welcher zum Erzherzoge Albrecht und auch schon zu dessen Vater, dem Erzherzoge Karl, in den innigsten Freundschaftsbeziehungen stand, hat demselben das von ihm getragene Commandeurkreuz des Maria-Theresienordens in den ehrendsten Ausdrücken letztwillig überlassen. Dieses Kreuz wurde zuerst dem Feldmarschall Laudon verliehen, ging dann auf den Fürsten Karl Schwarzenberg über, welcher es dem Feldmarschall Radetzky widmete; dieser hat es dem Feldmarschall Heß letztwillig vermacht.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 19. April.

Der Hr. Bürgermeister machte die Mittheilung, daß er in Folge höchster Entschließung des k. St.-Minist. des Handels und der öffentl. Arb. dch. Entschl. k. Reg. v. 15. d. M. z. Zollparlamente einberufen worden sei, daß er jedoch aus Gesundheitsrücksichten auf ärztl. Anordnung um einen 3wöchentl. Urlaub beim Zollparlamente bereits nachgesucht habe. Zur Bestätigung wurden die vorliegenden ärztlichen Zeugnisse bekannt gegeben. — Bürgerrechtsgesuche wurden genehmigt für die HH. Hopfenhändler Bernard Ehrlich von Burgebrach (Geb. 100 fl.), Schneidergef. Loch von Zeckendorf (Geb. 100 fl.), Schiffer Andr. Sieber v. h. (Geb. 40 fl.) — Verehel.-Zeugnisse wurden ausgestellt für die HH. Gärtner Wolfgang Emmerling (Heim.-Geb. 48 fl.), Schiffer Heinrich Schneider (H.-G. 36 fl.), Maurer Franz Rothek (Wittwer.) — Dem Bierbrauer H. Phil. Scharnagel wurde die Conzession zum pers. Betrieb des Brauereigewerbes auf dem erkauften Schwab'schen Anwesen ertheilt und Eintrag im Gewerbsteuerregister gemacht. — Zur Vermeidung von Ordnungsstörungen bei den Viehmärkten seien die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. — Die vom Stadt.-Magistr. Nürnberg mitgetheilte Erwerbung des Heimathsrechtes allda durch den Goldschläger H. Joh. Buckreis v. h. diente zur Nachricht. — Auf Grund eines Rückschreibens des k. Stadtrentamts im Betr. der Steuerverhältnisse des H. pens. k. App.-Ger.-Rathes Frhr. v. Seefried sei unter Mittheilung an die Stadtkämmerei die Einquartierungsliste zu berichtigen; eine k. Reg.-Entschl. in Folge einer Beschwerde desselben wegen Zahlung von Gemeindegebühren dahier, während er seinen Wohnsitz nicht mehr dahier habe, sei demselben zu eröffnen und der Stadtkämmerei zur Behandlung mitzutheilen. — Ein Antrag des Maurermstrs H. Hofbauer jun. wegen Aufstellung eines Baueinfangs am Fabrik. Michel'schen Bauplatz sei nach vorliegendem technischen Gutachten zu bescheiden. — Der Bitte des H. Theaterdirektors Bömly um Ausstellung eines Zeugnisses über seine 5jährigen Leistungen dahier sei zu willfahren. — Nach dem Beispiel anderer Städte sei genau zu controliren, daß die Metzger, welche zugleich Kuhfleisch neben Ochsenfleisch in der Bank zum Verkaufe auflegen, solches sorgfältig getrennt halten und an der Banktafel deutlich aufschreiben. — Auf Antrag des Wildpretshändler Hr. Motschenbacher gegen den Maurer H. Jakob wegen Beschädigung seines Hauses dch. Kellerausgrabg. sei Fortsbg. des Ausgrab. sofort einzustellen, die Sache aber zur weiteren Austragung auf den Rechtsweg zu verweisen. — Die von d. k. Reg. für vollziehbar erklärten ortspolizeil. Vorschriften zur Verhütung von Feuersgefahren in dies. Stadt seien zu veröffentlichen u. in Vollzug zu setzen. — Bei der Vornahme des Ersatzgeschäftes sei auf Anordnung d. k. Staatsmin. d. Krieges und d. Innern der Visitation und der Ausmusterung eine sorgfältige Aufmerksamkeit zu widmen. — Wegen Vornahme von Feld-Dienstübungen in Privatgrundstücken im Michaelsberger Flur und der hiedurch herbeigeführten Beschädigungen, worüber Klage geführt worden ist, seien behufs künft. Abstellung die entsprech. Anträge zu stellen. — Mehrern Gewerbtreibenden sei die Anbringung ihrer Gewerbserzeugnisse als Aushängeschilde in der Voraussetzung zu bewilligen, daß dieselben so hoch angebracht werden, daß sie weder die Passage der Trottoire hindern noch die Nachbarauslagen verdecken. — Die von dem H. Rechnungsrevisor Nauenmacher periodisch herausgegebene

Digitized by Google

Uebersicht der Landesverwiesenen sei zum Geschäftsgebrauche anzuschaffen. — Die vom H. Staatsanwaltsch.-Vertreter mitgetheilte, beim hies. k. Stadtgerichte erfolgte Abstrafung des Galant.-Waarenhändlers Ernst Häusler von Stuttgart und 2 Complicen (s. g. Bauernfänger) wegen verbotenen Napoleonsspiels, sei der kgl. Regierung in Vorlage zu bringen. — Ein k. Minist.-Rescript wegen Schuldenvormerkung auf Einstandskapitalien diente zur Nachricht und Beachtung in vorkommenden Fällen. — Eine Nachbarndifferenz, den defekten Gartenzaun zwischen Hs.-Nr. 1905 und 1909 betr., wurde zur Austragung auf den Rechtsweg verwiesen. — Die von den Stadtgerichten zu Würzburg und Schweinfurt wiederholt abgestrafte Vagantin Gertraud Häublein von hier wurde wegen Arbeitsscheue auf die Dauer von 6 Monaten in der Polizeianstalt St. Georgen verwahrt. Die Beschwerde des Pank. Gick von Königsfeld wegen Stadtverweisung wurde unter Bestätigung des Magistratsbeschlusses von der k. Regierung verworfen. — Auf eine Zuschrift des Hrn. Oberförsters zu Strullendorf sei zu erklären, daß 100 Klafter Föhrenholz für den Holzhof für Minoerbemittelte übernommen würden; der Fuhrlohnsaccord für 20 bereits übernommene Klafter Föhrenholz sei zu genehmigen und Verrechnungsordre zu erlassen. — Dem Holzverstrich in der Revier Weippelsdorf sei Genehmigung zu ertheilen. — Auf ein Gesuch der Gemeinde Bischberg um Abgabe von Waldstreu aus der Spitalwaldung kann wegen bevorstehenden Eintritts der Waldsperre z. Z. nicht eingegangen werden. — Die Kur- und Verpflegungskosten für den im Krankenhaus verstorbenen Waisenhauszögling Emmerling im Betrage von 83 fl. 12 kr. seien der Waisenanstalt auf Rechnung zu setzen. — Die Lieferung der Särge ins allg. Krankenhaus sei dem allg. Sargmagazins-Vereine gegen die bereits festgesetzte Tare zu übertragen. — Der mit H. Dr. Schweizer abgeschlossene Kaufvertrag im Betr. des Bauplatzes Nr. 14 an der Sophienstraße sei zu genehmigen. — Der vor den städt. Collegien festgesetzte Grundetat der Commune und der Armenpflege pro 1870, gegen welchen innerhalb der ausgeschriebenen gesetzl. Frist keine Erinnerungen erhoben worden sind, sei nunmehr der k. Regierung in Vorlage zu bringen. — Die erledigten Waisenhausstellen seien in gemeinschaftl. Sitzung des Stadtmagistrats und des Armenpflegschaftsrathes wieder zu besetzen. — Im Auftrage der k. Reg. sei zu berichten, daß sich gegenwärtig im hies. Taubstummeninstitute 5 Knaben und 11 Mädchen befinden, welche dort Unterricht genießen. Von diesen sind ein Knabe und ein Mädchen aus Bamberg, die übrigen von auswärts. Außerdem befinden sich noch acht bereits erwachsene Taubstummen dahier.

Einladung zur Hagelversicherung

bei der k. k. privil. Triester Versicherungs-Gesellschaft

AZIENDA.

(Gegründet im Jahre 1822.)

Grundkapital $4^4/_5$ Millionen Gulden,

Prämien- & Gewinn-Reserve $1^1/_5$ Millionen

Gulden südteutscher Währung.

Haupt-Agentur für das Königreich Bayern in München.

Die Gesellschaft übernimmt nebst Feuer-, Lebens- und Transport-Versicherungen auch

Versicherungen gegen Hagelschaden

auf die Bodenerzeugnisse, als: Gräsereien, Futterkräuter, Kartoffel, Getreide Oel- und Handels-Gewächse, Gespinnstpflanzen ꝛc. unter sehr vortheilhaften Bedingungen, zu festen Prämien, wobei Nachzahlungen niemals stattfinden, und ersetzt jeden Schaden innerhalb Monatzfeist nach geschehener Abschätzung baar und voll in k. bayer. Landeswährung, wie dies seither zur vollkommensten Zufriedenheit der dabei Betheiligten geschehen ist.

Zur Vermittlung von Versicherungen empfehlen sich, in:

Bamberg	Herr	Arnold Heßlein Kaufmann,
„	„	Wilh. Stößel, „
„	„	Simon Silbermann, Augasse 522;
Gaustadt	„	Ferdin. Bohrer,
Forchheim	„	Ad. Müller, Spenglermeister,
Scheßlitz	„	Pankr. Merklein, Lehrer und Chorregent,
Weißenstadt	„	A. Dietel, Stadtschreiber,
Mkt. Graitz	„	Lorenz Deimel, Kaufmann,
Enchenreuth	„	Hans Brumbach,
Guttenberg	„	Gbr. Friedrich.

Bad Gleisweiler,

Eisenbahn u. Telegraphenstation Landau in der Rheinpfalz. Sehr geschützte, gesunde Lage, mildes Klima. — Rationelle Behandlung chronischer Krankheiten durch das gesammte Naturheilverfahren. — Prospekte und Näheres durch

Dr. med. L. Schneider

Altes Gold

auft zu den höchsten Preisen

U. Weber,

Goldarbeiter nächst der Kunstmühl.

Vorlagen

(Musterblätter)

zu

Laubsäge-Arbeiten,

vorzüglich zu schönen Uhrgehäusen, Rähmchen, Körbchen ꝛc. pro Blatt 6, 8, u. 9 kr. vorräthig bei

Otto Reindl.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von OTTO REINDL.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 94. Freitag, den 22. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Die stehenden Heere vom Standpunkt der socialen Gesundheitslehre.

Der nachfolgende Auszug einer von Hrn. Chaussard, in der medizinischen Akademie von Paris gehaltenen Rede unterstützt die Bestrebungen der südd. Partikularisten gegen den Militarismus treffend u. in einer bisher kaum aufgezeigten Richtung. Chaussard sagt: „Man wird niemals die ganze Größe des Unheils erfahren, welches auf unserm Lande durch die Einrichtung der stehenden Heere, dieser unerbittlichen Blutsteuer lastet, welche alljährlich dem heimischen Heerd die Blüthe der Jugend entreißt, um sie der ungesunden Ueberfüllung der Kasernen, dem corrumpirten Faullenzerleben der Garnison auszuliefern. Von allen Geißeln, welche uns das erste Kaiserreich hinterlassen hat, gibt es keine, welche wir mit größerem Mangel an Vorausficht geduldet haben.

Vom Waffenruhm berauscht, haben wir nicht berücksichtigt, um welchen Preis wir ihn erkauften, um den Preis der allmäligen Abnahme und selbst des künftigen Verfalls unserer Race. Um bei der Sache nur in dieser speciellen Richtung zu bleiben, denken Sie sich, meine Herren, die Lage von 4 bis 500,000 jungen und kräftigen Männern, denen das Heirathen verboten ist, ohne daß sie das Gelübde der geschlechtlichen Enthaltung abgelegt haben, die man auf das Pflaster der großen Städte wirft und allen möglichen Verführungen preisgibt, Verführungen, welchen sie nothgedrungen Gehör schenken müssen.

Heißt das nicht gewissermaßen die Prostitution oder die unehelichen Verbindungen decretiren? Das ist so wahr, daß, wie Herr Legoyt nachweist, die Zahl der unnatürlichen Geburten im Verhältnisse zur Erhöhung des Effectivbestandes der Armeen steigt. Ein trauriger, aber belehrender Zusammenhang!

Keine Institution hat verhängnißvoller die Vaterschaft untergraben. Alle Jahre bemächtigt sie sich seit dem zweiten Kaiserreich 100,000 Mann, um sie dem Cölibat und hauptsächlich der Prostitution und den unehelichen Verbindungen zu überliefern. Das sind 100,000 kräftige, in den meisten Fällen dem ländlichen Herd, dem Ackerbau, dieser ergiebigsten und gesundesten aller Industrien entrissene Männer, verhindert an der Verheirathung, welche allein der Bevölkerung Zuwachs und Kraft verleiht.

Von diesen 100,000 Mann wird allerdings alljährlich eine gewisse Anzahl dem bürgerlichen Leben zurückgegeben; allein selbst diese kehren nur selten in die Heimath zurück. Beinahe alle sind für das Dorf, für ihren Geburtsort verloren und vermehren die Bevölkerung der großen Städte, wohin sie nur zu oft eine, durch die Erfordernisse und die Entartung des Kasernenlebens ruinirte Gesundheit mitbringen.

Wer kennt nicht die in der Armee durch die „Schwindsucht' und die „Syphilis" angerichteten Zerstörungen? Und diese Schwindsüchtigen u. Siechen, aus der Armee entlassen oder in die Reserve versetzt, werden dann Familienväter, welche auf ihre Nachkommenschaft unheilbare Gebrechen und ansteckende oder erbliche, die Sterblichkeit in den Kinderjahren fortwährend vermehrende Krankheiten vererben.

Die Institution der stehenden Heere, von was immer für einem Gesichtspunkte aus man sie auch betrachtet, ist durch die Gesundheitslehre verurtheilt, ist eine im Fleische des Landes sitzende, in Fäulniß übergegangene, immer weiter um sich greifende und Alles zerstörende Wunde. Eine Gesellschaft so gut wie ein Individuum kann nicht ungestraft den von der Natur auferlegten Gesetzen der Gesundheitslehre trotzen. Der sociale Körper widersteht, es ist wahr, lange den erhaltenen Wunden, sein Blut und seine Kräfte schwinden weniger sichtbar und langsamer als bei einem jeden individuellen Organismus, sein geschwächtes Leben zieht sich in die Länge, ein Jahrhunderte hindurch dauernder Verfall ist bei seinem Beginn nicht augenfällig; allein sein Fortschreiten ist nichts destoweniger unaufhaltsam, wenn das Uebel verkannt und kein Heilmittel angewandt wird."

Inland.

München, 21. April. Der k. Staatsminister des Innern v. Braun legte in der heutigen 30. Sitzung der Kammer der Abgeordneten den Gesetzentwurf „die Wahl der Landtags-Abgeordneten betr." vor und äußert sich hiebei also: „Meine Herren! Beseelt von dem Wunsche, daß die Wahlen zum Landtag einen getreuen Ausdruck der

Digitized by Google

im Volke lebenden Ueberzeugung bieten, haben Seine Majestät der König bei Eröffnung des gegenwärtig versammelten Landtags die Vorlage des Entwurfs eines auf der Grundlage des direkten Wahlrechtes ruhenden Wahlgesetzes allergnädigst verheißen. Im Allerhöchsten Auftrage Sr. Maj. des Königs beehre ich mich diesen Entwurf an den Landtag und zwar zunächst an die sehr geehrte Kammer der Abgeordneten zu bringen. Gestatten Sie mir in Kürze die Prinzipien darzulegen, auf welchen derselbe aufgebaut ist. Der Entwurf gewährt das direkte Wahlrecht, mit geheimer Stimmgebung. Stimmberechtigt ist vorbehaltlich besonderer Ausschließungsgründe jeder Bayer, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, und dem Staate eine direkte Steuer entrichtet. Von der Ableistung des Verfassungseides als Vorbedingung zur Ausübung des Stimmrechtes sieht der Entwurf ab. Zum Nachweis der Stimmberechtigung ordnet derselbe die Anlage und Fortführung von Wählerlisten an, welche den Berechtigten die Theilnahme an der Wahl sichern, den Nichtberechtigten aber davon ausschließen sollen. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Stimmberechtigte, welcher das 30 Lebensjahr zurückgelegt hat und seit mindestens drei Jahren dem bayerischen Staate angehört. Um die allseitig angestrebte gesetzliche Feststellung der Wahlkreise zu ermöglichen fixirt der Entwurf die Zahl der Abgeordneten. Auf durchschnittlich 31,500 Seelen hat ein Abgeordneter zu treffen. In Anwendung der letzten Unions-Volkszählung berechnet sich die Zahl der Abgeordneten auf 154. Die Abgeordneten werden in 148 Wahlkreisen gewählt. Mit Rücksicht auf den Stand der Bevölkerung hat die Stadt München fünf Abgeordnete zu wählen, die Städte Augsburg und und Nürnberg wählen je zwei Abgeordnete. Alle übrigen Wahlkreise haben je einen Abgeordneten zu wählen. In der Wahlkreis-Eintheilung selbst bezielt der Entwurf den möglichst billigen Ausgleich der sich Geltung verschaffenden Interessen. Die Verschiedenheit der städtischen Bevölkerung von der ländlichen, die in Städten aufblühende Industrie durften nicht ganz unbeachtet bleiben. Wenn der Entwurf daher im diesrheinischen Bayern die einer Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städte und in der Pfalz einige Städte von industrieller und kommerzieller Bedeutung ausscheidet und besondere Wahlkreise für einzelne oder für mehrere miteinander verbundene Städte bildet, so kommt derselbe ohne irgend ein Recht zu verletzen, wohlbegründeten Forderungen entgegen. Eine Rückkehr zur ständischen Gliederung kann in diesem Vorgehen gewiß nicht gefunden werden. Die Anwendung des Prinzips der Diätenlosigkeit auf den Landtag war nie in den Absichten der Staatsregierung gelegen. Die bisherigen Bestimmungen über die Entschädigung der Abgeordneten sind unverändert in den Entwurf übergegangen. Mit dem Wegfall der Wahl von Ersatzmännern wird eine auch in diesem Hause vielfach laut gewordene Klage verstummen. Das Wahlverfahren beruht auf Grundsätzen, welche sich bei den Zollparlamentswahlen und bei den Gemeindewahlen bewährt haben. Indem ich den Entwurf nebst Motiven dem hohen Hause übergebe, empfehle ich denselben Ihrer reiflichen Berathung. Möge die Berathung des Entwurfs so objektiv erfolgen wie seine Ausarbeitung, und die Annahme eines Gesetzes herbeiführen, welches eine wesentliche Grundlage zu allseitiger Verständigung bilden soll!"

München, 21. April. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abg legte der Minister des Innern das neue Wahlgesetz vor. Dasselbe beruht auf dem directen Wahlrecht mit geheimer Abstimmung. Stimmberechtigt ist wer 25 Lebensjahre zurückgelegt hat und directe Steuer zahlt. Von der Ablegung des Verfassungseides wird abgesehen. Wählbar ist wer 30 Lebensjahre zurückgelegt hat. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 154. Das Königreich ist in 148 Wahlkreise eingetheilt, wovon München 5, Augsburg und Nürnberg je 2, die übrigen Kreise je 1 Abgeordneten wählen. Die Diäten sind beibehalten, das Institut der Ersatzmänner fällt weg. Der Handelsminister legte Gesetzentwürfe vor über die Vicinaleisenbahnbauten von Immenstadt-Sonthofen, Spalt-Georgensgemünd, Rothenburg-Steinach und Tirschenreuth-Wiesau. Der Justizminister erklärte daß die Staatsregierung ernstlich beabsichtige den Civilprozeß bis Anfangs Juli einzuführen. Der Handelsminister erklärte bei Besetzung der technischen Lehranstalten an den bisherigen Grundsätzen festzuhalten. Die Berathung über den Antrag betreffend die Aufhebung der Todesstrafe wurde vertagt.

Die Abgeordneten Greil und Alois Freihr. v. Hafenbrädl haben einen Antrag in Betreff der Ausführung der bayer. Waldbahn eingebracht. — Der Magistrat der Stadt Windsheim hat bei der Kammer der Abgeordneten eine Vorstellung in Betreff des Baues einer Verbindungsbahn von Forchheim über den Aischgrund über Hochstätt, Neustadt, Windsheim und Steinach nach Rothenburg a.J.T. eingebracht.

Blätter verschiedener Farbe treffen in der Vermuthung zusammen, daß es sich bei dem Besuche des Grafen Bray in Stuttgart um eine Verständigung über das gemeinsame Verhalten in der Militärfrage handle, in welcher bekanntlich die Kammer hüben wie drüben sich weigert, die überspannten Anforderungen der Kriegsdepartements weiter zu erfüllen. Ein Münchener Korrespondent der N. Pr. Z., welcher Konnexionen genießen soll, sagt: „Die ähnlich geartete Lage in beiden Ländern, in deren jedem eine auf Vertragsbruch sinnende, Preußen feindliche Opposition die Mehrheit in der Kammer besitzt, mag wohl zu vertraulichen Ministerbesprechungen Anlaß geboten haben."

* Buttenheim, 21. April. Heute wurde dem am 13. ds. mit größter Stimmenmehrheit gewählten

Bürgermeister Johann Kalb vor seinem Hause ein riesiger Baum aufgepflanzt, ihm zur Ehre, der Bürgerschaft zum Ausdrucke der Anerkennung.

Herr Bürgermeister Kalb!
So riefen Alle laut und fest.
Ein ganzer Mann bist Du, nicht halb;
Du nur das Beste hoffen läßt.
Wir sehnten uns nach einem Mann,
Der's wie ein Vater mit uns meint!
Du bist der Mann; drum rufe ihm ein Jeder: Hoch!
Hoch ihm, dem edlen Mann, ein dreimal Hoch!

In Amberg wurde die gestern gemeldete Berufung des Staatsanwaltes Hrn. Kleiner vom kgl. Bezirksgerichte verworfen, das erstinstanzliche Urtheil bestätigt und derselbe auch in die Kosten der Berufungsinstanz mit Ausnahme jener des klägerischen Vertreters, verurtheilt.

Berlin, 20. April. Wie die „Provinzial-Correspondenz" mittheilt, wird das Zollparlament wegen der Erkrankung des Bundeskanzlers durch Staatsminister Delbrück eröffnet werden. Das genannte Blatt bezeichnet als die Hauptaufgabe des Zollparlaments die Fortbildung des Zolltarifs, die Vereinfachung des Zollwesens und die Erleichterung des Verkehrs; zugleich sei ein Ersatz für die Ausfälle in den Zolleinnahmen, wozu eine mäßige Erhöhung des Kaffeezolles am Zweckmäßigsten erscheine.

Hannover, 19. April. Sieben Reservisten, welche von der sog. Legion aus Frankreich vor Kurzem in ihre Heimath zurückgekehrt und auf heute vor das hiesige Landwehrbezirkskommando geladen waren, sind nicht wieder entlassen, sondern verhaftet und in die Militäruntersuchungshaft abgeführt wordrn.

Wien, 17. April. Man versichert der „Karlsr. Ztg.", daß sich der Standpunkt der österreichischen Regierung in Bezug auf das Concil nicht geändert habe. „Nach der bekannten Depesche, welche zugleich die Stellung Oesterreichs präcisirte und auf die unvermeidlichen Folgen einer Mißachtung dieser Stellung aufmerksam machte, hat die hiesige Regierung sich als einfacher, wenn auch aufmerksamer Zuschauer der weiteren Entwicklung der Dinge verhalten, die freilich, wie man nicht bezweifelt, mit der Annahme der Canones durch eine blind ergebene Majorität im Concil abschließen wird. Aber man ist eben so fest überzeugt, daß die Minorität der Bischöfe sich nicht dazu hergeben wird, derartige Beschlüsse zu verkündigen (?). Der österreichisch-ungarische Episkopat wenigstens scheint nun in dieser Beziehung sicher zu sein."

Ausland.

Paris, 19. April. In der Sache der Konzilsdepesche ist nun eine noch neuere, diesmal aber definitive Aenderung dahin eingetreten, daß Marquis de Banneville das Daru'sche Aktenstück wohl dem Kardinal Antonelli mittheilt, die Ueberweisung desselben aber an das Konzil unterbleibt. Auf diese Weise soll die Kontinuität gewahrt werden, ohne die französische Politik tiefer zu engagiren, als wünschenswerth erscheint.

Paris, 20. April. Senat. Ollivier sagt: Wenn die Regierung in dem Plebiscit siegreich ist — und sie wird es sein — so wird sie ohne Zögern, ohne Schwäche stetig vorwärts gehen — eine Erklärung, die mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Die neue Verfassung wurde einstimmig angenommen, und der Senat vertagte sich bis zum Donnerstag nach dem Plebiscit. — Ein Manifest der Linken, unterzeichnet von 17 Abgeordneten, sagt: Die persönliche Regierung habe nicht aufgehört. Es räth mit Nein zu stimmen oder leere Zettel abzugeben, oder sich ganz zu enthalten. Die Unterzeichner werden mit Nein stimmen.

Paris, 20. April. Die Liberalen sind sich überall gleich. Der Bruder Victor Noirs erklärte sich öffentlich, er wolle die Entschädigungsklage gegen den Prinzen Peter Bonaparte nur der Form halber betreiben und deßhalb keinen Franken Schadenersatz verlangen. Die Familie verlangte dann doch 100,000 Fr., erhielt aber nur 25,000 und beeilte sich, dieselben in Empfang zu nehmen, trotzdem der Bruder erklärt hatte, daß ihn dieses Blutgeld drücke und er lieber bei trockenem Brode sein Lebtag arbeiten und es zurückerstatten, als es in seiner Familie dulden zu wollen. Es war ein wahrhaft gefundenes Geld, denn der getödtete Victor Noir war der Familie seit Langem mehr zur Last, als zum Nutzen gewesen. Derselbe war seit seiner Jugend seinen Eltern entlaufen und trieb alle möglichen Geschäfte, ohne es irgendwo weit zu bringen. Da hatte nun aber ein Gläubiger, dem die Familie 2500 Fr. schuldete, darauf Beschlag legen lassen. Die Familie klagte nun bei Gericht, um die Beschlagnahme rückgängig zu machen, wurde aber abgewiesen, indem ein Kommissär ernannt wurde, um die Summe in Verwahrung zu nehmen und die Gläubiger zu bezahlen. Diese Sorte von Leuten verschmäht immer das Geld, so lange sie dasselbe nicht in der Hand hat.

Der Herzog von Montpensier ist am Freitag Nachmittag in die Verbannung gereist, zu welcher er verurtheilt worden; das heißt, er hat seinen Familienkreis in Sevilla aufgesucht. Vor seiner Abreise machte ihm der Regent noch einen Besuch. In einem Monat darf er bekanntlich nach Madrid zurückkehren; und mit Bezug hierauf sagt die „Epoca," daß die montpensieristischen Abgeordneten im Mai noch vor der Berathung der organischen Gesetze die Thronfrage von Neuem in den Cortes anregen werden. Der „Imparcial" hält diesen Fall nicht für unmöglich, glaubt aber, daß auch die radikale Partei mit einem Antrage hervortreten werde.

Konstantinopel, 18. April. Der Patriarch hat den Ferman betreffend die bulgarische Kirchenfrage offiziell verworfen, da die Pforte nicht das

Digitized by Google

Recht habe, die religiösen Rechtsverhältnisse zu modifiziren.

Konstantinopel, 20. April. Der Fürst von Montenegro hat eine Denkschrift an die in Scutari versammelte Gränzregulirungs-Commission gerichtet, in welcher er seine Rechte auf Veli und Mardo Brda darlegt, und um schnelle und gerechte Entscheidung bittet.

Rumänien. Die Gährung nimmt zu. „Fort mit den Preußen!" rufen die Organe der Rothen. Eine Zeitung hat dem Fürsten Carol I. den Rath ertheilt, sich lieber freiwillig nach Berlin zurückzuziehen, denn sonst könne sich in Rumänien die Geschichte des merikan. Kaisers Maximilian I. wiederholen. In Plojescht und Krajova wurden Plakate angeschlagen, welche die Worte enthielten: Nieder mit dem Herrn von Hohenzollern! Hoch die Republik!

München, 19. April. Die Strikekommission der Schneidergesellen hat seit Dienstag bis gestern etwa 2000 fl. verausgabt, die theils durch freiwillige Beiträge hiesiger und auswärtiger Arbeiter, theils durch den unter Leitung des Herrn v. Schweitzer stehenden (nicht: „Schweizerischen" oder internationalen, wie verschiedene Blätter irrthümlich schreiben) Verband von Gewerkschaften eingegangen sind. Etwa 100 der Strikenden gehören der v. Schweitzer'schen Partei an. Morgen werden die Unverheiratheten, die die Arbeit eingestellt haben, die Stadt verlassen, um den Verheiratheten den Strike zu erleichtern. Die Behörde hat sich jetzt nach beiden Seiten hin neutral verhalten.

(Redeblumen.) Von dem poetischen Reiz der Sprache in Richard Wagner's „Meistersingern" mögen die folgenden Proben eine Vorstellung geben: „Verfluchter Kerl! — Den Verstand verlier ich, mit seinem Lied voll Pech und Schmierich! — .... Herbei! herbei! s' gibt Keilerei! .... Wartet ihr Racker! Ihr Maßabzwacker! — Esel! — Dummrian! — Du Grobian! — Lümmel du! — Darauf und zu! ..... Da hast's auf die Schnauze! — Herr, jetzt setzt's Plautze." — Walther legt mit emphatischer Geberde die Hand an sein Schwert und starrt wild vor sich hin: Ha! .... Eva faßt ihn besänftigend bei der Hand. „Geliebter, spare den Zorn! Es war nur des Nachtwächters Horn."

Im Verlage von Hermann Manz in München ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Aus dem Leben und Wirken des Königs Maximilian Joseph I. von Bayern. Berichtigungen u. Erläuterungen zu Dr. Sepp's biographischen Werke über König Ludwig I. von Bayern. Preis 9 kr.

Mineral-, Soolen- & Moorbad Rosenheim
(Oberbayern)
Eröffnung am 15. Mai.

Die herrliche gesunde Lage am Gebirge setze als bekannt voraus.
Trink- und Badekur.
Mineral-, Sool-, Moor-, Douche-, Dampf- u. Fichtelnadelbäder.
Täglich frische Molken u. Kräutersaft.

Zur nutzbringenden Anwendung eignen sich besonders: Bleichsucht, Skrophulose, Fettsucht, chronische, rheumatische und gichtische Leiden aller Art ꝛc.

Hr. Bez.-Arzt Dr. Mühlbauer hat die ärztliche Leitung der Anstalt übernommen.

Bibliothek, Curgarten, Curmusik, Omnibus am Bahnhofe, flotte Bedienung, billige Preise, Tarif gratis.

Rosenheim, April 1870.

Carl Lehr, Badebesitzer,

Für Loose-Händler.
Braunschweiger 20-Thaler-Loose

und alle sonstige erlaubte Lotterie-Effekten liefert Unterzeichneter an Wiederverkäufer mit Rabatt. Pläne gratis.

G. Daubert jun. in Braunschweig, Poststraße Nr. 6.

Wichtig
für Bauernvereine!

Durch das Literarische Institut von Dr. M. Huttler in Augsburg und die Kranzfelder'sche Buchhandlung daselbst ist nachstehendes neu erschienene Flugblatt zu beziehen:

„Bauern es ist Zeit,"
den Bauernstand wieder zu Ehren zu bringen.
Eine Mahnruf an alle deutschen Bauern

Preis pro 100 Stück fl. 1. —

Eisenbahnzüge in Bamberg.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:	Ankunft:
1[45] Nchts. Courierz.	12[23] Nchts Courierz.
5 früh Postz.	7[54] früh Güterzug.
10[10] „ „	9[30] „ Personenz.
2[18] Mitt. Schnellz.	1[10] Mitt. Schnellz.
3[5] „ Güterz.	5[30] Abd. Postzug.
6[20] Ab. Personenz.	10 Nacht. „

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln.

4 früh Postzug.	9[23] früh Güterzug.
10 „ „	1[10] Mitt. Schnellz.
2[30] Mitt. Schnellzg.	2[30] „ Güterz.
2[40] „ Güterz.	6[15] Abd. Courierz.
6[10] Abd. „	12[45] Nchts. Postz.

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[18] früh Courierzug.	1[16] früh Courierz.
5 „ Postzug.	8 „ Güterz.
9[15] „ Personz.	9[45] „ Postzug.
1[33] Mitt. Schnellz.	2[10] Mitt. Schnellzg.
2[11] „ Güterz.	5[20] Abd. Personzug.
6[15] Abd. Postz.	11 Nchts. Postz.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 95. Samstag, den 23. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

F **München**, 20. April. Die Organe des Nationalliberalismus — folglich der Reaction — haben wiederholt mit sichtlichem Vergnügen verkündigt, daß die Eingaben an den Landtag für Verringerung der Militärlast ins Stocken gerathen seien. Allein jede Einlaufsliste der Abgeordnetenkammer straft sie Lügen. Das heute ausgegebene Verzeichniß führt wieder Dutzende solcher Vorstellungen auf, wieder bedeckt mit Tausenden von Unterschriften. Dabei sind Eingaben von Gemeindebehörden Namens der Gesammtheit der Ortsbürger. Auf der Mehrzahl der Adressen ist die Aechtheit der Unterschriften amtlich beglaubigt. Zu Regensburg hat, wie mir geschrieben wird, am Ostermontag eine von beiläufig 500 Personen besuchte Volksversammlung stattgefunden, in welcher, neben den anderen überall wiederholten Verlangen, auch noch „allen Herrn Abgeordneten, die fernerhin für hohe Militärforderungen stimmen, entschiedenes Mißtrauen ausgesprochen" wurde. Mittlerweile begreifen die nationalliberalen Blätter diejenigen Abgeordneten und Parteien, welche für Erleichterung der Militärlast thätig sind; anfangs hatten sie über dieselben gespottet, weil nichts ausgerichtet würde; jetzt macht sich der Aerger nach der andern Seite Luft. Aber das Volk fängt auch in immer weiteren Kreisen an zu der Erkenntniß zu gelangen, wo seine Freunde und Feinde und wo die gefährlichsten „Reactionäre" stehen. Es ist ein wahrer Scandal, daß Leute, die für Fortschreiter gelten wollen, Diejenigen begeifern, die sich für Verminderung der so drückenden Militärlast abmühen. Das Volk müßte wirklich blind sein, wenn es ferner Leuten diente, die in ihrer Verblendung oder ihrer Selbstsucht den Militarismus zu befestigen suchen.

Die Neuesten wollen wissen, das Aktientheater sei vom Zimmermeister Hrn. Reifenstuel für S. M. den König angekauft worden.

Der Schuldenstand der Gemeinde München beträgt dermalen 8 Mill. 450,100 fl.

Berlin, 20. April. In der heutigen (dritten) Sitzung des Bundesraths des Zollvereins führte der Staatsminister Delbrück in Vertretung des Grafen Bismarck den Vorsitz. Die Vorlage des Präsidiums betreffend 1) die Pferdegeld-Aversa mehrerer Obergränzcontroleure für 1862—1868, 2) die Festsetzung des aufrechnungsfähigen Normalgehaltes der Matrosen auf den Wacht- und Kreuzfahrzeugen, 3) die Errichtung einer zweiten Postzollabfertigungsstelle in Hambung, 4) die Ausdehnung der Nachsteuerbegünstigungen auf die am 1. Nov. 1868 und 1. Juli 1869 dem Zollverein angeschlossenen preußischen Gebietstheile, sowie ein Antrag beider Mecklenburge, betreffend den Zuckerzoll, wurden den betr. Ausschüssen überwiesen. Ueber den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Vereinszolltarifs wurde der Ausschußbericht erstattet. Schließlich wurden mehrere an den Bundesrath gerichtete Eingaben vorgelegt.

Berlin, 21. April. Das Zollparlament ist soeben im Auftrag des Königs durch den Bundeskanzleramts-Präsidenten v. Delbrück mit folgender Rede eröffnet worden:

„Geehrte Herren vom deutschen Zollparlament! Se. Maj. der König von Preußen hat mir den Auftrag zu ertheilen geruht, das deutsche Zollparlament im Namen der zum deutschen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Regierungen zu eröffnen. Das von Ihnen im vorigen Jahre genehmigte **Vereinszollgesetz** ist nach Feststellung der zur Ausführung desselben nöthigen Anordnungen durch den Bundesrath des deutschen Zollvereins in Wirksamkeit getreten. Die dem Verkehr dadurch gewährten Erleichterungen haben dankbare Anerkennung gefunden. Die Wirksamkeit des Gesetzes über die **Besteuerung des Zuckers**, welches im vorigen Jahre Ihre Genehmigung erhalten hat, ist noch von zu kurzer Dauer, um über dessen Erfolg schon jetzt mit Sicherheit zu urtheilen. Jedenfalls beweist der trotz der Ermäßigung des Zolls eingetretene Rückgang der Verzollung von ausländischen Rohzucker, daß die inländische Zuckererzeugung durch die neue Regulirung des Verhältnisses zwischen dem Eingangszoll und der Rübenzuckersteuer in keiner Weise geschädigt worden ist. Eine Ergänzung der durch dieses Gesetz eingeleiteten Reform der Zuckerbesteuerung soll durch einen der Berathung des Bundesrathes unterliegenden Gesetzentwurf herbeigeführt werden. Die Fabrikation vor Zucker und Syrup aus Stärke hat im Zollvereine eine Ausdeh-

Digitized by Google

nung erreicht, welche die Steuerfreiheit dieser Artikel zu einer mit dem Interesse der Zuckerindustrie wie der Staatsfinanzen unvereinbaren Begünstigung macht. Die schon im Artikel 3 des Zollvereinsvertrages vorbehaltene und der Gerechtigkeit entsprechende Abstellung dieser Begünstigung soll durch eine Besteuerung des aus Stärke bereiteten Zuckers und Syrups nach den für die Rübenzuckersteuer festgestellten Grundsätzen erreicht werden. Ein zweiter, denselben Zweig der Steuergesetzgebung betreffender Entwurf ist bestimmt, eine der Rübenzuckerindustrie lästige Kontrolvorschrift zu beseitigen, nachdem aus der Erfahrung sich deren Entbehrlichkeit ergeben hat. Seit Jahren fehlte in Meriko dem deutschen Handel und der deutschen Schifffahrt an einer vertragsmäßigen Sicherung ihrer Interessen und den zahlreichen dort wohnenden Deutschen an einer vertragsmäßigen Garantie ihrer Rechte. Ein nach Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten zu Stande gekommener Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Meriko, welcher Ihnen vorgelegt werden wird, soll diese Lücke in den vertragsmäßigen Beziehungen des Zollvereins zum Auslande ausfüllen und den umfangreichen Verkehrsbeziehungen zwischen beiden Ländern eine gesicherte Grundlage und damit eine Vorbedingung eines kräftigen Aufschwunges gewähren. Die gleichen Zwecke verfolgt ein Vertrag mit dem Königreich der Hawaiischen Inseln, dessen Genehmigung bei Ihnen beantragt wird. Die Revision des Vereinszolltarifs wird Sie von Neuem beschäftigen. Der sorgfältig revidirte Entwurf verfolgt wie früher den Zweck, neben einer wesentlichen Vereinfachung des Tarifs und Erleichterung des Verkehrs und Verbrauchs die finanzielle Grundlage unseres Tarifsystems zu kräftigen, damit nicht die durch zahlreiche Zollbefreiungen und Zollermäßigungen in den letzten Jahren herbeigeführte Verminderung der Zolleinnahmen die wirthschaftliche Gestaltung der Steuer-Systeme in den Vereinsstaaten gefährde. In den Veränderungen, welche der Entwurf erfahren hat, haben die Bedenken, welchen einzelne der im vorigen Jahre gemachten Vorschläge begegneten, thunlichste Berücksichtigung gefunden, insbesondere ist für die Herbeiführung eines Mehrertrags ein Verbrauchsgegenstand in's Auge gefaßt, dessen höhere Belastung die schon früher im Zollvereine gemachten Erfahrungen als zulässig darstellen. Eine Verständigung auf dieser neuen Grundlage wird, indem sie die Ausführung einer den Verkehrsinteressen erwünschten Reform des Tarifs ermöglicht, dem nachtheiligen Zustande der Ungewißheit über dessen weitere Gestaltung eine Ende machen. Mit dieser Tarifreform werden Sie, geehrte Herren, die letzte Session einer Legislaturperiode würdig schließen, welche durch Erweiterung des Vereinsgebiets nach der Ostsee und Nordsee, durch die Herstellung des freien Verkehrs mit Tabak, durch eine der Entwicklung des Handels entsprechende Umgestaltung der Zollgesetzgebung und durch die Reform der Zuckerbesteuerung Zeugniß abgelegt hat für den Erfolg der Institutionen, welche in dem Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867 geschaffen sind.

Berlin, 19. April. Der Vorstand der nationalliberalen Partei hat den Landesausschuß zu einer Versammlung für den 30. April resp. 1. Mai nach Berlin berufen. Da um diese Zeit das Zollparlament hier anwesend ist, so steht zu erwarten, daß vielleicht eine Theilnahme süddeutscher Parteigenossen an der Versammlung und eine Feststellung der gegenseitigen Beziehungen der norddeutschen und süddeutschen Parteigenossen erfolgt, zumal, da sich so viele und so wichtige Anknüpfungspunkte bereits ergeben haben.

Berlin, 21. April. Das Zollparlament wurde im weißen Saale vor etwa 120 Mitgliedern eröffnet. Darunter fanden sich etwa 6 Mitglieder der süddeutschen Fraction, ferner Prinz Albrecht von Preußen, die Generale v. Moltke und v. Steinmetz, und sonst nur Mitglieder der conservativen Fraction. Minister v. Delbrück verlas die Eröffnungsrede, worauf der Alterspräsident v. Franckenberg-Ludwigsdorf ein Hoch auf den König von Preußen ausbrachte.

Die preußische Regierung scheint die kritische Situation, in der sich Oesterreich befindet, benützen zu wollen, um die nordschleswig'sche Frage zu reguliren. Die Flensb. Nordd. Zeitung meldet: „Wir vermögen aus bester Quelle mitzutheilen, daß von preußischer Seite in letzter Zeit in Betreff der Ausführung des §. 5 des Prager Friedens Vorschläge in Wien gemacht worden sind, welche die Absicht hegen, die nordschleswigsche Frage definitiv zu regeln, und zwar dergestalt, daß wenn diese Propositionen nicht acceptirt werden, Preußen fortan eine Vereinbarung über die Ausführung des §. 5 als unmöglich betrachten wird." Wenn die Mittheilung überhaupt richtig ist, so geschieht es gewiß nicht ohne Absicht, daß man gerade jetzt, wo Graf Beust bekanntlich sehr stark in der cisleithanischen Ministerkrise engagirt ist, sich preußischerseits mit demselben über die heikliche nordschleswig'sche Frage zu verständigen sucht. Gelingt die Verständigung zwischen Wien und Berlin, so ist freilich nicht zu erwarten, daß Dänemark das getroffene Abkommen annehmen würde; aber das preußische Cabinet würde sich immerhin eine weitaus günstigere Position für die Zukunft geschaffen haben, wenn das von ihm Hand in Hand mit Oesterreich gemachte Anerbieten in Kopenhagen abgelehnt wäre.

Einem norddeutschen Bundesmitglied steht von Seite des Bundesrathes und Bundesfeldherrn die Execution wegen Steuerverweigerung bevor. Bekanntlich hat der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt jüngst die von der Regierung vorgeschlagenen Steuern abgelehnt, weil der Steuerzuschuß aus den Domänen geringer angesetzt war, als das Land mit Recht erwarten zu dürfen glaubt. Die Regierung von Rudolstadt hat nun in der letzten Bundesraths-

Digitized by Google

sitzung angezeigt, daß sie sich außer Stand sehe, ihren Matrikularbeitrag zu leisten. Der Bundesrath hat die Sache dem Justizausschuß überwiesen. Es fragt sich nun, ob man die Rudolstädter Regierung durch Executionsandrohung einfach zur Erfüllung ihrer bundesverfassungsmäßigen Pflicht anhalten, oder ob man die schwierige Sache selbst vor den Bund ziehen will.

Berlin, 21. April. Der Reichstag nahm in seiner heutigen Sitzung ohne weitere Debatte den Antrag Rabenau wegen Einführung der Braumalzsteuer in Nordhessen an. Nächste Sitzung unbestimmt.

Wien, 20. April. Es sind bezüglich der — allerdings mit Sicherheit zu erwartenden — Amnestie theilweise sehr hochgehende Erwartungen geweckt worden. Ich glaube versichern zu dürfen, daß der betreffende Akt über eine freilich sehr umfassende Amnestie für Preßvergehen nicht hinausreichen wird, und daß namentlich von der mehrfach angekündigten Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Arbeiterführer keine Rede ist.

Innsbruck, 19. April. Am Ostersonntag-Morgen kam der Exminister Dr. Giskra hierher, um sich als „Ehrenbürger" der Hauptstadt Tirols von seinen Mitbürgern für sein mißlungenes Werk fetiren zu lassen, was der constitutionelle Verein und die liberale Stadtrepräsentanz auch sofort in Vollzug setzte, indem sie dem Bürger Dr. Giskra gegen 11 Uhr einen Fackelzug brachten, während die Musik des Regiments Erzherzog Rainer vor dem „österreichischen Hofe", dem Absteigequartier des verdienten Mannes, aufspielte und die Liberalen der Stadt ihre Hochs auf die neue Aera in das Dunkel der Nacht losließen. Die „Neuen Tiroler Stimmen" bemerken zu dieser Ovation treffend: „Das ganze gestaltete sich zu einer imposanten Leichenfeierlichkeit des Giskra'schen Systems."

Ausland.

Paris, 20. April. Ueber den Brief, welchen der Kaiser an sämmtliche Wähler schicken will vernimmt die „Presse" folgendes: Es sei derselbe ein höchst persönlicher Act des Kaisers, der daher sein Manuscript nicht einmal den Ministern mitgetheilt, sondern direct unter Anempfehlung des strengsten Geheimnisses dem Drucker anvertraut habe. Anfänglich habe es in seiner Absicht gelegen, den ganzen Brief autographiren zu lassen, doch war dieß bei einer Auflage von zehn Millionen schwer durchzuführen. Jedes Exemplar werde aber ein Facsimile der kaiserlichen Unterschrift tragen. Die Postverwaltung habe bereits die gesammten Unteroffiziere und Soldaten der Garnison von Paris zum Schreiben der 10 Millionen Adressen in Anspruch genommen. Die Formel des Plebiscits wird nicht vor der Commission des Senats, sondern vom Kaiser im Ministerrath entworfen und der Proklamation beigefügt werden.

Paris, 20. April. Der „Patrie" zufolge hätte der Kaiser wirklich die Absicht, jedem Wähler ein Exemplar seiner Proklamation an das französische Volk zugehen zu lassen. Der Verleger Plon ist mit dem Druck beauftragt. Nach der „Presse" ist von einem Schreiben und nicht von einer Proklamation des Kaisers an die französ. Wähler die Rede. Niemand hat es, wie die „Presse" versichert, gelesen, nicht einmal der Siegelbewahrer. Die Stellen, die man sich daraus mittheilen will, sind aus der Luft gegriffen. Der Kaiser will das von ihm persönlich abgefaßte Schreiben erst nach der Abstimmung über den Senatusconsult den Ministern und den Wählern unterbreiten. Das Manuscript befindet sich in den Händen des Druckers, dem die größte Verschwiegenheit anempfohlen worden ist. Es hatte zuerst geheißen, das Schreiben solle als Autographie mit der eigenhändigen Unterschrift des Kaisers versendet werden. In Anbetracht der großen Zahl Exemplare, ging man aber davon ab. Heute ist der Generalpostdirektor von der demnächstigen Aufgabe der kais. Schreibens benachrichtigt worden. Die Unteroffiziere und Soldaten der Armee von Paris sollen die Adressen der 10 Millionen Wähler auf die Couverts schreiben. — Die Abendblätter bringen das von 17 Deputirten der Linken und von 8 Delegirten der Presse unterzeichnete Manifest der Linken bezüglich des Plebiscits. Dasselbe schließt mit folgenden Worten: „Alle Uebel, deren Spuren Frankreich in langer Zeit nicht verwischen wird, sind vor 18 Jahren aus zwei Plebiscits hervorgegangen, welche dem ähnlich sind, das Euch jetzt unterbreitet wird. Denn heute wie damals verlangt man von Euch unbedingte Vollmacht (carte blanche), Entäußerung Euerer Souveränetät, die Ueberantwortung des Volksrechtes in die Hände Eines Mannes und einer Familie, die Confiskation des unveräußerlichen Rechtes und der nationalen Würde, im Namen der Ordnung und des socialen Friedens, welche sich nur im Schooße einer freien Demokratie durch die Aussöhnung der Interessen und der Classen verwirklichen lassen, weist durch Euer Votum die neue Verfassung zurück. Protestirt durch ein Nein, durch einen unbeschriebenen Zettel oder sogar durch das Enthalten, alle Arten des Protestes kommen der Freiheit zu gut. Was uns betrifft, so werden wir entschlossen mit Nein stimmen und wir rathen, das Gleiche zu thun." — Das Centralcomite für das Plebiscit hat sich in drei Abtheilungen getrennt: das Gründungscomite aus 17 Senatoren, 33 Abgeordneten und 9 Journalisten; das leitende Comite aus 5 Senatoren, 9 Abgeordneten und 3 Journalisten, und das das ausführende Comite aus 2 Senatoren, 2 Abgeordneten und 1 Journalisten (E. de Girardin) bestehend. Präsident der drei Sectionen ist der Herzog von Albufera.

Florenz, 19. April. Die Budget-Commission hat die Säcularisation des Pfarrstiftungs-Vermögens,

Digitized by Google

die Unterrichts-Commission die Unterdrückung der theologischen Facultäten an den Universitäten abgelehnt. Sella und Correnti scheinen sich dem Vorschlag fügen zu wollen.

Von Liverpool allein gehen während dieser Woche nicht weniger als zehn Dampfer nach den Vereinigten Staaten und Canada ab, welche im Ganzen voraussichtlich 6000 bis 7000 Auswanderer befördern werden.

Konstantinopel, 20. April. Der Patriarch, die Erzbischöfe, Bischöfe und Mönche, welche in Rom sind, verlangen den Schutz der Pforte um in Sicherheit Rom verlassen zu können, da die römische Polizei sie als Anti-Infallibilisten bedrohe, und einer von ihnen bereits mißhandelt worden sei. (T. N.)

Washington, 20. April Das Repräsentantenhaus beschloß, die Zahl der Mitglieder für den nächsten Kongreß auf 275 festzustellen, ausschließlich der Vertreter der neuzuzulassenden Staaten. Die Neuenglandstaaten verlieren 4 Sitze zu Gunsten der westlichen Staaten. — Der oberste Gerichtshof hat in mehreren Appellationsfällen entschieden, daß der Beschluß aufrecht zu erhalten sei, wonach die Legal-Tender-Akte keine rückwirkende Kraft auf ältere Kontrakte haben soll.

Vermischtes.

Mainz, 13. April. Gestern wurde der Schauspieler Waldmann, der eine satyrische Broschüre über das Konzil geschrieben, auf Requisition der Staatsanwaltschaft verhaftet. Der Theaterdirektor erlangte gegen eine Kaution von 500 fl. die Freilassung des Verhafteten, den er in der für den Abend angekündigten Vorstellung nicht entbehren konnte.

(Die wahre Mildthätigkeit.) In Uebereinstimmung mit den Verfügungen eines uralten Testaments hat auf dem Kirchhofe der St. Bartholomäuskirche in Smithfield eine höchst sonderliche Ceremonie stattgefunden. Eine vor langen Jahren verstorbene Dame vermachte einen Fond für eine Predigt an jedem Charfreitag und für eine Spende von 6 d. an 25 arme Wittwen der Pfarre. Es ist aber ausdrücklich im Testamente stipulirt, daß die betreffenden Armen das armselige Geschenk vom Grabe der Erblasserin aufheben müssen, und diejenigen, deren Alter ein so tiefes Bücken unmöglich macht, die Sixpence nicht bekommen sollen! Der Grabstein ist längst verfallen, aber die Predigt wird jedes Jahr gehalten und die hartherzige Ceremonie wird dadurch aufrecht erhalten, daß die Geldstücklein auf einen benachbarten Grabstein gelegt werden?

Msg. Dupont des Loges brachte dem Papst jüngst eine schöne goldene Feder, um die Akten des Concils zu schreiben; als er die Feder probirte öffnete sich ein Kläppchen und ein 1000 Francsbillet fiel heraus. „Ah, das ist zu Papier und Tinte, ich verstehe!" rief Pius IX. lächelnd.

Dritte Auflage!

In der Expedition der „Neuen Bamberger Zeitung" ist vorräthig:

Liberales Schimpflexikon,

enthaltend

ein ganzes Tausend „fortschrittlicher" Schmähworte gegen Alles, was katholisch ist, und darum auch gegen die patriotischen Bayern u. das bayr. Landvolk.

Zusammengestellt von **Lk. von der Donau.** Mit einem Vorwort von **Joseph Lukas,** Zollparlaments- u. bayr. Landtags-Abgeordneten.

57 Seiten Inhalt. Preis 12 kr., nach auswärts bei freier Versendung 15 kr.

KISSINGEN.

Am 15. April a. c. wird unser Bade-Etablissement für „kalte und warme Sool-, Pandur-, Rakoczy-, Douche-, Dampf- und Moorbäder" eröffnet, und wird nähere Auskunft ertheilt durch den

Vorstand des Actien-Bade-Etablissements in Kissingen.

Für Loose-Händler.

Braunschweiger 20-Thaler-Loose

und alle sonstige erlaubte Lotterie-Effekten liefert Unterzeichneter an Wiederverkäufer mit Rabatt. Pläne gratis.

G. Daubert jun. in Braunschweig, Poststraße Nr. 6.

In der Fabrik von Joseph Beck in München, Pasingerlandstraße Nr. 3, ist zu haben:

Creosot-Oel

zum conservirenden Anstrich für Holz pr. 100 Zollpfund 5 fl.

Dieses für Jedermann anwendbare Mittel, um Holz vor Fäulniß zu bewahren, wird bereits seit längerer Zeit mit dem besten Erfolge angewendet und verdient daher zur allgemeinen Anwendung empfohlen zu werden.

Alle weicheren Holzarten, welche sonst in kurzer Zeit durch Fäulniß zu Grunde gehen, können durch Creosotöl auf unabsehbare Weise erhalten werden (s. Dingler polyt. Journal 1852, 128. Bd., Seite 146).

Dasselbe eignet sich daher besonders zum Anstrich von Brücken-Einfriedungs- und Unterlagshölzern, Geländern, Hopfenstangen, Weinpfählen, Schindeldächern ꝛc., indem sie das Holz nicht nur vor Fäulniß, sondern auch vor der Schwammbildung, dem Holzwurm und vor dem Benagen der Ratten und Mäuse schützt. Dasselbe gibt dem Holze eine gelbliche Farbe. 2

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 96. Sonntag, den 24. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Ueber die Abschaffung der Todesstrafe

liegt uns nun das Referat des Abgeordneten Dr. Krätzer vor, welchem wir Folgendes entnehmen: Die Todesstrafe findet sich bei allen Völkern der alten und neuen Zeit, auch bei jenen, die den höchsten Culturstand entwickelt und eine auch heute noch als Grundlage der Bildung dienende Literatur geschaffen haben, — ein Beweis dafür, daß es eine Forderung des menschlichen Gefühls ist, daß derjenige, der sich gegen die höchsten und heiligsten Gebote verfehlt, seine Schuld auch mit dem höchsten und heiligsten Gute des Menschen dem — Leben sühnen müsse.

Im alten Bunde galt schon vor der Gründung des israelitischen Reiches das Gebot: „Wer Blut vergißt, deß Blut soll wieder vergossen werden."

Das Christenthum hat daran nichts geändert; Christus selbst hat ausgesprochen, daß die weltliche Obrigkeit das Schwert nicht umsonst trage; Er hat auch dem Pilatus gegenüber dessen formelle Berechtigung zur Verhängung der Todesstrafe über Ihn anerkannt.

Die christliche Auffassung aller Jahrhunderte erachtete die Todesstrafe für eine Anforderung der Gerechtigkeit gegenüber den schwersten Verbrechen; sie hält neben dem Gebot der Liebe auch das der Gerechtigkeit fest. Nach ihr wird durch die Todesstrafe das verübte Verbrechen gesühnt und die verwirkte göttliche Strafe gemildert.

Das Recht der Obrigkeit die Todesstrafe zu verhängen, ist nicht nur ein aus dem geschichtlichen Verlaufe resultirendes Bedürfniß, sondern nach der Lehre der christlichen Kirche auch von Gott, dem Herrn über Leben und Tod ihr übertragen.

Der Staat, — die menschliche Gesellschaft kann ohne Rechtsordnung nicht bestehen; Verletzungen der Rechtsordnung müssen gesühnt werden, und die Sühne muß der Schwere der Verletzungen entsprechen. Das menschliche Leben ist das Höchste, was der Staat zu schützen hat, deßhalb ist der Mord als der mit kaltem Blute und ruhiger Ueberlegung ausgeführte Frevel daran mit der größten Strafe — der Todesstrafe zu belegen. Eine andere Strafe ist nach den Anforderungen des allgemeinen Rechtsbewußtseins nicht ausreichend, und erreicht auch nicht einmal den theilweise der Strafe gestellten Zweck der Aufhebung des verbrecherischen Willens, da auch ein im Zuchthause befindlicher Mörder noch Mordthaten verüben kann.

Die Besserung, die dem zum Tode verurtheilten Verbrecher abgeschnitten wird, ist überhaupt nicht Zweck der Strafe, da sonst eine solche über den reuigen Verbrecher gar nicht mehr, oder doch nur in einem geringeren Grade verhängt werden könnte; die Besserung tritt insbesondere bei lebenslänglicher Freiheitsstrafe, die in der Regel den Geist noch mehr starr und verstockt macht, erfahrungsgemäß nur selten ein und ist eine wunderbare innere Umwandlung auch schon häufig nach Verkündung des Todesurtheils eingetreten.

Die Todesstrafe ist, wie dies auch im neuesten Kriegs- und Standrechte anerkannt ist, in so lange ein nothwendiges Uebel, als es trotz aller Kultur noch schwere und abscheuliche Morde gibt. Nicht die Todesstrafe als solche, sondern höchstens der zu häufige Vollzug und die dabei stattfindende Anordnung von Schärfungen und Martern kann schädlich und abstumpfend wirken; im Uebrigen lehrt die Erfahrung, daß schon Viele durch den Gedanken an die ihnen drohende Todesstrafe von den beabsichtigten Verbrechen zurückgeschreckt worden seien, und wenn ihre Androhung, die übrigens auch zum Vollzug kommen muß, auf verhärtete Verbrechernaturen nicht wirken sollte, so übt sie doch auf die große, minder verhärtete Masse einen mächtigen repulsiven Einfluß.

Die Todesstrafe und ihre vernünftige Anwendung führt, wie die Erfahrung in jenen Ländern lehrt, in denen sie schon, zum Theil wiederholt, abgeschafft aber immer wieder eingeführt wurde, zur Verminderung der damit bedrohten Verbrechen.

Ihre Nothwendigkeit ist tief in dem Rechtsbewußtsein fast aller Völker begründet und durch bedeutende rechtswissenschaftliche Auctoritäten vertreten.

Der Kampf gegen dieselbe hängt zunächst mit dem Wankendwerden des Glaubens an Gott, Offenbarung u. Unsterblichkeit zusammen, u. revolutionäre

Digitized by Google

Krisen haben aus begreiflichen Gründen immer Anträge auf ihre Abschaffung zur Folge gehabt.

Die Möglichkeit von Justizmorden ist auch bei der Verhängung von Freiheitsstrafen nicht ausgeschlossen und kann nicht zur Verwerfung des eine irrthümliche Anwendung zulassenden Strafmittels, sondern nur zur Schaffung von Cautelen gegen den Irrthum führen.

Inland.

Die Absicht, zur Vorberathung des Wahlgesetz-Entwurfes einen besonderen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu wählen, kommt nicht zur Ausführung; das Kammer-Präsidium hat den Entwurf bereits dem zuständigen vierten Ausschuß zugewiesen.

Herr Stiftsprobst und Professor v. Döllinger wird bei Beginn des Sommersemesters in den nächsten Tagen seine Vorlesungen an der Universität wieder aufnehmen. — Das von dem Hrn. Bischof von Regensburg an die Theologie Studierenden seiner Diözese erlassene Verbot der Theilnahme an den Vorlesungen Döllingers hat, bis jetzt wenigstens, von keinem der andern Bischöfe Bayerns Nachahmung gefunden, und soll sich insbesondere, wie versichert wird, der Hr. Erzbischof von München geweigert haben ein gleiches Verbot zu erlassen.

Die Nichtigkeitsbeschwerde des Redakteurs des „Allg. Volksbl.", Dr. Schneider, welcher vom Schwurgerichte von Schwaben und Neuburg wegen Preßvergehens zu neunmonatlicher Festungsstrafe verurtheilt worden ist, kommt nächsten Freitag den 29. April vor dem obersten Gerichtshofe zur Aburtheilung.

Die Redaktion der A. A. Zeitg. schreibt: In den jüngsten Tagen kommen aus Rom wieder Nachrichten daß man nun dort endlich so glücklich gewesen die Schleichwege zu entdecken auf denen die „Allg. Zeitg." in den Besitz der von ihr veröffentlichten Concilsdocumente gekommen sei. Zuerst verkündigte das „Mem. Diplom." — ein Blatt welches nicht selten zur Verbreitung von Tendenzlügen benützt wird, die Neuigkeit, und tischte bei dieser Gelegenheit die ganze längst von dem Betheiligten selbst wiederlegte Ausweisungsaffaire des Dr. Friedrich als ganz frische Thatsache auf. Schon aus diesem Umstand hätte man den Werth der Nachricht, daß Graf Tauffkirchen durch Bestechung eines Arbeiters in der päpstlichen Staatsdruckerei sich die bezüglichen Actenstücke zu verschaffen und dann nach Augsburg zu schicken pflegte, taxiren können, wenn man überhaupt ein wenig sich besinnen möchte. Uebrigens dürfte uns schon die nächste Zeit factische Beweise für die ganze Richtigkeit dieses Gerüchts in die Hand liefern. Auch zweifeln wir nicht, daß Graf Tauffkirchen die geeigneten Schritte thun wird, um dem gewissenlosen Urheber dieser Verdächtigungen die gebührende Züchtigung angedeihen zu lassen.

Stuttgart, 22. April. Anläßlich des an das Bankhaus Rothschild ertheilten Zuschlags der neuen württembergischen Anleihe hat die Württembergische Vereinsbank dem Vernehmen nach gegen die Nichteinhaltung der in den Subscriptionsbedingungen enthaltenen Fristen Protest erhoben, da in Folge eines Nachgebots des Hauses Rothschild ein neuer Termin auf gestern Morgen anberaumt worden war. Die Anleihe ist dem Hause Rothschild zu 99 $^{5}/_{10}$ definitiv zugeschlagen.

Der Stuttg. Beob. veröffentlicht ein seit 14 Tagen in den verschiedenen Schichten des Verkehrs-Departements zirkulirendes Schriftstück, welches den aus den Ministerien des Innern und der Justiz erflossenen Rundschreiben würdig sich anreiht und als dessen Autor unzweifelhaft der Minister des Auswärtigen und des Verkehrs Frhr. v. Varnbüler anzusehen ist. Das Aktenstück lautet: „Stuttgart, 7. April 1870. Euer ꝛc. haben in der jüngsten Zeit aus eigener Wahrnehmung zu bemerken Gelegenheit gehabt, wie eine von Wenigen unternommene Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz mit Hilfe von Vereinen eine Ausdehnung über das ganze Land gewonnen hat. Unzweifelhaft war der Zweck dieser Agitation zunächst dahin gerichtet, auf die durch die Verfassung berufenen Vertreter des Volkes einzuwirken und der Meinungsäußerung der durch einseitige Darstellungen erregten Massen einen nicht berechtigten Einfluß auf die gesetzlichen Organe des Landes zu sichern. Voraussichtlich werden diese Bestrebungen auch jetzt sich wiederholen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch für andere Zwecke ähnliche Mittel werden versucht werden. Euer ꝛc. werden sicherlich erkennen, wie Jeder, dem die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und eines geregelten Verfassungslebens am Herzen liegt, sich dringend verpflichtet finden muß, solchem Vorgehen im Wege der Ueberzeugung und Abahnung kräftig entgegenzutreten. Ich vertraue zu Ihnen, daß Sie die übrigen öffentlichen Diener in diesem Bestreben energisch unterstützen und in gedachtem Sinne auf Ihre Untergebenen einzuwirken bemüht sein werden. Hochachtungsvoll ꝛc."

Berlin, 23 April. Sitzung des Zollparlaments. Ein Urlaubsgesuch des Frhrn. v Varnbüler „wegen Amtsgeschäfte" wird abgelehnt. — Bei der Präsidentenwahl werden 174 Stimmen abgegeben, daher die Versammlung nicht beschlußfähig. Nächste Sitzung Montag.

Nach der Rede zu schießen, welche der Bundesrathspräsident v. Delbrück bei Eröffnung des Zollparlaments gehalten hat, nahm die preußische Regierung von der Besteuerung des Kaffee's Umgang und verlangt nur die Genehmigung der Besteuerung von Zucker und Syrup aus Stärke. Die Besteuerung des Kaffee würde weit mehr die Norddeutschen als uns drücken. Die Besteuerung des Stärkezuckers aber belastet Süddeutschland in viel höherem Grade

Digitized by Google

als Norddeutschland. Die Höhe der Steuer ist projektirt auf nicht ganz 1½ Mill.

Wien, 22. April. Die „Wiener Abendpost" erklärt, der Reichskriegsminister v. Kuhn habe weder seine Entlassung eingereicht, noch die Absicht aus dem Amte zu scheiden.

Ausland.

Paris, 23. April. Die heutige verspätet ausgegebene Nummer des Journal officiel veröffentlicht ein Dekret vom Heutigen, welches das Volk auf den 8. Mai zur Annahme oder Verwerfung folgenden Plebiscits beruft: das französische Volk billigt die liberalen Reformen, welche in der Konstitution seit 1860 durch den Kaiser mit Beihilfe der großen Staatskörper durchgeführt wurden, und nimmt das Senatuskonsult vom 20. April 1870 an.

Die „Patrie" gibt Näheres über die Proclamation des Kaisers an die Wähler. Dieselbe wird von der Post mit einem Stimmzettel jedem Wähler zugehen. Diese Sendungen werden von der Präfectur jedes Departements veranstaltet. Die Maires werden vollständig aus dem Spiele gelassen, damit man sie nicht beschuldigen könne, die Wähler beeinflußt zu haben. Wie die „France" meldet, ist die Proclamation des Kaisers an das französische Volk gestern im Ministerrath berathen worden. Der Wortlaut derselben ist jetzt festgestellt. Am Samstag oder Sonntag wird sie veröffentlicht werden. Die Formel des Plebiscits ist noch nicht festgestellt. Die Einen meinen, sie müsse sich darauf beschränken, dem Volke die Bestätigung der constitutionellen Reformen durch Ja oder Nein zu verlangen, die Andern wünschen beigefügt, daß die Verfassung unter die Obhut des Kaisers und seiner Dynastie gestellt werde.

London, 19. April. Nachdem der unglückliche Imman-Dampfer „City of Boston" längst als verloren aufgegeben ist, machen sich Besorgnisse bezüglich eines anderen Schiffes der nämlichen Dampfer-Linie, der „City of Brussels", rege. Sie ist überfällig, doch wird von maßgebender Seite der in amerikanischen Blättern aufgetauchten Nachricht widersprochen, sie habe mit beschädigter Schraube die Reise von New-York angetreten.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 22. April

Die von einer Vorbereitungs-Commission geprüfte Zusammensetzung u. Geschäftsvertheilung des Magistrates u. des Armenpflegschaftsrathes der Stadt Bamberg für die Jahre 1870—1872 incl. wurde vorbehaltlich der Zustimmung der HH. Stadtgemeindebevollmächtigten und des Armenpflegschaftsrathes gutgeheißen und soll durch den Druck veröffentlicht werden. — Durch k. Reg.-Entschließung wurde dem Gesuche des hies. Gewerbevereins wegen Veranstaltung einer Verloosung von Gewerbserzeugnissen entsprochen. — Für den Tischlergef. H. A. Meixner sei Reisepaß nach Nordamerika auszustellen. — Die von der Stadtkämmerei zur Anzeige gebrachten rückständigen Brandassekuranzbeiträge seien beim k. Stadtgerichte einzuklagen. — Ein Reisevorschuß zu — 30 kr. für den Häfnergef. Franz Bayerlein v. h. sei wegen Zahlungsweigerung zwangsweise beizutreiben. Durch k. Reg.-Entschl. wurde der Kärnerswittwe Frau Pichler die Aufstellung von Wägen auf der Straße vor ihrem Wohnhause zur Nachtzeit unter Bedingungen gestattet, welche strenge zu kontroliren sind. — Wegen des überhandnehmenden Hausirens mit Brod und anderen Lebensmitteln sei das bereits bestehende Verbot wiederholt auszuschreiben und Vigilanz anzuordnen. — Im Betr. der ortspolizeil. Vorschriften über Anlage von Trottoiren sei wegen der noch bestehenden Differenzpunkte, von denen das Magistratskollegium abzugehen nicht in der Lage ist, dem Gemeindekollegium wiederholte Mittheilung zu machen. — Auf Antrag des H. Maurermstr. Hofbauer sei benehmlich mit der k. Baubehörde die Abfuhr von Sand aus dem Bette des rechtzeitigen Regnitzarmes zu gestatten, die Abfuhr des aus den Buhnen gezogenen und angehäuften Sandes mit der Auflage der Wiederausfüllung derselben zu untersagen, um der Bildung von Sumpflöchern u. der daraus entstehenden Malaria (Sumpffieber) vorzubeugen. — Die Bauwendungen in den Häusern Nr. 293, 363, 1646, 1911, 1917, 1994 seien nach technischen Gutachten zu genehmigen, dagegen sei die Anlage einer Feuerung im Hause Nr. 1780 nicht zu bewilligen und auf Beseitigung einer feuergefährlichen Ofenrohrleitung im Hause Nr. 1461 zu dringen. — Den anwohnenden Müllern, welchen die Benützung des Platzes zwischen den ehemaligen Salzstädeln und der Löhr'schen Mühle für Aufstellung ihrer Wägen überlassen ist, sei die vertragsmäßig übernommene Platzreinigung einzuschärfen. — Den Gartenbesitzern im Zwinger, welche an der Wasserleitung vom Nonnengraben partizipiren, sei die Grabenreinigung aufzutragen, um die Wasserrinne auflegen zu können. Wegen noch einiger zu Tage getretener Mißstände seien Beseitigungsmaßregeln zu ergreifen. — Die Kaminreinigungsgebühr im Hause Nr. 1462 wird auf Antrag polizeilich festgesetzt. — Einer Anzahl von noch schulpflichtigen Werktagsschülern des 3. Distrikts, welche seit der Prüfung vom Unterrichte der für sie erst am 1. Mai endet, wegbleiben, sei der sofortige Schulbesuch bei Vermeidung polizeilicher Vorführung aufzugeben. — Dem Ziegler Konr. Teufel von Eckenhaid sei auf Grund wiederholter Bestrafung wegen Landstreicherei u. Bettel u. dem Schneidergef. Heinr. Jäger von Kleinheubach in Folge wiederholter Bestrafung w. groben Unfugs, Berufsehrenkränkung und Landstreicherei die Stadt auf die Dauer von je 2 Jahren zu verweisen. — Ein Gesuch um Zulassung als öffentlicher Lohndiener sei wegen getrübten Leumunds des Bittstellers abzuweisen. — Auf Anzeige der Feuerschaucommission w. Aufbewahrung von Holzasche in hölzernen Gefäßen von Seite mehrerer Bewohner des 3. Distrikts sei die allerh. Anordnung vom 27. Juni 1862 durch öffentl. Ausschreiben in Erinnerung zu bringen. — Ein Armuthszeugniß um Zulassung zum Armenrechte sei auszufertigen, ein weiteres desfallsiges Gesuch abzuweisen. — Wegen stattgehabter Entwendung des erst vor Kurzem angebrachten Heberohrs am Neptunsbrunnen seien nunmehr Rinnen einzulegen, um dem Publikum das reichlich vorhandene Quellwasser, welches sonst nutzlos abfließt, zugänglich zu machen. — Die gestellte Kaution der Schuhmacher Stretz'schen Eheleute für einen Feldpacht sei in Verwahrung zu nehmen. — Auf Antrag der Vorberatungscommission für Errichtung eines Wasserwerkes in hies. Stadt sei das neuausgearbeitete Projekt autographiren und vertheilen zu lassen, um dasselbe einer allseitigen Besprechung und Beurtheilung unterbreiten zu können. — Die Lücken in der Strullendorfer Straßenallee seien durch Auspflanzung mit Obstbäumen zu ergänzen. — Die Ausrechnung der Nonnenwiese sei

Digitized by Google

dem Gärtner Mauderer um den Betrag von 1 fl. 12 kr. zu überlassen. — Das Kassasturzprotokoll der Stadtkämmerei pro Monat März diente zur Nachricht. — Die Medikamentenkostenrechnung der Hofapotheke für's hies. Krankenhaus pro 1. Quart. 1870 wurde im Betrage von 442 fl. 19 kr. zur Zahlung und Verrechnung eingewiesen. — Die Einnahmen an Lokalaufschlag für das im 1. Quart. 1870 von auswärts eingeführte Bier für 1899 Eimer 50 Maaß im Betrage von 474 fl. 57½ kr. seien auf Conto des Schuldentilgungsfonds in Einnahme zu verrechnen. — Die Verpachtung des Salzleckenfeldes auf 3 Jahre um den jährl. Pachtschilling von 20 fl. 15 kr. sei zu genehmigen.

Einladung zur Hagelversicherung

bei der k. k. privil. Triester Versicherungs-Gesellschaft

AZIENDA.

(Gegründet im Jahre 1822.)

Grundkapital 4⅘ Millionen Gulden, Prämien- & Gewinn-Reserve 1⅕ Millionen

Gulden süddeutscher Währung.

Haupt-Agentur für das Königreich Bayern in München.

Die Gesellschaft übernimmt nebst Feuer-, Lebens- und Transport-Versicherungen auch

Versicherungen gegen Hagelschaden

auf die Bodenerzeugnisse, als: Gräiereien, Futterkräuter, Kartoffel, Getreide Oel- und Handels-Gewächse, Gespinnstpflanzen ꝛc. unter sehr vortheilhaften Bedingungen, zu festen Prämien, wobei Nachzahlungen niemals stattfinden, und ersetzt jeden Schaden innerhalb Monatsfrist nach geschehener Abschätzung baar und voll in k. bayer. Landeswährung, wie dies seither zur vollkommensten Zufriedenheit der dabei Betheiligten geschehen ist.

Zur Vermittlung von Versicherungen empfehlen sich, in:

Bamberg	Herr	Arnold Heßlein Kaufmann,
„	„	Wilh. Stößel, „
„	„	Simon Silbermann, Augasse 522;
Gaustadt	„	Ferdin. Bohrer, Zimmermeister,
Forchheim	„	Ad. Müller, Spenglermeister,
Scheßlitz	„	Pankr. Merklein, Lehrer und Chorregent,
Weißenstadt	„	A. Dietel, Stadtschreiber,
Mkt. Graitz	„	Lorenz Deimel, Kaufmann,
Enchenreuth	„	Hans Brumbach,
Guttenberg	„	Chr. Friedrich.

☞ In Orten, in welchen die Gesellschaft noch nicht vertreten, werden solide Agenten für einzelne oder sämmtliche Branchen angestellt, und beliebe man sich hierwegen an die bezeichnete Hauptagentur zu wenden. ☜

Auswanderungs-Expedition

nach

Amerika und Australien &c.

über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre, Liverpool u. London mit Dampf- und Segelschiffen.

Billigste Preise und gewissenhafte Besorgung.

Näheres bei der concessionirten Haupt-Agentur für das Königreich Bayern von **S. Lederle** in Ludwigshafen a/Rh.

des. Dep.: Consul der Vereinigten Staaten von Amerika und folgenden Herren Agenten:

Büdel J. in Bamberg.
Rothlauf Theod. in Bamberg.
Schletz Carl in Bamberg.
Dippold C. in Lichtenfels.
Döring J. W. in Weißenstadt.
Fiedler Fr. in Kronach.
Friedmann A. in Bayreuth.
Künneth G. jr. in Gefrees.
Langheinrich Gg. in Hof.
Schwantner Jos. in Höchstadt.
Steinel Carl in Oberrößlau.
Stengel Andr. in Nordhalben.

NB. Es werden in den verschiedenen Bezirken Oberfrankens noch tüchtige Agenten aufgestellt und sieht die Hauptagentur gefl. Offerten entgegen.

Annonce.

Das konzessionirte **Schreibe-Bureau** des Unterzeichneten befindet sich von nun an Weide Nr. 338 über eine Stiege, woselbst er insbesondere mit Rücksicht auf den Arbeiterstand zu jeder Tageszeit, an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme des Vormittägigen Hauptgottesdienstes den ganzen Tag über zu treffen ist.

Correspondenzen jeder Art, Gesuche u. sonstige Eingaben an die k. Behörden u. Gerichte, Rechnungsstellung und Revision von Rechnungen, wie sonstige literarische Arbeiten werden gewissenhaft, unter Zusicherung strengster Diskretion und gegen billiges Honorar rasch besorgt.

Da ihm zugleich die Berechtigung zur Seite steht, in allen öffentlichen Gerichtssitzungen zu vertheidigen, so entbietet er sich zur Uebernahme von Vertheidigungen u. beziehungsweise Vertretungen vor Gericht.

Hochachtungsvollst

L. Fr. Hausmann,

3 k. q. Assessor.

!! Grösste Delikatesse !!

Hummer in Dosen, prachtvolle Waare, versende ich gegen Nachnahme, Postanweisung oder frankirte Einsendung des Betrages. Preis pr. Dose 20 Sgr. Jede Dose von 2½ Pfund enthält das Fleisch von zwei ganzen Hummern. — Bei Abnahme von mindestens 6 Dosen 10 Prc. Rabatt. — S. Elb, Reichenstraße 33 in Altona bei Hamburg.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück 35 kr.

1	Gewinn zu	. . . .	14000	fl
1	do	. . . .	7000	fl
1	do	. . . .	3000	fl
1	do	. . . .	1756	fl
2	do zu 875	fl. — kr.	1750	fl
10	do zu 180	fl. — kr.	1800	fl
20	do zu 87	fl. 30 kr.	1750	fl
30	do zu 52	fl. 30 kr.	1575	fl
100	do zu 35	fl. — kr.	3500	fl
200	do zu 17	fl. 30 kr.	3500	fl
500	do zu 7	fl. — kr.	3500	fl
934	do zu 3	fl. 30 kr.	3269	fl
13200	do zu 1	fl. 45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.		70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 97. Dienstag, den 26. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Das neue Wahlgesetz.

Der bayerische Wahlgesetzentwurf liegt uns nun sammt Motiven und Wahlkreiseintheilung vor. Nach dem was in den letzten Wochen hierüber verlautete, haben wir sehr geringe Erwartungen gehegt, was aber geboten wurde, bleibt noch weit hinter jenen bescheidenen Erwartungen zurück. Aus der ganzen Wahlkreiseintheilung blicken die Hörmann'schen u. Hocheder'schen Geister gar vertrauensselig und kühn hervor. Wir trauten unsern Augen kaum, als wir hier schwarz auf weiß zu lesen bekamen, daß eine Stadt wie Ingolstadt mit 9,000 Einwohnern einen Wahlkreis für sich bilden und einen Abgeordneten zu wählen habe, während der Bezirk Tittmoning mit 40,380, also 4mal mehr Einwohner, auch nur einen wählen dürfte. Deßgleichen soll das erst vor einigen Monaten zur Stadt erhobene Rosenheim dadurch in der Intelligenz so rasch vorgeschritten sein, daß es mit Freising, obgleich mit ihm nur 13,236 Einwohner zählend, einen Abgeordneten wählt, während der Landbezirk Tittmonning mit 40,331 Einwohnern auch nur Einen wählen soll. Also ganz ähnlich wie in Baden, in dessen Wahlgesetz die Städter 3mal mehr wiegen als das Landvolk. Läßt sich auch diese Wahlkreiseintheilung vom fortschrittlichen Standpunkte ungemein klug und weise, ja als ein Meisterstück an, das die Hörmann'sche Eintheilung fast noch überbietet, so müssen wir uns doch wundern, wie man es einer patr. Kammermehrheit vorlegen mochte.

Die Herrn Liberalen mit dem Herrn Minister an der Spitze, scheinen dem Grundsatze: Gleiches Recht für Alle sehr sonderbar zu huldigen; eine solche Huldigung mahnt uns, dem Herrn Minister, wie den bereits abgegangenen, das Beispiel seiner Vorgänger vor Augen zu halten, welches eben weil es den Willen und das Recht des Volkes nicht respektirte, ihrem ministeriellen Dasein ein Ende machte. Nach dieser Wahlkreiseintheilung zu schließen, die eine Ungerechtigkeit gegen das Landvolk und auch gegen alle größeren Städte gegenüber den kleineren (z. B. Bamberg, Würzburg, gegenüber Amberg, Ingolstadt) ist, müssen wir noch die ebenso bescheidene als erlaubte Frage stellen: wie würde dann der Gesetzentwurf und die Wahlkreiseintheilung gelautet haben, wenn eine fortschrittliche Kammermehrheit existirte? wie wären dann die Rechte des Mehrheit des bayerischen Volkes geschützt? Das neue Wahlgesetz ist ein Hohn und eine Schmähung gegen die jetzige Kammermehrheit; und gerade an dieser liegt es, dem Herrn Minister zu zeigen, wie man das Ungleiche wieder ausgleicht und zwar nicht zum Schaden, wohl aber zum Nutzen und Frommen unsers Vaterlandes. Und diese Kammermehrheit wird das Ihrige, wie seither, thun und hat jetzt um so mehr Grund, energischer vorzugehen und das Versäumte gutzumachen. Sie wird und darf es nicht unterlassen, sein unparteiisches Benehmen dem Hrn. Justizminister stets vor Augen zu halten und auch ihm zuzurufen die Worte des Ministerpräsidenten: „Die Regierung ist keine Parteiregierung. Sie kann und will es nicht sein; sie steht nicht über den Parteien, sie steht aber außerhalb den Parteien." Hat aber das Ministerium Braun in dem vorgelegten Wahlgesetze nach diesen Worten Bray's gehandelt? Wir bezweifeln es! —

Inland.

München, 24. April. Se. Maj. der König hat aus Anlaß des überaus freundlichen Empfanges, welcher den Ministern Graf v. Bray und v. Lutz in Stuttgart zu Theil wurde, den württembergischen Majestäten telegraphisch den wärmsten Dank ausgedrückt. — Der 3. Ausschuß der Abgeordnetenkammer hat zu Referenten gewählt: 1) über die Vorstellung der Stadt Bamberg ꝛc. in Betreff des Baues einer Verbindungsbahn über Windsheim nach Steinach-Rothenburg den Abg. Gschwender, 2) über den Gesetzentwurf „den Bau von Vizinaleisenbahnen durch die bayerische Ostbahngesellschaft betr." den Abg. Grieninger, 3) über die Gesetzentwürfe bezüglich des Baues von Vizinalbahnen von Spalt nach Georgensgemünd, von Immenstadt nach Sonthofen und von Rothenburg aT. nach Steinach den Abg. Dr. Pfahler und 4) über die Bittgesuche auf Aufhebung des Hausirhanhels den Abgeordneten Bucher.

Das Verzeichniß der Wahlkreise, wie sie der ministerielle Entwurf des Wahlgesetzes festgestellt

Digitized by Google

wissen möchte, liegt uns heute vor. Wir theilen daraus die 3 Kreise Ober-, Mittel u. Unterfranken mit. Unsere Leser werden mit uns finden, daß das Ministerium mancherlei sonderbare Zusammenkuppelungen im Sinne hat, aus denen nie etwas werden wird und kann.

Nach dem Wahlgesetzentwurf treffen auf Oberfranken 17 Abgeordnete, also 17 Wahlkreise u. zwar: 78. Wahlkreis Stadt Bamberg. 79. Stadt Bayreuth. 80. Stadt Hof. 81. Die Landgerichte Bamberg II u. Burgebrach. 82. Die Landgerichte Herzogenaurach und Höchstadt a. A. 83. Die Landgerichte Forchheim und Gräfenberg. 84. Die Landg. Hof und Rehau. 85. Die Landgerichte Selb, Thiersheim u. Wunsiedel. 86. Die Landgerichte Kirchenlamitz und Münchberg. 87. Die Landg. Ludwigsstadt, Naila u. Nordhalben. 88. Die Landgericht Kronach und Weismain. 89. Die Landgerichte Berneck und Stadtsteinach. 90. Die Landgerichte Kulmbach und Thurnau. 91. Die Landgerichte Lichtenfels, Seßlach und Staffelstein. 92. Die Landg. Bamberg I, Hollfeld und Scheßlitz. 93. Die Landgerichte Bayreuth und Weidenberg. 94. Die Landgerichte Ebermannstadt, Pegnitz und Pottenstein.

Mittelfranken. 95. Wahlkreis: Stadt Nürnberg (2 Abgeordnete.) 96. Die Städte Erlangen und Fürth. 97. Die Städte Ansbach, Rothenburg und Schwabach. 98. Die Städte Dinkelsbühl, Eichstädt und Weissenburg. 99. Die Landgerichte Beilngries, Greding und Kipfenberg. 100. Die Landg. Eichstädt, Pappenheim u. Weissenburg 101 Die Landg. Hersbruck und Lauf. 102. Die Landgerichte Cadolzburg, Erlangen und Fürth. 103. Die Landg. Altdorf und Nürnberg. 104. Die Landg. Marktbibart, Scheinfeld und Uffenheim. 105. Die Landgerichte Markt Erlbach und Neustadt a. A. 106. Die Landg. Rothenburg a.J., Schillingsfürst und Windsheim. 107. Die Landgerichte Fenchtwangau, Herrieden und Leutershausen. 108. Die Landgerichte Ansbach und Heilsbronn. 109. Die Landgerichte Roth u. Schwabach. 110. Die Landgerichte Dinkelsbühl, Heidenheim u. Wassertrüdingen. 111. Die Landgerichte Ellingen und Gunzenhausen.

Unterfranken und Aschaffenburg. 112. Wahlkreis: Stadt Würzburg. 113. Stadt Aschaffenburg mit Damm. 114. Städte Schweinfurt und Kitzingen. 115. Landgerichte Alzenau, Lohr und Schöllkrippen. 116. Ldg. Amorbach, Klingenberg u. Miltenberg. 117. Ldg. Aschaffenburg u. Obernburg. 118. Ldg. Rothenbuch, Rothenfels u. Stadtprozelten. 119. Ldg. Bischofsheim, Neustadt a. S. und Mellrichstadt. 120. Ldg. Hofheim und Königshofen. 121. Ldg. Baunach, Ebern und Eltmann. 122. Landg. Gerolshofen, Haßfurt und Wiesenthaid. 123. Ldg. Dettelbach, Kitzingen und Volkach. 124. Ldg. Schweinfurt und Werneck. 125. Landg. Aub, Marktbreit und Ochsenfurt. 126. Ldg. Marktheidenfeld und Würzburg I. M. 127. Ldg. Arnstein und Würzburg r.M. 128. Ldg. Gemünden und Karlstadt. 129. Ldg. Kissingen und Münnerstadt. 130. Ldg. Brückenau, Euerdorf und Hammelburg.

Wie sehr die Feinde des Bauernvereins im Irrthume waren, wenn sie demselben baldiges Absterben prophezeiten, beweist, das demselben allein während der Osterfeiertage 1500 neue Mitglieder zugegangen sind.

Aus Forchheim wird dem „Vaterland" geschrieben: Eine sehr undankbare Aufgabe ist wahrscheinlich von Seite des Hrn Bezirksamts-Assessors Thelemann dem schon aus den „Forchheimer Ketten" bekannten Gendarmerie-Brigadier Lang zu Theil geworden. Bekanntlich ist die Wahl der Forchheimer Abgeordneten durch eine Wahlreklamation des früher durchgefallenen Abgeordneten Dorn von Gräfenberg und Consorten zur Vernichtung beantragt worden, weil einestheils dieselben sich selbst gewählt hätten, anderntheils das Vergehen der Bestechung vorläge. Nun ist aber bereits durch Oeffnung der Wahlakten ersteres als Verleumdung nachgewiesen und die zweite Behauptung ist der ersten werth. Der Brigadier Lang hat nun von der hohen Bureaukratie, da auf Antrag des Kammerpräsidiums Criminaluntersuchung eingeleitet wurde, den undankbaren Auftrag, um jeden Preis eine Bestechung nachzuweisen, und läuft seit 6 Wochen von Ort zu Ort, von Bauernhaus zu Bauernhaus und bringt halt Nichts heraus! Wahrlich es ist zum Verzweifeln, daß im Forchheimer Wahlbezirk eine liberale moralische Niederlage nach der andern erfolgt und die Herren Bureaukraten doch nicht anderen Sinnes werden.

Kaiserslautern, 22. April. Soeben faßte der Stadtrath den einstimmigen Beschluß, Hrn. G. Fried. Kolb das Ehrenbürgerrecht der Stadt Kaiserslautern zu verleihen.

Berlin, 25. April. Zollparlament. Bamberger brachte folgenden Antrag ein: Die beabsichtigte Münzreform möge als gemeinsame Zollvereinssache behandelt und die betr. Enquete auch auf die süddeutschen Staaten ausgedehnt werden. Mitglieder aller Fraktionen, auch viele Süddeutsche unterzeichneten den Antrag. Simson wurde mit 183 von 207 Stimmen zum 1. Präsidenten gewählt. Derselbe nahm die Wahl an.

Wien, 24. April. Die amtliche „Wiener Zg." veröffentlicht eine kaiserliche Entschließung, welche den wegen strafbarer Handlung gegen die Ordnung in Preßsachen verurtheilten Personen die Freiheits- und Geldstrafen nebst den gesetzlichen Folgen nachsieht. Falls Concurrenz mit nicht durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen vorliegt, hat der oberste Gerichtshof über die noch platzzugreifende Strafe oder darüber zu entscheiden inwieweit durch theilweise bereits abgebüßte Strafe die Strafe als erloschen anzusehen ist. Deßgleichen ist in anhängigen Preßpro-

Digitized by Google

cessen von weiterem Strafverfahren abzulassen, sofern nicht Privatklage vorliegt.

Ausland.

Paris, 23. April. Das Decret über das Plebiscit lautet:

„Art. 1. Das französische Volk wird in seinen Wahlbezirken auf den 8. Mai zusammenberufen um folgenden Plebiscitentwurf anzunehmen oder zu verwerfen: „Das französische Volk billigt die in der Verfassung seit 1860 durch den Kaiser unter Mitwirkung der großen Staatskörper bewirkten liberalen Reformen, und genehmigt den Senatsbeschluß vom 20 April 1870." Die Art. 2—5 enthalten die Bestimmungen über die Abstimmung, welche am Sonntag den 8. von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends dauern wird. Art. 6. Die Abstimmung findet statt durch Ja oder Nein mittelst geschriebener Wahlzettel. Die Stimmenzählung wird unmittelbar nach dem Schlusse der Abstimmung vorgenommen. Art. 7. Die Wähler aus Heer und Flotte stimmen in dem Ort ihrer Garnison oder an dem Wohnort wo sie sich im Augenblick der Abstimmung befinden; jede Militärabtheilung wird präsidirt durch die im Rang höchsten Offiziere. Art. 8. Die Zählung der Stimmen in jedem Departement wird in öffentlicher Sitzung durch eine aus 3 Mitgliedern des Generalraths bestehende, vom Präfecten ernannte Commission vollzogen. Art. 9. Die allgemeine Zählung findet im gesetzgebenden Körper statt."

Dieses Decret wird auch für Algier gültig erklärt.

Proclamation des Kaisers. Die Verfassung von 1852, genehmigt durch 8 Millionen Stimmen, hat Frankreich 18 Jahre der Ruhe und des Glücks verschafft, die nicht ohne Ruhm waren. Sie sicherte die Ordnung, sie ließ den Weg zu allen Verbesserungen offen. Je mehr die Sicherheit befestigt wurde, desto größerer Spielraum ward der Freiheit gelassen, aber die allmählichen Veränderungen haben die plebiscitären Grundlagen umgewandelt. In Folge dessen ist es unerläßlich geworden, daß der neue constitutionelle Pact durch das Volk genehmigt werde. Die Verfassung des kaiserlichen und demokratischen Frankreichs wird auf eine geringe Anzahl von Bestimmungen zurückgeführt, den Vortheil haben die errungenen Fortschritte zu definitiven zu machen, u. die Grundlagen der Regierung vor politischen Schwankungen sicherzustellen. Die nur zu oft in unfruchtbaren und leidenschaftlichen Streitigkeiten verlorne Zeit wird in Zukunft nützlicher angewandt werden können durch Aufsuchung der Mittel um die sittliche u. materielle Wohlfahrt der großen Mehrheit zu fördern. Gebt mir einen neuen Beweis Eures Vertrauens. Indem Ihr mit Ja stimmt werdet Ihr die Drohungen der Revolution beschwören, Ordnung und Freiheit auf feste Grundlagen stellen, und für die Zukunft die Uebertragung der Krone auf meinen Sohn erleichtern. Im Jahr 1851 habt Ihr mir fast einstimmig die ausgedehnteste Macht übertragen. Gebt auch heute zahlreich Eure Stimmen für die Umwandlung des Regime's. Eine große Nation kann nicht wohl ihre ganze Entwicklung erreichen ohne sich auf Einrichtungen zu stützen die ebensowohl die Stabilität wie den Fortschritt verbürgen. Antwortet jetzt auf mein Verlangen die liberalen Reformen der letzten zehn Jahre gutzuheißen mit Ja. Getreu meinen Ursprung werde ich mich mit Eureu Gedanken durchdringen, durch Euren Willen stärken, und nicht aufhören au der Wohlfahrt und Größe Frankreichs unermüdlich zu arbeiten.

Die Zeitungsnachricht, Marquis de Banneville habe die französische Note auch amtlich überreicht, wird von unterrichteter Seite für unbegründet erklärt. Uebrigens, wird hinzugefügt, hat der Vertreter Frankreichs nach seiner Rückkehr sowohl bei dem Papste als bei dem Staatssekretär Antonelli eine ausgezeichnete Aufnahme gefunden. Nach einer telegraphischen Nachricht aus Rom vom gestrigen Tage wird das Konzil heute zur dritten öffentlichen Sitzung zusammentreten. Reden sollen von der Tagesordnung ausgeschlossen sein. Nach der Messe werden die versammelten Väter in Gegenwart des Papstes mündlich über die ersten Akte des Konzils abstimmen. Die Promulgation derselben durch den Papst soll unverzüglich nach Feststellung der Annahme erfolgen.

Die Ruhestörungen wollen in Italien kein Ende nehmen. Seit 5 Tagen alarmiren die Putsche der Mazzinisten ganz Mailand. Tausende von revolutionären Plakaten wurden in den Quartieren Port Ticinese und Garibaldi vertheilt. Aus einzelnen Häusern wurde geschossen. Wachen drangen in die Lokale, fanden Kisten mit Waffen und Munition und effectuirten sodann mehrere Verhaftungen. Bei dem jüngsten Aufstand in Carrara wurden 2 Bürger von den Truppen erschossen und 9 verwundet. Seit mehreren Wochen sind die Truppen fast immer auf der Eisenbahn und findet ein ewiges Hin- u. Herschieben zwischen Padua und Bologna, Ravenna und Lugo, Florenz und der Romagna, Livorno und Carrara u. s. w. statt. Die im Kloster von San Gregorio in Palermo mit Beschlag belegten Patronen beliefen sich auf mehrere tausend, die fertigen Kugeln auf nicht viel weniger. In Messina wurden einige Polizeibeamte angegriffen und zwei davon verwundet.

In Litthauen widersetzt sich die katholische Geistlichkeit der von der russischen Regierung angeordneten Einführung der Gebete in russischer Sprache. Die weitaus Meisten wollen die Uebersetzung ins Russische nicht annehmen. Ein Geistlicher und noch dazu ein solcher, der bis jetzt bei den Behörden gut angeschrieben stand, ging so weit, ein Exemplar der Uebersetzung auf der Kanzel vor voller Kirche zu verbrennen, indem er die Uebersetzung als eine ketzerische und die Lehren der schismatischen Kirche för-

Digitized by Google

dernde bezeichnete. Dieser Geistliche, Namens Piotrowicz, begab sich sogleich, nachdem er die Kanzel verlassen, zum Polizeimeister, theilte diesem mit, was er gethan und erklärte sich zur Deportation vorbereitet. Einige Stunden später war der Mann auf der Reise nach Sibirien begriffen.

London. Als Gegenstück zum Mordaunt'schen Ehescheidungsprozeß steht Freunden eines gesellschaftlichen Skandals nunmehr ein Prozeß wegen Verleumdung in Aussicht, bei welchem der Prinz von Wales abermals eine Rolle spielt. Vor dem Gerichtshofe der Queen's Bench nämlich ist die Anklage gegen den Verleger eines in Sheffield erscheinenden Blattes wegen Verbreitung eines Gerüchts eingeleitet worden, welchem zufolge der Prinz von Wales wahrscheinlich als Mitangeklagter in einem Scheidungsprozesse des Earl of Sefton gegen seine Gattin auftreten werde. Der Prinz von Wales und die Gräfin wollen sich nun durch gerichtliche Schritte von jeder Beschuldigung dieser Art rein waschen, und ihr gemeinschaftlicher Rechtsbeistand erklärte, daß der Earl of Sefton an nichts weniger als einen Ehescheidungsproteß gegen seine Gemahlin gedacht habe.

Konstantinopel, 24. April. Eine Depesche des türkischen Geschäftsträgers in Athen meldet, daß die bei Marathon von Räubern gefangen genommenen Engländer getödtet worden sind.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag den 28. lf. Mts. Vormittags 10 Uhr wird im Anbaue des hiesigen Bahnhof-Hauptgebäudes 1 Faß „Cognak," 50 Lit. enthaltend, dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, wozu Kaufsliebhaber hiemit eingeladen werden.

Bamberg, den 24. April 1870.

Königliches Ober-Post- und Bahnamt.

Baumann. Panzer.

Mineral-, Soolen- & Moorbad Rosenheim
(Oberbayern)
Eröffnung am 15. Mai.

Die herrliche gesunde Lage am Gebirge setze als bekannt voraus.
Trink- und Badekur.
Mineral-, Sool-, Moor-, Douche-, Dampf- u. Fichtelnadelbäder.
Täglich frische Molken u. Kräutersaft.
Zur nutzbringenden Anwendung eignen sich besonders: Bleichsucht, Skrophulose, Fettsucht, chronische, rheumatische und gichtische Leiden aller Art 2c.
Hr. Bez.-Arzt Dr. Mühlbauer hat die ärztliche Leitung der Anstalt übernommen.
Bibliothek, Curgarten, Curmusik, Omnibus am Bahnhofe, flotte Bedienung, billige Preise, Tarif gratis.

Rosenheim, April 1870.

Carl Lehr, Badebesitzer,

Im Verlage von Hermann Manz in München ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Aus dem Leben und Wirken des Königs
Maximilian Joseph I. von Bayern. Berichtigungen u. Erläuterungen zu Dr. Sepp's biographischen Werke über König Ludwig I. von Bayern. Preis 9 kr.

Für Loose-Händler.
Braunschweiger 20-Thaler-Loose
und alle sonstige erlaubte Lotterie-Effekten liefert Unterzeichneter an Wiederverkäufer mit Rabatt. Pläne gratis.

G. Daubert jun.
in Braunschweig, Poststraße Nr. 6.

Dritte Auflage!
In der Expedition der „Neuen Bamberger Zeitung" ist vorräthig:
Liberales Schimpflexikon,
enthaltend
eine ganzes Tausend „fortschrittlicher" Schmähworte gegen Alles, was katholisch ist, und darum auch gegen die patriotischen Bayern u. das bayr. Landvolk.
Zusammengestellt von **R. von der Donau.** Mit einem Vorwort von **Joseph Lukas,** Zollparlaments- u. bayr. Landtags-Abgeordneten.
57 Seiten Inhalt. Preis 12 kr., nach auswärts bei freier Versendung 15 kr.

Altes Gold kauft zu den höchsten Preisen **U. Weber,** Goldarbeiter nächst der Kunstmühle.

Wichtig
für Bauernvereine!
Durch das Literarische Institut von Dr. M. Huttler in Augsburg und die Kranzfelder'sche Buchhandlung daselbst ist nachstehendes neu erschienene Flugblatt zu beziehen:
„Bauern es ist Zeit,"
den Bauernstand wieder zu Ehren zu bringen.
Eine Mahnruf an alle deutschen Bauern
Preis pro 100 Stück fl. 1. —

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 98. Mittwoch, den 27. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 25. April. Das neue Wahlgesetz hat, wie man hört, den Ministerialrath v. Dubois zum Verfasser. (Das mag gemacht haben, wer will, so hat es in allen parteiischen und unparteiischen Blättern seine Verurtheilung gefunden.)

München, 25. April. Die Gerichtsvollzieherordnung liegt vollendet im Justizministerium und wird demnächst zur Veröffentlichung gelangen. Eine Vorlage derselben an den Landtag erfolgt zur Zeit nicht, sondern erst 5 Jahre nach Einführung des Zivilprozesses. Im Laufe der ersten 5 Jahre ist bekanntlich dem Justizministerium freie Bewegung in Bezug auf die Ordnung der Verhältnisse der Gerichtsvollzieher gestattet, während nach dieser Zeit Aenderungen der dann bestehenden Gerichtsvollzieherordnung nur mehr im Gesetzeswege getroffen werden können. — Vor Beendigung der gegenwärtigen Session des Zollparlaments findet in den beiden Kammern des Landtags wahrscheinlich keine Sitzung mehr statt.

Im vierten Ausschuß der Kammer der Abgeord. ist heute der Antrag des Abg. Dr. Edel auf authentische Interpretation des Art. 24 des Wehrverfassungsgesetzes berathen worden. Man war, wie ich vernehme, allgemein der Ansicht, daß der Artikel nur so interpretirt werden könne wie Dr. Edel es beantragt, daß Reservisten und Landwehrmänner nur zu gemeinsamen Uebungen sollen einberufen werden können, allein der Ausschuß hat dem Antrag aus dem Grund nicht beigestimmt, weil er eine Revision des Wehrverfassungsgesetzes in mehreren Punkten für nothwendig erachtet, und er beantragt deßhalb auch, die Kammer wolle eine hierauf bezügliche Bitte an die Staatsregierung richten — ein Antrag der in der Kammer voraussichtlich eine sehr umfassende Debatte veranlassen wird.

Der „Bayer. Kur." bemerkt zu dem Wahlgesetzentwurf (sehr gelinde): Herr Minister v. Braun hat, so scheint uns, die berüchtigte Wahlkreisgeometrie seines Amtsvorgängers, des Herrn v. Hörmann gesetzlich fixiren wollen; das aber ist uns denn doch zu braun. Wenn man ministerieller Seits beabsichtigt hätte, daß ein direktes Wahlgesetz nicht zu Stande kommen soll, so mußte man eine solche Eintheilung der Wahlbezirke treffen, die geradezu unannehmbar ist und von der wir bezweifeln, ob die Kammermehrheit sie überhaupt nur in Berathung ziehen wird, denn ein Resultat läßt sich in keinem Falle erwarten. Wir haben bekanntlich den derzeitigen Minister des Innern, als er sein Amt antrat, des liberalen Bureaukratismus beschuldigt; wir denken, sein Bürgerwehrgesetz und seine Wahlkreiseintheilung haben unser Urtheil vollkommen bestätigt.

Weiteres Verzeichniß der Wahlkreise. Oberbayern. 1. Wahlkreis: Stadt München 5 Abgeordnete. 2. Wahlkreis: Stadt Ingolstadt (wie alle folgenden je) 1 Abgeordneten. 3. Die Städte Freising und Rosenheim. 4. Die Ldg. Aichach und Rain. 5. Die Landgerichte Ingolstadt und Geisenfeld. 6. Die Ldg. Pfaffenhofen und Schrobenhausen. 7. Die Ldg. Traunstein u. Trostberg. 8. Die Ldg. Berchtesgaden, Laufen u. Reichenhall. 9. Die Ldg. Altötting, Burghausen u. Tittmoning. 10. Die Ldg. Rosenheim und Prieen. 11. Die Ldg. Aibling und Ebersberg. 12. Die Ldg. Wasserburg und Haag. 13. Die Ldg. Mühldorf und Neumarkt. 14. Die Ldg. Erding und Dorfen. 15. Die Ldg. Dachau u. München l/J. 17. Die Ldg. Friedberg und Bruck. 18. Die Ldg. München r/J. und Wolfrathshausen. 19. Die Ldg. Schongau und Werdenfels. 20. Die Ldg. Miesbach, Tölz u. Tegernsee. 21. Die Landg. Landsberg und Dießen. 22. Die Ldg. Starnberg u. Dießen. 22. Die Ldg. Starnberg u. Weilheim. Niederbayern. 1. Wahlkreis: Die Stadt Passau mit St. Nikola. 2. Die Städte Landshut u. Straubing. 3. Die Ldg. Kelheim u. Abensberg. 4. Das Ldg. Landshut. 5. Die Ldg. Rottenburg u. Mainburg. 6. Das Landg. Vilsbiburg. 7. Die Landg. Straubing und Mallersdorf. 8. Die Ldg. Bogen und Mitterfels. 9. Die Ldg. Dingolfing u. Eggenfelden. 10. Die Landg. Landau a/J. und Arnstorf. 11. Die Landg. Deggendorf und Hengersberg. 12. Die Ldg. Pfarrkirchen und Simbach. 13. Die Ldg. Griesbach und Rotthalmünster. 14. Die Ldg. Vilshofen und Osterhofen. 15. Die Ldg. Kötzting und Viechtach. 16. Die Ldg. Regen u. Neukirchen. 17. Die Ldg. Grafenau und Freyung. 18. Ldg. Passau

Digitized by Google

1 und 2 ohne die Gemeinde St. Nikola. 19. Die Ldg. Wegscheid u. Waldkirchen. Pfalz. 1. Wahlkreis: Die Stadt Kaiserslautern. 2. Die Städte St. Ingbert und Zweibrücken. 3. Die Stadt Ludwigshafen mit Friesenheim, Mundheim, Mutterstadt, Oggersheim und Rheingönnheim. 4. Ldg. Landau. 4. Die Ldg. Bergzabern u. Auweiler. 6. Ldg. Neustadt a. H. 7. Ldg. Speyer. 8. Ldg. Edenkoben. 9. Ldg. Germersheim. 10. Ldg. Kandel. 11. Die Ldg. Frankenthal u. Ludwigshafen ohne die Gemeinden Ludwigshafen, Friesenheim, Mundenheim, Mutterstadt, Oggersheim und Rheingönnheim. 12. Ldg. Dürkheim. 13. Die Ldg. Kirchheim-Bolanden, Göllheim u. Roggenhausen. 14. Die Ldg. Obermoschel, Lauterecken und Wolfstein. 15. Landg. Grünstadt. 16. Die Ldg. Kaiserslautern, Otterberg u. Winweiler ohne die Stadt Kaiserslautern. 17. Die Ldg. Pirmasens, Dahn und Waldfischbach. 18. Die Landg. Kusel und Landstuhl. 19. Die Ldg. Homburg, St. Ingbert u. Waldmohr ohne die Stadt St. Ingbert. 20. Die Ldg. Zweibrücken, Blieskastel u. Hornbach ohne die Stadt Zweibrücken.

In München findet am 8. Mai der bayer. Anwaltstag statt; außer andern Berathungsgegenständen steht auch die neue Advokatenordnung auf der Tagesordnung.

Die bayerischen Forst- und Landwirthe tagen am 30. Mai in Passau.

Nachdem der zu 9 Monaten verurtheilte Redakteur des „Allgäuer Volksblattes", Dr. Schneider, die Berufung ergriffen hatte, kommt die Nichtigkeitsbeschwerde bekanntlich am 29. April vor dem obersten Gerichtshofe in München zur Verhandlung. Bekanntlich wurde Herr Dr. Schneider wegen Abdrucks eines Artikels aus der „Pfälzer Zeitung" der Majestätsbeleidigung angeklagt, während gegen die „Pf. Ztg." in keiner Weise vorgeschritten wurde; von Interesse ist nun die Mittheilung der „Donauzeitung", daß Dr. Schneider auch wegen Amtsehrenbeleidigung der Minister von Hörmann und Gresser, begangen durch Abdruck eines Artikels aus der „Donauzeitg.", verurtheilt wurde, während die gegen die „Donauzeitung" deßhalb eingeleitete Untersuchung wieder eingestellt wurde. Man sollte fast glauben, daß wir in Bayern verschiedene Strafgesetzbücher besitzen!

Am 22. April kam im Seßlacher Bürgerwalde Feuer aus und ist es nur dem energischen Zusammenwirken zu verdanken, daß sich der Herd des Feuers auf ca. 6 Tagwerk beschränkte. Der Schaden ist ein nicht unbedeutender und wird Brandstiftung vermuthet. Auch am 23. d. entstand im Hauptsmoorwalde in der Nähe des Kugelfanges bei Bamberg Feuer, daß jedoch bald wieder gedämpft wurde.

Passau, 25. April. Während unsere bettelpreußischen Blätter mit einer Geistesarmuth ohne Gleichen den Witz (oder was?) von den „greillichen" Reden des Abg. Prof. Greil widerkäuen, urtheilt der Korrespondent der „Köln. Volksztg." gelegentlich der letzten Kammersitzung über denselben mit folgenden anerkennenden Worten: „Prof. Greil bewies den Herren in fließender Rede, wie Glaube und wahre Wissenschaft mit einander innig verbunden seien. Auf seine Ausführungen hin war die ganze linke Seite des Hauses mit einem Mal zur Ruhe gebracht und die Herren von der Fortschrittspartei werden wiederholt aus dem Landtagssaale die Uebezeugung mit fortgenommen haben, daß es stets gefährlich ist, diesen Leu zu wecken, denn er ist immer auf den Sprung gerichtet. Prof. Greil besitzt in der That eine Belesenheit und eine Kenntniß auch in allen profanen Wissenschaften, die jeden unparteiischen Zuhörer mit Staunen erfüllt. Diese, in Verbindung mit einer scharfen Dialektik und einem starken Organe, haben ihn bereits faktisch zum Löwen der bayerischen Abgeordnetenkammer gemacht."

Aus der Rheinpfalz, 24. April. In gut unterrichteten Kreisen Speyers, wollte man gestern wissen, daß der Inspektor des königl. Schulseminars daselbst, Hr. Reither, zum Bischof ernannt sei.

Berlin, 23. April. Heute ist der Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Vereinszolltarifs an die Mitglieder des Reichstags vertheilt worden. Im Gesetzentwurfe wird hervorgehoben, daß die Tarifreform sehr nothwendig ist, daß die öffentliche Meinung sich mit ihr befreundet hat, daß der Aufschwung, den Verkehr und Industrie in den letzten Jahren unleugbar gewonnen haben, eine rasche Verwirklichung der wirthschaftlichen Vortheile der Reform verheißt. Zugleich wird aber behauptet, daß die Erfahrung des letzten Jahres das Gewicht des für den Entwurf leitenden finanziellen Gesichtspunktes verstärkt habe. Die Einkünfte aus den Zöllen und den dem Zollverein gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern ständen, heißt es weiter, im innigen Zusammenhange mit den Steuersystemen aller einzelnen Vereinsstaaten und ein Zurückbleiben des Ertrages der dem Zollverein gemeinschaftlichen Einnahmen könne daher, da die Staatsausgaben mehr als im Verhältniß zur Bevölkerungsziffer zu steigen pflegten, nicht anders als störend auf die Steuer- und Finanz-Systeme wirken. Die Erhöhung des Kaffeezolls ist hiernach, wie 1868 und 1869 der Petroleumzoll die conditio qua von der Tarifreform. Natürlich ist das Mehraufkommen aus dem erhöhten Kaffeezoll nur sehr mäßig angenommen; eine nähere Prüfung der Vorlage wird gewiß nachweisen, daß ihre Annahme die Einnahmen des Zollvereins nicht unerheblich steigern würde. Nichtsdestoweniger hat der Bundesrath diesmal Aussicht auf Annahme der Vorlage in allen wesentlichen Punkten; auch für die Erhöhung des Kaffeezolls wird sich eine Mehrheit wohl zusammenbringen lassen. Täglich gehen Petitionen beim Zollparlament ein, und einige wenigstens werden auch täglich gedruckt vertheilt. So heute eine Petition auf Erhöhung des

Digitized by Google

Einfuhrzolls auf Reisstärke von 15 Sgr. pro Ctr. auf den früheren Satz von 2 Thlr., natürlich von einem Reisstärke-Fabrikanten herrührend, eine interessante Denkschrift der Handelskammer zu Hamburg, betreffend die Aufhebung der Ausfuhrzölle für Lumpen und andere Abfälle zur Papierfabrikation und eine Vorstellung von Stearinfabrikanten zu Gunsten des bestehenden Eingangszolls auf Stearinmasse.

Als gestern die Wahl des Präsidenten und der Schriftführer im Zollparlamente vorgenommen werden sollte, wartete man mit dem Anfang des Namensaufrufs ungewöhnlich lange. Schließlich klärte sich das Räthsel auf. Es sollte ein Eisenbahnzug aus Bayern auf der Anhalt'schen Bahn ankommen, und man hoffte, daß er ein Dutzend bayerische Abgeordnete heranbringen werde. Aber — die rettenden Bayern blieben aus und mit schwerem Herzen vertagte der Alterspräsident die Sitzung auf den Montag. So geschah es im deutschen Zollparlament anno 1870.

Berlin, 23. April. Ueber die Krankenanstalt Bethanien ist es ganz still geworden, man hört nichts, als die schon seit Monaten coursirende Angabe, die königliche Entscheidung werde nächstens erfolgen. Dagegen scheint es fast gewiß, daß der Bericht der Control-Commission unter Vorsitz des Geh. Raths Houssselle und Mitwirkung des Geh. Raths Esse nicht an die Oeffentlichkeit gelangen wird, obschon die Untersuchung die erwarteten Uebelstände nicht nur aufgedeckt, sondern weit größere als man ahnte, gefunden haben soll. Um Uebrigen steht es, wie die „Trib." versichert, notorisch fest, daß trotz Alledem und Alledem in keiner Beziehung eine Aenderung in der Anstalt oder bezüglich ihrer Leitung Platz gegriffen hat.

Berlin, 25. April. Zum ersten Vicepräsidenten wurde Fürst Hohenlohe mit 179 von 212 Stimmen gewählt. Derselbe dankt für die Auszeichnung die ihm durch die dreimalige Wahl zum Vicepräsidenten geworden und sagt: „Ich kann mit Recht stolz darauf sein in der ganzen Legislaturperiode das Wohlwollen einer Versammlung nicht verloren zu haben, welche, wenn auch ihre Befugnisse beschränkt sind, eine hohe Bedeutung dadurch hat, daß in ihr die Vertreter der deutschen Nation zur Berathung gemeinsamer Arbeiten vereinigt sind. Wenn jüngst ein Mitglied des Hauses dem Zollparlament beim Ausscheiden vorwarf, dasselbe beruhe auf Täuschung und schmücke sich mit dem Nimbus eines deutschen Parlaments, so antworte ich: „in dieser Thatsache gemeinsamer Arbeit deutscher Abgeordneten liegt keine Täuschung; sie ist ein Gewinn, an dem wir festhalten sollen; sie ist der feste Grund, worauf der Anker der nationalen Hoffnung beruht." Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten wurden 210 Stimmmen abgegeben, wovon 15 ungültig, und erhielt Herzog v. Ujest der Bruder Hohenlohe's 195 Stimmen; auch er nahm die Wahl dankend an.

Durch die officiös inspirirte sog. Thüringer Correspondenz fällt ein neues Licht auf die dem Fürstenthum Rudolstadt drohende Bundesexecution. Jene Corespondenz verräth es nämlich, daß es die Rudolstädter Regierung selber ist, welche eine Execution herbeiwünscht, damit der widerspenstige Landtag zur Raison gebracht werde. Die Rechtmäßigkeit und Nothwendigkeit einer Bundesexecution kann nach der Correspondenz gar nicht zweifelhaft sein. „Wollte man, so heißt es, dem Bunde des Recht absprechen, so würde man damit eine der festesten Grundlagen seiner Existenz erschüttert; denn jedem Einzellandtage würde alsdann die Machtvollkommenheit gegeben, die Leistung der vom Bunde ausgeschriebenen, vom Reichstag genehmigten Matrikularbeiträge zu hintertreiben. Es ist mit voller Sicherheit anzunehmen, daß das jetzt vom Rudolstädter Landtag beobachtete Verfahren auch von den Landtagen anderer Bundesländer befolgt werden würde, sobald über die Berechtigung des Bundes zur Verhängung der Execution nur ein Zweifel aufkommen könnte. Es ist daher von Bedeutung, daß diese Angelegenheit von vornherein zu einer Entscheidung gebracht wird." Der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt und dessen Minister, der ehemalige preußische Landrath von Bertrab, sind übrigens am Geburtstage des Königs von Preußen in Berlin gewesen.

Ausland.

Paris, 25. April. Die „Agence Havas" meldet: Da Ollivier nur interimistischer Minister des Aeußern ist, und die Note den kath. Mächten mitgetheilt worden war, so glaubt derselbe die Instructionen Daru's nicht modificiren zu können. Demzufolge hat Bannerville die Note dem Papst am Sonnabend übergeben. Zweifelhaft jedoch ist ob sie auch dem Concil mitgetheilt worden ist, und es ist wahrscheinlich, daß diese Angelegenheit in der Schwebe bleiben wird.

Rom, 24. April. Heute um 9 Uhr Vormittags wurde die dritte öffentliche Sitzung des Concils abgehalten. Das Schema und die Canones de fide catholica wurden bei namentlicher und mündlicher Abstimmung mit einer Mehrheit von etwa 500 Stimmen endgültig angenommen und als Dekret promulgirt. Der Papst las die Einleitung der Definitionen.

Athen, 24. April. Wegen des Raubüberfalls herrscht hier und in ganz Griechenland große Aufregung. Lord Muncaster, welcher zur Beschaffung des Lösegeldes und behufs Auswirkung der Begnadigung der Räuber von diesen freigelassen worden war, entkam dadurch glücklich. Obwohl das Lösegeld bereit war, konnte die Begnadigung mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Verfassung nicht bewilligt werden. Die Räuber, von Militär blokirt, suchten nach Cuböa zu entkommen. Die Gefangenen, welche wegen Ermattung nicht folgen konnten, wurden von den Räubern erstochen. Bei einem Angriff des Militärs wurden 9 Räuber, darunter der Chef der Bande,

Digitized by Google

getödtet, einer verwundet und gefangen genommen. Zwölf Räuber werden aufs eifrigste verfolgt. Das am Kampfe betheiligt gewesene Kriegsschiff hat die Leichname der Ermordeten nach dem Piräeus überbracht. — Heute fand das Leichenbegängniß der gemordeten Engländer Herbert und Lloyd unter Betheiligung des Königs, des diplomatischen Corps und fast der gesammten Bevölkerung Athens statt.

Programm für die

2. Landesversammlung der bay. Feuerwehren

in Regensburg am 29. bis 31. Mai 1870.

Samstag, den 28. Mai:

„Empfang" der mit dem Dampfschiffe und der mit den Abend-Eisenbahnzügen eintreffenden Feuerwehrmänner und Geleitung.

Abends 8 Uhr: „Gesellige Zusammenkunft" im großen Saale des neuen Gesellschaftshauses. „Produktion" des Dilettanten-Orchester-Vereins.

Sonntag, den 29. Mai:

6 Uhr Früh: „Morgengruß" durch ein die Hauptstrassen der Stadt und Stadtamhof durchziehendes Musikkorps.

7 Uhr Morgens: „Eröffnung der Ausstellung" von Feuerwehr-Requisiten und Wasserleitungs-Gegenständen in der Minoritenhalle.

9 Uhr Vormittags: „Empfang" der mit den Morgenzügen und an den Thoren eintreffenden Feuerwehrmänner.

8 bis 11 Uhr Vormittags; „Berathung" der Abgeordneten der bayerischen Feuerwehren im großen Saale des Rathhauses. Prüfung der Legitimationen.

11 Uhr Vormittags: „Uebung der Regensburger Feuerwehr."

1 Uhr Mittags: Gemeinschaftliches „Mittagsmahl" in den hiezu bestimmten Gasthäusern.

3 Uhr Nachmittags: „Zusammenkunft" der Feuerwehren auf den hiezu bestimmten Sammelplätzen.

3 Uhr Nachmittags: „Abmarsch" durch die Hauptstraßen der Stadt nach der Schießhauswiese.

4 Uhr Nachmittags: Beginn der „Musikproduktion" auf der Schießhauswiese und unter den Linden.

8 Uhr Abends: „Gesellige Zusammenkunft" in den Localitäten des neuen Gesellschaftshauses. „Produktion" der vereinigten hiesigen Gesangsvereine.

Montag, den 30. Mai:

6 Uhr Früh: „Tagsreveille.

7 bis 9 Uhr Vormittags: „Besuch der Ausstellungsräume" und „Versuche mit den ausgestellten Requisiten. „Verladung und Absendung eines Feuerwehrhilfszuges" mittels der Eisenbahn.

9 bis 1 Uhr Mittags: Fortsetzung der „Berathung" der Abgeordneten der bayer. Feuerwehren im großen Rathhaussaale und Generalversammlung der Delegirten der Landes-Unterstützungs-Kasse.

Nachmittags: „Wasserfahrt" mittelst Dampfschiff nach der Walhalla.

2 bis 4 Uhr Nachmittags: „Besichtigung der Sehenswürdigkeiten" der Stadt und der gastlich geöffneten Sammlungen der hiesigen Kunst- und wissenschaftlichen Vereine.

4 bis 8 Uhr Abends: „Musikproduktion" auf der Schießhauswiese und unter den Linden.

8 Uhr Abends: „Commerce" im großen Saale des neuen Gesellschaftshauses.

Dienstag, den 31 Mai:

6 Uhr Früh: „Abfahrt" mittels Dampfschiff nach „Kelheim" zur Besichtigung der Befreiungshalle.

7 bis 10 Uhr Vormittags: „Besuch der Ausstellungsräume und Erprobung ausgestellter Löschmaschinen.

Nachmittags: „Musikproduktion" auf der Schießstätte und unter den Linden.

9 Uhr Nachts: Schlußtableau: Feuerwerk.

Bemerkung.

Hinsichtlich der Fracht und Personenfahrttaxe, sowohl auf den k. b. Staatsbahnen, wie auf den Linien der k. priv. Ostbahnen treten für die zweite, am 29. bis 31. Mai zu Regensburg stattfindende Versammlung der Feuerwehren die gleichmäßigen Begünstigungen ein, wie selbe anläßlich des ersten Feuerwehrtages in Gunzenhausen bewilligt waren.

Es werden hiernach den Feuerwehrmännern Retourbillete mit sechstägiger Giltigkeit unentgeldlich verabfolgt, und finden die ausgestellten Feuerlöschrequisiten freien Rücktransport.

Der Verwaltungsrath des Regensburger Feuerwehrcorps.

Anzeige.

Am 23. d. erhielt durch einen anonymen Brief Hr. Oberförster H. in B. die Anzeige u. Aufforderung, bei dem Unterzeichneten recherchiren zu lassen, da zu seinem soeben in der Arbeit begriffenen Gartenzaun 20 eich. Pfähle, die Geräthstangen, Zaunstecken aus dem k. Staatswalde mit Beihilfe gestohlen worden seien. Bei der in Folge dessen von dem H. Förster u. d. H. Bürgermeister vorgenommenen Untersuchung ergab sich, daß das genannte Holz allerdings vorgefunden, aber rechtlich von mir gesteigert wurde, u. z. um nicht weniger als 77 fl. 25 kr. Solch anonymen Denunzianten muß ich als einen ehr- u. gewissenlosen Menschen halten, der durch Lüge u. Verleumdung seine Mitbürger verdächtiget. — Zugleich ersuche ich freundlichst unter Zusage einer Belohnung Jeden, der mir etwa nähere Auskunft über diesen Anonymus ertheilen kann, mir dieselbe zu geben.

Hallerndorf, 27. April 1870.

Johann Hagen, Oekonom.

Wichtig
für Bauernvereine!

Durch das Literarische Institut von Dr. M. Huttler in Augsburg und die Kranzfelder'sche Buchhandlung daselbst ist nachstehendes neu erschienene Flugblatt zu beziehen:

„Bauern es ist Zeit,"
den Bauernstand wieder zu Ehren zu bringen.

Eine Mahnruf an alle deutschen Bauern

Preis pro 100 Stück fl. 1. —

Vorlagen
(Musterblätter)
zu
Laubsäge-Arbeiten,

vorzüglich zu schönen Uhrgehäusen, Rähmchen, Körbchen ꝛc. pro Blatt 6, 8, u. 9 kr. vorräthig bei

Otto Reindl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 99. Donnerstag, den 28. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Das neue Wahlgesetz.

....r Das lang verheißene, lang ersehnte neue Wahlgesetz liegt endlich nach dem Regierungs-Entwurfe vor uns. Leider müssen wir gestehen, daß die Regierung auch mit diesem Entwurfe nicht glücklicher gewesen zu sein scheint, als mit den übrigen bisher vorgelegten, dem Bürgerwehrgesetze, dem neuen Tax- und Stempelgesetze ꝛc. Es wäre fast unbegreiflich, wenn die Regierung wirklich glauben sollte, daß dieser Wahlgesetzentwurf von der patriotischen Kammermehrheit angenommen werde. Wir begnügen uns für heute, nur den einen aber wichtigsten Punkt, den der Wahlkreiseintheilung zu besprechen. Bekanntlich war es vorzüglich die von dem vorigen Minister des Innern bei der letzten Wahl beliebte Eintheilung der Wahlkreise, welche, weil offenbar die fortschrittliche oder liberale Partei begünstigend, den Unwillen der patriotischen Mehrheit des Volkes erregte, und den Rücktritt des Ministers unausbleiblich machte.

Durch diese Wahlkreiseintheilungs-Kunststücke gewitzigt, verlangte die patr. Partei entschieden, daß, um diesen Willkürlichkeiten eines jeweiligen Ministers vorzubauen, durch das neue Wahlgesetz auch bestimmte, unabänderbare Wahlbezirke festgestellt würden. Nun, der neue Wahlgesetzentwurf trägt dieser Forderung Rechnung, aber wie! Allerdings stellt er bestimmt abgegrenzte Wahlbezirke auf, aber bei Bildung derselben hat leider der Regierung das gelobte Land Baden, das liberale Musterstäätchen Deutschlands als Vorbild gedient. Unter dem Vorwande berechtigter Berücksichtigung der industriellen Entwicklung der Städte enthält die vorgeschlagene Wahlkreiseintheilung die schreiendste Zurücksetzung des Landvolkes. Nur ein paar, recht eklatante Beispiele! In Oberfranken bildet die Stadt Hof mit vielleicht 14,500 Seelen einen Wahlkreis für sich und wählt einen Abgeordneten, während die drei Landgerichte Bamberg I, Scheßlitz, Hollfeld mit wenigstens 38,000 Seelen auch einen Wahlkreis bilden und nur einen Abgeordneten wählen. In Unterfranken wählen Schweinfurt u. Kitzingen mit etwa 16,000, Aschaffenburg und Damm mit 12,500 Seelen schon einen Abgeordneten, während 7–8 ländliche Wahlbezirke mit 36,000–40,000 auch nur je einen Abgeordneten wählen. In der Oberpfalz bildet Amberg die Stadt mit etwa 12000! Seelen schon einen Wahlbezirk und wählt einen Abgeordneten, während die Landgerichte, Kemnath, Erbendorf und Eschenbach, mit mehr als 38,500 Seelen also mehr als dreimal so viel Seelen auch nur einen Abgeordneten zu wählen haben. Und so noch viele! Mit welcher zärtlichen Fürsorge sind ferner besonders in Schwaben die fortschrittlichen Städtchen von der umliegenden patriotischen Landbevölkerung losgemacht, und wenn auch noch so entfernt von einander zu eigenen Wahlkreisen verbunden, wie z. B. Kaufbeuern, Kempten, Lindau und Memmingen, die zu einem Wahlkreise vereinigt sind! Wahrlich diese Wahlkreis-Eintheilung übertrifft noch das vom gewesenen Minister Hörmann im vorigen November gelieferte Kunststück! Diese Wahlkreis-Eintheilung annehmen, hieße demnach nichts anderes, als das, was eben an der Hörmann'schen Wahlkreiseintheilung nicht nur von den Patrioten sondern auch von ganz Unparteiischen, wie vom Nürnberger Correspondenten ꝛc. als die größte Unbilligkeit, ja Rechtsverletzung verurtheilt worden war, – zum Gesetze erheben, also nicht nur dauernd, sondern auch heilig machen. Das heißt denn doch der patr. Kammermehrheit etwas zu viel zumuthen! Wenn der Herr Minister des Innern bei der Vorlage des Gesetzentwurfs bemerkte, daß durch diese Wahlkreiseintheilung Niemand's Rechte verletzt würden, so wird ihm die liberale Partei wohl Beifall zollen; die Landbevölkerung aber wird mit Recht durch die in den angegebenen Beispielen beleuchtete Bevorzugung der Städte sich beeinträchtigt glauben. Wenn der Herr Minister ferner hervorhob, daß durch diese ungleiche Behandlung der Städte und der Landbevölkerung kein Rückschritt zu der alten Ständevertretung beabsichtigt sei, so glauben wir dies dem Hrn. Minister recht gerne. Die Wahlkreis-Eintheilung begünstigt allerdings nicht die Vertretung der Interessen von Ständen, aber wohl enthält sie aufs Deutlichste eine Begünstigung eines Standes, nämlich des liberalen Bürger-, oder vielmehr um es richtiger zu bezeichnen, des liberalen Geldprotzenthums, der

Digitized by Google

getauften und nicht getauften Banquiers, Fabrikanten, großen Kaufleute, mit dem ihnen unterworfenen, an sie durch die zeitliche Nothdurft gefesselten Städteproletariat. Wenn aber die Regierung von einer Vertretung der Stände, als dem modernen Zeitgeiste nicht mehr entsprechend, nichts wissen will, so wollen wir von einer bevorzugten Vertretung eines Standes eben so wenig wissen. Die Phrase von der Nothwendigkeit der Berücksichtigung der städtischen Industrie verfängt nicht. Bayern ist Gottlob kein vorherrschend industrieller, sondern ackerbautreibender Staat. Die Grundlage seiner gedeihlichen Entwicklung, seines Wohlstandes bildet darum ein gesunder, wohlhabender Bauernstand. Wenn demnach ein Stand durch ein Gesetz, also hier durch das Wahlgesetz begünstigt werden dürfte, so könnte es natur- und vernunftgemäß nur der Bauernstand sein. Der Landmann will aber keine Begünstigung, jedoch verlangt er gleiches Recht mit jedem andern Staatsbürger und nie wird er es sich gefallen lassen, daß er, der von der Gut- und Blutssteuer am Meisten betroffen wird, also die schwersten Pflichten und Lasten zu tragen hat, weniger Rechte habe, als andere Stände. Gleiche Lasten, gleiche Rechte, das verlangt mit Recht der Bauer; daran wird auch die patriotische Kammermehrheit sicherlich festhalten.

Inland.

München, 26. April. Bezüglich des von der Kammer der Abg. nahezu mit Einstimmigkeit angenommenen Antrags des Herrn Abg. Dr. Frankenburger auf Revision des Edicts über die Presse und des Preßgesetzes wird vom Referenten der Kammer der Reichsräthe, Frhrn. v. Schrenck beantragt: diesem Antrage die Zustimmung nicht zu ertheilen; in Betreff des Antrags des Abg. Dr. Völk auf Revision des Gesetzes über den Geschäftsgang des Landtags aber beantragt Frhr. v. Schrenck als Referent die Beistimmung.

Die Gerichtsvollzieherordnung liegt vollendet im Justizministerium und wird demnächst zur Veröffentlichung gelangen. Eine Vorlage derselben an den Landtag erfolgt zur Zeit nicht, sondern erst 5 Jahr nach Einführung des Civilprozesses. Im Laufe der ersten 5 Jahre ist dem Justizministerium freie Bewegung in Bezug auf die Ordnung der Verhältnisse der Gerichtsvollzieher gestattet, während nach dieser Zeit Aenderungen der dann bestehenden Gerichtsvollzieherordnung nur mehr im Gesetzeswege getroffne werden können.

Schluß des Verzeichniß der Wahlkreise. Oberpfalz und Regensburg. 62. Wahlkreis: Die Stadt Regensburg mit Stadtamhof und Steinweg. 63. Stadt Amberg. 64. Die Ldg. Neumarkt u. Hiltpoltstein. 65. Die Ldg. Hemau und Riedenburg. 66. Die Ldg. Tirschenreuth und Waldsassen. 67. Die Ldg. Kemnath, Erbendorf und Eschenbach. 68. Die Landg. Neustadt a. W.-R u. Vohenstrauß. 69. Die Ldg. Nabburg und Weiden. 70. Die Ldg. Amberg u. Vilseck. 71. Die Landg. Sulzbach und Auerbach. 72. Die Ldg. Kastel u. Persberg. 73. Die Ldg. Burglengenfeld, Schwandorf u. Neunburg v. W. 74. Die Ldg. Stadtamhof, Regenstauf und Nittenau. 75. Die Ldg. Regensburg, Wöhrd und Falkenstein. 76 Die Ldg. Oberviechtach u. Waldmünchen. 76. Die Ldg. Cham, Furth u. Roding. Schwaben u. Neuburg. 131. Wahlkreis: Die Stadt Augsburg (2 Abgeordnete). 132. Die Städte Donauwörth, Neuburg u. Nördlingen. 133. Die Städte Kaufbeuern, Kempten, Lindau u. Memmingen. 134. Die Ldg. Nördlingen u. Oettingen. 135. Die Ldg. Monheim u. Neuburg. 136. Die Ldg. Donauwörth und Wertingen. 137. Die Ldg. Dillingen u. Höchstädt. 138. Die Ldg. Günzburg u. Lauingen. 139. Die Ldg. Neuulm und Weissenhorn. 140. Die Ldg. Burgau u. Krumbach. 141. Die Ldg. Augsburg und Zusmarshausen. 142. Die Ldg. Schwabmünchen und Türkheim. 143. Die Landg. Buchloe, Kaufbäuern u. Mindelheim. 144. Die Landgerichte Babenhausen, Illertissen, Memmingen und Ottobeuern. 145. Die Ldg. Kempten und Grönenbach. 146. Die Ldg. Füssen, Oberdorf u. Obergünzburg. 147. Die Ldg. Immenstadt und Sonthofen. 148. Die Ldg. Lindau u. Weiler.

Heidelberg, 24. April. Der Zollparlamentsabgeordnete Dr. Bissing (einer der kathol. Volksvertreter in der badischen Kammer), hat folgenden (veröffentlichen) Brief an den Präsidenten des Zollparlamentes gerichtet: „Hohem Präsidium des Zollparlaments zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich durch höhere Gewalt verhindert bin, im Zollparlamente zu erscheinen. In Folge einer Ehrenkränkung, die Dr. Schmieder, badischer Amtmann in Tauberbischofsheim, auf sich beziehen zu müssen glaubte, wurde ich zu einer sechstägigen Festungsstrafe verurtheilt, und wie aus der hie angeschlossenen Beilage hervorgeht, hat das Amtsgericht Tauberbischofsheim mir nunmehr die Auflage gemacht, die erkannte Strafe innerhalb 14 Tagen zu erstehen, d. h. also vom 16. d. M. an, an welchem die Zustellung des Erkenntnisses erfolgte. Am Tage der Eröffnung des badischen Landtags war bereits die gleiche Aufforderung zu der Straferstehung an mich ergangen, die ich unter Hinweis auf den Beginn landständischer Thätigkeit energisch zurückwies, indem ich es auf eine Verhaftung inmitten der Kammerverhandlungen hätte ankommen lassen. Bei vorliegender Gelegenheit hielt ich es dagegen für entsprechender, den Aufenthalt in der Festung Rastatt dem Eintritt ins Zollparlament vorzuziehen, um vor der hohen Versammlung zu constatiren, welch' geringe Rücksicht man einem Mitgliede derselben und damit zugleich dem Parlamente selbst Seitens badischer Behörden schulden zu müssen glaubt. Dies Verfahren ist um so rücksichtsloser, als es nur

Digitized by Goog

durch den ersten Verwaltungsbeamten gerade des Amtes Tauberbischofsheim hervorgerufen und von dem Amtsgerichte Tauberbischofsheim in Vollzug gesetzt wurde, zu dessen Abgeordneten im Zollparlamente ich mit eminenter Mehrheit gewählt bin und dessen Vertretung in Berlin durch die Großh. Behörden selbst nunmehr vereitelt worden ist. Bei der voraussichtlich sehr kurzen Dauer des Zollparlamentes wird es sich selbstverständlich kaum mehr der Mühe lohnen, nach überstandener Festungshaft noch einige Tage vor Beendigung der parlamentarischen Arbeiten in Berlin zu erscheinen. Unter diesen Verhältnissen muß ich im Hinblick auf die bedauerlichen Zustände der Heimath auf eine Theilnahme meinerseits an den parlamentarischen Verhandlungen einer hohen Versammlung verzichten. Rastatt, 23. April 1870. Dr. Ferd. Bissing, Abgeordneter des 14. badischen Wahlbezirks."

Leipzig, 26. April. Der Ausschuß des deutschen Journalistentages beschloß, den dießjährigen Congreß am 3. Juli in Frankfurt abzuhalten.

Berlin, 26. April. Das Zollparlament beschloß über die Vorlagen betreffend die Rübenzuckersteuer und die Vorberathung im Plenum, über den mexicanischen Vertrag und über den Antrag Bambergers bezüglich der Münzreformen die Schlußberathung.

Die Berliner „Volkszeitung" schildert das Zollparlament in folgender Weise: „... Das Zollparlament steht so da, daß es nur neue Zollasten schaffen, aber keine alten beseitigen kann. Es befindet sich hierin in noch traurigerer Lage als irgend ein Landtag, der doch mindestens das Recht hat, die Regierung zur moralischen Verantwortung zu ziehen und von ihr Auskunft zu verlangen, was mit dem bewilligten Gelde geschehen solle. Das Zollparlament kann Geld bewilligen, aber es hat keine Regierung vor sich, die Aufschluß über die Verwendung desselben zu geben verpflichtet ist. Der Vertretung aus dem allerdemokratischsten Wahlgesetze hervorgehend, ist so gar nichts von Rechten eingeräumt, daß sie tief unter der preußischen Volksvertretung steht, die doch mindestens in der Budgetdebatte ihr Votum geltend machen kann."

Wien, 26. April. Graf Beust hat auf die Nachricht von der Blutthat in Attika die Bereitwilligkeit Oesterreichs zum Anschluß an alle von den Mächten einzuleitenden Schritte ausgesprochen, um eine Bürgschaft gegen die Wiederkehr ähnlicher anarchischer Zustände zu erreichen. — Sämmtliche österreichische Minoritätsbischöfe sind nach Rom zurückgekehrt, wo die Minorität vollständig vertreten sein wird. Die Schriften Rauschers, Schwarzenbergs und Hefele's gegen die Infallibilität machen hier großen Eindruck.

Wie man aus Wien, berichtet, steht der Entschluß der Regierung, den Reichsrath aufzulösen, fest. Das bezügliche Patent habe bereits die kaiserliche Unterschrift erhalten, demnach stehe seine Publikation für die nächste Zeit bevor.

Prag, 25. April. Das Abendblatt der „Prager Zeitung" meldet: Die Nachricht von der Reise des Grafen Potozki nach Prag ist darauf zurückzuführen daß der Minister im vorigen Jahre die Einladung zur Theilnahme an der Eröffnungsfeier der am 11. Mai stattfindenden landwirthschaftlichen Ausstellung angenommen hat.

Triest, 26. April. Die hiesigen Griechen veranstalten eine Collecte, um den Familien der bei der Vertheidigung der fremden Reisenden gegen die Briganten gefallenen Gendarmen eine National-Belohnung zu übergeben.

Ausland.

Paris, 26. April. Es heißt, Rouher habe dem Kaiser angerathen, den kaiserlichen Prinzen im Laufe der nächsten Woche eine Rundreise durch die Departements antreten zu lassen, und es sei wahrscheinlich, daß der Kaiser seine Zustimmung dazu ertheilen werde. — In einer gestrigen Versammlung von Gegnern des Plebiszits in Paris ging es stürmisch her; Rochefort wurde von einer sehr großen Mehrzahl zum Ehrenpräsidenten ernannt. Auch in verschiedenen Departements haben stürmische Versammlungen stattgefunden.

Washington, 24. April. Der Senat hat eine Resolution, welche die Einleitung von Unterhandlungen Betreffs einer Abtretung des Winipeggebietes befürwortet, dem Komite für auswärtige Angelegenheiten überwiesen. Senator Chandler machte den Vorschlag, auf dieselbe Weise die in der Alabamafrage erhobenen Ansprüche zu regeln.

Vermischtes.

In Paris hat sich unter dem Titel „Union des femmes chretiennes" ein Frauenverein gegen den Luxus gebildet. Die Mitglieder verpflichten sich, nicht mehr als ein von Vereinswegen festgesetztes Maximum für ihre Toilette auszugeben. Was sie auf diese Weise von ihren Nadelgeldern sparen, wollen sie dem Papste verehren.

Die Photographie vertheuert uns die Eierkuchen. Es ist ausgerechnet worden, daß in Europa im Dienste der Photographie jährlich 4 Millionen Eier verbraucht werden.

(Originelle Erfindung.) Ein erfindungsreicher Yankee hat einen merkwürdigen Apparat, den er „Freund des Schnarchens" benannt hat, erfunden. Dieser Apparat, über die Nase gestülpt, hat die Eigenthümlichkeit, das Schnarchen unhörbar zu machen.

Wels, 22. April. Gestern Mittags sind 25 Gebäude, darunter 18 Häuser u. ein kleiner Thurm verbrannt; jetzt ist abermals Feuer ausgebrochen, 3 Häuser nächst der Burg stehen in Flammen, der Brand dauert fort.

Digitized by Google

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 26. April.

Nach einer Mittheilung des Präsidiums des deutschen Zollparlaments wurde in der Sitzung vom 21. ds. Mts. dem Hrn. Abgeordneten, Bürgermeister Dr. Schneider der erbetene 3wöchentliche Urlaub ertheilt. — Eine im Polizeisenate vorberathene ortspolizeiliche Vorschrift, das Fahren mit Velocipedes betr., wurde genehmigt. — Verehelichungszeugnisse seien auszustellen für die HH. Bierbrauer Philipp Scharnagel (Heim.-G. 48 fl.) Bauführer Frz. Sepp (bereits Bürger), Schuhmachergef. Jos. Schmitt (36 fl.) — Ein Gesuch zur Errichtung eines Commissionsbureaus ohne die vorgeschriebene Kautionsbestellung sei abzuweisen. — Wegen der Unterbringung von verhafteten erkrankten Individuen in der Frohnveste und beziehungsweise im Krankenhause wurden zwischen dem k. Bezirksgerichts-Direktorium u. dem St.-Magistrate die erforderliche Vereinbarung getroffen. — Durch k. Minist.-Rescript wurde der vormalige Apotheker H. Eduard Brennhofer als Verifikator für den hies. Bezirk aufgestellt. Es wurde beschlossen, nunmehr das Aichlokal in Stand setzen zu lassen. — Durch k. Reg.-Entschl. wurden die revidirten Statuten mehrerer Vorschußvereine, welche mit dem k. Bezirks- und Handelsgerichte zu Bayreuth auf Grund aller einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen vereinbart worden sind, als Muster-Entwürfe zur geeigneten Belehrung und Verständigung nicht allein für alle dermalen bereits bestehenden derartigen Genossenschaften, sondern auch für solche, welche in der Gründung begriffen sind, mitgetheilt, um denselben die bisher schwer entbehrten Vorzüge der juristischen Persönlichkeit und der Korporationsrechte durch Eintragung bei dem betr. Handelsgerichte auf Grund des Ges. vom 29. April 1869, die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgesellschaften betr., möglichst zu erleichtern. — Wegen Kaminvorrichtungen in den Häusern Nr. 1260 u. 1365 seien die entsprechenden Anordnungen zu erlassen. — Bezüglich des Brandfalles in der Wohnung des H. Kaufmann Sal. Dessauer wurden weitere Erhebungen eingestellt, nachdem ein unverschuldeter Zufall die Brandentstehung verursacht hat. — Aus Anlaß einer vom Stadtmagistrat Fürth hieher übermittelten Vorstellung an die Kammer der Abgeordneten des Entwurfes der Advokatenordnung sei dieser Gegenstand den dies. Landtagsabgeordneten zu empfehlen. — Auf Anschreiben des k. H. Verw.-Bezirks-Arztes sei den hies. Hebammen das polizeil. Verbot von Privatentbindungen in ihren Wohnungen ohne polizeiliche Erlaubniß einzuschärfen und durch öftere Nachsichtnahme zu controliren. — Der Gewohnheitsstreuner Taglöhner Kaspar Schmitt v. h. sei auf die Dauer von 6 Monaten in der Polizeianstalt Ebrach zu verwahren. — Nach gepflogener Controle wurde das Abraupen der Bäume und Hecken im Stadtbezirke vorgenommen, wie aus den Rapporten der 4 Polizeikorporäle ersichtlich ist. — In einer Prozeßsache sei Jemanis für Zulassung zum Armenrechte auszustellen. — Bezügl. der rückständigen Brandassekuranzbeiträge sei berichtigend zu bemerken, daß deren Beitreibung von Magistratswegen erfolgt.

Montag den 2. Mai Schafmarkt,)
Dienstag den 3. Mai Jahrmarkt) in **Haßfurt.**

Altes Gold kauft zu den höchsten Preisen **U. Weber,** Goldarbeiter nächst der Kunstmühle.

Binnen Kurzem erscheint:

Fortschrittlich.

Culturhistorische Novelle von Conrad von Bolanden.

8vo. ca. 18 Bogen. Preis ca. fl. 1. 12 kr.

Bestellungen hierauf werden entgegengenommen von

Otto Reindl.

Sanitäts-Controle.

Die täglich mehr um sich greifenden Fälschungen der Chocoladen machen ein Produkt wie es sein soll — pure Cacao mit Zucker — fast zur Seltenheit. Gemahlene Cerealien, Fette, Farbe und Gewürze sind oft der ausschließliche Bestand von Erzeugnissen, welche als Chocolade verkauft werden.

Es ist evident, daß auch der reelle Fabrikant hierdurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Um unsrerseits jedem Mißtrauen zu begegnen, haben wir unsere Chocoladen-Fabrik in ihrem ganzen Umfange unter sanitätspolizeiliche Controle gestellt. — Die Aufsicht wird durch stetige Analysie, sowohl der zu Verwendung kommenden Rohstoffe als der fertigen Produkte gehandhabt und bietet den Consumenten die sichere Garantie, eine der Gesundheit durchaus zuträgliche Chocolade zu genießen.

Wir empfehlen ganz besonders den Herren Aerzten und Apothekern, Verwaltungen von Hospitälern und Pensionen unsere Cacao-Erzeugnisse, welche in Tafeln, gepulvert und entölt in den hauptsächlichsten Geschäften Deutschlands käuflich sind.

Franz Stollwerck u. Söhne in Cöln a. Rhein.

Holzkohlen

für Dampfbügeleisen bei

J. B. Bayer jun.

Holzmarkt 346

Epileptische Krämpfe

(Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Louisenstraße 45. — Bereits Hunderte geheilt.

Katholisches Casino.

Donnerstag 28. April Abd. 7 Uhr

Produktion

des

Münchener Künstlerkränzchen.

Der Vorstand.

Ganze Bibliotheken

und einzelne Bücher, besonders Catholica, kaufe stets zu möglichst hohen Preisen.

I. HILLER,

Antiquar in München.

Bernhard Tendler

beeid. Makler und Auktionator

HAMBURG

(Zollvereins-Niederlage)

offerirt Fabrikanten aller Branchen „Baarvorschüsse auf Waaren," welche letztere selbstverständlich eventuell zollfrei zurückgesandt werden.

!! Grösste Delikatesse !!

Hummer in Dosen, prachtvolle Waare, versende ich gegen Nachnahme, Postanweisung oder frankirte Einsendung des Betrages. Preis pr. Dose 20 Sgr. Jede Dose von 2½ Pfund enthält das Fleisch von zwei ganzen Hummern. — Bei Abnahme von mindestens 6 Dos. à 10 Prc. Rabatt. — S. Elb, Reichenstraße 33 in Altona bei Hamburg.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 100. Freitag, den 29. April. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Anmerkungen zum neuen Wahlgesetz-Entwurfe.

(:) Nach langem Kreisen ist endlich der neue Gesetzentwurf für die Wahl der bayerischen Landtags-Abgeordneten zum Vorscheine gekommen, wie es heißt, des neuen Ministers v. Braun eigenstes Kindlein. Ich glaube, man braucht kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß von allen Seiten gegen diesem Gesetz-Entwurf zahlreiche Reklamationen einlaufen werden, und daß, wenn er in der Kammer zur Annahme gelangen soll, wir setzen nämlich voraus, daß es der Regierung wahrhaft Ernst ist, das bisherige Wahlgesetz abzuändern) er wesentliche Aenderungen wird erfahren müssen. Von der einen Seite wird man betonen, daß das Wahlrecht und die Wählbarkeit nicht allgemein genug sind, indem, abgesehen von einer direkten Steuer, das Wahlrecht das 25., die Wählbarkeit das 30. Lebensjahr verlangt; von der andern Seite aber wird man mit Recht zu bedenken geben, durch das Absehen vom Eide auf die bayerische Verfassung könnte es eines Tages vorkommen, daß man den Boden unter den Füßen verloren hat. In Betreff aber der Abstimmungsbezirke, die 5—8000 Seelen zählen sollen, fragt man mit Recht: wozu solche Erschwerung der Ausübung des Wahlrechtes? Soll denn der Landmann (denn diesen trifft es doch zunächst) jedesmal eine Tagreise machen und einen Tag opfern müssen, um seinen Wahlzettel abzugeben oder soll ihm das Wählen recht verleidet werden? Haben sich denn die kleineren Wahlbezirke bei der Zollparlamentswahl nicht bewährt? Es scheint man will bloß den Bureaukraten eine Erleichterung verschaffen; nun, wie wäre es, wenn ihr Herrn Bureaukraten bei der Wahl ganz und gar aus dem Spiele bliebet? Das ganze Geschäft könnte zuletzt jeder Bürgermeister besorgen, und es würde sich vielleicht auch jemand finden, der ein richtiges Protokoll über den Act aufnehmen könnte.

Am meisten aber interessirt uns zunächst die Wahlkreis-Eintheilung des Entwurfes. Wir haben die Motive desselben noch nicht gelesen, wir urtheilen noch der vorliegenden Thatsache der Eintheilung. Nach Ständen wird nicht gewählt; obwohl nach Vieler und nach unserer Meinung darauf sich die kräftigste Volksvertretung basiren ließe; der Steuergulden, der im Staatsleben die bedeutendste Rolle spielt, ist gleichfalls nicht Prinzip der Eintheilung; vielmehr ist die Kopfzahl, wie bisher 31,500 Einwohner für 1 Abgeordneten, maßgebend für die Eintheilung, jedoch unter ausreichender Berücksichtigung der Interessen der unmittelbaren Städte falls man nicht lieber sagen will, unter Bevorzugung dieser Städte.*) Wäre die Sache nicht zu ernsthaft, so möchte ich diese Wahlkreiseintheilung einen interessanten offiziellen Beitrag zur „Schädellehre" nennen; denn jetzt kann man doch genau angeben, um wie viel gewichtiger der Kopf eines städtischen Fabriklers oder Packträglers als der eines Landmannes ist, um wieviel schwerer der Kopf eines Bewohners von Bayreuth oder Hof als der eines Nürnbergers oder Fürthers auf der Wage des Hrn. v. Braun wiegt. Während nämlich das reichsstädtische, reiche, durch seine Industrie und seinen Handel weltbekannte Nürnberg mit weit über 70,000 Einwohnern nur 2 Abgeordnete zu wählen hat, haben die Städte Bayreuth und Hof deren Einwohnerzahl zusammen die ordinäre Zahl eines Wahlkreises, 31,500, nicht viel überschreitet, auch je einen Abgeordneten zu wählen! Ich möchte wissen, worin die Industrie und der Handel, die Bedeutung Bayreuths besteht? Etwa darin, daß es durch die Kreisregierung, kgl. Behörden &c. fast sein Dasein fristet! Und während Bamberg 1 Abgeordneten zu wählen hat, hat das industrielle Fürth, das ihm an Civilbevölkerung überlegen ist, erst mit Erlangen 2 Abgeordneten zu wählen! Nun sind die Hebräerschädel wirklich so leicht! Wo bleibt hier „gleiches Maß und Gewicht für Alle, gleicher Werth des Steuerguldens"

*) Die drei Wahl-Land-Bezirke 1) Altötting, Burghausen und Tittmoning, 2) Kaiserslauter und Pirmasens haben zusammen 125,561 Einwohner und wählen nur 3 Abgeordnete, die 8 Wahlstadtbezirke 1) Freising-Rosenheim, 2) Passau, 3) Kaiserslautern, 4) Amberg, 5) Hof, 6) Aschaffenburg, 7) Schweinfurt, 8) Ludwigshafen haben nur 116,206 Einw., und wählen aber 8 Abg.

Digitized by Google

worauf wir in Bayern verfassungsmäßigen Anspruch haben?

Insbesondere aber komme ich auf die Wahlkreis-Eintheilung Oberfrankens zu sprechen. Hier frage ich: sind denn unsere unmittelbaren Städte Bamberg, Bayreuth und Hof wirklich so hermetisch und mittelalterlich mit Wällen und Thürmen und Zugbrücken vom Lande abgeschlossen, daß ihre Interessen von denen ihrer nächsten Umgebung verschieden sind und eine gesonderte Vertretung erheischen? Kann dem naturgemäß Mistelgau von Bayreuth und der Hauptsmoor von Bamberg getrennt werden? Sind denn nicht in industrieller, commercieller, socialer Hinsicht Stadt und Land auf einander angewiesen? Warum sollen sie nun bei den Wahlen, wo es sich um naturgemäße Abrundung eines Wahlkreises handelt, von einander getrennt werden? Daher verwerfen wir die eintönige Durchführung des Prinzipes, in jedem Wahlkreise nur 1 Abgeordneten zu wählen. Ferner bemerken wir: der famose Wahlkreis-Eintheiler, Winfried v. Hörmann, war so ehrlich und einsichtsvoll die Bedeutung der confessionellen Verhältnisse zuzugestehen. Auf diese jedoch, welche in Oberfranken so ziemlich mit den geschichtlichen Verhältnissen, nämlich Bamberger und Bayreuther Land zusammenfallen, ist in der projektirten Wahlkreis-Eintheilung nicht ausreichend Rücksicht genommen. Es kann natürlich keine Eintheilung nach Kirchspielen verlangt werden, obwohl diese vielleicht sachgemäßer wäre als die nach Landgerichtsbezirken. Jedoch muß mißbilligt werden, daß das mit verschwindender Ausnahme ganz protestantische Landgericht Pegnitz, daß geschichtlich und naturgemäß zu Bayreuth, mit den erz-bambergischen und katholischen Ebermannstadt, Gösweinstein u. Pottenstein vereinigt werden soll. Das Nämliche gilt vom kath. Stadtsteinach, das zu Berneck geschlagen werden soll, obschon es eher zu Kronach paßt. Kronach selbst war seit Jahrhunderten die Berghauptmannschaft des Frankenwaldes, ist mit seinem Handel und Verkehr auf den Frankenwald angewiesen, beide hängen von einander ab, jetzt aber sollen sie getrennt, das kath. Nordhalben, Teuschnitz, Rothenkirchen nach Naila, und Kronach nach Weismain gezogen werden! Weismain würde sachgemäßer einen Wahlbezirk mit Hollfeld und Scheßlitz bilden. Täuschen wir uns nicht; der confessionelle Gegensatz ist einmal im Lande vorhanden und er verschwindet nicht, wenn man ihn ableugnet oder übersieht; auch wird er nicht gehoben, wenn man eine berechtigte Minderheit mundtodt macht; nur durch Wahrung und Schützung der Rechte einer jeden Confession kann, wo guter Wille vorhanden ist, der confessionelle Frieden erhalten werden. — Mögen übrigens unsere Abgeordneten gerade bei Berathung dieses Gesetzes den Grundsatz nicht vergessen, daß es sich um des ganzen Landes Wohl, nicht um die Interessen vorübergehender Parteien handelt, daß eine bleibende Beruhigung der Gemüther herbeigeführt, keineswegs der Same steter Zwietracht gesät werden soll. Und wären wir nicht schon seit langem mit politischen Agitationen überreich gesegnet, so dürfte es nicht unzeitgemäß sein, jetzt energisch für ein neues Wahlgesetz zu agitiren; denn der vorliegende Entwurf verscheucht die Befürchtung nicht, er könnte nur dazu dienen, ein neues Wahlgesetz zu vereiteln.

Inland.

München, 28. April. Se. Maj. der König soll beabsichtigen in diesem Frühjahr einen Besuch in Berlin zu machen. Hiezu schreibt das „Vtld.": Wir können nicht glauben, daß eine solche Reise auf Befehl von Berlin gemacht werde, wie der arme Großherzog von Hessen auf Befehl nach Berlin zum Handkuß mußte, denn ein Wittelsbacher, dessen Ahnen schon mächtige und berühmte Fürsten waren, da der Ahn des „Herrn" von Preußen in Nürnberg noch auf Pfänder lieh und das Geschäft eines Wucherjuden betrieb und des hl. römischen Reichs Erz-Beutelschneider war, — das Haupt der Wittelsbacher läßt sich von einem Hohenzoller nichts befehlen.

Das zuerst vom vorigen Sonntag auf nächsten Samstag verschobene St. Georgi-Ritterfest wird nunmehr ganz unterbleiben.

Bezüglich des von der Kammer der Abgeord. einstimmig angenommenen Antrages auf Revision der Preßgesetzgebung beantragt der Referent der Kammer der Reichsräthe, Frhr. v. Schrenck, die Ablehnung, bezüglich des Antrages auf Revision des Gesetzes über den Geschäftsgang des Landtages Zustimmung.

Nach einer Bemerkung der „Donauzeitung" ist den Herren im Ministerium, den Referenten wie den Ministern, dem Ministerrathe und dem Staatsrathe das Malheur passirt, daß in dem vorgelegten Wahlgesetzentwurf eine Bestimmung über die Dauer der Wahlperioden ganz und gar vergessen worden ist!

Das „Straub. Tagbl." schreibt: Eine Merkwürdigkeit der letzten Kammersitzung war die Jungfernrede des Abg. Dürrschmidt oder vielmehr nicht die Rede, sondern das Steckenbleiben. O was haben die Herren Fortschrittler nicht immer zu spotten gehabt über unsere Abgeordneten aus dem Bauernstande, und doch hat Keiner von diesen bis zur Stunde sich in einer Lage befunden wie am Donnerstag der gut fortschrittliche Herr Dürrschmidt; ich sage Ihnen, ein wahrer Jammer war es und einen Stein hätte es erbarmen mögen, wie dieser Herr dastand und stockte und stotterte und nach dem verlornen Faden suchte und ihn nicht mehr fand, so gründlich hatte er sich verhaspelt. Völk schämt sich, Völk ärgert sich, Völk sagt ein, Völk wird ganz wüthend, — Alles umsonst, Herr Dürrschmidt findet nicht mehr ein noch aus. Aber was ist's denn mit

diesem Heern Dürrschmidt, der so unglücklich war an dem Tage, da er dem Forttschritt die Erstlinge seiner Beredsamkeit zu weihen gedachte? Nun, zur „vernachlässigten Bevölkerung" gehört er nicht, sondern er zählt zu den Pächtern der „Intelligenz"; er ist nicht etwa so ein „verwilderter Bauer", sondern er ist ein Jurist, ein hochgestellter königlich bayerischer Beamter, ein Appellrath; er vertritt in der Kammer nicht etwa bloß einen „obscuren Winkel", sondern die Haupt- und Residenzstadt des Landes.

Rastatt, 26. April. In Folge telegraphisch eingetroffener Weisung (von Berlin?) hat das Gouvernement die sofortige Freilassung des Zollparlamentsabgeordneten Dr. Bissing verfügt.

Berlin, 26. April. Die „Prov.-Corr." meldet, daß Graf Bismarck wiederhergestellt ist, doch werde derselbe zur Stärkung noch bis Ende nächster Woche in Varzin verbleiben. — Dasselbe Blatt sagt, die Vorstellungen Frankreichs in Rom dürften demnächst von den meisten Vertretern der übrigen Mächte unterstützt werden. Die „Prov.-Corr." theilt ferner mit, daß der Communallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden unmittelbar nach Beendigung der parlamentarischen Sessionen zusammentreten wird. — Die Abreise des Großherzogs von Hessen wird, nach nunmehr getroffener Bestimmung, am 1. Mai erfolgen. Heute stattete der Großherzog dem König, der Königin, so wie den übrigen hier anwesenden Mitgliedern der königlichen Familie Besuche ab. Nachmittags findet im königlichen Palais Galadiner statt. Der König empfing heute eine Deputation süddeutscher Industriellen, welche dem Zollparlamente eine Petition überreicht haben. Das Zollparlament genehmigte in seiner heutigen Sitzung die Vorlage, betreffend die Abänderung der Verordnung über die Besteuerung des Rübenzuckers ohne Debatte. Der Handelsvertrag mit Mexiko wurde nach einem Antrage des Correferenten angenommen, welcher besagt, daß die Deklaration der einzelnen Vertragsartikel wünschenswerth sei.

Ueber den Inhalt des neuen Postvertrags mit England entnimmt man Folgendes: Das Porto für den einfachen frankirten Brief nach England beträgt künftig nur 2½ Sgr., d. h. die Hälfte des bisherigen Satzes. Auch Preiskourante mit eingeschriebenen Zahlen sollen künftig unter Kreuzband expedirt werden können. Bei Versendung von Korrekturbogen soll das mitgesandte Manuskript die gleiche Ermäßigung genießen. Der deutsche Postverkehr mit Ostindien, Australien, China, Japan ꝛc. soll durch die Vermittlung des englischen Postamts in Alexandrien erleichtert und vervollkommnet werden, so lange kein deutsches Postamt in Alexandrien besteht. Doch werden die nöthigen Vorkehrungen getroffen, auch ein deutsches Postamt dort zu etabliren. Der abgeschlossene Vertrag soll unverzüglich dem Bundesrathe vorgelegt werden.

Die Veränderungen, welche jüngst in den Regierungskreisen Oesterreichs eingetreten sind, rufen natürlich im Auslande Commentare und Combinationen in Hülle und Fülle hervor. Erwähnenswerth scheint uns unter den zahllos aufgetauchten Conjecturen eine von dem Pariser Blatte „Francais" gebrachte Mittheilung, welche an die bevorstehende Anwesenheit des Kaisers Alexander in Deutschland anknüpft und folgendermaßen lautet: „In Berlin heißt es, daß der dort bevorstehende Besuch des Czaren nicht ohne Zusammenhang mit der politischen Situation in Oesterreich wäre. Briefe aus St. Petersburg bekunden, daß die russische Regierung erst von der Berufung des Herrn Klaczko in die Reichskanzlei, dann durch den dem Grafen Potocki gewordenen Auftrag ein Cabinet zu bilden, empfindlich berührt worden sei. Man fürchtet ernstlich das Wiederaufleben der polnischen Frage und der Czar soll es im Hinblick auf diese Eventualität für nützlich halten, die Beziehungen seiner Regierung zu Preußen zu befestigen oder doch, was auf dasselbe für ihn hinausliefe, an die Intimität dieser Beziehungen glauben zu machen." Ungeschickt ist, wie man zugeben wird, diese Combination nicht, sie dürfte indeß unserer Ansicht nach im Augenblick große Wahrscheinlichkeit nicht für sich haben.

Ausland.

Aus Rom, 25. April, wird dem „Univers" telegraphirt: Die gestrige öffentliche Concilssitzung fand unter dem Vorsitz des Papstes statt. Die Versammlung war sehr zahlreich, viele beurlaubte Bischöfe waren zurückgekehrt. Nach der Messe, welche Cardinal Bilio celebrirte, wurde durch placet oder non placet zur Abstimmung über die Constitutio de Fide geschritten. Alle Bischöfe antworteten placet, die Constitution wurde in Folge dessen mit Einstimmigkeit angenommen. Der letzte Paragraph des Monitum bestätigt alle apostolischen Constitutionen oder Decrete welche die Irrthümer der Zeit verdammen.

Genua, 27. April. Es herrscht große Bewegung im Kriegshafen; man spricht von einer Demonstration welche mit England gemeinsam in den griechischen Gewässern wegen Bestrafung der Räuber gemacht werden soll.

London, 26. April. Ueber die marathonische Räuberbande bemerkt die „Times" daß dieselbe unter dem Befehl eines gewissen Spanos stehen soll, der mit seinen Genossen schon vor mehr als 6 Monaten das Land beunruhigte, und von dem man wußte, daß er nie gefangen worden war. Man sprach von einer Verbindung derselben mit gewissen politischen Persönlichkeiten in der Hauptstadt.

Die Londoner Blätter veröffentlichen eine diplomatische Corresp. über das Gemetzel in Griechenland. Sie finden darin den Beweis, daß Soutzos versprochen hatte die Räuber nicht anzugreifen, und daß

Digitized by Google

er über die Unsicherheit der Straßen in der Umgebung Athens unterrichtet war. Die „M. Post" erklärt die griechische Regierung für den Mord verantwortlich. „Times" veröffentlicht einen Brief von Hobart Pascha, in dem versichert wird: die Vermehrung des Räuberwesens in Griechenland sei durch die Freigebung von 700 im Jahre 1869 auf Kreta gefangenen Griechen veranlaßt worden.

Bukarest, 27. April. Bedauernswerthe Excesse sind am letzten Montag in der Stadt Tekutsch gegen die Juden begangen worden. Häuser wurden geplündert u. die Synagoge entweiht. Wie man versichert, waren die Unruhen von Fremden angestiftet. Da die Unruhen sich wiederholt haben, so sind gestern Truppen nach Tekutsch abgesandt worden. Die Ordnung ist wieder hergestellt und mehr als 40 Ruhestörer wurden verhaftet.

Madrid, 27. April. Am Dienstag Abends fanden wieder einmal Ruhestörungen in Alcala und Selva statt. In der Provinz Teruel und zu Santiago in Galicien wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Ordnung ist indeß wieder hergestellt. (Das sind die Zustände der modernen Staatswirthschaft.)

New-York, 27. April. Während der gestrigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung in Richmond (Virginien) stürzte der Fußboden der Gerichtshalle des Capitols ein. Man zählt 40 Todte, darunter mehrere Deputirte, und 150 Verwundete.

Vermischtes.

(Das Miethzins-Erträgniß in Wien.) Das Gesammterträgniß der Wohnzinse in der Stadt, und den Vorstadtbezirken betrug im Jahre 1869 32,499,000 fl. Hiefür wurden an landesfürstlichen Hauszinssteuern fl. 4,550,560 bezahlt.

(Reclame.) In einem Pariser Blatt liest man folgende Reclame: „Gestern wurden die Passanten in Aufregung versetzt, da sie einen Herrn auf dem Pflaster der **straße hinschlagen sahen. Man vermuthete einen Gehirnschlag, doch erfuhr man, daß dieser Herr ein Besucher des Modemagazins von X. und derart über die fabelhaft niedrigen Preise erstaunt war, daß er das Bewußtsein verlor. Die Freude wirkt tödtlich"

(Ein Monstre-Prozeß), wie er in Betreff der Zahl der Angeklagten wohl selten vorkommen mag, wird demnächst in Szegedin in Ungarn zur Verhandlung kommen. Im Mai beginnen nämlich daselbst die öffentlichen Verhandlungen gegen die dort inhaftirten Räuber, und dürfte dieser Prozeß ungemeines Interesse nicht nur im Allgemeinen, sondern auch besonders den Psychologen und Juristen bieten. Zu den 300 Räubern, welche behaftet sind, werden noch 120, die sich aus Mangel an Raum zur Unterbringung noch in Freiheit befinden u. ihr Schicksal nicht ein Mal ahnen, eingezogen werden, so daß die Zahl der Banditen gegen 400 sein wird.

Nach 1800jähriger Pause ist zum ersten Male wieder in Pompeji ein Theater eröffnet worden, und zwar mit Donizetti's „Regimentstochter". Der Direktor Lanni ersuchte das Publikum, ihm ein gleiches Wohlwollen entgegenzutragen, wie es sein Vorgänger Marius Quintus Monitius, der beim Ausbruche des Vesuvs im Jahr 79 nach Christi Geburt umgekommen ist, und dessen Anstrengungen er sich zum Muster nehmen wolle, genossen habe.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 26. April. (Schl.) Einem Antrage des hies. Armenpflegschaftsrathes um Gewährung eines Vorschusses für dringliche Armenausgaben sei zu entsprechen. — Die Materialpflege des Holzhofes für Minderbemittelte sei zur Uebernahme des vom Hrn. Oberförster in Strullendorf überwiesenen Holzquantums zu ermächtigen. — Wegen rechtzeitiger Räumung der Hiebflächen in den Spitalwaldungen sei möglichst frühzeitige Holzverstrichsabhaltung für die Folge anzuordnen. — Der von einer Commission vorgenommene Inventarsturz in der bürgerspitälischen Brauerei und Kellerei sei dem Gemeinde-Collegium in Entsprechung eines an den Magistrat gestellten Wunsches mitzutheilen. — Die in gemeinschaftlicher Sitzung des St.-Magistrats und des Armenpfl.-Raths vorgenommene Wahl für 8 im hies. Waisenhause erledigte Stellen sei der Verwaltung zur Aufnahme der gewählten Waisenkinder bekannt zu geben. Durch kgl. Regierungs-Entschl. wurde die Beschwerde der Raulberger, Stephansberger und Jakoboberger Flurausschüsse w. Verpachtung des westlichen Jagdbogens verworfen, da von Seite des St.-Magistrats innerhalb der gesetzlichen Befugnisse gehandelt worden sei, was den H. Beschwerdeführern zu eröffnen ist. — Der Vergleichsabschluß zwischen dem Fiskalate der k. Verkehrsanstalten u. dem hies. St.-Magistrate im Betr. der Unterhaltung der Zufuhrstraßen zum Bahnhofe sei zu genehmigen. — Dem Gesuche der Frau Gertraud Sauer von Nürnberg um Aufschlagung eines Wanderlagers sei gegen die übliche Gebühr von 6 fl. per Woche zu willfahren. — Der Anfall von Schul- und Holzgeldern pro 1869 an der hiesigen Gewerbschule sei im Betrage von 1551 fl. zur Einnahmsverrechnung anzuweisen. Aus den von der Pflege in Vorlage gebrachten Verzeichnissen ergab sich, daß auf Grund legaler Armuthszeugnisse 67 Schüler von Entrichtung des Schulgeldes befreit waren. An der gewerblichen Fortbildungsschule gingen 129 fl. 30 kr. Schulgelder ein, welche gleichfalls zur einnahmlichen Verrechnung angewiesen wurden. — Die vorgelegte Leihhausrechnung pro 1869 sei 14 Tage öffentlich aufzulegen und alsdann dem Gemeindekollegium zur Prüfung und Bescheidung zuzuschließen.

Der so beliebte
Haussegen,
(auf Handpapier gedruckt, pr. Stück 1 kr., auf Cartonpapier 2 kr.) ist wieder vorräthig und empfiehlt zur gef. Abnahme.
Otto Reindl.
(Wiederverkäufern entsprechender Rabatt.)

Stockheimer Schmiedekohlen
von bester Qualität billigst bei
J. B. Bayer jun.
Holzmarkt 346.

Ganze Bibliotheken
und einzelne Bücher, besonders Catholica, kaufe stets zu möglichst hohen Preisen.
I. HILLER,
Antiquar in München.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 101. Samstag, den 30. April. **1870.**

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 28. April. Die von der „Kreuzzeitung" gebrachte Nachricht über den bevorstehenden Besuch des Königs Ludwig am preußischen Hofe wird von gutunterrichter Seite mit dem Hinzufügen bestätigt, daß über den Zeitpunkt des Besuchs noch nichts bestimmt sei.

München, 28. April. Gestern fand beim Stadtgericht München l.J. Abtheilung für Strafsachen Verhandlung statt wegen der Ehrenkränkungs-Klage des Bürgermeisters Mertel in Kronach gegen den Pfarrer Zucker von Neufang bei Kronach. Weder der Beklagte noch ein Vertreter desselben erschien. Vertreter des Klägers war der Advokat v. Schauß, als Richter fungirte der Stadtrichter Frhr. v. Leonrod. Urtheil: 25 fl. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Einrückung des Urtheils in die „Kronacher Zeitung."

Die berühmten Passionsvorstellungen in Oberammergau finden in diesem Jahre statt am 22. und 29. Mai; 6., 12., und 25. Juni; 3., 10., 17., 24. 31. Juli; 7., 14., 21. und 28. August; 8., 11., 18., 25. und 29. September.

Deidesheim, 25. April. Der Stadtrath berieth in seiner vorgestrigen Sitzung über Zulassung der barmherzigen Schwestern daselbst, welche nach sehr heftigen Debatten mit 13 gegen 9 Stimmen schließlich durchgesetzt wurde Herr Adjunkt Buhl reichte in Folge dessen seine Entlassung ein.

Dreißig süddeutsche Abgeordnete fortschrittlicher Richtung, darunter Völk, Hohenlohe, Mq. Barth, Stauffenberg, Roggenbach u. A. bilden eine eigene Fraktion; in einer ihrer Versammlungen unter der Leitung Mq. Barths einigten sie sich dahin, die Opportunität der Tarifreform zerfällt in 5 Abschnitte, von welchen der erste die Zollbefreiungen unter 51 Nummern ausspricht, der zweite die Zollveränderungen enthält, der dritte die Aenderungen in den Vorbemerkungen zum 1. Abschnitte, der vierte die Aenderungen in der Feststellung der Tara und der fünfte verschiedene neue Benennungen im Vereinstarife feststellt.

In Kempten hat ein Comite, bestehend aus den HH. O. Rist, E. Schnitzler, Hengeler, Zengerle und Henggi, einen Aufruf an die Katholiken Kempten's und des Allgäu's zu einer Versammlung auf den 28. April Abends 7 Uhr behufs „Gründung eines Katholiken-Vereins zur Abwehr der römischen Neuerungen und zur Statuten-Berathung erlassen. Ob das kath. Allgäuer Volk den modernen Kirchenvätern Kemptens mehr vertraut als seinen Bischöfen wird sich bald zeigen. Als politische Führer in schwarzweißem Gewande hatten die Herren in Kempten wenig Glück; vielleicht geht's im Talar besser. Wollen sehen.

Karlsruhe, 28. April. Eine aktenmäßige Darstellung der „Karlsr. Ztg." bestätigt den bezüglich der Bissing'schen Angelegenheit im Zollparlament besprochenen Sachverhalt, wonach Bissing seine Strafe am 23. ds. angetreten hat. In Folge der Nachrichten aus Berlin verfügte der Justizminister die sofortige Freilassung desselben, welche vorgestern Vormittags stattfand.

Aus Baden, 27. April. Das bedeutendste Ereigniß, das uns für den Sommer bevorsteht, dürfte wohl die Schwurgerichtsverhandlung gegen die früheren Abgeordneten Lindau und Baumstark sein, welche in der nächsten Session zu Offenburg vor sich gehen wird. Wie der „Köln. Volksztg." mitgetheilt wird, hat Herr Baumstark die Vorladung des früheren Justizministers Stabel und des Oberhofrichters v. Marschall als Zeugen beantragt. Dieselben sollen angeblich bezeugen, „welche Mittel vom Ministerium Jolly angewendet wurden, um in die richterliche Unabhängigkeit einzugreifen.

Berlin, 29. April. Zollparlament. Bei Eröffnung der Tarifdebatte beleuchtete Hr. v. Delbrück die Tarifvorlage unter Vergleichung mit den früheren Entwürfen im wesentlichen nach den bekannten Motiven der Vorlage. Die Erhöhung des Kaffeezolles bezwecke nur die Ausgleichung der Ausfälle durch die Tarifreform. Die Regierungen erwarten vertrauensvoll die Zustimmung des Parlaments. Zur allgemeinen Debatte haben sich 6 Redner für, 6 gegen den Tarif gemeldet.

Digitized by Google

Der preußischen Armee gehörten am Schluß des vorigen Jahres zusammen 3213 pensionirte Offiziere an. Darunter befanden sich: 26 Generale, 148 General-Lieutenants, 199 General-Majore, 434 Obersten, 648 Oberst-Lieutenants, 1419 Majore, 967 Hauptleute und Rittmeister und 648 Premier- und Seconde-Lieutenants. Hiefür wurden an Pensionen gezahlt zusammen 3,435,563 Thlr.

Die offiziöse „Weimarische Zeitung" bestätigt, daß die Nachricht von der Absendung eines Bundeskommissärs nach Rudolstadt gänzlich unbegründet ist.

Der „Karlsr. Ztg." wird aus Wien geschrieben: „Die Besorgniß, daß der bulgarische Kirchenstreit zu einem politischen Ereigniß heranwachsen könnte, hat sich schon jetzt als begründet erwiesen, denn schon jetzt haben Frankreich u. Rußland Stellung zu ihm genommen. Das französische Cabinet hat die Pforte verständigt, daß es vollständig die Auffassung theile, welche ihre deßfallsigen Schritte eingegeben; dagegen ist der russische Gesandte in Konstantinopel angewiesen, für den Fall, daß dem Patriarchen Unbill widerfahre, schon jetzt einen energischen Protest anzumelden, und es versteht sich hiernach so ziemlich von selbst, daß die beiden Cabinette bei etwaiger Verschärfung des Conflikts ganz entschieden Partei ergreifen werden. Oesterreich, ohne sich näher in den Streit einzulassen, hat sich begnügt, der Pforte ein maßvolles und schonendes Vorgehen zu empfehlen."

In Oesterreich regt sich unter dem jetzigen liberalen Regiment der katholische Geist immer mehr. An allen Orten entstehen katholische Vereine. So beschäftigt sich jetzt in Wien ein Comite von katholischen Männern wie Landgraf Fürstenberg, Direktar Dittrich, Sartori mit der Gründung eines „patriotisch-katholischen Volksvereins", mit vorwiegend politischem Charakter und berief deßhalb, dieser Tage zur Redaktion der Statuten die erste constituirende Versammlung ein. Das Hauptziel ist hiebei auf die nächsten Landtagswahlen gerichtet, denn von den gegenwärtigen Landtagsabgeordneten gilt das Wort des Legationsraths Weiß von Starkenfels auf der Obernberger Volksversammlung: „Unsere Abgeordneten sind unsere gesetzlichen Vertreter, aber sie sind nicht die Vertreter unserer Herzensmeinung."

Regensburg, 28. April. Die Allg. Z. veröffentlicht heute den Wortlaut der Canones über den kath. Glauben, wie sie in der öffentl. Concilssitzung vom 24. d. zum Beschluß erhoben und sofort mit den dazu gehörigen Constitutionen feierlich promulgirt worden sind.

Ausland.

Paris, 28. April. Nachrichten der „Agence Havas" zufolge soll sich der Papst entschieden geweigert haben, die französische Note dem Concil mitzutheilen. Privat-Correspondenzen melden aus Rom vom 27. ds., daß die Mehrzahl der französischen Bischöfe die Priester ihrer Diözese ermächtigt haben sollen, sich an der Abstimmung über das Plebiscit zu betheiligen und diese Betheiligung denselben sogar anempfohlen haben.

Von Seiten der Anhänger der Regierung läßt sich in der „Liberte" folgender Nothschrei vernehmen: „Das Congreß-Comite für das Plebiscit hat gestern beim Credit Foncier 50,000 Franks und bei der Societe Generale 30,000 Franks eingezahlt. Der Augenblick ist gekommen, ohne längeren Verzug zu subscribiren; denn wenn die Einnahmen nachlassen sollten wäre das Comitte gezwungen, seine nothwendigsten Ausgaben einzuschränken. Die Gegner des Plebiscits, die kein Hehl daraus machen, daß sie nur ein Ziel haben, den Umsturz des Kaiserreichs und die Errichtung der Republik, scheuen kein Opfer, wie dies die Subscription von 100,000 Fr. Seitens des Herrn Cernuschi beweist; die Anhänger des Plebiscits, welche die Freiheit ohne die Revolution wollen, müssen sich dieselben Opfer und Mühen auferlegen, wofern sie nicht diese erste Gelegenheit in Frankreich die große liberale Partei der individuellen Initiative zu gründen, versäumen wollen." (F. Z.)

Die „Liberte" veröffentlicht folgendes Telegramm aus Madrid vom 26. April Abends: Die „Epoca" versichert, daß der Prinz Friedrich von Preußen der Candidat der Regierung für die spanische Krone ist, und daß der Kaiser dem Herrn Olozaga ausdrücklich erklärt hat, diese Lösung wäre eine für Frankreich so bedenkliche, daß sie einen Casus belli mit Preußen herbeiführen könnte.

Warschau, 17. April. Die in verschiedenen Gegenden Rußlands in letzter Zeit fast gleichzeitig hervorgetretenen zahlreichen Bauernrevolten, die wohl mit Recht als Symptome einer unter der bäuerlichen Bevölkerung allgemein herrschenden Mißstimmung angesehen werden dürfen, haben aus diesem Grunde nicht verfehlt, der Regierung ernste Besorgnisse einzuflößen und sie zu Vorsichtsmaßregeln zu veranlassen. Die Behörden sind nämlich durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern angewiesen worden, ein wachsames Auge auf die bäuerliche Bevölkerung zu richten und jede Zusammenrottung einzelner Ortschaften sofort durch Anwendung energischer Maßregeln im Keime zu unterdrücken. Auch ist für mehrere Gouvernements, namentlich auch für Kiew, Podolien und Volhynien, die Anordnung getroffen, daß den Bauern alle Schieß- und anderen Waffen weggenommen werden.

Madrid, 24. April. Der „Imparcial" sagt, daß letzten Donnerstag die Herren Prim, Zorilla und Sagasta eine Conferenz hatten, wobei letzterer eine Lösung der Regentschaftsfrage vorschlug, die von Prim verworfen wurde. Der Regent soll beabsichti-

gen, noch vor Ende Mai eine Botschaft an die Cortes zu richten. Die Montpensieristen betrachten den Marschall Prim als ihren größten Feind und greifen ihn heftig an. Dem „Imparcial" zufolge wäre zwischen den föderalen und unitarischen Republikanern ein Bruch bevorstehend. Letztere gewinnen an Boden. Die Alphonsisten sollen sich zu einer bewaffneten Erhebung rüsten.

Aus Madrid wird das Gerücht über Unterhandlungen mit dem Prinzen Friedrich Carl von Preußen wegen der Thron-Candidatur dementirt. Bis jetzt ist keinerlei bestimmte Lösung in Aussicht genommen. Alles erkennt die Nothwendigkeit, aus dem Provisorium herauszukommen, gleichzeitig aber auch die Unmöglichkeit, gegenwärtig einen König zu wählen.

Zu der jüngsten That der griechischen Räuber bemerkt die „N. Fr. Pr." sehr treffend: Setzen wir den Fall, die Mordthaten wären in der Türkei vorgekommen. Da würde ein Geschrei ohnegleichen in der ganzen russischen und russenfreundlichen Presse ertönen, lange Abhandlungen würden geschrieben über die schlechten Eigenschaften der Türken, über die Nothwendigkeit sie aus Europa zu vertreiben und die „unterjochten Völker" der Balkan-Halbinsel zu befreien. Die ganze Diplomatie geriethe in Aufregung, sämmtliche in Konstantinopel anwesende Gesandte überreichten Aali Pascha eine fulminante Collectivnote, die strengste Genugthuung, die umfassendsten Maßregeln würden gefordert." Wenn das Wiener Blatt daran übrigens die Hoffnung knüpft, daß jetzt nun auch der griechischen Regierung der gehörige Ernst gezeigt werde, so wird es sich in dieser Hoffnung voraussichtlich täuschen. Wie heute aus Athen gemeldet wird, so hat der dortige Kriegsminister seine Entlassung gegeben. Er wird der Sündenbock für die Räuberaffaire sein und nach ihm ein anderer Kriegsminister kommen, der gegen die Brigandage nicht viel mehr ausrichten wird.

Wie es heißt, erheben die Fenier auch in der Hauptstadt wieder das Haupt. Eine Reihe von Wirthshäusern, welche früher viel von Irländern u. Mitgliedern der Brüderschaft besucht und daher von der Polizei beobachtet waren, blieben das ganze vorige Jahr über ziemlich von den Feniern verlassen, bis Anfangs März wieder manche bekannte Gesichter in denselben sichtbar wurde. Die Polizei hat diese Schlupfwinkel nie aus dem Auge verloren und ist durch Angeber ziemlich genau von Allem, was vorgeht, unterrichtet. Es ist bekannt, daß viele Irländer, die dem Fenierbunde zum Theil angehören, zum Theil mit seinen Plänen sympathisiren, im Besitz von Revolvern sind. Auch ist zur Kenntniß der Behörden gelangt, daß ein fenischer Agent in Birmingham Versuche gemacht hat, Waffen anzukaufen. An den Londoner Bahnhöfen werden daher jetzt, wie in Dublin und anderen irischen Hafenplätzen, alle verdächtigen Sendungen, die von Birmingham, Sheffield ꝛc. eingehen, von Polizeibeamten einer näheren Untersuchung unterzogen.

New-York, 26. April. 20,000 Sioux-Indianer drohen mit Krieg. Truppensendungen sind an die Gränze abgegangen.

Vermischtes.

Pest, 25. April. Das gräßliche Unglück in der Alt-Ofener Spiritusraffinerie läßt sich, was den Verlust an Menschenleben betrifft, bereits berechnen. Ein hiesiger Correspondent des „Wdr." schreibt darüber: Neununddreißig Arbeiter waren im Kesselhause beschäftigt, wovon nur drei halbtodt aus den Flammen gezogen werden konnten, sechszehn bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Arbeiter sind bis heute gefunden. Neunzehn werden noch vermißt und dürften bis zur Kohle verbrannt sein. Gestern Nachmittags brannte es noch in den Kellern und im Maschinenhause. Bei der Auffindung eines Leichnams war ich gegenwärtig. Kopf und Extremitäten fehlten, der Rumpf war schwarz angebrannt, doch fand man Herz, Leber und Rippen. Das Unglück geschah durch Beschädigung der Rektifizirblase, welche zu viel Dampf gefaßt hatte. Der Inspektor war bis 12 Uhr im Maschinenhause geblieben und entfernte sich, dem Oberbrenner die nöthigen Befehle ertheilend, in seine im Hause selbst befindliche Wohnung. Nach einer halben Stunde schon erfolgte die Explosion mit einer Macht, als wollte der Himmel bersten und schon zeigte sich die Fabrik umringt von bläulichen Flammen, welche nach und nach aus allen Fugen hervorbrachen. Außer der furchtbaren Detonation wurde kein menschliches Geschrei gehört. Die Flammen erstickten jeden Weheruf. Groß ist die Noth der zurückgebliebenen Familien. Die Aktiengesellschaft beklagt nur den Verlust ihrer Papiere und glaubt damit genug des Leides zu tragen, um die Frauen und Kinder kümmert sich kein Mensch. Das erhebende Beispiel, welches die Wiener erst jüngst beim Unglück in der Maximilianstraße gegeben haben, findet hier keine Nachahmung. Die drei Arbeiter sind bereits verschieden.

Ueber die Verwaltung der russischen Eisenbahnen werden heitere Geschichten erzählt. So soll es unlängst vorgekommen sein, daß eine von einer Berliner Maschinenfabrik abgelieferte neue Lokomotive verloren gegangen ist. Ein Berliner Ingenieur, der von seinem Hause abgesandt wurde, sie zu suchen, hatte wohl viele persönliche Unbilden zu erleiden, die Lokomotive fand er nicht. Auch ganze geladene Güterwaggons verschwinden. Reisende Kaufleute, meistentheils Moskauer, haben daher an den Wegbauminister Bobrinski die Bitte gerichtet, die Eisenbahnverwaltungen zur endlichen Lieferung der aus dem Auslande gekommenen Güter vom Oktober, November und Dezember zu veranlassen. Graf Kleinmichel erhielt den Auftrag, die verlorenen Waggons aufzusuchen. Derselbe hat, wie die „Mosk. Deutsche Ztg." meldet, bis jetzt über 200

Digitized by Google

Waggons gefunden, über die keine Papiere vorlagen, dagegen sind circa 90 von ihm bis jetzt nicht entdeckt worden, trotzdem die Papiere über dieselben sich in seinen Händen befinden; auch ist durchaus nicht festzusetzen, auf welcher Eisenbahnlinie dieselben sich befinden müßten.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 24. April 1870.

In Einnahme seien zu verrechnen: 795 fl. 46½ kr. Zinsen aus der Domdechant Fraas'schen Stiftung pro 1869, 96 fl. 6 kr. Reinertrag aus dem am Charfreitrage zum Besten der Armen aufgeführten Oratorium, 20 fl. — Beitrag hiezu von Ihrer Majestät der Königin Amalie von Griechenland, 15 fl. 58 kr. Anfall aus den am Charfreitag in den Kirchen aufgestellten Büchsen, 2 fl. milde Gabe eines Ungenannten. Für alle diese Gaben wird hiemit im Namen der Armen öffentlicher Dank gesagt und zugleich sämmtlichen verehrlichen Mitwirkenden beim Oratorium für ihre opferwillige Mühwaltung geziemend gedankt. Ferner seien zu vereinnahmen: 1 fl. 10 kr. Strafantheile in Uebertretungssachen vom k. Stadtgerichte pro Febr. 1870, 16 fl. 40 kr. in einer Untersuchung wegen Uebertretnng des Malzaufschlaggesetzes, 3 fl. in einer gleichen Untersuchung ꝛc. — In Ausgabe seien zu verrechnen: 157 fl. 48 kr. für Medikamenten-Rechnungen der Armen pro 1869, 300 fl. Zuschuß zur Armenbesch.-Anstalt, 200 fl. dergl. zur Armen speiseanstalt, 150 fl. 4 kr. für Schulgeld armer Kinder, 113 fl. 24 kr. Unterst. für arme Kinder zur Anschaffung und Fertigung von Communionkleidern, Schuhwerk ꝛc., 25 fl. 54 kr. Lohn f. d. Fahren von 18½ Klafter Holz vom Walde in den Holzhof, 1 fl. 30 kr. für die Aufsicht hiebei, 4 fl. 37 kr. f. d. Spalten und Aufsetzen dieses Holzes, 9 fl. 51 kr. für Kleider, 10 fl. 3 kr. Beerdigungsgebühren f. d. verunglückten Taglöhner M. Hanf, 5 fl. momentane Unterstützung für Hausarme ꝛc. — Die vorgelegte Rechnung über den Unterst.-Fond für unverzinsliche Darleben sei dem St.-Magistrate mit dem Ersuchen zu übermachen, solche revidiren und den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 29. April 1869 gemäß weiter behandeln zu lassen — Ueber die vom Stadt-Magistrate vorgelegte Geschäftsvertheilung wurde berathen und beschlossen, solche mit dem Bemerken zurückzugeben, daß man mit dem vorliegenden Entwurfe durchweg einverstanden sei und der Veröffentlichung durch den Druck entgegensehe. — Nach dem Etatsvoranschlage der St.-Gemeinde dahier pro 1870 leistet dieselbe für die Folge den seither geleisteten Zuschuß, beziehungsweise die Entschädigung für den Nutzungsentgang des Theiles des Gartens der Armenbesch.-Anstalt nicht mehr, welcher als Sommerturnplatz benützt wird. Da nun die Armenpflege sich hiedurch beeinträchtigt sieht, sei der St.-Magistrat zu ersuchen, den Turnplatz auf den Platz zu verlegen, wo auch die künftige Winterturnhalle errichtet werden soll, um für die Folge durch Erweiterung der städt. Waschanstalt, die mit der Armenbesch.-Anstalt verbunden ist, wieder eine Deckung für die abgestrichene Entschädigung finden zu können. — Mehrere Gesuche um Unterstützung wurden abschlägig beschieden. — Folgen die pfarramtlichen Arzneibefreiungen und Krankenhausaufnahmen.

Versteigerung.

Im Auftrag des k. Bezirksgerichts Bamberg versteigere ich am Donnerstag den 5. Mai curr. Nachmittags 2 Uhr im Link'schen Gasthause zu Mistendorf 12 Tgw. 26 Dez. Aecker, Wiesen und Waldungen in der Steuergemeinde Mistendorf gelegen, geschätzt auf 2435 fl. — gegen Baarzahlung.

Das Verfahren hiebei richtet sich nach §. 98—101 des Proz.-Ges. vom Jahre 1837 u. §. 64 des Hyp.-Ges.

Bamberg, 15. März 1870.

Der königliche Notar.
Burkard. 3

Auswanderungs-Expedition
nach
Amerika und Australien &c.
über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre, Liverpool u. London mit Dampf- und Segelschiffen.

Billigste Preise und gewissenhafte Besorgung.

Näheres bei der concessionirten Haupt-Agentur für das Königreich Bayern von **S. Lederle** in Ludwigshafen a/Rh.

des. Dep.: Consul der Vereinigten Staaten von Amerika

und folgenden Herren Agenten:

Büdel J. in Bamberg.
Rothlauf Theod. in Bamberg.
Schletz Carl in Bamberg.
Dippold C. in Lichtenfels.
Döring J. W. in Weßenstadt.
Fiedler Fr. in Kronach.
Friedmann A. in Bayreuth.
Künneth G. jr. in Gefrees.
Langheinrich Gg. in Hof.
Schwantner Jos. in Höchstadt.
Steinel Carl in Oberrößlau.
Stengel Andr. in Nordhalben. 4

NB. Es werden in den verschiedenen Bezirken Oberfrankens noch tüchtige Agenten aufgestellt und sieht die Hauptagentur gefl. Offerten entgegen.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Louisenstraße 45. — Bereits Hunderte geheilt.

Annonce.

Das konzessionirte **Schreibe-Bureau** des Unterzeichneten befindet sich von nun an Weide Nr. 338 über eine Stiege, woselbst er insbesondere mit Rücksicht auf den Arbeiterstand zu jeder Tageszeit, an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme des Vormittägigen Hauptgottesdienstes den ganzen Tag über zu treffen ist.

Correspondenzen jeder Art, Gesuche u. sonstige Eingaben an die k. Behörden u. Gerichte, Rechnungsstellung und Revision von Rechnungen, wie sonstige literarische Arbeiten werden gewissenhaft, unter Zusicherung strengster Diskretion und gegen billiges Honorar rasch besorgt.

Da ihm zugleich die Berechtigung zur Seite steht, in allen öffentlichen Gerichtssitzungen zu vertheidigen, so entbietet er sich zur Uebernahme von Vertheidigungen u. beziehungsweise Vertretungen vor Gericht.

Hochachtungsvollst
L. Fr. Hausmann,
4 k. g. Assessor.

Vorlagen
(Musterblätter)
zu
Laubsäge-Arbeiten,
vorzüglich zu schönen Uhrgehäusen, Rähmchen, Körbchen ꝛc. pro Blatt 6, 8, u. 9 kr. vorräthig bei
Otto Reindl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 102. Samstag, den 1. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Bestellungen auf die „Neue Bamberger Zeitung" werden auch für Mai und Juni (zu 24 kr.) von allen Postanstalten und Postboten entgegengenommen.

Das neue Wahlgesetz.

II.

....r Wir haben bereits in Nr. 99 dieses Blattes die mehr als merkwürdige Wahlkreiseintheilung, wie sie der Wahlgesetzentwurf beliebt, namentlich in ihrer Unbilligkeit, gegen die ländliche Bevölkerung besprochen. Die Wichtigkeit der Sache veranlaßt uns nochmals darauf zurückzukommen.

Je öfter und genauer man den Artikel 2 des Wahlgesetzentwurfes, welcher die Wahlkreiseintheilung enthält, betrachtet, desto verwerflicher erscheint derselbe.

1) Völlig unannehmbar ist der demselben zu Grunde liegende Gedanke einer Scheidung von Stadt- und Landbevölkerung bei der Wahl der Abgeordneten. Entweder Vertretung nach Ständen oder Kopfzahlwahl, ein Drittes kann es nicht geben. Wir bekennen offen, daß wir eine Vertretung des Volkes nach Ständen für weitaus vernünftiger und ersprießlicher halten, als die Wahl nach Köpfen; wenn aber, wie es der moderne Zeitgeist in allen Staaten also auch bei uns durchgesetzt hat, die Kopfzahlwahl gelten soll, dann verlangen wir auch, daß dieselbe consequent, ohne Ausnahmen u. Beschränkungen durchgeführt werde; daß demnach jeder Staatsbürger, ob er in einer Stadt, oder einem Städtchen, einem Markte oder einem Dorfe oder einer Einöde wohne, wenn er die allgemeinen Bedingungen der Wahlfähigkeit erfüllt hat, in gleicher Weise auch wahlberechtigt sei. Kein Grund, wenn er auch noch so stichhaltig wäre, könnte hievon eine Ausnahme ermöglichen. Er könnte höchstens beweisen, daß das System der Kopfzahlwahl falsch wäre und verlassen werden müßte. Deßhalb können auch die in den Motiven zum Wahlgesetze für die Scheidung der Stadt- und Landbevölkerung angegebenen Gründe dieselbe nicht rechtfertigen. Wenn sie von verschiedenen Interessen der Stadt- und Landbevölkerung sprechen, so wäre eine Berücksichtigung dieser Verschiedenheit, angenommen, daß sie wirklich bestünde, trotz der ausgesprochenen Verwahrung immerhin eine, wenn auch einseitige Rückkehr zur Ständeversammlung, demnach eine Leugnung der Kopfzahlwahl. Denn wir können uns eine Verschiedenheit der Interessen von Stadt und Land gar nicht denken, wenn solche nicht durch die beiderseits vorherrschenden Stände verursacht sein sollte. Wie sollten sonst Städtchen wie Kaufbeuern, Kempten, Lindau, Memmingen, die zu einem Wahlbezirke zusammengelegt sind, obwohl sie bis zu 20 und mehr Stunden von einander entfernt liegen, durch nähere Interessen mit einander verbunden sein, als mit ihrer umliegenden Landbevölkerung! Der weiter angegebene Grund der Berücksichtigung „concreter und wohlberechtigter Wünsche" ist uns offen gestanden, unverständlich. Darnach hätte die Wahlkreiseintheilung „Wünsche" berücksichtigt. Wir möchten doch wissen, von welcher Seite und auf welchem Wege diese „Wünsche" geltend gemacht worden wären, und wer dieselben als wohlberechtigt erkannt hätte! Wir wiederholen: solange die Kopfzahlwahl für die Volksvertretung gilt, solange kann eine Scheidung der Stadt- und Landbevölkerung bei der Wahl nicht zugegeben werden. Wie der Städter recht gerne den Bauer am Steuerzahlungszahlungstische und in der Kaserne als gleich verpflichtet neben sich sieht, so muß der ihn auch bei der Wahlurne als gleichberechtigt neben sich anerkennen.

2) Die nach der vorgeschlagenen Wahlkreiseintheilung bestehenden großen Unterschiede der Seelenzahl der einzelnen Wahlbezirke müssen beseitigt werden. Das System der Kopfzahlvertretung verlangt unbedingt, daß die Stimme eines jeden Wahlberechtigten möglichst gleiches Gewicht habe. Dies ist nur möglich, wenn die Wahlkreise möglichst gleiche Seelenzahl haben. Diese unumgängliche Forderung des Kopfzahlwahlsystems hat der neue Wahlgesetzentwurf vollständig verleugnet. Wir haben bereits im vorausgehenden Art. einzelne Beispiele angeführt, wie die Landbevölkerung durch die vorgeschlagene Wahlkreiseintheilung gegenüber den Städtern in dieser Beziehung benachtheiligt ist; aber auch unter den städtischen

Digitized by Google

besonderen Wahlbezirken bestehen so große Unterschiede der Seelenzahl, daß dieselben mit dem angeführten Grundsatze der Gleichberechtigung jeder Wahlstimme vollständig unvereinbar erscheinen. So wählen Amberg mit 12,000, Aschaffenburg mit 12,000, Freising und Rosenheim mit 13,000 einen Abgeordneten und Würzburg mit 42,000 auch nur einen, obwohl es diesen andern städt. Bezirken gegenüber 3 Abgeordnete zu wählen hätte. Augsburg mit 50,000 wählt schon 2, Nürnberg mit 78,000 auch nur 2 Abgeordnete. Auch unter den ländlichen Bezirken gibt es, wenn auch nicht so große, doch immerhin bedeutende Unterschiede. Diese Unterschiede möglichst zu beseitigen, muß Aufgabe der Wahlkreiseintheilung sein. Wenn auch dabei Bruchstücke von Landgerichtsbezirken verwendet werden müßten, so sehen wir darin kein besonderes Hinderniß, da wir uns nicht überzeugen können, daß die mannichfachen Interessen, wodurch Bevölkerungstheile verbunden sind, gerade durch die Gegner des Landgerichtsbezirks bestimmt sein sollen, wie die „Motive" angeben. (Schluß folgt.)

Inland.

München, 28. April. Nächste Woche wird, ungeachtet etwa 10—12 Abgeordnete in Berlin beim Zollparlament sind, eine Sitzung der 2. Kammer stattfinden, auf der indeß nur Gegenstände von ganz untergeordneter Wichtigkeit zur Verhandlung angesetzt werden.

Se. Majestät der König wird auch den königlichen Majestäten von Würtemberg den dahier vor einigen Monaten erstatteten Besuch erwidern, aber auch für diese Reise ist der Zeitpunkt noch nicht festgesetzt.

Nicht uninteressant ist, was ein officiöser Correspondent der „Köln. Ztg." über die projektirte Reise König Ludwig's II. nach Berlin und über den Besuch des Großherzogs von Hessen aus Berlin schreibt. Er sagt: „Seit einiger Zeit hatte ohnehin aus guter Quelle verlautet und wurde auch schon erwähnt, „daß die süddeutschen Höfe sich über die Ge„fahren nicht täuschen, welche ihnen die Coalition „rücksichtsloser fanatischer Parteien bereitet, und wie „ihnen Preußen weniger bedrohlich erscheint." Die Preußische Zeitung meldet heute Abend, auch der König von Bayern werde demnächst am preußischen Hofe zum Besuche eintreffen. Es würde das mit jener Erwägung der süddeutschen Fürsten nicht im Widerspruch stehen. Die Ueberbrückung des Mains gemäß den nationalen Wünschen braucht deshalb noch nicht bevorzustehen. Aber wenn der König von Bayern wirklich hier zum Besuche eintrifft, so wird man darin, unbeschadet der gewöhnlichen offiziösen Erklärungen, „das Symptom einer besseren Erkennt„niß der Lage in München" voraussetzen dürfen. Die Ministerconferenzen in Stuttgart haben dann wohl sicherlich auch eine solche Annäherung in den Kreis ihrer Besprechungen gezogen. Graf Bismarck hat in seiner Rede vom 24. Febr. gewiß nicht ohne Absicht daran erinnert, daß seit der Zeit des Kaisers Barbarossa keine so einflußreiche Machtsphäre wie dem Schirmherrn des Nordbundes zugewiesen war."

Demnach würden die süddeutschen Regierungen in Berlin Schutz gegen ihre eigenen Unterthanen suchen, was ungefähr soviel hieße, als der Klapperschlange freiwillig in den offenen Rachen fliegen. Wird man in München die von der Köln. Ztg. gebrachte Auslegung der erwähnten Reise des Königs unwidersprochen annehmen?

München, 30. April. Der Referent der Reichsrathskammer über den Gesetzentwurf bezüglich des Militärkredits, v. Thüngen, beantragt die Zustimmung zu den Abstrichen mit unwesentlichen Abweichungen, darunter die Genehmigung des Kasernenbaues in Nürnberg.

Das Vermögen der aufgelösten Landwehr zu München, welches dem Magistrat der Stadt zur provisorischen Verwaltung ausgeliefert wurde, beträgt 114,854 fl. Hievon treffen auf München l. d. J. 105,422 fl. auf die Vorstadt Au 8524 fl., die Vorstadt Haidhausen 292 fl. und auf die Vorstadt Giesing 616 fl.

Nürnberg, 25. April. (Herr Crämer,) die bekannte Wind- und Wetterfahne von Doos, hat am vorigen Dienstag den fortschrittl. Wahlmännern von Nürnberg vorgeredet, das vorige Wahlgesetz habe nichts getaugt; — nun den Beweis (nicht die Phrase,) daß das jetzige mehr werth sei, ist Herr Crämer schuldig geblieben. Dann hat er weiter ausgerufen: „Hat denn das jetzige Wehrgesetz die Kosten vermehrt? Ich (Crämer von Doos) sage Nein!" Im Budget bis Ende 1867 stand aber der Militärbedarf mit 10 Millionen, in dem seitherigen steht er mit 15; — genirt Herrn Crämer nicht im Geringsten. Er sagt Nein! und die guten Nürnberger müssen's pflichtschuldig glauben. Weiter äußert er: „Das Milizsystem ist ein großer, schöner Gedanke. Ja, meine Herrn, aber nur in der Idee ist er recht schön. Gott bewahre, wenn bei der Geschichte bei uns ein Krieg ausbräche, da möchte ich nicht wissen, wie viele Leute darüber fluchen, daß ein solches System bei uns eingeführt worden ist." In früherer Zeit hat dieser Herr Crämer ganz anders geredet, (v. 21. Juni 1865). Damals hatte ein Abg. Kolb — und dies ist wirklich der nämliche, der heute die jetzigen Herrn Crämer und Genossen mit seinen Vorschlägen so sehr incommodirt — Anträge zur Anbahnung des Milizsystems gestellt. Der damalige Hr. Crämer ging noch über Kolb hinaus. Er wollte jede Bewilligung für das Militär abgelehnt wissen, denn wenn man immer bewillige, werde man nicht einmal einen Mann weiter beurlaubt bekommen. Erst solle die Regierung jene Forderungen erfüllen, welche die Kammer so oft

Digitized by Google

gestellt habe (NB. es waren die Kolb'schen Forderungen!), dann erst soll mäßig bewilligt werden. „Es ist Ihnen vorhin in ausführlicher Weise vom Hrn. Abg. Kolb nachgewiesen worden, daß alle Staaten, die ihre Mittel in Friedenszeiten so unnütz ausgeben, dann, wenn Gefahr eintritt, nicht mehr nachhaltig helfen können. Wollen wir wir denn Eroberungs-Kriege führen? Nein, gewiß nicht." Weiter hat der damalige Herr Crämer behauptet, wenn eine Gefahr von Außen komme und Bayern hätte noch so viel Soldaten, so wäre es doch verloren mit allen Soldaten, wenn wir sonst keine Hilfe mehr hätten. Wir haben entweder noch eine Hilfe, wenn zu rechter Zeit gespart wird, und wenn man von Seite der Staatsregierung es verstanden hat, den gerechten Wünschen des Landes entschieden zu entsprechen. Dann haben wir ein mit der Regierung einiges Volk, und dann brauchen wir die Soldaten und ihre Bayonnette nicht zu scheuen; denn der Staat wird dann doch bestehen bleiben." Dieß und noch mehr im gleichen Sinne hat Hr. Crämer in der Abgeordnetenkammer gesagt. Endlich hat auch der nämliche — vormalige — Herr Crämer in einer andern Abgeordnetensitzung vom 9. Juni 1866 u. A. ausgerufen: „Ich weiß, daß nicht sofort ein Volksheer entsteht, aber das weiß ich, daß die Bahn gebrochen werden soll, daß das Volk nicht so hingehalten werde . . . Diese Bahn (Volksheer) will ich gebrochen wissen!" — Es ist doch wunderlich, daß die Stadt Nürnberg sich durch zwei so ganz verschiedenartig gesinnte Leute vertreten läßt, die freilich beide Crämer heißen und beide von Doos stammen. Entweder haben die braven Wahlmänner der guten Stadt Nürnberg bei der früheren Wahl nicht gewußt, was sie wollen, oder — sie mußten es bei der jüngsten nicht wissen. Oder gehören solche Erscheinungen zur actenmäßigen Beurkundung der höheren Intelligenz der Städter gegenüber dem dummen Landvolke?

Der Correspondent der „Weserzeitung" besteht auf seiner früheren Behauptung von einer nach Stuttgart gerichteten vertraulichen preußischen Note, in welcher gegen die „Coalition rücksichtsloser fanatischer Parteien" — um mit dem Offiziösen der Kölnischen Zeitung zu reden — auf Grund des Schutz- und Trutzbündnisses nöthigenfalls preußische Hilfe zugesagt worden sei. Auch der „Beobachter" hat allen Grund zu glauben, daß diese vom würtembergischen „Staatsanzeiger" abgeleugnete Note wirklich existire.

Berlin, 29. April. Zollparlament. Bei Fortsetzung der Tarifdebatte sprachen Bamberger und Benda für, Schleiden und Löwe gegen den Tarif, worauf Finanzminister Camphausen die Erklärung abgibt: die Zurückweisung der Vorlage werde das Ansehen des Zollparlaments und des Zollvereins schwächen. Hinsichtlich der Eisenzölle sei die Herabsetzung schon durch den österreichischen Handelsvertrag erfolgt; er bestreite, daß es unzulässig sei die Eisenzölle zu reformiren, ohne mit den Roheisenzöllen zu beginnen. Erleichterungen einerseits, Compensation anderseits, seien undenkbar. Bei dem vorgeschlagenen Kaffeezoll möge man bedenken, daß die frühere Höhe der Besteuerung nicht einmal erreicht sei; die Ansicht, daß von der Erhöhung des Kaffeezolles namentlich die ärmeren Volksklassen betroffen werden, sei hinfällig, andererseits sei der Zoll auf einzuführendes Vieh, also die Fleischpreise, herabgesetzt worden. Die Forderung der Regierung sei nicht unbillig; man möge dieselbe annehmen. Fortsetzung der Debatte morgen.

Wien, 28. April. Dem Pester Lloyd schreibt man von hier: Der Gedanke, daß ein Fehlschlagen des jetzigen Ausgleichsversuch den Rücktritt des Grafen Beust im Gefolge haben müsse, ist hier ganz allgemein verbreitet. Es scheint fast, als ob Graf Beust selbst sich mit demselben vertraut gemacht habe und sich mit der heutigen Situation solidarisch halte, denn aus allen offiziösen Kundgebungen dringt dies so ziemlich deutlich heraus. Als Nachfolger Beust's wird Graf Andrassy bezeichnet.

Laibach, 29. April. Die Bischöfe von Klagenfurt und Marburg sind in Folge telegraphischer Berufung des Fürsterzbischofs Rauscher nach Rom gereist.

Vermischtes.

Paris, 29. April. Gestern Abend wurde eine Versammlung in der Rue Richer, in der es ungemein stürmisch herging, aufgelöst.

Paris, 30. April. Gestern wurde ein Deserteur aus London im Besitz eines geladenen Revolvers verhaftet, es ist ein 22jähriger Mensch, der kompromittirende Papiere besaß. Viele Bomben, Patronen und Sprengmasse wurde in Beschlag genommen. Die Verhaftungen sollen sich auf ein Komplott gegen den Kaiser und eine internationale Gesellschaft beziehen, gegen welche Untersuchung angeordnet ist; dagegen erfährt man, daß das auf der Börse verbreitete Gerücht von einem Mordversuche an dem Kaiser jeder Begründung entbehrt. — Ein Brief von Jules Favre stimmt dem Manifeste der Linken bei.

Athen, 28. April. Die flüchtigen Briganten werden von 500 Mann griechischer Truppen verfolgt. Die Pforte versprach, die Räuber, falls sie Grenze überschreiten würden, gefangen zu nehmen und auszuliefern.

In Athen machten der König und die Minister dem englischen und italienischen Gesandten anläßlich des traurigen Ereignisses Beileidsgesuche. Das englische Geschwader in Malta soll Ordre erhalten haben, nach dem Pyräus abzugehen.

New-York, 28. April. Nachrichten aus Richmond zufolge beträgt die Zahl der durch den Einsturz der Decke im Sitzungssaal der gesetzgebenden Versammlung getödteten Personen 59.

Digitized by Google

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 29. April.

Wiederverehelichungszeugniß sei auszustellen für den Freiherrl. v. Pöllnitz'schen Oberförster H. Gg. Sebald v. h. Die Bestimmung der Leichenhausordnung, wornach die Festsetzung der Beerdigungsstunden nur durch den H. Leichenhausarzt stattzufinden hat und willkürliche Abänderungen ausgeschlossen bleiben, sei in Erinnerung zu bringen. — Die Gräserei im allgemeinen Leichenacker sei den Todtengräbern, welche das Reinhalten der Fußwege zu besorgen haben, zu überlassen, da die beantragte Verpachtung an andere Personen wegen Aufsichtsstörung nicht räthlich erscheint. — Das in neuerer Zeit um sich greifende Herumtreiben von Bettlern am und im Leichenhofe und die hiedurch hervorgerufene Belästigung der Leidtragenden u. der Gräberbesucher gab Veranlassung zur strengen Vigilanzanordnung. Zugleich wurde beschlossen, dem Publikum die Verweigerung von Gaben namentlich an Weibspersonen, welche sich ein Geschäft daraus machen, die Anwesenden unter dem Vorwande zu harangiriren, daß sie sich mit Beischaffung von Weihwasser und mit Gebeten für die Verstorbenen abgeben, zu empfehlen. Es wurde hiebei constatirt, daß ein rückfälliger Kirchhofbettler in den jüngsten Tagen mit einem 42tägigen Arreste vom kgl. Stadtgerichte abgeurtheilt worden sei. — Mehrere kleinere Bauwendungen in den Häusern Nr. 487, 591 und 1497b seien zu genehmigen. — Dem Gesuche des H. Kaufmann Nüßlein, Abbruch des Hauses Nr. 601 in der Königsstrasse und Vereinigung eines Neubaues mit dem in der Ausführung begriffenen Gebäude an der Sophienstraße betr., sei zu entsprechen. — Auf Antrag der freiwilligen Feuerwehr sei die Beschaffung eines weiteren Schlauchwagens aus den vorhandenen Etatsmitteln zu bewirken und die Anlage eines Schlauchtrockenthurmes in den nächstjährigen Etatsvoranschlag einzusetzen. Einige weitere Anträge seien geeignet zu instruiren. — Wegen des durch die k. Regierung erfolgten Abstriches des §. 8 der hies. ortspol. Vorschriften zur Verhütung von Feuersgefahren in Gebäuden der Stadt, der nach den dahier gemachten Erfahrungen von großer praktischer Wichtigkeit ist, sei Beschwerde zum kgl. Staats-Ministerium des Innern zu ergreifen. — Die von der kgl. Regierung ausgeschriebene Aufstellung eines Auswanderer-Beförderungs-Agenten sei im Verzeichnisse vorzutragen. — Das Aufenthaltsgesuch eines Korbmachees mit Familie von Köttmannsdorf Behufs Ausübung des Korbmachergeschäfts dahier sei auf Grund getrübten Leumundes abzuweisen. — Der Handl.Commis H. Ludw. Rauch v. Lichtenfels nun dahier sei zur Berichtigung seines Wehrgeldgesammtbetrags nachträglich zuzulassen. — Durch k. Regier.-Entschl. wurde die Gemeinde Leupoldsgrün zum Rückersatze eines verweigerten Reisevorschusses angewiesen. — Der hieher übermittelte Jahresbericht des historischen Vereins pro 1869 sei der Magistratsbibliothek einzuverleiben. — Wegen Austritts des Assistenten der Lokalirrenanstalt St. Getreu H. Dr. Braun sei H. Dr. Bickel v. h. als Assistent zu ernennen und hierüber Bericht zur k. Regierung zu erstatten. — Zwei in Erledigung gekommene bürgerspitäl. Pachtfelder seien schleunigst zur Wiederverpachtung auszuschreiben. — Dem Lateinschüler Hanft sei das Wunder'sche Stipendium zu 50 fl. pro 1870 zu bewilligen. Eine vertragsmäßige Wohnungsentschädigug auf Lebenszeit für eine Bürgerspitalpfründnerin sei für die Stiftung in Anspruch zu nehmen. — Ein Sterbpaktschein einer Pfründnerin sei zu übernehmen und dagegen ein anderer w. Austritts hinauszugeben. — Wegen Pachtaufgabe sei die Bierbrauerei auf dem Michaelsberge zur anderweitigen Verpachtung auszuschreiben. — In Betreff von Kanalanlagen wurde nach gepflogenen Benehmen mit anderen größeren Städten beschlossen: daß in Straßen mit beiderseitigen Häuserreihen die Häuserbesitzer die Hälfte der Kosten und bei einseitigen Strassen die Adjazenten ⅔ der Kosten beizutragen und im Voraus zu erlegen haben, wenn von Seite der Commune auf die Gesuche wegen Kanalanlagen eingegangen werden soll. — Ein Gesuch um Bewilligung zur Auflagerung von Baustämmen auf dem Grasplatze nächst der Brückenstraße sei abzuweisen, da der Platz bereits verpachtet ist. — Die Reparaturkosten in der neuen Fleischverkaufshalle seien durch die Stadtkämmerei beizutreiben. Gegen die Renitenten sei gerichtliche Klage zu stellen. — Die von der Kirchenverwaltung St. Martin vorgelegten Rechnungen pro 1869 gehen nach gepflegener Einsicht zur Prüfung an k. Regierung. — Die Haushaltungskosten des Bürgerspitals pro Monat März 1870 im Betrage von 2104 fl. 27½ kr. seien in Ausgabe zu verrechnen

Mineral- und Soolbad EMPFING

bei Traunstein.

Eröffnung am 1. Mai.

Seine Kurmittel sind: Eine alkalische Mineralquelle, Sool-, Moor- und Fichtennadelbäder, Kaltwasserheilverfahren, Molken und Alpenkräutersaft.

Das Bad wird seit Jahrhunderten mit bestem Erfolge gegen Gicht, Rheumatismus, Hämorrhoidalzustände, Fettsucht, Skrophulose angewendet. — Die gesunde Lage desselben in Mitte von Wiesen und Fichtenwaldungen, sowie die reine Gebirgsluft wirken heilsam bei Nervenleiden u. geschwächten Körperzuständen.

Badearzt ist Hr. Dr. Leonpacher.

J. Seywald, Badbesitzer.

Bad Gleisweiler,

Eisenbahn u. Telegraphenstation Landau in der Rheinpfalz. Sehr geschützte, gesunde Lage, mildes Klima. — Rationelle Behandlung chronischer Krankheiten durch das gesammte Naturheilverfahren. — Prospekte und Näheres durch

Dr. med. L. Schneider.

!! Grösste Delikatesse !!

Hummer in Dosen, prachtvolle Waare, versende ich gegen Nachnahme, Postanweisung oder frankirte Einsendung des Betrages. Preis pr. Dose 20 Sgr. Jede Dose von 2½ Pfund enthält das Fleisch von zwei ganzen Hummern. — Bei Abnahme von mindestens 6 Dosen 10 Prc. Rabatt. — S. Elb, Reichenstraße 33 in Altona bei Hamburg.

Bernhard Tentler

beeid. Makler und Auktionator

HAMBURG

(Zollvereins-Niederlage)

offerirt Fabrikanten aller Branchen „Baarvorschüsse auf Waaren," welche letztere selbstverständlich eventuell zollfrei zurückgesandt werden.

Das durch seine natürlich warmen und kohlensäurehaltigen Quellen ausgezeichnete

Soolbad Nauheim

bei Frankfurt a/M. ist am 1. Mai bis 1. Oktober geöffnet.

Auf Verlangen werden auch im April und nach dem 1. Oktober „Soolbäder" abgegeben.

Großherzoglich hessische Bade-Direktion Nauheim.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 103. Dienstag, den 3. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Bestellungen auf die „Neue Bamberger Zeitung" werden auch für Mai und Juni (zu 24 kr.) von allen Postanstalten und Postboten entgegengenommeu.

Das neue Wahlgesetz.

III.

....r 3) Sowie die große Verschiedenheit der Seelenzahl der einzelnen Wahlbezirke von 12,000—42,000 Seelen mit gleicher Berechtigung als mit dem Prinzipe der Kopfzahlwahl unvereinbar verworfen werden muß, so auch die beabsichtigte Einrichtung, daß in den Städten, welche mehr als einen Abgeordneten zu wählen haben, nämlich München, wo fünf, Augsburg und Nürnberg, wo zwei Abgeordnete zu wählen sind, nicht entsprechend viele Wahlkreise, von denen jeder einen Abgeordneten zu wählen hätte, gebildet werden sollen; sondern daß sie nur einen Wahlkreis bilden sollen, in welchem aber jeder Wähler, statt nur einen, fünf, beziehungsweise zwei Abgeordnete zu wählen hat. Auch dies widerspricht vollständig dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Stimmen und läßt sich durchaus kein Grund denken, weshalb die Stimme eines Münchner Wählers fünfmal und die eines Augsburger oder Nürnberger Wählers zweimal so viel Gewicht und Bedeutung haben soll, als die eines jeden andern Wählers im ganzen Lande.

4) Auch die Vergrößerung der Abstimmungsbezirke auf ein Minimum von 5000 und ein Maximum von 8000 Seelen gegenüber den kleinen Urwahlbezirken des Wahlgesetzes von 1848, für welche Art. 11 Abs. 1 2000 Seelen als Durchschnittsgröße bestimmte, ist unannehmbar. Jedenfalls muß das Gesetz Sorge tragen, die Ausübung des höchsten Staats-Bürgerrechtes nicht unnöthig zu erschweren, sondern möglichst zu erleichtern. Dies kann aber nur durch kleine Abstimmungsbezirke geschehen. Einen trifftigen gegen solche und für größere können wir uns nicht denken. Die Andeutung in den Motiven, als ob durch kleinere Bezirke das Geheimniß der Stimmabgabe beeinträchtigt werden könnte, erscheint nicht so stichhaltig, da schon Vorkehrungen getroffen werden können, auch bei kleinen Bezirken das Geheimniß der Wahl zu wahren. Es ist eine Verkleinerung der Abstimmungsbezirke um so mehr geboten, da wie die Zusammensetzung dieser, so auch der Ort, wo die Abstimmung zu erfolgen hat, der Verfügung der Administrativ-Beamten überlassen bleibt, was nicht leicht zu umgehen ist. Wenn wir uns nun erinnern, wie besonders bei der Novemberwahl viele Bezirksämter wahrhaft Staunenswerthes in der Bildung der Urwahlbezirke für die Zwecke des Ministeriums leisteten, so erscheint es wohl nöthig, durch das Gesetz von vornherein die Möglichkeit, unliebsamen Wählern das Wählen durch weite Wege zu erschweren, nach Kräften abzuschneiden. Dies kann aber durch möglichst kleine Abstimmungsbezirke geschehen.

5) In Artikel 1 oder 2 dürfte auch eine Bestimmung nicht überflüssig sein, wie es in der Folge bei wechselnder, namentlich stark steigender Bevölkerung an einzelnen Orten und im Allgemeinen bezüglich der Abänderung der Wahlkreiseintheilung zu halten sei. Daß die Sache von Wichtigkeit ist, ergibt ein Blick auf die Veränderungen des Seelenstandes Bayern bei den Zählungen nur des letzten Jahrzehntes, Wohl betrug die Bevölkerungszunahme von 1864—1867 nur die geringe Zahl von 17000 Seelen, was vorzüglich die unmittelbare und mitielbare Folge des Jahres 1866 ist; dagegen betrug die Zunahme von 1858 bis 1861 bei 70,000 und die von 1861—1864 gar 117,000, also in 6 Jahren nahe an 200,000 Seelen, wofür nach der Bestimmung, daß 31,500 Seelen einen Abgeordneten wählen, sechs Abgeordnete mehr zu wählen waren, als vorher. Da eine solche rasche Bevölkerungszunahme auch in der Zukunft möglich ist, so dürfte dies im Gesetze bezüglich der Zahl der Abgeordneten und der Bildung der Wahlkreise wohl vorzusehen sein, damit auch hier jede Willkür von vorneherein beseitigt werde.

So bedarf der ganze Art. 2 einer vollständigen Umänderung. Besonders die Aufhebung der Scheidung zwischen Stadt und Land, und wenn diese doch beibehalten werden wollte, wenigstens die Beseitigung

der vielfachen großen Unterschiede in der Größe der Wahlkreise überhaupt, der städtischen zu den ländlichen insbesondere; dann die Verkleinerung der Abstimmungsbezirke scheinen uns unbedingt nothwendig, wenn eine Zustimmung der patr. Partei erlangt werden will.

Inland.

München, 2. Mai. Die „Corresp. Hoffmann" meldet, daß der König den Inspektor des Schullehrerseminars zu Speyer, Priester Konrad Reither, zum Bischof der Diözese Speyer ernannt hat.

München, 2. Mai. Der Reichsrath Freiherr von Schrenk hat über den Beschluß der Kammer der Abgeordneten bezüglich der Revision des Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4 Juni 1848 und des Gesetzes zum Schutze gegen Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 Bericht erstattet und den Vorschlag gemacht, daß die Kammer der Reichsräthe diesem Antrage der Kammer der Abgeordneten ihre Zustimmung versage. Der Referent bespricht in ausführlicher Weise die Gründe, welche in den Versammlungen der Kammer der Abgeordneten vorgebracht worden sind, um den Antrag zu rechtfertigen, und konnte durch dieselben nicht davon überzeugt werden, daß es zur Wahrung der Freiheit der Presse dringend geboten sei, an die zu deren Sicherung, wie zum Schutze gegen Mißbrauch derselben bestehenden Gesetze abermals eine bessernde Hand anzulegen. „Das Maß der Preßfreiheit, sagt Freiherr von Schrenk, welches in Bayern die dermalen bestehende Gesetzgebung gewährt, ist wahrlich nicht enge begränzt und es kann unter deren Herrschaft, wenn in der Form maßgehalten wird, wohl jede Ansicht vertreten, jede Frage erörtert werden. Ich bestreite nicht, daß die eine oder andere Bestimmung ergänzt oder zweckmäßiger gefaßt werden könnte, aber die Uebelstände, welche die mißbräuchliche Anwendung der einen oder andern dehnbaren Bestimmung im Gefolge haben können, sind meines Erachtens nicht von so erheblicher Bedeutung, um das Verlangen nach Abhilfe als ein besonderes dringendes erkennen zu lassen. Hiezu tritt noch die weitere Erwägung, daß es kaum eine leichte Aufgabe sein würde, diese Abhilfe zu gewähren; denn neben den Stimmen, welche ein größeres Maß von Preßfreiheit erheischen, erheben sich auch solche, welche wirksameren Schutz gegen die nicht in Abrede zu stellenden Ausschreitungen der Presse verlangen, und es würde hienach der königlichen Staatsregierung, wenn der Antrag an dieselbe gelangen und sie geneigt sein sollte, demselben zu willfahren, sicher schwer fallen, einen Weg zu finden, der nach beiden Richtungen hin zur Befriedigung führen, demgemäß aber Aussicht haben könnte, die hier, mindestens theilweise erforderliche größere Stimmenzahl in beiden Kammern auf sich zu vereinigen. Ich trage daher auch in dieser Beziehung Bedenken den Antrag der Zustimmung zu empfehlen." Schließlich fügte der Referent noch Bemerkungen in Bezug auf die formelle Behandlung des Gegenstandes bei.

Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer öffentlichen Sitzung am 21. v. M. beschlossen, den von der k. Staatsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes „die Anwendung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches vom 10. November 1861 auf die Gerichtsvollzieher betr." unverändert anzunehmen. Reichsrath von Bomhard hat hierüber Bericht erstattet und den Antrag gestellt, daß der 1. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe der letzteren gleichfalls die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs empfehle.

München, 30. April. Der vierte Ausschuß der Kammer der Abg. hat beschlossen daß auf die von mehreren Seiten beantragten Abänderungen einzelner Artikel des Wehrverfassungsgesetzes nicht eingegangen, sondern eine durchgreifende Revision des ganzen Gesetzes vorgenommen werde.

München, 1. Mai. Es verdient constatirt zu werden, daß von den fortschrittlichen Blättern der „Pfälzer Kurier" und die „Münchener Neuesten", sich entschieden gegen die Wahlkreiseintheilung ausspricht. Auch der Pf. Kur. sagt: „Durch diese Wahlkreiseintheilung wurde der Wahlgesetzentwurf unannehmbar, und man möchte auf den Gedanken kommen, es sei dem Ministerium nicht Ernst gewesen mit seiner Vorlage, und es habe dieselbe absichtlich in einer Weise gemacht, die deren Annahme sowohl von Seite der Majorität als der Minorität unmöglich macht, damit das alte Wahlgesetz in Wirksamkeit und damit eine Aussicht bleibe, der glücklich zu Grabe gegangenen Mittelpartei wieder aufzuhelfen, die stets bereit war, sich zum Faulbette den bisherigen Ministerium herzugeben."

Nun, wenn es der Fortschrittspartei mit der Herstellung einer andern u. wahrhaft gerechten Wahlkreiseintheilung Ernst ist, so wird sie die patriotische Partei zur redlichen Beihilfe jeder Zeit bereit finden und dann kann die Sache trotz des Braun'schen Entwurfs zu gutem Ende geführt werden. B. K.

Die Infanterie u. Jäger werden für dieses Jahr ihre größeren Herbstwaffenübungen im Mt. September vornehmen und die Kompagnien auf eine Stärke von 135 Mann, Gefreite und Gemeine gebracht; am 1. Oktober treten sodann wieder Beurlaubungen u. zwar pro Kompagnie 85 Mann, wodurch die gesammte Infanterie somit 19,720 Mann entlassen wird.

Vor dem obersten Gerichtshof kam heute die Nichtigkeitsbeschwerde des kathol Priesters und Redacteurs des „Allgäuer Volksblattes" Dr. Leonhard Schneider, welcher wegen Majestätsbeleidigung, Beleidigung der k. Staatsregierung u. Amtsehrenbeleidigung vom Schwurgerichtshof von Schwaben und Neuburg am 24. v. M. in eine Gefängnißstrafe von neun Monaten verurtheilt wurde, zum Aufruf. Als Vertheidiger war der Sub-

Digitized by Google

stitut des kgl. Advocaten Dr. Karl Barth, Rechtsconcipient A. Kranzfelder aus Augsburg, erschienen und beantragte Vernichtung des schwurgerichtlichen Urtheils, der Generalstaatsanwalt dagegen Verwerfung der Beschwerde, Tragung der Kosten und Verurtheilung zu weiteren 8 Tagen Arrest. Die Urtheisverkündigung erfolgt am Dienstag den 3. Mai.

München, 2. Mai. Prämienziehung der vierprozentigen Prämienanleihe: 70,000 fl. gewinnt die Obligationsnummer 4473, 28,000 fl. Nr. 125,274, 10,500 fl. Nr. 53,796, 2800 fl. Nr. 156,751, je 1400 fl. Nr. 53,777, 82,958, 125,269, 21,195.

Fürth, 29. April. Obwohl die Motive zum Wahlgesetz-Entwurf den Satz enthalten, daß bei Bildung der Wahlkreise, sowie bei der Scheidung von Stadt und Land auf die in den größeren Städten sich entwickelnde Industrie besonders Bedacht genommen worden sei, hat das Ministerium bei Fürth, unstreitig eine der bedeutendsten Industriestädte des Königreichs, dessen Gesichtspunkt außer Acht gelassen. Während Städte von untergeordneter Bedeutung mit 12,000 Einwohnern einen eigenen Wahlbezirk bilden, wurde der Stadt Fürth mit der doppelten Einwohnerzahl dies Recht nicht eingeräumt. Selbstverständlich hat eine solche Zurücksetzung nur tiefe Mißstimmung erregt und versammelten sich deshalb die Mitglieder der beiden hiesigen gemeindlichen Collegien zu einer außerordentlichen gemeinschaftlichen Sitzung, um über die in dieser Angelegenheit zu ergreifenden Schritte zu berathen. Es wurde die Absendung einer Adresse an die Abgeordnetenkammer beschlossen, worin durch Ziffern die Zurüsetzung Fürths nachgewiesen und die Abgeordnetenkammer ersucht wird, dem Wahlgesetzentwurfe, wenn sie überhaupt die Ausscheidung von städtischen und ländlichen Wahlkreisen genehmigt, nur unter der Modifikation die Zustimmung zu ertheilen, daß aus der Stadt Fürth ein eigener Wahlkreis mit dem Rechte zur Wahl eines Abgeordneten gebildet werde. Die Adresse wird dem Abg. Kolb zur Vertretung übersandt.

In Württemberg soll die Stellung Varnbülers wackelig geworden sein und wird ihm sogar ein Nachfolger genannt, der Gesandte v. Soden. Das Unglück soll von der Osterreise des Grafen Bray datiren. (?)

Berlin, 30. April. Die süddeutsche Fraktion ist entschlossen, gegen den Kaffezoll sowie gegen die Besteuerung des Stärkesyrups und Stärkezuckers zu stimmen. Bis jetzt zählt die Fraktion 31 Mitglieder, die auf dem Platze sind. Es fehlen noch immer 18. Vielleicht kommen doch noch einige. Staatsrath v. Neumayr, welcher im vorigen Jahre durch seine Abwesenheit glänzte, ist auch heuer nicht gekommen, während der unterfränkische Abgeordnete Meder diesmal seinen Platz im Zollparlament eingenommen hat.

Gestern ist der Abg. Bissing aus Heidelberg eingetroffen. Derselbe ist Mitglied der süddeutschen Fraktion. An Mehrere dieser Partei sind Telegramme abgeschickt worden, welche sie zum Erscheinen auffordern.

Ausland.

Paris, 28. April. Das „Memorial Diplmatique" schreibt: „Papst Pius hat bei der Entgegennahme der französischen Note gesagt, daß die Kirche stets der Lage Rechnung getragen habe, welche den Staaten durch die Bedürfnisse, der Völker und durch die Wechselfälle der Zeiten bereitet worden seien." Am gleichen Tage haben auch die Vertreter der übrigen Mächte dem Cardinal Antonelli die Noten überreicht, welche die Schritte Frankreich unterstützen.

Das „Journal officiel" schreibt: Seit einiger Zeit war die Polizei einer Verschwörung gegen das Leben des Kaisers auf der Spur. Gestern Morgen wurde ein Mann Namens Baurin von der Polizei verhaftet. Derselbe war plötzlich aus London angekommen und im Besitz einer größeren Summe Geldes, eines geladenen Revolvers und eines Briefes aus London, welcher von einem der am Meisten beim Februar-Komplott Kompromittirten herrührte. Dieser Brief, sowie die Baurin's lassen keinen Zweifel über das Motiv des Eintreffens Baurin's in Frankreich, sowie über seinen Entschluß, unmittelbar das Attentat zur Ausführung zu bringen. Andere Individuen wurden in Belleville verhaftet; bei einem derselben fand man eine Kiste mit Bomben sowie eine Menge Sprengpulver. Die Hauptanstifter, welche einer internationalen ungesetzlichen Verbindung angehören, deren Sitz außerhalb Frankreich ist, sind ebenfalls verhaftet. — Die Abendzeitungen bestätigen, daß ein kompromittirender Brief Flourens aufgefangen worden ist. — Das Journal „Univers" veröffentlicht eine telegr. Depesche aus Rom vom 29. d., nach welchem das Konzil heute die offizielle Mittheilung empfangen hat, daß die Diskussion über die Infallibilität demnächst bevorstehe.

Die „Times" verlangt, daß Griechenland eine fremde militärische Besatzung erhalte. „Wir haben 9 Mill. L. für einen Feldzug nach Abessinien ausgegeben, zu dem geringere Veranlassung vorlag. Wir würden lange nicht die Schwierigkeiten in Griechenland haben. Drei oder vier Regimenter unter einem tüchtigen Oberbefehlshaber, wie sie sich in unserer indischen Armee oder in den französischen Truppen in Algier herausbilden, würden die Wege Attika's in wenig Monaten so sicher machen wie die Landstraßen in England.

Konstantinopel, 30. April Bei Binekdere (bei Bagdad) fand zwischen türkischen Truppen und einem iranischen Nomadenstamme ein 3stündiges Gefecht statt. Die türkischen Truppen siegten u. brachten dem Gegner einen Verlust von 20 Todten und 15 Verwundeten bei. Auch persische Stämme machen Razzia's in der Umgegend von Bagdad.

Digitized by Google

Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital Drei Millionen Thaler,

wovon Zwei und eine halbe Million begeben.

Die Reserven betragen. 312,248 Thlr 19 Sgr.

Die so fundirte Gesellschaft versichert gegen Hagelschaden Boden-Erzeugnisse aller Art, sowie Fensterscheiben zu festen Prämien, wobei Nachzahlungen nicht stattfinden.

Dieselbe hat, wie früher, so auch in dem vergangenen Jahre, sämmtliche Schäden prompt und zur Zufriedenheit der Betroffenen regulirt und binnen längstens vier Wochen nach deren Feststellung die Entschädigungsbeträge voll ausbezahlt. Der Geschäftsstand der Gesellschaft gewährt die Garantie dafür, daß sie auch fernerhin ihre Verpflichtungen so prompt als vollständig erfüllen wird.

Die Unterzeichneten geben auf Verlangen über die Gesellschaft weitere Auskunft und erbieten sich zur Aufnahme der Versicherungs-Anträge.

Würzburg, den 14. April 1870.

Die Haupt-Agentur:

Louis Ringelmann,

sowie die Agenten der Gesellschaft in:

Bamberg F. J. Leininger, Kaufm.
Carl Schletz, „
Ad. Becker, Wirth.
Burgebrach And. Forster, Thierarzt.
Burgwindheim F. Peetz, Rektor.
Ebrach Joh. Heißinger, k. Posterped.
Gunzendorf P. Gebhardt, Lehrer.
Hallstadt Joh. Hofmann, Sattlermst.
Scheßlitz Joh. Göppert, Spezereihdlr.
Stegaurach Ulr. Friedrich, Kaufmann.
Trabelsdorf Carl Böhmer, Cantor.
Unterneuses Joh. Agath, Lehrer.

Stollwerk'sche Brustbonbons

Prämiirt auf allen Ausstellungen.

Eine Verbindung von Zucker u. solchen Kräuterextracten, deren wohlthätige Einwirkung auf die Respirationsorgane von der medizinischen Wissenschaft festgestellt sind.

Depots dieser Brust-Bonbons in versiegelten Packeten mit Gebrauchsanweisung zu 14 Kreuzer befinden sich in Bamberg bei J. B. Haußmann, Hofconditor B. Wenglein und F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel,
Ebermannstadt bei Abothk. Krauß,
Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt,
Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Gardill;
Memmelsdorf bei Chr. Reich,
Schützelfeld bei A. Hohbach,
Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler,
Streitberg bei Joh. Dauer,
Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Weischenfeld bei Georg Lauer,
Zeil bei J. P. Pöllath.

Steurer & Held,

Nürnberg, Heugäßchen,

empfehlen alle Arten von **Kirchengegenständen** in schöner und solider Arbeit. Photographien werden auf Wunsch mit Vergnügen eingeschickt, „Reparaturen" ebenfalls auf das Prompteste ausgeführt.

Für Landwirthe, Pastoren, Schullehrer und Hauseigenthümer, sowie für Liebhaber von schönen, edlen und nützlichen Hausthieren aller fremdländischen Racen empfehlen wir aus unserem **Thier-Park**, Schönhauser Allee 157 in Berlin, Fasanen, Tauben, Hühner, Puten, Pfauen, Papageien, Rebhühner, Enten, Gänse und Schwäne, sowie deren

Brut- und Eier-Brutmaschinen,

ferner Roth- und Damm-Hirsche, Rehe, Hasen, große Amerikanische, Französische u. wilde Kaninchen Frettchen, Angora-Katzen, Affen, Hunde ꝛc. Preisverzeichnisse gratis.

A. F. Lossow.

Direktor des Allgem. landw. Instituts u. Vorsteher des Vereins für Geflügelzucht u. Deutscher Taubenfreunde in Berlin.

Gesellen-Verein.

Mittwoch Abend 8 Uhr

Monatsversammlung

der HH. Schutzvorstände.

Der Präses.

Anzeige.

Von heute ab befindet sich mein Leden im Hause des Hrn. Tapezier Schulz in der Franz-Ludwig-Straße.

Bamberg, 3. Mai 1870.

Marie Loch,

Modistin.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück* 35 *kr.

1	Gewinn zu			14000	fl
1	do			7000	fl
1	do			3000	fl
1	do			1756	fl
2	do zu	875	fl. — kr.	1750	fl
10	do zu	180	fl. — kr.	1800	fl
20	do zu	87	fl. 30 kr.	1750	fl
30	do zu	52	fl. 30 kr.	1575	fl
100	do zu	35	fl. — kr.	3500	fl
200	do zu	17	fl. 30 kr.	3500	fl
500	do zu	7	fl. — kr.	3500	fl
934	do zu	3	fl. 30 kr.	3269	fl
13200	do zu	1	fl. 45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.			70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Bernhard Tentler

beeid. Makler und Auktionator

HAMBURG

(Zollvereins-Niederlage)

offerirt Fabrikanten aller Branchen „Baarvorschüsse auf Waaren," welche letztere selbstverständlich eventuell zollfrei zurückgesandt werden.

!! Grösste Delikatesse !!

Hummer in Dosen, prachtvolle Waare, versende ich gegen Nachnahme, Postanweisung oder frankirte Einsendung des Betrages. Preis pr. Dose 20 Sgr. Jede Dose von 2½ Pfund enthält das Fleisch von zwei ganzen Hummern. — Bei Abnahme von mindestens 6 Dosen 10 Prc. Rabatt. — S. Elb, Reichenstraße 33 in Altona bei Hamburg.

Bad Soden

bei Aschaffenburg. 1

Jod-bromhaltige Kochsalzquellen.

— Eröffnung der Kur am 20. Mai. —

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 104. Mittwoch, den 4. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Bestellungen auf die „Neue Bamberger Zeitung" werden auch für Mai und Juni (zu 24 kr.) von allen Postanstalten und Postboten entgegengenommeu.

Die militärischen Chargen in der bayerischen, französischen u. belgischen Armee.

Alle wahren Freunde des Vaterlandes sind darin einig, daß unser dermaliges Heerwesen in zu hohem Maße die Steuerkraft des Landes in Anspruch nimmt und daß Ersparungen — ohne die Wehrkraft des Volkes zu beeinträchtigen — unbedingt eintreten müssen. Zu diesem Zwecke ist es nicht ohne Interesse einen Vergleich zwischen den Offizierstellen in der bayerischen, französischen und belgischen Armee anzustellen. Die französische Armee wurde deßwegen zum Vergleich gewählt, weil Niemand wird behaupten können oder wollen, daß der französische Militärstaat zu wenig Gewicht auf seine Armee lege; Belgien wurde zum Vergleiche herangezogen, weil es ungefähr dieselbe Bevölkerungszahl aufweist wie Bayern. Dem Vergleiche ist dabei einerseits das bayerische Militär-Handbuch vom Jahr 1869 u. andererseits das Annuaire Militaire de l'Empire Français pour l'année 1869 und Annuaire de l'Armée Belge p. l. 1868 zu Grunde gelegt. Zu bemerken ist, daß sich die Bevölkerungszahl Bayerns gegen die Frankreichs wie 1 zu 8 verhlt, nemlich 4,824,000 Einwohner gegen 38,300,000 (ungerechnet die 3 Millionen in Algerien und ungerechnet die übrigen Colonien), und daß die Bevölkerungszahl Belgiens und Bayerns sich nahezu wie gesagt gleichsteht, genau 4,830,094 gegen 4,824,421 Einwohner.

Die französische Armee zählt nun 237 Oberste u. Oberstlieutenants bei den Infanterie-Regimentern; in dem oben angegebenen Verhältnisse würden auf Bayern 29 treffen, wir haben aber 40 — daher würde nach unserm Maßstabe Frankreich statt 237 deren 320 treffen. Belgien hat 32 Oberste u. Oberstlieutenants.

Belgien hat 82 Majore der Infanterie, Bayern 113 Majore und Stabshauptleute.

Frankreich hat 3601 Infanterie-Hauptleute, folglich würde Bayern 450 treffen, wir haben aber 564, nach unserem Maßstabe würde Frankreich statt 3601 deren 4512 treffen. Belgien hat 456 Infanterie-Hauptleute.

Belgien hat 837 Ober- und Unterlieutenants bei der Infanterie, Bayern dagegen hat 1,209.

Frankreich hat 139 Oberste u. Oberstlieutenants bei der Cavallerie, folglich treffen uns 17, wir haben aber 25, nach unserem Maßstabe würde Frankreich statt 139 deren 200 treffen.

Belgien hat nur 14, Bayern aber 25 Oberste und Oberstlieutenants der Cavallerie.

Belgien hat 279 Capitain's und Lieutenants bei der Cavallerie.

Bayern hat 240 Rittmeister, Ober- und Unterlieutenants bei der Cavallerie.

Frankreich hat 114 Oberste und Oberstlieutenants in der Artillerie, folglich würden uns 14 treffen, wir haben 21, nach unserm Maßstab würden Frankreich statt 114 deren 168 treffen.

Belgien hat 17, Bayern 21 Oberste und Oberstlieutenants bei der Artillerie.

Belgien hat 214 Capitains und Lieutenants bei der Artillerie.

Bayern hat 265 Hauptleute, Ober- und Unterlieutenants in der Artillerie.

Belgien hat ebenso wie Bayern 10 Oberste und Oberstlieutenants beim Genie-Corps.

Belgien hat 78 Capitains und Lieutenants beim Genie.

Bayern hat 103 Hauptleute, Ober- und Unterlieutenants beim Genie.

Aktive Mil.-Aerzte aller Grade gibt es in Belgien 126, in Bayern 182.

Aktive Mil.-Apotheker aller Grade gibt es in Belgien 31, in Bayern 32.

Aktive Veterinär-Aerzte aller Grade gibt es in Belgien 27, in Bayern 49.

Mil.-Admin.-Beamte aller Grade gibt es in Belgien 169, in Bayern 279.

Belgien hat 51 Generalstabs-Offiziere, während Bayern 38 solche hat. A. Pfz.

Digitized by Google

Inland.

München, 1. Mai. Die Königsreise nach Berlin beschäfeigt alle Geister. Sie hat gerade noch gefehlt, um das Zollparlament ganz in den Hintergrund zu drängen. Die Thätigkeit des preußischen Preßbureau hat es bereits dahin gebracht, daß sie in der Presse zum ersten Gegenstande der Besprechung geworden ist. Unsere Liberalen, der letzte Absud der 50ger Reaction mit modernem bureaukratem Gift vermischt, jubeln bereits über das Königsmeeting in Berlin: dort werde die deutsche Einheit geschmiedet! Wie wenn die Fürsten heutzutage allein ohne Wissen und Willen der Völker die Politik machen könnten und dürften! Sie mögen nur hinziehen, die Fürsten, zu Wilhelm dem Adler nach Berlin, um dessen Macht in der Nähe zu beschauen. Sollten sie aber versucht werden, in den mächtigeu Schutz desselben sich zu begeben, so ist auch das Volk noch da und das Volk muß gefragt werden! Das Volk aber mag nicht, und so mögen denn unsere Herren Preußen nicht zu früh jubeln. Wir fürchten uns nicht vor der bewußten Deutung der Verträge. Wenn die Zündnadeln es wagen sollten, über den Main zu gehen, so werden wir uns zu vertheidigen wissen. Mögen die Könige sich nur gegenseitig besuchen, das Volk aber wolle man aus dem Spiele lassen: das Volk will Ruhe!

Dztg.

München, 2. Mai. Der 4. Ausschuß der Abgeordnetenkammer hat heute zu Referenten über das Wahlgesetz den Abg. Maier (Bezirksamtmann von Landsberg) und über den Gesetzentwurf betr. das Anlehen für die Einrichtungskosten der oberfränkischen Kreisirrenanstalt den Abg. Hasenmaier gewählt.

In der am 22. v. Mts. stattgefundenen Sitzung des Finanzausschusses der Kammer der Abgeordneten entspann sich in Bezug auf den Ertrag der Salzsteuer eine Erörterung darüber, in wie weit Bayern durch die mit den Zollvereinsstaaten eingegangene Gemeinschaft dieser Steuer benachtheiligt sei. Während der Abg. Kolb den hieraus entstehenden Nachtheil nach dem in Bayern zur Consumtion gelangenden Salzquantum, wenn man in den für den Absatz der bayerischen Salinen verlorenen Landestheilen mit 1,400 000 Seelen auch nur 17 Pfund per Kopf der Bevölkerung annimmt, einschließlich der von Bayern hinauszuzahlenden Steuerquote auf jährlich weit über 700,000 fl. berechnete, bezweifelte der k. Generaladministrator Hecheder die Richtigkeit dieser Berechnung, gab aber doch zu, daß Bayern allerdings mehr aus der Steuer einnehmen könnte, wenn diese nicht gemeinschaftlich wäre. Dabei wurde ferner der Wunsch geäußert, daß eine Ermäßigung dieser hohen Steuer eintreten möchte, um den Salzpreis zu vermindern.

—r Die biederen Münchener Bürger können doch eine recht große Freude an ihrem wohlweisen, gelehrten, weil fortschrittlichen Magistrate haben. Mit welcher Liebe und Hingabe er an dem Wohle der ihm anvertrauten Gemeinde hängt, beweisen des Beispiels halber folgende Beschlüsse aus der dortigen jüngsten Sitzung: Für eine Nordpolerpedition, die „allerdings kein lokales Interesse oder Vortheil" bietet, werden 300 Thlr., dagegen für das Legen der Bretter, Schmücken der Gebäude bei Abhaltung der Frohnleichnamsprozession nichts bewilligt; die Prozession soll eben dadurch (?) in der Kirche abgehalten werden, damit die fortschrittlichen Hohlköpfe, die etwa des Weges zufällig daher kämen, nicht zu Zorn über solch eine ultramontane Institution gereizt würden. Daß aber die Bürger ꝛc., sowie der Gewerbestand überhaupt durch das Nichtabhalten der Frohnleichnamsprozession beeinträchtigt werden, zu welcher Feier jedes Jahr üb r 60,000 bis an 100,000 Landleute der Umgegend und Fremde herbeikommen, kümmert die hochweisen Herren nichts; aber als geleert und geehrt dazustehen in den Augen der norddeutschen Hungerleider, dazu wurden Hunderte von Thalern hergegeben. — Das kennzeichnet so recht den Schwindel und die Bedeutungslosigkeit und Hohlheit des Liberalismus. — Ueberhaupt kommen jetzt in München von Seite dieser liberalen Tonangeber Stücklein vor, die wo anders nicht passiren dürften. Es ist aber auch Zeit, daß sich die guten Münchener, die seither geschlafen, endlich aufraffen urd den wenigen Schreiern und Maulhelden auf recht bajuwarische, wenn auch als derb verschriecne Weise das Zimmermanns-Loch zeigen. — Noch ein kleines Beispiel: Zwei Münchener Frauen stellten schon vor längerer Zeit das Ansuchen, die Statue der Madonna auf dem Marienplatz neu vergolden zu lassen, wozu endlich die Bewilligung ertheilt wurde. Nachdem Alles zur Herunternahme bereit war, bestieg Hr. Pfarrer Dr. Westermayer das Gerüst und nahm eine in der Krone der Statue befindliche silberne Kapsel, welche Reliquien vom hl. Johannes dem Täufer und einen Dorn aus der Dornenkrone Christi enthielt und außen die Buchstaben M(ax) K(urfurst) eingravirt sind, heraus, um sie in der Kirche aufzubewahren. Hierüber Zetermordio, Interpellation, Diskussion und selbst Disput im hohen Collegium, daß dieser schwarze Herr Doktor ohne Anfrage beim Magistrat diese Reliquien an sich genommen; und was war der Schluß, nun der, daß die hochweisen Herren mit langer Nase abzogen, eben weil sie soviel Intelligenz besitzen, um sich stets gründlich zu blamiren. Die Kapsel blieb aber beim Herrn Pfarrer und sie hatten das Nachschauen. — Bravo!

Ueber das Benehmen des Magistrats schreibt das Fränk. Volksbl.: Der Fanatismus und Haß gegen alles Religiöse ist so groß, daß neulich zur Rechtfertigung der Kleinkinderbewahranstalten der Herr Bürgermeister Steinsdorf vorbringen mußte, es werde in denselben des Tages nur zweimal gebetet: Vor und nach der Schule. Das vorzüglichste Bildungs-

Digitized by Google

mittel der Jugend die Religion, die soll gänzlich entfernt werden und an deren Stelle, scheint es, soll das Lästern auf die Pfaffen treten. Wir freuen uns auf die in dieser Weise heranzubildende Generation. Die, welche sie heranbilden, werden nur durch sie allein den ihnen gebührenden Meister finden.

-r München, 3. Mai. Das saubere Gebahren der Liberalen ist, unserm 74jährigen, ächt bayerisch-patriotisch gesinnten braven ersten Bürgermeister von Steinsdorf doch zu arg und so hat dieser Ehrenmann um Versetzung in den Ruhestand nachgesucht, was heute unser fortschrittlicher Magistrat, natürlich mit Freuden genehmigt hat, um den allbekannten Bürgermeister, den von Abgeordneten Lukas so gründlich blamirten Hrn. Fischer von Augsburg, an die Spitze des Magistrates zu bringen. Unser zweiter ebenfalls patriotischer Bürgermeister wird auch abdanken.

Der oberste Gerichtshof des Königreichs hat in Sachen des Dr. Leonhard Schneider, Redakteurs des Allgäuer Volksblatts in Kempten, wegen Beleidigung der Staatsregierung und der Amtsehre einzelner Personen, sowie wegen Majestätsbeleidigung zu Recht erkannt: Die von Dr. Leonhard Schneider gegen das Urtheil des Schwurgerichtshofes von Schwaben und Neuburg vom 24. März 1870 erhobene Nichtigkeitsbeschwerde wird verworfen und derselben in die hiedurch veranlaßten Kosten, welche der Staatskasse zur Last fallen, verurtheilt. — (Hierüber läßt sich nichts sagen, aber viel, sehr viel über unsere famos liberalen Zustände denken! —)

Dresden, 2. Mai. Der Großherzog von Hessen ist heute Mittags, begleitet vom König und der Königin, welche dem Großherzog bis Röderau entgegengefahren waren, von Berlin hier eingetroffen und im Hotel Bellevue abgestiegen. Morgen tritt der Großherzog über Leipzig die Rückreise an.

Berlin, 2. Mai. Zollparlament. Fortsetzung der Debatte über die Tarifvorlage. Abschnitt 2, betreffend die im Eingangszoll veränderten Gegenstände der drei ersten Positionen, als Baumwollengarn und Baumwollengewebe, wurde mit schwacher Mehrheit angenommen.

Bei der Berathung der Eisenzölle stellt Hoverbeck den Antrag, vor Position 4 eine Bestimmung einzuschalten, nach welcher der Eingangszoll auf Roheisen aller Art und altes Brucheisen bis zum 30. September 1873 2½ Sgr. per Zentner betragen soll, von diesem Termine ab sollen die genannten Artikel zollfrei eingehen dürfen. Meier (Bremen) beantragt folgende Fassung: Roheisen aller Art und Brucheisen sollen beim Eingang vom 1. Januar 1871 mit 4 Sgr., vom 1. Januar 1872 mit 3 Sgr., vom 1. Januar 1873 mit 2 Sgr. und vom 1. Januar 1874 mit 1 Sgr. verzollt werden; vom 1. Januar 1875 ab sind diese Eisensorten zollfrei. Abg. Stumm erklärt sich gegen beide Anträge. Minister Delbrück rechtfertigt die Vorlage und beleuchtet die Anträge Hoverbeck's und Meier's, welche er nicht für annehmbar hält. Unruh will weitere Ermäßigungen. Schließlich wird der Antrag Hoberbeck in namentlicher Abstimmung mit 125 gegen 113 Stimmen angenommen, der Antrag Meier mit 120 gegen 116 Stimmen verworfen.

Aus Berlin meldet der oft gut unterrichtete Korrespondent der Londoner „Times", daß der König die Umwandlung sämmtlicher Zündnadelgewehre — zwischen 2 und 3 Millionen Stück — nach einem neuen Muster genehmigt hat, welches den französischen Chassepots ähnlich sein soll. (Das Geld dazu werden die juten Preußen schaffen müssen wenn ihnen auch dabei die Augen übergehen.)

Wien, 2. Mai. Der Graf von Paris, das Haupt des Hauses Orleans ist hier eingetroffen. Der Herzog von Chartres wird erwartet. Die Prinzen des Hauses Coburg sind gleichfalls anwesend, bekanntlich auch die Königin der Belgier. Von den älteren Bourbons befinden sich König Franz und Königin Maria von Neapel in Schönbrunn, der Graf von Chambord in Frohsdorf. Man spricht von einer sich anbahnenden Versöhnung der älteren mit der jüngeren Linie der Bourbons und wird unwillkürlich daran erinnert, daß ihre Parteiführer in Frankreich gemeinsam das Plebiscit bekämpfen.

Wien, 30. April. Die Ausgleichs-Verhandlungen mit den Czechen sind beendet; das Resultat ist armselig genug. Sie wollen weder den Reichstag anerkennen noch den direkten Wahlen zustimmen; beide Propositionen erschienen ihnen unannehmbar; sie concediren nur die Forderung, in den Landtag zu treten mit der jetzigen Wahlordnung zum Zwecke der Abänderung dieser Wahlordnung. Die übrigen Fragen wie Krönung des Kaisers als König von Böhmen werden nur nebenbei berührt und treten vor den benannten Hauptpunkten weit in den Hintergrund. Durch Vereinigung der Czechen mit den Großgrundbesitzern erhalten sie im Landtag die Zweidrittelmajorität, die Deutschen bleiben in der Minderzahl. Doch ist noch nicht gewiß, daß Graf Potocki diese weit greifende Forderung schon definitiv bewilligt hat. A. P.

Wien, 2. Mai. Ein neuer Erlaß des rumänischen Ministeriums sagt, daß „Juden u. Vagabunden" den Uebertritt über die rumänische Grenze ferner nicht gestattet wird. Die Juden in der Bukovina haben deshalb telegraphisch sich an den Minister Potocki gewendet, um die Intervention Oesterreichs herbeizuführen.

Ausland.

Paris, 3. Mai. Eine Depesche des Marquis de Banneville an den Minister des Aeußern theilt mit, daß die meisten französischen Bischöfe in Rom bedauern, am Plebiszit nicht theilnehmen zu können, und anfragen, ob sie u. die sie begleitenden Priester

Digitized by Google

ihre Stimmen bei der französischen Botschaft abgeben können. — Cernuschi hat der Kasse des antiplebiszitären Komite's neuerdings wieder 100,000 Franken übersandt.

Aus Rom, 30. April, wird dem „Monde" telegraphisch gemeldet, daß das Conzil am 29. die Berathung über den Katechismus begonnen und nächsten Tages geschlossen habe. Die Abstimmung werde am 4. Mai stattfinden. Am 29. April wurde der erste Theil der Schriftstücke zum Schema vom römischen Papste vertheilt, und Tags darauf der zweite Theil, in welchem die Infallibilitätsfrage begriffen ist.

London. Die Zahl der in diesem Jahre vermißten großen Dampfer in England beträgt schon vier, welche sämmtlich nach Liverpool gehören: 1) die City of Boston mit 102 Seelen an Bord. 2) Die City of Brussels, welche am 27. März von New-York nach Liverpool absegelte, aber noch am 9. April von dem Schraubendampfer Idaho gesprochen wurde. Sie hatte ihre Schraube verloren, und man muthmaßt, daß sie sich nach Süden gewandt hat, um den Passatwinden zu begegnen. 3) Der Dampfer Venezuelan, der auf dem Wege nach Westindien am 16. März in stark beschädigtem Zustande von dem Schraubendampfer Camilla gesehen wurde. Die Camilla brachte Passagiere und Post des Venezuelan nach New-York, während Kapitän und Mannschaft entschlossen waren, beim Schiffe zu bleiben. 4) Der neue Schraubendampfer Sirius, welcher verschollen ist, seit er vor etwa 3 Monaten nach Kalkutta in See ging.

Washington, 1. Mai. Schatzsekretär Boutwell hat für den Monat Mai den Verkauf von 4 Millionen Dollars in Gold, sowie den Ankauf von 6 Millionen in Bonds angeordnet.

Vermischtes.

München, 2. Mai. Außer den telegraphisch gemeldeten größeren Prämien sind bei der heutigen Prämienziehung der vierprozentigen Prämienanleihe von 1866 noch auf folgende Nummern Prämen von je 350 fl. entfallen: Nr. 4459, 15,298, 24,154, 24,159, 24,175, 35,003, 53,794, 62,694, 68,458, 78,669, 89,729, 108,198, 108,199, 117,231, 121,868, 130,004, 130,009, 130,656, 132,668, 133,364, 136,289, 136,292, 136,742, 155,801. Die übrigen in den am 1. März gezogenen Serien enthaltenen Obligationen, welche heute nicht zum Zuge gelangt sind, werden mit 175 fl. eingelöst.

In Tilsit ereignete sich folgende kuriose Geschichte: Gegen einen seitdem verstorbenen freisinnigen Gerichtsdirector, seiner Zeit Abgeordneter, waren eine Menge Denunciationen eingebracht und wurde ein Appelrath abgesandt, die Sache an Ort u. Stelle zu untersuchen. Der Fall war ein schwerer: denn der Director hätte vor Gericht während des Verhörs von einem Angeklagten „eine Priese" angenommen. Der Director wußte sich dieser auf ihn ausgeübten Bestechung nicht zu erinnern. Der Angeklagte, der damals die erwähnte Bestechung verübt haben sollte, wurde vorgeladen und gab zu Protokoll, daß es leider eine Thatsache sei. Der Appellrath forderte ihn auf, den Sachverhalt mit allen Umständen recht genau zu beschreiben. In erschöpfender Weise hin- und herredend, aber immer nicht zum Hauptpunkt kommend, that er es, zog dabei seine Dose heraus, nahm eine Priese, hielt die Dose dem eifrig lauschenden Appellrath hin, der hineinfaßte und seine Nase bediente, worauf das Verhör damit schloß: „Herr Rath so war's!" Die Untersuchung wurde niedergeschlagen.

Binnen Kurzem erscheinen bei Friedrich Pustet, und werden von Unterzeichnetem Bestellungen angenommen:

Die Beschlüsse und Entscheidungen des Vatikanischen Concils in einer vom Herrn geistl. Rath und päpstlichen Theologen Dr. Wilhelm Molitor gefertigten und von den sämmtlichen hochwürdigsten Bischöfen, welche die dogmatische Commission bilden, approbirten Uebersetzung mit Anmerkungen.

Es ist dies also eine offizielle Ausgabe, deren Veröffentlichung in die besten Hände gelegt ist und die allein jene Garantien bietet, welche für die Authentik so wichtiger Aktenstücke wünschenswerth erscheint. — Zu beziehen durch

Otto Reindl.

Altes Gold kauft zu den höchsten Preisen **U. Weber,** Goldarbeiter nächst der Kunstmühle.

Gesellen-Verein.

Mittwoch Abend 8 Uhr

Monatsversammlung

der HH. Schutzvorstände.

Der Präses.

Anzeige.

Von heute ab befindet sich mein Laden im Hause des Hrn. Tapezier Schulz in der Franz-Ludwig-Straße.

Bamberg, 3. Mai 1870.

Marie Loch,

Modistin.

400 fl. werden auf ein Grundstück im Landg. Bamberg I. aufzunehmen gesucht.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 105. Donnerstag, den 5. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Das neue Wahlgesetz.

IV.

....r Die übrigen Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes, außer dem bereits besprochenen Art. 2 mit Einschluß der Wahlkreiseintheilungen geben nur zu wenigen Bemerkungen Anlaß.

Art. 3 bestimmt, daß aktivwahlfähig also Wähler jeder Bayer (vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 4, welche angeben, wodurch man dieses Rechtes verlustig gehe) sei, der 25 Jahre alt ist und dem Staate eine direkte Steuer entrichtet. Darnach ist gegenüber dem bisherigen Wahlgesetze die Nothwendigkeit der Ablegung des Verfassungseides fallen gelassen, dagegen das Alter von 21 auf 25 Jahre erhöhet worden. So sehr wir mit der ersteren Bestimmnng einverstanden sind, so wenig mit der zweiten, schon deßhalb, weil wir wünschen, daß die Ermöglichung des Wahlrechtes, welche durch Wegfallen der Nothwendigkeit des Verfassungseides den Militärpersonen gegeben ist, nicht nur den Offizieren, sondern auch den Gemeinen zu Gute kommen möge, was nur durch Beibehaltung der bisherigen Bestimmung, wornach das zurückgelegte 21. Lebensjahr wahlfähig machte, durchgreifend bewirkt würde. Zudem sollte, wie auch der Nürnberger Correspondent mit Recht bemerkt, ein neues Wahlgesetz keine Beschränkung, sondern Erweiterung des Wahlrechtes bringen. Die Bedingung einer direkten Steuer für die Stimmberechtigung betreffend, so leugnen wir nicht, daß wir auch in dem Fallenlassen dieser keine so große Gefahr für den Staat erblickt hätten. Es wäre damit auch dem Verlangen eines Standes, der wie überall, so auch in Bayern zu einer Macht heranwächst, der im politischen Leben Rechnung zu tragen ist, nämlich des Arbeiterstandes, Genüge geschehen.

Bezüglich Art. 10, wornach die Wahlkommissäre die Abgrenzung der Abstimmungsdistrikte, sowie die Orte für die Abgabe der Wahlzettel festzustellen haben, lassen die bei den letzten Wahlen gemachten Erfahrungen es wünschenswerth erscheinen, daß in das Gesetz selbst nähere Bestimmungen, woran sich die Wahlkommissäre hiebei zu halten hätten, sowie die Berechtigung für die betreffenden Wähler gegen die Anordnungen der Wahlkommissäre, bei den Regierungen Protest zu erheben, aufgenommen werden. Daß aber vor Allem kleinere Abstimmungsbezirke, als die im Gesetzentwurfe beabsichtigten festgestellt werden müssen, ist bereits zu Art. 2 bemerkt worden.

Bezüglich Art. 11 ist nur zu bemerken, daß die Wahllistrn nicht nur den Mitgliedern der treffenden Gemeinden, sondern auch den einer andern, mit der betr. zu einem Abstimmungsbezirke vereinigten Gemeinde-Angehörigen zur Einsicht ꝛc. offen liegen müssen, was wohl auch der Gesetzentwurf durch „Jedermann" bezeichnen will. Ob durch die Bestimmungen des Art. 16 das Geheimniß der Wahl vollständig gewahrt werde, ist zu bezweifeln. Wäre z. B. das Behältniß, in welches die Wahlzettel gelegt werden, von einem solchen räumlichen Umfange, daß die Wahlzettel aufeinander zu liegen kommen müßten, so wäre es, wenn dieselben wieder nach der Reihe geöffnet würden, mit Hülfe des nach Art. 17 nach der Reihenfolge der Stimmabgabe gefertigten Vezeichnisses der Wähler für den Wahlausschuß ein Leichtes, zu bestimmen, wie ein Jeder gewählt habe. Dies würde wohl am Einfachsten dadurch vermieden, daß entweder schon während der Wahl oder wenigstens vor der Oeffnung der Wahlzettel eine Mischung derselben durch mehrere Ausschuß-Mitglieder vorgenommen würde.

So gerne endlich der Grundsatz der Aufrechterhaltung der Diäten für die Abgeordneten (Art. 33) anerkannt und die Feststellung von 5 fl. für den Tag als nicht übermäßig zugestanden wird, so entschieden muß die Bestimmung der Reiseentschädigung zu 1 fl. für die Wegstunde als mit dew wirklichen Verhältnissen im schreienden Mißverhältnisse stehend verworfen werden. Denn es ist doch ungeheuerlich, 90 und mehr Gulden Entschädigung für eine Reise zu bewilligen, die in größter Bequemlichkeit mit 10 bis 15 fl. bestritten werden kann. Am Einfachsten und Billigsten wäre es da wohl, jedem Abgeordneten seine Reiseauslagen verrechnen zu lassen, und diese zu vergüten.

Es erübrigt uns noch, die Stellung, welche die verschiedenen Parteien, wenigstens in ihren Blättern,

Digitized by Google

zu dem Wahlgesetzentwurfe genommen haben, etwas näher anzugeben, was im folgenden Artikel geschehen soll.

Inland.

München, 4. Mai. In dem der Kammer der Abgeordneten vorliegenden Entwurf eines Tax- und Stempelgesetzes wird für die Landestheile diesseits des Rheins den Notaren in Bezug auf Notariatsurkunden und die von ihnen behandelten Verlassenschaften die Taxirung und Taxerhebung belassen, und auf jene Privat- oder im Auslande gefertigten Akte, welche in Notariatsakten erwähnt oder denselben beigefügt werden, ausgedehnt, nachdem sich die zur gutachtlichen Aeußerungen einberufenen Vertreter aller diesrheinischen Notariatskammern im Interesse der Rechtssicherheit und eines beschleunigten Geschäftsverkehrs an sich, dann insbesondere mit Rücksicht auf die Beziehungen des Notariats zu den Hypothekenämtern einstimmig hiefür ausgesprochen haben. Seitens der Staatsregierung trug man um so weniger Bedenken, dem Wunsche der Notare in dieser Richtung zu entsprechen, als die bisherige Taxirung durch dieselben keine wesentlichen Beanstandungen veranlaßte, sondern im Allgemeinen befriedigte. Alle weiteren taxpflichtigen Akte der Gerichte, Gerichtsvollzieher und Private sollen künftig auch in den Landestheilen diesseits des Rheins bei den Rentämtern taxirt (registrirt) werden; hiedurch wird insbesondere den Gerichtsschreibern eine nicht unbeträchtliche Last abgenommen und die Taxirung den Finanzbehörden, welchen die Einhebung von Staatsabgaben ohnehin obliegt, übertragen.

Die „Frkf. Ztg." schreibt: Es circulirt das unverbürgte Gerücht, daß der Minister des Innern, v. Braun, zurücktreten werde. — Und von den solidarischen??

Die „Südd. Post" schreibt heute: „Das Gerücht von der Berliner Reise des Königs wurde im preußischen Preßbureau erfunden, von der Wolff'schen Continentalkompagnie dienstwillig weiterverbretet und von hier aus mit gleichem Eifer mitgetheilt. Zweck der preußischen Regierung war offenbar, in dem Augenblick, da man dem Großherzog von Hessen-Darmstadt die Fesseln des Nordbundes anzulegen im Begriff steht, das Garn nach einem ohne Vergleich edleren Wild auszuwerfen. Es war eine abscheuliche Kühnheit — eher noch möchte man es Frechheit nennen — dem König von Bayern, wenn auch unter euphemistischer Form — etwas wie eine Huldigung, wohl gar einen Homogialeid zu insinuiren. Als eine solche Frechheit faßte auch der König, wie wir vernehmen, die fragliche Insinuation auf. In seiner Entrüstung hierüber soll er weiter denn je von einer Reise nach Berlin entfernt sein, die er vielleicht ohne diesen Vorfall wirklich unternommen hätte. Wie man uns sagt, wird der König im Laufe dieses Sommers höchstens nach Friedrichshafen gehen, da er dem König v. Württemberg einen Besuch schuldig ist."

Ein Offiziöser gibt den Besuchen süddeutscher Fürsten am Hofe in Berlin eine Deutung, welche auf eine erbärmlich perfide Verläumdung des Volkes hinausläuft. Nach dem Gerede des Offiziösen würden die süddeutschen Regierungen in Berlin Schutz gegen ihre eigenen Unterthanen suchen, was ungefähr soviel hieße, als der Klapperschlange freiwillig in den offenen Rachen fliegen. Wird man in München die von der Köln. Ztg. gebrachte Auslegung der erwähnten Reise des Königs unwidersprochen annehmen.

Der neue Schulrath Hr. Marschall in München wurde in der Sitzung vom 3. ds. im Magistrate eingeführt und beeidigt. Ein von Herrn Rechtsrath Schrott eingebrachter und von Herrn Schulrath Marschall unterstützter Antrag auf Aufhebung sämmtlicher Schulpreise incl. der Geld- und Kleiderpreise ward angenommen. Weiter ward beschlossen, daß die durch jene Aufhebung erzielte Ersparniß von 6—7000 fl. für Schulzwecke und namentlich zur Aufbesserung der Lehrer zu verwenden sei. (Es lebe der Fortschritt!!)

Auch der älteste rechtskundige Magistratsrath, Hr. Klausner, soll seine Pension zu nehmen beabsichtigen.

Das General-Comite des landwirthschaftlichen Vereines in Bayern hat das Gesuch des oberfränkischen Kreis-Comites um einen Zuschuß zur Zuchtwidervermittlung befürwortet.

In der Nacht vom 1. auf den 2. Mai ist in Birnbaum im fränk. Wald ein Brand ausgebrochen, durch welchen 11 Wohnhäuser und 19 Städel in Asche gelegt wurden.

Berlin, 4. Mai. Zollparlament. Der Antrag Hoverbeck's wegen Normirung des Reiszolles auf 15 Silbergroschen pro Zentner wurde angenommen, die Erhöhung des Kaffeezolles von 5 auf 5½ Thaler dagegen mit 187 gegen 63 Stimmen abgelehnt. — Nach der Prov.-Corresp. schreitet die Besserung in Graf Bismarck's langsam fort.

Ausland.

Paris, 3. Mai. Die Amtsztg. weist den absichtlichen Unglauben, mit welchem die Oppositionsblätter das Complot betrachten, zurück, und sagt: das Publikum werde bald selbst urtheilen. — Ein Brief Ollivier's dementirt die Gerüchte von einer bevorstehenden Reaktion.

Die „Patrie" bringt heute einige Enthüllungen über das Complet: Man habe jetzt die Entdeckung gemacht, daß die Bomben bei einem Eisengießer in der Straße Saint-Maur angefertigt worden seien. Derselbe habe die Abbildung dieser schrecklichen Mordwerkzeuge in den Blättern gesehen und sofort der Behörde die Anzeige gemacht, daß am 14. April ein Individuum ihm diese Bomben abverlangt habe unter

Digitized by Google

dem Vorwande, daß sie zu einer neuen Construction von Velocipedes verwandt würden. Es wurden 150 Bomben bestellt und zwischen dem 16. u. 19. April lieferte der Eisengießer 22. Wenn der Strike der Gießer nicht dazwischen gekommen, so wären alle 150 Bomben, deren wirklicher Zweck dem Gießer natürlich ganz fremd war, abgeliefert worden. — Die „Patrie" veröffentlicht die Namen der 15 verhafteten Mitglieder der „Internationale", die seit gestern nach dem Mazas-Gefängniß gebracht worden sind. Lauter völlig unbekannte Namen. — Man liest im „Siecle": Herr Protot, Advocat, gegen welchen diesen Morgen ein Verhaftsbefehl zur Ausführung gebracht wurde, hat Widerstand geleistet, indem er auf den Polizei-Commissär, Hrn. Clement, einen Revolverschuß gefeuert hat. Herr Protot ist nach Mazas abgeführt worden. Der Schuß hat nicht getroffen.

Die Aufregung in Frankreich hat einen fieberhaften Grad erreicht. Die Parteien bieten Alles auf, um, je nach ihrem Standpunkt, eine Mehrheit für oder gegen die Formel des Plebiscits zu erzielen. Der republikanische „Siecle", welcher bisher im Allgemeinen eine nach Außen friedliche Politik vertreten hat, macht der Regierung jetzt einen Vorwurf daraus, daß sie den Grafen Bismarck nicht zur Raison gebracht, Dänemark geopfert, Oesterreich nicht gerächt, die Vergrößerung Preußens hingenommen hat u. s. w. Der „Siecle" thut dies offenbar nur, weil er glaubt, damit eine Saite anzuschlagen, welche im französischen Volk nachklingt.

Der Heilige Vater, schreibt man, habe seinen besonderen Schmerz darüber geäußert, daß König Ludwig II. den Herrn Professor Huber wegen seiner unkirchlichen Artikel in der Augsb. „Allg. Ztg." in einem eigenen Handschreiben belobt habe.

London, 3. Mai. Unterhaus. Der Antrag Newdegate's betreffend die Klosteruntersuchung wird mit 270 gegen 106 Stimmen beseitigt, dagegen der Antrag Gladstone's, wonach der Ausschuß nur das Gesetz in Bezug auf die Klöster und deren Eigenthum einer Untersuchung unterziehen soll, mit 348 gegen 57 Stimmen angenommen.

Bukarest, 30. April. Russische Agenten nähren die zunehmende Gährung. Bei Candiano, dem neugewählten Abgeordneten, fand gestern eine Versammlung der Führer der „rothen Partei" statt, die einen Putsch vorbereitet. Die Regierung trifft Vorsichtsmaßregeln für den Fall einer Katastrophe.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 3. Mai.

Der Holzverstrich in der bürgerspit. Revier Roth und Sassendorf sei zu genehmigen. — Die Fuhrlohnsaccorde für 43½ Klftr. Föhrenholz zum städt. Holzhof für Minderbemittelte seien nach Vorschlag des H. Pflegers abzuschließen. — Die Wiederverpachtung des s. g. Lorbersgarten sei zu genehmigen. — Die Anschaffung eines Schuhmacherwerkzeugs für den Lehrling Rieser aus der Haydt'schen Stiftung sei zu bewilligen. — Für die rückständigen Brandassekuranzbeiträge von dem Wirthshause zum „grünen Baum" habe den gesetzl. Bestimmungen gemäß der neue Käufer einzustehen. — Die baldige Abhaltung des Verstrichs des in der Revier Weippertsdorf angefallenen Stockholzes durch das Kassieramt wurde angeordnet. — Als Aichlokal wurde ein Theil der städt. Heuwaage in Vorschlag gebracht und soll im Benehmen mit dem H. Verifikator die Einrichtung beschäftiget werden. — Ueber den Stand mehrerer Klagen aus Hypothekzinsen, Pachtschillingen und Gemeindeumlagen-Rückständen wurden Mittheilungen gemacht und die sachentsprechenden Beschlüsse gefaßt. — Auf einen Bericht der Schulfondspflege wurde verfügt, daß der Unterricht in der Obstbaumveredelung für die oberen Knabenschulen im 1. und 2. Stadtdistr. in der Baumschule des Schulgartens des 1. Distr. durch H. Lehrer Dietz, und für die oberen Knabenschule des 3. und 4. Distr. in der Baumschule des 3. Distr. durch H. Wickleu ertheilt werde. Für denselben Unterricht sei der hiesige Gartenbauverein zu ersuchen, seine Baumschule im 3. Distrikt, welche sich sehr gut bewährt hat, dem k. Schullehrerseminare, der Gewerbschule und der gewerblichen Fortbildungsschule zur Verfügung zu stellen und den Unterricht dem erfahrenen und tüchtigen Obstzüchter H. Kunstgärtner Karl Leuchner dahier gefälligst zu übertragen. — Ueber die zweckmäßige Fütterung der Communalpferde wurden die geeigneten Direktiven erlassen. — Durch k. Regier.-Entsch. wurde dem Voranschlage über Einnahmen und Ausgaben der Commune und des Armenpflegschaftsrathes pro 1870 die Genehmigung ertheilt, weshalb Vollzugsanweisung an die Stadtkämmerei unter gemessener Einschärfung der genauen Einhaltung der einzelnen Etatspositionen zu erlassen ist. — Dem H. Maurermstr. Dennefeld sei auf Ansuchen die Erlaubniß der Abfuhr des Aushubs von dem Kanal in der langen Gasse bedingungsweise zu ertheilen. — Die Verpachtung der Bauplätze an der Kaiserhofstrasse sei wegen der projectirten Einrichtung des Platzes für Turnzwecke zu sistiren. — Die Rechnung für gelieferte Kleiderstoffe zur Waisenanstalt im Betrage von 430 fl. 48 kr. sei zur Zahlung anzuweisen, nachdem die Güte der gelieferten Waare von Sachverständigen geprüft und anerkannt worden ist. — Ein Antrag um Bewilligung zur Auflagerung von sogen. Suppenwaare visavis der ehemaligen Garküche sei zur Vermeidung von Verkehrsstörungen abzuweisen. — Die von einer Vorberathungscommission revidirten Pachtbedingungen der neu zu verpachtenden Brauerei auf dem Michaelsberg wurden festgestellt und soll mit Zugrundelegung derselben nunmehr öffentl. Pachtausschreiben erfolgen. — Die Regieausgaben der Sparkassaverwaltung pro 1869 seien im Betrage von 53 fl. 1 kr. in Ausgabe zu verrechnen. — Eine Anzahl auf Namen hiesiger israel. Stiftungen vinkulirter Staatsobligationen seien dem H. Vorstande der isrl. Cultusgemeinde auszuhändigen. — Ueber die im K. A. Bl. ausgeschriebene Einziehung der großherz. Hessischen Grundrentenscheine sie die Referatkassa zu verständigen. — Verehelich.-Zeugnisse seien auszustellen für die HH. Bildhauer J. Ankebrand (Heim.-Geb. 36 fl.), Häcker A. Hanft (36 fl.), Eisenbahnarbeiter F. Dechant (36 fl.), Schreiner M. Ostermann (36 fl.), Gärtner Lukas Eichfelder (36 fl.) — Drei bereits vor längerer Zeit ertheilte Verehelichungsbewilligungen wurden wieder zurückgezogen, da die Betreffenden nicht im Stande sind, ihre Heimathsgebühren aufzubringen. — Die Hausirgesuche mit Brod des H. Bäckers Gg. Eckstein dahier und des Brodhändlers Joh. Bäuerlein von Wachenroth seien abzuweisen. — Dem Badpächter J. Jos. Koblenz sei die polizl. Bewilligung zur Eröffnung der Badanstalt im Theresienhain zu ertheilen. — Auf erstattete Anzeige sei der Kärnerswittwe Fr. Pichler zu bedeuten, daß sie die Seilerbahn gegenüber

Digitized by Google

ihrem Wohnhause unbedingt freizulassen und überdies für Beschädigung derselben und der dortigen Allee durch ihre ihre Fuhrwerke zu haften habe. — Dem Gärtner H. Mich. Dechant sei ein Drittel von der festgestellten Brandentschäd.-Summe auszubezahlen, nachdem Nachweis über Beschaffung des Baumaterials vorliegt. — Mehrere Bauwendungen in den Häusern Nr. 80 d, 146½, 796, 1296, 1517, 1602 seien zu bewilligen. — Das Baugesuch des prakt. Arztes H. Dr. Schweizer sei auf Grund der vorgelegten Pläne zur Ausführung zu genehmigen. — Wegen eigenmächtiger baulicher Einrichtungen im Hause Nr. 1468 sei Strafverfolgung bei der Staatsanwaltschaftsvertretung zu beantragen. — Die nachgesuchte polit. Bewilligung zur Abhaltung eines Concertes durch frühere Bühnenmitglieder im Theatergebäude sei zu ertheilen. — Der von der k. Regierung mitgetheilte Entwurf über Revision der oberpolit. Vorschriften im Betr. des Fisch- u. Krebsfanges sei den H. Vorständen des hies. Schiffer- u. Fischervereins zur Kenntnißnahme und Abgabe eines Gutachtens mitzutheilen. — Die diesjährige Hundevisitation sei Ende Mai und Anfang Juni d. J. vorzunehmen. — Mehrere verweigerte Schulstrafbeiträge seien zwangsweise beizutreiben. — Bei Gesuchen um Aufschlagung von Wanderlagern in hies. Stadt seien die Gebühren von Woche zu Woche zuvor zu erlegen und zu erheben.

Einladung zur Hagelversicherung

bei der k. k. privil. Triester Versicherungs-Gesellschaft

AZIENDA.

(Gegründet im Jahre 1822.)

Grundkapital 4⅘ Millionen Gulden,

Prämien- & Gewinn-Reserve 1⅕ Millionen

Gulden südteutscher Währung.

Haupt-Agentur für das Königreich Bayern in München.

Die Gesellschaft übernimmt nebst Feuer-, Lebens- und Transport-Versicherungen auch

Versicherungen gegen Hagelschaden

auf die Bodenerzeugnisse, als: Gräsereien, Futterkräuter, Kartoffel, Getreide Oel- und Handels-Gewächse, Gespinnstpflanzen ꝛc. unter sehr vortheilhaften Bedingungen, zu festen Prämien, wobei Nachzahlungen niemals stattfinden, und ersetzt jeden Schaden innerhalb Monatsfrist nach geschehener Abschätzung baar und voll in k. bayer. Landeswährung, wie dies seither zur vollkommensten Zufriedenheit der dabei Betheiligten geschehen ist.

Zur Vermittlung von Versicherungen empfehlen sich, in:

Bamberg	Herr	Arnold Heßlein Kaufmann,
„	„	Wilh. Stößel, „
„	„	Simon Silbermann, Augasse 522;
Gaustadt	„	Ferdin. Bohrer, Zimmermeister,
Forchheim	„	Ad. Müller, Spenglermeister,
Scheßlitz	„	Pankr. Merklein, Lehrer und Chorregent,
Weißenstadt	„	A. Dietel, Stadtschreiber,
Mkt. Graitz	„	Lorenz Deimel, Kaufmann,
Enchenreuth	„	Hans Brumbach,
Guttenberg	„	Chr. Friedrich.

Wasserberndorf Herr J. G. Dallner, Kaufmann.

☞ In Orten, in welchen die Gesellschaft noch nicht vertreten, werden solide Agenten für einzelne oder sämmtliche Branchen angestellt, und beliebe man sich hierwegen an die bezeichnete Hauptagentur zu wenden. ☜

Für Landwirthe, Pastoren, Schullehrer und Hauseigenthümer, sowie für Liebhaber von schönen, edlen und nützlichen Hausthieren aller fremdländischen Racen empfehlen wir aus unserem **Thier-Park**, Schönhauser Allee 157 in Berlin, Fasanen, Tauben, Hühner, Puten, Pfauen, Papageien, Rebhühner, Enten, Gänse und Schwäne, sowie deren

Brut-Eier und Eier-Brutmaschinen,

ferner Roth- und Damm-Hirsche, Rehe, Hasen, große Amerikanische, Französische u. wilde Kaninchen Frettchen, Angora-Katzen, Affen, Hunde ꝛc. Preisverzeichnisse gratis.

A. F. Lossow,

Direktor des Allgem. landw. Instituts u. Vorsteher des Vereins für Geflügelzucht u. Deutscher Taubenfreund in Berlin.

Stockheimer Schmiedekohlen

von bester Qualität billigst bei

J. B. Bayer jun.

Holzmarkt 346.

Aerztliche Begutachtung.

Ich bescheinige andurch, daß die **Stollwerck**'schen **Brust-Bonbons** in leichten katarrhalischen und Brust-Affektionen, daherrührender Heiserkeit u. trockenem Reizhusten sehr zu empfehlen sind. Sodann muß noch besonders hervorgehoben werden, daß sich in diesen Brustbonbons, von deren Bestandtheilen ich Einsicht erhielt, keine der Gesundheit nachhaltige Stoffe vorfinden.

Dr. Lemke, kgl. Oberstabsarzt.

Die Stollwerck'schen Brustbonbons sind in versiegelten Packetchen mit Gebrauchsanweisung á 14 kr. stets vorräthig in Bamberg bei

J. B. Haußmann,
Hofkonditor **B. Wenglein,** und
F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel, Ebermannstadt bei Abothk. Krauß, Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt, Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Gardill; Memmelsdorf bei Chr. Reich, Schüßelfeld bei A. Hohbach, Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler, Streitberg bei Joh. Dauer, Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt, Weischenfeld bei Georg Lauer, Zeil bei J. P. Pöllath.

Bernhard Tentler

beeid. Makler und Auktionator

HAMBURG

(Zollvereins-Niederlage)

offerirt Fabrikanten aller Branchen „Baarvorschüsse auf Waaren," welche letztere selbstverständlich eventuell zollfrei zurückgesandt werden.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

zed by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 106. Freitag, den 6. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Bestellungen auf die „Neue Bamberger Zeitung" werden auch für Mai und Juni (zu 24 kr.) von allen Postanstalten und Postboten entgegengenommen.

Vom Concil.

Folgendes Postulat ist dem „Oest. Volksfreund" zufolge von einer Anzahl von Bischöfen aus Frankreich, Oesterreich, Ungarn, Italien, England, Irland und Nordamerika den Vorsitzenden des Concils überreicht worden:

„Wir sind weit entfernt von dem ungerechten Urtheile Jener, welche die Päpste des Mittelalters, weil sie über Könige u. Reiche Recht sprachen, eines ungemessenen Ehrgeizes und der Störung der bürgerlichen Ordnung anklagten, vielmehr sind wir völlig überzeugt, daß dieselben rechtmäßig eine Gewalt ausübten, welche nach dem öffentl. Rechte der occidentalischen Völker ihnen zukam, u. daß für das christl. Volk daraus große Wohlthaten sich ableiteten. Da aber jene Päpste, wie es damals auch der gelehrteste that, nach dem Maßstabe ihrer Zeit die Vergangenheit beurtheilten, auch durch falsche Nachrichten über Päpste früherer Jahrhunderte, welche Kaiser abgesetzt hätten, getäuscht wurden, so glaubten sie fest und sprachen es in Decreten und Rescripten aus, es sei ihnen von Gott das Recht verliehen, über alle weltlichen Angelegenheiten rücksichtlich der Sünde zu gebieten und zu richten; denn Christus der Herr habe dem heil. Petrus u. dessen Nachfolgern 2 Schwerter übergeben: das eine das geistliche, das sie selbst trügen, das andere das weltliche, das die Fürsten und Soldaten nach ihrer Weisung zu tragen hätten. Diese Lehre von dem Verhältniß der päpstlichen Gewalt zur weltlichen hat Bonifaz VIII. in der Bulle: „Unam Sanctam" veröffentlicht u. allen Gläubigen zur Annahme vorgehalten. Es gibt Einige, die zur Beseitigung der Schwierigkeiten beaupten, Bonifaz habe nichts definirt als: alle Menschen seien verpflichtet, den römischen Papst als das von Christus bestellte Haupt der Kirche anzuerkennen; wer aber die Vorgänge zwischen Bonifaz und Philipp dem Schönen kennt, dem kann die Meinung des Papstes, der auf einer die Angelegenheiten Frankreichs behandelnden Synode die Bulle veröffentlichte, nicht in Zweifel stehen. Der Augenscheinlichkeit widerstreben läßt die Wahrheitsliebe nicht und ist auch der Klugheit nicht angemessen, denn wer sich solcher Waffen bedient, bietet den Gegnern der Kirche den besten Vorwand, sie zu verleumden und die ihr günstigen Zeugnisse der Geschichte zurückzuweisen. Uebrigens haben die Päpste bis zum 17. Jahrhundert öffentl. gelehrt, die Gewalt über das Weltliche sei ihnen von Gott übergeben worden, und haben die entgegengesetzte Meinung verdammt.

Eine andere Lehre über die Beziehung der geistlichen Gewalt zur weltlichen legen wir und fast alle Bischöfe der kathol. Welt dem christlichen Volke vor. Wir lehren nämlich: Ungleich sei allerdings die Würde beider Gewalten, denn wie der Himmel die Erde überragt, so sind die ewigen Güter, welche den Menschen mittelst der geistigen Gewalt zukommen, höher als die zeitlichen, zu deren Erhaltung oder Mehrung die bürgerliche Gewalt unmittelbar berufen ist; jede (dieser Gewalten) sei aber in dem ihr anvertrauten Gebiete nach Gott die höchste und in ihrem Walten der andern nicht unterworfen. Der weltliche Fürst als Glied der Kirche sei der kirchlichen Gewalt untergeben, der nach göttlicher Einrichtung das Recht verliehen ist, auch Kaiser und Könige mit kirchlichen Strafen zu ahnden, nicht aber das Recht, sie abzusetzen und die Untergebenen des Gehorsams zu entbinden. Die Gewalt, Könige und Kaiser zu richten, welche die Päpste des Mittelalters ausübten, sei ihnen durch eine besondere Gestaltung des öffentlichen Rechtes zugestanden worden; nach dem vollständigen Umschwung in den öffentlichen Institutionen und selbst in den Privatverhältnissen sei sie jedoch sammt dem Fundamente, auf dem sie ruhte, entschwunden.

Was wir über das Verhältniß der kirchlichen zu der bürgerlichen Gewalt lehren, ist nichts Neues, sondern sehr alt und durch die Uebereinstimmung der heiligen Väter und die Aussprüche und das Beispiel aller Päpste bis auf Gregor VII. bestätigt; daher zweifeln wir nicht, daß dieß vollkommen wahr sei, denn Gott wolle verhüten, daß wir wegen der Bedürfnisse der Zeiten den richtigen Sinn des göttlichen

Digitized by Google

Gesetzes fälschen wollten! Es müssen jedoch die Gefahren angezeigt werden, welche für die Kirche aus einem Decret entstehen würden, das mit dieser unserer Lehre nicht übereinstimmen würde; es ist Niemandem unbekannt, daß es unmöglich ist, die bürgerliche Gesellschaft nach der in der Bulle Unam Sanctam aufgestellten Regel zu reformiren. Denn es kann den Wechselfällen der menschlichen Meinungen und Einrichtungen weder das von Gott verliehene Recht, noch die demselben entsprechende Verpflichtung genommen werden. Wenn der römische Papst in dem heiligen Petrus die durch die beiden Schwerter tropisch bezeichnete Gewalt erhalten und wie in der Bulle: Cum ex apostolatus officio behauptet wird, nach göttlichem Rechte die Vollgewalt über Völker und Reiche erlangen würde, wäre es der Kirche nicht erlaubt, den Gläubigen das zu verbergen: denn sie muß bei der Unterweisung Derjenigen, welche sie zur Unterweisung bekommen hat, den Fußstapfen des heiligen Paulus folgen, welcher bezeugt: „Ich habe nicht unterlassen, Euch alle Rathschlüsse Gottes zu verkünden." Wenn aber die christliche Unterweisung auf diese Art eingerichtet wäre, würde es den Katholiken wenig nützen, lange zu versichern, was die Gewalt des Heiligen Stuhles über das Zeitliche betreffe, beschränke sich auf die Grenzen der Theorie und habe jetzt kein Gewicht in Bezug auf die Sachen und die Ereignisse; Pius IX. denke nicht entfernt daran, die Oberhäupter der weltlichen Gesellschaften abzusetzen. Denn die Gegner würden höhnisch antworten: Wir fürchten die päpstlichen Urtheilssprüche nicht, aber nach vielen und mannigfaltigen Verheimlichungen ist es endlich offenbar geworden, daß jeder Katholik, dessen Werke durch den Glauben geleitet werden, ein geborener Feind des Staates sei, da er sich im Gewissen verpflichtet fühlt, Alles, was er kann, beizutragen, daß alle Staaten und Völker dem römischen Papst unterworfen werden. Es ist überflüssig, die vielfältigen Verleumdungen und Umtriebe näher auseinanderzusetzen, welche von Seite der Feinde der Kirche daraus hervorgehen könnten.

Da es sich so verhält, kann es wenigstens für Denjenigen, der diese Schwierigkeiten aufmerksam erwägt, nicht zweifelhaft sein, daß dieselbe, ehe die Unfehlbarkeit des Papstes verhandelt wird, auf das Genaueste zu discutiren sei. Die von uns bereits am 11. März geforderten Besprechungen können zur Beleuchtung derselben sehr viel beitragen; aber die Frage ob Christus der Herr dem heil. Petrus und seinen Nachfolgern eine Gewalt über die Könige und Reiche übertragen hat, ist namentlich in unserer Zeit von so großer Wichtigkeit, daß sie dem Concil direkt vorgelegt und von demselben nach allen Seiten erwogen und geprüft werden muß. Es wäre nicht recht, die Väter zu verleiten, daß sie über einen Gegenstand, dessen Folgen so offen daliegen und die Beziehungen der Kirche zur menschlichen Gesellschaft so mannigfaltig und so tief berühren, ohne genaue und volle Sachkenntniß beschließen. Es ist daher nothwendig, daß ihnen die vorerwähnte Frage zur Erwägung vorgelegt wird, ehe man an das elfte Capitel des Schema de ecclesia geht. Wenn es beliebt, möge sie separat vorgelegt werden; da sie aber nicht ordentlich entschieden werden kann, ohne daß das Verhältniß der kirchlichen Gewalt zur weltlichen von allen Seiten geprüft wird, so scheint es uns sehr nützlich daß die Capitel 13. und 14. vor dem 11. in Verhandlung gezogen werden."

Inland.

München, 3. Mai. Ueber die von Seite der Nationalliberalen Preßbureaus in die Welt geschleuderte Nachricht von der Reise unseres Königs schreibt die Frkf. Ztg. u. A.: „Nicht geringes Erstaunen konnte man wahrnehmen, als vor einigen Tagen mit aller Bestimmtheit die Nachricht durch die Zeitungen ging: der König von Bayern werde nach Berlin wandern, um dort, wie angedeutet wurde, dem Gebieter des Nordbundes seine Huldigungen darzubringen. Wie? Das Haupt der einst so stolzen Wittelsbacher thut, ohne daß äußere Verhältnisse ihn zwängen, einen solchen Schritt der Souveränetätsabdication? Sein Vater hatte früher unter Fußstampfen ausgerufen: „Ich will nicht preußischer Präfect sein!" Und nun sollte der Sohn dasjenige nachahmen, was ein viel kleinerer Fürst eben erst nach langem Widerstreben und gezwungen vollführte? Allein die Nachricht hat sich nun als ein bloser Wunschausbruch des Großpreußenthums erwiesen. Man bildete sich ein, die Verwirklichung eines längst gehegten Gedankens durch diese Veröffentlichung zu fördern, den König auf diese Weise dahin zu drängen, daß er „anstandshalber" folgen müsse. Es erging jedoch hier, wie so oft wenn verzweifelte Experimente unternommen werden: das Ding schlug um. Seine Majestät soll höchlich erzürnt sein über die allerdings unwürdige Rolle die man ihm aufnöthigen wollte, und nun wird aus der Berliner Pilgerfahrt erst recht nichts.

München, 2. Mai Der Referent über den Gesetzentwurf, das Vermögen und die Schulden der Landwehr älterer Ordnung betr., Hr. Abg. Radspieler, ist mit den Art. 1 und 2 desselben, wonach die politische Gemeinde der Rechtsnachfolger der betr. Landwehrabtheilung sein soll, einverstanden und bemerkt nur zu Art. 3, daß die Renten aus dem Vermögensstocke der Landwehr unbedingt der neuen Bürgerwehr auch dann zuzuwenden seien, wenn die Bedürfnisse derselben durch Reluitionsbeiträge und andere Einnahmezuflüsse gedeckt erscheinen mögen, weil auch alsdann die Verwendung dieser Renten zu Bürgerwehrzwecken, z. B. zur ausgedehnten Unterstützung der unvermöglichen Unteroffiziere und Wehrmänner, zur Uniformirung der ärmeren Bürger ꝛc., mehr als zu andern Gemeindezwecken Berechtigung habe. Insbesondere sei auch darauf zu bestehen, daß

Digitized by Google

die seit Auflösung der Landwehr älterer Ordnung angefallenen und bis zur Errichtung der Bürgerwehr anfallenden Renten nicht zu andern Zwecken verwendet, sondern admassirt werden, und daß erst dann, wenn nach Ablauf von 5 Jahren (bis 1. Januar 1875) eine Bürgerwehr (an einem bestimmten Ort) nicht errichtet sein sollte, die unbedingte freie Verfügung zu andern Gemeindezwecken und die Vermischung mit dem übrigen gemeindlichen Stockvermögen zulässig sein solle. In diesem Sinne beantragt der Referent den Art. 3 zu modificiren.

Ueber das Verhalten der Fortschreiter in der Militärfrage kommt auch etwas Licht. Die Führer hatten bekanntlich ihre Getreuen aus allen Gegenden des Landes herbeigetrommelt, um durch möglichst kräftigen Widerspruch die volle Unterwürfigkeit unter das Hohenzollernthum zu dokumentiren. Zwei Tage lang bekämpften sie beharrlich die Kolb'schen Anträge. Am Vorabend des dritten Tages erklärten ihnen jedoch die „Bauern", bei der letzten Abendversammlung, daß sie nicht nach Hause kommen dürften, wenn sie gegen jene gemeinnützigen Vorschläge gestimmt hätten. Eine allgemeine Defektion stand in Aussicht. Da fanden es die Häuptlinge Barth, Völk, Fischer gerathen, eine Frontveränderung vorzunehmen. Man versuchte es, dem preußischen System zu retten was etwa möglich, da aber überhaupt nichts möglich war, erfolgte zuletzt die einhellige Zustimmung zu den bekämpften Anträgen! Doch damit sollte das Ding nicht abgethan sein. Triumphirend verkündeten nun die Blätter dieser Immerbefriedigten: Auch sie wollten die weitestgehenden Ersparungen im Militärwesen, dies hätten sie eben bewiesen. Wie es aber in Wirklichkeit gemeint war, dokumentirt die neueste Nummer der Wochenschrift unserer Reaktionäre, die sich Fortschreiter nennen, indem dieselbe kein Ende findet, auf den angeblich antinationalen (soll heißen: antinationalliberalen, d. i. antirückschrittlichen) Kolb zu schimpfen. Vermuthlich werden die gutgesinnten Herren eine neue und noch ärgere Feuerprobe beim ordentlichen Militäretat zu bestehen haben. Unterdessen unterschreiben Tausende ihrer bisher Getreuen die Eingaben gegen das importirte preußische Militärwesen. Der Süden wird immer unbotmäßiger. (Ff. Z.)

Als erster Bürgermeister der Stadt München ist der bisherige Vorstand des Gemeindekollegiums Advokat Dr. Erhard, in Aussicht genommen; auch von dem Regierungsrath Braunwart (Fortschr.-Pr.) war die Rede. Doch hat Letzterer geringere Aussicht, wenn er, was wir bezweifeln, überhaupt die heikle Stelle anstrebt. Die Besetzung der zweiten Bürgermeisterstelle wird, da allgemein zusagende Kandidaten zu Zeit fehlen, mehr Schwierigkeit machen.

Auch auf den bayer. Bahnen werden baldigst Retourbilleten mit 2tägiger Gültigkeit, die, wenn ein Sonntag dazwischenfällt, 3 Tage gelten, eingeführt; ferner sollen neben den bereits bestehenden größeren Rundtouren auch kleine zu ermäßigten Fahrpreisen eingeführt werden; — das sind wenigstens praktische Neuerungen, denen die allgemeine Anerkennung und zahlreiche Benützung nicht fehlen wird.

Das württembergische Ministerium ist jetzt wieder vollständig. Wie uns eine Privatdepesche meldet, ist gestern der Kanzler Geßler definitiv zum Minister des Kirchen- und Schulwesens ernannt worden. Man zögerte damit so lange, weil man die dadurch werdende Erneuerung des Präsidiums der zweiten Kammer scheute. Der Sieg der Großdeutschen und demokratischen Opposition bei der Neuwahl ist unzweifelhaft. Die Regierung weiß das auch. Wenn sie sich trotzdem zu der Berufung Geßler's in's Ministerium entschloß, so ist das vielleicht ein Zeichen, daß sie ernstlich an eine Auflösung der Kammer denkt. (F. Z.)

Berlin, 4 Mai. Nach Annahme der (bereits gestern gemeldeten) übrigen Tarifreformen in der heut. Sitzung des Zollparlaments folgte die Vorlage über die Stärkezuckersteuer. Der preußische Finanzminister hält eine gleichmäßige Besteuerung für nothwendig, allein anders denken die Abgeordneten, indem sie § 1 und alle übrigen §§ der Regierungsvorlage ablehnen.

Aus Berlin, 29 April, wird der „N. Fr. Pr." geschrieben: Nach einer in Gegenwart des Großherzogs von Hessen auf dem Tempelhofer Felde abgehaltenen Parade habe der König von Preußen eine Ansprache an die um ihn versammelten Stabsoffiziere gehalten, und in derselben vorzugsweise die Nothwendigkeit einer Einigung Deutschlands betont. Ob sich der König etwas Anderes darunter denkt, als die Unterwerfung sämmtlicher deutschen Fürsten unter Preußens?

Der Kaiser aller Reußen, der bekannte liebevolle Herr des unglücklichen Polens und treuer Freund der katholischen Kirche, wird erst am 11. d. seine Reise nach Deutschland antreten.

Ausland.

Paris, 5. Mai. Die „Amtsztg." veröffentlicht einen Bericht des Staatsanwalts Grandperret, welcher darlegt, daß geheime Versammlungen seit dem letzten Juli zum Zweck einer Emeute und der Ermordung des Kaisers statthatten. Der Bericht weist auf den Zusammenhang des Complotts vom Februar mit dem gegenwärtigen hin, führt die Geständnisse Beaury's an, und reproducirt folgende Schriftstücke. Ein Brief von Flourens an Beaury sagt: ‚Möchten Sie Erfolg haben; gehen Sie nur bei Nacht oder zu Wagen aus. Man muß sich entweder gar nicht damit befassen, oder sicheren Erfolg haben". Ein Brief von Beaury an Ballot vom 28. April kündigt an, daß er die „Amputation" am nächsten Tag ausführen werde, koste was es wolle; er fordert neue Summen Geldes. Endlich ein Brief

Digitized by Google

von Flourens vom 29. April an Ballot, der bei demselben mit Beschlag belegt wurde, welcher ihm empfiehlt, kein Geld mehr zu geben, und beifügt: „Meine Freunde müssen zur Ausführung ein wenig gedrängt werden durch das Bedürfniß nach Geld.“ Die Echtheit dieses Briefes wurde durch die Mutter und den Bruder von Flourens festgestellt. Ballot wurde verhaftet, er gestand von Seite Flourens Geld für Beaury, Sauvet und Greffier erhalten zu haben. Die beiden letzteren und andere waren von Flourens zur Fabrikation von Bomben verwendet worden. — Ein kaiserl. Dekret vom 4. Mai ruft die Anklage-Kammer des hohen Gerichtshofes ein, um über das Complott Beschluß zu fassen.

Paris, 3. Mai. Gestern Abend ist es in St. Quentin in Folge der Verhaftung des dortigen Präsidenten des Société internationale zu Ruhestörungen gekommen, indem eine Anzahl von Arbeitern den Versuch machten, den Gefangenen zu befreien. Die Nationalgarde und die Gensdarmerie stellte die Ordnung noch vor der Ankunft der herbeigerufenen Truppen wieder her.

Florenz, 1. Mai. (Der Mord bei Marathon.) Die italienische Regierung faßt die griechischen Vorkommnisse bei Weitem kühler (wahrscheinlich weil auf der pyrenäischen Halbinsel das Räuberunwesen nicht ausgerottet ist und besonders in Calabrien blüht) auf als die englische, und Niemand macht es ihr zum Vorwurf. Die Blätter haben sich fast alle damit begnügt, die Berichte aus Athen ohne Glossen auszudrücken u. höchstens ihrem Bedauern über das traurige Ende eines befähigten jungen italienischen Diplomaten Ausdruck zu geben.

Ueber die Zustände in Rumänien enthält die Köln. Ztg. eine Corresp. aus Galatz, 22. April, worin es heißt: „Der Haß der Parteien untereinander und gegen die Regierung hat in Rumänien eine Höhe erreicht, welche kaum eine gedeihliche Entwicklung des Landes erwarten läßt. Die Rothen wollen Joan Bratiano zum Fürsten oder Präsidenten der rumänischen Republik haben; die Kusaisten arbeiten auf eine Restauration des Exregenten Kusa hin; die Partei der Großbojaren unter Joan Ghika's Führung ist unzufrieden, weil der Fürst ihnen vor drei Jahren die Regierung nahm; die Jungbojaren wollen als specifische Anhänger Frankreichs zur Regierung kommen. Der Rothe C. A. Rosetti motivirte die Ablehnung seiner wiederholten Wahl für Ibraila, weil er kein Mandat haben wolle, das ihn in eine Versammlung bringe, die durch eine Bande von Exzuchthäuslern zusammengebracht sei. Dem entsprechend führen die Organe der Rothen eine Sprache gegen den Fürsten, welche in den Gemeinheiten des verrufenen Rochefort ihr Musterbild hat. Die Ztg. „Aderarul“ (Wahrheit) in Krajowo brachte einen Aufruf zur Bildung der Republik. Sie erklärte dem constitutionellen „Raubsystem“, den constitutionellen „Räubern“ unter Berufung auf Victor Hugo den Krieg. Die Deputirten werden darin als constitutionelle Räuber charakterisirt u. der Fürst wegen des Initiativrechts zu den angeblichen Räubereien, die im Verkaufe der Landrechte an Juden und Fremde bestehen sollen, mit der Verjagung bedroht. Die Gegner der Republik sind „erkaufte Tyrannenknechte“, sie sind „Diebe, die unter der Republik nicht die geringste Rolle spielen könnten.“ Sämmtliche Räubereien legalisire der Fürst, sein Besuch der fremden Cabinette wird zum Verbrechen gestempelt, in der Wahl einer deutschen Prinzessin zur Gemahlin ohne Genehmigung des Landes eine Verachtung des Romanismus, des rumänischen Weibes gefunden und der mit „Knitteln u. Prügeln“ zusammengebrachten Kammer jede legislative Berechtigung abgesprochen.“

Vermischtes.

Madrid. Die berühmte Alhambra wird ein Museum für arabische und jüdische Antiquitäten aufnehmen, wie sie bisher auf der spanischen Halbinsel meist in Klöstern zerstreut sind. Der Minister Echegaray hat diesfalls persönlich in Granada die geeigneten Verfügungen getroffen.

STEURER & HELD,
Nürnberg, Heugäßchen,
empfehlen alle Arten von **Kirchengegenständen** in schöner und solider Arbeit. Photographien werden auf Wunsch mit Vergnügen eingeschickt, „Reparaturen“ ebenfalls auf das Prompteste ausgeführt.

Ganze Bibliotheken
und einzelne Bücher, besonders Catholica, kaufe stets zu möglichst hohen Preisen.
I. HILLER,
Antiquar in München.

Der so beliebte
Haussegen,
(auf Handpapier gedruckt, pr. Stück 1 kr., auf Cartonpapier 2 kr.) ist wieder vorräthig und empfiehlt zur gef. Abnahme.
Otto Reindl.
(Wiederverkäufern entsprechender Rabatt.)

Die Gesänge an den 3 Bitttagen vor Christi Himmelfahrt (zum Preise von 1 kr. pr. Stück) wieder vorräthig bei
Otto Reindl.

Bad Soden
bei Aschaffenburg. 2
Jod-bromhaltige Kochsalzquellen.
— Eröffnung der Kur am 20. Mai. —

Y. S. V. nel albergo dest.
Gli Sp

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 107. Samstag, den 7. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

In München ist aus Paris der bekannte frühere P. Hyacinthe (jetzt Abbe Loyson) angekommen. (Sollte er vielleicht Gelüste nach dem Ehrenbürgerrecht dieser Stadt haben?)

Mehrere Blätter haben dieser Tage die Nachricht gebracht, daß der Kriegsminister demnächst der Kammer der Abgeordneten einen Gesetzentwurf über die Regelung der Beförderungs- und Pensionsverhältnisse der Offiziere vorlegen werde. Dieser Mittheilung gegenüber müssen wir auf die Erklärungen des Kriegsministers im 2. Ausschusse und in der 24. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten aufmerksam machen, wonach wohl der Entwurf eines Gesetzes über die Pensionsverhältnisse der Offiziere, nicht aber über deren Avancement zur Vorlage kommen wird.

Das 3. fränkische Sängerfest wird am 23. 24. und 25. Juli in Bayreuth abgehalten.

Würzburg, 5. Mai. Dem Vernehmen nach ist in der bekannten Klagsache des Frhrn. Schenk v. Geyern gegen General v. Maillinger wegen widerrechtlicher Gefangenhaltung des Sohnes des Ersteren nunmehr das erstrichterliche Erkenntniß erlassen und General v. Maillinger zu einer Geldbuße von 300 fl. und in die Kosten verurtheilt worden.

Darmstadt, 5. Mai. Se. k. H. der Großherzog ist gestern Abends um 10 Uhr wieder hier eingetroffen.

Ein Berliner Corresp. im Stuttgarter Beobachter hält die Existenz der preußischen Note trotz offiziösen Dementis aufmerksam und fügt hinzu, „daß es nicht das erste Schutzmittel dieser Art ist, daß aus Berlin nach Stuttgart gelangt, und daß namentlich die freundnachbarschaftliche Hilfe der deutschen Großmacht gegen die Braunschweiger Delegirtenversammlung der deutschen Volkspartei, in der man ein höchst staatsgefährliches Unternehmen aufgestiebert zu haben scheint, zur Verfügung gestellt wurde". Außerdem werden noch weitere Enthüllungen in Aussicht gestellt. Selbstverständlich gießt, wenn die Sache sich bestätigt, ein solches freundnachbarliches Anerbieten nur Oel in's Feuer. Das Anerbieten eines preußischen Einmarsches gegen eine Agitation, die sich innerhalb der Gesetze hält, und gegen welche man nichts einwenden kann, als daß man in Berlin und in hiesigen ministeriellen Kreisen sehr unangenehm empfindet, ist eine ganz eigenthümliche Illustration preußischer Rechtsanschauungen und würtembergischer Selbstständigkeit. Das Vasallenthum ist vollständig fertig; wir sehen nicht nur die Heerfolgepflicht der Vasallen, sondern auch die Schutzpflicht des Lehnsherrn. Das ist der erste Eindruck, den die Note macht. Wir werden alsbald sehen, ob dieselbe nicht den naturgemäßen Rückstoß veranlaßt. — Während der Pfingstfeiertage soll hier der zweite Congreß der socialdemokratischen Arbeiterpartei zusammentreten.

In Berlin soll Graf Bismarck kürzlich dem österreichischen Gesandten verbissene Bemerkungen darüber gemacht haben, daß der Kaiser noch immer dem König von Hannover u. dem Kurfürsten von Hessen den Aufenthalt in Oesterreich gestatte. Der Gesandte soll darauf zur Antwort gegeben haben: Der Kaiser würde „mit Vergnügen" gleiche Gastfreundschaft auch dem König von Preußen und dem Herrn Grafen Bismarck selber erzeigen, falls sie in die Lage kommen sollten, solche in Anspruch nehmen zu müssen, was in diesem wechselvollen Jahrhundert doch auch zu den Möglichkeiten gehöre. (Gut abgetrumpft!)

Berlin, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Zollparlaments wurde der Handelsvertrag mit den Hawaischen Inseln ohne Debatte angenommen; es folgte die Discussion über den Antrag Bamberger, wegen Ausdehnung der Münzreform auf die süddeutschen Staaten. Minister Delbrück erklärt die Bereitwilligkeit des norddeutschen Bundesrathes dem Antrag zu entsprechen. Becher spricht im Namen der süddeutschen Fraction gegen den Antrag, welcher die Competenz des Zollparlaments überschreite und die Landesvertretungen präjudicire. Der Antrag wurde trotzdem schließlich angenommen.

† Berlin, 5. Mai. Das Zollparlament hat den Handelsvertrag mit den Hawaiischen Inseln ohne Debatte angenommen. Hierauf folgt die Debatte über den Antrag Bambergers wegen Ausdehnung der Münzreform auf Süddeutschland. Minister Delbrück erklärt die Bereitwilligkeit des Bundesraths dem

Digitized by Google

Antrage zu entsprechen, Becher spricht im Namen der süddeutschen Fraktion gegen den Antrag, welcher die Competenz des Zollparlaments überschreite und die Landesvertretungen präjudicire. Der Antrag wurde schließlich angenommen.

Berlin, 6. Mai. Zollparlament. Der Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung des Stärkezuckers, wird nach Ablehnung des ersten Paragraphen zurückgezogen. Zur Schlußberathung der Tarifvorlage bringt Abg. v. Patow einen Antrag ein, wonach die Ermäßigung der Garnzölle fortfällt, der Roheisenzoll auf 2½ Sgr., der Reiszoll auf 15 Sgr. ermäßigt, dagegen der Kaffeezoll in voller Höhe bewilligt wird. Minister v. Delbrück erklärt, die Regierungen (alle?) seien übereingekommen, das Amendement Patow als untrennbares Ganzes zu acceptiren.

Im Zollparlamente haben Hohenlohe u. Schlör für die Kaffeezollerhöhung gestimmt. Natürlich, die zwei können's zahlen und bleiben sich consequent!

Kurz vor der Abstimmung über den Kaffeezoll ist Hr. Dr. Jörg in den Saal getreten. Die süddeutsche Fraktion hat wie ein Mann gegen den Kaffeezoll gestimmt, obwohl man unmittelbar vor der Abstimmung Versuche machte, einige Mitglieder wankend zu machen. Es war vergebens.

Berlin. (Freudige Ueberraschung.) Wer sich etwa noch schmeichelte, daß mit dem Jahre 1871 eine Abminderung der Heereslasten eintreten würde, den wird aus seinen Träumen die uns aus bester Quelle zukommende Nachricht wohl reißen, daß Hr. v. Roon eine Pauschsumme pro Soldaten 280 Thlr. anstatt bisher 225 Thlr. fordert. Er motivirt diese Erhöhung theils durch die vielen Pensionirungen, theils durch Umänderung der Zündnadelgewehre in Chassepots, theils durch Festungsbauten, theils durch neue kostspielige artilleristische Schießversuche. An eine Abminderung der Präsenzstärke oder an gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit ist nicht zu denken. Die Leute dienen so schon durchschnittlich 2 Jahre, meint Hr. v. Roon und vermuthlich wird er Recht behalten. (F. U.)

Aus Berlin wird ganz trocken gemeldet: „Der Besuch des Königs von Bayern am preußischen Hofe ist aufgeschoben." (Sind sie endlich abgeblitzt die preußischen Helden. Wir wünschen ihnen recht herzlich — für immer.)

Wien, 5. Mai. Die von mehreren Seiten verbreitete Nachricht: es sei eine Reise des Kaisers nach Böhmen in Aussicht genommen, ist vollkommen unbegründet.

Berichten aus Wien zu Folge steht die Ernennung des Grafen Andrassy zum Reichskanzler in nächster Aussicht, während Graf Beust den Botschafterposten in London erhalten soll.

Ausland.

Paris, 4. Mai. Einige antiplebiszitäre Versammlungen in Provinzialstädten wurden durch die Bevölkerung unter dem Rufe: Es lebe der Kaiser! Nieder mit der Republik! auseinandergejagt. Gestern wurden in Marseille mehrere Mitglieder des republikanischen sozialen Komites verhaftet.

Eine Dekret vom 4. März beruft die Anklagekammer des hohen Justizhofes, um über die auf das Complot bezüglichen Thatsachen zu beschließen.

Der Bericht des General-Procurators Grandperret, 5½ Spalten stark, liefert ein Exposé der Thatsachen. Es wurden bei Dupont, Fontaine, Guerin, Sappia und Anderen geheime Conventikel abgehalten. Mehrere Verschworene haben Enthüllungen gemacht. Es geht aus den Erklärungen Guerins hervor, daß das Projekt einer Emeute und der Ermordung des Kaisers durch Nitro-Glycerin von Dupont seit Juli 1869 beantragt wurde. Ein Insurrektionsversuch wurde für den 26. Oktober vorbereitet, jedoch aufgegeben. In den hierauf folgenden Versammlungen fuhr man fort, die Emeute und das Complott gegen den Kaiser vorzubereiten. Ein mit Beschlag belegter Brief Mazzini's an Sappia erklärt, er könne dem Bankett in St. Mande nicht beiwohnen. Der Brief sagt weiter: „Gleiche Pflichten wie diejenigen, die Ihr zu erfüllen Euch vorbereitet, halten mich dort zurück, wo ich bin." Ein in Marseille bei Bastelica mit Beschlag belegtes Schreiben Varlin's, eines der Häupter der „Association internationale", konstatirt politische Projekte und Beziehungen zu Rochefort. Er sagt darin unter Anderem: „Ich gehe mich der Mitwirkung der anderen Centren, Lyon, Rouen, Roubaix ꝛc. zu versichern.

Nach einer Darstellung der Februar-Unruhen berichtet Grandperret über die Geständnisse Beaury's, welcher erklärt, daß Flourens ihn in dem Projekte, den Kaiser zu ermorden, ermuthigt hat. Beaury erhielt in Paris drei Briefe von Flourens; die zwei ersten verbrannte er, den dritten „Gustave" unterzeichnet, belegte die Polizei mit Beschlag. Beaury empfing 500 Franks von Ballot.

Ein Schreiben Flourens vom 20. April sagt: Es ist kein Augenblick zu verlieren. Der Mann mit dem Patente soll aufs Land gehen und Alles wäre verzögert. Gehen Sie nur Nachts oder zu Wagen aus. Fehlen Sie nicht, fehlen Sie nicht! Ich werde sehr schnell in Paris sein, um Sie zu unterstützen. Alles hängt von Ihnen ab. Ich wiederhole Ihnen nochmals, was ich Ihnen hier sagte: Man muß sich entweder nicht hineinmischen, oder Erfolg haben. Die Sachverständigen in Schriften erklärten, daß das Schreiben den Geständnissen Beaury's entsprechend von Flourens herrühre.

Ein Schreiben Beaury's vom 28. April mit der Unterschrift „Camille" erklärt, er werde die Amputation vornehmen, koste es was es wolle. Am hierauf folgenden Tage verlangte er von Ballot weitere 140 Francs.

Ein neues bei Ballot mit Beschlag belegtes

Digitized by Google

Schreiben des Flourens vom 29. April, dessen Authenticität von der Mutter u. dem Bruder des Flourens anerkannt wurde, empfiehlt dem Ballot kein Geld mehr vorzustrecken, da dasjenige wie er sich ausdrückt, „was ich will im Zuge ist sehr gut ausgeführt zu werden." Sie haben, sagt Flourens, selbst nothwendig in der Ausführung ein wenig angetrieben zu werden durch das Bedürfniß zu handeln. Flourens organisirte gleichzeitig mit Sauret, Greffier und Anderen die Mittel um die Insurrection zu erleichtern.

Grandperret erzählt sodann den Hergang bei der Beschlagnahme der Bomben, constatirt, daß von den 21 weggenommenen Bomben nur 17 von dem Gießer Lepet herrühren und es demnach eine unbekannte Gießerei noch gebe.

Der neuestens verhaftete Ballot erklärte von Seite Flourens 1100 Francs dem Sauret, 550 dem Beaury und 1400 Francs dem Greffier verabfolgt zu haben.

Aus Marseille wird vom 4. Mai telegraphirt: Die Proclamation des republicanisch-socialistischen Comite's an die Truppen hinsichtlich des Plebiscits ist mit Beschlag belegt, und einige Mitglieder des Comite's sind verhaftet worden; man hat in ihrer Wohnung compromittirende Papiere gefunden.

Während der Plebiscitperiode enthüllt sich in Frankreich Manches, was vorher verborgen war. Die Oppositionspresse führt eine Sprache, die alles bisher dagewesene an Gemeinheit übertrifft; und der vielgeschmähte Kaiser vergilt die frechen Lügen, die boshaften Verleumdungen — vom Ministerium ganz abgesehen, Beleidigungen der Minister werden nicht beachtet — mit der unbegrenztesten Nachsicht. Mitten im Sturme der leidenschaftlichen Anfeindungen reiht er Amnestie an Amnestie; seine Herrschergewalt gebraucht er nur zur Wahrung der äußern Ordnung Auf diese großen Eigenschaften weisen wir nur deßhalb hin, damit andere sich liberal nennende Regierungen daran sich spiegeln wollen, die beim geringsten Laut oder einer mißverstandenen Aeußerung Amtsehrenbeleidigung wittern und mit äußerster Strenge gegen Männer verfahren, die keineswegs die Feinde des Thrones sind. (A. P.)

Rom, 28. April. Der Papst hat die französische Note fast mit einem gewissen Humor aufgenommen. Er hielt sie in der Hand und machte darüber die Zeichen, welche der Priester über dem Weihrauch zu machen pflegt, den er auf das Kohlenbecken streut. Der Sinn der dabei ausgesprochenen Formel ist: „Du sollst verbrannt werden zur Ehre Gottes." — Die preußische Gesandtschaft ist dem Schema de fide gegenüber nicht so unthätig gewesen, als man annahm. Hr. v. Arnim hatte nämlich Weisung aus Berlin erhalten, falls der Passus über die Protestanten in dem Prooemium nicht geändert werde, Rom zu verlassen, und er gab dem Kardinal Antonelli offiziell eine dahingehende Erklärung ab. Sie war jedoch schon halb unnöthig geworden, indem die Rede Stroßmayer's vorangegangen und dadurch eine Annahme des Passus im höchsten Grade unwahrscheinlich geworden war.

Rom, 4. Mai. Das Concil hat heute das Schema über den kleinen Katechismus votirt; ungefähr 10 Bischöfe stimmten mit non placet. Diese vereinenden Stimmen kamen aus dem deutschen und ungarischen Episkopat; dieselben wollten den Katechismus von Canisius beibehalten wissen. (So schreibt die A. A. Ztg.)

Florenz, 5. Mai. Mit 193 gegen 32 Stimmen hat die Kammer das Einnahmebudget angenommen. Farini legte sodann den Commissionsbericht über das Kriegsbudget vor. In demselben werden fünf Millionen an Ersparungen beantragt, ohne die Cadres oder den Armeestand zu mindern. — Die „Riforma" erwähnt des Gerüchts, daß die Tabacks-Regiegesellschaft sich mit dem Finanzministerium verständigt habe, wodurch die Regierung 65 Millionen Lire bekäme.

London. Im englischen Unterhause stellte Newdegate den Antrag einer Untersuchung über die männlichen und weiblichen Klöster in England durch einen Ausschuß des Unterhauses. Der Antrag wurde mit einer äußerst kleinen Majorität angenommen. Der Antrag hat unter den englischen Katholiken eine große Aufregung hervorgerufen; es wird hauptsächlich dagegen geltend gemacht, daß ein parlamentarischer Ausschuß keine vereideten Zeugen verhören kann und daher verleumdungssüchtigen Feinden der Klöster aller Vorschub geleistet würde. Der „Köln. Ztg." wird über die Sache aus London, 28. April geschrieben:

„Die Katholiken sträuben sich bekanntlich sehr gegen den mit geringer Stimmenmehrheit vom Parlamente gefaßten Abschluß, eine Commission zur Besichtigung der klösterlichen Anstalten einzusetzen. Sie haben schon viele Versammlungen abgehalten und treten jetzt mit einer langen Erklärung gegen die Ausführung jenes Beschlusses auf. „Die Klöster in Großbritannien", sagen sie, „sind die Privatwohnungen britischer Unterthanen, die sich freiwillig verbinden, um um sich zu christlicher Vollkommenheit auszubilden . . . . Wir würden die Untersuchung als einen Schimpf gegen uns selbst betrachten. . . . Es ist moralisch unmöglich, daß innerhalb der Klostermauern eine Unterdrückung stattfinde, oder ein Mißbrauch der geistlichen Gewalt, ohne daß wir davon erführen. . . . . Die Untersuchung würde als eine Kriegserklärung gegen die Katholiken des Vereinigten Königreiches angesehen werden, als eine Erneuerung der alten bösen Tage der Verfolgung und der peinlichen Strafgesetze. Wir rufen unsere protestantischen Landsleute an, jene dem Erlöschen nahen Feindseligkeiten nicht neuerdings zu entflammen." Unterzeichnet ist der Protest von vielen Hunderten Katholiken; an der Spitze stehen der Herzog von Norfolk, die Earls von Denbigh und Gainsborough, Lord

Digitized by Google

Arundell of Wardour, Sir G. Bowyer u. A. Zu gleicher Zeit haben die „katholischen Damen von Großbritannien" einen Protest veröffentlicht. Von den Unterzeichnerinnen, über 700, nennen wir die Herzoginnen von Norfolk, Buccleuch, Argyll und die schriftstellerisch bekannten Namen Lady Georgiana Fullerton und Lady Herbert of Lea."

England scheint mit Griechenland ein ernstes Wort reden zu wollen. Nach der Erklärung des Unterstaatssekretärs Otway in der vorgestrigen Nachtsitzung des Parlaments ist das gesammte englische Mittelmeer-Geschwader nach dem Piräus abgegangen. Auch das italienisches Panzer-Geschwader soll den gleichen Befehl erhalten. Eine engiisch-italienische Landung in Griechenland wäre daher nicht unmöglich.

Aus der Erzdiöcese Wilna ist ein Protest gegen die Einführung der russischen Sprache beim Gottesdienste an den Minister des Innern nach Petersburg abgesandt, der zwar in bescheidenen, ehrfurchtsvollen Ausdrücken abgefaßt ist, aber dennoch sehr entschieden lautet. Er ist von 11 Prälaten, 29 Decanen und 230 Geistlichen unterzeichnet.

Athen, 5. Mai. Der britische Botschafter bei der Pforte, Sir Elliot, ist, auf der Reise nach Konstantinopel begriffen, in einer wichtigen Mission hier angekommen.

Die „Pf. Ztg" bemerkt zu der Räuberangelegenheit, sehr sachgemäß: „Man erinnert sich des großen Antheils, welchen England an die Vertreibung des Königs Otto aus Griechenland und an der Wahl des jetzigen Königs hatte, dem es die jonischen Inseln als „Morgengabe" entgegenbrachte. Und während der ganzen Regierungszeit des Königs Otto, der dem undankbaren Lande seine Jugend, eine heitere, sorgenlose, von Liebe und Achtung umgebene Lebensstellung, kurz Alles geopfert, während dieser ganzen Regierungszeit schien die englische Diplomatie in Athen keine andere Aufgabe zu kennen, als Intriguen zu spinnen und dem edlen Fürsten das Leben zu verbittern. Nicht ohne Genugthuung kann man daher jetzt lesen, wie englische Blätter sich auf einmal erinnern, daß die griechischen Landstraßen zu König Otto's Zeiten so sicher waren, wie im eigenen Lande, und daß der damalige britische Gesandte, Sir Thomas Wyse, ohne alle Bedeckung mit seiner Damengesellschaft durch ganz Griechenland nach Morea reisen, in das berüchtigte Gebiet der Mainoten und durch die Pässe von Sparta lustwandeln konnte, ohne von Briganten etwas zu sehen oder zu hören. Kann man aber nicht sagen, die frühere englische Politik habe die Metzelei bei Marathon dadurch mit verschuldet, daß sie die Regierung König Otto's stürzenhalf?"

Ueber die traurigen Vorgänge auf der hellenischen Halbinsel liegen Einzelheiten von, denen zufolge die Gefangenen unter sich das Loos zogen, welcher nach Athen gehen sollte, um die Unterhandlungen wegen der Auslösung zu leiten. Das Loos fiel auf Mr. Vyner; dieser jedoch lehnte aus Rücksichten für seine Gattin ab und drang in Lord Muncaster, an seiner Stelle zu gehen. Um ein Haar breit wäre auch die Familie des Carl of Shaftesbury durch den Vorfall in tiefe Trauer versetzt worden, insofern es nur einem Zufall zu verdanken ist, daß sein jüngster Sohn, Mr. Cicil Ashley, nicht an dem Ausfluge nach Marathon Theil nahm. Derselbe mußte nämlich am 12. April nach England zurückreisen und ließ die Freunde nur ungern ihren Ausflug allein antreten.

Vermischtes.

(Wilhelm I. ein Retter Shakespeares.) Unter dem Titel „Shakespeare Museum" kündigt ein Herr Max Moltke in Leipzig eine neue Schrift zur Pflege des Shakespeare-Studiums und des Shakespeare-Cultus an. Das Probeheft berechtigt zu großen Erwartungen. In demselben wird nämlich der Versuch gemacht, Shakespeare wegen seiner geogrvphischen Schnitzer zu vertheidigen. Bekanntlich läßt der große Brite in seinem „Wintermärchen" Böhmen an das Meer grenzen. Nach Hrn. Moltke hat Shakespeare durch diesen Irrthum mit Seherblick auf das Jahr 1866 hingewiesen. Der Umstand nämlich, daß nach der Schlacht von Sadowa die Cession Venedigs an Frankreich stattfand, bringt den Namensvetter des preußischen Generalstabschefs auf den sonderbaren Einfall, den König Wilhelm als Ehrenretter Shakespeares zu preisen, weil er Venedig im Lande Böhmen erobert habe und Venedig am Meere liege! Gervinus, Ulrici, Rümelin, verhüllt euer Angesicht! Ihr habt den Meister gefunden!

Nach Oberammergau!

Unterzeichneter beehrt sich hiemit bekannt zu geben, daß er am Vorabend eines jeden Passionsspieles mit 2 Charabank vom Bahnhof Weilheim nach Kohlgrub fährt, wo für gute Wohnung, billige Bedienung ꝛc. gesorgt wird und anderen Tages die Herren Passagiere nach Oberammergau und nach beendigter Vorstellung an jeden beliebigen Ort befördert. — Zugleich wird bemerkt, daß auf schriftliches Verlangen die Herren Reisenden auch an den übrigen Tagen sowohl in Weilheim oder Staltach ꝛc. abgeholt werden.

Kohlgrub, den 30. April 1870.

J. A. Feud, Lohnkutscher, zugleich Gastwirth zum schwarzen Adler.

Katholisches Casino.

Sonntag den 8. d. Abends 8 Uhr

Aktien-Verloosung.

Der Vorstand.

Bernhard Tentler

beeid. Makler und Auktionator

HAMBURG

(Zollvereins-Niederlage)

offerirt Fabrikanten aller Branchen „Baarvorschüsse auf Waaren" welche letztere selbstverständlich eventuell zollfrei zurückgesandt werden.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 108. Sonntag, den 8. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Das neue Wahlgesetz.

V.

....r Es ist nicht ohne Interesse, die Stellung zu betrachten, welche die verschiedenen Parteien im Lande zu dem neuen Wahlgesetzentwurfe genommen haben, wenigstens nach den Auslassungen der ihnen zugehörigen Blätter.

Daß die sämmtlichen patriotischen Blätter aller Schattirungen den Artikel 2 des Entwurfs sammt Wahlkreiseintheilung verwerfen mußten, verstand sich nach den Principien derselben die Gleichheit vor dem Gesetze für Alle, Verwerfung aller Begünstigung verlangen, von selbst. Ueber die übrigen Artikel des Gesetzes sprechen sie sich im Allgemeinen nicht ungünstig aus, so daß man wirklich nicht verstehen kann, wie das liberale Regensburger Tagblatt den Patrioten vorwerfen mag, sie zeigten sich nur deßhalb dem Artikel 2 so abgeneigt, weil sie überhaupt keine direkte Wahl wünschten.

Weiter noch als die patriotische geht in der Verwerfung des Wahlgesetzentwurfs die demokratische Partei, welche noch viele Bestimmungen desselben, welche die Patrioten annehmen könnten, für unannehmbar findet. Namentlich sind es die Bedingungen der Wahlfähigkeit, direkte Steuer, Alter von 25 Jahren, welche auf dieser Seite den heftigsten Widerstand finden. So hat eine demokratische Volksversammlung am 30. April im Stiftsgarten zu München den Wahlgesetzentwurf geradezu als einen Rückschritt bezeichnet.

Das wohl von allen Parteien unabhängigste bedeutendere bayerische Blatt, der „Nürnberger Correspondent" erklärt sich im Allgemeinen mit dem Wahlgesetzentwurfe einverstanden, auch mit der Scheidung von Stadt und Land bei der Wahl, verwirft aber eben so entschieden wie die patriotischen Blätter die Wahlkreiseintheilung bezüglich der so sehr verschiedenen Größe der einzelnen Wahlkreise.

Am Interessantesten ist das Verhalten der Fortschrittsblätter zum Entwurfe. Dieselben schwiegen auffallend lange, was sonst ihre Art gerade nicht ist. Wahrscheinlich konnten die Führer der Partei selbst nicht einig werden, wie sie sich zu demselben stellen sollten. Darauf zeigt auch die sonst in diesem Lager nicht zu findende Verschiedenheit der Beurtheilung des Entwurfes hin. Während z. B. der fortschrittliche Pfälzer Kurier und die selbst an der Spitze des Fortschritts marschirenden „Neuesten Münchener Nachrichten" gleich den patriotischen Blättern die beabsichtigte Scheidung von Stadt und Land, sowie die verschiedene Größe der Wahlkreise im Namen der Gerechtigkeit verwerfen, finden die „Augsburger Abendzeitung," sowie die „N. Würzb. Ztg.," diese Bestimmungen völlig in Ordnung; ja der Gesetzentwurf geht ihnen in dieser berechtigten! — wie sie dem H. Minister nachsprechen — Bevorzugung der Städte noch gar nicht weit genug. Dabei ist es geradezu komisch, wenn die Augsb. Abendzeitung ein paar Schreckschüsse abfeuert, die wohl kein patriotisches Herz sehr in Furcht setzen werden. So meint sie in einer Correspondenz aus Schwaben „man hätte Angesichts der heute die Welt bewegenden Ereignisse bei Feststellung der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit sich ernstlich mit der Untersuchung der Frage beschäftigen sollen, ob ein Staatsangehöriger, der einem ausländischen Vorgesetzten zum blinden Gehorsam verpflichtet ist, als vollberechtigter Staatsangehöriger ohne große Gefahr für den Staat betrachtet werden könne!" Sonst hat Hr. S keine Schmerzen! Freilich, das wäre der höchste Wunsch des Fortschritts, den katholischen Klerus, „die Schwarzen", — denn das sind die verdächtigsten Staatsangehörigen, — von der Wahl auszuschließen! Wenn es nur ginge! Zugleich wird in demselben Artikel den Patrioten die Pistole auf die Brust gesetzt, mit der Drohung, daß, wenn dieselben an Artikel 2 des Entwurfs oder der dazu gehörigen Wahlkreiseintheilung (wie sie müssen) Aenderungen vornehmen würden, die liberale Partei ohne einen Selbstmord zu begehen und König und Land den schlimmsten Gefahren preiszugeben, nicht zustimmen könnte."

Mögen die HH. Liberalen thun, was sie wollen, die patr. Abgeordneten werden sich von dem, was sie als gerecht erkennen, auch durch das heuchlerische Augenverdrehen derselben nicht abwendig machen lassen. Bleiben aber die patr. Abgeordneten fest, so ist wie bei der Militärbudget-Debatte eine schließ-

Digitized by Google

liche Zustimmung eines großen Theils der Fortschrittspartei trotz des anfänglichen Widerstandes sicher zu erwarten, wenn die Regierung selbst sich nachgiebig zeigt. Dies steht aber nach einem Artikel der durch ihre hochöfficiösen Beziehungen bekannten Augsburger Allgem. Zeitung in Nr. 122 (aus München) ‼ in Aussicht. Nachdem derselbe nämlich das Urtheil des ‚Nürnberger Correspondent' über den Wahlgesetzentwurf mitgetheilt, knüpft er daran die Bemerkung, daß unter der Voraussetzung der Beibehaltung der principiellen Scheidung von Stadt und Land, welche nicht nur der Nürnb. Corr., sondern selbst die Augsb. Postzeitung für zulässig halte, über den Punkt der verschiedenen Größe der Wahlkreise, der am Meisten von allen Seiten angegriffen werde, — „der Minister mit sich werde reden lassen". Man könne ja, wird weiter ausgeführt, den zu kleinen städtischen Wahlkreisen noch einige kleinere Städtchen zulegen ꝛc. Ob die patr. Mehrheit auf diese Zumuthung, um das ganze Gesetz zu retten, das Princip der Scheidung von Stadt und Land zuzugeben, eingehen können und werde, wollen wir nicht entscheiden. Wir glauben schon, daß sich auf diese Weise eine Verständigung erzielen lasse.

Es sei noch bemerkt, daß bereits von 2 Städten, welche sich durch die beabsichtigte Wahlkreiseintheilung benachtheiligt erachten, von Fürth und Regensburg Proteste an die Kammer abgegangen sind. Andere werden wahrscheinlich folgen, so daß schon wegen des Widerstandes der zunächst Betheiligten der Minister an eine vollständige Umänderung der Wahlkreise wird gehen müssen. Möge die Einigung gelingen, damit endlich das so allseitig gestellte Verlangen des Volkes nach einer durch direkte Wahl hergestellten, die Gesinnung und dem Willen des Volkes möglichst darstellenden Volksvertretung befriedigt werde.

Inland.

München, 6. Mai. Am heutigen Tage vor 66 Jahren trat der gegenwärtige Generallieutenant und Commandant des Artillerie-Corps, Ritter v. Brodesser, in die bayerische Armee. Derselbe gehört demnach zu den gewiß seltenen Veteranen welche sowohl den russischen Feldzug als auch den Krieg vom Jahre 1866 mitgemacht haben. Se. Maj. der König hat nun heute Hrn. v. Brodesser, dessen persönlicher Einfluß auf den Geist und den Diensteseifer seines Corps anerkannt ist, zu sich beschieden, denselben beglückwünscht und ihm das zweite Artillerie-Regiment verliehen.

Auch der Professor der Hygiene und derzeitige Rector der hiesigen Universität, Dr. Max v. Pettenkofer, wurde am 4. Mai von Sr. Maj. dem König zum Obermedizinalrath ernannt und empfing bei dieser Gelegenheit ein allergnädigstes, höchst ehrenvolles Handschreiben, worin als Grund dieser Auszeichnung „die hervorragende u. verdienstvolle Thätigkeit, welche Pettenkofer seit einer Reihe von Jahren auf dem Gebiete der Wissenschaft und insbesondere auf dem der öffentlichen Gesundheitspflege entfaltet", ausgesprochen u. der Wunsch enthalten ist: „derselbe möge noch lange als eine Zierde des bayr. Gelehrtenstandes wirken."

Die „Schulordnung" für die Gymnasien des Königreichs ist nun vollendet: sie hat den Herrn Ministerialrath Giehrl zum Verfasser.

In Uebersee (Oberbayern) findet vom 15. bis 22. Mai in der St. Johannes-Kirche die seltene Feier des tausendjährigen Jubiläums statt, wobei die hochwürdigen P. P. Kapuziner von Rosenheim die Predigten übernommen haben.

Stuttgart. Dem neuen Kultusminister v. Geßler gibt das „Deutsche Volksblatt" das Zeugniß eines Mannes von ausgezeichneten Kenntnissen, eminenter Begabung und streng objektivem Urtheil, von dem sich erwarten lasse, daß er sowohl die Interessen der Schulen als die Entwicklung des kirchlichen Lebens unter Wahrung des konfessionellen Friedens und der Eintracht zwischen Staat und Kirche fördern werde. Seinen politischen Grundsätzen nach ist der neue Minister großdeutsch.

Stuttgart, 6. Mai. Der neue Cultusminister Geßler richtete in seiner Eigenschaft als bisheriger Präsident der zweiten Kammer ein Schreiben an den ständischen Ausschuß, in welchem er die Niederlegung des Kammerpräsidiums anzeigt und Folgendes sagt: Ich hielt mich bei der gegenwärtigen schwierigen Lage verpflichtet, dem Rufe des Königs zu folgen. Die Wahrung der Selbstständigkeit Würtembergs in Verbindung mit einem freundlichen Verhältniß zu den übrigen deutschen Staaten wird auch künftig für mich Richtschnur sein. Die Mitwirkung zur möglichsten Erleichterung der Opfer, welche Würtemberg, gleich den andern Staaten, wegen der in manchen Punkten nicht vollkommen festen Gestaltung der politischen Verhältnisse zu tragen hat, wird mein besonderes Anliegen sein. Die Einigkeit von Regierung und Ständen ist bei der Lösung schwerer Aufgaben der mächtigste Schutz gegen äußere Gefahren, während eine Uneinigkeit der Bedeutung solcher namhaft erhöhen würde. Die Erreichung jener Einigkeit muß deßhalb von Jedem, welchem das Wohl von König und Vaterland am Herzen liegt, angestrebt werden.

Der Großherzog von Hessen-Darmstadt ist vorgestern Abend wieder in seiner Residenz eingetroffen. Ueber die politischen Folgen seiner Reise verlautet Nichts. Auch von der Pilgerfahrt des Königs von Bayern ist es wieder still geworden. Die Reise ist für dieses Jahr definitiv aufgegeben. Das gestehen widerwillig selbst die preußischen Blätter ein, die jedoch die Gelegenheit nicht

Digitized by Google

vorübergehen lassen können, ohne die Demokraten und Partikularisten des Vaterlandsverrathes anzuklagen, weil sie Zwietracht zwischen Deutschlands Fürsten säen. Eines solchen Vaterlandsverraths kann sie jeder Demokrat und Patriot anklagen lassen. Sein Inneres spricht ihn frei, nicht aber das der Fortvulgo Rückschrittler.

Berlin, 6. Mai. Das Zollparlament hat in der letzten Schlußabstimmung über die Tarifvorlage die Erhöhung des Kaffeezolls von 5 Thaler auf 5 Thaler 25 Silbergroschen — angenommen. Dagegen stimmten die süddeutsche Fraktion und die Fortschrittspartei.

+ In der letzten Sitzung des Zollparlements hat der ächt preuß. Abg. Blankenburg einem bayer. Blatte eine große Ehre angethan. Er laß nemlich einen Artikel aus dem bayer. „Vtld.," worin über den nordd. Mordbund und den Herrn von Preußen eben nichts Ruhmwürdiges gebracht ist, und meinte: Wenn solche (antipreußische) Blätter in Bayern gelesen werden, dann steht es schlimm, sehr schlimm in Bayern. Hierauf nahm der große Völk das Wort u. sprach: Das Vtld. ist auch ein Blatt, das man nur mit Handschuhen angreifen kann, da man sich sonst besudeln würde. Hierauf verlangten noch einige bay. der patr. Fraktion angehör. Abg. das Wort aber die fortschr. Collegen riefen nach Schluß, um wenigstens nicht aus der Stadt der Intelligenz zu ihrer Rückreise von den Patrioten und Großdeutschen heimgeleuchtet zu werden, wie es ihnen in der bayr. Kammer so oft jetzt passirt. Das „Vtld." schämt sich freilich nicht, den großen Völk ohne Handschuhe aber mit solcher Wucht anzugreifen und zu schlagen, das ihm der Aerger die letzte bismarkische Krankheit zuziehen könnte, thäte er nicht solchen Aerger hinunterschlucken.

In Berlin, so schreibt der Volksbote, hat der bekannte große Dr. Völk im Zollparlamente den Antrag eingebracht, daß für den Zentner Weißblech statt wie bisher 2 fl. 2½ kr. nach dem Entwurfe des Zolltarifes, künftig 2 fl. 37½ kr., und für gewalzte und gezogene schmiedeiserne Röhren per Zentner ungezogene 2 fl. 55 kr. anstatt 2 fl. 20 kr. Zoll gezahlt werden solle. Dieser Antrag, der eben völkisch ist, war jedoch nur darum gestellt, damit man in Berlin wisse, daß Dr. Völk auch da sei, um „in Blech" zu machen. Als jedoch dieser Antrag zur Berathung kam, hat der große Völk nicht nur nicht gesprochen und seinen blechernen Antrag nicht vertheidigt, sondern bei der Abstimmung sogar gegen seinen eigenen Antrag gestimmt. Obwohl schon vieles dagewesen ist, so etwas war noch nicht da. Freilich um sich in Berlin bemerkbar zu machen, gehört mehr dazu als über Klerus, Ultramontane, Schwarze ꝛc. schimpfen zu können, und dann finge es im Zollparlamente doch nicht gut, daß man die vor mehreren Wochen in der Abendzeitung gestandenen Artikel zum Besten gibt, (was nebenbei in Berlin nicht auffallend wäre, da daselbst im Lesezimmer des Zollparlaments keine einzige süddeutsche Zeitung aufliegt.

Für Aufhebung der Elbzölle soll außer an Mecklenburg arch an Anhalt eine Entschädigung von 85,000 Thlr. und an das Herzogthum Lauenburg eine solche von 36,000 Thlr. gezahlt werden.

Fünf Cabinette haben beim heiligen Stuhl ihre Ohnmacht hinsichtlich des Conciliums gezeigt. Preussen, Oesterreich, Frankreich, Portugal und Bayern haben Vorstellungen bei der Curie erhogen, allein mit welchem Grfolge?

In Oesterreich fangen die Liberalen selbst schon an gegen das neue Schulgesetz Opposition zu machen. Der oberösterreichische Landesausschuß hat gestern beschlossen, eine energische Note an die Statthalterei zu richten wegen der von derselben verordnungsweise durchgeführten achtjährigen Schulpflicht ohne alle Rücksichtnahme mit Zwangsandrohung und wegen Verlegung des Schulanfangs auf den 1. Oktober ohne Einvernahme der dazu gesetzlich Schulaufsichtsorgane. Dagegeu wird feierliche Verwahrung eingelegt und die Sistirung der Maßregeln verlangt.

Ausland.

Prag, 6. Mai. Die tschechischen Führer sollen die Geneigtheit ausgesprochen haben den Reichsrath anzuerkennen, wenn derselbe abwechselnd in Wien und Prag (ah!) tagen, oder General-Landtag genannt werden würde. Die „Politik" sagt, wenn jetzt nicht ein Ausgleich erzielt werde, würde ein roher Appell an die Gewalt kaum ausbleiben; der „Pokrok" hält eine Reise des Kaisers nach Prag für das beste Mittel zur Anbahnung des Ausgleichs. Die „Narodni Listy" verlangen die Auflösung des Landtags als ersten Schritt zum Ausgleich. — Der „Pokrok" plädirt ferner für die Abhaltung einer Conferenz behufs Diskussion der Forderungen des niederen Klerus, welche als Petition eine Landtagsvorlage bilden sollen.

Paris, 5. Mai. Der russische Botschafter Graf Stackelberg ist neuerdings nicht unbedenklich erkrankt. Die Generale und Korpskommandanten von Paris versammelten sich heute, um über die Maßregeln zu berathen, welche zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe am nächsten Sonntag zu ergreifen wären.

Paris, 6. Mai. Das „Journal offiziel" veröffentlicht eine Depesche aus Algier vom 3. Mai, welcher zufolge zwei glückliche Kämpfe unter General Wimpffen zur Niederwerfung der feindlichen Tribus geführt haben.

Florenz, 6. Mai. Kapitän Vivian, außerordentlicher englischer Kabinetskurier, ist mit Instruktionen für den englischen Gesandten in Athen heute auf dem Weg dorthin hier durchgereist.

Rom, 6. Mai. Die Pforte hat durch Rustem

Bey den ganzen (armenischen) Antonianer Convent schleunigst nach Konstantinopel einberufen, und Rustem Bey ferner angewiesen alle in der Türkei ansässigen Bischöfe sammt ihrem ganzen Gefolge zur Abreise dringend zu veranlassen.

Aus der Stadt und Provinz.

In vergangener Woche wurde unter den Mitgliedern der beiden städt. Gremien der Entwurf nebst Voranschlag einer zu errichtenden Wasserleitung vertheilt. Wir werden auf diesen für unsere Gemeinde so wichtigen und die Interessen jedes einzelnen Bürgers berührenden Gegenstandes sehr eingehend zu sprechen kommen. —

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 6. Mai.

Durch kgl. Regier.-Entschl. wurde die Ernennung des H. Dr. Bickel als Assistenzarzt in der hiesigen Irrenanstalt genehmigt, weshalb derselbe zu verpflichten und in seinen Dienst einzuweisen ist. — Für einen studirenden Waisenhausknaben seien nach Analogie der Bestimmungen für Gewerbslehrlinge die vorgeschriebenen Reichnisse auf die weitere Dauer von 3 Jahren zu bewilligen. — Die vom Kassieramte vorgelegte Verakkordirung des Bremholzbedarfs für die hies. Wohlthätigkeits-Stiftungen sei zu genehmigen. — Auf Antrag des hies. Lehrerpersonals sei im Benehmen mit der kgl. Stadtschulenkommission künftig die Perzeption der Schulgelder von Sonntagsschülern der Stadtkämmerei zu übertragen, da die Erhebung durch die Lehrer sich mit der Stellung und dem Berufswirken derselben nicht wohl vereinigen läßt. — Ein Kapitalsgesuch aus der Wunder'schen Stipendienstiftung zu 400 fl. wurde gegen 5% Verzinsung bewilligt. — Die Mittheilungen des Hrn. Stadtthierarztes wegen Abhaltung des Zuchtwidermarktes am 17. Mai l. J. wurden entgegengenommen und zur Ausführung genehmigt. Die Verpachtung des abgehobenen Feldes nächst der Feil'schen Restauration und des s. g. Sauangers in der Kaulberger Flurmarkung sei zu genehmigen. — Auf die gemachte Anzeige, daß in der Neuanlage vor dem Schießhause eine von dem hies. Gartenbauvereine zur Verschönerung des Platzes gepflanzte Thuja entwendet worden sei, wurde beschlossen: die Anlagen wiederholt der Mitaufsicht und dem Schutze des Publikums zu empfehlen und für Ermittlung von Frevlern Belohnung in Aussicht zu stellen. — Nach einem vorgelegten Berichte ist die städtische Baumschule nächst dem Holzhofe vollständig mit Ziergewächsen und Alleebäumen bestellt und angepflanzt, was zur Nachricht dient. — Dem kfm. u. amerik. Bürger Hr. Simon Heßlein, z. Z. dahier, sei auf Grund einer Consulatsurkunde Verehel.-Zeugn. auszustellen. — Auf Anzeige u. Antrag des Schuhmachergej. H. Joh. Dumrauf, die Abhaltung eines Congresses deutscher Lederarbeiter behufs Gründung eines gegenseit. Kranken-, Alterversorgs- und Wanderunterstützungs-Kassa nach dem Statut der internation. Gewerbsgenossenschaft der Schuhmacher u. verwandten Gewerke am 5. 6. und 7. Juli l. J. in der Bärenwirthschaft dahier sei dem Hrn. Antragsteller zu eröffnen, daß diesem Arbeitercongresse ein polizeiliches Hinderniß nicht im Wege stehe, worüber zugleich Anmeldecertifikat auszufertigen ist. — Auf Bericht der Feuerschaucommission im 3. und 4. St.-Distr. seien die erforderlichen Anordnungen zu erlassen und die liquidirten Commiss.-Gebühren bei der Stadtkämmerei zur Zahlung anzuweisen. — In einer Prozeßsache sei Armuthszeugniß auszustellen.

Aus der öffentl. Sitzung der Stadtgemeindebevollmächtigten vom 6. Mai l. Js.

Anw. Mitgl. 27. — Nachdem in Folge d. Art. 89 der Neuen Gem.-Ordn. die Prüfung d. Gem.- u. Stiftungsrechnungen dem Gem.-Collegium nunmehr obliegt und die Revision von Curatelwegen nicht mehr durch die k. Regier. stattfindet, wurde dem Vorschlage des StMag. entsprech. H. Rendant Held als städtisch. Rechnungsrevisor einstimmig ernannt, beziehungsw. als Rechnungsverständiger der bestehenden Commission beigegeben u. zugleich um Entwerfung und Vorlage einer Instruktion für denselben Ansuchen an den Magistrat gestellt. — Die ortspol. Vorschr. im Betr. des Velocipedes-Fahrens wurde ohne Erinnerung belassen. — Das Verehel.-Gesuch des Kunstreis. Hr. Aug. Augerer aus Spielberg wurde einstimmig abgewiesen. — Die Bürgerrechtsgesuche des Hr. F. E. H. Panzer, Pharmazeuten v. Bayreuth u. d. H. Jos. Günther v. Straßdorf wurde genehmigt. — Dem vom Magistr. mitgetheilten Entwurfe einer Geschäftsverthlg. der städt. Collegien u. des Armenpflegsch.-R. wurde mit großer Befried. u. vollster Anerkenng. die Zustimm. ertheilt. — Eine aufklärende Zuschrift des StMag. vom 29. vor. M. im Betr. d. bürgerspit. Brauerei hat zur Nachricht gedient. — Zu den von der weil. Regier.-Präsid. Otto Phil. Frhr. v. Groß-Trockau'schen Testam.-Exekutorie über das Familien-Fideicommiß bethätigten Geschäften wurde einstimmige Zustimmung ertheilt. — In Bezug auf die polizeil. Verordnung über Anlegung von Trottoirs wurde der Referent zur Anfertigung einer Beschwerdeschrift an die k. Reg. v. Oberfr. beauftragt u. ersucht, solche in der nächstfolgenden Sitzung zur Zustimmung dem Gremium zu unterbreiten, da ein Einverständniß mit dem St.-Mag. über mehrere gewichtige Punkte nicht zu erzielen war.

Vermischtes.

In Essen wollte kürzlich eine Hausfrau ein Dienstmädchen engagiren. Nach den üblichen Fragen der Hausfrau fragte seinerseits das Mädchen: „Haben Sie denn auch Wasserleitung?" „Leider nicht", war die Antwort. „Dann muß ich 5 Thlr. mehr haben" (für's Jahr), war die Antwort, der dann noch hinzugefügt wurde: „Ich und alle meine Freundinnen und die Andern haben das unter uns abgemacht." Auf die Gefahr hin, mit einer dieser Andern gleiche Erfahrungen zu machen, ließ die Hausfrau die Wasserleitungsfreundin gehen und man wird in Essen einen Strike weibl. Dienstboten wegen Wasserleitung erleben.

Katholisches Casino.
Sonntag den 8. d. Abends 8 Uhr
Aktien-Verloosung.
Dienstag, 10. Mai, Abends 8 U

Vortrag
über
Das öffentliche Erscheinen des heiligen Vaters.
Der Vorstand.

Epileptische Krämpfe
Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Louisenstraße 45. — Bereits Hunderte geheilt.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 109. Dienstag, den 10. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 8. Mai. Se. Maj. der König hat dem „Verein für freiwillige Armenpflege" dahier ein Geschenk von 10,000 fl. zustellen lassen. Der zum Besten dieses Vereins während der Blumen-Ausstellung im Glaspalaste veranstaltete Bazar mit Glückshafen hat 4800 fl. ertragen.

München, 8. Mai. Hr. Abg. Appellrath Kurz hat das Referat über den Gesetzentwurf bezüglich der Advokaten-Ordnung vollendet. Dasselbe wird sofort für die Ausschußmitglieder u. die Organe der Staatsregierung vervielfältigt und die Berathung darüber im Ausschuß jedenfalls vor Ende dieser Woche eröffnet werden. Der Herr Referent spricht sich, wie ich höre, für Freigebung der Advokatur aus. Unter dem Vorsitze des Hrn. Advokaten Dr. Kreitmaier aus Bamberg ist heute der „bayerische Anwaltstag" hier zusammengetreten. Nach Erledigung verschiedener innerer Angelegenheiten erstattete Herr Advokat v. Lößl aus Passau Vortrag über die Advokatenordnung. Es entspann sich hierüber, resp. über die von dem Referenten bezüglich der Organisation, Vertretung und Disziplin des Advokatenstandes u. s. w. beantragten Aenderungen eine sehr eingehende Debatte, deren Resultat in diesem Augenblick noch nicht vorliegt. N. K.

München, 6. Mai. Wie wir hören, wird der Abg. Professor Greil sein Referat über die Staatsausgaben für 1870 u. 71 in den nächsten 8 Tagen vollenden. Derselbe hat nicht weniger als zwei Millionen Gulden unnütze Ausgaben entdeckt, welche er zu streichen vorschlägt. Ein noch größeres Sümmchen wird Herr Kolb beim Militärbudget entdecken, welches ebenfalls gespart werden wird. Auf diese Weise wird nicht nur eine Steuer-Erhöhung nicht nothwendig sein, sondern sogar eine bedeutende Summe übrig bleiben, mit welcher billige Wünsche befriedigt werden können. Vorausgesetzt wird natürlich, daß diese Anträge im Wesentlichen von der Majorität angenommen werden und die Reichsrathskammer nicht zu große Schwierigkeit machen wird. Wenn nun das Budget glücklich erledigt wird und das directe Wahlrecht, so ist viel geschehen und das Volk kann zufrieden sein mit den Arbeiten des Landtags. Das Weitere wird dann die nächste Landtagssession in Ordnung bringen. F. V.

Der Donauztg. wird aus München geschrieben: Die Entmuthigung der fortschrittlichen Kreise ist groß. Es quält sie tief der Gedanke, daß sie in Stuttgart und hier im Kaffee National hinter verschlossenen Thüren tagen mußten. Das Volk will von ihren großpreußischen Plänen nichts wissen und hat kein Verständniß mehr für die einst gefeierten Führer. Die Zeit, wo diese die großen Massen mit schönen Schlagwörtern haranguirten, ist vorbei und heute müssen sie im Verborgenen über ihren Plänen brüten. Noch bis in die letzte Zeit hatten sie einen schwachen Hoffnungsschimmer, daß das Zollparlament die nationale Idee auffrischen möchte, die nationale Idee in ihrem Sinne, die großpreußische: aber sie haben vergeblich gehofft. Die Führer sind trostlos, daß ihnen die Masse nicht mehr willig folgt. Opponiren die Abgeordneten aus Mittelfranken gegen das zu starke zur Schautragen der preußischen Sympathien, so sind die Pfälzer Abgeordneten dagegen, daß die Fortschrittspartei sich zu sehr mit dem jetzigen bureaukratischen System identifizire. Bei diesen Parteiungen hält die Fortschrittspartei nur mehr mit Mühe zusammen. Der Zusammenhalt ist nur dadurch möglich, daß die Führer den gemäßigten Elementen nachgeben und vor entschiedenem Handeln sich hüten. Die Partei ist dadurch eine schwerfällige Masse geworden, ohne Verlaß auf ihren Zusammenhalt und unbrauchbar zu energischen Vorgehen. Auch die Solidarität ist im Schwinden. Vergeblich hat Fischer von Augsburg mit heißer Begier nach dem Posten des 1. Bürgermeisters in München gestrebt. Mit Sehnsucht musterte er seit Langem Steindorf's graues Haar. Kaum konnte er dessen Rücktritt erwarten, so sicher schien ihm dessen Posten zu sein. Jetzt, da seine Partei die herrschende ist, da übergeht man den Augsburger Bürgermeister mit dem „staatsmännischen Talent" und nimmt unbekannte Namen. Was mag wohl der Grund sein? Das Fiasko, welches die Partei bei der erstrebten Organisation über ganz Deutschland hin machte ist nunmehr vollendete Thatsache. Die Organisation ist vorderhand aufgegeben.

Digitized by Google

Die Niederlage, welche der Fortschritt bei der Debatte über den außerordentlichen Militärkredit erlitt, wo die eigenen Mitglieder gegen die Führer sich kehrten und diese knirschend vor Wuth in das Unvermeidliche sich schicken mußten, diese Niederlage hat man Anfangs geleugnet.

Bayreuth, 9. Mai. Am juristischen Staatskonkurs dahier betheiligten sich 16 Rechtspraktikanten, welche die Vorbereitungspraxis an verschiedenen Gerichten und Aemtern des Kreises genossen. Die Prüfungs-Commission besteht aus den Herren: kgl. Regierungs-Präsident Freiherr von Lerchenfeld, kgl. Regierungs-Direktor Kahr, k. Appellgerichts-Direktor Dr. Knappe, kgl. Reg.-Rath Frhr. v. Stengel, kgl. Appel-Rath Gerstner, k. Appell-Rath Schaller, kgl. Reg.-Assessor Luber, Sekretär: Regierungs-Accessist Feichter.

In Dresden fand am 30. April die Feier des 200jährigen Jubiläums der beiden sächsischen Grenadierregimenter 100 und 101 statt. Am Morgen war große Parade unter dem Kommando des Prinzen Georg, welcher der König, der Kronprinz, der preuß. Oberst v. Voigts-Rheetz als Vertreter des Bundesfeldherrn ꝛc. ꝛc. beiwohnten. Bei dem Dejeuner, das der Hof dem Offizierkorps gab, gelangten die verschiedenen Regimentsuniformen aus den zwei Jahrhunderten zur Darstellung. Das Fest fand seinen Abschluß in 6 Bällen, die je ein Bataillon in sechs verschiedenen Lokalen gab. Die Geschichte der beiden Regimenter weist eine lange Reihe von Schlachten und Feldzügen auf, von der Schlacht bei Heidelberg am 15. Juni 1674 an bis Königgrätz am 3. Juli 1866. Die „D. Allg. Ztg." spricht hiebei den Wunsch und die Zuversicht aus, daß nie mehr in Zukunft ein sächsischer, oder sonst ein deutscher Truppentheil in dem Verzeichnisse seiner Kriegsthaten solche aufzuführen haben möge, wo er gegen deutsche Brüder und gegen das deutsche Vaterland gestanden und gefochten!

Am 7. Mai, Nachm. 3 Uhr, wurde die Session des deutschen Zollparlaments durch den König im Weißen Saale des königlichen Schlosses mit folgender Thronrede geschlossen: „Geehrte Herren vom deutschen Zollparlamente! Als Ich Sie bei Eröffnung der ersten Session der Legislaturperiode willkommen hieß, deren letzte Session Ich heute schließe, sprach Ich die Zuversicht aus, daß Sie das gemeinsame deutsche Interesse fest im Auge haltend, die einzelnen Interessen zu vermitteln wissen würden. Die kurze, aber bedeutungsvolle Session, welche heute zu Ende geht, hat diese Zuversicht gerechtfertigt. Die Revision des Vereinszolltarifs, welche den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit bildete, berührte zahlreiche und wichtige Interessen und mußte deßhalb zu einem lebhaften Kampfe der Ansichten führen. Es ist Ihnen gelungen, aus diesem Kampfe zu einem Abschlusse zu gelangen, welcher die großen für die verbündeten Regierungen leitend gewesenen Gesichtspunkte festhält und die streitenden Interessenten versöhnt. Sie verdanken dieses Ergebniß dem nationalen Geiste, welcher liebgewordene Wünsche und lebhaft empfundene Besorgnisse zurücktreten ließ vor der Erkenntniß, daß ohne ein Opfer von jeder Seite die im Interesse unseres Vaterlandes gebotene Vollendung des Ihnen vorliegenden Werkes unerreichbar sei. Die verbündeten Regierungen sind Ihnen in demselben Geiste entgegengekommen und so ist bei allseitigem ernsten Bemühen die Feststellung einer Reform gelungen, welche durch die Berathungen dreier Sessionen gereift war. Diese Reform, indem sie den Tarif vereinfacht und die Beschaffung von Gegenständen des Verbrauchs, von Hülfsmitteln für die Arbeit und von Materialien für die Gewerbe in ausgedehntem Maße erleichtert, eröffnet der Production neue Bahnen, sichert dem Verkehr einen weiteren Aufschwung und verheißt dem Wohlstande im deutschen Zollverein eine steigende Entwickelung, während sie durch geringe Mehrbelastung eines Verbrauchsgegenstandes die finanziellen Grundlagen des Tarifsystems wahrt. Die mit den vereinigten Staaten von Mexiko u. mit den Königreiche der Hawaischen Inseln abgeschlossenen Handelsverträge haben ihre einmüthige Genehmigung gefunden. Ich vertraue, daß die durch diese Verträge gewonnene Sicherung der Rechte des deutschen Handels, der deutschen Schifffahrt und der in jenen fernen Ländern wohnenden Angehörigen Deutschlands nicht nur die wirthschaftlichen Beziehungen zu jenen Ländern fördern, sondern auch ein Pfand der Anhänglichkeit unserer auswärts weilenden Landsleute an das gemeinsame Vaterland bilden werde. Im Laufe der dreijährigen Thätigkeit, welche Sie heute beenden, haben Sie, Geehrte Herren, im Zusammenwirken mit den verbündeten Regierungen, zu dem Abschluß der räumlichen Ausdehnung des Zollvereins den Grund gelegt. Die Beziehungen des Zollvereins zu zweien durch Stammesverwandtschaft mit ihm verbundenen Nachbarstaaten und zu anderen für seinen Verkehr wichtigen Ländern geordnet, die Besteuerung zweier wichtigen einheimischen Erzeugnisse geregelt und die Gesetzgebung über den Verkehr mit dem Auslande in allen ihren Theilen neugestaltet. Die segensreichen Früchte dieser Thätigkeit sind zum Theil bereits vorhanden, zum Theil mit Sicherheit zu erwarten. Der Dank des deutschen Volkes, dessen Gedeihen Ihre Thätigkeit gewidmet war, wird Ihnen nicht fehlen. So entlasse Ich Sie, geehrte Herren, in der zuversichtlichen Hoffnung, daß auch die künftigen Versammlungen des Zollparlaments unserem gemeinsamen Vaterlande zum Segen gereichen werden.

Wie die neueste österr. Aera in Berlin aufgefaßt wird, dafür zeugt eine von dort datirte offiziöse Correspondenz der „K. Z.", in der es heißt: „Die prekäre Lage Oesterreichs kann auf die süddeutschen Staatsmänner, die im Stillen auf das Kaiserreich als auf einen Stützpunkt für gewisse Fälle geblickt hatten, nicht sehr ermuthigend einwirken. Je zweifelhafter die Zukunft Oesterreichs sich gestaltet, desto

sicherer muß eine bessere, gesundere Erkenntniß der Lage jenseits des Mains Boden gewinnen. Eine versöhnlichere Stimmung gegen Preußen wird die naturgemäße Folge sein. Dafür sind neuerdings auch schon mehrfache Symptome bemerkt worden." Daß das Preisgeben des österreichischen Deutschthums die Wege Preußens ebnen hieße, ist wohl nicht zweifelhaft.

Ausland.

Paris, 9. Mai. Die offiziellen Abstimmungszahlen von Paris sind 111,363 Ja, 156,377 Nein, im ganzen Seinedepartement 139,538 Ja, 184,946 Nein. Es herrscht vollkommene Ruhe.

An 160 Arrondissements haben von 3,671,000 Eingeschriebenen 2,614,000 mit Ja, 432,000 mit Nein gestimmt. Aus diesen bis jetzt bekannten Resultaten läßt sich mit Wahrscheinlichkeit berechnen, daß 6½ Millionen mit Ja, 1½ Millionen mit Nein stimmen werden. — In Straßburg wurden 6322 Ja und 5501 Nein, im ganzen Arrondissement 36,110 Ja und 11,605 Nein, im Departement Niederrhein 97,022 Ja und 20,596 Nein, ungültige Stimmzettel 2546 abgegeben.

Rom, 1. Mai. In der 47. Generalkongregation ergriff zuerst der Kardinal F. Donnet, Erzbischof von Bordeaux, das Wort. Am Schlusse seiner Rede verlangte er im Namen der Interessen der Kirche, man möge die Prüfung der Unfehlbarkeitsfrage beschleunigen. Darauf erhob sich sofort der Kardinalpräsident de Angelis und verkündete, der hl. Vater habe, den Wünschen und Bitten der großen Mehrheit der Konzilväter nachgebend, beschlossen, daß die Diskussion über das römische Pontifikat unmittelbar nach der über den kleinen Katechismus stattfinden solle. Von einzelnen Bänken ertönten hierauf die Rufe: Bene! oder Deo gratias! Gleichzeitig ließ de Angelis das Schema (242 Seiten fassend) vertheilen, das die Analyse aller vor sechs Wochen an die Kommission de fide gerichteten schriftlichen Bemerkungen über das XI. Kapitel des Schema de ecclesia mit dem Titel: „de primatu Romani Pontificis" enthält. In der nächsten Sitzung, am 4. Mai, wird unmittelbar nach der Abstimmung über den kleinen Katechismus das Schema vom römischen Papste mit mit den Fragen über das Primat und die Infallibilität diskutirt werden. Die feierliche Proklamirung soll am Tage Petri, also am 29. künftigen Monats stattfinden, indeß die Votirung noch in diesem Monat vor sich gehen dürfte.

Florenz, 8. Mai. Gestern tauchten in der Provinz Catanzaro (Calabrien) einige rothuniformirte Banden in der beiläufigen Gesammtstärke von 300 Mann auf. Man glaubt an eine republikanische Bewegung. Die bewaffnete Macht wurde aufgeboten, die Bevölkerung unterstützt die Behörden; weitere Truppen werden vorsichtshalber diesen Abend eintreffen.

In dem italienischen Parlament in Florenz wird manchmal auf eine eigenthümliche Weise abgestimmt. Dort ist nämlich in der Regel wie im Zollparlamente die Zahl der „Abgeordneten" so gering, daß man selbst bei wichtigeren Berathungen immer erst nachsehen muß, ob die Kammer überhaupt beschlußfähig ist. Es wirft dies gerade kein günstiges Licht auf die patriotische Hingebung, mit welcher Italiens Abgeordnete vielfach großthun. In der Regel wird daher mit Hilfe von Urnen abgestimmt, in welche die Abgeordneten ihre Stimmen für oder gegen abgeben. Diese Urnen bleiben oft stundenlang stehen, ehe man sie hinwegnimmt und zur Stimmenzählung schreitet, denn erst lange nach der Eröffnung der Sitzung finden sich die Meisten ein und geben ihre Stimmen ab. In der Sitzung vom 3. Mai kam es sogar vor, daß man die Urne einige Stunden offen ließ und alsdann viele Abgeordneten ihre Stimmen für vier Gesetze abgaben, welche schon in den vorhergegangenen Sitzung genehmigt worden waren.

Catanzaro, 9. Mai. Die Insurgentenbanden wurden von den Truppen bei Philadelphia angegriffen. Die Insurgenten flohen und ließen einen Todten und mehrere Verwundete zurück.

Mazzini hat am 28. v. Mts. einen neuen Brief veröffentlicht, worin er sagt: Der Morgen der republikanischen Aera in Italien dämmere bereits heran; die Revolution in Paris und Florenz werde schon nächstens ausbrechen und glorreich enden.

Belgrad, 8. Mai. Der „Vidovdan" meldet, daß es der serbischen Regierung gelungen sei, die Pforte von der Wichtigkeit der serbischen Bahn als Transitlinie zwischen dem Westen und Indien zu überzeugen. Die Pforte wird deßhalb in kürzester Frist einen die Transitbahn sichernden Anschlußpunkt gewähren.

Petersburg, 8. Mai. Der österr. Militärattache, Prinz v. Arenberg, wurde gestern Morgen in seiner Wohnung ermordet gefunden. Das heutige „Journal de St. Petersbourg" meldet, daß ein Arbeiter Namens Gury Chischkow, der Ermordung des Prinzen von Arenberg verdächtig, verhaftet worden ist. Derselbe leugnet trotz belastender Indizien. Gury Chischkow stand früher im Dienste des Prinzen. Der Kaiser hat dem österr. Gesandten, Grafen Chotek, sein Bedauern über den Vorfall ausgedrückt.

Der General-Capitän der Habana hat den englischen General-Consul als einen der eifrigsten Beförderer der Insurrektion verhaften lassen. Vorher wurde in Gegenwart des Consuls die im Hafen mit Beschlag belegte Post aus England von diesem Beamten im Palais des Gouverneurs eröffnet, und daraus unzweifelhaft constatirt, daß er unter dem Schutze seiner Immunität große Summen, Waffen und Munition kommen und den Insurgenten zugehen ließ.

Digitized by Google

Todes- † Anzeige.

Tiefgebeugt vom namenlosen Schmerze, bringen wir werthen Verwandten, Freunden und Bekannten die Trauerkunde von dem leider viel zu früh für uns erfolgten Ableben unseres theueren unvergeßlichen Gatten, Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels,

des Bäckermeisters

Herrn

Andreas Zapff.

Er starb nach kurzem Krankenlager sanft und Gott ergeben, nach Empfang der heil. Gnadenmittel, in seinem noch nicht vollendeten 47. Lebensjahre.

Bamberg, den 10. Mai 1870.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Das Leichenbegängniß ist heute Nachmittag ½4 Uhr, und der Trauergottesdienst morgen (Mittwoch) früh 9 Uhr in der St. Martinskirche, wozu geziemend eingeladen wird.

Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital Drei Millionen Thaler,

wovon Zwei und eine halbe Million begeben.

Die Reserven betragen. 312,248 Thlr 19 Sgr.

Die so fundirte Gesellschaft versichert gegen Hagelschaden Boden-Erzeugnisse aller Art, sowie Fensterscheiben zu festen Prämien, wobei Nachzahlungen nicht stattfinden.

Dieselbe hat, wie früher, so auch in dem vergangenen Jahre, sämmtliche Schäden prompt und zur Zufriedenheit der Betroffenen regulirt und binnen längstens vier Wochen nach deren Feststellung die Entschädigungsbeträge voll ausbezahlt. Der Geschäftsstand der Gesellschaft gewährt die Garantie dafür, daß sie auch fernerhin ihre Verpflichtungen so prompt als vollständig erfüllen wird.

Die Unterzeichneten geben auf Verlangen über die Gesellschaft weitere Auskunft und erbieten sich zur Aufnahme der Versicherungs-Anträge.

Würzburg, den 14. April 1870.

Die Haupt-Agentur:

Louis Ringelmann,

sowie die Agenten der Gesellschaft in:

Bamberg F. J. Leininger, Kaufm.
Carl Schletz, „
Ad. Becker, Wirth.
Burgebrach And. Forster, Thierarzt.
Burgwindheim F. Peetz, Rektor.
Ebrach Joh. Heißinger, k. Posterped.
Gunzendorf P. Gebhardt, Lehrer.
Hallstadt Joh. Hofmann, Sattlermst.
Scheßlitz Joh. Göppert, Spezereihdlr.
Stegaurach Ulr. Friedrich, Kaufmann.
Trabelsdorf Carl Böhmer, Cantor.
Unterneuses Joh. Agatz, Lehrer.

Katholisches Casino.

Die verehrlichen Mitglieder werden freundlich ersucht, dem Leichenbegängnisse u. Trauergottesdienste des verlebten Mitgliedes Herrn Bäckermeisters Andreas Zapff beiwohnen zu wollen.

Der Vorstand

Kath lisches Casino.

Dienstag, 10. Mai, Abends 8 U.

Vortrag

über

Das öffentliche Erscheinen des heiligen Vaters.

Der Vorstand.

Katholisches Casino.

Bei der heute stattgehabten Aktien-Verloosung wurden nachstehende Nummern gezogen:

81. 185. 221. 244. 208. 100.
205. 264. 24. 11. 173. 65. 113.
91. 162. 51. 161. 181. 211. 70.

Die Beträge können beim Herrn Cassier des Casino jederzeit gegen Einlieferung der Aktie in Empfang genommen werden.

Bamberg, 8. Mai 1870.

Der Vorstand.

Aerztliche Begutachtung.

Ich bescheinige andurch, daß die **Stollwerck**'schen **Brust-Bonbons** in leichten katarrhalischen und Brust-Affektionen, daherrührender Heiserkeit u. trockenem Reizhusten sehr zu empfehlen sind. Sodann muß noch besonders hervorgehoben werden, daß sich in diesen Brustbonbons, von deren Bestandtheilen ich Einsicht erhielt, keine der Gesundheit nachhaltige Stoffe vorfinden.

Dr. Lemke, kgl. Oberstabsarzt.

Die Stollwerck'schen Brustbonbons sind in versiegelten Packetchen mit Gebrauchsanweisung á 14 kr. stets vorräthig in Bamberg bei

J. B. Haußmann,
Hofkonditor **B. Wenglein,** und
F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel, Ebermannstadt bei Abothk. Krauß, Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt, Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Gardill; Memmelsdorf bei Chr. Reich, Schüßelfeld bei A. Hobbach, Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler, Streitberg bei Joh. Dauer, Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt, Weischenfeld bei Georg Lauer, Zeil bei J. P. Völlath.

Schmiedekohlen

von bester Qualität billigst bei

J. B. Bayer jun.

Der so beliebte

Hausſegen,

(auf Handpapier gedruckt, pr. Stück 1 kr.; auf Cartonpapier 2 kr.) ist wieder vorräthig und empfiehlt zur gef. Abnahme.

Otto Reindl.

(Wiederverkäufern entsprechender Rabatt.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 110. Mittwoch, den 11. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Rechen-Exempel.

Im norddeutschen Bund kostet die Armee jährlich 66 Mill. Thaler. Mindestens ebenso groß ist die Summe, welche dadurch eingebüßt wird, daß 300,000 Mann der Arbeit entzogen sind; zusammen 132 Millionen.

Würde nur die Hälfte dieser Summe mit rund 70 Mill. erspart, so könnten davon 220,000 Arbeiterfamilien mit 1,100,000 Köpfen bei einem Einkommen von 300 Thlr. für das Jahr leben.

Der Krieg hat Preußen allein an 300 Mill. Thaler gekostet. Die Kriegskosten des Jahres 1866 für ganz Europa dürfen zu 2 Milliarden veranschlagt werden, gibt 80 Millionen Thaler Zinsen. Davon könnten 266,000 Arbeiterfamilien mit 1¼ Millionen Köpfen leben und zu 300 Thaler per Jahr erhalten werden.

Der österr. Oekonomist berechnet die jährlichen Kriegskosten für Europa in den letzten 15 Jahren auf beinahe 2 Milliarden also auf 15 Jahre auf beinahe 30 Milliarden. Wäre nur die Hälfte erspart worden, so hätten 2 Millionen Arbeiterfamilien zu 300 Thaler mit 10 Millionen Köpfen, also der dritte Theil der Bevölkerung des norddeutschen Bundes, leben können. Würde man, bemerkt diese Zeitschrift, nur die Hälfte der Heereskosten ersparen, so würde sich im Lauf eines einzelnen Jahrhunderts eine Summe von 95,900,000,000 Thlr. ansammeln, wenn man aber das nur so lange fortsetzte, als die Schweiz bis jetzt, so würde ein Betrag von so riesenhafter Höhe erscheinen, daß man alles menschliche Elend mit Sicherheit damit wegschaffen könnte.

Aus Prince Smith's am 5. Januar 1861 in der volkswirthschaftlichen Gesellschaft für Ost- und Westpreußen zu Elbing gehaltenen Rede: „Von der Wirkung des Staats-Verbrauchs auf die Volkswirthschaft" haben die Wenigsten eine klare Vorstellung. Man ist an die lange Ziffernreihe so gewöhnt, man spricht die größte Zahl so gelassen aus, daß man kaum mehr mit denselben eine bestimmte Vorstellung verbindet. Suchen wir einige Anhaltspunkte: In Großbritannien u. Irland beträgt alles gegen Feuersgefahr gesicherte unbewegliche und bewegliche Eigenthum 1200 Mill. Pf. St. Nehmen wir noch 800 Mill. als unversichert hinzu, so beträgt der Werth an Gebäuden, Möbeln, Maschinen, Werkzeugen, Vorräthen ꝛc. im britischen Reich 2,000 Millionen Pf. St. (24,000 Mill. Gulden), d. h. etwas weniger, als was der brit. Staat seit der ersten französischen Revolution für Kriegszwecke ausgegeben hat. Ohne jene Ausgabe könnte also das reiche England wenigstens doppelt so reich sein. Also in dem ersten merkantilen Lande der Welt arbeiten alle Kaufleute und Händler mit Einschluß selbst solcher, die einen großen Arbeitslohn gewinnen, nur für den Staatsverbrauch. In Preußen verbraucht der Staat so viel, als das Gesammt-Einkommen aller zur Einkommenssteuer eingeschätzten Personen, d. h. aller derer, die 1000 Thaler jährlich und darüber haben, oder so viel, als den Gebäudewerth von ganz Berlin. Der preußische Staat verbraucht also jährlich eine große Hauptstadt.

Ein Militärbudget von 50 Millionen verzehrt jährlich einen Capitalfond, womit man jedes Jahr 100,000 neue Arbeitsstellen dotiren, Land für 100,000 Familien kaufen, oder eine halbe Million Menschen aus dem darbenden Haufen der schwankenden Existenzen herausziehen könnte, um sie in die Reihen wirthschaftlich productiver gut gelohnter Arbeiter hinüberzuführen.

Dadurch könnte man gewiß alle Armuth bis auf einzelne individuelle Fälle in absehbarer Zeit aus unserem Wirthschaftsleben vertilgen und die Beseitigung des Massenelends hängt also von unserer Erlösung aus dem jetzigen System des bewaffneten Friedens ab.

Inland.

München, 9. Mai. Aus dem Se. Maj. dem König zur Disposition für gemeinnütze und wohlthätige Zwecke überlassenen Gewinnantheile der München-Aachener-Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft hat Se. Maj. dem hiesigen Vereine für freiwillige Armenpflege den erheblichen Betrag von 10,000 fl. als bleibendes Stammcapital überwiesen.

München, 8. Mai. Die Gerichtsvollzieher-

ordnung und die Verordnung über die Gebühren der Gerichtsvollzieher sind nunmehr im Ministerium des Innern festgestellt und werden sofort dem König vorgelegt werden, um die Genehmigung Sr. Maj. zu erhalten; beide Verordnungen sollen innerhalb der nächsten 14 Tage veröffentlicht werden. Auch einige noch weitere Vollzugsverordnungen zum Civilprozesse sind jetzt festgestellt und werden alsbald publizirt werden.

Die vom Bezirksgerichte Landau wegen Majestätsbeleidigung zu einjähriger Festungshaft ausgesprochene und vom k. Appellationsgerichte bestätigte Verurtheilung des kathol. Pfarrers Eschenfelder von Eschbach wurde auch als Gnadengesuch von dem Könige abgewiesen. — Der Redakteur des „Allgäuer Volksblattes", Dr. Schneider, zeigt in diesem Blatt an, daß er ein Begnadigungsgesuch bei Sr. Maj. dem Könige einreichen werde. (Ob's aber hilft?)

Auf der Tagesordnung für die auf künftigen Donnerstag anberaumte nächste Sitzung der Kammer der Abgeordneten stehen: 1) Verlesung einer Interpellation des Abg. Rußwurm; Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich Abänderung des Art. 6 der Gemeindeordnung; 3) Berathung über die Nachweisungen bezüglich der Staatsausgaben in den Jahren 1866|67 und 1868.

München, 7. Mai. Im Gegensatz zu den „Stimmen aus Maria-Laach" sollen nun hier im Verlag von Oldenbourg in zwanglosen Heften „Stimmen aus der katholischen Kirche über die Kirchenfragen der Gegenwart" erscheinen, welche gegen den „Jesuitismus" und den „italienisch-modernen Katholicismus" entschieden Front machen wollen. Die vom König Ludwig II. bereits belobten Artikel von Professor Huber: „Papst und Staat" sind bereits als erste Lieferung ausgegeben, in den nächsten Tagen sollen Döllinger's Aufsätze gegen die „Infallibilität" und die neue „Geschäftsordnung auf dem Concil" folgen; dann eine Schrift von Stiftsvicar Schmitz: „Ist der Papst unfehlbar?" und wie Eingeweihte wissen wollen, werden sich an dem Unternehmen unter andern mit Broschüren betheiligen folgende Gelehrte: Michelis in Braunsberg, Vosen in Köln, Schulte in Prag, Reusch und Dieringer in Bonn, der bekannte Herr v. Liano, mehrere Juristen aus Bonn, Berlin und Wien; ja es hätten, wie man behauptet, zwischen sechszig und siebenzig Gelehrte aus allen Theilen Deutschlands Arbeiten zu dem angegebenen Zwecke schon angekündigt. Wir machen diese Mittheilung lediglich zu dem Zwecke, damit man nicht von anderer Seite das Unternehmen unterschätze, sondern aus bester Kraft handelnd auftrete. In dem bewegten Leben, worin wir stehen, hilft nur die That. Wie man sagt, soll obenerwähntes Brochürenunternehmen sich besonderer Unterstützung von sehr hochgestellter Seite erfreuen und für dessen Verbreitung in Tausenden von Gratisexemplaren gesorgt werden.

Aus zuverlässigster Quelle wird uns der wahre Sachverhalt der Angelegenheiten des Franziskaners-Lektors P. Petrus Hötzl mitgetheilt. Dieser in jüngster Zeit als Verfasser der Brochüre: „Ist Döllinger Häretiker?" vielgenarnte Pater soll nach wahrscheinlich aus derselben Quelle stammenoen Notizen der A. Allg. Ztg. und der M. N. N. von seinem Lektorate abgesetzt und nach Rom zur Verantwortwortung und Disciplinirung citirt sein. Dem gegenüber ist blos wahr, daß P. Hötzl von Seite seines Generalobern zur ruhigen Auseinandersetzung in freundlichster Form nach Rom eingeladen und daß auch die Absetzung eine bloß beziehungsweise ist, also mehr eine Suspension vom Lehramte bis zur glücklichen Regelung der Differenz. Dahin wären denn auch alle umlaufenden Nachrichten zu modifiziren. Wie wir hören, wird P. Petrus noch im Laufe dieser Woche die Reise nach Rom antreten.

(:) Von der Rodach. Glücklich, beneidenswerth ist jeder Bezirk, der so ausgezeichnete Volksvertreter hat, wie unser Wahlkreis Kronach. Da ist z. B. „unser" Hr. Stenglein, der in der bayerischen Kammer im Interesse der Gleichberechtigung des Volkes seine Goliathlanze einlegt für sein Lieblingskind, das Militärgesetz und die neugeforderten siebenthalb Millionen und, „sich selber stets consequent" muthig stimmt — gegen die Forderung. Da ist nun auch, hört es ihr Kronacher! „unser" Zollparlaments-Abgeordneter, Hr. Karl Pfretzschner, der, um den Main überbrücken zu helfen, stimmt für die Erhöhung des Kaffeezolles um 25 Sgr., thut auf 1 Pfund etwa 1 kr., so daß fortan der arme Weber und Schiefertafelarbeiter und Korbflechter, dem die „Kaffeebrühe" Frühstück und Nachtessen, mitunter selbst Mittagsmahl abgeben muß, täglich sich erinnern mag, welche Opfer er bringt, für die Einigung Deutschlands. Wir wollen nicht um das Verdienst „unsers" Hrn. K. Pfretzschners zu schmälern, annehmen, er habe berechnet, die 2 Bohnen, welche diese Leute zu ihrem Kaffee nehmen, verursachten doch nur eine nichtssagende Mehrausgabe; auch wäre es gut für sie selbst, wenn sie sich dieses Luxusgetränke ganz und gar abgewöhnten und zur nahrhaften „reichlichfließenden" Milch, zum „wohlfeilen" Fleische, zum „vortrefflichem" Biere zurückkehrten; es mochte ohnehin dem ehrenwerthen Abgeordneten schwer gefallen sein, mit Ja zu stimmen, zumal da er zugleich Erniedrigung des Roheisenzolles mit in den Kauf zu nehmen mußte, was auch zu bedenken ist, wenn man selbst in Eisen macht; und ferner da auch die Garnzölle erhöht wurden, wodurch manchem „falliblen" Spinnerei-Aktienunternehmer, z. B. Kulmbach und Hof und deren Aktienbesitzern unter die Arme ge-

Digitized by Google

griffen wurde; daß damit auch den Kaffeetrinkenden Fabrikarbeitern geholfen ist, versteht sich von selbst. Es ist ja überhaupt so verführerisch gewesen, daß auch die andern Abgeordneten Oberfrankens, wie ein Herr Feustel, Hohenlohe, sich auf die „Mainbrücke" stellten und den Kaffee „versalzten". Diese Herren sprechen ja ohnehin über das neue Volkswirthschaftliche Dogma: keine indirekten, nur direkte Steuern! das entschiedenste Anathema aus. — Was das neue Wahlgesetz betrifft, so zweifle ich noch immer, daß an maßgebender Stelle der ernste Wille vorhanden ist, das alte Wahlgesetz zu ändern. Mögen daher die patriotischen Abgeordneten ihre bei der Adreßdebatte begangene Unterlassungssünde rechtzeitig gut machen, und keine Steuer bewilligen, bis direkte, geheime, allgemeine Wahl in gesetzlich bestimmten Wahlkreisen gesichert ist. Denn wenn das Budget bewilligt ist, könnten wir gar curiose Sachen erleben. Für die Wahlkreise aber verlange ich unbedingt arithmetische Gleichheit nach Kopfzahl; vermehrt sich die Bevölkerung eines Wahlkreises bis zu ⅔ der gewöhnlichen Seelenzahl eines Wahlkreises, so mag sie einen weiteren Abgeordneten wählen, bis durch einen Gesetzesnachtrag ein neuer Wahlkreis gebildet ist. Warum soll denn das Land weniger Recht haben als die Stadt? Müssen ja doch die Söhne des Landes zahlreicher in die Kaserne einrücken, als die Kinder der Stadt! Von den heurigen Conscribirten waren in Nürnberg 85 Prozent untauglich!! In welchem Landbezirke ist dies der Fall? Für die Trennung von Stadt und Land bin ich nur, wo sich die städtischen Wahlkreise arithmetisch auf 31,500 abrunden; außerdem bleibe beisammen, was zusammengehört. Die Wahlfähigkeit aber soll ausgedehnt werden auf das 21. Jahr, und setzt direkte Steuer und den Verfassungseid voraus.

Unter der Rubrik: „Theurer Liberalismus" läßt sich der „Pfälz. Bote" aus Konstanz schreiben: „Während der Verwaltungsperiode des Bürgermeisters Stromeyer sind die städtischen Steuern von 29 auf 45 kr., d. h. um mehr als 50 pCt. gewachsen. Die Konstanzer müssen die Berühmtheit ihrer Stadt und ihres Bürgermeisters theuer zahlen. Aber ein neuer Beweis liegt hierin dafür, daß, wo der Liberalismus am Ruder ist, auch der Geldverbrauch und das Schuldenmachen in Flor kommen. Städtisch, staatlich — gleichviel."

Wie wir bereits Sonntag gemeldet haben, ist die Kaffeesteuer auf 5⅔ Thlr. (fl. 10. 12½ kr.) pr. Zentner erhöht worden. Diese Erhöhung verdanken wir namentlich den sogenannten Mainbrücklern, Hrn. Völk an der Spitze. Damit unsere lieben Leser die Herren kennen lernen, die für diese Steuer gestimmt, hier die Namen: Marqu. Barth, Benzino, Fürst Hohenlohe, Jordan, Kester, Marquardsen, v. Neumayr, Petersen, Pfretzschner, Schwinn, v. Stauffenberg, Völk. Des Ministers v. Schlör geschieht weder unter den mit Ja noch unter den mit Nein Stimmenden Erwähnung, was dem Gerüchte zur Bestätigung zu dienen scheint, daß in der Sitzung des Zollbundesraths vom 6., in welcher über die dem v. Patow'schen Kompromiß gegenüber einzunehmende Haltung Beschluß gefaßt wurde, Bayern und Würtemberg sich gegen dasselbe erklärt hätten. In der feierlichen Schlußsitzung vom 7. wurde die große Zahl der anwesenden süddeutschen Abgeordneten bemerkt, während die preußische Fortschrittspartei gänzlich fehlte.

Die Nachricht der „Weser-Zeitung" vom Abschluß eines Jurisdictionsvertrags zwischen Württemberg und Bayern wird durch mehrere Correspondenzen in nationalliberalen süddeutschen Blättern dementirt. Es sollen allerdings Verhandlungen über einen Jurisdictionsvertrag stattgefunden haben, doch nur um eine gemeinsame Basis für Verhandlungen mit dem Norddeutschen Bund zu gewinnen. In den letzten Tagen soll Herr v. Mittnacht zu den deßfallsigen von Bayern gemachten Vorschlägen seine Zustimmung ertheilt haben, so daß jetzt die Verhandlungen Seitens beider Staaten mit dem Norddeutschen Bunde eröffnet werden könnten. Die offiziösen Organe in München und Stuttgart hüllen sich über die Angelegenheit in tiefes Schweigen. (F. Z.)

Ausland.

In Böhmen ist der ehemalige Kaplan der Diözese Budweis, Selikowsky, der vergangenes Jahr öffentlich zum Protestantismus übergetreten war, neuerdings ganz reuig in den Schooß der katholischen Kirche zurückgekehrt.

Paris, 9. Mai. Das Gesammtergebniß der Abstimmung, mit Ausnahme von 8 Arrondissements, ergibt 7,105,000 Ja, 1,415,000 Nein. Man versichert, die „Amtszeitung" werde morgen die Dimission des Cabinets veröffentlichen. Das neue Cabinet werde sofort unter dem Präsidium Olliviers gebildet werden.

Paris, 10. Mai. Gestern Abend gab es unerhebliche Ruhestörungen vor der Kaserne des Chateau d'eau und auf dem Boulevard du Temple. Es wurden drei Barrikaden errichtet, aber widerstandslos beseitigt. Ein Soldat ging zu den Ruhestörern über, wurde aber wieder ergriffen.

Brüssel, 6. Mai. Unter den Gesetzentwürfen, welcher der Kammer in dieser Session vorgelegt worden sind, befindet sich auch ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, dessen Princip in der Constitution seit vierzig Jahren enthalten, aber dessen Anwendung bis jetzt noch nicht erfolgt ist. Der Gesetzentwurf zählt so viel als möglich alle Verbrechen und Vergehen auf, welche die Minister innerhalb und außerhalb ihrer Funktionen begehen können. Fünf bis zehn

Digitized by Google

Jahre Gefängniß droht dem Minister, welcher eine der nationalen Unabhängigkeit oder der Integretät des Landes zuwiderlaufende Handlung begeht; dieselbe Strafe trifft den Minister, welcher Verträge oder das internationale Recht verletzt und dadurch die Feindseligkeiten einer fremden Macht provocirt.

Florenz, 9. Mai. Kammersitzung. Lanza bestätigt das Erscheinen einer Insurgentenbande bei Catanzaro; 300 Bürger, worunter Menotti Garibaldi, boten sich der Behörde zur Bekämpfung der Bande an. Gestern ist nach kurzem Kampfe die Bande unterlegen; zwei Soldaten wurden verwundet. Die Bande floh gegen die Landschaft Reggio, allwo die Bevölkerung zu deren Bekampfung entschieden entschlossen ist. Die Bande bestand aus zwei- bis dreihundert Köpfen; die Anführer erselben sind unbekannt.

Der Konzilskorrespondenz der Allg. Z. zufolge waren zur Unterstützung der französischen Denkschrift eine österreichische, eine preußische, eine portugiesische und eine bayerische Note eingelaufen. Wie jedoch der Köln. Ztg. aus Rom, 5. Mai, telegraphisch gemeldet wird, hat die preußische Regierung „keine ostensible Depesche oder Note" übergeben lassen, sondern nur „eine vertrauliches Schreiben an den Kardinal Antonelli" gerichtet.

Ueber die General-Congregation des Konzils vom 29. v. M. berichtet das Rgsbg. Mgbl.: Das wichtigste Vorkommniß war die Erklärung des Präsidenten, daß der nächste Gegenstand der Berathung die Vorlage über den Papst, einschließlich der Frage über die päpstliche Unfehlbarkeit, sein soll. Vielorts seien die Gemüther so erregt, und es sei so viel geschehen, um auch wohlgesinnte Katholiken irre zu leiten, daß die Frage nicht länger verschoben werden könne u. man einem von sehr vielen Bischöfen unterzeichneten Antrage Folge geben müsse, daß der Gegenstand alsbald in Berathung gezogen werden möge. Zu diesem Zwecke wird die Vorlage über die Lehre von der Kirche in drei dogmatische Konstitutionen getheilt, deren erste die Lehre von dem Fundamente der Kirche (dem Papste), die zweite von dem Wesen und den Eigenschaften der Kirche, die dritte von dem Verhältnisse der Kirche zu der staatlichen Gesellschaft handeln wird. Zugleich wurde eine Zusammenstellung der Erinnerungen vertheilt, welche bezüglich der Vorlage über die Lehre vom Papste (vom Primat) erhoben worden sind. Ihre Zahl beträgt 88 auf 104 Quartseiten. Am nächsten Tag wurde eine gleiche Zusammenstellung vertheilt, welche die Erinnerungen bezüglich der besonderen Vorlage über die Lehre von der amtlichen Unfehlbarkeit des Papstes umfaßt. Es sind deren 139 auf 242 Quartseiten.

London, 7. Mai. Der reiche Convertit' Marquis von Bute beabsichtigt das bisherige Abendblatt „Sun" käuflich zu aquiriren und in ein täglich zweimal zu erscheinendes Pennyblatt umzugestalten. Dasselbe wird zunächst die Rechte der katholischen Kirche Großbrittaniens und Irlands vertreten.

St. Petersburg, 9. Mai. Das „J. de St. Petersb." schreibt: Chischkoff machte Geständnisse: er sei bloß ein Diebstahlstheilnehmer, und habe vor dem Hause des Prinzen Arenberg Wache gehalten. Ein erster erfolgloser Diebstahlsversuch sei bereits dem jetzigen vorangegangen. Chischkoff nannte als Hauptschuldigen einen gewissen Grebenikoff, welcher verhaftet wurde. Die Aerzte konstatiren, daß der Druck auf den Hals so mächtig war, daß der Tod sofort erfolgte.

Madrid, 8. Mai. Auf eine Interpellation Blanc's erwiderte Figuerola: Die Gehalte der Bischöfe, welche den Eid auf die Verfassnng verweigern, werden eingestellt werden.

Vermischtes.

(Ein steuerfreier Canton.) Im Canton Schaffhausen ist die Regierung so glücklich, dem Großen Rathe den Antrag stellen zu können, im Hinblick auf den günstigen Abschluß der Staatsrechnung während der nächsten Budgetperiode eine Steuer zu erheben. Dieses Beispiel ist wohl ohne Gleichen.

Katzenmusik. „Heda, meine Herren, gilt diese Musik mir oder meiner Frau?" — „Der Frau Professorin." — Gut meine Herren, da komm' ich selbst hinunter und helfe Ihnen.

In der Fabrik von Joseph Beck in München, Pasingerlandstraße Nr. 3, ist zu haben:

Creosot-Oel

zum conservirenden Anstrich für Holz pr. 100 Zollpfund 5 fl.

Dieses für Jedermann anwendbare Mittel, um Holz vor Fäulniß zu bewahren, wird bereits seit längerer Zeit mit dem besten Erfolge angewendet und verdient daher zur allgemeinen Anwendung empfohlen zu werden.

Alle weicheren Holzarten, welche sonst in kurzer Zeit durch Fäulniß zu Grunde gehen, können durch Creosotöl auf unabsehbare Weise erhalten werden (s. Dingler polyt. Journal 1852, 128. Bd., Seite 146).

Dasselbe eignet sich daher besonders zum Anstrich von Brücken-Einfriedungs- und Unterlaghölzern, Geländern, Hopfenstangen, Weinpfählen, Schindeldächern 2c., indem sie das Holz nicht nur vor Fäulniß, sondern auch vor der Schwammbildung, dem Holzwurm und vor dem Benagen der Ratten und Mäuse schützt.

Dasselbe gibt dem Holze eine gelbliche Farbe. 3

Das durch seine natürlich warmen und kohlensäurehaltigen Quellen ausgezeichnete

Soolbad Nauheim

bei Frankfurt a/M. ist am 1. Mai bis 1. Oktober geöffnet.

Auf Verlangen werden auch im April und nach dem 1. Oktober „Soolbäder" abgegeben.

Großherzoglich hessische Bade-Direktion Nauheim.

H. L. i. M. Ja!

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 111. Donnerstag, den 12. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 9. Mai. Der bayerische Anwaltstag, der am 8. ds. hier abgehalten worden ist, hat einen Antrag des Adv. Dr. Gotthelf auf Freigebung der Advokatur mit 48 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Der Antrag ging in der Hauptsache dahin, daß die Ausübung der Advokatur von der Ernennung Seitens der Staatsregierung unabhängig sein und Jedermann, der die im Antrag näher bezeichneten gesetzlichen Vorbedingungen erfüllt habe, zur Ausübung der Advokatenpraxis zugelassen werden solle.

Die vom bayr. Gesandten in Rom überreichte Denkschrift in Betreff des Unfehlbarkeits-Dogma's beruft sich, wie der Concil-Referent der „Allg. Ztg." mittheilen kann, mit allem Nachdrucke auf die Haltung der deutschen Bischöfe, welche auf dem Concil die Grundsätze über Staat und Kirche vertreten.

Die bayr. Ordens-Provinz der Karmeliter hat — wie der „Allg. Zeitung" mitgetheilt wird — den P. Ambrosius zum Provinzial gewählt. P. Ambrosius war einer der Ersten, welche Denkschriften nach Rom gerichtet haben.

Wie der Volksbote mittheilt sind durch Beschluß des Appellgerichtes sämmtliche gegen ihn anhängig gewesene Untersuchungen, — in Summa vier — eingestellt worden. Die Zungenanbindungsgeschichte des Frl. von Schmädel wird daher am Stadtgerichte erledigt und das bezügliche Urtheil nächsten Samstag Nachmittags 4 Uhr publizirt werden. Wir glauben in diesem Falle wird ihm der Beklagte mit weniger Besorgniß entgegensehen können als die Klägerin.

Aus Regensburg, 9, Mai, berichtet das Rgsb. Mgbl.: Beim Abbruche des ehemaligen Poststadels am Steibplatze hinter dem „Weidenhof", ist ein interessanter Ueberrest kirchlicher Baukunst der Vorzeit zu Tage getreten, nämlich die Pfalzkapelle Karl's des Großen. Auf der sogenannten Bastei, an welche der Bau angelehnt ist, erhob sich die Pfalzburg des genannten Kaisers.

Stuttgart, 6. Mai. Der ständische Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat in Folge der Niederlegung des Kammerpräsidiums durch den neuernannten Kultusminister den Vize-Präsidenten Probst zum Eintritt in den engeren Ausschuß eingeladen. Der Kultusminister Geßler zeigte dem ständischen Ausschusse die Niederlegung des Kammerpräsidiums in einem Schreiben an, worin er betont: Die Selbstständigkeit Württembergs mit freundschaftlichem Verhältnisse zu den übrigen deutschen Staaten sei auch künftig seine Richtschnur. Das Schreiben fordert die Stände zur Einigkeit mit der Regierung auf; darin liege der mächtigste Schutz gegen äußere Gefahren.

Aus Baden schreibt man der „Postztg.": Mit welcher Schonung die Regierung das berüchtigte Stiftungsgesetz in Vollzug zu setzen gesonnen ist, bezeugen folgende Thatsachen. Dem katholischen Oberstiftungsrath sind bereits die betreffenden Fonds, theilweise mittelst Gendarmen weggenommen worden, während dem protestantischen Oberkirchenrath die seinigen größentheils belassen worden sind. In Bruchsal hat man eine vom Bischof Styrum für barmherzige Brüder und Schwestern gemachte Stiftung für eine weltliche erklärt und durch Gendarmen wegnehmen lassen. So erfüllt Hr. Jolly sein der Kammer gegebenes Wort: Man werde bei der Ausscheidung mit der „bewährten Schonung" vorgehen.

Die Pf. Z. schreibt: Werfen wir einen Blick auf das Gesammtergebniß der letzten Session des Zollparlaments, so ist die einzige Frucht derselben eine Steuererhöhung. Daß die nationalliberale Partei über ein solches Resultat jubeln kann, nur weil etwas zu Stande gekommen, beweist einerseits die geringe Meinung, welche sogar jene Partei von der Institution des Zollparlaments hat, und andererseits daß es derselben immer nur um Erfolge zu thun ist, mögen sie gut oder schlecht sein. Geradezu lächerlich aber muß es erscheinen, wenn die Berliner Offiziösen verkünden, die süddeutschen „Partikularisten" wären über die Ergebnisse der letzten Zollparlamentssession ganz „niedergeschlagen". Wenn auch eine Steuererhöhung gerade kein Anlaß zur Freude sein mag, so ist doch nicht einzusehen, warum die süddeutsche Fraktion niedergeschlagen sein sollte. Ihre Zielpunkte rücken in dem Verhältniß näher, als die der Nationalliberalen sich mehr in die Ferne verlieren. Wie ver-

Digitized by Google

zweifelt es für die letzteren steht, das zeigt ihre kindische Freude an einer — Steuerhöhung! Arme Patrei!

Berlin, 10. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten geht die Besserung des Grafen Bismarck langsam, aber entschieden von statten. — Es ist eine Vorlage an den Bundsrath und den Reichstag behufs Bewilligung von 12 Mill. Fr. für die Gotthartbahn in nahe Aussicht genommen.

Warum eigentlich das Herzogthum Lauenburg für die Aufhebung des Elbzolls eine Entschädigung erhalten soll, obwohl das Nichtvorhandensein eines Rechtsanspruchs vom Bundesrath anerkannt wird, das enthüllt die „Rhein. Ztg." Es ist die — preußische Civilliste, die dahinter steckt. Trotzdem, daß die letztere vor zwei Jahren durch die Krondotation auf vier Millionen Thaler erhöht wurde, wird sie als unzulänglich dargestellt, um den „berechtigten" durch den Nordbund von Jahr zu Jahr verhältnißmäßig gesteigerten Ansprüchen zu genügen. Lauenburg kann die Einnahme aus dem Elbzoll zur Zeit nicht entbehren. Es müßten daher entweder den Lauenburgern neue Steuern auferlegt werden, oder die derzeitigen Regierungsverhältnisse Lauenburgs müßten anders geordnet werden, oder endlich die Kron-Chatoulle müßte den Ausfall tragen. Die ersten beiden Möglichkeiten sind an maßgebender Stelle zur Zeit unbedingt abgelehnt und es bliebe somit nur die letzte übrig. Um diese vor der Hand zu vermeiden, würden — so hofft man — die norddeutsche Steuerzahler wohl 36,000 Thlr. Elbzollentschädigung hergeben."

Wien, 10. Mai. Der „Presse" wird berichtet, die britische Regierung dringe in Athen auf Entlassung des gesammten Kabinets und Neubildung unter englischer Einflußnahme. Das so gebildete Ministerium solle, eventuell mit aktiver Unterstützung England's, eine durchgreifende Säuberung des Landes durchführen, wobei die durch die Verfassung gewährleisteten Freiheiten zu suspendiren wären. Der König und die ganze königliche Familie würden sich auf mehrere Monate nach dem Auslande begeben u. dem Oheim des Königs, Prinzen Johann, für eine gewisse Zeit die Diktatur übertragen werden.

Ausland.

Paris, 11. Mai. Die Gazette des Tribunaux erzählt: Gestern fanden neue Unruhen im Faubourg du Temple statt, und zwar von ernsterem Charakter als am Montag. Vier Barrikaden wurden in den Straßen Fontaine und St. Maur errichtet, von den Truppen aber genommen. Zwei Aufrührer erhielten schwere Verletzungen. Kavalleriechargen säuberten den Platz vor dem Chateau d'Eau. Alle an das Faubourg du Temple angrenzenden Straßen wurden abgesperrt. Es wird versichert, die Truppen hätten auf die Aufrührer geschossen. Alle übrigen Quartiere der Hauptstadt sind ganz ruhig.

Eine Korrespondenz aus Paris schreibt: Man weiß hier sehr genau, daß Preußen und Rußland für die Zusammenkünfte, welche der Prinz von Orleans in Fuchsdorf beim Grafen von Chambord hatte, ein großes Interesse zeigen. Allein ebenso wie die Orleanisten sich verrechnen, dürfte es den beiden Mächten gehen, denn noch ist Napoleon III. Kaiser von Frankreich und wird es nach dem guten Ausgang des Plebiszits noch ferner bleiben, was man namentlich am Berlinerhof nicht vergessen soll. (Es scheint somit, daß Frankreich dem Herrn von Preußen den Standpunkt klar machen will. So meint der Volksbote.)

Das amtliche Blatt zeigt an, daß das Ministerium seine Gesammtdemission eingereicht hat und daß Herr Emile Ollivier mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt ist. — Gegen die „Marseillaise" und den „Rappel" sind neue Preßprozesse eingeleitet worden.

Man würde gegen die Wahrheit verstoßen, wollte man in Abrede ziehen, daß der Ausgang der Volksabstimmung über die französische Verfassung ein Sieg des Ministeriums Ollivier und des Kaisers Napoleon ist. Es betheiligten sich an dem Votum nach den letzten uns vorliegenden Nachrichten 7,893,926 Personen, von diesen stimmten 6,626,316 für das Senatsconsult und das liberale Kaiserreich und nur 1,368,610 gegen diese beiden. Da die Zahl der in ganz Frankreich eingeschriebenen Wähler 10,416,668 beträgt, so erhält daraus, daß sich 2,521,742 Personen nicht an der Abstimmung betheiligten. Rechnen wir alle diese Nichtvotanten und die mit Nein Votirenden zu den Gegnern des Kaiserreichs, so erhalten wir immer erst das Verhältniß von 6,526,316 gegen 3,890,351. Wir können das aber nicht, da sicherlich unter Denjenigen, welche sich nicht an der Abstimmung betheiligt, eine große Zahl Imperialisten und auch Diejenigen, die mit Nein votirt, durchaus nicht sämmtlich entschiedene Gegner des Kaiserthums. Verglichen mit früheren Abstimmungen, ist das Votum von 1870 ebenfalls kein ungünstiges zu nennen. Ungünstig waren nur, wie immer, für den Kaiser die Städte. In Paris stimmten am 8. Mai mit Ja 111,363, mit Nein 157,377, im Departement der Seine mit Ja 139,538, mit Nein 184,946, in Metz 3848 mit Ja, 4654 mit Nein, Lille von 79,993 Votanten 65,367 mit Ja, 13,803 mit Nein; Rouen mit Ja 8390, mit Nein 8653; Straßburg mit Ja 6322, mit Nein 5499; Draguignan Ja 700, Nein 1316: Aix Ja 2298, Nein 2637; Orleans Ja 6384, Nein 2296; Agen Ja 2254, Nein 1421; Dijon Ja 3226, Nein 5331; Nimes Ja 2972, Nein 8498; Nanci Ja 4666, Nein 3347; Benune Ja 139, Nein 1501; Amiens Ja 9765, Nein 3692; Tours Ja 4261, Nein 5196, Grenoble Ja 3079, Nein 4311; Valence (Drome)

Digitized by Google

Ja 1231, Nein 2634; Toulose Nein 12534, Ja 9112; Bordeaux Ja 10,127, Nein 18469; Marseille 13,800 Ja, 30,975, Nein; Toulon Ja 4306, Nein 5389.

Rom, 4. Mai. Die durch den österlichen Urlaub in die Reihen der Concilväter gemachten Lücken sind nun nahezu wieder ausgefüllt, und die Diskussion über die Unfehlbarkeit wird die Versammlung ziemlich vollzählig finden. Nach Erledigung dieses Thema's aber steht ein Aufbruch in Masse in Aussicht, und die betagteren Bischöfe tragen Verlangen vor Beginn der heißen Jahreszeit Rom zu verlassen und in ihre Diözesen heimzukehren. Schon jetzt ist die Temperatur sehr hoch, und die Wetterzeichen signalisiren einen sehr heißen Sommer. Die für Urlaubsgesuch eingesetzte Commission wird um so willfähriger sich zeigen, als projektirt ist die Abgereisten durch eine Commission vertreten zu lassen, um die Arbeiten des Concils ohne Unterbrechung fortführen zu können. Zu Anfang Oktobers würden sich die Beurlaubten wieder einzufinden haben. Die orientalischen Bischöfe bleiben der Mehrzahl nach hier, obgleich ihrer Armuth wegen der Unterhalt derselben für die Congregation de propaganda fide eine sehr kostspielige Aufgabe ist. Diese Last macht sich gegenwärtig so fühlbar, daß im letzten Ministerrath über den Plan einer päpstlichen Anleihe von 50 Mill. Lire auf Cameralbesitz verhandelt wurde.

Der in Spanien zwischen dem Episkopat und der Regierung wegen Ableistung des Constitutionseides seid längerer Zeit bestehende Conflict nimmt nunmehr eine ernstere Gewalt an, da die in Rom versammelten spanischen Bischöfe in einer Adresse an den Regenten und in einem Proteste an die Cortes feierlich erklärten, unter keiner Bedingung den verlangten Eid selbst zu leisten, noch dies ihrem Klerus je zu gestatten, was auch immer aus dieser Opposition entstehen möge. Früher hatte der Papst dem spanischen Klerus die Ablegung des Verfassungseides mit dem Bemerken erlaubt, daß gemäß einer beigefügten Klausel der Eid nur hinsichtlich jener Gesetze binde, die mit den kirchlichen Rechten und göttlichen Gesetzen nicht im Widerspruch stehen. Zur Zeit der Eröffnung des Concils erfolgte ein Personenwechsel im Ministerium und Montero Rios muthete dem Klerus die Ableistung des Eides ohne alle und jede Klausel zu und zwar in der Frist eines Monats. Die Bischöfe wendeten sich nun an die Congregatio del sant Uffizio in Rom, welche die erste Entscheidung des heil. Stuhles aufrecht erhielt. Auf Grund derselben erfolgte eben der oben erwähnte an die Cortes und den Regenten am 26. April gerichtete Protest, dem gegenüber dem Cabinet nur die Wahl bleibt, entweder das Decret zurückzunehmen oder gegen den gesammten spanischen Klerus mit Strafen vorzugehen.

London, 9. Mai. Unterhaus. Auf eine Interpellation Gilpin's bezüglich der Haltung Englands in der cubanischen Frage erwidert Unterstaatssekretär Otway, daß England bisher jede Einmischung in die cubanische Angelegenheit für ungelegen erachtet habe, jedoch bei einer günstigen Veranlassung gern bereit sein würde, die dortigen Kriegsschrecken zu mildern, zumal wenn Amerika mitwirken würde.

London, 11. Mai. Ein Telegramm der „Times" meldet: Der norddeutsche Generalconsul in New-York erklärte daß die an deutsche Capitalisten gerichtete Warnung vor dem Ankauf amerikanischer Eisenbahn-Bonds nicht vom Consulat des Norddeutschen Bundes ausgegangen sei.

New-York, 8 Mai. Aus Cuba wird gemeldet daß General Goicouria, im Begriff von der Insel zu entwischen, durch spanisch Kanonenboote gefangen genommen, nach Puerto Principe gebracht, gestern durch das Kriegsgericht verhört und sofort garottirt worden ist.

Vermischtes.

Berlin, 8. Mai. In dem nach dem Lustgarten führenden Portal des Königlichen Schlosses kam es gestern nach Schluß der Feierlichkeit im Weißen Saale zu einem Conflikt zwischen Schutzleuten und dem Kriegsminister v. Roon. Wagen mit Insassen hoher und höchster Distinktion wurden von diesem Portale durch Schutzleute mit den Worten zurückgewiesen: „Hier darf kein Wagen passiren, Se. Majestät allein fährt hier ab." Alle Wagen respektirten den Befehl, bis auf einen, aus welchem ein zürnender Blick die Constabler traf, von den entrüsteten Worten begleitet: „Hier bin ich gekommen, hier kehre ich zurück, Kutscher, vorwärts! Einer der Schutzleute zuckte hinterher die Achseln und brummte vor sich hin: „Wenn der Kriegsminister selber unseren strackesten Anweisungen nicht folgen will, so...

Der „Magdeburger Ztg." wird von Halberstadt 4. Mai. geschrieben: „Heute Nachmittag zeigte der Premierlieutenant a. D. La Chevallerie im Stadttheater den Mitgliedern der „Wissenschaftlichen Gesellschaft" das Modell einer von ihm erfundenen neuen Flugmaschine. Die mit ihr ausgeführten Experimente zeugten von der Richtigkeit der Principien, auf welche sich dieselbe stützt, und waren überraschend.

(Ein belohnter Dieb.) Wenn man erzählt, daß Jemand der bestohlen worden, dem Diebe hintendrein noch ein Geschenk von 30,000 Frcs. macht, so klingt das etwas unwahrscheinlich; indeß ist ein solcher Fall letzthin in Paris faktisch vorgekommen. Der Baron X. stirbt. Man sucht in allen Schränken, läuft zu sämmtlichen Notaren, es findet sich indessen kein Testament. Die unglückliche Wittwe ist in Verzweiflung, denn das Schloß, dieser traute Aufenthalt, in dem sie über dreißig Jahre geweilt, das ihr an's Herz gewachsen ist, und — im Vertrauen gesagt — einen Werth von mindestens 300,000 Francs hat, soll bei der Regulirung der Erbschaft verkauft werden. Gerade zu

dieser Zeit bricht ein Spitzbube in dem streitigen Schlosse ein. Der Gärtner findet eines Morgens die Spuren eines verübten Verbrechens, sieht die Schränke erbrochen und den Inhalt durcheinander gewühlt. Zu gleicher Zeit aber entdeckt er auf der Erde ein halb zerrissenes, angebranntes Papier. Er hebt es auf und erkennt darin das fragliche Testament, in welchem unter Anderem auch eine Bestimmung enthalten ist, welche das in Frage stehende Schloß der Baronin vermacht. Die Baron X. hat ein dankbares Gemüth und erließ sofort in den Zeitungen einen Aufruf, in welchem sie den betreffenden geehrten Herrn Spitzbuben aufforderte, sich bei ihr zu melden, um für das unfreiwillige Geschenk, — das er ihr gemacht, 30,000 Francs in Empfang zu nehmen. Discretion Ehrensache!

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 10. Mai.

Die Bürgerrechtsgesuche des H. Pharmazeuten Panzer v. Bayreuth und des H. J. Günther von Straßdorf seien mit Festsetzung der Bürgeraufnahmsgebühr zu je 100 fl. zu genehmigen. — Verehel. Zeugnisse seien auszustellen für die HH. Bürger und Tuchscherer J. Eisfelder und Bürger u. Gastwirth J. Michels, dann Maurer Mich. Weiß (H.-G. 36 fl.) — Das Gesuch des H. Kaufmanns Ph. Edel wegen Erbauung eines Wohnungshauses in seinem Garten gegenüber des alten Schießhauses sei zu genehmigen. — Die Korbmachersfamilie Dittrich v. Köttmannsdorf sei auf die Dauer von 2 Jahren v. h. auszuweisen. — Ein k. Reg.-Ausschreiben w. Ueberhandnahme von Waldbränden sei im Amtsblatte zu veröffentlichen und seien die Polizeisoldaten und die Flurwächter zur fortgesetzten Vigilanz anzuweisen. — Das Ergebniß der Aushebung der Altersklasse 1849 wurde in Folgendem bekannt gegeben: Von 147 Wehrpflichtigen waren bereits 17 freiwillig beim Militär eingetreten, von den übrigen 130 wurden 2 für waffenunwürdig erklärt, 8 nach Art. 8 und 12 d. W.-G. zurückgestellt, 11 für zeitlich untauglich, 70 für gänzlich untauglich und 39 für tauglich befunden. — Auf Antrag mehrerer Grundbesitzer sei die Begehung des Weges über die Bleiche auf die Felder an der Salzlecke wiederholt zu verbieten. — Dem Gewohnheitsbettler Ant. Bickel, Taglöhner v. Debring sei die Stadt auf die Dauer von 2 Jahren zu verweisen. — Für die hies. Armenbeschäft.-Anstalt sei eine neue Hausordnung mit Anpassung an die neue Gesetzgebung auszuarbeiten. — Der Anfall von Schul- und Holzgeldern an den deutschen Schulen pro 1869 im Betrage von 4484 fl. 32 kr. sei zur Verrechnung einzuweisen. — Der Holzverstrich in der bürgerspitälischen Revier Forst sei zu genehmigen. — Ueber die Arrondirung der s. g. Waldwiese bei Zapfendorf mit der Spitalwaltung allda sei forsttechnisches Gutachten zu erholen. — Die Verakkordirung des Brennholzbedarfs des Stähl'schen Schwesterhauses pro 1770 sei zu genehmigen. — Die Forstwirthschaftl. Herstellung u. Vermarkung mehrerer zur Arrondirung der Spitalwaltung Forst eingetauschten Grundflächen diente zur Nachricht. Im Betr. der eingetretenen Ueberfüllung der Schulzimmer im 2. Distrikt zu St. Gangolph und in der Wunderburg sowie im 4. Distrikte auf dem Jakobsberge sei Gutachten der k. Stadtschulenkommission einzuholen. — Die Verpachtung von 2 Weiden- und Graoplätzen im alten Flußbette an Margar. Tetterweich v. h. sei zu bestätigen. — Wegen Ermittlung der Beschädiger der Alleebäume an der Sophienstraße wurden für die Anzeiger mit Ausnahme desjenigen Herrn der zuerst eine Verfolgung der Frevler veranlaßt hatte, jedoch auf eine Belohnung Verzicht geleistet hat, eine Geldbelohnung ausgesprochen. Gegen den Civilisten, welcher in 2. Instanz mit 8monatlichem Gefängniß bestraft worden ist, sei nunmehr Entschädigungsklage für die Commune zu stellen. Die 63jährige gebrechl. Dienstmagd Elis. Löwisch aus Waischenfeld, welche 33 Dienstjahre in hiesiger Stadt zählt, wurde als Pfründnerin in die Mußʼsche Dienstbotenversorgungsanstalt aufgenommen. — Die Versteigerung von unausgelösten Pfändern im hies. Leihhause sei zu genehmigen. — Die von der Pflege der Kirchenstiftungen an der oberen Pfarrkirche vorgelegten Jahresrechnungen pro 1869 seien nach genommener Einsicht der k. Regierung in Vorlage zu bringen. — Ueber das Verzeichniß der unständigen Einnahmen beim Krankenhause zu 109 fl. 43 kr. und der Ausgaben zu 2195 fl. 43 kr. pro I. Quart. 1870 sei Verrechnungsordre zu verfügen.

Danksagung.

Für die so zahlreiche und ehrenvolle Theilnahme an dem Leichenbegängnisse und Trauergottesdienste unseres nun in Gott ruhenden, theueren, unvergeßlichen Gatten, Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels, **des Bäckermeisters**

Herrn

Andreas Zapff

sagen wir allen werthen Verwandten, lieben Freunden und Bekannten, namentlich der löbl. Bäckerzunft, sowie den geehrten Sängern und Gesellschaftsmitgliedern der Concordia, des kathol. Casino, der Zimmerstutzenschützengesellschaft den innigsten tiefgefühltesten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Bamberg, den 12. Mai 1870.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück 35 kr.

1	Gewinn zu			14000	fl
1	do			7000	fl
1	do			3000	fl
1	do			1756	fl
2	do zu	875	fl. — kr.	1750	fl
10	do zu	180	fl. — kr.	1800	fl
20	do zu	87	fl. 30 kr.	1750	fl
30	do zu	52	fl. 30 kr.	1575	fl
100	do zu	35	fl. — kr.	3500	fl
200	do zu	17	fl. 30 kr.	3500	fl
500	do zu	7	fl. — kr.	3500	fl
934	do zu	3	fl. 30 kr.	3269	fl
13200	do zu	1	fl. 45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.			70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 112. Freitag, den 13. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Das Plebiscit in Frankreich

ist also Sonntag glücklich mit einem großen Erfolge für das napoleonische Kaiserreich zu Stande gekommen. Von etwa zehn Millionen Stimmberechtigten haben mehr als 8¾ Millionen über die Frage: ob sie das verneuerte und constitutionell verbesserte Kaiserreich accepetiren wollen? abgestimmt, und davon beträgt das bisher bekannte Gesammtresultat 6,105,000 „Ja" und 1,415,000 „Nein". Im Ganzen ein günstiges Ergebniß und immerhin eine neue Festigung des napoleonischtn Thrones, wenn auch die gewünschte Erbfähigkeit desselben damit noch lange nicht gesichert ist. Bei der ersten Abstimmung über das Kaiserreich im Jahre 1852 waren 7,800,000 Stimmen für Napoleon und nur 250,000 gegen ihn. Es wirkte eben noch der Schrecken der rothen Revolution und das Kaisergestirn war im Aufsteigen. Bedenklicher als die Zahl der Sonntags mit „Nein', Stimmenden ist der Umstand, daß sich darunter halb Paris und ein großer Theil der Armee befindet. Paris und die Armee, das war bisher Frankreich.

Der Monat Mai ist für die Napoleoniden ein bedeutungsvoller Monat, ein Monat des Ruhmes und des Begräbnisses. Napoleon I., der Stifter der Dynastie, wurde gerade am 8. Mai 1821 in St. Helena begraben; ein furchtbares Unwetter brach am 4. über der Insel los und um 5 Uhr Abends starb der Kaiser, am 6. und 7. wurde seine Leiche ausgestellt und am 8. wurde er begraben. Gut, wenn der 8. Mai 1870 in der Geschichte nicht das feierliche Begräbniß des zweiten Kaiserreiches bezeichnet. Auch im zweiten Kaiserreiche sind für den Monat Mai merkwürdige Daten zu verzeichnen, wie der 8. Mai 1849, der 3. Mai 1852, der 3. Mai 1859, der 20. Mai 1862.

Am 8. Mai 1849 hat Napoleon, damals noch Präsident der Republik, aus dem elysäeischen Palais einen Brief an den General Oudinot, den Commandanten des Expeditionskorps in Italien, geschrieben. Nicht sehr geneigt für die Wiedereinsetzung des Papstes mußte Napoleon III. dieselbe doch vollziehen, denn sie wurde von der republikanischen Gesetzgebung dekredirt. Der Widerstand, den das Heer der Republik unter den Mauern Roms fand, entschied. Vielleicht hätte Frankreich sich über die Pflicht einer katholischen Nation hinausgesetzt, weil aber seine Soldaten als Feinde empfangen wurden, befahl Prinz Napoleon dem General Oudinot vorzurücken, denn notre honneur militaire est engagé. Rom war gerettet.

Am 3. Mai 1852 erntete Napoleon den Preis des guten Werkes und konnte dem Heere an diesem Tage die kaiserlichen Adler vertheilen. „Der römische Adler," sagte er damals, „der vom Kaiser Napoleon am Beginne des Jahrhunderts angenommen wurde, war das glänzendste Zeichen für die Regeneration und den Ruhm Frankreichs; er verschwand während unserer Mißgeschicke, er mußte wiederkehren, als Frankreich von seinen Schlägen wieder erholt, Herrin seiner selbst geworden. Soldaten! Empfanget diese Adler nicht als eine Drohung gegen die Fremden, sondern als das Sympol unserer Unabhängigkeit."

Am 3. Mai 1859 erließ Napoleon vom Tuilerien-Palais eine Proklamation an das französische Volk, um demselben mitzutheilen, daß er Italien „von den Alpen bis zur Adria" zu befreien im Begriffe sei; damals begann eine neue Periode seiner Regierung. „Bisher", hieß es in der Proklamation, „war die Mäßigung die Richtschnur meines Verhaltens, jetzt ist die Energie meine erste Pflicht." Energie sollte bedeuten Revolution. Napoleon sprach von der role civilisateur, von der amelioration de l'humanité, von Frankreich, das das Schwert zur Befreiung zieht, und er ging nach Italien mit dem Programm: „Wir sind nicht nach Italien gekommen: die Unordnung zu begünstigen, noch die Macht des heil. Vaters, den wir auf seinen Thron wieder eingesetzt haben, zu erschüttern, sondern um ihn dem fremden Drucke, der auf der ganzen Halbinsel lastet, zu entziehen und beizutragen, die Ordnung auf befriedigte, berechtigte Interessen zu begründen."

Am 20. Mai 1860 richtete Napoleon ein Schreiben an seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten bezüglich der römischen Frage, in dem er sagt, „ich möchte den Papst dahin bringen, daß er vielmehr die Stütze, als der Gegner Italiens wäre, mit einem Worte die Allianz der Religion mit der Frei-

Digitized by Google

heit eingehe." Um dieses zu bewerkstelligen, soll der Papst aufhören, „in der Politik der Vertreter der Vorurtheile des alten Regime zu sein; es wird ihm Schuld gegeben, in Rom, dem gemeinsamen Vaterlande, „die exaltirtesten Anhänger der gestürzten Dynastien versammelt zu haben."

In demselben Schreiben sind unter Anderm folgende Vorschläge zu lesen: „Das Interesse des heiligen Stuhles, das der Religion erheischen es, daß der Papst sich mit Italien versöhne." „Der Papst muß zeigen, daß er die Fortschritte der Humanität begünstige." „Der Papst muß zu einer gesunden Beurtheilung der Dinge zurückgeführt werden." „Der Papst muß die Regierung den Municipien überlassen und dadurch von inneren drückenden Verantwortlichkeiten befreit werden, welche nur eine starke Regierung ertragen kann."

Diese vier Daten enthalten ein Compendium der napoleonischen Regierung.

Inland.

München, 11. Mai. Der k. Generaladjutant des Königs, Generallieutenant v. Jeetze, ist zur Condolenzbezeugung u. zur Theilnahme an dem Begräbniß des Prinzen Friedrich von Württemberg nach Stuttgart abgesandt. — In einer heute abgehaltenen Sitzung des Staatsraths gelangte, wie wir vernehmen, die Gerichtsvollzieher-Ordnung zur Berathung und Erledigung, so daß deren Publication in den nächsten Tagen zu erwarten sein dürfte. Es soll dann gleichzeitig auch die Gerichtsvollzieher-Gebührordnung publicirt werden. — Nach aus Wien eingetroffener Mittheilung ist der bisherige Gesandte Oesterreichs in Darmstadt, Freihr. v. Bruck, nunmehr zum Gesandten an unserm kgl. Hof ernannt worden. Hinsichtlich der Wiederbesetzung der seit dem Eintritt des Grafen v. Bray in das Ministerium erledigten bayr. Gesandtschaft in Wien, scheint eine Bestimmung noch nicht getroffen zu sein.

München, 12. Mai. Auf Rußwurms Interpellation wegen Uebertragung des Vorsitzes in den Lokalschulinspektionen auch in den nicht unmittelbaren Gemeinden mit städtischer Verfassnng an den Bürgermeister erklärt der Kultusminister: daß die oberpfälzische Kreisregierung hiemit gegen die geltenden Verfassungsnormen gehandelt habe (!), und daß der betreffende Regierungserlaß zurückgenommen werden müsse. Die Debatte über die Staatsausgaben für 1866|67 und 1868 dauert noch fort.

In der heute stattgefundenen 31. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten stellte der Abg. Rußwurm eine Interpellation, welche der kgl. Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten v. Lutz sofort beantwortete. — Dem Beschlusse der Kammer der Reichsräthe, den Art. 6 der Gemeindeordnung (die Bildung von Bürgermeisterein) betreffend, ist die Kammer nach kurzer Debatte mit 67 gegen 61 Stimmen beigetreten, so daß also Gesammtbeschluß erzielt ist. — Die Prüfung der Rechnungsnachweisungen bezüglich der Staatsausgaben in den Jahren 1866|67 u. 1868 erstreckte sich heute auf die Ausgaben 1) auf den Bestand der Vorjahre, 2) des Etats des kgl Hauses und Hofes, 3) des Etats des Staatsraths, 4) des Etats der Landtagsversammlungen, welche in keiner Weise beanstandet wurden. Die Berathung über die Rechnungen des Etats des Staatsministeriums der Justiz konnte wegen zu weit vorgerückter Zeit nicht zu Ende geführt und wird morgen fortgesetzt werden. Schluß der Sitzung um 2¼ Uhr.

Unsere fortschrittlichen Blätter suchen aus der bereits erfolgten allerhöchsten Ernennung des bisherigen Inspektors des kath. Schullehrer-Seminars, Hrn. geistl. Rathes Konrad Reither, zum Bischof der Diözese Speier politisches Capital zu schlagen u. geben sich dem Glauben hin, daß der neue Oberhirt, wenn er nur einmal von Rom präconisirt sei, dem katholischen Klerus der Pfalz sofort die politischen Agitationen strengstens untersagen und namentlich den beiden kathol. Organen: „Rheinpfalz" und „Christlicher Pilger" das Handwerk legen werde. Sie sprechen dies mit einer solchen Zuversicht aus, das Jeder, der die Verhältnisse der Pfalz und den zum Bischof Ernannten näher kennt, darüber lachen möchte, weil Herr Reither zwar eine von der Natur mild gesinnte Persönlichkeit, aber dabei ein ganz frommer, streng katholisch denkender und handelnder Priester ist, der das Vertrauen des verstorbenen Bischofs Dr. v. Weis in einem hohen Grade besaß; auch ist derselbe seit einer langen Reihe von Jahren sowohl Beichtvater der Alumnen des Priester-Seminars, wie des Klosters der Dominikanerinnen. Vom seligen Cardinal von Geissel als Priester geweiht und auch kurze Zeit als Kaplan in Deidesheim verwendet, wurde Hr. Reither auf Empfehlung der geistlichen Behörde von der k. Regierung alsbald zum Präfecten an dem damals neu errichteten kath. Schullehrer-Seminar Speyer ernannt und, nach Beförderung des damaligen Inspector Herrn Köstler zum Regens des Priester-Seminars, zum Inspector jenes Seminars befördert, in welcher Eigenschaft er fast die ganze jetzige Generation des Lehrerstandes der Pfalz erzogen hat. Er hat sich dadurch große Verdienste um Bayern erworben, so daß seiner Erhebung zur bischöflichen Würde nichts weniger als ein politisches Motiv unterschoben zu werden braucht. Es ist im Gegentheil mit Sicherheit anzunehmen, daß der neue Bischof der Pfalz die durchsichtigen Hoffnungen der kirchenfeindlichen Fortschrittspartei und ihrer Organe in der Leitung des ihm anvertrauten Bisthums gründlich vereiteln und in die gesegneten Fußstapfen seines eben so milden, aber von der glaubenslosen Presse so oft angefeindeten Vorgängers im bischöflichen Amte sonder Zagen eintreten werde. K. B.

Digitized by Google

Die hiesigen Vorschuß-, Consum- u. Produktiv-Genossenschaften werden in einer gemeinsamen Eingabe an den Landtag den neuen Tax- und Stempelgesetzentwurf bekämpfen, der im Allgemeinen die bisherigen Taxen beträchtlich — bisweilen um das Dreifache — erhöht und insbesondere vielen der erwähnten Genossenschaften den Fortbestand erschweren, wo nicht unmöglich machen würde.

Aus Bayern, 10. Mai. In den von den Volksvereinen in München und Nürnberg an die Abgeordnetenkammer abgesandten Adressen wird auch verlangt, daß Neuwahlen nicht nur — wie der Regierungsentwurf vorschlägt — bei Beförderung der betreffenden Beamten, die ein Abgeordnetenmandat angenommen haben, vorgenommen werden sollen, sondern daß auch derjenige Abgeordnete, dem vom Könige Bayerns oder einem anderen Souverän eine Ordensauszeichnung zu Theil wurde, sich einer Neuwahl unterziehen muß. Dieser Antrag ist gewiß vollkommen gerechtfertigt; mit Ordensverleihung ist in sehr vielen Fällen als Anerkennung für dem Ordensverleiher geleistete Dienste und als Sporn zu weiteren Dienstleistungen zu betrachten, und ist es darum sehr fraglich ob die Wähler stets mit den Dienstleistungen ihres Abgeordneten, dem hiefür eine Ordensauszeichnung zu Theil wird, einverstanden sind und wäre deshalb ein Appell an die Wähler vollkommen am Platze. Es erregte um nur ein Beispiel anzuführen gewiß gerechtes Erstaunen, daß der Landtagsabgeordnete v. Schauß, einer der Hauptredner der Nationalliberalen in München, vor Kurzem mit einem preussischen Orden beglückt wurde; wir wissen nicht, war dies die Anerkennung für seine dem Hause Zollern geleisteten Dienste auf der Tribüne oder in dem ihm gehörenden Lokalblatte und ist sehr fraglich, ob die Wähler des Herrn v. Schauß nicht auch durch diese Ordensverleihung etwas stutzig geworden sind.

Der Landtag des Großherzogthums Luxemburg ist am 3. Mai durch den Prinzen Heinrich der Niederlande eröffnet worden. In seiner Rede bemerkte der Prinz, daß die politische Stellung des Großherzogthums sich seit dem Vertrage vom 11. Mai 1867 immer mehr befestigt habe, und betonte die Zufriedenheit des Landes mit der gegenwärtigen Lage. Die Regierung habe ihre Verpflichtungen treulich erfüllt, die Demolirung der Festungswerke sei so weit ausgeführt worden, daß Luxemburg jetzt überall, wo es nicht durch seine natürliche Lage befestigt, eine offene Stadt sei. Die Finanzen des Großherzogthums seien im guten Stande, neue Auflagen nicht nöthig. Die Liquidation mit den Niederlanden habe jedoch noch keine Lösung gefunden, da die niederländische Regierung alle dahin zielenden Vorschläge abgewiesen habe.

Wien, 11. Mai. Graf Beust ist zum Kanzler des Maria-Thereſiaordens ernannt worden.

Ausland.

Paris, 11. Mai. Die „Agence Havas" meldet: Die „Marseillaise" desavouirt im Namen ihres ganzen Redaktionspersonals die Unruhestifter. Man befürchtet, daß sich die Ruhestörungen diesen Abend wiederholen werden. Die Regierung ist für diesen Fall entschlossen, energisch einzuschreiten.

Paris, 12. Mai. Gestern Abends wurden die Vorstädte Temple und Belleville theilweise militärisch besetzt; in Folge dieser Maßregel kamen keine Unruhen, sondern nur einige Zusammenrottungen vor. Ein an den Marschall Canrobert gerichteter Brief des Kaisers, der gestern der Armee mitgetheilt worden ist, sagt: „Man hat über das Votum der Pariser Armee so lächerliche und übertriebene Gerüchte verbreitet, daß es mir wohlthut, Sie zu bitten, den Generälen, Offizieren und Soldaten zu sagen, daß mein Vertrauen in sie niemals erschüttert worden ist." Der Brief beglückwünscht den General Lebrun und die Truppen wegen ihrer Festigkeit in der Unterdrückung der Unruhen.

Die Ruhestörer vor der Kaserne Prinz Eugen hatten gehofft, diejenigen Soldaten derselben — 1100 an der Zahl — welche mit Nein gestimmt, würden mit ihnen gemeinschaftliche Sache machen; sie haben sich jedoch darin getäuscht; die Soldaten haben im Gegentheil die vor der Kaserne errichtete Barrikade genommen.

Das Gesammtergebniß des französischen Plebiscits mit Ausschluß Algier beträgt 7,210,296 Ja und 1,530,610 Nein. Nach officiösen Mittheilungen haben alle europäischen Fürsten und der Präsident Grant dem Kaiser Napoleon telegraphische Glückwünsche zum glücklichen Ausfall des Plebiscits gesendet. Nebenbei pocht auch die gesammte radikale Presse Frankreichs auf ihre Erfolge. Sie nimmt den Sieg für sich in Anspruch, angesichts des Ergebnisses in den großen Städten, wo allein Frankreichs „Intelligenz" zu Hause sei (gerade wie bei uns).

Madrid, 10. Mai. Der Progressisten-Club hat die Kandidatur des Herzogs von Espartero definitiv angenommen. Da wird es sich immer mehr entpuppen, daß Eigennutz und Egoismus die ganze Revolution angezettelt hat. —

Catanzaro, 11. Mai. Die Insurgentenbande ist zerstreut. Die Truppen brachten 30 Gefangene ein, darunten 2 Anführer der Insurgenten. Mehrere wichtige Documente wurden aufgefangen, unter ihnen das Verzeichniß der Insurgenten und gedruckte Formularien mit dem Stempel „Gott und Volk, allgemeine republicanische Alliance."

Washington, 3. Mai. Das Repräsentantenhaus hat eine Resolution passirt, welche der Wittwe des Präsidenten Lincoln eine jährliche Pension von 3000 Doll. auswirft.

Digitized by Google

Vermischtes.

(Nähmaschinenfabrik.) Die größte Nähmaschinenfabrik Europa's dürfte mit Nächstem die Singer'sche Nähmaschinenfabrik in New-York hier in Deutschland errichten, da sie beabsichtigt, für den umfangreichen Bedarf der europäischen Länder eine großartige Filiale ihrer amerikanischen Fabrik hier auf dem Continent zu gründen. Bei dem ungeheuren Betrieb dieser Fabrik (sie liefert jetzt jährlich circa 120,000 Maschinen, beschäftigt etwa 5000 Menschen und zahlt 1,300,000 Dollars Salair per Jahr) dürfte auch das neue europäische Etablissement ein solches im größten amerikanischen Style abgeben. Wegen der nöthigen Terrains steht man gegenwärtig mit Hamburger und Berliner Grundbesitzern in Unterhandlung.

(Einfache Manier, sich das Telegraphiren zu erklären.) Ein Telegraphenbeamter gab einem Neugierigen auf dessen Frage, wie man sich das Telegraphiren erklären könne, folgende Antwort, die an Einfachheit gewiß nichts zu wünschen übrig läßt. „Seht, sagte er, wenn ich einem Hunde auf den Schweif trete, was geschieht? Er heult. Aber nicht mit dem Schweife heult er, sondern am entgegengesetzten Ende seines Körpers. Es ist somit vom Schweife bis zur Schnauze in einem Nu telegraphirt worden, daß ihm Jemand auf den Schwanz getreten sei"

(Eine haarlose Menschenrace.) Die „Ill. Austral. Ztg." von Eldurn berichtet über eine gänzlich haarlose Menschenrace an den Ufern des Balconne, eines der höher gelegenen Nebenflüsse des Darling. Ein Ansiedler brachte jüngst einen Menschen dieser Race aus dem Innern nach Sydney. Es gebe dieser Leute, so sagte er, nur wenige, sie seien mild und freundlich in ihrem Wesen und ihre Sprache sei von der ihrer Nachbarn gänzlich verschieden. Die Letzteren vermeiden auch jeden Umgang mit diesen haarlosen Geschöpfen und thun ihnen nichts zu Leide, sondern gehen ihnen vielmehr mit abergläubischer Scheu aus dem Wege. Sollte dies nicht ein Sporn für unsere Chignon-Fabrikanten sein, den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit wo anders hin zu verlegen.

(Uebertriebene Sparsamkeit.) Ein Geiziger, der im Sterben lag, ließ sich von einem Verwandten, dem er auf eine Erbschaft Hoffnung machte, die Kosten seines Begräbnisses vorrechnen. Beim Preise eines Sarges bemerkte er: „Das ist zu viel; könnte ich nicht einen schon gebrauchten benutzen?" Und als gar mehrere Thaler für einen Leichenwagen angesetzt war, schrie er voll Eifer: „Ich brauche keinen Leichenwagen, ich bin mein Lebtag zu Fuß gelaufen!"

Vom Büchertisch.

Wir machen die Besucher der Ammergauer Passions-Vorstellungen auf ein Schriftchen aufmerksam, betitelt „Das Passionsspiel in Oberammergau von Fr. Lampert," das neben den vielen hierüber erschienenen eine Beachtung um so mehr verdient, als es von einem Protestanten verfaßt gewiß nicht als einseitig geschrieben gilt. Um so mehr freut es uns, daß der Verfasser gesteht, daß er von der schlichten Größe, der kindlichen Einfalt und der unantastbaren Würde dieses Drama gefangen wurde. Es bietet den Besuchern desselben einen willkommenen Führer, und gibt ein klares und herrliches Bild, um auch Andere zum Beschauen dieses Kleinods des deutschen Volksgeistes einzuladen. Wir empfehlen dieses anziehende Schriftchen unsern Lesern aufs beste.

Soeben ist bei Friedr. Pustet in Regensburg erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Ueber die neue Landtagswahlgesetzgebung in Bayern. Preis 18 kr.

Von Wilhelm Scherer, k. bayr. Regierungsrath.

Sanitäts-Controle.

Die täglich mehr um sich greifenden Fälschungen der Chocoladen machen ein Produkt wie es sein soll — pure Cacao mit Zucker — fast zur Seltenheit. Gemahlene Cerealien, Fette, Farbe und Gewürze sind oft der ausschließliche Bestand von Erzeugnissen, welche als Chocolade verkauft werden.

Es ist evident, daß auch der reelle Fabrikant hierdurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Um unsrerseits jedem Mißtrauen zu begegnen, haben wir unsere Chocoladen-Fabrik in ihrem ganzen Umfange unter sanitätspolizeiliche Controle gestellt. — Die Aufsicht wird durch stetige Analyse, sowohl der zu Verwendung kommenden Rohstoffe als der fertigen Produkte gehandhabt und bietet den Consumenten die sichere Garantie, eine der Gesundheit durchaus zuträgliche Chocolade zu genießen.

Wir empfehlen ganz besonders den Herren Aerzten und Apothekern, Verwaltungen von Hospitälern und Pensionen unsere Cacao-Erzeugnisse, welche in Tafeln, gepulvert und entölt in den hauptsächlichsten Geschäften Deutschlands käuflich sind.

Franz Stollwerck u. Söhne in Cöln a. Rhein.

Zu verkaufen:

Schnorr, leichtfaßl. Erklärung des kath. Katechism. von P. Deharbe, 3 Bde. Würzb. 2 Aufl. 1865. eleg. Hlbfrzbd. neu. (fl. 6. 48 kr.) fl. 4. —

Hergenröther, katechet. Handbuch der kathol. Religionslehre. 3 Bde. Wrzbg. (wie oben.) fl. 4. —

Näheres in der Exped.

Das durch seine natürlich warmen und kohlensäurehaltigen Quellen ausgezeichnete

Soolbad Nauheim

bei Frankfurt a/M. ist am 1. Mai bis 1. Oktober geöffnet.

Auf Verlangen werden auch im April und nach dem 1. Oktober „Soolbäder" abgegeben.

Großherzoglich hessische Bade-Direktion Nauheim.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 113. Samstag, den 14. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Vom Zollparlamente.

Dem „Str. Tagbl." schreibt man aus Berlin unterm 6. Mai: Nun hätten wir also, nicht mit Gottes, sondern nur mit der Preußen Hilfe wieder eine neue Steuer! Nachdem die Vorberathung über die Kaffeesteuer am 2. d. M. geschlossen, und besagte Steuer mit nahezu 100 Stimmen abgeworfen war, glaubte ich doch annehmen zu dürfen, daß die Gefahr vorüber wäre. Aber heute wurde die Kaffeesteuer mit 171 gegen 85 Stimmen angenommen. Unsere bayerischen Bettelpreußen mit einziger Ausnahme des Advokaten Dr. Erhard in Nürnberg haben auch für die neue Steuer gestimmt, nachdem sie 2 Tage zuvor alle dagegen gestimmt hatten. Die süddeutsche Fraktion blieb natürlich fest und stimmte wie ein Mann dagegen; allein was sind 40 gegen 300? Ich denke, die süddeutschen Bettelpreußen haben sich durch die Kaffeesteuer ein bleibendes Denkmal im Herzen ihrer Wähler gegründet und bei den nächsten Zollparlamentswahlen wollen wir daran denken, daß sie sich auch noch besonders bemüht haben, diese neue, von Bismarck so sehr gewünschte Steuer durchzusetzen. Diese warmen Bemühungen führten in der heutigen Sitzung sogar zu einer Scene, die ich besonders erwähnen muß.

Bekanntlich gehört die Politik in das Zollparlament gar nicht hinein, da dasselbe vertragsmäßig eine wirthschaftliche und keine politische Institution ist. Allein was kümmern sich die Preußen und die Bettelpreußen um Verträge, wenn es nicht gerade die bekannten Allianzverträge sind? Diese freilich sind überaus, ja allein heilig und unverletzlich. So werden denn alle Jahre vertragswidrige Versuche gemacht, die Politik in das Zollparlament hineinzuschmuggeln. Der Vorgang von 1868 anläßlich des Bamberger'schen Antrages ist bekannt. Heute nun, ganz am Schluße der Debatte, nahm das Wort der Abg. v. Blankenburg, ein preußischer Junker und besonderer Freund des Grafen Bismarck und empfahl in den wärmsten Worten die Annahme der Kaffeesteuer. Dabei trieb er den Uebermuth so weit, daß er die Mitglieder der süddeutschen Fraktion nicht, wie es doch in allen Parlamenten der Welt üblich ist, Gegner, sondern Feinde nannte. Er beschwor die Preußen und Bettelpreußen, die Steuer doch ja zu bewilligen; denn seht, rief er aus, wie unsere Feinde jubeln, wenn nichts zu Stande kmmt! Wenn der Feind an den Thoren steht, muß man Opfer bringen, und als ein solches Opfer fordere ich jetzt von Ihnen die Kaffeesteuer. Und der Feind steht an den Thoren! Hören Sie nur, meine Herren! hören Sie nur, es ist entsetzlich, es ist schauderhaft — und nun zog eine Nummer des „Bayer. Vaterlandes" von Dr. Sigl in München aus der Tasche und las eine Stelle daraus vor. Die Stelle besagte ungefähr, daß unter Umständen in einem zwischen Preußen und Frankreich etwa ausbrechenden Kriege ein paar deutsche Stämme auf Seiten der Franzosen kämpfen könnten. Das zu hören, ist natürlich für die Verbündeten Garibaldi's von 1866 ein Gräuel. Die Preußen entsetzten sich also, und schwuren, die Steuer zu bewilligen. Als Blankenburg schwieg, verkündete der Präsident: Dr. Völk hat das Wort! Nun freilich wußten die süddeutschen Patrioten, wie viel es geschlagen habe. Es war eine abgemachte Geschichte: Dr. Völk hatte Hrn. v. Blankenburg eigens jene Nummer des „Vaterlandes" gegeben, um den Skandal in Scene zu setzen. Die Preußen lesen ja überhaupt kein süddeutsches Blatt, nicht einmal die „Allg. Ztg.", und das „Bayer. Vtld." kennen sie gar nicht. Völk betheuerte nun, daß er unschuldig sei an dem verruchten „Vaterland", bei ihm zu Hause berühre man dieses Blatt nur mit Handschuhen. Dr. Völk beschmutzt sich bekanntlich nicht gerne, anno 1866 wollte er ja auch seinen Mund nicht mit dem Namen Bismarck beschmutzen. Und das war der ganze Witz der Völk'schen Rede; sonst brachte er nichts vor. Doch ja, er hat noch etwas vorgebracht: er bat die Preußen inständig, die Kaffeesteuer zu bewilligen und ja nicht mit den süddeutschen Patrioten dagegen zu stimmen. Ob denn die preußischen Freunde nicht sähen, daß die süddeutschen Patrioten dagegen seien und sie möchten also bedenken, „in welcher Gesellschaft sie sich befänden." Diese Rohheit ließ der Präsident Simson dem Abg. Dr. Völk hingehen!!! Tags zuvor rief derselbe Präsident

den Abg. Dr. Mohl aus Württemberg zur Ordnung, weil er einen Antrag der Petitionskommission „bedauert" hatte! „Sie haben keine Commission zu bedauern!" herrschte ihm Simson zu.

Die Noblesse des Dr. Völk kann überhaupt nicht genug bewundert werden. Da sie in München nichts damit ausgerichtet haben, wenn sie Blätter auf der Gasse aufklaubten und in's Parlament hineinbrachten, so haben sie jetzt in Berlin dasselbe kleine, ja armselige und einer parlamentarischen Versammlung unwürdige Manöver gemacht. Welchen Grad von Wohlgezogenheit verräth ferner der Versuch, die süddeutsche Fraktion als eine für die Preußen unwürdige Gesellschaft darzustellen! Welchen Muth verräth es, das kleine Häuflein von bayerischen Landsleuten dem preußischen Parlamente zu denunziren und mit 300 Preußen im Rücken zu beleidigen! Das war eine große That, Hr. Völk, die Sie da verübt haben! Indessen aber, es hat geholfen, die Kaffeesteuer wurde angenommen. Bayern verdankt die Kaffeesteuer dem Hrn. Advokat Völk und seinen politischen Freunden. Indessen muß ich das noch hinzufügen, daß es trotz Völk und Blankenburg doch auch preußische Männer gegeben hat, die fest geblieben sind und sich der Gesellschaft der Süddeutschen nicht schämten, sondern sie unbedenklich der Gesellschaft des Hrn. Adv. Völk vorzogen. 85 Männer stimmten gegen die Kaffeesteuer, darunter sind 39 Stimmen der süddeutschen Fraktion, das andere sind die Stimmen der norddeutschen Fortschrittspartei. Diese blieb unerschüttert, während die Nationalliberalen nachgaben. Das wird sich auch das preußische Volk für die dort eben bevorstehenden Wahlen merken.

Während Dr. Völk sprach, verständigten sich die Süddeutschen rasch dahin, daß Jörg ihm antworten solle. Jörg meldete sich zum Wort — erhielt es aber nicht; denn im Augenblicke hatte der preußische Abg. v. Denzin den Schlußantrag eingebracht, welcher der Verabredung zu Folge sofort angenommen wurde. Völk war gerettet der ausgezeichnete Handstreich war vollbracht, Bewunderung und Bruderliebe füllten die Süddeutschen. Jetzt kehren sie zum Drittenmale von Berlin heim — zum Drittenmale mit einer neuen Steuer! 1868 brachten sie die Tabaksteuer mit heim, 1869 die Zuckersteuer, 1870 die Kaffeesteuer. Ist das Zollparlament nicht eine schöne Institution? Muß man nicht mit allen Kräften darauf hinarbeiten, daß dieser Zollvertrag ja wieder erneuert werde? Als es sich 1867 um diesen Vertrag handelte, haben die Patrioten sich bekanntlich außerordentlich dagegen gesträubt, die Bettelpreußen sich außerordentlich dafür angestrengt; man sieht jetzt, daß beide Theile wohl gewußt haben, was sie thaten. Diese Dinge mußt Du Dir merken, bayerisches Volk.

Inland.

München, 12. Mai. Die Kammer der Reichsräthe wird ihre Sitzungen am nächsten Montag wieder aufnehmen und wird zunächst den Gesetzentwurf bezüglich der weiteren außerordentlichen Creditforderung für die Armee, dann die Anträge der Abg.-Kammer bezüglich der Freiheit der Presse und in Betreff des Geschäftsganges des Landtages zur Berathung gelangen. Für die nächste Woche steht eine weitere Verlängerung der Dauer des Landtages zu erwarten und zwar, wie ich vernehme, um 2 Monate, doch ist Angesichts der noch zu erledigenden Arbeiten sehr zu bezweifeln, ob es der Kammer möglich sein wird, bis zum 24. Juli ihre Aufgaben zu lösen.

Im Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 19. April bis 10. Mai befinden sich u. A.: eine Bitte verschiedener Gemeindeverwaltungen in Betreff des Baues einer Eisenbahn durch den Aischgrund; angeeignet von den Abg. Lothar Weber; eine Vorstellung der beiden Gemeinde-Collegien der Stadt Würzburg in Betreff der Immobiliar-Feuerversicherung; eine Vorstellung u. Bitte der Bezirksamtsoberschreiber von Mittelfranken um Anstellung; angeeignet vom Abg. Hauck; eine Bitte der k. Bezirksgerichts- und Bezirksärzte um Gehaltsaufbesserung; angeeignet vom Abg. Dr. Ruland; eine Vorstellung der beiden Collegien Grafenau in Betreff der Erbauung einer Eisenbahn durch den bayerischen Wald in der Richtung von Passau nach Arnschwang; angeeignet vom Abg. Greil; eine Bitte der Bewohner der fränkischen Schweiz und des Landgerichtsbezirks Hollfeld in Betreff des Baues einer Eisenbahn von Bayreuth über Plankenfels-Veilbronn nach Forchheim und durch den Aischgrund; eine Bitte mehrerer Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten München, Augsburg, Nürnberg, Bamberg, Rosenheim, Hof und Würzburg um Verbesserung ihrer socialen und finanziellen Verhältnisse; angeeignet vom Abg. G. F. Kolb; eine Vorstellung des Kaufmannes Lazarus Rosenfeld zu Bamberg in Betreff der Sicherung der Zinsen aus Militärkautionen und des Vermögens Minderjähriger aus dem Civilstande. Außerdem sind zahlreiche Vorstellungen eingelaufen über Aufhebung des 7. Schuljahres, über Reorganisation des Heerwesens u. des Militärbudget, über Aufhebung oder Beschränkung des Hausirhandels; über den Wahlgesetzentwurf und das Bürgerwehrgesetz; weiter haben die Notariatskammer von Unterfranken, dann mehrere größere Grundbesitzer von Oberfranken, das landwirthschaftliche Bezirkskomite in Aschaffenburg u. die Handels- und Gewerbekammer von Oberbayern Bittvorstellungen eingereicht in Betreff des Tax- und Stempelgesetzes, endlich die Notariatskammern von Oberbayern und von Schwaben sowie die Collegien der Stadt Fürth in Betreff der Advokatenordnung.

München, 12. Mai. Bezüglich der bevorstehenden Wahl von zwei Bürgermeistern der Residenzstadt hat gestern Abends eine Vorbesprechung von

Digitized by Google

Mitgliedern des Gemeindecollegiums stattgefunden, in welcher sich ergab, daß für die Wahl des Hrn. Advocaten Dr. Erhard zum ersten u. des Bürgermeisters Sing von Neuburg als zweiten rechtskundigen Bürgermeister eine Mehrheit bereits gesichert ist.

München, 12. Mai. Der Appetit kommt beim Essen. Am 7. hat das Zollparlament, den erhöhten Kaffeezoll genehmigt und schon Tags darauf schreibt ein offiziöser Berliner der Allg. Ztg. einen langen Brief, dessen kurzer Sinn der ist: zwischen dem Zoll von 5 Thl. 25 Sgr. auf den Zentner Tabak besteht ein „Mißverhältniß", es zeigt sich daher jetzt schon in einflußreichen parlamentarischen Kreisen die Neigung „für Erhöhung der Tabaksteuer" einzutreten. „Bei uns", sagt der Bismarcker, „würde die Tabaksteuer schon beträchtlich steigen dürfen ohne den Consum des Tabaks im Mindesten zu verringern. Schwerlich wird eine umsichtige Volkswirthschaft es sich nehmen lassen, auf die Besteuerung des Tabaks als desjenigen Gegenstands möglichst bald zurückzukommen, welcher die Abgabe unter allen am leichtesten verträgt." Umsichtiger Volkswirth ist nun aber nach Berliner Begriffen, wer sich fleißig nach neuen besteuerbaren Dingen umsieht und das dem Volke aus dem Beutel gezogene Geld für das herrliche Kriegsheer verwirthschaftet. Unsere Völk und Genossen sagen dazu Ja und Amen. Wer also für eine höhere Tabaksteuer, der natürlich andere folgen werden schwärmt, der kann sich schon etliche Fortschrittler als Kandidaten für die nächste Zollparlamentswahl notiren, die besorgen das gerne. B. K.

Aus Bayern, 11. Mai, schreibt die Fr. Ztg. Kurz nach einem auf den bayerischen Staatseisenbahnen vorgekommenen Unfalle, dem 2 Menschenleben zum Opfer fielen, brachte der Münchener „Volksbote" einen Artikel, der den verwahrlosten Zustand der betreffenden Bahnstrecke schilderte und einen mit Namen genannten Bahningenieur hierfür verantwortlich machte. In Folge einer in der Abgeordnetenkammer gestellten Interpellation vertheidigte Herr Minister v. Schlör in der Sitzung vom 9. Februar den betreffenden Ingenieur, indem er ihn mit den wärmsten Worten als pflichtgetreuen Beamten pries, gleichzeitig theilte Herr v. Schlör mit, daß gegen den „Volksboten" wegen Verleumdung Untersuchung eingeleitet worden sei. Der Minister schloß seine Rede mit nachstehenden pathetischen Worten: „Das Resultat wird Ihnen jedenfalls seiner Zeit zur Kenntniß kommen und ich hoffe, ich wünsche, ja ich bin der Ueberzeugung, daß das was ich heute vor Ihnen ausgesprochen habe, nicht desavouirt sondern nach allen Richtungen hin bestätigt werden wird. Der „Volksbote" schreibt nun jetzt, daß die gegen ihn eingeleitete Untersuchung wieder eingestellt wurde, da eine Anzahl von Zeugen den Beweis für die von ihm aufgestellten Behauptungen beibrachten. Aus dieser Mittheilung des „Volksboten" ist zu entnehmen, daß die von Sr. Excellenz aufgestellten Behauptungen desavouirt und keineswegs bestätigt wurden. Wir erwarten nun, daß Hr. v. Schlör der Abgeordnetenkammer hierüber eine Anzeige zukommen läßt; sollte jedoch vom grünen Tische Stillschweigen über diese Angelegenheit beobachtet werden, so wäre eine neue Interpellation sehr am Platze. Das ganze Land ist bei dieser Sache betheiligt: von dem Zustande einer Bahnstrecke — und wäre sie auch noch so klein, hängen gar viele Menschenleben ab, abgesehen davon, daß durch den betreffenden Unfall auch ein materieller Schaden entstand, der keineswegs vom Ressortminister, sondern vom steuerzahlenden Volke gedeckt werden muß.

Berlin, 12. Mai. Der Reichstag nahm in seiner heutigen Sitzung definitiv das Gesetz, betreffend die Beseitigung der Doppelsteuerung, sowie das Gesetz über die Autorenrechte bis Paragraph 46 an.

Auswanderer gehen in Menge von Preußen nach Rußland. Man mache sich den Gedanken klar: „aus dem gelobten Lande Preußen nach den barbarischen Rußland!" Was sagt das süddeutsche Bettelpreußenthum zu dieser Erscheinung?

Ausland.

Der „Rappel" berichtet über die am Sonntag getroffenen militärischen Vorkehrungen: Paris sah in dieser Hinsicht aus wie eine Stadt, über die der Belagerungszustand verhängt worden. Die Tuilerieen, das Luxembourgschloß, die Polizeipräfectur, das Stadthaus waren gleichsam in Kasernen umgewandelt worden. Im Invalidenhotel u. in den sämmtlichen Spitälern dahier standen dem Vernehmen nach Lazarethwagen bereit. Um vier Uhr aßen die Truppen im Lager bei Saint-Maur zu Abend, u. um sieben Uhr rückten sie über den Boulevard Mazas in Paris ein. Siebenzehn Kanonen folgten hinterdrein. Zu Vincennes stand die Artillerie nebst den Trainwagen marschbereit. Die Munitionswagen waren auf mehrere Tage mit Munition gefüllt. Sobald das am Faubourg du Temple bekannt wurde, beeilten sich die Kaufleute ihre Läden zu schließen. In der Prinz-Eugene-Caserne campirten die Soldaten mit Sack und Pack in den Höfen. Im Conservatoire des Arts-et-Metiers war Infanterie und Artillerie einquartirt worden. Hinter dem Boulogner Wäldchen endlich hatte sich die von Versailles gekommene Cavalerie aufgestellt. Truppen überall, im Luxembourggarten nahe dem Eingang des kleinen Museums, zehn Geschütze."

In Havre, wo die Garnison 265 Nein gegen 176 Ja abgegeben hatte, kam es gestern auf dem Platze Louis XVI., wo die Retraite geblasen werden sollte, zu einer Demonstration. Die Menge rief: Es lebe Rochefort! Es lebe Lecesne (der demokratische Abgeordnete der Stadt)! Nieder mit der Polizei!

Dann zog man, die Marseillaise singend, vor die Kaserne Napoleon, wo man: Es lebe die Linie! rief, u. vor die Bureau's der verschiedenen Zeitungen, wobei man dem Präfekturblatte die Fensterscheiben einschlug. Die Polizei schritt endlich ein und nahm etwa 15 Verhaftungen vor.

Stockholm, 11. Mai. Der Reichstag hat die Aufnahme einer Eisenbahnanleihe im Betrage von 40 Mill. schwedisch gegen Staatsobligationen beschlossen. Der Maximalzinsfuß ist 5%, die Amortisationszeit 40 Jahre.

Neapel, 12. Mai. Es sind drei Bataillone Verstärkung nach Calabrien gesendet. Die Flotte ist in großer Bewegung. Eine dritte Bande ist aufgetaucht; man versichert Ricciotti Garibaldi sei am Aufstande betheiligt.

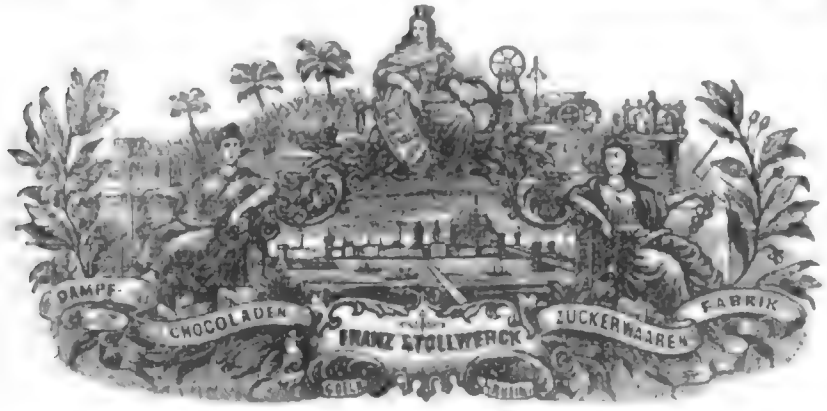
Im Freiheitsstaate Italien wird's halt gar nicht ruhig. Kaum daß die eine Revolutionsbande verjagt, bildet sich eine andere. Die Insurgentenbande bei Catanzaro ist zerstreut, nachdem 30 Gefangene gemacht, wichtige Dokumente worunter das Insurgentenverzeichniß und gedruckte Dekrete: Formulare mit dem Stempel „Gott u. das Volk", aufgefunden wurden. Jetzt bilden sich neue Banden Republikaner in Cesina. Die italienische Regierung sammelt Truppen und bildet sich ein, daß die Banden bei Ansichtwerden der Truppen sogleich davonlaufen. Das sind die Zustände einer liberalen Herrschaft.

Am Sonntag Nachmittag soll ein groartiges Meeting im Hyde Park in London stattfinden, „um der Sympathie des Volkes von Englang und Irland mit der republikanischen Partei Frankreichs Ausdruck zu verleihen und gegen die angeblich vom französischen Botschafter verlangte Auslieferung von französischen Aufwieglern zu protestiren." Am nächsten Freitag sollen die schließlichen Anordnungen für diese Kundgebung in der sog. Hall of Sciences stattfinden und bei der Gelegenheit wird Flourens „seinen Bericht über das Plebiscit" abstatten.

Vermischtes.

Der Prozeß.

Der Prozeß ist ein Wagen, der führt nach dem Recht;
Der Gerichtstag ist Lehmgrund, da fährt es sich schlecht,
Die Beweise sind Räder, die dreh'n sich herum;
Der Jurist ist die Achse, — der Vergleich ist nicht dumm.
Und willst du, mein Freund, den Prozeß nicht verlieren,
So mußt Du vor Allem die Achse gut schmieren.



Die Dampf-Chocoladen von **Franz Stollwerck** und **Söhne** in Köln a. Rh. sind garantirt rein, ohne jegliches Surrogat. Die Tafel-Chocoladen sind versiegelt und tragen auf der Etiquette obige Fabrikmarke worauf man achten wolle. Die courantesten Sorten sind auf Lager in Bamberg bei J. B. Haußmann,

Burgbaßlach bei Apotheker Barthel,
Ebermannstadt bei Abothk. Krauß,
Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt,
Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Gardill;
Memmelsdorf bei Chr. Reich,
Schüßelfeld bei A. Hohbach,
Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler,
Streitberg bei Joh. Dauer,
Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Weischenfeld bei Georg Lauer,
Zeil bei J. P. Pöllath.

Von den neuesten

Rouleaux, Tapeten und Bordüren

hält Lager **Friedrich Herd,** Papierhandlung.

Gefrornes

empfiehlt auf morgen

Aug. Bachmeier

in der Augasse.

Ein gewandter „Barbiergehilfe" findet Condition auf ausgehende Kundschaft. Näheres ꝛc.

Zu verkaufen:

Schnorr, leichtfaßl. Erklärung des kath. Katechism. von P. Deharbe, 3 Bde. Würzb. 2 Aufl. 1865. eleg. Hlbfrzbd. neu. (fl. 6. 48 kr.) fl. 4. —

Hergenröther, katechet. Handbuch der kathol. Religionslehre. 3 Bde. Wrzbg. (wie oben.) fl. 4. —

Näheres in der Exped.

Schmiedekohlen

von bester Qualität billigst bei

J. B. Bayer jun.

Epileptische Krämpfe

Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Louisenstraße 45. — Bereits Hunderte geheilt.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 114. Sonntag, den 15. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Das siebente Werktagsschuljahr.

+ Demnächst wird in der Kammer der Abgeordneten ein Gegenstand zur Berathung kommen, der insbesondere für den Landmann von großer Wichtigkeit ist. Professor Greil, wohl einer der tüchtigsten und entschiedensten Mitglieder der patriotischen Partei hat den Antrag auf Wiederaufhebung des siebenten Werktagsschuljahres gestellt. Bei der hohen Bedeutung dieses Antrages ist es nicht zu wundern, daß bereits die patriotische wie die gegnerische liberale Presse sich lebhaft mit demselben beschäftigt. Es möge deßhalb auch in diesem Blatte eine kurze Besprechung und Würdigung desselben gestattet sein.

Die wenigen Jahre, seit dem das siebente Werktagsschuljahr eingeführt ist, haben wohl vollständig genügt, die Ansicht derjenigen zu rechfertigen, welche sich keinen großen Nutzen davon versprachen, wozu wohl die meisten katholischen Lokal- und Distriktsschulinspektoren gehörten. Das siebente Schuljahr konnte nach einer dreifachen Seite als nothwendig erachtet werden, nämlich entweder zu einer wirklichen Vermehrung der Kenntnisse dem Umfange nach, durch Einfügung neuer Lehr-Gegenstände, oder zur Anwendung des bereits mitgetheilten Lehrstoffes auf das praktische Leben, oder endlich zu einer einfachen Wiederholung des Gelernten, um es tiefer und damit besser haften zu machen.

Wohl mochten bei Einführung des 7. Schuljahres die beiden ersten angegebenen Gründe am meisten maßgebend gewesen sein, wohl mochte man sich in beider Beziehung vielen Nutzen von der neuen Ordnung versprochen haben, in der Wirklichkeit aber wurde wenig oder Nichts davon sichtbar. Wer die Verhältnisse der Schule besonders auf dem Lande kannte, war hievon schon im Voraus überzeugt. Eine Vermehrung der Kenntnisse im siebenten Schuljahre durch Zuführen neuen*) Lehrstoffes oder wenigstens eine Verwendung des bereits in den vorausgegangenen Schuljahren mitgetheilten auf das praktische Leben wäre in ausgiebiger Weise nur dadurch möglich, daß für das neue Schuljahr ein eigener Lehrer aufgestellt würde; es kann unter besonders günstigen Umständen bei besonderer Befähigung und Thätigkeit des Lehrers auch da noch Einiges geleistet werden, wo wie in den großen Städten Klassenlehrer bestehen, so daß das siebente Schuljahr nur mit zwei vorausgehenden Jahren zu einer Klasse vereinigt ist. Völlig nutzlos aber in den angegebenen Beziehungen wird es da sein, wo ein einziger Lehrer die sämmtlichen Klassen, also von den Eintrittsschülern bis zu denen des letzten Jahres zu gleicher Zeit zu unterrichten hat. Es fehlt demselben nämlich auch bei dem besten Willen die Zeit, ohne Benachtheiligung der übrigen Schüler sich soviel mit denen des siebenten Schuljahres zu beschäftigen, als nothwendig wäre, um die oben angegebenen Zwecke auch nur zum Theil zu erreichen. Daher ist es gekommen, daß in allen Schulen, wo diese Verhältnisse bestehen, und das ist in allen Landschulen der Fall, das siebente Schuljahr zu einem einfachen Wiederholungs-Jahre und zwar nicht einmal für den Gesammtumfang des in den vorausgegangenen Schuljahren Mitgetheilten und Erlernten, sondern nur für die Lehrgegenstände des letzten (sechsten) Jahres geworden ist. Die Schüler des siebenten Jahres lesen, schreiben, rechnen, lernen, beschäftigen sich überhaupt völlig auf dieselbe Weise wie die des sechsten. Ob der Werth dieser Wiederholung so hoch anzuschlagen sei? Wir bezweifeln es. Jeder, der eine Studienanstalt besucht hat, weiß, daß Repetenten, d. h. Solche, die wegen nicht hinreichender Kenntnisse die Erlaubniß zum Vorrücken in eine höhere Klasse nicht erhalten, sondern noch ein Jahr in derselben Klasse verbleiben müssen, in der Regel auch im 2ten Jahre keine besondere Fortschritte machen. Und doch besteht bei diesen ein sehr kräftiger Antreibungs-Grund, nämlich, daß sie ohne Erlangung der verlangten Kenntnisse nicht in die höhere Klasse gelangen können, also ihrer ganzen langen Studienlaufbahn entsagen müßten. Dieser Antrieb fällt aber beim Werktagsschüler hinweg, da er weiß, daß wenn die festgesetzte Zeit abgelaufen ist, er aus der Schule entlassen werden muß, ob er in seinen Kenntnissen genüge oder nicht.

(Forts. folgt.)

*) Wir lassen die Frage, ob überhaupt eine Vermehrung der Lehrgegenstände für die Volksschulen nothwendig oder nur nützlich sei, hier unerörtert.

Digitized by Google

Inland.

—l München, 13. Mai. Zwei Sitzungen die gestrige 31. und die heutige 32. habe ich noch nachzutragen. Für heute will die erstere nachbringen. Die Interpellation, welche der Abg. Rußwurm an das Kultusministerium richtete, fragt an, ob es durch seinen Erlaß vom 20. Febr. 1870 der königl. Verordnung vom 22. März 1821 eine andere Auslegung geben wolle als jene, welche durch die unterm 24. Juni 1839 erlassene Ministerialentschließung gegeben habe, und ob das hohe Ministerium wisse, wie dasselbe in der Oberpfalz gehandhabt werde. Durch die k. Entschließung von 1821 hat die Lokalschulinspektion in Gemeinden mit städtischer Verfassung zu bestehen aus dem Bürgermeister, dem Pfarrer u. einem bis vier deputirten Magistratsräthen und nach der Verordnung von 1839 wurde diese Entschließung dahin interpretirt, daß bei Schulkommissionen im engeren Sinne des Wortes d. h. welche den Distriktsschulinspektionen koordinirt, den Bürgermeistern, bei allen übrigen Lokalschulkommissionen den Ortspfarrern der Vorsitz gebühre, daß aber die Regierung der Oberpfalz am 16. Januar 1870 ein Ausschreiben erließ, gemäß welchem ausdrücklich die Bürgermeister als Vorsitzende der Lokalschulinspektion bezeichnet werden, welchem Ausschreiben am 20. Febr. d. J. ein Ministerialerlaß folgte, welcher die Frage über den Vorsitz ignorirte. — Der Kultusminister antwortet ziemlich ausführlich, und bedauert, daß die Regierung von Oberpfalz ein Ausschreiben erlassen, welches nicht mit den jetzigen geltenden Normen in Einklang stehe und erklärt, daß dasselbe zurückgenommen werde. Hierauf kommt der Freytag'sche Antrag auf Abänderung des Art. 6 der Gemeindeordnung zur Berathung.

Der Ref. Radspieler empfahl die Annahme des Reichsrathskammerbeschlusses. Winderl wünscht noch einen kleinen Zusatz, welchen Hafenbrädl unterstützt. Fischer ergreift die Gelegenheit, um darzuthun, daß von einer gewissen Seite Mißstimmung (?) gegen die Bürgelmeistereien hervorgerufen wurden, und daß dieselben als unbeliebtes Institut gelten. Winderl antwortet dem Vorredner. Bei der darauf erfolgten Abstimmung wurde der reichsräthliche Antrag mit 67 gegen 61 Stimmen angenommen. Forts. f.

München, 14. Mai. Der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf wegen Einführung des Metergewichts im Aufschlagwesen vor. Hierauf Diskussion über das Greil'sche Referat bezüglich der Nachweisungen der Staatsausgaben. Die Vollendung der Berathung des auf den Etat des Kultusministeriums bezüglichen Theils wurde vertagt. Zuletzt wieder heftige Auftritte mit dem Referenten Greil.

München, 14. Mai. Dr. Pöhlmann, früher Redakteur der Bayr. Landesztg., wurde vom Schwurgerichte von der Anklage, die Reichsrathkammer, sowie sechs königliche Prinzen beleidigt zu haben, freigesprochen.

Die „Pfälz. Ztg." schreibt über Bedeutung und Zweck der liberalen Concilberichte: „Man müßte blind sein, um nicht zu sehen, daß die Concilartikel eines bekannten Blattes zunächst in usum Delphini und zu dem Zweck geschrieben sind, unsern König gegen die patriotische Partei einzunehmen und seinen Blick abzulenken von dem eigentlichen Ort der Gefahr. Deßhalb schildert man die von Rom drohende Gefahr mit den schwärzesten Farben und erlaubt sich dabei Uebertreibung, die geradezu des gesunden Menschenverstandes spotten. So wagt selbst ein Blatt wie die Allgemeine Ztg. ihren Lesern vorzuschwindeln — wir können hiefür keinen andern Ausdruck gebrauchen — die Dogmatisirung der päpstlichen Unfehlbarkeit, gebe dem Papst das Recht, „Monarchen abzusetzen, Eide der Treue zu lösen und Länder und Völker nach Gutdünken an Andere zu verleihen." Sollte man es für möglich halten, daß ein ernstes Blatt so etwas schreiben und daß vernünftige Menschen es glauben können! Denn nicht der Papst, sondern die Revolution, die demagogische und die gekrönte, setzt heute Monarchen ab und die Politik, welche die Gewalt über das Recht stellt, verleiht zwar nicht Länder und Völker an Andere, aber sie — annexirt sie selber."

Wien, 9. Mai. Der „Oesterr. Vlksfr." sagt von dem neuen Finanzminister, Frhr. v. Holgethan, er sei nicht allein ein tüchtiger Beamter, sondrn auch ein Mann von bewährten conservativen Grundsätzen und gläubiger Katholik. Seine Ernennung könne deßhalb mit aufrichtigem Beifall begrüßt werden.

Wien, 10. Mai. Ein sonst meist gut unterrichtetes Blatt bringt heute aus angeblich bester Quelle die Meldung, daß England in Athen zur Herstellung geordneter Zustände nicht mehr und nicht weniger als die Sistirung der Verfassung und die zeitweise Entfernung der königl. Familie verlangt habe. Ich kann nicht positiv versichern, daß diese Meldung falsch ist, obgleich die genannten Forderungen so exorbitanter Natur sind, daß sie sich schon deßhalb als mehr denn verdächtig darstellen muß. Aber ich kann wenigstens bestimmt versichern, daß das auswärtige Amt in Wien absolut nichts von solchen Forderungen weiß, und es dürfte kaum zu glauben sein, daß England, ohne sich vorher mit den übrigen Mächten deßfalls benommen zu haben, in Griechenland zugleich die Verfassung und das Königthum cassiren würde.

Ausland.

Rom. Wie man vernimmt, soll die nächste öffentliche Session des Concils am heil. Pfingstfeste stattfinden. — Während des dießjährigen Osterfestes waren mehr als 200,000 Fremde in Rom. Im April allein wurden auf der Polizei 59,000 Pässe visirt,

auf welche man wenigstens 100,000 Personen rechnen kann, die aus der Ferne gekommen waren, die andern 100,000 waren päpstliche Unterthanen. — Der einst vielgenannte Mortara ist jetzt regulirter Chorherr in Rom.

Warschau, 7. Mai. (Piotrowitsch.) Der nach dem Gouvernement Archangel (in das Städtchen Kolo an der Küste des Eismeeres) verbannte Decan Piotrowitsch aus Wilna hat außer der Denkschrift, betreffend die Verfolgungen der katholischen Kirche in Litthauen, noch ein zweites Document hinterlassen, das von der Polizei bei der in seiner Wohnung vorgenommenen Revision ebenfalls vorgefunden wurde. Es ist dieß ein Aufruf an die Geistlichkeit der Wilnaer Diözese, worin der Erzbisthumsverweser Zylinski und die mit ihm verbundenen Domherrn Memelscha, Tupolski und Herbut beschuldigt werden, im Einverständnisse mit der russischen Regierung dahin zu streben, die kath. Kirche Rußlands von Rom loszureißen und in eine russische Nationalkirche umzuwandeln. Die kath. Geistlichkeit wird aufgefordert, sich diesem schismatischen Bestreben offen und aus allen Kräften zu widersetzen und lieber die grausamsten Verfolgungen über sich ergehen zu lassen, als in die Losreißung der katholischen Kirche von Rom zu willigen. Ostsee-Ztg.

Vermischtes.

Ueber ein zu Dommeldingen stattgefundenes Eisenbahnunglück wird der Köln. Ztg. berichtet: „Am 8. Mai, Abends gegen 9 Uhr, hielt ein von Luxemburg gekommener Personenzug der Nordlinie im Bahnhofe zu Dommeldingen (nächste Station von Luxemburg), war aber im Begriffe abzufahren. Der Stations-Vorsteher, voraussetzend, das der nachfolgende Güterzug seine normale Fahrzeit inne halten werde, telegraphirte nach Luxemburg, die Bahn sei frei. Der hierauf von Luxemburg abgelassene Güterzug, aus 35 schwer beladenen Waggons bestehend, kam aber auf der abschüssigen Bahn mit außerordentlicher Schnelligkeit herangebraust u. stieß auf den noch nicht in Bewegung gesetzten Personenzug, den er buchstäblich zermalmte. Von den in den Coupe's befindlichen Personen blieben 13 theils auf der Stelle todt, theils starben sie nach wenigen Stunden, zum Theile noch, ehe man sie aus dem ineinander geschobenen Holz- und Eisenwerke befreien konnte. Die Zahl der mehr oder weniger schwer Verwundeten wird auf 15 bis 20 angegeben. Die Luxemburger Gerichtsbehörde hat sich noch denselben Abend an die Unglücksstätte begeben u. Verhaftungen angeordnet." Die Luxemburger Zeitung meldet über die Katastrophe folgendes Nähere: Der am Samstag Abend 8 Uhr 46 Minuten von Luxemburg abgelassene Luxemburg-Diekircher Personenzug stand im Bahnhofe zu Dommeldingen auf den Schienen und wartete auf seine Lokomotive, welche zu manövriren hatte, um einige auf der Station entbehrlich gewordene Wagen des Zuges auszuspannen. Als die Lokomotive eben wieder an den Zug heranfuhr, stürmt mit rasender Schnelligkeit ein Güterzug auf den Bahnhof los. Es war ein Zug, welcher regelmäßig jeden Abend von Esch nach Dommeldingen geht, um der Dommeldinger Hütte Erze und Coaks zuzuführen. Dieses Mal bestand der Zug aus 35 Waggons, von denen jeder mit 15,000 Kilos Erzen und Koaks beladen war. Das Gewicht von Lokomotive und Tender wird zu 75,000 Kilos angegeben. Bei der ungeheuren Wucht solcher Lasten war der Anprall gegen den noch in Bewegung gesetzten Personenzug furchtbar. Dieser letztere wurde total zersplittert, die schweren Achsen wie Glas zerbrochen, die eisernen Tragachsen gleich dünem Drath gebogen. Der Tender des Güterzuges, dessen Lokomotivführer sich durch einen kühnen Sprung glücklich gerettet, schlug um, und hiedurch kam der Zug zum Stehen. Im Augenblicke der höchsten Gefahr erschallte ein sauve qui peut!, und wirklich gelang es einer großen Zahl von Insassen, noch rechtzeitig hinaus und auf den Perron zu springen. Andere Passagiere waren noch gar nicht eingestiegen. Dank diesen Umständen waren nur etwa 30 Personen in den Coupe's 13 derselben wurden getödtet. Einige von diesen scheinen der Tod im Nu erlitten zu haben. So wurde z. B. ein Leichnam gefunden, der gemüthlich die Tabakspfeife noch in der Hand hielt. Mehrere Leichen konnten erst nach Verlauf von Stunden aus dem Gewirre der Trümmer hervorgeholt werden, eine sogar erst am folgenden Morgen. Man hörte den Unglücklichen bis nach Mitternacht wimmern, ohne zu ihm gelangen zu können. Einer der Getödteten trug in seiner Tasche eine Anzahl Fünfgroschenstücke, die auf einem Klumpen geballt ihm in die Beine getrieben worden waren. Etwa 20 Passagiere erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Daß mehrere Personen unversehrt davon gekommen, mag als ein Wunder betrachtet werden.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 10. Mai.

Der vorgelegte Entwurf einer Instruktion für den städtischen Rechnungs-Revisor sei zu genehmigen und den HH. St.-Gemeindebevollmächtigten zur Zustimmung zu übermitteln. — Wegen der projektirten Umgestaltung der Lokalirrenanstalt St. Getreu sei wiederholter Bericht zur k. Regierung Behufs Erlassung einer Entschließung zu richten. — Mehrere Anschaffungen von Effekten für das Haus der Unheilbaren, das Krankenhaus und die Irrenanstalt wurden, soweit die Etatsposten ausreichen, genehmigt. Die Verwaltungen wurden angewiesen, auf strenge Einhaltung der Etatsposten zu sehen und die Anschaffungen der niedergesetzten Prüfungscommission von sachverständigen Mitgliedern des St.-Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten zu unterstellen. — Eine k. Reg.-Entschl. im Betr. der pro 1870 genehmigten Theuerungszulagen für die wirklichen Lehrer an der k. Gewerbschule dahier sei zu vollziehen. — Die Wiederverpachtung mehrerer bürgerspit. Grundstücke sei zu genehmigen und sei der Mindererlös zum Theil aus den vorhandenen Cautionen, zum Theil durch theilweise Beschlagnahme des Arbeitslohnes der früheren Pächter zu decken. — Der Stockholzverstrich in der Revier Weippelsdorf sei bei einem Erlöse von 619 fl. 55½ kr. zu genehmi-

Digitized by Google

gen. — Ein Gesuch um Unterbringung eines unheilbaren Kranken der Gemeinde Amlingstadt in die hiesige Lokalstiftung für Unheilbare gegen Bezahlung sei als statutenwidrig abzulehnen, da die hies. Anstalt nur für Einheimische gegründet ist, welche an unheilbaren und eckelerregenden Krankheiten leiden und deßhalb isolirt werden müssen Die ausnahmsweise Aufnahme von dahier nicht heimathberechtigten Personen fand nur in vereinzelten Fällen dann statt, wenn dieselben wegen vorgerückten Alters und vorgeschrittener Krankheit nicht mehr transportabel erschienen und den größten Theil ihres Lebens dahier in Diensten zugebracht hatten. — Die Vorlage des Bauetats der Commun- und Stiftungsgebäude pro 1870 wurde auf erstattetem Vortrage zur Ausführung gutgeheißen, nachdem sich keine Etatsüberschreitung ergeben hat. Die von der Pflege des Getreidenothmagazins vorgelegte Jahresrechnung pro 1869 sei nach formaler Prüfung 14 Tage lang öffentlich zur Einsichtnahme aufzulegen und alsdann den HH. Gemeinde-Bevollmächtigten zur Revision mitzutheilen. — Aus k. Reg.-Auftrage sei Behufs Herstellung einer Uebersicht der Staatsbeiträge zu den Kosten der Polizeiverwaltung der unmittelbaren Städte zweckentsprechender Bericht zu erstatten. — Auf Anfragebericht des Kassieramts sei zu eröffnen, daß die Vorlage der Etatsvoranschläge für die hies. Stiftungen bis zum 15. Okt. l. J. gewärtiget werde. — Eine Anfrage wegen Herausgabe einer Sammlung der ortspolizeil. Vorschriften für die hies. Stadt sei dahin zu beantworten, daß z. B. ein Theil derselben mit Hinblick auf die neue Sozialgesetzgebung einer Revision unterliege und daß auch die projektirte Revision des P.-Str.-G.-B., welche wiederum die theilweise Abänderung der betr. Vorschriften im Gefolge haben dürfte, abzuwarten wäre, weshalb die Herausgabe einer solchen Sammlung jetzt nicht indizirt erscheine. — Aus Anlaß eines Anschreibens des Comites für die 2. deutsche Nordpolar-Expedition sei öffentl. Aufforderung mit dem Beifügen zu erlassen, daß Beiträge beim Magistrate niedergelegt werden können. — Der hies. Gartenbauverein theilte das Programm seiner 15. Ausstellung (Blumenspezialität) mit und dankte für die mitgetheilte Einladung zur Wanderversammlung der bayr. Landwirthe in Passau und die Notifikation w. Gärtnerstipendien an der Lehranstalt Weihenstephan für künftige Baumwärter. — In Folge k. Reg.-Auftrags wurden im Betr. des Hausirhandels mit Weberei-Waaren im Einvernehmen mit hies. Fabrikanten und auf Grund des vom Bez.-Gremium abgegebenen Gutachtens die gänzliche Aufhebung oder möglichste Beschränkung des betr. Hausirhandels begutachtet. — Für den Handl.-Commis Oppelt dahier sei Reisepaß nach Nordamerika auszustellen. — Dem gestellten Antrage der Gebrüder H. und Th. Sandner v. Konradsreuth w. Errichtung einer Niederlag für Oel- und Farbendruck-Gemälde kann nur dann entsprochen werden, wenn dieselben sich gehörig legitimirt haben, worauf die Bestimmungen über Wanderlager in Anwendung zu kommen haben. — Mehrere Bauwendungen in den Häusern 148, 255 b, 498, 523, 1224, 1458 und 1497 a b wurden genehmigt. — Zur Abschneidung eines muthwilligen Prozesses w. Benützung einer der Commune gehörigen Feuergasse durch 2 Adjacenten wurde beiden Theilen die Benützung derselben zu Privatzwecken ein für allemal entzogen. — Für den am nächsten Dienstag dahier abzuhaltenden Preiszuchtwiddermarkt wurden die erforderlichen Anordnungen getroffen. — Auf Antrag sei das Verbot bezügl. des Einlassens von zahmen Enten und Gänsen in den offenen Fluß während der Laichzeit der Fische zu erneuen. — Ein Antrag der H. Gärtnervereinsvorstände weg. Vermehrung des Wildstandes und des sich häufenden Wildschadens sei der k. Regierung in Vorlage zu bringen. — Im Betreg der s. g. Erlachsfuhr sei den H. Gärtnervereins-Vorständen zu eröffnen, daß die k. Regierung neue Sachinstruktion u. Beschlußfassung angeordnet habe. — Ein Gesuch um Ausstellung eines Zeugnisses Behufs Zulassung zum Armenrechte in einer Klagsache wurde abgewiesen.

Auswanderungs-Expedition
nach
Amerika und Australien &c.
über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre, Liverpool u. London mit Dampf- und Segelschiffen.

Billigste Preise und gewissenhafte Besorgung.

Näheres bei der concessionirten Haupt-Agentur für das Königreich Bayern von **S. Lederle** in Ludwigshafen a/Rh.

desi. Dep.: Consul der Vereinigten Staaten von Amerika

und folgenden Herren Agenten:

Büdel J. in Bamberg.	Friedmann A. in Bayreuth.
Rothlauf Theod. in Bamberg.	Künneth G. jr. in Gefrees.
Schletz Carl in Bamberg.	Langheinrich Gg. in Hof.
Dippold C. in Lichtenfels.	Schwantner Jos. in Höchstadt.
Döring J. W. in Weßenstadt.	Steinel Carl in Oberröslau.
Fiedler Fr. in Kronach.	Stengel Andr. in Nordhalben.

NB. Es werden in den verschiedenen Bezirken Oberfrankens noch tüchtige Agenten aufgestellt und sieht die Hauptagentur gefl. Offerten entgegen.

Soeben ist bei Friedr. Pustet in Regensburg erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Ueber die neue Landtagswahlgesetzgebung in Bayern.

Preis 18 kr.

Von Wilhelm Scherer, k. bayr. Regierungsrath.

In der Fabrik von Joseph Beck in München, Pasingerlandstraße Nr. 3, ist zu haben:

Creosot-Oel

zum conservirenden Anstrich für Holz pr. 100 Zollpfund 5 fl.

Dieses für Jedermann anwendbare Mittel, um Holz vor Fäulniß zu bewahren, wird bereits seit längerer Zeit mit dem besten Erfolge angewendet und verdient daher zur allgemeinen Anwendung empfohlen zu werden.

Alle weicheren Holzarten, welche sonst in kurzer Zeit durch Fäulniß zu Grunde gehen, können durch Creosotöl auf unabsehbare Weise erhalten werden (s. Dingler polyt. Journal 1852, 128. Bd., Seite 146).

Dasselbe eignet sich daher besonders zum Anstrich von Brücken-Einfriedungs- und Unterlagshölzern, Geländern, Hopfenstangen, Weinpfählen, Schindeldächern &c., indem sie das Holz nicht nur vor Fäulniß, sondern auch vor der Schwammbildung, dem Holzwurm und vor dem Benagen der Ratten und Mäuse schützt.

Dasselbe gibt dem Holze eine gelbliche Farbe. 4

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 115. Dienstag, den 17. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Das Plebiscit vom 8. Mai.

⁂ Daß ein Ereigniß von solcher Wichtigkeit, wie die Volksabstimmung in Frankreich auch von entscheidendem Einfluße auf die Stellung dieses mächtigen Reiches zu den übrigen europäischen Mächten und auf die schwebenden politischen Fragen sein müsse, ist selbstverständlich. Daher sah man auch außer den Grenzen Frankreichs mit fast nicht geringerer Spannung dem Ausgange der Volksabstimmung entgegen, als in diesem Lande selbst. Der Ausfall derselben ist mit Ausnahme Algiers bekannt. Wie vorauszusehen war, hat der Kaiser eine bedeutende Mehrheit erlangt, indem etwa 7¼ Millionen mit „Ja" (für den Antrag des Kaisers), und nur etwas über 1½ Millionen mit „Nein", (gegen den Antrag des Kaisers) stimmten, während etwa 2 Millionen sich der Abstimmung enthielten.

Von welcher Wirkung wird nun dieser dem Kaiserthum immerhin günstige Ausfall der Volksabstimmung auf die Haltung der kaiserlichen Regierung in der äußern Politik, insbesondere in der deutschen Frage sein? Läßt derselbe mehr eine friedliche oder eine kriegerische Haltung Napoleons III. erwarten?

Viele Blätter neigen sich der Ansicht zu, daß eine friedliche Politik zu gewärtigen sei u. sie stützen diese Ansicht darauf, daß, nachdem das ganze Ministerium nach der Volksabstimmung seine Entlassung genommen hatte, der bisherige Minister Präsident Ollivier, dessen Friedensliebe bekannt ist, vom Kaiser mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt worden ist. Ohne dieser Voraussetzung über die Gesinnung Ollivier's zu nahe treten zu wollen, ist doch zu beachten, daß wenn derselbe auch ein Ministerium zu Stande bringt, es sich erst frägt, welche Gesinnung bezüglich der Haltung Frankreichs nach Außen die andern neuen Minister haben werden, und vor Allem, welches die Haltung des Kaisers selbst nach der Volksabstimmung in der äußeren Politik sein werde. Auf letztere, die Haltung des Kaisers nämlich, scheint uns ein Umstand der großen Abstimmung leicht von wesentlichem Einfluße sein zu können, nämlich die Abstimmung des Heeres und der Marine (Seemannschaften). Nach dem bis jetzt bekannten Ergebniß der Abstimmung hat etwa ein Viertel der Armee mit Nein, also gegen den Kaiser gestimmt. Es ist dies ein sehr deutlicher Beweis, daß die Unzufriedenheit in derselben ziemlich weit um sich gegriffen hat. Die Erscheinung ist um so bedenklicher, da Napoleon wohl weiß, daß sein Thron so lange, aber auch nur so lange fest steht, als er unbedingt auf das Heer sich verlassen kann. Denn in Frankreich bestimmt Paris immer noch das Schicksal des Landes; wer Paris in seiner Gewalt hat, hat auch Frankreich. Paris, das immer und mit jeder Regierung unzufriedene, immer empörungslustige kann aber nur durch eine starke u. treue Armee behauptet und in Schranken gehalten werden. Darum muß dem Kaiser an der Anhänglichkeit und Treue der Armee Alles gelegen sein. Wir glauben daher, daß die 36,000 „Nein" der Armee dem Kaiser viel mehr Sorge machen, als die andern 1½ Millionen, meist von den größeren Städten abgegebenen „Nein." Er wird sicher nichts unterlassen, was geeignet sein kann, die wachsende Unzufriedenheit der Armee zu beseitigen und dieselbe wieder ganz für sich und seine Dynastie zu gewinnen. Hierin aber liegt nach unserer Ansicht die große Gefahr, welche die Volksabstimmung vom 8. Mai für die Ruhe u. den Frieden Europas in sich birgt. Denn die Armee kann der Kaiser nur durch Krieg und zwar durch glücklichen, siegreichen Krieg für sich begeistern. Denn keine Armee der Welt ist so ruhmbegierig, so ehrgeizig als die französische. Daß dem so sei, zeigt deutlich das Verhalten der republikanischen oder eigentlich der Umsturzpartei in Paris unmittelbar vor der Volksabstimmung. Gewiß mit Staunen mußte Jedermann in den Aufrufen dieser Partei an das französische Volk unter verschiedenen auf das Kaiserthum geschleuderten Vorwürfen auch „Sadowa" (nämlich die Schlacht von Königgrätz 1866, in welcher die Oesterreicher von den Preußen vollständig geschlagen wurden) lesen. Die republikanische Partei wollte es also als eine dem Volke Frankreich angethane Schmach angesehen wissen, daß Napoleon 1866 Preußen nicht an der Niederwerfung Oesterreichs und seiner Verbündeten hinderte und die jetzige politische Gestaltung Deutschlands, insbesondere die Stärkung Preußens auf Kosten der kleineren deutschen Staaten zugab.

Digitized by Google

Auf welchen Theil der abstimmenden Bevölkerung Frankreichs hatte es die revolutionäre Partei mit diesem Vorwurfe gegen Kaiser Napoleon abgesehen? Sicher ebensowenig auf die Stadt- wie auf die Landbevölkerung, denn beide, so verschieden auch in ihren sonstigen politischen Anschauungen, sind doch darin einig, daß sie den Frieden wollen. Es bleibt demnach nur die Armee übrig; und sicher hat bei dieser der dem Kaiser gemachte Vorwurf seinen Eindruck nicht verfehlt und gar viele oder die meisten der von den Soldaten abgegebenen „Nein" sind auf Rechnung von „Sadowa" d. h. auf Rechnung der nach der Ansicht der französischen Armee von Napoleon gegen Preußen gezeigten Nachgiebigkeit und Schwäche zu setzen. Dies weiß Napoleon recht gut, und deßhalb fürchten wir, daß er die erste günstige Gelegenheit benützen möchte, um mit Preußen anzubinden, und so den in den Augen der franz. Armee begangenen Fehler wieder gut zu machen, und dadurch, sowie durch Aussicht auf Ruhm und Ehre die glimmende Unzufriedenheit im Keime zu ersticken. Deßhalb scheint uns der Ausgang der Volksabstimmung in Frankreich den europäischen Frieden eher zu bedrohen als zu befestigen. Möge unsere Furcht ungegründet sein!

Inland.

—l. München, 13. Mai. Fortsetzung z. d. Debatte der 31. u. 32. Sitzung. Nach der Debatte über die Rückäußerung kommen die Nachweisungen bezügl. der Staatsausgaben im Jahre 1866/67 und 1868 an die Reihe. Der Referent betont, daß ihm die Bearbeitung seines Referates sehr erschwert wurde. Die Ausgaben 1) auf den Bestand der Vorjahre, 2) den Etat des k. Hauses und Hofes, 3) des k. Staatsraths und 4) der Landtagsverhandlungen wurden nicht beanstandet. Aber bei Nr. 5) dem Etat des Staatsministerium des k. Hauses und Aeußern ergab sich eine Mehrausgabe von 34,255 fl., weßhalb der Ref. den Wunsch aussprach, künftighin für den Michaelsorden Mehrausgaben nicht zu machen. 6) Der Etat des Justizministeriums erregte eine größere Debatte. Es ergibt sich nämlich für 1866/67 eine Mehrausgabe von 122,327 fl. und im Jahre 1868 eine solche von 72,510 fl. Greil rügt den hohen Personalstand bei den Bezirksgerichten u. fügt bei, daß er praktische Vorschläge zur Minderung dieses Personalstandes machen werde. Auch das Personal bei den Stadt- und Landgerichten ist dem Referenten ein zu großes. Besonders aber die vielen Pensionen, wofür über 500,000 fl. ausgegeben werden, seien zu groß und er bevorworte die Schaffung eines Pensionsgesetzes, wodurch es dem noch brauchbaren und tüchtigen Beamten unmöglich gemacht ist, die Ruhe zu suchen. Ebenso ist die Ausgabe von 7568 Gulden für den Juristentag nicht gerechtfertigt, denn mit demselben Recht könnten auch die Naturforscher, Mediziner solche Opfer vom Staate fordern. Beim Personale des obersten Gerichtshofes soll gleichfalls gespart werden, da die Staatsanwälte Nichtigkeitsbeschwerden nur in den dringendsten Fällen stellen sollten. Er erwähnt, daß unter 100 gegen die Urtheile der Stadt- und Landgerichte als Polizeistrafgerichte im Jahre 1867 ergriffenen Berufungen 42, 1868 44 von 100 Berufungen gegen die Urtheile der B.-Ger. als Strafgerichte 1. Instanz 1867 34, 1868 dagegen 38 für begründet erklärt wurden. Redner fügte bei, daß das Ministerium daraus schließe, daß der Grad der Verläßigkeit der Rechtsprechung im Allgemeinen etwas abgenommen habe. Auch seien in der neueren Zeit die Richter in die politische Aufregung hineingezogen worden. Redner empfiehlt künftigen Juristen das philosophische Studium, um sich ein unbefangenes dialektisch-philosophisches Urtheilsvermögen anzueignen; diese nöthige allgemeine Vorbildung wird durch den sofortigen Beginn des Fachstudiums vernachläßigt und dann fehlt die Fähigkeit des folgerichtigen Denkens. Dr. Edel ist gegen das philosophische Vorstudium, denn Zwang dazu habe geringen Werth. Die Urtheile der Obergerichte seien inappellabel und daher immer richtig. Greil hat durch seine Auseinandersetzungen eine sehr wunde Stelle des lieben Fortschritts berührt, denn jetzt melden sie sich zum Wort. Stenglein tritt zuerst dem Ref. in fast verletzender Weise entgegen. Jetzt sprechen gleich drei auf einmal. Wülfert, Fries und Kühlmann. Fries will die Landrichter gegen die angebl. Beleidigungen Edels vertheidigen. Wülfert und Kühlmann mußten die Scharte der Vertreter Münchens, wovon bekanntlich zwei bei ihrer ohnehin wortarmen Jungfernrede stecken geblieben sind, und der Dritte, nach dem Vtld. 10 Worte ohne zu stocken, — auswendig sagen konnte — auswetzen, was in so ferne geschah, daß beide redeten. Wülfert versichert: „Was das zweierlei Maß betrifft, welches man den Staatsanwälten vorgeworfen hat, so sei von Oben nie eine Weisung ergangen vorzugehen. Ein Mann, der seinen Beruf richtig erfaßt, wird immer nach Recht und Gerechtigkeit urtheilen und selbst in Zeiten der Aufregung wird der richtige Mann gerade dem politischen Gegner gegenüber mit der größten Gewissenhaftigkeit zu Werke gehen. (So spricht Wülfert jetzt.) Kühlmann wiederholt was Fries und Wülfert bereits berührt haben. Gelbert spricht über die Einrichtungen in der Pfalz und glaubt, daß nach Einführung des Civilprozesses 1 Million im Etat gespart werde. Denn die Minder-Ausgaben sind sehr erheblich. Referent ist mit dem Vorredner einverstanden hebt aber hervor, daß während in der Pfalz auf 14300 Seelen ein Einzel-Richter komme, im diesseitigen Bayern schon auf 6500 Seelen. Hier werde also schon gespart werden. Redner kommt schließlich auf den Prozeß des Allgäuer Volksblattes zu sprechen. Völk möchte als der Letzte sprechen, muß sich aber auf morgen vertrösten, da die Sitzung aufgehoben wurde. Forts. f.

Digitized by Google

München, 16. Mai. Der Gesetzentwurf betr. den außerordentlichen Militärkredit wird nach den Ausschußanträgen in der Reichsrathskammer angenommen, sohin auch 100,000 fl. für ein neues Krankenhaus in Nürnberg bewilligt. — Abgeordnetenkammer. Nach äußerst heftigen Debatten stellt Scheich einen Schlußantrag, welcher mit 70 gegen 67 Stimmen abgelehnt wird. Von 17 zum Kultusetat noch vorgemerkten Rednern spricht dann noch einer. Abends 5 Uhr Fortsetzung.

Der verantwortliche Redakteur des „Volksboten", Herr Zander jun., ist am 14. vom k. Bezirksgerichte zu München wegen Ehrenkränkung der Lehrerin Frln. v. Schmädel zu achttägiger Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

Der König von Preußen hat dem Fürsten Hohenlohe das Großkreuz des rothen Adlerordens übersendet.

München, 15. Mai. Ueber die Wahl des Advokaten Erhardt von hier zum 1. Bürgermeister besteht kein Zweifel mehr; als Kandidat für die Stelle zum 2. Bürgermeister wird nunmehr aus verläßiger Quelle der Abgeordnete u. Bürgermeister von Kitzingen Herr Andreas Schmiedl genannt.

Der 1. rechtskundige Bürgermeister der Stadt München, Herr v. Steinsdorf, hat aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Magistrat von Sr. Maj. dem König ein äußerst schmeichelhaft abgefaßtes Handschreiben erhalten, in welchem den großen Verdiensten v. Steindorfs die wärmste Anerkennung ausgesprochen ist.

—p. Das „Frk. Vbl." brachte in einer der letzten Nummern eine ziemlich wahre Schilderung des militärischen Dunkelarrestes in Bayern, welches an die hochnoth-peinliche Prozedur des Mittelalters erinnert. Das also ist der Fortschritt, der sich so viel Rühmens macht von den Befreiungen des mittelalterlichen Strafverfahrens, da er es in moderner Auflage wiedergibt. Ein Augsburger Blatt fragt an, ob es mit Wissen und Willen des hohen Chefs unsers Kriegsministeriums in Kraft und Geltung ist. Solche Dunkelarreste bestehen aber, wie wir berichtet sind, an allen größeren Garnisonen, vielleicht auch an den kleineren (?). Hier kann nur von einer Abbestellung durch die Kammer der Abg. die Rede sein. Eine Untersuchung wird den Thatbestand dieser Art Bleikammern bestätigen. „Fort mit den mittelalterlichen Einrichtungen," ruft im Chorus der Fortschritt, während er selbst neue Arten, die sehr das ihnen so verhaßte Alterthum zur Schau tragen erfindet. Hier müssen alle patriotischen Blätter im Namen der Menschlichkeit an unsere Volksvertreter appelliren.

0) Der „N. B. Ztg." wird aus München geschrieben, daß sich die fortschrittl. Herren gar so viel über die Patrioten, Demokraten und Alle, die auf den Steuersäckel des Volkes Bedacht nehmen, daß er nicht mehr so weit geöffnet zu werden braucht, ärgern. Die Letzteren decken halt Alles auf. Wo es ein bischen zum Abzwacken gibt, weil gar so viel Ausgaben erspart werden können, gleich sind sie dahinter und schneiden mit Wohllust den Ueberfluß ab. Zuerst der böse Kolb, der das Militärbudget so sehr verkleinert, und jetzt der schwarze Greil. Der stöbert aus den Etats der verschiedenen Ministerien gar über 2 Millionen unnütze Ausgaben auf, woran die seitherigen fortschrittl. Revisoren oder Referenten gar nicht gedacht. Dieser Herr will sogar Bayern in Bayern angestellt wissen und die Ausländer durch gebildetere Inländer ersetzen. Das wäre ja zu horent; da würde so der ganzen Verpreußung ein Strich durch die Rechnung gemacht. D'rum auf ihr Fortschrittler, kämpft gegen solche „Unerhörtheit: daß das steuerzahlende Volk gar durch die Ultramontanen und Demagogen von dieser allzu großen Last befreit werde", kämpft für den bodenlosen Säckel Preußens kämpft für das Verschwinden Bayerns als selbstständiger Staat, täuschet das Volk durch Verleumdung und Lüge, fort und fort. — So besteht doch die Nachricht, daß Fürst Hohenlohe preußischer Minister des Aeußern werden soll. Nun flugs, da sich diese Geschichte nur als frommer Wunsch dieser liberalen Helden entpuppt, geschwind auf die patr. Abgeordneten geschoben, um von sich den Schein solcher Absurdität wegzuschieben. Und richtig schreibt schon heute ein solches Blatt, daß diese Nachricht von patr. Seite vom Zollparlamente mit nach Hause gebracht wurde. Besonders werde diese Mähre in reichsräthlichen Kreisen (die ohnehin dem Fortschritte so verhaßt sind) kolportirt und geglaubt. — Wenn der Fortschritt so fortfährt, so gräbt er sich selbst am geschwindesten sein Grab und die schwarzen und rothen Herren haben das Nachschauen.

Aus München, 13. Mai, schreibt man der A. Abdz.: Zu den Passionsvorstellungen in Oberammergau hat die Hoftheaterintendanz an sämmtliche Mitglieder des Schauspiels und der Oper ein Einladungsschreiben erlassen, wonach dieselben am 22. Juli, um welche Zeit die Theaterferien beginnen, gemeinsam dahin befördert und in Oberammergau für entsprechende Wohnungen vorgesorgt werden soll. Wie ich höre, beabsichtigt der Bühnenchef bei Sr. Maj. dem König die Uebernahme der Kosten zu beantragen.

Berlin, 14. Mai. Die „Kreuzztg." schreibt daß die früher beabsichtigte nachträgliche Session des preußischen Landtags jetzt allseitig aufgegeben scheine.

Ems, 15. Mai. Der Kaiser von Rußland ist heute Abends hier angekommen.

Ausland.

Paris, 16. Mai. Die „Amtsz." veröffentlicht die kaiserlichen Decrete vom 15. Mai, wodurch der Herzog v. Gramont zum Minister des Aeußern, Rege zum Unterrichtsminister und Plichon zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt wurden.

Digitized by Google

Rom, 13. Mai. Rothschild hat das neue Anlehen abgelehnt; es werden neue Versuche mit einer belgischen Bankgesellschaft gemacht. Vorerst sollen die päpstlichen Paläste in Rom und im übrigen Patrimonium als Pfand angeboten werden. König Franz II. wird den Palast Farnese verkaufen; es sind deßhalb Unterhandlungen mit Rußland eingeleitet. (Pr.)

Rom, 14. Mai. Die Diskussion über die Unfehlbarkeit ist auf heute angesagt. Die ultramontane Partei befindet sich in großer Aufregung. Viele der Väter haben Urlaub verlangt. Ungefähr hundert Mitglieder der Opposition haben sich einschreiben lassen, um in mehr oder minder radikaler Weise die vorgeschlagene Definition zu bekämpfen.

Die „A. A. Ztg." ist schon im Besitz des Aktenstückes, welches wir nach unserer Uebersetzung im nächsten Beiblatte bringen werden, Constitutio de Ecclesia Christi, welche am Dienstag den 10. ds. an die Concilsväter vertheilt worden ist. Dieselbe schreibt hierüber: „Dieses Aktenstück, in dogmatische und politischer Hinsicht von der höchsten Wichtigkeit, bildet den Angelpunkt der ganzen Thätigkeit des Concils, um welchen sich in kürzester Zeit jener große Streit entspinnen wird, der den Episkopat der kath. Kirche in 2 unversöhnlich feindliche Lager zu spalten droht." — Letzteres wäre freilich den Janus- und Artikelschreibern der A. A Z. erwünscht, allein daß es nicht zum Bruche kommt und kommen wird, dafür bürgen die aus Rom kommenden wahren Berichte, in welchen von nichts weniger als vom Schisma die Rede ist, wohl aber von der dort herrschenden fast einmüthigen Stimmung für die Unfehlbarkeitstheorie.

Aus Neapel, 13. Mai, wird der N. B. Z. geschrieben: Seitdem wir dem großen liberalen Gesammtreiche angehören, haben wir Unsicherheit und Unzufriedenheit in Hülle und Fülle. Heute haben wieder die Herren Studenten ein wenig revoltirt. Im Universitätshofe platzten 3 Papierbomben. Ein Student feuerte aus Revolutionsfreude einen Revolverschuß ab, traf aber bloß die Luft. Die Universität ist geschlossen worden und 15 Studenten in Nummer Sicher gebracht, wo sie über die goldene Freiheit und den Fortschritt Italiens träumen dürfen. Es geht eben nichts über hiesige fortschrittliche Zustände; sie führen entweder — ins Zuchthaus oder — zur Schande oder zum Verderben.

In Italien gährt's fort und fort, obwohl der Vesuv ruhig ist. Diesmal sind es die sogen. rothen Helden, die für Andere, d. h. für ihre Führer und Maulhelden, die treu den Satz: Weit davon ist gut für'n Schuß befolgen, die Kastanien aus dem Feuer holen sollen, aber immer von den Truppen mit blutigen Köpfen heimgeschickt werden. Auch in Volterra zeigten sich Insurgentenbanden und wurden Versuche zur Organisation von Banden gemacht. Solche Berichte werden nun von vielen Orten dieser unglücklichen Halbinsel einlaufen. In den Abruzzen und an den Gränzen der Mark, meldet man soeben, zeigen sich neue Banden; Insurgenten bedrohen die Küste von Squillare im südl Theil; bei Filadelfia haben die Truppen eine bedeutende Schlappe erlitten, was gerade noch fehlt, damit die Revolution das Haupt noch höher erhebt.

Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital Drei Millionen Thaler,

wovon Zwei und eine halbe Million begeben.

Die Reserven betragen. 312,248 Thlr 19 Sgr.

Die so fundirte Gesellschaft versichert gegen Hagelschaden Boden-Erzeugnisse aller Art, sowie Fensterscheiben zu festen Prämien, wobei Nachzahlungen nicht stattfinden.

Dieselbe hat, wie früher, so auch in dem vergangenen Jahre, sämmtliche Schäden prompt und zur Zufriedenheit der Betroffenen regulirt und binnen längstens vier Wochen nach deren Feststellung die Entschädigungsbeträge voll ausbezahlt. Der Geschäftsstand der Gesellschaft gewährt die Garantie dafür, daß sie auch fernerhin ihre Verpflichtungen so prompt als vollständig erfüllen wird.

Die Unterzeichneten geben auf Verlangen über die Gesellschaft weitere Auskunft und erbieten sich zur Aufnahme der Versicherungs-Anträge.

Würzburg, den 14. April 1870.

Die Haupt-Agentur:

Louis Ringelmann,

sowie die Agenten der Gesellschaft in:

Bamberg F. J. Leininger, Kaufm.
Carl Schletz, „
Ad. Becker, Wirth.
Burgebrach Andr. Forster, Thierarzt.
Burgwindheim F. Peetz, Rektor.
Ebrach Joh. Heißinger, k. Posterped.
Gunzendorf P. Gebhardt, Lehrer.
Hallstadt Joh. Hofmann, Sattlermst.
Scheßlitz Joh. Göppert, Spezereihdlr.
Stegaurach Ulr. Friedrich, Kaufmann.
Trabelsdorf Carl Böhmer, Cantor.
Unterneuses Joh. Agatz, Lehrer.

In meinem Verlage erschien soeben:

I. v. Döllinger's

nach dem Leben modellirt von H. Schwabe. 9" hoch, fein in Masse ausgeführt. Preis 3 fl.

Nach auswärts franco unter Nachnahme des Betrags.

P. Renner's

Buchhandlung u. Kunst-Verlerlag.
München, (Fürstenstraße, 4.)

Ein gewandter „Barbiergehilfe" findet Condition auf ausgehende Kundschaft. Näheres ꝛc.

Zu verkaufen:

Schnorr, leichtfaßl. Erklärung des kath. Katechism. von P. Deharbe, 3 Bde. Würzb. 2 Aufl. 1865. eleg. Hlbfrzbd. neu. (fl. 6. 48 kr.) fl. 4. —

Hergenröther, katechet. Handbuch der kathol. Religionslehre. 3 Bde. Wrzbg. (wie oben.) fl. 4. —

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 116. Mittwoch, den 19. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 15. Mai. (32. öffentl. Sitzung der Abg.-K.) Berathung des Budgets. Der Ref. Greil hat gestern durch Anführung des Prozesses gegen das „Allg. Volksbl." Oel in das Feuer geschüttet, denn es zeigte sich hierauf eine krampfhafte Aufregung auf der linken Seite des Hauses. Es muß für sie doch etwas Unangenehmes sein, die gerade von den Herrn Liberalen mit so vielem Pomp angekündigte Unpartheilichkeit immer und immer hören zu müssen, ebenso wohltönend für's Ohr auf der Wahrheit sich ertappt zu finden. Gleich im Anfange spricht sich Präsident Weis gegen einen Artikel in den N. N. aus, die durch ihr rücksichtsloses Verfahren ihn und die Art seiner Leitung angegriffen u. z. wegen Verschiebung des Antrags auf Abschaffung der Todesstrafe. Selbst Abg. v. Stauffenberg kann nicht umhin das Verfahren des Präsidenten in dieser Sache zu rechtfertigen. J. Knorr, der sittlich Ernste, muß dies bedauern. Er that dies in einer Jungfernrede mit circa 30 Worten. Bei Fortsetzung der Berathung über die Nachweisungen der Staatsausgaben und zwar im Etat des Justizministeriums ergreift zunächst dessen Minister v. Lutz das Wort, da so viele Punkte gestern berührt wurden. Hinsichtlich der Pensionslast im Stande des Justizpersonals provozirt dieses zu ernstlichen Nachdenken, denn die Steigerung sei eine erhebliche und kaum für die nächste Zeit ein Rückgang in Aussicht zu stellen. Mißstände walten ob; allein die Beseitigung liegt nicht in der Macht der Regierung allein. Redner kommt dann auf das Verfahren, welches bei Trennung der Justiz von der Verwaltung im Jahre 1862 angewendet wurde und woher noch viele Lasten stammen. Er fühlt sich verpflichtet dem Landgerichtspersonal hiemit das Zeugniß zu geben, daß es hinter anderen Berufsklassen an Kenntnissen und Berufstreue nicht nachsteht. Die Untersuchungen steigern sich allerdings erheblich, allein das ist nicht Schuld der Staatsanwälte, sondern derjenigen, die mit dem Gesetz in Konflikt gerathen. Auch ist unser Verfahren etwas theuer, und wir streben ernstlich darnach, eine Verbesserung im neuen Strafprozesse anzubahnen. Redner kommt dann auf die Appellationen zu sprechen und meint man könne aus der Differenz von wenigen Prozenten keinen bestimmten Schluß ziehen. Ref. Greil hat Recht, daß zum Rechtsprechen juristische Kenntnisse und ein richtiges Urtheil nothwendig sind, und diese beiden Qualitäten können unsern Juristen, ohne großes Unrecht zu thun, nicht abgesprochen werden.

Der beste Beweis sind die literarischen Erzeugnisse auf diesem Felde. Was den Mangel an philosophischer Durchbildung und die seit 1848 eingeführte Lernfreiheit betrifft, so lassen allerdings die Kenntnisse, welche die jungen Herrn von der Universität wegbringen, manches zu wünschen übrig und mag großentheils die Vernachlässigung der philosophischen Studien Schuld sein. Glauben ja Manche, das Collegium logicum gar nicht zu brauchen. Seit 1848 ist es nicht schlechter, sondern besser (!) geworden. In Betreff der Untersuchungen wäre es eine ungesetzliche Zumuthung, wenn die Staatsanwälte den Auftrag wegen der Ungefährlichkeit oder Unbedeutenheit des Falles Untersuchungen nicht einzuleiten, erhielten. Das Gesetz schreibt vor. Bezüglich der politischen Aufregung und deren Wirkung auf die Strafrechtspflege hat Redner keinerlei Anhaltspunkte für die Begründung eines Vorwurfs gegen die Gerichte; wäre es aber einmal vorgekommen, so seien wir ja alle Menschen. Daß ein Artikel der Presse hier so, dort anders beurtheilt wird, gibt er zu; die Beseitigung dieses Mißstandes wäre ein übermenschliches Verlangen an die Richter.

Die Gesetze der Logik sind für alle Menschen gleich und doch herrschen verschiedene Ansichten. Er kommt nun auf den Fall des Allgäuer Volksblattes zu sprechen. Hrn. Barsch kann man die (bereits vielfach besprochene) Verdrehung nicht zur Last legen. Die einseitige Darstellung kann nur durch die Schuld eines der anwesenden Stenographen in die Blätter gekommen sein, derselbe hat nämlich als er sah, daß der Redner vorlas, nicht nachgeschrieben, sondern aus dem Buche selbst die Lücke ausgefüllt und so ist das Mißverständniß hervorgebracht worden. In der Pfalz ist die Rechtspflege billiger als diesseits. Nach Einführung des neuen Prozesses wird es auch bei

Digitized by Google

uns besser werden. Es fehlt bei uns der Glaube an die Gerechtigkeit, während es in der Pfalz anders ist. Der Unterliegende beruhigt sich dort meistentheils bei dem Urtheile des Richters, es herrscht eben dort der größere gesetzliche Sinn und Gott gebe, daß es auch im diesseitigen Bayern so werden möge.

Ref. Greil erklärt sich zwar mit vielen, aber nicht mit allem einverstanden was Vorredner gesprochen. Er bedauert, daß der Verfasser des bezüglichen Geschichtswerkes mit dem Falle in Augsburg in Verbindung gebracht werde und daß derselbe von seinem Lehrstuhl entfernt wurde, hält er für einen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft.

Ich verlange, so wirft man mir (Greil) vor, etwas Ungesetzliches, wenn die Staatsanwälte manche unbedeutende Uebertretung vergessen machen würden. So z. B. in Deggendorf der von den Reservisten veranlaßte Vorfall, es wäre besser gewesen, wenn damals die Staatsanwaltschaft ein Auge zugedrückt hätte, was sicherlich nicht gegen den Geist der Gesetze verstoßen hätte. Bezüglich der verschiedenen Beurtheilung der Presse wisse man in ganz Bayern, daß dieselbe etwas mehr als zufällig gewesen sei. Lobenswerth ist es wenigstens nicht, diejenigen, welche den Originalartikel bringen, frei zu lassen, während man den Nachdrucker strenge verfolge.

Dr. Kurtz dankt dem Justizminister für die energische Vertheidigung des Richterstandes. Dr. Völk wiederlegt, wie er gewohnt ist, die gegnerischen Ansichten sehr phrasenreich, er sagt unter andern „eine gerechte, prompte Justiz muß das Volk bezahlen können, auch wenn sie noch so theuer wäre." Völk vertheidigt die Staatsanwälte, die deutsche Wissenschaft und die Lernfreiheiten an den Universitäten und wirft u. A. Sachunkenntniß dem Referenten vor. Dann müssen wieder so und so viel verurtheilte Geistliche herhalten, auch die geistl. Seminarien, „aus denen keine sittlich besseren Leute herauskommen, als aus unsern Universitäten" mit ihren Professoren eines filtrirten Glaubens. Greil behält sich vor am Schluße Völk zu erwiedern. Hierauf stand aber der Abgeordnete Lukas auf und entgegnete Völk. Er bedauert wie auch schon früher die Gepflogenheit wenn von der Gasse Blätter aufgelesen und hier hereingezogen werden. Hr. Völk hat das jetzt wieder gethan und zwei recht schmutzige, schwarze Blätter den Volksboten und das Allgäuer Volksblatt in Händen gehabt, ohne daß er wie er dies vor einigen Tagen in Berlin versichert hat, Handschuhe hiezu angelegt hätte. Wegen des großen Rühmens von der deutschen Wissenschaft und der deutschen Philosophie scheint mir, daß Herr Völk sich nicht mehr viel damit beschäftigt, denn gerade die Fachblätter stimmen überein in den Klagen, daß alle bis jetzt aufgestellten philosophischen Systeme gefallen sind. Die Klagen über Partheilichkeit im Rechtsprechen bestanden schon und wurden schon früher laut, ehe wir hier saßen. Was ist Alles über die Geistlichen gesprochen worden, ist da zu verwundern, daß ihre Blätter das Echo sind? Ich bedauere den Ausdruck des Allg. Volksbl. Galgenstrick, aber auf Ihrer Seite gebrauchte man gleiche Ausdrücke. Einige Tage nach unserer Ankunft erschien in einem hiesigen Blatte ein Artikel mit der Ueberschrift: „Nieder mit den Pfaffen!" Das Blatt ist aber nicht confiscirt worden. In dem Barsch'schen Fall ist es Thatsache, daß die Zeitungen aller Partheien das Vorgehen des Staatsanwalts gleich berichtet haben, ohne ein Dementi nach sich zu ziehen; heute schiebt der Herr Justizminister die Schuld einem Stenographen in die Schuhe. Es waren aber mehrere und außerdem Zeitungsberichterstatter anwesend, und allen treffe dann dieselbe Schuld, ist das glaubwürdig? Nun ich stelle meine Behauptung gegen die seinige. Was das Geschichtswerk des P. Mittermüller betrifft, so sage ich, der Geschichte muß frei stehen über verstorbene Fürsten und ihre Regierung zu urtheilen. P. Mittermüller hat sich große Verdienste um die vaterländische Geschichte erworben, und es ist merkwürdig, daß er an demselben Tag, da ihm von der Regierung in Landshut seine Absetzung zugeschickt wurde, auch ein Dankschreiben für die Ehrenrettung eines bayerischen Herzogs aus dem kgl. Cabinette erhielt. v. Lutz erklärte: Wenn Vorredner meine Auseinandersetzung des Augsburger Falles nicht gelten lassen will, so müsse er protestiren, daß Behauptung gegen Behauptung stehen. Dr. Völk fordert den Vertheidiger Abg. Dr. K. Barth auf, Zeugniß zu geben, welcher bei der fraglichen Verhandlung von der Verwechslung nichts beobachtet hat. Schleich beantragt Schluß. Fischer u. Schauß ist dagegen und wird endlich Schluß ausgesprochen. Es folgen die Nachweisungen über den Etat des Ministeriums des Innern wobei Ref. Greil nichts wesentliches zu erinnern hat. Brandenburg ist für Vereinfachung der Geschäfte bei Verwaltungsämtern, Senestrey wünscht Vereinfachung bei Transporten von Verhafteten um Kosten zu ersparen. Die Sitzung wird um 1 Uhr aufgehoben.

33. Sitzung. Die gestrige Sitzung war ziemlich heftig und stürmischer Art. Die heutige noch stürmischer; der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf über die Einführung des ‚metrischen Gewichtes' im Aufschlagswesen vor, es folgen denn die Nachweisungen über den Etat des Cultusministeriums. Anlaß zu einer Beanstandung der Ausgaben habe er nicht gefunden, auffallend sei nur die Anzahl der Ministerialräthe die zu groß sei. — Referent Greil vertheidigt die Lyzeen aus welchen wenigstens ⅔ der kath. Geistlichkeit und auch ein Theil unsrer Beamten hervorgegangen ist. Er wiedersetzt sich schon jetzt der beabsichtigten Neuerung, daß der confessionelle Religionsunterricht künftighin beseitigt werde. Er hat nichts gegen die Verbesserung der Lehrergehalte ein-

zuwenden, ist aber gegen Aufhebung des Meßnerdienstes weil vielen von ihnen ¾ ihres Gehaltes entgehen würde. Die Ausgabe von 10,000 fl. für Gradmessung und die Einsetzung von 24,000 fl. in das neue Budget für denselben Zweck seien zu viel; er halte 6000 fl. für überflüßig. Am meisten habe er bei den Universitäten zu bemerken. Er vertheidigt die Hyzeen gegen den großen Vorwurf daß dieselben fanatische unweltläufige Menschen heranbilden, und will eine reine ächte Wissenschaft gelehrt wissen ohne daß man bei Ernennung der Professeren immer nach einer Seite greift; das vor einigen Wochen laut gewordene Verlangen daß Erlangen als protestantische Universität erhalten bleibe finde er gerechtfertigt ebenso aber auch die Erhaltung der kathol. Universitäten München und Würzburgs als solche Entschieden verwahrt er sich gegen die Schulgeld-Erhöhung an den Gymnasien.

Min. v. Lutz sucht die Einwendungen des Referenten abzuweisen. Pfr. Weiß spricht der Staats-Regier. Dank aus, daß sie die Präparandenschulen geschaffen habe und werde mit Freuden für Aufbesser. der Lehrergehalte stimmen. Dr. Gerstner hält es für Irrthum, daß München und Würzburg kathol. Universitäten sind. Er spricht hierauf über Religion der Gebildeten, Mittelalter, Finsterniß, Confessionslosigkeit und weitern modernen Schnickschnack. Die Aeußerungen Greils klingen ihm aus dem Mittel-Alter herüber; von der Kirche wenden sich alle Gebildeten ab, die deutsche Wissenschaft sei das einzige ächte uns verbindende Nationalband, deutsch sei sie und nicht bayrisch; zerstöre man sie, so zerreisse man den wichtigsten Faktor der politischen Eigenheit. Die Universitäten wollen wir als Hort der Freiheit und Bildung pflegen. Edel spricht über Lyzeal- u. Univ.-Bildung u. zitirt, daß an der Universität zu Ingolstadt vom Beginn bis zum Schluß von den dort angestellt gewesenen 875 Professoren 480 Ausländer waren, u. A. Dänen, Engländer &c. Die Universit. wie sie Greil wünscht, seien Kleinkinderbewahranstalten, da schicke er seine Kinder lieber ins Ausland. Ruland vertheidigt die Katholizität Würzburgs aus einem Schreiben des Stifters, des großen Julius an den Kaiser. Greil widerlegt die gegen sein Referat vorgebrachten Einwendungen. Er kommt auf die Geschichte Glesebrechts, auf die Religion und dem Glauben. Der rechte Glaube ist kein Feind der Wissenschaft, zwischen Glaube u. Wissenschaft besteht kein Gegensatz, beide stammen aus Gott, der Glaube umdüstere den Geist nicht. Prof. Gerstner sagt, daß jeder Bayer zu allen Aemtern und Pfründen gelangen könne; wenn das richtig ist, dann könnte ja Herr College Krausold Bischof von Passau werden. Die Stiftungen seien früher anerkannt worden und müßten auch jetzt anerkannt werden. Nach weiteren Bemerkungen schloß diese stürmische Sitzung.

München, 16. Mai. Die Abendsitzung ist etwas ruhiger verlaufen. Pfahler stellt viele Personalfragen. Der Kultusminister gibt nur theilweise Antwort und verweigert dieselben im Uebrigen, weil er es unter seiner Würde halte, auf den Vorwurf des Nepotismus zu antworten. Fortsetzung übermorgen, weil morgen Staatsrathsitzung stattfindet.

Die patriotische Partei schlägt den patriotischen Gemeindebevollmächtigten vor, dem Hrn. Rechtsrath Ruppert ihre Stimmen bei der Bürgermeisterwahl zu geben, nicht als ob sie Aussicht hätten mit dieser Candidatur durchzudringen, sondern um dem patr. Programm auch bei dieser Wahl treu zu bleiben und so öffentlich den Mann des Vertrauens der patr. Bürgschaft zu bezeichnen.

In der Pfalz, wo jüngst der kath. Pfarrer von Eftenfeld wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, ist der Redakteur des „Neustädter Anzeigers" am 11. l. Mts. vor dem Schwurgerichte zu Zweibrücken von der gegen ihn erhobenen Anschuldigung „staatsgefährlicher Aeußerungen ung Majestätsbeleidigungen" freigesprochen, ebenso am 13. Mai der fortschrittl. Pfälzer Kurier, der wegen Beleidigung der bewaffneten Macht angeklagt war.

Stuttgart. Der „Beobachter" schreibt: Sie jubeln fort und fort über das ungeheure Können des Zollparlaments, das den armen Leuten ihren Kaffee nimmt und das Geld dafür dem Nimmersatt Militarismus gibt, das die Alten daheim verhungern läßt, um noch mehr Junge in der Kaserne füttern zu können. Herr Bamberger räth gar den süddeutschen Schluckern, Cichorien statt Kaffeebohnen zu ihrem Labetrunk zu nehmen. Jetzt wissen wir doch, woher das Sprichwort kommt: Das geht über's Bohnenlied!

Berlin, 16. Mai. Der Reichstag beschloß in seiner heutigen Sitzung, den Nachtragsetat zum Bundesbudget pro 1870 zu Plenarberathung zu stellen.

Wien, 16. Mai. Graf Potozke ist behufs Fortsetzung der Ausgleichsverhandlungen nach Prag abgereist. — Der bisherige österreichische Geschäftsträger in Darmstadt, Freihr. v. Bruck, ist zum Gesandten am bayr. Hofe ernannt worden.

In Oesterreich rächt sich jetzt die Begünstigung und Verhätschelung des Judenthums in furchtbarer Weise. Die einflußreichsten Blätter sind meist in den Händen jüdischer Speculanten; die österr. Presse ist ein Geschäft, dessen Hauptzweck die Rentabilität ist, daher Speculation auf die Scandalsucht und die niedrigsten Leidenschaften des Pöbels täglich die größten und einflußreichsten Blätter charakterisirt. Von Ehre und Vaterlandsliebe ist in diesen Blättern sehr wenig zu finden, denn ihre Herausgeber haben kein Vaterland; dies mag zusammenbrechen, wenn nur das Preßgeschäft sich rentirt, daher die cynisch freche Sprache, welche gerade jetzt, wo der Kaiserstaat in argen Nöthen liegt, diese Blätter gegen das neue

Ministerium führen! Hört man die Sprache der N. Fr. Presse, so glaubt man ein officielles feindliches Blatt zu hören. Wenn Graf Taaffe wirklich einmal gesagt hat: „Mit dieser Presse kann man nicht regieren," — dann hat er nur ein allzu wahres Wort ausgesprochen. Aber eben deßhalb ist es nothwendig, daß, soll der Rest von Moral von den Giftpilzen dieser Presse nicht vollends aufgesogen und so der Untergang des Staates beschleunigt werden, die Giftpilze, die am Lebensmarke Oesterreichs zehren, ausgerottet werden. Wenn corrosiv um sich fressende Krankheiten einen Organismus zu zerstören drohen, dann ist unerbittliche Energie, thatkräftiges Eingreifen des Arztes nöthig. Findet sich in Oesterreich der Mann nicht, der vor Allem das zersetzend und auflösend wirkende Preßgift unschädlich macht, dann ist es unrettbar verloren. Wir werden keinem österr. Ministerium ein günstiges Prognosticon stellen, das nicht vor Allem mit dieser gemeinschädlichen und vaterlandslosen Wiener Presse abrechenet. A. P.

Ausland.

Rom, 14. Mai. Der Bischof von Poitirs legte im Namen der Glaubensdeputation den Bericht über „das Schema der Unfehlbarkeet" vor. Die Diskussion hierüber beginnt übermorgen.

Florenz, 15. Mai. Die „Gazzetta uffiziale" veröffentlicht Nachrichten aus den toskanischen Provinzen, die das Bestehen einer einzigen Bande bestätigen; dieselbe wird aber von den Truppen verfolgt und ist bereits in der Auflösung begriffen. In Kalabrien fand kein neuer Aufstandsversuch statt.

Rothschild hat mit der spanischen Regierung ein Anlehen von 40 Millionen Piaster, wovon nur ein Bruchtheil zur Subscription aufgelegt wird, abgeschlossen. Es werden ihm dafür spanische Bergwerke verpfändet. Nur zu!

Aus Athen wird der „Tr. Ztg. geschrieben, daß die Folgen der Katastrophe bei Marathon für Griechenland sehr ernst zu werden drohen. Gegenwärtig ist zwar in ganz Griechenland wenig von Briganten zu hören; dieselben halten hübsch ruhig, denn überall ist viel Militär; aber wenn nächstens wieder Deputirtenwahlen stattfinden, wird die Regierung das Militär zur Unterstützung ihrer Freunde gebrauchen und die griechischen Briganten werden wieder singen können: „Ein freies Leben führen wir" u. s. w. Am schmerzlichsten von Allen ist der junge König von dem tragischen Vorfall berührt. Er hat seine Spazierfahrten und Spaziergänge eingestellt, besucht nicht mehr seinen schönen Garten, schläft wenig, will Niemanden sehen, hat keinen Appetit und fühlt sich so schwach, daß ihm die Leibärzte eine kleine Erholungsreise angerathen haben, die er auch nicht unternehmen will. Vor einigen Tagen erhielt die k. Dampf-Yacht Befehl sich bereit zu halten, dann wurde wieder Contre-Ordre gegeben. Der St. Georgstag, das Namensfest des Königs wurde heuer gar nicht gefeiert u. zwar auf ausdrücklichen Befehl Sr. Maj.

Pariser Porzellanblumen,

ganz treu nach der Natur angefertigt, sowohl in Zweigen, als einzelnen Blumen, so auch an Schreibzeugen und Schmuckdosen passend angebracht, empfehle ich besonders zur freundlichen Ansicht und Abnahme, sowie mein bekanntes

Porzellan-, Glas-, Siderolit-Steingutlager,

sowohl in weiß, gemalt und vergoldet: besonders zur Messe meine Zusendungen von Crucifixen, Leuchtern, Figuren, Blumenvasen, Punsch-, Wasch-, Tafel-, Kaffe-, Thee-, Rauch-Service ꝛc. Einem recht zahlreichen Besuche mit der Versicherung solider und möglichst billiger Bedienung sieht entgegen

D. Hesse,

Stangsgasse nächst der Heuwaage.

Von den neuesten

Rouleaux, Tapeten und Bordüren

hält Lager

Friedrich Herd,

Papierhandlung.

Die Gesänge an den 3 Bittagen vor Christi Himmelfahrt (zum Preise von 1 kr. pr. Stück) wieder vorräthig bei

Otto Reindl.

Der so beliebte

Haussegen,

(auf Handpapier gedruckt, pr. Stück 1 kr.; auf Cartonpapier 2 kr.) ist wieder vorräthig und empfiehlt zur gef. Abnahme.

Otto Reindl.

Katholisches Casino.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Vortrag

über die Petrusstätten in Rom.

Der Vorstand.

Eisenbahnzüge in Bamberg.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:	Ankunft:
1[40] Nchts. Courierz.	12[11] Nchts Courierz.
5 früh Postz.	7[45] früh Güterzug.
10[00] „ „	9[10] „ Personenz.
2[16] Mitt. Schnellz.	1[10] Mitt. Schnellz.
3[0] „ Güterz.	5[30] Abd. Postzug.
6[20] Ab. Personenz.	10 Nchts. „

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln.

4 früh Postzug.	9[35] früh Güterzug.
10 „ „	1[10] Mitt. Schnellz.
2[40] Mitt. Schnellzg.	2[30] „ Güterz.
2[40] „ Güterz.	6[15] Abd. Courierz.
6[35] Abd. „	12[5] Nchts. Postz.

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[38] früh Courierzug.	1[36] früh Courierz.
5 „ Postzug.	8 „ Güterz.
9[45] „ Personz.	9[45] „ Postzug.
1[11] Mitt. Schnellz.	2[10] Mitt. Schnellzg.
2[35] „ Güterz.	5[15] Abd Personzug.
6[25] Abd. Postz.	11 Nchts. Postz.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 117. Donnerstag, den 19. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 16. Mai. (34. öffentl. Sitzung d. Kammer der Abg.) Die heutige Sitzung ist wohl eine der aufgeregtesten, die bis jetzt stattgefunden. Zuerst ergreift Minister v. Lutz das Wort und bemerkte unter andern: er bedauere, daß es in der letzten Sitzung dazu gekommen, daß Persönlichkeiten wie Bauer und Giesebrecht angegriffen. Da dies geschehen, müsse er wenigstens bezüglich einer Persönlichkeit hier Mittheilung machen. Er vertheidigt hierauf den Mathematiker Bauer. Dr. Gerstner fügt noch bei, daß Bauer alle Prüfungen mit dem besten Erfolg bestanden habe und ebenso wirke. Makowiczka tritt für die Hochschule Erlangen ein. Die Vorwürfe des Ref. seien leichtfertig. Die größten Gelehrten und alle unsere Geistesheroen seien Protestanten. Ich trete für die protestantische Universität ein, weil ich der geistigen Freiheit, d. h. dem Protestantismus, eine Stätte erhalten wissen wollte Angesichts der culturfeindlichen Strrömung, die jetzt in der katholischen Kirche herrscht. (Stürmische Unterbrechung; der Präsident ermahnt ernstlich zur Ruhe.) Makowiczka sagt, es sei kein Zufall, daß verhältnißmäßig weniger Katholiken als Protestanten angestellt werden; es sei Thatsache, daß es unter den Katholiken weniger Gelehrte gibt, die sich zu Professoren eignen. (Rufe: Hoho! Dr. Ruland verläßt den Sitzungssaal.) Dr. Schleich: der Vortrag des Redners macht einen höchst verletzenden darum nicht zulässigen Eindruck. (Der Präsident bittet wiederholt nicht zu unterbrechen.) Makowiczka findet die Vorschläge des Referenten unausführbar, die Universitäten würden hiedurch zu Zwangsanstalten herabgewürdigt, jeder freidenkender Mann müsse gegen solche Vorschläge protestiren. Dr. Edel: Der Katholicismus ist kein Hinderniß für die Wissenschaft, auch an andern Universitäten befinden sich katholische Professoren, welche zu den ausgezeichnetsten Lehrern zählen. (Bravo!) Der Vorstand des 2. Ausschusses Wiesnet sieht sich durch den Lauf der Diskussion zu der Erklärung veranlaßt, daß im Ausschuß lediglich die Anerkennung der Nachweisungen Gegenstand der Abstimmungen war und die Bemerkungen im Referate die persönlichen Meinungen des Referenten seien. Lukas als Mitglied desselben Ausschusses bedauert widersprechen zu müssen: dessen Majorität sei nämlich mit Allem einverstanden was im Referate enthalten ist. Wiesnet entgegnet, daß in dem Referate die Anschauung des Referenten in einer Schärfe hervortrete, wovon wir keine Ahnung hatten. Ref. Greil erklärt: alle Stellen habe er im Ausschusse vorgetragen; er könne nichts dazu, wenn man damals die darinliegende Schärfe nicht aufgefaßt habe. R. Weis: es scheint, Makowiczka wolle auch das Volksschulwesen angreifen. Auch habe derselbe der kath. Kirche etwas anhängen wollen. Lukas: Makowiczka hat wieder den P. Mittermüller hereingezogen und behauptet, daß er den verstorbenen König Max geschmäht habe. Mittermüller wird weder Todte noch Lebende schmähen, sondern unpartheiisch historische Kritik üben. v. Schauß will haben, daß ein anderes Mitglied des 2. Ausschusses ausspreche, wie weit derselbe die Ansicht des Ref. theile. Crämer erklärt, daß die Mitglieder des Ausschusses nicht mit verantwortlich gemacht werden können, für das, was im Referat steht. v. Meixner bestreitet, daß v. Schauß das Recht habe, von den Ausschußmitgliedern zu verlangen sich auszusprechen in wie weit sie mit den Ansichten des Referenten einverstanden sind. Fischer: citirt den Artikel 48 und 50 der Geschäftsordnung, wonach der Ref. nach Beschlußfassung des Ausschusses den Bericht an die Kammer verfassen und dem Ausschusse zur Genehmigung vorlegen muß. Wenn es nicht geschehen, so sei das Verfahren ein incorrektes. Greil protestirt gegen den Vorwurf der Incorrektheit. Schleich stellt Antrag auf Schluß der Diskussion. Heute über 8 Tage laufe die vorläufig festgesetzte Lebensfrist des Landtages ab, und wir haben noch so wenig geleistet. Er bittet jeden, welcher wirklich patriotisch ist, wenn er auch nicht sich so nennen sollte, seinen Antrag auf Schluß der Debatte zu unterstützen. Sörgel und Schauß sind dagegen. Schleich empfiehlt nochmal Schluß der Debatte. Wenn v. Schauß an die Gerechtigkeit der Patrioten appellirt, so komme er an die unrechte Adresse; die Patrioten dieses Hauses würden es nicht so machen, wie es im Zollparlament

Digitized by Google

geschehen, wo einem Redner, der gegen die Kaffeezollerhöhung sprechen wollte, das Wort nicht gegeben wurde. Präsid. Weis gab bekannt, daß noch 18 Redner sich zum Wort gemeldet haben. Mahr: Gegenüber den maßlosen Auslassungen Makowiczka's müsse, da ein Vertreter der Univers. München nicht in der Kammer ist, man ein ehemaliges Mitglied (Dr. Sepp) sprechen lassen Westermayer findet, daß eine unlösbare Konfussion zu entstehen drohe u. ist für den Schluß. Dr. A. Schmid zeigt an, daß sein Referat über den Antrag auf Aufhebung des 7. Schuljahres vollendet sei und sofort zum Vortrag im Ausschuß gelangen wird. Bei dieser Gelegenheit kommt die ganze deutsche Schulfrage zur Besprechung. Gürstner ist gegen den Schluß. Greil: Es handelt sich hier nicht um persönlichen Sieg. Die Kampfesweise Makowiczka habe ihn schmerzlich berührt, der die kath. Kirche als eine kulturfeindliche Anstalt hinstelle und ihm Leichtfertigkeit vorwerfe. Solche Ausdrücke werde er nicht gebrauchen bei seiner Entgegnung. Gegen Dr. Bauer habe er keine Inkriminationen ausgesprochen, ebensowenig einen Angriff auf die Landesuniversitäten gemacht. Es handelt sich darum, daß die einheimischen kath. Talente bei Vakaturen unberücksichtigt geblieben und zurückgesetzt worden seien. Wenn man die kath. Kirche culturfeindl. Tendenzen beschuldigt, so frage er, von wem die Universitäten denn ins Leben gerufen seien? Wenn in dem so finsteren Mittelalter solch glänzende Lichtpunkte, die die kath. Völker, die Bischöfe, kath. Fürsten und Päpste ins Leben gerufen haben, geschaffen wurden, wie habe es dann ausgesehen, als der protest. Geist zur Herrschaft gelangte? Redner sucht eben den Beweis, daß die Behauptung Makowiczka's: wir verdanken unsere Bildung dem Protestantismus, unbegründet sei.... Nicht freiheitsfeindlich oder antinational wolle er bei Berufungen überhaupt vorgegangen wissen, sondern gerecht; nicht gegen die Berufungen, sondern gegen den damit getriebenen Mißbrauch sei er. Er begreife nicht die Ausdrücke Makowiczkas gegen die kath. Kirche. Redner verwahrt sich schließlich gegen alle Imputationen, die ihm nicht gebühren; er verlange nur Recht und Gerechtigkeit.

München, 16. Mai. Abendsitzung der K. d. A. Der Präsident v. Weis zeigt an, daß die Kammer der Reichsräthe dem Gesetzentwurf wegen Bestrafung der Amtsvergehen der Gerichtsvollzieher beigetreten ist, so daß Gesammtbeschluß erzielt ist vorliegt. Sittig: Jeder Zweig des Unterrichtswesens erfordert Kenntniß des Spezialwissens. Wenn nun Herr Greil wünscht, daß in das Kultusministerium 2 Geistliche berufen werden mögten, so finde ich Das von seinem Standpunkt aus begreiflich, wenn Sie aber tausend Lehrer fragen, so werden sie doch lieber von Juristen als von Geistlichen die Schule verwaltet sehen wollen, weil sie fürchten werden, daß an Stelle der Juristen Theologen kommen wie der Referent, der die Volksschule herabdrücken will. (Oh! Präsident: Ich muß ermahnen, den Referenten nicht zu beleidigen.) Hr. Greil will das 7. Schuljahr abgeschafft haben, und Das hält Redner für eine Herabdrückung der Schule. Er spricht von den Schulverhältnissen Oberfrankens und tritt für die Gehaltsaufbesserung ein. Er führt Ziffern an, behauptet, daß der Vergleich mit der Lage der preußischen Lehrer nicht passe, weil bei dem Einkommen der letzteren immer nur der Staatszuschuß in Betracht gezogen werde, und führt als ein nachahmenswerthes Vorbild das am 10. März d. J. erlassene neue sächsische Schuldotationsgesetz an, welches, wie er darlegt, für die Lage der Lehrer sehr günstig ist) Die Schule soll man nicht zur Parteisache machen, sie gehört dem ganzen Volk, das Volk verlangt gute Schulen. Gürster: Ich will die lange Debatte nur durch Beleuchtung Eines Punktes aufhalten. Sie werden keine Spur davon finden, daß ich zur Verlängerung des Landtags beigetragen hätte (Heiterkeit.) Ich will auch jetzt mich nicht in die großen Debatten der Hrn. Professoren mischen, vor denen ich seit meiner Jugend einen gewaltigen Respekt habe (Heiterkeit), u. den Herren Schullehrern wünsche ich das Eldorado, nach welchem sie trachten, ich würde, wäre ich noch einmal 12 Jahre alt, dann die Justiz aufgeben und dem Lehrberuf mich widmen. Ich will nur für die französischen Sprachlehrer an den Gymnasien einlegen. Dr. Pfahler spricht gegen die Staatsomnipotenz, die jetzt auf den Universitäten gelehrt wird. Er interpellirt den Referenten resp. den Minister: Ist es wahr, daß an der philosopischen Fakultät in München ein Professor mehr bezieht als die ganze theologische Fakultät zusammengenommen? Wie verhält es sich mit dem Schema, welches der Vertheilung jener 20,000 fl. Gehaltsvermehrung zu Grunde gelegt wurde, die der vorige Landtag den Münchener Professoren bewilligte, haben wirklich nur die Professoren Pözl, Huber ꝛc. Aufbesserung erhalten. Warum sind die Extraordinarii der theologischen Fakultät nicht ihren Kollegen in den andern Fakultäten in der Besoldung gleichgestellt. Ist die mit mit 400 fl. honorirte Stelle des Universitätspredigers weniger werth, als die eines mit 600 fl. bezahlten Dieners eines Laboratoriums? Wie steht es mit dem Gehalt des Assistenten von Prof. Liebig, welcher noch vor einem Jahre Kommis in der Buchhandlung von Cotta war? Wie steht es mit den Resultaten der mikroskopischen Arbeiten Jolly's, dem Tausende für Instrumente übergeben wurden? Wie ist das Verhältniß der Besoldung des seit 30 Jahren dienenden Lamont zu der des jungen Zittel und des Schwiegersohnes eines hohen Intimus? Wie steht es um die Wissenschaftlichkeit Rüttinger's, der kein Gymnasium absolvirt hat und in dessen Eingabe um die venia legendi Schreibfehler vorkamen? Wie ist es mit der Gradmessung, mit welcher Jahre lang Lamont sich beschäftigte und dabei ein Tagegeld von 1 fl. hatte,

Digitized by Google

während jetzt Bauernfeind bei einem Gehalt von 4000 fl. noch Tagegelder von 15—16 fl. bezieht und noch gar nichts, während Jener aber schon 2 Bde veröffentlicht hat? Ich frage, ob es wahr ist, daß gewisse Leute, sofern sie nicht sehr nahe Verwandte hoher Beschützer sind, wenn sie der patriot. Partei angehören, nicht avanciren? und daß man den Studirenden abräth, bei Lamont, der doch europäischen Ruf hat, sich zu bilden. Redner verlangt Antwort und behauptet schließlich: Alles ist verfehlt im Unterrichtswesen, wo die Bureaukratie die Hand im Spiele hat. Schl. f.

In den 3. Ausschuß der Abg. wurde anstatt des beurlaubten Ausschmitgliedes Hutschenreuther (fortschr.) der Abg. v. Miller (patr.) mit 62 von 112 Stimmen gewählt.

München, 17. Mai. Die Kammer der Reichsräthe hält morgen ihre 9. Sitzung. Tagesordnung: Berathung 1., über den Antrag auf Revision der gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Geschäftsgangs des Landtags, 2., über den Antrag auf Revision der Preßgesetzgebung, u. 3., über die Zulässigkeit zweier in dieser Kammer gestellter Anträge.

München, 18. Mai. Die Kammer der Reichsräthe ist dem Antrag der Kammer der Abgeordneten auf Revision des Preßgesetzes nicht beigetreten (dafür stimmten nur Frhr. v. Thüngen, Herzog Ludwig und Frhr. v. Aretin.) Dem Antrag auf Revision der Bestimmungen über den Geschäftsgang des Landtags trat sie dagegen einstimmig bei. Die Kammer der Abgeordneten hat heute allen Nachweisungen bezüglich der Staatsausgaben von 1866|67 und 1868 die Anerkennung ertheilt. Morgen kommt der Antrag auf Todesabschaffung vor.

Das kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- u. Schulangelegenheiten hat mit Entschließung vom 6. d. Mts. ausgesprochen, daß die zur Abhaltung einer Jesuiten-Mission in Weismain erforderliche Bewilligung nicht ertheilt werden könne. (Warum denn?)

Die neueste Nummer der „Wochenschrift der Fortschrittspartei" reproduzirt, jedoch nicht ohne Vorbehalt, einen Artikel der „Süddeutschen Presse", wobei sie ihrerseits ausspricht, daß die Festsetzung der Wahlkreise von je 1 Abgeordneten gegründeten Bedenken unterliege und schwerlich aufrecht erhalten werden könne. Wir sind mit dieser Anschauung vollkommen einverstanden. Wenn man flagrante Ungleichheiten wie der Entwurf sie bietet, vermeiden will, so kann man an so kleinen Bezirken nicht ausnahmslos festhalten; man wird vielmehr als Regel Bezirke von 2—3 Abgeordneten annehmen müssen. Wie wir hören, theilt auch der Referent über das Wahlgesetz diese Ansicht.

Ein herbes Wort über die in Bismarck'sche Dienste getretenen „Nationalliberalen" spricht heute die „Demokratische Correspondenz" aus. „Geistige Prostitution" nennt sie das Gebahren dieser wetterwendischen, servilen Partei. „Sie bieten sich feil," sagt sie, auf den neulichen Kaffeezollschacher im Zollparlament anspielend, „sie machen ein Gewerbe aus des Mannes Heiligstem, seiner Ueberzeugung, seinem Gewissen . . . Es gibt eine Keuschheit der Freiheit, es gibt eine Ehre der Besiegten. Das muß man sich vergegenwärtigen, um an der Schärfe des Gegensatzes um so klarer zu sehen. Der Nationalliberalismus, sei es als Bismarckfirender Uebermuth, sei es als klägliches Bettelpreußenthum, ist zu jenen beiden guten Dingen der gerade Gegensatz. An ihm erfüllt sich, daß die bloße Berührung mit dem Cäsarismus verhängnißvoll wird für Jeden und allerorten. Er hat die Hoheit und Größe jener Keuschheit verloren. . . Das ist die Partei des nationalen Liberalismus! Ein Verdammungswort zunächst gegen sie, ist es zugleich ein furchtbares Drohwort für die Nation. Was wird aus dieser deutschen Nation, aus der Nation der bürgerlichen Ehrlichkeit, der schlichten Treue, wenn das so weitergeht!"

Karlsruhe, 15. Mai. Die „Karlsr. Ztg." bringt in ihrem amtlichen Theil die Pensionirung des Artillerie-Majors v. Kleudgen, desselben Offiziers, über welchen jüngst die „Pfälz. Ztg." gemeldet hatte, daß er wider seinen Willen und obwohl ganz gesund u. rüstig, von Oben bestimmt wurde, wegen körperlicher Dienstunfähigkeit um Pensionirung nachzusuchen. Ferner meldet die „Karlsr. Zeitg." die Ernennung eines preußischen Hauptmanns zum Posten-Offizier der Festung Rastatt.

Berlin, 17. Mai. Der Reichstag erledigte in seiner heutigen Sitzung das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz mit dem Antrag Miquel's, wonach das Bundeskanzleramt für das Heimathwesen die zuständige Endscheidungsbehörde ist, wenn die Gesetzgebung eines Landes dasselbe anruft. Das Aeltestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft hat beim Reichstag eine Petition gegen den Gesetzentwurf über Prämienanleihen eingereicht.

Ausland.

Florenz, 16. Mai. Die „Gazzetta uffiziale" meldet: Die in der Präfektur Grosseto (Toskana) befindliche Bande wurde von den Truppen zernirt und streckte die Waffen. Die ganze 41 Mann starke Bande wurde gefangen genommen. In Kalabrien herrscht vollkommene Ruhe.

Bukarest, 16. Mai. Ein fürstliches Dekret ordnet die Wahlen der Abgeordneten für die Zeit vom 6. bis 12. Juni, die Wahlen der Senatoren für die Zeit vom 14. bis 18. Juni an.

Madrid, 17. Mai. Das Ministerium hat gestern beschlossen, das Provisorium durch Uebertragung der Königrechte an den Regenten zu endigen, falls es gegenwärtig unmöglich sei einen Thronkandidaten zu finden.

Vermischtes.

Aus Dürkheim, 11. Mai, wird berichtet: Gestern Nachmittag begann sich der Himmel zu trüben, und von der Schwüle, welche sich dabei fühlbar machte, ließ sich ein Gewitter und ein langersehnter, erquickender Regen erwarten. Da plötzlich, gegen 4 Uhr, gab es Blitz und Schlag, nur der Regen blieb aus. Gerade dieser eine Blitzstrahl schlug in Wachenheim in eine Telegraphenstange, lief dann dem Drathe entlang in das Bureau der Post- und Telegraphen-Expedition und traf daselbst einen dort beschäftigten jungen Mann an den Fuß, lief demselben bis zum Knie, warf ihn bewußtlos zu Boden und sprang dann wieder ab in's Freie. Der Getroffene kam indessen bald wieder zu sich und befindet sich soweit wohl, nur ließ der Stahl eine blaue Linie an der getroffenen Stelle des Beines zurück.

Bei der gestern in Ansbach vorgenommenen 27. Serienziehung des Ansbach-Gunzenhauser Eisenbahn-Anlehens sind die nachstehenden 30 Serien-Nummern: 122 181 235 693 837 980 1037 1098 1324 1519 1550 1689 1716 1755 1784 1813 1882 2208 2257 2502 2815 3627 3659 3884 4032 4084 4369 4492 4887 4955 erschienen, welche an der planmäßig am 15. künftigen Monats stattfindenden Gewinnst-Ziehung Theil zu nehmen haben.

Oberammergauer Passionsspiel!

Wohnungs-Vermittelung.

Die Unterzeichneten sind in der Lage, in Oberammergau für dort ankommende Gäste sicher und billig Wohnungen zu besorgen, und laden die hochw. Geistlichkeit, Mitglieder der katholischen Casino's und die kath. Vereine ein, von dieser aufs beste organisirten Unternehmung Gebrauch zu machen. Es wird indeß für Jedermann, besonders für Frauenzimmer und und für die Jugend, welche ohne Aufsichtsbegleitung dort ankommen, für eine solide und anständige Unterkunft gesorgt.

Zur Einhaltung einer unbedingt nothwendigen Ordnung ist festgestellt:

1) Alle Karten lauten auf Namen mit laufenden Nummern, und werden auf mündliche und schriftliche Bestellung in

F. Gypen's Kunsthandlung in München,
Neuhausergasse Nr. 50,

gegen Erlag oder Einsendung von 30 kr. abgegeben oder umgehend versandt.

2) Anmeldungen müssen vier Tage vor jedem Spiel geschehen, und solche für große Familien oder Gesellschaften, welche zusammen wohnen wollen, sind zur Vorsicht acht Tage vorher zu machen. Nach folgendem Theaterbilletstarif werden auch diese besorgt, indeß ist für die Billets der Betrag des gewünschten Platzes beizulegen.

3) Die in Oberammergau Ankommenden haben sich in die Wohnungs-Vermittlungslokalität, zunächst dem Theater, zu begeben und werden gegen Vorzeigung der in Händen habenden Billets sofort in ihre Wohnung begleitet.

F. Gypen's Kunsthandlung u. Schauer,
ehemal. Gem.-Vorst. in Oberammergau.

Programm zu den Passionsvorstellungen.

Am Vorabende 7 Uhr und am Tage der Aufführung früh 5 Uhr Musik durch die Straßen des Dorfes. — Um 6 Uhr Eröffnung des Theaters zu den Sitzplätzen. — Um 8 Uhr Anfang der Vorstellung. Nach der 1. Abtheilung 1 Stunde Pause. Schluß gegen 5 Uhr Nachmittags.

Tage der Vorstellungen:

Der 22. u. 29. Mai. — 6., 12., u. 25. Juni. — 3., 10., 17., 24. u. 31. Juli, — 7., 14., 21. und 28. August. — 8., 11., 18., 25. und 29. September 1870.

Preise der Plätze:

I. Logenplatz 3 fl. — II. Logenplatz 2 fl. 30 kr. — III. Logenplatz 2 fl. — Parterre: I. Platz 1 fl. 45 kr. — II. Platz 1 fl. — III. Platz 48 kr. — IV. Platz 30 kr. Kinder zahlen auf allen Plätzen mit Ausnahme der Logenplätze die Hälfte.

Katholisches Casino.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Vortrag
über die Petrusstätten in Rom.

Der Vorstand.

Pariser Porzellanblumen,
ganz treu nach der Natur angefertigt, sowohl in Zweigen, als einzelnen Blumen, so auch an Schreibzeugen und Schmuckdosen passend angebracht, empfehle ich besonders zur freundlichen Ansicht und Abnahme, sowie mein bekanntes
Porzellan-, Glas-, Siderolit-Steingutlager,
sowohl in weiß, gemalt und vergoldet: besonders zur Messe meine Zusendungen von Crucifixen, Leuchtern, Figuren, Blumenvasen, Punsch-, Wasch-, Tafel-, Kaffe-, Thee-, Rauch-Service ꝛc. Einem recht zahlreichen Besuche mit der Versicherung solider und möglichst billiger Bedienung sieht entgegen

D. Hesse,
Stangsgasse nächst der Hauptwache.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. D. Killisch in Berlin, jetzt Louisenstraße 45. — Bereits Hunderte geheilt.

Vorlagen
(Musterblätter)
zu
Laubsäge-Arbeiten,
vorzüglich zu schönen Uhrgehäusen, Rähmchen, Körbchen ꝛc. pro Blatt 6, 8, u. 9 kr. vorräthig bei

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 118. Freitag, den 20. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Das siebente Werktagsschuljahr.

(Fortsetzung.)

Unter den geschilderten Verhältnissen konnte der thatsächliche Erfolg des siebenten Schuljahres den sicher von seinen Urhebern erwarteten Erfolg nicht haben. Schreiber dieses, der schon mehr als 20 Jahre die Volksschule zu beobachten und ihre Ergebnisse genau kennen zu lernen Gelegenheit hatte, muß offen gestehen, daß wenigstens in den Schulen, welche ihm zugänglich waren, ihm kein irgendwie nennenswerther Unterschied der Leistung der jetzigen dreizehnjährigen Austrittsschüler gegen die früheren zwölfjährigen bemerkbar wurde. Er ist aber auch überzeugt, daß die meisten Schulinspektionen dieselbe Erfahrung gemacht haben werden. Er könnte selbst nicht wenige Lehrer nennen, die aufrichtig genug sind, diese Erfolglosigkeit des siebenten Schuljahres zuzugestehen.

Zugegeben aber, daß wirklich hie und da durch besondere günstige Umstände ein Erfolg des siebenten Schuljahres erzielt würde, so ist soviel sicher, daß derselbe in gar keinem Verhältnisse zu den großen Nachtheilen, welche dasselbe mit sich bringt, stehe.

Vor Allem ist hier in Betracht zu ziehen der große materielle Schaden, welcher durch dasselbe außerordentlich vielen Familien besonders auf dem Lande zugefügt wird. Die Herren welche die Schulgesetzentwürfe, sowie die Schulverordnungen an ihrem Studierpulte ausarbeiten, wissen freilich nicht, von welch' großem Werthe ein 12jähriges Kind einem kleinen Landwirthe bei seinem Geschäfte sein kann! Wer aber die Verhältnisse auf dem Lande aus eigener Anschauung kennt, der weiß, daß in sehr vielen Fällen ein solches Kind der Familie die Haltung eines Dienstboten ersparen kann. Was aber dies, namentlich bei den gegenwärtigen gedrückten Verhältnissen der kleinen Landwirthschaft sagen will, das sollten auch die betreffenden Herrn Gesetz- und Verordnungsmacher wissen.

Eine unausbleibliche Folge dieses in vielen Fällen wirklich zwingenden Bedürfnisses, die Kinder möglichst bald zu den Haus- und Feldarbeiten zu erhalten, sind die zahlreichen, zahllosen könnte man sagen, Schulversäumnisse, welche auf das siebente Schuljahr entfallen. Lehrer und Schulinspektoren sind dabei in einer fatalen Lage. Drücken sie, wie es meist geschieht, ein Auge zu, so wird damit von vorneherein ein Erfolg des dreizehnten Schuljahres unmöglich gemacht. Gehen sie aber strenge mit den gesetzlich vorgeschriebenen Strafen gegen die strafbaren Schulversäumnisse vor, so wird dabei eine unversiegbare Quelle von Streitigkeiten, von Haß und Feindseligkeiten zwischen den Gemeindegliedern einer- und dem Lehrer und Inspektionen anderseits geöffnet. Schon dieser eine Nachtheil wiegt alle etwaigen Vortheile des siebenten Schuljahres vielfach auf.

Endlich ist noch ein sehr wichtiger Punkt nicht zu übersehen. Ein Blatt hatt das siebente Schuljahr das Faulheitsjahr genannt, unleugbar mit vieler Berechtigung. Da dem Schüler in diesem Jahre, wie oben bemerkt, meistens nichts Neues zum Lernen geboten wird, er vielmehr den Lehrstoff des sechsten Schuljahres wiederkauen muß, so liegt besonders für die talentvolleren die Gefahr nahe, daß statt regen Eifers Gleichgültigkeit eintrete, ja daß der Mangel an hinreichender und anregender Beschäftigung noch zu andern sittlichen Gefahren führe. Daß zugleich durch die größere Nachsicht zu welcher Lehrer und Inspektion gegenüber den Versäumnissen des siebenten Schuljahres sich gezwungen sehen, der Sinn für Gesetzlichkeit und Autorität bei den Kindern nicht vermehrt werde, ist klar. Ja selbst für einen etwas leichtsinnigen Lehrer liegt die Gefahr nahe, daß er, weil er für denselben Lehrstoff, den er früher in einem Jahre verarbeiten mußte, jetzt zwei zur Verfügung hat, statt in seiner Thätigkeit angeregt zu werden, vielmehr erschlaffe.

Angesichts dieser unbestreitbaren und großen Nachtheile des siebenten Schuljahres gegenüber seinen sehr zweifelhaften, jedenfalls aber geringen Vortheilen können wir dem Antrage des Abg. Greil, dasselbe wieder aufzuheben nur zustimmen. Schluß f.

Inland.

München, 16. Mai. Schluß d. Abendsitzung. Greil kann die Fragen theils gar nicht beantworten, theils glaubt er, nach dem, was er gehört, sie verstärken zu können. Kultusminister v. Lutz: Ich

Digitized by Google

werde von Hrn. Dr. Pfahler scharf ins Examen genommen und fürchte darin schlecht zu bestehen. Ich werde das Examen aber auch nicht bestehen, weil ich — nicht will, weil ich es unter meiner Würde, unter der Würde dieses Hauses halte, hier Rechenschaft zu geben auf Anschuldigungen, die auf Zwischenträgereien sich gründen von Solchen (?), die sich zurückgesetzt glauben, weil ich die Antwort verweigere auf ungebührliche Zumuthungen, die schmählichen Nepotismus zu Voraussetzung haben. Und ich protestire dagegen, daß einer Kammer es jemals zustehen sollte, über die Qualifikation einzelner Professoren hier Entscheidung zu verlangen oder selber zu fällen. Der vorige Landtag hat 20,000 fl. zur Aufbesserung der Professorengehalte an der Münchener Universität bewilligt, und es haben wirklich Pözl u. Huber mit Anderen Zulagen erhalten. Derlei Maßregeln gebühren allein der Regierung! Was lassen Sie der vollziehenden Gewalt, wenn Sie bei Namen fragen, warum dieser oder jener früher angestellt worden? Die Verfassung legt jede Anstellung in die Hand des Königs. Sie haben kein Recht, von Fall zu Fall darnach zu fragen. Ich habe über einiges Aufschluß gegeben, prinzipiell lehne ich jede Antwort auf solche Fragen ab. (Lebhaftes Bravo links.)

v. Schauß: hält den Eindruck der gegenwärtigen Discussion für denselben, den die Adreßdebatte hervorgerufen, der unsere Zustände unter ihren Werth herabzieht. Unsere Schulen sollen schlecht, unsere Justiz korrupt sein, unsere höheren Bildungsanstalten nichts taugen. Das sind Uebertreibungen. Solchen Versuchen Widerstand zu leisten mit allen Kräften, Das ist Pflicht jeden Anhängers der Verfassung und des Staats. Redner erinnert an den großen Kurfürsten Max III. von Bayern, der 1759 die Akademie der Wissenschaften gründete mit der Proklamation von zwei Principien: 1) Keine Zensur, sondern freie Wissenschaft und 2) Berufung gelehrter Ausländer ohne Unterschied, ohne Rücksicht auf die Konfession. Der Herr Referent hat ein Wort sehr geläufig im Mund, welches allerwärts gefangen nimmt, das Wort: Parität. Die Parität besteht in dem die Konfessionen außer Betracht lassenden Regierungssystem, und diese Parität, haben wir in Bayern, die Ziffern machen es nicht aus. Der übrige Theil des Vertrags des Redners widmet sich der Rechtfertigung der „berufenen" Gelehrten an der Universität. Referent Greil behält sich in Bezug auf die allgemeinen Betrachtungen am Eingang der Rede des Hrn. v. Schauß die Erwiderung vor und antwortet zunächst nur in Bezug auf die erwähnten drei Persönlichkeiten, seine Ansichten über deren Wirksamkeit aufrecht haltend.

München, 18. Mai. (35. öffentl. Sitzung der K. d. A.) Der Präs. v. Weis gab zuerst ein Schreiben der Ministerien der Justiz u. der Finanzen bekannt, wornach für den Fall, daß der schon früher vorgelegte Entwurf eines Tax- und Stempelgesetzes nicht bis 1. Juli sanktionirt sei, wenigstens einige gesetzliche Bestimmungen über die Tax- und Stempelgebühren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bis zum Inslebentreten der neuen Civilprozeßordnung getroffen werden. Schleich stellte dann den Antrag, die Debatte über die Ausgaben auf den Etat des Cultusministeriums zu schließen. Gelbert erklärte sich gegen diesen Antrag. Krauß old unterstützte den Antrag auf Schluß dieser Debatte, obwohl er von seinem prot. Standpunkte aus sehr gerne das Referat beleuchtet hätte. v. Stauffenberg ist gegen den Schluß der Debatte, weil er gegen jeden Antrag auf Schluß sei, welcher bei Beginn der Sitzung gestellt wird. Präs. v. Weis theilte mit, daß noch dreizehn Redner vorgemerkt sind und schritt sodann zur Abstimmung über den Antrag, der auch mit Majorität angenommmen wurde. Ref. Greil kann es nicht über sich gewinnen, zu den auf ihn gemachten Angriffen zu schweigen, und wendet sich zunächst gegen Sörgel, der sich blos den Anschein gegeben habe, als ob er ihn den Ref., widerlegen könne, in der That aber gar nicht widerlegt habe. v. Schauß habe ihm unterlegt, er (Greil) habe unsere Verwaltung, unsere Justiz, unsere Universitäten ꝛc. schlecht genannt. Das habe er (Greil) nicht gesagt. Greil nimmt dann den Syllabus gegen Schauß in Schutz; der Syllabus enthalte über das Verhältniß des Staats zur Kirche, des Staats zum Naturrecht die gesundesten Grundsätze; derselbe stelle Ideale in dieser Beziehung auf, die anzustreben seien, die er aber nicht sofort überall verwirklicht wissen will. Aus der neulich in die Debatte gezogenen Schrift Carriere's sucht Greil sodann nachzuweisen, daß er Recht gehabt habe, als er letzthin behauptete, Carriere habe den Islam als die Religion der Zukunft gepriesen. Auch den vor vier Jahren canonisirten Petro v. Arbues hat Hr. v. Schauß als Menschenschlächter dargestellt; das habe Hr. v. Schauß eben nur aus der Allg. Z. gehabt, wo dieser Irrthum untergelaufen sei.

Referent will auch vor dem christlichen Volke constatiren, daß vor einigen Tagen in diesem Saale, als er das Wort „Wunder" erwähnte, gelacht worden sei. Die Aeußerungen des Hrn. v. Schauß, daß Kaulbach lieber unsterblich, als heilig sein wolle, sei unerhört und enthalte einen Spott auf die Einrichtungen der kath. Kirche.

Marquardsen kam auf den Vorgang im Zollparlament zurück, welchen Dr. Schleich vor einigen Tagen in der Art erwähnte, daß dem Abg. Jörg im Zollparlament in illoyaler Weise das Wort entzogen worden sei. Diese Darstellung des Vorfalles beruhe auf einem Mißverständnisse, Schleich sei unrichtig berichtet.

Jörg: Als Dr. Völk seine Rede im Zollparlamente geendet hatte, habe er (Redner) sich zum Wort gemeldet. Auf der conservativen Seite habe

Digitized by Google

man das bemerkt, auf der Seite, wo Marquardsen saß, habe man es aber nicht bemerken können. Marquardsen habe angedeutet, er (Redner) hätte das, was er gegen Völk sagen wollte, immer noch in der Form einer persönlichen Bemerkung aussprechen können. Diese Meinung theilt Redner nicht: er hätte, wenn er zum Worte gekommen wäre, nicht gegen Dr. Völk, sondern gegen Hrn. v. Blankenburg gesprochen; er hätte diesen ersucht, er möchte, wenn er wieder einmal über die Majorität der bayerischen Abgeordnetenkammer sprechen wolle, sich lediglich an die amtlichen stenographischen Berichte halten. Gegen Völk habe er nicht sprechen wollen, obwohl dieser seine süddeutschen Landsleute eine schlechte Gesellschaft genannt habe. (Schluß f.)

München, 19. Mai. Abgeordnetenkammer. In der Debatte über den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe sprachen der Referent Krätzer und der Antragsteller v. Stauffenberg bis ½1 Uhr, sodann Gürster und Sepp. Noch 17 Redner angemeldet. Fortsetzung morgen. — Die Verordnungen betreffend die Gerichtsvollzieherordnung, die Zahl und die Amtswohnsitze, sowie die Gebührenordnung der Gerichtsvollzieher, ferner betreffend die Zustellungen in Strafsachen und in Sachen der nichtstreitigen Rechtspflege sind erschienen.

Herr Appellrath Umbscheiden, der schon seit mehreren Monaten unwohl ist und deßhalb während dieses Landtags nur einigen der ersten Sitzungen der Kammern beiwohnen konnte, ist seit gestern in nicht unbedenklicher Weise erkrankt, so daß man nicht ohne Besorgniß ist.

Aus der Pfalz, 12. Mai. (Gut und Blut!) Wie das Ergebniß der letzten Kammerwahlen eine Persiflage auf die Wahlbeeinflussung des Herrn von Hörmann gewesen, so ist das Resultat der letzten körperlichen Untersuchung der Conscribirten im Königreiche eine Ironie auf die Wahlkreiseintheilung des Herrn v. Braun. Fast in allen Conscriptions-Bezirken mit größeren Städten, und namentlich der begünstigten „industriellen Intelligenz," haben sich erschreckende Prozente untauglicher Militärpflichtiger ergeben. — München und Kaiserslautern 56, ja das fortgeschrittene Nürnberg, trotz dem bekannten Trichter und dem Guano des Schädeleinschlägers . . . ., sogar 85 sage: fünf und achtzig Prozent. Dafür nun, daß sich unsere „körperlich fortgeschrittene" Bauernsöhne für die körperlich zurückgebliebenen Stadtkinder auch im Kriege zu exponiren haben, macht man die „dummen Bauern" schon im Wahlgesetze politisch todt (?) und läßt die „intelligenten Städter" daheim, damit sie in „Fortschritt und Bildung, in Agitationen und Revolution" besser machen können. Jetzt begreifen wir auch die Phrase derer, die für „Deutschlands Größe und Freiheit, Gut und Blut!" einsetzen wollen, nachdem ihre eigene „Größe" nicht ausreicht, sie zur Militärpflicht heranzuziehen, und die Visitations-Commission sich deßhalb die „Freiheit" nehmen muß, dieselben für „frei" zu erklären. (Rheinpf.)

Berlin, 15. Mai. Die auf eine Erhöhung des preußischen Militärbudgets sich beziehenden Gerüchte erhalten sich, wenngleich das zuerst angegebene Maß der Erhöhung als übertrieben bezeichnet wird. Gleichwohl wäre die Last eine enorme, wenn sich das bestätigt, was in unterrichteten Kreisen umläuft. Man soll beabsichtigen, künftighin den Betrag pro Mann auf 250 Thlr. zu erhöhen, was eine Erhöhung des Militärbudgets um 7½ Millionen Thlr. (13 Milli. fl.) bedeuten würde. Das Militärbudget hätte dann etwa die doppelte Höhe des Betrags erreicht, welchen es in Preußen vor dem Konflikte hatte.

Ein weiterer Nachtrag zum preußischen Militärbudget steht in Aussicht. Man beabsichtigt nämlich, wie ein Berliner Blatt wissen will, die Düppel- und Alsenstellung in großartiger Weise zu erweitern. Dieselbe soll, was auch früher schon verlautete, mit einer befestigten Marinestation im Höruphaff verbunden werden, welche durch drei Forts auf Broacker, bei Sönderby und auf der Untiefe Kalkgrund gedeckt und mit den Werken von Sonderburg in Verbindung gesetzt werden würde. Zwei andere Forts zur Schließung des Alsensundes gegen die Apenrader Föhrde sollen außerdem nach dieser Richtung noch hinzutreten.

Wie die „Provinzial-Correspondenz" mittheilt, hätte Graf Bismarck mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Regierung die Aufrechthaltung der Todesstrafe für erforderlich erachte und an ein Schwanken der preußischen Regierung nicht zu denken sei. — Das genannte Blatt stellt den Schluß der Reichstagssession für den 28. d. Mts. in Aussicht. Der Communallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden soll etwa auf den 12. Juni einberufen werden.

Wien, 18. Mai. Das Blatt „Naplo" berichtet, der Nuntius habe dem Grafen Beust ein Schreiben der päpstl. Curie übergeben, worin entschieden erklärt wird, der Papst werde nie seine Einwilligung geben, daß Strohmayer Erzbischof von Agram werde. Reichskanzler Beust theilte dieses Schreiben dem Grafen Andrassy und der croatischen Landesregierung mit, wo es Gegenstand der lebhaftesten Discussion war.

Ausland.

Paris, 18. Mai. Nachdem die Berichte der Bureaux über das Plebiscit geprüft sind, erklärt Präsident Schneider die Abstimmungshandlung für ordnungsgemäß vollzogen. Das franz. Volk habe also durch das Plebiscit dem Kaiserreich von neuem zugestimmt. Simon will eine Bemerkung über die vorgekommenen Umtriebe anbringen; die Kammer beschließt jedoch Uebergang zur Tagesordnung. Nachdem Simon seine Interpellation über das Plebiscit auf den Tisch des Hauses niedergelegt hat, wird die Sitzung aufgehoben.

Digitized by Google

Florenz, 19. Mai. Die „Opinione" meldet, die päpstliche Regierung habe einen Zuavenkordon an der Grenze aufgestellt, um einen Invasionsversuch zu verhindern. Die Opinione erklärt weiter die Gerüchte vom Erscheinen neuer Banden in Catanzaro für unbegründet. Die bei Reggio aufgetauchte Bande sei zerstreut worden, auch sonst existire in Kalabrien keinerlei Bande.

Am 13. Mai beging der hlg. Vater seinen 83. Geburtstag. (Dr. Haupt schildert ihn als gesund u. kräftig, im vollsten Besitze seiner geistigen und phys. Fähigkeiten [s. Fränk. Unterhltgsbl. Nr. 21 u. f.].)

Athen, 14. Mai. Die berüchtigsten Räuber in Akarnanien und Lepata sind getödtet, der Rest der Banden sucht nach Italien, der Türkei u. Walachei zu entkommen. (Diese Mächte dürfen sich gratuliren. West-Griechenland ist vom Briganteuthum befreit.

Rußland bleibt sich immer gleich; wie in den Tagen Katharina II. ist Alles Firniß und Decoration, wohinter die Unkultur lauert. Ein in Warschau ertheilter Befehl erinnert fast an Potemkin's gemalte Dörfer: für die Zeit, wo der Kaiser aus dem Auslande heimkehren und sich einige Tage in Warschau aufhalten will, muß die Hauptstadt Polens sich putzen. Die Polizei wacht darüber, daß die Häuser frisch angestrichen und die kaufmännischen Schilder neu gemalt werden, mit aller Strenge, selbstverständlich ohne die Kosten zu zahlen. Zu dieser Sorge, welche auf die dem Kaiser zu Gesicht kommende Dekoration verwandt wird, paßt ein Erlaß des Gouverneurs von Radom, von dem man dem „Dr. J." in demselben Briefe, worin das Vorstehende mitgetheilt wird, erzählt. Der ehrenwerthe russische Stadthalter will den Juden das Gemeindestimmrecht in den Städten, welche zu Dörfern degradirt worden sind, nicht gewähren. Zu dem Ende ist er auf das sinnreiche Auskunftsmittel verfallen, per Decret zu erklären, daß die Juden keine Bauern seien, und auf die noch sinnreichere Begründung, daß der Begriff Bauer nur auf einen Christen anzuwenden sei.

Ein Franzose soll nach preußischen Berichten (soll wohl heißen mit preußischem Gelde) die kostbare Entdeckung gemacht haben, und zwar auf dem Gebiete der Statistik, daß in Preußen jährlich 37 Pfund, in Oesterreich nur 22 Pfd. Fleisch auf den Kopf jährlich kommt. Möglich, daß der gute Mann alles durch Preußen nach England transportirte Vieh (und alle Viecherln), die in Hamburg, Bremen ꝛc. geschlachtet werden, dazu gerechnet hat. Auf diese Weise haben wir in Bayern vor 2 Jahren 1 Million Schäffel Getreide, die bekanntlich aus Ungarn nach Frankreich geliefert wurden, mehr verzehrt. — Diese französische Mittheilung wird nun gehörig ausgebeutet, um gegen die so verhaßten bayerisch bleiben wollenden Partikularisten loszuziehen. So schreibt das Schw. Tgbl.: „In Preußen also, dem Lande das nach patriotischen Anschauungen so arm ist, daß die Leute sich von Schnaps und Kartoffeln nähren müssen, trifft auf den Kopf jährlich 15 Pfd. mehr als in dem gesegneten, aber mißregierten Oesterreich." (???)

(Das französische Plebiszit.) Zwei Bourgeois begegneten sich auf der Straße, und es enspinnt sich folgendes Gespräch: „Werden Sie Ihre Stimmen abgeben?" — „Ja." — „Wie! Sie stimmen „Ja"?" — „Nein." — „Also Sie stimmen „Nein"?" — „Ja." — „Ich verstehe Sie nicht. Stimmen Sie „Ja" oder „Nein"?" — „Nein." — — Und so ging es weiter. Nach einer halben Stunde trennten sich die Biedermänner kopfschüttelnd, ohne daß Einer aus dem Andern klug geworden war.

(Proceß.) Dieser Tage machte ein Kaufmann zu Witten gegen einen Arbeiter die Klage auf zwei Pfennige Zinsen aus einer Forderung anhängig. Das Gericht setzte den Zinsbetrag auf einen Pfennig herab und verfügte „schleunige Mobiliar-Exekution," um welche der gewissenhafte Gläubiger gebeten hatte. Die Kosten des Verfahrens beliefen sich auf vier Sibergroschen.

(Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt.) Im Postamte zu Washington langte kürzlich ein Paket an, welches dem Poststempel nach 21 Jahre bedurfte, um von Wien nach Washington zu gelangen. Das Paket wurde am 7. August 1849 in Wien aufgegeben und ist an das Patentamt adressirt.

Sanitäts-Controle.

Die täglich mehr um sich greifenden Fälschungen der Chocoladen machen ein Produkt wie es sein soll — pure Cacao mit Zucker — fast zur Seltenheit. Gemahlene Cerealien, Fette, Farbe und Gewürze sind oft der ausschließliche Bestand von Erzeugnissen, welche als Chocolade verkauft werden.

Es ist evident, daß auch der reelle Fabrikant hierdurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Um unsrerseits jedem Mißtrauen zu begegnen, haben wir unsere Chocoladen-Fabrik in ihrem ganzen Umfange unter sanitätspolizeiliche Controle gestellt. — Die Aufsicht wird durch stetige Analyse, sowohl der zu Verwendung kommenden Rohstoffe als der fertigen Produkte gehandhabt und bietet den Consumenten die sichere Garantie, eine der Gesundheit durchaus zuträgliche Chocolade zu genießen.

Wir empfehlen ganz besonders den Herren Aerzten und Apothekern, Verwaltungen von Hospitälern und Pensionen unsere Cacao-Erzeugnisse, welche in Tafeln, gepulvert und entölt in den hauptsächlichsten Geschäften Deutschlands käuflich sind.

Franz Stollwerck u. Söhne in Cöln a. Rhein.

Ganze Bibliotheken

und einzelne Bücher, besonders Catholica, kaufe stets zu möglichst hohen Preisen.

I. HILLER,
Antiquar in München.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von OTTO REINDL.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 119. Samstag, den 21. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Rede des Hrn. Abg. Dr. Lucas

am 18. Mai.

Meine Herren! Der Hr. Abg. Krausfold hat mir vorhin zugerufen, was ich zu sagen habe, das möchte ich nachhin sagen. Dieses „Nachher" ist jetzt gekommen und ich werde dem Hrn. Krausfold sagen, was ich zu sagen habe. — Der genannte Hr. Abg. hat uns seine Ansichten über Parität auseinander gesetzt. Er hat gesagt, die Parität dürfe man nicht in ziffermässigen Beständen sagen, sondern sie müsse dahin aufgefaßt werden, daß sie gleiches Recht für alle Konfessionen aufstelle, nicht aber dahin, daß gerade zwei Drittel Katholiken und ein Drittel Protestanten angestellt werden. Darin bestehe nicht die Parität, sondern sei darin zu suchen, daß Katholiken und Protestanten in gleicher Weise auf alle Staatsämter Anspruch machen können. Der Hr. Vorredner wäre also zufrieden mit dem gleichem Rechte auf dem Papiere. Ich mache ein bischen größere Ansprüche. Mit dem gleichen Rechte auf dem Papiere bin ich nicht zufrieden; für mich muß das Recht im Leben gleich sein; nur muß die Parität in der Wirklichkeit bestehen.

M. H., es ist in neuerer Zeit so oft darauf hingewiesen worden, welche große Kluft besteht zwischen Reichthum und Armuth. Wenn man nun sagen wollte, die Klagen hierüber sind ganz ungerechtfertigt, denn Jedermann, jeder Bayer, jeder Deutsche hat vollkommen das gleiche Recht, Sect und Austern zu genießen, es ist wirklich keine Rechtsungleichheit vorhanden. Ja freilich, das Recht hat er in der That; wenn er aber keine Austern hat? Das Recht haben wir freilich auf alle Stellen im Lande, aber wir kommen nicht darauf hin. Auf dem Papier haben wir die Parität, aber im Leben haben wir sie nicht.

Der Hr. Abg. Krausfold hat von dem Syllabus eine Furcht geäußert, eine so große Furcht, die ich bei ihm in der That nicht gesucht hätte. Ja, sagen Sie mir nur, warum sollen wir diesen Syllabus denn gar so sehr fürchten? Was hat uns Bayern dieser Syllabus denn schon gethan? Hat dieser Syllabus uns etwa 1866 2600 Mann todtgeschlagen? Ist dieser Syllabus es gewesen, der uns 30 Millionen abgenommen hat? Ist es etwa dieser Syllabus, der es als seinen „natürlichen Beruf" erklärt, das Königreich Bayern zur politischen Einheit mit Deutschland, d. h. unter die Krone der Hohenzollern zu bringen? Ist das der Syllabus oder wird der natürliche Beruf anderswo in Anspruch genommen, anderswo vindicirt?

M. H., wenn wir Furcht haben sollen, ist es Syllabus, der uns Furcht einflößen kann? oder haben wir nicht vielmehr Ursache anderswohin zu denken?

Der Hr. Abg. Krausfold hat den Wächtern am grünen Tische zugerufen: Videant consules! das thue ich auch; videant consules, daß nicht der Rest von Bayern auch dahin wandelt, wohin ein Theil anno 1866 gewandert ist! Wenn wir Furcht haben wollen — ich will keine haben — dann müssen wir nicht nach Süden schauen, sodern nach Norden!

Wenn hier in diesem Saale, wie es oft schon geschehen ist, so große Furcht vor dem Syllabus an den Tag gelegt wurde, da ist mir immer ein Verdacht aufgestiegen. Ich habe mir immer gedacht: warum allarmirt man in Einem fort die Tiberbrücke? ich sehe nicht ein, was die Tiberbrücke Gefährliches für uns haben sollte! Will man es vielleicht thun, um die Aufmerksamkeit abzuziehen von der Mainbrücke? Mir scheint es, daß mehr Ursache vorläge die Mainbrücke zu allarmiren als die Tiberbrücke!

Wenn man den Reden, welche in diesem Hause gehalten werden, aufmerksam folgt, so könnte man die Ueberzeugung bekommen, daß die Katholiken gar sehr gefährliche Leute seien. Ach ich bitte Sie, sind wir denn erst seit gestern und heute da? Besteht nicht die Krone Bayern seit tausend und mehr Jahren mit der kathol. Kirche, und ist sie dadurch gefährdet worden? Oder ist die Gefahr für die Krone Bayern, wenn eine besteht, nicht von ganz anderer Seite hergekommen? Wir sind nicht von heute und gestern; man kennt unsere Geschichte!

Unsere Gesinnungsgenossen, unsere Vorfahren haben auf tausend Schlachtfeldern geblutet für das Haus Wittelsbach. Wir sind Kinder unserer Ahnen durch und durch, mit jeder Faser, mit jedem Tropfen unseres Blutes. Wenn der Krone Bayerns sonst

Digitized by Google

keine Gefahr droht, als von den Söhnen unserer Ahnen, dann droht ihr keine.

Der Hr. Abg. Krausfold hat ferner gesagt: wenn man die Dinge, wie sie gegenwärtig so liegen in unserm Vaterlande, betrachte, so könnte man zu der Ansicht kommen, es sei nicht mehr darin auszuhalten. Sollen wir, m. H., wirklich nicht mehr miteinander leben können, sollte uns wirklich der Gedanke anwandeln, auszuziehen aus dem gemeinsamen Vaterhause?

M. H.! Diese Anwandlung kommt uns nicht. Ich lebe gerne zusammen mit unsern Gegnern, lebe besonders sehr gerne zusammen mit den Bayern, die einer andern Confession angehören als ich selber, und lebe sehr gerne friedlich mit ihnen zusammen, wie ich ja bis zur Stunde friedlich und ruhig damit zusammengelebt habe.

Wir wollen nicht ausziehen aus diesem alten Hause Bayern, uns auf dieser Seite des Hauses zieht es nicht hinaus; es zieht uns nicht nach Süden, zieht uns aber auch gar nicht nach dem Norden.

Inland.

München, 20. Mai. Der Landtag ist durch königl. Entschließung bis zum 30. Juni verlängert worden. Die Diskussion über den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe wird geschlossen, obwohl 22 Redner vorgemerkt sind. Morgen sprechen noch Antragsteller, Referent und der Justizminister. Der Präsident verliest nach dem königl. Dekret noch ein Schreiben der Abg. Lukas und Bucher, wonach dieselben aus persönlichen Gründen, jedoch sehr dringender Natur ihre Mandate niederlegen. — Durch deren Austritt, namentlich des Ersteren, würde die Volkspartei einen Verlust erleiden, der nicht leicht zu ersetzen wäre. Unerschrocken und immer schlagfertig hat er stets die großen, gefeiert sein wollenden Gegner in ihr Nichts zurückgeführt und ist stets eingestanden für Wahrheit und Recht, für Erleichterung gegen die Bedrückung des Volkes und hat sich der Stände angenommen, die sich am kümmerlichsten ernähren, während Alle übrigen theils Erhöhungen erhalten haben, theils beanspruchen, nämlich des Landvolkes, des Gewerb- und Bürgerstandes und der niedrig besoldeten Unterbediensteten. Morgen beschließt die Kammer über deren Austritt. Mögen ihre Kräfte zum Wohle des Landes uns erhalten bleiben; denn wir haben in dieser Zeit treuer, tüchtiger und unerschrockener Kämpen nöthig! Das gebe Gott!

München, 18. Mai. (Schluß der 35. Sitz.) Dr. Völk läßt nicht gelten, daß er wegen einer Rede im Zollparlament hier zur Rechenschaft gezogen werde; wenn Hr. Jörg aber sagt, er (Völk) habe seine süddeutschen Landsleute „schlechte Gesellschaft" genannt, so sei das nicht wahr. Lukas: Also Hr. Dr. Völk verwahrt sich hier zur Rechenschaft gezogen zu werden über das, was er im Zollparlament gesprochen. Was sollen dann wir sagen, wenn man uns in Berlin zur Recheaschaft ziehen wollte für das, was wir nicht gesagt, sondern was ein Münchner Blatt gesagt hat? Dr. Völk erwiedert, das habe ich nicht gethan. Lukas: Kennen Sie den Herrn, jene parlamentarische Celebrität, welche Zeitungen sammelt, sie hieher bringt und Sie dann produzirt? Heuer ist dieses Verfahren zum ersten Mal in Berlin vorgekommen. Dr. Völk: das deutet darauf hin, als ob ich dem Abg. v. Blankenburg das Vaterland in die Hände gegeben. Dr. Lukas: Eine Hindeutung ist dies nicht, aber meine vollkommenste Ueberzeugung. Dr. Völk will sich rein waschen, indem er erklärt, daß er das Vaterland gar nicht in die Hand nimmt. Jörg erklärt: daß er diese Angelegenheit nicht vor das Forum dieses Hauses gebracht habe, sondern der Abg. Marquardsen, obwohl er ihn ersucht habe eine Bemerkung gegen die Aeußerung Schleichs zu unterlassen. Hr. Völk leugnet die süddeutsche Fraktion eine „schlechte Gesellschaft" genannt zu haben. Dr. Jörg: Wörtlich kann ich es nicht, wohl aber das behaupten, daß man es so im ganzen Saale verstanden habe und daß der Abg. Löwe eine ihm bezügliche Antwort gegeben habe. Uebrigens, trotz des uns gemachten Vorwurfs einer schlechten Gesellschaft, haben wir wenigstens noch so viel Anstand und Sitte, unsere schmutzige Wäsche zu Hause zu waschen als im Beisein von Fremden. (Bravo!) — Hierauf kommt der Etat des Handelministeriums zur Vorlage und Genehmigung. Nach einigen Bemerkungen des Referenten ergreift Völk das Wort und spricht sich mißbilligend über die confessionellen Verhältnisse der Dozenden an der hiesigen polytechnischen Schule aus. Nach einer Zusammenstellung derselben von Stuttgart, Karlsruh, Zürich und München bringt er heraus, daß unter andern auf $^4/_5$ Protestanten nur $^1/_5$ Katholiken, in München aber auf $^2/_3$ Protestanten schon $^1/_3$ Katholiken kommen. Dieser Vergleich paßt wie eine Faust auf ein Aug. Greil antwortet mit Recht: Betreffs der von dem Vorredner beigebrachten Zusammenstellung mag ich nicht unsere Verhältnisse nach denen in Baden geregelt haben. v. Stauffenberg kommt auf einmal mit einem andern Thema, nemlich: daß in München beim Transport des Viehes vom Bahnhof in die Stadt wahrhaft barbarische Quälereien stattfinden, und ersucht um polizeiliche Verordnung. Krausfold findet es eigenthümlich, daß er solche Auslegungen der Parität in einem Referate angetroffen, das man als Maßstab bei Berathung und Beschlußfassung über das Budget annehmen soll. Referent kennt nur die ziffermäßige Parität. Er kommt über den Syllabus zu sprechen, vor dem er gewaltigen Respekt hat und wodurch er den Protestantismus gefährdet sieht; er kommt auf den Jesuitismus, Geisterunfreiheit, kulturfeindlichen Bestrebun-

Digitized by Google

gen und hat die Idee (die wirklich köstlich ist), daß die Patrioten die Grundsätze des Syllabus auf unsern Staat anwenden wollen; die Aussicht darauf macht sein fortschrittliches Herz erbeben. Er gesteht zu, daß wir in der Kammer so einander gegenüber stehen, daß wir lieber auseinandergingen, müßten wir nicht beisammen sein. Dr. Sepp schlägt ihn mit ziemlich treffenden Worten: Die Furcht vor dem Syllabus ist mehr Sache der Katholiken als die der Protestanten. Wenn er einziehen würde, würde eben zur Folge haben, daß der Staat den Katholiken noch feindlicher gesinnt wäre, als jetzt. Sie fürchten in einem Augenblicke, wo konstatirt wird, daß ⅔ der angestellten Lehrer an dem Polytechnikum Protestanten sind und an den Universitäten dasselbe ist, wie ein katholischer Lehrer keine Zufluchtsstätte mehr habe, wo jeder Katholik „ultramontan" genannt werde. Es habe allerdings bei uns Ultramontane gegeben, es waren dies von Bologna zurückgekehrte Deutsche, welchen wir die Vertilgung des deutschen Rechtswesens verdanken, den Bauernkrieg und die Inquisition. Heut zu Tage heiße man aber so jeden ehrlichen Mann, der seine katholischen Grundsätze nicht verleugnet.

Dr. Westermayer spricht im nämlichen Sinne (wie Dr. Sepp). Wir wollen Duldung und verlangen, daß wir nicht hinausgeworfen. Nur gegen das Prinzip, das jetzt bei Anstellungen herrsche, werden wir kämpfen, ebenso gegen den Wahn, daß ein gläubiger Katholik ein Finsterling sei, und daß der Katholicismus den Gegensatz zu Bildung und Wissenschaft bezeichne. Dr. Krätzer hielt eine treffliche Rede. Seit Ausgang der 40er Jahre seien die katholischen Lehrer von den Universitäten immer mehr verschwunden. Als König Ludwig I. der Parität Rechnung getragen, seien Philipps, Görres, Schelling und Schubert dagewesen, als man eben derselben nicht mehr Rechnung tragen wollte, seien Höfler und Andre verschwunden. Dr. A. Schmid findet den Ort nicht passend, theologische Vorlesungen über den Syllabus zu halten. Wenn Rom so morsch ist, wie Manche behaupten, weßhalb also sich fürchten? ist es aber so stark, so wollen wir erst die Angriffe auf unsere Staatsverfassung abwarten. Das bayerische Volk habe nur den Wunsch, daß seine Söhne nicht mehr religions- und glaubenslos von den Hochschulen zurückkehren; es wünsche Besserung. — Dr. Lucas tritt Krausold entgegen (sieh obige Rede.) Lutz sucht rein zu waschen. Fischer von Augsburg sekundirt und sucht nun Lucas zu widerlegen. Ruland ist gegen das lange Debattiren und fordert die linke Seite auf, den Syllabus draußen zu lassen. Nachdem noch Minister v. Schlör und Abg. Dr. Westermayer einige Bemerkungen gemacht und der Referent zum Schlusse geredet, wurden die Debatten geschlossen und den Nachweisungen von Seite des Hauses Decharge ertheilt.

36. öffentl. Sitzung über die Abschaffung der Todesstrafe. Referent leitet die Debatte mit einigen Bemerkungen zu seinem Referate ein und beantragt die Ablehnung des Antrags. Hierauf redete der Antragsteller Stauffenberg 2 Stunden lang und vertheidigt die Aufhebung nicht ohne großes Geschick. Nach ihm soll der gemeine Mörder, der Giftmischer, Räuber, Brandstifter und wie alle diese Subjekte sind, nicht mehr in die andere Welt expedirt werden dürfen, sondern es soll ihnen nach 15-, 20- und 25-jähriger Strafe wahrscheinlich noch einmal Aussicht gegeben werden, ihr Gewerbe frei auszuüben. (Damit könnte man doch so sehr die Zuchthäuser füllen und Manchem, dem es zu thun ist, auf 15 oder 20 Jahre Versorgung zu erhalten, wäre ja die beste Gelegenheit geboten, wenn's nur nicht den Kopf kostet. Und wie leicht ließen sich da schon in der nächsten Zeit Revolutionen und Umsturz machen. Man kann so leicht die armen Verblendeten ins Feuer hineinjagen, was schadet's dann. Gelingt ja ein Revolutiönchen, dann kommt das Standrecht an die Stelle der Begnadigung, gelingt sie nicht, dann beruft man sich auf das Gesetz und die Rädelsführer profitiren, während die Verführten büßen müssen.)

Dr. Gürster spricht dagegen. Dr. Sepp ist gegen die Todesstrafe. Im Volke existire ein Sprichwort: „Je größer der Schelm, desto mehr Hilfe bei Gericht." (Widerspruch links.) Früher hätte das Gericht Tausende hingerichtet und nun wolle man das Gegentheil. Weil in Frankreich auf je 114 Morde nur eine Vollstreckung komme, wolle man alle ordentlichen Staatsbürger der Diskretion der Mörder überliefern. Der Mörder wolle hingerichtet sein und jetzt wollen die Herren, die für Aufhebung sind, ihn aufbewahren und nur mit Glacehandschuhe anfassen. Als im Jahre 1848 im deutschen Parlamente die Todesstrafe abgeschafft wurde, seien 2 Männer aus der Paulskirche gegangen, von welchen der Eine (Blum) zu seinem Freunde Karl Vogt gesagt: jetzt weiß ich, daß ich meinen Kopf mit Sicherheit trage; und nach wenigen Wochen sei er nach Wien gegangen wo er erschossen wurde. Die Aufhebung der Todesstrafe wurde immer in revolutionären Zeiten gewünscht. Die Kirche habe nicht das Schwert der Gerechtigkeit zu tragen, sie gehe also die Todesstrafe gar nichts an. Gehen wir in ein Compromiß ein; wir behalten die Todesstrafe und sparen recht viel an Ausgaben für Gefängnisse. Wozu diese Hochschulen des Verbrechens, die mehr kosten als die der Wissenschaft? Auch das Institut der Staatsanwälte gebe er daran; fort mit Schaden mit diesem Institute. Der Antrag ist nicht männlich, sondern viel zu frauenzimmerlich (Heiterkeit.) Schluß der Sitzung.

In Heiligenroth entstand am 16. ds. ein Brand, der innerhalb weniger Stunden achtzehn Gebäude in Aschenhaufen verwandelte und 16 Familein obdachlos machte.

Digitized by Google

Aufhebung der Todesstrafe mit 47 gegen 65 Stimmen verworfen. — Hierauf wurde das Austrittsgesuch Bucher und Lukas mit 77 gegen 65 Stimmen angenommen. (Wir kommen Montag darauf zurück.)

Das Münchener Volkstheater ist in das Eigenthum Sr. Maj. des Königs übergegangen und hat die k. Kabinetskasse den Kaufpreis diesen Nachmittag bereits erlegt.

Die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des außerordentlichen Militärkredits kam gestern Abends im Ausschuß der Kammer der Abg. zur Berathung. Auf Antrag des Referenten Kolb wurde beschlossen, nur der Erhöhung des Betrages für Aenderung des Armaturlederwers von 52,500 fl. auf 75,000 fl. beizustimmen, die anderen Abänderungsbeschlüsse der Kammer der Reichsräthe aber abzulehnen.

Als die eigentliche Veranlassung des Austrittes der Abg. Bucher und Lucas bezeichnet man den Umstand, daß einige gegen den 1. Präsidenten Hrn. Dr. v. Weis gerichtete Artikel der „Donauztg." des Hrn. Bucher, deren Verfasser Herr Lucas ist, in der gest. Klubversammlung der Abgeordneten der patr. Partei eine entschiedene Mißbillgung erfahren haben; nur Hr. Greil soll die Hrn. Bucher u. Lucas vertheidigt haben. Nach Genehmigung der Austrittserklärungen Seitens der Kammer hätten als Ersatzmänner einzutreten: für Bucher der Privatier Häring von Deggendorf für Lucas der Bauer Winklhofer von Munzing.

Hr. Regierungsrath W. Scherer in Regensburg hat eine Broschüre „Ueber die neue Landtagswahlgesetzgebung in Bayern" herausgegeben. Der angelegte Wahlgesetzentwurf vom 21. April l. J. ist in dieser Broschüre mit dem bisherigen unter den Stürmen des Jahres 1348 entstandenen Gesetze zusammengestellt und im Vergleiche mit jenem Gesetze als ein Fortschritt angesehen. Der Verfasser spricht sich entschieden gegen die Diätenlosigkeiten aus und empfiehlt eine vierjährige Wahlperiode. Er bringt Wahlkreise, wo 100,000 Seelen in Vorschlag für die Wahl von je drei Abgeordneten, jedoch so, daß man nur Namen von 2 einzuzeichnen hat und der dritte als derjenige genommen würde, welcher unter der Minorität mit überwiegender Mehrheit die meisten Stimmen erhielte. Auf diese Weise sollte den grössern Minoritäten, wo der Gewählte wenigstens ein Drittel sämmtlicher Wahlstimmen erhielte, Rechnung getragen werden.

Die Bildung des Fortschritts sinkt täglich im Curs, schreibt das „N. Mrgbl." Pfarrer Mahr erhielt jüngst einen Brief aus Nürnberg, der „moralischen Hauptstadt," der ihm das Todtgeprügeltwerden in nächste Aussicht stellte. Aehnliches begegnete Hrn. Lukas und die Liberalen in München gaffen ihm auf der Straße in unverschämtester Weise in's Gesicht. Und den Dr. Schneider droht ein gebildeter Culturmensch todt zu prügeln und von der 9monatlichen Festungsstrafe zu befreien. Solche Bildung steht schon mit Schusterjungenintellegenz auf gleicher Stufe.

Frankfurt, 19. Mai. Die heute dahier im „Russischen Hofe" abgehaltene Vorversammlung des Centralcomites der kathol. Vereine Deutschlands entschied sich gutem Vernehmen nach dafür, daß die nächste Generalversammlung zu Regensburg stattfinden solle.

Berlin, 20. Mai. Der Reichstag genehmigte in heutiger Sitzung das Gesetz betreffend die Aktiengesellschaften nach Anträgen von Bernuth in erster und zweiter Lesung. Das Gesetz betreffend den Schutz der Autorenrechte wurde difinitiv, das Bundesindigenatsgesetz mit einem Amendement von Prosch und Grumbrecht in dritter Lesung angenommen. Hierauf trat das Haus in die zweite Berathung des Kardorff'schen Antrages, die Prämienanleihen betreffend, ein. §. 1 wurde ohne Debatte abgelehnt und Vertagung wurde beschlossen.

Wie die preußische Regierung den Reptilienfonds für ihre Zwecke zu benutzen weiß! Die Londoner „Daily News" gehören bekanntlich zu den englischen Blättern, welche die Bismarck'sche Politik durch Dick und Dünn vertheidigen und daher häufig von der „N. A. Z." als classische Zeugen der ungefälschten öffentl. Meinung Englands aufgerufen werden. Den Schlüssel zu diesem Räthsel gibt die „D. V.-Ztg.," der aus angeblich glaubhafter Quelle mitgetheilt wird, daß die preußische Regierung durch den Einschuß von 12,000 Pfd. eine Art von Miteigenthum an den „Daily News" erworben habe. Dadurch soll sie contractlich berechtigt sein, einen gewissen Raum der Zeitung für Artikel in Anspruch zu nehmen, welche derselben durch bestimmte Personen zugestellt werden.

In der gestrigen constituirenden Versammlung des „patriotisch-katholischen Volksvereins Niederösterreich" wies Baron Stillfried, Vorstandsmitglied der St. Michaelsbruderschaft, auf die kath. Bewegung in Baden, Rheinpreußen, Westphalen und Bayern hin und hob hervor, daß die kath. Volksvereine in Tyrol schon über 60,000, die in Oberösterreich, wo Graf Heinrich Brandis unermüdlich wirke, schon über 10,000 Mitglieder zählen. Auch die Steiermark sei von einem Netze kath. Vereine durchzogen; in Salzburg, Kärnten und Schlesien seien gute Anfänge gemacht, und dasselbe müsse nun in Niederösterreich geschehen.

Ausland.

Paris, 18. Mai. Nach dem heutigen „Constitutionnel" soll das Programm des neuen Ministers des Aeußern lauten: „Schwebende Fragen dürfen niemals ohne Einflußnahme Frankreichs gelöst werden."

Rom, 14. Mai. Der gestrige Tag verdient insoferne als einer der wichtigeren in der Concilpe-

Digitized by Google

riode bezeichnet zu werden, als an demselben — es war die 50. Generalcongregation — die Discussion über die großen und wichtigen Fragen des Primats und der Unfehlbarkeit des Papstes begann. Nach der üblichen Eröffnung der Sitzung theilte der Kardinal-Präsident de Angelis der Versammlung mit, daß 9 Bischöfe aus Gesundheitsrücksichten oder wegen Diözesan-Verhältnissen um Urlaub gebeten haben, der ihnen auch von der Commission gewährt wurde. Msgr. Stephan Marilley, Bischof von Lausanne und Genf, ergriff dann das Wort als Berichterstatter der Commission für Kirchendisciplin, gab Rechenschaft über die in der letzten Congregation in bedingter Form abgegebenen Vota und referirte über jedes derselben die Meinung der Commission. Nunmehr bestieg Msgr. Pie, Bischof von Poitiers, die Kanzel und eröffnete die große Discussion über die erste Constitution „de ecclesia Christi" mit einem langen und gediegenen Berichte über das in rectificirter Form den Berathungen des Concils vorgelegte Schema. Die Rede dehnte sich über eine Stunde aus und ward nach ihr kein weiterer Vortrag gehalten. Die eigentliche Discussion ist auf heute angesetzt. Um den reichhaltigen Stoff bei aller Gründlichkeit doch in thunlichster Bälde zu erledigen, wird von jetzt ab fast täglich Sitzung gehalten; man glabt, in Monatsfrist das Schema fertig zu bringen. Indeß begehren viele Väten, die dem Centrum angehören, Urlaub u. kehren viellelcht die Wenigsten wieder.

Ein Tagesbefehl des Waffenministers Kanzler theilt die Stadt intra muros in vier Zonen ein. Die Signale, welche durch die Kanonen der Engelsburg gegeben werden, verkünden der Besatzung genau, was sie im Falle eines Aufstandes innerhalb der Mauern zu thun haben, um die Verbindung zwischen den einzelnen Zonen herzustellen, diese Vorsichtsmaßregel ist unter den obwaltenden Unruhen in dem nahen italienischen Gebiete durchaus nothwendig.

London, 20. Mai. Unterhaussitzung. Bulwer beantragt eine Resolution dahin, daß das unbefriedigende Benehmen des griechischen Ministeriums in der Räuberangelegenheit die Einsetzung einer civilisirten griechischen Regierung nothwendig mache. Gladstone empfiehlt Reserve, bis die vollständige Korrespondenz vorliege; hierauf zieht Bulwer seinen Antrag zurück.

Madrid, 20. Mai. Man versichert Espartero gebe den dringenden Vorstellungen nach und werde die Candidatur annehmen; man glaubt indessen daß die Candidatur keinen Erfolg haben werde.

Lissabon, 20. Mai. Der Herzog v. Loule weigerte sich die Ernennung des Herzogs v. Saldanha zum Conseilpräsidenten zu contrasigniren, indem er sagte: der König sei hiebei in Zwanglage gewesen. Herzog v. Saldanha bot sodann seine Entlassung an, welche jedoch der König mit der Erklärung: Saldanha besitze sein volles Vertrauen, veweigerte Die Truppen standen gestern unter den Waffen; es herrschte aber sowohl in Lissabon als in den Provinzen vollständige Ruhe.

Washington, 19. Mai. Pomeroy brachte die bereits einmal vom Hause abgelehnte Resolution nochmals ein, es möge die Regierung von Großbrieannien über die Frage einer künftigen Vereinigung von Britisch-Nordamerika mit den Vereinigten Staaten sondirt werden.

Vermischtes.

Der küzlich verstorbene preuß. Demokrat Waldeck war ein gläubiger Katholik oder nach dem liberalen Jargon ein Ultramontaner. Wie die „Köln. Volksztg." mittheilt, hat Waldeck den ganzen Glauben seiner Kirche treu bewahrt; er fehlte, so lange er gesund war, des Sonn- und Feiertags nie in der hl. Messe; er hörte dabei die Predigt an, und, wie wir aus ganz zuverlässiger Quelle wissen, hat er sich die hl. Sterbsacramente wiederholt reichen lassen. Also, ihr Herren! Wollt ihr consequent sein, so müßt ihr auch den gefeierten Demokraten Waldeck einen „Erzultramontanen" nennen!

(Doppelter Gewinn.) Eine Gemeinde erhält einen neuen Pfarrer, der großer Liebhaber von Schnecken ist. Mit dem Einsammeln dieses neuen Leibgerichts beschäftigt, wird er von einigen Bauern beobachtet, und einer derselben äußert: „Der ist recht, der frißt Ungeziefer."

(Aenderung.) „Warum wollen Sie sich denn trennen?" fragte bei einer Gerichtsverhandlung in Paris der Präsident eine Frau, die auf Scheidung geklagt. „Ihr Gatte hatte Sie doch aus Liebe geheirathet?" „O, Herr Präsident", lautete die Antwort, „die Zeiten ändern sich; ehemals da schlug, sobald er mich erblickte, sein Herz, jetzt schlägt nur noch sein — — Stock."

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 20. Mai.

Verehelichungszeugnisse seien auszustellen für die HH. Bürger Ferd. Loch, Schriftsetzer Hinkelmann, (H.-G. 36 fl.) Tagwerker P. Dechant, (36 fl.) Tagl. Gab. Eckenweber (36 fl.), Gemüsehändler Kempf v. h. z. Z. in Aichach (36 fl.) — Dem Büttner und Brauges. H. Gg. Sören Müller sei Reisepaß nach Amerika auszustellen. — In Folge k. Reg.-Auftrages soll Bericht über die Ertheilung wissenschaftl. Vorträge an Gewerbtreibende und namentlich über Vorträge im Betr. der neuen Maß- u. Gewichts-Ordnung erstattet werden. — Ein Antrag der Hausirersfrau Anna Waldorf um Bewilligung zum Verkaufe ihrer Waaren am Sonntage auf dem kleinen Exerzierplatze sei abzuweisen. — Ein Antrag wegen Anbringung eines Baueinfangs am Edel'schen Neubau sei nach technischem Gutachten zu genehmigen. — Die neuerliche Aufstellung von Agenten sei im Verzeichnisse vorzumerken. — Die statigehabte Absteckung des Badeplatzes an der Elmerspitze sei bekannt zu machen und ein s. g. Rettungsschiffer aufzustellen, der allwöchentlich durch die Stadtkämmerei zu honoriren ist. — Die Aufstellung eines Dampfkessels d. H. Kaufm. Heßlein in seinem Fabrikneubau an der Sophienstraße sei unter den gesetzl.

Digitized by Google

die aber doch einmal gerügt zu werden verdienten. Der Ausschußvorstand konnte daher wohl die mündlichen in der Kammer selbst gemachten Aeußerungen des Referenten desavouiren, nicht aber das gedruckte Referat, welches im Ausschuß nur auf die eine Verwahrung des Abg. Crämer gestoßen war. Die Desavouirung muß daher als eine Inconsequenz und gegenüber den Auslassungen der Linken als eine Schwäche erscheinen. (Die „Donau-Ztg." bringt über die Sache nachstehende Version: „Das Kammerdirektorium, bestehend aus den H.H. Weis, Jörg und v. Ow, drei Patrioten, hielt vor der öffentl. Sitzung geheime Präsidialsitzung. Da wurde nun berathen, wie es möglich sei, die wuchtigen Hiebe, die Hr. Greil den Liberalen und den Ministern versetzte, von deren Häuptern abzuwenden. Sie glaubten das Auskunftsmittel gefunden zu haben, das aber so kläglich scheiterte, ihnen kein gutes Zeugniß ausstellt und das alle Patrioten gegen sie aufregt. Zu dieser Präsidialsitzung war auch Wiesnet geladen und Weis bewog diesen Mann, im Namen des 2. Ausschusses diese räthselhafte Erklärung abzugeben.") An einer andern Stelle behauptet die „Donau-Ztg.", Präsident v. Weis habe die Gelegenheit ergreifen wollen, um die patr. Partei von den extremen Elementen zu befreien u. eine „getreue Regierungsgarde" zu bilden."

Nach diesen Andeutungen läßt es sich leicht erklären, welche persönliche Gründe obwalten. Allein wie wir bereits Eingangs erwähnten, ein vom Volke übertragenes Mandat muß man, selbst mit Aufopferung persönl. Rücksichten fortführen. Dr. Lukas ist und bleibt einmal ein bedeutendes Rednertalent und hat sich bei Freund und Feind, dessen sind wir gewiß, Sympathie erworben, während wir Bucher das Verdienst nicht absprechen können, daß er durch seine Donauzeitung und besonders durch sein Allgäuer Volksblatt für den letzten Ausschlag der Wahlen zu Gunsten der patr. Partei am meisten und thätigsten eingegriffen hat. Letzterer weiß, daß er immerhin unentbehrlich der patr. Partei ist, hinsichtlich des Wirkens außerhalb der Kammer, während Lukas, — in Verbindung mit Greil, Mahr, Westermayer, Pfahler ꝛc. — ebenso unentbehrlich in derselben ist. Die patriot. Partei braucht Leute wie diese sind; mag man sie auch extrem nennen. Die Zeiten erfordern heut zu Tag Männer, die unerschrocken und muthig die Fahne des Volkes tragen, die aber auch sie vertheidigen können. Lukas war so ein Held. Allein sein Vorgehen hat aber auch bewiesen, daß er noch nicht so gestählt in dem jetzigen Zeitkampfe ist, nicht so gestählt gegen die Angriffe seiner Person, nicht so gestählt für den wahren Muth eines Volksvertreters; denn ein solcher darf nicht seine Person hineinziehen, mag ihn angreifen wer will. Sein inneres Ich muß ihm sagen, ob er Recht handelt, ob er das Interesse seiner Wähler, und nur dieses, wahrt; und wenn ihm diese Stimme zuruft: Du handelst nach Recht, so dürfen ihn menschliche Stimmen oder Entgegnungen zu keinem solchen Schritte treiben. Er hat unserer Partei damit keinen Nutzen gebracht und sind die besten Beweise die unter großen Posaunentönen von fortschrittl. Blättern hinausgeschleuderten Ankündigungen von Zwist, Uneinigkeit im Lager der Patrioten. Hätte Lukas eine Ahnung von der Stimme des Landes über den Schritt, den er gethan, und die Beliebtheit, die er in unseren Kreisen genießt, gehabt, wir sind überzeugt, er hätte es nicht gewagt. Wir achten und schätzen ihn stets, aber wir müssen seinen Fehltritt — und ein solcher erscheint er uns — bedauern. Mögen seine Wahlmänner u. Urwähler dahin trachten, daß er wieder das Mandat erhält.

Inland.

München, 22. Mai. Der Entwurf des Gesetzes, betreffend die Pensionsverhältnisse der Offiziere, Militärbeamten und Junkerchargen bei der aktiven Armee und der Landwehr, ist im Staatsrathe bereits durchberathen und wird demnächst zur Vorlage der Kammern gelangen. Der 5. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat zu Referenten über die Beschwerde der weltlichen Mitglieder des Presbyteriums zu Bisterschied wegen Verletzung der Rechte der dortigen protestantischen Gemeinde den Abg. Louis und über die Beschwerde der Pfarrgeistlichkeit des prot. Dekanatsbezirks Kempten in Betreff der Wahl der Landräthe im Jahr 1870, resp. der Wahl der Vertreter der Pfarrgeistlichkeit den Abgeordneten Rudolph Weiß gewählt. In der auf künftigen Dienstag anberaumten öffentl. Sitzung der Kammer der Abg. erfolgt Berathung: 1. über die Rechnungen der Generalbergwerks- und Salinen-Administration pro 1866,67 und 1868; 2. über den Entwurf eines Gesetzes bezüglich der Aufnahme eines Anlehens zur Deckung der Bau- und Einrichtungskosten der Kreisirrenanstalt in Oberfranken; 3. über die Anträge auf Abänderung des Distriktsrathsgesetzes vom 28. Mai 1852. — Mit Beginn des nächsten Jahres ist in Bayern eine Telegraphengebühr-Ermäßigung in Aussicht genommen, so zwar, daß für Telegramme bis zu 20 Worten ein Satz zu 14 kr. eingeführt werden soll.

München, 21. Mai. Die israelitische Synode, welche im Sommer vorigen Jahres zum erstenmal in Leipzig tagte, wird ihre dießjährige Versammlung in München abhalten u. am 25. Juli hier zusammentreten. Die Verwaltung der hiesigen israel. Cultusgemeinde hatte nämlich an den Ausschuß der Synode die Einladung erlassen: die Synode möge in diesem Jahr in München tagen.

Nach der kgl. Allerhöchsten Verordnung, welche die Zahl und die Amtswohnsitze der Gerichtsvollzieher bestimmt, beträgt die Gesammtzahl derselben einschließlich der Pfalz 495. Demnach kommen auf Oberfran-

Digitized by Google

ken 52. Bezirksgericht Bamberg u. zw. Bamberg 6, Burgebrach 1, Ebermannstadt 1, Forchheim 2, Gräfenberg 1, Herzogenaurach 1, Höchstadt a./A. 1, Scheßlitz 1. Bezirksgericht Bayreuth: Bayreuth 5, Berneck 1, Hollfeld 1, Kulmbach 2, Pegnitz 1, Pottenstein 1, Thurnau 1, Weidenberg 1. Bezirksgericht Hof: Hof 4, Kirchenlamitz 1, Münchberg 2, Naila 2, Rehau 1, Selb 1, Thiersheim 1, Wunsiedel 1. Bezirksgericht Kronach: Kronach 3, Lichtenfels 2, Ludwigstadt 1, Nordhalben 1, Seßlach 1, Stadtsteinach 2, Staffelstein 1, Weismain 1.

In Augsburg, der Heimath Fischers, macht sich der „Fortschritt", gleichwie in der benachbarten „liberalen" Hauptstadt, mehr und mehr geltend. Von Seite der königl. Lokalschulkommission ist nämlich die Betheiligung an den Bittgängen der Kreuzwoche von Seiten der Schulkinder unter der Führung der Lehrer untersagt worden. Wie groß wird die „Intelligenz" sein, welche die Kinder in den auf diese Weise vermehrten Schulstunden gewinnen! Doch darum handelt es sich ja nicht, sondern man will nur keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne den religiösen Sinn des katholischen Volkes aufs Empfindlichste zu kränken!

Berlin, 22. Mai. Fast gleichzeitig mit der bayr. Kammer sollte auch der norddeutsche Reichstag nochmals über die Beibehaltung der Todesstrafe abstimmen. Die Abstimmung wurde jedoch auf Montag verschoben. Die Regierung ist entschlossen, das Strafgesetz für den nordd Bund nicht zu genehmigen, wenn nicht die Todesstrafe darin Platz findet. In der gest. Reichstagssitzung sagte Liebknecht: der Reichstag habe nicht viel Achtung zu verlieren; darüber vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, entgegnete er: „Man weiß, daß hier nur Comödie gespielt wird," was einen zweiten Ordnungsruf zur Folge hatte.

Wien, 22. Mai. Die „Wiener Ztg." veröffentl. in ihrem amtlichen Theile zwei auf Grund eines vom Ministerpräsidenten Grafen Potocki an den Kaiser gerichteten Vortrages erlassene kaiserlicht Patente d. d. 21. Mai. Das erste Patent löst das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes auf und ordnet die Vornahme von Neuwahlen für dasselbe an; das zweite löst sämmtliche Provinziallandtage mit Ausnahme des böhmischen auf und ordnet die Einleitung von Neuwahlen für diese Landtage an.

Dasselbe Blatt veröffentlicht ein Rundschreiben des Grafen Beust an die kaiserlichen Gesandtschaften über das Programm des Ministeriums Potocki. Dasselbe sei dahin gerichtet, ein gegen weitere Katastrophen gesichertes, aus direkten Wahlen entsprungenes Volksparlament zu schaffen und innerhalb des Rahmens der bestehenden Verfassung und auf keinem anderen Wege den nationalen Wünschen gerecht zu werden. Nach erfolgter Auflösung des Reichsrathes und sämmtlicher Landtage solle ein Appell an die Urwähler ergehen. Das Ministerium beabsichtige, den neugewählten Landtagen ein die Erweiterung der Autonomie bezweckendes Programm vorzulegen, welches der nächste zusammentretende Reichsrath zu genehmigen hätte. Auch soll von den Landtagen die Einwilligung zur Einführung direkter Reichsrathswahlen auf liberaler Basis verlangt werden. Das jetzt bestehende Herrenhaus würde durch eine Anzahl aus den Landtagen gewählter Vertreter verstärkt werden. Sollten sich die Landtage weigern, die Wahlen für den Reichsrath vorzunehmen, so würde die Regierung von dem ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch machen u. direkte Reichsrathswahlen anordnen. Die Regierung habe endlich nicht die Absicht, eine Notabelnversammlung einzuberufen, wohl aber suche sie vor Beginn ihrer konstitutionellen Aktion durch unmittelbaren Verkehr mit den Führern aller Nationalitäten und Parteien eine Verständigung anzubahnen.

Ausland.

Paris, 21. Mai. Rede des Kaisers nach Empfang des Pliebiszitberichtes: „Indem ich die Zählung der am 8. Mai abgegebenen Stimmen entgegennehme, ist mein erstes Gefühl, der Nation meine Erkenntlichkeit auszudrücken, welche mir zum viertenmale einen eklatanten Beweis ihres Vertrauens gibt. Das allgemeine Stimmenrecht, dessen Elemente sich unaufhörlich erneuern, bewahrt nichtsdestoweniger in seiner Beweglichkeit den beharrlichen Willen; es hat zum Führer die Tradition, die Sicherheit seiner Instinkte, die Treue seiner Sympathien. Die Volksabstimmung hatte nur eine konstitutionelle Reform zum Gegenstande; aber inmitten des Zwiespaltes der Meinungen und im weiteren Verlaufe des Kampfes erlangte die Abstimmung eine höhere Tragweite. Bedauern wir das nicht! die Feinde unserer Staats-Einrichtungen haben die Frage gestellt zwischen Revolution und Kaiserthum. Das Land hat diese Frage entschieden zu Gunsten jenes Systems, welches die Ordnung und die Freiheit garantirt. Heute ist das Kaiserthum auf seiner Grundlage befestigt; es wird seine Kraft durch seine Mäßigung an den Tag legen. Meine Regierung wird die Gesetze ohne Parteilichkeit und ohne Schwäche zur Anwendung bringen; sie wird nicht abweichen von der liberalen Linie, welche sie sich vorgezeichnet hat. Allen berechtigten Forderungen gegenüber nachgiebig, wird sie alle Interessen beschützen, ohne sich zu erinnern abweichender Stimmen und feindseliger Manöver. Aber sie wird auch dem nationalen Willen Achtung zu verschaffen wissen, wenn derselbe sich energisch kundgegeben hat, und denselben in Zukunft über jede Kontroverse erhaben aufrecht erhalten. Der konstitutionellen Fragen, welche die besten Geister trennen, entledigt, haben wir jetzt nur ein Ziel in's Auge zu fassen: um die Verfassung welche das Land soeben sanktionirt hat, die achtbaren Leute aller Parteien sammeln, die öffentliche Sicherheit festigen, die Beruhigung der Leidenschaft herbei-

Digitized

führen, die gesellschaftlichen Interessen vor Berührung mit falschen Doktrinen bewahren, mit Hilfe aller aufgeklärten Geister die Mittel ausfindig machen, welche geeignet sind, die Größe und das Gedeihen Frankreichs zu vermehren." — Nachdem der Kaiser so in allgemeine Weise die anzustrebenden Verbesserungen u. Reformen, insbesondere eine bessere Vertheilung der auf den Steuerpflichtigen lastenden Abgaben angedeutet hat, sagt er: „Ich danke Ihnen für die Beihilfe, welche Sie mir geleistet haben; die bejahenden Stimmen, welche diejenigen vom Jahr 1848, 1851 und 1852 ratifiziren, befestigen auch Ihre Vollmachten u. geben Ihnen, sowie mir neue Kraft, für das Wohl des Landes zu arbeiten. Wir müssen heute mehr als jemals der Zukunft ohne Furcht ins Auge schauen, die geeignet wäre, sich dem fortschrittlichen Gange eines Regierungssystemes entgegenzustellen, welches von einem großen Volke inmitten einer sturmvollen politischen Zeit gegründet worden ist, u. welches es unter dem Schutze des Friedens und der Freiheit befestigen wird."

In Dänemark tritt ebenfalls die Krankheit der Ministerkrisis auf, da sämmtliche hohe Herren ihr Portefeuille niedergelegt haben. Die abgetretenen Minister versehen einstweilen noch ihr mühsames Amt bis auf Weiteres.

Oberammergauer Passionsspiel.

Wohnungs-Vermittelung.

Die Unterzeichneten sind in der Lage, in „Oberammergau" für dort aukommende Gäste sicher und billig Wohnungen zu besorgen, und laden die hochw. Geistlichkeit, Mitglieder der katholischen Casino's und die kath. Vereine ein, von dieser aufs beste organisirten Unternehmung Gebrbuch zu machen. Es wird indeß für Jedermann, besonders für Frauenzimmer und für die Jugend, welche ohne Aufsichtsbegleitung dort ankommen, für eine solide und anständige Unterkunft gesorgt.

Zur Einhaltung einer unbedingt nothwendigen Ordnung ist festgestellt:

1) Alle Karten lauten auf Namen mit laufenden Nbmmern und werden auf mündliche und schriftliche Bestellung in

F. Gypen's Kunsthandlung in München,
Neuhausergasse Nr. 50,

gegen Erlag oder Einsendung von 30 kr. abgegeben oder umgehend versandt.

2) Anmeldungen müssen vier Tage vor jedem Spiel geschehen, und solche für große Familien oder Gesellschaften, welche zusammen wohnen wollen, sind zur Vorsicht acht Tage vorher zu machen. Nach folgendem Theaterbilletstarif werden auch diese besorgt, indeß ist für die Billets der Betrag des gewünschten Platzes beizulegen.

3) Die in Oberammergau Ankommenden haben sich in die Wohnungs-Vermittlungslokalität, zunächst dem Theater, zu begeben und werden gegen Vorzeigung der in Händen habenden Billets sofort in ihre Wohnung begleitet.

F. Gypen's Kunsthandlung u. Schauer,
ehemal. Gem.-Vorst. in Oberammergau.

Programm zu den Passionsvorstellungen.

Am Vorabende 7 Uhr und am Tage der Aufführung früh 5 Uhr Musik durch die Straßen des Dorfes. — Um 6 Uhr Eröffnung des Theaters zu den Sitzplätzen. — Um 8 Uhr Anfang der Vorstellung. Nach der 1. Abtheilung 1 Stunde Pause. Schluß gegen 5 Uhr Nachmittags.

Tage der Vorstellungen:

Der 22. u. 29. Mai. — 6., 12., u. 25. Juni. — 3., 10., 17., 24. u. 31. Juli. — 7., 14., 21. und 28. August. — 8., 11., 18., 25. und 29. September 1870.

Preise der Plätze:

I. Logenplatz 3 fl. — II. Logenplatz 2 fl. 30 kr. — III. Logenplatz 2 fl. — Parterre: I. Platz 1 fl. 45 kr. — II. Platz 1 fl. — III. Platz 48 kr. — IV. Platz 30 kr. Kinder zahlen auf allen Plätzen **mit Ausnahme der Logenplätze die Hälfte.**

Ich beehre mich, ergebenst anzuzeigen, daß ich auf hiesigem Platze ein

Buchbindereigeschäft

verbunden mit **Portefeuille- u. Galanteriearbeiten**

errichtet habe, und halte mich unter Zusicherung prompter, solider und geschmackvoller Arbeit gefälligen Aufträgen empfohlen.

Hochachtungsvoll

Balthasar Kreppel.

Keßlergasse Nr. 183.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc. Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen befördert

prompt, reell, extract, discret

in alle existirenden

RUDOLF MOSSE in Nürnberg

Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.
Beitungs-Annoncen-Expedition
München. Berlin. Hamburg Wien.
Keine Porti oder Provision.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 122. Mittwoch, den 25. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Wegen des hohen Feiertages erscheint morgen kein Blatt.

Inland.

München, 23. Mai. Die Nachricht von dem Ankauf des Aktientheaters durch Se. M. den König ist eine verfrühte.

München, 24. Mai. Abgeordnetenkammer. Der Minister des Innern legte einen Gesetzentwurf vor, welcher den Gemeinden die Möglichkeit zum Schlachthauszwang eröffnet. Nächste Sitzung Freitag.

Im 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten beginnt am Mittwoch die Berathung der Advokatenordnung, welche dann im Laufe der nächsten Woche in der Kammer selbst auf die Tagesordnung kommen wird. Der Abg. Greil hat sein Referat über das Ausgabenbudget vollendet; die Berathungen über dasselbe im Ausschuß sollen nächste Woche beginnen und dürften schon hier längere Zeit in Anspruch nehmen, da der Herr Referent sehr umfassende und tiefeingreifende Abstriche für möglich hält. Zunächst ist jedoch in den 2. Ausschuß ein neues Mitglied für den ausgetretenen Herrn Lucas zu wählen; ebenso ein neues Mitglied des 3. Ausschusses an Stelle des Herrn Bucher.

Die Mandatsniederlegung der beiden Abgeordneten der patriotischen Partei, der Herren Lukas u. Bucher, scheint das Vorspiel zu wichtigen Umwälzungen in der genannten Partei zu bilden. Die „Südd. Post" spricht von einer Krisis, die nicht mehr abzuwenden wäre und welche aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer Schwenkung eines Theils der Patrioten (?) nach dem Regierungstisch (?) endigen würde. Es ist nämlich nicht bloß zwischen den freisinnigen und klerikalen Elementen der Partei der heftigste Streit (?) entbrannt, sondern man sagt auch, daß ein Theil der Ersteren eine Annäherung an die Regierung suche, d. h. in materiellen Fragen zum Nachgeben entschlossen sei.

Sehr bemerkenswerth ist die schlechtverhüllte Freude der fortschrittlichen Blätter über die jüngsten Anzeichen des Zwiespaltes im patriotischen Lager. Die M. „Neuest. Nachr." sind derart entzückt, daß sie in einer Anwandlung von Dankbarkeit sogar Complimente nach patriotischer Seite hin machen und das Zugeständniß geben, daß es unter den Patrioten auch „Nichtultramontane" gebe. Wirklich schmeichelhaft von dieser Seite! Angesichts des Jubels der Gegner und ihrer offen ausgesprochenen Hoffnung auf weitere Uneinigkeit in der patriotischen Fraktion wird es keines weitern Winkes bedürfen, künftighin wegen Meinungsdifferenzen, die überall vorkommen, stets die Sache im Auge zu behalten und fortan fest zusammen zu halten. Wer lebensfähig ist und leben will, darf sich nicht wegen einer momentanen Blutcongestion gleich selbst die Adern öffnen. Auch auf der linken Seite des Hauses gibt es sehr diverse Elemente, die mitunter gewiß auch in Streit gerathen, aber sie haben so viel Parteitaktik und Parteidisciplin, nach Außen gegen die Patrioten fest zusammen zu stehen. Dies wird jetzt für die patriotische Fraktion um so nothwendiger werden, als es sicherlich die Alliirten des grünen Tisches und der Linken nicht an Versuchen fehlen lassen werden, den Keil weiter einzutreiben und dann die Fraktion zu sprengen. Welch' ein Hohngelächter würde der Lohn sein, wenn das Werk gelänge! Die Situation ist jetzt derart, daß die Männer der patriotischen Fraktion stärker sein müssen, als die Verhältnisse, wenn nicht die Sache des Volkes Schaden leiden soll. Nie that Einigkeit mehr noth als jetzt; ihr Verlust wäre ein unschätzbarer Gewinn für die schadenfrohen Gegner.

Würzburg. Dem „Beob. a. M." kommt eine Mittheilung zu, welche eine prächtige Illustration bietet zu der kürzlich von uns gebrachten Nachricht, daß die Untersuchung wegen Mißhandlung des Pfarrers Bieber von Himmelstadt eingestellt wurde. Der Beobachter meldet nämlich, daß ein Mädchen, welches zur Entdeckung der Thäter die Hauptzeugin gewesen wäre, gar nicht verhört wurde. Ist das richtig, so gibt ein solches Vorkommniß Verschiedenes zu bedenken. Jedenfalls wird das Vertrauen des Volkes auf die Gerechtigkeit der Rechtspflege durch solche Dinge nicht gemehrt.

Aus der fränkischen Schweiz wird dem „Vaterland" geschrieben: Soeben war in unserem Bezirksamt Pegnitz die Rekrutirung für den Jahr-

Digitized by Google

gang 49. Es waren über 300 Mann, von denen 126 die Ehre haben werden, Sr. Majestät Rock zu tragen. Bei dieser Conscribirung hat sich's wieder so recht gezeigt, daß man die Bauern stellenweise noch immer als höchst untergeordnete Kinder Gottes betrachtet. Da waren alle Konscriptionspflichtigen, welche Gesuche um ganze oder zeitweise Befreiung vom Dienst einreichten, auf Mittwoch den 18. ds. Vormittags 8 Uhr bestellt, alle andern aber auf Nachmittags 2 Uhr, wo die Visitation beginnen sollte. Die Gesuchsteller sollen zwar gleich Vormittag abgefertigt worden sein; es muß aber das sehr schnell gegangen oder es müssen sehr wenige gewesen sein, da ein Mann, der mit seinem halbblödsinnigen Sohne um 8½ Uhr kam, die Herrn schon nicht mehr traf, dafür aber hörte, daß dieselben eine Spazierfahrt in die fränkische Schweiz machen. Da wurde Nachmittags natürlich auch nichts visitirt und die bestellten Rekruten mußten übernachten, Zeit versäumen, Geld verzehren und mit christlicher Geduld warten, bis es andern Tags den Herren endlich gefällig war, die Leute vorzunehmen! Natürlich, es waren ja nur „zurückgebliebene" Bauern und da braucht man ja nicht viel Umstände zu machen.

Speyer, 20. Mai. Der heil. Vater hat die Ernennung des Herrn Inspektors Reither zum Bischofe günstig aufgenommen und dem apostolischen Nuntius die Führung des sogenannten Informativprozesses übertragen.

Berlin, 23. Mai. Sitzung des Reichstages. Fortsetzung der Berathung über das Strafgesetzbuch. Graf Bismarck hebt hervor, daß die Bundesregierungen behufs Zustandekommens des Strafgesetzbuches die erheblichsten Opfer gebracht haben. Der Antrag des Abg. Plank (s. u.) sei unannehmbar, da er die Rechtseinheit durchbreche und 2 Klassen norddeutscher Bürger schaffe. Es sei aber alles aus dem Wege zu räumen, was der deutschen Einheit entgegenstehe. (Nach einem ausführlicheren Telegramm äußerte Bismarck an dieser Stelle: Ich kenne von meinem Standpunkte keine Oldenburger, keine Preußen, nur norddeutsche Bürger. Wir haben das Ziel deutscher Einheit im Auge. Diesen Geist, dieses Ziel dürfen wir nicht aufgeben, ohne dem Partikularismus der Parteien zu verfallen. Wir müssen Alles aus dem Wege räumen, was der deutschen Einheit entgegentritt, nicht eine neue Trennung schaffen. (Bravo rechts; Widerspruch, Ruf: Richtbeil! links.) Ich freue mich der Mißbilligung der Gegner deutscher Einheit. (Bravo!) Ich erinnere, daß dem vor zwei Jahren geäußerten Wunsche nach einem gemeinsamen Strafrechte bereits entsprochen ist. Vergessen Sie über dem Parteistandpunkte nicht Zweck und Ziel des großen Ganzen, das wir geschaffen haben und das wir erhalten wollen u. müssen.) Möge das Haus durch die Abstimmung ein Pfand für seine deutsche Gesinnung geben. (Bravo rechts.) Plank zieht hierauf seinen Antrag zurück. — Nach Schluß der Generaldebatte beantragt Luck zu §. 1: die gestrichenen Worte „mit dem Tode" wiederherzustellen. Der Antrag wird mit 127 gegen 119 Stimmen angenommen u. damit erfolgt die Annahme des ersten Paragraphen.

Berlin, 24. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstags fand die erste Lesung des auf die Gotthardbahn bezüglichen Gesetzentwurfs statt. Minister v. Delbrück rechtfertigte die Vorlage und erklärte auf Befragen, der Bau der Bahn werde nicht verzögert werden, auch wenn die Subventionssumme bis zum 1. Juli nicht gedeckt sein werde.

Der norddeutsche Reichstag hat sich bei der dritten Lesung des Strafgesetzentwurfs mit 127 gegen 119 Stimmen für die Beibehaltung der Todesstrafe entschieden, nachdem er dieselbe bei den zwei ersten Berathungen gestrichen hatte. Um jenes Ergebniß herbeizuführen, ist Graf Bismarck persönlich von Varzin nach Berlin gekommen und die Mehrheit des Reichstags zeigte sich auch diesmal wieder seinem Willen unterthänig.

Wien, 23. Mai. Gestern fand eine zahlreich besuchte Versammlung von deutschen Liberalen aus allen Kronländern statt. Die Versammlung einigte sich über folgendes Wahlprogramm: Solidarität aller Deutschen Oesterreichs, Festhaltung an der Verfassung und an den Verträgen mit Ungarn, Zurückweisung des Föderalismus, Reform der Reichsvertretung, Aufhebung des Konkordats, Erlaß eines Religionsedikts, Verminderung der Militärlasten und Steuerreform.

Ausland.

Gleichzeitig mit den Verhandlungen der bayr. Kammer über die Todesstrafe beriethen auch die Holländer über denselben Gegenstand. Die Deputirtenkammer beschloß mit 48 gegen 30 Stimmen die Abschaffung der Todesstrafe.

Vom Concil ist über die 52. General-Congregation, welche Dienstag, 17. Mai, stattfand, zu berichten, daß der Fürst-Erbischof von Olmütz die heilige Geistmesse celebrirte, worauf der Erzbischof Dechamps von Mecheln im Namen der Commission de fide auf die in der letzten General-Congregation vorgebrachten Einwendungen antwortete und erklärte, was die Theologie unter Unfehlbarkeit des Papstes verstehe. Nach ihm sprachen die Bischöfe David von St. Brieuc, J. B. Greith von St. Gallen und Hefele von Rottenburg gegen die Unfehlbarkeit.

Rom, 18. Mai. In der heutigen 53. Generalcongregation beantwortete Msgr. Emanuel Garcia Gil, Erzbischof von Saragossa, als Mitglied der Glaubenskommission, in einem langen Vortrage die von den Rednern in der letzten Generalcongregation gemachten Einwürfe. Nach ihm ergriffen das Wort: Fürst von Schwarzenberg, Erzbischof von Prag; Kardinal Fr. Aug. Donnet, Erzbischof v. Bordeaux, und K. J. v. Hefele, als Vertreter des Kardinals v. Rauscher. Morgen ist wieder Sitzung. — Die

Digitized by Google

Militärbehörden beobachten die insurrektionelle Bewegung an der römischen Grenze mit scharfen Augen. In der That hat eine jener Insurgenten-Abtheilungen, die in der Provinz Grossetto (im Süden von Toskana) herumschwärmten, bei Ponte della Badia das päpstliche Gebiet betreten und befindet sich eine kurze Distanz von den französischen Truppen, die das Litorale von Civitavecchia bis Montalto besetzt halten. — Der am 14. ds. Mts. verstorbene Bischof von Olinda (in Brasilien), Cardoza-Ayres, zählte erst 45 Jahre, und gelangte im Jahre 1868 zum bischöflichen Amte. Er ist der dreizehnte Bischof, der von den beim Concil anwesenden Vätern gestorben ist.

Am 17. wurde ein neuer Catalog der Cardinäle, Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Bischöfe ausgegeben, welche das Recht oder das Privilegium haben, im ökumenischen Concil zu sitzen. Die gegenwärtig Abwesenden sind mit einem Sternchen bezeichnet. Die Gesammtzahl der Berechtigten beträgt jetzt 975.

Florenz, 21. Mai. Der Ministerialrath hat unter dem Vorsitze des Königs beschlossen, energisch gegen die Republikaner vorzugehen. In der Aemilia sollen die Carabinieri-Posten durch je 20 Mann Cavallerie verstärkt werden. In Borgotara zeigen sich neue Banden; es wurden Truppen gegen dieselben aufgeboten. Ein Theil der Flotte ist nach Calabrien beordert.

Genua, 23. Mai. Das Appellgericht von Massa-Carrara hat den Herzog von Modena zur Provisional-Entschädigung von je 20,000 Fr. an jeden auf Befehl des Herzogs wegen politischer Vergehen Verhafteten verurtheilt.

Von Liverpool sind am 19. nicht weniger als 2281 Auswanderer in zwei Dampfern nach New-York in See gegangen. Beide Schiffe werden übrigens noch in Queenstown anlaufen, um irische Auswanderer an Bord zu nehmen.

Lissabon, 22. Mai. Der Herzog von Saldanha ist mit der interimistischen Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt worden.

Konstantinopel, 20. Mai. Die türkische Regierung hat, gemäß dem Wünsche der europäischen Donauschifffahrtskommission, den Hafen von Sulina zum Freihafen erklärt. Diese Bestimmung ist mit dem 9. Mai in Wirksamkeit getreten. Alle Waaren, ohne Unterschied ihrer Bestimmung, gehen frei ein, mit Ausnahme von Tabak, Salz, Waffen u. Kriegsmunition.

In Californien sind neuerlich 27,000 japanische Theepflanzen eingeführt worden, da man beabsichtigt, dieselben dort zu acclimatisiren.

Die Cheyenne-Indianer befinden sich wieder auf dem Kriegspfade und machen Streifzüge längs der Kansas- und Pacific-Eisenbahn. (In Amerika hat das Eisenbahnreisen doch noch einige Romantik!)

Vermischtes.

In Bonn sind die Pläne seit den 20. ds. für die Restauration der dortigen Münsterkirche öffentlich ausgestellt. Dieselben sind von Director Essenwein in Nürnberg entworfen und bekunden in der ganzen Auffassung der Restaurationsaufgabe sorgliches Studium des Münsters selbst sowie eine volle Herrschaft über die oft so schwierigen Fragen bezüglich der inneren Ausstattung romanischer Kirchen. Die Pläne selbst zeichnen sich durch jene Sicherheit in Handhabung der Stylformen u. die brillante Farbengebung aus, welche Director Essenwein bereits an der reichen Serie von Entwürfen erprobt hat.

(Eine deutsche Eiche.) Bei der Holzversteigerung im Gramschatzer Walde am 16. Mai wurde eine colossale Eiche um den Preis von 567 fl. von August Schmitt aus Eltmann erstrichen. Gewiß etwas Seltenes.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 23. Mai 1870.

In Einnahme seien zu verrechnen: 25 fl. Legat der Gärtnersw. Fr. Eva Hornung; hiefür wird Namens der Armen öffentl. Dank gesagt; 14 fl. 15 kr. rückersetzte Unterstützung für die vorm. Dienstm. Unger aus Hof; 18 fl. flüssig gewordene Erbschaft für den Fond der unverzinsl. Anlehen; 1 fl. 19 kr. Verlassenschaft der Aushelferin K. Vogel; 95 fl. aus einer Verlassenschaft für die Keim'schen Kinder, welche auf Armenrechnung erzogen werden ꝛc. — In Ausgabe seien zu verrechnen: 2592 fl. 29 kr. ständige Hauszinsbeiträge für Walburgi d. J.; 2 fl. 45 kr. für 1 paar Schuhe; 16 fl. 40 kr. Lehrgeldrate für den Schmiedlehrling D. Finzel; 16 fl. 40 kr. desgl. für den Schreinerlehrling A. Gottschall; 15 fl. desgl. für den Schuhmacherlehrling J. Uebel; 5 fl. Reiseentschädigung; 18 fl. Zinsen aus der v. Hensler'schen Stiftung, welche satzungsgemäß durch das k. Pfarramt St. Martin an 18 Arme zu je 1 fl. vertheilt worden sind. — Die Hinterlassenschaft des Tagl. Franz Bischof sei zu übernehmen. — Für den Schreinergef.-Sohn Joh. Nagengast, der die Buchdruckerei erlernen will, sei ein Lehrgeld von 50 fl. zu bewilligen. — Aus dem Fonde für unverzinsl. Anlehen wurden 200 fl. an 3 Petenten zu 100 fl. und je 50 fl. verliehen. In das Haus der Unheilbaren wurde die Wittwe Dorothea Werner geb. Sebald aufgenommen. — In die durch das Ableben der nicht bürgerlichen Spitalpfründnerin K. Fiedler erledigte Pfründe, hat die supernumeräre Pfründnerin B. Schmitt, langjährige Dienstmagd im Bürgerspitale vorzurücken. — Eine der erledigten Pfründen zu jährlich 36 fl. aus der städt. Stiftung für arme und gebrechliche Dienstboten wurde der Dienstmagd Barb. Hack v. Pettstadt und eine weitere Pfründe der Dienstmagd Mg. Friedrich v. h. verliehen. Von der Vorberathungskommission wurde der Vorschlag gemacht und solcher vom Collegium acceptirt, daß auch männliche Dienstboten für die Folge zum Pfründenbezuge zugelassen werden sollen, weshalb nach Consequenz der Statuten dem St.-Mag. der Antrag übermittelt werden soll, daß nach Besetzung von 2 Pfründen an nicht dahier beheimathete Dienstmägde und einer Pfründe an eine dahier beheimathete Dienstmagd die je 4. anfallende Pfründe zweimal an dahier nicht beheimathete Dienstknechte und im 3. Fall an einen dahier beheimatheten Dienstknecht fallen soll. — Folgen die pfarramtlichen Krankenhausaufnahmen und Arzneibefreiungen.

Digitized by Google

SCHULZE UND MÜLLER
auf der Casseler Industrie-Ausstellung 1870.

Ende dieses Monats wird im Verlage der Luckhardt'schen Buchhandlung hierselbst eine humoristische Broschure

Schulze und Müller auf der Casseler Industrie-Ausstellung 1870

in Oktav-Format erscheinen, welche in Bezug auf Ausstattung, Inhalt ꝛc. den bisher erschienenen in jeder Hinsicht gleichkommt, wenn nicht dieselben übertrifft, da die bedeutendsten Kräfte auf dem Gebiete des „Humors und der Satyre" für das Unternehmen von dem Verleger gewonnen worden sind. Die Auflage ist einstweilen auf

10,000 Exemplare

festgesetzt, doch zweifeln wir nicht daß eine bedeutend größere nothwendig sein wird, um allen Nachfragen genügen zu können. Der Broschure wird auch ein

Anhang für Inserate

beigegeben werden, deren Annahme ausschließlich uns übertragen worden ist.

Daß bei der voraussichtlich außerordentlichen Verbreitung des Werkchens (dessen Verkaufspreis, soweit bis jetzt bestimmt, auf nur 5 Sgr. fixirt ist) Annoncen jeglicher Art von dem größten Erfolg begleitet sein müssen, brauchen wir wohl nicht zu versichern, und haben wir in der Hoffnung auf eine sehr zahlreiche Betheiligung seitens des inserirenden Publikum den Insertionspreis

für ¼ Seite auf nur Thlr. 5. —, — ⅜ S. thl. 3. 25 sgr., — ½ S. thl. 2. 25 sgr., — ¼ S. thl. 1. 20 sgr. festgesetzt.

Th. Dietrich & Co. in Cassel,

Annoncen-Bureau für sämmtliche in- und ausländische Zeitungen.

Rationelle Anweisung
zum Anbau der neuerprobten Englischen Riesen-Futter-Rübe.

Der geeignetste u. passendste Boden hierzu ist guter, kräftiger Mittel- u. Bruch-Boden, überhaupt solcher Boden, auf den man guten Roggen, Grünfutter, Frühkartoffeln, Gerste und Lein mit Sicherheit anbauen kann. Strenger Lehm- und fester Thonboden sagt den Rüben nicht zu, da in solchem Boden die Knollenbildung schlecht von statten geht. Nachdem nun zum Anbau dieser Rüben ein passendes Stück Feld bestimmt ist, wird dasselbe mitteltief durchgepflügt, mit der Egge glatt geegt und dann der Saamen ganz dünn weitwürfig gesäet; dies erreicht man dadurch, daß man unter 1 Pfd. Samen ungefähr 4 Metzen frischen Sand (nicht Flugsand) gut durcheinander mischt und hiemit 2 Magd. Morgen besäet. Da der Thau sehr wohlthätig auf den Samen einwirkt, so ist es am besten, wenn man denselben nach Sonnenuntergang des Abends aussäet und des Morgens früh vor Sonnenaufgang die Saat leicht, ungefähr ½—1 Zoll tief unteregget, was vermittelst einer leichten Egge Rechen oder Dornbüschel geschehen kann.

Sobald der Samen aufgegangen ist, was eben nach dieser Methode nicht lange dauert, so beobachte man die Rüben, ob dieselben auch zu dicht stehen, und gehe, wenn das der Fall ist, sogleich mit dem Verdünnen vor, so daß alle Quadratfuß eine Pflanze stehen bleibt, denn ein dichtes Stehen taucht nichts, und es kann leicht kommen, statt daß sich Knollen bilden, die Pflanze hoch schießt und zu dem Glauben führt, man habe nicht englische Futterrübsamen, sondern Reps aufgesäet.

In 14 Wochen sind die Rüben vollständig ausgewachsen, und werden die erstgebauten bis Anfang des Winters verfüttert, dagegen die zuletzt gebauten bis zum Winterbedarf aufbewahrt, da dieselben bis im hohen Frühjahr ihre Nahrhaftigkeit und Dauerhaftigkeit behalten.

Bei strenger Beobachtung vorstehender Anweisung sind diese Rüben die schönsten und ertragreichsten von allen jetzt bekannten Fütterrüben, werden 1—3 Fuß im Umfange groß, und 5, ja **10—15** Pfund schwer, ohne Bearbeitung, denn sie verlangen weder das Hacken noch das Häufen, da nur die Wurzeln in der Erde wachsen, die Rübe aber wie ein Kohlkopf über die Erde steht. Das Fleisch dieser Rübe ist dunkelgelb, die Schaale kirschbraun, mit großen saftreichen Blättern. Vorzüglich kann man dann die Rüben noch anbauen, wenn man die ersten Vorfrüchte herunter genommen hat, z. B. nach Grünfutter, Frühlingskartoffeln, Raps, Lein und Roggen. Geschieht die Aussaat in Roggenstoppel und bis August, so kann man mit Bestimmtheit einen großen Ertrag erwarten und mehrere hundert Wispel anbauen.

Auch wird der Versuch lehren, daß dieser Rübenbau zehnmal besser ist, als der Runkel- und Wasserrüben-Anbau, da nach der Rübenfütterung Milch und Butter einen feinen Geschmack erhalten, was bei Wasserrüben niemals der Fall ist, und der Runkelanbau viel Arbeitslohn kostet; auch als Mastfütterung nimmt diese Rübe die erste Stelle ein. Das Pfund Saamen von der großen Sorte kostet 4 Gulden und werden damit wie oben angedeutet 2 Morgen besäet. Der Ertrag ist pro Morgen ca. 230—260 Scheffel. Preis für die Mittelsorte 2 fl. pro Pfund. Unter ½ Pfund wird nicht verkauft. Um guten Erfolg der Aussaat zu sichern, liefere ich den Samen nur bis 1. August.

Frankirte Aufträge werden mit umgehender Post expedirt, und wird bei Bestellung um Beifügung des Betrages gebeten, da der Postvorschuß nach Oesterreich nicht erlaubt ist.

Ferdinand Bieck in Schwedt a. d. Oder.

Marianische Sodalität
zu Skt. Jakob.
Am Feste Christi Himmelfahrt Früh 9 Uhr Sodalität mit hl. Messe; ½10 Uhr Predigt, 10 Uhr Hochamt. Nachmittags 3 Uhr Betstunde.

Gefrornes
empfiehlt auf morgen
Aug. Bachmeier.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 123. Freitag, den 25. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 24. Mai. 39. Sitzung der Kammer d. Abg. Der Minister des Innern legt einen Gesetzentwurf vor, welcher die Ermächtigung ertheilen soll, ortspolizeiliche Vorschriften zu erlassen, gemäß denen alle Diejenigen, die gewerbsmäßig schlachten, gezwungen werden können, dieß in angelegten öffentl. Schlachthäusern zu thun. Hierauf Berathung der Rechnungsnachweisungen über das Salinenwesen aus den Jahren 1867/68. Abg. **Schmidt** (Traunstein) nimmt sich auch heute des Marktfleckens Schellenberg an. Abg. **Bayer** bittet, wenigstens die sog. Untersaline in Kissingen zu erhalten.

Senestrey empfahl das Loos der Salinenarbeiter und der Gemeinde Schellenberg der Fürsorge der Regierung. Finanzminister v. **Pfretzschner** bemerkte u. A.: Die Lage der Salinenarbeiter bei Aufhebung des Salzmonopols habe ihm manche schwere Stunde gemacht; er hätte gerne die Wünsche der Betheiligten erfüllt, allein der Minister habe Pflichten, die er den Wünschen Einzelner nicht unterordnen darf. Der Betrieb der Salinen müßte nach gesunden wirthschaftlichen Grundsätzen eingerichtet werden, wobei man auf die Wünsche Einzelner keine Rücksicht nehmen kann. Die Ansprüche aber, welche ältere Arbeiter schon erworben hatten, wurden nicht alterirt. Uebrigens sind Vorbereitungen zur Gründung von Knappschaftskassen für die Salinenarbeiter bereits getroffen. Die oben erwähnten Ausschußanträge wurden schließlich angenommen. — Abgeordneter Freitag erstattete sodann Vortrag über die Rechnungsnachweisungen bezüglich des Berg- und Hüttenwesens. **Greil**: In dem gedruckten Referate seien mehrere Werke aufgeführt, die mit Verlust arbeiten; weiter finde sich die Angabe, daß das flüssige Vermögen sich im Jahre 1867 um 121,161 Gulden gegen das Vorjahr vermindert habe, bei Obereichstädt und Hagenacker kämen im Jahre 1867 Minderungen vor, sowie noch eine Reihe von Posten aufgeführt seien, welche Minderungen des flüssigen Vermogens ersehen ließen. Die Minderung des flüssigen Vermögens sei zu berücksichtigen. Die Werke, die sich nicht rentiren, solle man an Private verkaufen, welche billiger arbeiten, als der Staat. Der kgl. Staatsminister v **Pfretzschner**: Die letzte Frage sei im Ausschusse nach allen Seiten hin erörtert worden. Es habe eine Zeit gegeben, wo ein derartiger Wunsch seine volle Begründung hatte und wo mit dem Verkauf vorwärts gegangen wurde, allein jetzt handle es sich nicht mehr um anwachsende Defizite, sondern das Gesammtergebniß sei ein günstiges, es sei sogar günstiger, als im Budget vorgesehen. Nach einer ähnlichen Aeußerung **Hocheder's** ertheilte die Kammer dem Ausschußgutachten entsprechend den Rechnungsnachweisungen die Anerkennung. Es erfolgte nun Berathung über den Entwurf eines Gesetzes „die Aufnahme eines Anlehens zur Deckung der Bau- und Einrichtungskosten der Kreisirrenanstalt in Oberfranken betr.", worüber Abg. **Hafenmaier** mit wenig Worten Vortrag erstattete, indem er die Annahme des Gesetzentwurfs empfahl Bei eröffneter Diskussion ergriff Abg. Theodor **Wagner** aus Bayreuth das Wort und trat der im Ausschuß von Dr. Anton **Schmid** gemachten Aeußerung entgegen, daß von dem Bau mancher Luxus ferne zu halten gewesen wäre, wie auch eine ganze Fronte des Gebäudes nur für die Aufnahme der Bediensteten bestimmt sei. Die Anstalt sei nicht mit Luxus gebaut. Dr. Ant. Schmid erklärte, daß er durch seine Aeußerung Niemanden zu nahe treten, sondern nur die Staatsregieung für allenfallsige zukünftige Bauten auf diesen Umstand aufmerksam machen wollte. Der Gesetzentwurf wurde von den 129 Anwesenden einstimmig angenommen.

München, 25. Mai. Die Kammer der Abgeordneten wählte in den Finanzausschuß anstatt Lukas den Abg. Pfarrer M. **Triller** aus Meckenhausen mit 72 von 125 Stimmen. In den 3. Ausschuß wurde für Bucher der Abg. Dr. **Huttler** aus Augsburg mit 72 von 126 gewählt. Der Abg. Rechtskonsulent K. Adler aus München hatte 53 Stimmen erhalten.

München, 21. Mai. Soeben hat Graf Fugger-Blumenthal dem Baron Hafenbrädl die schriftliche Erklärung seines Austrittes aus dem bayerisch-patriotischen Bauernverein überreicht.

Berlin, 24. Mai. Bei Fortsetzung der Berathung über das Strafgesetzbuch wurde bei §. 78 der

Digitized by Google

Antrag des Abg. Luck (Gewaltthat gegen Bundesfürsten mit dem Tode zu bestrafen) u. der des Abg. Becker (eventuell lebenslängliche Zuchthaus- oder Festungshaft zuzulassen) abgelehnt, dagegen der Antrag Kardoeffs (den Mordversuch gegen das Bundesoberhaupt u. den Landesherrn mit Tod zu bestrafen) mit 128 gegen 107 Stimmen angenommen. Alles übrige wurde meist wie in zweiter Lesung angenommen, und ebenso wurde auch das Gesetz betr. die Aktiengesellschaften, in dritter Lesung mit einigen redactionellen Amendements angenommen.

Berlin, 25. Mai. Sitzung des Reichstags. Das Strafgesetzbuch für den norddeutschen Bund, sowie das Gesetz, betreffend die Aktien-Gesellschaften, werden definitiv angenommen. Es folgt hierauf die Berathung über das Gesetz, betreffend die Subvention für die Gotthardbahn. Abg. Lasker will unter der Bedingung, daß die Gesellschaft bis zum April 1871 konzessionirt sei und eine Kaution gestellt habe, das Gesetz provisorisch bewilligen. Der Antrag Laskers wird jedoch abgelehnt und das Gesetz angenommen. Graf Bismark verliest hierauf eine Präsidialbotschaft, wornach der Schluß des Reichstages am Donnerstag den 26. Mai um 1 Uhr stattfindet. — Der „Provinzialkorrespondenz" zufolge kehrt Graf Bismarck vor Pfingsten nach Varzin zurück. Von einer außerordentlichen Landtagssession ist Abstand genommen worden.

Der Paragraph 1 des Entwurfs, betreffend das Verbot künftiger Vorausgaben fremder Prämienanleihen, wurde angenommen, ebenso die Reselution, wornach die Regierung um die Vorlage eines Gesetzes über Prämienanleihen zu ersuchen sei.

In Berlin wird das Opfer der Ueberzeugung und der Consequenz förmlich Gewohnheit. Der norddeutsche Reichstag hat das Beispiel des Zollparlamentes nachgeahmt. Wie dieses die Erhöhung des Kaffeezolles zuerst verworfen und einige Tage später genehmigt, so hat jener den früheren Beschluß auf Beseitigung der Todesstrafe umgestoßen und dieselbe nach einer Rede Bismarck's in den Strafgesetzbuchentwurf wieder aufgenommen. Mag man nun Gegner oder Freund der Aufhebung dieser Strafart sein, ein solches Gebahren macht Ehre! Es waren wieder die Wackelmänner, die „Liberalen" oder Nationalservilen, welche die Mehrheit veranlaßten. Auf sie war auch die Rede berechnet, die Graf Bismarck gehalten. Der Bundeskanzler zog die „deutsche Einheit," wie er sie versteht, wieder einmal an den Haaren herbei, und dieses Argument verfehlt in diesem Reichstage niemals seine Wirkung, mag es auch noch so ungeschickt angebracht sein. Und das war es im höchsten Grade. R. M.

Ausland.

Der Congreß der Internationalen Friedens- u. Freiheitsliga wird in diesem Jahre in Zürich stattfinden, und am 12. Sept. eröffnet werden.

Brüssel, 24. Mai. Bei den Wahlen zu den Provinzialräthen hat fast überall die liberale Partei den Sieg davon getragen; unter andern auch in den Städten Löwen, Mecheln und Tournay.

Genua, 25. Mai. In Folge eines Ministerraths-Beschlusses ist eine Verstärkung des Geschwaders vor Caprera von hier abgegangen.

London, 24. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragt Carnarvon an, welche Genugthuung England von Griechenland fordere, nachdem sich herausstelle, daß die griechische Regierung offenbar die Mordthaten bei Marathon veranlaßt habe. Lord Clarendon erwidert, daß er eine Antwort hierauf für unthunlich halte, da der Thatbestand noch in Vielem unermittelt sei. Der Gesandte Erskine habe jedoch telegraphirt, daß englische Advokaten den bezüglichen Prozeßverhandlungen beiwohnen dürften, und daß schon sieben Mitglieder der Räuberbande zum Tode verurtheilt seien.

In Griechenland ist man eifrig darüber aus, den Räubern den Garaus zu machen, und zwar auf eine — echt griechische Weise. Die Regierung zahlt hohe Prämien für den Kopf jedes eingelieferten Banditen, und die hellenische Geldgier beeilt sich, diese Prämien zu verdienen. Ganze Dörfer, schreibt man den „A. A. Ztg.", stehen auf, um auf Räuber zu fahnden und — Prämien zu gewinnen. Und ferner: In Arachowa, im Bezirk von Naupaktos, lud der Bürgermeister am Georgstage vier der berüchtigtsten Räuberchefs zu einem Mahle und erschoß sie mit seinen Leuten, als eben der ihnen eingeschenkte Wein seine Wirkung zu thun anfing; er soll die vier Prämien im Werth von 45,000 Drachmen erhalten. Daß auf diesem Wege die Demoralisation, von der das Königreich angefressen ist, geheilt werde, muß man einigermaßen bezweifeln. Man treibt den Teufel durch Belzebub aus. Im Uebrigen tritt die griechische Regierung den auswärtigen Mächten sehr abweisend gegenüber. Die Note des französischen Gesandten Baron Baude, worin die hellenische Regierung für den Schaden den französische Unterthanen etwa erleiden, verantwortlich gemacht wird, ist zurückgewiesen worden.

Bayonne, 25. Mai. Nachrichten aus Portugal zufolge hätte der Herzog von Saldanha sich deßwegen zu einem Pronunciamiento entschlossen, weil er benachrichtigt worden war, daß der Herzog von Loule zur Verhinderung seines nahebevorstehenden Wiedereintritts in das Ministerium Dispesnionen zu seiner sofortigen Verhaftung getroffen habe.

Lissabon, 24. Mai. Nachdem der Congreß die Verlesung des Vertagungsdecrets angehört hatte, schwuren die Abgeordneten feierlich die Unabhängigkeit Portugals aufrecht zu halten. Veranlassung hiezu gaben Journalartikel, welche den Herzog von Saldanha des Iberismus beschuldigen.

Madrid, 24. Mai. Die Commission der

Digitized by Google

Esparteristen ist nicht befriedigt von ihrer Zusammenkunft mit Prim, welcher angeblich erklärte daß die Regierung, im Besitze der bestimmten Weigerung Espartero's, das Recht habe sich darnach zu richten. — Vier Engländer wurden in der Nähe von Gibraltar von Uebelthätern aufgehoben.

New-York, 23. Mai. Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge ist Caracas (Hauptstadt von Venezuela) am 27. April nach einem hartnäckigen Kampfe, in welchem 500 Mann fielen, von den Insurgenten eingenommen worden. Der Präsident Monagas ergab sich und wurde auf Ehrenwort freigegeben. Blanco wurde provisorisch zum Präsidenten ernannt. Die neue Regierung hob die Ausfuhrzölle auf und ermäßigte die Einfuhrzölle um 70 Prozent.

Vermischtes.

(Der Großherzog von Baden im Zellengefängnisse.) Am 20. besichtigte der Großherzog von Baden die Strafanstalten in Bruchsal. „Die Ehre dieses allerhöchsten Besuchs wird um so tiefer empfunden als das Zellengefängniß sich noch niemals der Anwesenheit des Landesfürsten erfreuen durfte und außerdem noch die frohe Aussicht eröffnet ist, daß wir bald wieder unsern geliebten Regenten in unseren Mauern beherbergen dürfen." Also schließt wörtlich der Bruchsaler Amtsverkündiger, die „Kraichg. Ztg.", einen längeren Bericht über die Anwesenheit des Großherzogs.

Aus der Stadt und Provinz.

(Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen.) Vom 24. Mai. Im Betreffe der angeregten Schulhausaufgabe und Ventilation der Schulen wurde vom H. Amtsvorstande eine Sammlung einschlägiger Aufsätze in öffentl. Blättern behufs Benützung bei den künftigen Bauten übergeben. — Den vielfach geäußerten Wünschen entsprechend wurde die Aufstellung der Schwimmschulen an den seith. rigen Plätzen angeordnet, da der Abschluß der eingeleiteten Unterhandlungen noch nicht erfolgt ist, wobei constatirt wurde, daß es sich in dem vorliegenden Falle keineswegs um eine Streitfrage handelt, wie in einem hies. Blatte geäußert worden ist. — Das Programm der Baugewerkschule zu Nürnberg sei auf Wunsch der Vorstandschaft allda den hies. Gewerkvereinen empfehlend mitzutheilen. — Die Verpflichtung mehrerer Ersatzmänner der Schutzmannschaft wurde vorgenommen, ein Ersatzmann dagegen wegen ungeeigneten Benehmens aus der Liste gestrichen. — Verehelichungszeugnisse seien auszustellen für die HH. Schuhmacher Anton Fischer (Wittwer), Maurergef. J. Windisch (H.-G. 36 fl.), Spinner H. Beyl (H. G. 36 fl.) — Auswanderungsbewilligung sei zu ertheilen dem Hopfenhändlerssohn H. M. Gütermann. — Der Bericht des H. Stadtthierarztes Feßler über das Ergebniß des k. Preiszuchtwidermarktes dahier wurde mit Befriedigung aufgenommen. — Die Commissionsvorschläge im Betreff der vom k. Staatsministerium angeordneten Revision der ortspolizeil. Vorschriften für Anlegung von Senk-, Dung- u. Versitz-Gruben seien zu genehmigen u. der weiteren Behandlung zu unterziehen. — Nach einer Mittheilung des H. Stadtthierarztes hat der Zuchtbullenhalter H. Gärtner Rudermacher einen neuen Zuchtbullen von trefflicher Race eingestellt, was belobende Anerkennung verdient. — Den Anwohnern der Lausing sei die Benützung des dort befindlichen öffentl. Brunnens zu ungeeigneten Privatzwecken zu untersagen. — Auf ein Gutachten des H. k. Brandversicherungs-Inspectors seien bei dem jetzigen Stande des Wiederaufbaues des abgebrannten Reinlein'schen Wohnhauses 1 der festgestellten Entschädigungssumme zur Auszahlung zu bringen. — Die Bauwendungen an den Häusern Nr. 363, 1689 seien zugenehmige. — Ein k. Regier.-Ausschreiben betr. die Gesuche um Zulassung zur staatl. Zwischenprüfung am Gründonnerstage in München diente zur Nachricht. — Das Handbuch der bayr. Distriktsverwaltungsbehörden von H. Minist.-Rath v. Nar sei für die Magistratsbibliothek anzuschaffen. — In Folge Anzeige mehrerer Getreidebesitzer wegen Aufkäufe von Getreide durch Taglöhner vor der Stadt seien die im Gewerbsgesetz und in der Schrannen-Ordnung betroffenen Bestimmungen in Ausführung zu bringen. — Der Zellengefängniß-Sträfling Otto Hornung von hier z. Z. in Nürnberg sei auf ein weiteres Jahr in der Polizeianstalt Ruhdorf zu verwahren. — Auf bittlichen Antrag der H. Lohnkutscher sei in wohlwollender Weise zu gestatten, daß sie statt des Omnibuses vorläufig im Sommer 4 und im Winter 3 Chaisen für die Verbringung der Passagiere von und zur Eisenbahn unter Beibehaltung der Omnibusstore am Marktplatz aufstellen und bezw zu den Bahnzügen regelmäßig und rechtzeitig abschicken; es sei jedoch hiebei zur Bedingung zu machen, daß das Einschreibbuch wie bisher in Geltung und im Polizeiwachzimmer zu verbleiben habe, daß der bisher eingeführte Turnus aufrecht erhalten werde und daß die Kutscher sofort unter sich einen Verein bilden. — Gegen einen Hausbesitzer im Distr. II sei wegen Nichtbefolgung einer wiederholten polizeil. Anordnung auf Entfernung eines feuergefährlich angebrachten Ofens Strafantrag zu stellen. — In einer Klagsache wurde ein Armutszeugniß ausgestellt. (Schl. f.)

Bamberg, 27. Mai. — (Kleinkinderbewahranstalt.)

Am 1. Juni d. Js. wird, nachdem die Einrichtungen im Lokale vollendet sind, im Vertrauen auf den Schutz des Allmächtigen und die immer mehr wachsende Betheiligung und Unterstützung mildthätiger Bewohner hiesiger Stadt aus allen Ständen die Eröffnung der Kleinkinder-Bewahranstalt im 3. Stadtdistrikte, welche schon lange sich als dringendes Bedürfniß herausstellte, stattfinden.

Es werden vorläufig 20 Kinder beiderlei Geschlechtes, 3—6 Jahre alt, in die Anstalt aufgenommen, da zur Zeit die gegebenen Mittel noch nicht weiter reichen.

Anmeldungen zur Aufnahme von Kindern können täglich beim Vorstande, Herrn Stadtpfarrer zu Unserer lieben Frau unter Vorlage des Impfscheines und eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses geschehen, und wird dann über die Aufnahme selbst vom Gesammtausschusse des Klein-Kinder-Pflege-Vereines im 3. Stadtdistrikte berathen und entschieden.

Zur Feier der Eröffnung der Anstalt findet am 1. Juni früh 8 Uhr in der Stadtpfarrkirche zu Unserer lieben Frau Gottesdienst statt; und werden hierauf nach kirchlicher Benediktion des Lokales die Kinder von der Vorsteherin und den Aufsichtsdamen der Anstalt in Empfang genommen werden.

Zur Erhöhung der Feierlichkeit des Gottesdienstes werden alle verehrtesten Gönner, Wohlthäter und Freunde der Anstalt und ihrer zarten Pfleglinge ehrerbietigst und freundlichst eingeladen.

Möchte der Ausspruch des göttlichen Kinderfreundes: „Lasset die Kleinen zu mir kommen"; und „was ihr dem Geringsten meiner Brüder thut, das habt ihr mir gethan", noch recht viele und wohlgeneigte Gutthäter dem Vereine, welcher noch recht sehr der Theilnahme und Unterstützung bedarf, zuführen. Gottes Lohn wird Ihnen und allen schon erprobten Wohlthätern nicht ausbleiben.

Einzeichnungslisten in den Kleinkinderpflegeverein liegen bei Herrn Stadtpfarrer zu Unserer Lieben Frau und beim Herrn Vereinskassier u. Magistratsrathe Adam Burger auf.

Digitized by Google

Rationelle Anweisung
zum Anbau der neuerprobten Englischen Riesen-Futter-Rübe.

Der geeignetste u. passendste Boden hierzu ist guter, kräftiger Mittel- u. Bruch-Boden, überhaupt solcher Boden, auf den man guten Roggen, Grünfutter, Frühkartoffeln, Gerste und Lein mit Sicherheit anbauen kann. Strenger Lehm- und fester Thonboden sagt den Rüben nicht zu, da in solchem Boden die Knollenbildung schlecht von statten geht. Nachdem nun zum Anbau dieser Rüben ein passendes Stück Feld bestimmt ist, wird dasselbe mitteltief durchgepflügt, mit der Egge glatt geegt und dann der Saamen ganz dünn weitwürfig gesäet; dies erreicht man dadurch, daß man unter 1 Pfd. Samen ungefähr 4 Metzen frischen Sand (nicht Flugsand) gut durcheinander mischt und hiemit 2 Magd. Morgen besäet. Da der Thau sehr wohlthätig auf den Samen einwirkt, so ist es am besten, wenn man denselben nach Sonnenuntergang des Abends aussäet und des Morgens früh vor Sonnenaufgang die Saat leicht, ungefähr ½—¾ Zoll tief unteregget, was vermittelst einer leichten Egge Rechen oder Dornbüschel geschehen kann.

Sobald der Samen aufgegangen ist, was eben nach dieser Methode nicht lange dauert, so beobachte man die Rüben, ob dieselben auch zu dicht stehen, und gehe, wenn das der Fall ist, sogleich mit dem Verdünnen vor, so daß alle Quadratfuß eine Pflanze stehen bleibt, denn ein dichtes Stehen taucht nichts, und es kann leicht kommen, statt daß sich Knollen bilden, die Pflanze hoch schießt und zu dem Glauben führt, man habe nicht englische Futterrübsamen, sondern Reps aufgesäet.

In 14 Wochen sind die Rüben vollständig ausgewachsen, und werden die erstgebauten bis Anfang des Winters verfüttert, dagegen die zuletzt gebauten bis zum Winterbedarf aufbewahrt, da dieselben bis im hohen Frühjahr ihre Nahrhaftigkeit und Dauerhaftigkeit behalten.

Bei strenger Beobachtung vorstehender Anweisung sind diese Rüben die schönsten und ertragreichsten von allen jetzt bekannten Fütterrüben, werden 1—3 Fuß im Umfange groß, und 5, ja **10—15** Pfund schwer, ohne Bearbeitung, denn sie verlangen weder das Hacken noch das Häufen, da nur die Wurzeln in der Erde wachsen, die Rübe aber wie ein Kohlkopf über die Erde steht. Das Fleisch dieser Rübe ist dunkelgelb, die Schaale kirschbraun, mit großen saftreichen Blättern. Vorzüglich kann man dann die Rüben noch anbauen, wenn man die ersten Vorfrüchte herunter genommen hat, z. B. nach Grünfutter, Frühlingskartoffeln, Raps, Lein und Roggen. Geschieht die Aussaat in Roggenstoppel und bis August, so kann man mit Bestimmtheit einen großen Ertrag erwarten und mehrere hundert Wispel anbauen.

Auch wird der Versuch lehren, daß dieser Rübenbau zehnmal besser ist, als der Runkel- und Wasserrüben-Anbau, da nach der Rübenfütterung Milch und Butter einen feinen Geschmack erhalten, was bei Wasserrüben niemals der Fall ist, und der Runkelanbau viel Arbeitslohn kostet; auch als Mastfütterung nimmt diese Rübe die erste Stelle ein. Das Pfund Saamen von der großen Sorte kostet 4 Gulden und werden damit wie oben angedeutet 2 Morgen besäet. Der Ertrag ist pro Morgen ca. 230—260 Scheffel. Preis für die Mittelsorte 2 fl. pro Pfund. Unter ¼ Pfund wird nicht verkauft. Um guten Erfolg der Aussaat zu sichern, liefere ich den Samen nur bis 1. August.

Frankirte Aufträge werden mit umgehender Post expedirt, und wird bei Bestellung um Beifügung des Betrages gebeten, da der Postvorschuß nach Oesterreich nicht erlaubt ist.

Ferdinand Bieck in Schwedt a. d. Oder.

Abfahrt und Ankunft

der Eisenbahnzüge in Bamberg vom 1. Juni 1870 an gültig.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:		Ankunft:	
1[45]	früh Schnellz. †*	12[40]	Nchts Schnellz. †*
5	früh Postz. †	4[4]	früh Postzug *
8[5]	„ Schnellz.*	7[51]	„ Güt. v. Nbg.
12[35]	Mitt. Postz. †*	9[18]	„ „ v. Nördl. u. Ingolst.
2[35]	„ Schnellz. *		
3[30]	„ Güt. b. Nbg.	1[15]	Mitt. Schnllz.*
5[25]	„ „ bis Nördl. u. Ingolst.	2[10]	„ Postzug †*
		8	Abd. Schnellz.*
11[20]	Ab. Postz. *	10	Nchts. Postzug†

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln.

4	früh Postzug.	12[15]	Nachts Postzg.
8[5]	„ Schnellz.	9[35]	früh Güterzug.
10	„ Postzug.	1[10]	Mitt. Schnellz.
2[50]	Mitt. Schnellzg.	2[10]	„ Güterz.
3	Nchm. Güterzg.	6[15]	Abd. Postz.
6[25]	Abd. „	7[30]	„ Schnellzng

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[40]	Nchts Schnellz.	1[40]	früh Schnellz.
5	früh Postzug.	6[30]	„ Güterz.
9[35]	„ Lokalzug	7[10]	„ Schnellz.
1[45]	Mitt. Schnellz.	12	Mitt. Güterz.
3[50]	„ Güterz.	2[40]	Mitt. Schnellzg.
6[50]	Abd. „	5.	Abd. Lokalz.
8[5]	„ Schnellz.	11	Nchts. Postzug.

Die Dampf-Chocoladen von **Franz Stollwerck** und **Söhne** in Köln a. Rh. sind garantirt rein, ohne jegliches Surrogat. Die Tafel-Chocoladen sind versiegelt und tragen auf der Etiquette obige Fabrikmarke worauf man achten wolle. Die courantesten Sorten sind auf Lager in Bamberg bei J. B. Haußmann,

Burghaßlach bei Apotheker Barthel,
Ebermannstadt bei Apothk. Krauß,
Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt,
Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Gardill;
Memmelsdorf bei Chr. Reich,
Schützelfeld bei A. Hohbach,
Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler,
Streitberg bei Joh. Dauer,
Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Weischenfeld bei Georg Lauer,
Zeil bei J. P. Pöllath.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 124. Samstag, den 28. Mai. **1870.**

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 25. Mai. Zum ersten Bürgermeister von München wurde der Vorstand der Gemeindebevollmächtigten Advokat **Erhardt** mit 39 Stimmen gewählt. Rechtsrath Ruppert erhielt 19 und Advokat Aub 1 Stimme. Zum zweiten Bürgermeister wurde Bürgermeister **Wiedenmayer** zu Lindau mit 39 Stimmen gewählt. Ruppert erhielt die 19 Stimmen der patriot. Mag.-Mitglieder.

Hr. Abgeordneter Prof. Greil hat vorgestern von dem kath. Casino in Regensburg durch dessen Vorstand Hrn. Pustet ein Telegramm erhalten mit der Mittheilung, daß das Casino in einer Versammlung am 13. den einstimmigen Beschluß gefaßt habe, dem Herrn Abg. seinen Dank auszusprechen für dessen energische und gründliche Vertretung berechtigter kath. Interessen in der Kammer. Das Casino wünscht Herrn Greil zur Fortsetzung des Kampfes jene Kraft und jenen Muth, die nothwendig sind zur Förderung der wahren Interessen unseres Königs, des Vaterlandes und des Volkes!

Man nimmt an, die beiden für die HH. **Lucas** und **Bucher** einberufenen Ersatzmänner Häring und Winkelhofer würden dem Ruf in die Kammer nicht folgen, sondern sammt den übrigen Ersatzmännern ablehnen, in welchem Fall die Wahlmänner eine Neuwahl vorzunehmen hätten. Daß dann die HH. Lucas und Bucher wieder gewählt werden, unterliegt kaum einem Zweifel. (Zu wünschen wäre es!)

(:) **Aus Oberfranken.** Es ist merkwürdig, wie erfinderisch die liberalen u. fortschrittlichen Volksvertreter sind, das Volk mit neuen Steuern zu belasten. Kaum ist der bedeutende und drückende Kaffee-Zoll glücklich über die „Mainbrücke" mit Hülfe der HH. Feustel, Pfretzschner, Hohenlohe herübergebracht, so stellt in der bayerischen Abgeordneten-Kammer der liberale Vertreter Nürnbergs, Herr Strauß, den Antrag auf Einführung von gleich zwei neuen Steuern, nämlich einer allgemeinen Hundesteuer und einer allgemeinen Besteuerung des Haltens von einheimischen Singvögeln. Wir fragen billig, welches mögen die Beweggründe zu diesem doppelten Besteuerungsantrage sein; die Rücksichten der Freiheit oder der Humanität? Wenn die der Freiheit; so sollen also fortan die Hundebestien herrenlos das Land durchlaufen, wie die Vögel die Luft durchschwirren? Wenn die der Humanität (denn das Wort Bestialität hätte doch eine zu schlimme Bedeutung) warum sollen denn die treuen Hunde grausam erschlagen werden, während die Vögel freien Paß bekommen? warum sollen denn die Kanarienvögel und ähnliche Ausländer vor ihren nordischen Brüdern zurückstehen und der warmen Heimath und der Freiheit entbehren müssen? Wir können uns allerdings noch eine dritte Rücksicht des Hrn. Antragstellers denken, dem es sicherlich nicht um Plünderung des Geldbeutels des Volkes zu thun ist. Derselbe soll ein sehr besonnener Denker sein, und sieht wohl so gut wie jeder andere vernünftige Mann ein, daß seine zwei Steuern nicht durchgehen werden. Allein sicherlich werden der ganze Thierschutzverein und eine Menge pädagogischer, humanistischer und ähnlicher Zeitschriften von seinen Anträgen löbliche Notiz nehmen, und Hr. Lehrer Strauß kann leicht einen ofgenannten Namen erlangen. Wir aber erheben Protest, auf Kosten der Arbeitskraft und Arbeitszeit der bayerischen Kammer, i. e. des Steuersäckels des Landes sich einen solch berühmten Namen zu verschaffen. — Was die heftigen Debatten der Abgeordnetenkammer vom 12. u. ff. betrifft, so sind wir ihnen mit großem Interesse gefolgt; denn Hr. Greil hat Dinge zur Sprache gebracht und getadelt, die schon längst das kath. Volk beseitigt wünschte. Daher auch die Erbitterung der Liberalen und der Minister gegen ihn. Die bayerische Misere hat in der That ihren Ursprung in den Universitäten u. Gymnasien. Es mochte freilich den Universitätsprofessoren bitter zu hören sein: die Leistungen der Universitäten entsprechen nicht dem Aufwande! Doch sie konnten nicht diese Behauptung widerlegen, so gewandt sie auch mit allgemeinen Phrasen, als „freie Wissenschaft" u. s. w. um sich warfen und den Kastenstolz gegenüber den Lyceen zur Schau trugen. Man sollte doch diesen Helden der freien Wissenschaft einmal die Wissenschaft radikal freimachen nach der Manier, wie etwa Italien die Kirche frei machte im freien Staate. Uns geht immer ein Stich durchs

Digitized by Google

Herz, wenn wir alljährlich lesen, daß ungefähr ein Drittel der Candidaten bei der Universitätsprüfung durchfällt. Welch' Jammer in vielen Familien ist durch eine solche Hiobspost verursacht! Wir sind der Ansicht, wenn der Schüler nichts lernt, so fällt die Hauptschuld auf den Lehrer. Mag dieser noch so gelehrt sein, so ist er eben kein Pädagog, zu deutsch Erzieher, der in rechter Weise auf den Schüler einwirkt, oder er lehrt nicht in rechter Weise. Und das Land schickt seine Söhne auf die Universität, damit sie die ihrem Berufe nothwendige Wissenschaft gründlich lernen, dabei Religion und gute Sitten nicht verlieren. — Am merkwürdigsten aber war der Grund, den Hr. v. Lutz zur Rechtfertigung des schmalen Gehaltes des Universitätspredigers angab: er braucht so wenig Zeit zu seiner Amtsverrichtung, während ein Pförtner den ganzen Tag an der Pforte sein muß. Nun, wir möchten wissen, wie viel Stunden jährlich ein „Berufener" braucht, um seine 6, 8, 10 Tausend Gulden zu verdienen, und durch welche Zusätze sich sein neuestes Vorleseheft vor dem alten unterscheidet? Wir haben daher zum Hrn. Ref. Greil das Vertrauen, daß er die theure bayerische Wissenschaft etwas billiger machen wird.

Hr. Greil hat, abgesehen von seinem sonstigen Auftreten in der Kammer, durch seinen muthigen Strich durch die Rechnungen, der gleich 2 Millionen als entbehrlich fand, unsere vollen Sympathien errungen; und sollte die im Klub der Patrioten entstandene Opposition diesen Abstrichen oder den von Hr. Greil in den letzten Debatten vertretenen Grundsätzen gegolten haben, so mögen die „diplomatischen" Herren desselben wissen, daß wir durchaus auf Seite der HH. Greil und Lukas stehen. Insbesondere wollen wir nichts wissen von einem Händedruck mit dem Ministerium Braun-Lutz-Schlör. Die Wahlkreiseintheilung des H. Braun ist ein Hohn auf die Patrioten. Hr. v. Lutz hat uns empört durch seine mehr als brüske Antwort auf die gegründeten Fragen des H. Dr. Pfahler, es hat uns empört, wie er die Weismainer Missions-Angelegenheit beschied (wir werden, nebenbei gesagt, auf die diesbezügliche Thätigkeit eines gewissen Hrn. ‚Bezirks-Amtmannes' zu sprechen kommen), und die Justizverwaltung des Hrn v. Lutz hat nicht unser Vertrauen. Selbst Hr. Graf v. Bray hat durch seine Concildepesche an den Gesandten in Rom unser Mißtrauen erregt. Mögen es die Patrioten der Kammer wissen: das Volk hat sich bei den Wahlen nicht ereifert, um nur die liberalen Beamten zu entfernen und an ihre Stellen patriotische Bureaukraten einzuschieben; es sollte ein neues System gegründet werden; es war die stillschweigend zugestandene Aufgabe der neuen Kammer, ein neues Wahlgesetz mit allgemeiner direkten und geheimen Wahl zu erwirken und das verhaßte Ministerium zu beseitigen, und, als Schraube, dies zu erzwingen, die Bewilligung des Budgets zu handhaben. Welche von beiden Aufgaben ist bereits gelöst? Keine einzige. — Ist das Vertrauen in das Land zurückgekehrt? Ist die Versöhnung der Parteien herbeigeführt? Wir können nichts davon verspüren, und die letzten Kammerdebatten wie die Erklärungen vom Ministertische beruhigen uns Katholiken nicht. Namentlich aber wenden wir uns jetzt an die Wortführer der Patrioten Oberfrankens in der Kammer, die HH. Mahr und Dr. Schüttinger, und sprechen die Erwartung aus, „daß sie ihrem Worte getreu, unerschrocken, als völlig unabhängige Männer für die Sache des Volkes „einstehen, Erleichterung des Steuerdruckes, ein gerechtes Wahlgesetz, Aufhebung des 7. Schuljahres „und Freiheit der Kirche von Polizeichikanen erwirken „werden."

Die Correspondent Hoffmann bestätigt, daß der „Dunkelarrest" ein militärisches Strafmittel ist u. bringt, mehr als Entschuldigung denn als Rechtfertigung solcher Quälerei vor: „Die militärische (mittelaterliche) Strafe des Dunkelarrestes kann nur nach Erholung eines ärztl. Gutachtens über die Strafbefähigung des betreffenden Mannes verhängt werden und die Dauer von 15 Tagen (!!) nicht überschreiten. Ueberdies darf der Strafvollzug im Dunkelarreste niemals ununterbrochen länger als 3 Tage stattfinden und hat der Bestrafte je den vierten Tag in der Strafstube zu verbüßen, an welchen Tagen demselben die Bewegung in freier Luft bis zu zwei Stunden gestattet wird. Der Dunkelarrest selbst wird in einem acht Schuh breiten und neun Schuh langen Lokale vollzogen, welches zwar vom Tageslicht abgeschlossen ist, allein keineswegs den Luftzugang ausschließt, indem durch eine angebrachte besondere Vorrichtung für die Cirkulation frischer Luft gesorgt ist. Der Boden dieses Straflokals ist eben, wie jeder Zimmerboden."

Berlin, 26. Mai. Die Thronrede zählt sämmtliche während der Dauer der Legislatur erledigten Gesetze auf, und spricht die Ueberzeugung aus daß die Befriedigung über die reichen Ergebnisse der gemeinsamen Thätigkeit in und außerhalb Deutschlands werde getheilt werden. Die großen Erfolge welche durch freie Verständigung in verhältnißmäßig kurzer Zeit gewonnen wurden, geben dem deutschen Volke Bürgschaft der Erfüllung der Hoffnungen welche an die Schöpfung des Bundes geknüpf wurden; sie beweisen daß der deutsche Geist, ohne auf freie Entwicklung zu verzichten, worin seine Kraft beruht, die Einheit in der Liebe aller zum gemeinsamen Vaterland zu finden weiß. Diese Erfolge, gewonnen durch treue und angestrengte Arbeit auf dem Gebiete der Wohlfahrt und Bildung, der Freiheit und Ordnung, gewähren dem Auslande Gewißheit, daß der Nordbund in seiner Entwicklung innerer Einrichtungen u. vertragsmäßiger nationaler Verbindung mit Süddeutschland die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zur Stütze des allgemeinen Friedens ausbildet welcher die Achtung und das Vertrauen

Digitized by Google

der auswärtigen Völker und Regierungen zur Seite stehen. „Wenn wir Deutschland mit Gottes Hilfe die Weltstellung gewinnen wozu seine geschichtliche Bedeutung, Stärke und friedfertige Gesittung es berufen und befähigen, so wird Deutschland den Antheil nicht vergessen den dieser Reichstag am Werke hat."

Ausland.

Paris, 25. Mai. Der Komplottprozeß wird Ende Juni vor dem Schwurgerichtshof in Blois verhandelt werden. — Der Staatsrath verwarf in seiner heutigen Sitzung die Finanzprojekte des Ministers Segris, die auf den Rentenkurs in der letzten Woche sehr gedrückt hatten.

Menotti Garibaldi verwahrt sich in einer von Catanzaro d. d. 14. Mai. datirten Erklärung an den Redakteur eines in Mailand erscheinenden Blattes gegen die Richtigkeit der vom Ministerpräsidenten Lanza im Parlament gethanen Aeußerung, daß er (Menotti Garibaldi) der Regierung seine Unterstützung gegen die Aufständischen angeboten habe. Er habe von der Bewegung allerdings abgerathen, weil er den günstigen Moment für sie noch nicht gekommen glaube, der „abscheulichsten aller Regierungen" könne er aber seine Unterstützung nicht anbieten; in der Versammlung von Bürgern Catanzaro's, auf welche Lanza Bezug genommen, habe er, wie die sonst Erschienenen, sich die Freiheit des Handelns entschieden vorbehalten und nur dem Syndikus in der Besorgniß vor Befreiung der 700 Gefangenen, unter denen sich viele Räuber befänden, seinen Arm angeboten.

Man schreibt der „France" aus Spanien, daß der Handstreich des Marschalls Saldanha im Zusammenhang mit einem ausgedehnten politischen Projekt gestanden hätte, welches nun für den Augenblick beseitigt ist. Saldanha sollte die Abdankung des Königs erwirken; der König Ferdinand, sein Vater, wäre dann zum Regenten des Königreichs ausgerufen worden und Dom Luis hätte für die spanische Krone zur Verfügung gestanden. Damit wäre ein erster Schritt zur iberischen Union vollzogen worden. Aber im entscheidenden Augenblicke entließ der König zwar sein Ministerium; dagegen weigerte er sich abzudanken und appellirte an die Gefühle Saldanha's, der sich hören ließ und in seinem Unternehmen auf halbem Wege anhielt. Die „France" selbst gibt diese Mittheilungen nur unter Vorbehalt. Gleichzeitig vernimmt man, daß der portugiesische Gesandte in Paris, Casal Ribeiro, soeben seine Entlassung nach Lissabon geschickt hat.

Bukarest, 23. Mai. Anläßlich des gestrigen Jahrestags der Thronbesteigung des Fürsten Karl erließ derselbe eine Proklamation, in welcher dem Volke die bevorstehende Geburt eines Thronerben angezeigt wird.

Washington, 26. Mai. Von den canadischen Truppen sind die Fenier gegenüber Franklin zurückgeworfen worden; 2 Fenier sind getödtet, 2 verwundet. General Oneil wurde auf der Flucht verhaftet und wegen Neutralitätsverletzung zu St. Albans ins Gefängniß geworfen. Die Fenier sind entmuthigt. Amerikanische Truppen sind im Anzug.

Brasiliens Produktivkräfte sind im Zunehmen begriffen. Die Einnahmen des Rechnungsjahrs 1868/69 betragen 15,324 Contos (38 Mill. Fr.), mehr als die des Rechnungsjahrs 1867/68, und das erste Semester des Rechnungsjahres 1869/70 hat 10 Mill. Fr. mehr ergeben als das vorhergehende Semester. Somit ist nach einem fünfjährigen Kriege die Lage Brasiliens eine blühendere denn zuvor, und werden die schweren Lasten, welche der Krieg ihm auferlegt die ordentlichen Hülfsquellen des Staatsschatzes nicht übersteigen.

Vermischtes.

Postalische Kleinigkeiten. Die drei englischen Hauptpostämter in London, Edinburgh und Dublin kosten während des Jahres 1870/71 zusammen 619,809 Lstr. (7,437,708 fl.) Das Londoner Oberpostamt allein hat 4199 Beamte und Unterbeamte, und verbraucht in einem Jahre für 8000 Lstr. (96,000 fl.) Bindfaden, Siegellack u. s. w. Die Postämter in der Provinz kosten alle zusammen 745,654 Lstr. (8,948,000 fl.), die Schneiderrechnung für Uniformen der Briefträger und Kutscher beläuft sich auf 25,650 Lstr., und Alles in Allem belaufen die Ausgaben sich auf 2,376,979 Lstr., abgerechnet 1,107,153 Lstr. als Subsidien für den Postdienst nach Indien, China und Australien. Die Staatstelegraphen sind mit 360,000 Lstr. Ausgaben und 670,000 Lstr. Einnahmen angegeben.

Aus der Stadt und Provinz.

(Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen.) Vom 24. Mai (Schluß.) Die Wittwe Dor. Werner geb. Sebald wurde in das Haus der Unheilbaren aufgenommen. — Die Verpflegtaxen für eine hies. Bürgersfrau in der Irrenanstalt wurden wegen nachgewiesenem schweren Hausstande ermäßiget u. die Kurkosten einer mittellosen Bürgerstochter im Krankenhause auf Armenrechnung genommen. — Drei fällig gewordene Sterbpakischeine seien für das Bürgerspital u. das Haus der Unheilbaren zu vereinnahmen. — Zur Aufrechthaltung der Hausordnung im Bürgerspitale wurden mehrere zweckentsprechende Anordnungen erlassen. — Zur Verpachtung der Michaelsberger Brauereikeller die Aufsichts-Commission der beiden städtischen Genien abzuordnen. — Die Vermarkungskosten der s. g. „Waldwiese" bei Tretzendorf im Betrage zu 21 fl. 6 kr. seien zur Zahlung anzuweisen. — Den Relikten eines verlebten Bürgerspitalpfründners sei aus dessen Verlassenschaft eine Kommode um die Taxe abzulassen. — Die Waldschadenersätze aus der Spitalrevier Roth u. Sassendorf im Betrage von 5 fl. 6 kr. seien zu vereinnahmen, die übrigen uneinbringlichen dagegen durch Waldculturarbeiten, abverdienen zu lassen. — Wegen Aufforstung einer Waldwiese bei Sassendorf seien noch weitere Erhebungen zu pflegen. — Mehrere Zinszahlungsnachsichtsgesuche seien zu bewilligen, einige als bedenklich abzulehnen. — Wegen rückständiger Pacht- u. Holzgelder sei exekutive Beitreibung zu veranlassen. — Ein Kapital zu 350 fl. aus Stiftungsfonds wurde gegen 5% ausgeliehen. — Nach einem Berichte der Stadtkämmerei hat die Erhebung von Umlagen dahier nach dem Steuergulden aus 58,750 fl. Gesammt-

Digitized by Google

Steuer stattzufinden. Es ist deshalb öffentl. Ausschreiben mit dem Beifügen zu erlassen, daß die Zahlung in 2 Hälften geschehen kann, falls nicht die Zahlung des ganzen Betrags der Umlage auf einmal vorgezogen wird. — Die Anbringung einer Rabattenumzäunung am Hause Nr. 1988 im Bach sei gegen eine jährliche Recognitionsgebühr von 12 kr. zu bewilligen. — Die mit hies. Gewerbsmeistern wegen Annahme von Waisenhauszöglingen abgeschlossenen Lehrverträge seien zu genehmigen. — Wegen Herstellung einiger Bauverwendungen im hies. Stadttheater seien Kostenvoranschläge einzuholen. — Auf die gewünschte Ueberlassung einer Communfläche an der Memmelsdorfer Straße zum Bau einer eigenen Petroleumshalle kann, da über diesen Platz ohnehin bereits verfügt ist, nicht eingegangen werden. — Die städtische Schwimmschule sei auch für dieses Jahr dem früheren Pächter H. Gesell zu überlassen. — Die von der Stadtkämmerei vollzogene Verpachtung von Meßbuden sei zu genehmigen. — Zur Sicherstellung der hies. Wohlthätigkeits-Stiftungen an dem Nachlasse der zur lebenslänglichen Versorgung übernommenen Pfründner seien Revisformulare einzuführen. — Der von der k. Regg. genehmigte neue Pflastergolltarif sei zu veröffentlichen u. seien den angrenzenden k. Bez.-Aemtern Exemplare hievon zur gefälligen Bekanntgabe in ihren Gemeinden zuzustellen. — Auf einen Antrag um gleichheitliche Theilung der Messergebühren unter die hies. Schrannenmesser kann nicht eingegangen werden, da von jeher ein jeweiliges Vorrücken eingehalten worden ist, was sich als zweckmäßig erwiesen hat. — Gegen einen Bäcker der von auswärts Brod hieher lieferte, ohne den Aufschlag zu bezahlen, wurde eine Geldstrafe von 3 fl. verfügt u. dem Anzeiger eine Belohnung von 1 fl. zuerkannt. — Ein Brodhausirungsgesuch wurde abgewiesen. — Die von der Stadtkämmerei vorgelegten Verzeichnisse für diverse etatisirte Communal-Ausgaben wurden festgesetzt und zur Verrechnung angewiesen. — Eine k. Regg.-Entschlß. über das Rechnungswesen der ist. Stiftungen pro 1869 sei der Pflege zum sachgemäßen Gebrauch hinauszugeben. — Die vorgelegte Jahresrechnung der Kirchenverwaltung St. Martin pro 1869 nebst dem neuen Etatsvoranschlage sei der k. Regg. in Vorlage zu bringen. — Der Anfall von Schrannengebühren pro April l. J. sei zu vernehmen u. zu verrechnen; desgl. der Anfall von Getreide u. Mehlaufschlagsgefällen.

Vom 27. Mai.

Einer Einladung der Vorstandschaft des Kleinkinderpflegevereins im 3. Distr. zur Eröffnungsfeier soll durch Abordnung einer Deputation nach dem Turnus entsprochen werden. — Verehel.-Zeugnisse seien auszustellen für die HH. Gärtner Seb. Demuth (H.-G. 48 fl.) Maschinenschl. Mich. Burkard (36 fl.), Tüncher Michael Dechant (36 fl.) — Ein rückersetzter Reisevorschuß zu — 45 kr. für Ernest. Weber v. Zschoppau sei zu vereinnahmen. — Bauverwendungen wurden genehmigt in den Häusern Nr. 98, 1004, 1550, 1890. — Zur Abhaltung von 2 weiteren Herbstschafmärkten dahier neben den bereits bestehenden (für heuer am 2. Aug. und 13. Sept.) sei kgl. Regier. Genehmigung zu erholen. — Auf Vorschlag des H. Stadtthierarztes sei bei der k. Regierung die Erlassung von oberpolizeilichen Vorschriften Behufs eines Verbots gegen das Verbringen zu junger Kälber in die Fleischbank zu beantragen. Der Gewohnheitsbettler und Landstreicher Joh. Schmittinger, Schuhmachergef. v. h. sei auf die Dauer von 6 Monaten in der Polizeianstalt Rebdorf zu verwahren. (Schl. f.)

Neueste Posten.

München, 27. Mai. Die Kammer d. Abg. hat heute den Gesetzentwurf, den außerordentl. Milit. Credit betr., nach den Vorschlägen des Ausschusses erledigt. Eine lange Diskussion entspann sich über den Bau des Nürnberger Krankenhauses, welcher schließlich mit 72 gegen 71 Stimmen abgelehnt wurde. Die Verhandlung über die Anträge auf Revision des Wehrverfassungsgesetzes wurde auf einen präjudiziellen Antrag des Abg. Greil an den Ausschuß zurückverwiesen, mit Ausnahme des Edel'schen Antrags auf Interpretation der Artikel 24 und 25; derselbe wurde trotz des Widerspruchs des Kriegsministers angenommen. Nächste Sitzung Dienstag.

SCHULZE UND MÜLLER
auf der Casseler Industrie-Ausstellung 1870.

Ende dieses Monats wird im Verlage der Luckhardt'schen Buchhandlung hierselbst eine humoristische Broschure

Schulze und Müller auf der Casseler Industrie-Ausstellung 1870

in Oktav-Format erscheinen, welche in Bezug auf Ausstattung, Inhalt &c. den bisher erschienenen in jeder Hinsicht gleichkommt, wenn nicht dieselben übertrifft, da die bedeutendsten Kräfte auf dem Gebiete des „Humors und der Satyre" für das Unternehmen von dem Verleger gewonnen worden sind. Die Auflage ist einstweilen auf

10,000 Exemplare

festgesetzt, doch zweifeln wir nicht daß eine bedeutend größere nothwendig sein wird, um allen Nachfragen genügen zu können. Der Broschure wird auch ein

Anhang für Inserate

beigegeben werden, deren Annahme ausschließlich uns übertragen worden ist.

Daß bei der voraussichtlich außerordentlichen Verbreitung des Werkchens (dessen Verkaufspreis, soweit bis jetzt bestimmt, auf nur 5 Sgr. fixirt ist) Annoncen jeglicher Art von dem größten Erfolg begleitet sein müssen, brauchen wir wohl nicht zu versichern, und haben wir in der Hoffnung auf eine sehr zahlreiche Betheiligung seitens des inserirenden Publikum den Insertionspreis

für ¼ Seite auf nur Thlr. 5. —, — ½ S. thl. 3. 25 sgr., — ¼ S. thl. 2. 25 sgr., — ⅛ S. thl. 1. 20 sgr. festgesetzt.

Th. Dietrich & Co. in Cassel,

Annoncen-Bureau für sämmtliche in- und ausländische Zeitungen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 125. Sonntag, den 29. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Das siebente Werktagsschuljahr.

(Schluß.)

Wenn wir unbedenklich dem Antrage Greils auf Aufhebung des siebenten Schuljahres zustimmen, da wie gezeigt, seine Vortheile sehr gering, dagegen seine Nachtheile sehr groß sind, so können wir dies nicht in gleicher Weise dem damit verbundenen Antrage auf Wiedereinführung der Sonntagsschulpflicht bis zum 18. Jahre, da wir diese theils beschränkt, theils erweitert wissen möchten.

Vor Allem dürfte sich die unbedingte Entlassung der Mädchen aus der Sonntagsschule mit dem sechszehnten Jahre sowohl aus sittlichen als materiellen Gründen empfehlen. Bezüglich der sittlichen Gründe genüge es auf die bei dem weiblichen Geschlechte früher eintretende Reife hinzudenten, bezüglich der materiellen, zu erwähnen, daß die weibliche Jugend in diesen Jahren gerade zu Hause und im Dienste meist zu solchen Verrichtungen verwendet werde, die auch an Sonn- und Feiertagen geschehen müssen, deßhalb den regelmäßigen Besuch der Sonntagsschule erschweren und zu zahlreichen Versäumnissen Veranlassung geben. Zudem dürfte auch der glühendste Lobredner der Erhöhung der allgemeinen Schulbildung nicht leugnen können, daß für das Weib seiner ganzen Bestimmung nach der Kreis der nothwendigen Kenntnisse ein wesentlich beschränkterer sei, als für den Mann.

Für die männliche Jugend aber dürfte sich empfehlen, auf die Sonntagsschule bis zum 16. Jahre, welche sich doch noch mehr mit Befestigung und Erweiterung der allgemeinen Schulkenntnisse beschäftiget, zwei Jahre besonderen Unterrichts in den Städten über das für die verschiedenen Gewerbe vorzugsweise Nothwendige, auf dem Lande über Landwirthschaft folgen zu lassen, wobei zur theoretischen Kenntnißnahme und Aneignung des Lehrstoffes während der Wintermonate an Sonn- nnd Feiertagen der Unterricht ertheilt, zu praktischen Uebungen aber eine bestimmte Anzahl Arbeitstage in den betreffenden Jahreszeiten bestimmt werden könnten. Da das Bedürfniß nach allmählicher Ueberleitung unseres jetzigen Wehrsystems in ein passendes Milizsystem immer dringender wird, so dürfte es wohl der Erwägung werth sein, ob und wie mit diesen praktischen Schuljahren auch der militärische Vorunterricht begonnen und in zweckmäßiger Weise bis zum Eintritte der Wehrpflicht fortgesetzt werden könnte.

Nur auf diese Weise werden die jährlich sich zeigenden hohen Prozente der der nothwendigsten Schulbildung entbehrenden Wehrpflichtigen sich mehr und mehr mindern.

Die Anordnung des Ministeriums hingegen, nur solche Schüler aus der Sonntagsschule zu entlassen, welche die hinreichenden Kenntnisse besitzen, die andern aber noch ein Jahr länger zum Besuche der Sonntagsschule zu zwingen, wodurch derselbe Zweck erreicht werden soll, wird wenig nützen. Die meisten nämlich, welche bei der Conscription der nöthigen Kenntnisse ermangeln, sind nicht solche, welche schon unwissend aus der Sonntagsschule traten, sondern solche, die damals noch einen hinreichenden ja selbst guten Vorrath von Kenntnissen hatten, dieselben aber von der Zeit der Entlassung aus der Sonntagsschule bis zum Eintritte der Wehrpflichtigkeit aus gänzlichem Mangel an jeder Uebung völlig verloren. Es ist nämlich eine traurige aber wahre Thatsache, daß der größte Theil der arbeitenden Klassen insbesondere der Landwirthschaft angehörenden männlichen Jugend nach der Entlassung aus der Sonntagsschule weder viel Gelegenheit, noch weniger vielen Willen hat, die in der Schule erlernten Kenntnisse fortzubilden oder auch nur zu erhalten. Die Meisten nahmen kein Buch mehr zum Lesen, keine Tafel zum Schreiben oder Rechnen in die Hand. Wie schnell hiebei die noch aus der Schule gebrachten Kenntnisse verschwinden, wäre kaum zu glauben, wenn nicht so viele Beispiele es bestätigten. Also nur dann, wenn in oben vorgeschlagener Weise bei der männlichen Jugend eine fortgesetzte Uebung erhalten würde, könnte sie auch einen hinlänglichen Vorrath von nothwendigen Kenntnissen in die Wehrpflichtzeit und von da in das Leben hinüberretten.

Soviel glaubten wir zum Antrage Greils die Werk- und Sonntagsschulzeit betreffend, bemerken zu müssen. Das patriotische Volk hat bereits begonnen, durch Adressen seine Zustimmung zur Abschaffung

Digitized by Google

des 7. Schuljahres auszudrücken. Mögen dieselben recht zahlreich werden, um den Abgeordneten zu zeigen, was hierüber wirklich die Meinung des Volkes ist. Es möchte dies um so nothwendiger sein, als die traurigen Zerwürfnisse, wie sie in den letzten Tagen, in der patriotischen Kammermehrheit sich zeigten, beweisen, daß in derselben Manche die Gesinnungen und Wünsche des Volkes, wie sie doch bei den Wahlen deutlich genug sich zu erkennen gaben, nicht mehr recht zu wissen scheinen. Darum wolle Jeder, der mit dem Antrage Greils auf Aufhebung des 7. Schuljahres einverstanden ist, auch nicht versäumen, sich an diesen Adressen zu betheiligen.

Inland.

München, 27. Mai. Der Vortrag des Hrn. Abg. Domkapitular Dr. Ant. Schmidt über verschiedene Bitten bayr. Lehrervereine und Gemeinden „die Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer an den deutschen Schulen betr." liegt vollendet vor. Wir werden auf diese umfassende und gründliche Arbeit noch ausführlicher zu sprechen kommen; für heute bemerken wir nun, daß die Anträge des Hrn. Referenten dahin gehen: 1) Die Schuldienstfassionen sollen nach denselben Normen wie solche bei der letzten Revision der Pfründefassionen festgesetzt worden sind, revidirt werden. 2) Das Schuldotationsgesetz vom 10. Nov. 1861 soll in Abs. 2 dahin abgeändert werden, daß an Volksschulen, welche nach fünfjährigem Durchschnitte weniger als fünfzig Schüler zählen, ein ständiger Verweser aufgestellt werden kann, wenn nicht die Lehrstelle bisher schon mit einem Schullehrer besetzt war. 3) Einkommentheile, welche der Lehrer bisher von einzelnen Ortseinwohnern unter dem Namen Kirchentrachten-Läutgarben ꝛc. auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung zu erheben hatten, sollen in fixes Geldreichniß umgewandelt werden und endlich 4) es sollen in das Budget eingestellt werden: für eine Doppelwaise ein Staatszuschuß von jährlich 20 fl., für eine Halbwaise 15 fl., für eine Wittwe 50 fl. Dienstalterszulagen für jeden wirklichen Lehrer und Verweser mit 4 Quinquenien (vom Jahre der Anstellung an gerechnet) á 50 fl.; desgleichen für jeden ständigen Verweser und weltliche Lehrerin 25 fl., außerdem die Summe von 1400 fl. jährlich als Zuschuß an die Kreisfonds zur Erhöhung der Pension der Gehilfen u. weltlichen Lehrerinen. Das Gesammtbedürfniß zur Durchführung dieser Anträge stellt sich auf 881,770 fl. Eine Erhöhung der Minimalgehalte empfiehlt Referent nicht, weil einer solchen, um gerecht zu verfahren, eine Revision der Fassionen vorhergehen müsse. B. K.

München, 27. Mai. Hr. Abgeordneter Grämer, der erst jüngsthin zum Mitgliede des II. Ausschusses gewählt wurde, hat das ihm übertragene Referat über die Nachweisungen bezüglich der Militärrechnungen der Jahre 1866/67 und 68 bereits vollendet. Dasselbe wird morgen im Ausschusse zur Berathung gelangen, mit deren Beendigung der Ausschuß die sämmtlichen Referate über die Nachweisungen erledigt haben und endlich in die Budgetberathung eintreten können wird.

München, 26. Mai. Die meist dem Bauernstande angehörigen Ersatzmänner in den Wahlkreisen der ausgetretenen Abgeordneten Bucher und Lucas haben die Uebernahme der vacant gewordenen Mandate abgelehnt, so daß Neuwahlen stattfinden müssen. Daß Bucher und Lucas wiedergewählt werden, kann bei der Popularität, die dieselben in ihren Wählern namentlich bei der ländlichen Bevölkerung genießen, nicht bezweifelt werden. Dagegen soll für den Kammerpräsidenten v. Weis, der angeblich jene Herren zum Austritt veranlaßt hatte, bereits aus seinem Wahlkreis ein Mißtrauensvotum eingetroffen sein. (Fr. J.)

Der Straub. Ztg. zufolge wird der erste Ersatzmann für den Wahlbezirk Straubing, Privatier Häring von Degendorf, auf das Mandat nicht verzichten, sondern für Herrn Lucas in die Kammer eintreten, welcher er bereits früher 12 Jahre lang angehörte.

Die „Süddeutsche Post", die man wohl als das Hauptorgan der demokratischen Partei in Bayern betrachten kann, fürchtet als nächste Folge der neuesten Krisis in der patriotischen Fraction, daß ein Theil der patr. Abgeordneten sich dem bureaukratischen Regierungsstandpunkte nähern wolle und so die Wiederstandskraft gegen Preußen geschwächt werde, kurz, daß die Fraction in conservative Patrioten mit den Abgeordneten vom Adel und Beamtenstand nebst den Schwaben und in Patrioten der kathol. Volkspartei auseinander gehen werde. Bei der Debatte über den Militäretat, so sagt die „Süd Post," werde es sich zeigen, ob die patr. Conservativen in das Fahrwasser des Frhrn. v. Thüngen einlenken oder fest bleiben. Wir hegen diese Besorgniß nicht, weil wir nicht glauben können, daß die betr. Hrn. Abgeordneten inconsequent werden und aus irgendwelchen Rücksichten der Sache des Volkes, das vor Allem Ersparungen und keine Steuererhöhung erwartet, vergessen sollten. Würden die betr. HH. Abg. bei der Debatte über das ordentliche Militärbudget eine andere Haltung als bei der Discussion über den außerordentlichen Militärcredit einnehmen und dem bureaukratischen Regierungs-Standpunkt sich nähern — trotz solcher Reden, wie sie erst vorige Woche vom grünen Tisch gehört worden sind, — dann gäbe es kein patr. Blatt in Bayern, keinen patr. Verein, der solcher Schwenkung nicht mit aller Entschiedenheit entgegenträte. A. P.

Stuttgart, 25. Mai. Der „Beobachter" berichtet von einem neuen „Rundschreiben gegen die Agitation der Volkspartei." Diesmal sind die Postbeamten an der Reihe. Schon vor 14 Tagen ist an

zed by Google

dieselben von Hrn. Hofacker ein Circular erlassen, welches die Aufforderung enthielt, unter Aufbietung alles Einflusses, den sie in ihrer Gemeinde hätten, im Sinne der Regierung und gegen die volksparteilichen Bestrebungen zu wirken. Hierzu kam nun vor einigen Tagen noch eine Tabelle, zugesandt vom kgl. Oberamt, in welche die Posterpedition angewiesen wird einzutragen, welche Zeitungen und in welcher Anzahl im Orte gelesen werden. Dem gegenüber, meint der „Beobachter", möchte es an der Zeit sein, der Postverwaltung durch die ordentlichen Gerichte des Landes, das Rechtsverhältniß klar machen zu lassen, in dem sie als Zeitungs-Spediteur zu den Verlegern steht, und namentlich die Frage zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen, ob die Post durch ihr Zwangs-Privilegium berechtigt ist, das Vertrauen, welches ihr letztere schenken müssen, zu privatrechtlicher Schädigung ihrer Kunden zu mißbrauchen.

Offiziösen Korrespondenzen österreichischer Blätter zufolge ist Seitens des österreichischen Kabinets jeder weitere Schritt in Rom, ob kollektiv oder nicht, auf das Bestimmteste abgelehnt worden. „Mit dem Konzil" — so soll kurz gefaßt der Inhalt der betreffenden Aeußerung lauten — „haben wir nie etwas zu verhandeln gehabt, und mit der Kurie haben wir nichts mehr zu verhandeln. Von jetzt an haben wir es lediglich mit dem österreichischen Episcopat zu thun, und diesem gegenüber werden wir eintretenden Falls nicht verhandeln, sondern handeln."

Ausland.

Prag, 25. Mai. Der Klerus des Czaslauer Vicariats hat an Cardinal Schwarzenberg in Rom eine Depesche gerichtet, in welcher derselbe aufgefordert wird im Kampfe gegen die Unfehlbarkeit auszuharren. Die deutschen Domcapitulare Kueffen und Jandourek sind in ähnlicher Mission nach Rom gereist.

Prag, 27. Mai. Einer Volksversammlung in Weißwasser, an welcher 4000 Landleute theilnahmen, präsidirte Fürst Taxis. Töchterschuldirector Gabler und Strejschowsky besprachen den nationalen Zwist, und bezeichneten als Gründe die Wahlordnung, die Nichtanerkennung der staatsrechtlichen Forderungen seitens der Deutschböhmen. Die Resolution verdammt die österreichisch-deutsche Politik bezüglich der anzustrebenden Allianz mit Süddeutschland (?) Es wurde die Declaration vertheilt. — Hier soll man aufrührerische Plakate gefunden haben.

Rom, 27. Mai. Rustem Bey verlangt im Namen der Pforte von der päpstlichen Regierung die Herausgabe des Eigenthums und des Besitzes der Antonianer-Mönche.

Konstantinopel, 26. Mai. Der Gouverneur im Libanon hat den Auftrag erhalten die Maroniten gegen die Bedrohung der römischen Propaganda zu unterstützen. Der Patriarch von Syrien hat wegen des Despotismus der römischen Propaganda seine Entlassung gegeben.

Lissabon, 26. Mai. Das Ministerium ist gebildet und hat den Eid geleistet. Saldanha ist zum Ministerpräsidenten, zum Minister des Kriegs und des Aeußern, Sampayo zum Minister des Innern, Ferreira zum Minister der Finanzen und der Justiz, und Acosta zum Marineminister ernannt worden.

Nachrichten aus Toronto zufolge ist die fenische Bewegung an der Ostgrenze Canada's als vollständig gescheitert zu betrachten und sind die Fenier in voller Flucht begriffen.

St. Petersburg, 26. Mai. Die des Mordes des Prinzen von Arenberg angeklagten Personen wurden heute durch den Spruch der Jury des beabsichtigten Raubmordes schuldig befunden und zu fünfzehnjähriger schwerer Bergwerksarbeit und lebenslänglicher Detention in Sibirien verurtheilt.

Aus der Stadt und Provinz.

(Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen.) Vom 17. Mai. (Schluß.) Nachdem das Referat über das Projekt der Errichtung eines Wasserwerkes für die hiesige Stadt vielseitige Verbreitung und Besprechung gefunden hat, erscheint es höchst wünschenswerth, wenn Verbesserungsvorschläge, Anträge, Wünsche, Erinnerungen und Bedenken entweder durch Veröffentlichung in der Presse oder durch schriftliche Einsendung bei dem St.-Mag. zur Kenntniß der Vorberathungskommission gelangen würden, um solche einer ruhigen, eingehenden, und leidenschaftslosen Untersuchung und Würdigung unterziehen zu können, wozu hiemit öffentliche Anregung und Aufforderung ergeht. In dieser für die Stadt so wichtigen Frage, die vom allgemeinen Interesse ist, kann es sich selbstverständlich ebensowenig um politische oder sonstige Parteirücksichten handeln, als es absolut nothwendig erscheint, eine Mehrbelastung der Einwohnerschaft thunlichst zu vermeiden. — Wegen Heranbildung eines Waisenhauszöglings für das Schulfach sei Bittgesuch zur höchsten Stelle zur richten. — Zwei Hrn. Magistratsräthen sein je 4wöchentlicher Geschäftsurlaub zu ertheilen. — Im Betreff der Umgestaltung der Lokalirrenanstalt St. Getreu wurde durch die k. Regierung die Curatelgenehmigung ertheilt. Auf Vorschlag der Vorberathungskommission soll aber im Interesse einer soliden und nachhaltigen Bauführung für dieses Jahr nur die Herstellung der äußeren Arbeiten im Hohbau vollendet werden, während die inneren Arbeiten erst im nächsten Frühjahre in Angriff genommen werden sollen. Der Bauschillingstilgungsplan sei nach eingeholter Zustimmung der HH. Stadtg m.-Bevollmächtigten der k. Regierung in Vortage zu bringen. — Auf ein Gesuch der Gemeinde Bischberg um Abgabe von Fichtenbäumchen aus der Spitalrevier Weippelsdorf zu einer Prozession kann nicht eingegangen werden. — Die Rechnung über die für das Haus der Unheilbaren u. das Bürgerspital angeschafften 2 Krankenhebemaschinen zu je 45 fl sei zur Zahlung einzuweisen. — Gegen 2 auswärtige Hypothekschuldner sei der Verkauf des Grundvermögens derselben zu veranlassen. — Die Verpachtung der bürgerspitäl. Brauerei auf dem Michaelsberge an den H. Brauer Eduard Schober dahier um das Meistgebot von 950 fl. sei zu genehmigen. — Nach einer Mittheilung des hies. Gartenbauvereins, welche mit Dank acceptirt wurde, soll vom Monate Juni an der erbotene Unterricht Obstveredlung in dessen Baumschule auf dem Kaulberge an die Candidaten des hiesigen Schullehrerseminars und an die Schüler der Gewerbs- und der gewerblichen Fortbildungsschule durch H. Kunstgärtner Leuchner ertheilt werden. — Die Meßwachtgelder wurden zur Zahlung durch die Stadtkämmerei im Betrage von 172 fl. eingewiesen.

Digitized by Google

Bekanntmachung.

In Folge des mit 1. Juni l. Js. in's Leben tretenden neuen Eisenbahn-Fahrten-Planes werden die hiesigen Stadtbriefkästen um

7 Uhr früh, 10½ Uhr Vormittags, 12½ Uhr Mittags 2½ Uhr Nachmittags, 5½ Uhr Abends und 7½ Uhr Abends,

sodann der als Nachtbotte bestimmte Briefkasten an der früheren Hauptwache außerdem um 11½ Uhr Nachts ausgewechselt und zum Bahnhofe verbracht.

Bamberg, den 27. Mai 1870.

Königliches Ober-Post- und Bahnamt.

Baumann. Panzer.

Oberammergauer Passionsspiel.

Wohnungs-Vermittelung.

Die Unterzeichneten sind in der Lage, in „Oberammergau" für dort aukommende Gäste sicher und billig Wohnungen zu besorgen, und laden die hochw. Geistlichkeit, Mitglieder der katholischen Casino's und die kath. Vereine ein, von dieser aufs beste organisirten Unternehmung Gebrauch zu machen. Es wird indeß für Jedermann, besonders für Frauenzimmer und für die Jugend, welche ohne Aufsichtsbegleitung dort ankommen, für eine solide und anständige Unterkunft gesorgt.

Zur Einhaltung einer unbedingt nothwendigen Ordnung ist festgestellt:

1) Alle Karten lauten auf Namen mit laufenden Nummern und werden auf mündliche und schriftliche Bestellung in 1

F. Gypen's Kunsthandlung in München,

Neuhausergasse Nr. 50,

gegen Erlag oder Einsendung von 30 kr. abgegeben oder umgehend versandt.

2) Anmeldungen müssen vier Tage vor jedem Spiel geschehen, und solche für große Familien oder Gesellschaften, welche zusammen wohnen wollen, sind zur Vorsicht acht Tage vorher zu machen. Nach folgendem Theaterbilletstarif werden auch diese besorgt, indeß ist für die Billets der Betrag des gewünschten Platzes beizulegen.

3) Die in Oberammergau Ankommenden haben sich in die Wohnungs-Vermittlungslokalität, zunächst dem Theater, zu begeben und werden gegen Vorzeigung der in Händen habenden Billets sofort in ihre Wohnung begleitet.

F. Gypen's Kunsthandlung u. Schauer,

ehemal. Gem.-Vorst. in Oberammergau.

Programm zu den Passionsvorstellungen.

Am Vorabende 7 Uhr und am Tage der Aufführung früh 5 Uhr Musik durch die Straßen des Dorfes. — Um 6 Uhr Eröffnung des Theaters zu den Sitzplätzen. — Um 8 Uhr Anfang der Vorstellung. Nach der 1. Abtheilung 1 Stunde Pause. Schluß gegen 5 Uhr Nachmittags.

Tage der Vorstellungen:

6., 12., u. 25. Juni. — 3., 10., 17., 24. u. 31. Juli. — 7., 14., 21. u. 28. August. — 8., 11., 18., 55. und 29. September 1870.

Preise der Plätze:

I. Logenplatz 3 fl. — II. Logenplatz 2 fl. 30 kr. — III. Logenplatz 2 fl. — Parterre: I. Platz 1 fl. 45 kr. — II. Platz 1 fl. — III. Platz 48 kr. — IV. Platz 30 kr. Kinder zahlen auf allen Plätzen mit Ausnahme der Logenplätze die Hälfte.

Specialität

Central-Luftheizung und **Ventilation** für Gebäude und Trocken-Anlagen aller Art, insbesondere auch **Kirchen** und **Schulen**, von 1

Boyer & Consorten.

Ludwigshafen a/Rh.

Zwickauer Pechkohle

I. Qual.

empfehle den Herren Ziegeleibesitzern bei Abnahme von 50—100 Ztr. zu Grubenpreisen

J. B. Bayer jun.

Aerztliche Begutachtung.

Ich bescheinige andurch, daß die **Stollwerck'schen Brust-Bonbons** in leichten katarrhalischen und Brust-Affektionen, daherrührender Heiserkeit u. trockenem Reizhusten sehr zu empfehlen sind. Sodann muß noch besonders hervorgehoben werden, daß sich in diesen Brustbonbons, von deren Bestandtheilen ich Einsicht erhielt, keine der Gesundheit nachhaltige Stoffe vorfinden.

Dr. Lemke, kgl. Oberstabsarzt.

Die Stollwerck'schen Brustbonbons sind in versiegelten Packetchen mit Gebrauchsanweisung á 14 kr. stets vorräthig in Bamberg bei

J. B. Haußmann,
Hofkonditor **B. Wenglein,** und
F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker **Barthel,**
Ebermannstadt bei Abothk. **Krauß,**
Forchheim bei Apoth. Dr. O. **Schmidt,**
Hollfeld bei Apoth. **Hartung** und Conditor G. **Gardill;**
Memmelsdorf bei Chr. **Reich,**
Schützelfeld bei A. **Hohbach,**
Stadtsteinach bei Apoth. E. **Heysler,**
Streitberg bei Joh. **Dauer,**
Thurnau bei Apothek. W. **Gebhardt,**
Weischenfeld bei Georg **Lauer,**
Zeil bei J. B. **Pöllath.**

Abfahrt und Ankunft

der Eisenbahnzüge in Bamberg vom 1. Juni 1870 an gültig.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:	Ankunft:
Die mit * bezeichn. Züge geben über Ingolstadt, die mit † über Augsburg.	
1[45] früh Schnellz. †*	12[40] Nacht Schnellz. †*
5 früh Postz. †	4[45] früh Postzug *
8[5] „ Schnellz.*	7[45] „ Güt. v. Nbg.
12[25] Mitt. Postz. †*	9[15] „ „ v. Nördl. u. Ingolst.
2[30] „ Schnellz.*	1[10] Mitt. Schnellz.*
3[30] „ Güt. b. Nbg.	2[20] „ Postzug †*
5[30] „ „ bis Nördl. u. Ingolst.	8 Abd. Schnellz.*
11[30] Ab. Postz. *	10 Nacht. Postzug †

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln.

4 früh Postzug.	12[15] Nachts Postzg.
8[5] „ Schnellz.	9[25] früh Güterzug.
10 „ Postzug.	1[10] Mitt. Schnellz.
2[30] Mitt. Schnellzg.	2[20] „ Güterz.
3 Nchm. Güterzg.	6[15] Abd. Postz.
6[25] Abd. „	7[40] „ Schnellzug

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[45] Nachts Schnellz.	1[40] früh Schnellz.
5 früh Postzug.	6[30] „ Güterz.
9[25] „ Lokalzug	7[45] „ Schnellz.
1[15] Mitt. Schnellz.	12 Mitt. Güterz.
3[30] „ Güterz.	2[10] Mitt. Schnellzg.
6[30] Abd. „	5[4] Abd. Lokalz.
8[5] „ Schnellz.	11 Nacht. Postzug.

Heute C.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 126. Dienstag, den 31. Mai. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 29. Mai. Die Tagesordnung für die auf Dienstag den 31. Mai Vormittags 9 Uhr angesetzte öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten lautet: 1) Vortrag des Referenten im 4. Ausschusse über den Antrag des Abg. Dr. Edel: einen Gesetzentwurf die Befriedigung der Cultusbedürfnisse u. Verwaltung des Vermögens der Kirchengemeinden betr.; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 2) Vortrag des Referenten im 2. Ausschusse über die Petition des Vereins bayerischer Müller und Mühlinteressenten um Revision der Besteuerung der Getreidemühlen; Berathung und Beschlußfassung hierüber. 3) Vortrag des Referenten im 2. Ausschusse über die Staatseinnahmen pro 1866|67, dann über die Staatseinnahmen und Verwaltungsausgaben pro 1868; Berathung und Beschlußfassung hierüber.

Der 3. Ausschuß der Kammer der Abg. hat die Bitte der Stadtgemeinde Höchstadt a|A. wegen des Eisenbahnbaues von Bayreuth nach Forchheim, da der Minister von Schlör erklärt hatte, daß die Staatsregierung wegen Terrain-Schwierigkeiten dieser Linie nicht auf die gestellte Bitte eingehen könne, einstimmig abgelehnt und die Bitte derselben Stadtgemeinde sowie anderer Städte und Gemeinden wegen des auf Staatskosten zu unternehmenden Baues einer Eisenbahn von Forchheim oder Bamberg über Höchstadt und Windsheim nach Rothenburg a. d. Tauber, mit allen gegen die Stimme des Abg. Grieninger, welcher die Anordnung näherer Erhebung beantragt, abgelehnt.

München, 29. Mai. Aus dem Wahlbezirke Forchheim war schon vor einigen Monaten eine Reklamation an die Kammer der Abgeordneten gelangt, welche behauptet, daß dortselbst Bestechungen u. Bedrohungen von Wählern stattgefunden haben. Die deßhalb eingeleitete gerichtl. Untersuchung — welche der Referent über die Reklamationen, der 1. Kammersekretär Dr. Jörg, veranlaßt hatte — hat jedoch, wie ich vernehme, ergeben, daß die in der Reklamation aufgestellte Behauptung nicht erwiesen werden konnte. Der Herr Referent wird deßhalb auch beantragen, die Reklamation als unbegründet abzuweisen. (Das war vorauszusehen, daß eine solche gemeine Reklamation nur ein fortschrittl. Kniff von Seite der Hrn. N. N. war.)

Nach der „Frkf. Ztg." hätten die sämmtlichen Ersatzmänner für die ausgetretenen Abgg. Lucas u. Bucher ihr Mandat abgelehnt und deßhalb neue Wahlen stattzufinden, so kann dem entgegen versichert werden, daß zur Zeit noch nicht einmal eine Aufforderung zum Eintritt in die Kammer an die betr. Ersatzmänner ergangen ist und sohin dieselben auch noch gar nicht in der Lage waren, eine Erklärung über Ablehnung oder Annahme des Mandats zu geben. Die bezügliche Aufforderung an die ersten Ersatzmänner der beiden Wahlbezirke kann erst erfolgen, wenn das Präsidium der Kammer in den nächsten Tagen deren Legimation geprüft hat, zu welchem Behufe die Wahlakten aus dem Staatsministerium des Innern reklamirt werden.

Mit Recht ist es aufgefallen, daß die „Augsb. Abdztg", ein der patriot. Fraktion so feindseliges Blatt, einen Bericht über die Clubsitzung brachte, welche dem Austritte von Bucher und Lucas voranging. Dies kann nur die Folge einer unverzeihlichen Indiscretion oder einer mehr als zweideutigen Rolle eines patr. Abgeordneten sein.

München, 28. Mai. Die fortschrittl. „Kempt. Ztg." entlehnt der „Main-Zeitg." folgende Charakteristik unserer patr. Abgeordneten: „In der bayer. Kammer geht's schier wie in einer Bauernkneipe zu; man wirft sich Worte an den Kopf, wie im Wirthshause die Gläser u. Stühle heumfliegen; parlamentarischer Takt, parlamentarische Ausdrucksweise scheinen mit dem Eintritte der ultramontanen Mehrheit verbannt. Die Zurücksetzung der Katholiken wird von der ultramontanen Sippe in den stärksten, zum Theile gemeinen Redensarten an den Haaren herumgezogen. Vor Allem macht sich darin der ehrw. Professor Greil breit; was an parlamentarischer Unflätherei geleistet werden kann, leistet dieser Held im Schimpfen und Schelten ..." So schreibt ein fortschrittliches Blatt über die patriotischen Abgeordneten! Wann hat jemals ein patriot. Blatt in so gemeiner Weise sich über einen fortschrittlichen Abgeordneten

Digitized by Google

ausgelassen? Und doch fällt es der fortschrittlichen Fraktion gar nicht ein, ihre Schmutzblätter zu desavouiren! Nicht einmal leisen Tadel hat man jemals von der linken Seite des Abgeordnetenhauses über die Unfläthigkeiten der zügellosen fortschrittl. Presse gehört. Es ist nöthig, daß ein patr. Abgeordneter fortan solche fortschrittliche Preßexcesse registrirt, um den HH. Dr. Völk und Stauffenberg den fortschrittl. Parteispiegel vorzuhalten, wenn sie wieder vor fremder Thüre kehren und vom Desavouiren patriotischer Blätter reden wollen.

Wir haben vor einigen Wochen gemeldet, daß Dank dem fortschrittlichem Gebahren des Münchener Magistrats die dortige Frohnleichnamsprozession nicht abgehalten werden kann. Nun hat sich dort ein Verein gebildet, wodurch es möglich ist, daß dieselbe nicht nur heuer, sondern auch künftig öffentlich abgehalten werden wird. — Nur fest zusammenstehen, mit vereinten Kräften läßt sich Alles erzwingen!

Der Rosenberg führt nicht umsonst diesen Namen, wenn wir an die politischen patriot. Martyrer, die dort beherbergt sind, denken. Ein weiterer Bewohner wird zum neunmonatlichen Aufenthalte am 1. Juni dort eintreffen; es ist dies der Redakteur des Allgäuer Volksblattes, Dr. Schneider, der wegen Abdruck von 2 Artikeln aus andern Blättern, die dort unbeanstandet geblieben sind, die Rosenveste beziehen soll. Hier findet sich die Elite, die der Dr. Völk stets in der Kammer zitirt als die großen Staats-Verbrecher.

Der Sitz des Appellationsgerichts von Schwaben und Neuburg wird mit dem 1. Juli d. Js. in Folge Entschließung des Justizministeriums von Neuburg nach Augsburg verlegt, und hat dasselbe an diesem Tage seine Amtsverrichtungen zu beginnen.

Regensburg, 29. Mai. Der Feuerwehrtag ist heute mit einem musikalischen Morgengruß eingeleitet worden. Um 3 Uhr Nachmittags findet der Abmarsch durch die Hauptstraßen von Stadtamhof und Regensburg nach der Schießhauswiese statt. Der Festplatz auf der Schießstätte erfreute sich gestern bereits des lebhaftesten Besuches. Fremde Feuerwehrmänner strömten zu Wasser und zu Lande der alten Ratisbona zu. Die Ankömmlinge der Nachmittagszüge wurden vom Komite und von zahlreichen hiesigen Feuerwehrmännern empfangen. Besonders lebhaft war die Betheiligung der Stadt, als gegen 6 Uhr Böllersalven die Ankunft der „Bavaria" meldeten, welche an 300 Gäste aus der obern Donaugegend brachte. Unmittelbar darauf brachte der Nürnberger Zug eine ebenso große, wenn nicht größere Anzahl fränkischer Gäste. Ein wolkenloser Himmel verspricht das günstigste Wetter.

Ausland.

Prag, 28. Mai. Die wegen Besitz einer geheimen Presse verhafteten acht Studenten und Gewerbsleute sollen Mitglieder des Geheimbundes Bl... sein. Man will wissen, daß Zweigvereine im L... bestehen. Vereinszweck sei: allgemeine Empör... Losreißung von Oesterreich; bei Verhafteten will ... kompromittirende zum Duck vorbereitete Schri... vorgefunden haben. Heute wurden neue Verhaftun... vorgenommen.

Paris, 27. Mai. Laut eines kaiserlichen ... kretes, welches die gestrige „Amtszeitung" veröffen... werden „in Erwägung, daß Grund vorhanden, ... Form der Promulgirung der von heute ab ... Senat und vom Gesetzgebenden Körper anzunehm... den Gesetze abzuändern," von nun an die Gesetze ... nachstehender Form promulgirt werden: . . . (B... name des Kaisers) von Gottes und Volkes Gna... Kaiser der Franzosen, entbieten allen Gegenwärti... und Kommenden unsern Gruß.

Florenz, 28. Mai. Der „Economista" meld... Die franz. Regierung hat den betheiligten Cabinet... einen Gegenentwurf betreffs der ägyptischen Ju... reform mitgetheilt. — In Marokko herrscht in Fo... Betretens des marokkanischen Bodens durch ein fra... Expeditionskorps große Aufregung. Einige mar... kanische Stämme gehen den Franzosen entgegen.

Turin, 27. Mai. Nach der Turiner Zeitu... soll Garibaldi Caprera verlassen haben. Die N... richt von Ricciotti Garibaldi's Verhaftung ist ... richtig. Weil für den 25. republikanische Erhebung... befürchtet waren, erhielten Präfekten und Milit... Behörden Weisungen zu außerordentlichen Maßregel...

Rom, 21. Mai. In der heutigen Sitzung des Konzils, der 56. Generalkongregation, erwiderte zum Beginne Msgr. Patriz Leahy, Erzbischof von Cashel (Irland), als Kommissionsmitglied auf einige Einwendungen der gestrigen Redner und überließ dann das Wort den Bischöfen Andreas Räß von Straßburg (entschiedener Infallibilist), Peter Paul Trucchi von Forli und Franz Petagea von Castellamare. Die Zahl der Vormerkungen zu den Reden mehrt sich täglich; schon sind 70 Redner eingezeichnet, die alle über das Schema de ecclesia im Allgemeinen sprechen wollen. Da nach dieser Diskussion noch die einzelnen Kapitel zu berathen sind, so wird die Lösung der großen Frage kaum bis zum Feste St. Peter und Paul möglich sein; der Papst ist zufrieden, wenn sie auch erst bis Mariä Himmelfahrt zur Publikation reif wird. Die Hitze hat sich seit der letzten Woche merklich gesteigert; der Thermometer erreichte dieser Tage 29—31 Grad R. (Die als tropisch geschilderte Hitze hat auch die vielverschrieene Konzilshalle zu Ehren gebracht. Eine Korrespondenz in der Nat.-Ztg erklärt sie jetzt für das geeignetste Lokal, weil sie allein die Kühle gewähre, die anderswo in Rom nicht zu finden sei.)

Madrid, 28. Mai. Moret legt in den Cortes einen Gesetzentwurf über die Abschaffung der Sklaverei vor, welcher jedes nach Verkündung des Ge-

Digitized by Google

setzes geborne Kind für frei erklärt. Die Regierung wird für je 50 sp. Thaler alle seit dem 18. Sept. 1868 gebornen loskaufen.

Die in Paris erscheinende Histoire will aus ganz sicherer Quelle wissen, daß Prim die spanische Krone Espartero nur deßhalb angeboten habe, weil er im Voraus einer Ablehnung gewiß gewesen, daß Prim und Serrano ganz und gar für die Sache des Herzogs von Montpensier gewonnen seien, daß zwischen Prim und dem Herzog eine geheime Korrespondenz bestehe und ein vollkommenes Einvernehmen hergestellt und daß endlich Alles, was in diesem Augenblicke geschehe, nur auf Täuschung berechnet sei.

Warschau, 20. Mai. Gegen den Bischof von Zitomir, Msgr. Borowski, haben die russischen Behörden einen neuen Anklagepunkr in dem Umstande gefunden, daß er direkt an den Papst eine Klage gegen die russische Regierung gerichtet hat, worin die russische Jurisprudenz einen Akt des Hochverraths erblickt. Man erwartet täglich das Dekret, in welchem die Deportation dieses greisen Kämpfers für die Freiheit der kath. Kirche in Polen verfügt wird.

Vermischtes.

In Neuburg wurde vor einigen Tagen das Testament der verstorbenen Eisenhändlerswittwe Wolf eröffnet. Nach demselben hat sie der Stadt Neuburg folgende Legate bestimmt: 12,000 fl. zur Gründung eines Benefiziums in der hl. Geistpfarrei, 5000 fl. für Verbreitung des christl. Glaubens (Missionen), 5000 fl. für das Bürgerspital — worüber der Fortschritt ganz ungehalten ist und meint, man hätte das Geld besser für die Armen verwenden können — dann noch 5000 fl. für den hl. Vater Pius IX. Das schönste Werk aber hat diese Frau wohl dadurch errichtet, daß sie die Bestimmung getroffen, sämmtliche Kapitalien zu 4 Proz. angelegt, dürfen innerhalb 3 Jahren nicht gekündigt, der Zinsfuß nicht erhöht werden. Ehre dieser Frau!

Literarisches.

Augsburg, im April. Im Verlage des Literarischen Instituts von Dr. M. Huttler und der Kranzfelder'schen Buchhandluug in Augsburg ist so eben nachstehende Novität erschienen: „Die Privatanstalten zur Hebung des Wohles der arbeitenden Klassen in den Fabriken des Oberrheins." Bericht an das Departemental Comite für die allgemeine Industrie-Ausstellung von 1867 von A. Penot. (Preis 36 kr. südd. Whrg.) Dem Vorworte zu demselben entnehmen wir folgenden Passus: „Eine Lösung des großen Problems der socialen Frage ist mit den fast zahllosen Privatunternehmungen zur Hebung des Wohles der Arbeiterbevölkerung in den Fabrik-Etablissements des Oberrheines, von denen uns die vorliegende Schrift berichtet, allerdings nicht erreicht, jedenfalls ist aber dort für das faktische Wohlbefinden des Arbeiters praktisch mehr gethan und geleistet worden, als bis dato mit bekannten andern selbst noch sehr problematischen und unfruchtbaren Theorien. Die Privatunternehmungen, von denen die Schrift mehr oder minder ausführlichen Bericht erstattet, entsprießen alle dem Boden des Genossenschaftswesens und sie gedeihen da am besten, wo ächte Nächstenliebe ihrer Pflege sich widmet und annimmt; die Anregung und Förderung dieser Associationen ging aber meistens nicht von den Arbeitern selbst, sondern von den Fabrikanten aus, wie diese auch die namhaftesten Beiträge zu den kleinen Erübrigungen der Theilnehmer aus dem Arbeiterstande hinzufügten und mit Rath und That über das Gedeihen dieser so mannigfachen Genossenschaften sorgsam wachen. Wir zweifeln nicht, daß eine Uebersetzung dieser Schrift aus dem Französischen auch in deutschen Kreisen vielfach anregend wirken könne. Die Privatanstalten, von denen in der vorliegenden Schrift näherer Bericht erstattet wird, beziehen sich auf religiöse Gebäude, Erziehung und Unterricht, Wohnungen, Versicherungen, Zufluchtsstätten für junge Mädchen, Lebensmittel, Kleider und Haushaltungsgegenstände, Bad- und Waschanstalten, Vorsichtsmaßregeln gegen Unglücksfälle durch Maschinen, Vereine fur gegenseitige Hilfe in Krankheitsfällen, Aerztlichen Dienst, Theilnehmer Genossenschaften, Sparkassen, Hilfs- und Darlehenskassen, Prämien, Abzugskassen, Abhilfe für Greise, Hausunterstützungen, Lebensversicherungen. Unterstützungen für Wöchnerinnen, Heirathen und legitimirte Kinder und Comite's für Wohlthätigkeit überhaupt.

Bamberg, 31. Mai. Heute ist unser Abg. Hr. Dr. Schüttinger vollständig hergestellt wieder nach München abgereist. Wie wir vernehmen, haben die hies. patriot. Wahlmänner beschlossen, an den unsere Stadt vertretenden Abgeordneten Hrn. Domkapitular Henning eine Vorstellung gegen das 7. Schuljahr einzureichen, um sie zur Kenntniß des Klubs gelangen zu lassen. (Wo bleibt denn aber eine Zustimmungsadresse zu dem Greil'schen Referate, wie es von Seite patr. Wahlmänner und Urwähler in Regensburg geschehen?)

Aus der öffentl. Sitzung der Stadtgemeindebevollmächtigten vom 27. Mai l. Js.

Anwesende Mitglieder 30. — Die in der letzten Sitzung beschlossene Beschwerde an die k. Regierung von Oberfranken gegen einen Magistr.-Beschluß über die Anlage und Unterhaltung von Trottoirs in hies. Stadt wurde in Vorlage gebracht und einstimmig genehmigt. — Eine Einladung von Seite der Vorstandschaft des Kleinkinderpflegevereins im 3. St.-Distr. zur Eröffnung der Kleinkinderbewahranstalt in demselben Distrikte am 1. Juni d. J. hat zur erfreulichen Nachricht gedient. — Der Beschluß des St.-Mag., die Aufstellung des Polizeisoldaten U. Ritter als Hausmeister im hies. Rathhause hat zur Kenntnißnahme gedient.

Den Bürgerrechtsgesuchen der HH. Kaufleute Math. Rosenwald aus Burgebrach und A. Meininger aus Burgkundstadt wurde Zustimmung ertheilt. — Das magistratische Anschreiben vom 24. d. M. im Betr. des Pflasterzolles hat zur Nachricht gedient; gegen die beigefügte ortspolizeiliche Vorschrift wurde nichts erinnert. — Die Notifikation, daß die bürgerspitäl. Brauerei dem meistbietenden H. Brauer E. Schoder unter den im Pachtprotokolle vom 25. Mai l. J. aufgestellten Bedingungen um das gelegte Meistgebot von 950 fl. auf die Dauer von 5 Jahren in Pacht gegeben wurde, hat zur Nachricht gedient. — Dem magistrat. Beschlusse über dem zeitgemäßen Umbau der Lokalirrenanstalt St. Getreu sowie dem vorgelegten Schuldentilgungsplane wurde einstimmig zugestimmt. — Gegen die Aufstellung des Pfründners Karl als Gallerieaufseher in der städt. Bildergallerie sowie gegen die Instruktion für denselben wurde nichts erinnert und nur der Wunsch angereiht, daß der unentgeldliche freie Eintritt an Sonntagen auch auf die „Feiertage" ausgedehnt werden möge. — Der Instruktion für den städt. Revisor wurde mit einigen prinzipiellen Modifikationen Zustimmung ertheilt.

Digitized by Google

SCHULZE UND MÜLLER
auf der Casseler Industrie-Ausstellung 1870.

Ende dieses Monats wird im Verlage der Luckhardt'schen Buchhandlung hierselbst eine humoristische Broschure

Schulze und Müller auf der Casseler Industrie-Ausstellung 1870

in Oktav-Format erscheinen, welche in Bezug auf Ausstattung, Inhalt ꝛc. den bisher erschienenen in jeder Hinsicht gleichkommt, wenn nicht dieselben übertrifft, da die bedeutendsten Kräfte auf dem Gebiete des „Humors und der Satyre" für das Unternehmen von dem Verleger gewonnen worden sind. Die Auflage ist einstweilen auf

10,000 Exemplare

festgesetzt, doch zweifeln wir nicht daß eine bedeutend größere nothwendig sein wird, um allen Nachfragen genügen zu können. Der Broschure wird auch ein

Anhang für Inserate

beigegeben werden, deren Annahme ausschließlich uns übertragen worden ist

Daß bei der voraussichtlich außerordentlichen Verbreitung des Werkchens (dessen Verkaufspreis, soweit bis jetzt bestimmt, auf nur 5 Sgr. fixirt ist) Annoncen jeglicher Art von dem größten Erfolg begleitet sein müssen, brauchen wir wohl nicht zu versichern, und haben wir in der Hoffnung auf eine sehr zahlreiche Betheiligung seitens des inserirenden Publikum den Insertionspreis

für ¼ Seite auf nur Thlr. 5. —, — ⅜ S. thl. 3. 25 sgr., — ½ S. thl. 2. 25 sgr., — ¼ S. thl. 1. 20 sgr. festgesetzt.

Th. Dietrich & Co. in Cassel,

Annoncen-Bureau für sämmtliche in- und ausländische Zeitungen.

5000 Auflage.

Nur 1 fl. oder 15 Sgr. pr. Quartal.

DIE DONAU

ist die billigste, mindestens 2 Bogen, 16 Seiten stark erscheinende

belletristisch-humoristisch-satirische Zeitschrift,

redigirt unter Mitwirkung der beliebtesten Schriftstellern der Gegenwart, als: Aug. Schrader. Dr. Theod. Wahl, Ernst Willkomm, O. Moser, Mor. Horn, Louis Rullmann, Fr. Lubojatzky, Dr. W. Andreae. Die Aufgabe der „Donau" ist, Geist und Herz in üppiger Fülle für das Schöne des Fortschritts, die Erhabenheit der Poesie und der bildenden Künste stets in reger Aufmerksamkeit zu erhalten. Unsere Blätter bringen demnächst wahrheitsgetreue Skizzen, spannende Erzählungen, und Romane, Gedichte, Chronik der Woche, Buntes aus der Welt, der Ereignisse im In- und Auslande.

5000 Auflage.

Außerdem bringt die Donau einschlägige Illustrationen, und wendet ihr Augenmerk auch auf den humoristisch-satyrisch-illustrirten Theil, unter dem Titel: „Fliegende Blätter", welcher reichhaltigst ausgestattet, nicht verfehlen dürfte, die Heiterkeit der geehrten Leser stets zu erregen. „Die Donau" erscheint jeden Sonntag und kostet viertelj. nur 1 fl. halbj. nur 2 fl. fürs Ausl. durch die Post „ „ 15 Gr. „ „ 1 Thlr. bietet somit eine spannende, reichhaltigst ausgestattete Lectüre und sind diese Unterhaltungsblätter des besonders billigen Abonnementpreises wegen jeder Familie bestens empfohlen.

Die Donau Pest, Königsgasse Nr. 47.

Durch das Literarische Institut und die Kranzfelder'sche Buchhandlung ist zu beziehen:

Der Weinstock

am Spalier und in Töpfen, sowie im Dienste des Altars.

Praktische Anleitung, den Rebstock sowohl nach den älteren Grundsätzen Kolbe's, als auch nach dem neuesten Kulturverfahren von Hardy u. Jäger am Spalier zu erziehen; mit Beifügung verschiedener zweckdienlicher Andeutungen, nebst einer kleinen Anleitung zur Topfkultur und Weinerzielung.

Mit 31 in den Text gedruckten Abbildungen.

Bearbeitet von **Karl Schmid.** Preis 27 kr.

Die Gerichtsvollzieherordnung vom 11. Mai 1870 nebst den Verordnungen die Amtswohnsitze, Gebühren-Ordnung u. die Zustellung in Strafsachen ꝛc. betr.

[Preis 9 kr.] vorräthig bei **Otto Reindl.**

Offene Stelle.

Als Aufsichts- und Verwaltungs-Beamter über eine ländliche Besitzung (Ziegelei) wird eine geeignete Persönlichkeit mit einem Jahreseinkommen von 500 Thlr. dauernd zu engagiren gesucht durch den Kaufmann **L. F. W. Körner**, Berlin, Friedrichsstrasse 20.

Avis
für Metzgergesellen.

Wie wir hören, bereiten die Metzgergesellen in Frankfurt a. M. auch eine

Arbeits-Einstellung

vor, es wäre deshalb ein fruchtbares Feld für die arbeitslosen Metzger daselbst eröffnet.

Zwickauer Pechkohlen

I. Qual.

empfehle den Herren Ziegeleibesitzern bei Abnahme von 50—100 Ztr. zu Grubenpreisen

J. B. Bayer jun.

Vorlagen

(Musterblätter)

zu

Laubsäge-Arbeiten,

vorzüglich zu schönen Uhrgehäusen, Rähmchen, Körbchen ꝛc. pro Blatt 6, 8, u. 9 kr. vorräthig bei

Otto Reindl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 127. Mittwoch, den 1. Juni 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Nochmals das siebente Schuljahr.

Allenthalben im Lande regt sich der Geist der Unzufriedenheit gegen das eingeführte siebente Schuljahr. Auch von hier aus geht eine Vorstellung zunächst an unsern Abgeordneten, um sie der Kammermajoritä vorzulegen. Die hiesigen patriot. Wahlmänner haben sich in einer zu diesem Zwecke anberaumten Zusammenkunft geeinigt und die Bedenken und Einwendungen, die die N. Bambg. Zeitg. (in Nr. 114, 119 u. 125) bereits besprochen hat, als Richtschnur für dieselbe anerkannt und noch folgende Zusätze angenommen.

1) Wenn an die Stelle der seitherigen, weitwendigen und dadurch unwirksamen Einschreitungsmittel gegen die immer mehr überhand nehmenden Schulversäumnisse, zumal im 7. Schuljahre raschere und wirksamere, der früheren Einschreitungsweise ähnlich, wieder gesetzt würden, so könnte sicher und erfahrungsgemäß in sechs Schuljahren, ebensoviel und mehr, bei geregeltem Schulbesuche geleistet werden, als bei dem seitherigen sieben mit ungeregeltem vielfach mangelhaften Schulbesuche.

2) Auch die kath. Kirche hielt wohl aus ähnlichen Gründen das siebente Schuljahr nicht für ersprießlich und deshalb auch nicht veranlaßt, den Empfang der ersten hl. Communion vom 12. auf das 13. Lebensjahr zu verlegen; wenn sie es gleich zur besseren Erzielung des Schulbesuches versuchsweise den Lokalschulinspektoren resp. Pfarrern gestattete.

3) Das siebente Schuljahr ist nicht nur nicht auf dem Lande, sondern fast noch weniger in der Stadt nothwendig, in der für die Fortbildung durch weibliche Industrie, Zeichen-, Handwerks-, Gewerbs- und technische Schulen ausreichende Mittel geboten sind.

4) Das siebente Schuljahr wird auch bei den schärfsten und raschesten Einschreitungsmitteln immer ein lückenhaftes im Schulbesuche bleiben, weil Noth Eisen bricht und die Bauers-, Gärtners-, Häckers-, Gewerbsleute ꝛc., die der erwachsenen Söhne und Töchter in Ermangelung von Taglöhnern u. Hülfsarbeitern u. deren Kostspieligkeit dringendst bedürfen, lieber Schulstrafen zahlen und leiden, als ihre erwachsenen Kinder entbehren, die ihnen unverhältnißmäßig mehr verdienen helfen.

5) Mehrfach ist das Vorkommniß: daß die besser begabten Schüler im 7. Schuljahr, da sie Nichts Neues lernen, nachlässig werden, müssig gehen und arbeitsscheu auch für die Zukunft werden.

6) Auch die Lehrer werden und müssen erfahrungsgemäß gegen das 7. Schuljahr sein und wenn sich Einzelne nicht dafür erklären, so dürfte der Grund der Entgang von Schulgeldern sein, wofür sie anderweitig entschädigt werden könnten.

7) Man könnte einwenden; warum thut es bei den Protestanten gut? Einmal, weil es in einer früheren durch bessere Einschreitungsmittel viel günstigeren Zeit durch die Confirmation im 13. Lebensjahre ein- und fortgeführt ward; wiewohl auch bei diesen das 7. Schuljahr meist lückenhaft besucht, mehr zur Vorbereitung auf den Confirmationsunterricht dient. Erfahrungsgemäß aber waren die Schulen der Protestanten bei den noch sechs Schuljahren der Katholiken nicht besser, als diese.

Inland.

München, 31. Mai. Die Abgeordnetenkammer hat den Antrag Edels, betreffend die Vorlage eines Gesetzentwurfs über Befriedigung der Cultusbedürfnisse und Cultus-Vermögensverwaltung, nach den Ausschußvorschlägen einstimmig angenommen, und der Cultusminister hat eine solche Gesetzesvorlage zugesagt. Das Gesuch bayerischer Müller um Revision der Getreidemühlenbesteuerung wurde abgewiesen.

In der am Samstag stattgefundenen Sitzung des 2. Ausschusses erstattete der als Referent bestellt Abg. Crämer Vortrag über die Nachweisungen der Militärrechnungen für 1866/67, und wurde dessen Referat einstimmig gutgeheißen. Der Schlußantrag des Referates lautet: „Es sey den Nachweisungen über die Militärrechnungen des Jahres 1866/67 mit Einschluß des 5. Quartals (Oktober, November, Dez. 1867) die Anerkennung zu ertheilen; es sei der aus dem Reichsreservefond zur Deckung der höheren Ausgaben für Militärpensionen und Medaillen-Zulagen erhobenen Summe von 262,563 fl. 30 kr. die nach-

Digitized by Google

gesuchte Genehmigung zu ertheilen." Die für Militärpensionen und Medaillenzulagen bewilligte Summe war nämlich um 262,563 fl. 30 kr. überschritten worden und wurde zu deren Deckung der Reichs-Reservefond in Angriff genommen; von der Kriegsverwaltung wurde diese bedeutende Ueberschreitung als eine Folge des Feldzuges 1866 angegeben, und deßhalb und „weil man vor vollendeten Thatsachen stehe, die nicht mehr zu ändern seien", die nachträgliche Genehmigung beantragt und bewilligt. Hieran knüpfte Hr. Referent den Wunsch, daß endlich einmal das Pensionswesen in der Armee gesetzlich geregelt werden möge, damit ähnliche Vorkommnisse vermieden würden, oder selbe doch auf gesetzlicher Basis beruhen.

Der Einlauf der Abgeordnetenkammer vom 25. bis 30. Mai enthält 56 Nummern, meist Adressen wegen Aufhebung des 7. Schuljahrs u. s. w., außerdem u. A. Vorstellungen der unterfränkischen und der oberpfälzischen Handels- und Gewerbekammer, betr. die Bedenken gegen Errichtung eines zweiten Handelsappellationsgerichts diesseits des Rheins. — Beim Ministerium des Innern ist heute die offizielle Nachricht eingetroffen, daß der erste Ersatzmann für Hrn. Lucas, Privatier Häring in Deggendorf, das Mandat als Abgeordneter annehmen wird.

München, 29. Mai. Die prinzipiell veränderte Richtung unserer auswärtigen Politik gibt sich u. A. auch in der veränderten Stellung des hiesigen Cabinets gegenüber dem Concil besonders scharf u. deutlich zu erkennen. Soviel man hört, theilt Graf Bray die Befürchtung ernstlicher Gefahren für den Frieden der kathol. Welt und für die Selbstständigkeit der katholischen oder paritätischen Staaten keineswegs, welche dem Fürsten Hohenlohe Veranlassung zu der bekannten Concildepesche gegeben hatte. Namentlich wird die Anschauung des früheren Premiers nicht mehr festgehalten, seitdem die Curie über die politische Tragweite der Concilbeschlüsse dahin Aufklärung ertheilt hat, daß dieselben für solche Staaten, die sich in einem staatsrechtlichen Vertragsverhältniß zu Rom befinden, überhaupt gar nicht in Wirksamkeit gesetzt werden sollen. Zu diesen Staaten gehört aber auch Bayern, von dessen Verfassung das Concordat vom 5. Juni 1817 einen integrirenden Bestandtheil bildet, durch welches der Krone vom Papst das Indultum (Recht der Ernennung der Bischöfe) auf ewige Zeiten verliehen worden ist. Ebensowenig sind die Beschlüsse des Concils von irgendwelchem Einflusse auf die Verfassung, zufolge welcher alle Anordnungen der Kirchengewalt, um publicirt werden zu können, des kgl. Placet bedürfen, alle Geistlichen in bürgerlichen und Criminalsachen dem gewöhnlichen Richter unterstehen u. s. w. Unter diesen Umständen glaubt man die Consequenzen des Syllabus u. des neuen Dogma's, falls es wirklich angenommen und promulgirt werden sollte, ruhig abwarten zu können. Es scheint, daß auch in anderen Staaten von vorwiegend kath. Bevölkerung dieser Gesichtspunkt der maßgebende geworden ist; wenigstens hat sich die Nachricht, als ob zwischen Paris und Wien Unterhandlungen über gemeinsame Schritte gepflogen worden seien, um die Einführung der fr. Beschlüsse zu verhindern, nicht im Geringsten bestätigt. Eher scheint man über eine rein negative, sozusagen gleichgültige Haltung stillschweigend übereingekommen zu sein.

Die A. Abdz. meldet: Herzog Grammont, der neue französische Minister des Auswärtigen, soll auf der Rückreise von seiner Abschiedsaudienz in Wien nach Paris in München Gelegenheit genommen haben, mit Graf Bray zu konferiren, mit welchem er in Wien in freundschaftlich persönlichen Beziehungen gestanden hat.

Mehrere Zeitungen haben berichtet, daß unmittelbar nach den Wahlen der hiesigen Bürgermeister der Rechtsrath Hr. Badhauser seinen Austritt aus dem Klub der liberalen Mitglieder der Gemeindekollegien erklärt hat; wir können diese Nachricht bestätigend noch beifügen, daß auch die beiden Rechtsräthe Dr. Sachsenhauser und Schrott ihren Austritt aus dem Klub erklärt haben, und daß Hr. Badhauser seinen Austritt damit motivirt hat, daß er angab, nach den beiden Wahlen sehe er ein, er besitze nicht mehr das Vertrauen der liberalen Mitglieder der Kollegien. (Sie haben eben trefflich den Mohren abgegeben und merken es erst jetzt.)

Am 23. v. Mts. haben die Fortschrittler in Regensburg eine Versammlung abgehalten, von welcher wir deshalb Notiz nehmen weil sich Herr Völk auf derselben als Intimus des Grafen Bismarck gerirte. Die „Augsb. Abd.-Ztg." berichtet darüber: „Hr. Dr. Völk nahm von einigen aus ultramontanen und volksparteilichen Blättern aufgeklaubten Phrasen des Hrn. Luber Veranlassung, den Grund, warum Bismarck einen Kampf mit Frankreich um Luxemburgs halber unterlassen habe, aus einem eigenen Gespräche mit dem Bundeskanzler bekannt zu geben, ein Grund, der dem Herzen desselben ebensoviel Ehre macht, als seinem politischen Scharfblicke." Schade, daß der Bericht so kurz ist. Es wäre interessant, Hrn. Völk jetzt auch das Herz des Mannes loben zu hören, mit dessen Namen er früher nicht einmal seinen Mund beschmutzen wollte.

Der durch verschiedene Conflikte mit der katholischen Kirchengewalt bekannte Bürgermeister Stromeyer von Konstanz hat sein Amt niedergelegt.

Wiesbaden, 29. Mai. Fast sämmtliche, ca. 300 Schreinergehilfen machen von Montag an Strike, da die Meister auf den Vorschlag der Gesellen nicht eingegangen sind, wonach für jeden Schreinerarbeiter der Taglohn in der Werkstelle auf 1 fl. 30 kr., im Bau auf 1 fl. 45 kr. festgesetzt werden sollte.

Berlin, 31. Mai. Der König reist morgen Abend auf 2 Tage nach Ems, um den Kaiser von

Rußland zu besuchen, und kehrt am Sonnabend nach Berlin zurück.

Wie die „Montagsztg." berichtet, befinden sich im Gefolge des russischen Kaisers zwölf russische Polizeibeamte; von Berlin ist Stieber ebenfalls mit zwölf Mann nach Ems abgegangen.

Berlin, 30. Mai. Die „Kreuzztg." meldet: Das Bundespräsidium soll beabsichtigen bei den Südstaaten Schritte zu thun, damit die durch Annahme des Gesetzes betreffend die Aktiengesellschaften und die Commanditgesellschaften auf Aktien im Handelsgesetzbuch erfolgten Abänderungen auch von den Südstaaten angenommen werden. — Der „Nationl-Zeitg." zufolge sind die Reichstagswahlen auf den 12. Sept. bestimmt und werden sich die Landtagswahlen unmittelbar anschließen.

Ratzeburg, 30. Mai. Der lauenburgische Landtag ist auf den 9. Juni einberufen. Unter den Vorlagen, welche demselben zugehen werden, befindet sich ein Entwurf, betreffend die Inkorporation des Herzogthums in Preußen.

Die Conferenzen des österr. Ministeriums mit den Polen haben zu einem ziemlich günstigen Resultate geführt. Graf Potocki hat gestern die polnischen Vertrauensmänner um sich versammelt, um ihnen Bescheid zu geben. Es soll ihnen bereits ein „Minister für Galizien" zugestanden sein, der im Ministerrath die galizischen Angelegenheiten vertreten würde; alle andern Begehren sollen jedoch bis zur Reichsrathssession vertagt sein.

Ausland.

Rom, 25. Mai. Daß die Garibaldianer es wirklich auf Rom abgesehen hatten, beweist der Umstand, daß die päpstliche Polizeibehörde auf eine anonyme Anzeige hin in einem Weinberge vor dem St. Paulsthore einen bedeutenden Waffenvorrath entdeckte. Auch dieses Mal war die kaiserliche Regierung in Paris in der Lage, mittelst des Drahtes nach Rom und Florenz Winke zur Vorsicht gelangen zu lassen. Man erwartet stündlich eine Verstärkung des französischen Occupationsheeres (?), die Beziehungen zwischen den Tuilerien und dem Vatikan sind in neuester Zeit sehr befriedigend geworden; der Herzog von Grammont scheint etwas von seiner alten Schuld abtragen zu wollen. — Da die französische Note officiell desavouirt wurde, sind ihre deutschen Nachzügler ohne alle Beachtung geblieben. Cardinal Cullen machte in der Generalkongregation folgende Aeußerung bezüglich der Zeitungen: „Da die kirchenfeindlichen Blätter täglich die Concilsnachrichten mit den gröblichsten Entstellungen veröffentlichten, so sei es nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht der katholischen Presse, über den wahren Stand der Dinge das Publikum aufzuklären."

Paris, 29. Mai. Die „Amtszeitung" veröffentlicht wieder einen nähern Bericht über ein Gefecht, welches die Franzosen unter General Wimpffen am 15. April am Wed Guir, dem algerischen Nil, mit den aufrührischen Stämmen der marokkanischen Gränzen bestanden, und dessen siegreicher Erfolg die Unterwerfung einer Bevölkerung von mehr als 16,000 Seelen nach sich zog. Die Araber verloren einen ihrer Häuptlinge, Sidi el Arbi, die Franzosen den Jägerlieutenant de Rodelle und 22 Unteroffiziere und Gemeine; 2 Offiziere und 25 Mann wurden auf französischer Seite verwundet.

Paris. In Japan haben die Missionäre bis jetzt 200,000 Christen entdeckt, die sich seit der großen Verfolgung vor 200 Jahren ihrem Glauben treu geblieben sind, trotzdem sie ganz von Priestern beraubt waren und nur das Taufsakrament hatten. Ihre Zahl dürfte noch größer sein, die Missionäre haben noch nicht genügend Aufschlüsse über das ganze Land. Von Denjenigen, die sich mit ihnen in Verbindung gesetzt, sind bekanntlich vor Kurzem 5000 von den Behörden gefangen genommen u. in eine abgelegene Provinz, eine Art japanisches Sibirien, gebracht worden, wo sie in Arbeit hart gedrückt und mißhandelt sind. Mehrere sind auch hingerichtet worden. Da die Missionäre Franzosen sind, hat sich der apostol. Vikar, Msgr. Guilemin, hieher gewandt, um irgend eine Verwendung Frankreichs für die verfolgten Christen zu erwirken. Auf diplomatischem Wege ließe sich schon was erreichen.

New-York, 30. Mai. Der Schatzsekretär hat für den Monat Juni den Verkauf von Gold im Betrage von 5 und den Ankauf von Bonds im Betrage von 8 Mill. Dollars angeordnet. Fleason u. andere Fenierhäuptlinge wurden durch den amerikanischen Marshal (General Foster) verhaftet und nach Malone in's Gefängniß abgeführt. — Aus Toronto vom 29. ds. wird gemeldet, daß die canadischen Truppen an den Willands-Canal abgegangen sind, woselbst ein Fenier-Einfall befürchtet wird.

Die Bill Behufs zwangsweiser Durchführung des Verfassungszusatzes Betreffs politischer Gleichberechtigung aller Racen in vom Kongresse endgiltig angenommen worden. Hohe Geldbußen und Gefängnißstrafen stehen auf Verletzung der Bestimmungen des Amendements, und der Präsident kann über Heer u. Flotte für Erzwingung dieser Bestimmungen verfügen.

Vermischtes.

In Velden ist am 27. Früh halb 1 Uhr Feuer ausgebrochen und hat dasselbe 5 Firste verzehrt. Schnelle Hilfe that den weitern Umsichgreifen einhalt.

Aus Wien schreibt der „Oesterr. Volksfreund:" Jüdische Gauner tauchen hier wieder in auffälliger Menge auf. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht irgend ein Betrug, eine Fälschung oder sonst ein Vergehen gegen fremdes Eigenthum von Seite eines

Digitized by Google

„Mosaikers" zu melden wäre. Die meisten Blätter verschweigen freilich in solchem Falle gewöhnlich Confession und Nationalität des Spitzbuben. So wurde dieser Tage gegen den Wechselfälscher Freschl, der falsche Wechsel im Betrage von mehr als 45,000 fl. an der hiesigen Börse verkauft hatte, ein Steckbrief erlassen, und in demselben Freschl ausdrücklich als Israelit bezeichnet. Die Blätter bringen den Steckbrief, lassen aber jene Bezeichnung einfach weg. Das ist aber erstlich eine Fälschung und dann auch dem Zwecke des Steckbriefes entgegen, Der Gesuchte wird jedenfalls durch die Beschreibung seiner Kopf- und Barthaare weit weniger charakterisirt, als durch die Angabe, daß er ein Israelit ist. Man könnte viel leichter verschweigen, daß irgend ein Verbrecher Katholik ist, was aber dieselben Blätter immer sehr gewissenhaft angeben.

In Komorn in Ungarn stieg ein Judenknabe zur Donau hinab, um Wasser in seinen Krug zu schöpfen. Der Henkel brach, der Krug fiel in den Strom, der erschrockene Knabe ihm nach und verschwand in den Fluthen. Hauptmann Fürst Lobkowitz fuhr eben vorüber, sah's, sprang aus dem Wagen, warf den Degen ab und sprang in den Strom; er tauchte unter, suchte, fand den Knaben und brachte ihn an's Ufer. Eben war die Mutter heulend herbeigeeilt, der Fürst brauchte aber nicht zu sagen: Den Dank, Dame, begehr' ich nicht; denn sie sah ihn kaum an, eilte auf den Jungen zu und applizirte ihm ein paar Ohrfeigen. Das ist, rief sie, für den gebrochenen Henkel!

In Coburg hat auf dem Militärschießplatz ein Fähnrich einen Sergeanten aus Unvorsichtigkeit erschossen.

5000 Auflage.

Nur 1 fl. oder 15 Sgr. pr. Quartal.

DIE DONAU

ist die billigste, mindestens 2 Bogen, 16 Seiten stark erscheinende

belletristisch-humoristisch-satirische Zeitschrift,

redigirt unter Mitwirkung der beliebtesten Schriftstellern der Gegenwart, als: Aug. Schrader. Dr. Theod. Wahl, Ernst Willkomm, O. Moser, Mor. Horn, Louis Nullmann, Fr. Lubojatky, Dr. W. Andrear. Die Aufgabe der „Donau" ist, Geist und Herz in üppiger Fülle für das Schöne des Fortschritts, die Erhabenheit der Poesie und der bildenden Künste stets in reger Aufmerksamkeit zu erhalten. Unsere Blätter bringen demnächst wahrheitsgetreue Skizzen, spannende Erzählungen, und Romane, Gedichte, Chronik der Woche, Buntes aus der Welt, der Ereignisse im In- und Auslande.

Außerdem bringt die Donau einschlägige Illustrationen, und wendet ihr Augenmerk auch auf den humoristisch-satyrisch-illustrirten Theil, unter dem Titel: „Fliegende Blätter", welcher reichhaltigst ausgestattet, nicht verfehlen dürfte, die Heiterkeit der geehrten Leser stets zu erregen. „Die Donau" erscheint jeden Sonntag und kostet viertelj. nur 1 fl. halbj. nur 2 fl. fürs Ausl. durch die Post „ „ 15 Gr. „ „ 1 Thlr. bietet somit eine spannende, reichhaltigst ausgestattete Lectüre und sind diese Unterhaltungsblätter des besonders billigen Abonnementpreises wegen jeder Familie bestens empfohlen.

Die Donau Pest, Königsgasse Nr. 47.

5000 Auflage.

Sommerfahrplan. **Stahel'** 1. Juni 1870.

Taschenfahrplan für Bayern

mit Einschluß der Würzburg-Mannheim-Heilbronner und der Werrabahn, der Postanschlüsse ꝛc.

Nebst einem Auszug aus

Stahel's Notizzettel über Papiergeld,

ein Verzeichniß der gangbaren und werthlosen Cassenbillets sowie der minderwerthen

Gold und Silbermünzen.

Würzburg 1870.

Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.

Die Gerichtsvollzieherordnung vom 11. Mai 1870 nebst den Verordnungen die Amtswohnsitze, Gebühren-Ordnung u. die Zustellung in Strafsachen ꝛc. betr. [Preis 9 kr.] vorräthig bei **Otto Reindl.**

Paramentenverein.

Donnerstag den 2. und Dienstag den 7 Juni.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück 35 kr.

1	Gewinn zu	. . . .	14000	fl
1	do	. . . .	7000	fl
1	do	. . . .	3000	fl
1	do	. . . .	1756	fl
2	do zu	875 fl. — kr.	1750	fl
10	do zu	180 fl. — kr.	1800	fl
20	do zu	87 fl. 30 kr.	1750	fl
30	do zu	52 fl. 30 kr.	1575	fl
100	do zu	35 fl. — kr.	3500	fl
200	do zu	17 fl. 30 kr.	3500	fl
500	do zu	7 fl. — kr.	3500	fl
934	do zu	3 fl. 30 kr.	3269	fl
13200	do zu	1 fl. 45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.		70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Herzoglich

Sachsen Meininger fl. 7 Loose.

Jährlich 3 Ziehungen.

Haupt-Gewinne 45,000 fl., 40,000 fl. ꝛc. bis abwärts 8 fl. Erste Ziehung 1. Juli ds. Js. Original-Loose empfiehlt

Nicolaus Lauer

Allerheiligen-Straße Nr. 66,

Frankfurt a. Main.

Hrn. B. L— in M. Besorgt. — Hr. Pfr. Th— i. B. Hrzl. Dank. Ganz nach Wunsch. Bitte um mehr.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 128. Donnerstag, den 2. Juni 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

† Der Austritt Lukas und Bucher

aus der Kammer der Abgeordneten bildet noch immer das Tagesgespräch und wird besonders in liberalen Kreisen als willkommenes Zeitungsfutter ausgebeutet. Wir übergehen die Vorgänge in den Klubsitzungen, das Greil'sche Referat, mit dem wir vollkommen einverstanden sind, — weil es Mängel offenbart, die doch einmal besprochen werden müssen und wir eine baldige leichtere Operation einer späteren u. schwierigeren vorziehen, — wir übergehen auch das nicht zu verzeihende Desaveu des Abg. Wiesnet. Wir setzen dies als bekannt voraus und wollen blos in Betracht ziehen die etwaigen Folgen dieses bedauerlichen Schrittes. Wir haben lange zugewartet und das pro und contra geprüft und sind zu der Meinung gelangt, daß der Fehler sowohl an Lukas, als an dem Präsidium und zuletzt an der ganzen Fraktion lag. Man sagt, Lukas hätte es gereut, nachdem er sein Mandat niedergelegt, einen solchen Schritt gethan zu haben, — er hätte es eben nicht auf á propos ankommen lassen sollen; ebenso vernimmt man, daß gesagt wurde, es war ein Fehler von Seite des Präsidiums den Austritt Lukas gleich zu publiziren, — wohl wahr, man hätte vorher sich erkundigen sollen, bevor man eine solche Kraft, die bedeutendste, aufgibt. Und die Fraktion hat den letzten Fehler gemacht. Einstimmig hätte sie es verweigern sollen. Alle für Einen, wie es ihre Gegner thun. Hat sie das von ihnen nicht gelernt? Der Fehler ist gemacht. 2 tüchtige Männer, wovon der Eine eben so viel werth ist wie der Andere, haben dem Klub und dem Abgeordnetenhause Valet gesagt. Bucher hat durch seine Blätter mehr genützt als Mancher denkt. Der Allgäu, der früher liberal wählte, hat in letzter Wahl nur Patrioten durchgesetzt und dies nur durch die Presse. Der Gründung des „Allgäuer Volksbl.", dessen Redakteur für seine patriotische Haltung eine neunmonatliche Erholuug in Rosenberg angetreten hat, verdankt die patr. Partei den Sieg der Majorität. Das läßt sich einmal nicht ableugnen. Die patr. Presse hat in stürmischen und für sie gefahrvollen Tagen das Banner aufrecht erhalten, ja sie hat das bereits von vielen Freunden verlassene und aufgegebene Panier der patr. Partei zurückerobert und steht nun siegreich oben in der Kammermajorität. Ist es deßhalb Recht, solche Blätter desavouiren zu wollen. Nie und nimmermehr. Man erkennt also nicht die Verdienste Buchers an, obwohl man diesen Blättern den Sieg, wenn auch mit Widerwillen zuschreiben muß. Bucher hat nach Außen den Weg zum Siege geebnet, Lukas konnte ihn nach Innen, durch seine Kammerthätigkeit, verfolgen und benützen, um dem Gegner fortwährend in Schach zu halten. Ersterer wie Letzterer haben viel, sehr viel für unsere Sache gewirkt; — allein ihr Austritt hat noch mehr geschadet. Decken wir nun den Schleier der Vergangenheit über ihren Austritt und sehen wir die Folgen, die sich kundgaben und kundgeben werden. Forts. f.

Inland.

München, 30. Mai. Der Kriegsminister v. Prankh hat dem Vernehmen nach sein Enlassungsgesuch eingereicht. Der König ist soeben von dem Sommeraufenthalt auf Schloß Berg hier eingetroffen.

Die „Südd. Post" schreibt: In der gestrigen Kammersitzung wurden die Anträge Kolbs unverändert angenommen. Die Debatte über das Nürnberger Militärspital, das als Hundeloch bezeichnet wurde, dauerte nahezu 3 Stunden, da alle Nürnberger und mittelfränkischen Abgeordneten in dieser Sache sprechen zu müssen vermeinten. Selbst dem Frhrn. v. Stauffenberg wurde die Debatte zu wiederwärtig, so daß er den Antrag auf Schluß stellte, der aber nicht angenommen wurde. Wenn beim Budget in dieser Weise weiterverfahren und von jedem Gebäude der Zustand bis auf's Kleinste, ja sogar bis auf die Aborte, wie es hier der Fall war, berathen wird, dann vergehen darüber kostbare Monate. Am meisten zeichnete sich Hr. Föckerer aus, der in der Volksvertretung einen Ton anschlug, wie er im parlamentarischen Leben unerhört ist, der aber auf der linken Seite statt Unwillen beifälliges Lachen bewirkte. Hr. Greil hatte nämlich behauptet, daß in die obern Räume des jetzigen Nürnberger Spitals die unten stattfindende üble Ausdünstung nicht dringe. Hr. Föckerer nun entgegnete, daß ihn diese Behaup-

Digitized by Google

tung nicht wundere, denn Greil sei in einer Gegend zu Hause, wo die Leute Artikel herumliegen lassen, die keinen angenehmen Geruch haben, von deren Ausdünstung sie aber nichts zu bemerken scheinen. Auf solche Weise treibt Hr. Föckerer die Ausübung seines Berufes als Abgeordneter. Bezeichnet man aber ein solches Verhalten mit dem rechten Namen, so ist das nach unserm vortrefflichen Strafgesetze eine Amtsehrenbeleidigung und wird ex officio verfolgt, und für solche — Witze muß das Land sein Geld hinauswerfen.

München, 31. Mai. In dem gestern erschienenen neuen „Militärhandbuche" sind zum ersten Male auch die Landwehroffiziere und die Landwehrofffiziers-Adspiranten aufgeführt. Die Ernennung der sämmtlichen Gerichtsvollzieher hat am gestrigen Tage die Genehmigung Sr. Maj. des Königs erhalten u. zwar mit der Bestimmung, daß dieselben am 1. Juli d. Js. ihr Amt anzutreten haben. Diese Bestimmung ist von größter Wichtigkeit, denn sie schließt jeden weiteren Zweifel darüber aus, daß die Staatsregierung in keine Hinausschiebung des Termins für das Inslebentreten des neuen Civilprozesses einwilligt, daß es vielmehr bei der Bestimmung des Einführungsgesetzes sein Verbleiben hat, d. h., daß der Civilprozeß am 1. Juli d. Js. in Kraft tritt.

Der betr. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe hat zum Referenten über die „Beschwerde mehrerer christlicher Familien, Etienne und Kons. zu Kaiserslautern, die Einführung der Kommunalschulen in der Pfalz betr." den Reichsrath v. Harleß gewählt.

München, 1. Juni. Abgeordnetenkammen. Die Eisenbahndebatte umfaßte heute bloß die Anträge wegen Bahnen im südl. Theile des Landes. Schlör erklärte, es seien noch keine Verhandlungen mit Oesterreich wegen des Anschlusses im Süden gepflogen worden, worauf Huttler äußerte: „zu einem solchen Handelsminister könne das bayr. Volk kein Vertrauen haben." Schlör wies diese Aeußerung zurück, indem er den Beweis führte, daß er keine Vernachlässigung begangen. Marquard Barth beantragte die Wiederaufnahme der Diskussion, um zu erfahren, ob das Mißtrauensvotum auch das der ganzen Partei sei? Dieser Antrag wurde jedoch mit 70 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Völk erklärte, daß das heutige Votum kein Vertrauen und kein Mißtrauen bedeuten könne. Jörg desavouirte Huttler's Aeußerung. Huttler erklärte, daß Dieß bloß seine Privatansicht sei. Die Bahnlinien Peißenberg-Bießenhofen und Bießenhofen-Füßen wurden genehmigt, die Linien Weilheim-Partenkirchen und Kempten-Füßen abgelehnt.

Wie die „Südd. Post" erfährt, hat der Referent über den Wahlgesetzentwurf Hr. Bezirks-Amtmann Maier sein Referat bereits vollendet, so daß derselbe demnächst zur Ausschußberathung gelangen kann. Ueber den Inhalt des Referats verlautet, daß es Wahlkreise von 2 bis 3 Abgeordneten vorschlage und an Zahlung einer direkten Steuer und Vollendung des 25. Lebensjahres also am Wortlaut des Art. 3 des Wahlgesetzentwurfes festhalte. — Wie dasselbe Blatt vernimmt, unterhandelt ein hervorragender fortschrittlicher Abgeordneter mit dem Referenten, um den Vorschlag derart zu formuliren, daß er von beiden Parteien acceptirt werden kann. Es sollen sogar bestimmte Aussichten für Verständigung vorhanden sein.

Am 29. Mai ist von den unterfränkischen Geschwornen auch der Redakteur der N. Würzb. Ztg., Hr. Hollmaier, von der Anklage der Amtsehrenbeleidigung des Ministers v. Lutz freigesprochen worden. — So bleibt denn von den 9 oder 10 Redakteuren, die in einer einzigen Session vor den Schwurgerichten standen, nur Dr. Schneider verurtheilt.

Stuttgart, 30. Mai. Zum kommandirenden General des würt. Armeekorps wurde General v. Baumbach ernannt. Man ist geneigt, dieser Ernennung eine höhere politische Bedeutung beizulegen. (Herr v. Baumbach war bei der Osterversammlung der „deutschen" (bettelpreußischen) Partei mitanwesend und hat sich dort der bekannten Erklärung der Ritterschaft angeschlossen.) Um der Forderung der Kammermajorität entgegenzukommen, wird ein Jägerbataillon aufgelöst werden; die durchschnittliche Präsenz ist auf 17 Monate festgestellt. Das ist das Aeußerste, was die Regierung zu thun bereit ist. Der Kriegsminister v. Suckow will eine Ersparniß von einer halben Million auf seinen Etat übernehmen, die andern Departements sollen weitere 1½ Millionen Einschränkungen erfahren.

Wien, 30. Mai. Die Landtagswahlen finden in Oberösterreich am 27. Juni in den Landgemeinden, am 30. Juni in den Städten und Industrieorten, am 1. Juli seitens der Handels- und Gewerbekammer, am 2. Juli seitens des Grundbesitzes statt. Für österr. Schlesien sind die Wahlen auf den 4. und 6. Juli ausgeschrieben, für Steyermark für das Land auf den 23., für die Städte auf den 27. Juni, für den Großgrundbesitz auf den 30. Juni.

Ausland.

Paris, 30. Mai. Die Regierung brachte im Gesetzgebenden Körper einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Wahl der Maires innerhalb der Municipalräthe obligatorisch gemacht wird.

Acht Bureaus unter neun sind gegen die Petition für Eintritt des Großrabbiners Isidore in den Senat.

Die „Agence Havas" meldet aus Bern unterm heutigen Tage, italienische Flüchtlinge hätten sich bei Lugano vereinigt und eine Bande gebildet, welche die Grenze unweit des Comer Sees überschritten habe. Die italienische Regierung habe 2 Bataillone gegen sie abgesandt. Der Bundesrath habe angeordnet, die noch übrigen Flüchtlinge im Innern der

Schweiz zu interniren und die Grenze aufs Strengste zu bewachen.

Paris, 31. Mai. Die ‚Agence Havas' meldet: Das israel. Zentral-Komite hat aus Serith (Rumänien) folgendes Telegramm erhalten: Vorgestern Abend war der Ort Bolochan der Schauplatz einer Judenmetzelei, die bis Mitternacht dauerte. Gestern wiederholten sich diese Gewaltthätigkeiten. Die Juden haben die Stadt verlassen.

Das schöne Land Italien ist seit der neuen Aera beglückt mit einem Reichthum u. Fülle — von Steuern und Revolutionen, und in Folge dessen herrscht eine solche Zufriedenheit, seitdem sie in diesem freiheitlichen Musterstaate leben, daß die Meisten sich sehnen — nach der alten Herrschaft. Aus Nord und Süd, Ost und West meldet man das Erscheinen zahlreicher Banden. Die Regierung will Ernst machen, wenn sie nur könnte. Sie hat sich durch ihre Verbindung mit dem Freimaurerthum und dem Garibaldismus, durch welche sie zu ihrer jetzigen Größe gelangte, selbst das Grab gegraben und steht dieselbe auf einem Vulkan. So schreibt man aus Bern: Italienische Flüchtlinge haben sich in Lugano zu einer Bande vereinigt und am Comersee die italienische Grenze überschritten. Die ital. Regierung hat denselben zwei Bataillone entgegengeschickt. Eine spätere Depesche vom 31. d. meldet, daß die heute von Lugano aus nach Italien gezogene Bande von den Truppen auseinandergejagt wurde. Viele sind in die Schweiz zurückgekehrt und hier verhaftet worden. (Nach dem „Buno" hat der Bundesrath von der tessiner Kantonsregierung den Bericht erhalten, daß die italienischen Flüchtlinge von ihr eingeladen worden sind, sich ins Innere des Kantons zu begeben, aber plötzlich Lugano verlassen und durch den Val Colla über den Berg San Lucio nach dem Comersee gewendet haben. In Folge dieses Berichtes hat der Bundesrath beschlossen, alle in's Tessin kommenden ital. Flüchtlinge nach dem Innern der Schweiz zu dirigiren.) Auch in Genua und der Provinz Como spukt's noch, wenn auch ohne Bedeutung; dagegen desto mehr in Süditalien.

London, 31. Mai. Die irische Landbill passirte im Unterhause die dritte Lesung. Eine Regierungsdepesche aus Kanada meldet unterm 29. d. M., daß kein weiterer Versuch, die Grenze zu überschreiten, von den Fenier gemacht worden sei. Kein Fenier habe auch nur eine halbe Stunde auf kanadischem Boden gestanden.

Madrid, 31. Mai. Die zur Vorberathung des Gesetzes über die Wahl eines Monarchen eingesetzte Commission hat vorgeschlagen: die Wahl solle Gültigkeit haben, wenn der Gewählte unter den Anwesenden auch nur mit 1 Stimme die Mehrheit für sich hat. Die Sitzung soll so lange dauern, bis der König gewählt ist. Der Tag der Wahl wird acht Tage früher kundgemacht werden.

Vermischtes.

Karlsruhe, 30. Mai. Die „Karlsr. Ztg." berichtet: Dem gemischten Zug 22, welcher 11⁴⁵ Vorm. von Konstanz abgeht u. nach 4 U. Nchm. auf Station Murg eintrifft, hatte gestern von Waldshut eine leere Gütermaschine nach Basel zu folgen. Letztere, geführt von Führer Birkelin, Freiburger Personals, fuhr trotz des Haltsignals des Bahnwarts mit voller Kraft auf den in Station Murg stehenden Zug 22 und zertrümmerte die 3 letzten Wagen dieses Zuges. Ein Mädchen blieb sofort todt; 6 bis 8 schwere u. eine größere Anzahl leichte Verwundungen sind als nächste Folgen des Unglücks zu bezeichnen.

Aus sicherer Quelle erfährt man, daß Dr. Strousberg die „Augsburger Allgemeine Zeitung" käuflich erworben hat; der übrige Verlag der Cotta'schen Buchhandlung, welche lange Jahre hindurch die Geburtsstätte unserer Klassiker-Ausgaben gewesen, ist von dem Verlagsbuchhändler Ed. Hallberger in Stuttgart erworben.

(Vom Tode auferstanden.) Ein anscheinend lebloser Mann war dieser Tage in Paris auf der Straße aufgefunden und, nachdem ein Arzt seinen Tod constatirt hatte, nach der Morgue gebracht worden. Am nächsten Morgen war er sammt seinen Kleidern verschwunden. Der Wächter der Morgue begab sich nun mit einem Portemonaie u. einem mit einer Adresse versehenen Briefe, welche Gegenstände man in den Kleidern gefunden hatte, auf Nachforschungen; die Adresse führte ihn in eine Druckerei, wo der Vermißte an einem Setzerkasten arbeitete. An Katalepsie leidend, war er in einem Anfalle der Krankheit für todt gehalten worden; als er aus dem krankhaften Schlafe in der Nacht erwachte, hatte er eiligst seine über ihm aufgehängten Kleider zusammengerafft und den schauderhaften Ort verlassen. Ein ähnlicher Fall hat sich, wie der „Gaulois" erzählt, dem wir diese Mittheilung entnehmen, vor etwa 15 Jahren ebenfalls in der Pariser Morgue zugetragen.

Das Marine-Departement in Washington hat die Anschaffung einer neuen Art von Rettungsbooten aus ¼ Zoll dickem Papier angeordnet. Dieselben bestehen aus zwei cigarrenförmigen, mit Luft gefüllten Zylindern, die aus genanntem Stoff verfertigt sind und floßartig ein Boot tragen. Der New-Yorker Ruderklub „Waverley" besitzt solche aus Papier gefertigte Boote.

Aus der Stadt und Provinz.

Bamberg, 2. Juni. Bei dem reinem Güterzuge Nr. 433 ist heute Morgens 1 Uhr auf der Station Untersteinach Maschine, Tender, u. 3 Packwagen entgleist, wodurch der Schnellzug Nr. 26, dessen normale Ankunftszeit früh 8 Uhr ist, um 1¼ Stunden verspätet wurde. Vom Dienstpersonal wurde Niemand, am Fahrmaterial nur wenig beschädigt.

Digitized by Google

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 31. Mai.

Die Legate der verlebten Kunsthändlerswittwe Frau Theresia Braun im Betrage von 200 fl. für die Armenpflege, 200 fl. für die Irrenanstalt und 200 fl. für das Haus der Unheilbaren dahier seien unter Aussprechung öffentl. Dankes für diese milde Gaben zu vereinnahmen. Ein weiteres Legat von 200 fl. für arme Dienstboten sei dem Verein für prunklose Beerdigung zu überweisen, nachdem der Haupterbe H. Privatier Math. Klee dahier die Erklärung abgegeben hat, daß sowohl die Erblasserin als auch er die Absicht gehabt habe, diese Schankung dem prunklosen Vereine, mit welchem eine Versorgungsanstalt für alte treue Dienstboten verbunden ist, zuzuwenden, da ihnen von der vom St.-Magistrate gegründeten und verwalteten Stiftung für arme und gebrechliche Dienstboten nichts bekannt gewesen sei. Auf die vom Magistrate früher proponirte Theilung des Legats für beide Stiftungen von gleichartigem Zwecke war von Seite der Vorstandtschaft des prunklosen Vereins nicht eingegangen worden. — Durch k. Regierungs-Entschl. wurde die Stiftung einer hl. Messe im Hause der Unheilbaren genehmigt. — Die Anschaffung von 2 Alben zum kirchlichen Gebrauche in der Kirche zu St. Getreu sei auf die vorhandene Etatsposition zu nehmen. — Das Gesuch mehrerer Pfründner im Hause der Unheilbaren um Erhöhung des Biergeldes sei abschlägig zu bescheiden. — Die Vertheilung der Rentenüberschüsse der hies. Schwesterhäuser sei in der Art zu beschäftigen, daß ein Theil kapitalisirt und ein Theil unter die Pfründner zu ihrer Lebsucht verwendet wird. — Die Reinigung und Unterhaltung der Oefen im Waisenhause, im Hause der Unheilbaren, in den vereinigten Schwesterhäusern sei dem Häfner H. Böhlein und die in der Irrenanstalt und im Bürgerspitale dem Häfner H. Fläschner um den jährlichen Preis von 17 kr. per Ofen zu überlassen. — Ein Zinsenzahlungsnachsichtsgesuch bis Jakobi l. J. sei zu bewilligen. — Wegen verweigerter Kurkostenzahlung für einen im Spitale nicht eingeschriebenen Maurergesellen sei gegen den betr. Meister mit Exekution vorzugehen. Die Reinigung und Herstellung des Ottobrunnens im Multersee soll alsbald bewirkt werden. — Die Ausgaben für das Brunnenamt pro 1869 wurden auf 2682 fl. 5½ kr. festgesetzt und zur ausgablichen Verrechnung angewiesen. — Die Bürgerrechtsgesuche des H. Kaufm. Math. Rosenwald v. Burgebrach (Aufn.-Geb. 100 fl.) und des H. Kaufm. Abrah. Meininger von Burgkundstadt (A. G. 100 fl.) wurden genehmigt; desgl. die Verehel.-Zeugnisse des H. Tröbler Fr. Müller (Wittwer), des H. Rothgerbers Franz Beck (H.-G. 36 fl.) und des pens. Corporals H. Th. Gengler (36 fl.) — Die Uebertragung der Fleischbank Nr. 9 von Seite des H. Metzgermstr. J. Häfner auf die Dauer eines Jahres an seinen Sohn, sei dem k. Rentamte mitzutheilen. — Auf Antrag des Ausschusses der freiwilligen Feuerwehr, die Pflege der Brunnen namentlich im 2. Distr. betr. sei ein Verzeichniß sämmtl. Privatbrunnen dahier anzufertigen u. der Zustand derselben durch die distriktive Feuerschaukommission zeitweise untersuchen zu lassen. — Die Benützung der öffentl. Brunnen durch Röhrenanlegung von Seite mehrerer Gärtner, wodurch den Nachbarn die Benützung der Brunnen unmöglich gemacht wird, sei bei Strafvermeidung einzustellen. — Bauliche Vorrichtungen in den Häusern Nr. 422, 549, 981 seien zu genehmigen. — Wegen fahrlässigen Umfahrens eines Baumes in der Allee an der Hainstraße sei der betr. Fuhrwerker zum Schadensersatze anzuhalten. — Die von der kgl. Regierung angeordneten und empfohlenen Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Blattern durch nicht desinfizirte Effekten und Lumpen sind dahier bereits seit längerer Zeit eingeführt und dürfte deren seitherige strenge Durchführung in Verbindung mit dem eigens eingerichteten Blatternhause das Erlöschen dieser Krankheit in hies. Stadt herbeigeführt haben. — Den hies. H. Lohnkutschern sei auf eingelegte Remonstration zu eröffnen: daß, falls sie binnen 3 Tagen dem Mag.-Beschl. v. 24. d. M. nicht nachkommen würden, auf Wiedereinführung des Stadtomnibusses nebst Beichaisen bestanden und zur Straseinschreitung im Interesse des Gesammtpublikums und des öffentl. Verkehrs geschritten werden müßte. Es soll hiebei denselben nahegelegt werden, daß die Selbsteinrichtung einer Fiakeranstalt in ihrem eigenen Interesse gelegen wäre, und dessen Förderung von Seite der Stadtbehörden und des Publikums gewiß jegliche Unterstützung sich erfreuen würde. — Die hies. Bauherrn u. Baumeister seien darauf aufmerksam zu machen, daß für die Benützung des städt. Straffengrundes durch Steinauflagerung, Anlage von Kalkgruben und der Anbringung von Baugerüsten ꝛc. die von der k. Regierung genehmigten Gebühren zu entrichten sind, weshalb wöchentliche Ausmessung der benützten Flächen Behufs der Gebührenberechnung angeordnet wurde und es sich empfehlen dürfte, sich bei der Raumbenützung möglichst zu beschränken, um zugleich Verkehrsstörungen vorzubeugen. — Der Drechslergef. Kasp. Moosbacher v. h. sei wegen Gewohnheitsbettels u. w. Landstreicherei auf die Dauer eines Jahres in der Polizeianstalt Rebdorf zu verwahren. — Der Tagwerker Frz. Limmer v. h. sei wegen Arbeitsscheue auf die Dauer von 3 Monaten ebenfalls daselbst zu verwahren. — Die Kosten für die Grabenreinigungs-Visitationen seien der Stadtkämmerei zur Zahlung zu überweisen. — Eine Mittheilung des k. Oberpost- und Bahnamts w. Auswechselns der Briefkästen vom 1. Juni l. J. an diente zur Nachricht.

Im Fränk. Unterhaltgsbl. Nr. 22 haben sich einige recht sinnstörende Druckfehler eingeschlichen, die wir schon heute corrigiren, damit die verehrl. Leser nicht bis Erscheinen des nächsten Blattes über dieselben stolpern müssen. In dem 2. Aufsatze: „Ueber das persönl. Erscheinen des hl. Vaters" S. 86 Z. 6 muß das Wort „gewußt" u. Z. 10 „so" wegfallen, dagegen hat der Setzer eine ganze Zeile unter den Tisch geworfen, indem zwischen der 23. u. 24. Z. folgendes nicht viel hört. Wenn aber der heil. Vater fingt, einzuschalten ist; Z. 13 v. oben lese feierlich statt friedlich; Z. 23 v. u. l. Laterne. S. 83 Z. 11 v. o. l. Tiara; Z. 16 v. o. l. oben; bei den 80—100000 hat der Setzer um ein Null zu stark aufgetragen; Z. 14 v. u. l. statt zum im Off.; Z. 4 v. u. l. schelmisch markirten; auf derselben Seite Spalte 2 Z. 9 v. u. l. Jochbein. Wir ersuchen unsere liebe Leser um Entschuldigung und bedauern die Verunstaltung dieses Aufsatzes aufrichtig. D. R.

Katholisches Casino.

Das k. Casino in Haßfurt begeht am 6. d. M. sein Stiftungsfest u. ladet die verehrl. Mitglieder des hiesigen Casino zu recht zahlreicher Theilnahme freundlichst ein.

Näheres der Anschlag im Lokale.

Bamberg 1. Juni 1870.

Der Vorstand.

Offene Stelle.

Als Aufsichts- und Verwaltungs-Beamter über eine ländliche Besitzung (Ziegelei) wird eine geeignete Persönlichkeit mit einem Jahreseinkommen von 500 Thlr. dauernd zu engagiren gesucht durch den Kaufmann **L. F. W. Körner**, Berlin, Friedrichsstrasse 20

Vorlagen-Musterblätter zu Laubsäge-Arbeiten,

vorzüglich zu schönen Uhrgehäusen, Rähmchen, Körbchen ꝛc. pro Blatt 6, 8, u. 9 kr. vorräthig bei

Otto Reindl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 129. Freitag, den 3. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

† Der Austritt Lukas und Bucher.

II.

Durch deren Austritt hat sich leider die von fortschrittlicher Seite gewünschte Spaltung in der patriotischen Fraktion der Kammer bestätigt. Der Triumph der Fortschrittler ist über alle Massen, und ihre Blätter scheuen sich nicht, in den gemeinsten u. frivolsten Ausdrücken nicht nur über Lukas u. Bucher, sondern über die ganze patriotische Fraktion, und die patriotischen Blätter herzufallen. (Wir citiren blos nur in unserer Nähe das Bayr. Tgbl. ꝛc. ꝛc.

Ihre hochgefeierte Trias Völk, Fischer und von Schauß, tanzt in ihrer Wonne über den abgetretenen Meister Lukas, den sie als solchen über sie anerkennen mußten, ein pas a trois weil dieser einzige Gegner ihnen, besonders den beiden Erstern stets den Daumen auf's Auge gedrückt und den Kampfplatz immer siegreich verlassen hat. Die Parole ist von ihnen ausgegeben: Divide et impera. Die Spaltung, glauben sie, habe nur den Anfang genommen und die Herrschaft werde bald wieder ihnen sein; ein gänzliches Auflösen der Fraktion sei die Folge.

Wollen wir sehen ob sich die Fraktion auflöst oder ob, um uns bildlich auszudrücken, der Baum einen Zweig verloren damit er seine Kraft mehr den andern Zweigen zuwenden könne. Wir haben uns einmal früher schon mißbilligend ausgedrückt, daß unsere Abgeordnete, die meistens Neulinge sind und nicht die Routine der seit 10 ja seit 15 Jahren in der Kammer sitzenden Führer der Fortschritler haben, persönlich angegriffen wurden. Eine Kritik muß sich jeder, der ein öffentliches Amt übernimmt, oder im öffentlichen Leben auftritt, gefallen lassen; allein es wurde hiebei mancher Hieb weniger auf die Person selbst, als auf den Stand des Kritisirten geführt. Das war allerdings bedauerlich.

Die Presse wollte, will und wird es auch immer wollen, daß nicht nur die patriotische Partei erstarke, sondern daß sie auch gleich der Gegenpartei stramm und strickt zusammen halte, daß aber auch unsere Führer diesem Grundsatze nicht nur huldigen, sondern auch sich stets treu bewähren möchten.

Das war nicht der Fall. Wird letzteres ferner der Fall sein? (Wir bezweifeln es; vielleicht sehen wir zu schwarz?)

Bis jetzt können wir nicht sagen, daß durch den Austritt beider Abgeordneten eine Verschiedenheit in der Abstimmung sich ergeben. Die Frkf. Ztg. und die Südd. Post gestehen beide zu, daß sich ihre Furcht der Zersplitterung der Kammermajorität bis jetzt nicht bestätigt hat Die Fortschrittspartei und die ministerielle, die so elend zu Grabe gegangene, Mittelpartei möchte gerne, daß recht Viele der patr. Fraktion wiederum eine Mittelpartei bilden, um sie mit der Zeit ganz gemüthlich zum Gabelfrühstück in sich aufnehmen zu können. So meint ein Münchener Correspondent derselben, daß mit dem Austritt der von ihm so bezeichneten Männer der Executive und der That und Hauptagitatoren noch nicht Alles gewonnen sei, und daß es noch vieler energischer Kraft u. Staatsklugheit bedürfen werde, um der gemäßigten Fraktion die Oberhand zu verschaffen.

Aber immerhin sei das gewonnen, daß der Glaube an die Unfehlbarkeit der absolut negativen Richtung bei dem Volke wie bei der eigenen Partei und die Siegeszuversicht unwiderbringlich verloren sei. Die Ausschließlichkeit der Extreme könne nicht aufrecht erhalten werden und von da an beginne die Möglichkeit von Compromissen. So meinen die Fortschrittler.

Uns scheint hier die Rechnung ohne den Wirth gemacht zu sein. Die Spekulation auf Spaltungen vor nnd nach den Wahlen wiederholt sich jetzt, aber es bleibt eben ein eitler Wunsch. Das sind nicht die Folgen, die die Fortschrittler träumen. Es wird keine weitere Spaltung stattfinden; es wird sich auch keine Mittelpartei bilden und auch der Regierung zu Liebe oder um eines ministeriellen Händedrucks wegen werden unsere Abgeordneten ihre Aufgabe, die Lasten und Steuern des Volkes zu mindern, für die Selbstständigkeit Bayerns, für unser gutes Recht und unsre heilige Kirche, für das Wohl der Bürger einzustehen, nie aus den Augen verlieren. Nein! aus dem Austritte von Lukas und Bucher können wir nur

Digitized by Google

folgern, daß es unsere Aufgabe, sowohl die der Presse als die der Wahlmänner ist, stets mit unseren Abgeordneten zu harmoniren. Besonders sollten sich die patriotischen Wahlmänner in wenn nicht täglichen so doch wöchentlichen Zusammenkünften einfinden und Wünsche und Direktive für ihren Abgeordneten nach München zusenden oder auch um ihre Vertreter aufzumuntern, auf der bereits betretenen Bahn rücksichtslos ohne Sonderinteressen fortzuschreiten und bei großen Principienfragen, als auch bei kleinen Nebenfragen stets an Schiller's Worte zu erinnern: Seid einig, eing, einig!

Inland.

München, 2. Juni. Abgeordenkammer. Die Anträge auf den Bau der Eisenbahnlinien Bayreuth-Forchheim-Rothenburg und von Forchheim durch das Aischthal nach Rothenburg wurden abgelehnt, die Anträge wegen der Richtung der Hersbruck-Bayreuther Bahn dem Ministerium übergeben. Die Forchheimer Wahlreklamation wurde verworfen, wobei Mahr auftrat, jedoch ohne Erwiderung blieb. (Wir werden die Rede Mahr's bringen.)

Bei der Debatte über die südlichen Bahnanschlüsse hat der Abg. Dr. Huttler erklärt, daß der Handelsminister Schlör nicht das Vertrauen des Volkes besitze. Schlör verlangte hierauf Formulirung des Mißtrauensvotums und Marquard Barth, der Clubdirektor der Fortschrittler, brachte sofort einen Antrag ein, über diesen Gegenstand alsbald eine Debatte zu eröffnen, um zu konstatiren, ob das von Huttler ausgesprochene Mißtrauen von der ganzen Patriotenpartei getheilt werde. Dieser Antrag wurde jedoch mit 70 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

München, 31. Mai. Das k. Staatsministerium der Justiz beabsichtigt im Hinblick auf Art. 130 des Einführungsgesetzes zur neuen Civilprozeßordnung die Etats für das Schreiber- und Diener-Personal, sowie die dienstlichen Beziehungen desselben neu zu regeln. Um nun in Ausführung der desfalls zu treffenden Maßnahmen nicht beengt zu sein, ist an sämmtliche Direktorien u. Gerichtsvorstände die Weisung ergangen, sofort bezüglich jenes Kanzlei- und Dienerpersonales, mit welchem vorgängige Kündigung vereinbart ist, die Aenderung der bestehenden Dienstverträge in der Art zu veranlassen, daß, soweit irgend möglich, schon vom 1. Juli l. Js. an das Dienstverhältniß auf beliebigen Wiederruf gelöst werden kann. (Sehr angenehm für die armen Schreiber.)

Von Buttenheim wird der N. Bamberger Ztg. geschrieben, daß am 2. d. eine Adresse um Aufhebung des 7. Schuljahr an die Kammer der Abg. nach München abgesandt wurde, und daß mehrere Gemeinden diesem Beispiele folgen werden. (Bravo! nur recht gerührt!)

In Passau hat am 30. Mai die erste Sitzung der dießjährigen Wanderversammlung bayr. Landwirthe stattgefunden. Prinz Ludwig, welcher zu der Versammlung von München gekommen war, wohnte der Berathung bis zum Schlusse bei.

Ueber 3000 Feuerwehrmänner aus fast allen Städten und Märkten Bayerns waren zu dem Feuerwehrtage in Regensburg eingetroffen. Die Ausstellung von Feuerwehr-Requisiten, Wasserleitungsgegenständen und landwirthschaftlichen Geräthen war mit nahezu 500 Ausstellungsgegenständen beschickt. Der König ließ der Versammlung durch seinen Cabinetssekretär telegraphisch seinen Gruß entbieten und seine Anerkennung mit dem Wunsche auch fernerer gedeihlicher Wirksamkeit ausdrücken.

Karlsruhe, 30. Mai. Der „Bad. Beob." erinnert daran, wie es nun schon über drei Monate sei, daß der prakt. Arzt Dr. Leop. Fischer aus Heidelberg in öffentlichen Blättern erklärt habe, der Herr Staatsminister Jolly habe in der 25. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer über ihn „Unwahres" gesagt, wobei Herr Fischer zugleich ausgesprochen, er überlasse nun dem Hrn Minister, zu entscheiden, ob er es im Interesse seiner Ehre nicht für geboten erachten müsse, ihn dort zur Rechenschaft zu ziehen, wo der Beweis der Wahrheit verlangt werde. — Der „Beobachter" bemerkt hiezu wörtlich: „Bis heute haben wir noch nichts davon gehört, daß Herr Jolly den Hrn. Fischer zur Rechenschaft gezogen habe für seine öffentliche Behauptung. Es scheint demnach, daß der Herr Staatsminister den Vorwurf, vor der Volksvertretung über Herrn Fischer Unwahres gesagt und dadurch dessen Ehre schwer gekränkt zu haben, auf sich ruhen lassen will." Was soll sich aber auch so eine badische Excellenz geniren, einmal der Unwahrheit überwiesen zu sein. Die getreuen, die „sittlich ernsten" Liberalen loben ihn deßhalb um so mehr. Hat doch kürzlich der bayerische so t chrittliche Abgeordnete Herz die ehemals bayerische Excellenz, Hrn. Hörmann, in einer Volksversammlung ob seiner Offenheit gerühmt, denselben Hörmann, dessen Worte und Betheuerungen absolut nicht mit den Enthüllungen Westermayers zu vereinbaren waren. Das ist so liberal!

Die „Karlsr. Ztg." berichtet: „Der Großherzog hat gestern nach seiner Rückkehr in die Residenz den kgl. preuß. Generallieutenant v. Colomier, Inspekteur der 4. Artillerie-Inspection zu Coblenz, empfangen, welcher seit einigen Tagen hier verweilt, um die Feld- und Festungsartillerie der Großherzogl. Armeedivision einer Spezialmusterung zu unterziehen, wozu derselbe auf den Wunsch des Großherzogs von dem König von Preußen ermächtigt wurde. Der General von Colomier ist heute zur großherzogl. Tafel gezogen worden, zu welcher zahlreiche Einladungen ergangen waren." — Der Vasall bewirthet den Gesandten seines Lehnsherrn!

Kassel, 1. Juni. Die Industrie-Ausstellung wurde in Gegenwart der Behörden mit einer Fest-

Digitized by Google

reve von Fabrikant Keel eröffnet. Die Zahl der Aussteller beläuft sich auf circa 1100, von denen die meisten Norddeutsche sind. Die Ausstellung ist recht interessant. Der Besuch ist lebhaft.

Wiesbaden, 1. Juni. Der „Rhein. Kurier" meldet aus Bad Ems: Morgen Vormittag trifft mit dem Könige Graf Bismarck hier ein. Die russischen Gesandten Graf Oubril und Freiherr von Brunow sind ebenfalls hier anwesend, daher vermuthet man auch diplomatische Conferenzen. Der König wird zu einem längeren Kurgebrauch Mitte Juni wieder hier eintreffen. — Der Großherzog von Oldenburg wird heute zum Besuch bei dem Kaiser von Rußland erwartet.

Hannover, 30. Mai. Zur Strafverbüßung sind nach der „D. V.-Z." etwa 20 der aus Frankreich zurückgekehrten hannoverischen Flüchtlinge nach Minden abgeführt worden. Die Leute zeigten eine große Niedergeschlagenheit, und ihr Anblick erweckte allgemeine Theilnahme.

Berlin, 1. Juni. Die Wahlen zum Reichstage werden, dem genannten Blatte zufolge, voraussichtlich Mitte September stattfinden, während die Landtagswahlen in der zweiten Hälfte desselben Monats vorgenommen werden sollen. Der Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden ist auf den 12. d. M. einberufen worden.

Wie die „Trib." in Berlin erfährt, soll der König von Preußen die Absicht geäußert haben, kein Todesurtheil mehr zu unterzeichnen.

Dem „W. Tagbl." wird von hier gemeldet, es geht das Gerücht, der Kaiser von Rußland habe auf den Wunsch seiner Schwiegertochter, der Großfürstin Dagmar, einer gebornen dänischen Prinzessin, hier einen Schritt in der nordschleswig'schen Frage unternommen.

Nach Mittheilungen aus Wien, die der „B. B. u. Hztg." sowie der „Karlsr. Z." zugehen, hat der Vicekönig von Egypten auf eine vertrauliche Anfrage in Paris, ob ein erneuter Besuch dort willkommen sein werde, die in allerlei höfliche Wendungen eingewickelte, aber gleichwohl handgreiflich deutliche Antwort erhalten, daß er sich des freundlichsten Empfangs versichert halten dürfe, sobald er das Seinige gethan, definitive friedliche Beziehungen zu seinem Suzerän, dem Sultan, wieder herzustellen.

Mecklenburg, obwohl es zum preußischen Mordbund gehört, wo man bekanntlich den Süddeutschen „zu liberal ist," wenigstens hat's Bismarck gesagt, Mecklenburg ist ein protestantisches Land, doch wären nach dem Gesetz auch die dort wohnenden Katholiken gleichberechtigt. Nun darf allerdings nach dem Gesetz einem norddeutschen kath. Geistlichen die Niederlassung nicht versagt werden, aber die „toleranten" Mecklenburger wußten sich zu helfen: er darf im ganzen Land keine Messe lesen, überhaupt keine geistliche Verrichtung ausüben. Thut er es und erfährt's ein Gendarm, dann schubt man ihn wieder über die Grenze. Nicht einmal auf seine Privatkosten darf sich ein Katholik in diesem gesammten Mordbundlande einen Geistlichen und Gottesdienst halten! Eine solche Sorte Toleranz ließe sich am Ende der radikalste Neuheide gefallen! Bld.

Ausland.

Rom, 28. Mai. Pater Hötzl, der sich seit einigen Tagen hier befindet, wurde in dem Kloster seines Ordens St. Bonaventura untergebracht. Da der bayr. Gesandte sich des Paters, der auf ausdrücklichen Befehl des Papstes hierher berufen wurde, mit allem Nachdruck annimmt, so gab der General des Ordens das Versprechen ihn mit Schonung zu behandeln u. seinem Verkehr mit dem Grafen Taufkirchen kein Hinderniß in den Weg zu legen. Hötzl darf demgemäß hier auch seine Besuche machen, freilich immer in Begleitung eines Ordensbruders. (So schreibt die A. A. Ztg. selbst.)

Florenz, 28. Mai. Ueber die republikanische Bewegung in Italien liegen heute wieder zahlreiche Nachrichten vor. Im Piccolo Giornale finden wir die Eidesformel, die alle Offiziere der „allgemeinen republikanischen Armee" (so nennen sich die Insurgenten) zu leisten haben. Dieselbe lautet: „In dem geheiligten Namen Italiens und der großen allgemeinen republikanischen Allianz schwörst du, dem Rufe des die Insurrection organisirenden Chefs allezeit Folge zu leisten, mit deiner Mannschaft jeden Augenblick bereit zu sein und nach ertheilter Ordre dahin zu eilen, wohin der Chef der Zone oder Unterzone dich schicken wird. Du schwörst und betheuerst, daß im Falle des Ungehorsams oder der Saumseligkeit, wenn du nicht zur Stunde, die dir bezeichnet wird, pünktlich erscheinst, du des Todes seiest; als Feigling und Verräther mußt du sterben." (Der Offizier: Ich schwöre und betheuere es.) Bruder, heißt es dann in der Eidesformel weiter, bereite dich zum Kampfe vor. Der Augenblick der That ist nahe, die Stunde der Befreiung wird schlagen. Worauf der Offizier zu antworten hat: Es lebe die große allgemeine republikanische Allianz!

Florenz, 31. Mai. Zwischen der italienischen und der päpstl. Regierung werden offiziöse Verhandlungen geführt zu dem Zweck gemeinsam gegen die Banden zu operiren.

Paris, 29. Mai. Die Gerichte fahren fort, die Provinzialpresse mit seltener Strenge zu verurtheilen; eine löbliche Ausnahme machte das Tribunal zu Metz, das den „Mosel-Kurier" wegen Veröffentlichung der falschen Proklamation Napoleon's freigesprochen, während andere Gerichtshöfe mitunter die betreffenden Beschuldigten bis zu 3 Monate Gefängniß u. 3000 Frs. Geldstrafe verurtheilten.

Von der polnischen Grenze, 28. Mai. In Wilna hat sich wieder einmal ein Act der kühn-

Digitized by Google

sten öffentlichen Opposition gegen die Gewaltmaßnahmen der russischen Regierung kundgegeben. Der nach Archangel verwiesene Decan Piotrowitsch hatte nämlich durch sein heldenmüthiges Auftreten auf alle Schichten der Bevölkerung nicht nur von Wilna, sondern von ganz Litthauen einen so aufregenden Eindruck gemacht, daß die Behörde es für angemessen hielt, diesen Eindruck auf irgend eine Weise abzuschwächen. Sie wählte dazu das schlechteste Mitel, indem sie den Decan Piotrowitsch durch ärztliche Atteste für irrsinnig erklären und diese Erklärung in den Kirchen Wilna's von den Kanzeln verlesen ließ. Der Nachfolger des Decans Piotrowitsch verlas dieselbe in der Raphaelskirche, gab dann aber seinem Gefühl der äußersten Entrüstung dadurch Ausdruck, daß er die Behauptung öffentlich für unwahr und der ärztlichen Atteste für Lügen erklärte und die Gemeinde aufforderte, trotz aller Verfolgungen an der katholischen Kirche unerschütterlich festzuhalten und allen Neuerungen zu widerstehen. Daß in Folge dieser kühnen Sprache der neue Decan sofort verhaftet und nach St. Oetersburg abgeführt wurde, ist selbstverständlich. Seine Rückkehr dürfte jedenfalls zweifelhaft sein.

Madrid, 2. Juni. Die Parteigänger Espartero's richteten ein Manifest an das Land, worin sie die Wahl Espartero's zum Könige fordern und die Fortdauer der gegenwärtigen Regierung bekämpfen. Es ist wahrscheinlich, daß ungeachtet lebhafter Debatten in den Kortes die gegenwärtige Regierung wird beibehalten werden.

New-York, 31. Mai. Wie „Reuter's Office" vernimmt, wird der Bericht über die Staatsschuld der Vereinigten Staaten für den Monat Mai eine Abnahme derselben um 11 Millionen Dollars nachweisen.

Vermischtes.

Karlsruhe, 31. Mai. In der heutigen Serienziehung der 35 fl.-Loose wurden folgende 20 Serien gezogen: 3743 6453 226 6576 2578 6253 973 2829 7720 2989 7509 4722 6383 1399 2068 4769 5595 7587 7407 2334.

Theures Schlafgeld. Einem Fuhrmann, der zur Ersparung des Schlafgelder letzter Tage Nachts mit seinem Wagen vor der Stadt Worms anhielt, wurde während er ruhig in Morpheus Armen ruhte, sein vor dem Wagen gespanntes Rößlein sammt Geschirr entwendet.

Am 28. Mai brach in Lokal (Galizien) im Bernhardiner-Kloster Feuer aus, welches bis zum Abend das Kloster, die Pfarr- und Klosterkirche, sowie 46 Wohnhäuser sammt Nebengebäuden in Asche legte.

5000 Auflage.

Nur 1 fl. oder 15 Sgr. pr. Quartal.

DIE DONAU

ist die billigste, mindestens 2 Bogen, 16 Seiten stark erscheinende

belletristisch-humoristisch-satirische Zeitschrift,

redigirt unter Mitwirkung der beliebtesten Schriftstellern der Gegenwart, als: Aug. Schrader, Dr. Theod. Wahl, Ernst Willkomm, O. Moser, Mor. Horn, Louis Rullmann, Fr. Lubojatzky, Dr. W. Andrear. Die Aufgabe der „Donau" ist, Geist und Herz in üppiger Fülle für das Schöne des Fortschritts, die Erhabenheit der Poesie und der bildenden Künste stets in reger Aufmerksamkeit zu erhalten. Unsere Blätter bringen demnächst wahrheitsgetreue Skizzen, spannende Erzählungen, und Romane, Gedichte, Chronik der Woche, Buntes aus der Welt, der Ereignisse im In- und Auslande.

Außerdem bringt die Donau einschlägige Illustrationen, und wendet ihr Augenmerk auch auf den humoristisch-satyrisch-illustrirten Theil, unter dem Titel: „Fliegende Blätter", welcher reichhaltigst ausgestattet, nicht verfehlen dürfte, die Heiterkeit der geehrten Leser stets zu erregen. „Die Donau" erscheint jeden Sonntag und kostet viertelj. nur 1 fl. halbj. nur 2 fl. fürs Ausl. durch die Post „ „ 15 Gr. „ „ 1 Thlr. bietet somit eine spannende, reichhaltigst ausgestattete Lectüre und sind diese Unterhaltungsblätter des besonders billigen Abonnementpreises wegen jeder Familie bestens empfohlen.

Die Donau Pest, Königsgasse Nr. 47.

5000 Auflage.

Durch das Literarische Institut und die Kranzfelder'sche Buchhandlung ist zu beziehen:

Der Weinstock

am Spalier und in Töpfen, sowie im Dienste des Altars.

Praktische Anleitung, den Rebstock sowohl nach den älteren Grundsätzen Kolbe's, als nuch nach dem neuesten Kulturverfahren von Hardy u. Jäger am Spalier zu erziehen; mit Beifügung verschiedener zweckdienlicher Andeutungen, nebst einer kleinen Anleitung zur Topfkultur und Weinerzielung.

Mit 31 in den Text gedruckten Abbildungen.

Bearbeitet von **Karl Schmid.** Preis 27 kr.

Katholisches Casino.

Das k. Casino in Haßfurt begeht am 6. d. M. sein Stiftungsfest u. ladet die verehrl. Mitglieder des hiesigen Casino zu recht zahlreicher Theilnahme freundlichst ein.

Näheres der Anschlag im Lokale.

Bamberg 1. Juni 1870.

Der Vorstand.

Ganze Bibliotheken

und einzelne Bücher, besonders Catholica, kaufe stets zu möglichst hohen Preisen.

I. HILLER,

Antiquar in München.

Herzoglich

Sachsen Meininger fl. 7 Loose.

Jährlich 3 Ziehungen.

Haupt-Gewinne 45,000 fl., 40,000 fl. ꝛc. bis abwärts 8 fl. Erste Ziehung 1. Juli ds. Js. Original-Loose empfiehlt

Nicolaus Lauer

Allerheiligen-Straße Nr. 66,

Frankfurt a. Main.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 130. Samstag, den 4. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Parteidisciplin über Alles.

Unter diesem Titel schreibt uns ein Mann aus dem Volke, dem es, weit entfernt zu den sogenannten Kritikern der patriotischen Fraktion oder einzelner Mitglieder derselben gehören zu wollen, einzig um das Beste der Sache zu thun ist, in folgender Weise: Anläßlich der betrübenden Kammerereignisse in jüngster Zeit ist die alte Trompete der Parteidisciplin wieder hervorgeholt worden und von Journalen, welche Frieden um jeden Preis wollen, wird zur Ordnung gerufen und bei dieser Gelegenheit Herrn Lukas ganz zufällig hie und da ein Nadelstich applicirt. — Ob die alte Taktik die alten Dienste leisten wird, ist jetzt noch schwer zu sagen, es hieße sich aber einer argen Täuschung hingeben, aus dem seitherigen Schweigen und der stillen Resignation des Volkes schließen zu wollen, dasselbe sei mit den bisherigen Resultaten des langen parlamentarischen Feldzuges so ganz und gar zufrieden. Das Volk glaubte sich mißhandelt und erwartete Bürgschaft für seine Zukunft. Ein Krieg gegen Systeme sollte geführt werden und Einrichtungen fallen, in Folge deren man einen lästigen Druck fühlte. Der Trost schöner Versprechungen ist ein zu schwacher und bietet keinen Schutz gegen die Gemüthlichkeiten von Personen, die vielleicht schon am nächsten Tage die altgewohnte Bahn wieder wandeln. Darum keinen faulen Frieden, während dessen die Gutgesinnten immer allein verlieren werden. Nur auf Grund einer festen, sichern Basis, auf Grund wahrhaft freisinniger, positiver Systeme kann mit dem Fortschritte unterhandelt werden! Was ist bis jetzt geschehen, so fragen sich die Männer im Volke. Sind unsere gerechten Forderungen und Wünsche principiell anerkannt, oder doch wenigstens allgemein betont worden? Sind nicht selbst Personen noch möglich, über deren willkürliches Vorgehen das Volk so bitter geklagt hat? Hat nicht selbst der Reichsrath über Mangel an Unterstützung in seinem patriotischen Vorgehen zu klagen? Welche Schutzwehr ist überhaupt aufgerichtet worden, uns künftig vor der Willkür einer Partei sicher zu stellen? — Viele der diplomatischen Schachzüge, deren Feinheit die Eingeweihten vielleicht mit Bewunderung erfüllen mag, ahnt das patriotische Volk kaum, dagegen vermißt es sehr die prinzipielle Aufstellung seiner Forderungen. Die neue Auflage alter Drangsale gehört noch lange nicht in den Bereich der Unmöglichkeit; daß aber durch den Gang der Ereignisse Lukas und Bucher, zwei unermüdliche Streiter für die gerechte Sache, die wir vorderhand als noch gut blau-weiß ansehen zu dürfen glauben, unmöglich wurden, bedauern wir höchlich. Das sind so die Thatsachen und Umstände, mit denen das Volk rechnet, nicht mit allgemeinen schönen Phrasen! Und wenn man heute noch jede öffentliche Kundgebung durch Parteidisciplin niederdrücken will, — so wird diese Parteidisciplin aufhören, — wo die Feigheit anfangen müßte! (A. Volksztg.)

Inland.

München, 31. Mai. Soeben ist der Bericht des ersten Sekretärs Dr. Jörg über die Reklamation der Wahlmänner von Gräfenberg gegen die Abgeordnetenwahl in Forchheim ausgegeben worden. Die Reklamanten machen 4 Punkte geltend: 1) Ungehörigkeiten bei der Urwahl in Eggolsheim, 2) Verletzung wesentlicher Förmlichkeiten bei der Urwahl in Langensendelbach, 3) Bestechung der Wähler im Urwahlbezirke Kunreuth und 4) daß die derzeitigen Abgeordneten Pfarrer Mahr und Lothar Weber in ihrer Eigenschaft als Wahlmänner ihre Stimmen sich selbst gegeben hätten. Der Bericht des Referenten erinnert daran, daß dieser letzte Punkt bereits in der Sitzung vom 26. Febr. als unrichtig konstatirt worden ist, und beschäftigt sich sodann zuerst und hauptsächlich mit dem dritten als dem gravirendsten. Es wird eingeräumt, daß in drei Gemeinden die Urwähler unter Androhung von Geldstrafe zum Erscheinen bei der Urwahl befohlen worden sein können, doch wird darauf, weil eine solche Strafandrohung bei der Ladung zur Gemeindeversammlung zulässig ist, kein sonderliches Gewicht gelegt. Anders verhält es sich mit der Anschuldigung, daß der Bürgermeister Deubel von Schleifhausen denjenigen Angehörigen seiner Gemeinde, welche die ihnen bezeichneten Personen (darunter er selbst) wählen würden, freie Zeche und per Mann 9 kr. zu zahlen versprochen habe.

Wegen des letztern Gerüchts war schon vorher selbstständig Untersuchung gepflogen, aber das Resultat von der Staatsanwaltschaft als ein „durchweg negatives" bezeichnet worden, und die neuerlich geschehene eidliche Vernehmung der Reklamanten, sowie der von ihnen benannten Zeugen lieferte kein positives Ergebniß. Darnach werden auch die beiden minder wichtigen Punkte ad 1 und 2 der Reklamation theils als unwesentlich, theils als minder glaubwürdig erörtert und beantragt: der Reklamation eine Folge nicht zu geben. N. K.

Den Neuesten Nachrichten zufolge, soll die Gebührenordnung für die Advokaten, welche mit dem neuen Civilprozeß in's Leben treten wird, „so beispiellos niedrige Ansätze enthalten," das man einen „Packträgertarif" vor sich zu halten glaube. Nun, so arg wird das Ding wohl nicht sein; daß aber die Advokatengebühren, wie sie gegenwärtig sind, eine bedeutende Minderung wohl ertragen, ist sicher, und wenn das Ministerium eine solche beabsichtigt, so verdient es den Dank des Volkes, wenn auch die Betheiligten von der Schmälerung ihres Einkommens nicht erbaut sein mögen.

Wie wir hören, wurde die von Ministerialrath Giehrl entworfene Gymnasial-Schulordnung einer Kommission von hiesigen Fachmännern vorgelegt, unter welchen uns die Professoren Giesebrecht, Bauer, Müller und Sörgel genannt werden. Diese beriethen in Gemeinschaft mit dem Verfasser der neuen Schulordnung die einzelnen Bestimmungen derselben und nachdem der Entwurf so seiner ersten Prüfung unterzogen wurde, wird er nun durch den Druck veröffentlicht, um weitern Kreisen zugängig gemacht zu werden.

Der Volksbote schreibt: Die bekannte väterliche Fürsorge des Hrn. v. Schlör für die ihm unterstehenden Beamten und Bediensteten wird von diesen täglich mehr und angemess'ner „gewürdigt" und zwar nichts weniger als zum Lobe des Herrn Papa. So haben erst kürzlich die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten, nachdem ihr Vertrauen auf den Herrn Papa sich in das Gegentheil verwandelt hatte, eine Petition mit mehr als 1400 Unterschriften an die Kammer der Abgeordneten gerichtet, in welcher sie ihre sozialen Verhältnisse dargestellt und um Abhilfe gebeten haben. Da diese Petition ebenso maßvoll gehalten, als gegründet ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Kammer die bisherigen Verhältnisse würdigen und Abhilfe verschaffen wird, zumal sich dieselbe um das Krankenwesen handelt, bei welchem sich Fälle eingeschlichen haben, die mit keinem Namen zu belegen sind. Oder wird Jemand, dem Verstand und Vernunft noch keine veralteten Möbel sind, es für gerecht finden, wenn bei gleichen Einzahlungen der verheirathete Arbeiter im Erkrankungsfalle für die Feiertage keine Krankenunterstützung erhält, während für den ledigen dem Krankenhause auch für Feiertage von der gemeinsamen Krankenkasse der Verkehrsanstalten je 42 kr. bezahlt werden müssen. Oder soll etwa ein verheiratheter Arbeiter an Sonn- und Feiertagen, wenn er von einer Krankheit befallen wird, von Luftschnappen und Wassertrinken leben? Da wäre wahrhaftig die Benennung „verkehrte Anstalten" ganz am Platze!

In Bayern bestanden im Jahre 1867/68 nur 210 Feuerwehren, während jetzt 511 dergleichen Vereinigungen mit 51,064 Mitgliedern zählt, überdieß sind aber noch 50 freiwillige Feuerwehren in der Bildung begriffen.

Von den 51,000 Mitgliedern sind 40,000 Mann freiwillig, 11,000 bezahlte oder gesetzlich beigezogene Feuerwehrleute.

Die k. Staats-Regierung hat dem Landesausschuß, beziehungsweise der Landes-Unterstützungskasse bereits einen Betrag von 1000 fl. überwiesen und in das Budget für 1870 und 1871 einen jährlichen Zuschuß von 5000 fl. eingesetzt.

Aus Baden, 1. Juni. Vor Kurzem verkündigte das national-liberale Blatt in Konstanz mit Emphase: Bürgermeister Stromeyer habe seine Stelle niedergelegt, um seinen Mitbürgern Gelegenheit zu geben, ihn ohne moralischen Druck wieder zu wählen, oder einem andern ihre Stimme zu geben. Wie es sich aber jetzt herausstellt, war dies von dem großen Stromeyer nicht so ernst gemeint; denn nach der neuesten Kundgebung bleibt derselbe trotzdem bis zur Neuwahl eines Bürgermeisters im Amte; es handelt sich bei ihm sohin nur um eine „Phrase", an welcher der Nationalliberalismus bekanntlich sehr reich ist. Die „Mannheimer Abendzeitung" bemerkt hiezu treffend: „Herr Stromeyer verfährt nach Art Napoleons III., der an der Spitze von einer halben Million Soldaten das Land über das Fortbestehen seiner Herrschaft und seiner Dynastie befragte. Hr. Stromeyer macht eine Theaterscene: er legt das Amt nieder, bleibt aber im Amte, um in der Wahlbewegung seine Wiederwahl mit dem ganzen Gewichte, das ihm die Stellung als Bürgermeister verleiht, durchzudrücken.

Baden, 1. Juni Das Ministerium hat von der Ermächtigung, das neue Gemeindegesetz erst mit dem 1. Oktober einzuführen, keinen Gebrauch gemacht, sondern den Einführungstermin auf den 1. Juli bestimmt. In Folge dessen werden eine größere Anzahl von Gemeindevertretungen noch im Laufe dieses Sommers neu gewählt werden. Der Bürgermeister von Constanz hat das den meisten seiner Collegen ziemlich unliebsame Beispiel gegeben und seine Entlassung sofort nach Publication des Gesetzes eingereicht, allein ächt liberal-national die Leitung der Neuwahlen in der Hand behalten. Das Comödienspiel im Großen wie im Kleinen wird habituell. Im Uebrigen sind die directen und geheimen Wahlen der Bürgermeister und der Gemeinderäthe das geeignetste

Mittel, um das öffentliche Leben auch für die Masse der Bevölkerung wieder anzufachen. Man darf mit Grund auf das Ergebniß derselben gespannt sein. In maßgebenden Kreisen soll man ein genaues Verzeichniß der Landorte und der Städtchen angelegt haben, von denen man erwartet, daß sie oppositionell, vorzugsweise klerikal wählen werden. Von den Städten hofft man keine zu verlieren. Man erwartet, daß dieselben unterthänigst — treugehorsamst ministeriell sein und bleiben werden. F. Z.

Berlin, 1. Juni. Hier eingelangten Nachrichten zufolge haben die Landtage von Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar die Regierungsvorlagen betr. den Bau der Saalbahn und der Linie Gera-Weimar angenommen.

Wien, 1. Juni. Der „Karlsr. Ztg." wird von hier gemeldet: der Vicekönig von Egypten habe mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er seine ganze Zuversicht auf das Wohlwollen und die Gnade des Sultans setze, in Konstantinopel offiziell um die Erlaubniß nachgesucht, demselben im Monat Juli persönlich die Versicherungen seiner Treue und Ergebenheit zu Füßen legen zu dürfen. Die Sehnsucht Ismail Pascha's nach den Herrlichkeiten von Paris muß in der That unwiderstehlich sein, da er sich auf den von dort aus ertheilten diplomatischen Wink so rasch zur Demüthigung vor dem Padischah entschließen konnte.

Ausland.

Brüssel, 2. Juni. Die Rückkunft des Königs aus England wird für morgen, Freitag, Vormittags erwartet. — Bekanntlich wurde kürzlich schon erwähnt, daß unter den Regierungen, welche die nach Rom gerichtete Denkschrift des Grafen Daru mit ihrer Zustimmung unterstützten, die belgische Regierung sich nicht befand. In einer offiziösen Erklärung motivirt nun die „Indep. B." diese Zurückhaltung folgendermassen:

„Um die Zurückhaltung Belgiens in den Angelegenheiten des ökumenischen Concils zu erklären, braucht man nicht erst zu untersuchen, os seine Regierung es für nöthig hält, jede religiöse Polemik zu vermeiden. Wenn sie sich nicht mit diesen Angelegenheiten beschäftigt, so geschieht das einfach, weil sie sich nicht damit zu beschäftigen braucht. Die belgische Regierung ist nicht das Cabinet eines katholischen Hofs, sie ist eben die belgische Regierung, d. h. die Regierung eines constitutionellen, unabhängigen, neutralen Staats ohne Staatsreligion. Der Grundsatz der Trennung der Kirchen vom Staat ist in der Verfassung niedergelegt. Daher ist Belgien ziemlich unbekümmert um die Ansicht, welche über die Frage der päpstlichen Unfehlbarkeit die Bischöfe haben, die Belgien im Vatikan zu vertreten behaupten, während sie in Wirklichkeit dort nur den Papst vertreten, der sie auf eigene Hand ernannt und eingeführt hat, ohne jede Einmischung unserer Regierung. Mögen sie sich für die Unfehlbarkeit oder gegen dieselbe, oder nur gegen ihre Zeitgemäßheit aussprechen, das kümmert uns wenig. Sollte die Unfehlbarkeit des römischen Pontifex vom Conzil erklärt werden, und die belgischen Bischöfe daraus den Anspruch schöpfen sich in Dinge zu mischen welche sie nichts angehen, so wird die Nation ihren Eingriffen zu begegnen wissen, und sie auf die religiösen Angelegenheiten ihrer respectiven Diözesen verweisen."

Paris, 2. Juni. Die „Agence Havas" meldet aus Lans-le-Bourg (Dep. Savoie): Ein Theil der Insurgentenbande von Mailand (etwa 60 Mann) darunter mehrere Studenten, ist im Norden des Comer-Sees erschienen.

Die Budgetkommission hat die Bezüge des Marschalls Canrobert, welcher, abgesehen von seinem Gehalt als Großkreuz der Ehrenlegion und den Zulagen für Pferde, Wagen, Hafer u. s. w., nicht weniger als 170,000 Francs jährlich einstrich, auf 110,000 Francs herabgesetzt. Der Kriegsminister hat gegen diese Reduktion keinen Einwand erhoben, desgleichen nicht gegen den weiteren Antrag der Commission, die Bezüge des Marschalls Bazaine von 100,000 auf 72,000 Francs herabzusetzen.

Florenz, 2. Juni. Die „Italie" versichert, der Minister des Aeußern habe bei dem schweizerischen Bundesrath wegen unzureichender Ueberwachung der Grenze und Verzögerung der Internirung der Flüchtlinge reklamirt.

Genua, 1. Juni. Gerüchtweise verlautet, daß in der Terra di Lavoro eine neue Bande erschienen, sowie daß 25 griechische Briganten in Kalabrien gelandet seien.

In der 60. General-Congregation am 28. Mai sprach der Bischof Senestrey von Regensburg im Namen der Glaubens-Deputation gegen die an den vorhergehenden Tagen vorgebrachten Einwendungen gegen die Unfehlbarkeit, ferner der Bischof Bravard v. Coutances, dann der Bischof Verot v. Savannah in Nordamerika, welcher nach dem „Univers" äußerte, er würde das Placet für die Unfehlbarkeit für ein Sacrilegium halten, worauf er vom Cardinal Capalti unterbrochen worden sei und die Tribüne verlassen habe. Zuletzt sprach der orientalische Bischof von Artuin in der Türkei, Mgr. Halagi, für die Unfehlbarkeit. — Die nächste General-Congregation ist auf Montag 30., festgesetzt worden. Die Sitzungen sollen künftig um halb neun Uhr statt um neun Uhr beginnen. Einige als Redner eingeschriebene Bischöfe sollen sich von der Rednerliste haben streichen lassen. Der Bischof von Straßburg reist in seine Diöcese. Der h. Vater soll ihm das Versprechen abgenommen haben, daß er im Spätherbst wieder komme. Das Concil soll, nach dem „Univers", weder suspendirt, noch vertagt, noch unterbrochen werden. Alle französischen Bischöfe sollen nach der Definition von der

Unfehlbarkeit für einige Zeit in ihre Diözesen kommen, und im October oder Nov. nach Rom zurückkehren wollen.

Madrid, 1. Juni. Ein Anhänger Espartero's veröffentlicht ein Manifest an das Land, worin derselbe verlangt, daß Espartero zum Könige gewählt werde, und die Aufrechthaltung der gegenwärtigen Regentschaft lebhaft bekämpft.

Washington, 1. Juni. Die Staatsschuld betrug nach dem soeben erschienenen Finanzbericht am 31. Mai d. Js. 2645 Millionen Dollars, die Abnahme im Monat Mai 14¼ Mill. Der Bestand des Staatsschatzes betrug 106¾ Mill. baar u. 14¼ Mill. Papiergeld.

Vermischtes.

Leipzig, 1. Juni. Auf der Magdeburger Bahn sind im Laufe des Mai nach der „D. V.-Z." 2128 Auswanderer nach Bremen u. Hamburg befördert.

Köln, 30. Mai. Wie dem Düsseldorfer „Bürgerm. Bl." mitgetheilt wird, gibt es auch in dem Verwaltungsbezirke des Präsidenten v. Kühlwetter eine Schule, in der die 18jährige Töchter des Elementarlehrers in der zweiten Klasse wegen Mangels eines Gehülfen Unterricht ertheilen muß. Die Stadt liegt im industriellen Theile des Regierungsbezirks und hat ca. 15,000 Einwohner.

Oberammergauer Passionsspiel.

Wohnungs-Vermittelung.

Die Unterzeichneten sind in der Lage, in „Oberammergau" für dort ankommende Gäste sicher und billig Wohnungen zu besorgen, und laden die hochw. Geistlichkeit, Mitglieder der katholischen Casino's und die kath. Vereine ein, von dieser aufs beste organisirten Unternehmung Gebrauch zu machen. Es wird indeß für Jedermann, besonders für Frauenzimmer und für die Jugend, welche ohne Aufsichtsbegleitung dort ankommen, für eine solide und anständige Unterkunft gesorgt.

Zur Einhaltung einer unbedingt nothwendigen Ordnung ist festgestellt:

1) Alle Karten lauten auf Namen mit laufenden Nummern und werden auf mündliche und schriftliche Bestellung in 2

F. Gypen's Kunsthandlung in München,
Neuhausergasse Nr. 50,

gegen Erlag oder Einsendung von 30 kr. abgegeben oder umgehend versandt.

2) Anmeldungen müssen zwei Tage vor jedem Spiel geschehen, und solche für große Familien oder Gesellschaften, welche zusammen wohnen wollen, sind zur Vorsicht vier Tage vorher zu machen. Nach folgendem Theaterbilletstarif werden auch diese besorgt, indeß ist für die Billets der Betrag des gewünschten Platzes beizulegen.

3) Die in Oberammergau Ankommenden haben sich in die Wohnungs-Vermittlungslokalität, zunächst dem Theater, zu begeben und werden gegen Vorzeigung der in Händen habenden Billets sofort in ihre Wohnung begleitet.

F. Gypen's Kunsthandlung u. Schauer,
ehemal. Gem.-Vorst. in Oberammergau.

Programm zu den Passionsvorstellungen.

Am Vorabende 7 Uhr und am Tage der Aufführung früh 5 Uhr Musik durch die Straßen des Dorfes. — Um 6 Uhr Eröffnung des Theaters zu den Sitzplätzen. — Um 8 Uhr Anfang der Vorstellung. Nach der 1. Abtheilung 1 Stunde Pause. Schluß gegen 5 Uhr Nachmittags.

Tage der Vorstellungen:

6., 12., u. 25. Juni. — 3., 10., 17., 24. u. 31. Juli. — 7., 14., 21. u. 28. August. — 8., 11., 18., 55. und 29. September 1870.

Preise der Plätze:

I. Logenplatz 3 fl. — II. Logenplatz 2 fl. 30 kr. — III. Logenplatz 2 fl. — Parterre: I. Platz 1 fl. 45 kr. — II. Platz 1 fl. — III. Platz 48 kr. — IV. Platz 30 kr. Kinder zahlen auf allen Plätzen mit Ausnahme der Logenplätze die Hälfte.

In der Fabrik von Joseph Beck in München, Pasingerlandstraße Nr. 3, ist zu haben:

Creosot-Oel

zum conservirenden Anstrich für Holz pr. 100 Zollpfund 5 fl.

Dieses für Jedermann anwendbare Mittel, um Holz vor Fäulniß zu bewahren, wird bereits seit längerer Zeit mit dem besten Erfolge angewendet und verdient daher zur allgemeinen Anwendung empfohlen zu werden.

Alle weicheren Holzarten, welche sonst in kurzer Zeit durch Fäulniß zu Grunde gehen, können durch Creosotöl auf unabsehbare Weise erhalten werden (s. Dingler polyt. Journal 1852, 126. Bd., Seite 146).

Dasselbe eignet sich daher besonders zum Anstrich von Brücken-Einfriedungs- und Unterlagshölzern, Geländern, Hopfenstangen, Weinpfählen, Schindeldächern ꝛc., indem sie das Holz nicht nur vor Fäulniß, sondern auch vor der Schwammbildung, dem Holzwurm und vor dem Benagen der Ratten und Mäuse schützt.

Dasselbe gibt dem Holze eine gelbliche Farbe. 4

Offene Stelle.

Als Aufsichts- und Verwaltungs-Beamter über eine ländliche Besitzung (Ziegelei) wird eine geeignete Persönlichkeit mit einem Jahreseinkommen von 500 Thlr. dauernd zu engagiren gesucht durch den Kaufmann **L. F. W. Körner**, Berlin, Friedrichsstrasse 20.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von OTTO REINDL.

An F.: Er geht aufs Land.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 131. Dienstag, den 7. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 5. Juni. Diejenigen Advokaten, welchen das Justizministerium den Entwurf der Advokatengebührordnung zur Begutachtung vorgelegt hat, haben ihre Erinnerungen zu demselben in einem sehr umfassenden Memorandum zusammengefaßt, das sofort an das genannte Ministerium gelangen wird. Die Gebühren wurden in einer großen Anzahl von Fällen für viel zu niedrig erklärt und entsprechende Erhöhungen beantragt. — Wie der Abg. Greil das allgemeine Referat über die Staatsausgaben, so hat der Abg. Kolb jetzt auch das Referat über den Militäretat vollendet. Beide Ausarbeitungen werden bis morgen oder übermorgen zunächst den Ausschußmitgliedern zugestellt werden. — Die an die Kammer gelangten Anträge auf Abänderung des Vereinsgesetzes werden am 8. d. M. im 4. Ausschuß zur Berathung gelangen.

München, 2. Juni. Bei der Debatte über die Verwaltung der Staatseinnahmen wollte Dr. Völk, wie er schon öfter gethan, die bereits im Ausland versteuerten Kapitalien in Bayern noch einmal besteuert wissen. Deßgleichen wollte Völk wissen, wie es denn mit der längst „angeregten" Hundesteuer stehe? Dr. Ruland empfahl dagegen ironisch, wie Kaiser Peter von Rußland die großen Bärte zu besteuern. Machen Sie es ihm nach sagte Dr. Ruland, indem er auf Dr. Völks bebartetes Gesicht hinzeigte.

München, 3. Juni. Wie man vernimmt, ist die Art u. Weise, in welcher Hr. Abg. Dr. Huttler in der vorgestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer gegen den Handelsminister auftrat, im Klub der patr. Partei sehr entschieden gemißbilligt worden.

München. Ein gewisser Olivier von Frankfurt a. M. stellte beim Magistrat das Gusuch um Etablirung einer „Sportagentur" dahier, daß er dahin definirte, daß er darunter eine Vermittlung von Wetten bei Pferderennen verstehe. Das Gesuch wurde abgewiesen, weil das Collegium kein Bedürfniß hierfür gegeben hält.

Die Allg. Z. hatte behauptet, die patr. Mehrheit der Abgeordnetenkammer habe die Parteilosigkeit unserer Rechtspflege in Abrede gestellt. Die „Pfälzer Ztg." entgegnet: „Die Unabhängigkeit und Parteilosigkeit der Rechtspflege wurde nirgends in Abrede gestellt, aber gerade zu ihrer Sicherstellung und Aufrechterhaltung mußten die Fälle gerügt werden, die sich mit der Unabhängigkeit und Parteilosigkeit eben nicht vertragen. Und daß solche Fälle in Bayern vorgekommen sind, kann doch wahrlich nicht geleugnet werden. Man erinnert sich wohl noch jener famosen Rede, in welcher der Abg. Twesten im preuß. Landtage die ganze preuß. Justiz als corrumpirt darstellte und wegen welcher das Obertribunal ihn verurtheilte. Aber trotz oder vielmehr wegen dieser Verurtheilung wurde diese Rede Twesten's von der liberalen Partei in- und außerhalb Preußens als eine große u. patr. That verherrlicht. Und in Bayern sollte es nicht gestattet sein, die Ueber- u. Mißgriffe einzelner Richter und Staatsanwälte zu rügen? Wer auf religiösem Gebiete keine Unfehlbarkeit anerkennen will, darf eine solche auch nicht auf juridischem Gebiete in Anspruch nehmen. Diejenigen, welche in der Kammer Mängel auf diesem Gebiete rügten, haben nur ein Recht geübt und gewiß nicht gegen den Sinn ihrer Wähler gehandelt."

Die „Köln. Ztg." bringt einen Leitartikel über bayerische Angelegenheiten, welcher sehr stark offiziös angehaucht ist und uns als Ausdruck gewisser Velleitäten, von welchen bisweilen die Rede geht, erscheint. Mit einer Logik, die Alles, auch die ärgste u. schreiendste Gewaltthat zu vertheidigen vermag, flickschneidert der Offiziöse der Köln. Z. jetzt schon an einem moralischen Mäntelchen, das man selbst einem in Bayern bisher erfreulicherweise unbekannten Staatsakt umhängen könnte, falls die Kammermehrheit von ihrem Budgetbewilligungsrecht bei dem ordentlichen Militäretat einen größeren Gebrauch machte, als gewissen Herren lieb ist. Der Offiziöse geht bereits soweit, unserer Kammer die Berechtigung der Budgetbewilligung für den Mititäretat abzusprechen, in der Reduktion desselben einen Bruch der Bündnißverträge zu erblicken u. Bayern mit einer unsanften Aufrüttlung zu bedrohen. Dieser drohungsreiche Artikel, über dessen Ursprung, Bedeutung und Zweck kein Zweifel sein kann, ist offenbar ein sehr starker offiziöser Wink an

Digitized by Google

den bayerischen Landtag, behufs Einschüchterung in Sachen des Militäretats. Der Offiziöse der K. Z. predigt geradezu eine Staatsstreichmoral, nach welcher sich er auf das Aeußerste beschönigen ließe, und fordert unverholen zum Verfassungsbruch und zur Beseitigung des Landtags auf, — natürlich um das Vaterland von den schrecklichen „Ultramontanen" zu retten. A. P.

Durch Verfügung des General-Post-Direktors Stephan sind die Vorsteher sämmtlicher Postanstalten davor gewarnt worden, gegen ihre Untergebenen allzu häufig zu denunciren. Die Verfügung geht von dem Grundsatze aus, daß die vielen Ordnungsstrafen der Beamten nichts bessern, sondern nur dazu beitragen, die ohnehin mißliche Lage derselben noch zu verschlimmern.

Wiener Blätter telegraphiren, der Kaiser von Oesterreich werde in Possenhofen erwartet und werde bei dieser Gelegenheit eine Zusammenkunft mit dem Könige von Bayern haben.

Die Verhandlungen der Frankfurter Konferenz zur Ordnung des Johanniter-Schuldenwesens haben nach der Karlsr. Ztg. zu dem vorgesetzten Ziele geführt. Unter den Vertretern der interessirten Regierungen von Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen wurde am 27. v. M. eine Vereinbarung unterzeichnet, wodurch die noch zu regelnden Punkte der mehr als 50jährigen Verhandlung ihre Erledigung gefunden haben, insbesondere die Berichtigung der noch rückständigen Forderungen aus den Ordensanlehen gesichert und die Vertheilung der hiefür noch erforderlichen Beiträge festgestellt worden ist.

Aus Kassel, 30. Mai, berichtet die Hess. M.-Ztg.: „Vor dem Schwurgericht erfolgte die Verurtheilung eines Knaben zu zehnjährigem Zuchthause, weil derselbe auf der Straße Jemand 5 Silbergroschen abgenommen hatte. Die Härte erschien so außerordentlich, daß selbst der Staatsanwalt sein Bedauern aussprach, kein anderes Strafmaß nach dem bestehenden Gesetze beantragen zu können; auch die Geschwornen empfahlen aus freien Stücken den Verurtheilten der Gnade des Königs. Wie jetzt versichert wird, hat der König neun Jahre von der Strafe erlassen."

Aus Rheinhessen 2. Juni. Wie in den meisten deutschen Diözesen, so ist auch in der unserigen dafür gesorgt, daß die Auswanderer nach Amerika bei ihrer Ankunft in New-York oder Baltimore Jemanden finden, der ihnen mit Rath und That an die Hand geht. Durch die Fürsorge des Auswanderungscomites unter dem Präsidium des Fürsten zu Isenburg werden an alle Auswanderer von unbescholtenem Charakter Karten ausgegeben. Durch diese höchst dankenswerthe Einrichtung werden gewiß viele Gefahren, welche die Einwanderer in sittlicher und pecuniärer Beziehung treffen könnten, abgewendet.

Hannover, 31. Mai. Die „D. Volksztg." wird demnächst vor Gericht stehen, weil sie eine „Einrichtung" des Staats geschmäht. Das Blatt hatte nämlich das „Eroberungsrecht" innerhalb Deutschlands verurtheilt. Da nun aber Preußen die Annexion auf Grund des Eroberungsrechtes durchgeführt hat, damit also auch die Annexion als eine preußische Staatseinrichtung anzusehen ist, so wird, wenn die Richter diese Auffassung theilen, schwerlich eine Verurtheilung ausbleiben. Für uns hat die Sache großes Interesse und zwar in doppelter Beziehung: denn erstens wird dadurch offiziell bestätigt, daß es mit dem „preußisch-deutschen Berufe" Illusion ist daß vielmehr Preußen nur ein erobernder Staat ist; zweitens bildet die Annexion ein Stück des preußischen Staatsrechts, eine „preußische Staatseinrichtung." Beides hat auch großes Interesse für Europa, insbesondere aber für Süddeutschland, wo es doch noch immer viele kurzsichtige Personen gibt, die an eine deutsche Mission Preußens glauben und vielleicht nicht eher von diesem Glauben abgehen werden, als sie wie wir die Wohlthaten preußischer Staatseinrichtungen selbst schmecken werden.

Grenzverletzung. Die „Politik" versichert, eine in der sächsischen Festung Königstein garnisonirende prußische Compagnie habe in voller Marschadjustirung auf einem Uebungsmarsche die böhmische Grenze am 31. Mai überschritten, in Hernskretschen vor dem „Herrenhause" Exercitien gemacht und sei hernach auf dem Dampfschiffe zurückgefahren.

In Wien wird gegenwärtig ein Schwindelprozeß verhandelt, welcher ein sonderbares Streiflicht auf die dortigen Agenten und deren Wucherwirthschaft wirft. Ein Subjekt dieser Sorte lieh einer Frau Ruston ohne Wissen ihres Gatten, eines wohlhabenden Geschäftsmannes, 6500 fl. auf Wechsel und wußte dieser diesen Betrag auf dem auch bei uns leider nur zu oft auf gleiche schmähliche Weise angewendeten Prolongationsweg bis auf 40,000 fl. hinaufzuschwindeln! Die Sache kam endlich zum Bruch, als die Frau die Unterschrift ihres Mannes nachgeahmt hatte, und diesem der Wechsel präsentirt wurde. Die Spekulation dieses Schuftes war, daß der Gatte, um Skandal zu vermeiden, diese Summe decken würde, hatte sich aber glücklicherweise in diesem Mann verrechnet. Die Frau muß aber auch ein liebes Weibchen sein, da sich ihr gerichtsbekannt gewordener Schuldenstand auf 160,000 fl. entziffert! Der Gerichtshof verurtheilte den Betrüger Ferd. Linke zu 5 Jahren schweren Kerker und erklärte den auf Josef Ruston gefälschten Wechsel per 35,000 fl. für ungiltig, desgleichen den von Barb. Ruston acceptirten Wechsel per 40,000 fl. bis auf einen Restbetrag von 2000 fl. als null und nichtig.

Ausland.

Paris, 1. Juni. Die „Patrie" enthält folgende Mittheilung: „Mehrere Journale haben angekündigt' daß unsere Truppen eine Niederlage in Marokko

erlitten haben, und hinzugefügt, daß dieser Zwischenfall eine neue Expedition zur Folge haben werde. Wir glauben zu wissen, daß man bis zur Stunde keinen derartigen offiziellen Bericht erhalten hat. Es sind aus Algier in Paris Privatbriefe angelangt, aber sie berichten über die in Rede stehende Sache auf sich widersprechende Weise, was nicht gestattet, sich genau über die Wahrheit Rechenschaft abzulegen. Wie dem nun auch sein mag, ist nicht die Rede von einer neuen Expedition, da die, welche stattgefunden hat, alle moralischen und materiellen Resultate gehabt hat, welche man erzielen wollte."

Paris, 2. Juni. Nach einer dem „Memorial diplomatique" aus Rom zugegangenen tel. Nachricht vom Heutigen wäre für die Proklamirung der Infallibilität der Tag St. Peter und Paul von den Anhängern des Dogmas in Aussicht genommen; alsdann würde das Concil bis zum 15. Oktober vertagt werden.

Florenz, 4. Juni. Das Amtsjournal bestätigt die von den Blättern gemeldeten Details über die Bande Nathans, deren Rest, bestehend aus 10—12 Mann, von den Truppen verfolgt wird. In Alessandria und bei Tortone sammelte die republikanische Partei Waffen und Munition zur Bewaffnung einer Bande an. Die Behörde nahm jedoch 98 Gewehre und 4000 Patronen in Beschlag. Das Amtsjournal bezeichnet die übrigen Meldungen der Journale vom Erscheinen anderer Banden als falsch.

Rom, 2. Juni. Gestern starb hier im englischen Collegium der Bischof von Southwark, Dr. Grant, nachdem er schon seit längerer Zeit an einem äußerst schmerzlichen innern Krebs gelitten. Dr. Grant war dem verstorbenen Cardinal Wiseman als Rektor des englischen Collegiums gefolgt, und wurde im Jahre 1851 von Cardinal Franconi zum Bischof gewahlt.

Aus Rom, vom 4. Juni wird telegraphirt, daß in der Concilsitzung vom 3. ds. zufolge eines von mehr als hundert Bischöfen gestellten Antrags der Schluß der Generaldebatte über die Unfehlbarkeitsfrage beschlossen worden sei.

Madrid, 3. Juni. Die Cortes haben heute mit 106 gegen 98 Stimmen einen Antrag des Deputirten Arias angenommen, nach welchem im Gegensatz zu dem Vorschlage der Commission zur Wahl eines Monarchen die absolute Majorität aller Cortesmitglieder (nicht bloß der anwesenden) erforderlich ist. Die Anhänger des Herzogs von Montpensier stimmten mit der Minorität.

Konstantinopel, 6. Juni. Gestern um 1 Uhr Nachmittags brach eine schreckliche Feuersbrunst aus, die bei starkem Winde reißend um sich griff; das englische Botschaftsgebäude, die Consulate von Amerika und Portugal, das Theater Nasun, einige Kirchen und Moscheen, mehrere tausend Häuser und die reichsten Magazine sind vollständig vernichtet. Mehrere Todte u. Verwundete. Die Flammen züngeln noch jetzt an verschiedenen Orten auf. Der Schaden beträgt jedenfalls mehrere Millionen.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 3. Juni.

Im Betr. der Wiederverleihung erloschener Bürgerrechte wurde vorbehaltlich der Zustimmung der HH. Stadtg.-Bevollmächtigten (Art. 16 d. G.-O.) aus Billigkeitsrücksichten beschlossen, daß allen jenen Personen, welche vor dem 1. Juli 1869 in Folge erlangter Gewerbskonzession oder durch den Erwerb häuslicher Anwesen oder Grundstücke die Eigenschaft eines wirklichen Gemeindegliedes in hiesiger Stadt erlangt und die nach dem früheren Regulative für Verleihung des Bürgerrechts festgesetzte Bürgeraufnahmsgebühr bezahlt hatten, jedoch vor dem 1. Juli 1869 durch Verzicht auf ihre Gewerbskonzession oder durch Veräußerung ihres häuslichen Anwesens oder ihrer Grundstücke diese Gemeindegliedseigenschaft bereits wieder verloren haben, das Bürgerrecht in der Stadt Bamberg auf Ansuchen ohne Erhebung einer weiteren Bürgeraufnahmsgebühr unter der Voraussetzung wieder zu verleihen sei, daß bei diesen die zur Erwerbung des Bürgerrechts gesetzlich geforderte Befähigung noch vorhanden ist. — Bei Dienstvernachlässigungen von Schutzmännern seien Löhnungsabzüge anzuwenden. — Der Polizei-Controldienst für den Monat Juni sei für den Distr. 1 dem Pol.-Corp. Semmelmann, Distr. 2 Pol.-Corp. Pförtsch, Distr. 3 Pol.-Corp. Jung, Distr. 4 Pol.-Corp. Schedel zu übertragen. — Die Bauwendungen in den Häusern Nr. 165, 906, 1168, 1224, 1468, 1843 seien zu genehmigen. — Die Ablagerungen von Baustämmen in der hl. Grabgasse sei sofort einzustellen. — Die Festsetzung eines gemeinsamen Gebührentarifs für die hies. Commissionäre sei der Zustimmung der HH. Gemeindebevollm. zu unterbreiten. — Für den Schreiner u. Bürger H. Jos. Günther sei Verehelich.-Zeugniß auszustellen. — Eine Anzeige wegen Führung von Litergemäßen in einer Wirthschaft ohne vorgängige Anzeige sei dem H. Vertreter der St.-Anwaltschaft zur Strafverfolgung mitzutheilen. — Auf Vorschlag des Arm.-Pfl.-Raths sei die Aufnahme von 2 taubstummen Knaben in der Centralanstalt zu München zu begutachten. — Die Vorschläge der kgl. Stadtschulenkommission wegen Erweiterung der Schulgebäude im 2. u. 4. Distrikte seien einer commissionellen Vorberathung zu unterbreiten. — Wegen Regulirung der Wassergräben am Platze vor dem Greifenklauwirthshause sei Ersuchschreiben an die k. Baubehörde Bamberg 2 zu richten. — Eine kgl. Reg.-Entschl. über die Kanalanlage in der Kaisershofstraße sei den betr. Adjacenten zu eröffnen und der Gegenstand in weitere Erwägung zu ziehen. — Eine Anfrage des Magistrats Bayreuth ob von der hies. Turnhalle Haussteuer bezahlt werde, sei dahin zu beantworten, daß sich dahier noch keine eigene Turnhalle befinde, daß aber s. Z. gegen eine etwa beabsichtigte Einsteuerung Verwahrung eingelegt werden würde. Wegen Errichtung des Turnplatzes an der Kaisershofstraße sei im kommenden Herbst die Baumpflanzung im Benehmen mit dem H. Vorstande des Turnvereins und dem H. Turnlehrer zu beschäftigen. — In Folge einer Vorstellung mehrerer H. Grundbesitzer um Verlegung der Fahrstraße vom Jakobsberger Thor ab, seien zunächst die Grenzen geometrisch feststellen zu lassen, worauf der Gegenstand weiter zu instruiren ist. — Nach erfolgter Zustimmung der HH. St. Gem. Bevollmächtigten zur Wiederverpachtung der Michaelsberger Brauerei sei der neue Pächter in seinen Pacht einzuweisen und Extradition vorzunehmen. — Nach einer Mittheilung des Hrn. Baurathes wurden 2 amerikanische Brunnen auf dem Peuntmeßplatze und einer im Leichenacker aufgestellt. — Wegen Umgebung des Pflaster-

Digitized by Google

zolls durch das Passiren von Fuhrwerken durch die Lausingstraße sei strenge Vigilanz anzuordnen. — Ein Antrag um Pflasterzollermäßigung für Mühlfuhrwerke sei der Vorberathungskommission zum Gutachten zu unterbreiten. — Die vom Hrn. Schrannenmeister vorgelegte Instruktion der Schrannenknechte sei zu genehmigen und deren Eröffnung an dieselben anzuordnen.

Die Taschenfahrpläne für das liebe reisende Publikum sind in verschiedenen Größen erschienen. Unter allen dürfte aber wohl der Stahel'sche Taschenfahrplan den ersten Platz behaupten, da er nicht nur äußerst bequem, sondern in Folge seines Formates sehr praktisch eingetheilt ist. Er enthält nicht nur die Fahrzeit und Personentaxe der bayer. Bahnen sondern auch der Nachbarbahnen und ist noch der für jedem Reisenden so äußerst wichtige Notizzettel über Papiergeld beigegeben. Wir empfehlen ihn als den praktischsten, besten und billigsten. Der Preis ist nur 7 kr.

50000 Auflage.

Nur 1 fl. oder 15 Sgr. pr. Quartal.

DIE DONAU

ist die billigste, mindestens 2 Bogen, 16 Seiten stark erscheinende

belletristisch-humoristisch-satirische Zeitschrift,

redigirt unter Mitwirkung der beliebtesten Schriftstellern der Gegenwart, als: Aug. Schrader Dr. Theod. Wahl, Ernst Willkomm, O. Moser, Mor. Horn, Louis Rullmann, Fr. Lubojansky, Dr. W. Andrear. Die Aufgabe der „Donau" ist, Geist und Herz in üppiger Fülle für das Schöne des Fortschritts, die Erhabenheit der Poesie und der bildenden Künste stets in reger Aufmerksamkeit zu erhalten. Unsere Blätter bringen demnächst wahrheitsgetreue Skizzen, spannende Erzählungen, und Romane, Gedichte, Chronik der Woche, Buntes aus der Welt, der Ereignisse im In- und Auslande.

Außerdem bringt die Donau einschlägige Illustrationen, und wendet ihr Augenmerk auch auf den humoristisch-satyrisch-illustrirten Theil, unter dem Titel: „Fliegende Blätter", welcher reichhaltigst ausgestattet, nicht verfehlen dürfte, die Heiterkeit der geehrten Leser stets zu erregen. „Die Donau" erscheint jeden Sonntag und kostet viertelj. nur 1 fl. halbj. nur 2 fl. fürs Ausl. durch die Post „ „ 15 Gr. „ „ 1 Thlr. bietet somit eine spannende, reichhaltigst ausgestattete Lectüre und sind diese Unterhaltungsblätter des besonders billigen Abonnementpreises wegen jeder Familie bestens empfohlen.

Die Donau Pest, Königsgasse Nr. 47.

50000 Auflage.

Stollwerk'sche Brustbonbons

Prämiirt auf allen Ausstellungen

Eine Verbindung von Zucker u. solchen Kräuterertracten, deren wohlthätige Einwirkung auf die Respirationsorgane von der medizinischen Wissenschaft festgestellt sind.

Depots dieser Brust-Bonbons in versiegelten Packeten mit Gebrauchsanweisung zu 14 Kreuzer befinden sich in Bamberg bei J. B. Haußmann, Hofconditer B. Wenglein und J. J. Leninger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel,	Schüßelfeld bei A. Hobbach,
Ebermannstadt bei Abothk. Krauß,	Stadtsteinach bei Apoth. G. Heyler,
Forchheim bei Apoth. Dr. C. Schmidt,	Streitberg bei Joh. Tauer,
Hollfeld bei Apoth. Hartung und	Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Conditer G. Gardill;	Weischenfeld bei Georg Lauer,
Memmelsdorf bei Chr. Reich,	Zeil bei J. P. Pöllath.

Vorräthig bei Otto Reindl in Bamberg.

Sommerfahrplan. **Stahel** 1. Juni 1870.

Taschenfahrplan für Bayern

mit Einschluß der Würzburg-Mannheim-Heilbronner und der Werrabahn, der Postanschlüsse ꝛc.

Nebst einem Auszug aus

Stahel's Notizzettel über Papiergeld,

ein Verzeichniß der gangbaren und werthlosen Cassenbillets sowie der minderwerthen

Gold und Silbermünzen.

Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück **35 kr.**

1	Gewinn zu	14000	fl
1	do	7000	fl
1	do	3000	fl
1	do	1756	fl
2	do zu 875 fl. — kr.	1750	fl
10	do zu 180 fl. — kr.	1800	fl
20	do zu 87 fl. 30 kr.	1750	fl
30	do zu 52 fl. 30 kr.	1575	fl
100	do zu 35 fl. — kr.	3500	fl
200	do zu 17 fl. 30 kr.	3500	fl
500	do zu 7 fl. — kr.	3500	fl
934	do zu 3 fl. 30 kr.	3269	fl
13200	do zu 1 fl. 45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.	70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Abfahrt und Ankunft

der Eisenbahnzüge in Bamberg vom 1. Juni 1870 an gültig.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:	Ankunft:
1[15] früh Schnellz.†	12[40] Nchts Schnellz.†
5 früh Postz. †	4[45] früh Postzug *
8[0] „ Schnellz.*	7[34] „ Güt. v. Nbg.
12[35] Mitt. Postz. †	9[10] „ „ v. Nördl.
2[30] „ Schnellz.*	u. Ingolst.
3[30] „ Güt. v. Nbg.	1[15] Mitt. Schnellz.*
5[30] „ „ bis Nördl. u. Ingolst.	2[20] „ Postzug † *
	8 Abd. Schnellz.*
11[20] Ab. Postz. *	10 Nch. Postzug †

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln

4 früh Postzug	12[15] Nachts Postzg.
8[0] „ Schnellz.	9[25] früh Güterzug.
10 „ Postzug.	1[10] Mitt. Schnellz.
2[5] Mitt. Schnellzg.	2[30] „ Güterz.
3 Nchm. Güterzg.	6[15] Abd. Postz.
6[0] Abd. „	7[30] „ Schnellzug

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[30] Nchts Schnellz.	1[40] früh Schnellz.
5 früh Postzug.	6[30] „ Güterz.
9[45] „ Lokalzug	7[30] „ Schnellz.
1[15] Mitt Schnellz.	12 Mitt. Güterz.
3[30] „ Güterz.	2[10] Mitt. Schnellzg.
6[30] Abd „	5[4] Abd. Lokalz.
8[3] „ Schnellz.	11 Nch. Postzug.

Ganze Bibliotheken

kauft J. Hiller,

Antiquar in München.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 132. Mittwoch, den 8. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 6. Juni. Bezüglich des vom Abgeordneten Greil erstatteten Budgetreferats über die Staatsausgaben vernehmen wir, daß die Abstriche, welche beantragt werden, sich auf verschiedene Etats im Gesammtbetrage von 23,112,604 fl. beziehen (über die Etats für die Staatsschuld, das Bauwesen und die Armee werden Spezialreferate abgefaßt) und daß diese Summen um 2,055,491 fl. abgemindert werden sollen. So sollen am Etat des Ministeriums des Aeußern mit 481,433 fl. gestrichen werden 118,250 fl.; der Etat des Justizministeriums mit 6,144,769 fl. würde um 522,160 fl., jener des Ministeriums des Innern mit 4,902,300 fl. um 588,150 fl., der des Kultusministeriums mit 5,159,275 fl. um 463,328 fl., der des Finanzministeriums mit 950,677 fl. um 86,858 fl., der des Handelsministeriums mit 4,395,408 fl. um 158,055 fl. vermindert werden u. s. w. Nur sehr wenige Etatspositionen will der Herr Referent unverkürzt bewilligen, wobei wir noch bemerken, daß sich sein Referat auf den Etat der Staatsschuld, des Militärbudgets u. das Staatsbauwesen nicht bezieht, da über dieselben Spezialreferate bearbeitet werden. Vom Budget-Referenten wird auch die Bitte an Se. Maj. den König beantragt, „bei den Appellationsgerichten die Präsidentenstellen eingehen zu lassen und an die Spitze eines jeden Appellationsgerichtes einen Vorstand zu stellen, der den Namen Direktor oder auch Präsident führen solle." Ebenso beantragt der Hr. Referent, „das Institut der Regierungspräsidenten aufzuheben und die oberste Leitung der Kammern des Innern bei den Kreisregierungen einem Direktor ebenso zu übertragen, wie die Finanzkammern einem Finanzdirektor." Dieser Antrag des Hrn. Abg. Greil ist nichts Neues, denn es war derselbe schon bei früheren Landtagen angeregt worden.

Wie wir mit Bedauern vernehmen liegt der Abg. Hr. Pfarrer Triller am Gehirntyphus erkrankt darnieder. Derselbe befindet sich im allgemeinen Krankenhaus in Behandlung und Pflege. Der Verlauf der Krankheit ist bis jetzt ein regelmäßiger.

Die „Südd. Post" schreibe: Hr. v. Schör ist wieder glücklich durchgeschlüpft, da das Mißtrauensvotum Dr. Huttler's nur als ein persönliches sowohl von ihm selbst als von Dr. Jörg erklärt wurde, welch' letzterer seinen lieben Freund Schlör nicht mehr hängen will, obgleich er mitgefangen wurde. Wie es Hr. v. Schlör anstellte, das Vertrauen des Landshuter Archivars zu gewinnen, wissen wir nicht, so viel aber ist sicher, daß die Schlauheit, die dabei mit im Spiele ist, nicht auf Seite Jörgs gesucht werden darf. Huttler kam auf diese persönliche Mißtrauenserklärung, weil Schör es unterlassen, sich mit Oesterreich über weitern Bahnanschluß zu verständigen, da der Verkehr nach Süden bei der möglicherweise eintretenden Kündigung des Zollvereins doppelte Bedeutung gewinne. Aus dieser ganzen Debatte ging wieder die Unfähigkeit der Patrioten hervor. Man befürchtet, daß Preußen nach Ablauf der gegenwärtigen Zollvereinsvertragszeit für die Wiedererneuerung der Verträge Bedingungen stellen wird, die man schwer annehmen kann. Es wäre daher angezeigt, sich bis dahin um andere Verbindungen und Absatzwege umzusehen, kurz sich in eine Situation zu bringen, um nicht wie 1867 der Gnade Preußens anheimgegeben zu sein. Dr. Huttler, einer der intelligentesten und freisinnigsten Patrioten, scheint dieß nicht nur mit Worten, sondern auch praktisch thun zu wollen, aber siehe da, er wird von seiner Partei im Stiche gelassen. Wenn man Vorsorge und Vorbereitungen in dieser Beziehung treffen will, so muß vor Allem — und das hat dem Anscheine nach Dr. Huttler auch im Auge gehabt — ein anderer Handelsminister zu Stelle, da kann man einen Hr. v. Schlör nicht brauchen, der als preußischer Parteigänger und als Anhänger des Zollvereins um jeden Preis bekannt ist und noch für jede Steuer im Zollparlamente gestimmt hat, mit der das Volk neu belastet werden sollte. Ein solcher Mann wird auch nicht anstehen, um den Preis neuer Lasten und Demüthigungen den Zollverein erneuern zu wollen. Das Volk mag sich bei den Patrioten bedanken, wenn es wieder über den Löffel balbirt wird!

Das Justizpersonal der bayr. Amee besteht nach dem neu erschienenen Militärhandbuch aus 1 General-

Digitized by Google

auditor (Direktor des Generalauditoriats), 11 Oberauditoren, darunter der Militärfiskal und der Oberstaatsanwalt, 5 Oberstabsauditoren (Direktoren der Militärbezirksgerichte), 36 Regimentsauditoren u. 24 Bataillonsauditoren.

Berlin, 4. Juni. Ueber die Flucht eines Rektors und Predigers aus Pyritz schreibt die „Zukunft": Pyritz hat den plötzlichen Verlust eines seiner Seelsorger zu beklagen, des Herrn Rektor und Prediger Telle, der wegen einiger Vertraulichkeit mit einem noch im schulpflichtigen Alter stehenden Mädchen den Staub der schnöden Heimath von seinen Füßen geschüttelt hat. In seinem sanftmüthigen Herzen hatte er vorher noch dem Vater des gemißbrauchten Kindes 200 Thaler bieten lassen, wenn er darüber schweige; der Mann hatte aber geantwortet, daß ihn solch „Sündengeld" nicht glücklich machen könne. Der von dannen Geschiedene hinterläßt eine Anzahl trauernder, verheiratheter Freundinnen und eine nicht unbeträchtliche Summe von Kneipschulden.

Die Luxemburger Ztg. berichtet vom 30. Mai: „Vorgestern wurde die Demolirung der Bastion Marie in Angriff genommen. An demselben Tage wurden die Futtermauern derselben gesprengt. Die Demolirungs- und Nivellirungsarbeiten schreiten überhaupt so rasch vorwärts, daß von der sogenannten Angriffsfronte der tausendjährigen Festung bald keine Spur mehr vorhanden sein wird. Bastion und Fort Marie dominirten die bezeichnete Fronte, die auch Fronte der Ebene genannt ward. Maria von Burgund, Tochter Karl's des Kühnen, ließ 1477 ueben anderen Werken auch die nach ihr benannte Bastion erbauen."

Wien, 3. Juni. In hiesigen Regierungskreisen wird versichert, daß eine Monarchenzusammenkunft in Ems stattfinden solle, welche mit dem Projekt zusammenhänge, König Wilhelm den Kaisertitel anzutragen.

Wien, 4. Juni. Die „Wiener Zeitung" enthält eine Entschließung des Kaisers, durch welche der Abhaltung einer internationalen Weltausstellung zu Wien im Frühjahre 1873 die Genehmigung ertheilt und angeordnet wird, den fremden Regierungen unverweilt die darauf bezüglichen Mittheilungen zu machen.

Die Rührigkeit der Katholiken in den verschiedenen Landestheilen des österreich. Kaiserstaates bezüglich der Wahlen nimmt täglich zu und berechtigt zu den besten Hoffnungen, namentlich auf dem flachen Lande im Westen von Niederösterreich, in Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Tirol, Kärnten und Krain; auch von den Wahlen im Großgrundbesitz ist in den meisten der genannten Länder eine katholische Majorität zu erwarten, nur in den größeren Märkten und Städten wird es schwer, dem Liberalismus die Palme streitig zu machen. Auch in Mähren und Schlesien tritt die katholische Partei mit Kraft für ihre Sache ein, und so ist denn gegründete Aussicht vorhanden, daß in mehreren Landtagen eine katholische Majorität, in anderen wenigstens eine ansehnliche Minorität zu Stunde kömmt. Die Liberalen sind auf diesen Umschwung der Dinge gefaßt, aber sie versprechen jetzt durch „neue Männer" den Schaden des bisherigen Systems gutzumachen, ein Köder, der bei unserm mißtrauisch gewordenen Volke nicht zieht; übrigens herrscht bei jener Partei eine solche Confussion von Programmen, daß an einen festen Zusammenhalt der einzelnen Fraktionen und an ein besonders günstiges Ergebniß kaum zu denken ist.

Ausland.

In Kroatien ist die Lage gegenwärtig sehr ernst und kann man sich auf Ereignisse ähnlich wie in Dalmatiien gefaßt machen. Die Kroaten sind über die Bedrückungen, welche sich die Ungarn gegen sie erlauben, tief erbittert, namentlich auch, daß ihnen die ungarische Sprache als Amtssprache aufoctroirt und daß ihre frühere Selbstständigkeit vollständig vernichtet werden soll. In Pest sieht man dem drohenden Gewitter rathlos entgegen; den Kroaten ihr Recht zu lassen, dazu will man sich eben nicht entschließen, so lange man noch die Uebermacht hat. Aehnlich stehts in Siebenbürgen und im Gebiete der Militärgrenze. Der Liberalismus wird in Pest eben so gründlich abhausen, wie er in Wien bereits abgehaust hat.

Agram, 4. Juni. Der Carlowitzer Serbencongreß hat in der Sitzung vom 28. Mai, den von der Partei Miletits ausgegangenen Antrag, daß der Wirkungskreis des Congresses außer den Kirchen- u. Schulangelegenheiten sich auch auf alle jene Rechte erstrecke welche die serbischen Privilegien enthalten (als: freie Wahl der Wojwoden, eigene Municipien ꝛc.), einstimmig angenommen.

Bern, 6. Juni. Der Bundesrath hat die nöthigen Anordnungen getroffen, daß wegen des an der italienischen Grenze stattgehabten Landfriedensbruches eine strafrechtliche Untersuchung durch das Bundesgericht eingeleitet werde.

Wie die „Neue Züricher Ztg." meldet, hat Generallieutenant v. Röder, der Gesandte des norddeutschen Bundes bei der Eidgenossenschaft, aus Berlin die Vollmacht zur sofortigen Unterzeichnung des Gotthardsbahnvertrags erhalten, durch welchen Akt sich der norddeutsche Bund bekanntlich zu einer Subvention im Betrag von 10 Mill. Fr. verpflichtet.

Graubünden, 5. Juni. Das Tagblatt berichtet, daß bisher zwei Personen auf Bundesgebiet aufgegriffen worden seien, die wahrscheinlich der Flüchtlingsarmee angehört haben, Graf Bolognini mit einem Diener. Der Graf ist mit einem tessinischen Passe versehen. Sonst hat man bei aller Pünklichkeit der polizeilichen Anordnungen weder in

Digitized by Google

der Mesolcina, noch im Bergell, noch in Puschlav, noch in andern Kantontheilen italienische Aufrührer fangen können.

Paris, 5. Juni. Die Anklagekammer des Staatsgerichtshofes hat in ihrer gestrigen Audienz ihren Beschluß in Sachen des Complotts gefaßt. Der Gerichtshof hat zunächst verfügt, daß die von den Angeschuldigten, Cournet u. Razoua, beantragte Zerlegung der verschiedenen Anklagen in gesonderte Prozesse nicht anzuordnen sei. Alsdann ist die Verweisung der 72 Angeklagten vor den Staatsgerichtshof beschlossen worden. Es sind angeklagt: 1) des Complottes gegen die Sicherheit des Staates und das Leben des Kaisers 47 Personen, darunter Megy, Flourens, Grenier; 2) des Attentats gegen die Sicherheit des Staates 22 Personen, worunter Florens, Launay; 3) der Plünderung von Privateigenthum bandenweise und mit offener Gewalt drei Individuen; 4) der versuchten Plünderung Flourenz; 5) der versuchten Tödtung Prost; 6) des Mordes Megy; 7) der Aufreizung zu einem Attentatt auf das Leben des Kaisers und der Mitschuld an demselben Verbrechen Felix Pyat und Gromier. Gegen alle andern Angeschuldigten, von denen die meisten schon provisorisch in Freiheit gesetzt waren, wurde ein Einstellungsbeschluß gefaßt, und die noch in Haft gebliebenen wurden sofort auf freien Fuß gesetzt. Wie es Wie es heißt, wird der Staatsgerichtshof nicht in Blois, wo die Räumlichkeiten unzulänglich sind, sondern in Bourges oder noch wahrscheinlicher in Versaillis zusammentreten. Die Verhandlungen werden, da eben neue Generalrathswahlen im Zuge sind und die neuen Generalräthe sich erst constituiren müssen ehe sie ihre Abgeordneten zum Staatsgerichtshof durch das Loos ernennen, kaum vor dem 10. oder 15. Juli beginnen können.

Florenz, 6. Juni. Die Gazzetta uffiziale meldet: Das Verfassungsfest wurde überall in vollständiger Ordnung gefeiert. Eine Bande von 60 Individuen tauchte bei Lucca auf, eine andere Bande zeigte sich bei Sarzana (Provinz Genua) und beschädigte den Telegraphen, flüchtete aber beim Anrücken der Soldaten ins Gebirge. In Livorno wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen und Papiere aufgegriffen, welche die Namen der revolutionären Agitatoren verriethen.

Warschau, 1. Juni. Der Hochw. Bischof von Schitomir Mgr. Borowsky, wird in seinem Palais gefangen gehalten und soll demnächst in das Innere Rußlands abgeführt werden, weil er sich in wichtigen kirchlichen Angelegenheiten schriftlich an den hl. Stuhl gewendet hatte. Die Erbitterung des Volkes ist in ein bedenkliches Stadium getreten.

London, 4 Juni. Es bestätigt sich, daß die österreichische Regierung, nachdem es unmöglich erscheint, den Ausschluß der österreichischen Staatspapiere vom Börsengeschäft in anderer Weise rückgängig zu machen, Verhandlungen mit den englischen Gläubigern über die Regulirung des Schuldverhältnisses durch das Bankhaus Worms offiziell führen läßt.

London, 2. Juni. Um den Wünschen des irischen Volkes einigermassen gerecht zu werden, hat die kgl. Familie in der Nähe von Belfast ein reizende Besitzung käuflich erworben, in der sie alljährlich einen großen Theil des Sommers zubringen wird.

Konstantinopel, 6. Juni. Die Stadt hat ein düsteres Aussehen. Die Börse und fast alle Gewölbe sind geschlossen. Der französische Botschafter lud die französischen Beschädigten ein, bei der Gesandtschaft Unterstützungen entgegenzunehmen.

Bukarest, 3. Juni. Auf die erste Nachricht von den Judenkrawallen in Botuschan sandte die Regierung sofort Truppen dahin. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Ein Danktelegramm der Botuschaner Israeliten an die Regierung ist hier bereits eingetroffen. Ueber die Ausdehnung des Excesses fehlen noch nähere Nachrichten, doch soll derselbe nicht jenen Umfang gehabt haben, den ihm die ersten Telegramme zuschrieben, und theilweise mit Wahlumtrieben im Zusammenhang stehen.

Athen, 28. Mai. Am letzten Samstage wurde vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß gegen die aus der Bande der Gebrüder Arbanitaki gefangenen Räuber verhandelt. Die Verhandlungen sollten um 10 Uhr Morgens anfangen, mußten aber wegen der Unruhe, die in dem Zuschauerraume herrschte, auf Nachmittag 4 Uhr verschoben werden, wo strengere Maßregeln getroffen waren, um den zu großen Zudrang der Menge zu verhindern. Die Sitzung dauerte bis Sonntag früh um 6 Uhr. Sämmtliche 7 Angeklagte, von denen 2 auf Tragbahren und 3 auf den Händen der Soldaten herbeigebracht werden mußten, da sie schwer verwundet sind, wurden zum Tode verurtheilt. Aus den Zeugenaussagen ersah man, daß die Regierung den Räubern außer der Amnestie, die sie nicht ertheilen konnte, alle nur möglichen Zugeständnisse gemacht hatte, um ihnen Leben, Freiheit und Lösegeld zu sichern, und daß die Räuber Alles ausschlugen und trotzig auf der Amnestie bestanden. Außer 40 Hirten und Landleuten und anderen Verdächtigen wurde neuerdings der Prior des Klosters von Penteli gefänglich eingezogen, weil er im Verdacht steht, die Bande, die das Verbrechen bei Marathon ausgeführt hat, mehrere Tage vorher verpflegt zu haben, ohne den Behörden Anzeige zu machen.

Am 1. Juni starb der älteste Pensionist Oesterreichs, Franz Ritter v. Straub, in einem Alter von 109 Jahren auf seinem Sommersitze zu Penzing bei Wien. Straub genoß nach 40 Dienstjahren, inclusive Militärdienstzeit, ein halbes Jahrhundert seine Pension jährlicher 500 fl. Er diente unter drei Kaisern und war in den Kriegsjahren 1805—1813 Vorspanns-Commissär.

Die nach der Septemberrevolution abgeschaffte und dann wieder eingeführte Mahl- und Schlachtsteuer hat in Valladolid in Spanien einen Aufruhr veranlaßt. Etwa 500 Arbeiter erhoben sich gegen die Abgabe, weshalb Truppen zur Herstellung der Ruhe aufgeboten wurden, welchen es gelang, die Ruhe herzustellen, jedoch mit Verwundung von sieben Personen.

Vermischtes.

Am 29. Mai wurde ein seit vielen Jahren mit seinen Nachbarn prozessirender, aber wohlhabender Bauer aus einem Dorfe in der Nähe Koburgs in Koburg eingeliefert, da gegen ihn der Verdacht vorliegt, daß er den Gemeindebrunnen seines Ortes durch Phosphor vergiftet habe.

In Würzburg wurden am 29. Mai in den ärarialischen Leisten-Weinbergen die ersten Traubenblüthen gefunden.

Erlangen, 4. Juni. Hans v. Bülow wird am 13. d. Mts. zu Gunsten des Hans-Sachs-Denkmal ein Concert dahier veranstalten.

Die Damen der Pariser Demi-monde sind jetzt auf den für so manchen Kaufmann verzweifelten Gedanken gekommen, sich durch die gesuchteste Einfachheit des Anzuges, durch Entbehrung jeden Schmuckes hervorzuthun. Sie haben diesen Entschluß deshalb gefaßt, weil zu ihrem Aerger zwischen ihnen und den Bürgerfrauen zur Zeit äußerlich nicht der geringste Unterschied zu entdecken ist.

Hays City in Kansas kann sich rühmen, den ersten weiblichen Constabler in seinen Mauern umher patrouilliren zu sehen. Wenn besagte Constablerin — meint ein Spaßvogel — „von angenehmen Aeußern und liebenswürdigem Charakter" ist, wie angenehm muß es da für die Bürger von Hays City sein, von ihr in Fesseln geschlagen und abgeschleppt zu werden.

Während im amerikanischen Repräsentantenhause der Wittwe des Präsidenten Lincoln eine Pension von 3000 Doll. per Jahr bewilligt wurde, hat der Ausschuß im Senat dagegen berichtet: Es liegt kein vorgängiger Fall vor, der amerikanische Zivilbeamte erhält beim Rücktritt in's Privatleben keine Pension, ebenso wenig seine Frau. Dazu kommt, daß Frau Lincoln nach der Absicht des Ausschusses sich nicht in Noth befindet, insofern sie im November 1867 58,765 Doll. baar besaß.

(Bitte zu beachten!) Alle nach Oberammergau zu dem weltberühmten Passionsspiel Reisenden möchten wir auf ein ebenso solides als zeitgemäßes u. wohlthätiges Unternehmen aufmerksam machen. Die Herren Fried. Gypen, Kunsthändler in München und Schaner, ehem. Gemeindevorstand von Oberammergau, haben es über sich genommen, jenen, die sich anderweitig keine Wohnung in Oberammergau zu verschaffen wissen eine solche zu besorgen. Das Unternehmen ist so trefflich arrangirt, daß Jeder der sich von diesem Wohnungsvermittlungsbureau eine Karte verschafft, unfehlbar eine passende Wohnung bekommt. Wir können dieses Unternehmen Allen nur auf's Wärmste empfehlen. Es ist eine wahre Wohlthat für die Passionsreisenden. (Wir bitten, das Inserat auf der letzten Seite zu beachten

---

5000 Auflage.

Nur 1 fl. oder 15 Sgr. pr. Quartal.

DIE DONAU

ist die billigste, mindestens 2 Bogen, 16 Seiten stark erscheinende

belletristisch-humoristisch-satirische Zeitschrift,

redigirt unter Mitwirkung der beliebtesten Schriftstellern der Gegenwart, als: Aug. Schrader, Dr. Theod. Wahl, Ernst Willkomm, O. Moser, Mor. Horn, Louis Rullmann, Fr. Lubojatzky, Dr. W. Andreae. Die Aufgabe der „Donau" ist, Geist und Herz in üppiger Fülle für das Schöne des Fortschritts, die Erhabenheit der Poesie und der bildenden Künste stets in reger Aufmerksamkeit zu erhalten. Unsere Blätter bringen demnächst wahrheitsgetreue Skizzen, spannende Erzählungen, und Romane, Gedichte, Chronik der Woche, Buntes aus der Welt, der Ereignisse im In- und Auslande.

Außerdem bringt die Donau einschlägige Illustrationen und wendet ihr Augenmerk auch auf den humoristisch-satyrisch-illustrirten Theil, unter dem Titel: „Fliegende Blätter", welcher reichhaltigst ausgestattet, nicht verfehlen dürfte, die Heiterkeit der geehrten Leser stets zu erregen. „Die Donau" erscheint jeden Sonntag und kostet viertelj. nur 1 fl. halbj. nur 2 fl. fürs Ausl. durch die Post „ „ 15 Gr. „ „ 1 Thlr. bietet somit eine spannende, reichhaltigst ausgestattete Lectüre und sind diese Unterhaltungsblätter des besonders billigen Abonnementpreises wegen jeder Familie bestens empfohlen.

Die Donau Pest, Königsgasse Nr. 47.

5000 Auflage.

Die Gerichtsvollzieherordnung vom 11. Mai 1870 nebst den Verordnungen die Amtswohnsitze, Gebühren-Ordnung u. die Zustellung in Strafsachen ꝛc. betr.
[Preis 9 kr.] vorrätbig bei Otto Reindl.

Specialität
Central-Luftheizung und **Ventilation** für Gebäude und Trocken-Anlagen aller Art, insbesondere auch Kirchen und Schulen, von 1
Boyer & Consorten.
Ludwigshafen a/Rh.

Empfehlungen für Geschäftsfirmen, Gesuche für Kaufleute, Versicherungs-Gesellschaften, Commis etc. Familien-Nachrichten und andere für die Presse geeignete Mittheilungen befördert
prompt, reell, extract, discret
in alle existirenden
Zeitungen
RUDOLF MOSSE in Nürnberg
Officieller Agent sämmtl. Zeitungen.
Zeitungs-Annoncen-Expedition
München. Berlin. Hamburg Wien.
Keine Porti oder Provision.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 133. Donnerstag, den 9. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Das neue Mißtrauensvotum u. Hr. Jörg.

Die „Agsb. Pstz." kommt in einer Münchener Corresp. auf das Mißtrauensvotum des Abg. Dr. Huttler in einer der letzten Kammersitzungen zurück und bemerkt: „Angesichts der Nothwendigkeit, durch Anknüpfungen von Handelsverbindungen und Eröffnungen von Verkehrswegen nach dem Süden, Westen und Osten uns auf die Katastrophe der angedrohten Kündigung des Zollvereins vorzubereiten und uns damit selbstständiger und mit Preußen pactirungsfähiger zu machen, angesichts der Erklärungen, die in der Sitzung vom 1. Juni von dem bayer. Handelsminister abgegeben worden sind, daß er an eine solche Katastrophe nicht glaube, daß er darum auch keine Vorbereitungen treffen könne, um sie abzuwenden, daß er zur Anknüpfung neuer Verkehrswege mit dem Süden keinerlei Unterhandlungen eingeleitet habe, daß er sich nicht entschließen könne, aus anderweitigen Erwägungen auch nur einen solchen neuen Verkehrsweg mit dem Süden herstellen lassen, — wäre es unbegreiflich und unerklärlich gewesen, wenn ein patr. Abgeordneter einer solchen bayer. Handelspolitik und ihrem derzeitigen Träger ein Mißtrauensvotum nicht gegeben hätte, oder wie das ja auch wirklich vorkam, bei vollständiger Kenntniß unserer Sachlage nicht gegeben hatte. Man konnte vielleicht, aber auch nur vielleicht, bei der Adreßdebatte noch von einem solchen Mißtrauensvotum Abstand nehmen, in der Hoffnung, der derzeitige Vertreter des Handelsministeriums würde in eigener Initiative den handelspolitischen u. den politischen Wünschen der patr. Bevölkerung Bayerns einigermaßen Rechnung tragen; nachdem aber durch die Sitzung vom 1. Juni jede Hoffnung darauf geschwunden war, mußte kommen, was auch wirklich erfolgte. Daß Herr Dr. Huttler, wenn auch ohne Auftrag seiner Partei, doch aus ihrem Herzen gesprochen, das fühlte der Betroffene, das fühlte gerade durch den Alarm, den sie zwecklos hervorrufen wollte, die Linke selbst. Es war ein Schuß mitten in das Herz der preußischen Politik, die nicht immer die That, sondern auch die Unterlassung derselben zu ihren Mitteln zählt."

Aber man erkläre uns doch die Haltung des Hrn. Jörg gegenüber einem Minister, der bisher die innigsten Beziehungen zur Fortschrittspartei unterhalten und die patriot. Partei bis nach den letzten Wahlen mehr als wegwerfend behandelt hatte, so daß es die Würde und Selbstachtung der letzteren erfordert hätte, mit einem solchen Minister in keiner Weise zu transigiren. Indem aber Hr. Jörg einen Fraktionsgenossen zu desavouiren und einen offenkundigen Gegner seiner Partei im Ministerium zu stützen suchte, hat er entweder einen unbegreiflichen Mangel an politischer Einsicht gezeigt oder sich durch irgendwelche persönliche Rücksichten bestimmen lassen. Im einen wie im anderen Falle ist es für die Kammermajorität mehr als bedenklich, ferner einer solchen Leitung zu folgen. Nach unserer innersten Ueberzeugung muß dieser Weg zur Selbstvernichtung der Partei führen. Wir bedauern, dies sagen zu müssen, allein über den Persönlichkeiten stehen uns die Principien und steht uns die Zukunft der patr. Patei; diese wollen wir denn doch nicht durch Persönlichkeiten, mögen sie heißen, wie sie wollen, schweigend ruiniren lassen. P. Z.

Inland.

München, 5. Juni. Diejenigen Advokaten, welchen das Justizministerium den Entwurf der Advokatengebührordnung zur Begutachtung vorgelegt hat, haben ihre Erinnerungen zu demselben in einem sehr umfassenden Memorandum zusammengefaßt. Die Gebühren wurden in einer großen Anzahl von Fällen für viel zu niedrig erklärt und entsprechende Erhöhungen beantragt. Dem Vernehmen nach haben die Betreffenden nichts Unbilliges verlangt, die Herren im Justizministerium aber, denen es selbst jetzt vor der ungeheuren Last graut, die mit dem neuen Zivilprozeß auf das Volk gewälzt wird, haben in ihrer Angst an dieser Gebührenordnung so viel herumgeschnitzelt, um mit dem Hinweis, daß wenigstens die Advokaten wohlfeiler werden, diesen kostspieligen Prozeß mit seinen 500 Gerichtsvollziehern bei dem Volke „beliebt" zu machen. Das ist sehr schlau von Hrn. v. Lutz, dem Volke wird er aber die Augen nicht blenden.

In Bayern, so schreibt die Frankf. Z., wird die Entscheidung über die alles Andere beherrschende Militärfrage nun bald erfolgen. Kolb hat seinen Be

richt, der zunächst an den Finanzausschuß geht, vollendet. Er schlägt Abkürzung der Präsenzdauer (bei der Infanterie auf 8 Monate), Abschaffung von vier Cavallerieregimentern, Verminderung der vorhandenen Menge von Generalen, u. außerdem eine große Zahl weiterer, auf Ersparung gerichteter Aenderungen vor. Gleichzeitig beantragt er aber auch: Löhnungserhöhung für die Mannschaft, besonders zur Verbesserung der Menage; Zulage für die Unteroffiziere, neben Sicherung eines regelmäßigen Avancements für die befähigten; endlich selbst eine „Gageerhöhung" für die der Zahl nach zu vermindernden Subalternoffiziere. Ungeachtet des hierdurch entstehenden Mehraufwandes würde die Annahme seiner Anträge eine Ersparung von etwas über drei Millionen (3,042,632 fl.) gegen das ministerielle Postulat zur Folge haben. Es läßt sich vorhersehen, daß die nationalliberale Partei solche, den Militarismus an der Wurzel angreifende Anträge wieder auf das Heftigste bekämpfen wird. Ein paar Abstriche von untergeordneten Punkten werden wieder den Schein retten sollen. Der Erfolg hängt von der patr. Partei ab. Erfüllt sie ihre dem Volke gemachten Versprechungen, dann wird dem Militarismus eine schwere Wunde geschlagen, und kein Unbefangener wird das Verdienst der Partei bestreiten können. Im andern Falle hätte sie ihre moralische Vernichtung besiegelt. Welcher schöne Erfolg wäre dagegen gesichert, wenn das bayerische Volk seine Vertretung im demokratischen Sinne gewählt hätte!

Aus München enthielt jüngst die Wiener „Neue Freie Presse" eine Correspondenz, in welcher die Verlegenheit der Fortschrittspartei gegenüber den Forderungen fürs Militär geschildert werden. Es heißt darin: „Nach dem Fortschrittsprogramm soll Bayern in den norddeutschen Bund eintreten, das kann es aber doch füglich nicht, ohne die würdige Anzahl von Kasernen mitzubringen. Auf der anderen Seite aber stehen die finsteren, drohenden Mienen der freisinnigen Wähler von ganz Bayern, die wahrlich nicht dazu liberal gewählt haben, um mehr Casernen und mehr Soldaten zu erhalten und dafür mehr Steuern zahlen zu dürfen. In aller Eile haben denn die Herren theils persönlich, theils brieflich sich nach der Stimmung ihrer Wähler erkundigt, um zu wissen, wie weit sie etwa gehen könnten. Die erhaltenen Stimmungsberichte sind nun aber herzlich schlecht, namentlich die aus Mittelfranken, welches der „Fortschritt" bisher als sein Fideicommiß betrachtet hat. Diese Thatsache wird für die Haltung der Fortschrittspartei in der Militärfrage von durchschlagender Bedeutung sein, zumal da eine Anzahl freisinniger Abgeordneter, die bisher nur „um der lieben Einigkeit willen" in der Fortschrittspartei verblieben ist, ihre Ketzerei und ihren Entschluß, sich unter keinen Clubbeschluß zu beugen, entschieden kundgegeben hat. Einige sind sogar so weit gegangen, daß sie ihr weiteres Verbleiben in der Fortschrittspartei von dem Verhalten derselben gegenüber dem Militarismus abhängig machen. Diese fühlen angesichts der sich vollziehenden Auseinandersetzung der Patrioten und der Stockultramontanen nicht Schadenfreude, sondern Neid und seufzen: „Wären doch auch wir unsere preußischen Lucasse los!" Aber vergebens! die halten sich fest angeklammert und sind täglich bereit, jede beliebige Schwenkung mitzumachen, natürlich ohne ihr eigenes Ziel je einen Moment aus den Augen zu verlieren. Die Partei wird sie so wenig wieder los, als der Bauer in der Fabel seinen tückischen Kobold. Sie sind das böse Gewissen in der Fortschrittspartei, an ihnen wird sie zu Grunde gehen.

Den 13 Lehrern der 4. Kurse an den Schulen in München wurde von der Kreisregierung in Oberbayern eine Unterstützung von je 50 fl. aus Kreisfonds und vom Magistrate der Stadt München außerdem die gleiche Summe aus den durch Aufhebung der Preisevertheilung erzielten Erübrigungen zugewendet.

Die Nachricht der Wiener Presse, daß der König ernstlich an eine Auflösung des Landtages denke, wird von Münchener Blättern als eine Erfindung bezeichnet.

Graf Bismarck hat vor seiner Abreise nach Ems Anlaß genommen, der fremden Diplomatie gegenüber die bestimmte Versicherung auszusprechen, daß die Zusammenkunft, des Königs von Preußen mit dem Kaiser von Rußland jedes politischen Charakters entbehre. Es steht aber Jedem frei, dies zu glauben oder nicht.

Wien, 5. Juni. Die „N. Fr. Pr." schreibt: „In italienischen Regierungskreisen gebe man sich der Hoffnung hin, daß, ehe 2 Monate um sind, Rom — die Hauptstadt des Königreichs Italien sein wird. Die Nachricht der „Agence Havas", daß die französische Regierung daran denke, nach der Proklamation der Unfehlbarkeit ihre Truppen aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen, sei eine wohlbegründete; in Frankreichs Absicht könne es aber nicht liegen, die Ewige Stadt den Republikanern preiszugeben. Vielmehr seien bereits Verhandlungen mit dem Florentiner Cabinet im Zuge, die auf nichts Geringeres hinauslaufen, als daß der Kaiser der Franzosen, um das italiensche Königthum gegen das Andringen der republikanischen Fluth neu zu stärken und es in den Augen der Nation zu heben, seine — wenn auch nicht ausdrückliche, so doch stillschweigende — Zustimmung dazu gibt, daß unmittelbar nach dem Abmarsche der Franzosen königlich italienische Truppen den Kirchenstaat besetzen. Und es sei alle Aussicht vorhanden, daß Napoleon III. — sintemal er nach dem Plebiscit auf den Klerus nicht mehr so angewiesen ist, wie früher — so wie im Jahre 1860 zu den italienischen Generalen sagen werde: „Machen Sie, aber machen Sie schnell." (Die „Köln. Ztg."

Digitized by Google

bemerkt hiezu: In gewöhnlich unterrichteten diplomatischen Kreisen sei von einer neueren französischen Depesche in Rom, die mit dem Rückzuge der Truppen droht, wenn die Unfehlbarkeit proklamirt wird, nichts bekannt.)

Ausland.

Bern, 8. Juni. Der Bandenführer Nathan ist mit 28 Mann zu Vicosoprano im Kanton Graubündten eingetroffen und zum Transport nach Chur festgenommen worden.

Florenz, 7. Juni. Man versichert, dem Rest der Bande Nathan's sei es gelungen, in die Schweiz zu flüchten. Einem Gerücht zufolge sollen die in Livorno verhafteten Personen zum größten Theil Mitglieder geheimer Gesellschaften sein. Man sagt, die Behörde habe bei einem der Verhafteten einen Insurrektionsplan und Briefe Mazzini's vorgefunden und mit Beschlag belegt.

Rom, 4. Juni. In der heutigen Generalkongregation wurde die allgemeine Berathung über die Infallibilität geschlossen.

Kaum daß der letzte Putsch der Garibaldianer verpufft ist, der eine weite Verbreitung gehabt zu haben scheint, so spricht man schon wieder von einem anderen, der jetzt für die kühleren Herbstmonate vorbereitet werden soll. Nun, wir werden es ja sehen, wie sich der Herbst 1870 in Europa ausnehmen wird. Daß vor einiger Zeit hier in Rom der Befehl erging, die Barricaden vor den Thoren wieder in Angriff zu nehmen, ist gewiß. Aber der Befehl wurde wieder zurückgenommen. Einladend ist der Augenblick gewiß. Ecrasez l'infame! Und wie könnte man das besser, als wenn man alle Bischöfe der Welt in einem Seitenschiffe von Sanct Peter beisammen hat sammt dem Papste. Die Sache ginge rascher, und die vollendete Thatsache wäre mit Leichtigkeit hergestellt. Der Calcul wäre nicht übel! Aber ein Faktor ist bei dem Rechnungsexempel vergessen.

Die Umtriebe Bixio's, der statt nach Australien zu gehen, bei Terracina zu landen beabsichtigte, haben den italienischen Kriegsminister veranlaßt zu befehlen, daß kein Urlaub mehr ertheilt werden solle, außer wenn eigene oder die Krankheit naher Verwandten denselben motivire.

London, 8. Juni. Wie verlautet, hat Oesterreich die Ausgleichsverhandlungen mit den englischen Gläubigern — angeblich wegen Feindseligkeit des hiesigen Börsencomite's — abgebrochen.

Madrid, 5. Juni. Eine Kundgebung von 5000 Anhängern Espartero's hat heute hier stattgefunden. Sie trugen eine Fahne mit der Inschrift: „Der Wille der Nation geschehe! Sieg dem demokratischen Recht und der Tugend!" Die Unionisten haben sich von den Alfonsisten getrennt und nehmen hinfort dem Namen Septembristen an.

Madrid, 7. Juni. In ihrer heutigen Sitzung nahmen die Kortes bei der zweiten Berathung über die Königswahl das Amendement von Rojo Arias mit 137 gegen 124 Stimmen abermals an. Durch dieses Amendement wird die absolute Majorität aller zur Königswahl berufenen Deputirten, d. i. mindestens 177 Stimmen erfordert. Die Minister stimmten dagegen.

Die Pforte hat die Mächte benachrichtigt, daß sie bei Schumla ein Lager errichtet hat, das sie noch verstärken will, weil ihr die Zustände in Rumänien Besorgnisse einflößen. Mit der rumänischen Regierung selbst befinde sich die Pforte im besten Einvernehmen.

Vermischtes.

Landau, 2. Juni. Die Festungsgründe des vormaligen Vorglacis im Fort vor dem deutschen Thore, bestehend in 32,$_{072}$ Tagwerken hat Hr. Dr. Finkler in Godramstein bei der heute Vormittag stattgehabten Versteigerung um die Summe von 24,100 fl., vorbehaltlich der Genehmigung des kgl. Kriegsministeriums erworben.

Das kleinste Fahrzeug, welches wohl je die Reise über den atlantischen Ocean angetreten hat, die „City of Ragusa", ist von Liverpool aus in See gegangen, nachdem sie dort mehrere Tage lang durch ungünstiges Wetter zurückgehalten worden war. Es hat nur zwei Tonnen Gehalt und nur zwei Personen an Bord, während blos für einen Schlafstelle vorhanden ist. Die beiden Wagehälse sind Capitän Buckley und ein genuesischer Matrose Namens Peter de Costa. Innerhalb fünfzig Tagen hoffen sie, falls Alles wohl geht, die amerikanische Küste zu erreichen.

(Allerlei Leser.) Coleridge, ein englischer Humorist, theilt die Leser in vier Classen: 1) Die Schwämme, welche Alles aufsaugen, was sie lesen und es — nur etwas trüber u. schmutziger — auch im selben Zustande zurückgeben. 2) Die Sanduhren, welche gar nichts zurückbehalten, und die froh sind, wenn ihnen nur die Zeit verrinnt. 3) Die Filtrirsäcke, in denen nichts, als der Bodensatz dessen zurückbleibt, was sie lesen. 4) Die Solitaire, rar und kostbar, feingeschliffen, welche das Licht in sich aufnehmen und auf Andere geläutert zurückströmen lassen.

Das „Luzerner Tagblatt" meldet vom 26. Mai aus Rickenbach folgenden Vorgang: „Heute, am Auffahrtsfeste, ereignete sich bei hiesiger Pfarrkirche ein bedauerliches Unglück. Bekanntlich wird während der Umfahrt in Münster hier Gottesdienst gehalten. Eine Menge Volks füllte die Kirche und den Kirchhof. Nun löste sich am Kirchthurme, der gerade im Umbaue begriffen ist, ein Stein von der Größe eines Eies los und zerschmetterte auf dem Kirchendache einen Ziegel, der dann mit etwelchem Geräusch das Dach hinunterrutschte. Die Leute schauten hinauf, ein einfältiges Weib rief: der Thurm fällt, welcher Ruf sich wie ein Echo wiederholte. Alles stürzte davon, jeder wollte auf der

Digitized by Google

Flucht der erste sein. Man sprang über die Kirchhofmauer. Bei der Treppe am Ausgange des Kirchhofs drückten sich die Leute zu Boden u. der ganze Menschenstrom ging über die daliegenden hinweg. 10 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt in die zunächst liegenden Häuser getragen und es sind bereits zwei davon gestorben. Außerdem wurde eine große Zahl Grabsteine zertrümmert, und was an Kleidern beschädigt wurde, läßt sich nicht aufzählen. Doch der Thurm steht noch, und nur ein Bischen mehr Verstand von den zunächst Umstehenden hätte alles Unglück verhütet."

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 7. Juni.

Die genehmigten Vorschriften über den Besuch des städtischen Museums (Kunst- und Gemäldesammlung) auf dem Michaelsberge, seien nunmehr zu veröffentlichen. — Die Danksagung der Vorstandschaft des hies. Taubstummeninstituts für die unentgeldlich gestattete Benützung der städt. Schwimmschule für die Zöglinge diente zur Nachricht. — Im Betreffe des Almosensammelns für die hies. Armenpflege sei nunmehr öffentlich bekannt zu geben, daß die Sammlungen eingestellt sind und Niemand berechtigt ist, für die hies. Armenpflege unter irgend einer Form freiwillige Beiträge zu sammeln. Zugleich sei im Benehmest mit dem Armenpflegschaftsrathe anzuordnen, daß diejenigen hiesigen Einwohner, welche ihre freiwillige Beiträge seit Januar 1870 fortentrichtet haben, deren Rückzahlung bei der Armenkassa verlangen können, sobald sie sich über geleistete Zahlung ihrer Umlegen ausweisen. — Die Verakkordirungsverhandlungen der Maurer-, Zimmer- und Schieferdeckerarbeiten für den Bau der Irrenanstalt seien zu genehmigen; zur ständigen Beaufsichtigung der Bauarbeiten sei ein Bauaufseher aufzustellen und bei der Errichtung des Tobhauses sei auf Herstellung entsprechender Kellerräume Bedacht zu nehmen. — Der Bauetat der Stiftungsgebäude pro 1870 sei nach den Vorschlägen des H. Baraths festzusetzen. — Ein Dankschreiben des landwirthschaftl. Bez.-Comites Bamberg II für die geleistete Unterstützung bei dem jüngst abgehaltenen Preiszuchtwiddermarkt diente zur Nachricht. — Diejenigen hiesigen Lohnkutschern, welche gegen die Mag.-Beschlüsse wegen Einhaltung der mit k. Regier.-Genehmigung geregelten Fahrordnung Beschwerde zur k. Regierung ergriffen haben, sei zu eröffnen: daß im Interesse des öffentl. Verkehrs und des fremden wie einheimischen Publikums die Bescheidung der Beschwerde nicht abgewartet, sondern auf Durchführung der erlassenen Beschlüsse bestanden und mit Strafverfolgung gegen die Renitenten vorgegangen werden wird. — Auf eine Anfrage des St.-Mag. Hof über das dahier gepflogene Verfahren bei Concubinaten in Wiederholungsfällen sei zu erwidern, daß dahier so lange mit Strafe eingeschritten würde, bis eine Lösung des betr. Verhältnisses stattfinde. — Der Gewohnheitsbettler Emil Bauweber sei auf die Dauer eines Jahres in der Polizeianstalt Rebdorf zu verwahren. — Ein nicht dahier beheimatheter Taglöhner sei wegen wiederholter Mißhandlung seiner Ehefrau und gänzlicher Vernachlässigung seiner Familie auf die gesetzliche Dauer von 3 Monaten von hier auszuweisen. — Im Monate Mai wurden 29 Bettler und 9 Landstreicher von der Polizeimannschaft aufgegriffen und zur Bestrafung gebracht.

Große Oelgemälde-Auktion

im Gasthofe zu den drei Kronen erste Etage.

Morgen Freitag den 10. Juni und folgende Tage soll im obengenannten Lokale von Morgen 10 Uhr und Nachmittag 2 Uhr an eine „reichhaltige Sammlung" von

prachtvollen Original-Oelgemälden

lebender deutscher Künstler der Düsseldorfer, Münchener und Dresdener Kunstakademien, worunter schöne Landschaften der Schweiz, des bayr. Hochgebirges, der Rhein- und Donau-Gegend ꝛc., sowie schöne Genrebilder, Jagd- und Thierstücke, Stilleben u. s. w. meistbietend versteigert werden. Diese Gemälde, sämmtlich in geschmackvollen Goldrahmen-Einfassung, dürften geehrten Kunstfreunden zu prachtvollen Salon- und Zimmerzierden bestens zu empfehlen sein. Besichtigung unentgeldlich.

Mayer, Taxator.

Oberammergauer Passionsspiel.

Vermittlungen von Wohnungen in Oberammergau werden vom Heutigen ab durch uns nicht mehr besorgt!

München, 7. Juni 1870.

F. Gypen u. Schauer.

Zwickauer Pechkohlen

I. Qual.

empfehle den Herren Ziegeleibesitzern bei Abnahme von 50—100 Ztr. zu Grubenpreisen

J. B. Bayer jun.

Gebrüder Göhring

in Frankenthal

(Rheinpfalz)

liefern Dampf- und Locomobil-Kessel, jeder Art, Seifen- und Laugenkessell ferner alle zur Dampfbrauerei nöthigen Maschinen, solid und hübsch gearbeitete Kühlschige, gut konstruirte Malzdarren in Eisenblech und in Draht, eiserne Maischbütten ꝛc — Billige Preise bei prompter Bedienung.

Hrn. H. in — Aufsatz über die Casinofeier in Hasfurt finden Sie im nächsten Beiblatte.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 134. Freitag, den 10. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 7. Juni. Am Schlusse des Referates sagt der Hr. Abg. Greil: „Es unterliegt keinem Zweifel, das wir in unserem socialen Leben sehr stark an den Norden gekettet sind. Referent verlangt auch nicht, daß das Band, welches den Süden noch mit dem Norden zusammen hält, zerrissen werde; aber es darf auch nicht übersehen werden, daß Preußen wiederholt Bedingungen für Erhaltung dieses Bandes gesetzt hat, welche nur mit Widerwillen angenommen werden konnten. Es ist sehr zu fürchten, daß etwas Aehnliches nach Ablauf der Periode, für welche der Zollvertrag geschlossen ist, wieder geschehe. Deshalb liegt Alles daran, daß sich Bayern in eine Lage versetze, daß es nicht mehr genöthigt ist, Bedingungen ohne Weiteres anzunehmen, sondern eher Bedingungen zu stellen. Dazu ist eine kräftige Weiterentwicklung unseres industriellen Lebens, eine Vervollständigung unseres Eisenbahnnetzes mit Hinblick auf die angedeutete Eventualität u. die Knüpfung socialer Bande mit dem Süden und Osten nothwendig. Referent stellt darum den Antrag, dem k. Staatsministerium des Aeußern den Wunsch auszusprechen, rechtzeitig diejenigen Vorkehrungen für das sociale Leben Bayerns zu treffen, welche uns der Gefahr entziehen, für Forterhaltung des Zollvereins Bedingungen annehmen zu müssen, welche den Bestand der Selbstständigkeit Bayerns und dessen Ehre beeinträchtigen."

München, 8. Juni. Dem Referate des Hrn. Abg. Greil über die Staatsausgaben im allgemeinen, ist rasch jenes des Hrn. Abg. Kolb über den ordentlichen Etat der Militärverwaltung gefolgt. Wir müssen uns für heute auf die Mittheilung der Hauptziffern beschränken, welche der Referent selbst zusammengestellt. Darnach ergeben die beantragten Minderungen folgende Summen a) sofort: 1) Kriegsministerium 1200 fl., 2) General- und Flügeladjutanten 1560 fl., 3) Generalinspektion 1254 fl., 4) Hartschiere 7500 fl., 5) Generalquartiermeisterstab 5640 fl., 6) Generalkommando 4120 fl., 7) Divisionsbrigade-Kommandos 48,285 fl., 8) Artillerie-Corps-Kommandos 20,055 fl., 9) Geniecorps Kommando 22,438 fl., 10) Kommandantschaften 15,000 fl., 11) und 12) Infanterie 814.996 fl., 13) und 14) Kavallerie 262,934 fl., 15) Artillerie 338,140 fl., 16) Genie 37,202 fl., 17) Ouvrier 8000 fl., 19) Sanitätstruppen 16,500 fl., 21) Equitationsanstalt 13,322 fl., 22) Schießschule 5789 fl., 25) Militärgerichte 4000 fl. Ferner Naturalverpflegung 1,000,000 fl., Kleidung, Ausrüstung, auch der Pferde 313,780 fl., Waffen, Munition 9130 fl., Militärübungen 10,000 fl., Remontirung 200,000 fl., Militärbildungs-Anstalten 48,000 fl., Topographisches Bureau 8500 fl., Militärpensionen 40,443 fl., Festungsdotationen 21,000 fl., Ersparungen an den Offiziersaspiranten 28,000 fl., Nicht specifizirter Abstrich am Etat der Verwaltungsbeamten 16,500 fl., Hofmarschälle ꝛc. 4440 fl.. In Summa sofortige Ersparnisse 3.446,986 fl., Dazu kommen als später heimfallende Pensionen im Ganzen 734,090 fl.

Hievon gehen jedoch zunächst ab auf den Etat der Feuerwerkscompagnie 3654 fl., Erhöhung der Kosten für Naturalverpflegung der überzähligen Unteroffiziere und Soldaten 700 fl., für Gagenerhöhungen, sofern auch eine Gehaltsaufbesserung der gering besoldeten Civilbeamten stattfindet 150,000 fl., Dispositionsfond des Kriegsministeriums zur Durchführung der Umänderungen ꝛc. ꝛc. 250,000 fl., zusammen 404,354 fl.

Der wirkliche Bedarf für die Armee stellt sich: nach dem ministeriellen Voranschlage auf 15,700,000 fl., nach obigen Reducirungen auf 12,657,368 fl., somit niedriger um 3,042,632 fl., oder niedriger als der Etat für die 9. (letztvergangene) Finanzperiode um 2,300,456 fl. Da wir uns aber schon im 6. Monat der 10. Finanzperiode befinden und die Erledigung des Budget sowohl als die erforderlichen Umbildungen im Heerwesen Zeit erfordern so schlägt Referent die Bewilligung von weitern 862,671 fl. vor, so daß der Militäretat für jedes Jahr der laufenden Finanzperiode 13,520,039 fl. oder 2,179,961 fl. weniger als die Forderungen des Kriegsministers betragen würde. Dazu käme noch die Ersparung ungefähr einer Million, die bisher regelmäßig aus dem Reservefond entnommen wurde u. es wären Löhnungserhöhungen bei der Mannschaft, — insbesondere für Menage — und den Unteroffizieren, dann Gehalts-

Digitized by Google

aufbesserungen der gering besoldeten Offiziere in Aussicht genommen. B. K

Dem Vernehmen nach hat sich die Staatsregierung veranlaßt gefunden, den Oberregierungsrath Riedl mit der Ausarbeitung eines neuen Bürgerwehrgesetzes zu beauftragen. Es scheint also, daß sie selbst die Unzulänglichkeit des vorgelegten Gesetzentwurfes eingesehen haben.

Die „A. Z." schreibt: „P. Pötzl hat, nachdem er keinen Widerruf, wohl aber eine Erklärung zur Zufriedenheit seines Ordensgenerals unterschrieben hat, Rom bereits verlassen und wird in einigen Tagen hier eintreffen.

Der Volksbot' muß auf die Redaktionsbemerkung in Nr. 126 des „Vaterlands" konstatiren, daß in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 2. Juni der Hr. Abgeordnete Dr. Schüttinger nicht, wie dort gesagt, gegen, sondern umgekehrt für eine Staatsbahn von Forchheim durch den Aischgrund gestimmt hat. So viel zur Steuer der Wahrheit.

Die Augsb. Postztg. sieht sich gegenüber der Nachricht, daß das von dem Hrn. Abg. Dr. Huttler in der Kammersitzung vom 1. d. M. dem Handelsminister ertheilte „Mißtrauensvotum" im patriotischen Klub entschiedene Mißbilligung gefunden habe, zu der Erklärung veranlaßt: „Hrn. Dr. Huttler ist hierüber nicht das Mindeste bekannt, im Gegentheil wurde ihm von den meisten seiner Gesinnungsgenossen ausdrücklich für sein entschiedenes Aussprechen dessen, was sie längst auf dem Herzen hatten, gedankt."

Würzburg, 9. Juni. Die N. W. Z. berichtet, daß von „Seiten der Fortschrittspartei die Einbringung eines Antrages auf Aufhebung der Domdechanten- und Propstenstellen, sowie eine den Beamtenänderungen entsprechende Minderung der Pfarrherrnstellen, Abstrich der Ergänzungszuschüsse für die Pfarrbesoldungen auf 800 fl. ꝛc. beabsichtigt wird." Unter diesen ꝛc. ist wahrscheinlich auch noch ein Abstrich an dem Gehalte der Capläne verstanden und da ließe sich allerdings eine erkleckliche Summe ersparen, da die Capläne hiesiger Diözese ein Jahreseinkommen von 100 fl, viele darunter gar 50—70 fl. beziehen. Die Fortschrittspartei ist hiemit ganz auf dem rechten Wege angekommen, wo gespart werden muß, vielleicht daß sie wirklich einige 100 fl. von dem Gehalte der Capläne noch erobert, um sie für das preußische herrliche Kriegsheer als Morgengabe auf den Altar des Vaterlands legen zu können.

Vom Gebirge. Liest man die verschiedenen Vorwürfe, Anschuldigungen, Verdächtigungen und Verleumdungen, welche gewisse, der patriotischen Sache sonst ergebene Blätter gegen andere Blätter der nämlichen Richtung Tag für Tag erheben, so kann man sich des Eindruckes dieses Ekel erregenden Gebahrens kaum erwehren: Das sind nur ganz ordinäre Reclame, um beim Beginne des neuen Quartals neue Abonnenten zu erhaschen! Haben denn die Patrioten nichts Wichtigeres zu thun, als sich gegenseitig mit Steinen, um nicht ein bezeichnenderes Wort zu gebrauchen, zu bewerfen? Bald ist der Rosenberg zu klein für die durch die Gerechtigkeit der neu-bayerischen Richter verurtheilten Patrioten, und mit Recht sind gewichtige Stimmen laut geworden, die, um das von Oben her angekündigte System der Versöhnung (?) einzuleiten, eine Amnestie verlangten: allein regt sich denn in der Presse oder in der Kammer Jemand dafür? Denken wir uns den entgegengesetzten Fall, daß nemlich die Fortschrittler soviele ihrer ‚verdienten' Leute auf dem Rosenberge, aber in der Kammer die Majorität hätten: würden sie nicht schon längst den Hrn. v. Lutz gezwungen haben, einen Gesetzentwurf für Amnestie vorzulegen? Hätte dieser Minister wohl der liberalen Majorität gegenüber gewagt, einen analog compromittirten Dr. Schneider zum Obertribunalrath zu befördern und gewisse Staatsanwälte in Schutz zu nehmen und sich unter der Hand mit ihnen abzufinden? Warum aber darf er den Patrioten diese Faustschläge geben? Ist Niemand da der parirt? — Neulich hat uns in der Kammer der Abgeordnete Hr. Kraußold gar seltsame Grundsätze über die Parität in Bayern in thesi vordeclamirt; in praxi aber finden wir sie angewendet bei der Weißmainer Missions-Angelegenheit. Nach Verfassung und Staatsgesetzen haben die Weismainer völlig freie Religionsübung; sie dürfen allenfalls auch die Frohnleichnamsprozession, den Flurumgang und etwa noch eine Wahlfahrt nach Vierzehnheiligen halten. Nun jedoch begehrt die ganze Pfarrei eine Jesuitenmission, weil sie den Nutzen derselben und die Verherrlichung der kath. Religion durch dieselbe in nächster Nähe gesehen hat; was geschieht? Es gelingt den Intriguen eines katholikenfeindlichen und Pfaffenhassenden Bezirksamtmannes, ein Paar verkommene Subjekte gegen die Mission aufzustacheln; und Hr. v. Lutz verweigert die Genehmigung; und die 220 schwerbesteuerten Bürger werden auf ihre Eingabe nicht einmal einer Antwort gewürdigt; denn mit solchen Leuten spricht man bloß mittels des Steuerbüttels. Was liegt daran, daß in Weismain eine Erbitterung und Aufregung sonder gleichen herrscht; wir sind ja in der Periode der Versöhnung und Beruhigung und in Bayern ist vollkommene Religionsfreiheit grundgesetzlich! Eitel Hörmännerei! Nach unseren Begriffen hat die Obrigkeit auch die Aufgabe, Religion, Sittlichkeit und Tugend in Schutz zu nehmen, ihnen wenn nicht Vorschub zu leisten, doch kein Hinderniß in den Weg zu legen; und wir glauben, daß auch der Blödsinnigste und Böswilligste nicht in Abrede stellen kann, durch die Volksmissionen wird Religiösität und Tugend unter dem Volke mächtig befördert, das bürgerliche Wohl nicht im Geringsten beschädigt; — daß die gesunde Sinnlichkeit — verstanden in Lichtenfels? — Eintrag erleidet geben wir zu. — Nun fragen wir, auf welchen Grund hin verweigert

Digitized by Google

das Ministerium die Genehmigung der Weismainer Mission? Wir bitten hiemit öffentlich Hrn. Pfarrer Mahr, in der Kammer Hrn. v. Lutz darüber ins Examen zu nehmen. Und wenn er dieses wieder so schlecht und patzig besteht, wie das, worin ihn ohnlängst Hr. Dr. Pfahler genommen hat, so sprechen wir die Erwartung wohl sämmtlicher Katholiken Bayerns aus: diesem Minister darf kein Heller mehr bewilligt werden; denn das ist das einzige Mittel, ihn gehen zu machen. Sein Compagnon Hr. v. Schlör war doch letzthin so nobel zu erklären, er werde gehen, sobald er das Vertrauen der Majorität nicht mehr hat. Wir sind wirklich begierig, ob Hr. v. Lutz die bayerischen Priester PP. Ehrensberger und Kohlschreiber für Ausländer erklärt, und ob ihm Coblenz, Köln, Münster als Ausland gilt, und was ihm dann Hr. Dr. Völk zur Antwort gibt, der schon einmal in der Kammer sich ärgerte, als Preußen Ausland genannt worden ist. — Vom paritätischen Bayern ist ferner zu melden, daß die Protestanten in ihren Kirchen ungestört nicht bloß für den Gustav Adolphverein sondern jetzt auch für ein Lutherdenkmal in Eisleben sammeln dürfen, während den Katholiken die Kirchencollekte für den Bonifaciusverein abgeschlagen worden ist. — In Ihrer allernächsten Nähe hat ein Bezirksamtmann einen gar merkwürdigen Erlaß hinausgeschickt, nämlich: wenn ein frommes Mütterlein etwa ein Amt bestellt; so darf nicht mehr, wie es bisher fast durchaus der Fall war, der Pfarrer die Gebühren für Organisten, Meßner, Ministranten u. s. f. einnehmen und austheilen, sondern die Frau muß erst den Kirchenpfleger aufsuchen, der das Geld einnehmen und verbuchen muß. Sie sehen diese Herrn rücken scharf vor in die Sakristei; an der Kanzel hören sie wohl nichts Erwünschtes und in den Beichtstuhl langen ihre Ohren doch noch nicht. Daher muthig in die Sakristei! Ich gebe jedoch zu, daß Ihr Hr. Nachbar statt Kirchenpfleger etwa Schulpfleger schreiben wollte, und als vielgeplagter Mann grundsätzlich eben für Geschäftsvereinfachung ist. Nur möchte ich ihm und seinen Gesinnungsgenossen den Rath geben, sich allsonntäglich die Verkündigungsbücher vorlegen oder dieselben wenigstens durch seine Gensdarmen vidimiren zu lassen; auf solche Weise könnten manche Herren nützliche Dinge erfahren, als: wann Feiertag, Kirchweih, Fasttag, Beichttag u. s. w. ist.

Wien, 7. Juni. Gestern und heute, schreibt die Presse, langten an 1500 Lehrer aus aller Herren Länder in Wien an; für Quartiere schien noch nicht gesorgt, denn heute Vormittags machten die Herren Jugendbildner in Massen in den Gängen des Pädagogiums Queue, um sich ihre Quartiere anweisen zu lassen; das Gedränge war furchtbar. Alle Comitees scheinen in höchster Aufregung; in den Blumensälen hatte sich das Comitee zur Lehrmittel-Ausstellung „noch nicht für eröffnet" erklärt, im Redaktions-Comitee des Lehrertags war kein Mitglied zu finden, ebensowenig im Festcomitee. Letzteres unterhandelt vielleicht mit Jupiter Pluvius, der arge Striche durch die Rechnung macht. Dem ersten Festdurcheinader wird wohl bald ruhigere Organisation folgen.

Ausland.

Paris, 8. Juni. Der „Agence Havas" wird aus Rom gemeldet: Es ist richtig, daß Ollivier Anfangs Mai eine Depesche an Banneville gerichtet hat, aber die Analyse, welche die Augsburger Allg. Ztg. von dieser Depesche gab, war ungenau. Die Depesche bedauert, daß die französische Regierung vergeblich Anstrengungen gemacht habe Schwierigkeiten vorzubeugen, und sagt der Streit sei beendigt, der franz. Botschafter solle weiter keinen Schritt mehr thun. Die Depesche spricht nicht einmal andeutend von der etwaigen Trennung zwischen Kirche und Staat, noch von der Abberufung der französischen Besatzung. — General Mellinet ist zum Großmeister der französischen Freimaurer wiedergewählt.

Trotz aller offiziellen italienischen Anstrengungen läßt sich die republikanische Bewegung in Italien nicht läugnen. Das Fundament des Thrones Viktor Emanuels zittert, obgleich man öffentlich behauptet, die Insurgenten gesprengt und über die Grenzen getrieben zu haben; die Banden tauchen immer von Neuem auf; hier verjagt oder angeblich aufgerieben, schießen sie anderwärts wie Pilze aus der Erde. In Lucca, Sarzano und Livorno sammelten sich neue republikanische Freikorps, die offiziösen oder offiziellen Berichten zufolge natürlich augenblicklich zerstreut worden sind oder sich vor den königlichen Truppen zurückgezogen haben. Die italien. Regierung soll sich überzeugt haben, daß Garibaldi bei der revolutionären Bewegung sich sehr stark kompromittirte, weshalb sie Vorsichtsmaßregeln getroffen haben, um ihn zu überwachen und zu hindern, seine Felseninsel zu verlassen.

Brüssel, 8. Juni. Der Generalprokurator Bavay ist durch königl. Entschließung seines Postens enthoben und pensionirt, zum Generalprokurator der Abtheilungschef im Justizministerium, Hody, ernannt, gleichzeitig auch der Untersuchungsrichter Delecourt dieser seiner Stellung enthoben worden.

Berichte aus Konstantinopel geben die Zahl der bei der schrecklichen Feuersbrunst, von welcher Pera am 5. d. M. heimgesucht wurde, abgebrannten Gebäude auf 7000, die Zahl der bis jetzt aufgefundenen Leichen von dabei Verunglückten auf 150 an.

In San Francisco protestiren die Arbeiter gegen die unter den Tischlern ausgebrochene Achtstundenbewegung als einen Schwindel und erklären: Arbeit und Capital müssen brüderlich Hand in Hand gehen.

Vermischtes.

(Als Mörder erwacht.) In der Wachstube de

Justizwache im Hause Nr. 27 in der Gärtnergasse in Neulerchenfeld schlief, wie berichtet wird, Nachmittags der Corporal Anton della Cambre, welcher die Kasernwache hatte, auf seiner gewöhnlichen Lagerstätte, oberhalb welcher sein Säbel hing. Gegen halb 2 Uhr kam der Corporal vom Tag J. Gruber herbei und weckte den Schlafenden. Der Angerufene stand noch träumend auf und griff, gleichsam ohne Bewußtsein, nach seinem Säbel; mit diesem in der Hand ging er vorwärts nnd stach nächst der Ausgangsthüre dem gerade in den Weg tretenden Soldaten M. Schwarz mit voller Kraft die blanke Waffe in die Brust. Das Blut quoll sogleich aus der Wunde u. trotz sofortiger Hilfe starb Schwarz nach Verlauf einer Viertelstunde. Der linke Lungenflügel war durchstochen. Der Mörder wider Willen war indeß aus seinem Traume erwacht und zum Bewußtsein gelangt. Mit Entsetzen hörte er das Geschehene, das er Anfangs nicht glauben wollte. Dann fing er zu weinen an und schwor, ganz unschuldig an der That zu sein. Gruber, welcher den Vorgang, der das Werk weniger Sekunden war, mit angesehen, gibt an, daß Cambre im Augenblicke der That mehr geschlaffen als gewacht habe, überdieß waren Cambre und Schwarz stets Freunde. Die That läßt sich nicht anders als durch eine Traumvision erklären, von der Cambre beim Aufstehen ganz erfüllt war. Cambe, 24 Jahre alt, aus Gumpendorf gebürtig, wurde dem Militärgerichte eingeliefert.

Neueste Posten.

München, 9. Juni. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurden die drei beantragten Vizinalbahnen einstimmig genehmigt. Ueber das provisorische Taxgesetz wurde heute nur in allgemeiner Diskussion verhandelt. Der Justizminister erklärte, er beharre entschieden auf der Einführung des Zivilprozesses am 1. Juli. In einer auf heute Abend 5 Uhr anberaumten Sitzung findet die Spezialdiskussion statt.

In der heutigen Abendsitzung wurde das provisorische Taxgesetz mit allen gegen 11 Stimmen angenommen, jedoch mit der Modifikation, daß das Provisorium nur 1 Jahr dauere und am 1. Juli 1872 erlischt. Fischer beantragte die Verschiebung der Einführung des Civilprozesses bis 1. Okt. ds. Jrs., welcher Antrag aber mit großer Majorität abgelehnt wurde. Dadurch wird der Civilprozeß mit Beginn des nächsten Monats definitiv eingeführt.

Baden. Wie man der A. Postztg. berichtet, sind in dem Städtchen Ettlingen bei einer am 5. d. M. erfolgten Abstimmung über Einführnug der Kommunalschule die Anhänger der gemischten Schule in der Minderheit geblieben, indem sich von 456 Abstimmenden 356 gegen die Kommunalschule und nur 100 für dieselbe aussprachen.

Newyork, 6. Juni. General Le Rodas berichtet durch den Telegraphen, daß eine Freibeuterexpedition von Newyork, die bei Neuvitas gelandet, von den spanischen Truppen und zwei Kanonenbooten angegriffen und zerstreut worden sei. Die Bande verlor 10 Tode und 3 Gefangene, 17,000 Flinten und alle Munition. Das Dampfboot „Clyton," das sie gebracht, machte sich davon und suchte nach Columbien zu entkommen.

Große Oelgemälde-Auktion

im Gasthofe zu den drei Kronen erste Etage.

Morgen Samstag den 11. Juni und folgende Tage soll im obengenannten Lokale von Morgen 10 Uhr und Nachmittag 2 Uhr an eine „reichhaltige Sammlung" von

prachtvollen Original-Oelgemälden

lebender deutscher Künstler der Düsseldorfer, Münchener und Dresdener Kunstakademien, worunter schöne Landschaften der Schweiz, des bayr. Hochgebirges, der Rhein- und Donau-Gegend ꝛc., sowie schöne Genrebilder, Jagd- und Thierstücke, Stilleben u. s. w. meistbietend versteigert werden. Diese Gemälde, sämmtlich in geschmackvollen Goldrahmen-Einfassung, dürften geehrten Kunstfreunden zu prachtvollen Salon- und Zimmerzierden bestens zu empfehlen sein. Besichtigung unentgeldlich.

Mayer, Tarator.

Vorlagen

Musterblätter

zu

Laubsäge-Arbeiten,

vorzüglich zu schönen Uhrgehäusen, Rähmchen, Körbchen ꝛc. pro Blatt 6, 8, u. 9 kr. vorräthig bei

Otto Reindl.

Specialität

Central-Luftheizung und **Ventilation** für Gebäude und Trocken Anlagen aller Art, insbesondere auch Kirchen und Schulen, von 1

Boyer & Consorten.

Ludwigshafen a/Rh.

Oberammergauer Passionsspiel.

Vermiethungen von Wohnungen in Oberammergau werden vom Heutigen ab durch uns nicht mehr besorgt!

München, 7. Juni 1870.

F. Gypen u. Schauer.

Lehrlingsgesuch.

Bei einem hiesigen Buchbinder kann ein ordentlicher Junge unter günstigen Bedingungen sogleich in die Lehre treten.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 135. Samstag, den 11. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 9. Juni. Se. Maj. der König werden der großen Fronleichnamsprozession mit dem großen Cortege anwohnen und haben deßhalb zu bestimmen geruht, daß dieselbe ganz in der herkömmlichen feierlichen Weise abgehalten werden soll. Dem Erscheinen der beiden deßfallsigen Programme vom erzbischöflichen Ordinariat und dem kgl. Oberstzeremonienmeister sieht man bis Sonntag entgegen.

Abg. Greil äußert in seinem Budget-Referate, daß wenn Bayern vier Gesandte (Berlin, Wien, Paris, Rom) mit je 6000 fl., einen (St. Petersburg) mit 4000 fl., dann vier (Florenz, Stuttgart, Dresden, Haag oder Brüssel) mit je 3000 fl. und, wenn man die Vertretung für Karlsruhe und Bern nicht dem Gesandten in Stuttgart übertragen will, einen Geschäftsträger in Karlsruhe mit je 2000 fl. habe, so sei genug gethan. Ebenso könnten vier Legationssekretäre genügen. Referent hält deßhalb einen Abstrich von 11,500 fl. bei den Besoldungen und Funktionsbezügen, von 38,000 fl. bei den Nebenbezügen, von 6000 fl. bei der Regie für gerechtfertigt, und beantragt statt 287,000 fl. nur 230,700 fl. zu bewilligen. Der Herr Referent fügt dann bei: „Das Verhältniß der bayerischen Regierung zu Rom ist übrigens ein derartiges, daß nicht ersehen werden kann, warum Bayern einen eigenen Gesandten am päpstlichen Stuhl unterhalten soll. Zwar ist in München ein Nuntius etablirt; allein dieser hat die diplomatischen Geschäfte auch für das übrige Deutschland zu besorgen. Referent stellt deßhalb den Antrag, die Gesandtschaft in Rom entweder ganz aufzuheben und die demselben obliegenden Geschäfte dem Gesandten in Florenz in übertragen, oder sich über Weiterführung einer Gesandtschaft in Rom mit den übrigen süddeutschen Staaten zu verständigen. Hiernach komme auch hier wieder eine entsprechende Summe in Wegfall."

Der Abg. Greil spricht in seinem Referate bei der Position der Zuschüsse für Gefangenenanstalten und Zuchthäuser ꝛc. den Wunsch aaus, daß nicht unnöthiger Weise Strafprozesse eingeleitet werden; daß die Gefangenen „menschlich" behandelt werden, daß die Strafe als Strafe gefühlt werde. Er schlägt wenigstens für katholische Gefangene zwei Hauptmittel vor: 1) Uebertragung der Aufsicht an religiöse Orden, 2) religiöse Uebungen für die Inhaftirten.

Stuttgart, 9. Juni. Die Arbeiterversammlungen, welche in den letzten Tagen hier gehalten wurden, gingen nicht ohne Ausbrüche von Gewaltthätigkeit vor sich. Nachdem schon am Pfingstfeste die Stöcke der Lassalleaner gegen die Socialdemokraten erhoben gewesen waren — damals kam es jedoch noch nicht oder wenigstens nur vereinzelt zu Handgreiflichkeiten — wurden am 7. d. Abends in einer von dem Lassalleaner Wolf aus Hamburg veranstalteten Gegenversammlung die Socialdemokraten an die Thüre gesetzt, wobei einer der letzteren übel zugerichtet ins Spital gebracht werden mußte. Dem Hauptagitator Wolf wurde infolge der stattgefundenen Störungen die Stadt verwiesen, die andern waren bereits abgereist Stadt und Land scandalisirt sich über die offen gepredigten socialistisch-communistischen Ideen dieser Arbeiter.

Die Mehrheit des ständigen Ausschusses in Württemberg hat der Regierung erklärt, daß die von letzterer zugesagte Abminderung des Kriegsbudgets um 500,000 fl. nicht genüge. Vergebens suchte der Kriegsminister v. Succow geltend zu machen, daß weitere Abstriche die vollständige Desorganisation der Armee zur Folge hätten. Der Ausschuß blieb unerschütterlich in seiner Ueberzeugung, daß das preußische Exercitium für das Glück der Völker nicht unentbehrlich sei.

In Preußen rüsten sich die Parteien bereits zum bevorstehenden Wahlkampf, dessen Resultat für ganz Deutschland von großer Tragweite sein wird. Vor Allem wird allgemeine Betheiligung an der Wahl verlangt, denn kein Beschluß des Reichstages wird durch Wahlenthaltung verhindert, in seiner Rechtskraft gemindert oder verändert, in seiner thatsächlichen Wirkung beeinträchtigt. „Ihr gehorcht, auch wenn Ihr nicht mitbeschließt, Ihr zahlt, auch wenn Ihr nicht mitabstimmt, Ihr laßt beschließen über Euch, ohne Euch, gegen Euch, und doch könnt Ihr, wenn Ihr alle wollt und darnach handelt, einfach verhindern, daß, wenn auch nicht für Euch,

doch nimmer mehr gegen Euch beschlossen würde." — So ruft die „Dem. Corresp." dem preußischen Volke zu und droht: Die Volkspartei wird jedem Candidaten es zur Pflicht machen, den Militär-Etat zu verweigern. — Diese Forderung ist kurz, allgemein verständlich und populär.

Der „Rhein. Kur." enthält ein Telegramm aus Ems, worin als Ergebniß der Monarchenzusammenkunft die Verlobung des russischen Großfürsten Wladimir mit der Prinzessin Marie, ältester Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, bezeichnet wird.

Köln, 7. Juni. In einigen Wochen findet eine General-Versammlung der Vorsteher des kathol. Gesellenvereins hierselbst statt. Dieselbe beginnt am 21. Juni Abends und dauert bis zum 24. Nach einem am 22. Morgens 8 Uhr in der Minoritenkirche abzuhaltenden Hochamte werden die Berathungen im Gesellen-Hospitium beginnen und bei der Fülle des zu behandelnden Stoffes die ganze Thätigkeit der Herren Präsides beanspruchen. Am Abende des 23. soll indeß eine Festversammlung stattfinden. Wie wir hören, haben u. A. die Herren Dr. Gruscha aus Wien, Mayr aus München, Dr. Künzer aus Breslau, Scharpff aus Rottenburg und Weickum aus Freiburg, Müller aus Berlin, sowie die Diöcesan-Präsides aus der Schweiz, aus Münster, Paderborn, Dresden, Augsburg, Eichstätt, Bozen, Limburg ꝛc nebst vielen Präsides ihre Ankunft fest zugesagt.

Wien, 5. Juni. Seit Jahren schon sind die Besuche des Czars in Deutschland etwas ganz Gewöhnliches, und auch heute würde dessen Aufenthalt in Ems und der Besuch König Wilhelms dortselbst nur als „Hof- und Personalnachricht" erwähnt werden, wenn nicht der Umstand, daß auch Graf Bismark sich nach Ems begeben, angeblich um die in Berlin versäumte Aufwartung nachzutragen, alle Welt in Bewegung setzte. Während die Einen, dem Besuche jedwede politische Bedeutung absprechend, denselben lediglich als einen Akt pflichtgemäßer Courtoisie anerkennen, befürchten die Andern eine gewaltige Aenderung aller bestehenden Verhältnisse, die ernstesten Gefahren für den Frieden. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen. Weder wird der Friede gefährdet werden, doch aber ist Bismark nach Ems gegangen, um leere Complimente zu tauschen. Die Demonstration ist gegen Frankreich gerichtet und soll diesem deutlich zu verstehen geben, daß bei einem allfallsigen Hervortreten des Kaiserreiches nach Außen, etwa durch Urgiren der nordschleswig'schen Frage, Preußen nicht allein stehen werde. Zu einer Allianz im engeren Sinne, noch weniger aber zur Verabredung einer Aktion, wird es vorläufig in Ems noch nicht gekommen sein, wenn gleich, ähnlich wie in Salzburg, die Grundzüge einer gleichen Auffassung der Dinge in einer bestimmten Richtung und das beiderseitige Verhalten besprochen und festgestellt worden sein mögen. Weder Norddeutschland, welches noch lange nicht so festgekittet ist, um einen tüchtigen Stoß sicher aushalten zu können, auch durch die bevorstehenden Neuwahlen in Anspruch genommen ist, noch Rußland, dessen politische und besonders militärische Verhältnisse noch durchaus nicht so aktions- u. offensivfähig sind, um ohne Weiteres einen Krieg unternehmen oder begünstigen zu können, noch endlich Frankreich vermögen jetzt die schwebenden Machtfragen auszutragen. Man zeigt sich die Zähne, und in der Ueberzeugung, daß das eigene Gebiß nicht stärker ist, als das der Andern, wird vorläufig Alles beim Alten bleiben. Eine andere Version geht dahin, daß die beiden Theilungsmächte Polens sich über die Schritte verständigen wollen, welche der dritten (Oestrreich) gegenüber zu unternehmen wären, um jene Zugeständnisse zu verhindern, oder abzuschwächen, welche diese ihren polnischen Unterthanen in Galizien zu gewähren im Begriffe stehe, und welche voraussichtlich in Posen und Congreßpolen nicht ohne Rückwirkung bleiben würden. Das Recht zu solchen Schritten wird aus dem Theilungsvertrage abgeleitet, dem jedoch die spätere Wiener Congreßakte gegenüber steht, welche Oesterreich die volle Freiheit des Handelns in seinen polnischen Landestheilen gibt. Uebrigens werden wir hoffentlich jede offene Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten abzuweisen wissen. Eine dritte Version behauptet, die nächste Folge der Kaiserbesuche werde die Creirung eines „Kaisers der Deutschen" und eines „Czars der Slaven" sein. Da aber die Sache mit Annahme solcher Titel allein nicht abgethan wäre, zur Geltendmachung derselben aber, wie scholl erwähnt, die Verhältnisse durchaus nicht günstig sind, so ist wohl diese Conjectur eine der allermüßigsten, und glaube ich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß man hier die sichersten Bürgschaften hat, daß an eine solche umstürzende Titelfrage (wenigstens vorläufig) gar nicht einmal gedacht wird. M. J.

In ganz Oesterreich regt sich gewaltig der katholische Geist. Von allen Orten hört man nur von Versammlungen. So fand am 6. d. in Ried eine von 2000 Wählern besuchte Volksversammlung statt, Canonikus Freund bekämpfte die Candidatur des Baron Weichs energisch. Als es Nachmittag zur Präsidentenwahl kam, siegten die Conservativen; weßhalb die Liberalen eine so heftige Scene herbeiführten, daß der Bezirkshauptmann Sonnleithner die Versammlung auflöste. Die Liberalen hatten hier erfahren, daß Oberösterreich nicht mehr unbestritten ihnen gehöre. Eine gleichzeitig zu Ried tagende katholische Volksversammlung zählte 7000 Theilnehmer.

Wie die „Karlsr. Ztg." aus Wien meldet, ist an das neue dänische Cabinet, und zwar in Form einer bestimmten Aufforderung von nicht unmittelbar betheiligter Seite her, bereits die Versuchung herangetreten die nordschleswigische Angelegenheit zu einem endlichen Austrag zu bringen. Es habe aber dieses

Digitized by Google

Cabinet die betreffende Eröffnung sofort mit der Erklärung von der Hand gewiesen: daß es allerdings auf keines der durch den Prager Frieden für Dänemark erworbenen Rechte Verzicht leisten werde, daß es jedoch zur Zeit sich nicht veranlaßt sehen könne, erneuert auf eine Lösung hinzuarbeiten die unter den heutigen Umständen unerreichbar sei.

Ausland.

Florenz, 8. Juni. Sitzung des Senats. Der Minister des Aeußern, Visconti Venosta, erklärt anläßlich der Debatte über das Budget des äußeren Ministeriums: Die italienische Politik in Betreff des Conzils ist die Achtung der Freiheit der Kirche vorbehaltlich der Rechte des Staates. Italien hat an den Vorstellungen mehrerer Regierungen bei dem römischen Hofe nicht theilgenommen wegen der Natur unserer Beziehungen mit Rom und weil die Regierung glaubt, daß die Rathschläge Italiens den Rathschlägen der anderen Mächte eine günstigere Aufnahme nicht zu verschaffen im Stande sind. In Betreff der französischen Okkupation erhielt die Regierung Italiens von Frankreich keinerlei Mittheilungen; sie glaubt daher, daß die französische Politik sich in Nichts verändert hat. Italien hat neue Mittheilungen nicht provozirt, weil eine Politik des Zuwartens und der Reserve ihm durch die Umstände geboten schien. Betreffs des Brigantenmordes bei Marathon hat sich Italien mit England in's Einvernehmen gesetzt. Italien verlangt Bestrafung der Schuldigen und Mitschuldigen, sowie eine Untersuchung über das Verhalten der Behörden. — Das Budget wurde angenommen.

Florenz, 9. Juni. Laut Nachrichten aus Portugal verweigerte Saldanha den Empfang des italienischen Gesandten, weil er erfahren habe, daß Letzterer den Staatsstreich mißbilligt.

Aus Florenz wird der „N. Fr. Pr." unterm 5. Juni geschrieben: Die Banden vom Comersee, weit entfernt, zerstreut zu sein, wie die Blätter berichten, verstärken und vermehren sich. Sie können sich darauf verlassen. Mailand ist in großer Aufregung, und viele junge Leute von dort haben sich den republikanischen Schaaren angeschlossen. Rothe Fahnen u. Freiheitsbäume tauchen überall auf. Die Bande, welche die Schweizer Blätter als zerstreut angaben, war noch vorgestern in den lombardischen Bergen, und kein Zusammenstoß mit den Truppen hatte stattgefunden. Auch hat sich eine andere Bande in Valsassina gezeigt, welche von Colico kommende Reisende am 1. d. gesehen haben. Seit mehreren Tagen zieht eine Bande in der Umgegend von Volpedo umher, und die Mailänder haben für sich eine besondere Bande gebildet. Auf dem Monte Albano hält sich eine aus Studenten bestehende Bande auf.

Mailand, 8. Juni. Der Präsident des Gerichtshofs hat ein Schreiben erhalten worin ihm mit dem Tode gedroht wird. Die öffentliche Sicherheit in der Provinz Ravenna ist nicht zufriedenstellend.

Der Kanton Tessin hat von jeher mit der italienischen Actionspartei sympathisirt und Mazzini bekanntlich dort stets eine Zuflucht gefunden, von wo aus er seine Brandbriefe über die Grenze sendete. Der Berner „Bund", das Organ der schweizerischen Centralregierung, ertheilt nun der Kantonalbehörde in Tessin folgende Lektion: „Wenn die Tessiner Regierung sich (bezüglich der Begünstigung der italienischen Aufrührer) nicht rechtfertigen kann, muß der Bundesrath, welcher die Schweiz nicht auf eine so scandalöse Art bloßstellen lassen darf, vom Gesichtspunkte des nationalen Rechts die fratelli ticinesi zur Vernunft bringen." Inzwischen hat die Schweiz selbst mit Arbeitseinstellung zu kämpfen. Am 7 waren in Genf große Plakate angeheftet, welche für den Abend alle Schweizer Arbeiter zu einer Volksversammlung beriefen, um in einer verständlichen Kundgebung den Arbeitgebern zu antworten. Man besorgte am 8. in Genf Unordnungen, doch hat der Telegraph bis jetzt nichts der Art gemeldet.

Rom, 4. Juni. General Dumont, Commandant der französischen Occupationsarmee, erließ einen Tagsbefehl, in welchem die Stellung genau bezeichnet ist, welche die Franzosen einnehmen werden, sobald die Freicorps über die Grenzen des päpstlichen Gebiets einfallen sollten. Gewiß nicht mit Unrecht sagt er unter Anderm, daß diese Banden nur mit Raubmördern zu vergleichen und auch nur darnach zu behandeln seien, sobald man mit ihnen ins Handgemenge kommen würde. — Eine protestantische Stimme äußert sich folgendermaßen über den kürzlich verstorbenen hochw. Bischof Dr. Grant: Der vor einigen Tagen in Rom verstorbene Bischof von Southwark war von den katholischen Prälaten Englands in weiteren Kreisen einer der angesehensten und beliebtesten. Ohne viel Lärm zu machen oder nach bestimmten Richtungen außergewöhnlich glänzende Begabung zu entwickeln, wie Cardinal Wiseman auf dem Gebiete der Literatur oder Erzbischof Manning auf der Kanzel, errang sich Dr. Grant doch durch sein gediegenes Wesen und besonders durch seinen Tact unter schwierigen Verhältnissen allgemeine Anerkennung nnd Hochachtung, selbst bei den Gegnern des Katholicismus. Der Daily Telegraph sagt von ihm heute erst: „Er war ein Gelehrter von Bedeutung, vor Allem aber ein Gentleman im vollsten Sinne des Wortes, und besaß jene Summe von Eigenschaften, die einen versöhnenden Einfluß üben selbst da, wo fester Widerstand geboten wird. Er war einer von den Männern, welche Feindseligkeit entwaffnen."

Die französische Regierung hat den Befehl erlassen, daß das Besatzungs-Commando diejenigen Soldaten, von denen bekannt ist, daß sie bei dem Plebiscit mit „Nein" gestimmt haben; aus der

Digitized by Google

Occupations-Armee entfernt und durch Soldaten aus Frankreich, die im entgegengesetzten Sinne votirt haben, ersetzt werden sollen. — Die Versammlungen der deutschen Bischöfe beim Cardinal Rauscher dauern ununterbrochen fort.

London, 9. Juni. Charles Dickens ist gestern Abend auf seinem Landgute in Folge eines vorgestern erlittenen Gehirnschlagflusses gestorben.

Madrid, 8. Juni. Der von den Räubern gefangen gehaltene Bonnel (Oheim) wurde gleichfalls befreit. In der Nähe von Gibraltar versuchten Banditen 2 englische Offiziere der Garnison gefangen zu nehmen. Die Offiziere wurden durch spanische Bürgergarden gerettet, welche Feuer gaben, einen Banditen verwundeten und einen zweiten in ihre Gewalt bekamen. Die Regierungen von Spanien und England verabreden Maßregeln um zu verhindern daß Gibraltar, der ehemalige Herd der Schwärzer, nunmehr ein Banditenherd werde. — Die Gendarmerie hat bei Sevilla die Räuber aufgegriffen welche die Engländer gebrandschatzt hatten. Drei Räuber und ein Gendarm sind in dem Kampfe getödtet worden; ein großer Theil des geraubten Geldes wurde vorgefunden.

Madrid, 9. Juni. Die Gendarmerie überraschte in der Nähe von Sevilla die Räuber, welche die Engländer Bonell bei Gibraltar gefangen genommen hatten. Es entstand ein Kampf, bei welchem drei Räuber und ein Gendarm getödtet wurde. Ein großer Theil des geraubten Geldes wurde bei den Räubern noch vorgefunden

Durch den Beschluß der spanischen Cortes, daß von diesen der König nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden könne, ist die Throncandidatur des Herzogs von Montpensier aussichtslos geworden. Derselbe will denn auch Madrid verlassen und sich nach Sevilla zurückziehen.

Ein Telegramm meldet, daß die Dampf-Yacht des Fürsten von Montenegro — der Inbegriff der gesammten montenegrinischen Flotte — bei Promontore auf ein Riff gerathen und wahrscheinlich verloren ist. Die Bemannung wurde von dem österreichischen Kriegsschiff „Vulcan" aufgenommen.

Vermischtes.

Dieser Tage verließ auch Pfarrer Trunk von Baunach seinen Pfarrsitz, um die ihm zuerkannte 1½jährige Festungsstrafe anzutreten. Der patriotische Verein von Baunach gab ihm das Ehrengeleit zur Bahnstation Breitengüßbach.

Die Feuersbrunst von welcher am zweiten Pfingsttage die Stadt Bremen heimgesucht worden ist, hat, dortigen Blättern zufolge, 12 Packhäuser und etwa 20 Wohnhäuser völlig zerstört, eine Anzahl anderer Gebäude mehr oder minder beschädigt und im Ganzen einen Schaden von über einer Mill. Thlr. angerichtet. Kurz nach 3 Uhr Nachmittag war das Feuer auf dem Dach in einem Holzlager ausgebrochen, wo angeblich Kinder mit Streichhölzchen gespielt hatten, und bald auf mehrere Speicher übergesprungen. Um 7 Uhr Abends war es gelungen, das Feuer auf das von ihm ergriffene Terrain zu beschränken.

Stollwerk'sche Brustbonbons

Prämiirt auf allen Ausstellungen.
Eine Verbindung von Zucker u. solchen Kräuterextracten, deren wohlthätige Einwirkung auf die Respirationsorgane von der medizinischen Wissenschaft festgestellt sind.

Depots dieser Brust-Bonbons in versiegelten Packeten mit Gebrauchsanweisung zu 14 Kreuzer befinden sich in Bamberg bei J. B. Haußmann, Hofconditor B. Wenglein und J. J. Leininger.

Burghaslach bei Apotheker Barthel, Ebermannstadt bei Abothk. Krauß, Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt, Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Gardill; Memmelsdorf bei Chr. Reich, Schüßelfeld bei A. Hebbach, Stadtsteinach bei Apoth. C. Heysler, Streitberg bei Joh. Dauer, Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt, Weischenfeld bei Georg Lauer, Zeil bei J. P. Völlath.

Nach Oberammergau.

Unterzeichneter beehrt sich bekannt zu geben, daß er am Vorabend, oder nach Verlangen am Morgen jeden Passionsspiels mit 2 Charabancs von Schongau nach Oberammergau, auch auf Verlangen nach beendigter Vorstellung nach jeden beliebigen Ort befördert; auch empfehle ich mein Gasthaus für gutes Quartier und billige Bedienung.

Schongau, den 10. Mai 1870.

Wilhelm Bach.

Lohnkutscher und Gastwirth zum goldenen Stern.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

à Stück 35 kr.

1	Gewinn zu	. . .		14000	fl
1	do	. . . .		7000	fl
1	do	. . . .		3000	fl
1	do	. . . .		1756	fl
2	do zu	875 fl.	— kr.	1750	fl
10	do zu	180 fl.	— kr.	1800	fl
20	do zu	87 fl.	30 kr.	1750	fl
30	do zu	52 fl.	30 kr.	1575	fl
100	do zu	35 fl.	— kr.	3500	fl
200	do zu	17 fl.	30 kr.	3500	fl
500	do zu	7 fl.	— kr.	3500	fl
934	do zu	3 fl.	30 kr.	3269	fl
13200	do zu	1 fl.	45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.			70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Bei einem hiesigen Buchbinder kann ein ordentlicher Junge unter günstigen Bedingungen sogleich in die Lehre treten.

Der Bamberger kath. Hauskalender 1. bis 7. Jahrgang, wird sofort zu kaufen gesucht.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 136. Sonntag, den 12. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 11. Juni. In der gestrigen Sitzung des 2. Ausschusses, in welcher die Berathung des Militärbudgets begonnen wurde, wurden die vom Abg. Kolb in seinem Referate aufgestellten Grundsätze vom k. Kriegsminister mit großer Entschiedenheit bekämpft.

München, 10. Juni. Am 31. Mai kam in Abgeordnetenkammer das Staatsgut Schleißheim zur Sprache. Dieses Gut umfaßt den nicht unbedeutenden Grundkompler von 7,928 Tagwerk, welcher aus 1,124 Tagwerk Aeckern, 604 Tagwerk Wiesen, 2,123 Tagwerk Torfgründen, 3,720 Tagwerk Waldungen, 272 Tagw. Schafweide und 85 Tagwerk Oedungen besteht. Herr Referent Schmidkonz sagte: „Wenn man erwägt, daß dieses Staatsgut auf 697,000 fl. gewerthet ist, so muß das Resultat der Bewirthschaftung als ein sehr ungünstiges erscheinen und der Verlust als ein sehr beträchtlicher bezeichnet werden; es sollte mindestens eine jährliche Rente von 27,160 fl. erzielt werden, während in Wirklichkeit darauf gezahlt werden muß." Der Referent beantragt, daß dies Gut entweder verkauft oder in Wald verwandelt wird."

Der deutsche Juristentag wird in diesem Jahre zu Leipzig und zwar in den Tagen vom 27. zum 30. August sich versammeln.

Aus Baden. Dem Resultat der Neuwahlen zum Landtage sieht die Regierung mit schwerem Herzen entgegen, denn sowohl von den Katholiken wie von der Volkspartei wird schon jetzt sehr lebhaft agitirt, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß unsere National-Liberalen das Feld räumen werden müssen. In den größten Städten freilich werden die Wahlen voraussichtlich ministeriell ausfallen, dagegen steht zu erwarten, daß die Bürger in den Städtchen und Landorten oppositionell wählen werden; ein Verzeichniß von Candidaten, die in den ländlichen Wahlbezirken aufgestellt werden sollen, ist in einflußreichen katholischen Kreisen bereits angefertigt worden.

Berlin, 9. Juni. Betreffs der Anhaltung und des Transports der Militärausreißer sind den Polizeibehörden der neuen Lande die darüber in den alten Landen bestehenden Anordnungen kundgemacht worden. Danach sind die angehaltenen Deserteure sofort der „nächsten" Militärbehörde zu überliefern, und der Militäretat vergütet die vorschriftsmäßigen Marschcompetenzen des Deserteurs mit 2½ Sgr täglich, außerdem die auf dem Transport desselben etwa entstandenen Kosten „für Ein- und Ausschmieden und für Stricke zum Binden desselben," für geleisteten Vorspann, wenn dieser der Sicherheit oder Marschunfähigkeit des Festgenommenen wegen nothwendig wird, ferner für ärztliche Untersuchung und die sonst noch erweislich nothwendig gewordenen Ausgaben. Dagegen werden weder für Hafträumlichkeiten besondere Vergütungen, noch Bewachungs- und Begleitgebühren aus dem Militärfonds gewährt.

Wien, 10. Juni. Die deutsche Lehrerversammlung beschloß, über den Antrag auf Gründung eines deutschen Lehrervereins zur Tagesordnung überzugehen, und sprach sich für den Fortbestand der freien Lehrerversammlungen aus.

Wie der Morgenpost aus Trient telegraphirt wird, sind längs der österreichisch-italienischen Grenze bereits kleinere republikanische Banden aufgetaucht, welche die Bevölkerung aufzureizen versuchten. Die Bemühungen dieser bis zu 20 Mann zählenden Schaaren blieben jedoch erfolglos. Der Statthalter hat bereits nach allen Richtungen hin Auftrag zu strenger Ueberwachung der Grenze und nöthigenfalls auch zu bewaffneter Anhaltung der republikanischen Freischärler ertheilt.

Wien, 11. Juni. Ein Telegramm eines Morgenblattes aus Pola will wissen, daß die bevorstehende Landung italienischer Freischärler in Istrien angezeigt worden sei. Kriegsschiffe kreuzten demzufolge an der Küste und strenge Ueberwachungsmaßregeln seien angeordnet worden.

Ausland.

In Pest fand am 9. Juni unter großen Feierlichkeiten die Uebertragung der Gebeine des einstigen ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Ludwig Batthyanyi aus der Franziskanerkirche nach dem Kerpescher Friedhofe statt. Batthyanyi ist bekanntlich ein Opfer der Achtundvierziger Bewegung. Er wurde

Digitized by Google

standrechtlich erschossen und sein Leichnam heimlich beigesetzt. Ein Mönch entdeckte denselben, und dessen Uebertragung bildete nun den Anlaß zu der genannten Feierlichkeit, welche den Ungarn zugleich als eine nationale Demonstration gilt.

Pest, 10. Juni. Die gestrige Bathyany-Leichenfeier ist in größter Ordnung verlaufen. Die Betheiligung an derselben war eine außerordentlich zahlreiche; sämmtliche Komitate, die Honvedvereine, die Akademie und die literarischen Gesellschaften waren vertreten.

Rom. Soviel wir den sich widersprechenden Berichten über das Conzil zu entnehmen vermögen, sind die Conzilsväter in der Unfehlbarkeitsfrage geneigt, durch beiderseitige Nachgiebigkeit zu einem Vermittlungsdekrete sich zu einigen. In dieser Weise deuten die gewöhnlich gut unterrichteten Wiener Blätter die letzte sehr ruhige Rede des Bischofs Stroßmaier, in dieser Weise wird auch die Rede des Bischofs Pancratius Dinkel von Augsburg aufgefaßt. Bei der Spezialdebatte wird sich der richtige Sachverhalt bald herausstellen.

Florenz, 10. Juni. In Folge des von Seite des Herzogs de Saldanha eingetretenen Abbruchs der offiziellen Beziehungen zu dem italienischen Gesandten Marquis Oldoini wurde Letzterer mit Urlaub abberufen. Bis nach erfolgten Aufklärungen durch die portugiesische Regierung wurden die Beziehungen mit dem hiesigen portugiesischen Gesandten ihres offiziellen Charakters entkleidet.

Florenz, 9. Juni. An der italienischen Gränze bei Pescia nächst Prato fand ein ernster Zusammenstoß zwischen Truppen und Freischaaren statt. — In der Stadt und der Provinz Bologna wurden die Mühlen größtentheils geschlossen; wo sie im Gange sind verweigern die Mahlgäste die Mahlsteuer. — Es sind zwei Batterien von Venaria Reale nach Sicilien abgegangen. Ricciotti Garibaldi ist bei Neapel gesehen worden und unbehelligt geblieben. — Der Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, sagte: die Durchstechung des Mont Cenis werde vor Ende des Jahres 1871 vollendet sein.

Paris, 9. Juni. Gestern und heute war Ministerrath in den Tuilerien; es wurde in demselben das neue Wahlgesetz besprochen; Ollivier glaubt, den Kaiser für seine Intentionen gewinnen zu können; in der Presse findet der Vorschlag fast allgemeine Anerkennung.

Madrid, 9. Juni. Es ist unrichtig, daß in Andalusien Banden aufgetaucht sind. Samstag werden die Cortes die Frage wegen der Wahl eines Monarchen in Verhandlung ziehen. Es ist wahrscheinlich, daß die Anstrengungen, einen König zu wählen fruchtlos bleiben werden. Wie versichert wird, hat die Königin Isabella dem Kaiser Napoleon ihre Abdankung überdanken.

Aus Warschau, 3. Juni, wird der „Schles. Ztg." geschrieben: „Die russische Regierung geht schon seit längerer Zeit mit dem Plane um, in St. Petersburg einen katholischen Metropolitansitz zu gründen dem die litthauischen, russischen und später auch die polnischen Bischöfe als Suffraganbischöfe untergeordnet werden sollen. Der gegenwärtige Erzbischof v. Mohilew, Staniewski, der zugleich Präsident des römisch-kath. Collegiums ist, residirt schon seit mehreren Jahren in St. Petersburg, und da derselbe mit der beabsichtigten Verlegung seines Bischofssitzes nach der russischen Hauptstadt sich einverstanden erklärt, so sollen jetzt in letzterer für ihn ein prächtiges Palais und eine großartige Kathedralkirche erbaut werden. Der Bauplan der Kathedralkirche hat bereits die kaiserliche Bestätigung erhalten; der Bauplatz ist von den Regierung in einem schönen Stadttheil unentgeltlich angewiesen, und die Bauarbeiten sollen noch in diesem Monat in Angriff genommen werden. Der altersschwache Bischof Staniewski steht ganz unter der Leitung des der russischen Regierung treu ergebenen und einflußreichen Geistlichen Stocewicz und leiht der Regierung zur Ausführung ihrer Pläne in Bezug auf die kathol. Kirche bereitwillig seine Mitwirkung. In den hiesigen kathol. Kreisen hegt man daher die nicht unbegründete Befürchtung, daß es der russischen Regierung durch die Centralisirung der kath. Kirchengewalt in St. Petersburg um so leichter gelingen dürfte, die ihr untergelegte Absicht, die kath. Kirche Rußlands gänzlich von Rom loszureißen, zur Ausführung zu bringen.

Bukarest, 7. Juni. Die allgemeinen Wahlen für die Abgeordnetenkammer haben begonnen und werden bis zum Samstag fortgesetzt. Die Agitation ist groß. Bei mehreren entschieden radical Gesinnten ist die Wahl schon heute gesichert. Bei der Wahl der Deputirten des bäuerlichen Collegium hat hingegen die Regierungspartei trotz aller Anstrengungen der Rothen glänzend gesiegt

Athen, 4. Juni. Flourens ist hier angekommen; der französische Gesandte richtete eine Note an die griechische Regierung, worin er dessen Ausweisung verlangt.

Konstantinopel, 8. Juni. Tefik Pascha, der ägyptische Thronfolger, ist auf der Kriegsfregatte „Matroussee" angekommen, und ehrenvoll empfangen worden.

Konstantinopel, 7. Juni. Den Wiener Blättern werden folgende Details über die Feuersbrunst gemeldet. die Pera am 5. d. M. heimsuchte: Das ganze Viertel, welches von reichen Armeniern bewohnt wurde, ist gleichfalls ein Raub der Flammen geworden. Dieses Viertel war zur Zeit, als das Feuer ausbrach, beinahe ganz menschenleer, da die Armenier den zehnten Jahrestag ihrer Verfassung mit einem großartigen Landausfluge feierten. Es konnte daher auch nicht das Geringste gerettet werden. Auch das von der italienischen

Digitized by Google

Arbeiterkolonie bewohnte Quartier brannte gänzlich nieder. Am meisten jedoch wurde die hohe engliche und armenische Gesellschaft von dem Unglücke betroffen. Es ist unmöglich genau die Zahl der Todten zu bestimmen. Jeden Augenblick werden solche unter den Trümmern hervorgezogen. Bis jetzt wurden bereits 150 Leichen aufgefunden. Militär-Cordons schließen die Passage an mehreren Orten ab, da dieselbe durch drohende Maueinstürze gefährdet ist. Mehrere Personen wurden bereits auf diese Weise getödtet. Das französische Hospital, welches von den Flammen an der Rückseite ergriffen wurde, ist durch den Commandanten und die Bemannung eines Dampfers der „Messagerie Imperiale" gerettet worden. Die Regierung läßt Zelte errichten und allen Jenen, die es verlangen, Lebensmittel verabreichen. Im Hotel der englischen Botschaft wurden schon eine Stunde vor Annäherung des Feuers Vorsichtsmaßregeln ergriffen; Spritzen waren aufgestellt, Matrosen auf das Dach postirt, die eisernen Fensterläden geschlossen, doch blieb Alles vergeblich. Mehrere Menschen wurden schwer verletzt. Sir H. Elliot war, ohne Rücksicht auf das eigene Hab und Gut, beschäftigt, das Boschaftshotel zu retten. Seine Habseligkeiten wurden vollständig vernichtet. Seine Gemahlin verließ, beinahe erstickt, mit knapper Noth das Palais. Die Archive uno alle Documente der Canzleien sind gerettet. Der „Levant Herald" konnte mit Mühe erscheinen; die „Turquie" und der „Courrier de l'Orient" konnten wegen Arbeitermangels nicht erscheinen. Die Mehrzahl ihrer Arbeiter verlor Hab und Gut. Das Hospital und die Gebäude der deutschen Wohltätigkeitsgesellschaften sind vollständig zerstört. Die Kranken wurden durch den Muth einiger deutschen Herren, von welchen zwei an ihren Verwundungen starben, gerettet. Es hat sich ein Comite zur raschen Hilfeleistung gebildet. Große Summen wurden bereits gezeichnet. Die Gesandten aller Nationen haben Unterstützungen vertheilt. Nach dem „Levant Herald," welcher diese Mittheilung von der Polizei erhielt, beträgt die Zahl der zerstörten Häuser über 7000.

Bis jetzt wurden 250 Leichen unter den Trümmern hervorgezogen, unter welchen sich noch viele befinden dürften. Die Spitäler sind mit Verwundeten überfüllt. Das Erdgeschoß des englischen Botschafts-Hotels blieb unversehrt. Es ist schwer die Zahl der abgebrannten Häuser zu bestimmen. Der „Levant Herald" sagt, daß nach dem von der Municipalität aufgestellten Verzeichnisse nur 3440 Häuser abbrannten.

Konstantinopel, 10. Juni. Die Zahl der bei dem Brande verunglückten Personen ist noch immer nicht bestimmt anzugeben. Der Sultan, die Behörden und die Bevölkerung haben die Beschädigten mit Lebensmitteln, Decken und Hauswirthschaftsgeräthschaften versorgt. Türken eröffneten den Christen ihre Häuser. Die von Türken eröffneten Subscriptionen ergeben große Summen. Der Unterschied der Religionen ist dabei vollständig vergessen.

Der Sultan spendete für die Abgebrannten 10,000 Pfd. St. (?)

Washington, 8. Juni. Der Senatsausschuß für Auswärtiges empfiehlt die Ratifikation des zwischen Lord Clarendon und Hrn. Motley abgeschlossenen Naturalisationsvertrags. — Zum Mayor von Washington ist Hr. Emmery, Candidat der conservativen Republikaner, gewäht worden. — Bei den Wahlen in Oregon haben die Demokraten gesiegt.

Vermischtes.

(Hohes Alter.) In dem Dorfe Szent-Lörincz in Ungarn lebt eine 118jährige Frau, die noch so gesund und rüstig ist, daß sie täglich in die Arbeit geht und sich ihr Brod verdient; im ganzen Dorfe erinnert sich Niemand, daß die alte Elisabeth Nement je krank gewesen.

— (Einsturz.) Die aus den Ruinen der historisch denkwürdigen Ecseder Burg der Rakoczys und Bathorys jüngst aufgebaute reformirte Kirche, deren im Jahre 1865 begonnener Bau bis jetzt 30,000 fl. gekostet hat, ist Sonntags am 8. Mai in den Vormittagsstunden, als die Gemeinde eben darin zum Gottesdienste versammelt war, sammt ihrem Thurm mit furchtbarem Krachen eingestürzt. Ein großes Glück war es noch, daß nur die Frontmauer sich senkte, und daß der Thurm nach Außen und nicht nach Innen zu fiel, sonst wäre die ganze Gemeinde, die an 500 Seelen zählte, unter den Trümmern begraben worden. So traf nur drei alte verwittwete Frauen, welche gerade unter dem Thurme saßen, das Unglück, erschlagen zu werden. Im Fenster des Kirchthurmes saßen drei Knaben, von denen der eine, als er die Gefahr sah, die Thurmstiege hinablief, jedoch ntcht schnell genug hinablief, sondern verschüttet wurde; die zwei anderen aber, die oben geblieben waren, flogen so glücklich herab, daß sie wie durch ein Wunder nicht die geringste Verletzung davontrugen. Die Kirche war noch nicht eingewölbt, und es war nur deßhalb Gottesdienst in ihr gehalten worden, weil in der Woche vor Ostern die alte Kirche abgebrannt ist. Jetzt sind beide Kirchen ein Schutthaufen und alle die Opfer, welche die Gemeinde für die neue Kirche gebracht, sind verloren.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 10. Juni.

Eine k. Regier.-Entschl., wornach bei Besetzung erledigter Schuldienste in den Vorschlagsberichten die Bewerber nicht in alphabetischer Ordnung, sondern nach deren Dienstesalter verzeichnet werden sollen, sei zu beachten. — Nach dem Beispiel anderer Städte sollen bei künftigen Messen die Glücksspiele s. g. Silberbuden wegen mangelnder Garantie der Solidität ihrer Geschäftsführung nicht mehr zugelassen werden, um das Publikum vor Uebervortheilung zu bewahren; desgl. seien Wahrsager und s. g. Temparaments-

Digitized by Google

blätter-Verkäufer zurückzuweisen. — Der Verzicht des vormaligen Gasthofbesitzers H. Michels auf sein hies. Bürgerrecht und auf die Ausfertigung eines Verehelichungszeugnisses sei zu genehmigen. — Wegen vorgekommener Blumenentwendungen im hiesigen Friedhofe sei strenge Vigilanz anzuordnen und der Abschluß desselben von Abends 7 Uhr an zu verfügen. — Die Sandabfuhr außerhalb des Flußschlauches am rechtseitigen Regnitzarme sei wiederholt einzustellen und den Zuwiderhandelnden Strafeinschreitung anzudrohen. — Wegen beantragter Gestattung eines Flußbades für minderbemittelte weibliche Personen in der Regnitz sei den H. Antragstellern zu eröffnen, daß zunächst die Vorlage eines Situationsplanes erforderlich sei, um die die Bewilligung der k. Baubehörde erwirken zu können. — Eine Beschwerdeschrift der HH. Gemeindebevollmächtigten gegen einen Mag.-Beschluß im Betr. ortpolizeil. Vorschriften über die Anlage und Unterhaltung von Straßentrottoirs sei der k. Regierung zur Entscheidung in Vorlage zu bringen. — Zur Eröffnung eines Schwimmlehrkurses für Damen in der städt. Schwimmschule sei polizeil. Genehmigung zu ertheilen. — Wegen des umsichgreifenden Hausirens mit Viktualien, wodurch eine Beeinträchtigung des Marktverkehrs herbeigeführt wird, sei wiederholt strenge Ueberwachung anzuordnen. — Ein beschäftigungsloser Mann, der mit seiner Familie wegen ungenügender Erwerbsverhältnisse der Stadt zur Last zu fallen droht, sei in seine Heimath zu verweisen. — Der eingelegten Beschwerde der hies. Lohnkutscher gegen die Magistr.-Beschlüsse wegen Aufrechthaltung der Fahrordnung sei der Suspensiveffekt zu verweigern und sofort mit Anklagen beim Strafgerichte vorzugehen. — Wegen Anschaffung verschiedener Lehrmittel in den hies. deutschen Schulen u. im Waisenhause sei mit der k. Stadtschulenkommission ins Benehmen zu treten. — Für die neue prot. Schule sollen Schulbänke nach einem neuen bewährten System angeschafft werden. — Einem auswärtigen spitäl. Schuldner sei in Berücksichtigung einer geleisteten Abschlagszahlung für den Rest bis zum 15. Juli l. J. Nachsicht zu geben. — Die gestellten Kautionen zweier spitälischer Feldpächter seien zu acceptiren. — Der Anfall aus Leichenfuhren pro 1869 im Betrage von 1810 fl. 6 kr. sei in Einnahme zu verrechnen. — In der hierauf folgenden Sitzung der polizeilichen Baucommission wurden genehmigt: der Neubau eines Wohnhauses des H. Maurermeisters Baader an der Kaiserhofstraße, der Wiederaufbau der abgebrannten Scheune des H. Bierbrauers Reinlein im Ziegelhofe mit der Fronte gegen die St. Getreu-Straße, dann Bauwendungen in den Häusern Nr. 86 b, 395, 599, 1105, 1215, bedingungsweise eine Bauwendung im Hause Nr. 658 wegen Abweichens vom Art. 19 der allg. B.-O.

Aus der öffentl. Sitzung der Stadtgemeindebevollmächtigten vom 10. Juni l. Js.

Anwesende Mitglieder 24. — Eine Zusammenstellung u Geschäftsvertheilung des Magistrats, der Gemeindebevollmächtigten u. des Armenpflegschaftsraths der Stadt Bamberg nebst einem Verzeichnisse der Distriktsvorsteher für die Jahre 1870—1872 incl. wurde unter die anwesenden Mitglieder vertheilt. — Dem Bürgerrechtsges. des H. Leop. Ullmann von Zeil wurde Zustimmung ertheilt. — Ein von Seite des hies. Stadtmagistrats in Vorlage gebrachter Gebührentarif für die conzessionirten Commissionäre dahier, sowie eine Instruktion für den Aufseher der städt. Kunst- und Gemälde-Sammlung diente zur Kenntnißnahme. — Der Anlage von Kellerräumen unterhalb des Todtzellenbaues in der Lokalirrenstalt St. Getreu wurde die Zustimmung ertheilt und um Vorlage eines Kostenvoranschlages ersucht. — Dem generellen magistrat. Beschlusse v. 3. Juni über Bürgerrechts-Ertheilungen wurde im Hinblicke auf Art. 18 Abs. 3 der G.-O. die Zustimmung versagt und sich nach §. 16 die Bescheidung jedes einzelnen einschlägigen Bürgerrechtsgesuches vorbehalten. — Eine Aufklärung des Mag. über die Besoldung des Hausmeisters hat zur beruhigenden Nachricht gedient. — Im Betr. der Instruktion für den Revisor der Rechnungen der Stadt Bamberg wurde einstimmig bei dem Beschlusse vom 27. Mai d. J. beharrt.

In der unterfertigten Buchdruckerei sind sämmtliche Formulare und Geschäftspapiere (gestempelte oder ungestempelte) zu den billigsten Preisen für die Herren

Gerichtsvollzieher

stets vorräthig.

G. Franz'sche Buchdruckerei (J. Bolster)
in München, Promenadeplatz 20.

Sanitäts-Controle.

Die täglich mehr um sich greifenden Fälschungen der Chocoladen machen ein Produkt wie es sein soll — pure Cacao mit Zucker — fast zur Seltenheit. Gemahlene Cerealien, Fette, Farbe und Gewürze sind oft der ausschließliche Bestand von Erzeugnissen, welche als Chocolade verkauft werden.

Es ist evident, daß auch der reelle Fabrikant hierdurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Um unsrerseits jedem Mißtrauen zu begegnen, haben wir unsere Chocoladen-Fabrik in ihrem ganzen Umfange unter sanitätspolizeiliche Controle gestellt. — Die Aufsicht wird durch stetige Analyse, sowohl der zu Verwendung kommenden Rohstoffe als der fertigen Produkte gehandhabt und bietet den Consumenten die sichere Garantie, eine der Gesundheit durchaus zuträgliche Chocolade zu genießen.

Wir empfehlen ganz besonders den Herren Aerzten und Apothekern, Verwaltungen von Hospitälern und Pensionen unsere Cacao-Erzeugnisse, welche in Tafeln, gepulvert und entölt in den hauptsächlichsten Geschäften Deutschlands käuflich sind.

Franz Stollwerck u. Söhne in Cöln a. Rhein.

Schesslitz.

Katholisches Casino.

betheiligt sich in corpore Donnerstag, den 16. Juni an der Frohnleichnamsprozession. Zusammenkunft Morgens ½7 Uhr im Lokale. Nachmittags Spaziergang nach ‚Schlappenreuth', woselbst musikal. Unterhaltung stattfindet. Für jene verehrl. Mitglieder, welche sich daran betheiligen wollen, ist gemeinsame Zusammenkunft um ½3 U. im Lokale.

Mitglieder, sowohl wie ihre Familien ladet hiezu ein

der Vorstand.

MISSALE

in den verschiedensten Einbänden mit den dazu gehörigen Proprien, sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig und werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von OTTO REINDL.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 137. Dienstag, den 14. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 11. Juni. Der Finanzausschuß der Kammer der Abg. hat in der dritten Sitzung die Berathung des Militärbudgets beendet. Die Anträge des Referenten Abg. Kolb, gegen welche sich der Kriegsminister mit größter Entschiedenheit erklärte, gelangten, mit Ausnahme einiger nicht wesentlichen Punkte, zur Annahme, zum Theil mit Einstimmigkeit, zum Theil gegen eine oder zwei Stimmen. Es hat sich der Ausschuß insbesondere für die Herabminderung der Präsenzzeit der Infanterie auf 8 Monate, Auflösung von vier Cavallerie-Regimentern u. s. w. erklärt. In einer in den nächsten Tagen stattfindenden Sitzung wird der Ausschuß seine Beschlüsse einer zweiten Lesung unterziehen, und dann wird der Bericht desselben gedruckt werden.

Auf der Tagesordnung für die 45. auf Dienstag den 14. Juni Vorm. 9 Uhr angesetzte öffentl. Sitzung der Abgeordnetenkammer befindet sich der Vortrag des Referenten im dritten Ausschusse über die Vorstellung und Bitte der Kreishandels- und Gewerbekammer für Unterfranken u. Aschaffenburg, angeeignet von den Abg. Dr. Gerstner u. Georg Fried. Kolb: „die Herstellung einer Bahnverbindung zwischen dem Eisenbahnhofe Würzburg und dem Mainflusse, dann die Anlage eines Staatshafens daselbst betr.;" Berathung u. Beschlußfassung hierüber. Der Vortrag des Referenten im zweiten Ausschusse über die Nachweisungen bezüglich der Militärrechnungen pro 1865|66 und 1866|67; Berathung und Beschlußfassung hierüber u. der Vortrag des Referenten im dritten Ausschusse über den Gesetzentwurf: den Bau von Vizinalbahnen durch die bayer. Ostbahngesellschaft betreffend; Berathung und Beschlußfassung hierüber.

Der Finanzausschuß der bayer. Abg.-Kammer hat in drei Sitzungen das Referat des Abg. Kolb über das Militärbudget vollständig zu Ende berathen und mit allen gegen 1 Stimme angenommen. Dadurch würde das Militärbudget um 2,179,961 fl. reducirt, somit auf 13,520,039 fl. herabgesetzt, gewiß immer noch ein so hübsches Sümmchen, daß sich damit recht gut ein der Wehr- und Steuerkraft Bayern entsprechendes Heer unterhalten läßt, wenn behufs der nothwendigen Ersparungen das bisherige System geändert wird. Wir glauben mit Hrn. Kolb, daß wir uns am wirksamsten sichern, „wenn wir ein Militärsystem entwickeln, welches an sich schon die Bürgschaft gewährt, daß wir weder selbst an Eroberungen denken, noch solche begünstigen und befördern wollen, demnach unsere Waffenmacht auch von anderen nicht zu selbstsüchtigen Zwecken mißbrauchen lassen." Man dient der nationalen Sache am besten, wenn man das Volk vor Erschöpfung im Frieden bewahrt und ihm eine militärische Organisation gibt, welche die Erhaltung aller Kräfte im Kriege ermöglicht. — Wir freuen uns, daß der Ausschuß geleitet von diesen Grundsätzen, das Kolb'sche Referat genehmigt hat und hoffen, daß sämmtliche Mitglieder der patriotischen Fraktion in dieser hochwichtigen Frage wie ein Mann zum Finanzausschuß stehen. Die Debatte über den ordentlichen Militäretat ist die Feuerprobe für jeden patriot. Abgeordneten. Das ganze Volk wird, eingedenk des erhaltenen Versprechens einer Verminderung der Militärlast am Tage der Militärbudget-Berathung nicht nur auf die Kammer, sondern auf die Haltung jedes einzelnen patriotischen Abgeordneten scharfen Auges blicken, um zu sehen, ob sich die Einheit der patriotischen Fraktion und jeder einzelne Patriot in dieser Prüfung erprobt oder nicht. Mögen Alle die Prüfung bestehen, mögen Alle mit derselben Entschiedenheit wie beim außerordentlichen Militärcredit feststehen — Einer für Alle und Alle für Einen!

München. Nach einer höheren Verfügung dürfen Staats- und Bahn-Telegraph bei Brandfällen für Feuerberichte oder Mittheilungen zu Löschzwecken durch den Vertreter des Bezirksamtes oder der Gemeinde-Behörde oder den Commandanten der Feuerwehr unentgeltlich benützt werden.

München, 12. Juni. 26 Geistliche des Dombergs und der Stadt Freising haben an ihren Erzbischof nach Rom eine Erklärung abgesendet, worin sie in dem festen Glauben, sich in Uebereinstimmung mit dem größten Theile des Klerus der Diözese zu befinden, mit der innigsten Dankbarkeit gegen ihren Oberhirten sich dahin erklären, daß sie in Allem,

Digitized by Google

was ihnen über die bisherige Haltung Sr. Erzb. Excellenz auf dem allgemeinen Concile bekannt geworden sei, den Ausdruck ihrer eigenen Gesinnung erkannt hätten, daß sie sich glücklich schätzten, in dem Vertreter ihrer Diözesankirche einen Vertreter ihrer persönlichen Ueberzeugung zu haben, und daß sie nichts tiefer beklagen würden, als wenn irgend ein Zweifel an dieser Uebereinstimmung die Schritte des Oberhirten auf der betretenen Bahn unsicher machen könnte.

(Die Gerichtsvollzieher.) Die eben ernannten Gerichtsvollzieher werden nicht übel gebettet sein. Man berechnet, daß die geringste Stelle eines Gerichtsvollziehers jährlich ein Erträgniß von 2000 fl. abwerfen wird. Man rechne einmal! Gibt es wohl in sämmtlichen dießseitigen Bezirken ein Einzelgericht, von welchem — die Mandate mit eingerechnet — nicht täglich durchschnittlich 6 Verfügungen erlassen werden? Wir glauben, daß ein jedes Gericht des dießseitigen Bayerns eine größere Zahl solcher Verfügungen, und zwar viele Gerichte durchschnittlich täglich 15 bis 20 Verfügungen aufzuweisen haben werden. Hätte aber der Gerichtsvollzieher für die Zukunft täglich nur 6 Zustellungen, so würde Das per Tag 6 mal 45 kr. Zustellungsgebühren und per Jahr — wenn man der runden Summe wegen 300 Zustellungstage annimmt — 1350 fl. ergeben. Unter diesen 6 Verfügungen würde aber doch täglich eine sein, die auswärts zuzustellen wäre. Würde aber nun zu diesem Behufe jeden Nachmittags der Gerichtsvollzieher einen Weg von 3 Stunden bis zum Zustellungsorte zurücklegen, was namentlich da, wo zu einzelnen Reisen die Eisenbahn benützt werden könnte, keine besonderen Schwierigkeiten bieten würde, so berechneten sich die Reisediäten zu täglich 3 mal 48 kr. auf jährlich 720 fl., sohin Gesammtsumme der Gebühren für Zustellungen 2070 fl. Nun beziehen aber die Gerichtsvollzieher nicht bloß Gebühren in Civilprozeßsachen, sondern auch in Strafsachen, dann für Vollstreckungen ꝛc. Wie hoch sich nach all' dem ein Gerichtsvollzieher am Sitze eines beschäftigten Gerichtes stellen würde, läßt sich leicht berechnen, wenn man an Stelle der bisherigen 4 kr. Zustellgebühr an den Gerichtsdiener je 45 kr. für jeden einzelnen Zustellungsakt des Gerichtsvollziehers setzt und zu der betreffenden Summe für jede Stunde der behufs Vornahme der Zustellung zurückzulegenden Wegstrecken je 48 kr., dann die Gebühren der Gerichtsvollzieher für Vollstreckungshandlung ꝛc. ꝛc. hinzurechnet. Die Einnahme der überwiegenden Mehrzahl der Gerichtsvollzieher wird sich auf mehr als je 4000 fl. jährlich berechnen. Nun ja, das „liebe Volk" kann diese Summen schon zahlen.

Wien, 13. Juni. Der Sohn des Vicekönigs von Aegypten, Tefik Pascha, wird von Konstantinopel erwartet, und als Gast des kaiserlichen Hauses empfangen werden.

Ausland.

Aus Bern, 11. Juni, wird telegraphisch gemeldet: Der Depeschenwechsel mit der italienischen Regierung wegen der italienischen Freischaaren ist beendigt. Es ist keinerlei Gereiztheit zurückgeblieben, weil sich das Kabinet von Florenz in seinen Schriftstücken einer sehr maßvollen Sprache befliſſen hat.

Aus Paris, 11. Juni, wird der „Presse" telegraphirt: Es wird versichert, daß sich in Italien eine große revolutionäre Bewegung vorbereite. — Wie man aus Paris schreibt, trägt sich der französische Justizminister Ollivier mit dem kühnen Gedanken, die Einführung einer einheitlichen Kriminalordnung für ganz Europa anzubahnen.

Paris, 12. Juni. Eine Privatcorrespondenz der „Agence Havas" aus Rom vom 11. Juni meldet: In der gestrigen Sitzung des Concils bekämpfte Dupanloup die Absicht die Prärogativen des Papstes über Gebühr zu vergrößern. Die Diskussion über den Primat des Papstes wird in nächster Woche zu Ende gehen, 72 Redner gegen das Dogma der Infallibilität sind vorgemerkt.

Rom, 7. Juni. In der gestrigen 65. Generalcongregation gelangte das Proömium der ersten Constitution von der Kirche Christi zur Discussion, an der sich als Redner betheiligten, die Mſgrs.: Thadd. Amat, B. von Monterey (Californien), Aug. Verot, B. von Florida, Val. Wiery, B. von Gurk, L. Th. Benedikt, B. von la Rochelle, M. M. Hyacinth, B. von Havannah, Rich. Whelan, B. von Weeling (Virginien) und S. Magnosco, B. von Bolina in part. infid. Hierauf erklärte der Cardinalpräsident de Luca die Discussion über genanntes Schema für geschlossen und beraumte die nächste Sitzung zur Deliberation über das erste und zweite Kapitel auf heute an. Diese beiden Abschnitte bieten keine besondere Schwierigkeit, und werden eine oder zwei Congregationen zur Erledigung genügen. Anders verhält es sich mit dem dritten Capitel in seinem letzten Theile und dem vierten Capitel, das von der Infallibilität handelt und eine lange Discussion hervorrufen wird. Schon bis jetzt ließen sich eine große Anzahl Redner einschreiben und viele werden noch folgen. Allerseits besteht die Hoffnung, man werde nach Widerlegung aller Einwürfe eine solche Definitionsformel zu Stande bringen, welche die Approbation und die Stimmen der Mehrzahl jener Bischöfe auf sich vereinigen wird, welche die Minderheit bilden.

Der hochw. Erzbischof Jean Maria Odin von Neu-Orleans in Amerika von der Congregation der Missionen ist, nach seiner aus Gesundheitsrücksichten erfolgten Rückkehr vom Concil, gestorben. Geboren in Ambierce in Frankreich am 15. Februar 1801, wurde er am 3. Dezember für den Bischofssitz von Mennith in partibus infidelium präconisirt, am 21.

Digitized by Google

Mai 1847 auf den von Galveston übersetzt, und am 15. Februar 1861 zum Erzbischof von Neu-Orleans befördert.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Besorgnisse der Einwohner der Stadt Rom vor einer italienischen Invasion keineswegs der Begründung entbehren. So ist Thatsache, daß seit mehreren Tagen drei italienische Offiziere als Civilpersonen gekleidet und mit Legitimationen versehen, die ihren Militärstand nicht verrathen, zur Spionage sich aufhalten und namentlich die höher gelegenen Punkte in Rom u. in der Umgegend besuchen und genauest besichtigen. Nach der „Unita Cattolica" wird in mehreren Städten an der römischen Grenze offen eine Garibaldische Freischaar angeworben, die zum Einfall in den Kirchenstaat bestimmt ist. Jeder Mann bekommt hienach 150 Frcs. Handgeld und 1 Fr. täglich Löhnung. Das Geld fließt aus den Händen der Regierung und es steht, wie das Journal meint, ein zweites 1867 bevor.

Rom, 5. Juni. Sie weinen sich die Aeuglein roth — die Crocodilsthränen-Vergießer. Welche Klage allerseits über „diesen conciliarischen Staatsstreich!" — „diesen unerhörten Angriff auf die Freiheit des Concils!" — „diese römische Tyrannei!" Man könnte glauben, es sei die Infallibilität selbst schon declarirt worden, ohne daß noch ein Wort darüber den Vätern gestattet u. ohne daß eine Abstimmung darüber vorgenommen worden sei! Bei gewissen Parlamenten haben wir es erlebt, daß Schlußanträge gestellt und angenommen wurden, noch ehe ein gründliches Wort über die Sache, welche zur Berathung stand verlautete. Werden Diejenigen, welche die Concils-Debatten über das Infallibilitätsschema wegen ihrer „ewigen Wiederholungen" ohnedies schon zu langweilig fanden, im Ernste dasselbe von den Verhandlungen in der Aula von St. Peter sagen können? Seit dem 14. Mai haben 65 Väter über das Decret für und gegen gesprochen — wer weiß wie Viele noch in der Special-Discussion das Wort ergreifen werden? Wie läßt sich angesichts solcher Thatsachen von „mangelnder Freiheit des Concils reden?"

Florenz, 11. Juni. Eine neue Freischaar hat sich bei Castiglione in der toskanischen Romagna gezeigt. — Es erging der Befehl die von Siena nach den liparischen Inseln abgeführten politischen Gefangenen frei zu lassen und in die Heimath zurückzubringen.

London, 9. Mai. Die Königin Viktoria beabsichtigt, wieder einige Monate in Bellevue, bei Luzern, zuzubringen, wo sie vor zwei Jahren einige Zeit geweilt hat.

Petersburg. Die russische Propaganda entwickelt, wie man dem „Wanderer" schreibt, mit jedem Tage eine größere Thätigkeit. Gegenwärtig hat sie ihr Hauptaugenmerk auf die kath. slavischen Länder gerichtet. Das Project, in Prag eine russisch-orthodoxe Kirche zu errichten, soll nun verwirklicht werden, nachdem die nöthigen Summen hiefür bereits aufgebracht sind, und auch sonstige Schwierigkeiten glücklich aus dem Wege geräumt wurden. Während der nun beginnenden Bade- u. Reisesaison wollen einige der hiesigen Slavophilen die slavischen Länden besuchen, vor allem das an Bädern reiche Böhmen; das hiesige slavische Comite benützte die Gelegenheit und ersuchte die betreffenden Herren, auf ihren Reisen in den katholisch-slavischen Ländern zum Vortheile des heil. orthodoxen Glaubens zu wirken, und dann an das Comite Bericht zu erstatten, ob sich nicht in dieser oder jener Gegend etwas machen ließe. Um die Propaganda nicht in ein allzu grelles Licht zu stellen, soll man an das Andenken Hussens anknüpfen, und den Leuten nicht direkt vom Cäsaropapismus reden, sondern man soll sie vorerst für eine Reformation im Sinne der orthodoxen Kirche zu begeistern suchen. (Wird hoffentlich ohne Erfolg bleiben.)

Konstantinopel, 11. Juni. Es ist festgestellt, daß mehrere tausend Gebäude, Häuser, Magazine und Kaffeeschänken abgebrannt sind. Das Feuer brach in der Taximstraße, neben dem Exerzierplatz aus. Wahrscheinlich wurde es gelegt. Es ist eine strenge Untersuchung im Zuge; der Kaiser von Oesterreich hat eine namhafte Unterstützung gesendet.

Madrid, 11. Juni. Prim erklärt in den Cortes: „Er habe nacheinander vier Thronkandidaten gesucht, vergeblich, er werde vielleicht in drei Monaten einen finden. Dieß betreffe keineswegs den Prinzen Don Alfonso. Er werde niemals die Restauration unterstützen, er werde die Freiheit energisch wahren. Das Ziel der Regierung gegenüber Portugal sei die monarchische Föderation beider Nationen unter Wahrung der Autonomie. Er versichert: es seien keine Unordnungen während des Interregnums zu befürchten." Rios Rosas verlangt das Aufhören des Provisoriums. Die Sitzung wird ohne Entscheidung aufgehoben.

Am 24. Mai hat in Quebek (Canada) eine Feuersbrunst die Vorstadt Saint-Roch zerstört und 6000—7000 Menschen des Obdaches beraubt. Der Schaden wird auf 100,000 Pfd. Sterling geschätzt.

Vermischtes.

Im Hofe der Kaserne des 5. Infanterie-Regiments in Ulm sind nach dem dortigen Tagblatt seit einigen Tagen Tische und Bänke errichtet worden, damit die Soldaten bei schönem Wetter im Freien speisen können. Um den Genuß zu erhöhen, soll verfügt worden sein, daß das Musikkorps an Sonn- und Festtagen während der Mahlzeit der Soldaten zu spielen hat.

Aus dem Böhmerwalde, 3. Juni. Die „Boh." berichtet: „Im Augenblicke ist unsere Bevölkerung in nicht geringem Maße alarmirt. Die

Bande des aus der Karthause entsprungenen Raubmörders Janetschek soll sich gegen 20 Mann hoch zusammengefunden und die gräflich Czerninschen Wälder zu ihrem Schlupfwinkel gewählt haben."

Am 11. Juni wurde vor dem Schwurgericht in Wien die Ehrenkränkungsklage des Grafen Holnstein, Oberststallmeister des Königs von Bayern, gegen den verantw. Redakteur des klerikalen „Vaterland", Perger, verhandelt. Die Klage datirt, wie man sich erinnert, aus der Zeit der Adreßkämpfe in den bayr. Kammern, der Zurückweisung der Adresse der Reichsräthe ꝛc. und beruht auf folgendem im Vaterland am 6. Februar erschienenen Artikel: „. . . So hat sich namentlich vor einiger Zeit die „Neue Freie Presse" dazu hergegeben — das liberale, aber nicht das national-liberale „Frankf. Journal" erinnerte gest. aus Anlaß der über die bayr. Prinzen verhängten Ungnade daran —, den König gegen seine nächsten Anverwandten einzunehmen. Sie ließ sich aus München schreiben, daß die „Ultramontanen" mit dem Plane umgingen, den König durch einen Familienrath absetzen zu lassen und den ihnen zugethanen Prinzen Luitpold zunächst als faktischen Regenten unter dem von Gesundheit schwächlichen Prinzen Otto an's Ruder zu bringen, in der Hoffnung, ihn später als König begrüßen zu können. Der auf solche Weise gesäete Same des Argwohnes ist aufgegangen — die fortschrittliche Partei in Bayern that das Möglichste, ihn zu pflegen —; Derjenige aber, der ihn gesäet hat und für Geld in die Spalten der „Neuen Freien Presse" bringen ließ, war, wie diese selbst seinerzeit im Münchener „Punsch" mit deutlichen Worten hätte lesen können, der Oberststallmeister des Königs, Graf Holnstein, der eine ganz prononcirte Parteistellung einnimmt und sie als Günstling zu verwerthen sucht." Der Angeklagte machte bei der öffentlichen Verhandlung keinen Versuch, die Wahrheit seiner Behauptung aufrecht zu erhalten, sondern bedauerte, den Artikel aufgenommen zu haben, und erbot sich, dem Grafen Holnstein „jede mögliche Genugthuung" zu geben. Der Spruch der Geschwornen lautet auf Schuldig (mit 11 gegen 1 Stimme), worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu einem Monat Arrest, 100 fl. Kautionsverlust und den Kosten verurtheilte.

Andreas Bauch.

Alle Stellen und Engagements durch

Stellen durch **Andreas Bauch** **Köln a/Rh.** Pützgasse 15, am Oberpostamte.

Annoncen-Expedition für alle existirende Zeitungen.

Verkauf und Verpachtung

von Häusern, Gütern, Hotels, Wohnungen, Wirthschaften ꝛc.

General-Agentur der Theater und Künstler.

Grand Bureau de Placement

für Herrschaften und Hotel-Besitzer

Sellen für Kaufleute, Oekonomie u. Magazin- **Verwalter** werden nachgesucht und vermittelt.

Chefs, Köche, Ober-, Zimmer- u. Saalkellner, Gärtner, Portiers, Kutscher, Diener und Aufwärterinnen, Köchinnen, Zimmer- und Ladenmädchen aller Fächer, Haushälterinnen und Gesellschaftsdamen werden fortwährend placirt

Durch das Literarische Institut und die Kranzfelder'sche Buchhandlung ist zu beziehen:

Der Weinstock

am Spalier und in Töpfen, sowie im Dienste des Altars.

Praktische Anleitung, den Rebstock sowohl nach den älteren Grundsätzen Kolbe's, als auch nach dem neuesten Kulturverfahren von Hardy u. Jäger am Spalier zu erziehen; mit Beifügung verschiedener zweckdienlicher Andeutungen nebst einer kleinen Anleitung zur Topfkultur und Weinerzielung.

Mit 31 in den Text gedruckten Abbildungen.

Bearbeitet von **Karl Schmid**. Preis 27 kr.

30 Mechaniker

auf „Nähmaschinen" geübte, finden dauernde Akkordarbeit in der Fabrik von **Haid u. Neu** in **Carlsruhe.**

Abfahrt und Ankunft

der Eisenbahnzüge in Bamberg vom 1. Juni 1870 an gültig.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:		Ankunft:	
Die mit * bezeichn. Züge geben über Ingolstadt, die mit † über Augsburg.			
1[45]	früh Schnellz. †*	12[40]	Nchts Schnellz. †*
5	früh Postz. †	4[45]	früh Postzug *
8[5]	„ Schnellz. *	7[35]	„ Güt. v. Nbg.
12[25]	Mitt. Postz. †*	9[15]	„ „ v. Nördl. u. Ingolst.
2[30]	„ Schnellz. *	1[15]	Mitt. Schnllz. *
3[40]	„ Güt. b. Nbg.	2[30]	„ Postzug †*
5[30]	„ „ bis Nördl. u. Ingolst.	8	Abd. Schnellz. *
11[20]	Ab. Postz. *	10	Nchts. Postzug †

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln

4	früh Postzug.	12[15]	Nachts Postzg.
8[5]	„ Schnellz.	9[25]	früh Güterzug.
10	„ Postzug.	1[10]	Mitt. Schnellz.
2[30]	Mitt. Schnellzg.	2[40]	„ Güterz.
3	Nchm. Güterzg.	6[15]	Abd. Postz.
6[25]	Abd. „	7[50]	„ Schnellzug

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[45]	Nchts Schnellz.	1[40]	früh Schnellz.
5	früh Postzug.	6[50]	„ Güterz.
9[25]	„ Lokalzug	7[45]	„ Schnellz.
1[35]	Mitt. Schnellz.	12	Mitt. Güterz.
3[30]	„ Güterz.	2[10]	Mitt. Schnellzg.
6[50]	Abd. „	5[5]	Abd. Lokalz.
8[5]	„ Schnellz.	11	Nchts. Postzug.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 138. Mittwoch, den 15. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Morgen am heil. Fronleichnamstage erscheint keine Zeitung.

Die Unfehlbarkeit und der Bischof von Mainz.

Das eben erschienene Heft des „Katholiken" enthält folgende Erklärung des Hochwürdigsten Hrn. Bischofs von Mainz:

„Die „Allg. Zeitung" kann fast nicht meinen Namen nennen, ohne zugleich eine Unwahrheit auszusprechen.

So ist es auch wieder in dem fünfzigsten „römischen Briefe vom Concil" in dem Hauptblatte vom 4. Juni geschehen.

Sie berichten dort über eine Rede, welche ich im Concil in letzter Zeit gehalten habe, in folgender Weise:

„Einen ganz entgegengesetzten Eindruck brachte Ketteler's Rede hervor. Man war gespannt, was er sagen würde, denn man wußte, daß er einen inneren Kampf durchgestritten hatte. Vor zehn Monaten war er in seiner Schrift über das damals erst angekündigte Concil ganz aus freiem Antriebe als Fürsprecher der päpstlichen Unfehlbarkeit aufgetreten; mit glühender Begeisterung, mit hingebender Devotion für den Papst war er, obgleich er in Fulda das neue Dogma als unzeitgemäß erklärt hatte, nach Rom gekommen. Ich unterlasse es, die Stufenfolge anzugeben, in welcher der Enttäuschungs- und Ernüchterungsprozeß bei ihm sich vollzog. Seine Rede hat bewiesen, daß er aus einem Inopportunisten ein entschiedener Gegner des Dogma's selbst geworden ist, wie dies auch vielen andern begegnete.

Ich bin nun nicht in die Lage, mitzutheilen, was ich gesagt habe; ich kann aber, ohne das Geheimniß zu verletzen, abweisen, was ich nicht gesagt habe und erkläre deshalb Folgendes:

1) Ich habe noch nie an der Unfehlbarkeit des Papstes gezweifelt; ich habe diese Lehre immer offen bekannt, in Deutschland wie hier in Rom; ich habe nie Jemand Gelegenheit gegeben, diese meine Ansicht zu bezweifeln; ich habe also auch gewiß in meiner letzten Rede diese Ueberzeugung nicht verleugnet. Es ist daher vollkommen unwahr, daß eine Wandlung meiner Ueberzeugung stattgefunden habe; es ist vollkommen unwahr, daß ich „aus einem Inopportunisten ein entschiedener Gegner des Dogma's selbst geworden" bin. Meine glühende Begeisterung, meine hingebende Devotion für den Papst ist immer dieselbe geblieben. Der Correspondent ist daher auch nicht in der Lage, die Stufenfolge anzugeben, in welcher der Enttäuschungs- und Ernüchterungsprozeß sich bei mir vollzogen hat. Alle diese Behauptungen sind nackt und einfach Unwahrheiten. Wenn ich irgend etwas für mich in Anspruch nehmen kann, so ist es das, daß ich bezüglich dieser Lehre immer dieselbe Ansicht gehabt habe und heute noch habe.

2) Für mich bestand von da an, wo diese Frage angeregt ward, nur ein doppeltes Bedenken: Erstens, ob diese Lehre, die ich für die glaubwürdigste halte und als solche auch meiner Diözese vorgestellt habe, aus der hl. Schrift u. der Erblehre mit jenem Grade der Gewißheit erhelle, der zu einer dogmatischen Definition nothwendig ist; und zweitens, ob in den Zeitumständen jene Nothwendigkeit vorhanden sei, welche immer vorhanden sein muß, um eine Glaubensentscheidung zu treffen. Das Letztere begreift man unter der Opportunität dieser Frage. Wenn nun in dieser letzteren Hinsicht eine Wandlung bei mir stattgefunden hat, so ist es nur insofern geschehen, als ich allerdings der überaus heftigen Angriffe wegen, welche der Primat in letzterer Zeit gefunden hat, wobei namentlich die römischen Briefe der „Allg. Z." an der Spitze stehen, nicht mehr mit derselben Gewißheit wie früher die Meinung festgehalten habe, daß eine Entscheidung der Kirche über diese Frage unterbleiben könne.

3. Wenn ich aber auch die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes in der Schrift und Tradition für so wohlbegründet halte, daß ich sie nicht nur selbst zur Norm meines Lebens gemacht, sondern auch jedem treuen Sohne der Kirche, der mich um dieselbe um Rath fragen würde, nach meinem Gewissen nur antworten könnte, daß ich die Leugnung derselben zwar noch nicht als einen Abfall von der Lehre der Kirche, aber doch als äußerst bedenklich ansehen müßte, so bleiben dabei über den Gegenstand derselben, übe

Digitized by Google

ihren Umfang und über die Bedingungen und Voraussetzungen, unter welchen Aussprüche des Papstes bezüglich der übernatürlichen Offenbarung — und nur solche Aussprüche können hier in Rede kommen — durch eine besondere göttliche Assistenz unfehlbar sind, mannigfache Verschiedenheiten fortbestehen. Wenn ich daher über diese Bedingungen andere Ansichten habe, wie andere, und diese Ansichen, so lange die Kirche nicht entschieden hat, frei und offen vertrete, so ist Niemand befugt, dem die Wahrheit lieb ist, mir deßhalb nachzusagen, daß ich ein Gegner der Infallibilität sei. Aber auch bezüglich dieser Bedingungen ist meine Ansicht seit lange sich immer vollkommen gleich geblieben.

Es würde mir leicht gewesen sein, bei jedem Briefe der „Allg. Ztg." über das Concil grobe Unwahrheiten und Entstellungen nachzuweisen. Wer die Verhältnisse hier kennt und diese Briefe liest, kann nicht zweifelhaft sein, daß dies keine unverschuldeten Irrthümer mehr sein können, sondern daß hier ein System der Irreführung des Publikums vorliegt. Wenn mir aber auch die Zeit abgeht, diese ununterbrochene Reihenfolge von Unwahrheiten öffentlich zu besprechen, so kann ich doch da nicht schweigen, wo wieder der Versuch gewagt wird, meine Gesinnung in so unwahrer Weise anzugreifen.

Rom, den 5. Juni 1870.

† Wilhelm Emmanuel,
Bischof von Mainz.

Inland.

München, 12. Juni. In einer halboffiziösen Notiz über das Budget überrascht uns die „Abdztg." mit der freudigen Kunde, daß „in dieser wichtigsten Frage des Augenblick's (ein preßbureauliches Deutsch) das Gesammtstaatsministerium als solches eintreten wird." Wenn nun das Gesammtministerium als solches eine Niederlage erleidet, wird es dann auch diese Niederlage als solche betrachten? Wenn Ja! dann blühte uns doch die Aussicht, daß wir von diesem Ministerium eine Erlösung zu erhoffen haben. Darf man geheimnißvolle Andeutungen in der „Postztg." und eine positive Erklärung eines Abgeordneten in der „Ldsh. Ztg." für baare Münze nehmen, so will man beim Budget das Versäumniß hereinbringen u. den Ministern ein Mißtrauensvotum geben. Noch können wir diese Kunde nicht recht glauben. Will man das Budget nicht bewilligen? Eine andere Form könnten wir uns nicht denken, welche die Minister bestimmen möchte zu gehen. Doch warten wir geduldig die Dinge ab, die da kommen mögen.

Die Berathung über das Ausgabenbudget hat im 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten heute Vormittag begonnen und nahm, wie wir hören, die Generaldebatte, an welcher sich auch sämmtl. Staatsminister betheiligten, mehrere Stunden in Anspruch. Eine in dieser Sitzung stattgehabte Abstimmung ist gegen den Referenten, Hrn. Abg. Greil, ausgefallen. Derselbe hatte bekanntlich den Abstrich aller Theuerungszulagen beantragt, es hat der Ausschuß aber diesen Antrag abgelehnt.

Der Reichsrath Frhr. v. Thüngen stellt als Referent im 2. Ausschusse der Kammer der Reichsräthe über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten bezüglich des außerordentlichen Militärkredits folgenden Antrag: „Es sei dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten über den Gesetzentwurf, einen Credit für die außerordentlichen Militärbedürfnisse in der X. Finanzperiode 1870 und 1871 betr., in allen Punkten beizustimmen mit Ausnahme der Position von 100,000 fl. für das Krankenhaus in Nürnberg, auf welcher zu beharren sei."

(:) Vom Gebirge. Wir haben das Referat des Abgeordneten Hrn. Domcapit. Dr. Ant. Schmid über die Aufbesserung der Volksschullehrer durchgelesen und erklären uns vollständig mit demselben einverstanden. Wir glauben, daß unter den Lehrern selbst die Besonnenen mit den Anträgen des Referenten zufrieden sind; sollte auch hiegegen von manchen Seiten „gekrischt" werden, so liegt das vielleicht zunächst in der Methode des Standes, oder auch darin, daß man vom eigenen Berufe und von seiner Leistung eine zu schwindelsüchtige Ansicht hat. Daß solcher geistiger Schwindel nicht geheilt wird durch Beschlüsse, wie sie die Wiener allgemeine Lehrerversammlung in Betreff des Religionsunterrichtes in der Schule gefaßt hat, ist klar; ob aber solche Beschlüsse dem Lehrerstande nützen, muß wohl jeder ruhige Denker in Zweifel ziehen; diese Beschlüsse dürften viel eher ein „Lynch"-System gegen gewisse Lehrer hervorrufen. Merkwürdig! Leute, die keine Garantie für wissenschaftliche und religiöse und sittliche Integrität geben, sollen das Recht, vielmehr Privileg haben, daß jedes Kind Jahrelang ihnen anvertraut sein muß! Und solchen despotischen Blödsinn wagt man als Aufklärung und Fortschritt anzupreisen! Es gibt nur ein radikales Heilmittel gegen die Schwindelsucht der Schullehrer und um die meist künstlich erregte Schulfrage für immer von der Tagesordnung zu entfernen, und das heißt: freie Concurrenz! Also, Aufhebung des Schulmonopels des Staates sowohl bei den Gelehrten- und Volks-Schulen! freie Concurrenz für Schulbrüder und Schulschwestern! Es ist unbedingt nothwendig, diesen Satz noch ins patriotische Programm aufzunehmen; dann ist die kirchliche Frage auch um einen Schritt ihrer Lösung näher gerückt. — Einen Punkt enthält das Dr. Ant. Schmid'sche Referat nicht, weil er eben nicht in dasselbe gehört, der aber jetzt nothwendiger Weise zur Sprache kommen muß, nämlich, die Disciplin über die Lehrer. Frhr. X. v. Hafenbrädl hat im Finanzausschusse hierauf hingewiesen, indem er seine Zustimmung zu dem Dr. Schmid'schen Anträgen u. A. davon abhängig machte, das die Schulgemeinden da

Digitized by Google

Recht hätten, Lehrer zu entfernen, welche durch ihre Erziehungsmethode oder Aufführung den Eltern geregte Besorgnisse erregten. Solche Forderungen sind nur recht und billig. Oder soll der pflichtvergessene Lehrer dem braven eifrigen gleichgehalten werden? Dann ist es leider eine Thatsache, daß mehr als ein Lehrer gar keinen Begriff von Pflichterfüllung hat, und daß mehr als ein Lehrer vom Christenthume gänzlich abgefallen ist, Religionsverachtung offen zur Schau trägt. Würde bei den Lehrern die Disciplin so streng gehandhabt, wie bei anderen Angestellten und Beamten, so würde gar Mancher nicht mehr in der Schule sein. Nach unserem Dafürhalten thut daher den Lehrern wie die materielle ebenso die geistige Aufbesserung noth; deßhalb rufen wir, so erschrecklich es für manche Ohren klingen mag, Lehrerexercitien! und wir hoffen, daß die Staatsregierung, die ohne Zweifel den Lehrern wohl will, noch auf Lehrerexerzitien kommen werde, wenn auch erst später. Daß unter den Lehreren gerade die besten längst nach solchen Exercitien sich sehnten, haben wir mehr als einmal erfahren. Ist es den Lehrervereinen wirklich um die Hebung des Lehrerstandes zu thun und nicht bloß um materielle Aufbesserung so meinen wir, müssen sie selbst Hand anlegen, gewisse Subjekte auszuscheiden, und gewisse wohlbegründete Vorwürfe fernerhin unmöglich zu machen.

Aus Ludwigshöhe bei Edenkoben schreibt man: Der König wird nun ganz sicher diesen Sommer unsere Pfalz besuchen. Im Schlosse sind alle Vorbereitungen zu seinem Empfange getroffen.

Berlin, 11. Juni. Unter den Katholiken der Diözesen Culm u. Ermeland herrscht große Aufregung, weil die Regierung auf pietistischen Rath das Franziskanerkloster in Neustadt mit seinem berühmten Kalvarienberge aufzuheben entschlossen ist. Der Convent trotzte allen Stürmen schwerer Zeiten und entging selbst der Säkularisation. Inmitten des Friedens u. ohne irgend einen stichhaltigen Beweggrund sollen nun die ehrwürdigen Ordensgeistlichen die Stätte verlassen, die im grauen Alterthume zur Erbauung der Gläubigen frommer Sinn errichtete. Die Regierung leistet dadurch einer kleinen Coterie, der Alles, was katholisch ist, ein Dorn im Auge zu sein scheint, eine gewisse Gefälligkeit, während sie die dortige überwiegend katholische Bevölkerung durch diese Maßnahme aufs tiefste kränkt.

Die Geschichte von der Gefangennahme und Bestrafung der chinesischen Piraten, welche das Apenrader Schiff Gazelle überfallen und geplündert haben, durch die norddeutsche Korvette Hertha wird von der Apenrader Volkszeitung für eine Fabel erklärt.

Wien, 14. Juni. Eine vom Wahlkomite der alliirten kaufmännischen und gewerblichen Vereine einberufene allgemeine Wählerversammlung, welche von über 3000 Wählern besucht war, nahm mit allen gegen eine Stimme en bloc ein Programm an, welches die Herstellung des inneren Friedens und die Versöhnung der Völker Oesterreich's, die Aufhebung der Interessenvertretung, die Fortführung der konfessionellen Gesetzgebung, die Reform der Valuta und eine neue Eisenbahn- und Handelsgewerbegesetzgebung fordert.

Drei Tage hat die jetzt beendete 19. allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Wien gewährt; sie genügten vollständig, jedem Freunde der Kirche und Anhänger des Katholicismus die traurige Ueberzeugung beizubringen, daß der deutsche Lehrerstand der Mehrzahl nach und zumal in seinen höhern Elementen vom Antichristenthum total durchfressen sei, daß er im Verläugnen jedes positiv christlichen Princips in Lehre und Schule das Ideal der Pädagogik für Gegenwart und Zukunft finden zu müssen glaubt. Die Norddeutschen, die theilweise in ruhigern Bahnen sich bewegen, mögen sich ein eigenthümlich Bild von den österreichischen Schulen entworfen haben. Charakteristisch aber bleibt jedenfalls, daß der vom Wiener Gemeinderath bestellte Direktor des Pädagogiums, H. Dittes, förmlich die Kirche und jede positive Religion aus der Schule hinausweist u. einen Religionsunterricht durch den Lehrer ohne Klerus und Confession begehrt. Von Oesterreich soll jetzt der moderne Grundsatz der confessionslosen Schule ausgehen und durch alle Gauen hin nach Norddeutschland getragen werden, wo die „Aufklärung" bis jetzt noch nicht so weit gediehen ist.

Ausland.

Prag, 10. Juni. Narodni Listy erklären, es sei wünschenswerth, daß die Nation sich mit Waffen versorge, um nöthigenfalls das Vaterland mit gewaffneter Hand zu schützen. Nur eine starke, bewaffnete Nation vermöge sich eine sichere Heimath zu verschaffen. Das czechische Blatt fordert daher zur Gründung von czechischen Schützenvereinen auf.

Rom, 8. Juni. Großartige Vorbereitungen für die Feier des Eintritts Pius' IX. in das 25. Regierungsjahr (17. Juni) werden getroffen. Die Partei der Anhänglichen scheint die Infallibilität dabei in Szene setzen zu wollen.

Konstantinopel, 11. Juni. Bis heute wurden 366 italienische, 95 österreichische, 98 französische, 85 preußische, 72 maltesische, 8 russische und mehrere tausend griechische u. türkische Unterthanen von den betreffenden Consulaten unterstützt. Unter den Todten sind 7 Oesterreicher, 2 Preußen, der Rest sind Griechen und Türken.

Bukarest, 12. Juni. Das Ergebniß der Wahlen des dritten Collegiums ist zweifelhaft. Bei den Wahlen des zweiten Collegiums siegte die Bojarenpartei, doch wurden innerhalb derselben zahlreiche Fraktionen gewählt. In Pitesti fielen derartige Excesse bei den Wahlen vor, daß das Militär ein-

Digitized by Google

schreiten und nach vielen vergeblichen Aufforderungen feuern mußte, nachdem ein Anhänger Bratiano's auf den Staatsanwalt Economo geschossen hatte. Vier Civilisten blieben todt, 25 Soldaten wurden verwundet. Die Ruhe wurde wieder hergestellt.

Vermischtes.

Kaiserslautern, 6. Juni. Dieser Tage machte der wegen des Landauer Kirchendiebstahls zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilte Sträfling hiesigen k. Zentralgefängnisses, Boeuf von Landau, einen Selbstmordversuch ganz eigener Art. Derselbe höhlte das Bleigewicht einer Wanduhr aus, wußte sich eine scharfe Patrone (offenbar von einer Soldatenwache herrührend) zu verschaffen, hielt diesen eigenthümlich konstruirten „Revolver" an die Brust u. zündete mit einem Streichhölzchen das Pulver an. Die Kugel nahm aber nicht die beabsichtigte, sondern die entgegengesetzte Richtung u. zerschmetterte dem Selbstmörder die Hand, mit welcher er den Revolver hielt.

(Statistisches.) Ein statistisches Verzeichniß gibt einen interessanten Aufschluß über die Zahl der Fabriken und der darin beschäftigten Arbeiter in England. In 2405 Baumwollfabriken arbeiten 152,656 Männer und 204,396 Frauen und in 1420 Wollfabriken 52,000 Männer und 50,000 Frauen, und 587 Seidenmanufakturen beschäftigen fast 12,000 Arbeiter. Im Ganzen zählt England 5698 Fabriken mit 278,788 männlichen und 390,880 weiblichen Arbeitern. In Schottland existiren 507 Fabriken, welche 30,000 Männern und 82,000 Frauen Beschäftigung gewähren. Irland hat dagegen nur 198 Fabriken mit 22,622 männlichen und 50,301 weiblichen Arbeitern.

* (Eine curiose Gerichtsverhandlung) fand kürzlich vor dem Criminalgerichte in Pest statt. Referent: Maria Fitz, wie alt sind Sie? — Fitz: 38 Jahre. — Ref.: Hm, im Protokolle steht aber 56 Jahre. Sie wohnen in der Dreitrommelgasse? — Fitz: Nein, in der Leopoldstadt. — Ref.: Sie sind angeklagt, die Sequestersiegel von jenen Gegenständen, welche bei Ihnen zu Gunsten einer gewissen Katharina Sylvester exequirt wurden, abgerissen zu haben. — Fitz: Ich? ich habe in meinem Leben keine Sylvester gekannt. — Ref.: Aber Sie hatten doch bedeutendere Schulden? — Fitz: Nicht ein Mal geringere. — Ref.: Sie heißen doch Maria Fitz? — Fitz: Nein, Dietz!! — Ref.: Ah so, dann sind Sie ja gar nicht die Beschuldigte. — Dietz: Was mir sehr lieb ist. Ich empfehle mich.

Stollwerk'sche Brustbonbons

Prämiirt auf allen Ausstellungen.
Eine Verbindung von Zucker u. solchen Kräuterextracten, deren wohlthätige Einwirkung auf die Respirationsorgane von der medizinischen Wissenschaft festgestellt sind.

Depots dieser Brust-Bonbons in versiegelten Packeten mit Gebrauchsanweisung zu 14 Kreuzer befinden sich in Bamberg bei J. B. Haußmann, Hofconditor B. Wenglein und F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel,
Ebermannstadt bei Apoth. Krauß,
Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt,
Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Garbill;
Memmelsdorf bei Chr. Reich,
Schützelfeld bei A. Hohbach,
Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler,
Streitberg bei Joh. Dauer,
Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Weischenfeld bei Georg Lauer,
Zeil bei J. P. Pöllath.

Im Verlage von Franz Kirchheim in Mainz ist soeben erschienen und vorräthig bei **Otto Reindl** in Bamberg:

Die Schwarzen und die Rothen
von Conrad von Bolanden.

Zweite Auflage. 8o. geh. Preis 2 fl. 20 kr.

Dieses Werk des berühmten Autors hatte einen Erfolg, dessen sich der kathol. Arman selten erfreut, indem nach kurzer Zeit die sehr starke Auflage vergriffen war. Dieser glänzende Erfolg gründet auf der Wahl überaus zeitgemäßer Stoffe, die sich unter der schöpferischen Hand zu einer organisch fein gegliederten Composition von anziehender Formenschönheit gestaltet haben. Vor Allem ist es die fast in ganz Deutschland bereits auf der Tagesordnung stehende Schulfrage, welche in passender Weise zur Darstellung kommt. — Sogleich nach Erscheinen des Buches wurde von allen katholischen größeren Zeitung dessen hervorragende Bedeutung erkannt, und ist es im Interesse der wichtigsten Zeitfragen dringend geboten, daß dies vortreffliche Buch in jeder Gemeinde recht verbreitet werde.

Katholisches Casino.

Zu zahlreicher Theilnahme an der Fronleichnamsprozession werden die verehrl. Mitglieder höflichst eingeladen. Anschluß an den Gesellenverein.

Der Vorstand.

Paramentenverein.

Sämmtliche Mitglieder, sowie auch die verehrl. **Bruderschaft christl. Mütter** sind zur Theilnahme an der hl. Fronleichnams-Prozession freundlichst eingeladen. Zusammenkunft ½8 Uhr in St. Martin bei der Vereinsfahne. Das Einstellen während der Prozession verboten.

Die Vorstandschaft.

Fleißige Gehülfen können in Arbeit treten bei **Michael Müller,** Tüncher.

Vanille-& Erdbeer-Gefrornes

Morgen und Sonntag empfiehlt

J. G. Banzer,
Schrannenplatz.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 139. Freitag, den 15. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

Die „N. N." bringen die Nachricht, daß Herr Rechtsrath Schrott zum Bezirksamtmann in Sonthofen ernannt worden sei. Wenn auch bekannt ist, daß Herr Schrott, wie einige andere seiner Herren Collegen über den Durchfall bei der Bürgermeisterwahl schwer gekränkt war, so mag es doch überraschen, daß er seinen „aufreibenden" Posten in solcher Eile verläßt. In der Stadt München hat Hr. Schrott übrigens als Fortschritts — Mohr seine Schuldigkeit gethan.

Der Franziskaner-Pater Petrus Hötzl ist, nachdem er von den hiesigen „Neuesten Nachrichten" und der „Augsburger Abendzeitung" bereits als der erste Martyrer der neukatholischen liberalen Kirche proclamirt worden war, unversehens und unverbrannt in sein hiesiges Kloster von Rom zurückgekehrt.

Wie die Berliner Nationalzeitung meldet, hat die kgl. bayer. Verwaltung die Erklärung nach Berlin gelangen lassen, daß bis zum 1. Juli d. Js. auch beim bayr. Postwesen die durch die Verordnung des Bundeskanzlers vom 6. Juni im norddeutschen Bunde eingeführten Korrespondenzkarten nach den gleichen Grundsätzen eingeführt werden sollen.

Berlin, 15. Juni. Die heutige „Provinzial-Korrespondenz" bringt einen längeren Artikel über die Bundesverfassung und das Bundesheer. Sie konstatirt zunächst die verfassungsmäßig dauernden Grundlagen des Heerwesens: allgemeine Wehrpflicht, dreijährige Dienstzeit und Zahlung von 225 Thlr. pro Kopf der Friedensstärke bis zum 31. Dezember 1871 nach welchem Zeitpunkte die Ausgaben für das Heer alljährlich durch das Bundeshaushaltsgesetz festgestellt werden sollten, wobei nach ausdrücklicher Bestimmung der Verfassung die feststehende Heeresorganisirung zu Grunde gelegt werden müsse. Daß die gegebenen Grundlagen durch Mitwirkung des Reichstages erschüttert werden könnten, sei unbedingt ausgeschlossen. Die Regierung werde jede mit dieser Grundlage vereinbare Sparsamkeit obwalten lassen; wer jedoch dem Volke verkünde, daß nach dem 31. Dezember 1871 eine wesentliche Herabsetzung der Friedensstärke und eine erhebliche Verminderung der Ausgaben für das Heer ohne Gefährdung der Wehrhaftigkeit thunlos sei, Der betrüge das Volk und erschüttere und verwirre verfassungsmäßig geordnete Zustände.

Auch die katholische Partei tritt in die norddeutsche Wahlbewegung ein. Die „K. V.-Bl." theilen ein Programm mit, das ihr von einem „Führer" zugegangen sein soll. Es lautet so: „1) Unversehrte Aufrechterhaltung der durch die preußische Verfassungsurkunde gewährleisteten Selbstständigkeit der Kirche in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, insbesondere auch hinsichtlich der Bildung und Entwicklung kirchlicher Gesellschaften. 2) Abwehrung aller gegen den confessionellen Charakter des Volksunterrichts gerichteten Bestrebungen und Angriffe zur Sicherung des heiligsten Rechtes der christlichen Familie, sowie endliche Verwirklichung der verfassungsmäßig verheißenen Unterrichts-Freiheit. 3) Bewahrung des im Bundesvertrage und in der Bundesverfassung festgestellten föderativen Charakters des norddeutschen Bundes gegenüber allen auf Einführung eines centralisirten Einheitsstaates gerichteten, mit der wahren Freiheit und der eigenartigen Entwicklung des großen deutschen Vaterlandes unverträglichen Parteibestrebungen. 4) Decentralisation der Verwaltung und Verwirklichung der Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz. 5) Ermäßigung der finanziellen Belastung des Landes, insbesondere durch Verminderung des Ausgaben für das Militärwesen, sowie Beschränkung der aktiven Dienstzeit bei der Armee.

Aus Nassau schreibt man dem „Volksstaat" über „unsern Braun": „Damals als der große Mann bewies, daß wir in Nassau weniger Steuern zahlen würden, wenn wir Preußen zufielen, daß wir in die norddeutsche Bundeskaserne aus wichtigen Gründen hinein müßten, — erwarb er sich viele staunende Freunde, die sich fest zu ihm schworen. So wohnt auch in Kemel bei Schwalbach ein Gastwirth Lang, der sogar Braun und seinen Nationalliberalismus verherrlichende Reden bei jeder Gelegenheit in der ganzen Umgegend hielt. Sein und seines Freundes Braun Willen gingen vollständig in Erfüllung. Der liebe Lang mußte gehörig Steuern zahlen; viel, viel

Digitized by Google

mehr als zu Nassau's Zeiten. Diese handgreifliche Enttäuschung verdroß ihn sehr. Er wandte sich deßhalb an seinen Gönner, der inzwischen nach Berlin ausgerückt war. Braun meinte, er solle reklamiren, Lang reklamirte. Es half aber nichts. Wieder geht eine Anfrage nach Berlin. Da macht auf einmal „unser Braun" dem Ding ein Ende. Er schreibt: „Lieber Lang! Ich kann nichts für Sie thun. Glauben Sie aber zu hoch besteuert zu sein im Verhältniß zu Ihren Mitbürgern, — so melden Sie das an und dann werden auch die Andern höher besteuert."

In Oesterreich, schreibt die Fr. Ztg., kommt die Wahlbewegung immer mehr in Fluß, macht aber einen ziemlich chaotischen Eindruck. Am rührigsten scheinen fast die Katholiken zu sein. Die Wiener Blätter melden, daß sie bei den Wahlmännerwahlen im Herzogthum Oberösterreich einige Siege erfochten hätten. Es ist nicht nur die Haltung des Ministeriums Potocki-Taaffe, die ihre Hoffnungen weckt, sondern auch der Zwiespalt im deutschen Lager kommt ihm zu Gute. Dieser Zwiespalt manifestirt sich hauptsächlich in dem Rufe nach neuen Männern. Die alten Parlamentarier wollen wiedergewählt sein, und der freisinnige Theil der Wähler ruft nach andern Vertretern. In dem Kampf, der darüber in den Wiendr Blättern geführt wird, traten für den Augenblick die gewöhnlichen politischen Gegensätze hinter dem Persönlichen fast in den Hintergrund. Ein grosser Theil der Mitglieder der alten Reichsrathsclique erfreut sich reicher Verwaltungstantiemen, und hat durch Betheiligung an den famosen „Gründungen" des vorigen Jahres Geld gemacht. „Vollständige Sinecuren, sagt die „Pr.", die in ihrer Cumulirung einem Glücklichen bis 70,000, sage siebzigtausend Gulden, jährlich abwerfen, wurden für eine ganze Reihe Deputirter geschaffen." Gegen die Wiederwahl dieser Leute empört sich das moralische Gefühl in weiten Kreisen, und der Ruf nach neuen Leuten gibt diesem berechtigten Gefühle Ausdruck. Ob bei den Wahlen selbst aber der junge Liberalismus über den alten obsiegen wird, erscheint mindestens zweifelhaft: bei der eng begrenzten Zahl der Wähler und bei der indirecten Wahlart läßt sich das Resultat nicht berechnen. Die alte Reichsrathsclique wußte sehr wohl, was sie that, als sie sich gegen jede Wahlreform sträubte.

Ausland.

Brüssel, 15. Juni. Im neuen Repräsentantenhaus dürfte nach dem bisherigen Gang der Wahlen die Zahl der Liberalen u. der Katholiken gleich sein.

Paris, 14. Juni. An der Börse wird von einem leichten Unwohlsein des Kaisers erzählt, das einen Rückgang der Curse zur Folge hatte. — Nachrichten aus Rom lassen es außer Zweifel daß das Concil die Infallibilität mit dem Anathem beschließen wird. — Im gesetzgebenden Körper verlangt Dreolle die Mittheilung der auf die Unterhandlungen mit Rom, Aegypten und Spanien bezüglichen Aktenstücke. Der Minister antwortet, über noch schwebende Fragen sei eine Mittheilung gegenwärtig unthunlich, aber er verspricht alle möglichen Aktenstücke bei der Budget-Debatte mitzutheilen.

Paris, 15. Juni. Die „Amtszeitung" meldet daß der Kaiser heute Vormittags dem Ministerconseil präsidirte. — Der „Constitutionnel" sagt über den Zeitungsartikel des „Nord" die Gotthardbahn betr.: „Frankreich wolle nur daß die Gotthardbahn einzig von demjenigen neutralen Staat abhänge den sie durchschneide. Nachdem Preußen vollständig geneigt sei diese Neutralität zu wahren habe der „Nord" Recht zu glauben daß die guten Beziehungen beider Reiche durch die Interpellation Mony's nicht berührt seien."

Mit der letzten amerikanischen Post wird der in Baltimore erfolgte Tod Jerome Napoleon Bonaparte's, Neffen Napoleons I. und Sohn des Königs von Westfalen (aus dessen erster Ehe) gemeldet. Der Verstorbene war 64 Jahe alt, und wird von seiner 90jährigen Mutter die in Baltimore ansässig ist, überlebt.

Rom, 7. Juni. Die heutige Spezialberathung des Konzils über 1. Hauptstück der vorgelegten Konstitution vom Primat beschäftigte nur vier Redner: Kardinal Schwarzenberg und die Bischöfe Moreno u. Ivrea, Ferri von Casale, Magnasco von Bolina i. p. Erzbischof Dechamps von Mecheln gab dazwischen als Mitglied des Ausschusses für Glaubenssachen einige Erläuterungen. Daran reihte sich sogleich die Spezial-Berathung über das 2. Hauptstück, an welcher jedoch nur 3 Väter sich betheiligten: Erzbischof Monson y Martins von Granada, die Bischöfe Filippi von Aquila und Amat von Monterey. Beide Hauptstücke bieten keine Schwierigkeiten. Das 1. handelt von der Einsetzung des apostolischen Primats in der Person des hl. Petrus, das 2. von der immerwährenden Fortdauer des dem hl. Petrus gegebenen Primats in den römischen Bischöfen. Die nächste General-Kongregation ist am 9., und man hofft, in dieser Woche mit der Spezialberathung des 3. Hauptstückes fertig zu werden.

Rom, 11. Juni. Die Lage scheint weniger gesichert als noch vor kurzem; wie sie die hiesigen Rundschauer abschätzen, ist es schwer daß der Herbst ohne ernste Ruhestörungen zu uns kommt. Die außerordentlichen Maßregeln der päpstlichen Regierung beschränkten sich bisher auf größere Sicherung offener Gränzstraßen und eine schärfere Ueberwachung der Reisenden. Ehe drei Wochen vergehen, können — so hofft man — ein paar telegraphische Depeschen so viele Beurlaubte u. Verabschiedete zurückgerufen haben, daß das jetzt aus 2400 Mann bestehende Zuavencorps auf 5000 Mann gebracht ist. Die Brigade des

Digitized by Google

Generals Dumont ist durchweg vollzählig; eine andere steht nach Kundiger Versicherung jedes Winks gewärtig bei Toulon. Dumont hat Befehl Civitavecchia zu erhalten, im Nothfall zwei Regimenter nach Rom zu senden, in allem aber mit den päpstlichen Truppen vereinigt zu handeln. Die Heiterkeit der höheren Kreise kann freilich als eine Kundgebung gelten daß man sich in diesem Punkte mit Paris verständigte.

Mau telegraphirt der N. Fr. Pr. aus Florenz, 14. Juni: „Aus Rom ist hier die Nachricht angelangt, daß dort im Vatikan davon die Rede ist, die Proklamirung der Unfehlbarkeit vom 29. Juni auf den 10. Juli zu verschieben. Ein päpstlicher Hausprälat bestätigte die Meldung."

Die russische Industrie-Ausstellung, die jetzt in St. Petersburg eröffnet ist, gibt nicht nur ein Bild des wirthschaftlichen Lebens, sondern auch der socialen Verhältnisse Rußlands. Im Auslande würde man es geradezu für unmöglich halten, daß ein Oberst in Uniform von einer öffentlichen Ausstellung ein Stück Seife für 25 Kop. stehlen würde. In diesen Tagen ist dies in Petersburg factisch geschehen und ein sicherer Augenzeuge berichtete darüber, daß der wachhabende Gardavoi auch diesen Oberst nicht passiren ließ, sondern ihn wie jeden andern, der sich eine gleiche Handlung zu Schulden hätte kommen lassen, verhaftete. Das war natürlich dem Herrn Obersten unbequem; es wurde an den Oberpolizeimeister General-Adjutanten Trepoff telegraphirt, der auch sofort erschien. Der Oberst blieb arretirt und der General beschenkte in Gegenwart vieler Zeugen den betreffenden Gardavoi mit 15 Rubel für seine Aufmerksamkeit und Energie.

Washington, 14. Juni. Eine Botschaft des Präsidenten an den Congreß spricht sich über die Stellung aus, welche die Insurgenten in Cuba einnehmen. Sie bezeichnet die Kampfführung auf beiden Seiten als eine barbarische, dem Verlangen der Cubaner Insurgenten gegenüber, durch die Vermittelung der Vereinigten Staaten, die Anerkennung als kriegführende Partei zu erlangen, erklärt der Präsident, die Feindseligkeiten auf Cuba seien nicht als Krieg im internationalen Sinne zu betrachten.

Vermischtes.

Ein guter Oesterreicher. Als Se. Maj. der Kaser dem Vater des in St. Petersburg gemordeten Prinzen Arenberg einen Condolenzbesuch gemacht, sagte der Kaiser: „Prinz, auch ich habe an ihrem Sohne viel verloren, ich bin um einen der tüchtigsten und bravsten Offiziere der Armee gekommen." — „Euer Majestät", entgegnete der alte Fürst, „haben an meinem armen Louis noch weit mehr verloren, als einen tüchtigen Offizier — nämlich auch einen sehr guten Oesterreicher!" — Meinte der greise Fürst damit vielleicht, frägt ein Correspondent der „N. Fr. Pr.", der Obiges erzählt, daß auch in den hohen Gesellschaftsschichten die „guten Oesterreicher" leider spärlicher geworden?

Wiesbaden, 13. Juni. Ein Hausirer aus dem Lande Nassau, der in Ausübung seines Geschäfts die meisten Staaten Europas bereist, sendet der „Mittelrh. Ztg." einen sehr interessanten Brief, dem wir folgenden Beitrag zur vergleichenden Statistik der Steuern entnehmen: In Preußen, so schreibt der Biedermann, „mache" ich höchstens 3 Monate per Jahr; ich muß aber einen Gewerbeschein für das ganze Jahr lösen, der mich kostet

—	in Preußen nämlich	— 16 Thlr. oder	28 fl.
„	Holland zahle ich		8 „
„	Belgien 3½ Francs sagen wir . . .		2 „
„	Frankreich 7 Francs oder		3½ „
„	Baden monatl. 2 fl. macht das Viertelj.		6 „
„	Hessen-Darmstadt		4 „
„	England		— „
„	Oesterreich		— „
„	Rußland		— „

Also zahle ich in Preußen allein mehr, als in den anderen 8 Staaten zusammengenommen.

Schon seit längerer Zeit hat man in Amerika trockene gesiebte Erde als Desinfektionsmittel bei Aborten in Anwendung gebracht; neuerdings hat ein Dr. Hawson diese desinfizirende Eigenschaft der trockenen Erde zur Heilung bösartiger Wunden mit größtem Erfolge benutzt. Bei einem sehr gefährlichen Bruche wurde die Wunde mit trockener Erde bedeckt, wodurch der Geruch sogleich absorbirt wurd und mit dessen Beseitigung eine schnelle Besserung im Charakter der Wunde eintrat. Ermuthigt durch dieses Resultat, wendete Dr. Hawson dasselbe Mittel mit gleichem Erfolge auch bei ansteckenden Krankheiten an, die mit Geschwüren, Eiterung und Blutzersetzung verbunden sind. So verweist sich die trockene, gesiebte Erde nicht nur für Schuß- u. Brandwunden, sondern auch für Krebsübel in ausgezeichneter Weise heilsam, und selbst der Pockenkrankheit hofft man mittels derselben wirksam entgegentreten zu können.

Aus der Stadt und Provinz.

† Bamberg, 17. Juni. Die gestrige Frohnleichnamsprozession war seit vielen Jahren zurück eine der zahlreichsten und geordnetsten. Nach den bekannten Parteistellungen in Bamberg, und den Beispielen anderer Städte, nach dem Aufheben der Zünfte, und bei dem Schwanken der Gewerbtreibenden und Handwerker, welches durch das verderbliche Wirren auswärtiger, religionsfeindlicher Blätter hätte vorausgesetzt werden können, war die Theilnahme an derselben, wobei wieder das ganze Bürgerthum vertreten war, und seine Zunftfahnen lustig flatterten, eine so lebhafte, daß es ein jedes katholische Herz mit Dank gegen Gott erfüllen mußte. Hier zeigte es sich deutlich, daß das katholische Bamberg noch gut katholisch ist, und daß das hohe und niedere Backsteinthum, wie man die Freimaurer füglich nennen kann, hier keinen Boden hat. Habt Dank, Bürger Bambergs, habt Dank, ihr Gremien.

Digitized by Google

Eure freiwillige herzliche und andächtige Theilnahme ist Balsam auf die Wunde, welche die Freigeisterei dem katholischen Herzen schlägt. Habt auch ihr Dank, ihr gläubigen Protestanten, deren Fahnen beurkundeten, daß ihr mit uns im Frieden leben wollt, wenn auch eure religiösen Ansichten von den unseren verschieden sind. Bleibe jeder nach seiner Confession treu dem Erlöser, dem er in der heiligen Taufe zugeschworen hat, und hüte jeder seinen Verstand u. sein Herz vor dem Uebel den das gleisende Backsteinthum aus ihm macht. Nicht das Wirthhausschild, welches das Backsteinthum heraushängt „allgemeine Menschenliebe" ist das ächte christliche Wappen. Das ächte christliche Wappen ist das Kreuz und der Wappenhalter ist der geschichtliche Heiland der Welt, dem Lob u. Ehre sei in Ewigkeit, und Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willen sind!

Aus der öffentl. Sitzung des Armenpflegschaftsraths vom 13. Juni 1870.

In Einnahme seien zu verrechnen: 10 fl. 50 kr. nachträglich übermachter Strafantheil pro 1868; 7 fl. Almosen von Metzleuten, 17 fl. 30 kr. Bankzinsen. — In Ausgabe seien zu verrechnen: 6 fl. 49 kr. für den ausw. erkr. Schuhmachergesellen Gg. Ziegelhöfer, 18 fl. 24 kr. für die Renovation des Grabsteines des weiland Pater Ant. Weil, des großen Wohlthäters der hies. Armen, (der auch sein eigenes Wohnhaus in der Kapuzinergasse als ständiges Lokal für den hies. Armenpfl.-Rath für ewige Zeiten gestiftet hat); 21 fl. 58 kr. für nothwendige Bekleidung von 3 wegen Arbeitsscheue in die Polizeianstalt Rebdorf abgelieferte Individuen; 24 fl. 43½ kr. für Fuhren, Beaufsichtigung und Spalten von 12½ Klafter Armenholz; 4 fl. 36 kr. für Stroh zum Gebrauche der Rettungsanstalt für verwahrloste Mädchen; 16 fl. 40 kr. dritte Lehrgeldsrate für den Schreinerlehrling J. Maultiegel; 1 fl. 36 kr. für 1 Bruchband. — Drei unverzinsliche Anlehen zu je 100 fl. und 50 fl. wurden an hies. Bürger verliehen. — Im Monate Mai l. J. wurden in der Armenspeiseanstalt 539 Portionen Suppe mit Brod an conscribirte Stadtarme abgegeben. (Ausgabe hiefür 67 fl. 22½ kr.) An die Anstaltsarbeiter wurden 256 Portionen Mittag- und Abendsuppe mit Brod und an den Hausdiener 31 Port. Suppe ohne Brod abgegeben, wofür sich eine Ausgabe von 54 fl. 18 kr. entziffert. — Zur Aufnahme in die Centraltaubstummen-Anstalt in München wurden zwei taubstumme Knaben von hier empfohlen. — Zwei Kinder wurden auf Armenrechnung in einer Rettungsanstalt untergebracht. — In einer Curatel seien die Kosten für das Exekutionsverfahren gegen den zahlungssäumigen Kindsvater unter der Voraussetzung der Rückzahlung aus den flüssig werdenden Alimentengeldern vorzuschießen. — Die Auslagen der Armenpflege an Erziehungsbeiträgen für mehrere Kinder, denen inzwischen Vermögen zugefallen ist, seien zu liquidiren. — Ein Wochenalmosen zu 48 kr. auf die Dauer der Erkrankung eines Familienvaters und ein wöchentl. Hauszinsbeitrag zu 33 kr. für eine wegen Krankheit erwerbsunfähig gewordene Person sei zu bewilligen; desgl. eine momentane Unterstützung von 10 fl. für das Jahr 1870 in 2 Raten. — Folgen die pfarramtlichen Spitalaufnahmen und Arzneibefreiungen.

Andreas Bauch.

Alle Stellen und Engagements durch

Stellen durch **Andreas Bauch** **Köln a/Rh.** Pützgasse 15, am Oberpostamte.

Annoncen-Expedition für alle existirende Zeitungen.

Verkauf und Verpachtung

von Häusern, Gütern, Hotels, Wohnungen, Wirthschaften ꝛc.

General-Agentur der Theater und Künstler.

Grand Bureau de Placement

für Herrschaften und Hotel-Besitzer

Sellen für Kaufleute, Oekonomie u. Magazin- **Verwalter** werden nachgesucht und vermittelt.

Chefs, Köche, Ober-, Zimmer- u. Saalkellner, Gärtner, Portiers, Kutscher, Diener und Aufwärterinnen, Köchinnen, Zimmer- und Ladenmädchen aller Fächer, Haushälterinnen und Gesellschaftsdamen werden fortwährend placirt

Vanille- & Erdbeer-Gefrornes

Sonntag empfiehlt

J. G. Banzer,

Schrannenplatz.

Fleißige Gehülfen können in Arbeit treten bei **Michael Müller,** Tüncher.

30 Mechaniker

auf „Nähmaschinen" geübte, finden dauernde Akkordarbeit in der Fabrik von **Haid u. Neu** in **Carlsruhe.**

Specialität

Central-Luftheizung und **Ventilation** für Gebäude und Trocken-Anlagen aller Art, insbesondere auch Kirchen und Schulen, von 1

Boyer & Consorten.

Ludwigshafen a/Rh.

Ganze Bibliotheken kauft **F. Hiller,** Antiquar in München.

Paramentenverein.

Sonntag den 19 Juni ½7 Uhr Gottesdienst mit gemeinsamer Communion in der Kirche der englischen Fräulein.

Bamberger Schrannenpreise am 15. Juni.

Waizen 22 fl. 10 kr. Korn 16 fl. 28 kr. Gerste — fl. — kr. Haber doppelt 7 fl. 30 kr. do. einf. 8 fl. 54 kr.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 140. Samstag, den 18. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 16. Juni. Der feierlichen Fronleichnamsprozession, die von dem herrlichsten Wetter begünstigt war, haben Se. M. der König, alle hier anwesenden Prinzen, die Kronbeamten u. Hofchargen, die sämmtlichen Staatsminister und Beamte aller Kategorien in sehr zahlreicher Menge beigewohnt. Se. M. der König wurde sowohl beim Erscheinen als auch bei der Rückfahrt von dem sehr zahlreich versammelten Volke lebhaft begrüßt. Nach der Prozession hat Se. M. den neu ernannten 1. Bürgermeister der Stadt München, den Staatsminister Grafen Bray und den Minister v. Pfretzschner in Audienz empfangen. Der Magistrat, der nur als „Lokal-Polizeibehörde (!)" außer den rechtskundigen Magistratsräthen 7 Mann hoch mitging, wollte keine Blumen zu den Altardekorationen geben. Dafür öffnete Se. Maj. der König bereitwilligst die kgl. Gärten und stellte alle Blumen für die Dekoration zur Verfügung. So prangten denn die Altäre in niegesehener Blumenpracht.

München, 16. Juni. Da in Folge des Ausschußbeschlusses über die Theuerungszulagen H. Abg. Greil sein Referat in entsprechender Weise umändern muß, so kann der Ausschuß jedenfalls vor Samstag seine Berathungen nicht fortsetzen. In ganz unerklärlicher Weise verzögert sich die Feststellung des Berichts des I. Ausschusses über die Advokatenordnung, so daß derselbe sich noch immer nicht unter der Presse befindet. Von einer Erlassung dieses Gesetzes noch bis zum 1. Juli kann selbstverständlich nicht mehr die Rede sein, ja es ist zweifelhaft, ob bis dahin der Gegenstand auch nur von der 2. Kammer erledigt sein wird.

München, 16. Juni. Wie dick die preußisch-russische Freundschaft ist, kann man aus Folgendem ersehen, was die Zukunft in Berlin erzählt. Graf Bismark wollte dem Kaiser Alexander von Rußland die Hand küssen. Dieser aber küßte jenem die Wange. Der Stuttgarter Beobachter setzt bei: Ob das ein Zeichen geistiger Gesundheit ist oder vom Gegentheil, wissen wir auch nicht. Vielleicht ist dieser Kuß das Siegel der preußisch-russischen Allianz und würde somit das Judaszeichen sein zur Hinmordung Tausender auf dem Schlachtfelde. Unseren speichellecterischen Liberalen wird es freilich eine große Freude machen zu sehen, wie Preußen doch noch an Rußland einen Hinterhalt hat. Sie begrüßen die Allianz mit Rußland, das seine Unterthanen mit der Knute traktirt und die Polen in den sibirischen Bergwerken hinmordet. Dabei sind sie aber doch liberal, die Herren Liberalen, entsetzlich liberal! Wir begreifen diesen Liberalismus nicht. Der ist uns wirklich zu dick.

Die Königstreue der fortschrittl. Blätter fängt an sich allmälig in ihrer nackten Wahrheit zu zeigen. So schreibt der Landbote: „Se. Maj. der König haben zu bestimmen geruht, daß sowohl die Herren vom großen Cortege, als auch das Personal der kgl. Stellen und der ihnen untergeordneten Behörden hiebei möglichst zahlreich zu erscheinen haben. Letztere Bestimmung, bemerkt „Landbote" dazu, dürfte wohl nur in Form eines Allerhöchsten Wunsches ausgedrückt worden sein, denn eine Allerhöchste Bestimmung wäre verfassungswidrig und könnte als solche nicht zu Recht bestehen. Wenn sich wirklich das Vorhandensein eines derartigen Ukas bestätigen sollte, so werden wir die durch die Verfassungsurkunde dem bayerischen Volke gewahrten Rechte zu vertreten wissen". — Wir können uns begnügen, lediglich diese Auslassung eines der Organe der Partei zu konstatiren, welche angeblich immer so sehr darauf aus ist, die Rechte des Königs zu wahren — außer gegen die Ihrigen, die Liberalen. Denen gegenüber soll der König keine Rechte haben und da „hat man sich gegen Ukase (!) zu wahren"! Da hat man einmal recht unvorsichtig die „königstreue" Kralle hervorgestreckt!

Vor Kurzem hat sich Budgetreferent Greil mit anerkennenswerther Entschiedenheit gegen die zu häufigen Berufungen fremder Professoren an unsere Hochschulen ausgesprochen. Dieß war gewiß der Mehrheit des bayerischen Volkes aus der Seele geredet. Nun wurde an der Universität Würzburg für 7 oder 8 (mit Worten acht) Studirende) ein dritter ordentlicher Professor angestellt und zwar nicht etwa der vom Senate zum außerordentlichen Professor vorgeschlagene einheimische Privatdozent, sondern ein Preuße aus Bonn!

Der II. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe beschloß bezüglich des Kredits für außerordentliche Militärbedürfnisse in der 10 Finanzperioe, den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten beizutreten, mit Ausnahme der Position von 100,000 fl. für das Krankenhaus in Nürnberg, vielmehr sei darauf zu beharren. Graf Bothmer reichte schließlich den Antrag ein, es sei der Wunsch auszudrücken, daß das Militärbudget einer Revision unter Berücksichtigung jeder Ersparung zu unterziehen sei, welche mit der Verwendbarkeit der Armee zur äußern und innern Sicherheit des Staats verträglich erscheint. Es motivirt dieser seinen Antrag dahin, daß Ersparungen nothwendig und möglich seien, daß aber die Punkte, in welchen letzteres der Fall sei, nur von Seite Sachverständiger aufgestellt werden könnten, nicht nach den „zufälligen Ansichten" eines Kammer-Referenten. Staatsminister v. Pranckh erklärt, daß er sich außer Stand sehe, ein anderes Budget auszuarbeiten; der II. Präsident hielt auch diesen Antrag für verfrüht, da bisher nur der Referent, keineswegs aber das Plenum der Kammer, sowie die Kammer der Reichsräthe sich ausgesprochen habe. Schließlich wurde der Antrag abgelehnt.

In Speyer schreibt die „Pfälz. Ztg.": Die (neueste) fortschrittliche Autographirte Correspondenz nimmt die patriotischen HH. Greil, Krätzer, Bucher, Lucas, Huttler und Mahr aufs Korn. Diese Autographirte Correspondenz, welche einer Menge fortschrittlicher Blätter zugeht und von diesen mit dienstbarem Eifer nachgedruckt wird, scheint den ausschließlichen Zweck zu verfolgen, der Fortschrittspartei und ihren großen Männern — kleine besitzt sie bekanntlich nicht — einen Platz in der Weltgeschichte zu sichern, dann aber und hauptsächlich, die patriotische Partei und deren Mitglieder möglichst herabzusetzen und anzuschwärzen. Je dunkler hier die Schatten, desto blendender dort das Licht! Während so Föckerer zu einem zweiten Demosthenes gestempelt wird, werden die Redner auf patriotischer Seite lächerlich gemacht und für Stümper erklärt, wie denn überhaupt dort nur Talent, Verstand und Wissen, hier nur Unfähigkeit und Unbedeutendheit sein soll. Dem gegenüber mag es am Platze sein, hier ein gewiß unverdächtiges Zeugniß anzuführen, nämlich eine Aeußerung des Verfassers der „Landtagsskizzen" im „Nürnberger Correspondent", welcher schreibt: „Es wird nicht bestritten werden können, daß die Liberalen in ihrem Zuzug (in die Kammer) entschieden unglücklich gewesen, die Patrioten aber ganz eminente Kräfte in höchst überraschender Weise beigebracht haben." Indem die Autographirte Correspondenz die bei der Verhandlung über die Forchheimer Wahl gehaltene Rede des Hrn. Mahr in's Lächerliche zu ziehen sucht, verschweigt sie natürlich, daß diesem Abgeordneten von fortschrittlicher Seite, und zwar in der Kammer selbst, nachgeredet worden war, er und Hr. Weber hätten sich in Forchheim selbst gewählt, ein Vorwurf, der, wie die angebliche Bestechung bei jener Wahl, sich einfach als fortschrittliche Verläumdung erwiesen hat. Wenn Herr Mahr die Gelegenheit ergriff, um sich gegen solche Unwahrheiten, nicht die ersten gegen Patrioten, man denke nur an Föckerer! in etwas gereizter Weise zu verwahren, so kann dies nicht sehr Wunder nehmen." Wir erwähnen diese Dinge nur, weil die Auslassungen der autographirten Correspondenz von sämmtlichen liberalen Blättern und Blättchen veröffentlicht werden.

Gotha, 12. Juni. Gestern Abend brach während eines furchtbar tobenden Orkans in dem eine Stunde von hier entfernten Dorfe Emleben Feuer aus, welches in kaum 2 Stunden einige 60 Häuser (darunter die Kirche) verzehrte. Gerettet konnte fast gar nichts werden; auch der Verlust an Vieh, besonders an Schafen ist bedenklich.

Berlin, 14. Juni. Ein unbekannter Wohlthäter kaufte im Herzen der Hauptstadt einen Häusercomplex, welcher zu einer katholischen Wohlthätigkeitsanstalt umgebaut wird; barmherzige Schwestern vom Orden des hl. Vincenz v. Paul werden die Leitung übernehmen.

Bei der Lehrerversammlung in Wien beklagte Petsch aus Berlin den schaudervollen Zustand der Volksschulen im „Staate der Intelligenz." In Preußen würden Leute angestellt, die zwar nothdürftig lesen, aber nicht nothdürftig schreiben können (Heiterkeit), denen die nothwendigsten orthographischen Kenntnisse fehlen. (Und dennoch ein „Volk der Intelligenz" in Preußen?! seltsam!)

Ausland.

Das in Triest erscheinende griechische Blatt „Himera" brachte anläßlich der Unthat von Marathon einen Artikel, worin König Georg aufgefordert wurde, seine Krone niederzulegen u. s. w. Dieses Blatt wurde nun, wie aus Athen gemeldet wird, dort Gegenstand einer bezeichnenden Demonstration. Es bildeten sich große Volkshaufen, welche das Journal auf offener Gasse und unter lauten Verwünschungen verbrannten.

Pest, 15. Juni Gestern beschloß eine von Abgeordneten zum Katholiken-Congreß abgehaltene Vorconferenz eine Adresse an den in Rom weilenden Fürst-Primas betreffs der endlichen Einberufung des Congresses.

Brüssel, 15. Juni. Die Liberalen haben gestern empfindliche Verluste erlitten. Von den übrigen hatten sich 43 einer Erneuerung ihres Mandats zu unterziehen; 12 derselben sind unterlegen, und so ergibt sich aus den gestrigen Kammerwahlen folgender Stand der Parteien: 61 Liberale und 63 Katholiken. Von den 12 katholischerseits erfochtenen Siegen kommen 2 auf Charleroi, wo Minister Pirmez an Stimmenzahl von zwei gegnerischen Candidaten

Digitized by Google

überstochen worden ist, 6 auf Gent, wo nur ein einziger Liberaler, der Bürgermeister Graf Kerkhove, mit knapper Noth aufrecht geblieben ist, und unter den 6 Durchgefallenen der Minister des Aeußern Vanderstichelen sich befindet, 3 in Verviers und 1 in Soignies.

Aus Paris, 15. Juni, wird der „N. Fr. Pr." telegraphirt: Der Kaiser ist vollständig wieder hergestellt, dagegen verlautet gerüchtweise, Prinz Napoleon sei an den Blattern erkrankt.

Vom Concil berichtet die „Unita Cattolica", daß zum Schema über die Unfehlbarkeit ein neuer Canon hinzukommen soll, welcher besagt, daß als Glaubenssatz nur zu betrachten sei, was unter Strafe des Anathemas dogmatisirt worden ist. (Bekanntlich fehlt diese Strafformel im Canon über die Unfehlbarkeit.)

Gestern vollendete unser hl. Vater Papst Pius IX. sein 24stes Regierungsjahr und begann das 25. seines Pontificates. Bekanntlich wurde die Vollendung des 24. Regierungsjahres von den 258 Päpsten, welche bis jetzt auf dem römischen Stuhle saßen, außer dem hl. Petrus nur noch einem Einzigen zu Theil, Pius VI. (1774—1799).

Warschau, 15. Juni. Alle Fremden werden hier wegen der bevorstehenden Ankunft des Kaisers Alexander strenge überwacht. Man munkelt von einem Complott gegen das Leben des Czars. Die Polizei wurde verstärkt.

Von der polnischen Gränze, 14. Juni. Auf der polnischen Seite der Gränze wimmelt es einmal wieder von russischen Polizei-Elementen. Es soll nämlich von Belgien aus die Nachricht in Warschau eingegangen sein: daß Agenten der Emigration auf dem Wege nach Polen seien um hier für Zwecke der Revolution thätig zu sein. Die Sache reducirt sich wahrscheinlich auf eine Erfindung der Polizei, die sich während der Anwesenheit des Monarchen in Polen als unentbehrlich zeigen will. Wer das gegenwärtige Polen auch nur oberflächlich kennt, weiß daß ein erneuter polnischer Insurrectionsversuch in diesem Augenblick ein Akt des Wahnsinns sein würde. Die Sache hat aber ihre üble Folge insofern als alle Reisenden im höchsten Grade behelligt und einer vollständigen Ueberwachung unterworfen werden.

Madrid, 14. Juni. Wie versichert wird, beabsichtige die Regierung, der Ex-Königin Isabella alle Juwelen zurückzuerstatten, welche sie aus ihren eigenen Mitteln ankaufte. Weiters wird versichert, daß durch eine Persönlichkeit die authentisch beglaubigte Abdankungsurkunde der Königin Isabella hieher gebracht worden sei. Der Throncandidat, den Marschall Prim binnen drei Monaten zur Annahme der spanischen Krone zu bewegen hofft, ist der König von Portugal. Die monarchische Föderation beider Staaten der pyrenäischen Halbinsel — das ist gegenwärtig Prim's Ziel. Es handelt sich vor Allem darum, für die Föderation eine Form zu finden, welche die Portugiesen zufriedenstellt. Ob es gelingen wird, das ist sehr die Frage.

Madrid, 15. Juni. Der Herzog von Montpensier wird nächste Woche auf dem Wege von Santander wieder nach Madrid kommen. Die carlistischen Blätter kündigen ein Manifest des Don Carlos an, welches erklärt: daß die Entfernung Cabrera's in keiner Weise die Partei theilt. Der Prätendent fordert seine Freunde auf einig zu sein. Er verkündet einen nahen Triumph als gesichert. — Die Abdankungsurkunde Isabellens wird vorläufig noch nicht veröffentlicht werden.

Konstantinopel, 15. Juni. Bis jetzt wurden 300,000 fl. für die Abgebrannten gezeichnet; 15,000 Familien sind nahrungs- und obdachlos geworden; fortwährend werden noch Leichen aus dem Schutte gezogen. Der Schaden beträgt beiläufig 8 Mill. Gulden. Versichert sind nur 1,800,000 fl.

In Newyork will man als Antwort auf das römische Concil ein von allen protestantischen Nationen beschicktes Gegenconcil veranstalten. Dasselbe soll am 22. September eröffnet werden.

Vermischtes.

Auf der Industrie-Ausstellung in Kassel sind aus Norddeutschland 273 Städte mit 840 Ausstellern, aus Süddeutschland 39 Städte mit 97 Ausstellern (darunter Landshut mit 10, München mit 7, Nürnberg mit 2 Ausstellern), aus Oesterreich und Ungarn 45 Städte mit 85 Ausstellern, aus der Schweiz 7 Städte mit 10 Ausstellern, aus Frankreich 9 Städte mit 17 Ausstellern ꝛc. ꝛc. vertreten.

(Bei dem jüngsten Wolkenbruch in Raar-Bun) (Ungarn) gingen nach einem Bericht des dortigen evangelischen Geistlichen 165 Menschen, meist Mütter und Kinder zu Grunde; die Männer waren größtentheils auf dem Felde abwesend. Wohngebäude wurden 64, Wirthschaftsgebäude 77 zerstört. An Viehstücken gingen zu Grunde 5 Zugochsen, 38 Kühe, 5 Pferde, 70 Kälber und Füllen, 108 Schweine, Ziegen ꝛc. An Lebensmitteln wurden fortgeschwemmt 12567 Siebenbürger Viertel Weizen, Mehl, Bohnen u. s. w., außerdem viele Haus- und Wirthschaftsgeräthe, Schweinställe u. ss w.

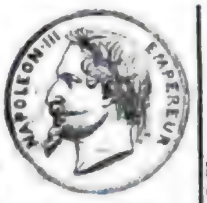
Ein gewandter Velocipeden-Reiter hat in Folge einer Wette vermittels seines Transportmittels die Reise von Dresden nach Potsdam unlängst in zwei Tagen und drei Stunden zurückgelegt. Da ihm zu dieser Tour drei Tage Zeit gegeben waren, traf er also volle 21 Stunden vor Ablauf der Frist ein. Bei dieser Gelegenheit erfahren wir denn auch von einer abermaligen Bereicherung des deutschen Sprachschatzes; in dem Berichte über die erwähnte Wettfahrt wird nämlich das Wort „Velocipede" mit „Strampelfuhrwerk" übersetzt.

Digitized by Google

(Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen) Vom 14. Juni. Eine k. Regss. Entschlßg. im Betreffe der Abfassung der Jahresberichte der Armenpflegen sei dem Armen-Pflegsch.-Rathe zur Befolgung mitzutheilen. — Im Betreffe der Wiederverleihung erloschener Bürgerrechte sei dem Beschlusse der HH. Stadtgem. Bevollm. beizutreten u. jeder einzelne Fall gesondert zu behandeln u. dens. zur Kenntniß zu bringen. — Dem Privatier H. Nik. Reinlein v. h. sei auf Ansuchen sein am 1. Juli 1869 erloschen gewesenes Bürgerrecht unentgeltlich wieder zu verleihen, nachdem er die früheren Bürgeraufnahmsgebühren bezahlt hatte. Von diesem Beschlusse sei den H H. Stadtg.-Bevollm Nachricht zu geben. — Nach einer Anordnung der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten seien die Pläne von Privatbauten in der Nähe der Eisenbahnen dem betr. k. Eisenbahn-Ingenieur direkt in Vorlage zu bringen. — Wegen Reparatur der beschädigten Stützmauer am Residenzgarten in der Hadergasse wurden die geeigneten Vorkehrungen getroffen. — Eine k. Regss. Entschlßg. im Betreffe der strengen Einhaltung der Fahrordnung für die hies. Stadt bis zur entschiedenen Beschwerde sei den hies. H. Lohnkutschern durch ihren H. Vertreter eröffnen zu lassen. — Für den H. Kaufmann Leopold Ullmann von Zeil sei Bürgeraufnahmsurkunde auszustellen, (Auf-Geb. 100 fl.) — Dem H Maler Mag Bretz sei gegen eine Nachzahlung von 35 fl. Bürgeraufnahmsurkunde auszustellen, da derselbe vor dem 1. Juli 1869 wohl Hausbesitzer, jedoch nicht Bürger dahier war, u. als solcher demnach auch keine Aufnahmsgebühren bezahlt hatte. — Für den H. Graveur A. Heinlein v. h. sei Wiederverehelichungszeugniß auszustellen. — Die Hundevisitationsgefällen im Betrage v. 487 fl. 24 kr. seien nach Abzug der Kosten für Hundezeichen, Formulare u. Matrikel im Betrage von 30 fl. 36 kr. an die Communkasse abzugeben u. Anordnung zu erlassen, daß wegen der stattfindenden Controle von nun an sämmtl. Hunde mit dem neuzulösten Zeichen versehen sein müssen. — Die arbeitsscheue led. Klara Ziß l von hier sei auf die Dauer eines Jahres in der Polizeianstalt St. Georgen zu verwahren. — Auf Grund einer Anzeige wegen muthwilliger oder böswilliger Abtreibung zweier Flöße zur Nachtzeit von Bugdof dieher sei das k. Bez.-Amt Bambg. ll zu ersuchen, den Flößern die sorgsame Anlegung und Bewachung ihrer Flöße strengstens aufzutragen, um Wiederholungs-Fällen u. möglichen Beschädigungen vorzubeugen. — Die von der k. Stadtkommandantschaft dahier bereitwilligst zugesagte Abgabe von Sauve Garden zu den hies. Tanzmusikplätzen diente mit großer Befriedigung zur Nachricht. — Die pro 1870 rückständigen Dienstbotenspitalgelder seien wegen fruchtloser Erinnerung nunmehr mit Execution beizutreiben. — Dem Secundärarzte H Dr. Berr wurde ein 4 wöchentl. Urlaub durch die k. Regg. ertheilt. — Wegen Störung der Marktstandordnung hies. Gärtner durch unbefugtes Eindringen Einzelner sei Vigilanz anzuordnen.

Eine Anfrage des Magistrats Kempten wegen Verwaltung der städtischen Kassen sei dahin zu beantworten, daß einzelne Kassen und bezw. Pflegen durch die H. bürgerl. Magistrats-Räthe dahier verwaltet werden. — Gegen einen bürgerspitäl. Schuldner zu Reundorf sei Grundvermögensverkauf zu beantragen. — Der Rasenplatz im Maienbronnen sei um jährlich 3 fl. an den H. Häcker Uebel zu verpachten. — Wegen einiger nothwendigen Bauwendungen im hies. Theater sei mit dem Harmonie-Consortium ins Benehmen zu treten.

Stollwerk'sche Brustbonbons



Prämiirt auf allen Ausstellungen.
Eine Verbindung von Zucker u. solchen Kräuterextracten, deren wohlthätige Einwirkung auf die Respirationsorgane von der medizinischen Wissenschaft festgestellt sind.

Depots dieser Brust-Bonbons in versiegelten Packeten mit Gebrauchsanweisung zu 14 Kreuzer befinden sich in Bamberg bei J. B. Haußmann, Hofconditor B. Wenglein und F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel, Ebermannstadt bei Abothk. Krauß, Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt, Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Gardill; Memmelsdorf bei Chr. Reich, Schüsselfeld bei A. Hobbach, Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler, Streitberg bei Joh. Dauer, Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt, Weischenfeld bei Georg Lauer, Zeil bei J. P. Pöllath.

Im Verlage von Franz Kirchheim in Mainz ist soeben erschienen und vorräthig bei **Otto Reindl** in Bamberg:

Die Schwarzen und die Rothen

von Conrad von Bolanden.

Zweite Auflage. 8o. geh. Preis 2 fl. 20 kr.

Dieses Werk des berühmten Autors hatte einen Erfolg, dessen sich der kathol. Arman selten erfreut, indem nach kurzer Zeit die sehr starke Auflage vergriffen war. Dieser glänzende Erfolg gründet auf der Wahl überaus zeitgemäßer Stoffe, die sich unter der schöpferischen Hand zu einer organisch fein gegliederten Composition von anziehender Formenschönheit gestaltet haben. Vor Allem ist es die fast in ganz Deutschland bereits auf der Tagesordnung stehende Schulfrage, welche in passender Weise zur Darstellung kommt. — Sogleich nach Erscheinen des Buches wurde von allen katholischen größeren Zeitung dessen hervorragende Bedeutung erkannt, und ist es im Interesse der wichtigsten Zeitfragen dringend geboten, daß dies vortreffliche Buch in jeder Gemeinde recht verbreitet werde.

Kathol. Casino.

Morgen Sonntag bei günstiger Witterung
musikalische Produktion
Anfang Nachmittag 6 Uhr
wozu die verehrl. Mitglieder nebst Fam. eingeladen sind.

Gesellen-Verein.

An allen Sonn- und Feiertagen ist von Nachmittags 4 Uhr an der Garten für die Hrn. Schutzvorstände und ihre Familien, sowie für die Mitglieder geöffnet.

Der Präses.

Eine schöne Parterrewohnung am untern Stephansberg ist auf Ziel Jakobi zu vermiethen.

Aecht ital. Maccheroni

von Amalfi
offeriren Gebrüder Opitz in Neapel. Zu beziehen durch Vermittlung des Hrn. J. L. Bachmann in Kitzingen a. M. in Original-Kisten von 25 und 50 Kilo.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 141. Sonntag, den 19. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Katholiken Deutschlands!

„Es frohlockt Unser Herz im Herrn und empfindet unaussprechlichen Trost, daß Wir Euch, Unsere Brüder, um Uns in dieser Burg der kath. Religion geschaart erblicken, um mit Uns alle Menschen den Weg Gottes in der Wahrheit zu lehren und unter Leitung des heil. Geistes mit Uns über die widerstreitenden Lehren einer falschen Wissenschaft zu richten." Das sind die Worte, mit denen Pius IX. das große welthistorische Ereigniß des Vaticanischen Concils eingeleitet hat. Die Bischöfe der ganzen Kirche haben sie vernommen und sie haben, als der Vater der Christenheit sie sprach, das Wehen jenes Geistes empfunden, den der Sohn Gottes Seiner Kirche zum Beistande verheißen hat bis an das Ende der Welt. Widerhall haben diese erhabenen Worte gefunden in den Herzen Aller, die noch als Kinder der Einen heiligen Mutter, der Kirche, sich fühlen.

Was einst Sanct Leo von Rom sagte, das ist heute in tieferer Ausdehnung wahr geworden von der ganzen weiten Welt: „einem bis in die Tiefe aufgewühlten Ocean gleicht sie" in unseren Tagen. Krank bis an's Mark hinein, ist sie fieberhaftem Hochmuthe anheimgefallen. Auf sich allein vertrauend, von sich Alles hoffend, scheint die Menschheit vergessen zu haben, daß einst der Apostel für Alle gesprochen: „Herr, zu wem sollen wir gehen? Du allein hast Worte der ewigen Wahrheit!" Verstummen sollte der eine und einzige Messias und Heiland der Welt; schweigen sollte die Kirche, die Er in Seiner göttl. Liebe an Seiner Statt der Menschheit zur Lehrerin gegeben.

Aber der Herr der Kirche hat Seines Volkes und Seiner Verheißungen nicht vergessen. Gerade da, wo der alte Feind Gottes siegesgewiß erschien, versammelt der Herr um Seinen Statthalter die Hirten der Völker, daß sie der strömenden Welt die ewig beseligende Lehre verkündigen. Verjüngt soll nun wieder werden der christliche Lebensgeist, daß er auf's Neue in jenem Lichtglanze erstrahle, worin er zuerst sich gezeigt, da der Erlöser vom Calvarienberge herniederstieg, um Besitz zu ergreifen von dem ganzen weiten Erdenrunde, das Er zum Erbtheile erhalten.

Katholiken Deutschlands! Vor unseren Augen vollzieht sich das Schauspiel, das für Jahrhunderte Heilung und Trost bringen wird. Der tiefste Dank muß unser Herz durchglühen, daß wir gewürdigt sind, das Wunder zu schauen, welches der Herr wirkt, die göttliche Sendung Seiner Kirche aller Welt zu offenbaren. Wenn die Sturmeswogen höher sich thürmen, je glorreicher die Herrlichkeit des Herrn erstrahlen soll; wenn die Barke des heiligen Petrus jeden Augenblick zu zerschellen droht in dem Anprall der Wellen, mit dem die Hölle ihren Weg zu hemmen sucht, dann ist das die Zeit, in welcher der Herr unseren Glauben erprobt.

Katholiken Deutschlands! Es soll kein Angstschrei unserer Seele sich entringen im Anblicke der tausend Gefahren, es soll nicht der Herr zu uns sagen: „Ihr Kleingläubigen, warum habt Ihr gezweifelt?" Wir wollen nicht wanken in dem Glauben, der unentwegt und felsenfest in uns ruht, in dem Glauben, daß Jesus der Sohn Gottes und das Er Seiner Kirche Hort und Schirm ist und das die Pforten der Hölle vergebens ihre Macht wider sie aufbieten. Was die Väter der Kirche von Rom aus zu uns reden werden, das ist nicht Menschenwort, es ist das Wort des ewigen Gottes, es ist die eine, unveränderliche Wahrheit, welche Christus der Herr auf die Welt gebracht hat. Das ist unser Glaube, das unsere Hoffnung und weil wir so glauben und hoffen, darum lieben wir unsere Kirche als die eine und einzige Mutter und Lehrerin der Völker.

Kathololiken Deutschlands! Es ist Zeit, daß wir vor aller Welt offen und freudig diesen Glauben bekennen. Die Feinde Gottes warten des Augenblicks, wo die Kinder der Kirche ihre Herzen ihrer Mutter entfremden. Der Triumph soll ihnen nicht, er soll ihnen nie zu Theile werden. Deutschlands Treue soll auch die Kirche an uns erfahren; nicht Worte bloß, — Thaten sollen für uns reden. Mit- und Nachwelt soll es bezeugen, daß wir auf das Vaticanische Concil in vollem Vertrauen geschaut haben. Eine gottlose Bewegung hat dem Heiligen Vater die Mittel geraubt, deren er heute bedarf, um das Concil zu einem glorreichen Ende zu führen. Die Bischöfe der Kirche sind vielfach arm, wie diejenigen, als deren Nachfolger

wir sie verehren; sie haben keine Hilfe, als die, welche der gemeinsame Vater ihnen bietet: und er ist fast noch ärmer, — des größten Theils seines Besitzthums durch boshafte, gottlose Menschen beraubt. So helfen denn wir, kath. Brüder Deutschlands! Die anderen katholischen Völker bringen seit Monaten ihre Gaben dem Oberhaupt der Kirche dar, wie einst die ersten Christen den Erlös ihrer Habe niederlegten zu den Füßen der Apostel. Wir wollen nicht länger von ihnen uns überstrahlen lassen.

Unser Vicepräsident hat bereits unter dem 7. März aufgefordert, durch die That unsere opferwillige Liebe zur Kirche zu bezeugen u. so eine wahre Kindespflicht zu erfüllen. Sein Wort ist nicht ohne Erfolg geblieben. Verschiedene Städte haben bereits Beiträge für die Kosten des Concils geliefert, auch mehrere Redaktionen kath. Zeitungen haben Sammlungen veranstaltet. Das Resultat ist aber immer noch verschwindend gering für das kath. Volk Deutschlands. Geben wir also, geben wir alle, so viel wir können. Wir haben nie mehr im eigentlichsten Sinne Gott gegeben, als wenn wir für die Zwecke des Concils spenden. Die Welt aber soll erkennen, daß wir Katholiken Deutschlands, daß alle Katholiken auf dem weiten Erdenrunde, daß wir alle eins sind in dem, der unser anbetungswürdiger Erlöser und der Richter unserer einen heiligen Kirche, daß sie aber allezeit unsere geliebteste Mutter ist.

Das Centralcomite der Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands.
(Folgen 40 Unterschriften.)

Inland.

München, 18. Juni. Die Reichsrathskammer stimmte in ihrer heutigen Sitzung dem Gesetzentwurf über den außerordentlichen Militärkredit in der Fassung der Abgeordnetenkammer zu und beharrte nur einstimmig auf dem Bau des Nürnberger Militärkrankenhauses. Ueber das provisorische Targesetz wurde Gesammtbeschluß erreicht. Nächste Sitzung Montag. Die Abgeordnetenkammer nahm heute den Antrag in Betreff der Zinsgarantie für die pfälzischen Eisenbahnen an. Dann entspann sich eine weitwendige, augenblicklich noch unbeendigte Discussion über den Gesetzentwurf der Interzessionen betr.

München, 17. Juni. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer hat heute die zweite Lesung seiner Beschlüsse bezüglich des Militärbudgets vorgenommen und die Fassung des zu veröffentlichenden Berichts genehmigt. — Bezüglich eines Antrags des Reichsraths Grafen v. Lerchenfeld, daß im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft ausgesprochen werde, daß diejenigen civilrechtlichen Bestimmungen, welche dem Verkaufe von Getreide und Früchten auf der Wurzel entgegenstehen, vom Tage der Verkündung außer Wirksamkeit gesetzt seien, beantragt der Referent Freiherr v. Frankenstein die baldthunlichste Vorlage eines Gesetzentwurfes, durch welchen die erwähnten civilrechten Bestimmungen aufgehoben werden sollen.

Aus **Stadtamhof** bringt das „bayerische Volksbl." folgende Anfrage: Der Hr. Justizminister v. Lutz hat in der 2. Kammer erklärt, die kleinere Zahl von Berufungen an die höheren Instanzen jenseits des Rheins komme von dem gesetzlicheren Sinne der dortigen Bewohner her. Im Hinblicke auf den neuesten Einspruch des Hrn. Kleiner am k. Bezirksgerichte Amberg in Sachen Körber gegen Kleiner drängt sich die Frage auf, unter welchen ministeriellen Gesichtspunkt dieser Fall paßt?

Der blinde Großherzog von **Mecklenburg-Strelitz**, der seit 1866 von einem solchen Hasse gegen Preußen erfüllt ist, daß er alle seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu der nahe verwandten preußischen Königsfamilie gänzlich abgebrochen hat, sucht sich jetzt, wie man der „K. Ztg." schreibt, dadurch an Preußen zu rächen, daß er, so weit dies in seinem Ländlein angeht, nur mißvergnügte ausgewanderte Hannoveraner zu den höchsten Staatsstellen befördert. So hat er kürzlich den hannover'schen Exminister v. Hammerstein zu seinem Minister ernannt u. einen hannover'schen Chef des Bauwesens und einen Vorstand des Unterrichtswesens berufen. Wer nur eine Spur nationaler Gesinnung zeigt, wird am Hofe zu Strelitz fast als Hochverräther betrachtet.

Die „N. Pr. Z." bemerkt zu den Kundgebungen der Lehrerversammlung: „Einer Kritik bedarf all dieses Gewäsch nicht. Jeder verständige Lehrer, welche die rechte unumgängliche Quelle seiner Berufstreue kennt, wird sich davon überzeugt halten, daß diese allgemeinen Lehrertage überwiegend der Tummelplatz einer vor Hochmuth tollgewordenen Pädagogik sind." Die „Pfälz. Ztg." fügt hinzu: Jedenfalls glauben wir, daß es sich nicht rechtfertigen läßt, wenn zur Beschickung solcher Versammlungen, bei welchen für die Schule selbst gar nichts herauskömmt, die Regierung aus öffentlichen Mitteln Subventionen gewährt.

Ausland.

Brüssel, 15 Juni. Der Rücktritt des Cabinets ist entschieden. Die abtretenden Minister rathen dem Könige, hervorragende Mitglieder der Rechten zur Bildung eines neuen Cabinets zu berufen. Wenn die katholische Partei die Regierung übernimmt so ist eine Auflösung der Kammer unausbleiblich.

Aus **Brüssel** bringt ein daselbst erscheinendes Blatt die wichtige Nachricht, daß die preußische Regierung die „Augsburger Allgemeine Zeitung" um 1,300,000 fl zu kaufen beabsichtige. Hiezu bemerkt der „Volksbote": Natürlich ist die Bestätigung abzuwarten, obwohl ein derartiger Kauf ganz im preußi-

schen Interesse liegt, um in Bayern, nachdem die Verpreußung durch andere, von Preußen unterhaltene, kleinere Blätter in's Wasser gefallen ist, das Geschäft in größerem Maßstabe zu betreiben. Zu solchen Zwecken und für Pickelhauben hat die hohe väterliche Regierung stets Geld im Ueberflusse, wenn aber in den ostpreußischen Provinzen Jemand einen, ihm bei der letzten Hungersnoth geliehenen, Sack Kartoffel nicht zu rechter Zeit zu zahlen im Stande ist, wird er von Haus und Hof gejagt.)

Brüssel, 15. Juni. Heute gebe ich Ihnen eine genauere Mittheilung über den Einfluß der Kammerwahlen des 14. Juni auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Vor den Wahlen des Monat Juni 1868 bestand die Kammer aus 72 Liberalen und 52 Klerikalen; also eine Mehrheit von 20 Stimmen für das liberale Ministerium. Diese Wahlen führten der liberalen Partei einen Bezirk zu, und in Folge dessen wurde die parlamentarische Majorität um zwei Stimmen vermehrt; sie betrug also nach den Wahlen von 1868 22 Stimmen: 73 Liberale gegen 51 Klerikale. Seitdem hat eine Nachwahl, veranlaßt durch eine Ablehnung des Herrn de Coninck, Abgeordneten für Dixmude, einen neuen liberalen Abgeordneten in die Kammer gebracht, Hrn. de Breyne-Dubois. Die liberale Majorität gewann dadurch wieder zwei Stimmen, und sie zählte sonach den Tag vor den Wahlen des 14. Juni 1870 24 Stimmen: 74 Liberale, 50 Klerikale. Gestern hat sich für das Ministerium ein Verlust von 24 Stimmen herausgestellt, und da die Mehrheit, auf welche dieselbe rechnete, gerade 24 Stimmen betrug, so ist diese Majorität, — die größte, welche man je in der Kammer erlebt — nicht mehr vorhanden.

Genf, 14. Juni. Seit gestern feiern circa 5000 Bau-Arbeiter.

Paris, 16. Juni. Der „Figaro" erzählt die drollige Art und Weise, wie die Polizei gestern eine Spielhölle aufhob. Der Leiter dieser Bank, bereits wegen falschen Spiels bestraft, ließ mit Rücksicht auf die beschränkte Räumlichkeit niemals mehr als fünfzehn Personen zu. Waren einmal die fünfzehn Plätze besetzt, so wurden die Thüren hermetisch verschlossen, und Niemand konnte mehr eindringen. Der Polizeibeamte Bondeoille nun, welcher speciell nun mit der Ueberwachung der Spielhäuser betraut ist, fand ein Mittel, auf eine nicht weiter auffällige Weise durch die Fenster in die Spielzimmer zu dringen. Er ließ alle seine Agenten sich als Tünchergesellen verkleiden; zwei von ihnen wurden mit Leitern vorangeschickt und mußten sich das Ansehen geben, als ob sie die Vorbereitungen zum Anstreichen des Hauses machten; sie legten wie zufällig ihre Leitern an die Fenster an, und ehe sich die Spieler es versehen hatten, waren die Agenten eingestiegen. Eine halbe Stunde darauf war das ganze Nest aufgehoben, ohne daß die Nachbarschaft eine Ahnung davon hatte.

Seit einiger Zeit führen die offiziösen französischen Blätter wiederum eine äußerst feindselige Sprache gegen Preußen.

Konstantinopel, 15. Juni. Die Türquie theilt mit, daß bei den Rettungsversuchen die während des letzten großen Brandes in Pera gemacht wurden, mancher ein Opfer seines Eifers gewoden ist. Man nennt unter diesen die Herren Runzler, Krebs und Seefelder (drei Deutsche also!), die zugrunde gingen bei dem Versuche, die Kranken aus dem deutschen Spital in der Straße Hamal Baschi zu retten. Die Hilfe, die man den Kranken leistete, konnte nicht verhinde.n, daß acht von ihnen den Tod in den Flammen fanden; eine Barmherzige Schwester, mit ihrer Pflege betraut, theilte ihr Schicksal. Nich weit davon zog man aus einem Keller die Leichen von 14 Erstickten, zwei andere Unglückliche starben auf dieselbe Art, und man spricht von einem Mädchen-Institute, das plötzlich von den Flammen umzwingelt ward und in dem 15 Schülerinen den Tod gefunden haben sollen.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 17. Juni.

Eine k. Regier.-Entschl. wegen nunmehriger Unterbringung der aus Gemeinden des oberfränkischen Reg.-Bezirks in Kreisirrenanstalten anderer Regierungsbezirke bereits untergebrachten Geisteskranken in die neue Kreisirrenanstalt Bayreuth soll den betheiligten Angehörigen zur Kenntniß gebracht werden. — Ein Antrag auf Erwerbung eines Grundobjektes nächst der Lokalirrenanstalt St. Getreu soll wegen der gestellten lästigen Bedingungen abgewiesen werden. — Zum Leichentransporte sollen die städtischen Leichenwagen für die Folge nur mehr dann abgegeben werden, wenn es sich um Leichen handelt, die zum Stadtbezirke gehören. — Wegen Anlegung der Seitenkanäle in der langen Gasse sei den Hrn. Adjazenten sachdienliche Mittheilung zu machen. — Die Anlegung eines Kanals in der Augasse sei der weiteren Instruktion zu unterziehen, sobald die Hälfte des Kostenbetrags von den H. Antragstellern übergeben sein wird. — Ueber die beantragte Kanalanlage in der Kaiserhofstraße seien die betheiligten H. Adjazenten mit ihrer Erklärung über Beitragsleistungen zu hören. — Die von der Stadtkämmerei gepflogene Verpachtung des diesjährigen Obstertrages an der Memmelsdorfer Straße sei zu genehmigen. — An den Riemermstr. H. Herdt sei ein nachgesuchter Verkaufsplatz für die beiden Messen um 2 fl. abzulassen. — Von den Domkapitel'schen Gebäuden sollen die Gemeindeumlagen erhoben werden. — Ein wiederholter Antrag der im Hause der Unheilbaren befindlichen Pfründner um Erhöhung ihres Biergeldes sei abermals abschlägig zu bescheiden. — Auf Anregung der Kirchenverwaltung zu U. L. Frau sollen die bei der beabsichtigten Regulirung und Pflasterung des Vorplatzes an der oberen Pfarrkirche zum Vorschein kommenden Ge-

Digitized by Google

beine aus dem vormaligen Kirchhofe im hies. allgemeinen Leichenacker beigesetzt werden. — Dem Schuhmachergesellen H. Andr. Bayer sei Verehelichungszeugniß auszustellen (H.-G. 36 fl.). Wiederverehel.-Zeugn. sei auszufertigen für den Hrn. Schreinermstr. Pankraz Döring. — Die Hinwegschaffung eines kupfernen Braukessels in der Königsstraße sei den betheiligten Werkmeister aufzugeben. — Von der durch die k. Regierung erfolgten Aufstellung von Unteragenten sei Vormerkung im Verzeichniß zu machen. — Der arbeitsscheue Taglöhner Ambros Hellmann sei auf die Dauer eines Jahres in der Polizeianstalt Rebdorf zu verwahren. — Die nachgesuchte Heimschaffung der Leiche des ertrunkenen Müllergef. Peter Karl von Staffelbach sei unter genauer Einhaltung der bestehenden Vorschriften zu gestatten. — Die vom hies. Gartenbauvereine auf Ansuchen hergestellten statistischen Notizen über den Vollzug der Culturgesetze seien der kgl. Regierung in Vorlage zu bringen. — Gegen 2 Hausbesitzer in 1. Stadtdistrikte sei wegen unterlassener Beseitigung der in ihren Häusern vorgefundenen feuergefährlichen Gebrechen Strafantrag zu stellen. — Von der polizeilichen Lokalbaucommission wurden Bauwendungen in den Häusern Nr. 105a, 709, 1156ab, 1249 und die Erbauung eines Wohnhauses des H. Maurermeisters Koch in der Weide genehmigt.

Bayreuth, 14. Juni. Die Vorbereitungen zu dem vom 23. — 25. Juli hier stattfindenten fränkischen „Sängerfeste" sind bereits im vollen Gang und sämmtliche Ausschüsse in regster Thätigkeit. Angemeldet sind schon über 1200 Sänger, von denen mindestens 800 frei zu quartieren sind; für die Produktionen, sowie als Centralsammelpunkt ist das k. Reithaus in Aussicht genommen, für dessen Ausschmückung vom Centralausschuß die Summe von 1200 fl. bestimmt worden ist. (Im Programm der aufzuführenden Chöre finden wir auch „das deutsche Lied" von Schneider [unserm verstorbenen Stadtkantor] Redakt.)

Das neue Philisterthum.

1. Kön. Kap. 17.

Sonett.

Nach Wien, nach Wien, da kamen viele Lehrer,
Gar weidlich bliesen sie die Backen auf,
Wißt, riefen sie, der Bildung freier Lauf
Gehemmt war er — zum Staunen vieler Hörer.

Und weiter schrieen diese Philisterer:
Wir nehmen kühnen Muth's den Kampf jetzt auf:
Frei, ungehindert sei der Bildung Lauf
Wir sind die Bildner, wir die wahren Lehrer.

Da dachten wir und Viele an Homer,
Der einen Krieg gar luftiglich beschrieben,
Hinwies zugleich auf Zeus, die Gegenwehr.

Wie: Findet man denn keinen Zeus jetzt mehr,
Der diesen zeigt mit wucht'gen Geistes Hieben,
Daß ihnen bloß das Schreiorgan geblieben?

B—m. Th.

Sanitäts-Controle.

Die täglich mehr um sich greifenden Fälschungen der Chocoladen machen ein Produkt wie es sein soll — pure Cacao mit Zucker — fast zur Seltenheit. Gemahlene Cerealien, Fette, Farbe und Gewürze sind oft der ausschließliche Bestand von Erzeugnissen, welche als Chocolade verkauft werden.

Es ist evident, daß auch der reelle Fabrikant hierdurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Um unsrerseits jedem Mißtrauen zu begegnen, haben wir unsere Chocoladen-Fabrik in ihrem ganzen Umfange unter sanitätspolizeiliche Controle gestellt. — Die Aufsicht wird durch stetige Analyse, sowohl der zu Verwendung kommenden Rohstoffe als der fertigen Produkte gehandhabt und bietet den Consumenten die sichere Garantie, eine der Gesundheit durchaus zuträgliche Chocolade zu genießen.

Wir empfehlen ganz besonders den Herren Aerzten und Apothekern, Verwaltungen von Hospitälern und Pensionen unsere Cacao-Erzeugnisse, welche in Tafeln, gepulvert und entölt in den hauptsächlichsten Geschäften Deutschlands käuflich sind.

Franz Stollwerck u. Söhne in Cöln a. Rhein.

Katholisches Casino.

Heute Sonntag
bei günstiger Witterung
musikalische Produktion
Anfang Nachmittag 6 Uhr
wozu die verehrl. Mitglieder nebst Fam. eingeladen sind. Der Vorstand.

Eine schöne Parterrewohnung am untern Stephansberg ist auf Ziel Jakobi zu vermiethen.

Starke Politur,

per Pfund 18 kr., per Litre — ca. 2 Pfund mit Flasche 35 kr., bei 10 Litre a 32 kr., bei 30 Litre a 28 kr. Proben von ½ Litre und Bestellungen werden unter Nachnahme versadt. Chem. Laborator. C. Ziegler, Stuttgart.

Gesellen-Verein.

An allen Sonn- und Feiertagen ist von Nachmittags 4 Uhr an der Garten für die Hrn. Schutzvorstände und ihre Familien, sowie für die Mitglieder geöffnet.

Der Präses.

Das kath. Casino Schesslitz

ladet seine verehrl. Mitglieder sammt Familien ein, sich am Freitag den 24. Juni, Nachmittags, recht zahlreich auf dem Fäßleinskeller einfinden zu wollen.

Der Vorstand.

Specialität
Central-Lufthelzung und **Ventilation** für Gebäude und Trocken-Anlagen aller Art, insbesondere auch Kirchen und Schulen, von 1
Boyer & Consorten.
Ludwigshafen a/Rh.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 142. Dienstag, den 21. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 19. Juni. Der Prinz Arnulf, jüngster Sohn des Prinzen Luitpold, geb. 6. Juli 1852, wird am 6. künftigen Monats die Großjährigkeit u. hiemit Sitz in der Kammer der Reichsräthe erlangen. Diese Kammer wird dann 11 königl. Prinzen, unter diesen den Prinzen Luitpold mit 3 Söhnen, zu ihren Mitglieder zählen. — Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten wird die unterbrochene Budgetberathung morgen wieder aufnehmen; zunächst gelangt der Etat des Staatsministeriums des Aeußern zur Berathung.

München, 20. Juni. Die Reichsrathskammer nahm in ihrer heutigen Sitzung die Gesetzentwürfe wegen des Baues der bekannten drei Vizinalbahnen, sowie den Antrag auf Revision des Distriktsrathsgesetzes in der (bereits früher mitgetheilten) vom Ausschuß beschlossenen Fassung an.

Durch eben erschienene k. Verordnung werden zum Vollzuge der neuen Zivilprozeßordnung die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten festgestellt. Die Zeugen können als Entschädigung für die Reisekosten 12 kr. u., wenn der Weg mit der Eisenbahn gemacht werden kann, 6 kr. für jede Stunde der Hin- und Rückreise beanspruchen. Die Entschädigung für Zeitversäumniß und Verpflegungsauslagen beträgt 1 fl. für jeden Tag. Die Sachverständigen erhalten die gleichen Gebühren und für die Abgabe des Gutachtens ein Honorar, welches nach besonderen Bestimmungen zwischen 1 bis 50 fl. bemessen wird.

Die sämmtlichen Kompagnien der Infanterie-Regimenter und Jäger-Bataillone werden beim Beginne der Ernte- und sonstigen Feldarbeiten am 1. Juli von ihrem jetzigen Präsenzstande zu 75 Mann sich auf 60 Mann (Gefreite und Soldaten) stellen und somit 15 Mann beurlauben; die in Folge dessen in Urlaub erlassene Mannschaft erreicht bei der gesammten Infanterie und den 10 Jägerbataillonen die Zahl von 3020 Mann. — In den Monaten Juli und August wird unsere Artillerie eine Gesammtstärke von 3320 Mann (Bombartiere u. Kanoniere) haben und zwar 188 Mann bei der reitenden, 1132 bei den fahrenden Feldbatterien und 2000 Mann bei den (Festungs-) Fußbatterien; am 1. Sept. werden wieder umfassende Beurlaubungen stattfinden.

Laut Telegramm aus Rom an das hiesige Ordinariat dankt Erzbischof Gregor für etwaige Zustimmungsadressen. Anlaß gab ein Protesttelegramm des Pfarrklerus von Salzburghofen aus gegen das Vorgehen der Geistlichkeit des Freisinger Domberg's.

Das neue Hof- und Staatshandbuch befindet sich zur Zeit im Druck und wird in den nächsten Tagen ausgegeben werden. In demselben erscheinen zum ersten Male die Stellen der 4 Großbeamten der Krone vollständig besetzt. Staatsräthe im ordentlichen Dienst gibt es 6, im außerordentlichen 19. Die Kammer der Reichsräthe besteht aus 10 Angehörigen des königlichen Hauses, 48 erblichen und 16 lebenslänglichen Mitgliedern. Das Ministerium des Auswärtigen zählt 5 Ministerialräthe und 1 Legationsrath; das Justizministerium 4 Ministerialräthe, 1 Ministerialassessor, 2 Oberappellationsgerichtsräthe und 2 Appellationsgerichtsräthe; das Ministerium des Innern 6 Ministerialräthe, 1 Obermedicinalrath, 3 Oberregierungsräthe und 2 Regierungsräthe; das Cultusministerium 8 Ministerialräthe, 1 Ministerialassessor; das Finanzministerium 10 Ministerialräthe, 1 Oberrechnungsrath und 5 Regierungsräthe; das Handelsministerium 1 Ministerialdirektor, 5 Ministerialräthe, 2 Ministerialassessoren, 1 Oberzollrath und das Kriegsministerium 1 Generalverwaltungsdirektor und 16 Referenten.

(Correspondenzkarten in Preußen.) Es sind dies offene Karten von der Größe der Postanweisungen. Auf die Vorderseite wird die Adresse geschrieben; die Rückseite dient zu schriftlichen Mittheilungen jeder Art. Diese können mit telegraphischer Kürze und auch mit Bleistift geschrieben werden, was namentlich die Benutzung auf Reisen erleichtern wird. Das Briefcouvert, der Briefbogen und der schleppende Briefstyl werden erspart. Dem Vernehmen nach sollen diese Karten vom 1. Juli an, mit den tarifmäßigen Freimarken beklebt, im Uebrigen aber unentgeltlich, bei sämmtlichen preußischen Postanstalten an das Publikum abgegeben werden. Auf diese Karten ist auch das Verfahren der Recommandation

Digitized by Google

und der Expreßbestellung anwendbar, Postvorschüsse werden jedoch auf dieselben nicht gegeben. Der Absender der Karte braucht sich nicht zu nennen und geschieht die Beförderung in offener Weise. Dieselben werden auch in Bayern eingeführt.

Kissingen, 17. Juni. Nach vielen Bemühungen ist es gelungen, den Betrieb der Saline Kissingen für die Aktiengesellschaft des hiesigen Bade-Etablissements zu erringen. Der Betrieb der Saline hat in doppelter Beziehung Wichtigkeit für den Badeort; es wird dadurch erstens ein Theil der früheren Salinenarbeiter beschäftigt, und eine man kann wohl sagen tausendjährige Industrie erhalten, dann wird aber — und dies ist die Hauptsache für Kissingen — die Möglichkeit gegeben, eines seiner Hauptkurmittel, die Mutterlauge, die anerkannt eine der besten ist, selbst zu erzeugen.

Das preuß. Justizministerium hat die Weisung ergehen lassen, daß weder gegen Untersuchungs-, noch gegen Strafgefangene bei Zuwiderhandlungen gegen die Dienst- und Hausordnung die Strafe der körperlichen Züchtigung mehr verhängt werden soll, d. h. bisher wurden in Preußen selbst Untersuchungsgefangene gelegentlich durchgeprügelt, künftig aber sollen sie's nicht mehr werden — für den „Staat der Intelligenz" immerhin ein bedeutender Fortschritt!

Hannover, 18. Juni. In der gestrigen Versammlung der National-Liberalen, von 800 Personen, wurde nach einstündiger Rede Bennigsens einstimmig folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklärt nur für die Wahl solcher Abgeordneten wirken zu wollen, welche demnächst für die Fortbildung des Nordbundes zum deutschen Bundesstaat auf den Grundlagen der bestehenden Bundesverfassung, für den Ausbau derselben im Sinne des constitutionellen Staats, und entschieden für liberale Reformen in den Staatseinrichtungen Preußens, sowie für nach der Lage der europäischen Verhältnisse zulässige Ersparungen einzutreten entschlossen sind.

Ausland.

Nach böhmischen Blättern soll noch im Laufe des Sommers zur Anlage des befestigten Lagers bei Kosteletz an der Turnauer Bahn geschritten werden. Der Höchstkommandirende in Böhmen, Feldmarschalllieutenant Graf Huyn, habe vor Kurzem das Terrain besichtigt und mit den Grundbesitzern der benachbarten Dörfer seien bereits Verkaufsverhandlungen eingeleitet. Dagegen soll auf das projektirte große Herbstmanöver bei Olmütz aus Ersparungsrücksichten verzichtet werden. Die Nachricht, daß das russische Kriegsministerium mit dem Gewehrfabrikanten Werndl in Steyr einen Vertrag auf Lieferung von 100,000 Hinterladern abgeschlossen habe, ist unbegründet. Die Werndl'sche Fabrik ist noch auf geraume Zeit für die k. k. Armee und die cis- und transleithanische Landwehr beschäftigt, und nach Effektuirung der bezüglichen Bestellungen soll zunächst eine Lieferung für die türkische Armee an die Reihe kommen.

Paris, 18. Juni. Der Univers bringt eine Depesche aus Rom vom heutigen Tage, wonach Kardinal Patrizzi gestern im Namen des Collegium sacrum gesprochen, den Papst zu dem 25. Jahrestage seiner Thronbesteigung beglückwünscht und die Hoffnung ausgedrückt hat, daß das Unfehlbarkeitsdogma werde definirt werden. Der Papst betonte in seiner Antwort die Gefahren des in die Kirche eindringenden Emanzipationsgeistes.

Aus Paris, 18. Juni, wird der „Köln. Ztg." geschrieben: Der Zustand des Kaisers hat sich verschlimmert und er ist wieder genöthigt, das Bett zu hüten, da er sich nicht bewegen kann. Es soll zwar keine Gefahr vorhanden sein, der Kaiser aber arg leiden. Die Abreise des Hofes nach St. Cloud, die heute um 1 Uhr stattfinden sollte, wurde verschoben, weil man den Kaiser in den Wagen hätte tragen müssen, was zu großes Aufsehen gemacht haben würde. Möglich wäre es doch, daß man ihn heute Abend unter dem Schutze der Dunkelheit nach St. Cloud transportirt. Sein Unwohlsein verhindert ihn jedoch nicht, seine Minister und die übrigen hohen Beamten zu empfangen. Heute präsidirte er dem Ministerrathe.

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 17. Juni brachte der Marquis de Pire eine Interpellation ein, in welcher er die Anfrage an die Regierung richtet, ob es nicht, nachdem das Plebiszit die kaiserliche Dynastie gekräftigt habe, ziemlich wäre, die beiden Linien des Hauses Bourbon zurückzurufen und dem Hause Orleans die eingezogenen Güter zurückzuerstatten.

In Bayonne (Frankreich) haben sich zahlreiche carlistische Führer versammelt. Einem Gerüchte zufolge sollen sie demnächst eine Bewegung beabsichtigen. Wahrscheinlich aber dürften sie im Innern internirt werden.

Aus Rom vom 16. Juni wird dem „Monde" telegraphirt: „Heute am Fronleichnamsfeste hat eine glänzende Procession stattgefunden, an welcher 500 Bischöfe theilnahmen. Die Volksmenge war ungeheuer. Gestern hat das Concil über das dritte Capitel der Constitution de ecclesia Christi votirt. Die Berathung über das vierte Capitel hat begonnen. Vierundsiebenzig Redner sind eingeschrieben, gesprochen haben die Cardinäle Mathieu und Rauscher."

Der „N. Fr. Pr." schreibt man über die Kluft zwischen der Mehrheit und der Minderheit des Concils aus Rom vom 15.: Schon seit den ersten Tagen des Concils, nachdem sich die Parteistellung einmal krystallisirt hatte, machte sich zwischen den Mitgliedern der Majorität und Minorität eine auffallende Spannung geltend, und man beschränkte sich in Folge Dessen von beiden Seiten stets nur auf die Beobachtung der einfachsten Anstandsformen, ohne sich außerhalb der Aula in einen näheren Umgang einzulassen.

Digitized by Google

Seit der Vergewaltigung der Minorität durch den plötzlichen Abbruch der General-Debatte über das Schema der Unfehlbarkei, namentlich aber seit der tiefeingreifenden oppositionellen Monstreversammlung in der Behausung des Kardinals Rauscher hat jedoch diese gesellige, kühle Zurückhaltung einer heftigen Erbitterung der Gemüther Platz gemacht, welche vielleicht in keinem der europäischen Parlamente gegenwärtig so offenkundig zu Tage tritt, wie hier. Der Riß, welcher die Väter der ökumenischen Synode in zwei, freilich sehr ungleiche, Lager spaltet, ist unheilbar. Allerdings wird die Zahl der pflichttreuen Bischöfe bis zum Schlußakte noch bedeutend zusammenschmelzen, unn manche von ihnen mögen noch dem Beispiele des Metropoliten von Köln Folge zu leisten; aber jene kleine auserwählte Schaar, die sich unter dem Banner Rauscher's, Schwarzenberg's u. Stroßmayer's gesammelt, wird, wenn nicht alle Anzeichen trügen, standhaft bis zur letzten Stunde im Kampfe ausharren. (Wie viel ist daran wahr?)

Ein Telegramm aus Florenz, 17. Juni, meldet: Bei der am 24. d. Mts. stattfindenden Einweihung des Denkmales in Solferino wird von Seite Oesterreichs Oberst Pollak und von Seite Frankreichs Oberst Haye anwesend sein.

In den südlichen Provinzen Italiens steht das Räuberunwesen wieder in alter Blüthe. Das Blatt „Italia militare" vom 15. Juni bringt eine amtliche Zusammenstellung der Räubereien und gesteht zu, daß dies Unwesen sich wieder bedeutend vermehrt habe. Gleichzeitig werden in der Gegend von Catanzaro, wo am 8. Mai der Aufstand losbrach, immer noch eine Menge Verhaftungen vorgenommen, wegen Theilnahme an jenen Unruhen oder wegen Verdachtes der Conspiration gegen die Regierung.

In einem Circular hat jetzt Mazzini seinen Gesinnungsgenossen in Italien Ordre gegeben, keine weiteren Insurrektionsversuche mehr zu machen, weil der Hauptzweck bereits erreicht, nämlich die Ueberzeugung gewonnen sei, daß die Regierung in der Bevölkerung keine Wurzel mehr hat und daß keine Hand sich zu ihrer Unterstützung rühren wird, sobald die Stunde schlägt, in welcher er (Mazzini) Italien einladen wird, die Republik zu inauguriren. Man wird also in nächster Zeit von neuen Banden und Ruhestörungen nicht viel mehr hören, da die Zeit der Probe vorüber, der Zeitpunkt zum Losbruch aber noch im Schooße der Zukunft liegt.

London, 17. Juni. Das Oberhaus hat in seiner heutigen Sitzung die irische Landbill in 2. Lesung nach langer Debatte angenommen, nachdem Lord Oranmore's Antrag auf Verwerfung der Bill abgelehnt worden war.

Ueber den Anführer des jämmerlich verlaufenen Fenierzuges gegen Canada wird Londoner Blättern nachträglich Folgendes geschrieben: „Einen größeren Bummler als den „General" O'Neil hätten die Fenier schwerlich für die Leitung ihres letzten blödsinnigen Unternehmens gegen Canada finden können. Am Morgen, wo die Geschichte losgehen sollte, scheint der Würdige so vollgetrunken gewesen zu sein, daß er gar nicht aus dem Bett zu bringen war. Viermal wurde er geweckt, immer legte er sich wieder auf's Ohr und schnarchte fort. Sein Aussehen als man ihn endlich einmal auf die Beine gebracht hatte, war nichts weniger als martialisch. Er ritt auf einem so kleinen Pony, daß er mit den Füßen die Erde berührte; kriegerisch war an ihm nichts als der mächtige Kavalleriesäbel, der den Boden entlang schleifte. Da er hinter der Front seiner Heldenschaaren geblieben war, so konnte der Ver. Staaten-Marschall ihn bequem abfassen und in seinen Wagen schleppen, um ihn wegen Friedensbruchs in Gewahrsam abzuführen. Unterwegs laborirte O'Neil an starkem, halb physisch, halb moralischem Katzenjammer. Der Marschall hielt deßhalb an der ersten Schenke still und ließ O'Neil einen mächtigen Humpen Branntwein verabreichen, den dieser bis auf die Neige leerte. Die Fenier sollen so wüthend auf ihren Exgeneral sein, daß sie ihn todtschießen wollen, sobald er aus dem Gefängniß entlassen ist.

Kopenhagen, 17. Juni. Die Großfürstin Dagmar ist von St. Petersburg heute hier eingetroffen. Von der kgl. Familie eingeholt, bestieg sie das Dampfschiff „Schleswig," das unter Kanonendonner die Rhede passirte und bei Humlebek landete.

Bukarest, 18. Juni. Fürst Cusa ist im zweiten Collegium des Distrikts Mehedinz, dessen Hauptort Turnseverin ist, zum Senator gewählt worden.

Konstantinopel, 17. Juni. Der Sultan hat Befehl gegeben, daß die im Budget für die Festlichkeiten am Jahrestage seiner Thronbesteigung ausgesetzte Summe (5000 türk. Pfd.) den Abgebrannten von Pera zu Gute kommen und der Tag nicht gefeiert werden soll. — Der Sultan soll die Absicht haben den Kaiser von Rußland in Livadia (in der Krim) zu besuchen; die France en Orient bezeichnet dieses Gerücht als beglaubigt.

Ueber den Brand in Konstantinopel hört man noch ganz erstaunliche Dinge, was die türkischen Löschanstalten angeht Die Polizei hatte eine Art von Feuer-Kordon organisirt und trieb, die sich retten wollten, zurück. So haben viele ihren Tod in den Flammen gefunden.

Serajewo, 16. Juni. Der bosnische Landtag, welcher unter Anderem auch neue Steuern votirte, wurde geschlossen. Eine Deputation von drei Mitgliedern begibt sich nach Constantinopel, um die Landtagsbeschlüsse zu überreichen.

Washington, 16. Juni. Die mehrtägigen Verhandlungen über die Botschaft des Präsidenten bezüglich Cuba's schlossen heute mit einem Siege der Regierung, indem alles was einer Anerkennung ähn-

Digitized by Google

lich sieht vermieden wurde. Mit 103 gegen 86 Stimmen gelangte im Repräsentantenhause der Antrag Binghams zur Annahme, welcher den Präsidenten ermächtigt Einsprrch zu erheben gegen die barbarische Art und Weise in welcher der Krieg auf Cuba geführt worden ist, und die Mitwirkung anderer Regierungen zu Maßregeln aufzufordern welche er etwa für nöthig hält um von bteiden Seiten eine Beobachtung der von allen civilisirten Völkern anerkannten Kriegsgesetze zu sichern. Trotz dieses Sieges der Regierung geht das Gerücht daß das Cabinet in Folge dieser Vorkommnisse durch den Rücktritt des Staatssecretärs Fish eine Veränderung erfahren werde. — Die gesammte Presse drückt ihre Ansicht dahin aus: daß die Annahme der gemeldeten Resolution des Repräsentantenhauses in der cubanischen Frage als eine entschiedene Billigung der von der Administration in diesem Punkte beobachteten Politik anzusehen ist.

Vermischtes.

Aus Würzburg schreibt man der „Südd. Post": Allgemeine Klage ist dahier über die Frechheit und Ungezogenheit norddeutscher Studenten. Seit 14 Tagen haben wir nicht weniger als etliche 20 Skandale zu verzeichnen; seit 3 Tagen hat man Nichts mehr gehört, wahrscheinlich weil die Volksjustiz an Stelle der bei solchen Gelegenheiten unsichtbaren Polizei trat und die Ruhestörer gehörig durchgerbte. So wurde am Pfingstmontag ein Rudel von einigen Dutzend solch' nordd. Musensöhne aus der benachbarten Stadt Heidingsfeld bis nach Würzburg gejagt und ihren Köpfen und Rücken von den verfolgenden Bürgernuund Arbeitern hart zugesetzt. Das Betragen dieser „intelligenten" und noblen Herren veranlaßte selbst den akademischen Senat, Maßregeln zu ergreifen, um die Wiederholung solcher Auftritte für die Zukunft zu vermeiden.

In Ungarn ist man über den Staatenstand des voll und ebenso in Galizien, daher dort in Voraussicht einer guten Mittelernte die letzten Vorräthe des vorjährigen Gewächses an den Markt gebracht werden. Die Rapsernte im Banate wird durch den leider seit zwei Tagen anhaltenden Regen gehemmt; eine längere Regendauer könnte der Frucht nachtheilig werden, die sehr schön ausfällt und im Durchschnitte ein Erträgniß von 10 Metzen per Joch annehmen läßt. In Rußland läßt der Staatenstand in den südlichen Gouvernementh eine sehr ergiebige Ernte erwarten.

Zwickauer Pechkohlen

I. Qual.

empfehle den Herren Ziegeleibesitzern bei Abnahme von 50—100 Ztr. zu Grubenpreisen

J. B. Bayer jun.

Gebrüder Göhring

in Frankenthal

(Rheinpfalz)

liefern Dampf- und Locomobil-Kessel jeder Art, Seifen- und Laugenkessel, ferner alle zur Dampfbrauerei nöthigen Maschinen, solid und höbsch gearbeitete Kühlschife, gut konstruirte Malzdarren in Eisenblech und in Draht, eiserne Maischbütten ꝛc. — Billige Preise bei prompter Bedienung.

Non plus ultra Kaffee - Maschinen

nach eigener neuer Construktion, welche bereits die allgemeine Anerkennung erlangt haben, empfiehlt in allen Größen

Seb. Schreiber,

München,

kgl. Hofspengler.

Briefsiegelmavken,

geprägte ein und zweifarbige, lithographirte mit Farbe oder Bronzedruck, und

Briefcouverts

mit aufgedrucktem farbigen Firmenstempeln empfiehlt billigst die Nürnberger Briefsiegelmarkenfabrik von

G. D. Schwemmer,

Nürnberg.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

á Stück 35 kr.

1	Gewinn zu	14000	fl
1	do	7000	fl
1	do	3000	fl
1	do	1756	fl
2	do zu 875 fl. — kr.	1750	fl
10	do zu 180 fl. — kr.	1800	fl
20	do zu 87 fl. 30 kr.	1750	fl
30	do zu 52 fl. 30 kr.	1575	fl
100	do zu 35 fl. — kr.	3500	fl
200	do zu 17 fl. 30 kr.	3500	fl
500	do zu 7 fl. — kr.	3500	fl
934	do zu 3 fl. 30 kr.	3269	fl
13200	do zu 1 fl. 45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.	70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Gratulations-KARTEN UND BRIEFBOGEN

in größter Auswahl, elegant u. billig, bei ***Otto Reindl.***

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:		Ankunft:	
1[45]	früh Schnellz.†*	12[40]	Nacht Schnellz.†*
5	früh Postz. †	4[45]	früh Postzug *
8[3]	„ Schnellz.*	7[44]	„ Güt. v. Nbg.
12[25]	Mitt. Postz. †*	9[18]	„ „ v. Nördl. u. Ingolst.
2[30]	„ Schnellz. *		
3[30]	„ Güt. b. Nbg.	1[15]	Mitt. Schnllz.*
5[30]	„ „ bis Nördl u. Ingolst.	2[20]	„ Postzug †
		8	Abd. Schnellz.*
11[30]	Ab. Postz. *	10	Nacht. Postzug†*

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln

4	früh Postzug.	12[15]	Nachts Postzg.
8[3]	„ Schnellz.	9[25]	früh Güterzug.
10	„ Postzug.	1[10]	Mitt. Schnellz.
2[50]	Mitt. Schnellzg.	2[20]	„ Güterz.
3	Nchm. Güterzg.	6[15]	Abd. Postz.
6[25]	Abd. „	7[50]	„ Schnellzng

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[45]	Nachts Schnellz.	1[40]	früh Schnellz.
5	früh Postzug.	6[30]	„ Güterz.
9[25]	„ Lokalzug	7[50]	„ Schnellz.
1[35]	Mitt. Schnellz.	12	Mitt. Güterz.
3[30]	„ Güterz.	2[10]	Mitt. Schnellzg.
6[50]	Abd. „	5[4]	Abd. Lokalz.
8[3]	„ Schnellz.	11	Nacht. Postzug.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 143. Mittwoch, den 22. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 18. Juni. Der combinirte 1. und 2. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe hat einstimmig beschlossen, dem Entwurf eines provisorischen Tax- und Stempelgesetzes mit den von der anderen Kammer beschlossenen Modifikationen beizutreten und die von dem Referenten Frhrn. v. Schrenk vorgeschlagene unwesentliche Aenderung fallen zu lassen, um möglichst bald Gesammtbeschluß zu erreichen.

Da die Reichsrathkammer auf die Bewilligung von 100,000 fl. für Erbauung des Militärkrankenhauses in Nürnberg besteht, so hat der Finanzausschuß der K. d. Abg., welcher dem Beschlusse der Reichsrathskammer beigetreten ist, diese Bewilligung beantragt, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese Summe nicht überschritten werden darf, und daß der nach Herstellung des Gebäudes aus dem Verkaufe des jetzigen Militärkrankenhauses erzielte Erlös mit zur Refundirung des bewilligten Aufwandes Verwendung finde.

München, 20. Juni. Dem Vernehmen nach hat der Finanzausschuß in seiner heutigen Sitzung den Etat des Ministeriums des Aeußern berathen und 20,000 fl. an den Gesandtschaftsbesoldungen, sowie den ganzen Posten für die Regierungspresse mit 20,000 fl. gestrichen.

Im fortschrittlichen Club wurde der „Abdztg." zufolge der Wahlgesetzentwurf soweit berathen, daß man im wesentlichen und in den Hauptgrundzügen an der Regierungsvorlage festzuhalten entschlossen zu sein scheint, jedoch unter der Bedingung einer mehr gerechten gleichmäßigeren Wahlkreiseintheilung. Direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung, gesetzliche Feststellung der Wahlbezirke und zwar für je einen Abgeordneten, billige Berücksichtigung der städtischen, merkantilen und industriellen Interessen (wo bleiben denn die Interessen der Bauern, die ⅔ der Gesammtbevölkerung betragen?) bei der Eintheilung der Wahlkreise; Diäten für die Abgeordneten, Abkürzung der Wahlperiode sollen die Reformen sein, welche das neue Wahlgesetz bringen soll.

München, 20. Juni. In Folge der vielfachen Bedenken, welche gegen den Entwurf der Advokatengebührenordnung laut wurden, läßt, wie ich vernehme, der Justizminister eine Umarbeitung desselben vornehmen.

Die Frankf. Ztg., d. h. einer ihrer Münchener Correspondenten scheint von dem Muth des greisen Döllinger nebst Anhang nicht übermäßig hoch zu denken, wenn sie schreibt: „Wenn heute die Unfehlbarkeit verkündet wird, so unterwirft sich morgen mit höchstens zwei oder drei Ausnahmen die ganze Opposition. Auch Dollingerius wird es diesmal wohl ebenso gut fertig bringen, sich mit etlichen Sophismen wieder rein zu waschen, wie vor 10 Jahren in Betreff seiner in öffentlichen Vorträgen ausgesprochenen und gleich darauf, als die Sache sich anders entwickelte als er gedacht, rundweg abgeleugneten Ansichten über die weltliche Herrschaft des Papstes. Zu einem Luther hat Döllinger das Zeug wahrlich nicht und seine nur maul- und federfertigen Trabanten noch weniger den Muth. Von diesen geistlichen Aristokraten der wohlfeilen schönen Worte sind keine Thaten zu erwarten." — Aber Brochüren und Zeitungsartikel die schwere Menge! Wenn man Rom mit Brochüren, Artikeln und Tintenfäßern erstürmen könnte, dann braucht sich Garibaldi nicht mehr zu bemühen; das hätte die sehr edle Zunftbrüderschaft längst allein besorgt.

Im Greil'schen Referate wird bekanntlich der Vorschlag gemacht, das Kultusministerium mit dem Ministerium des Innern zu vereinigen. Es ist natürlich, daß man sich auch im Kultusministerium den Vorschlag überlegt haben wird. Wenn wir recht unterrichtet sind, konnte man aber dort keineswegs zu der Anschauung gelangen, daß nicht wenigstens der Unterricht (in den Volksschulen, in den humanistischen u. technischen Anstalten) ein eigenes Ministerium nothwendig habe, wenn auch der Kultus vielleicht dem Ministerium der Justiz unterstellt werden könnte. In diesem oder ähnlichen Sinne wird sich der Kultusminister wohl auch im Ausschuß und in der Kammer über diesen Punkt aussprechen.

Gegenwärtig ist man in der bayr. Pfalz und im Großherzogthum Baden damit beschäftigt, zur neuen trigonometrischen Gradmessung Deutschlands die Festpunkte mit den Entfernungen von Berlin aufzustellen. Solche Festpunkte werden gegenwärtig

Digitized by Google

errichtet im Schwarzwald und an verschiedenen anderen Stellen, in der Pfalz auf der Kalmit bei Edenkoben.

Stuttgart, 20. Juni. Es ist hier das Gerücht verbreitet, der Bischof von Rottenburg, Dr. Joseph v. Hefele, habe bereits die Absicht ausgesprochen, für den Fall der Infallibilitätserklärung seine bischöfliche Würde niederzulegen und sich wieder, wie zuvor, auf das academische Lehramt zurückzuziehen.

Auch in Berlin wurde das Fronleichnamsfest in den dortigen katholischen Kirchen aufs feierlichste begangen; außerhalb derselben war von einem Festtage nichts bemerkbar, es regte und bewegte sich auf den Straßen der protestantischen Hauptstadt das gewöhnliche Alltagsleben.

Am 22. d. M. findet zu Köln eine Versammlung der „Gesellenvereinspräsides" Deutschlands statt, um sich zu berathen über die zu treffenden Aenderungen in Folge der neuesten Umgestaltung in der socialen Gesetzgebung. Es sind unter andern angemeldet Dr. Gruscha von Wien, der Generalpräses gstl. Rath Mayer von München ꝛc., selbst aus Fünfkirchen in Ungarn wird ein Vertreter kommen.

In einem Briefe aus Kiel nimmt die „Demok. Correspondenz" Notiz von einer für die Geschichte des Jahres 1866 sehr interessanten Aeußerungen, die bisher in der deutschen Presse so gut wie unbeachtet geblieben ist „In der dänischen Volksvertretung erzählte im Monat April d. J. der bekannte Führer der sogenannten Bauernfreunde, er habe mit eigenen Augen die schriftlichen Beweise gesehen, daß in der Zeit von 1865 u. 1866 Graf Bismarck zwei Propositionen an Dänemark gemacht habe, nämlich eine, welches Stück von Schleswig Dänemark für seine Neutralität verlange, sobald der damals schon bis zu Gastein zugespitzte Conflikt mit Oesterreich zum Krieg führe, und die zweite dahin gehend, welchen Preis es verlange für seine Cooperation gegen Oesterreich, den Preis ebenfalls in schleswig'schem Territorium berechnet. Was Dänemark darauf geantwortet, wurde nicht erwähnt, ist auch jetzt gleichgültig. Die Hauptsache ist und bleibt, daß Bismarck mit Dänemark angehandelt hat gegen Schleswig-Holstein, gegen Oesterreich, gegen Deutschland und zwar binnen Jahresfrist etwa nach dem Kriege u. nach der Waffenbruderschaft von 1864. Die Aussage van Hansen gewinnt an Bedeutung, wenn man erwägt, daß er in nahen Beziehungen steht zu dem vor einigen Wochen entlassenen Ministerpräsidenten Graf Frijs. Graf Frijs hat übrigens der öffentlich gemachten Erklärung Hansens nicht widersprochen.

Ein neues Wahlmanöver haben die Conservativen des Potsdamer und Schöneberger Reviers, im sog. „Geheimrathsviertel," erfunden. In ihrer gestern Abend unter dem Vorsitz des Herrn v. Löbell stattgehabten vertraulichen Versammlung wurde beschlossen, so schnell als möglich eine Darlehensbank in's Leben zu rufen, um vor u. während der Wahlen den kleinern Handwerkern und sonst geeigneten (d. h. also solchen, die conservativ wählen wollen) Personen kleine unverzinsliche oder doch nur sehr mäßig zu verzinsende Darlehen zu geben. Um die nöthigen Fonds, hieß es von vielen Seiten, darf uns nicht bange sein, die Kapitalien sind reichlich vorhanden.

Aus Ems meldet die Kreuzzeitung einen förmlichen Wolkenbruch von Orden, goldenen Uhren, Brillantringen und Rubeln, den der russische Kaiser über die ihm beigegebenen Polizeidirektoren, Gendarmerie-Officiere, Wachtmeister, Schutzleute und Gendarmen ausgeschüttet. Wir meinen daß, wenn jener Herzog Everhard, der „in Wäldern noch so groß" sein Haupt jedem Unterthan ruhig in Schooß legen konnte der reichste Fürst war, der Kaiser Alexander trotz Orden, Brillanten und Gold ein verhältnißmäßig armer ist.

Wien, 21. Juni. Bei den gestrigen Wahlen der niederösterreichischen Landgemeinden zum Landtag wurden in 17 Bezirken, aus denen das Resultat bereits bekannt ist, drei Kandidaten der Klerikalen, ein Abgeordneter von unbekannter Parteistellung und sonst durchaus liberale Abgeordnete gewählt.

Die Wahlmännerwahlen in Ober- und Niederösterreich sind großentheils beendet. Nach dem Ausfall derselben zu urtheilen, wird in Oberösterreich, Herzogthum Salzburg und Tirol die kathol. Volkspartei siegen und in Niederösterreich und Steiermark eine bedeutende Minderheit in den Landtag bringen.

Nach der „Neuen Fr. Pr." hat der Landesvertheidigungsminister Baron Widmann, der eben von einer in Familienangelegenheiten unternommenen Reise nach Wien zurückgekehrt ist, endlich in der That seine Demission eingereicht und dieselbe auch bewilligt erhalten.

Ausland.

Paris, 20. Juni. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers sagte der Minister des Aeußern, Herzog v. Gramont, in Beantwortung der Mony'schen Interpellation im Betreff der Gotthardbahn: er werde nicht dem anderwärts gegebenen Beispiele folgen und nicht an den Patriotismus appelliren, den wachzurufen unnöthig sei. Sodann suchte er nachzuweisen, daß die Schweiz kein Mittel versäumt habe, um sich ihre Neutralität garantiren zu lassen, und fügte hinzu: Wird diese bedroht, so werden wir am Platze sein und sie vertheidigen. Er schloß mit den Worten: Die französische Regierung ist über die politischen Konsequenzen der Gotthardbahn beruhigt und hatte weder das Recht noch die Aufgabe, sich dem Projekte zu widersetzen. Der Minister für die öffentlichen Arbeiten, Plichon, suchte hierauf den Beweis zu führen, daß durch die in Bälde vollendete Montcenisbahn den Interessen Frankreichs vollständig gedient sei. Der Kriegsminister Leboeuf bezeichnete

Digitized by Google

die Gotthardlinie als strategisch nicht beunruhigend und sagte: es werde immer leicht sein, die Zugänge zu derselben abzusperren. Der Schluß der Sitzung war wegen einer Rede von Jules Ferry sehr bewegt, der die Regierung u. die Majorität lebhaft angriff, daß sie die Ereignisse von Sadowa habe geschehen lassen. Ferry wurde zur Ordnung gerufen. Die Diskussion wurde ohne eine Abstimmung geschlossen.

Paris, 20. Juni. Aus unterrichteten Kreisen verlautet, der Minister des Aeußern, Herzog von Gramont, werde bei der Beantwortung der Interpellation Mony's über die Gotthardbahn die Erklärung abgeben, daß Frankreich sich keineswegs in Angelegenheiten von industriellem Charakter einzumischen beabsichtige; die Schweiz habe wiederholt versichert, daß sie ihrer Neutralität Achtung verschaffen werde. Der Minister werde ferner diplomatische Aktenstücke vorlesen, welche mit seinen Aeußerungen übereinstimmen würden, und mit der förmlichen Erklärung schließen, daß der europäische Friede niemals mehr gesichert gewesen sei als jetzt.

Florenz, 16. Juni. Die große Neuigkeit des Tages ist, daß Graf Trani mittels Unterzeichnung einer förmlichen Verzichtsurkunde sich aller seiner eventuellen Erbansprüche auf die Thronfolge im vormaligen Königreiche beider Sicilien begeben hat.

Aus Konstantinopel wird geschrieben, daß der türkische Thronfolger sich mit einer Tochter Mustapha Fazyl's vermählen werde. Es ist dies ein neuer Schlag, der dem Khedive (Vicekönig von Aegypten) versetzt wird.

Athen, 20. Juni. Heute wurden fünf an dem Verbrechen von Marathon theilgenommene Räuber, in der Nähe von Athen hingerichtet.

Vermischtes.

Der „N. C." enthält folgendes Eingesandt:

(Anfrage aus dem bayer. Voigtlande.) 1) Darf ein katholischer Geistlicher in eine protestantische Gemeinde gehen, um dort Propaganda für den Katholizismus zu machen?

Antwort: Nein.

2) Darf ein protestantischer Geistlicher in eine katholische Gemeinde gehen, um dort Propapanda für den Protestantismus zu machen?

Antwort: Nein?

3) Darf ein freigemeindlicher „Sprecher" in katholische oder protestantische Gemeinden gehen, um dort Propaganda für das Freigemeindenthum zu machen?

Antwort: Ja.

Einer, der des Glaubens ist, was dem Einen recht sei, sei dem Andern billig.

(Eine Mutter) Ein schreckliches Ereigniß wird aus Grabacz im Torontaler Comitat berichtet. Dort warf eine Bäuerin ihre zwei Knaben im Alter von 5 und 8 Jahren in ihren Hausbrunnen und stürzte sich mit einem dritten 3jährigen Kinde nach. Dem achtjährigen Knaben gelang es, sich so lange an einem Steine der Brunnenmauer über dem Wasser zu halten, bis er gerettet wurde. Die Mutter und ihre beiden anderen Kinder wurden als Leichen aus dem Brunnen gezogen. Rohe Behandlung der Bäuerin durch ihren trunksüchtigen Mann war die Ursache der That.

— In Imola (Provinz Ravenna) ließen sich einige junge Leute beifallen, um den Hals einer Statue des hl. Felix einen Strick zu schlingen, aus Leibeskräften daran zu ziehen und dabei in den Ruf auszubrechen: „Herunter Felix, herunter mit dir!" Die Statue wurde wirklich herabgezerrt, stürzte aber im Fallen auf drei der übermüthigen Burschen; einer derselben blieb todt, dem zweiten mußte der zerschmetterte Unterschenkel abgenommen werden, und auch der Dritte schwebt in Todesgefahr.

(Feuerwerke für Trauerfeierlichkeiten.) So etwas hat nur in der intelligenten Pleiße-Stadt Leipzig erfunden werden können. — Die „Zukunft" sagt darüber: „Wahr ist's, mit den Trauerfeierlichkeiten stand's bisher traurig. Nach den Trauermärschen ließ sich nicht tanzen, bei den Traueressen konnt man nicht einmal den Todten leben lassen. Da hat sich denn der Pyrotechniker Wagner zu Leipzig ein wahres Verdienst um die überlebende Menschheit erworben, indem er eine „epochemachende Erfindung" verkündigt. Es sind dies die sog. Trauerfeuerwerke, vorzüglich für Trauerfeierlichkeiten bei Tag anwendbar. Herr Wagner erfand nämlich eine chemische Zusammensetzung, welche, entzündet, einen dicken, schwarzen, sich aber schnell verflüchtigenden Rauch entwickelt, und durch Pulverversetzung empor getrieben, dieselben Erscheinungen in kompaktem Schwarz bei Tag hervorbringt, wie der Feuerstrahl bei Nacht. In Folge verschiedener Kombinationen sind bereits Raketen, Turbinen, Sprühräder (analog den Sonnen- und Feuerrädern) ꝛc. in Wagners Laboratorium zu haben, in denen auch farbige Sterne nicht fehlen, welche auf dem tiefschwarzen Hindergrunde des Rauches sich recht gut ausnehmen. Beim Abbrennen großer zusammengesetzter Stücke oder großer Feuerwerksgruppen soll der Eindruck ein düster-erhabener, der durch seine Ungewöhnlichkeit imponirt, sein und ganz dem Charakter einer Trauerfeierlichkeit entsprechen, während Stücke, einzeln oder nacheinander abgebrannt, zwar gefallen, aber im Effekt ungemein einbüßen, weil bei Tag, wo so viele Gegenstände die Aufmerksamkeit ablenken und das Auge nebenbei beschäftigen, in diesem Genre nur Masseneffekte, aber dann um so großartiger durchgreifen. Durch ein Leipziger technisches Fachblatt auf diese eigenthümliche Erfindung aufmerksam gemacht, machte der Prager Pyrotechniker Herr J. Huber dieser Tage mit einigen Körpern aus Wagner's Laboratorium den Versuch in Gegenwart mehrerer Sachkundiger, welcher über Er-

Digitized by Google

warten befriedigte, wobei besonders Raketen von größerem Kaliber mit der hoch in der Luft zerstiebenden schwarzen Schwärmergarbe ansprachen.

(Ein Riesenkrebs.) Der „California Demokrat" schreibt: Wir hatten Gelegenheit, den Riesenkrebs zu sehen, welcher auf dem an der japanesischen Küste untergegangenen Dampfer „Onerda" gefangen u. vor Kurzem hiehergebracht wurde. Die beiden größten Scheeren sind zusammen beinahe 12 Fuß lang u. haben in der Mitte zwei Gelenke. Der vordere Theil dieser Scheeren ist mit großen weißen Zähnen geschmückt, während im Maule mehrere drei bis vier Zoll lange Fangzähne wagrecht hängen. Die Höhe des eigenthümlichen Körpers beträgt beinahe zwei Fuß; die Augen haben einen pechschwarzen Glanz und die Größe einer Perle oder Koralle. Die Farbe des Krebses ist gelb mit schwarzen Flecken.

Die Tschechen haben beschlossen, an der Wiener Weltausstellung von 1873 sich in keiner Weise zu betheiligen. Man trägt sich in „Tschechien" (Böhmen) bekanntlich mit dem Plane einer „nationalen" Industrie-Ausstellung in Prag. (Da werden die Wiener untröstlich sein.)

(Ungeheurer Eisenbahnverkehr.) Eine der verkehrreichsten Eisenbahnen ist zweifelsohne die Londoner unterirdische Bahn, nebst ihren Zweiglinien, welche Woche für Woche eine Anzahl Passagiere aus einem Theile Londons nach einem andern befördert, wie sie die Bevölkerung keiner recht angesehenen Stadt ausmachen würde. Während der Pfingstwoche allein, die natürlich für den gewöhnlichen Verkehr nicht maßgebend ist, wurden nicht weniger denn 1,043,986 Personen befördert, 136,329 mehr als in irgend einer einzigen Woche seit dem Betriebe der Bahn.

Stollwerk'sche Brustbonbons

Prämiirt auf allen Ausstellungen.
Eine Verbindung von Zucker u. solchen Kräuterextracten, deren wohlthätige Einwirkung auf die Respirationsorgane von der medizinischen Wissenschaft festgestellt sind.

Depots dieser Brust-Bonbons in versiegelten Packeten mit Gebrauchsanweisung zu 14 Kreuzer befinden sich in Bamberg bei J. B. Haußmann Hofconditor B. Wenglein und F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel,
Ebermannstadt bei Apothk. Krauß,
Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt,
Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor W. Gardill;
Memmelsdorf bei Gbr. Reich,
Schüßelfeld bei A. Hohbach,
Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler,
Streitberg bei Joh. Dauer,
Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Welschenfeld bei Georg Lauer,
Zeil bei J. P. Pöllath.

Specialität
Central-Luftheizung und **Ventilation** für Gebäude und Trocken-Anlagen aller Art, insbesondere auch Kirchen und Schulen, von
Boyer & Consorten.
Ludwigshafen a/Rh.

Gebrüder Göhring
in Frankenthal
(Rheinpfalz)
liefern Dampf- und Locomobil-Kessel jeder Art, Seifen- und Laugenkessel, ferner alle zur Dampfbrauerei nöthigen Maschinen, solid und hübsch gearbeitete Kühlschiffe, gut konstruirte Malzdarren in Eisenblech und in Draht, eiserne Maischbütten ꝛc. — Billige Preise bei prompter Bedienung.

Aecht ital. Maccheroni
von Amalfi
offeriren Gebrüder Opitz in Neapel. Zu beziehen durch Vermittlung des Hrn. J. L. Bachmann in Rheingen a. M. in Original-Kisten von 25 und 50 Kilo.

Starke Politur,
per Pfund 18 kr., per Litre — ca. 2 Pfund mit Flasche 35 kr., bei 10 Litre a 32 kr., bei 30 Litre a 28 kr. Proben von ½ Litre und Bestellungen werden unter Nachnahme versandt. Chem. Laborator. C. Ziegler, Stuttgart.

Gratulations-KARTEN UND BRIEFBOGEN
in größter Auswahl, elegant u. billig, bei
Otto Reindl.

Non plus ultra Kaffee-Maschinen
nach eigener neuer Construktion, welche bereits die allgemeine Anerkennung erlangt haben, empfiehlt in allen Größen
Wilh. Schreiber,
München,
kgl. Hofspengler.

Briefsiegelmarken,
geprägte ein und zweifarbige, lithographirte mit Farbe oder Bronzedruck, und
Briefcouverts
mit aufgedrucktem farbigen Firmenstempeln empfiehlt billigst die Nürnberger Briefsiegelmarkenfabrik von
W. D. Schwemmer'
Nürnberg.

MISSALE
werden auf Wunsch zur Ansicht gesandt von OTTO REINDL.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 144. Donnestag, den 23. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 22. Juni. Auf Befehl Sr. Maj. des Königs haben sich sämmtliche Beamten und Bediensteten des Hofes darüber auszuweisen, daß sie der Fronleichnamsprozession beigewohnt haben.

Hr. v. Schlör hat, wie ein Wiener Blatt berichtet, an die Beamten seines Ministeriums ein Circular erlassen, daß der König eine lebhafte Betheiligung an der Fronleichnamsprozession wünsche und daß er (der Minister) die Beachtung dieser Vorschrift erwarte. — Zweifelsohne wird jetzt der „Landbote" nicht umhin können, wenigstens gegen den Minister einige verfassungsmäßige Rechte zu „wahren", wozu wir ihm gute Verrichtung wünschen.

Das Wagner'sche tel. Korrespondenzbureau bringt unterm 21. folgende Nachricht: „München 20. Juni. Gutem Vernehmen nach ist das Entlassungsgesuch des Kriegsministers Frhrn. v. Pranky vom Könige nicht angenommen worden." Von einem Entlassungsgesuch des Kriegsministers ist uns überhaupt nichts bekannt gewesen.

Nach einer Zusammenstellung des Hrn. Greil belaufen sich die Civil- u. Militärpensionen in Bayern auf nicht weniger als 4,691,406 fl. und dies bei einer Beamtenzahl von kaum 5000. Ungefähr die Hälfte der direkten Steuern wird durch Pensionen aufgezehrt. Hr. Greil empfiehlt daher die möglichste Wiederverwendung pensionirter Beamten. Solch verrotteten Zuständen, wie sie sich in Bayern im letzten Jahrzehnte eingenistet haben, endlich ein Ziel zu setzen, ist dringend nöthig. Unser Beamtenherr wird sonst immer größer und unerschwinglich theuer.

Es gehört zu den stehenden, regelmäßig wiederkehrenden Klagen fortschrittlicher Blätter, daß der Landtag schon lange beisammen und in seinen Arbeiten noch so wenig vorgeschritten sei. Auch die Allg. Ztg. macht sich zum Organ solcher Klagen und ein Münchener Correspondent derselben will den Grund in der Wahl der Ausschüsse finden, bei der nicht das Staats-, sondern nur das Partei-Interesse maßgebend gewesen sei. Nun muß man sich aber erinnern, wie die frühere Kammermehrheit hierin verfahren ist, wie von ihr die tüchtigsten Männer von den wichtigsten Ausschüssen entfernt gehalten und mitunter ganz unbedeutende Mitglieder ihrer Partei in dieselben gewählt wurden. So hat sie, um nur ein Beispiel anzuführen, in den Ausschuß für den Schulgesetzentwurf einen der Ihrigen erkoren, welcher weder richtig sprechen noch orthographisch schreiben kann und aller Bildung entbehrt. War dabei etwa das Staatsinteresse maßgebend? Und anderseits ist Kolb doch unbestreitbar in finanziellen Fragen eine Capacität und dabei eine große Arbeitskraft; dennoch aber hat ihm die Fortschrittspartei bei den Wahlen in den Finanzausschuß nicht eine Stimme gegeben. War dabei etwa nicht das Partei-Interesse maßgebend? Der Vorwurf, daß die jetzige Kammermehrheit langsamer arbeite, ist aber überhaupt unbegründet. Um ihn zu widerlegen, bedürfte es nur eines statistischen Nachweises dessen, was die vorige Kammer der Abgeordneten in der gleichen Zeit geleistet, und der Sitzungen, die sie in den ersten 6 Monaten ihres Beisammenseins gehalten hat. Es wäre daher wünschenswerth, daß ein Mitglied der jetzigen Majorität eine solche vergleichende Zusammenstellung machen und veröffentlichen würde.

In Speyer schreibt die Pf. Z. Aus Aeußerungen fortschrittl. Blätter läßt sich entnehmen, daß die Linke den Hebel zum Scheitern des Wahlgesetzes bei der Wahlbezirkseintheilung ansetzen d. h. eine Eintheilung verlangen wird, von der sie im Voraus überzeugt ist, daß die Kammermehrheit nicht darauf eingehen wird und nicht darauf eingehen kann. Es würde dies aber nur aufs neue den Beweis liefern, daß es der Fortschrittspartei mit dem direkten Wahlrecht niemals Ernst gewesen ist und daß sie dasselbe nur Scheins- oder Schanden halber in ihr Programm aufgenommen hat. Uebrigens wäre zu wünschen, daß endlich und jedenfalls noch vor der Budgetberathung das Wahlgesetz in der Abgeordnetenkammer zur Erledigung käme.

Stuttgart, 19. Juni. Ein hiesiger Correspondent der „Berliner National-Zeitung" klagt, daß Herr v. Varnbüler einer Deputation gegenüber, welche am 15. d. M. wegen der Erbauung einer neuen Eisenbahnlinie bei ihm petitionirte, über die Gotthardbahn sich dahin geäußert habe: „Diese Bahn

wird Keiner von uns erleben. Daraus scheint jedenfalls so viel hervorzugehen, daß Hr. v. Varnbüler keine Subvention zu derselben zu geben beabsichtigt.

Bei den Landtagswahlen in Niederösterreich hatten die Liberalen mehr Glück als sie gehofft. Die kath. Volkspartei errang nur 4, die Liberalen aber 14 Sitze.

Ausland.

Bern, 20. Juni. Aus dem Bundesrath wird gemeldet: „Der Bundesrath hat die Gesetzesvorlage zur Regelung der amtlichen statistischen Aufnahme genehmigt. Gegen Graf Bolognini ist wegen Uebertretung des Internirungsverbots Ausweisung angeordnet worden und es soll die Vollziehung stattfinden, sobald dies mit Rücksicht auf die angeordnete eidgen. Strafuntersuchung gegen Nathan und Genossen zulässig erscheint. Das Trennungsbegehren Murtens wird vorläufig dahin beantwortet, daß es nicht schon jetzt möglich sei auf dasselbe einzutreten, sondern daß solches mit der allgemeinen Bundesverfassungsrevission behandelt werde."

Genf, 17. Juni. Einer Korresp. des „Bund" entnehmen wir über den Verlauf des Strikes das Folgende: Nachdem nunmehr alle Bausacharbeiter in ihren Spezialberathungen beschlossen haben, auf den Schritt der Meister hin nunmehr analog dem Verlangen der Gypser nur unter Annahme von 10 Stunden Arbeitszeit per Tag zur Arbeit zurückzukehren, hat gestern Abend im „Temple unique" die Generalversammlung der Bauarbeiter einstimmig den Beschluß fraglicher Sektionen ratificirt; die Vermittler Duchosal, Revilliod und Amberg werden daher einen schwierigen Stand haben. Auf heute Abend ist ausschließlich von den Arbeitern der eigentlichen Genfer Industrie (Bijoutiers, Uhrenmacher und Musikdosenmacher), welche unter dem Provincialismus „die Fabrik" hier als echte Genfer Kinder gegenüber der Gesammtbevölkerung unter den Arbeitern das größte Ansehen genießen und in schwierigen Fragen den Ausschlag geben, eine Versammlung in den „Stand" berufen, um zu beschließen, in welcher Weise sie sich gegenüber dem Meisterstrike des Bausaches zur Unterstützung der Bauarbeiter verhalten werden.

In Ungarn hat die Regierung einen Gesetzentwurf über die Civilehe eingebracht, derselbe stellt es den Parteien frei, die kirchliche Trauung dem Civilakte vorangehen zu lassen, spricht jedoch aus, daß die Einverleibung in die Civilregister obligatorisch sei und überträgt die Matrikelführung den bürgerlichen Behörden.

Aus Dalmatien wird ein Wahlexceß berichtet. Bei den gestrigen Gemeindewahlen in Bencovaz griffen Bauern, von slavischen Agitatoren aufgehetzt, Gendarmen an, welche feuerten. Zwei Bauern blieben todt, mehrere wurden verwundet. Man befürchtet weitere Blut-Excesse. Truppen-Compagnien marschiren dahin.

Brüssel, 21. Juni. Das Programm der kath. Partei verlangt neben einer Wahlreform auch eine Reduktion der Armee und der Steuern. — Nach Verviers sind Truppen abgegangen, weil man Unruhen befürchtet.

In Schweden hat der Reichstagsbeschluß, der die Rechte der Mitglieder nichtprotestantischer Confessionen erweitert, bereits eine erste Frucht getragen: ein Bekenner des mosaischen Glaubens, Dr. Rubenson, ist zum außerordentlichen Adjunkten der Meteorologie an der Universität zu Upsala ernannt.

Rom, 15. Juni. In der heutigen General-Congregation wurde über die Verbesserungsanträge abgestimmt, welche zum 1. und 2. Hauptstück der Vorlage über den Primat eingebracht worden waren. Gutachten und Vorschläge des Ausschusses trug der Bischof D'Avanzo von Calvi vor. Letztere wurden mit übergroßer Mehrheit angenommen. In der darauffolgenden Berathung des 4. Hauptstückes sprachen die Cardinäle Mathieu und Rauscher. — Den „Observationes" des Cardinals Rauscher konnte nichts Schlimmeres begegnen, als die Anerkennung, welche die „A. A. Z." in Nr. 157 ihnen zu Theil werden läßt. Der Janus-Mann erkennt da Fleisch von seinem Fleische und Bein von seinem Beine. Solches Lob muß ernstlich zum Nachdenken auffordern! Noch schlimmer spielt die „A. A. Z." dem von ihr so hoch gefeierten Bischof Stroßmayer mit. Ohne eine Miene zu verziehen, schreibt sie: „Die ausgesprochenen Sympathieen für die südslavische Sache, die derselbe eben so offen zur Schau trägt, wie seine Abneigung gegen den Cölibat, scheinen seine Candidatur (für den Erzstuhl von Agram) rückgängig gemacht zu haben." So lohnt es die „A. A. Z." dem „hl. Bernhard des Concils", daß er ihr Anlaß zu Lob gab! — Papst Pius IX. fand sich gestern im Gottesacker bei St Lorenzo (außerhalb der Stadt) ein — zur Enthüllung des Grab-Denkmales, das er hier den päpstlichen Soldaten errichten ließ, welche im Jahre 1867 im Kampfe gegen die Garibaldinischen Freischaaren den Tod gefunden haben. Mit einem herzlich gesprochenen De profundis begann der Papst den Akt der Enthüllung, wozu sich viel Volk eingefunden hatte. — In der Kirche del Gesu fand am Pfingst-Sonntage und am Dreifaltigkeitsfeste eine Bischofsweihe statt. Am letzteren consecrirte der Cardinal Moreno (Erzbischof von Valladolid) den Bischof von Guayaquil in Südamerika; am ersteren der Cardinal Bonnechose (Erzbischof von Rouen) den apostolischen Vicar von Korea, Msgr. Ridel. Dieser wird Rom bald verlassen, um dem sicheren Martyrer-Tode in Mitte seine Gemeinde in Korea entgegenzugehen, den seine vier Vorgänger gefunden haben. Solche apostolische Helden und Männer des höchsten Opfers bewirft eine reichbezahlte und wohl-

Digitized by Google

lebende Feder in der „A. A. Ztg." mit Koth und nennt sie mit Brod und Drohung gewonnene Leute, die auf dem Concil keine Stimme haben dürften!

Rom, 20. Juni. An der Grenze bei Orbetello wurden 40 junge Leute, sämmtlich mazzinistische Republikaner, verhaftet und hieher nach der Engelsburg gebracht.

Warschau, 14. Juni. Im Mai 1868 unterschrieb der Kaiser einen Ukas, der denjenigen jungen Leuten unter 20 Jahren, die beim letzten Aufstand betheiligt und nicht zu schwerer Arbeit verurtheit, sondern bloß zur Verantwortung gezogen, d h. ohne Urtheil deportirt worden waren, die Straf erließ. Wir haben zu wiederholten Malen daran erinnert, daß dieser huldvolle Ukas in keinem einzigen Falle zur Anwendung kam. Jetzt enthält die Regierungs-Zeitung eine nachträgliche Erklärung zum Ukas, aus welcher wir die Ursache erfahren, warum dieser bis jetzt nur auf dem Papiere stehen blieb. In der kaiserl. Kanzlei wurde nämlich die Frage aufgeworfen: ob den so begnadigten jungen Leuten auch der Genuß der bürgerlichen Rechte zu gestatten sei. Volle zwei Jahre waren zur Beantwortung dieser Frage erforderlich, die der Kaiser bejahend beantwortet hat. Wir erinnern uns hierbei einer Bemerkung Börne's, daß die Regierungen, die so rasch sind in Auferlegung von Lasten, jahrelanger Ueberlegung und Erwägung bedürfen, wo es sich ein Mal um eine Erleichterung handelt. — Zwischen der hiesigen Polizei und dem Magistrat ist eine Streitigkeit entstanden. In früheren Jahren durfte nämlich ein Jude, insofern die Tracht ihn als solchen verrieth, den hies. städtischen Spaziergarten, den schönen großen sogenannten sächsischen Park, nicht betreten. Zur Zeit der nationalen Bewegung im Jahre 1861 fiel diese Beschränkung, wie alle anderen von den russischen Machthabern aufrecht erhaltenen und von ihnen verschärften Beschränkungen der Juden. Da fand vor 2 Jahren ein russ. General, daß das Publikum im Garten gar zu groß werde, und veranlaßte den Ober-Polizeimeister, die alte Verordnung gegen die Juden wieder in Anwendung zu bringen. Das die Polizei hierzu ermächtigt ist, versteht sich von selbst. Die an den sechs Eingängen des Gartens aufgestellten Polizeimannschaften erhielten Befehl, keinen Juden in den Park hineinzulassen. Nun schließt sich aber an den Park ein kleiner Garten, in dem eine Anstalt für künstliches Mineral-Heilwasser sich befindet, aus welchem Letzteren die Trinkenden nach dem Park gehen, um da die beim Trinken erforderliche Promenade abzuhalten. Dieses war früher selbst jüdischen Heilsuchenden nicht verboten. Der Ober-Polizeimeister dehnt jetzt das Verbot auch auf diesen Fall aus, und verscheucht in der That dadurch die mosaischen Heilwassertrinkenden aus der Anstalt, natürlich zum Schaden der Inhaber der letzteren. Diese Inhaber, um nicht ferner hierin geschädigt zu werden, ließen sich in diesem Jahre in den Miethscontract, den sie mit dem Magistrat über den kleinen Garten erneuerten, hineinschreiben: daß in den Trinkstunden keinem Trinker der Eintritt in den Garten verwehrt werden könne. Der Ober-Polizeimeister sah in der Bewilligung dieser Bedingung von Seiten des Magistrats einen Eingriff in seine Rechte, und vereitelte diese Bewilligung dadurch, daß er allen jüdischen Trinkern nur eine abseits belegene Eintrittspforte bezeichnete, und zwar die von der Stadt entfernteste, u. befahl noch obendrein, daß diese Trinker nur in der nächsten Nähe der Trinkhallen promeniren dürfen.

Lissabon, 9. Juni. Der sonderbare Greis, in dessen Hände durch Intrigue und Aufstand Portugals Schicksal gefallen, hat bekanntlich das Ministerium Loule nur gestürzt, weil dasselbe nicht „constitutionell" genug gewesen, und nun überstürzt er das Land plötzlich mit Dekreten, die ungefähr das Gegentheil von Allem sind, was constitutionell. Nr. 1 setzt eine Commission nieder zur Reform der Pairskammer. Nr. 2 setzt eine Commission zur Verbesserung des Wahlgesetzes ein. Nr. 3 schafft die Diäten der Cortesmitglieder ab. Nr. 4 entzieht dem Staatsrath die Verwaltung und überträgt solche einem ganz neuen höchsten Verwaltungstribunal. Nr. 5 ermächtigt die Regierung, die Steuern für 1870—71 voraus zu erheben. Ist das nicht eine sonderbare Regierung! Auf den Straßen hört man sehr oft: „Großpapa ist ganz verrückt geworden! Großpapa ist Saldanhas Spitzname; anfänglich habe ich das „Verrückt" für eine grobe Volksbezeichnung gehalten, aber — man sagt jetzt geradezu, Saldanha sei in allem Ernste wahnsinnig und müsse eigentlich im Irrenhause und nicht im Ministerium sitzen. Wie ein Gespenst im hellen Sonnenschein, so kommt mir der wahnwitzige Greis an der Spitze der Regierung vor. Ich kann natürlich nicht den Wahnsinn des Marschalls, sondern nur verbürgen, daß man ihn vielfach für ganz toll hält. Und was man von seiner Thätigkeit sieht und hört, ist wenigstens nicht beruhigend. Der italienische Gesandte Marchese Oldoini reist dieser Tage ab, mit ihm geht der beste Rathgeber des armen Königs, der nun ganz in die Hände Saldanhas geräth und sicherlich sich noch zu der iberischen Königs-Comödie wird mißbrauchen lassen; denn hier zweifelt Niemand daran, daß, wenn nicht eine neue Wendung eintritt, auch die Königin Pia nächstens außer Landes geschickt werden wird. Der französische Gesandte Graf Montholon, der uns vor wenigen Tagen verließ, hat versprochen, die eigenthümliche Lage, in der sich dieses Land befindet, in Paris offen zur Sprache zu bringen, bis dahin haben wir hier hoffentlich einen neuen Umschwung.

Der Krieg mit Paraguay hat Brasilien große Opfer an Menschenleben gekostet. Nach einem Berichte des brasilischen Kriegsministers wurde anfänglich eine Armee von 83,000 Mann nach dem Kriegs-

Digitized by Google

schauplatze entsendet. Davon starben oder verschollen 37,000 und wurden dienstunfähig 23,200, so daß die Armee im Februar dieses Jahres nur 23,436 Mann zählte, von welcher Anzahl nur etwa 12,000 Mann reguläre Truppen waren.

In London haben die Herren: Lord Eliot ältester Sohn des Earl of St. Germans, Lord Rilcourtie, ein Sohn des Earl of Cavan, und der Earl von Limerick, sowie eine Anzahl sehr hochkirchlicher Geistlichen für den kommenden Montag eine Versammlung angekündigt, bei welcher unter anderen Resolutionen erklärt werden soll, daß in Anbetracht der schlimmen religiösen Lage der Menschheit ꝛc. die Betreffenden ihre Ueberzeugung zu äußern wünschen, „daß es von höchster Wichtigkeit sei, daß der Osten und der Westen sich um den einstmals von beiden anerkannten Primat vereinige." Eine weitere Resolution besagt, daß das einzige hinreichende Heilmittel für die socialen und religiösen Gefahren Englands in seiner Wiederherstellung zur sichtbaren Einheit zunächst mit den Kirchen des westlichen Patriarchats und dann auch mit den orientalischen Kirchen liege.

Vermischtes.

Der Volksbot erzählt von recht armseligen Kniffen, welche von Seite des Fortschritts angewendet wurden, um die Landleute von der Fronleichnamsprozession in München abzuhalten. In der Gegend von Holzkirchen sprengte man aus, es finde in München die Prozession gar nicht statt. In der Laufener Gegend ist das Lügen noch schmählicher getrieben worden. Dort legte man in den Wirthshäusern sogar gedruckte Zettel mit der gleichen Lüge auf.

Die Erhöhung des Kaffeezolls hat erklärlicher Weise Viele veranlaßt, auf Mittel zu sinnen, die neue Last zu erleichtern. Und ein Mittel dazu gibt es; denn bisher wurde, fast in allen Haushaltungen der Kaffeegenuß in einem von den Wenigsten geahnten Grade vertheuert, nämlich durch das unvollständige Vermahlen der Bohnen. Genaue Versuche, welche man jüngst machen ließ durch den vereidigten Chemiker Hrn. Schädler in Berlin haben ergeben, daß man von ganz fein gemahlenen Kaffeebohnen nur halb so viel braucht als von grob gemahlenen, um die gleiche Menge gleich starken Kaffees zu erhalten; und wenn man noch den gemahlenen Kaffee in einem Mörser bis zur Feinheit des Mehls zerstößt, wie bei den Orientalen gebräuchlich, so braucht man nur ⅔ soviel als von dem grob gemahlenen Kaffee. Wenn also die Steuererhöhung das Loth gerösteter Kaffeebohnen, welches 6 Pfg. kostet, um etwa ¼ Pfennig oder 4 Prozent vertheuert, so kann man, durch sorgfältiges Mahlen oder gar noch Zerstoßen der Kaffeebohnen, seinen Labetrunk von gewöhnlicher Güte um den mehrfachen Betrag des Zollaufschlages wohlfeiler sich verschaffen, als bisher in den meisten Fällen zu geschehen pflegte. Aber man muß sich um die Sache bekümmern; denn eine fein mahlende Kaffeemühle geht schwer und die Dienstboten haben es gern, wenn die Mühle recht leicht geht; sie schonen lieber ihre Mühe als die Wirthschaftskasse der Hausfrau. — Versuche wurden auch gemacht in Betreff der Art der Zubereitung. Es zeigte sich indessen, daß man ein gleich starkes Getränk erhält, ob man auf die gemahlenen Bohnen das Wasser aufgießt und eine Weile stehen läßt oder den Aufguß noch über dem Feuer einmal aufstoßen läßt, oder ob man ihn durch einen Kaffeebeutel durchfiltrirt. Nur ist bei dem durchfiltrirten Kaffee das Aroma auffallend stärker, als bei den anderen Zubereitungsarten.

Marian. Sodalität
in St. Jakob.

Am Feste des hl. Johannes des Täufers früh ¾10 Uhr Sodalität mit hl. Messe.

Die HH. Sodalen und sonstige kath. Männer werden auf den Aufruf, der an der Kirchenthüre angeschlagen ist aufmerksam gemacht.

Der Präfekt.

Gesellen-Verein.

Freitag Abend 7 Uhr

Musikalische Unterhaltung.

Die Herren Schutzvorstände mit Familie.

Der Präses.

Stuttgarter-Loose
zur Erbauung einer kath. Kirche
à Stück 35 kr.

1	Gewinn zu	. . . .	14000	fl
1	do	. . . .	7000	fl
1	do	. . . .	3000	fl
1	do	. . . .	1756	fl
2	do zu 875	fl. — kr.	1750	fl
10	do zu 180	fl. — kr.	1800	fl
20	do zu 87	fl. 30 kr.	1750	fl
30	do zu 52	fl. 30 kr.	1575	fl
100	do zu 35	fl. — kr.	3500	fl
200	do zu 17	fl. 30 kr.	3500	fl
500	do zu 7	fl. — kr.	3500	fl
934	do zu 3	fl. 30 kr.	3269	fl
13200	do zu 1	fl. 45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.		70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.
Diese Loose sind zu beziehen bei
Gebr. Schmitt in Nürnberg.

Vanille-& Erdbeer-Gefrornes
auf morgen empfiehlt
J. G. Banzer,
Schrannenplatz.

Gratulations-KARTEN UND BRIEFBOGEN
in größter Auswahl, elegant u. billig, bei
Otto Reindl.

Joanni sen. et jun.
camp. gaud. Grat. Int.
B. —n. in St. Nicht mehr?

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 145. Freitag, den 24. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 22. Juni. Die gestrige Sitzung des Finanzausschusses der Abgeordneten-Kammer hat zwar über vier Stunden gedauert, es konnten aber trotzdem vom Etat des Justizministeriums nur die drei ersten Positionen: Ministerium, Oberappellations- u. Appellationsgerichte erledigt werden. Für dieselben sind zusammen 590,609 fl. postulirt. Der Referent hatte Abstriche im Betrage von 35,960 fl. beantragt; der Ausschuß hat indessen die Gesammtsumme nur um circa 9000 fl. abgemindert. Die Berathung des Justizetats wird heute Abend fortgesetzt werden.

Der Abg. Ruland hat zum Etat der Militärverwaltung den Antrag eingebracht, die gegenwärtige Organisation der Militärseelsorge in Würzburg, nach welcher das Lazareth und Schloß Marienberg von einem eigenen Geistlichen besorgt wird, während ein anderer die für die Garnison l. M. zu üben hat, zu belassen und demnach der Position für kirchliche Bedürfnisse mit 2500 fl. einen weiteren Betrag von 990 fl. beizusetzen. Der Antragsteller sucht nachzuweisen, daß auf dem Schloß Marienberg immer ein eigener Geistlicher gewesen, daß derselbe dort bei der zahlreichen Garnison auch ein Bedürfniß und die neuerliche Insinuation des Kriegsministers, es sollte die Seelsorge und der Gottesdienst für das gesammte Militär in Würzburg von dem Kuratus an der Neumünsterkirche besorgt werden, eine verwerfliche sei.

Der Abg. Hr. Pf. Mahr hat im „Vaterland" folgende Erklärung veröffentlicht: Der „Autographirten Correspondenz" genügte die Lektion, welche ich ihr wegen ihrer notorischen Verleumdung der Patrioten in öffentlicher Kammersitzung gab, nicht, sondern sie fand für gut, abermals angriffsweise gegen dieselben vorzugehen. Ich bezweifle, ob die Herren Dr. Huttler, Greil, Krätzer ꝛc. noch dazu bei ihrer Geschäftsüberbürdung, es mit ihrer Würde vereinbar finden der Unwürdigkeit dieser Sprache gegenüber ein Wort zu verlieren. Was aber die Auslassungen des genannten Blattes bezüglich meiner letzten Kammerrede betrifft, so diene folgendes zur Notiz: Ich beabsichtigte, gegenüber den seit 5 Monaten in und außer der Kammer von sogenannter liberaler Seite uns zugeschleuderten Angriffen verbunden mit dem Vorwurfe der Selbstwahl und des Vergehens der Wahlbestechung in der 43. Sitzung eine entschiedene, jedoch nur thatsächliche Abfertigung zu geben. Ich war dazu um so mehr berechtigt, da die Angelegenheit der Forchheimer Abgeordneten zur Diskussion auf der Tagesordnung stand. Während nun die Herren der Gegenpartei bei ihren Reden nicht selten Extravaganzen und Ausfälle jeder Art sich erlauben, wußten sie durch ihre Mißbilligungsäußerungen und Unterbrechungen die Sistirung einer Rede herbeizuführen, in welcher sie allerdings sehr gewichtige wenn auch bittere Wahrheiten zu hören bekommen haben würden. Dies zur Steuer der Wahrheit und zur Charakteristik unserer Kammer- und Preßzustände.

München, den 12. Juni 1870.

Franz Joseph Mahr.

Die Pf. Ztg. schreibt: In einem Theil der jenseitigen Presse wird gegen den neuen Civilprozeß u. namentlich gegen das Institut der Gerichtsvollzieher in unverantwortlicher Weise gehetzt und insbesondere das jährliche Einkommen der letzteren — angeblich 4000 fl. im Durchschnitt — ganz gewaltig übertrieben. In der Pfalz besteht das Institut schon über ein halbes Jahrhundert und wenn es anfänglich, zumal in den schlimmen Zeiten während und nach den langen Kriegen, nichts weniger als beliebt war, so hört man doch jetzt nicht mehr über dasselbe klagen u. auch nicht über die angebliche Höhe der Gebühren. Ob auch nur ein Gerichtsvollzieher in der Pfalz ein jährliches Einkommen von 4000 fl. hat, möchten wir stark bezweifeln, glauben vielmehr, daß die meisten mit der Hälfte sehr zufrieden wären. Vielleicht werden wir in den Stand gesetzt, hierüber Genaueres mittheilen und den Hetzereien jener Blätter entgegentreten zu können.

Der Südd. Tel. berichtet: „Um dem allgemeinen Wunsche, es möge ein Wahlgesetz auf der Grundlage des direkten Wahlrechtes zu Stande kommen, Erfolg zu ermöglichen, haben die von beiden Parteien der Kammer niedergesetzten Ausschußkommissionen die Abhaltung gemeinsamer Sitzungen beschlossen.

München, 23. Juni. Fürst Ludwig zu Oettingen-Wallerstein, der ehemalige Staatsminister (geb. 1791), ist gestern zu Luzern gestorben.

Die nord- und süddeutschen Landesvereine zur Pflege im Feld verwundeter Krieger haben bekanntlich im vorigen Jahre eine Uebereinkunft getroffen, nach welcher ein gemeinsamer Verband und ein Zentralkomite unter Leitung des preußischen Hauptvereins und unter Betheiligung sämmtlicher Landesvereine gebildet worden ist. Am 18. d. M. ist dieses deutsche Zentralkomite zum ersten Male in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten, zu welcher sich die Vertreter nord- und süddeutscher Landesvereine eingefunden hatten. Es wurde beschlossen, auf den 10. und 11. Oktober d. J. eine Versammlung der deutschen Hilfsvereine nach Nürnberg auszuschreiben, auf welcher verschiedene Gegenstände der freiwilligen Krankenpflege, namentlich die Frage wegen zweckmäßiger Ausbildung von Krankenpflegerinnen, Beschaffung eines bereiten Hilfspersonals für den Kriegsfall, Einrichtung von Vereins-Lazarethen, besprochen und zu welchem alle Mitglieder deutscher Hilfsvereine eingeladen werden sollen.

Konstanz, 22. Juni. Bürgermeister Stromayer wurde nach hartem Wahlkampfe mit 328 gegen 294 Stimmen wiedergewählt.

Berlin, 21. Juni. Gestern wurde die Uebereinkunft zwischen dem Nordd. Bund, dem Königreich Italien und der Schweiz unterzeichnet, durch welchen der Norddeutsche Bund dem zwischen Italien u. der Schweiz abgeschlossenen Vertrag bezüglich der Gotthardbahn beitritt und die Frist für die Beschaffung der erforderlichen Subvention bis zum 31. Januar 1871 verlängert wird.

Die deutsche Lehrer-Versammlung hat beschlossen, ihre nächste Versammlung in München abzuhalten und sieht der zustimmenden Rückäußerung der Stadt auf die betr. Anzeige entgegen.

Innsbruck, 21. Juni. Der Herr Professor Morigg erhielt, wie die „Tiroler Stimmen" berichten, unterm 16. d. M. von der Gymnasial-Direktion ein Dekret, in welchem ihm mitgetheilt wird, daß sich der Leiter des Ministeriums für Cultus und Unterricht bestimmt gefunden habe, ihn wegen seiner mit den Pflichten eines Staatsbeamten und insbesondere eines öffentlichen Lehrers unvereinbaren außeramtlichen Haltung des Dienstes zu entlassen. Zugleich sei die definitive Einstellung der ihm während seiner Suspension vom Amte und Gehalte bewilligten Alimentation jährlicher 393 fl 75 kr. mit Ende Juni verfügt.

Der Wiener Correspondent der Italie weiß von einer Zusammenkunft zu erzählen, die der Kaiser von Oesterreich und dann der König von Preußen in einem deutschen Curorte mit der Königin von England haben werden. Wir zweifeln an der Richtigkeit dieser Meldung. Dagegen hat gestern der Czar mit seinem Schwager, dem König von Würtemberg, eine Begegnung in Stuttgart gehabt. Der König von Preußen ist gleichzeitig wieder in Ems eingetroffen, um einer mehrwöchentlichen Badecur sich zu unterziehen.

Betreffs der Nachricht von dem Auftauchen von Freischaarenbanden an der südtyroler Grenze u. von der beabsichtigten Landung in Istrien theilt ein Correspondent der „Tr. Ztg." aus Venedig, gestützt auf authentische Informationen, Folgendes mit: Wirklich geht aus einigen der italienischen Regierung in letzterer Zeit in die Hände gefallenen Schriftstücken hervor, daß in dem Actionsplane der italienischen Revolutionäre neben dem Sturze der Monarchie und der Eroberung Roms auch eine Diversion gegen Südtyrol, Görz, Triest und Istrien figurirte, doch waren bis jetzt keinerlei Anstalten zur Realisirung dieses wahnwitzigen Unternehmens getroffen. Wohl haben sich an der südtyroler Grenze ungefähr zwölf Mann der Bande Nathan's herumgetrieben, welche, versprengt und von den Truppen verfolgt, sich in die Berge flüchteten. Daß von Verona aus Truppen zur Verfolgung dieser Freischaar entsendet wurden, ist nicht wahr, wäre auch gar nicht nothwendig gewesen.

Ausland.

Brüssel, 21. Juni. Der „Indepandance belge" zufolge ist de Theux, Führer der Rechten, vom Könige mit der Bildung des neuen Kabinets beauftragt worden. Derselbe soll unter Hinweis auf sein Alter den Antrag abgelehnt, sich jedoch bereit erklärt haben, mit seinen politischen Freunden in Berathung zu treten.

Paris, 21. Juni. Der Kaiser ist nach St. Cloud abgereist. Ein Complott ist bei Cornouaille in der Herberge Téte-noire auf dem Wege nach St. Cloud entdeckt worden. Es haben Verhaftungen stattgefunden. — Der Schweizer und der preußische Gesandte dankten dem Herzog Gramont für seine versöhnlichen Erklärungen in der Kammer.

Ein Petersburger Correspondent der „N. Fr. Pr." schreibt: „Die Nachricht von der Verlobung des Großfürsten Wladimir mit einer Prinzessin des preußischen Königshauses hat zu mancherlei Vermuthungen Spielraum gegeben. Man erinnert sich, wie der Großfürst Konstantin Pawlowitsch einst zu Gunsten des jüngeren Bruders (des nachmaligen Czars Nikolaus I.) der Thronfolge entsagen mußte, weil er mit seiner angebornen Rohheit nicht mehr zeitgemäß war. Der gegenwärtige Thronfolger ist gleichfalls weder bei Hofe noch im Lande beliebt, und oftmals sprach man von der Nothwendigkeit, ihm die Nachfolge zu entziehen und sie dem jüngeren Bruder Wladimir zuzuwenden; hatte doch schon der verstorbene Thronerbe in seiner letzten Krankheit sich in diesem Sinne ausgesprochen. Freilich hat man gegenwärtigen Thronerben bereits Treue schwören lassen, aber schon seit alten Zeiten ist man gewöhnt, das russische Volk heute so und morgen anders zu vereidigen. Das Vermählungsprojekt mit der preu-

Digitized by Google

gischen Prinzessin hat alle Erwartungen bezüglich der Ausschließung des gegenwärtigen Thronerben neu aufleben lassen, und dieser selbst fühlt sich trotz persönlicher Sympathie für das Stockrussische so wenig vor seinen vielgeliebten Moskowitern sicher, daß er den Schutz seine Person vorwiegend Dänen und den so verhaßten, aber nichtsdestoweniger zuverlässigen Deutschen anvertraut."

Von der amtlichen Agitation für Einführung der russischen Sprache beim katholischen Gottesdienst in Litthauen entwirft die „Moskauer Zeitung" eine Schilderung, welche interessant genug ist, um sie dem deutschen Publikum mitzutheilen. Der Kreischef — heißt es in dieser Schilderung — kommt in Begleitung einer Militärabtheilung ins Dorf und ruft die wohlhabenden Bauern zusammen. „Ich habe Euch versammelt, um Euch eine neue kaiserliche Gnade zu verkündigen" — redet er die Bauern an und schreit dann aus voller Kehle: „Hört, welche!" Er liest hierauf den kaiserlichen Ukas vom 6. Januar 1870 vor, welcher den Gebrauch der russischen Sprache beim katholischen Gottesdienst gestattet, und fährt dann fort: „Bis dahin war Euch das Beten in Eurer russischen Muttersprache verboten, jetzt hat der Kaiser in seiner hohen Gnade es Euch erlaubt, und Ihr habt nicht mehr nöthig, polnische Gebete zu lernen und Euch Polen zu nennen. Freut Ihr Euch darüber?" Die Bauern schweigen. „In diesem Falle — fährt der Kreischef fort — habt Ihr die Regierung um die Erlaubniß zu bitten, daß in Eurer Regierung russische Predigten gehalten werden dürfen." Die Bauern sehen einander verdutzt an und verharren in Schweigen. „Wenn Ihr also wünscht," sagt der Kreischef weiter, „in russischer Sprache zu beten, so habt Ihr dieß Papier hier (er zieht dabei einen beschriebenen Bogen Papier aus der Tasche) zu unterzeichnen." Bevor noch der Kreischef seine Rede beendigt hat, hat der größte Theil der Bauern sich leise aus dem Versammlungslokal geschlichen. „Nun, was meint Ihr dazu? fragt dann der Kreischef, dem endlich die Geduld auszugehen anfängt. „Gnädigster Herr," erwidern die noch anwesenden Bauern, „das ist nicht unsere Sache, und wir unterschreiben nicht." „Ihr Schufte" — schreit der Kreischef — „habt doch selbst gesagt, daß der kaiserliche Ukas Euch Freude gemacht hat!" „Wenn der Geistliche russisch predigen wird," — erwidern die Bauern weiter — „so werden wir ihn hören, aber unterschreiben werden wir nicht, denn das ist nicht unsere Sache, und wer weiß, vielleicht hat unsere Unterschrift die Bedeutung, daß wir uns vom katholischen Glauben lossagen." Der auf's Aeußerste gereizte Chef macht noch einen vergeblichen Versuch, die Bauern zum Unterzeichnen der Petition zu bereden, und zieht dann schimpfend und fluchend mit der Militärabtheilung weiter. Dieselbe Scene wiederholt sich in jedem Dorfe und in jedem Städchen, die der Kreischef auf seiner agitatorischen Rundreise besucht.

Vermischtes.

Kaiserslautern, 14. Juni. Was doch nicht eine einzige Silbe ändern kann! Vor dem hiesigen Bezirksgericht kam heute ein Mann zur Aburtheilung, welcher eine Hebamme mißhandelt hatte. In dem Leumundszeugnisse des Beschuldigten kam auch der Passus vor: „Derselbe ist im betrunkenen Zustande sehr reizend!"

Kusel, 20. Juni. Die „Kus. Ztg." schreibt: Wer billigen Kalbsbraten essen will, mag jetzt nach Kusel kommen: das Kalbfleisch wird jetzt hier zu 5 u. 6 kr. per Pfund verkauft. So billig hat man's in den großen Bädern nicht, weder in Wiesbaden noch Helgoland.

In einer Menagerie in Brieg ist ein Krokodil aus seinem Behälter entsprungen und hat seinen Weg in die nur wenige Schritte entfernte Oder genommen. Obgleich es Leute schwimmen gesehen haben wollen, ist es den dortigen Fischern noch nicht gelungen, durch Einfangen des übrigens sehr zahmen Thieres sich die ausgesetzte Prämie von 10 Thlr. zu verdienen. Der Verlust des Besitzers wird auf 100 Thaler geschätzt. Die Nachforschungen werden eifrigst fortgesetzt.

Man hat ausgerechnet, daß, um das Vermögen Rothschild's in preußischen Thalerscheinen herzustellen, 270 Kauffahrteischiffe voll Lumpen erforderlich wären.

Aus England wird ein Eisenbahnunglück gemeldet, welches 15 Todesfälle und eine noch unbekannte Zahl von Verletzungen verursachte. Dasselbe ereignete sich bei Newark auf der Greath-Northern-Bahn durch den Zusammenstoß eines Güterzuges mit einem Personenzuge.

(Geschwindigkeit ist keine Hexerei.) Ein Mann, Namens Chabannot, in einem Dorfe in Frankreich, erhielt vor Kurzem nach langem Petitioniren den Dispens, seine Nichte heirathen zu dürfen. Am Sonntag wurde er mit seiner Braut aufgeboten, am Montag Abends verlobt, am Dienstag Morgens getraut; am Mittwoch wurde das Kind getauft, das die junge Frau in der Hochzeitsnacht zur Welt gebracht hatte, am Donnerstag wurde die Frau mit den Sterbsakramenten versehen, starb am Freitag, wurde am Samstag begraben und am Sonntag bot der trostlose Mann Herz und Hand einer Freundin der Geschiedenen an. Also zwischen zwei Sonntagen Bräutigam, Ehemann, Vater, Wittwer und wieder Bräutigam. Wenn dieser Mensch kein Sonntagskind ist, so ist nirgens eines zu finden,

(Ein gewichtiger Zeuge.) Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten Lincoln war bekanntlich in früherer Zeit Advokat. Eines Tages hatte er ein Individuum zu vertheidigen, das eines Mordes beschuldigt war. Die Zeugenaussagen lauteten keineswegs günstig für den Angeklagten und Alles schien verloren, als Lincoln einen Brief erhielt. „Meine Herren," sagte er, sich an die Geschwornen wendend, „die

Digitized by Google

Zeugenaussagen fallen derart meinem Clienten zur Last, daß man keinen Augenblick über die Natur Ihres Spruches in Zweifel sein kann; doch wollen Sie mir gestatten, bevor Sie sich in den Berathungssaal zurückziehen, vor Ihnen einen Zeugen erscheinen zu lassen, dessen Ankunft mir man eben anzeigt und dessen Aussage vielleicht einiges Licht über den Prozeß verbreiten dürfte." Und der Advokat Lincoln rief das Individuum vor, das sein Client ermordet zu haben beschuldigt gewesen war und das sich nie so wohl befunden hatte. Man kann sich die Verblüffung des Gerichtshofes über einen so gewichtigen Zeugen vorstellen.

Berlin, 20. Juni. Der Verkauf der Korrespondenzkarten hat in Berlin am 18. Juni früh begonnen. Es sind an diesen Tage bei den hiesigen Postanstalten 45,468 Stück vom Publikum gekauft worden.

In Grafenwöhr brannten am 21. ds. dahier 44 Wohnhäuser nebst einigen 50 Nebengebäuden ab. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Aus der Stadt und Provinz.

Aus den öffentlichen Magistrats-Sitzungen vom 22. Juni.

Wegen Fürsorge für entlassene Sträflinge sei zunächst mit dem hies. St. Johannis-Zweig-Verein ins Benehmen zu treten. — Der festgesetzte Gebührentarif für die hies. Commissionäre sei im Amtsblatte zu veröffentlichen. — Auf Mittheilung des H. Brandversich.-Inspektors sei dem H. Gärtner Reinlein die ermittelte Brandentschädigung vollständig auszubezahlen. — Auf eine Anzeige wegen Beengung der Passage durch Auflagerung von Flußsand vor der Wohnung des Lohnkutschers H. Martin sei Abhilfe anzuordnen. — Der von der k. Regierung gestattete Verkauf eines Brustsyrups sei im Verzeichnisse der Geheimmittel vorzumerken. — Ueber die Aufstellung und Verpflichtung des Flurers Max Heubusch für den Kaulberger Flurbezirk sei öffentliche Bekanntmachung zu erlassen. — Das Gesuch der ledigen Karolina Resch von Humenik in Böhmen um Bewilligung zum Ankauf von Frauenhaaren sei z. B. abzuweisen, da der vorschriftsmäßige Leumundsnachweis noch nicht erbracht ist. — Ein uneinbringlicher Reisevorschuß im Betrage von 1 fl. 12 kr. sei auf Armenrechnung zu nehmen. — Eine Verfügung des k. Bez.-Amts Bamberg I. bezüglich der Wiesenbewässerung zu Gundelsheim soll den hies. wässerungsberechtigten Wiesenbesitzern auf Requisition eröffnet werden. — Ein Communalplatz an der Hallstadter Straße sei wegen wiederholt untersagter eigenmächtiger Benützung nunmehr durch Stadtkämmereiarbeiter von den dort befindlichen Auflagerungen räumen zu lassen. — Eine Einladung zur Subscription auf die deutsche Gemeindezeitung und der von der Redaktion derselben herausgegebenen Sammlwerke sei den HH. Gemeindebevollmächtigten unter Empfehlung dieser höchst gemeinnützigen und sehr gediegenen Zeitschrift Behufs lebhafter Betheiligung durch Abonnement und beziehungsweise Anschaffung der Sammelwerke mitzutheilen. — Wegen einer mit Erfolg zur Anzeige gebrachten Pflasterzolldefraudation sei dem Anzeiger eine Belohnung von 1 fl. zuzuerkennen. — Eine fällig gewordene Sterbpaktsprämie für eine Pfründnerin im Hause der Unheilbaren zu 50 fl. sei als Fundationszufluß zu vereinnahmen. — Der Verkauf von Heugras pro 1870 von der Rohrbachwiese um 83 fl. 35 kr. und vom städt. Hutanger, der Schillerwiese u. dem Lorberbau um 448 fl. 25 kr. sei zu genehmigen. — Zufällige Einnahmen beim Hause der Unheilbaren zu 61 fl. 58 kr. und beim Bürgerspital zu 312 fl. 21½ kr. seien bei den betreffenden Stiftungen in Einnahme zu verrechnen. — Die Transportausgabev des Brennholzes für das Bürgerspital pro 1870 seien im Betrage von 897 fl. zur Zahlung anzuweisen.

Sanitäts-Controle.

Die täglich mehr um sich greifenden Fälschungen der Chocoladen machen ein Produkt wie es sein soll — pure Cacao mit Zucker — fast zur Seltenheit. Gemahlene Cerealien, Fette, Farbe und Gewürze sind oft der ausschließliche Bestand von Erzeugnissen, welche als Chocolade verkauft werden.

Es ist evident, daß auch der reelle Fabrikant hierdurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Um unsrerseits jedem Mißtrauen zu begegnen, haben wir unsere Chocoladen-Fabrik in ihrem ganzen Umfange unter sanitätspolizeiliche Controle gestellt. — Die Aufsicht wird durch stetige Analyse, sowohl der zu Verwendung kommenden Rohstoffe als der fertigen Produkte gehandhabt und bietet den Consumenten die sichere Garantie, eine der Gesundheit durchaus zuträgliche Chocolade zu genießen.

Wir empfehlen ganz besonders den Herren Aerzten und Apothekern, Verwaltungen von Hospitälern und Pensionen unsere Cacao-Erzeugnisse, welche in Tafeln, gepulvert und entölt in den hauptsächlichsten Geschäften Deutschlands käuflich sind.

Franz Stollwerck u. Söhne in Cöln a. Rhein.

Bruderschaft christl. Mütter.

Sonntag den 26. Juni Gottesdienst in der Kirche der „englischen Fräulein" ½7 Uhr.

Gesellen-Verein.

Freitag Abend 7 Uhr

Musikalische Unterhaltung.

Die Herren Schutzvorstände mit Familie.

Der Präses.

Bamberger Schranne v. 22. d. Korn 17. 6; Wz. 22. 30; Hb. 7. 38; bpp. 8. 36.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Neue Bamberger Zeitung.

№ 146. Samstag, den 25. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 23. Juni. In der von heute Morgens 9 Uhr bis Mittag 2 Uhr währenden Sitzung des Finanzausschusses der Abgeordnetenkammer wurde der Etat des Justizministeriums mit Ausnahme der Strafrechtspflege und des Gefängnißwesens erledigt. Der Ausschuß beschloß 3,957,260 fl. zur Genehmigung zu beantragen, um 104,509 fl. weniger als das Regierungspostulat (4,061,769 fl.) beträgt; Hr. Referent Greil hatte nur 3,697,609 fl. bewilligen wollen. Weiter wurden die beiden Anträge des Referenten auf Aufhebung der Präsidentenstellen an den Appellgerichten und der Polizei-Anwaltsstellen in der Pfalz und an den Landgerichten diesseits des Rheins abgelehnt. Heute Abends 5 Uhr ist weitere Berathung des genannten Ausschusses.

Aus München schreibt man der „Köln. Vlksz.": Es war gar kein übeler Gedanke, daß man hier den Entschluß faßte, all' die, gelinde gesagt, unartigen Bezeichnungen, mit welchen unsere „liberale" Presse seit den letzten Jahren das patriotische kathol. Volk und seine Preßorgane überschüttete, zusammenzustellen, und die Sammlung unter dem Titel: „Liberales Schimpflexicon" dem Drucke zu übergeben, damit die Nachwelt erfahre, wie sehr ein Theil der liberalen Presse unserer Generation der Verwilderung verfallen ist. Aber noch tagtäglich haben wir neue Beiträge zu den Produkten dieser neuen Preß-Verwilderung zu registriren, die für eine weitere Auflage des „Schimpflexicons" benutzt werden können. Einzelne fortschrittliche Blätter beweisen wahrlich in diesem Punkte eine solche Virtuosität, daß den Vertretern ihrer politischen Richtung in unserer Kammer, wenn sie nicht fortwährend damit beschäftigt wären, die wirklichen oder angeblichen Ausschreitungen der provocirten patriotischen Presse zu registriren, die Schamröthe in's Gesicht steigen müßte. Der fortschrittliche „Pfälz. Courier" in Ludwigshafen fordert in einer seiner letzten Nummern sogar mit nackten Worten dazu auf, der auf Sonntag den 26. d. M. nach Oggersheim a. Rh. ausgeschriebenen Versammlung des katholischen Preßvereins der Pfalz das Schicksal des kath. Wandercasino's in Mannheim (1865), schmachvollen Andenkens, zu bereiten. „Diese geistlichen Hanswurstiaden würden es wenigstens verdienen", sagt das fortschrittliche Blatt. So achtet der moderne Liberalismus das Recht und die Freiheit „Aller"! Nicht viel glimpflicher gehen die national liberalen Organe mit den Referaten der Abgeordneten Kolb und Greil um; namentlich liegen ihnen die großartigen Abstriche des Ersteren am ordentlichen Militär-Budget schwer im Magen, weil die dadurch bedingte namhafte Reduzirung der Präsenzzeit einen dicken Strich durch ihr Lieblingsprojekt des Eintrittes Bayerns in den norddeutschen Bund macht. „Bayern kann nicht allein vorgehen, so lange die Militärmächte, insbesondere Preußen, keine andere Heeresorganisation einführen; Bayern darf auch nicht die gegenwärtige Organisation ändern, weil das die Verpflichtung gegen Preußen verletzen hieße", so lamentirt man im gesammten fortschrittlichen Lager. Ein Offiziöser hat in der Augsburger „Allg. Ztg." sogar herausgefunden, daß in der projektirten Reduktion des Militär-Etats keine „Moral" zu finden sei, während die überwiegende Mehrheit des bayerischen Volkes der festen Ueberzeugung ist, daß gerade die Beschränkung des Militarismus ein Akt volkswirthschaftlicher Nothwendigkeit und deshalb zugleich auch ein Akt höchster Moralität ist, der früher oder später auch für die größern Staaten seine wohlthätigen Nachwirkungen äußern muß. Der patriotischen Partei liegt gewiß nichts ferner als eine Wehrlosmachung Bayerns, da ja die Erhaltung der Selbstständigkeit unseres Vaterlandes den Cardinalpunkt ihres Programms bildet; allein wenn man jetzt die Fortschrittsblätter liest, so könnte man zu der Meinung verleitet weroen, daß der König von Bayern keine treuern Unterthanen besitze, als solche, die sich zur Fortschrittspartei bekennen, weil sie dem Militarismus selbst um den Preis einer Steuer-Erhöhung aus dem Säckel des Volkes jedes Opfer zu bringen bereit sind, während die Patrioten, die es „nicht nach Norden zieht", zwar auch dem Lande ein gutes, treues Heer geben, aber von demselben nicht in Friedenszeiten das beste Mark des Landes aufzehren lassen wollen; „denn", sagen sie, „wir können und werden unsere vertragsmäßigen Obliegenheiten gegen

Digitized by Google

Preußen und Deutschland erfüllen, ohne uns jedoch von der preußischen Armee-Organisation, welche für unsere Verhältnisse nicht paßt und zu kostspielig ist, das „Wie" unserer nationalen Pflichterfüllung vorschreiben zu lassen. Dadurch wahren wir zugleich am besten die Ehre und Selbstständigkeit unseres Landes." Und gewiß werden wir in Bayern in dieser Beziehung nicht lange isolirt bleiben; im Gegentheil wird der Zunder, welchen die patriotische und Volkspartei durch Annahme der Kolb'schen Vorschläge in das Pulverfaß des Militarismus hineinwerfen, alsbald eine allgemeine Explosion veranlassen. Der Sieg, welchen die katholische Partei in Belgien bei den jüngsten Wahlen errungen, hat der katholisch-patriotischen Partei bei uns neuen Muth eingeflößt Bei den bevorstehenden Budget-Debatten dürfte noch dem einen oder andern Minister Anlaß gegeben werden, dem Könige sein Demissions-Gesuch einzureichen. — In Folge einer Vorberathung des Greil'schen Referats im Finanzausschusse, dessen Mehrheit in vielen nicht gerade wesentlichen Punkten mit den Abstrichen des Referenten nicht einverstanden ist, wird derselbe einige redaktionelle und finanzielle Aenderungen vornehmen. Die Patriotische Kammer-Mehrheit soll entschlossen sein, vor Berathung des Budgets das neue Wahlgesetz in Angriff zu nehmen, um, falls dasselbe durch den in Aussicht gestellten Widerstand der Fortschrittspartei in dieser Session nicht zu Stande kommen sollte, wenigstens durch eine gesetzliche Feststellung der Wahlbezirke nach dem indirekten Wahlmodus der Staatsregierung die Möglichkeit zu benehmen, jemals wieder eine Wahlkreis-Verkünstelung à la Hörmann vorzunehmen. Jedenfalls ist die Vorsicht gerathen, da wegen der wichtigen Militärfrage eine wiederholte Auflösung der Kammer nicht zu den Unmöglichkeiten gerechnet werden darf.

Wie man hört ist der bisherige Honorar-Professor Dr. Friedrich zum ordentlichen Professor an der theol. Fakultät der hiesigen Hochschule ernannt worden.

Neustadt a/H., 22. Juni. Die Einführung der Communalschule hier wurde von der k. Regierung unter der Bedingung genehmigt, 1. daß das kath. Schulhaus an die katholische Cultusgemeinde abgetreten und 2., daß die Zahl der am Tage der Abstimmung im Schulsprengel wohnhaft gewesenen Stimmberechtigten der betreffenden Religionstheile festgestellt und der Nachweis geliefert werde, daß zwei Drittheile derselben sich an der Abstimmung betheiligt haben.

In Konstanz ist, wie telegraphisch vorgemeldet, Hr. Stromeyer mit 328 gegen 294 Stimmen wieder zum Bürgermeister gewählt worden. Von 645 Stimmberechtigten nahmen 622 theil. Großer Jubel. Die Stadt flaggte. Auch in der Schweiz ertönten Böllerschüsse. Abends improvisirter Fackelzug mit Musik. Demonstration vor v. Edelsheims Wohnung. Bankett in der Krone. Auch heute (23.) ist noch halber Festtag. (Die Ernüchterung folgt nach.)

Wien, 21. Juni. Mit den gestern stattgehabten Wahlen in den Landgemeinden Niederösterreichs haben die Landtagswahlen im Kaiserstaate überhaupt begonnen und werden in den einzelnen Landestheilen fortwähren bis zum 18. Juli. Das Resultat des ersten Anfangs ist trotz der geringen Errungenschaft von nur vier Sitzen für die kath. Volkspartei insoferne ein sehr günstiges zu nennen, als dieselbe bisher im niederösterreichischen Landtage durch keinen Abgeordneten vertreten war. Das gewesene parlamentarische Regime war somit offenbar nicht im Stande, in den dem Centrum des Reiches nächstliegenden Kreisen den Boden der liberalen Sache trotz allen Wirkens für Aufklärung und Fortschritt zu behaupten und zu bewahren. Charakteristisch ist auch das Mißtrauen der Wähler gegen die „Jungen," die eine vollständige Niederlage erlitten, da sie keinen einzigen ihrer Candidaten durchbrachten; ferner die Scheu vor den „Doctoren", deren nur zwei mit Mandaten betraut wurden u. gegen die auch die kleinern Städte und die Handelskammer eine gewisse Abneigung fühlen; mehr Chancen sind ihnen in Wien eingeräumt.

Wien, 24. Juni. In Wien wurden noch Dr. E. Kopp (Verf.) gegen Krawani und Dr. Schrank (Demokrat) gegen Schindler gewählt. Bei den Wahlen der Landgemeinden in Steiermark wurden 12 Klerikale, 6 Deutsch-Liberale und 4 Slovenen gewählt; Kaiserfeld und Stremayr unterlagen. In den mährischen Landgemeinden wurden 23 Deklaranten und 7 Verfassungstreue gewählt.

Ausland.

Kopenhagen, 22. Juni. Der höchste Gerichtshof hat das vorinstanzliche Urtheil bestätigt, wodurch des Herzogs Karl von Glücksburg Ansprüche auf den dänischen Staatsschatz anerkannt werden.

Paris, 23. Juni. Im gesetzgebenden Körper wünscht der Deputirte Choiseul den Kriegsminister zu fragen: ob es nicht thunlich sei die am Schlusse dieses Jahres zu entlassende Altersklasse der Armee im Interesse der Landwirthschaft schon jetzt zu beurlauben. Der Kriegsminister antwortet: viele Soldaten der Altersklasse von 1864 seien schon am 31. März entlassen worden. Der Landwirthschaft noch weitere Opfer bringen, hieße die Cadres desorganisiren. Den Rest dieser Altersklasse könne man vor dem September überhaupt nicht, und selbst dann nur mit dem Vorbehalte der Wiedereinberufung für den Fall innerer oder äußerer Störungen, entlassen.

Der Präsident des franz. Komite's für die Rekrutirung der päpstlichen Artillerie richtete an das „Univers" folgendes Schreiben: „Hr. Redakteur! Einer der hervorragendsten Befehlshaber des päpstl. Heeres erweist mir die Ehre, mir zu schreiben: „Die

Digitized by Google

politische Situation wird drohend; jeden Augenblick können wir einem energischen Angriffe Seitens der Revolution preisgegeben sein." Diese Worte bedürfen keines Kommentars. Ein Jeder weiß, was für Opfer in Aussicht auf ähnliche Eventualitäten sein Muth und seine Treue der Religion und der Ehre Frankreichs gegenüber von ihm fordern. Man kann nicht wollen, daß die materielle Hilfe zu spät, die Soldaten nach der Schlacht eintreffen.

Paris, 23. Juni. Man versichert: die „Amtszeitung" werde morgen eine Mittheilung folgenden wesentlichen Inhalts bringen: Die päpstliche Nuntiatur hat durch französische Blätter einen Brief des Sekretärs der Fürstenbreves bezüglich der von französischen Klerikern aus Anlaß des Concils direkt an den Papst gerichteten Adressen veröffentlicht. Ein solcher Vorgang widerstreitet dem französischen Staatsrecht. Der Herzog v. Gramont soll dem Nuntius Chigi ernstliche Vorstellungen gemacht haben; letzterer die Regelwidrigkeit des Vorganges anerkannt und versprochen haben ein solcher werde nicht mehr wiederholt werden. — Die Blätter veröffentlichen einen Brief der Prinzen von Orleans d. d. Twickenham, 19. d., worin dieselben verlangen der gesetzgebende Körper möge das Gesetz vom Jahr 1848, welches sie des Landes verwies, aufheben.

Rom, 19. Juni. In der gestrigen 73. Generalcongregation sprachen über das 4. Kapitel, die päpstliche Unfehlbarkeit, die Msgrs.: Cardinal J. B. Pitra, Ph. M. Guidi, Erzbischof von Bologna, G. de Bonnechose, Erzbischof von Rouen, Cardinal P. Cullen, Erzbischof von Dublin. Die nächste Sitzung ist auf den 20. Juni anberaumt. Es haben sich neuerdings 32 Redner einzeichnen lassen; da 74 Redner vor diesen schon vorgemekt sind, so stehen noch 106 Vorträge über das gleiche Thema in Aussicht, ja es mögen später noch weitere sich zur Discussion melden, so daß die genannte Zahl wohl bis zu 150 sich erhöhen dürfte. Unter diesen ist namentlich die Majorität stark vertreten; wenn eine Reduction der Liste oder ein beschleunigter Schluß der Debatte nicht eintritt, dann kann der jetzt vielgenannte Termin (10. Juli) zur Publikaation des Dogmas de infallibilitate nicht eingehalten werden. — Am 17. Juni, dem Jahrtag der Wahl des Papstes Pius IX. war in der vaticanischen Basilica großes Pontificalamt, celebrirt von einem Cardinal, dem der hl. Vater auch beiwohnte. Nach demselben ertheilte er vom Balcon des Quirinals dem knieenden Volke den Segen; dann empfing er in der an den Concilsaal stoßenden Gregorianischen Kapelle die Huldigungen und Glückwünsche der Cardinäle und Bischöfe, geführt vom Cardinal Patrizzi. Der hl. Vater antwortete aus tiefinnerstem Gefühle seines Herzens und mit frischer starker Stimme; er bezeichnete die Feindseligkeit und Unwissenheit als die Hauptquellen der Auflehnung gegen die Kirche und fügte bei, daß es seine Pflicht sei, diesen Feinden entgegenzutreten und sie unschädlich zu machen. Er segnete alle, welche die Kirche vertheidigen und sich gegenwärtig mit Entschiedenheit und Ausdauer um den Stuhl Petri scharen. Die Worte des hl. Vaters und die ganze Festfeier machten auf alle Theilnehmer den tiefsten Eindruck.

Rom, 18. Juni. In der Frühe verkündigten gestern 14 Kanonenschüsse den Eintritt des Papstes in das 25. Regierungsjahr. Um 10 Uhr waren die Kardinäle, Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe mit dem gesammten geistlichen Hofpersonal in der vatikanischen Basilika um Pius IX. versammelt, dem vom Erzbischof v. Bordeaux, Cardinal Donnet, celebrirten Hochamte zu assistiren. Nach der Andacht nahm Se. Heil. die vom Dekan des Cardinalkollegiums dargebrachten Wünsche desselben entgegen, die mit wenigen aber bedeutsamen Worten über das Concil und dessen Aufgabe erwidert wurden.

Aus Rom wird berichtet, daß an der Grenze bei Orbetello 40 Mazzinistische Republikaner gefangen genommen und nach Rom in die Engelsburg hinter Schloß und Riegel gebracht worden sind.

Genua, 22. Juni. Nachrichten aus den Provinzen melden, daß neuerdings räuberische Angriffe in Kalabrien vorkommen, und daß das Briganten-wesen zunehme.

In Belgien stellt die katholische Partei dasselbe Programm auf, wie die Katholiken in Bayern. Sie verlangt ein besseres Wahlgesetz, Verminderung der Steuerlast und um diese erreichen zu können, Armeereduktion. Man sieht, die Interessen der Völker sind überall dieselben, überall in den verschiedensten Ländern seufzt das Volk unter erdrückender Steuerlast, welche die Liberalen ihm aufgehalst haben. Es ist ein vielversprechendes Zeichen, daß das katholische Volk endlich zur Einsicht kommt und überall das unerträgliche Joch liberaler Knechtschaft abzuschütteln beginnt.

Lissabon, 20. Juni. Es ist die Rede von der Entlassung des Finanzministers Hrn. Diaz Ferreira; man glaubt das Cabinet werde sich durch die HH. Seravio, Carvalho, Mendoca, Cortes und andere Anhänger des Bischofs von Viseu ergänzen. — Gestern Abends fand, wie die Epoca meldet, auf dem Rocio-Platze dahier eine Volksversammlung statt, zu der sich etwa 12,000 Personen einfanden. Es wurden verschiedene Reden gehalten zum Ruhme der neuen Ordnung der Dinge. Die Versammelten zogen, etwa 8000 Köpfe stark, in Prozession nach dem Hôtel Saldanha's, wo „Es lebe die Freiheit!" und „Es lebe die portugiesische Regierung!" gerufen wurde.

Ein Antrag der auf eine gerichtliche Untersuchung bezüglich der Namensunterschriften unter den an die Cortes eingesendeten Petitionen lautete, ward verworfen. — Hr. Navarro sagte: der Herzog v. Mont-

Digitized by Google

penſier ſei kein Mitglied der Familie Bourbon. Hr. Madoz behauptet das Gegentheil. Hr. Martos ſtellt den Antrag: die Cortes ſollen ſich bis zum 31. Okt. vertagen. Dieſer Antrag wird mit 91 gegen 41 Stimmen angenmmen, wahrſcheinlich werden die Cortes am kommenden Donnerſtag auseinandergehen. — Der Herzog v. Montpenſier iſt in San Lucar eingetroffen.

Waſhington, 22. Juni. Das Repräſentantenhaus hat die von Polino beantragte Reſolution, wegen Einverleibung der britiſchen Beſitzungen in Unterhandlungen mit England zu treten, dem Comite für auswärtige Angelegenheiten überwieſen.

Vermiſchtes.

Bamberg, 23. Juni. Vom 1. Juni d. J. ab ermäßigt ſich das Porto für Briefe nach Großbritannien und Irland auf 9 kr. pro Loth incl. (ſeither 18 kr.), für Druckſachen und Waarenproben auf 3 kr. pro 2½ Loth incl. (ſeither 2 kr. pro Loth).

Kanton Freiburger 15 Fr.-Looſe von 1861. Serienziehung am 15. Juni d. J. Nr. 194, 240, 336, 390, 475, 522, 629, 690, 800, 1243, 1260, 1861, 2076, 2623, 2951, 2993, 3089, 3507, 3732, 3768, 4132, 4178, 4775, 4922, 4973, 5084, 5368, 5407, 5409, 5839, 5851, 5907, 6271, 6369, 6488, 6756, 6883, 7332, 7491, 7585, 7615, 7691. Die Gewinnziehung findet am 15. Juli d. J. ſtatt.

Das Magneſiumlicht, welches man durch Verbrennen von Magneſiumdraht erhält, iſt rein weiß und ermöglicht daher das Sortiren von gefärbter Wolle, Seide ꝛc. des Abends, was bei Lampenlicht, durch welches bekanntlich gewiſſe Farben ſehr verändert werden, nicht möglich iſt. Es wird daher bald jedes gut ausgeſtattete Nähtiſchchen eine Rolle Magneſiumdraht enthalten müſſen.

Für Volksvertreter und ſolche, die es werden wollen.) Im „Leipziger Tageblatt" veröffentlicht ein bei allen Verhandlungen des ſächſiſchen Landtages zugegen geweſener Zuhörer eine Blumenleſe denkwürdiger Ausſprüche, die den Herren Abgeordneten in der Hitze des Gefechts entſchlüpft ſind. „Es ergibt ſich nämlich aus dem Hinterhalte des Gutachtens. — Dieſer Antrag entſpringt aus dem dringendſten Gefühle eines Bedürfniſſes. — Meine Herren, die Conſequenz mag ich eben nicht, ich kann ſie einmal nicht leiden. Denn dort, meine Herren, liegen wenigſtens 24,000 Perſonen auf einem Punkt zuſammen. — In manchen Orten iſt gar kein Bedürfniß nach Grund und Boden. Um nachzuweiſen, ob die Grundſtücke durch Dismembration größer oder kleiner werden. Wenn es auf mich ankäme, ſo müßte jeder Bürger wenigſtens zwei Schäffel Land kriegen. — Wollen Sie einen Landestheil nicht vollſtändig an die Luft ſetzen, ſo erſuche ich Sie, Ihre Beſchlüſſe aufrecht zu erhalſen. — Von unſerem Standpunkte der Brandverſicherung aus finden wir in unſerem Lande (Schönburg) eine große Concentration kleiner Städte. — Ich gehöre nicht zu den Glücklichen, die neulich eine Eiſenbahn erlangt haben, auch wohl niemals eine erlangen werden. — Meine Herren, manchmal muß eine Fabrik durch zwei bis drei Dörfer laufen, ehe ſie an eine Straße kommt. — Schlechte Luft nnd andere derartige öffentliche Einrichtungen. — Es iſt immer gut, den Lebensbaum einmal anzuſpritzen. — Der Vertreter des Herrn Gewerbeſtandes. — Wir ſind noch nicht einmal in der Debatte, und nun gehts ſchon los. — Und es iſt nicht recht vom Herrn Referenten, daß er ſein eigenes Kind verläßt, das er erſt im Auftrage der Deputation geſchaffen hat. — Es iſt wohl Pflicht, auf der Zeit rollenden Wagen zu hören. — Ich muß mich für Gehaltserhöhung erklären, eher mehr wie möglich. — Daß endlich ein Uebelſtand beſeitigt wird, der hoffentlich ſeine guten Folgen haben wird. — Daß es aber Anſchauungen gibt, die überhaupt verſchieden ſind, das iſt gewiß wahr. — Wenn es jetzt auf einmal heißt, in zehn Jahren hört die Brandkaſſe auf, ſo wird natürlich Jeder, der ein altes Gebäude hat, dasſelbe wegbrennen.

Geſellen-Verein.

Sonntag Abend 7 Uhr „Vorträge auf der Metall-Concertino mit Geſang" von J. Diem. Die Herren Schutzvorſtände mit Familie.

Der Präſes.

Bruderſchaft chriſtl. Mütter.

Sonntag den 26. Juni Gottesdienſt in der Kirche der „engliſchen Fräulein" ½7 Uhr.

Gebrüder Göhring

in Frankenthal

(Rheinpfalz)

liefern Dampf- und Locomobil-Keſſel jeder Art, Seifen- und Laugenkeſſel, ferner alle zur Dampfbrauerei nöthigen Maſchinen, ſolid und hübſch gearbeitete Kühlſchiffe, gut konſtruirte Malzdarren in Eiſenblech und in Draht, eiſerne Maiſchbütten ꝛc — Billige Preiſe bei prompter Bedienung.

Non plus ultra Kaffee-Maſchinen

nach eigener neuer Conſtruktion, welche bereits die allgemeine Anerkennung erlangt haben, empfiehlt in allen Größen

Seb. Schreiber,

München,

kgl. Hofſpengler.

Reisszeuge

billig bei **Otto Reindl.**

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 147. Sonntag, den 26. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 24. Juni. Die Berathung des Etats des Justizministeriums ist im Finanzausschusse der Abgeordnetenkammer gestern fortgesetzt worden. An den Postulaten für die Bezirksgerichte mit 946,305 fl. und die Land- und Stadtgerichte mit 1,563,260 fl. wurden wesentliche Abstriche gemacht.

München, 24. Juni. Heute Vormittags 11 Uhr fand eine Staatsraths-Sitzung statt, in welcher ein Gesetzentwurf, „die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben", da mit dem 30. Juni l. Js. die Befugniß zur Erhebung der direkten Steuer, dann die Ermächtigung zur Fortbezahlung der Theuerungszulagen für Beamte, sowie der Zuschüsse und Sustentationen an die Geistlichkeit erlischt — berathen wurde. Es tritt also leider noch einmal die Nothwendigkeit ein, für die nächste Zeit in der erwähnten Richtung in der Weise Vorsorge zu treffen, daß die Wirksamkeit der desfallsigen Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Febr. 1870 nun auch auf das 3. Quartal ausgedehnt werden müsse.

Bamberg, 26. Juni. Die beiden Kammer haben nach der ‚A. Abdz.' eine gemeinsame Commission niedergesetzt, deren Aufgabe es ist, den Versuch anzustellen, ob eine nach allen Seiten hin gerechte Wahlkreiseintheilung vereinbart werden kann. In jener Commission sitzen als Vertreter der Rechten die Abgg. Xav. v. Hasenbrädl, Hauck, Henning, Dr. Jörg, Dr. Lindner. Frz. Xav. Maier und Radspieler, als Vertreter der Linken die Abgg. Dr. M. Barth, Fischer, Dr. Frankenburger, Schmiedel, Stockbauer u. Wand, welchen der Abg. Stenglein als Vertreter der Mittelpartei sich angeschlossen hat.

Dem Bankhause v. Erlanger u. S. in Frankfurt a/M., welche schon früher die Projektirungskonzession für den Bau von Eisenbahnen von Gelnhausen nach Burgsinn erhielt, hat das Handelsminister. nunmehr auch die Erlaubniß ertheilt, die Eisenbahnlinie Gelnhausen-Orb-Jossa-Brückenau-Schondra-Kissingen auf bayrischem Gebiete behufs Feststellung der Terrainverhältnisse untersuchen zu lassen. Durch diese Bahnlinie wird mit der bereits im Bau begriffenen Strecke von Jossa über Elm nach Fulda die kürzeste Verbindung zwischen Gießen und Bamberg hergestellt werden.

Wie in Bayern nähert sich auch in Württemberg die Stunde der Entscheidung im Kampfe gegen den Militarismus. Die Nachrichten, welche ein in den württembergischen Parteiverhältnissen wohlunterrichteter Freund der Frkf. Ztg. dieser sendet, lassen hoffen, daß auch in Schwaben Bresche geschossen werden wird in das verderbliche System, das den Wohlstand des Bürgers und Bauern untergräbt. Die Abgeordneten der Großdeutschen wie der Volkspartei sind einig, daß endlich ein „Bis hieher und nicht weiter" gesprochen werden, sind einig, daß endlich der Anfang gemacht werden muß mit der Aenderung eines Militärsystems, das dem Lande im Frieden Lasten auferlegt, die es ohne Krieg unter fortwährendem Kriegsdruck schmachten lassen. Wir zweifeln nicht, daß die Fünfundvierzig trotz aller Lockungen und Drohungen ausharren werden. Bleiben sie fest, so dienen sie nicht nur ihrer Heimath, sondern dem ganzen deutschen Vaterland. Derselbe Druck lastet auf dem Süden wie auf dem Norden.

Berlin, 23 Juni. Die „Krzztg." dementirt die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß Graf Bismarck in den Jahren 1865 und 1866 an Dänemark Anerbietungen in Bezug auf eine Abtretung Schleswigs gemacht habe.

Innerhalb der Grenzmarken der norddeutschen Bundesglückseligkeit beginnen bereits die Agitationen für die nächsten Wahlen in den Reichsrath. In Sachsen, wo das Terrain zu den schwierigeren für die Nationalliberalen gehört, wird besonders stark gearbeitet. Am 20. Juni fand in Leipzig eine Versammlung statt, in welcher der bisher. „nationale" Abg. Stephani den Reichstag pries und nicht genug von dessen Erfolgen erzählen konnte. Als aber dann der Sozialdemokrat Bebel auftrat und nachwies, wie diese Erfolge nicht den geschwätzigen Herren Nationalen, sondern dem rechtzeitigen Erscheinen des Grafen Bismarck zu verdanken seien, dem die Herren sich dann stets mit Verleugnung ihrer Grundsätze zu Füßen geworfen hätten, — da brach heftiger Lärm

Digitized by Google

los und von beiden Seiten gab es erregte Szenen. Auch Hans Blum, Robert Blum's Sohn, wohnte jener Versammlung bei; er gehört ebenfalls im Reichstage und im Zollparlamente zu den Anbetern Bismarcks und wird deshalb von den demokr. Blättern als Abtrünniger behandelt. Alle Arbeiter-Parteien, die sich sonst so heftig befehden, haben sich in Leipzig gegen die Nationalliberalen geeinigt.

Köln, 22. Juni. (Generalversammlung der Präsidien der katholischen Gesellenvereine.) Der heutigen ersten Versammlung ging ein von dem Hochw. Herrn Weihbischof Dr. Baudri um 8 Uhr in der Minoritenkirche celebrirtes Pontificalamt vorher. Um 9½ Uhr begann in dem festlich geschmückten großen Saale des hiesigen Gesellenvereinslokales die erste generelle Sitzung, zu welcher sich über hundert Präsides aus allen Gegenden Deutschlands, ferner aus Holland, der Schweiz und Ungarn eingefunden hatten. Herr Generalpräses Schäffer eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er die Einberufung gerade in dem jetzigen Momente mit der dringenden Nothwendigkeit motivirte, zu der durch die jüngste sociale Gesetzgebung bedingten Umgestaltung der Arbeiterverhältnisse möglichst rasch Stellung zu nehmen. Der Gesellenverein, wolle er anders eine ergreifende Wirksamkeit entfalten, müsse den Forderungen einer vollständig veränderten Gestaltung des Arbeiterwesens gerecht werden. Die in der gestrigen Vorberathung aufgestellten Resolutionen erhielten hierauf die einstimmige Billigung der heutigen Generalversammlung. Sodann wurde zur Verlesung und Debatte der einzelnen Anträge geschritten! Unter diesen rief vornehmlich der Antrag VI: „Wer sich an einem Strike betheiligt, schließt sich ipso facto aus dem Gesellenvereine aus." eine eingehendere Debatte hervor. Der Antragsteller hatte denselben damit motivirt, daß der Strike „sich nicht mit der christlichen Grundlage des Gesellenvereins verträgt. Die weit überwiegende Majorität der Versammlung sprach sich indeß gegen den Antrag und seine Motivirung aus. Es wurde anerkannt, daß der Strike an und für sich nach Lage der Verhältnisse ein moralisch durchaus erlaubtes Mittel in der Hand des Arbeiters sein könne, und daß eine Parteinahme für oder gegen denselben, soweit er die Grenzen einer berechtigten Nothwehr nicht überschreite, gänzlich außerhalb der Aufgabe des Gesellenvereins liege. Daraufhin wurde der Antrag zurückgezogen und durch folgenden ersetzt: „Die Generalversammlung fordert die Arbeiter auf, sich von allen antichristlichen Agitationen fernzuhalten." Eine ebenfalls längere Discussion entspann sich über die Frage, welche Stellung diejenigen Meister, welche aus dem Gesellenverein hervorgehen, zu diesem einnehmen sollen. Das Resultat der Debatte war die Annahme der Anträge: „1) Die Generalversammlung empfiehlt den einzelnen Gesellenvereinen die Bildung von Meistervereinen. 2) Die Einrichtung dieser Meistervereine bleibt den einzelnen Präsidien überlassen." Gegen 12½ Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Zu Beginn der Nachmittags 4 Uhr fortgesetzten Versammlung berichtete der Präses Honig von Waidhoven über seinen Empfang beim Heiligen Vater, welcher ihn ermächtigt hat, der Versammlung seinen Segen zu überbringen. Ein Antrag zur Errichtung besonderer Vereine für verheirathete Gesellen wurde zurückgezogen und das Auskunftsmittel adoptirt, letztere als außerordentliche Mitglieder beim Vereine zu belassen. Betreffend die Gründung von Lehrlingsvereinen und von damit verbundenen Lehrlingsschulen beschränkte man sich darauf, dieselben auf's Angelegentlichste zu empfehlen, aber alles Weitere den einzelnen Ortspräsidien anheimzustellen. Die förmliche Einverleibung der (ländlichen) St. Josephsvereine in den Verband der Gesellenvereine wurde abgelehnt und nur den Handwerksgesellen der ersteren der Genuß der Vortheile des Gesellenvereins zugesprochen. Von den hauptsächlichsten Rednern heben wir hervor außer dem Herrn Generalpräses: Professor Gruscha, Geistlichen Rath Mayer, Dr. Künzer, Geistlichen Rath Müller und Domcapitular Scharpff. (K. V.-Z.)

Wien, 24. Juni. Der Kaiser empfing den ägytischen Erbprinzen Mehemed Tewfik Pascha gleichzeitig mit dem hiesigen Botschafter des Sultans. — Die „Oesterreichische Correspondenz" erfährt aus Rom daß sämmtliche ungarische Bischöfe darüber einig sind Rom sofort nach der Verkündigung der Unfehlbarkeit zu verlassen.

Von Wien wird über die Wahlbewegung geschreiben: Demokratische Federn und Parteigänger der „neuen Männer" zerren gewaltig an dem Nimbus, den sich die Dezembristen um das Haupt geschlungen hatten. Se. Erzellenz der k. k. Geheimrath und vierfache Verwaltungsrath Dr. Giskra ist zur Zielscheibe der bissigsten Herabziehung geworden, obwohl er in der sogenannten höheren Bourgeoisie des Anhanges noch hinlänglich besitzt, um eines Abgeordnetenmandates für Wien, wo er kandidirt, sicher sein zu können. Am 15. fand eine Wählerversammlung im 7. Bezirk (Neubau) statt, „wo nicht der Börsenschwindel, sondern die ehrliche Industrie dominirt." — Da wurde Dr. Schindler, der mit Dr. Giskra manchen Händedruck gewechselt und sich als „Volksvertreter" vom unbemittelten Notar zum Verwaltungsrath und Besitzer des Leopoldskron (vormals dem König Ludwig I. von Bayern gehörig) emporgeschwungen hat, mit Zischen empfangen, als er „abermals wagte, sich als Kandidaten für den genannten Bezirk zu präsentiren." Man forderte ihn auf, sich über seine Thätigkeit in den letzten Jahren zu rechtfertigen, wies auf seine Verwaltungsstelle und den Ordensbesitz hin. Zischen und Lachen unterbrach oft dessen Rede; zuletzt wurde er durch allgemeine Heiterkeit genöthigt, die Rednerbühne zu verlassen. Der Gemeinderath Gassenbau-

Digitized by Google

stellte in dieser Wählerversammlung den mit großer Majorität angenommenen Antrag (gegen die Alten), daß kein Kandidat zugelassen werde, der sich nicht verpflichte, für direkte Wahlen mit Erweiterung des Wahlrechts zu stimmen, sowie für ein Gesetz, welches jeden Abgeordneten, der ein höheres Staatsamt oder einen Posten bei einer Aktiengesellschaft annimmt, verpflichtet, sich einer Neuwahl zu unterziehen. Einen wahren Beifallssturm erntete der Wähler Wismüller für folgende Darlegung: „Unsere Abgeordneten haben sich auf den Schultern des Volkes emporgeschwungen und dann ihre eigenen Interessen verfolgt; sie haben die Diäten und anderes Geld eingesteckt und sich um das Volk nicht weiter gekümmert. Sie sind Exzellenzen geworden und haben Verwaltungsrathsstellen bekommen, und wenn das Volk petitionirt hat, hat man die Petitionen in den Papierkorb geworfen. Wahrlich, solche Abgeordneten müßte, wenn sie vor ihre Wähler treten, die Schamröthe in's Gesicht steigen, wenn sie noch Scham hätten, denn sie haben das Volk in Wahrheit nicht vertreten.

Ausland.

Paris, 25. Juni. Die Agence Havas versichert, die Regierung werde in Betreff der Petition der Prinzen von Orleans im Petitionsausschusse erklären: sie wünsche sehnlichst, die Spuren des polit. Zwiespaltes auszulöschen und die daraus entstandenen Ausnahmsmaßregeln aufzuheben, glaube aber, daß der geeignete Moment dazu noch nicht gekommen sei.

In gewissen französischen Kreisen sieht man in dem Ausfall der belgischen Wahlen ein glückliches Ereigniß für Frankreich. Herr Frere-Orban und seine Freunde, heißt es, hätten immer zu „Preußen" hingeneigt und sich jedenfalls der französischen Regierung gegenüber stets sehr reservirt bewiesen. Anders verhalte es sich mit den Klerikalen, die aus ihren besonderen Sympathien für das französische Gouvernement niemals ein Hehl gemacht.

Ein zu St. Cloud abgehaltener außerordentlicher Ministerrath hat beschlossen, die Rückkehr der Prinzen von Orleans nicht zu befürworten.

Zur großartigen Erweiterung der Warschauer Festung werden jetzt sämmtliche Gebäude mehrerer Straßen und ein Drittel der Vorstadt Praga angekauft. Der den Privateigenthümern zu zahlende Taxpreis beträgt 5 Mill. Silberrubel.

Verona, 24. Juni. Die Prinzen Humbert u. Carignan, die Minister und eine Parlamentsdeputation begaben sich heute um 8½ Uhr Morgens von Pozzolengo nach der Begräbnißstätte von San Martino zur Einweihung des Denkmals für die im Feldzuge von 1859 Gefallenen. Nach der Enthüllung des Denkmals wurden zwei Reden gehalten. Die Prinzen wurden von der Menge auf's Lebhafteste begrüßt. Italienische und österr. Fahnen waren aufgehißt. Die Vertreter von Oesterreich u. Frankreich wurden auf's Aufmerksamste behandelt. Um 10½ Uhr fand die Abreise nach Solferino statt, wo gleichfalls die Einweihung eines Denkmals vor sich ging.

In seiner Sitzung vom 18. Juni hat das ital. Parlament die Summe von 11 Millionen Fcs. für Herstellung und Vergrößerung des einst hochberühmten, gegenwärtig aber ganz vernachlässigten Arsenals von Venedig bewilligt. Seit 1849 hat Oesterreich natürlich den Militärhafen Venedig nicht stark bedacht und seine Gelder dazu verwendet, sich an der Küste Istriens den Kriegshafen Pola zu bauen, dessen Besitz ihm sicherer schien als der Venedigs.

Konstantinopel, 24. Juni. Die hellenische Regierung beantragt bei der Pforte den Abschluß einer Convention behufs gemeinsamer Unterdrückung des Räuberunwesens in den Grenzbezirken. Die Pforte, hierin willigend, wird Photiades Bey, in Athen, mit den nöthigen Vollmachten zur Verhandlung versehen.

Vermischtes.

Ueber den Brand in **Grafenwöhr** wird geschrieben: „Das Feuer entstand auf der Post und verbreitete sich rasch über die Stadt; nur den Feuerwehren und den zu Hilfe geeilten Leuten gelang es, noch einen kleinen Theil der Stadt zu retten. Es brannten 44 Wohnhäuser nebst Nebengebäuten ab. Kirche und Pfarrhof wurden gerettet. Brandstiftung wird vermuthtet.

In Brünn ist am 22. d. in der Garderobe des Theatergebäudes Feuer ausgebrochen, wodurch dasselbe bis auf die Mauern niedergebrannt ist. Der Redoutensaal und die umliegenden Häuser, welche bereits von den Flammen ergriffen waren, konnten noch nach den größten Anstrengungen gerettet werden.

In **Preußen** hat an einem der letzten heißen Tage eine ganze Garnison einen Uebungsmarsch mit vollem Gepäck machen müssen. Das Ergebniß war dem Unternehmen entsprechend: 6 Todte bis jetzt! —

Konstantinopel, 13. Juni. Obgleich seit der Verwüstung Pera's durch den Brand schon eine Woche verflossen ist, erschien noch immer kein zuverlässiger Bericht, der eine genaue Uebersicht der in Ruinen verwandelten Gebäude gewährte. Am nächsten steht der Wahrheit die Meldung des „Levant Herald", wornach 7000 Häuser, die öffentlichen Gebäude ungezählt, ein Raub des Feuers wurden und 30,000 Menschen Schaden erlitten; die Mehrzahl darunter verlor all ihr Hab und Gut. Ungefähr 16,000 Menschen campiren noch unter Zelten auf freien Plätzen, indeß die übrigen in allen Stadtheilen und namentlich in den Kasernen Unterkunft erhielten. Von den Verunglückten sind kaum 300 aus den Trümmern gezogen und beerdigt worden; die Meisten kommen vielleicht erst spät oder nie mehr aus dem Schutte heraus; die Angabe des Schadens

Digitized by Google

schwankt zwischen 10 und 20 Mill. Lire. Die Haltung so mancher Lastträger (Hammals), die sonst allgemein in gutem Rufe stehen, der Wasserträger (Sakas), insbesondere aber der schlecht renommirten Feuerspritzmänner (Tulumbatschis) war bei dieser Gelegenheit eine unter aller Kritik scandalöse; die Abbrändler wurden förmlich gebrandschatzt und häufig bestohlen; das Publikum ist empört und die unabhängige Presse klagt laut über solchen Unfug. Diese furchtbare Katastrophe, welche die türkische über 1 Mill. Einwohner zählende Hauptstadt heimgesucht hat, wird wohl die Regierung von der Nothwendigkeit einer geregelten Feuerwehr überzeugt haben. Zur raschen und ergiebigen Abhilfe der Noth sind hier, wie in den Provinzen, Comite's gegründet, welche milde Beiträge sammeln und Subscriptionslisten cursiren lassen. Die Mehrzahl der Mahomedaner erweist sich sehr mildthätig und macht bei Vertheilung der Gaben, wie Nahrungsmittel und Kleidungsstücke, zwischen Gläubigen und Ungläubigen keinen Unterschied. Der Sultan Abdul Aziz ist sehr besorgt für die Unglücklichen und hat zur Linderung des Elends die ersprießlichsten Maßregeln getroffen. (A. P.)

Wohl oder übel müssen die Polen in Warschau für den Kaiser tanzen. Damit der Ball zu Ehren des heimkehrenden Kaisers besucht wird, schickt die Polizei Eintrittskarten zu a 6 Thlr. Wehe dem, der nicht zahlt oder kommt!

Frankf. Coursbericht vom 25. Juni 1870.

Staatspapiere.			Württbg.	4½% Obl.	91½ bz
Preußen. 5% Oblig.	— G		4	"	86 G
4½ "	93½ G		3½	"	82½ G
4 "	— B	Baden.	4½	"	92½ G
Frankfrt. 3½ "	80½ B		4	"	87½ G
Nassau. 4½ "	92½ B		3½	"	83½ G
4 "	85 B	G. Hessen	5	"	102½ B
Kurhess. 4 "	83½ bz		4	"	92½ G
Bayern. 5% Oblig.	— G	Sachsen.	5	"	103½ G
4½ 1jhr. "	93½ G	Brschw.	3½	"	80 B
4½ 1jhr. "	93½ G	Oestrr.	4⅛ R.i.S.		58½ bz
4 1jhr. "	86½ G		4⅛ R.i.P.		51 G
4 1jhr. "	86½ G		5 Ung. E.-A.		— B
4 Abl.-R.	86½ G	Amerika.	6% pr. 1882		96½ bz
3½ Obl.	— B		6% pr. 1885		95½ bz

Anlehen der Stadt München 100½ bz

Aktien.					
3%b.H.u.W.-B. 500fl.	836 G	5 öst. Staatsb. 500frc.	390 bz		
Oest. Nat.-B. 600fl.	609½ bz	4 pfälz. Ludwb. 500fl	167 B		
4½ b. Ostbahn 200fl.	124½ bz	4 Maxbahn 500fl	108½ bz		
5½ öst. Südb. 500 frc.	194½ bz	4 Nordb. 500 fl.	88 G		
		4 H.u.W.-B.-Pf.-Br.	92 G		

Anlehensloose.			
3½% preuß. 100thlr.	— bz	bad. 35 fl.	59½ bz
kurhess. 40 thlr.	64 B	großh. hess. 25 fl.	46½ B
bayr. 100 thlr.	107½ B	Ansb.-Gunzenhsn 7 fl.	11½ B
		österr. 500 fl. v. 1860	80½ bz

Wechsel auf kurze Sicht.			
Amsterdam (100fl.)	100½ bz	Hamburg (M.-B.100)	88½ bz
Augsburg (100fl)	99½ G	London (10Pf.St.)	119½ G
Berlin (60thlr.)	105 bz	Paris (200 Fr.)	94½ bz
Bremen (50 thl. Gold)	97½ bz	Wien (100 fl. ö. W.)	98½ bz

Disconto 3½ pCt.

Aerztliche Begutachtung.

Ich bescheinige andurch, daß die **Stollwerck**'schen **Brust-Bonbons** in leichten katarrhalischen und Brust-Affektionen, daherrührender Heiserkeit u. trockenem Reizhusten sehr zu empfehlen sind. Sodann muß noch besonders hervorgehoben werden, daß sich in diesen Brustbonbons, von deren Bestandtheilen ich Einsicht erhielt, keine der Gesundheit nachhaltige Stoffe vorfinden.

Dr. Lemke, kgl. Oberstabsarzt.

Die Stollwerck'schen Brustbonbons sind in versiegelten Packetchen mit Gebrauchsanweisung á 14 kr. stets vorräthig in Bamberg bei

J. B. Haußmann,
Hofkonditor **B. Wenglein**, und
F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel, Ebermannstadt bei Apothk. Krauß, Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt, Hollfeld bei Apoth. Hartung und Conditor G. Gardill; Memmelsdorf bei Chr. Reich, Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt, Weischenfeld bei Georg Lauer, Zeil bei J. P. Böllath.

Stuttgarter-Loose

zur Erbauung einer kath. Kirche

á Stück 35 kr.

1	Gewinn zu			14000 fl
1	do			7000 fl
1	do			3000 fl
1	do			1756 fl
2	do zu	875 fl.	— kr.	1750 fl
10	do zu	180 fl.	— kr.	1800 fl
20	do zu	87 fl.	30 kr.	1750 fl
30	do zu	52 fl.	30 kr.	1575 fl
100	do zu	35 fl.	— kr.	3500 fl
200	do zu	17 fl.	30 kr.	3500 fl
500	do zu	7 fl.	— kr.	3500 fl
934	do zu	3 fl.	30 kr.	3269 fl
13200	do zu	1 fl.	45 kr.	23000 fl
15000	Gewinne.			70100 fl

Ziehung am 1. Juli 1870.

Diese Loose sind zu beziehen bei

J. K. Eckenberger.

Zwickauer Pechkohlen

I. Qual.

empfehle den Herren Ziegeleibesitzern bei Abnahme von 50—100 Ztr. zu Grubenpreisen

J. B. Bayer jun.

Abfahrt und Ankunft

der Eisenbahnzüge in Bamberg vom 1. Juni 1870 an gültig.

Die mit * bezeichn. Züge geben über Ingolstedt, die mit † über Augsburg.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:		Ankunft:	
1[45]	früh Schnellz. †*	12[40]	Nacht Schnellz. †*
5	früh Postz. †	4[45]	früh Postzug *
8[5]	" Schnellz. *	7[24]	" Güt. v. Nbg.
12[35]	Mitt. Postz. †*	9[16]	" " v. Nördl. u. Ingolst.
2[30]	" Schnellz. *	1[14]	Mitt. Schnellz.*
3[40]	" Güt. b. Nbg.	2[10]	" Postzug †
5[30]	" " bis Nördl. u. Ingolst.	8	Abd. Schnellz.*
11[20]	Ab. Postz. *	10	Nacht. Postzug †*

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln

4	früh Postzug.	12[15]	Nachts Postzg.
8[5]	" Schnellz.	9[24]	früh Güterzug.
10	" Postzug.	1[10]	Mitt. Schnellz.
2[35]	Mitt. Schnellzg.	2[30]	" Güterz.
3	Nchm. Güterzg.	6[14]	Abd. Postz.
6[35]	Abd. "	7[50]	" Schnellzug

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[45]	Nachts Schnellz.	1[40]	früh Schnellz.
5	früh Postzug.	6[20]	" Güterz.
9[20]	" Lokalzug	7[48]	" Schnellz.
1[45]	Mitt. Schnellz.	12	Mitt. Güterz.
3[20]	" Güterz.	2[10]	Mitt. Schnellzg.
6[40]	Abd. "	5[4]	Abd. Lokalz.
8[4]	" Schnellz.	11	Nacht. Postzug.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 148. Dienstag, den 28. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

Inland.

München, 27. Juni. Die Korresp. Hoffmann meldet, daß durch allerh. Entschließung der Landtag bis zum 28. Juli einschließlich verlängert worden ist.

München, 26. Juni. Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß in der zweiten Hälfte der dießjährigen Herbstwaffenübungen, also im Monat September, je nach den Verhältnissen wo immer thunlich mit gemischten Waffen und auch unter gemeinschaftlichem Zusammenwirken der Truppen gegenseitig, nächst benachbarter Garnisonen feldmäßige Truppenübungen stattfinden sollen. Die Dauer dieser Feldmanöver, zu welchen die treffenden Abtheilungen im Laufe der erwähnten Periode zweimal zu vereinigen sind, soll jedesmal (mit Einschluß der nothwendigen Märsche und eines nächtlichen Bivouaks) zwei Tage in unmittelbarer Folge nicht überschreiten.

Ein bayerischer Correspondent der „Köln. Z." bemerkt, es mache sich die Ansicht geltend, daß der bayerische Landtag noch vor Ende August beendigt, d. h. aufgelöst werde. Der betreffende Correspondent glaubt zwar noch nicht an die Maßregel, die bei der Stimmung im ganzen Lande als die verfehlteste bezeichnet werden könne, aber immerhin sei es bedenklich, daß eine Großmacht (natürlich die preußische!) ihren Einfluß beim König dahin übe.

)(Seit einigen Tagen geht das Gerücht um, es soll der Landtag aufgelöst werden, veranlaßt durch die Berufung des Kriegsministers Prankh an das Hoflager nach Berg und durch die Verweigerung seines Entlassungsgesuches. Es scheint aber dieses Gerücht lediglich ein vielbeliebter Schreckschuß zu sein, die Majorität mürbe zu machen. So viel ich erfahre, soll dieser Schreckschuß seine Wirkung total verfehlt haben.

Die Berathung des Militärbudgets in der Kammer der Abg. wird in den ersten Tagen der nächsten Woche beginnen. Der Ausschußbericht verzögert sich in der Druckerei dadurch, daß Herr Kolb, der sich vorige Woche nach der Pfalz begab, sich die Revision desselben vorbehalten hat; doch wird der Bericht bis Mitte dieser Woche zur Vertheilung gelangen können. Derselbe weicht, wie man vernimmt, in mehreren Punkten von dem von Hrn. Kolb für den Ausschuß bearbeiteten Vortrag ab.

Die Vereinigung der Stadt- und Landgerichte in Straubing, Hof, Aschaffenburg und Kempten, zu je Einem Gericht steht in nächster Aussicht. Dieselben werden mit je 4 Richtern und 2 Gerichtsschreibern besetzt werden.

Nach dem „Vaterl." ist die Amtswohnung des Generaldirectors Freihr. v. Bruck im k. Postgebäude nun ausgeräumt und wird eben neu eingerichtet für den k. Ober-Postrath Fischer und Hrn. v. — Schlör. Wir ersuchen um ein geneigtes Dementi.

In München hat man sich dahin geeinigt, daß an den Sonntagen kein Blatt mehr erscheinen wird. Das Vaterland und der Volksbote erscheinen schon seit ihrer Begründung nicht an diesen, sowie an den höhern Festtagen und es ist nur ein gerechter Wunsch, wenn für die Arbeiter das Wort: „sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten ruhen" so gut gilt wie für diejenigen, welche sechs Tage nichts thun nnd am siebenten faullenzen. Die Welt wird deßhalb schwerlich zu Grunde gehen, wenn das liberale Publikum seinen Tag die gewohnte Kost entbehren muß.

Von Freising wird dem „Vtld." geschrieben: Sämmtliche Armen unserer Stadt, auch die Spitaler miteinbegriffen, haben heute einen „guten Tag." Der „zurückgebliebene" Stadtpfarrer Plank, der sein 25jähriges Jubiläum als Pfarrer Freisings begeht, läßt nämlich an diesem Freudentage alle Armen ausspeisen u. zwar flott. Freilich wird da mancher Judas sagen: Wozu diese Verschwendung?

In Regensburg ist der 8jährige Sohn des verstorbenen Erbprinzen Taxis auf Antrag seines Oheims und Vormunds, des Kaisers von Oesterreich in die Erziehungsanstalt der Jesuiten in Feldkirch gegeben worden Alles was liberal ist rast natürlich über diese Ohrfeige von kaiserl. Hand, was aber an der Sache: daß die Jesuiten-Anstalt vor allen andern bevorzugt worden, nichts ändern kann. Fast der ganze katholische deutsche Adel schickt seine Söhne zu den Jesuiten in Feldkirch zur Erziehung und zu den Jesuiten in Innsbruck, wenn sie Theologie studieren.

Digitized by Google

Im Regierungsbezirke der Oberpfalz und von Regensburg betrug der Kapitalstand der sämmtlichen Sparkassen am 1. Jan. 1869 3,580,276 fl. An dem Guthaben der Einlagen nehmen Theil Dienstboten, Handwerksgesellen ꝛc. ꝛc. 6984, Kinder 6828, andere Personen 5561.

In Kitzingen hat der löbliche (!) Magistrat für gut befunden, durch ein Ausschreiben den Impfungstag für die heuer impfpflichtigen Kinder auf den 16. Juni Vormittags, also auf das heil. Fronleichnamsfest, anzuberaumen. Obwohl das kath. Pfarramt dagegen Einsprache that, so wollte der Bezirksarzt Henke (Katholik) doch zur Fronleichnamsfeier impfen; aber die kath. Mütter machten kurzen Prozeß, sie erschienen mit ihren Kindern eben nicht, sondern hielten zur Festfeier. Magistrat und Doktor mußten einfach aufsitzen und es erfüllte sich der Spruch: „Der Hr. Dokter, da hockt er." Recht so!

Darmstadt, 26. Juni. Der Kaiser von Rußland ist über Bruchsal, wo ein Zusammentreffen mit der Königin Augusta von Preußen stattfand, von Stuttgart hier eingetroffen. Auf dem Bahnhofe wurde der Kaiser von dem Großherzog empfangen.

In Württemberg spricht man noch immer von der großen Wallfahrt der Machtanbeter nach Burg Hohenzollern. Leider gibt es noch Männer, die einen Stolz darein setzen, der preußischen Gewaltherrschaft sich freiwillig zu unterwerfen und die That von 1866 als ein Glück für Volk und Vaterland zu feiern. Nicht genug, daß man dem Oberhaupt des Nordbundes ein Hoch ausbrachte, telegraphirte man auch in tiefster Ergebenheit an den Propheten des Berliner Kriegsgottes, an den Grafen Bismarck. Der eiserne Graf sandte „herzlichen Dank und landsmannschaftlichen Gruß vom Meer zum Fels" zurück. Ja, ja! vom Fels zum — Mehr an Soldaten, Steuern und Unfreiheit!

Berlin, 25. Juni. Einer Stuttgarter Corresp. der „Krzztg." zufolge wäre Hr. v. Varnbüler persönlich einer Betheiligung an der Subvention für die Gotthardbahn nicht abgeneigt; aber da er fürchte daß die Kammermehrheit ihm gerade bei dieser Gelegenheit ein Bein stellen könne, habe er in Bern noch keine Zusicherungen gemacht, sich vielmehr aufs Zuwarten gelegt. Bindende Zusicherungen sind allerdings dem eidgenössischen Bundesrathe von württembergischer Seite nicht gemacht worden, so wenig wie das seitens des Bundeskanzlers geschehen ist, solange nicht der Reichstag sein Votum abgegeben hatte. In unsern politischen Kreisen will man jedoch wissen daß die württembergische Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Unterstützung jenes Unternehmens zu erkennen gegeben habe, und dem Landtag auch eine bezügliche Vorlage machen werde. — Die gegen Ende vorigen Jahres mit der bayer. Regierung angeknüpften Verhandlungen wegen eines Jurisdictions-Vertrags mit dem Nordbunde sollen vor längerer Zeit ins Stocken gerathen sein, und vorderhand keine Aussicht haben wieder aufgenommen zu werden.

Die „Kath. Partei" in Preußen will mit eigenen Candidaten für das preuß. Abgeordnetenhaus u. den norddeut. Reichstag auftreten und hat als Programm folgende 5 Punkte aufgestellt: 1) Aufrechthaltung der gesetzlich garantirten kirchlichen Rechte; 2) Wahrung des confessionellen Charakters der Volksschule; 3) Sicherung des föderativen Charakters des Norddeutschen Bundes; 4) Selbstverwaltung des Volkes in Gemeinde, Kreis, Provinz; 5) Reduktion der Militär-Bedürfnisse. Das sind im Wesentlichen auch die Forderungen, welche wir Katholiken im Süden für äußere und innere Politik geltend machen, so daß hierin eine vollständige Uebereinstimmung herrscht.

Bei der Versammlung der Präsides der kathol. Gesellenvereine kam auch das Kapitel von der Unterhaltung zur Sprache. Es fehlte nicht an Anträgen, welche dieselbe auf ein fast dem Nichts gleichendes Minimum reduzirt wissen wollten; Tanzvergnügungen sollten gänzlich abgeschafft, Theateraufführungen wesentlich beschränkt und dabei Zeit und Stunde immer und überall genau innegehalten werden. Gegen alle diese Insinuationen wendete sich unter dem lauten Applaus der weit überwiegenden Mehrheit der Versammlung mit größter Entschiedenheit der Domkapitular Dr. Künzer aus Breslau, indem er ausführte, daß mit dem wahren Christenthum sehr *wohl* ein innerhalb der Anstandsgrenzen bleibender Scherz sich vertrage, daß man nicht der Jugend verbieten dürfe, jung zu sein, und daß es am allerwenigsten der Zweck der Gesellen-Vereine sei, den Schlag Menschen heranzubilden, den man als denjenigen der Mucker und Kopfhänger zu bezeichnen pflege. Nachdem sich noch mehrere andere Redner in gleicher Weise gegen jene Anträge erklärt hatten, wurden diese von den Antragstellern zurückgezogen. Noch wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Generalversammlung bestellt für den Fall der Erledigung der Stelle des General-Präses die vier Herren: die Central-Präsides von Wien und München und die Diözesan-Präsides von Münster und Breslau als Vertreter des Gesammt-Vereines." „Dem hochw. Herrn Erzbischof von Köln wird die Generalversammlung die Bitte vorlegen, die vier Vertreter des Gesammt-Vereines vor der Bestätigung des neu ernannten General-Präses nicht unbefragt zu lassen." Endlich einigte man sich noch, das Bureau mit der Abfassung einer Adresse an den hochw. deutschen Episkopat zu betrauen; ferner den hl. Vater auf telegraphischem Wege der ehrfurchtsvollen und aufrichtigen Ergebenheit der Versammlung zu versichern und ein Telegramm im gleichen Sinne durch Vermittelung des hochw. Bischofs Dr. Feßler an diejenigen Bischöfe des Concils abgehen zu lassen, in deren Sprengel sich Gesellen-Vereine befinden. Um 11 Uhr schloß

Digitized by Google

Herr Schäffer die diesjährige General-Versammlung mit einem erhebenden Scheidegruß, in welchem er seine Mitbrüder aufforderte, im Geiste Kolping's sich mit aller Liebe der hochwichtigen Sache hinzugeben, für welche hier in diesen Tagen wiederum so schöne Früchte gereift seien.

Wien, 26. Juni. Die Tagespresse erfährt, daß Erzherzog Albrecht zur Begrüßung des Czaren nach Warschau geht, wo derselbe am 2. Juli eintreffen wird. Den Erzherzog begleitet Major Bechtolsheim, der von Warschau aus seine neue Dienstleistung als Militär-Attache in St. Petersburg antritt.

Die „Linzerpost" meldet: Der Kaiser hat als oberösterreichischer Großgrundbesitzer den Grafen Falkenhayn, einen ausgesprochenen Klerikalen, zur Stimmabgabe bei der bevorstehenden Landtagswahl bevollmächtigt.

Wiener Blätter schreiben: Der Telegraph aus San Franzisko meldete am 21. Mai, daß der Sohn des Reichskanzlers Grafen Beust, der auf der Fregatte „Donau" in der Marine diente, am 29. April gestorben sei.

Ueber die Wahlen in Oesterreich schreibt die Frkf. Ztg. u. A.: Der gemäßigte Liberalismus, welchem die heute vor elf Jahren bei Solferino erfolgte k. k. Niederlage die Bahn eröffnete, hat es nicht sehr weit gebracht. Von den 23 in den Landtag gewählten Vertretern der Bauernschaft in Steiermark gehören 13 der ultramontanen und 4 der mit dieser verbündeten slovenischen Nationalpartei an. Die Zahl der deutschliberalen Abgeordneten wurde auf 6 reducirt. Moriz v. Kaiserfeld hat in seiner Wahlrede vergebens die rücksichtsvolle Behandlung hervorgehoben, welche seine Partei der Klerisei (?) angedeihen ließ, und speciell darauf hingewiesen, daß das Abgeordnetenhaus die Kirchen- und Klostergüter nicht angetastet hat, obgleich man ihm die Einziehung derselben „oft genug nahe gelegt." (!!) Ein Vorstandsmitglied des kath. Vereins, Baron Gudenus, siegte über den Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Auch der halbliberale Cultus- und Unterrichtsminister v. Stremayr fiel, wie Kaiserfeld, gegenüber einem entschieden kath. Candidaten durch. Dagegen wurde Professor Maßen, der Wortführer der kath. Föderalisten, mit großer Majorität in Stainz gewählt. Die auf dem Lande durchgefallenen Verfassungstreuen werden übrigens in den städtischen Wahlbezirken untergebracht werden. Da die Vertreter der steiermärkischen Städte mit Inbegriff der Handelskammer-Abgeordneten die Zahl der Landdeputirten um zwei übertreffen und auch ein Theil der Repräsentanten des Großgrundbesitzes der liberalen Partei angehören wird, so wird im nächsten steiermärkischen Landtag der Liberalismus wieder die Majorität haben, aber der moralische Eindruck der Verluste, welche die Verfassungspartei erlitten hat, ist nicht leicht zu verwischen. In Wien hat bei den Nachwahlen die demokrat. Partei einen bedeutenden Erfolg errungen. Im Bezirke Neuban siegte Dr. Schrank definitiv über Dr. Schindler. — In den übrigen Städten Niederösterreichs wurden meistens die Candidaten der alten Verfassungspartei gewählt. In Mähren ist gestern in den Landwahlbezirken abgestimmt worden. Nach dem Vorschlage des tschechischen Nationalcomitees wurden die früheren Declaranten wieder gewählt.

Ausland.

Der schweizerische Gesandte bei dem Norddeutschen Bund wird heute von Berlin hier erwartet. Zweck seines Hieherkommens ist zu Gunsten der Subventionirung der Gotthardbahn hier zu wirken. Da indeß Württemberg seinen Standpunkt in dieser Frage schon im Berner Protokoll deutlich niedergelegt hat, so hängt es hauptsächlich von Baden ab ob Württemberg sich bei dieser Subventionirung betheiligen wird, oder nicht. Württemberg hat damals gewisse Garantien und Zugeständnisse in Betreff des Anschlusses der Eisenbahnen, des Gütertransports u. der Tarife hiefür (keine Differentialfrachtsätze) u. s. w. von Baden als Bedingung für seine Subventionirung aufgestellt, und Baden schien sich anfangs wenig geneigt zur Ertheilung dieser Garantien und Zugeständnisse zu zeigen. In neuerer Zeit haben zwar wiederum, wie man hört, Verhandlungen in diesem Betreff stattgefunden, über den Erfolg derselben ist aber zur Zeit etwas zuverlässiges nicht bekannt geworden. Ohne solche Garantien und Zugeständnisse würden aber die württembergischen Kammern wohl nicht geneigt sein irgendwelche Geldverwilligungen zu machen.

Brüssel, 25. Juni. Wie das „Echo du Parlement" erfährt, hat der König dem Grafen Anethan den Auftrag ertheilt, das neue Kabinet zu bilden.

Die unabhängige Presse spricht sich für die Rückkehr der Söhne und Enkel Louis Philipps aus; auch in der Kammer finden sie aufrichtige Freunde und Vertheidiger ihrer Ansprüche. Der Graf von Paris, das Haupt der Familie, drang am entschiedensten auf die Absendung der Petition; er leidet stark am Heimweh und fühlt sich im Exil sehr unglücklich.

Man meldet, daß die Königin Isabella heute Nachmittags um halb 3 Uhr im Hotel Basilewski in Gegenwart der Königin Christine, des Infanten Don Sebastian, vieler hervorragenden Persönlichkeiten der spanischen Emigration, des Marschalls Bazaine und mehrerer anderer franz. Würdenträger den Akt der Abdankung zu Gunsten ihres Sohnes, welcher unter dem Namen Alphons XII. den spanischen Thron besteigen solle, unterzeichnet habe. Der König-Gemahl Don Franz v. Assisi sei zu diesen Feierlichkeiten nicht zugezogen worden, und der Schwiegersohn der Königin Isabella, Graf v. Girgenti, habe sich entschuldigen lassen. Gleichzeitig sollte in dieser Versammlung ein Manifest der Königin an das spanische Volk verlesen werden.

Digitized by Google

Von der Regierung zu Japan ist nach Berlin die Bitte gelangt, ihr behufs Errichtung von Lehrstühlen für die Medizinisch-chirurgische Wissenschaft bewährte Kräfte unter garantirten günstigen Bedingungen überweisen zu wollen. Dem Anliegen soll entsprochen werden, und sind durch den damit beauftragten Geh.-Rath Prof. Dr. Langenbeck bereits Verhandlungen mit dem zeitigen Marinearzt Dr. Hofmann angeknüpft, welch letzterer sich durch seine hervorragenden Leistungen als Operateur während des Feldzuges von 1866 bewährt hat.

Der Kaiser von Japan hat den Buddhismus abgeschafft und soll nunmehr der alte Gott, nämlich der Koloß des Buddha, ein schönes und interessantes Kunstwerk, als altes Messing unter dem Hammer gebracht werden.

Vermischtes.

(Ein moderner Wohlthäter.) In voriger Woche trat ein ältlicher Heer mit zwei blühenden Knaben in eines der fashionablesten Locale des Berliner Thiergartens, ließ sich mit Selbstgefühl die Speisekarte reichen und vertilgte mit seinen tapferen Hilfstruppen das Beste und Feinste, was dieselbe bot, natürlich ohne dabei eine Flasche vortrefflichen Rothweines zu vergessen. Der Wirth war natürlich entzückt über den riesigen Appetit des Kleeblattes. Als alle Drei endlich doch die Waffen strecken mußten, rief der alte Herr mit herablassendem Wohlwollen: „Kellner! haben sie Kuchen?" „Bedaure, nein!" — „Na Kinder", fuhr der Herr fort, „dann wartet 'mal; ich werde euch selbst welchen von drüben holen!" Das Gesicht der Knaben erglänzte von Freude, soweit es ihnen eben das übermäßige Sattsein erlaubte. Der Herr ging und blieb sehr lange. Endlich fragte der Wirth die Kinder: „Aber wo bleibt denn Euer Papa?" — „Unser Papa?" erwiederte der älteste Knabe erstaunt, „det is ja jar nich unser Papa! Der hat uns man blos uff de Straße gefragt, ob wir 'mal recht ordentlich uns satt essen wollen, und det haben wir nun besorgt und warten man blos bis der Kuchen kommt!" — Der alte Herr muß wohl keinen Kuchen gefunden haben; er kam nicht wieder.

Die Nachricht über die Beschlüsse der Präsides-General-Versammlung in Köln, der K. V. Z. entnommen, war, was die St. Josephs-Vereine betrifft, etwas ungenau, indem der Berichterstatter der V. Z. den Beschluß sowie den Antrag nicht richtig aufgefaßt hatte. Der Antrag hatte gar nicht mehr verlangt als Aufnahme der Handwerker aus den St. Josephs-Vereinen als Mitglieder des Gesellen-Vereins und Ausstellung eines Aufnahms-Diploms in den Vereins-Verband von Seite des General-Präses auch an die St. Josephs-Vereine. Das Erstere wurde von der General-Versammlung ohne Widerspruch angenommen, das Zweite vom General-Präses allen Josephs-Vereinen zugesagt, welche sich bei ihm anmelden. Zur Vereinfachung der Geschäftsführung übergab der seitherige Central-Präses der St. Josephs-Vereine Ponholzer von Augsburg die Central-Vorstandschaft dem Central-Präses der Gesellen-Vereine geistl. Rath Georg Mayr in München, sowie der Unterzeichnete seine Diözesan-Vorstandschaft dem Diözesan-Präses Hr. Dürbeck in Bamberg, an welchen sich von heute an Alle wenden mögen, welche beabsichtigen, in der Erzdiözese einen St. Josephs-Verein zu gründen.

Memmelsdorf, den 28. Juni 1870.

v. Buseck, Präses und Kaplan.

Stuttgarter-Loose
zur Erbauung einer kath. Kirche
à Stück 35 kr.

1	Gewinn zu	14000	fl
1	do	7000	fl
1	do	3000	fl
1	do	1756	fl
2	do zu 875 fl. — kr.	1750	fl
10	do zu 180 fl. — kr.	1800	fl
20	do zu 87 fl. 30 kr.	1750	fl
30	do zu 52 fl. 30 kr.	1575	fl
100	do zu 35 fl. — kr.	3500	fl
200	do zu 17 fl. 30 kr.	3500	fl
500	do zu 7 fl. — kr.	3500	fl
934	do zu 3 fl. 30 kr.	3269	fl
13200	do zu 1 fl. 45 kr.	23000	fl
15000	Gewinne.	70100	fl

Ziehung am 1. Juli 1870.
Diese Loose sind zu beziehen bei
J. K. Eckenberger, Marplatz,
und im
Comptoir d. Expreßkompagnie.

Betstunden-Büchlein
billig bei Otto Reindl.

Gesellen-Verein.
Donnerstag Abends 8 Uhr
„Monatsversammlung"
der Herren Schutzvorstände.
Quartalschluß des Sparkassen-Vereins.
Der Präses.

Gratulations-KARTEN UND BRIEFBOGEN
in größter Auswahl, elegant u. billig, bei *Otto Reindl.*

Die Cigarrenfabrik P. Huyn
Frauenstraße 4 B, München
empfiehlt zur Probe:

25	Stück La Flora	fl —. 42	
50	„ Rodriguez	„ —. 48	
100	„ Antonio Munoz	„ 1. 30	

Die Zusendung dieser 175 Cigarren erfolgt franko um 3 fl. Sämmtl. Sorten sind gut abgelagert, sehr wohlschmeckend haben viel Tabackgehalt und werden auch Wiederverkäufer ihre Rechnung bei dem geringen Preise finden.

Zwickauer Pechkohlen
I. Qual.
empfehle den Herren Ziegeleibesitzern bei Abnahme von 50—100 Ztr. zu Grubenpreisen
J. B. Bayer jun.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Neue Bamberger Zeitung.

№ 149. Donnerstag, den 30. Juni. 1870.

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Montage, an diesem Tage das Beiblatt Fränkisches Unterhaltungsblatt gratis. Der Abonnementspreis beträgt 30 kr. für das Quartal, ins Haus oder durch die Post geliefert 36 kr. Auf das Fränkische Unterhaltungsblatt allein werden ebenfalls Abonnements zu 12 kr. pr. Quartal angenommen. Bei Inseraten wird die 3spaltige Petitzeile u. deren Raum mit 2 kr. berechnet. – Briefe und Gelder franko.

An unsere Leser.

Wir bedauern unsern verehrl. Lesern anzeigen zu müssen, daß mit heutiger Nro. die „Neue Bamberger Zeitung" zu erscheinen aufhört.

Wir sprechen allen unsern Lesern Dank aus, besonderen Dank aber denen, die uns mit Beiträgen unterstützten.

Bamberg, Ende Juni 1870.

Die Redaktion.

Inland.

München, 27. Juni. Wie ich höre, hat weder der Vorschlag, den vier Klassen der lateinischen Schule noch eine fünfte (Vorbereitungs-) Klasse vorangehen zu lassen, noch der Antrag das siebente Schuljahr abzuschaffen, Aussicht auf Erfolg, da der Cultusminister sich mit beiden nicht einverstanden erklärt.

München, 28. Juni. Die Abgeordnetenkammer begann heute die allgemeine Diskussion der Advokatenordnung. Es sprachen der Referent Kurz, sowie Wülfert für, Radspieler und der Justizminister gegen die Freigabe, Letzterer, indem er betonte, daß er daraus keine Kabinetsfrage mache. Es sind noch viele Redner vorgemerkt. Fortsetzung am Donnerstag.

In der morgen stattfindenden Sitzung der Kammer der Abgeordneten wird der Abgeordnete Mahr an den Cultusminister eine Interpellation in Betreff der Abhaltung von Missionen durch Priester der Gesellschaft Jesu richten.

Der 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat zum Referenten über den Antrag der unterfränkischen, oberfränkischen und oberpfälzischen Handelskammern auf Erhaltung des Handelsappellationsgerichts in Nürnberg als einziger und höchster Instanz in den 7 Kreisen diesseits des Rheins den Abgeordneten Dr. Schüttinger gewählt.

München, 26. Juni. Im Einlauf der Abgeordnetenkammer sind auch neuerdings wieder Petitionen und Adressen in Sachen des Militärbudgets und des Wehrgesetzes einregistrirt. Die Gesammtzahl der Unterschriften unter allen derartigen Adressen, die von Collektivkörperschaften, wie Gemeindekollegien, Magistraten ꝛc. unterschriebenen ungerechnet, beträgt über 60,000; noch niemals ist in irgend einer Sache so massenhaft an den Landtag petitionirt worden. — Zur Zeit des deutschen Bun es wurden bekanntlich auf Grund verschiedener Bunces(=tags)-Beschlüsse nicht nur gemeine Verbrecher, sondern auch solche, die wegen politischer oder Militärvergeben verfolgt wurden oder verurtheilt waren, von den Einzelstaaten gegenseitig ausgeliefert. Nach dem Kriege von 1866 wurde bezüglich der Auslieferung gemeiner Verbrecher eine ausdrückliche Vereinbarung getroffen, durch welche der andernfalls erloschene Bundesbeschluß in Kraft blieb. Bezüglich der politischen und Militärvergehen glaubte man bisher allgemein, daß die „internationale unabhänige Existenz" der ausgetretenen Staaten die Auslieferung selbstverständlich ausschließe. Es dürfte von allgemeinem Interesse sein, und besonders möge es preußischen Flüchtlingen als Warnung dienen, daß diese Ansicht total irrig ist. Gelegentlich eines concreten Falles, in welchem in den drei Ministerien der Justiz, des Innern und des Auswärtigen um Auskunft gebeten wurde, ist von keiner Seite eine Erklärung darüber zu erlangen gewesen, daß man den betr. preuß. Flüchtling, falls er seinen Aufenthalt in Bayern nehme, nicht ausliefern werde, da die Frage, ob der bezügliche Bundesbeschluß erloschen sei, keineswegs entschieden sei. Mit einer merkwürdigen Art von Emphase wurde bei diesem Anlaß hervorgehoben, daß Bayern mit der Sprengung des Deutschen Bundes nicht aufgehört habe, „ein deutscher Staat" zu sein.

**) Die Radirungen, welche der Finanz-Ausschuß an den Greil'schen Budgetstrichen vornimmt, lassen den Dr. Ant. Schmid'schen Anträgen zur pecuniären Aufbesserung der Schullehrer keine günstige Zukunft hoffen; denn wenn beim allgemeinen Budget keine bedeutenden Summen erspart werden, werden dann wohl die Liberalen ihr angedrohtes Meistgebot für

Digitized by Google

die Schullehrer mittels Steuererhöhung zu leisten wagen? Ich zweifle, ob irgend eine Partei um solchen Preis sich die Gunst der Schullehrer erkaufen wird, besonders Angesichts des Fastnachtsspiels der Wiener allgemeinen Lehrerversammlung. Merkwürdig! Zur Zeit des Dr. Huller'schen Schulgesetz-Entwurfes war es den Lehrern leicht, Adressen für das Gesetz zusammenzubringen; jetzt aber, wo es sich ernsthaft ums Zahlen handelt, will keine einzige zum Vorscheine kommen. War es denn damals unsern aufgeklärten liberalen Bauern und Krämern Ernst mit der Hebung der Schule und Schullehrer?

N Vom Gebirge. Wir sind zwar nicht neugierig, aber doch möchten wir wissen, wo denn eigentlich die Angelegenheit der Weißmainer Jesuitenmission hängt? Im vorgeschriebenen Geschäftsgange wurde die Erlaubniß hiezu von der weltlichen und geistlichen Behörde erbeten, damit am Pfingstfeste die Mission beginnen könnte; und als verlautete, die Mehrzahl der Gemeindevertretung zu Weißmain hätte sich gegen die Mission ausgesprochen, haben 220 Bürger sich unmittelbar an Se. Majestät gewendet und um Gestattung der Mission gebeten: allein Pfingsten ist längst vorüber, und bis zur Stunde hat weder eine weltliche noch geistliche Behörde sich bemüßigt gesehen, eine Antwort auf die Eingabe des Stadtpfarramtes und der Bürger amtlich mitzutheilen. Glaubt man vielleicht durch Todtschweigen der Mission ledig zu werden? Dann täuscht man sich sehr. Wir fragen: wo liegt die Antwort auf die Eingaben, mag sie nun bejahend oder verneinend lauten? Liegt sie in Bayreuth? oder sollte sie gar auf dem Domberge in Bamberg verloren gegangen sein? oder liegt sie in Lichtenfels? fängt man hier vielleicht an, die Folgen seiner Hetzereien zu fürchten und scheut man sich daher, eine verneinende Antwort mitzutheilen? Allein wir verlangen Antwort, und haben das Recht dazu. Ferner möchten wir noch wissen; nach welchem Artikel der neuen Gemeindeordnung soll in der Sache die Gemeinde-Vertretung und nicht die Gemeinde-Versammlung zuständig sein? Es handelt sich nämlich zugleich um das nicht unbedeutende Interesse von vielen Gewerbtreibenden. Item: nach welchem Gesetzes-Artikel vertritt in diesem Falle die Stadtgemeinde zugleich die Landgemeinden? Wir sind, wie gesagt, zwar nicht neugierig, aber doch möchten wir genügend Antwort haben; und werden, wenn sie nicht erfolgt noch weiter fragen. Einstweilen gilt uns die Weißmainer Jesuitenmission bloß verschoben, keineswegs aber beseitigt. Und zwar möchten wir die amtliche Antwort auf unsere Eingaben recht bald haben, denn wir brauchen sie eben.

Wie jetzt gegen den Katholizismus zu Leibe gegangen wird, beweist unter Anderen ein Auszug des Originalgedichtes des mit Juli ins Leben tretenden Wochenblattes „Dr. Höllenstein", das in dem als ultramontan einst so verschrieenen München herauskommt. Wir geben die Stelle ohne weitere Bemerkung:

Der Patienten hab' ich viel
In aller Herren Lande,
Denk' ich daran, dann wird mir's schwül,
Wenn ich die all' kuriren will,
Das bring ich kaum zu Stande!
Ein halbes Tausend liegt zu Röm
Am Fieber krank in Petri Dom;
Sie schwätzen da viel tolles Zeug
Und rühren den alten Sauerteig,
Und streiten sich um Ding herum,
Die für Gesunde längst zu dumm!
Den heil'gen Vater, Gott erbarm!
Den stach in's Hirn ein Wespenschwarm,
Jetzt leidet dieser arme Mann
Am unfehlbaren, fixen Wahn,
Ein Greis an Körper und Verstand,
Unfehlbar sein am Grabesrand!
Was könnte hier wohl heilsam sein?
Probatum est der Höllenstein!

Dafür gehen aber an andern Orten katholische Blätter ein.

In Berlin feierte die große Landesloge von Deutschland am 23. und 24. ds. unter zahlreicher Betheiligung ihrer Töchterlogen in Deutschland sowie unter Theilnahme der übrigen Großlogen in Deutschland, wie auch der Großlogen von England, Belgien, Holland, Schweden und Dänemark ihr 100jähriges Bestehen als Großloge. Die „Spen. Ztg." berichtet darüber: „Der Arbeit am Donnerstag Abend, welche hauptsächlich der gegenseitigen Begrüßung der großen Landesloge und ihrer Töchterlogen gewidmet war, wohnte der Kronprinz als Ordensmeister in der Landesloge bei. Die Arbeit bei der Hauptfeier am Johannisfest, Freitag Nachmittags, leitete der Kronprinz selbst. Der König brachte der Großloge seine herzlichen Glückwünsche schriftlich dar. Seitens aller deutschen Großlogen, der Großloge „zu den 3 Weltkugeln", der Großloge Royal York „zur Freundschaft," der Großlogen von Hamburg, Darmstadt, Frankfurt (elektischer Bund) wurden die Glückwünsche durch Deputationen überbracht; England, Holland, Belgien waren durch Adressen vertreten. Für alle die zahlreichen Mitglieder der Landesloge und ihrer Deputationen, sowie für die besuchenden Brüder der übrigen Großlogen wird der 24. Juni ein unvergeßliches Ereigniß bleiben, zumal der Kronprinz aus der Fülle seines Gemüths tiefgreifende und folgenreiche Betrachtungen über die Freimaurerei und namentlich über die Behandlung des reichen geschichtlichen Materials der großen Landesloge in einem längeren Vortrag niederlegte, welchem die „Brüder" aller Lehrarten einen begeisterten Beifall zollten."

Aus Mecklenburg-Schwerin, 22. Juni, wird der B.-Z. geschrieben: „Der Verkauf der mecklenburgischen Eisenbahnen an den Großherzog hat ein

Digitized by Google

komisches Nachspiel gehabt. Die mecklenburgische Eisenbahngesellschaft hatte den betreffenden Vertrag bei dem Magistrat in Schwerin eingereicht, um sich im Handelsregister tilgen zu lassen. Dieser aber fand, daß der gesetzliche Stempel von ½ Prozent des Kaufpreises nicht kassirt sei, und gab der Gesellschaft auf, diesen Stempelbetrag und den viersachen Betrag desselben als Strafstempel, im Ganzen 81,000 Thlr., zu zahlen. Die Gesellschaft hat sich nun wieder an die großherzogliche Regierung, welche nach dem Vertrage zur Zahlung der Kosten desselben verpflichtet ist, gewandt, um Verhaltungsmaßregeln zu erbitten. Nach dem Stempelsteuergesetz ist der Schweriner Magistrat durchaus in seinem Rechte, und man ist gespannt, wie sich die Regierung aus der Affaire herausziehen wird. Die Sache ist nämlich für die großherzogliche Kasse nicht ohne Bedeutung, indem die 81,000 Thlr. nicht in diese, sondern in der Rezepturkasse, eine landesherrlich-ständische Kasse fließen. Der Großherzog wird nur im Wege der Verhandlung mit den Ständen oder durch Selbstbegnadigung sich der verwirkten Strafe entziehen können."

Wien, 25. Juni. Der Curatclerus von Prag hat eine Zustimmungsadresse an den Cardinal und Erzbischof Fürst Schwarzenberg gerichtet, in welcher gesagt wird, daß die Annahme des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit sehr schwere Folgen für die kirchlichen Verhältnisse in Böhmen haben könne. In der Opposition der österreichischen Bischöfe gegen das Unfehlbarkeitsdogma treten, wie aus Rom berichtet wird, größere Lücken hervor. Für das Dogma werden angeblich die Bischöfe von Trient, Brixen, Graz, Linz St. Pölten und Leitmeritz stimmen.

Die Katholiken haben in den Landgemeinden in Krain und in Oberösterreich mit großer Majorität gesiegt. In den sämmtlichen Wahlbezirken Oberösterreichs gingen nur Katholiken durch, dagegen sind sie in Kärnthen unterlegen, wo sie nur in einigen Wahlbezirken durchzudringen vermochten. In den Stadtbezirken siegen durchschnittlich immer die Liberalen, so in Mähren u. Stehermark, wo denn auch Kaiserfeld endlich wieder durchgebracht wurde.

Ausland.

Paris, 25. Juni. Die Minister sollen künftigen Montag im Petitions-Ausschuß über das Gesuch der Prinzen von Orleans vernommen werden; in der Kammer selbst wird dieser Gegenstand erst künftigen Samstag zur Verhandlung gelangen. Neben dem Marquis de Pire sollen sich dann dem Vernehmen nach auch die Herren Estancelin und Glais-Bizoin für die Aufhebung des Verbannungsgesetzes verwenden; Thiers, heißt es, möchte gern das Gleiche thun, fühlt aber zu sehr den Widerspruch, in welchen er mit seiner eignen Haltung als Minister im Jahre 1833 gerathen würde.

Paris, 27. Juni. Der „Moniteur" bringt einen sehr eingehenden Bericht über die Ceremonie der Thronentsagung der Königin Isabella, welche gest. Nachmittag um 2½ Uhr im Hotel Basilewski stattgefunden hat. Der Gemahl Isabellens, Don Francisco de Assis, welcher auch eingeladen worden war, hatte es vorgezogen nicht zu erscheinen. Unter den Anwesenden bemerkte man die Generale Lersundi, Gasset und San Roman; die Herzoge von Medina Celi, von Sesto, von Riancares, von Arko, von Rivas, von Ripalda; u. s. w. Nachdem Jeder Platz genommen hatte, nahm die Königin das Wort und kündigte an, sie sei entschlossen, ihre Abdankung zu unterzeichnen, die ungefähr in folgenden Worten abgefaßt war: „Ich Isabella II., u. s. w. erkläre, daß ich aus freiem Entschlusse und ohne irgend welchem fremden Drucke nachzugeben alle meine politischen Rechte an meinen Sohn Alfonso abtrage und übertrage und mir nur über ihn meine bürgerlichen Rechte als Mutter und Vormünderin vorbehalte."

Florenz, 27. Juni. Der König hat zum Zeichen der Sympathie für die Armeen Oesterreichs u. Frankreichs den Vertretern der beiden Staaten bei der Solferino-Feier, den Obersten Pollak u. Delahaye, das Commandeurkreuz des italienischen Kronenordens verliehen.

Vermischtes.

Aus der Werkstatt von Friedhofer in San Francisco ist ein solider Bierwagen nach Japan verschickt worden, um in einer dort errichteten deutschen Bierbrauerei verwandt zu werden. Dieser Umstand liefert den erstaunlichen Beweis, daß sich das deutsche Element bereits eine Heimath in Japan gegründet hat; denn wo Lagerbier gebraut und getrunken wird, dahin reicht auch die deutsche Zunge u. deutsches Leben u. Treiben.

Im adriatischen Meer wurde abermals ein Haifisch gesehen u. zwar am 18. d. Ms. drei Meilen von der Stadt Rovigno und zwölf Meilen von Triest entfernt. Das Ungethüm soll siebenzehn Fuß lang und sechs Fuß dick gewesen sein.

Frankf. Coursbericht vom 29. Juni 1870.

Staatspapiere.								
Preußen.	5%	Oblig.	—	G	Würtbg.	4½%	Obl.	91½ bz
	4½	=	93½	G		4	=	86 G
	4	=	—	B		3½	=	82½ G
Frankfrt.	3½	=	80½	B	Baden.	4	=	92¼ G
Nassau.	4½	=	92½	B		4	=	87½ G
	4	=	85	B		3½	=	83½ G
Kurhess.	4	=	83½	bz	G. Hessen	5	=	102 B
Bayern.	5%	Oblig.	—	G		4	=	92¼ G
	4½	1jhr.	93½	G	Sachsen.	5	=	103½ G
	4½	½jhr.	93½	G	Brschw.	3½	=	80 B
	4	1jhr.	86½	G	Oesterr.	4½	R.i.S.	58½ bz
	4	½jhr.	86½	G		4	R.i.P.	51 G
	4	Abl.-R.	86⅛	G		5	Ung. E.-A.	— B
	3½	Obl.	—	B	Amerika.	6%	pr. 1882	96½ bz
						6%	pr. 1885	95½ bz

Anleben der Stadt München 100½ bz

Bekanntmachung.

Am Montag den 18. Juli l. J. Vormittags 8 Uhr beginnt an der kgl. Studien-Anstalt Bamberg die Prüfung für das Absolutorium von der Lateinschule und am Montag den 1. August die Gymnasial-Uebertritts-Prüfung. Wer sich einer derselben unterziehen will ohne bereits Schüler der Studien-Anstalt Bamberg zu sein, hat sich spätestens am Tag vor dem Beginn der Prüfung, der er sich zu unterziehen gedenkt, auf dem Rectorat vorzustellen und die vorschriftsmäßigen Zeugnisse mitzubringen.

Bamberg am 28. Juni 1870.

Kgl. Studien-Rectorat.

Kämmer.

Sanitäts-Controle.

Die täglich mehr um sich greifenden Fälschungen der Chocoladen machen ein Produkt wie es sein soll — pure Cacao mit Zucker — fast zur Seltenheit. Gemahlene Cerealien, Fette, Farbe und Gewürze sind oft der ausschließliche Bestand von Erzeugnissen, welche als Chocolade verkauft werden.

Es ist evident, daß auch der reelle Fabrikant hierdurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Um unsrerseits jedem Mißtrauen zu begegnen, haben wir unsere Chocoladen-Fabrik in ihrem ganzen Umfange unter sanitätspolizeiliche Controle gestellt. — Die Aufsicht wird durch stetige Analyse, sowohl der zu Verwendung kommenden Rohstoffe als der fertigen Produkte gehandhabt und bietet den Consumenten die sichere Garantie, eine der Gesundheit durchaus zuträgliche Chocolade zu genießen.

Wir empfehlen ganz besonders den Herren Aerzten und Apothekern, Verwaltungen von Hospitälern und Pensionen unsere Cacao-Erzeugnisse, welche in Tafeln, gepulvert und entölt in den hauptsächlichsten Geschäften Deutschlands käuflich sind.

Franz Stollwerck u. Söhne in Cöln a. Rhein.

Die Cigarrenfabrik P. Huyn

Frauenstraße 4 B, München

empfiehlt zur Probe:

25 Stück	La Flora	fl —. 42
50 „	Rodriguez	„ —. 48
100 „	Antonio Munoz	„ 1. 30

Die Zusendung dieser 175 Cigarren erfolgt franko um 3 fl. Sämmtl. Sorten sind gut abgelagert, sehr wohlschmeckend haben viel Tabackgehalt und werden auch Wiederverkäufer ihre Rechnung bei dem geringen Preise finden.

Zwickauer Pechkohlen

I. Qual.

empfehle den Herren Ziegeleibesitzern bei Abnahme von 50—100 Ztr. zu Grubenpreisen

J. B. Bayer jun.

Non plus ultra Kaffee-Maschinen

nach eigener neuer Construktion, welche bereits die allgemeine Anerkennung erlangt haben, empfiehlt in allen Größen

Seb. Schreiber,

München,

kgl. Hofspengler.

Gebrüder Göhring

in Frankenthal

(Rheinpfalz)

liefern Dampf- und Locomobil-Kessel jeder Art, Seifen- und Laugenkessel, ferner alle zur Dampfbrauerei nöthigen Maschinen, solid und hübsch gearbeitete Kühlschiffe, gut konstruirte Malzdarren in Eisenblech und in Draht, eiserne Maischbütten ꝛc. — Billige Preise bei prompter Bedienung.

Aecht ital. Maccheroni

von Amalfi

offeriren Gebrüder Opitz in Neapel. Zu beziehen durch Vermittlung des Hrn. J. L. Bachmann in Kitzingen a. M. in Original-Kisten von 25 und 50 Kilo.

Specialität

Central-Luftheizung und **Ventilation** für Gebäude und Trocken-Anlagen aller Art, insbesondere auch Kirchen und Schulen, von 1

Boyer & Consorten.

Ludwigshafen a/Rh.

Aerztliche Begutachtung.

Ich bescheinige andurch, daß die **Stollwerck**'schen **Brust-Bonbons** in leichten katarrhalischen und Brust-Affektionen, daherrührender Heiserkeit u. trockenem Reizhusten sehr zu empfehlen sind. Sodann muß noch besonders hervorgehoben werden, daß sich in diesen Brustbonbons, von deren Bestandtheilen ich Einsicht erhielt, keine der Gesundheit nachhaltige Stoffe vorfinden.

Dr. Lemke, kgl. Oberstabsarzt.

Die Stollwerck'schen Brustbonbons sind in versiegelten Packetchen mit Gebrauchsanweisung á 14 kr. stets vorräthig in Bamberg bei

J. B. Haußmann,

Hofkonditor **B. Wenglein,** und

F. J. Leininger.

Burghaßlach bei Apotheker Barthel,
Ebermannstadt bei Apothk. Krauß,
Forchheim bei Apoth. Dr. O. Schmidt,
Hollfeld bei Apoth. Hartung und
Conditor G. Gardill;
Memmelsdorf bei Chr. Reich,
Schlüßelfeld bei A. Hohbach,
Stadtsteinach bei Apoth. E. Heysler,
Streitberg bei Joh. Dauer,
Thurnau bei Apothek. W. Gebhardt,
Weischenfeld bei Georg Lauer,
Zeil bei J. P. Pöllath.

Abfahrt und Ankunft

der Eisenbahnzüge in Bamberg vom 1. Juni 1870 an gültig.

1) Route Nürnberg, München ꝛc.

Abfahrt:		Ankunft:	
1[45]	früh Schnellz. †*	12[40]	Nacht Schnellz. †*
5	früh Postz. †	4[45]	früh Postzug *
8[5]	„ Schnellz.*	7[54]	„ Güt. v. Nbg.
12[35]	Mitt. Postz. †*	9[18]	„ „ v. Nördl. u. Ingolst.
2[30]	„ Schnellz.*	1[15]	Mitt. Schnllz.*
3[30]	„ Güt. b. Nbg.	2[30]	„ Postzug †
5[30]	„ „ bis Nördl. u. Ingolst.	8	Abd. Schnellz.*
11[30]	Ab. Postz. *	10	Nacht. Postzug †*

Die mit * bezeichn. Züge geben über Ingolstadt, die mit † über Augsburg.

2) Route Würzburg, Frankfurt, Köln

4	früh Postzug.	12[15]	Nachts Postzg.
8[5]	„ Schnellz.	9[25]	früh Güterzug.
10	„ Postzug.	1[10]	Mitt. Schnellz.
2[30]	Mitt. Schnellzg.	2[30]	„ Güterz.
3	Nchm. Güterzg.	6[15]	Abd. Postz.
6[25]	Abd. „	7[50]	„ Schnellzug

3) Route Hof, Leipzig, Berlin.

12[45]	Nchts Schnellz.	1[40]	früh Schnellz.
5	früh Postzug.	6[50]	„ Güterz.
9[28]	„ Lokalzug	7[55]	„ Schnellz.
1[35]	Mitt. Schnellz.	12	Mitt. Güterz.
3[30]	„ Güterz.	2[10]	Mitt. Schnellzg.
6[50]	Abd. „	5[4]	Abd. Lokalz.
8[5]	„ Schnellz.	11	Nacht. Postzug.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers Otto Reindl.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google